ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 16. Januar 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 1/2







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Kommunalminister Joachim Herrmann:

Mehr Zukunft wagen

„Unsere Grunderkenntnis heißt: Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen. In seinem eigenen Interesse tut der Freistaat alles, damit dies auch in Zukunft so bleibt", betonte der bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann in einem Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung. Beleg hierfür sei nicht zuletzt die Tatsache, „dass Bayern den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Bundesländer unterhält".

Die bayerischen Kommunen stehen aus Herrmanns Sicht gut da. Als höchst zufriedenstellend wertete er das Ergebnis der Ver-



Staatsminister Joachim Herrmann, MdL. Bild: StMI Bayern

handlungen um den kommunalen Finanzausgleich: Mit der Rekordsumme von knapp 10,3 Milliarden Euro habe der Freistaat die Serie der Rekordzuweisungen der vergangenen Jahre im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs fortgesetzt. Dass die Einnahmen der Kommunen in den vergangenen zehn Jahren von knapp 29 Milliarden Euro auf über 43 Milliarden Euro gestiegen sind und gleichzeitig die Verschuldung der Kommunen von 13 Milliarden Euro um 1,7 Milliarden Euro auf 11,3 Milliarden Euro abgebaut werden konnte, sei ein gutes Zeichen für die Zukunft. „Das Steuerwachstum im Freistaat ist somit auch bei den Kommunen angekommen", bemerkte der Minister.

Blick in die Zukunft

Mit Blick auf die aktuelle Konjunkturentwicklung sowie die gigantischen Herausforderungen in der technologischen Entwicklung und Digitalisierung, sei dies für den Freistaat im bundesweiten Vergleich eine herausragende Ausgangsposition für die kommenden Jahre, erläuterte Herrmann. Deutschland insgesamt weise freilich im internationalen Vergleich nicht in allen Bereichen Spitzenwerte auf, sondern sei beispielsweise bei den Themen Infrastruktur oder digitale Verfahren (digitaler Bürgerservice) einem „erheblichen Beschleunigungsdruck" ausgesetzt. Herrmann zufolge „haben wir nicht viel Zeit, hier tätig zu werden". Gerade mit Blick auf die Kommunalwahlen 2020 müssten die Bürger darauf hingewiesen werden, „dass diese Entwicklungen auch mehr Verantwortung und deutliche Veränderungen bedeuten". Zudem stünden wichtige Zukunftsinvestitionen an.

Spitzenstellung Sicherheit

Bei der Inneren Sicherheit hat der Freistaat bereits beste Voraussetzungen dafür geschaffen, auch künftig als sicherstes Bundesland eine Spitzenstellung einzunehmen. Allein 2019 konnten rund 1.700 Neueinstellungen vorgenommen werden, ein Wert auf Spitzenniveau. 3.500 zusätzliche Polizeistellen hat die Bayerische Staatsregierung für den Zeitraum von 2017 bis 2023 insgesamt beschlossen. Eine weitere personelle Aufstockung ist für das Landesamt für Verfassungsschutz mit 25 neuen Stellen zur verstärkten Bekämpfung von Rechtsextremismus und Cyberkriminalität vorgesehen.

Ziel ist, den Personalbestand der Polizei bis 2023 auf 45.000 Beschäftigte auszubauen.

Auch hinsichtlich der Sachausstattung wird die Polizei massiv unterstützt. So wird deren Sachbudget für modernste Technik auch 2020 mit knapp 440 Millionen Euro auf hohem Niveau fortgeführt. Für eine noch schnellere Alarmierung von Feuerwehr und Rettungsdienst wird eine bundesweite Notruf-App eingeführt, die einen barrierefreien Zugang zum Notruf 112 ermöglicht. Bayern stellt hierfür 800.000 Euro bereit. Darüber hinaus werden die Investitionen in den Rettungsdienst und Katastrophenschutz in 2020 um weitere neun Millionen Euro auf 101,1 Millionen Euro verstärkt.

Investitionen in technischen Fortschritt

Für eine moderne und zukunftsorientierte Polizei hat der Freistaat auch in den technischen Fortschritt und in die Digitalisierung kräftig investiert: „Wir haben etwa das Programm „Mobile Police" konsequent weiter ausgebaut." Für die einsatzkritische Kommunikation hat sich der Digitalfunk bewährt. In Ergänzung dazu stehen den Einsatzkräften bereits annähernd 10.000 Smartphones zur Verfügung.

Diese Ausstattung wird durch die Bereitstellung von Convertibles, also Tablets mit optionaler Tastatur sowie Fingerabdruckscanner, in den Streifenfahrzeugen noch erweitert. So haben die Einsatzkräfte – egal, wo sie sich gerade aufhalten – mobilen Zugriff auf alle polizeilichen Anwendungen genauso wie auf der Dienststelle.

Ein Gradmesser für die Qualität der Arbeit der Polizei ist nach Herrmanns Worten die Aufklärungsquote, also das Verhältnis der polizeilich aufgeklärten Taten in Bezug auf die Gesamtzahl der registrierten Straftaten: „Hier belegt die Bayerische Polizei bereits seit vielen Jahren im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz." 2018 betrug die Aufklärungsquote in Bayern 64,5 Prozent (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise). Das heißt, rund zwei Drittel aller Straftaten wurden aufgeklärt. Der bundesweite Durchschnitt lag im vergangenen Jahr bei 56,5 Prozent. Insgesamt ist eine leichte Steigerung von Gewaltdelikten zu verzeichnen. Zudem belegen die Kriminalstatistiken in diesem Bereich eindeutig einen überdurchschnittlich hohen Anteil von tatverdächtigen Ausländern, merkte der Kommunalminister an.

Sicherheit und Lebensqualität

Laut Herrmann ist eine niedrige Kriminalitätsrate für das Sicherheitsgefühl der Menschen und damit auch ihre Lebensqualität von großer Bedeutung. Davon profitierten auch die Kommunen. „Tatsache ist: Bei einem Großteil der Bevölkerung hat die Polizei ein hohes Ansehen. Wir erleben, dass hochqualifizierte junge Leute in den Polizeidienst gehen.

(Fortsetzung Seite 4)

Politische Bildung – weiter ein großes Thema auch in 2020

Hanns-Seidel-Stiftung mit bayernweiten Angeboten

Bürger nehmen Politik oft als sogenannte Aufregerthemen wahr, es gibt aber auch eine positive Kehrseite – Vermittlung von Politik als orientierendes Grundlagenwissen. Für Bürger sozusagen die Basics für den sachbezogenen Austausch mit Kollegen, Freunden oder in der Familie. Politische Bildung hilft hier mit Argumentationen weiter. Genau das bietet die Hanns-Seidel-Stiftung bayernweit an.

Die Politischen Stiftungen haben vielfältige Möglichkeiten zur Weiterbildung. Die Hanns-Seidel-Stiftung stellte für 2020 wieder ein Programm zusammen, das nahezu alle Politikbereiche abdeckt. Im Fokus des ersten Quartals 2020 steht die Vorbereitung für die Kommunalwahlen am 15. März.

Wer sich für die gesellschaftlich wichtigen Sozialthemen Rente oder Pflege, aber auch für Mobilität, Verbraucherschutz oder Europapolitik interessiert, liegt beim Seminarangebot der Hanns-Seidel-Stiftung richtig. Die Stiftung greift regelmäßig aktuelle gesellschaftspolitische Themen auf, die in Abendveranstaltungen an verschiedenen Orten in ganz Bayern, in Wochenendseminaren in Hotels in größeren Städten oder Wochenseminaren im oberfränkischen Bildungszentrum Kloster Banz von Fachleuten dargestellt werden.

Rund 45.000 Menschen nahmen im Jahr 2019 Jahr bei über 1.200 HSS-Seminaren teil. „Unsere Bildungsveranstaltungen und Seminare für Jung und Alt geben Einblick in Hintergründe und vermitteln Orientierung und Handlungskompetenz", erklärt Oliver Jörg, Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung. Die Stiftung organisiert auch Ferienprogramme für Familien in Kloster Banz oder Thementage für z.B. Kommunalpolitik (25. Januar in München), Wirtschaft und Soziales oder den Tag der Demokratie.

Im Internet findet man Angebote zur Politischen Bildung unter www.hss.de/veranstaltungen . Wer sich für themenbezogene Literatur, monothematische Analysen oder die Publikumszeitschrift „Politische Studien" interessiert, kann diese unter www.hss.de/publikationen herunterladen oder kostenfrei als Druckexemplar bestellen. ❒

Deutscher Landkreistag in Fürstenfeldbruck:

Keine Entfremdung von Stadt und Land

Mobilitätsangebote in der Fläche, die Finanzlage der kreisangehörigen Gemeinden sowie eine mögliche Übernahme kommunaler Altschulden in einzelnen Bundesländern standen auf der Agenda der 300. Präsidialsitzung des Deutschen Landkreistags im Landratsamt Fürstenfeldbruck.

Laut DLT-Präsident Reinhard Sager„begrüßen wir, dass die Verkehrspolitik des Bundes neben der Ausrichtung auf den Klimaschutz erkennbar auch einen stärkeren Fokus auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Fläche legt. Die Streichung der Beschränkung auf Verdichtungsräume und die intensivere Förderung von Maßnahmen der Schienenelektrifizierung im GVFG-Bundesprogramm sowie die Erhöhung der Regionalisierungsmittel sind der richtige Weg." Nun komme es entscheidend auf die Länder an. „Von ihnen erwarten wir den vollen Abruf der Mittel und keinen Ersatz eigener Gelder", forderte Sager.

Förderung der Mobilität

Durch die Öffnung des GVFG-Bundesprogramms sei eine nachhaltige Unterstützung der Mobilität in den Landkreisen möglich. „Die Erstreckung der Förderung auf die Fläche ist eine wirkliche Weiterentwicklung, die wir sehr begrüßen.

Ländliche Räume fördern

Die Streichung der Beschränkung auf Verdichtungsräume wird einen Beitrag zur weiteren Verbesserung der Attraktivität ländlicher Räume leisten und regionale Strecken besser als bislang unterstützen", so die Einschätzung des DLT-Präsidenten. So sei etwa neu in den Förderkatalog aufgenommen worden (zunächst befristet bis 2030), die Grunderneuerung und Modernisierung im Bereich des schienengebundenen ÖPNV sowie von Bahnhöfen und Haltestellen zu unterstützen. Neu aufgenommen werden soll zudem die Elektrifizierung und Reaktivierung von Schienenstrecken und der Bau und Ausbau von Tank- und Ladeinfrastrukturen für alternative Antriebe. Hier wie dort ist eine gesenkte Förderschwelle von 10 Mio. Euro vorgesehen.

Zielgerichteter Einsatz der Gelder

Mit Blick auf die Erhöhung der Regionalisierungsmittel muss aus Sagers Sicht noch sichergestellt werden, dass die zusätzlichen Gelder ausschließlich der Verbesserung der Verkehrsangebote zur Verfügung stehen und nicht in die Trassenentgelte gehen. „Wir haben schon zu Beginn des völlig überhastet eingeleiteten Gesetzgebungsverfahrens darauf aufmerksam gemacht, dass dazu eine gesetzliche Änderung nötig ist, und sind froh, dass der Bundesrat diese Forderung aufgegriffen hat", erklärte Sager. Die zusätzlich vom Bund bereitgestellten Mittel müssten unbedingt

(Fortsetzung Seite 4)



Das Präsidium des Deutschen Landkreistags. Bild: Landratsamt Fürstenfeldbruck

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Klausurtagungen von CSU und Freien Wählern 2
C.A.R.M.E.N.-Forum: Wald schafft Zukunft 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt 3
GZ-Umfrage:Wie geht's dem Kommunalwald im Klimawandel? 3
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 9
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV . . . . . 10 - 11
Umwelt • Abfall • Kommunalfahrzeuge • GaLaBau . . . . . 12 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 17 - 20
Sabrina: Ohne Veränderung kein Wachstum! 19

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Klausurtagung in Kloster Seeon:

Taktgeber CSU

Entlastungen für die Bürger, wirtschaftliches Wachstum sowie Investitionen in Innovationen und Digitalisierung haben die CSU-Bundestagsabgeordneten auf ihrer traditionellen Jahresauftakt-Klausur gefordert. Zu Gast im oberbayerischen Kloster Seeon waren unter anderem die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und der rumänische Staatspräsident Klaus Johannis.

„Die Klausur der CSU im Deutschen Bundestag dient ja auch immer als Weckruf am Anfang eines Jahres für die politischen Themen eines Jahres und ich glaube, das ist uns dieses Mal schon wieder sehr gut gelungen, der Taktgeber zu sein in den politischen Debatten in Deutschland und das ist der Maßstab, den wir für uns für 2020 sehen", hob der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, hervor.

Söder fordert neuen Aufbruch

Eine „inhaltliche Zukunftsdebatte" über nachhaltige politische Konzepte forderte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder: „Das neue Jahrzehnt stellt uns vor große Herausforderungen: Klimaschutz, Technologie und Konjunktur. Dazu braucht es große Antworten. Wir brauchen eine nachhaltige Zukunftsdebatte! Deutschland braucht Schwung und neue Ideen. Die Frage, die uns umtreibt: Wie kann Deutschland Zukunftsantworten geben?"

Entscheidend sei dabei die weitere Arbeit der Bundesregierung, weshalb sich die Frage stellt: „Wird die große Koalition dieses und nächstes Jahr, wenn sie denn bleibt, in erster Linie eine Art administrative Einrichtung, in der sie versucht, quasi es mit Anstand zu Ende zu bringen, nach dem Motto: Danach kommt etwas ganz anderes." Söder plädierte für einen neuen Aufbruch.

Initiativ werden will die CSU „für eine starke Landwirtschaft". Die „Zukunftskommission Landwirtschaft", die die Bundesregierung ins Leben gerufen hat, sei ein wichtiger Schritt und eine enorme Chance. Gemeinsam mit den Bauern soll ein starkes Leitbild und ein klarer Entwicklungspfad für den Agrar- und Ernährungssektor in Deutschland erarbeitet werden.

Eigenverantwortliche Risikovorsorge treffen

Da die Betriebe eine Möglichkeit brauchen, eigenverantwortlich besser und umfassender Risikovorsorge treffen zu können, soll ein staatlich gefördertes Ansparkonto geschaffen werden. „Auf freiwilliger Basis wollen wir Betrieben die Möglichkeit eröffnen, jährlich auf ein Risikorücklage-Konto einzuzahlen. Diese betriebliche Jahreseinlage sollte als Betriebsaufwand steuerlich anrechenbar sein."

Die deutschen Waldeigentümer sollen dabei unterstützt werden, die Potenziale des Rohstoffs Holz besser zu nutzen. Für Grenzertragsstandorte, auf denen Landwirtschaft kaum kostendeckend möglich ist, soll ein gezieltes Erstaufforstungsprogramm aufgelegt werden.

Stabile Geldpolitik

Zu „Entlastungsoffensive für die gesellschaftliche Mitte" zählt die Forderung nach einer Zinswende. „Mit ihrer aktuellen Nullzinspolitik belohnt die EZB das Schuldenmachen und bestraft die Sparer", heißt es im Tagungsbeschluss. Negativzinsen erschwerten die Altersvorsorge und steigerten die Gefahr von Marktübertreibungen. Deshalb sei es notwendig, dass die EZB ihre Geldpolitik und insbesondere das Inflationsziel überprüft. Die neue EZB-Präsidentin Christine Lagarde müsse erkennen: Aufgabe der EZB ist eine stabile Geldpolitik, nicht eine europäische Ersatzstrukturpolitik.

Entlastung der Sparer

Zudem schwebt der CSU eine Rendite-Offensive gegen die Zinsblockade vor: „Solange die EZB die Entwertung des Sparens nicht beendet, müssen wir national für eine Entlastung vor allem der Sparer mit geringen Einkommen sorgen. Die Negativzinsen, die Banken an die EZB zu entrichten haben, werden als Gebühren an alle Bankkunden weitergegeben. Das wollen wir vermeiden – zum Schutz der Verbraucher. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Banken ein Basiskonto für kleine und mittlere Einkommen entwickeln, wobei grundlegende Funktionen wie die Abwicklung von Gehalt und Miete möglichst kostenlos zur Verfügung stehen sollten. Die Belastung der Banken durch unnötige Regulierung wollen wir prüfen und möglichst für Entlastungen sorgen."

Starker Staat und wehrhafte Demokratie

Um einen starken Staat und eine wehrhafte Demokratie zu gewährleisten, hat die CSU-Landesgruppe Initiativen für mehr innere Sicherheit beschlossen. Straftaten im Internet sollen stärker verfolgt werden, aber auch Clankriminalität und gewaltbereite Jugendliche. Die generelle Strafunmündigkeit von Kindern soll künftig überprüft und nicht nur am Alter festgemacht werden.

Die Schleierfahndung, die in den meisten Bundesländern in einem Bereich von 30 Kilometern hinter der Grenze mit unterschiedlicher Intensität praktiziert wird, soll auf 50 Kilometer ausgeweitet werden. Dafür soll die Bundespolizei neues Personal erhalten. Parallel dazu fordert die CSU aber auch einen „Ländervorbehalt": Polizeien der Länder, wie etwa die 2018 geschaffene bayerische Grenzpolizei, sollen weiterhin die Schleierfahndung an ihren Grenzen zu Nachbarländern ausführen können.

Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer

Außerdem möchte die CSU einen neuen Anlauf zur Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer von Asylbewerbern nehmen – dieses Mal ohne eine Beteiligung des Bundesrats. Mittels eines einfachen Bundesgesetzes, das auch ohne Zustimmung des Bundesrates gelten würde, soll verhindert werden, dass Länder mit grüner und linker Regierungsbeteiligung das Vorhaben stoppen.

Darüber hinaus sollen Verstöße gegen das Einwanderungsrecht härter als bisher bestraft werden. „Wer abgeschoben ist, muss draußen bleiben. Wer gegen ein Einreiseverbot verstößt, muss umgehend in Haft. Das muss auch für die Dauer der Prüfung eines etwaigen Asylantrags gelten", heißt es in dem Positionspapier. Auch fordert die CSU alle Länder auf, die für ihre Forderungen notwendigen Abschiebehaftplätze bereitzustellen.

Starke Regionen und Heimat mit Zukunft

„Politik für starke Regionen und eine Heimat mit Zukunft" bedeutet aus CSU-Sicht neben schnellem Internet und nachhaltiger Mobilität in der Fläche auch eine wirkungsvolle Modernisierung für Krankenhäuser, das Schnüren eines Landarztpakets, eine flächendeckend qualitativ hochwertige Pflege, die Schaffung von mehr Wohnraum sowie energieeffizientes, umweltfreundliches und nachhaltiges Bauen.

Um freiwilliges Engagement für die Gesellschaft stärker zu honorieren, soll ein „Zukunftskonto Engagement" für all diejenigen jungen Menschen eingerichtet werden, die bis zu ihrem 27. Lebensjahr in einem Bundesfreiwilligendienst, im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres oder eines Deutschlandpraktikums einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben. Je nach Dauer des Engagements sollen auf diesem Konto bis zu 3.500 Euro bereitgehalten werden, die dann zweckgebunden zu Ausbildungszwecken (Berufsausbildung, Studium, Führerschein etc.) oder zu Weiterbildungszwecken, beispielsweise auch im Ausland, abgerufen werden können.

Renten-Starterkit

Als Staat vorangehen und auf frühzeitige Vorsorge setzen: Die bestehenden drei Säulen der Altersvorsorge sollen laut CSU um eine vierte Säule, einem Renten-Starterkit für jedes Kind, ergänzt werden. Dafür soll der Staat ab Geburt bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind einen Beitrag von 100 Euro pro Monat in einen Generationen-Pensionsfonds einzahlen, der das Geld renditeorientiert anlegt. Mit dem Eintritt in das Rentenalter wird die Starter-Rente zusätzlich zu bestehenden Rentenansprüchen ausgezahlt. Ziel ist es, dass zukünftig jeder aus der neuen vierten Säule der Altersvorsorge kapitalgestützt eine Generationenpensionsfonds-Rente erhält und auf diesem Wege Altersarmut wirksam vermieden wird. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred März
91589 Aurach
am 27.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Rampe
91735 Muhr am See
am 16.1.

Bürgermeisterin Barbara Unger
94351 Feldkirchen
am 17.1.

Bürgermeister Gerald Kolb
95463 Bindlach
am 23.1.

Bürgermeisterin Maria Beck
96170 Priesendorf
am 23.1.

Bürgermeister Franz Göbl
84172 Buch am Erlbach
am 25.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Zeiler
84568 Pleiskirchen
am 16.1.

Bürgermeister
Thomas Schneider
91187 Röttenbach
am 20.1.

Bürgermeister
Dr. Wolfgang Fendt
89264 Weißenhorn
am 21.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Glashauser
85609 Aschheim
am 26.1.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Hanns Seidel Stiftung
Institut für Politische Bildung
KOMMUNALPOLITIK-TAG
Aktuelle kommunale Themen mit Panels zu
Wohnen, Umwelt, Gesundheit, Mobilität
am Samstag, 25. Januar 2020, 10–15 Uhr
Infos und Anmeldung unter:
▸ www.hss.de/kommunalpolitik
E-Mail: ipb@hss.de | Hanns-Seidel-Stiftung | Lazarettstr. 33 | München

Freie Wähler sehen sich als „Herzschrittmacher"

Regionale Energiewende ohne Atomkraft, mehr Förderung für die Kommunen beim Hochwasserschutz und die Stärkung des Ehrenamtes: Die Freien Wähler fassten auf ihrer Klausurtagung in der Oberpfalz mehrere Beschlüsse um Kernthemen voranzubringen.

Bei ihrer Winterklausur in Schwarzenfeld hat sich die Freie Wähler Landtagsfraktion mit den Kernthemen ihrer Regierungsarbeit in den kommenden Monaten befasst. Topthemen der Tagung, an der auch der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger sowie die Minister Prof. Dr. Michael Piazolo und Thorsten Glauber teilnahmen: die Sicherung der Beruflichen Bildung, der Ausbau eines dezentralen Hochwasserschutzes in Bayern und eine sozialverträgliche und ökologische Energiewende. Dazu fasste die Fraktion den „Wackersdorfer Beschluss". Er beinhaltet folgenden Dreiklang: Erstens für die Wirtschaft bezahlbare Strompreise zu garantieren, zweitens die Umwelt zu schonen und drittens die Menschen vor Ort mitzunehmen. So wolle man Unternehmer und Stadtwerke überzeugen, „die eigene Energieversorgung in die Hand zu nehmen, sagte Aiwanger. Denn um eine echte Trendwende in der Klimapolitik einzuleiten, sei es wichtig, Stromerzeugung, Wärme und Mobilität zusammenzudenken und mit der Entwicklung intelligenter Speichertechnologien zu kombinieren.

Mit Blick auf die jüngsten Proteste der Landwirte betonte Aiwanger: „Wir lassen nicht zu, dass unsere Landwirte an den Pranger gestellt werden." Umweltschutz sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bei den Freien Wählern herrschen im Zuge der europäischen Düngeverordnung Zweifel, ob die Nitrat-Messstellen immer am richtigen Standort stehen. Umweltminister Thorsten Glauber kündigte daher an, die Zahl der Messstellen im Freistaat zu verdoppeln.

Hochwasserschutz

Voranbringen möchten die Freien Wähler im Freistaat den dezentralen Hochwasserschutz. 25 Millionen Euro stehen hierfür im aktuellen Doppelhaushalt. Die Kommunen erhalten derzeit eine Förderung von 75 Prozent für Wasserschutzmaßnahmen bei Gewässern dritter Ordnung. „Wir setzen uns künftig für eine Förderung von 90 Prozent ein, damit wir die Kommunen noch mehr dabei unterstützen können", sagte Minister Glauber.

Mehr Bürgerbeteiligung

Ebenfalls auf der Agenda während der Klausurtagung: mehr Bürgerbeteiligung, Stärkung des Ehrenamtes sowie berufliche Bildung. Fraktionsvorsitzender Florian Streibl erwartet, dass in zehn Jahren etwa eine halbe Million Menschen fehlen, die als Fachkräfte dringend gebraucht würden. Deshalb müsse man dringend gegensteuern, „weil davon die Wirtschaftskraft abhängt und der Wohlstand in Bayern gefährdet ist". Zudem betonte er: „Die heutigen Grundschüler werden später zu 65 Prozent in Berufen arbeiten, die es heute noch gar nicht gibt." Deshalb sei es wichtig, Schülerinnen und Schüler umfassend auf die zunehmend digital vernetzte Welt und ihre Mechanismen vorzubereiten. Gleichzeitig mache es die Digitalisierung noch wichtiger, zwischenmenschliche und soziale Kompetenzen zu stärken. Dafür wolle sich seine Fraktion weiter einsetzen.

In einer Resolution zum Thema Bürgerbeteiligung haben die Freien Wähler bekräftigt, dass sie auf der kommunalen Ebene das Wahlalter absenken wollen. Ziel sei es, dass bei Gemeinde- und Landkreiswahlen junge Menschen aktiv wahlberechtigt sind, wenn sie am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Gratis-Bus für Ehrenämtler

Die oberbayerische Abgeordnete Susann Enders betonte, dass es um das soziale Miteinander in Bayern vor allem deswegen so gut bestellt sei, weil es viele Menschen gebe, die sich ehrenamtlich engagierten. Ziel müsse deshalb sein, noch mehr Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen. Die Fraktion verabschiedete eine „Blaulicht-Resolution", die das Ziel hat, ehrenamtliche Retter stärker zu unterstützen. „Wir wollen, dass geprüft wird, inwiefern Ehrenamtlichen von „Blaulichtgruppen", analog den Uniformträgern von Polizei und Bundeswehr, die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden kann", heißt es in einer Resolution.

Die Freien Wähler fordern zudem mehr Anreize, um Ehrenamtliche zu gewinnen: neben dem Abbau bürokratischer Hürden etwa höhere Steuerfreibeträge und die Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeiten bei der Altersvorsorge. Im Bund wollen sie sich dafür einsetzen, dass das Freiwillige Soziale Jahr für junge Leute noch attraktiver wird – indem sie Rentenpunkte bekommen und ihr Engagement auch bei der Bewerbung an der Uni zählt.

Kontakt mit Kommunen

„Über die Diskussionen hinaus, haben wir den Kontakt mit den Kommunen gesucht", sagte der kommunalpolitische Sprecher der Freien Wähler, MdL Joachim Hanisch. In Gesprächen mit kommunalen Mandatsträgern sei deutlich geworden, dass die Freien Wähler mit ihrem Kurs, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und Bürokratie abzubauen, richtig lägen. Mit Blick auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr zeigte Hanisch Verständnis für die Anrainergemeinden, die den Auswirkungen der militärischen Übungen ausgesetzt sind.

Kurs in der politischen Mitte

Dr. Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer der Freien Wähler Landtagsfraktion, betonte zum Abschluss der Pressekonferenz, dass seine Fraktion in ihrer Rolle als Regierungspartner einen immensen Professionalisierungsschub durchlaufen habe. Das belege auch der rasante Anstieg an Mitgliederzahlen. Mehring betonte, dass seine Fraktion sich nicht von grüner Hysterie verbiegen lassen und auch weiterhin Kurs in der politischen Mitte halten wolle. „Das macht uns zum Stabilitätsanker für die Staatsregierung." Die CSU möge als Herzkammer der Staatsregierung gelten, „aber der Herzschrittmacher sind wir". **red**

Einladung zum C.A.R.M.E.N.-Forum:

Wald schafft Zukunft!

Das C.A.R.M.E.N.-Forum am 9. März 2020 in Straubing beschäftigt sich mit Gegenwart und Zukunft des Waldes und der Holzverwendung von den gesellschaftlich-sozialen Aspekten des Waldes bis zu innovativen Forschungsansätzen.

Nachhaltige Waldwirtschaft muss den ökonomischen Notwendigkeiten der Waldbesitzer, den ökologischen Bedürfnissen des Lebensraumes Wald und den sozialen Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden. Nur wenn die Ressourcen des Waldes in diesem Sinn nachhaltig genutzt werden, kann der Wald in Zukunft mit seinen vielfältigen Funktionen bestehen und begeistern.

Das Forum eröffnet mit einer Diskussionsrunde, bei der Waldbesitz, Forschung, Naturschutz und Forstverwaltung ihre Sichtweise für eine erfolgreiche Zukunftsorientierung mit dem Publikum debattieren. Es folgen Vorträge von Experten der Holzbranche, von innovativen Holzverwendern, von Waldnutzern, der Bioökonomie und der Holzforschung.

Die Veranstaltung weitet den Blick über die wichtige Rolle der Waldbesitzer und zeigt moderne Beispiele der Wald- und Holznutzung. Es wird deutlich, wie das „Generationenprojekt Wald" Rohstofflieferant zur Klimarettung sein und seine positiven gesellschaftlichen Effekte entfalten kann. Kommunale Bauprojekte zeigen, wie Holz zukunftsorientiert genutzt wird.

Das C.A.R.M.E.N.-Forum wendet sich an Vertreter von Kommunen in ihrer Rolle als Waldbesitzer, Waldbewirtschafter, Waldnutzer und Bauherren. Der Tagungsbeitrag beträgt 90 Euro, für Beschäftigte bayerischer Behörden gilt ein ermäßigter Beitrag.

C.A.R.M.E.N. e.V. ist die bayerische Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe, Erneuerbare Energien und nachhaltige Ressourcennutzung. Träger sind das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Kommunen erhalten zu diesen Themen sowie zu Wald, Holz und Holzbau eine kostenlose, neutrale Beratung.

Weitere Informationen: www.carmen-ev.de . ❐

Wie geht‘s dem Kommunalwald im Klimawandel?

Stimmungsbilder und Ergebnisse der GZ-Leserumfrage

Der Klimawandel ist in den Wäldern der Städte und Gemeinden angekommen und setzt diesem – mit wenigen Ausnahmen – schwer zu. Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Bei anhaltender Trockenheit und Hitze sind für die kommenden Jahre noch größere Schäden zu befürchten. Am stärksten betroffen sind die Fichten, bisher unser forstwirtschaftlich bedeutsamster Holzlieferant. Aber auch Kiefern und andere Baumarten, auf die Fachleute bisher im Klimawandel große Hoffnung setzten, weisen gebietsweise erhebliche Schäden auf. Dieses ernüchternde Stimmungsbild ergab die GZ-Umfrage vom Dezember. Sicher ist: Um dem Waldsterben 2.0 etwas entgegenzusetzen, müssen die Wälder umgebaut und die „grünen Lungen“ in den Kommunen gesichert und erhalten werden. Das geht aber nicht von heute auf morgen und schon gar nicht zum Nulltarif. Aber Anstrengung lohnt sich, denn auch hierfür gibt es Beispiele.

Erkennbar groß ist die Spannbreite der Rückmeldungen, die überwiegend von Kommunen aus allen Regierungsbezirken Bayerns stammen. Lageberichte kamen aber auch aus Hessen und sogar aus Südtirol. Die Größenklassen erstreckten sich von 2 Hektar bis 2.000 Hektar, die Baumartenverteilung von „fast nur Nadelholz“ über „Mischwald“ bis hin zu „fast nur Laubholz“. Das Schadensausmaß in den vergangenen zwei Jahren reichte von „so gut wie keine Schäden“ bis „vernichtet“.

Die Kommunen wollen jedoch dem Klimawandel nicht tatenlos zuschauen, sondern die Zukunft ihres Waldes selbst in die Hand nehmen und den Waldumbau vorantreiben. Dabei stand die Pflanzung klimatoleranterer Baumarten ebenso auf der Agenda wie deren Begünstigung bei Pflege und Durchforstung.

Chance für neue Baumarten?

Viele tendieren dazu, künftig auch südländischen Baumarten eine Chance zu geben, soweit nicht z.B. Spätfröste entgegenstehen. Auf die Frage, wie Bürger bzw. Gäste diese besorgniserregende Entwicklung erleben, wurde zunächst ein überwiegend großes Interesse am Wald spürbar. Ob der tatsächliche Zustand der Wälder allerdings bereits überall in der Öffentlichkeit angekommen ist, daran darf zum Teil gezweifelt werden.

Nötig ist ein hohes Maß an Aufklärungsarbeit der Gemeinde, um Verständnis und Akzeptanz beim Bürger zu erzielen. Die Umfrage zeigte trotz hohem Leidensdruck nur ganz vereinzelt Konflikte zwischen den Beteiligten. Diese könnten allerdings in Zukunft bei weiteren offensichtlichen Schadwirkungen zunehmen. Nachstehend eine Auswahl der Rückmeldungen.

Kein „Business as usual”

„Business as usual” kommt beispielsweise für die Gemeinde Haar (Landkreis München) nicht in Frage. Die vergangenen zwei Jahre seien geprägt gewesen von Schadensereignissen wie Sturmwurf, Borkenkäfer, Eschentriebsterben, Absterben von Bäumen aufgrund von Trocken- und Hitzeschäden. Daraus resultierte ein weit überdurchschnittlicher Aufwand für die Verkehrssicherung und in der Folge für Wiederaufforstungen. Keine größeren Schäden durch Borkenkäfer weist derzeit die oberbayerische Gemeinde Bad Wiessee (Landkreis Miesbach) auf. Dies sei auf die Höhenlage und die häufigeren Niederschläge am Alpenrand zurückzuführen. Auch die Gemeinde Waidhofen (Landkreis Schrobenhausen) darf sich glücklich schätzen, hat ihr kleiner Kommunalwald mit einer Fläche von 2 Hektar, bestehend aus ca. 50 % Laub- und 50 % Nadelwald, „so gut wie keine Schädigungen“.

Anpassung der Wildbestände

Die Stadt Geretsried (Landkreis Bad-Tölz-Wolfratshausen) mit einer Kommunalwaldfläche von 140 Hektar stellt wiederum fest: „Der Waldumbau hin zu noch mehr Mischbaumarten vor allem über natürliche Ansamung kann nur durch eine konsequente Jagd zur Anpassung der Rehwildbestände und damit zur Reduktion des Wildverbisses erreicht werden.“ Die Pflege der Mischbestände sei erforderlich, um die Baumartenvielfalt zu erhalten, zu fördern und die Wälder stabil für Klimaextreme zu machen.

Oberbayern ist die „Insel der Glückseligen“

Der 34 Hektar große Kommunalwald im Markt Diessen am Ammersee (Landkreis Landsberg) hatte 2018 mit großen Trockenschäden zu kämpfen, die teils erst 2019 vor allem an den Buchen sichtbar wurden. Die Borkenkäferschäden waren dagegen vergleichsweise gering, da der Sommer mit ausreichend Niederschlag gesegnet war. Das südliche Oberbayern sei die „Insel der Glückseligen“ gewesen. Einziger Wermutstropfen: der Hagelschlag im Juni 2019 mit massiven Schäden an Jung- und Altbeständen. „An ein normales Arbeiten im Wald ist bei darniederliegendem Holzmarkt freilich nicht zu denken“, heißt es aus Diessen.

Waldumbau seit 30 Jahren

Der Waldumbau hin zu klimatoleranten Wäldern sei bereits seit 30 Jahren im Gange und „nicht erst seit ihn die Politik als Wahlkampfthema entdeckt hat“. Der Umbau sei genauso langwierig wie ein Baumleben (80 bis 100 Jahre) und werde in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Waldbesitzervereinigung Landsberg weiter fortgeführt. „Wir verfallen in keine Hysterie bezüglich neuer Baumarten, wie z. B. Zedern oder im Mittelmeerraum vorkommende Eichenarten. Im Alpenvorland werden auch in 50 Jahren noch strenge Fröste das Wachstum dieser Exoten begrenzen.“ „Das Interesse am Wald und seiner Bewirtschaftung steigt mit der öffentlichen Diskussion darüber“, so die Antwort auf die Frage nach den Reaktionen der Bürger. Informationsveranstaltungen und Sammelberatungen erfreuten sich hoher Besucherzahlen.

Entbürokratisierung der Förderung gefordert

Auch aus Sicht der oberfränkischen Gemeinde Kirchenlamitz (Landkreis Wunsiedel) mit ihren ca. 65 Hektar Rechtlerwaldungen, die zu 100 % im Naturpark Fichtelgebirge und zu 80 % in Wasserschutzgebieten und/oder Erholungswald seien, „wäre der Wunsch für den Kommunalwald klar: deutliche Anhebung der Förderung und deren Entbürokratisierung“. Die Kommunalwälder könnten nicht alleine als betriebswirtschaftliches Kapital gesehen werden, „sondern die vielfältigen Funktionen bedingen eine ganz andere Ausrichtung der Bewirtschaftung“. „In Anbetracht der Einnahmen werden die Ausgaben definitiv nicht kostendeckend möglich sein, wenn alle Ziele erreicht werden sollen.“

Die Stadt Erlangen in Mittelfranken verweist darauf, den Wald schon seit Jahrzehnten durch geeignete Pflege- und Pflanzmaßnahmen in einen klimatoleranten Mischwald umzubauen. Die Anreicherung mit Laubholz und der Erhalt von Tannen spiele hierbei eine wichtige Rolle. Es sei aber auch wichtig, neue Baumarten zu testen. Dies werde derzeit schon mit Douglasie, Esskastanie, Libanonzeder und Atlaszeder gemacht. Insgesamt nutze man viele heimische Baumarten.

Unterfranken – Hotspot des Klimawandels

Unterfranken gilt als Hotspot des Klimawandels in Bayern. Ganz besonders betroffen ist die Fichte dort, wo sie schon bisher außerhalb ihres natürlichen kühl-feuchten „Wohlfühlbereichs“ angebaut wurde: Im Bereich der Fränkischen Platte (Landkreis Main-Spessart) gab es auf einer Waldfläche von ca. 1.050 Hektar eklatante Trockenschäden. Fachleute befürchten gar, dass die Fichte in fünf Jahren verschwunden ist. Lange Trockenperioden und erhöhte Temperaturen im Zuge des Klimawandels schwächen die Fichte und machen sie angreifbar für Schädlinge.

Erschreckende Ausfälle sind auch bei den Buchen zu verzeichnen. Selbst die Eichen sind geschädigt, erweisen sich aber in Dürrezeiten vergleichsweise als immer noch überwiegend vital. Neue Pilzerkrankungen wie Diplodia an der Kiefer und Rußrindenkrankheit am Ahorn sowie die Massenvermehrung von Schwammspinnern tun ihr Übriges.

Die Fichte verabschiedet sich

„Die Fichte wird sich in den nächsten Jahren verabschieden“, heißt es aus dem Markt Mönchberg (Landkreis Miltenberg) mit einer Waldfläche von 1.250 Hektar. Ähnlich die Situation in der Gemeinde Waldbüttelbrunn (Landkreis Würzburg): Auf einer Waldfläche von 110 Hektar hat die Trockenheit sehr starke Schäden verursacht. Die Fichte ist komplett von Trockenheit und Borkenkäfer vernichtet. Auch Kiefer und Buche, vor allem die alten starken Bäume, sind stark betroffen und viele abgestorben. Die Gemeinde steht für eine langfristige, natürliche Verjüngung des Waldes, „um damit eine möglichst hohe genetische Variabilität zu gewährleisten“. Gepflanzt werden klimatolerante Baumarten wie Elsbeere, Speierling, Eiche, Baumhasel, Esskastanie, Libanonzeder oder Douglasie. Als einziger Umfrageteilnehmer plädiert die Gemeinde für ein „deutliches Umschwenken der Politik hin zu einer klaren Klimapolitik“. Die Aufforstung mit heimischen klimatoleranten Baumarten, sowie die Einbringung fremdländischer Baumarten hat sich auch die Stadt Karlstadt (Landkreis Main-Spessart) auf die Fahnen geschrieben.

Auch in der Stadt Günzburg (1.120 Hektar) weisen die Wälder enorme Schäden auf: Borkenkäfer an der Fichte, Eschentriebsterben und Trockenschäden an allen anderen Baumarten. Die Stadt Krumbach (Landkreis Günzburg) mit ihren 585 Hektar Kommunalwald vermeldet, „von Waldbesuchern immer wieder nach dem Patient Wald gefragt“ zu werden. So lange alles grün sei, nähmen Naturnutzer die Dramatik in solchen Extremjahren wenig wahr. In der Gemeinde Osterberg (Landkreis Neu-Ulm) erkennen Gäste den Naherholungswert des Waldgebiets (254 Hektar) in und um den Ort.

Wälder sind Topthema

Die Situation der (Kommunal-) Wälder und Forstbetriebe im Klimawandel ist für den gesamten bayerischen Forstsektor ein Topthema. Die 21 Verbände und Organisationen der Vertreter der bayerischen Forstwirtschaft haben daher den Klimaholzwürfel als kommunikatives Symbol erstellt und auf die Reise geschickt. Er soll in ganz Bayern auf die Zusammenhänge aufmerksam machen. Auch der „Waldtag Bayern“ am 10. September 2020 in Iphofen wird ganz im Zeichen des Kommunalwalds stehen.

Für die Kommunen heißt es nun, am Thema dranzubleiben, Beratung einzuholen, mit anderen Kommunen Erfahrungen auszutauschen, Rahmenbedingungen zu verbessern und den eigenen Wald aktiv fit zu machen.

Privatwaldbesitzer sensibilisieren

Darüber hinaus wird in den Stellungnahmen, die der Bayerischen GemeindeZeitung vorliegen, vorgeschlagen, dass Kommunen Privatwaldbesitzer sensibilisieren und mit ihnen in der Wald- und Forstwirtschaft kooperieren, zum Beispiel im Rahmen gemeinsamer Pflanzaktionen und Durchforstungen oder beim Schalenwildmanagement. Eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen wird als unverzichtbar bezeichnet. Kommunen sollten über die Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und Waldbesitzer, Bürger und Betriebe informieren und alle Beteiligten zu mehr Klimaschutz ermutigen. Und natürlich als Vorbild vorangehen. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

2020 ist das Jahr der Kommunalwahlen in Bayern. Der 15. März ist für die meisten Kandidaten der Tag der Entscheidung. In manchen Kommunen wird es auch zu Stichwahlen am 29. März kommen. Schon jetzt steht fest: Die Wähler haben andere Ansprüche als noch vor sechs Jahren.

Bei keiner anderen Wahl sind die Kandidaten näher am Menschen und auf keiner anderen Ebene kann Politik so direkt und bürgernah umgesetzt werden wie in der Kommunalpolitik. Das hat Sonnen- und Schattenseiten für die verantwortlichen Mandatsträger, da politische Erfolge einerseits schnell spürbar sind, andererseits die Bürger ihre Kritik an politischen Entscheidungen auch direkt an die Verantwortlichen zurückspiegeln.

Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt!

Dies macht Kommunalpolitik, die zu Recht von vielen als die Königsdisziplin der Politik angesehen wird, so herausfordernd und erfüllend zugleich.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Wahrnehmung von Politik in den vergangenen sechs Jahren spürbar verändert hat: Die Menschen sind insgesamt kritischer geworden – gegenüber Entscheidungen, Entscheidungsprozessen und insbesondere gegenüber Parteipolitik. Diese Ergebnisse spiegeln sich ebenso in den Städten und Gemeinden wider, wie aktuelle Erhebungen zur Kommunalpolitik in Bayern zeigen. Die Bürger fordern mehr Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse und mehr aktive Beteiligungsmöglichkeiten zwischen den turnusgemäßen Wahlterminen. Gleichzeitig sind die Besuchszahlen – und das erlebt jeder gewählte Mandatsträger – in den kommunalen Sitzungen teils verschwindend gering. Hier ist die Kommunalpolitik angehalten, neue Wege zu beschreiten und die veränderten Ansprüche wieder in Einklang zu bringen.

So steht die Kommunalpolitik zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen notweniger Transparenz und zügiger Handlungsfähigkeit bei gleichzeitig gewichtigen Zukunftsentscheidungen.

Zugleich zeigen die aktuellsten Umfragewerte auch: Insgesamt genießen die Kommunalpolitiker in Bayern einen guten Ruf und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den Landräten, Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Ratsmitgliedern ist nach wie vor sehr groß. Das ist auch ein Erfolg des langjährigen Engagements unserer Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), die durch attraktive Veranstaltungen, interessante Aktionen und fachmännische Schulungen für die Mandatsträger ein positives öffentliches Bild von Kommunalpolitikern in Bayern mitgestaltet hat.

Eine bedenkliche Tendenz trübt die durchaus positiven Erhebungen: Eine zunehmende Verrohung des öffentlichen Diskurses, ein rücksichtsloser und teils brutaler Umgang unter den Menschen auf der Straße sowie in den Sozialen Medien. Eine Folge dessen ist jetzt schon spürbar: Immer weniger Bürger sind bereit, für ein politisches Mandat vor Ort zu kandidieren.

Der Schutz unserer künftigen Mandatsträger innen und Mandatsträger sowie die Art und Weise, wie Politik im Jahr 2020 auf kommunaler Ebene vermittelt werden soll, das ist eine der Aufgaben für alle Verantwortlichen in Bayerns Kommunen ab dem 15. März 2020. Fest steht schon jetzt: Bürgernahe Kommunalpolitik ist 2020 gefragt.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Leserbrief an die GZ

Wir Förster wurden belächelt

GZ Nr. 24/2019, Kommentar auf Seite 3:

Als gelernter Förster möchte ich ein paar Anmerkungen zu Ihrer „Ursachensuche“ machen. Die starke Förderung des Fichtenanbaus in der Vergangenheit hat m. E. mehrere Gründe:

- Gerade nach dem Krieg waren unsere Wälder ausgeplündert (Autarkiebestrebungen im Dritten Reich, Reparationshiebe der Siegermächte). Es galt, möglichst schnell wieder überhaupt „Wald“ auf die Kahlflächen zu bringen, der noch dazu in der Lage war, den Rohstoffhunger für vielseitige Zwecke rasch stillen zu können. Hier war die Fichte sicherlich eine sehr geeignete Baumart. Sie ist leicht anzuziehen und auszupflanzen, hält auch (im Gegensatz zu den allermeisten Laubbaumarten und der Tanne) die häufigen Spätfröste auf Kahlflächen aus, ist im weiteren Bestandsleben sehr „pflegeleicht“ (die Fichte wächst immer gerade) und bietet durch den raschen Wuchs bald vielseitige Nutzungsmöglichkeiten (Stangen, Zaunpfosten, Papierholz ...).
- Die Fichte ist im Gegensatz zu den meisten anderen Baumarten beim Wild wenig beliebt. Durch die von den Nazis begonnene und nach dem Krieg (vielerorts bis heute!) weiter betriebene „Hege“ von überhöhten Beständen an Reh-, Rot- und Gamswild war und ist es vielerorts aufgrund des übermäßigen Wildverbisses schlicht unmöglich, gemischte Wälder ohne sehr aufwändige Schutzmaßnahmen hochzubringen. Der hohe Fichtenanteil ist auch diesen überhöhten Wildbeständen zu „verdanken“, die (fast) nichts außer Fichten haben aufwachsen lassen.
- Die Folgen des Klimawandels werden den meisten Menschen erst langsam durch die erlebten Schadereignisse bewusst. Ich kann für meine Generation der Förster mit Fug und Recht behaupten, dass wir niemals reinen Fichtenbeständen oder Wäldern mit sehr hohen Fichtenanteilen das Wort geredet haben, sondern immerstandortangepassten Mischwäldern. Leider sind diese Appelle bei vielen ebenso verhallt wie die Warnungen vor negativen Folgen des Klimawandels gerade in fichten- (und auch kiefern-)-dominierten Wäldern! Lange wurden wir Förster dafür belächelt bis hin zur Unterstellung, wir bräuchten für unsere Daseinsberechtigung ein neues Schreckensszenario, zumal das angekündigte Waldsterben“ in den 80er Jahren eben auch ausgeblieben sei (dass diese Bedrohung abgewendet werden konnte, weil damals die Politik mit der konsequenten Entschwefelung der Kohlekraftwerke beherzt gehandelt hatte, wird dabei geflissentlich verschwiegen!).

Es ist wichtig, Fehler der Vergangenheit (umfassend!) zu analysieren und Lehren daraus zu ziehen. Das haben wir Förster nach meiner Überzeugung längst getan. Ich hoffe, die Kommunen tun das auch so konsequent, und zwar nicht nur in Bezug auf ihre Wälder. Ich denke da an die Art des Energieeinsatzes in kommunalen Einrichtungen, in den Gewerbebetrieben und bei der Ausweisung von Baugebieten. Ich denke aber auch an den Umgang mit der Fläche an sich (Stichwort Flächenverbrauch, wo zwar viel geredet wird, aber aus meiner Sicht nur wenige Fortschritte zu verspüren sind!) und die Behandlung kommunaler Grünflächen ...

Jeder kann was tun und sollte dabei bei sich selber anfangen!

Alfons Leitenbacher
AELF Traunstein

Keine Entfremdung von ...

(Fortsetzung von Seite 1)
vollumfänlich ausgeschöpft werden, damit die Fläche einen Nutzen davon habe. Hier stünden nun insbesondere die Länder in der Pflicht.

Generell sprach sich der DLT-Präsident für eine neue Verkehrspolitik aus, die ausgewogen Stadt und Land in den Blick nehme und sich am Maßstab gleichwertiger Lebensverhältnisse orientiere. „Die erforderliche Mobilitätswende spielt sich in der Stadt und auf dem Land ab. Die Vision einer autofreien Kommune konzentriert sich allerdings bislang fast ausschließlich auf die Großstädte. Elektrofahrzeuge und andere alternative Antriebe können aber vor allem in der Fläche ein wichtiger Lösungsbaustein sein. Soll Elektromobilität oder die Wasserstofftechnik breite Akzeptanz finden, muss entsprechende Infrastruktur mit Unterstützung von Bund und Ländern noch weiter und verstärkt flächendeckend ausgebaut werden. Auch autonome Fahrzeugkonzepte sollten vorrangig in der Fläche erprobt werden“, unterstrich Sager.

Kreisumlage nach bestem Wissen und Gewissen

Mit Blick auf die jüngere Rechtsprechung zur Kreisumlage und der damit im Zusammenhang stehenden Finanzlage der kreisangehörigen Gemeinden meinte der Landkreistagschef: „Nach dem klarstellenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Mai letzten Jahres ist zu hoffen, dass sich die Diskussion an dieser Stelle beruhigt und die völlig überzogene ‚Erfindung‘ von Verfahrenspflichten der Landkreise bei der Kreisumlagefestsetzung rasch ein Ende findet. Die Festsetzung der Kreisumlage durch die Kreistage erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen.“ Die Verfahrensanforderungen könnten die Landkreise selbst gestalten. Die Durchführung eines formalisierten Anhörungsverfahrens sei laut Bundesverwaltungsgericht gerade nicht zwingend geboten. Sager zeigte sich erfreut, dass dies vom OVG Saarlouis bereits in einem ersten Revisionsverfahren nach der Richtigstellung durch das Bundesverwaltungsgericht konsequent berücksichtigt worden sei.

Festlegung durch den Landesgesetzgeber

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Mai 2019 entschieden, dass kreisangehörige Gemeinden vor Festlegung der Höhe des Kreisumlagesatzes nicht förmlich angehört werden müssen. Es lasse sich dem Grundgesetz nicht entnehmen, auf welche Weise der Finanzbedarf der von der Kreisumlage betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen sei. Daher obliege die Festlegung des betreffenden Prozederes vorrangig dem Landesgesetzgeber. Gebe es derartige Regelungen nicht, müssten die Landkreise entsprechende Verfahrensregelungen treffen.

Im Jahr zuvor hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in einem Verfahren zur Kreisumlage im Landkreis Forchheim ebenfalls ein formales Anhörungsverfahren nicht für notwendig erachtet, um den Finanzbedarf der Gemeinden zu ermitteln.

Gedeihliches Miteinander von Kreisen und Gemeinden

Sager sprach sich vor diesem Hintergrund für ein gedeihliches Miteinander zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden aus: „Landkreise und Gemeinden sind eine kommunale Familie, in der überörtliche Aufgaben wie die Vorhaltung von Krankenhäusern, Gymnasien und Berufsschulen, Kreisstraßen, des ÖPNV oder die Abfallentsorgung im Interesse und zum Nutzen der Gemeinden von den verwaltungsstärkeren Landkreisen verantwortet werden. Deshalb gilt es, verantwortungsvoll miteinander umzugehen, wobei uns das geltende Recht den Rahmen dazu liefert.“

Wesentlich sei, aus der Rechtsprechung keine neuen Unsicherheiten oder Missverständnisse abzuleiten, sondern sie zu sehen wie sie sei: eine befriedende Auslegung des geltenden Rechts: „Die Landkreise haben keinerlei Interesse an Konfrontation und Konflikten im kommunalen Raum“, so Sager.

Erneut hat sich der Kommunalverband klar gegen eine mögliche Übernahme kommunaler Altschulden in einzelnen Bundesländern durch den Bund positioniert und stattdessen mehr Zukunftsinvestitionen in gleichwertige Lebensverhältnisse gefordert. Präsident Landrat Reinhard Sager: „Die Bedingungen für eine Altschuldenübernahme sind überhaupt nicht erfüllt. Keines der betroffenen Länder hat sich in den vergangenen Monaten zu seiner Alleinverantwortung für die finanzielle Lage seiner Kommunen bekannt und dargestellt, wie es eine künftige Unterfinanzierung seiner Kommunen unterbinden werde. Es geht zudem bei der Gleichwertigkeit vor allem darum, nach vorne gerichtet etwas für die ländlichen, aber auch für die strukturschwachen Räume zu tun und dadurch das Land zusammenzuhalten sowie einer fortschreitenden Entfremdung von ländlichen und städtischen Räumen entgegenzuwirken. Das rückwärtsgewandte Abtragen kommunaler Altschulden im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz und dem Saarland durch den Bund wäre kein zukunftsweisender Beitrag zur Erreichung dieses Ziels. Der Bund sollte nicht die falschen Prioritäten setzen und durch unsolidarisches Verhalten die Ziele der Gleichwertigkeitsdebatte in ihr Gegenteil verkehren.“

Zukunftsorientierung für gleichwertige Lebensverhältnisse

Statt der Altschuldenfrage solle der Bund besser zukunftsorientierte Maßnahmen im Rahmen gleichwertiger Lebensverhältnisse finanzieren, bekräftigte er: „Wir brauchen dringend eine wirksamere Struktur- und eine bessere Förderpolitik. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Mittel für einen besseren und schnelleren Breitband- und Mobilfunkausbau sowie die Verkehrswende, da in diesen Bereichen mit Blick auf den Standort Deutschland und damit Wohlstand und Zukunft unseres Landes kraftvoll investiert werden muss.“ Gerade aus Sicht der ländlichen Räume sei dies von großer Bedeutung, die den weit überwiegenden Teil Deutschlands ausmachten.

Mit Blick auf die finanzielle Ausstattung von Landkreisen, Städten und Gemeinden wies Sager darauf hin, dass der Deutsche Landkreistag etwa einen Rechtsstreit um den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz begleitet, über den das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. „Es geht um die Stadt Pirmasens und den Landkreis Kaiserslautern, die beide mehr Geld vom Land fordern, hergeleitet aus der Gewährleistung des Grundgesetzes im Hinblick auf eine angemessene kommunale Finanzausstattung durch das jeweilige Land“, erläuterte er. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2017 Gemeinden und Landkreisen ein Klagerecht eröffnet, wenn das Schutzniveau der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie nach den Landesverfassungen hinter dem des Grundgesetzes zurückbleibe.

Das Land bleibt in der Pflicht

Das Gericht erhalte daher eine weitere Gelegenheit zur Feststellung, dass sich das jeweilige Land nicht aus der finanziellen Verantwortung für seine Kommunen herauswinden könne. „Und genau das meinen wir ebenso in der Frage der Altschulden: Auch hier müssen die Länder für Fehler der Vergangenheit einstehen und die aufgelaufene kommunale Verschuldung gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden abtragen. Das gebietet bereits der gesunde Menschenverstand. Ein Engagement des Bundes wäre deplatziert“, bemerkte der DLT-Präsident. **DK**

Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern:

Start für neue Projektausschreibung

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, gleichzeitig Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern, gibt auch in 2020 den Startschuss für die Förderung von Ehrenamtsprojekten: „Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wollen wir neue Initiativen, Projekte und Ideen im Bereich Ehrenamt unterstützen. Ab sofort können sich alle bewerben, die ein solches Projekt durchführen wollen. Sie können eine Fördersumme von bis zu 5.000 Euro erhalten.“

Noch bis 20. März 2020 können Anträge bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern eingereicht werden. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wurde gegründet, um Freiwilligen vor Ort das Bürgerschaftliche Engagement zu erleichtern. Die gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts fördert Projekte, Initiativen, Organisationen und Vereine, die mit zukunftsweisenden Konzepten und Ideen durch ehrenamtlichen Einsatz das Gemeinwohl nachhaltig stärken und unterstützen. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführerin Jusra Al-Kaisi.
Informationen: www.ehrenamtsstiftung.bayern.de/foerderung/projektausschreibung/index.php ❐

Mehr Zukunft wagen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Im Unterschied zu anderen Branchen gibt es hier im Freistaat keinen Nachwuchsmangel. Zu Recht hat das Thema Innere Sicherheit bei der Bayerischen Staatsregierung einen sehr hohen Stellenwert“, unterstrich der Minister.

Der Verrohung unserer Gesellschaft entgegenwirken

Was die zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen in den sozialen Netzwerken gegenüber Kommunalpolitikern, aber auch Mitarbeitern in Verwaltungen oder Behörden anbelangt, müssen diese nach Herrmanns Überzeugung zur Anzeige gebracht und konsequent verfolgt werden. Die Sicherheitsbehörden seien hierzu personell und technisch besser auszustatten. Dem Trend einer immer stärkeren Verrohung in der Gesellschaft könne und dürfe man nicht arglos zusehen.

Anonyme E-Mails könnten zwar oftmals nicht sofort zurückverfolgt werden, doch sei man hier nicht völlig hilflos, wie Herrmann anhand eines aktuellen Falls berichtete. Wiederholt seien in den vergangenen Monaten Droh-E-Mails an Moscheen, Parteizentralen, Medien und andere Einrichtungen in Bayern gesandt und konkrete Drohungen ausgesprochen worden. Die Verfasser hätten unter anderem mit Sprengstoffanschlägen gedroht. Dem bayerischen Landeskriminalamt sei es aber geglückt, die anonym versandten Mails zurückzuverfolgen und die Absender zu ermitteln.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Auf einem erfolgreichen Kurs sieht Herrmann auch und insbesondere die Integration in Ausbildung und Arbeit von Menschen mit Migrationshintergrund. Der Freistaat hat laut Herrmann die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote bei Ausländern (Bayern: 6 Prozent; Bundesdurchschnitt: 11,9 Prozent). In keinem Bundesland seien mehr Menschen mit Migrationshintergrund erwerbstätig (Bayern: 73,7 Prozent; Bundesdurchschnitt: 67,7 Prozent). Herrmann betonte aber auch, dass die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund (73,7 Prozent) nach wie vor geringer ist als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (81,2 Prozent).

Fachkommission „Zukunft Integration in Arbeit“

Die Integrationsbemühungen von Wirtschaft, Verwaltung, Ehrenamt und weiteren Akteuren sollen daher künftig noch besser koordiniert werden. Auf seinen Vorschlag hin habe der Ministerrat beschlossen, eine ständige Fachkommission „Zukunft Integration in Arbeit“ einzurichten. Dort sollen Fäden zusammenlaufen und die gemeinsamen Anstrengungen der maßgeblichen Akteure auf dem Arbeitsmarkt gebündelt werden, erklärte Herrmann.

Einen herausragenden Stellenwert für die Integration hätten außerdem die Bereiche Ehrenamt und Sport: „Eigenes ehrenamtliches Engagement hilft Migranten, sich sozial zu integrieren. Wer sich etwa bei einer freiwilligen Feuerwehr oder in einem Sportverein engagiert, wird Teil eines Teams und damit Teil unserer Gesellschaft.“ Gleichzeitig profitierten Migranten selbst enorm von der wertvollen Arbeit ehrenamtlicher Helfer, die sich für eine erfolgreiche Integration in Bayern einsetzen. Die Integration durch Ehrenamt und Sport will Herrmann daher weiterhin stärken, etwa in dem Ehrenamtliche vor Ort hauptamtliche Integrationslotsen als starke Ansprechpartner zur Seite gestellt bekommen. „In mittlerweile 86 Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es solche Integrationsprofis, die wir mit bis zu 60.000 Euro fördern.“

Insgesamt seien die Verfahren im Ausländer- und Asylrecht deutlich beschleunigt worden, führte Herrmann weiter aus. Er wertete es als große Leistung des Bundesamtes und der Landesbehörden, dass die Durchschnittsdauer bei den behördlichen Asylverfahren inzwischen bei rund drei Monaten liegt.

Herrmann betont die Balance zwischen Humanität und Ordnung: „Rund ein Drittel der Asylanträge werden positiv verbeschieden, die Abgelehnten müssen im Regelfall unser Land auch wieder verlassen.“ Dazu zählten auch z. B. wegen Drogenhandels und schwerer Körperverletzung vorbestrafte Personen, selbst wenn sie inzwischen einen Arbeitsplatz in Deutschland bekommen haben.

Dagegen gebe es im Falle gut integrierter Flüchtlinge, die aufgrund noch andauernder Asylverfahren bereits einige Zeit in Deutschland leben, durchaus Möglichkeiten, von einer Rückführung nach Antragsablehnung abzusehen. Durch die Regelungen im Rahmen des Migrationspakets seien Regelungen geschaffen worden, mit denen die Möglichkeiten der Ausbildungsduldung noch offensiver angewendet werden könnten und besondere Integrationsleistungen von Asylbewerbern anerkannt werden könnten, ohne dass es zu einer Aufgabe der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration durch einen Spurwechsel komme. Sowohl die zentralen Ausländerbehörden als auch das Landesamt für Asyl und Rückführung prüften hier jeden Einzelfall.

Entlastung der Ballungsräume und attraktivere Gestaltung der ländlichen Räume

Als klaren Auftrag an die Politik erachtet Herrmann schließlich weiterhin die Entlastung der Ballungsräume und die attraktivere Gestaltung der ländlichen Räume gerade auch für junge Menschen. Benötigt würden dort vor allem attraktive Arbeitsplätze sowie eine gute Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Internet, Kinderbetreuung, Bildung und Gesundheit. Wenn dadurch vermehrt junge Menschen aufs Land ziehen, könnten die Entwicklung und die Altersstruktur dort positiv beeinflusst werden. **DK**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Huml:

Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat wird 2020 weiter ausgebaut

Schwerstkranke Menschen müssen möglichst wohnortnah betreut werden

Die Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen in Bayern wird in diesem Jahr weiter ausgebaut. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hingewiesen. Huml betonte: „Wer das Ende des Lebens vor Augen hat, braucht eine einfühlsame und medizinisch hochwertige Versorgung – am besten vor Ort.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Der bedarfsgerechte Ausbau der Strukturen in den Städten und ländlichen Regionen ist mir sehr wichtig. Wir werden deshalb den Ausbau der Hospiz- und Palliativangebote auch in den kommenden Jahren kräftig unterstützen. Unser Ziel ist es, die Angebote langfristig zu verdoppeln. Hierbei befinden wir uns auf einem guten Weg.“

Die Ministerin erläuterte: „Im Jahr 2019 sind in Bayern 16 neue stationäre Hospizplätze entstanden. Außerdem kamen 6 Palliativbetten sowie 5 palliativmedizinische Dienste hinzu.“

Huml ergänzte: „So haben wir erst kürzlich einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro für den Bau des stationären Hospizes in Bernau bewilligt. Im Chiemseehospiz, das bereits gebaut wird, sollen bis Herbst 2020 zehn stationäre Hospizplätze entstehen. Darüber hinaus wird das palliativmedizinische Angebot für die Menschen in Mittelfranken und Niederbayern ausgeweitet. So wurde die Palliativstation am Klinikum Ansbach zum 1. Dezember 2019 um zwei Betten auf insgesamt zehn Betten erweitert. Zusätzlich entstanden zwei neue palliativmedizinische Dienste am Klinikum Nürnberg Nord sowie an der Arberlandklinik Viechtach.“

Huml unterstrich: „Schwerstkranke Menschen müssen wissen, dass sie in ihren letzten Tagen nicht alleine gelassen werden und bis zuletzt eine bestmögliche Betreuung erhalten. Deshalb fördern wir die Schaffung qualitativ hochwertiger Versorgungsangebote, um die Menschen möglichst wohnortnah zu betreuen. Im Doppelhaushalt 2019/2020 stehen für den Ausbau der Hospiz- und Palliativangebote jährlich über 2,1 Millionen Euro zur Verfügung – und damit insgesamt 1,2 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.“

480 Palliativbetten in 112 Krankenhäusern

Derzeit gibt es in Bayern an insgesamt 112 Krankenhäusern stationäre palliativmedizinische Versorgungsstrukturen. So verfügen 51 Kliniken über eine Palliativstation mit insgesamt 480 Palliativbetten und es gibt bayernweit mittlerweile 72 palliativmedizinische Dienste. Außerdem gibt es in Bayern 45 Teams zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung für Erwachsene (SAPV) und sechs Teams für Kinder und Jugendliche (SAPV-KJ).

An 20 Standorten im Freistaat werden mittlerweile 215 stationäre Hospizplätze vorgehalten. Die Ministerin fügte hinzu: „Langfristig ist in den kommenden Jahren eine Erhöhung auf 280 stationäre Hospizplätze vorgesehen. Das stationäre Hospiz in Kempten wird derzeit erweitert. Es wird Anfang 2020 mit 12 Hospizplätzen – also 4 zusätzlichen Hospizplätzen – eröffnet. Das neue Hospiz in Bernau soll 2020 die Versorgung aufnehmen. In Nürnberg wurde Mitte Oktober 2019 ein teilstationäres Tageshospiz mit sechs Plätzen eröffnet. Es ist das erste Angebot dieser Art in Bayern.“

Sie ergänzte: „Das Kinderhospiz in Bad Grönenbach, das für acht schwerstkranke Kinder und Jugendliche und deren Angehörige Platz bietet, erhält eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 90.000 Euro für die Ausstattung von neuen Therapieräumen. Darüber hinaus wird in Bamberg ein neues Kinder- und Jugendhospizzentrum mit 12 stationären und 4 teilstationären Plätzen entstehen, Dieses Vorhaben fördert das bayerische Gesundheitsministerium mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 8,5 Mio. Euro. Der zukünftige Betreiber des Kinder- und Jugendhospizzentrums hat bereits den Förderantrag gestellt. Mit dem Bau soll im zweiten Quartal 2020 begonnen werden.“

Ehrenamtliche Helfer unverzichtbar

Die Ministerin erläuterte: „Für eine menschliche Gesellschaft sind ehrenamtliche Helfer unverzichtbar. Im Hospiz- und Palliativbereich tragen sie maßgeblich dazu bei, dass sterbende Menschen bis zuletzt in Würde leben können. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.“

In Bayern gibt es ca. 140 Hospizvereine. Rund 7.000 Ehrenamtliche engagieren sich in der ambulanten Hospizversorgung. Sie begleiten die Betroffenen und ihre Angehörigen und Familien insbesondere zu Hause, in Krankenhäusern oder in stationären Pflegeeinrichtungen. ❐

Wärmenetze mit Tiefengeothermie ausbauen!

Gemeinsames Impulspapier von VKU, AGFW, BEE und BVG

In Deutschland sind aktuell 37 Tiefe Geothermie-Anlagen in Betrieb, die circa 1,2 TWh klimaneutrale Wärme pro Jahr erzeugen. Die Tiefengeothermie trägt damit bereits heute erheblich zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen und weiterer Luftschadstoffe bei. Um die Emissionsminderungsziele des Bundes-Klimaschutzgesetztes einzuhalten, bedarf es jedoch zusätzlicher Impulse für die Bereitstellung von klimaneutraler Wärme, wie der Verband kommunaler Verbände e.V. (VKU), der Energieeffizienzverband AGFW, der Bundesverband Erneuerbarer Energie e.V. (BEE) und der Bundesverband Geothermie e.V. (BVG) in einem gemeinsamen Positionspapier darlegen.

Das Leibniz Institut für Angewandte Geophysik (LIAG) beziffert das technische Potenzial der auf Basis von Tiefengeothermie bereitgestellten Wärme bis zum Jahr 2050 auf bis zu 100 TWh pro Jahr. Dies entspricht der Hälfte der Energiemenge, die derzeit für die Bereitstellung von Wärme mit Erdöl aufgewendet wird.

In ihrem gemeinsamen Impulspapier bekennen sich die vier Verbände zu der Zielsetzung, den Ausbau geothermisch bespeister Wärmenetze zu forcieren. Hierzu empfehlen die Verbände folgende Maßnahmen:

1. Eine Novellierung des KWKG mit dem Ziel der Einbindung von Geothermie in Fernwärmenetze. Besonders hervorzuheben sind die Einführung eines EE-Wärmebonus, die Streichung der Transportkapazitätserhöhung als Bedingung für die Wärmenetzförderung bei Netzumstellungen und die Aufnahme der Anbindung Erneuerbarer-Energien-Wärmeerzeugungsanlagen in die Netzförderkriterien des KWKG.

2. Die Berücksichtigung von erneuerbaren Wärmequellen mit höheren Temperaturniveaus im Programm „Wärmenetze 4.0“. Dazu ist die Maximaltemperatur für das Fernwärmenetz in der Wärmenetze-4.0-Förderung zu streichen.

3. Die Verbesserung der KfW-Förderung in dem Programm „EE Premium“ (bzw. perspektivisch im Basis-Programm). Insbesondere sollte die Förderung für den Ausbau von Fernwärmeleitungen deutlich erhöht werden, auf ca. 50 Prozent der Baukosten. Für die Bohrkostenförderung ist es wesentlich, die Beschränkung der förderfähigen Bohrungen pro Projekt (aktuell: vier Bohrungen) aufzuheben und die maximale Förderhöhe von 10 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro zu erhöhen sowie die Tiefenbeschränkung von 2.500 Meter entfallen zu lassen.

4. Tiefengeothermische Projekte bedürfen einer verbesserten Absicherung in der Anfangsphase der Investition. Die Etablierung eines Wärmenetztransformations-Fonds ist hierfür geeignet. Mit Blick auf die Geothermie sollten die Mittel zur Reduzierung des Fündigkeitsrisikos, zur Durchführung von seismischen Messkampagnen und zur Erforschung des Tiefen Untergrundes bei nicht fündigen Bohrungen eingesetzt werden.

5. Anreize für eine kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung aus Geothermieanlagen im EEG. Dazu bedarf es der Einführung einer Flexibilitätsprämie für kombinierte Wärme- und Stromprojekte. Hierzu zählen weiterhin eine Befreiung des Pumpenstroms von der EEG-Umlage und eine Veränderung bei der Degressionsreglung für die Einspeisevergütung.

6. Für die bedeutenden Wärmesenken in Deutschland sollte ein Masterplan Geothermie erarbeitet werden. Dieser sollte die besonderen Potenziale und Rahmenbedingungen der Tiefengeothermie mit Blick auf Planungszeiträume, Projektrisiken und Technologieentwicklung berücksichtigen, wie es z.B. schon in den Niederlanden erfolgt ist. Er sollte die bisherige Studie zur Stromerzeugung aus Geothermie (TAB Sachstandsbericht 2003) um einen Sachstandsbericht zu den Möglichkeiten geothermischer Wärmebereitstellung ergänzen. Hierbei sollten auch die positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

7. Die Potenziale der Tiefen-Geothermie sind bisher noch nicht ausreichend bekannt. Dies gilt sowohl für die Energiebranche als auch für die Allgemeinheit. Für eine Berücksichtigung in zukünftigen Investitionsentscheidungen, Gesetzgebungsverfahren aber auch für eine hohe Akzeptanz besteht hier Handlungsbedarf, der nicht ausschließlich durch den kleinen Kreis der gegenwärtigen Betreiber abgedeckt werden kann. Aus diesem Grund sollte eine bundesweite Informationskampagne zum Thema Geothermie durchgeführt werden. **DK**

Windstandort Hofoldinger Forst:

Konzeptionen bleiben in kommunaler Hand

ARGE-Mitglieder stimmen Standortsicherungsvertrag zu Windgutachten wird erstellt / Bürgerbeteiligung geplant

Der Standortsicherungsvertrag zwischen den Mitgliedern der ARGE Windenergie im Hofoldinger Forst und den Bayerischen Staatsforsten ist geschlossen. Damit behält die ARGE die kommunale Planungshoheit beim Thema Windenergie im Hofoldinger Forst, stellt eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Planungsprozess sicher und verhindert Großinvestitionen von Dritten.

Drei Jahre haben die Gemeinden Aying, Brunnthal, Otterfing und Sauerlach sowie die beiden Landkreise München und Miesbach nun Zeit zu prüfen, ob die Errichtung von Windenergieanlagen im Hofoldinger Forst wirtschaftlich machbar und ökologisch vertretbar ist. So lange soll es nach dem Willen der ARGE aber nicht dauern. Mit ersten Prüfungen wurde Anfang Dezember 2019 begonnen. Doch erst wenn alle Ergebnisse vorliegen, wollen die Beteiligten entscheiden, ob es Windenergieanlagen im Hofoldinger Forst geben wird.

Windmessung läuft an, artenschutzrechtliche Prüfung folgt

Zum 1. Dezember 2019 wurde die Erstellung eines Windgutachtens beauftragt. Maximal ein Jahr lang soll nun eine Windmessung wesentliche Informationen zum durchschnittlichen Windaufkommen (Windhöffigkeit) im Hofoldinger Forst liefern und zeigen, ob Windenergieanlagen an dieser Stelle machbar und sinnvoll sind. Sollte bereits vor Jahresfrist absehbar sein, dass die Windhöffigkeit nicht ausreicht, um Windenergieanlagen im Hofoldinger Forst wirtschaftlich zu betreiben, haben die ARGE-Mitglieder die Möglichkeit, die Windmessung auch vorzeitig zu beenden und sich gegen die Errichtung von Windenergieanlagen im Hofoldinger Forst zu entscheiden. Nach Abschluss der einjährigen Windmessung soll dann ein detailliertes Windertrags- und Wirtschaftlichkeitsgutachten vorliegen.

Mit Beginn der Vegetationsperiode im Frühjahr 2020 soll zudem die sogenannte spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) beginnen. Sie untersucht potenzielle Standorte für Windenergieanlagen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Artenschutz. Grundlage für die Prüfung bildet das in Paragraph 44 des Bundesnaturschutzgesetzes festgeschriebene Tötungsverbot.

Nur, wenn sowohl Windertragsgutachten als auch spezielle artenschutzrechtliche Prüfung zu dem Schluss kommen, dass Windenergie im Hofoldinger Forst machbar ist, werden die ARGE-Mitglieder über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Ergebnisse werden für Ende 2020 erwartet.

Inhaltliche und finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Von Beginn an hatten sich die Mitglieder der ARGE zum Ziel gesetzt, ein mögliches Windenergie-Projekt unter intensiver Beteiligung und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger anzugehen. So sollen Bürgerinnen und Bürger über alle Projektstufen hinweg umfangreich und fair beteiligt werden – formell, informell und nicht zuletzt finanziell. Das Bekenntnis der ARGE-Mitglieder, ein mögliches Projekt im Hofoldinger Forst als Bürger-Windenergieprojekt realisieren zu wollen, wurde nun auch im Standortsicherungsvertrag mit den Bayerischen Staatsforsten ausdrücklich festgehalten.

Mit Augenmaß

Der Sprecher der ARGE Windenergie Hofoldinger Forst, Brunnthals Erster Bürgermeister Stefan Kern, betonte dazu: „Wir alle sind uns einig, ein mögliches Windenergieprojekt im Hofoldinger Forst behutsam und mit dem notwendigen Augenmaß angehen zu wollen. Unsere Bürgerinnen und Bürger können sicher sein, dass wir uns mit dem Thema gründlich auseinandersetzen und nicht leichtfertig eine Entscheidung fällen. Der Standortsicherungsvertrag mit den Bayerischen Staatsforsten war ein wichtiger Meilenstein, um weiterhin selbst über mögliche Planungen im Hofoldinger Forst entscheiden zu können. Jetzt können wir in Ruhe und unter intensiver Einbeziehung unser Bürgerinnen und Bürger prüfen, ob und falls ja, wie Windenergie im Hofoldinger Forst umgesetzt werden kann. Das haben wir den Anwohnern fest zugesagt und das können sie von uns auch weiterhin erwarten. Die bestmögliche Verträglichkeit mit unserer wertvollen Flora und Fauna und ein Windenergieprojekt in Bürgerhand stehen für uns an erster Stelle.“

In einem ersten Schritt sind für Frühjahr kommenden Jahres öffentliche Informationsveranstaltungen in Planung. Weitere Formate sollen Schritt für Schritt folgen. Aktuelle Informationen zu einem möglichen Windenergieprojekt im Hofoldinger Forst gibt es außerdem immer aktuell unter www.windenergiehofoldinger-forst.de.

Interkommunale Zusammenarbeit

Bereits im Jahr 2013 hatten die vier Gemeinden Aying, Brunnthal, Sauerlach und Otterfing beschlossen, das Projekt Windenergie im Hofoldinger Forst in interkommunaler Zusammenarbeit zu entwickeln, und sich dazu in der „Arbeitsgemeinschaft Windenergie Hofoldinger Forst (ARGE)“ zusammengeschlossen. 2016 traten auf Bitten der Gemeinden auch die Landkreise München und Miesbach der ARGE bei.

Ziel und Geschäftszweck der ARGE ist es, in gemeinsamer Planung Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen. Zudem wurde festgelegt – sofern sich die Windenergienutzung als wirtschaftlich erweisen sollte – den ggf. nachfolgenden Planvollzug so zu steuern, dass die Bevölkerung vor Beeinträchtigungen geschützt, das charakteristische Landschaftsbild erhalten und eine hohe regionale Wertschöpfung erreicht wird. ❐

SuedOstLink:

Planungen in Bayern schreiten voran

TenneT stellt ersten Antrag zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens

Die Planung der Gleichstromverbindung SuedOstLink geht in die nächste Phase: Für einen Teilbereich im Abschnitt zwischen Hof und Pfreimd stellt der Bayreuther Übertragungsnetzbetreiber TenneT den ersten Antrag auf Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens bei der Bundesnetzagentur. Nach § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) enthalten die Unterlagen einen konkreten Trassenvorschlag sowie in Frage kommende Alternativen für den Bereich zwischen Münchenreuth (Landkreis Hof) und Marktredwitz. Im Januar 2020 wird die Antragseinreichung für den Teilabschnitt zwischen Marktredwitz und Pfreimd folgen. Damit wird nun das Verfahren eingeleitet, an dessen Ende der flurstückscharfe Verlauf der Erdkabelverbindung entschieden wird.

Als Voraussetzung für den Beginn des Verfahrens hatte die Genehmigungsbehörde mit Abschluss der Bundesfachplanung den Korridor für den Abschnitt zwischen Hof und Pfreimd verbindlich festgelegt, in dem der SuedOstLink zukünftig verlaufen soll. Auf Grundlage der Hinweise aus der Öffentlichkeit und weiterer Daten hat TenneT einen ersten Vorschlag für den Trassenverlauf und in Frage kommende alternative Verläufe innerhalb des Korridors erarbeitet. Um den ambitionierten Zeitplan bis 2025 einzuhalten, wurden die Planungen bereits parallel zur Bundesfachplanung angestoßen.

Die Bundesnetzagentur wird die eingereichten Unterlagen auf Vollständigkeit prüfen und anschließend Antragskonferenzen ausrichten, zu denen Träger öffentlicher Belange, Umweltverbände und Landesbehörden eingeladen werden. An den öffentlichen Antragskonferenzen werden auch interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können.

Der SuedOstLink soll ab 2025 als Gleichstrom-Erdkabelverbindung die windreichen Regionen Ostdeutschlands mit Bayern verbinden. Die Verbindung wird in Wolmirstedt bei Magdeburg beginnen; Endpunkt ist der Bereich am Kernkraftwerk Isar bei Landshut. TenneT ist für die Planungen in Bayern verantwortlich, 50Hertz für den nördlichen Teil bis zur bayerischen Grenze. Die beiden bayerischen Abschnitte C und D werden für die Planfeststellung in weitere Teilabschnitte aufgeteilt, für die die Vorhabenträger jeweils separat die Anträge auf Planfeststellungsbeschluss nach § 19 NABEG stellen.

Unter www.tennet.eu/de/suedostlink finden sich Karten zum Trassenvorschlag und den in Frage kommenden Alternativen sowie Erläuterungen zu allen Themen rund um die Planung von SuedOstLink und die Termine der anstehenden Bürger-Informationsveranstaltungen. ❐





Nahmen die Auszeichnung als Wasserstoffregion in Berlin entgegen: Peter Dreier, Landrat des Landkreises Landshut, Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg und Robert Fröschl, Referatsleiter „Energie, Mobilität und verkehrliche Infrastruktur“ am Landratsamt München. Bild: LRA München

Erste Wasserstoffregion in Bayern

„HyBayern“ Verbundregion Landshut – Ebersberg – München gewinnt Förderwettbewerb und übernimmt Vorreiterrolle in der Anwendung „grüner“ Wasserstofftechnologie

Die Landkreise Landshut, Ebersberg und München sind mit dem interkommunalen Projekt „HyBayern“ als Gewinner des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) initiierten Wettbewerbs „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ hervorgegangen.

Nunmehr wurden sie in Berlin von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in der Kategorie „HyPerformer“ ausgezeichnet und erhalten damit vom Bund Fördermittel in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro für Beschaffungen von Wasserstofferzeugungsanlagen, Distributionslogistik und Wasserstoff-Brennstoffzellen-Elektrofahrzeugen.

Geschlossener Kreislauf

Im Projekt „HyBayern“ wollen die drei Landkreise gemeinsam mit Verkehrsbetrieben, Energieversorgern, Industrie, Gewerbe und Handwerk einen vollständig geschlossenen, mit in der Region gewonnenem „grünen“ Strom betriebenen Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung bis zum Verbrauch implementieren. Als Endabnehmer kommen insbesondere Bus- und Lkw-Flotten in Frage, aber auch die industrielle Logistik innerhalb von Betrieben und Fuhrparkfahrzeuge für Unternehmen sind ein wichtiges Zielfeld.

Grüner Wasserstoff für emissionsfreie Mobilität

Durch die Nutzung des grünen Wasserstoffs (H2) als Kraftstoff für den Betrieb von bis zu 70 neu zu beschaffenden Wasserstoff-Bussen, Lkw und Pkw sowie 70 Wasserstoff-Flurförderfahrzeugen wie Hubwagen oder Gabelstapler können jährlich mindestens 4.500 Tonnen CO2 im Verkehr eingespart werden. „Die Förderung der „Wasserstoffregion Landshut Ebersberg München“ ist im Bereich der Mobilität ein wichtiger Innovationsschub für die Energiewende im Landkreis Ebersberg. Insgesamt wird die Region „HyBayern“ im Herzen der Metropolregion München zum Ankerpunkt für eine zukünftige grüne Wasserstoffwirtschaft. Sie wird den Technologiestandort weiter aufwerten und eine Vielzahl neuer, attraktiver Arbeitsplätze in die Region ziehen“, freut sich Landrat Robert Niedergesäß aus dem Landkreis Ebersberg über die Anerkennung.

Produziert werden soll der Wasserstoff hauptsächlich in einer Groß-Elektrolyse mit Verteilzentrum in direkter Nachbarschaft eines Isar-Wasserkraftwerks im nördlichen Teil der Wasserstoffregion HyBayern. Hinzu kommen mehrere kleine Elektrolyseure, die dezentral aus Photovoltaikanlagen gespeist werden und so v. a. sommerlichen Überschussstrom aus Dach-Photovoltaikanlagen in Wasserstoff umsetzen. Als Produktionsziel hat man sich rund 430 Tonnen Wasserstoff pro Jahr vorgenommen. An drei neu zu errichtenden neuartigen kombinierten Pkw-Lkw-Bus-Tankstellen wird der Wasserstoff dann an die Endverbraucher weitergegeben.

Verwertung von Stromüberschüssen

Auch Vor-Ort-Betankungsanlagen aus Photovoltaik-Stromüberschüssen sollen innerhalb des Projekts umgesetzt werden und dazu beitragen, die Zukunft einer dezentralen erneuerbaren Energiewirtschaft im ländlichen und vorstädtischen Raum zu demonstrieren. „Wir werden damit nicht nur exemplarisch eine in sich geschlossene regionale Wertschöpfungskette aufstellen, wir werden auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten – in der Region und vielleicht sogar weltweit“, so Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München.

Zahlreiche Partner

Am Projekt sind neben den drei Landkreisen auch der Initiator WasserstoffRegion-Landshut e.V. sowie 16 kleine und mittelständische Betriebe, ein Großunternehmen, eine Stadt, zwei Gemeinden, zwei Stadtwerke sowie eine Energieagentur als Partner beteiligt.

Unterstützt wird „HyBayern“ von insgesamt 22 Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Gebietskörperschaften, darunter fünf Großunternehmen und vier Hochschulen. 45 Millionen Euro bringen die Landkreise und vor allem die beteiligten Unternehmen in das Projekt ein.

Die zusätzlichen Fördergelder aus dem Verkehrsministerium fließen in die Beschaffung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und werden direkt an die jeweiligen Projektpartner ausbezahlt. „Wir sind stolz und glücklich, dass wir uns mit diesem interkommunalen und höchst ambitionierten Projekt gegen anspruchsvolle Mitbewerber durchsetzen konnten. Jetzt gilt es anzupacken und dafür zu sorgen, dass der Leuchtturm „HyBayern“ bald die erhoffte Strahlkraft entwickelt“, bemerkt Landrat Peter Dreier aus dem Landkreis Landshut bei der Preisverleihung. ❐



Von links: Dr. Josef Lipp, verantwortlich für den Bereich neue Geschäftsfelder bei Energie Südbayern, Helmut Schmidbauer und Sebastian Ranner (Geschäftsführung INNergie) sowie Bürgermeister Rainer Auer. Bild: GZ

Klimafreundliche Mobilität aus 100 Prozent Wasserkraft

INNergie verfügt nun über sechs Ladesäulen

Der regionale Energieversorger INNergie macht die Region fit für die Elektromobilität und verfügt nun über insgesamt sechs Ladestationen in Kolbermoor, Oberaudorf, Raubling, Schechen und Stephanskirchen. Dort sind sogar zwei Ladestationen aufgestellt; eine befindet sich direkt am Rathaus, die zweite ist in unmittelbarer Nähe des Sportplatzes gut erreichbar positioniert.

An den Ladesäulen können jeweils die Akkus von zwei E-Autos mit einer Leistung von 22 kW gleichzeitig geladen werden. ‚Getankt‘ wird ausschließlich Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft. In Verbindung mit dem umweltfreundlichen Elektroantrieb macht das die E-Mobilität in der Region lokal emissionsfrei und nachhaltig. Fahrer von Elektroautos im Landkreis Rosenheim und Umgebung haben somit künftig mehr Möglichkeiten, günstigen und CO2-freien Strom für ihre Fahrzeuge zu tanken.

Elektromobilität ist Teil einer neuen Energiewelt

Rainer Auer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Stephanskirchen, freut sich, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie auch Durchreisende von der zusätzlichen Lademöglichkeit der Region profitieren: „Die Energiewende klappt nicht ohne Verkehrswende. Die Elektromobilität ist Teil einer neuen Energiewelt. Mit unseren Ladestationen bringen wir diese in der Region voran, denn eine gut ausgebaute, flächendeckende Ladeinfrastruktur ist ein enorm wichtiger Baustein für die Akzeptanz der E-Mobilität. Wir setzen ein Zeichen, dass wir als Gemeinde das Thema ‚Verkehrswende‘ angehen und aktiv gestalten.“

Intelligente Lösungen für kommunale Partner

Geplant und errichtet wurde die Ladestation von INNergie. Der regionale Energieversorger übernimmt zudem den Betrieb der Anlage. Helmut Schmidbauer, einer der beiden Geschäftsführer, zieht ein sehr positives Resümee im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden: „Wir bieten kommunalen Partnern intelligente Ladelösungen für eine moderne und vorausschauende Verkehrsplanung“, so Schmidbauer. Dies bestätigt auch Sebastian Ranner, der ebenfalls Geschäftsführer der INNergie ist: „Von der Planung über die Umsetzung bis hin zum Betrieb der Anlage übernehmen wir sämtliche Leistungen – und das immer in enger Abstimmung mit den Gemeinden und anderen Projektbeteiligten. Die Nutzung der Ladesäule ist denkbar einfach: Freigeschalten wird die Ladestation mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Karte im Scheckkartenformat.“ Durch die Integration der Ladesäulen in den Roaming-Verbund von ladenetz.de können alle Fahrer von Elektroautos ihre Fahrzeuge dort laden.

Die INNergie GmbH ist ein gemeinsames Unternehmen der Gemeinden Brannenburg, Flintsbach, Kolbermoor, Oberaudorf, Raubling, Rohrdorf, Schechen und Stephanskirchen, der Stadtwerke Rosenheim und der Energie Südbayern GmbH. Die beiden Gesellschafter Stadtwerke Rosenheim und Energie Südbayern – beide ebenfalls in kommunaler Hand – stehen für fundierte energiewirtschaftliche und technische Expertise. ❐

Bereits über 7.200 Anträge für das Photovoltaik-Speicher-Programm

Aiwanger: „Bayerns Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Energiewende mit anpacken. Wir unterstützen sie dabei!“

„Der Freistaat wird einmal mehr seiner Rolle als Sonnenland gerecht. Mehr als 7.200 Anträge sind seit Beginn des Photovoltaik-Speicher-Programms eingegangen. Das zeigt, dass wir die richtigen Anreize setzen. Statt die Bürger mit Verboten und Kosten zu belasten, unterstützen wir sie aktiv, einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, erklärt Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger zu den aktuellen Antragszahlen.

Seit dem 1. August 2019 können Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern eine bayerische Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage beantragen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten. Aiwanger freut sich über die rege Teilnahme am Förderprogramm: „Die Bürgerinnen und Bürger wollen bei der Energiewende mit anpacken. Diesen Schwung nehmen wir mit ins neue Jahr und unterstützen sie weiterhin.“

Insgesamt wurde bisher eine Fördersumme von rund 7,3 Millionen Euro beantragt. Damit wird eine Gesamtleistung von mehr als 56.000 kWpeak gefördert. Bei rund 1.230 Anträgen wurde die optionale Ladeeinrichtung für Elektrofahrzeuge mitbeantragt. Die Antragstellung ist sehr einfach elektronisch möglich.

Weitere Informationen und die Antragsplattform finden sich auf der Programmseite www.energiebonus.bayern. ❐

Frühwarnsystem ASTROSE soll Störungen vermeiden:

Sensoren erkennen Vereisung

LEW Verteilnetz (LVN) und das Fraunhofer IZM testen deutschlandweit erstes Eislast-Monitoring an einer 110-kV-Hochspannungsfreileitung bei Donauwörth

Starke Eisbildung an den Leiterseilen einer Freileitung kann zum Problem werden: Löst sich eine kräftige Eisschicht, etwa durch einen starken Windstoß, kann ein Leiterseil in Schwingung geraten und weitere Leiterseile berühren oder ihnen so nahe kommen, dass es zu einem Stromüberschlag kommt. Im Stromnetz kann dies dann zu einer Spannungsschwankung oder sogar einem Ausfall führen. Außerdem hängen Leiterseile bei Vereisung stärker durch. Bei sehr starker Eisbildung können die erforderlichen Sicherheitsabstände zu Objekten am Boden unterschritten werden.

Die LEW Verteilnetz GmbH, Betreiber des Stromverteilnetzes in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns, testet nun gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration IZM und Fraunhofer Institut für Elektronische Nanosysteme (ENAS) das sensorgestützte Autarkes Stromsensorsystem (ASTROSE) deutschlandweit erstmalig zur Früherkennung von Vereisungen.

Algorithmus warnt vor drohender Vereisung

Dafür wurden auf Leiterseilen an sechs Maststandorten einer nördlich von Donauwörth verlaufenden Freileitung ASTROSE Sensoren angebracht: Sie messen Temperatur, Neigungswinkel sowie die Stromstärke eines Leiterseils. Über eine Richtfunkverbindung werden die Daten der Sensoren alle 15 Minuten an einen Rechner übertragen, der sie in einer Datenbank speichert und entsprechend aufbereitet. Ein Algorithmus prüft, ob die Daten auf eine Vereisung hindeuten. Das System gibt bei drohender Vereisung eine Warnmeldung ab, bei Überschreiten bestimmter Parameter wird ein Alarm ausgelöst. Die Hinweise des Systems laufen in der rund um die Uhr besetzten Netzleitstelle von LVN in Augsburg auf. Bei Bedarf können die diensthabenden Ingenieure Mitarbeiter der Betriebsstelle vor Ort informieren, die dann die Leiterseile vom Eis befreien.

Feldtest bis Frühjahr 2021

Den Feldtest führen LVN und das Fraunhofer IZM auf einem rund 1,5 Kilometer langen Leitungsabschnitt einer 110-kV Hochspannungsleitung nördlich von Donauwörth, nahe der Ortschaft Fünfstetten durch. In dem Gebiet kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Vereisungen an den Leitungen.

Beitrag zur Versorgungssicherheit

„Wir bieten unseren Netzkunden eine im deutschland- und bayernweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Versorgungsqualität. Darauf sind wir als Betreiber eines Stromnetzes in einer sehr ländlich strukturierten Region stolz“, sagte LVN-Geschäftsführer Josef Wagner. „Neben hohen Investitionen in die Infrastruktur sowie kontinuierlichen Leitungskontrollen und Ausastarbeiten sind es auch neue Technologien, die auf die hohe Versorgungsqualität einzahlen.“

„Unser ASTROSE-System ist bereits beim Temperatur-Monitoring für Freileitungen im Einsatz und trägt dazu bei, dass die Betriebsmittel optimal ausgelastet werden können“, sagt Carsten Brockmann vom Fraunhofer IZM. „Nun untersuchen wir gemeinsam mit LVN mit dem Eislast-Monitoring einen weiteren Anwendungsfall, der zu einer Verbesserung der Versorgungssicherheit beiträgt.“ ❐



Energieallianz Bayern nimmt Windpark Adorf in Betrieb

Die Energieallianz Bayern nimmt den Windpark Adorf in der Gemeinde Diemelsee (vgl. Bild links) in Betrieb. Nach einer neunmonatigen Bauphase speisen die beiden Windkraftanlagen vom Typ Nordex N131 mit einer Gesamtleistung von 6,6 MW seit 06.01.2020 ins öffentliche Netz ein.

Geschäftsführer Ulrich Geis erklärte hierzu: „Mit vereinten Kräften haben wir mit der Firma Nordex und dem Planungsteam der ABO Wind AG das Projektziel fristgerecht erreicht. Dafür gilt allen Beteiligten unser Dank! Mit dem Windpark Adorf leisten wir mit 17 Millionen kWh einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz und zum Gelingen der Energiewende.“

Die Energieallianz Bayern betreibt nunmehr fünf Windparks mit einer Gesamtleistung von 62 MW. Asset Management und kaufmännische Betriebsführung für den Windpark Adorf führt die Energieallianz Bayern in Eigenregie durch. ❐

RENEXPO Interhydro in Salzburg:

Neue Entwicklungen in der Wasserkraft

Erneut hat die RENEXPO Interhydro in Salzburg aufgezeigt, welchen Beitrag Wasserkraft zu einer sicheren, nachhaltigen, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung leistet. Auch 2019 bot Europas Treffpunkt der europäischen Wasserkraftbranche eine einzigartige Plattform für Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch und neue Kontakte. Mit 125 Ausstellern, mehr als 300 Kongressteilnehmern und rund 2.500 internationalen Besuchern setzte die Veranstaltung ihre Erfolgsgeschichte fort.

Unter dem Motto „Wasserkraft braucht Politik braucht Wasserkraft" informierte die RENEXPO Interhydro über politische Rahmenbedingungen bei der Nutzung der Wasserkraft, den Stand der Technik und aktuelle Entwicklungen. Der zweitägige Kongress behandelte Themen wie ökologische Aspekte der Wasserkraftnutzung und deren Ausbau, das flexible Einsatzspektrum der Wasserkraft zur Grundlastversorgung und als Energiespeicher, Best Practice und Technik im Kraftwerksbau sowie bei Instandhaltung und Modernisierung. Darüber hinaus wurden Details zu Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Wasserkraftanlagen, umgesetzte Projekte, Praxiserfahrungen, Anlagen-Komponenten und Innovationen vorgestellt.

Energie-Talk

Im Rahmen des Energie-Talks erörterten renommierte Vertreter aus Politik und Verbänden, darunter Dr. Herfried Harreiter, Leiter Asset Management der Verbund Hydro Power GmbH, Dr. Axel Berg, Vorsitzender des Vorstands Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden Württemberg e.V. sowie Coautor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayrischen Energie- und Wasserwirtschaft die Verbindung von Wasserkraft und Politik.

Nachaltig, sicher, innovativ

Die Einbindung der Wasserkraft in das zukünftige Energiesystem war ein zentrales Thema des diesjährigen Kongresses. So thematisierte die 5. Internationale Konferenz „Wasserkraft und Energiespeicher" die Wasserkraft im zukünftigen Energiesystem im Spannungsfeld zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Innovation. Die Konferenz zeigte die Potenziale von Wasserkraft und Energiespeichern in der EU auf und stellte neue technologische Entwicklungen in Bereichen wie Digitalisierung, Sektorkopplung und Wasserstoffnutzung vor. Blockchain als ein Treiber in der Energiewende sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserkraft bildeten weitere hochaktuelle Themen.

Aufgrund ihrer technischen Voraussetzungen eignen sich Kleinwasserkraftwerke optimal zur Bereitstellung von 100 % erneuerbaren Strom für eine emissionsfreie Elektromobilität. Durch die Errichtung von E-Tankstellen bei Kleinwasserkraftwerken können die bestehende Netzinfrastruktur genutzt, Netzverluste minimiert und damit eine effiziente Bereitstellung von 100 % Ökostrom garantiert werden. In dem Seminar „Errichtung und Betrieb von E-Tankstellen an Kleinwasserkraftwerken" wurde u.a. diskutiert, welche rechtlichen und finanziellen Fragen zu klären und welche Zusatzangebote für eine hohe Kundenfrequenz förderlich sind.

Internationale Märkte

Mit dem 3. Osteuropa-Wasserkraftforum und dem Seminar „Wasserkraft in Afrika und Lateinamerika" wurden auch in diesem Jahr internationale Märkte vorgestellt. Beim 4. Europäischen Wasserkraft-Verbändetreffen standen wiederum europäische Projekte und Initiativen wie die Technology Roadmap im Fokus.

Nach Auffassung der Verbände wird in der aktuellen Diskussion um Klimaschutz und Energiewende ein wichtiger Teil der Lösung häufig übersehen: Die heimische Wasserkraftnutzung und deren ökologisch vertretbarer Ausbau. Stattdessen führten immer neue gesetzliche und ökologische Auflagen sowie kostspielige Genehmigungsverfahren dazu, dass die langlebigste und kontinuierlichste Form der erneuerbaren Stromerzeugung – die heimische Wasserkraft – mit steigenden Kosten zu kämpfen hat. Dabei wächst der Beitrag der Wasserkraft zur gesicherten Grundlastversorgung mit Strom mit jeder Kilowattstunde, die durch Abschaltung von thermischen Kraftwerken weniger erzeugt wird.

Mehr Rückhalt aus der Politik

Die Anlagenbetreiber der rund 10.000 Wasserkraftwerke in Süddeutschland und Österreich bieten sich somit als ein wichtiger Teil der zukünftigen Energieversorgung an. Dafür braucht es allerdings deutlich mehr Rückhalt aus der Politik.

Strom aus Wasserkraft leistet traditionell und zunehmend einen substantiellen Beitrag zur sicheren Grundversorgung aus regenerativ erzeugtem Strom rund um die Uhr. In Bayern liefert die Wasserkraft etwa 14 Prozent der gesamten Stromerzeugung und rund ein Drittel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. In Baden-Württemberg trägt die Wasserkraft knapp acht Prozent zur Gesamtstromerzeugung bei, wobei der Anteil der regenerativen Stromerzeugung ebenfalls fast einem Drittel entspricht. In Österreich beträgt der Anteil der Wasserkraft sogar zwei Drittel der Gesamtstromerzeugung.

„Wichtig wäre es, den Menschen von politischer Seite aus das Machbare in Sachen CO2-freier Energieversorgung mit Sonne, Wind, Wasser und Biomasse möglichst sachlich und verständlich zu erläutern und über die Notwendigkeiten im Hinblick auf Klimaschutz und Energiewende zu informieren", appellierten die Verbände an die Politik.

Vielfältiger Einsatz

„Ähnlich wie sie in früheren Jahrhunderten der wirtschaftlichen Entwicklung diente, kann die Wasserkraft nunmehr einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten", zeigten sich die Branchenvertreter überzeugt. Sie appellierten an die politischen Vertreter, die Wasserkraft in ihrer Bedeutung nicht klein zu reden, sondern sie tatkräftig im Bestand und beim ökologisch vertretbaren Ausbau zu unterstützen und in ihrer Akzeptanz zu stärken.

Die Vorteile der Wasserkraft lägen auf der Hand und reichten von CO2-Vermeidung für den Klimaschutz über die Versorgungssicherheit (Grundlastfähigkeit, Importunabhängigkeit, Regelbarkeit, Schwarzstart-, Inselbetriebs-, und Speicherfähigkeit) bis hin zur Ressourcenschonung sowie zur Einsparung von Leitungskapazitäten und Übertragungsverlusten durch regionale Nähe.

Appell der Verbände

„Wer Klimaschutz und Energiewende ernsthaft will, kommt um die Nutzung der heimischen Wasserkraft nicht herum. Das geht nur im Schulterschluss von Politik, Gesellschaft und Wasserkraftbetreibern. Die Wasserkraft muss als essentieller Teil des regenerativen Ganzen betrachtet werden", so der Appell der Verbände.

Die Verbände bekennen sich zu einer ökologischen Nutzung der Wasserkraft, denn Wasserkraftnutzung und Umweltschutz sind Partner. Umweltauflagen, die über nachweisbar wirkungsrelevante Grenzen hinaus eingefordert werden, führten aber zur Unwirtschaftlichkeit und letztendlich zur Stilllegung von Anlagen. Verlierer seien dann Umwelt, Natur und auch die Energiewende.

Die Verbände sind sich sicher, dass mit gemeinsamer Anstrengung und politischem Willen das vorhandene Potenzial der Wasserkraft ökologisch vertretbar genutzt werden könnte, sei es in Form von Revitalisierungen, Modernisierungen oder auch Erweiterungen und ökologisch fortschrittlichen Neubauten. Die verfügbaren finanziellen Mittel müssen zielgerichtet zur nachhaltigen Nutzung der Gewässer mit größtmöglichem Nutzen für Mensch, Natur und Wirtschaftlichkeit eingesetzt werden, so die Botschaft der Verbandsvertreter an die Politik.

Wasserkraft und Ökologie

Wie sich Wasserkraft und Ökologie bestmöglich miteinander in Einklang bringen lassen, war Inhalt der „7. Fachkonferenz: Gewässerökologisch verträglicher Wasserkraftausbau". Die aktuelle Situation in verschiedenen Wasserkraft-Regionen, rechtliche Rahmenbedingungen, technische Vorgaben und neueste Entwicklungen beim Monitoring als auch Sonderthemen wie die Umweltgelder und umgesetzte Ausgleichsmaßnahmen in Südtirol wurden hier vorgestellt.

Im Block II „Wasserkraft im Einklang mit der Fischpopulation" standen besonders die Themen Fischschutz, Fischableitung und Fischabstieg im Zentrum. Ergänzend hierzu besichtigten die Teilnehmer gemeinsam das Salzachkraftwerk Salzburg/Lehen. **DK**

Plädoyer:

Schleichenden Ausstieg aus der Wasserkraft stoppen!

Von Maximilian Faltlhauser, Geschäftsführer HSI HYDRO ENGINEERING GMBH*

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen. Der Kohleausstieg wird gegenwärtig diskutiert. Worüber jedoch nicht gesprochen wird, ist der schleichende Ausstieg aus der Wasserkraft. Trotz eines breiten programmatischen Bekenntnisses zur Wasserkraft, wird die Wasserkraft im Alltag schrittweise verdrängt und aufgerieben:

1) Im Zuge von Genehmigungsverfahren entsteht regelmäßig eine Unwucht im Abwägungsprozess. Lokale Umweltschutzaspekte werden – weil deutlich konkreter und anschaulicher – regelmäßig viel stärker gewichtet, als der abstrakte und global wirkende Klimaschutzaspekt. Lokale Behörden sehen sich vor allem in der Verantwortung gegenüber ihrem lokalen Zuständigkeitsbereich und weniger als globaler Schützer des Weltklimas. Somit sticht lokaler Umweltschutz regemäßig den globalen Klimaschutz aus.



Maximilian Faltlhauser. ❐

2) Hinzu kommt ein zahlenmäßiges Ungleichgewicht. Vor allem Fischereiverbände sind vor Ort zahlenmäßig in der Übermacht. Hierbei entsteht unweigerlich der Eindruck einer wasserkraftkritischen, lokalen, demokratischen Mehrheit vor Ort. Eine nationale stumme Mehrheit von Wasserkraftbefürwortern tritt bei konkreten Projekten nicht in Erscheinung. Auch für die Wasserkraft gilt das Dilemma des Florianprinzips (Nimby: not-in-my-backyard), wenn es an die Projektumsetzung vor Ort geht.

3) Im EEG sind leicht sinkende Einspeisevergütungen für die kleine Wasserkraft festgeschrieben. Von sinkenden Investitionskosten wie in der Photovoltaik und der Windenergie kann jedoch in der Wasserkraft nicht die Rede sein. Skaleneffekte und Technologieersparnisse greifen bei einer hundert Jahre alten Technologie nicht. Zudem ist fast jede Anlage ein Unikat, das auf die spezifische Wassermenge, die Fallhöhe und die örtlichen und teils historischen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Wasserkraft ist material- und personalintensiver Anlagenbau mit entsprechend steigenden Kostenstrukturen. Jedes Jahr werden damit schleichend immer mehr Standorte unwirtschaftlich, obwohl sie über eine extrem hohe nationale Wertschöpfung verfügen.

Stichhaltige Argumente

Im Zuge der Energiewende entsteht eine neue Energiewelt. Es gibt stichhaltige Argumente dafür, dass Wasserkraft ein wichtiger Baustein dieser neuen Energiewelt sein kann und sein sollte:

1. Wasserkraft ist zu 100 % CO2-neutral. Lokalem Umweltschutz wird zunehmend durch technologische Verbesserungen Rechnung getragen und steht im Verhältnis zu anderen erneuerbaren Energieerzeugungstechniken in nichts nach.

2. Wasserkraft ist eine idealtypische Ergänzung zu volatiler Stromerzeugung aus Wind und Sonne und reduziert damit den Bedarf an erneuerbarer Erzeugungs- und Speicherkapazität nachhaltig.

3. Dezentrale Wasserkraft wirkt sich deutlich stabilisierend auf die Stromnetze aus und reduziert erheblich die Kosten für den Netzausbau und der Netzstabilisierung. ❐

*HSI Hydro Engineering GmbH ist ein innovatives deutsches Unternehmen, das sich auf die Herstellung von Kleinwasserkraftanlagen (Kaplanturbinen) spezialisiert hat. Wir appellieren an alle politisch Beteiligten in der anstehenden politischen Debatte den schleichenden Ausstieg aus der Wasserkraft zu stoppen und faire und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wasserkraft im allgemeinen und der kleinen Wasserkraft im speziellen zu schaffen.

Maximilian Faltlhauser wägt als Energieexperte Ökonomie, Technik und politischen Willen aufeinander ab, um daraus das Machbare herauszukristallisieren. Dabei kann er auf eine bald zwanzigjährige Berufserfahrung zurückgreifen. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der neuen Energiewelt, zu der er wiederholt Artikel veröffentlicht hat. Politisch aktiv ist er beim Wirtschaftsbeirat Bayern im Ausschuss für Energiepolitik. ❐



Mehr Akzeptanz für die Energiewende!

Woher kommt der Strom, wenn die bayerischen Atomkraftwerke vom Netz gehen? Braucht der Freistaat als Ersatz neue Gaskraftwerke? Nach der Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) zur Energiepolitik in Bayern erörterte eine Expertenrunde im Energieausschuss diese Fragen. Ihr Appell an die Politik: die Bürger von der Energiewende überzeugen und für mehr Akzeptanz sorgen.

Im Jahr 2022 geht das letzte bayerische Atomkraftwerk vom Netz. Wie der Strombedarf künftig in Bayern gedeckt werden kann, darüber diskutierten Fachleute von Stadtwerken, Verbänden und Netzbetreibern im Bayerischen Landtag. Die Experten gaben zudem Auskunft, ob durch den Ausstieg aus der Kohle sowie der Kernenergie eine Stromlücke entstehen könnte.

Gaskraftwerke als Reserve unverzichtbar

Die Stromversorgung in Bayern soll sowohl sicher, als auch bezahlbar sein. Dabei führe an einem Ausbau der erneuerbaren Energien kein Weg vorbei – so lautete die übereinstimmende Einschätzung der Spezialisten. „Der Ausbau von Fotovoltaik und Windenergie ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll“, sagte Dr. Florian Bieberbach. Der Vorsitzende der Geschäftsführung bei den Münchner Stadtwerken forderte, die Leitungsnetze auszubauen.

Stromverbrauch und -erzeugung sind in Deutschland derzeit unterschiedlich verteilt: Während im Süden mehr verbraucht wird, wird im Norden mehr erzeugt. Leitungen zum Ausgleich dazwischen fehlen jedoch. Um einen drohenden Stromausfall für wenige hundert Stunden im Jahr zu verhindern, seien Gaskraftwerke als Reserve nötig. „Als Alternative zum Netzausbau sind Gaskraftwerke allerdings nicht sinnvoll, das rechnet sich nicht“, so Bieberbach. Lediglich ergänzend, als Reserve-Kraftwerke zur Deckung der Residuallast seien sie eine Option. Die Residuallast ist eine Art Restbedarf, also die Differenz zwischen der eingespeisten Leistung aus nicht regelbaren Energiequellen wie Wind oder Fotovoltaik und der Leistung, die tatsächlich benötigt wird. Das kommt vor allem bei der „kalten, dunklen Flaute“ zum Tragen, einer Wetterlage mit Nebel – wie sie häufig im Winter auftritt – , die den Gewinn erneuerbarer Energien erschwert.

Zu lange Genehmigungsverfahren

Einigkeit bestand in der Prognose darüber, dass der Strombedarf künftig steigen wird. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich auf die Versorgungssicherheit im Winter 2022/23. Nach Angaben der Experten wird die Kapazitätslücke in Bayern ab 2023, nach dem Ausstieg aus Kohle und Atomkraft, zwischen 1.200 und 4.000 Megawatt liegen. Die Fachleute wiesen allerdings daraufhin, dass neue Gaskraftwerke nicht umgehend zur Verfügung stehen. Neben der Dauer des Genehmigungsverfahrens wurde scharfe Kritik laut an der Praxis der Ausschreibungen für neue Anlagen zu Systemstabilisierung, die wirtschaftlich nicht vertretbar seien. „Wir stehen unter Zeitdruck“, erklärte Lothar Schreiber Geschäftsführer von ENGIE Kraftwerk Zolling.

Lösung: Stromimporte

Für stromintensive Unternehmen seien wettbewerbsfähige Strompreise ein wichtiger Faktor. Darauf machte Dr. Erk Thorsten Heyen von Wacker Chemie aufmerksam. Der Senior Vice President des Chemiekonzerns moderierte zudem, es gebe zu geringe Windkraftkapazitäten. Heyen appellierte an die Politik, den Blick nicht auf Bayern zu verengen, sondern die Versorgungsfrage überregional zu betrachten und in eine europäische Sichtweise zu integrieren. Schützenhilfe erhielt er von Christof Timpe vom Freiburger Ökoinstitut. „Energiewirtschaftlich ist es sinnvoll, sich vom Gedanken an eine autarke bayerische Stromerzeugung zu verabschieden“, sagte Timpe. Demnach seien vermehrte Stromimporte ein Teil der Lösung.

Versorgung sicher?

Ein Stromnetzausbau sei bis 2023 nicht zu schaffen, so die Einschätzung von Dr. Norbert Azuma-Dicke vom Branchenverband Zukunft Erdgas. Das Freiburger Ökoinstitut sieht dagegen die Versorgung gesichert. Im Auftrag der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte das Institut ein Gutachten erstellt, wonach neue Gaskraftwerke nicht nötig seien, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgebaut und das Stromübertragungsnetz verstärkt werden würde.

„Weichen stellen“

Von einer Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien riet Timpe vom Ökoinstitut wegen hoher Umwandlungsverluste ab. Der Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie lasse sich nach Ansicht der Experten nicht mehr zurückdrehen. Planungen zu Rück- und Abbau seien dazu schon viel zu weit vorangeschritten. Aufgabe der Politik müsse es also sein, die Energiewende der Öffentlichkeit überzeugend zu erklären und für Akzeptanz zu sorgen, so die Experten. Jetzt müssten die Weichen gestellt werden. **red**

Kosten der Energiewende:

Gegensteuern für Industriebetriebe dringend notwendig

Die IHK für München und Oberbayern beurteilt das Bekenntnis zu niedrigen Industriestrompreisen von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) in seiner Regierungserklärung als äußerst positiv. „Die immer höheren Stromkosten durch die Energiewende sind ein immenses Problem für viele Unternehmen, besonders in der Industrie. Der Kostendruck durch die Energiewende kann zur Verlagerung von Produktion ins Ausland führen. Dadurch hat die Energiewende eine zentrale Bedeutung für den Industriestandort Bayern“, sagt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern.

Aiwanger hatte in seiner Regierungserklärung bekräftigt, dass ein Industriestrompreis „mit einer Vier vor dem Komma“ notwendig sei. Er bezieht sich dabei auf den Preis einer Kilowattstunde Strom in Cent. Dafür werde sich Bayern auch in Berlin einsetzen, so Aiwanger.

Politische Spielräume für Preissenkungen

Durch die hohe Abgaben- und Steuerlast auf dem Strompreis ergeben sich aus IHK-Sicht politische Spielräume für Preissenkungen, zum Beispiel durch eine Abschaffung der Stromsteuer. Deutschland belegt durch hohe Abgaben, Steuern und Umlagen für Netzkosten im internationalen Vergleich einen negativen Spitzenplatz bei den Stromkosten für die Wirtschaft.

In Europa liegt Deutschland laut EU-Kommission auf Platz Eins mit rund doppelt so hohen Industriestrompreisen wie in Frankreich, Tschechien oder Ungarn.

IHK-Chef Gößl weiter zur bayerischen Energiepolitik: „Entscheidend für die Wirtschaft ist die Balance aus bezahlbaren Strompreisen, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Dabei geht kein Weg an den beiden Stromtrassen vorbei, die mehr Windstrom aus dem Norden nach Bayern bringen sollen, wo dieser dringend benötigt wird. Die Wirtschaft unterstützt einen Ausbau der erneuerbaren Energien, jedoch sollten nicht Ideologien, sondern Effizienzkriterien über den Energie-Mix der Zukunft entscheiden.“

Energienetze rasch ausbauen

Gößl betont, dass drei Viertel der Betriebe laut einer IHK-Umfrage einen raschen Ausbau der Energienetze fordern. Je rund 60 Prozent der Befragten verlangen auch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine Entlastung beim Strompreis. ❐



Arbeiten an der Turbine. Bild: Verbund.com

Im Donaukraftwerk Jochenstein:

Revitalisierung der Kaplanturbine

VERBUND, Bayerns und Österreichs größter Stromerzeuger aus Wasserkraft, führt beim Donaukraftwerk Jochenstein derzeit Instandhaltungsarbeiten an der Kaplanturbine Nr. 5 durch. Taucher haben bereits Mitte Oktober die Schiene zur Dammbalkensohlenabdichtung gereinigt und damit die ersten Vorbereitungen zur Trockenlegung des Laufrads der Turbine 5 durchgeführt. Jetzt geht es an das Herzstück der Stromerzeugung, das umfangreich gewartet wird. Zusätzlich wird der Einlaufrechen gegen einen neuen getauscht. Die Arbeiten dauern acht Wochen.

Seit den 1950er Jahren sind die fünf Kaplanturbinen des Laufkraftwerkes Jochenstein in Betrieb. Alle neun Jahre werden sie gewartet. Heuer ist die Turbine 5 dran. Doch zuvor mussten wichtige Vorbereitungen getroffen werden, um die Maschine zugänglich machen zu können.

Schwerarbeit unter Wasser

Eine ganze Woche lang waren die Taucher der VERBUND-Tochterfirma Lestin damit beschäftigt, Sand, Geröll und Holz am Grunde der Donau in 18 Meter Tiefe vor dem Einlaufrechen zu entfernen. Diesmal verlegten besonders viele Sedimente den unteren Bereich des Einlaufrechens, sogar ein vier Meter langer Baumstamm musste mit dem Portalkran herausgehoben werden. Die Arbeit ist nicht ohne – sehr gefährlich unter Wasser und eine Schmutzarbeit, die Fingerspitzengefühl erfordert.

Saubere Sohle bedeutet optimale Dichtung

„Ohne Taucher keine Revision“, informiert Revisionsmeister Albert Weishäupl vom Donaukraftwerk Jochenstein. „Die Reinigung der Sohle vor dem Einlaufrechen ist notwendig, damit wir die tonnenschweren Dammbalken optimal setzen können. Eine saubere Sohle bedeutet optimale Dichtung durch die Dammbalken. Dann kann die Turbine trockengelegt und mit den Revisionsarbeiten begonnen werden.“

Vitalkur für die Kaplanturbine

Jetzt im Herbst werden die Turbine samt Generator und Rotor auf ihre Funktion hin überprüft und „Gebrauchsspuren“ ausgebessert. Das heißt, die Laufradschaufeln, der Leitapparat, elektrohydraulische Anlagenkomponenten und der Generator im Krafthaus werden von den Kraftwerksmitarbeitern untersucht und saniert.

Wechsel des Einlaufrechens

„Zusätzlich bei dieser Revision werden wir auch den rechten Einlaufrechen auswechseln, der seit 1956 die Turbine 5 vor groben Sedimenten, Baumstämmen, Steinen schützt. Die linke Seite wurde bereits bei der Revision 2012 gewechselt“, erzählt Weishäupl. Ein Riesenunterfangen, zumal dieser Einlaufrechen 18 Meter hoch und 12 Meter breit ist. Der Rechen ist zweigeteilt in untere und obere Rechenfelder. Die einzelnen Felder sind 1 Meter 20 breit, 9 Meter hoch und an 3 Querträgern (Fischbauchträger) abgestützt und verschraubt. Der Rechen wird mit Hilfe eines Portalkrans herausgehoben und wiedereingesetzt.

Ab Januar 2020 folgt noch die Revision der Schiffahrtsschleusenkammer Süd. ❐



V.l.: Edgar Stockmeier, Sabine Melbig, Landrat Martin Neumeyer, Herbert Engl, Tobias Schlauderer, Peter-Michael Schmalz, Wolfgang Burger. Bild: Stadtwerke Kelheim / R. Jellinek

Landkreis Kelheim:

Liegenschaften beziehen Ökostrom

Der Landkreis Kelheim und der Zweckverband Häfen stellen den Stromverbrauch ihrer Liegenschaften zum Jahresbeginn 2020 auf qualifizierten Ökostrom um. Damit kommt der Landkreis Kelheim dem Erreichen der selbst gesteckten Klimaziele ein bedeutendes Stück näher. Partner beim Ökostrombezug sind die Stadtwerke Kelheim.

Der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien gehört zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen und reduziert die Treibhausgas-Emissionen erheblich. In einem europaweiten Verfahren haben der Landkreis Kelheim und der Zweckverband Häfen deshalb gemeinsam die Beschaffung von Ökostrom für die Laufzeit von zwei Jahren ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielten die Stadtwerke Kelheim.

Landrat Martin Neumeyer traf sich mit der Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim Sabine Melbig, den Geschäftsführern des Zweckverbandes Häfen Herbert Engl und Tobias Schlauderer, Kreisrat Peter-Michael Schmalz, der als Berater des Landrats in Umweltfragen den Bezug von Ökostrom initiiert hat, sowie Wolfgang Burger, Bearbeiter Energiemanagement des Landkreises, zur Vertragsunterzeichnung im Landratsamt Kelheim. „Vor Kurzem haben wir auf dem Dach des Kelheimer Landratsamtes eine Photovoltaik-Anlage errichtet“, so Landrat Martin Neumeyer, „um den Umweltschutz auch im ganzen Landkreis voranzutreiben, haben wir uns für den Bezug von qualifiziertem Ökostrom für unsere Liegenschaften entschieden“.

Allein der Umfang der Ökostromlieferung macht deutlich, dass es sich hierbei um einen wirkungsvollen Beitrag zum Klimaschutz handelt: Ab dem 1. Januar 2020 werden alle Liegenschaften des Landkreises Kelheim sowie der Zweckverband Häfen in Kelheim mit Ökostrom versorgt. Zu den Einrichtungen gehören neben Schul- und Verwaltungsgebäuden in Kelheim auch Gebäude in Abensberg, Mainburg, Neustadt a.d. Donau, Riedenburg und Saal a.d. Donau.

„Wir freuen uns sehr, dass wir als Stadtwerke den Landkreis bei der Umsetzung seiner Klimaziele tatkräftig unterstützen dürfen“, betont Vertriebsleiter Edgar Stockmeier. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind wichtige Unternehmensgrundsätze der Stadtwerke. Aus diesem Grund optimieren die Stadtwerke Kelheim laufend ihre unternehmenseigene Energieeffizienz, den Energieeinsatz sowie das Energiemanagementsystem. Zudem beraten und begleiten die Stadtwerke Privat- sowie Gewerbekunden bei Maßnahmen zum Klimaschutz und der Energieeffizienz.

Für den Landkreis Kelheim haben die Stadtwerke ein maßgeschneidertes Produkt entwickelt. Dieses musste den hohen Anforderungen an die Ökostromqualität genügen, damit ein konkreter Umweltnutzen durch die Lieferung des ausgeschriebenen Ökostroms nachweisbar ist. Das Besondere an diesem Produkt, die Herkunft des Stroms kann ganz genau nachvollzogen werden.

Mit den Stadtwerken Kelheim können Privat- wie auch Geschäftskunden einen aktiven Part im Klimaschutz einnehmen. Bereits seit einigen Jahren bieten die Stadtwerke mit dem ‚Kelheim.NaturStrom‘ ein vollkommen CO2-freies Produkt aus umweltgerechter Erzeugung an. ❐

N-ERGIE Netz GmbH gegründet

Eine große Gesellschaft für alle Netzthemen N-ERGIE bündelt ihre Netzkompetenz in einem Unternehmen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat sich entschieden, das gesamte Netzgeschäft, das bisher von ihren beiden Tochterunternehmen – dem Netzbetreiber Main-Donau Netzgesellschaft und dem Netzdienstleister N-ERGIE Service GmbH – geführt wurde, in einer gemeinsamen Gesellschaft zu bündeln. Entstanden ist die N-ERGIE Netz GmbH, die seit 1. Januar 2020 für alle Themen rund um die Strom- und Erdgasnetze in Nürnberg und der Region und in Nürnberg auch für die Fernwärme- und Trinkwassernetze verantwortlich ist.

Für die Kunden und Partner beider Vorgänger-Gesellschaften ändert sich durch die Zusammenführung und Umbenennung nichts. Die 24-Stunden-Bereitschaft, der Online-Service und alle Telefonnummern, darunter auch die Störungsnummern, bleiben bestehen.

Mit der N-ERGIE Netz GmbH ist ein Unternehmen mit knapp 1.000 Beschäftigten entstanden, dessen Aufgabe es ist, ihren Kunden und Partnern ein sicheres Versorgungsnetz zur Verfügung zu stellen.

Die Netzgesellschaft bietet das gesamte Produktspektrum aus einer Hand: Die Planung, den Bau, die Überwachung und die Steuerung der Strom-, Erdgas-, Fernwärme- und Trinkwasserinfrastruktur sowie den Betrieb, die Inspektion und die Wartung aller Anlagen, Rohre und Leitungen. ❐

Unternehmensgruppe Irlbacher errichtet neue Energiezentrale:

Bayernwerk Natur liefert innovative Energietechnologie

Seit über 80 Jahren entwickelt und produziert die Unternehmensgruppe Irlbacher hochmoderne Spezialgläser in höchster Präzision für Innen- und Außenleuchten, Kaminofenindustrie, Architektur, Gebäudetechnik, Sanitär, Maschinenbau oder Forschung und Wissenschaft. Nun erweitert Irlbacher seine Produktionsstätten in Schönsee (Landkreis Schwandorf). Ein entscheidender Produktionsfaktor ist dabei der effiziente und nachhaltige Energieeinsatz.

Am Firmensitz im oberpfälzischen Schönsee errichtet der Glasspezialist daher eine neue Energiezentrale mit einem hocheffizienten Blockheizkraftwerk (BHKW). Energiepartner dafür ist die Bayernwerk Natur GmbH (Bayernwerk). Das innovative Energieprojekt wurde nun mit einer Vertragsunterzeichnung beim Bayernwerk in Regensburg auf den Weg gebracht.

Neues Vorzeigeprojekt

Es war der Startschuss für ein neues Vorzeigeprojekt des Schönseer Glasspezialisten Irlbacher. Diesmal steht allerdings ein nachhaltiger und effizienter Einsatz von Energie für die Produktion der weltweit gefragten Produkte des oberpfälzischen High-Tech-Unternehmens im Mittelpunkt. Durch die Erweiterung seiner Produktionsstätten hat das Unternehmen eine neue Energiezentrale mit einem hocheffizientem BHKW in Auftrag gegeben. Dabei hat sich Irlbacher für das Bayernwerk als Energiepartner entschieden.

„Wir sind sehr stolz, dass wir einem derart innovativen Produktionsbetrieb wie der Unternehmensgruppe Irlbacher mit unserem Energie-Know-how zur Seite stehen dürfen. Auf den Kundenbedarf zugeschnittene und möglichst nachhaltige Lösungen zu realisieren, zeichnet uns aus“, betonte Werner Dehmel, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur. Bei einem Termin in der Unternehmensleitung des Bayernwerks in Regensburg wurden nun die Verträge für das neue Energieprojekt zwischen der Firma Irlbacher und dem Bayernwerk unterzeichnet. Dabei handelt es sich um einen Pachtvertrag für drei Kraft-Wärme-Kopplungs-Module (KWK) mit jeweils 333 Kilowatt elektrischer Leistung. Die Investition für diese Anlagen trägt die Bayernwerk Natur. Zudem wurde ein Kaufvertrag für eine Absorptionskältemaschine (AKM) mit 500 kW thermischer Leistung abgeschlossen. Als dritter Baustein wurde ein Erdgasliefervertrag über neun Jahre mit 15,8 Gigawattstunden jährlich abgeschlossen.

Die Verträge unterzeichneten seitens des Glasspezialisten die Geschäftsführer Joseph Irlbacher, Stephan Irlbacher und Günther Irlbacher. Für die Bayernwerk Natur unterzeichneten die Geschäftsführer Werner Dehmel und Franco Gola. Zugegen war auch Otmar Zisler, Mitglied der Geschäftsführung der E.ON Energie Deutschland, die für die Bayernwerk Natur das benötigte Erdgas für den Anlagenbetrieb liefert.

In der neuen Energiezentrale werden künftig die neuen technologischen Komponenten des Blockheizkraftwerks wie KWK-Module und die AKM untergebracht. Damit die Abwärme der KWK-Module optimal in den Produktionsprozessen genutzt werden kann, werden aktuell elektrisch beheizte Trockenöfen auf die Beheizung mit Thermalöl umgerüstet. Diese Umrüstung finanziert Irlbacher selbst. Die Inbetriebnahme der neuen Energieanlage ist für September 2020 geplant. Das finanzielle Volumen für dieses neue Energieprojekt liegt bei rund 9,2 Millionen Euro. ❐



V.l.: Franco Gola (Geschäftsführer Bayernwerk Natur), Stephan Irlbacher, Joseph Irlbacher (beide Geschäftsführer Unternehmensgruppe Irlbacher), Werner Dehmel (Geschäftsführer Bayernwerk Natur) und Günther Irlbacher (Geschäftsführer Irlbacher) bei der Vertragsunterzeichnung in der Regensburger Bayernwerk-Zentrale.

Bild: Simon Leibl/ Bayernwerk AG

Pfaffenhofen:

Neue Beleuchtung in der Zulassungsstelle spart 60 % Energie

In der Zulassungsstelle des Landratsamts in der Pettenkoferstraße in Pfaffenhofen wurden kürzlich insgesamt 55 Leuchten im Bereich der Schalterhalle durch Leuchten mit energieeffizienter LED-Technik ersetzt. Die Gesamtkosten dieser Maßnahme belaufen sich auf 27.893 Euro. Die jährliche Stromeinsparung beträgt nunmehr ca. 5.970 kWh. Das bedeutet, die durchschnittliche Stromeinsparung beläuft sich auf rund 60 % gegenüber der Bestandsanlage.

Betrachtet man die Investition über einen Zeitraum von 20 Jahren, kann die CO2-Einsparung mit ca. 70 Tonnen beziffert werden. „Wir arbeiten kontinuierlich an der energetischen Verbesserung unserer Liegenschaften für den Klimaschutz“, so Landrat Martin Wolf.

Die Maßnahme wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit gefördert.

Der Fördersatz beträgt 30 % der förderfähigen Kosten in Höhe von 27.893 Euro. Der Zuschuss beläuft sich somit auf 8.368 Euro. ❐



Preisträger Bioenergiedorf Wettringen eG gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann (r.) und Ingo Schroers, Bayernwerk (l.), Landrat Florian Töpper, Landkreis Schweinfurt (2.v.l.) und 2. Bürgermeister Winfried Reß, Stadtlauringen (2.v.r.).

Bild: Johannes Hardenacke, Regierung von Unterfranken/ Bayernwerk AG

Bürgerenergiepreis Unterfranken 2019:

Engagement für Energiewende gewürdigt

Ein Dorf heizt Bio: In Wettringen im Landkreis Schweinfurt steht seit 2011 ein Blockheizkraftwerk (BHKW), das inzwischen zwei Drittel des Dorfes mit Wärme und Strom versorgt. Betrieben wird die Anlage mit Hackschnitzeln. Das „Bioenergiedorf Wettringen“ ist einer von drei Gewinnern des Bürgerenergiepreises, der jedes Jahr von der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) mit Unterstützung der Regierung von Unterfranken vergeben wird.

Die Bioenergiegenossenschaft Wettringen eG wurde gemeinsam mit den anderen Preisträgern, Johannes Hemmelmann aus Himmelstadt im Landkreis Main-Spessart und Familie Jung aus Eltmann im Landkreis Haßberge, in den Räumen der Regierung von Unterfranken in Würzburg geehrt.

„Wenn wir Klimawandel und Energiewende ernst nehmen, müssen wir jetzt handeln und innovative Lösungen finden. Der Bürgerenergiepreis macht ein breites Publikum auf diese vorbildlichen Projekte aufmerksam und wir freuen uns, dass so viele Menschen mit gutem Beispiel vorangehen“, erklärte Ingo Schroers, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayernwerk Netz GmbH, bei der Preisverleihung. Zusätzlich merkte er an, dass es jedes Jahr die Möglichkeit gebe, sich für die Auszeichnung zu bewerben. Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann ergänzte: „Tolle Projekte, engagierte Menschen und reichlich Visionäres, das ist der Bürgerenergiepreis des Bayernwerks. Ich freue mich, auch in diesem Jahr wieder aktiv mitwirken zu können.“

Klimafreundlich und smart

Seit 2010 hat Familie Jung aus Eltmann ihr im Jahr 1983 erbautes Zweifamilienhaus kontinuierlich zu einem klimafreundlichen und energieeffizienten Smart Home umgebaut. Basis sind eine Photovoltaikanlage, eine Wärmepumpe, die auch als Klimaanlage funktioniert, sowie eine Solarthermieanlage mit Heizungsunterstützung und ein wasserführender Pelletofen.

Den Umbau der Heizungsanlage hat Matthias Jung größtenteils in Eigenregie durchgeführt. Mit Hilfe eines Smart-Home-Systems kann die Familie die energetische Versorgung ihres Hauses digital steuern. Die gesamte Beleuchtung ist auf LED umgerüstet, bei neuen Geräten achten die Familienmitglieder auf Energieeffizienz. Zum Fuhrpark der Familie gehören ein Elektroauto, ein Elektromotorad und ein E-Roller. Als nächsten Schritt plant die Familie die Anschaffung eines Speichers für die überschüssige Energie aus der Photovoltaik-Anlage. Familie Jung erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro.

Effizientes Blockheizkraftwerk

Auf Initiative der Bioenergiegenossenschaft Wettringen entstand in dem unterfränkischen Dorf im Jahr 2014 ein eigenes Blockheizkraftwerk (BHKW). Diese Kraftwerke dienen der lokalen Energieversorgung einzelner Quartiere und arbeiten extrem effizient nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Das Besondere am Wettringer BHKW ist, dass es komplett CO2-neutral mit Holzpellets betrieben wird. Diese werden verschwelt, so dass neben Wärme auch Gas entsteht, das in Gasmotoren in elektrische Energie umgewandelt wird.

Ein dorfeigenes Nahwärmenetz versorgt inzwischen schon zwei Drittel der Bewohner mit Wärme aus dem BHKW. Den selbst erzeugten Strom speisen die Wettringer in das Stromnetz ein. Da immer mehr Dorfbewohner an das Wärmesystem angeschlossen werden möchten, denkt die Genossenschaft derzeit über eine Erweiterung der Anlage nach. Die Bioenergiegenossenschaft Wettringen erhält ein Preisgeld von 3.000 Euro.

Vier Generationen, ein Wärmenetz

Zehn Bewohner aus vier Generationen leben auf dem Anwesen der Familie Hemmelmann in Himmelstadt. Für die Gebäude in der Hauptstraße in Himmelstadt, deren Ursprung teilweise auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, hat Johannes Hemmelmann ein eigenes Nahwärmenetz installiert. Auch die neu gebaute Weinscheune mit Platz für 50 Besucher hat er an das Netz angeschlossen.

Der Wärme- und Warmwasserbedarf wird über eine Pelletheizung und eine Solarthermieanlage gedeckt. Drei Pufferspeicher sorgen dafür, dass die Pelletheizung in den Sommermonaten nur sehr selten eingesetzt werden muss. Unterstützt wird das System durch eine intelligente Steuerung, die auf Wettervorhersagen reagiert. Familie Hemmelmann erhält ein Preisgeld von 4.000 Euro.

Schon jetzt für die nächste Runde bewerben

Der Bürgerenergiepreis wurde erstmals 2013 in Niederbayern verliehen. Inzwischen werden regelmäßig Gewinner in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberbayern, Unterfranken, Oberfranken und in der Oberpfalz gesucht. Schon sind Bewerbungen für die nächste Runde möglich. Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bürgerenergiepreis sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden. ❐

LEW Verteilnetz GmbH (LVN):

Ausastarbeiten leisten Beitrag zur Versorgungssicherheit

LEW Verteilnetz sorgt für überdurchschnittlich hohe Zuverlässigkeit der Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben. Dazu tragen auch die Ausastarbeiten bei, die derzeit im gesamten Netzgebiet laufen.

Mit Motorsäge und Astschere beugt die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) als Betreiber des regionalen Stromverteilnetzes auch in diesem Winter Stromausfällen vor. Dabei werden Bäume und Sträucher entlang der Stromleitung mit Motorsäge und Astschere zurückgeschnitten bzw. je nach Gehölzart ebenerdig gekürzt. Somit soll vermieden werden, dass Äste zu nah an die Leitung wachsen und so aufgrund von Stromüberschlag oder bei schlechter Witterung die Stromversorgung beeinträchtigen.

Überdurchschnittlich hohe Versorgungsqualität

Die jährlichen Ausastarbeiten leisten damit einen Beitrag zur überdurchschnittlich hohen Versorgungssicherheit, die LVN Netzkunden bietet: 2018 war ein Kunde im Netzgebiet aufgrund ungeplanter Versorgungsunterbrechungen nur rund neun Minuten ohne Strom. Dieser sogenannte SAIDI-Wert (System Average Interruption Duration Index) wird jährlich von jedem Netzbetreiber erhoben. Für Deutschland liegt der entsprechende Wert 2018 bei 14 Minuten, für Bayern bei 13. In den Nachbarstaaten liegen die Werte um ein Vielfaches höher (Österreich 2017: 32 Minuten, Frankreich 2016: 50 Minuten, Tschechische Republik 2016: 98 Minuten).

17 Spezialunternehmen aus der Region

Die Ausastarbeiten sind neben regelmäßigen Leitungskontrollen sowie kontinuierlichen Erneuerungsarbeiten im gesamten Netz ein Baustein der hohen Versorgungssicherheit: LVN investiert in die Ausastarbeiten mehr als 2 Millionen Euro. Die Summe geht an 17 Betriebe aus der Region, darunter Garten- und Landschaftspflegebetriebe sowie Forstbetriebe. Die Spezialfirmen sind von Herbst bis Ende Februar im gesamten LVN-Netzgebiet unterwegs, um Bäume und Sträucher zurückzuschneiden. Die Betriebe durchlaufen bei LVN ein eigenes Qualifizierungsverfahren und werden regelmäßig geschult. Berücksichtigt werden Stromleitungen aller Spannungsebenen des Verteilnetzes von 400 Volt (Niederspannung) bis zu 110.000 Volt (Hochspannung).

Spezialwerkzeuge reduzieren Leitungsabschaltungen

Netzkunden merken von den Arbeiten in der Regel nichts, nur in einzelnen Fällen müssen Leitungen vorübergehend spannungslos geschaltet werden. Um die Zahl der nötigen Stromabschaltungen möglichst gering zu halten, wird bei LVN in der Nieder- und Mittelspannung außerdem ein besonderes Verfahren angewandt: Durch den Einsatz isolierter Abstandsmessstangen und Stangensägen kann auch bei Bewuchs, der Sicherheitsabstände zu Leitungen unterschreitet, ohne Abschaltung gearbeitet werden.

Die Zahl von Stromabschaltungen für die Ausastarbeiten konnte seit Einführung des Verfahrens um drei Viertel reduziert werden. Falls trotzdem einmal vorübergehend einzelne Leitungsabschnitte spannungslos geschaltet werden müssen, informiert LVN betroffene Haushalte vorab.

Die Maßnahmen finden im Einklang mit den geltenden Bestimmungen des Natur- und Vogelschutzes statt. Daher werden die Trassenpflegearbeiten in der vegetationsarmen Winterzeit und vor Beginn relevanter Vogelbrutzeiten abgeschlossen. Grundstücksbesitzer sollen Leitungen nicht selbst freischneiden

Aus Sicherheitsgründen warnt LVN Grundstücksbesitzer davor, Bäume, die zu nahe an Stromleitungen herangewachsen sind, selbst auszuschneiden. Stattdessen sollte die zuständige Betriebsstelle verständigt werden.

Die jeweiligen Kontaktdaten sind zu finden auf www.lew-verteilnetz.de/ansprechpartner. ❐

energie-
effizient und
nachhaltig
#byak-ben

Beratungsstelle
Energieeffizienz und
Nachhaltigkeit

Bayerische
Architektenkammer

Schon
klimaneutral?
Wir beraten
Sie kostenfrei!
+49 89 139880-88
www.byak-ben.de

Gefördert durch
Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Gute Nachrichten für Fahrgäste

Der Bundesrat hat sich jüngst für Verbesserungen bei den Förderkriterien für den Ausbau und die Grunderneuerung der Straßenbahninfrastruktur ausgesprochen. In ihrer Positionierung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz betont die Länderkammer, dass aus ihrer Sicht auch Straßenbahnsysteme gefördert werden müssen, die nicht überwiegend auf „besonderem Bahnkörper" fahren. Der VDV, Branchenverband für über 600 Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehr, begrüßt dies ausdrücklich.

Wie Präsident Ingo Wortmann erläuterte, „fordern wir eine solche Anpassung des GVFG auch seit längerem, denn nach jetzigem Stand behindert dieses Kriterium Ausbau und Grunderneuerung der klassischen Straßenbahnsysteme in vielen deutschen Städten. Nur Straßenbahnen, die zu mindestens 80 Prozent auf „besonderem Bahnkörper" fahren, bekämen entsprechende Fördermittel. Wenn wir aber im städtischen Verkehr zur Erreichung der Klimaschutzziele mehr Fahrgäste für die umweltfreundlichen Schienenverkehre gewinnen wollen, dann müssen wir die teils jahrzehntealte Straßenbahninfrastruktur flächendeckend ausbauen und modernisieren. Deshalb muss an dieser Stelle im GVFG dringend nachgebessert werden."

Um schneller und unbürokratischer die nötigen Grunderneuerungsmaßnahmen bei städtischen Schienenverkehren umsetzen zu können, setzt sich der Bundesrat zudem dafür ein, den bei Bauvorhaben üblichen Nachweis des gesamtwirtschaftlichen Nutzens (standardisierte Bewertung) in solchen Fällen entfallen zu lassen. Aus Wortmanns Sicht ist dies „ein sinnvoller und pragmatischer Vorschlag, der unserer Position entspricht. Denn hier geht es um die Grunderneuerung existierender Verkehrsangebote für die der positive wirtschaftliche Nutzen bereits beim Bau erbracht worden ist. In diesem Kontext kann also auf einen erneuten und bürokratisch aufwendigen Nachweis nach dem Verfahren der Standardisierten Bewertung verzichtet werden."

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Auch zur gesetzlichen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Bauvorhaben für Straßen-, Stadt- und U-Bahnsysteme hat sich der Bundesrat noch einmal klar positioniert: Die Länder fordern ausdrücklich, dass die Regelungen zur Planungsbeschleunigung aus dem Planungsbeschleunigungsgesetz auf Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen- und U-Bahnen nach dem Personenbeförderungsgesetz übertragen werden. Eine solche Übernahme sei angesichts der großen Herausforderungen, vor denen der ÖPNV mit Blick auf die Erreichung der Klimaziele steht, dringend und kurzfristig erforderlich. „Eine weitere Forderung, die wir ganz klar unterstützen. Wir nehmen allerdings wahr, dass dies nicht nur in den Ländern, sondern auch beim Bund inzwischen Konsens ist. Wir hoffen daher auf eine schnelle und unkomplizierte Gesetzesanpassung", erklärte VDV-Präsident Wortmann.

Begrüßt wird vom Verkehrsverband zudem die seit Jahresbeginn 2020 geltende Minderung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr auf sieben Prozent: „Wir werden auf diese Weise mehr Fahrgäste für die Eisenbahn bekommen und sparen uns den bisherigen Verwaltungsaufwand bei der Abgrenzung der Umsatzsteuer zum Nahverkehr", so VDV-Vizepräsident Veit Salzmann. Auch die von den Firmen ausgegeben Jobtickets werden im neuen Jahr weiter steuerlich gefördert: „Es ist ab Januar zusätzlich möglich, das Jobticket durch eine Gehaltsumwandlung zu finanzieren, die der Arbeitgeber nur noch pauschal mit 25 Prozent versteuert, ohne dass gleichzeitig eine Kürzung der Entfernungspauschale vorgenommen werden muss. Das ist vor allem für Pendlerinnen und Vielfahrer mit langen Fahrstrecken – beispielsweise aus ländlichen Regionen – attraktiv."

Im internationalen Vergleich war Deutschland mit dem hohen Steuersatz auf Fernverkehrstickets ohnehin die Ausnahme. „Im Inland war es zudem schwer vermittelbar, dass beim Fahrpreis für eine Strecke ab 51 Kilometern ein höherer Steuersatz gilt als bei Fahrten bis 50 Kilometer. Mit der Angleichung sind auf der klimafreundlichen Schiene wettbewerbsfähigere Angebote möglich. Dafür hat sich der VDV intensiv und letztlich erfolgreich eingesetzt", so Salzmann. Seit Ende der 1960er Jahre gilt für den öffentlichen Nahverkehr der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz von sieben Prozent.

Für Jobtickets gibt es nunmehr insgesamt drei Förderungen. Bereits seit dem 1. Januar 2019 können jene den Arbeitnehmern als steuerfreier Sachbezug oder als Zuschuss gewährt werden, wenn sie zusätzlich zum Lohn gezahlt werden. Als zweite Variante ist ab 2020 eine Gehaltsumwandlung möglich, wobei das Jobticket pauschal mit 25 Prozent versteuert wird, ohne dass gleichzeitig eine Kürzung der Entfernungspauschale vorgenommen wird. Dadurch entfällt die bisherige Benachteiligung von Pendlern mit langen Distanzen, etwa aus dem ländlichen Raum.

Auch für kleinere Unternehmen wird die Einführung eines Jobtickets attraktiver, da ein Großteil des bisherigen Verwaltungsaufwands entfällt: Die Firmen können allen Arbeitnehmern oder einzelnen Gruppen ein pauschal versteuertes Jobticket anbieten, ohne diese im Einzelnen in der Lohnsteuerbescheinigung erfassen zu müssen. Die dritte Möglichkeit besteht weiter darin, eine Gehaltsumwandlung mit 15-prozentiger Pauschalversteuerung zum Erwerb des Jobtickets durchzuführen – hier jedoch mit Kürzung der Entfernungspauschale. **DK**

„Mobilität der Zukunft Bayern":

Freistaat baut Netzwerk auf

Impulsgeber für zukunftsfähige kommunale Verkehrslösungen

Bayernweit sollen Bürgerinnen und Bürger sinnvoll verknüpfte Mobilitätsangebote vorfinden: ob in der Stadt oder auf dem Land. Damit das gelingt, investiert der Freistaat sowohl in die digitale wie in die bauliche als auch in die organisatorische Vernetzung der Kommunen.

Mit dem Aufbau des Netzwerks „Mobilität der Zukunft Bayern" will die Staatsregierung Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, mit denen sie bayerische Kommunen bei der Entwicklung umfassender Mobilitätskonzepte unterstützen kann. In den Regierungsbezirken sollen Regionalnetzwerke aufgebaut werden, die von regionalen Koordinatoren betreut und unterstützt werden. Hier soll Erfahrungsaustausch, Weiterbildung und Wissenstransfer stattfinden. Bis zum Jahresende wird ein Detailkonzept ausgearbeitet.

Dezentrale Koordination

Der Schlüssel zu modernen Mobilitätsangeboten ist die übergreifende und umfassende Planung bei den Kommunen und die Abstimmung der Konzepte über kommunale Zuständigkeitsgrenzen hinweg. Mobilitätsmanagement kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten miteinander vernetzt werden. Eine übergeordnete Stelle soll dabei die verschiedenen Player dezentral koordinieren. Regionale Austauschplattformen und Weiterbildungsangebote für kommunale Akteure sollen zudem den Kommunen helfen, die Verkehrsangebote vor Ort für die Fahrgäste zu optimieren.

„Die Kommunen haben eine entscheidende Rolle bei der Mobilitätswende. Zukunftsfähige Mobilitätskonzepte werden nur gelingen, wenn alle bayerischen Kommunen die für sie besten Lösungen erarbeiten und umsetzen. Dass ihnen dafür der Freistaat seine Unterstützung anbietet, halte ich für den richtigen Weg", kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, den Beschluss des bayerischen Kabinetts.

„Die Kommunen sind zwar formal nicht zuständig für Mobilitätskonzepte, aber sie und ihre Bürger sind die Betroffenen und die Nutzer. Jede Kommune in die Lage zu versetzen, das für sie beste Mobilitätskonzept zu erarbeiten, ist daher der beste Garant zu innovativen und sinnvoll miteinander verknüpften Mobilitätsangeboten in ganz Bayern", so Schmid. „Ein hochmodernes Mobilitätssystem und eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sind schließlich zentrale Bausteine, um das Verfassungsziel Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erreichen."

Aufbau geeigneter Strukturen

Mit den Eckpunkten, in jedem der sieben bayerischen Regierungsbezirke regionale Netzwerke für kommunale Mobilitätslösungen aufzubauen, jeweils eine Koordinierungsstelle einzurichten sowie zusätzlich Austauschplattformen und Weiterbildungsangebote für die kommunalen Mobilitätsakteure anzubieten, baut die Staatsregierung dafür geeignete Strukturen auf, so Schmid.

„Ausdrücklich bedanke ich mich hiermit nochmals für die Unterstützung unseres Projektes Bayern Mobilität 2030. Drei Modellregionen, die Landkreise Bayreuth, Berchtesgadener Land und Cham, entwickeln damit modellhaft spezifische Mobilitätslösungen. Diese werden grundsätzlich auch auf andere Regionen übertragbar sein. So entstehen weitere Bausteine eines künftigen bayerischen Mobilitätskonzeptes", so Schmid abschließend. ❐

Auftakttermin zur Studie „MVV-Verbunderweiterung"

Derzeit umfasst das Gebiet des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds (MVV) eine Fläche von rund 5.530 Quadratkilometern. Schon in ein paar Jahren könnte sich diese Fläche nahezu verdoppelt haben: Zehn Landkreise und kreisfreie Städte beteiligen sich an einer umfassenden Studie, um ihren möglichen Beitritt zum MVV vorzubereiten. Zu einem gemeinsamen Auftakttermin beim MVV in München trafen sich Vertreter der beteiligten Kommunen und des Freistaats.

Der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) wurde bereits im Jahr 1972 gegründet. Seither haben sich vor allem die Mobilitäts- und Verkehrsbeziehungen verändert. Legte der typische Berufspendler damals täglich noch eher kurze Strecken innerhalb des Verbundraumes zurück, so pendeln mittlerweile mehr und mehr Berufstätige auch über Verbundgrenzen hinweg täglich weite Strecken.

Um zu prüfen, ob und wie auch Pendler, die heute noch täglich die Verbundgrenzen überschreiten, künftig vom Verbundprinzip „1 Netz. 1 Fahrplan. 1 Tarif." profitieren können, beteiligen sich nun zehn Landkreise und kreisfreie Städte an einer Studie zur Verbunderweiterung. In einem gemeinsamen Termin in München stimmten Politik und Verwaltung der Landkreise Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen (für den südlichen Teil), Weilheim-Schongau, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, Landshut, Mühldorf und Rosenheim sowie der kreisfreien Städte Rosenheim und Landshut zusammen mit Vertretern des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, der Regierung von Oberbayern und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft die weiteren Schritte sowie Organisation und Ablauf der Studie ab.

Die Ermittlung der Grundlagen für einen MVV-Beitritt der beteiligten Kommunen setzt umfangreiche Fahrgastzählungen voraus, die in den kommenden Jahren Stück für Stück durchgeführt werden. Mit Ergebnissen ist sukzessive ab 2022 zu rechnen. Danach können die Kommunen entscheiden, ob sie dem MVV beitreten wollen.

Die Verkehrswende ist nur gemeinsam möglich

Die Koordination der Erweiterungsstudie übernimmt Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen: „Wir sind sehr froh, dass die Studie zur MVV-Verbunderweiterung startet und der Freistaat Bayern diese Studie mit ca. 86 Prozent fördert. Die Verkehrswende ist nur gemeinsam und mit einem leistungsstarken Verbund wie dem MVV möglich. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist bereits zur Hälfte im MVV. Mit der Verbundraumerweiterung haben wir nun die Chance, mit einem Tarifsystem und einem Qualitätsstandard den öffentlichen Nahverkehr über Landkreisgrenzen hinweg zu organisieren. Das wird den öffentlichen Nahverkehr sehr viel attraktiver machen und ein großer Schritt zu einer Verkehrswende werden."

Auch MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch freut sich über das Engagement aus den Landkreisen, kreisfreien Städten und des Freistaats: „Von einer Verbunderweiterung werden vor allem die Fahrgäste profitieren. Ich begrüße die Dynamik, mit der alle Beteiligten das Thema vorantreiben. Die Arbeit, die in den nächsten Jahren mit der Studie und möglichen Verbundbeitritten auf uns zukommt, wird sich auszahlen – und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende in Südbayern leisten." ❐



V.l.: Landrat Wilhelm Schneider (Landkreis Haßberge), Oberbürgermeister Christian Schuchardt (Vorsitzender Gesellschafterversammlung NVM, Stadt Würzburg), Staatsminister Dr. Hans Reichhart, Zweite Bürgermeisterin Sorya Lippert (Stadt Schweinfurt), Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landrat Thomas Bold (Landkreis Bad Kissingen), Landrat Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld), Landrat Florian Töpper (stellv. Vorsitzender Gesellschafterversammlung NVM, Landkreis Schweinfurt) und Dr. Eugen Ehmann (Regierungspräsident von Unterfranken). Bild: Christopher Alm (Geschäftsführer NVM)

Verkehrsverbund Mainfranken:

Erweiterung um die Region Main-Rhön

Übergabe von Förderbescheiden durch Ministerpräsident Söder

Ein erklärter Wunsch der vier Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie der Stadt Schweinfurt ist der Beitritt in den Verkehrsverbund Mainfranken VVM zum 01.08.2022. So entstünde gemessen an der Einwohnerzahl (945.000) der drittgrößte Verkehrsverbund in Bayern, bezogen auf die Fläche wäre es sogar der zweitgrößte.

Neben den knapp 440.000 Einwohnern des Beitrittsgebietes würden auch die etwa 510.000 Einwohner des aktuellen Verkehrsverbundes von der Vergrößerung profitieren.

Bayerische Unterstützung

Die Bestrebungen der mainfränkischen Gebietskörperschaften in Sachen Verbundraumerweiterung haben nun erste Früchte getragen: Der Freistaat Bayern, dessen mittelfristiges Ziel es ist, nach und nach alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern einem Verkehrs- und Tarifverbund anzugliedern, unterstützt dieses Vorhaben nun durch die Förderung der Kosten einer Grundlagenstudie zu 90 Prozent. Dies entspricht einer Summe von bis zu 1,2 Millionen Euro. Die entsprechenden Förderbescheide haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart den Vertretern der Nahverkehr Mainfranken GmbH NVM und den fünf Kommunen in Nürnberg überreicht.

Weitere Förderung möglich

Auf Basis der Grundlagenstudie soll ermittelt werden, ob der Beitritt dieser fünf unterfränkischen Gebietskörperschaften zum VVM verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Liefert die Studie ein positives Ergebnis, so stellt der Freistaat den Kommunen auch eine weitere Förderung für die Einmal- und Dauerkosten der Verbundintegration in Aussicht. Mit den Ergebnissen der Studie wird bis Mitte 2022 gerechnet. ❐

Zusammenarbeit Stadt und Landkreis Würzburg:

ÖPNV-Verbesserungen im Fokus

Würzburgs Landrat Eberhard Nuß und Oberbürgermeister Christian Schuchardt präsentierten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz ein weiteres wichtiges Handlungsfeld für die interkommunale Zusammenarbeit: den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Neben Kooperationen beispielsweise in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, Kultur oder bei der Bäderlandschaft, beschäftigten nun sowohl den Stadtrat als auch den Kreistag in Workshops die Fragen, wie der Bus- und Schienenverkehr attraktiver werden kann und welche Tarife die Bürger am ehesten überzeugen, das Auto stehen zu lassen. Diese Erkenntnisse wurden nun zusammengeführt.

Nachdem der Stadtrat die Tarife bereits im April näher untersuchte, zog der Kreistag mit einem Workshop zu Verkehrsverbesserungsmaßnahmen und den Tarifen im Juni nach. Ende November folgte schließlich ein gemeinsamer Workshop mit insgesamt 64 politischen Vertretern und Verkehrsexperten im Würzburger Ratssaal. Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit in acht Kleingruppen gaben Nuß und Schuchardt nun bekannt.

Gemeinsamer Mobilitätsausschuss geplant

So soll es künftig einen gemeinsamen Mobilitätsausschuss geben, der paritätisch aus Stadt- und Kreistagsmitgliedern gebildet wird und für dieses Gremium vorberatend tätig ist. Man knüpfe damit an den früheren NWM-Aufsichtsrat an, den es im neuen Verkehrsverbund NVM nicht mehr gebe, erläuterte der Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, Prof. Dr. Alexander Schraml, womit derzeit Praxiserfahrungen vor Ort die Entscheider im Verbund mitunter verzögert erreichen würden.

Für ein solches neues Gremium gibt es auch gleich einige wichtige Themen auf der Agenda, die in den Workshops gut vorbereitet wurden. So möchte man beispielsweise zunächst bei Neuanschaffungen und perspektivisch bei allen Bussen ein einheitliches Erscheinungsbild in Stadt und Land verwirklichen. Gerade wer nur selten einen Linienbus nutzt, erkennt nicht immer sofort, was logisch zusammengehört. Auch bei der Ausstattung will man einen gemeinsamen Standard erreichen, beispielsweise bei der Ausstattung mit WLAN.

Eine hohe Priorität wird zudem auf der Entwicklung gemeinsamer Park&Ride und Bike&Ride-Konzepte liegen. Ebenfalls dringliche Hausaufgaben sind die Umsetzung von exklusiven Busspuren. Hierzu gab es bereits einen ersten richtungsweisenden Beschluss im Planungs-, Umwelt-; und Mobilitätsausschuss der Stadt Würzburg für die Ludwigstraße. Auch barrierefreie Haltestellen und eine Modernisierung des Tarifsystems hin zum E-Ticket wurden den Medienvertretern als wichtige Projekte genannt. ❐

Dialog zum künftigen SPNV-Angebot

Bayerische Eisenbahngesellschaft informiert über Fahrplanentwicklung und Fahrzeugkonzepte im Allgäu

Im Rahmen von drei Informationsveranstaltungen in Kaufbeuren, Lindau und Kempten hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) in den vergangenen Wochen Mandatsträger und Vertreter von Fahrgastverbänden und -initiativen aus dem Allgäu über die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs in der Region informiert. Die BEG plant, finanziert und kontrolliert im Auftrag des Freistaats den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern. Schwerpunktthemen waren der künftige Fahrplan sowie der geplante Fahrzeugeinsatz.

„In den vergangenen Monaten haben wir in diversen Gesprächen festgestellt, dass es im Allgäu erheblichen Klärungsbedarf zum künftigen Angebot im Regionalverkehr gibt", sagt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG. „Um offene Fragen zu klären, haben wir daher das Gespräch mit Mandatsträgern und Fahrgastvertretern aus der Region gesucht."

Elektrifizierung der Strecke München – Memmingen – Lindau

Ausgangspunkt für die umfangreichen Änderungen am Fahrplan im Allgäu ist die Elektrifizierung der Strecke (München –) Geltendorf – Memmingen – Lindau, die Ende 2020 abgeschlossen sein wird. „Die Elektrifizierung der Strecke München – Lindau bringt einen großen Mehrwert für Schwaben und das Allgäu. Die Fahrtzeit verkürzt sich deutlich und wir bauen gleichzeitig das Angebot aus. Neben einer neuen Expresslinie von München nach Memmingen wird es auch wieder direkte Verbindungen von München Richtung Unterallgäu und Bodensee über Memmingen geben", so der Bayerische Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart.

Ziel des Ausbaus der Strecke durch den Bund ist es, die Fahrzeit im dann zweistündlich angebotenen Fernverkehr zwischen München und Zürich auf unter drei Stunden und 30 Minuten zu verkürzen. Auch der Regionalverkehr zwischen München, Memmingen und Lindau, der bisher mit dieselbetriebenen Fahrzeugen gefahren wird, soll aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen nach Fertigstellung des Ausbaus elektrisch betrieben werden. Diese Verkehrsleistungen im künftigen E-Netz Allgäu hatte die BEG gemeinsam mit Baden-Württemberg daher 2017 europaweit ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt das Verkehrsunternehmen Go-Ahead, das ab Ende 2021 nach Vorgaben der BEG mit spurtstarken Elektrotriebwagen und einem deutlich erweiterten und beschleunigten Angebot sowie mehr Direktverbindungen auf der elektrifizierten Strecke startet. Fahrgäste können dann z. B. jede zweite Stunde eine neue schnelle Regionalzugverbindung zwischen München und Memmingen nutzen, deren Fahrzeit sich gegenüber dem heutigen Regionalzugangebot um etwa eine halbe Stunde verkürzt.

Zwischen Memmingen und Lindau weitet die BEG das Angebot auf einen Stundentakt aus. Zudem gibt es künftig im Regionalverkehr zweistündlich Direktverbindungen von München ins Württembergische Allgäu, zum Beispiel nach Leutkirch und Wangen. Bereits vor den großen Veränderungen ab Ende 2021 profitiert das Allgäu von Verbesserungen im Fahrplan im Rahmen eines Sonderprogramms des Freistaats, das in ganz Bayern den Stundentakt herstellen soll: Ab Juni 2020 weitet die BEG in der Region auf der Strecke Kaufbeuren – Füssen das Angebot frühmorgens und spätabends aus.

Ost- und Oberallgäu: Wichtige Direktverbindungen nach München bleiben bestehen

Das nicht elektrifizierte Ober- und Ostallgäu inklusive der kreisfreien Städte Kempten und Kaufbeuren hatten im Vorfeld Bedenken geäußert, nach der Fertigstellung der Elektrifizierung schlechter an die Landeshauptstadt angebunden zu sein. Stefan Bosse, Oberbürgermeister von Kaufbeuren und Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands Allgäu erklärt: „Wir haben durch die Informationsveranstaltungen der BEG ein gemeinsames Verständnis entwickelt, was derzeit machbar und ökologisch ist. Wir werden uns weiterhin für die Elektrifizierung weiterer Allgäuer Strecken einsetzen, so dass sich langfristig die Anzahl der Direktverbindungen Richtung München wieder erhöht."

Fuchs begründet die Änderungen am Fahrplankonzept: „Es ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar, dass wir eine unverändert hohe Anzahl an dieselbetriebenen Zügen aus dem südlichen Allgäu auf der frisch elektrifizierten Strecke nach München fahren lassen. Das wäre absurd. Die Devise lautet: So wenig wie möglich ‚Diesel' unter Fahrdraht, aber weiterhin Direktverbindungen in die Landeshauptstadt aus allen Teilen des Allgäus. Zwischen diesen beiden Zielen mussten wir einen Kompromiss finden."

Deshalb reduziert die BEG im neuen Fahrplankonzept ab Ende 2021 teilweise die Zahl der umsteigefreien Verbindungen aus dem Ober- und Ostallgäu nach München. Das heißt, die Fahrgäste müssen künftig öfter in Buchloe umsteigen. Aber: Wichtige Direktverbindungen aus dem südlichen Allgäu nach München bleiben bestehen. Und: Die Zahl der Verbindungen insgesamt nach München erhöht sich meist sogar. Zwischen Lindau, Oberstdorf, Immenstadt, Kempten und Buchloe profitieren die Fahrgäste von einem Stundentakt. Diese Verkehre erbringt DB Regio mit dieselbetriebenen Neigetechnikzügen vom Typ VT612. Ab Buchloe fahren die Züge jede Stunde abwechselnd entweder direkt nach München oder Augsburg weiter.

In den Zwischenstunden müssen die Fahrgäste entweder Richtung München oder Augsburg umsteigen. Damit sind München und Augsburg aus dem Oberallgäu weiterhin stündlich schnell erreichbar, Direktverbindungen nach München gibt es jede zweite Stunde. Zwischen Füssen und Buchloe können Fahrgäste mit der Bayerischen Regiobahn stündlich reisen.

Die meisten Züge aus Füssen verkehren direkt weiter nach Augsburg. In diesen Fällen bestehen in Buchloe kurze Umsteigezeiten in die elektrisch betriebenen Züge nach München. Es wird aber auch aus Richtung Füssen über den ganzen Tag verteilt weiterhin einzelne Direktverbindungen nach München geben. „Die gute Nachricht ist: Wenn man die Direktzüge nach München und die Verbindungen mit Umstieg in Buchloe zusammenzählt, erhöhen wir die Zahl der Verbindungen Richtung München gegenüber heute an fast allen Stationen aus dem südlichen Allgäu", so Fuchs.

Ein Beispiel: Die Zahl der umsteigefreien Verbindungen zwischen Kaufbeuren und München sinkt zwar ab Ende 2021 von heute 45 pro Tag auf dann 27. Aber die Zahl aller Verbindungen nach München – inklusive Umstieg in Buchloe – steigt von heute 66 auf 100. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Direktverbindungen zwischen Kaufbeuren und Augsburg von heute 48 auf 66 pro Tag zu. Wie die Situation an anderen Stationen im Allgäu aussieht, zeigen die Karten.

„Wir haben lange an einem Fahrplankonzept gearbeitet, das die nötigen Änderungen im Rahmen der Streckenelektrifizierung bestmöglich mit den berechtigten Interessen der Fahrgäste aus dem gesamten Allgäu in Einklang bringt", sagt Florian Liese, Leiter der Planungsabteilung bei der BEG. „Wir sind uns bewusst, dass wir damit nicht den Wunsch jedes Einzelnen erfüllen können. Aber das Allgäu als Ganzes profitiert, denn das Zugangebot wächst ab Ende 2021 deutlich, sowohl nach München als auch nach Augsburg."

Fahrzeuge nach 2030: BEG favorisiert Neigetechnik mit elektrischen und alternativen Antrieben

Auch die Fahrzeuge, die im Allgäu künftig zum Einsatz kommen, waren bei den Informationsveranstaltungen ein Thema. Mehrfach gab es Wortmeldungen, ob auf den nicht elektrifizierten Strecken die Dieselzüge nicht durch Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien ersetzt werden könnten, zum Beispiel mit reinen Akku- oder zusätzlichen Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieben.

„Wir haben vor Beginn der bundesweiten Diskussionen zu alternativen Antrieben bereits Verkehrsverträge mit den Unternehmen geschlossen, die bis etwa 2030 gelten. Sie sehen den Einsatz von teilweise fabrikneuen Dieseltriebwagen vor. Daher können in diesen Verträgen kurzfristig keine anderen Fahrzeuge eingesetzt werden", erklärt Fuchs. Weitere Gründe, die derzeit gegen Lösungen mit alternativen Antrieben sprechen: Zum einen sind die nicht elektrifizierten Streckenabschnitte im Allgäu für Akku-Fahrzeuge derzeit zu lang. Zum anderen verfügen die aktuell vorhandenen Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb nicht über die nötige Fahrdynamik und Höchstgeschwindigkeit, um die anspruchsvollen Fahrplankonzepte in der Region fahren zu können.

Die BEG will auch nach 2030 – nach voraussichtlichem Ende der Lebensdauer der aktuellen Fahrzeuge vom Typ VT 612 – an der Neigetechnik festhalten. Durch die damit verbundenen schnellen Fahrzeiten können in Lindau weiterhin attraktive Anschlüsse aus dem Ober- und Westallgäu in die Ostschweiz und nach Zürich hergestellt werden. Das neue Neigetechnikfahrzeug soll dann sowohl fahrleitungsgebunden als auch mit dann weiterentwickelten alternativen Antriebskonzepten fahren können. Derzeit laufen entsprechende Gespräche mit den Fahrzeugherstellern.

„Der Freistaat fordert vom Bund, dass weitere Strecken im Allgäu elektrifiziert werden. Elektrischer Fahrdraht ist nach wie vor die praktikabelste, wirtschaftlichste und ökologischste Lösung", so die BEG-Geschäftsführerin. ❒

Carsharing:

Mobilitätslösung für ländlichen Raum

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt auf dem Land. Von diesen kann nur etwa ein Drittel das nächste Oberzentrum mit Bus und Bahn innerhalb von 30 Minuten erreichen – wenn Bus oder Bahn fahren. Das bevorzugte Verkehrsmittel ist deshalb der eigene PKW. Fast zwei Drittel aller Wege im ländlichen Raum werden damit zurückgelegt. Doch ein Fahrzeug ist teuer und wird nur 10 Prozent genutzt. Die restliche Zeit steht das teure Mobil herum und verursacht Kosten. Und steht kein eigenes Auto zur Verfügung, wird es schwierig mit der Mobilität.

Eine Lösung der Aachener Shared Mobility Plattform MOQO kann helfen. An immer mehr Orten bilden sich Initiativen, die selbst Mobilitätsangebote organisieren: Bürgerbusse, Sammeltaxen, Mitfahrgelegenheiten. Immer beliebter wird auf dem Land auch das selbst organisierte Carsharing. Träger sind Vereine, Gemeindeverwaltungen oder auch Unternehmen. Motto: Teilen ist das neue Haben.

Carsharing via App

Der „Fuhrpark" besteht oft aus modernen umweltfreundlichen Elektrofahrzeugen, die zudem noch regionale regenerative Energie „tanken". Lediglich für das Management nutzen viele Carsharer noch die gute alte Excel-Liste oder den Schlüsselkasten. Das frisst viel Zeit und kann schnell unübersichtlich werden.

Eine innovative App kann diese Herausforderung meistern und die Schwelle, ins Carsharing einzusteigen, auch für ganz normale Bürger und Bürgerinnen senken. Eine solche App wurde ursprünglich eher für städtisches Carsharing entwickelt. Jetzt beweist sie ihre Stärken aber auch auf dem Land und trägt hier ganz entscheidend zur Verbesserung der Mobilität und damit der Lebensqualität bei.

Die Lösung stammt von MOQO. Dahinter steht das Aachener Unternehmen Digital Mobility Solutions GmbH mit seinem Geschäftsführer Dr. Michael Minis; Und hinter ihm stehen über 30 Mitarbeiter. Die Aachener nennen sich Shared Mobility-Spezialisten und bieten eine professionelle Plattform, die für ganz verschiedene Mobilitätsangebote anpassbar ist.

Die MOQO-App macht das Teilen von allen denkbaren Fahrzeugen sowohl für die Betreiber wie auch für die Nutzer transparent und komfortabel. Die Software kann dabei die gesamte so genannte digitale Nutzererfahrung abbilden. Das heißt, alle Miet- und Abrechnungsprozesse sowie weitergehende Services wie die Aufnahme von Unfallschäden oder Fahrzeugzuständen und vieles mehr läuft komplett über die App. Ja sogar Personal- oder Buchhaltungssysteme lassen sich in die App integrieren. Außerdem ist die Lösung skalierbar, das bedeutet, die Betreiber fangen „klein" mit einem Fahrzeug an und können später weitere Fahrzeuge bequem in die Plattform integrieren.

Wenn der Betreiber es wünscht, kann er auf der Basis von MOQO auch eine eigene App unter der eigenen Marke anbieten, eine so genannte White-Label-Lösung. Auf einer Karte kann der Nutzer auch sehen, wo welche Fahrzeuge für ihn bereitstehen. Das erlaubt sowohl den spontanen als auch einen geplanten Zugriff auf die Fahrzeuge. Bei Elektrofahrzeugen wird er zudem über den Ladestand informiert, was die Planungssicherheit nochmals erhöht.

Volle Transparenz

Der Carsharing-Kunde kann über die App nicht nur die Fahrzeuge reservieren und mieten. Das System bietet ihm auch volle Transparenz über die Dienstleistungen, die er in Anspruch genommen hat, und die Kosten. Dabei hat der Anbieter der Shared Mobility auf der Plattform jederzeit die Kontrolle über seine Fahrzeuge. Der Datenschutz wird selbstverständlich beachtet.

MOQO ist nicht nur für Autos nutzbar. Auch andere Fahrzeuge, z.B. Fahrräder, E-Bikes, Roller, Scooter und vieles mehr, können in das System integriert werden. Auch die Integration von zusätzlichen Dienstleistungen wie etwa Fahrerdienste für Kunden ohne Führerschein oder Mitfahrgelegenheiten sind denkbar.

Ein weiterer Vorteil: Die Fahrzeuge in der MOQO-App können sogar öffentlich angezeigt werden. Das bedeutet, dass sich aus vielen einzelnen Carsharing-Initiativen ein bundesweites oder sogar länderübergreifendes Shared-Mobility-Ökosystem entwickeln kann – sofern es die Fahrzeug-Eigentümer möchten. Es gibt bereits eine Reihe von Carsharing-Projekten, die die MOQO-App mit Erfolg nutzen.

Mehr Informationen unter:
www.carsharing-auf-dem-land.de

Bahnstromkraftwerk Bergheim :

Investitionen von rund zwei Mio. Euro in Wehrfelder-Revision

Quasi noch tropfnass vom vorausgegangenen Einsatz kamen die 36 sogenannten Dammtafeln (à 1,1 Tonnen schwer, 4 Meter breit, bis zu 1,4 Meter hoch, 30 cm dick) per Tieflader von der erfolgreich abgeschlossenen Wehrtor-Revision in Bertoldsheim zur neuen Revisions-Baustelle beim Bahnstromkraftwerk Bergheim. Dort werden die stählernen Absperrriegel per 150-Tonnen-Autokran oberhalb des knapp 25 Meter breiten, südlichen Wehrfeldes 3 in die Tiefen des Stauraums eingehoben. Sie sperren dort das Wasser aus, um den künftigen Revisions-Arbeitsbereich trocken zu legen.

Damit das reibungslos funktioniert, schickt Uniper seine Profitaucher in die eisige Tiefe des Stauraums vor dem Donaukraftwerk Bergheim. Die Helmtaucher spülen mit Hochdrucklanzen bei wenig mehr als Nullsicht Schlamm, Sediment und Geröll aus den Nuten für die fünf Tonnen schweren senkrechten H-Träger.

Diese sogenannten 10 Meter langen Nadeln dienen als Stahlrahmen und Führungsschienen für die Dammtafeln. Auf die gleiche Weise müssen sie die Auflageschienen am Grund des Stauraums in rund acht Meter Tiefe so säubern, dass die untersten Dammtafeln mit ihren Dichtungen wasserdicht aufliegen.

Auch um die Werksferien bei Audi zu nutzen und die Verkehrsbeschränkungen auf der Bergheimer Donaubrücke so gering wie möglich zu halten, wurde die notwendige zweitägige Vollsperrung der Bergheimer Donaubrücke auf den 18. und 19. Dezember 2019 vorgezogen. Nachdem die Dichtwand vollständig gesetzt und auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüft worden war, wurde die Brücke ab 20. Dezember wieder komplett für den Verkehr freigegeben.

Nach den Feiertagen bis einschließlich Heilige Drei Könige blieb das so; dann erst ging es mit den Revisionsarbeiten richtig los: Die für die Arbeiten notwendigen Gerüste, Einhausungen, Arbeitspodien und Maschinen wurden ein- und aufgebaut. ❒



AKU-Landesversammlung in München:

Leitantrag zum Klima- und Umweltschutz

Die einstimmige Verabschiedung des Leitantrags „Gemeinsam handeln – der Klima- und Umweltschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ stand im Mittelpunkt der Landesversammlung des Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) in München. Schwerpunkt des Papiers ist die Absichtserklärung, themenbezogen mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der CSU zusammenzuarbeiten, um den Herausforderungen des Klimawandels besser gerecht werden zu können.

Es gelte, Themen wie Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Herausforderungen zu begreifen, bei denen die Verantwortung nicht auf einzelne Gruppen abgewälzt werden dürfe. Gerade beim Klimaschutz müssten Innovationen vorangetrieben werden, um daraus Chancen zu entwickeln.

„Die Entscheidung, das Chemiedreieck zur Modellregion für Wasserstoff zu ernennen, zeigt beispielhaft: Klimaschutz und Innovationen müssen miteinander verbunden werden, um Wertschöpfung zu erhalten“, betonte Martin Huber MdL, wiedergewählter Landesvorsitzender des AKU. Ebenso dürfe bei diesem



AKU-Landesvorsitzender Martin Huber, MdL. ❒

Thema nicht Stadt gegen Land ausgespielt werden.

In seinem Grußwort würdigte der Stellvertretende Generalsekretär der CSU, Florian Hahn MdB, die Rolle des AKU bei den aktuell drängenden Fragen des Umweltschutzes als Expertengremium mit großer fachlicher Expertise. Die Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und stellvertretende Vorsitzende des AKU, Dr. Anja Weisgerber, berichtete ihrerseits über das Klimaschutzpaket des Bundes und stellte die erfolgte sinnvolle Weichenstellung hin zu einem umfassenden Klimaschutz dar, wobei sie auf die Notwendigkeit verwies, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen, um eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden.

Ökosoziale Marktwirtschaft

Neben der Forderung nach einem Ausbau des CO2-Zertifikatehandels und einer Implementierung in zukünftigen Handelsabkommen sollen dem Leitantrag zufolge Umweltkosten im Rahmen der Entwicklung einer Ökosozialen Marktwirtschaft besser in die Preisbildung mit einfließen. Schließlich erneuert der AKU die Forderung nach einer weiteren Reduzierung des Wald- und Flächenverbrauchs, beispielsweise durch die Bekämpfung von Brachflächen und Leerständen, die Aufstockung des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms, eine langfristige Planung der Stadtentwicklung, die Förderung von Mischnutzung in innerstädtischen Gebieten, die flexiblere Gestaltung des Denkmalschutzes, die Entsiegelung von Flächen sowie die Kaution für Einzelhandelsobjekte. „Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, für großflächige Objekte des Einzelhandels vor der Erteilung einer Baugenehmigung eine Garantie in Form einer Bürgschaft oder Kaution für den Fall einer lediglich kurzzeitigen Nutzung zu vereinbaren. Sollte das Unternehmen das Objekt vor dem Ablauf eines festgesetzten Zeitraumes aufgeben, kann der Betrag oder die Bürgschaft zur Nachfolgesuche für eine Nutzung des Geländes herangezogen werden“, heißt es hierzu in dem Leitantrag.

Darüber hinaus greift das Papier die Querschnittstechnologie CleanTech, die Umweltthemen, Digitalisierung, Sensorik und Industrie 4.0 verbindet, auf und setzt sich dafür ein, dass Bayern eine eigene „CleanTech-Strategie“ entwickelt und so sinnvoll diesen Bereich erschließt.

Laut AKU spielen für die ökologische Modernisierung intelligente Systemlösungen durch die Vernetzung von Daten eine Schlüsselrolle. Informationen können durch die Digitalisierung gebündelt und rascher verarbeitet und daraus immense Energieeinspareffekte erzielt werden.

Wasser als kostbares Gut

Stichwort Förderung von Wassereffizienztechnologien zur nachhaltigen Wasserwirtschaft: Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie einer Verschärfung der Wasserknappheit nimmt die Bedeutung der Wasserversorgung zu. Hier müsse die bayerische Forschung ebenfalls ansetzen und gefördert werden. Auf Grundlage des Wasserpaktes Bayern und KULAP könnte hier ein neuer Forschungs- und Wirtschaftszweig mit großem internationalem Wachstumspotenzial entstehen.

Neben der E-Mobilität bestehen noch weitere Möglichkeiten, den Verkehr (insbesondere ÖPNV) klimafreundlicher zu gestalten. Über den Antriebsmix der Zukunft soll aus Sicht des AKU der Wettbewerb entscheiden. Neben grünem Wasserstoff könnten auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO2 hergestellt werden, wichtige Bausteine sein. Die Herstellung solcher E-Fuels stehe derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung. Um große Mengen zu produzieren, seien massive Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. Außerdem müssten regulatorische Hürden abgebaut werden. Anwender der Power-to-X-Verfahren dürften nicht mehr als Endverbraucher im Sinne des EEG und des EnWG gelten und damit Abgaben und Umlagen zahlen müssen.

Auch müssten die Infrastruktur der Bahn abgebaut und stillgelegte Strecken bei Bedarf reaktiviert werden. Streckennetze für Personen- und Güterverkehr seien zu erweitern. Es gelte Anreize zu schaffen, um den Güterverkehr von der Straße auf die Bahn zu verlagern. Ergänzend müssten die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um den Zugverkehr effizienter, sicherer und engmaschiger zu gestalten. So könne der Transitverkehr stark reduziert und damit große Mengen CO2 eingespart werden. **DK**



Gute Ideen sollen keine Ideen bleiben: Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Umweltreferent Wolfgang Kleiner und KlimaMACHER-Projektleiterin Nadine Bernard mit Delegationen von der Leonhard-Frank-Schule und vom Deutschhaus-Gymnasium. Paulina Kusch und Carolin Sachs waren sogar ganz ohne Schulunterstützung erfolgreich. Bild: Georg Wagenbrenner

KlimaMACHER 2019:

Jeder kann einen Beitrag leisten!

Die Sieger des großen Klimawettbewerbs der Stadt Würzburg stehen fest. Eine hochkarätig besetzte Fachjury aus Politikern, Wissenschaftlern, NGOs, Umweltexperten und Pädagogen hat sich mit den Ideen der jungen Generation intensiv auseinandergesetzt und darüber entschieden, wer wie hoch finanziell gefördert werden soll und welche Kooperationen und Wissenstransfers die Einzelprojekte jetzt noch abrunden können.

Die Ergebnisse präsentierten nun Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Projektleiterin Nadine Bernard und die vielen KlimaMACHER/Paten bei der Preisverleihung in der Umweltstation. Unter den Teilnehmern fanden sich fast alle Schultypen, aber auch Jugendgruppen und Einzelpersonen von ganz jung bis „kurz vor dem Studium“. Insgesamt 14 Projekte werden gefördert.

Projekt „Umweltbildung“

Den ersten Platz (3000 Euro Förderung) sicherte sich die Leonhard-Frank-Grundschule mit dem schulweiten Projekt „Umweltbildung“. Oder genauer: Einer Vielzahl von Projekten. Man lebt das Siegel „Umweltschule“ und setzt auf Müll- und Plastikvermeidung oder auch einen Freitag ohne Fleisch in der Kantine und nach Möglichkeit auch auf den Pausenbroten. Zu allen Aktionen gibt es einen Song, der immer wieder um neue Strophen wächst.

Auf Platz zwei (2000 Euro Förderung) landeten Paulina Kusch und Carolin Sachs, die in Sachen Artenschutz aktiv werden wollen. Nistkästen sollen Wildvögeln ein neues Zuhause bieten. Dieses Projekt wie auch der 1. Preis werden mit dem Team der Umweltstation zusammenarbeiten.

Beim dritten Platz (1000 Euro Förderung) wird der Stadtbeauftragte André Hahn als Pate mit ins Boot geholt. Die SMV des Deutschhaus-Gymnasiums hat sich mit dem Projekt „Würzburg Cup & Box“ beworben. Im nächsten Schritt wird es darum gehen, auszuleuchten, welche Pfand-Verpackungssysteme bereits auf dem Markt sind und wo die SchülerInnen ihre Bedürfnisse am besten andocken können. Es geht um die Reduktion der über 300.000 To-Go-Becher, die in Deutschland in jeder Stunde über den Tresen gehen, aber auch um Einweg-Verpackungen für schnelle Mittagessen in den kurzen Pausen. Nudelgerichte oder asiatische Snacks schmecken nach Ansicht der Preisträger aus Mehrwegboxen genauso gut.

Weitere elf Projekte, die den Kategorien „Nachhaltiger Konsum“, „Mobilität“ oder „Energieeinsparung“ zugeordnet werden können, erhalten ebenfalls eine Förderung von 500 € und darüber hinaus werden passende ExpertInnen zu Gesprächen oder Firmeneinblicken einladen. Mal wird zum Radio der Kontakt hergestellt, um in Sachen Podcast etwas dazuzulernen, mal werden der Botanische Garten und das Mineralogische Museum für Workshops die Tore öffnen. Vernetzung war bei diesem Wettbewerb Trumpf.

„Klimaschutz geht nie im Alleingang“, erklärte Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei der Preisverleihung: „Aber jeder für sich alleine sollte es angehen und sich selbst fragen: Was kann ich beitragen? Das Wort Ich war deshalb im Logo des Wettbewerbs auch besonders hervorgehoben.“ Eigeninitiative war gefragt. Es geht um den Beitrag den man als Einzelner zu Hause, in der Schule und für die Gesellschaft leisten kann. Und vor allem darum, das eigene Verhalten zu hinterfragen. Den Nachmittag moderierte Kabarettist Andy Sauerwein. ❒

Recyclingfähigkeit und Sekundärrohstoffeinsatz bei Verpackungen:

Wichtige Eckpfeiler für den Klimaschutz

Fachtagung von AGVU, bvse und BDE in Berlin

Mehr als 200 Vertreter der Politik und von Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie, der Produkthersteller, des Handels sowie der Recycling- und Entsorgungsbranche nutzen eine Berliner Fachtagung unter dem Motto „Recyclingfähigkeit und Sekundärrohstoffeinsatz bei Verpackungen – Eckpfeiler für den Klimaschutz“ als wichtiges Angebot des Informations- und Meinungsaustausches. Veranstalter waren die Verbände AGVU, bvse und BDE.

Parallel zur 25. Weltklimakonferenz in Madrid unterstrich die Konferenz zum Verpackungsrecycling die Bedeutung des Recyclings für den Klimaschutz. Zugleich machte sie mobil für die höhere Verwendung von Recyclingmaterialien in Verpackungen. Deutliche Kritik übten die Tagungsteilnehmer an die Politik: Wie BDE Geschäftsführer Dr. Andreas Bruckschen betonte, „ist es nicht erklärbar, dass im Klimaschutzpaket der Bundesregierung die Kreislaufwirtschaft nicht erwähnt wird. Von daher erwarten wir im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz ein Maßnahmenbündel zur Entwicklung des Rezyklatmarktes mit praxisnahen und sanktionsfähigen Vorgaben.“

Eintreten für eine bessere Wettbewerbsposition

Das erfolgreiche Wirken der Kreislaufwirtschaft für Klima und Umwelt hob der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß, hervor. Er machte klar, dass Recyclingrohstoffe gegenüber Primärrohstoffen eine bessere Wettbewerbsposition bekommen müssten.

AGVU-Geschäftsführer Dr. Dominik Klepper mahnte seinerseits die Politik, die Effekte einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft für die CO2-Einsparung nicht zu unterschätzen und wies auf den Nutzen hin, der im Hinblick auf den Klimaschutz durch ein Schließen der Stoffkreisläufe erreicht werden kann: „Wir müssen das Recycling entlang der Wertschöpfungskette denken und leben. Nur wenn alle Akteure ihre Rolle im Zyklus erfüllen, werden wir zu einer Kreislaufwirtschaft kommen, die diesen Namen auch verdient.“

Vertrauen zurückgewinnen

Für Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, ist angesichts der Klimaschutzdiskussion klar, dass spür- und messbare Fortschritte beim Kunststoffrecycling und der Kreislaufwirtschaft erforderlich sind, um die Glaubwürdigkeit zu verbessern und Vertrauen zurückzugewinnen: „Die Welt wird ohne Kunststoffe nicht auskommen können und deshalb gibt es nur eine Lösung, nämlich Kunststoffrecycling, wann und wo immer es möglich ist.“

Die Branche stehe auf allen Wertschöpfungsebenen vor großen Herausforderungen, beginnend bei der Sammlung. Bei Störstoffgehalten von teilweise über 60 Prozent dürfe sich niemand über Qualitätsprobleme bei der Sortierung wundern. „Wer mehr Recycling will, muss dafür sorgen, dass an den richtigen Stellschrauben für mehr Qualität gedreht wird. Daher ist es erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger durch regelmäßige und überregionale Kampagnen über den Sinn und Zweck und die Art und Weise der getrennten Sammlung informiert werden“, forderte der Hauptgeschäftsführer.

Pilotversuch

Hier sei mit dem abgeschlossenen Pilotversuch der dualen Systeme zur Kampagne „Recycle Deine Meinung – Mülltrennung wirkt“ ein erster positiver Schritt getan worden. „Wir brauchen aber so schnell wie möglich eine bundesweite und nachhaltige Kampagne, denn wir sind auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger dringend angewiesen.“ Voraussetzung für die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ist nach Rehbocks Worten aber auch die Glaubwürdigkeit aller Verantwortlichen. Deshalb sei es erforderlich, die Kunststoffverpackungen so herzustellen, dass sie auch recycelt werden können. Design for Recycling laute das Stichwort.

Positive Impulse

Dabei machte Rehbock deutlich, dass hier etwas in Bewegung gekommen sei. Es gebe durchaus positive Impulse, doch müsse man an Geschwindigkeit zulegen. Der Hauptgeschäftsführer forderte daher eine klare Stichtagsregelung: An einem noch festzulegenden Stichtag dürfen dann nur noch Verpackungen in den Markt kommen, die den Mindeststandards der Zentralen Stelle entsprechen.

Mut zu Recyclingprodukten

Zum Thema Glaubwürdigkeit gehört Rehbock zufolge jedoch auch, dass Industrie, Handel, Gewerbe und die öffentliche Hand endlich mutiger werden und mehr Recyclingprodukte einsetzen. Er sieht hier Bund, Länder, Kommunen und öffentliche Institutionen in einer Vorreiterrolle, mobilisierten diese doch gemeinsam ein Beschaffungsvolumen von jährlich 350 Milliarden Euro. Auf diesem Gebiet könne die öffentliche Hand sofort „Nägel mit Köpfen“ machen. Das geschehe jedoch nicht oder nur in eingeschränktem Maße. Teilweise würden Recyclingprodukte sogar ausdrücklich bei Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Wie Rehbock abschließend bemerkte, ist es aus seiner Sicht „ziemlich unglaubwürdig, wenn die Politik von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen in Deutschland Verhaltensänderungen verlangt, auf Abfallvermeidung pocht, mehr Recycling einfordert und den Einsatz von Recyclingprodukten propagiert, aber sich dort, wo sie selber ganz konkret etwas tun könnte, aus der Verantwortung stiehlt“. **DK**

bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Gewerbliche Sammlungen stärken

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt auf ganzer Linie die Rechtsauffassung des bvse. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich bestehenden gewerblichen Sammlungen einen weitgehenden Bestandsschutz gewährt.

Etliche Kommunen haben dies in der Vergangenheit nicht hinnehmen wollen und durch einen Griff in die juristische Trickkiste versucht, bestehende gewerbliche Sammlungen zu untersagen. Das betraf natürlich nicht nur die Altpapiersammlungen, auch die gewerblichen Sammelstrukturen im Schrott- und Altkleiderbereich sind von Seiten der Kommunen unter juristisches Feuer genommen worden, teilweise zunächst mit Erfolg.

„Deshalb ist es gut, dass jetzt, nach sieben langen Jahren, das Bundesverwaltungsgericht für eine Klärung der Rechtslage gesorgt hat. Wir fordern daher die Kommunen auf, alle gegen gewerbliche Sammlungen gerichteten Rechtsmittel unverzüglich zurückzunehmen. Das Bundesverwaltungsgericht hat klargemacht, dass das Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht dafür missbraucht werden darf, bestehende und funktionierende gewerbliche Sammelstrukturen zugunsten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu zerstören“, so Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Wichtiger Baustein

Gewerbliche Sammelstrukturen bildeten einen wichtigen Baustein für eine qualitativ hochwertige, getrennte Erfassung von Abfällen, die zu Sekundärrohstoffen aufbereitet und dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden können. Sie seien daher keinesfalls zu bekämpfen, sondern im Sinne einer Optimierung der Kreislaufwirtschaft zu stärken. Aus Sicht des bvse gibt es vor Ort genügend Raum für eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Privatwirtschaft und den Kommunen. ❒

Rücknahmesystem für batteriehaltige Geräte:

Umfangreiche Mängelliste

Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der es nicht zu einem Brandereignis kommt. Davon betroffen sind nicht nur Erstbehandlungsanlagen nach dem ElektroG, sondern auch Sortieranlagen für Verpackungsabfälle oder der Gewerbeabfallsortierung.

Die von den Herstellern vor Jahren begonnene Umstellung auf batteriebetriebene Gerätearten, macht sich nun deutlich im Rücklauf bemerkbar, erläutert bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock in einem Schreiben an die Abteilungsleiterin Dr. Regina Dube beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Jede falsch entsorgte Lithiumbatterie bzw. Lithiumzelle sei eine potenzielle Zündquelle. Deshalb benötige die Branche schnelle Verbesserungen.

Schmerzgrenze überschritten

Der bvse-Hauptgeschäftsführer sieht die Schmerzgrenze der Branche inzwischen als „deutlich überschritten" an. Unternehmen mit Schadensereignissen müssten hohe Versicherungskosten tragen oder würden gar nicht mehr versichert, wenn nicht erhebliche Summen in aktive Brandschutzmaßnahmen investiert würden. Das zehrt natürlich an der Liquidität, so dass der bvse nicht mehr ausschließt, dass Unternehmen ihr Engagement im Altgeräterecycling einstellen werden.

Für gründliche Nachjustierung

Rehbock: „Natürlich sehen wir hier auch die Verantwortung jedes einzelnen Verbrauchers. Fakt ist jedoch, dass die Verbraucheraufklärung über die Risiken von Batterien und die fatalen Auswirkungen sogenannter Fehlwürfe völlig unzureichend ist. Wenn mehr als die Hälfte der Batterien, die in Haushalten anfallen und hochgefährliche Substanzen enthalten, im Restmüll oder sogar der LVP-Sammlung landen, ist es unserer Ansicht nach an der Zeit, das Rücknahmesystem grundlegend zu überdenken und gründlich nachzusteuern."

Pfand ist keine Lösung

Dabei warnt der bvse ausdrücklich „vor einer Fokussierung auf eine Pfandpflicht für bestimmte energieintensive Lithiumbatterien". Zwar ist der Verband für eine Bepfandung größere Batteriesysteme, wie E-Scooter oder Rasenmäher. Der bvse betont jedoch, dass dies höchstens eine Teillösung sei und verweist darauf, dass Brandrisiken schließlich auch von weniger energieintensiven Lithiumbatterien ausgehen, für die eine Pfandpflicht nicht realisierbar ist.

In dieser Situation tobt derzeit jedoch auch noch ein Streit der bestehenden Rücknahmesysteme untereinander. Das verunsichert nicht nur die Marktteilnehmer, es ist auch zu befürchten, dass die momentan noch bestehenden Rückgabemöglichkeiten in Frage gestellt werden.

„Das ist natürlich kontraproduktiv. Wir brauchen ja in Wirklichkeit eine deutliche Ausweitung der Batterie-Rückgabemöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher", erklärt Eric Rehbock. Der bvse fordert in dem Schreiben an das Bundesumweltministerium zudem eine intensive verbraucherbezogene Aufklärung über die Gefährlichkeit von Batterien, insbesondere hinsichtlich der möglichen Risiken der Selbstentzündung und der Umweltauswirkungen bei unsachgemäßer Rückgabe und Entsorgung. Außerdem eine eindeutige Kennzeichnung batteriebetriebener Geräte, z. B. mit dem Aufdruck „Nur gesonderte Rückgabe beim Wertstoffhof, Handel oder bei gem. ElektroG zertifizierter Entsorgungsfachbetriebe".

Für wirksame Verbesserungen

Der bvse verlangt möglichst schnelle und wirksame Verbesserungen. Helfen würde es schon, so der bvse, wenn zunächst einmal die bereits vorhandenen gesetzlichen Regelungen zur Erfassung endlich umgesetzt werden. Dazu müssten insbesondere die Annahmestellen vieler kommunaler Wertstoffhöfe qualitativ aufgerüstet werden. Teilweise scheinen die vorhandenen kommunalen Annahmestellen nämlich nicht die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen, was zur regelwidrigen Befüllung der Sammelcontainer führt.

Fachwissen umsetzen

Um eine sach- und regelgerechte Sammlung zu gewährleisten, ist aber eine gesteuerte Annahme batteriebetriebener Altgeräte durch fachkundiges Personal bei den kommunalen Wertstoffhöfen und beim Handel zwingend erforderlich. „Nur weil die Entsorgungswirtschaft schon seit Jahren eigentlich nicht ADR-konforme Transporte batteriebetriebener Altgeräte durchführt, halten wir das System trotzdem noch am Laufen. Das kann aber kein Dauerzustand sein. Wir baden derzeit die Versäumnisse der Kommunen aus und werden mit den Risiken alleine gelassen. Hier ist deshalb auch der Ländervollzug gefordert, um eine regelkonforme Organisation und Infrastruktur der kommunalen Annahmestellen durchzusetzen", so der bvse-Hauptgeschäftsführer.

Entsorgungsunternehmen müssen nach Auffassung des Verbandes zukünftig außerdem fehlerhaft befüllte Container auf der Grundlage des ElektroG ablehnen können. Der bvse hat dazu in seinem Positionspapier zur Novelle des ElektroG bereits einen Vorschlag gemacht. ❒

International Mountain Day in Schloss Elmau:

Die Berge sind wichtig!

Bereits zum 2. Mal veranstaltete die Umweltforschungsstation Schneefernerhaus gemeinsam mit dem Landratsamt Garmisch-Partenkirchen eine Veranstaltung auf Schloss Elmau. Über 200 Besucher kamen zu der kostenlosen Veranstaltung, um den Bergen an diesem Tag besondere Beachtung zu schenken.

Die Berge sind das Zuhause von 15 % der Weltbevölkerung und ein Viertel aller Tier- und Pflanzenarten kommen dort vor. Viele Menschen beziehen ihr Trinkwasser aus den Bergen, und natürlich spielen sie für uns als Erholungsort eine große Rolle. Leider bleiben auch die Berge von dem Klimawandel nicht verschont; viele Regionen sind sogar besonders stark gefährdet, da die Ökosysteme in höheren Lagen sehr viel sensibler sind.

Dies war der Grund, dass 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung ein Dokument zum nachhaltigen Umgang mit den Bergen (‚Managing Fragile Ökosystems: Sustainable Mountain Development') verfasst wurde. Daraufhin haben die United Nations den 11.12. als ‚International Mountain Day' (IMD) deklariert. Ziel davon ist es, weltweit Aktionen durchzuführen, bei denen die Bevölkerung auf die Wichtigkeit, Schönheit aber auch Verletzbarkeit der Berge aufmerksam gemacht wird.

2018 hat Dr. Inga Beck von der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS) initiiert, ebenfalls eine Veranstaltung in der Region Garmisch-Partenkirchen zum IMD durchzuführen. Diese Idee wurde dann gemeinsam mit Florian Diepold-Erl (Klimaschutzmanager des Landkreises Garmisch-Partenkirchen) und dem ‚EagleWings-Projekt Protecting the Alps' durchgeführt. Die Intention dabei war Wissenschaft, Politik und Kultur an einem Nachmittag unter dem Motto „Berge" zu vereinen und somit das Thema einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Großer Zuspruch

Nach dem großen Anklang im vergangenen Jahr wurde diese Veranstaltung dieses Jahr wiederholt: Über 200 Besucher kamen zusammen und ließen sich von Inga Beck durch den Abend führen.

Nach Begrüßungsworten von Landrat Anton Speer erläuterte Prof. Dr. Stefan Dech (Deutsches Zentrum für Luft-und Raumfahrt) mit eindrücklichen Bildern, wie man die Berge aus dem All vermessen und beobachten kann. Im Anschluss kamen bei einer Podiumsdiskussion abea Hientz (Sprecherin, fridays for future GAP), Prof. Dr. Harald Kunstmann (KIT IMK-IFU, GAP), Sebastian Kramer (Geschäftsführer, Zugspitz Region GmbH), Michael Lentrodt (Präsident des dt. Berg- und Skiführerverband) und Prof. Dr. Traidl-Hoffmann (Chefärztin für Umweltmedizin) zu Wort.

Jeder einzelne ist gefordert

Dabei wurde der klare Wunsch an mehr Umsicht im Bereich Tourismus in den Bergen deutlich. Außerdem wurde neben Forderungen nach strikteren Klimaschutzgesetzen an ein nachhaltigeres Verhalten jedes Einzelnen appelliert. Den kulturellen Abschluss der Veranstaltung machte die Band Loisach Marci, Kulturbotschafter des Landes Bayern, die anfangs auf Bilder von ‚Berge aus dem All' von Herrn Dech improvisierte. Wer wollte, konnte sich im Anschluss noch von scientist for future Aktivisten im Foyer über deren wissenschaftliche Arbeiten informieren.

Die Organisatoren waren von dem Andrang der Veranstaltung positiv überrascht: „Es zeigt uns, dass den Bürgern im Landkreis die Natur und die Umwelt am Herzen liegt, und ein großes Interesse an ‚Ihren' Bergen existiert. Als Vertreterin einer Umweltforschungsstation freut mich das natürlich sehr", so Inga Beck. ❒

Kreislaufwirtschaft und thermische Verwertung:

Kein Widerspruch

Erneut hat sich der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen für die zügige Umsetzung eines Maßnahmenpaketes eingesetzt, um der Engpasssituation im Bereich gemischte Gewerbeabfälle zu begegnen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Entsorgungsbranche die getrennte Erfassung und Sortierung von Gewerbeabfällen konsequent vorangetrieben. Dadurch wurde es möglich, einen immer höheren Anteil an Gewerbeabfällen dem Recycling zuzuführen. Zugleich stellt VBS-Präsident Otto Heinz fest: „Die thermische Verwertung… ist ein fester Baustein der Kreislaufwirtschaft und sorgt insbesondere dafür, dass aus nicht-recycelbaren Abfällen Energie entsteht."

Seit einiger Zeit gibt es einen bundesweiten Engpass bei der thermischen Verwertung gemischter Gewerbeabfälle. Hierfür gibt es mehrere Ursachen: Das anhaltende Wirtschaftswachstum führt zu jährlichen Steigerungsraten beim Gewerbe- und Hausmüll. Der auf langfristigen Verträgen basierende Import von jährlich über eine Million Tonnen Abfällen aus dem EU-Ausland in nord- und westdeutsche Anlagen bewirkt eine zusätzliche Belastung für die MVA.

Verschärfend wirkt die neue Düngeverordnung: Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Verwertungsflächen stehen hierdurch der Klärschlammverwertung nicht mehr zur Verfügung, was zusätzliche Mengen für die MVA bedeutet. Der anhaltende Trend zu Einwegprodukten und schlecht recycelbaren Konsumartikeln führt zu höheren Restmengen aus der Sortierung.

Der VBS fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket, um der angespannten Situation zu begegnen und die MVA zu entlasten:

- die Biotonne flächendeckend in ganz Bayern einführen;
- landwirtschaftliche Betriebe verpflichten, Plastikfolien wieder zu verwenden;
- die Abholungsmechanismen für Altpapier optimieren (größere Tonnen oder ein engerer Abholrhythmus);
- das Inverkehrbringen von Einweg-Bechern und Kunststoffdeckeln verteuern oder verbieten;
- Verkaufsverpackungen in München erfassen: Depotcontainer durch haushaltsnahe Erfassung ersetzen (gelber Sack/gelbe Tonne);
- Abfälle, die an MVA geliefert werden, konsequent vorsichten;
- eine Vorsortierung für Sperrmüll einführen;
- die Revisionen der bayerischen MVA unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gewerblichen Wirtschaft koordinieren;
- behördliche Genehmigungen für Entsorgungsunternehmen zur Absteuerung von Mengen in eine Verwertungsanlage im EU-Ausland (+Schweiz) schnell erteilen;
- Investitionen in neue Abfallbehandlungsanlagen zügig positiv bescheiden;
- prüfen, ob weitere Zwischenlager genehmigt werden können;
- mögliche Zwischenlagerungen über einen Zeitraum von über einem Jahr hinaus prüfen. ❒

Abfallbilanz 2018:

Hausmüll in Bayern

Eine erfreuliche Abfallbilanz für das Jahr 2018 hat das Bayerische Landesamt für Umwelt vorgelegt. „Obwohl die Bevölkerung Bayerns 2018 um rund 60.000 Einwohner stieg, ist das Gesamtabfallaufkommen um 0,9 % gesunken. Es liegt 2018 bei 486,1 kg pro Einwohner", betonte LfU-Präsident Claus Kumutat.

Allerdings ist auch das Wertstoffaufkommen von 4,29 Mio. t leicht auf 4,26 Mio. t gesunken und liegt somit im Bilanzjahr bei 326,4 kg pro Einwohner. Bioabfälle stellen mit fast 50 % die größte Wertstofffraktion (147,7 kg pro Einwohner). Leicht gestiegen sind die erfassten Mengen an Leichtverpackungen (21,1 kg pro Einwohner) und Abfällen aus der Biotonne (57,1 kg pro Einwohner). Die Menge bei Glas (22,9 kg pro Einwohner) war leicht rückläufig.

In 94 von 96 Körperschaften standen den Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2018 insgesamt 1.583 Wertstoffhöfe zur Verfügung (2017: 1.620).

Organischen Abfall verringern

Im Bilanzjahr wurden 229 Kompostieranlagen (Vorjahr: 235) und 7 Vergärungsanlagen (Vorjahr: 6) in Bayern sowie 2 Anlagen außerhalb Bayerns zur Verarbeitung von insgesamt 929.800 t Grüngut (etwa 965.700 t im Vorjahr) genutzt. Bei 48 bayerischen Bioabfall-Kompostieranlagen (50 im Vorjahr) und 22 Vergärungsanlagen (21 im Vorjahr) sowie 6 Anlagen außerhalb Bayerns wurden insgesamt rund 1.015.300 t Bioabfallgemische mit Abfällen aus der Biotonne (1.012.400 im Vorjahr) angeliefert.

Die Eigenkompostierung wurde nach Angabe von 74 Städten und Landkreisen und somit von etwa 77 % der Körperschaften gefördert. Es wurden Zuschüsse zu Kompostern oder Häckslern, Kompostierkurse, reduzierte Abfallgebühren oder die Wahl eines kleineren Restabfallbehälters angeboten, um den kommunal erfassten Anteil an organischen Abfall zu verringern.

Stadt versus Land

In Großstädten setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Trotz vieler Wertstoffsammelstellen werden weit weniger Wertstoffe gesammelt als in ländlichen oder städtischen Regionen und es fällt überdurchschnittlich viel Restmüll an (159,6 kg pro Einwohner).

Ende 2018 wurden in Bayern



Claus Kumutat. ❒

33 Deponien der Deponieklasse I und II zur Ablagerung von Abfällen betrieben. An zehn Standorten wurden im Bilanzjahr keine Abfälle abgelagert, dort stehen jedoch weiterhin Kapazitäten zur Verfügung. Insgesamt wurden im Bilanzjahr 433.193 t (Vorjahr: 504.702 t) abgelagert. Der Anteil der abgelagerten Menge an Aschen und mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfällen belief sich auf 95.573 t. Weitere 378.550 t Abfälle wurden im Rahmen von Verwertungsmaßnahmen auf Deponien in Bayern eingesetzt. Zum 31.12.2018 war ein ausgebautes Restvolumen der Deponieklassen I und II von 6,78 Mio. m^3 verfügbar.

Deutliche Unterschiede

Vergleicht man die verschiedenen Städte und Landkreise in Bayern, so fällt auf, dass es gerade beim Restmüllaufkommen deutliche Unterschiede gibt. Die Sammelmengen reichen von 60,3 kg pro Einwohner bis 278,5 kg pro Einwohner. Zwar sind insgesamt die Veränderungen der Erfassungsmengen der Wertstoffe, des Restabfall- und des Gesamtabfallkommens marginal, aber die regionalen Schwankungen zeigen deutlich, dass Optimierungspotenzial besteht. Durch Bewusstseinsbildung für nachhaltige Verhaltensweisen gilt es von den Besten zu lernen, um dem wichtigsten Ziel der Abfallwirtschaft – der Abfallvermeidung – näher zu kommen. **DK**



Straßenmeistereien im Landkreis Passau sind gut vorbereitet:

Der Winter könnte noch kommen

20 Fahrzeuge und 54 Mitarbeiter in Bereitschaft

Herbert Hebel, Leiter der Kreisstraßenverwaltung im Landkreis Passau, ist für die kalte Jahreszeit bestens gerüstet. In den Kreisbauhöfen in Patriching, Wegscheid und Ortenburg sind Fahrzeuge sind jederzeit einsatzbereit. „Die Bereitschaftspläne bereits seit Oktober gültig," so Hebel.

Dabei haben die beiden Straßenmeistereien im Landkreis Passau gerade im Winter einiges zu tun. Sie betreuen eines der längsten Kreisstraßennetze in Bayern – insgesamt 589 Kilometer.



Die Salzlager des Landkreises Passau sind immer noch gut gefüllt. Hier in Patriching hatte man rund 1.200 Tonnen Salz eingelagert, erläutern der Leiter der Kreisstraßenverwaltung, Herbert Hebel (li.) und motorisierter Straßenaufseher Bruno Starkl. Bild: LRA Oassau

54 Mitarbeiter im Winterdienst sorgen für freie Straßen. Einer von ihnen ist Markus Kleingütl. Wenn der Winterdienstmelder ihn verständigt, muss er ab 3 Uhr morgens auf die Straße. Wie jeder seiner Kollegen ist er für etwa 30 Kilometer Strecke zuständig. „Die meistbefahrenen Strecken und die Schulverkehrswege haben Priorität", erklärt Kleingütl. Mit seinem Arbeitsgerät – ein 400 PS starker und 26 Tonnen schwerer MAN-Lastwagen – sorgen er und seine Kollegen dafür, dass morgens im Berufs- und Schulverkehr die Straßen befahrbar sind. Dazu ist an seinem Lkw ein 3,60 breites Räumschild und ein Streuaufbau angebracht. „Wir bringen größtenteils Feuchtsalz, also mit Sole benetztes Streusalz aus. Nur wenn die Temperaturen unter -10 Grad Celsius fallen, wird wegen einer besseren Auftauwirkung trockenes Salz gestreut," weiß der erfahrene Straßenwärter. Auf seinem Räumfahrzeug kann Markus Kleingütl gut vier Tonnen Salz und zwei Kubikmeter Sole mitnehmen.

Eigene Anlage zur Sole-Aufbereitung

Zum Winterbeginn lagerten dazu allein in den Hallen des Bauhofs Patriching 1.200 Tonnen Streusalz. In diesem Winter ist davon noch eine Menge übrig. Die Sole – ein zu 21 Prozent gesättigtes Salz-Wassergemisch – wird vor Ort durch eine eigene Anlage aufbereitet und in den Streuaufsatz auf dem Winterdienst-Lkw gefüllt. Das moderne Streugerät benetzt das Salz beim Streuteller mit Sole. „Dadurch wird die Haftung des Salzes auf der Straße verbessert und ein Verwehen durch den nachfolgenden Verkehr wird verhindert," so Kleingütl.

Zusammenarbeit mit Privatunternehmen

Auf den Landkreisstraßen sind im Winter bis zu 20 Räum- und Streufahrzeuge im Einsatz. Davon gehören acht dem Landkreis selbst, zwölf stellen beauftragte Privatunternehmen. Zwei seiner Fahrzeuge hält der Landkreis auf Reserve, für den Fall eines Schadens an einem Fahrzeug aus dem Regelbetrieb. Die beiden Reservewagen sind bei starkem Schneefall aber auch mit Schneeschleudern unterwegs. In der vergangenen Saison hat der Landkreis rund 4.100 Tonnen Salz auf seinen Straßen ausgebracht. Mit allen Personal-, Betriebs- und Materialkosten kamen im Winter 2018/2019 etwa 1,4 Millionen Euro zusammen.

Einsatz rund um die Uhr – sieben Mal in der Woche

Markus Kleingütl und seine Kollegen arbeiten im Schichtbetrieb. Mit ihren Fahrzeugen sind sie bei normalen winterlichen Verhältnissen von 3.00 Uhr morgens bis 21.00 Uhr abends auf den Straßen. Im Extremfall ist aber auch ein 24-Stundendienst möglich – an allen Werktagen, Wochenenden und Feiertagen.

Probleme gibt es im Normalbetrieb eigentlich nicht – nur bei extremen Wetterverhältnissen wird es auch für die Winterdienstfahrer schwierig durchzukommen. Eines wünschen sich Markus Kleingütl und seine Kollegen aber von Anwohnern und Autofahrern: Mehr Verständnis und Rücksicht. „Denn nur so können wir auf unseren Kreisstraßen zuverlässig für freie Fahrt sorgen", so Kleingütl. ❐



Das Tiroler Familienunternehmen Lindner produziert Traktoren und Transporter für die alpine Berg- und Grünlandwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft, Seilbahnen und den Kommunalbereich. Jetzt kommt der Tausendsassa aus Tirol auch als Loipenspurgerät zum Einsatz. Bild: mueller.ac

Lintrac – Loipenspurgerät ohne Kompromisse

Das „Lindner Lintrac powered by mueller Loipenspurgerät" überzeugt durch sein fahreroptimiertes Bedienkonzept, seine Wendigkeit und seine flexiblen Einsatzmöglichkeiten. Heute wird das Fahrzeug in Balderschwang im Allgäu vorgestellt.

Januar 2020, milde Temperaturen und wenig Schnee. Da kommt für Langlaufbegeisterte eine Neuentwicklung aus Österreich gerade recht. Eine besondere Innovation präsentieren der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner gemeinsam mit dem Pistentechnikspezialisten mueller aus Vorarlberg: den Lintrac als Loipenspurgerät.

Natürlich steht der Lintrac für den kommunalen Ganzjahreseinsatz zur Verfügung. Viele Kommunen sind auf der Suche nach einer Alternative zu einem reinen Loipenspurgerät, für das sie viel Geld ausgeben müssen und nur wenige Monate im Jahr nutzen können. Sie finden im Lintrac eine phantastische Alternative. Ein Fahrzeug ohne Kompromisse, 12-Wege-Räumschild, Kettenlaufwerk, stufenloser Fahrantrieb, 4-Rad-Lenkung, Nachlauffräse mit hydraulisch klappbaren Seitenfinishern, Multicontrol-Joystick und eine Fahrzeugkabine, die höchste Ansprüche erfüllt.

Bei der Entwicklung des Lintrac Loipenspurgerätes stand der Sitz- und Bedienkomfort für den Fahrer im Vordergrund. Sämtliche Funktionen des Räumschildes wie der Nachlauffräse sind zur intuitiven Bedienung auf dem Multicontrol-Joystickangebracht, auch die Richtungsumkehr vorwärts oder rückwärts erfolgt über den Joystick.

Optimales Multifunktionsfahrzeug

So entstand ein optimales Multifunktionsfahrzeug für die Pflege von Loipen und Wanderwegen in der kalten Jahreszeit. Mit dem 12-Wege-Räumschild und der Nachlauffräse können Wege für Wanderer geräumt und kleine Skilifte präpariert werden. Ergänzt um zwei Spurplatten, ist diese Gerätekombination als ideales Spurgerät für Langlaufloipen einsetzbar.

Das Vorarlberger Unternehmen mueller ist spezialisiert auf die Entwicklung und Fertigung von Anbaugeräten zur Pflege von Langlaufloipen, Winterwanderwegen, Rodelbahnen, u.v.m., sowie für Fahrzeugumbauten im Bereich Kettenantrieb. ❐



Über 900 Streuobstbäume für mehr Artenvielfalt

Kaniber zieht Erfolgsbilanz der bayernweiten Pflanzaktionen

Zum Start der bayernweiten Pflanzaktion hatte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber im April selbst zum Spaten gegriffen und gemeinsam mit Grundschulkindern aus Rohrdorf Obstbäume auf einer kommunalen Streuobstwiese gepflanzt. Ziel der landesweiten Kampagne an allen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war es, auf die vielfältigen Leistungen der Streuobstbestände für Natur und Umwelt hinzuweisen und die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren.

Die Bilanz kann sich sehen lassen: Bis Jahresende 2019 wurden im Rahmen dieser Aktionen – 66 waren es in Bayern – mehr als 900 Streuobstbäume gepflanzt, darunter viele alte und regionale Sorten. „Mit den Pflanzaktionen haben wir nicht nur viele neue Streuobst-Bestände begründet, wir haben den Menschen auch vor Augen geführt, dass jeder konkret etwas für die Artenvielfalt tun kann", so die Ministerin.

Viele engagierte Akteure

Streuobstbestände gehören zu den artenreichsten Lebensräumen in Bayern. Rund 5.000 Tier- und Pflanzenarten kommen dort vor. Im Rahmen der Aktionen wurden Landwirte, Waldbesitzer, aber auch Verbraucher, Gartenbesitzer, Kommunen, Schulen und Verbände gezielt über dieses Thema informiert. Partner der Aktionen waren Kindergärten, Schulen, Obst- und Gartenbauvereine, der Landesbund für Vogelschutz, der Bund Naturschutz, die Maschinenringe und Imker. „Mit den vielen engagierten Akteuren werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass die gepflanzten Bäume die notwendige Pflege erhalten und die Ernte verwertet wird", so die Ministerin.

Themenschwerpunkt Biodiversität

Die Landwirtschafts- und Forstverwaltung hat 2019 und 2020 die Biodiversität als Themenschwerpunkt. Unter dem Motto „Unser Auftrag: Erzeugung gestalten – Arten erhalten" sind auch im neuen Jahr bayernweit vielfältige Veranstaltungen geplant. Detaillierte Informationen dazu gibt es im Internet unter www.stmelf.bayern.de/biodiversität. ❐



Kahlbacher-Fräser und Fiedler-Streuer. Bild: Holder

Holder Geräteträger im Winterdienst:

Zuverlässige Technik für sichere Straßen und Wege

Ob kommunale Fuhrparks, private Servicedienstleister, Industrieunternehmen oder Immobilienbetreiber – viele dürften jeden Winter vor der Frage stehen, wie sie ihre Winterdienstaufgaben mit einer intelligenten Kombination aus Trägerfahrzeugen und Anbaugeräten zuverlässig, effizient und kostengünstig bewältigen können.

Holder bietet mit seinem Premium-Fahrzeugprogramm von 45 bis 130 PS ein breites Spektrum an Geräteträgern für den Winterdienst. Leichte bis mittlere Räum- und Streuaufgaben können zuverlässig mit den Knicklenkern der X-, B- und C-Reihe oder auch mit dem Vier-Rad-gelenkten MUVO erledigt werden. Im Heavy-Duty-Einsatz, insbesondere in den schneereichen und alpinen Regionen, überzeugen die leistungsstarken Modelle der S-Reihe. Eine Vielzahl an Räumschildern, Schneefräsen und Streuern lässt sich problemlos über die genormten Schnittstellen anbauen. Durch die jahrelange enge Zusammenarbeit von Holder mit seinen Premiumpartnern sind Fahrzeug und Anbaugerät optimal aufeinander abgestimmt, um technisch einwandfreie, effiziente und langfristig funktionierende Komplettsysteme bereitstellen zu können.

Kunden schätzen bei Holder vor allem die Knicklenkung. Mit ihr kann man zum einen Hindernissen auch auf kleinstem Raum ausweichen und zum anderen lässt sich das Anbaugerät, also das Räumschild oder die Schneefräse, über die Lenkung spielend leicht und optimal ausrichten. Durch die dreidimensionale Neigungsverstellung kann dabei auf alle Umgebungsvariablen eingegangen werden. Auch die Schwimmstellung, die einen gleichmäßigen Abstand zum Boden ermöglicht und so die Anbaugeräte schont bzw. für eine längere Lebensdauer sorgt, ist ein wichtiger Aspekt. Vor allem beim Schneefräsen wirkt die intelligente Grenzlastregelung: Sie sorgt dafür, dass sich die Fahrgeschwindigkeit automatisch an die Leistungsabnahme am Frontanbaugerät anpasst. Damit auch der Fahrer bei Minustemperaturen und im Dauereinsatz volle Leistung bringen kann, verfügen die Holder Komfortkabinen über eine optimale Wärmedämmung, leistungsstarke Heizungen und wintergerechte Ausstattungsmerkmale wie Sitzheizung, Klimaanlage oder beheizbare Frontscheibe und Außenspiegel. Gute Servicezugänglichkeit wird bei Holder unter anderem durch die zu öffnenden Seitenklappen gewährleistet, wodurch man ganz einfach an Batterie und Sicherung herankommt.

Die Fahrzeuge von Holder sind Multifunktionsgeräte, die ganzjährig eingesetzt werden können. So besteht die Möglichkeit zur Umrüstung für weitere Anwendungen auf höchstem Niveau, sei es in der Grünpflege, beim Kehren und Reinigen, bei Transportaufgaben oder bei zahlreichen Spezialanwendungen. ❐

Bewerbungsstart für Bundespreis Stadtgrün

BMI prämiert attraktive Parks und grüne Freiräume mit insgesamt 100.000 Euro

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat lobt zum ersten Mal den Bundespreis Stadtgrün aus. Der Preis würdigt außergewöhnliches Engagement für urbanes Grün, vielfältige Nutzbarkeit, gestalterische Qualität, innovative Konzepte und integrative Planungsansätze.

Städte und Gemeinden in Deutschland können sich ab sofort mit ihren Stadtgrün-Projekten bewerben. Auch Planer, Bürgerinnen und Bürger, Initiativen oder Vereine sind aufgerufen, ihre Projekte gemeinsam mit der Gemeinde einzureichen. Im Fokus steht der Mehrwert öffentlicher Grün- und Freiräume für die Menschen.

Bundesminister Horst Seehofer: „Für lebenswerte Städte brauchen wir grüne Freiräume. Kinder brauchen Platz zum Spielen und Erwachsene zum Durchatmen. Der Bundespreis Stadtgrün fördert diese zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Das ist gut für unser Miteinander, unsere Gesundheit und das Klima."

Der Wettbewerb ist mit einem Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro dotiert und wird in vier verschiedenen Kategorien vergeben:

- **Gebaut**
- **Genutzt**
- **Gepflegt**
- **Gemanagt**

Eine unabhängige Jury entscheidet über die Auszeichnung von Projekten mit Preisen und Anerkennungen. Sie ist mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Garten- und Landschaftsarchitektur, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Vertretern und Vertreterinnen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Landkreistags sowie mit Vertretern aus Bundesministerien besetzt. Die Preisverleihung findet im September 2020 in Berlin statt.

Der Bundespreis Stadtgrün ist ein wichtiger Baustein in der Umsetzung des Weißbuches Stadtgrün. Er wird vom Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag unterstützt.

Weitere Informationen unter
www.bundespreis-stadtgruen.de ❐





In Reih und Glied stehen die MB-Tracs und ein Unimog in der Halle von Anton Obermeier. Sein Liebling ist „Schneewittchen", ein weißer MB-Trac 700. Bilder: Markus Bauer

Bayern ist – wäre – gerüstet:

Neuerungen beim Winterdienst

Rund 1.300 Großfahrzeuge und etwa 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen bereit

Bayerns Winterdienst ist für den Winter auf jeden Fall gut gerüstet. Dabei will die Bayerische Staatsbauverwaltung mit dem Salz auch in dieser Saison wieder ökonomisch und ökologisch umgehen. Neben innovativen Streumethoden mit sparsam aufgetragener Salzsole geht deshalb ein neues Pilotprojekt an den Start, bei dem Salzwasser aus der niederbayerischen Gurkenproduktion zum Einsatz kommt. Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart freut sich, dass die Firma Develey als Projektpartner gewonnen werden konnte: „Wir recyceln das übrig gebliebene Salzwasser der Firma Develey und verringern so die Menge an Salz, das in die Umwelt gelangt – eine Win-Win-Situation!"

Die Autobahn- und Straßenmeistereien in Bayern stellen die Sole, die sie in flüssiger Form auf die Straßen aufbringen, im Regelfall selbst her, indem sie Tausalz in Soleanlagen mit Wasser mischen.



Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart, Leiter der Straßenmeisterei Gersthofen Konrad Schneller, Thomas Huber, Werkleiter Develey testen die recycelte Sole aus einem Tankfahrzeug. Bild: StMB

Sole-Recycling aus der Lebensmittelindustrie spart 700 Tonnen Salz

Das Pilotprojekt ermöglicht es nun, den Salzverbrauch um rund 700 Tonnen zu reduzieren. Die Straßenmeistereien rund um das Develey-Werk in Dingolfing werden in diesem Winter erstmals mit Salzwasser der Firma beliefert, das bei der Produktion von Salzgurken entsteht und normalerweise über eine Kläranlage entsorgt wird.

Werkleiter Thomas Huber erklärt: „Auch im Klärprozess kann das im Wasser enthaltene Salz nicht vollständig zurückgehalten werden. Deshalb bereiten wir das Salzwasser nun auf, reinigen es und stellen es dem Winterdienst als Sole zur Verfügung." Zahlreiche Tests und Analysen hatten klar ergeben, dass die Sole ohne Bedenken auf die Straßen aufgebracht werden kann.

Sicherheit und Umweltschutz Hand in Hand

Verkehrsminister Reichhart und Develey-Werkleiter Huber stellten das Pilotprojekt auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Dabei betonte Reichhart, dass Sicherheit und Umweltschutz beim Winterdienst Hand in Hand gehen: „Unser oberstes Ziel ist es, dass alle Autofahrerinnen und Autofahrer in Bayern auch im Winter sicher an ihr Ziel kommen. Unsere Leute stehen bereit, um die Straßen auf möglichst effiziente Art und Weise von Schnee und Eis zu befreien." Gleichzeitig erinnerte Reichhart an die Verantwortung aller: „Jeder kann seinen Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr leisten: Fahren Sie angepasst und mit Winterreifen und nehmen Sie Rücksicht auf unsere Männer und Frauen in Orange!"

3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig für die Sicherheit der Straßen

In 29 Autobahn- und 64 Straßenmeistereien in Bayern kümmern sich fast 3.000 Frauen und Männer um den Winterdienst. Sie betreuen ein Netz von 23.000 Kilometern an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen. Hierfür stehen gut 600 staatseigene Winterdienstfahrzeuge und 700 Lkws, die von privaten Unternehmern gefahren werden, zur Verfügung – insgesamt also rund 1.300 Fahrzeuge. Im vergangenen Winter hat der Freistaat fast 90 Millionen Euro in die Sicherheit im winterlichen Straßenverkehr investiert – 27 Millionen Euro allein für das Streusalz. ❐

Anton Obermeier besitzt elf MB-Tracs:

Sammlerleidenschaft

Zwar fahren sie nur noch selten auf Straßen oder Feldern, aber sie erledigen nach wie vor zuverlässig ihren Dienst – auch für Kommunen im Winterdienst, bei der Landschaftspflege usw. Die Rede ist von den MB-Tracs, der Traktorenbaureihe von Daimler-Benz, die von 1973 bis Ende 1991 hergestellt wurde.

Elf Exemplare besitzt Anton Obermeier aus Klingen bei Hemau im Landkreis Regensburg. Alle Fahrzeuge sind angemeldet, einige davon sind auch immer wieder im Einsatz.

Natürlich hat Obermeier (72) auch beruflich einen Bezug dazu. Der heutige Rentner war bis vor sieben Jahren Nebenerwerbslandwirt. Bis heute verkauft er in ganz Bayern an Landwirte Betonbehälter für Gülle und Biogas.

In den 80er Jahren schaffte er sich für seine Tätigkeiten einen MB 800 und danach einen MB 1000 an und war damit rundum zufrieden. Als bekannt wurde, dass Daimler-Benz die Produktion einstellt, erwarb Obermeier im Jahr 1991 gleich noch zwei neue MB 1000.

Der MB 1800 fehlt

Obermeiers richtige Sammelleidenschaft begann etwa im Jahr 2000. Fast von allen Typen hat Obermeier ein Exemplar – lediglich der MB 1800 fehlt in der Sammlung. Auf einige seiner elf MB-Tracs ist Obermeier sehr stolz. Einer war beim Städtischen Gut Karlshof der Stadt München in Betrieb. Ein paar haben eine grüne Lackierung und „Family" zusätzlich in der Typbezeichnung. Das weist auf die im Jahr 1990 geplante und schließlich 1991 geplatzte Kooperation mit Deutz hin.

Für den Papst im Einsatz

Zwei der elf MB-Tracs sind auch heute noch im Einsatz. Im Vorfeld des Besuchs von Papst Benedikt XVI. 2006 in Bayern, konkret für den Gottesdienst auf dem Feld in Oberisling, brachte die Nittenauer Firma Reil & Eichinger mit zwei MB-Tracs von Obermeier Rindenmulch aus. Bei Ausstellungen präsentieren Landmaschinenhändler gerne einige der MB-Tracs. Aber auch als Brautfahrzeug oder Urlaubsfahrzeug (Zugmaschine für Wohnwagen) dienten MB-Tracs. Und natürlich dürfen sie bei MB-Trac-Treffen nicht fehlen. Markus Bauer

Deutsche Baumpflegetage in Augsburg, 21. bis 23. April 2020:

Gebietsheimische Gehölze: Wie geht es weiter?

Am 1. März 2020 endet die zehnjährige Übergangsfrist des neuen Gesetzes zur Verwendung gebietsheimischer Gehölze. Kurz bevor die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes für alle Bundesländer verpflichtend in Kraft tritt, bestehen immer noch viele Unsicherheiten und die Umsetzung ist in Teilen ungeklärt. Bei den Deutschen Baumpflegetagen vom 21.-23. April 2020 diskutieren Experten in Augsburg die offenen Fragen mit dem Ziel, praxistaugliche Lösungsansätze zu entwickeln.

Gesetz ist Gesetz: Ab dem 1. März 2020 dürfen in Deutschland bei Pflanzungen in freier Natur ausschließlich gebietseigene Gehölze zum Einsatz kommen. Doch nach wie vor gibt es ungelöste Probleme und Unwägbarkeiten in der Umsetzung, unter anderem bei der Pflanzenverfügbarkeit, der Zertifizierung und den Ausschreibungen. Wie kann es in den nächsten Jahren weitergehen? Und ist das Gesetz zur Verwendung gebietsheimischer Gehölze angesichts des fortschreitenden Klimawandels überhaupt noch sinnvoll? Diese und weitere Fragen stehen bei den Deutschen Baumpflegetagen in Augsburg im Fokus. Antworten geben Alain Paul vom Verband Deutscher Forstbaumschulen, Christoph Dirksen vom Bund Deutscher Baumschulen und Volker Schlia von Hessen Mobil. Für den 22. April haben die Organisatoren der Fachtagung viel Zeit für die Diskussion dieses hochaktuellen Themas eingeplant.

Die Tagung: Neu organisiert

Aufgrund des Baus einer weiteren Halle auf dem Messegelände bekommen die Deutschen Baumpflegetage 2020 ein neues Gesicht. Die Fachtagung und die wissenschaftliche Posterausstellung ziehen in die frisch erbaute Messehalle. Der Große Saal, bisher Ort der Fachvorträge, wird neue Heimat des Kletterforums. Zugleich vergrößert sich die tagungsbegleitende Messe sowohl im Innen- als auch im Außenbereich des Messegeländes. „Durch die Umgestaltung können wir die jetzt noch großzügigeren Räumlichkeiten der Messe Augsburg optimal für Vorträge, praktische Vorführungen und Ausstellungen nutzen. Der Eingangsbereich bleibt unverändert, und zur Orientierung wird es Wegweiser geben", sagt Prof. Dr. Dirk Dujesiefken, Veranstalter des Baumpflege-Events. Mark Bridge, Organisator des Kletterforums, ergänzt: „Aufgrund der Höhe der neuen Kletterforum-Halle haben wir nun noch bessere Rahmenbedingungen für Präsentationen und Vorführungen am Kletterturm. Mit dabei sind viele neue Referenten, u. a. aus Australien, Indien und den USA."

Informationen zum Programm der Deutschen Baumpflegetage 2020 und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es unter www.deutsche-baumpflegetage.de ❐



Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Audi und Bayernwerk:

Meilenstein im Mobilitätsprojekt MerGE

Die Zukunft der E-Mobilität kommt in einen Schrank. Zumindest wenn es um die Steuerungstechnologie für das netzdienliche Ladeverhalten von morgen geht. Im Projekt MerGE arbeiten Audi und das Bayernwerk daran, moderne Ladelösungen und Steuerungsanreize für Nutzer von E-Fahrzeugen zu entwickeln. Das Ziel dahinter ist, E-Mobilität möglichst netzentlastend zu organisieren, um einem kostenintensiven Netzausbau vorzubeugen. Die Prototypen-Technik für einen ersten Feldversuch ist fertig entwickelt und wird bei Teilnehmer der Studie in sogenannten Mess- und Steuerschränken verbaut.

In Kürze geht es los: Für einen groß angelegten und einjährigen Feldversuch nutzen Mitarbeiter der Bayernwerk Netz (Bayernwerk) eine Elektroauto-Flotte, bestehend aus zwanzig Audi e-tron. Die Studien-Teilnehmer wohnen im Netzgebiet des Energieunternehmens Bayernwerk und nutzen das vollelektrische Audi Modell künftig im Alltag. Die dazu erforderlichen Ladeeinrichtungen sind mit High-Tech-Messgeräten versehen, die detaillierten Aufschluss über Mobilitätswünsche und jeweiligem Netzzustand erfassen. Ziel des Projekts ist es, Mobilitätsanforderungen mit einem sicheren und effizienten Netzbetrieb in Einklang zu bringen.



Bayernwerk-Technikvorstand Dr. Egon Westphal (links) und Reimund Gotzel (Vorstandsvorsitzender, Bayernwerk) vor einem Audi e-tron, der Teil eines gemeinsamen Forschungsprojekts der Audi AG und des Bayernwerks ist. Bild: Uwe Moosburger (altro)/ Bayernwerk AG

Hoffen auf neue Erkenntnisse

Audi und das Bayernwerk erhoffen sich davon neue Erkenntnisse, welchen Einfluss verschiedene Steuerungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Kostenanreize, auf das Ladeverhalten und damit auf die Netzbelastung oder -entlastung haben. Zudem untersucht das Projekt MerGE, wie lokale Netzengpässe in Niederspannungsnetzen durch das Einbeziehen der E-Mobilität vermieden werden können. Gesamtwirtschaftlich ist von Interesse, in welchem Ausmaß der Netzausbau dank des Flexibilitätspotentials der E-Mobilität vermieden werden kann.

HEMS wird in konkrete Handlungen übersetzt

Steuerkonzept von MerGE testet unter anderem, wie durch lokales Netzmonitoring mittels einer cloudbasierten „lokalen Netzleitwarte" kritische Netzzustände erkannt und prognostiziert werden können. Um diese zu vermeiden, kommuniziert die Netzleitwarte mit dem Home-Energy-Management-System (HEMS) des Teilnehmers. Die übermittelten Fahrpläne und Steuerungen werden vom HEMS in konkrete Handlungen der verfügbaren steuerbaren Flexibilitäten (wie z.B. dem Ladepunkt) übersetzt.

Dazu wurde in einer Versuchswerkstatt von Audi ein Prototyp des erforderlichen Mess- und Steuerschranks getestet und abgenommen. Damit kann MerGE in Kürze starten. ❒

Nachhaltige Agrarpolitik:

CSU-Fraktion will Höfe-Sterben verhindern

In der von den Grünen angestoßenen Plenardebatte zur künftigen Agrarpolitik setzt sich die CSU-Fraktion per Dringlichkeitsantrag dafür ein, bäuerliche Familienbetriebe auch künftig zu schützen und wirkungsvoll zu unterstützen. Konkret geht es darum, dass die flächenbezogenen Direktzahlungen (Säule 1 der gemeinsamen Agrarpolitik der EU) für die Landwirte in Bayern erhalten bleiben. Ziel ist es, auch künftig die höheren Produktionsstandards der heimischen Landwirte bestmöglich abzusichern.

Nach dem Willen der CSU-Fraktion sollen insbesondere die ersten Hektare eines Betriebes stärker vergütet werden, um so gerade kleinere Betriebe bestmöglich zu unterstützen. Gleichzeitig sollen die Zahlungen für Großbetriebe zugunsten von kleineren Betrieben und verstärkten Umweltleistungen begrenzt werden. „Wir wollen diese Direktzahlungen für unsere Bauern unbedingt erhalten, weil sie ganz wesentlich für das Einkommen sind", sagt Martin Schöffel, der agrarpolitische Sprecher der CSU-Fraktion.

Die CSU-Fraktion wendet sich entschieden gegen die von den Grünen angestrebte Kürzung der Direktzahlungen und will stattdessen zusätzliches Engagement der Landwirte für den Umweltschutz auch zusätzlich fördern.

Dazu Martin Schöffel: „Die Grüne Ideologie in der Agrarpolitik würde unsere Bauern in den Ruin treiben. Wir als Partner der Bauern können und werden das nicht zulassen, weil damit die Einkommen unserer Landwirte drastisch sinken und viele Höfe nicht überleben würden."

„Eine ideologisierte Umweltpolitik, die nur von den Bauern finanziert wird, wird es mit der CSU nicht geben". ❒

100 Jahre Kreisfachberatung in Oberbayern

Im Jahr 2019 feierten alle bayerischen Kreisfachberater 100 Jahre Dienst an den Menschen und im Einsatz für Kultur und Natur. Die Kreisfachberater sind als Ansprechpartner rund um Gartenkultur und Landespflege an den örtlichen Landratsämtern tätig. Anlässlich des Jubiläums pflanzten die oberbayerischen Kreisfachberaterinnen und Kreisfachberater im Sichtungsgarten Weihenstephan einen besonderen Baum.

Heike Grosser, Fachberater-Sprecherin für Oberbayern, begründete die Wahl eines Speierlings: „Der Baum ist eine Rarität für Oberbayern, die Blüten insektenfreundlich, die Früchte der gepflanzten Kulturform `Sossenheimer Riese´ finden als Beigabe zu Most Verwendung und durch die Trockenverträglichkeit ist der Baum tauglich für den Klimawandel." Auch Prof. Dr. Bernd Hertle freute sich als Leiter der Weihenstephaner Gärten über die Spende, denn der Speierling fehlt noch in den umfangreichen Pflanzungen. Der Standort beim Wildobst wurde durch hunderte Blumenzwiebeln ergänzt.

Die Arbeitsschwerpunkte der Kreisfachberater wandelten sich im Laufe der über einhundertjährigen Geschichte. War es zu Beginn fast ausschließlich der Obstbau, kamen rasch Blumenschmuck und Selbstversorgung hinzu. In den 50er und 60er Jahren wurden Blumenschmuckwettbewerbe und der bekannte Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden" organisiert. Seit mehreren Jahrzehnten stehen Ökologie und Nachhaltigkeit für Garten, Dorf und Landschaft im Mittelpunkt. Das zeigt auch die gerade bayernweit anlaufende Naturgarten-Auszeichnung. Weiterhin aktuell bleiben die klassischen Themen rund um Obst, Gemüse, Blütenvielfalt und Gartengestaltung.

Neben der Pflanzung des Jubiläumsbaums standen auf dem Programm der Jubiläumsveranstaltung auch Alternativen zum Buchs, Spannendes aus der Staudenwelt, die Landesgartenschau Ingolstadt 2020, aktuelle Informationen der Bayerischen Gartenakademie und des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege sowie ein Erfahrungsaustausch zur Naturgartenauszeichnung. ❒



V.li. mit Spaten: Sabine Baues-Pommer (LRA Neuburg-Schrobenhausen), Markus Breier (LRA Traunstein), Anja Aigner (LRA Freising), Heike Grosser (LRA Weilheim-Schongau) und Prof. Dr. Bernd Hertle (Leiter der Weihenstephaner Gärten). Mit dabei waren ebenfalls Andreas Kastner (LRA Pfaffenhofen, Mitte mit Sonnenbrille) und Wolfram Vaitl (Präsident, Bayerischer Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V; weißes Hemd) Bild: LRA Weilheim-Schongau

Umweltminister Thorsten Glauber:

Neuer Partner für den Naturschutz

Landschaftspflegeverband Deggendorf neu gegründet

Der im Dezember 2019 gegründete Landschaftspflegeverband Deggendorf ist neuer Partner vor Ort für die Umsetzung von wichtigen Biotoppflege- und Artenhilfsmaßnahmen.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Neugründung in München: „Ich freue mich, dass wir mit dem Landschaftspflegeverband Deggendorf einen weiteren Aktivposten im Naturschutz begrüßen dürfen. Naturschutz braucht starke Partner. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz in Bayern für den Naturschutz. Mit jeder Neugründung kommen wir unserem Ziel näher. Mit den insgesamt 64 Landschaftspflegeverbänden erreichen wir alle Regionen in Bayern. Die Landschaftspflegeverbände bewahren durch ihre hervorragende Arbeit vor Ort einmalige Natur- und Kulturlandschaften. Bayerns Umwelt- und Naturschutzziele werden mit Hilfe der Landschaftspflegeverbände von Kommunen, Landwirten und Naturschutzverbänden Hand in Hand umgesetzt." Landrat Christian Bernreiter ergänzte: „Wir werden die Aufgaben, die uns durch das Volksbegehren ´Rettet die Bienen´ und das ´Versöhnungsgesetz´ zugewiesen werden, aktiv annehmen und umsetzen. Durch die Gründung eines Landschaftspflegeverbandes im Landkreis Deggendorf wollen wir die Gemeinden bei der Umsetzung naturschutzfachlicher Projekte und Maßnahmen unterstützen."

1.360 aktive Gemeinden

Der Landschaftspflegeverband Deggendorf ist der siebte Landschaftspflegeverband in Niederbayern. Seit 1985 beraten und unterstützen die bayerischen Landschaftspflegeverbände Kommunen, Landwirte und Naturschutzverbände in Bayern bei der Pflege und Entwicklung ihrer Flächen. Rund 1360 Gemeinden, 59 Landkreise und 16 kreisfreie Städte sind mittlerweile in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden aktiv. Sie setzen zwei Drittel aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen im Freistaat um, zusammen mit Landwirten, Kommunalpolitikern und Naturschützern. Das Umweltministerium stellt mit dem Landschaftspflege- und Naturparkprogramm in 2019 über 20 Millionen Euro für Maßnahmen vor Ort zur Verfügung. ❒

Münchner Rathaus Umschau:

Baumschutz in der Landeshauptstadt

Der Baumschutz, insbesondere auch der Schutz älterer Bäume, hat in der Landeshauptstadt München seit jeher einen hohen Stellenwert. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung jetzt ausführlich dargelegt, wie Bäume bei der Ausführung von Bauvorhaben geschützt werden können und welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, wenn Bäume ohne eine erforderliche Genehmigung gefällt werden. In diesem Zusammenhang wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auch beauftragt, zur Stärkung des Baumschutzes insbesondere im Baugenehmigungsverfahren auf Rechtsänderungen hinzuwirken.

Bereits im Jahr 1976 hatte der Stadtrat eine Baumschutzverordnung erlassen, welche die innerstädtische Durchgrünung Münchens auf Dauer erhalten soll. Große Bäume bieten Lebensraum für Vögel, Insekten und andere Kleintiere, spenden Schatten und verbessern das Kleinklima und die Luftqualität.

Unerlaubte Fällungen

Die Baumschutzverordnung schützt viele Bäume, die einen Stammumfang von 80 Zentimetern und mehr haben. Sie dürfen nur verändert oder gefällt werden, wenn zuvor die Erlaubnis vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Untere Naturschutzbehörde, eingeholt wurde. Im Frühjahr 2019 kam es zu vermehrten unerlaubten Baumfällungen, die der Vorbereitung von Baumaßnahmen dienten. Dies wurde auch Thema von Bürgerversammlungen und hat mehrere Stadtratsanträge sowie einen Bezirksausschussantrag ausgelöst.

Zwangsgeld für unterlassene Neupflanzungen

Zum Ausgleich dieses Grünverlustes hat die Untere Naturschutzbehörde zwischenzeitlich die Neupflanzung von Gehölzen gefordert. Diese Pflanzungen müssen innerhalb eines Jahres erfolgen und nachgewiesen werden. Nicht durchgeführte Pflanzungen können mit Verwaltungszwangsmitteln, in der Regel mittels Zwangsgeld, durchgesetzt werden.

Bei Verdacht auf ungenehmigte Baumfällungen kann die Untere Naturschutzbehörde kontaktiert werden. Unabhängig hiervon besteht für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich direkt an die Polizei zu wenden. ❒

Klima-Risiko-Index:

BdB fordert Sofortprogramm für Stadtgrün

Laut einer Studie der Umweltorganisation Germanwatch gehört Deutschland zu den drei am stärksten von Extremwetter betroffenen Ländern weltweit. Die starke Hitzewelle von 2018 habe in Deutschland 1.200 Todesopfer gefordert und Dürreschäden in Höhe von 1,2 Milliarden Euro verursacht. Zusammen mit den Orkantiefs „Friederike" und „Fabienne" sei ein Gesamtschaden in Höhe von 4,5 Milliarden durch Wetterextreme entstanden.

„Die Ergebnisse des aktuellen Klima-Risiko-Indexes sind absolut alarmierend", so Markus Guhl, Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher Baumschulen (BdB), der die EU-geförderte Kampagne „Grüne Städte für ein nachhaltiges Europa" durchführt. „Es werden dringend Anpassungsstrategien benötigt, um dieser negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Der BdB fordert daher ein Sofortprogramm für Stadtgrün in Höhe von zwei Milliarden Euro."

In den deutschen Städten gebe es viele leere Pflanzlöcher, sogenannte Baumscheiben, die bepflanzt werden können. „Es ist an der Zeit, diese alten Baumstandorte konsequent zu ersetzen und damit nutzbar zu machen. Bei Neupflanzungen sollten wir unser bestehendes Baumsortiment durch neue, widerstandsfähige Baumsorten ergänzen, die sehr gut an die Bedingungen der Zukunft angepasst sind." Diese Zukunfts- oder Klimabäume zeichnen sich aus durch eine hohe Trockenstresstoleranz und Hitzeresistenz, aber auch Frosthärte und insgesamt geringe Anfälligkeit für Schädlinge und Krankheiten.

„Außerdem sollten Planer verstärkt über die Vorteile von Fassaden- und Dachbegrünungen nachdenken, die Häuser im Sommer merklich kühlen. Auch Anreize zur Pflanzung von Insektennährgehölzen für private Gärten sollten geschaffen werden." Diese Gehölze geben Insekten und anderen Kleinstlebewesen Nahrung und Rückzugsmöglichkeiten.

„Wir haben genug geredet, nun ist es Zeit zu handeln. Wir fordern daher einen Runden Tisch mit Planern, Bauwirtschaft, Bauministerium und Baumschulen für die Zukunft grüner Städte im Klimawandel", so Guhl. ❒

Landrat Georg Huber zum 70. Geburtstag:

„Herzblutpolitiker mit Leib und Seele“

Mit seinem verantwortungsvollen Wirken hat Mühldorfs Landrat Georg Huber ganz wesentlich zur positiven Entwicklung seiner Heimatregion beigetragen. Zu seinem 70. Geburtstag am 6. Januar wurde der Jubilar, der über viele Jahre auch als stellvertretender KPV-Landesvorsitzender fungierte, vielfach als „Herzblutpolitiker mit Leib und Seele“ tituliert.



Wie Kommunalminister Joachim Herrmann in seinem Glückwunschschreiben ausführte, engagiere sich Georg Huber seit nahezu vier Jahrzehnten erfolgreich für seine Heimat – zunächst als Erster Bürgermeister der Gemeinde Schwindegg und seit 2002 als Landrat. Insbesondere im bildungspolitischen und wirtschaftlichen Bereich habe er den Landkreis erfolgreich vorangebracht.

Hohe Priorität misst Huber laut Herrmann auch den Themen Umweltschutz und erneuerbare Energien bei. Über die Landkreisgrenze hinaus leiste er außerdem überzeugende Arbeit beim Bayerischen Landkreistag als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Innovationsrings und als Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, beim Deutschen Landkreistag als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses sowie als Präsident der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. „Deine vielfältige Arbeit im Dienst der kommunalen Selbstverwaltung ist überaus wertvoll – dafür danke ich Dir sehr herzlich“, betonte Herrmann.

Herzliche Glückwünsche überbrachte auch Landkreistagspräsident Christian Bernreiter: Der Jubilar habe nicht nur fast 18 Jahre alles für seine Mühldorfer gegeben, sondern sich auch auf der Ebene des Bayerischen Landkreistags über alle Maßen engagiert. „Mit Schorsch Huber an der Seite brauchte man sich wenig Sorgen machen, auch schwierige Fragen und Herausforderungen mit den verschiedensten Interessengruppen zu Gunsten unserer Landkreise beantworten zu können. Gerade in dem oft sehr emotionalen Bereich der Umweltpolitik war die geradlinige Zielstrebigkeit und Bodenhaftung des Vorsitzenden des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt ein Segen. Als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Bayerischen Innovationsrings hat er zudem die Chancen der digitalen Verwaltung für alle Kolleginnen und Kollegen vorangetrieben und greifbar gemacht“, gratulierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, persönlich und im Namen aller Kolleginnen und Kollegen. **DK**

Gymnasium Untergriesbach, Landkreis Passau:

Landkreis setzt auf klimaschonende Beleuchtung

Florian Pronold übergibt Klimaschutz-Zertifikat an Landrat Franz Meyer

Das Bundesumweltministerium hat die energieeffiziente Umrüstung der Beleuchtung des Gymnasiums Untergriesbach mit rund 45.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert. Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, überreichte dem Landrat des Landkreises Passau, Franz Meyer, ein Klimaschutz-Zertifikat über die Treibhausgaseinsparungen, die durch die erfolgreiche Beleuchtungssanierung erzielt werden.

Florian Pronold: „Kommunen können mit Energieeffizienzmaßnahmen erheblich zum Klimaschutz beitragen. Ich freue mich, dass wir den Landkreis Passau bei seinem Engagement zur Treibhausgasreduzierung aus der Nationalen Klimaschutzinitiative unterstützen können. Die Umstellung der Innenbeleuchtung des Gymnasiums Untergriesbach auf LED schont das Klima und entlastet zudem den kommunalen Haushalt. Deshalb lege ich unseren Städten und Gemeinden ans Herz, sich bei unserer bundesweiten Beratungshotline zu informieren, welche Möglichkeiten für die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen bestehen oder den Förderlotsen der Kommunalrichtlinie zu nutzen.“

In Untergriesbach wurden von August 2017 bis Mai 2019 insgesamt 368 Lichtpunkte auf hocheffiziente LED-Technik umgerüstet. Der Stromverbrauch reduziert sich dadurch um rund 79 Prozent und der CO2-Ausstoß kann in den nächsten 20 Jahren um ca. 462 Tonnen verringert werden. Die Gesamtausgaben des Projekts betrugen insgesamt rund 115.000 Euro, das Bundesumweltministerium unterstützte das Vorhaben mit rund 45.000 Euro.

Dies ist nicht die einzige Klimaschutzmaßnahme, die der Landkreis Passau mit Unterstützung durch das Bundesumweltministerium durchgeführt hat. 2013 erstellte der Landkreis beispielsweise gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein integriertes Klimaschutzkonzept. Darüber hinaus wird derzeit auch die Innenbeleuchtung der Sporthalle des Gymnasiums Pocking saniert.

Seit 2008 fördert und initiiert das Bundesumweltministerium unter dem Dach der NKI in ganz Deutschland Klimaschutzprojekte, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten. Bis Ende 2018 wurden bereits mehr als 28.750 Projekte durchgeführt. Kommunen profitieren ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen.

Die Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung sowie die Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch ein Klimaschutzmanagement werden im Rahmen der NKI durch die Kommunalrichtlinie gefördert. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Förderschwerpunkten gibt es unter: www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie. ❐

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Deutliche Mehrausgaben

Die Bezirkshaushalte in Bayern für das Jahr 2020 sind unter Dach und Fach. Prägend sind dabei die Kosten für die Umsetzung von zwei neuen Bundesgesetzen: Das Bundesteilhabegesetz und das Angehörigen-Entlastungsgesetz werden ab diesem Jahr in den Haushalten Niederschlag finden. Zusammen mit Lohn- und Preissteigerungen in den Behinderten- und Pflegeeinrichtungen sowie gestiegenen Fallzahlen führen sie zu erheblichen Kostensteigerungen.

Mit einem Gesamtvolumen von 486,4 Mio. Euro hat der Bezirkstag der Oberpfalz das Zahlenwerk verabschiedet. 450 Mio. Euro fließen in den Sozialbereich, vor allem an Menschen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung und an Pflegebedürftige. „Durch unser Wirken wird die Gesellschaft in vielen Bereichen gerechter“, urteilte Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Das Bundesteilhabegesetz, das ab Januar den Anspruch behinderter Menschen auf individuell zugeschnittene Unterstützung regelt, zieht einen höheren Personal- und Verwaltungsaufwand beim Bezirk und bei den Einrichtungen nach sich. Allein für die Oberpfalz wird ein Mehraufwand um 7,5 Mio. Euro erwartet. Auch das Angehörigenentlastungsgesetz verursacht dort Mehrkosten im Bereich Hilfe zur Pflege von rund 6,3 Mio. Euro. Löffler betonte, durchaus Sympathie für beide Gesetze zu haben, aber man müsse über die Finanzierung mit Freistaat und Bund sprechen.

Soziale Aufgaben dominieren

Insgesamt steigen die Sozialausgaben um 13,2 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Jahr, während die Einnahmen zurückgehen. Allein eine Rücklagenentnahme in Höhe von 13,5 Mio. Euro reicht nicht aus, um die Lücke zu füllen. Ein erhöhter Hebesatz für die Bezirksumlage um 0,6 Prozentpunkte ist unumgänglich. 2020 liegt er nun bei 18,8 Prozent, die Oberpfalz wird aber dennoch aller Voraussicht nach der Bezirk mit dem zweitniedrigsten Umlagesatz in Bayern sein.

Hebesatz konstant in Oberfranken

Auf rund 406 Mio. Euro belaufen sich im kommenden Jahr die Ausgaben des Bezirks Oberfranken im sozialen Bereich. Damit fließen 94 Prozent des 442 Mio. Euro Haushalts an Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das sind 1,11 Mio. Euro am Tag, wie Bezirkstagspräsident Henry Schramm in seiner Haushaltsrede verdeutlichte. Damit kommt der Bezirk seinen sozialen Verpflichtungen nach, ohne die Umlagezahler über Gebühr zu belasten. Der Hebesatz zur Bezirksumlage bleibt mit 17,5 Prozent konstant und ist damit wiederum der niedrigste in ganz Bayern.

Der Bezirkstag von Mittelfranken beschloss den Haushalt für das Jahr 2020 mit einem Gesamtvolumen von 967 Mio. Euro. Bezirkstagspräsident Armin Kroder zufolge „kommen die harten Jahre noch“, weshalb Einnahmen generiert und Ausgaben reduziert werden müssten.

Trotz einer Deckungslücke von über 14 Mio. Euro sprachen sich die Bezirksräte gegen eine Erhöhung der Bezirksumlage aus, sie bleibt mit einem Hebesatz von 23,55 Prozent stabil. Stattdessen beschloss der Bezirkstag, die kompletten Rücklagen in Höhe von 13,8 Mio. Euro zum Ausgleich des Haushalts heranzuziehen, die noch fehlenden rund 900.000 Euro werden über Kredite finanziert. Um die gesetzliche Mindestrücklage in Höhe von 9 Mio. Euro wieder zu erreichen, soll das Ergebnis der Jahresrechnung 2019 herangezogen werden. Wie nicht anders zu erwarten, dominieren auch in Mittelfranken die sozialen Aufgaben mit 840 Mio. Euro den Bezirkshaushalt zu fast 90 Prozent. Den größten Teil davon finanzieren die kreisfreien Städte und Landkreise über die Bezirksumlage. Der staatliche Finanzausgleich steigt nur geringfügig auf 153 Mio. Euro.

6,5 Mio. Euro plant der Bezirk Mittelfranken im nächsten Jahr an Krediten ein. Ausserdem sollen 5,6 Millionen Euro an Schulden getilgt werden, so dass die geplante Netto-Neuverschuldung 900.000 Euro beträgt.

Mit Riesen-Schritten zur Milliarden-Marke

Mit einem Gesamtvolumen von 858,9 Mio. Euro bewegt sich der Bezirksetat in Unterfranken „mit Riesen-Schritten auf die Milliarden-Marke zu“, betonte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel bei der Vorstellung des Zahlenwerks. Aufgrund des Bundesteilhabe-Gesetzes und des Angehörigenentlastungs-Gesetzes sowie einiger sozialer Verbesserungen weist der Etat-Entwurf eine Finanzierungslücke von rund 30 Mio. Euro auf, die durch die Anhebung der Bezirksumlage um 1,5 Prozentpunkte auf dann 19,3 Punkte geschlossen werden muss. Rund 89,6 Prozent des Haushalts fallen auf den Sozial-Etat, nur knapp 41 Prozent davon sind durch entsprechende Einnahmen gedeckt.

Neuer Rekordhaushalt in Oberbayern

Im Jahr 2020 überschreitet der Haushalt des Bezirks Oberbayern erstmals die Zwei-Milliarden-Marke und erreicht damit einen neuen Rekordwert. Rund 90 Prozent des Gesamtetats in Höhe von 2,06 Mrd. Euro fließen in soziale Aufgaben, Bildung und Kultur. Allein die Mehrausgaben im Etat Soziales und Jugend liegen bei rund 170 Mio. Euro (plus 10,8 Prozent). Davon entfallen als größte Einzelposten 92,4 Mio. Euro auf Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz (bisher Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen) sowie 37,2 Mio. auf die Hilfe zur Pflege.

Wegen der stetig weiter steigenden Ausgaben sieht Bezirkstagspräsident Mederer den Bezirk „vor gewaltigen Herausforderungen“. So sei die für den Haushalt 2020 relevante Umlagekraft von 2018 zwar um 10,8 Prozent auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen bezifferte Mederer auf 168 Mio. Euro. Dem Haushalt fließen 1,72 Mrd. Euro über die Bezirksumlage zu. Die Umlage kann jedoch laut Mederer 2020 nur stabil bei 21 Prozentpunkten gehalten werden, weil der Rücklage zusätzlich rund 48,4 Mio. Euro entnommen werden. Damit schmilzt die Rücklage auf 25 Mio. Euro und liegt nur noch knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestgrenze.

Im Bezirkstag von Niederbayern beträgt das Gesamthaushaltsvolumen einschließlich Wirtschaftsplänen der Bezirkskrankenhäuser und Kulturstiftung 733,7 Mio. Euro (2019: 723 Mio. Euro) und steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %. Aus dem Verwaltungshaushalt mit insgesamt 498,6 Mio. Euro (2019: 500,5 Mio. Euro) fließen 439,1 Mio. Euro und damit fast 90 Prozent in die soziale Sicherung (2019: 442,9 Mio. Euro).

Die Bezirksumlage wird 2020 unverändert bei 20 Prozent liegen. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Wir freuen uns, dass trotz einer sich abschwächenden Konjunktur und erhebliche Risiken im Bereich ‚Soziale Sicherung‘ die Umlage bei 20 Prozent stabil bleiben kann.“ Die Einnahmen aus der Bezirksumlage steigen um 3,5 % auf rund 311 Mio. Euro. Dies bedeutet für den Bezirk Niederbayern Mehreinnahmen von 10,4 Mio. Euro.“

Mehreinnahmen in Höhe von 10,2 Mio. Euro können auch durch den Sozialhilfeausgleich nach Art. 15 FAG verbucht werden. Weil die Steigerung der Umlagekraft in Niederbayern weit unter dem bayernweiten Durchschnitt von 7,0 % liegt, ergibt sich daraus für den Bezirk ein höherer Ausgleich als im Vorjahr und fällt für 2020 weit überdurchschnittlich aus. Heinrich: „So erfreulich dies für das Jahr 2020 sein mag – uns muss bewusst sein, dass wir für 2021 nicht erneut mit diesen hohen Mehreinnahmen rechnen können.“

Die 900-Millionen-Grenze überschritten hat schließlich der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Bezirks Schwaben. Zum ersten Mal werden die kommenden Ausgaben höher veranschlagt als die Einnahmen, bilanzierte Bezirkstagspräsident Martin Sailer. Der Löwenanteil mit Ausgaben von gut 820 Mio. ist im Sozialbereich anzusiedeln. Knapp 12 Mio. fließen in die Kultur.

Enttäuschte Hoffnungen in Schwaben

„Der Bezirk Schwaben übernimmt für die Bürgerinnen und Bürger in Schwaben existenzielle Aufgaben“, betonte Sailer. „Die Hauptaufgaben unseres Handelns sind dabei soziale Hilfen. 2020 sprechen wir von fast 60 Mio. Euro Finanzierungsdefizit.“

Als Bezirk habe man große Hoffnungen auf den kommunalen Finanzausgleich gesetzt, die leider enttäuscht wurden. „Obwohl unsere Belastungen gewachsen sind, sind die zugeteilten Mittel für die Bezirke nicht gestiegen“, zeigte sich Sailer enttäuscht. Ein weiterer Aspekt sei, dass die bekannten „Bundesmilliarden“ als Mittel zur Kompensation der Mehrausgaben im Rahmen des BTHG an den bayerischen Bezirken als den überwiegend zuständigen Trägern der Hilfen vorbeigegangen sind. **DK**



1.000 Euro für „Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.“

Landrat Franz Meyer spendet aus Dispomitteln der Sparkasse an gemeinnützigen Verein

Passau. Der Passauer Verein „Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.“ leistet monatlich rund 2.000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit. Der Fokus liegt dabei vor allem auf Integrations- und Sprachprojekten. Der Verein bringt Menschen aller Nationalitäten zusammen und vermittelt auf diese Weise sprachliches und kulturelles Wissen. Landrat Franz Meyer (l.) unterstützt diese ehrenamtliche Arbeit und hat nun kurz vor Weihnachten zusammen mit dem Gebietsdirektor der Sparkasse Passau, Otmar Hausfelder (r.) eine Spende von 1.000 Euro aus Dispomitteln der Sparkasse an die Geschäftsführerin des Vereins, Perdita Wingerter (2.v.r) und die zweite Vorsitzende, Monika Binder (2.v.l.) übergeben. Die Spende sei eine große Hilfe für die Arbeit von „Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.“, wie die beiden Funktionsträgerinnen betonten. „Sie leisten zum Beispiel mit ihrem Sprachpaten-Projekt wertvolle Integrationsarbeit, die ohne die Hilfe Ehrenamtlicher nicht möglich wäre“, so Landrat Meyer. ❐



Landkreis Donau-Ries:

Partnerschaft mit der Landwirtschaft im Visier

Bei einem runden Tisch entstehen erste gemeinsame Projektideen

Stefan Wiedenmann, Landwirt aus Hoppingen, hatte sich vor einiger Zeit mit einer E-Mail an Landrat Stefan Rößle gewandt und um Unterstützung bei verschiedenen Problemstellungen gebeten. Neue gesetzliche Bestimmungen aufgrund des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ und strengere Auflagen aufgrund der Düngemittelverordnung machen es ihm zufolge den Landwirten schwer, längerfristig zu planen. Stefan Wiedenmann ist aus Überzeugung Landwirt und möchte, dass auch seine Kinder den Betrieb fortführen. Wenn nun aber immer neue Auflagen wie z. B. die notwendig werdende Errichtung eines zusätzlichen Güllelagers mit Investitionskosten von rund 150.000 Euro und andere Erschwernisse hinzukommen, ist es aus seiner Sicht nicht verwunderlich, wenn immer mehr Landwirte aufgeben.

Landrat Stefan Rößle nahm dies zum Anlass und so entstand die Idee eines ersten gemeinsamen Runden Tisches zwischen Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamts, um Probleme, aber auch Chancen unserer Landwirte gemeinsam zu erörtern.

So trafen sich jüngst Vertreter der Landwirtschaft sowie des Landratsamtes und des Landschaftspflegeverbands bei Stefan Wiedenmann auf dessen Hofstelle in Hoppingen. Landrat Stefan Rößle betonte bei dem Gespräch, dass den Menschen bewusst sein muss, „dass wir unsere starke Position im Landkreis Donau-Ries, die wir bayern- und sogar deutschlandweit einnehmen, in erster Linie einer prosperierenden Wirtschaft, aber auch einer starken Landwirtschaft zu verdanken haben“. Er sicherte den Landwirten seine Unterstützung zu, insbesondere wird er die angesprochenen Probleme an die zuständige Landes-, Bundes- und Europaabgeordnete weiterleiten.

Allerdings war dies nur der eine Teil des Runden Tisches. In einem zweiten Teil verständigte man sich darauf, Möglichkeiten zu suchen, wie man auf Kreisebene die Situation für die Landwirte und deren Image verbessern kann. Die landwirtschaftlichen Vertreter, denen ein Biogaslandwirt, ein Ökolandwirt und konventionelle Landwirte angehören, waren sich mit den Vertretern des Landratsamts einig, dass der Dreh- und Angelpunkt für eine Verbesserung der Situation die Aufwertung der Landwirtschaft und das Image der Landwirte in der Bevölkerung ist.

Beim Runden Tisch wurde intensiv diskutiert und es entstanden fünf Projektideen, die nun der Landkreis zusammen mit den Vertretern der Landwirtschaft weiter konkretisieren und möglichst zeitnah auch umsetzen will. Dies sind im Einzelnen:

1. Imagekampagne zusammen mit dem Landkreis und dem Wirtschaftsförderverband

Eine Mitgliedschaft von landwirtschaftlichen Betrieben beim Wirtschaftsförderverband stellt eine gute Möglichkeit dar, den Beruf des Landwirts in der Öffentlichkeit zu bewerben und aufzuwerten. Dies kann über die Marke DONAURIES auf Instagram, Facebook und vielen weiteren Kanälen erfolgen. Die Runde entwickelte darüber hinaus die Idee, einen Imagefilm zu erstellen, in dem die spannende und für unsere Gesellschaft so wichtige Arbeit der Landwirte aufgezeigt wird. Sie erzeugen mit modernsten Geräten nicht nur qualitativ hochwertige Lebensmittel, sondern sind auch vielfältig im Bereich des Umweltschutzes und der Landespflege tätig. Der Film getreu dem Motto „Die besten Bauern arbeiten für den Landkreis!“ könnte eventuell auch in den Kinos gezeigt werden.

2. Umstellung der Kantinen des gemeinsamen Kommunalunternehmens auf regionale und ökologische Produkte

In Anlehnung an eine geplante Vorgabe des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten könnten die Krankenhäuser und Seniorenheime des Landkreises (gKU) ihre Kantinen zu mindestens 50 Prozent mit regionalen und/oder ökologischen Produkten ausstatten. Landrat Stefan Rößle sicherte zu, dies umgehend mit den Vorständen des gKU zu besprechen.

3. Patenschaftsprojekte

Bei dieser Aktion soll ausgelotet werden, welche Formen der Patenschaft für Tiere aus einem landwirtschaftlichen Betrieb oder welche Arten von Kooperation mit Direktvermarktern im Landkreis denkbar sind. Auch die Idee der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) soll geprüft werden. Hier tragen mehrere private Haushalte anteilig die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Durch den persönlichen Bezug zueinander erfahren sowohl die Erzeuger als auch die Verbraucher die vielfältigen Vorteile einer nicht-industriellen, marktunabhängigen Landwirtschaft.

4. Erstellung eines Pools mit Landwirten, die für suchende Bauherrn Flächen für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stellen oder Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) durchführen möchten

Der Landschaftspflegeverband kann sich vorstellen, Landwirte bei der Umsetzung von PIK- Maßnahmen vor Ort zu beraten und zu betreuen. Es gibt bayernweit bereits Landschaftspflegeverbände, die in diesem Bereich tätig sind. Aufgabe ist die Planung und Durchführung u.a. von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die mit Landschaftspflegeverbänden umgesetzt werden. Mögliche PIK-Maßnahmen sind beispielsweise die Anlage von Lerchenfenstern, Flachmulden und Blühstreifen.

Nun soll geprüft werden, ob ein Flächenpool von bereitwilligen Landwirten eingerichtet werden kann, die für Vorhabensträger auf ihren Flächen die ggf. notwendigen Ausgleichsmaßnahmen schaffen und auch unterhalten möchten. Natürlich werden die Maßnahmen des Landwirts nur gegen eine entsprechende Bezahlung durch den Bauherrn, über die sich die Vertragsparteien selbst einigen müssen, erfolgen. Für den Bauherrn hätte dies allerdings den Vorteil, dass er nicht selbst nach Flächen suchen müsste, sondern der Landschaftspflegverband den Kontakt mit dem Landwirt herstellen kann, wenn dies gewünscht ist.

5. Kooperation mit der „Kartei der Not“ im Rahmen von sozialen Projekten

Landrat Stefan Rößle und die anwesenden Landwirte können sich sehr gut vorstellen, durch Spendenaktionen oder anderweitigen Initiativen in Not geratene Menschen zu helfen. Der Landkreischef nahm hierzu bereits Kontakt mit der Donauwörther Zeitung und den Rieser Nachrichten auf. Gemeinsam wird man ausloten, ob es hierfür geeignete Hilfsprojekte gibt. Natürlich können gerne auch Vorschläge eingereicht werden.

Schon bald in diesem Jahr soll ein erneutes Treffen des Runden Tisches stattfinden, um auszuloten, ob und wie die aufgeführten Projekte möglichst zeitnah umgesetzt werden können. Auf weitere Treffen, gerne auch in erweiterter Runde, darf man sich freuen. ❐



Landrat Stefan Rößle (vorne rechts) mit Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamtes beim runden Tisch in Hoppingen.

Bild: Dr. Sperling / Landratsamt

Landshuts Schulwege:

Mit 5G Technologie sicherer machen

MdB Florian Oßner: Bund fördert Projekt 5-Safe der Stadt mit 94.400 Euro

Die Stadt Landshut gehört zu den Gewinnern des 5G Innovationswettbewerbs des Bundesverkehrsministeriums. Stellvertretend für die Stadt Landshut hat Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) in Berlin den Förderbescheid in Höhe von rund 94.400 Euro von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer entgegengenommen. Das Geld fließt in das Projekt 5-Safe zur Verbesserung der Schulwegsicherheit rund um die Bildungseinrichtungen in der Stadt. Durch die Technologie des mobilen Internets der fünften Generation soll das schulische Mobilitätsmanagement im Stadtgebiet verbessert und eine Verkehrssteuerung in Echtzeit entwickelt und erprobt werden.

Konkret geht es laut Oßner bei dem Projekt darum, durch die Nutzung von 5G-Technologie den Individualverkehr um die Schulen zu den Stoßzeiten so zu steuern, dass Gefahrensituationen vermindert werden. „Dafür sollen Verkehrsströme in Echtzeit verfolgt, Gefahrensituationen erkannt und Lösungsmaßnahmen eingeleitet werden“, erklärt der Verkehrspolitiker. „Zum Beispiel sollen Autofahrer auf kritische Situationen hingewiesen und wenn möglich auf Ausweichstrecken umgeleitet werden.“

Verkehrsführung in Echtzeit

Für die Umsetzung könnten zum Beispiel kabellose Sensoren in der Umgebung von Schulen installiert werden, um die Verkehrslage in Echtzeit zu erfassen und zu analysieren. „Auf dieser Datengrundlage könnten optimale Haltestellen für die sogenannten Elterntaxis vorgeschlagen werden. Eine dynamische Schulwegplanung könnte die beste Route zur Schule ausweisen. Außerdem könnten Ampeln gezielt so angesteuert werden, dass das punktuelle Verkehrsaufkommen entzerrt wird“, stellt Oßner fest.

Die Stadt Landshut hat mehr als 30 Schulen und Bildungseinrichtungen. Täglich sind mehr als 15.000 Schüler dorthin unterwegs. Durch das schnelle Wachstum der Stadt steigen die Schülerzahlen und das Verkehrsaufkommen stetig an. „Weil es bisher keine technische Lösung gibt, die Autofahrer situativ angepasst zu erhöhter Rücksichtnahme gegenüber Kindern und Jugendlichen auf dem Schulweg mahnt, packt die Stadt das nun selbst an. Dieses herausragende Projekt unterstützt der Bund sehr gern. Das ist Infrastruktur- und Mobilitätsförderung par excellence für eine sichere Zukunft.“

Drei Pilotschulen geplant

In einem ersten Schritt wird die Stadt Landshut nun mit den Stadtwerken und beteiligten Behörden wie der Regierung von Niederbayern und der Polizei ein konkretes Konzept für den Aufbau und Betrieb des Systems entwickeln. Dabei sollen bis zu drei Pilotschulen ausgewählt werden, an denen das Projekt in der Praxis erprobt werden kann. Außerdem sollen auch Elternvertreter eng mit einbezogen werden.

Ökologischer Aspekt

Bundesverkehrsminister Scheuer hob auch den ökologischen Aspekt hervor: „Gerade in Ballungsgebieten bestehen viele Herausforderungen rund um das Thema Mobilität. Bei immer größer werdenden Verkehrsaufkommen sollen die CO2-Emissionen verringert und Staus vermieden werden, ohne die individuelle Mobilität einzuschränken. Hierzu können die ausgewählten Projekte einen wichtigen Beitrag leisten. Unser Ziel ist es, einen ressourcenschonenden und umweltfreundlichen Verkehr bei größtmöglicher Sicherheit zu gewährleisten.“ ❐

Zappenduster 2019:

Katastrophenschutzeinheiten üben Stromausfall

Um auch im Landkreis Pfaffenhofen für einen lang andauernden und flächendeckenden Stromausfall gerüstet zu sein, wurde Anfang Oktober eine dementsprechende Katastrophenschutzübung durchgeführt. Unter dem Namen Zappenduster 2019 beübten unter der Leitung der Katastrophenschutzbehörde des Landratsamts das BRK, das THW, zahlreiche Freiwillige Feuerwehren, die UG-ÖEL (Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung) sowie die Kreisbrandinspektion Pfaffenhofen das Szenario eines flächendeckenden Stromausfalls.

Angenommen wurde dazu u.a. ein Heizungsausfall in allen Haushalten, Ausfall von Festnetz und Mobilfunk, der Ausfall von Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen usw. Dazu stellten sich Fragen, wie z.B. der Betrieb in Senioren- und Pflegeheimen aufrechterhalten werden kann, ob Arztpraxen und Apotheken arbeiten können, ob ggf. Personen in Aufzügen feststecken u.v.m. „Besondere Herausforderung war dabei die Aufrechterhaltung der Kommunikation der Hilfsorganisationen, wenn Mobilfunk, Festnetz und Internet nicht mehr funktionieren“, so Matthias Krenauer, zuständig für den Katastrophenschutz am Landratsamt.

Nach Alarmierung der beteiligten Organisationen wurde im 3. Stock des Landratsamts eine Einsatzzentrale aufgebaut. Für diese wurde vom THW eine Notstromversorgung eingerichtet.

Um bei Stromausfall bestimmte Grundbedürfnisse der Bevölkerung, wie z.B. Aufwärmmöglichkeiten, medizinische Basisversorgung sowie Hilfeleistung bei Bränden und sonstigen Unglücksfällen sicher stellen zu können, sind seitens der Hilfsorganisationen besondere Vorbereitungen und Maßnahmen notwendig. So müssen z.B. ausreichend Stromerzeuger und Treibstoffe für Fahrzeuge und Geräte zur Verfügung stehen, da die allermeisten öffentlichen Tankstellen nicht mehr funktionieren. ❐

Wann beginnt unsere Energiezukunft? Jetzt!

Die Region Allgäu hat sich fit für ihre Energiezukunft gemacht und die Gasnetze Kempten Sonthofen GmbH (GKS) gegründet

Klimaschutz, Energiewende, Heimat, und Daseinsvorsorge sind Themen, die nur gemeinsam gelingen können. Was liegt daher näher, als dass gute Nachbarn zum Wohle der Menschen in der Region zusammenarbeiten.

Die neue Gesellschaft Gasnetze Kempten Sonthofen soll genau dies umsetzen. erdgas schwaben, Allgäuer Kraftwerke und AÜW gründeten zum 1. Juli 2019 die GKS mit Sitz in Sonthofen. Allgäuer Kraftwerke GmbH sind mit 15%, das Allgäuer Überlandwerk GmbH mit 35% und erdgas schwaben gmbh mit 50 % an der GKS beteiligt.

Hinter den Allgäuer Kraftwerken steht die Stadt Sonthofen und hinter dem AÜW die Stadt Kempten, beide Kommunen sehen in der Zusammenarbeit die Chance, gemeinsam mehr für Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung in der Region bewirken zu können.

erdgas schwaben mit ihrer 100-prozentigen Unternehmenstochter schwaben netz gmbh hat ihren Sitz in Augsburg und ihre Betriebsstellen auch in Kempten und Kaufbeuren.

Sicherung der Daseinsvorsorge in der Energieversorgung

„Die Herausforderungen an uns Energieversorger sind groß“, sagt Dr. Hubert Lechner, Allgäuer Kraftwerke. „Einerseits muss Energie bezahlbar sein, andererseits sind wir die Experten, um Energieversorgung nachhaltig und klimaverträglich zu machen.“

Gemeinsam können die Aufgaben geschultert werden. Mittlerweile hat die neue Gesellschaft ihre Arbeit aufgenommen. Geschäftsführer der neuen Gesellschaft sind Dr. Hubert Lechner, Allgäuer Kraftwerke Sonthofen, und Anselm Pfitzmaier, schwaben netz Augsburg.

Nächste Schritte

Mit der Gasnetze Kempten Sonthofen sollen Synergien zwischen den Sparten Strom und Gas realisiert und der Netzausbau in den Städten Kempten und Sonthofen stabilisiert und ausgebaut werden.

Die GKS ist Eigentümerin der beiden Gasnetze in den Städten Kempten und Sonthofen. Dort werden über 250 Kilometer Gasnetz und ca. 8.500 Hausanschlüsse die Bürger und Bürgerinnen mit Energie für die verschiedensten Anwendungsfälle in Haushalt, Gewerbe und Industrie, versorgt.

Gas ist die Wunschenergie Nummer eins der Bauherren im Allgäu und ist mit Bio-Erdgas oder Wasserstoff grün und nachhaltig. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Wodan Lichtmeß (Vorstand Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen), Karl Steingruber (Werkleiter Gemeindewerke Murnau), Walter Huber (Geschäftsführer Stadtwerke Bad Tölz), Thomas Fritz (Vorstand Stadtwerke Wolfratshausen), Michael Betzl (Leiter Vertrieb Stadtwerke Bad Tölz), Elke Zehetner (1. Bürgermeisterin Stadt Geretsried), Josef Vilgertshofer (Vorstand Stadtwerke Penzberg), Gerhard Lößlein (Leitung Kommunale Kooperationen Stadtwerke München), Jan Dühring (Vorstand Stadtwerke Geretsried), Richard Krüger (Prokurist Gemeindewerke Peißenberg), Stefan Drexlmeier (Vorstand Energiewende Oberland Kompetenzzentrum), Thomas Feistl (Geschäftsführer 17er Oberlandenergie), Andreas Scharli (Energiemanager, Energiewende Oberland Kompetenzzentrum), Manfred Pfeiler (Werkleiter Elektrizitätswerk Tegernsee), Peter Müller (Vorstand, Stadtwerke Weilheim). ❐

„Oberland Erklärung - Penzberg 2019":

Erneuerbare Energien: Rückgrat für Klimaschutz im Oberland

Die aktuellen Ergebnisse der Energie- und CO2-Bilanz für das Oberland sowie die Kernaussagen des Forschungsprojekts INOLA, initiiert vom Energiewende Oberland - Kompetenzzentrum Energie EKO e.V., zeigen, dass unter aktuellen Rahmenbedingungen das Ziel das Oberland bis zum Jahr 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen nicht erreichbar ist. Um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten ist es notwendig, die Energieversorgung in Deutschland bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu gestalten.

„Wir kommunalen Energieversorger im Oberland sind uns einig. Wir wollen im Sinne unserer kommunalen Eigentümer und damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger im Oberland die Energiewende unterstützen. Dazu tragen wir aktiv und konkret mit Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien, Ökostromangeboten, Wertschöpfung in der Region 17, Forschungsvorhaben und Beteiligung an der Energiewende Oberland bei", heißt es in der Erklärung.

Schwerpunkte

Die Akzeptanz für die Energiewende gelinge letztlich nur mit der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, „wenn sie unsere Angebote nutzen". Dabei stünden folgende Punkte im Vordergrund:

1. Der Bund und der Freistaat Bayern müssen jetzt den Ausbau von erneuerbaren Energien offensiv und unbürokratisch fördern, um die Energiewende- und die Klimaschutz-Ziele auf Bundes- und Landesebene sowie auf Ebene der Landkreise und Kommunen wieder in greifbare Nähe zu rücken. Dazu gehört natürlich auch, dass die Landkreise und Kommunen Ihrerseits die Energiewende aktiv vor Ort unterstützen.

2. Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss sozial, ökologisch, ökonomisch vertretbar und nachhaltig erfolgen.

3. Jedes Jahr geben Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen im Oberland ungefähr eine Milliarde Euro für Strom und Wärme aus. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region findet die Wertschöpfung vor Ort statt und zusätzliches Geld stünde den Kommunen für Infrastruktur und beispielsweise nachhaltige Mobilitätsangebote zur Verfügung und die Kaufkraft bliebe lokal erhalten.

Unterzeichner sind: 17er Oberlandenergie GmbH; Elektrizitätswerk TegernseeVertriebs- und Service-KG; Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen; Gemeindewerke Murnau; Gemeindewerke Peißenberg; STADTWERKE Bad Tölz; Stadtwerke Geretsried; Stadtwerke München; Stadtwerke Penzberg; Stadtwerke Weilheim; Stadtwerke Wolfratshausen. ❐

1000 Schulen für unsere Welt und missio München:

Kooperation erfolgreich gestartet

Die bundesweite Initiative der drei kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt" und missio München setzen sich künftig gemeinsam für die Förderung von Bildung in Afrika und Asien ein. Zum Start dieser vielversprechenden Zusammenarbeit lud Landrat Stefan Rößle als Initiator von „1000 Schulen für unsere Welt" und ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zum Pressegespräch.

Neben Monsignore Wolfgang Huber, Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks missio München, waren auch Vertreter der Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach, die Projekte in Äthiopien umsetzen wollen und das Ehepaar Schmidt aus Asbach-Bäumenheim, die im Rahmen der Kooperation nun ein erstes Projekt in Burkina Faso vollständig finanziert haben, der Einladung gefolgt.

Bildung als dauerhaftes Gut

„Bildung stärken – Was dem Mensch an Bildung gegeben ist, kann man ihm nie mehr nehmen." Dies sei einer der vielen, übereinstimmenden Grundsätze, auf der die Zusammenarbeit zwischen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt" und dem Katholischen Hilfswerk missio München basiert, betonte Monsignore Huber zu Beginn des Gesprächs. Darüber hinaus sind die Nachhaltigkeit der Projekte und größtmögliche Transparenz Grundpfeiler der Arbeit beider Partner.

Dies war vor allem dem Ehepaar Schmidt aus Asbach-Bäumenheim wichtig, als sie sich dafür entschieden, missio München bei der Erweiterung eines Kindergartens in Burkina Faso finanziell zu unterstützen. In dem westafrikanischen Land lebt 40 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Es zählt zu den zehn ärmsten Ländern der Erde.

Gestärkter Zusammenhalt

Auch eine Delegation aus der Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach im Landkreis Altötting war extra angereist. Einer davon ist Sepp Rottenaicher aus Halsbach, der missio München und die Initiative zusammengebracht hat und selbst, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Verwaltungsgemeinschaft, Spenden für den Bau eines Wohnheims in Äthiopien, durch missio München, sammelt. „Nicht nur im fernen Äthiopien tun wir Gutes, das gemeinsame Engagement für Äthiopien stärkt auch den Zusammenhalt zwischen den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft", freute sich Rottenaicher.

Weltweit agierender Partner

„Nun haben wir in nur zwei Jahren bereits 99 Schulen fest geplant. Mit der Unterstützung eines so großen, weltweit agierenden Partners wie missio München nimmt unsere bundesweite Initiative noch einmal mehr Fahrt auf", freute sich Landrat Rößle und stellte damit bereits das nächste geplante Projekt der Kooperation vor: In Nepal soll eine Schule für die Opfer der schweren Erdbeben gebaut werden. Jede Spende zählt, um den Kindern in Nepal eine gesicherte Schulbildung zu ermöglichen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Am Wochenende haben wir den Schmuck vom Christbaum entfernt und das Bäumchen schwungvoll in den Garten geworfen. Jetzt kann das neue Jahr endgültig beginnen." Mein Chef, der Bürgermeister, betrat das Büro gut gelaunt und voller Drang nach Veränderung.

Wobei, geht es Ihnen auch so? Man hat allerorten das Gefühl, es wäre Zeit für Veränderungen, aber gleichzeitig wagt sich keiner daran. Man würde sich freuen, wenn man sich vom alten Trott verabschieden könnte, und scheut gleichzeitig das Unbekannte, das nach einer Veränderung auf einen zukommt.

Die größten Veränderungen werden uns Menschen eh von außen aufgezwungen. Denken wir nur an die 157 Menschen, die in dem

Wechselspiel zwischen Wunsch und Zwang

von Iran abgeschossenen Flugzeug starben. Für deren Angehörige bedeutet der Verlust der Eltern, Partner, Geschwister oder Kinder einen kaum beschreibbaren Einschnitt in ihr bisheriges Leben. Eine momentane Fehleinschätzung eines einzelnen Soldaten löst einen Tsunami von Veränderungen aus, die tief in das Schicksal einer Vielzahl von Menschen eingreifen. Ähnliches gilt für schwere Unfälle oder Verbrechen, die Menschen physisch oder psychisch schädigen. Eine einmal gesetzte Ursache löst eine ganze Kettenreaktion aus – und die Welt ist nicht mehr so wie sie war.

Vielleicht ist es diese Urerfahrung, dass Veränderungen oft schicksalhaft sind, die uns ihnen gegenüber so skeptisch sein lassen. Auch, wenn wir die Veränderung selbst steuern können, weil wir sie in Gang setzen. Wie oft wehren sich Leute vehement, wenn sie eine neue Aufgabe im Betrieb oder der Verwaltung übernehmen, ein neues Büro beziehen oder in eine andere Betriebsstätte wechseln sollen. In der Regel spielt sich das in einem Drei-Stufen-Modell ab: 1. Stufe: Instinktive Abwehr. 2. Stufe: Suche nach Gründen dagegen. 3. Stufe: Zähneknirschendes Abfinden mit der neuen Situation. In neun von zehn Fällen kommt danach aber erfreulicherweise auch eine 4. Stufe, nämlich das klammheimliche Eingestehen, dass die Veränderung gar nicht so schlecht war.

So kann man nur für unsere europäischen Freunde in Frankreich hoffen, dass sie eines Tages das Positive in den Veränderungen sehen werden, die ihnen Reformen wie die jetzt diskutierte zukunftsfestere Rente bringen. Denn auch das ist paradox: Das Volk, das mit seiner großen Revolution Europa verändert hat wie kein zweites, tut sich seit Jahrzehnten mit jeder Veränderung am schwersten. Viel schwerer jedenfalls als wir Deutschen, die wir uns zwar mental mit Veränderungen auch schwer tun, aber Reformen wie die des Arbeitsmarktes der 2000er-Jahre zumindest im Nachhinein als Chance begreifen – wenigstens neun von zehn bei uns.

Auch in der Kommunalpolitik wird es 2020 mit den Wahlen viele Veränderungen geben. Etliche Amtsinhaber hören auf, nicht wenige werden an Konkurrenten scheitern. Platzhirsche werden von neuen Kräften verdrängt und so manches überholte oder gescheiterte Konzept wird von anderen Visionen zur Zukunft der Stadt, der Gemeinde oder des Landkreises abgelöst werden.

Mein Chef, der Bürgermeister, sitzt bisher fest im Sattel und stellt sich zuversichtlich, aber nicht übermütig, mit klarem Programm, aber offen für andere Ideen, dem Wählervotum. Dennoch wird es auch bei uns in der Stadt Veränderungen geben, die aus der Veränderung der Welt resultieren. Klima- und Umweltschutz werden in den nächsten sechs Jahren eine größere Rolle spielen als bisher. Bei Mobilitätsfragen werden wir vielleicht nicht um-, aber weiter denken müssen. Um bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können, werden wir alle etwas zusammenrücken müssen. Gespannt darf man sein, welche Bewährungsproben wir noch zu bestehen haben werden: Wirtschaftsabschwung? Arbeitslosigkeit? Neue Migrationsströme? Was auch immer kommen mag, Optimismus ist angesagt in unserer Welt. Deshalb gebe ich dem Chef auch einen Satz von Christian Rätsch mit ins neue Jahr: „Du kannst die Welle der Veränderung nicht aufhalten, aber du kannst lernen, sie zu surfen."

Ihre Sabrina

Umweltstation der Stadt Würzburg:

Große Besucherresonanz

Im Neubau brummt es. Ob Beratungen, Umweltbildungsangebote, Vorträge, Workshops, Diskussionsrunden, Ausstellungen, Netzwerktreffen oder Lesungen - in der neuen Umweltstation am Nigglweg ist immer etwas los. Das ovale Haus macht die Würzburgerinnen und Würzburger neugierig. So ist es das bayernweit erste Gebäude aus Recyclingbeton und wird mit einer innovativen Eisspeicherheizung klimatisiert. Fast täglich kommen Besuchergruppen, die sich die Einrichtung zeigen und erklären lassen.

Darüber hinaus bekommen die Bürgerinnen und Bürger Informationen zur Abfallvermeidung und -entsorgung, Beratungen zum breiten Thema der Energieeinsparung in Haushalt und Gebäude, sie können elektrische Kleingeräte und Handys abgeben oder in der Umweltbibliothek stöbern. Das neu in der Umweltstation angesiedelte städtische Energie- und Klimazentrum vertieft die Beratungsangebote in den Bereichen nachhaltige Mobilität, städtisches Grün sowie energetische Sanierung. Viele Interessierte kommen aber auch einfach, um sich das Gebäude anzusehen oder die abwechslungsreichen Ausstellungen zu besichtigen.

Die intensive Nutzung des neuen Gebäudes hat in den Monaten nach der Eröffnung im Mai 2019 allen Erwartungen mehr als entsprochen. Insgesamt besuchten über 10.000 Besucher die etwa 150 attraktiven und vielfältigen Veranstaltungen der Umweltstation. So wurden etwa interaktive Bildungsveranstaltungen zu den Themen Abfallvermeidung, Klimaschutz oder zukunftsfähige Lebensstile durchgeführt, Projekte wie die große Müllsammelaktion in der Zellerau, das Fairtrade-Festival oder die Umwelt-Erlebniswochen gestemmt und gemeinsam mit der IHK Würzburg-Schweinfurt eine Tagung zum Thema Baustoffrecycling mit der Preisträgerin des Deutschen Umweltpreises Prof. Angelika Mettke von der BTU Cottbus-Senftenberg als Referentin organisiert. Auch fand in den Räumen der Umweltstation ein Workshop mit Oberbürgermeister Schuchardt, Referenten und Experten aus der Stadtverwaltung sowie Aktivisten der Schülerbewegung Fridays for Future zur Erarbeitung von Ansätzen zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der Stadtgesellschaft statt.

Zahlreiche Projektideen

Die Würzburger Bürgerinnen und Bürger waren und sind an allem sehr interessiert. Durch vielfältige Vernetzungen von Akteuren aus dem Umwelt- und Sozialbereich sind zahlreiche Projektideen entstanden, um die Stadtgesellschaft nachhaltiger und das Leben in Würzburg zukunftsfähig zu gestalten.

Unterstützt wird das Team der Umweltstation von den vielen Ehrenamtlichen, die sich in Agenda 21- Arbeitskreisen oder in Vereinen engagieren, die sich wie die Umweltstation auch zur Aufgabe gemacht haben, sich den Herausforderungen einer nachhaltigen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft zu stellen. Zum Beispiel zeigt der Verein Stadtgärtner an der Umweltstation, wie Hochbeete für das Urban Gardening angelegt werden. Fachkundige Ehrenamtliche etwa vom Naturwissenschaftlichen Verein, dem Landesbund für Vogelschutz oder auch den Mineralien- und Fossilienfreunden Würzburg trugen zu einem qualitätsvollen und abwechslungsreichen abendlichen Vortragsprogramm bei.

So konnte sich neben den Bildungsangeboten für Schulklassen und andere Gruppen ein vielfältiges Angebot für Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen entwickeln, das auf der Homepage unter www.wuerzburg.de/umweltstation im Veranstaltungskalender einsehbar ist und immer wieder aktualisiert wird.

Im neuen Jahr wird der Arbeitsschwerpunkt unter anderem im Bereich des städtischen Grüns liegen, so wird die Fassade der Umweltstation unter wissenschaftlicher Betreuung unter den Aspekten Klimaanpassung und Biodiversität begrünt werden. Zudem sollen neue Bildungsmodule und Lehrerfortbildungen aus dem Themenfeld „Zukunft gestalten" angeboten werden. ❐

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Dynamischer Wachstumskurs setzt sich fort

2019 war für die NürnbergMesse mit einem Umsatz von über 280 Millionen Euro das erfolgreichste ungerade Jahr ihrer Unternehmensgeschichte.

Wie CEO Dr. Roland Fleck und seine Kollege Peter Ottmann auf einer Bilanzpressekonferenz betonten, hätten sich nach ersten Prognosen auf den internationalen und nationalen Fachmessen in Nürnberg 5 Prozent mehr Aussteller (insgesamt 35.000) und 3 Prozent mehr Besucher (über 1,4 Millionen) eingefunden. Dies seien Wachstumsraten, die erneut deutlich über der „Seitwärtsbewegung des deutschen Messemarktes“ liegen. Das Plus bei der Ausstellerstandfläche der Fachmessen der NürnbergMesse betrage in den vergangenen fünf Jahren 22 Prozent.

Für 2020 wird ein Wachstum auf 350 Millionen Euro Umsatz angestrebt. „Die Vorbuchungen unserer Aussteller machen Mut und gleichzeitig Lust auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Zudem spüren wir auf unseren Messen aktuell noch keine Anzeichen eines sich abzeichnenden Abschwungs“, stellte Ottmann fest. Automobilthemen, Stichwort IAA, würden zwar grundsätzlich schwieriger – „aber dies dürfte eher der bekannten Branchenkonjunktur geschuldet sein“.

Am Puls der Zeit

Trendthemen und erfolgreiche Nischenthemen blieben hingegen gerade in Zeiten der Digitalisierung so aktuell wie nie, fuhr Ottmann fort. Bio-Lebensmittel, Cyber-Sicherheit oder vorbeugender Brandschutz seien am Puls der Zeit. „Diesen Weg in Form von internationalen Produktfamilien gehen wir weiter, denn wir spüren, dass häufig Themen, die in Europa die Entscheider zusammenbringen, auch Relevanz für die Märkte in Asien oder Südamerika haben“

Auch intern rücke die NürnbergMesse wieder näher an ihre Kunden: „Unsere Organisationsstruktur umfasst künftig mit den beiden neuen Geschäftsbereichen ‚Digital‘ und ‚Services‘ zwei wichtige Zukunftsthemen“, unterstrich Ottmann.

Als Konsequenz des dynamischen Wachstumskurses ergibt sich Roland Fleck zufolge ein weiterer Ausbaubedarf des heimischen Messezentrums. Ab Ende 2024 wird das fränkische Messeunternehmen mit dem NCC Süd „ein weiteres architektonisches wie funktionales Highlight des Messezentrums setzen“ und dafür rund 300 Millionen Euro investieren.

Wie Fleck berichtete, stellt das neue NCC Süd das vierte ConventionCenter des Messezentrums dar und es ist das künftige Herzstück des Ensembles „The new Süd“, das durch die angrenzenden Messehallen 3A und 3C flankiert wird. In Summe entsteht durch „The new Süd“ eine Bruttoausstellungsfläche in Höhe von rund 32.000 qm. Damit erfülle man das dringende Kundenbedürfnis nach einem engen Verzahnen von Messen und Kongressen.

Wie schon bei den Erfolgshallen 3A und 3C strebe man auch für das NCC Süd eine DGNB-Zertifizierung an, weil das Thema „Nachhaltigkeit“ seit Jahren bei der NürnbergMesse sehr hohe Priorität habe. Innen sei das Gebäude „hell, freundlich und modern“ und das NCC Süd „soll Lust auf Messen und Kongresse in Nürnberg machen“, so Fleck. **DK**

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 30. Januar 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunaler Bau**
- **Ortskernbelebung · Gestaltung öffentlicher Räume**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**
- **Wasser · Abwasser**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage von proHolz Bayern, dem Aktionsbündnis der bayerischen Forst- und Holzwirtschaft, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Interkulturelles Gesundheitsprojekt:

MiMi 2019 weiter ausgebaut

Das interkulturelle Gesundheitsprojekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ ist 2019 weiter ausgebaut worden. Darauf hat Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hingewiesen. Sie betonte: „Es gibt jetzt drei neue MiMi-Standorte – und zwar in Hof, Bayreuth und Landsberg am Lech. Damit ist die Zahl der MiMi-Standorte in Bayern auf insgesamt 15 gestiegen.“

Das im Jahr 2008 gestartete Gesundheitsprojekt „MiMi“ bildet gut integrierte Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediatoren aus. Auf muttersprachlichen Veranstaltungen informieren sie ihre in Deutschland lebenden Landsleute über das Gesundheitssystem und zu einer Vielzahl gesundheitsbezogener Themen wie Impfschutz, Kindergesundheit oder Alter und Pflege.

Laut Huml „haben wir im Rahmen von ‘MiMi‘ bislang bayernweit mehr als 630 Menschen zu Gesundheitsmediatoren ausgebildet. An den über 2.780 Informationsveranstaltungen in 45 Sprachen haben mehr als 35.150 Menschen teilgenommen. Auch der Fachtag ‘Alter und Migration – Gesund und gut gepflegt bis ins hohe Alter‘ in Regensburg war 2019 mit über 220 Besuchern ein voller Erfolg.“

Für das Jahr 2020 seien weitere 270 Informationsveranstaltungen geplant. Außerdem werde der mehrsprachige Wegweiser ‘Gesundheit und Pflege im Alter‘ auf Arabisch, Deutsch, Englisch, Russisch und Türkisch veröffentlicht.❐

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

proHolz

Bayern

Vertreter der
Bayerischen
Forstwirtschaft



Der Klima-Holzwürfel

Helfen Sie mit, den Klimaschutz durch unsere Wälder nachhaltig zu stärken.



An alle **Entscheidungsträger** in **Kommunen**, **Unternehmen** und **Verbänden**.

Der Klima-Holzwürfel macht klar: Wir müssen beim Klimawandel gegensteuern – möglichst schnell.

Der weltweite Anstieg von Kohlendioxid (CO_2) und anderen Treibhausgasen führt auch in Bayern zu großen Klimaveränderungen. Mit ernsten Konsequenzen für Menschen, Tiere – und für den Wald.

Der Klimawandel betrifft die Wälder und Waldbesitzer; aber auch Bürger, Unternehmen und Kommunen. Dabei steht es „Spitz auf Knopf". Wohin der Würfel fällt, ist noch offen. Noch haben wir es in der Hand, das Ruder herumzureißen – und dem Hauptverursacher CO_2 den Kampf anzusagen.

Der Klima-Holzwürfel will überall im Land die Zusammenhänge zwischen Wald und Klimaschutz deutlich machen:

- Der Klimawandel bedroht Menschen und Wälder – auch bei Ihnen.
- Die Anpassung der Wälder an den Klimawandel ist unumgänglich. Wirksamer Klimaschutz ist möglich – durch Wald und Holz.

Um diese Botschaften auf die Fläche und in die Köpfe zu bringen, haben wir den Klima-Holzwürfel entwickelt – als nicht zu übersehendes Objekt und einprägsames Symbol.

Er soll in vielen Gemeinden aufgestellt werden, bei Veranstaltungen immer wieder zu sehen sein und die Bürger zu Entscheidungen pro Wald und pro Holz ermuntern.

„Auch die Bürger in Ihrer Gemeinde spüren: Der Klimawandel ist ein Problem, an dem man nicht vorbeikommt."



Der Klima-Holzwürfel rechnet vor:
Die Erfolgsformel: mehr Holz =
mehr O_2 + weniger CO_2

2,61 Mio. Hektar Wald in Bayern produzieren Sauerstoff, liefern den Rohstoff Holz, schützen das Trinkwasser und bieten Erholung. Umso wertvoller sind stabile Wälder – lebenswichtig auch für kommende Generationen. Wir müssen heute die Wälder fit machen für die Zukunft.

Ein Holzwürfel mit einer Kantenlänge von einem Meter und einem Volumen von einem Kubikmeter bindet eine Tonne CO_2. Gleichzeitig setzt dieser eine Kubikmeter Holz 300 Kubikmeter Sauerstoff frei. Und liefert so die Grundlage für unser Leben.

Millionen Bürgerinnen und Bürger nutzen regelmäßig den Wald als Naherholungsgebiet oder Urlaubsziel und spüren es am eigenen Körper: Der Wald lässt aufatmen. Auch in Ihrer Gemeinde. Deshalb müssen wir ihn in einer gemeinsamen Anstrengung auf den Klimawandel vorbereiten.

Jetzt gilt es in allen bayerischen Gemeinden zu handeln: Wir müssen den wichtigen Beitrag des Waldes für den Klimaschutz stärken und durch gezielte forstliche Maßnahmen planvoll ausbauen.

„Helfen Sie dabei mit. Informieren Sie in Ihrem Verantwortungsbereich über die Zusammenhänge von Klimaschutz und Forstwirtschaft.“



Der Klima-Holzwürfel klärt auf:
Holz hilft dem Klimaschutz. Wo immer wir es einsetzen.

Klimaschutz geht alle an. Die Erderwärmung findet nicht nur an den Polkappen, sondern direkt „vor unserer Haustüre“ statt. Und jeder kann – mit Holzverwendung – seinen Beitrag leisten. Mit Wald und Holz ist Klimaschutz am schönsten.

Ein Kubikmeter Holz – so viel wächst in jeder Sekunde in den bayerischen Wäldern nach! Dieses Potenzial können wir nachhaltig nutzen. Bäume entziehen der Luft Kohlendioxid und verwandeln es in Holz. Ein Kubikmeter Holz bindet eine Tonne CO_2. Eine Tonne pro Sekunde in Bayerns Wäldern.

Damit ist jedes langlebige Holzprodukt auch ein klimaschonender CO_2-Speicher. Ob Dachstuhl, Holzfassade, Parkettboden oder komplettes Holzhaus: Wer sich für Holz entscheidet, entlastet unsere Atmosphäre.

Effiziente Dämmstoffe aus Holz senken Energieverbrauch, Energiekosten, Emissionen und steigern dafür Lebensqualität und Klimaschutz. Und Holz bringt wohlige Wärme ins Haus, umweltfreundlich, versorgungssicher und CO_2-neutral.

Holz ist ein Naturprodukt mit „eingebauter Zukunft“. Ob Bauwillige oder Altbaubesitzer, ob Unternehmer oder öffentliche Hand: Holz aus nachhaltiger, am besten heimischer Forstwirtschaft können Sie in jedes Vorhaben einplanen. Sie verbessern damit das Klima nicht nur in Häusern oder Hallen, Schulen oder Kindergärten, auch in den Herzen und Köpfen der Bürgerinnen und Bürger. Holz hilft Menschen bewegen für mehr Klimaschutz!

„Die Produktion und die Verwendung von Holz sind wichtige Beiträge zum Klimaschutz. Helfen Sie mit diese Tatsache in die breite Öffentlichkeit zu tragen.“

Holz hilft uns allen.

Helfen Sie Wald und Holz mit dem Klima-Holzwürfel.

Wald und Holz helfen bei der Bewältigung des Klimawandels. Aber sie brauchen dafür unsere und – ganz besonders – Ihre konkrete Hilfe.

Die forstlichen Verbände und Vereine in Bayern haben zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung die „Weihenstephaner Erklärung“ unterzeichnet. Nach dem Grundsatz „Eigenverantwortung und Solidarität“ verpflichten sie sich, ihre Kräfte zu bündeln, um Wald und Forstwirtschaft auf den Klimawandel vorzubereiten.

Der Klima-Holzwürfel ist ein gemeinsames Projekt der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF). Er ist ein auffallendes, vielsinniges Symbol und damit buchstäblich ein „Denk“-mal. Man kann ihn gut im Foyer öffentlicher Gebäude aufstellen, im Rathaus oder in der Stadthalle. Daneben bieten sich zeitlich begrenzte Einsätze in einer Schule oder Bank, sowie bei örtlichen Ausstellungen und Messen an, da er schnell zerleg- und transportierbar ist.

An den Holzwürfel können vielfältigste Aktionen anknüpfen, vom Vortrag zu Wald und Klimawandel bis hin als Ausgangspunkt für eine Waldführung. Der Phantasie sind so gut wie keine Grenzen gesetzt.

Helfen Sie mit. Informieren Sie Ihre Bürgerinnen und Bürger, Kunden und Mitglieder über nachhaltige Forstwirtschaft. Klären Sie in Ihrer Kommune über die Schutzfunktion des Waldes auf: mit dem Klima-Holzwürfel und seinen Infotafeln.

Impulse geben – Allianzen bilden – Synergien nutzen.

Sie können zum Beispiel

- mit Ihren Mitarbeitern ein Rahmenprogramm erarbeiten
- schon bestehende Veranstaltungen vor Ort nutzen
- Veranstaltungen mit örtlichen Partnern (Waldbesitzer, Forstbehörden, Betriebe, Innungen etc.) initiieren
- Kooperationen knüpfen und Sponsoren einbinden
- Aktionen mit örtlichen Schulen (Projektwochen) veranstalten

oder den Klima-Holzwürfel und seine Themen einbinden

- bei (Kunst-)Ausstellungen
- in das regionale Marketing
- in Veranstaltungen von örtlichen Unternehmen
- in das Sommerferienprogramm
- als Beitrag für die Bayerische Klimawoche
- in den Internet-Auftritt Ihrer Kommune
- bei der Zusammenarbeit mit Partnergemeinden
- bei konkreten Maßnahmen für den Klimaschutz

Die Zeit ist reif: Setzen Sie sich an die Spitze dieses wichtigen Themas und gewinnen Sie Vorbildcharakter.

Zeigen Sie Ihren Mitbürgern: Es ist noch nicht zu spät. Wenn alle aktiv anpacken, können Klimaschutz und Anpassung gelingen!

Wir bedanken uns jetzt schon für Ihre Unterstützung.

„Es ist höchste Zeit. Stoßen Sie den Bau eines Klima-Holzwürfels an.“

Gemeinsam für Bayerns Wälder!
www.die-bayerische-forstwirtschaft.de

Wie wirkt er?

- Er ist mit 1 Meter oder mit 0,5 Meter Kantenlänge ganz klar ein auffallendes optisches Symbol.
- Zusammen mit seinen Infotafeln wird er in möglichst vielen Rathäusern, Schulen, Banken etc. zum stets präsenten Botschafter für den Klimaschutz.
- Die künftigen Erbauer können sich außerdem auf der Internetseite der Initiative „Weihenstephaner Erklärung“ mit bis zu drei Fotos und Kontaktdaten vorstellen.

Wie funktioniert er?

- Der Würfel kann leicht (teil-)zerlegt und transportiert werden.
- Es können regional bedeutsame Holzarten verwendet werden.
- Er kann mit Name und Wappen der Gemeinde (sowie ggf. Partner und Sponsoren) versehen werden.
- Er ist ausgelegt für den Einsatz innerhalb von Gebäuden.
- Maße 1 m: H 1,80 m, B 1,73 m, Gewicht ca. 130 kg
- Maße 0,5 m: H 0,91 m, B 0,87 m, Gewicht ca. 35 kg

Was kostet er?

- Den Würfel gibt es nicht „von der Stange“ zu kaufen.
- Entscheidend ist, welche Holzarten Sie einsetzen, ob Sie eigene Arbeitskräfte haben und welche Partner und Sponsoren sich beteiligen.
- Alle Unterlagen, Baupläne und Grafikdateien sind kostenlos.

Wo bekomme ich ihn her?

- Der Würfel ist einfach nachzubauen. Entweder mit eigenen Kräften oder per Auftrag an einen Handwerker Ihrer Wahl. Auch Kooperationen mit Partnern sind problemlos möglich.
- Baupläne gibt es kostenlos unter: www.die-bayerische-forstwirtschaft.de



Forstministerin Michaela Kaniber bei der Präsentation des Klima-Holzwürfels zusammen mit dem Sprecherrat der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF). Foto Rolf Kaul – AVTG

Informationen zur Bayerischen Forstwirtschaft:
www.die-bayerische-forstwirtschaft.de

Kontakt:
Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan
Hans-Carl-von-Carlowitz-Platz 1
85354 Freising
Telefon + 49 (0) 81614 59 19 20
info@forstzentrum.de
www.forstzentrum.de

Für Fragen zur Bauweise des Würfels:
MANNICH - PLANUNGEN
Telefon +49 (0)8342 91 99 760
post@mannich-planungen.de
www.mannich-planungen.de

Der Klima-Holzwürfel eine Initative von:

Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft

ZENTRUM WALD FORST HOLZ WEIHENSTEPHAN

PEFC

Das Papier Dacostern stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 30. Januar 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 3







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Siegfried Hasenbein, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Günzburgs Landrat Hubert Hafner, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag Dr. Johann Keller sowie sein Stellvertreter Dr. Klaus Schulenburg. Bild: DK

Geplante Reform der Notfallversorgung:

Landräte und BKG fordern Korrektur

Die Notaufnahmen in den Krankenhäusern sind häufig überlaufen. Denn in den Notfallambulanzen trifft man auch auf viele Patienten, denen woanders besser geholfen werden könnte. Dadurch sind die Wartezeiten für Patienten, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, oft zu lang. Um dieses Problem zu lösen, hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen Referentenentwurf zur Reform der Notfallversorgung vorgelegt. Im Freistaat jedoch formiert sich Widerstand, wie bei einer Pressekonferenz des Bayerischen Landkreistags verlautete.

Nach den Vorstellungen des Bundesgesundheitsministeriums sollen die Notfallambulanzen der Krankenhäuser in Zukunft durch sog. Integrierte Notfallzentren (INZ) ersetzt werden, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr geöffnet sind. Dort soll beim Eintreffen des Patienten entschieden werden, ob dieser tatsächlich in der Notaufnahme behandelt werden muss oder ob er einen niedergelassenen Arzt aufzusuchen hat, der auch in den Räumen der jeweiligen Klinik praktizieren könnte.

Entmündigte Krankenhausplanung

Welche Kliniken oder Standorte dafür ausgewählt werden, soll nicht die eigentlich zuständige Krankenhausplanungsbehörde (also der Freistaat Bayern), sondern sollen die Krankenkassen und niedergelassenen Ärzte über ihren Landesausschuss bestimmen. Zudem soll die Standortwahl an eine noch zu erarbeitende Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses gebunden sein. Auch in diesem Gremium haben die Krankenkassen das Sagen und die Kommunen als Vertreter öffentlicher Belange bis heute keinen Sitz.

Kassen und Kassenärztliche Vereinigung bestimmen

Über den Gemeinsamen Bundesausschuss und den erweiterten Landesausschuss werden die Kassen und die Kassenärztliche Vereinigung künftig bestimmen, wo in Bayern ambulante Notfallversorgung stattfindet. Darüber hinaus soll letztere mit der fachlichen Leitung der INZ in den Krankenhäusern beauftragt werden.

Laut Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, „lehnen wir das strikt ab“. Die Kassenärztliche Vereinigung komme schon heute vielerorts ihrer eigenen Verantwortung in Bezug auf den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst nicht ausreichend nach. „Wie“, so Keller, „soll dann die Notfall-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Fakten liegen auf dem Tisch

Die Bundesnetzagentur wird die bisher von zwei Unternehmen genutzten 450-MHz-Frequenzen 2020 neu vergeben. Sowohl die Energie- und Wasserwirtschaft als auch nationale Sicherheitsbehörden haben erklärt, diesen Frequenzbereich für ein redundantes Kommunikationsnetz in Notfällen zu benötigen. Die Frequenz hat eine verhältnismäßig große Wellenlänge, durchdringt so Gebäude gut und benötigt keinen engmaschigen Ausbau von Funkmasten. Sie eignet sich daher besonders für die Kommunikation im Krisenfall wie einem partiellen oder gar totalen Stromausfall (vgl nebenstehenden Artikel). Zu diesem Themenkomplex befragten wir Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

GZ: Wie bewerten Sie in diesem Kontext die Bedarfe der Energie- und Wasserversorger?

Aiwanger: *Die Energieversorgung ist die entscheidende kritische Infrastruktur. Ausfälle oder Störungen wirken sich unmittelbar und extrem auf alle anderen kritischen Infrastrukturen und somit auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Deswegen brauchen die Energieversorger sichere, flächendeckende, hochverfügbare und kosteneffiziente Kommunikationssysteme. So können sie die Netze überwachen und steuern sowie Verbrauchs- und Erzeugungsanlagen einfach anbinden. Der Frequenzbereich rund um 450 MHz deckt große Gebiete ab, durchdringt auch Gebäude und ist daher für eine ausfallsichere Kommunikation besonders gut geeignet.*

GZ: Welche Forderungen stellen Sie zum Wohl der Bürger an die Nutzung der 450-MHz-Frequenzen durch die Energiewirtschaft und wie stehen Sie zu einigen der in Diskussion befindlichen ordnungspolitischen Ansätzen? (Fortsetzung auf Seite 4)



Hubert Aiwanger. ❒

450 MHz-Frequenz:

Die Debatte geht weiter

Zum 31.12.2020 endet in Deutschland die Zuteilung der Frequenzen im 450-MHz-Bereich. Danach werden die Karten neu gemischt. Sowohl die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und die Bundeswehr, als auch die Energie- und Versorgungsbranche erstreben das kostbare Gut. Erst kürzlich hat die Bundesregierung ihre Entscheidung über die Vergabe des Frequenzbereichs vertagt. Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Die Nutzungsrechte für das 450-MHz-Spektrum liegen aktuell noch bei der Deutschen Telekom und der 450connect GmbH, einer Tochtergesellschaft des niederländischen Energie- und Telekommunikationsbetreibers Alliander. Während die Deutsche Telekom keinen Bedarf mehr angemeldet hat, will die 450connect GmbH, die seit Jahren in Kooperation mit großen Energieversorgern sukzessive ein überregionales Funknetz zur Steuerung der Stromnetze sowie zu deren schnellen Wiederherstellung nach Stromausfällen aufbaut, das Netz nach erneuter Zuteilung der Frequenznutzungsrechte ab 2021 zügig zu einer nationalen Funknetzplattform für Energieversorger und andere kritische Infrastrukturen ausbauen.

Mit einem eigenen Modell für die gesamte Branche bewirbt sich die Initiative Versorger-Allianz 450, bestehend aus rund 170 Branchenunternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft, darunter überwiegend kommunale Stadtwerke. Sie fordert die ausschließliche Zuteilung der 450 MHz-Frequenz.

Bundesanstalt als Mitbewerber

In Konkurrenz zur Bewerbung der Versorger-Allianz 450 und der 450connect GmbH steht die Bedarfsanmeldung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Sie beansprucht das 450-MHz-Frequenzspektrum für den Aufbau eines breitbandigen (Daten-)Funknetzes für die BOS und die Bundeswehr in Ergänzung zum bestehenden Digitalfunknetz, das fast ausschließlich der Sprachkommunikation dient.

Aus Sicht der Versorger-Allianz stellt das 450-MHz-Funknetz sowohl die mobile Sprachkommunikation bei Störungen und im Krisenfall als auch die Anbindung und Netzintegration von dezentralen Erzeugungsanlagen, Spei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Ehrenamtsempfang in Deggendorf:

Herzensanliegen Ehrenamt

Rund 2.500 Ehrenamtliche würdigte Bundeskanzlerin Merkel auf der Veranstaltung „Ehrenamt im Dialog“ in Deggendorf. Gekommen war die Kanzlerin auf Einladung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, weil es beiden ein Herzensanliegen ist, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern. Selbstverständlich nahm auch Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder an der Großveranstaltung teil.

„Sie setzen Ihre Zeit ein. Und Zeit ist wohl das knappste Gut im 21. Jahrhundert“, sagte die Kanzlerin zu den Gästen, die aus ganz Bayern herbeigeströmt waren. Sie wolle sich deren Anregungen zu Herzen nehmen und herausfinden, wo der Schuh drückt.

Noch in dieser Legislaturperiode sollen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, das in vielfältigsten Formen leistbar ist, mittels Ehrenamtsgesetz verbessert werden. So will man beispielsweise die steuerfreien Aufwandspauschalen anheben und eine Stiftung namens „Ehrenamt und Engagement“ gründen.

Mit Blick auf die große Zahl von Flüchlingen, die im Jahr 2015 auch in der Region Deggendorf ankamen, sagte Merkel: „Wenn wir hier bei uns geordnet leben wollen, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen, dann müssen wir uns eben auch um andere Teile der Welt kümmern, damit Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Auch das ist Humanität: Menschen woanders zu helfen, damit sie ihre Heimat nicht verlassen müssen.“

Während der Großveranstaltung demonstrierten vor der Deggendorfer Stadthalle zahlreiche Landwirte mit ihren Traktoren. Kanzlerin und Ministerpräsident gingen auch auf deren Anliegen ein. Für ihre Produkte brauchten die Bauern faire Preise und Berechenbarkeit in dem, was sie tun. Man dürfe sie nicht unter Generalverdacht stellen. ❒



V.l.: MdB Thomas Erndl, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Wissenschaftsminister Bernd Sibler, MdL, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, der Deggendorfer Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesjustizministerium Rita Hagl-Kehl und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium Florian Pronold Bild: Bayerische Staatskanzlei



Bei vollen Kassen muss man nicht zwanghaft mehr Geld ausgeben. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“ hat aus Sicht des Bürgermeisters nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Er kritisiert den Berliner Verteilungsmechanismus, der die Kommunen am „goldenen Zügel“ knapp hält.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite

Neues Netzwerk für Kommunen und Polizei 2
Bayerischer Gemeindetag zu aktuellen Themen 2
In memoriam Dieter Draf 2

GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Mit der Zukunftsaktie Klimaschutz fördern 3

Starke Wirtschaft – starke Kommunen 3
Bilanzpressekonferenz der Messe München 6

Kommunale Finanzthemen . . . . . .7 - 9
Wasserversorgung . . . . . 10 - 12
Kommunaler Bau 13

Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Neues Netzwerk für Kommunen und Polizei

Der Innenausschuss des Bayerischen Landtags hat sich mit den Konsequenzen aus der Expertenanhörung zur Bedrohungslage von Kommunalpolitikern befasst und sich mit großer Mehrheit für deren besseren Schutz ausgesprochen.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden zunehmend beleidigt oder sogar körperlich angegriffen. Betroffen sind Menschen, die sich oft ehrenamtlich engagieren. Laut einer Umfrage des Magazins „Kommunal“ haben 40 Prozent aller Rathäuser bundesweit mit Stalking und Drohungen zu kämpfen. Mit der Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke hat der Hass eine neue Eskalationsstufe erreicht. Im Rahmen der Anhörung im vergangenen November hatten sich Betroffene und externe Fachleute unter anderem für eine zentrale Beratungsstelle, die Sensibilisierung von Polizei und Justiz sowie eine Ausweitung der politischen Bildungsarbeit eingesetzt.

Höhere Strafen

Auf Antrag der Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wähler forderte der Ausschuss nun die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für höhere Strafen bei Beleidigungen und Bedrohungen stark zu machen und diese explizit auf Straftaten gegen kommunale Mandatsträger auszuweiten. Bislang stehen nur Bundes- und Landespolitiker unter dem besonderen Schutz des Gesetzes. Außerdem sollen die Beratungsangebote für betroffene Kommunalpolitiker ergänzt werden. Bayern unterstütze auch die Pläne der Bundesregierung, die Schwelle bei der Strafbarkeit von Hass-Botschaften im Internet zu senken, sagte Innenminister Joachim Herrmann im Interview mit der Augsburger Allgemeinen. „Wenn Kommunalpolitiker Opfer von übler Nachrede oder Verleumdung werden, sollte man das künftig genauso bestrafen wie bei Landespolitikern und Bundestagsabgeordneten.“ Für eine „falsche Idee“ halte er es aber, wenn sich Politiker bewaffnen. „Für den Schutz von Kommunalpolitikern bleibt die Polizei vor Ort zuständig“, betonte Herrmann.

Werbung fürs Ehrenamt

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP hatten im Bayerischen Landtag weitergehende Forderungen nach einer umfassenden Studie über das tatsächliche Ausmaß der Übergriffe, einer zentralen Anlaufstelle für Betroffene sowie mehr politischer Bildung und Aufklärungsmaßnahmen gestellt.

Die Landtags-Grünen reichten zudem am 14. Januar 2020 einen Maßnahmenkatalog mit sieben Forderungen für einen effektiveren Schutz von Kommunalpolitikern ein. Darin fordert die Partei unter anderem eine bessere Ausstattung der Polizei und dass Hassdelikte von der Justiz entschlossener als bisher verfolgt werden. Gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit soll eine Informationskampagne zum Wert des kommunalpolitischen Engagements starten und dazu motivieren, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden. Sie soll Anstand und Respekt im Umgang und mehr Anerkennung für die ehrenamtliche kommunalpolitische Betätigung fördern.

Die Koalitionsabgeordneten lehnten zusätzliche Beratungsangebote als nicht erforderlich ab. Zur Begründung erklärte Max Gibis (CSU), eine Dunkelfeldstudie zur Ermittlung der Zahl nicht gestellter Anzeigen in Fällen von Bedrohungen oder Beleidigungen sei nicht mehr als ein „Stochern im Nebel“ ohne weiteren Erkenntnisgewinn. Eine zentrale Anlaufstelle für die Beratung Betroffener sei nicht nötig, weil es bei Polizei und anderen Behörden bereits zahlreiche Stellen gebe, an die man sich wenden könne. Politische Bildung sei schon heute in den Lehrplänen aller Schulen verankert, da könne man – mit Ausnahme der neuen Oberstufe an den Gymnasien – „nur noch wenig besser machen“. Joachim Hanisch (Freie Wähler) ergänzte, die Anträge der Opposition wiesen in die richtige Richtung, seien im Detail aber nicht zustimmungsfähig.

Unterstützung durch Experten

Hanisch sieht in einem Präventionsgremium zur Kriminalitätsverhütung den richtigen Ansatz. „Notwendigkeit und Umsetzbarkeit werden jetzt geprüft. Grundlage einer künftig engeren Zusammenarbeit ist, dass sich die Kommunen mit der Polizei vernetzen. Außerdem sollen betroffene Kommunalpolitiker mit Expertenwissen fachlich unterstützt werden“, so Hanisch. Andernfalls zerbrösele die Demokratie in ihrem Fundament – den Städten und Gemeinden. „Jeder von uns hat einst in der Kommunalpolitik seine ersten Schritte getan. Wir dürfen nicht zulassen, dass Politiker im Ehrenamt nach wenigen Jahren entnervt aufgeben oder gar Kandidaten im Vorfeld das Handtuch werfen, weil ihnen Wutbürger und Extremisten in unzumutbarer Weise zusetzen“, befürchtete Hanisch. Daher machten sich die Freien Wähler dafür stark, auch die Kommunalverwaltungen selbst im Umgang mit Gewalt und Hass besser zu beraten.

Problem: Großes Dunkelfeld

Johannes Becher (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die Forderungen von Betroffenen in der Landtagsanhörung. Nötig sei vor allem, das große Dunkelfeld aufzuhellen. „Was angezeigt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs“, berichtete Becher aus Gesprächen mit Kommunalpolitikern. Viele Betroffene würden von einer Anzeige absehen, weil sie den Vorfall nicht öffentlich machen wollten oder wenig Aussicht auf Erfolg sähen. Es dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, dass sich eine Anzeige nicht lohne. „Um das zu ändern, müssen wir Hemmschwellen abbauen“, ergänzt der innenpolitische Sprecher der Freien Wähler, Wolfgang Haubern.

Klaus Adelt (SPD) erklärte, die Bedrohungslage bei Kommunalpolitikern sei inzwischen „erschütternd“. Die Sprache werde rauer, die Hemmschwelle für verbale und tätliche Übergriffe sinke. Deshalb seien die Vorschläge von CSU und Freie Wähler „zu weichgespült“. „Den Betroffenen muss rasch und effektiv geholfen werden“, betonte Adelt.

Die AfD unterstützte die Zielrichtung aller Anträge „mit Nachdruck“, wie ihr Abgeordneter Richard Graupner sagte. Es brauche eine klare Analyse der Bedrohungslage. Wegen der aus ihrer Sicht zu einseitigen Betonung der Gefährdung aus dem Bereich des politisch rechten Spektrums lehnte die AfD jedoch die Anträge von Grünen und SPD ab.

Alexander Muthmann (FDP) bedauerte das Nein der Koalition zu einer umfassenden Studie. „Was an offiziellen Zahlen vorliegt, zeichnet kein korrektes Bild der tatsächlichen Lage“, hob Muthmann hervor. Effektive Hilfsmaßnahmen erforderten eine verlässliche Datenbasis. **red**

Zum Gedenken an Dieter Draf:

Souveräner Steuermann

Trauer um Dieter Draf: Das frühere Geschäftsführende Präsidialmitglied des bayerischen Bezirketags verstarb am 17. Januar im Alter von 77 Jahren. Von 1990 bis 2007 leitete der gebürtige Amberger die Münchner Geschäftsstelle mit profunder Sachkenntnis und großem diplomatischem Geschick.

In Drafs Amtszeit fielen bedeutende Weichenstellungen wie die Entscheidung zum Fortbestand der bayerischen Bezirke, die Bündelung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege unter dem Dach der Bezirke sowie die Fortentwicklung der modernen Psychiatrie in Bayern.

Die Verankerung der regionalen Kulturarbeit bei den Menschen vor Ort war dem Verstorbenen ein besonderes Anliegen. Maßgeblich beteiligt war Dieter Draf an der Gründung der Professor Hans Jürgen Kallmann-Stiftung, deren stellvertretender Vorsitzender er seit 1992 war. Geradezu enzyklopädisch war Drafs Fachwissen. Dies traf auch auf die Musik und speziell auf die Oper zu. Ihr galt seine ganze Leidenschaft.

Sein Enthusiasmus, gepaart mit großem persönlichem Engagement und ein breiter kommunalpolitischer Erfahrungsschatz zeichneten den dreifachen Familienvater aus. Dass er sich bei all seinen vielfältigen – auch ehrenamtlichen – Aktivitäten nie in den Vordergrund drängte, war vielfach ein Schlüssel zum Erfolg. Drafs menschliche Wärme und Verlässlichkeit waren auch die Basis für seine engen Kontakte zu allen Partnern der Bezirke. **DK**

Licht und Schatten

Bayerischer Gemeindetag zu Behördenverlagerung, neuem Regierungsbezirk und Bauernwut

Mit einer weiteren großangelegten Behördenverlagerung will Bayerns Ministerpräsident Markus Söder strukturschwache Regionen in Bayern stärken. Vom Bayerischen Gemeindetag wird dieses Ansinnen grundsätzlich begrüßt. Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „ist es gut und richtig, wenn der ‚Wasserkopf‘ München ein wenig entlastet wird, indem staatliche Ämter und Behörden in ländliche Räume Bayerns verlagert werden. Allerdings schaut es derzeit so aus, als ob überwiegend kreisfreie Städte davon profitieren werden, nicht aber die kleinen und mittelgroßen Kommunen.“

Brandl warf die Frage auf, „ob die Großstädte Schweinfurt und Augsburg wirklich so strukturschwach sind, dass man sie mit neuen Behörden beglücken muss“. Ein deutlicheres Zeichen für die Stärkung des ländlichen Raums wäre es aus seiner Sicht, kleine und mittelgroße Städte und Gemeinden mit neuen Verwaltungsdienststellen des Staates auszustatten.

Eine spannende Frage sei, welche Auswirkungen ein neuer Regierungsbezirk München für das bislang fein austarierte System des kommunalen Finanzausgleichs haben wird, fuhr der Gemeindetagschef fort. „Wird es hier beispielsweise zu Verschiebungen im Bereich der Sozialhilfeausgaben kommen? Und: Wenn die dann ‚geschrumpfte‘ Regierung von Oberbayern künftig auch in den Räumen Rosenheim und Ingolstadt Stellen haben wird - welche Verkehrsbewegungen mit möglicherweise schlechteren Umweltbilanzen wird dies hervorrufen?“

Brandl zufolge erwarten die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden, dass die Bayerische Staatsregierung auch sie im Blick hat und sie im Hinblick auf den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land in größerem Umfang als bislang geplant zum Zug kommen lässt.

Eine weitere Forderung des Bayerischen Gemeindetags bezieht sich auf den Trinkwasserschutz. Diesem müsse Vorrang vor bäuerlichen Interessen eingeräumt werden. Wie Brandl betonte, „belastet landwirtschaftliche Düngung zunehmend unser Grundwasser. Die Bevölkerung erwartet, dass nur noch so viel gedüngt wird, wie die Pflanzen und Böden tatsächlich aufnehmen können.“

Zu viele schwarze Schafe

Der Präsident wies darauf hin, dass die „gute landwirtschaftliche Praxis“, auf die die meisten Bauern stolz sein können, leider so viele schwarze Schafe unbehelligt gelassen habe, dass die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof nötig waren, um Deutschland zu einem Umdenken zu bewegen.

An Markus Söder gerichtet, unterstrich Brandl: „Bayerns Bevölkerung erwartet, dass ihr Grundwasser nicht weiter belastet wird und auch unsere Enkel noch gutes Trinkwasser vorfinden. Die Bayerische Staatsregierung muss eine Stimme für unser wichtigstes Lebensmittel sein. Bei aller ‚Bauernwut vor Auflagenflut‘ darf man nicht vergessen, wo das Nitrat herkommt, das an den Messstellen anschlägt. Ohne strengere Auflagen lässt sich eine Trendumkehr derzeit nicht erreichen. Bitte setzten Sie sich weiterhin für wirksamen Grundwasserschutz ein! Die Proteste der Landwirtschaft gegen strengere Düngeauflagen sind zwar eindrucksvoll, aber in der Sache überzogen.“ **DK**

SPD und Grüne im Bayerischen Landtag:

Kommunen stärken!

Wie können die Kommunen unterstützt werden, um bayernweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen? Im Rahmen der Winterklausuren legten SPD-Fraktion und Grüne ein umfangreiches Antragspaket sowie Positionspapiere vor.

Die SPD-Landtagsfraktion will die Kommunen im Freistaat stärken und damit verhindern, dass die Schere zwischen den Regionen weiter auseinandergeht. Ein Zukunftsfonds soll dabei helfen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. So sollen Kommunen Mittel möglichst ohne Bürokratie und effizient abrufen können, deren Vergabe über die regionalen Planungsverbände organisiert wird. Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes soll zudem der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund stufenweise auf 15 Prozent angehoben werden.

Pflichtaufgaben für Kommunen

In Anlehnung an die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit (Verteilungs-, Chancen-, Generationen- und Verfahrensgerechtigkeit) fordert die Partei verbindliche Mindeststandards festzuschreiben ohne kommunale Haushalte zu belasten. Die Mittel für Regionalmanagement sollen aufgestockt und die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs soll als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben werden. Die Kommunen können dadurch zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen. Ergänzend dazu fordert die SPD-Landtagsfraktion im Nachtragshaushalt 2019/20 finanzielle Unterstützung.

Neues Institut „Ländlicher Raum“

Zusätzliches Geld soll ebenfalls für sogenannte „FlächenmanagerInnen“ in allen Landkreisen Bayerns bereit gestellt werden. Denn anders als große Gemeinden können gerade kleine kreisangehörige Kommunen oftmals aus personellen Gründen kein eigenes aktives Flächenmanagement betreiben – obwohl sie verhältnismäßig den höchsten Flächenverbrauch haben. Daneben sieht die SPD-Landtagsfraktion ein Institut „Ländlicher Raum“ als Chance in Zusammenarbeit mit den Kommunen auch Hilfestellungen für die Praxis zu liefern.

Gerechtigkeits-Check gefragt

Die SPD-Fraktion fordert außerdem, einen Gleichwertigkeitsbericht im zweijährlichen Rhythmus als Tätigkeits- und Sachstandsbericht sowie die Einführung eines „Gerechtigkeits-Check“. Kommunalexperte Klaus Adelt stellte fest: „Nicht alle Regionen in Bayern entwickeln sich im gleichen Maße weiter. Um auch in den Städten den Druck aus dem Kessel zu nehmen, müssen wir den ländlichen Raum massiv stärken! Stadt und Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“

Mobilitätsgarantie

Die Grünen setzen auf den öffentlichen Personennahverkehr. „Was wir brauchen, ist eine Mobilitätsgarantie: von fünf Uhr morgens bis Mitternacht, soll jeder Ort über 200 Einwohner, in ganz Bayern, Werkstags, im Stundentakt, an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden sein. Unser Ziel: Bis 2030 sollen sich die Fahrgastzahlen von Bus und Bahn in ganz Bayern verdoppeln“, erklärte Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann. Dafür müsse die Infrastruktur gestärkt werden und dafür brauche es auch Geld. Von den knapp 400 Millionen Euro für Straßenneubau und -unterhalt im bayerischen Haushalt, soll Geld für den Ausbau von Bus und Bahn umgeschichtet werden.

Kommunen als Energiegewinnerinnen

Für eine erfolgreiche Energiewende setzt die Partei auf die Kommunen. „Die Kommunen tragen entscheidend zur Energiewende in Bayern bei und wir Grüne wollen, dass die Kommunen zu Energiegewinnerinnen werden“, sagte Patrick Friedl, Sprecher für Klimaanpassung. Dafür müsse das Windkraftverhinderungsgesetz (10H) der Söder-Regierung weg, damit Windkraft in Bayern wieder eine Heimat fände. „Wir müssen Fernwärme nutzen. So können die Kommunen zur Herzkammer einer gelingenden Energiewende werden“, erklärte er. Ergänzend dazu soll es in den Städten mehr Grünoasen, Sonnensegel, Frischluftschneisen, renaturierte Flüsse und mehr Bäume geben. Der Flächenversiegelungsgrad soll hingegen reduziert werden. Von über 47 Prozent im Jahr 2000 stiegen die Versiegelungen in Bayern auf fast 51 Prozent im Jahr 2015. Damit stiegen auch die Anforderungen an Rettungsdienste, Feuerwehren und den THW. „Hier braucht es mehr finanzielle Unterstützung und dazu ein gutes Personal- und Einsatzmanagement“, fordert Martin Stümpfig, Sprecher für Energiepolitik.

Politik muss Weichen stellen

Ein weiterer Aspekt seien zudem die sozialen Folgen des Klimawandels für die Gesellschaft. „Anpassung ist hier der Schlüssel“, sagte Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze. „Wie gestalten wir Dörfer, Kommunen und Städte klimafest und klimagerecht? Hier muss der Freistaat die Kommunen unterstützen.“ Dazu besuchte die Fraktion während der Klausurtagung das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e.V. in Würzburg. Das ZAE Bayern ist ein außeruniversitäres Forschungsinstitut, das sich in den 25 Jahren seines Bestehens, zu einem national und international anerkannten Forschungsinstitut entwickelt hat. Die Forscher befassen sich unter anderem mit Nanomaterialien, thermischen und elektrochemischen Energiespeichern, energieeffizienten Prozessen und energieoptimierten Gebäuden und Stadtquartieren. Das Ziel: Eine möglichst CO2-neutrale Energieversorgung durch den synergetischen Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien zu realisieren. Um diese Innovationen in die Praxis umzusetzen, sei vor allem auch die Politik gefordert, die richtigen Weichen zu stellen, sagte Hartmann. Auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Dr. Anton Hofreiter, betonte: “Die sozial-ökologische Transformation klappt nur, wenn Berlin die Rahmenbedingungen richtig setzt, und es vor Ort umgesetzt wird.“ **red**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Ziegler
97500 Ebelsbach
am 8.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Graßl
92542 Dieterskirchen
am 3.2.

Bürgermeister Dr. Paul Kruck
97753 Karlstadt
am 5.2.

Bürgermeister Hans Urbauer
83361 Kienberg
am 7.2.

Bürgermeister Gerd Zimmer
91353 Hausen
am 8.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Claus Pichler
83324 Ruhpolding
am 30.1.

Landrat Johann Kalb
96052 Bamberg
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
83413 Fridolfing
am 31.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Christensen
91463 Dietersheim
am 12.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Feigl
86343 Königsbrunn
am 4.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Starke Wirtschaft – starke Kommune

Hochkarätige Diskussionsrunde beim Verband der Bayerischen Wirtschaft in München

Prominente Vertreter aus Wirtschaft und Politik trafen sich in der bayerischen Landeshauptstadt, um die Ausgestaltung zukunftsgerechter und wirtschaftsfreundlicher kommunaler Standortqualitäten zu erörtern. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Entwicklungsperspektive abseits aller politischen Grundüberzeugung zum Wohl von Wirtschaft und Bürgern im Auge behalten werden muss.

„Städte und Gemeinden stehen im globalen Standortwettbewerb", hob vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt eingangs hervor. Die Entwicklung der lokalen Standortqualitäten sei ein Muss im Ringen um die Ansiedlung neuer und die Standortloyalität ansässiger Unternehmen. Dies könne nur gemeinschaftlich im Diskurs von Kommunen und Wirtschaft mit dem Ziel erfolgen, geeignete Entwicklungsstrategien zu finden.



V. l.: Barbara Schretter, Leiterin der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU, Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor für Europa und Internationale Beziehungen, Bayerische Staatskanzlei, Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Bertram Brossardt, vbw-Hauptgeschäftsführer und Ismail Ertug MdEP. Bild: vbwr

Infrastrukturerfordernisse

Im Zentrum stünden Infrastrukturerfordernisse von Unternehmen und ihren Mitarbeitern, wie z. B. digitale Netze und Verkehr, aber auch die Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur. Insgesamt gehe es nicht nur um die Attraktivität der Arbeitsorte. Daneben müssten auch die Wohnortattraktivität und die Wirtschaftsfreundlichkeit des Verwaltungshandelns beachtet werden.

Die vbw habe in allen Regierungsbezirken den Bedarf auf den zentralen Infrastrukturfeldern zusammengestellt und veröffentlicht, führte Brossardt aus. Diese Papiere seien maßgeblich von der regionalen Wirtschaft geprägt und werden im Rahmen regionaler Veranstaltungen zur Diskussion gestellt.

Studie zur Wirtschaftsfreundlichkeit

Bei der von der vbw in Auftrag gegebenen Studie „Wirtschaftsfreundliche Kommune" zeigt sich laut Dr. Karl Lichtblau, Sprecher der Geschäftsführung der IW Consult GmbH, dass insbesondere Kommunen mit guten Bewertungen bei der Arbeitsort- und Wohnortattraktivität hinsichtlich Kaufkraft, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsplätzen erfolgreicher sind. Erfolgreiche Kommunen gebe es in allen Raumtypen. Als strukturpolitisch wichtig für die umliegenden Kommunen erwiesen sich „starke Arbeitsorte", d.h. Kommunen mit einem größeren Einpendlerüberschuss. Bei Räumen ohne starke Arbeitsorte gelte es, entsprechende Kerne zu entwickeln.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Politischen Akademie in Tutzing, weisen die Parteiprogramme vielfach kaum kommunalpolitische Inhalte auf. Dies hänge einerseits mit dem engen Raumbezug der kommunalen Themen zusammen, zum anderen werde die politische Auseinandersetzung stark von den jeweiligen kommunalpolitischen Persönlichkeiten getragen. Dies gelte auch für die Wahlentscheidung vor Ort.

Im Rahmen einer spannenden Diskussionsrunde plädierten die anwesenden Kommunalpolitiker für einen effizienten Umgang mit verfügbaren Flächen.

Die Kommunen verdanken ihren Erfolg der Wirtschaft

Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) kritisierte eine starre 5-Hektar-Obergrenze für den Flächenverbrauch, die Entwicklungsmöglichkeiten zu stark einschränke. Der Miesbacher Landrat Wolfgang Rzehak sprach sich dafür aus, klare Prioritäten bei der Flächennutzung zu setzen. Landrat Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen) stellte fest, dass viele Kommunen kaum Flächenressourcen und dementsprechend geringe Gestaltungsspielräume hätten.

Für die persönliche Meinung einstehen

Stefan Rößle machte darauf aufmerksam, dass die Belange des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit zwar uneingeschränkt wichtig seien, man aber nicht vergessen dürfe, „dass wir unseren Erfolg in erster Linie unserer Wirtschaft zu verdanken haben". Der Landkreischef wies darauf hin, dass möglichst frühzeitig alle Argumente bei der Entscheidungsfindung für ein Vorhaben aufzunehmen seien. Hinter der dann getroffenen Entscheidung müsse man aber auch persönlich stehen.

Rzehak stieß in dasselbe Horn: Politiker seien „oftmals zu feige, Dinge durchzustehen". „Wenn ich für eine Sache kämpfe, werde ich irgendwann Erfolg haben", zeigte sich der Landrat überzeugt. „Gebe ich aber von vornherein schon allen Bedenkenträgern Recht oder habe sogar Angst, dann habe ich ein Problem."

Peter Münster, Bürgermeister von Eichenau ergänzte, dass eine gemeinsame Entwicklungsstrategie angrenzender Kommunen die Akzeptanz heben könne, wenngleich dies noch nicht überall anerkannt werde. Leider würden die Vorteile kommunaler Zusammenarbeit vielfach kaum erkannt.

Rolle der Medien

Nicht zu unterschätzen beim Thema Meinungsbildung ist Rößle und Rzehak zufolge die Rolle der Medien. Gehe es um ein umstrittenes Vorhaben, ließen sich manche Räte von entsprechenden Kommentaren beeinflussen, so deren Beobachtung.

Alle Podiumsvertreter bestätigten, dass bürokratisch aufwändige Genehmigungsverfahren und Widerstände der Bürger in ihren Regionen wichtige Projekte verzögerten oder zum Stillstand gebracht hätten. MdL Klaus Adelt verwies darauf, dass die Probleme häufig bei der Gesetzesanwendung entstünden, und hoher Bürokratieaufwand die Folge sein könne. Er sprach sich dafür aus, bei strittigen Themen alle Betroffenen einzubeziehen und dann eine Entscheidung zu treffen. Hier gelte es, mit Verwaltungsvereinfachung gegenzusteuern.

Informationsstand der Bürger oft mangelhaft

Landrat Niedermaier sah ein Problem in einem mangelnden Informationsstand der Bürger. Vielfach würde sich ein kleiner Teil der Bürgerschaft intensiv einsetzen und seine Interessen prominent platzieren, während ein Großteil wenig interessiert sei.

Das Podium war sich einig, dass eine umfassende Information und faktengeleitete Auseinandersetzung die notwendige Akzeptanz für konkrete Entscheidungen schaffen könne. Allerdings werde es immer auch Bürger geben, die mit getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden seien. Rzehak zufolge gibt es zwar viele kritische Grünwähler, jedoch ist es aus seiner Sicht mittlerweile tendenziell der wohlhabende Wutbürger, der Dinge verhindert, weil er sich letztlich auch zu wehren vermag.

Regionalmarke vermarkten

Stefan Rößle vertrat die Auffassung, dass Eigeninitiative durchaus zielführend sei. So habe sein Landkreis die Regionalmarke Donauries eingeführt mit dem Ziel, der Region ein klares Profil zu geben sowie höhere Bekanntheit und Präsenz zu erreichen. Partner aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam Projekte umzusetzen, Fachkräfte und Neubürger zu gewinnen und die guten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Region zu erhalten. Die Finanzierung übernehmen je zur Hälfte die Unternehmen und der Landkreis.

1000 Schulen für unsere Welt

Interessant für die Wirtschaft ist laut Landrat Rößle auch das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt", eine bundesweite, unter der Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. stehende Gemeinschaftsinitiative von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund. Dem Beispiel des Landkreises Donau-Ries folgend, leisten mittlerweile deutschlandweit weitere Städte, Landkreise und Gemeinden gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Verbesserung der Lebenssituation in Ländern des Globalen Südens. 100 Schulprojekte konnten so im vergangenen Jahr deutschlandweit initiiert werden, der Landkreis Donau-Ries allein kann auf 33 Schulen verweisen.

„Engagement ist auch beim Thema Nachhaltigkeit und speziell bei der Mitarbeitergewinnung gefragt", fuhr Rößle fort. Vor dem Hintergrund, dass sich mittlerweile „die Leute die Firmen aussuchen und nicht umgekehrt", könne es von Vorteil sein, wenn eine Firma als potenzieller Arbeitgeber aktiv die Themen Nachhaltigkeit, Umweltschutz oder Entwicklung verfolgt. Dies sei ein Werbefaktor für das Unternehmen, da gerade die nächste Generation ihr Augenmerk auf diese Aufgaben lege. „Es ist wahrscheinlich im ureigensten Interesse der Wirtschaft, klimafreundlich, umweltfreundlich und nachhaltig zu sein – gerade auch im Hinblick auf Eine Welt", so Rößle abschließend. **DK**

GZ KOLUMNE Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,



keine zwei Monate mehr, dann steht in Bayern erneut die Kommunalwahl an. Diese wird viele personelle Änderungen mit sich bringen. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker haben für sich entschieden – ob aus Alters-, beruflichen oder privaten Gründen –, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen. Ob sich auch die kommunalpolitische Landschaft in Bayern merklich verändern wird, werden wir nach dem 15. März wissen.

Eines aber steht fest: Die wichtigen Themen, die großen Herausforderungen unserer Zeit werden auch nach der Wahl noch dieselben sein. Allen voran die Klimaerwärmung als zentrales globales Problem. Auch wenn wir in Zentraleuropa nicht zu den Haupt-CO2-Emittenten gehören, dürfen gerade wir mit unseren technischen und finanziellen Möglichkeiten nicht nachlassen, denn es geht um unser aller Lebensgrundlage und noch mehr um die unserer Kinder und Enkelkinder. Im Landkreis München haben wir uns zum Ziel gesetzt, sämtliche CO2-Emissionen entweder zu vermeiden, zu reduzieren und die verbleibenden auszugleichen. Daher haben wir uns zur Einführung der so genannten Zukunftsaktie entschieden. Mit den Geldern aus dem Verkauf der Zukunftsaktie werden wir lokale und globale Klimaschutzprojekte fördern. Den Anfang haben wir bereits im vergangenen Jahr gemacht und sämtliche CO2-Emissionen der Landkreis-Liegenschaften ausgeglichen. In diesem Jahr sollen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden folgen. Voraussichtlich ab 2021 können dann auch Unternehmen und Privatpersonen über die Zukunftsaktie Teile oder die Gesamtheit ihrer Emissionen ausgleichen oder sich sogar klimapositiv stellen.

Mit der Zukunftsaktie Klimaschutz fördern

An erster Stelle steht aber nach wie vor das Vermeiden und Reduzieren von CO2-Emissionen – diesem Ziel widmet sich intensiv unsere Klima- und Energieinitiative 29++. Ganz besonders freut es mich deshalb auch, dass die Bewerbung des Landkreises München zusammen mit den Landkreisen Ebersberg und Landshut als „Wasserstoffregion Deutschlands" erfolgreich war. Im vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geförderten Projekt „HyBayern" wollen die drei Landkreise gemeinsam mit Verkehrsbetrieben, Energieversorgern, Industrie, Gewerbe und Handwerk einen vollständig geschlossenen, mit in der Region gewonnenem „grünen" Strom betriebenen Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung bis zum Verbrauch implementieren. Als Endabnehmer kommen insbesondere Bus- und Lkw-Flotten in Frage, aber auch die industrielle Logistik innerhalb von Betrieben oder Fuhrparkfahrzeuge für Unternehmen sind wichtige Zielfelder.

Darüber hinaus wird auch das vielschichtige Thema der Mobilität ganz allgemein sowie die Schaffung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums – vor allem in den Ballungsräumen – die Kommunalpolitik auch in der neuen Amtsperiode an vorderster Stelle beschäftigen. Wenn der Wahlkampf hier befördernd darauf einwirkt, dann ist das gut so.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr herzlich

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Forum der Europäischen Strategie für den Alpenraum EUSALP in Mailand:

Potenziale der Jugend nutzen

Gemeinsame Strategien zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums sind Zielsetzung der EUSALP, die jüngst ihr 3. Jahresforum in Mailand abhielt. Die Verantwortlichen zählen besonders auf das Engagement der Jugend aller Anrainerstaaten. Als eine der vier Makroregionen der EU umfasst die EUSALP 48 Regionen in sieben Staaten mit knapp 80 Millionen Einwohnern. In diesem Rahmen arbeiten in neun Arbeitsgruppen Experten zusammen, die sich u. a. mit Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsmarkt und Mobilität beschäftigen.

Während der Generalversammlung erklärten die Mitglieder der Dreierkomission, die Präsidentin des Tiroler Landtags Sonja Ledl-Rossmann, der Umweltlandesrat der Lombardei Raffaele Cattaneo und die Präfektin des französischen Departements Hautes-Alpes Cécile Bigot, die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Präsidentschaft. Alle drei betonten die Notwendigkeit der Einbindung der Jugend und das Ziel, die Alpenstrategie in der Fläche bekannter zu machen.

Alpine School Model

„Der Austausch zwischen Jungunternehmern und Mitarbeitern der EUSALP wurde schon von Tirol vorangetrieben und war auch zentrales Thema des italienischen Vorsitzes.", so Raffaele Cattaneo. Als konkretes Beispiel dafür, wie das Bewusstsein für den Alpenraum bei den Jüngeren geschärft werden kann, nannte Cattaneo das Alpine School Model mit derzeit zehn beteiligten Schulen in fünf Ländern des Alpenraums. „Auf politischer Ebene unterhalten sich zumeist nur Erwachsene mit Erwachsenen, weshalb es wichtig ist, dass die Stimme junger Menschen in Gremien wie der EUSALP mehr Gehör findet", betonte Sonja Ledl-Rossmann in ihrer Erklärung. Es dürfe jedoch nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Sie forderte konkrete Maßnahmen wie die Einbindung von Jugenddelegierten.

Wie die Arbeit im Rahmen der EUSALP konkret aussieht, konnte im Workshop der Arbeitsgruppe 7 (Grüne Infrastrukturen – Teamlead Michaela Künzl vom Bayrischen Umweltministerium) zu den Folgen des Klimawandels für die Wälder und die Wertschöpfung im Nutzholzsektor verfolgt werden.

Schutzfunktion der Wälder

Im Anschluss an einen Vortrag zur Schutzfunktion von Wäldern und nachhaltiger Waldbewirtschaftung im Alpenraum durch Georg Pircher (Forstinspektorat Schlanders, Südtirol) wurde in Kleingruppen an konkreten Maßnahmen gearbeitet, die in einen künftigen Arbeitsplan eingehen.

Zu den Maßnahmen die im Möglichen der EUSALP liegen, zählen für die Gruppe um Raimund Becher vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium in erster Linie die Verbesserung der Wissensgrundlagen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaftswälder und eine Bewusstseinsbildung für dessen Folgen bei denjenigen die einen konkreten Nutzen durch die Existenz intakter Wälder haben (Bevölkerung, Natur und Wirtschaft). Becher betonte: „Dies gilt besonders für Kommunen und Städte im gesamten Alpenraum in unmittelbarer Nähe zu Wald- und Forstgebieten, da sie oft unmittelbar von der Schutzfunktion intakter Wälder profitieren."

An der Abschlussveranstaltung nahmen zahlreiche Vertreter der EUSALP-Regionen, der Europäischen Kommission und der italienischen Regierung teil. „Mit meiner Anwesenheit möchte ich vor allem die Wichtigkeit unterstreichen, die ich dieser Strategie für den Alpenraum beimesse", bekräftigte der wichtigste Gast des Tages Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte. Er sehe in der Zusammenarbeit der Regionen und Institutionen wie den Makroregionen „wirksame politische Mittel um der Enttäuschung der Bürger durch die EU entschieden entgegenzutreten".

Strategie von unten nach oben

Raffaele Cattaneo beendete das Jahr des italienischen Vorsitzes offiziell und erinnerte daran, dass die Strategie von unten nach oben ins Leben gerufen wurde. „Sie gründet in den Regionen und somit ist es äußerst wichtig, dass sie vermehrt Eingang in deren politische Entscheidungen findet." Für das kommende Jahr wird die französische Region Provence- Alpes-Côte d'Azur den Vorsitz übernehmen. Die Leitlinien für 2020 werden am 4. Februar in Lyon bekannt gegeben.

European Green Deal nur mit Beteiligung der Regionen

Generell lies kein Redner die Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, dass der European Green Deal der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nur mit reger Beteiligung der Regionen zu machen ist. Trotz des überregionalen Charakters der Strategie ist allen durchaus bewusst, dass Probleme zwar nicht an Staatsgrenzen enden, jedoch oft im „kleinen Grenzverkehr" besser gelöst werden können, als auf der oft zu weit von den Menschen entfernten EU-Ebene. EUSALP muss dabei stets als „bottom-up"-Strategie verstanden werden, die einen Rahmen schafft, der Lösungen,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Debatte geht weiter ...

(Fortsetzung von Seite 1)
chern und Lasten sicher, verbessert zudem die Verfügbarkeit netzdienlicher TK-Dienste im ländlichen Raum und in Gebäuden und bietet als Netz für die kritische Infrastruktur der Energieversorgung Synergien und Skaleneffekte zur optimalen Nutzung des Frequenzbereichs.

Darüber hinaus sind verhältnismäßig wenige Antennenstandorte (ca. 1.600) in der Fläche erforderlich. Dadurch ist das 450-MHz-Funknetz im Vergleich zu anderen Funknetzen nicht nur technisch besser geeignet, sondern lässt sich auch deutlich einfacher und kostengünstiger errichten und betreiben.

Während Betreibern kritischer Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bislang keine Frequenzen zugeteilt wurden, verfügten die BOS neben dem TETRA Funk bereits über ein weiteres Spektrum im 700 MHz-Frequenzbereich für die mobile Breitbandkommunikation für Sicherheits- und Rettungskräfte in Deutschland. Die BOS sei mit ihren Frequenzbereichen also gut bedient, urteilt die Versorger-Allianz.

Widerspruch aus dem Innenministerium

Entschiedener Widerspruch kommt aus dem Bayerischen Innenministerium: Nach dessen Feststellung „können die für BOS und Bundeswehr zugewiesenen Frequenzen im Bereich 700 MHz (noch) nicht verwendet werden, weil es sich um nicht standardisierte Randfrequenzen handelt, deren Nutzung überaus große Aufwände voraussetzt und die in Teilbereichen wahrscheinlich gar nicht für den vorgesehenen Zweck genutzt werden können; so sind Teile der Frequenzen nicht für LTE standardisiert und es liegt kein zusammenhängendes Band vor."

Dies führe wiederum dazu, dass auf absehbare Zeit keine Technik für die erforderlichen Anwendungen zur Verfügung stehen wird. Darauf sei seitens des Bundesinnenministeriums und den Innenressorts der Länder vor der Versteigerung des standardisierten Bereiches mehrmals und erfolglos hingewiesen worden. Unabhängig davon reichten die gewidmeten Frequenzen bei Weitem nicht aus, um die Bedarfe von BOS und Bundeswehr zu decken.

Alternativen für Versorger

Weiter vertritt das Innenministerium die Auffassung, dass die Versorger sowohl ein schwarzfallfestes Kommunikationsnetz für den Außendienst als auch ein Steuerungsnetz für die stationären Energieanlagen benötigen. Ersteres könnte nach entsprechenden Prüfungen durch die Mitnutzung des Digitalfunknetzes sehr zeitnah ermöglicht werden. Das TETRA-Netz sei in Kürze in ganz Deutschland für Fahrzeugfunkversorgung und in Bayern flächendeckend komplett gegen Stromausfall für mehrere Tage abgesichert. Den zweiten Anwendungsfall der Steuerungsnetze könnte man auch in einem anderen Frequenzband oder leitungsgebunden abdecken – wie in anderen Staaten bereits praktiziert –, die für ihre Schwarzfallfestigkeit einen Technologiemix präferieren.

Verweis auf IoT und 5G-Netz

Nach Angaben der Energieversorger wird für die Steuerung hauptsächlich die Nutzung der Maschinenkommunikation präferiert; hierfür sei das kommende 5G-Netz bestens geeignet. Laut Bayerischem Innenministerium gibt es aber bereits heute bestehende „Internet of Things" (IoT)-Netze wie das Vodafone Narrow Band auf Basis der LTE- und LTE-M-Technologie, das bereits jetzt flächendeckend zur Verfügung steht und sofort genutzt werden könnte. „Damit könnten die Aufgaben für die Energiewende, die Digitalisierung und den Klimaschutz ebenso umgesetzt werden."

Finanziert würde das Netz beim Modell der Versorger-Allianz durch das Kapital der Energieversorger und refinanziert durch den Verkauf von Kommunikationsleistungen an Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) zu jeweils gleichen, maßvollen und diskriminierungsfreien Konditionen. Da die Versorger-Allianz mit ihren ca. 170 Unternehmen nur einen Bruchteil der insgesamt weit über 1.000 Unternehmen der Energiebranche umfasst, ist es aus Sicht des Innenministeriums „nicht plausibel und vermutlich auch nicht finanzierbar, dass diese Allianz in Vorleistung geht und in ganz Deutschland ein flächendeckendes Energieversorger-Netz aufbaut". Wahrscheinlicher sei ein „Flickenteppich aus regionalen Einzellösungen".

Unrealistische Finanzierung

„Eine hier angedeutete Finanzierung durch die 1.000 Unternehmen der Branche ist nicht realistisch", hält das Bündnis dagegen. Die kleineren Energieversorger wären damit inhaltlich überwiegend überfordert, benötigten aber die technische Lösung 450 MHz. Diese Herausforderung könnten durchaus weniger Energieversorger bewältigen. Dazu liefen intensive Vorbereitungen. Jetzt schon eine finale Finanzierungszusage zu erwarten, da die Nutzungsbedingungen noch nicht geklärt sind, sei utopisch.

Wichtig erscheint der Versorger-Allianz vielmehr, dass alle Energieversorger die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und die Nicht-Beteiligten nicht übervorteilt werden. Daraus resultiere ihr Beteiligungsmodell und der Vorschlag zur freiwilligen Gewinnbegrenzung für die Gesellschafter des Frequenzinhabers. Im Übrigen gingen alle Planungen von bundesweiten Netzen aus. **DK**

Nachhaltige Entwicklung:

Nicht ohne Bildung in den Kommunen

Tagung der Ökologischen Akademie e.V., Linden in Pegnitz

Rund 50 Akteure aus Kommunalpolitik, Bildungs- und entwicklungspolitischer Arbeit und Wissenschaft sowie Begleiter regionaler Nachhaltigkeitsprozesse beschäftigten sich im mittelfränkischen Pegnitz mit der Frage, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kommunen verankert werden kann. An der vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz geförderten Veranstaltung der Ökologischen Akademie e.V., Linden, beteiligten sich namhafte bayerische Organisationen wie Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag und das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern und RENN.süd.

Kommunen kommt in der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zu, betonte Thomas Ködelpeter von der Ökologischen Akademie Linden. Jung und Alt erführen vor Ort unmittelbar die Folgen nicht nachhaltiger Wirtschaftsweisen und Lebensstile und zugleich gebe es in den Kommunen viele Möglichkeiten an der Gestaltung eines „Guten Lebens für Alle" mitzuwirken.

Für Marion Loewenfeld von der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Landesverband Bayern e.V., ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein wesentliches Element der Agenda 2030 und eine erstrangige Aufgabe für Kommunen, die Kompetenzen der jungen und älteren Einwohner zur Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Unterstützung erfahren die weltweiten Vereinbarungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit durch die Enzyklika Laudatio Si von Papst Franziskus, wie Dr. Joachim Twisselmann (Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad) in seiner Begrüßung hervorhob.

Wer auf gute Beispiele nachhaltiger kommunaler Entwicklung hoffte, wurde bei Pfaffenhofens Erstem Bürgermeister Thomas Herker fündig. Pfaffenhofen bekam nicht nur 2013 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis verliehen und gewinnt seinen Strom zu 100 Prozent aus lokaler Produktion, sondern verabschiedete 2017 eine Nachhaltigkeitsstrategie mit Schwerpunkten in den Sustainable Development Goals: HochwertigeBildung(SDG4),Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG8), Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11), Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12), Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13) und Leben an Land (SDG 15). In der Bildungsarbeit werden Schulen und Kindergärten mit Klimaschutzgutscheinen unterstützt und dadurch verschiedenste Umwelt- und Klimaschutzprojekte ermöglicht. Bei der Bodenallianz „Das Pfaffenhofener Land nachhaltig gestalten" spielen die Kommunikation mit den Landwirten, der ökologische Landbau und die Partizipation in der Bürger-Werkstatt eine zentrale Rolle.

Vier Erfolgskriterien

Die Ursachen für die erfolgreiche Pfaffenhofener Entwicklung sieht Prof. Dr. Manfred Miosga (Universität Bayreuth) in vier Kriterien: der guten Ressourcenausstattung, der breiten politischen Unterstützung, einer qualifizierten Verwaltung und dem strategischen Ansatz mit begleitendem Monitoring. An Stelle der nicht-nachhaltigen Normalität mit einem Wohlstandsmodell, das jeden Tag größeren Schaden anrichtet, stellte Miosga eine kulturelle und systemische Transformation vor. Das von der Abteilung Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Bayreuth initiierte „forum 1.5" verfolgt die Idee eines gemeinsamen Lernorts zur Gestaltung von Transformationsprozessen in der Region Bayreuth. Akteure aus Wissenschaft, lokaler Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier zusammen an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Abkommens.

Dr. Jasmin Jossin vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, stellte Ergebnisse aus einer Untersuchung des Instituts vor, in der die Praxis der BNE-Verankerung in deutschen Kommunen unter die Lupe genommen wurden. Was unter gelungener Verankerung von den befragten Experten verstanden wird, ist meist Ergebnis eines individuellen Prozesses und sehr stark lokalspezifisch geprägt.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Maria Regensburger (Regionalmanagerin Amberg-Sulzbach), Dr. Michael Rittershofer (Projektmanager der Öko-Modellregion Isental), Monika Arzberger (Trainerin in der Schule für Dorf- und Regionalentwicklung, Kloster Plankstetten), und Dr. Christian Wolf (SG-Leiter für Energie- und Klimaschutz im Landratsamt München-Land) dominierten Wünsche nach mehr Klarheit über Bildung für nachhaltige Entwicklung, nach einschlägigen Fortbildungsangeboten sowie Informationen über Wirkungen von und Fördermittel für BNE-Aktivitäten.

BNE zur Chefsache machen

Ein von Danielle Rodarius und Julia Stanger (RENN.süd) moderierter Open Space zur Frage „Was brauche ich, um BNE in meiner Kommune zu verankern", brachte alle Teilnehmer ins Gespräch. In selbstorganisierten thematischen Runden ging es um den Umgang mit Nachhaltigkeitsleugnern, Formen von Beteiligung in Nachhaltigkeitsprozessen, den als sperrig empfundenen Begriff Bildung für nachhaltige Entwicklung und um Ideen, wie man BNE zur Chefsache machen kann. ❐

Fakten liegen auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Aiwanger: *Die Energieversorgungsbranche sucht eine maßgeschneiderte Kommunikationslösung, die zuverlässig funktioniert und allen Stromnetzbetreibern – von kleinen Gemeindewerken bis hin zu großen Verteilnetzbetreibern – zur Verfügung gestellt wird. Bedenken hinsichtlich möglicher Monopole oder Gewinnmaximierung bei der Nutzung des 450-MHz-Frequenzbereichs kann die Bundesnetzagentur bereits im Vorfeld begegnen, indem sie als zuständige Regulierungsbehörde entsprechende Auflagen festlegt. Ich bin dafür, dass die Energiewirtschaft ein 450-MHz-Funknetz aufbaut und betreibt, weil sie so die Anforderungen an eine ausfallsichere Infrastruktur kosteneffizient erfüllen kann.*

GZ: Wie sehr ist Ihr Ministerium bereit, die Interessen der Energie- und Wasserwirtschaft gegen die mächtige „Sicherheitsfront" zu vertreten?

Aiwanger: *Ich sehe einen ganz klaren Bedarf der Energiewirtschaft an einem solchen Kommunikationssystem. Das habe ich ja bereits mehrmals bekräftigt, unter anderem im Beirat der Bundesnetzagentur, aber auch durch einen entsprechenden Beschlussvorschlag bei der Wirtschaftsministerkonferenz im Juni 2019, der übrigens einstimmig angenommen wurde. Die Stromversorgung ist heute unter allen kritischen Infrastrukturen die wichtigste. Natürlich sind auch gerade die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, also die BOS, auf ein sicheres Kommunikationssystem angewiesen. Im Gegensatz zur Energiewirtschaft verfügen diese Einrichtungen aber bereits über umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen eines eigenständigen Funknetzes. Eine Forderung, dass die 450-MHz-Frequenzen ausschließlich den BOS oder der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, kann ich als bayerischer Wirtschaftsminister insofern nicht mittragen. Ich kann mir aber vorstellen, anderen Anwendern wie den BOS ein Mitnutzungsrecht anzubieten.*

GZ: Wie geht der politische Prozess weiter, welche Bedeutung hat dieses Kompromissangebot der Energiewirtschaft, welche anderen Lösungsansätze gibt es für den politischen Konflikt (andere Frequenzbänder für BOS, ...)?

Aiwanger: *Es ist alles ausdiskutiert. Jetzt gilt es, eine Entscheidung zu treffen. Die dafür erforderlichen Fakten liegen auf dem Tisch. Um Planungssicherheit zu gewährleisten und trotz der erforderlichen Vorlaufzeiten eine möglichst zügige Nutzung der Frequenzen durch die Unternehmen der Energieversorgungsbranche zu gewährleisten, ist eine unverzügliche Entscheidung auf Bundesebene und anschließende Zuteilung der Frequenzen erforderlich.*

GZ: Herr Minister, wir danken für das Gespräch. ❐

Landräte und BKG ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kenhäusern von der KV organisiert werden? Im Zweifel würden doch wieder die Krankenhäuser als Notnagel einspringen müssen."

Nur 80 integrierte Notfallzentren

Von den ca. 360 Krankenhäusern mit Akutversorgung in Bayern haben 120 derzeit eine sogenannte Notfallstufe. Doch nur rund 80 größere Kliniken würden ein Integriertes Notfallzentrum betreiben können, wenn der Bund seine Pläne umsetzt, schätzt der Kommunalverband.Aus Sicht des Günzburger Landrats Hubert Hafner, Ausschussvorsitzender für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, wären die Konsequenzen für die Kliniken auf dem Land „schlicht und einfach eine Katastrophe". Damit hätte nicht mal mehr jeder Landkreis eine Notfalleinrichtung.

In der Zwickmühle

Letztlich, so Hafner, stelle der Referentenentwurf einen Angriff auf die Struktur der Krankenhäuser dar. Künftig sollen Krankenhäuser ohne ein INZ nur noch die Hälfte der ohnehin nicht kostendeckenden Pauschale zur Behandlung ambulanter Notfälle erhalten. Die Folge: Zahlreiche Kreiskrankenhäuser, die kein INZ bekommen werden, kämen dadurch in eine Zwickmühle. Behandeln sie Notfälle, bekommen sie kaum noch Geld. Verweigern sie die Behandlung, machen sie sich unter Umständen der unterlassenen Hilfeleistung schuldig, erläuterte Hafner. Mit solchen Abschlägen würden die Krankenhäuser bestraft und die ursprünglich beabsichtigte Lenkung der Patienten keinesfalls erreicht. Funktionieren könne das nur über Anreize, die laut Hafner auch möglich und machbar sind.

Der Bayerische Landkreistag erkenne zwar die Zielsetzung des Bundesgesundheitsministeriums für eine Reform der Notfallversorgung mit einer Entlastung der Notaufnahmen an den Krankenhäusern an; jedoch seien die vorgeschlagenen Regelungen nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen und gefährdeten die flächendeckende Versorgung der Menschen im ländlichen Raum, erläuterte der Landrat.

Unhaltbarer Entwurf

Als „total misslungen" bezeichnete der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, den Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums. Es sei realitätsfern, mit großem Aufwand eine neue Struktur einzuziehen, 24 Stunden geöffnet zu lassen, und dem Patienten zu sagen, er bekommt hier keine Versorgung, weil er nur einer ambulanten Behandlung bedarf. „Wir erwarten und erhoffen deshalb ein klares Wort von der Bayerischen Staatsregierung und vom Koalitionspartner CSU", machte Hasenbein deutlich.

Korrektur notwendig

Die bayerischen Landräte und die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) fordern nun vor der nächsten Abstimmungsrunde zwischen Bund und Ländern Ende Januar eine Korrektur des Reformvorschlages. Landkreistagspräsident Christian Bernreiter steht mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder in engem Austausch. Gleiches gilt für die bayerischen Landräte und ihren Kollegen aus Baden-Württemberg.

„Bei diesem Thema handelt es sich um einen wesentlichen Baustein zur Sicherung der medizinischen Versorgung in den Ländern", hob unterdessen Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hervor. Am grünen Tisch in Berlin könne nicht entschieden werden, wo Notfallzentren entstehen. Die grundsätzliche Zielrichtung, die Notfallversorgung zu verbessern, sei aber richtig, konstatierte die Ministerin. **DK**

Potenziale der ...

(Fortsetzung von Seite 3)
die in einer Region bereits gefunden wurden auch anderen Gebieten zugänglich und anwendbar machen möchte. Als perfektes Beispiel nennt die Tiroler Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann die App SOS EU Alp, die in Tirol, Bayern und Südtirol funktioniert, indem sie den GPS-Standort Verunglückter an die zuständige Leitstelle weiterleitet.

Sämtliche Beteiligten der EUSALP weisen darauf hin, dass bei der Umsetzung aller Projekte und Ziele mit bereits vorhandenen Förderinstrumenten gearbeitet wird und dass für die Makroregion weder neue Rechtsgrundlagen, noch neue Behörden oder Budgets zur Verfügung gestellt werden müssen. So werden die Treffen und Veranstaltungen mithilfe des AlpGov Projekts der EU finanziert das noch bis Ende 2022 läuft. Man wird in naher Zukunft noch mehr von dieser Strategie für den gesamten Alpenraum hören. Maximilian Miller

Familienministerin Schreyer:

Inklusion beginnt bei den Kleinsten

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer hat die integrative Krippe „Tranquilla Trampeltreu" in Unterhaching besucht. Dort werden Kinder im Alter von ein bis drei Jahren betreut. Es gibt vier integrative Krippengruppen mit Platz für insgesamt 12 Kinder mit Förderbedarf. Die Ministerin: „Die Inklusion von Kindern liegt mir besonders am Herzen. Eine qualitativ hochwertige Betreuung bietet den Kindern beste Entwicklungschancen. Hier sollten wir gemeinsam jede Möglichkeit nutzen, die zu weiteren Verbesserungen führen kann."

Die Anzahl der Kinder mit vorhandener oder drohender Behinderung, die in bayerischen Regel-Kitas betreut werden, hat sich seit 2007 verdreifacht. „Mittlerweile gibt es deutlich über 1.600 integrativ arbeitende Kitas in Bayern", erklärt Schreyer. „Inklusion wird in bayerischen Kitas dabei besonders gefördert: Die kindbezogene Förderung erhöhen wir für Kinder mit Behinderung um 350 Prozent". So kann der Träger der Kita mehr pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte finanzieren. „Mir ist wichtig, dass genug Zeit für die pädagogische Arbeit bleibt, für die Bildung und Förderung aller Kinder", so Schreyer.

Die Verbesserung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen ist dem Freistaat ein wichtiges Anliegen. „Kita-Leitungen müssen genug Zeit haben, ihre Einrichtungen weiterzuentwickeln, dies gilt umso mehr für den Bereich Inklusion. Deshalb führen wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus ein. Damit versetzen wir die Träger in die Lage, ihre Kita-Leitungen zeitlich zu entlasten, also zum Beispiel von Gruppendienst freizustellen", so die Ministerin. ❐

Messe München

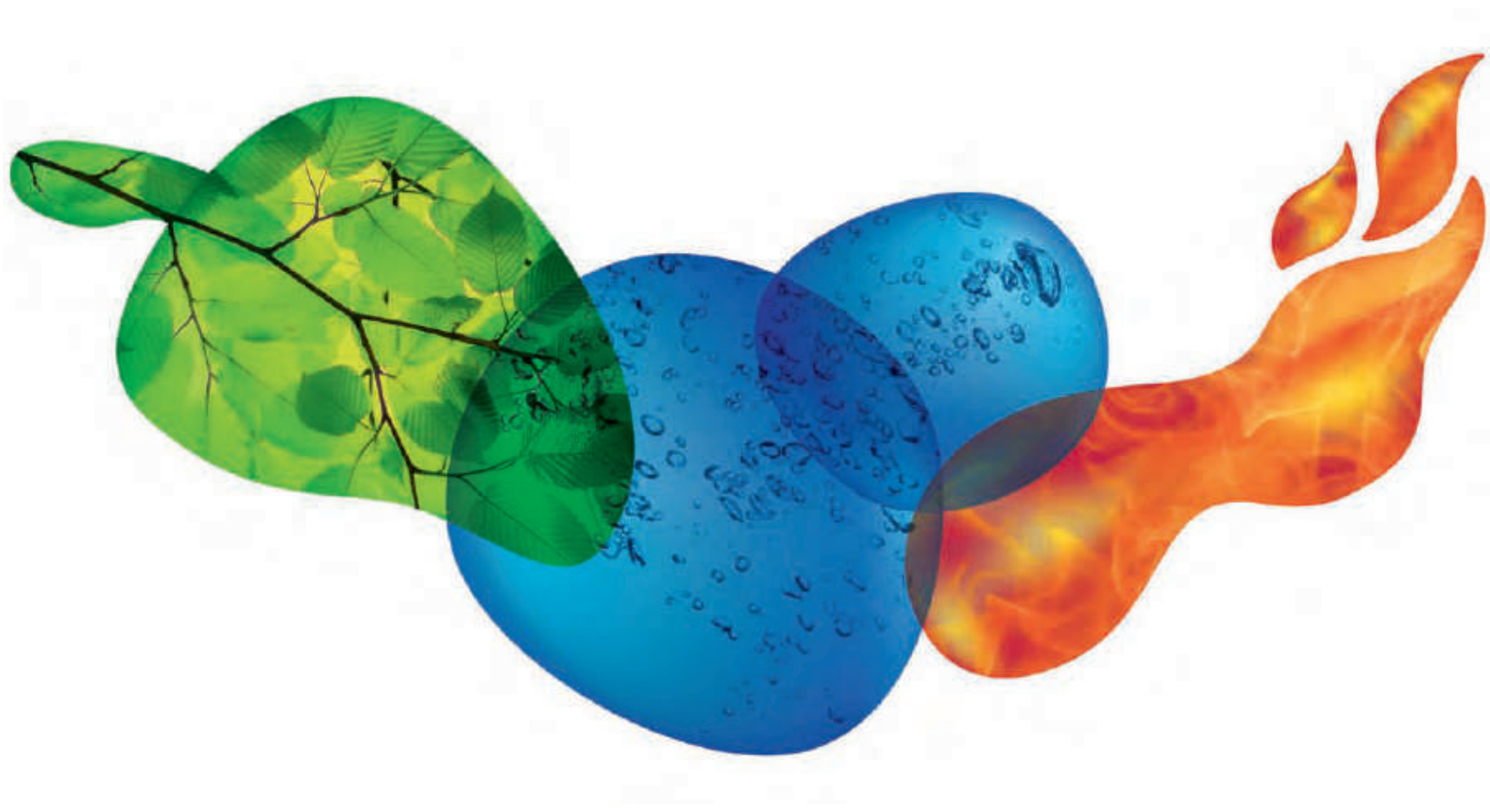
Connecting Global Competence

Umwelttechnologien für Kommunen.

4.–8. Mai 2020 • Messe München

Lösungen für eine umweltgerechte Gesellschaft – auf der IFAT 2020.

Die weltgrößte Plattform bietet innovative Lösungen. 3.305 Aussteller präsentieren auf 270.000 m² klimaneutrale Kommunaltechnik, nachhaltigen Straßen- und Kanalbau sowie sinnvolles Wasser- und Abfallmanagement.



Online-Ticket jetzt sichern!
ifat.de/tickets

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-,
Abfall- und Rohstoffwirtschaft

IFAT

ifat.de

Bilanzpressekonferenz Messe München:

Bestes Jahr in der Unternehmensgeschichte

Die Messe München blickt mit einer gehörigen Portion Stolz auf das „Mega-Rekordjahr" 2019 zurück. Wie Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, bei der Vorlage der Jahresbilanz hervorhob, „ist es das Ergebnis einer langjährig vorausschauenden Ausrichtung unseres Messegeschäfts mit Stärkung des Heimatmarktes und des Auslandsgeschäfts", den beiden Säulen des Jahres der Superlative. „Mit unseren Erfolgszahlen sind wir auf einem hervorragenden Weg, die Ziele unserer Strategie 2021 zu erreichen", zeigte sich der Messechef überzeugt.

Der Konzernumsatz wird 2019 voraussichtlich bei rund 480 Millionen Euro liegen. Das EBITDA – das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen – wird voraussichtlich 130 Millionen Euro übersteigen. Auch bei Ausstellern, Besuchern und durchgeführten Veranstaltungen zeichnet sich ein deutliches Plus ab. Damit setzt die Messe München ihren erfolgreichen Wachstumskurs weiter fort.

Weltweite Präsenz

Vergangenes Jahr hat die Messe München weltweit 43 eigene Veranstaltungen organisiert, davon 15 in München und 28 im Ausland. Hinzu kommen 163 Gastveranstaltungen und Kongresse in den Locations der Messe München. Zu den insgesamt 206 Veranstaltungen im In- und Ausland fanden sich rund 3,15 Millionen Besucher und 44.500 Aussteller ein. Im Heimatmarkt München konnten rund 2,5 Millionen Besucher und 32.500 Aussteller begrüßt werden.

Sehr erfreulich war laut Dittrich, dass es sowohl bei Ausstellern wie auch Besucherzahlen bei Eigenveranstaltungen ein Plus von drei Prozent gegenüber den Vorveranstaltungen gab. Die Zahl der ausländischen Aussteller nahm sogar um neun Prozent zu, die der ausländischen Besucher um sieben Prozent.

Höhepunkt war die bauma 2019, die als flächenmäßig größte Messe der Welt neue Maßstäbe setzte und alle Rekorde brach. Aber auch zahlreiche andere Messen am Heimatmarkt München verliefen sehr erfolgreich und erreichten Rekord-Ergebnisse.

Bits & Pretzels

Ihren Anspruch als Austragungsort für Events von Weltformat untermauerte die Messe München mit der Gründerkonferenz „Bits & Pretzels" und einem beeindruckenden Auftritt des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama. Erfreulich war auch die gelungene Erweiterung des Frauen-Netzwerkes „Frauen Verbinden" nach Berlin und Hamburg. Dem überregionalen Ruf des Netzwerks folgten auf Anhieb mehr als 60 Unternehmerinnen und Entscheiderinnen aus Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien und Bildung.

Wichtiger Umsatztreiber im Heimatmarkt waren auch im Jahr 2019 die Gastveranstaltungen und Kongresse in den Locations der Messe München. Die Tatsache, dass die Messe München über eines der modernsten Messegelände der Welt verfügt, hat sich Dittrich zufolge erneut ausgezahlt: Die vier Locations zogen rund 1,1 Millionen Besucher an. „Damit sind wir flexibel und bieten für jede Veranstaltungsgröße und Veranstaltungsart maßgeschneiderte Lösungen", erläuterte der Messechef.



Die Geschäftsführung der Messe München (v.l): Gerhard Gerritzen (Stellvertretender Geschäftsführer), Monika Dech (Stellvertretende Geschäftsführerin), Falk Senger (Geschäftsführer), Klaus Dittrich (Vorsitzender der Geschäftsführung), Dr. Reinhard Pfeiffer (Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung) und Stefan Rummel (Geschäftsführer) bei der Jahrespressekonferenz.

© Messe München GmbH 2020

Neu im Programm: Luft- und Raumfahrt

Als Glanzpunkt erwies sich auf Anhieb das erstmals in München ausgetragene Aviation Forum des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Zudem wurden die Locations der Messe München erneut für zahlreiche hochkarätige IT-Kongresse gebucht.

Im Ausland erwirtschaftete die Messe München einen Umsatz in Höhe von etwa 68 Millionen Euro. Rund 650.000 Besucher und 12.000 Aussteller nahmen dort an den 28 Messen teil. Insgesamt konnten im Durchschnitt neun Prozent mehr Besucher und zehn Prozent mehr Aussteller bei Eigenveranstaltungen im Ausland im Vergleich zu den Vorveranstaltungen verzeichnet werden. Den größten Anteil am Umsatz hatte auch 2019 China, wo die Messe München seit mittlerweile 20 Jahren erfolgreich agiert. Darüber hinaus konnten insbesondere in Indien eindrucksvolle Erfolge erzielt werden.

Um auch im Jahr 2020 zukunftsfähig zu bleiben, wird die Messe München neue Veranstaltungen und Formate ins Leben rufen, berichtete Klaus Dittrich. So findet im Februar 2020 erstmals die digitalBAU in Köln mit mehr als 200 Ausstellern statt. Sie ergänzt im Zwischenjahr künftig die alle zwei Jahre in München stattfindende Weltleitmesse BAU. Mit einem umfassenden Ausstellungskonzept für alle am Bauen Beteiligten, innovativen Vorträgen in drei Fachforen und einem digitalBAU Start-Up-Award, der innovative Geschäftsideen in einer sich weiter digitalisierenden Baubranche prämiert, wird über drei Messetage hinweg ein deutliches Zeichen gesetzt: Die Digitalisierung im Bauwesen geht alle an.

Digitalen Dienstleistungen im Bausektor

Mit ihren individuellen Programmlösungen und digitalen Dienstleistungen im Bausektor werden auf der digitalBAU sowohl Architekten und Bauingenieure, Fachplaner, Fachhandwerk sowie öffentliche und private Bauherren angesprochen. Die digitale Planungsmethode BIM nimmt in Köln einen besonderen Stellenwert ein. Denn sie erreicht inzwischen neben Architekten oder Fachplanern ebenso Handwerk und Facility Management.

Eine Neuerung wird die zweite Auflage der Command Control im März bieten: Erstmals werden auf dem Cybersecurity-Summit die „Digital Transformer of the Year" – Awards verliehen. Mit dem Preis werden Unternehmen gewürdigt, die sich bei der Digitalisierung ihrer Organisation positiv hervorgetan haben. 2020 werden dabei erstmals auch Awards in zwei Kategorien vergeben, die sich branchenübergreifend mit Cybersicherheit auseinandersetzen.

Cybersecurity

Führende Köpfe aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zeigen auf dem Cybersecurity-Summit, wie Unternehmen die digitale Transformation ihrer Organisation sicher vorantreiben können. Die Veranstaltung richtet sich besonders an Cybersicherheitsverantwortliche wie CISOs, Geschäftsführer, Risk Manager und Datenschutzbeauftragte. Gezielte Matchmaking-Maßnahmen bringen dabei vor Ort die richtigen Personen miteinander in Kontakt.

Nach Dittrichs Worten ist Cybersicherheit einer der wichtigsten Faktoren für die erfolgreiche digitale Transformation. Aufgrund der sich täglich wandelnden Bedrohungslandschaft werde es für Unternehmen aber immer anspruchsvoller, ihre Daten und Abläufe angemessen zu schützen. „Entscheider benötigen deswegen neue Austauschmöglichkeiten und Managementstrategien. Mit der Command Control bieten wir dafür die perfekte Plattform und geben Unternehmen damit die Kontrolle in der digitalen Welt zurück."

IFAT: Neue Impulse beim Megatrend Nachhaltigkeit

Gleichzeitig wird die Messe München auch 2020 mit bewährten Messen Akzente setzen. Am Heimatstandort München stehen unter anderem die IFAT an, die wieder neue Impulse beim Megatrend Nachhaltigkeit setzen wird, sowie die Traditionsmessen analytica und electronica, die bereits seit mehr als 50 Jahren erfolgreich Branchentrends aufzeigen. Im Ausland wird die Messe München unter anderem mit einer ihrer Highlight-Veranstaltungen, der bauma China, an den Start gehen. Zudem wird die Messe München verstärkt in die Digitalisierung investieren, um neue Potenziale des Messegeschäftes auszuschöpfen. „Mit unseren digitalen Produkten verlängern wir die Präsenz unserer Kunden wie Aussteller und schaffen moderne ‚365 Tage im Jahr'-Plattformen", unterstrich Messechef Dittrich abschließend. **DK**

Neue Studie:

Die besten Szenarien für den Tourismus in Bayern

Aiwanger: „Die Zukunft des Tourismus in Bayern ist nachhaltig!"

In der Erhebung „Szenarien für den Tourismus in Bayern im Jahr 2040" wurden langfristige Zukunftsszenarien für den Tourismus in Bayern erarbeitet. Dabei werden Bayerns touristische Besonderheiten wie Berge, Seen, vielfältiger ländlicher Raum und attraktive Städte besonders berücksichtigt.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zur Untersuchung: „Der Tourismus ist wirtschaftlicher Stabilitätsanker und Impulsgeber in allen Teilen des Freistaates. Er sichert Arbeit und Einkommen für bis zu 600.000 Menschen – gerade in den ländlichen Regionen. Die Zukunft unseres Landes ist damit entscheidend mit der Entwicklung des Tourismus verknüpft. Die Studie hilft dabei, touristische Entwicklungen noch frühzeitiger aufzuspüren."

Im Einklang mit Mensch und Natur

Wirtschaftsminister Aiwanger weiter: „Das Leitbild unserer bayerischen Politik ist 'Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur'. Wir stehen für einen nachhaltigen Qualitätstourismus und eine touristische Entwicklung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Nur wo sich die Einheimischen wohl fühlen, fühlen sich auch die Gäste wohl."

In der Untersuchung wurden sieben mögliche Zukunftsszenarien für den Tourismus in Bayern festgestellt. Diese „Denk-Werkzeuge" helfen dabei, Entwicklungen im Tourismus frühzeitig vorauszusehen und touristische Strategien entsprechend neu zu erarbeiten oder anzupassen. Zwei dieser Szenarien wurden von den an der Studie beteiligten Tourismusakteuren als für Bayern besonders erstrebenswert charakterisiert, „Digital Dirndl" und „Neue Verträglichkeit": Sie beinhalten eine nachhaltige Entwicklung mit ausgewogenem Wachstum in der Fläche, den Erhalt der bayerischen Identität sowie Tourismusanbieter, die sich neue digitale Möglichkeiten zu Nutze machen. Sie gehen zudem auf ein verändertes Urlaubsverhalten ein, dass immer mehr Menschen umwelt- und sozialverträglich verreisen möchten.

Die Studie entstand an der Hochschule Kempten unter der Leitung von Professor Alfred Bauer, Dekan der Fakultät Tourismus-Management und Leiter des Bayerischen Zentrums für Tourismus, sowie unter Einbezug zahlreicher touristischer Akteure. Sie kann abgerufen werden (Download-Box) unter www.stmwi.bayern.de/tourismus/tourismuspolitik/. ❐

Glauber und Sibler:

Junge Menschen für die Natur begeistern

Sieger im Wettbewerb „Natur im Fokus" ausgezeichnet

Bayerns Artenvielfalt schätzen und schützen lernen: Der Fotowettbewerb „Natur im Fokus" will Kinder und Jugendliche für die Schönheit der heimischen Umwelt begeistern. Mehr als 1.000 junge Fotografen aus ganz Bayern nahmen 2019 an dem Wettbewerb teil.

Unter dem Motto „Geh doch mal raus!" waren Kinder und Jugendliche aufgefordert, ihre besten Naturfotos in den Kategorien „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" einzureichen. Die Preisträger wurden im „Museum Mensch und Natur" in München von den Staatsministern Thorsten Glauber und Bernd Sibler ausgezeichnet. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Preisverleihung: „Es war ein Rekordjahr: Über 2.600 Fotos wurden eingereicht. Ein Beleg dafür, mit welcher Begeisterung für die heimische Umwelt die jungen Fotografen durch die Natur streifen, immer den Finger am Auslöser. In allen Regionen des Freistaates gibt es spannende und einzigartige Motive. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Die Kinder und Jugendlichen haben herrliche Aufnahmen von unseren heimischen Tier- und Pflanzenarten gemacht. So werden Bayerns Naturschätze für jeden sichtbar. Was geschätzt wird, wird auch geschützt. Ich gratuliere allen Teilnehmern zu ihren großartigen Bildern."

Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler unterstrich: „Unsere jungen Nachwuchsfotografinnen und -fotografen konnten mit ihren Kameras wieder großartige Natur-Motive einfangen. Ich schätze diesen Wettbewerb sehr, denn er gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihren kreativen Blick durch die Linse zu präsentieren und gleichzeitig ihr Bewusstsein für Umwelt und Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Ich gratuliere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlich zu ihren tollen Fotos!"

Der Fotowettbewerb 2019 umfasst zwei Kategorien: Die beiden Themen „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" sollten die Kinder und Jugendlichen dazu anregen, Bayerns Naturschätze zu entdecken. Der Wettbewerb „Natur im Fokus" wurde im Jahr 2007 vom Museum Mensch und Natur ins Leben gerufen und wird seit 2010 gemeinsam mit dem Bayerischen Umweltministerium veranstaltet. Kooperationspartner ist das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Sonderpreis der Sparkassen

Das Umweltministerium fördert den Wettbewerb mit 10.000 Euro. „Natur im Fokus" richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 bis 18 Jahren in Bayern. 18 Preise wurden in den zwei Kategorien „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" vergeben. Hinzu kommen zwei Sonderpreise des Museums Mensch und Natur und der Bayerischen Sparkassen. Mit der Preisverleihung wird gleichzeitig die Sonderausstellung mit den Bildern der Preisträger eröffnet. Diese werden bis zum 19. April 2020 im Museum „Mensch und Natur" im Nymphenburger Schloss in München zu sehen sein und gehen ab März auf Tour durch ganz Bayern.

Der Fotowettbewerb hat sich zu einem wichtigen Element in der Umweltbildung entwickelt. Rund 4 Millionen Euro investiert der Freistaat dieses Jahr in diesem Bereich, insbesondere in Umweltstationen und eine Vielzahl von Umweltbildungsprojekten.

Mehr Informationen zum Wettbewerb gibt es im Internet unter www.natur-im-fokus.de. ❐

Markus Ferber:

HSS als bürgerlichen Think-Tank nutzbar machen

Ob beim Kampf gegen die Gefährdung der Demokratie oder gegen die Verrohung der Diskussionskultur sowie bei den Herausforderungen im Klimaschutz: es gibt viele Themen zu denen Politische Stiftungen einen wichtigen und wertvollen Beitrag leisten können. Ferber möchte das Potential der HSS als „bayerischen, bürgerlichen Think Tank" besser nutzbar machen und damit auch auf die veränderten Bedingungen in Gesellschaft, in Politik und auf der Welt reagieren. „Unsere Welt verändert sich dramatisch. Da ist es auch Aufgabe einer Politischen Stiftung, die unverzichtbarer Teil der politischen Kultur unseres Landes ist, den Wandel mitzugestalten. Als Kompass bietet sich hierzu das Leitmotiv unserer Stiftung an: Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung."

Die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie durch Politische Bildung war Gründungsauftrag für die parteinahen Stiftungen. „Dieser Auftrag ist aktueller denn je", sagte Ferber in seiner Rede, „denn Demokratie ist die Notwendigkeit, sich immer wieder den Ansichten Anderer auszusetzen. Hierzu gehören Konflikt und Konsens. Zu beidem müssen wir fähig sein. Zugleich darf aber eben jene Grenze nicht überschritten werden, die zwischen dem besteht, worüber in einer streitbaren Demokratie selbstverständlich gestritten werden darf und soll, und dem, was aus guten Gründen einer diskursiven Relativierung entzogen bleiben muss, um den friedlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und ihr menschliches Antlitz nicht zu gefährden. Um unsere Demokratie und den Frieden im Land zu bewahren, braucht es eine neue Kultur der demokratischen Auseinandersetzung. Hierzu kann die Hanns-Seidel-Stiftung z.B. mit ihren breitgefächerten Bildungsangeboten substantiell beitragen." Gleichzeitig forderte Ferber eine „neue Sachlichkeit" in Politik und Gesellschaft, um „der Erosion des Vertrauens in die Demokratie und in ihre Institutionen wirksam zu begegnen", wozu die Stiftung ebenfalls ihren Beitrag leisten werde. „Es lohnt sich und ist erfüllend, der Demokratie, dem Frieden und der Entwicklung zu dienen." In diesen Dienst stelle auch er seine Energie.

Zahlreiche Ehrengäste

Dem Festakt wohnten rund 250 Personen bei, darunter die Staatsministerin Kerstin Schreyer, die designierte Sozialministerin Carolina Trautner, Landtagspräsident a.D. Alois Glück, Landtagsvizepräsident a.D. Reinhold Bocklet, der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Christian Bernreiter, Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl, zahlreiche Landtagsabgeordnete, Vertreter des diplomatischen und konsularischen Corps, von Behörden, Kammern und Verbänden und den Kirchen. Für die musikalische Umrahmung sorgte Musikstudentin und HSS-Auslandsstipendiatin Ralica Bogdanova. ❐

Bayerische Landesstiftung:

Preise für leuchtende Vorbilder

Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl zeichnet die Preisträger der Bayerischen Landesstiftung aus, wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der feierlichen Verleihung der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2019 in München feststellte. „Die Preise der Stiftung sollen den Blick auf Menschen lenken, die sich mit Herzblut aktiv einbringen und dafür sorgen, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Sie sind ein leuchtendes Vorbild für alle Bürgerinnen und Bürger", betonte Füracker in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

Allein im Jahr 2019 hatte die Bayerische Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat ein Fördervolumen von rund 24 Millionen Euro. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 wurden somit Zuschüsse für mehr als 12.000 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 665 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Sozialpreis

Mit dem Sozialpreis wurden die Sozialgenossenschaft W.I.R. Wohnen Inklusiv Regensburg eG, die Ökumenische Beratungsstelle für Wohnraumerhalt im Landkreis Neu-Ulm und die Smartphone-App „PlayOff" der Landesstelle für Glücksspielsucht Bayern ausgezeichnet.

Bei „W.I.R. Wohnen Inklusiv Regensburg eG" handelt es sich um ein wegweisendes, inklusives Wohnprojekt. Es wurde von engagierten Eltern von Kindern mit mehrfachen, auch geistigen Behinderungen, und hohem Unterstützungsbedarf geschaffen. Seit Herbst 2017 leben dort Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam in einer barrierefreien Wohnanlage mit 47 Wohnungen und unterstützen sich gegenseitig. Die Bewohner mit Unterstützungsbedarf wohnen in eigenen Appartements in Wohngruppen mit je sechs Einheiten. Diese Wohneinheiten sind den individuellen Bedürfnissen hinsichtlich Pflege und Betreuung optimal angepasst. Neben zahlreichen Veranstaltungen und Festen, bei denen Inklusion mit Freude gelebt wird, haben sich so verlässliche Unterstützungsstrukturen etabliert.

Inklusives Wohnprojekt

Im Jahr 2011 mit Mitteln des Freistaats als Modellprojekt der Diakonie Neu-Ulm gegründet, ist die von Diakonie und Caritas gemeinsam getragene Beratungsstelle mittlerweile ein vom Landkreis finanziertes Regelangebot. Im vergangenen Jahr wurden über 350 von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Personen beraten. In vielen Fällen konnten durch frühzeitige Hilfen der Verlust des Wohnraums verhindert und auf diese Weise nicht zuletzt erhebliche Folgekosten sowohl für die Betroffenen als auch für Städte und Gemeinden im Landkreis Neu-Ulm vermieden werden.

Die Landesstelle für Glücksspielsucht Bayern (LSG) hat in den vergangenen Jahren mehr als 14.000 Betroffenen und über 3.500 Angehörigen in schwierigen Situationen geholfen. Als zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Glücksspielsucht wirken bei der LSG alle Institutionen in Bayern zusammen, die sich in der Prävention, Beratung und Forschung engagieren. Schätzungen zufolge leiden in Bayern insgesamt rund 33.000 Menschen an pathologischer Spielsucht. Außerdem zeigen weitere 35.000 Menschen bereits ein problematisches Spielverhalten.

Die kostenfreie App der LSG richtet sich an Nutzer von Glücksspielen. Das Angebot soll helfen, das eigene Spielverhalten zu kontrollieren und so das Spielen zu reduzieren oder sogar ganz aufzugeben. Das Programm gibt zudem Tipps für eine abwechslungsreiche Freizeit ohne Glücksspiele. Die kostenfreie App ist kein Therapieersatz für Menschen, die wegen ihrer Glücksspielsucht eine professionelle Behandlung benötigten, wohl aber eine hilfreiche Ergänzung.

Umweltpreis

Über den Umweltpreis durften sich die Schenker Industrie- und Städtereinigungs- GmbH für die hochwertige Wiederverwertung von Kunststoffen, der Landschaftspflegeverband Weidenberg & Umgebung e.V. für die Streuobstinitiative „Apfel-Grips" und die UmweltBank AG, Nürnberg, freuen.

Der Landschaftspflegeverband Weidenberg & Umgebung erhält wertvolle Streuobstwiesen durch Ankauf des Obstes aus Vertragsflächen in den sieben Ursprungsgemeinden des LPV, darunter Creußen, Goldkronach und Speichersdorf. Aus den qualitativ hochwertigen Streuobstäpfeln werden Saft und Secco hergestellt und über den Einzelhandel, Direktvermarkter und Unterstützer verkauft. Die Wiesenbesitzer verpflichten sich, weder Spritzmittel noch Mineraldünger zu verwenden.

Grüne Bank

Die UmweltBank überzeugte den Auswahlausschuss insbesondere dadurch, dass sie als Vorreiter für Sustainable Finance frühzeitig die Bedeutung von Nachhaltigkeit zum Erhalt unserer Lebensbedingungen erkannt hat. Staatsminister Füracker lobte zudem das „herausragende ökologische Engagement" der grünen Bank. Das Nürnberger Unternehmen hat in Bayern nicht nur viele Kunden, sondern finanziert hier auch zahlreiche Energie- und Immobilienprojekte.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis wurden schließlich die Geigerin Veronika Eberle, die Schauspielerin Senta Berger und der Historiker Prof. Dr. Alois Schmid bedacht. Die Preise waren je Sparte mit 30.000 Euro dotiert. **DK**

Nicht besitzen, sondern gestalten

Finanzminister Füracker stellt Beteiligungsbericht 2019 im Landtag vor

„Mit seinen Unternehmensbeteiligungen gestaltet der Freistaat zentrale Zukunftsthemen, unter anderem in den Bereichen Infrastruktur, Forschung, Wissenschaft und Technologie sowie Umwelt. Diese für den Erfolg Bayerns wichtigen Wirtschaftsfelder sind ein bedeutender Baustein vorausschauender Strukturpolitik und werden durch unsere Beteiligungspolitik unmittelbar und effektiv gefördert. Mit dem Beteiligungsfeld Medien und Kunst wird der Freistaat nicht nur seinem Kulturstaatsauftrag gerecht, sondern sorgt auch für eine nachhaltige Attraktivität des Standorts Bayern", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorlage des Beteiligungsberichts 2019 im Bayerischen Landtag mit. „Unsere Beteiligungen übernehmen wichtige Aufgaben für die Gemeinschaft und sind gleichzeitig ein starker Player in der bayerischen Wirtschaft", betonte Füracker.

Das Beteiligungsportfolio umfasst ein breites Unternehmensspektrum von Traditionsunternehmen, wie die staatlichen Brauereien, das Bayerische Hauptmünzamt oder die Bayerische Seenschifffahrt bis hin zum Engagement in wichtigen Zukunftsbranchen und bedeutenden Großunternehmen. Hierzu zählen insbesondere die BayernLB sowie die Flughäfen und Messen in München und Nürnberg. Das Beteiligungsportfolio unterliegt einem stetigen Wandel. Seit dem Jahr 2000 bis zum Stichtag 31. Dezember 2018 wurden insgesamt 36 Beteiligungsunternehmen veräußert bzw. liquidiert und 23 Unternehmen neu gegründet bzw. Anteile daran erworben. Mit der Neugründung der Bayern-Heim GmbH und der Beteiligung an der Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH sind im Jahr 2018 zwei neue Beteiligungen im Portfolio hinzugekommen. Zum 31. Dezember 2018 war der Freistaat insgesamt an 72 Unternehmen beteiligt.

„Bayern steht wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor. Zu diesem Erfolg tragen auch die bayerischen Beteiligungsunternehmen bei", merkte Füracker an. Allein in den vergangenen drei Jahren haben die bayerischen Beteiligungsunternehmen wiederum Ablieferungen an den Freistaat Bayern in Höhe von über einer Milliarde Euro geleistet. Als Arbeitgeber von über 37.000 Beschäftigten, darunter 45 Prozent Frauen, sind die Unternehmen aus dem bayerischen Wirtschaftsleben nicht wegzudenken.

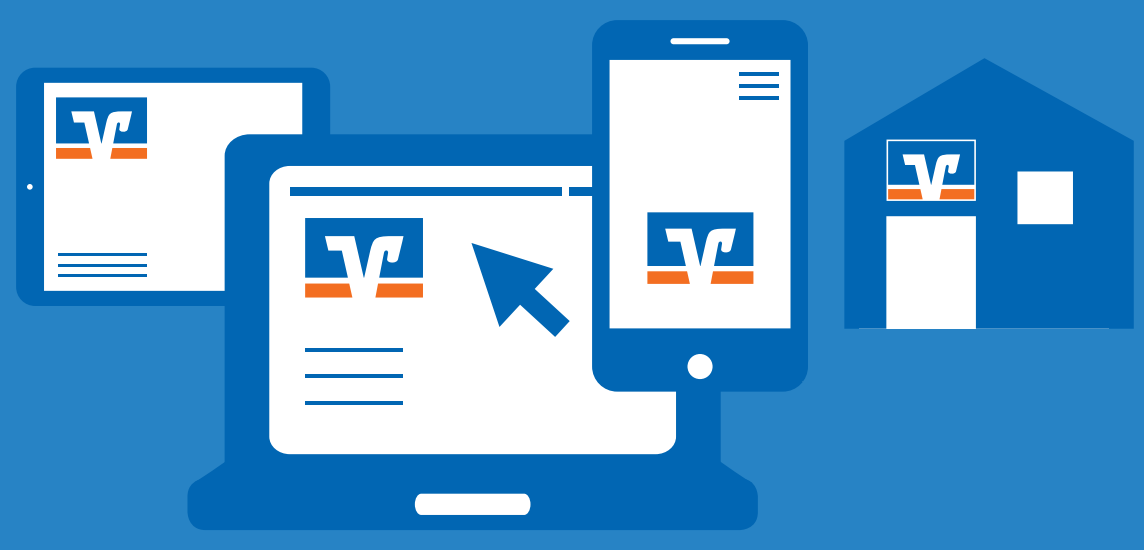


Albert Füracker. ❒

Ihr Gewinn für den Freistaat gehe damit weit über die unmittelbaren Gewinnablieferungen hinaus.

Der Beteiligungsbericht 2019 gibt einen Überblick über die Beteiligungen des Freistaats Bayern zum 31.12.2018. Anhand ausgewählter Kennzahlen, wie zum Beispiel Umsatz, Jahresergebnis oder Beschäftigtenzahl, wird die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen in den vergangenen Jahren aufgezeigt. ❒

Banking,
wann,
wo, wie
Sie wollen.



Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen.
Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf **bayern.vr.de**

Volksbanken
Raiffeisenbanken

Erfolgreiches Geschäftsjahr für Versicherungskammer

Konsequent auf Kundenbedürfnisse ausgerichtet

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft bei 8,7 Mrd. Euro, im selbstabgeschlossenen Geschäft bei 8,6 Mrd. Euro. Das entspricht einer Steigerung von insgesamt 4,7 bzw. 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „In einem anspruchsvollen Markt haben wir uns als Versicherer der Regionen mit unseren Versicherungslösungen und Serviceleistungen sowie mit unserem personell-digitalen Multikanalvertrieb mehr als gut positioniert", sagt Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns Versicherungskammer, dem größten öffentlichen Versicherer in Deutschland.

Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer (inkl. Drittgeschäft) wächst um rund 5,5 Prozent und liegt bei 65 Mrd. Euro. Durch den Beitritt zur Finanzinitiative PRI (Principles for Responsible Investment) bekennt sich die Versicherungskammer zu den Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren. Einen Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie bilden die Bereiche Infrastrukturprojekte und Erneuerbare Energien, in die der Konzern in den letzten Jahren verstärkt investiert. „Nachhaltigkeit hat für uns in allen Bereichen eine hohe Bedeutung", so Walthes.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung kann der Konzern Versicherungskammer die Beiträge überdurchschnittlich um 5,4 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro steigern. Die Kompositversicherer des Konzerns verzeichnen sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft einen Anstieg der Einnahmen. Insbesondere in der Wohngebäude- und Kraftfahrtversicherung sowie der Industrieversicherung werden Zuwächse erzielt. Den Großteil des gesamten Beitragsanstiegs verbucht der Versicherer der Regionen in den Geschäftsgebieten Bayern und der Pfalz. BavariaDirekt, der digitale Versicherer der Versicherungskammer, verzeichnet ein Beitragsplus von 20,1 Prozent.

Der Gesamtschadenaufwand für alle Naturgefahrenereignisse lag beim größten Öffentlichen Versicherer 2019 bei rund 200 Mio. Euro. Das Pfingstunwetter Anfang Juni war für den führenden Gebäudeversicherer in Bayern und der Pfalz das größte Naturgefahrenereignis der vergangenen 35 Jahre. Alleine für dieses lokale Hagel- und Starkregenereignis im Westen von München und im Allgäu wurden rund 150 Millionen Euro aufgewendet. Insgesamt gingen für Jörn gut 40.000 Schadenmeldungen ein, die Mehrzahl davon online.

Walthes erklärt: „Wir mussten eine ungewöhnlich große Anzahl von Totalschäden an Fahrzeugen feststellen, unter anderem verursacht durch starke Zerstörungen der gesamten Fahrzeugoberflächen sowie eingeschlagene Heck- und Frontscheiben, die häufig Einbauten für intelligente Fahrerassistenzsysteme enthalten." Im Gebäudebereich sorgten die heute eingesetzten hochwertigeren Baustoffe wie z.B. Wärmedämmungen, Photovoltaik und Schallschutz sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) für hohe Schadenvolumina und eine ungewöhnlich hohe Zahl von Großschäden. „Für uns als Versicherer macht ein solch' extremes Schadenereignis unseren Service für unsere Kunden erlebbar. Als verlässlicher Partner haben wir in kurzer Zeit bereits den größten Anteil der Schäden reguliert."

Gesundheits- und Pflegeversicherung

Die Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung, steigern die Beiträge um 2,8 Prozent auf 2,5 Mrd. Euro. Mit dem Anfang des Jahres eingeführten modularen Produktangebot BeihilfeCOMFORT für Beamte konnte die Anzahl neuer Kunden in diesem Segment um 50 Prozent gesteigert werden.

Das Geschäft in der Zusatzvorsorge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im privaten und betrieblichen Bereich entwickelt sich mit rund 55.000 Neukunden sehr positiv. Im Bereich der geförderten Pflegezusatzversicherung belegen die beiden Krankenversicherer mit einem Marktanteil von über 20 Prozent den ersten Platz, in der Kranken- und Pflegezusatzversicherung Platz 2 (nach Personen).

Mit dem „PflegePartner" wurde 2019 ein bis dato einmaliger Service auf den Markt gebracht, der Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit Beratung, Organisation und verschiedenen Services unterstützt – persönlich, telefonisch und digital. „Wir sind auf einem guten Weg, vom reinen Kostenerstatter zum modernen Gesundheitspartner unserer Kunden zu werden", so Walthes. Dazu gehören neben persönlichen und digitalen Services für Kunden auch die zusammen mit anderen privaten Krankenversicherern bereitgestellte Plattform und Gesundheitsakte „Meine Gesundheit".

Lebensversicherung

Die Lebensversicherer der Versicherungskammer steigern ihre Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr mit 5,3 Prozent um fast das Dreifache auf 3,2 Mrd. Euro. Walthes: „Angesichts des dauerhaft niedrigen Zinsniveaus suchen Kunden Möglichkeiten, einen Teil ihres Vermögens sicher anzulegen. Sie vertrauen uns, dass wir ihr Geld verantwortlich und nachhaltig anlegen."

Das 2018 gestartete Arbeitgeberportal zur Verwaltung von Verträgen der betrieblichen Altersversorgung und Zeitwertkonten verzeichnet eine zunehmende Nachfrage. „Mit 900 angeschlossenen Unternehmen haben wir den Bestand nahezu verdoppeln können", so Walthes weiter. Gleiches gelte für die Zahl der Verträge, welche in Zukunft für einen kontinuierlichen Beitragszuwachs sorgen werden. Zudem wurden alle Vertriebswege des Konzerns umfassend für das Geschäft im Wachstumsmarkt bAV geschult. ❐

Kreissparkasse Augsburg:

Dr. Wolfgang Zettl zum Vorstandsmitglied bestellt

Die Kreissparkasse Augsburg hat ihren obersten Führungskreis erweitert. Zum 1. Januar 2021 bestellt der Verwaltungsrat Dr. Wolfgang Zettl zum Vorstandsmitglied und stellt so einen reibungslosen Generationenwechsel im Vorstand sicher.

Wolfgang Zettl (54) ist seit 2010 bereits stellvertretendes Vorstandsmitglied. Er leitet seit 2005 die Unternehmenskundenabteilung der Kreissparkasse Augsburg. Seit mehr als drei Jahrzehnten widmet sich der promovierte Diplom-Kaufmann und Sparkassenbetriebswirt dem Geschäft mit mittelständischen Unternehmen und pflegt ausgezeichnete Kontakte zur hiesigen Wirtschaft. Vorangehende berufliche Stationen waren die Stadtsparkasse Aichach und die Stadtsparkasse Augsburg. Der gebürtige Friedberger lebt mit Frau und drei Kindern in seiner Heimatstadt. Sein Lebensmittelpunkt war und ist, beruflich wie privat, auf die Wirtschaftsregion Augsburg ausgerichtet. „Daher liegt mir sehr am Herzen mit meinem Schaffen einen nachhaltigen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität der Unternehmen und Menschen in unserer Region zu leisten", so Dr. Wolfgang Zettl.

Das Geschäft mit Unternehmen und dem Mittelstand zählt zu den Kernkompetenzen der Kreissparkasse und wurde in den vergangenen Jahren stets erfolgreich ausgebaut. So rangiert die Kreissparkasse Augsburg im Mittelstandsgeschäft seit Jahren unter den „Top-Ten" der bayerischen Sparkassen.

„Mit der Bestellung von Herrn Dr. Zettl in den Vorstand der Kreissparkasse würdigen wir dessen bisherige Leistung und stellen die Kontinuität der Geschäftsstrategie sicher", so der Vorsitzende des Verwaltungsrates Landrat Martin Sailer.

Der oberste Führungskreis der Kreissparkasse Augsburg besteht nun aus fünf Mitgliedern. Die drei Vorstände Richard Fank (Vorsitzender), Horst Schönfeld (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Wolfgang Zettl werden von zwei Stellvertretern unterstützt: Dies sind der Direktor Firmenkundenabteilung Peter Mayr und der Gebietsdirektor Rainer Hörath. ❐

Mehr Geld durch Wohngeldreform

Zum Jahresanfang ist das neue Wohngeldgesetz in Kraft getreten. Mit der Reform wurden die Reichweite und das Leistungsniveau des Wohngelds angehoben. Außerdem beinhaltet der Gesetzentwurf historisch erstmalig eine Dynamisierung des Wohngelds, die erstmalig ab 2022 greift. Wie Richard Lechner, Leiter des Sachgebiets Besondere soziale Angelegenheiten, Senioren am Landratsamt Pfaffenhofen mitteilt, wird sich durch die Reform in vielen Fällen das monatliche Wohngeld erhöhen.

„Das Wohngeld ist eine sehr wichtige soziale Leistung. Mit dem neuen Wohngeldgesetz wird dazu beigetragen, dass Wohnraum auch für unsere einkommensschwächeren Haushalte bezahlbar bleibt", so Landrat Martin Wolf. Wohngeldhaushalte, denen Wohngeld bis ins Jahr 2020 hinein bewilligt wurde, müssen nichts veranlassen. „Zu Beginn des Jahres 2020 wird von Amts wegen neu über den im Jahr 2020 liegenden Zeitraum entschieden und es ergeht hierzu ein Bescheid", so Richard Lechner. Im Einzelnen sieht die Reform u.a. folgende Regelungen vor:

- Anpassung des Wohngelds an die allgemeine Entwicklung von Mieten und der nominalen Einkommen in Höhe der Inflation: Für einen 2-Personen-Haushalt, der bereits vor der Reform Wohngeld erhalten hat, wird das Wohngeld von prognostizierten 145 Euro monatlich um ca. 30 Prozent auf 190 Euro monatlich steigen.
- Erhöhung der Reichweite des Wohngeldes: Mit der Wohngeldreform steigt die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von im Jahr 2020 erwarteten 480.000 Haushalten auf ca. 660.000 Haushalte. Darunter sind auch 25.000 Haushalte, die mit dem erhöhten Wohngeld nicht länger auf Leistungen aus den Grundsicherungssystemen - wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe - angewiesen sind. Außerdem werden die Arbeitsanreize verbessert, da zukünftig zusätzliches Einkommen das Wohngeld nur in geringerem Maß reduziert.
- Regional gestaffelte Anhebung der Höchstbeträge, bis zu denen die Miete bzw. Belastung (bei Wohnungseigentümern) berücksichtigt wird.

Wohngeld ist ein Zuschuss zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Die Sozialleistung wird grundsätzlich nur auf Antrag gewährt. Beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen besteht ein Rechtsanspruch auf das Wohngeld. Unterschied Mietzuschuss/Lastenzuschuss Wohngeld in Form eines Mietzuschusses gibt es für Mieterinnen und Mieter von selbst genutztem Wohnraum. Für eine Zweitwohnung kann jedoch kein Wohngeld beantragt werden. Einen Lastenzuschuss können Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutztem Wohnraum beantragen.

Voraussetzungen ob und in welcher Höhe jemandem Wohngeld zusteht, hängt ab von der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der Höhe der berücksichtigenden Miete bzw. Belastung für den Wohnraum.

Nicht wohngeldberechtigt sind Personen, die eine staatliche Sozialleistung beziehen, die auch die Kosten der Unterkunft enthält. Das sind insbesondere Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Hilfe zum Lebensunterhalt. Ebenfalls nicht wohngeldberechtigt sind Personen, die sich in Ausbildung befinden, alleine leben und dem Grunde nach einen Anspruch auf Ausbildungsförderungen haben.

Beantragung

Wohngeldanträge gibt es bei den jeweiligen Gemeindeverwaltungen, beim Landratsamt und im Internet unter https://www.stmb.bayern.de/wohnen/wohngeld/index.php. Die Anträge für Wohnraum im Landkreis Pfaffenhofen werden im Landratsamt Pfaffenhofen, Sachgebiet Besondere soziale Angelegenheiten, Senioren, Hauptplatz 22, 85276 Pfaffenhofen bearbeitet. Wohngeldanträge für Wohnraum außerhalb des Landkreises Pfaffenhofen sind bei der jeweiligen dortigen Gemeinde bzw. dem dortigen Landratsamt zu stellen.

Das Wohngeld ist rechtzeitig zu beantragen, da es grundsätzlich nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag bei der Wohngeldbehörde gestellt worden ist. „Bitte bedenken Sie, dass nur ein vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag und die Vorlage der benötigten Unterlagen eine zügige Bearbeitung ermöglichen. Die Wohngeldstelle ist verpflichtet, die Plausibilität der dargelegten Einkommensangaben zu überprüfen. Die Angabe der Einkünfte dient daher nicht nur der Berechnung des wohngeldrechtlich maßgeblichen Einkommens, sondern auch einer sachgerechten Entscheidung über den gestellten Wohngeldantrag", so Richard Lechner. ❐

Weihnachtsaktion brachte fast 70.000 Euro

Spendenrekord bei der Weihnachtsaktion der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg: Genau 69.273,64 Euro brachte der Aufruf „Von Herzen spenden – Wir verdoppeln". Eine wertvolle Unterstützung für die Projekte der Empfängereinrichtungen.

Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftergemeinschaft: „Ein riesengroßes „Danke" an die zahlreichen Spenderinnen und Spender. Für die Vereine und Organisationen, die eine tolle Arbeit machen, freut mich diese stolze Summe ungemein. So wird effektiv vor Ort geholfen, denn das Geld bleibt fast ausschließlich in der Region."

Die Stadtsparkasse Augsburg verdoppelte die im Aktionszeitraum eingegangenen Spenden in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft und stellte hierfür insgesamt 25.000 Euro zur Verfügung.

Das HAUS DER STIFTER bietet inzwischen 19 Förderstiftungen eine Plattform um Spenden zu generieren. Der durchschnittliche Spendenbetrag lag bei 115 Euro. Fast 40 % der Spenden gingen online ein. Dem „Spitzenreiter" gelang durch eine effektvolle Öffentlichkeitsarbeit eine Gesamtspende von über 17.000 Euro. Auch die Azubis der Sparkasse waren aktiv dabei: die JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) rief zu Spenden auf und half tatkräftig mit. ❐

LfA Förderbank Bayern:

Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

Staatliche Förderbank veröffentlicht erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Der Nachhaltigkeitsgedanke mit seinen Teilaspekten Ökologie, Ökonomie, Soziales und Governance ist fest in der LfA Förderbank Bayern verankert. Anspruch der LfA ist es, durch eine nachhaltige Ausgestaltung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu unterstützen und damit zur nachhaltigen Entwicklung des Freistaates Bayern beizutragen. Bereits seit 2012 erscheint der Nachhaltigkeitsbericht der LfA. Ergänzend dazu hat die LfA aktuell ihre erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) veröffentlicht.

Ziel der DNK-Erklärung ist es, die Nachhaltigkeitsleistungen der LfA nach festgelegten Kriterien systematisch, transparent und vergleichbar zugänglich zu machen. 20 qualitative Kriterien und 29 zusätzliche GRI-Leistungsindikatoren ermöglichen einen schnellen Überblick über ökologische, soziale und Governance-Aspekte beim internen Bankbetrieb und dem Produkt- und Dienstleistungsangebot der LfA.

Diese GRI-Leistungsindikatoren stellen die Berichtskriterien der unabhängigen Global Reporting Initiative dar, deren Leitlinien sich in der nachhaltigen Berichterstattung international als Standard etabliert haben.

„Die LfA lebt Nachhaltigkeit! Die Veröffentlichung unserer Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex zeigt, dass unsere Geschäftspolitik nachhaltig ausgerichtet ist und wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung leisten. Dabei handeln wir nicht nur intern nachhaltig. Mit unserem Finanzierungsangebot unterstützen wir zudem etwa den Mittelstand dabei, Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und Verbesserung des Umweltschutzes zu verwirklichen", so LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl. ❐

Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München

10.000 Euro-Spende

Seit jeher zählt es zum unternehmerischen Verständnis der Stadtsparkasse: Für die Münchnerinnen und Münchner da sein – weit über die Banktätigkeit hinaus. Das gelingt mit zahlreichen Spenden, Sponsorings und den fünf von ihr gegründeten und dotierten Stiftungen.

Mit einem namhaften Betrag hat die Stadtsparkasse im zu Ende gehenden Jahr über 200 Projekte gefördert. Zuletzt erhielt die Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München eine Spende über 10.000 Euro. Christine Bronner von der Stiftung Kinderhospiz nahm den symbolischen Spendenscheck von Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, unter dem Weihnachtsbaum entgegen.

Ein Stück Menschlichkeit

„Ich freue mich, dass wir die so wichtige Arbeit der Mitarbeiter des ambulanten Kinderhospiz München unterstützen können. Damit machen Sie die Stadt für die Menschen ein Stück menschlicher und die Stadtsparkasse München hilft gerne dabei", freut sich Fleischer über finanzielle Unterstützung, die sein Haus dazu leistet.

Gefördert wurden 2019 unter anderem die Klinik-Clowns, die Nachbarschaftshilfe, Frauenhäuser (Horizont e.V.), die Stiftung Lichtblick Kinder- und Jugendhilfe, Projekte zur Gewaltprävention mit IMMA und dem Deutschen Kinderschutzbund, der Abbau von Migrationsdefiziten mit der „Über den Tellerrand kochen Gastro Akademie" zur Vorbereitung auf eine Ausbildung im Gastrogewerbe oder dem Verein wohlBEDACHT, der mit der Spende ein Wohnhaus für Menschen mit Demenz umgebaut hat.

Online-Spenden-Plattform

Hinzu kommen in 2019 insgesamt 1,3 Mio. Euro als Spenden-Sammelergebnis über die von der Stadtsparkasse in Kooperation mit betterplace ins Leben gerufene Online-Spenden-Plattform www.gut-fuer-muenchen.de. Die Spenden dieser Plattform kommen zu 100 Prozent den Förderprojekten zugute, da die Kosten für das Portal von der Stadtsparkasse München getragen werden. Seit der Gründung der Plattform vor vier Jahren sind insgesamt bereits 4,3 Millionen Euro zusammengekommen. ❐

Strategische Neuausrichtung:

BayernLB wird zur Zukunftsbank

Die BayernLB hat ihr neues wirtschaftliches Zielbild präsentiert. Nach Auffassung des Freistaats Bayern und des Sparkassenverbands Bayern ist die Neuausrichtung des Geschäftsmodells ein wichtiger Schritt zur Sicherung der langfristigen Stabilität und des Werts ihrer Beteiligung an der BayernLB.

„Eine starke BayernLB ist gut für Bayern. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Vorstand die Bank jetzt mit einem klaren strategischen Zielbild zur Zukunftsbank weiterentwickelt", kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker das Ergebnis.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, ergänzte: „Der Vorstand der BayernLB ergreift die Initiative und stellt sich aktiv den Herausforderungen des Markt- und Wettbewerbsumfelds. Ich begrüße, dass die BayernLB dabei offen für eine verstärkte Zusammenarbeit ist und verlässlicher Partner der bayerischen Sparkassen bleiben wird."

Das vom Aufsichtsrat gebilligte Zielbild sieht vor, die BayernLB bis 2024 zu einer fokussierten Spezialbank weiter zu entwickeln. Dabei wird sie sich im Finanzierungsgeschäft künftig insbesondere auf fünf Zukunftssektoren der bayerischen und deutschen Wirtschaft sowie die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten konzentrieren. Gleichzeitig wird der Konzern einen hohen dreistelligen Millionenbetrag in die Infrastruktur und IT in München und Berlin investieren, um die Effizienz der Plattform in München deutlich zu erhöhen und das weitere Wachstum seiner Tochter DKB voranzutreiben.

„Die BayernLB definiert in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld mit tiefgreifenden und disruptiven Wettbewerbsveränderungen selbstbestimmt ihren eigenen Weg. Wir wissen, wohin wir wollen, und wir wissen, dass wir das nötige Rüstzeug dafür haben, um unser Ziel zu erreichen. Wir bauen die Zukunftsbank BayernLB, mit klarem Leistungsversprechen an unsere Kunden und hohem Anspruch an uns selbst – und ohne dabei unsere bewährten konservativen Risikoleitplanken zu verlassen. Dafür müssen wir uns nicht grundlegend neu erfinden. Aber wir werden vieles verändern, um die BayernLB dauerhaft finanziell gesund aufzustellen und so auch in Zukunft zu den eigenständig und nachhaltig erfolgreichen Banken in Deutschland zu gehören", erklärte Vorstandsvorsitzender Stephan Winkelmeier.

Nachhaltige Themenfelder

Mit ihrer strategischen Neuausrichtung zielt die BayernLB auf beständiges profitables Wachstum durch den Ausbau ihrer Stärken. Dabei erwartet die Bank von einer stärkeren Ausrichtung auf nachhaltige Themenfelder, denen sie sich als öffentlich-rechtliches Institut traditionell stark verpflichtet fühlt, die Erschließung neuer Geschäftspotenziale. Gleichzeitig wird sich die BayernLB auf die Kunden konzentrieren, für die sie einen ausreichenden Mehrwert schaffen kann. Vor allem im Kapitalmarktgeschäft soll das Produktangebot stark reduziert werden. Insgesamt sollen die Kosten in der Kernbank signifikant sinken.

Im Rahmen ihrer strategischen Neuausrichtung hat die BayernLB auch für die einzelnen Geschäftssegmente klare Zielbilder entwickelt. Wachstumsmotor Nummer 1 des BayernLB-Konzerns soll die Tochtergesellschaft DKB bleiben, die sich bereits in den zurückliegenden Jahren sehr dynamisch entwickelt hat. Die DKB soll noch stärker als bisher als TechBank und digitaler Wegbegleiter ihrer Kunden agieren. Geplant sind dafür Zukunfts- und Wachstumsinvestitionen in Höhe von rund 400 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren. Die BayernLB rechnet bei ihrer Tochter mit einem starken Ertragswachstum durch die angestrebte Verdopplung der Kundenzahl auf 8 Mio. In Verbindung mit einem disziplinierten Kostenmanagement soll am Ende des Investitionszeitraums ein Renditeniveau von gut 10 Prozent vor Steuern erreicht werden.

Im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft wird die BayernLB in den kommenden Jahren deutlich expandieren. Das Wachstum soll sowohl im Inland als auch in ausgewählten Auslandsmärkten, insbesondere in Westeuropa, Großbritannien und den USA realisiert werden. Die BayernLB rechnet damit, ihr Kreditportfolio in der Immobilienfinanzierung und die Erträge im Immobiliengeschäft bis zum Jahr 2024 stark auszuweiten.

Wettbewerbsfähiges Produktangebot

Die BayernLB wird auch weiterhin die Zentralbank der bayerischen Sparkassen sein und den Instituten mit einem wettbewerbsfähigen und fokussierten Produktangebot als Partner zur Verfügung stehen. Das Institut ist offen für Gespräche, innerhalb des Sektors im Rahmen einer Arbeitsteilung Produktkompetenzen stärker zu bündeln. Auch das Geschäft als starker Partner der Öffentlichen Hand wird die BayernLB unverändert weiterführen. In dem Geschäftsfeld werden daneben künftig auch alle Finanzinstitutionen betreut. Insgesamt sollen die Erträge im Geschäft mit Sparkassen und Financial Institutions durch die strategischen Adjustierungen bei gleichzeitig angestrebter Kostensenkung leicht wachsen.

Als Spezialbank für Zukunftsthemen und als Innovationspartner der bayerischen und deutschen Wirtschaft wird die BayernLB künftig mit ihrer Strukturierungsexpertise in der Finanzierung (Structured Asset Finance) und mit ausgewählten Kapitalmarktprodukten insbesondere Unternehmen aus fünf innovativen Zukunftsbranchen – Energie, Mobilität, Technologie, Maschinen- und Anlagenbau, Bau und Grundstoffe – beraten und begleiten. Dafür hat der Konzern seine bisherigen Einheiten „Financial Markets" und „Corporates & Mittelstand" zum neuen Segment „Corporates & Markets" zusammengelegt. Die Teile des Kapitalmarktgeschäfts, die dem Bedarf der Kunden nicht mehr entsprechen und nicht profitabel genug sind, werden sukzessive aufgegeben.

„Wir haben viele Stärken, die wir in den kommenden Jahren noch effektiver nutzen werden. Wir sind davon überzeugt: Durch den Wandel von der Universalbank zu einer effizienten Spezialbank und innovativen Digitalbank unter einem Dach können wir als BayernLB-Konzern den erfolgreichen Weg der letzten Jahre fortschreiben", stellte Vorstandschef Winkelmeier fest. **DK**

Versicherungskammer-Stiftung:

Wie aus Ideen Taten entstehen

„FORUM EHRENAMT – engagiert diskutiert" in München

Die Zusammenarbeit über Generationen hinweg ist in Vereinen, Non-Profit-Organisationen und Mehrgenerationen-Häusern von besonderer Bedeutung für den Fortbestand und die zukünftige Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements. Eine gemeinsame generationenübergreifende Bildungs- und Lernerfahrung soll nun das Miteinander aller Generationen in Bayern stärken – insbesondere im Bereich des Ehrenamts und des Bürgerschaftlichen Engagements.

Zu diesem Zweck wurde bei der Veranstaltung „FORUM EHRENAMT – engagiert diskutiert" der Versicherungskammer-Stiftung in München auf Forschungsebene die aktuelle Studie „Generationenübergreifendes Lernen im Kontext des freiwilligen Engagements" der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt von Prof. Dr. Elisabeth Kals und Svenja C. Schütt vorgestellt. Sie liefert erste noch unveröffentlichte Ergebnisse zum generationenübergreifenden Lernen sowie zu den Motiven und Wirksamkeiten. Präsentiert wurden zudem aktuelle Weiterbildungsangebote im Generationenmanagement, die durch staatliche Unterstützung generationenübergreifendes Arbeiten fördern.

Im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, ob im Sportverein, beim Eltern-Kind-Treff oder in der Freiwilligen Feuerwehr, treffen Menschen verschiedener Generationen aufeinander, die ihr Wissen und ihre Werte einbringen. Vom offenen Austausch können beide Seiten profitieren. Gerade junge Leute, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, reizt die Wissens- und Erfahrungsvermittlung durch die Älteren. Umgekehrt entwickeln die Generationen vor ihnen Verständnis für deren Lebenssituation.

„Das Ehrenamt bildet die Brücke zwischen den Generationen, die insbesondere mit Blick auf den demografischen und gesellschaftlichen Wandel geschlagen werden muss", erklärte eingangs Wolfgang Reif, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Stiftung, ehe Ministerialrat Dr. Andreas Frank in Vertretung für die Schirmherrin Staatsministerin Kerstin Schreyer verdeutlichte, wie wichtig die vielfältige Förderung des Sozialministeriums im Bereich intergenerativer Maßnahmen ist.

Wie können Generationen gemeinsam lernen und vom gegenseitigen Austausch profitieren? Welche Maßnahmen braucht es und wie kann zwischen den Generationen vermittelt werden? Generationenübergreifendes Lernen kann von geschulten Haupt- und Ehrenamtlichen aktiv gestaltet werden. Im Rahmen des Forums stellten sich drei Fort- und Weiterbildungsangebote aus Bayern vor, die genau hier ansetzen:

Die lagfa bayern e.V. bietet das niedrigschwellige und praxisnahe Ausbildungsprogramm „Generationenwerker" an, das sich an Hauptamtliche in Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement sowie an engagierte Freiwillige richtet, die schon oder künftig mit der Zielgruppe zusammenarbeiten. Die Ausbildung ist in drei Module aufgeteilt.

Modulare Fortbildung

Die berufsbegleitende Fortbildung „Generationenmanager" auf Bachelor-Niveau kann bei der Katholischen Stiftungshochschule München am Campus in Benediktbeuern absolviert werden. Das Studium eignet sich für Hauptamtliche, die in den Bereichen Generationenarbeit und generationenübergreifendes Bürgerschaftliches Engagement tätig sind, beispielsweise Mitarbeitende in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, in Kommunen oder aus Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen. Die Fortbildung ist modular aufgebaut und besteht aus fünf Seminarblöcken.

Das Landesforum Katholische Seniorenarbeit führt den Qualifizierungskurs zum „Generationenmentor" durch. Daran teilnehmen können alle, die an Generationenarbeit interessiert sind, etwa Senioren-, Familien- und Schulbeauftragte in Pfarrei, Quartier oder Kommune, Haupt- und Ehrenamtliche in Gruppen und Verbänden, aus der Erwachsenenbildung, Seniorenprogrammen, Sportvereinen, Pflege oder offenen Altenarbeit. Der Qualifizierungskurs besteht aus zwei Teilen: dem Grundkurs mit drei und dem Aufbaukurs mit zwei Schulungstagen.

Generationenübergreifendes Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement untersuchte die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt im Rahmen einer Studie mit mehr als 700 Teilnehmenden aus Deutschland. Dabei gingen Prof. Dr. Elisabeth Kals und Svenja C. Schütt zunächst den Fragen nach, welche Formen des generationenübergreifenden Lernens wie voneinander, miteinander und übereinander Lernen in generationenübergreifenden Projekte stattfinden und inwieweit sich die Gewichtungen und Anteile dieser Lernformen im Zeitverlauf verändern. Abgefragt wurde zudem, welche Motive einem (generationenübergreifenden) Engagement zugrunde liegen und welche Wirksamkeiten durch generationenübergreifendes Engagement erzielt bzw. bedingt werden.

Die Ergebnisse zeigen anhand der zahlreichen positiven Wirkungen, dass sich ein solches Engagement auf vielen Ebenen als sinnvoll und wichtig erweist. Generationenprojekte gehen mit besonderen Gewinnen für die Generationenbeziehungen in unserer Gesellschaft einher. Ein solches Engagement dient aber nicht nur Anderen oder der Gesellschaft, sondern auch den Engagierten selbst. So findet in Form des generationenübergreifenden Lernens ein Austausch zwischen den Generationen statt, bei dem alle Generationen voneinander profitieren können und sich einander annähern.

Zudem profitieren Engagierte von einem solchen Engagement etwa in Form einer Förderung des eigenen Selbstwerts oder sogar einer Stärkung des eigenen Lebenssinns. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass Generationenprojekte langfristig angelegt sein sollten, da vor allem das generationenübergreifende Lernen Zeit braucht, um sich stärker zu etablieren.

Das generationenübergreifende Engagement bleibt daher auch weiterhin ein spannendes Forschungsfeld. Viele Fragen sind noch unbeantwortet. Gleichzeitig gewinnt dieses Engagement angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen, wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung oder der wachsenden räumlichen Distanz zwischen Familienmitgliedern, zunehmend an Bedeutung. **DK**

Banken in der Pflicht

CSU-Entlastungsoffensive für Sparer, Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen

Die CSU hat auf ihrer Klausurtagung in Kloster Seeon mit ihrer „Entlastungsoffensive für Sparer, Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen" ein klares Signal in der Wirtschaftspolitik gesetzt und dabei die Banken in die Pflicht genommen. Die Forderung: ein kostenloses Basiskonto für jedermann. Die Kritik aus der Bankenbranche ließ nicht lange auf sich warten: Sowohl Sparkassen als auch Genossenschaftsbanken lehnen den CSU-Vorschlag rundweg ab.

Nach den Vorstellungen der CSU sollen die Banken in Zukunft generell und nicht nur beim Online-Banking auf Kontoführungsgebühren verzichten. Gemeinsam mit den Banken soll ein Basiskonto für kleine und mittlere Einkommen entwickelt werden, wobei grundlegende Funktionen wie die Abwicklung von Gehalt und Miete möglichst kostenlos zur Verfügung stehen sollten.

GVB-Stellungnahme

GVB-Präsident Jürgen Gros erinnerte hier umgehend an „marktwirtschaftliche Prinzipien, die trotz der von der EZB-Niedrigzinspolitik heraufbeschworenen Situation gültig bleiben sollen". Dazu zähle vor allem die Gestaltungsfreiheit der Kreditinstitute bei ihren Kontomodellen. Staatliche Preisvorgaben sind aus Gros' Sicht unnötig. Der Wettbewerb funktioniere. Jedem Sparer stehe es frei, sich das für seine Bedürfnisse passende Kontomodell auszuwählen.

Für Walter Strohmaier, Bundesobmann der Sparkassen, ist der CSU-Vorschlag ein „Schlag ins Kontor der regionalen Kreditwirtschaft". Ohnehin sei die Situation der Banken vor dem Hintergrund niedriger Zinsen und entsprechend mageren Margen sehr herausfordernd. Grundsätzlich unterstützt Strohmaier aber die CSU-Vorschläge, Anreize für Sparer zu schaffen. Dazu zählt eine festverzinste Innovationsanleihe ebenso wie die geplante Steuerfreiheit für Langfrist-Sparer.

Innovationsanleihe

Die Innovationsanleihe soll laut CSU mit einem staatlich garantierten Positivzins von 2 Prozent und einer Laufzeit von 10 Jahren eingeführt werden. Ausgereicht werden soll die neue Anleihe über die KfW, die die eingeworbenen Mittel in Start-ups und Unternehmensinnovationen mit einem Schwerpunkt auf neue Schlüsseltechnologien der Digitalisierung wie Künstliche Intelligenz und Klimatechnologien investiert. Die Verzinsung wird staatlich garantiert bzw. über die erwirtschafteten Investitionsrendite refinanziert. „Damit schaffen wir ein Kreislaufsystem mit einem attraktiven Angebot für Sparer und dringend benötigtem Risikokapital für Startups."

Zocken und Sparen

„Es gibt einen Unterschied zwischen Zocken und Sparen zur Altersvorsorge – und der muss sich auch im Steuerrecht abbilden", heißt es mit Blick auf die geplante Steuerfreiheit für Langfrist-Sparer. Die Altersvorsorge von Klein-Anlegern dürfe nicht genauso besteuert werden wie kurzfristiges Intra-Day-Trading. „Wir wollen deshalb eine Steuerfreiheit von Kursgewinnen langfristiger Anlagen zur Altersvorsorge – mit einer Spekulationsfrist von fünf Jahren. Wer eine Aktie oder Anleihe über diesen Zeitraum hält, soll von der Steuerpflicht freigestellt werden."

„Wir wollen einen Belastungsstopp", lautet eine weitere CSU-Forderung. „Wenn das Wachstum zurückgeht, darf es nicht darum gehen, die Staatskassen zu füllen, sondern Bürgern und Unternehmen finanzielle Freiräume zu ermöglichen. Deshalb: Keine neuen Belastungen. Einkommensteuer-Erhöhungen, höhere Erbschaftsteuern oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen wir ab. Wem gut 800 Milliarden Euro gesamtstaatliche Steuereinnahmen immer noch nicht ausreichen, der handelt nicht verantwortungsbewusst, sondern maßlos. Wir brauchen einen Einstieg in eine Entlastung für die kleineren und mittleren Einkommen und einen Einstieg in eine notwendige Modernisierung der Unternehmensbesteuerung in Deutschland."

Unternehmen entlasten

Deutschland ist im OECD-Vergleich zum Hochsteuerland geworden. Deshalb soll ein Unternehmensstärkungsgesetz verabschiedet werden, das die Unternehmen im internationalen Wettbewerb erheblich entlastet. Ziel ist die Absenkung der Ertragssteuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent. „Damit schaffen wir Spielräume für notwendige Investitionen in Digitalisierung und Innovationen. Dabei wollen wir die Rechtsformeutralität, gerade für Personengesellschaften, wahren. Gleichzeitig wollen wir die Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe unterstützen, indem wir die steuerliche Abschreibung für digitale Innovationsgüter deutlich verbessern."

Bürokratieabbau

Neben der „Steuererklärung mit einem Klick" ist ein Bürokratieentlastungsgesetz IV angedacht. „Wer das Wachstumspotenzial unseres Landes freisetzen will, muss die bürokratischen Belastungen unserer Unternehmen und insbesondere des Mittelstandes lockern. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz III haben wir die Wirtschaft bereits um 1,15 Milliarden Euro entlastet. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und in einem Bürokratieentlastungsgesetz IV weitere Entlastungen durchsetzen", betont die CSU-Landesgruppe.

Dazu gehörten eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels-und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre und die Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von derzeit 800 auf 1.000 Euro. „Wir wollen außerdem das Jahr 2020 zum Initiativjahr für die Unternehmensdigitalisierung machen – und dafür eine 50-prozentige Sonder-Afa auf Digitalinvestitionen einführen."

Minijobs weiterentwickeln

Darüber hinaus will die CSU die bestehenden Minijobs weiterentwickeln. Dafür soll die Minijob-Grenze auf 600 Euro pro Monat angehoben werden. Daneben sollen auch die Minijobber an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. „Deshalb fordern wir, dass die Verdienstgrenze der Minijobs künftig mit den Löhnen steigt." **DK**



Regierungspräsident Axel Bartelt (5.v.l.) zusammen mit den Referenten des Herbstforums Dr. Martin Müller, Dr. Benjamin Kopp, Dr. Stefan Kremb, Dr. Stefan Dick, Dr. Andreas Kolbinger, Axel Bauer und Raimund Schoberer. Bild: Markus Bauer

Das Grundwasser im Blick haben!

Herbstforum der „Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für die Oberpfalz“

Mit der Wasserversorgung und landwirtschaftlichen Bewässerung in Zeiten des Klimawandels beschäftigte sich das dritte Herbstforum der „Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für die Oberpfalz“ in Schwarzenfeld. Gut 100 Gäste aus Kommunalpolitik, Wasserwirtschaft, Wasserversorgung und Landwirtschaft nahmen daran teil.

„Der Klimawandel ist auch in der Oberpfalz angekommen“, stellte Regierungspräsident Axel Bartelt anhand des Beispiels Ammerbach (bei Amberg) fest. Dieser Bach war einige Monate ausgetrocknet. Mit Blick auf die Landwirtschaft meinte er: „Wir werden es nur miteinander schaffen, wir müssen uns alle engagieren. Es darf kein Gegeneinander geben. Mit Argwohn sehe ich, dass die Landwirtschaft dorthin gestellt wird, wo sie nicht hingehört. Wir haben der Landwirtschaft viel zu verdanken.“

Für sorgsamen Umgang

Bartelt ging auf die klimatischen Entwicklungen und deren Folgen ein und schloss daraus auf einen Rückgang des Grundwassers. Daher appellierte er für einen „sorgsamen Umgang mit diesem Schatz“. Bewusst ist Bartelt der Wasserbedarf in der Landwirtschaft, da Bewässerung notwendiger wird. Aber auch im privaten und kommunalen Verhalten muss viel getan werden, jeder hat seinen Anteil zu leisten“, stellte der Regierungspräsident fest.

Unter dem Titel „Klimawandel in Bayern. Auswirkungen auf das Grundwasser“ ging Dr. Benjamin Kopp vom Landesamt für Umwelt auf die Grundwassernutzung (94 Prozent für Trinkwasser) und die Grundwasserneubildung ein. Höhere Temperaturen, Trockenheit, Abnahme der Winterniederschläge und mangelnder Regen hätten auch in der Oberpfalz zu einem Defizit beim Grundwasser geführt. Zugenommen haben auch die Tage, an denen in der Landwirtschaft bewässert werden muss. Oft seien „erhebliche Einbußen der Ernteerträge“ die Folge, da sich die Bodenspeicher in einem kritischen Zustand befinden.

Überblick über die Nitrat-Situation

Zur Wasserversorgung in der Oberpfalz referierte Raimund Schoberer, bei der Regierung der Oberpfalz mit dem Sachgebiet Wasserwirtschaft betraut. „Die Wasserversorger sind gut aufgestellt. Aber wir haben eine vielfältige Geologie mit komplett unterschiedlichen Grundwasserlandschaften“, führte Schoberer aus. Detailliert ging er auf die Nitrat-Situation ein – vor allem im Südwesten der Oberpfalz, verwies auf die Naabachse, die eine Trockenachse sei, und machte auf Aktionen für Kindergärten und Schulen aufmerksam.

Für faire Wasserverteilung

Das Thema „Wasserwirtschaftliche Randbedingungen in Bay ern“ erörterte Dr. Andreas Kolbinger vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Wichtig sei eine faire Wasserverteilung, die Erschließung neuer Wasserquellen und Wasser für Bewässerung aus Niederschlägen, Oberflächenwasser, Uferfiltrat oder oberflächennahem Grundwasser zu entnehmen.

Zu betrachten seien die Rolle der Bewässerung in Städten sowie Anpassungsstrategien der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Bewässerung an den Klimawandel. Kolbinger betonte, dass die Trinkwasserversorgung Vorrang vor allen anderen Nutzungen habe.

Einen Oberpfälzer Blick zu diesen Themen warf Dr. Stefan Kremb, bei der Regierung der Oberpfalz für die Gruppe Landwirtschaft und Forsten – Hochwasserschutz zuständig. Seit 2014 seien Defizite bei der Wasserbilanz deutlich festzustellen, was sich auch auf die Erträge bewässerungsintensiver Früchte auswirke. Ziel müsse eine „boden-, wasser- und klimaschonende Landwirtschaft sein, die Spaß macht und sich rechnet.“

Die Sicht von Firmen, die Kartoffeln verarbeiten, schilderten Dr. Stefan Dick (Südstärke) und Dr. Michael Holtschulze (Lorzen Snack-World). Der Rückgang des Stärkegehalts und schwierige bzw. minderwertige Ernten sprachen die beiden Firmenvertreter an, ebenso eine Zunahme an Schädlingen. Für wirtschaftlichen Kartoffelanbau seien Bewässerung bzw. Beregnung dringend nötig.

Technische Aspekte beleuchteten Dr. Martin Müller von der ALB Bayern e.V. in Freising mit seinem Vortrag „Effizient bewässern – Technische Entwicklung und betriebswirtschaftliche Betrachtungen“ und Axel Bauer von der Regierung von Unterfranken, der das dortige Konzept „Niedrigwassermanagement zur Steuerung von Grundwasserentnahmen“ präsentierte. **Markus Bauer**

Herausforderungen des Klimawandels:

Wassersensibles Planen und Bauen als *die* Antwort?

Aktuell zahlreiche Starkregen- und Hochwasserereignisse haben uns die Grenzen technischer Schutzmaßnahmen deutlich vor Augen geführt. Andererseits zeigen die aktuellen Dürreperioden, dass Themen wie Versickerung oder Hitzevorsorge wichtiger werden. Die gute Nachricht: Viele dieser Anforderungen sind mit zielorientiertem und nachhaltigem Planen und Bauen zu erfüllen. Dabei entstehen häufig kostengünstige und konsensfähige Lösungen, die häufig attraktive Zusatznutzen mit sich bringen, beispielsweise für die Ökologie, die Sozial- und Erholungsfunktion oder ansprechende moderne Gestaltungsmöglichkeiten.

Wasser kann in vielerlei Hinsicht unsere Siedlungen und Infrastruktur gefährden. Neben dem „klassischen“ Bach- und Flusshochwasser können Gefahren aus Starkregen auch weit von Gewässern entfernt auftreten. Nicht zu vernachlässigen sind auch Gefahren durch hohe Grundwasserstände oder Überlastung der Kanalisation.

Bei jeder Planung und Bauausführung sollten daher Überlegungen zu möglichen „Wassergefahren“ aber auch zu Trockenheit und Hitzeschutz selbstverständlich sein.

Verschiedene Ebenen der Umsetzung

1. Flächenplanung (Freiflächen-, Landschafts- und Städteplanung, Bebauungsplanung)

Beginnend auf der Ebene der Flächenplanung sollten Geländesenken oder –mulden zum Wasserrückhalt oder zur Versickerung genutzt werden oder mögliche Abflusswege offengehalten werden. Freiflächen können häufig multifunktional genutzt werden und so zahlreichen Zielen dienen. Gerade Grünanlagen können Kaltluftschneisen, Erholungs- und Begegnungsräume, Lebensraum für Pflanzen und Tiere aber auch (zeitweise) als Rückhalte-, Speicher- und Versickerungsraum für Niederschlagswasser dienen. Aber auch Straßen und Parkplätze können neben ihrer Hauptfunktion durch entsprechende Querschnittsgestaltung und Höhenlage auch vorübergehend als Rückhalteraum für Niederschlagswasser dienen.

Das sog. Schwammstadt-Prinzip setzt dabei darauf, das zurückgehaltene und gespeicherte Wasser gezielt der Vegetation zuzuführen, um dadurch Hitzevorsorge, Belüftung und Beschattung zu fördern.

2. Gebäude-, Objekt und Infrastrukturplanung:

Hier sind die Vorgaben der Bebauungspläne zu berücksichtigen, sowie sinnvoll und zielgerichtet planerisch und konstruktiv umzusetzen. Hier ist es besonders wichtig, kritisch und aufmerksam mitzudenken und auch Bauzustände in Betracht zu ziehen: z.B. können wasserdichte Kellergeschosse bei hohen Grundwasserständen aufschwimmen. Ziel einer nachhaltigen Planung muss dabei sein, langfristig wirtschaftliche, funktionsfähige und nachhaltige Gebäude und Infrastruktureinrichtungen zu realisieren, die auch heute schon mögliche Klimaveränderungen ins Konzept einbeziehen.

Eine eventuelle Sanierungsplanung oder Anpassung bestehender Bausubstanz an Wassergefahren ist noch ungleich komplexer und aufwändiger.

3. Umsetzung in die Realität – Bauausführung

Selbstverständlich ist eine sorgfältige Bauausführung eine ganz wesentliche Voraussetzung für wirksame Lösungen. Gerade Abdichtungsmaßnahmen an Gebäuden wirken nur, wenn sie mangelfrei erstellt werden. Eine kritische Hinterfragung und Betrachtung der Planungen durch die Ausführenden kann Schwierigkeiten in der Umsetzungsphase rechtzeitig aus dem Weg räumen. Eine sorgfältige Wahl der geeigneten Baustoffe und Bauverfahren sollten selbstverständlich sein.

Bei Sanierungen oder Nachrüstungen ist eine fundierte Beratung der Bauherren wesentlich: werden beispielsweise einzelne Wassereindringwege nicht „abgedichtet“ sind die Ausgaben für die Sanierung der anderen Abdichtung sinnlos.

Ausblick: Nur wenn alle Beteiligten in allen Ebenen der Planung und des Baus sich des Themas „wassersensibel Bauen“ bewusst sind und Ihre Verantwortung auch wahrnehmen, kommen wir mittelfristig zu nachhaltigeren Siedlungen und Infrastrukturanlagen. Hochwasserschutz geht alle an, jeder kann einen Beitrag zur Begrenzung von möglichen Schäden leisten. ❐



Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (Mitte) mit den Landwirten v.l.: Ingrid Rothmeier, Markus Wagner, Christoph Huber, Sebastian Dickow und Georg Siegl. ❐

„Sauberes Trinkwasser ist höchstes Gut“

MdB Oßner unterstützt Landwirte bei Forderung gegen überzogene Düngeverordnung

Der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner, stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages, unterstützt die Landwirte bei ihrer Forderung nach vernünftigen Änderungen an den geplanten Vorgaben einer verschärften Düngeverordnung in Deutschland. Bei einem Gespräch im Bundestagsbüro in Landshut mit Bauern aus der Region sicherte Oßner zu, sich bei Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut für eine Anpassung der als überdüngt geltenden Gebiete einzusetzen.

„Die geplanten Regeln, welche die Bundesregierung auf Druck der EU zur Verschärfung der deutschen Düngeverordnung nach Brüssel gemeldet hat, bedeuten einen sträflichen Umgang mit dem wertvollen Ackerboden in unserer Region“, sagte Markus Wagner aus Neufahrn. Wenn dort pauschal und flächendeckend nur 20 Prozent unter Bedarf der Pflanzen gedüngt werden dürfe, würden die Ernteerträge deutlich zurückgehen. „Darum sollte zumindest für die Einteilung der Gebiete mit zu hoher Nitratbelastung, wo diese Vorgabe gelten soll, genauer hingeschaut werden, damit die Landwirtschaft nicht in ganzen Landstrichen unnötig eingeschränkt wird.“

Das möchte Oßner gegenüber Bundesministerin Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut betonen. „Wir stehen klar zu den Nitratgrenzwerten – sauberes Trinkwasser ist unser höchstes Gut“, machte Oßner deutlich. Jedoch werde dabei gerne über das Ziel hinausgeschossen. „Deshalb setzt sich die CSU im Bundestag für faire Umweltschutzvorgaben für die Bauern ein. Das werde ich im persönlichen Gespräch mit der Bundeslandwirtschaftsministerin, auch in Sachen Zwischenfrucht-Düngung, nochmals ansprechen“, sagte er. Geplant sei, bis spätestens zur Übernahme der EU Ratspräsidentschaft durch Deutschland Mitte des Jahres eine Lösung auf EU-Ebene gefunden zu haben, um ein Sanktionsverfahren seitens der EU-Kommission abzuwenden.

Auf lokaler Ebene werde er in den Austausch mit dem Wasserwirtschaftsamt gehen. Denn bei der Einstufung, wo belastete rote Gebiete sein sollen, müsse eine engmaschigere und aktuellere Analyse des Grundwassers als bisher zu Grunde gelegt werden, sagte Oßner. Die Praxis habe nämlich gezeigt, dass innerhalb der roten Gebiete oft erhebliche Schwankungen möglich sind, diese jedoch aufgrund zu weniger Messstellen nicht festgehalten werden. „Das widerspricht offensichtlich einer fairen Behandlung der Ackerböden von Landwirten.“

Zudem mahnte Oßner einen gerechteren Umgang der Öffentlichkeit mit den Landwirten an: „Bei der aktuellen Diskussion um Arten- und Grundwasserschutz bekommt man schier den Eindruck, dass manche politische Richtungen überhaupt keine bayerische und deutsche Landwirtschaft mehr haben wollen.“ Die Alternative wäre, Milch, Fleisch und weitere Produkte aus dem Ausland zu beziehen. Damit wäre aber keinem geholfen. Dabei hätten gerade die bayerischen Landwirte Anerkennung und Wertschätzung für ihre herausragende Lebensmittelproduktion, die Landschaftspflege sowie das Tierwohl und den Umweltschutz verdient. „Ausreißer von Einzelnen dürfen nicht den ganzen Berufsstand in Verruf bringen, der unsere Bürger ernährt“, so Oßner. ❐

Bad Gögging:

40 Jahre Limes-Therme

Seit 40 Jahren ist die „neue“ Limes-Therme erfolgreiches Heilmittelzentrum und beliebter Wellnesstempel. Bereits die alten Römer errichteten im jetzigen Bad Gögging unweit ihres Römerkastells Abusina eine Thermenanlage. Bereits damals wussten sie um die entspannende und heilende Wirkung von Gesundheit durch Wasser/Spa. Mit verschiedenen Gesundheitsangeboten, Vorträgen und Workshops sowie Bewirtung und musikalischer Unterhaltung wurde das Jubiläum gefeiert. 1.400 Gäste nutzten bei freiem Eintritt das attraktive Angebot.

Seit der Grundsteinlegung am 26. Juli 1978 durch den damaligen Bezirkstagspräsidenten Sebastian Schenk wurden in die Limes-Therme fast 66 Millionen Euro investiert, in den vergangenen zehn Jahren waren es 7,5 Millionen Euro. „Durch die kontinuierlichen Investitionen des Zweckverbandes halten wir die Therme weiter attraktiv und bauen sie zukunftsfähig aus, um auch künftig dem Gast einen hohen Standard zu bieten“, betont der niederbayerische Bezirkstagschef Olaf Heinrich.

Dass sich das für die gesamte Region bezahlt macht, zeigt die Besucherstatistik. Zählte man im Anfangsjahr 1980 etwa 230.000 Gäste, waren es im letzten Jahr 400.000. Das sind in 40 Jahren Limes-Therme mehr als 20 Millionen Gäste. Mittlerweile hat sie sich vom Bad zu einer ganzheitlichen Gesundheitstherme auf mehr als 9.000 Quadratmeter Fläche entwickelt und stellt heute eines der größten Gesundheits- und Therapiezentren im Freistaat dar. Neben dem zertifizierten und laufend streng kontrollierten Thermal-Mineralwasser begeistert die Therme mit einer bayernweit einzigartigen Kombination: Schwefelwasser und Naturmoor aus eigenem Abbau.

Laut Thermenleiter Franz Bauer ist die Limes-Therme auf der Höhe der Zeit. Prävention und Gesundheitsvorsorge seien der neueste Bereich der Limes-Therme. Vorträge, Kurse und Events steigerten die Lebensqualität der Gäste. Von Hatha-Yoga bis Faszien-Yoga, von Vorträgen von der heilsamen Kraft des Verzeihens bis zur Spinaldynamik reiche das umfangreiche Angebot.

Prickelndes Thermalvergnügen findet man in der großen Thermalwelt mit Außen- und Innenbereich. Das Thermalwasser ist seit 1999 als Heilwasser staatlich anerkannt. Damit werden die Bewegungsbecken der Limes-Therme mit rund 1.300 qm Wasserfläche ausschließlich gefüllt.

Auch Saunafreunde kommen auf ihre Kosten: Die Römer-Sauna befindet sich in einem originalgetreu gebauten Limes-Turm mit römischem Badehaus. Nach der Erweiterung 2017 lässt die Erlebnis-Saunalandschaft keine Wünsche offen.

Über die jeweiligen Zweckverbände beteiligt sich der Bezirk Niederbayern mit 60 Prozent an den fünf niederbayerischen Thermalbädern Bad Gögging und Bad Abbach sowie Bad Füssing, Bad Griesbach und Bad Birnbach. „Die Thermalbäder sind für die jeweiligen Regionen nicht nur große Arbeitgeber und wichtige touristische Einrichtungen, sondern auch Wirtschaftsmotoren für Hotellerie und Gastronomie und viele andere“, unterstreicht Bezirkstagspräsident Heinrich.

Dem pflichtet auch Thomas Reimer, Bürgermeister von Neustadt an der Donau, bei. Die Limes-Therme sei ein wesentlicher Magnet für die ganze Region. „Insgesamt bieten wir im erweiterten Landkreis hier ein Gesundheitsangebot, das man oft in großen Städten so nicht findet. Die Therme hat sich großartig entwickelt, doch ohne die Beteiligung von Landkreis und Bezirk ginge das nicht. Für uns als Stadt allein wären diese Investitionen nicht zu stemmen.“ **DK**

Novelle der Düngeverordnung:

„Ein Einknicken wäre fatal“

Im Bundesrat könnte die Novelle der Düngeverordnung einen schwierigen Stand haben. Die CSU geht in Sachen Düngeverordnung auf Konfrontation zur Bundesregierung. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft fordert in einem offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder, dass sich die Staatsregierung mit den dringenden Erfordernissen nach einer deutlichen Reduzierung des Nitrateintrags in den Böden und Gewässern auf sachlicher Grundlage auseinandersetzt und sich nicht von emotionalen und teilweise unsachlich vorgetragenen Statements bei Demonstrationen durch die Landwirtschaftslobby beeinflussen lässt.

In der aktuellen Diskussion um das laufende Novellierungsverfahren der Düngeverordnung (DüV) und den damit verbundenen Anpassungen der bayerischen Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDüV) wird die öffentlichkeitswirksame Kritik an den geplanten Änderungen von Seiten der Landwirtschaft immer lauter.

Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber drohte im Bundesrat mit einer Ablehnung der Novelle, sollten nicht praxisgerechte und für die Landwirtschaft tragfähige Lösungen erreicht werden. Die CSU-Politikerin erwartet, „dass mit dem nötigen Nachdruck und Verhandlungsgeschick der Bund und die EU noch Möglichkeiten für Verbesserungen bei der Düngeverordnung finden werden“. Ministerpräsident Markus Söder hatte bei der CSU-Klausurtagung im Kloster Seeon angekündigt, der Novelle nicht zustimmen zu wollen. In einem Beschluss des Fraktionsvorstands forderte die CSU unter anderem Korrekturen an der Düngeverordnung.

Die in den Medien signalisierten Zugeständnisse der Bayerischen Staatsregierung an die Landwirtschaft erfüllen den Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) mit „großer Sorge“, wie er in einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten formuliert. Als Vertreter der Wasserwirtschaft in Bayern bittet der Verband in der Debatte „um mehr Sachlichkeit und rein fachliche Bewertung“. Bei allem gebotenen Verständnis für die Belange der Landwirtschaft weist er darauf hin, dass an einer zügigen Novellierung der geltenden Düngeverordnung „kein Weg vorbeiführt“.

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 21. Juni 2018 die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie verurteilt. Um eine Verurteilung zu vermeiden, wurde zwar die „Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis“ (DüV) bereits im Mai 2017 verabschiedet. Die Kommission sah jedoch die erfolgten Änderungen der DüV, wie die Wasserwirtschaft auch, als nicht ausreichend an. Nach der Verurteilung hat die Bundesregierung im Januar 2019 der Europäischen Kommission in einer Mitteilung angeboten, die DüV nochmals zu ändern. Damit bestätigte die Bundesregierung aus Sicht des VBEW die Kritikpunkte der Verurteilung und den Handlungsbedarf zur vollumfänglichen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Als Fakt beschreibt der Verband jedoch, dass es auch in Bayern zahlreiche Grundwasserkörper gäbe, die sich aufgrund einer durch den Staat festgelegten Schwellenwertüberschreitung für Nitrat (mehr als 50g/l) oder einem steigenden Trend von Nitrat in einem schlechten chemischen Zustand befinden.

Verband verteidigt Messstellennetz

Im Detail geht der VBEW in dem offenen Brief auf die Diskussion um das der Gebietskulisse der AVDüV zugrundeliegende Messstellennetz ein. Eine Überprüfung der Messstellen wurde nach Kenntnis des Verbands bereits Mitte des vergangenen Jahres zugesagt, sodass keine permanente öffentlichen Stimmungsmache in dieser Angelegenheit nötig sei. Auch in der künftigen Bewertung und Ausweisung von Messstellen müsse die fachliche Grundlage stets gegeben sein.

Der Ausweisung der „roten Gebiete“ liege der § 13 (2) Düngeverordnung (DüV) zu Grunde, unter Berücksichtigung von § 7 und § 10 der Grundwasserordnung (GrwV). Die Zustandsbeurteilung der Grundwasserkörper erfolge gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Grundwasserrichtlinie (GWRL) der Europäischen Union. Diese Rechtsvorschriften müssen laut Verband auch bei einer anderen Anordnung der Messstellen weiterhin beachtet werden. Für eine, von der Landwirtschaft geforderten genaueren Abgrenzung der „roten Gebiete“, wären allerdings auch die Daten der Landwirtschaft aus deren Brunnen hilfreich. Die Bayerische Staatsregierung sollte daher von der Landwirtschaft die Offenlegung dieser Daten einfordern, um die Nitratbelastung der Grundwasserkörper möglichst genau bewerten zu können.

VBEW kooperiert mit Landwirtschaft

In Bayern betragen die Wasserschutzgebietsflächen lediglich fünf Prozent der Landesfläche. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt ist mehr als doppelt so hoch und liegt bei zwölf Prozent. Zu einem der Gründe zählt, dass unter der Voraussetzung eines funktionierenden flächenhaften Grundwasserschutzes in Bayern nicht das gesamte Einzugsgebiet als Wasserschutzgebiet festgesetzt wurde. Die Wasserversorgungsunternehmen tragen laut VBEW allerdings über freiwillige Kooperationsvereinbarungen mit der Landwirtschaft zu einer erfolgreichen Umsetzung der Strategie bei. Bei einer Ausweitung der Wasserschutzgebietsfläche wie in anderen Bundesländern sähe die Landbewirtschaftung in den betroffenen Gebieten bereits „ganz anders aus“, wie der Verband im offenen Brief formuliert.

Appell an die Gesellschaft

Die 400 Mitgliedsunternehmen des VBEW sind neben der Wasserversorgung auch in der Energieversorgung engagiert. In den kommenden drei Jahrzehnten stehen sie vor der Herausforderung, die Energieversorgung komplett auf die Grundlage erneuerbarer Energien umzustellen. Der Verband befürchtet erhebliche strukturelle Verwerfungen in den Unternehmen – trotzdem treiben sie den Wandel voran, ohne mit öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen zu versuchen, die Bayerische Staatsregierung unter Druck zu setzen diesen Wandel zu beeinflussen. „Wir akzeptieren das Primat der Politik und handeln danach“, steht es im offenen Brief. Deshalb erwartet der Verband von allen Wirtschaftszweigen und gesellschaftlichen Gruppen das gleiche Engagement zu mehr Nachhaltigkeit. Ein Einknicken der Bayerischen Staatsregierung vor einzelnen Interessenvertretern wäre fatal und würde das Engagement der Anderen in Frage stellen.

Von der Bayerischen Staatsregierung erwartet der VBEW, dass sie sich mit den dringenden Erfordernissen nach einer deutlichen Reduzierung des Nitrateintrags in den Böden und Gewässern auf sachlicher Grundlage auseinandersetzt und sich nicht von emotionalen und teilweise unsachlich vorgetragenen Statements bei Demonstrationen durch die Landwirtschaftslobby beeinflussen lässt. Wie bei der Energiewende gehe es bei der Diskussion darum, ein gesamtgesellschaftliches Problem zu lösen, bei dem die Landwirtschaft nicht die Alleinschuld trage. Deshalb sei eine starke Regierung gefragt, damit die Lösung des Problems nicht auf nachfolgende Generationen vertagt werde.

Kritik am Entwurf des BMEL

Die VBEW steht mit ihrer Kritik nicht alleine da. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft und Abwasser (DWA) kritisierte an dem neuen Entwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Düngeverordnung eine fehlende bzw. unzureichende Bilanzierung der Düngung der landwirtschaftlichen Betriebe, wie es in der aktuellen Stellungnahme heißt. Zudem fehlten ausreichende Kontrollen und eine Begrenzung der Bilanzwerte und damit der Düngemaßnahmen der Betriebe. Der Bundesverband der Wasserwirtschaft bemängelte, er enthalte zu viele Hintertüren.

So seien zahlreiche Ausnahmen vorgesehen: für Flächen, die zum Anbau von Sonderkulturen oder für den Weinbau genutzt werden oder für Betriebe, für die Einhaltung der Vorgaben „unzumutbar“ oder aus „agrarstrukturellen Gründen“ nicht sinnvoll seien. Auch die geplanten Ausnahmen bei der Phosphatdüngung oder für Dauergrünland, die von der EU-Kommission kritisierten Verlustrechnungen sowie unzureichende Schutzmaßnahmen bei Hanglagen und gefrorenen Böden konterkarierten das Ziel einer Verbesserung der Grundwasserqualität. Noch immer fehle zudem die EU-konforme Ausweisung der phosphat- und nitratbelasteten Gebiete. **red**

Vorbildliches Gewässer-Management:

Oberfranken wird Modellregion

Ein neues Modellprojekt soll die Gewässerökologie in Oberfranken spürbar voranbringen. Dies kündigte der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, nach dem Kommunal-Forum in Kulmbach an.

Glauber: „Intakte Gewässer sind eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Gerade in Zeiten des Klimawandels brauchen wir stabile Flussökosysteme. Insbesondere das trockene Nordbayern ist auf vitale blaue Lebensadern angewiesen. Mit einem Leuchtturmprojekt für vernetztes Gewässer-Management beschreiten wir im Einzugsgebiet des Mains erstmals einen ganzheitlichen Weg. Nachhaltige Gewässerbewirtschaftung beginnt in Oberfranken zukünftig bereits bei den kleinsten Bächen. Koordinatoren stimmen künftig alle Aktivitäten zum Schutz und der Entwicklung der Gewässer in der Region ab, bündeln Informationen und beraten. Wenn Kommunen, Naturschutz, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft Hand in Hand arbeiten, gewinnen die Gewässer in ganz Oberfranken. Das ist unser Ziel.“

Für das Projekt werden insgesamt vier Koordinierungsstellen bei der Wasserwirtschaftsverwaltung geschaffen, die im Main-Einzugsgebiet Maßnahmen zum Schutz der Gewässer anstoßen sowie Planungen und Umsetzung begleiten – beispielsweise beim Erosionsschutz in der Fläche, bei der Renaturierung von Gewässerufern oder der kommunalen Abwasserentsorgung. Die Ausschreibungen werden derzeit vorbereitet. Ein Konzept für dieses vernetzte Gewässermanagement mit den vom Projekt umfassten Gewässern sowie dem strategischen Maßnahmenkatalog und zugehörigem finanziellen Rahmen wird aktuell erarbeitet. Mit dem Koordinierungsprojekt sollen zudem bereits vorhandene Strukturen miteinander verbunden und weiter ausgebaut werden. Das Koordinierungsprojekt dient auch dazu, die Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie schneller zu erreichen.

Das Kommunal-Forum ist ein neues, von Minister Glauber initiiertes Veranstaltungsformat für alle bayerischen Regierungsbezirke. Die Auftaktveranstaltung fand in Kulmbach statt. Glauber: „Ich bin davon überzeugt, dass wir eine enge Vernetzung mit den Regionen und den Kommunen brauchen. Mit der Dialogplattform Kommunal-Forum will ich die politisch Verantwortlichen in den Regionen an einen Tisch bringen. Ziel ist es, aktuelle Themen zu diskutieren und Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu suchen.“

Um Kommunen auch online zu unterstützen, gibt es ab sofort ein neues Informationsangebot zu den Themen Naturschutz, Wasser, Luft, Klimaschutz, Strahlung und Boden unter www.stmuv.bayern.de/service/kommunales. ❐

Regelungen für mehr Sicherheit auf der Isar

Künftig ist klar festgelegt, welche Regeln beim Befahren der Isar im Landkreis München beachtet werden müssen. Die „Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs auf der Isar im Landkreis München“, die am 25. Januar 2020 in Kraft trat, soll für mehr Sicherheit sorgen.

Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Unfällen auf der Isar. Häufig mussten Feuerwehren und Rettungsdienste in Not geratene Bootsfahrer aus der Isar retten. Damit die Bürgerinnen und Bürger besser geschützt sind und weniger Unfälle passieren, hat das Landratsamt verschiedene Regelungen erarbeitet, welche unter anderem die Themen Alkoholkonsum und Ausrüstung behandeln.

„Ich bin zuversichtlich, dass die Regelungen dazu beitragen, das Bootfahren auf der Isar sicherer zu machen – und zwar für beide Seiten: So profitieren einerseits die Bürgerinnen und Bürger von den klaren Vorgaben, die ihnen helfen sollen, ihr Freizeiterlebnis so sicher wie möglich zu gestalten. Auf der anderen Seite schützt die Verordnung in Folge natürlich auch die Einsatzkräfte, die in der Vergangenheit bereits häufig unter Gefährdung ihres eigenen Lebens in Not geratene Bootsfahrer gerettet haben“, so Landrat Christoph Göbel.

Vorgaben zu Fahrzeugen, Ausrüstung und Fahrtüchtigkeit

In der Verordnung ist unter anderem geregelt, dass die Isar im Landkreis München künftig nur noch mit Kanus, Schlauchbooten und Stand-up-PaddlingBoards befahren werden darf. Zu den einzelnen Fahrzeugarten gibt es jeweils spezifische Regelungen. So müssen Schlauchboote beispielsweise einer vorgegebenen DIN-Norm entsprechen. Künftig ist es nicht mehr erlaubt, Beiboote anzuhängen sowie Fahrzeuge zusammenzubinden.

Um die Fahrtüchtigkeit sicherzustellen, gilt künftig eine Obergrenze von maximal 0,5 Promille Alkohol im Blut. Kinder bis acht Jahre und Nichtschwimmer müssen Rettungswesten mit CE-Kennzeichen tragen. Der Sicherheit wegen dürfen künftig keine Glasflaschen mehr mitgeführt werden. Zudem ist es nicht mehr erlaubt, während des Bootfahrens Tonwiedergabegeräte zu verwenden. ❐



Deutschlandpremiere mit Rotec

Wasserleitung im Regnitztal mit Spezialpflügetechnik und Spülbohrung verlegt

Um die Wasserversorgung der östlichen Stadtteile im fränkischen Erlangen dauerhaft zu sichern, verlegen die Erlanger Stadtwerke AG (ESTW) eine neue Wasserleitung zwischen den Stadtteilen Schallershof und Bruck durch den Regnitzgrund. Im Rahmen der beiden zwischen August 2018 und Oktober 2019 durchgeführten Bauabschnitte wurden die Leitungen im Torpedopflug- sowie im Spülbohrverfahren eingebracht. Dabei wurde in Deutschland erstmalig eine Wasserleitung der Dimension DA 450 im Pflugverfahren verlegt.

Die Rotec Rohrtechnik GmbH, Erlangen, bereits seit 22 Jahren Mitglied des Rohrleitungsbauverbandes e. V. (rbv), zeichnete als Generalunternehmer der Baumaßnahme für den reibungslosen Ablauf dieser gelungenen Deutschlandpremiere verantwortlich. Das Unternehmen verfügt über ein profundes Knowhow im Leitungsbau, unter anderem belegt durch die Zertifizierungen DVGW GW 301: G1 ge, st, pe / W1 ge, st, pvc, pe / DVGW GW 302: R 4, RAL-GZ 962, AGFW FW 601 FW 1 st, ku, ISO 9001, ISO 45001.

Eigengewinnung und Fremdbezug

Die Erlanger Stadtwerke AG versorgt die 110.000 Einwohner der fränkischen Universitätsstadt mit Trinkwasser. Durch die besondere geografische Lage der Metropole an der Flussaue der Regnitz teilt der rund 800 Meter breite Regnitzgrund mit Fluss und unberührten Wiesen die Stadt in einen Ost- und einen Westteil. „Die Wasserversorgung der ESTW stützt sich auf die beiden Säulen Eigengewinnung und Fremdbezug“, erläutert ESTW-Projektleiter B. Eng. Rolf Bergmann genaue Details der Wasserversorgung in Erlangen. „Dabei werden circa 2/3 des in Erlangen benötigten Trinkwassers in den Wasserwerken gefördert und circa 1/3 von einem überregionalen Fernwasserversorger bezogen“, so Bergmann weiter.

Sowohl die Einspeisung dieser Fernwassermengen als auch die Förderung eines Großteils des eigenen Wassers erfolgen westlich des Regnitzgrundes. Lediglich das Wasserwerk Ost speist östlich des Regnitzgrundes in das Wassernetz ein. Es werden jedoch nur etwa 25 Prozent der Gesamtwassermenge westlich der Regnitz, aber 75 Prozent östlich der Regnitz verbraucht. Somit muss die Hälfte des westlich eingespeisten Wassers in den Osten transportiert werden. Das sind circa 1,65 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr.

Von West nach Ost

Derzeit existieren in Erlangen zwei Verbindungsleitungen von West nach Ost. Der Wasserbedarf in den östlich der Regnitz gelegenen Stadtteilen steigt jedoch weiter an. Hier befindet sich die Innenstadt und der gerade neu entstehende Stadtbezirk Siemens Campus. Allein für dieses Quartier wird bis zum Jahr 2030 sukzessive eine Erhöhung des Wasserbedarfs von 1 Millionen Kubikmetern pro Jahr prognostiziert. Um die Versorgung der östlichen Stadtteile auch für die Zukunft zu sichern und um Redundanzen im Netz zu schaffen, verlegen die Erlanger Stadtwerke eine dritte Wasserleitung durch den Regnitzgrund.

Premiere in Deutschland

Im Rahmen der geplanten Baumaßnahme für die neue Wasserleitung in Erlangen galt es, die Regnitz auf einer Länge von rund 250 Meter mittels Spülbohrverfahren zu queren sowie einen weiteren ungefähr 700 Meter langen Teilabschnitt durch die Wiesen der Auen zu verlegen. Bei diesen sogenannten „Wässerwiesen“ handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet mit einem hohen Grundwasserstand von teilweise bis zu 30 Zentimeter unter Geländeoberkante. Bei Regen steht die gesamte Fläche zudem komplett unter Wasser.

Für die Verlegung der Rohre aus PE 100-RC DA 450 (Zulassung nach PAS 1075) mit zusätzlichem Schutzmantel prüften die verantwortlichen Planer der ESTW sowohl einen Einbau in offener Bauweise als auch einen Einzug des Rohrstrangs mittels Spülbohrung. „Beide Verfahren wären mit sehr großen Eingriffen in die natürliche Wiesenlandschaft verbunden gewesen“, erläutert Bergmann die ökologisch anspruchsvollen Rahmenbedingungen. „Vonseiten der Eigentümer sowie der zuständigen Umweltbehörden gab es aber die Auflage, den ertragreichen Boden sowie die Oberflächen der Wiesenlandschaft möglichst wenig zu beeinträchtigen“, so Bergmann weiter. Auch wirtschaftlich konnten beide Verfahren kaum überzeugen.

Auf der Suche nach einer geeigneten Alternative stießen die ESTW und die als Generalunternehmer tätige bauausführende Rotec Rohrtechnik GmbH, Erlangen, auf das für den Einbau von PE-Rohren bis DA 630 geeignete Torpedopflugverfahren der IFK – HandelsgesmbH, Salzburg.

„Nach Prüfung aller relevanten technischen Details haben wir uns gemeinsam mit den ESTW dazu entschieden, die PE-Leitung DA 450 (SDR 11) im Wiesenbereich mittels Torpedopflug zu verlegen“, erklärt Dipl.-Ing. (FH), Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Matthias Kraus, Geschäftsführer der Rotec Rohrtechnik GmbH. „Die Vorteile waren vielfältig. Das Verfahren ist sehr umweltschonend, die Flurschäden sind äußerst gering und auch eine Grundwasserabsenkung ist nicht notwendig. Darüber hinaus haben wir erstmalig in Zusammenarbeit mit IFK eine Wasserleitung dieser Dimension in Deutschland im Pflugverfahren verlegt, eine beeindruckende Premiere also“, so Kraus weiter.

Torpedopflug in großer Nennweite

Bei dem herkömmlichen Pflugverfahren handelt es sich um ein bewährtes Verfahren zur grabenlosen Verlegung von Kabeln und Rohrleitungen. Die Verlegeeinheit setzt sich zusammen aus einem Verlegepflug und einer auf einem Lkw oder Raupenfahrzeug installierten Seilwinde. Für den Einbau der Leitung wird der Verlegepflug von der auf dem Zugfahrzeug befestigten Winde an dem Zugseil über die Trasse gezogen.

Der Beginn der Verlegung erfolgt in einer auf die angestrebte Verlegetiefe ausgehobenen Startgrube. Das Pflugschwert verdrängt das Erdreich im Bereich der Leitungszone und glättet die Rohrgrabensohle. Die Leitung wird über den Verlegeschacht des Pflugschwertes auf der Grabensohle in der gewünschten Tiefe spannungsfrei verlegt. Hinter dem Pflugschwert schließt sich das Erdreich durch sein Eigengewicht.

Eine besondere Variante des Pflugverfahrens ist das Torpedo- oder Raketenpflugverfahren. Während das klassische Pflugverfahren für die Verlegung von Rohren bis rund DN 250 ausgelegt ist, ermöglicht eine Erweiterung des Pflugs um eine Torpedokonstruktion mit Verdrängerteil auch die Verlegung größer dimensionierter Rohre. Der bereits vormontierte Rohrstrang wird im Rahmen dieser Verfahrensvariante hinter der Startgrube ausgelegt, direkt an das Verdrängerteil (Torpedo) montiert und in den damit geschaffenen Hohlraum eingezogen. Dabei wird der Rohrstrang zusammen mit dem Pflugschwert über die gesamte Verlegelänge gezogen. Die entstehenden Zugkräfte am Leitungsstrang – ein für einen erfolgreichen Einbau der Leitung entscheidender Parameter – werden mit Hilfe einer Messeinrichtung überwacht, um zu gewährleisten, dass die zulässigen Zugkräfte der Rohrleitung und der Verbindung nicht überschritten werden.

Riskante Verlegung

„Wir waren uns durchaus der Tatsache bewusst, dass die Verlegung der Leitung im Torpedopflugverfahren mit einem gewissen Risiko verbunden war“, erklärt Dipl. Ing. (TU) Zbigniew Izydorczyk, der bei Rotec für die Durchführung der Baumaßnahme verantwortliche Bauleiter. „Wären die für die eingesetzten PE-Rohre zulässigen Zugkräfte überschritten worden, hätten wir den Einbau stoppen müssen und mittels offener Verlegung weiterbauen müssen“, so Izydorczyk weiter.

Dennoch entschieden sich alle Verantwortlichen dafür, das bisher in Deutschland in dieser Dimension noch nicht durchgeführte Verfahren anzuwenden. Die Vorteile der schnellen Bauzeit im sandigen Boden mit hochstehendem Grundwasser sowie eines nur geringen Eingriffs in die Natur überwogen deutlich. Hinzu kommt der ökonomisch relevante Aspekt eines im Vergleich zu einer klassischen offenen Bauweise um rund 40 Prozent günstigeren Einbaus.

Schnell und sicher durch die „Wässerwiesen“

Die Verlegung des 700 Meter langen Leitungsbereichs durch den sandigen Boden der „Wässerwiesen“ bis zur Regnitz im Torpedopflugverfahren erfolgte im Rahmen des ersten Bauabschnitts im August 2018. Für den Einzug des Leitungsstrangs galt es im Vorfeld drei rund acht Meter lange und 4,50 Meter breite Baugruben zu erstellen. Auf Grundlage eines Bodengutachtens war für die einzuziehenden Rohrstränge eine maximale Länge von 250 Metern ermittelt worden. Somit wurden drei Rohrstränge ausgelegt und die einzelnen Rohre mittels Spiegelschweißung miteinander verbunden.

„Beim ersten Strang riss bereits nach 50 Metern der Zugkopf ab“, schildert Bergmann erste Probleme bei der Bauausführung. „Nachdem wir alle Messergebnisse der Zugkraftmesseinrichtung genau ausgewertet hatten, gingen wir von einem Produktionsfehler aus. Glücklicherweise konnten wir kurzfristig in der ESTW-eigenen Schlosserei aus dem abgerissenen Zugkopf ein neues Bauteil improvisieren, so dass wir mit nur einem halben Tag Verzug die Baumaßnahme wieder starten konnten“, so Bergmann weiter.

Sodann konnten die drei Rohrstränge innerhalb von nur drei Tagen ohne weitere Komplikationen in rund 1,90 Meter Tiefe langsam eingezogen werden. „Dabei wurden die für die PE-Rohre zulässigen Zugkräfte zu keinem Zeitpunkt überschritten“, erläutert Izydorczyk den kontinuierlichen Einsatz einer leistungsfähigen Messtechnik, um den Erfolg der Baumaßnahme nicht zu gefährden.

Der zweite Bauabschnitt „Talquerung Herzogenauracher Damm“ erfolgte im August 2019 mittels HDD-Verfahren. Zur Einrichtung der Startgrube und zur Anbindung der Leitung in der Äußeren Brucker Straße an das Netz wurde es notwendig, die Verbindungsstraße über die Regnitz in Richtung Herzogenaurach – eine Hauptverkehrsachse Erlangens – in den Sommerferien zwischen dem 29. Juli und dem 9. September 2019 komplett zu sperren.

Unter der Regnitz hindurch

Um die geplante Bauzeit und damit die Verkehrsbeeinträchtigungen noch weiter zu reduzieren, entschied man sich kurzfristig dazu, die Spülbohrung unter dem Fluss noch bis zu einem anschließenden Kreuzungsbereich zu verlängern. Im Rahmen dieses Bauabschnitts wurden unter der Regnitz 120 Meter PE DA 225 als Doppelleitung eingebracht sowie bis zur Einbindestelle nochmals zweimal 75 Meter DA 250. Hinzu kamen noch Bohrungen für Kabelschutzrohre. Unter Berücksichtigung der offenen Rohrgräben betrug die Länge der Baumaßnahme rund 250 Meter.

Da man im Stadtgebiet bereits Erfahrungen mit Bohrungen unter dem Fluss gemacht hatte, entschieden sich die verantwortlichen Planer bei den ESTW dazu, auf der genannten Länge von 120 Metern zwei Bohrungen DA 225 durchzuführen. „Wir gingen davon aus, auf einer so kurzen Strecke die aufgrund dieses Vorgehens auftretenden Druck- und Strömungsverluste sicher beherrschen zu können“, erläutert Bergmann. „Aufgrund der vorliegenden Geologie wäre das Risiko eines einstürzenden Bohrkanals bei der Wahl eines größeren Querschnitts ungleich höher gewesen“, so Bergmann weiter.

Für die Flussquerung setzte Rotec eine 25-Tonnen-Felsbohranlage mit zwei Misch- und zwei Recyclinganlagen ein, um Verzögerungen während des Bohrvorgangs auf ein Minimum zu reduzieren. Nach erfolgreichem Einbau, Spülung und Beprobung der Leitung konnte diese erfolgreich in das Erlanger Netz eingebunden werden und trägt dazu bei, die Trinkwasserversorgung der Stadt dauerhaft zu sichern.

Eine erfolgreiche Kooperation

Die gesamte Baumaßnahme war für alle Beteiligten alles andere als alltäglich. Die ökologisch wie geologisch anspruchsvollen Rahmenbedingungen sowie die Länge und Dimension besonders des durch die „Wässerwiesen“ verlaufenden Leitungsabschnitts stellte alle an der Baumaßnahme beteiligten Baupartner vor große Herausforderungen bei Planung und Bauausführung.

„Dadurch, dass die Planung bei uns im Hause durchgeführt wurde, hatten wir einen besonderen Spielraum und konnten unsere Erfahrungen genauso mit einfließen lassen, wie unsere Ideen in Bezug auf eine innovationorientierte Abwicklung der Baumaßnahme“, so Bergmanns zufriedenes Fazit. „Auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Rotec Rohrtechnik GmbH war hier sehr wertvoll, da kurzfristige Änderungen oder Anpassungen stets unkompliziert umgesetzt werden konnten“, so Bergmann weiter. „Die Anforderungen im Rohrleitungsbau werden zukünftig steigen. Mit neuen und innovativen Lösungsansätzen, gepaart mit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, können diese Herausforderungen aber bewältigt werden, wie die Baumaßnahme gezeigt hat.“ ❐



In Erlangen wurde im August 2018 im Zuge der Erweiterung des Trinkwasserversorgungsnetzes erstmalig in Deutschland eine Wasserleitung der Dimension DA 450 im Pflugverfahren verlegt.

Bild: Rotec Rohrtechnik GmbH

Wasserfachliche Aussprachetagung 2019 in Köln:

Folgen des Klimawandels

Auf der wat 2019 in Köln diskutierten Branchenvertreter die Herausforderungen für die Wasserwirtschaft. Der Klimawandel, demographische Veränderungen, eine zunehmende Verschmutzung der Trinkwasserressourcen und die Instandhaltung der Infrastruktur erfordern zusätzliche Anstrengungen und steigende Investitionen.

Dürre, steigende Arzneimitteleinträge, Nitratbelastung und eine zunehmende Spreizung der Wasserbedarfe stellen die rund 6.000 Wasserversorger hierzulande zunehmend vor enorme Herausforderungen. Mit dem im Mai 2019 gestarteten „Wasser-Impuls“ schafft der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) eine wichtige Plattform für den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft sowie Öffentlichkeit, um den Wert des Wassers ins gesellschaftliche Bewusstsein und Handeln zu überführen. Das wat-Programm griff entsprechend die Themencluster des „Wasser-Impulses“ auf und stellte unter anderem Sicherheit, Qualität, Erhalt und Ausbau von Versorgungssystemen sowie die technische Selbstverwaltung in den Vordergrund.

Wert des Wassers im Fokus

„Trinkwasser in Deutschland wird auch zukünftig eine hervorragende Qualität haben. Damit dies so bleibt, muss der Wert des Wassers und der Wasserversorgung in den Fokus aller Akteure rücken“, machte DVGW-Vizepräsident Jörg Höhler deutlich. Künftig seien unternehmerische Entscheidungen gefordert, die zunehmend im politischen Kontext getroffen werden. Umso mehr gelte es, den fachpolitischen Dialog zu fördern und gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft Perspektiven und Rahmen zur Zukunftssicherung der Branche zu entwickeln.

„Der Klimawandel stellt auch die Wasserwirtschaft vor neue Herausforderungen. In Zukunft werden sowohl Hitzeperioden als auch Starkregenereignisse zunehmen“, machte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, deutlich. „Die Wasserwirtschaft hat solche extremen Wetterereignisse bislang immer sehr gut gemeistert, doch die Herausforderungen nehmen zu.“

Weyand forderte die Politik deshalb auf, städtische Infrastrukturen besser an den Klimawandel anzupassen. „Die Gefahr durch starke Regenfälle steigt, wenn durch den Zubau neuer Wohngebiete Versickerungsflächen fehlen und Flüsse begradigt sind. Wir müssen Flüsse und Bäche in Teilen zurückbauen, damit sich das Wasser weniger staut. Außerdem brauchen wir neue Versickerungsflächen, damit das Wasser nicht einfach in die Kanäle abfließt, sondern dezentral in den Boden sickert oder durch Pflanzen aufgenommen wird.“

Beispiele hierfür seien die Schaffung von Angerflächen oder die Begrünung von Dächern und Fassaden. „Städte sind den Naturgewalten nicht hilflos ausgeliefert“, stellte der Hauptgeschäftsführer fest: „Durch eine integrierte städtebauliche Planung kann man die Wassermassen in den Griff bekommen. Dafür brauchen die Städte die entsprechenden finanziellen Spielräume.“

Regionen verbinden

Auch anhaltende Hitzeperioden stellten die Wasserversorgung vor Herausforderungen. „Eine Analyse zur Trinkwasserbereitstellung in 2018 und 2019 zeigt zwar, dass von einer Trinkwasserknappheit in Deutschland auch in Dürreperioden keine Rede sein kann. Jedoch bringt die bei Hitze regional und temporär stark steigende Nachfrage nach Wasser die technische Infrastruktur, wie Pumpen und Leitungen, an einigen Orten an ihre Grenzen“, erklärte Weyand. Helfen würde es hier beispielsweise, über Verbundnetze die Wasserversorgung in den Regionen miteinander zu verbinden, um Notlagen auszugleichen. „Gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung von Wasserressourcen sollte der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung klare Priorität eingeräumt werden. Trinkwasser ist nicht substituierbar.“

Gerade mit Blick auf Hitzeperioden werde es zudem immer wichtiger, die Grundwasserqualität zu sichern. „Je weniger Wasserressourcen verschmutzt werden, desto mehr Grundwasser steht zur Verfügung“, sagte Weyand. Konkret bedeute das, dass die Bundesregierung nach 26 Jahren nun endlich die EU-Nitratrichtlinie in nationales Recht umsetzen müsse, um so der steigenden Nitratbelastung durch den Gülleeinsatz in der Landwirtschaft Einhalt zu gebieten.

Fondsmodell

Auch gegen die zunehmende Belastung der Gewässer durch Arzneimittelrückstände müsse die Politik dringend etwas unternehmen, hob Weyand hervor. Der BDEW hat deshalb ein Fondsmodell vorgeschlagen, bei dem die Hersteller von Arzneimitteln verursachergerecht an der Finanzierung von Reinigungsleistungen beteiligt werden. „Das Fondsmodell ist eine ökologisch und ökonomisch effiziente Lösung, die Herstellern Anreize bietet, Einträge zu vermeiden oder Innovationen voranzubringen, um Rückstände in die Umwelt zu verringern.“ **DK**

Lange Planung, kurze Bauzeit

Heidingsfeld nimmt seinen neuen Rathausplatz in Besitz

Über 1.000 m³ Aushub, etwa 660 Tonnen Granit in über 60.000 Pflastersteinen und 2,3 Millionen Euro Kosten für die Tiefbauarbeiten, ein langer Planungsprozess, aber nur ein Jahr Bauzeit: Die Neugestaltung des Heidingsfelder Rathausplatzes ist mit einigen Superlativen verbunden. Im Dezember wurde der Platz offiziell an die Bürgerinnen und Bürger übergeben. Konzipiert ist er als „gute Stube" und zentraler Treffpunkt des Städtles, der zum Verweilen und Feiern anstatt zum Parken einlädt. Die Straße ist nahezu barrierefrei geworden, statt parkender Autos stehen viele Sitzplätze bereit, eine neue Ulme, der zurückgekehrte Rossbachbrunnen, ein Spielpunkt und demnächst eine Litfaßsäule sorgen für die stimmige Möblierung.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt erinnerte bei der Übergabe des Platzes daran, dass der Weg dorthin ein langer war: „Aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten und der bereits seit Ende der 80er-Jahre beabsichtigen, aber gescheiterten Ortskernsanierung, konnte die Umgestaltung lange nicht verwirklicht werden", so Schuchardt.

Erarbeitung eines ISEK

Im Vorgriff auf das Städtebauförderungsprogramm wurde in den Jahren 2011 und 2012 ein Integriertes Städtebauliches Konzept ISEK für den Ortskern von Heidingsfeld erarbeitet, bei dem auch die Bürgerinnen und Bürger von Heidingsfeld mitarbeiteten. Darin definiert waren als vordringlichste Ziele zur Stärkung und Neubelebung des Ortskernes die Sicherstellung und Förderung der zentralen Versorgungsbereiche, die Aufwertung des öffentlichen Raumes und die Aufwertung des Stadtbildes. „Dank des Vorantreibens des Baureferats sowie der zugesagten Städtebau-Fördermittel durch die Regierung von Unterfranken haben wir es geschafft, diese Baumaßnahme zu realisieren", so Schuchardt weiter und fügte hinzu: „Durch den Umbau hat sich die Qualität des Stadtraums sichtlich und spürbar erhöht."

Aufwändige Technik

Im „Gesamtpaket" der Baumaßnahmen wurden nicht nur sämtliche Gas- und Wasserleitungen erneuert, sondern auch die angrenzende Brücke über den Heigelsbach saniert. Dabei wurde der Belag, die über 60 Jahre alte Abdichtung und Asphaltschutzschicht erneuert und Betonschäden ausgebessert. In einer aufwändigen Technik wurde auch der Teilbereich der Brücke, die das Heidingsfelder Rathaus trägt, saniert und der Straßenbelag unter den Arkaden erneuert. Außerdem entstand ein neues Beleuchtungskonzept mit historischen Altstadtlaternen, die mit LED-Leuchten ausgerüstet, den Platz umweltfreundlich erhellen. Damit ist in Heidingsfeld aber noch nicht Schluss. Schuchardt kündigte das Touristenleitsystem, die Fortsetzung der Umgestaltung des Straßenzugs in Wenzel- und Klosterstraße und eine Neukonzeption für das ehemalige Bayla-Gelände an.

Baureferent Benjamin Schneider fasste die Baufakten zusammen: Vollausbau der gesamten Fläche, Erneuerung des Oberbaus inklusive der Frostschutzschicht, versickerungsfähige Oberfläche der Pflasterung und Kosten von 2,3 Millionen Euro für die Tiefbauarbeiten, wovon die Regierung von Unterfranken aus Städtebaufördermitteln von Bund und Ländern 1,3 Millionen Euro in Aussicht stellte.

Manfred Grüner, Regierung von Unterfranken – Städtebau, betonte bei der Übergabe die Wichtigkeit der guten Platzgestaltung, der mit Bürgerbeteiligung entstand, darunter natürlich auch der Bürgervereinigung Heidingsfeld, ein Zusammenschluss der 45 Vereine. Die Hätzfelder Großen und Kleinen nahmen den Platz, wie auch das neue Wasserstrudelspiel mit einer kleinen Feier in Besitz. ❐



Oberbürgermeister Christian Schuchardt (2.v.l.), Bürgermeister Dr. Adolf Bauer und Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake übergaben den neugestalteten Rathausplatz bei einer kleinen Feier an die Heidingsfelder. Links Stefan Rettner, Vorsitzender der Bürgervereinigung Heidingsfeld, im Hintergrund einige der anwesenden Stadträtinnen und Stadträte. Bild: Claudia Lother

Freistaat startet „Bauhaus 4.0 Nürnberg":

Innovationslabor der Zukunft

Vernetzung von Kreativen und Künstlern in der digitalen Welt
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg wird Kunstschule der Digitalität

Der Freistaat baut die Metropolregion Nürnberg zu einem digitalen Zentrum für Kultur und Kreativität aus. Die Akademie der Bildenden Künste Nürnberg wird dabei zur Kunstschule der Digitalität „Bauhaus 4.0 Nürnberg" weiterentwickelt. Vorhandene kreative Potenziale können so gestärkt, Akteure noch besser vernetzt und innovative Ausbildungsangebote an interdisziplinären Schnittstellen entwickelt werden.

„Bauhaus 4.0 Nürnberg" wird als Teil der Hightech Agenda Bayern das Innovationslabor der Zukunft. Damit begleitet der Freistaat die Herausforderungen, die die digitale Zukunft auch an Kunstschaffende und Kreative stellt.

Künstliche Intelligenz und digitale Technologien nutzbar machen

Die neue Kunstschule der Digitalität ermöglicht zudem neue Möglichkeiten, Künstliche Intelligenz und digitale Technologien für Kunst, Kultur und Design nutzbar zu machen. Im Fachbereich Design wird ein deutlicher Schwerpunkt auf Digitalem Grafik-Design und Digitaler Visueller Kommunikation liegen.

Neu aufgebaut werden der Fachbereich Produktdesign sowie der Fachbereich „artistic experimentation/immaterial creations/fluid forms/spatial practices". In einem neuen Digital Lab können Hochschul- und Kultureinrichtungen vor Ort zusammen neue digitale Nutzungsfelder in Forschung und Anwendung erschließen. Ebenfalls neu hinzu kommt ein sogenanntes Fabrication Laboratory, das als Schnittstelle zwischen Digital Forming und computergesteuerter Produktion fungiert.

Die umfassende Strategie „Bauhaus 4.0 Nürnberg" kann in der Metropolregion Nürnberg auf bereits vorhandene Strukturen der vielfältigen Kreativ- und Designwirtschaft sowie einer ausgeprägten Kunst-, Kultur- und Kreativszene aufbauen. Mit mehreren Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und drei Kunsthochschulen in Nürnberg und Bayreuth bietet die Region hervorragende wissenschaftliche Rahmenbedingungen für die Ausbildung des kreativen wie künstlerischen Nachwuchses in wichtigen Feldern. ❐

Förderung mit mehr als 2,5 Mio. Euro:

Modellprojekt „DeinHaus 4.0" der OTH Regensburg

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml fördert das Modellprojekt „Vorbildliches Pflegewohnumfeld für Pflegebedürftige: DeinHaus 4.0" der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg mit mehr als 2,5 Millionen Euro. Huml betonte anlässlich der Übergabe des entsprechenden Förderbescheids an OTH-Präsident Prof. Wolfgang Baier in Regensburg: „Mein Ziel ist, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lange möglichst selbstständig in ihrem vertrauten Wohnumfeld verbleiben können. Der Einsatz moderner Assistenztechnik kann dabei helfen, mehr Sicherheit zu geben und den Alltag zu erleichtern."

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker freute sich: „Die OTH in Regensburg geht hier mit intelligenter Technik eine wichtige Zukunftsfrage an: Alle Menschen wollen, auch wenn sie pflegerische Unterstützung benötigen, soweit wie möglich selbstbestimmt leben. Die Fördersumme ist sehr gut investiert und stärkt den Forschungsstandort Oberpfalz. Die Ergebnisse werden pflegebedürftigen Menschen und Pflegenden weit über die Oberpfalz hinaus zu Gute kommen."

Einsatz intelligenter Assistenztechnik für Pflegebedürftige

Bei „DeinHaus 4.0" handelt es sich um eine Projektreihe, mit der intelligente Assistenztechnik für Pflegebedürftige erforscht und für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar gemacht werden soll. Ziel des Forschungsprojekts der OTH Regensburg ist es, so genannte Telepräsenz-Roboter im häuslichen Umfeld von Schlaganfallpatienten zu erproben. Dazu sollen rund 100 Projektteilnehmer die Möglichkeit erhalten, ein halbes Jahr lang zu Hause ihre persönlichen Unterstützungsmöglichkeiten durch Telepräsenzroboter zu erleben. Die OTH wird dabei unter anderem Akzeptanz und Folgen erforschen, gesundheits- und pflegewissenschaftliche Potentialstudien erstellen und Fragen des Datenschutzes klären.

Sicherheit im Alltag erhöhen

Die Ministerin unterstrich: „In Bayern erleiden jedes Jahr etwa 50.000 Personen einen Schlaganfall. Bis zu 75 Prozent der Betroffenen leiden den Rest ihres Lebens an den Folgen. Wir wollen mit dem Projekt der OTH erproben, inwieweit den Betroffenen zu Hause technische Unterstützung im Pflegealltag helfen kann, um etwa einem erneuten Schlaganfall vorzubeugen, Vereinsamung zu verhindern oder die Sicherheit im Alltag zu erhöhen."

Der Mensch im Mittelpunkt

Huml ergänzte: „Gerade in der Pflege bieten digitale Anwendungen zahlreiche Chancen. Die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern wird Schätzungen zufolge auf rund 3,4 Millionen Menschen im Jahr 2030 ansteigen. Digitale Assistenztechnik kann Pflegekräfte und pflegende Angehörige entlasten. Mein Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger noch besser über die neuen digitalen Möglichkeiten zur Unterstützung der Pflege zu informieren. Klar ist aber auch: Der Mensch muss dabei immer im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen technisch-digitale Unterstützung, die von den Pflegenden und den Pflegebedürftigen akzeptiert wird. Deshalb muss die neue Technik praxistauglich sein."

Das „DeinHaus 4.0"-Projekt der OTH Regensburg ist das zweite Projekt der Modell-Reihe, mit der die intelligente Assistenztechnik im Pflegealltag erforscht und für die Bevölkerung erlebbar präsentiert wird. Das erste „DeinHaus 4.0"-Projekt wird bereits seit Sommer 2018 durch die Technische Hochschule Deggendorf (THD) umgesetzt. ❐

Barrierefreiheit – ein Gewinn für alle!

Die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer bietet mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales seit 1984 Beratungen rund um das Thema Barrierefreiheit an. Die Beratungen kann jeder in Anspruch nehmen: Privatpersonen ebenso wie Städte und Gemeinden, Vereine und Verbände, Handwerker, Ingenieure und Architekten.

Vom behinderten- und altersgerechtem Bauen über Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplanungen bis hin zu digitalen Angeboten wie Leichter Sprache reicht dabei das Beratungsangebot. Auch soziale Aspekte und finanzielle Förderungen können nachgefragt werden. Für alle Fragen und Fachrichtungen stehen an 18 Standorten in Bayern 16 Beraterinnen und Berater zur Verfügung. Kostenfreie Beratungstermine können dabei von Interessierten an allen Standorten wahrgenommen werden; auch kann als Gemeindeverwaltung ein Termin vor Ort vereinbart (Tel.: 089-139880-80, E-Mail: info@byak-barrierefreiheit.de) oder über das Formular auf der Website Kontakt mit der Beratungsstelle aufgenommen werden. Ansprechpartnerinnen sind Charlotte Röttger und Marianne Bendl.

Wie Barrierefreiheit in möglichst allen Lebensbereichen wirksam, wirtschaftlich und konstruktiv durchdacht umgesetzt werden kann, dafür setzt sich die Beratungsstelle Barrierefreiheit seit mehr als 35 Jahren ein. Gerade im öffentlichen Raum ist es besonders wichtig, sich im Vorfeld von Planungen zum Thema Barrierefreiheit und ihrer Umsetzung zu informieren. Die kostenfreien Erstberatungen unterstützen zum Beispiel Gemeindeverwaltungen, möglichst früh die richtigen Weichen für mehr Barrierefreiheit zu stellen und dabei auch eine kostengünstige Umsetzung im Blick zu behalten.

Informationen zum Ablauf einer Beratung und zu den regelmäßigen Beratungsterminen hält die aktuelle Broschüre der Beratungsstelle Barrierefreiheit bereit. Diese kann kostenfrei bestellt oder über die Homepage als pdf heruntergeladen werden: www.byak-barrierefreiheit.de.

Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden sind am 29. April 2020 von 9.30 bis 16.00 Uhr herzlich zur Fachtagung „Architektur und Demenz" ins Münchner Haus der Architektur eingeladen. Die Bayerische Architektenkammer und das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege haben ein spannendes Programm zusammengestellt, das für Interessierte kostenfrei ist.

Das Umfeld von Menschen mit Demenz wird dabei in Expertenvorträgen und Praxisbeispielen ebenfalls zur Sprache kommen wie Demenz im öffentlichen Raum, im privaten Wohnbereich, im Krankenhaus sowie in der Tages- und stationären Pflege.

Programm und Anmeldung: www.byak.de, Ansprechpartnerin: Nadja Schuh, Tel. 089-13988044, E-Mail: schuh@byak.de ❐

Holzwohnungsbau wird weiter gefördert

Die Holzbauweise gewinnt aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeiten im mehrgeschossigen, urbanen Bauen immer mehr an Bedeutung. Holz ist ein klimaverträglicher sowie nachhaltiger Baustoff. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung des Stadtrats München hat beschlossen, den Bau von neuen, zeitgemäßen Holzbauprojekten zu fördern.

Die Stadtverwaltung wird in diesem Jahr ein weiteres Zuschussprogramm für die Bauweise mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen entwickeln, das auch weiterhin die Mehraufwendungen für den mehrgeschossigen Geschosswohnungsbau unterstützt. Das Zuschussprogramm wird sich für Einzelprojekte im Stadtgebiet sowie für Siedlungen im größeren städtebaulichen Kontext eignen.

Standorte für eine Holzbausiedlung

Nach dem Vorbild der größten zusammenhängenden Holzbausiedlung Deutschlands mit rund 570 Wohnungen im südlichen Bereich des Prinz-Eugen-Parks in Bogenhausen sollen als weitere Standorte für eine Holzbausiedlung der zweite Realisierungsabschnitt in Freiham Nord, das Kreativquartier und die Bayernkaserne sowie geeignete Teilflächen im Baugebiet südwestlich der Henschelstraße in Aubing-Lochhausen weiter verfolgt werden.

Bei der Vergabe städtischer Grundstücke sollen 50 Prozent der Gebäude in Holzbauweise angestrebt werden. Innerhalb des Prinz Eugen Parks wurden bereits Projekte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG München von Rapp Architekten und der Baugemeinschaft Team³ GBR von Architekturwerkstatt Vallentin GmbH mit Johannes Kaufmann Architekten erfolgreich realisiert. ❐



Tschechien, Österreich und Bayern:

Gemeinsames Holocaust-Gedenken in Passau

„Mit diesem Gedenken stellen wir uns dem trennenden Gestern – für ein gemeinsames Heute und Morgen." Mit diesem Satz brachte Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Bedeutung des diesjährigen Gedenkakts für die Opfer des Nationalsozialismus des Bayerischen Landtags und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten auf den Punkt. Gemeinsam mit der Landtagspräsidentin und Stiftungsdirektor Karl Freller erinnerten heute der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, Radek Vondrácek, sowie der Präsident des Landtags von Oberösterreich, Viktor Sigl, mit dem ersten trinationalen Gedenkakt an die beispiellosen Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus.

Für den länderübergreifenden Gedenkakt wählten der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten die kreisfreie Universitätsstadt Passau, in deren Umgebung während der NS-Zeit drei Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen bestanden. Im Vorfeld der Veranstaltung trafen sich die Delegationen am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus an der Passauer Innpromenade, wo sie mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Überlebenden und Vertretern der Opfergruppen an der Kranzniederlegung teilnahmen. Vor dem Audimax der Universität wurde anschließend eine Tafel zur Erinnerung an dieses erste trinationale Gedenken enthüllt.

Während des folgenden Gedenkakts, der live im Bayerischen Fernsehen übertragen wurde und bei dessen Gestaltung sich Schülerinnen und Schüler aus Tschechien und Deutschland einbrachten, trugen die Rednerinnen und Redner ihre Sichtweise auf die Bedeutung des Holocaustgedenkakts und das erste gemeinsame Erinnern dreier Länder vor:

Landtagspräsidentin Ilse Aigner mahnte: „Wir konnten das Versprechen ‚Nie wieder!' nicht halten. Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und andere Formen der Menschenfeindlichkeit, die ganze Gruppen anfeinden und ausgrenzen, sind nach wie vor verbreitet. Lokalpolitiker und engagierte Bürger werden bedroht, Journalisten eingeschüchtert. Es ist unsere Verantwortung, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit zu schützen – ohne Bedingung. Hass ist grundschlecht und willkürlich. Wenn er zur Entfaltung kommt, richtet er sich gegen jeden. Demokratie ist keine Gabe, sondern eine Aufgabe. Wir müssen noch entschiedener den Anfängen wehren und unsere Demokratie gegen Extremisten aller Art noch wehrhafter verteidigen!"

Schicksale dürfen nicht in Vergessenheit geraten

Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, appellierte an die Menschen in unseren Ländern: „Wir alle tragen Sorge dafür, dass die Schicksale der Menschen, denen der Nationalsozialismus auf tschechischem, österreichischem und deutschem Boden oder anderswo ungeheures Leid zufügte und oftmals den Tod brachte, nicht in Vergessenheit geraten. Und wir tragen Sorge dafür – nein: Es ist vielmehr unsere Pflicht! – uns in der Gegenwart wie auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen diejenigen zur Wehr zu setzen, die Menschen wegen ihrer Abstammung, ihres Glaubens, ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung oder ihrer persönlichen Einstellung diffamieren, diskriminieren oder gar bedrohen. Unser Ziel ist es, dass Menschen nicht wieder aufgehetzt werden. Nur gemeinsam können wir dies schaffen. Nur über Grenzen hinweg! Ich danke allen, die den heutigen Gedenkakt möglich gemacht haben und heute hier sind."

Maßstäbe der Menschlichkeit

Viktor Sigl, Präsident des Landtags von Oberösterreich, erklärte in seiner Rede: „Die Vergangenheit in eine Beziehung zur Gegenwart und Zukunft zu setzen, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, das ist der Sinn des Erinnerns. […] Wir sind täglich gefordert, unser Miteinander nach den Maßstäben der Menschlichkeit zu gestalten. Über allem Handeln in Politik und Gesellschaft sollen unsere Grundwerte – Toleranz, Respekt und Wahrung der Menschenwürde – stehen. Nicht nur an den Gedenktagen! Wir müssen alles tun, um Fehlentwicklungen zu verhindern, die den Aufstieg von Radikalen ermöglichen und undemokratisches Handeln ermöglichen."

Der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, Radek Vondrácek, erklärte: „Ich begrüße die Idee unserer bayerischen Freunde, uns zusammen an das diesjährige Jubiläum der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zu erinnern. Die Konzentrationslager Terezín, Mauthausen, Gusen, Dachau, Flossenbürg und weitere repressive nazistische Einrichtungen sind ein Ort des Leidens und des Erinnerns aller europäischen Nationen. Es ist wichtig, dass mit uns in Passau auch die Überlebenden der Konzentrationslager sind, für die der schnelle Vormarsch der Alliierten im Jahr 1945 und die Befreiung von Auschwitz-Birkenau eine Hoffnung aufs Überleben gebracht haben. Ich schätze sehr, dass wir uns heute mitten in Europa an diese grausigen Ereignisse zusammen erinnern können, da das friedliche Zusammenleben der demokratischen Völker in Europa durch unsere gemeinsame Überzeugung begründet ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass sich dieses Grauen wiederholt."

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster wies in seiner Rede auf die Bedeutung des Gedenkens für die Sicherung unserer Demokratie hin: „Für alle nachgeborenen Generationen gilt: Diese Geschichte müssen sie kennen und aushalten. Nur wenn jede Generation wieder bereit ist, sich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten auseinanderzusetzen, kann auch jede Generation wieder daraus lernen. Wer hingegen feige wegschaut oder weghört, gibt leichtfertig und verantwortungslos die Chance auf, unsere Demokratie für die Zukunft zu sichern, ja, gerade auf diesem Fundament die Demokratie und unseren Rechtsstaat zu stärken. Denn wer den Abgrund von Auschwitz kennt, wird die Menschenwürde nie leichtfertig aufs Spiel setzen!"

Zeitzeuginnen

Tief bewegt zeigten sich die Gäste im Audimax der Passauer Universität von den Schilderungen der anwesenden Zeitzeuginnen Bohumila Havránková und Anna Hackl. Havránková wurde im März 1943 zusammen mit ihrer Schwester als sogenanntes Mischlingskind nach Theresienstadt deportiert. Anna Hackl war 14 Jahre alt, als ihre auf einem Bauernhof in Schwertberg lebende Familie im Februar 1945 unter Lebensgefahr zwei aus dem nahe gelegenen Konzentrationslager Mauthausen geflüchtete sowjetische Kriegsgefangene für drei Monate auf ihrem Hof versteckte.

Die künstlerische Gestaltung des Gedenkaktes übernahmen die Chöre eines Budweiser Gymnasiums und des Adalbert-Stifter-Gymnasiums Passau, die seit über 20 Jahren kooperieren und immer wieder gemeinsame Konzerte in beiden Städten aufführen sowie Schülerinnen und Schülern der Dietrich-Bonhoeffer-Schule Schönberg. Sie erinnerten in ihrem Beitrag an einen Aufenthalt von Häftlingen in Markt Schönberg. Eine Auswahl des Passauer Studentenchors war bei der Uraufführung der A-capella-Motette „Ich liebe die Menschen" nach Texten des polnischen Autors Janusz Korczak zu hören und auch das Diözesanblechbläser-Ensemble trug zur würdigen Umrahmung der Veranstaltung bei.

Traditionell veranstalten der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten jährlich den Gedenkakt für die Opfer des Nationalsozialismus. Ziel dieses Gedenkens ist nicht nur die Bewältigung der Vergangenheit, sondern auch die Mahnung an die junge Generation, derartiges Unrecht nie wieder zuzulassen.

Im Jahr 2017 fand in Theresienstadt und Leitmeritz erstmals ein grenzübergreifender Gedenkakt des Bayerischen Landtags und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten in Tschechien statt. Im 75. Jahr nach Kriegsende und Befreiung der Konzentrationslager gab es nun erstmalig einen trinationalen Gedenkakt von Bayern, Oberösterreich und Tschechien. ❒



Gemeinsames Gedenken dreier Länder. V.l.: Karl Freller (Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Viktor Sigl (Präsident des Landtags von Oberösterreich), Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags) und Radek Vondrácek (Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik).

Bildarchiv Bayerischer Landtag/Rolf Poss

„Gender Award" für Landeshauptstadt München

Für ihre herausragende strategische Arbeit zur Gleichstellung von Frauen und Männern wurde die Stadt München in Berlin mit dem 1. Preis des „Gender Award – Kommune mit Zukunft 2019" ausgezeichnet. Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt München Nicole Lassal nahm den Preis in Anwesenheit von Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemeinsam mit Ulrike Grimm, stellvertretende Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, entgegen.

„Die bayerische Landeshauptstadt hat es geschafft, eine hervorragende Struktur für Gleichstellungsarbeit aufzubauen", so die einhellige Meinung der Jury. Die Bewerbung mache deutlich, dass München schon vor vielen Jahren entschieden hat, Gleichstellung als Querschnittsthema zu fördern und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen. München habe durch seine Bewerbung ein Bild seiner Gleichstellungsarbeit entworfen, anhand dessen man konkret merkt, wie die einzelnen Themen der Gleichstellungsarbeit in der Verwaltung strukturell verankert sind und wie durchdacht ihre Arbeit aufeinander aufbaut.

Frauen in Führungspositionen

Auch beim Thema Frauen in Führungspositionen steht München mit insgesamt 48,8 Prozent und einem Frauenanteil im höheren Dienst, mit knapp 40 Prozent gut da. Der Anteil der Politikerinnen im Kommunalparlament liegt bei 45 Prozent. Das ist im bundesweiten Vergleich ein hoher Prozentsatz.

Der Stadtrat hat 2018 eine freiwillige Selbstverpflichtung für eine Geschlechterquote bei der Besetzung von Gremien mit Stadtratsmitgliedern beschlossen. Das gilt für den Aufsichtsrat der Stadtwerke genauso wie für die Kommission für Stadtgestaltung und die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags. Mit einem Monitoring wird der Stand der Gleichstellung u. a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Kultur analysiert. Praktische Aktionen deuten auf eine große Akzeptanz der Gleichstellungsarbeit.

Weitere Pluspunkte sind das Verbot sexistischer Werbung auf allen städtischen Werbeanlagen sowie die „kleinteilige" Arbeit vor Ort wie die gendergerechte Planung von Spiel- und Sportplätzen und die Installierung von Mädchen- und Jungenbeauftragten an allen städtischen Schulen.

Oberbürgermeister Dieter Reiter zufolge hat sich die Stadt München bereits 1985 mit der Entscheidung, eine Gleichstellungsstelle für Frauen einzurichten, als wegweisende Kommune in Sachen Geschlechtergerechtigkeit profiliert. „Mit viel Engagement und großer Hartnäckigkeit haben wir über all die Jahre unser Ziel verfolgt. Der Award zeigt, dass die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit für die Landeshauptstadt München keine hohle Phrase, sondern tägliche Verpflichtung für die Verwaltung ist."

Ausgelobt wird der „Gender Award – Kommune mit Zukunft" alle zwei Jahre von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Deutschland. Die BAG vertritt 1.900 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. **DK**

Bürgerinnen und Bürger als „Experten der Stadt"

Stadt Bamberg setzt auf Bürgerbeteiligung und direkten Dialog

Die Stadt Bamberg hat dem Thema Bürgerbeteiligung im Jahr 2019 neuen Schwung verliehen: Im Juni wurde ein Amt für Bürgerbeteiligung, Presse und Öffentlichkeitsarbeit gegründet. Bei vielen Veranstaltungen im Bürgerlabor in der Hauptwachstraße, bei Stadtteilgesprächen und Bürgerdialog- sowie Bürgerinformationsveranstaltungen und vielen weiteren Aktionen zu zahlreichen Themen, wurden die Bambergerinnen und Bamberger aktiv in die Stadtentwicklung einbezogen und um Meinung befragt. „Wir werden die Bürgerinnen und Bürger als „Experten der Stadt" wertschätzen," betonte Oberbürgermeister Andreas Starke.

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungen gab es 2019 zu vielfältigen Themen zahlreiche freiwillige Bürgerbeteiligungen: So fand zum Beispiel die erste Bildungskonferenz der Stadt Bamberg im Open Space Format statt und ein Digitalisierungsgipfel in der Volkshochschule um die modernen Medien noch stärker in die Bürgerbeteiligung mit einzubeziehen. Sicherlich die größte Zugkraft besaß der Tag der offenen Tore auf dem Lagarde-Gelände im Herbst.

Hohe Quote

Im April und Mai 2019 hatten 5.000 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, online oder per Post an einer repräsentativen Bürgerbefragung teilzunehmen. Sie wurden durch eine Zufallsstichprobe des Einwohnermeldeamtes ausgewählt. Von der Universität Bamberg waren Dr. Martin Messingschlager, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, und Dr. Christoph Spörlein, Mitarbeiter am Bamberger Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Sozialstrukturanalyse, für die Studie verantwortlich. Die Rücklaufquote war mit 31 Prozent sehr hoch. Die Forscher konnten 1.557 Online- und Papierfragebögen auswerten. „Das ist eine außergewöhnlich hohe Quote", so Messingschlager.

Ebenfalls im Frühjahr 2019 führte das Bildungsbüro eine Familienbefragung durch. Insgesamt 8.000 Familien in Stadt und Landkreis Bamberg wurden aufgefordert, ihren Bedarf an Angeboten der Familienbildung mitzuteilen. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt nach Stadtteilen, um dort bedarfsorientiert zu planen. Die Ergebnisse werden im Stadtrat vorgestellt.

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

In die Entwicklung der Stadtteile fließen auch die Ergebnisse der Bürgerkonferenzen zum „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept" der Stadt ein. Jeweils drei große Veranstaltungen fanden dazu in der Wunderburg, Gartenstadt und in Süd-West statt. Die anderen Stadtteile sollen in den nächsten Monaten folgen.

Spielregeln erarbeiten

Direkt nach der Einrichtung des neuen Amtes für Bürgerbeteiligung öffnete das Bürgerlabor seine Türen für drei Wochen am Stück. Die Antworten der Stadt auf alle eingegangenen Anregungen, Beschwerden und Lob(e) sind auf der Homepage unter www.stadt.bamberg.de/buergermeinung einsehbar. „Mit unserem Bürgerlabor haben wir bundesweit Aufmerksamkeit erzielt", so Michaela Schraetz, Sachgebietsleiterin Bürgerbeteiligung. Aufgabe der nächsten Monate wird es sein, allgemein gültige Spielregeln für das Miteinander von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik zu erarbeiten. Schraetz: „Wir wollen mutig sein und moderne, auch unkonventionelle Formen einsetzen."

Bürgerkonferenz geplant

Gleich zu Beginn des Jahres 2020 wird es Beteiligungsmöglichkeiten zum S-Bahn-Halt-Süd, zum Ulanenpark in der Wunderburg und zur Entwicklung in Bamberg Nord geben. Eine große Bürgerkonferenz zu „Bamberg Plastikfrei" und der Start für die Erhebung der sozialräumlichen Quartiersgliederung sind geplant. „Sobald wir den politischen Auftrag haben, werden wir dann mit weiteren und transparenten Bürgerbeteiligungen zu den Themen ‚Muna' und ‚Lagarde' starten", so Ulrike Siebenhaar, Leiterin des Amtes für Bürgerbeteiligung. ❒

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten - SDL Thierhaupten:

Vorstandsneuwahlen und Angebote zur Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der jüngsten Mitgliederversammlung wurde in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) der Vorstand neu gewählt. Langjährige Partner aus Politik und Verwaltung sorgen weiter für Kontinuität und Stabilität im Verein. „Dadurch kann die erfolgreiche Arbeit der SDL fortgesetzt werden“, freut sich der Vorstandsvorsitzende, Bezirkstagspräsident und Landrat Martin Sailer. Mit ihrem Fitnessprogramm für Kommunalpolitiker hilft die SDL den Kommunen, die Menschen mitzunehmen, erklärte Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.
Unser Bild zeigt den Vorstand der SDL Thierhaupten: Hintere Reihe v.l.: Richard Fank, Schatzmeister; Peter Selz, Beisitzer; Toni Brugger, Beisitzer; Markus Müller, Beisitzer; Vordere Reihe v.l.: Christian Kreye, 2. Stellvertreter d. Vorsitzenden; Martin Sailer, Vorstandsvorsitzender; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin; Gottfried Schlemmer, Beisitzer. Bild: SDL

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Wenn ich den Wirtschaftsteil der Zeitung richtig lese, leben wir derzeit in einem finanz- und haushaltspolitischen Schlaraffenland: Überschüsse in der Staatskasse in Milliardenhöhe. Ich bin gespannt, welche Schlüsse man in Berlin daraus zieht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, blätterte etwas ratlos in der Pressemappe.

Kein Wunder, war er doch schon zu Zeiten Bürgermeister, als Küchenmeister Schmalhans die Haushaltspolitik regierte, alle Ausgaben radikal auf den Prüfstand kamen und so gut wie jeder Unsinn durchzusetzen war, konnte man mit einer Maßnahme vermeintlich nur ein paar Kreuzer sparen. Die Devise lautete, dass sich die Aufgaben des Staates nach der Höhe seiner Einnahmen zu richten hätten. Deshalb keine Schulden

Bei vollen Kassen muss man nicht zwanghaft mehr Geld ausgeben

machen und nicht mehr ausgeben, als Steuern eingenommen werden.

Bei aller damals wie heute berechtigten Kritik an Einzelmaßnahmen und manchen vielleicht nicht bis zu Ende gedachten Entscheidungen ein sehr weiser und ökonomisch verantwortungsvoller Ansatz. Was allerdings in einer eher krisenhaften Zeit mit niedrigen Steuereinnahmen, hohen unabweisbaren Sozialausgaben, niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit richtig war, muss heutzutage dringend um den Grundsatz ergänzt werden, dass man auch nicht zwanghaft mehr ausgeben muss, nur weil die Kassen voll sind.

Denn die heute sprudelnden Steuereinnahmen führen ja nicht dazu, dass über Steuersenkungen, Schuldenabbau oder der Bildung von strategischen Rücklagen (Stichwort: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not) nachgedacht wird. Nein, die Energie wird insbesondere in Berlin eher darauf gerichtet, neue Ausgabentatbestände zu identifizieren, mit deren Hilfe man die Steuereinnahmen in die Lande pusten könnte. Und weil der Ideen für neue Ausgabenprogramme, soziale Wohltaten oder zur Klientelbedienung so mannigfaltig sind, wird auch gleich noch über eine Renaissance der Staatsverschuldung nachgedacht, weil die Zinsen ja grad günstig sind.

Manchmal ertappt man sich bei dem Gedanken, dass die Finanz- und Sozialpolitiker in Berlin glauben könnten, im Himmel wäre Jahrmarkt und der ganze Segen ginge ewig weiter. Gut, die etablierte Ökonomenzunft prophezeit uns seit Jahren den unmittelbar bevorstehenden Wirtschaftsabschwung, wahlweise einen Crash, weil der langjährige, tragende Aufschwung sich nicht in die führenden Lehrbuchweisheiten einpassen lässt. Zwar ist das noch nicht eingetreten, aber statt sich auf Art. 3 des Kölschen Grundgesetzes „Et hätt noch emmer joot jejange“ zu verlassen, wäre es sicher sinnvoll, durch Steuersenkungen für Unternehmen oder den privaten Konsumenten proaktiv tätig zu werden. Denn irgendwann wird die Party unweigerlich vorbei sein.

Oder wie wäre es mit einem veränderten Verteilungsschlüssel der ertragreichen Steuern zugunsten der Kommunen? Dort wären die Steuermittel für wichtige Investitionen und sinnvolle Unterstützungsprogramme jedenfalls besser aufgehoben als im Bundessozialministerium. Aber die Stärkung der originären Einnahmebasis ist wichtig, keine Goldenen-Zügel-Programme nach dem Motto: Wenn die Kommune brav Männchen macht und anschafft, was sich der Bund einbildet, dann gibt’s ein finanzielles Leckerli.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat seit seinem Amtsantritt solide gewirtschaftet, auch wenn die Zeiten mal nicht so rosig waren oder die großen Gewerbesteuerzahler sich durch Abschreibungen in die Büsche geschlagen haben. Klar würde auch er gerne mehr investieren und das ein oder andere nice-to-have in der Stadt umsetzen. Aber allemal ist der Staat und sind die Kommunen nur Sachwalter der von den Steuerzahlern erwirtschafteten Gelder. Deshalb müssen Überschüsse auch mal durch Steuersenkungen zurückgegeben werden.

Zum Schluss soll noch ein früher Ökonom zu Wort kommen, Jean-Baptiste Colbert, der erfolgreiche Finanzminister Ludwig XIV. von Frankreich: „Steuern eintreiben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viel Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt“.

Ihre Sabrina

Bayern führt Gedenkarbeit engagiert fort

Staatsregierung baut mit Gesamtkonzept die Erinnerungsarbeit an die Opfer des Nationalsozialismus sowie den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus weiter aus

Bayern bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung für den Erhalt und die Erschließung der Erinnerungsorte an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Die Bayerische Staatsregierung hat dazu ein Gesamtkonzept zur Erinnerungsarbeit beschlossen. Ziel ist es, aus dem beispiellosen Zivilisationsbruch Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Orte, an denen sich NS-Verbrechen ereignet haben oder an denen sie geplant und vorbereitet wurden, sind zu Forschungs- und Gedenkstätten, Lernorten und Zentren der zivilgesellschaftlichen Debatte geworden. Hierzu gehören „Täterorte“ wie München als „Hauptstadt der Bewegung“, Nürnberg als „Stadt der Reichsparteitage“ oder der Obersalzberg als zweiter Regierungssitz des Regimes. Ebenso gehören dazu „Opferorte“ wie das erste Konzentrationslager in Dachau, das Konzentrationslager Flossenbürg als paradigmatischer Ort der „Vernichtung durch Arbeit“ oder die zahlreichen KZ-Außen- und Zwangsarbeitslager.

Die verschiedenen Maßnahmen des Gesamtkonzepts stärken die Erinnerungsarbeit und tragen zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes bei. Unter anderem ist geplant:

- Von besonderem Interesse für die Weltöffentlichkeit ist die KZ-Gedenkstätte Dachau als zentraler Opferort. Mit der Neugestaltung der Ausstellungen, Maßnahmen der Sanierung und unter Einbezug bislang nicht berücksichtigter Teile des historischen Areals soll ein europäischer Gedenk- und Erinnerungsort entstehen, an dem die Gesamtgeschichte der Konzentrationslager in einzigartiger Weise aufgearbeitet und ihrer Opfer gedacht wird.
- An der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg ist ein Ausbau der Kooperation mit der Universität Regensburg geplant. Ein Institut für vergleichende und angewandte Erinnerungskultur soll insbesondere auf die empirische Erforschung der Erinnerungsarbeit ausgerichtet sein. Auf dem Gelände der Gedenkstätte Flossenbürg sollen bedeutende Teile des historischen Lagerbereichs wie etwa der Steinbruch für die Gedenkstättenarbeit weiterentwickelt werden.
- Auch in ehemaligen KZ-Außenlagern wie Mühldorf und Landsberg/Kaufering werden bestehende Einrichtungen zur Erinnerungsarbeit weiter erschlossen.
- In Nürnberg werden das Konzept des dortigen Dokumentationszentrums erneuert und umfangreiche Erhaltungsmaßnahmen an der Zeppelintribüne und auf dem Zeppelinfeld durchgeführt, getragen von der Stadt Nürnberg, dem Freistaat und dem Bund.
- Für das Memorium Nürnberger Prozesse ist die erweiterte Überarbeitung der Dauerausstellung geplant. Der Freistaat hat durch den Neubau eines Sitzungssaalgebäudes für die Strafjustiz des Landgerichts Nürnberg-Fürth (Einweihung voraussichtlich März 2020) die Voraussetzungen geschaffen, den historischen Saal 600, in dem von 1945 bis 1949 NS-Kriegsverbrechern der Prozess gemacht wurde, vollständig für die Ausstellung zu nutzen. Bislang ist der Saal nur an verhandlungsfreien Tagen zu besichtigen.
- Bayern stärkt zudem die Projekte der internationalen Bildungszusammenarbeit. Vor allem junge Menschen sollen nicht nur etwas über die europäische Dimension der NS-Verbrechen erfahren, sondern auch die spezifischen Perspektiven und Antworten des demokratischen und freiheitlichen Europas auf diese Geschichte wahrnehmen und würdigen können. Damit kann die Zusammenarbeit mit Israel, Frankreich, Tschechien und Österreich mit Blick auf Schulbesuche von KZ-Gedenkstätten mit internationaler Perspektive weiter vertieft werden.

Auf der Grundlage des Gesamtkonzepts kann die Erinnerungsarbeit im Freistaat schrittweise in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird dazu in die Abstimmung mit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und allen Beteiligten gehen und Detailkonzepte ausarbeiten. Dabei geht es auch um angemessene Finanzierungsbeteiligungen des Bundes.

Erinnerungskultur ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist das erklärte Ziel und die besondere Qualität, bürgerschaftliches Engagement diesbezüglich ganzheitlich wahrzunehmen und einzubinden auf allen staatlichen Ebenen, in allen Gebietskörperschaften, in den Unternehmen, Kirchen und in der gesamten Zivilgesellschaft. ❒

Wie weit ist es zum Doc?

Geografie: Forscher der Uni Würzburg befassen sich mit Erreichbarkeitsanalysen

Gerade im ländlichen Bereich sind Ärzte inzwischen vielerorts dünn gesät. Die Problematik, prognostiziert Jürgen Rauh, Professor für Sozialgeografie an der Uni Würzburg, wird sich weiter verschärfen. Denn die Patienten werden immer älter, weshalb sie häufiger medizinische oder pflegerische Hilfe benötigen: „Gleichzeitig werden aber auch viele Ärzte älter und scheiden aus.“ Im Projekt „Erreichbarkeitsanalysen von Einrichtungen im Gesundheitswesen“ befasst sich Rauh aktuell mit dieser Problematik.

Die in das Projekt integrierten Forscher fragen sich, wie gut die Chancen stehen, dass Bürger bestimmte Gesundheitseinrichtungen in akzeptabler Zeit erreichen. Oder wie lange es umgekehrt dauert, bis Mitarbeiter einer Gesundheitseinrichtung zu den Patienten gelangen. Auch Studierende sind in das 2016 gestartete Projekt eingebunden. So analysierte eine Projektgruppe, an der Masterstudent Jannik Burk beteiligt war, welche Wege Sozialstationen in Unterfranken zu ihren Patienten zurücklegen müssen. Die Ergebnisse sind erfreulich. Burk: „Im Schnitt dauert dies fünf Minuten.“ Allerdings: In ländlichen Regionen kann die Fahrtzeit durchaus schon mal 20 Minuten betragen.

Einen Plan zu erarbeiten, der auf einen Blick zeigt, wie schnell man eine Gesundheitseinrichtung erreichen kann, ist höchst aufwändig. Die ersten drei Projektjahre wurden denn auch vor allem dafür verwendet, Methoden zu entwickeln, mit denen auf Basis geografischer Informationssysteme Erreichbarkeiten modelliert werden können. Wie schauen die Straßen in einem bestimmten Gebiet aus? Welche Geschwindigkeiten gelten? „Teilweise haben wir die Wege in Zehn-Meter-Abschnitten untersucht“, berichtet Rauh. Hochleistungsfähige Software kam zum Einsatz. Für manche Operationen benötigen die Rechner dennoch zwei volle Wochen.

Blaulicht berücksichtigt

Die Modelle variieren auch in Bezug auf den jeweiligen medizinischen Sachverhalt, erklärt wissenschaftlicher Mitarbeiter Sebastian Rauch. So wurde zum Auftakt des Projekts 2016 untersucht, wie gut „Stroke Units“, also Abteilungen zur Behandlung von Schlaganfällen, in Unterfranken erreichbar sind. Dabei wurde berücksichtigt, dass Patienten mit Blaulicht und damit also mit sehr hohen Geschwindigkeiten zu diesen Einheiten transportiert werden. Sechs Stroke Units gibt es in Unterfranken. Auch die Aschaffenburger Klinik sowie das Klinikum Main-Spessart haben eine solche Einheit. Der Erreichbarkeitsanalyse zufolge ist die Abdeckung in Unterfranken „sehr gut“.

Realistische Szenarien

Der Fragenkomplex beim Thema „Erreichbarkeit“ umfasst Zeiten, Straßentypen, Mobilitätskosten oder auch die Fähigkeit von Menschen, sich fortzubewegen. „Wir versuchen in unseren Modellen außerdem, spezifische Tageszeiten abzudecken, um zu realistischen Szenarien zu kommen“, sagt Rauch. Auf Basis dieser Überlegungen kam die „Schlaganfall-Studie“ zum Beispiel zu dem Schluss, dass eine unterfränkische Stroke Unit in durchschnittlich 14,5 Minuten erreicht werden kann. Der durchschnittliche Fahrtweg beträgt gut 17 Kilometer. Im allerungünstigsten Fall müssen jedoch 45 Kilometer zurückgelegt werden. Die Wegstrecke kann dann 44 Minuten betragen.

Um das das immer virulentere Problem „Versorgungsengpässe“ anzugehen, wird laut Jürgen Rauh vermehrt über eHealth-Lösungen nachgedacht. Ärzte aus Oberfranken setzen zum Beispiel seit November 2017 eine „eNurse“ in Hof und Wunsiedel ein. Die besucht im Quartal fast 300 Patienten, die an zwölf Arztpraxen angebunden sind. Stellt sie vor Ort fest, dass es wichtig wäre, den Arzt einmal einen Blick auf einen Patienten werfen zu lassen, meldet sie über ein Laptop, das sie bei jedem Einsatz bei sich hat, ihren Wunsch nach einer Videokonferenz an. Solche Lösungen, schätzt das Team um Rauh, werden in Zukunft wahrscheinlich zunehmend eingesetzt.

Wie viele Versorger gibt es innerhalb eines Aktionsradius

Aktuell beschäftigen sich die Würzburger Geografen mit dem Thema „Brustkrebsversorgung in Bayern“. Dies tun sie in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Klinische Epidemiologie und Biometrie der Würzburger Uni. „Hier haben wir unsere Methodik erweitert“, erläutert Sebastian Rauch. Diesmal wird nicht nur geschaut, wie lange eine Frau mit Brustkrebs zur nächstgelegenen Gesundheitseinrichtung unterwegs ist: „Wir wollen außerdem analysieren, wie viele Versorger es innerhalb eines Aktionsradius‘ gibt.“ Dies betreffe zum Beispiel Strahlentherapeuten oder auch Krebsberatungsstellen.

In die Analyse werden zusätzlich qualitative Aspekte einbezogen. Rauch: „Uns interessiert zum Beispiel die Bettenzahl einer Brustkrebsabteilung oder die Beratungszahlen in einer Beratungsstelle.“ Auf diese Weise soll ein „Versorgungsschlüssel“ erzeugt werden. In Kürze werden erste Teilergebnisse auf einer internationalen Konferenz präsentiert.

Versorgungslücken finden

Die Analysen der Würzburger Geografen wollen hellhörig machen für bestehende oder künftige Versorgungslücken. Dass es aufgrund des demografischen Wandels inzwischen in fast allen Bereichen des Gesundheitswesens Probleme gibt, darauf stieß auch Jannik Burk und zwar in Experteninterviews mit Mitarbeitern von Pflegediensten und Pflegestützpunkten. „Der Fachkräftemangel wurde so gut wie überall als Problem genannt“, sagt Burk. Patienten kommen deshalb oft auch nicht bei dem am nächsten gelegenen Sozialdienst unter, sondern müssen auf entferntere Dienste zurückgreifen. Was die Fahrtwege verlängert.

Stichwort: Erreichbarkeitsanalysen

Erreichbarkeitsanalysen sind eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit, Effizienz und Güte von Infrastrukturen. Im Gesundheitsbereich geben sie Aufschluss über die regionale Versorgungsqualität und Chancengerechtigkeit und damit Hinweise für die Entwicklung von Maßnahmen zur Daseinsvorsorge. Bei der Erreichbarkeitsforschung handelt es sich um ein junges Forschungsfeld, das durch neu verfügbare Daten sowie innovative Software aufkommen konnte. **Pat Christ**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Landräte trafen sich zum Informationsaustausch in Nördlingen

Die Landkreischefs im bayerisch-württembergischen Grenzgebiet wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch stärker in den Fokus nehmen. Gleichzeitig soll aber auch der Ausbau der Straßen nicht aus den Augen verloren werden. Das ist das zentrale Ergebnis eines grenzübergreifenden Arbeitstreffens der Landräte Stefan Rößle (Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen), Hubert Hafner (Günzburg), Peter Polta (Heidenheim), Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis) sowie Klaus Pavel (Ostalbkreis) in Nördlingen.

Im Vordergrund der Gespräche stand die weitere Verbesserung der Angebote im Bereich des ÖPNV. Einen attraktiven Personennahverkehr im ländlichen Raum zu gestalten, ist im Vergleich zu Ballungsräumen deutlich schwieriger. Die Buslinien leben in ländlichen Regionen in erster Reihe vom Schülerverkehr und sind von daher auch schwerpunktmäßig auf den Schülerverkehr ausgerichtet.

Um insbesondere auch in kleineren Orten allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, müssen flexible Verkehrsangebote eingesetzt werden. Beispielsweise hat der Landkreis Donau-Ries schon seit längerem Rufbusse eingeführt und mittlerweile sein Rufbusangebot auf den ganzen Landkreis ausgeweitet.

Eine deutliche Verbesserung im ÖPNV hat sich auch in Donauwörth durch die Einführung des neuen Stadtbusssystems ergeben. Und auch in Nördlingen wird aktuell das Konzept „Nördlingen mobil“ diskutiert, von dem nicht nur die Stadt Nördlingen selbst, sondern auch die umliegenden Gemeinden von erweiterten und flexibleren Busangeboten profitieren würden.

Geplantes 365 Euro-Ticket

Um aber unter dem Aspekt des Klimaschutzes noch mehr Menschen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, müssen die Angebote des ÖPNV weiter ausgebaut und Anreize geschaffen werden. Ein Beispiel ist das vom Freistaat Bayern geplante 365 Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler. Hiermit soll es ab 01.09.2020 möglich sein, dass Schüler und Auszubildende für jährlich pauschal 365 Euro beliebig viele Fahrten unter anderem innerhalb der Verbundgebiete des VGN, AVV und MVV zurücklegen können.

Bei länderübergreifenden Verkehrsverbünden und für länderübergreifende Linien sowie für Schülerinnen und Schüler, die im anderen Bundesland die Schule besuchen, kann dies zu Problemen führen. Die Landräte waren sich am Beispiel des geplanten 365 Euro-Tickets einig, dass Angebote, die die Attraktivität des ÖPNV steigern sollen, nicht an einer Landkreis- oder Bundeslandgrenze enden dürfen. Hier sind landkreis- und länderübergreifende Lösungen zu suchen.

Ein weiteres Kernthema des Landrätetreffens war der Ausbau der B 29. Ein gut ausgebautes Straßennetz sichert Wachstum und Beschäftigung. Für eine starke Wirtschaft und den damit verbundenen gesicherten Arbeitsplätzen ist die verkehrliche Anbindung an überregionale, europäische und weltweite Absatz- und Beschaffungsmärkte existenziell. Aber auch die Nahversorgung in den Regionen kann nur mit einer gut ausgebauten Infrastruktur bewältigt werden.

Der Ausbau der B 29 auf der Teilstrecke Nördlingen – Röttinger Höhe wäre ein wichtiger Baustein zu einem zukunftsfähigen Gesamtverkehrskonzept im Bereich des Ostalbkreises und des Landkreises Donau-Ries. Unter Federführung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ulrich Lange wurde erreicht, dass das Projekt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurde.

Der Bund fordert nun für den Ausbau B 29 ein erneutes sogenanntes Linienbestimmungsverfahren. Die Linienbestimmung stellt eine bedeutende Stufe der Bundesfernstraßenplanung dar und hat den Charakter einer vorbereitenden Grundentscheidung. Bestimmt wird insbesondere der Grobverlauf der Strecke einschließlich der Anfangs- und Endpunkte sowie der Verknüpfungen mit dem bestehenden Straßennetz, der Schnittstellen mit den Anlagen anderer Verkehrsträger und der Lage zu benachbarten schutzbedürftigen Bereichen. Der Ostalbkreis wird dieses Verfahren im Auftrag des Bundes durchführen und hat als ersten Schritt der Umsetzung ein großräumiges Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. ❐

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 13. Februar 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**



V.l.: Hubert Hafner (Günzburg), Peter Polta (Heidenheim), Heiner Scheffold (AlbDonau-Kreis), Stefan Rößle (Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen) und Klaus Pavel (Ostalbkreis). Zu diesem Landrätesprengel gehört auch Landrat Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), der aber aus terminlichen Gründen verhindert war. Bild: Macho/LRA Donau-Ries

Erzweg und Jurasteig:

Erneute Auszeichnung mit Wander-Qualitätssiegel

Der Erzweg und der Jurasteig sind wiederholt mit dem Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ ausgezeichnet worden. Tourismusreferent Hubert Zaremba durfte die frischen Zertifikate auf der Freizeitmesse CMT in Stuttgart entgegennehmen. „Ich bin sehr glücklich darüber“, so Zarembas erste Reaktion nach der Verleihung. „Wir wollen Klasse statt Masse im Amberg-Sulzbacher Land und das bieten wir sowohl mit dem Erzweg als auch mit dem Jurasteig“, ergänzt Tourismusreferent Hubert Zaremba.

Der Erzweg verläuft auf rund 150 Kilometern von Pegnitz nach Kastl durch die wunderschöne Landschaft im Bayerischen Jura und verspricht Wandervergnügen pur. Für den beliebten Wanderweg ist es seit 2007 bereits die 5. Zertifizierung.

Voraussetzung für eine neuerliche Prämierung durch den Deutschen Wanderverband sind u.a. gepflegte Wege und eine eindeutige, lückenlose und fehlerfreie Markierung. In seiner Beschreibung über den Erzweg schätzt der Deutsche Wanderverband am Erzweg v.a. die Verbindung von Natur, Kultur und Wanderlebnissen mit der über 1000-jährigen Montangeschichte im Ruhrgebiet des Mittelalters.

Auch der Jurasteig zählt seit 2007 konstant zu den vom Deutschen Wanderverband als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ zertifizierten Wanderwegen. Der Jurasteig verläuft mit seinen rund 230 Kilometern als Rundwanderweg durch vier Landkreise, unter anderem durch den südlichen Landkreis Amberg-Sulzbach von Schmidmühlen nach Hohenburg. Die Stärke des Weges liegt laut Zaremba vor allem in seinem naturnahen Verlauf. Fast die Hälfte naturbelassene Wege lassen Naturliebhaber in besonderem Maße auf ihre Kosten kommen. Zudem bietet der Jurasteig auch kulturell interessierten Wanderern mit Schlössern und Klöstern eine Vielzahl an Highlights entlang des Wassers.

Die Zertifizierung für beide Wege zählt für die kommenden 3 Jahre. Dann kommen die Qualitätswanderwege im Amberg-Sulzbacher Land, der Erzweg und der Jurasteig, erneut auf den Prüfstand, um das begehrte Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ zu erhalten. ❐

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 13. Februar 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 4





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DStGB-Bilanzpressekonferenz:

Klima schützen, Infrastruktur erneuern

Um den Standort Deutschland zu stärken und somit Städten und Gemeinden zu ermöglichen, dringend notwendige Zukunftsinvestitionen umzusetzen, fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen „Kraftakt von Bund und Ländern". „Damit unser Land aber auch weiterhin stark bleibt, müssen wir jetzt die Weichen stellen. Wir müssen mehr Zukunft wagen", stellten der Präsident des DStGB, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg anlässlich einer Bilanzpressekonferenz in Berlin fest.

Notwendig sind aus Sicht des Kommunalverbandes mehr Tempo bei Klimaschutz und Energiewende, ein klares Bekenntnis zu innovativen Technologien und ein langfristiges Investitionspaket zum Infrastrukturausbau.

Deutschland ein reiches, sicheres und soziales Land

„Die Lage in Deutschland ist auch zum Jahreswechsel 2019/2020 gut. Trotz Eintrübung des Wirtschaftswachstums durch die internationalen Handelskonflikte ist die Arbeitslosenquote auf dem geringsten Stand seit der Wiedervereinigung und die Steuereinnahmen sind nach wie vor hoch. Nach der Steuerschätzung, die das geringere Wachstum bereits berücksichtigt, werden Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2020 818 Milliarden Euro an Steuern einnehmen. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 waren es ‚nur' 673 Milliarden Euro. Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein reiches, ein sicheres und ein soziales Land", führten Brandl und Landsberg aus.

Schlagzeilenrepublik

Dennoch sei die Stimmung vergleichsweise schlecht. In Teilen der Medien und sozialen Netzwerke werde Deutschland als ein von Katastrophen geprägtes Land dargestellt. Notstände prägten derzeit den politischen und medialen Diskurs: Klimanotstand, Pflegenotstand, Wohnungsnotstand, Finanznotstand, Infrastrukturnotstand oder Waldnotstand, um nur einige zu nennen. „In Deutschland lösen wir derzeit wenige Probleme, aber wir beschreiben sie ausführlich und zwar möglichst drastisch. Angst regiert das Land und die Populisten gaukeln den Menschen vor, es gebe für jedes noch so komplexe Problem eine einfache Lösung. Deutschland hat sich in Teilen zu einer Schlagzeilenrepublik mit sehr viel Empör- und Betroffenheitspolitik entwickelt", betonten die DStGB-Repräsentanten.



Dr. Uwe Brandl. ❐

Auf eigene Stärken besinnen und mehr Zukunft wagen

Deutschland sollte sich aus ihrer Sicht auf seine Stärken besinnen und mehr Zukunft wagen. Dies gelte insbesondere auch für das Brennpunktthema Klimaschutz. Auf diesem Gebiet müsse Deutschland besser werden, aber auch hier gelte der Grundsatz: Wer Ängste schürt, erreicht nichts. Notwendig seien sachliche Auseinandersetzungen und eine nachhaltige Politik. Brandl: „Auch wenn wir es gerne hätten, Deutschland allein wird das Weltklima nicht retten. Am weltweiten CO2-Ausstoß ist Deutschland mit 2,23 Prozent beteiligt. Auch wenn wir die Klimaschutzziele für das Jahr 2020 nicht erreichen, sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland seit dem Jahr 1990 zurückgegangen. Wir haben manches erreicht, aber wir müssen besser werden."

Auf Sachpolitik konzentrieren

Klar sei aber auch: „Wir werden das Klima ganz sicher nicht mit Klimanotständen, Katastrophenhysterie und Freitagsde-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Entwicklungszusammenarbeit:

Flammendes Plädoyer für Investitionsoffensive

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft in Berlin

Den Mittelstand in die Welt getragen hat Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller beim Jahresempfang des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft in Berlin. „Ich verstehe mich heute als Außenhandelsminister, als Afrikaminister", betonte der CSU-Politiker vor rund 3.500 Gästen aus Politik, Diplomatie, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Müller warb für eine „Allianz für Klima und Entwicklung". 500 Unternehmen machten bereits mit. „Kommen wir gemeinsam vom Reden zum Handeln", so der Appell des Bundesministers.

Deutschland stellt heute ein Prozent der Weltbevölkerung, Europa acht Prozent. In erlebbarer Zeit werden die Afrikaner mehr als 35 Prozent der Menschheit ausmachen. „Deshalb spreche ich von Afrika als dem Kontinent der Zukunft", erklärte Müller. Gewaltige Märkte entstünden dort, sie gehörten ebenso zur Realität wie Armut, Not und Hunger. Sechs der zehn am stärksten wachsenden Volkswirtschaften befänden sich in Afrika. Müller: „In zehn Jahren wird in Afrika eine Infrastruktur errichtet, die so umfassend ist wie in Europa in den letzten 100 Jahren. Mit anderen Worten: In zehn Jahren werden so viele Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser gebaut wie in ganz Europa seit 1920. Daran sollten wir partizipieren. Während wir in manchen deutschen Regionen in Funklöchern stecken, haben zwei afrikanische Länder bereits 5-G-Netze im Betrieb."



Dr. Gerd Müller. ❐

Afrika – Kontinent der Ressourcen

Müller zufolge ist Afrika der Kontinent der Ressourcen. Kobalt, Coltan, Kupfer, Lithium und vieles mehr beziehe Europa aus den afrikanischen Ländern. „Wenn die Afrikaner morgen auf die Idee kämen, in einen Ressourcen-Streik zu treten, dann stehen bei uns die Computer und die Bänder der Automobilindustrie still. Wir brauchen diese Ressourcen! Und während China in Afrika allgegenwärtig Pflöcke einschlägt, frage ich: Wo bleiben Deutschland und Europa?", merkte der Bundesminister an.

Marshallplan mit Afrika

Um dies zu ändern, habe er die Entwicklungszusammenarbeit neu aufgestellt und den Marshallplan mit Afrika aufgelegt. Dabei liege das Augenmerk auf der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Reformpartnerländern wie dem Senegal.

An die Adresse der Unternehmerinnen und Unternehmer gerichtet, bemerkte der Minister: „Wir haben einen neuen Förderrahmen für Privatinvestitionen aufgelegt. Mit öffentlichen Geldern allein lösen wir die Herausforderungen nicht; mit diesen können wir Leuchttürme finanzieren. Wir brauchen Sie! Wir brauchen Privatinvestitionen! Wir haben die Hermesdeckungen ausgeweitet sowie einen Entwicklungsinvestitionsfonds und ein Markteinführungsprogramm für Erneuerbare Energien aufgelegt."

Debatte außerhalb der deutschen Käseglocke

Afrika brauche Ernährung und Energie. In Afrika, den Entwicklungs- und Schwellenländern entscheide sich das Weltklima. „Wir müssen die Debatte außerhalb der deutschen Käseglocke führen. Wenn künftig jeder afrikanische und jeder indische Haushalt eine Steckdose auf der Basis von Kohle bekommt, müssten rund 1.000 Kohlekraftwerke ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Planungssicherheit für strukturschwache Städte!

Mehr Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr und das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen standen im Zentrum der Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Mönchengladbach.

Die Städte unterstützen das neue gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen, das seit 1. Januar eingeführt wird. Damit können betroffene Regionen zielgenaue Hilfen erhalten. Damit diese Regionen möglichst schnell den Strukturwandel gestalten können, fordert der Deutsche Städtetag den Bund auf, seine Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" deutlich anzuheben. Die Summe von bisher 300 Millionen Euro für die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur müsse mindestens verdoppelt werden.

Nach den Worten des stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages und Kieler Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer werden mit dem Aufbau eines gesamtdeutschen Fördersystems insgesamt 22 Förderprogramme aus sechs Bundesministerien unter einem Dach gebündelt. Die Förderung solle zielgenauer als bisher wirken und verstärkt strukturschwache Regionen unterstützen. „Das heißt, die Hilfen kommen da an, wo sie besonders gebraucht werden. Das hat der Deutsche Städtetag seit langem gefordert. Die Förderung nach Himmelsrichtung gehört somit 30 Jahre nach dem Mauerfall endgültig in die Geschichtsbücher."

Neues gesamtdeutsches Förderprogramm

Das neue gesamtdeutsche Förderprogramm soll inhaltlich auf Wirtschaft, Forschung, Innovation, Fachkräftesicherung, Breitband, Digitalisierung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge ausgerichtet sein. Mit den Mitteln sollen die Wirtschaftskraft, die Beschäftigung und das Einkommen in strukturschwachen Regionen wachsen. Verbessert wird auch die Förderung von Innovationen, beispielsweise bei Digitalisierungsvorhaben.

„Damit diese Regionen den Strukturwandel schaffen und die wirtschaftliche Entwicklung schneller voranbringen können, muss das Programm mehr Mittel als bisher zur Verfügung stellen", forderte Kämpfer. Die Städte erwarteten, dass der Bund seine Fördermittel von insgesamt 600 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur deutlich aufstockt und zumindest für die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur mehr als verdoppelt. Die Städte benötigten rasch Planungssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen. Die Infrastruktur der Kommunen wird derzeit jährlich mit etwa 300 Millionen Euro aus diesem Programm gefördert.

Strukturwandel voranbringen

Mit dem Kabinettsbeschluss zur Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse" hatte der Bund vergangenen Sommer beschlossen, den Strukturwandel voranzubringen und die Infrastruktur in den betroffenen Regionen zu modernisieren. Wenn der Bund dies ernsthaft wolle, müssten die Mittel aufgestockt werden, so Kämpfer. Der Nachholbedarf sei riesig. Laut Kommunalpanel der KfW-Bankengruppe liegt der kommunale Investitionsrückstand bundesweit bei 138 Milliarden Euro.

Stichwort Verkehrssicherheit: Die Städte drängen darauf, dass der Bund die aktuelle Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) an verschiedenen Punkten erweitert und dem Fuß- und Rad-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Investitionsstau, Verwahrlosung, Verfall der Bausubstanz wie zu DDR-Zeiten prognostiziert der Rathauschef den Ideen der linken Berliner Wohnungsbausenatorin, die eine alte Idee der sozialistischen Ökonomie exhumierte, anstatt auf die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft zu vertrauen. **Seite 11**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Gegen Angriffe auf die Demokratie 2
8. Kommunalforum Alpenraum in Kundl. 2
Der Bayerische Weg zu weniger Bürokratie 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Wahlkampf 2020 – länger, vielseitiger und anspruchsvoller . . . 3
Kommunalpolitik-Tag bei der Hanns-Seidel-Stiftung 3
Digitalisierung und KI bringen Stadt und Land zusammen 4
Breitband • Digitalisierung . . . . .
Mobildfunk • IT . . . . . 5 - 8
Umwelt • Ressourcenschutz 9
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 10 - 12

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich:

Gegen Angriffe auf die Demokratie

Online Strafanzeige erstatten zu können, Hate-Speech-Beauftragter sowie härtere Sanktionen – das sind einige der Forderungen des runden Tisches unter dem Titel „Strafrechtlicher Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger“ im bayerischen Justizministerium.

Die bayerische Justiz will Hetze gegen Menschen, die sich für unser Gemeinwohl einsetzen, mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. „Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind auch Angriffe auf unsere Demokratie. Wer wegen seines kommunalen Mandats oder Amts Ziel von Straftaten geworden ist, dem werden wir es mit einem Online-Verfahren erleichtern, sich mit einer Strafanzeige oder Prüfbitte an die Justiz zu wenden. Auch werden wir bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften Ansprechpartner benennen, die den Kommunalpolitikerinnen und -politikern bei begangenen Straftaten zur Seite stehen“, sagte Bayerns Justizminister Georg Eisenreich.

Runder Tisch

Immer wieder schlagen Politikerinnen und Politikern – insbesondere Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern – auf kommunaler Ebene Beleidigungen, Drohungen, zum Teil auch Hass und in Einzelfällen sogar Gewalt entgegen. Eisenreich hat deshalb die Kommunalen Spitzenverbände zu einem runden Tisch ins Justizministerium eingeladen. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, dem Präsidenten des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, dem Ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Dr. Thomas Jung, und dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Franz Dirnberger, erörterte er Möglichkeiten, den strafrechtlichen Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger zu verbessern und stellte das Schutzkonzept der bayerischen Justiz vor.

Präsident Bernreiter sieht die Initiative des Justizministers als angemessenes Signal für die Kommunen und vor allem für alle, die sich für unsere Gesellschaft auf kommunaler Ebene engagieren. „Es ist richtig und wichtig, dass wir uns alle gemeinsam diesen unmöglichen Entwicklungen entgegenstellen. Unsere Demokratie lebt von der politischen Auseinandersetzung und sie braucht diese. Verrohung und Gewalt dürfen aber niemals dazu gehören und nicht toleriert werden. Drohungen gegen Kommunalpolitiker, aber auch gegen unsere Mitarbeiter in den Behörden müssen tabu sein. Wenn aus Stimmungsmache Straftaten werden, muss das Gesetz mit seiner ganzen Härte durchgreifen“, sagte er.

Rückendeckung der Justiz

Präsident Löffler kritisierte, dass oft über zunehmend verbalen Anfeindungen gegenüber kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern geschwiegen werde, weil man die Täter nicht ausfindig machen könne oder weil die Betroffenen meinen, diese Beleidigungen aushalten zu müssen. „Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bringen sich tagtäglich für unser Gemeinwesen ein und dafür brauchen sie die Rückendeckung von Politik, Justiz und Polizei. Deshalb begrüßt der Bayerische Bezirketag den Vorstoß von Justizminister Eisenreich und das starke Signal, das wir mit diesem runden Tisch setzen konnten. Hass und Gewalt dürfen nicht zur Gewohnheit in der Kommunalpolitik werden!“, sagte er.

Vorfälle anzeigen

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl betonte, alle Ansätze können nur greifen, wenn es darüber hinaus gelingen würde, auch einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft herbeizuführen. Hierzu seien alle gesellschaftlich relevanten Gruppen aufgerufen. Auch Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung befürwortete vereinfachte Online-Verfahren zur Meldung von Online-Straftaten, feste Ansprechpartner für Kommunalpolitiker bei den Staatsanwaltschaften und die Verschärfung des Strafrechts. „Nötig ist ein konsequentes Vorgehen der Ermittlungsbehörden: Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen Vorfälle gegen kommunale Mandatsträger ernst nehmen und brauchen dafür Instrumente. Und wichtig ist auch: Kommunalpolitiker dürfen Beleidigungen, Schmähungen und Übergriffe nicht einfach hinnehmen, sondern müssen solche Vorfälle konsequent zur Anzeige bringen“, appellierte er an Betroffene.

Unkompliziertes Online-Verfahren

Das Konzept der bayerischen Justiz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger umfasst sieht ein vereinfachtes Online-Verfahren für Online-Straftaten vor. Statt wie bisher schriftlich und unter Beifügung von Datenträgern oder Ausdrucken können Betroffene Anzeigen und Prüfbitten unkompliziert via Online-Formular an die Justiz übermitteln. Dort werden die eingehenden Meldungen durch den Hate-Speech-Beauftragten der bayerischen Justiz geprüft, der bei der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) angesiedelt ist.

Kontakt zur Polizei

Insbesondere für den Bereich der „analog“ begangenen Straftaten wird die bayerische Justiz bei jeder der 22 bayerischen Staatsanwaltschaften einen Ansprechpartner für die Kommunalpolitikerinnen und -politiker benennen. Die Ansprechpartner stehen insbesondere für eine Beratung im Hinblick auf die strafrechtliche Bewertung und Anzeigeerstattung zur Verfügung, sorgen für eine nachdrückliche, sorgfältige und zügige Ermittlung des Sachverhalts und vermitteln zur Gewährleistung einer wirksamen Prävention den Kontakt zur Polizei.

Nachdrückliche Strafverfolgung

Für die bayerischen Staatsanwaltschaften gilt: Eine nachdrückliche Verfolgung von Straftaten zum Nachteil von Kommunalpolitikerinnen und -politikern liegt grundsätzlich im öffentlichen Interesse. Das bedeutet: Verweisungen auf den Privatklageweg kommen in Bayern bei solchen Straftaten in aller Regel nicht in Betracht, d.h. die Staatsanwaltschaften übernehmen die Strafverfolgung selbst. Auch Verfahrenseinstellungen wegen Geringfügigkeit oder geringer Schuld sind in Bayern auf den absoluten Ausnahmefall beschränkt.

Härtere Sanktionen

Bayern setzt sich auf Bundesebene rechtspolitisch ein: Durch den bereits vorgelegten bayerischen Diskussionsentwurf zur Modernisierung der Beleidigungsdelikte wurde eine Verschärfung der strafrechtlichen Regelungen gefordert, um den strafrechtlichen Schutz von Kommunalpolitikerinnen und -politikern zu verbessern. Insbesondere sollen auch die Strafrahmen erweitert und so höhere Strafen verhängt werden können. Zudem unterstützt Bayern die Initiative der Bundesjustizministerin, die Anwendbarkeit der Vorschrift für den besonderen strafrechtlichen Schutz von Personen des politischen Lebens (§ 188 StGB) auf kommunalpolitisch tätige Personen gesetzlich klarzustellen.

Befugnisse bei der Ermittlung

Um insbesondere die Urheber strafbarer Hate-Speech zu identifizieren und dadurch Hasskriminalität im Internet effektiver bekämpfen zu können, fordert Bayern auf Bundesebene die Verbesserung der Ermittlungsbefugnisse in der digitalen Welt. Zudem setzt sich Bayern weiter mit Nachdruck dafür ein, dass die Betreiber sozialer Medien ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und Auskunftsersuchen der Strafverfolgungsbehörden ohne Wenn und Aber beantworten. **red**



Lindner Innovationszentrum in Kundl. Bild: Lindner

8. Kommunalforum Alpenraum in Kundl:

Wie die Gemeinden die Mobilitätswende schaffen

Experten zeigen am 18. März 2020 im Lindner-Innovationszentrum, wie Gemeinden einen Beitrag zur klimafreundlichen und innovativen Mobilität leisten können

Wie können die Verkehrsprobleme im Alpenraum auf Gemeindeebene gelöst werden? Welche Angebote und Infrastrukturen sind notwendig? Welche Antriebe setzen sich in Zukunft durch? Was bringen Digitalisierung und Vernetzung für den Verkehr? Und welche Möglichkeiten bieten Verkehrsrecht und Verkehrsplanung auf kommunaler Ebene?

Diese und viele weitere Fragen stehen im Mittelpunkt des 8. Kommunalforums Alpenraum am Mittwoch, 18. März 2020, im Lindner-Innovationszentrum in Kundl. Eröffnet wird das Forum von der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe und Hausherr Hermann Lindner. Die Keynote hält Mobilitätsexperte Hans-Peter Kleebinder, der u.a. als Chief Marketing Officer des deutschen Autobauers AUDI fungierte und als Studienleiter des Executive Programms „SMART Mobility Management driven by SMART Data & SMART Cities“ an der Universität St. Gallen tätig ist. Peter Teuschel von den Stadtwerken Wörgl stellt anschließend das Projekt floMOBIL als Beispiel für eine nachhaltige Mobilitätslösung im ländlichen Raum vor.

Hochkarätige Talkrunde

Danach werden die Teilnehmer an mehreren Thementischen mit den Referenten direkt ins Gespräch kommen. So werden Verkehrsrechts- und Verkehrsplanungsexperten Auskunft darüber geben, wie man mit dem TracLink Report Einsatzwege und Streusalz sparen kann (Lindner) oder durch optimierte Tourenplanung (DAKA) Lärmreduktion und CO2-Einsparung erreicht.

In der abschließenden Talkrunde diskutieren die Präsidenten Alfred Riedl (Österreichischer Gemeindebund), Ernst Schöpf (Tiroler Gemeindeverband) und Andreas Schatzer (Südtiroler Gemeindenverband) mit Regina Norz (Obmann-Stellvertreterin Forum Land) und Cornelia Hesse (Direktorin Bayerischer Gemeindetag) über die Zukunft der Mobilität in den Kommunen.

Kooperationspartner nehmen kostenlos teil

Mitglieder und Kunden der Kooperationspartner - also auch alle Vertreter aus Bayerns Kommunen - nehmen kostenlos an der Veranstaltung teil. Für alle anderen beträgt die Teilnahmegebühr 155 Euro, Frühbucher (bis 10. März 2020) bezahlen 85 Euro.

Über das Kommunalforum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Premiumpartner ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner 2020 sind der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Südtiroler Gemeindenverband und Forum Land.

Die Bayerische GemeindeZeitung ist Medienpartner des Kommunalforums.

Programm und Anmeldung: www.kommunalforum-alpenraum.eu ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Nefele
82281 Egenhofen
am 10.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Dorsch
97342 Seinsheim
am 4.3.

Bürgermeister Emil Kötzel
91605 Gallmersheim
am 11.3.

Bürgermeister
Silvester Enzinger
83454 Anger
am 13.3.

Bürgermeister Friedrich Amler
91790 Burgsalach
am 14.3.

Bürgermeister Karlheinz Albert
97788 Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
97633 Großbardorf
am 18.3.

Bürgermeister
Matthias Luxem
63820 Elsenfeld
am 18.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Jantke
83224 Grassau
am 1.3.

Bürgermeister Leopold Ritzinger
94579 Zenting
am 2.3.

Bürgermeister Josef Gilch
92263 Ebermannsdorf
am 3.3.

Bürgermeister Josef Reindl
92253 Schnaittenbach
am 3.3.

Bürgermeister Georg Duscher
86480 Aletshausen
am 11.3.

Bürgermeister Markus Mahl
91161 Hilpoltstein
am 17.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Amon
91365 Weilersbach
am 8.3.

Landrat Stefan Rößle
86609 Donauwörth
am 16.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Lampe
97215 Uffenheim
am 17.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Wich
95515 Plankenfels
am 9.3.

Bürgermeister Ralf Beyer
91180 Heideck
am 28.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Höchste Sorgfalt beim Thema Coronavirus

Dreiklang aus Prävention, Information und Reaktion

Der Schutz der Bevölkerung hat für die Bayerische Staatsregierung oberste Priorität. Das gilt auch für den neuartigen Coronavirus aus China. Die mögliche weitere Verbreitung des Virus gibt Anlass zu höchster Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Der Ministerrat hat umfassend über die aktuelle Lage beraten. Die bayerischen Gesundheitsbehörden sind gut gerüstet. Neben den getroffenen präventiven Maßnahmen werden lagebezogen weitere notwendige Schritte zum Schutz der Bevölkerung in Bayern ergriffen.

Nach Einschätzung von Experten der Gesundheitsbehörden ist das Risiko für die Bevölkerung durch das Coronavirus nach derzeitigem Kenntnisstand gering. Die Ansteckungsgefahr bei einer Infektion mit dem neuartigen Virus ist wissenschaftlich noch nicht konkret erforscht worden. Um die Ansteckungsgefahr durch Einreisende nach Deutschland bestmöglich zu minimieren, bedarf es rasch eines bundesweit einheitlichen Vorgehens. Um die Bevölkerung in Bayern zu schützen, setzt der Freistaat auf umfassende Prävention, ausführliche Information und effektive Reaktion:

- Die Spezialeinheit „Taskforce Infektologie“ wird etwa bei Gefahren durch Viren aktiv. Sie verfügt über jahrelange Erfahrung, ist jederzeit einsatzbereit und am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) angesiedelt. Das bayerische Gesundheitsministerium hat ein Expertengremium gebildet. Die bayerischen Gesundheitsbehörden stehen durch diesen Stab intensiv mit dem Bundesgesundheitsministerium, dem Robert Koch-Institut, dem Europäischen Zentrum für Krankheitsprävention und -kontrolle sowie der Weltgesundheitsorganisation im Austausch. Erprobte Alarmpläne werden nun auch beim Thema Coronavirus angewendet.
- Bürger können sich per Telefon informieren. Beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wurde hierzu eine Telefon-Hotline (Telefon 0 91 31/ 68 08 51 01) eingerichtet. Alle bayerischen Gesundheitsämter sind umgehend und frühzeitig über die Entwicklung der Virusverbreitung in China und mögliche Folgen für den Freistaat informiert worden.
- Die niedergelassenen Ärzte in Bayern wurden durch die Gesundheitsbehörden über den Umgang mit Verdachtsfällen bei einer Infektion informiert. Krankenhäuser in Bayern wurden gebeten, sich auf die Aufnahme von Verdachtsfällen und Patienten mit einer bestätigten Infektion vorzubereiten.
- Die bayerischen Maßnahmen zur Eindämmung der Infektion gehen deutlich über die derzeitigen Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts hinaus. Ferner gilt: Die Kontaktpersonen sollen – auch bei einem negativen Test – für die Dauer der Inkubationszeit zuhause bleiben und den Kontakt zu anderen Menschen meiden. ❐

Der Bayerische Weg zu weniger Bürokratie:

Pakt für die Freiheit

Staatsminister Dr. Florian Herrmann: „Verwaltung muss nah am Bürger und praxistauglich sein“

Staatsminister Dr. Florian Herrmann, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger haben gemeinsam mit dem Präsidenten des Bayerischen Handwerkstags, Franz-Xaver Peteranderl, dem Präsidenten des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags, Dr. Eberhard Sasse, dem Ehrenpräsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e. V., Dr. Fritz Kempter und dem stellvertretenden Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Dr. Christof Prechtl die Vereinbarung „Der Bayerische Weg zu weniger Bürokratie - Pakt für Freiheit“ unterzeichnet.

Staatsminister Herrmann: „Bayern setzt mit dem einzigartigen Pakt für Freiheit erneut bundesweit Maßstäbe. Verwaltung muss nah am Bürger und praxistauglich sein. Beim Bürokratieabbau gilt für uns der Grundsatz: Im Zweifel für die Freiheit. Deshalb leiten wir einen bundesweit einmaligen Paradigmenwechsel ein hin zu einer stärker partnerschaftlichen Verwaltung, getreu dem bayerischen Leitspruch Leben und leben lassen.“

Der deutschlandweit einzigartige Pakt für Freiheit bündelt die Aktivitäten der Staatsregierung beim Bürokratieabbau im Bereich der Wirtschaft. Ziel ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer kooperativeren Verwaltung für mehr Bürgernähe und Praxistauglichkeit. Der Pakt für Freiheit kann im Volltext abgerufen werden unter http://q.bayern.de/pakt-freiheit. ❐

Kommunalpolitik-Tag bei der Hanns-Seidel-Stiftung:

Reges Interesse an kommunalen Themen

Zur Vorbereitung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern auf ein künftiges Mandat in Bayerns Landkreisen, Städten und Gemeinden bietet die Hanns-Seidel-Stiftung bayernweit Seminare an. Am Stiftungssitz in München führte sie Ende Januar erstmals einen Kommunalpolitik-Tag durch, der über hundert Frauen und Männer anzog, die sich um ein kommunales Mandat bewerben. In verschiedenen Panels zu den Themen Wohnraum, Mobilität und Bürgerkommunikation diskutieren Fachleute mit dem Publikum.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion kritisierte der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, MdL Klaus Holetschek, die notwenige hohe Auffassungsgabe, die den Bürgern beim Lesen von behördlich verfassten Texten abverlangt werde. In Sachen Bürgerkommunikation müsse sich deshalb einiges verbessern. Oftmals sei es seine Aufgabe gewesen, zwischen Behörde und Bürgern zu vermitteln, da der Spagat zwischen Verständlichkeit und Rechtssicherheit oft groß ist. Auch Gautings Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger bestätigte die Schwierigkeit, auf der einen Seite bürgerfreundlich zu formulieren und andererseits die Haftung der Gemeinde bei bestimmten Sachverhalten auszuschließen.

Hasskommentare – schweigende Mehrheit versus laute Minderheit

Als Bürgermeister brauche man ein dickes Fell, müsse aber dennoch sensibel für die Sorgen und Ängste der Bürger bleiben. Insbesondere bei Hasskommentaren und anonymen Anfeindungen im Netz tue man sich schwer. Klaus Holetschek verriet, dass er als Bürgermeister von Bad Wörishofen grundsätzlich anonyme Briefe ungelesen in den Mülleimer warf. Auf die Frage nach einer Frauenquote konterte Benjamin Miskowitsch, Kreisrat und Landtagsabgeordneter: „Wir brauchen keine Quote auf Papier, sondern in den Köpfen". Es brauche überhaupt eine gute Mischung aus Jung und Alt, aus Handwerkern und Akademikern, aus Frauen und Männern.

Holetschek forderte vielmehr neue Diskussionskulturen und Formate, auch berufs- und familienfreundlichere Sitzungszeiten könnten sich positiv auswirken. Unter Moderation von TV-Journalist Markus Sturm berichteten die Podiumsgäste von einer schweigenden Mehrheit, die oftmals einer lauten Minderheit gegenüberstehe, bei aller Bürgereinbindung und Kompromissfindung bedürfe es am Ende durchaus auch einer gewissen „Stärke und Härte".

Transparenz ist ein wichtiger Schlüssel zur Akzeptanz bei den Bürgern, allerdings führe eine Live-Übertragung der Ratssitzungen auch dazu, dass vordergründig „für das Publikum" diskutiert werde und die sachliche Ebene darunter leide.

Günstiger Wohnraum als Gebot der Stunde

Über Möglichkeiten für schnell verfügbare und preisgünstige Mietwohnungen für Kommunen referierte der Altbürgermeister von Pullach, Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig. Die Erfolgsfaktoren, die in kurzer Zeit zu mehr Wohnraum führen seien u.a. günstige verfügbare gemeindliche Grundstücke, einhergehend mit schneller Baugenehmigung und klaren Bebauungsplänen. Ratsam sei eine Bedarfsanalyse im Vorfeld, um den richtigen Größenmix an neuen Wohnungen festzulegen. Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP), der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo bayerische Gemeinden, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.

Maßnahmenkatalog zur Luftreinhaltung

Am Beispiel von München berichtete Stadtdirektor Rudolf Fuchs vom Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt über einen Maßnahmenkatalog in Sachen Luftreinhaltung, über Projekte im Bereich Energieeinsparpotenziale und Elektromobilitätsförderung. In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage, was eine Kommune tatsächlich erreichen kann. Beim Thema Verkehr lehnte Fuchs Fahrverbote sowie die Bevorzugung des Fahrradverkehrs gegenüber Autoverkehr und Fußgängern ab. Er plädierte vielmehr für ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer.

Mobilitätspanel mit MVV-Chef Rosenbusch

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen im urbanen und im ländlichen Raum wurden im Mobilitätspanel erörtert. „Wir wollen Möglichkeiten für den Kunden schaffen, noch häufiger auf das Auto zu verzichten", so MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. Der MVV arbeite daher an einer Erweiterung des MVV-Raumes auf die umliegenden Landkreise. Ein Verbund könne besser zu abgestimmten Fahrplänen zwischen Bus und Bahn, zu einem einheitlichen Ticket und modernen Vertriebssystemen sowie zu einer umfassenden Auskunft über alle Verkehre in Echtzeit führen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit zunehmend älteren Menschen und Wegzug in ländliche Gegenden, betonte der Vertreter des ADAC, Alexander Kreipl, dass auf dem Land nach wie vor der individuelle PKW-Verkehr kaum verzichtbar sei.

Pflegeangebot vor Ort

Anhand einer Studie zur demografischen und pflegerischen Situation in Bayern ging Udja Holschuh vom Vdk Bamberg bzw. Pflegeschutzbund auf die Pflegethematik ein. Das Stadt-Land-Gefälle sei nicht so eindeutig wie oftmals erwartet, aber es mangele oft an einheitlichen Strukturen. Seniorenpolitische Gesamtkonzepte, kommunenübergreifende Ansätze und Vernetzung der regionalen Akteure zur Optimierung des Pflegeangebots vor Ort seien erfolgsversprechende Ansätze. Holschuh erörterte zudem bestehende Fördermöglichkeiten wie die Förderrichtlinie PflegesoNahFör vom vom 19. November 2019 und die Netzwerkförderung nach §45c Abs. 9 SGB XI, die über die Krankenkassen beantragt werden kann. Eine gute Pflegeinfrastruktur aufzubauen, bzw. zu erhalten, sei eine Daueraufgabe, die in enger Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landkreisen erfolgen müsse.

Ramona Fruhner-Weiß/HSS

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



Der Kommunalwahlkampf im Jahr 2020 ist anspruchsvoller, vielseitiger und länger denn je. Die politische Ausgangslage für die Parteien hat sich seit den Wahlen 2014 massiv verändert und die Ansprüche an die Kommunalpolitik sind enorm gewachsen. Anhand von fünf Thesen will ich Ihnen die veränderten Anforderungen aufzeigen.

Der Wahlkampf beginnt immer früher – über 50 % der Wähler werden vermutlich auch dieses Jahr wieder die Briefwahl nutzen. Das hat die unterschiedlichsten Gründe: Es ist einfacher, bequemer und leichter für die Bürger bei dem komplexen Kommunalwahlsystem die Stimmen per Briefwahl und von zu Hause aus abzugeben. Dadurch wird die Zielgruppe mit jedem Tag kleiner und die eigene Kampagne sollte mit dem Beginn der Briefwahl bereits unter Hochdruck laufen. Somit ist ein viel frühzeitiger Wahlkampfbeginn von Nöten als noch 2014.

Wahlkampf im Jahr 2020 – länger, vielseitiger und anspruchsvoller

Der Wahlkampf wird anspruchsvoller – die Menschen haben ein größeres Interesse an Politik und aktiver Beteiligung. Die Bürger fordern maximale Transparenz und Mitsprache bei allen kommunalen Entscheidungen. Hier sind Kandidaten gefordert, die aktiv den Dialog suchen und nah bei den Menschen und Ihren Bedürfnissen sind.

Der Wahlkampf ist vielseitiger geworden – die Sozialen Medien waren 2014 noch ein Randphänomen. Im Jahr 2020 sind sie ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil für die Kommunalpolitik. Dabei sind sie Chance und Risiko zugleich und jede soziale Plattform funktioniert nach ihren eigenen Regeln. Das erfordert viel Fachwissen und Zeit der ehrenamtlichen Helfer.

Der Wahlkampf ist menschlich herausfordernd – die verbalen Attacken und tätigen Übergriffe auf Kommunalpolitiker haben in jüngster Zeit massiv zugenommen. So müssen sich die Kandidatinnen und Kandidaten auf verbale Anfeindungen an Infoständen und sozialen Plattformen einstellen. Dies erfordert viel menschliches Feingefühl und jede Menge Selbstdisziplin.

Der Wahlkampf dauert immer länger – bereits 2014 wurden 43 % der bayerischen Kommunalwahlen zum Landrat und Oberbürgermeister erst in der Stichwahl entschieden. Die sich wandelnde Parteienlandschaft, die veränderte Wahrnehmung von Politik und die neuen Leitthemen lassen vermuten, dass es auch im Jahr 2020 zu zahlreichen Stichwahlen kommt. Die Kandidaten in den umkämpften Kommunen müssen somit in die Verlängerung um zwei weitere Wochen gehen. Das kostet Kraft und will gut vorbereitet sein.

Die KPV sieht sich als Partner und Berater für ihre Mitglieder und unterstützt sie bei den zahlreichen Herausforderungen mit vielseitigen Schulungen und Tipps bis zum Schluss. Am 29. März ist dann endgültig alles vorbei, dann beginnt wieder der politische Alltag. Ich wünsche uns allen bis dahin viel Durchhaltevermögen und starke Nerven. Beides werden Sie in den nächsten Wochen benötigen.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Digitales Rathaus:

Verwaltung 24 Stunden

Seit vergangenem Herbst unterstützt ein Förderprogramm des Freistaats Bayern den Ausbau der Onlinedienstleistungen in den Rathäusern, auch um die Umsetzung des „Onlinezugangsgesetzes" in den Gemeinden sicherzustellen. Dieses Gesetz sieht vor, dass bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen bei Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland auch digital angeboten werden. Mit dem Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!" stellt das Digitalministerium zudem weitere Millionen zur Verfügung für die Entwicklung smarter Best-Practice-Beispiele mit Modellcharakter für Kommunen in ganz Bayern.

Lange Schlangen, Wartezeiten und umständliche Behördenschreiben im Briefkasten sollen in Bayerns Rathäusern und Behörden künftig nicht mehr zum Alltag gehören. Da der Großteil der Verwaltungsleistungen im kommunalen Bereich abgewickelt wird, unterstützt der Freistaat die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten. Damit will Bayern bundesweit Vorreiter sein. „Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Verwaltungsleistungen rund um die Uhr als Onlinedienste nutzen können. Deshalb treibt der Freistaat den Ausbau von E-Government weiter voran", sagten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Digitalministerin Judith Gerlach bei der Übergabe der ersten Förderbescheide „Digitales Rathaus" an nordbayerische Kommunen in Nürnberg.

Förderung für Kommunen

Einer von ihnen ist Heiko Hain, erster Bürgermeister der Gemeinde Weißdorf: „Zukünftig werden viele Verwaltungsleistungen online angeboten und können unabhängig von Öffnungszeiten bequem von zu Hause aus genutzt werden. Ich kann mir auch vorstellen, dass wir vielleicht im Weißdorfer Rathaus eine Art Terminal installieren, mit dem z.B. Ältere oder Nicht-Netzaffine unterstützt werden können von Mitarbeitern aus der Verwaltung."

Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden sowie Gemeindeverbände im Freistaat Bayern können im Rahmen des Förderprogramms für die erstmalige Bereitstellung von Online-Diensten eine staatliche Förderung von bis zu 20.000 Euro erhalten. Mit dem „digitalen Rathaus" will der Freistaat Bayern einen Beitrag zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im kommunalen Bereich leisten. Am 1. Oktober 2019 trat die Förderrichtlinie „Digitales Rathaus" in Kraft. Für das neue Förderprogramm stehen 42,68 Millionen Euro bereit. „Die Digitalisierung hält Einzug in alle Bereiche des Alltags. Unser Förderprogramm ist ein attraktives Angebot an die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke", versicherte Füracker. Für alle Antragsteller steht der Förderhöchstbetrag unabhängig vom Zeitpunkt der Beantragung beim Vorliegen der Fördervoraussetzungen während der Laufzeit der Förderrichtlinie zur Verfügung. Außerdem fördert der Freistaat Bayern das Basisseminar „Grundkurs Digitallotse" der Bayerischen Verwaltungsschule und übernimmt 80 Prozent der Seminargebühren für einen Mitarbeiter pro Gemeinde, pro Landkreis und pro Bezirk.

Die Verwaltungsgemeinschaft Langquaid erhielt im Januar als erste Kommune im Landkreis Kelheim den Förderbescheid des „digitalen Rathauses". Unter dem Motto „Mit der Maus ins Rathaus" bietet Langquaid bereits seit einigen Jahren ein Rathaus Service-Portal an, das rund um die Uhr zur Verfügung steht. So können Bürger Behördengänge von zu Hause aus erledigen und das Ausfüllen elektronischer Formulare wird per Dialogfunktion erleichtert. Über 20 verschiedene Anwendungsmöglichkeiten stehen derzeit zur Verfügung und sollen jetzt ausgebaut werden.

Betriebskostenfreies Bayern-Portal

Glasfaser, BayernWLAN und Digitale Verwaltung sollen Bayern attraktiver machen. Das Heimatministerium soll dabei nicht nur die digitale Chancengleichheit stärken, sondern auch für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen. Der Bayerische Gemeindetag warnte jedoch bereits im Oktober 2019, dass der Vorstoß verpuffe, weil der Höchstförderbetrag von 20.000 Euro pro Kommune nicht reiche. „Kleine Gemeinden können damit sicher genug Software einkaufen, um künftig digitale Anwendungen anzubieten", sagte Gemeindetagssprecher Wilfried Schober. Für größere Städte aber sei der Betrag nur „ein Tropfen auf den heißen Stein". Füracker beurteilt das anders: „Mit dem Förderprogramm ‚Digitales Rathaus', begleitet durch den ‚Grundkurs Digitallotse', verfügt Bayern über ein bundesweit einzigartiges Förderangebot für die kommunalen Gebietskörperschaften zum Ausbau ihrer digitalen Verwaltung". Mit dem BayernPortal (www.freistaat.bayern), das Informationen zu staatlichen und kommunalen Leistungen in Bayern bereitstellt, und der BayernID, dem bayerischen Nutzerkonto, schaffe sich Bayern eine Basis. Der Freistaat will auf diese Weise Kommunen betriebskostenfrei unterstützen. Aktuell bieten rund 1.850 Gemeinden Online-Dienste im Bayern-Portal an.

Digitalministerin Judith Gerlach betonte in diesem Zusammenhang: „Die Verwaltung muss für unsere Bürger höchsten Service garantieren – einfach, schnell, online. Und das rund um die Uhr, ob bequem von der Couch oder per App von unterwegs. Der neue Führerschein oder der neue Wohnsitz müssen mit wenigen Klicks erledigt werden können, wie es die Menschen auch vom täglichen Surfen und Bestellen im Internet gewohnt sind. Dazu gehört auch, dass die gleichen Daten nur einmal an Behörden übermitteln werden müssen und nicht immer wieder. Egal, ob staatlich oder kommunal: Der Bürger erwartet zu Recht, dass die Ebenen auch digital eng zusammenarbeiten. Wir wollen Hürden zwischen Bürgern und Staat abbauen und einen konkreten Mehrwert schaffen. Mit dem digitalen Rathaus können die Kommunen schnell und direkt mit ihren Bürgern kommunizieren", sagte sie und bezeichnete das digitale Rathaus als Gesicht der Verwaltung zum Bürger.

Millionen für smarte Ideen

Die Mülltonne wird erst dann geleert, wenn sie voll ist? Das ist eins von vielen Beispielen, wie die Digitalisierung das Leben in den Kommunen leichter und den Service besser machen kann. Das Digitalministerium startet deshalb zusätzlich einen Ideenwettbewerb, bei dem für die Förderung der besten digitalen Lösungen von smarten Kommunen fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen. Digitalministerin Judith Gerlach betonte: „Wir suchen Bayerns „Top Ten" der smarten Ideen. Unsere Städte und Regionen sollen noch effizienter, lebenswerter und umweltfreundlicher werden. Die Digitalisierung ist dafür der Schlüssel. Wir wollen Bayerns digitale Musketiere finden, die nach dem Motto ‚Einer für alle' ihre digitale Idee ausarbeiten, umsetzen und schließlich ganz Bayern zur Verfügung stellen. Von der smarten Mülltonne, über intelligente Laternen bis zur App für organisierte Fahrgemeinschaften ist alles denkbar. Wichtig ist der smarte Kern, das heißt, ein sparsamer Umgang mit unseren wertvollsten Ressourcen: Rohstoffe, Platz und Zeit."

Best-Practice-Beispiele gesucht

Den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!" startet das Digitalministerium offiziell im Frühjahr. Dann sind alle bayerischen Kommunen aufgerufen, am Wettbewerb teilzunehmen. Ziel ist es, digitale Lösungen mit Modellcharakter als Best-Practice-Beispiele zu identifizieren, die von anderen Kommunen übernommen werden können. Die Vorschläge sollen eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen ermöglichen unter Berücksichtigung der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Gerlach: „Meine Vision ist eine smarte Welt, in der alle vom technologischen Fortschritt profitieren und die Schöpfung bewahrt wird. Unser Wettbewerb soll Anstoß für alle Kommunen sein, vor allem für die, die die Digitalisierung noch stärker zum Wohle der Menschen nutzen wollen. Bürgerinnen und Bürger sowie andere wichtige Akteure sollten in die Bewerbung vor Ort mit eingebunden werden. Die zehn besten Projekte werden dann jeweils mit bis zu 500.000 Euro prämiert."

Projektdauer von drei Jahren

Der Bewerbungsprozess für „Kommunal? Digital!" erfolgt dabei in zwei Stufen. Gestartet wird mit einem sechswöchigen Aufruf zur Vorlage von Projektskizzen mit einer Projektdauer von bis zu drei Jahren. Nach einer Vorauswahl muss dann innerhalb von weiteren acht Wochen ein detailliertes Konzept vorgelegt werden, das in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung erarbeitet wird. Die Preisträger werden von einer Jury bestimmt, die sich aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände sowie je einem Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Digitalministerin Judith Gerlach wird die Vorsitzende der Jury sein.

red

Digitalisierung und KI bringen Stadt und Land zusammen

Aiwanger: „Innovationen sind der Treibstoff unserer Wirtschaft“

Wenn Felder auf den Zentimeter genau mit der richtigen Menge an Wasser und Dünger versorgt werden, ist Künstliche Intelligenz im Spiel. Wenn Gesundheitsdaten von älteren oder chronisch kranken Menschen auch auf dem flachen Land ständig überwacht werden und Verschlechterungen sofort erkannt werden, tun Algorithmen im Hintergrund ihre Dienste. Und wenn eine App gestresste Großstädter ohne Umwege zu freien Parkplätzen leitet, ist auch hier neueste Technologie am Werk. Unter dem Titel ‚Hightech in Stadt und Land‘ diskutierte der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger beim Hightech Summit Bayern im Forschungszentrum Garching mit vier Experten über Chancen und Risiken von technologischen Entwicklungen wie Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz.

„Der Transformationsprozess in der Wirtschaft ist vergleichbar mit dem vor 40 Jahren“, sagte Aiwanger, „und wir müssen uns in der gesamten Gesellschaft einig sein, dass wir das wollen.“

„Wir brauchen Hightech nicht nur in unseren bayerischen Großstädten mit ihren internationalen Spitzenforschungseinrichtungen und Technologieunternehmen, sondern auch buchstäblich an jeder Milchkanne und vor allem in unseren mittelständischen Betrieben“, erklärte Aiwanger. Mit den Mitteln, die im Rahmen der Hightech Agenda zur Verfügung stehen, werden beispielsweise synthetische Kraftstoffe in Straubing erforscht, die Entwicklung eines Quantencomputers in Bayern gefördert oder das Kompetenznetzwerk ‚Künstliche maschinelle Intelligenz‘ aufgebaut. Dieser Zusammenschluss von Universitäten und der Fraunhofer-Gesellschaft soll Bayern zu einer der weltweit führenden Regionen auf diesem Gebiet entwickeln.

Geschäftsmodelle für Start-ups

Wie Technologie in Geschäftsmodelle mündet, erklärte die Start-up-Unternehmerin Manuela Rasthofer. Sie hat das Münchner Unternehmen TerraLoupe gegründet, das aus Geodaten neuartige Luftbilder entwickelt. Diese bilden die Grundlage für viele neue Anwendungen, wie autonomes Fahren, das ihrer Meinung nach erst sehr spät in der Stadt realisiert wird. „Das autonome Fahren ist auf dem Land am einfachsten“, sagte die Gründerin.

Maximilian Lörzel von Schröter Modell- und Formenbau berichtete, wie das Unternehmen aus Oberpframmern mithilfe von Digitalisierung zu einem weltweit gefragten Anbieter im Bau von Prototypen und Modellen geworden ist. „Der Mittelstand hat keine andere Wahl, wenn er auf der Höhe der Zeit bleiben will“, erklärte Lörzel. Nur so kann man einzigartige Produkte und Leistungen anbieten und den Standort Deutschland stärken. „Aber dazu brauchen wir die Infrastruktur, also leistungsfähige Datenleitungen.“

Peter Kämpf vom Stifteheersteller Stabilo in Heroldsberg schilderte, wie sein Unternehmen von der Forschung und der Zusammenarbeit mit der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen funktioniert: „Wir haben mit den jungen Mitarbeitern, die frisch von der Uni kommen, sehr gute Erfahrungen gemacht und bereits KI-Anwendungen in unsere Produkte integriert. Stifte sind immer noch unser Hauptgeschäft, aber wir haben mit unserem Edu-Pen, der analysiert, wie Kinder schreiben, eine neue Dimension hinzugefügt.“

Wenn Künstliche Intelligenz in immer mehr Bereichen, vom autonomen Fahren bis hin zur Medizin, Einzug hält, ist es wichtig, die dabei entstehenden Daten abzusichern. Damit beschäftigt sich das erst Ende letzten Jahres gegründete Fraunhofer-Institut für Kognitive Systeme. Institutsleiter Prof. Dr. Mario Trapp betonte, „dass die Forschungsergebnisse schnell in den Markt transferiert werden müssen.“ Er will, dass sich Bayern auf seine Stärken konzentriert, also Künstliche Intelligenz in den Maschinenbau oder in die Fahrzeugindustrie bringt. ❒



„1000 Schulen für unsere Welt“ Spendenübergabe an PiT Togohilfe

Die Kollegenschaft des Landratsamtes Fürstenfeldbruck sammelte auf der Weihnachtsfeier für das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“. Aus einer Versteigerung von Kunst und Gegenständen des täglichen Lebens sowie einer Spendensammlung kam der stattliche Betrag von 1.776 Euro zusammen. Der Personalrat übereichte den Betrag gemeinsam mit Landrat Thomas Karmasin an Magret Kopp vom PiT Togohilfe e.V. Das Geld fließt direkt in das Schulprojekt im Dorf Bonsoukou. Eine Schule in Togo kostet in etwa 43.000 Euro. Im Laufe des Jahres sind noch weitere Aktionen geplant, um den Betrag zu stemmen. Bild: LRA Fürstenfeldbruck

Flammendes Plädoyer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

baut werden. Das hält der Planet nicht aus. Deswegen brauchen wir einen Technologietransfer für erneuerbare Energien. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt hier einen neuen Schwerpunkt“, führte Müller weiter aus.

„Die Sonne Afrika nutzen – das ist der Schlüssel“, so der Bundesminister. In Marokko stehe das größte Solarkraftwerk der Welt und produziere Solarstrom für zwei Cent pro Kilowattstunde. Mit der marokkanischen Regierung habe er, Müller, die Umsetzung eines Methanol-Abkommens vereinbart. „Wir werden dort in die Methanol-Produktion einsteigen: Wasserstoff und Methanol aus Wüstenstrom für Afrika und Europa. Das kann auch unser CO2-Problem in Europa lösen und die Automobilproduktion in Deutschland erhalten. Wohlstand in Afrika schaffen durch Technologie aus Deutschland: Das ist eine großartige Win-Win-Situation.“

Stichwort Klimaschutz: „Warten Sie bei der Umsetzung des Klimaschutzgesetzes nicht auf die Regierungen. Bereits heute können Sie unserer ‚Allianz für Klima und Entwicklung‘ beitreten“, machte Müller deutlich. „Stellen Sie sich klimaneutral, reduzieren Sie bis zum Grenzkostennutzen und kompensieren Sie den Rest durch unsere Projekte in Entwicklungsländern. Erneuerbare Energien, Aufforstung, Humusbildung, CO2-Speicher – wir erzielen mit solchen Kompensationsleistungen eine vielfach höhere Wirkung als mit nationalen Instrumenten.“

Lieferkettengesetz

Mit Blick auf fairen Handel wies Müller darauf hin, dass ein mögliches Lieferkettengesetz die Interessen des deutschen Mittelstandes berücksichtigen würde. „Ich lade Sie ein, mitzugestalten.“ Der Fokus richte sich auf 150 Millionen Bäuerinnen und Bauern auf den Kaffeeplantagen, die in Armut leben, weil sie für ein Kilo Rohbohnen nur 50 Cent erhalten. Zudem arbeiteten 75 Millionen Frauen weltweit in Textilfabriken, die 15 Cent pro Stunde verdienen. „Wir akzeptieren Ausbeutung in den armen Ländern, obwohl wir in Deutschland den Maßstab einer sozialen Marktwirtschaft gesetzt haben. Wir brauchen anständige Löhne und ökologische Grundstandards weltweit – das meine ich mit fairen Lieferketten“, unterstrich Gerd Müller abschließend. **DK**

Klima schützen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

monstrationen sowie Verboten jeder Art retten. Deutschland muss sich mehr auf Sachpolitik konzentrieren und die für mehr Klimaschutz notwendigen Schritte konsequent und kontinuierlich tun. Zu den erforderlichen Schritten gehört es, die Energiewende voranzutreiben sowie den Kohleausstieg umzusetzen und nachhaltig zu finanzieren.“

Unverzichtbar sei es, die Bedeutung der Städte und Gemeinden bei der Erreichung der Klimaschutzziele zu stärken. Eine Verkehrswende finde immer in den Städten und Gemeinden statt. Wer Ballungszentren entlasten will, auch aus Umweltschutzgesichtspunkten, müsse die ländlichen Räume stärken. „Aber wir sollten es ehrlich machen: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif“, erklärten Brandl und Landsberg.

„Alle werden belastet werden: Bürger, Kommunen, Bund und Länder. Man kann die Politik nur davor warnen, den Eindruck zu erwecken, durch geschickte Steuerung könnten am Ende alle Gewinner sein und trotzdem die Klimaschutzziele erreicht werden. Das wird nicht gelingen“, unterstrich Landsberg. Allein eine echte Verkehrswende koste über Jahre hinweg Milliardenbeträge für den Umbau der Städte und Gemeinden, für mehr Busse, mehr Bahnen, mehr Schienenverkehr und mehr Fahrradinfrastruktur. Gleichzeitig müsse die Politik den Bürgern deutlich machen, dass das Motto ‚Ich bin für Klimaschutz, aber gegen Windräder, auch gegen Stromtrassen und jede Veränderung braucht eine Bürgerbeteiligung von Jahren‘ nicht funktionieren kann.

Das magische Dreieck

Wenn spürbare Fortschritte erreicht werden sollen, müssten die Bürger auch bereit sein, an anderen Stellen Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Nur eine innovative, klimagerechte Wirtschaft mit Exportschlagern für mehr Klimaschutz werde den Wohlstand in Deutschland sichern und gleichzeitig dazu beitragen können, dass die Klimaschutzziele erreicht und gleichzeitig der Sozialstaat nicht gefährdet werden.

Das magische Dreieck der Klimapolitik „Klima schützen – Energieversorgung sichern – Wirtschaft stärken“ dürfe nicht vernachlässigt werden. Allerdings sei Deutschland derzeit meilenweit davon entfernt, die Umsetzung der Energiewende zu erreichen. Es erscheine wenig sinnvoll, wenn Deutschland systematisch aus der Kohle aussteigt, aber aufgrund der verzögerten Umsetzung der Energiewende in großem Umfang Strom aus ausländischen Kohle- oder Atomkraftwerken beziehen muss. Wenn es gelingt, die Wirtschaft von der überbordenden Bürokratie zu befreien und die Innovationskraft zu stärken, werde Deutschland riesige Chancen auch im Bereich des Klimaschutzes haben.

Erneuerung der Infrastruktur

Eine weitere zentrale Herausforderung für das Jahr 2020 ist laut Brandl und Landsberg die Erneuerung der Infrastruktur. „Wohin man in Deutschland auch blickt, Bahntrassen und Brücken sind sanierungsbedürftig, Schwimmbäder werden geschlossen oder vergammeln, Schulen sind keine Kathedralen, sondern eher Baracken der Bildung. Das muss endlich ein Ende haben.“

Der kommunale Investitionsrückstand betrage 138,4 Milliarden Euro. Das sei nicht nur für den Wirtschaftsstandort Deutschland von Nachteil, sondern auch ein Ärgernis für den Bürger. Deshalb sollte eine nachhaltige Infrastrukturoffensive eingeleitet werden. Städte und Gemeinden benötigten Planungssicherheit, und diese nicht nur für ein Jahr, sondern mindestens für zehn Jahre. Dann könnten sie auch die nötigen personellen Kapazitäten aufbauen und die Projekte umsetzen.

Auch dürfe es nicht sein, dass die Planungsverfahren in Deutschland immer länger und komplizierter werden. Wer beispielsweise mehr Wohnungen bauen will, sollte das serielle Bauen zulassen. Es sollten einheitliche Grundsätze in allen Bauordnungen der Länder gelten. Die Devise laute: Schneller, besser, schöner und preiswerter bauen. „Das funktioniert, wenn der politische Wille vorhanden ist und die Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden.“

„Die Zusammenarbeit aller öffentlichen Ebenen bei Investitionen muss erleichtert und gestärkt werden“, forderten Brandl und Landsberg. Dies gelte aber nicht minder für die interkommunale Zusammenarbeit und gemeinsame Investitionstätigkeiten von Kommunen. Hemmnisse seien auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene systematisch zu ermitteln und zu beseitigen. Als positives Beispiel hierfür könne im Grundsatz die im EU-Recht erfolgte Neuregelung des Vergaberechts bei interkommunalen Kooperationen dienen. Interkommunale Zusammenarbeit könne auch über Personalpooling, etwa im Bereich der Bauplanung, zielführend sein. Das Umsatzsteuerrecht dürfe hierbei keine unüberwindbare Hürde darstellen. Gegebenenfalls seien Anpassungen auf europäischer Ebene notwendig.

Neben einer vernünftigen Schulausstattung und guten Straßen sei auch die Digitalisierung in der Lage, einen Beitrag zur Beschleunigung des Abbaus des Investitionsstaus zu leisten. Hierzu müsse sie den Kommunen aktiv als Chance eröffnet werden, ein Schritt sei dabei die Nutzung elektronischer Standards in den verschiedensten Bereichen. Gerade im Baubereich seien durch ein Vorantreiben elektronischer Standards spürbare Effizienzgewinne zu realisieren. Die Kommunen müssten den digitalen Wandel aktiv mitgestalten können. Effizienzsteigerungen in der digitalen Verwaltung seien mit einer Reduzierung der analogen Verwaltung zu unterstützen.

Bürgerschaftsbeteiligung

Als ein wichtiges kommunalpolitisches Motiv bei der Investitionstätigkeit erachtet der DStGB die effektive Bürgerschaftsbeteiligung. Mangelnde Akzeptanz bis hin zu organisiertem Widerstand in der Bürgerschaft könnten kommunale Bauvorhaben dagegen massiv verzögern oder gar ganz verhindern. Dem gelte es über eine frühzeitige Einbeziehung entgegenzuwirken, die Akzeptanz und Zustimmung für die kommunalen Vorhaben schafft und klarmacht: „Die kommunalen Investitionsvorhaben werden nicht gegen, sondern für die Bürger sowie die Wirtschaft unternommen.“ Die Prozesse der Beteiligungsverfahren seien dabei effizient zu gestalten. Über die direkte Beteiligung der Bürgerschaft und der Wirtschaft bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten (etwa über Crowdfunding-Modelle) könnten Partnerschaft und Zusammenarbeit in der Kommune gestärkt werden. **DK**

Planungssicherheit für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

verkehr damit eine noch höhere Bedeutung einräumt. Vor allem wünschen sich die Städte mehr eigene Möglichkeiten bei der Verkehrslenkung, bei Geschwindigkeitsbeschränkungen und bei der Erprobung neuer Regeln im Straßenverkehr.

Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, betonte, „wollen wir mehr Sicherheit für Radfahrende im Verkehr und wir wollen dafür den öffentlichen Raum für alle Beteiligten besser aufteilen. Ziel der Städte ist es auch, gemeinsam mit Bund und Ländern die Vision Zero zu erreichen, also die Anzahl der Verkehrstoten möglichst auf null zu senken. Sie nimmt zwar seit Jahren insgesamt ab, jedoch bleibt die Zahl der im Verkehr getöteten Radfahrenden seit 2010 besorgniserregend hoch. Dagegen müssen Kommunen, Bund und Länder gemeinsam mehr tun. Zumal der Radverkehr und die Anzahl der Fußgängerinnen und Fußgänger mit der in Angriff genommenen Verkehrswende deutlich zunehmen werden.“

Die Städte engagieren sich bereits intensiv für den Rad- und Fußverkehr, denn damit verringert sich der Autoverkehr, verbessert sich die Luftqualität und wird klimaschädliches CO2 eingespart. Dafür erweitern sie das Radwegenetz, richten an Ampeln Vorrangschaltungen für Radfahrer ein oder bauen etwa in den Innenstädten oder an Bahnhöfen Fahrradparkhäuser. In vielen Innenstädten werden schon über 30 Prozent der Wege mit dem Rad zurückgelegt - Tendenz steigend. Damit gleichzeitig auch die Sicherheit der Radfahrenden steigt, brauchen die Städte bei der aktuellen Novelle der Straßenverkehrsordnung, die im Bundesrat zur Verabschiedung ansteht, noch weitere Anpassungen, unterstrich der Vizepräsident.

Ziel ist es laut Klewe, „dass der Bund die aktuelle Novelle der Straßenverkehrsordnung so ergänzt, dass Städte selbst mit ihrem Wissen über Geschwindigkeitsbeschränkungen vor Ort entscheiden können, wenn das die Sicherheit erhöht. Außerdem sollte die Bundesregierung den Städten Modellprojekte ermöglichen, die zeigen, wie sich ein generelles Tempolimit von 30 Stundenkilometer in der Stadt und Tempo 50 lediglich auf Hauptverkehrsstraßen auf den Verkehr auswirken. Als hilfreich und sinnvoll bewerten die Städte die Erhöhung der Geldbußen für verbotswidriges Parken in zweiter Reihe und auf Geh- und Radwegen, wie sie in der StVO-Novelle bereits formuliert ist.“

StVO-Änderungen

Der Städtetagsvize begrüßte Aussagen von Bundesverkehrsminister Scheuer, wonach die Kommunen viel besser über Geschwindigkeitsbegrenzungen entscheiden könnten. Auch eine Entschließung des Bundestages, weitere Änderungen an der StVO vorzunehmen, sei kommunalfreundlich. Sie unterstreiche die Bedeutung von Erprobung und Innovation bei Regeln und Verkehrsmaßnahmen im Straßenverkehr – und zwar unabhängig von bestehenden konkreten Gefahren. Jetzt kommt es Lewe zufolge darauf an, dass der Bund solche guten Lösungen beschließt, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern.

Da es in der aktuellen Novelle der Straßenverkehrsordnung um den Radverkehr geht, müsse in einem nächsten Schritt auch ein besserer Schutz für Fußgänger erreicht werden. Dies müsse zum Beispiel im Verkehrssicherheitsprogramm des Bundes 2030 eine Rolle spielen. Um mehr Verkehrssicherheit im Fuß- und Radverkehr zu erreichen, sei es außerdem nötig, Straßenräume umzubauen, alle Verkehrsteilnehmer weiter intensiv über Gefahren aufzuklären und die Einhaltung der Verkehrsregeln wirksam zu kontrollieren.

Aktion Abbiegeassistent

Fußgänger und Radfahrer werden täglich von abbiegenden Lkw und Bussen gefährdet. Immer wieder werden sie übersehen. Regelmäßig passieren Unfälle mit Schwerverletzten und Toten. Deshalb wird der Deutsche Städtetag als Unterstützer der „Aktion Abbiegeassistent“ beitreten, die vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur initiiert wurde.

Nach Lewes Ausführungen „warnen die technischen Assistenzsysteme die Fahrer von Lkw und Bussen in kritischen Verkehrssituationen mit optischen oder akustischen Signalen, wie es sie häufig beim Abbiegen gibt. Zudem können sie Notbremsungen einleiten. Die Systeme werden in der EU aber erst ab dem Jahr 2022 für neue Fahrzeugtypen und ab dem Jahr 2024 für neue Fahrzeuge verpflichtend. Deshalb ist es gut, wenn die Aktion dazu beiträgt, dass möglichst viele Fahrzeuge freiwillig schon jetzt mit den Systemen ausgestattet werden. Das kann Leben retten.“

Mehrere städtische Unternehmen sind bereits offizieller Sicherheitspartner der Aktion, andere sind dabei, die Leistungsfähigkeit der Systeme und eine frühzeitigere Einführung zu prüfen. Mit einem Förderprogramm des Verkehrsministeriums werden Anreize für eine freiwillige Selbstverpflichtung gesetzt. **DK**

Neue Gigabitrichtlinie im Freistaat

Gemeindetagspräsident Brandl: „Licht und Schatten“

Startschuss für die neue „Bayerische Gigabitförderung“: Als erste Region in Europa kann Bayern mit der neuen Gigabitrichtlinie auch die Beschleunigung von Anschlüssen an grauen NGA-Flecken fördern, also Orten wo bereits schnelles Internet mit mindestens 30 Mbit/s verfügbar ist. Nach mehr als zwei Jahren mit Prüfungen und Verhandlungen hat die Europäische Kommission den Antrag des Freistaats auf eine landesweite Gigabitförderung genehmigt.

„Zukunftsfähige Gigabitnetze können nun auch in der breiten Fläche ermöglicht werden – ein Novum in Europa“, wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker betonte. Bayern hatte dies bereits mit sechs Pilotprojekten erfolgreich im Freistaat getestet.

„Unsere Ausdauer hat sich gelohnt: Diese Entscheidung ist nicht nur ein großer Erfolg für die bayerische Breitbandförderung, sie hat Vorbildcharakter für ganz Deutschland und alle EU-Mitgliedsländer. Bereits ab März 2020 können die Kommunen ins Verfahren starten. Zusätzlich werden unsere Breitbandmanager auch auf die Kommunen zugehen“, so Füracker.

Die bayerische Förderung ermöglicht jetzt eine flächendeckende Förderung in Gebieten, die bereits über einen Breitband-, aber nicht über einen Gigabitanschluss verfügen und z.B. gewerbliche Nutzer einen besonders hohen Bedarf haben. Auch private Nutzer profitieren von der Förderung. Der Freistaat fördert künftig nur noch Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude. Neben der bisherigen Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke, werden künftig auch Betreibermodelle ermöglicht.

Netzbetreiber in der Pflicht

Füracker zufolge wird der Freistaat weiterhin dort nach Kräften unterstützen, wo es nötig und möglich ist. Zunächst aber stünden beim flächendeckenden Gigabit-Ausbau die Netzbetreiber in der Pflicht. „Wir springen hier freiwillig ein, weil ein schneller Internetanschluss für alle Bürgerinnen und Bürger eine Grundvoraussetzung ist. Die Planungshoheit über die Nutzung und den Umfang der Förderung liegt selbstverständlich bei den Kommunen selbst“, stellte der Minister klar und forderte: „Auch der Bund muss seinen Anteil erbringen – schnellstmöglich und vor allem unbürokratisch.“

Der Breitbandausbau läuft in Bayern bereits seit 2014 auf Hochtouren und schreitet mit Riesenschritten voran. „Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort mehr als der Freistaat“, hob Füracker hervor. Seit Ende 2013 wurden in Bayern durch Freistaat, Kommunen und Kommunikationsunternehmen mehr als 2,3 Millionen unversorgte Haushalte erstmals an das schnelle Internet angeschlossen. Es ergingen bereits Bescheide über 1,07 Milliarden Euro für insgesamt 1.797 Kommunen. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025.

Der Bayerische Gemeindetag hat unterdessen die zusätzliche Förderung im Gigabit-Bereich als angemessen bezeichnet. Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte seien grundsätzlich mit den neuen Fördermaßnahmen des Freistaats Bayern beim Glasfaserausbau zufrieden.

Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl „ist es folgerichtig, dass der Glasfaserausbau nun auch dort unterstützt wird, wo bereits 30 Mbit/s (im Download) vorhanden sind. Dank des großen Engagements der bayerischen Gemeinden und Städte sind nämlich von den insgesamt ca. 6,25 Millionen bayerischen Haushalten bald die meisten mit schnellen Internetanschlüssen versorgt. Wenn die erforderlichen Bauarbeiten endlich ausgeführt sind, fehlen nur noch ca. 40.000 Anschlüsse.“

Durch die neue Förderung werden ca. 500.000 Anschlüsse in „grauen Flecken“ wieder förderfähig. „Für die Gemeinden und Städte bedeutet dies neue Verfahren und eine erneute Eigenbeteiligung an den Ausbaukosten“, so Brandl. „Und weil Glasfaseranschlüsse teurer sind als herkömmliche VDSL-Anschlüsse werden die gemeindlichen Kosten vermutlich in die Höhe schießen. Wir hätten uns deshalb gewünscht, dass die Eigenbeteiligung abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde gedeckelt wird.“

Brandl wies darauf hin, dass sich zunehmend die Frage stellt, wer künftig die Glasfaser verlegt. Es mehrten sich die Anzeichen, dass die Netzbetreiber vornehmlich an der aktiven Infrastruktur und dem Betrieb interessiert sind – oder nur die fertig errichtete Infrastruktur übernehmen wollen. Aus Brandls Sicht wäre es unfair von den Netzbetreibern, die Gemeinden und Städte die Glasfaserinfrastruktur mit deren Geld bauen zu lassen, um sie anschließend ihnen zu niedrigeren Preisen abzukaufen. „Wir erwarten, dass die Netzbetreiber selbst die Glasfaserausbaumaßnahmen vornehmen.“ **DK**

Förderbilanz 2019:

Fast 2,4 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen

LfA Förderbank Bayern unterstützt über 4.300 Unternehmen und Kommunen

Die LfA Förderbank Bayern hat 2019 die bayerischen Unternehmen und Kommunen mit Darlehen von fast 2,4 Milliarden Euro unterstützt. Damit liegt das Kreditvolumen im Durchschnitt des hohen Fördervolumens der vergangenen fünf Jahre um 16 % unter dem Rekordförderjahr 2018.

Das Zusagevolumen bei den programmgebundenen Förderkrediten betrug rund 1,8 Milliarden Euro. Deutliche Nachfragezuwächse gab es bei Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben sowie insbesondere in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Alleine die Nachfrage der kleinen und mittleren Betriebe in der Energieeffizienzförderung stieg um knapp 14 Prozent auf rund 300 Millionen Euro.

Umfassendes Förderangebot

„Bayerns Wirtschaft verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit vor allem den vielen kreativen und innovativen Unternehmen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb setzen wir auf die LfA, die mit ihrem umfassenden und flexiblen Förderangebot Investitionen von Unternehmen und Kommunen unterstützt. Umwelt- und Energiemaßnahmen werden dabei ebenso finanziert wie Innovation und Digitalisierung oder Existenzgründer und Unternehmensnachfolger. Die LfA ist somit unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „2019 war im mehrjährigen Vergleich ein erfolgreiches Jahr für die LfA. Insbesondere die gestiegene Fördernachfrage bei Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zeigt, dass unser Angebot beim bayerischen Mittelstand gefragt ist. Über 4.300 Unternehmer und Kommunen profitierten von den Fördervorteilen der LfA. Die insgesamt eingetrübte Fördernachfrage ist auf die Auswirkungen des gegenüber dem Rekordförderjahr 2018 schwierigeren Marktumfelds, insbesondere die sich verschärfende Niedrigzinsphase, zurückzuführen.“ ❐


Dr. Otto Beierl.

Digitalisierung Schritt für Schritt – das Modellprojekt „Digitales Dorf“

„Digitales Dorf“ ist der Titel des Projekts, das von der Bayerischen Staatsregierung gefördert wird. Ziel ist es, das Leben auf dem Land durch digitale Lösungen zu verbessern und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. In Südbayern gibt es drei Pilotdörfer: in Spiegelau-Frauenau im Bayerischen Wald, im Rupertiwinkel am Waginger See und in den Hörnerdörfern im Allgäu.

„Ab vom Schuss“, „kein Empfang“, „nix los“ – ländliche Räume werden mit allerlei Vorurteilen konfrontiert. Dabei gilt es vielmehr, die hohe Lebensqualität auf dem Land bewusst wahrzunehmen: Saubere Luft. Einzigartige Natur. Kein Feierabendstau. Geringe Arbeitslosenquote. Gelebte Tradition. Regionale Küche. Authentische Menschen. Wo das „Du“ noch zählt.

Digitalisierung kann die Lebensbedingungen auf dem Land verbessern. Ziel dabei ist, das analog geprägte Leben mittels digitaler Alltagshelfer lebenswerter und unkomplizierter zu gestalten.

Die Ideen und Impulse der Menschen sind dabei der Motor. Zusammen mit den Bürgern der Pilotdörfer werden sinnvolle digitale Anwendungen und Lösungen entwickelt, die auf dem Dahoam 4.0®-Portal der jeweiligen Modellregion zur Verfügung gestellt werden.

Einwohner und Mitarbeiter in den Gemeinden und Städten profitieren von der digitalen Abwicklung von Verwaltungsprozessen und der damit einhergehenden vereinfachten Kommunikation. Leistungen können von den Bürgern ortsunabhängig und zu jeder Tageszeit auf PC, Tablet oder Smartphone abgerufen werden. Weniger Papier, weniger Bürokratie und weniger Amtsgänge sind Vorteile des digitalen Rathauses.

Die ländliche Gesundheitsversorgung ist zunehmend schwierig. Aufgrund der alternden Bevölkerung und der eingeschränkten Mobilität der älteren Bürger sowie der Schwierigkeit, Hausarztpraxen nachzubesetzen, werden weite Wege und zeitintensive Hausbesuche erforderlich, die eine ohnehin knappe Kapazität der Landärzte weiter begrenzen. Das Projekt „MeDiLand – Medizin Digital zur Verbesserung der Versorgung auf dem Land“ zielt darauf ab, neue, digitale Wege zur Verbesserung und nachhaltigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land zu erproben.

Digitale Nachbarschaftsportale sind eine moderne Variante der Nachbarschaftshilfe. Potential bieten solche Plattformen vor allem für Menschen in den ländlichen Regionen, wenn Angehörige oder Freunde zu weit weg wohnen, um bei der Bewältigung von Alltagsaufgaben helfen zu können.

Die Vernetzung spielt eine große Rolle in der digitalen Arbeitswelt. Menschen arbeiten bereits heute gemeinsam an Projekten, ohne sich im selben Büro oder am gleichen Ort aufzuhalten. Computer und Internetanschluss genügen, um sich beruflich auszutauschen und gemeinsam Ideen zu entwickeln. Dies eröffnet insbesondere für Arbeitnehmer im ländlichen Raum völlig neue berufliche Perspektiven. Der Bedarf und Nutzen dieser neuen Arbeitsform wird in einem Teilprojekt untersucht, um möglichst viele Anreize für die Gründung solcher sog. „Coworking Spaces“ zu schaffen.

Medienkompetenz, also bedarfsgerechter und verantwortungsvoller Umgang mit den neuen Medien, stellt insbesondere unsere jüngsten Mitbürger, Senioren und all diejenigen, die von Berufswegen nicht permanent mit digitalen Medien in Berührung sind, vor Herausforderungen. Bildungseinrichtungen bei der Integration bedarfsgerechter digitaler Medien zu unterstützen und den Weg zum „Digitalen Klassenzimmer“ zu ebnen, ist das erklärte Ziel. Menschen ab 55 Jahren können durch die neuen Technologien eine spürbare Unterstützung im Alltag erfahren. Mit dem Projekt „BLADL – Besser Leben im Alter durch digitale Lösungen“ werden Senioren durch passgenaue Weiterbildungsangebote unterstützt.

Durch ein von der Umgebung unterstütztes Wohnen (engl. „Ambient assisted living“) können Senioren ihren Alltag weitgehend alleine meistern, ohne abhängig zu sein von medizinischem Pflegepersonal oder Angehörigen. Digitalisierung ermöglicht so ein im Alter selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden.

Lisa-Marie Hanninger
Technologie Campus Grafenau

Neue Orientierungshilfe:

Das Recht auf Auskunft nach der DSGVO

Wer macht was mit meinen Daten? Diese Frage stellen sich bayerische Bürgerinnen und Bürger erfreulicherweise immer öfter. Antwort erhält, wer fragt: Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) gibt ein Recht auf Auskunft – auch gegenüber bayerischen öffentlichen Stellen.

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz hat zu Art. 15 DSGVO bereits viele Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Behörden beantwortet. Seine Beratungspraxis hat er jetzt in einer umfangreichen Orientierungshilfe „Das Recht auf Auskunft nach der Datenschutz-Grundverordnung“ zusammengefasst. Das Papier bezieht darüber hinaus zu zahlreichen in Rechtsprechung und Literatur erörterten Fragen Stellung.

Prof. Dr. Thomas Petri: „Das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO nimmt unter den Betroffenenrechten eine Schüsselfunktion ein. Erst mit einer Auskunft lässt sich die Rechtmäßigkeit einer Verarbeitung der eigenen personenbezogenen Daten realistisch einschätzen. Die Auskunft schafft zudem eine Voraussetzung für den Gebrauch weiterer Betroffenenrechte, insbesondere auf Berichtigung und auf Löschung. Ich hoffe, die neue Orientierungshilfe hilft bayerischen öffentlichen Stellen dabei, Auskunftsverlangen nach Art. 15 DSGVO zügig und gesetzmäßig zu bearbeiten.“ Die Orientierungshilfe steht auf der Homepage des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (https://www.datenschutz-bayern.de) in der Rubrik „Datenschutzreform 2018“ zum kostenfreien Download bereit. ❐



WIR FÖRDERN
DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote.
Tel. 089 / 21 24 - 10 00

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

Aufbruch in eine smarte Zukunft

VKU unterstützt BET-Studie / Erfahrungen und Handlungsempfehlungen aus erfolgreichen deutschen Smart-City-Projekten

Bessere Luft dank intelligenter Verkehrssteuerung, CO2-Reduktion durch optimierte Quartierslösungen mit erneuerbaren Energien und Speichern: Die Digitalisierung bietet viele Chancen für Kommunen und Stadtwerke, um die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu erhöhen. Was möglich ist und wie Projekte am besten gelingen, zeigt die Studie „Aufbruch in eine smarte Zukunft" der BET Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH in Aachen.

Mit Unterstützung des VKU sammelte und wertete die BET die wichtigsten Erfahrungen und Handlungsempfehlungen aus 35 erfolgreichen deutschen Smart-City-Projekten, darunter bayerische Best-Practice-Beispiele aus Aschaffenburg, Rödental und München, aus. Die Projekte wurden aus dem gesamten Bundesgebiet so ausgewählt, dass von der Kleinstadt bis zur Metropole jeder Stadttypus abgedeckt ist. Die Steckbriefe stellen dar, welche Anwendungsbereiche in den Interviews mit der spezifischen Stadt im Fokus standen und wer die wesentlichen Akteure für diese Projekte sind.

Seit einigen Jahren ermöglicht die Aschaffenburger Versorgungs-GmbH (AVG) den Bürgern Aschaffenburgs und seinen Besuchern über das öffentliche Stadtwerke-WLAN kostenlos im Internet zu surfen. Mit innovativer Kommunikationstechnik wird der Aufbau intelligenter Stromnetze ermöglicht. Laut Dieter Gerlach, Geschäftsführer Stadtwerke Aschaffenburg, „vertrauen viele Bürger dem Stadtwerk gerade bei sensiblen Themen wie dem Datenschutz mehr als privaten Anbietern. Stadtwerke sind prädestiniert, sich dieses Themas anzunehmen, und sollten die nötigen IT-Kompetenzen aufbauen."

In der oberfränkischen Stadt Rödental sorgen die Stadtwerke unter anderem für eine moderne Glasfaserinfrastruktur. Mit Blick auf das vom Freistaat Bayern angebotene Förderprogramm „Höfebonus" betont Stadtwerke-Geschäftsführer Michael Eckhardt: „Das Fördergeld macht unsere Glasfaser bald wirtschaftlich und triggert dann den kommunalen ‚Mehrwert', zufriedene Bürger, erfolgreichere Unternehmen, Wertsteigerung bei den Anwesen, Ausgleich von Stadt und Land, neue Ansiedlungen und den Anschluss an die digitale Welt."

In der Landeshauptstadt München zeichnen die Stadtwerke München (SWM), Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), Landeshauptstadt München und Privatunternehmen für die Umsetzung einer elektrischen Ladeinfrastruktur, Car- und Bike-Sharing sowie Multimodale Verkehrskonzepte/Mobilitätsstationen verantwortlich.

„Wer für die Umsetzung von Projektzielen notwendig ist, sollte schon bei der Planung Teil der Projektentscheidungen sein. Verwaltungsverfahren zur Einbindung aller notwendigen Behörden sollten stärker digitalisiert werden, um Projekte schneller umsetzen zu können", rät Carina Niedermeier, Projektleiterin Mobilität im EU-Projekt Smarter Together, Stadtwerke München GmbH.

Kommunale Unternehmen sind aus ihrer Sicht bestens geeignet, um die digitale Transformation der Städte und Gemeinden voranzutreiben. „Sie können digitale Technologien mit ihren Infrastrukturen und vielfältigen Dienstleistungen sowie mit der Nähe und dem Vertrauensvorsprung eines lokalen Versorgers vereinen, um Wettbewerbsvorteile zu schaffen und sich gleichzeitig intern effizienter aufzustellen."

Die Studie hat gezeigt: Bei vielen der untersuchten Projekte steht nicht unmittelbar die Profitabilität im Mittelpunkt, sondern die Verbesserung der Standortfaktoren für die lokale Wirtschaft und der Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Motivation für diese Städte, Gemeinden und kommunalen Unternehmen ist es, hohe Lebensqualität und eine gute regionale Wirtschaftskraft herzustellen sowie häufig auch die Lebensbedingungen in ländlichen und städtischen Regionen durch eine gute Daseinsvorsorge einander anzunähern.

Die Daseinsvorsorge geht heute z. B. in Form von Breitbandversorgung über den klassischen kommunalen Versorgungsumfang hinaus. Mittelbar kommen diese Investitionen auch den Finanzen der Kommune zu Gute, z. B. über Gewerbesteuereinnahmen, ohne dass dies schon bei Projektstart in einem Geschäftsplan mit detailliert berechneter Refinanzierung abgebildet sein müsste. Auch Vorteile für den Tourismus dienten in manchen Städten als zusätzlicher Grund für die Investition.

Chance für Stadtwerke

Gerade der Infrastrukturbereich bietet Möglichkeiten, Smart City als eine digitale Erweiterung der historischen Rolle der Stadtwerke anzusehen. Viele Best-Practice-Projekte wurden von Netz- oder Messstellenbetreibern umgesetzt, die auf diese Weise die Möglichkeiten für die Zukunft testen und ein modernes, digitalisiertes Netz schaffen. Hieraus ergeben sich signifikante Einsparungspotenziale im intelligenten Messwesen und Netzmanagement.

Für viele Stadtwerke ist Smart City eine Chance, als innovatives Unternehmen wahrgenommen zu werden. Das resultierende positive Image, neue digitalisierte Produkte und innovative Kombiprodukte schaffen gut nutzbare Differenzierungsmöglichkeiten gegenüber der Konkurrenz und ermöglichen nachhaltigen Geschäftserfolg. Hierzu wurde auch häufig betont, dass das Stadtwerk als lokaler Akteur durch seine Kundennähe und das Vertrauen der Kunden einen wesentlichen Trumpf in der Hand hält, den es in nachhaltige Geschäftsvorteile gegenüber globalen Akteuren übersetzen kann, wenn es schnell genug handelt.

Auch in anderen Sektoren erwarten kommunale Unternehmen durchaus profitable Geschäftsmodelle, wie z. B. über das Zurverfügungstellen der eigenen Glasfaser- und Straßenbeleuchtungsinfrastruktur als Grundlage für den Rollout des 5G-Mobilfunks durch private Telekommunikationsanbieter. Grundsätzlich muss das Stadtwerk oder die Kommune bereit sein, die finanziellen Risiken zu tragen, die mit der Erschließung eines neuen Themenfeldes einhergehen – hierbei bildet Smart City keine Ausnahme.

Einige der befragten Projektverantwortlichen haben Vorschläge geäußert, wie die Politik die Rahmenbedingungen für diese Innovationsprojekte verbessern sollte. Ein wesentliches Thema sind die öffentlichen Fördergelder, die für einige der befragten Projekte die Voraussetzung für die Durchführung bilden. Besonders beim Breitbandausbau betonten die Interviewpartner die Wichtigkeit der Förderung, da die Konsumentennachfrage für eine schnelle Refinanzierung oftmals noch zu zögerlich ist. Als Ergänzung einer Förderung der Investition sollte daher auch eine Nachfrageförderung seitens der Politik geprüft werden, zum Beispiel in Form von Gutscheinen für einen Glasfaser-Hausanschluss oder einer Förderung von Internet-Vertragsabschlüssen mit hoher Bandbreite.

Die Handlungsempfehlungen der Smart-City-Pioniere in Kurzform:

- Der konkrete Nutzen eines Smart-City-Projektes muss sich klar an die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen sowie die Entscheidungsträgerinnen und -träger kommunizieren lassen. Alle Stakeholder sollten frühzeitig involviert werden.
- Durch eine gute Organisation und geeignete Kooperationen können auch kleine Kommunen und Stadtwerke alle benötigten Kompetenzen bereitstellen. Häufig übernimmt das Stadtwerk die Federführung für die Umsetzung der Smart-City-Projekte.
- Erfolgreiche Projekte beginnen nicht mit einem umfangreichen Masterplan, sondern stützen sich auf eine methodisch sauber entwickelte, individuelle Smart-City-Vision und klare Prioritäten sowie die Bereitschaft zum schnellen Start, zum agilen Handeln und zur kontinuierlichen Verbesserung.
- Der notwendige Lernprozess in diesem neuen Handlungsgebiet kann durch die Vernetzung mit anderen Smart-City-Akteuren und -Experimenten sehr effektiv beschleunigt werden.
- Als Kommunikationstechnologie ist derzeit LoRaWAN (Long Range Wide Area Network) recht weit verbreitet, ermöglicht allein aber nicht alle Anwendungen. Nur die geeignete Kombination verschiedener Kommunikationstechnologien ermöglicht eine breite Palette von Anwendungen.
- Die Finanzierung der stetig notwendigen technischen Innovation kann durch die gezielte Einbindung langfristiger Technologiepartner erleichtert werden. Offene und standardisierte Schnittstellen bewahren die künftige Handlungsoption für Systemwechsel.
- Der Datenschutz muss für jede Smart-City-Aktivität auch technisch gewährleistet sein. Gerade das technologisch innovative kommunale Unternehmen verfügt hierbei über einen Vertrauensvorschuss der Bürger, der als Wettbewerbsvorteil genutzt werden kann.
- Das Smart-City-Projekt sollte zunächst als Pilotprojekt eingeführt und getestet werden. Die Gestaltung des Pilotprojektes, das Team, die Fokusgebiete der ersten Erfolge, die Verteilung von Verantwortlichkeiten und die Gewinnung von Fürsprechern legen die Grundlage für eine erfolgreiche Skalierung.
- Smart-City-Projekte können durchaus auf kurzfristig profitable Aktivitäten beschränkt werden. Doch ist auch der Denkansatz tragfähig, dass sich die Rentabilität langfristiger einstellt, etwa über die Verbesserung der Standortfaktoren und städtischen Lebensbedingungen oder den Aufbau strategischer Kompetenzen und kompetitiver Portfolios des kommunalen Unternehmens.
- Die Politik sollte die Vorgaben der breiten Förderlandschaft an die agile Arbeitsweise anpassen und den hohen Aufwand für die Beantragung und das Berichtswesen reduzieren. Für den Bereich der Quartierslösungen mit nachhaltiger Nutzung von flexiblen Erzeugern, Speichern und Lasten müssen ein unbürokratischer gesetzlicher Rahmen und die nötigen Zertifizierungen bereitgestellt werden.
- Schon kleine Schritte reichen, um ein Stück voranzukommen. Es ist jedoch wichtig anzufangen, um das Feld nicht anderen zu überlassen und frühzeitig Erfahrungen zu sammeln. **DK**

Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO:

Glasfaserausbau nimmt Fahrt auf

Das BREKO-Mitgliedsunternehmen Deutsche Glasfaser und die Deutsche Telekom werden im Rahmen eines Pilotprojekts erstmals miteinander kooperieren. Eine entsprechende Absichtserklärung haben Dirk Wössner (Sprecher der Geschäftsführung, Telekom Deutschland) und Uwe Nickl (Geschäftsführer Deutsche Glasfaser) unterzeichnet.

Im Rahmen des Pilotprojekts nutzt die Deutsche Telekom das Glasfasernetz der Deutschen Glasfaser im nordrhein-westfälischen Lüdinghausen, um Privathaushalten und Unternehmen ihr Produktportfolio anbieten zu können. Bürger und Gewerbetreibende haben über das Glasfasernetz der Deutschen Glasfaser damit künftig die Auswahl zwischen zwei Anbietern mit unterschiedlichen Angeboten. Auf Basis der Erfahrungen in Lüdinghausen wollen die beiden Unternehmen weitere Glasfaser-Kooperationsprojekte prüfen.

Win-Win-Konstellation

Die Kooperation zwischen Deutscher Glasfaser und Deutscher Telekom sieht der BREKO positiv: „Das ist eine Win-Win-Konstellation für alle Beteiligten und ein weiteres starkes Signal dafür, dass der Glasfaserausbau richtig Fahrt aufnimmt. Die Kunden haben auf diese Weise die Auswahl zwischen verschiedenen Anbietern, und der Ausbau von zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude und Wohnungen wird durch die stärkere Nutzung bereits gebauter Glasfasernetze weiter vorangetrieben", erklärt BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. „Es ist absolut logisch, dass die Anbieter beim Glasfaserausbau zusammenarbeiten und insbesondere auch große Player die zukunftssicheren Glasfasernetze auf Basis von ‚Open-Access' zur Versorgung ihrer Kunden nutzen. Für den BREKO gilt das klare Motto: Open Access statt volkswirtschaftlich unsinnigem Doppelausbau."

Schon heute nutzt die Deutsche Telekom die Netzinfrastruktur von BREKO-Mitgliedsunternehmen wie R-KOM (Regensburg), süc//dacor (Coburg), SWU Telenet (Ulm) oder Telepark Passau, um ihre Produkte Haushalten und Unternehmen in den betreffenden Regionen anbieten zu können.

Optimistische Prognose

„2020 wird ein echtes Glasfaserjahr", ist Albers überzeugt. „Wir werden in diesem Jahr zusätzlich zu den bereits bekannten Kooperationen eine Vielzahl weiterer partnerschaftlicher Ausbauprojekte und einen deutlichen Schub beim Glasfaserausbau sehen." Dabei stehe für den führenden deutschen Glasfaserverband der eigenwirtschaftliche Ausbau klar im Vordergrund.

Das Geschäftsmodell Glasfaserausbau boomt und werde für Finanzinvestoren immer attraktiver. Nicht umsonst habe die Deutsche Glasfaser erst kürzlich ihren Finanzierungsrahmen erheblich erweitert.

Im Telekommunikationsmarkt sei ausreichend Kapital vorhanden, um den Glasfaserausbau zu den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zu bringen. Dagegen stellen umfangreiche Förderprogramme wie das vom Bundesverkehrsministerium geplante „graue Flecken"-Förderprogramm aus Albers' Sicht erhebliche Markteingriffe dar. Hinzu komme, dass die Förderverfahren sehr langwierig sind und bisher nur ein Bruchteil der zur Verfügung stehenden Fördermittel tatsächlich verbaut wurden. Nach dem vorläufigen Abschluss des Bundesfinanzministeriums zum Bundeshaushalt 2019 vom 13.1.2020 wurden im Jahr 2019 von 2,4 Mrd. Euro lediglich 27,2 Mio. Euro abgerufen.

Geld allein baut keine Netze

„Staatliche Förderung mit der ‚Gießkanne' und ohne eine klare Priorisierung zugunsten besonders schlecht versorgter Gebiete wird den Glasfaserausbau nicht beschleunigen, sondern verlangsamen, da die ohnehin schon knappen Tiefbau- und Planungskapazitäten in Förderprojekten gebunden werden und für den eigenwirtschaftlichen Ausbau dann nicht mehr zur Verfügung stehen", machte der BREKO-Geschäftsführer deutlich und ergänzte: „Geld allein baut keine Glasfasernetze. Neben einer maßvollen Förderung brauchen wir Entbürokratisierung in Form schnellerer und einfacherer Genehmigungsverfahren und die Akzeptanz alternativer Verlegemethoden." **DK**

5G-Netzaufbau in der Europäischen Union

Vorschläge und Empfehlungen der Mitgliedstaaten

Mehr Netzsicherheit und Beschränkungen für riskante Anbieter: Die EU-Kommission hat das gemeinsame Instrumentarium für mehr Sicherheit im 5G-Mobilfunknetz gebilligt, auf das sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt hatten. Die Kommission fordert die Staaten auf, die wichtigsten Maßnahmen bis zum 30. April 2020 auf den Weg zu bringen.

„Mit 5G können wir Großes vollbringen. Die Technologie unterstützt personalisierte medizinische Behandlungen, die Präzisionslandwirtschaft und Energienetze, die alle Arten erneuerbarer Energien aufnehmen können. Dies wird sich positiv auswirken. Aber nur, wenn wir unsere Netze sichern können. Nur dann werden die digitalen Neuerungen allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen", betonte Margrethe Vestager, die für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter" zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin.

Die Mitgliedstaaten einigten sich unter anderem darauf, die Sicherheitsanforderungen für Mobilfunknetzbetreiber zu verschärfen, zum Beispiel durch strenge Zugangskontrollen, Vorschriften für sicheren Betrieb und sichere Überwachung und Beschränkungen für die Auslagerung bestimmter Funktionen. Zudem sollen die Risikoprofile der Anbieter bewertet und in der Folge auf Anbieter, die als mit einem hohen Risiko behaftet gelten, einschlägige Beschränkungen angewendet werden. Auch ist sicherzustellen, dass jeder Betreiber über eine angemessene herstellerneutrale Strategie verfügt, um eine größere Abhängigkeit von einem einzigen Anbieter (oder Anbietern mit ähnlichem Risikoprofil) zu vermeiden oder zu begrenzen.

Die Kommission wird die Umsetzung eines EU-Konzepts für die 5G-Cybersicherheit unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um die Sicherheit der 5G-Infrastruktur und Lieferkette zu gewährleisten. Dazu zählen:

1. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cybersicherheit
2. Telekommunikations- und Cybersicherheitsvorschriften
3. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und – wo nötig – Intensivierung der europäischen Beteiligung an den jeweiligen Normungsgremien, damit die Ziele Europas in den Bereichen Sicherheit und Interoperabilität erreicht werden
4. Unterstützung der Entwicklung von 5G-Zertifizierungssystemen
5. Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen
6. Überwachung aller relevanten Marktentwicklungen in der EU und in Drittländern sowie Schutz der EU-Akteure auf dem europäischen 5G-Markt durch handelspolitische Schutzmaßnahmen gegen potenzielle handelsverzerrende Praktiken (Dumping oder Subventionierung)
7. Überwachung der Märkte für 5G-Hard- und -Software, um sicherzustellen, dass diese Märkte wettbewerbsorientierte Ergebnisse hervorbringen, auch in Bezug auf eine mögliche vertragliche oder technische Bindung („lock-in");
8. Gewährleistung, dass die Beteiligung an EU-Finanzierungsprogrammen in den einschlägigen Technologiebereichen von der Einhaltung der Sicherheitsanforderungen abhängig gemacht wird
9. Nutzung der Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich 5G-Netze, um die festgelegten Ziele Sicherheit, Anbietervielfalt und langfristige Nachhaltigkeit von 5G-Netzen zu unterstützen. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass Sicherheitsaspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich der 5G-Netze im Einklang mit den EU-Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge gebührend berücksichtigt werden.
10. Umfassende Nutzung der Entwicklung des EU-Konzeptentwurfs20 für die koordinierte Reaktion auf große Cybersicherheitsvorfälle. Außerdem ist gemeinsam mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit ENISA zu prüfen, ob eine 5G-Cyberübung durchgeführt werden kann, sobald die Marktreife dies zulässt.

Wie Bitkom-Präsident Achim Berg hierzu erläuterte, „sind unsere Netze die Grundlage einer funktionierenden digitalen Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Sie müssen so sicher wie möglich sein, europaweit und weltweit. Ein funktionierender digitaler Binnenmarkt braucht europaweit einheitliche Sicherheitskriterien für die Infrastruktur. Nationale Alleingänge schwächen die Entwicklung und bremsen den Netzausbau. Die EU-Kommission hat erkannt, dass für den weiteren Netzausbau einheitliche Regeln notwendig sind."

Mit dem EU Cybersecurity Act existierten bereits die rechtlichen Grundlagen für europaweit verbindliche Sicherheitskriterien. Jetzt gelte es, schnellstmöglich Rechtssicherheit für die hiesigen Netzbetreiber zu schaffen. Die Netzbetreiber wollen investieren und müssten auch investieren, wissen derzeit aber nicht, was ihnen erlaubt und was ihnen verboten wird. „Diese Diskussion sollte möglichst schnell abgeschlossen und zu einer gemeinsamen europäischen Lösung geführt werden." **DK**

M-net baut Glasfasernetz im Raum Landshut weiter aus

Gemeinde Bruckberg, Energie Südbayern und M-net kooperieren bei Breitbandausbau
M-net Glasfasernetz in der Region wächst auf über 1.000 Kilometer

Der Glasfaserausbau in Bruckberg ist beschlossene Sache. Bürgermeister Wilhelm Hutzenthaler unterzeichnete einen Kooperationsvertrag mit Bayerns führendem Glasfaseranbieter M-net und dem Infrastrukturpartner Energie Südbayern. Durch die beiden Unternehmen entsteht 2020 ein Breitbandnetz mit Glasfaserleitungen bis in die Gebäude (FTTB) in nahezu allen Bruckberger Ortsteilen nördlich der Bahnstrecke zwischen Landshut und München. Immer mehr Gemeinden im Landkreis setzen beim Breitbandausbau auf das Netz des regionalen Anbieters M-net.

Der Glasfaserausbau in der Region Landshut schreitet weiter voran. Immer mehr Gemeinden ergreifen die Initiative und bauen in Kooperation mit M-net moderne Glasfaseranschlüsse bis ins Haus. Auch Bruckberg erweitert 2020 die bestehende Breitbandversorgung in der Gemeinde: „Breitband-Internet gehört heute zur Daseinsfürsorge", erklärt Bürgermeister Wilhelm Hutzenthaler. „Es ist ein elementarer Baustein, um gleiche Lebensbedingungen für Stadt und Land zu schaffen. Wir freuen uns, fast 350 weitere Wohn- und Gewerbeeinheiten mit Glasfaser-Internet erschließen und ihnen neue Möglichkeiten der digitalen Welt bieten zu können."

Gebaut wird in nahezu allen Bruckberger Ortsteilen nördlich der Bahnstrecke zwischen Landshut und München. Der Ausbau umfasst 65 Kilometer Leerrohre und 147 Kilometer Glasfaserleitungen. Die Kabel werden bis in die einzelnen Gebäudekeller verlegt, was als „Fiber to the Building" oder kurz FTTB bezeichnet wird. Die Tiefbauarbeiten sowie das Verlegen der Glasfaser erfolgt durch den Infrastrukturpartner Energie Südbayern. Der regionale Anbieter M-net übernimmt anschließend den Aufbau der aktiven Netz-Technik und den Betrieb des Netzes mit Internet-, Telefon und TV-Diensten. 300 Gebäuden im Ausbaugebiet stehen nach Abschluss der Arbeiten schnelle Breitbandanschlüsse mit bis zu 300 Mbit/s zur Verfügung.

Immer mehr Gemeinden im M-net-Netz

Bruckberg ist bereits die zwölfte Gemeinde im Landkreis Landshut und in Niederbayern entlang der A92, die sich für eine Kooperation mit dem Partner M-net entschieden hat. Seit über fünf Jahren engagiert sich das Telekommunikationsunternehmen in der Region und treibt dort gemeinsam mit den örtlichen Gemeinden und Infrastrukturpartnern den Breitbandausbau voran. Die Marktgemeinde Essenbach war der Vorreiter. Seit 2014 verfügt sie über ein Glasfasernetz mit FTTB/H-Anschlüssen (Fiber to the Building/Home), das aktuell über 2.800 aktive M-net Kunden nutzen. Es folgten unter anderem Geisenhausen, Velden, Neufraunhofen, Dingolfing, Landau an der Isar und mit der bereits dritten Ausbaustufe Vilsbiburg. Aktuell in Planung befindet sich zudem die Gemeinde Oberbergkirchen.

„Mit dem Ja zur Glasfaser hat sich die Gemeinde Bruckberg für die beste Technologie entschieden, die es auf dem Markt gibt", so Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansion bei M-net. „Die übertragbaren Datenraten von Glasfaser sind theoretisch nahezu unbegrenzt – das macht die Infrastruktur auch langfristig absolut zukunftssicher. Heute schon bieten sie das Potenzial für anspruchsvollste Internetanwendungen wie Streaming in Ultra-HD oder rasend schnelle Cloud-Dienste. Aber nicht nur Privatkunden profitieren von den hohen Bandbreiten. Für Unternehmen stellen sie einen echten Wettbewerbsvorteil dar."

Gefördert durch Bund und Land, Umsetzung in Kooperation

Für die Breitbanderschließung unterversorgter Gebiete bestehen derzeit verschiedene bayerische und vom Bund ausgehende Förderprogramme, die im Falle passender Gegebenheiten zusätzliche Finanzhilfen ermöglichen. Der Ausbau in Bruckberg ist eines der ersten Projekte im Bundesförderprogramm, das über ein Co-Finanzierungs-Modell läuft. Dabei wird die Maßnahme gemeinsam durch die Bundesrepublik Deutschland, den Freistaat Bayern und die Gemeinde Bruckberg mit fast 3 Millionen Euro gefördert.

„Im Rahmen der Baumaßnahmen für die Breitbanderschließung verlegen wir auch direkt neue Erdgasleitungen", erklärt Michael Schneider, Geschäftsführer beim ausführenden Tochterunternehmen der Energie Südbayern. „Damit nutzen wir Synergieeffekte und arbeiten wirtschaftlich beim Ausbau der Bruckberger Infrastruktur. Von diesen Synergiemaßnahmen werden auch die Ortsteile Unterlenghart und Gündlkofen profitieren." ❐



Auf Einladung des Vorstandsvorsitzenden des govdigital-Gründungsmitglieds AKDB, Rudolf Schleyer, waren Aufsichtsrat und Vorstand der Blockchain-Genossenschaft govdigital eG in das neue Digital Lab der AKDB in die Münchner Innenstadt gekommen. Vorne links Anne-Marie Becker (govdigital/Dataport), dann weiter im Uhrzeigersinn Jochen Felsner (Bundesdruckerei), Dieter Rehfeld (regio iT), Rolf Beyer (KDO), Torsten Koß (Dataport), Julian Einhaus (Vitako), Peter Niehues (regio iT), Dr. Ralf Resch (Vitako), Matthias Kammer (govdigital) und Rudolf Schleyer. Bild: AKDB

AKDB eröffnet Digital Lab in der Münchner City

Zum Auftaktworkshop der Blockchain-Genossenschaft govdigital eG lud die AKDB in ihr neu eröffnetes Digital Lab ein. Dort steht Mitarbeitern und Partnern ab sofort eine inspirierende Kreativschmiede zur Verfügung, um innovative Produktideen und Technologien für die Verwaltungsdigitalisierung zu entwickeln.

Das mehr als 150 Quadratmeter große, in einem schlichten modernen Design gehaltene Digital Lab befindet sich zentral in der Münchner Innenstadt, am ehemaligen Sitz der AKDB-Hauptverwaltung. In dieser Denkfabrik wird die AKDB künftig mit ihren Partnern neue Projekte entwickeln. Hier sollen sich Lean-Startup-Teams treffen, untereinander austauschen und kreative Ideen und Lösungen entwickeln.

Denkfabrik

Anlass zur Einweihung des Digital Labs war die Auftaktsitzung der govdigital eG: Die neue Blockchain-Genossenschaft sorgt im Sinne einer digitalen Daseinsvorsorge für öffentliche Verwaltungen und Institutionen für eine sichere bundesweite Netzinfrastruktur. Chancen und Anwendungen für die Verwaltung sieht man unter anderem in Bescheinigungen, Abrechnungen, Nachbarschafts-Stromverträgen und elektronischen Identitäten, die über die Blockchain-Infrastruktur der govdigital abgewickelt werden könnten. Die zehn Gründungsmitglieder sind AKDB, Bundesdruckerei, Dataport, ekom21, Governikus, KDO, Stadt Köln, krz Lemgo, regio iT und SIT.

Jetzt kamen Aufsichtsrat und Vorstand der neuen Genossenschaft nach München, um anstehende Projekte der govdigital eG miteinander abzustimmen. In kleinen Arbeitsgruppen diskutierten führende Vertreter der öffentlich-rechtlichen Gründungsmitglieder die nächsten Schritte. ❐

Wie Kommunen digital aufgestellt sind

Was zeichnet Kommunen aus, die digital gut aufgestellt sind? Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) haben deutschlandweit über 400 KGSt-Mitgliedskommunen zur Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung, zur strategischen Herangehensweise und zur Digitalisierung in der örtlichen Gemeinschaft befragt. Dabei stand der Einsatz von E-Government-Basiskomponenten ebenso im Zentrum wie die Nutzung kommunaler Daten zur Prozessoptimierung, die Förderung digitaler Kompetenzen sowie kommunale Handlungsfelder, Rollen- und Steuerungskonzepte.

Eine abgestimmte und schriftlich fixierte Strategie kann dabei helfen, die verschiedenen Digitalisierungsaktivitäten der Kommune aufeinander abzustimmen. 14 % der Kommunen haben bereits eine Digitalisierungsstrategie, weitere 45 % entwickeln aktuell eine Strategie. Insgesamt zeigt sich, dass Kommunen, die eine Digitalisierungsstrategie haben oder erarbeiten, auch im Bereich E-Government häufiger gut aufgestellt sind oder sich verstärkt für digitale Themen in ihrer örtlichen Gemeinschaft engagieren. Dies betrifft gerade die größeren Städte und Gemeinden.

E-Government-Angebote bieten Bürgern, Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit, Verwaltungsangelegenheiten digital und damit zeit- und ortsunabhängig zu erledigen. Hierbei unterstützen übergreifende Basiskomponenten, die sich über verschiedene E-Government-Angebote hinweg nutzen lassen, wie Formularserver, elektronische Bezahlmöglichkeiten, Servicekonten, eID-Funktionen, De-Mail, Verwaltungspostfächer, Suchfunktionen, mobile Apps oder Chatbots. 16 % der Kommunen setzen keine dieser Basiskomponenten ein, 32 % nur eine oder zwei. Wenn drei oder mehr der genannten Basiskomponenten angeboten werden, ist eine Kommune im Bereich E-Government bereits vergleichsweise gut aufgestellt.

Strategiefelder

Inhaltlich dominieren verwaltungsinterne Themen mit klarem Abstand: Mehr als 95 % der Kommunen nennen das Verwaltungshandeln als eines der drei wichtigsten Handlungsfelder ihrer Digitalisierungsstrategie. Dies spiegelt sich auch in der Zielsetzung wider: Die am häufigsten genannten Ziele sind die Effizienz und Effektivität der Verwaltung, die bürgernahe und offene Verwaltung sowie ein erweitertes Leistungsangebot der Verwaltung.

Rund 70 % der Kommunen nennen zudem die digitale Infrastruktur als besonders relevantes Strategiefeld. Weit abgeschlagen folgen in weniger als jeder vierten Kommune gesellschaftspolitische Themen wie Bildung, Kultur und Wissenschaft, Verkehr und Mobilität sowie Wirtschaft und Handel. Diese Handlungsfelder spiegeln sich in den zentralen Zielen, die Attraktivität der Kommune zu stärken und Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln, die von knapp jeder dritten Kommune verfolgt werden.

Auch in der örtlichen Gemeinschaft führt die Digitalisierung zu neuen Anforderungen. Die Verwaltung kann hier auf verschiedene Arten unterstützen. Mögliche Angebote betreffen die Digitalisierung der lokalen Wirtschaft, die Startup-Förderung, die Entwicklung von Digitalkompetenzen der Bürger, die Bereitstellung von freien W-LAN-Hotspots oder den Aufbau von Internet-der-Dinge-Funktechniken (z.B. LoRaWAN), digital vermittelte Sharing-Angebote (wie Bike- oder Ridesharing), die Digitalisierung des Ehrenamts oder Civic Tech, also die Entwicklung von Anwendungen für die Kommune durch Engagierte in der Regel auf Basis offener kommunaler Daten.

Ein Viertel der Kommunen unterstützt keines der genannten Angebote, knapp 30 % unterstützen nur eines finanziell, logistisch oder anderweitig. Wenn zwei oder mehr der genannten Angebote unterstützt werden, ist eine Kommune bereits vergleichsweise engagiert in ihrer örtlichen Gemeinschaft.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen zudem, dass nur in rund jeder dritten Kommune die Digitalisierung der Verwaltung und in der örtlichen Gemeinschaft „Chefsache" ist, d. h. von (Ober-)Bürgermeister oder Landrat, Chief Digital Officer (CDO) oder Chief Information Officer (CIO) auf der oberen Leitungsebene mitverantwortet wird. Besonders häufig ist das Thema an solch prominenter Stelle angesiedelt in den Kommunen, die bereits über eine Strategie verfügen.

Auch in Kommunen, die eine Strategie entwickeln, sowie in Kommunen, die gut aufgestellt sind im E-Government oder in der Unterstützung der örtlichen Gemeinschaft, ist Digitalisierung häufiger Chefsache, auffallend selten hingegen in Kommunen ohne eine Digitalisierungsstrategie. **DK**

Jetzt auch per iOS ins Bürgerservice-Portal

Nach erfolgreichem Launch der AusweisApp2 für Android-Geräte wurde auch im Lager der iOSNutzer der Ruf nach dieser Anwendung immer lauter. Apple reagierte und hat nun die NFC-Schnittstelle für die Nutzung der AusweisApp2 freigegeben. Damit wird iPhone-Besitzern die direkte Nutzung der Online-Ausweisfunktion ebenfalls ermöglicht. Das bedeutet für die Dienste des Bürgerservice-Portals der AKDB, dass Bürger das Online-Ausweisen ab sofort mobil mit Smartphones aller großen Hersteller vornehmen können.

Bereits jetzt hat sich die AusweisApp2 bewährt: Sie ersetzt das Kartenlesegerät und ermöglicht Bürgern somit, sich mit ihrem Smartphone schnell und unkompliziert auszuweisen. Die Software garantiert eine sichere Verbindung zwischen dem Personalausweis mit eID-Funktion, dem Smartphone und dem Anbieter, dessen Online-Dienst genutzt werden soll.

Die Grundvoraussetzungen dafür sind einfach: Die AusweisApp2 muss zunächst auf einem Rechner sowie auf dem Smartphone installiert werden. Die App ist nun auch im App Store und damit sowohl für Android als auch für iOS-Geräte kostenfrei erhältlich. Wenn die NFC-Funktion am Smartphone aktiviert wird und es im selben WLAN-Netz wie Rechner, Laptop oder Notebook angemeldet ist, kann das Smartphone mit diesem gekoppelt werden und als Kartenlesegerät fungieren. Die schnelle, mobile, aber dennoch sichere Handhabung ohne lästige Anschaffung eines zusätzlichen Lesegeräts erfüllt die Anforderungen digital affiner Bürger, die ihre Verwaltungsanliegen bequem von zuhause oder unterwegs erledigen möchten.

Auch das Bürgerservice-Portal der AKDB bietet die Nutzung der Online-Ausweisfunktion mit dem Smartphone an, bei Diensten, für die eine nPA-Authentifizierung erforderlich ist. Die Onlineanwendungen der Kommunen können dadurch noch bequemer jederzeit mobil in Anspruch genommen werden: Sei es die Beantragung einer Geburtsurkunde oder die An-, Ab- oder Ummeldung des Fahrzeugs (i-Kfz 3) – Smartphone in die Hand, AusweisApp2 öffnen und mit ein paar Klicks schnell und sicher online ausweisen. ❐



Staatsministerin Gerlach:

Mehr Lebensqualität durch digitale Kommunen

5 Millionen Euro für Bayerns TOP TEN der smarten Ideen

Die Mülltonne wird erst dann geleert, wenn sie voll ist? Das ist eins von vielen Beispielen, wie die Digitalisierung das Leben in den Kommunen leichter und den Service besser machen kann. Das Digitalministerium startet deshalb einen Ideenwettbewerb, bei dem für die Förderung der besten digitalen Lösungen von smarten Kommunen 5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Digitalministerin Judith Gerlach betonte: „Wir suchen Bayerns TOP TEN der smarten Ideen. Unsere Städte und Regionen sollen noch effizienter, lebenswerter und umweltfreundlicher werden. Die Digitalisierung ist dafür der Schlüssel. Wir wollen Bayerns digitale Musketiere finden, die nach dem Motto ‚Einer für alle' ihre digitale Idee ausarbeiten, umsetzen und schließlich ganz Bayern zur Verfügung stellen. Von der smarten Mülltonne, über intelligente Laternen bis zur App für organisierte Fahrgemeinschaften ist alles denkbar. Wichtig ist der smarte Kern, das heißt, ein sparsamer Umgang mit unseren wertvollsten Ressourcen: Rohstoffe, Platz und Zeit."

Wettbewerb startet im Frühjahr

Den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!" startet das Digitalministerium offiziell im Frühjahr. Dann sind alle bayerischen Kommunen aufgerufen, am Wettbewerb teilzunehmen. Ziel ist es, digitale Lösungen mit Modellcharakter als Best-Practice-Beispiele zu identifizieren, die von anderen Kommunen übernommen werden können. Die Vorschläge sollen eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen ermöglichen unter Berücksichtigung der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Gerlach: „Meine Vision ist eine smarte Welt, in der alle vom technologischen Fortschritt profitieren und die Schöpfung bewahrt wird. Unser Wettbewerb soll Anstoß für alle Kommunen sein, vor allem für die, die die Digitalisierung noch stärker zum Wohle der Menschen nutzen wollen. Bürgerinnen und Bürger sowie andere wichtige Akteure sollten in die Bewerbung vor Ort mit eingebunden werden. Die zehn besten Projekte werden dann jeweils mit bis zu 500.000 Euro prämiert."

Der Bewerbungsprozess für „Kommunal? Digital!" erfolgt dabei in zwei Stufen. Gestartet wird mit einem sechswöchigen Aufruf zur Vorlage von Projektskizzen mit einer Projektdauer von bis zu drei Jahren. Nach einer Vorauswahl muss dann innerhalb von weiteren acht Wochen ein detailliertes Konzept vorgelegt werden, das in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung erarbeitet wird. Die Preisträger werden von einer Jury bestimmt, die sich aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände sowie je einem Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Digitalministerin Judith Gerlach wird die Vorsitzende der Jury sein. **Weitere Informationen unter www.stmd.bayern.de** ❐

Neues Whitepaper „Privacy by Design"

Der digitale Wandel ist für Unternehmen und Verbraucher eine Herausforderung und Chance zugleich. Ein wichtiger Aspekt ist, Produkte von Anfang an datensicher zu entwickeln.

„Privacy by Design" ist präventiver Verbraucherschutz, der darauf abzielt, Datenschutzrisiken zu begegnen, bevor sie auftreten. Datenschutz und Privatsphäre sollen schon bei der Entwicklung von neuen Diensten und Produkten berücksichtigt werden. Die vom Verbraucherschutzministerium eingerichtete Themenplattform am „Zentrum Digitalisierung. Bayern" (ZD.B) hat dazu ein neues Positionspapier herausgegeben, das die Vorteile einer solchen „Privacy by Design"-Entwicklung sowohl für Unternehmen als auch Verbraucher darstellt. Zudem werden Unternehmen dafür sensibilisiert, verantwortungsbewusst mit Nutzerdaten umzugehen.

ZD.B-Gründungsdirektor Prof. Dr. Manfred Broy erläuterte: „Was sich hinter den Screens ihres Smartphones bei Anfragen im Web alles abspielt, ist und kann den Verbrauchern kaum voll klar sein. Sie müssen also darauf vertrauen, dass die Anbieter mit den Daten verantwortungsvoll umgehen. ‚Privacy by Design' ist der Weg, das zu garantieren und Vertrauen zu schaffen." Werden Daten durch Privacy by Design geschützt, also nur anonymisiert oder aggregiert gespeichert, geschieht trotz Leak kein relevanter Datenabfluss.

Die Themenplattform Verbraucherbelange wurde vom Verbraucherschutzministerium 2019 am ZD.B eingerichtet. Kernziel ist es, durch Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft Verbraucherbelange bereits in die Entwicklung von digital vernetzten Produkten einfließen zu lassen. Verbraucher sollen zum Mitgestalter der Digitalisierung werden. Digitale Produkte und Dienstleistungen können so auch aus Sicht der Verbraucher ein größtmögliches Maß an Nutzen, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Datenschutz bieten. Noch in diesem Jahr wird die Verbraucherplattform Verbraucherbelange zusätzlich zu dem Positionspapier eine Wissensdatenbank mit sogenannten Privacy Patterns veröffentlichen. Das sind bereits im Unternehmenseinsatz erprobte Maßnahmen und Methoden für „Privacy by Design"-Technologien und Geschäftsprozesse. Das Verbraucherschutzministerium investiert insgesamt rund eine halbe Million Euro in die Themenplattform Verbraucherbelange am ZD.B.

Das Positionspapier des ZD.B steht unter folgendem Link zur Verfügung: https://zentrum-digitalisierung.bayern/themenplattform-verbraucherbelange/privacy-by-design. ❐

Bürgerbefragung online:

Wohnraumstudie für den Landkreis Donau-Ries

Im Rahmen des Konversionsmanagements wurde für alle 44 Kommunen des Landkreises Donau-Ries eine Studie in Auftrag gegeben, die den zukünftigen Bedarf an Wohnraum ermittelt. Nun werden mit einem Fragebogen alle Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises befragt. Unter allen Teilnehmenden gibt es auch attraktive regionale Gewinne.

Um das Flächenmanagement und die Innenentwicklung im Landkreis Donau-Ries effizient gestalten zu können, ist die Kenntnis über den zukünftigen Bedarf an Wohnraum entscheidend. Dazu müssen eine Vielzahl an Faktoren mit einbezogen werden. So beispielsweise die Bevölkerungsentwicklung in der Region und die demographischen Rahmenbedingungen. Unter anderem werden auch die Daten zu den Bereichen Infrastrukturausstattung und Pendlerbewegungen berücksichtigt.

Landrat Stefan Rößle dazu: „Ergebnis der Studie soll eine Strategie für den Landkreis Donau-Ries sein, wie der zukünftig benötigte Wohnraum optimal entwickelt werden kann". Grundlegend ist hierbei jedoch auch die Einschätzung der Bevölkerung. Deshalb wird derzeit eine umfassende Befragung zum Thema Wohnen durchgeführt.

Der Fragebogen kann weiterhin online unter https://www.soscisurvey.de/wohnraumstudie-donau-ries/ ausgefüllt werden. Unter allen Teilnehmern werden attraktive Preise aus der Region verlost. Um an der Befragung teilzunehmen, ist nur die Angabe der E-Mailadresse notwendig. Die Preise sind eine Übernachtung mit Frühstück und SPA, ein 4-Gänge Menü und ein Einkaufsgutschein für regionale Produkte.

Wichtige Zielgruppen

Um den zukünftigen Bedarf an Wohnraum für die Region angepasst entwickeln zu können ist es zunächst notwendig, unterschiedliche Zielgruppen genau zu betrachten. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist vor allem der Bereich „Wohnen im Alter" zu untersuchen. Dabei ist auch die Versorgung im Alter und die Barrierefreiheit von zentraler Bedeutung. Zudem soll das „Wohnen für Neuzugewanderte" als weitere Zielgruppe ein Thema sein.

Vor dem Hintergrund der räumlichen Bevölkerungsbewegungen und der stetig steigenden Zahl an Bewohnern in der Region, sind Erkenntnisse aus dieser Untersuchung besonders wichtig. Zuletzt sollen „Neue Arbeitsformen auf dem Land" Aufschluss darüber geben, in welchem Maß junge kreative, wissensarbeitende Menschen im Donau-Ries bleiben würden, anstatt in Metropolen umzusiedeln um ihren Beruf ausüben zu können. Im Online- Fragebogen werden die jeweils relevanten Bereiche für jeden Bewohner angezeigt.

Das Konversionsmanagement Donau-Ries steht seit 2015 als Servicestelle für die Innenentwicklung zur Verfügung. Die Vermarktung der erfassten Baulücken und Leerstände wird weiter ein Kernbereich der Arbeit sein, betont Konversionsmanagerin Barbara Wunder. Zudem wird in den nächsten Jahren das umfassende Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen weitergeführt. ❐

„Kommunal? Digital!"

GZ-Interview mit Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales

GZ: Sie starten einen Ideenwettbewerb, um die besten digitalen Lösungen von smarten Kommunen zu fördern. Wie entstand die Idee zu „Kommunal? Digital!"?

Gerlach: *Die letzten Monate war ich viel im ganzen Freistaat unterwegs und erlebe allerorts eine digitale Aufbruchstimmung.*



Judith Gerlach. Bild: StMD

Als Digitalministerin bin ich fest davon überzeugt, dass neue Technologien einen großen Teil dazu leisten können, die drängendsten Themen unserer Zeit zu lösen: Klimawandel, Wohnraum oder gleichberechtigte Teilhabe. Ob intelligente, energiesparende Stromnetze, die App für Wohnungstausch verschiedener Generationen oder das Verkehrsleitsystem für Menschen mit Behinderung: Es gibt viele tolle digitale Ansätze, wie wir effizient mit unseren wertvollen Ressourcen Rohstoffe, Raum und Zeit umgehen.

Meine Erfahrung zeigt: Smarte Ideen kommen aus smarten Kommunen. Deshalb wollte ich einen Wettbewerb starten, damit innovative Ansätze breiter gestreut werden. Wenn digitale Wege in einer Gemeinde, einer Stadt oder einem Landkreis zum Ziel führen, warum dann nicht gleich in ganz Bayern?

GZ: Smart Cities und Smart Regions bringen lokal einen großen Mehrwert. Was erwarten Sie sich von dem Wettbewerb für ganz Bayern?

Gerlach: *Gute Ideen Einzelner landesweit auszurollen, darin steckt riesiges Potential. Nach dem Motto ‚Einer für Alle' sollen Bayerns digitale Musketiere ihre smarten Ideen ausarbeiten, umsetzen und schließlich ganz Bayern zur Verfügung stellen. Von dem Erfindungsreichtum der kreativsten Kommunen in Bayern sollen alle anderen auch profitieren können. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen mit Hilfe der Digitalisierung erreichen. Smart Cities und Smart Regions sind der beste Weg, um die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales zu vereinen. Für ein Leben in Zeiten der Digitalisierung, das den Menschen weiterhin in den Mittelpunkt stellt.*

GZ: Zehn Kommunen können maximal ausgezeichnet werden. Wie geht es für die Preisträger dann weiter?

Gerlach: *Wir lassen die Kommunen mit ihren Ideen nicht allein. Daher werden die Preisträger bei der Erarbeitung des detaillierten Konzepts von einer wissenschaftlichen Einrichtung begleitet. So wird auch sichergestellt, dass die prämierten Projekte auf andere Kommunen übertragen werden können. Die Umsetzung der Top-Ten-Projekte unterstützen wir mit jeweils bis zu 500.000 Euro, insgesamt stehen 5 Millionen Euro zur Verfügung.*

GZ: Die siegreichen Ideen sollen Vorbilder für ganz Bayern sein. Dafür ist aber nötig, dass sie entsprechend beworben werden. Wie wollen Sie dazu vorgehen?

Gerlach: *Wir wollen die Top Ten nachhaltig in die Fläche bringen. Im Rahmen des Wettbewerbs sollen alle teilnehmenden Kommunen untereinander vernetzt werden. Außerdem werden die siegreichen Ideen mit den Initiativen „Digitales Dorf Bayern" und „Digitales Alpendorf" zusammengebracht. Auf den bestehenden Plattformen wollen wir auch die Ergebnisse präsentieren und bewerben. So schaffen wir Synergien und betonen noch einmal den Best-Practice-Gedanken.* ❐

Infrastruktur ausgebaut:

Vodafone bringt LTE nach Egling

Vodafone versorgt in seinem Mobilfunknetz weitere 5.000 Einwohner und Gäste im Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit der mobilen Breitbandtechnologie LTE. Dazu hat Vodafone eine LTE-Station in Egling-Endlhausen in Betrieb genommen – und damit gleichzeitig das weitere LTE-Ausbauprogramm für den Landkreis gestartet. LTE ermöglicht Handygespräche in kristallklarer Qualität und Breitbandinternet für unterwegs.

Dank LTE können die Nutzer zum Beispiel HD-Filme blitzschnell downloaden, Musikvideos in Top-Qualität genießen und Live-Übertragungen von großen Kultur- und Sportereignissen auch unterwegs auf dem Smartphone oder Tablet in HD-Qualität anschauen. LTE ist zudem für viele Haushalte in der Region jetzt eine echte Festnetz-Alternative zu kupferbasierten DSL-Leitungen.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit

Auch für die Hotels, Gaststätten und mittelständischen Betriebe in Bad Tölz-Wolfratshausen bringt die neue LTE-Versorgung eine signifikante Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, denn eine starke Netzinfrastruktur ist im digitalen Zeitalter der entscheidende Rohstoff für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand der Region. Vodafone hat die Investitionskosten für die neue LTE-Mobilfunkanlage komplett aus eigenen Mitteln getragen, um die Infrastruktur des Ortes weiter zu verbessern.

Weiße Flecken gibt es vor allem beim Mobilfunkempfang innerhalb von Gebäuden und bei der LTE-Versorgung. Daher startet Vodafone mit der Inbetriebnahme der neuen LTE-Station in Endlhausen seine nächste Mobilfunk-Ausbaustufe: Für 2020 sind in Bad Tölz-Wolfratshausen vier weitere LTE-Bauvorhaben geplant. Dabei wird Vodafone komplett neue Mobilfunk-Stationen bauen, erstmals LTE-Technik an bestehenden Mobilfunk-Standorten installieren und zusätzliche Antennen an vorhandenen LTE-Standorten anbringen.

Die geplanten Baumaßnahmen dienen dazu, LTE-Funklöcher zu schließen sowie mehr Kapazität und höhere Surf-Geschwindigkeiten in das Vodafone-Netz zu bringen. Im nächsten Schritt werden die genauen Standorte (Gemeinden und Adressen) vor Ort noch ermittelt und dann die konkreten Bauvorhaben realisiert. Ziel ist es, auch beim mobilen Datennetz LTE eine möglichst flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. ❐



Umweltbildung und LIFE-Projekt:

Neue Qualitätssiegel und eine EU-Förderzusage

Fünf neue Qualitätssiegelträger aus Oberfranken, Mittelfranken, Oberbayern und Schwaben haben aus den Händen von Umweltminister Thorsten Glauber das Qualitätssiegel „Umweltbildung. Bayern“ erhalten. Glauber zufolge ist Bildung für nachhaltige Entwicklung der Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Derzeit tragen insgesamt 143 bayerische Einrichtungen und Netzwerke das Qualitätssiegel. Die Auszeichnung erfolgt für die Dauer von drei Jahren und kann auf Antrag verlängert werden.

Die Träger des Qualitätssiegels böten durch ihr großes Engagement ein breites Bildungsangebot auf hohem Niveau an, so Glauber. Jedes Jahr würden rund 35.000 Veranstaltungen zu Themen wie Klimaschutz, Artenvielfalt, nachhaltige Lebensstile und sauberes Wasser durchgeführt. „Insgesamt erreichen wir damit fast 900.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Wir wollen weiterwachsen und mit unseren Partnern Veranstaltungen in ganz Bayern anbieten.“

Insgesamt stellt das Umweltministerium jährlich 3,8 Millionen Euro für die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern bereit.

Neuer Qualitätssiegelträger aus Oberfranken ist das Team „Wilde Wurzeln – Wildnispädagogik“ in Heiligenstadt. Angeboten werden spannende pädagogische Angebote in der Natur, bei denen Kindern und Jugendlichen das Verständnis über eine intakte Natur und die Bedeutung für den Menschen vermittelt werden. Im Rahmen des Projekts „In die Wildnis und zurück“ reflektieren Schüler beispielsweise ihr Konsumverhalten.

Freuen darf sich auch der Botanische Garten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er zeichnet sich durch eine beeindruckende Vielfalt an Pflanzenarten, Lebensräumen und gartenarchitektonische Besonderheiten aus. Es werden zahlreiche Aktivitäten, Führungen und Vorträge für Besucher und Schulklassen angeboten.

In der Wildnisschule „Wir – Kinder der Erde“ im oberbayerischen Schondorf werden wiederum verschiedene Kurse für Wildnis- und Kräuterpädagogik sowie tiergestützte Erlebnispädagogik angeboten. Die Kurse richten sich an unterschiedliche Zielgruppen zu Themen wie Umwelt- und Naturschutz, Rohstoff- und Energieeinsparung, gewaltfreie Kommunikation und nachhaltige Lebensstile.

Umweltzentrum Schmuttertal

Das Umweltzentrum Schmuttertal im schwäbischen Diedorf bietet verschiedene Bildungsangebote unter anderem zu einem eigenen Biodiversitätsprojekt und zum Thema FFH-Gebiete an. Ein Turmfalkennistkasten mit Beobachtungskamera bietet Besuchern besondere Einblicke. Eine eigene Wasserkraftanlage versorgt das Umweltzentrum zudem mit Elektrizität.

Das Forstmuseum Waldpavillon in Augsburg offeriert schließlich verschiedene Möglichkeiten, Naturerfahrungen zu erleben, beispielsweise im Waldkino, aus der Vogelperspektive auf einem großen begehbaren Luftbild oder auf der 9-Bäche-Tour, auf der die Bedeutung des Augsburger Stadtwaldes für die Trinkwasserversorgung erkundet werden.

Derzeit tragen insgesamt 143 bayerische Einrichtungen und Netzwerke das Qualitätssiegel. Die Auszeichnung erfolgt für die Dauer von drei Jahren und kann auf Antrag verlängert werden.

Stadtwald Augsburg

Apropos Augsburg: Erst im vergangenen Jahr hat die UNESCO das historische Wassermanagementsystem der Fuggerstadt in die Welterbe-Liste aufgenommen. Jetzt wurde auch die große Bedeutung des Stadtwaldes Augsburg als besondere Natur- und Erholungslandschaft vor den Toren einer Großstadt von der Europäischen Union gewürdigt. Das LIFE Natur-Projekt „Stadt-Wald-Bäche“ erhielt zur Jahreswende von der EU die Förderzusage.

Bei dem Naturschutzprojekt, das unter der Federführung der städtischen Forstverwaltung steht, sollen bis 2027 zahlreiche Maßnahmen durchgeführt werden, die zu Verbesserungen für das Gewässersystem und den damit verbundenen Lebensgemeinschaften führen. Die Stadt Augsburg hat sich gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz um die Förderung beworben.

Laut Umweltminister Glauber kann „die grüne Lunge Augsburgs“ mit großem Schwung weiterentwickelt werden. Das Projekt ist mit einem Finanzvolumen von insgesamt 6,6 Millionen Euro eines der größten LIFE Natur-Projekte Bayerns. Augsburg ist ein Vorbild für ein herausragendes Umweltengagement von Bürgern und Verwaltung. Der Stadtwald ist eines der größten Naturschutzgebiete im Freistaat, mehr als 2.500 Arten sind hier zu Hause. „Seinem Ruf als Umwelt-Hauptstadt Bayerns wird Augsburg einmal mehr gerecht“, unterstrich der Minister.

Der Stadtwald Augsburg ist Teil des Natura 2000-Schutzgebietes „Lechauen“ zwischen Königsbrunn und Augsburg. Dieses beherbergt noch letzte Reste der ehemaligen Wildflusslandschaft am Lech. Zu den charakteristischen Lebensräumen gehören insbesondere die zahlreichen Fließgewässer im Stadtwald mit einer Gesamtlänge von rund 70 Kilometern. Mit dem LIFE-Projekt soll erreicht werden, dass die Bäche für Fische besser passierbar und strukturreicher werden. Außerdem sollen die Stadtwaldbäche wie zu früheren Zeiten wieder direkt mit dem Lech verbunden werden. Mit den Umgestaltungsmaßnahmen in und an den Gewässern sollen auch die Bedingungen für typische Auwaldlebensräume und seltene Tierarten wie die Grüne Keiljungfer verbessert werden.

Einzigartiges Naturjuwel

Nach den Worten von Augsburgs Bürgermeisterin und Forstreferentin Eva Weber sind die Stadtwaldbäche ein einzigartiges Naturjuwel. „Mensch, Tier und Landschaft werden von dem LIFE-Projekt profitieren.“ „Damit auch die Augsburgerinnen und Augsburger noch mehr über die besondere Bedeutung des Stadtwaldes erfahren können, sind eine Vielzahl an Veranstaltungen, Ausstellungen und ein interaktiver Erlebnispfad geplant“, ergänzte Weber. Das LIFE-Projekt trage damit auch dazu bei, das Profil Augsburgs als Wasserstadt zu stärken. **DK**

Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft:

Ruf nach Rohstoffwende

Auf die Verantwortung der Länder und Gemeinden bei der bundesweiten Einführung der Biotonne hat der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. hingewiesen. Laut Präsident Peter Kurth „ist die flächendeckende Einführung der Biotonne längst überfällig. Die öffentliche Verwaltung muss einen einheitlichen Vollzug sicherstellen und Schlupflöcher verhindern, mit denen Kommunen geltendes Bundesrecht umgehen können.“

Die getrennte Sammlung von Bioabfällen ist in Deutschland seit mehr als 30 Jahren bekannt. Während damals einige Kommunen die Biotonne freiwillig eingeführt hatten, verweigern andere auch heute noch die Einführung der seit 2015 im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Getrenntsammlung und bieten der Bevölkerung weder die Biotonne noch ein anderes bürgerfreundliches Sammelsystem an. Da ambitionierte Umweltgesetzgebung nicht am unzureichenden Vollzug scheitern dürfe, ist für den BDE das Ergreifen rechtsaufsichtlicher Maßnahmen ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung der Einführung.

Kurth: „In Sachen Biotonne ist noch einiges zu tun. Im vergangenen Jahr haben wir verschiedene Bundesländer nach ihrer Handhabung der Biotonne befragt und dabei unterschiedliche Antworten erhalten. Bei unserer Umfrage ist jedoch klargeworden, dass es am einheitlichen Vollzug mangelt. Wir als Verband appellieren daher an alle Länder und Gemeinden, Bioabfälle getrennt zu sammeln und sie einer sachgerechten Verwertung zuzuführen.“

In Vergärungs- und Kompostierungsanlagen könnten sie zu erneuerbarer Energie und zu wertvollem Kompost werden, so Kurth. „Bisher gehen immer noch Jahr für Jahr ca. drei bis vier Millionen Tonnen Bioabfälle den falschen Weg in den Restmüll, werden somit nicht sachgerecht genutzt, sondern thermisch verwertet. Diese Abfälle belasten so zum einen die Verbrennungskapazitäten und zum anderen stehen sie für die spezielle Bioabfallbehandlung nicht mehr zur Verfügung. Mit einer bundesweit eingeführten Biotonne wird das effektivste Erfassungssystem für organische Abfälle praktisch umgesetzt und dieser Stoffstrom optimal verwertet.“

Für stärkere Förderung der Kreislaufwirtschaft

In der vor kurzem vorgelegten Rohstoffstrategie der Bundesregierung sieht der BDE wiederum „richtige Ansätze“, mahnt aber zugleich eine weitere stärkere Förderung der Kreislaufwirtschaft an. „Vergleicht man die Rohstoffstrategie von 2010 mit der aktuellen Vorlage, ist festzustellen, dass das Thema heute eine größere Bedeutung hat. Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft muss jedoch bei allen Stoffströmen noch intensiver gefördert werden, damit Rohstoffe besser im Kreislauf gehalten werden können. Eine gute Entsorgungsstruktur ist zwar eine wichtige Voraussetzung, jedoch für sich genommen noch keine funktionierende Kreislaufwirtschaft“, erklärte Präsident Kurth.

Der Verband ist überzeugt, dass die Recyclingfähigkeit von Produkten entscheidend für die Entwicklung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft ist, die diesen Namen auch verdient. Zwingende Voraussetzung sei, dass bereits bei der Produktkonzeption nicht nur die gewünschten Produkteigenschaften, sondern auch die Schritte zur Aufbereitung und Verwertung des benutzten Materials mitgedacht werden müssen. Von der Produktgestaltung, insbesondere aber von der Auswahl und Kombination der verwendeten Materialien, hänge der spätere Recyclingerfolg ab.

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung sollte aus Sicht des BDE auch beim Erreichen der Klimaziele eine stärkere Berücksichtigung finden. Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz ist demnach eine Rohstoffwende, da der Einsatz von Recyclingrohstoffen in erheblichem Maße CO2-Emissionen und auch den Energieverbrauch reduziert. Bei einem Einsatz von Aluminium-Rezyklaten werden beispielsweise bis zu 95 Prozent der Treibhausgasemissionen eingespart, die im Vergleich bei der Verwendung von Primärrohstoffen ausgestoßen werden.

Kurth zufolge hat die Bundesregierung mit der konsequenten Umsetzung ihrer Rohstoffstrategie die Chance, aktiven Klima- und Umweltschutz durch bessere Voraussetzungen für den Einsatz von Recyclingrohstoffen in der Produktion zu betreiben. Eine verpflichtende Mindesteinsatzquote wäre ein weiterer wichtiger Schritt für die Errichtung eines ökonomisch tragfähigen Rezyklatmarkts. Daran fehle es im bisherigen Klimapaket.

Darüber hinaus ermuntert der BDE zu einer besseren Rohstoffversorgung durch Recyclingmaterialien, um Lieferabhängigkeiten zu reduzieren. So kommen derzeit mehr als 60 Prozent aller deutschen Rohstoffimporte aus Ländern, die von politischen und ökonomischen Risiken betroffen sind. Eine intensivere Förderung des Recyclings könne hier Abhilfe schaffen.

Nach Kurths Worten ist es „klar, dass nicht alle Primärrohstoffe substituiert werden können, allerdings benötigen wir eine effiziente Kreislaufführung, auch deshalb, um gegen Abhängigkeiten und Verknappungen gewappnet zu sein.“ Deutschland sollte die Möglichkeit nutzen, sein Rohstoffangebot durch die Förderung der Kreislaufwirtschaft zu erhöhen und somit ebenfalls die Rohstoffabhängigkeit aus Risikoländern zu reduzieren. Leider werde diese Möglichkeit bislang zu wenig erkannt. **DK**

LfU veröffentlicht Klimawirkungskarten Bayern

Pilotstudie informiert zu möglichen Folgen des Klimawandels für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Klimawirkungskarten sind ein Instrument, um einen schnellen Überblick über die klimarelevanten Faktoren in einer Region zu gewinnen. Die nun veröffentlichte Pilotstudie des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) hatte zum Ziel, dies für Bayern in Handlungsfeldern wie Wasserwirtschaft, Boden- und Naturschutz sowie Bauwesen und Gesundheit zu erproben.

Die Ergebnisse eignen sich als Argumentationshilfe, um die Belange der Klimaanpassung im Rahmen der Landes- und Regionalplanung zu stärken. Es liegt in der Hand lokaler Experten, die vorliegenden Ergebnisse aufzugreifen und in ihrer Bedeutung für den jeweiligen Raum einzuschätzen. So können konkrete Anpassungsmaßnahmen vor Ort ermittelt und umgesetzt werden.

Die Erstellung von Klimawirkungskarten ist methodisch sehr komplex und stellt hohe Anforderungen an die Datengrundlagen. Regionale Informationen zum Klimaeinfluss müssen mit den Empfindlichkeiten der Region verglichen und beurteilt werden, um die zukünftigen Folgen des Klimawandels für die Gesellschaft abzuschätzen. Vor allem aus der gemeinsamen Betrachtung der verschiedenen Klimawirkungen erkennt man, welche Handlungsfelder in einer Region potenziell am stärksten von Klimaänderungen betroffen sein werden.

Die bereitgestellten Materialien unterstützen Entscheidungsträger und Planer vor Ort bei der zielgerichteten Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen.

Die Pilotstudie Klimawirkungskarten Bayern ist online verfügbar unter https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/lfu_klima_00168.htm ❐



MUSbi verbindet Schulen und Museen

Bezirk Niederbayern startet mit dem Portal www.musbi.de

Rund 100 Lehrkräfte und Museumsmitarbeiter hatten sich im Kulturzentrum der Stadt Abensberg eingefunden, um beim Startschuss der Web-App MUSbi (Museum bildet) für den Bezirk Niederbayern und der Oberpfalz dabei zu sein. Die vom Bezirk Oberfranken entwickelte Internet-Plattform bildet die Schnittstelle zwischen museumspädagogischen Angeboten und schulischen Lehrinhalten – neben Ober- und Unterfranken, nun auch in Niederbayern und der Oberpfalz.

Mit dabei waren Abensbergs erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Dr. Maximilian Seefelder, niederbayerischer Bezirksheimatpfleger, Barbara Christoph, Leiterin der KulturServiceStelle des Bezirks Oberfranken, Dr. Tobias Appl, oberpfälzerischer Heimatpfleger, und Dr. Josef Kirmeier, Leiter des Museumspädagogischen Zentrums. Er moderierte die Veranstaltung und das „Dialogforum“, bei dem die Gäste aus Schulen und Museen Fragen stellen bzw. ihre Ideen präsentieren konnten. Zuvor gab Kabarettist Hannes Ringlstetter Anekdoten aus seiner Zeit als Führungsdienstleiter der Bayerischen Landesausstellung zum Besten und Barbara Christoph stellte die Web-App MUSbi vor.

Den Weg zum niederbayerischen Beitrag von MUSbi hatten bereits im Vorfeld die beiden Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich und Henry Schramm (Bezirk Oberfranken) mit ihrer Unterschrift einer Kooperationsvereinbarung geebnet: Der Bezirk Oberfranken stellt die Online-Plattform samt Support zur Verfügung, der Bezirk Niederbayern trägt die Kosten der MUSbi-Datenbank. Die Nutzung der Plattform ist kostenlos, ebenso die Fortbildungen zur Web-App für die beteiligten Museen, um pädagogische Programme für Schulen einzutragen und zu optimieren. Bereits jetzt sind 63 Museen aus Ober- und Unterfranken beteiligt. Die niederbayerischen Museen sollen nach und nach folgen.

Veronika Leikauf, Leiterin des Stadtmuseums Abensberg, die beiden Lehrkräfte Michaela Mallmann und Sonja Then bilden das Team des Museumsschulungszentrums Niederbayern in Abensberg, das gemeinsam mit der Museumsfachberaterin des Bezirks Niederbayern, Cindy Drexl, dafür sorgen, dass die Verbindung zwischen Schulen und Museen nicht nur virtuell ist. Zum Auftrag des Teams gehört auch, eine konstant hohe Qualität der museumspädagogischen Angebote zu sichern bzw. zu zertifizieren und die Museen miteinander in Austausch zu bringen.

Konsequenter Schritt

Bereits im November vergangenen Jahres hatten Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Abensbergs erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die die Grundlage für das Museumsschulungszentrum Niederbayern in Abensberg schuf. Neben dem Aufbau von MUSbi Niederbayern haben sich die beteiligten Partner der Entwicklung, dem Auf- und Ausbau von Fortbildungsangeboten und Workshops für die niederbayerischen Museen im Bezirksgebiet zur Aufgabe gemacht. Mit der Auftaktveranstaltung wurde nun der Startschuss für MUSbi Niederbayern gegeben. Ziel ist es, die museumspädagogischen Angebote der Museen auf der Plattform sichtbar zu machen und mit den Anforderungen der Schulen mit dem Bildungsort „Museum“ zu verknüpfen.

MUSbi geht nun einen konsequenten Schritt weiter: Über die Web-App können sich Lehrkräfte gezielt und detailliert darüber informieren, welches Museum das passende Angebot zum aktuellen bzw. geplanten Unterrichtsstoff hat. Dabei profitieren alle Beteiligten: Museen erreichen ein junges Publikum – Lehrkräfte können Unterrichtsstoff erleb- und begreifbar gestalten und somit einen dauerhaften Lerneffekt bei ihren Schülern erzielen. Auf diese Art wird das Museum zur Erweiterung des Klassenzimmers.

„Sämtliche Programme auf der Plattform werden überprüft: Administratoren stellen sicher, dass pädagogische Methoden und Materialien, Inhalte und Themen eng mit den bayerischen Lehrplänen abgestimmt sind“, so Bezirksheimatpfleger Dr. Seefelder. Neben der Web-App und dem Team des Museumsschulungszentrums Niederbayern steht auch die Beratungs- und Koordinierungsstelle beim Kulturreferat des Bezirks Niederbayern als Ansprechpartner bereit. Museumsfachberaterin Drexl: „Nutzen Sie die Möglichkeiten und kommen Sie auf uns zu.“ ❒

Gesucht:

Bayerns „Bürgermeister des Jahres 2020“

Auch 2020 wird wieder Bayerns „Bürgermeister des Jahres“ gesucht. Mit dem Preis werden seit 2014 jährlich Bürgermeister ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Datenschutz, Elektromobilität, Demografischer Wandel, Wohnungsbau, Migration und Integration, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Erneuerbare Energien und/oder Energieeinsparung auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben.

Vorschläge können von Bürgern, Städte- und Gemeinderäten, Verwaltungsangestellten sowie den Bürgermeistern selbst eingereicht werden. Eine kurze schriftliche Projektbeschreibung von maximal zwei Seiten sollte der Nominierung beigefügt und bis zum 28. Februar 2020 gerichtet werden an: DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Dr. Stefan Detig, M.B.A., Habenschadenstr. 16, D-82049 Pullach. E-Mail: stefan.detig@detig-rsw.de

„Die Oberbürgermeister und Bürgermeister im Freistaat Bayern tragen täglich ein hohes Maß an Verantwortung für den Fortbestand einer lebendigen Gemeinschaft in ihrer Kommune. Wir möchten mit der Auszeichnung Persönlichkeiten ehren, die sich um eine zukunftsfähige Ausrichtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belange ihrer Städte und Gemeinden verdient gemacht und sich weit über die an ihre Position gestellten Erwartungen hinaus engagiert haben“, schildert Dr. Stefan Detig, selbst Altbürgermeister der Gemeinde Pullach, die Idee hinter dem Preis. Neben den Bürgermeistern werden zugleich die am Siegerprojekt beteiligten Ratsmitglieder sowie die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter ausgezeichnet.

Die Nominierungen werden durch eine fachkundige Jury aus Kommunalpolitik und Beratung bewertet. Ausgelobt wird die landesweite Preisauszeichnung von der DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft aus Pullach und der bayernweit tätigen LKC-Gruppe mit Hauptsitz in Grünwald bei München.

Als Gewinn winken rechtliche und steuerliche Beratungsleistungen für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von je 2.000 Euro, die innerhalb eines Jahres abrufbar sind. Es ist zudem möglich, herausragende Projekte aus sonstigen kommunalpolitischen Feldern mit einem Sonderpreis zu ehren. ❒

Neues digitales Gründerzentrum in Rottal-Inn

Die Vorbereitungen für den Start des Grenzüberschreitenden Gründerzentrums (GreG), dem neuen digitalen Gründerzentrum in Rottal-Inn, laufen auf Hochtouren.

Mit Christine Schnellhammer hat mittlerweile die Netzwerkmanagerin des Digitalen Gründerzentrums ihre Arbeit aufgenommen, der Förderverein GreG e.V. ist gegründet und die Büros, die bis zur Fertigstellung der alten Post übergangsweise als Räumlichkeiten dienen, sind gemietet und warten nun nur noch auf Innenausstattung – und natürlich auf die ersten Unternehmensgründer.

Gemeinsam mit Landrat Michael Fahmüller, Christine Schnellhammer, Waldemar Herfellner (Leiter Kreisentwicklung) und Martin Siebenmorgen (Wirtschaftsförderung) machten sich die Mitglieder von GreG e.V. vor Ort ein Bild von den vorläufigen Büros.

160 qm für den Startschuss

Am Rottpark stehen auf 160 Quadratmetern ein großes Büro, ein Besprechungsraum, ein Büro für das Management sowie der für Gründerzentren fast schon obligatorische, großzügig bemessene „Co-Working-Space“ zur Verfügung. ❒



Mit dem Entwicklungskonzept Region Regensburg erstellen Stadt und Landkreis Regensburg eine Zielplanung, wie sich die Region den Herausforderungen der nächsten 20 Jahre stellen kann. V. l.: Landrätin Tanja Schweiger, Elisabeth Sojer-Falter, Leiterin der Abteilung Regionalentwicklung und Wirtschaft am Landratsamt Regensburg, Patrick Ansbacher, Bereichsleiter B.A.U.M. Consult GmbH, Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Ludwig Karg, Geschäftsführer B.A.U.M. Consult GmbH. Bild: LRA Regensburg/Beate Geier.

Stadt und Landkreis Regensburg:

Zukunftsprozess 2040 gestartet

Stadt und Landkreis Regensburg machen sich auf den Weg, ein gemeinsames Entwicklungskonzept zu erstellen. Dieses soll in der Zeitprojektion bis 2040 eine Zielplanung für alle relevanten Handlungsfelder beinhalten, wie sich die Region in diesen 20 Jahren entwickeln soll und welche Maßnahmen dafür notwendig sind.

Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger und der Geschäftsführer der beauftragten B.A.U.M. Consult GmbH, Ludwig Karg, stellten die Zielsetzungen sowie die Arbeits-, Organisations- und Beteiligungsstruktur dieses umfassenden Prozesses jetzt in einem Pressegespräch vor.

Laut Maltz-Schwarzfischer und Schweiger wird die Schnittmenge an Politikfeldern, in denen eine enge Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Regensburg und den 41 Landkreisgemeinden notwendig ist, immer größer. Daher sei es zukunftsweisend, jetzt eine gemeinsame Zukunftsplanung für Stadt und Landkreis Regensburg zu beginnen.

Das Entwicklungskonzept solle sowohl Wegweiser sein für regionale themenspezifische Konzepte und Programme als auch einen Ordnungsrahmen bilden für eine langfristige Zielplanung für die Region Regensburg. In einer dem Pressegespräch vorangegangenen Strategiebesprechung seien grundsätzliche Fragen zu Inhalt, Methodik und Zeitplan des Prozesses erörtert worden. Als ersten Einstieg in die konzeptionelle Arbeit – so Bürgermeisterin und Landrätin – seien mögliche Handlungsfelder definiert und priorisiert worden.

Zur Strategiebesprechung eingeladen waren die Mitglieder des seit 2008 eingerichteten Stadtumlandgremiums „Arbeitsgemeinschaft Lebens- und Wirtschaftsraum Regensburg“ sowie als weitere Teilnehmer die Fraktionssprecher des Regensburger Stadtrates sowie des Kreistages. Moderiert wurde diese erste „Auftraggeberwerkstatt“ von B.A.U.M.-Geschäftsführer Ludwig Karg, der gemeinsam mit seinen Mitarbeitern Patrick Ansbacher und Saskia Petersen den Gesamtprozess begleiten wird.

Im nächsten Verfahrensschritt wird im April eine zweite Auftraggeberwerkstatt stattfinden, in der eine Konkretisierung der Handlungsfelder erfolgen sowie Inhalte und Zeitplan der weiteren Prozessbausteine vereinbart werden sollen. ❒

„Klima-Holzwürfel“ auf Tournee

Weiter „on Tour“ ist der „Klima-Holzwürfel“ der Bayerischen Forstwirtschaft. Auf seinen verschiedenen Stationen zeigt er, wie wirkungsvoll Bauen mit Holz sein kann. Zahlreiche Kommunen, Schulen, Ämter etc. haben den KHW bisher nachgebaut bzw. bei sich ausgestellt. Die Gesamtkoordination der Tournee hat Heinrich Förster vom Zentrum Wald-Forst-Holz übernommen.

Wie kann der Weg zum nachhaltigen Holzbau gelingen? Dieser Frage widmete sich Ende Januar 2020 der Fachtag „Mit Holz bauen – Zukunft aktiv gestalten“ in Regensburg, der gemeinsam von der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau und C.A.R.M.E.N. e.V. organisiert wurde. Als weitere Partner waren die Regierungen von Niederbayern und der Oberpfalz, die Stadt Regensburg, die Bayerischen Staatsforsten AöR und proHolz Bayern beteiligt.

Die Reihe der Vorträge eröffnete Reinhardt Neft, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten AöR, mit einem Im pulsvortrag zum Thema „Warum der Wald jetzt Holznutzung braucht“. Neft verwies auf das große Potenzial des Waldes als CO2-Senke. Nur durch eine Nutzung des Holzes, beispielsweise in Holzgebäuden, könne eine dauerhafte Fixierung des Kohlenstoffs erreicht werden.

Der dritte Bürgermeister der Stadt Regensburg, Jürgen Huber, sowie der Bürgermeister der Stadt Rötz, Ludwig Reger, informierten über ihre Erfahrungen beim Bau eines kommunalen Holzgebäudes. In Regensburg wird mit der RUBINA ein Multifunktionsgebäude realisiert, das unter den Begriffen Betreuung und Bildung verschiedene Angebote unter einem Dach vereint. Reger berichtete sichtlich begeistert vom Bau einer Turnhalle in Rötz (ausführendes Unternehmen Gruber Objektbau). Er wolle den Anwesenden Mut machen, sich selbst für Holz als Baustoff zu entscheiden.

„Wer Holz will, der bekommt Holz“, machte Reinhold Grünbeck von der Stadt Regensburg deutlich. Er ging dabei auf die Stellschrauben im Ausschreibungsverfahren bei Gebäuden der öffentlichen Hand ein und stellte das leanWOOD-Projekt der Technischen Universität München vor. Grünbeck forderte eine vorgelagerte Entscheidung für den Holzbau, um dies bereits bei den ersten Schritten miteinbeziehen zu können.

Den Abschluss der Veranstaltung bildeten die Ausführungen von Thomas Feigl zu einem mehrgeschossigen Wohngebäude der Bayerischen Staatsforsten AöR, das derzeit in Regensburg entsteht.

Zu einem weiteren Einsatz kommt der Klimawürfel bereits am 17. und 18. Februar 2020, wenn sich der Forstausschuss des Bayerischen Städtetags in Iphofen trifft. Verbunden ist die Sitzung mit der Besichtigung der neuen Holzkapelle des Iphöfer Altenbetreuungszentrums.

Am 19. März findet der 22. Forstliche Unternehmertag am Wissenschaftszentrum Weihenstephan in Freising statt. Unter dem Motto „Klimawandel und Kalamitäten – Krisen gemeinsam meistern“ wird die Tagung die Bewältigung der gegenwärtigen Situation großflächig abgängiger Waldbestände zum Thema haben, wobei von den Referenten technische Lösungen ebenso wie Aspekte der Organisation, der Kooperation und der Holzvermarktung im Kalamitätsfall dargestellt werden. Zusätzlich zu den Vorträgen wird sich eine Podiumsdiskussion der Rolle der forstlichen Dienstleistungsunternehmen in Zeiten enormer Schadensausmaße und unkalkulierbarer Holzmärkte widmen.

Nur wenige Tage später, am 26. März, stehen im Rahmen des Bayerischen Baumforums im Zentrum Wald-Forst-Holz Weihenstephan neueste Erkenntnisse zum Thema Baum im Mittelpunkt. Das Bayerische Baumforum ist ein Informationsforum für alle, die mit der Planung und Pflanzung, Erfassung, Pflege und Kontrolle von Bäumen betraut sind. In der angeschlossenen Ausstellung können sich die Teilnehmer über neue Produkte und Dienstleistungen informieren.

Der Klima-Holzwürfel (KHW) steht für die existenzielle Herausforderung durch den Klimawandel. Ein Würfel mit 1 Meter Kantenlänge steht auf der Spitze. Die Formensprache signalisiert: Der Klimawandel ist ein großes Problem, an dem man nicht vorbeikommt. Dabei steht es buchstäblich „Spitz auf Knopf“. Wohin der Würfel fällt, ist offen. Noch haben die Bürger es in der Hand, das Ruder herumzureißen und dem Hauptverursacher CO2 den Kampf anzusagen. Die Größe symbolisiert den Holzzuwachs in Bayern: 1 Kubikmeter pro Sekunde. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Passaus Landrat Franz Meyer (5.v.l.), seine Stellvertreter Raimund Kneidinger und Klaus Jeggle, die Fraktionssprecher aus dem Kreistag und Vertreter aus dem Landratsamt diskutierten mit Fridays-for-Future-Aktivisten über den Forderungskatalog der Jugendlichen im Landkreis Passau. ❐

Landkreis Passau und „Fridays for Future“ im Gespräch

Intensiver Meinungsaustausch im Landratsamt – Forderungskatalog übergeben

Zu einem Gespräch im Passauer Landratsamt trafen sich unter der Leitung von Landrat Franz Meyer die führenden kommunalen Repräsentanten mit Vertretern von „Fridays for Future“ (FfF) Passau. Dabei übergaben die Jugendlichen einen gut 20-seitigen Forderungskatalog.

Anhand der einzelnen Themenblöcke aus dem Katalog diskutierten Landrat Franz Meyer, seine Stellvertreter Raimund Kneidinger und Klaus Jeggle, die Fraktionssprecher aus dem Passauer Kreistag und Vertreter aus dem Landratsamt mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten der jungen Klimaschutzbewegung. Im Mittelpunkt standen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere Sonnen- und Windenergie, sowie zukunftsfähige Mobilität.

Für beide Seiten war der intensive Meinungsaustausch nach eigenem Bekunden gewinnbringend. Den Landkreis-Vertretern wurden dabei die konkreten Ziele der FfF-Bewegung, wie etwa das Erreichen der Klimaneutralität bis 2030, aufgezeigt. Klar wurde aber auch der Ist-Stand beim Thema Klimaschutz im Landkreis, wo laut Landrat Franz Meyer bereits umfangreiche Maßnahmen getroffen wurden. Die FfF-Vertreter, begleitet von Prof. Dr. Michael Sterner, erkannten die bisherigen Schritte des Landkreises an, erklärten jedoch, dass diese aus ihrer Sicht nicht ausreichen, um die Ziele zur Emissionsreduktion zu erreichen. „In den kommenden Jahren gibt es unserer Meinung nach noch eine Menge zu tun, um auch im Passauer Land den CO2-Ausstoß zu minimieren und etwa den ÖPNV durch einen Verkehrsverbund mit umliegenden Kommunen, mehr Benutzerfreundlichkeit und besseren Taktungen zu stärken und eine zukunftsfähige Mobilitätswende einzuleiten,“ betonte FfF-Vertreter Jakob Hagenberg.

Landkreis geht mit gutem Beispiel voran

„Bei Reduzierung der CO2-Emissionen gehen wir als Landkreis mit gutem Beispiel voran, rüsten unseren eigenen Fuhrpark auf umweltfreundliche Antriebsarten um, bauen und sanieren nach Passivhaus-Vorgaben und setzen beispielsweise bei der Stromversorgung unserer Liegenschaften zu 100 Prozent auf Ökostrom,“ entgegnete der Landrat. „Ebenso befinden wir uns mit der Einführung des Bayerwaldtarifs zusammen mit den Landkreisen Freyung-Grafenau, Regen und Deggendorf auf dem Weg hin zu einer verkehrsverbund-ähnlichen Lösung.“ Der ÖPNV im Landkreis werde stetig verbessert und durch attraktive Preispolitik sowie benutzerfreundliche Angebote ausgebaut. „Ich denke hier nur an den Rufbus und unser Öko-Netz- oder Umwelt-Ticketangebot, das wir als Landkreis mit bis zu 65 Prozent finanzieren. Wir unterstützen damit bewusst umweltfreundliche Mobilitätsformen und einen zukunftsfähigen ÖPNV,“ ergänzte Landrats-Stellvertreter Raimund Kneidinger. Das gemeinsame Ziel sei eine gute, lebenswerte Zukunft aller Menschen im Landkreis, waren sich Landrat Meyer und die FfF-Bewegung um Susanna Lindlein einig. Wichtig sei, dass die entsprechenden Ziele in einem demokratischen Prozess umgesetzt werden.

„Wir können die Klimakrise nur gemeinsam meistern,“ war gemeinsamer Tenor. Auch über gesellschaftliche Polarisierung und die Herausforderungen eines ökologischen Wandels, der gerade im ländlichen Raum sozialverträglich gestaltet werden müsse, wurde viel diskutiert. „Wir haben uns sehr über diese Möglichkeit des Austausches gefreut und hoffen, dass wir weiter im Gespräch bleiben“, resümierte Pauline Port von Fridays for Future. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Es ist schon besorgniserregend, wie wenig Vertrauen die Leute noch in die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft haben. In den jungen Ländern sowieso, aber auch bei uns wird es zusehends schicker, den Gesetzen des Marktes abzuschwören und staatliche Regulierungen zu favorisieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, regte sich ziemlich über die neuesten Vorschläge auf, Lebensmittel wie etwa Fleisch durch neue Abgaben künstlich zu verteuern.

Ja, er steht dazu, dass er gerne Fleisch isst. Allerdings kann und will er sich gute Qualität leisten, weshalb er das Fleisch bei handwerklichen Metzgereien oder bei Hofläden in der Umgebung kauft. Aber es geht ja nicht allen in unserer Gesellschaft finanziell so gut, wie jetzt unserem

Vertrauen auf die Soziale Marktwirtschaft

Bürgermeister oder auch mir. Wenn tatsächlich eine Klimaabgabe oder ein Tierwohl-Soli auf die Schnitzel und Kottelets im Supermarkt erhoben würde, wäre Fleisch plötzlich für viele wieder ein Gut, das man sich schwer leisten kann. Wir wären also wieder in die alten Zeiten zurückgebeamt, als in den nicht so privilegierten Haushalten Fleisch nur selten auf den Tisch kam. Eine neue Spaltung der Gesellschaft wäre die Folge und ein neuer Herd für Unzufriedenheit geschürt, der die politischen Extreme und Ränder stärkt. Dabei haben wir doch schon genügend Leute, die Parteien wählen, die Globalisierung und freie Märkte ablehnen und das Heil nur rückwärts in nationalen Grenzen, Abschottung und Ablehnung alles Fremden sehen.

Aber das ist ja nicht der erste und einzige Bereich, bei dem an den Preisen herumgefummelt wurde oder werden soll. Denken wir nur an das isoliert nachvollziehbare Anliegen, Hygieneartikel, insbesondere für Frauen zu verbilligen. 200.000 Petenten forderten eine Senkung der Umsatzsteuer auf Tampons und Co. von 19 auf 7 Prozent. Die Politik gehorchte. Und der Erfolg? Die Hersteller erkannten plötzlich, dass ihre Produkte ja auch besser geworden sind und haben die Preise erhöht. Die Verbraucherinnen haben also nichts davon.

Erfolgreicher war die Senkung der Umsatzsteuer für Bahntickets. Da die Bahn dem Bund gehört, musste sie die Ermäßigung vorerst an die Kunden weitergeben. Da mit diesem Manöver aber noch kein einziger Zug mehr auf die Schiene kam, kein einziger Schienenkilometer gebaut und kein Stellwerk ertüchtigt wurde, dürfte sich der Effekt bald wieder verflüchtigen. Deshalb will man jetzt unbedingt den Flugverkehr wenn nicht ganz verbieten, so doch über neue Steuern verteuern. Man könnte das auch Wettbewerbsverzerrung nennen, aber da auf vielen Strecken die Bahn eben keine Alternative zum Flugzeug ist, wäre das halt schlichte Abzocke.

Einen anderen Weg geht der Berliner Senat mit der linken Wohnungsbausenatorin. Die haben einfach eine alte Idee der sozialistischen Ökonomie der DDR exhumiert. Mietenstopp! Und dann noch Festlegung von Mietobergrenzen für Bestandsbauten, streng nach dem Prinzip: Je älter und damit teurer im Unterhalt das Gebäude ist, desto weniger Miete darf verlangt werden. Der Vorteil dieser Maßnahme ist, dass man hier anders als bei der Tampon-, Fleisch- und Flugsteuer über mögliche Auswirkungen gar nicht rätseln muss. Man kann sie anhand von alten Archivaufnahmen aus Berlin (Ost) und den Städten zu DDR-Zeiten exakt prognostizieren: Investitionsstau, Verwahrlosung, Verfall der Bausubstanz. Geht’s noch?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist manchmal schon ganz schön frustriert darüber, wie wenig die Leute aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und wie wenig sie bereit sind, sich auf einfachste ökonomische Zusammenhänge einzulassen. Warum überlässt man es nicht dem Markt, die optimalen Lösungen zu finden? Warum denkt man immer noch, der Staat oder staatliche Vorgaben wären in der Lage, rationale wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen. Egal ob Ernährung, Mobilität oder Wohnen. Rezepte, die schon in der DDR versagt haben, müssen wir doch nicht zwangsläufig wieder ausprobieren. Oder, um es mit dem amerikanischen Komponisten John Cage zu sagen: „Ich verstehe nicht, warum Menschen Angst vor neuen Ideen haben. Ich habe Angst vor den alten“.

Ihre Sabrina

Donau-Ries, das Mekka der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Kanzlerin Angela Merkel schickte motivierende Grußbotschaft nach Harburg

Die Harburger Wörnitzhalle war bis auf den letzten Platz besetzt, als Landrat Stefan Rößle dazu einlud, einen weiteren großen Schritt in eine nachhaltige Landkreis-Zukunft zu machen. Das bisher Erreichte soll vor dem Hintergrund der weltweiten Agenda 2030 weiter ausgebaut werden. In 17 Zielbereichen beschreibt die Agenda 2030 die Handlungsfelder für eine bessere Welt, in der wirtschaftliche, soziale und ökologische Anforderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern in Einklang miteinander stehen. Welche Verantwortung dabei der Landkreis und seine Kommunen übernehmen wollen, wurde bei der Auftaktveranstaltung mit 250 Teilnehmern konkret benannt.

Als „Mekka der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ titulierte der Vertreter des Bundesentwicklungsministeriums, Dirk Schwenzfeier, den Landkreis Donau-Ries dabei. Der Bau von Schulen im globalen Süden, für den Landrat Rößle seit knapp zwei Jahren Spenden einsammelt, hat sich zum deutschlandweiten Erfolg entwickelt. Aus dem Plan, zehn solcher Schulen in Afrika zu bauen, wurden inzwischen 33 allein aus dem Landkreis Donau-Ries finanzierte Projekte – ein Erfolg, den Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Videobotschaft an die Veranstaltung in Harburg, explizit heraushob. Die Aktion hat sich inzwischen zu einer Initiative der deutschen Kommunen unter dem Motto „1000 Schulen für unsere Welt“ ausgeweitet. 100 Schulen sind inzwischen gebaut bzw. in Planung und deren Ausstattung und Betrieb ist langfristig gesichert.



Der Vertreter des Bundesentwicklungsministeriums Dirk Schwenzfeier und Annette Turmann von Engagement Global überreichten Landrat Stefan Rößle die Urkunde zur Unterzeichnung der Musterresolution „2030 – Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“. Bild: Marco Kleebauer

Das Lokale mit dem Globalen verbinden

Dass Nachhaltigkeit das Lokale mit dem Globalen verbindet, ist die Grundidee, die hinter der 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Agenda 2020 steht. Auf 17 großformatigen Postern belegte der Landkreis in der Harburger Wörnitzhalle, dass er in allen Handlungsfeldern bereits gut aufgestellt ist. Zusammen mit der Nachhaltigkeitsbeauftragten des Landkreises, Heike Burkhardt, zählte Landrat Stefan Rößle einige der Initiativen auf, die zum Beispiel die Artenvielfalt erhalten oder das Klima schützen wollen. Weitere Vorzeigeprojekte sind zum Beispiel „Unser Landkreis blüht auf“ oder „100.000 Bäume für den Landkreis Donau-Ries“.

Zudem gibt es eine feste Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik im 2016 gegründeten Landschaftspflegeverband oder die Energie-Allianz, die seit 2010 über 30 Netzwerkpartner einschließt und erreicht hat, dass heute bereits fast 100 Prozent des Strombedarfs im Landkreis aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Eine überaus erfolgreiche Dorfladen-Bewegung weist heute ein Netzwerk von 10 florierenden Dorfläden im Landkreis auf und mit „Geopark kulinarisch“ ist eine wertschöpfende und dauerhafte Verbindung von Naturschutz, Lebensmittelerzeugung und Gastronomie entstanden.

Weitere Handlungsfelder

Landrat Stefan Rößle beließ es nicht bei der Aufzählung der vielen Erfolge und beteiligten Akteure. Er formulierte weitere ehrgeizige Vorhaben und benannte die Handlungsfelder, auf denen noch viel getan werden könne, um das Ziel der Nachhaltigkeit zu erreichen. Dazu gehöre der Mobilitätssektor, für den allein 10 Entwicklungsziele aufgestellt wurden, um den motorisierten Individualverkehr zugunsten bedarfsgerechter, flexibler und barrierefreier Angebote zu reduzieren und die Klimabelastung durch den Verkehr deutlich zu verringern. Bei der kommunalen Beschaffung komme dem Landkreis sogar eine Vorbildrolle zu. Nicht das billigste sondern vernünftigste Angebot solle den Zuschlag bekommen.

Am Gymnasium Donauwörth haben Schülerinnen und Schüler kürzlich eine Aktion gestartet, um beim Betrieb der Mensa neben der Wirtschaftlichkeit auch Gesundheit, Regionalität, die Mitwirkung der Nutzer und den CO2-Fußabdruck ins Managementkonzept einzubeziehen. Landrat Stefan Rößle ist für die Schülergruppe der direkte Ansprechpartner für dieses Konzepts, von dem man sich Vorbildwirkung erhofft. Auch in den Kantinen der Kreiskrankenhäuser und -seniorenheimen sollen künftig mindestens 50% der verarbeiteten Produkte aus regionaler Herkunft stammen oder Bioprodukte sein.

Um diese und viele ähnliche Nachhaltigkeits-Ansätze künftig zu einer Strategie auszubauen und ein breites Netzwerk von Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an der Umsetzung zu beteiligen, wird am Landratsamt die Stelle eines Nachhaltigkeitsbeauftragten geschaffen. Zahlreiche Mitmach-Karten zeugen von großem Interesse der Teilnehmer und liefern dem Landkreis hilfreiche Anregungen und Idee zur weiteren Ausgestaltung der Landkreis-Agenda. ❐

Auszeichnung für Haag a. d. Amper:

Dorfladen-Prämierung

Auf der Landschau-Bühne „Lust aufs Land“ der Internationalen Grünen Woche in Berlin hat die Dorfladen-Bundesvereinigung drei Bürgerläden aus Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen als „Dorfläden des Jahres 2020“ ausgezeichnet. In der Kategorie „große Dörfer“ siegten der Dorfladen Großdeinbach im Landkreis Ostalbkreis und der Dorfladen Haag a. d. Amper im oberbayerischen Landkreis Freising.

Der Haager Dorfladen hat an sechs Tagen pro Woche insgesamt 60 Stunden geöffnet. Zehn Mitarbeiterinnen und weitere Ehrenamtliche sind aktiv.

Rund 230 Einwohner brachten im Jahr 2013 über 66.000 Euro Eigenkapital in die Dorfladen-Gesellschaft ein. Angeboten wird ein großes Bio-Sortiment von Demeter und Bioland sowie viele regionale Lebensmittel ebenso an wie FairTrade-Produkte.

Der Dorfladen ist Postagentur und Toto-Lotto-Stelle. Zu den Dienstleistungen gehören ein Apotheken-Service, eine Büchertausch-Ecke und eine Reinigungsannahme. Durch 16 Sitzplätze im Dorfladen-Café und weiteren Sitzplätzen auf der Terrasse ist der Bürgerladen in Haag zum „DORFbegegnungsLADEN“ geworden, der gerne für Brotzeiten oder eine Kaffeepause genutzt wird.

Lebensqualität als Rendite

Auskömmlichkeit statt Gewinnmaximierung ist das Geschäftsprinzip der Bürgerläden. Nur durch erhebliches ehrenamtliches Engagement gelingt den Selbsthilfeeinrichtungen wirtschaftlich eine „schwarze Null“. Die Dorfladen-Eigentümer erhalten für das eingebrachte Kapital in der Regel Lebensqualität als Rendite – die Lebensqualität.

Seit 2013 prämiert das Dorfladen-Netzwerk, seit 2016 die Dorfladen-Bundesvereinigung bei der „Grünen Woche“ besondere Dorfläden, die „von Bürgern für Bürger“ als Selbsthilfeeinrichtungen betrieben werden. Die Bürgerläden sichern nicht nur die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs, sondern haben als örtliche Treffpunkte auch eine sozio-kulturelle Funktion. **DK**

1.200 Jahre Elfershausen

Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten mit Kommunalminister Herrmann

Ein ganzes Jahr lang feiert die idyllisch im Fränkischen Saaletal gelegene Dorfgemeinschaft Elfershausen ihr 1.200-jähriges Bestehen. Mit Bayerns Kommunalminister Joachim Hermann als Schirmherrn startete das Jubiläumsjahr mit einem Festakt in der Schwedenberghalle unter dem Motto „Heut' fang ma o". Neben Fest-Vorträgen, Bildvorführungen und musikalischer Unterhaltung wurde dabei auch die Dorfchronik Elfershausen vorgestellt.

„Mit großem Stolz können Sie auf die reiche Geschichte Ihrer Gemeinde zurückblicken", hob Staatsminister Herrmann hervor. Zwischen den Bischofsstädten Fulda und Würzburg am Südrand des Naturparks Bayerische Rhön gelegen, lasse es sich in Elfershausen wirklich gut leben: „Hier ist die typisch fränkische Atmosphäre zu Hause. Nicht umsonst gehört der Landstrich zu den Geheimtipps von Wanderern, Radfahrern, Romantikern und Weintrinkern."

In der heutigen Zusammensetzung besteht der Markt Elfershausen seit 1978. Die vormals selbstständigen Gemeinden Engenthal, Trimberg und Machtilshausen wurden 1971 im Zuge der Gebietsreform eingemeindet. 1978 folgte schließlich noch Langendorf. „Seither hat sich in Elfershausen ein Gemeinwesen entwickelt, das sich durch Zusammenhalt und ein reges Vereinsleben auszeichnet. Sie haben sich schon bei zahlreichen Projekten mit viel Herzblut für Ihre Heimat und die Wahrung Ihres kulturellen Erbes eingesetzt", lobte Herrmann.

So sei die Ruine der Trimburg aus dem 11. Jahrhundert vor allem durch die gemeinsamen Bemühungen des Vereins ‚Freunde der Trimburg' und des gemeindlichen Bauhofs wieder für Veranstaltungen nutzbar gemacht worden. „Diesen wichtigen Beitrag zur Regionalentwicklung hat der Freistaat mit insgesamt fast 175.000 Euro im Rahmen des LEADER-Programms gefördert", erinnerte der Minister. Eines der ältesten erhaltenen Bauernhäuser in Bayern, das „Schreinersch-Haus" in Machtilshausen, ein historisches Kleinod in spätgotischem Fachwerk, ist vom Verein für Gartenbau, Brauchtums- und Heimatpflege Machtilshausen wieder Instand gesetzt worden. Und beim Landkreis- und Bezirkswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft" hat Langendorf 2003 nicht nur den Titel „Schönstes Dorf im Landkreis Bad Kissingen", sondern auch einen Sonderpreis auf Bezirksebene gewonnen.

Tradition und Moderne

„Ihr Engagement verdient große Anerkennung. Sie halten Ihre Tradition lebendig und verknüpfen sie mit den Anforderungen der Moderne", unterstrich Herrmann, der sich auch freute, dass sich die Marktgemeinde der Allianz Fränkisches Saaletal angeschlossen hat: „Sie bringen sich dort kräftig ein, damit Elfershausen auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt."

Apropos Tatkraft: Zu den geplanten Jubiläumsveranstaltungen zählt Ende April 2020 ein außergewöhnliches Konzert mit Ensembles des Heeresmusikkorps in der Pfarrkirche von Elfershausen, die belegen, dass sie nicht nur Militärmusik, sondern eine breite Palette von klassischer Musik bis Swing im Repertoire führt. Ende Juni folgt das Brücken-Schoppenfest im romantischen Flair der Alten Saalebrücke, ehe Mitte Juli ein informativer Spaziergang durch historische Höfe und rund um die alte Dorfmauer vorgesehen ist. Gezeigt werden Maschinen, Hilfsmittel und Berufe aus früheren Zeiten.

Das große Jubiläumsfest im Festzelt auf der Saalewiese folgt im August 2020 und im darauffolgenden Monat kann der Besucher Köstlichkeiten des Herbstes an der Schlossmauer und im Schloss genießen. Die Kirchenmusikschule Regensburg lädt im Oktober zu einem exklusiven Kirchenkonzert in Mariä Himmelfahrt ein. Der Erlös soll der Kirchenrenovierung zugutekommen. Abgeschlossen werden die Feierlichkeiten mit einem romantischen Dorfweihnachtsmarkt im Dezember. **DK**

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 5. März 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Handwerkliche Dienstleistungen**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen GemeindeZeitung mit dem Titel „Holzbau for Future" bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

„Tag der Freien Schulen"

„Sie können gerne wieder kommen!", verabschiedeten sich die Schüler von Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin, als der seine Unterrichtsstunde in Politik im Landschulheim Grunertshofen beendete. Anlässlich des „Tages der Freien Schulen in Bayern" begab sich Karmasin gemeinsam mit der 8. und 9. Klasse des Landschulheims auf eine Rei se durch die verschiedenen Staatsformen.

Da wurden Bundeskanzler gewählt, das Parlament kam zu Wort und die Obersten Richter walteten ihres Amtes. Ziel dieser Aktion ist es, ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit und Radikalisierung zu setzen. ❐

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie **kommunale Themen** direkt mit Personen, die **ähnliche Herausforderungen** meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · **www.pt-dynaset.de**

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

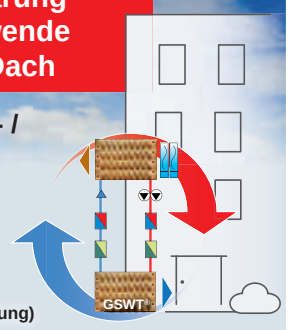
Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck „Holzbau for Future“ 13. Februar 2020 71. Jahrgang Nr. 04 | 2020



Kita Froschham in Bad Reichenhall: Das naturbelassene Holz strahlt Wärme und Lebendigkeit aus, wirkt einladend und animierend.

Kommunales Bauen

Holzbau for Future

„Mehr Holzbau“ lautet Punkt 9 der Klimaschutzoffensive der Bayerischen Staatsregierung. Denn Bauen mit Holz ist eine der wirkungsvollsten und wirtschaftlichsten Klimaschutzmaßnahmen. Jetzt kommt es darauf an, sie so oft wie möglich umzusetzen. Kommunen und Landkreise spielen hier eine entscheidende Rolle, denn sie sind für das Gros öffentlicher Bauvorhaben zuständig.

Klimafreundlicher als mit Holz lässt sich kaum bauen. Holz nimmt unter den Baustoffen eine Sonderstellung ein, denn es wird nicht künstlich hergestellt, sondern wächst natürlich. Und dabei setzt es nicht große Mengen CO_2 frei, sondern bindet große Mengen CO_2. Photosynthese, nachhaltige Forstwirtschaft und Bauen mit Holz bilden eine ausgereifte und hocheffiziente CO_2-Speichertechnologie – ohne Risiken und Nebenwirkungen. Damit lässt sich ein großer Teil unserer CO_2-Emissionen kompensieren.

Trotzdem würde die Holzbauweise wohl wenig Anklang finden, wenn sie nicht noch weitere Vorteile bieten würde. Und die kann sie glücklicherweise bieten: Sie ist leistungsfähig, schnell, präzise und vielseitig. Und vor allem besitzt Holz einen angenehmen Geruch und eine wohltuende Anmutung. Denn nur was schön ist, wird auch geliebt und gepflegt – und bleibt lange stehen. Ohne diese Vorzüge gäbe es inzwischen nicht so viele Architekten, die vornehmlich in Holzbauweise planen. Und auch nicht so viele Kommunen und Landkreise, die in den letzten Jahren ihre Kitas, Schulen, Sportstätten und Verwaltungsbauten in Holzbauweise errichten ließen.

Doch nach wie vor sind auch Unsicherheiten und Bedenken verbreitet: Was ist bei einem kommunalen Bauvorhaben in Holzbauweise zu beachten, damit alles vergaberechtskonform läuft? Wie lässt sich bei einer Neubausiedlung die Holzbauweise definieren und durchsetzen? Antworten auf diese und zahlreiche weitere Fragen gibt dieser Sonderdruck. Damit können Holzbauprojekte künftig einfach und sicher auf den Weg gebracht werden. Auf eine schöne und nachhaltige Zukunft!

Vergaberecht

Wer Holz will, bekommt Holz

Die Angst vor Rügen, Nachprüfungsverfahren und Zuschussausfällen nimmt vielen Kommunen die Lust auf Bauen mit Holz. Denn wie Regensburgs Ex-Oberbürgermeister Hans Schaidinger einmal sagte: „Das Vergaberecht hat mehr Stolpersteilen als Paragrafen.“ Deshalb schuf er in seiner Stadtverwaltung ein Vergabeamt. Das befasst sich seither auch mit der Holzbauweise. Und kam zu dem Ergebnis: Das Vergaberecht ist kein Grund, nicht mit Holz zu bauen.

Die große Herausforderung bei der Vergabe von Bauleistungen ist der Umstand, dass eine große Stärke des modernen Holzbaus darin liegt, Großelemente in der Werkhalle unter optimalen Bedingungen präzise vorzufertigen und dann auf der Baustelle in kurzer Zeit zu montieren. Das bedeutet aber auch: Einbau von Leerrohren für Elektroleitungen, von Leitungen für Heizung, Sanitär und Lüftung, von Fenstern und Türen sowie Dachdeckung. Ein modernes Holzbauunternehmen übernimmt als Generalunternehmer Leistungen anderer Fachlose. Dies ist prinzipiell möglich, muss aber bei der Vergabe richtig begründet werden. Denn ohne Pro und Contra und deren Abwägung ist eine Vergabe angreifbar.

Aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Vergabeverordnung (VgV) und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil A (VOB/A-EU) sind folgende Paragrafen relevant:

- § 97 Abs.1 GWB: *Öffentliche Aufträge und Konzessionen werden im Wettbewerb und im Wege transparenter Verfahren vergeben. Dabei werden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit gewahrt.*
- § 97 Abs.3 GWB: *Bei der Vergabe werden Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte nach Maßgabe dieses Teils berücksichtigt.*
- § 31 Abs.3 VgV: *Die Merkmale können auch Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen. Sie können sich auch auf den Prozess oder die Methode zur Herstellung oder Erbringung der Leistung oder auf ein anderes Stadium im Lebenszyklus des Auftragsgegenstands einschließlich der Produktions- und Lieferkette beziehen, auch wenn derartige Faktoren keine materiellen Bestandteile der Leistung sind, sofern diese Merkmale in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand stehen und zu dessen Wert und Beschaffungszielen verhältnismäßig sind.* (Sinngemäß: § 23 Abs.2 UVgO im Unterschwellenbereich)
- § 16d Abs.1 Nr.4 VOB/A-EU: *Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. (…) Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Zu dessen Ermittlung können neben dem Preis oder den Kosten auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden.* (Sinngemäß: § 16d Abs.1 Nr.5 VOB/A im Unterschwellenbereich)

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist mit dem der Wirtschaftlichkeit verknüpft. Es ist prinzipiell möglich, einem höherpreisigen Angebot den Zuschlag zu erteilen, ohne ein Nachprüfungsverfahren oder einen Zuschussausfall befürchten zu müssen. Das Vergaberecht ist jedoch kein Kochrezept, sondern mehr eine Zutatenliste, und bei seiner Anwendung sind viele Faktoren zu berücksichtigen und abzuwägen. Ein kritischer Faktor ist, dass Ausschreibungen in Fachlosen erfolgen müssen. Dies dient der Mittelstandsförderung und gilt für alle öffentlichen Aufträge. Die Vergabe nach Fachlosen bildet die Regel, von der nur im Einzelfall aufgrund sachgerechter Überlegungen abgewichen werden darf. Dies muss objektiv nachprüfbar sein.

WIR BAUEN BEZUGSFERTIG AUS HOLZ.

gruber

www.gruber-objektbau.de

› Schulen, Kindergärten
› Wohn- und Betreuungsheime
› Nachverdichtung, Aufstockungen
› Sporthallen
› Wohnungsbau
› Verwaltungsgebäude



Gruber Objektbau GmbH
Sanddickicht 12 93426 Roding/Altenkreith T 09461 4029-0 bauen@gruber-objektbau.de

HOLZOBJEKTBAU ZUKUNFT GESTALTEN

Hierzu hat das OLG München (Vergabesenat) mit Beschluss vom 25.03.2019 festgestellt: *„Das Absehen vom Regelfall der Losvergabe erfordert eine umfassende Abwägung der widerstreitenden Belange, wobei der Auftraggeber wegen der dabei anzustellenden prognostischen Überlegungen einen Beurteilungsspielraum hat, der im Nachprüfungsverfahren (nur) der rechtlichen Kontrolle unterliegt. Die Beschaffungsautonomie ist kein Freibrief für eine Gesamtvergabe, allerdings können sich aus dem korrekt ausgewählten Auftragsgegenstand Belange ergeben, die der Auftraggeber bei der Abwägung für oder gegen eine Losvergabe berücksichtigen kann.“*

In der Begründung heißt es: *„Erforderlich ist …, dass sich der Auftraggeber im Einzelnen mit dem grundsätzlichen Gebot der Fachlosvergabe einerseits und den im konkreten Fall dagegensprechenden Gründen auseinandersetzt und sodann eine umfassende Abwägung der widerstreitenden Belange trifft, als deren Ergebnis die für eine zusammenfassende Vergabe sprechenden technischen und wirtschaftlichen Gründe überwiegen müssen.“*

Diese Gründe gibt es beim Holzbau. Und dem Vergaberecht vorgelagert ist das Leistungsbestimmungsrecht des Bauherrn. Wird es sachgemäß ausgeübt, dann kann es in einem Nachprüfungsverfahren nicht beanstandet werden. Denn hier wird nur überprüft, ob eine willkürliche Entscheidung vorliegt. Einen Holzbau darf ein Bauherr wollen. Und dann muss er nur schlüssig begründen, warum hierbei eine Fachlosvergabe nicht sinnvoll ist. Das ist z. B. im Forschungsbericht „leanWOOD“ gut erläutert.

Wege zum Bauen mit Holz gibt es prinzipiell drei:

1. Der Bauherr ist fest entschlossen, sein Bauvorhaben in Holzbauweise zu realisieren. Er beauftragt den Architekten mit dieser klaren Vorgabe. Wenn der Architekt sofort bei der Auswahl der Fachplaner hilft, kann sich der Bauherr entspannt zurücklehnen. Das kompetente Planungsteam sorgt für eine zügige und hochwertige Realisierung.
2. Der Bauherr ist anfangs unentschlossen, beauftragt den Architekten, im Rahmen der Leistungsphase zwei Varianten in Holz- und Massivbauweise aufzuzeigen, und entscheidet sich dann für die Holzbauweise. Wenn das Planungsteam da bereits ausgewählt ist, wird die Planung wohl nur etwas länger dauern.
3. Der Bauherr ist lange unentschlossen, lässt sich in der Ausschreibung Holz- und Massivbauweise anbieten und entscheidet sich erst dann anhand einer vorab bekannt gegebenen Wertungsmatrix. Das ist riskant, denn der Gebäudeentwurf sollte aus der Logik der Holzbauweise entwickelt sein. Sie nachträglich überzustülpen, kann zu teuren und unschönen Lösungen führen.

Je früher die Entscheidung für die Holzbauweise fällt, desto einfacher wird es. Fällt sie bereits vor der Beauftragung eines Architekten, dann besteht zudem die Möglichkeit, einen zu wählen, der sein Holzbau-Können bei Bauprojekten bereits bewiesen hat. Das Vergaberecht ist jedenfalls kein Hemmnis für die Wahl der Holzbauweise.

Reinhold Grünbeck / Stadt Regensburg

WEITERE INFOS

Technische Universität München
leanWOOD
Optimierte Planungsprozesse für Gebäude
in vorgefertigter Holzbauweise
Forschungsbericht, Juli 2017
www.leanwood.eu

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie
Das wirtschaftlichste Angebot
Hinweise zur richtigen Gestaltung und Wertung
im Vergabeverfahren
Leitfaden, Juli 2019
www.t1p.de/yl8n





Prinz-Eugen-Park in München: Im Juli 2019 waren die Rohbauarbeiten der Ökologischen Mustersiedlung weitgehend abgeschlossen.

Neubaugebiete

Wie sich Holz vorgeben lässt

Als der Münchener Stadtrat den Bau einer Ökologischen Mustersiedlung mit 570 Wohnungen in Holzbauweise und einem eigenen Förderprogramm beschloss, musste sich das städtische Planungsreferat erst einmal überlegen, wie es die Holzbauweise am elegantesten durchsetzen kann. Und ab wann ein Gebäude mit Holz überhaupt ein Holzgebäude ist. Zuständig dafür war der inzwischen ins Bayerische Bauministerium gewechselte Wolf Opitsch.

Bayerische GemeindeZeitung: Herr Opitsch, wie hat das Münchener Planungsreferat bei der Ökologischen Mustersiedlung definiert, dass die Gebäude in Holzbauweise errichtet werden müssen? Im Bebauungsplan? Oder in einem städtebaulichen Vertrag?

Wolf Opitsch: Weder noch. Das Baugesetzbuch (BauGB) bietet für so konkrete bauliche Fragen wenig Spielraum. Ein städtebaulicher Vertrag nach § 11 BauGB soll in erster Linie die Aspekte regeln, die das äußere Erscheinungsbild und die Nutzungsstruktur eines Baugebiets prägen. Die Baumaterialien sind für den zukünftigen Städtebau aber nicht relevant. § 9 BauGB regelt die möglichen Inhalte eines Bebauungsplans. Dazu gehören z. B. Art und Maß der baulichen Nutzung, die Bauflächen und Freiflächen sowie die Stellung der zukünftigen Gebäude. Baumaterialien für Rohbau und Innenausbau gehören jedoch nicht dazu. Die Holzbauweise haben wir daher an die Ausschreibung und Vergabe der Grundstücksflächen geknüpft. Das war möglich, weil das Gelände der Stadt gehörte.

Wie haben Sie dort die Holzbauweise definiert?

Zunächst haben wir festgelegt, ab wann ein Gebäude mit Holzbauteilen überhaupt ein „echter“ Holzbau ist. Aus Brandschutz- und Schallschutzgründen werden ja meist Hybridkonstruktionen errichtet. Auch macht eine Holzfassade noch keinen „echten“ Holzbau. Deshalb haben wir uns zunächst fachlich beraten lassen, vor allem von Annette Hafner, Professorin für Ressourceneffizientes Bauen an der Ruhr-Universität Bochum. Als Bemessungseinheit legten wir schließlich die Masse „nachwachsender Rohstoffe“ (Nawaros) bezogen auf die Wohnfläche (WF) fest: kg Nawaros/m² WF. Anhand bereits realisierter Gebäude haben wir dann sogenannte „Nawaro-Stufen“ definiert: Bei dreigeschossigen Gebäuden waren mindestens 150 kg Holz pro

C.A.R.M.E.N. e.V. – Wir informieren!

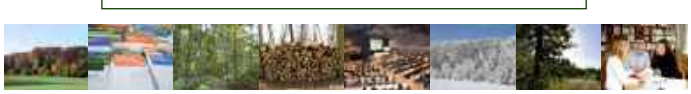
C.A.R.M.E.N.

C.A.R.M.E.N. e.V. ist die bayerische Koordinierungsstelle für **Nachwachsende Rohstoffe**, **Erneuerbare Energien** und **nachhaltige Ressourcennutzung**.

C.A.R.M.E.N. e.V. zeigt Potenziale zur Verwendung Nachwachsender Rohstoffe auf kommunaler Ebene. Wir sind Ihr Partner bei **Veranstaltungen**. Wir liefern die **Informationen** für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung.

Wald schafft Zukunft!
27. C.A.R.M.E.N.-Forum
am **9. März 2020** in **Straubing**

Das Programm finden Sie unter
www.carmen-ev.de/infothek/c-a-r-m-e-n-e-v/forum



Kontakt: 09421 960 300 contact@carmen-ev.de www.carmen-ev.de



Wolf Opitsch war bei der Stadt München für die Konzeption der Ökologischen Mustersiedlung zuständig.

ein Quadratmeter Wohnfläche zu verbauen. Damit war sichergestellt, dass Holz auch konstruktiv zum Einsatz kommt.

Wie wurden die Grundstücke vergeben?
Jeder Bewerber musste auf seinem Bewerbungsbogen ankreuzen, welche Nawaro-Stufe er zu realisieren bereit ist und wie viel Holz dabei pro Quadratmeter Wohnfläche verbaut wird. Die meisten gaben die höchste Stufe an. Die Bewerber mit den besten Angeboten erhielten die Grundstücke. Die Angebote wurden Grundlage für die Grundstückskaufverträge zwischen Stadt und Bewerbern.

Wie sieht das Förderprogramm aus?
Wir unterschieden zwischen zwei Gebäudetypen: dem Typ A mit 2–3 Geschossen und dem Typ B mit 4–7 Geschossen. Typ A entspricht Gebäudeklasse 3. Der Holzbau lässt sich hier ohne allzu großen Mehraufwand realisieren und wird mit 70 Cent/kg Nawaros bezuschusst. Typ B entspricht den Gebäudeklassen 4 und 5, erfordert aufgrund des Brandschutzes einen höheren Mehraufwand und wird deshalb mit 2,00 Euro/kg Nawaros bezuschusst. Insgesamt genehmigte der Stadtrat dafür 13,6 Mio. Euro.

Haben sich Ihre Holzbaudefinition und Ihr Förderprogramm bewährt?
Ja, das haben sie. Ein paar Jahre zuvor hatten wir bei einem Bauprojekt definiert, dass 15 % der Baukosten für Holzbauteile auszugeben sind. Das hat sich nicht bewährt, weil dann weniger der Rohbau, sondern mehr der Ausbau mit Holz erfolgte – oft mit kleinteiligen, aber teuren Produkten, um die 15 % überhaupt noch zu erreichen. Das war nicht der Sinn der Sache. Für den Klimaschutz geht es schließlich darum, möglichst viel Holz zu verbauen und damit CO_2 zu binden. Die Herangehensweise bei der Ökologischen Mustersiedlung hat sich als wesentlich sinnvoller und zielführender erwiesen – vor allem für den Vollzug der Verträge.

Welchen Gesamteindruck haben Sie von den Projekten?
Das Interessante ist sicherlich deren Unterschiedlichkeit. Es entsteht eine große Vielfalt an typologischen und baukonstruktiven Lösungen. Das ist auch gut so, denn eine Mustersiedlung soll ja eine große Bandbreite an Möglichkeiten aufzeigen.

Welche Ratschläge geben Sie anderen Kommunen, die eine Holzbausiedlung errichten wollen?
Wichtig sind vor allem drei Dinge: erstens saubere Definitionen, zweitens ein Förderprogramm, das einen positiven Anreiz für die Bauherren setzt, und drittens Qualitätssicherung. Qualitätssicherung bedeutet: kompetente fachliche Beratung während aller Projektphasen sowie erfahrene Holzbauarchitekten oder Bauteams aus Architekten und Holzbauunternehmen. Für Gebäudehöhen im Bebauungsplan ist die Gebäudeklasse 3 empfehlenswert, weil sich da die Holzbauweise aktuell noch am einfachsten realisieren lässt. Und die Grundstücke sollten in gewissen Abständen verkauft und bebaut werden, damit die ausführenden Unternehmen nicht an ihre Leistungsgrenzen stoßen.

Herr Opitsch, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

WEITERE INFOS

Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Ökologische Holzbauweise
Ökologische Mustersiedlung in der
Prinz-Eugen-Kaserne
http://t1p.de/w201





Der über einem Parkplatz aufgeständerte Mehrgeschosser „Wohnen am Dantebad“ wurde mit zahlreichen Architekturpreisen ausgezeichnet.

Nachverdichtung

Schnell, sauber, stressfrei

Lebendige Ortsmitten und Ortsteile zeichnen sich durch hohe Bebauungsdichten sowie Nutzungs- und Erlebnisvielfalt aus. Geringe Bebauungsdichten und monofunktionale Nutzungskonzepte ließen jedoch allzu oft das Gegenteil entstehen: Tristesse. Durch Nachverdichtungsmaßnahmen lassen sich die Fehler der Vergangenheit korrigieren. Bauen mit Holz vereinfacht dies und sorgt bei den Bürgern für mehr Akzeptanz.

Dass historische Stadtteile meist eine starke Lebendigkeit ausstrahlen und moderne Stadtteile dies nicht tun, ist kein Zufall. Und das liegt nicht daran, dass die einen „gewachsen“ sind und die anderen nicht, sondern das ist die logische Konsequenz verschiedener städtebaulicher Leitbilder. Der große Unterschied liegt darin, dass historische Stadtteile in der Regel eine hohe Bebauungs-, Einwohner- und Erlebnisdichte aufweisen. Sie werden nicht trotz ihrer hohen Dichte als schön empfunden, sondern wegen ihr.

Dichte bedeutet räumliche Nähe. Und die bietet viele Vorteile – früher vor allem ökonomische, heute auch ökologische. Denn weite Entfernungen zurückzulegen, kostet Zeit und Energie – und macht die Infrastruktur teuer. Der modernen Stadtplanung waren hohe Bebauungsdichten jedoch suspekt. Sie sah darin vor allem Nachteile und verfolgte als Leitbild die „aufgelockerte, durchgrünte und autogerechte Stadt“. Als Folge nahmen die Entfernungen zu, der Autoverkehr auch, die Straßen wurden immer breiter und immer mehr, der öffentliche Raum büßte an Aufenthaltsqualität ein. Flächenfraß, Autoverkehr und Ortsverödung hängen eng zusammen.

Die Klimaerwärmung und der hohe Bodenflächenverbrauch zwingen heute zum Umdenken. Hohe Bebauungsdichten sorgen dafür, dass sich viele Wegstrecken zu Fuß und mit dem Fahrrad zurücklegen lassen. Und dass der öffentliche Personennahverkehr genügend Fahrgäste hat, um in einem kurzen Takt fahren und sich so zu einer attraktiven Alternative entwickeln zu können. Damit Lebendigkeit entsteht, müssen zu hohen Bebauungsdichten jedoch auch vielfältige und sich überlagernde Nutzungen hinzukommen. Die Gebäude sind sozusagen die Hardware und die Nutzungen die Software. Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sollten eng verzahnt sein. Dann entstehen Synergieeffekte. Dann sind die Straßen und Plätze belebt. Dann kommt es zu zufälligen Begegnungen verschiedener Menschen.

Bebauungsdichte und Nutzungsvielfalt lassen sich durch Nachverdichtungsmaßnahmen steigern. Doch oft genügt allein schon das Wort, um bei Bürgern reflexhaft Angst, Wut und Protest auszulösen. Dabei bietet die Nachverdichtung eine große Chance für gestalterische, soziale, ökonomische und ökologische Verbesserungen, für Stadtreparatur.

Die Holzbauweise erhöht die Akzeptanz von Nachverdichtungsmaßnahmen – und dies gleich in mehrfacher Hinsicht. Erstens sorgt sie dafür, dass die Nachbarn durch die Bautätigkeiten deutlich weniger gestört werden, als das üblicherweise der Fall ist. Denn der moderne Holzbau arbeitet mit Großelementen, die unter optimalen Arbeitsbedingungen in Werkhallen mit hoher Präzision vorgefertigt, dann „just in time“ zur Baustelle transportiert und dort in kurzer Zeit zusammenmontiert werden. Da es sich um eine trockene Bauweise handelt, kann nach der Fertigstellung des Rohbaus sofort der Innenausbau beginnen. Die Dauer der Baustellen ist also erheblich kürzer, zudem fallen kaum Lärm- und Staub-Emissionen an. Zweitens entkräftet die Tatsache, dass Bauen mit Holz ein wirkungsvoller Beitrag zum Klimaschutz ist, von Sorge um die Umwelt getragene Bedenken. Und drittens sorgt die warme Anmutung sichtbarer Holzoberflächen für positive Resonanz und höheres Wohlbefinden – sowohl bei den Gebäudenutzern als auch bei den Nachbarn. Neue Gebäude oder Gebäudeerweiterungen werden so nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden.

Wohnraum durch Nachverdichtung zu schaffen, entspricht auch dem erklärten Ziel, den derzeit noch hohen Verbrauch an Bodenfläche deutlich zu senken. Das Schließen von Baulücken spart das Ausweisen und Erschließen neuer Baugebiete, der Ausbau von Dachräumen und das Aufstocken von Bestandsgebäuden sparen zudem das Versiegeln neuer Bodenfläche. „Flächeneffizienz statt Flächenexpansion!“ muss das Motto künftiger Ortsentwicklung lauten. Das spart auch Geld: den Bauherren, denn sie müssen keine neuen Grundstücke kaufen; und den Kommunen, denn sie müssen keine neuen Baugebiete mit Straßen, Rohren und Leitungen, Straßenbeleuchtung usw. erschließen. Je höher die Bebauungsdichte, desto besser das Aufwand-Nutzen-Verhältnis. Ein zusätzliches Geschoss auf Bestandsgebäuden ist durch die Leichtigkeit der Holzbauweise so gut wie immer möglich, oft sogar zwei oder noch mehr Geschosse.

Eine besonders ineffiziente Nutzung von Bodenfläche stellen ebenerdige Parkplätze dar. Sie dienen ausschließlich zum Abstellen leerer Autos – oder stehen selbst leer. Tiefgaragen und Parkhäuser steigern zwar die Flächeneffizienz, sind aber teuer. Dass sich bei der Bodennutzung die Frage „Gebäude oder Parkplatz?“ auch überzeugend mit einem „Sowohl als auch“ beantworten lässt, zeigt das Münchener Bauprojekt „Wohnen am Dantebad“: Der große Parkplatz vor dem städtischen Freibad wurde von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG mit einem mehr als 100 Meter langen Gebäude bebaut bzw. überbaut. Es ist aufgeständert und berührt den Erdboden nur mit seinen Stützen und zwei Treppenhäusern. So konnten die Parkplätze für die Freibadbesucher größtenteils erhalten bleiben. Über ihnen „schweben“ auf einer Betonplattform vier Geschosse in Holzbauweise mit 100 Wohneinheiten, Gemeinschaftsräumen, einer Quartiersberatungsstelle sowie einem begrünten und von den Hausbewohnern gemeinschaftlich genutzten Flachdach. Durch die tatkräftige Unterstützung der Stadtverwaltung und durch den hohen Vorfertigungsgrad, der durch die Holzbauweise möglich war, dauerte das Bauprojekt vom Planungsbeginn bis zur Fertigstellung nur ein Jahr. Es erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem 2019 die begehrte „Nike“ des Bunds Deutscher Architekten (BDA) in der Kategorie „Neuerung“.

IMPRESSUM

Sonderdruck Nr. 04|2020 der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Günther Hartmann
Gestaltung: Britta Eriskat
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de, info@gemeindezeitung.de





Huber | Holzbau
Geschosswohnungsbau
in Holzmassiv- und Holz-
Beton Hybridbauweise

Huber&sohn
BACHMEHRING

Huber & Sohn GmbH und Co.KG • Wasserburger Str. 4 • 83549 Eiselfing
www.huber-sohn.de

dataholz.eu

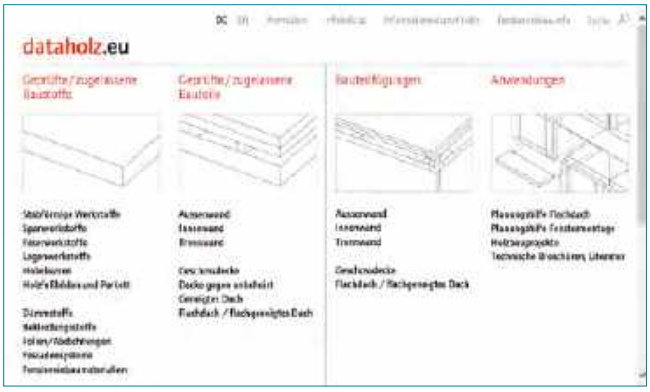
Holzbau für alle

Dass Bauen mit Holz attraktiv und nachhaltig ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Allerdings wird es in der Baupraxis noch allzu oft von Planern ausgebremst. Vorbehalte halten sich hartnäckig, sind aber größtenteils veraltet, denn seit 2018 steht die Planungshilfe „dataholz.eu“ zur Verfügung. Sie ist für jeden Interessierten kostenfrei zugänglich und nutzbar. Mit ihr wurde das Planen und Bauen in Holzbauweise deutlich einfacher, schneller und sicherer.

In Österreich gibt es den Online-Katalog „dataholz.eu“ bereits seit 2004. Genauer gesagt: Er hieß dort bis vor Kurzem „dataholz.com“. Dabei handelt es sich um eine unabhängige und zuverlässige Informationsplattform für die Planung und den Bau von Holzgebäuden. Die wurde nun für die Rahmenbedingungen in Deutschland nutzbar gemacht und erweitert. Das geschah im Rahmen eines Forschungsprojekts, das maßgeblich von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt finanzierte wurde. „Anpassung des österreichischen Kataloges geprüfter Holzbauteile www.dataholz.com auf die Rahmenbedingungen in Deutschland, Erstellen einer Plattform mit in Deutschland baurechtlich verwendbaren Bauteilaufbauten www.dataholz.de“ lautete der offizielle Projekttitel. Der gestalterische Relaunch ging unter dem neuen Namen „dataholz.eu“ Ende 2017 online. Seit Ende 2018 ist der deutsche Anwendungsbereich nutzbar. Anwender in Deutschland werden automatisch dorthin geleitet.

Durchgeführt wurde das Projekt vom „Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion“ und der „Professur für Entwerfen und Holzbau“ der Technischen Universität München sowie der Holzforschung Austria. Die Bereiche Wissenstransfer, Planungssicherheit, Übersichtlichkeit und Standardisierung wurden verbessert. „dataholz.eu“ soll sowohl versierten als auch neuen Anwendern – Bauherren, Planern, Ausführenden, Behörden – ein praxisnahes Hilfsmittel für zeitgemäßen Holzbau sein. Es steht uneingeschränkt und kostenfrei zur Verfügung. Die Online-Datenbank kann flexibel auf die Entwicklungen im Holzbau reagieren und bildet stets den aktuellen Stand der Technik und des Baurechts ab.

Das ursprüngliche Layout wurde bedarfsorientiert überarbeitet und bezüglich Handhabung und Übersichtlichkeit verbessert. Die moderne Struktur und die spezielle Programmierung der Plattform „dataholz.eu“ ermöglichen neben dem Zugriff per PC auch eine Anwendung auf mobilen Geräten. Dies bietet Planern, Ausführenden oder Prüfenden die Möglichkeit, direkt auf der Baustelle oder in Planungssitzungen die gewünschten Informationen abzu-



rufen – z. B. zu Bauteilen und deren Leistungseigenschaften. Somit lassen sich bereits vor Ort Entscheidungen zuverlässig und schnell treffen.

In den Bereichen zu geprüften und zugelassenen Baustoffen und Bauteilen, die sich auf der linken Hälfte der Startseite befinden, werden dem Anwender Informationen zu baurechtlich verwendbaren Produkten bzw. Aufbauten bereitgestellt. Die Bauteilaufbauten mit deren zugehörigen brandschutztechnischen und bauphysikalischen Verwendbarkeitsnachweisen bilden die Kernkompetenz von „dataholz.eu“. Aktuell sind über 300 Bauteilvarianten zum Gebrauch in Deutschland verfügbar.

Der Anwender kann zwischen Außen-, Innen- und Trennwänden sowie Geschossdecken, Steil- und Flachdächern wählen. Somit sind die relevanten Bauteile eines Holzgebäudes von „dataholz.eu“ erfasst. Damit ist eine vollständige Planung möglich. Die größten Vorteile hierbei bestehen in der frühzeitigen und hohen Planungssicherheit durch die angegebenen Leistungseigenschaften der Bauteile und in der reibungslosen Errichtung durch den Ausführenden mittels der bereitgestellten Verwendbarkeitsnachweise.

Unter den Bereichen zu Bauteilfügungen und Anwendungen, die sich auf der rechten Hälfte der Startseite befinden, werden dem Anwender praktische und wissenswerte Informationen zum modernen Holzbau angeboten. Besonders die aufgeführten Bauteilfügungen sind als Leitdetails für versierte, aber auch für neue Anwender in der Ausführungsplanung ein nützliches Hilfsmittel. Jede bereitgestellte Bauteilfügung besitzt ein abrufbares Datenblatt mit den wesentlichen Angaben zu Bauphysik und Baupraxis. Ein besonderer Clou hierbei ist die Verlinkung bzw. Benennung der verwendeten Bauteilvarianten. Somit ist neben einer sicheren und zeitsparenden Umsetzung der Regelbauteile auch eine Detaillierung der Anschlüsse in verschiedenen Planungstiefen möglich.

Christoph Kurzer, Norman Werther / TU München

WEITERE INFOS

Technische Universität München / Holzbau Austria
dataholz.eu
Katalog bauphysikalisch und ökologisch geprüfter und/oder zugelassener Holz- und Holzwerkstoffe, Baustoffe, Bauteile und Bauteilfügungen für den Holzbau, freigegeben von akkreditierten Prüfanstalten
www.dataholz.eu

Kommunikation für das Bauen mit Holz



Der INFORMATIONSDIENST HOLZ ist seit vielen Jahren eine verlässliche Größe, wenn es um die fachgerechte Planung und Anwendung des Baustoffes Holz geht. Seine technische Kompetenz und Neutralität macht ihn bei Architekten, Bauingenieuren sowie Handwerkern und Studierenden hochgeschätzt. Er bietet drei Serviceleistungen:

1. **Die Website**
   www.informationsdienst-holz.de
   Aktuelles zum Holzbau. Veranstaltungen, Newsletter, Downloads aller Publikationen, Dokumentationen guter Holzbauten.

2. **Die Publikationen**
   Mehr als 70 Schriften zu Entwurf und Konstruktion, Tragwerksplanung, Baustoffen und Bauphysik oder über prämierte Holzbau-Architektur.

3. **Die Fachberatung Holzbau**
   Individuelle Hilfe beim Planen und Bauen mit Holz, neutral und kostenfrei.
   Werktags von 9 bis 16 Uhr
   Tel. 030 577 019 95
   fachberatung@informationsdienst-holz.de

Mitwirkung ist gefragt!

Der INFORMATIONSDIENST HOLZ wird vom Informationsverein Holz e.V. getragen. Als Mitglied erhalten Sie alle neuen Veröffentlichungen per Post in gedruckter Form. Sie sind interessiert?

Hier gibt es nähere Auskunft:

Informationsverein Holz e.V. – Tel. 0211 966 55 80
info@informationsvereinholz.de

Die Fachberatung Holzbau übernimmt das Holzbau Deutschland-Institut e.V.
www.institut-holzbau.de

HOLZBAU DEUTSCHLAND INSTITUT

FAQs

Was Sie schon immer über Bauen mit Holz wissen wollten

Über das Bauen mit Holz und über seine Bedeutung für den Klimaschutz kursieren leider auch Missverständnisse, Halbwahrheiten und Unwahrheiten. Dabei sind die Zusammenhänge eigentlich nicht besonders kompliziert, sondern recht simpel. Um die Antworten auf die wichtigsten Fragen zu verstehen, braucht es kein spezielles Fachwissen, sondern nur ein wenig gesunden Menschenverstand.

Wie klimafreundlich ist Bauen mit Holz tatsächlich?

Holz setzt bei seiner Entstehung keine großen Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2) frei, sondern bindet große Mengen CO_2. Denn Holz wird nicht künstlich mit sehr hohen Temperaturen hergestellt, sondern wächst auf natürliche Art und Weise durch Photosynthese. Zwar braucht auch Holz für sein Wachstum Energie, doch die stammt zu 100 % von der Sonne. Ein Baum „atmet“ große Mengen CO_2 ein, zerlegt es mithilfe von Sonnenlicht, bindet den Kohlenstoff (C) in seine Zellstruktur ein und „atmet“ große Mengen Sauerstoff (O_2) aus. Wenn das Holz verrottet oder verbrennt, dann wird die Menge CO_2, die vorher gebunden wurde, wieder freigesetzt. Für den Klimaschutz ist jedoch wichtig, dass das CO_2 lange gebunden bleibt. Das geschieht beim Bauen mit Holz – zwar nicht für ewig, aber für Jahrzehnte bis Jahrhunderte. Und diese Zeitspanne ist entscheidend, denn es gilt, den Anstieg des CO_2 in unserer Erdatmosphäre so schnell wie möglich und so stark wie möglich zu bremsen – sonst haben unsere Ökosysteme nicht genug Zeit, sich anzupassen, und kollabieren.

WEITERE INFOS

Fördergesellschaft des Zimmerer- und Holzbaugewerbes (FGZH)
Klimagerechtes Bauen
Januar 2018
www.stopco2.jetzt

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) / Holger König
Lebenszyklusanalyse von Wohngebäuden
Januar 2018
www.t1p.de/q5xy

Was ist eine Lebenszyklusanalyse?

Lebenszyklusanalysen untersuchen die gesamte Lebensdauer eines Gebäudes: von der Herstellung seiner Baumaterialien bis zu seinem Abriss und der Entsorgung seiner Baumaterialien. Meist betrachten sie die Kosten, den Energiebedarf und die CO_2-Emissionen. Die Berechnungsmethodik ist genormt. Als Lebensdauer ist immer 50 Jahre anzunehmen – auch wenn Gebäude bei allen üblichen Bauweisen normalerweise deutlich länger halten. Solche Untersuchungen sind deshalb sinnvoll, weil Gebäude immer in Mischbauweise errichtet werden. Auch Holzgebäude brauchen z. B. Fundamente und Bodenplatten aus Stahlbeton, Fenster aus Glas und noch sehr viele andere Materialien. Deshalb lässt sich die für den Klimaschutz relevante CO_2-Ersparnis durch Bauen mit Holz nicht pauschal angeben, sondern muss immer wieder neu errechnet werden.

Warum fällt in Lebenszyklusanalysen die CO_2-Einsparung durch Bauen mit Holz oft relativ gering aus?

Grundsätzlich gilt: Je höher der Holzanteil, desto mehr CO_2 wird eingespart. Lebenszyklusanalysen haben allerdings ihre Tücken und führen Laien leicht in die Irre: Betrachtet man nämlich nur das Endergebnis der CO_2-Bilanzierung, sieht es tatsächlich so aus, als ob das verbaute Holz gar keinen großen Unterschied ausmacht. Doch das täuscht. Denn die aktuell vorgeschriebene Berechnungsmethode schreibt fest, dass das Holz nach dem Abriss des Gebäudes komplett verbrannt und damit das in ihm gebundene CO_2 freigesetzt wird. Dass dies dann in der Realität tatsächlich so geschehen wird, ist jedoch spekulativ und eher unwahrscheinlich. Nur weil heute das Holz oft verbrannt wird, heißt das noch lange nicht, dass dies auch in einem halben Jahrhundert so sein wird. Die technischen Möglichkeiten zum Wiederverwerten und Recyceln entwickeln sich weiter. Vor allem aber blendet das Endergebnis der CO_2-Bilanzierung einen ganz wichtigen Aspekt völlig aus: die Zeit. Die Klimaerwärmung muss so schnell wie möglich so stark wie möglich gebremst werden, damit unsere Ökosysteme Zeit haben, sich anzupassen – sonst kollabieren sie. Bauen mit Holz bedeutet, große Mengen CO_2 sofort einzusparen!

Wo lässt sich mehr CO_2 einsparen: beim Heizen oder beim Bauen?

Lebenszyklusanalysen von drei Geschosswohnungsbauten (siehe: FGZH, Klimagerechtes Bauen, S. 8–15) zeigten: Nach 50 Jahren Nutzung weisen die in Holzbauweise errichteten Gebäude selbst bei CO_2-intensivem Heizen mit Gas immer noch eine bessere CO_2-Bilanz auf als in mineralischer Bauweise errichtete, ansonsten aber identische Gebäude bei CO_2-freiem Heizen. Die großen CO_2-Einsparpotenziale liegen also kurz- und mittelfristig beim Baumaterial und nicht beim Heizen.

Wie wirtschaftlich ist es, CO_2 durch Bauen mit Holz zu reduzieren?

Beim Klimaschutz bedeutet Wirtschaftlichkeit: ein gutes Verhältnis von Kosten und CO_2-Einsparung. Die CO_2-Vermeidungskosten drücken aus, wie viel CO_2 sich pro Euro einsparen lässt. Bei der Betrachtung der Bauweisen bedeutet dies: Die Mehrkosten der Holzbauweise gegenüber der mineralischen Bauweise sind durch die damit eingesparte CO_2-Menge zu dividieren. Bei Lebenszyklusanalysen von drei Geschosswohnungsbauten (siehe: FGZH, Klimagerechtes Bauen, S. 16–25) zeigte sich: Die CO_2-Vermeidungskosten von Bauen mit Holz sind deutlich niedriger als die bei der Stromerzeugung, wenn Kohle durch Photovoltaik ersetzt wird. Bauen mit Holz gehört also zu den wirtschaftlichsten CO_2-Vermeidungsmaßnahmen.

Wie zielführend ist es, CO_2 durch Bauen mit Holz zu reduzieren?

Lebenszyklusanalysen von drei Geschosswohnungsbauten (siehe: FGZH, Klimagerechtes Bauen, S. 26–35) zeigten: Bei der Errichtung von Wohnungen in Holzbauweise wird pro Bewohner so viel CO_2 vermieden und gebunden, wie dieser Bewohner als Passagier bei 30 bis 60 Hin- und Rückflügen von München nach Mallorca freisetzen würde. Vergleiche mit CO_2-Emissionen des Autofahrens und der Ernährung zeigen: Wohnen in einem Holzgebäude bedeutet, bereits bei der Gebäudefertigstellung so viel CO_2 vermieden zu haben, wie sich durch konsequenten Verzicht in diesen beiden Konsumbereichen erst über einen langen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten vermeiden ließe.

Ist die Kompensation der CO_2-Emissionen durch CO_2-Bindung nicht eine moderne Version des mittelalterlichen Ablasshandels?

Die kirchliche Ablasspraxis war ein rein symbolischer Tausch. Die Grundidee des im Mittelalter entwickelten Bußwesens lag darin, durch Bußleistungen ein seelisches Gleichgewicht wiederherzustellen. Um dies schnell und effizient erreichen zu können, wurden die Bußleistungen von der Verfehlung entkoppelt, quantifiziert und tauschbar gemacht. Für eine bestimmte Schuld musste man etwas Bestimmtes in einem ganz anderen Bereich tun oder unterlassen – dann war die Schuld beglichen. Bei der CO_2-Bilanzierung ist das gebundene CO_2 jedoch etwas durch und durch Reales, nichts Symbolisches. Das Binden von CO_2 reduziert das CO_2 in der Erdatmosphäre tatsächlich.

Wäre es nicht besser, unsere Wälder unter Naturschutz zu stellen?

Ohne den nachwachsenden Rohstoff Holz kann sich die Baubranche nicht in Richtung Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie entwickeln. Und für den Klimaschutz wäre es kontraproduktiv, unsere Wälder sich selbst zu überlassen, denn die Menge CO_2, die ein Baum im Lauf seines Lebens in seinem Holz bindet, wird nach seinem Absterben beim Verrotten seines Holzes wieder freigesetzt. Der natürliche Kreislauf ist ein Nullsummenspiel. Nur die Kombination aus nachhaltiger Forstwirtschaft und stofflicher Holznutzung entzieht der Atmosphäre dauerhaft große Mengen CO_2.

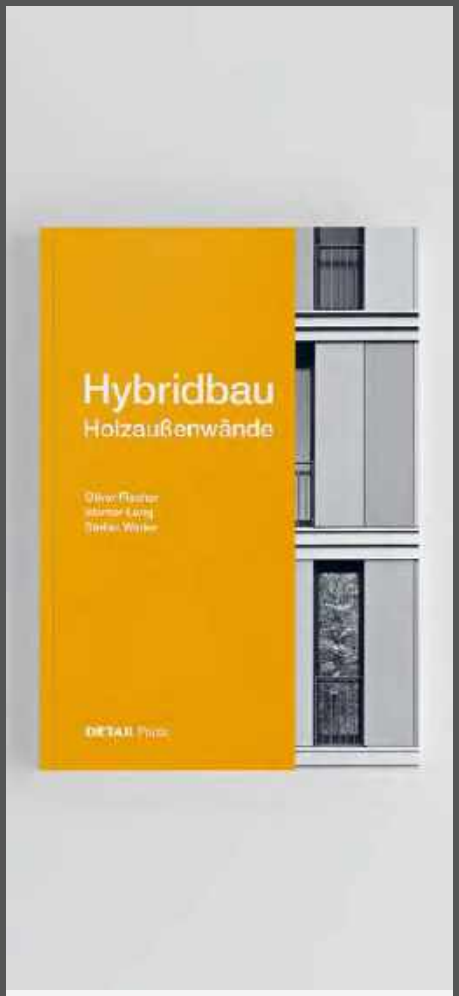
Gibt es in unseren Wäldern ausreichend Holz, um künftig mehr mit Holz zu bauen?

Wie die Bundeswaldinventuren zeigten, wuchs in unseren Wäldern immer deutlich mehr Holz als geerntet wurde. Die Klimaerwärmung allerdings setzt der einheimischen Fichte zu. Diese für den Holzbau bislang wichtigste Baumart verträgt lange Trockenperioden schlecht. Deshalb ist es sinnvoll, die riesigen Fichtenbestände rechtzeitig zu ernten und dafür robustere Baumarten nachzupflanzen. Wenn sich auf dem Holzmarkt das Angebot an Fichtenholz erhöht, sollte sich auch die Nachfrage nach Fichtenholz entsprechend erhöhen. Für den Klimaschutz wäre es am sinnvollsten, wenn sie sich durch vermehrtes Bauen mit Holz erhöht. Denn dann bleibt das im Fichtenholz gebundene CO_2 für weitere Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden. Langfristig wird auch die stoffliche Verwertung von Laubholz weiter ausgebaut, denn im Zuge des Waldumbaus – robuste Mischwälder anstelle von labilen Monokulturen – wurden in den letzten Jahrzehnten vornehmlich Laubbäume nachgepflanzt.

Was ist ökologischer: die leichtere Holzrahmenbauweise oder die schwerere Massivholzbauweise?

Diese Frage lässt sich gar nicht so einfach beantworten. Weil auch der nachwachsende Rohstoff Holz wertvoll und nicht unendlich vorhanden ist, zudem mehrere Jahrzehnte braucht, um zu wachsen, ist die materialsparende Holzrahmenbauweise durchaus sinnvoll – Stichwort: Ressourceneffizienz. Die materialintensive Massivholzbauweise ist dagegen sinnvoll, um möglichst viel des im Holz gebundenen CO_2 langfristig gebunden zu lassen – Stichwort: Klimaschutz. Letztlich geben die jeweilige Waldsituation und das damit einhergehende Angebot auf dem Holzmarkt vor, welche der beiden Alternativen zu einem bestimmten Zeitpunkt sinnvoller ist. Da jedoch aufgrund der Klimaerwärmung in den nächsten Jahrzehnten auf dem Holzmarkt mit einem erhöhten Angebot an Fichtenholz zu rechnen ist, stellt die Massivholzbauweise während dieses Zeitraums eher kein Problem dar, sondern im Gegenteil: einen sinnvollen Beitrag zur Erhöhung der stofflichen Nutzung von Fichtenholz und somit zum Klimaschutz.

Edition DETAIL



Hybridbau
Holzaußenwände

Klassischer Baustoff in flexibler Systematik: Konstruktions- und Entwurfsmethodik

- Ökoeffiziente Konstruktionen durch optimierte Kombination der Werkstoffe Holz und Beton
- Wirtschaftliche Bauweise mit hohem Vorfertigungsgrad und kurzen Bauzeiten
- Ausführliche Anschlussdetails (im Maßstab 1:5)

August 2019
Werner Lang,
Stefan Winter (Hrsg.)
96 Seiten
Format 21 × 29,7cm
Hardcover
ISBN: 978-3-95553-478-3

EUR 52,90
CHF 79,–

Weitere Titel zum Baustoff Holz unter
→ detail.de/shop

Kommunale Bauprojekte 2016–2019

Beispiele aktueller Holzbaukultur

In den letzten Jahren wurden in Bayern wieder zahlreiche kommunale Bauprojekte in Holzbauweise realisiert: vor allem Kitas, aber auch Schulen, Jugendzentren, Sporthallen, Kulturzentren und Verwaltungsgebäude. Und auch bei vielen Sanierungen erhielten zahlreiche Gebäude neue Fassaden aus vorgefertigten Holzelementen. Im Folgenden eine kleine Auswahl von 59 Beispielen. Geordnet sind sie nach Postleitzahl – das erleichtert bei Besichtigungstouren die Auswahl und Routenplanung.


Foto: su und z Architekten

PAVILLON FÜR KINDER

„Die sorgfältige Planung zeigt vorbildlich, wie Gartenpavillons jenseits jeder Baumarktästhetik gestaltet werden können“, lobte die Jury beim Holzbaupreis Bayern 2018.

Standort: 80469 München
Bauherr: Landeshauptstadt München
Planung: su und z Architekten
www.suundz.de
Fertigstellung: 2015


Foto: Roland Weegen

WOHNEN AM DANTEBAD

Das über einem Schwimmbad-Parkplatz errichtete Gebäude ruht auf einer aufgeständerten Betonplattform. Der hohe Vorfertigungsgrad ermöglichte eine äußerst kurze Bauzeit.

Standort: 80637 München
Bauherr: Städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG
Planung: Nagler Architekten
www.nagler-architekten.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Iann Averwerser

WASSERRETTUNGSSTATION

Am Lerchenauer See wächst aus dem Hang ein geschosshoher Betonsockel, der die Bootsgarage beherbergt. Auf ihm ruht die in Holzrahmenbauweise errichtete Wachstation.

Standort: 80995 München
Bauherr: Landeshauptstadt München
Planung: Kunze Seeholzer Architekten
www.kunze-seeholzer.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Achim Füllemann

KINDERKRIPPE AM KRAYWEG

Da das Gebäude ökologisch und gesund sein sollte, kam für Wände und Decken leimfreies Dübelholz aus Weißtanne zum Einsatz. Auch die Fassadenschalung besteht aus Weißtanne.

Standort: 80999 München
Bauherr: Landeshauptstadt München
Planung: Füllemann Architekten
www.fuellemann-architekten.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Matthias Kestel

HAUS FÜR KINDER HOLTZENDORFF-STRASSE

Die archetypische Hausform wird durch die warme Fichtenholzschalung an den Giebelseiten und das Fortführen der kühlen Alu-Deckung des Dachs an den Traufseiten betont.

Standort: 81549 München
Bauherr: Landeshauptstadt München
Planung: Stieglmeier Architekten
www.stieglmeier-architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Günther Hartmann

ÖKOLOGISCHES WOHNEN

Die städtische Wohnanlage in der Ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park umfasst 57 Wohnungen in Holz-Beton-Hybridbauweise und eine große Kita im Erdgeschoss.

Standort: 81927 München
Bauherr: Städtische Wohnungsgesellschaft GWG
Planung: Rapp Architekten
www.rapparchitekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Manuel Oka

MENSA FRITZ-LUTZ-GRUNDSCHULE

Aufgrund der Enge des Grundstücks musste das Gebäude 2-geschossig werden. Durch den hohen Vorfertigungsgrad des Holz-Stahl-Hybridbaus dauerte die Bauzeit nur kurz.

Standort: 81929 München
Bauherr: Landeshauptstadt München
Planung: Schankula Architekten
www.schankula.com
Fertigstellung: 2015


Foto: Martin Förtsch

ERWEITERUNG GRUNDSCHULE OBERHACHING

Die denkmalgeschützten Schulgebäude erhielten einen Anbau für die Mittagsbetreuung sowie einen Neubau für Mensa und Werkräume in Leichtbauweise mit viel Glas und Holz.

Standort: 82041 Oberhaching
Bauherr: Gemeinde Oberhaching
Planung: Lichtblau Architekten
www.lichtblau-architekten.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Quirin Leppert

PATER-RUPERT-MAYER-SCHULZENTRUM

Der Neubau einer Grundschule, eines Kindergartens und einer Kinderkrippe erhielt Außenwände aus Brettsperrholz- und Holzrahmenbauelementen, mit Weißtanne verschalt.

Standort: 82049 Pullach
Bauherr: Erzdiözese München-Freising
Planung: Balda Architekten
www.balda-architekten.de
Fertigstellung: 2017


Foto: Pollok + Gonzalo Architekten

KINDERHAUS ST. NIKOLAUS

Bei dem in Hybridbauweise errichteten Gebäude führten das kompakte Volumen, die gute Wärmedämmung und die Haustechnik zu einer Unterschreitung des Passivhausniveaus.

Standort: 82110 Germering
Bauherr: Stadtkirche Germering / Stadt Germering
Planung: Pollok + Gonzalo Architekten www.pollok-gonzalo.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Julia Schambeck

HAUS FÜR KINDER GILCHING

Das in Massivholzbauweise errichtete Gebäude beherbergt im EG eine Kinderkrippe und im OG einen Kindergarten. Von einem breiten Balkon führen zwei Treppen in den Garten.

Standort: 82205 Gilching
Bauherr: Gemeinde Gilching
Planung: Hirner & Riehl Architekten www.hirnerundriehl.de
Fertigstellung: 2015


Foto: Jens Weber & Orla Connolly

MONTESSORI-SCHULE GILCHING

Die Holzbauweise ist Ausdruck eines verantwortungsvollen Ressourceneinsatzes. Das sichtbare Tragwerk lässt sich als „Regal“ z. B. zum Sitzen oder als Stauraum nutzen.

Standort: 82205 Gilching
Bauherr: Montessori-Fördergemeinschaft Gilching e. V.
Planung: Schürmann Dettinger Architekten www.schuermann-dettinger.de
Fertigstellung: 2017


Foto: Stefan Dinkel

SANITÄRGEBÄUDE JUGENDZELTPLATZ

Preislich musste das Gebäude mit Containerlösungen konkurrieren. Und es zeigte sich, dass die Holzbauweise dies kann, dabei aber architektonisch weit überlegen ist.

Standort: 82291 Mammendorf
Bauherr: Landkreis Fürstenfeldbruck
Planung: S+P Dinkel Architektur www.s-p-dinkel.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Achim Füllemann

KINDERHAUS & SPORTHALLE CARL-ORFF-SCHULE

Die Ergänzungsbauten der Carl-Orff-Schule sind in Hybridbauweise aus Stahlbeton und leimfreiem Massivholz errichtet. In die Holzfassade sind Klanghölzer integriert.

Standort: 82346 Andechs-Erling
Bauherr: Gemeinde Andechs
Planung: Füllemann Architekten www.fuellemann-architekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: bharchitekten

SANIERUNG GYMNASIUM WEILHEIM

Im Rahmen seiner Generalsanierung erhielt das 1970-Jahre-Gebäude eine neue, hochwärmegedämmte Fassade. Die besteht aus vorgefertigten Holzrahmenbauelementen.

Standort: 82362 Weilheim
Bauherr: Landratsamt Weilheim-Schongau
Planung: bharchitekten
www.bharchitekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Bez. Oberbayern/Archiv FLM Glentleiten/Inanger

EINGANGSGEBÄUDE FREILICHTMUSEUM GLENTLEITEN

Das lange Dach und die simplen Holzfassaden erinnern an die landwirtschaftlichen Bauten der Region. Die innere Struktur ist flexibel und für diverse Funktionen nutzbar.

Standort: 82444 Schlehdorf
Bauherr: Bezirk Oberbayern
Planung: Nagler Architekten
www.nagler-architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Marius Ballasus

MODEST-MITTERHUBER-SENIORENWOHNEN

Die 16 Wohneinheiten mit Gemeinschaftshaus wurden in Holzrahmenbauweise errichtet und erhalten durch die einheitliche Holzfassade eine ruhige und natürliche Anmutung.

Standort: 83135 Schechen
Bauherr: Gemeinde Schechen
Planung: Deppisch Architekten
www.deppischarchitekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Simon Sommer Fotografie

KITA FROSCHHAM

Das Holz-Beton-Hybridgebäude besitzt einen Umgang aus Holz, der als Fluchtbalkon, Spielfläche und Verschattungselement dient. Die Materialien sind naturbelassen.

Standort: 83435 Bad Reichenhall
Bauherr: Stadt Bad Reichenhall
Planung: Härtner Ito Architekten
www.hiarc.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Julia Schambeck

KINDERLAND HOLZKIRCHEN

Die Gestalt des Massivholzgebäudes ist aus dem Ortscharakter abgeleitet: aus den Silhouetten der Häuser und Berge. Innen sind die Dächer von unten als Hohlraum erlebbar.

Standort: 83607 Holzkirchen
Bauherr: Markt Holzkirchen
Planung: Hirner & Riehl Architekten
www.hirnerundriehl.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Beham Architekten

HAUS FÜR KINDER

Die luftige Fassadenschalung verleiht dem Gebäude seine markante, an alte Bauernhöfe erinnernde Form. In die Kubatur eingeschnitten sind mit Bäumen bepflanzte Lichthöfe.

Standort: 83679 Sachsenkam
Bauherr: Gemeinde Sachsenkam
Planung: Beham Architekten
www.beham-architekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Schürmann Dettinger Architekten

ERWEITERUNG ANTON-WEILMAIER-SCHULE

Bei seiner Generalsanierung erhielt das sonderpädagogische Förderzentrum einen Ergänzungsbau in Massivholzbauweise. Das Holz sorgt für eine wohnliche Atmosphäre.

Standort: 83734 Hausham
Bauherr: Landratsamt Miesbach
Planung: Schürmann Dettinger Architekten
www.schuermann-dettinger.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Peter Litvai

KINDERKRIPPE GLÜCKSPILZ

Der Erweiterungsbau gliedert sich im Südwesten am Bestandsbau an. Wegen der kürzeren Bauzeit und aus ökologischen Gründen wurde er in Holzrahmenbauweise ausgeführt.

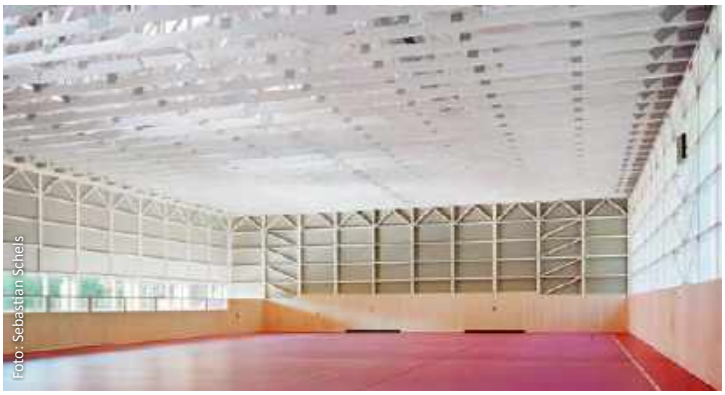
Standort: 84051 Essenbach-Ohu
Bauherr: Markt Essenbach
Planung: Nadler Sperk Reif Architekten
www.nadler-sperk.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Antje Hanebeck

MONTESSORI-SCHULE NEUÖTTING

Die eingeschossige Randbebauung um einen großen Innenhof macht diesen für alle Klassen zugänglich. Die Holzfassade verleiht dem strengen Gebäude eine warme Ausstrahlung.

Standort: 84524 Neuötting
Bauherr: Montessori-Verein Unterneukirchen
Planung: Studio Lot, www.studiolot.de / Mißberger+Wiesbauer Architekten
www.mw-architekten.com
Fertigstellung: 2016


Foto: Sebastian Schels

SPORTHALLE HAIMING

Aufgrund seiner „Tendenz zum Rohen, zum Sparsamen, bei gleichzeitig maximal ästhetischer Verfeinerung“ verlieh die Jury dem Gebäude den Deutschen Holzbaupreis 2017.

Standort: 84533 Haiming
Bauherr: SV Haiming / Gemeinde Haiming
Planung: Almannai Fischer Architekten
www.almannai-fischer.de / Ingenieurbüro Harald Fuchshuber
Fertigstellung: 2016


Foto: Gerhard Nixdorf

KINDERGARTEN WALDFÜCHSE

Keinen Bauwagen sollte es geben, sondern ein behagliches Häuschen. Der „Fuchsbau“ erreicht sogar Passivhausstandard und hat außen und innen sichtbare Holzoberflächen.

Standort: 84558 Kirchweidach
Bauherr: Gemeinde Kirchweidach
Planung: Passivhaus Gruber
www.holzbau-gruber.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Sebastian Schels

SCHULZENTRUM ODELZHAUSEN

Die beiden Baukörper der Grund-, Mittel- und Realschule sind durch eine tageslichtdurchflutete Halle verbunden. Die Holzoberflächen bleiben größtenteils sichtbar.

Standort: 85235 Odelzhausen
Bauherr: Zweckverband Schulen Odelzhausen
Planung: Schankula Architekten
www.schankula.com
Fertigstellung: 2019 (1. Bauabschnitt)


Foto: Felix Meyer

KITA WETTERSTEIN

Holz dominiert sowohl konstruktiv als auch im Ausbau. Die Weißtannen-Oberflächen sorgen für eine sanfte, beruhigende Atmosphäre und im Inneren für ein gesundes Raumklima.

Standort: 85354 Freising
Bauherr: Stadt Freising
Planung: Bär Stadelmann Stöcker Architekten
www.bss-architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Julia Schambeck

KINDERHAUS DIE WOLPERDINGER

Die Oberflächen aus Weißtanne sorgen für eine kindgerechte Atmosphäre. Das Massivholzgebäude wurde unter anderem beim Bundeswettbewerb HolzbauPlus 2016 ausgezeichnet.

Standort: 85435 Erding
Bauherr: Große Kreisstadt Erding
Planung: Hirner & Riehl Architekten
www.hirnerundriehl.de
Fertigstellung: 2015


Foto: Julia Schambeck

GRUNDSCHULE LANGENPREISING

Die moderne Lernlandschaft befindet sich in einem großvolumigen Baukörper mit traditionellem Satteldach. Der Massivholzbau besitzt eine markante, farbige Holzfassade.

Standort: 85465 Langenpreising
Bauherr: Gemeinde Langenpreising
Planung: Hirner & Riehl Architekten
www.hirnerundriehl.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Florian Holzherr

KINDER- & JUGENDPSYCHIATRIE HAAR

Das Holz-Beton-Hybridgebäude erfüllt den Green-Hospital-Standard. Es öffnet sich zum rückwärtigen Park, was die Therapien unterstützt.

Standort: 85540 Haar
Bauherr: kbo-Heckscher-Klinikum gGmbH
Planung: Sander Hofrichter Architekten
www.a-sh.de / H2M Architekten
www.h2m-architekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Sorin Morar

KINDERGARTEN ST. CHRISTOPHORUS

Der Ersatzneubau wurde in Brettsperrholzbauweise mit sichtbaren Holzoberflächen errichtet. Hohe Fenster sorgen für eine intensive Blickbeziehung zum Grün des Gartens.

Standort: 85579 Neubiberg
Bauherr: Gemeinde Neubiberg
Planung: Hirner & Riehl Architekten
www.hirnerundriehl.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Jürgen Krall, www.krall-photographie.de

AUFSTOCKUNG MITTELSCHULE KIRCHSEEON

Das Bestandsgebäude wurde vertikal um ein neues Geschoss erweitert. Durch den Einsatz vorgefertigter Brettsperrholzelemente war dies bei laufendem Schulbetrieb möglich.

Standort: 85614 Kirchseeon
Bauherr: Markt Kirchseeon
Planung: Venus Architekten
www.venus-architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Eckhart Matthäus, www.em-foto.de

KITA REGENBOGEN

Ökologisch sollte das Gebäude sein. Deshalb erhielt es innen Massivholzelemente mit unbehandelten Oberflächen, außen Holzrahmenbauelemente mit markanten Holzleisten.

Standort: 86356 Neusäß
Bauherr: Ev. Kirchengemeinde Emmaus
Planung: Hiendl Schineis Architekten-partnerschaft
www.hiendlschineis.com
Fertigstellung: 2015


Foto: Peters Fotodesign

SPORTHALLE STADTBERGEN

Das innovative Dachsystem aus 18 Brettschichtholz-Doppelbindern, Querrippen und Mehrschichtplatten war innerhalb von drei Tagen montiert und wasserdicht geschlossen.

Standort: 86391 Stadtbergen
Bauherr: Stadt Stadtbergen
Planung: F64 Architekten
www.f64architekten.de
Fertigstellung: 2015


Foto: Lothar Reichl

KINDERHAUS ZUR HEILIGEN FAMILIE

Holz kam sowohl konstruktiv als auch zum Bekleiden der Oberflächen zum Einsatz: außen als vorbewitterte Lärchenholzschalung, innen als 3-Schicht-Platten aus Lärche.

Standort: 86565 Gachenbach-Weilach
Bauherr: Gemeinde Gachenbach
Planung: Hain-Fischer Architekten
www.hain-fischer.de
Fertigstellung: 2017


Foto: Rainer Retzlaff

KINDERKRIPPE WIGGENSBACH

Das Gebäude wurde vorwiegend in Massivholzbauweise mit leimfreiem Dübelholz errichtet. Im Inneren sorgen sichtbare Weißtannen-Oberflächen für Wärme und Geborgenheit.

Standort: 87487 Wiggensbach
Bauherr: Markt Wiggensbach
Planung: F64 Architekten
www.f64architekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Rainer Retzlaff

KINDERKRIPPE WALTENHOFEN

Die Holzbauweise gewährleistete eine kurze Bauzeit, regionale Wertschöpfung sowie eine warme und gesunde Raumatmosphäre. Das Holz kam aus dem gemeindeeigenen Wald.

Standort: 87488 Waltenhofen
Bauherr: Gemeinde Waltenhofen
Planung: F64 Architekten
www.f64architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Nicolas Felder

GRÜNES ZENTRUM IMMENSTADT

Die prägnante Kubatur des Verwaltungsgebäudes wird durch die lebhafte Fassade interessant. Das Spiel mit Licht und Schatten setzt das Material Holz elegant in Szene.

Standort: 87509 Immenstadt
Bauherr: Landkreis Oberallgäu
Planung: F64 Architekten
www.f64architekten.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Rainer Retzlaff

FAMILIENZENTRUM ST. MAGNUS

Die Erweiterung des Kindergartens erfolgte überwiegend in Holzbauweise. Die horizontale Verschalung mit Holzleisten sorgt für ein einheitliches Erscheinungsbild.

Standort: 87616 Marktoberdorf
Bauherr: Stadt Marktoberdorf
Planung: F64 Architekten
www.f64architekten.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Z-Studios

KITA BÄRENHÖHLE

Das Gebäude ist in Holzrahmenbauweise ausgeführt und außen verputzt. Im Inneren sorgt ein mobiles Trennwandsystem dafür, dass die Räume flexibel genutzt werden können.

Standort: 89231 Neu-Ulm
Bauherr: Stadt Neu-Ulm
Planung: Bauamt / Gumpp & Maier
www.gumpp-maier.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Stadt Nürnberg – Hochbauamt

2 KINDERHORTE IN SYSTEMBAUWEISE

Die nahezu identischen Gebäude konnten durch die Holz-Systembauweise viel schneller errichtet werden als in Massivbauweise und erreichen zudem Passivhausstandard.

Standorte: 90427/90475 Nürnberg
Bauherr: Stadt Nürnberg
Planung: Hochbauamt /
Ulrich+Ulrich Architekten
www.ulrich-architekten.de
Fertigstellung: 2017


Foto: Oliver Heinl Fotografie

GOLDSCHLÄGERHALLE

Die Sportlerebene ist eingegraben, die Zuschauerebene ebenerdig als „gläserner Pavillon“ ausgeführt. V-Stützen und lange Leimbinder geben ihm ein markantes Aussehen.

Standort: 91126 Schwabach
Bauherr: Stadt Schwabach
Planung: Heydorn Eaton Architekten
www.heydorneaton.de
Fertigstellung: 2015


Foto: BSS Architekten

KITA ST. FRANZISKUS

In dem Massivholzgebäude ist das Holz innen und außen sichtbar. Dies spiegelt das ökologische Zukunftskonzept der Stadt wider und unterstützt die pädagogischen Ansätze.

Standort: 92339 Beilngries
Bauherr: Stadt Beilngries
Planung: Bär Stadelmann Stöcker
Architekten
www.bss-architekten.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Erich Spahn

BAUHOF SENGENTHAL

Sein großes, markantes Dach verleiht dem Gebäude eine prägnante Gestalt und schlichte Eleganz. Den Bundeswettbewerb HolzbauPlus gewann es in der Kategorie „Gewerbebau“.

Standort: 92369 Sengenthal
Bauherr: Gemeinde Sengenthal
Planung: Kühnlein Architektur
www.kuehnlein-architektur.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Michael Christian Peters

SPORTHALLE RÖTZ

Das Gebäude ist aus regionalem Holz errichtet. Die Wand- und Dachelemente wurden während der Wintermonate vorgefertigt und dann auf der Baustelle in kurzer Zeit montiert.

Standort: 92444 Rötz
Bauherr: Stadt Rötz
Planung: Architekturbüro Dieter Brüggemann
www.architekt-db.de
Fertigstellung: 2016


Foto: Erich Spahn

ERWEITERUNG KINDERGARTEN ST. BARBARA

Bei der Generalsanierung des 1970er-Jahre-Gebäudes wurden seine nicht nutzbaren Pultdächer abgetragen und durch ein neues Geschoss in Holzbauweise ersetzt.

Standort: 93151 Hemau
Bauherr: Stadt Hemau
Planung: Schretzenmayr Architekten
www.schretzenmayr-architekten.de
Fertigstellung: 2017


Foto: Herbert Stolz

KINDERHAUS ST. MARKUS

Hinter einem Massivbau befindet sich die in Holzbauweise errichtete Kita. Jede Gruppe hat ein eigenes „Häuschen“ mit Pultdach, innen mit sichtbaren Holzoberflächen.

Standort: 93161 Sinzing
Bauherr: Gemeinde Sinzing
Planung: Pure Gruppe
www.puregruppe.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Schnabel + Partner Architekten

KINDERGARTEN ST. RAPHAEL

Der Anbau dient zur Erschließung und Verbindung der Bestandsbauten. Die Wände und Decken sind in Brettstapelbauweise ausgeführt, die Fassade erhielt eine Holzschalung.

Standort: 93179 Brennberg
Bauherr: Gemeinde Brennberg
Planung: Schnabel + Partner Architekten
www.schnabel-partner.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Ingo Knott, Stadt Abensberg

ERWEITERUNG FRIDOLINS KINDERNEST

Für eine zusätzliche Gruppe erhielt der Kindergarten aus den 1990er-Jahren einen Anbau. Der ist kindgerecht gestaltet und in leimfreier Massivholzbauweise ausgeführt.

Standort: 93326 Abensberg-Sandharlanden
Bauherr: Stadt Abensberg
Planung: Planungsbüro Simon Beis
www.abensberger-holz100-haus.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Stefan Müller-Naumann

KINDERGARTEN ST. LAURENTIUS

„Die Sichtflächen geben viel Wärme und bestechen durch klare und präzise Detaillierung“, lobte die Jury, als sie das Gebäude mit dem Holzbaupreis Bayern 2018 auszeichnete.

Standort: 93333 Neustadt an der Donau
Bauherr: Stadt Neustadt an der Donau
Planung: Goldbrunner + Hrycyk Architekten
www.goldbrunner-architektur.com
www.hrycyk-architekten.de
Fertigstellung: 2018



Foto: Schnabel + Partner Architekten

DORFSTADL LOHBERG

Das Veranstaltungsgebäude orientiert sich in seinem Erscheinungsbild an den Scheunen der lokalen Umgebung. Sowohl außen als auch innen sind die Wände mit Holz verschalt.

Standort: 93470 Lohberg
Bauherr: Gemeinde Lohberg
Planung: Schnabel + Partner Architekten
www.schnabel-partner.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Schnabel + Partner

FEUERWEHRHAUS ZANDT

Das Erdgeschoss wurde in Stahlbetonbauweise errichtet, das Obergeschoss in Holzrahmenbauweise. Die Lärchenschalung verleiht dem Gebäude ein elegantes Aussehen.

Standort: 93499 Zandt
Bauherr: Gemeinde Zandt
Planung: Schnabel + Partner Architekten
www.schnabel-partner.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Koeberl Doeringer Architekten

AULA GRUNDSCHULE GERMANNSDORF

Die Tragkonstruktion besteht aus leimfreiem, genageltem Brettstapel-Dickholz. Die Innenwände haben Oberflächen aus Tanne, die Außenwände eine Lärchenschalung.

Standort: 94051 Hauzenberg-Germannsdorf
Bauherr: Stadt Hauzenberg
Planung: Koeberl Doeringer Architekten
www.koeberl-doeringer.com
Fertigstellung: 2016



KINDERGARTEN ST. MAGDALENA

Den Bedürfnissen der Kinder nach Wärme und Geborgenheit entsprechend, wurde das Gebäude in Holzrahmenbauweise errichtet. Es lässt sich in beide Richtungen erweitern.

Standort: 94116 Hutthurm
Bauherr: Markt Hutthurm
Planung: gs Architekten
www.gs-architekten.com
Fertigstellung: 2018


Foto: Marcel Peda

LANDRATSAMT PASSAU

Zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung und zum Schutz des Klimas wurde das Verwaltungsgebäude für 160 Mitarbeiter in Holzbauweise mit Passivhausstandard ausgeführt.

Standort: 94121 Salzweg
Bauherr: Landkreis Passau
Planung: Architekturbüro Bert Reiszky
www.reiszky-architekten.de
Fertigstellung: 2015


Foto: Koeberl Doeringer Architekten

ERWEITERUNG KITA ST. MARIA

„Spielen unter der Blumenwiese“ lautete das Motto des in Massivholz- und Holzrahmenbauweise errichteten Gebäudes. Das leicht geneigte Dach ist begrünt und kragt weit aus.

Standort: 94508 Schöllnach
Bauherr: Markt Schöllnach
Planung: Koeberl Doeringer Architekten
www.koeberl-doeringer.com
Fertigstellung: 2018



Foto: Felix Fotodesign

INFOZENTRUM EPPRECHTSTEIN

Der Ausstellungspavillon empfängt die Besucher des begehbaren „Granitlabyrinths“. Die filigrane Holzarchitektur bildet einen spannenden Kontrast zum harten Stein.

Standort: 95158 Kirchenlamitz
Bauherr: Stadt Kirchenlamitz
Planung: Kuchenreuther Architekten
Stadtplaner
www.kuchenreuther-architekt.de
Fertigstellung: 2019


Foto: Gerhard Hagen

KITA ST. OTTO

Durch das Aufgliedern in aneinandergereihte Häuschen mit begrünten Satteldächern ließ sich das Gebäude gut an den Hang anpassen. Und im Inneren entstanden spannende Räume.

Standort: 96138 Burgebrach
Bauherr: Markt Burgebrach
Planung: Jäcklein Architekten
www.jaecklein.de
Fertigstellung: 2018


Foto: Thomas Dix

GRÜNDERLABOR CUBE

„Ein signifikantes Gebäude von hoher architektonischer Qualität. Nichts ist zu viel und nichts zu wenig“, lobte die Jury und verlieh ihm den Deutschen Holzbaupreis 2019.

Standort: 97074 Würzburg
Bauherr: Stadt Würzburg
Planung: TU Darmstadt, Prof. Anett-Maud Joppien / Henne Schönau Architekten
www.henneschoenau.de
Fertigstellung: 2018

www.erlus.com

ERLUS

Qualität aus Deutschland

DIE DACHZIEGEL EXPERTEN FÜR FLACH GENEIGTE DÄCHER!

NEU



Ergoldsbacher
Karat®
RDN 16° / MDN 7°



Ergoldsbacher
E 58 RS®
RDN 16° / MDN 10°



Ergoldsbacher
Level RS®
RDN 16° / MDN 10°

ERLUS präsentiert das 3. Dachziegelmodell!

Der neue Ergoldsbacher LEVEL RS®

Perfektes Design: der Glattziegel mit klarer, kantiger Form und geradem Abschluss.
Perfekte Funktion: regensicher ab 10° Dachneigung durch seine Ringverfalzung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 5. März 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 5



www.Umweltmesse.LA
im Messepark
Eintritt frei!
täglich von 10 bis 18 Uhr
Bauen & Wohnen
Natur & Technik
Energie & Mobilität
Gesundheit & Ernährung
20.-22. März 2020

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Landrat Thomas Ebeling (Landkreis Schwandorf), Integrationsminister Joachim Herrmann, Anne Güller-Frey (MigraNet – IQ Netzwerk Bayern), Elke Reinhart (Integrationsbeauftragte Stadt Neunburg vorm Wald), Anne-Marie von Hassel (Bayerische GemeindeZeitung) und Bürgermeister Martin Birner (Stadt Neunburg vorm Wald). ❐

Fachkräfte gewinnen und erfolgreich integrieren

Bayerische Fachkräfteforen in Kelheim, Neunburg vorm Wald und Passau

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag luden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische GemeindeZeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums einmal mehr zum Bayerischen Fachkräfteforum ein. Die bayernweite Veranstaltungsreihe, die sich mit Strategien zur Gewinnung und Integration von Fachkräften befasst, nahm im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen ihren Anfang (wir berichteten) und fand nun ihre Fortsetzung in Kelheim, Paussau und in Neunburg vorm Wald. Zu dieser Veranstaltung war Bayerns Kommunal- und Integrationsminister Joachim Herrmann angereist, um mit den kommunalen Entscheidern, den betroffenen Arbeitgebern sowie den Repräsentantinnen und Repräsentanten zahlreicher involvierter Fachverbände die anstehenden Themen zu erörtern.

Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten. Das Thema Fachkräfteeinwanderung sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Integration durch Qualifizierung

Im Landratsamt Kelheim wies Landkreischef Martin Neumeyer in seiner Begrüßung darauf hin, dass den Handwerksberufen und ihren Fachkräften grundsätzlich wieder zu einem höheren Ansehen verholfen werden müsse. Im Anschluss daran stellte Anne Güller-Frey von MigraNet – IQ-Netzwerk Bayern das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ vor.

Als eines von 16 Landesnetzwerken ist MigraNet Teil von „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ und vernetzt seit 2005 relevante Organisationen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen sowie Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern. Die Landesnetzwerke werden von fünf Fachstellen begleitet, die bundesweit migrationsspezifische Themen bearbeiten. Im Freistaat bündelt MigraNet – das IQ-Netzwerk Bayern – 41 Teilprojekte mit 25 verschiedenen Netzwerkpartnern.

Wichtiger Zukunftsfaktor

Von verbesserter Integration in den Arbeitsmarkt profitieren Wirtschaft und Gesellschaft. MigraNet wird von vielen strategischen Partnern unterstützt, die das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund als wichtigen Zukunftsfaktor sehen. Zu

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerischer Städtetag:

Wachsende Bedrohung für Kommunalpolitiker

Als „alarmierend“ hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, die wachsende Zahl an Straftaten gegen Mandatsträger und Mitarbeiter in Verwaltungen charakterisiert. Gefragt seien nunmehr wirksame Hemmschwellen gegen extreme Auswüchse im Netz sowie gegen direkte Bedrohung, unterstrich Gribl bei einer Pressekonferenz in München.

Konstruktive Ansätze bieten auf bayerischer Ebene aus seiner Sicht die angestrebten vereinfachten Online-Verfahren zur Meldung von Online-Straftaten; hilfreich sei darüber hinaus die Einrichtung von festen Ansprechpartnern für Kommunalpolitiker bei den Staatsanwaltschaften. Auf Bundesebene helfe die jüngst beschlossene Verschärfung des Strafrechts (siehe Kasten). Dies öffne eine Basis für konsequentes Vorgehen.



v.l.: Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Städtetagsvorsitzender, OB Dr. Kurt Gribl. Bild: DK

Eine nicht-repräsentative Online-Umfrage des Bayerischen Städtetags, an der sich rund ein Viertel der knapp 300 Mitglieder beteiligte, hat gezeigt, wie wichtig es den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist, dass Ermittlungsbehörden Vorfälle verfolgen. Zahlreiche Mandatsträger heben lobend hervor, dass Ermittlungsbehörden Beleidigungen und Übergriffe inzwischen ernster nehmen. Allerdings gibt es laut Gribl vereinzelt immer noch Erfahrungen mit Ermittlungsbehörden, die verständnislos reagieren und signalisieren, dass Mandatsträger eben Beleidigungen oder Schmähungen aushalten müssten. Einige Bürgermeister berichten von Erfahrungen mit Polizei-Inspektionen, die kaum ermitteln. Und laut den Praxisberichten aus der Umfrage wurden die meisten Verfahren bislang von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Konkrete Berichte

Konkret berichten 80 Prozent der Bürgermeister von Beleidigungen per Brief, E-Mail und in Sozialen Medien. Beleidigungen bzw. Bedrohungen im persönlichen Kontakt erfuhren 65 bzw. 33 Prozent. Anonymen Bedrohungen waren 44 Prozent auf Papier oder per E-Mail und 28 Prozent in Sozialen Medien ausgesetzt.

Gewaltandrohungen erfuhren 32 Prozent, körperliche Übergriffe zwölf Prozent und 19 Prozent wurden sogar mit dem Tode bedroht. 14 Prozent der Bürgermeister meldeten die Beschädigung von Eigentum (Auto, Privathaus). 64 Prozent der bayerischen Bürgermeister gaben zudem an, dass auch Beschäftigte in ihrer Verwaltung Opfer von Beleidigungen oder Angriffen geworden seien.

Aus Sicht des Städtetags zeigt die Umfrage, was sich im Netz unter dem Deckmantel der Anonymität entwickelt hat. Bislang aber seien nach Hassbotschaften die Ermittlungen nur zu oft im Sande verlaufen. Nach Gribls Überzeugung „ist dies kein Problem der Polizei, sondern ein Problem der Masse“.

Kommunalpolitiker, so der Verbandschef, erwarteten ein konsequentes Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaften, weshalb die Ermittlungsbehörden wirkungsvolle Instrumente benötigten. Gribls Appell an die Kommunalpolitik: „Beleidigungen und Übergriffe dürfen nicht einfach hingenommen werden, sondern müssen konsequent zur Anzeige kommen.“ Laut Umfrage hat nur rund die Hälfte der Befragten im Falle von Beleidigungen, Bedrohungen und Gewaltandrohungen Anzeige erstattet. Nur, wenn alle Vorfälle registriert seien, könnten Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in Verwaltungen besser geschützt werden.

Wir brauchen Menschen mit Empathie

„Wir bleiben wachsam, besonders mit Blick auf die Kommunalwahl 2020“, betonte der Städtetagschef. Kandidaten für kommunale Mandate dürften nicht zur Zielscheibe für Beleidigungen oder Übergriffe werden. „Wer engagiert sich noch für das Gemeinwesen, wenn man Gefahr

Fortsetzung auf Seite 5)



Föderaler Wettbewerb ist das Zauberwort für den Bürgermeister. Er hält nichts davon, wenn die Ewig-Gestrigen erneut das Lied vom Zentralismus zur Lösung aller Probleme anstimmen wollen. Zentrale Planung reloaded – wie in DDR-Tagen – ist ihm ein Greuel. Seite 15

Deutscher Landkreistag:

Blickpunkt Gesundheit

Die Botschaft ist klar: Nach Überzeugung des Deutschen Landkreistags müssen die Leistungen der Pflegeversicherung dringend verbessert werden. Präsident Landrat Reinhard Sager kommentierte das neue Verfahren zur Personalbemessung, wonach in Pflegeheimen ein deutlicher Personalzuwachs erforderlich sei: „Die Pflegeversicherung muss eine verbesserte Personalausstattung ebenso finanzieren wie eine bessere Entlohnung von Pflegekräften. Eine neuerliche Belastung der Pflegebedürftigen und damit auch der Hilfe zur Pflege muss ausgeschlossen werden.“

In einer Berechnung hat die Universität Bremen im Rahmen der Studie „Entwicklung eines wissenschaftlich fundierten Verfahrens zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in Pflegeeinrichtungen nach qualitativen und quantitativen Maßstäben gemäß § 113c SGB XI“ auf Grundlage von bundesweiten Durchschnittswerten für die aktuelle Personalausstattung sowie die Belegungsstruktur einen erforderlichen Personalzuwachs von 36 % errechnet (hauptsächlich Assistenzkräfte). Sager zufolge bedeutet dies, „dass wir bis zu einem Drittel mehr Assistenz- und Pflegekräfte in den Pflegeheimen bräuchten, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Wenn der Gesetzgeber das einführen will, muss er die Leistungen der Pflegeversicherung verbessern.“

Höhere kommunale Kosten

Andernfalls würden Kostensteigerungen auf die kommunalen Haushalte durchschlagen, da die vor allem von den Landkreisen finanzierte Hilfe zur Pflege für Bedürftige ergänzende Leistungen vorsehe. Aktuell bezieht ungefähr ein Drittel der fast 1 Million in Pflegeheimen betreuten Menschen ergänzende Leistungen der Sozialhilfe, weil die Zahlungen der Pflegekasse nicht ausreichen und sie im Bundesdurchschnitt um die 2.000 Euro monatlich pro Platz selbst tragen müssen.

Mehr Personal, attraktivere Gehaltsgestaltungen oder eine qualitative Verbesserung bedeuteten daher bei gleichbleibenden Zahlungen der Pflegekassen zwangsläufig höhere kommunale Kosten, stellte der DLT-Präsident fest. „Und das im Rahmen der Sozialhilfe, die nur im Notfall ergänzend einspringen soll. So würden die Kommunen einmal mehr zu Ausfallbürgen eines vorgelagerten Sicherungssystems, das nicht auf der Höhe der Zeit ist. Die Leistungen der Pflegeversicherung

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Alternativen zum Mietenstopp 2
Wahlhelferversicherung hat sich bewährt 2
Informationen zum Thema Corona-Virus . . . . . 2 - 5
GZ-Kolumne Dr. Kemens Gsell:
Broken-windows-theory für die Politik. 3
„energie.effizienz.gewinner Kommunal 2020“ ausgezeichnet . . 3
Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung 3
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV • Straßenbeleuchtung 6
Kommunale Energiethemen . . . . . 7 - 10
GaLaBau • Kommunalfahrzeuge. . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Alternativen zum Mietenstopp

Mehr bauen, mehr fördern – aber mit welchen Instrumenten? In der Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag diskutierten die Abgeordneten über die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer oder einer dauerhaften Mietpreisbremse. Konsens herrschte darüber, dass Bauvorschriften vereinfacht werden müssten, damit Genehmigungsverfahren nicht zu lange dauern.

Natascha Kohnen (SPD) warnte vor einem Zerreißen der Gesellschaft. „Die Hälfte der Menschen in Bayern wohnt zu Miete. Doch in 162 Kommunen haben wir einen derart angespannte Wohnraumsituation, dass die Menschen Angst um ihre Existenz haben“, sagte sie. Kohnen forderte deshalb, den sozialen Wohnungsbau über die Kommunen zu fördern und deren Vorkaufsrecht zu stärken, Bauvorschriften zu vereinfachen und der Spekulation um Boden ein Ende zu bereiten. Kohnen plädierte für eine Bodenwertzuwachssteuer und ein Immobilienregister.

Ist Mietdeckel rechtskonform?

Josef Schmid (CSU) warf den Unterstützern des Volksbegehrens vor, mit dem Mietenstopp einen „populistischen Vorstoß“ hervorzubringen, der nicht wirkungsvoll sei, sondern sie in erster Linie bei der Kommunalwahl unterstützen solle. Zudem kritisierte er, sei der Mietendeckel für einen längeren Zeitraum verfassungswidrig und verhindere den Wohnungsbau, anstatt ihn zu fördern. „Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist ein Maßnahmenbündel wichtig: weniger Bürokratie, Stärkung des ländlichen Raumes, Änderungen im Steuerrecht und vor allem mehr bauen, um das Angebot zu vergrößern“, sagte Schmid. Hans Friedl (Freie Wähler) beurteilte die Rechtsgrundlage als unsicher: „Weder steht fest, ob der Mietenstopp mit dem Grundgesetz vereinbar ist, noch, wer später etwaige Mietrückstände auf einen Schlag nachzuzahlen hätte. Im schlimmsten Fall sind das all jene, die der Mietenstopp eigentlich ‚schützen‘ sollte“, warnte er.

Staatliche Förderungen und weniger Vorschriften

Kommunen, die Wohnraum schaffen, unterstützt der Freistaat mit dem bis 2025 verlängerten Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm. Und die Staatsregierung investiert selbst in den Wohnungsbau. „Die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften werden ihren Bestand in den nächsten Jahren von knapp 16.000 auf 28.500 Wohnungen erhöhen“, ergänzte Jochen Kohler (CSU). Neben dieser Förderung gelte es zudem die bayerische Bauordnung zu entschlacken. Friedl nannte unter anderem folgende Maßnahmen: Digitalisierung der Prozesse bei Baugenehmigungen sowie verbindliche Fristen, der genehmigungsfreier Dachgeschossausbau sowie moderne Verkehrskonzepte, die weniger Stellplatzfläche in Anspruch nehmen.

Anreize für Privatleute

Auch Sebastian Körber (FDP) plädierte für vereinfachte Bauvorschriften, vor allem in den Bereichen Lärm- und Brandschutz. Mehr Stellen forderte er zudem in den kleinen Bauämtern, damit Genehmigungsverfahren schneller abgewickelt werden können. Julika Sandt (FDP) betonte zudem, dass sich ihre Partei in Bayern für einen Erlass der Grunderwerbssteuer auf die erste selbst genutzte Immobilie einsetze, um einen Investitionsanreiz für Privatleute zu schaffen.

Jürgen Mistol (Bündnis 90/Die Grünen) forderte: „Der Wohnungsmarkt darf nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. Wenn Bürger das Gefühl haben, sie können sich das Grundbedürfnis Wohnen nicht mehr leisten, dann muss uns nicht wundern, dass sie auf die Straße gehen. Wir erwarten einen gut gefüllten Instrumentenkasten um bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen für alle Landesteile Bayerns.“ Für Mistol zählten dazu, die Mietpreisbremse dauerhaft zu verankern, den Mietspiegel zu reformieren, Planungssicherheit und deutlich mehr Fördergelder aus dem Haushalt des Staates bereit zu stellen. Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus seien nach Meinung der Grünen keine geeigneten Mittel. **red**

Gesundheitsministerin Huml und Innenminister Herrmann:

Erste Beratung des Corona-Virus-Krisenstabs in Bayern

Der neu eingerichtete Corona-Virus-Krisenstab Bayerns ist am Sonntag im bayerischen Gesundheitsministerium in München zum ersten Mal zusammengekommen. Die Sitzung fand unter Leitung von Gesundheitsministerin Melanie Huml und Innenminister Joachim Herrmann statt. Beteiligt an dem Krisenstab sind auch weitere bayerische Staatsministerien. Außerdem nahm der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Dr. Andreas Zapf, an den Beratungen teil.

Der Krisenstab befasste sich unter anderem mit der Frage der Risikobewertung von Großveranstaltungen. Allen lokalen Behörden und Veranstaltern wird empfohlen, unverzüglich die Prinzipien des RKI für die Risikobewertung anzuwenden.

Gesundheitsministerin Huml betonte nach der Sitzung: „Die Folge wird sein, dass manche Großveranstaltungen wie zum Beispiel Messen abgesagt oder verschoben werden. Für uns ist klar: Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Dabei sind wir natürlich in engem Kontakt mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem Robert Koch-Institut in Berlin.“

Die Einrichtung des Krisenstabes war am vergangenen Freitag beschlossen worden. Bereits mit dem Auftreten des ersten Verdachtsfalls in Bayern am 24. Januar war ein Arbeitsstab im Gesundheitsministerium gebildet worden. Es gab seitdem fast täglich gemeinsame Lagebesprechungen mit dem LGL.

Innenminister Herrmann machte am Sonntag deutlich: „Der enge Austausch im gemeinsamen Krisenstab mit dem bayerischen Gesundheitsministerium und anderen beteiligten Behörden und Organisationen ist eine wichtige Voraussetzung, um die erforderlichen Maßnahmen koordiniert abzustimmen.“

Laut Herrmann sind im Krisenstab auch Experten der Polizei und des Katastrophenschutzes vertreten. „Zusätzlich setzen wir auf unser Lagezentrum im Innenministerium, das rund um die Uhr besetzt ist, um polizeiliche Maßnahmen zu koordinieren“, ergänzte der Inneminister. „Sollte es notwendig sein, können wir schnell und effektiv reagieren.“ Herrmann lobte die bereits sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und sicherte zu: „Wir werden unsere Bevölkerung bestmöglich schützen.“

„Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, THW und die freiwilligen Hilfsorganisationen sind für alle Eventualitäten sensibilisiert, vorbereitet und handlungsfähig“, betonte Herrmann. „Die Zusammenarbeit klappt in Bayern hervorragend.“ Soweit erforderlich, könnte beispielsweise die Polizei bei Maßnahmen der Gesundheitsbehörden Vollzugshilfe leisten. „Davon abgesehen unterstützen wir die Gesundheitsbehörden bei den Aufklärungsmaßnahmen“, erklärte Herrmann. So werde die Bayerische Polizei wichtige Verhaltensregeln und Merkblätter beispielsweise über ihre Social-Media-Kanäle verbreiten, in den Polizeiinspektionen auflegen und im Einsatzgeschehen verteilen. Auch auf den Webseiten des Innenministeriums gebe es weiterführende Links. ❐

Infektionsmonitor

Das bayerische Gesundheitsministerium informiert zu aktuellen Infektionskrankheiten und klärt über Schutzmaßnahmen auf:
www.stmgp.bayern.de/vorsorge/infektionsschutz/infektionsmonitor-bayern/
LinkzurRKI-Seite:www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risiko_Grossveranstaltungen.html)

Dr. Uwe Brandl:

Viele Verwaltungsleistungen bis Ende 2020 digital

Freistaat muss rechtliche und technische Voraussetzungen dafür schaffen

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte leisten einen wichtigen Beitrag für den Erfolg des Projekts „Digital-Turbo“ des Freistaats Bayern. Der bayerische Ministerrat hat in seiner Kabinettssitzung beschlossen, dass Staat und Kommunen die wichtigsten Verwaltungsleistungen bis Ende 2020 bereitstellen. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Um den Bürgerinnen und Bürgern das Leben zu erleichtern und die wichtigsten Verwaltungsleistungen rund um die Uhr digital anbieten zu können, sind Bayerns Gemeinden bereit, bei dem verkündeten Projekt „Bayerische Roadmap 2020“ mitzumachen. Allerdings muss der Freistaat sowohl die rechtlichen wie auch die technischen Standards dafür bereitstellen. Ohne klare rechtliche Grundlagen und technische Standards wird das ehrgeizige Ziel nicht so leicht erreicht werden können. Da werden wir noch interessante Gespräche vor uns haben.“ ❐

Zur Kommunalwahl am 15. März 2020:

Wahlhelferversicherung hat sich bewährt

Versicherungskammer Bayern empfiehlt Kasko- und Unfallversicherungsschutz sowie eine Elektronikversicherung

Mittlerweile dürften die Wahlhelfer weitgehend rekrutiert sein. „Für Kommunen, die diesen Personenkreis besonders schützen wollen, bietet die Versicherungskammer Bayern einen speziellen Versicherungsschutz an. Wahlhelfer erhalten dadurch eine Absicherung gegen wirtschaftliche Folgen von Schäden, die im Zusammenhang mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen können“, erklärt Markus Maier, Kundengruppen- und Marktmanagement Komposit bei der Versicherungskammer Bayern.

Die Erfahrung zeigt, dass es immer wieder zu Ärger und Unannehmlichkeiten kommt, wenn bei Fahrten der Wahlhelfer im Zusammenhang mit der Wahl an ihren privaten Pkw Schäden entstehen. Die Kaskoversicherung für Wahlhelfer bietet in diesen Fällen Versicherungsschutz zur Voll- und Teilkaskoversicherung. Bei der Vollkasko gibt es Selbstbeteiligungen von 150 Euro oder 300 Euro, bei der Teilkasko 150 Euro.

Die Versicherungskammer Bayern empfiehlt darüber hinaus die Unfallversicherung für Wahlhelfer – ergänzend zum Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Versicherungssummen betragen 10 000 Euro für den Todesfall und 40 000 Euro für den Invaliditätsfall. Schutz bietet die Versicherung gegen die Folgen während des Unfalls an der Teilnahme einer Wahlschulung und der Tätigkeit als Wahlhelfer (einschließlich der Wegeunfälle). Zu versichern ist die Gesamtheit aller Wahlhelfer, also mit und ohne Pkw-Einsatz.

Der Abschluss einer Kasko- und Unfallversicherung ist für die Gemeinde denkbar einfach, nämlich durch die Überweisung des Beitrags. Als Versicherungsnachweis dient der Kontoauszug.

Auch eine Elektronikversicherung bietet Vorteile. Besteht eine Kommunale Pauschale Elektronikversicherung, so sind die bei der Wahl eingesetzten Computer mitversichert. Besteht diese nicht, können die Geräte über einen kurzfristigen Vertrag versichert werden. Abgesichert sind dann Sachschäden durch Bedienfehler, Vorsatz Dritter, Diebstahl, Kurzschluss, Überspannung, Brand, Blitzschlag oder Explosion. Bei Teilschäden wird die Reparatur bezahlt, bei Totalschäden der Neuwert. Der Beitrag richtet sich nach der Versicherungssumme. ❐

Studie der ALR:

Alltagsversorgung im ländlichen Raum

Eine zentrale Aufgabe der bayerischen Kommunen und der Staatsregierung ist die Sicherung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung. Gerade weniger mobile Bevölkerungsgruppen sind auf eine wohnortnahe Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs angewiesen. Seit Jahrzehnten finden jedoch Prozesse statt, die zu einer Ausdünnung des Versorgungsangebots in der Fläche führen, worunter die Qualität des Lebens im ländlichen Raum leidet.

Im Auftrag der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung untersuchten die Technische Universität München und die Universität Bayreuth die räumlichen Bedingungen für die Sicherung der Alltagsversorgung in Bayern. Aufbauend auf den Ergebnissen wurden Empfehlungen und Handlungsmöglichkeiten abgeleitet, die zur Herstellung und Sicherung einer guten Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sowie zur Entwicklung besserer räumlicher Strukturen beitragen sollen.

Kritisch zu bewertende Strukturen

Die Ergebnisse zeigen eine sehr ausdifferenzierte räumliche Struktur der Versorgungssituation. Nicht nur in dünn besiedelten Räumen, sondern auch in dichter besiedelten Gebieten in der Nähe von Ballungsräumen sind kritisch zu bewertende Strukturen zu finden. Andererseits weist manch peripher gelegener, ländlich geprägter Raum auch eine sehr gute flächige Versorgung auf.

Darüber hinaus wird die Relevanz der inneren Struktur von Gemeinden für die Versorgung deutlich. Die Hälfte der Einwohner, die innerhalb von drei Kilometern Luftlinie keinen Lebensmitteleinzelhandel erreichen, lebt in Gemeinden, die zwar im Kernort einen Versorgungsstandort aufweisen, deren Gemeindefläche allerdings so groß ist, dass für die Bevölkerung in den Ortsteilen sehr weite Wege entstehen. Häufig sind dies kleine und mittelgroße Städte mit bis zu 20.000 Einwohnern und damit eine Ortskategorie, die typischerweise bei der Bewertung der Alltagsversorgung nicht unter die Lupe genommen wird. Die andere Hälfte der Unterversorgung entsteht in den rund 500 Gemeinden, die gar kein stationäres Angebot aufweisen. Die Mitversorgung dieser Räume verlangt wachsende Aufmerksamkeit.

In weiteren Untersuchungen des Projekts wurde die hohe Relevanz von kleinen Alltagsinfrastrukturen als Orte des sozialen Austauschs und deren Stellenwert für die Vitalität kleiner Ortsteile hervorgehoben. Zudem wurde in Befragungen festgestellt, dass die Wahrnehmung der Versorgungssituation aus Sicht der Gemeinde zum Teil stark von der datenbasierten Erhebung abweicht.

Empfehlungen für die ländliche Entwicklung

Um das neue Wissen in Empfehlungen für die ländliche Entwicklung einfließen lassen zu können, wurden die Ergebnisse aus den beiden Untersuchungsbausteinen in zwei Workshops mit Vertretern der Verwaltung für Ländliche Entwicklung diskutiert und zu Handlungsfeldern für die Sicherung, Unterstützung und Weiterentwicklung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum verdichtet: Mitversorgung auf verschiedenen räumlichen Ebenen wurde als wichtiges Thema identifiziert. Die nahräumliche Erreichbarkeit von Angeboten z.B. aus peripheren Ortsteilen kann häufig bereits auf kommunaler Ebene verbessert werden. Jedoch ist bei Abhängigkeit von benachbarten Städten und Gemeinden ein überkommunaler oder gar (klein)regionaler Blick notwendig.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Rückzugs von Angeboten der Alltagsversorgung aus der Fläche ist diese interkommunale Perspektive mit abgestimmtem Handeln in Partnerschaften laut Studie essenziell, um eine bedarfsgerechte Versorgung für die Bevölkerung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Niederschwellige Angebote für ein attraktives Lebensumfeld

Orte der Alltagsversorgung sind auch Zentralitäten in sozialräumlichen Netzwerken und damit, über die Versorgungsfunktion hinaus, bestimmend für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Lebensmittelläden, Kitas, Grundschulen und auch Hausärzte sind im ländlichen Raum wichtige Treffpunkte für die Dorfgemeinschaft. Steht die Sicherung und Förderung von Angeboten der Alltagsversorgung in kleinen Orten ohnehin im Fokus, bedeutet diese zweite Funktionalität den zwingenden Erhalt und die Entwicklung von weiteren niederschwelligen Angeboten, die zu einem attraktiven Lebensumfeld und zu sozialem Austausch beitragen und damit auch Phänomene der Abwanderung dämpfen.

Ständige Aktualisierung

Fazit: Genaues Hinschauen aus mehreren Perspektiven ist laut Untersuchung notwendig, um Handlungsräume zu finden und spezifische Problemlagen wie z.B. den hohen Anteil der potenziellen Unterversorgung unterhalb der Gemeindeebene sichtbar zu machen und gezielt reagieren zu können. Zudem verändern neue Technologien und Lebensstile radikal die Nutzungsmuster der Strukturen der Alltagsversorgung. Das Wissen zur Funktionsweise des Raums bedarf einer ständigen Aktualisierung. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Braun
95689 Fuchsmühl
am 13.3.

Bürgermeister Sven Tull
89361 Landensberg
am 17.3.

Bürgermeister
Albrecht Hofmann
97520 Röthlein
am 8.3.

Bürgermeister
Wolfram Gum
82229 Seefeld
am 5.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wilhelm Maderholz
91736 Ettenstadt
am 6.3.

Bürgermeister Klaus Beck
97292 Holzkirchen
am 18.3.

Bürgermeister
Thomas Köhler
63839 Kleinwallstadt
am 12.3.

Bürgermeister Josef Lohr
85129 Oberdolling
am 12.3.

Bürgermeister Max Schmaderer
93489 Schorndorf
am 6.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Neubauer
84051 Essenbach
am 17.3.

Bürgermeister Markus Hörmann
82418 Seehausen a. Staffelsee
am 10.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wagner
96135 Stegaurach
am 16.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen
am 6.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gesche
93133 Burglengenfeld
am 14.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Für eine klimafreundliche Energieversorgung:

Nordbayerische Kommunen setzen auf KWK-Technologie

Sechs kommunale Akteure wurden auf der 3. Klimaschutzkonferenz der Metropolregion Nürnberg für ihre wegweisenden Effizienzmaßnahmen als „energie.effizienz.gewinner Kommunal 2020“ ausgezeichnet

Während auf Bundesebene teilweise noch darüber diskutiert wird, ob Klimaschutz überhaupt ins Aufgabengebiet von Kommunen fällt und wer denn die finanzielle Last tragen soll, sind Kommunen aus der Metropolregion Nürnberg schon einen Schritt weiter und setzen ein klares Zeichen für Klimaschutzmaßnahmen vor Ort. Dies zeigen auch die diesjährigen energie.effizienz.gewinner aus der neu geschaffenen Kategorie „Kommunal“ wieder eindrucksvoll.

Sechs Kommunen und kommunale Unternehmen wurden in Bayreuth im Rahmen der 3. Klimaschutzkonferenz der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) durch das Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der EMN und die ENERGIEregion Nürnberg e.V. geehrt.

Zukunftsweisende Projekte

Dabei lag der thematische Fokus dieses Mal auf wegweisenden Projekten im Bereich der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK). „Besonders hervorzuheben ist die große Bandbreite an Anwendungsfeldern, die von den Effizienzmaßnahmen im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung abgedeckt wird. Von der Umsetzung von ganzen Quartierslösungen bis hin zum sanierten Bestandsgebäude ist alles vertreten“, freut sich Dr. Jens Hauch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der ENERGIEregion Nürnberg e.V. Gemeinsam mit Dr. Peter Pluschke, Geschäftsführer des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und Umweltreferent der Stadt Nürnberg, gratulierte er den energie.effizienz.gewinnern Kommunal 2020 ganz herzlich zur Auszeichnung und zu ihrem Invest in den Klimaschutz sowie in eine zukunftsfähige Kommune:

- Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung GmbH
- Städtisches Kommunalunternehmen Baiersdorf
- Stadt Nürnberg & N-ERGIE Aktiengesellschaft
- Stadtwerke Bayreuth Energie und Wasser GmbH
- Stadtwerke Forchheim GmbH
- Stadtwerke Schwabach GmbH & GEWOBAU der Stadt Schwabach GmbH

Die Auszeichnung energie.effizienz.gewinner Kommunal wurde auf Initiative des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg 2020 zum ersten Mal vergeben und ergänzt damit die bisherige Auszeichnung für nordbayerische Unternehmen. Unterstützt und gefördert wird die Auszeichnung durch die Volksbanken Raiffeisenbanken sowie die energie.effizienz.gewinner-Jury ENERGIEregion Nürnberg e.V., Energie Campus Nürnberg, Initiative green.economy.nuernberg, N-ERGIE Aktiengesellschaft, Sparkasse Nürnberg, Stadt Erlangen, Stadt Nürnberg und 2be_die markenmacher GmbH.

Profile der Gewinner

Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung GmbH

„Mit der Realisierung des Projektes Wärmekraftwerk Bürgerbräu haben wir die einmalige Chance zur energetischen und nachhaltigen Neuausrichtung eines Altstadt-Quartiers genutzt“, so Robert Ilg, 1. Bürgermeister der Stadt Hersbruck. In der Heizzentrale auf dem Gelände der Bürgerbräu Hersbruck wird mittels hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung Strom und Wärme erzeugt. Primärenergieträger ist ÖKOGAS. Der erzeugte Strom wird in großen Teilen in der Kundenanlage direkt verbraucht, die produzierte Wärme wird in ein kompaktes Wärmenetz eingespeist und versorgt neben öffentlichen Verbrauchern auch zahlreiche private Haushalte und gewerbliche Kunden. „Dieses Projekt ist ein weiterer Baustein unserer strategischen Ausrichtung, die zudem aktiv zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt“, so Harald Kiesl, Geschäftsführer der HEWA GmbH. „Die Planung und Umsetzung setzt ein hohes Maß an Vertrauen aller Beteiligter voraus. Als kommunales Stadtwerk und direkter Ansprechpartner vor Ort genießen wir dieses Vertrauen“, so Kiesl weiter.

Städtisches Kommunalunternehmen Baiersdorf

Im Oktober 2019 nahm das Städtische Kommunalunternehmen SKB sein ambitioniertes Projekt einer Holzvergaser-Anlage zur regenerativen Strom- (180 kW) und Wärmeerzeugung (270 kW) erfolgreich in Betrieb. Um die in die Jahre gekommene Ölheizung der ortsansässigen Mittelschule samt Sporthalle (Jahresverbrauch von 75 Tsd. l Heizöl) abzulösen, entschied man sich nach monatelanger Konzeption, Planung und Absprachen mit Stadt, Schulverband und dem Planungsbüro eta für den Neubau eines leistungsfähigen Holzvergasers. Das von dem Holzvergaser gespeiste Nahwärmenetz, an dem mehrere Wohnblöcke angeschlossen sind, weist einen Primärenergiefaktor von 0,00 aus. Das „grüne“ Satellitenprojekt wird ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen in Form von Pellets und Rapsöl betrieben und wurde, durch die Netzanbindung von weiteren Abnehmern (Wohnbau), wirtschaftlich rentabel. „Ein Projekt, das im vergangenen Jahr unsere ganze Aufmerksamkeit und Kraft kostete. Wir haben es nur mit der großartigen Unterstützung unserer Monteure und Mitarbeiter sowie deren Engagement für die ‚grüne regionale Anlage‘ geschafft“, so SKB-Vorstand Patrick Nass.

Stadt Nürnberg & N-ERGIE Aktiengesellschaft

Von der Stadt Nürnberg, vertreten durch das Referat für Umwelt und Gesundheit und das Hochbauamt, wurde 2016 in Kooperation mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft ein Blockheizkraftwerk (BHKW) in der Seniorenwohnanlage Platnersberg des NürnbergStift installiert. Die Grundlage hierfür bildete eine zuvor durchgeführte systematische Potentialanalyse aller städtischen Liegenschaften. „Die Planung und Umsetzung begann 2015. Nach Einbindung in die Bestandsanlage ging das Blockheizkraftwerk am Platnersberg 2016 in den Regelbetrieb über. Das Blockheizkraftwerk verfügt über eine elektrische Leistung von 16 kW und eine thermische Leistung von 38 kW. Der erzeugte Strom wird zu 100% im Gebäude verbraucht. Pro Jahr können durchschnittlich 11 Tonnen CO2 eingespart und damit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz in Nürnberg geleistet werden“, so Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich.

Stadtwerke Bayreuth Energie und Wasser GmbH

Mehr als 13.000 Studierende zählt die Universität Bayreuth, die mit ihren zahlreichen Gebäuden jedes Jahr viel Wärme und Kälte braucht. Dafür sorgen die Stadtwerke Bayreuth, die das Gesamtenergiekonzept der Universität überarbeitet haben. Durch den Einsatz großer Blockheizkraftwerke in Kombination mit einem regenerativen Wärmeerzeuger wird künftig jedes Jahr der Ausstoß von rund 6.000 Tonnen CO2 vermieden. „Wir investieren hierfür voraussichtlich mehr als sieben Millionen Euro, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und steigern gleichzeitig die Versorgungssicherheit der Universität“, resümiert Andreas Waibel, Bereichsleiter Contracting, Wärme und Erzeugung bei den Stadtwerken Bayreuth.

Stadtwerke Forchheim GmbH

Das generalsanierte alte Brauhaus in Forchheim, mit 34 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten, wird mittels eines BHKWs mit Strom und Wärme versorgt. Im Gegensatz zu herkömmlichen Wohnkomplexen dieser Größe, können mit der Sektor-Kopplung ca. 100 t/a CO2 eingespart werden. „Die Stadtwerke Forchheim investieren als lokales Stadtwerk zuallererst in die Energiewende im Landkreis. Dazu gehört auch der Ausbau der dezentralen Energieversorgung von Wohn- und Gewerbekomplexen mit energieeffizienten Lösungen. Wir freuen uns, dass diese Auszeichnung unsere Bemühungen würdigt und bestärkt uns in unserem Handeln“, resümierte Christian Sponsel, technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Forchheim.

Stadtwerke Schwabach GmbH & GEWOBAU der Stadt Schwabach GmbH

Die Stadtwerke Schwabach und die GEWOBAU der Stadt Schwabach sind ein gemeinsames Pilotprojekt angegangen: Mieterstrom. An vier Wohngebäuden haben nun mehr als 100 Wohneinheiten die Möglichkeit an einer nachhaltigen und lokalen Strom- und Wärmeerzeugung durch neue Blockheizkraftwerke teilzunehmen. Alte Gasheizungen raus, moderne Blockheizkraftwerke rein – war das Motto des Effizienz-Vorhabens in zwei bestehenden Gebäuden. In einem Neubau nebenan wurde ein weiteres BHKW direkt von Anfang an miteingeplant, das durch einen Wärmeverbund wiederum zwei zusätzliche benachbarte Gebäude mitversorgen kann. Im letzten Schritt soll eine PV-Anlage die Stromerzeugung dort noch optimal ergänzen. „270.000 kWh Strom werden hier vor Ort erzeugt, durch die Baumaßnahmen sparen wir etwa 21 t CO2 pro Jahr ein. Ein rundum gelungenes Projekt, auch weil Mieter, die kein Wohneigentum besitzen, nun an der lokalen Energiewende teilhaben können!“, freuten sich Stadtwerke-Geschäftsführer Winfried KlingerundGEWOBAU-Geschäftsführer Harald Bergmann. ❐

KOLUMNE
Dr. Klemens Gsell



Liebe Leserinnen und Leser,

sie galt international als die Erkenntnis der Verbrechensprävention in den 80er und 90er Jahren, die „broken-windows-theory“ der amerikanischen Sozialforscher Wilson und Kelling, die der damalige Bürgermeister von New York Bratton dann zu seiner politischen Agenda erhob: wer zerbrochene Scheiben nicht sofort repariert und gegen die Sachbeschädigung nicht vorgeht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn dann schwere Kriminalität nachfolgt. Daher muss im Kampf gegen Verbrechen frühzeitig eingegriffen werden. Bayerns Innenminister damals, Günther Beckstein formulierte es für Bayern so: die gute bayerische Sicherheitslage beruhe auf der seit Jahrzehnten im Freistaat praktizierten Strategien „Null-Toleranz“ und „keine rechtsfreien Räume“.

Broken-windows-theory für die Politik oder keine Toleranz für Intoleranz

Es scheint an der Zeit, diese Zusammenhänge des „wehret den Anfängen“ auch für die Politik in Erinnerung zu rufen!

Über 80% der Bürgermeister gaben an, in Ihrer Gemeinde schon Fälle von Beleidigung und Gewalt (-androhung) erlebt zu haben.

In der politischen Auseinandersetzung ist die zerbrochene Scheibe die allgemeine Verschärfung des Tons gegenüber Repräsentanten des Staates. Der Bayerische Städtetag machte im Januar bei einer Blitzumfrage unter den Bürgermeistern der Mitglieder die Erfahrung, dass über 80 % der Antwortenden schon Fälle von Beleidigungen und Gewalt gegen sich oder Gemeindemitarbeiter erlebt hatten. Nur knapp die Hälfte der Taten wurde angezeigt und meistens gab es als Resultat eine Einstellung der Staatsanwaltschaft mit dem Verweis auf den Zivilrechtsweg. Ist denn der Schutz der Staatsmitarbeiter kein öffentliches Interesse?

Von der kleinen Gewalt in Briefen oder Mails ist es sicher noch ein weiter Weg zu den Gewalttaten der letzten Monate wie z.B. gegen den Kasseler Regierungspräsidenten. Sie ist aber die erste Stufe dazu. Wenn Hass, Beleidigung oder Bedrohungen im Internet oder in anonymen Briefen keine Sanktion hervorrufen, dann ist das die offene Tür für die nächste Stufe der Eskalation. Ermutigt dürfen sich all die Schmäher der politisch Verantwortlichen durch Richter fühlen, die wie im Berliner Prozess gegen Renate Künast mit dem juristisch nicht haltbaren Argument, Politiker im öffentlichen Leben müssen mehr aushalten, eindeutige Beleidigungen tolerierten. Den Damen und Herren in Berlin sei der kollegiale Rat ins Stammbuch geschrieben, das GG zu lernen. Das kennt keine Unterscheidung in Menschen und „Politisch Verantwortliche“, es sieht die Menschen alle gleich an!

Endlich Reaktionen

Nach einem Gespräch des Städtetages mit dem Justizministerium kam Bewegung in die Angelegenheit. Bayern hat jetzt einen „hate-speech-Beauftragten“, der als Oberstaatsanwalt auch die Straftaten gegen kommunale Mandatsverantwortliche aufnehmen soll oder in Zusammenarbeit mit den Beauftragten bei den 22 Staatsanwaltschaften im Land bearbeiten wird. Auch im Bund sind Initiativen zur Gesetzesverbesserung im Gange. Hoffentlich wirkt das bald, damit die Konsequenz der Fenster-Theorie nicht eintritt und schwere Gewalttaten gegen die Politik noch mehr um sich greifen.

Wie meinte Kurt Gribl so zutreffend: „Zum Amt des Bürgermeisters gehört es nicht, Beleidigungen und Hetze aushalten zu müssen … Wir brauchen keine dickfelligen Mandatsträger sondern Menschen mit Empathie …“ Und ich füge hinzu: im Sinne der broken-windows-theory keine Toleranz für Intoleranz!

Ihr Dr. Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bürgermeister der Stadt Nürnberg

Bezirketagspräsident Franz Löffler:

„Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung“

Die neue Bayerische Sozialministerin Carolina Trautner zu Gast beim Hauptausschuss des Bayerischen Bezirketags

Im Rahmen des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirketags kam die frisch ernannte Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Carolina Trautner, ins schwäbische Allmannshofen. Dort stellte sie den Gremiumsmitgliedern ihre Agenda für das neue Amt vor und sprach mit ihnen über die drängendsten sozialpolitischen Themen.

Dabei ging es auch um die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) mit seinem bayerischen Ausführungsgesetz – dem Bayerischen Teilhabegesetz II (BayTHG II). „Seit Jahren setzt sich der Bayerische Bezirketag als Spitzenverband der sieben bayerischen Bezirke intensiv für das BTHG ein. Unserer Meinung nach werden die Neuregelungen des Gesetzes maßgeblich für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung sorgen“, betonte Bezirketagspräsident Franz Löffler.

Freistaat in der Pflicht

Deshalb haben die bayerischen Bezirke bereits über 300 neue Stellen geschaffen und rund 90 Millionen Euro jährlich an Mehrkosten eingeplant, wobei die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen aktuell noch nicht verlässlich abzusehen sind. „Wenn sich unsere Kostenschätzungen bestätigen, sehen wir als Bayerischer Bezirketag den Freistaat in der Pflicht, die Mehrkosten für die Umsetzung des BTHG zu tragen. Den heutigen Austausch mit Staatsministerin Trautner sehen wir daher als Signal in Richtung eines konstruktiven Dialogs mit der Staatsregierung zu diesem Thema“, fasste Löffler zusammen. Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner will die Ergebnisse der Evaluierung abwarten und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bezirketag: „Die Leistungen der bayerischen Bezirke gerade für die Menschen mit Behinderung sind von unschätzbarem Wert. Mit meiner politischen Leitlinie ‚hinschauen, zuhören, kümmern‘ will ich mich hier einbringen und dabei auch die Barrierefreiheit und das inklusive Bayern in den Fokus nehmen.“

Anfang 2020 ist eine der tiefgreifenden Neuerungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft getreten: Zukünftig werden Leistungen zum Lebensunterhalt, zum Beispiel für Wohnen, und die Teilhabeleistungen aufgrund der Behinderung, wie etwa der Assistenzbedarf, voneinander getrennt. Damit werden Menschen mit Behinderung mehr Entscheidungsfreiheit haben. „Der Bayerische Bezirketag begrüßt diesen Ansatz der personenzentrierten Hilfe und die Möglichkeiten, die sich dadurch für Menschen mit Behinderung ergeben. Die Umsetzung dieser dritten Reformstufe des BTHG wird die bayerischen Bezirke in diesem Jahr intensiv beschäftigen“, so Löffler. ❐

Runder Tisch im Wirtschaftsministerium:

Messe-Absagen wegen Corona-Virus

Aiwanger: „Wir sind bestens vorbereitet und werden die Unternehmen unterstützen“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat am Montag den ersten Runden Tisch zum Thema Auswirkungen des Corona-Virus auf die bayerische Wirtschaft geleitet. Teilnehmer waren neben Staatssekretär Roland Weigert Spitzenvertreter der Wirtschaftsverbände in Bayern, der LfA Förderbank und der Messegesellschaften München und Nürnberg.

Aiwanger versicherte den Wirtschaftsvertretern: „Die Staatsregierung ist bestens vorbereitet und wird die Unternehmen, die vom Virus-Ausbruch betroffen sind, unterstützen. Wir haben einen klaren Plan und gute Instrumente.“ Konkret nannte der Minister Liquiditätshilfen durch die Hausbanken im Zusammenwirken mit der LfA Förderbank, sollten Finanzierungsprobleme durch Produktionsausfälle oder unterbrochene Lieferketten entstehen. Aiwanger: „Betroffene Firmen sollten sich frühzeitig melden, um ernsthafte Probleme zu vermeiden.“

Der Minister kündigte zudem an, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Regelungen zum Kurzarbeitergeld ähnlich auszuweiten wie während der Finanzkrise 2008. Durch das Kurzarbeitergeld können Mitarbeiter auch in kurzfristig schwierigen Zeiten gehalten werden. Bei der Ausweitung geht es vor allem um die Remanenzkosten wie die Sozialversicherungsbeiträge, die im Falle von Kurzarbeit für den Arbeitgeber nicht proportional sinken. Diese Kosten könnten von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden, um die Firmen zu unterstützen.

Der Minister versicherte: „Wir sind gut auf das Thema Corona-Virus vorbereitet. Panik ist nicht angebracht.“

Inzwischen haben die Messegesellschaften in München, Nürnberg und Augsburg ihre Großveranstaltungen, die für die nächsten Wochen anstanden, abgesagt oder verschoben. ❐

Fachkräfte gewinnen und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den Netzwerkpartnern zählen unter anderem die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitgeberverbände, Bildungsträger, Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen.

Um Fachkräfte für den Freistaat zu sichern, beschreitet MigraNet innovative Wege, zum Beispiel über Mentorenprogramme, Zuwanderungsberatung und Anpassungsqualifizierungen. Über lokale Koordination in Augsburg, München und Nürnberg werden Beratungsangebote und Modellprojekte gesteuert. Sie bündeln Informationen aus den IQ-Handlungsfeldern, vernetzen Akteure auf regionaler Ebene, sowie aus Landes-, Bundes- und EU-Ebene und initiieren Projekte.

Unterstützungsangebote

Zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund wurden im Laufe der Informationsveranstaltung zahlreiche Unterstützungsangebote beleuchtet, darunter das zum 1. März in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz und ein Input von Dr. Heike Jung, Ministerialdirigentin und Leiterin der Abteilung G „Integration und Unterbringung von Asylbewerbern“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration.



V.l.: Robin Karl, Landrat Martin Neumeyer, Martina Wimmer, Anne Güller-Frey, Andrea Nold, Dr. Heike Jung, Beata Woicik, Regina Konle-Seidl, Constanze von Hassel Bild: Marcus Dörner, Landratsamt Kehlheim

Nach Jungs Darstellung führen Migranten und Migrantinnen überwiegend niedrigschwellige Berufe aus. Laut einer Statistik des BAMF arbeiteten im Jahr 2018 geflüchtete Menschen zu 70 % im Bereich der Helfertätigkeiten. Zwar würden diese Menschen gebraucht, allerdings sei dieser Bereich am krisenanfälligsten. Deshalb gelte es, das Potenzial für Weiterbildungsmaßnahmen gerade dort auszuschöpfen.

Netzwerkstruktur

„Wir haben eine gute Netzwerkstruktur aufgebaut, wo alle Beteiligten versuchen, auf das gleiche Ziel hin zu arbeiten“, unterstrich die Ministerialdirigentin. So sehe sich auch das bayerische Innenministerium als Teil dieses Netzwerks, um den Weg in Integration und in Arbeit erfolgreich mitzugestalten. Das Innenministerium koordiniere die Akteure und habe bereits konkrete Maßnahmen wie den Jobbegleiter oder den sog. Ausbildungsakquisiteur für Flüchtlinge auf den Weg gebracht. Die zentrale Erkenntnis laute: „Wenn man Menschen erfolgreich und nachhaltig in Arbeit und Ausbildung bringen möchte, muss man sie ein Stück weit auch begleiten“, so Jung. Träten Probleme auf, sei es wichtig, einen Ansprechpartner zu haben, der Wissen vermitteln und damit vorzeitigen Abbrüchen entgegenwirken kann.

Dass die deutsche Wirtschaft künftig mehr Fachkräfte aus Drittstaaten benötigt, darauf machte Regina Konle-Seidl vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aufmerksam. Rein rechnerisch reiche das Arbeitskräftepotenzial in der Region nicht aus, um den Arbeitskräftebedarf decken zu können. Zum anderen sei die Einwanderung aus Drittstaaten nur zu einem geringen Anteil, ca. zehn Prozent, erwerbsbezogen. Die häufigsten Gründe seien völkerrechtlicher, humanitärer oder politischer Natur.

Ehrgeizige Fristen

Als erwartbare positive Wirkungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nannte Konle-Seidl u.a. den Verzicht auf Steuerung über Engpasskriterien und Positivlisten, zudem ergebe sich durch die Öffnung für Personen mit ausgewiesenen berufspraktischen Kenntnissen ein größerer Flexibilitätsspielraum. Begrüßenswert seien darüber hinaus ehrgeizige Fristen im beschleunigten Fachkräfteverfahren sowie die angestrebte Verbesserung der Verwaltungsprozesse (Stichwort Transparenz). Kritisch bewertete Konle-Seidl u.a. die Gleichwertigkeitsprüfung (Flaschenhals), geforderte deutsche Sprachkenntnisse auf B1 Niveau sowie die fehlende Flexibilität von Mindestanforderungen (keine regionale Steuerung).

Neben den fachlichen Inputs gaben Thomas Wieser (Kreisvorsitzender DEHOGA Bayern), Siegfried Brandl (Geschäftsführer Möbel Brandl), Volker Folwill (Personalchef SMP Deutschland GmbH), und Sophie Kindler (Sozialservice-Gesellschaft des BRK) – allesamt Unternehmer aus dem Landkreis Kelheim – interessante Einblicke, wie sie in der Praxis im Ausland Fachkräfte akquirieren, welche bürokratischen Hürden ihnen dabei begegnen und wie sie Fachkräfte anschließend auch unterstützen und weiterbilden, um diese auf Dauer zu binden.

Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ trafen sich schließlich Vertreter von Firmen, Kammern und Behörden, um vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels Chancen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration zu erörtern.

Wichtiger Baustein für das Wirtschaftswachstum

Beim Fachkräfteforum in Neunburg vorm Wald (Landkreis Schwandorf) bezeichnete Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Regelungen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes als „wichtigen Baustein für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand in Bayern“. Das Bundesgesetz werde den Zuzug von internationalen Fachkräften wesentlich erleichtern.

Erstmals wird Herrmann zufolge auch Personen im Rahmen einer Potenzialzuwanderung die Möglichkeit eröffnet, zur Suche eines Berufsausbildungsplatzes für sechs Monate einzureisen. Voraussetzungen sind, dass der Ausländer das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Lebensunterhalt gesichert ist, ein Abschluss einer deutschen Auslandsschule oder über ein Schulabschluss vorliegt, der zum Hochschulzugang im Bundesgebiet oder in dem Staat berechtigt, in dem der Schulabschluss erworben wurde, sowie gute deutsche Sprachkenntnisse (Niveau B2) vorliegen.



V.l.: Regina Konle-Seidl, Andreas Schinhärl, Oliver Kort, Christa Steinleitner, Christine Lindmeier, Patrizia Hager und Landrat Franz Meyer (Landreis Passau) ❒

Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die oftmals keine Möglichkeit haben, Ausbildungsinteressenten unmittelbar aus dem Ausland zu gewinnen, sollen so die Möglichkeit erhalten, geeignete Ausbildungsplatzsuchende zu finden. Und für Fachkräfte mit Berufsausbildung wurde – vergleichbar zur bestehenden Norm für Akademiker – auch die Möglichkeit zur Arbeitsplatzsuche für bis zu sechs Monate geschaffen.

Voraussetzung: anerkannte Qualifikation

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden Fachkräfte mit Berufsausbildung und Fachkräfte mit akademischer Ausbildung aufenthaltsrechtlich gleichgestellt. Voraussetzung für beide Gruppen ist eine anerkannte Qualifikation. Die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für Fachkräfte kann bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages erfolgen. Die berufliche Qualifikation muss anerkannt oder in Deutschland erworben sein. Anforderungen an ein Sprachniveau sind hier nicht erforderlich.

Servicegedanke im Fokus

„Die bayerischen Unternehmen, insbesondere aus Handwerk und Mittelstand, haben zu Recht hohe Erwartungen an das Gesetz“, betonte der Minister und kündigte an: „In Bayern werden wir beim Vollzug des Gesetzes den Servicegedanken verstärkt in den Fokus rücken und eng und vertrauensvoll mit den Wirtschaftsverbänden zusammenarbeiten.“ Das Ziel müsse sein, dass die bayerischen Unternehmer möglichst die Auszubildenden und Fachkräften finden, die sie brauchen. „Das neue Gesetz wahrt die Balance, indem es die legale Zuwanderung zu Erwerbszwecken erleichtert und gleichzeitig an einer klaren Trennung von Asyl und Erwerbsmigration festhält“, stellte Herrmann fest.

Wie der Minister weiter darlegte, komme bei der Integration der Fachkräfte neben den Arbeitgebern auch den Kommunen eine wichtige Rolle zu. Denn Fachkräfte benötigten nicht einfach nur einen Arbeitsplatz, sondern auch eine Wohnung, für ihre Kinder Angebote der Kinderbetreuung und Schule und zudem die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Hier seien Rathaus und Landratsamt oft erste Anlaufstellen für die neuen Einwohner.

„Für die Beratung kann die Kommune sicherlich gut auf die bestehenden Beratungsangebote wie zum Beispiel die Flüchtlings- und Integrationsberatung verweisen“, meinte Herrmann. Es komme aber auch darauf an, die Infrastruktur vor Ort fit für die neu angekommenen Fachkräfte zu machen: Sie müssten die Angebote des täglichen Lebens, zum Beispiel der Vereine, in der Kommune erst einmal finden und dann müssten diese den Fachkräften und ihrer Familie auch offenstehen. „Wichtig ist also auch, dass die zuständigen Behörden interkulturell sensibilisiert sind“, erklärte der Minister, der im Anschluss in einer Podiumsdiskussion (Moderation: Anne-Marie von Hassel, Bayerische GemeindeZeitung) mit Landrat Thomas Ebeling, Erstem Bürgermeister Martin Birner, Cornelia Horsch, Horsch Maschinen GmbH, Udo Starck, Personalleiter F.EE Unternehmensgruppe und Michaela Dettmann, Geschäftsführerin Anton Steininger GmbH, teilnahm.

Thementische

Im Rahmen sog. Thementische ging es um das Ausländerrecht und Anerkennungsprozesse sowie um vergleichbare Berufs- und Bildungsabschlüsse (Leitung: Anne Güller-Frey von „MigraNet – IQ Netzwerk Bayern“), um die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft und berufsbegleitende Maßnahmen für Jugendliche, die Unterstützung und Sprachförderung brauchen (Leitung: Manuela Dorsch, Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte im Landkreis Schwandorf) sowie um die Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und um die Nachqualifizierung benachteiligter Jugendlicher. Für diesen Workshop zeichnete Elke Reinhart, Integrationsbeauftragte der Stadt Neunburg vorm Wald, verantwortlich.

53 verschiedene Nationalitäten sind laut Bürgermeister Martin Birner aktuell in Neunburg vertreten. Seine Stadt leiste sich landkreisweit als einzige eine eigene Integrationsbeauftragte und zeige damit, wie sehr ihr die Eingliederung der Zuwanderer am Herzen liegt.

Ganze Branchen klagen über Fachkräftemangel

„Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie gut es gelingen wird, die Fachkräftebasis zu sichern. Auch im Landkreis Passau haben viele Betriebe und Unternehmen bereits heute Schwierigkeiten, für bestimmte Qualifikationen aber auch für ganze Branchen qualifizierte Fachkräfte zu finden. Ich denke dabei zum Beispiel an das Handwerk, die Bereiche Pflege, medizinische Versorgung, aber auch an Kinderbetreuungseinrichtungen oder den Hotel- und Gaststättenbereich“, hob Landrat Franz Meyer im Rahmen des Passauer Fachkräfteforums hervor.

Für den wirtschaftlichen Erfolg des Landkreises müssten quantitativ und qualitativ ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dabei rücke die Bedeutung von Fachkräften mit Migrationshintergrund verstärkt in den Blickpunkt. Viele arbeiteten nicht in ihrem erlernten Beruf und könnten ihr berufliches Potenzial nicht in vollem Umfang nutzen.

Neue Ausbildungs- und Qualifizierungsformate

Neben der Anwerbung von Fachkräften im Ausland sei es deshalb eine Herausforderung für alle Beteiligten, die heimische Ausbildung bzw. Qualifizierung ausländischer Fachkräfte zu stärken und auszubauen. Und gerade in diesem Zusammenhang sei es auch notwendig, künftig intensiver den Fokus auf Migrantinnen zu setzen. Meyer zufolge werden derzeit in einer engen Kooperation der Beruflichen Schulen sowie der Universität Passau mit der Bildungskoordinatorin des Landkreises neue Ausbildungs- und Qualifizierungsformate konzipiert. Insbesondere Frauen mit Kindern soll damit der Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und beruflicher Tätigkeit erleichtert werden.

„Wenn wir Fachkräfte anwerben, dann kommen Menschen mit Familien und Kindern“, stellte Meyer klar. „Das bedeutet sehr viel mehr als Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt. Das bedeutet auch, dass diese Fachkräfte bzw. Migrantinnen und Migranten sowie ihre dazugehörigen Familien einen guten Platz in den Gemeinden des Landkreises finden sollen und auch wollen.“

An dieser Stelle benötige die Fachkräftezuwanderung auch eine Strategie im Hintergrund, stellte der Landrat fest. Sein Landkreis entwickle deshalb im Rahmen des kommunalen Integrationsmanagements ab Mitte des Jahres ein Integrationskonzept, das die vielfältigen Aspekte der Integration von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen aufgreift und Leitlinien zur Gestaltung des vielschichtigen Integrationsprozesses beschreiben wird.

Dass ein solches Konzept dringend erforderlich ist, zeigte sich bei einer Podiumsdiskussion mit Arbeitgebern aus der Region. Moderiert von der Bildungskoordinatorin am Landratsamt, Patrizia Hager, standen Christa Steinleitner und Oliver Kort (Johannesbad Reha-Kliniken), Christine Lindmeier (Berufsakademie Passau) sowie Andreas Schinhaerl (Knorr-Bremse) dem Publikum gemeinsam mit den Referentinnen Anne Güller-Frey und Regina Konle-Seidl Rede und Antwort.

Ausbildungsleiter Schinhaerl zeigte sich überzeugt, dass der deutschlandweite Fachkräftebedarf nur mit Arbeitnehmern aus dem Ausland zu bewerkstelligen ist. In Aldersbach beschäftige Knorr-Bremse 1.000 Mitarbeiter, davon mittlerweile zehn Prozent mit Migrationshintergrund aus 22 Nationen, darunter Iran, Irak, Kosovo und Nigeria. Vor zwei Jahren waren es noch fünf bis sechs Prozent.

Wie Pflegedienstleiter Kort berichtete, beschäftigen die Johannesbad Reha-Kliniken im grenznahen Bad Füssing fast 20 Prozent Migranten, darunter Tschechen, Polen und Ukrainer. In der Pflege sei eine deutliche Tendenz zu Arbeitskräften aus dem Ostblock erkennbar. In der Ärzteschaft wiederum verzeichne man auch Vertreter aus dem Iran, Ägypten und Syrien. Aus Korts Sicht ist nicht nur das zum Teil über zwei Jahre währende Anerkennungsverfahren problematisch, sondern auch die betriebliche Integration. „Zum Teil kommen die Familien nach, dann geht es erst richtig los.“

Nach Schinhaerls Worten funktioniert Integration ohnehin nur, wenn alle beteiligten Ebenen an einem Strang ziehen. Die Grundhaltung im Unternehmen müsse stimmen. Jeder Ukrainer habe bei Knorr-Bremse einen Mentor an seiner Seite. Um sprachlichen Problemen Herr zu werden, benötige insbesondere der ländliche Raum mehr Unterstützung. Schließlich könne man einem Facharbeiter nach Beendigung seiner Schicht nicht noch eine stundenlange Fahrt zu seinem Deutschkurs aufbürden.

Sprache ist das A und O

In dieselbe Kerbe hieb Bildungskoordinatorin Patrizia Hager: Sprachkompetenz sei das „A und O“ in der Ausbildung und bei der Arbeit, der Integrationskurs allein reiche nicht. Benötigt würden mehr kleinteilige, auch berufsbegleitende Sprachkursformate vor Ort. Dafür müssten sich Betriebe zusammenschließen.

„Mein Plädoyer ist, sich erst um die Sprachkenntnisse zu kümmern, sonst zieht sich alles andere auch in die Länge. Das nutzt im Beruf, im Alltag und bei der vorgeschriebenen Kenntnisprüfung“, meinte auch Fortbildungsleiterin Christine Lindmeier. Das Freistellen werde gefördert, der Arbeitgeber könne zum Nulltarif eine Hilfskraft zur Fachkraft qualifizieren.

Hauzenbergs Bürgermeisterin Gudrun Donaubauer schlug vor, digitale Medien für Sprachkurse zu nutzen. Schließlich sei Hauzenberg digitaler Lernort der Landshuter Hochschule. Mit dieser Technik könnten Migranten mit einem in Passau ansässigen Lehrer und seinen Schülern Deutsch lernen. „Andernfalls läuft uns die Zeit weg“, bemerkte die Rathauschefin. **DK**

Blickpunkt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
müssen daher dringend dynamisiert und verbessert werden.“

Einer Verbreitung des Corona-Virus sehe Deutschland nach Ansicht des DLT gut gerüstet entgegen. Die Gesundheitsämter in den Landkreisen seien darauf eingestellt, mit einer Pandemie umzugehen. Die bislang betroffenen Regionen hätten die Situation im Griff.

Die Landkreise seien über die Gesundheitsämter die maßgeblichen Akteure, um gesundheitliche Gefahren abzuwehren. Dazu hätten sie Pandemiepläne erstellt und weitere Vorbereitungen getroffen. Sie koordinierten auch bei dem Corona-Geschehen zahlreiche andere Akteure vor Ort und stimmten sich etwa mit den Gemeinden als örtlichen Ordnungsbehörden eng ab. Außerdem bestünden kurze Entscheidungswege zu Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Altenheimen, Schulen und Kitas.

Corona-Virus: Landkreise koordinieren Einsatzkräfte

„Sollten wir es tatsächlich wie zuletzt vom Bundesgesundheitsministerium erwartet mit einer Epidemie bis hin zum Katastrophenfall zu tun bekommen, koordinieren die Landkreise die Einsatzkräfte vor Ort, von der Feuerwehr über den Rettungsdienst bis zur Polizei. Dabei handelt es sich um ein eingespieltes Instrumentarium, das umgehend einsatzfähig ist“, betonte der DLT-Präsident. Im Katastrophen- oder Pandemiefall mit überregionaler Ausbreitung sähen die bestehenden Notfallpläne auch Krisenstäbe zwischen den kommunalen Behörden und den Ländern sowie mit dem Bund vor.

„Wir sind nah am Problem und können schnell und passgenau reagieren, ohne erst lange Befehlsketten durchlaufen zu müssen“, machte Sager deutlich. So hätten die Landkreise zuletzt bei Tierseuchen oder Naturkatastrophen gezeigt, dass sie solche Herausforderungen gut bewältigen können. **DK**

Wachsende Bedrohung für …

(Fortsetzung von Seite 1)
läuft, beleidigt oder bedroht zu werden?“, fragte Gribl. Zum Amt des Bürgermeisters gehöre es nicht, Beleidigungen und Hetze aushalten zu müssen. „Oft hört man, dass ein Bürgermeister sich ein dickes Fell wachsen lassen soll. Wir brauchen keine dickfelligen Mandatsträger, sondern Menschen mit Empathie, die offen für andere sind und die Belange eines Gemeinwesens erfassen. Bürgermeister begegnen den Menschen auf Augenhöhe, zeigen Respekt und wollen mit Respekt behandelt werden“, so der Verbandsvorsitzende.

Themenwechsel. Als „soliden Schritt“ bezeichnete Gribl die Klimaschutzoffensive des Freistaats. Nun müsse sie mit realistischen Zielen und finanziellen Mitteln in die Umsetzung kommen. Der Entwurf zum bayerischen Klimaschutzgesetz biete eine Grundlage, auf der alle Beteiligten gemeinsam weiterarbeiten können.

Als nicht genügend bewertete der Städtetagsvorstand freilich die im Entwurf zum Klimaschutzgesetz vorgesehenen „Empfehlungen“ und die in Aussicht gestellten Förderprogramme. Städte und Gemeinden benötigten langfristige Förderung, nachhaltige Anreize und tragfähige Handlungsleitfäden für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Praxisratgeber für klimagerechtes Bauen und Siedlungsentwicklung. Die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen müsse vom Freistaat nach dem Konnexitätsprinzip unterstützt werden.

Praktische Ansätze in Städten und Gemeinden seien die klimafreundliche Siedlungsentwicklung mit Grünzügen und Bäumen, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz, eine klimafreundliche Energieversorgung, die CO2-arme Energiegewinnung und eine energiesparende Gebäudeklimatisierung und abgasarme Mobilität.

Wie Gribl darlegte, können bei Stadtentwicklung und Bauleitplanung wirkungsvolle Hebel zum Klimaschutz ansetzen. Das Leitmotiv für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung laute: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die vorhandenen Siedlungsstrukturen böten die Möglichkeit, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen genutzt werden.

Grünzüge und Freiräume müssen verbessert werden, um in Hitzephasen für ein kühleres Stadtklima zu sorgen. In Städten könnten Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung, Baumpflanzungen und Wasserbaumaßnahmen helfen. Parkanlagen, Grünflächen und die Verknüpfung von Frischluftsystemen verbesserten die Belüftung der Innenstädte mit Kaltluftschneisen: „Hier helfen Baumkataster zur Pflanzung Hitzerobuster Baumarten.“

Ein wichtiger Bereich sei die Verkehrsplanung und die Förderung des ÖPNV. Gribl zufolge leistet die kompakte Stadt der kurzen Wege einen Beitrag zum Klimaschutz. Eine gute Mischung aus Wohnen, Freizeit und Arbeit hilft, Verkehr zu vermeiden. Sobald Geschäfte zu Fuß oder mit Fahrrad zu erreichen sind, kann das Auto stehen bleiben. Wenn Innenstädte funktionstüchtig sind und der städtische Einzelhandel keine Konkurrenz vor den Toren der Stadt bekommt, lässt sich Verkehr vermeiden und damit ein Beitrag zum täglichen Klimaschutz leisten.“ **DK**

Kabinettsbeschluss gegen Hasskriminalität

Bei Morddrohungen in Sozialen Medien, Gewalt gegen Beschäftigte in Rettungsstellen oder auch antisemitisch motivierten Straftaten - die Bundesregierung verstärkt ihren Kampf gegen Hasskriminalität. Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der neue Regeln und Strafverschärfungen vorsieht.

Was ändert sich? Morddrohungen, volksverhetzende Äußerungen und andere strafbare Inhalte werden häufig über Soziale Netzwerke veröffentlicht. Die Anbieter großer Netzwerke werden verpflichtet, solche Inhalte zu melden. Dafür wird beim Bundeskriminalamt eine neue Zentralstelle eingerichtet. Bislang waren die Anbieter nur dazu verpflichtet, diese Inhalte zu löschen oder zu sperren.

Richtet der Anbieter ein unzureichendes Meldesystem ein, kann dies mit einem Bußgeld sanktioniert werden. Zudem werden Hetze, Drohungen und Beleidigungen im Netz wegen der besonders hohen Reichweite härter und besser verfolgt. Um Tatverdächtige identifizieren und Beweise sichern zu können, werden klare Rechtsgrundlagen zur Auskunftserteilung von Anbietern gegenüber Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden geschaffen.

Üble Nachrede und Verleumdung gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden künftig schärfer bestraft. Mit ihrem Engagement sind sie eine Stütze der Gesellschaft und verdienen besonderen Schutz.

Personen, die aufgrund ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind, werden besser geschützt. Im Melderecht werden dafür entsprechende Auskunftssperren im Melderegister eingerichtet. **DK**

Große Schritte für die Bildungsintegration Neuzugewanderter:

Landkreise und kreisfreie Städte in Nordbayern ziehen Bilanz

Kurz vor dem Ende des Förderprogramms „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ haben sich die Mitarbeitenden aus 32 nordbayerischen Kommunen vergangene Woche in Erlangen zu einem gemeinsamen Workshop der Transferagentur Bayern Nord getroffen und Bilanz gezogen. Nach rund vier Jahren Arbeit steht fest: Vielerorts wurden Strukturen geschaffen, die die Bildungsintegration Neuzugewanderter wesentlich erleichtern, sie effektiv gestalten und so zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Seit 2016 waren bayernweit rund 100 kommunale Koordinierende angetreten, um zu analysieren, wo Schwierigkeiten bei der Bildungsintegration Neuzugewanderter bestehen. Oft in enger Kooperation mit den örtlichen Bildungsbüros. Ab Mitte des Jahres läuft das Förderprogramm in allen Kommunen aus. Bei einem abschließenden Workshop der Transferagentur Bayern Nord zogen 36 Koordinatorinnen und Koordinatoren aus Franken und Oberpfalz eine erste Bilanz ihrer Arbeit: In rund 100 Gremien und Arbeitskreisen brachten sie Bildungsverantwortliche zusammen, moderierten Austausch- und Entscheidungsprozesse und sorgten dafür, dass auf datenbasierter Grundlage bildungspolitische Entscheidungen getroffen werden konnten. Um Transparenz über die Bildungsangebote in ihren Kommunen und ihre Arbeit zu schaffen, gaben sie über 80 Broschüren heraus. Darunter finden sich Wegweiser zu Sprachkursen, Informationsmaterialien für Neuzugewanderte zum Bildungssystem und zur Schulpflicht sowie ganzheitliche Integrationskonzepte. In allen Kommunen sind die Informationen über eigens entwickelte Apps und Websites online abrufbar.

Noch ist aber nicht alle Arbeit getan. Die Koordinierenden Nordbayerns sehen große Herausforderungen, die in nächster Zeit auf Kommunen zukommen. Zum Beispiel die Bildungsintegration von Menschen, die aus dem EU-Ausland zuwandern aber auch die bessere Integration von geflüchteten Frauen und jungen Müttern. Wichtig wäre, die jetzt durch die Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren vorhandene Expertise in Beratung aufrecht zu erhalten, um die gesamtkommunalen Strategien für Integration und Bildung weiter auszubauen.

Nur wenige Städte und Landkreise haben sich bisher entschlossen, die Stellen aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren.

Die Transferagentur bietet zahlreiche Unterstützungsleistungen für Kommunen an, wie Prozessbegleitung beim Strukturaufbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, Qualifizierungsveranstaltungen sowie eine aktive Vernetzung der Kommunen untereinander. Aktuell unterstützt das Team der Transferagentur Bayern in Nürnberg und München insgesamt 59 Kommunen beim Bildungsmanagement und -monitoring. 31 Kommunen erhalten hierbei bundesweite Förderunterstützung durch das BMBF über das Programm „Bildung integriert“. ❐

Bundesrat gibt grünes Licht:

Meilenstein bei der ÖPNV-Förderung

Durch Änderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) und des Regionalisierungsgesetzes haben Bundestag und Bundesrat umfangreiche Aufstockungen der Bundesmittel für Infrastrukturprojekte und Betrieb des ÖPNV beschlossen. Die Maßnahmen sind wichtige Bausteine für die Verkehrswende in den Städten und Gemeinden.

Laut Gesetzesbeschluss verdoppeln sich in diesem Jahr die Mittel für den ÖPNV von 332 auf 665 Millionen Euro. Ab 2021 stellt der Bund den Ländern 1 Milliarde Euro jährlich zur Verfügung. 2025 wird der Betrag auf 2 Milliarden Euro im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 erhöht und in den Folgejahren jährlich um 1,8 Prozent ansteigen.

Bislang durften GVFG-Mittel ausschließlich für den Neu- und Ausbau verwendet werden. Mit der Novelle dürfen die Mittel nachrangig nun auch für Sanierungsprojekte verwendet werden. Zudem werden die Förderquote auf bis zu 75 Prozent erhöht und die Förderschwellen von 50 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro, bzw. in Ausnahmefällen auf 10 Mio. Euro gesenkt. Ebenso sind Planungskosten künftig förderfähig.

Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), Christian Haase MdB: „Dass die Mittel im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz deutlich angehoben werden, ist für die Kommunen mit schienengebundenem ÖPNV ein wichtiges Signal und ein wichtiger Beitrag für die Gewährleistung einer nachhaltigen Mobilität. Wichtig ist, dass durch entsprechende Planungsfortschritte die zusätzlich bereitgestellten Mittel auch tatsächlich abgerufen und investiert werden."

Position des VDV

Auch der Branchenverband VDV begrüßt die Verabschiedung des GVFG und die damit verbundene Erweiterung des Förderkatalogs. Der Verband veröffentlicht parallel dazu seine aktualisierten Vorschläge zur weiteren Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken in Deutschland. „Die Elektrifizierung von Eisenbahnverkehr führt zu mehr Stabilität und Flexibilität im Schienennetz und unterstützt die Verlagerung auf den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene. Daher begrüßen wir diese Erweiterung der Fördertatbestände im GVFG ausdrücklich", betont VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Der VDV hat passend hierfür sein Sonderprogramm zur Finanzierung von Elektrifizierungsvorhaben und Hybridlösungen im Eisenbahnnetz komplett überarbeitet und aktualisiert. Darin enthalten sind konkrete Vorschläge für insgesamt 8.093 Kilometer des derzeit aktiven Streckennetzes, wo eine Elektrifizierung mit Oberleitungen aus Branchensicht sinnvoll wäre. Hinzu kommen Vorschläge für 4.251 Kilometer, die sich nach Ansicht des VDV und seiner Mitglieder für einen vollelektrischen Hybridbetrieb mit einer Mischung aus Oberleitungs- und Speicherbetrieb (Akku) eignen würden. „Damit wäre elektrischer Personen- und Güterverkehr auf 86 Prozent des heutigen Schienennetzes möglich. Auf diesem Netz finden 99 Prozent der Verkehrsleistung statt. Der Eisenbahnbetrieb wäre damit nahezu vollelektrisch", meint Wortmann.

Durch die Änderung des Regionalisierungsgesetzes stehen künftig auch mehr Mittel für den Regionalverkehr in den Ländern zur Verfügung. Somit können zum Beispiel Taktverdichtungen im SPNV und neue Verbindungen durch die Aufgabenträger bestellt werden. Die zusätzlichen Regionalisierungsmittel erhöhen den bereits gesetzlich festgelegten Auszahlungsbetrag des jeweiligen Jahres. Die bestehende Dynamisierung in Höhe von 1,8 Prozent bleibt, womit die Regionalisierungsmittel über die Jahre 2020 bis 2031 um insgesamt 5,25 Milliarden Euro steigen.

Nach Ansicht des DStGB sind die Mittelaufstockungen im GVFG und im Regionalisierungsgesetz für die Städte und Gemeinden ein positives Signal und stellen einen Meilenstein bei der ÖPNV-Förderung dar. Neben zusätzlichen Mitteln seien insbesondere die Aufnahme von Grunderneuerung und Senkung der Förderschwellen im GVFG dringend notwendig, um die vielerorts in die Jahre gekommenen ÖPNV-Systeme zu modernisieren und fit für die Zukunft zu machen. Die Gesetzesänderungen stellten allerdings nur Bausteine für eine umfassende Verkehrswende in Stadt und Land dar.

Planungen beschleunigen

Auch der konsequente Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur, die Verbreitung alternativer Antriebe, digitalisierter Verkehrssysteme und die stärkere Vernetzung der Verkehrsmittel sind aus Sicht des DStGB notwendig, um mehr Klimaschutz, saubere Luft und mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu erreichen. Im vergangenen Jahr haben über 10,4 Milliarden Menschen den ÖPNV benutzt. Gerade in den Ballungsräumen sei die Kapazität insbesondere in der Rushhour ausgelastet. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten, dass Busse und Bahnen in enger Taktung pünktlich fahren, sauber und sicher sind.

Die großen Herausforderungen werden laut Kommunalverband allerdings mittelfristig nur zu meistern sein, wenn es auch gelingt, Planungen und Umsetzungen zu beschleunigen. Noch immer lähmten komplizierte Vergabeverfahren, lange Planungszeiträume und Engpässe in der Bauwirtschaft den zügigen Ausbau. Richtig wäre es deshalb, wenn Bund und Länder entsprechende Investitionsbeschleunigungsgesetze auf den Weg brächten. Dies wäre insgesamt ein positives Zeichen für den Wirtschaftsstandort und würde dazu beitragen, Deutschland wettbewerbsfähig zu halten.

Wie der Deutsche Landkreistag ausführt, sei es nun entscheidend, dass die Länder die zusätzlichen 5 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel für die nächsten zehn Jahre auch im Interesse von Klimaschutz und gleichwertigen Lebensverhältnissen einsetzen. Dies betreffe neben dem Schienenverkehr auch den Busverkehr. Zudem erwartet der Verband, dass der Bund nun zügig den Mechanismus zur Ermittlung der Trassen- und Stationsentgelte so anpasst, dass die zusätzlichen Mittel tatsächlich vollständig in eine Angebotsverbesserung fließen können. **DK**

Stadt und Landkreis Regensburg:

Gesamtmobilitäts-Konzept für die Region

Die Stadt Regensburg und der Landkreis Regensburg haben sich mit dem Freistaat Bayern darauf verständigt, ein „Konzept Mobilität Raum Regensburg" (KMRR) zu erstellen. Unter Einbeziehung aller Verkehrsträger, Verkehrsmittel sowie Aufgaben- und Baulastträger soll ein umfassendes Gesamtkonzept zur künftigen Mobilität im Raum Regensburg erarbeitet werden.

In einem Pressegespräch erläuterten Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger, Ministerialrat Dr.-Ing. Stefan Meier vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und Ltd. Baudirektor Josef Kreitinger, Regierung der Oberpfalz, die Zielsetzungen sowie die Prozess- und Arbeitsstruktur des Konzeptes. Prof. Dr.-Ing. Klaus Bogenberger, Technische Universität München, der die Konzipierung dieses Prozesses begleiten wird, erläuterte die Inhalte und den Ablauf der einzelnen Verfahrensbausteine.

Strategien entwickeln

Die Region Regensburg ist sehr erfolgreich. Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft positiv und es gibt einen permanenten Bevölkerungszuwachs. Dies führt zu neuen Herausforderungen, was das Thema Mobilität betrifft. Anfang der 2000er Jahre wurde daher die „Verkehrsuntersuchung Großraum Regensburg" erarbeitet, die seit dem Jahr 2005 als Grundlage der verkehrlichen Entwicklung diente. Viele der dort genannten Maßnahmen sind zwischenzeitlich umgesetzt worden oder befinden sich in der Realisierung. Jetzt geht es darum, Strategien zu entwickeln, wie die Mobilität im Großraum Regensburg den gestiegenen Anforderungen in der Zukunft gerecht werden kann.

Integration aller Verkehrsträger und Mobilitätsformen

Das neue Mobilitätskonzept wird mehr sein als ein Plan, wie infrastrukturelle Engpässe beseitigt werden können. Vielmehr muss Mobilität abgestimmt sein mit der städtebaulichen Planung und in Einklang gebracht werden mit neuen Anforderungen, etwa den Zielen des Klima- und Umweltschutzes. Daher werden multimodale Ansätze zu finden sein, die eine nachhaltige Mobilität in den Blick nehmen.

Stadt und Landkreis Regensburg sowie der Freistaat Bayern haben deshalb vereinbart, die Verkehrsuntersuchung Großraum Regensburg aus dem Jahr 2005 nicht einfach fortzuschreiben, sondern einen neuen konzeptionellen Ansatz zu wählen, der sich bereits im Stadium der Entwicklung der Prozessstruktur niederschlägt. Sie haben Prof. Dr.-Ing. Klaus Bogenberger von der Technischen Universität München, Lehrstuhl für Verkehrstechnik, gewinnen können, die Konzipierung dieses Prozesses beratend zu begleiten. ❐



V.l.: Ministerialrat Dr. Ing. Stefan Meier, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, Landrätin Tanja Schweiger, Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Prof. Dr. Ing. Klaus Bogenberger, Technische Universität München, Leitender Baudirektor Josef Kreitinger, Regierung der Oberpfalz.

Bild: Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser

Zukunftsforum Schweinfurt 2020:

Energie und Mobilität von morgen

Zu einem informativen Austausch über innovative Antriebsformen mit dem Themenschwerpunkt Brennstoffzellentechnologie lud die Stadt Schweinfurt in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt sowie dem Landkreis Schweinfurt in das Kongresszentrum ein. In diesem Rahmen wurde auch erstmalig der Zukunftspreis verliehen.

Wie Oberbürgermeister Sebastian Remelé eingangs erklärte, müssten Antworten auf „Schicksalsfragen" für Schweinfurt und die Region gefunden werden: „Wo kommt die Energie künftig her? Wie kann Schweinfurt seinen mit einer Großstadt vergleichbaren Energiehunger stillen? Wie bewegen wir uns in Zukunft fort? Und wie werden die Fahrzeuge angetrieben?" Landrat Florian Töpper wiederum wies darauf hin, dass gemeinsam alles getan werde, damit sich die Unternehmen in der Region gut aufgehoben fühlten. Es werde Veränderungen geben, die es zu nutzen gilt und die Chancen bieten.

Zahlreiche Experten setzten sich im Rahmen des Zukunftsforums mit Innovationen und Visionen auseinander. So zeigte Prof. Dr. Johannes Paulus (Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt) als Initiator der Power-to-Gas-Anlage Haßfurt Beispiele zur Nutzung von Wasserstoff im Bereich Energieversorgung und Mobilität auf. Aus Paulus' Sicht ist Wasserstoff „die erste und einzige sinnvolle Option als saisonaler Speicher für regenerative Energien". Seiner Einschätzung nach werden sich sowohl die elektrische Batterie als auch der serielle Brennstoffzellen-Hybrid durchsetzen. Bei Nutzfahrzeugen sind für den Wissenschaftler auf Wasserstoff basierte Antriebe ebenfalls eine Option.

Prof. Dr. Ansgar Ackva, Leiter des FHWS Technologietransferzentrums Elektromobilität in Bad Neustadt ging der Frage nach, ob Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge „technologische Feinde oder Freunde" sind. Aktuell hätten die Hybride noch mit Realverbrauch, Emission und Kosten, die E-Batterie-Autos mit den Problemen Rohstoffe, Recycling und Schnellladen und die erst am Anfang stehenden Brennstoffzellenfahrzeuge mit Bauraum, hohen Kosten und Effizienzverlusten sowie der Infrastruktur zu kämpfen. Gleichwohl werde sich vieles verbessern, meinte Ackva. So setze das E-Auto bereits jetzt die Standards für das Brennstoffzellenfahrzeug und massiver Druck komme auf den Verbrenner zudem durch stetig sinkende CO2-Grenzwerte, verschärfte Gesetze und höhere Strafzahlungen für CO2-Sünder zu. Dies werde die Chancen für CO2-arme Technologien erhöhen und die Kosten verringern. Ackva zufolge wird es für jeden Antrieb eine Nische geben, es stellt sich nur die Frage nach dem jeweiligen Anteil.

Es gibt nicht nur eine Lösung

Keineswegs konkurrierende, sondern vielmehr ergänzende Technologien sind Batterie und Brennstoffzelle für den Schweinfurter Standortleiter der ZF Friedrichshafen AG, Hans-Jürgen Schneider. In Zukunft wird es seiner Meinung nach nicht nur eine Lösung geben. Zahlreiche Antriebsarten werden ihre Berechtigung haben. Für leichtere Fahrzeuge und geringere Reichweiten sei Batteriebetrieb von Vorteil; bei höheren Massen (z.B. Bus und Lkw) und längeren, energieintensiveren Strecken eigneten sich eher Brennstoffzellenantriebe. Die Hybridtechnik werde ihre Möglichkeit zwischen diesen beiden Welten finden. Und selbst dem Verbrenner drohe nicht das schnelle Aus, vermutete Schneider. In Regionen, in denen neue Antriebsarten und der Infrastrukturaufbau langsamer vorankommen, würden Alternativen für die Mobilität noch längerfristig benötigt.

Vorstand Prof. Dr. Veronica Grimm stellte ihrerseits das im Sommer vergangenen Jahres gegründete Wasserstoffkompetenzzentrum. Bayern (H2.B) vor. Das Zentrum hat die Aufgabe, unter Einbeziehung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in den nächsten Monaten eine bayerische Wasserstoffstrategie zu erarbeiten.

Unterstützt wird das H2.B von dem gleichzeitig gegründeten Wasserstoffbündnis Bayern. Insgesamt 16 Partner aus Industrie, Wissenschaft und den Kommunen legen in dem Verbund den Grundstein für gemeinsames Handeln, um Wasserstoff als einen Energieträger der Zukunft zu etablieren. Das Bündnis soll weiteren Mitgliedern aus Industrie, Wissenschaft und auch den Kommunen offenstehen. Ziele sind, Bayern zum führenden Standort bei der industriellen Fertigung der Wasserstoffschlüsseltechnologien auszubauen, die Technologie-Führerschaft bei der Wasserstoffspeicherung- und Logistik zu etablieren sowie den Ausbau der Tankstellen-Infrastruktur zu beschleunigen.

Für die Lehrstuhlinhaberin an der Universität Erlangen-Nürnberg ist die Wasserstofftechnologie für den Energietransport, als Energiespeicher sowie als Brennstoff für die Mobilität von zentraler Bedeutung. Umso wichtiger sei dies beim anstehenden Transformationsprozess des weltweiten Energiesystems mit den künftigen Primärenergiequellen Wind und Sonne. Stromimporte in Verbrauchszentren werden hierzulande teilweise erforderlich sein, bemerkte Grimm.

Höhepunkt der Veranstaltung war die erstmalige Vergabe des Zukunftspreises Schweinfurt an Peter Rumpel (Dittelbrunn/Schraudenbach). Das innovative Konzept des Ingenieurs der Schaeffler AG sieht den Aufbau eines Wasserstoff-Tankstellennetzes mit dazugehöriger Wasserstofferzeugung vor. Dabei zeigte Rumpel auch, dass Schweinfurt ideal dafür geeignet wäre. Der komplette Straßenverkehr könnte dort nach seinen Berechnungen problemlos CO2-neutral fahren.

Oberbürgermeister Remelé gratulierte dem Gewinner und überreichte ihm einen Scheck über 1.500 Euro. Alle weiteren Teilnehmer durften sich über ein Preisgeld von jeweils 500 Euro freuen. **DK**

Radverkehr mit Rückenwind

Staatssekretär Holetschek: Austausch mit der AGFK Bayern zur künftigen Radverkehrsförderung

Im Rahmen eines Fachgesprächs zur Radverkehrsförderung in Bayern diskutierten Landräte, Bürgermeister und Vertreter aus kommunalen Verwaltungen mit Staatssekretär Klaus Holetschek auf der Messe f.re.e. zur zukünftigen Radverkehrsförderung in Bayern. Der Bundesrat legte bereits Mitte Februar vor und entschied sich mit der StVO-Novelle zugunsten der Sicherheit von Radfahrern. Auch im Wahlkampf der anstehenden Kommunalwahlen in Bayern zeigt sich, dass die Themen Radverkehr und -förderung stark an Bedeutung gewonnen haben.

Stetig steigende Verkaufszahlen von Fahrrädern, die deutliche Zunahme radtouristischer Freizeitgestaltungen und der Anstieg des Radverkehrsanteils im Modal Split in vielen bayerischen Kommunen sprechen eine deutliche Sprache: Radfahren erlebt einen Boom und immer mehr Menschen steigen aufs Rad um. Diese Entwicklung schlägt sich auch in den stark steigenden Mitgliederzahlen der AGFK Bayern nieder. So sind bereits im jungen Jahr 2020 schon 14 neue Mitgliedsanträge bayerischer Kommunen bei dem Verein eingegangen.

Das bayerische Radverkehrsprogramm hat sich 2017 das Ziel gesetzt, den Radverkehrsanteil am Modal Split bis 2025 auf landesweit 20 Prozent zu steigern. „Die letzte Erhebung der Studie „Mobilität in Deutschland" (MiD) kommt aber nur auf 11 Prozent. Hier ist also noch viel Luft für mehr Radreifen im Verkehr", so Landrat Matthias Dießl, Vorsitzender der AGFK Bayern. „Wir unterstützen das Radverkehrsprogramm, fordern zudem aber weitere Maßnahmen, um die darin genannten Ziele zu erreichen", so Dießl weiter. Die 15 Forderungen der AGFK Bayern beinhalten u.a. Vereinfachungen und Unterstützung in der Radverkehrsplanung und bei dem Ausbau von Abstellanlagen. Bestandteile sind aber auch eine kosten- und barrierefreie Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr, die Erleichterung der Anordnung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen, die Anhebung des bayerischen Höchstsatzes für Parkgebühren und das Aufstellen von deutlich mehr Fahrradstaffeln der Polizei.

Im Gespräch mit den kommunalen Entscheidern plädierte Staatssekretär Holetschek für praktikable Lösungen, die im Einzelfall auch von den Standards abweichen könnten, um ein gutes Ergebnis für den Radverkehr herbeiführen zu können. Auch seitens der kommunalen Planer wird mehr Flexibilität für die Entscheider vor Ort gefordert. „Radfahren darf nicht nur mit Worten gefördert werden, sondern auch mit Taten", so Holetschek. Um dies auch symbolisch zu unterstreichen, übergab er den Vertretern der AGFK Bayern den Förderbescheid, der eine Aufstockung von bisher 250.000 auf 300.000 Euro vorsieht. ❐

Wärmespeicher mit Gehirn

Wie intelligente Software BHKWs gewinnbringend steuert

Effizient und klimaschonend – das könnte auf dem Etikett der Software stehen und auf dem von ihr gesteuerten Wärmespeicher. Oder: „Einfach intelligent“. Entwickelt wurde das innovative Programm zur Betriebsoptimierung in München beim KWK (Kraft-Wärme-Kopplung)- und Wärmespeicher-Spezialisten VK Energie.

Überaus erfolgreich eingesetzt wird es seit 2017 bei schwaben regenerativ, 100prozentige Unternehmenstochter der Augsburger erdgas schwaben. Die Umrüstung erfolgte schnell und unkompliziert, genauso wie der vierwöchige Probelauf. Die enge Kooperation trägt seitdem nachweislich Früchte: Mit dem digitalen Fahrplan betreibt schwaben regenerativ ihre Blockheizkraftwerke (BHKW) in Mindelheim und Kaufbeuren noch wirtschaftlicher und mit deutlich weniger Störungen als vorher.

Die Ergebnisse der digitalen Betriebsoptimierung überzeugen auf ganzer Linie: Die Stromerzeugung wurde pro Jahr um 15 Prozent gesteigert, die Wärmeerzeugung aus Bioerdgas um neun Prozent. Daneben wurde die CO2-Emission um knapp 1.300 Tonnen pro Jahr reduziert (den nicht benötigten Kohlestrom eingerechnet). Dieser beeindruckende Erfolg empfiehlt die Anlagen in Mindelheim und Kaufbeuren als Vorzeigeprojekte für effiziente und umweltschonende Energieerzeugung.

Selbstoptimierendes Programm

Die Innovation liegt in der Wandlung vom statischen zum dynamischen Wärmespeicher. Doch wie gelingt dies? Was tut das Programm von VK Energie? Es kontrolliert permanent den Energie-Inhalt des Wärmespeichers und greift permanent in die Wärmeleistung ein – selbstständig und selbstoptimierend. Das heißt, sobald sich der Speicherfüllgrad der 100 Prozentmarke nähert, reguliert das intelligente Programm die Leistung des Blockheizkraftwerks (BHKW) ab.

So wird das Ausschalten des Kraftwerks bei 100 Prozent erreichter Leistung vermieden. Dabei lernt das Programm quasi aus eigener Erfahrung. So hält es mit einem individuellen digitalen Fahrplan den Speicherfüllgrad bei 70 bis 80 Prozent, das Kraftwerk kann durchlaufen. Das spart Ausfallzeiten und Reparaturkosten bei den fehleranfälligen Start- und Stopp-Prozessen.

Optimal funktioniert auch der Austausch von Informationen, z.B. über geplante Wartungen, zwischen VK Energie und dem technischen Betriebspersonal von schwaben regenerativ – auf digitalem Weg oder klassisch per Telefon. So gewinnen die Mitarbeiter vor Ort Zeit für ihre Kernaufgaben, wie technische Wartungen.

Die Umwelt gewinnt

Das patentierte Verfahren, das VK Energie „Aktives Wärmespeicher-Management“ nennt, bewirkt aber noch viel mehr. Das Prinzip des Gewinns ist einfach erklärt: Je länger das BHKW läuft, umso mehr Strom wird neben der Wärme produziert und kann verkauft werden. Außerdem gewinnt die Umwelt. Durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme im BHKW steht eine hocheffiziente und damit ressourcenschonende Technologie zur Verfügung.

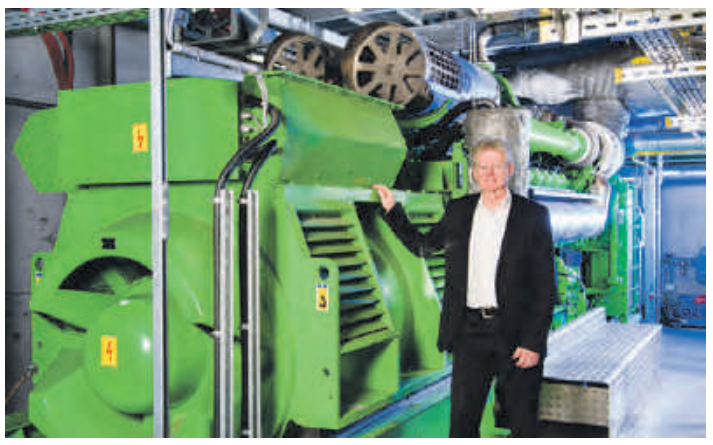
Obendrein betreibt schwaben regenerativ ihre beiden Biomasse-Heizkraftwerke in Kaufbeuren und Mindelheim ausschließlich mit erneuerbarem, vor Ort erzeugtem Brennstoff. Die beiden liefern ihren Kunden also zu 100 Prozent Bio-Strom. Und den am besten rund um die Uhr. CO2 fällt bei der Stromproduktion aus CO2-neutralem Bioerdgas der erdgas schwaben erst gar nicht an. Ein entscheidender Beitrag der schwaben regenerativ zur Umsetzung der Energiewende und weitgehenden Treibhausgas-Neutralität in der Region Bayerisch Schwaben.

Finanziell belohnt durch flexible Erzeugung

Die Software-Lösung von VK Energie steigert aber nicht nur hervorragend die Effizienz der Wärmespeicher in den KWK-Anlagen. Sie berücksichtigt auch die Preissignale an den kurzfristigen Strommärkten, dem sogenannten Spotmarkt. Wie sieht das praktisch aus? Der digitale Fahrplan bietet eine gewisse Flexibilität bei der Entscheidung, wann die BHKWs Strom produzieren. Ein beachtenswerter technischer Vorsprung, der am Strommarkt finanziell belohnt wird. Wer flexibel dann Strom anbietet, wenn Wind- und Photovoltaik-Kraftwerke dies gerade nicht können, profitiert vom erhöhten Bedarf und der erhöhten Vergütung.

In Mindelheim kommen der ortsgrößte Industriebetrieb und das örtliche Nahwärmenetz in den Genuss von Wärme und Bio-Strom aus dem leistungsoptimierten Biomasse-Heizkraftwerk, in Kaufbeuren das weitläufige Bezirkskrankenhaus und die örtlichen Schulen. Und die Erfolgsgeschichte wird fortgeschrieben. Auch das mit Hackschnitzel laufende Biomasse-KWK-Heizkraftwerk in Dillingen will schwaben regenerativ jetzt mit der künstlichen Intelligenz von VK Energie aufrüsten.

Gemeinsam gehen VK Energie und wir von schwaben regenerativ für unsere Kunden große Schritte in die moderne Energiewelt. Gemäß dem Motto: erneuerbar, dezentral und vernetzt. ❐



Christian Arlt, Geschäftsführer von schwaben regenerativ, im Heizkraftwerk Kaufbeuren. Bild: schwaben regenerativ

CO2-neutrales Gas für Altusried

erdgas schwaben übergibt erstes Ökogaszertifikat im Oberallgäu an Marktgemeinde

„Eine Vorbildgemeinde mit enormer Signalwirkung für die ganze Region“, nannte Anton Klotz, Landrat im Kreis Oberallgäu, den Markt Altusried. Anlass war die feierliche Übergabe des Ökogaszertifikats. Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, überreichte es im Altusrieder Theaterkästle.

Die Urkunde gibt den Altusriedern Brief und Siegel auf den klimawirksamen Ausgleich von CO2-Emissionen, die in den Gasheizungen der Marktgemeinde entstehen. Als erste Kommune im Oberallgäu hat Altusried das offizielle Ökogas-Zertifikat erhalten. Voraussichtlich knapp 1500 Tonnen CO2 werden bis Ende 2021 ausgeglichen.

„Wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch“, sagte Joachim Konrad, erster Bürgermeister in Altusried. „Mit enormer Unterstützung durch unser Energieteam, den Gemeinderat und erdgas schwaben konnten wir in nur wenigen Jahren schon viel zum Klimaschutz beitragen.“

Ein mobiles BHKW für die Versorgung von Schule und Freibad mit Wärme und Strom, eine E-Ladesäule, die erdgas schwaben mit Strom aus 100 Prozent Wasserkraft beliefert, E-Autos für die Gemeinde, Umstellung der Beleuchtung auf LED und mehrere Bürgeraktionen für ein energieeffizientes Zuhause – Beispiele für praktische Maßnahmen, die Altusried schon umgesetzt hat.

In Zukunft liegt der Schwerpunkt auf dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie – cleveres Energiemanagement. Landrat Klotz: „Dafür braucht man einen erfahrenen Partner wie erdgas schwaben mit umsetzbaren Konzepten und innovativen Ideen, engagierte Bürgerinnen und Bürger und natürlich einen zukunftsorientierten Gemeinderat. Das alles trifft hier zusammen.“ ❐

Photovoltaik und Biomasse weiter auf Erfolgskurs

Aiwanger: „Die Energiewende liegt vor unserer Haustür“

Die jetzt vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie veröffentlichten Energiedaten kompakt für Bayern zeigen: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist auf einem guten Weg. Der Anteil von Strom aus Photovoltaik-Anlagen ist gegenüber 2017 ebenso gestiegen wie der aus Biomasse-Anlagen. „Die Energiewende liegt vor unserer Haustür. Energieträger wachsen heute schon auf Feldern und in Wäldern und die Sonne scheint an über 1700 Stunden im Jahr in Bayern“, sagte Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger. „Diese Ressourcen effizient und kostengünstig zu nutzen, ist der Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg. Jetzt muss die dezentrale Energieerzeugung weiter vorangetrieben werden.“

Die Photovoltaik bleibt in Bayern auf Wachstumskurs und erreicht mit einer Stromerzeugung von 11,8 TWh einen neuen Höchststand – ein Plus von 4,5 Prozent. Damit sich dieser Trend fortsetzen kann, fordert der Freistaat, den 52-Gigawatt-Deckel endlich abzuschaffen.

Ein weiterer Eckpunkt der Energiewende ist die Förderung von privaten PV-Speicheranlagen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms. Hier wurden über 8000 Anträge auf Speicherförderung in Kombination mit neuen PV-Anlagen gestellt. Dies zeigt den großen Erfolg des neuen PV-Speicherprogramms, das erst seit August 2019 läuft.

Wachstumsimpulse

Auch neue Ansätze wie die Agro-Photovoltaik sollen künftig ebenfalls Wachstumsimpulse geben. Hier werden große PV-Anlagen über landwirtschaftlich genutzten Flächen installiert, um gleichzeitig Energie und Nutzpflanzen zu ernten. „Wir brauchen Pilotprojekte, um das Potenzial von Agrophotovoltaik in der Praxis zu erproben“, erklärt Aiwanger. Außerdem setzt er sich dafür ein, auf bisher ungenutzten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen PV-Anlagen zu errichten.

Ebenfalls gestiegen ist die Stromerzeugung aus Biomasse, die 2018 rund 9,2 TWh und somit 0,2 TWh mehr als in 2017 erreichte. Dieser Wachstumstrend wird sich nach Ansicht Aiwangers fortsetzen: „Die Forschung zeigt uns Wege auf, wie wir die Effizienz der Biomasse beispielsweise mithilfe neuer Verfahren deutlich erhöhen können. Wir unterstützen die Umsetzung in der Praxis, wie jüngst die Eröffnung einer Demonstrationsanlage in Niederbayern gezeigt hat.“

Die Bruttostromerzeugung erreichte 2018 in Bayern insgesamt nur 73,9 TWh. Im Vorjahr waren es noch 84,7 TWh. Bei gleichzeitig nahezu unverändertem Stromverbrauch (vorläufiger Wert) ist für das Jahr 2018 somit erstmals ein erheblicher Stromimport nach Bayern in Höhe von rund 10 TWh zu verzeichnen. Einen Saldo in dieser Höhe hat es bislang noch nie gegeben. Grund hierfür ist in erster Linie die Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen B sowie der Rückgang der Stromerzeugung aus Wasserkraft im Dürrejahr 2018.

„Diese Stromlücke wird sich mit der Abschaltung der letzten beiden Kernkraftwerke Gundremmingen C Ende 2021 und Isar II Ende 2022 absehbar weiter vergrößern. Das ist eine unmittelbare Folge des 2011 auf Bundesebene beschlossenen Kernenergieausstiegs“, erklärt Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger. Und weiter: „Diese Zahlen zeigen, dass wir alle an einem Strang ziehen müssen, um die Energieversorgung nachhaltig zu sichern. Wir brauchen die Bürger-Energiewende dringender denn je.“ ❐

Energie-Karten jetzt auch fürs Smartphone:

Mobile Version des Energie-Atlas Bayern online

Wie hoch ist das Windrad am Horizont? Wieviel Strom erzeugt die Photovoltaik-Freiflächenanlage an der Bundesstraße? Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt der Energie-Atlas Bayern auf über 200 Info-Karten rund um das Thema „Energie“ – ab jetzt auch für unterwegs! Die Anwendung punktet mit hoher Performance und Nutzerfreundlichkeit und ist optimiert sowohl für Smartphones als auch für Tablets.

In der mobilen Version sind alle standardmäßig im Energie-Atlas Bayern enthaltenen Daten verfügbar, u. a. Energieerzeugungsanlagen, Planungsgrundlagen, Potenziale erneuerbarer Energien sowie Strom- und Wärmenetze. Zahlreiche Kartenwerkzeuge und umfangreiche Recherchemöglichkeiten nach Orten, Adressen, Koordinaten, Themen etc. sind leicht auffindbar in die Benutzeroberfläche integriert. Als eigenständige Anwendung mit separater Webadresse vervollständigt die Mobile Version das Angebot des bereits bekannten Energie-Atlas Bayern.

Übrigens: In Bayern werden derzeit jährlich rund 37 Milliarden kWh Strom aus erneuerbaren Energien produziert – das ist mehr Strom, als die verbliebenen Atomreaktoren in Bayern 2017 erzeugt haben.

Die Mobile Version des Energie-Atlas Bayern ist erreichbar unter https://www.energieatlas.bayern.de/karten-mobil. ❐



Generationenprojekt Klimawende

Neues Positionspapier des Deutschen Landkreistags zu Klimawandel und erneuerbaren Energien

Kaum ein anderes Thema bewegt die Gemüter derzeit so wie der Klimaschutz. Klimaschutzkonzepte, Nutzung von Elektromobilität bei den Verwaltungsflotten, energetische Vorgaben bei Bauvorhaben, Bildungsarbeit und viele Einzelmaßnahmen, wie die Aufforstung von Waldgrundstücken, sind fester Bestandteil nachhaltiger Kreispolitik.

Laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistags verfügen 77 % der Landkreise bereits über eine ausformulierte Strategie für den Klimaschutz oder die Nutzung erneuerbarer Energien. Weitere 14 % der Landkreise beschäftigen sich mit der Aufstellung einer solchen Strategie. In knapp drei Vierteln der Kreisverwaltungen gibt es zudem eine Einheit, die sich schwerpunktmäßig mit dem Klimaschutz beschäftigt. Umso wichtiger ist es aus Sicht des DLT, dass die bundes- und europapolitischen Akteure der Klimawende bei ihren Beschlüssen die Praktiker vor Ort nicht vergessen.

Anlässlich eines jüngst veröffentlichten Papiers des Deutschen Landkreistags zum Thema mahnte dessen Präsident, Landrat Reinhard Sager: „Die Klimawende kann nur mit den ländlichen Räumen gelingen, ohne sie steht das Generationenprojekt auf tönernen Füßen. Auf dem Land befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Daher brauchen die ländlichen Räume einen Ausgleich mit dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung. Das heißt vor allem, die Investitionen z. B. im Bereich der digitalen Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, beim Verkehr oder im Hinblick auf die Dezentralisierung von Bundes- und Landesbehörden hochzufahren."

Dies bekräftigte auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, der federführend an der Erarbeitung des Positionspapiers auf Bundesebene mitgewirkt hat: „Voraussetzung für das Gelingen der Klimawende ist die Akzeptanz vor Ort. Die nationalen Klimaschutzziele oder auch der europäische Grüne Deal mögen sich gut lesen lassen und sind zweifelsohne gut für unseren Planeten. Für die Umsetzung brauchen wir aber unsere Bevölkerung. Deswegen darf niemand überfordert und einseitig benachteiligt werden. Klimawende und Erhalt unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen müssen in Einklang stehen. Wir müssen gemeinsam hinschauen, was wir im ländlichen Raum und in den Ballungsgebieten tun können und müssen." uns das mitgeteilt." Eine Verständigung auf eine Abstandsregelung zu vorhandenen Siedlungsstrukturen sei in dieser Hinsicht ein richtiger Schritt. „Aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit vor Ort sollte diese Regelung dann landesbezogen oder sogar für jede Gemeinde gesondert ausgestaltet und zugeschnitten werden." Darüber hinaus gehe die vorgesehene Einführung eines gesonderten Hebesatzes bei der Grundsteuer für Windenergieanlagen in die richtige Richtung und zudem seien Bürgerenergieprojekte ein guter Weg, um die Einwohner in die Energiewende vor Ort einzubinden. Sie müssten wieder stärker als zuletzt unterstützt werden.

Für ein stärker CO2-freies Energiesystem sei die Kopplung von Sektoren eine Grundvoraussetzung. Strom aus Windenergie müsse in größerem Maßstab als bisher beispielsweise zur Produktion erneuerbarer Gase („Power-to-Gas") genutzt werden. Dies könne einen Beitrag zur Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien in den Landkreisen leisten. Durch verbesserte technische Lösungen bei der Flugsicherung könnten zudem zusätzliche geeignete Flächen für Windrad-Neubauten gewonnen werden.

Gerade auch im Bereich der Solarenergie sowie der Geothermie bestehen laut DLT noch erhebliche Potenziale, die es weiter auszubauen und zu nutzen gilt. So sehen 96 % der teilnehmenden Kreisverwaltungen nach der aktuellen Umfrage des Deutschen Landkreistages noch Potenzial für den Ausbau der Solarenergie (Photovoltaik/Solarthermie) und fast drei Viertel (72 %) für die Nutzung von Geothermie. Um hier mehr Potenzial zu haben, sollte landesrechtlich vermehrt die Nutzung von Dachflächen bei Neubauten für Photovoltaik vorgesehen werden.

Mit Blick auf die Frage einer CO2-Bepreisung, die vor allem für die Bevölkerung in ländlichen Räumen spürbar werden würde, meinte Verbandschef Sager: „Die Menschen in den Landkreisen sind in aller Regel auf den eigenen Pkw angewiesen. Es ist deshalb notwendig, für die Betroffenen nach einem finanziellen Ausgleich zu suchen. Hierbei geht es auch darum, nicht einen Wegzug aus dem ländlichen Raum noch zu befördern, sondern diesem entgegenzuwirken. Wir fordern daher eine dauerhafte Entlastung bei der Pendlerpauschale, und zwar vom ersten Kilometer an und nicht wie derzeit geplant ab dem 21. Kilometer."

Auch würde die CO2-Bepreisung die Mobilität der Bevölkerung etwa mit Blick auf Einkäufe, Arztbesuche oder sonstige Besorgungen verteuern, was durch die Anhebung der Kfz-Steuer noch verschärft würde. „Auch hier müssen individuelle Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen." **DK**

Überbordende Bürokratie

Der DLT wirbt dafür, die Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern. „Wir leisten uns im deutschen Förderdschungel eine überbordende Bürokratie und bremsen so dringend notwendige Entwicklungen aus, die eigentlich auf der Überholspur realisiert werden müssten", gab Präsident Sager zu bedenken. Neben der Anlagenplanung betreffe das etwa auch den Bau neuer Stromtrassen. Darüber hinaus seien die Länder aufgefordert, kommunale Klimaschutzaktivitäten dauerhaft und grundlegender zu finanzieren. Von immer neuen Projektfinanzierungen sei Abstand zu nehmen.

Sager berichtete außerdem aus der Umfrage des Landkreistages, dass vor Ort noch immer zum Teil erhebliche Akzeptanzprobleme, beispielsweise im Hinblick auf Windkraftanlagen, bestünden. „53 % der Landkreise haben



Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit Holzkirchens Bürgermeister Olaf von Löwis. Bild und Text: Dr. Norbert Baumgärtner / geothermie-pr.com

Projekt mit Zukunft:

Erdwärmenutzung in Erding wird ausgebaut

Der 1989 gegründete Zweckverband Geowärme Erding und STEAG New Energies GmbH feierten die Einweihung der Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Erding 1. Durch diese Vergrößerung werden künftig bis zu 18 Prozent des gesamten Wärmebedarfs der bayerischen Kreisstadt Erding durch Erdwärmenutzung gedeckt. Dies entspricht ungefähr dem Wärmebedarf von 7.000 Haushalten. Auch die Haustechnik der Therme Erding wird auf diese klimaschonende Weise mit Energie versorgt.

Mit dem Ausbau kommt der Zweckverband Geowärme Erding der steigenden Nachfrage nach klimafreundlicher Fernwärme nach. Gemeinsam mit dem langjährigen Projektpartner STEAG New Energies wird so die Voraussetzung dafür geschaffen, dass künftig noch mehr Erdinger Haushalte von einer ressourcenschonenden Fernwärmeversorgung profitieren.

Dank der Erweiterung steigt das Leistungsvermögen der Geowärme Erding von aktuell 63 Megawatt auf künftig 75 Megawatt Anschlusswert. Dies entspricht rund 18 Prozent des gesamten Erdinger Wärmebedarfs. Wollte man die gleiche Wärmeleistung auf konventionelle Weise erzeugen, bräuchte man dafür rund sieben Millionen Liter Heizöl pro Jahr. So betrachtet sorgt die Geowärme Erding künftig für Einsparungen von rund 13.000 Tonnen CO2-Emissionen pro Jahr.

Erweiterung mit KWP und BHKW

Die Erweiterung besteht aus einer neuen Kompressionswärmepumpe (KWP) und einem neuen Blockheizkraftwerk (BHKW). Zwei neue Heizwasserspeicher mit einem Fassungsvermögen von zusammen 300.000 Litern Heizwasser komplettieren die Anlage und dienen der Laufzeitoptimierung von KWP und BHKW sowie dem Ausgleich von Lastspitzen. Insgesamt beläuft sich die Maßnahme auf ein Investitionsvolumen von 7,8 Millionen Euro.

Bei Suchbohrungen zur Erschließung von Ölvorkommen entdeckte die Firma Texaco im Jahr 1983 in einer Tiefe von 2.300 Metern eine 65 °C heiße Thermalwasserquelle. Das Erdölunternehmen hatte dafür keinerlei Verwendung. Die Exploration war jedoch der Startschuss für ein zukunftsweisendes Geothermieprojekt.

1989 – sechs Jahre nach der Entdeckung des heißen Tiefengrundwassers – wurde das Projekt Geothermie von Stadt und Landkreis Erding unter dem damaligen Bürgermeister der Stadt Erding, Gerd Vogt und dem damaligen Landrat Xaver Bauer gegründet und man schloss sich zum Zweckverband Geowärme Erding zusammen. Ziel des Bündnisses war die energetische und stoffliche Nutzung des gefundenen Thermalwassers. Diese Mehrfachnutzung des durch Geothermie geförderten Thermalwassers ist bis heute einzigartig in Deutschland.

1994 konnte die in Saarbrücken ansässige Saarberg Fernwärme GmbH als Partner gewonnen werden. Inzwischen firmiert das Unternehmen unter dem Namen STEAG New Energies GmbH. Im selben Jahr wurden auch erste Kontakte zur Unternehmensgruppe Wund geknüpft, die seit mehr als 50 Jahren erfolgreich Thermen und Schwimmbäder entwickelt und betreibt. 1999 wurde die Therme Erding eröffnet und ist mit einem Anschlusswert von 15 Megawatt aktuell größter Fernwärmekunde.

Im März 1998 wurde das Geoheizwerk 1 in Betrieb genommen und das Fernwärmenetz großflächig ausgebaut. Aufgrund der großen Nachfrage nach der umweltfreundlichen geothermischen Fernwärmeversorgung erfolgte 2008/2009 als weiterer Meilenstein des Projekts die zweite Bohrung am Kletthamer Feld in Erding. Im Mai 2009 nahm der Zweckverband das Geoheizwerk 2 feierlich in Betrieb.

2015 beschloss man die Verlängerung der Partnerschaft mit STEAG New Energies bis zum Jahr 2033 und die Investition in den Ausbau am Heizberg 1. Mittlerweile ist das Fernwärmenetz auf eine Länge von 31 km angestiegen. Der Gesamtanschlusswert liegt bei rund 70 Megawatt thermischer Leistung. „Ich habe mir sagen lassen, dass es sich um das größte Geothermieprojekt in der Bundesrepublik Deutschland handelt", so Landrat Martin Bayerstorfer.

„Die Geowärmenutzung in Erding ist für alle Partner ein echtes Erfolgsmodell. Dank moderner Technik profitieren alle Beteiligten und nicht zuletzt Klima und Umwelt von einer ebenso umweltfreundlichen wie verlässlichen Wärmeversorgung", freute sich auch Thomas Billotet, Geschäftsführer der STEAG New Energies, über den erfolgreichen Projektabschluss.

Sein Unternehmen versteht sich als Partner der Energiewende für Kommunen und Gewerbe. Das Ziel der Energiewende ist äußerst anspruchsvoll und erfordert von allen Beteiligten höchste Anstrengungen und ein hohes Maß an Kooperation und Konsensbereitschaft, so Billotet. Sein Dank galt allen Verantwortlichen des Zweckverbandes, ganz besonders jedoch dem langjährigen Verbandsgeschäftsführer Alois Gabauer, der seit Gründung des Zweckverbandes die Geschäfte erfolgreich leitet. Seine Nachfolge wird im Mai dieses Jahres Michael Perzl antreten. **Caroline Grieser**

Lade-Report 2020

LEW gehört zu den zehn größten Betreibern öffentlicher Ladeinfrastruktur in Deutschland

Die Lechwerke sind einer der größten Betreiber von öffentlicher Ladeinfrastruktur in Deutschland. Das ist das Ergebnis des kürzlich veröffentlichten „Lade-Reports 2020" des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos. Demnach rangiert LEW mit rund 300 öffentlichen Ladepunkten auf Platz neun. Betrachtet man nur die Gleichstrom-Schnellladepunkte belegt LEW sogar den sechsten Rang.

Den Spitzenplatz in dem bundesweiten Ranking belegt innogy mit mehr als 1.500 Ladepunkten und einem Marktanteil von 7,5 Prozent. Innogy hat neben den eigenen Ladepunkten einen deutschlandweiten Ladeverbund aufgebaut, zu dem auch LEW gehört. Auf den Plätzen zwei und drei folgen EnBW und Stromnetz Hamburg.

Die Autoren der Studie stellen fest, dass sich die Elektromobilität inklusive des Ausbaus der öffentlichen Ladeinfrastruktur aktuell dynamisch entwickelt mit hohen jährlichen Wachstumsraten.

Öffentliche Ladepunkte gewinnen an Bedeutung

Auch wenn die meisten Ladevorgänge heute zuhause stattfänden, so der Report, würden die öffentlichen Ladestationen in Zukunft wichtiger – vor allem für Bewohner in Mehrfamilienhäusern, was auf etwa die Hälfte aller Autobesitzer zutrifft. Denn hier sei die Installation eines privaten Ladepunktes oft nicht oder nur schwer möglich.

Deutschlandweit stehen nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) derzeit rund 24.000 öffentlich zugängliche Ladepunkte zur Verfügung. Im Eckpunktepapier „Klimaschutzprogramm 2030" sieht die Bundesregierung eine Million öffentliche Ladepunkte bis 2030 vor.

Elektromobilität in Bayerisch-Schwaben nimmt Fahrt auf

Auch auf den Straßen in Bayerisch-Schwaben fahren immer mehr Elektroautos: Laut Kraftfahrtbundesamt sind im Regierungsbezirk derzeit mehr als 3.500 Elektroautos zugelassen. Das sind etwa drei Mal so viele wie Ende 2016. Auch die Ladevorgänge nahmen in den letzten Jahren deutlich zu: Während die Lechwerke an ihren Ladepunkten 2016 noch rund 17.600 Ladevorgänge verzeichneten, waren es 2019 bereits 69.000.

Enger geknüpftes Ladenetz

„Elektromobilität bringt die Energiewende auf die Straße. Wir engagieren uns seit vielen Jahren voller Überzeugung für diese Technologie und haben das Ladenetz in der Region kontinuierlich enger geknüpft. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur mit schnellen Lademöglichkeiten ist für den Erfolg der Elektromobilität ganz entscheidend. Wir werden auch künftig gemeinsam mit unseren Partnern die Ladeinfrastruktur weiter ausbauen", stellt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann fest. ❐

Erfolgreiche Anstrengungen gewürdigt:

Nachhaltigkeitspreis für die Holzkirchner Geothermie

Soziale Marktwirtschaft war – dem Namensgeber getreu – ein dominierendes Thema auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel in Weißach am Tegernsee. Dass auch Kommunen Marktwirtschaft beherrschen, beweist die Marktgemeinde Holzkirchen mit ihrer Geothermieanlage. Für deren erfolgreiche Realisierung und den damit verbundenen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz erhielt sie den erstmalig vergebenen ZfK-Nachhaltigkeitspreis.

Um die Bemühungen von Kommunen in punkto Nachhaltigkeit und Daseinsvorsorge zu honorieren, schrieb die Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK) in diesem Jahr erstmalig ihren Nachhaltigkeitspreis aus. Groß war die Freude im Holzkirchner Rathaus und bei den Gemeindewerken, als bekannt wurde, dass Holzkirchen den `Preis der ZfK-Redaktion´ erhalten solle, der auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel verliehen wurde.

Imagefilm

Um den rund 800 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das Geothermieprojekt vorzustellen, war in Zusammenarbeit mit dem Holzkirchner Filmteam ‚das.filmament' ein gut vierminütiger Imagefilm erstellt worden, der zum Auftakt der Preisverleihung seine Uraufführung erlebte. Von den Anfängen des Projekts unter Altbürgermeister Josef Höß bis zur erfolgreichen Realisierung unter Bürgermeister Olaf von Löwis und dem aktuellen Gemeinderat reicht die Thematik des Films, auch die erfolgreiche Arbeit der Gemeindewerke und ihrer Mitarbeiter wird entsprechend gewürdigt. Der Kurzfilm ist auch auf der Homepage der Gemeindewerke (www.gw-holzkirchen.de) zu sehen.

Spannende Bohrphase

Die Laudatio hielt die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Ilse Aigner, die ihren Wohnsitz im Landkreis Miesbach hat und das Holzkirchner Geothermieprojekt schon als bayerische Wirtschaftsministerin aufmerksam und unterstützend begleitet hatte. Als „Krimi, manchmal sogar mit dramatischen Zügen", der aber letztlich doch gut ausgegangen sei, bezeichnete Aigner die spannende Bohrphase in der Alten Au. Nun würden 10.000 Tonnen CO2 jährlich eingespart, die Verbrennung von 50.000 Liter Heizöl täglich vermieden und nicht zuletzt würde alleine das Kraftwerk sechs Millionen jährlichen Erlös beisteuern. „Und trotz der Investition von 60 Millionen Euro für das gesamte Projekt müssen keine anderen Vorhaben der Gemeinde zurückstehen", so Aigner.

Als Politikerin sei sie besonders erfreut, so die Landtagspräsidentin, dass das Projekt gut für die Umwelt, wirtschaftlich erfolgreich und förderlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. „Um so ein Vorhaben trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich durchzuziehen, braucht es Macher mit Steherqualitäten; und dieses Prädikat gilt ganz sicher für Bürgermeister Olaf von Löwis und Geschäftsführer Albert Götz", lobte Aigner.

Ermunterung zur Kooperation

Bürgermeister von Löwis, der den Nachhaltigkeitspreis stellvertretend für die Marktgemeinde entgegennahm, bedankte sich bei der Laudatorin, beim Veranstalter Weimer Media Group und bei der ZfK, vor allem aber bei Gemeindewerke-Geschäftsführer Albert Götz und seinen Mitarbeitern sowie dem Gemeinderat für die erfolgreiche und ausdauernde Arbeit am Geothermieprojekt.

„Wir alle haben bewiesen: Kommunen können Unternehmer", so von Löwis, der auch das Angebot an andere Landkreisunternehmen erneuerte, in punkto Geothermie zu kooperieren und als Ratgeber zur Verfügung zu stehen. „Wir waren mit der Geothermie im Landkreis zwar die Ersten, aber wir wollen nicht die Einzigen bleiben. Dazu sind Geothermie und andere erneuerbare Energien viel zu wichtig für die Zukunft", unterstrich der Rathauschef. ❐

dena-Abschlussbericht:

Wie die urbane Energiewende gelingt

Die deutsche Energieagentur (dena) hat den Abschlussbericht ihres Projekts zur urbanen Energiewende vorgestellt. Ausgehend von einer breiten Bestandsaufnahme werden in einem Katalog der Handlungsoptionen mehr als 30 Projekte vorgestellt. Daneben liefert die Studie, an der der Deutsche Städte- und Gemeindebund mitwirkte, zahlreiche Handlungsvorschläge an Politik und Verwaltung, wie die Energiewende in urbanen Räumen gelingen kann. Teilnehmer des Projekts waren Stadtwerke und Energieversorger, Technologieanbieter und IT-Dienstleister, Wohnungsgesellschaften und Mobilitätsanbieter sowie Logistik- und Handelsunternehmen.

Wichtiges Ergebnis der Studie ist die Forderung an die Politik, dass Netzwerke von Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die die urbane Energiewende gemeinsam gestalten, künftig förderfähig sein sollten. Eine zentrale Erkenntnis des Projekts ist, dass die sektorenübergreifende Vernetzung der maßgeblichen Akteure aus den Bereichen Energieerzeugung, Verkehr und Wohnen maßgebliches Erfolgskriterium ist. Die Städte haben hierbei eine Schlüsselrolle, sowohl was die Zusammenarbeit innerhalb der Stadt und ihren Unternehmen als auch was die Einbeziehung der Stadtgesellschaft und der Wirtschaft ist.

Stadt und Land sind zudem bei der Energiewende aufeinander angewiesen. So kann beispielsweise ein Überangebot im ländlichen Räumen erzeugter erneuerbarer Energien beispielsweise mithilfe der Power-to-Heat Technologie dazu beitragen, die überschüssige Energie in Wärme umzuwandeln und die urbane Wärmewende voranzubringen. Weiterer Vorteil ist, dass die Energie nicht abgeregelt werden muss, was zu Kostenoptimierungen im Gesamtsystem führt.

Die Studie verdeutlicht darüber hinaus, dass besonders in den Sektoren Wärme und Verkehr, die einen erheblichen Anteil der deutschen Treibhausgasemissionen verantworten (Gebäude ca. 14 Prozent, Verkehr ca. 19 Prozent), erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die gute Nachricht ist jedoch: Gerade in diesen Bereichen bieten Städte zahlreiche Möglichkeiten, Emissionen einzusparen.

So hat sich die Stadt Halle zum Beispiel mit ihrer Energie-Initiative Halle vorgenommen, durch eine Vielzahl von Projekten bis 2040 eine weitgehende Dekarbonisierung der Fernwärme zu erreichen. Im Energiesektor haben Städte ihre ganz eigenen Herausforderungen, da in den Metropolen schlicht nicht genügend Flächen für die Eigenversorgung mit erneuerbarer Energie zur Verfügung stehen.

Hier zeigt die Praxis, dass Smart City Lösungen erheblich zur Reduktion von Emissionen beitragen können: Beispielsweise werden in der Stegerwaldsiedlung in Köln-Mülheim 1.400 Wohnungen mit 80.000 Quadratmeter Wohnfläche saniert. Hier wird Wärme durch Luft- Wärmepumpen erzeugt, die mit dem Strom von den auf den Dächern neu installierten Solaranlagen betrieben werden. Eine Mobilitätsstation bietet den Menschen der Siedlung (auch Elektro-) Autos in verschiedenen Klassen und (auch Elektro-) Leihräder an.

Praxisbeispiele

Ein weiteres Praxisbeispiel liefert die Landeshauptstadt München: Die SWM haben sich zum Ziel gesetzt, ihre Fernwärme bis 2040 CO2-neutral bereitzustellen. In den Stadtteilen Riem, Sauerlach und Freiham sind hierfür bereits Geothermieanlagen mit Bohrtiefen zwischen 2.500 und über 4.000 Metern, Thermalwassertemperaturen zwischen 90 und 140 °C und einer Wärmeleistung von zusammen rund 30 MW in Betrieb.

Aktuell finden in der Münchner Innenstadt am Standort Heizkraftwerk Süd weitere Bohrungen statt. Die Anlage soll ab dem Jahr 2020 mehr als 50 MW in die Wärmenetze einspeisen und somit 80.000 Bürger mit erneuerbarer Wärme versorgen können. Die erwartete Thermalwassertemperatur liegt bei 100 °C. Bis 2025 ist der Bau von drei weiteren Geothermieanlagen geplant.

Zusätzlich wird das Fernwärmenetz aus- und umgebaut, um die erneuerbaren Energien effizient einbinden zu können. Auch die Anpassung von Hausinstallationen ist notwendig, um ein optimales Temperaturgefälle zwischen Vor- und Rücklauftemperaturen zu erreichen. Zusätzlich zur Geothermie ist das Augenmerk auf den Einsatz erneuerbarer Gase, wie Biogas und Windgas gerichtet.

Münchner Mobilitätsstation

Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 2014 haben SWM und MVG im Auftrag der Landeshauptstadt an der Münchner Freiheit die erste Mobilitätsstation Münchens eröffnet. Ziel war es, den öffentlichen Personennahverkehr mit neuen individuellen und flexiblen Mobilitätsangeboten zu verknüpfen. Die Münchner Freiheit ist ein wichtiger ÖPNV-Umsteigepunkt. Neben dem Angebot von U-Bahn, Bus und Tram gibt es dort eine MVG Radstation, eine Ladesäule für E-Fahrzeuge, einen Stellplatz für Stattauto und exklusive Parkplätze für Münchens Carsharing-Anbieter. Eine weithin sichtbare Stele mit interaktivem Bildschirm informiert über alle Mobilitätsangebote vor Ort. Komplettiert wird das Angebot durch P+R-Parkplätze (Park + Ride), B+R-Stellplätze (Bike + Ride) und einen Taxistand in unmittelbarer Umgebung.

Mithilfe der Erfahrungen, die an der Münchner Freiheit gewonnen wurden, wurde das Konzept weiterentwickelt: hin zu E-Mobilitätsstationen mit zusätzlichen, neuen Elementen. Im Jahr 2018 wurden im Stadtgebiet insgesamt zwölf E-Mobilitätsstationen, vier in der Ludwigsvorstadt/Isarvorstadt (im Projekt „City2Share“) und acht in Neuaubing-Westkreuz (im Projekt „Smarter Together“) errichtet.

Auch die Stadt Nürnberg ist mit einem Praxisbeispiel vertreten: Bei dem Pilotprojekt „Nachhaltige Stadtlogistik durch Kurier-, Express- und Paketdienste mit dem Mikro-Depot-Konzept auf dem Gebiet der Stadt Nürnberg“, begonnen in der Innenstadt und in einem Wohngebiet in der Südstadt, wurden die Pakete in sogenannten Mikro-Depots (z. B. Anhänger, Container oder leerstehenden Immobilien) zwischengelagert. Von dort holten die Fahrer ihr Transportgut mit den Lastenfahrrädern ab und brachten es bis zur Haustür. In Nürnberg wurden zwei Immobilien als Mikro-Depots angemietet.

Am Test, der zwischen April 2016 und Oktober 2017 stattfand und von der Technischen Hochschule Nürnberg wissenschaftlich begleitet wurde, beteiligten sich die beiden Paketdienstleister DPD und GLS. Es wurde festgestellt, dass 30 Prozent aller städtischen Paket-Fahrten von Lastenfahrräder übernommen werden können. Dabei ersetzt ein Lastenrad fast einen Transporter. Dies gilt für deutsche Städte ab 50.000 Einwohner. Das Pilotprojekt gewann im Dezember 2018 den Bundeswettbewerb „Nachhaltige Urbane Logistik“ und ging in mehrere Nachfolgeprojekte über. **DK**

Wärmespeicher der N-ERGIE bewährt sich

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft zieht eine positive Bilanz aus den ersten fünf Betriebsjahren ihres Wärmespeichers: Seit Inbetriebnahme Ende 2014 war der Speicher nahezu täglich im Einsatz.

Seitdem wurden rund 240.000 MWh Wärme in den Speicher geladen und zeitversetzt an die Fernwärmekunden abgegeben. Dies entspricht dem jährlichen Wärmebedarf von rund 24.000 modernen Einfamilienhäusern. Mit der Zwischenspeicherung von überschüssiger Energie spart der Wärmespeicher rund 30.000 Tonnen CO2 pro Jahr ein und trägt so zur weiteren Dekarbonisierung des Kraftwerksparks Nürnberg-Sandreuth bei.

Bereits mit der Umstellung des Heizkraftwerks (HKW) von Steinkohle auf Erdgas 2005 und mit dem Bau eines Biomasse-HKWs 2012 erzielte die N-ERGIE am Standort jährliche CO2-Einsparungen von 140.000 bzw. 30.000 Tonnen.

Der Nürnberger Wärmespeicher ist einer der höchsten und modernsten Wärmespeicher Europas. Er arbeitet als erster Heißwasserspeicher in Deutschland mit einer Zwei-Zonen-Technik, die es ermöglicht, Wasser mit einer Temperatur von über 100 Grad einzuspeichern.

Der Wärmespeicher entkoppelt die Stromerzeugung im HKW Nürnberg-Sandreuth zeitlich von der Wärmeerzeugung. Somit kann das HKW flexibler auf die zunehmenden Schwankungen im Stromnetz und die damit einhergehenden Preisschwankungen an der Strombörse reagieren.

Durch zwei separate Elektroheizer mit einer elektrischen Leistung von je 25 MW, kann Strom in Wärme umgewandelt und im Fernwärmesystem genutzt werden. Die Umwandlung von elektrischer Energie in Wärme ermöglicht es, überschüssige Stromspitzen, die durch ein kurzzeitiges Überangebot an erneuerbaren Strom entstehen, sinnvoll zu nutzen. ❐

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft:

Stromverbrauch und Heizmethode

Nach Angaben des BDEW ist die Belastung für Stromkunden durch Steuern, Abgaben und Umlagen seit 2010 um 70 Prozent gestiegen. Dagegen nahmen die Kosten für Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb im gleichen Zeitraum lediglich um sechs Prozent zu.

2020 wird die Gesamtbelastung für Stromverbraucher voraussichtlich einen Rekordwert von mehr als 36 Milliarden Euro (ohne Mehrwertsteuer) erreichen. Denn mit 16,48 Cent pro Kilowattstunde Strom sind die staatlich verursachten Kosten auf der Stromrechnung für Haushaltskunden in diesem Jahr so hoch wie nie zuvor und machen 52 Prozent des Strompreises aus, der aktuell bei durchschnittlich 31,37 ct/kWh liegt. Im Vergleich zum Jahr 2019 sind die Steuern, Abgaben und Umlagen um einen halben Cent pro Kilowattstunde gestiegen, im Vergleich zum Jahr 2010 sogar um fast 7 ct/kWh.

Staatlichen Anteil am Strompreis senken

„Von 100 Euro Stromrechnung sind 52 Euro staatlich verursacht“, betont Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. „Die Energiebranche fordert seit langem, den staatlichen Anteil am Strompreis endlich zu senken. So könnte die Stromsteuer massiv gesenkt werden und die besondere Ausgleichsregelung zur Entlastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie von Teilen der EEG-Umlage steuerfinanziert werden.“

Wir der BDEW weiter mitteilt, ist Erdgas Wunschenergieträger Nummer 1, wenn es um das Beheizen von Wohnhäusern geht. Auf die Frage, welche Heizenergie beziehungsweise Energieart man wählen würde, könnte man sich heute für einen Energieträger für das eigene Haus entscheiden, gaben 42,1 Prozent der Befragten einer BDEW-Umfrage Erdgas an. Es folgt mit weitem Abstand Heizöl mit 15,5 Prozent.

Auf Rang drei landet die Kombination aus Erdgas und Solarthermie mit 9,7 Prozent. Die Beliebtheit dieser besonders sparsamen Heiz-Methode ist damit deutlich gestiegen. Noch vor einem Jahr gaben bei gleicher Fragestellung nur 4,1 Prozent der Befragten an, dass sie die Kombination aus dem umweltschonenden Brennstoff Erdgas und Sonnenenergie bevorzugen würden.

Insgesamt wünscht sich damit mehr als jeder zweite Deutsche eine Heizmethode für sein Haus, an der Erdgas beteiligt ist. Unter den Befragten, die bereits mit Erdgas heizen, gaben 94 Prozent an, sich heute wieder für Erdgas oder die Kombination aus Erdgas und Solar zu entscheiden.

Erdgas als flexibler und im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen deutlich emissionsärmerer Energieträger trägt bereits heute zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bei. Zudem bieten Gasheizungen zusammen mit der vorhandenen Gasinfrastruktur die Basis, um Erneuerbare Energien in den Wärmemarkt zu bringen: Wo heute noch Erdgas fließt, könnten schon bald klimaneutrale Gase wie Wasserstoff oder Biomethan die gleiche Dienstleistung erbringen.

Hauptstadt der Ladepunkte

Laut einer aktuellen Erhebung aus dem BDEW-Ladesäulenregister wird München neue Hauptstadt der Ladepunkte, heißt es in einer weiteren Mitteilung. Die bayerische Landeshauptstadt ist an Hamburg knapp vorbeigezogen und führt nun das Städteranking mit 1.103 öffentlich zugänglichen Ladepunkten an. Für die Hansestadt sind im BDEW-Ladesäulenregister inzwischen 1.070 und für Berlin 974 Ladepunkte gemeldet. Mit deutlichem Abstand folgen Stuttgart (405 LP), Düsseldorf (225 LP) und Leipzig (215 LP).

Ein Blick auf den Bundesländer-Vergleich veranschaulicht die Dynamik beim Ausbau der Ladeinfrastruktur: Allein in Bayern ist es gelungen, die Anzahl der Ladepunkte innerhalb eines Jahres von 3.618 auf 5.656 zu erhöhen – das entspricht einem Zuwachs von 56 Prozent. Baden-Württemberg verzeichnet sogar einen Zuwachs von über 60 Prozent mit 4.094 gegenüber 2.525 Ladepunkten im Vorjahr.

Deutschlandweit können E-Mobilisten an rund 24.000 öffentlich zugänglichen Ladepunkten Strom zapfen. Das sind fast 8.000 mehr als vor einem Jahr – ein Zuwachs von 50 Prozent. Der Anteil der Schnelllader liegt bei rund 15 Prozent.

„Über 75 Prozent der öffentlichen Ladepunkte werden von Energieunternehmen errichtet und betrieben. Dieses Engagement setzen sie 2020 fort: Allein im Bereich der Schnelllader werden die BDEW-Mitgliedsunternehmen bis Jahresende 4.000 zusätzliche Ladepunkte errichten. Kurzum: Die Energiewirtschaft treibt die Elektromobilität in Deutschland voran – keine Elektromobilität ohne Energiewirtschaft!“, erläutert Kerstin Andreae.

Demgegenüber stehen rund 220.000 E-Autos und Plug-in-Hybride. Somit würden sich im Durchschnitt gerade einmal neun E-Autos bzw. Plug-in-Hybride einen Ladepunkt teilen. „Die Energiewirtschaft hat eine sehr gute Infrastruktur geschaffen – vor allem, wenn wir uns vor Augen führen, dass über 80 Prozent der Ladevorgänge zuhause oder am Arbeitsplatz stattfinden. Umso wichtiger ist es, dass im privaten Bereich jetzt endlich die Hürden für den Aufbau von Ladeinfrastruktur abgebaut werden. Das sollte sich die Politik weit oben auf ihre Agenda für das neue Jahr setzen“, fordert Andreae. **DK**



Bayernwerk Netz GmbH:

Flexibler Strommarkt soll Netzengpässe verhindern

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) testen in der Modellregion Altdorf in Niederbayern derzeit digitale Lösungen für eine effiziente und sichere Energieversorgung der Zukunft. Wie sich die wachsende dezentrale Stromerzeugung und der zunehmende Energiebedarf künftig über eine Austauschplattform effizienter steuern lassen, haben die Projektverantwortlichen des Altdorfer Flexmarkts Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vor Ort vorgestellt.

Durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und der wachsenden Anzahl neuer elektrischer Verbraucher wie Wärmepumpen oder Elektrofahrzeugen steigt die Belastung der regionalen Verteilnetze. Der Altdorfer Flexmarkt stellt mit einer Austauschplattform ein Konzept zur Nutzung der im Stromnetz vorhandenen Flexibilität dar. Die Zielgruppe des im Oktober 2019 gestarteten Praxistests in Altdorf im Landkreis Landshut sind Besitzer und Betreiber von sogenannten Flex-Optionen, also von steuerbaren Energie-Erzeugungs- und -Verbrauchsanlagen. Mit Hilfe von intelligenten Messsystemen können Einspeise- und Verbrauchsspitzen reduziert und das Stromnetz optimal ausgelastet werden. Dadurch können künftig mehr Erneuerbare Energien und neue Verbraucher ins bestehende Netz integriert und Netzengpässe vermieden werden.

„Erneuerbare Energien werden eine immer wichtigere Rolle in unserer Stromversorgung spielen. Wir müssen unsere Stromnetze so ertüchtigen, dass sie mit dem schwankenden Stromaufkommen zurechtkommen und ausbalanciert bleiben“, erklärte Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger. „Die Steuerung von wetterabhängiger Erzeugung, flexiblem Verbrauch und netzdienlicher Speicherung ist hochkomplex und nur mit modernster Technik zu bewältigen.“ Aiwanger weiter: „Der Altdorfer Flexmarkt zeigt, wie erneuerbare Energien in den Strommarkt integriert werden können. Hier werden wissenschaftliche Erkenntnisse vor Ort schnell und bürgernah in die Praxis umgesetzt. Diese Fachveranstaltung lässt in die Energiezukunft Bayerns blicken: Sie ist lokal, digital und flexibel.“

Innovative Lösungskonzepte

„In einer erneuerbaren und dezentralen Energiewelt spielt die Einbindung von flexiblen Anlagen für einen effizienten Netzbetrieb eine entscheidende Rolle. Durch die voranschreitende Digitalisierung in der Energiewirtschaft werden zugleich innovative Lösungskonzepte ermöglicht“, erklärte Dr. Egon Westphal. Der Technik-Vorstand des Bayernwerks sprach in Bezug auf die Digitalisierung des Energiesystems von einem Paradigmenwechsel: „Die Energiewende ist nicht nur durch Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung geprägt. Der Kunde rückt durch seine zunehmend aktive Rolle in den Fokus, wodurch die Energiewende auch Demokratisierung bedeutet.“

Westphal verwies auf die Weiterentwicklung von Verbrauchern hin zu sogenannten Flexumern, die ihre Flexibilität mit Hilfe digitaler Infrastruktur netzdienlich zur Verfügung stellen und somit aktiv am Energiesystem teilnehmen. Bereits heute finden sich mehr als 160.000 Wärmepumpen, Direkt- und Speicherheizungen, 12.000 Kleinspeicher und 1.600 Ladepunkte im Bayernwerk-Netz. Nach Ergebnissen einer Studie rechnet das Bayernwerk bis 2035 mit 1,5 Millionen steuerbaren Einheiten im eigenen Netzgebiet.

„Diese Flexibilität wollen wir mit dem Altdorfer Flexmarkt erschließen und für den Netzbetreiber nutzbar machen. Zum Messen und Steuern verwenden wir die Infrastruktur der intelligenten Messsysteme, damit die Kommunikation zwischen den Flex-Optionen und dem Flexmarkt sicher und zuverlässig abläuft“, erläutert Prof. Wolfgang Mauch, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, und resümiert: „Mit der erfolgreichen Schaltung konnten wir den Proof-of-Concept unseres Ansatzes zur Behebung von Netzengpässen nachweisen.“ ❐



Die Energiezukunft ist dezentral und lokal. Bayernwerk-Technikvorstand Dr. Egon Westphal (Mitte) erläutert gemeinsam mit Professor Wolfgang Mauch von der FfE (r.) und Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger (2.v.l.) den Altdorfer Flexmarkt. Bild: Christian Martens / Bayernwerk

Gemeindewerke Oberhaching:

Spatenstich und neuer Partner

Offizieller Spatenstich für die Energiezentrale der Gemeindewerke Oberhaching (GWO): Gemeinsam mit Oberhachings Bürgermeister Stefan Schelle und GWO-Geschäftsführer Thomas Hümmer brachten zahlreiche Projektbeteiligte die neue Anlage auf den Weg. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für Ende 2021 geplant.

Rathauschef Schelle freute sich, dass das geothermische Fernwärmeprojekt in Oberhaching nunmehr seiner Vollendung entgegengehe. „Nach dem Bau von mehr als 50 Kilometern Fernwärme- und Glasfasernetz in den vergangenen Jahren ist mit der Energiezentrale nun einer der Schlussbausteine des Projekts in Arbeit. Damit sichern wir zusätzlich und langfristig die Versorgung unserer Bürger mit klimafreundlicher Wärme aus dem Erdinnern ab.“

Spitzenlastanlage

Die Anlage dient als Redundanz- und Spitzenlastanlage, d.h. zur Überbrückung von Stillstandszeiten, beispielsweise bei Wartungsarbeiten, und zur Sicherstellung der Heizkapazität an den kältesten Tagen des Jahres. Bewerkstelligt wird das durch drei Heizkessel mit je zehn Megawatt Leistung, starke Netzpumpen und eine Netzersatzanlage zur Sicherung der Wärmeversorgung auch bei Stromausfall im öffentlichen Netz. Zudem ist ein Pufferspeicher mit 600 Kubikmetern Heißwasser geplant, das zur Überbrückung von Lastspitzen zugespeist werden kann.

Im Gebäude ihren Platz finden wird auch eine Anlage zur Enthärtung und Entsalzung des Wassers, das im Fernwärmenetz zirkuliert. Darüber hinaus wird in der Energiezentrale ein Verteilknoten für das Oberhachinger Glasfasernetz, ein sog. Point-of-Presence (POP), entstehen.

Seit Jahresanfang bereits betreiben die Gemeindewerke Oberhaching das Geothermie-Heizkraftwerk in Taufkirchen mit einem neuen Mehrheitsgesellschafter. Der bisherige Partner Daldrup & Söhne AG hat seine Anteile in Höhe von knapp 74 Prozent in zwei Schritten an die Investorengruppe IKAV verkauft, rund 26 Prozent der Anteile halten weiterhin die GWO.

Bürgermeister Schelle bezeichnete den Wechsel des Anteilseigners als „ganz normalen Switch“ und freute sich, dass mit der IKAV-Gruppe ein Partner mit Herzblut an Bord gegangen sei, der langfristiges Interesse an der Beteiligung in Taufkirchen und auch an einem Ausbau der Aktivitäten Interesse habe. „Für Oberhaching ist es wichtig, dass wir langfristig und zuverlässig Wärme beziehen können. Mit diesem kompetenten Partner an der Seite ist das auch für die nächsten Jahrzehnte möglich“, so Schelle. Interesse an einem Einstieg hätten auch andere Unternehmen gezeigt, mit der IKAV als Partner habe man aber ein sehr gutes Gefühl.

IKAV-Geschäftsführer Gregor Gruber stellte sein Unternehmen als Investorengruppe vor, die ihre Mittel im Auftrag von Altersvorsorgeeinrichtungen langfristig in nachhaltige Projekte auf dem Energiesektor und in andere Infrastrukturprojekte investieren wolle. In der Vergangenheit habe man dies hauptsächlich in Solar- und Windkraftanlagen in Südeuropa getan, im vergangenen Jahr seien erstmals drei Geothermie-Investments getätigt worden, weitere Engagements in Deutschland sollen folgen. Ziel sei in jedem Fall eine weitere Förderung grundlastfähiger erneuerbarer Energien.

Auf besonderes Interesse des Bürgermeisters und des Partners GWO stieß die Ankündigung Grubers, seine Gruppe werde auch in weitere Aktivitäten am Standort Taufkirchen und in der Region investieren. Denkbar seien hier technische Verbesserungen an der Stromerzeugung in Taufkirchen, ein Wärmeverbund mit umliegenden Fernwärmenetzen oder sogar weitere Bohrungen am Standort. **DK**

Im Bayernwerk-Netzgebiet:

200.000ste LED-Straßenleuchte geht ans Netz

Geiselhöring erstrahlt komplett in neuem Licht. Denn mit der Umrüstung der letzten von insgesamt 1.683 Straßenleuchten in Geiselhöring auf LED-Technik scheint in der Stadt im Landkreis Straubing-Bogen nun überall warmweißes Licht in den dunkeln Abend- und Morgenstunden.

Rund 404.000 Kilowattstunden werden mit den neuen Leuchten eingespart, wodurch der Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung jährlich um 72 Prozent gesenkt werden kann. Die LED-Leuchten entlasten damit mittelfristig nicht nur den Stadthaushalt, sondern mit einer CO2-Einsparleistung von 220 Tonnen Kohlenstoffdioxid pro Jahr auch das Klima und die Umwelt.

Symbolische Festtorte

Mit dem Projektabschluss feiert das Bayernwerk zugleich ein kleines Jubiläum: Denn mit dieser Installation wurde die insgesamt 200.000ste Straßenleuchte im Netzgebiet des Bayernwerks auf das energie- und klimaschonende LED-Leuchtmittel umgestellt. Zu diesem runden Jubiläum übergab der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, dem Bürgermeister Geiselhörings, Herbert Lichtinger, symbolisch eine Festtorte mit energieeffizienten LED-Kerzen.

„Kostensparend und umweltschonend: Die neuen, langlebigen und effizienten Straßenleuchten sind für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in der Tat ein Gewinn auf ganzer Linie. Ich danke dem Bayernwerk für die rasche Umsetzung und gratuliere recht herzlich zum runden Jubiläum“, so der Rathauschef.

Vorstandsvorsitzender Gotzel zeigte sich erfreut vom Projektabschluss und ergänzte: „Ich freue mich, dass wir in Geiselhöring die komplette Umstellung auf LED-Beleuchtung im Straßennetz gemeistert haben. Die 200.000ste LED-Straßenleuchte im gesamten Bayernwerknetz ist hierbei ein sichtbares Signal auf unserem Weg zu einem energieeffizienten Beleuchtungssystem in den Städten und Gemeinden Bayerns. Mit jeder weiteren LED leisten wir Stück für Stück einen kleinen Beitrag, um den großen Klimazielen näher zu kommen“, stellte Gotzel fest.

Bereits innerhalb weniger Jahre rechnet sich die Investition in den Austausch konventioneller Leuchtmittel durch moderne LED: Während herkömmliche Lampen für die Straßenbeleuchtung bereits nach rund 15.000 Betriebsstunden zu Ausfällen neigen, halten Leuchtdioden (LED) bis zu 60.000 Betriebsstunden. Das reduziert auch den Reparatur- und Wartungsaufwand signifikant. ❐

SWM Infrastruktur:

Übernahme der Stromnetze in Aschheim, Feldkirchen, Garching und Kirchheim

Die SWM Infrastruktur (SWM IN) hat zum 1. Januar 2020 den Betrieb der Stromnetze in der Stadt Garching sowie in den Gemeinden Aschheim, Feldkirchen und Kirchheim von der Bayernwerk Netz (BW) übernommen. Damit trat sie in die Rechte und Pflichten der bestehenden Netzanschlussverhältnisse ein.

Der Betreiberwechsel wurde im Jahr 2018 mit Gründung der RegioNetzMünchen (RNM) durch die SWM IN und die BW besiegelt. Die Kooperation beendet eine Zeit der Unsicherheit mit langjährigen und aufwändig geführten Konzessionsverfahren sowie einer komplizierten Rechtslage. Einige Hürden mussten von den beteiligten Kommunen, dem Altkonzessionär BW und der SWM IN dafür überwunden werden.

Die RNM umfasst heute ein rund 1.340 Kilometer langes Stromnetz in sieben Städten und Gemeinden nördlich und östlich von München. Neben den vier Netzen, die von der SWM IN betrieben werden, bleibt die BW in Unterföhring, Karlsfeld und Oberschleißheim der Netzbetreiber.

In Garching, Aschheim, Kirchheim und Feldkirchen verantwortet die SWM IN den sicheren und zuverlässigen Betrieb von 730 Kilometer Stromnetz, 370 Trafostationen und 7.900 Hausanschlüssen. Für Kundinnen und Kunden ändert sich so gut wie nichts, ihre Stromverträge bleiben unverändert. Lediglich in den Wochen um den Wechsel haben die meisten Kunden eine Selbstablesekarte erhalten oder der Stromverbrauch wurde durch einen Ableser erfasst. Insgesamt betreibt die SWM IN nun die Stromnetze von 13 Städten und Gemeinden der Region und in München.

Stefan Dworschak, Geschäftsführer RNM und SWM Infrastruktur: „Wir freuen uns sehr, dass wir in den vier Kommunen neben dem Erdgas- jetzt auch das Stromnetz betreiben. Vorteile aus Synergien, die sich hier ergeben, werden wir an die Bürgerinnen und Bürger weitergeben. Sie können auch in Zukunft auf ihren starken Partner SWM Infrastruktur bauen.“

Thomas Glashauser, Erster Bürgermeister Aschheim: „Wir kennen die SWM Infrastruktur bereits als kompetenten und verlässlichen Partner beim Betrieb unseres Erdgasnetzes. Wir freuen uns, dass wir diese gute Zusammenarbeit auch beim Strom fortsetzen können.“

Werner van der Weck, Erster Bürgermeister Feldkirchen: „Wir begrüßen es sehr, dass es nun langfristige Klarheit darüber gibt, wer das Stromnetz in Feldkirchen betreibt. Die SWM Infrastruktur hat ihre Kompetenz schon bei vielen anderen Netzen in der Region bewiesen. Davon werden unsere Bürger und Bürgerinnen sowie die Unternehmen in der Gemeinde profitieren. Wichtig ist, dass der Wechsel reibungslos verläuft.“

Dr. Dietmar Gruchmann, Erster Bürgermeister Garching: „Die Universitätsstadt Garching ist mit München, den SWM sowie ihren Töchtern MVG und SWM Infrastruktur seit vielen Jahren eng ‚verbunden‘ – im wahrsten Sinne. Die Bündelung der Sparten Strom, Erdgas und Trinkwasser in einer Hand erleichtert uns zukünftig die Zusammenarbeit noch mehr.“ ❐

ÜZ Mainfranken:

Treffen regionaler Energieeffizienz-Netzwerke

Bei der ÜZ Mainfranken fand das dritte Netzwerktreffen der vier Energieeffizienz-Netzwerke statt. Insgesamt fanden sich rund 60 Bürgermeister und kommunale Netzwerkvertreter in Lülsfeld ein, um sich über das Thema Klärschlammverwertung zu informieren und auszutauschen.

Sophia Badenberg vom bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Markus Brautsch vom Institut für Energietechnik (IfE) als Netzwerkpartner referierten über das hochaktuelle Thema Klärschlammverwertung, das eine echte Herausforderung für die Kommunen darstellt.

„Unser Konzept für eine umweltfreundliche Klärschlammverwertung sieht vor, den Klärschlamm nach der Faulung zunächst zu entwässern, anschließend zu trocknen und letztendlich zu verwerten“, betonte Prof. Dr. Markus Brautsch und ergänzte: „Dieses Verfahren ist für eine einzelne Kommune meist zu aufwändig und nicht wirtschaftlich. Es sollten daher Synergieeffekte, Standortvorteile und vorhandene Strukturen genutzt werden. Außerdem möchten wir den Energieeinsatz und die Umweltbelastung durch den Transport möglichst reduzieren. Wir empfehlen daher, benachbarte Kommunen auch über Landkreisgrenzen hinweg sinnvoll zu clustern und die Herausforderung Klärschlammverwertung gemeinsam zu stemmen.“

Dass eine sinnvolle Klärschlammverwertung wahrscheinlich nur gemeinsam in einem Verbund aus mehreren Kommunen möglich ist, war auch das Fazit der abschließenden Podiumsdiskussion mit fünf Fachexperten.

Entlastung der Umwelt

Die ÜZ Mainfranken nimmt ihre Verpflichtung ernst, die Region auf dem Weg zur CO2-freien und effizienten Energieversorgung voranzubringen und hat daher zusammen mit 39 Kommunen und dem Landkreis Schweinfurt vier Netzwerke ins Leben gerufen, die sich dem wichtigen Anliegen „Energieeffizienz“ verschrieben haben.

Energieeffizienz-Netzwerke sollen einen erheblichen Beitrag zur Energieeinsparung leisten, um insbesondere die Reduktion der CO2-Belastungen und damit das Erreichen der Klimaschutzziele zu unterstützen. Die Netzwerke wollen Maßnahmen zum Energiesparen umsetzen, um damit die Umwelt zu entlasten, aber auch den Ausbau regenerativer Energieerzeugung vorantreiben. Als Netzwerkträger unterstützt die ÜZ Mainfranken diese Bemühungen über eine Dauer von drei Jahren. Für ihre Arbeit erhielten die Netzwerke eine Fördersumme von insgesamt fast einer Million Euro.

In jährlich vier Netzwerktreffen werden Themen rund um die Energieeffizienz bearbeitet, über Förderprogramme und Gesetzesänderungen informiert und realisierte Praxisbeispiele besichtigt. Im Zuge der energietechnischen Beratung können in jeder Kommune beliebige fachspezifische Detailprojekte bearbeitet werden. Nach den Erstaudits in 37 Kommunen wurden bisher rund 300 Projekte identifiziert. Hierbei liegt der Schwerpunkt bei Themen wie Umstellung der Ortsbeleuchtung auf LED, Dach-PV-Anlagen, energetische Gebäudesanierung, Kaltwärme und Klärschlammverwertung. ❐

ADAC Tourismuspreis Bayern 2020:

Platz 1 für Erlebnisholzkugel

Die Erlebnisholzkugel am Steinberger See in der Oberpfalz hat den ADAC Tourismuspreis Bayern 2020 gewonnen. „Wir als ADAC in Bayern freuen uns, so starke Projekte und Vorbilder im bayerischen Tourismus auszeichnen zu können, die insbesondere auch für unsere freizeitorientierten Mitglieder attraktive Ziele sind", bekräftigte Herbert Behlert, Vorsitzender des ADAC Nordbayern e.V., bei der Preisübergabe.

Die große Bedeutung innovativer Ideen für den Tourismus im Freistaat unterstrich der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Hubert Aiwanger, in seiner Festansprache: „Bayerns Tourismus ist so vielfältig wie die Landschaft im Freistaat. Die hohe Qualität der Einreichungen für den ADAC Tourismuspreis Bayern 2020 beweist, wie innovativ und nachhaltig die Angebote der Branche sind. Die Herausforderung der Digitalisierung wird kreativ angenommen, und ich bin mir sicher, dass Bayern damit auch in Zukunft ‚Tourismusland Nummer 1' in Deutschland bleiben wird."

Nach rund 15 Monaten Bauzeit und einem Investitionsvolumen von insgesamt 5,5 Millionen Euro ist die Erlebnisholzkugel offiziell seit 1. April 2019 geöffnet. Sie spricht Besucher jeden Alters an und ist als generationsübergreifendes Freizeiterlebnis gedacht. Auf einer Länge von knapp 700 Metern gehen die Besucher wie auf einer Holzspirale bis auf eine Höhe von 40 Meter und können auf der Aussichtsplattform einen herrlichen Rundumblick auf die Seen-Kulturlandschaft der mittleren Oberpfalz genießen.

Unterwegs sorgen mehr als 25 Erlebnisstationen, zwei Hängebrücken und eine Riesenrutsche für ein ganz besonderes Bewegungserlebnis. Durch die Kombination aus Aussichtsturm, Erlebniselementen und Spaßfaktor ruft das Konzept spielerisch zu mehr Bewegung auf. Mit seiner Steigung von maximal sechs Prozent ist der Aufstieg barrierefrei.

Die Nachhaltigkeit des Projekts beschränkt sich nicht nur auf den nachwachsenden Rohstoff Holz der Konstruktion, sondern spiegelt sich auch in naturbelassenen Bereichen der Anlage wider. Die größte begehbare Erlebnisholzkugel gilt als Meisterwerk der Ingenieurskunst und neue Art von Erlebnisarchitektur im Holzbau.

Trend zur Regionalität

Zusätzlich zum „Herzstück" findet man auf dem Gelände eine Gastronomie sowie einen Abenteuerspielplatz mit Sandkasten, Klettergerüst und Boulderwand. Bei schlechtem Wetter steht für Kinder ein Indoorspielraum bereit. Der Trend zum bewussten Reisen und Regionalität wird durch die Erlebnisholzkugel in vorbildlicher Weise bedient und stärkt das touristische Potenzial der Oberpfalz. Dies bestätigt auch der starke Gästeansturm im ersten Betriebsjahr. Seit der offiziellen Eröffnung besuchten mehr als 150.000 Gäste aus allen Regionen Bayerns diese Freizeitattraktion.

Leuchtturmprojekt

„Für uns als Ideengeber und Betreiber ist der Siegerpreis wie ein Ritterschlag. Wir sind sehr stolz auf diese Auszeichnung, die zeigt, dass kreative Ideen für neue Freizeitprojekte zur Belebung des Tourismus abseits der Ballungsräume ankommen und gerne besucht werden", betonten die beiden Geschäftsführer der inMotion PARK Seenland GmbH Tom Zeller und Kim Kappenberger. „Als Gewinner des bayerischen Tourismuspreises 2020 werden wir alle Marketingmöglichkeiten nutzen, um auf unser Leuchtturmprojekt als Ausflugsziel noch stärker hinzuweisen.

Weitere Podestplätze gingen nach Oberbayern und Ostbayern: Den zweiten Platz sicherte sich das Projekt „Oberbayern-Echt Digital", das von Tourismus Oberbayern München gemeinsam mit der IHK sowie dem bayerischen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA ins Leben gerufen wurde. Es beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung für lokale Privat- und Kleinbetriebe und bietet ihnen Hilfestellung.

Auf den dritten Rang kam die im Open-Source-Verfahren entwickelte Mountainbike-Reiseroute „Trans Bayerwald". Mit einer Gesamtlänge von ca. 700 km und 17.000 Höhenmetern bietet die längste Mountainbike-Reiseroute Deutschlands insgesamt 14 Tagesetappen, die in eine Nord- und Südroute aufgeteilt sind. Die Ausschilderung der MTB-Strecken lenkt die Besucherströme gezielt unter Berücksichtigung des Naturschutzes.

Mit dem Sonderpreis Digitalisierung wurde die Online-Kampagne der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg „Gast. Freunde.Nürnberg" ausgezeichnet. Gastgeber stellten hier in kurzen Videos ihre persönlichen Lieblingsplätze in der Stadt und der Umgebung vor. Auf www.tourismus.nuernberg.de finden Besucher Antworten auf Fragen wie „Wo habe ich den schönsten Ausblick auf die Stadt?" und profitieren so von individuellen Freizeittipps der Hoteliers. Eine interaktive Karte zeigt die empfohlenen Orte an, Hintergrundinformationen sind ebenfalls zu finden. **DK**



Die feierliche Siegerehrung - v.l.: Dr. Thomas Geppert, Landesgeschäftsführer DEHOGA Bayern e.V.; Karlheinz Jungbeck, Vorstand Tourismus ADAC Südbayern e.V.; Barbara Radomski, Geschäftsführerin Bayern Tourismus Marketing GmbH; Kim Kappenberger, Geschäftsführer inMotion PARK Seenland GmbH; Tom Zeller, Geschäftsführer inMotion PARK Seenland GmbH; Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie; Herbert Behlert, Vorsitzender ADAC Nordbayern e.V. ❐

Waldkirchen:

„by.TM Kompetenzstelle Digitalisierung" gegründet

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat angekündigt, eine Kompetenzstelle für Digitalisierung im Tourismus im niederbayerischen Waldkirchen zu errichten. Aiwanger: „Bayerns Position als Tourismusstandort Nummer 1 in Deutschland wollen wir langfristig sichern und ausbauen. Wir gehen daher ganz aktiv daran, die Digitalisierung im Tourismus weiter voranzutreiben."

Der heutige Tourist mit Smartphone hat andere Erwartungen als der Tourist mit Wanderkarte vor 20 Jahren. Digitalisierung im Tourismus bietet große Chancen für den ländlichen Raum – qualifizierte Arbeitsplätze durch digitales Arbeiten und den Ausbau der Tourismuskompetenz vor Ort."

Waldkirchen sei eine aufstrebende Stadt und als Standort besonders gut geeignet, da es in einer Tourismusregion liege und über ein gutes Netzwerk und Ansprechpartner mit Tourismus- und Digitalisierungskompetenz in der Nähe verfüge, wie zum Beispiel die Technische Hochschule Deggendorf mit dem Technologiecampus Grafenau und die Universität Passau.

Umfangreiche Kompetenz

Die Kompetenzstelle soll an die Bayern Tourismus Marketing GmbH angegliedert werden. Aiwanger: „Die bayerische Landesmarketingagentur by.TM verfügt über umfangreiche Kompetenz, ein exzellentes Netzwerk und ist seit 20 Jahren erfolgreich in der Vermarktung der bayerischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Die neue Kompetenzstelle für Digitalisierung ist daher hier in guten Händen."

Die neue Einrichtung soll Digitalisierung und Tourismus miteinander verzahnen. Das Forschungsvorhaben Bayern Cloud Tourismus, das am An-Institut fortiss der TU München entwickelt wird, soll in Waldkirchen in eine Datenplattform überführt werden und soll allen, die im bayerischen Tourismus arbeiten, eine Hilfestellung sein. Insbesondere soll sie KMU dienen, die diese touristischen Daten in der Praxis für innovative Anwendungen nutzen und Geschäftsmodelle darauf aufbauen können.

Aiwanger: „Davon wird die gesamte Region profitieren und es werden moderne Arbeitsplätze entstehen." Die Kompetenzstelle soll im Laufe des Jahres den Betrieb mit einem Gründungsteam aufnehmen. In einem Rundgang durch Waldkirchen hat sich der Minister einen Eindruck von den Räumlichkeiten verschafft, die im Bürgerhaus genutzt werden. ❐

Wanderwege als weicher Faktor

Dass weiche Faktoren für Kommunen zunehmende Bedeutung erhalten, ist das durchgehende Ergebnis aller empirischen Erhebungen der letzten Jahre. Die Freizeit-Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Aber wo ist am wirkungsvollsten anzusetzen? Und mit welchen Ausgaben muss man rechnen, und wie entwickeln sie sich zukünftig?

Mehrere Studien, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurden, geben gute Anhaltspunkte (Deutscher Wanderverband: Grundlagenuntersuchung Freizeit- und Urlaubsmarkt Wandern. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010): Weit über 50 Prozent aller Einwohner Deutschlands wandern regelmäßig oder gelegentlich, und der Trend steigt seit mehreren Jahren leicht, aber kontinuierlich.

Interessant dabei: Gewandert wird vorrangig dort, wo hinreichend attraktive Wanderwege vorhanden sind, also nicht nur in Gegenden mit landschaftlichen Highlights. Mit Wanderwegen erreicht man daher eine wesentlich breitere Zielgruppe als mit anderer Freizeit-Infrastruktur, also beispielsweise Touren-Radwegen.

Vergleichbare Projekte haben aufgrund der großen Zielgruppe fast immer eine hohe Akzeptanz vor allem bei der ansässigen Wohnbevölkerung gefunden: Wandern ist gesund und die wohl naturschonendste Freizeitbeschäftigung im Outdoor-Bereich. Gute Wandermöglichkeiten verbessern die wirtschaftliche Basis für Dorfwirtschaften; außerdem bieten sie nahezu die einzige Möglichkeit, periphere Ortsteile überhaupt ins Bewusstsein von Menschen zu bringen. In gewisser Weise bilden sie Identifikationskeime, die zu einer Verwurzelung von Neubürgern führen können.

Gute Wanderinfrastruktur muss nicht teuer sein, weil bauliche Maßnahmen meist überflüssig sind. Ganz im Gegenteil: Wanderer bevorzugen naturbelassene Wanderwege, sie meiden geschotterte oder gar asphaltierte Trassen. Die nachhaltige Pflege ist mit vergleichsweise geringem Aufwand verbunden, vor allem, wenn man auf Wandervereine oder gut eingewiesenes Ehrenamtspersonal zurückgreifen kann.

Naheliegend und klimafreundlich

Netze von Wanderwegen können so gestaltet sein, dass sie den geänderten Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit gerecht werden: Wir verfügen heutzutage über mehr Freizeit als je zuvor; gleichzeitig ist die Freizeit aber stärker zerklüftet, was mit kleineren Zeitscheiben einhergeht. Wo wohnortnahe Freizeitwege zur Verfügung stehen, die ohne PKW-Benutzung erreichbar sind, entspricht man daher nicht nur den Wünschen der ansässigen Bürger, sondern hilft auch dem Klimaschutz auf die Sprünge: Fahrten, die nicht stattfinden, sind allemal klimafreundlicher als jede andere Alternative.

Andreas Schettler,
Vorstand für Wegearbeit im Fränkischen Albverein e.V.



Wir optimieren Ihre Freizeit- & Wander-Infrastruktur und machen sie fit für die Zukunft – für Ihre ansässigen Familien wie für Ihre Besucher!

- Konzeption und Planung
- Realisierungsbegleitung
- Nachhaltige Pflege
- Ausstattungselemente und Akzessoirs
- Marketing
- Wanderleitsysteme
- Portaltafeln, Info-Elemente
- Wege-Management
- Erlebnis- und Erfahrungswege
- Wanderkarten, Flyer, give aways, Events

SLC

Schettler Consulting KG

Ebracher Weg 16 | 91056 Erlangen
Tel.: 09131 47320 | Fax: 09131 9405162
info@schettler-consulting.de
www.schettler-consulting.de

Landespflegetage 2020 in Veitshöchheim:

Klimawandel und Artenschwund

Bei den traditionsreichen Landespflegetagen in Veitshöchheim informierten sich rund 1.000 Vertreter der Grünen Branche über aktuelle Trends und Entwicklungen. Auf dem Programm standen die Schwerpunktthemen Klimawandel und Artenschutz, Besonderheiten in der Betriebsnachfolge und Aspekte der Pflanzenpflege.

Wie Dr. Hermann Kolesch, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), in seiner Begrüßung darlegte, sind das Volksbegehren „Rettet die Bienen" bzw. die nach wie vor an Fahrt aufnehmenden „Fridays-for-Future"-Bewegungen Paradebeispiele für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem globalen Brennpunktthema Klimawandel. Der dadurch entstehende öffentliche Diskurs sei zwingend notwendig, werde jedoch einseitig zu Lasten der Grünen Branche geführt.

Die aus seiner Sicht drängendsten Herausforderungen im GaLaBau, nämlich Klimawandel, Digitalisierung und Fachkräftesicherung, erläuterte Gerhard Zäh, Präsident des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern). In der Bewältigung des Klimawandels nehme das Grün eine entscheidende Rolle ein. Die Städte der Zukunft müssten deshalb mehr Grün aufweisen, um den steigenden Ansprüchen der Bewohner an Umweltschutz und Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Ebenso steige das Bedürfnis nach Erholung im eigenen Garten und in öffentlichen Grünanlagen. Entsprechend begann der VGL Bayern bereits 2013 mit der von rund 50 Stiftungen, Unternehmen und Verbänden mitgetragenen Charta „Zukunft Stadt und Grün", die Politik und Gesellschaft auf die Anforderungen an den Klimaschutz aufmerksam machen.

Außerdem verdeutlicht die Initiative „Grün in die Stadt" laut Zäh die positiven Effekte von Grünflächen im öffentlichen Raum. 2018 wurde die Kampagne um den „Förder-Check" erweitert. Dabei handelt es sich um eine Dialogplattform für kommunale Entscheider, die es ermöglicht, passende Förderprogramme zu finden und geeignete Förderanträge zu stellen. Mit der Initiative „Rettet den Vorgarten" wendet sich der Verband zudem gegen die zunehmende Verschotterung von Gartenbereichen. Ziel ist es, Hausbesitzer darüber aufzuklären, dass bepflanzte Außenanlagen zu einer Verbesserung der Biodiversität und des häuslichen Mikroklimas beitragen. Auch die 2019 erschienene Broschüre „Unsere grüne Zukunft gestalten" illustriert zahlreiche Beispiele, dem Klimawandel und urbanen Wachstum zu begegnen.

Naturnahe Gärten

Ein vehementes Plädoyer für den naturnahen Garten hielt im Anschluss auch Pia Präger, GaLaBau-Unternehmerin und Präsidiumsmitglied des VGL Bayern, und stellte dabei auch Umsetzungsbeispiele vor. Einblicke in die bereits seit dem vergangenen Jahr laufende Biodiversitätsinitiative „Erzeugung gestalten – Arten erhalten" des Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gab Martin Degenbeck (LWG). Wie sich bienenfreundliche Stauden und Gehölze in der Stadt bei dekorativen Pflanzungen ohne großen Mehraufwand integrieren lassen, zeigte Andreas Adelsberger (LWG) auf.

Auch die Anforderungen in der Grünflächenpflege werden größer: Um die gewünschten Qualitätsstandards dem Auftragnehmer eindeutig zu kommunizieren, gibt es den Bildqualitätskatalog Freianlagen (BK FREI), den Oliver Schmidt (GBG Mannheimer Wohnbaugesellschaft) vorstellte. Aktuelle Ergebnisse und weitere Forschungsansätze der begrünten Fassadensysteme des gemeinsamen Projektes an der Klimaforschungsstation in Würzburg (Hubland) präsentierte Dr. Michaela Reim vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE) gemeinsam mit Johanne Bohl und Jürgen Eppel (beide LWG).

Neue Bäume auf dem Prüfstand

Jeder spricht von Waldumbau, doch auch im urbanen Bereich wird sich das vertraute Bild nachhaltig ändern, wie Dr. Philipp Schönfeld (LWG) darlegte. Bislang beliebte Straßenbaumarten wie Winterlinde oder Spitzahorn stünden mittlerweile am Abgrund, weshalb neue Bäume, unter anderem mit südosteuropäischer Herkunft, gefragt seien. Bereits seit zehn Jahren werden diese im Forschungsprojekt „Stadtgrün 2021" auf ihre Eignung als Stadtbäume für Bayern auf den Prüfstand gestellt. Schönfeld präsentierte dazu die Messdatenauswertung, der zufolge die nicht-heimischen Versuchsbäume mit den Wetterextremen der vergangenen Jahre besser zurechtkamen als ihre heimischen „Schwesternarten".

Den bayerischen Klimatrend charakterisieren längere Hitzephasen und ungleichmäßig fallende Niederschläge. Auch künftig werden verstärkt Wetterextreme zu verzeichnen sein, die die Anforderungen an die Grüne Branche weiter verschärfen. So wurde in den praxisorientierten Vorträgen u. a. thematisiert, welche Grasarten künftig – nicht zuletzt auch mit Blick auf eine reduzierte Bewässerung – eine Rolle spielen könnten. **DK**



Landrat Franz Löffler (5.v.l.) mit den Unterstützern. Bild: Schuhbauer

Landkreis Cham fördert Arten- und Klimaschutz

Gemeinsam mit den Menschen, Vereinen und Verbänden konnte der Landkreis Cham bereits in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag zu mehr Artenvielfalt, zur Biodiversität und für den Klimaschutz leisten. Für das Jahr 2020 sind die Fortführung bestehender und die Umsetzung neuer Projekte und Maßnahmen geplant.

Landrat Franz Löffler stellte die Projekte, darunter zum Beispiel ein „Hausbaum-Förderprogramm" für private Gartenbesitzer, zusammen mit Vertretern des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Cham e. V., des Maschinenring Cham, des Bayerischen Bauernverbandes und des Naturparks Oberer Bayerischer Wald e. V. vor. Er bedankte sich bei allen Beteiligten für die Unterstützung, aber vor allem auch bei den Bürgerinnen und Bürgern für den großen Zuspruch: „Man spürt, dass diese Themen von den Menschen nicht nur angenommen, sondern sogar nachgefragt werden."

Deutlich sichtbare Auswirkungen wird das „Hausbaum-Förderprogramm" zeitigen: 500 Laub- und Obstbäume stellt der Landkreis Cham zur Neupflanzung in den Dörfern und Siedlungen des Landkreises kostenlos bereit. Bäume sind ideale CO2-Speicher, wirken sich positiv auf das Kleinklima in den Gärten aus und nehmen eine wichtige gestalterische Funktion ein. Interessenten können sich an die örtlichen Obst- und Gartenbauvereine im Landkreis Cham wenden, die auch die Abwicklung der Aktion übernehmen.

Nach dem großen Interesse im vergangenen Jahr, wo in rund 1.500 Gärten und Anlagen Blühflächen mit der „Veitshöchheimer Bienenweide" angelegt wurden, gibt es auch 2020 wieder Blühsamen-Mischungen bei den Obst- und Gartenbauvereinen.

Projekt „Schulgarten"

Die Obst- und Gartenbauvereine helfen auch mit bei der Anlage und Fortführung von Gärten an den Schulen im Landkreis. 40 Schulen beteiligen sich schon an dem Projekt „Schulgarten" und haben die zugesagte Förderung von 500 Euro beantragt. Ziel ist es, bei den Kindern und Jugendlichen wieder das Bewusstsein für den Wert unserer Lebensmittel zu wecken.

Fortgeführt wird die Förderung des Anbaus der Energiepflanze „Durchwachsene Silphie", die als Alternativpflanze zum Mais gilt. Landwirte können in Zusammenarbeit mit dem Maschinenring Cham für weitere 50 Hektar eine Förderung von 500 Euro pro Hektar durch den Landkreis Cham erhalten. Vor allem an Landwirte richtet sich auch die Förderung der Neuanlage von Hecken in der freien Natur.

Hecken haben bedeutende Funktionen für die Ökologie und für die Landwirtschaft. Ziel ist es, 1.000 Meter Hecken neu zu pflanzen. Der Landkreis stockt die schon vorhandene 70 Prozent-Förderung nach der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie um weitere 20 Prozent auf. Der Verein Naturpark Oberer Bayerischer Wald ist Ansprechpartner für die Umsetzung.

Gebietseigenes Saatgut für mehr Artenvielfalt

Um die Biodiversität zu sichern, darf künftig bei Ansaaten im Außenbereich außerhalb der Landwirtschaft nur noch gebietseigenes, sog. autochthones Saatgut verwendet werden. Geregelt ist das im Bundesnaturschutzgesetz. Der Landkreis Cham hat deshalb zusammen mit dem Naturpark Oberer Bayerischer Wald und dem Maschinenring Cham ein Projekt auf den Weg gebracht, welches zum Ziel hat, Wildpflanzensaatgut aus unserem Landkreis für die gesamte Region zu gewinnen.

Eine weitere Möglichkeit, auf wirtschaftlich genutztem Grünland mehr Artenvielfalt zu erreichen, ist die Übertragung von frischem Saatgut von einer artenreichen Spenderfläche auf eine artenarme Empfängerfläche. Auch hier stockt der Landkreis Cham die bestehende 70-prozentige Förderung nach der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie (LNPR) um weitere 20 Prozent der Kosten auf. ❐

Umweltwettbewerb 2020 im Landkreis Dillingen

Mit dem Schwerpunktthema „Vorbildliche Artenschutzmaßnahmen" will der Landkreis Dillingen a.d. Donau im Jahr 2020 im Rahmen des Umweltwettbewerbs den Fokus auf ein sehr aktuelles und nachhaltiges Thema richten.

Ziel des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Maßnahmen und Initiativen, die zum Schutz und zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen, öffentlich anzuerkennen und auszuzeichnen. Der Wettbewerb findet in diesem Jahr zum 24. Mal statt.

Neben Maßnahmen zum Schwerpunktthema werden private, betriebliche oder kommunale Modellprojekte zur Erhaltung der Lebensqualität durch nachhaltigen Klima- und Ressourcenschutz ebenso ausgezeichnet, wie allgemeine Umwelt- und Naturschutzprojekte, die die vom Umweltausschuss beschlossenen Richtlinien erfüllen. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen aus den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege sowie Boden- und Immissionsschutz.

„Artenschutz ist eines der wichtigsten Themen in der aktuellen Klimadiskussion", betont Landrat Schrell und begrüßt deshalb jede Initiative, die zum Erhalt der Artenvielfalt beiträgt. Der Landrat hat dabei die herausragende Funktion von Insekten für das Ökosystem im Fokus. „Mit der Aktion „Der Landkreis blüht auf" leisten wir schon einen Beitrag, um dem Artensterben entgegenzuwirken", betont Schrell.

Um dem Rückgang der Artenvielfalt Einhalt zu gebieten, bedarf es aber vielfältiger Anstrengungen auf allen Ebenen. „Mit dem Schwerpunktthema können wir aufzeigen, welche breite Palette an Möglichkeiten es gibt, vor Ort sinnvollen und nachhaltigen Artenschutz zu betreiben", ist der Landrat überzeugt und hofft auf eine zahlreiche Beteiligung am Wettbewerb 2020.

Anregungen können von den Gemeinden, den Naturschutzverbänden, Vereinen und jedem einzelnen Bürger eingereicht werden. Sie sollten eine Begründung enthalten und die Maßnahme kurz beschreiben; anschauliches Bildmaterial sollte nach Möglichkeit beigefügt werden. Allerdings können nur Anregungen berücksichtigt werden, die bis spätestens 30.04.2020 vorliegen.

Eine Kommission wird anschließend die Anregungen prüfen und dem Umweltausschuss des Kreistages einen Vorschlag für die Prämierung unterbreiten. Die Anerkennung erfolgt durch eine Urkunde und teilweise eine Geldprämie bis zu 500 Euro. Die herausragendste Maßnahme unter den eingereichten Vorschlägen erhält den „Umweltpreis des Landkreises Dillingen", der mit 1.000 Euro dotiert ist. ❐

Mehr Bäume in den Städten

Co-Benefits bei Klimaschutzmaßnahmen, die 10-H-Regelung und was Städte und Kommunen gegen den Klimawandel erreichen können: Darüber diskutierten Experten und Abgeordnete in der von der SPD initiierten Expertenanhörung zum Klimaschutz im Umweltausschuss.

„Wir müssen zeigen, dass naturnahe Lösungen – wie Hochwasserschutz durch Wasserrückhalt in der Fläche – auch viele positive Effekte für Bürger und Gesellschaft haben. Dazu zählen beispielsweise der Erhalt von Naherholungsgebieten oder Artenschutz", erklärte Prof. Dr. Markus Disse. Er lehrt an der TU München am Lehrstuhl für Hydrologie und Flussgebietsmanagement.

In Bayern sei vor allem Unterfranken als besonders trockene Region von den Folgen des Klimawandels betroffen, betonte Dr. Heiko Paeth, Leiter der Professur für Geographie der Universität Würzburg. Dort ist es seit dem Jahr 1980 im Durchschnitt 1,7 Grad wärmer. Auch die Anzahl der Tropennächte – in denen auch nachts die Temperatur noch bei 30 Grad liegt – wird laut Klimamodellen um den Faktor 50 steigen.

Hoher Flächenverbrauch beeinflusst Lokalklima

„Bayern ist besonders gierig beim Flächenverbrauch", kritisierte Paeth. Allein in der Stadt München machten 20 % der Fläche versiegelte Parkflächen aus – was das Lokalklima erheblich beeinflusst. Paeth forderte mehr Begrünung und offene Wasserflächen in den Städten. „Und anstatt neue Bäume zu pflanzen, sollten Kommunen verstärkt auf alte Baumbestände setzen. Diese Bäume sind nämlich tiefer verwurzelt und überstehen Dürreperioden besser", erklärte der Wissenschaftler. Um dezentrales Wassermanagement in den Kommunen voranzubringen, empfahl er, Zisternen zu fördern.

Disse ergänzte, dass Bayerns Relief es hergeben würde, kleine Versickerungsmulden zu bauen und Wasser nach Starkregenereignissen dem Grundwasser statt den Flüssen zurückzuführen.

10-H-Regel in der Kritik

Prof. Dr. Julia Pongratz machte darauf aufmerksam, dass in der Treibhausgasbilanz 50 bis 60 % der Emissionen in anderen Ländern erzeugt werden: „Das heißt, auch global haben wir ein großes Potenzial, Treibhausgase zu reduzieren."

Instrumente für die Energiewende

Prof. Dr. Michael Sterner, Leiter der Forschungsstelle Energienetze und Energiespeicher (FENES), führte verschiedene Instrumente für die Energiewende an. Er forderte die Absicherung der Energieversorgung durch einen Mix aus Stromtrassen, Batteriekraftwerken sowie Gaskraft und Technologien wie Power to Gas.

Die 10-H-Abstandsregelung für den Bau von Windenergieanlagen dient aus Sterners Sicht nicht der Befriedung, sondern feuere sie zusätzlich an: „Wir sind auf ein offenes Bekenntnis der Staatskanzlei zur Abschaffung der 10-H-Regel angewiesen, das erleichtert die Kommunikation in den Kommunen."

Handlungsempfehlungen für Kommunen

Ruth Müller (SPD) forderte von den Experten ergänzende Handlungsempfehlungen für die Kommunen. Sterner befürwortete Ansätze wie das 10.000-Häuser-Programm. „Die Förderung energieeffizienter Häuser ist sehr sinnvoll. Gerade der Einsatz von Photovoltaik ist eine Entscheidung, die niemand bereut, weil immer ein Zusatznutzen entsteht."

Dr. Petra Hutner, Leiterin des Landesverbandes Erneuerbare Energien Bayern, appellierte an die Staatsregierung, die Energiewende durch Hindernisse in Genehmigungsverfahren nicht zu verhindern. Bayerns Vorbildfunktion sieht sie in einer positiven Kommunikation gestärkt. In Bezug auf die 10-H-Regel beteuerte sie: „Aufklärungskampagnen bringen gar nichts, denn in den Kommunen fehlt die fachliche Kompetenz in Bezug auf die Bauleitplanung." Auch Florian von Brunn (SPD) forderte von der Staatsregierung, die 10-H-Regelung abzuschaffen um die Energiewende in Bayern zu beschleunigen. ❐

Einbindung der Kommunen bei der Evaluierung des Kommunalwaldpaktes 2011

Im Jahr 2019 hat das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) die Evaluierung des Kommunalwaldpaktes 2011 begonnen. Die Evaluierung erfolgt in drei Arbeitspaketen. In einem davon werden die vorhandenen Angebote und Strukturen für die Betreuung des Körperschaftswaldes durch nichtstaatliche Dienstleister (Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bzw. Forstunternehmer) oder eigenes Personal analysiert.

Ab Anfang März werden alle Bürgermeister mit Waldbesitz über 200 Hektar (Größenschwelle gemäß Landtagsbeschluss Drs. 17/15445 von 2017) und Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zur Gewinnung einer fundierten Evaluierungsgrundlage über einen Fragebogen beteiligt. Eine repräsentative Auswahl von forstlichen Dienstleistungsunternehmern wird durch Telefoninterviews beteiligt.

Rege Beteiligung erforderlich

Die Erhebung und Analyse der Ergebnisse führt Professor Dr. Krott von der Georg-August-Universität Göttingen als wissenschaftlicher Projektpartner des StMELF durch. Die betroffenen Kommunen erhalten eine gesonderte Einladung zur Teilnahme. Eine rege Beteiligung ist wichtig, um alle für die Evaluierung wichtigen Aspekte aufzudecken.

Arbeitspakete

In zwei weiteren Arbeitspaketen wird der Gemeinwohlausgleich für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen und die Entgeltregelung für die staatliche Beförsterung überprüft. Zusätzlich werden die Auswirkungen des Rückgangs staatlicher Beförsterung innerhalb der Forstverwaltung sowie die Sicherstellung eines geordneten Übergangs für die bis 2025 aus der staatlichen Beförsterung ausscheidenden Kommunen beleuchtet. ❐



Die Unimog-Modelle im unwegsamen Gelände auf dem Weg zum Höhenrekord für Radfahrzeuge.
© Mercedes-Benz

Leistung, die Rekorde bricht:

Unimog Expeditionsteam auf dem höchsten aktiven Vulkan der Welt

Der Unimog ist seit 70 Jahren legendär, wenn es um wissenschaftliche Expeditionen in alle Erdteile und Klimazonen geht. Jetzt wagte es ein zehnköpfiges Expeditionsteam unter der Führung von Matthias Jeschke, den höchsten Vulkan der Welt, den Ojos de Salado in Chile mit zwei Unimog U 5023 zu erklimmen.

Das Team sollte auf verschiedenen Höhenlagern auf dem Vulkanberg ein System von vier Notfunkeinheiten installieren. Im Notfall kann später über jede der vier Einheiten eine Funkverbindung zu den drei weiteren Basislagern des Ojos del Salado hergestellt werden. Mit diesem System soll die Sicherheit sowohl für Bergsteiger als auch Wissenschaftler verbessert werden. Der Ojos de Salado ist mit einer Höhe von 6.893 m der höchste aktive Vulkan der Erde. Der Vulkan ist Teil der Atacama-Wüste, die zu den trockensten Wüsten der Erde zählt, sowie Teil des berüchtigten Pazifischen Feuerrings.

Nachdem das Expeditionsteam das Höhenlager Amistad auf 6.100 m mit beiden Unimog U 5023 erreichte und dort die vierte Notfunkeinheit eingerichtet hat, wandte sich das Team einem weiteren Meilenstein zu – den Höhenweltrekord für Radfahrzeuge. Dieser wurde mit einem der beiden Unimog auf einer Höhe von 6.694 m erreicht. Noch nie zuvor hatten Fahrzeuge weltweit einen Aufstieg in so große Höhen geschafft.

Unterstützt wurde die Expedition von Mercedes-Benz Special Trucks mit zwei hochgeländegängigen Unimog U 5023 der neuesten Generation, die das Expeditionsteam und das erforderliche Equipment in die extreme Höhe auf den Vulkan transportierten. Beide Unimog wurden mittels Spezialbereifung, starker Seilwinden und Sonderaufbauten zur variablen Schwerpunkttarierung von Spezialisten des Unimog-Museums, dem Unimog Aufbaupartner AS Söder und von Ingenieuren der Unimog-Entwicklung für die Herausforderungen in diesen extremen Höhen fit gemacht.

Damit haben Matthias Jeschke – Inhaber der Firma Extrem Events – und sein Team nicht nur den mit einem Mercedes-Benz Zetros in 2014 selbst gesetzten Rekord übertroffen, sondern auch den absoluten Höhenweltrekord für Radfahrzeuge gesetzt. Beide Fahrzeuge haben laut Expeditionsleiter Jeschke „die extrem steilen wie felsigen Passagen dank zuverlässiger und bester Technik, austariertem Schwerpunkt und genialer Reifentechnik bewältigt und Material und Ausrüstung auf die enorme Höhe transportiert. Zu keinem Zeitpunkt weltweit motorisierter Höhenexpeditionen haben zwei Trucks gleichzeitig eine solche Höhe erreicht." Also ein Doppel-Weltrekord für die zwei Unimog U 5023 und ein weiterer Fortschritt in der wissenschaftlichen Erforschung des Pazifischen Feuerrings. ❐



Die Rektorin der Grundschule Roding-Mitterdorf, Christine Schreiner, Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Franz Reichold (v.l.) freuen sich schon, wenn der Schulgarten im Frühjahr wieder zum Erlebnis- und Lernort wird. Die Vorbereitungen laufen! Bild: Schuhbauer

Lernort Schulgarten fördert ökologisches Verantwortungsbewusstsein:

Landrat Löffler ruft Projekt ins Leben

Der Landkreis Cham möchte das Verständnis junger Menschen für die Natur und natürliche Kreisläufe wecken und die Verantwortung jedes Einzelnen verdeutlichen. Ein Schulgarten ist dafür ein hervorragender Erlebnis- und Lernort. Landrat Franz Löffler hat deshalb das Projekt „Förderung des ökologischen Verantwortungsbewusstseins an den Schulen im Landkreis Cham" ins Leben gerufen.

Aus seinen Verfügungsmitteln stellt er für jede Schule im Landkreis 500 Euro zur Verfügung. So können Beete und Hochbeete angelegt werden, Gemüse gesät, Hecken und Beerenobst gepflanzt werden. Landrat Franz Löffler erläutert: „In einer Zeit, in der Kinder und Jugendliche den Anbau von Obst und Gemüse zu Hause oft nicht mehr miterleben und den Wert der Lebensmittel, ihren Aufwand bei Saat, Pflanzung, Pflege und Ernte nicht mehr abschätzen können, können Schulen in einem Schulgarten dieses wertvolle Wissen weitergeben. Auch ökologische Zusammenhänge, die Freude an der Vielfalt an Pflanzen und Tieren können vermittelt werden."

Vorbildliche Umwelterziehung

34 Schulen im Landkreis Cham, von Grund- und Mittelschulen über Montessorischulen bis zum Gymnasium haben sich bereits für das Projekt angemeldet. Eine davon ist die Grundschule Roding-Mitterdorf, die als Umweltschule anerkannt ist und vorbildliche Arbeit in der Umwelterziehung leistet, wie Landrat Franz Löffler anerkennend bemerkte. Rektorin Christine Schreiner informierte Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Franz Reichold über die geplanten Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung des Schulgeländes. Hochbeete und Gemüsebeete, mehrere Beerenobststräucher sind bereits seit langen Jahren vorhanden. Am Sitzplatz sollen in Zukunft Nektar und Pollen, Blätter und Äste von z. B. Schmetterlingsflieder, Holunder, Kräutern und Stauden wie Thymian und Alant Schmetterlinge, Käfer, Wildbienen und andere Insekten anlocken. Am Zaun zum neuen Parkplatz soll eine Wildstrauchpflanzung entstehen, die Futter, Nistplatz und Versteck auch für Vögel anbietet.

Beratungsangebot

Die Kreisfachberaterinnen Renate Mühlbauer und Susanne Deutschländer vom Sachgebiet Gartenkultur und Landespflege am Landratsamt Cham beraten die Schulen gerne. ❐

15. Landshuter Umweltmesse:

Überregionale Strahlkraft

Vom 20 bis 22. März findet bereits zum 15. Mal die Landshuter Umweltmesse statt, die ökologische Informations-, Kontakt-, Präsentations- und Wissensplattform für die gesamte Region. Der Messepark und die Flächen in und um die Sparkassenarena werden dann erneut zum Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen aus den Bereichen Natur und Technik, Bauen & Wohnen, Energie und Mobilität, sowie Gesundheit und Ernährung. Insgesamt werden wieder rund 250 Anbieter auf der Umweltmesse vertreten sein.

Eine Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch sowie zum Erleben der E-Mobilität in seinen vielen Facetten bietet die 4. Sternfahrt der Elektromobile. Interessierte E-Mobilisten sind erneut dazu eingeladen, die Messe mit dem eigenen Elektro- oder Hybridfahrzeug zu besuchen und auf reservierten Parkplätzen mit Lademöglichkeit zu präsentieren. Ebenfalls zum vierten Mal auf der Messe vertreten ist der Sektor „Pilgern und Wandern". Auf dem Martinusweg durch Landshut soll dabei der spirituelle Aspekt des Pilgerns hervorgehoben werden.

Interkulturelle Kunstwerkstatt

Die umweltpädagogische Betreuung für Kinder gestalten erstmals „natürlich(e) Kunst!" und „Klimawald". Mit Stift und Farben, Faden und Papier, Filzwolle und Schneckenhäusern, Holz und Ton können Kinder und Jugendliche während der Landshuter Umweltmesse kreativ werden. Dr. Markus Wimmer, der in bewährter Weise die Betreuung leitet, lädt die jungen Künstler ein, sich im Rahmen der 15. interkulturellen Kunstwerkstatt (Veranstalter Haus international e.V.) mit natürlichen Materialen kreativ auszudrücken.

Neben Ausstellungen, Vorträgen und Vorführungen enthält das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankerln aus der Region und eine unentgeltliche umweltpädagogische Kinderbetreuung runden das Programm ab.

Tunnelblick lösen

Wie einer der Organisatoren, der Geschäftsführende Gesellschafter der Landshuter Umwelt GmbH, Rudolf Schnur, im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterte, spiele der Klimawandel bei der aktuellen medialen Berichterstattung eine besondere Rolle. Die Öffentlichkeit habe einen Tunnelblick, weil sie sich nur auf das Thema CO2 fokussiert. Dabei gebe es zahlreiche weitere, auf der Agenda stehende Probleme, wie den direkt vor der Stadt Landshut gelagerten Atommüll. „Wir wollen diesen Tunnelblick wieder auflösen und die ganze Palette des Umweltschutzes den Bürgerinnen und Bürgern als Entscheidungsträger zuführen", machte Schnur deshalb deutlich.

Bessere Umweltwerte

„Insgesamt kann man stolz darauf sein, dass diese Umweltmesse nicht nur in der Stadt Landshut beachtet wird, sondern überregionale Strahlungskraft besitzt", unterstrich der Schirmherr der Veranstaltung, Oberbürgermeister Alexander Putz. Er verwies darauf, dass die immer wiederkehrende Behauptung, frühere Generationen hätten nichts zum Umweltschutz beigetragen, schlichtweg falsch sei. Seit Jahrzehnten gebe es gerade in den modernen Industriestaaten und so auch vor allem hierzulande erhebliche Bemühungen, das Thema nach vorne zu bringen.

Bei allen Defiziten, die es weltweit noch gebe, sollte man aus Putz' Sicht doch auch über Erfolge sprechen. Tatsache sei, dass gerade in Mitteleuropa die Umweltwerte in den vergangenen Jahrzehnten deutlich besser geworden sind. **DK**

Das Allgäu als Vorreiter

Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 für Unternehmen und Kommunen mit Dr. Gerd Müller als Schirmherr

Das Interesse am neu gegründeten Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 ist enorm. Bereits Wochen zuvor war die Auftaktveranstaltung in Kempten ausgebucht. Über 120 Vertreter aus Wirtschaft und Politik – darunter Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller als Schirmherr – trafen sich schließlich im digitalen Gründerzentrum und präsentierten sich in Aufbruchsstimmung. Der allgemeine Tenor: Mit dem neuen Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 wird die Region zum Vorreiter beim Thema Klimaschutz.

Der Ansatz, der hinter dem Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 steckt: Die teilnehmenden Unternehmen, Kommunen und Institutionen verpflichten sich, schrittweise bis spätestens zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Dabei liegt der Schwerpunkt zunächst auf der Reduktion der CO2-Emissionen durch mehr Energieeffizienz und dem stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien. Darüber hinaus sollen unvermeidbare Restemissionen durch hochwertige zertifizierte Projekte, die entsprechend CO2 einsparen, kompensiert werden.

Es ist der mildeste Winter seit Jahren, mit teilweise Regen auf über 2000 Meter Höhe und Hochwasser in den Tälern, dazu wiederholt kräftige Stürme. „Die Zeichen des Klimawandels werden auch im Allgäu immer deutlicher wahrnehmbar und zeigen, dass es allerhöchste Zeit ist, den klimaschädlichen CO2-Ausstoß zu senken“, betonte Martin Sambale, Geschäftsführer des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!). Man wolle mit einem „Bündnis der Willigen“ einen möglichst großen Beitrag dazu leisten.

Tatsächlich würden immer mehr Unternehmen die Zeichen der Zeit erkennen und unabhängig von den gesetzlichen Vorgaben entschlossen handeln, hat der eza!-Geschäftsführer festgestellt. Um interessierten Firmen, aber auch Kommunen und Institutionen in der Region den Weg dorthin zu erleichtern, werde das Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 ins Leben gerufen, berichtete Sambale. Zu den Gründungsmitgliedern zählen 26 Unternehmen – darunter die Allgäuer Überlandwerk GmbH, die Swoboda Wiggensbach KG, die Bahnhof-Apotheke und das Sonnenalp Resort.

Unterstützung durch Experten

Der Schwerpunkt wird zunächst auf der Reduktion der CO2-Emissionen durch mehr Energieeffizienz und dem stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien liegen. Die teilnehmenden Firmen und Kommunen werden dabei von den Experten des eza!-Teams beraten und unterstützt. Zudem gibt es einmal im Jahr ein Bündnispartnertreffen mit einem Fachprogramm zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und CO2-Kompensation.

Letztere ist ein zweiter Baustein. Die unvermeidbaren Restemissionen sollen nämlich durch hochwertige zertifizierte Projekte, die entsprechend CO2 einsparen, kompensiert werden. Diese Projekte, in der Regel in Entwicklungsländern, sollen vor Ort neben der CO2-Einsparung auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen. „Zusätzlich ist auch eine Komponente zur Förderung regionaler Projekte geplant“, fügt Sambale hinzu.

Der Beitrag aus den Industrieländern für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika, die auf erneuerbaren Energien basieren müsse, sei für die Weltgemeinschaft von enormer Bedeutung, bekräftigte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller als Schirmherr des Bündnisses klimaneutrales Allgäu 2030. „Ob die Klimakatastrophe eintritt oder nicht, entscheidet sich insbesondere in Afrika“, betonte Müller und erinnert in diesem Zusammenhang an das enorme Bevölkerungswachstum in Afrika. Ziel sei es, dass die Entwicklungsländer fossile Brennstoffe gar nicht erst nutzen müssten, sondern direkt in Erneuerbare Energien einsteigen würden. „Dafür braucht es unser Know-how und unser Kapital“, erklärte Müller.

Stadtrat steht vor Beitritt

Auch Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle, der gleichzeitig Vorsitzender der eza!-Gesellschafterversammlung ist, begrüßte die Initiative und hofft, dass „der Funke für eine Beteiligung am Bündnis klimaneutrales Allgäu 2030 auf möglichst viele überspringt“. Der Stadtrat Kempten berät am 20. Februar über den Beitritt. Der städtische Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz hat die Teilnahme bereits befürwortet. ❐



Gemeinsam etwas bewegen: Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, Kemptens Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Professor Franz Josef Radermacher und eza!-Geschäftsführer Martin Sambale (von links) bei der Auftaktveranstaltung des Bündnisses klimaneutrales Allgäu 2030. Foto: eza!

Landkreis Donau-Ries:

Partnerschaft mit der Landwirtschaft

Stefan Wiedenmann, Landwirt aus Hoppingen hatte sich Ende des vergangenen Jahres an Landrat Stefan Rößle gewandt und um Unterstützung bei verschiedenen Problemstellungen gebeten. Bei einem ersten gemeinsamen Runden Tisch zwischen Vertretern der Landwirtschaft und des Landratsamts entstanden fünf Projektideen, die der Landkreis zusammen mit den Vertretern der Landwirtschaft zwischenzeitlich weiter konkretisiert hat.

Anfang Februar fand nun das zweite Treffen statt. Aufgrund der vielen Ideen und positiven Impulse, die sich während dieses Gesprächs auftaten, wurde vereinbart, dass sich aus der losen Runde künftig eine feste Struktur entwickeln soll. Folgenden Vorschlag aus den Reihen der landwirtschaftlichen Vertreter hat Landrat Stefan Rößle gerne aufgegriffen: Die Organisation des gestarteten Partnerschaftsprojekts des Landkreises mit der Landwirtschaft soll in den Nachhaltigkeitsprozess des Landkreises eingebunden werden. Der Vorteil wäre, so Landrat Rößle, dass durch die neu geschaffene Stelle im Bereich Nachhaltigkeit die Projekte durch hauptamtliches Personal mit betreut werden könnten. Später sollen Arbeitsgruppen und evtl. auch ein Steuerungskreis eingerichtet werden. Unterstützung könnte das Landratsamt zudem auch im Bereich Marketing bieten. Als konkretes Beispiel wurde an eine Ergänzung des regionalen Einkaufsführers des Landkreises gedacht.

Zu den beim letzten Treffen angeregten fünf Projekten wurde im Einzelnen folgendes weitere Vorgehen vereinbart:

1. Erstellung eines Pools mit Landwirten, die Ausgleichsflächen oder Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) zur Verfügung stellen für suchende Bauherrn: Es soll zunächst ein Aufruf erfolgen, ob es interessierte Landwirte gibt, die dann auch gleich geeignete Flächen melden sollten. Die Flächen würden den Landwirten von den Bauherrn entsprechend vergütet werden. Die weitere Kommunikation soll über das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie die Obmänner des BBV erfolgen.

2. Umstellung der Kantinen des Landkreises auf 50 % regionale/ökologische Produkte: Zur Umsetzung der Umstellung wird angedacht, mit einem Modellprojekt am gKU und einem zunächst 50%-Anteil an regionalen/ökologischen Produkten zu starten und die weitere Entwicklung zu beobachten. Bevor es los gehen kann, müssen aber die politischen Gremien noch darüber beraten und entscheiden.

3. Patenschaftsprojekte: Von Seiten des Regionalmanagements des Landratsamtes wurde eine Reihe von Projekten aus dem Bereich der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) vorgestellt. Sämtliche Projekte basieren darauf, dass Interessierte an Landwirte einen bestimmten Betrag zahlen und im Gegenzug dafür landwirtschaftliche Produkte erhalten. Es können auch Tierpatenschaften angeboten werden. Möglich sind SoLaWi-Projekte im Bereich des Gemüse-, Getreide- und Obstanbaus wie auch im Bereich der Tierhaltung, wobei dabei sowohl Produkt- wie auch Fleischpatenschaften geschlossen werden können. Es wird vereinbart, Projektideen zu sammeln und hinsichtlich der Vermarktung eventuell den regionalen Einkaufsführer des Landkreises um die daraus entwickelten Patenschaften zu ergänzen.

4. Imageverbesserung: Es wurde angeregt, einen Imagefilm über die Landwirtschaft zu drehen. In den Film einbezogen werden sollte auch der Bereich Forst. Der Landkreis könnte diesen Film eventuell in Auftrag geben und bezahlen. Zunächst möchte man gemeinsam Ideen zur Gestaltung sammeln. Der Kreistag muss zudem die finanziellen Mittel dafür noch freigeben.

5. Soziale Projekte: Erste Ideen gehen hier in die Richtung, behinderte oder krebskranke Kinder auf einen Bauernhof einzuladen und sie beispielsweise einmal mit einem Traktor mitfahren zu lassen. Man könnte eventuell auch auf der nächsten Donau-Ries-Ausstellung Aktionen anbieten oder einzelne Angebote z. B. für Kindergeburtstage verlosen. Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird die Aktion mitbewerben und Anregungen sammeln. Interessenten können sich gerne auch beim Landratsamt melden. Ansprechpartnerin hierfür ist zunächst die Regionalmanagerin Frau Jennifer Werner. ❐



Landrat Thomas Karmasin mit den Klimaschutzmanagerinnen des Landratsamts Fürstenfeldbruck Katrin Ziewers (links) und Aneta Höffler. Foto: LRA FFB

Landkreis Fürstenfeldbruck beschließt CO2 Aktionsplan

Der Energie- Umwelt- und Planungsausschuss des Landkreises Fürstenfeldbruck beschließt nach intensiver Diskussion am 17. Februar 2020 den CO2 Aktionsplan. Dieser ist ein Maßnahmenkatalog, der dem Landkreis als Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre zur Erreichung der Klimaziele dient.

Im Aktionsplan werden diejenigen Maßnahmen, die in der CO2 Bilanz im Jahr 2018 vorgestellt wurden, sowie Maßnahmenvorschläge aller Fraktionen gebündelt. Dabei hat sich der Landkreis Fürstenfeldbruck ambitionierte Ziele gesteckt: die Umstellung auf 100 % erneuerbare Strom- und Wärmebereitstellung sowie die Aufstellung eines Fahrplans bis spätestens 2022 zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudebestands im Landkreis.

Emissionsminderung

Circa 44% der kreisweiten CO2 Emissionen werden durch den Wärmeenergieverbrauch erzeugt, der Verkehr ist für 36% der Emissionen verantwortlich; die letzten 20% werden durch den Strombedarf emittiert. Dementsprechend befassen sich die ersten Maßnahmen des CO2 Aktionsplans mit der Minderung der in diesen Bereichen verursachten Emissionen. Erreicht werden soll dies durch den weiteren Ausbau der Erzeugung von erneuerbarem Strom und Wärme sowie deren Integration in wasserstoffbasierte Speichertechnologien. Darüber hinaus konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Weiterentwicklung von alternativen Mobilitätsangeboten mit besonderem Augenmerk auf Fußgänger und Radverkehr. Nicht zuletzt soll ein neu geschaffenes Klimaschutz- und Energiewendemobil Umweltbildungs- und Beratungsangebote bündeln. Bei der Realisierung fast aller Maßnahmen ist jedoch der Landkreis nicht der alleinige Verantwortliche, dementsprechend werden im Zuge der Umsetzung immer auch weitere Akteure miteinbezogen.

Basierend auf der letzten CO2-Bilanz, die im Frühjahr 2018 vorgestellt wurde, hatte Landrat Karmasin den politischen Gremien vorgeschlagen, einen Aktionsplan unter Einbeziehung aller Fraktionen zu erstellen. Ausgearbeitet wurde der Aktionsplan von der Ludwig Bölkow Systemtechnik GmbH (Ersteller der landkreisweiten CO2-Bilanz) in enger Abstimmung mit dem Klimaschutzmanagement des Landratsamtes. ❐

Insekten, Fledermäuse & Co schützen:

Weniger Beleuchtung in Würzburg

Im Zuge der Umsetzung des erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern - Rettet die Bienen!“ wurde unter anderem das Bayerische Immissionsschutzgesetz angepasst. Demnach dürfen Fassaden öffentlicher Bauten in der Zeit zwischen 23 Uhr und der Morgendämmerung nicht mehr beleuchtet werden - soweit dies mit der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist.

Die Vorgaben dienen zum einem generell dem Erhalt von Fledermausquartieren in und an Gebäuden, zum anderen kann das Reduzieren der nächtlichen Beleuchtung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Insekten und anderer Tierarten leisten. Denn nachtaktive Insekten werden von künstlichen Lichtquellen angelockt und verenden an der Lichtquelle oder werden dort Opfer von Fressfeinden. Zudem können auch schädliche Verhaltensänderungen ausgelöst und wichtige Wanderbewegungen unterbunden werden.

Anpassung der Beleuchtung

Den neuen gesetzlichen Regelungen entsprechend wird nun auch die Beleuchtung öffentlicher Bauten in Würzburg angepasst: Neben kleineren Gebäuden werden nun die Fassaden der Festung, des Käppeles sowie des Grafeneckartturms ganzjährig nur noch bis 23 Uhr beleuchtet sein. Die technische Umsetzung läuft bereits und wird in den nächsten Wochen weitgehend abgeschlossen sein. Dom, Residenz und Falkenhaus bleiben aufgrund der Wegesicherheit weiterhin beleuchtet. Zudem werden einige Bodenstrahler – z.B. im Bereich der Bäume am Willy-Brandt-Kai – zunächst probeweise für ein Jahr komplett abgeschaltet.

Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner: „Durch die nächtliche Abschaltung setzten wir gesetzliche Regelungen um und wollen gleichzeitig Vorbild sein. Auch mit kleineren Maßnahmen kann jede und jeder einen Beitrag zum Artenschutz leisten. Der Schutz von Insekten ist dabei eine sehr wichtige Aufgabe, da sie in den Ökosystemen eine zentrale Rolle spielen.“

Umstellung auf LED

Die technische Betreuung der öffentlichen Beleuchtung in Würzburg obliegt der Stadtwerke Würzburg AG. Bernd Hammer, der verantwortliche Abteilungsleiter, erläutert: „Auch bei der Modernisierung der rund 17.000 Straßenlaternen, wovon bereits 7.000 umgerüstet sind, achten wir intensiv auf den Natur- und Umweltschutz. Bis etwa zum Jahr 2025 wollen wir die Beleuchtung vollständig auf LED-Technik umstellen. Die zum Einsatz kommenden Leuchten sind in ihrer Lichtfarbe auch in Punkto Insektenschutz deutlich besser als die älteren Leuchtstoffröhren oder Natriumdrucklampen. Auch der Energieverbrauch wird durch diese Umstellung um durchschnittlich 70 Prozent reduziert.“

Einige Tipps und Hinweise für den Artenschutz im und am Gebäude sind auf der städtischen Website unter www.wuerzburg.de/520788 ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Markus König, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Nürnberg und OB-Kandidat, MdL Barbara Regitz, Karl Freller, 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Prof. Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Albert Füracker. Bild und Text: pmw

Finanz- und Heimatempfang in Nürnberg:

Funktionierende Kommunen schaffen Heimatgefühl

„Bayern ist das Land mit der Freiheit, Ideen nicht nur zu denken sondern auch umzusetzen", so Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Finanz- und Heimatempfang. Deshalb sei der Freistaat auch ein „toller Wirtschaftsstandort" und mit Albert Füracker werde er weiter dafür sorgen, dass es keine vergessenen Regionen gibt. „Politik muss für alle da sein". Er stehe für Heimatnähe und Bodenständigkeit und sah mit Bezug auf seinen kürzlichen Russlandbesuch in gleichzeitiger Weltoffenheit und Internationalität keinen Widerspruch.

Hausherr Staatsminister Albert Füracker konnte eine illustre Gästeschar begrüßen, Politiker von Europa bis zu den Kommunen, Repräsentanten von Kirchen, Schulen, Verbänden und Behörden, und viele ehrenamtlich Tätige. „Im Zeitalter der Problembeschreibung ist die Politikgestaltung schwieriger geworden", so Füracker als Hausherr am Nürnberger Dienstsitz des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Gemeinsame Hauptaufgabe sei, „das Land angesichts politischer Umbrüche stabil zu halten und voranzubringen". Er appellierte daran, nicht denjenigen auf den Leim zu gehen, die für komplizierte Sachverhalte einfache Lösungen vorgaukeln.

Durch gezielte Heimatpolitik wolle sein Haus dazu beitragen, gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. „Investitionen in Forschung und Technik sind Investitionen in die Zukunft, und auch auf diesem Gebiet sei Bayern „spitze". Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „In Bayern werden mehr Lehrstühle für künstliche Intelligenz geschaffen, als im Rest Deutschlands". Der Freistaat sei ein interessanter Standort für Forscher aus der ganzen Welt. „Wir wollen auch künftig Standards in der Welt setzen".

Einzelmaßnahmen ohne Verbote

Der Ministerpräsident warnte davor, das Auto per se kaputtzureden. Es sei schon viel zum Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs geschehen und noch viel mehr in Planung. Was aber nicht passieren dürfe: Konjunktur und damit Arbeitsplätze und Wohlstand gegen Klimapolitik auszuspielen. Albert Füracker ergänzte in dem von Marion Schieder moderierten Zwiegespräch: „Das bayerische Klimapaket umfasst 96 Einzelmaßnahmen, alle ohne Verbote". Auch dabei gehe es darum, nicht ärmere gegen reichere Menschen oder Städte gegen das Land zu setzen.

Bei Albert Füracker war spürbar, wie sehr ihm die Städte, Landkreise und Gemeinden am Herzen liegen. „Wenn die Kommune funktioniert, fühlen sich die Menschen wohl und das ergibt dann auch das Heimatgefühl". Zukunftsperspektiven für junge Menschen auch im ländlichen Raum zu schaffen, gehöre zu den Kernaufgaben bayerischer Politik. Deshalb bekämen die Kommunen auch so viele finanzielle Zuwendungen wie nie zuvor und wie in keinem anderen Land. „Alles zusammengenommen geht jeder vierte Euro des Staatshaushaltes an die Kommunen", so der Finanz- und Heimatminister.

In der Behördenverlagerung sah Ministerpräsident Söder ein Beispiel für „Gleichwertigkeit in der Praxis". Hier gehe es nicht in erster Linie um die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sondern durch die natürliche Fluktuation würden vor Ort neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch mit dem Breitbandausbau und der Dezentralisierung von Hochschulen will Söder jetzt einen Schwerpunkt in den noch strukturschwachen Regionen setzen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Oh du meine Güte. Jetzt spielen sie uns wieder das Lied vom Zentralismus als Lösung aller Probleme vor. Als wenn beim Bund mehr Lösungskompetenz läge als bei den Kommunen oder den Ländern." Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte über zwei Meldungen der vergangenen Tage heftig den Kopf.

Die erste war die Forderung von zwei Ökonomen, der Bund solle die Kommunen beim Wohnungsbau nicht nur mit Fördergeldern und der Bereitstellung von erschwinglichem Bauland unterstützen, sondern durch eine eigens zu schaffende Behörde auch noch die Planungsaufgaben und die Durchführung von Bauprojekten selber in die Hand nehmen. Begründung: Die Kommunen wären durch fehlende Experten und Inkompetenz reihenweise überfordert. Eine Art gigantische Planungs- und Vollzugsbehörde also. Vielleicht finden sich ja in dem einen oder anderen Behördenplattenbau aus DDR-Tagen noch entsprechend nutzbare Räumlichkeiten – sozusagen zentrale Planung reloaded.

Das ewig alte Lied vom Zentralismus

Forderung zwei: Wenn es um Fälle akuter Gesundheitsbedrohungen ginge, wie derzeit beim Corona-Virus, müsste der Bund das Heft des Handelns in die Hand nehmen (am besten die Kanzlerin selbst) und die wichtigen Entscheidungen wie zum Beispiel die Absage von Großveranstaltungen, die Empfehlung für freiwilligen Hausarrest oder für die Schließung von Schulen und Kindergärten sollten nicht mehr die – natürlich auch hier inkompetenten – Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten treffen dürfen. Wem leuchtet unmittelbar ein, dass ein verbeamteter Arzt in Berlin sehr viel besser beurteilen kann, ob eine Schule in Waldkirchen geschlossen werden sollte, als das Gesundheitsamt im benachbarten Freyung?

Ich kann mir diese Forderungen nur metaphysisch erklären, so als Glaube an höhere Mächte, die über den Niederungen schweben und alles ordnen, was die zersplitterten Geister in den divergierenden Verwaltungseinheiten so verbocken.

Dabei hat Deutschland doch seine föderale Struktur und die herausgehobene Stellung und Entscheidungskompetenz seiner Kommunen erst stark und erfolgreich gemacht. Bei uns muss niemand erst in Paris oder London anfragen, ob das Schulhaus gestrichen werden darf – man macht es einfach, wenn das Geld da ist und der Gemeinderat zustimmt.

A propos Schule: Das ist ja auch so ein Dauerbrenner, dass für die Bildung nicht mehr die Länder, sondern der Bund zuständig sein soll. Stichwort: Gleiche Chancen und Bedingungen von Hallig Hooge bis Oberstaufen. Gut, jetzt liegen die Leistungen der Schüler von Land zu Land sehr unterschiedlich. Ein Bremer oder Berliner Gymnasiast ist von der Leistung seines bayerischen Kollegen zwischen einem und eineinhalb Schuljahre entfernt – Bremen und Berlin sind die Schlusslichter der innerdeutschen Leistungsvergleiche. Hände hoch wer meint, ein bundeseinheitliches System würde oder könnte sich an Bayern orientieren? Klar, die bayerischen Schulen würden verberlinern oder verbremern, nichts anderes wäre die Folge.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein großer Anhänger des Subsidiaritätsprinzips: Dinge da planen, entscheiden und dann auch umsetzen, wo die Auswirkungen unmittelbar zu spüren sind. Zentral auf Bundesebene ist in vielen großen Fragen sinnvoll, aber nicht bei Wohnungsbau oder Bildung. Interessant auch, dass dem Berliner Zentralismus manchmal von den gleichen Leuten das Wort geredet wird, die am liebsten Europa auch dort Zuständigkeiten nehmen würden, wo es sich als sinnvoll erwiesen hat. Sehnsucht nach der Pickelhaube? Nein, wir brauchen mehr Zuständigkeiten der Länder und Gemeinden und vor allem mehr Wettbewerb untereinander. Die Grundsteuer kann den Anfang machen. Wir brauchen aber auch noch eine regional differenzierte Erbschaftsteuer und Zu- und Abschläge bei der Einkommensteuer. Föderaler Wettbewerb ist das Zauberwort, nicht Zentralisierung. Als Erklärung für die Anziehungskraft des Zentralismus fällt mir nur Voltaire ein: „Je öfter eine Dummheit begangen wird, desto mehr bekommt sie den Anschein der Klugheit".

Ihre Sabrina

Sprachgutschein Donau-Ries 2020:

Die Förderung geht weiter!

Bereits das zweite Jahr fördert der Landkreis Donau-Ries Neuzugewanderte, die in einem eigenfinanzierten Sprachkurs Deutsch lernen mit einmalig 20% der Kurskosten bzw. maximal 200 EUR pro Person. Donau-Ries präsentiert sich mit dieser einzigartigen Förderung als beispielgebend bei Fachkräftesicherung und Integration.

Der Zuzug von Ausländern, die aus europäischen Ländern in unseren Landkreis kommen ist ungebrochen. Für die letzten beiden Jahre weist die Statistik für diesen Kreis einen Zuzug von jährlich ca. 600 Personen aus. Es sind Fachkräfte, die hier dringend gebraucht werden. Aber um in Deutschland als Fachkraft zu arbeiten und sich in die Gesellschaft zu integrieren, ist es notwendig, Deutsch zu lernen. Leider gibt es einige Hindernisse, die gerade dieser Zielgruppe den Zugang zu Sprachkursen versperren. Neben der Tatsache, dass Arbeitszeiten einen Deutschkurs einfach nicht zugänglich machen, sind es oft fehlende Möglichkeiten einen solchen Deutschkurs zu finanzieren, denn von den ausländischen Beschäftigten in unserem Landkreis sind 36 Prozent auf Helferniveau tätig.

Hier unterstützt der Landkreis mit dem Sprachgutschein Donau-Ries. „Davon profitiert der Landkreis langfristig. Mit dieser freiwilligen Förderung stellen wir sicher, dass wir den zukünftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Integration gewachsen sind", so Landrat Rößle.

Neu ab diesem Jahr ist, dass der Sprachgutschein durch alle Ausländer, die im Landkreis Donau-Ries leben oder arbeiten in Anspruch genommen werden kann. Die noch im letzten Jahr gültige Begrenzung der Förderung auf Zuwanderer aus den EU-Ländern wurde nun aufgehoben. Dafür hat der Kreistag die zur Auszahlung bereitstehende Fördersumme für 2020 verdoppelt!

Bildungskoordinatorin Dr. Gabriele Theiler in der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit hat dieses Projekt umgesetzt: „Es ist sehr wichtig, dass dieses Unterstützungsangebot alle Ausländer, alle Kursangebote und alle Sprachniveaus von A1 bis C2 umfasst". Ein Deutschniveau von B2 ist für Fachkräfte oft erst Voraussetzung für den Erhalt einer Arbeitsstelle.

Um den EU-Bürgern die Unterstützung gleich zu Beginn ihres Aufenthaltes im Landkreis bereit zu stellen, werden Sprachgutscheine auch durch die Einwohnermeldeämter an Neuzugezogene ausgegeben. Als Ausgabestellen fungieren ebenfalls alle Volkshochschulen und Sprachkursträger im Landkreis, sowie die Migrationsberatungsstellen von Diakonie und Caritas. Für kurzfristige Anfragen steht auf dem Bildungsportal Donau-Ries ein Exemplar zum Download zur Verfügung: www.donauries.bayern/sprachgutschein ❐

Würzburg:

Ausstellung der Geschichtswerkstatt zum 16. März 1945

2020 jährt sich Würzburgs Schicksalstag, der 16. März 1945, zum 75. Mal. Die Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein nimmt dieses Jubiläum zum Anlass um bei der inzwischen 22. Auflage ihrer stets sehr gut besuchten Fotoausstellung im Würzburger Rathaus einen besonderen Fokus auf die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg zu legen. Am 16. März 1945 wurde Würzburg in nur 20 Minuten fast vollständig von Bomben zerstört.

Dem Feuersturm fielen etwa 4.000 Menschen zum Opfer. Durch Fotografien und Texte rückt diese Nacht vor weniger als einem Menschenalter wieder näher an den Ausstellungsbesucher heran. Der 16. März wird zudem in eine vollständige Chronologie historisch eingebettet, die nicht mit der Bombardierung endet. So wird z.B. auch der erbitterte Kampf um die Ruinenstadt bis zur Befreiung durch die US-Streitkräfte am 6. April dargestellt.



„Zerstörtes Würzburg" Tote und Trümmer als Mahnung: Bürgermeister Dr. Adolf Bauer, Helmut Försch, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake und Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei der Ausstellungseröffnung der Geschichtswerkstatt im Verschönerungsverein im Würzburger Rathaus. Bild: Georg Wagenbrenner

„Würzburgs Zerstörung mahnt uns, uns für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die uneingeschränkte Achtung der Menschenwürde einzusetzen. In einer Zeit, in der auch hierzulande Kräfte immer stärker werden, die außenpolitisch auf die einseitige Verfolgung nationaler Interessen und innenpolitisch auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, ist diese Mahnung notwendiger denn je", ordnete auch Oberbürgermeister Christian Schuchardt den 16. März in einen größeren Kontext ein.

Schuchardt würdigte das Team um Helmut Försch, Peter Hulansky und Berthold Diem, das in akribischer Vorarbeit viel historisches Material gesichtet hat und eine Ausstellung mit zum Teil bisher unveröffentlichten Fotos erstellt hat. Es gibt zwei Begleitbände zur Ausstellung und erstmal auch eine DVD mit rund 30 Minuten Laufzeit. Helmut Försch nutzte die Ausstellungseröffnung für einen emotionalen Appell - gerade auch an die jüngeren Generationen: „Wir haben es damals erlebt und man könnte meinen: die Menschheit hat aus ihren Fehlern nichts gelernt." Försch zeigte sich entsetzt über neue Formen von Antisemitismus, die Relativierung von Nazi-Morden, die Ereignisse von Thüringen oder auch Deutschlands Rolle als großer Rüstungsexporteur. In Anlehnung an Kurt Tucholsky rief er den zahlreichen Besuchern der Vernissage ins Gewissen: „Ich höre nicht auf Nein zu sagen! Baut eine friedliche Welt ohne Hass und Neid!"

Die Ausstellung wird bis einschließlich Freitag, 27. März 2020, zu den Öffnungszeiten des Rathauses zu besichtigen sein: Mo-Do 8 bis 18 Uhr, Fr 8 bis 13:30 Uhr. Die Bilderschau ist nur eines von zahlreichen Formaten der Erinnerungskultur. Die Stadt Würzburg hat einen Flyer mit allen Veranstaltungen vom 10. bis zum 22. März aufgelegt, die an die Zerstörung vor 75 Jahren erinnern.

Die Mitglieder der Geschichtswerkstatt richten einen Stand ein, dieser ist während der Ausstellungszeit von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 16 Uhr besetzt. Dort werden auch gerne Fragen von Einzelbesuchern, Gruppen oder Schulklassen beantwortet. Infos und Kontakt: geschichtswerkstatt-wue@t-online.de. ❐

„Kommune bewegt Welt“

Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung

Immer mehr Städte, Landkreise und Gemeinden engagieren sich für Vielfalt, für Chancengleichheit und dafür, lokal globale Zukunft zu gestalten. Ob bei Initiativen zu Nachhaltigkeit, zu Fairem Handel oder in Städtepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern – überall, wo Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Expertise bündeln, bilden sich nachhaltigere Strukturen und die entwicklungspolitische Wirkung der Aktivitäten steigt.

Hier setzt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global an und gibt den guten Ideen eine Bühne: Der bundesweit einzigartige Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ zeichnet in einer feierlichen Preisverleihung Kommunen aus, die sich gemeinsam mit migrantischen Organisationen entwicklungspolitisch engagieren und über Integrationsmaßnahmen hinausdenken.

Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller.

Die Wettbewerbsrunde 2020 startete am 2. März. Bewerbungsschluss ist der 28. Juni 2020.

Die Gewinnerkommunen erwartet ein Preisgeld von insgesamt 135.000 Euro, das sich gleichermaßen auf drei Kategorien (Einwohnerzahl bis 20.000, von 20.000 bis 100.000 und mehr als 100.000) verteilt. Kommunale Vorbilder erfreuen sich der Bekanntmachung über lokale Preisverleihungen und durch die überregionale Informationsarbeit der SKEW.

Alle Bewerberinnen und Bewerber profitieren außerdem vom Erfahrungsaustausch und der Netzwerkbildung, die im Rahmen des Wettbewerbs und auch darüber hinaus stattfinden. Es winken also auch neue Kontakte und Ideen, die der eigenen Kommune und der eigenen Organisation weiterhelfen. Die SKEW steht allen Kommunen in der Ausgestaltung ihrer Entwicklungspolitik beratend zur Seite.

Mehr Infos dazu auf der Homepage: https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html ❐

Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 19. März 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
- **Kommunalmarketing**
- **Sicherheit · Brand- und Katastrophenschutz**



Buswartehalle CONTI:

Modulsystem für viele Einsatzzwecke

Durch den viel diskutierten Klimawandel ist auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs wieder verstärkt in den Fokus der Politik gerückt. Als Alternative zum Individualverkehr wird er aber nur akzeptiert, wenn sich die Menschen im öffentlichen Umfeld auch wohlfühlen. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten Wartehallen an den Haltestellen.

Sicherheit, Schutz und eine ansprechende Optik sind wichtige Kriterien für Fahrgäste. Kommunen legen außerdem Wert auf Qualität und Beständigkeit.

Die Buswartehalle CONTI von AWAG kann durch die modulare Bauweise vielfältig eingesetzt werden. Die Standardbreite beträgt 3,0 Meter, diese kann mittels Zwischenmodulen beliebig verlängert werden.

Die Rückwand der Fahrgastüberdachung ist mit einer Fahrplanvitrine ausgestattet. Bleiben die Seiten offen, dann ist der Zugang vom Bürgersteig auch bei geringem Platzangebot gut möglich. Alternativ können die Seitenwände mit Glas geschlossen werden. Auch große Werbeschaukästen mit oder ohne Beleuchtung können seitlich ergänzt werden. Haltestellenschilder auf dem Dach der Wartehalle dienen der Orientierung der Fahrgäste.

Die stabile Stahlkonstruktion ist verzinkt und wird in AWAG-Standard-RAL-Farben pulverbeschichtet. Die Verglasung der Seitenwände wird aus Sekurit-Glas mit 8 mm gefertigt, das Dach ist aus UV-beständigem, rauchfarbenem PMMA mit 6 Millimeter.

Zusätzliche Sitzbänke oder Standlehnen machen das Warten angenehmer. Um die Umgebung der Buswartehalle sauber zu halten, empfiehlt es sich, passende Abfallbehälter aufzustellen. ❐

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck „100 Jahre Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Landratsamt Berchtesgadener Land:

Präsentation des Inklusionskoffers

Kürzlich fand im Landratsamt Berchtesgadener Land eine Veranstaltung zur Vorstellung des Inklusionskoffers statt. Er kommt in Kindergärten und Schulen zum Einsatz. Im Inklusionskoffer befinden sich vielfältige Materialien, unter anderem große Handpuppen, anhand derer Kinder zum Umgang mit Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden.

Auf Initiative von Larissa Messmer, im Landratsamt zuständig für die Arbeit für Menschen mit Behinderung, und in Kooperation mit Monika Tauber-Spring, Schulrätin am Staatlichen Schulamt, sowie Andrea Demmelmair, pädagogische Fachaufsicht und Fachberatung Kindertagesstätten im Landratsamt Berchtesgadener Land, wurde den Leitern sowie den Mitarbeitern von Grundschulen und Kindergärten der Inklusionskoffer vorgestellt.

Kinder sensibilisieren

Ziel der Arbeit mit dem Inklusionskoffer ist es, anhand seiner wertvollen pädagogischen Inhalte auf spielerische Weise Kinder für das Thema „Behinderung“ zu sensibilisieren. Ein wesentlicher Bestandteil des Inklusionskoffers sind einzigartige Puppen, die jeweils eine unterschiedliche Behinderung aufweisen. Die Märchenerzählerin und Puppenspielerin Gertraud Ksellmann erzählte mit den Puppen die Geschichte von „Phillip“ und seinen Freunden, die mit ihren unterschiedlichen Behinderungen auf individuelle Weise wunderbar und liebenswert sind und die eine große Freundschaft verbindet. Sie zeigte damit auf, wie die Puppen zum Einsatz kommen können.

Bei Interesse bietet Messmer für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Grundschulen und Kindertagesstätten zudem eine intensivere Schulung zum Umgang mit den Handpuppen durch Gertraud Ksellmann an.

Im Weiteren besteht der Koffer aus besonderen Kinderbüchern für Kinder mit und ohne Behinderung. Einige dieser Bücher sind in Braille-Schrift und mit Düften für die Sinne ausgestattet. Auch ein Blindenstock und Hör-Memory sowie weitere Spiele zählen zu den Inhalten des Koffers.

Der Inklusionskoffer steht zur kostenlosen Ausleihe (bis vier Wochen) für Kindertagesstätten und Grundschulen im Landkreis Berchtesgadener Land zur Verfügung. ❐

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 5. März 2020 71. Jahrgang Nr. 5|2020





Festakt in Fürth

100 Jahre Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband

Im Kreis seiner über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von Vertretern der kommunalen Familie, des Staates und von Prüfungseinrichtungen anderer Bundesländer feierte der Bayerische Kommunale Prüfungsverband in der Stadthalle Fürth sein 100-jähriges Bestehen. Auf den Tag genau vor 100 Jahren wurde mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13.01.1920 seine Gründung als rechtsfähige und unabhängige Prüfungsorganisation verfügt.

Heute gehören zu den Aufgaben des „Rechnungshofs der Kommunen“ die überörtliche Prüfung, die unabhängige Beratung seiner über 2.100 kommunalen Mitglieder in der Breite kommunalrelevanter Themen und die handelsrechtliche Abschlussprüfung von Kommunalunternehmen und Eigenbetrieben.

Kommunalminister Joachim Herrmann lobte als Festredner den Prüfungsverband als „Kompetenzzentrum für Kommunen und Freistaat“ und hob besonders seine Unabhängigkeit hervor. Der Verband zeigte sich in Fürth gut aufgestellt für die Zukunft, insbesondere für die Digitalisierung und die mittelfristig mögliche Zuweisung weiterer Mitglieder.

„Beiden Herausforderungen stellen wir uns gerne und selbstbewusst“, betonte Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg.

Gekonnt charmant moderiert wurde die Festveranstaltung von BR-Journalistin Julia Büchler. Die musikalische Begleitung übernahm mit stimmlicher Wucht die Münchner A-Cappella-Formation „Terzinfarkt“. Für einen kabarettistischen Leckerbissen sorgte Florian Erdle, Stadtjurist in Pfaffenhofen a. d. Ilm und berufsmäßiger Stadtrat. Ausgefeilte Wortakrobatik, spritzige Anekdoten und freche Sprüche garantierten einen Hochgenuss an Witz und Unterhaltung. ■



Joachim Herrmann, bayerischer Innenminister, und Julia Büchler, Moderatorin, Bayerischer Rundfunk

Bild: Thomas Roth, BKPV

Joachim Herrmann

Kompetenzzentrum für Kommunen

„Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband leistet seit 100 Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zu einer soliden und verantwortungsvollen Haushaltsführung der Kommunen. Gleichzeitig ist der Verband ein verlässlicher Dienstleister für seine Mitglieder“, stellte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann fest.

Als erstes Bundesland habe Bayern eine eigene kommunale Prüfungseinrichtung geschaffen. „100 Jahre später können wir sagen: Diese Entscheidung des Bayerischen Innenministeriums war von Weitsicht geprägt und hat sich als absolut richtig erwiesen“, konstatierte Herrmann.

Mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13. Januar 1920 wurde dem BKPV laut Herrmann die „Rechtsfähigkeit als Verein des öffentlichen Rechts“ verliehen. 1932 wurde der rechtliche Charakter des Verbandes geändert. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband wurde nunmehr zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erhoben. Dieser Status hat bis heute Gültigkeit.

Auch wenn der Bayerische Kommunale Prüfungsverband bei seinen Prüfungen oftmals der sprichwörtliche Dorn in der Pranke der geprüften Stelle ist oder sein kann, seien seine Dienste für seine Mitglieder stets von großem Nutzen. „Der BKPV verhindert Schwierigkeiten in der Zukunft und stellt eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sowie rechtskonformes Handeln sicher“, erklärte der Minister. Er bezeichnete die Rolle des Prüfungsverbandes als Scharnier, bisweilen auch als Mittler oder ehrlicher Makler zwischen Kommunen und staatlicher Aufsicht: „Insofern ist der BKPV ein wahres Kompetenzzentrum für die Kommunen und für den Freistaat.“

Durch seinen landesweiten Einsatz verschaffe sich der Bayerische Kommunale Prüfungsverband zudem einen hervorragenden Überblick über die Verwaltungen verschiedener Kommunen und kenne somit auch zahlreiche Best-Practice-Beispiele, führte der Minister weiter aus.

Dabei gehe es nicht nur darum, Schieflagen rechtzeitig zu beanstanden; in einer immer komplexer werdenden Welt werde nach Aussage der Präsidenten der kommunalen

Spitzenverbände gerade die Beratung durch den BKPV verstärkt nachgefragt. „Hier muss man das Rad nicht vielfach neu erfinden, sondern kann sich anschließen“, so Herrmann.

Ein Blick in die Geschäftsberichte des Verbandes zeige das breite Aufgabenspektrum, dem sich die Mitarbeiter des Prüfungsverbandes zu stellen haben. Im Mittelpunkt stünden neben besoldungsrechtlichen Fragen unter anderem steuerrechtliche Angelegenheiten, spezielle Themen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie rechtskonforme Vergaben.



V.l.: Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister Stadt Günzburg, Verbandsvorsitzender BKPV, und Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband sei auch ein Kompetenzzentrum für den Freistaat, etwa wenn es darum geht, einen Blick von außen auf die immer komplexeren Herausforderungen der kommunalen Haushaltsführung zu bekommen. Das alles ist Herrmann zufolge nur möglich, „da der BKPV von Gesetzes wegen unabhängig ist und selbst keinen Auftrag zur Interessenvertretung hat“. Seine Konstruktion verdeutliche den hohen Rang, den der bayerische Gesetzgeber der kommunalen Selbstverwaltung beimisst.

Um seinen Blick über den Tellerrand auszudehnen, betreibt der „Rechnungshof der Kommunen“ bereits seit 1992 gemeinsam mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden – Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirketag – das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel. Die Aufgaben des Europabüros umfassen laut Herrmann nicht nur die Beobachtung europäischer Entwicklungen wie Initiativvorhaben, Fördermittelvergaben oder maßgebende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, sondern auch eine proaktive Interessenvertretung, die heute notwendiger denn je sei.

Dadurch sei der BKPV „stets am Puls der Zeit und somit auch bestens gerüstet für neue Herausforderungen bei europäischen Vorschriften, Vergaberegeln oder im Steuerrecht“.
In den vergangenen Jahren habe der Bayerische Kommunale Prüfungsverband mit seinen über 200 Bediensteten jährlich fast 25.000 Prüfungs- und Beratungstage bei über 2.000 Mitgliedern geleistet – „ein enormes Pensum“, wie der Minister unterstrich.

Pflichtmitglieder sind neben den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden die kreisfreien Städte, die Großen Kreisstädte, die Landkreise und die Bezirke. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bestimmt kreisangehörige Gemeinden (in der Regel mit mehr als 5.000 Einwohnern), Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände und weitere öffentlich-rechtliche kommunale Zusammenschlüsse nach Maßgabe des Prüfungsverbandsgesetzes (PrVbG) zu Mitgliedern. Von Mitgliedern kommunal verwaltete Stiftungen sind ebenfalls Mitglieder. Vor 100 Jahren war dies noch anders, wie der Minister darlegte: Mitglieder des Prüfungsverbandes waren ab 1920 zunächst die Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern mit Sparkassen, die Städte und Märkte bis zu 10.000 Einwohnern und die Bezirke.

Betrug die Zahl der Mitglieder im Jahr 1929 noch 543, waren es im Jahr 2019 bereits 2103. „Eine beachtliche Zahl, doch müssen wir daran arbeiten, sie zu steigern“, hob Herrmann hervor. In seiner Jubiläums-Videobotschaft habe Gemeindetagpräsident Dr. Uwe Brandl für eine sensiblere Unterstützung des BKPV gerade für die kleineren Gemeinden geworben, was beim Minister auf Verständnis traf: „Natürlich“, so Herrmann, „fällt es kleineren Gemeindeverwaltungen oft schwer, sich durch den Dschungel aus Vorschriften zu schlagen. Es ist klar, dass ihnen geholfen werden muss.“

Wie der Kommunalminister versicherte, werden Bayerisches Innenministerium, BKPV, die kommunalen Spitzenverbände und der Bayerische Landtag gemeinsam versuchen, tragfähige Ideen zu entwickeln. „Wir werden bei den Überlegungen hinsichtlich einer Ausweitung der Pflichtmitgliedschaft von kleinen Gemeinden jedoch nichts übers Knie brechen“, so Herrmann. Es gelte, alle Interessen sorgsam gegeneinander abzuwägen und nach den Kommunalwahlen mit den dann neu gewählten Mandatsträgern und den kommunalen Spitzenverbänden zu diskutieren.

Schritt für Schritt werde man die Mitgliederzahl vergrößern und darauf hinwirken, dass auch immer mehr kleinere Gemeinden Mitglied des Verbandes werden, erklärte der Minister. Das Nebeneinander von BKPV und staatlicher Rechnungsprüfung könne durchaus in anderer Form gestaltet werden.

„Ich bin sicher, dass wir bereits in den nächsten Monaten in konstruktive Gespräche gehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können“, bemerkte Herrmann. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gehe einer „goldenen Zukunft“ entgegen. Er werde auch weiterhin seiner Aufgabe als Hüter der Kommunalfinanzen und wertvoller Berater seiner Mitglieder mit der gebotenen Weitsicht nachkommen können.

„Der BKPV kann auf eine stolze Historie zurückblicken. Er ist nicht etwa in die Jahre gekommen, sondern im Gegenteil ein moderner Dienstleister für seine Mitglieder und ein absolutes Zukunftsmodell. Deshalb wünsche ich dem Verband und allen dort Tätigen von Herzen auch für die nächsten 100 Jahre alles Gute und viel Erfolg“, so Minister Herrmann abschließend. ■

CHRONIK BKPV

Bayern war das erste Land in Deutschland, das eine eigene kommunale Prüfungseinrichtung schuf. Am 29. September 1919 wurde durch den Landesverband Bayer. Sparkassen, den Bayer. Städteverband und den Landesverband bayerischer Stadt- und Marktgemeinden in Ansbach der „Prüfungsverband öffentlicher Kassen“ gegründet. Mit Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 13. Januar 1920 wurde ihm die „Rechtsfähigkeit als Verein des öffentlichen Rechts“ verliehen.

1932 änderte man den rechtlichen Charakter des Verbandes; er wurde nunmehr zur Körperschaft des öffentlichen Rechts und erhielt gleichzeitig die Aufgabe der Prüfung der Wirtschaftlichkeit. Durch Entschließung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 5. August 1933 wurde der Verband mit Zustimmung der Reichsregierung zum Bilanzprüfer bestellt.



Staatszeitung, vom 20. Januar 1920

Nr. 4201 e 3.

Staatsministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Betreff: Gründung eines Prüfungsverbandes öffentlicher Kassen.

Dem Prüfungsverband öffentlicher Kassen wird unter Genehmigung der am 29. September 1919 beschlossenen Satzung die Rechtsfähigkeit als Verein des öffentlichen Rechts verliehen.

Der Prüfungsverband öffentlicher Kassen wird ferner gemäß Art. 16 des Selbstverwaltungsgesetzes vom 22. Mai 1919 als Verband zur Prüfung des gemeindlichen Rechnungs- und Kassenwesens anerkannt.

Die Bezirke, dann Städte und Märkte, soweit und solange sie weniger als 10000 Einwohner haben, ferner Gemeinden, die eine Sparkasse haben, soweit und solange sie weniger als 10000 Einwohner haben, sind zum Beitritt zu dem Verbande verpflichtet.

München, den 13. Januar 1920.

Endres.

Bekanntmachung, Staatsministerium des Innern, 1920

In der Zeit des Zweiten Weltkrieges kam seine Tätigkeit weitgehend zum Erliegen, da schon bald nach Kriegsbeginn einschränkende Vorschriften erlassen wurden, nach denen Rechnungs- und Abschlussprüfungen zu unterbleiben hatten.



Archiv BKPV

1912 – 1944



Archiv BKPV

Aktuelle Ansicht des Anwesens

Bei Kriegsende gab es beim Verband nur noch zwei Revisoren. Erst ab Juni 1945 konnte er seine Arbeit mit kurzen Beratungen wieder aufnehmen. Die Prüfung einschränkende Kriegsvorschriften wurden 1949 aufgehoben.

1978 wurde schließlich ein eigenes Gesetz über den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erlassen und der Verband im Hinblick auf seine Aufgaben umbenannt. Der Gesetzgeber bestimmte auch die Bezirke zu Mitgliedern. Die Prüfung der Landkreise, bei seit 1938 Prüfungsverband und Oberster Rechnungshof im Wechsel durchgeführt hatten, ist seither ausschließliche Aufgabe des Prüfungsverbands.

Seit 1992 betreibt der Prüfungsverband zusammen mit den vier kommunalen Spitzenverbänden ein gemeinsames Europabüro in Brüssel.



Archiv BKPV

Nach Abschluss des Wiederaufbaus, ca. 1950

Gerhard Jauernig

100 Jahre Erfolg

Mit Augenzwinkern brachte Oberbürgermeister Jauernig seine Verwunderung zum Ausdruck, dass es die Marke „BKPV“ in einer bundesweiten Erhebung jüngst nicht unter die TOP 10 der bekanntesten gebracht hatte. „Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband kann eine stolze und reiche Geschichte vorweisen. 100 Jahre sind ein stolzes Alter – und nicht jeder Jubilar sieht so frisch und faltenfrei aus wie der BKPV.“



Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister Stadt Günzburg, Verbandsvorsitzender BKPV

„Normalerweise hinterlässt ein ganzes Jahrhundert seine Spuren, bei unserem Jubilar ist jedoch kein einziges Fältchen zu sehen. Wer so dasteht – und aufrecht dazu – bei dem muss einem nicht bange sein“, betonte Verbandsvorsitzender Gerhard Jauernig.

Der Günzburger Oberbürgermeister gratulierte dem Verband, seinen Mitgliedern und Mitarbeitern zu „100 Jahren Erfolg, Kompetenz, Partnerschaft und Frische“. Der BKPV sei eine Einrichtung, „um die uns viele andere beneiden“. Als Teil der kommunalen Familie, aber auch als Scharnier zur notwendigen staatlichen Aufsicht, sei der unabhängige Verband sowohl dem Gemeinwohl wie auch damit letztlich dem Steuerzahler verpflichtet.

Zudem wirke er prüfend, aber auch beratend, präventiv und nach vorn ausgerichtet. Dass nicht einmal der Verbandsvorsitzende in die operative Tätigkeit des nur dem Gesetz unterworfenen BKPV „hineinregieren“ könne, zeige die hohe Stellung, die der Gesetzgeber der Unabhängigkeit der Prüfungseinrichtung beimesse.

Mit Blick auf die nächsten Jahrzehnte zeigte sich Jauernig „sehr sicher, dass das Thema Digitalisierung und der Umgang mit all den Medien, die mit der Digitalisierung in Verbindung stehen, unseren Verband und unsere Arbeit in hohem Maße prägen werden“.

Als grundlegende künftige Herausforderung bezeichnete der Verbandsvorsitzende die Zuweisung weiterer neuer Mitglieder durch den Freistaat Bayern. Zwar gebe es hier unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Freistaat auf der einen und den kommunalen Spitzenverbänden und dem BKPV auf der anderen Seite, „aber wie auch in den vergangenen Jahrzehnten werden wir uns zusammensetzen und eine gute Perspektive finden“, zeigte sich Jauernig überzeugt. „Beiden Herausforderungen stellen wir uns gerne und selbstbewusst!“ ■


Archiv BKPV

Fertigstellung des Um- und Erweiterungsbaus 1971/72


Archiv BKPV

Gesamtkomplex 2019

Günter Heimrath

BKPV – unabhängiger Partner mit Leidenschaft und Augenmaß

„Unsere Mitglieder sind das, was uns als Körperschaft trägt“, hob der Geschäftsführende Direktor Günter Heimrath hervor. Seit der Oberste Rechnungshof im Jahr 2010 die Zuweisung bisher staatlich geprüfter Gemeinden zum BKPV empfohlen habe, sei die Mitgliederzahl von rund 1.300 auf über 2.100 gestiegen. „Damit sind wir eine der größten kommunalen Körperschaften Bayerns, ja der Bundesrepublik. Von Bayerns über 2.000 Städten und Gemeinden sind rund 800 unsere Mitglieder – bis hin zur Landeshauptstadt München. Da zu unseren Mitgliedern auch sämtliche Landkreise und Bezirke Bayerns zählen, decken wir ganz Bayern ab.“



Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV

Alle Mitglieder zu prüfen und zu beraten, gehe natürlich nicht von der Geschäftsstelle in München aus. „Die Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wohnen über ganz Bayern verteilt und sind von dort aus für unsere Mitglieder im Einsatz“, so Heimrath: „Deshalb sind wir sozusagen auch ein frühes Modell der Behördenverlagerung.“ Doch sei der BKPV nicht nur in ganz Bayern präsent: „Seit 1992 sind wir Träger des Europabüros der Bayerischen Kommunen in Brüssel – getragen zusammen mit den vier bayerischen kommunalen Spitzenverbänden und seit 20 Jahren in der Bürogemeinschaft mit den Europabüros der baden-württembergischen und sächsischen kommunalen Spitzenverbände – eine richtungweisende Entscheidung, die die Bedeutung Europas auch für die Kommunen erkannte.“

Heimrath zufolge umfasst der Verbandshaushalt knapp 34 Millionen Euro. Für die Mitglieder sorgen aktuell rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Außendienst; unmittelbar nach dem Krieg begann man mit lediglich zwei Prüfern. Insgesamt sind beim BKPV über 200 Personen aus unterschiedlichen Berufsfeldern tätig, darunter Verwaltungsexperten, Betriebswirte, Ingenieure, IT-Experten – auch mit dem Schwerpunkt Datenanalyse – , Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Juristen sowie Service- und Assistenzkräfte. Dabei handle es sich um „hervorragend qualifizierte, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Mitglieder ‚on the road‘ sind, immer neugierig und veränderungsbereit“.

2019 wurden rund 600 Berichte der überörtlichen Prüfung und über 200 Abschlussprüfungsberichte vorgelegt. Hinzu kamen mehr als 2000 Beratungen sowie sonstige Bescheinigungen, Antworten auf Anfragen und einiges mehr.

Häufig, fuhr Heimrath fort, gehe es den Mitgliedern natürlich darum, was Prüfung und Beratung kosten und ob sie sich in Geld rechnen. Jedoch komme es darauf gar nicht an, „weil es die öffentliche Finanzkontrolle aus Verfassungsgründen, als Korrelat zur Selbstverwaltung braucht – unabhängig davon, ob sie die Kosten ‚einspielt‘“. „Selbstbewusst sage ich aber: Prüfung und Beratung sind auch ihr Geld wert“, unterstrich der Direktor.

„Mit Augenmaß und über den Tellerrand hinaus“, laute das Verbandscredo. Als Non-Profit-Organisation sei der BKPV, der sich in die Abteilungen „Allgemeine Prüfung und Organisation“, „Kommunale Unternehmen“ und „Bauwesen“ gliedert, ein kompetenter, unabhängiger und selbstbewusster Partner der Kommunen. Gerade im Baubereich, wo es bei großen Objekten wie Schulbauten, aber auch bei Sonderbauten wie Fußballstadien oder Skischanzen um viel Geld geht, ist der BKPV aus Heimraths Sicht „unverzichtbarer Partner der Kommunen, der dort hilft, wo die eigene Bauverwaltung nicht mehr weiter kann, und der dabei kein eigenes Eisen im Feuer hat“.

„Für unsere Mitglieder sind wir auch nützlich, wenn es um die Zusammenarbeit mit dem Freistaat, den kommunalen Spitzenverbänden, der Gerichtsbarkeit, den Kammern und anderen Verbänden geht. Manchmal sind wir aber auch Mittler zwischen den Welten“, stellte der Verbandsdirektor fest. Über der Zukunft stehe das Stichwort „Digitale Revolution“. Jeder müsse mit IT etwas anfangen können. Ob Methodik der Prüfung, Möglichkeiten der Visualisierung (dashboards), Auswertung von Daten, mehrdimensionale Skalierung, Stress-Marken, prescriptive analysis oder predictive analysis: Vieles werde sich ändern. Gerade für kleinere Kommunen biete die Digitalisierung freilich große Chancen, erklärte Heimrath. Einfache, standardisierte Verwaltungsprozesse könnten die Kommunen in der täglichen Arbeit sehr entlasten. „Das ist unsere Zukunft. Und die wollen wir mitgestalten!“, so der Verbandschef. ■



Zahlreiche Prominenz bei der Festveranstaltung



Musikalische Begleitung durch „Terzinfarkt“

achtet, dass Recht und Gesetz im kommunalen Haushalt, im kommunalen Gebäude und in den kommunalen Ämtern durchgesetzt wird“, machte der stellvertretende Vorsitzende deutlich. Dies schaffe Vertrauen in der Bevölkerung und in der eigenen Verwaltung.

Jung: „Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband ist eine wertvolle Einrichtung. Für die Zukunft wünsche ich, dass das hohe Leistungsniveau und die hohe Akzeptanz erhalten bleiben.“ ■

Dr. Thomas Jung

Wertvoller Ratgeber

Die Kleeblattstadt mit ihrer über 1.000-jährigen Tradition habe schwere Zeiten hinter sich, erläuterte der Oberbürgermeister der Stadt Fürth und 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dr. Thomas Jung, anhand der Beispiele Grundig und AEG. Mittlerweile aber habe sich sehr viel Gutes entwickelt. Indirekt mitgeholfen bei dieser „prächtigen Entwicklung“ habe auch das Geburtstagskind BKPV.

In den Rathäusern werde der Bayerische Kommunale Prüfungsverband „gefürchtet und geliebt zugleich“. Nicht nur die ständige Selbstkontrolle sei für die Kommunen hilfreich; der Verband sei generell ein stets wertvoller Ratgeber bei schwierigen organisatorischen Entscheidungen. Seien beispielsweise Amtsleiter und Personalrat uneins, werde in Fürth der BKPV eingeschaltet. Diese „Zauberformel“ garantiere schließlich eine gute Lösung für beide Seiten, so Jung.

„Der Städtetag ist dankbar dafür, dass im BKPV so effizient, qualifiziert und serviceorientiert gearbeitet wird. Wir erleben den Verband nicht als sprechenden Oberlehrer, sondern als Hilfesteller, als Berater, aber auch als jemand, der darauf



Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister Stadt Fürth, 1. stellvertretender Vorsitzender Bayerischer Städtetag

IMPRESSIONEN



V. l.: Peter Latz, Ständiger Vertreter des Geschäftsführenden Direktors BKPV, und Peter Teichmann, Direktor Sächsischer Rechnungshof



V. l.: Dr. Stephan Winter, 1. Bürgermeister Stadt Mindelheim, Mitglied des Vorstands BKPV, Landrat Elmar Stegmann, Landkreis Lindau (Bodensee), Mitglied des Vorstands BKPV, und Klaus Habermann, 1. Bürgermeister Stadt Aichach, Mitglied des Landesausschusses BKPV



Regina Dürr und Dieter Mühlfeld (beide BKPV)



Tanja Kreis und Matthias Bachhuber (beide BKPV)



V. l.: Klaus Neubauer und Personalratsvorsitzender Franz Schnitzenbaumer (beide BKPV)



V. l.: Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor BKPV, Stephan Kersten, Präsident Bayerischer Verwaltungsgerichtshof bis 31.01.2020, und Andrea Breit, Präsidentin Bayerischer Verwaltungsgerichtshof seit 01.02.2020



V. l.: Timo Lindemann, Robert Kaiser und Patrick Weber (alle BKPV)



V. l.: Franz Winter, 1. Bürgermeister Markt Dürrwangen, und Thomas Zwingel, 1. Bürgermeister Stadt Zirndorf, 2. Vizepräsident Bayerischer Gemeindetag



Rudolf Huber und Elisabeth Gruber (beide BKPV)



V. l.: Regina Dürr und Astrid Gattinger (beide BKPV)



V. l.: Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Bezirketag, Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident Unterfranken, Mitglied Landesausschuss BKPV, und Josef Mend, 1. Bürgermeister Stadt Iphofen, 1. Vizepräsident Bayerischer Gemeindetag

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 5|2020
der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion:	Doris Kirchner
Gestaltung:	Britta Eriskat
Fotos:	Fotodesign Eckert, Foto + Film Andreas Eckert sonst wie angegeben
Verantwortlich:	Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung:	Monika Steer
Veranstaltungen:	Theresa von Hassel
Druck:	Creo-Druck

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 19. März 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 6









Infiziert von einem Virus, das uns mehr Angst zu machen scheint als alles zuvor Dagewesene. Mit Lichtgeschwindigkeit verändert sich unsere Welt. Die Vorzimmerperle konnte ihrem Bürgermeister zur gewonnenen Wiederwahl nicht die Hand schütteln. Und trotzdem: Diese Krise macht uns stärker, da ist sich der Chef sicher. S. 15

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayern rüstet sich im Kampf gegen das Corona-Virus:

Umsichtiges Handeln als Gebot der Stunde

Mit Umsicht und Entschlossenheit rüstet sich der Freistaat gegen die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus. Erstmals in seiner Geschichte ruft er vorerst für zwei Wochen landesweit einen Katastrophenfall aus, um insbesondere Entscheidungen zu beschleunigen und einen direkten Durchgriff auf alle Behörden zu haben. Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder feststellte, bestehe kein Anlass zur Panik, aber zu sehr ernsthafter Sorge. Da es derzeit noch keinen Impfstoff oder ein Medikament zur Behandlung des Corona-Virus gibt, gelte es, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung zu verlangsamen. Söder: „Es ist uns klar, dass das für die gesamte Gesellschaft eine Belastung ist, aber sie ist notwendig zum Schutz der Menschen. Die Gesundheit hat Vorrang!“

Aufgrund der weiteren Verbreitung des Corona-Virus werden Veranstaltungen bis zum 19. April verboten, mit Ausnahme privater Feiern in kleinem Rahmen und Wohnräumen. Eine Ausgangssperre plant der Freistaat nach Söders Worten nicht. Zu kontrollieren, ob all diese Verbote eingehalten werden, ist Sache der Kommunen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen von bis zu 25.000 Euro, im Extremfall sogar Freiheitsstrafen.

Regelungen für Gastronomie und Einzelhandel

Bis zum 19. April sind nun auch alle Freizeiteinrichtungen und kulturellen Einrichtungen in Bayern geschlossen. Von den gastronomischen Betrieben dürfen nur noch Speiselokale und Kantinen geöffnet bleiben, jedoch nur von 6 bis 15 Uhr. Danach gibt es von dort allenfalls Essen-to-go, Drive-in-Restaurants oder eine Lieferung nach Hause. In Lokalen gilt ein Mindestabstand von 1,50 Meter zwischen den Gästen und maximal 30 Personen in einem Lokal. Dies gilt bis zum 30. März.

Ebenfalls bis zum 30. März sind nunmehr auch alle Geschäfte geschlossen. Um die Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf sicherzustellen, gilt das aber nicht für Lebensmittelläden, Getränkemärkte, Banken, Apotheken, Tankstellen und Autowerkstätten, Drogeriemärkte, Reinigungen, Sanitätshäuser, Optiker, Hörgeräteakustiker, Geschäfte mit Tierbedarf sowie Bau- und Gartenmärkte. Für diese Zwecke dürfen auch Einkaufszentren und Kaufhäuser öffnen. Werktags können all diese Geschäfte nun sogar von 6 bis 22 Uhr und auch an Sonntagen von 12 bis 18 Uhr öffnen. Söders Appell: „Überlegen Sie genau, was sie einkaufen wollen oder nicht.“ Für Hamsterkäufe gebe es keinen Anlass. Post und Onlinehandel werden nicht eingeschränkt. Betriebe, auch Handwerksbetriebe werden nicht geschlossen, auch der öffentliche Nahverkehr bleibt erhalten.

Kindergärten, Schulen und Hochschulen

Schulen, Kindergärten und Krippen bleiben bis zum Ende der Osterferien geschlossen. Auch die Vorlesungszeiten an den Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie Kunst- und Musikhochschulen werden auf den 20. April 2020 verschoben. Für Schüler soll es digitale Lernangebote geben. Wer vor Abschlussprüfungen steht, soll keine Nachteile haben.

Dringend empfohlen wird, die Kinderbetreuung nicht über die Großeltern zu organisieren. Notfallbetreuungen werden eingerichtet. Um die Kinderbetreuung in Bayern während der Kita-Schließungen wegen der Corona-Epidemie zu gewährleisten, appelliert die Staatsregierung an die Arbeitgeber. Arbeitszeiten sollten flexibel gestaltet werden, betonte Arbeitsministerin Carolina Trautner. Wo es möglich ist, solle im Homeoffice gearbeitet werden. Wenn dies nicht machbar ist, solle zunächst Urlaub in Betracht gezogen werden. Der Bund müsse prüfen, welche Regelungen hierzu greifen könnten.

Deutlich schränkt Bayern auch das Besuchsrecht in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Altenheimen ein. Krankenhäuser werden unter einen Schutzschirm gestellt. Operationen, die nicht notwendig sind, werden verschoben, um zusätzliche Intensivbetten zu schaffen.

Umbau in der Gesundheitsversorgung

Die Kapazitäten an Notfall-Telefonen, in den Gesundheitsämtern und auch in Testlabors sollen ausgebaut werden. Die Krankenhäuser werden darauf ausgerichtet, freie Kapazitäten für Coronavirus-Patienten vorzuhalten, insbesondere in den Intensivstationen, wo es bislang etwa 4.000 Betten gibt. An den Uni-Kliniken wird jetzt alles auf die Versorgung der Bevölkerung umgestellt. Die Staatsregierung will auch Medizinstudenten zur Mitarbeit gewinnen, zudem sollen Mediziner im Ruhestand oder in Elternzeit aktiviert werden. Auch bereitet man sich darauf vor, zur Not Behelfskliniken in Messehallen oder dergleichen einzurichten.

Für kommende Stichwahlen bei der Kommunalwahl wird die Briefwahl deutlich erleichtert, indem automatisch Briefwahlunterlagen verschickt werden. Ein Antrag ist nicht mehr erforderlich.

Vereinbarung mit der Kreditwirtschaft

Um die negativen Auswirkungen des Corona-Virus in Bayern zu begrenzen, haben der Freistaat und die bayerische Kreditwirtschaft ein Bündnis vereinbart. Die gemeinsame Erklärung unterzeichneten Wirtschaftminister

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Dr. Eberhard Sasse, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, BHT-Präsident Franz Xaver Peteranderl und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei der PK zum Spitzengespräch der bayerischen Wirtschaft.

Bild: Schuhmann

Kommunalwahl 2020:

Zahlreiche Stichwahlen

Nach den Kommunalwahlen in Bayern stehen noch zahlreiche Stichwahlen an. Insgesamt wurden in 24 von 25 kreisfreien Städten Oberbürgermeisterwahlen durchgeführt. In acht wurden die Amtsinhaber wiedergewählt, in 16 Städten fällt die Entscheidung erst in einer Stichwahl. Allein in den fünf größten Städten Bayerns kommt es jeweils zu Stichwahlen – alle zwischen Kandidaten von CSU und SPD. Erfreulich war die Wahlbeteiligung: Sie stieg – trotz Coronavirus – im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2014 um 4 Prozentpunkte auf 58,5 Prozent. Vor allem die Zahl der Briefwähler stieg deutlich.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bedankte sich bei allen Wahlhelfern im Freistaat und auch bei den Bürgern, die trotz der besonderen Lage wegen des grassierenden Coronavirus gewählt hätten. Das Abschneiden der CSU nannte Söder ordentlich, vielerorts sei den Kandidaten seiner Partei ein erfolgreiches Abschneiden gelungen.

40.000 Mandate

Aus Sicht von Generalsekretär Markus Blume liegt die CSU in den Städten und auf dem Land insgesamt sehr gut im Rennen. „Es zeigt sich: Die CSU ist die Kommunalpartei und steht für Stabilität in schwierigen Zeiten.“ Jetzt sei schon klar: „Die grüne Welle ist gebrochen, gerade auch in den Städten. Starke Kandidaten vor Ort und der engagierte Wahlkampf von Markus Söder quer durch Bayern haben die CSU gepusht.“

Bayernweit waren ca. 40.000 Mandate zu besetzen. In München kommt es zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter von der SPD, der auf 47,9 Prozent der Stimmen kam, und seiner Herausforderin von der CSU, Kristi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Flüchtlinge vor Ort unterstützen

Der Deutsche Landkreistag betrachtet den Krieg in Syrien und die sich zuspitzende humanitäre Lage an der griechisch-türkischen Grenze mit großer Sorge. Präsident Landrat Reinhard Sager sprach von einer alarmierenden Gesamtsituation, die Bilder von vor fünf Jahren wieder in Erinnerung rufe. Er forderte ein abgestimmtes europäisches Vorgehen und klare Absprachen mit der Türkei. „2015 darf sich nicht wiederholen. Das Abkommen mit der Türkei sollte reaktiviert werden, damit sich die betroffenen Menschen nicht auf eine lebensgefährliche Reise in eine ungewisse Zukunft begeben, sondern vor Ort wirksam unterstützt werden können.“

Sollte dies nicht gelingen, müsse der Schutz der europäischen Außengrenzen intensiviert und die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge in Transitzonen geprüft werden. Darüber hinaus bedürfe es eines fairen Mechanismus zur Verteilung aufzunehmender Flüchtlinge in ganz Europa.

Präsident Sager warnte vor einem einseitigen Vorpreschen Deutschlands bei der Flüchtlingsaufnahme. Die Integration der in den letzten Jahren zu uns gekommenen Menschen sei alles andere als abgeschlossen. Es dürfe keinesfalls zu einer erneuten Flüchtlingswelle im größeren Stil kommen. „Leider ist die EU in der Frage, wie Schutzbedürftige solidarisch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden können, seit 2015 keinen Millimeter vorangekommen. Das ist ein Armutszeugnis. Umso wichtiger ist in diesen Tagen und Wochen ein einheitliches Vorgehen der EU-Länder und eine Unterstützung der griechischen Regierung.“

Sollte es dazu kommen, dass Deutschland im Rahmen einer europäischen Lösung binnen kurzer Zeit wieder viele Menschen aufnehme, müsse dies geordneter von statten gehen als in den Jahren 2015/2016: „Dazu gehören Identitätsfeststellungen an der deutschen Grenze, eine zügige Abwicklung des Asylverfahrens sowie die Unterbringung in zentralen Landeseinrichtungen. Erst nach einem positiven Abschluss des Asylverfahrens darf eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Landkreise und Gemeinden erfolgen. Wir sollten für den Fall der Fälle aus der Vergangenheit lernen und uns richtig und rechtzeitig aufstellen“, so Sager.

Kein Abbau von Unterkünften

Vor diesem Hintergrund erscheine es „widersinnig, wenn Flüchtlingsunterkünfte zur vorläufigen Unterbringung in den Bundesländern abgebaut werden, die gegebenenfalls schon bald wieder teuer aufgebaut werden müssen. Wir sollten in Anbetracht der Situation im Kriegsgebiet und in Griechenland nicht naiv sein, sondern vorbereitet“, sagte der DLT-Präsident abschließend. ❐



Der Freistaat und die bayerische Kreditwirtschaft haben ein Bündnis zur Begrenzung der negativen Auswirkungen des Coronavirus in Bayern vereinbart. Die gemeinsame Erklärung unterzeichneten v. l.: Dr. Otto Beierl (Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern), Dr. Jürgen Gros (Präsident Genossenschaftsverband Bayern), Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Roland Schmautz (Vizepräsident Sparkassenverband Bayern) und Dr. Michael Diederich (Präsident des Bayerischen Bankenverbands).

Bild: Bayerische Staatkanzlei

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Gemeinsame Kabinettssitzung von Bayern und Sachsen 2
Kriminalstatistik Bayern 2019 2
100 Jahre Bayerische Verwaltungsschule 3
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Neues Personal, neue Prioritäten. 3
Corona: Gut gerüstete Versorgungsunternehmen 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 9
Sicherheit • Katastrophenschutz 10
Wasser • Abwasser 11
Kommunale Bauthemen. . . . . .12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . .14 - 16

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Gemeinsame Kabinettssitzung von Bayern und Sachsen in Hof:

Starke Partner

Unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Ministerpräsident Michael Kretschmer tagten Bayerisches und Sächsisches Kabinett im Rathaus der Stadt Hof. Thematisch standen die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit bei Innovation und Forschung sowie der Ausbau der Infrastruktur und Extremismusbekämpfung im Vordergrund.

Künstliche Intelligenz (KI) bildet die Basis für eine grundlegende technische und industrielle Revolution. Bayern und Sachsen streben bei dieser Entwicklung eine Führungsrolle an. Dabei ist auch die verständliche Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft von zunehmender Bedeutung. Bayern und Sachsen werden deshalb im Jahr 2021 einen gemeinsamen bayerisch-sächsischen Wissenschaftskommunikationspreis für die Künstliche Intelligenz ausloben.

Zwei nationale Kompetenzzentren

Neben eigenen Initiativen und Maßnahmen auf dem Gebiet der KI forcieren beide Länder eine Partizipation und enge Verzahnung mit der KI-Strategie der Bundesregierung. Mit dem „Munich Center for Machine Learning“ (MCML) sowie dem „Center for Scalable Data Analytics and Artificial Intelligence (ScaDS. AI)“ Dresden/Leipzig werden seit 2014 bzw. 2018 über das Bundesministerium für Bildung und Forschung zwei nationale Kompetenzzentren gefördert, für die der Bund ab 2023 eine Verstetigung anstrebt. Bayern und Sachsen werden in gemeinsamer Anstrengung gegenüber dem Bund auf eine länderübergreifende Befassung in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz hinwirken.

Die beiden Bundesländer werden das zukunftsweisende Forschungsfeld des 2018 als Verbundantrag der Universität Würzburg und der TU Dresden zum Erfolg in der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern geführten Exzellenzclusters „Complexity and Topology in Quantum Matter (ct. QMAT)“ auch künftig weiter stärken. Hierzu wird seitens des Freistaats Bayern angestrebt, an der Universität Würzburg einen Lehrstuhl für Topological Quantum Information and Quantum Optics mit Brückenfunktion zur TU Dresden zur thematischen Erweiterung und Unterstützung des Clusters aufzubauen.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung wird die Bundesregierung dazu aufgerufen, umgehend Maßnahmen zur Senkung der Steuern, Abgaben und Umlagen einzuleiten, um die privaten und gewerblichen Stromverbraucher zu entlasten und stärkere Anreize für die Sektorenkopplung zu setzen. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, die im Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungssicherheit zügig einzuleiten und zeitnah abzuschließen, um im Zuge des Kernkraft- und Kohleausstiegs die Versorgungssicherheit auf heutigem Niveau zu erhalten. Insbesondere das weiterentwickelte Versorgungssicherheits-Monitoring, das nach den Vorgaben der europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt-Verordnung die sog. Abschätzung der Angemessenheit der Ressourcen enthalten muss, sollte umgehend durchgeführt werden.

Sicherheit im Stromnetz

Der Bund soll weiterhin umgehend seine Zusage für eine vollumfängliche Realisierung der sogenannten besonderen netztechnischen Betriebsmittel in Höhe von 1.200 MW umsetzen. Diese sollen als Sicherheitspuffer besondere Notfallsituationen im Stromnetz absichern und so dazu beitragen, die Versorgungssicherheit bzw. Systemstabilität Süd- und Mitteldeutschlands zu gewährleisten.

Für eine sichere Energieversorgung im Zuge des Kohleausstiegs fordern Bayern und Sachsen von der Bundesregierung, umgehend den Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung folgend die jährlichen Zubau-Mengen für erneuerbare Energien im Einklang mit dem 65-Prozent-Ziel bis 2030 anzupassen, den 52 Gigawatt-Deckel abzuschaffen und damit verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien zu schaffen.

Vor dem Hintergrund des Kernkraft- und Kohleausstiegs sollen stärkere Investitionsanreize für den Bau gesicherter Leistung in Deutschland geschaffen werden. Um die Potenziale der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als flexibel einsetzbarer Partner der erneuerbaren Energien verstärkt zu nutzen, wird im Interesse der langfristigen Planungssicherheit für Investoren die Verlängerung der KWKG-Förderung bis mindestens 2030 gefordert. Mit einer verbesserten Förderung für Wärmespeicher sollten außerdem mehr Anreize für einen möglichst flexiblen, stromgeführten Betrieb der KWK-Anlagen gesetzt werden.

Bayern und Sachsen sehen im Energieträger Wasserstoff große Potenziale für die Zukunft und verfügen über das technologische Know-how und die industriellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wasserstoffwirtschaft. Beide Länder werden daher die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Wasserstoff stärken und die Durchführung gemeinsamer grenzüberschreitender Wasserstoffmobilitätsprojekte prüfen. Sie begrüßen die Initiative des Bundes für eine Nationale Wasserstoffstrategie und fordern eine enge Abstimmung mit den Ländern bei der weiteren Ausgestaltung und anschließenden Umsetzung.

Schnellstmöglich geschlossen werden müssen nach Ansicht der beiden Länder die Lücken in der Mobilfunkversorgung von Grenzgebieten. Die Mobilfunkbetreiber müssten den gestiegenen Erwartungen der Nutzer an eine leistungsfähige Mobilfunkversorgung nachkommen. Damit sie noch zügiger Mobilfunkstandorte realisieren können, fordern die Betreiber unter anderem Änderungen des Baurechts auf Landes- und Bundesebene. Die Bauministerkonferenz hat auch vor diesem Hintergrund auf Bayerns Initiative hin eine Änderung der Musterbauordnung beschlossen.

Danach können Funkmaste bis zur Höhe von 15 Metern auf Mobilfunkstandorten im Außenbereich verfahrensfrei gestellt werden. Die Bayerische Staatsregierung hat eine entsprechende Änderung der Bauordnung auf den Weg gebracht. Beide Länder fordern den Bund auf, die Forderungen der Betreiber zum Bundesrecht zu prüfen und die Baunutzungsverordnung im Interesse des Mobilfunkausbaus anzupassen. Bayern und Sachsen starten hierzu eine Bundesratsinitiative.

Beide Länder heben die Bedeutung der Nutzung staatlicher Liegenschaften für den Mobilfunkausbau hervor. Die Länder stellen ihre staatlichen Liegenschaften den Betreibern zur Verfügung. Bayern und Sachsen wollen sich zur Prüfung weiterer Optimierungsmöglichkeiten der jeweils geschlossenen Verträge im Sinne eines „best practice“-Ansatzes austauschen. Sie setzen sich dafür ein, dass auch der Bund seine Liegenschaften für den Mobilfunkausbau noch aktiver zur Verfügung stellt. Dies betrifft besonders Autobahnen und Eisenbahnstrecken.

Extremismusbekämpfung

Höchste Priorität hat für die beiden Landesregierungen die Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Daneben ist die Gesellschaft gleichermaßen gefordert, demokratische Werte zu stärken und jeglicher Form von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden entgegenzutreten.

Die Bayerische Staatsregierung und die Sächsische Staatsregierung stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinden und der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Bayern und Sachsen treffen weiterhin umfangreiche präventive Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürger.

Die beiden Staatsregierungen begrüßen, dass die Sicherheitsbehörden und die Strafverfolgungsbehörden alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ergreifen. Verstärktes Augenmerk ist dabei insbesondere auf die Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz zu legen. Ebenso sind Maßnahmen zu treffen, die der Aufklärung der Vernetzung extremistischer Aktivitäten und Strukturen sowie der Risikoeinschätzung und -bewertung hinsichtlich gewaltorientierter Einzelpersonen und Kleinstgruppen dienen. Hierbei ist der Schwerpunkt auf eine verstärkte Internetaufklärung und die konsequente Entwaffnung von Extremisten zu legen.



Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (links) und Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL (rechts), tragen sich im Beisein des Oberbürgermeisters der Stadt Hof, Dr. Harald Fichtner (Mitte), in das Gästebuch der Stadt Hof ein.

Bild: Bayerische Staatskanzlei

Sorge um die Wälder

Mit großer Sorge sehen Bayern und Sachsen dagegen die zunehmenden Schäden im Wald, die vor allem in den Hitze- und Trockenjahren 2018 und 2019 entstanden sind. Ein geregeltes, in bisher gewohnten Bahnen laufendes, waldbauliches Vorgehen wird durch Klimaänderung und Extremwetterereignisse immer schwieriger. Ausgerechnet der Wald, der durch Bindung von Treibhausgasen eine besonders wichtige Funktion beim Klimaschutz hat, wird nun in großem Maßstab selbst zum Opfer von Klimaveränderungen.

Um dem entgegenzuwirken und den Wald zu erhalten, richten Bayern und Sachsen den Waldumbau verstärkt auf den Klimaschutz aus und machen die Wälder fit für die Zukunft im Klimawandel. Zudem liegt das Augenmerk auf mehr Anreizen für den Privat- und Körperschaftwald, die Eindämmung der Borkenkäferschäden und auf einer größeren Menge Holz für den Klimaschutz. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Unglaub
95493 Bischofsgrün
am 20.3.

Bürgermeister
Max-Dieter Schneider
96157 Ebrach
am 23.3.

Bürgermeister Eduard Walz
91080 Marloffstein
am 24.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Monn
82335 Berg
am 25.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schäffler
82272 Moorenweis
am 19.3.

Bürgermeister Franz Schlögel
86678 Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
86660 Tapfheim
am 29.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Hinterbrandner
86975 Bernbeuren
am 20.3.

Bürgermeister Bernd Drummer
91369 Wiesenthau
AM 20:3:

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken
85084 Reichertshofen
am 25.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kriminalstatistik Bayern 2019:

Sicherheitslage auf Top-Niveau

Die Kriminalität in Bayern verzeichnet einen spürbaren Rückgang. Wie aus der neuen polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2019 hervorgeht, gibt es – umgerechnet auf die Einwohnerzahl – so wenig Straftaten wie zuletzt im Jahr 1979. Damit einher geht die höchste Aufklärungsquote seit 25 Jahren. „Unsere Sicherheitslage in Bayern ist auf einem Top-Niveau!“, stellte Innenminister Joachim Herrmann fest.

Herrmann zufolge ging die um rein ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt bereinigte Kriminalitätsbelastung im vergangenen Jahr um fünf Prozent auf 4.343 Straftaten pro 100.000 Einwohner zurück. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, war damit in Bayern sehr gering. Gleichzeitig konnte die Bayerische Polizei die Aufklärungsquote (ohne ausländerrechtliche Delikte) um 0,5 Prozentpunkte auf 65 Prozent steigern.

Die Zahl der registrierten Straftaten ohne ausländerrechtliche Delikte reduzierte sich um 4,4 Prozent auf 567.961 Fälle. Ebenfalls rückläufig (-14 Prozent) war die Zahl der ausländerrechtlichen Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt mit 35.503 Fällen.

259.884 Tatverdächtige

Bei den um ausländerrechtliche Delikte bereinigten Straftaten waren 2019 von den insgesamt 259.884 registrierten Tatverdächtigen 167.638 Deutsche und 92.246 Nichtdeutsche. Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen blieb mit 35,5 Prozent konstant, obwohl sie nur einen Anteil von 13,2 Prozent an der bayerischen Bevölkerung haben. Der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer sank leicht auf 10,3 Prozent.

Im Bereich der Gewaltkriminalität war 2019 ein Rückgang um vier Prozent auf 19.953 Fälle zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote lag bei 85,9 Prozent (2018: 85,1 Prozent). Die Zahl der registrierten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg um 4,9 Prozent auf 9.050 Delikte, die Aufklärungsquote um 1,6 Prozentpunkte auf 84,2 Prozent.

Mehr Rauschgiftdelikte

Mit 55.888 Rauschgiftdelikten wurden im vergangenen Jahr 1,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor erfasst. Nach wie vor ist Cannabis die meist konsumierte Droge im Freistaat. Sorge bereiten den Behörden jedoch vor allem hohe Zuwächse bei Delikten mit sog. Neuen psychoaktiven Stoffen.

Mit 110.598 Delikten machten Betrug, Vermögens- und Fälschungsdelikte rund ein Fünftel aller erfassten Straftaten im Freistaat aus, wobei die Zahl 2019 um 7,2 Prozent sank. Beim Betrug mit „falschen Polizeibeamten“ und „Enkeltrick“-Betrügern stiegen zwar die Fallzahlen, der Schaden ging aber in beiden Bereichen zurück.

Insgesamt starke Anstiege (2019: 29.717 Fälle, +12,4 Prozent) gab es im Bereich der Straftaten mit „Tatmittel Internet“. Wie Herrmann erläuterte, verlagere sich das kriminelle Unwesen zunehmend in die digitale Welt. Umso wichtiger sei, dass auch diese Straftaten konsequent angezeigt werden. Nur dann könne die Polizei die Täter auch im virtuellen Raum verfolgen.

Weniger Wohnungseinbrüche

Starke Rückgänge gab es dagegen bei der Zahl der Wohnungseinbrüche, die 2019 um 17,1 Prozent auf 4.342 Fälle zurückging - der niedrigste Wert seit neun Jahren. Außerdem konnte die Bayerische Polizei mehr Einbrüche aufklären (21,8 Prozent, +1,2 Prozentpunkte).

Ein Blick auf die bayerischen Regierungsbezirke zeigt einen durchgehenden Rückgang der Kriminalitätsbelastung, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Gemessen an der Häufigkeitszahl (Straftaten je 100.000 Einwohner) war die Abnahme in Unterfranken mit 9,9 Prozent (Häufigkeitszahl 3.622) am deutlichsten. Signifikant war der Rückgang auch in den Präsidiumsbereichen Schwaben Süd/West mit 9,6 Prozent und München (9,1 Prozent). Weniger Entlastung weisen Oberfranken, Oberbayern-Süd, Schwaben-Nord und Niederbayern auf. Insgesamt wartet Niederbayern mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung auf (3.515 Straftaten je 100.000 Einwohner), während der Präsidiumsbereich München hier mit 5.331 Straftaten an der Spitze liegt.

Höhere Häufigkeitszahlen wurden aus Erlangen, Aschaffenburg und Augsburg gemeldet, niedrigere aus Bamberg (-16,5 Prozent), Würzburg, München, Nürnberg und Regensburg. **DK**

Regionalbewegung und Solidarische Landwirtschaft:

Wertschöpfungszentren und Notfallprogramm Nahversorger

Feuchtwangen, Bad Belzig, Hofgeismar. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft und der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. sind sich einig: Um bäuerliche Betriebe, regionale Versorgungsstrukturen und eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu sichern, muss jetzt gehandelt werden! Was zu tun ist, stellen die Akteure in ihrem aktuellen 6-Punkte-Papier zur Regionalisierung in der Ernährungswirtschaft zum Abschluss ihres Vernetzungsworkshops in Hofgeismar vor.

Die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten auf immer weniger Akteure führt zu einer ungesunden Marktmacht mit mannigfaltigen negativen Auswirkungen.

Wenn Politik und Gesellschaft den Wert einer regionalverankerten und vielfältigen Lebensmittelerzeugung und deren Mehrfachbeitrag für lokale wirtschaftliche Resilienz, sowie den Arten- und Klimaschutz anerkennt, muss sie für Chancengleichheit von Klein- und Großstrukturen sorgen, die der Markt von alleine nicht gewährleistet.

Diese Chancengleichheit muss durch landes-, bundes- und EU-rechtliche Rahmenbedingungen hergestellt werden. Zentrale Forderungen des 6-Punkte-Plans sind die Einrichtung von regionalen Wertschöpfungszentren sowie die Entwicklung von Notfallprogrammen zum unbürokratischen und schnellen Erhalt bäuerlicher und handwerklicher KKMUs.

Solidarische Landwirtschaft

Um systematisch regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu unterstützen und aufzubauen sollen Regionale Wertschöpfungszentren Serviceleister für Landwirtschaft, Verarbeitung, Handwerk, Gastronomie, Verbraucherschaft und Kommunen sein. Ziel ist es, die regionale Vermarktung von Lebensmitteln zu gewährleisten und gemeinschaftliche Vermarktungsmodelle wie die Solidarische Landwirtschaft zu vervielfältigen.

Überregionale Vernetzung

Mithilfe von Wertschöpfungszentren können Wertschöpfungsketten neu aufgebaut und Verarbeitungsstrukturen wie z.B. Schlachthöfe, Mühlen, Brauereien oder Gemüseverarbeitung verdichtet werden. Eine überregionale Vernetzung von Wertschöpfungszentren ermöglicht zudem eine größere Handlungsbreite. So profitieren nicht nur die Betriebe von diesen Zentren, sondern ganz besonders Verbraucher und Umwelt.

www.regionalbewegung.de ❒



In ganz Bayern wird die BVS-LKW im Jubiläumsjahr mit Bildungsangeboten rund um den öffentlichen Dienst unterwegs sein. Bild: Bayerische Verwaltungsschule (BVS)

Bayerische Verwaltungsschule:

100 Jahre und kein bisschen leise …

Von Monika Weinl, BVS-Vorstand

Warum auch? Die Bayerische Verwaltungsschule blickt gemeinsam mit ihren Trägern – also dem Freistaat Bayern und allen bayerischen Kommunen – auch nach hundert Jahren unverändert dynamisch nach vorne. Und zeigt allen: „Wir bilden Bayern."

1920, nach dem ersten Weltkrieg, musste sich Bayern in vielerlei Hinsicht neu aufstellen. Das betraf auch die Verwaltung. Dazu mussten Menschen ausgebildet werden – die Geburtsstunde der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS), seit 1926 unter diesem Namen als Bildungsdienstleister für den öffentlichen Dienst unterwegs.



Monika Weinl, BVS-Vorstand. ❐

„Unterwegs" ist ein gutes Stichwort: Im Jubiläumsjahr wird die BVS mit einem ganzen Lkw voller Informationen und unterhaltsamen Angeboten rund um den öffentlichen Dienst in ganz Bayern unterwegs sein. Von Mai bis September werden etwa fünfzig Orte besucht. Ob Ausbildungsmesse, Stadtfest oder ganz einfach der schönste Marktplatz weit und breit – die örtlichen Partner der BVS haben die besten Rahmenbedingungen geschaffen, damit gemeinsam ein realistisches Bild des öffentlichen Dienstes gezeichnet werden kann: interessant, vielfältig, abwechslungsreich, spannend, voller Chancen.

Für ein lebenswertes und vielfältiges Bayern

Angesprochen werden einfach alle: Schüler, die vor der Berufswahl stehen; Eltern, die nur das Beste für ihre Kinder wollen und das Richtige suchen; Menschen, die schon einen Beruf haben und sich eine Veränderung vorstellen könnten; Menschen, die etwas für die Allgemeinheit tun wollen und noch nicht so recht wissen, wie. Menschen, die vielleicht noch keine so rechte Vorstellung haben, was der öffentliche Dienst eigentlich ist. Alle sollen einen Eindruck bekommen, was den öffentlichen Dienst ausmacht: nämlich die Menschen, die sich täglich an den unterschiedlichsten Stellen mit den unterschiedlichsten Aufgaben darum kümmern, dass das Leben in Bayern so lebenswert ist, wie wir es kennen.

Verständnisvolle und kompetente Ansprechpartner

Die BVS hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Teilnehmer an ihren Bildungsangeboten so aus- und fortzubilden, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern als verständnisvolle und kompetente Ansprechpartner gegenübertreten. „Aus der Praxis, für die Praxis" ist das Motto, und das heißt: Kollegen und Kolleginnen, die im öffentlichen Dienst tätig sind und wissen, worauf es ankommt, vermitteln ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrung. Davon profitieren die Auszubildenden zum Verwaltungsfachangestellten genauso wie die Experten, die sich mit Kollegen in einem Fachseminar zu allerneuesten Entwicklungen austauschen wollen. Und die nebenamtlichen Dozenten und ihre Arbeitgeber profitieren auch durch stete Anregungen und fachliche Fortentwicklung. Unterstützt werden sie dabei durch fachlich und didaktisch versierte hauptamtliche Dozenten der BVS.

Die Bandbreite der Bildungsangebote ist schier endlos, wie ein Blick in das Seminarangebot der Bayerischen Verwaltungsschule zeigt. Von fachlichen Inhalten über Kommunikations- und Organisationsfragen bis hin zu Führungsthemen, von klassischer Verwaltung bis zu Bädern, Umwelt und Technik. Vermittelt werden diese Angebote in modernen Bildungszentren und bei externen Partnern in ganz Bayern.

Persönlicher Austausch auch in der digitalen Arbeitswelt

Die BVS ist unterwegs in Bayern und unterwegs in die Zukunft. Der persönliche Austausch wird immer wichtig bleiben. Die zunehmend digitale Arbeitswelt erfordert aber andere Fähigkeiten und geänderte Arbeitsweisen. Das medienpädagogische Konzept der BVS unterstützt die Entwicklung der Kompetenzen in einer digitalen Welt; umgesetzt wird es mit den Unterricht begleitenden digitalen Medien wie Podcasts und Videos sowie neuen Lehr- und Lernmethoden. Auch die Kommunen werden den Weg in die digitale Welt mit Hilfe ihres Digitallotsen leichter finden – natürlich geschult durch die BVS.

Vielleicht haben Sie Zeit und Lust, zu einer Veranstaltung in Ihrer Nähe zu kommen. Den Tourplan finden Sie auf www.100jahre-bvs.de. Dort können Sie auch die bewegte Geschichte der BVS und viele weitere Informationen rund um das Jubiläum verfolgen. Für alles andere: www.bvs.de ❐

50 Jahre Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen:

Beeindruckende Erfolgsgeschichte

Am 7. März beging der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM) sein 50-jähriges Gründungsjubiläum. 1970 kamen 20 Mitgliedsschulen des „Verbandes deutscher Musikschulen" in Bayern und 23 Singschulen des Verbandes der Singschulen e.V. in der Musikhochschule München zur Gründungsversammlung des „Verbandes bayerischer Sing- und Musikschulen e.V." zusammen. Damit begann eine beeindruckende Erfolgsgeschichte des bayerischen Musikschulwesens. „Zahlreiche wichtige verbands- und landespolitische Ziele wurden erreicht", heißt es in einer Pressemitteilung des VBSM.

Im Juni 1952 vereinigten sich 92 Singschulvertreter und -förderer zum neuen, bundesweit offenen Verband der Singschulen. Im Juli 1961 hoben Singschulen und Musikschulen die Landesarbeitsgemeinschaft der Sing- und Musikschulen in Bayern (LAG) aus der Taufe. Ein Jahr später veröffentlichte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine erste Bekanntmachung über Ordnung und Förderung des Sing- und Musikschulwesens in Bayern mit Aussagen u. a. zum Auftrag von Singschulen und Musikschulen, zu Flächendeckung, gemeindlicher Aufgabe und staatlicher Mitverantwortung, zur Institutsbezeichnung, zum fachlichen Angebot und zur Qualifikation des Lehrpersonals.

1963 legte die Landesarbeitsgemeinschaft der Sing- und Musikschulen in Bayern (LAG) eine umfangreiche „Denkschrift zur musischen Erziehung der Jugend in Bayern" vor. In ihr wurden 14 Musikschulen und 54 Singschulen, davon 35 mit angeschlossenen Instrumentalklassen, aufgezählt. Im Jahr 1968 veröffentlichte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine 2. Bekanntmachung über Ordnung und Förderung des Sing- und Musikschulwesens in Bayern mit Satzungsmuster für Musikschulen, Lehrplänen und Zeugnisvorlagen.

Langwierige Vorverhandlungen zwischen den beiden Lagern der Singschulen einerseits und der Musikschulen andererseits waren notwendig, um fachliche Vorbehalte auszuräumen und Bedenken hinsichtlich des Verlustes von Bildungsinhalten zu zerstreuen. Die zweite Hälfte des Jahres 1969 war geprägt von dem Bemühen um eine Einigung. Das Ergebnis ist bekannt.

219 Mitgliedsschulen, über 200.000 Schüler

Bei der Gründungsversammlung des „Verbandes bayerischer Sing- und Musikschulen e.V." wurde Fritz Büchtger zum ersten und Karl Zeller zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Themen der ersten Vorstandssitzung waren Lehrgänge zur Intensivierung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an Singschulen, die gezielte Schulung von privaten Instrumentallehrerkräften zwecks Anstellung an Musikschulen, die stetige Erhöhung des Staatszuschusses und die Ausstattung der Schulen mit Instrumenten. Der überschaubare Haushalt des Jahres 1970 betrug 50.000 DM.

Mit der Gründungsversammlung wurden die Mitglieder des Singschulverbandes und des bisherigen Musikschulverbands in die Mitgliedschaft des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) überführt. Ende des Jahres 1970 waren 67 bayerische Mitgliedsschulen zu verzeichnen. Heute vertritt der VBSM als Fachverband der Träger die fachpolitischen Interessen der bayerischen Sing- und Musikschulen. Der Verband zählt mittlerweile 219 Mitgliedsschulen, an denen über 200.000 Schüler durch qualifiziertes Lehrpersonal an Instrument oder Stimme ausgebildet werden.

Feierlich begangen wird das Jubiläum im Rahmen des 43. Bayerischen Musikschultags vom 22. bis 24. Oktober 2020 in Kaufbeuren. Zu diesem Anlass wird der Verband auch eine umfassende Festschrift herausgeben, die sich mit der Verbandsgeschichte beschäftigt. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Anne-Marie von Hassel



Neues Personal, neue Prioräten

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der Ankunft der Europäer in der „Neuen Welt", die sie dann Amerika nannten, verbreiteten sich auf dem eroberten Kontinent Krankheiten, die für die Konquistadoren relativ harmlos, für die Urbevölkerung aber oftmals tödlich waren. Die indigene Bevölkerung hatte keine körpereigenen Abwehrkräfte dagegen.

In einer vergleichbaren Situation befinden wir uns derzeit. Weltweit breitet sich ein Erreger aus, über den wir noch längst nicht genug wissen. Die Meinungen über das Gefährdungspotenzial reichen von „wesentlich harmloser als die meisten Grippefälle" bis zu „große Todesgefahr" für viele von uns.

Den politisch Verantwortlichen blieb gar nichts anderes übrig, als schnell, umfassend und besonnen zu handeln. Aus meiner Sicht hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder hierfür genau den richtigen Weg eingeschlagen. Ihn bei den jüngsten Pressekonferenzen zu erleben, hat mich beeindruckt und berührt. Ruhig, klug und umsichtig erläuterte er Entscheidungen, die jetzt nötig sind und die er immer mit Blick auf langfristige Schadensbegrenzung getroffen hat. Dass die Beschlüsse richtig sind, zeigte sich auch daran, dass die meisten Länder dem bayerischen Beispiel schnell folgten.

Es scheint, als würden alle politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte in dieser Notsituation sehr bewusst zusammenstehen. Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, dass Söder auf die Frage nach einer Beurteilung der bayerischen Kommunalwahlen darauf verwies, dass er sich darum aufgrund der aktuellen Notlage gar nicht habe kümmern können.

Tatsächlich waren diese Wahlen trotzdem sehr besondere Wahlen; nicht nur, weil sie ganz im Zeichen des Coronavirus standen, sondern auch, weil dieses Mal ein großer Wechsel anstand. Eine neue Generation von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern tritt unter schwierigen Vorzeichen ihr Mandat an.

Heute leben in Bayern mehr als 13 Millionen Menschen. Die Prioritäten sind ganz andere als jene, mit denen wir oftmals recht sorglos viele Jahrzehnte lebten.

In meiner Kindheit hatte unser Freistaat keine zehn Millionen Einwohner – einschließlich der zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, die wir im Jahrzehnt davor aufnahmen und integrierten. Bis in die 1970er Jahre erlebten wir ein Wirtschaftswunder sondergleichen. Gezielt mussten Mitarbeiter aus dem Ausland angeworben werden. Conni sang „Zwei kleine Italiener …"

„Größer, schneller, mehr und weiter" waren unsere Schlagworte. Die sogenannte Aufbaugeneration war am Ruder. Aus dem bayerischen Agrarstaat – dem Armenhaus Deutschlands – wurde der stärkste Nettozahler der Bundesrepublik. Dann kam die Wiedervereinigung mit dem anderen Teil unserer Republik. An den Kassen der Supermärkte wurde vor allem sächsisch gesprochen und die Menschen, die – erneut in großer Zahl – bei uns heimisch wurden, wollten endlich auch die Güter genießen dürfen, die für sie bis dahin Luxusartikel waren.

30 Jahre später ist es kaum anders. Es gibt wohl kein Krankenhaus, in dem nicht der Großteil des Pflegepersonals mit ausländischem Akzent spricht. Bei unseren jüngsten Veranstaltungen zur Fachkräftegewinnung zeigte sich erneut, dass Handwerk und Industrie gleichermaßen händeringend auf der Suche nach weiterem Personal sind. Hoffen wir, dass Sars-CoV-2 mit überschaubaren Folgen für unser Land bleibt!

Neues Personal kommt jetzt also. In der Kommunalpolitik, in der Wirtschaft – und auch bei der Bayerischen GemeindeZeitung.

Mit sofortiger Wirkung tritt meine Tochter Constanze von Hassel meine Nachfolge als Chefredakteurin an. Ihr wünsche ich eine glückliche Hand bei der weiteren Entwicklung unserer kommunalen Fachzeitung, in der mehr als sieben Jahrzehnte veranwortungsbewusste Journalisten die kommunalen Entscheider im Freistaat sorgsam mit Informationen unterstützten.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich, dass Ihr politisches Wirken allzeit erfolgreich dem Wohl der Ihnen anvertrauten Mitmenschen dient – vorausgesetzt, diese Politik fördert in einer subsidären Solidargemeinschaft mündige und freie Bürgerinnen und Bürger.

Bleiben Sie gesund und leben Sie wohl!

Ihre Anne-Marie von Hassel
Ehemalige Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Coronavirus:

Versorgungsunternehmen sind für Krisensituationen gut gerüstet

Strom-, Erdgas-, Wärme- und Wasserversorgung ist in Bayern weiterhin gesichert

Mit der weltweiten Verbreitung des Coronavirus (Sars-CoV-2) und täglich steigender Fallzahlen auch in Bayern wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Eine weiterhin sichere und zuverlässige Versorgung der Bevölkerung, der Behörden, der Industrie, des Gewerbes und aller in dieser Lage besonders wichtigen Dienstleister mit Energie und Wasser steht für die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW e.V. an oberster Stelle und ist rund um die Uhr gewährleistet.

Als Betreiber kritischer Infrastrukturen sind die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft mit ihrem Krisen- und Notfallmanagement professionell aufgestellt.

Die Energie- und Wasserwirtschaft hat im Rahmen dessen Prozesse aufgesetzt, die regelmäßig getestet, geprüft und evaluiert werden und die auch im Fall einer Pandemie greifen. Neben Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Erdgas, Wärme und Wasser sowie die zuverlässige Abwasserentsorgung das oberste Ziel.

Derzeit sehen die Unternehmen kein Risiko für die Versorgungssicherheit. Sie führen regelmäßig Risikobewertungen durch, da sich die Lage national und international als sehr dynamisch darstellt.

„Wir sehen die Energie- und Wasserwirtschaft daher auf die aktuellen Ereignisse sehr gut vorbereitet. Die Unternehmen treffen weitreichende organisatorische Maßnahmen und überprüfen die für den Eintritt größerer Störungen ohnehin immer vorhandenen technischen Redundanzkonzepte, um die Versorgungssicherheit auch bei einer länger andauernden Pandemie zu gewährleisten“, sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW e.V.

Personalkapazitäten aufrechterhalten

Die wichtigste Aufgabe ist dabei, die erforderlichen Personalkapazitäten verfügbar zu halten. Alle Versorger achten darauf, dass ihr Personal keinen unnötigen Ansteckungsrisiken ausgesetzt wird (z. B. durch verstärkte Hygienemaßnahmen und Einschränkung der Dienstreisetätigkeit). Im Vergleich zu anderen externen Einflüssen wie Hochwasser oder Erdbeben sind die Anlagen der Versorgungsunternehmen von der “Corona-Krise“ glücklicherweise nicht unmittelbar betroffen oder in ihrer Funktion gefährdet. Sie müssen lediglich weiter betrieben werden.

Nicht nur die Versorgung mit Energie und Wasser läuft in Bayern zuverlässig weiter, auch die Servicedienstleistungen der Unternehmen für ihre Kunden werden gewährleistet. Kundencenter bleiben so gut es die aktuelle Lage erlaubt unter Beachtung der einschlägigen Hygienevorgaben geöffnet, in abweichenden Fällen informiert der Versorger (z. B. über seine Homepage). Wir empfehlen den Kunden, Telefon, E-Mail und das Internet als weitere Kommunikationsmittel verstärkt zu nutzen.

Jetzt profitiert der Freistaat davon, dass er bei den VBEW-Mitgliedern leistungsfähige Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft vorfindet, die mit hohem Verantwortungsbewusstsein auch diese Lage meistern.

Keine Übertragung durch Trinkwasser zu befürchten

Trinkwasser wird in Bayern vorwiegend aus Grundwasser gewonnen. Das gewährleistet quasi von Natur aus eine hohe Sicherheit gegenüber allen denkbaren Einträgen. Dem VBEW liegen keinerlei Kenntnisse vor, dass sich das Coronavirus über das Trinkwasser verbreitet. ❐



V. l.: Danielle Rodarius, Leiterin d. Zentrums f. nachhaltige Kommunalentwicklung, Julia Stanger, Mitarbeiterin im Zentrum f. nachhaltige Kommunalentwicklung, Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, MdL, Dr. Uwe Brandl, Präsident d. Bayerischen Gemeindetags, Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamts f. Umwelt und Gabi Schmidt, MdL. Unser Bild entstand während der „Kommunale“ in Nürnberg. ❐

Kommunal nachhaltig! Aber wie?

Nachhaltigkeit – wichtiger denn je

Von Thorsten Glauber, Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Klimaschutz, Artenvielfalt, der Erhalt unsere Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft – eine nachhaltige Entwicklung in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen ist heute wichtiger denn je. Die Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen fordern tiefgreifende Anstrengungen um global die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Dabei kommt den Kommunen eine ganz besondere Schlüsselrolle zu.

Kommunen – Motor für eine nachhaltige Entwicklung

Die Bedeutung der Kommunen, der Gemeinden, Städte, Bezirke und der Landkreise könnte bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung größer nicht sein: hier werden lokal Prozesse angestoßen, Entwicklungen geplant, werden Projekte umgesetzt und Entscheidungen getroffen, die das zukünftige Leben der Menschen direkt betreffen. Klar ist: Kommunen werden die Herausforderungen der Zukunft nur meistern können, wenn sie die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen ihrer Entscheidungen gleichermaßen im Blick haben, aufeinander abstimmen und Bürgerinnen und Bürger von Anfang an miteinbeziehen. Dabei will das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung

Das Zentrum ist zunächst Anlaufstelle zu allen Fragen nachhaltiger Kommunalentwicklung.

Gegründet im Jahr 2015 und gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, ist es am Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. mit Sitz in Nürnberg angesiedelt.

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung hat den Anspruch, Kommunen dabei zu unterstützten,

- Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit zu fördern
- Wissen und praxisnahe Informationen zu vermitteln
- Austausch zu ermöglichen

Es bietet eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und liefert praxisorientierte Informationen zu Fragestellungen kommunaler Nachhaltigkeit wie z. B. Biodiversität, Klimaschutz und Klimaanpassung, Beteiligungskultur, Bürgerschaftliches Engagement, Mobilität und Nahversorgung.

In regionalen und bayernweiten Tagungen werden aktuelle Themen der Nachhaltigkeit aufgegriffen und Fragestellungen mit einem großen und offenen Adressatenkreis diskutiert. Dazu arbeitet das Zentrum mit Kooperationspartnern wie dem Bayerischen Gemeindetag, Verbänden und Universitäten zusammen. Die Tagungen ermöglichen – neben fachlichem Input – einen landesweiten Austausch kommunaler Akteure. Ein Beispiel ist die **bayernweite Nachhaltigkeitstagung**, die im Oktober 2020 zum vierten Mal stattfinden soll.

Außerdem bietet das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung sog. Kommunalzirkel an.

Grundgedanke für dieses Format ist, eine Lerngemeinschaft auf- und auszubauen. Die teilnehmenden Kommunen sagen zu, über einen bestimmten Zeitraum hinweg an mehreren Treffen teilzunehmen, um verschiedene Aspekte eines Dach-Themas zu bearbeiten. Der relativ feste Teilnehmer-Kreis ermöglicht eine Arbeitsatmosphäre, in der Ideen und Erfahrungen – positive wie negative – offen ausgetauscht werden können. Bislang wurden drei solcher Kommunalzirkel konzipiert: Ein Zirkel griff den demografischen Wandel auf, ein weiterer Kommunalzirkel bearbeitete das Dachthema „Ehrenamt und Beteiligung“ Im August 2019 startete der aktuell laufende Kommunalzirkel mit dem Titel „Kommunen for future. Wandel vor Ort gestalten“. Er beschäftigt sich mit der Frage nach Handlungsspielräumen und strategischen Ansätzen, um Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu stärken.

Zielgruppen des Zentrums sind Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, Entscheidungsträger wie beispielsweise Vereinsvorstände, Agenda-Sprecher oder Ortssprecher und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Informationen unter www.kommunal-nachhaltig.de und im Newsletter „Aktuelles aus dem Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung“. ❐

Umsichtiges Handeln ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Hubert Aiwanger, Dr. Michael Diederich (Präsident des Bayerischen Bankenverbands), Dr. Jürgen Gros (Präsident Genossenschaftsverband Bayern), Roland Schmautz (Vizepräsident Sparkassenverband Bayern) und Dr. Otto Beierl (Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern).

Vereinbart wurde, dass der Freistaat Bayern und die Kreditwirtschaft alle bankmäßigen Mittel nutzen, damit wirtschaftlich gesunde Unternehmen in Bayern durch die gegenwärtige Coronakrise nicht in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Konkret stellt der Freistaat Bayern über die LfA Förderbank Bayern betroffenen Unternehmen bankmäßige Unterstützungsangebote zur Verfügung. Der aktivierte Mittelstandsschirm erweitert die Handlungsmöglichkeiten der LfA, um bedrängten Unternehmen kurzfristig zu helfen. Die Bayerische Staatsregierung stellt 100 Millionen Euro für eine globale Rückbürgschaft gegenüber der LfA bereit. Zur Umsetzung der Maßnahmen hat die LfA eine Taskforce eingerichtet.

Entscheidende Rolle der Hausbanken

Bei der Umsetzung dieser Unterstützungsmaßnahmen kommt aufgrund des Hausbankenprinzips den Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken in Bayern eine entscheidende Rolle zu. Der Weg zu den Finanzierungshilfen der LfA führt über die Hausbanken der Unternehmen – sie beraten die Unternehmen und beantragen die finanziellen Hilfen bei der LfA. Die Ausreichung der zur Verfügung gestellten Hilfen der LfA an die Betriebe erfolgt ebenfalls über die Hausbanken der Unternehmen.

Die bayerische Kreditwirtschaft sichert zu, den bayerischen Mittelstand rasch und lageangepasst zu unterstützen. Die LfA wird nach eigenem Bekunden alles unternehmen, um den Hausbanken die Kreditvergabe in dieser schwierigen Situation zu erleichtern. Dazu stellt sie Darlehen sowie Risikoentlastungen in Form von Haftungsfreistellungen und Bürgschaften zur Verfügung.

„Whatever it takes - was immer auch notwendig ist: Wir spannen einen großen Schutzschirm für unsere Unternehmen auf“, betonte Markus Söder nach einem Spitzengespräch mit der bayerischen Wirtschaft, an dem auch Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und die Präsidenten der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Franz Xaver Peteranderl, der IHK Oberbayern, Eberhard Sasse, und der vbw Bayern, Wolfram Hatz, teilnahmen. Söder bekräftigte, dass die Staatsregierung alles tun werde, um einen Stillstand der Wirtschaft zu verhindern. Man arbeite u.a. an einem „Bayernfonds“, der Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten helfen könnte.

Liquidität sicherstellen

Aiwanger zufolge „müssen wir jetzt zeitnah die Liquidität der Betriebe sicherstellen und gleichzeitig bereits die Förderung von Zukunftsinvestitionen vorbereiten, um nach Ende der Pandemie die Geschäfte rasch wieder anzukurbeln“. Mit Blick auf die 100-Millionen-Bürgschaft, die die Staatsregierung zur Verfügung stellt, appellierte der Minister an die bayerischen Hausbanken, „nun so unbürokratisch wie möglich Kredite an Betroffene zu vergeben und auch flexible Laufzeiten anzubieten“. Für kleinere Betriebe und Selbstständige in Zahlungsnöten soll schon in den kommenden Tagen über die Bezirksregierungen eine Soforthilfe von jeweils 5.000 bis 30.000 Euro abrufbar sein.

Aussetzung der Schuldenbremse

Für alle Hilfen für die Wirtschaft und das Gesundheitssystem will der Freistaat bis zu zehn Milliarden Euro bereitstellen. Eine davon aus laufenden Mitteln, den Rest aus Krediten. Dafür wird die Schuldenbremse für den Staatshaushalt ausgesetzt, wenn der Landtag zustimmt.

Die Bundesregierung forderte Wirtschaftsminister Aiwanger erneut auf, zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Betriebe zu ergreifen: „Wir brauchen jetzt für das produzierende Gewerbe eine Reduzierung des Industriestrompreises auf 4 Cent pro Kilowattstunde. Zur Unterstützung der schon jetzt schwer getroffenen Tourismuswirtschaft ist eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent nötig.“

Söders Fazit: „Es ist die größte Bewährungsprobe seit 70 Jahren, aber wir sind entschlossen, diese Bewährungsprobe zu meistern.“ **DK**

Zahlreiche Stichwahlen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

na Frank, zur Stichwahl. Sie vereinte 21,4 Prozent der Stimmen auf sich.

Auch in Nürnberg wird in zwei Wochen noch einmal abgestimmt, dann haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl zwischen Marcus König (CSU) und Thorsten Brehm (SPD). König kam auf 36,5 Prozent, Brehm auf 34,9 Prozent. In Augsburg kommt es zu einer Stichwahl zwischen Eva Weber (CSU) und Dirk Wurm (SPD). Weber vereinte 43,1 Prozent der Stimmen auf sich, für Wurm votierten 18,8 Prozent.

In zwei Wochen treten in Regensburg CSU-Kandidatin Astrid Freudenstein und SPD-Politikerin Gertrud Maltz-Schwarzfischer gegeneinander an. Freudenstein kam auf 29,5 Prozent der Stimmen und ihre SPD-Herausforderin auf 22,15 Prozent. In Ingolstadt erreichte CSU-Oberbürgermeister Christian Lösel 33,8 Prozent und muss in der Stichwahl gegen SPD-Herausforderer Christian Scharpf antreten, der auf 33,6 Prozent kam.

Weitere Stichwahlen werden am 29. März in Hof, Aschaffenburg, Bayreuth, Bamberg, Erlangen, Schwabach, Coburg, Ansbach, Landshut, Kempten, Rosenheim und Weiden stattfinden.

Bereits im ersten Anlauf mit überwältigender Mehrheit bestätigt wurde in Straubing der amtierende CSU-Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Er erhielt 73,25 Prozent der Stimmen. Dr. Thomas Jung von der SPD wurde mit 72,9 Prozent erneut zum Oberbürgermeister der Stadt Fürth gewählt. Der neue und alte OB von Schweinfurt heißt Sebastian Remelé (CSU). Er setzte sich im ersten Wahlgang mit 58,4 Prozent der Stimmen durch.

Christian Schuchardt (CDU) heißt der alte und neue Rathauschef von Würzburg. Der Amtsinhaber erreichte 51,95 Prozent der Stimmen. Auch in Kaufbeuren behielt der Amtsinhaber die Oberhand: Stefan Bosse siegte mit 54,5 Prozent der Stimmen. Und in Amberg darf Michael Cerny (CSU) weitere sechs Jahre die Geschicke der Stadt als Oberbürgermeister leiten. Sein Ergebnis: 56,4 Prozent. Jürgen Dupper (SPD) bleibt Oberbürgermeister in der Dreiflüssestadt Passau und wird seine dritte Amtszeit antreten. Er holte 54,6 Prozent der Stimmen.

In 64 der 71 bayerischen Landkreise wurden die Landräte neu gewählt. Dabei gingen bereits im ersten Wahlgang 34 Landratsposten an die CSU – beispielsweise im Kreis Donau-Ries (Stefan Rößle, 58,4 Prozent), im Landkreis Deggendorf (Christian Bernreiter, 67,3 Prozent), im Kreis Passau (Raimund Kneidinger, 56,2 Prozent), im Landkreis Dingolfing-Landau (Werner Bumeder, 69,1 Prozent), im Landkreis Freyung-Grafenau (Sebastian Gruber, 69,2 Prozent), im Kreis Kelheim (Martin Neumeyer, 70,9 Prozent),im Landkreis Günzburg (Hans Reichhart, 55,6 Prozent), im Landkreis Augsburg (Martin Sailer, 55,0 Prozent), im Kreis Fürstenfeldbruck (Thomas Karmasin, 52,4 Prozent), im Kreis Bad Kissingen (Thomas Bold, 60,5 Prozent) sowie im Landkreis Aschaffenburg (Alexander Legler, 58,1 Prozent).

Dagegen stehen u.a. in den Landkreisen München, Freising, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Main-Spessart, Weilheim-Schongau, Oberallgäu, Starnberg, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Bamberg und Würzburg Stichwahlen an.

Die Stimmung in Bayerns Kommunen vor der Wahl war sehr gut. Laut einer Umfrage von infratest dimap zeigte sich eine sehr deutliche Mehrheit von 92 Prozent mit der Situation in ihren Kommunen zufrieden oder sehr zufrieden. Das Interesse an der Kommunalwahl war seit Jahresanfang nochmal gestiegen. 79 Prozent der Befragten interessierten sich für die Wahl – ein Plus von drei Punkten. **DK**

Neue Förderrunde:

Modellprojekte im kommunalen Klimaschutz

Das Bundesumweltministerium fördert Kommunen bei investiven Klimaschutzprojekten mit modellhaftem Charakter. Bis zum 30. April 2020 können Projektskizzen eingereicht werden.

Es werden Vorhaben gefördert, die durch ihre direkten Treibhausgasminderungen einen wesentlichen Beitrag zur schrittweisen Erreichung der Treibhausgasneutralität von Kommunen leisten und durch ihre Konzeption zur Nachahmung und Umsetzung weiterer Klimaschutzprojekte anregen.

Infos: www.klimaschutz.de/projekte/modellprojekte

Landeshauptstadt München begibt eine „Münchner Stadtanleihe“

BayernLB und Stadtsparkasse begleiten bei der Emission des Social Bonds

Der Münchner Stadtrat hat sich mit breiter Mehrheit für die Emission einer „Münchner Stadtanleihe“ ausgesprochen. Das geplante Volumen der Stadtanleihe soll 100 bis 120 Millionen Euro bei einer Laufzeit von zehn Jahren betragen. Nach aktueller Marktlage würde sich voraussichtlich ein Zinskupon mit einer positiven Rendite von ca. 0,20 bis 0,30 Prozent ergeben. Die tatsächliche Rendite der Emission hängt sehr stark von der Nachfrage und der aktuellen Zinssituation am Emissionstag der Anleihe ab. Während der notwendigen Vorbereitungsarbeiten können sich die Verhältnisse am Kapitalmarkt durch Marktveränderungen bis zum geplanten Tag der Emission stark verändern.

Die Transaktion wird von der BayernLB (technische Federführung) und der UniCredit (Strukturierung der Nachhaltigkeitskomponente) als mandatierte Konsortialführer geführt sowie von der Stadtsparkasse München als sogenannter Co-Lead begleitet.

Die Stadtanleihe soll an der Börse München gehandelt werden. Der genaue Emissionszeitpunkt wird im Laufe des ersten Quartals 2020 rechtzeitig bekannt gegeben. Neben institutionellen Anlegern sollen über das Filialnetz der HypoVereinsbank und der Stadtsparkasse München auch Privatanleger und damit die Münchner Bürgerinnen und Bürger die Anleihe erwerben können. Dabei werden sowohl der Kauf der Anleihe während der Vermarktungsphase als auch ihre Depotverwahrung bei der HypoVereinsbank und der Stadtsparkasse München gebührenfrei sein. Details können Anleger zum Emissionszeitpunkt in den Filialen der Institute in Erfahrung bringen.

„Social Bond“

Die Mittel aus der Emission der „Münchner Stadtanleihe“ werden im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushaltes vor allem zur Finanzierung der Ausübung von Vorkaufsrechten und damit zum Schutz von Mieterinnen und Mietern in München verwendet. Dazu soll die Anleihe als so genannter Social Bond ausgestaltet werden.

„Das Instrument einer Stadtanleihe, die sich zusätzlich auch als „Social Bond“ oder „Nachhaltigkeitsanleihe“ qualifiziert, stellt gerade im Hinblick auf das überdurchschnittliche Investitionsvolumen eine gute zusätzliche Finanzierungsquelle für die Stadt dar. Die Stadtanleihe bietet gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern eine gute Gelegenheit, sich für die Stadtgesellschaft zu engagieren“, so Stadtkämmerer Christoph Frey.

„Mit dem ersten Social Bond einer europäischen Großstadt geht München als Vorreiter bei sozialer und nachhaltiger Kommunalfinanzierung voran“, sagt Dr. Michael Diederich, Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank. „Zugleich haben die Münchner die Möglichkeit, eine Rendite zu erwirtschaften und ihrer Stadt dabei etwas Gutes zu tun.“

Neue Standards für die Finanzierung kommunaler Investitionen

„München setzt mit der Stadtanleihe neue Standards für die Finanzierung sozialer und nachhaltiger Investitionen von Kommunen“, sagt Michael Bücker, Mitglied des Vorstands der BayernLB. „Davon profitieren nicht nur Anleger, sondern alle Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt. Wir sind stolz darauf, dieses Leuchtturmprojekt in unserer Heimatstadt zu begleiten.“

„Wir begrüßen den Schritt der bayerischen Landeshauptstadt, einen „Social Bond“ mit der Selbstverpflichtung aufzulegen und die Mittel vor allem für den Kauf von Wohnungen und damit den Schutz von Mieterinnen und Mietern zu verwenden. Dieses Projekt wird nach unserer Überzeugung als Vorbildcharakter für viele weitere Kommunen dienen und zugleich Anlegern eine Verzinsung bei einem erstklassigen Emittenten bieten“, begrüßt der Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse München, Ralf Fleischer, diese Finanzierungsmaßnahme der Stadt München. ❐

Spitzenrating für bayerische Finanzpolitik

Standard & Poor’s zeichnet Haushaltspolitik des Freistaats aus

Der Freistaat erhält für seine Finanz- und Haushaltspolitik wieder Top-Noten. „Dieses Rating ist eine Auszeichnung für unsere erstklassige bayerische Haushaltspolitik. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik ist damit international spitze“, kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die erneute Auszeichnung des Freistaats mit der Bestnote AAA mit stabilem Ausblick von Standard & Poor’s.

„Trotz ökonomisch anspruchsvoller Zeiten überzeugt Bayern mit einer nachhaltigen Kombination aus zukunftsweisenden Investitionen und solider Budgetplanung“, führte Füracker weiter aus.

Positiver Finanzierungssaldo

Mit der Höchstnote würdigt die international renommierte Ratingagentur die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit sowie die positive Finanzsituation des Freistaats. Sie hebt auch die Leistungsfähigkeit der breit diversifizierten bayerischen Wirtschaft samt anhender Vollbeschäftigung hervor und berücksichtigt, dass der Freistaat trotz bedeutsamer Ausgabenprogramme erneut einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen konnte.

Weiterhin geht sie davon aus, dass sich diese Entwicklung auch in Zukunft so fortführen wird. „Angesichts kommender Herausforderungen, die sich bereits abzeichnen, nutzen wir den finanziellen Spielraum, den wir in den letzten Jahren erwirtschaftet haben, um sinnvolle und zukunftsweisende Investitionen zu tätigen“, hob Füracker hervor. Mit Blick auf eine generationengerechte Finanzplanung komme auch der allgemeine Staathaushalt im Jahr 2020 ohne die Aufnahme neuer Kredite aus - zum 15. Mal in Folge. ❐

Goldener Bulle für Versicherungsinnovation 2020

Künstliche Intelligenz in der Versicherung von Photovoltaikanlagen

Die Versicherungskammer Bayern hat den Goldenen Bullen in der Kategorie Versicherungsinnovation des Jahres 2020 gewonnen. Ausgezeichnet wird der größte öffentliche Versicherer für den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Vorbereitung und Umsetzung einer Angebotserstellung für einen zielgenauen Schutz von Immobilien mit einer Photovoltaikanlage.

Ein zunehmendes Bewusstsein der Bevölkerung für Klimaschutz und die Aussicht auf eine nachhaltige Rendite, sind für Immobilienbesitzer zwei mögliche Gründe, sich eine Photovoltaikanlage auf dem eigenen Hausdach zu installieren. Jedoch sind zwischen 80 und 90 Prozent aller Besitzer einer Photovoltaikanlage nach Marktschätzung nicht oder nur unzureichend versichert. So wird weder die Wertsteigerung des Objekts in laufenden Versicherungsverträgen angepasst, noch werden neue Risiken, etwa durch technischen Defekt oder Ertragsausfall der Anlage, in die Wohngebäudeversicherung eingeschlossen. Um ihre Kunden vor einer Unterdeckung zu schützen und auf einen geeigneten Versicherungsschutz ansprechen zu können, nutzt die Versicherungskammer Bayern künstliche Intelligenz.

Photovoltaikanlagen adressgenau identifizieren

„Eine eigens entwickelte künstliche Intelligenz, die mit Satellitenbildern von Google Maps trainiert wurde, erkennt mittels Deep Learning, auf welchen Dächern eine Photovoltaikanlage installiert ist“, erklärt Ludwig Bothmann aus dem Bereich Big Data & Analytics der Versicherungskammer Bayern. So wurden für das Geschäftsgebiet Bayern und die Pfalz mehr als 1.300.000 Bilder ausgewertet und durch einen intelligenten Algorithmus Wahrscheinlichkeiten für das Vorhandensein einer Photovoltaik-Anlage ermittelt. Diese Wahrscheinlichkeiten werden genutzt, um Photovoltaikanlagen adressgenau zu identifizieren.

Versicherungslücke schließen

„Unsere Auswertungen stellen wir dem betreuenden Vertriebspartner ebenso zur Verfügung“, sagt Markus Maier vom Produktmanagement der Versicherungskammer Bayern, „wie ein passendes Anschreiben, mit dem der Kontakt zum Kunden aufgenommen werden kann.“ In einem nachfolgenden Beratungsgespräch kann dann mit der geeigneten Versicherungslösung eine bestehende Versicherungslücke einfach geschlossen werden.

Nach Ansicht der Jury des Goldenen Bullen kommt das Vorgehen der Versicherungskammer Bayern direkt den Kunden zugute. Preiswürdig sei zudem die innovative Art und Weise, um den Versicherungsbedarf festzustellen.

Die Goldenen Bullen wurden im Rahmen der Finanzen-Nacht 2020 des Finanzen Verlags überreicht. Sie wurden zum 27. Mal für herausragende Leistungen in der Finanzwirtschaft verliehen. Insgesamt wurden die Auszeichnungen, auch Oscars der Finanzbranche genannt, in zwölf Kategorien vergeben. ❐

Seniorenwohnheim August-Meier-Haus in Nürnberg:

BayernLB finanziert Neubau

Die BayernLB finanziert im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) den Neubau des Seniorenwohnheims August-Meier-Haus in Nürnberg.

Während der Bauphase stellt die BayernLB einer Projektgesellschaft der Georg Reisch GmbH & Co. KG, die den Neubau im Auftrag des städtischen NürnbergStift errichtet, eine Baufinanzierung zur Verfügung. Im Anschluss übernimmt sie die Langfristfinanzierung mit einer Laufzeit von 25 Jahren, die nach der Bauabnahme über einen kommunalen Forderungsankauf dargestellt wird: Die BayernLB kauft die Forderungen der Bau-Projektgesellschaft aus dem Projektvertrag mit NürnbergStift an. Das Projektvolumen liegt bei 33,8 Mio. Euro.

Das August-Meier-Haus wird im Nürnberger Naherholungsgebiet Valznerweiher/Dutzendteich errichtet und insgesamt 158 stationäre Pflegeplätze bieten. ❐

Heilpädagogische Tagesstätten und Kinderwohnheime:

Kosten steigen deutlich

Neue Vorschriften und die Folgen für das Personal beschäftigen den Sozialausschuss des Bezirks

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist die Regierung von Niederbayern laut Gesetz die zuständige Fachstelle für Pflege, Behinderteneinrichtungen, Qualitätsentwicklung und Aufsicht als Nachfolgeeinrichtung der Heimaufsicht. Diese Zuständigkeit beinhaltet die Beratung über eine bauliche sowie funktionale Planung und Ausstattung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche; außerdem die Erteilung einer Betriebserlaubnis. Anhand gesetzlicher Vorgaben sowie der vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration herausgegebenen Richtlinie für Heilpädagogische Tagesstätten, Heime und sonstige Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie junge Volljährige mit Behinderung prüft die Regierung von Niederbayern Zug um Zug alle Kinderwohnheime und Heilpädagogischen Tagesstätten in Niederbayern. Im Nachgang sollen die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden. Hierbei steht die strukturelle, räumliche und personelle Ausstattung auf dem Prüfstand.

Der Sozialausschuss des Bezirks Niederbayern unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich wurde bei seiner jüngsten Sitzung über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein deutlicher Zuwachs an Planstellen im Gruppen- und Fachdienst ab. Damit verbunden ist ein drastischer Kostenanstieg.

Das Beispiel einer Heilpädagogischen Tagesstätte mit 160 Kindern veranschaulicht dies ganz konkret: Bis dato refinanzierte der Bezirk Niederbayern 18,8 Planstellen im Gruppen- und Fachdienst für 140 Kinder mit jährlich rund 1,2 Millionen Euro. Die im Entwurf vorliegende Betriebserlaubnis weist nun eine Erhöhung um 9,45 Planstellen für 160 Kinder auf 28,25 und damit eine Erhöhung des Budgets um etwa 54 Prozent auf rund 1,85 Millionen Euro aus. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung in der Hochrechnung für die derzeit 1.470 heilpädagogisch betreuten Kinder in Niederbayern eine Steigerung der Refinanzierung von Gruppen- und Fachpersonal von etwa 5,9 Millionen Euro.

Steigende Personalausgaben

Bei den Kinderwohnheimen ergab die Hochrechnung eine Steigerung des Personalbudgets von rund 24 Prozent. Das in 2019 errechnete Budget für das im Gruppen- und Fachdienst beschäftigte Personal umfasste in einem konkreten Heim mit 80 Kindern 4,04 Millionen Euro. Für das aufgrund der neuen Betriebserlaubnis um 14,31 Planstellen erhöhte Personal umfasst das Budget nun rund 5 Millionen Euro. Bei 80 Kindern errechnet sich eine Pro-Platz-Erhöhung von rund 11.900 Euro. Das Gesamtvolumen der Refinanzierung für die 200 derzeit in Kinderwohnheimen betreuten Kinder wird sich voraussichtlich um rund 2,4 Millionen Euro erhöhen.

Insgesamt ist durch die Umsetzung der Richtlinie eine Steigerung an Personalausgaben von rund 30 Prozent im Kinder- und Jugendlichenbereich zu erwarten. ❐



Investieren für den Klimaschutz:

Landkreis und Kommunen beschäftigen sich mit Divestment

Um Umwelt- und Klimaschutz erfolgreich und nachhaltig umzusetzen, sind viele Akteure aus verschiedensten Bereichen gefragt – auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Insbesondere auch den Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu, die über den Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz oder neue Mobilitätsformen hinausgeht. Klimaschutz betrifft auch den Finanzsektor. Denn letztlich sind auch Kommunen Investoren. Aus diesem Anlass luden der Landkreis München und die Energieagentur Ebersberg-München kürzlich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte, Kämmereien, Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte sowie Vertreter kommunaler Unternehmen in den Festsaal des Landratsamts München am Mariahilfplatz zum Fachdialog „Klimafreundlich investieren – Kommunales Divestment und Reinvestment".

Was zunächst sperrig klingt, ist eine wirksame und risikoarme Methode, Gelder aus fossilen Energieträgern abzuziehen und klimafreundlich zu reinvestieren, um zu einer CO2-ärmeren Wirtschaft beizutragen. Weltweit haben bereits mehr als 1.000 Institutionen eine klimafreundliche Investmentstrategie beschlossen. Auf Bundesebene wurde ein Sustainable-Finance-Beirat etabliert, der die Bundesregierung dabei unterstützen soll, Deutschland zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Finanzstandort zu entwickeln. Auf internationaler Ebene unterstreicht ein neuer EU-Aktionsplan die Relevanz der Thematik, indem vorgegeben wird, dass Assetberater ab sofort auch auf nachhaltige Geldanlagen hinweisen und dazu beraten müssen.

Die Umlenkung bestehender Geldanlagen in kommunaler Hand in nachhaltigere Portfolios wird allerdings bislang noch kaum als innovative, klimafreundliche Strategie wahrgenommen. Dabei sind diese Gelder in Aktien, Anleihen, Beteiligungen, Fonds und weiteren Anlagen investiert, die meist einer Dekarbonisierung und damit sowohl dem Schutz des Klimas als auch der treuhänderischen Verantwortung einer Kommune widersprechen. Mehrere Studien kamen zu dem Ergebnis, dass die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien sich nicht negativ auf die Rendite auswirke und diese unter Umständen sogar verbessere.

Nachhaltiger Umgang mit kommunalen Finanzen

Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung von Landkreis und Energieagentur brachten Experten des Projekts „Klimafreundlich investieren – Kommunales Divestment und Reinvestment" den Kommunen die Möglichkeiten von Divestment und Reinvestment näher und zeigten anhand von Praxisbeispielen aus anderen Kommunen auf, wie nachhaltiges Wirtschaften für kommunale Finanzen aussehen kann. In Deutschland waren hier beispielsweise die Städte Münster, Berlin und Bonn oder der Landkreis Osnabrück Vorreiter. Auch grundsätzliche Chancen und Wege für den Landkreis München sowie mögliche erste Schritte wurden erörtert.

Bisher gibt es im Landkreis München – und auch in ganz Deutschland – noch keine Kommune, die divestiert hat. Die teilnehmenden Kommunen und Kommunalunternehmen konnten sich aber grundsätzlich vorstellen, Divestment und Reinvestment als Teil eines kommunalen bzw. betrieblichen Nachhaltigkeitskonzepts aufzunehmen. Dabei sollten, so auch die Empfehlung der Experten, die sogenannten „ESG-Kriterien" (Environment (E), Social (S), Governance (G)) angewendet werden, die als Standard nachhaltiger Anlagen inzwischen allgemein anerkannt sind.

Außerhalb Bayerns besteht in zahlreichen Bundesländern die Möglichkeit, insbesondere über die Neustrukturierung der Versorgungsrücklagen zu divestieren. In Bayern übernimmt diese Aufgabe bis zu einer gewissen Größe der Kommunen die Bayerische Versorgungskammer (Bayerischer Versorgungsverband). Als Mitglieder zahlen die Kommunen für die beschäftigten Beamtinnen und Beamten sowie für die aktuellen Versorgungsempfänger eine jährliche Umlage. Der Bayerische Versorgungsverband finanziert aus dieser Umlage dann die Pensionszahlungen. Daher halten die kreisangehörigen Kommunen wie auch der Landkreis München selbst keine eigene Versorgungsrücklage vor. Entsprechend müsste hier vorwiegend der Versorgungsverband selbst umlenkend aktiv werden.

Ein weiterer Punkt, der kommunales Divestment in Bayern erschwert, ist die Tatsache, dass im Gegensatz zum Vorgehen in anderen Bundesländern bayerische Kommunen ihre Gelder sicher und Ertrag bringend anzulegen haben. Dies schließt eine Anlage in Aktien aus. Dennoch bestärkten die Experten die Teilnehmer darin, künftig verstärkt nachhaltige kommunale Investitionen zu prüfen. Wenn etwa zehn Prozent der Investoren Divestment in ihre Wirtschaftsstrategie aufnehmen würden, könnte einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zufolge bereits ein Wandel des Finanzmarkts angestoßen werden.

Landrat Christoph Göbel begrüßte die intensive Auseinandersetzung der Kommunen mit möglichen finanziellen Stellschrauben für nachhaltigen Klimaschutz: „Den Kreislauf des Geldes zu erhalten und nachhaltig zu investieren, ist so aktuell wie nie. Ich freue mich sehr, dass wir diese Herausforderung im Landkreis München angehen und gemeinsam mit Experten Ideen und Strategien für langfristige, klimafreundliche Investitionen entwickeln." ❐

Förderprogramm: Energiekredit Kommunal Bayern

Erhöhte Tilgungszuschüsse und geänderte Fördervoraussetzungen

Als Kommunal- und Förderbank des Freistaates Bayern unterstützt die BayernLabo mit ihrem Klassischen Kommunalkredit und ihren kommunalen Förderkrediten bei der Projektfinanzierung. Speziell bei der Realisierung der Energiewende werden Investitionen in die Energieeffizienz mit dem Förderprogramm Energiekredit Kommunal Bayern in Zusammenarbeit mit der KfW gefördert.



Direktor Wolfgang Schmidt, BayernLabo. ❐

Aktuell haben sich folgende Änderungen ergeben:

Erhöhte Tilgungszuschüsse ab 24.01.2020: Bei Zusagen ab dem 24.01.2020 bieten wir Ihnen eine erweiterte Förderung in unserem Energiekredit Kommunal Bayern an. Die Tilgungszuschüsse werden im Bereich Sanierung Einzelmaßnahmen um 10 % erhöht. Es bestehen folgende Maximalförderungen pro Quadratmeter:

1. Sanierung:

a) KfW-Effizienzgebäude 70: 27,5 % des Zusagebetrages, maximal 275 Euro pro m²

b) KfW-Effizienzgebäude 100: 20,0 % des Zusagebetrages, maximal 200 Euro pro m²

c) KfW-Effizienzgebäude Denkmal: 17,5 % des Zusagebetrages, maximal 175 Euro pro m²

2. Einzelmaßnahmen, die keinen KfW-Effizienzhaus-Standard anstreben:
20,0 % des Zusagebetrages, maximal 200 Euro pro m²

Geänderte Fördervoraussetzungen bereits ab 01.01.2020

Die KfW hat auf Basis der durch die Bundesregierung im September 2019 auf den Weg gebrachten, gesetzlich verbindlichen Klimaziele zum 01.01.2020 Produktänderungen in Kraft gesetzt.

Um die Förderung im darauf basierenden Energiekredit Kommunal Bayern der BayernLabo zu erhalten, sind bei den Antragstellungen ab dem 01.01.2020 folgende, neue technische Mindestanforderungen zu erfüllen:

1. Bei Sanierung zum KfW Effizienzgebäude/Einzelmaßnahmen

Einzelmaßnahmen:

Die Kosten für Wärmeerzeuger auf Basis der Energieträger Öl oder Gas (z. B. Öl-/ Gas-Brennwertkessel oder Niedertemperatur-Kessel), sowie KWK- und BHKW-Anlagen auf Grundlage von Öl werden nicht mehr von der KfW gefördert. Wärmeerzeugung in Form von Strahlungsheizungen, Warmluft-Erzeuger und wärmegeführten KWK- und BHKW-Anlagen auf Grundlage von Erdgas, sowie der Anschluss an Nah- und Fernwärme werden weiterhin von der KfW gefördert.

KfW-Effizienzgebäude:

Bei Sanierungen zum KfW-Effizienzgebäude werden Wärmeerzeuger auf Basis des Energieträgers Öl (z.B. Öl-Brennwertkessel, ölbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen), sowie Niedertemperatur-Kessel (auf Basis von Öl oder Gas) nicht mehr gefördert. Erfolgt die Wärmeversorgung über einen nicht förderfähigen Wärmeerzeuger, kann dieser dennoch bei der energetischen Berechnung eines KfW-Effizienzgebäudes berücksichtigt werden.

2. Bei Neubau/Ersterwerb

Planen Sie den Neubau / Ersterwerb eines KfW-Effizienzgebäudes, darf generell kein Wärmeerzeuger auf Basis des Energieträgers Öl (z. B. Öl-Brennwertkessel) ab 01.01.2020 eingesetzt werden. Der Ausschluss für den Einsatz gilt auch für Kombinationen, z. B. von Öl-Brennwertkesseln mit Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Hybridsysteme), im Einsatz von Nahwärmesystemen für die Versorgung von Effizienzgebäuden (z. B. Öl-Brennwertkessel als Spitzenlastkessel) oder vergleichbaren Anwendungen.

Diese Änderungen betreffen auch Folgeanträge bereits beantragter Mehrjahresvorhaben. ❐

Prof. Ulrich Reuter neuer SVB-Präsident ab 2021

Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern hat die Nachfolge von Präsident Dr. Ulrich Netzer geregelt, dessen Amtszeit am 31.12.2020 endet. Als neuer Präsident wird zum 1.1.2021 Prof. Dr. Ulrich Reuter, ehemaliger Aschaffenburger Landrat, den Vorsitz im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern übernehmen.

Als 1. Verbandsvorsitzender des Sparkassenverbands Bayern, Mitglied in mehreren Beiräten und Stiftungsräten des Sparkassenverbands, langjähriges Mitglied bzw. Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau und des Sparkassen-Bezirksverbands Unterfranken sowie als Mitglied in mehreren Aufsichtsorganen von Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern ist der promovierte Jurist und Professor für öffentliches Recht und Europäisches Wirtschaftsrecht an der Hochschule Aschaffenburg Reuter bereits seit vielen Jahren intensiv in die Entscheidungen der Sparkassen-Organisation eingebunden.

„Weichenstellungen für die Sparkassen müssen in immer schnellerer Taktung vorgenommen werden. Als regional- und sparkassenpolitisch äußerst erfahrener Entscheider mit Weitblick ist Ulrich Reuter dafür der richtige Mann an der Spitze der 64 kommunal verankerten bayerischen Sparkassen", gratulierte der amtierende SVB-Präsident Netzer zum Wahlergebnis. **DK**

Aiwanger drängt auf Unternehmenssteuerreform 2020

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat angesichts der verhaltenen Konjunkturaussichten die Bundesregierung aufgefordert, endlich mit der Reform der Unternehmenssteuern zu beginnen: „Unsere Wirtschaft braucht bessere Bedingungen im Wettbewerb – gerade vor dem Hintergrund der außenwirtschaftlichen Risiken, Brexit und Coronavirus", betont Aiwanger. Eine Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent würde zudem der Industrie die Möglichkeit geben, früher mit dringenden Investitionen in den Klimaschutz zu beginnen.

Deutschland sei mittlerweile zum Hochsteuerland geworden. Die hohe Steuerlast sei geradezu Gift für Branchen in der Transformation wie zum Beispiel die Automobilindustrie und ihre Zulieferer.

Arbeitsplätze beibehalten

„Wir warten schon über zehn Jahre auf diese Unternehmenssteuerreform. Zwischenzeitlich haben konkurrierende Industrienationen wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Belgien umfangreiche Steuerreformen und Steuersatzsenkungen vorgenommen. Die Zeit drängt!", kritisiert Aiwanger. Es gehe nur um die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, die Investitionen zum Beispiel in die Digitalisierung erleichterten. So könnten Arbeitsplätze im Inland gehalten werden.

„International wettbewerbsfähig sind 25 Prozent Gesamtsteuerbelastung, nicht 30 Prozent für Kapitalgesellschaften wie derzeit", so Aiwanger weiter. „Es leuchtet doch ein, die entrichtete Gewerbesteuer teilweise auf die Körperschaftsteuer anzurechnen." Für Personenunternehmen fordert Aiwanger die Schaffung einer Option zur Körperschaftsteuer. „Solidaritätszuschlag und Erbschaftsteuer müssen jetzt endlich abgeschafft werden, das wäre ein Befreiungsschlag für unseren Mittelstand!", hebt Aiwanger hervor. ❐

Augsburger Grundschüler werden zu Hirnforschern

Stiftung AUFWIND unterstützt Unterrichtsreihe

Sehen, fühlen, hören: Was haben die Sinne mit unserem Gehirn zu tun? – Gemeinsam mit dem Roboter „Herr Tie" können Augsburger Schülerinnen und Schüler in der Unterrichtsreihe „Wir sind Hirnforscher!" entdecken, wie das Gehirn die menschlichen Sinneswahrnehmungen steuert. Denn ab dem 2. März steht das umfassende Unterrichtsmaterial für die 3. und 4. Klassen mit anschaulichen Experimenten, Gruppenaufgaben und Versuchsaufbauten im Augsburger Medienzentrum zur Ausleihe.

Die Hirnforscherboxen bestehen aus dem kleinen Roboter (siehe Foto), Material und Arbeitsblättern für 5-8 Schulschulstunden beispielsweise zum Thema „Warum hat das Gehirn Falten?" oder „Wie kommunizieren Nervenzellen?". Um Kinder schon frühzeitig für die Naturwissenschaften zu interessieren, hat die Gemeinnützige Hertie-Stiftung diese Unterrichtsmaterialien mit Experten entwickelt.

Stiftung AUFWIND übernimmt Finanzierung

Initiiert von der Hertie-Stiftung übernimmt die Stiftung AUFWIND die Finanzierung für die Hirnforscherboxen in Augsburg. „Die Förderung moderner Unterrichtsmethoden liegt unserer Kinder- und Jugendstiftung besonders am Herzen", so die Stiftungsvorstandsvorsitzende Ursula Brandhorst-Burk.

Handlungsorientiertes Lernen wird gestärkt

An weiteren sieben bayrischen Standorten stellt die Hertie-Stiftung aus Eigenmitteln Hirnforscherboxen zur Verfügung – diese sind Ansbach, Bamberg, Füssen, Passau, Rosenheim, Saal an der Donau und Schwandorf. „Heute lernen Kinder schon im Grundschulalter, wie sie Neues selbst entdecken und sich Wissen aneignen können. Mit den Experimenten und Materialien der Hirnforscherboxen – vor allem von dem Roboter Herr Tie – werden sie angeregt, die komplexen Funktionen des Gehirns zu erforschen. Dies stärkt das handlungsorientierte Lernen und vielleicht auch ihre Begeisterung für die Naturwissenschaften", erläutert Anne Christine Mündnich, Projektleiterin der Hertie-Stiftung. ❐



Jahrespressekonferenz der bayerischen Sparkassen:

Starkes Kundengeschäft bei hohem Ergebnisdruck

Die Folgen aus zehn Jahren Niedrigzinsen kommen bei den Kunden der bayerischen Sparkassen und in ihrem Geschäftsbetrieb immer deutlicher zum Vorschein. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Jahrespressekonferenz in München feststellte, „müssen die Sparkassen jetzt neue Wege suchen, um damit so umzugehen, dass weder ihre Kunden noch sie selbst zu stark belastet werden. In einer starken Kundenbeziehung finden wir auch gemeinsame Wege und sinnvolle Anlageprodukte."

So konnten die bayerischen Sparkassen auch im Geschäftsjahr 2019 ihr Kundengeschäft wieder stark ausbauen: Sowohl bei Privat- als auch bei Unternehmenskunden sind Kredit- und Einlagevolumen überdurchschnittlich gestiegen. Das Kreditvolumen lag am Jahresende bei insgesamt 142,3 Mrd. Euro. Überdurchschnittlich wuchs dabei der Bestand an Unternehmenskrediten: Er stieg um 5,9 Prozent auf 76,3 Mrd. Euro. Das Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen nimmt seit Jahren besonders stark zu, so dass der Anteil der Mittelstandskredite an den Gesamtausleihungen wuchs.

Im Jahr 2019 wurden neue Darlehen in Höhe von 16,9 Mrd. Euro an Unternehmen und Selbständige zugesagt – 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Netzer zufolge wachsen die Darlehenszusagen weiterhin stetig, doch sei inzwischen eine Entschleunigung des Wachstums zu beobachten. Die bayerischen Unternehmen seien nach wie vor hochdynamisch, die Zeichen stünden auf Expansion. Am langsameren Wachstum lasse sich aber ablesen, dass sich die konjunkturellen Aussichten perspektivisch weiter eintrüben.

Mittelstandsfinanzierung

Vor diesem Hintergrund betonte der Verbandspräsident, dass die Bedingungen für die Mittelstandsfinanzierung nicht erschwert werden dürften. Auch angesichts des harten, zum Teil internationalen Wettbewerbs benötigten kleine und mittlere Unternehmen zuverlässige Finanzierungsbedingungen.

Während die Sparkassenkunden bei Finanzierungen von der aktuellen Nullzinslage profitieren, gestaltet sich die Situation bei den Einlagen mit einem gestiegenen Gesamtvolumen von 175 Mrd. Euro schwierig. Mit der EZB-Geldpolitik der vergangenen Jahre sind renditebringende Anlagen ohne Risiko faktisch nicht mehr möglich – sehr viele Kunden „parken" ihr Geld daher in Sichteinlagen. Damit verzichten sie laut Netzer auf Ertragschancen, die sie bei gutem Risikomanagement über Wertpapiere erzielen könnten.

Fast 90 Prozent der 2019 ausgereichten Kredite der Sparkassen an Privatpersonen waren Immobilienkredite (52,8 Mrd. Euro; +4,8 Prozent). Dieser Bestand wächst seit einiger Zeit langsamer als der von Bauträgern und anderen Wohnungsunternehmen (2019: +8,4 Prozent). Der Markt für private Immobilien hat sich zusehends verengt und Private stehen so vor allem in Ballungsgebieten immer öfter vor Hürden beim Immobilienerwerb. 2019 wuchs das Neugeschäft mit Privaten allerdings erstmals wieder überdurchschnittlich.

Auch im Bauspargeschäft verzeichneten die bayerischen Sparkassen 2019 eine gute Entwicklung. Nach einem besonders erfolgreichen Jahr 2018 blieben die Sparkassen 2019 auf Niveau und vermittelten eine Bausparsumme von insgesamt 6,67 Mrd. Euro. Netzer begrüßte, dass die staatliche Förderung für Bausparer mit der Wohnungsbauprämie ab 2021 angehoben wird (Einkommensgrenze von 25.600 auf 35.000 Euro, Prämienhöhe 10 Prozent). Dies helfe für den Vermögensaufbau in der Breite.

Nach einem guten Börsenjahr ist der Wertpapierumsatz nach einem Rückgang 2018 um 5,5 Prozent gewachsen. Dabei überstiegen zum siebten Mal in Folge die Wertpapierkäufe wieder deutlich die -verkäufe. Mit 11,3 Prozent deutlich zugenommen haben 2019 die Käufe von Investmentfonds. Noch mehr Kunden als im Vorjahr haben sich inzwischen auch dem regelmäßigen Wertpapiersparen zugewandt. Die Zahl der Fondssparpläne mit dem Verbundpartner Deka stieg 2019 um 15 Prozent, 2018 waren es 11 Prozent.

2019 war dabei insgesamt wieder ein Jahr der Geldvermögensbildung: Die Privatkunden der Sparkassen legten wie im Vorjahr insgesamt knapp 8,8 Mrd. Euro neu auf ihren Konten, Depots, in Bausparverträgen und Lebensversicherungen an. „Die Menschen denken an die Zukunft, geben nicht alles in den Konsum, sondern sparen", hob der Sparkassenpräsident hervor. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass nicht alle Einkommensgruppen diese Möglichkeiten haben."

Netzer forderte deshalb flankierende staatliche Fördermaßnahmen, um Aktien und Wertpapiere als weitere Säule der Altersvorsorge zu stärken. Als perspektivisch hilfreich bezeichnete er den Vorschlag, die Spekulationsfrist für Aktien wiedereinzuführen. Wer eine Aktie oder Anleihe länger als fünf Jahre hält, soll laut diesem Vorschlag von der Steuer auf Kursgewinne befreit werden.

Eine massive Behinderung für den Aufbau von privatem Vermögen zur Altersvorsorge sieht Netzer hingegen in einer Finanztransaktionssteuer, wie sie bereits seit mehreren Jahren in der Diskussion steht: „Ursprünglich gedacht für den Hochfrequenzhandel, würde sie der breiten Aktienkultur schaden – gerade in der jetzigen Situation ist das absolut widersinnig. Der Plan sollte deshalb möglichst bald vom Tisch."

Finanzielle Vorsorge stärken

Insgesamt entscheidend sei, dass die politische Diskussion über geeignete staatliche Fördermaßnahmen fortgesetzt wird, um die finanzielle Vorsorge zu stärken. In diesem Zusammenhang forderte Netzer erneut eine deutliche Anhebung des Sparerfreibetrags, damit auch Niedrigverdiener bessere Chancen zur Zukunftsvorsorge haben.

Im vergangenen Jahr erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1.621 Mio. Euro. Es liegt um 3,0 Prozent bzw. 50,2 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich für diese Entwicklung war, dass der Rückgang des Zinsüberschusses (-56,6 Mio. Euro) auch durch eine deutliche Steigerung der Provisionsüberschüsse (+80,5 Mio. Euro) nicht kompensiert werden konnte. Denn die trotz Sparmaßnahmen gestiegenen Verwaltungsaufwendungen (ebenfalls +80,5 Mio. Euro) zehrten diese guten Erträge aus dem Vertrieb vollständig auf. Entsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der bayerischen Sparkassen von 64,3 Prozent im Jahr 2018 auf 65,6 Prozent in 2019 verschlechtert. Um einen Euro zu verdienen, mussten die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr also fast 66 Cent einsetzen.

Der Trend in der Entwicklung des operativen Ergebnisses zeigt, dass sich die Spielräume zur Gegensteuerung weiter verengt haben. Effizienzsteigerung, Kosten optimierung und wachsender Vertriebserfolg können das Betriebsergebnis nicht auf dem alten Niveau halten. „Das Betriebsergebnis ist jetzt im Durchschnitt noch auskömmlich. Doch bei weiterem Anhalten der aktuellen Zinssituation müssen die Sparkassen tiefer eingreifen, um den Abwärtstrend abzupuffern", befürchtet Netzer.

Bei ihren Effizienzmaßnahmen stoßen die bayerischen Sparkassen inzwischen aber immer öfter an Grenzen. Es gibt bereits erste Institute, bei denen der Zinsüberschuss den Verwaltungsaufwand nicht mehr deckt. Sie sind also gehalten, neue Wege zu beschreiten. Nach Netzers Auffassung „stehen uns die betriebswirtschaftlich schwierigsten Zeiten noch bevor, weil sich die Auswirkungen der Niedrigzinssituation verschärfen und viele erfolgreiche Gegensteuerungspotenziale bereits ausgeschöpft sind. Wir müssen unsere Vertriebsanstrengungen weiter intensivieren, durchgehend Dienstleistungen bepreisen und unseren Zinsaufwand senken. Dazu gehört in Teilen auch, dass wir manche Altverträge kündigen und für große Einlagesummen Verwahrentgelte veranschlagen."

Dank des guten Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft ist 2019 ein gutes Betriebsergebnis nach Bewertung von 1,076 Mio. Euro zu verzeichnen. Nach den noch vorläufigen Berechnungen (Ende der Jahresabschlussprüfungen: 31.05.2020) wird nach Steuern am Ende ein Jahresüberschuss von 441,4 Mio. Euro (2018: 332,5 Mio. Euro) stehen.

Sparkassen als Förderer

Ihrem öffentlichen Auftrag entsprechend übernehmen die Sparkassen auch eine besondere Rolle als Förderer in der Gesellschaft des Freistaats: Neben Sponsoring und Spenden haben die 64 bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2019 insgesamt 115 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport in ihren Geschäftsgebieten fördern. Insgesamt wurden 2019 über 49 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt – das ist fast 1 Million pro Woche. Die Sparkassen entlasten damit auch ihre Trägerkommunen. Davon profitieren alle im Geschäftsgebiet – Kunden genauso wie Nichtkunden der Sparkassen.

Mit Blick auf ein weiteres Megathema, nämlich die rapide zunehmende digitale Transformation, verwies Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, darauf, dass diese den Alltag der Sparkassen genauso wie den ihrer Kunden verändere. Die Finanzwirtschaft insgesamt stehe auch ohne Niedrigzinssituation vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Der Umbruch, der sich mit der digitalen Transformation vollzieht, umfasse alle Bereiche des traditionellen Bankwesens. Jeder Teil der Wertschöpfungskette sei betroffen: Digitale Lösungen für die Endkunden, digitalisierte Prozesse im Bankbetrieb, neue digitale Geschäftsmodelle im Bankenmarkt. All das bedeute Neuorientierung und Investition.

Ende 2019 nutzten bereits bundesweit mehr als 8 Mio. Kunden regelmäßig die Sparkassen-App, die wiederholt von der Stiftung Warentest als beste Banking-App ausgezeichnet wurde. Daneben wird kontaktloses Bezahlen zusehends zur Normalität. Insgesamt 3,79 Mrd. girocard-Transaktionen wurden 2019 durchgeführt, davon 1,74 Mrd. allein von Sparkassenkunden. 37,3 Prozent aller Transaktionen, d.h. 27 Prozent des Umsatzes, liefen sogar kontaktlos.

Immer mehr Kunden entdeckten diese schnelle und einfache Bezahlweise für sich, wie Schmautz erläuterte: „Neue Lösungen brauchen immer ihre Zeit, bis die Kunden sie am Point of Sale tatsächlich einsetzen. Hier geht es erfahrungsgemäß nicht um Revolution, sondern um Evolution – die allerdings ist nicht aufzuhalten." 94,6 Prozent aller Sparkassen-girocards seien heute schon bereit für Kontaktlos-Zahlungen, die Vollausstattung werde noch 2020 erreicht.

Kontaktloses Bezahlen

Mehr als die Hälfte der Kontaktlos-Zahler interessiert sich dabei allerdings für die digitale Karte im Smartphone. Denn der Bezahlvorgang ist damit schnell, noch einfacher und das Smartphone ist ohnehin meist griffbereit. Seit Sommer 2018 bieten die meisten Sparkassen die digitale girocard für NFC-fähige Android-Smartphones an. Einsetzen können Kunden diese bei allen Händlern, an deren Terminals sie auch mit der physischen girocard kontaktlos bezahlen – allein in Deutschland an rund 725.000 Händlerkassen. Seit Dezember 2019 bieten die Sparkassen auch die Möglichkeit an, mit Apple Pay zu bezahlen. Aktuell wird dazu eine Sparkassen-Kreditkarte hinterlegt, im Laufe des Jahres folgt auch die Integration der girocard.

Mit der digitalen Transformation sind Standard-Bankgeschäfte zusehends in den Online-Bereich gewandert. Gleichzeitig ist das Personal in den Filialen weniger häufig, dann aber für spezielle, anlassbezogene Beratung gefragt. Deshalb haben viele bayerische Sparkassen ihr Geschäftsstellennetz umgebaut. Nach Schmautz' Worten „erfordern die gestiegenen Kundenerwartungen an die Beratungsqualität meist ein Team von Fachleuten. Das können Kleinstfilialen nicht leisten."

Starke Präsenz in der Fläche

Die 64 bayerischen Sparkassen haben außerdem in Kundenservicecenter und Digitale Beratungscenter investiert. Sie betreiben gleichwohl ein immer noch dichtes Netz von 2.195 Geschäftsstellen (2018: 2.260), 553 Selbstbedienungs-Geschäftsstellen (2018: 572) und 3.599 Geldautomaten (2018: 3.679). Damit bleiben sie nachhaltig stark präsent in der Fläche und sind auch für Kunden, die nicht online gehen, erreichbar. 90 Prozent der Menschen in Süddeutschland erreichen die nächste Sparkasse in weniger als 7 Minuten.

Fazit: Die deutsche Finanzwirtschaft steht derzeit vor einem strukturellen Herausforderungskatalog, wie es ihn noch nie gab – der Druck steigt. Für die Sparkassen geht es deshalb darum, sich abzuheben und ihre besondere Kundenbeziehung weiter zu vertiefen. Dazu müssen sie in ihren Backoffice-Aufgaben deutlich besser entlastet werden als in der Vergangenheit. Sparkassenpräsident Netzer forderte deshalb: „Die Sparkassen brauchen standardisierte Prozesse, klare Produktlandschaften und eindeutige Strukturen und auch eine bessere Arbeitsteilung in einer straffen, zielgerichteten Verbundorganisation, damit sie sich noch stärker auf ihre Kundenbeziehung konzentrieren können. Kunden sollen deutlich spüren, warum sie am liebsten Sparkassenkunden sind."

Einen wichtigen Baustein für den Prozess der Straffung und Verschlankung der Gesamt-Sparkassenorganisation sieht Netzer dabei in der Schaffung eines sog. Zentralinstituts, wie es derzeit in der Diskussion steht. Dabei sieht er das Ziel der Risikoreduzierung als maßgebend: „Es ist Konsens in der Gruppe, dass vor allem die Risiken der Verbundorganisation deutlich reduziert werden müssen. Sie haben sich in der Vergangenheit immer wieder aufreibend zulasten der Sparkassen realisiert. Außerdem geht es nach wie vor darum, Redundanzen abzubauen und Produktangebote zu verbessern." Jetzt müsse ein professioneller Prozess aufgesetzt werden, mit dem bald Schritt für Schritt die komplexen Fragen abgearbeitet werden. „Denn das Zeitfenster, in dem wir das Heft des Handelns in der Hand haben, ist nicht unbegrenzt. Wir müssen bald vorankommen", so Netzer.

Konzentration auf Kundenbindung

Alle Maßnahmen stünden letztlich immer unter der Maßgabe, dass die 378 deutschen und 64 bayerischen Sparkassen auch in Zukunft nachhaltig leistungsfähig bleiben wollen für die Menschen und die Wirtschaft in ihren jeweiligen Heimatregionen. Netzer zufolge bleibt deshalb immer die gesunde und gedeihliche Kundenbeziehung zentral, alles andere muss in vernünftiger Balance dazu beitragen. „Wir Sparkassen haben in den letzten 200 Jahren wiederholt gezeigt, dass wir schwierige Aufgaben lösen – damit wir unseren Kunden helfen, ihre Aufgaben zu lösen." **DK**



Volks- und Raiffeisenbanken ziehen Bilanz für 2019:

Trotz schwächelnder Konjunktur legen Wachstum und Ertrag zu

Für die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken war 2019 ein „ordentliches, von Wachstum geprägtes Jahr". Daran habe auch die schwächelnde Konjunktur nichts geändert. Und trotz Corona-Epidemie könne auch das laufende Jahr wieder ordentlich werden, sagte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB) in der summarischen Bilanzpressekonferenz der 227 Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat voraus. Das Wachstum der vergangenen Jahre werde sich fortsetzen. Das Ergebnis vor Steuern nahm, auch dank Sondereffekten, im Berichtsjahr um 32,5 % auf 1,65 (1,24) Mrd. Euro zu.

Diese positiven Entwicklungen dürften aber nicht davon ablenken, dass die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) die Banken vor gewaltige Herausforderungen stelle. Man müsse von einem langfristig niedrigen Zinsumfeld ausgehen, denn nach EZB-Prognosen werde das Inflationsziel von knapp unter 2 %, das als Voraussetzung für eine Zinswende gilt, noch bis mindestens zum Jahr 2024 verfehlt. Eine höhere Inflation als die derzeitige gilt aber der EZB als Voraussetzung für eine Zinsänderung.

Kreditgeschäft

Das Wachstum spiegelt sich in der (addierten) Bilanzsumme. Sie wuchs um 4,9 % auf 176 (168) Mrd. Euro. Dazu trugen die Kredite bei, die insgesamt um 6,3 % auf 109 Mrd. Euro zulegten. An Privatkunden wurden 48,5 Mrd. Euro (+5,7%) ausgereicht, an Firmenkunden, vor allem mittelständische, 69,9 Mrd. Euro (+7,0 %). Treibende Kraft im Kreditgeschäft waren Immobilienkredite wegen des anhaltenden Baubooms. Kredite an die öffentliche Hand stagnierten auf niedrigem Niveau. Die schwächelnde Konjunktur des vergangenen Jahres war im Kreditgeschäft der Mitgliedsbanken nicht zu spüren, weil die Kreditkunden weniger vom volatilen Exportgeschäft abhängig waren, sondern von der stabilen Binnenkonjunktur profitierten.

Aber auch das Einlagengeschäft trug zum Wachstum bei, denn die Kundengelder legten um 5,0 % auf 137 Mrd. Euro zu. Fleißigste Einleger waren Privatkunden mit 90,4 Mrd. Euro (+5,1 %) vor den Firmenkunden mit 36,3 Mrd. Euro (+6,3 %). Öffentliche Haushalte legten nur 8 Mrd. Euro (+0,8 %) an.

Problem Einlagenüberschuss

Besonders stolz sind die Genossenschaftsbanken darauf, dass sie die zusätzlich erzielten Einlagen voll wieder als Kredite ausgeben konnten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sie insgesamt einen Passivüberhang (Überhang an Einlagen) von 28 Mrd. Euro zu bewältigen hatten. Sie konnten insgesamt also nicht alle Einlagen als Kredite wieder vergeben. Da auch sie nicht ausreichend Anlagemöglichkeiten zur Verfügung hatten, andererseits aber auch nicht immer die Kunden dazu bewegen konnten, Aktien und Fondsanteile zu kaufen oder Versicherungen und Bausparverträge abzuschließen statt einfach Geld aufs Konto einzuzahlen, mussten sie 4,5 Mio. Euro Strafzinsen auf ihre Einlagen bei der EZB zahlen. Und das, obwohl die Kunden im Finanzverbund bei Union Investment, bei den R+V-Versicherungen und der Bausparkasse Schwäbisch Hall Anlagen über 226,1 Mrd. Euro (+13,3 %) getätigt hatten. Gros: „Der Einlagenüberschuss wird in der Niedrigphase zum Problem." Staats- und Unternehmensanleihen aber seien so risikobehaftet, dass sie für eine Anlage ausschieden.

Was bei der EZB Strafzinsen heißt, nennt sich bei den Banken Negativzinsen. Davon seien aber nur 0,5 % aller Privatkunden betroffen und nur 0,1 % des gesamten Zinsertrages. Zwei Drittel der Mitgliedsbanken hätten überhaupt keine Negativzinsen eingeführt, und das verbleibende Drittel lediglich für eine kleine, vermögende Kundengruppe. Entsprechende Konditionen für Neukunden dienten dazu, Bestandskunden zu schützen, sofern nur das Ziel verfolgt werde, Geld auf dem Konto zu parken. Neukunden, die mit dem Geld Geschäfte tätigen wollten, fielen nicht unter die Negativzins-Regelung.

Der durchschnittliche Privatkunde einer Volks- oder Raiffeisenbank habe weniger als 20.000 Euro auf dem Konto liegen, und das sei weit unterhalb der Grenze, bei der man anfange, über Negativzinsen nachzudenken. Bei Firmenkunden und öffentlichen Anlegern gehörten Negativzinsen und Verwahrentgelte dagegen seit Längerem schon zur gängigen Praxis. Das lasse sich mit den höheren Einlagensummen erklären.

Solides Wirtschaften

Vor diesem geschäftlichen Hintergrund ist das schon erwähnte Ergebnis vor Steuern zu sehen. Die Steigerung um 32,5 % sei, so Gros, auf zwei Effekte zurückzuführen. Den größten Einfluss hatte die Erholung an den Aktien- und Anleihemärkten, was eine Zuschreibung im eigenen Bestand von 154 Mio. Euro bewirkt habe. Im Vorjahr hatten noch Wertberichtigungen von minus 310 Mio. Euro zu Buche geschlagen. 2019 hätten die Mitgliedsbanken das wieder aufgeholt, was sie im Jahr zuvor an Abschreibungen hatten hinnehmen müssen. Zum Zweiten spielt das Provisionsergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und der Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen eine wichtige Rolle, denn es legte um 10 % auf 1,645 (1,241) Mrd. Euro zu.

Dagegen ging der Zinsüberschuss auf Grund regulatorischer Vorgaben um 26 Mio. auf 2,930 (2956) Mrd. Euro zurück, weil im Kreditbuch auf Grund regulatorischer Vorgaben Wertberichtigungen von 34 Mio. Euro zu verkraften waren. Außerdem sank die Zinsspanne weiter auf 1,71 (1,81) %, wogegen die Provisionsspanne auf 0,70 (0,67) % zulegte. Zwar stiegen die Betriebskosten um 26 Mio. auf 2,639 Mrd. Euro, doch seien sie im Verhältnis zur Bilanzsumme gesunken, wie auch die Aufwand/Ertrag-Relation (CIR) mit 64,3 (64,7) % zeige. Dies sei im Bankenvergleich ein sehr gutes Ergebnis, betonte Gros, der als Beweis für solides Wirtschaften der Mitgliedsbanken auch auf die Kernkapitalquote von 15,64 % verwies. All dies gebe Grund zum Optimismus. Wie sich der momentane Einbruch an den Aktienmärkten generell auf die Wirtschaft und speziell das Geschäft und den Ertrag der Volks- und Raiffeisenbanken auswirkt, sei derzeit noch nicht zu sagen.

Wenig zufrieden sind die Genossenschaftsbanken mit den EU-Plänen für eine „Green-Finance-Wirtschaft". Um Lenkungseffekte zum ökologischen Umbau der Wirtschaft zu erzielen, sollten, so Gros, die Kreditinstitute als „Öko-Sheriffs" missbraucht werden. Klimaschutz und Nachhaltigkeit seien zwar wichtige Ziele, aber es sei nötig, klar zu definieren, was als nachhaltig anzusehen sei. Auf die Kreditvergabe und das Geschäft des Mittelstandes kämen unter Umständen gewaltige Umwälzungen zu. Wenn es bei der Kreditvergabe ganz wesentlich auf Klima- und Umweltverträglichkeit der Kredite ankomme, würde die bisherige Praxis, Kredite anhand ihres Risikos zu bewerten, aufgeweicht. Dabei sei aber bisher unbeantwortet, ob grüne Investitionen per se ein geringeres Risiko in sich trügen als herkömmliche Kredite. Es sei nicht auszuschließen, dass auf diese Weise falsche Investitionsanreize im Finanzwesen gesetzt würden, was das Gegenteil von Finanzstabilität bewirke und zur Bildung neuer Blasen führen könne. Was jetzt eventuell bevorstehe, würde regulatorisch fast alles in den Schatten stellen, was man in den vergangenen Jahren gesehen habe, warnte Gros. Die Banken würden zu Handlangern der Politik. Es sei zu bezweifeln, dass allen Akteuren die Folgen der Nachhaltigkeitspolitik bewusst seien.

Kritik an Olaf Scholz

Kritik übte Gros auch an Bundesfinanzminister Olaf Scholz wegen dessen Eintreten für eine europäische Einlagensicherung als Baustein für die Bankenunion. Ein solcher Schritt gefährde die Bankenstabilität. Welche Bank, vor allem in Frankreich, Italien und Griechenland, verspüre noch den Anreiz, die eigenen Bilanzen zu bereinigen, wenn es eine europäische Einlagensicherung gebe? Diese Länder hätten immerhin 52 % aller europäischen Problemkredite in ihren Büchern. Außerdem forderte Gros, dass Staatsanleihen wie Firmenkredite zu behandeln. Auch sie sollten mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.

EZB-Maßnahmen

Was die EZB-Politik angeht, hält Gros nichts von einer weiteren Zinssenkung, also der Erhöhung der Strafzinsen, denn Mangel an Liquidität sei nicht das Problem. Es fehle vielmehr an Produktionsvoraussetzungen und -möglichkeiten. Außerdem sei die Bevölkerung verängstigt. Darauf müssten die EZB-Maßnahmen abstellen. In den Jahren 2008/09 habe es eine Finanzkrise gegeben, dieses Mal handle es sich aber um eine realwirtschaftliche Krise.

2019 ist die Zahl der Genossenschaftsbanken durch Fusionen von 236 auf 227 geschrumpft. Heuer sei mit zehn Fusionen zu rechnen. Weiter zurückgehen werde auch die Zahl der Geschäftsstellen. Im Berichtsjahr nahm ihre Zahl auf 2158 (2254) ab. Die Zahl der Mitarbeiter werde weiter von zuletzt 30 755 auf unter 30 000 abnehmen.

Wenn es gelinge, die Kosten weiter zu senken, „und daran arbeiten wir permanent", habe er für das laufende Jahr allen Grund zum Optimismus, auch was das Ergebnis angehe, sagte Gros. Der Bauboom bleibe ein Geschäftstreiber. **dhg.**



GVB-Präsident Jürgen Gros (l.) gemeinsam mit GVB-Vorstand Alexander Büchel. ❒

Förderbilanz 2019:

Fast 2,4 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen

Die LfA Förderbank Bayern hat 2019 die bayerischen Unternehmen und Kommunen mit Darlehen von fast 2,4 Milliarden Euro unterstützt. Damit liegt das Kreditvolumen im Durchschnitt des hohen Fördervolumens der letzten fünf Jahre und um 16 % unter dem Rekordförderjahr 2018.

Das Zusagevolumen bei den programmgebundenen Förderkrediten betrug rund 1,8 Milliarden Euro. Deutliche Nachfragezuwächse gab es bei Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben sowie insbesondere in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Alleine die Nachfrage der kleinen und mittleren Betriebe in der Energieeffizienzförderung stieg um knapp 14 Prozent auf rund 300 Millionen Euro.

„Bayerns Wirtschaft verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit vor allem den vielen kreativen und innovativen Unternehmen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb setzen wir auf die LfA, die mit ihrem umfassenden und flexiblen Förderangebot Investitionen von Unternehmen und Kommunen unterstützt. Umwelt- und Energiemaßnahmen werden dabei ebenso finanziert wie Innovation und Digitalisierung oder Existenzgründer und Unternehmensnachfolger. Die LfA ist somit unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat", so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „2019 war im mehrjährigen Vergleich ein erfolgreiches Jahr für die LfA. Insbesondere die gestiegene Fördernachfrage bei Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zeigt, dass unser Angebot beim bayerischen Mittelstand gefragt ist. Über 4.300 Unternehmer und Kommunen profitierten von den Fördervorteilen der LfA. Die insgesamt eingetrübte Fördernachfrage ist auf die Auswirkungen des gegenüber dem Rekordförderjahr 2018 schwierigeren Marktumfelds, insbesondere die sich verschärfende Niedrigzinsphase, zurückzuführen." ❒

Genossenschaftsbanken :

Starker Partner im Fördergeschäft

575 Millionen Euro an Förderkrediten vergeben
Bayerischer Mittelstand profitiert vom attraktiven Angebot

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 2019 über 575 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern vergeben. Mit über 2.400 Zusagen an den bayerischen Mittelstand und einem Anteil von rund einem Drittel am gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumen ist die Partnerschaft mit den Genossenschaftsbanken ein Erfolgsmodell.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Fördermittel lohnen sich – egal ob bei Unternehmensnachfolge, Digitalisierung oder Energieeffizienz. Günstige Zinssätze, lange Laufzeiten und in bestimmten Bereichen zusätzliche Investitionsanreize durch unsere Tilgungszuschüsse sind nur einige Vorteile. Insbesondere die hohe Fördernachfrage im Bereich Energie und Klimaschutz zeigt, dass unsere Förderung beim bayerischen Mittelstand gefragt ist."

Produktoptimierungen im Visier

„Damit das so bleibt, entwickeln wir unser Angebot laufend weiter", fuhr Beierl fort. „Mit dem Innovationskredit 4.0 mit Tilgungszuschuss haben wir im vergangenen Jahr unter anderem unsere Innovations- und Digitalisierungsförderung komplett neu aufgestellt. Für dieses Jahr sind weitere Produktoptimierungen geplant. Gemeinsam mit den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützen wir die Betriebe im Freistaat dabei, in innovative, umweltschonende und effiziente Technologien zu investieren. So können die Unternehmen langfristig Kosten senken und Wachstum sichern."

Flexible Förderangebote

Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), ergänzt: „Mit ihren flexiblen Förderangeboten ermöglicht es die LfA der bayerischen Wirtschaft, zukunftsorientierte Investitionen zu attraktiven Konditionen zu verwirklichen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat als Hausbanken vieler Unternehmer sind fest in der Region verwurzelt und nah an ihren Kunden. Dadurch tragen sie maßgeblich dazu bei, dass die Fördermittel ihre gewünschte Wirkung entfalten und die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Betriebe verbessern. Die bewährte Kooperation von LfA und genossenschaftlichen Hausbanken stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern, sichert Arbeitsplätze und schafft neue Stellen."

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. **Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten unter www.lfa.de** ❒

Bundesrats-Entscheidung über die Umsetzung der finalen Basel III-Standards:

Für EU-Bankenregulierung mit Augenmaß

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt die Entscheidung des Bundesrats zur Entlastung kleiner und mittlerer Banken. Im Rahmen der Umsetzung der Basel-III-Finalisierung fordert der Bundesrat in einer Resolution an die EU-Kommission Erleichterungen für kleinere Banken zum Nutzen der mittelständischen Wirtschaft.

Ausdrücklich erkennt der Bundesrat an, dass insbesondere kleinere und mittlere Banken eine unverzichtbare Rolle bei der Mittelstandsfinanzierung einnehmen. Allerdings hätten sie Wettbewerbsnachteile gegenüber großen Banken hinzunehmen, weil die Kosten der Regulierung die kleinen und mittleren Banken besonders belasteten. „Dass die Länderkammer diese Ungleichbehandlung nun beseitigen will, ist richtig", sagte GVB-Präsident Jürgen Gros in München. „Denn die überbordende Regulierung behindert diese Institute bei der Erfüllung ihrer Aufgabe."

Umsetzung von Basel III

Der GVB unterstützt ausdrücklich das erklärte Ziel des Bundesrats, wonach die finale Umsetzung von Basel III die Finanzierung der Realwirtschaft in Deutschland nicht erschweren und verteuern dürfe. „Wenn Bankenregulierung die Realwirtschaft ausbremst, leiden darunter Wachstum und Beschäftigung", warnt Gros.

„Die Länderkammer unterstreicht mit ihrer Initiative die Besonderheiten und die Vielfalt des deutschen Bankensektors und die Bedeutung der Regionalbanken für die mittelständische Wirtschaft", kommentiert Jürgen Gros, Präsident des GVB, die Bundesratsentscheidung.

Überfällige Entlastungen

„Der Bundesrat sendet das richtige Signal an Brüssel." Für die Entlastung kleiner Banken sei in der letzten Banken-Novelle schon viel passiert, aber noch nicht genug. Weitere Entlastungen seien daher überfällig, mahnte Gros. Der GVB-Präsident hofft nun darauf, dass sich die EU-Kommission die Argumentation der deutschen Bundesländer zu eigen macht. Die oberste europäische Behörde bereitet derzeit einen Gesetzesvorschlag vor, mit dem der zweite Teil des Basel III-Regelwerks in europäisches Recht übertragen werden soll.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.212 Mitgliedern zählen 227 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 985 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,9 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat (Stand: 31.12.2019). ❒

Bayerntourismus als Stabilitätsanker:

Erstmals mehr als 100 Millionen Übernachtungen in Bayern

Aiwanger: „Interesse an nachhaltigen Angeboten steigt“

Zum zehnten Mal hintereinander wächst der Tourismus in Bayern gegenüber dem Vorjahr. Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger: „Der Bayerntourismus ist ein Stabilitätsanker. Mit 100,9 Millionen Übernachtungen konnte 2019 der Rekordvorjahreswert um nochmals 2,2 Prozent gesteigert werden. Bei den Gästeankünften war es ein Plus von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.“ Insgesamt gab es erstmals über 40 Millionen Ankünfte von Gästen in Bayern im Jahr 2019.

Aiwanger weiter: „Wir nehmen diese Beliebtheit zum Anlass, die Nachhaltigkeit unserer Tourismuspolitik zu stärken, damit wir unsere Vorreiterrolle auch in Zukunft behalten. Das Interesse an nachhaltigen Angeboten steigt. Das bietet erhebliche Potenziale für die Weiterentwicklung des Tourismus in der Fläche. Der Tourismus soll noch mehr regionale Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen und von der Bevölkerung akzeptiert werden.“ Zudem veränderten die Digitalisierung und die steigende Mediennutzung die Geschäftsmodelle im Tourismus massiv. Auf Dauer könne die Querschnittsbranche Tourismus nur bestehen, wenn nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ökologische Aspekte stärker thematisiert würden. Tourismus in Bayern könne nur im Einklang mit Mensch und Natur funktionieren, machte Aiwanger deutlich.

Um das Tourismusland Bayern in der digitalen Welt noch stärker zu präsentieren und die bayerischen Akteure im Tourismus fit für die Digitalisierung zu machen, müsse man Innovation, digitale Infrastruktur und Information voranbringen. Die für dieses Jahr geplante Gründung der „by. TM Kompetenzstelle Digitalisierung“ in Waldkirchen setzt hier an. Aiwanger: „Der Bayerntourismus soll nachhaltig und zukunftsfähig sein, deswegen schalten wir den digitalen Turbo ein.“

Im Rahmen der High-Tech Agenda Bayern werden für den Bereich Tourismus 30 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln veranschlagt, die Haushaltsverabschiedung durch den Landtag ist für April geplant.

Hotel und Gastronomie als regionale Wirtschaftsmotoren

„Hotellerie und Gastronomie sind die regionalen Wirtschaftsmotoren, sie sind Garanten einer positiven ländlichen Entwicklung“, erläutert DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer, „doch obwohl die Umsätze steigen, sinkt aufgrund der überproportional gestiegenen Personalkosten in vielen Betrieben die Umsatzrendite.“ Aus diesem Grund fordert Inselkammer eine Entlastung der Gastronomiebetriebe: „Den reduzierten Mehrwertsteuersatz auch in diesem Bereich einzuführen, würde die Betriebe wirtschaftlich rentabler werden lassen, sie könnten in den Substanzerhalt investieren, die Investitionen kämen direkt der Wirtschaft zugute und der Ort würde sofort an Lebensqualität gewinnen. Wie gut das funktioniert, hat man bei der Hotellerie gesehen. Das sage übrigens nicht ich, das sagt auch der aktuelle Betriebsvergleich für Hotellerie und Gastronomie in Bayern“, so Inselkammer. „Wenn dann noch ein weniger bürokratisches Umfeld geschaffen werden würde, dass wieder mehr selbstverantwortliches Handeln zuließe und das Arbeitszeitgesetz an die Lebenswirklichkeit angepasst werden würde, wäre der Branche extrem geholfen“, sagt Inselkammer.

Heilbäderverband als starker Partner

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) geht mit soliden Zahlen und mit Fußballweltmeister Philipp Lahm als starkem Partner in das neue Tourismusjahr. Rund 5,7 Millionen Ankünfte bedeuteten 2019 ein Plus von 0,7 Prozent, rund 24,3 Millionen Übernachtungen eine Zunahme um 0,2 Prozent. Philipp Lahm, Kapitän des deutschen Weltmeister-Teams und Unternehmer, ist nicht nur das Gesicht einer groß angelegten Marketingkampagne unter dem Hashtag #gesundkannjeder. Gemeinsam mit seinem Expertenteam und dem BHV entwickelt Lahm Gesundheitsprogramme, die nur in den bayerischen Heilbädern und Kurorten angeboten werden.

„Wir stärken mit dieser Kooperation die Bekanntheit und das Image der einzelnen Heilbäder und Kurorte unter dem Dach unserer Marke ‚Gesundes Bayern‘“, so der BHV-Vorsitzende Klaus Holetschek. „Ziel der Kooperation ist es, das Image der Heilbäder und Kurorte zu verjüngen und neue Zielgruppen zu gewinnen.“ Die Gesundheitsprogramme sollen die Menschen für einen gesunden Lebensstil begeistern, die Bekanntheit der Heilbäder und Kurorte und der Marke Gesundes Bayern steigern. Die Programme werden derzeit entwickelt, der Start für buchbare Pakete ist für Sommer 2020 geplant.

„Bayern ist und bleibt Urlaubsland Nummer 1. Potenziale sehen wir aber noch im Bereich Haupturlaub. Mit unserem Kommunikationsschwerpunkt Urlaub am Wasser greifen wir ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Haupturlaub auf und wollen so das Segment der Reisen ab fünf Tagen ausbauen und gleichzeitig die touristische Wertschöpfung vor allem in den ländlichen Räumen stärken“, sagt Barbara Radomski, Geschäftsführerin der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH (by.TM). „Der Fokus auf den Nahurlaub am Wasser kommt zudem der steigenden Nachfrage nach nachhaltigen Angeboten im Tourismus nach. Ein Thema, das wir in den kommenden Jahren noch stärker in unserer Strategie verankern werden“, so Radomski.

Mit einer integrierten Kampagne wird die by.TM daher ab 2020 Bayern als perfekte Destination für den Sommerurlaub und somit für die Haupturlaubsreise positionieren. Seen und Flüsse prägen das Landschaftsbild im Freistaat und bieten perfekte Bedingungen für unterschiedliche Freizeitaktivitäten. „Wichtig ist uns dabei, die Einzigartigkeit des Urlaubserlebnisses aufzuzeigen, denn bei uns tauchen Gäste nicht nur in die bayerischen Seen und Flüsse, sondern auch ins bayerische Lebensgefühl ein. Mit den persönlichen Tipps unserer Bayern-Botschafter für ihre Lieblingsorte und Aktivitäten an den Gewässern ihrer Heimat zeigen wir die ganze Vielfalt der Möglichkeiten für einen Urlaub am Wasser in Bayern“, sagt Radomski abschließend. ❐

Kultur- und Kreativunternehmen:

Taktgeber für die Wirtschaft

Wirtschaftsminister Aiwanger stellt Branchenreport vor

Bayerns Kultur- und Kreativwirtschaft hat in den vergangenen Jahren einen großen Schritt nach vorne gemacht. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Unsere Wirtschaft kann beides: große Ingenieurskunst und kreative Höchstleistungen. Es ist ein starkes Zeichen, dass sich die Kultur- und Kreativwirtschaft in Zeiten des Umbruchs so dynamisch entwickelt hat. Fast 30 Prozent mehr Wertschöpfung und 24 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit 2013 sprechen für sich. Die Softwareschmieden, Medienunternehmen und Designbüros sind Taktgeber für die Wirtschaft mit großem Einfluss auf andere Branchen. Solche Impulse sind notwendiger denn je.“

Aiwanger hat im Rahmen der neunten Munich Creative Business Week den neuen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht für den Freistaat vorgestellt. Die wichtigsten Teilbranchen sind in Bayern die Software- und Gamesindustrie, die Rundfunkwirtschaft sowie der Presse- und Werbemarkt. Im ganzen Sektor, der aus elf Teilmärkten besteht, wurden insgesamt 37,5 Milliarden Euro umgesetzt. Damit stammen rund 22 Prozent aller bundesweiten Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft aus Bayern.

Positives Stimmungsbild

„Dieses positive Stimmungsbild ist nicht dem Zufall geschuldet, sondern auch das Ergebnis unserer Politik. Über den „FilmFernsehFonds Bayern“ unterstützt die Staatsregierung mit ihren Partnern die bayernweit bedeutenden Bereiche „Games“ und „Film“ mit mehr als 40 Millionen Euro jährlich. Außerdem fördern wir die Munich Creative Business Week als Highlight der deutschen Designszene mit einem Millionenbetrag und sorgen mit „bayern kreativ“ in Nürnberg als Anlaufstelle für alle Kreativen in Bayern dafür, dass die Branche professionelle Unterstützung erhält und sich vernetzen kann“, betont Wirtschaftsminister Aiwanger.

Eine starke und gut aufgestellte Kultur- und Kreativbranche sei schließlich im Interesse der Staatsregierung, so Aiwanger. „Bayerns Kultur- und Kreativbetriebe müssen auch den europaweiten Vergleich nicht scheuen. Sie behaupten sich neben den anderen Spitzenstandorten wie beispielsweise Île-de-France, Niederlande oder Dänemark. „Dennoch dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen und müssen unsere Förderung weiter verbessern. Gerade im ländlichen Raum gibt es noch viel Potential zu heben.“

Der Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht für Bayern ist nach 2012 zum zweiten Mal erschienen und wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in Auftrag gegeben. Die Studie wurde vom Bayerischen Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft und der Prognos AG durchgeführt. ❐

Sparkassen halten die Finanzinfrastruktur aufrecht

Die Sparkassen stehen laut Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, auch in einer verschärften Corona-Krise für eine stabile Bargeldversorgung und Zahlungsverkehrsinfrastruktur. „Auf die 64 bayerischen Sparkassen in den bayerischen Regionen ist Verlass. Alle wichtigen Finanztrankaktionen können weiter wie immer abgewickelt werden. Das gilt z.B. für Bargeldverfügungen und Überweisungen.“

Die Corona-Krise sei für uns alle eine Herausforderung. Die Sparkassen als Hausbanken arbeiten bereits im Hochbetrieb, um sich darauf vorzubereiten, dass sie die Mittel aus dem Förderprogramm für Liquiditäts- und Kredithilfen für ihre betroffenen Gewerbe- und Firmenkunden schnell und reibungslos weitergeben können, sobald die Umsetzung startet.

Netzer erläuterte, dass die 64 Sparkassen dabei den Betrieb ihrer 2.195 personenbesetzten Geschäftsstellen nicht überall vollständig aufrechterhalten können. Wo Mitarbeiter wegen fehlender Kinderbetreuung oder z.B. als Urlaubsrückkehrer wegen vorbeugender Quarantänemaßnahmen ausfallen, müssten bei wenigen Sparkassen auch einzelne Geschäftsstellen geschlossen werden. Bislang ist das aber der Ausnahmefall. Die 553 Selbstbedienungsfilialen laufen flächendeckend im Normalbetrieb.

Netzer dazu: „Wenn eine Geschäftsstelle vorübergehend geschlossen ist oder ihre Öffnungszeiten eingeschränkt hat, heißt das nicht, dass man seine Bankgeschäfte nicht tätigen kann. In Zeiten, in denen wir alle die persönlichen Kontaktpunkte reduzieren, gewinnt das Onlinebanking an Bedeutung. Auch unsere Kundenservicecenter für das Telefonbanking haben ihre Kapazitäten aufgestockt. Zudem werden bereits viele Beratungen telefonisch durchgeführt – auch aus dem Homeoffice der Mitarbeiter heraus.“

Gesicherte Bargeldversorgung

Überall dort, wo noch persönlicher Kundenkontakt stattfindet, achten die Sparkassen auf die nötige Distanz- und Hygienemaßnahmen. Was das Bezahlen vor Ort angeht, ergänzte Netzer: „Die Bargeldversorgung ist weiterhin gesichert. Doch gerade jetzt empfehlen wir auch Kartenzahlungen bzw. sogar das kontaktlose Bezahlen mit der SparkassenCard, mit einer Kreditkarte oder mit dem Smartphone.“

Kontaktlose Kartenzahlungen sind bis 25 Euro ohne PIN-Eingabe am Terminal möglich, mobile Zahlungen mit Hilfe des Fingerabdrucks bzw. der Face ID am eigenen Smartphone - und damit unter besonders hygienischen Bedingungen machbar. ❐

Spielbank Bad Kötzting feiert 20-jähriges Bestehen

„Vor 20 Jahren am 25. Februar 2000 wurde die Spielbank Bad Kötzting eröffnet. Sie bereichert das kulturelle Leben vor Ort und ist ein Alleinstellungsmerkmal des jüngsten Kneippheilbad Bayerns“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Jubiläumsfeier der Spielbank in Bad Kötzting. „Seit der Gründung haben bereits rund 820.000 Besucher ihr Glück im Spiel versucht“, stellte Füracker fest.

Mit der „Boarischen Late Night Show“ ist die Spielbank ein fester Bestandteil im Kulturkalender der Stadt geworden. Auch in der Region ist sie stark vernetzt. Es besteht eine Kooperation mit dem Konzerthaus Blaibach und eine Partnerschaft mit dem FC Kötzting. Spielangebot wie auch die Raumgestaltung werden immer wieder an die sich ändernden Kundenwünsche angepasst. So wurde 2009 die Dachterrasse zu einem Eventbereich ausgebaut.

„In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Spielbank alle Herausforderungen gemeistert. Ich bin zuversichtlich, dass die Spielbank Bad Kötzting auch künftig Anlass zur Freude geben wird. Der Freistaat wird keine Zweifel an dieser Zukunft aufkommen lassen“, betonte Füracker.

Die Spielbank Bad Kötzting ist eine von neun Spielbanken in Bayern und mit 57 Mitarbeitern ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Sie wird von der Staatlichen Lotterieverwaltung betreut, die zum Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat gehört. Der Spielbetrieb findet im sogenannten „Blauen Edelstein“ statt. Das Gebäude wurde von der Stadt Bad Kötzting im Jahr 2000 errichtet und ist an die Spielbank vermietet. ❐



Führungsunterstützungsnetzwerk für Katastrophenschutzeinheiten

Auftakt der neuen VKB-Veranstaltungsreihe „Fachtagung FUNKE“ in München

Bei Großschadenslagen ist es unabdingbar, dass die verschiedenen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) an einem Strang ziehen, um den Einsatz erfolgreich zu bewältigen. Damit es gelingt, gemeinsam in Extremsituationen zu agieren, müssen neben den Einheitsführern der bayerischen freiwilligen Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, des THW, der Polizei und der Bundeswehr auch die Unterstützungs-, Fach- und Führungsgruppen der verschiedenen Blaulichtorganisationen und Behörden Hand in Hand zusammenarbeiten. Mit der Fachtagung FUNKE bot die Versicherungskammer Stiftung erstmals eine Plattform zum fachlichen Diskurs und Netzwerken für die Führungsunterstützungskräfte von Katastrophenschutzeinheiten. Knapp 300 Teilnehmer waren in der VKB-Zentrale in München zu Gast.

Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Fachausstellung im Innen- und Außenbereich. Vor dem Eingang der W30 konnten die Teilnehmer erstmals Einsatz- und Führungsfahrzeuge verschiedener Rettungs- und Hilfsorganisationen im Betrieb begutachten, ergänzt durch diverse Aussteller, die im Innenbereich Einsatz-Softwarelösungen, Kommunikations- und Alarmierungstechnik sowie weiteres (technisches) Equipment für Sondereinsatzlagen präsentierten.

Verbesserte BOS

In ihrer Begrüßung unterstrichen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und der Vorstandsvorsitzende der Versicherungskammer Bayern, Dr. Frank Walthes, wie wichtig es ist, die Führungsunterstützung weiterzuentwickeln. Herrmann verwies in diesem Zusammenhang auf das sich am nächsten Tag zum vierten Mal jährende Zugunglück von Bad Aibling. An diesem Unglücksfall zeigte er die hervorragende Zusammenarbeit zwischen allen BOS in Bayern, aber auch über die Landesgrenzen Bayerns hinweg auf. Herrmann zufolge haben sich die BOS sowohl in der Ausstattung als auch in der Zusammenarbeit in den vergangenen 20 Jahren verbessert.

Wie der Minister erläuterte, stehen im Rahmen des Investitionsprogramms „Katastrophenschutz Bayern 2030“ im Haushaltsjahr 2020 insgesamt 17,1 Millionen Euro zur Verfügung, 2019 waren es bereits 16,2 Millionen Euro. In den kommenden Jahren sollen die Leistungen des Freistaats Bayern für den Katastrophenschutz noch weiter ausgebaut werden: „Wir finanzieren mit den staatlichen Mitteln wichtige Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehren, den Sanitäts- und Betreuungsdienst und die Wasserrettung, die für Hochwasser oder bei Schneekatastrophen, einem Stromausfall oder einem Massenanfall von Verletzten benötigt werden.“

Die Errichtung und den Betrieb des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen im oberpfälzischen Windischeschenbach werde der Freistaat im Gesamtvolumen von voraussichtlich über 20 Millionen Euro zu einem Fördersatz von 90 Prozent unterstützen, machte der Minister zudem deutlich. Dort sollen Einsatzkräfte organisationsübergreifend auf das Verhalten bei komplexen Einsatzszenarien vorbereitet werden.

Starkes System

Darüber hinaus hob Herrmann die Bedeutung des reibungslosen Zusammenwirkens der verschiedenen Einsatzorganisationen im Katastrophenfall hervor: „Der heutige Tag trägt dazu ganz entscheidend bei, indem sich Mitglieder der Hilfsorganisationen bei Fachvorträgen fortbilden und in Diskussionsforen kennenlernen können“, betonte der Minister und sprach sich für eine Fortsetzung dieses Formats aus.

Generell ist in Bayern aus seiner Sicht ein starkes System aus Katastrophenschutzbehörden und Einsatzorganisationen geschaffen worden, das hervorragend zusammenarbeitet. „Mein großer Dank gilt allen, die sich dazu entschieden haben, im Katastrophenfall für andere da zu sein“, so Herrmann.

Wie Dr. Frank Walthes darlegte, sieht die VKB ihre Aufgabe darin, Bayern eine Plattform für diesen Austausch zu bieten. „Aus Leidenschaft und Tradition“ führe die Versicherungskammer Bayern diese neue Veranstaltungsreihe durch. Seit 100 Jahren fungiere die VKB als Partner der Feuerwehren; deshalb sei es selbstverständlich, das bayerische Ehrenamt zu unterstützen und darauf zu achten, dass Sicherheit nicht nur mit Blick auf die versicherungstechnische Komponente, sondern vor allem für die Menschen gewährleistet ist.

Diverse Forschungsprojekte seien in der Lage, Vorhersagen für Naturereignisse zu treffen und Schadenbilder abzuleiten, fuhr Walthes fort. KATWARN beispielsweise, ein ergänzendes Warnsystem, das in Zusammenarbeit von Fraunhofer FOKUS und der Versicherungskammer Bayern entwickelt wurde, warnt per App, SMS oder E-Mail nicht nur vor Großbränden, sondern auch vor anderen Katastrophen wie schweren Unwettern oder Bombenfunden.

Schadenlast minimieren

Jederzeit könnten Sondereinsatzlagen entstehen, die Schadenregulierer seien hier bestens vorbereitet. Ehrenamtliche Hilfskräfte stellten sicher, dass die Schadenlast für den Versicherer minimiert wird. Dienste für die Schadenregulierung würden auch am Wochenende geleistet. „Aus unserer Sicht ist es eine vorbildliche Aufgabe, nicht nur im Hauptamt, sondern auch im Nebenamt für die Gesellschaft tätig zu sein. Eine bürgerliche Zivilgesellschaft erfordert auch, dass sich die Menschen in besonderen Einsatzlagen sowohl am Arbeitsplatz als auch im Ehrenamt über Gebühr engagieren. Die VKB unterstützt dies“, betonte Walthes. Allen Einsatzkräften sprach er seinen Dank dafür aus, im Katastrophenfall für andere da zu sein.

„Die Sicherstellung der Kommunikationsfähigkeit ist höchstes Ziel bei einer Katastrophe“, stellte Brandamtmann Jochen Gawenda, Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried, in seinem Fachvortrag zum Thema „Informations- und Kommunikationsstrukturen (IuK) bei Flächenlagen“ fest.

TETRA-Digitalfunk

Der bundesweit eingeführte TETRA-Digitalfunk spricht für sich und verspricht in der Entwicklung weiterer Dienste einen hohen Nutzen für verschiedenste einsatztaktische Lagen. Die Ressourcen stehen allen BOS zur Verfügung und werden je nach Grundbedarf oder Lage zugewiesen:

Das TETRA-Funknetz hat in Bayern eine Netzverfügbarkeit von über 99,96 %. Rund 1000 TETRA-Basisstationen, ein Fünftel aller bundesdeutschen Stationen, stehen im Freistaat Bayern. Rund 130.000 Endgeräte buchen sich in Bayerischen Netzabschnitten ein, Tendenz steigend. Die Endgeräte zur Alarmierung sind noch nicht eingerechnet.

Wichtigste Maßnahme, die derzeit umgesetzt wird, ist die flächige unterbrechungsfreie Betriebsfähigkeit bis zu 72 Stunden über das gesamte TETRA-Funknetz der BOS. Wie dieses System genutzt wird, entscheidet sich in der Einsatzvorbereitung aber auch im laufenden Einsatz. Entsprechende taktische Einsatz-Konzepte wurden erarbeitet.

Je besser Einsatzkräfte ausgebildet und im Umgang mit IuK-Technik, am Telefon, am Funk und an IT-Systemen beübt und erfahren sind, umso höher ist die Effizienz eines Gesamtsystems. Dies sollte in kommunaler Zuständigkeit, insbesondere jedoch überregional durch eine IuK-Fachkraft in der Einsatzvorbereitung und in der Stabsfunktion S6 als Aufgabenpaket betrachtet und begleitet werden.

Dies bedeutet aber auch, dass bei Bedarf in Ausbildung, Übung und Einsatz durch Führungskräfte regelnd eingegriffen werden muss, um ein komplexes menschlich-technisches Kommunikationssystem optimal nutzen zu können.

GeoKAT im Katastrophenfall

Regierungsrat Andreas Vilim vom Bayerischen Ministerium des Innern, für Sport und Integration schilderte im Anschluss, wie das Geografische Katastrophenschutzinformationssystem GeoKAT im Katastrophenschutz genutzt wird. GeoKAT ist das zentrale Werkzeug zur Koordination und Organisation von Einsätzen in Katastrophenfällen. Damit können bayernweit die für den Einsatz erforderlichen Ressourcen und sonstigen notwendigen Informationen in kürzester Zeit vor Ort abgerufen werden.

Eine breite Themenpalette wurde in den darauffolgenden Diskussionsforen erörtert. Dr. Gesine Hofinger, Autorin und Herausgeberin des „Handbuches Stabsarbeit“ lud ein zum Workshop „Kommunikation und Kooperation in der Stabsarbeit“, während das Virtual Operation Support Team (VOST) über „Informationsgewinnung für Führungsstäbe aus den digitalen Medien“ informierte. VOST ist eine neue digitale Unterstützungseinheit, die aktuell durch das Technische Hilfswerk erprobt wird.

Unter Leitung der Bergwacht wurde das Forum „Virtual Reality und ELA Alpin 3D als digitale Führungsunterstützung“ durchgeführt und im Workshop „Parallelleinsatz von UG ÖEL und UG FwEL“ insbesondere die interdisziplinäre und interorganisationale Zusammenarbeit erörtert.

Die Aktivierung von Abschnittsführungsstellen bei Flächenlagen und die damit verbundenen Erfahrungen während der Schneekatastrophe waren Gegenstand des letzten Diskussionsforums. Vertreter der Kreisbrandinspektion Berchtesgadener Land erklärten die spezielle Aufteilung des Landkreises in vordefinierte Abschnitte und Abschnittsführungsstellen, die es ermöglichen sollen, Großschadenslagen und Katastrophen besser zu bearbeiten.

Hochkomplexe Einsatzlage

In der abschließenden Diskussionsrunde berichteten Mitglieder verschiedener Führungsstellen von einem beeindruckenden Einsatzgeschehen bei der Detonation bei Bayernoil im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm. Sie schilderten, wie sich die schnelle Zusammenarbeit in dieser hochkomplexen Einsatzlage gestaltete und welche Prozesse und Funktionen koordiniert wurden. Von allen Seiten wurde bestätigt, wie wichtig es sei, in der Krise die Köpfe der jeweiligen Organisationen und Behörden zu kennen. So könne im Fall der Fälle auf vertrauensvoller Ebene intensiv und zur schnellen, unkomplizierten Bewältigung der Extremlage beigetragen werden. **DK**



V. l.: Christian Krams (Versicherungskammer Bayern), Innenminister Joachim Herrmann, Franz Kränzler (Versicherungskammer Stiftung), Dr. Frank Walthes (VKB-Vorstandsvorsitzender), Wolfgang Reif (Versicherungskammer Stiftung). Bild: Bayerisches Innenministerium

Zunehmend höhere Kosten bei Unwettern

Versicherungskammer zieht nach Orkantief Sabine Bilanz und bringt modernste Drohnentechnik zum Einsatz

Das Orkantief Sabine sorgte insbesondere am 9. und 10. Februar in ganz Deutschland für hohe Sachschäden. Besonders Bayern hat es stark getroffen. Drei Wochen nach dem Sturmereignis geht die Versicherungskammer von einem Gesamtschadenaufwand zwischen 70 und 90 Millionen Euro aus. „Das Orkantief Sabine ist damit eines der großen Unwetterereignisse für die Versicherungskammer“, erklärt Christian Krams, Leiter Konzern Schaden für die Unternehmen im Konzern Versicherungskammer und Vorstand bei der BavariaDirekt.

Sabine hat das gesamte Geschäftsgebiet des Konzerns Versicherungskammer betroffen, besonders heftig hat der Orkan in Niederbayern und im Allgäu gewütet. Dies kann man auf der Wetterkarte der Deutschen Rück gut erkennen. Zudem gab es viele gemeldete Schäden in den Landkreisen Ansbach, Augsburg und Kaiserslautern. Bei den Schäden handelt es sich größten Teils um Gebäudeschäden, wie zum Beispiel abgedeckte Dächer oder zerstörte Fassaden.

Extremwetterlagen nehmen in den vergangenen Jahren, bedingt durch den Klimawandel, zu und führen immer stärker zu höheren Kosten. „Bereits im Juni 2019 zog der Pfingsthagel Jörn über Bayern und sorgte für das bisher größte Schadenereignis im Konzern Versicherungskammer seit dem Münchner Hagel von 1984“, so Krams. Und die Sturmtiefs lassen nicht nach: Seit Sabine zogen bereits mehrere Tiefs, wie zum Beispiel Xanthippe, Yulia oder Bianca, über Deutschland.

Gebäudeschäden bei Kirchen und Burgen

Auch kirchliche und kulturelle Einrichtungen wurden von Sabine getroffen. So fegte der Orkan über eine Kirche in Bad Griesbach im Rottal und beschädigte das Dach. Ebenso hat es eine über 800 Jahre alte Burganlage in Passau erwischt. Vor allem die Turmdächer sind in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Drohne, der Helfer aus der Luft

Nach dem Unwetter heißt es nun für die Versicherungskammer, die verursachten Schäden zu besichtigen und möglichst zügig zu regulieren. Der Konzern setzt dabei auch Drohnen für die Begutachtung der Schäden ein. Die Drohnentechnologie ermöglicht mit Hilfe sehr guter Bildaufnahmen eine rasche und umfängliche Schadenerfassung, insbesondere, wenn Gutachter die Dächer und Gebäude nicht ohne weiteres begehen können.

Schadenregulierung auf Hochtouren

Ein großer Teil der Schäden aus den vergangenen Sturmtiefs wurde online dem Konzern Versicherungskammer gemeldet. Angesichts der Vielzahl an Eingaben bittet Krams die Versicherten um Verständnis, dass es zu Verzögerungen in der Bearbeitung kommen kann. Dennoch ist Krams überzeugt: „Trotz der herausfordernden Situation können wir unser Versprechen als Serviceversicherer und kompetenter Gebäudeversicherer gut einhalten. Die Versicherungskammer ist in den betroffenen Regionen vor Ort und verfügt über ein bewährtes Dienstleistungsnetzwerk und kann ihren Kunden dadurch im Schadenfall schnell zur Seite stehen. Gemeinsam mit unseren Vertriebspartnern sind wir für betroffene Kunden da.“ ❐

Baywatch Donau-Ries:

Rettungsschwimmer für die Sommersaison gesucht

Zusammen mit dem von Landrat Stefan Rößle initiierten Bädernetzwerk Donau-Ries sucht der DLRG und die Wasserwacht nach ausgebildeten Rettungsschwimmern. Diese sollen unter anderem in den zahlreichen Freibädern im Donau-Ries eingesetzt werden. Der Landkreis wird hierzu einen unbürokratischen „Rettungsschwimmer-Pool“ schaffen. Die Kommunen können dann, je nach Bedarf, Kontakt zu den eingetragenen Rettungsschwimmern aufnehmen.

Im neu gegründeten Bädernetzwerk schließen sich die Kommunen und Initiativen von Hallen- und Freibädern, sowie von Badeseen und Flussfreibädern zusammen. Die Teilnehmer arbeiten gut zusammen, durch das Netzwerk ergeben sich schon jetzt Vorteile für alle Beteiligten und Kosten können gesenkt werden. Ein wichtiges Ziel des Netzwerkes ist die Optimierung des Personaleinsatzes der Bäder. Daraus ist ein konkretes Projekt entstanden, betont Landrat Stefan Rößle: „Mit dem Einsatz von Rettungsschwimmern wollen wir gewährleisten, dass alle Bäder in der Region geöffnet sind und unsere Kinder schwimmen lernen und üben können“.

Immer wieder wird in der öffentlichen Diskussion gefordert, der Landkreis müsse für die Bäder Geld in die Hand nehmen“. Nach der geltenden Rechtsprechung stellen Bäder jedoch keine Landkreisaufgabe dar, womit eine Finanzierung von Baumaßnahmen seitens des Landkreises ausgeschlossen ist. Dieser sucht daher nach anderen Möglichkeiten, um den Kommunen hier unter die Arme greifen zu können. Neben der mittlerweile deutlich aufgestockten Zahlungen des Landkreises für die Bädernutzung durch die weiterführenden Schulen ist die Einrichtung des Rettungsschwimmerpools nun ein weiteres Beispiel für eine konkrete – und vor allem rechtlich zulässige Unterstützung des Landkreises beim Bäderthema.

Zusammen mit der DLRG und der Wasserwacht möchte das Landratsamt ausgebildete Rettungsschwimmer in der Region animieren, bei der Sommersaison Dienst zu leisten. Dabei können sich die ausgebildeten Rettungsschwimmer unter rettungsschwimmer@lra-donau-ries.de mit ihrer eigenen E-Mailadresse eintragen und sind dann im Rettungsschwimmerpool des Landkreises gelistet. Sofern eine Kommune eine Aufsichtsperson für ein Freibad benötigt, sendet diese eine Anfrage an alle eingetragenen Rettungsschwimmer. Diese können sich bei der Kommune melden und ihre Dienste anbieten. Die Konditionen werden dann zwischen der Kommune und dem Rettungsschwimmer geklärt. Dieser Service funktioniert auch in Notfällen am Wochenende, da die Weiterleitung der Anfrage automatisiert erfolgt. ❐

Für mehr Sicherheit in schwierigen Gefahrenlagen

Ein Mehrfamilienhaus ist einsturzgefährdet. In einem Altenheim ist ein Brand mit großer Rauchentwicklung entfacht. Weil eine Fliegerbombe aus dem zweiten Weltkrieg entschärft werden muss, muss ein ganzer Straßenzug evakuiert werden. Für Rettungskräfte ist es in solchen Situationen nicht immer leicht, den Überblick zu behalten.

Um den Rettungskräften die Arbeit zu erleichtern, hat der Landkreis München jetzt 130 Kennzeichnungstaschen für die Landkreisfeuerwehren beschafft. Mit deren Hilfe soll ein einheitliches System zur Kennzeichnung und zur Dokumentation bereits abgesuchter Bereiche eingeführt werden.

Jede Tasche enthält zehn Türanhängekarten mit einem abtrennbaren Dokumentationsabschnitt, Kabelbinder mit Beschriftungsfeld zur Schlüsselkennzeichnung sowie Schreibmaterial und eine Kurzanleitung. Wohnungen oder einzelne Zimmer können so eindeutig gekennzeichnet und ein wiederholtes Absuchen oder sogar das Aufbrechen einer Wohnung vermieden werden. Der Dokumentationsabschnitt dient als „Durchschlag“, der der Einsatzleitung bei der Darstellung der Gesamtlage hilft.

Anfang Februar wurden die Kennzeichnungstaschen im Rahmen einer Informationsveranstaltung durch Landrat Christoph Göbel und Vertreter der Kreisbrandinspektion an die Feuerwehren ausgegeben. ❐



Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages Franz-Xaver Peteranderl, der Initiator der Zusammenarbeit und stellvertretende DWA-Landesverbandsvorsitzende Dr.-Ing. Andreas Rimböck, der DWA-Landesverbandsvorsitzende Prof. Dr-Ing. F. Wolfgang Günthert, die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer Christine Degenhart und der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Prof. Dr.-Ing Norbert Gebbeken kurz nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung Bild: DWA

Wassersensible Stadtentwicklung:

Hilfestellung für Kommunen und Planer

Unterzeichnung der Verbändekooperation

Die Frage, wie wir unsere Städte im Angesicht des Klimawandels sowohl gegen Starkregen, aber auch zunehmend gegen Hitze und Dürre rüsten und daneben noch ein lebenswertes Umfeld schaffen, wird immer bedeutender.

Im August 2019 wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr eine Arbeitshilfe veröffentlicht. Damit soll die Bauleitplanung substanziell verbessert werden, vor allem im Hinblick auf die „Wasserrisiken". Diese bestehen in Form von lokalen Starkregenereignissen nahezu überall, auch fern von Bächen und Flüssen.

Konkrete Hilfestellung

Mit dem Hochwasserschutzgesetz II und seinem bauleitplanerischen Abwägungsgebot für Belange des Hochwasserschutzes auch außerhalb von Überschwemmungsgebieten entstand in der Praxis teilweise Verunsicherung. Wie soll diese Abwägung aussehen? Was muss man als Kommune oder Planer tun, um dem gesetzlichen Auftrag Genüge zu tun? Die Arbeitshilfe soll genau hier konkrete Hilfestellung für den Planungs- und den Abwägungsprozess geben.

Grundsätzlich gilt, je früher die Problemstellungen in der Planung erkannt werden, desto größer und kostengünstiger ist das Spektrum an Lösungsmöglichkeiten.

Die Arbeitshilfe besteht aus folgenden vier Teilen:

- Risikomanagement in der Bauleitplanung: Einführung in die Ziele und Akteure zur Risikoreduktion
- Hilfestellung für den Planungs- und Abwägungsprozess: Wegleitung durch unterschiedliche Aspekte und Gefahren (in Form eines Fragebogens), als Basis für eine umfassende abschließende Wertung
- Vorschläge für Festsetzungen und Hinweise im Bebauungsplan: Erläuterung des Grundprinzips „Vermeiden, Ausweichen, Widerstehen, Nachgeben", sowie Bereitstellung konkreter Textbausteine für Bebauungspläne
- Anhang: Darstellung des Rechtsrahmens und Literaturhinweise

Neue Wege der Kommunikation

Bewusst hat man sich bei der Arbeitshilfe vom klassischen Vorschriftenstil entfernt und will den Kommunen und Planern helfen, alle relevanten Aspekte zu berücksichtigen, die richtigen Fragen zu stellen, zutreffende Antworten zu finden und so eine umfassende Abwägung durchführen zu können.

Um in der Bauleitplanung die unterschiedlichsten Anforderungen „unter einen Hut" bringen zu können, müssen die Anforderungen rechtzeitig konkret für den betreffenden Planungsraum identifiziert werden.

Die Randbedingungen unterscheiden sich von Fall zu Fall und die lokalen Erfahrungen und Kenntnisse müssen einfließen. Hier gibt es in der Regel kein eindeutiges „schwarz" oder „weiß". Ziel der Arbeitshilfe ist somit die Unterstützung sowohl der Kommune, aber auch der von den Kommunen beauftragten Planungsdienstleister.

Vermeidung von Risiken

Insgesamt steht in der Arbeitshilfe der vernünftige und umfassende Umgang mit den Risiken im Mittelpunkt. Bei allen Überlegungen sollte an erster Stelle die Vermeidung der Risiken z.B. durch die Freihaltung der gefährdeten Bereiche von sensibler Nutzung stehen. Oft sind solche Flächen jedoch für weniger sensible Nutzungen durchaus geeignet, z.B. Grün- und Freizeitflächen, Straßen oder Plätze.

Die Arbeitshilfe wurde gemeinsam mit Praktikern erstellt. Weitere Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden ausdrücklich begrüßt und berücksichtigen wir gerne in einer überarbeiteten Version.

Ausblick: Nur wenn wir von Anfang an MIT dem Wasser (und zwar als Lebensgrundlage, aber auch als -bedrohung) und nicht dagegen planen, können wir gemeinsam zukunftsfähige, nachhaltige und lebenswerte Lösungen finden. Dazu wäre eine feste „Installation" eines Planungsauftaktgespräches mit allen Beteiligten in der sog. „Planungsphase 0" sicherlich hilfreich.

Neben den Risiken aus „zu viel Wasser" müssen natürlich auch die Risiken aus Dürre und Hitze betrachtet werden, wobei mit den konzeptionellen Ansätzen des „Schwammstadt-Prinzips" häufig beide Risikogruppen wirkungsvoll verringert werden können.

Links:
www.hochwasserinfo.bayern.de/aktiv_werden/kommunen/vor_dem_hochwasser/index.htm
www.stmuv.bayern.de/themen/wasserwirtschaft/hochwasser/kommunen.htm
Dr. Ing. Andreas Rimböck,
Stellvertretender Vorsitzender
DWA-Landesverband Bayern

Güteschutz Kanalbau und GLT schließen gegenseitige Mitgliedschaft ab

Gemeinsam für mehr Qualität

Mit dem Ziel, die Qualität im Kanal- und Leitungsbau auch miteinander abgestimmt zu fördern, haben Gütegemeinschaft Kanalbau und Gütegemeinschaft Leitungstiefbau e.V. (GLT) eine gegenseitige Mitgliedschaft abgeschlossen. Im Rahmen des 34. Oldenburger Rohrleitungsforums unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Gütegemeinschaft Kanalbau, Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, und der Präsident der GLT, Willi Thomsen, die Mitgliedsanträge.

Die Gütesicherung im Kanal- und Leitungsbau wird auch durch die Qualität der Arbeiten im Tiefbau und Oberflächenschluss nach der Verlegung beeinflusst. Wenn hierbei normative Vorgaben nicht eingehalten werden, werden in der Straße und im Graben häufiger Leitungen angetroffen, deren Vorhandensein die Ausführungsqualität bei späteren Arbeiten gefährden kann.

Qualitätssicherung

Bei der gemeinsamen Arbeit am Thema Qualität im Kanal- und Leitungsbau ergeben sich im Engagement der beiden RAL-Gütegemeinschaften gemeinsame Ansatzpunkte und Schnittmengen. Gemeinsam kann der Forderung nach Qualität im Kanal- und Leitungstiefbau und damit auch im Tiefbau und Oberflächenschluss insbesondere bei Straßenbaulastträgern, Auftraggebern, Behörden und Institutionen noch mehr Nachdruck verliehen werden. Darüber hinaus kann sich die Ausführungsqualität beider Gewerke gegenseitig beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist in Zukunft ein engerer Austausch der beiden RAL-Gütegemeinschaften vorgesehen, um in Bezug auf solche Themen eine gemeinsame Vorgehensweise abzustimmen. Grund genug für die Beteiligten, den zusätzlichen Ansatz für mehr Qualität durch eine gegenseitige Mitgliedschaft zu untermauern. ❐



V. l.: Gegenseitige Mitgliedschaft für ein gemeinsames Anliegen: Gütegemeinschaft Kanalbau-Geschäftsführer Dr.-Ing. Marco Künster, Gütegemeinschaft Kanalbau-Vorstandsvorsitzender Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, GLT-Präsident Dipl.-Ing. Willi Thomsen und GLT-Geschäftsführerin Dipl.-Ing. Susanne Hake. ❐

Nitratbelastung:

Bayerische Wasserversorger nehmen Bund und Freistaat in die Pflicht

Pellkofer: „Auch der Staat soll seiner Verantwortung für Grundwasserschutz gerecht werden"

In der Diskussion um erhöhte Nitratwerte im Grundwasser und die Weiterentwicklung der deutschen Düngeverordnung nimmt das Wasser-Info-Team (WIT) Bayern die Staats- und Bundesregierung in die Pflicht. „Es geht nicht allein um die Landwirtschaft. Der Staat ist für den flächendeckenden Grundwasserschutz zuständig. Darum soll er auch seiner Verantwortung gerecht werden", sagt Josef Pellkofer, scheidender Bürgermeister der Stadt Dingolfing und aktuell Vorsitzender des WIT, das die Interessen der bayerischen Wasserversorger vertritt.

Konkret schlägt er zum Beispiel die Einführung staatlicher Zuschüsse für Landwirte beim Kauf von sensorgestützten Düngesystemen vor. „Die moderne Technik macht es möglich, dass während der Düngung auf dem Feld der Nährstoffgehalt im Boden gemessen wird. Je nach Ergebnis wird dann automatisch nur noch die Menge an Dünger ausgebracht, die notwendig ist, um die Pflanzen optimal zu versorgen", erklärt Pellkofer.

„Nur muss diese Technologie, die derzeit noch relativ teuer ist, auch flächendeckend zum Einsatz kommen. Damit sich mehr bäuerliche Betriebe möglichst schnell an diese Investition herantrauen, sollte der Staat im Sinn des Grundwasserschutzes finanzielle Hilfe leisten." Ein solcher Zuschuss wäre laut Pellkofer eine von mehreren sinnvollen Maßnahmen, die Staats- und Bundesregierung nun vorantreiben sollten. „Wichtig ist, dass schnell für ganz Deutschland gehandelt wird. Dafür braucht es praxisnahe und pragmatische Maßnahmen, die Landwirte wirtschaftlich arbeiten und überleben lassen und gleichzeitig das Grundwasser schützen." Die derzeitige Debatte über die Anzahl der Grundwasser-Messstellen helfe da nur bedingt weiter. Das WIT sei zwar bereit, den Ausbau des Messstellennetzes zu unterstützen, indem bestehende Messstellen der Wasserversorger in die amtliche Analyse der Nitratbelastung einbezogen werden können, um noch mehr Transparenz zu schaffen. Aber das Messstellen-Thema lenke vom eigentlichen Problem ab, dass nur so viel gedüngt werden dürfe, wie die Pflanzen und Böden tatsächlich aufnehmen können. „Darum wollen wir Politik und Landwirtschaft gleichermaßen beim Wort nehmen, dass die Düngung in den Griff bekommen werden muss", betont Pellkofer. „Die bayerischen Wasserversorger stehen für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung, um gemeinsam die besten Werkzeuge für wirksamen Grundwasserschutz zu entwickeln. Damit auch die nächsten Generationen unser wichtigstes Lebensmittel nutzen können", sagt Pellkofer. ❐



Josef Pellkofer. ❐

Sondertreffen der Agrarminister zur Düngeverordnung

Kaniber: Viele Fragen sind offen geblieben!

München/Berlin – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michela Kaniber nutzte das Sondertreffen der Agrar- und Umweltminister der Länder in Berlin, um bei ihren Länderkollegen nochmals für Anpassungen in der Düngeverordnung zu werben: „Wir setzen die Vorgaben der Nitratrichtlinie nicht nur mit der Düngeverordnung um, sondern dokumentieren auch mit der Milliardenhilfe des Bundes und der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, wie ernst wir den Gewässerschutz nehmen."

Wie Kanniber weiter ausführte, „muss dieses Gesamtpaket die Kommission doch positiv würdigen! Deshalb muss es auch möglich sein, die Düngeverordnung im Bundesrat noch dort zu verändern, wo es wissenschaftlich begründet und fachlich gerechtfertigt ist. Nur so können wir letztlich ein gut ausbalanciertes Gesamtpaket schnüren, das Bayern mittragen kann", sagte die Ministerin nach der Sitzung. „Heute sind viele Fragen offen geblieben. Nicht nur Bayern, sondern auch viele andere Länder drängen auf deren Klärung vor der Bundesratssitzung am 3. April, insbesondere für die Ausweisung der roten Gebiete. Die Aussage des Bundes, dass für den Bundesrat kein Handlungsspielraum bestehe, kann ich so nicht nachvollziehen und schon gar nicht akzeptieren", sagte Kaniber.

Zwischenfrüchte als Beitrag zum Umweltschutz

Um die Belange des Gewässerschutzes und der bäuerlichen Landwirtschaft in Einklang zu bringen, forderte Kaniber die bedarfsgerechte Düngung aller Zwischenfrüchte zu ermöglichen. Nur wenn die Zwischenfrüchte gut entwickelt sind können sie vor Erosion schützen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. Die Frist zur Aufzeichnung der erfolgten Düngung innerhalb von zwei Tagen sei weder praxisgerecht noch notwendig, so Kaniber. „Hier bin ich mit meinem Kollegen in Baden-Württemberg einig, den Landwirten in der oft angespannten Arbeitssituation während der Vegetationszeit eine Frist von vier Wochen zu ermöglichen."

Rechtssicherheit für die Landwirte

Außerdem forderte die bayerische Landwirtschaftsministerin: „Wir brauchen bis zur Ausweisung der neuen roten Gebiete Rechtssicherheit für die Landwirte." Daher sollten die vorgesehenen neuen Pflichtvorgaben für die Landwirte erst gelten, wenn die Überprüfung der Ausweisung der roten Gebiete durch die Länder abgeschlossen ist. Anschließend müssten die Landwirte ausreichend Zeit erhalten, mit notwendigen baulichen Maßnahmen auf die neue Situation zu reagieren. ❐

GÜTEZEICHEN RAL KANALBAU

Qualität fordern, Werte schaffen

www.kanalbau.com

Smarte Ideen für mehr Wohnraum

Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum treibt viele Kommunen um. Der Ideenwettbewerb der oberbayerischen Gemeinde Hebertshausen gilt dabei als Vorbild für andere Kommunen. Die Gemeinde erhält als Impulsgeber zudem auch finanzielle Unterstützung. Auch in diesem Jahr soll die Wohnraumförderung im Freistaat unter der neuen Bauministerin Kerstin Schreyer auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Der Siedlungsdruck in und um die bayerischen Ballungsräume wächst. Auch in der oberbayerischen Gemeinde Hebertshausen im Landkreis Dachau führt die Lage im Einzugsbereich der Landeshauptstadt München dazu, dass dort immer mehr Menschen nach Wohnraum suchen. Diese Herausforderung will Hebertshausen gezielt angehen und auf innerörtlichen Brachflächen ein nachhaltiges Wohngebiet mit einem breiten Angebot an Wohnformen verwirklichen. Hierfür schreibt die Gemeinde einen Ideenwettbewerb aus, wofür sie nun Unterstützung des Freistaats Bayern erhält.

Ziel des Ideenwettbewerbs ist es, ein umwelt- und klimabewusstes Wohngebiet in unmittelbarer Nähe zum Ortskern zu entwickeln. Statt ein Neubaugebiet auf der grünen Wiese auszuweisen, setzt die Gemeinde also auf Innenentwicklung und aktiviert vorhandene Brachflächen in unmittelbarer Nähe zum Ortskern um so ihre gesamte Ortsentwicklung zu stärken. Dieses Engagement unterstützt das Bauministerium mit einer Förderung in Höhe von 120.000 Euro.

Naturräume aufwerten

Bereits im Jahr 2018 hat Hebertshausen ein „Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung erstellen lassen. Darauf aufbauend möchte die Gemeinde nun die bestehenden Flächenpotenziale aktivieren. Ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Wettbewerb soll unter anderem aufzeigen, inwieweit das Areal der ehemaligen Kartonagenfabrik neu geordnet und wie auch das Gelände der alten Holzschleiferei zukünftig genutzt werden kann. Außerdem sollen die Naturräume des Mühlbaches und der Amper aufgewertet und zum Teil freigelegt werden.

Der Freistaat übernimmt die Hälfte der Kosten für den Ideenwettbewerb. Gefördert wird das Projekt mit Planungszuschüssen des Landes für modellhafte städtebauliche Planungen und Forschungen, die von allgemeinem Interesse sind. Sie werden unter anderem für energieeffiziente, flächensparende und klimagerechte Siedlungskonzepte gewährt. Die geförderten Projekte werden dokumentiert und Regierungen, Gemeinden und Planern zur Verfügung gestellt, um bei ähnlichen ortsplanerischen Problemstellungen als Beispiel und Impulsgeber dienen zu können.

„Lückenfüller“ willkommen heißen

Auch beim Landeswettbewerb für Wohnungsbau Ende Januar in München stand das Flächensparen beim Bauen im Fokus. Prämiert wurden Neubauten, die sich erfolgreich in den Bestand einfügen, Umnutzungen oder Erweiterungen und Aufstockungen. Die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer Christine Degenhart sagte: „Beim Wohnungsbau gilt es, bewusst in Qualität zu investieren, Vorhandenes zu nutzen und Flächen behutsam zu verdichten.“

Hans Maier, Verbandsdirektor des VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V.) ergänzte: „Angesichts der hohen Grundstückspreise sind Nachverdichtungsmaßnahmen für viele Wohnungsunternehmen der einzige Weg, städtebaulich aktiv zu werden. Doch die „Lückenfüller“ sind in der Nachbarschaft oft nicht willkommen. Die Wohnungswirtschaft spricht inzwischen vom ergänzenden Bauen, um das Unwort Nachverdichtung zu vermeiden. Deshalb danken wir der Bayerischen Staatsregierung für den Themenschwerpunkt des Landeswettbewerbs 2019. Der Wohnungsbau im Bestand ist ein zentraler und wertvoller Baustein für das Leben in unseren Städten.“

Die Bauprojekte sind in den Jahren 2014 bis 2019 errichtet worden. Eine siebenköpfige Jury unter Leitung des Münchner Architekten Amandus Samsøe Sattler hat aus den insgesamt 56 eingereichten Projekten zwölf prämiert. Die Wahl der Jury einigte sich bei der Auszeichnung Ende Januar auf die Projekte Mehrfamilienhaus Zieblandstr. 28 in München (Heim Kuntscher Architekten und Stadtplaner BDA, München), Pilotprojekt „Azubiwohnen“ am Innsbrucker Ring in München (03 Architekten, München mit ver. de Landschaftsarchitektur, Freising), Barrierefreies Wohnen und Bauhütte am Marktplatz von Perlesreut (Andreas Schmöller und Arbeitsgruppe Planung und Bau, Grafenau), Projekt „alle unter einem Dach“ (Arc Architekten, Bad Birnbach mit Valentien+Valentien Landschaftsarchitekten, München), Neubau Quartier Johannis in Nürnberg (Blauwerk Architekten, München), Seniorengerechtes Wohnen in einer ehemaligen Scheune in Kemnath, (Karlheinz Beer Büro für Architektur und Stadtplanung, Weiden) und Wohnsiedlung München-Sendling, Energetische Sanierung und Erweiterung (Maier.Neuberger.Architekten mit realgrün Landschaftsarchitekten, München).

Fünf weitere Anerkennungen gingen an die Projekte Studierendenwohnheime Internationales Haus und Adelheidstraße 15 in München (Geier Maass Architekten mit Stefan Bernard Landschaftsarchitekten und Phillip Sattler, Berlin), Neubau von zwei Wohnhäusern in Forstenried auf Garagenhöfen (Breining Buchmaier Architekten mit CL Map und Heide-Marie Eitner Landschaftsarchitektur, München), Nachverdichtung an der Bray- und Versailler Strasse in München (Palais Mai Gesellschaft von Architekten und Stadtplanern, München mit Grabner Huber Lipp Landschaftsarchitekten und Stadtplaner, Freising), Die Neue Gerberau (Goetz Castorph Architekten und Stadtplaner mit realgrün Landschaftsarchitekten, München) und Revitalisierung in Kraiburg (Josef Anglhuber, Kraiburg).

Die neue Bauministerin Kerstin Schreyer folgte Anfang Februar auf Dr. Hans Reichhart. Das Ministerium plant die Wohnraumförderung für bezahlbaren Wohnraum auch in diesem Jahr auf hohem Niveau fortzuführen. Im Jahr 2019 hat der Freistaat Bayern im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms, des Kommunalen Wohnungsbauprogramms, des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms und des Bayerischen Modernisierungsprogramms insgesamt 10.708 Wohnungen gefördert. Damit konnte das Rekordniveau des Vorjahres um 4,4 Prozent übertroffen werden (2018: 10.252 Wohnungen). **red**

Bayerischer Bauindustrieverband.

Deutschland braucht endlich schnelle Genehmigungsverfahren!

„Deutschland muss endlich davon wegkommen, bei großen Bauprojekten jahrzehntelang nicht vorwärts zu kommen oder sie aus nichtigen Gründen zu verzögern. International blamieren wir uns da mittlerweile ständig. Wirtschaftsminister Altmaier will das jetzt für seinen Bereich angehen. Dabei hat er meine volle Unterstützung“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, das Vorhaben des Bundeswirtschaftsministers, als Reaktion auf die Querelen um die Tesla-Fabrik in Brandenburg noch vor der Sommerpause des Bundestages einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung der langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren vorlegen zu wollen.

Negativbeispiele gibt es ja fast täglich, so Schmid: Die fristgerechte Fertigstellung des Ceneri- Basistunnels in der Schweiz kommentiert die NZZ heute mit dem Vorwurf „Deutschland ist der Bremsschuh im Alpentransit“. Gelobt werden Italien und Frankreich. Die Schweiz könne sich nicht einmal mehr auf einen Staatsvertrag mit Deutschland verlassen. Ähnlich schlimm sieht es beim Brennerbasistunnel aus, so Schmid weiter. „Italien und Österreich bauen ihn, wir in Deutschland haben uns noch nicht einmal darüber geeinigt, ob und wie wir unsere Bahntrassen ausbauen wollen. Die nächste Blamage ist uns sicher.“

Was zu tun ist, wissen wir ja, so Schmid: „Die früheren Bundesminister Ramsauer und Dobrindt haben mit dem Innovationsforum Planungsbeschleunigung wertvolle Vorarbeit geleistet. Für die Verkehrsinfrastruktur hat Bundesverkehrsminister Scheuer bereits 2018 ein entsprechendes Gesetz umgesetzt. Das nächste steht an. Mitte Februar hat der Bundesrat einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der insbesondere den Kommunen helfen soll, ihre Verkehrswege und vor allem den Nahverkehr schneller umweltfreundlich auszubauen.“

„Allerdings ist es mit den Gesetzen allein auch nicht getan. Wir brauchen wieder mehr Bewusstsein für das Gemeinwohl. Gewünschte politische Vorhaben wie die Energiewende oder die Verkehrswende sind im Kern Bauaufgaben. Wer das eine will, muss eben auch das Bauen dafür unterstützen und nicht behindern“, so Schmid abschließend. ❐

Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises 2020:

Von Modernisierung bis zur Quartiersentwicklung

Bei einer festlichen Preisverleihung im Rahmen der Berliner Baufachmesse bautec wurden die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis vergeben. Unter 33 Nominierten zeichnete die Jury elf Beiträge, darunter zwei aus Bayern, mit einem Preis aus.

Gewürdigt wurden herausragende Wohnungsbauprojekte, die sowohl von hoher Qualität sind als auch zu tragbaren Kosten realisiert wurden. Wie konstruktiv diese Aufgabe umgesetzt wurde, zeigt die hohe Zahl der Bewerbungen: Mit 230 Projekten wurden so viele hochwertige, innovativ und thematisch vielfältige Wohnbauten wie noch nie eingereicht.

„Wohnungsbau ist und bleibt die mit Abstand wichtigste Bauaufgabe in Deutschland. Dies gilt umso mehr, als derzeit nicht im gewünschten Maße auf die wachsende Wohnungsnachfrage reagiert werden kann. Mit diesem Wettbewerb machen wir deutlich, dass das Augenmerk nicht nur auf die bloße Anzahl, sondern auch auf die Qualität gerichtet werden muss. Mit den vielen herausragenden und ausgezeichneten Projekten zeigen wir, dass dieser Spagat möglich ist“, erklärten die Auslober Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Susanne Wartzeck, Präsidentin des Bund Deutscher Architekten und Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Der Preis in der Kategorie „Neue Wohngebiete“ ging an die wbg Nürnberg GmbH für das Projekt „Neues Wohnen Sündersbühl“. Das Projekt, das mit der Planungsgemeinschaft NWS GdbR und ganzWerk, Nürnberg, realisiert wurde, trägt auf überzeugende Art und Weise dem sozialen Anspruch an ein generationenübergreifendes, altersgemischtes neues Wohngebiet mit bezahlbarem Wohnraum Rechnung. Entstanden ist ein neues Quartier mit 94 zum Teil geförderten Mietwohnungen.

Vier fünfgeschossige Baukörper bilden eine aufgelöste Blockrandbebauung. Sie vermitteln zwischen der angrenzenden Zeilenbebauung der Nachkriegsjahre und den Blockstrukturen aus der Gründerzeit. Die Gebäude gruppieren sich um einen zentralen, weitgehend lärmgeschützten Gemeinschaftshof. Markant ist die achtgeschossige Eckbebauung im Kreuzungsbereich der verkehrsreichen Hauptstraßen. Im Erdgeschoss befinden sich wichtige Versorgungs und Kommunikationseinrichtungen, unter anderem ein Nachbarschaftstreff.

Die barrierefreien, zum Teil rollstuhlgerechten Wohnungen haben Balkone oder ebenerdige Terrassen. Die Grundrisse eröffnen Optionen bei der Anpassung an Lebenszyklen und demografische Entwicklungen. Die über die Geschosse hinweg modulare Anordnung der Wohneinheiten begünstigt die Baukosten. Das Energiekonzept aus Fernwärme, LuftWasserWärmepumpen und Photovoltaikanlagen ist zukunftsorientiert. Der neue Stadtbaustein trägt auf überzeugende Art und Weise dem sozialen Anspruch an ein generationenübergreifendes, altersgemischtes neues Wohngebiet mit bezahlbarem Wohnraum Rechnung. Er setzt Maßstäbe im kostengünstigen, sozial ambitionierten Wohnungsbau – nicht nur in Nürnberg.

Seniorenwohnen Schechen

Über den Preis in der Kategorie „Kleine Wohnanlagen mit regionaler Charakteristik“ durfte sich die Gemeinde Schechen (Landkreis Rosenheim) freuen. Mit ihrem Projekt „Seniorenwohnen Schechen“ gelang es, geförderten Wohnungsbau in Holzbauweise mit 16 Wohneinheiten und Gemeinschaftshaus zu errichten.

Ein L-förmiger zweigeschossiger Baukörper und ein eingeschossiges Gemeinschaftshaus schaffen eine geschützte Hofsituation, die das Herz der Anlage bildet. Der Hof steht sowohl den Bewohnern der 16 Wohnungen als auch den Besuchern des kleinen Gemeindezentrums als Treffpunkt zur Verfügung.

Das Ensemble erhält seine besondere Charakteristik durch frei auskragende Laubengänge und Dachüberstände. Diese prägen, neu interpretiert, durch ihre Materialsprache und baukörperliche Ausformung ein regionaltypisches Erscheinungsbild. Bemerkenswert ist der differenzierte Einsatz des Baustoffes Holz, um kostengünstig und zugleich materialgerecht zu konstruieren.

Die Beheizung trägt über ein Blockheizkraftwerk plus Gasbrennwertkessel zur positiven Energiebilanz bei. Diese Anlage versorgt über ein Nahwärmenetz auch das örtliche Pflegeheim und mehrere Gewerbebauten. Der Ansatz einer quartiersübergreifenden Energieversorgung wird als vorbildlich erachtet.

Die Jury würdigte insbesondere die sozialen und nachhaltigen Aspekte der Seniorenwohnanlage in Schechen, die zudem in einem angemessenen Kostenrahmen verwirklicht wurde. Auch die Initiative der Gemeinde, ein eigenes Angebot für Senioren und Menschen mit Behinderung anzubieten und dieses mit einem Gemeindezentrum für die ganze Gemeinde zu kombinieren, ist wegweisend. Sie ist eine zeitgemäße Antwort auf den demografischen Wandel und die Notwendigkeit, ländliche Gemeinden zukunftsfähig zu gestalten. **DK**

Ein Musterbeispiel für ökologisches Bauen:

Neue Holzkapelle in Iphofen

Wald und Holz helfen bei der Bewältigung des Klimawandels. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Nutzung heimischen Materials. Mit gutem Beispiel geht hier die unterfränkische Stadt Iphofen voran. Davon konnten sich die Mitglieder des Forstausschusses des Bayerischen Städtetags sowie mehrere Bürgermeister der interkommunalen Allianz „7/22 südost“ an Ort und Stelle überzeugen.

Bürgermeister Josef Mend nutzte die Gelegenheit, die Gäste in die neue Holzkapelle des Iphöfer Altenbetreuungszentrums zu führen. Das verwendete Holz ist in Iphofen gewachsen und wurde ausschließlich von Firmen im Landkreis geschnitten, gesägt, getrocknet und verbaut.



V.l.: Stadtförster Rainer Fell, Bürgermeister Josef Mend, Architekt Matthias Prell und Zimmerer Bernd Hartmann. Bild: Daniela Röllinger

Die Kapelle verfügt über viel Freiraum, damit die Bewohner, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, an den Gottesdiensten und Begegnungen teilnehmen können. Beim Treffen des Forstausschusses nahm allerdings ein großes hölzernes Konstrukt, der Klima-Holzwürfel, breiten Raum ein. Mit seiner Kantenlänge von einem Meter ist der auf der Spitze stehende Würfel ein auffälliges Symbol für die existenzielle Herausforderung durch den Klimawandel.

„Mehr Holz = mehr Sauerstoff + weniger CO2“ rechnet der Holz-Klimawürfel vor: In einem Kubikmeter Holz wird eine Tonne CO2 gebunden, gleichzeitig setzt dieser eine Kubikmeter Holz 300 Kubikmeter Sauerstoff frei. Erst unlängst schlugen Forscher der Yale University in einem Fachartikel vor, neue Häuser vor allem aus Holzverbundstoffen zu bauen und auf diese Weise in einen riesigen CO2-Speicher zu verwandeln.

Mit dem Würfel werben die Initiatoren – die Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft und das Zentrum „Wald-Forst-Holz“ in Weihenstephan – dafür, den Wald auf den Klimawandel vorzubereiten und ihn durch gezielte forstliche Maßnahmen planvoll auszubauen. Darüber hinaus verweisen sie auf die Bedeutung von Holz im Bau: Wer Holz aus nachhaltiger, bestenfalls aber aus heimischer Forstwirtschaft für seinen Neu- oder Altbau, für sein Unternehmen oder als Gemeinde für seine öffentlichen Einrichtungen nutzt, setze auf „ein Naturprodukt mit eingebauter Zukunft“.

Seit Jahren nutzt die Stadt Iphofen als Eigentümerin von rund 2.200 Hektar Wald Holz für ihre Bauprojekte. So findet sich in der Karl-Knauf-Halle Roteiche aus dem Stadtwald, zudem wurden der neue Kindergarten vollständig in Holzbauweise und zwei Schulerweiterungen in Holzständerbauweise errichtet. Holz zu verwenden, so Rathauschef Mend, sei in Iphofen überall dort, wo es machbar sei, Standard. Nur an ein mehrstöckiges Gebäude habe man sich bislang nicht herangewagt.

Wie modernes Bauen mit Holz funktionieren kann, zeigt sich in der Kapelle des Altenbetreuungszentrums. Sowohl außen als auch innen kam Eichenholz zum Einsatz. Dies ist kaum verwunderlich, sind in Iphofen doch überwiegend gemischte Laubwälder zu finden, wobei die Eiche mit einem Flächenanteil von über 60 Prozent dominiert.

Acht Prozent der Fläche ist mit Nadelbäumen bestockt, wobei Stadtförster Rainer Fell diesen Anteil relativierte. „Wir hatten mal acht Prozent Nadelholz, aber die verabschieden sich mit großen Schritten.“ Schädlinge und die Trockenheit setzten den Nadelbäumen stark zu.

Holzbau auf dem Vormarsch

Wie Fell berichtete, habe die Stadt beim Bau der Kapelle Architekt Matthias Prell vorgegeben, mit Holz, vor allem aber mit Eiche, zu arbeiten. So sei die Idee entstanden, die Außenverschalung mit Holz zu gestalten. Die Arbeit mit Holz sei auch für ihn noch längst kein Alltag, erklärte Prell, aber Holzbau sei auf dem Vormarsch, „und das ist gut so“. Die Arbeit mit einem Bauherrn, der solche Vorgaben mache, sei speziell gewesen und habe ihm Freude bereitet. Das Projekt sei gemeinsam entwickelt und geplant und anschließend ausgeschrieben worden.

Auch bei den Besuchern fand die Gestaltung der Kapelle großen Anklang. Die schmale Seite der Holzbretter an der Fassade zeigt nach außen, wenige Zentimeter voneinander entfernt sind sie angeordnet, bis hoch hinauf unter das Dach, die Fassade ist dabei leicht geschwungen. Obwohl kaum zu sehen, sind die Fenster unter der lichten Holzverkleidung wichtiger Teil der Gestaltung. Am Abend verleiht die Beleuchtung dem Gebäude besonderes Flair. **DK**

Bauen mit Holz – nachhaltig und ein Beitrag zum Klimaschutz

Dass Bauen mit Holz eine stärkere Lobbyarbeit benötigt war Grundtenor des Tagessymposiums „Mit Holz bauen – Zukunft aktiv gestalten“, das die Bayerische Ingenieurekammer-Bau gemeinsam mit C.A.R.M.E.N. e.V. durchführte. Knapp 100 Besucher waren in die Zentrale der Bayerischen Staatsforsten nach Regensburg gekommen.

In seiner Begrüßung rief der Vizepräsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, Dr.-Ing. Werner Weigl, dazu auf, möglichst alle Aspekte anzusprechen, die beim nachhaltigen Bauen mit Holz zu bedenken sind.

Auf die Frage „Warum der Wald jetzt Holznutzung braucht“, versuchte Reinhardt Neft, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten, eine Antwort zu geben. „Wir brauchen einen gesunden, leistungsfähigen Wald. Holznutzung und Waldbewirtschaftung sind aktiver Klimaschutz“, betonte er. In Bayern werden von 18 Millionen Kubikmeter Waldzuwachs zehn bis zwölf Millionen genutzt. Für die Klimaentwicklung von Bedeutung ist die Bindung von CO2 durch das Holz.

Waldumbau und Waldverjüngung

Trockenheit, Hitze und geringe Niederschläge setzen dem Wald sehr zu. Waldumbau und Waldverjüngung sollen mittelfristig zu klimatoleranten Mischwäldern führen. Dass sich die Staatsforsten für den Holzbau einsetzen sei allerdings auch „eine emotionale Entscheidung“.

Den Faktor Nachhaltigkeit stellte Diplom-Forstwirt Alexander Schulze von C.A.R.M.E.N. e.V. in den Mittelpunkt seines Vortrags. Nachhaltigkeit umfasst Ökologie, Ökonomie und Soziales. Bauen ist für Schulze grundsätzlich eine Frage der Nachhaltigkeit. Hier sei das Holz ein Material, das wie fast kein anderes für Nachhaltigkeit steht. Anhand mehrerer Beispiele in Kommunen (Schulen, Kindergärten, Gemeindezentren, Bauhof, Haus der Vereine, Sporthallen usw.), Kirchen und Konversionsprojekten in alten Industrieanlagen zeigte Schulze die vielfältigen Möglichkeiten des Holzbaus auf.

Nachhaltigkeit, ökologische Verantwortung, überschaubare Kosten

Ein konkretes Projekt, die neue Sporthalle in Rötz, stellte Bürgermeister Ludwig Reger vor. Nachhaltigkeit, ökologische Verantwortung und überschaubare Kosten waren für ihn die wichtigsten Aspekte. In einer Bauzeit von nur zehn Monaten konnte gemeinsam mit Gruber Objektbau die vor allem mit Holz gebaute Halle realisiert werden. Rund 2,5 Mio. Euro betrugen die Baukosten (500.000 Euro für die Außenanlagen).

Aus der Kommunalpolitik berichtete auch der Regensburger Bürgermeister Jürgen Huber. Er wies auf die schon lange bekannte Problematik im Kontext CO2, Klima und Erwärmung hin und stellte fest, dass 40 Prozent des CO2 bzw. des Mülls im Bau anfallen. Daher gelte es, die CO2-Senke im Holz zu nutzen. Vor dem Hintergrund der Ressourcenverknappung, der Klima- bzw. Erderwärmung und der zunehmenden Urbanisierung müssten, so Huber, die Rahmenbedingungen für den Holzbau verbessert werden – die Lobbyarbeit, aber auch der Vorfertigungsgrad.

Über das Vergaberecht sprach Dipl-Ing. (FH) Reinhold Grünbeck von der Stadt Regensburg. Er machte deutlich, dass ein klares Bekenntnis des Bauherrn zum Bauen mit Holz den Vergabeprozess erleichtert. Grünbeck empfahl baubegleitende Planung und „Teamarbeit von Architekten, Ingenieuren und Holzbauplanern von Anfang an“.

Stark in die Praxis ging Dr.-Ing. Norbert Burger (BBI Ingenieure GmbH) mit seinem Vortrag zur Nachverdichtung. Er zeigte Beispiele aus den Bereichen Aufstockung, Anbau, Umnutzung, Revitalisierung und Lückenschluss und nannte Aspekte, die hier rechtlich und technisch mit hineinspielen.

Neue Richtlinien

Derzeit beraten werden neue Richtlinien zum Holzbau. Darüber informierte Dipl.-Ing. (FH) Thomas Herbert von der Oehmke + Herbert Planungsgesellschaft im Bauwesen mbH. Er zeigte angedachte Überlegungen der neuen Musterholzbau-Richtlinie auf, nach der künftig auch eine Massivholzbauweise sowie Holzwerkstoffe bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5 zulässig sein sollten. Doch seien andere Aspekte (z.B. Flächen für Feuerwehr) vor allem im städtischen Bereich eher nachteilig für Holzbaulösungen. **Markus Bauer**



Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger und Kammerpräsidentin Christine Degenhart. Bild: ByAKr

„Wie wird das Leitbild der VgV in der Praxis gelebt?“

Die Bayerische Architektenkammer hat nach einem Beschluss der Vertreterversammlung die Universität Augsburg mit einer Begleitforschung 2020 für die Vergabe von Planungsleistungen der öffentlichen Hand in Bayern beauftragt.

Die Vergaberechtsnovelle 2016 strebt für Auftraggeber und Bewerber Erleichterungen bei der Vergabe von Planungsleistungen an. So verlangt die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), dass die von den Bewerbern geforderten wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Kriterien in einem angemessenen Verhältnis zur Aufgabe stehen. Die Kriterien sind bei geeigneten Aufgaben zudem so zu fassen, dass kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger am Verfahren beteiligt werden können. Es herrscht der Eindruck, dass viele Auslober die Eignungskriterien so verstehen und nutzen, dass sich diese allein auf quantitative Elemente wie Bürogröße und Umsatz und gerade nicht auf die konkrete Aufgabenstellung beziehen.

Die Bayerische Architektenkammer hat deshalb nach einem Beschluss der Vertreterversammlung Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger, den Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg, und sein Team beauftragt, Vergaben der öffentlichen Hand in Bayern zu evaluieren.

Neben allgemeinen Verfahrensdaten werden die von den Auslobern geforderten Eignungskriterien wie Jahresumsätze, Mitarbeiterzahl sowie Referenzprojekte erfasst. Untersuchungszeitraum ist vom 1. Februar 2020 bis 31. Januar 2021.

Mehr als 400 Verfahren können auf diese Weise ausgewertet und die Ergebnisse in weitere Gespräche mit öffentlichen Auftraggebern eingebracht werden. „Von der Evaluierung erwarten wir uns eine klare Aussage, wie das in der VgV aufgestellte Leitbild in der Vergabepraxis gelebt wird. An die Auswertung werden sich weitere Fragen anschließen: Auf welche Weise können für vergleichbare Aufgaben angemessene Auswahlkriterien definiert werden? Wie können wir langfristig eine kooperative und rechtssichere Verfahrenskultur etablieren? Die VgV ist bei diesen Fragen lösungsoffen. Sie bietet Handlungsspielräume, die die Vielfalt im Bewerberfeld und damit auch die Vergabe- und Baukultur in Bayern stärken,“ erläutert Kammerpräsidentin Christine Degenhart. Ansprechpartner zur Begleitforschung 2020 im Vorstand der Bayerischen Architektenkammer sind Architekt und Stadtplaner Karlheinz Beer (Vizepräsident) sowie Landschaftsarchitekt und Stadtplaner Franz Damm. ❐

Landrat Leo Schrell:

Keine sinnvolle Alternative zur kommunalen Trägerschaft der Kreiskliniken

Ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft der Kreiskliniken hat Landrat Leo Schrell beim Informationsgespräch mit dem Kolpingwerk Bezirk „Mittel Donau“, den Kolpingsfamilien Dillingen, Lauingen, Höchstädt, Gundelfingen und Wertingen, abgegeben. Dazu begrüßte Schrell neben den rund 30 interessierten Kolpingschwestern und -brüdern u.a. den Regionalbeauftragten im Kolpingwerk, Jakob Kehrle aus Höchstädt, sowie den Bezirksvorsitzenden Gebhard Hummel aus Lauingen.

Kehrle und Hummel betonten unisono, dass sich die Kolpingmitglieder auf allen politischen Ebenen von der Kommunal- bis zur Bundespolitik auf der Basis der Werte des Kolpingwerkes aktiv einbringen und dabei die Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund der sozialen Verantwortung den Menschen gegenüber ein sehr wichtiges Thema sei. Deshalb sei für die Kolpingmitglieder die zukunftsfähige und vor allem wohnortnahe medizinische Versorgung von großer Bedeutung. Dabei dürfe an der kommunalen Trägerschaft, die Gestaltungsspielraum eröffne, nicht gerüttelt werden, so Kehrle.

Landrat Leo Schrell betonte, dass die jährlichen Fehlbeträge der Kreiskliniken in hohem Maße den von der Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen geschuldet seien. Schrell bezeichnete die Kliniken im Landkreis als unverzichtbare Einrichtung der Daseinsvorsorge, die vor allem im ländlichen Raum eine flächendeckende medizinische Versorgung und damit gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten.

Kritik übte der Landrat deshalb an der jüngsten Studie der Bertelsmann-Stiftung, nach deren Ansicht mehr als jedes zweite der knapp 1.400 Krankenhäuser in Deutschland geschlossen werden sollte, damit die Versorgung der Patienten verbessert werden kann. „Danach würde im Landkreis Dillingen dann rechnerisch kein Krankenhaus mehr bestehen, obwohl es im Landkreis Dillingen derzeit pro ca. 300 Einwohner nur ein Krankenhausbett gibt“, sagte Schrell und machte deutlich, dass die Studie inhaltlich für ihn völlig inakzeptabel sei. Bundesweit sei derzeit eine wesentlich höhere Bettendichte zu verzeichnen, nämlich pro ca. 180 Einwohner ein Bett. „Der Landkreis Dillingen hat demnach seinen Beitrag zum Abbau der Betten bereits geleistet“, betonte der Landrat.

Fraktionsübergreifendes Einvernehmen

Zudem machte der Landrat deutlich, dass im Kreistag fraktionsübergreifend Einvernehmen darüber bestehe, dass Vorteil einer kommunalen Trägerschaft sei, das medizinische Angebot bedarfsgerecht ausrichten zu können. „Dabei hat die Sicherstellung einer wohnortnahen Patientenversorgung oberste Priorität“, so Schrell. So würden sich rein gewinnorientierte Kliniken in privater Trägerschaft weder eine Notfallambulanz noch eine Geburtshilfe leisten. Auch könnte für die Region ohne die Kreiskliniken kaum ärztlicher Nachwuchs im Bereich der niedergelassenen Ärzte sowie der Fachärzte gewonnen werden. Diese seien für die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung jedoch elementar wichtig, so Schrell.

Er nannte in diesem Zusammenhang das an der Kreisklinik in Dillingen von der Chefärztin für Innere Medizin, Dr. med. Ulrike Bechtel, entwickelte und etablierte Weiterbildungskonzept. Dadurch konnten bereits mehrere junge Nachwuchsmediziner für die Region gewonnen und ausgebildet werden. ❐



Der Trend beim Wohnungsbau im Landkreis Regensburg zeigt wieder nach oben, Landrätin Tanja Schweiger (Mitte) stellte gemeinsam mit Oberregierungsrätin Sanja Glaser und dem Geschäftsführer der Wohnbaugenossenschaft für den Landkreis Regensburg, Reinhold Niklas, die Bilanz für 2019/2020 vor. Bild: LRA Regensburg, Beate Geier

Wohnungsbau im Landkreis Regensburg:

Trendwende geschafft

Zahlen gehen nach oben – auch im Sozialen Wohnungsbau

Regensburg (R/L). Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt stellt eine der größten Herausforderungen für die Region Regensburg dar. Dies gilt insbesondere auch für den Sozialen Wohnungsbau. Landrätin Tanja Schweiger stellte vor kurzem gemeinsam mit Oberregierungsrätin Sanja Glaser, Leiterin der Bauabteilung im Landratsamt Regensburg, sowie Reinhold Niklas, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft im Landkreis Regensburg, nicht nur die Wohnungsbaubilanz 2019/2020 für den Landkreis Regensburg vor, sondern bezog in ihre Analyse auch die Entwicklung seit 2014 mit ein. Das Fazit, das die Landrätin ziehen konnte, war ein höchst erfreuliches.

„Die Trendwende im Wohnungsbau ist geschafft. Es wird wieder mehr gebaut, und zwar nicht nur im Stadtumlandbereich, sondern in allen Landkreisgemeinden. Besonders wichtig ist, dass auch im sozialen Wohnungsbau die Zahlen wieder nach oben gehen, und zwar deutlich. Mein großer Dank gilt unseren 41 Landkreisgemeinden, die sich dieser Herausforderung gestellt haben und mit ihrem großem Engagement diese Trendwende mit herbeigeführt haben“, so Schweiger.

Wie die Landrätin erläuterte, stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen von 824 im Jahr 2014 auf 1.518 im Jahr 2019. Der ebenfalls gestiegene Quotient – wie viele Wohnungen pro Gebäude errichtet werden – zeige, dass auch im Landkreis zunehmend mehrgeschossiger gebaut werde.

Wurden im Jahr 2014 in 521 Gebäuden noch 824 Wohnungen errichtet, waren es im vergangenen Jahr 1.518 Wohnungen in 773 Gebäuden. Dies entspreche einer Erhöhung des Quotienten von 1,58 auf 1,96. Der Trend zur zunehmenden Mehrgeschossigkeit bestätige sich auch im Anteil der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen. Betrug dieser in 2014 noch 32 Prozent, erhöhte er sich in 2019 auf 39 Prozent.

Steigende Zahlen nicht nur im Stadtumlandbereich

„Wichtig ist mir als Landrätin, dass nicht nur im Stadtumlandbereich gebaut wird, sondern auch in allen anderen Landkreisgemeinden“, so die Landrätin weiter. So habe die Zahl der genehmigten Wohnungen im Umlandbereich von 385 in 2014 um 21,6 Prozent auf 468 in 2018 zugenommen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Wohnungen in den anderen Landkreisgemeinden von 516 um 30 Prozent auf 671 an. Der positive Trend zeichne sich ebenfalls ab bei den Fertigstellungen und beim Bestand von Wohnungen und Gebäuden.

Regenstauf hat die meisten neuen Wohnungen

Im Zeitraum 2014 bis 2018 seien die meisten Wohnungen in Regenstauf (470) entstanden, gefolgt von Schierling mit 314, Hemau mit 310, Sinzing mit 281 und Neutraubling mit 276 Wohnungen. In Relation zur Einwohnerzahl zeige sich, dass auch kleinere Gemeinden - mit Obertraubling als 8.500 Einwohner-Gemeinde auch eine größere - durchaus ihren Beitrag leisteten zur Entspannung des Wohnungsmarktes. So habe etwa die Gemeinde Pielenhofen in 2018 mit 1,86 (Wohnungen pro 100 Einwohner) den höchsten Wert erreicht, gefolgt von Pettendorf (1,53), Obertraubling (1.36), Brunn (1,09) und Aufhausen (0,98).

Anstieg beim Sozialwohnungsbau

Der Sozialwohnungsbau im Landkreis habe mit 1.369 Wohnungen im Jahr 1999 seinen Höchststand erreicht. In den nächsten 15 Jahren sei dieser Bestand kontinuierlich zurückgegangen auf zuletzt 843 Wohnungen im Jahr 2014. Weil die für die gesamte Region Regensburg so wichtige Trendumkehr gerade bei den Sozialwohnungen aufgrund vielfältiger Ursachen – wie lange Vorlaufzeiten durch Bauleitplanungen oder durch Klärung der Fördermodalitäten –so schwierig war, sei es eine besonders gute Nachricht, dass genau in diesem Segment dies erreicht werden konnte, so die Landrätin. Dank des Engagements der Gemeinden und vieler privater Investoren sei es gelungen, von 2015 bis zu den Prognosezahlen von 2020 einen Nettozuwachs um 159 Sozialwohnungen zu erreichen. Dies bedeute eine Erhöhung um 18,9 Prozent, ausgehend vom Bestand von 843 Sozialwohnungen in 2014 zu 1.002 Sozialwohnungen, wie sie für den 31.12.2020 prognostiziert werden. Wären in diesem Zeitraum nicht 134 Wohnungen aufgrund des festgelegten Förderendes aus der sogenannten Wohnungsbindung gefallen, wäre der Bestandszuwachs um 293 Wohnungen oder 34,8 Prozent noch deutlicher ausgefallen.

Wohnen ist ein Grundrecht

„Der Landkreis“, so die Landrätin abschließend, „ist beim Wohnungsbau jetzt wieder auf einem guten Weg. Aber die Anstrengungen müssen unvermindert weitergehen. Denn die Bevölkerungszahl des Landkreises steigt weiter – bis zum Jahr 2038 auf 209.500, was eine Zuwachsrate von 8,2 Prozent bedeutet. Die Schaffung von Wohnraum wird daher auf unserer Agenda weiterhin ganz oben stehen.“ Grundsätzlich seien aber auch Bund und Land weiterhin gefordert, wenn es beim Sozialwohnungsbau aber auch generell um die Rahmenbedingungen zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum gehe. „Denn Wohnen ist für mich ein Grundrecht. Und jede Bürgerin und jeder Bürger muss so wohnen können, dass daraus keine Armutsgefährdung entsteht.“ ❐

CSU-Themenabend mit Dr. Thomas Geppert:

Dorfwirtschaften braucht das Land!

„Das Dorfwirtshaus ist die Seele im Land und Synonym für bayerische und fränkische Gemütlichkeit", so der Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Dr. Thomas Geppert, bei einer von der CSU initiierten Diskussionsrunde im mittelfränkischen Trautskirchen. Die Gastronomie mit ihren Dorfwirtshäusern sei nicht nur die zweitwichtigste Leitökonomie nach der Industrie, sie böte mit ihren „öffentlichen Wohnzimmern" auch Plattformen zur Kommunikation und nicht selten sogar „psychologische Hilfestellung". Sie zählten somit „zu den wichtigsten sozialen Institutionen einer Ortsgemeinschaft".

Interessante Zahlen konnte Dr. Geppert nennen: Mit 447.000 Erwerbstätigen sei jeder 17. Arbeitsplatz in der Gastronomie angesiedelt, er gebe derzeit 111 Berufsbilder und 10.000 Auszubildende zu „Dienstleistungsprofis". Hotellerie und Gastronomie seien Hauptleistungsträger des stark wachsenden Tourismus auch in Franken und damit regionale Wirtschaftsmotoren.

„Genehmigungsfreundliche Handhabung"

Auch die Kommunen könnten mit entsprechendem Verwaltungshandeln und vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung der örtlichen Gastronomie beitragen, damit das Ausbluten mancher Innenorte verhindern und ihren eigenen Standort stärken. Profitieren würde der örtliche Handel, das Handwerk und viele weitere Dienstleister. Personalintensive und zumeist familiengeführte Individualgastronomie ist für Dr. Geppert eine Grundvoraussetzung für flächendeckenden Tourismus besonders im ländlichen Raum. Flexible Sperrzeitenregelungen und weniger Auflagen für die Außengastronomie wie auch für Um- und Ausbauten zählte er zur insgesamt „genehmigungsfreundlichen Handhabung".

Beim Abbau übertriebener Vorgaben seien aber alle politischen Ebenen gefragt. Vor allem die Bundesregierung müsse für „mehr Netto vom Brutto" sorgen, und zwar in allen Bereichen für die Unternehmen wie die Mitarbeiter. Dr. Geppert forderte faire Wettbewerbsbedingungen und eine deutliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht nur für die Gastronomie sondern den Mittelstand insgesamt. Erstaunlich sei, dass gerade die „Grünen", die ansonsten für mehr Regionalität eintreten würden, „mit immer neuen Forderungen dafür sorgen, dass eben diese Regionalität kaputt gemacht wird". Aber die Gesellschaft als Ganzes müsse die Dienstleistungen „von Mensch zu Mensch" wieder mehr wertschätzen.



v.L.: Sandra Winkelspecht und Bernd Raucher aus Emskirchen, ehem. Karpfenkönigin Katrin Uano, Dr. Thomas Geppert, Landrat Helmut Weiß, Werner Ströbel aus Trautskirchen, MU-Kreisvorsitzender Gerd Scheuenstuhl und MdL Hans Herold

Text und Bild: pmw

Gastronomen sorgen für regionale Wertschöpfung

Der Abgeordnete im Bayerischen Landtag und CSU-Kreisvorsitzende Hans Herold war sich mit Landrat Helmut Weiß darin einig, dass die Dorfwirtshäuser nicht nur „reale Kulturstätten" seien, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze im ländlichen Raum darstellen.

Wie wichtig das Thema sei, zeige, dass das bayerische Gaststätten-Modernisierungsprogramm der Staatsregierung in wenigen Minuten vergriffen war. Herold versprach, sich für eine Neuauflage in 2021 einzusetzen. Die touristischen Highlights des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, der sich werbewirksam „MehrRegion" nennt, seien gemeinsam mit der örtlichen Gastronomie entwickelt worden, so Landrat Weiß. Die erfolgreiche mittelfränkische Bocksbeutelstraße und die Bierstraße würden ergänzt durch einen ansässigen großen Brunnenbetrieb, die Aischgründer Karpfenschmecker- und die Wildbretwochen.

Sieben Prozent Umsatzsteuer für Essen

Im Beisein von Hans Schneider, Vorsitzender des DEHOGA-Berufsbildungsausschusses in Bayern und Gastronom aus Neuhof a.d. Zenn sowie Kreisvorsitzendem Herbert Krönert entwickelte sich eine rege Diskussion. Auch die anwesenden Verbraucher zeigten sich verständnislos angesichts unterschiedlicher Umsatzbesteuerung bei Lebensmitteln zum Mitnehmen und örtlichem Verzehr. Dr. Thomas Geppert verwies auf die Aktion seines Verbandes unter dem Motto „Reduzierung der Umsatzsteuer für Essen auf einheitlich sieben Prozent, egal, wo und wie".

Gastronomen prangerten besonders die „völlig überzogene Bürokratie" und den „Kontrollwahn" an, wo selbst vor verdeckten Ermittlungen nicht zurückgeschreckt werde. Eine ganze Branche werde einem „Generalverdacht" ausgesetzt, es entwickle sich allmählich ein staatliches Misstrauen gegen die Bürger und vor allem diejenigen, die etwas unternehmen. Die zahlreich anwesenden Kommunalpolitiker sprangen den Gastwirten zur Seite.

Landrat Helmut Weiß meinte, „die Politik muss mehr Mut haben, nicht allen Strömungen hinterherzulaufen" und Landtagsabgeordneter Hans Herold ergänzte: „Der Abbau der Bürokratie muss von ganz oben beginnen". **pmw**

Landkreis Tirschenreuth:

Startschuss für innovatives Kulturprojekt

Neue Kunst- und Kulturstätte im Badehaus Maiersreuth

Ein leerstehendes Badehaus wird Kunstprojekt: Im ehemaligen Bade- und dem Kurmittelhaus in Neualbenreuth entstehen Ausstellungs- und Bühnenflächen, Arbeitsräume und Ateliers für Künstler. Laut Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, die den Startschuss gab, wird das Projekt im Rahmen der Förderoffensive Nordostbayern vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz mit rund 1,6 Millionen Euro gefördert.

„Mit Ihrem Projekt ‚Kunst & Kultur im ehemaligen Badehaus Maiersreuth' setzen Sie hier in der nördlichen Oberpfalz ein außergewöhnliches kulturelles Highlight", betonte Kaniber. Das Projekt zeige eindrucksvoll, wie durch unternehmerisch denkende Menschen und passgenaue Förderung wichtige Impulse für die Entwicklung dieser ländlichen Region gegeben werden könnten.

Michaela Kaniber übergab Bürgermeister Klaus Meyer den Förderbescheid für den Umbau des lange leerstehenden ehemaligen Badehauses. Erklärtes Ziel ist es nach ihren Worten, die kulturellen Initiativen auch von Laien und Amateuren aus der Region einzubinden. Hier in Maiersreuth seien Kunst und Kultur keine elitäre Veranstaltung, sondern eine Einladung an alle.

Für Rathauschef Meyer war der Festakt ein Meilenstein in der Geschichte von Bad Neualbenreuth. Vor über 30 Jahren sei hier der Spatenstich für den Grundstein des heutigen Heilquellenkurbetriebs Sibyllenbad gelegt worden. „Damals wie heute waren Künstler vor Ort", erinnerte sich der Bürgermeister.

Ein Ort für Kunstschaffende

Besucher, Teilnehmer und Kunstschaffende werden die Erinnerung an das einst gut frequentierte Badehaus in vielfältiger Weise aufrechterhalten. Das Badehaus Maiersreuth soll auch ein Ort für professionelle Kunstschaffende sein, die in der nördlichen Oberpfalz konzentriert an ihren Projekten arbeiten können: Hier treffen Künstler und Schriftsteller aufeinander, vernetzen sich und stehen im Austausch mit Bevölkerung, Touristen und Kurgästen.

Die Region weiter beleben

Weiteres Ziel ist, auch anderen Besuchern die nördliche Oberpfalz als attraktiven Standort sichtbar zu machen und damit die Region weiter zu beleben. Das Publikum erwartet ein interdisziplinäres und spartenübergreifendes Programmangebot: Ausstellungen, Theater und Workshops. In diesem Badehaus darf jeder Kraft schöpfen, Ideen entwickeln, experimentieren und über sich hinauswachsen. Durch die Mitwirkung an der Vernetzung verschiedener kultureller Initiativen im Landkreis Tirschenreuth tragen diese in den entsprechenden künstlerischen Sparten zur Sicherung wichtiger fachlicher Impulse bei. Dabei bleibt der Fokus auf künstlerisches Schaffen im ländlichen Raum gerichtet, eng eingebunden in eine dörfliche Struktur, die mit urbaner Kunst und internationalen Künstlern angereichert wird.

Auf den Weg gebracht wurde das Kulturprojekt über die Initiative HeimatUnternehmen. Kern dieser Initiative der Ländlichen Entwicklung ist es, unternehmerische Menschen auf dem Land zusammenzubringen und zu begleiten und damit gezielt ihre Potenziale für die Entwicklung der Region in Wert zu setzen. Der Markt Bad Neualbenreuth profitiert bei dem Umbau von den erhöhten Fördersätzen der Förderoffensive Nordostbayern. Die Staatsregierung unterstützt damit ländliche Kommunen bei der neuen Nutzung von Leerständen in Landkreisen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind. **DK**

Brandl zur Flüchtlingskrise

Bitte kein neues Jahr 2015!

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wäre geringer

„Angesichts der Bilder von verzweifelten Menschen an der türkisch-griechischen Grenze stellt sich die Frage: erleben wir ein weiteres Jahr 2015?" sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München. „Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte hoffen, dass es nicht wieder zu einem Massenansturm von Migranten nach Deutschland kommt. Zwar wären die Kommunen für diesen Fall besser gerüstet als damals; Unterbringungsmöglichkeiten und das Engagement von Integrationshelfern wären gegeben, auch Fragen der Finanzierung würden sicherlich schneller und effizienter gelöst. Aber es bleibt die große Frage: wäre die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung im gleichen Maße vorhanden wie damals?" Brandl wies darauf hin, dass auch jetzt noch zahlreiche Personen, die 2015 nach Bayern gekommen sind, in staatlichen und kommunalen Einrichtungen leben und auf das Ergebnis ihrer Asylanträge warten. Außerdem sei die Integration noch bei weitem nicht abgeschlossen. „Wir erwarten von der Bundesregierung und der neuen EU-Kommission, die aktuelle Situation diesmal anders zu lösen als im Jahr 2015." ❐

Jugendarbeit in einer vielfältigen Gesellschaft:

Bezirk fördert Projekte

Augsburg (pm). Wie gestaltet sich das Zusammenleben in einem Land der Vielfalt? Wie geht man miteinander gut und gleichberechtigt um? Solche Fragen stellen sich auch im Schulalltag. Schülerinnen und Schüler, die sich intensiver damit auseinandersetzen wollen, können sich dem bundesweiten Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC) anschließen. An dem Netzwerk beteiligen sich bislang über 3000 Schulen in Deutschland, im Bezirk Schwaben sind es aktuell 74 Schulen.

Um das Projekt noch bekannter zu machen, fördert der Bezirk Schwaben nun die SOR-SMC-Regionalkoordination, die an der Schwäbischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Babenhausen angesiedelt ist, mit 10.000 Euro. „Unsere Gesellschaft verändert sich, wird vielfältiger", betont dazu Bezirkstagspräsident Martin Sailer. „damit in der Zukunft ein gutes Zusammenleben gelingt, ist es wichtig, bereits jetzt die Jugend an Bord zu holen." Dies soll einerseits durch das Schulprojekt geschehen, darüber hinaus unterstützt der Bezirk dabei aber auch den Bezirksjugendring Schwaben in dessen Aktivitäten. Dort wurde nun eine Projektstelle für „Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft" eingerichtet. Haupt- und Ehrenamtliche in der Jugendarbeit selbst sollen für das Thema sensibilisiert werden und den Jugendverbänden entsprechendes Know-how im Umgang mit Jugendlichen aus anderen Nationen und Kulturen vermittelt werden. „Wir können und müssen noch viel voneinander lernen", so Claudia Junker-Kübert, Geschäftsführerin des Bezirksjugendrings beim jüngsten Jugendausschuss im Bezirk Schwaben. ❐



BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Tourismus in Franken:

Qualität zahlt sich aus

Zum siebten Mal in Folge sind die Besucher- und Übernachtungszahlen in Franken gestiegen. Wie der Tourismusverband Franken beim Jahrespressegespräch in Nürnberg mitteilte, haben 2019 knapp 23 Millionen Gäste in Franken übernachtet, wobei noch die Zahlen aus den nichtbayerischen fränkischen Gebieten fehlen. Der Verbandsvorsitzende, Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann, rechnet damit, „dass wir erneut die Marke von 25 Millionen Übernachtungen übertreffen werden". 10,3 Millionen Gästeankünfte bedeuteten ein Plus von 1,0 Prozent im Vergleich zu 2018. „Ein gesundes und stetiges Wachstum", wie Herrmann attestierte.

Auf ein äußerst erfolgreiches Jahr blickt vor allem Oberfranken zurück. Im Fichtelgebirge nahmen die Übernachtungen um 3,9 Prozent, im Frankenwald sogar um 6,2 Prozent zu. Den größten Verlust verzeichnete das Nürnberger Land mit einem Minus von 11,2 Prozent.

Zugpferd im fränkischen Tourismus ist nach wie vor der Städte- und Kultur-Tourismus, was sich in der Bilanz der Arbeitsgemeinschaft „Die Fränkischen Städte" niederschlägt. Überproportionale Zuwächse verzeichneten hier bei den Übernachtungen Forchheim (plus 64,8 Prozent), Kulmbach (plus 16,7 Prozent), Fürth (plus 12,6 Prozent) und Aschaffenburg (plus 10,4 Prozent). Etwas geringer als 2018 fiel das Interesse an Nürnberg aus (minus 1,4 Prozent), das aber nach wie vor die mit Abstand größte Attraktion unter den Städten in Franken darstellt.

Destinations- und Themenmarketing

Erfreulich ist Herrmann zufolge auch die Entwicklung in den Heilbädern und Kurorten im „Gesundheitspark Franken". Spitzenreiter bei den Übernachtungen sind Treuchtlingen (plus 11,7 Prozent), Bad Alexandersbad (plus 5,8 Prozent) und Bad Königshofen (plus 4,5 Prozent). In Summe weist die Tourismusbilanz für die fränkischen Kurorte allerdings bei den Übernachtungen einen leichten Rückgang um 0,2 Prozent aus.

Die hervorragende Position des fränkischen Tourismus basiert laut Herrmann insbesondere auf der stimmigen Kommunikationsstrategie des Verbandes. Sie konzentriert sich auf die Säulen „Qualität", „Destinations- und Themenmarketing" sowie „Jahresthemen". Als einen Höhepunkt für das Jahr 2020 kündigte der Verbandschef den 300. Jahrestag der Grundsteinlegung der Würzburger Residenz an. Der Geburtstag dieses barocken Gesamtkunstwerks, das zum UNESCO-Welterbe zählt, wird mit einer Jubiläumswoche im Mai gefeiert.

Ein für Franken bedeutender touristischer Meilenstein ist zudem das Jahr 1950, als mit der „Romantischen Straße" die erste Ferienstraße Deutschlands ins Leben gerufen wurde. Mittlerweile zählt sie zu den weltweit bekanntesten Ferienrouten. Im Jubiläumsjahr werden unter anderem Wandertage, Oldtimer-Ausfahrten und Dampfzugfahrten angeboten.

Geburtstag feiert auch der „Musikzauber Franken" als gemeinsame Initiative des Tourismusverbandes Franken und des Bayerischen Rundfunks - Studio Franken, der 2020 in seine 25. Saison geht. Eine feste Größe ist der Radweg „Liebliches Taubertal - Der Klassiker", der heuer 40 Jahre alt wird. Zahlreiche Aktionen sind auch hier zu erwarten.

50 Jahre ist es her, dass der Bayerische Landtag beschloss, durch den Bau großer Stauseen den trockenen Norden Bayerns besser mit Wasser zu versorgen. Im Zuge dieses Jahrhundertprojekts entstand das Fränkische Seenland, das mit insgesamt 19 Quadratkilometern Wasserfläche viele Möglichkeiten für aktive Erlebnisse am und im Wasser bietet. Joachim Herrmann empfahl in diesem Zusammenhang die Lektüre des neuen Urlaubsmagazins „Freu' Dich auf Franken" mit einem umfassenden Überblick über die Angebote der Saison 2020.

Zunehmende Digitalisierung

Nach Herrmanns Worten nimmt das Thema Digitalisierung in der Arbeit des Verbandes immer breiteren Raum ein, weshalb zum Beispiel Printprodukte wie das Urlaubsmagazin crossmedial verwendet werden. Außerdem führe der Tourismusverband Franken in den 16 fränkischen Tourismusgebieten sogenannte InstaMeets durch: „Bei diesen Events kommen gut vernetzte Instagrammer zusammen. Die Fotos, die sie auf ihren Instagram-Kanälen veröffentlichen, machen die fränkischen Urlaubsgebiete in den sozialen Medien sichtbarer und erhöhen Frankens Bekanntheitsgrad als Reiseziel."

Einen ungebrochenen Trend im Nutzerverhalten stelle außerdem das Bewegtbild dar. Auf seinem YouTube-Kanal präsentiere der Verband mittlerweile über 70 Videos zu verschiedenen fränkischen Reisethemen, die bereits über 500.000 Mal aufgerufen wurden. Herrmanns Fazit: „Der fränkische Tourismus ist sehr gut aufgestellt – er ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Franken!" **DK**

Gemeinsamer Pflegestützpunkt

Landrat Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Mederer unterzeichnen Gründungsantrag

Im Beisein von Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer hat der Kreistag von Ebersberg die Weichen für die Gründung eines Pflegestützpunktes gestellt. Damit kann im Landkreis Ebersberg die erste wohnortnahe, umfassende und unabhängige Beratung zu allen Themen rund um die Pflege auf der Basis des neuen bayerischen Rahmenvertrags entstehen. Der Bezirk Oberbayern beteiligt sich daran finanziell sowie ergänzend mit einer Vor-Ort-Beratung zu seinen Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen.

„Erstmals wird das vielfältige Wissen zum Thema Pflege gebündelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die angestrebte Kooperation von Pflege- und Krankenkassen sowie Landkreis und Bezirk ein Riesengewinn", sagte Bezirkstagspräsident Mederer. „Es freut mich deshalb sehr, dass der Kreistag Ebersberg für den ersten Pflegestützpunkt Bayerns nach dem neuen Rahmenvertrag grünes Licht gegeben hat. Wir danken dem Landkreis für die gute Zusammenarbeit. Der Bezirk Oberbayern bringt sich ergänzend mit seiner hochkompetenten Beratung zu Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen und allen Leistungen der Eingliederungshilfe ein."

Landrat Robert Niedergesäß: „Ich freue mich sehr und bin stolz darauf, dass der Landkreis Ebersberg eine Vorreiter-Rolle bei diesem wichtigen Thema einnimmt. Pflege ist für die Menschen, die sie brauchen, lebenswichtig und die Anzahl derer, die auf Unterstützung angewiesen sind, wird in Zukunft wachsen. Davor sollten wir nicht die Augen verschließen, sondern tatkräftig handeln. Auch die Angehörigen brauchen unsere Unterstützung. Ich danke dem Bezirk, dass er dem Landkreis dabei hilfreich und partnerschaftlich zur Seite steht."

Den formalen Beschluss fasste der Ausschuss für Soziales, Familie und Bildung des Kreistags einstimmig. Ebersbergs Landrat Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Mederer unterzeichneten im Anschluss den Antrag zur Errichtung des Pflegestützpunktes. Damit üben sie ihr kommunales Initiativrecht aus und verlangen von den Pflege- und Krankenkassen, dass eine Vereinbarung zur Errichtung eines Pflegestützpunktes getroffen wird.



Vorne v.l.: Landrat Robert Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Josef Mederer unterschreiben den Vertrag für die Pflegestützpunkte im Landkreis. Mit dabei v.l.: Kreisrätin Christa Stewens, ehemalige Bayerische Sozialministerin, Christian Salberg, Leiter der zuständigen Abteilung im Landratsamt, die Landtagsabgeordneten Thomas Huber (CSU) und Doris Rauscher (SPD), Jochen Specht, Leiter des Teams „Demografie" im Landratsamt sowie die Bezirks- und Kreisrätin Susanne Linhart (CSU). Bild: Landratsamt Ebersberg

Gemeinsame Trägerschaft

Die Pflege- und Krankenkassen sowie der Landkreis Ebersberg und der Bezirk Oberbayern sind gemäß § 7c SGB XI Träger des gemeinsamen Pflegestützpunktes. Die Kosten übernehmen zu zwei Dritteln die Pflege- und Krankenkassen; das verbleibende Drittel teilen sich jeweils zur Hälfte Landkreis und Bezirk. Der Pflegestützpunkt wird im Angestelltenmodell mit dem Landkreis als Anstellungs- und Betriebsträger arbeiten. Der Hauptsitz befindet sich in der Kreisstadt Ebersberg. Darüber hinaus sind drei weitere Anlaufstellen in den Gemeinden Glonn, Poing und Vaterstetten geplant.

Erklärtes Ziel des Pflegestützpunktes ist es, die Vielzahl von Beratungsangeboten im Landkreis Ebersberg zu vernetzen und bestehende Ressourcen zu nutzen. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten damit erstmals wohnortnah eine unabhängige, neutrale und umfassende Beratung „aus einer Hand". Laut dem Betriebskonzept dient der Pflegestützpunkt als Lotse, Wegweiser, Berater und Begleiter durch die komplexen Systeme der Pflege und der Sozialhilfe. Darüber hinaus soll er als unabhängige Beratungsstelle für mehr Markttransparenz sorgen und somit die Souveränität der Verbraucher stärken. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Es ist ein gutes Gefühl, mit einer so großen Mehrheit wiedergewählt zu werden. Man spürt das Vertrauen, aber auch die Verantwortung. Gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt." Mein Chef, der Bürgermeister, war einfach nur glücklich, so viel Zustimmung aus der Wählerschaft erlangt zu haben.

Trotzdem war letzten Sonntag alles anders als die Jahre davor. Keine große Wahlparty mit fiebernder Erwartung und großem Jubel. Keine Umarmungen, kein Schulterklopfen, kein Haarewuscheln. Auch heute im Büro kein Händeschütteln, um dem Chef zu gratulieren. Die Runde der engsten Mitarbeiter ausgedünnt um die, die in den letzten zwei Wochen in Tirol waren (einige) oder die zu Hause die Kinder wegen der Schul- und Kindergartenschließungen

Diese Krise macht uns stärker!

betreuen müssen. Einige sind per Videokonferenz zugeschaltet, aber das macht echt keinen Spaß, wenn man eigentlich voll Elan in eine neue Amtszeit mit vielen Ideen starten wollte und die Bilder dauernd flackern, weil das Netz überlastet ist.

Mit Lichtgeschwindigkeit verändert sich unsere Welt. Wir gehen zu Bett mit der Frage, ob auch unser Regionalligaverein seine Spiele ohne Zuschauer austragen soll. Wir wachen auf und der Spielbetrieb ist eingestellt. Wir erfahren um 12:57 Uhr in der Radiowerbung alles über die Vorzüge eines Mega-Skigebiets in Tirol und hören um eins in den Nachrichten, dass Österreich alle Hotels, Restaurants und Skilifte schließt. Befreundete Bürgermeister aus Euregiones zu Tschechien, deren Orte seit 15 Jahren mit den Nachbarn regen Austausch pflegen, wurden gebeten, nicht mehr einzureisen und sogar wir schließen unsere Grenzen. Zu Österreich!

Ausgangssperren in Italien und Spanien, Einreiseverbote für Deutsche in die USA, Türkei und Indien. Der Pass mit dem Bundesadler, der uns einmal das Reisen in 160 Länder der Welt ermöglichte, wurde gleich mit infiziert von einem Virus, das uns mehr Angst zu machen scheint als HIV, SARS, die Vogel- und Schweinegrippe zusammen.

Als Laie kann man ja nur hoffen, dass die besonnenen, durchdachten und überzeugenden Maßnahmen der Staatsregierung den gewünschten Effekt haben und die Verbreitung des Virus eindämmen werden.

Fürs Erste kann man aber mal wieder schön beobachten, wie solche Krisensituationen aus ganz normalen Menschen sowohl den Dr. Jeckyll, als auch den Mister Hyde herauslocken können. Stichwort: Hamsterkäufe. Ich kannte den Begriff von meiner Mutter aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich kannte auch leere Regale in Supermärkten von Reisen in die UdSSR und Rumänien vor 1990. Aber dass ich am Samstag um 11 Uhr im Supermarkt meines Vertrauens weder Toilettenpapier, noch Küchenrollen, noch Nudeln (außer den glutenfreien, die beim Kochen zusammenpappen), noch Reis vorfinde, hat mich schockiert. Toilettenpapier! Geht's noch?

Mr. Hyde: Eine unheimliche Solidarität, vor allem mit alten Nachbarn, denen Leute, von deren Existenz sie bisher kaum wussten, auf einmal anbieten, für sie mit einzukaufen oder was im Onlineshop zu bestellen. Vielleicht kommt es ja auch bei uns noch so wie Italien, wo begabte oder auch weniger begabte Musiker Konzerte auf ihren Balkonen geben, um die Leute ringsum zu erfreuen und aufzumuntern.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sich sicher, diese Krise, wie auch alle vorherigen, wird uns stärker machen – als Individuen, vor allem aber als Gesellschaft. Gut, wir müssen uns einschränken, können nicht jedes Wochenende zum Skifahren nach Tirol oder zum Wandern in den Böhmerwald.

Wir werden zu Hause arbeiten und mehr Zeit mit unseren Kindern verbringen. Wir werden Oma Skype einrichten und sie damit näher an die Welt ihrer Enkel heranrücken. Vielleicht werden wir uns sogar mehr Zeit zum Nachdenken nehmen, etwa über den Satz des belgischen Schriftstellers Phil Bosmans: „In Zeiten des Krieges können Menschen auf alles verzichten. Warum bringt der Frieden die Menschen nicht dazu, auch nur auf etwas zu verzichten?".

Allen, die am letzten Sonntag ihr angestrebtes kommunales Mandat errungen haben, gratuliere ich herzlich. Und viel Glück denen, die in die Stichwahl müssen!

Ihre Sabrina

Wanderleitsystem Fränkische Schweiz

Landrat Johann Kalb stellt zusammen mit Bürgermeister Kötzner die erste LEADER-geförderte Kulturinventartafel innerhalb des Landkreises Bamberg auf

Im Rahmen des LEADER-Kooperationsprojektes „Wanderleitsystem Fränkische Schweiz" sollen den Wanderern bis 2023 neben der vielfältigen Kulturlandschaft auch geschichtliche und bauliche Besonderheiten im Landkreis Bamberg nähergebracht werden. Hierfür errichten der Landkreis Bamberg unter der Projektträgerschaft des Landkreises Forchheim und den Partnerlandkreisen Lichtenfels, Bayreuth und Kulmbach rund 180 der sog. Kulturinventartafeln, 50 alleine innerhalb des Landkreises Bamberg.

Den Auftakt hier bildete die Aufstellung der ersten Kulturinventartafel am ehemaligen Zisterzienserinnenkloster Schlüsselau (Gemeinde Frensdorf). Vor der einmaligen Kulisse der unter dem Bamberg Fürstbischof Johann Philipp von Gebsattel wiederaufgebauten Anlage versammelten sich aus diesem Anlass Landrat Johann Kalb, der Frensdorfer Bürgermeister Kötzner, die Autorin der Tafel und Kreisheimatpflegerin Annette Schäfer. Von Seiten der für die LEADER-Förderung zuständigen Lokalen Aktionsgruppen waren Jochen Strauß und Alexandra Baier zusammen mit Anton Eckert (Forchheim) vor Ort. 1280 von den Edelfreien von Schlüsselberg als Hauskloster mit Familiengrablege gegründet und mit adeligen Zisterzienserinnen belegt, ist die Anlage heute u.a. eine wichtige Etappen am fränkischen Jakobsweg und fortan auch am sog. Kulturerlebnisweg „Fränkische Schweiz", der rund 4.200 km an neu digitalisierten Wegen umspannen wird.

Bürgerfreundlichkeit und den Erholungsfaktor

Der 350 Seelen große Ortsteil markiert aber nicht nur den westlichsten Punkt innerhalb des Projektgebietes, das sich vom Mainbogen im Norden, über die Linie Bayreuth-Gräfenberg im Osten bis nach Erlangen im Süden erstreckt. Mit den Edelfreien von Schlüsselberg ist auch ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt zum Kerngebiet der Fränkischen Schweiz gegeben, wo das Geschlecht reich begütert war. Dieser Aspekt liegt Eckert sehr am Herzen, und Landrat Johann Kalb freut sich über die Bürgerfreundlichkeit und den Erholungsfaktor dieses Wanderwegeprojekts. An den Gesamtkosten in Höhe von 1.260.000 Mio. Euro beteiligt sich der Landkreis Bamberg bzw. die LAG Region Bamberg daher mit 19.500 Euro. Dass das Geld gut angelegt ist, zeigt auch die Idee einzelne Schilder als Rettungspunkte anzulegen, womit bei Unfällen verletzte Personen schnell aufgefunden werden.

Hohe Benutzerfreundlichkeit

Hinzu kommt die hohe Benutzerfreundlichkeit: So ermöglicht das zukünftige routingfähige Wegeportal dem Wanderer eine digitale Planung. D.h. er kann sich seine Tour hinsichtlich sportlichem Anspruch, Wegequalität und landschaftlicher Attraktivität selbst zusammenstellen und optimieren. Höhenprofil, Länge und Wegebeschaffenheit werden damit auf Knopfdruck für die individuelle Auswahl zusammengestellt, ausgedruckt und im GPS-Format zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen Wegeverlegungen und -sperrungen abrufbar sein. Innerhalb des Landkreises Forchheim ist dieser Service bereits nutzbar unter: www.kulturerlebnis.info. Die Gesamtprojektlaufzeit ist 2016-2022. ❐

Exzellenzzentrum wirkt Fachkräftemangel entgegen

Einweihung der Lernfabrik 4.0 an der Staatlichen Berufsschule Lauingen

Absolut realitätsnah und praxisorientiert wurde die Lernfabrik 4.0 an der Staatlichen Berufsschule Lauingen offiziell in Betrieb genommen. „Damit erreicht die Berufsschule Lauingen einen weiteren wichtigen Meilenstein auf dem Weg der fortschreitenden Digitalisierung", betonte Landrat Leo Schrell bei der offiziellen Einweihung des Exzellenzzentrums. Dafür hat der Landkreis rund 560.000 Euro investiert.

Anschaulich vermittelt wurden die Inhalte, indem Landrat Leo Schrell im Webshop eine personalisierte Powerbank bestellte, die wenige Minuten später zur Auslieferung bereitstand. Die beiden Landtagsabgeordneten Georg Winter und Johann Häusler arbeiteten mit einer Virtual-Reality-Brille, während die Vertreter der zuständigen Stellen, Dr. Andreas Lenz, Leiter des Geschäftsbereichs Umwelt und Technik an der BVS, Dr. Marc Lucassen, Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben, Volker Zimmermann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der HWK Schwaben, interaktiv mit dem kollaborativen Roboter verbunden waren.

Herzstück des Exzellenzzentrums für Digitalisierung stellt die Lernfabrik 4.0 dar. Mit dieser werden die Schüler ab sofort in die zukünftigen digitalisierten Prozesse in ihren Ausbildungsberufen eingearbeitet. Die Lauinger Bildungseinrichtung ist eine der wenigen mit einer Smart-Factory-Anlage für Ausbildungszwecke. „Wir sind stolz, eine solch fortschrittliche Anlage im Landkreis zu wissen, an der unsere zukünftigen Facharbeiter so bestens auf die digitale Zukunft vorbereitet werden", so Landrat Leo Schrell in seiner Begrüßung. Mit einem durchdachten, plausiblen und zukunftsweisenden Konzept bekam die Berufsschule Lauingen den Zuschlag für das Exzellenzzentrum und die damit verbundenen Förderungen. So hat der Freistaat Bayern aus den Förderprogrammen „Exzellenzzentrum" und „Integrierte Fachunterrichtsräume" insgesamt 415.000 Euro bereitgestellt.

Zukunftsorientierte Ausbildung

„Die hohe staatliche Förderung stellt eine Investition in die zukunftsorientierte Ausbildung junger Menschen in der Region sowie die nachhaltige Sicherung des Berufsschulstandortes dar", dankte Schrell den beiden Abgeordneten Georg Winter und Johann Häusler. Schulleiter Gottfried Göppel erklärte zudem: „Mit dem Einzug der Digitalisierung in alle Ausbildungsberufe der Lauinger Berufsschule müssen wir uns mit unserem Lehrequipment zwingend entsprechend aufstellen." Somit waren die Anforderungen an die Lernfabrik 4.0 auch sehr vielfältig.

Außerdem konnte die Schule im Rahmen dieses Projektes ein multifunktionales Raumkonzept umsetzen. Der Schulleiter erklärt: „Der Einbau eines Deckensystems und der Einsatz eines flexiblen Möbelprogramms ermöglichen, den Raum innerhalb kürzester Zeit umzubauen und auch unterschiedliche Themenschwerpunkte in ein und demselben Raum zu unterrichten."



Landrat Leo Schrell (3.v.l.) bei der offiziellen Einweihung des Exzellenzzentrums. Bild: Peter Hurler/LRA Dilingen a.d.Donau

Die nunmehr zur Verfügung stehende Hardware bietet ein komplettes Qualifizierungskonzept. Ergänzend zur Anlage hat die Schule die passende Software, Lernprogramme, didaktische Unterlagen und Fortbildungen erhalten und kann somit durchgängig von den Grundlagen bis hin zu anspruchsvollen Wirtschaft 4.0-Themen die vorgegebenen Lerninhalte vermitteln. „Im Bereich der Robotik wurden kollaborative Roboter ausgewählt, die sich durch ihre intuitive Bedienung und das bereits vorhandene E-Learning-Angebot auszeichnen", ergänzte der kommissarische Fachbetreuer des Fachbereichs Elektrotechnik, Rainer Müller.

„Für die Zukunft ist angedacht, dass das Exzellenzzentrum neben dem Schulbetrieb auch für Weiterbildungen von Facharbeitern mittelständischer Unternehmen und der Lehrerfortbildung dient", so die stellvertretende Schulleiterin Anja Behnke. ❐

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 2. April 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement · Technische Lösungen**
- **Kommunalfahrzeuge · Kommunaler Fuhrpark**
- **Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen · Kommunale Rechtsfragen**

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · **www.pt-dynaset.de**

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)
GSWT®
- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 2. April 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 7





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kommunal-Stichwahlen:

Überraschende Ergebnisse

Rund 750 Stichwahlen, ausschließlich per Briefwahl durchgeführt, wurden am vergangenen Sonntag in den bayerischen Kommunen entschieden. Bei einer Wahlbeteiligung von bemerkenswerten 59 Prozent gab es zahlreiche überraschende Ergebnisse. In einer ersten Reaktion sprach CSU-Generalsekretär Markus Blume von einem „großen Zuspruch für Markus Söder". Auch der positive Trend der CSU insgesamt habe für „spürbaren Rückenwind bei den Stichwahlen" gesorgt. FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger verwies auf „sensationelle Ergebnisse" für seine Partei: „Wir haben Landräte und Bürgermeister hinzugewonnen. Es ist ein Freudentag."

In der Landeshauptstadt München siegte erwartungsgemäß Amtsinhaber Dieter Reiter (SPD). Mit 71,7 Prozent setzte er sich Kristina Frank (CSU) durch, die 28,3 Prozentpunkte erreichte. In Nürnberg gibt es dagegen an der Stadtspitze einen historischen Wechsel. Erstmals nach 18 Jahren wird die Norisstadt wieder von einem CSU-Politiker als Oberbürgermeister regiert: Bei der Stichwahl gewann Marcus König von der CSU mit 52,2 Prozent gegen den SPD-Bewerber Thorsten Brehm mit 47,8 Prozent. Zeitenwende auch im oberbayerischen Ingolstadt: Dort nimmt die SPD der CSU nach 48 Jahren den OB-Posten ab. Christian Scharpf kam auf 59,3 Prozent der Stimmen und gewann damit gegen CSU-Amtsinhaber Christian Lösel, der 40,7 Prozent auf sich vereinte.



Dieter Reiter. ❒

In Augsburg lag die CSU-Kandidatin Eva Weber mit 62,3 Prozent deutlich vor SPD-Kandidat Dirk Wurm mit 37,7 Prozent. Der bisherige Augsburger Rathauschef Kurt Gribl (CSU) stand nach zwei Amtszeiten nicht mehr zur Verfügung. In Regensburg traten Astrid Freudenstein (CSU) und Gertrud Maltz-Schwarzfischer von der SPD gegeneinander an. Die bisherige zweite Bürgermeisterin holte in der Stichwahl 50,7 Prozent gegen Freudenstein. Die CSU-Bundestagsabgeordnete kam auf 49,3 Prozent. In Erlangen bleibt Dr. Florian Janik von der SPD mit 54,5 Prozent Oberbürgermeister der Universitätsstadt. Sein Kontrahent Jörg Volleth (CSU) kam auf 45,5 Prozent. Mit 70,4 Prozent ist Alexander Putz von der FDP im Amt des Oberbürgermeisters von Landshut bestätigt worden. Er setzte sich damit gegen Sigrid Hagl von den Grünen durch, die 29,6 Prozent der Stimmen erreichte. In Rosenheim hat sich der Oberbürgermeister-Kandidat der CSU durchgesetzt: Auf Andreas März entfielen 61,5 Prozent der Stimmen, für seinen Gegner Franz Opperer von den Grünen stimmten 38,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler.



Eva Weber. © Ruth Plössel/St. Augsburg



Marcus König. ❒

Abgewählt wurde dagegen in Ansbach die amtierende Oberbürgermeisterin Carda Seidel (parteilos). In der Stichwahl votierten nur 37,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Kandidatin, die zwölf Jahre lang die mittelfränkische Stadt regierte. Ihr CSU-Herausforderer Thomas Deffner überflügelte sie mit 62,3 Prozent klar. In Frauenhand bleibt hingegen das Rathaus in Garmisch-Partenkirchen. Die amtierende SPD-Bürgermeisterin Dr. Sigrid Meierhofer musste sich bei der Stichwahl ihrer CSU-Kontrahentin Elisabeth Koch geschlagen geben. Koch kam auf 69,1 Prozent der Stimmen, Meierhofer erzielte 30,9 Prozent.

Weiden in der Oberpfalz vermeldet die Regentschaft eines weiteren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters: Jens Meyer konnte sich knapp mit 51,3 Prozent gegen CSU-Kandidat Benjamin Zeitler durchsetzen, der 48,7 Prozent der Stimmen erzielte. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 Prozent. Oberbürgermeister von Schwandorf bleibt Andreas Feller (CSU). Er siegte mit 54,9 Prozent gegen Kurt Mieschala (45,1 Prozent) von den Unabhängigen Wählern.

In Lindau regiert künftig Claudia Alfons (FDP, Lindau Initiative und Bürgerunion). Sie kam in der Stichwahl auf 52,7 Prozent der Stimmen, ihr Gegenkandidat Mathias Hotz (Junge Aktive, Freie Bürgerschaft und CSU) auf 47,3 Prozent. Die vergangenen acht Jahre hatte Gerhard Ecker (SPD) die Geschicke der Stadt gelenkt.

Bayreuths bisheriger Zweiter Bürgermeister Thomas Ebersberger (CSU) hat mit 53,6 Prozent der Stimmen die Stichwahl gegen die bisherige Amtsinhaberin Brigitte Merk-Erbe (Bayreuther Gemeinschaft) gewonnen. 46,6 Prozent gaben der noch amtierenden Oberbürgermeisterin ihre Stimme. In Bamberg bleibt Andreas Starke Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt. Der seit 2006 amtierende Sozialdemokrat

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Innenminister Herrmann und Gesundheitsministerin Huml:

Corona-Bußgeldkatalog

Konsequente Sanktionierung der Unbelehrbaren

Das bayerische Gesundheitsministerium hat einen Bußgeldkatalog bei Verstößen gegen die Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus erlassen. Er steht allen Kreisverwaltungsbehörden in Bayern als Richtschnur zur Verfügung.

Diese sind für den Erlass der einschlägigen Bußgeldbescheide zuständig. Die Bayerische Polizei ist ebenfalls informiert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Gesundheitsministerin Melanie Huml appellieren eindringlich, die Corona-Regeln unbedingt einzuhalten. „Wir alle müssen gemeinsam alles unternehmen, um das gefährliche Coronavirus bestmöglich einzudämmen", betonte Huml. An die Unbelehrbaren richtete Herrmann die klare Botschaft: „Verstöße werden wir konsequent sanktionieren. Dort, wo notwendig, wird die Bayerische Polizei die Kontrollen noch weiter verstärken."

Beide stellten klar, dass es nicht darum geht, Bürgerinnen und Bürger zu kriminalisieren. „Aber jeder muss verstehen, dass es beim Coronavirus für viele Menschen um Leben und Tod gehen kann", erklärte Huml. Deshalb sei große Vorsicht und Rücksichtnahme erforderlich, um weitere Infektionen möglichst zu vermeiden. „Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung hält sich auch vorbildlich an unsere Schutzregeln", ergänzte Herrmann. Es seien aber auch Leute dabei, die aus Unwissenheit oder schlimmer noch aus Uneinsichtigkeit gegen die Vorgaben verstoßen. „Bitte suchen Sie nicht nach irgendwelchen Schlupflöchern, um beispielsweise die Ausgangsbeschränkung zu umgehen", rät Herrmann abschließend. „Damit können Sie sich und andere gefährden. Schalten Sie bitte immer Ihren gesunden Menschenverstand ein und bleiben Sie im Zweifel zuhause!"

Der Bußgeldkatalog bei Verstößen gegen die Regelungen zur Eindämmung des Coronavirus ist abrufbar unter https://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/infektionsschutz/infektionsmonitor-bayern/#Bekanntmachung oder unter https://www.stmi.bayern.de/miniwebs/coronavirus/faq/index.php ❒

Coronahilfe für Risikogruppen:

Finanzstütze für Kommunen

Im Rahmen der Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen" stellt der Freistaat jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Pauschalbeträge von 60.000 Euro für die Unterstützung von Senioren zur Verfügung. Finanzielle Unterstützung gibt es auch für die digitale Koordination Bürgerschaftlichen Engagements, damit freiwillige Hilfe vor Ort zielgerichtet stattfinden kann.

Ältere Menschen sind als Risikogruppe durch das Coronavirus besonders gefährdet. Fehlende Unterstützung durch Familie, Freunde und Nachbarn kann bei Seniorinnen und Senioren zu Ängsten, Verunsicherung, Überforderung und Vereinsamung führen. Das Bayerische Sozialministerium hat deshalb gemeinsam mit den bayerischen Wohlfahrtsverbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden die Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!" gestartet.

Unterstützung für Koordination

Freistaat, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Hauptamtliche und ehrenamtlich Engagierte in den Organisationen und Verbänden arbeiten dabei eng zusammen und bieten jedem älteren Menschen, der Unterstützung benötigt, Hilfe an. Ein Internetportal(www.unser.soziales.bayern.de) sowie Medien- und Social-Media-Aktivitäten begleiten die Initiative. Die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte koordinieren diese Hilfen gemeindeübergreifend.

Die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel werden aus dem bayerischen Schutzschirm der Bayerischen Staatsregierung finanziert. „Der Coronavirus hat uns alle fest im Griff. In dieser besonderen Situation müssen wir als Gesellschaft zusammenstehen und zusammenhalten. Lassen Sie uns einmal mehr beweisen, dass Bayern ein Vorbild an gesellschaftlichem Zusammenhalt ist", sagte Sozialministerin Carolina Trautner.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Dauerhafte Schäden abwenden!

Appell des Deutschen Landkreistags in Zeiten der Corona-Krise

Das Corona-Virus hält das Land in Atem, und das auf noch unabsehbare Zeit. Der Deutsche Landkreistag hofft, dass es gelingt, diesen Zeitraum ohne dauerhaften Schaden für die Betriebe und Unternehmen in den Landkreisen zu überstehen. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „sehen sich in diesen extremen Zeiten viele Gastronomen, Einzelhändler, Handwerker, Kulturschaffende und Mittelständler mit Existenzsorgen konfrontiert. Das betrifft den Buchladen um die Ecke ebenso wie den familiengeführten Industriebetrieb. Viele Gewerbetreibende verfügen nicht über ausreichende Rücklagen, um gegebenenfalls mehrere Monate zu überbrücken. Sie sind daher auf staatliche Liquiditätshilfen angewiesen."

Sager begrüßte daher den Milliardenschutzschild der Bundesregierung für Unternehmen. Aus seiner Sicht ist dies „ein entscheidender Baustein, um die Firmen durch die Krise zu bringen. Sollten die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus allerdings über eine längere Zeit aufrechterhalten werden müssen, wird mehr notwendig sein.

Hidden Champions in ländlichen Räumen

Betroffene Unternehmer können sich an ihre jeweilige Hausbank wenden, um zügig an die bereitgestellten KfW-Kredite und Bürgschaften zu gelangen, die in grundsätzlich unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehen." Weitere Möglichkeiten seien die Beantragung von Kurzarbeitergeld sowie von Steuerstundungen.

Der DLT-Präsident erinnerte daran, dass in den ländlichen Räumen die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten und der Großteil der oft familiengeführten mittelständischen Betriebe sowie viele Hidden Champions beheimatet seien. „Aus diesem Reservoir schöpft Deutschland einen wesentlichen Teil seiner ökonomischen Kraft. Besonders bedeutsam sind das produzierende Gewerbe und das Handwerk, wobei 63 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des produzierenden Gewerbes und des Handwerks in ländlichen Räumen arbeiten. Auch dem Tourismus kommt eine tragende Rolle zu." Von daher sei es von immenser Bedeutung, die Wirt-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Auch wenn der Job eines Kommunalpolitikers zu einem Großteil aus persönlichen Begegnungen besteht, so stellt auch der wiedergewählte Bürgermeister seine Gewohnheiten um: „Jeder der von zuhause aus arbeiten kann, soll das auch machen." Für die Vorzimmerperle ergeben sich daraus drei Probleme. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Rettungsschirm auch für Kommunen 2
Landtag beschließt Infektionsschutzgesetz 2
DStGB: Hilfestellung in der Krise 2
GZ-Kolumne Josef Mederer:
Für und Wider zu einem 8. Regierungsbezirk 3
Zukunftskongress Bayern: Effizient ins digitale Zeitalter 3
Amtswechsel im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer 4
Digitalisierung • IT • Kommunikation • Breitband . . . . . .5 - 9
Kommunale Umweltthemen • Wertstoffbewirtschaftung . 10 - 11
Kommunalfahrzeuge • Grünpflege . . . . . 11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Rettungsschirm auch für Kommunen

Der bisherige Sonderfonds der Staatsregierung wird um weitere 10 Milliarden Euro auf 20 Milliarden Euro erweitert. Bayern bietet zudem unbürokratische Soforthilfen von bis zu 30.000 Euro für Mittelständler. SPD und Grüne fordern mehr Unterstützung des Freistaats für Gemeinden, Städte und Landkreise, auf deren Haushalte durch die Corona-Krise dramatische Einbußen zukommen könnten.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner dankte bei der historischen 42. Plenarsitzung im Landtag mit nur 1/5 der Abgeordneten – dadurch wird u.a. die Abstandswahrung im Plenarsaal gewährleistet – allen Fraktionen für die große Geschlossenheit." Die Demokratie steht auch in der Corona-Krise nicht still. Der Landtag bleibt arbeits- und handlungsfähig", versicherte Aigner. Ministerpräsident Markus Söder bezeichnete das Coronavirus als „Stresstest für Medizin, Wirtschaft und Gesellschaft" und machte deutlich: „Bayern ist in allen Bereichen gut vorbereitet." Das einzige Instrument sei: Soziale Kontakte ausdünnen und das öffentliche Leben herunterfahren. Die Staatsregierung agiere Hand in Hand mit Kommunen, Rettungsdiensten und medizinischem Personal vor Ort, so Söder. Die Leitung des Katastrophenstabs liege in der Staatskanzlei.

Bayernschirm

Die bayerische Wirtschaft stehe jetzt vor großen Herausforderungen. „Deshalb haben wir entschieden: Wir werden alles tun, was notwendig ist, um die bayerische Wirtschaft zu stützen: whatever it takes!", versicherte Söder. Der erste Schritt durch den Bund sei die Verbesserung beim Kurzarbeitergeld und große Bürgschaften und Darlehen gewesen. Bayern legte zudem nach Rücksprache mit den Kammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ein umfangreiches eigenes Programm auf. Dazu zählen massive Steuerstundungen ohne Zinszahlungen sowie ein „Bayernschirm". Zur Finanzierung stockte der Freistaat das Corona-Sondervermögen um zehn auf insgesamt 20 Milliarden Euro auf. Der Ministerrat beschloss einen Regierungsentwurf für einen 2. Nachtragshaushalt 2020, der zeitnah dem Bayerischen Landtag zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

Die Staatsregierung rechnet allein für 2020 mit massiven Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe. Nach Bewertung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums sind mindestens fünf Mrd. Euro erforderlich, um die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Bayern mit Soforthilfen akut in ihrer Liquidität zu stützen. Innerhalb von wenigen Tagen (Stand 24. März) wurden von kleinen und mittleren Unternehmen rund 140.000 Förderanträge gestellt. Das Antragsvolumen beläuft sich auf rund eine Mrd. Euro. Auch die Bundesregierung zog nach und legte ein ähnliches Hilfsprogramm auf. Bayern verzahnt nun die Hilfsmaßnahmen: Die Anträge für beide Programme sollen bei den Regierungen und der Landeshauptstadt München gestellt werden können. Im Rahmen der Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen" stellt der Freistaat jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Pauschalbeträge von 60.000 Euro für die Unterstützung von Senioren zur Verfügung. (siehe Artikel: „Finanzstütze für Kommunen")

Sicherheitsnetz ausweiten

Kleinbetrieben mit bis zu zehn Mitarbeitern kommen künftig die höheren Fördersätze des Bundesprogramms zugute. Den Unternehmern und Selbstständigen, die bereits die bayerische Soforthilfe beantragt haben, sollen die Hilfen bis zur entsprechenden Höhe des Bundesprogramms aufgestockt werden. Die Staatsregierung arbeitet aktuell mit Hochdruck daran, die Modalitäten mit der Bundesregierung abzustimmen. Mittlere Unternehmen ab 11 bis 250 Beschäftigten sind im bundesweiten Programm nicht berücksichtigt. Ihnen steht weiterhin die bayerische Soforthilfe mit bis zu 30.000 Euro zur Verfügung. Die FDP forderte eine Ausweitung der Unterstützung: „Mit Blick auf das Maßnahmenpaket ist wichtig, dass die beschlossenen Hilfen nun unverzüglich und unbürokratisch bei den Menschen und Unternehmen ankommen. Bauchschmerzen bereitet uns, dass wir nach wie vor kein ausreichendes Sicherheitsnetz für Unternehmen zwischen 11 und 249 Beschäftigten haben. Diese fallen bei den Bundesprogrammen durchs Raster und auch das bayerische Sofortprogramm ist hier bei Weitem nicht ausreichend."

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Horst Arnold forderte, den bayerischen Schutzschirm zur Bewältigung der Corona-Krise auch auf die Kommunen auszuweiten. Hierzu führte er aus: „Bayerns Städte, Landkreise und Gemeinden sind von der Krise und ihren Folgen ebenfalls stark betroffen und rechnen zum Teil mit dramatischen Mindereinnahmen. Gleichzeitig haben sie laufende Kosten zu decken, etwa für Miete und Personal. Der bayerische Corona-Schutzschirm muss deshalb auch für sie gelten, damit wir die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens vor Ort bestmöglich sicherstellen können."

Einbruch der Gewerbesteuer

Arnold verwies darauf, dass die Kommunen zahlreiche Angebote des täglichen Lebens garantieren, von den Kitas über die sozialen Hilfen bis hin zu Freizeitangeboten. Sein Vorschlag: Die Kommunen mit zunächst 100 Euro pro Einwohner zu unterstützen, das ergäbe insgesamt ein Volumen von rund 1,3 Milliarden Euro. Von der Corona-Krise besonders hart getroffene Kommunen sollen darüber hinaus zusätzliche Hilfen beantragen können.

Auch der kommunalpolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Johannes Becher, forderte ein deutlicheres Zeichen und mehr Unterstützung des Freistaats für Gemeinden, Städte und Landkreise, deren Haushalte im Zug der Corona-Krise in Schieflage geraten könnten. „Wir müssen davon ausgehen, dass in diesem Jahr das Hauptfinanzierungsinstrument unserer Kommunen, die Gewerbesteuer, drastisch einbrechen wird", so Becher. „Gleichzeitig sind es unsere Städte und Landkreise, die vor Ort kleine Hilfspakete schnüren, Steuern stunden und gleichzeitig den gesamten Behördenapparat am Laufen halten. Das ist auch wichtig auch für die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die jetzt teils neu in die Stadt- und Kreisräte kommen und mit einer haushalterischen Krisenlage konfrontiert sind", sagte er.

FW fordern Antikörpertests

Die Freie Wähler Landtagsfraktion gründete die Arbeitsgemeinschaft „Exitstrategie Coronavirus" und fordert einen breit verfügbaren Antikörpertest sowie eine regelmäßigere und bessere Evaluierung der bereits von der Staatsregierung verhängten Maßnahmen. „Richtschnur unserer Arbeitsgemeinschaft für eine eventuelle Lockerung der jetzigen Ausgangsbeschränkungen ist, dass wir unser Gesundheitssystem und die dort mit vollem Einsatz arbeitenden Menschen nicht überfordern", erklärte Vorsitzender Florian Streibl.

Bayern hält zusammen

Die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie sind enorm. Als Zeichen der Anerkennung unterstützt die Bayerische Staatsregierung deshalb die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Krankenhäuser, Universitäts- und Reha-Kliniken sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen mit kostenfreier Verpflegung. So werden die Verpflegungskosten des gesamten bayerischen Krankenhauspersonals während der Arbeit ab dem 1. April 2020 vom Freistaat Bayern übernommen. Das geschieht so lange, wie die Herausforderung durch das Coronavirus die Kräfte so umfassend in Anspruch nimmt. Die Unterstützung gilt auch in Krankenhäusern sowie Universitätskliniken und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen, die derzeit keine Covid-19-Patienten versorgen. **red**

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Hilfestellung in der Krise

Aktuell haben EU und Bund Maßnahmen verabschiedet oder geplant, um die Wirtschaft in Zeiten der Corona-Pandemie zu stützen. Für kommunale Unternehmen und Einrichtungen, die die Grundversorgung sicherstellen bzw. kritische Infrastrukturen betreiben, ist es laut DStGB wichtig, dass diese in den Anwendungsbereich der Maßnahmen fallen.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds und das KfW-Sonderprogramm 2020 sind nach gegenwärtigem Stand für kommunale Unternehmen nicht geöffnet. Jedoch hat die KfW jüngst mitgeteilt, dass über das Programm „IKU Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen (148)" vorübergehend auch Betriebsmittelfinanzierungen bei kommunalen Unternehmen möglich sind. Haftungsfreistellungen sind hier jedoch nicht vorgesehen. Wie der DStGB mitteilt, wird er Gespräche mit dem Bund führen, um kommunale Unternehmen, die vorübergehend infolge der Corona-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, noch besser finanziell zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat sich der DStGB zudem an das Bundeswirtschaftsministerium gewandt und eine Flexibilisierung der Regelungen des Vergaberechts gefordert. Das BMWi hat zwischenzeitlich ein Rundschreiben zur Anwendung des Vergaberechts im Zusammenhang mit der Beschaffung von Leistungen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Virus veröffentlicht. Mit einer schlichten Auslegung der bestehenden Vergaberegeln ist es aus Sicht des DStGB nicht getan. Es bedürfe effektiver Erleichterungen (gegebenenfalls Anpassung Schwellenwerte; generelle Zulässigkeit von Verhandlungsverfahren bzw. Direktvergaben), die bei Auftragsvergaben ermöglicht werden müssen.

Der DStGB hat das BMWi aufgefordert, die Regelungen des Vergaberechts – ähnlich wie im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 – stark zu flexibilisieren, und zwar schnell. Das betrifft laut Kommunalverband nicht nur die konkrete Forderung nach Erhöhung von Wertgrenzen für beschränkte und freihändige Vergaben, sondern auch eine Klarstellung, wo die besondere Dringlichkeit in der aktuellen Krise, etwa für kommunale Beschaffungen, generell vorliegt, um die Verwaltung und Versorgung vor Ort aufrecht zu erhalten.

Wertgrenzen erhöhen

Zudem erscheine es geboten, die Wertgrenzen für Direktvergaben (gegenwärtig nur 1.000 Euro) stark zu erhöhen. Eine Begrenzung der Erleichterungen auf unbürokratische und schnelle Beschaffungen von nur einzelnen Dienstleistungen oder Gütern, also etwa nur auf die Beschaffung hält der DStGB für zu eng. Vielmehr bedürfe es bis zum Ende der Corona-Krise genereller Vergaberechtserleichterungen.

In diesem Zusammenhang sei auch zu beachten, dass zur Vermeidung einer Ausbreitung der Krankheit aktuell viele kommunale Ämter nicht mehr mit ausreichendem Personal besetzt sind und koordinierte Ausschreibungen nicht mehr ohne weiteres vorgenommen werden können. Neben dem Bund seien somit – für den Bereich der Auftragsvergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte – auch die Länder zum Handeln aufgefordert. **DK**

Bayerischer Landtag beschließt:

Infektionsschutzgesetz

Der Bayerische Landtag hat den Entwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Infektionsschutzgesetz (IfSG) gebilligt. Das unter dem Eindruck der Coronakrise in großer Einigkeit verabschiedete Gesetz räumt staatlichen Stellen umfassende Befugnisse ein. Bei einem Gesundheitsnotstand, wie aktuell in der Coronakrise, können die Behörden leichter auf medizinisches Material und Personal zugreifen. Das Gesetz gilt vorerst bis zum Jahresende.

Das Gesetz erweitert in der Coronakrise den Handlungsspielraum der staatlichen Stellen und stattet die Behörden mit weitgehenden Befugnissen aus. Möglich ist denach die Beschlagnahmung von medizinischem, pflegerischem und sanitärem Material Außerdem können geeignete Unternehmen verpflichtet werden, benötigte Güter herzustellen.

Nie dagewesener Gesundheitsnotstand

Erleichtert wird mit dem Gesetz der Zugriff des Staates auf medizinisches Personal. Hintergrund ist, dass sich das vorhandene Personal rasch reduzieren könnte, weil es selbst erkrankt oder sich in Quarantäne begeben muss. Zuständige Behörden können zudem „von jeder geeigneten Person die Erbringung von Dienst-, Sach- und Werkleistungen verlangen, soweit das zur Bewältigung des Gesundheitsnotstands erforderlich ist".

„Wir befinden uns in einem noch nie dagewesenen Gesundheitsnotstand", erklärte Gesundheitsministerin Melanie Huml. „Wir wollen nicht, dass die Kurve der Infizierten weiter nach oben geht, sondern sich abflacht." Vor diesem Hintergrund, so die Ministerin, brauche es das Bayerische Infektionsschutzgesetz als gesetzliche Grundlage, die der Regierung noch mehr Handlungsmöglichkeiten gebe. „Wir wollen bestmöglich auf steigende Fallzahlen vorbereitet sein", unterstrich auch Bernhard Seidenath (CSU), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses. Das Gesetz habe den einzigen Sinn und Zweck das Leben der Menschen in Bayern zu schützen, erklärte Florian Streibl, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler.

Das Gesetz sei in einer nie dagewesenen Schnelligkeit, aber gleichzeitig mit aller gebotenen Sorgfalt erarbeitet worden, stellte Andreas Krahl, Bündnis 90/Die Grünen, fest. Es sei wichtig und richtig gewesen, das Parlament einzubinden und demokratische Regeln einzuhalten. Dabei habe sich gezeigt, dass nicht nur die Staatsregierung, sondern auch das Parlament schnell handeln könne. Horst Arnold, SPD, wies ebenfalls darauf hin, dass es bei aller Effizienz im Gesetzgebungsverfahren galt, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Dies sei gelungen. Die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament sei aufrechterhalten worden, wichtige Änderungsvorschläge der Fraktionen seien in das Gesetz noch eingearbeitet worden. Richard Graupner von der AfD-Fraktion sprach von einem „Schulterschluss aller Fraktionen". Das Zusammenwirken der Beteiligten bezeichnete Martin Hagen, Vorsitzender der FDP-Fraktion, als „Sternstunde des Gesetzgebungsverfahrens in Bayern". **www.bayern.landtag.de/kh**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Xaver Fichtl
86980 Ingenried
am 8.4.

Bürgermeister Rudolf Götz
92702 Kohlberg
am 8.4.

Bürgermeister Manfred Russer
86558 Hohenwart
am 9.4.

Bürgermeister
Josef Schwengler
86573 Obergriesbach
am 11.4.

Bürgermeister
Wolfgang Bauernsachs
96479 Weitramsdorf
am 11.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Göbel
97783 Karsbach
am 7.4.

Bürgermeister Harald Feulner
95494 Gesees
am 9.4.

Bürgermeister Josef Sailer
94137 Bayerbach
am 14.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Gudrun Donaubauer
94051 Hauzenberg
am 9.4.

Bürgermeister Christian Konrad
89340 Leipheim
am 13.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Hoffmann
95691 Hohenberg a. d. Eger
am 2.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Steiner
96472 Rödental
am 3.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerne stelle ich mich Ihnen als neue Chefredakteurin vor. So neu bin ich bei der Bayerischen GemeindeZeitung (GZ) allerdings nicht. Seit 2009 verantworte ich als Geschäftsführende Gesellschafterin und Anzeigenleiterin die finanzielle Situation unseres familiengeführten Unternehmens. Aber eigentlich hat die Bayerische GemeindeZeitung mein Leben immer begleitet.

Meine Mutter, Anne-Marie von Hassel, übernahm 1982 die Position der Chefredakteurin; da war ich gerade neun Monate alt. 1995 übergab Beda Bohinger, langjährige Verlegerin des Münchner Pflaum Verlags, die GZ und den Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH an meine Mutter, die das Unternehmen nach Geretsried umsiedelte.

In meinem Elternhaus gehörten für meine Geschwister und mich Arbeit und Familie selbstverständlich zusammen. Ich bin meinen Eltern sehr dankbar dafür, dass ich diesen Zusammenhalt, dieses ohne Wenn und Aber unterstützt zu werden und gleichzeitig immer mit anzupacken, wenn Not am Mann/an der Frau war, früh erfahren durfte.

Nach nun fast vier Jahrzehnten vertraut meine Mutter meiner Schwester Theresa von Hassel als Veranstaltungsleiterin und mir als Chefredakteurin die Firma an und wir freuen uns über diese Aufgaben.

Viele Weichen für die Zukunft sind bereits gestellt. Neben der gedruckten Ausgabe und der Online-Version der Bayerischen GemeindeZeitung kommunizieren wir Informationen für kommunale Entscheider in Bayern per Newsletter, Messenger-Abo (Notify, Telegram, Whatsapp und Facebook-Messenger) und auf diversen SocialMedia Kanälen (Instagram, Twitter, Facebook, Xing und LinkedIn). Außerdem unterhalten wir ein eigenes GZ-Netzwerk: Wer sich für bayerische Kommunalpolitik interessiert, liest die Bayerische GemeindeZeitung, egal wo und wie und wann.

Mit unserem Team, mit Doris Kirchner als Chefin vom Dienst und meiner Mutter im Hintergrund, deren Fachwissen seinesgleichen sucht, fühle ich mich bestens gerüstet. Für mich kommt es jetzt darauf an, die wiedergewählten und die vielen neuen Gesichter in der Kommunalpolitik kennenzulernen.

Gerne möchte ich Sie bei den Herausforderungen begleiten, die Sie in diesen schweren Zeiten zu stemmen haben und Sie mit den notwendigen Fachinformationen versorgen. Wir liefern Ihnen auch künftig viele nachahmenswerte Beispiele und vernetzen relevante Ansprechpartner.

Bei Ihnen bedanke ich mich sehr herzlich für Ihr gesellschaftliches Engagement. Wie gut, dass es Sie gibt!

Bleiben Sie fröhlich, bleiben Sie gesund! Wir sehen uns. Ich hoffe bald!

Ihre Constanze von Hassel

Zukunftskongress Bayern:

Effizient ins digitale Zeitalter

Unter der Schirmherrschaft der bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, griff der 6. Zukunftskongress Bayern im Haus der bayerischen Wirtschaft die tiefgreifenden, technologischen, organisatorischen und kulturellen Veränderungsprozesse für die Behörden durch die digitale Transformation auf. Mehr als 400 Teilnehmer folgten der Einladung.

Die digitale Transformation ist in vollem Gange – auch und gerade beim Freistaat und den Kommunen in Bayern. Ziel ist es einerseits, das Online-Zugangsgesetz zügig umzusetzen. Das Angebot an Online-Verwaltungsservices für Bürgerschaft sowie Unternehmen soll weiter ausgebaut und verbessert werden. Andererseits müssen auch für die Beschäftigten in den Behörden die verwaltungsinternen Abläufe – möglichst medienbruchfrei und effizient – ins digitale Zeitalter überführt werden.

Nummer eins bei digitalen Verwaltungsservices

Mit einem Maßnahmenkatalog, der Bayern zur Nummer eins in Deutschland bei den digitalen Verwaltungsservices machen soll, wartete Staatsministerin Gerlach bei der Eröffnung des Zukunftskongresses auf. Ihren Ausführungen zufolge ist die digitale Wettbewerbsfähigkeit entscheidend für den zukünftigen Erfolg eines Hightech-Standortes wie Bayern. Eine moderne, digitale Verwaltung sei dafür ein essenzieller Baustein. Bürger und Unternehmen erwarteten immer mehr digitale Angebote des Staates, die einfach zu bedienen und schnell zu erreichen sind. Die digitalen Möglichkeiten böten Chancen für eine neue Nähe zwischen Bürger und Staat, bei der die Verwaltung zum Partner auf Augenhöhe wird.

Personalisierte Verwaltungsangebote, die Volldigitalisierung von Prozessen und die Einführung wichtiger Schlüsseltechnologien seien dafür Voraussetzung. Als Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Staat und Verwaltung setzt Bayern auf drei Bereiche:

- Zukunftstechnologien werden in Staat und Verwaltung weiter vorangetrieben, etwa Big Data Anwendungen und Cloud-Lösungen.
- Hochmoderne Services und konsequente Kundenorientierung sollen das Vertrauen in den Staat stärken.
- Die digitale Souveränität Bayerns wird ausgebaut.

Das bayerische Maßnahmenpaket richtet die digitale Verwaltung in Bayern auf diese Ziele aus. Damit ist auch in der Verwaltung der Kunde König. Mit einem Zwölf-Punkte-Plan geht Bayern den nächsten Schritt zu einem noch moderneren, bürgerorientierten Servicestaat. Der Plan umfasst folgende Bereiche:

1. Mobile First: Bayern wird zur Nummer 1 in Deutschland bei mobilen Verwaltungsservices. Dazu zählt beispielsweise, dass alle Ressorts ihre Angebote auch für die nutzerfreundliche Bedienung auf Smartphones und Tablet-Computern optimieren. Wichtige Verwaltungsleistungen sollen zudem in Bayern auch über die BayernApp für Bürgerinnen und Bürger mobil verfügbar gemacht werden. Darin können Verwaltungsdienstleistungen mobil genutzt werden. Der Nutzer kann etwa Erinnerungsfunktionen der Verwaltung aktivieren sowie sicher und mobil auf Verwaltungsdokumente zugreifen.

2. Bayern soll Spitzenreiter bei staatlichen Cloudlösungen werden – die staatliche Deutschland Cloud entsteht mit Bayerns Hilfe. Der Aufbau von Cloud-Lösungen für die öffentliche Verwaltung ist ein Schlüsselthema digitaler Souveränität. Bayern baut die erforderlichen Infrastrukturen auf und gestaltet Ausbau föderaler Cloud Lösungen auf Bundes- und EU-Ebene aktiv mit.

3. Bayern will in ein Kompetenzzentrum „Microservices und Containerisierung" für moderne digitale Verwaltung investieren.

4. Bayern wird Spitzenreiter bei der Digitalisierung der Verwaltung. Die Staatsregierung treibt die vollständige Digitalisierung der Verwaltung voran. Mit der Qualifizierungsplattform „DigitalCampus" will die Staatsregierung die digitalen Kompetenzen im öffentlichen Dienst zudem mit passgenauen Fortbildungen für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin stärken.

5. Bayern bietet TOP-Verwaltungsleistungen wie Elterngeld, Landespflegegeld und Gesundheitszeugnis bis Ende 2020 online an.

6. Bayern stellt auf dem BayernPortal freistaat.bayern ein Update bereit mit Services eines modernen Kundencenters. Responsives Design soll sich dem benutzten Gerät anpassen und die Software den Nutzer wiedererkennen. Die ständige Abrufbarkeit des aktuellen Bearbeitungsstands der Verwaltungsvorgänge soll den Servicecharakter weiter stärken.

7. Die BayernID PLUS soll die Bayerische Identität im Netz werden. Jeder Bürger und jedes Unternehmen sollen durch die BayernID PLUS auch eine digitale Ausweis- und Unterschriftsfunktion bekommen.

8. Ein Unternehmenskonto auf Basis der bayerischen ELSTER-Technologie wird Modell für Deutschland. Das ist Bürokratieabbau „Made in Bavaria".

9. In digitalen Innovationslaboren wird der Nutzer bei der Entwicklung digitaler Produkte und Services von Anfang an mit eingebunden.

10. Bayern will starke bayerische IT-Dienstleister aufbauen, die digitale Hightech Lösungen für Staat und Kommunen am Standort Bayern entwickeln sollen.

11. Eine Stabstelle föderale Digitale Verwaltung kümmert sich darum, dass es kein relevantes Bund-Länder-Gremium ohne sachkundige bayerische Expertise geben wird.

12. Zur Sicherung föderaler Strukturen soll eine „Süd-West-Schiene" aufgebaut werden. Auf Ebene der großen Flächenländer sollen gemeinsame Infrastruktur genutzt, digitale Verfahren ausgetauscht und im Rahmen der Bund-Länder-IT Zusammenarbeit ein starkes föderales Gewicht gebildet werden.

Mehr vom User her denken

Darüber hinaus verwies Judith Gerlach nochmals auf die Wichtigkeit der Kundenorientierung beim Thema Digitalisierung. Es gelte, die Bürgerinnen und Bürger mehr zu umgarnen, mehr vom User her zu denken. Ziel müsse es sein, die Zufriedenheit der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass aus der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ‚Bürokratie online' wird. Wir müssen die Kundenzentrierung in das Thema OZG konsequent hineinbringen", forderte Münchens CDO und IT-Referent Thomas Bönig mit Blick auf die Orientierung an der Stadtgesellschaft. Die Landeshauptstadt München sei sehr daran interessiert, die Verwaltung nicht an der Bürgerschaft vorbei zu digitalisieren.

Erneut unterstrich Thomas Bönig die Notwendigkeit eines unbeschränkten Zugangs zu entsprechender Technologie und die Befähigung der Stadtgesellschaft, diese auch zu nutzen. Aus seiner Sicht wird derjenige, der in Zukunft keinen Zugang zu Hard- und Software hat, an einer digitalen Gesellschaft nicht partizipieren können. Darüber müsse sich die Politik ernste Gedanken machen.

Wie Bönig zudem feststellte, spielen Kooperationen bei der Umsetzung der Digitalstrategie eine herausragende Rolle. Sie seien für die Digitalisierung in Bezug auf Kosten und Geschwindigkeit essenziell. Dies gelte freilich nicht nur innerhalb der eigenen Stadtgrenzen, etwa mit Blick auf die Stadtwerke, die Hochschulen oder Partner in der Wirtschaft. Die Landeshauptstadt setze bei der Digitalisierung bewusst auch auf interkommunalen Austausch.

Laut Bönig besteht bereits eine Kooperation mit Nürnberg und Augsburg, die bald noch um Regensburg erweitert werden soll. Mit „muenchen.digital" wurde ein eigenes Portal geschaffen, das im Zuge der Digitalisierung ein hohes Maß an Transparenz gewährleisten und vielfältige Informationen zur Verfügung stellen soll. Das Portal richtet sich nicht nur an die eigene Bevölkerung, sondern soll auch zum besseren interkommunalen Austausch beitragen.

Modellkommune Smart City

Dass Digitalisierung auch in vielen ländlichen Regionen des Freistaats ein Thema ist, offenbart sich im Landkreis Wunsiedel, der sich erfolgreich um die Teilnahme des vom Bundesinnenministerium geförderten Projekts „Modellkommune Smart City" beworben hat. Im Fichtelgebirge sollen in den kommenden Jahren Ansätze entwickelt werden, wie die Digitalisierung den Einzelnen im Alltag praktisch unterstützen kann, aber auch wie die Entwicklung einer Region in allen Bereichen weiter gefördert und der ländliche Raum zukunftsfähig gemacht werden können.

Digitalisierung besitzt im Fichtelgebirge schon länger einen hohen Stellenwert. Im Bereich Energie, aber auch bei Mobilität oder Telemedizin will der Landkreis seine Aktivitäten weiter ausbauen. Gerade im ÖPNV bietet die Digitalisierung eine Reihe von Chancen, aber auch die Wirtschaft, der Tourismus oder die Kultur können profitieren. Im Bereich Bildung eröffnet die Digitalisierung Schülern und Lehrern neue Möglichkeiten und auch die Verwaltungen können sich über Maßnahmen aus dem Bereich E-Government neu und modern aufstellen.

Dass die Rahmenbedingungen sich hier deutlich von jenen in den Großstädten unterscheiden, zeigte Projektleiter Oliver Rauh auf. Die erste Hürde bei den Bemühungen um ein „smartes Fichtelgebirge" sei das Fehlen des notwendigen Breitbands. Hinzu kämen die Auswirkungen des demografischen Wandels bzw. der Bevölkerungsverlust und die Lage in einem eher strukturschwachen Gebiet.

Partizipationsprozess und überregionaler Austausch

Vor diesem Hintergrund habe sich Wunsiedel entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen. Man arbeite aktuell an einer Strategie für das „smarte Fichtelgebirge" und wolle dabei auch auf externe Beratung zugreifen. Hierfür sind Rauh zufolge rund eineinhalb Jahre eingeplant. Darüber hinaus werde der Fokus auf einen äußerst ausgeprägten Partizipationsprozess und auch überregionalen Austausch gelegt. Damit sollen Netzwerke geknüpft und möglichst alle relevanten Akteure mitgenommen werden. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Josef Mederer



Liebe Leserinnen und Leser,

noch bevor die Coronavirus-Epidemie das öffentliche Leben auf der ganzen Welt in einem unvorstellbaren Ausmaß zum Erliegen gebracht hat, hatte das neue Jahr für die Regierung und den Bezirk Oberbayern mit einem Knall begonnen: Ausgerechnet in unserem bezirkseigenen Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon verkündet Ministerpräsident Markus Söder, dass er München als achten Regierungsbezirk aus Oberbayern herauslösen möchte. „Dies ist ein Vorschlag, der in den nächsten Jahren breit und offen diskutiert werden soll. „... Eine eigene Regierung für München wird auch der Bedeutung der Landeshauptstadt gerecht", erläuterte der CSU-Vorsitzende in einer Mitgliederinfo. Von dieser Ankündigung wurde ich als Bezirks-

Für und Wider zu einem 8. Regierungsbezirk

tagspräsident genauso überrascht wie die direkt betroffene Regierungspräsidentin. Ich hätte, ehrlich gesagt, viel eher damit gerechnet, dass kleinere Einheiten einmal im Rahmen einer Bezirksreform zusammengelegt werden, statt funktionierende größere zu zerschlagen.

Viel mehr über die Überlegungen zum Muexit, wie die Augsburger Allgemeine den Söder-Plan ironisch nannte, weiß man auch jetzt, fast ein Vierteljahr später, nicht. Die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung und die existenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie stehen logischerweise im Mittelpunkt allen staatlichen und kommunalen Handelns. Kein Gedanke kann momentan an die Planung eines achten Bezirks verschwendet werden. Nach der Kommunalwahl vom 15. März sollte eigentlich eine Kommission gebildet werden, die sich mit dem Vorschlag auseinandersetzt. Fakt ist bisher nur, dass unabhängig von einem etwaigen weiteren Regierungsbezirk die Regierung von Oberbayern Teile ihrer Behörde nach Ingolstadt und nach Rosenheim auslagern soll. Dies geschieht im Rahmen der umfangreichen Behördenverlagerungen, die bayernweit geplant sind und bis 2030 greifen sollen.

Was würde ein achter Regierungsbezirk für uns beim Bezirk Oberbayern bedeuten? Wären wir davon überhaupt tangiert? Ist eine Landeshauptstadt München, die gleichzeitig die Aufgaben eines Bezirks übernimmt, denkbar? Wäre der Stadtrat dann gleichzeitig Bezirkstag? Oder gäbe es zwei Regierungen auf dem Gebiet eines Bezirks? Spekulationen schießen ins Kraut, verschiedene Politiker melden sich zu Wort, Allianzen werden geschmiedet.

Ich für meinen Teil werde selbstverständlich konstruktiv in jeglicher Arbeitsgruppe mitarbeiten und unsere Argumente einbringen. In diesen turbulenten Zeiten ersehnt man sich die Normalität von Arbeitsgruppen ja zurück. Mitten im Wahnsinn dieser Tage erschließt sich mir schlichtweg der Mehrwert eines achten Bezirks weniger denn je: eine aufgeblähte Verwaltung, die sämtliche Querschnittsfunktionen doppelt vorhalten muss, wäre die Folge. Eine zusätzliche Verwaltungsstruktur würde aufgebaut statt verschlankt. Sollte tatsächlich auch der Bezirk betroffen sein, nicht nur die Regierung, sehe ich auch den Irrsinn einer Vermögensauseinandersetzung vor Augen. Das konnten wir uns vor Corona nicht leisten, umso weniger können wir es jetzt! Kurzum: Die Idee ist für mich nicht zu Ende gedacht.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Josef Mederer
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

DStGB-Klimaschutzkonferenz:

Kommunale Schlüsselrolle stärker unterstützen

Ein effizienter Klimaschutz und eine vorsorgende Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind zentrale Herausforderungen, sowohl lokal als auch global. Die Erderwärmung ist nicht gestoppt. Extremwetter wie Starkregen oder Dürreperioden nehmen zu und stellen insbesondere Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Die 13. Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Kommunen aktiv für den Klimaschutz" zeigte durch konkrete Praxisbeispiele aus den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, Energieeffizienz, Bevölkerungsschutz, Nachhaltigkeit und Klimaanpassung das breite Engagement der Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung auf.

„Für Kommunen steht eine klimagerechte Stadtentwicklung, die eine umweltfreundliche Mobilität, den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Grün, Wasser und Energieeffizienz integriert, immer mehr im Fokus", erklärte Roland Schäfer, 1. Vizepräsident des DStGB und Bürgermeister, Bergkamen. Für die Umsetzung von Projekten, die wie eine klimafreundliche Verkehrswende oder der Ausbau der Windenergie unmittelbar dem Klimaschutz dienen, fordert der DStGB schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. „Diese dem Allgemeinwohl dienenden Projekte müssen Vorrang vor Individualinteressen haben. Nach erfolgter Bürgerbeteiligung müssen daher stärker Präklusions- und Stichtagsregelungen greifen. Das kann ein Investitionsvorranggesetz leisten", betonte Schäfer.

Der Vizepräsident wies darauf hin, dass Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung eine Schlüsselrolle einnehmen. Das Pflanzen dürreresistenter Bäume sowie Schaffung und Erhalt „grüner Lungen", aber auch Pflanzenwuchs an Fassaden und auf Dächern, gehörten ebenso dazu wie Stadtgewässer und Trinkwasserbrunnen.

Ein Mehr an Klimaschutz erfordert aus Schäfers Sicht vor allem eine echte Verkehrswende. Autos würden aber weiter benötigt, nicht nur auf dem Land. Ziel müssten jedoch weniger und umweltfreundlichere Autos sein. „Wir brauchen auch massive Investitionen in eine attraktive und bezahlbare Bahn und in den ÖPNV sowie mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger. All dies führt zu sauberer Luft und zeigt: Mehr Klimaschutz ist kein Verzicht, sondern ein Mehr an Lebensqualität für alle. Nur mit den Kommunen sei das Ziel, bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland auf 65 Prozent zu erhöhen, erreichbar.

Kontraproduktiv sei zudem, dass der Windenergieausbau als wichtigste Säule der erneuerbaren Energien 2019 auf nur noch 282 neu gebaute Anlagen eingebrochen ist. Die für die Länder vorgesehene Möglichkeit, eigene Mindest-Abstandsregeln zwischen Windenergieanlagen und der nächsten Bebauung zu schaffen, fördere deren Ausbau nicht, unterstrich der Vizepräsident. Ein Mehr an Akzeptanz für den Windenergie-Ausbau erreiche man wenn man die Bürgerschaft an dessen wirtschaftlichem Erfolg beteiligt.

Über die klimagerechte Stadt der Zukunft informierte Ina Scharrenbach vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung Nordrhein-Westfalen. Sie betonte, dass es in zahlreichen Kommunen eine engagierte Zivilgesellschaft gibt, die zusammen mit Politik und Verwaltung dafür Sorge trägt, dass Projekte zum Schutz von Umwelt und Klima umgesetzt werden. Ministerialdirigent Dr. Karsten Sach vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit referierte zu den Vorhaben der Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030, die die Kommunen im Klimaschutz unterstützen. Dort wo die Energiewende stattfinde, nämlich in der Kommune, solle sie sich bezahlt machen.

In fünf praxisnahen Foren aus den Bereichen Mobilität, Stadtentwicklung, Energieeffizienz, Bevölkerungsschutz, Nachhaltigkeit und Klimaanpassung zeigte die Fachkonferenz vorbildliche kommunale Projekte auf. Damit wurde das breite Engagement der Kommunen beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung sichtbar gemacht.

Forum 1 befasste sich mit dem Thema „Klimafreundliche Mobilität – Chance für die Verkehrswende", die für ein Mehr an Klimaschutz dringend erforderlich ist. Diskutiert wurden E-Mobilität, die Aktivierung der Bürgerschaft sowie alternative Antriebe. Inhaltlicher Schwerpunkt des zweiten Forums war die „Klimagerechte Stadtentwicklung. Gegenstand der Diskussion waren vor allem die wassersensible Umgestaltung und erfolgreiche Anpassungsstrategien der Kommunen.

Bei einem weiteren Forum ging es um „Extremwetter & Bevölkerungsschutz – Präventives Handeln tut Not". Das Forum „Nachhaltigkeit praktizieren – Zukunftsfähige Kommunen gestalten" trug hohen Priorität dieses Themas Rechnung.

Forum 5 beschäftigte sich schließlich mit den Themen „Energieeffizienz & erneuerbare Energien – Energiewende forcieren". Berichtet wurde unter anderem über das Ziel der Insel Borkum, bis zum Jahr 2030 emissionsfrei zu sein. **DK**



Der Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer (v. l.): Axel Uttenreuther, André Heimrich, Daniel Just (Vorsitzender des Vorstands), Ulrich Böger (stellv. Vorsitzender des Vorstands), Reinhard Graf und sein Nachfolger Stefan Müller. Bild: Jens Schnabel

Amtswechsel im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer

Innenminister Joachim Herrmann verabschiedete Reinhard Graf und führte Stefan Müller in sein Amt als neuer Vorstand für ‚Kommunales Versorgungswesen' ein

Im Rahmen eines Festaktes verabschiedete Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann Ende des vergangenen Jahres Reinhard Graf in den Ruhestand. Der Geehrte zeichnete im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer (BVK) verantwortlich für den Bereich ‚Kommunales Versorgungswesen'. Gleichzeitig führte Herrmann Grafs Nachfolger Stefan Müller in sein Amt ein. Daniel Just, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, dankte dem scheidenden Kollegen für „37 erfolgreiche Berufsjahre bei der BVK". Der Innenminister wiederum betonte die vielen schwierigen Herausforderungen, die Graf als Führungskraft mit Bravour meisterte. Beispielhaft nannte der Minister die Umsetzung des neuen Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2011.

Herrmann dankte Graf für die langjährige Loyalität und Treue gegenüber der BVK: „Sie waren stets ein kompetenter Ansprechpartner für die kommunale Familie." Neben der ausgezeichneten fachlichen Expertise lobte der Minister vor allem das verbindliche und vermittelnde Auftreten des scheidenden Vorstands. „Für Ihren Ruhestand wünsche ich Ihnen Gesundheit und Zeit für all diejenigen Dinge, die bisher hinter Ihrer Arbeit zurücktreten mussten", so Herrmann.

Der Neue ist ein „echtes Kammergewächs"

Auch den neuen Vorstand bezeichnete Herrmann als „echtes Kammergewächs". So startete Müller im Juli 1997 seine Karriere bei der BVK, zunächst als Referent in der Architekten-, Ingenieurs- und Rechtsanwaltsversorgung, später unter anderem als Leiter des Vorstandsreferats. „Auf allen Stationen hat sich Stefan Müller ausgesprochen bewährt", erklärte der Herrmann. Davon habe sich der Minister selbst überzeugen können, denn Müller war ab 2014 für gut zwei Jahre sein persönlicher Referent im Ministerbüro und dann stellvertretender Büroleiter. „Deshalb bin ich mir sicher, dass Sie die kommenden Herausforderungen ebenfalls mit Bravour bewältigen werden", machte Herrmann deutlich. „Ich schätze Ihr ruhiges, humorvolles und kompetentes Auftreten außerordentlich."

Vorteile des Verbunds

In ihren Grußworten würdigten die Vertreter der Selbstverwaltungsgremien Reinhard Graf. Armin Augat, stellv. Vorsitzender des Kammerrats bei der Bayerischen Versorgungskammer, Bernd Buckenhofer, Vorsitzender des Verwaltungsrats des Bayerischen Versorgungsverbands und Norbert Flach, Mitglied des Verwaltungsrats der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, dankten im Namen ihrer Gremien dem scheidenden Vorstandsmitglied.

Seine Abschieds- und Dankesrede nutzte Graf um auf die Vorteile des Verbunds der Bayerischen Versorgungskammer hinzuweisen: „Im Hause BVK fließen verschiedenste Kenntnisse zusammen. Das ergibt einen einzigartigen Erfahrungsschatz, mit dem man Versorgungssysteme steuern kann, die auch vor schweren Krisen gefeit sind, wie unsere Geschichte zeigt."

Stefan Müller dankte seinem Amtsvorgänger und lenkte den Blick in die Zukunft: „Wichtig ist, dass wir das Ziel klar vor Augen haben. Ich werde an Deck sein und freue mich auf die Zusammenarbeit." Wirksam seit 1. Januar 2020 als Nachfolger von Reinhard Graf und Vorstandsmitglied ist er zuständig für die zwei kommunalen Altersversorgungseinrichtungen, den Bayerischen Versorgungsverband (BVK Beamtenversorgung) und die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (BVK Zusatzversorgung), sowie das Versorgungswerk des Bayerischen Landtags.

Im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer verantwortet er gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Daniel Just und den Vorstandsmitgliedern Ulrich Böger, André Heimrich und Axel Uttenreuther den Geschäftserfolg für alle zwölf Versorgungseinrichtungen. ❒

Zur Bayerischen Versorgungskammer

Als größte öffentlich-rechtliche Versorgungsgruppe Deutschlands ist die Bayerische Versorgungskammer ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für berufsständische und kommunale Altersversorgung. Sie führt die Geschäfte von zwölf rechtlich selbständigen berufsständischen und kommunalen Altersversorgungseinrichtungen mit insgesamt knapp 2,3 Mio. Versicherten und Versorgungsempfängern, ca. 4,8 Mrd. Euro jährlichen Beitrags- und Umlageeinnahmen und ca. 3,4 Mrd. Euro jährlichen Rentenzahlungen. Sie managt für alle Einrichtungen zusammen ein Kapitalanlagevolumen von derzeit ca. 77 Mrd. Euro (Buchwert). Die Bayerische Versorgungskammer beschäftigt über 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist seit 2010 Unterzeichner der Charta der Vielfalt, seit 2011 Unterzeichner der UN-Prinzipien für verantwortungsvolles Investment (PRI) und seit Februar 2017 Unterzeichner des Memorandums für Frauen in Führung. ❒

Versorgungsunternehmen sind für ihre Kunden da

„Wir versorgen Bayern mit Wasser, Strom, Erdgas und Wärme"

Die im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW organisierten 400 Versorgungsunternehmen haben sich auf die aktuelle Situation eingestellt und arbeiten rund um die Uhr dafür, dass die Versorgung der Gesellschaft mit Wasser, Strom, Erdgas und Wärme wie gewohnt weiterläuft. Dafür hat jedes Unternehmen in Eigenverantwortung in kürzester Zeit ein professionelles Corona-Pandemiemanagement eingerichtet.

Der Dank des VBEW gilt allen Beschäftigten in der Versorgungswirtschaft die derzeit Außergewöhnliches leisten, über ihre Grenzen hinauswachsen und große Verantwortung für die Versorgung der Bürger übernehmen. Sie kommen nicht in den Genuss der Sonderregelungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem. Sie müssen die Betreuung der Kinder weitestgehend selbst organisieren. Für die erforderliche Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz ihrer Mitarbeiter kümmern sich die Unternehmen unter schwierigsten Beschaffungsmöglichkeiten derzeit in Eigenregie. „Man kann nur den Hut davor zu ziehen, was derzeit in unseren Betrieben geleistet wird und für den unermüdlichen Einsatz rund um die Uhr danken! Unsere Beschäftigten fragen nicht zuerst, ob Sie ins Home-Office dürfen, sondern wo Sie im Betrieb gebraucht werden. Ein besonderes Dankeschön gilt in diesem Zusammenhang auch all unseren Dienstleistern", sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

„Die VBEW-Mitgliedsunternehmen rufen nicht gleich nach dem Staat. Sie arbeiten in guten und schlechten Zeiten in höchster Eigenverantwortung. Sollte sich die Verbreitung des Coronavirus in Bayern allerdings weiterhin so dynamisch entwickeln wie in den letzten Tagen benötigen die Versorger auf allen Ebenen schnell entscheidende Behörden", so Fischer. Durch die Ausrufung des Katastrophenfalls sind dafür die grundlegenden Voraussetzungen in Bayern geschaffen worden. ❒

Finanzstützen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Damit freiwillige Hilfe vor Ort zielgerichtet stattfinden kann, unterstützt der Freistaat die digitale Koordination Bürgerschaftlichen Engagements. „Ich freue mich, dass wir mit der lagfa bayern e.V. einen kompetenten Partner haben, der digitales Engagement umsetzen und über die Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement zu den Menschen bringen kann", so Bayerns Sozialministerin. Denn in vielen Gemeinden und Städten entstehen Helferkreise, die für ältere Menschen einkaufen, Besorgungen erledigen und helfen, wo Not am Mann ist.

Tafeln suchen Helfer

Auch die Tafeln stehen vor besonderen Herausforderungen. Denn viele dort ehrenamtlich Tätige gehören selbst zu den Risikogruppen, beispielsweise wegen ihres Alters oder chronischen Erkrankungen. In diesen Fällen müssen die Tafeln individuell vor Ort mit Unterstützung des örtlichen Gesundheitsamtes abschätzen, inwieweit die Ausgabe von Lebensmitteln konkret vertretbar ist. Damit die bedürftigen Menschen weiterhin versorgt werden können, brauchen sie noch mehr Unterstützung von freiwilligen jungen Helferinnen und Helfern.

Infos: www.lagfa-bayern.de red

Überraschende Ergebnisse ...

(Fortsetzung von Seite 1)

setzte sich mit 59,5 Prozent der Stimmen gegen seinen Herausforderer Jonas Glüsenkamp von den Grünen durch. Für ihn votierten 40,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler.

Im oberfränkischen Hof wurde Amtsinhaber Harald Fichtner (CSU) mit 45,2 Prozent der Stimmen abgewählt. Gewonnen hat die Stichwahl Eva Döhla von der SPD mit 54,8 Prozent. Sie ist die Tochter des langjährigen Oberbürgermeisters von Hof, Dieter Döhla. Auch das Rathaus von Coburg wird künftig von einem Oberbürgermeister der SPD geleitet. Dominik Sauerteig siegte mit 57,0 Prozent der Stimmen, sein CSU-Kontrahent Christian Meyer erreichte 43 Prozent.

Jüngster Bürgermeister in Bayern wird künftig Kristan von Waldenfels (CSU) im oberfränkischen Lichtenberg (Landkreis Hof). Der 19 Jahre alte Student setzte sich in der Stichwahl mit 52, 5 knapp gegen seinen Mitbewerber Jürgen Lindner (SPD und Parteifeie Bürger) durch.

In insgesamt 50 Landkreisen ging die CSU bei den Kommunalwahlen als Siegerin hervor. Die Freien Wähler gewannen zwölf Posten, SPD und Grüne jeweils einen.

Im Landkreis München verteidigte der amtierende CSU-Landrat Christoph Göbel mit 63,9 Prozent seinen Posten souverän. Christoph Nadler (Grüne) erzielte 36,1 Prozent der Stimmen. Zurückerobert hat die CSU das Landratsamt Miesbach: Der grüne Landrat Wolfgang Rzehak muss das Amt an seinen CSU-Herausforderer Olaf von Löwis abgeben. Auf Rzehak entfielen 34,6 Prozent, von Löwis kam auf 65,4 Prozent.

Bei der Landratswahl im Kreis Starnberg hat Stefan Frey für die CSU das Rennen gemacht. Der Sohn von Altlandrat Heinrich Frey setzte sich mit 61,6 Prozent gegen die Grünen-Bewerberin Martina Neubauer durch, die 38,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen verteidigte Amtsinhaber Josef Niedermaier (Freie Wähler) mit 62,8 Prozent seinen Landratsposten, auf Anton Demmel (CSU) entfielen 37,2 Prozent.

Im Landkreis Weilheim-Schongau setzte sich Andrea Jochner-Weiß (CSU) mit 65,1 Prozent gegen den Bewerber der Grünen, Karl-Heinz Grehl (34,9 Prozent), durch. Im Landkreis Berchtesgadener Land gewann Bernhard Kern (CSU) mit 58,7 Prozent der Stimmen ebenfalls gegen einen Kandidaten der Grünen, Bartl Wimmer (41,3 Prozent). Der CSU-Landtagabgeordnete Otto Lederer besiegte im Landkreis Rosenheim mit 68,9 Prozent der Stimmen mit weitem Vorsprung die Grünen-Vertreterin Ulla Zeitlmann, die auf 31,1 Prozent kam.

Im Oberallgäu wird Indra Baier-Müller (Freie Wähler) mit 51,85 Prozent neue Landrätin. Für ihren Kontrahenten Alfons Hörmann (CSU), Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds, votierten 48,15 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Alex Eder (Freie Wähler) heißt der neue Landrat im Unterallgäu. Er holte 80,1 Prozent der Stimmen gegen den CSU-Kandidaten Rainer Schaal (19,9 Prozent).

Helmut Petz von den Freien Wählern wird neuer Freisinger Landrat. Mit 59,7 Prozent ließ er CSU-Kandidat Manuel Mück (40,3 Prozent) keine Chance. In Erding bleibt Landkreischef Martin Bayerstorfer (CSU) im Amt. Bei der Stichwahl setzte er sich gegen Hans Schreiner, gemeinsamer Kandidat der FW, SPD und Grünen (46,8 Prozent), durch.

Im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm folgt auf CSU-Landrat Martin Wolf der Kandidat der Freien Wähler, Albert Gürtner. Er erreichte 51,5 Prozent der Stimmen und gewann somit knapp gegen Martin Rohrmann (CSU), der 48,5 Prozent erzielte. Im Landkreis Eichstätt konnte sich Alexander Anetsberger (CSU) mit knapp 52 Prozent durchsetzen. Alfons Frey von den Freien Wählern landete bei gut 48 Prozent.

Seinen Landratsposten im Landkreis Bamberg verteidigte Johann Kalb von der CSU mit 58,6 Prozent der Stimmen. Er besiegte Andreas Schwarz (SPD), der auf 41,4 Prozent der Stimmen kam. Der Landrat von Bayreuth, Hermann Hübner (CSU), wird von Florian Wiedemann (Freie Wähler) abgelöst. Wiedemann setzte sich in der Stichwahl mit 50,9 Prozent der Stimmen gegen den CSU-Kandidaten Klaus Bauer (49,1 Prozent) durch.

Im Landkreis Ansbach behielt der bisherige Landrat Jürgen Ludwig (CSU) mit 58,9 Prozent die Oberhand gegen Jürgen Seifert (Freie Wähler), für den 41,1 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten. Auch das Würzburger Landratsamt bleibt in CSU-Hand. Thomas Ebert holte 64,3 Prozent der Stimmen, seine Konkurrentin Karen Heußner kam auf 35,7 Prozent. Im Landkreis Main-Spessart wird Sabine Sitter (CSU) neue Landrätin, sie gewann mit 60,3 Prozent gegen Christoph Vogel (Freie Wähler, 39,7 Prozent). **DK**

Dauerhafte Schäden ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schaftsstrukturen mit allen staatlichen Mitteln zu erhalten.

In dieser schwierigen Situation, fuhr Sager fort, würden die überwiegend von den Landkreisen getragenen kommunalen Sparkassen ihrer Verantwortung gerecht und stellten Bankdienstleistungen jeder Art für Bevölkerung und Wirtschaft weiterhin flächendeckend zur Verfügung. Sparkassen seien strukturpolitische Anker in der Fläche. Sie seien sich dessen bewusst und werden entsprechend verantwortungsvoll handeln. Lediglich vereinzelt könne es durch Personalkonzentrationen zur vorübergehenden Schließung einzelner Filialen kommen. Dadurch werde die Leistungsfähigkeit bezogen auf den jeweiligen Landkreis aber insgesamt nicht wesentlich beeinträchtigt, zeigte sich der Verbandschef überzeugt.

Erhebliche Einbußen bei den Kommunen

Auch den Kommunen werde in der Krise viel abverlangt, unterstrich Sager: „Wir gehen von nicht unerheblichen finanziellen Einbußen aus. Gewerbesteuer und Einkommensteuer werden zurückgehen, Kurtaxe und Bettensteuer fallen vorübergehend sogar ganz aus, um nur einige Effekte zu skizzieren. Gleichzeitig wenden die Landkreise mehr Mittel beispielsweise im Gesundheitsbereich auf, um die Krise zu managen. Auch unter diesem Aspekt hoffen wir, dass die Rechnung der Virologen aufgeht und wir auf dem eingeschlagenen Eindämmungspfad möglichst bald Erfolge verzeichnen können."

Im Zuge der Corona-Krise rechnen die Landkreise auch mit erheblichen Mehrausgaben der Jobcenter vor Ort, wie Präsident Sager feststellte: „Wir erwarten, dass bis zu 1,2 Mio. zusätzliche Haushalte Anspruch auf Hartz IV haben werden. Das hat nicht nur Mehrkosten beim Bund in einer Größenordnung von 7,5 Mrd. Euro zur Folge, sondern auch der Landkreise und kreisfreien Städte von gut 2 Mrd. Euro. Wir fordern daher Bund und Länder auf, eine entsprechende finanzielle Kompensation vorzusehen. Die Kommunen dürfen nicht auf den immensen Mehrkosten sitzen bleiben."

Zum einen ist der Anstieg der Empfängerzahlen Sager zufolge darauf zurückzuführen, dass in vielen Fällen das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht, um die allgemeine Lebenshaltung und die Wohnung zu bezahlen. Hinzu kommen sehr viele Selbstständige, denen die Einnahmen wegbrechen. Zum anderen lockert der Bund im SGB II gerade für sechs Monate die Regelungen zur Anrechnung von Vermögen und zur Übernahme der Mietkosten durch die Landkreise, um in dieser Sondersituation pragmatisch, schnell und unbürokratisch den betroffenen Menschen unter die Arme greifen zu können.

Diese Maßnahmen seien allesamt zu begrüßen und trügen dazu bei, dass die Menschen zumindest unter Wahrung des finanziellen Existenzminimums durch die Krise kommen. Deshalb müssen laut Sager Vorkehrungen getroffen werden, damit die Landkreise von den Mehrkosten von gut 2 Mrd. Euro nicht überrollt werden. „Sie leisten unter großem Einsatz über die Gesundheitsämter und Krankenhäuser tagtäglich Kärrnerarbeit zur Eindämmung des Virus und sind auf eine derartige weitere Belastung im Bereich des SGB II nicht vorbereitet", verdeutlichte der DLT-Präsident.

„Zwar leisten wir alle unseren Beitrag zur Krisenbewältigung, aber Bund und Länder müssen kommunale Mehrausgaben in solch einer Größenordnung unbedingt einer sachgerechten Lösung zuführen", hob Sager hervor. Außerdem gehe der Deutsche Landkreistag von nicht unerheblichen Einbußen der Kommunen z. B. bei Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Kurtaxe oder Bettensteuer aus. **DK**

Milliardenschweres Hilfspaket

Bundestag und Bundesrat haben ein milliardenschweres Hilfspaket in der Corona-Krise beschlossen. Es umfasst Maßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und Unternehmen, zur Unterstützung von Krankenhäusern sowie zur Sicherung von Lebensunterhalt und Wohnung der Bürger. Zur Finanzierung wurde ein Nachtragshaushalt beschlossen, in dem Schulden in Höhe von 156 Milliarden Euro vorgesehen sind. **DK**

Advertorial

E-Rechnungsstellung in Deutschland

Christian Seidl, Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH, im Interview mit Ivo Moszynski, Leiter FeRD Deutschland

Die Deadline 18. April 2020 für die E-Rechnung steht vor der Tür. Der Lösungsanbieter TIE Kinetix GmbH, beschäftigt sich stark mit der Entwicklung in Deutschland und ist bemüht, das Thema E-Rechnung zu sensibilisieren. Christian Seidl Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH sprach mit Ivo Moszynski, dem Leiter des Forums Elektronische Rechnung Deutschland (FeRD) über die Herausforderungen kurz vor der Umsetzung, den Stand heute und die Ziele aus Sicht eines E-Invoicing Experten.

Seidl: Welche Herausforderungen bestehen für Städte, Gemeinden, öffentliche Auftraggeber und deren Lieferanten kurz vor der Umsetzung der E-Rechnung in Deutschland?

Moszynski: *Ein Gesichtspunkt der Herausforderungen für Lieferanten öffentlicher Auftraggeber ist neben der technischen Einbindung der E-Rechnung die Erschließung aller Umsetzungsstände innerhalb der jeweiligen Bundesländer. Viele Lieferanten stellen Rechnungen an öffentliche Auftraggeber nicht nur in einem Bundesland, sondern haben Vertragspartner in verschiedensten Regionen Deutschlands. Nicht in allen Bundesländern sind bereits Gesetz und Rechtsverordnung zur Umsetzung der E-Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen veröffentlicht.*

Städte, Gemeinden bzw. allgemein öffentliche Auftraggeber stellen sich verschiedenste Fragen, z. B.: Über welche Kanäle dürfen Lieferanten die E-Rechnung einliefern? Welche Datenformate muss ich als Verwaltung akzeptieren? Stellt mir mein Bundesland eine zentrale Plattform für den Empfang zur Verfügung oder kann / muss ich mich mit meinem Softwaredienstleister abstimmen? Wie gelingt uns eine medienbruchfreie Weiterverarbeitung der eingehenden E-Rechnungen? Benötige ich ein elektronisches Archiv?

Und das ist nur ein Bruchteil der Fragen, die bei der Umsetzung von Projekten zur E-Rechnung auftauchen. Im Grunde ist die Umstellung auf die E-Rechnung ein Digitalisierungsprojekt, das i.d.R. alle Fachabteilungen einer Verwaltung / eines Unternehmens tangiert.



Christian Seidl, Geschäftsführer der TIE Kinetix GmbH ❐



Ivo Moszynski, Leiter des Forums Elektronische Rechnung Deutschland (FeRD). ❐

Seidl: Wie bereit sind Gemeinden und öffentliche Auftraggeber mit der Umsetzung des E-Rechnungsempfangs stand heute?

Moszynski: *Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Einige öffentliche Auftraggeber sind teils gut aufgestellt, ein Großteil ist momentan erst dabei die nötigen Anpassungen in den Prozessen und Systemen vorzunehmen. Neben dem Empfang der E-Rechnungen ist vor allem die medienbruchfreie Weiterverarbeitung eingehender E-Rechnungen eine Hürde, die umfangreicher Anpassungen der internen Prozesse bedarf.*

Seidl: Sind in den 16 Bundesländern Unterschiede in der Entwicklung der E-Rechnung festzustellen?

Moszynski: Ja, einige Bundesländer haben ihre Regelungen rund um die E-Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen bereits in länderspezifischen E-Government-Gesetzen und nachgelagerten Umsetzungsverordnungen verankert und veröffentlicht. Andere Bundesländer arbeiten derzeit noch an den Verordnungen.

In Bezug auf die Umsetzung der E-Rechnung lässt sich feststellen, dass einige Bundesländer ihre Regelungen enger fassen und somit weniger Umsetzungsspielraum für Lieferanten schaffen. Andere Bundesländer hingegen sind bestrebt, die Regelungen möglichst weit zu fassen, um ihren Lieferanten einen erleichterten Zugang zur E-Rechnungsstellung zu ermöglichen. Dazu gehört sicher auch eine Verpflichtung der Lieferanten, man darf ja nicht vergessen, dass die EU-Richtlinie die Verwaltung lediglich verpflichtet E-Rechnungen zu empfangen. Wenn niemand E-Rechnungen schickt, dann passiert auch nichts. Eine Verpflichtung der Lieferanten sorgt dafür, dass die Systeme der Verwaltung auch genutzt werden.

Seidl: Was sind die aktuellen Ziele des FeRD und welche Ziele setzten Sie sich im Jahr 2020 um die E-Rechnung voranzutreiben?

Moszynski: *Das FeRD ist die zentrale Anlaufstelle für sämtliche Akteure des Marktes und behandelt strategische Fragestellungen rund um die elektronische Rechnung als Teilprozess der Supply Chain.*

Übergeordnetes Ziel ist es, die E-Rechnung in Deutschland und auch grenzüberschreitend zu fördern. Die E-Rechnung wird in diesem Zuge aus technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Forums E-Rechnung Deutschland werden Informationen zur E-Rechnung neutral aufbereitet und über die Netzwerke des FeRD zur Verfügung gestellt.

Bereits in 2019 hat das FeRD seine bestehenden Kontakte zum Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) sowie zur Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) intensiviert. Ziel einer gesteigerten Zusammenarbeit ist die Förderung und Verbreitung der E-Rechnung. Im Fokus dieser Kooperation stehen in 2020 kommunikative sowie technische Aspekte. In diesem Zuge gelingt es den beteiligten Parteien, den E-Rechnungs-Gipfel inhaltlich gemeinsam zu gestalten und als starke Partner in Sachen elektronische Rechnung aufzutreten.

Seidl: Welche Themen können wir vom FeRD im Jahr 2020, zum Thema E-Rechnung, E-Rechnungs-Formate erwarten?

Moszynski: *Das Competence Center Marketing & Kommunikation gestaltet derzeit den Aufbau und die Inhalte der Homepage www.ferd-net.de neu. Unter anderem werden umfassende allgemeine und technische FAQs auf der Homepage aufgenommen, die die ersten Fragen von Interessierten kompetent beantworten. Weiter sind Workshops mit verschiedenen Adressatengruppen geplant.*

Das Competence Center Geschäftsprozesse & Compliance erarbeitet derzeit einen Leitfaden, der die technischen, rechtlichen und organisatorischen Anforderungen der E-Rechnung aufschlüsselt und anhand von Praxisbeispielen aus Wirtschaft und Verwaltung umsetzungsnahe Hinweise zur E-Rechnung vermittelt. Zudem ist ein grenzüberschreitendes Best Practice (Deutschland – Frankreich) geplant, das den Leitfaden ergänzen oder in einer gesonderten Broschüre herausgegeben wird.

Das Competence Center Standards, Formate & Integration widmet sich der Erstellung von ZUGFeRD 2.1. Die Veröffentlichung des Formats erfolgte in deutscher und englischer Fassung am 24. März 2020 synchron zur französischen Fassung von Factur-X 1.0.05. Die Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen des Forum National de la Facture Electronique et des Marchés Publics Electroniques wird derzeit nicht nur auf Ebene der E-Rechnung ausgebaut und intensiviert. Im April 2020 werden die Mitglieder des Forums E-Rechnung Deutschland über die Etablierung eines elektronischen Bestellsystems (Order-X) diskutieren und die hierzu bereits geführten initialen Gespräche fortführen.

Das Competence Center Schnittstelle Wirtschaft & Verwaltung erarbeitet eine Übersicht, die u. a. die rechtlichen und technischen Regelungen zur Umsetzung der elektronischen Rechnung in den einzelnen Bundesländern gegenüberstellt. Die Länder-Steckbriefe sollen in der ersten Jahreshälfte 2020 veröffentlicht werden. Daneben ist ein Informationsdokument zur Leitweg-ID geplant, welches die häufigsten Fragen zur Leitweg-ID verständlich aufbereitet. ❐

Informationen

Erfahren Sie mehr über die elektronische Rechnungsstellung auf www.TIEKinetix.com/erechnung ❐



Bayerisches Kabinett:

Offensive für die Digitalisierung

Mit den Themen Blockchain-Technologie, Digitalisierung der wichtigsten Verwaltungsleistungen, digitales Unternehmenskonto, Digitalisierung des bayerischen Tourismus sowie Digitalbonus befasste sich das bayerische Kabinett in seiner Februar-Sitzung.

Der Kontakt von Bürgern und Unternehmen mit Behörden soll einfach, schnell und online funktionieren – und das 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Um das zu ermöglichen, wird Bayern nach einem Beschluss des Ministerrats die wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits bis Ende 2020 digital bereitstellen. Das ist zwei Jahre schneller als vom Bund im „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen" gefordert.

Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, bis spätestens 31. Dezember 2022 Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten. Darunter fallen etwa 6.000 Verwaltungsleistungen in 14 Themenfeldern. Um das Ziel der Digitalisierung der Verwaltung zu erreichen, wurden folgende Bausteine beschlossen:

• Bayerische Roadmap 2020: Bayern wird die rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits Ende 2020 digital bereitstellen. Darunter fallen etwa Leistungen aus dem Bereich Steuern wie Einkommenssteuer, Gewerbesteuer oder Umsatzsteuer; Leistungen aus dem Bereich Familie wie Familiengeld, Geburtsurkunde und Elterngeld sowie Leistungen aus dem Bereich Unternehmen wie Unternehmensanmeldung und Gewerberegisterauszug. Derzeit sind 28 dieser rund 55 wichtigsten Verwaltungsleistungen bereits online verfügbar, 20 weitere befinden sich in der Umsetzung. So schaffen wir digitale Bürgernähe.

• Aufbau von Infrastruktur für Land und Kommunen: Der Freistaat hat zentrale Komponenten und Basisdienste wie das BayernPortal oder die BayernID entwickelt und stellt diese den staatlichen Behörden und Kommunen kostenfrei zur Verfügung.

• Digitale Innovationslabore: Um den Ausbau von digitalen Verwaltungsleistungen zügig voranzutreiben, pilotiert das Digitalministerium ein „Digitales Innovationslabor". Ziel ist ein BayernStandard, um für alle Verwaltungsleistungen ein einheitliches Erscheinungsbild mit hohem Wiedererkennungseffekt zu etablieren und verbindlich vorzugeben. Dabei ist die konsequente Nutzerorientierung ein zentraler Erfolgsfaktor. Nutzer sollen von Anfang an mit am Tisch sitzen und ihre Perspektive einbringen.

Stichwort Digitales Unternehmenskonto: Unternehmen haben jedes Jahr durchschnittlich 130 Kontakte zu staatlichen Behörden. Digitale Lösungen eignen sich, den dafür nötigen Arbeits- und Zeitaufwand zu reduzieren. Zudem können durch digitale Lösungen Abläufe standardisiert und bundeslandübergreifend überall in Deutschland einheitlich abgewickelt werden. Bayern ist es auf Bundesebene gelungen, den Weg für ein solches einheitliches digitales Unternehmenskonto zu beschleunigen. Der IT-Planungsrat beauftragt den Freistaat nun, die Technologie für alle Bundesländer auszurollen.

Digitales Unternehmenskonto

Bayern schafft damit die technischen und praktischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Unternehmenskontos. Basis wird die Technologie ELSTER, die in Bayern entwickelt wurde und sich seit Jahren in der Steuerverwaltung bewährt hat. Ein Vorteil: Die Unternehmen sind dort bereits angebunden. Dadurch können beispielsweise bereits bestehende Login-Verfahren genutzt werden.

Das Unternehmenskonto wird modular aufgebaut. Über das Portal sollen künftig unter anderem die Kfz-Anmeldungen und die Anträge von Gesundheitszeugnissen organisiert werden können. Für jedes Unternehmen können bis zu 200 Konten für Firmenmitarbeiter eingerichtet werden. Das Unternehmenskonto wird die Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden in beide Richtungen ermöglichen, also sowohl in Form von Bescheiden als auch Anträgen. Steuerformulare sind darin enthalten ebenso wie Maschinenschnittstellen für die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung.

Mit dem digitalen Unternehmenskonto rückt auch der „Single Point of Contact" für Unternehmen näher. Damit können Unternehmen über eine Schnittstelle mit der Verwaltung kommunizieren. Bereits bei Bund und Ländern vorhandene Lösungen können dabei künftig in verschiedener Form an eine ELSTER-Lösung angeschlossen werden. Dafür sind etwa Schnittstellen zwischen ELSTER und Fachverfahren angedacht, die Verlinkungen von ELSTER in Landesportalen oder die Integration der ELSTER-Schnittstelle in ein vorhandenes Landeskonto. Die zentralen Funktionen des digitalen Unternehmenskontos sollen bereits 2021 zur Verfügung stehen (Phase 1). Erweiterte Funktionalitäten werden bis 2022 hinzukommen (Phase 2).

Stichwort Blockchain-Technologie: Während vielerorts noch über theoretische Möglichkeiten von Blockchain diskutiert wird, schreitet der Freistaat auf seinem Weg für konkrete, praktische Anwendungsformen voran. Nach der ersten Initiative für fälschungssichere Ausbildungszeugnisse anhand der Blockchain-Technologie plant die Staatsregierung nun weitere Schritte innerhalb der Verwaltung.

Die Bayerische Blockchain-Strategie setzt drei Schwerpunkte:

• Bayern.Block: Bayern wird als international führender Blockchain-Standort etabliert. Dabei werden relevante Akteure der Branche vernetzt und zusammengeführt. Das Bayerische Center für Blockchain [bc]² unterstützt den Austausch und Dialog innerhalb und außerhalb des Ökosystems und steigert die internationale Sichtbarkeit des Blockchain-Standorts Bayern.

• Bayern.Chain: Bayern setzt auf Umsetzungsorientierung. Der Freistaat baut eigene Kompetenzen auf, indem konkrete Anwendungen angestoßen, gefördert oder für den staatlichen Bereich selbst entwickelt werden. Bayern.Chain umfasst unter anderem eine Maßnahme, die sich mit der Eindämmung von Umsatzsteuerbetrugsfällen im Online-Handel befasst. Auch soll geprüft werden, wie die Blockchain-basierte Verifikation auch auf Zeugnisse weiterer Einrichtungen ausgeweitet werden kann.

• Bayern.Trust: Bayern ermöglicht für die Bürger einen pragmatischen und informierten Umgang mit den Technologien und ihren Anwendungen. Das Themengebiet Blockchain soll dafür unter anderem im Informatikunterricht intensiver behandelt werden.

Geschäftsmodelle im Tourismus

Stichwort Digitalisierung des bayerischen Tourismus: Die Hochschule Kempten hat für die Staatsregierung unterschiedliche Zukunftsszenarien zum bayerischen Tourismus entwickelt. Eine wesentliche Schlussfolgerung daraus ist, dass Digitalisierung und steigende Mediennutzung Geschäftsmodelle im Tourismus massiv verändern. Dies bietet erhebliche Potenziale für die Weiterentwicklung der touristischen Angebote in der Fläche, setzt aber Unterstützung für die digitale Flexibilität der Akteure voraus. Diese Potenziale sollen weiter gehoben werden.

Im niederbayerischen Waldkirchen wird die Kompetenzstelle Digitalisierung der Landesmarketingorganisation by.TM eingerichtet. Ziel ist, die Vermarktung Bayerns durch digitale Infrastrukturprojekte zu unterstützen und dadurch das touristische Angebot zu verbessern. Hier geht es darum, digitale Konzepte zu prüfen, auszuarbeiten und umzusetzen, die den Tourismus in Bayern stärken. Ziel ist, dass touristische Akteure den Gästen ein noch besseres Reiseerlebnis im Freistaat bieten können. Die Kompetenzstelle soll als koordinierender Ansprechpartner regional umgesetzte Projekte zu bayernweiten Lösungen skalieren. Technologiethemen wie „Augmented Reality" oder Künstliche Intelligenz können in Waldkirchen auf ihre Anwendbarkeit für die Tourismuswirtschaft geprüft werden.

Datendrehscheibe

Die Kompetenzstelle soll zudem der Verzahnung von Digitalisierung und Tourismusmarketing dienen. Dabei werden dem Tourismusmarketing und dem Destinationsmanagement die notwendigen Daten zur Verfügung gestellt und gemanagt. Wesentliches Instrument wird dafür die Datendrehscheibe „Bayern Cloud Tourismus" sein. Über sie werden alle für die touristischen Leistungsträger praxisrelevanten Informationsquellen möglichst in Echtzeit verfügbar gemacht und vernetzt werden.

Die künftige Kompetenzstelle in Waldkirchen ist die bisher jüngste Maßnahme der Staatsregierung, um die Digitalisierung des Tourismus voranzutreiben. Weitere Beispiele sind unter anderem das Digitale Dorf Bayern, die Digitalisierung im Gesundheitstourismus sowie das Bayerische Zentrum für Tourismus.

Stichwort Digitalbonus: Mit diesem von der Staatsregierung ins Leben gerufenen, bundesweit einzigartigen Förderprogramm werden Unternehmen finanziell unterstützt, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren sowie ihre IT-Sicherheit zu verbessern. Gefördert werden Entwicklung, Einführung oder Verbesserung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen durch entsprechende Hard- oder Software.

Die Staatsregierung will dieses erfolgreiche Konzept weiterführen. Im Rahmen der Hightech Agenda Bayern soll der Digitalbonus mit 60 Millionen Euro jährlich dauerhaft fortgeführt werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Maßnahmen liegen bei der Prozessdigitalisierung unter dem Stichwort Industrie 4.0, bei der Verbesserung der IT-Sicherheit mit Firewalls und Datensicherung sowie dem Ausbau digitaler Plattformen von Firmen-Internetseiten bis hin zu Webshops.

Digitalbonus

Der Digitalbonus ist einer der wichtigsten und erfolgreichsten Fördermaßnahmen für die Digitalisierung des Mittelstands in Bayern. Zahlreiche Investitionen wurden ausgelöst: Seit dem Start im Oktober 2016 sind über 13.800 Anträge eingegangen. Beantragt wurden bisher Zuschüsse in Höhe von mehr als 150 Millionen Euro für Investitionen von gut 476 Millionen Euro bis zum Jahresende 2019. Mit 64 Prozent wurde der überwiegende Teil der beantragten Mittel von Unternehmen aus dem ländlichen Raum beantragt.

Profitiert haben mit mehr als einem Drittel der Mittel vor allem Betriebe aus Regionen mit besonderem Handlungsbedarf. Es ist gelungen, alle Branchen von der Industrie über Handwerk, Bauwirtschaft und Handel bis hin zum Tourismus anzusprechen. 86 Prozent der Anträge stammen von kleinen Unternehmen, 14 Prozent von mittleren Unternehmen und 40 Prozent aus dem Handwerk. Im Durchschnitt erhält jeder bewilligte Antrag 8.700 Euro an Zuwendungen. Das Antragsverfahren verläuft weitestgehend automatisiert. **DK**

Neues Angebot des Verlags Bayerische Kommunalpresse:

Intrakommuna – Die Vernetzung der Netze

Neue Zeiten erfordern neue Wege. Die GDK mbH, ein Tochterunternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und der United Grid UG, startet mit dem neuen Produkt Intrakommuna.

Durch Covid-19 werden unsere Gewohnheiten komplett auf den Kopf gestellt, und zwar von heute auf morgen. Die kommunalen Entscheider bewältigen Dauereinsätze rund um die Uhr, bedienen einen stetigen Informationsbedarf der Partner, Kollegen und der Bürgerschaft, immer verbunden mit der Sorge um die eigene Sicherheit und die Gesundheit der Familie. Zusätzlich muss jetzt viel neugewähltes Personal eine Feuertaufe bestehen. Die bayerische Staatsregierung liefert ein gutes Beispiel an möglicher und notwendiger Kommunikation und meistert in enger Zusammenarbeit und mit dem erforderlichen Abstand die Pandemie. Auch die bayerischen Kommunen müssen sich nun in diesen Zeiten effizient verzahnen. Eine klare Kommunikation nach innen und außen ist notwendig.

Mit Hilfe von Softwarelösungen – wie der Plattform Intrakommuna – können kurzfristig und ohne großen Aufwand interne Wissensplattformen, eine Messenger App für schnelle, sichere und effiziente Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen sowie Intranetportale für verbessertes Krisenmanagement ohne aufwändige Onboarding- und Implementierungsprozesse sofort nutzbar gemacht werden. „Die Plattform ist sofort einsatzbereit. Wir sind vorbereitet", erklärt Digitalisierungsberater Nick Loth, Initiator und Projektleiter von Intrakommuna.

Intrakommuna ist eine SaaS-Lösung, also eine cloudbasierte Anwendung („Software-as-a-Service). Sie hilft das „Social Distancing", das physische Abstandhalten, zu überwinden und gleichzeitig Teamarbeit in Quarantäne-Zeiten zu optimieren. Für Kommunen, Verbände, Unternehmen und Behörden ist Intrakommuna ein hilfreiches Werkzeug.

Der Bayerische Landkreistag arbeitet schon einige Zeit mit Intrakommuna und hat so die Basis für eine enge Zusammenarbeit der bayerischen Landratsämter gelegt. Die Bayerische GemeindeZeitung nutzt das Netzwerk, um Veranstaltungen vor- und nachzubereiten und die Teilnehmer miteinander bekannt zu machen. Auch das ZD.B Zentrum.Digitalisierung Bayern arbeitet mit derselben Software. Der große Vorteil gegenüber anderen Anbietern ist, dass Netzwerke – sofern es gewünscht ist – untereinander vernetzt werden können. So kann eine virtuelle Gemeinschaft entstehen. Z.B. kann ein User des GZ-Netzwerks, wenn eine Berechtigung gegeben ist, auch Mitglied in einem oder mehreren anderen Netzwerken sein. Innerhalb der Netzwerke gibt es aber auch geschlossene und offene Gruppen. Der Netzwerk-Eigentümer definiert für sein Netz wen er hineinlässt und wer draußen bleibt. Dass die Daten dabei immer geschützt sind, versteht sich von selbst.

Weitere Nutzungs- und Erweiterungsmöglichkeiten von Intrakommuna sind:

• Bürgernetzwerke
• Interkommunale Kommunikation: Vernetzung von Landkreisen, Städten und Gemeinden
• Wissensnetzwerke: Vermittlung von Expertenwissen gezielt an Handlungsbevollmächtigte und Entscheidungsträger
• Geschützte Kommunikationsräume für Schüler und Lehrer: Das Digitale Klassenzimmer lässt sich mit Intrakommuna – als Ergänzung zu MEBIS – ohne großen Aufwand einrichten.

Die Austauschplattform Intrakommuna ist ein nützliches Tool, das die aktuelle Krise etwas entschärft. Von der aktuellen Corona-Pandemie getrieben verändern sich die Kommunikationswege in rasantem Tempo. Die vielzitierte Digitalisierung erfährt einen ungeheuren Beschleunigungsschub. Mit Intrakommuna steht für Kommunen, Verbände, Unternehmen und Organisationen ein modernes und erprobtes Mittel zur Verfügung. Weitere Informationen können per Mail an info@gdk-mbh.de eingeholt werden. **FvS**

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Neuer Service für Kunden der bayerischen Vermessungsämter:

Kontaktlos zahlen in den Kundenzentren ab sofort möglich

„Ab sofort können Bürgerinnen und Bürger in allen Kundenzentren der bayerischen Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung die für Planungen und Beurkundungen notwendigen Katasterauszüge wie Lagepläne, Flurstücks- und Eigentümernachweise bargeldlos mit Karte oder Smartphone bezahlen", freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Kontaktlose Zahlungen sind besonders schnell und unkompliziert per Karte oder Smartphone möglich. Es werden auch alle gängigen Kreditkarten akzeptiert.

Die 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄDBV) mit ihren 22 Außenstellen führen und aktualisieren täglich das Liegenschaftskataster. Mit rund 30.000 Grundstücksvermessungen im Jahr legen sie Grundstücksgrenzen fest, sichern das Eigentum an Grund und Boden und liefern damit wichtige Daten für den Nachweis des Grundstückseigentums.

Rund 11 Mio. Flurstücke sind in digitaler Form im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) dokumentiert. Mit den Gebäudeeinmessungen erfüllen die ÄDBV den gesetzlichen Auftrag, Neubauten und wesentliche Veränderungen am Grundriss von bestehenden Gebäuden im Liegenschaftskataster nachzuweisen. Außerdem unterstützen die ÄDBV die Kommunen beim Ausbau des schnellen Internets.

Neben dem Service und der Beratung vor Ort ist der Bezug von Auszügen aus dem Kataster auch im Internet über den Geodatenshop der Vermessungsverwaltung möglich (www.geodatenonline.de). ❐

Schnelles Internet für zahlreiche Kommunen

Staatsminister Füracker überreichte Breitband-Förderbescheide

Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern auf Hochtouren. Erneut konnte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in jüngster Zeit zahlreiche Breitband-Förderbescheide an bayerische Kommunen vergeben. „Insgesamt haben damit bereits 1.803 Gemeinden, also 88 Prozent aller bayerischen Kommunen einen Förderbescheid erhalten", freute sich Füracker. „Unsere Breitband-Strategie ist genau richtig für Bayern und ermöglicht Glasfaser bis ins Haus. Die Gemeinden entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit wo dies geschieht."

Aus Oberbayern erhalten neben der Stadt Ebersberg, die als eine von sechs Pilotgemeinden im Freistaat den geförderten Glasfaserausbau auch in bereits mit mindestens 30 Mbit/s versorgten Bereichen (sog. grauen NGA Flecken) umsetzen kann, weitere zwölf Gemeinden (Pleiskirchen, Stammham, Wolfratshausen, Schneizlreuth, Olching, Eresing, Hausham, Griesstätt, Prutting, Seeon-Seebruck, Traunstein, Altenstadt) insgesamt rund 7,38 Millionen Euro Förderung.

Zusätzlich profitieren 52 Einrichtungen in Oberbayern mit insgesamt über 1,47 Millionen Euro von der bayerischen Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN-Infrastruktur für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser (GWLANR). Mit 483 Gemeinden befinden sich 97 Prozent im bisherigen Förderverfahren. 429 Kommunen wurde eine Fördersumme von insgesamt über 251,13 Millionen Euro zugesagt.

Niederbayern

Sechs Gemeinden aus Niederbayern (Pilsting, Markt Simbach, Haidmühle, Neuschönau, Stadt Simbach a. Inn, Wittibreut) erhalten insgesamt über 5,16 Millionen Euro Förderung. Zusätzlich profitieren 45 Einrichtungen in Niederbayern mit insgesamt rund 1,39 Millionen Euro von der GWLANR. Es befinden sich mit 257 Gemeinden 99,6 Prozent im Förderverfahren. 253 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 208,7 Millionen Euro zugesprochen.

Oberpfalz

Aus der Oberpfalz bekommen vier Gemeinden (Birgland, Freudenberg, Laaber, Tirschenreuth) insgesamt über 3,49 Millionen Euro Förderung. Zusätzlich profitieren 27 Einrichtungen in der Oberpfalz mit insgesamt 630.593 Euro von der GWLANR. Mit 223 Gemeinden befinden sich 99 Prozent im Förderverfahren. 211 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt 136,98 Millionen Euro zugesagt.

Schwaben

Acht Gemeinden aus Schwaben (Adelzhausen, Holzheim, Kaisheim, Wemding, Gundremmingen, Grünenbach, Wertach, Wildpoldsried) werden mit insgesamt über 3,48 Millionen Euro Förderung bedacht. Zusätzlich profitieren sieben Einrichtungen in Schwaben mit insgesamt 194.731 Euro von der GWLANR. Es befinden sich mit 331 Gemeinden 97 Prozent im Förderverfahren. 276 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 142,26 Millionen Euro zugesprochen.

Aus Mittelfranken können sich fünf Gemeinden (Roßtal, Gutenstetten, Langenaltheim, Pfofeld, Heidenheim) über insgesamt rund 3,22 Millionen Euro Förderung freuen. Zusätzlich profitieren 99 Einrichtungen in Mittelfranken mit insgesamt über 2,74 Millionen Euro von der GWLANR. Mit 206 Gemeinden befinden sich 98 Prozent im Förderverfahren. 185 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 95,49 Millionen Euro zugesagt.

Oberfranken

Sechs Gemeinden aus Oberfranken (Pegnitz, Heroldsbach, Küps, Marktrodach, Teuschnitz, Kulmbach) sowie der Landkreis Bayreuth, stellvertretend für neun Gemeinden (Bad Berneck i. Fichtelgebirge, Betzenstein, Creußen, Goldkronach, Pegnitz, Prebitz, Schnabelwaid, Speichersdorf, Weidenberg), erhalten Bescheide für die Erschließung mit schnellem Internet mit einer Fördersumme von rund 4,91 Millionen Euro.

Als eine von sechs Pilotgemeinden in ganz Bayern kann die Stadt Kulmbach den geförderten Glasfaserausbau auch in bereits mit mindestens 30 Mbit/s versorgten Bereichen umsetzen. Zusätzlich profitieren 42 Schulen in Oberfranken mit insgesamt rund 1,32 Millionen Euro von der GWLANR. Es befinden sich alle 214 Gemeinden im Förderverfahren. 197 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt 150,12 Millionen Euro zugesprochen.

Vier Gemeinden aus Unterfranken (Hösbach, Ramsthal, Bad Kissingen, Volkach) wurde schließlich eine Fördersumme in Höhe von insgesamt 419.147 Euro zugesprochen. Zusätzlich profitieren 46 Einrichtungen in Unterfranken mit insgesamt über 1,28 Millionen Euro von der GWLANR. Mit 304 Gemeinden befinden sich 99 Prozent im Förderverfahren. 252 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 105,02 Millionen Euro zugesagt.

Laut Staatsminister Füracker unterstützt Bayern seine Kommunen weiterhin kräftig, damit sie ihre zentralen Einrichtungen direkt mit Glasfaser erschließen und die WLAN-Infrastruktur ausbauen können. Mit einer gigabitfähigen digitalen Infrastruktur vor Ort ebne der Freistaat den Weg für neue digitale Anwendungsmöglichkeiten in Bildung, Medizin und Verwaltung und sorge für eine zeitgemäße, komfortable Umgebung für Schüler und Patienten.

Ziel sei der Ausbau von gigabitfähigen Breitbandnetzen in ganz Bayern. Dank der seit 2014 laufenden Breitbandinitiative des Freistaats hätten über 95 Prozent der bayerischen Haushalte einen Zugang zu schnellem Internet erhalten. In keinem anderen Bundesland werde mehr Glasfaser gebaut. Bei den aktuellen Projekten werden über 51.000 Kilometer Glasfaserleitungen verlegt und mehr als 770.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt, vor allem im ländlichen Raum. „Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort mehr als der Freistaat", machte Füracker deutlich.

98 Prozent der Kommunen im Förderverfahren

Bayernweit sind bereits 98 Prozent (2.018 von 2.056) aller Kommunen in das bisherige bayerische Förderverfahren eingestiegen. Nach Abschluss der laufenden Baumaßnahmen werden mindestens 99 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt sein. Ziel der aktuellen Förderprojekte ist es, diese Flächendeckung weiter zu steigern und die Glasfaser noch weiter ins Land zu bringen, möglichst bis in die Gebäude (FTTB - Fiber to the building).

Mit der neuen bayerischen Gigabitförderung wird die Glasfaser ausschließlich in die Häuser gelegt. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bis 2025. Nach mehr als zweieinhalb Jahren intensiver Verhandlungen hat die Europäische Kommission den Antrag des Freistaats auf eine landesweite Gigabitförderung genehmigt. Zukunftsfähige Gigabitnetze können nun auch in der breiten Fläche ermöglicht werden. Die neue bayerische Gigabitrichtlinie ist im März 2020 in Kraft getreten. **DK**

M-net:

Neue Möglichkeiten durch Glasfaserausbau

Im Endspurt der zweiten Ausbauphase des Glasfasernetzes in München befinden sich die Stadtwerke München (SWM) und Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net. Bis Mitte 2021 wollen die Partner rund 70.000 weitere Wohn- und Gewerbeeinheiten ans Glasfasernetz nehmen. Damit bieten sie künftig mehr als 600.000 Münchner Haushalten und Unternehmen einen zuverlässigen und leistungsfähigen Internetanschluss und ebnen damit rund 70 Prozent der Münchner Haushalte und mehr als 80.000 Gewerbebetrieben den Weg in die Gigabit-Gesellschaft.

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen stellten die SWM und M-net den Ablauf der Bauarbeiten sowie die zur Verfügung stehenden Breitbandprodukte vor. Die Anbindung des Gebäudes, sprich die Bereitstellung der Infrastruktur ist für die Hauseigentümer in den Ausbaugebieten während der Ausbauphase kostenfrei. Die Nutzung von Produkten wie Internet, Telefon und Fernsehen über den Anschluss ist freiwillig. „Das jährlich wachsende Interesse an unseren Veranstaltungen zeigt, dass schnelles Internet für die Menschen heute zu den bedeutendsten Standortkriterien gehört – und das nicht nur in der Innenstadt", hob Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, hervor. „Deshalb arbeiten wir mit M-net weiter daran, die Stadt flächendeckend mit Breitband zu versorgen."

Laut Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung bei M-net., „erstreckt sich unser Münchner Glasfasernetz nach zehn Jahren über den größten Teil der Landeshauptstadt. Wir sind stolz darauf, dass diese Infrastruktur aktuell in Europa zu den modernsten ihrer Art gehört. Für München ist das ein klarer Standortvorteil im Vergleich zu Städten wie Frankfurt oder Berlin, von dem vor allem die ansässigen Unternehmen der Industrie und Wirtschaft spürbar profitieren."

Im Jahr 2010 startete die erste Phase des Münchner Glasfaserausbaus durch die SWM und M-net. Innerhalb von fünf Jahren wurde die komplette Innenstadt innerhalb des Mittleren Rings mit rund 400.000 Haushalten erschlossen. Die Anwohner haben seitdem Zugang zu schnellen und stabilen Internetanschlüssen von M-net. Die zweite Stufe des Ausbaus läuft seit 2016, in deren Rahmen auch viele Stadtteile außerhalb des Mittleren Rings erreicht werden. Insgesamt wurden dabei allein in den vergangenen drei Jahren über 150.000 zusätzliche Haushalte ans Glasfasernetz angeschlossen. Zum Abschluss des Projekts 2021 kommen noch einmal rund 70.000 weitere hinzu. Für den Ausbau haben SWM und M-net bislang einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag in das Münchner Glasfasernetz investiert.

Bei Bestandsbauten ist eine Erschließung per FTTB in der Regel die wirtschaftlich beste Lösung. Dabei setzt M-net auf zukunftsweisende Technologien wie das Übertragungsverfahren G.fast, um Kundenanschlüsse mit hohen und stabilen Bandbreiten zu ermöglichen. Künftig soll auch zunehmend die Erschließung per FTTH (Fiber To The Home), bei der die Glasfaser bis in die einzelne Wohnung oder Gewerbeimmobilie verlegt wird, in den Mittelpunkt der Ausbauaktivitäten rücken.

Bereits ans Netz genommen hat M-net den Ortsteil Weißenbach in der Gemeinde Neunkirchen am Sand. Ab sofort profitiert Weißenbach von schnellem Internet mit Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s. Der Ausbau wurde mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt.

Das neue Netz führt mit Glasfaserleitungen direkt bis in die Häuser (Fiber-to-the-Building / FTTB), bzw. in die Wohnungen (Fiber-to-the-Home / FTTH) und ist dadurch besonders schnell, sicher und klimaschonend. Dafür hat M-net insgesamt 11 Kilometer Glasfaser verlegt und im Ortsteil Weißenbach 20 Zugänge für insgesamt 28 private und acht gewerbliche Einheiten realisiert. Das Projekt startete mit der Vertragsunterschrift im August 2018, die technischen Arbeiten waren Mitte Dezember 2019 abgeschlossen.

Bei der Realisierung des Ausbaus wirkte auch die Gemeindeverwaltung Neunkirchen am Sand engagiert mit. „Zusammen mit M-net haben wir die derzeit fortschrittlichste kommerzielle Datenversorgung zu unseren Bürgerinnen und Bürgern in den Ort gebracht", erläuterte Bürgermeisterin Martina Baumann. Alle seien stolz auf diese großartige Teamleistung.

„Wir freuen uns, den Kunden vor Ort schnelles Internet, Telefon und Fernsehen anbieten zu können", ergänzte Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansions- und Kooperationsmanagement von M-net. Die hohe verfügbare Bandbreite per Glasfaser eröffne insbesondere den Unternehmen und Gewerbebetrieben vor Ort ganz neue Möglichkeiten. Zudem seien einer höheren Leistung mit der FTTH-Glasfasertechnik auch künftig kaum Grenzen gesetzt. **DK**

Wie smart sind Deutschlands Kommunen?

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Deutschlandweit treiben Kommunen den digitalen Wandel voran und machen klare Fortschritte bei der Digitalisierung. Häufig stehen sie jedoch vor Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien und benötigen Unterstützung bei der erfolgreichen Realisierung ihrer Vorhaben. Zu diesem Ergebnis kommt die neueste Kommunalstudie 2019 der Initiative Stadt.Land.Digital. im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Wie die Studie aufzeigt, befinden sich fast acht von zehn Kommunen in der Strategiekonzeption oder -umsetzung. Damit hat sich ihr Anteil seit dem Jahr 2015 fast verdoppelt. Vor allem größere Kommunen sind aktiv: So hat nahezu jede zweite Stadt mit mehr als 20.000 Einwohnern bereits eine fertige Strategie, unter den Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern dagegen noch nicht einmal jede fünfte.

Auch an der Notwendigkeit einer Digitalisierungsstrategie gibt es kaum noch Zweifel: Neun von zehn Kommunen halten sie für sinnvoll. Bei der Umsetzung zeigen sich allerdings Defizite. So befinden sich weniger als 20 Prozent der Städte und Gemeinden in der Umsetzungsphase, nur in jeder zehnten Kommune ist sie schon weit fortgeschritten. Sechs von zehn Kommunen arbeiten erst an einer Strategie oder planen, dies zu tun. Die große Mehrheit steht bei der Transformation also noch ganz am Anfang.

Zwar haben von den Kommunen in der Konzeptions-1 oder Umsetzungsphase fast alle bereits erste Projekte auf den Weg gebracht, jedoch liegt der Schwerpunkt bisher auf sektorenübergreifenden digitalen Infrastrukturen. Anwendungsfelder wie Energie, Umwelt oder Gesundheit spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. Projekte in diesen Bereichen werden von weniger als jeder dritten Kommune realisiert.

Außerdem ist eine große Diskrepanz zwischen der strategischen Relevanz und dem Grad der Umsetzung von technisch anspruchsvollen Themen festzustellen, etwa bei Datenplattformen. Zwar hat die Mehrheit der Städte und Gemeinden erkannt, dass Datenplattformen und Cloud-Infrastrukturen zu den kritischen Erfolgsfaktoren der Digitalisierung zählen, weil sie die Chance bieten, Daten zu bündeln und neue Lösungen zu entwickeln. Trotzdem werden diese bislang erst von jeweils weniger als einem Drittel der Kommunen genutzt.

Optimierungspotenzial bei Cloud-Lösungen

Die Zuständigkeit für den Aufbau von Datenplattformen wird vor allem bei den Bundesländern oder regionalen Zusammenschlüssen gesehen. Wichtigste Kriterien für die Nutzung öffentlich initiierter Cloud-Lösungen sind einfache Handhabung und zeitnahe Verfügbarkeit. In beiden Punkten gibt es noch Optimierungspotenzial.

Für eine erfolgreiche Digitalisierung benötigen Städte und Gemeinden nach eigenen Angaben vor allem mehr Hilfestellung. Dabei erwarten sie in erster Linie Unterstützung vom Bund, den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden. Vor dem Hintergrund der noch lückenhaften Umsetzung der digitalen Transformation in den Kommunen verwundert es kaum, dass sich fast alle mehr Unterstützung insbesondere zur Projektförderung sowie mehr Informationen zu bestehenden Angeboten wünschen.

Um die Umsetzung der digitalen Transformation in die Fläche zu bringen und zu beschleunigen, bedarf es laut Studie eines am digitalen Reifegrad der Kommunen orientierten Fünf-Punkte-Plans. So sollten Städte und Gemeinden, die sich derzeit in der Konzeption ihrer Digitalisierungsstrategie befinden – das ist die Mehrheit –, durch Angebote wie Leitfäden und Checklisten besser unterstützt werden. Die führenden 20 Prozent der Kommunen, die bereits in der Umsetzung sind, benötigen dagegen Hilfe in Form beispielhafter Umsetzungslösungen sowie bei der Planung und Finanzierung ihrer Projekte. „Nachzügler"-Kommunen, die bei der Digitalisierung noch ganz am Anfang stehen, sollten durch anschauliche „best cases" aktiviert werden.

Bestehende Angebote und vorhandenes Wissen können über eine zentrale Informationsplattform allen Kommunen und relevanten Akteuren bereitgestellt werden. Zudem bilden zielgerichtete Angebote zur Nutzung von Datenplattformen und Cloud-Lösungen die Grundlage einer erfolgreichen Transformation im kommunalen Umfeld. **DK**



„Wir sind auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft“

Branchentreff bei Langmatz: 9. Breitband-Symposium erlebt neuen Besucherrekord

Das Breitband-Symposium + Open House hat nun bereits zum 9. Mal in Garmisch-Partenkirchen stattgefunden – erneut mit einer überwältigend positiven Resonanz. So wurde mit 540 Teilnehmern aus dem In- und Ausland sowie 31 beteiligten Partnerfirmen erneut ein absoluter Besucherrekord aufgestellt.

„Auch wenn Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden, teils zu Recht, das schleppende Tempo des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen kritisieren, wir sind auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft“, erklärte Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung von Langmatz, und setzte damit in seiner Begrüßung den Tenor des diesjährigen Branchentreffs.

Bewegende Reise

Ein besonderes Highlight war der Vortrag von Karl-Heinz Land, der die Zuhörer auf eine bewegende Reise in die Zukunft entführte. Die nächsten Jahrzehnte werden seiner Ansicht nach mit dramatischeren Veränderungen unserer Lebenswelt einhergehen, als die letzten 250 Jahre. Der bekannte Keynote-Speaker und Autor schilderte, wie die digitale Transformation bereits heute die Dematerialisierung in all unseren Lebensbereichen vorantreibt und was das für die gesamte Wertschöpfungskette bedeutet – wenn beispielsweise das Bahn- oder Flugticket nur noch ein QR-Code ist.

Der wichtigste Grund, warum dies aktuell passiert, liege im Phänomen der Exponentialität der Entwicklung. So hat heute ein Smart Phone die acht- bis zehnfache Rechnerleistung des NASA-Computers, der 1970 die Apollo 13 auf den Mond brachte, 15 Tonnen wog und eine halbe Milliarde Dollar kostete. Seine drei Kernthesen lauten: 1. Alles was digitalisiert werden kann, wird digital werden. 2. Alles was vernetzt werden kann, wird vernetzt werden. 3. Alles was automatisiert werden kann, wird automatisiert werden.

Diese Regel laufe immer nur in dieser Reihenfolge ab, wie das Beispiel des selbstfahrenden Autos zeige. Als Folge des technologischen Fortschritts und der damit einhergehenden Dematerialisierung werden heutige Berufsbilder und Produkte verschwinden, die Arbeitszeiten sich dramatisch verkürzen. Aber nicht alles werde digital, so Land, die digitale und die physische Welt seien untrennbar miteinander verbunden.

Das Internet ist nach Meinung Lands die Infrastruktur unseres zukünftigen Wohlstands. Nach Schätzungen werden auf Grund der weltweiten Vernetzung von Dingen bis 2025 elf Billionen Dollar an neuer Wertschöpfung entstehen, davon 80 Prozent durch Software und Services. Die digitale Welt verändert mit Smart Grids, Wassermanagement, Smart Home, Smart Retail, E-Mobilität etc. auch unsere Städte, die nach Lands Prognose in Zukunft sehr viel grüner werden. Die Digitalisierung sei der Hebel zu mehr Nachhaltigkeit, betonte er.

Quartiere werden smart

Warum die Straßenbeleuchtung zur Vernetzung verschiedener innovativer Technologien eine ideale Infrastruktur darstellen kann, erläuterte Dr.-Ing. Michael Diekerhof von innogy SE. In Deutschland gebe es 9,5 Millionen Straßenlaternen, die sich aus drei Gründen zur Digitalisierung von Stadtquartieren eignen, argumentierte er in seinem Vortrag: Sie sind überall, sie sind ans Stromnetz, teilweise auch an Datennetze angeschlossen, und sie sind heute und morgen unentbehrlicher Bestandteil der Städte. So können Laternen mit Sensoren versehen werden und als „Smart Poles“ für Konnektivität (WIFI), Mobilität (eMobility), Kommunikation (Werbung), Sicherheit (Intelligente Kamera, Notruf) und Nachhaltigkeit (Messung von Luftqualität) dienen.

„Was wäre, wenn Laternen nicht nur Licht spenden, sondern Menschen verbinden und den öffentlichen Raum sicherer machen“, schlug Diekerhof den Bogen zum Thema Sicherheit. Unsere Lebensqualität hänge zunehmend davon ab, wie sicher wir uns an öffentlichen Orten fühlen. Für diesen Anwendungsfall hat das Startup aus dem innogy Konzern gemeinsam mit Langmatz einen speziellen IoT-Notrufknopf entwickelt. Dieser ist an jeder Laterne leicht nachrüstbar, Vandalismus geschützt und besitzt eine bidirektionale IP-Schnittstelle, die eine automatische Anpassung der Lautstärke an die Umgebung vornimmt. Beim Betätigen des Notrufs landet ein Hilfesuchender so unmittelbar in einer Leitstelle, mit der er kommunizieren kann.

Grabenlos statt offen

Mit welchen Methoden man schnell und effektiv einen Hausanschluss erstellt, zeigte Markus Spatz, Geschäftsführer der Botec Hupertz GmbH, an einer Reihe von Praxisbeispielen. Für die grabenlose Verlegung stellte er unterschiedliche Verfahren mit Maschinen der Firma Tracto-Technik vor. Darunter den Einsatz einer Erdrakete, die vom Keller heraus zur Grube am Gehweg (oder vice versa) eingesetzt wird.

Nachteil dieses auf dem Prinzip der Bodenverdrängung basierenden Verfahrens ist es, dass es ungesteuert läuft und eine maximale Reichweite von 25 Metern hat. Mini-Spülbohrsysteme bzw. Mini-Bohranlagen bieten dagegen den Vorteil, dass sie steuer- und ortbar sowie für die Bohrung längerer Distanzen (max. 100 Meter) von der Grube zum Keller geeignet sind. Eine weitere Methode, die Spatz präsentierte, ist die so genannte Keyhole-Technik, bei der ein Saugbagger notwendig sei und die sehr kostenintensiv ist. Welches System auch angewandt werde, „auf den Punkt ankommen, ist das entscheidende“, erklärte Spatz mit einem Augenzwinkern.

Joergen Janson, Sales Manager der Corning Optical Communications GmbH & Co. KG, schilderte in seinem Vortrag die typischen Problemstellungen während der Verlegung von Glasfasern innerhalb von Gebäuden. Während bei Neubauten in der Regel flexible Rohre zum Einschieben oder Einblasen von Kabeln vorhanden sind, sowie Verbundrohre in Wartungsschächten oder Steig-bereichen, liege der Fall bei Bestandswohnungen ganz anders. „Hier fängt das herzhafte Spiel an“, sagte Janson. Wie eine Verkabelung von Innenräumen ohne vorhandene Rohre und ohne Schlitze stemmen oder Aufputz funktionieren kann, präsentierte Janson mit Clear Track.

Diese neuartige, praktisch unsichtbare Lösung, besteht aus durchsichtigen Glasfaserkanälen mit einer selbstklebenden Rückseite. Janson erklärte, dass das Produkt auf 90 Prozent aller Oberflächen hält, sei es Beton, Trockenbau, Mauerwerk oder Tapete. Auch gibt es im gleichen Programm, neben einer selbstklebenden Eingangsbox für den Flurbereich, flache Aufputzgehäuse und geschützte Patch Cords für die Verbindung zum Router. Vorteile: Eine schnelle und saubere Glasfaser-Verkabelung, insbesondere bei Alt- und Plattenbauten sowie denkmalgeschützten Gebäuden.

Konvergenter Netzplan als Grundlage der digitalen Stadt der Zukunft

„Es ist festzustellen, dass wir heute noch stark über die allgegenwärtigen Apps agieren“, sagte Wolfgang Weiß, Geschäftsführer des ZDE (Zentrum für Digitale Entwicklung GmbH), zum aktuellen Stand der Digitalisierung in Gemeinden. Weiß erläuterte, dass zu seinem Kundenkreis Stadtwerke, Kommunen sowie kommunale Gesellschaften zählen. Bei diesen stünden derzeit viele starke Veränderungsprozesse an, noch spreche man beim Fest- und Funknetz vielfach noch von 4G, von Sensordaten dagegen noch eher wenig. Kurzfristig werde sich das aber signifikant ändern.

So wird es in naher Zukunft 5G-Netze sowie alle Arten von Sensordatennetzen wie etwa LoRaWAN geben. Sicher sei, dass wir ein Fest- und ein Funknetz in der Konvergenz haben werden sowie definitiv mehr Teilnehmer in den Netzen, betonte Weiß. Im Zuge der weiteren Digitalisierung und des Breitbandausbaus werde es künftig auch eine Vielzahl von Pattformen geben, die sich vernetzen, sowie Anwendungen, die dann wertschöpfend genutzt werden können.

Am zweiten Tag präsentierten Partnerfirmen im Olympia-Skistadion ihre Neuheiten zum Aufbau und Betrieb von Glasfasernetzen. Auch Langmatz selbst stellte dort aktuelle Entwicklungen wie den neuen Glasfaser- Netzverteiler sowie die neue Glasfaser-Mauerdurchführung und Teilnehmeranschlussdose vor, mit denen ein Netzausbau modular und wirtschaftlich erfolgen kann. Das bewährte Workshop-Programm ermöglichte den Teilnehmern, aktuelle Informationen rund um die Themen Glasfaserkonfektionierung, Glasfasermuffen, deren Applikation sowie die Verlegung von Kabelschutzrohren und Rohrverbänden zu gewinnen. Führungen durch das Langmatz Werk in Oberau gaben detaillierte Einblicke in die Entstehung der Glasfaserprodukte. ❐

Beistellungsmodell:

Der schnellste Weg zum Glasfaser-Anschluss

Alle sind sich einig. Alle Haushalte in Deutschland sollen so schnell wie möglich mit einem Glasfaser-Anschluss versorgt werden. Gerade für ein Flächenland wie Bayern mit einem hohen Zersiedlungsgrad, stellt dieses Ziel eine große Herausforderung dar.

Bisher wurde der Ausbau von zwei Modellen bestimmt: Dem Deckungslückenmodell und dem Betreibermodell. Wenn es nach Josef Scherl geht, muss das nicht so bleiben. Scherl ist der neue Konzernbevollmächtigte der Deutschen Telekom in Bayern. Er soll in Zukunft die zentrale Anlaufstelle für Kommunen zu allen Fragen des Breitbandausbaus sein – Mobilfunk und Festnetz.



Josef Scherl, Konzernbevollmächtigter Süd der Telekom Deutschland GmbH. ❐

„Der Breitbandausbau in Bayern und dem Rest der Republik hat uns und unsere Partnerfirmen an die Grenzen unserer Kapazität geführt“, sagt Scherl. „Unser Investitionsbudget lässt es nicht zu, jede Ausschreibung zu bedienen.“

Die Lösung könnte ein neues Modell sein: das Beistellungsmodell. Hier würde die Gemeinde ein Versorgungsgebiet ausschreiben, auf das sich verschiedene Anbieter bewerben können – wie bisher. Die Gemeinde wählt sich das beste Konzept aus – wie bisher. Anschließend, und das ist neu, baut die Gemeinde das passive Netz nach den Vorgaben des Anbieters. Wenn dieser Ausbau abgeschlossen ist, baut der Anbieter seine aktiven Komponenten ein und schließt das Netz an seinen Backbone an. Für seine erbrachte Ausbauleistung würde die Gemeinde selbstverständlich von dem Anbieter entlohnt.

Aus der Sicht von Josef Scherl hat das Modell für die Gemeinde mehrere Vorteile: „Die Gemeinde muss nicht darauf warten, dass der Anbieter mit dem Ausbau beginnt. Die Gemeinde kann den Start für den Ausbau selbst festlegen. Durch die Abwicklung innerhalb der Gemeinde gibt es zudem enorme Chancen zur Kostenreduzierung, weil einfache und pragmatische Lösungen bei der Trassenwahl und bei der Verlege-Technik gefunden und entschieden werden können.“ Der Verband der bayerischen Bauwirtschaft habe zugesagt, dass es verfügbare Baukapazitäten auf dem Markt gäbe, die im Auftrag der Gemeinden bei den Ausbauarbeiten helfen könnten, so Scherl.

Keine Fehlplanungen

Ein weiterer Vorteil bei diesem Modell besteht darin, so Scherl, dass es keine Fehlplanungen und Fehlinvestitionen in den Gemeinden geben würde, wie etwa beim Betreibermodell. Schließlich würde der ausgewählte Anbieter die Planung der Netzstruktur übernehmen. Deshalb würde die Übernahme in die eigene Infrastruktur zu 100 Prozent gesichert sein.

Bedenken, dass die Gemeinden mit der Aufgabe des Ausbaus überfordert sein könnten, hat Scherl nicht. Aus seiner Zeit als Technik-Chef in Bayern wisse er, dass die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirksregierungen mittlerweile nahezu alle mit einem hervorragenden Wissen ausgestattet sind. Ihnen zu Seite würden hervorragende Consulting-Büros stehen, die bayerischen Vermessungsämter, das Breitbandzentrum und das bayerische Finanzministerium als oberster Regelungsgeber. Parallel dazu seien im Bereich der Planungs- und Bauleitungsfirmen viele weitere Kapazitäten im Markt entstanden, die hier ebenfalls helfen könnten. Und natürlich werden die Gemeinden bei diesem Modell nicht zuletzt durch den Anbieter entsprechend unterstützt.

„Das Beistellungsmodell ist eine Chance, in Bayern alle Kräfte für den Glasfaserausbau zu mobilisieren“, sagt Scherl. „Lassen Sie uns gemeinsam an dem Ziel arbeiten Glasfaser in jedes Haus zu bringen.“

Wichtig: Das Beistellungsmodell ist mit den gültigen Förderrichtlinien kompatibel. Es kann also sofort umgesetzt werden. ❐

OZG-Förderprogramm:

„Besser jetzt sofort anfangen!“

Die ersten Kommunen in Bayern haben die Bewilligung zum Förderprogramm „Digitales Rathaus“ des Freistaats erhalten und in diesem Zusammenhang ein förderfähiges, maßgeschneidertes OZG-Online-Dienste-Bundle der AKDB bestellt. Robert Mayr, Kämmerer und EDV-Beauftragter der Gemeinde Bischofswiesen, erläuterte welche Dienste wichtig sind und was in Zukunft ansteht.

Herr Mayr, was bedeutet das OZG aus Ihrer Perspektive? Wie gehen Sie mit dem Thema um?

Wir nehmen die Umsetzung des OZG sehr ernst. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir Dienstleister für unsere Bürger sind. Man sollte ihnen deshalb auch moderne Werkzeuge an die Hand geben. Zum Glück haben wir da die Unterstützung unseres Bürgermeisters.

Warum haben Sie sich so schnell für die Beantragung des Förderprogramms entschieden?

Es war die Überlegung: Bayern will Vorreiter sein bei der Umsetzung des OZG. Wir haben also am 13. Dezember 2019 den Antrag auf Fördergeld gestellt. Und den vorzeitigen Maßnahmenbeginn bereits am 16. Dezember gewährt bekommen. Wir haben 23 Dienste über das Förderprogramm bestellt.

Wie sieht die OZG-Umsetzungsstrategie in Ihrer Kommune aus?

Bisher haben wir nur einige Dienste des Bürgerservice-Portals im Einsatz wie die „Beantragung von Briefwahlunterlagen“ und „Wasserzählerablesung“. Jetzt stocken wir unser Angebot auf.

Welche Dienste sind für Ihre Kommune künftig wichtig?

Wir erwarten, dass alle Dienste, die mit dem Bürgerbüro zu tun haben, häufig genutzt werden und zwar 24 Stunden am Tag.

Welche Erwartungshaltung haben Ihre Bürgerinnen und Bürger heute an digitale Online-Services?

Konkrete Forderungen haben unsere Bürger bisher nicht an uns gerichtet. Wir verspüren deshalb auch keinen Druck aus der Bevölkerung. Vielleicht liegt das daran, dass wir eine Gemeinde mit nur ca. 7.500 Einwohnern sind. Aber trotzdem, wir wollen proaktiv sein und uns für die Zukunft aufstellen.

Was steht als Nächstes an in puncto Digitalisierung?

Seit dem vergangenen Jahr nutzen wir die digitale Akte (komXwork). Eventuell steht als nächstes die Einführung der digitalen Personalakte an. Ansonsten fühlen wir uns gut aufgestellt und haben sehr viele Lösungen der AKDB.

Was würden Sie Ihren Kollegen in anderen Kommunen beim Thema OZG und Digitalisierung raten?

Verweigert Euch nicht dem Thema Digitalisierung! Das würde ich sagen. Wir sind schließlich Dienstleister unserer Bürger und müssen deshalb mit der Zeit gehen und für alle Neuerungen ein offenes Ohr haben. Es muss nicht sofort sein, aber verliert das Ziel nicht aus den Augen! ❐

Deutscher Städtetag:

Diskussionspapier zu kommunalen Daten

Der Deutsche Städtetag hat ein Diskussionspapier „Kommunale Daten“ veröffentlicht. Der Verband will einen breiten öffentlichen Diskurs anstoßen, um bessere Grundlagen für die Nutzung von Daten zu erreichen und dadurch die Digitalisierung in den Städten zu stärken.

In der Publikation gibt der Deutsche Städtetag einen Überblick über die Erhebung und Nutzung digitaler Daten und eine Diskussionsgrundlage für die kommunale Praxis. Im weiteren Vorgehen sollten die Städte in diesem Prozess kommunale Selbstverwaltung neu denken, Rollen in der Stadt klären, Abläufe auf den Prüfstand stellen, Künstliche Intelligenz angemessen einsetzen und ethische Prinzipien definieren.

Fundament der digitalen Stadt

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, betont, „sind Daten das Fundament der digitalen Stadt. Die Stadtverwaltungen erheben, speichern und verarbeiten Daten. Und sie vernetzen die verschiedenen Datenbestände in urbanen Datenplattformen, um digitale Anwendungen und Services für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten.“

Das Potenzial kommunaler Daten müsse genutzt werden, um die Lebensqualität der Menschen in den Städten zu steigern, Verwaltungsabläufe zu optimieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, so Dedy. Ziel sei es, kommunale Daten schnell, einfach, sicher und anwendungsbezogen bereitzustellen. Dabei habe der Schutz persönlicher Daten oberste Priorität. Ein Element für den Schutz von Daten sei die IT-Sicherheit. Es müsse sichergestellt sein, dass staatlich erhobene Daten auch beim Staat bleiben.

Förderdschungel

Der Bund habe die Förderwürdigkeit der Digitalisierung von Kommunen erkannt. Dies sei erfreulich, denn die Städte benötigten diese Unterstützung bei der Digitalisierung. Dedy mahnt in diesem Zusammenhang jedoch „eine klare Förderstruktur“ an. Die bisher aufgelegten Förderprogramme stammten aus fünf Bundesministerien, hinzu kämen die Programme der Länder. Problematisch sei die fehlende Abstimmung.

„Weder die Städte noch der Bund selbst durchschauen den Förderdschungel. Die Programme müssen abgestimmt und miteinander verzahnt werden. Dabei geht es nicht nur ums Geld. Es braucht auch Koordination, damit offene Standards und der fachliche Wissenstransfer den Städten zu Gute kommen. Hierfür sind die Städte auch bereit, Standardisierungen auf Länder-, Bundes- oder europäischer Ebene anzuwenden“, unterstreicht der Hauptgeschäftsführer. **DK**

Leistungsfähige Breitbandnetze:

Wichtiger Beitrag zur Digitalisierung und Krisenbewältigung

Von Dr.-Ing. Rainer Bauer, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Der Heimarbeitsplatz ersetzt das Büro im Unternehmen, Unterrichtsmaterial wird über Lernplattformen an Schülerinnen und Schüler verteilt und manch früherer Gang zum Amt erübrigt sich durch digitale Verwaltungsdienstleistungen. Diese Möglichkeiten, die sonst den Alltag erleichtern sollen, tragen derzeit zur Krisenbewältigung bei und stärken die Durchhaltefähigkeit der Wirtschaft, des Bildungswesens und der öffentlichen Verwaltung.

Während der Datendurchsatz pro Sekunde am Internetknoten DE-CIX in Frankfurt im Jahr 2019 durchschnittlich zwischen 4 und 5,5 Terabit pro Sekunde betrug, stieg im März 2020 der durchschnittliche Datendurchsatz auf über 6 Terabit pro Sekunde, in der Spitze sogar auf über 9 Terabit pro Sekunde – bis dahin der höchste Datendurchsatz aller Zeiten. Das Rückgrat für diesen massiven Datenaustausch bilden leistungsfähige Glasfasernetze, die hohe Bandbreiten zuverlässig ermöglichen.

Im Freistaat Bayern wird der Breitbandausbau seit 2014 massiv in der Fläche vorangetrieben. Die Datenerhebung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (Stand Mitte 2019) macht den Fortschritt deutlich: Inzwischen sind 95,3 % der bayerischen Haushalte mit mind. 30 Mbit/s versorgt, Ende 2013 waren es lediglich 61,0 %. Neben dem eigenwirtschaftlichen Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen haben über 2.900 Projekte im Rahmen der bayerischen Breitbandförderung insbesondere im ländlichen Raum zur Verbesserung der Versorgung beigetragen: Hier stieg



Dr.-Ing. Rainer Bauer. ❐

der Anteil der mit 30 Mbit/s versorgten Haushalte von 27,1 % auf 88,7 % – eine Verbesserung um über 61 Prozentpunkte.

Der Ausbau der Netze erfordert hohes finanzielles Engagement. Allein für die seit 2013 mit dem bayerischen Förderprogramm angestoßenen Projekte stellt der Freistaat 1,08 Mrd. Euro zur Verfügung. Hinzu kommt ein Anteil der bayerischen Gemeinden in Höhe von über 304 Mio. Euro. Parallel nehmen über 200 Gemeinden das Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Anspruch. Auf diesem Weg werden zusätzlich Bundes-, Landes- und kommunale Mittel in Höhe von voraussichtlich über 520 Mio. Euro in den Ausbau der bayerischen Netze fließen.

Erweiterte Förderung

Mit Blick auf digitale Unterrichtsformen, Telemedizin und E-Government steht die Anbindung von öffentlichen Schulen, Plankrankenhäusern und Rathäusern im besonderen Fokus staatlichen Handelns. Im September 2019 wurde die seit Juni 2018 existierende Förderung von Glasfaseranschlüssen für öffentliche Schulen und Plankrankenhäuser um Rathäuser erweitert.

Über 4.100 Einrichtungen haben Interesse an der Förderung angemeldet. 1.367 Einrichtungen haben bis Ende März 2020 Förderbescheide über insgesamt rund 40 Mio. Euro erhalten. Besonders erfreulich ist, dass rund 1.200 Einrichtungen auf anderem Wege in den vergangenen Jahren einen Glasfaseranschluss realisieren konnten.

Die Vielfalt und der Umfang digitaler Anwendungen nimmt kontinuierlich zu. Damit steigen die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Netze stetig. Ziel der bayerischen Staatsregierung ist daher der Ausbau flächendeckender Gigabitnetze. In einem liberalisierten Telekommunikationsmarkt stehen hierbei zu allererst die Netzbetreiber in der Verantwortung, ihre Netze zukunftsfest aufzurüsten und zu erweitern.

Fest steht aber auch, dass gerade im ländlichen Raum der Ausbau nur mit Förderung angestoßen werden kann. Mit der am 2. März 2020 in Kraft getretenen bayerischen Gigabitrichtlinie stellt der Freistaat ein Förderinstrument für die nächste Stufe der Breitbandförderung bereit.

Unser Gigabitförderprogramm ist das erste, das auch eine Förderung in sog. Grauen Flecken erlaubt. In den Verhandlungen mit der EU-Kommission waren daher grundsätzliche Fragen zu klären. Staatsminister Albert Füracker konnte in einem Gespräch mit der Kommission in Brüssel schließlich den Weg freimachen.

Werkzeugkasten für den Gigabitausbau

Die Gemeinden können nun – übrigens als eine der ersten in der Europäischen Union – den Glasfaserausbau auch in Gebieten vorantreiben, die zwar bereits mit mind. 30 Mbit/s versorgt sind, aber noch nicht über eine gigabitfähige Infrastruktur verfügen. Mit dem Gigabitförderprogramm, dem Programm zur Förderung von Glasfaseranschlüssen für öffentliche Schulen, Plankrankenhäuser und Rathäuser, sowie der Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes und den unterschiedlichen Umsetzungsmöglichkeiten (Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke oder Betreibermodell) steht ein „Werkzeugkasten" zur Verfügung, der sehr flexible Fördermöglichkeiten für den Gigabitausbau bereitstellt.

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten – Telekommunikationsunternehmen, Bund, Freistaat und Gemeinden – kann das ambitionierte Gigabitziel erreicht werden. Die sich derzeit offenbarende Bedeutung digitaler Infrastruktur wird die Umsetzung voraussichtlich weiter forcieren. ❐

Die Vielfalt der Förderlandschaft

Bestmögliche Nutzung und Kombination der bereitstehenden Verfahren

Von Dipl.-Ing. Roland Werb, Corwese

Mit der Veröffentlichung der neuen bayerischen Gigabitrichtlinie hat der bayerische Staat europaweit einen Quantensprung bei der Förderung des Ausbaus schneller Breitbandnetze erreicht. Während bisher nur „weiße Flecken" (Bereiche ohne ein 30 Mbit/s-Netz) förderfähig waren, erstreckt sich die Förderung nunmehr auch auf „Graue Flecken", d.h. auf Bereiche mit nur einem 30 Mbit/s-Netz.

Was heißt das nun für ein Beratungsunternehmen in der Praxis? Entscheidend ist Genauigkeit; es geht schließlich um die Förderung von FTTB-Netzen (Glasfaser bis in die Häuser) und da muss individuell wirklich jeder Anschluss bereits zu Verfahrensbeginn betrachtet werden, damit das Verfahren sauber durchläuft und die Kommunen und Bürger den größtmöglichen Nutzen ziehen können. Welche Bitraten liegen heute schon an den betrachteten Anschlüssen an, handelt es sich um privat oder gewerblich genutzte Anschlüsse, welche Netzbetreiber sind vorhanden? Der Aufwand für einen Einstieg in das Förderverfahren liegt zu einem großen Teil vor Verfahrensstart.

Markterkundung

Dazu bekommen die Kommunen von den jeweiligen Vermessungsämtern vorgefertigte Adresslisten, die sie bzw. deren Berater zu befüllen haben. Nach ersten Erfahrungen ist dies ein sehr praktikabler Weg. Wir als Berater überprüfen dann, ob die in den Listen gelieferten Angaben stimmen, treffen in Abstimmung mit der Kommune Aussagen zu privater oder gewerblicher Nutzung, legen die „schwarzen Flecken" fest, die für eine Förderung ausscheiden und starten dann in die Markterkundung.

Fundamentale Basis dieser Markterkundung ist eine hausgenaue Adressliste, die mit sehr viel Sorgfalt von allen Seiten zu erstellen ist – schließlich darf weder ein Anschluss übersehen werden, noch einer zu viel aufgeführt sein, was unter Umständen zur Verletzung der Fördervoraussetzungen führt.

Standardbeispiel

Wie komplex das Thema ist, sei an einem einfachen Standardbeispiel erläutert: Häufig liegt in einer Gemeinde eine Versorgung der Vodafone/Kabel Deutschland sowie eine Versorgung über die Telekom oder eines vergleichbaren Anbieters vor. Letztere ist überwiegend als Verteilerlösung realisiert worden (Glas bis zu den Verteilern, letzte Meile zum Endverbraucher über Kupfer). Beide Bereiche überlappen sich. In erster Näherung ist förderfähig all das, wo nicht Kabel Deutschland versorgt. Abzüglich natürlich Bereiche, in denen schon FTTB-Netze ausgebaut sind.

Nun kommt aber noch die Unterscheidung private/gewerbliche Nutzung ins Spiel. Die mit diesen Filterungen beaufschlagte Adresslisten gehen schließlich in die Markterkundung, die wie immer zwei Aufgaben hat:

- Prüfung der Korrektheit der Angaben der Kommune/des Beraters
- Aufzeigen von eigenwirtschaftlichen Ausbauplänen, die die Anforderungen der Richtlinie erfüllen.

Nach Auswertung der Antworten zur Markterkundung kann sich daher das förderfähige Gebiet weiter verkleinern, wenn beispielsweise ein Anbieter einen Eigenausbau geltend macht. Dies kann auch durch Einsatz der sog. Supervectoring-Technik erfolgen. Nach Klärung all dieser Themen geht es dann erst in die eigentliche Ausschreibung.

Neu ist, dass in Bayern nunmehr auch Betreibermodelle zugelassen sind. Als Laie meint man, dass dies für eine Kommune uninteressant sei, es gibt aber genügend Fälle, in denen ein Betreibermodell durchaus ein interessanter Ansatz ist. Wir, die Corwese GmbH beraten Sie dazu sehr gerne.

Komplexe Auswahl

Die bayerische Gigabit-Richtlinie stellt für gewerbliche Anwendungen richtigerweise höhere Ansprüche als bei reiner Privatnutzung. Diese Unterscheidung nach gewerblicher und privater Nutzung macht die Auswahl des richtigen Förderverfahrens aber noch etwas komplexer.

So kann es beispielsweise vorkommen, dass im Rahmen der Gigabitförderung ein Gewerbeanschluss förderfähig ist, der in einem für Privatnutzung nicht förderfähigen Gebiet liegt. Umgekehrt fällt beispielsweise ein Gewerbeanschluss aus der Förderfähigkeit heraus, wenn dieser in einem Vodafone/Kabel Deutschland – Gebiet liegt. Gleiches kann für Schulen und Rathäuser gelten.

Sonderaufruf Gewerbe

Hier ist nun die optimale Kombination der diversen Förderverfahren gefragt. So gibt es zum Beispiel vom Bund den Sonderaufruf Gewerbe. Hier gilt von Haus aus eine andere Aufgreifschwelle. Nach Auffassung des Bundes gilt ein Anschluss nur dann als versorgt, wenn die Zahl seiner internetverbundenen Arbeitsplätze multipliziert mit 30 Mbit/s gegeben ist, ansonsten kann ein solcher Anschluss über den Bund gefördert werden. Auch hier muss also fallweise sehr genau hingeschaut werden.

Voraussetzung für die Förderfähigkeit ist aber hier wiederum die Tatsache, dass es sich um einen zusammenhängenden, offiziell als Gewerbegebiet ausgewiesenen Bereich handelt. Getrennt betrachtet werden müssen auch die Anschlussmöglichkeiten von Schulen und Rathäusern nach der GWLAN-Richtlinie des Freistaates.

Erfahrung und Ideenreichtum

Eine Beschränkung der Anwendbarkeit des neuen bayerischen Verfahrens kann auch in der Überschreitung der vorgegebenen Förderhöchstsätze liegen. In diesem Falle wäre wiederum die Anwendung des Bundesförderverfahrens geboten, damit der für die Gemeinde optimale Eigenanteil zum Tragen kommt.

Fazit: Der Freistaat Bayern hat mit seiner neuen Richtlinie ein Superprogramm aufgelegt. Um ein für die Kommune optimales Preis-Leistungsverhältnis zu erreichen, ist die optimale Kombination aller möglichen Förderverfahren geboten. Dazu braucht es praktische Erfahrung und den notwendigen Ideenreichtum.

Wir, die Corwese GmbH, stehen Ihnen gerne zur Seite. ❐

Die Bayerische Gemeindeordnung, die Digitalisierung und ein update

Mit Blick auf den Schutz vor weiterer Verbreitung des Corona-Virus hat das Bayerische Innenministerium in einem Schreiben an Landratsämter, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Bezirke Empfehlungen zur Vorgehensweise bei öffentlichen Sitzungen dieser kommunalen Gremien gegeben. Vorangegangen waren ein Schreiben des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Landshuter Stadtrat Rudolf Schnur sowie eine Anfrage von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries).

Laut Mitteilung des Bayerischen Innenministeriums werden die Gremien gebeten, „Sitzungen dieser kommunalen Gremien bis auf weiteres auf ein Mindestmaß zu beschränken und den rechtlichen Rahmen, den Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung bieten, zu nutzen, um in der derzeitigen Situation entsprechend der örtlichen Gegebenheiten und der weiteren Entwicklung der Lage flexibel entscheiden zu können".

Den Städten und Gemeinden wird empfohlen, bis zum Ende der Wahlperiode am 30.04.2020 kurzfristig einen Ferienausschuss einzusetzen bzw. die Ferienzeiten eines bestehenden Ferienausschusses hieran anzupassen. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation sei dies auch analog für Kreistage anzuwenden.

Für diesen Fall hält es das Innenministerium – ungeachtet des für Sitzungen geltenden Öffentlichkeitsgrundsatzes – ausnahmsweise für zulässig, Umlaufbeschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Verfahren zu fassen. Ein Umlaufbeschlussverfahren könnte freilich allenfalls von den Gesundheitsbehörden aus infektionsschutzrechtlichen Gründen angeordnet werden.

Der CSU-Fraktionvorsitzende im Landshuter Stadtrat, Rudolf Schnur, hatte sich im Vorfeld wie folgt geäußert: „Wenn es zu einer Krisensituation kommt, müssen ehrenamtliche Gemeinde- und Stadträte feststellen, dass die Gemeindeordnung seit Jahrzehnten hinsichtlich moderner Sitzungsformen stillsteht." Dabei seien Telefon- und Videokonferenzen, zumindest Abstimmungen im Umlaufverfahren durch Telekommunikationsgeräte wie Telefax oder E-Mail, fester Bestandteil im Wirtschaftsleben und zum Teil auch schon in der öffentlichen Verwaltung.

Sicheres Online-Banking ist Schnur zufolge millionenfaches Tagesgeschäft und Standard. Für Entscheidungen in Gemeinde- und Stadträten sei das freilich alles kein Thema. Hier bestehe persönliche Anwesenheitspflicht. Von Übertragung der Stimme mittels Datenleitungen keine Spur.

„Jetzt in Zeiten des Coronavirus entfallen Sitzungen aus Vorsichtsgründen, da die meisten Sitzungen öffentlich durchgeführt werden sollen", so der Fraktionschef. Sein Appell: „Höchste Zeit für den Ministerpräsidenten, seinen Innenminister und den bayerischen Landtag, der Gemeindeordnung ein update zukommen zu lassen und der modernen Technik Geltung zu verschaffen!"

Kommunale Handlungsfähigkeit aufrechterhalten

In einem Schreiben an Kommunalminister Joachim Herrmann hatte der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, darauf verwiesen, dass „gerade wir als politische Entscheider in der Verantwortung stehen, der Gesundheit der Bevölkerung, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Ämtern höchste Priorität einzuräumen". Deshalb würden derzeit vielerorts alle kommunalen Gremiensitzungen abgesagt.

Leider würden dadurch auch essenzielle Beschlüsse wie Haushaltsverabschiedungen, die entscheidend für die kommunale Arbeitsfähigkeit sind, lange hinausgezögert, betonte Rößle. Wichtige Projekte könnten so nicht weiterverfolgt bzw. dieses Jahr noch umgesetzt werden.

Aus diesem Grund hatte der Landrat Minister Herrmann gebeten, prüfen zu lassen, ob in Ausnahmefällen eine Beschlussfassung der kommunalen Gremien im Umlaufverfahren ggf. über eine Gesetzesänderung ermöglicht werden könnte. Damit sei die Handlungsfähigkeit der Kommunen in diesen schwierigen Zeiten noch wirksamer aufrechtzuerhalten. **DK**

Kaniber startet Online-Plattform „Lokal-Helden"

Wo gibt es jetzt noch schmackhaftes Essen, wie man es aus dem Wirtshaus oder der Restaurantküche kennt? Bayernweit entwickeln Wirte kreative Strategien, um ihre Betriebe trotz der geltenden Ausgangsbeschränkungen aufrecht zu erhalten. Denn Essensangebote zum Mitnehmen oder per Lieferservice sind weiterhin möglich. Das Landwirtschaftsministerium bündelt jetzt diese Angebote übersichtlich auf der Online-Plattform „Lokal-Helden" (www.lokalhelden.bayern).

„Die beste Möglichkeit, uns und unsere Mitmenschen zu schützen, ist Abstand zu halten. Das heißt aber nicht, dass wir daheim auf Angebote unserer regionalen Küche verzichten müssen. Die Lokal-Helden-Initiative hilft allen: Die Land- und Ernährungswirtschaft kann ihre Produkte weiterhin absetzen, die Gastronomie läuft unter neuen Vorzeichen weiter und die Verbraucher werden bestens versorgt", sagte Ernährungsministerin Michaela Kaniber. Partner des Projekts der Genussakademie Bayern am Kompetenzzentrum für Ernährung sind der Bayerischen Rundfunk und der bayerische Hotel- und Gaststättenverband.

Aktuellen Schätzungen zufolge sind 50 Prozent der bayerischen gastronomischen Betriebe durch die Corona-Krise in ihrer Existenz bedroht. Viele Wirtshäuser suchen deshalb nach neuen Geschäftsmodellen. „Lokal-Helden" vereint sämtliche Angebote in Bayern. Sie werden auf der Website auf einer Landkarte angezeigt. Neben Kontaktdaten und Beschreibung der Wirtshäuser sind die Angebote nach „Lieferservice" und „Speisen zum Abholen" kategorisiert.

Teilnahme erwünscht

Alle gastronomischen Betriebe sind aufgerufen, teilzunehmen. Insbesondere kleine, heimische Wirtshäuser mit Klassifizierungen wie „Ausgezeichnete Bayerische Küche", „Wirt sucht Bauer", „Bauernhofgastronomie" und „Kulinarisches Erbe Bayern" sollen mit der Plattform unterstützt werden. ❐

Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes:

Lob und Kritik

Reaktionen von DStGB, bvse, VKU und NABU

Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf zur Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf den Weg gebracht. Damit will die Bundesregierung die Abfallvermeidung verbessern und das Recycling verstärken. Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket wurde im Juni 2018 von der Europäischen Union verabschiedet. Bis 5. Juli 2020 muss es in nationales Recht umgesetzt werden.

In einer Stellungnahme hat der DStGB darauf hingewiesen, dass er von der KrWG-Novelle eine Stärkung der kommunalen Steuerungsverantwortung im Bereich der Abfallentsorgung erwartet. Zusätzlich fordert er einen Ausbau der Herstellerverantwortung. Die kommunale Steuerungsverantwortung garantiert aus Sicht des Verbandes eine langfristig gesicherte Entsorgung auf hohem ökologischen Niveau und zugleich einen attraktiven Service für die Bürgerschaft zu kostendeckenden Gebühren. Dass die deutsche Entsorgungswirtschaft insbesondere wegen hoher Verwertungsquoten international Maßstäbe setzt, sei ein Verdienst der Städte und Gemeinden.

Rolle der kommunalen Entsorgungsträger stärken

„Nachdrücklich zu kritisieren ist, dass der Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes kein Klagerecht der kommunalen Entsorgungsträger bei gewerblichen Sammlungen mehr vorsieht. Das ist im Vergleich zum Referentenentwurf ein Rückschritt und wird dem hohen Anspruch, den auch die Bürgerschaft mit Recht an eine kommunal verantwortete Abfallentsorgung stellt, nicht gerecht“, stellte DStGB- Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg klar. „Wenn wir den Ressourcen- und Umweltschutz ernsthaft stärken wollen, muss die Rolle der kommunalen Entsorgungsträger gestärkt und nicht geschwächt werden.“

Die Novelle des KrWG müsse darüber hinaus eine noch stärkere Einbindung von Herstellern und Vertreibern von Einwegkunststoffprodukten vorsehen, fuhr Landsberg fort. Den Kommunen und damit auch den Gebührenzahlern seien in den vergangenen Jahren durch eine zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums (Littering) immer höhere Kosten für die Beseitigung der Abfälle und die Reinigung der öffentlichen Räume entstanden. Dem müsse wirksam begegnet werden. Dafür sei es notwendig, dass alle „litteringintensiven“ Produkte in die Herstellerverantwortung einbezogen werden. Hier müsse das Verursacherprinzip voll zur Anwendung kommen.

Wesentliche Voraussetzung ist es Landsberg zufolge, dass die Hersteller schon bei der Produktion von Waren auf die Ressourceneffizienz, Recyclingfähigkeit und Umweltverträglichkeit achten. Demzufolge müsse eine Nichtbeachtung für die Hersteller und Vertreiber finanziell spürbar sein.

Grundsätzlich begrüßt wird die Novelle des KrWG vom bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, bringe sie doch durchaus Fortschritte für das Ziel hin zu einer modernen Kreislaufwirtschaft durch eine Stärkung des Recyclings von Abfällen. Allerdings bleibe die Novelle teilweise sehr deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück, so der bvse.

Positiv wertet der Verband, dass der neue Entwurf eine kommunale Klagebefugnis im Anzeigeverfahren für gewerbliche Sammlungen nicht mehr vorsieht. Ein Festhalten an dem ursprünglichen Vorhaben hätte private Sammlungsstrukturen zugunsten der Kommunen weiter geschwächt, weil das gesetzlich vorgesehene Anzeigeverfahren „faktisch“ zu einem Genehmigungsverfahren umfunktioniert worden wäre, das sich über etliche Monate oder gar Jahre hätte hinziehen können.

Gefährdete Sammelstrukturen

Nachdem die kommunale Klagebefugnis im neuen Gesetzesentwurf gestrichen worden ist, drohe der gewerblichen Sammlung jedoch an anderer Stelle ein neues Problem. Der neue Gesetzesentwurf sieht nicht nur vor, dass die Herstellerverantwortung nicht nur die freiwillige Rücknahme von selbst in den Verkehr gebrachten Produkten beinhaltet, sondern wird auch auf Produkte anderer Hersteller erweitert. „Die Erweiterung auf Produkte anderer Hersteller birgt allerdings enorme Risiken. Diese kann künftig bereits dann möglich sein, wenn die Rücknahme und Verwertung mindestens gleichwertig zu dem des öffentlichen rechtlichen Entsorgungsträgers sind. Die gut etablierten Sammelstrukturen, zum Beispiel im Alttextilbereich, würden dadurch gefährdet werden, denn es ist zu erwarten, dass die Hersteller bei der freiwilligen Rücknahme ihren Fokus auf die hochwertigen Materialien legen“, kritisierte bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock.

Noch einmal deutlich verschlechtert hat sich nach Meinung des bvse jedoch § 45 „Pflichten der öffentlichen Hand“. Diese Regelung soll eigentlich dazu dienen, dem Markt der Recyclingprodukte einen deutlichen und nachhaltigen Impuls zu geben. Laut Rehbock entpuppt sich diese Regelung jedoch inzwischen als „eine Art Mogelpackung“. Nachdem bereits im ersten Entwurf Mitte 2019 eine eher halbherzige Regelung ohne Sanktionsandrohung oder zumindest Nachweisverpflichtung auf Kritik des bvse stieß, wurde die Pflicht zur Bevorzugung nun noch weiter abgeschwächt. Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung mahnt deshalb an, hier deutlich nachzubessern. Zumindest müsse eine jährliche Berichtspflicht eingeführt werden, um transparent zu machen, ob die angestrebte Bevorzugung von Recyclingprodukten tatsächlich umgesetzt wird.

„Im Hinblick auf die ökologischen Ziele der EU-Abfallrahmenrichtlinie hat das Bundesumweltministerium einen guten Entwurf erarbeitet“, erklärte VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp. Sorge bereite allerdings die mögliche Schwächung kommunaler Erfassungsstrukturen. Die Kommunen seien das Rückgrat der hochentwickelten deutschen Kreislaufwirtschaft. Ihre Position dürfe – auch im Sinne der ökologischen Ziele – nicht geschwächt werden.

„Wir begrüßen, dass das Bundeskabinett eine Obhutspflicht für den Versandhandel einführen möchte, der die Vernichtung von Retouren unterbinden soll. Auch in anderen Bereichen bewirkt der Online-Handel leider ökologische Rückschritte: Die wachsende Menge an Kartonagen belastet die kommunale Altpapiersammlung und die eigentlich vorgeschriebene Rücknahme von Elektroaltgeräten funktioniert kaum“, machte Hasenkamp deutlich. Hier müsse dringend gegengesteuert und der Online-Handel an seine ökologische Verantwortung erinnert werden.

Recyclingquoten werden schöngerechnet

Seit Jahren werden aus Sicht des VKU europaweit Recyclingquoten schöngerechnet. Die Methode: Nicht das, was als Sekundärrohstoff aus einer Recyclinganlage rauskommt, fließt in die Quote mit ein, sondern das, was in die Anlage hineingegeben wird, inklusive nicht recycelbarer Fremdstoffe. Die Folge: Die ausgewiesenen Quoten sind höher als die tatsächlich recycelten Mengen.

Damit soll nun Schluss sein, unterstrich Hasenkamp: „Gut, dass dieser Missstand angegangen wird. Die Branche braucht endlich aussagekräftige Quoten. Klar ist aber auch, dass dies die deutsche Entsorgungswirtschaft vor erhebliche Herausforderungen stellt. Die Quoten werden erst einmal niedriger ausfallen als bisher – die Anforderungen bleiben. Umso wichtiger ist es, die kommunale Getrennterfassung zu stärken – eine der wichtigsten Voraussetzungen für hochwertiges Recycling. Die neuen Getrenntsammlungspflichten der Kommunen, die sich erstmals auch auf Alttextilien erstrecken, werden von den kommunalen Entsorgungsunternehmen zuverlässig umgesetzt werden.“

Als hoch problematisch betrachtet der VKU-Vizepräsident die erweiterte Zulassung von freiwilligen Rücknahmen von Produktabfällen durch Hersteller und Vertreiber. Hersteller sollen in Zukunft Abfälle aus eigenen Produkten sowie auch aus Fremdprodukten annehmen können. „Naturgemäß werden Hersteller und Vertreiber nur solche Produktabfälle zurücknehmen, mit denen sich Geld verdienen lässt, wie z. B. Alttextilien oder Metallabfälle. Für die Kommunen bleiben dann im schlimmsten Fall nur noch Rest- und Sonderabfälle übrig. Die Politik muss die Frage beantworten, wie in Deutschland ein gut ausgebautes Netz von Wertstoffhöfen funktionsfähig erhalten werden soll, wenn sich zugleich jede Supermarktfiliale zum Wertstoffentsorger erklären kann.“ Nach Überzeugung des VKU können freiwillige Rücknahmen von herstellerfremden Produktabfällen nur dann zugelassen werden, wenn damit ein nachgewiesener Vorteil für die Kreislaufwirtschaft verbunden ist.

Kommunale Klagebefugnis

Sorge bereitet dem VKU auch, dass öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger wohl nicht wie erwartet gegen gewerbliche Sammler von Haushaltsabfällen klagen dürfen, wenn die gewerbliche Sammlung der kommunalen Sammlung Wertstoffe entzieht und so die kommunale Entsorgung beeinträchtigt. „Eine Klagebefugnis der Kommunen ist dringend erforderlich, um gleiche Bedingungen herzustellen. Da sich gewerbliche Sammler gegen behördliche Verfügungen gerichtlich wehren können, muss auch der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger klagen können, wenn die Behörde eine angezeigte gewerbliche Sammlung einfach durchwinkt“, so Hasenkamp.

Lob und Kritik kam auch vom Naturschutzbund Deutschland. Begrüßt werden zahlreiche Neuerungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, insbesondere weitergehende Anforderungen an die Abfallvermeidung, die Produktverantwortung, die öffentliche Beschaffung sowie an die Abfallberatung. Der aktuelle Entwurf werde somit eher dem Anspruch gerecht, die Abfallhierarchie umzusetzen.

Übergeordneter Plan fehlt

Gleichzeitig bedauert der NABU, „dass ein übergeordneter Plan zum Übergang von einer linearen zu einer Kreislaufwirtschaft zu fehlen scheint. Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, unseren Lebensstandard zu verbessern und dabei gleichzeitig unseren Ressourcenverbrauch nicht nur zu entkoppeln, sondern auf ein technisch machbares Minimum zu senken. Für diese Transformation unseres wirtschaftlichen Handelns hat der zukünftige Umgang mit unseren Abfällen eine zentrale Bedeutung.“

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, klare und verbindliche Abfallvermeidungsziele in das Gesetz zu übernehmen, die (Vorbereitung zur) Wiederverwendung und insbesondere ReUse- und Reparaturbetriebe sowie -Netzwerke stärker zu fördern, und die Verpflichtung zum Recycling von Siedlungsabfällen bis 2035 auf 90 Prozent zu erhöhen. Zudem müsse die Biotonne verpflichtend in ganz Deutschland eingeführt und die Produzentenverantwortung rechtssicher gestaltet werden. Auch seien die Pflichten bei Abfallvermeidung, -beratung und beim Vollzug des Kreislaufwirtschaftsgesetz strikter zu fassen. **DK**

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen:

Vom richtigen Umgang mit Bioabfall und Batterien

Die kürzlich vorgelegte erste Bilanz der Biotonne-Einführung im Landkreis Berchtesgadener Land betrachtet der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen als Bestätigung seiner Forderung, eine Biotonne für jeden bayerischen Haushalt anzubieten. Erstmals wurden im April 2019 mit ihrer Einführung die Bioabfälle im Landkreis Berchtesgadener Land getrennt erfasst.

Wie die Bilanz ausweist, wurden aus den Bioabfällen (Erfassung über die Biotonne) etwa 625.000 kWh Strom erzeugt, was einem jährlichen Strombedarf von ca. 110 Vier-Personen-Haushalten entspricht. Darüber hinaus wurden noch etwa 750.000 kWh Wärme produziert, die zu 50 Prozent für die Beheizung von Produktion, Büro, Werkstatt und Häusern sinnvoll genutzt wurde. Somit konnten ca. 37.500 Liter Heizöl eingespart werden. Neben Strom und Wärme wurden im zweiten Schritt nach Durchlaufen der Biogasanlage etwa 1.800 Tonnen Kompost erzeugt. Dadurch konnten ca. 1.200 m³ Torf eingespart werden, was einer jährlichen, nicht abgebauten Torffläche von ungefähr vier Hektar entspricht.

Einsatz für flächendeckende Biotonne

Die mittelständisch geprägten bayerischen privaten Entsorgungsunternehmen sehen diese beeindruckenden Zahlen als Bestätigung ihres Einsatzes für die flächendeckende Biotonne: Abfälle getrennt zu erfassen, ist laut VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß die Voraussetzung für hochwertiges Recycling. Gerade Bioabfälle ließen sich besonders gut verwerten. Doch ausgerechnet hierbei stellten sich einige Kommunen und Landkreise im Freistaat immer noch quer. Die seit Januar 2015 bestehende Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, werde oft nicht konsequent umgesetzt bzw. gezielt umgangen.

„Wenn beispielsweise verlangt wird, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen, dann ist das nichts anderes als der Versuch, die geltende Gesetzeslage zu umgehen. Kein Mensch fährt seinen Biomüll zum Wertstoffhof! Daher landet er viel zu häufig in den kommunalen Verbrennungsanlagen“, betonte Weiß. Er appellierte deshalb an die Verantwortlichen, das Kreislaufwirtschaftsgesetz im Sinne des Klima- und Ressourcenschutzes endlich ernst zu nehmen und jedem Bürger in Bayern direkten Zugang zu einer Biotonne zu ermöglichen.

Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein und Hessen werden jeweils über 90 Kilogramm je Einwohner und Jahr über die Biotonne erfasst, während dieser Wert in Bayern nur bei 56 Kilogramm liegt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die nahezu flächendeckende Einführung der Biotonne in diesen beiden Bundesländern.

Erneuert wurde vom VBS auch die Forderung nach Pfandpflicht für Batterien. Beim traditionellen Nassabfalltreffen der Firma Hans Schmidt GmbH & Co. KG in Fürth, in dessen Zentrum gefährliche Abfälle, u.a. auch der richtige Umgang mit Lithium-Batterien, standen, sprach VBS-Präsident Otto Heinz von einer sich zuspitzenden Situation. Es vergehe keine Woche, in der es nicht irgendwo in Deutschland in Entsorgungsfahrzeugen, Betriebshöfen oder Sortieranlagen brennt, weil Lithium-Batterien nicht richtig entsorgt wurden.

„Mit einem Pfand ab 9 Volt Spannung hätten wir die Chance, den Akkus einen Wert zuzuschreiben und könnten so einen fachgerechten Umgang bei der Entsorgung erreichen“, hob Heinz hervor. Aus Sicht des Verbandes wäre es außerdem notwendig, dass Batterien und Akkumulatoren ausbaubar sind, und die Mindestsammelquote im Batteriegesetz von bislang 45 auf 80 Prozent erhöht wird. Auch sei eine einheitliche Kennzeichnung von Geräten mit hochenergetischen Akkumulatoren durch die Hersteller verpflichtend einzuführen. **DK**

Bestandsaufnahme über den Zustand der Umwelt

Landesamt für Umwelt veröffentlichte Umweltbericht Bayern 2019

Der Primärenergieverbrauch geht zurück, der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, die Ressourcennutzung wird immer effizienter, und der Ökolandbau nimmt zu. „Das bestätigt der aktuelle Umweltbericht Bayern 2019. Darin erfassen und bewerten wir anhand von Umweltindikatoren den Zustand der Umwelt in Bayern umfassend und objektiv,“ teilte Claus Kumutat, Präsident des LfU, in Augsburg mit.

Der Bericht befasst sich auf insgesamt 100 Seiten unter anderem mit den Themen Flächenverbrauch, Artenvielfalt und Schutz der Lebensräume. Auch die Auswirkungen von Landwirtschaft und Verkehr werden analysiert.

Beim Klimaschutz kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass die energiebedingten Kohlendioxidemissionen im Zehn-Jahres-Trend rückläufig sind und jetzt bei 6,1 Tonnen je Einwohner und Jahr und damit unter dem Durchschnitt für Deutschland (9,0 Tonnen) liegen. Dazu trägt laut Bericht der insgesamt rückläufige Verbrauch an Primärenergie bei, der im aktuellen Bewertungszeitraum (2008 bis 2017) erstmals zu beobachten war. Gleichzeitig wächst der Anteil der erneuerbaren Energien daran stetig.

Handlungsbedarf sieht der Umweltbericht beim Thema Lärm durch den Straßenverkehr sowie beim Arten- und Lebensraumschutz. Im Bereich der Landwirtschaft hat der Ökolandbau in den letzten Jahren einen starken Zuwachs erfahren, sein Anteil liegt inzwischen bei 11 Prozent. Immer mehr ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe leisten auf ihren Flächen einen wichtigen Beitrag zum Boden- und Naturschutz.

Den aktuellen Zustand der Umwelt in Bayern bewertet das Bayerische Landesamt für Umwelt im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz bereits zum vierten Mal nach 2007, 2011 und 2015. Insgesamt wurden dafür Daten aus über 40 Messprogrammen mit rund 9.000 Mess- und Beobachtungsstellen herangezogen. Der Umweltbericht ist mehr als reine Statistik: Er liefert Denkanstöße und zeigt, was jede und jeder Einzelne zum Umweltschutz beitragen kann. Rund um die Themen Wasser, Boden, Luft und Natur finden Politik, Wissenschaft und die interessierte Öffentlichkeit eine Fülle an Informationen. ❐

Wurstdosen kontra Verpackungsmüll

Landkreis Amberg-Sulzbach, ZEN und Metzgerinnung stellen wiederverwendbare Wurstdosen vor

Beim Einkauf in der Metzgerei fällt jedes Mal Verpackungsmüll an. Das können sich die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Amberg-Sulzbach künftig sparen. Mit wiederverwendbaren Wurstdosen bringt der Landkreis in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit (ZEN) in Ensdorf und der Metzgerinnung Amberg-Sulzbach ein innovatives und nachhaltiges Projekt auf den Weg.

„Unser Ziel ist es, den Klimaschutz im Landkreis immer weiter zu entwickeln“, erklärt Landrat Richard Reisinger, der das Thema „Nachhaltigkeit“ im Rahmen des Leitbildes „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“ führt. „Wieder verwendbare Wurstdosen passen hervorragend in diese Strategie und unterstützen die Metzgereien und Verbraucher dabei, Müll zu vermeiden und Ressourcen zu sparen.“

39 Betriebe der Metzgerinnung im Landkreis Amberg-Sulzbach beteiligen sich. Sie können ihren Kunden die Wurstdosen als Pfand zur Verfügung stellen. Beim Einkauf legt der Kunde die Dose auf ein Tablett auf der Theke und lässt sie vom Servicepersonal mit den gewünschten Wurst- oder Fleischwaren befüllen. Alle Hygienerichtlinien werden somit erfüllt.

Zwei Kilogramm fasst eine Wurstdose. „Das spart mit der Zeit viel Verpackungsmaterial, das sonst im Müll landen würde“, betont Metzgerinnungsmeister Daniel Hirsch. Die Innung unterstützt das Ziel eines klimaneutralen Landkreises. „Deshalb leisten wir gerne unseren Beitrag dazu“, betont Hirsch. 1700 Wurstdosen verteilen die Innungsbetriebe demnächst an ihre Kunden. Wenn die Verbraucher das Angebot annehmen, wird nachbestückt.

Das Material entspricht allen relevanten Lebensmittel- und Hygienevorschriften. Ein alternatives Verpackungsprodukt aus nachwachsenden Rohstoffen konnte dies leider nicht gewährleisten. Für Joachim Scheid, Klimaschutzkoordinator des Landkreises Amberg-Sulzbach, sind die Wurstdosen eine weitere beispielgebende Initiative, die die Nachhaltigkeitsstrategie des Landkreises voranbringt.

Diese ist im Leitbild des Landkreises Amberg-Sulzbach „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“ fest verankert. Projekte wie die Wurstdosen werden mit bis zu 80 Prozent der Kosten und maximal 1.000 Euro gefördert. Projektvorschläge können an das Landratsamt Amberg-Sulzbach gestellt werden.Bewerbungsformulare sind auf www.deinezukunft-as.de unter „Kontakt“ abrufbar. ❐

Veitshöchheimer Baumschultag:

Dem Klimawandel begegnen

Beim 25. Veitshöchheimer Baumschultag standen die globalen Megathemen Wasserknappheit, Klimawandel und Artenschwund auf dem Programm. Neben aktuellen Ergebnissen aus der Forschungsarbeit der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) wurden auch konkrete Lösungsansätze für die Praxis diskutiert – denn jeder gepflanzte Baum zählt.

Wie LWG-Präsident Dr. Hermann Kolesch betonte, benötige das von der Gesellschaft geforderte ökologische und nachhaltige Umdenken das konkrete Handeln jedes Einzelnen. Kolesch würdigte hier die Rolle der bayerischen Baumschulen als wichtiger Vermittler zwischen Planern, Kommunen und Städten sowie den Verbrauchern: „Treten Sie in Dialog mit den Kunden und seien Sie mutig und gleichzeitig stolz, dass Sie die Herausforderungen im Bereich Klimawandel und Biodiversität angehen“, so sein Appell. Denn gerade die Zusammenarbeit mit allen Bereichen des Gartenbaus, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft sei eine wichtige Voraussetzung, um langfristig aus einer Bewegung für Nachhaltigkeit und Ökologisierung einen Bewusstseinswandel bei Erzeugern und Verbrauchern zu generieren.

Bäume pflanzen, Bäume pflanzen, Bäume pflanzen!

„Bäume pflanzen, Bäume pflanzen und nochmals Bäume pflanzen!“ ist laut Michael Kutter, Vorsitzender des Landesverbandes Bayern des Bundes deutscher Baumschulen e. V. (BdB) die richtige Antwort auf die Frage, wie dem Klimawandel zu begegnen sei. Besonders im Neubau des Thüngersheimer Versuchsbetriebes sieht er ein klares Zeichen für die Stärkung der bayerischen Baumschulwirtschaft.

Welche Bäume werden dem Klimawandel in Bayern trotzen und den Städten in Zukunft als wichtige, grüne Lunge dienen können? Ginkgo, Magnolie, Schnurbaum – oder besser Hainbuche, Erle und Silberlinde? Dieser Frage geht das großangelegte Projekt „Stadtgrün 2021“ der LWG nach. Die Biologin Dr. Susanne Böll stellte es erstmals den knapp 300 anwesenden Baumschulern, Landespflegern, Gärtnern und kommunalen Mitarbeitern vor.

Wissenschaftlicher Versuch

Im Rahmen dieses wissenschaftlichen Versuchs werden noch dieses Jahr 20 verschiedene Baumarten jeweils acht Mal in den Städten Würzburg, Hof und Kempten aufgepflanzt. In den kommenden zehn Jahren werde sich an der Entwicklung der insgesamt 480 Bäume abzeichnen, welche im feindlichen Stadtklima den Klimawandel überleben könnten, erklärten die LWG Experten Klaus Körber und Susanne Böll.

Artenspektrum erweitern

Dass die bisher beobachteten neuen Krankheiten und Schäden an Esche, Ahorn, Linde, Platane, Apfeldorn und Kastanie zum Teil auf den Klimawandel zurückgeführt werden können, machte Dr. Rolf Kehr, Professor für Arboristik an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Göttingen, deutlich. Durch Trockenheit und Hitze geschwächte Bäume seien vor allem in der Stadt anfälliger für Pilzkrankheiten.

Kehr empfahl, das heimische Artenspektrum durch Exoten zu erweitern, um die Risiken künftig zu streuen. Allerdings solle man nicht nur auf ausländische Baumarten setzen, gebe es doch auch in deren Heimatländern „eine Reihe von Krankheiten und Schädlingen, die ihrem Wirt nachwandern“ könnten, erklärte Kehr. Tatsache sei: „Was wir heute pflanzen, muss unter den Bedingungen der Zukunft in 30 bis 40 Jahren funktionieren.“ Das Projekt „Stadtgrün 2021“ sei ein Schritt in die richtige Richtung. **DK**



Der Blick auf Mainufer und Weinberge wird freigelegt: Oberbürgermeister Christian Schuchardt bei einer Besprechung gemeinsam mit Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, Alexander Hamberger von H&M Gartengestaltung in Maidbronn und Landschaftsgärtner Thorsten Stauder. Bild: Georg Wagenbrenner

„Städtlebauliche“ Aufwertung:

Vom Lagerplatz zur grünen Oase am Main

Gartenamt gestaltet Grundstücke in der Seilerstraße/Heidingsfeld in eine Grünanlage um

Seit Anfang der 60er Jahre wurde die ca. 3.300m² große Fläche von mehreren Firmen als Lagerfläche für Baustoffe genutzt. 2002 folgte schließlich ein Gebrauchtwagenhandel, der die Fläche auch als Abstellfläche für ausrangierte PKW nutzte. Zeitweilig sah das Areal wie ein Autoschrottplatz aus. Zudem verbuschten die Randbereiche immer mehr. Der auf der Nordostseite unmittelbar vorbeifließende Main war nicht mehr wahrnehmbar.

Dieser unbefriedigende Zustand war der Eigentümerin der Fläche – Elisabeth Ehlers – zunehmend ein Dorn im Auge. Ihr schwebte eine Natur- und Erholungsfläche mit einem klaren Bezug zum Main vor. In diesem Sinne ist nach ihrem Tode 2014 der Testamentsvollstrecker an die Stadt Würzburg herangetreten. Schnell einigte man sich auf einen Ankauf der Fläche zu einem symbolischen Kaufpreis, mit der Verpflichtung, die Fläche zu begrünen und mit Bäumen, Sträuchern und Sitzmöglichkeiten auszustatten. Oberbürgermeister Christian Schuchardt besuchte nun die Baustelle. Aus dem aktuell durch massive Erdbewegungen noch sehr durchfurchtem Gelände wird ein grüner Main-Zugang für den Stadtteil Heidingsfeld. Schuchardt brachte seinen Dank zum Ausdruck, dass diese „städtlebauliche“ Aufwertung erst durch die außergewöhnliche Wohltat einer einzelnen Bürgerin ermöglicht wurde.

Der Main wird wieder erlebbar

Der große Reiz der Fläche ist, so Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes, die zentrale Lage der Fläche zwischen der Altstadt von Heidingsfeld und dem Main. Daher sieht die Planung des Gartenamtes die Schaffung von zwei zentralen Sichtbeziehungen vor: zum einen der Blick von der Stadtbefestigung in Richtung Südosten, über das Areal und den Main hinweg bis zu den Weinbergen in Randersacker und zum anderen der Blick aus dem Areal über den Main bis zu den Weinbergen zu Füßen der Sieboldshöhe. Zur Freilegung dieser Sichtbeziehungen hat das Gartenamt bereits im letzten Jahr den Aufwuchs entlang des Uferweges gerodet. Nun wird dieser Bereich noch auf das Niveau des Uferweges abgesenkt. Der Main wird wieder erlebbar! Gleichzeitig entsteht durch die Absenkung des Geländes ca. 400m³ zusätzlicher Retentionsraum für den Main.

Der Erschließung dient ein das Areal diagonal querender Weg mit Bänken. Die Gestaltung ist bewusst zurückhaltend. Die Fläche liegt im naturschutzfachlich hochinteressanten ehemaligen Auwaldbereich des Mains. Daher erfolgte eine intensive Abstimmung mit der Fachabteilung Naturschutz und Landschaftspflege (Untere Naturschutzbehörde) sowie dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg.

Eine neue Heimat für selten gewordene Arten

Die weitere Planung des Gartenamtes sieht eine extensive Begrünung mit einer blütenreichen Wiese vor. Sie soll selten gewordenen Arten eine Heimat bieten. Die räumliche Fassung zu den angrenzenden Privatgrundstücken und der Wohnbebauung bilden üppige naturnahe Heckenstrukturen, beispielsweise mit Haselnuss, Hartriegel, Schlehe, Holunder und Heckenrosen. Der bestehende Gehölzstreifen entlang der Seilerstraße wird mit zusätzlichen Sträuchern und einer Benjes-Hecke ergänzt. Zudem ist die Einbringung von Totholz-Stämmen geplant.

Standortgerechte Baumpflanzungen

Das Grundgerüst der Anlage bilden jedoch die zahlreichen standortgerechten Baumpflanzungen, u.a. mit Erle, Silber-Weide, Zitter-Pappel, Ulme, Silber-Linde, Zerr-Eiche, Feld-Ahorn, Walnuss und Speierling. Umweltreferent Wolfgang Kleiner: „Mit der Grünanlage Seilerstraße schafft das Gartenamt eine grüne Oase am Main für Mensch und Tier“.

Die beauftragte Baufirma hat am 20. Januar mit den Arbeiten begonnen. Insgesamt investiert die Stadt Würzburg ca. 260.000€ in die Grünanlage Seilerstraße. Die Fertigstellung ist nach Dr. Grob im Juni geplant. ❐

Bevölkerung sensibilisieren:

Abfallentsorgung in der Corona-Krise

Aktuell wird das gesamte öffentliche und private Leben durch die Corona-Krise vor ganz besondere Herausforderungen gestellt, die es zu bewältigen gilt. Die Abfallwirtschaft leistet dabei einen sehr wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Eine geordnete Abfallentsorgung ist insbesondere aus hygienischen, derzeit gar seuchenhygienischen Gründen ein wesentlicher Faktor für das Funktionieren unserer Infrastruktur.

Da sich mehr Menschen länger als sonst zuhause aufhalten, fällt dort auch mehr Abfall an. Es gilt, die Bevölkerung speziell für die immer bedeutender werdende Thematik der Entsorgung zu sensibilisieren. Das Bundesumweltministerium (BMU) hat entsprechende Hinweise veröffentlicht, die sich an den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts orientieren.

Hygieneregeln einhalten

Die Länder haben sich auf ein vergleichbares Vorgehen verständigt, wobei Abweichungen im Detail möglich sind. In Übereinstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ruft das BMU alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Restabfalltonnen nicht überquellen zu lassen und Hygieneregeln einzuhalten. Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn von den dafür verantwortlichen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und dualen Systemen auch die Strukturen zur getrennten Entsorgung aller Abfallströme weiter vorgehalten werden.

Nach den BMU-Hinweisen sollen in privaten Haushalten, in denen infizierte Personen oder begründete Verdachtsfälle von COVID-19 in häuslicher Quarantäne leben, neben Restmüll ausnahmsweise auch Verpackungsabfälle (gelber Sack), Altpapier und Biomüll über die Restmülltonne entsorgt werden. Für alle anderen privaten Haushalte in Deutschland, in denen keine infizierten Personen oder begründete Verdachtsfälle von COVID-19 leben, gilt weiterhin uneingeschränkt das Gebot der Abfalltrennung. Für sie ändert sich bei der gewohnten Abfallentsorgung nichts.

Wertstoffhöfe sollen offen bleiben

Laut bayerischem Umweltministerium ist die Bedeutung der Aufrechterhaltung aller einzelnen Entsorgungswege für eine funktionierende Abfallwirtschaft essenziell. Ministerialdirigentin Dr. Monika Kratzer zufolge „wurde uns im Lauf der letzten Woche jedoch zugetragen, dass in einzelnen Entsorgungsgebieten Bayerns die Entsorgung von Abfällen über Wertstoffhöfe und Wertstoffinseln nicht mehr gewährleistet wird“. In der Konsequenz würden Wertstoffe und vereinzelt auch Bioabfälle zunehmend über die Restmüllbehälter entsorgt, was zu überquellenden Mülltonnen und damit zu unhygienischen Zuständen führen kann.

Appell an Entsorgungsträger

„Deshalb appelliere ich in diesem Zusammenhang erneut ausdrücklich an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, dass ausreichend Möglichkeiten für die Abgabe oder Abholung von Glas, Papier und Kunststoffen über die bisherigen Entsorgungswege zur Verfügung gestellt und diese Wege auch weiter bedient werden. Die Entsorgungsträger leisten damit ihren solidarischen Beitrag zu einer weiter funktionierenden, hygienischen Entsorgung des Abfalls und damit auch zur Eindämmung der Corona-Krise“, so Kratzer.

Kommunalaufsichtliche Maßnahmen

Die Regierungen werden gebeten, bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften in ihrem Zuständigkeitsbereich darauf hinzuwirken, diese Empfehlungen umzusetzen und die nachgeordneten Behörden entsprechend zu informieren. „Ist die Entsorgungssicherheit vor Ort gefährdet, sind von Seiten der Regierung auch kommunalaufsichtliche Maßnahmen zu prüfen.“

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern erhalten ein inhaltsgleiches Schreiben mit der Bitte, auf ihre Mitglieder entsprechend einzuwirken. ❐



Landratsamt München:

Treibhausgas-Controlling für den gesamten Landkreis

Bericht bildet die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative 29++

Mit der 29++ Klima. Energie. Initiative. haben sich die 29 Städte und Gemeinden im Landkreis München zusammen mit der Kreisverwaltung 2016 das Ziel gesteckt, die 2010 ermittelten jährlichen Pro-Kopf-Emissionen von rund 13 Tonnen CO2 bis ins Jahr 2030 um 54 Prozent auf sechs Tonnen zu reduzieren. Eine zentrale Säule des vom Kreistag im Dezember 2016 verabschiedeten Handlungsprogramms zu 29++ war dabei die Implementierung eines Energiecontrollings für den gesamten Landkreis.

Im März 2020 hat die Kreisverwaltung unter Zuarbeit der 29 Kommunen nun einen ersten Treibhausgasbericht für den Landkreis München vorgelegt. Er bildet die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative.

Standortbestimmung als Basis für weiteres Handeln

Mit diesem Bericht zum Treibhausgas-Controlling soll erstmals seit Beginn der Initiative eine Standortbestimmung für den gesamten Landkreis München ermöglicht werden. Ziel des Berichts ist es insbesondere, eine Grundlage für ein wirksames Monitoring der Bemühungen des Landkreises und seiner Kommunen im Rahmen der 29++ Klima. Energie. Initiative. zu schaffen. So soll es künftig möglich sein, das Handeln im Landkreis regelmäßig zu überprüfen, zu hinterfragen und gegebenenfalls nachzusteuern. Der Basisbericht enthält Zahlen aus den Jahren 2010 und 2014 sowie aus 2016, dem Jahr der Einführung der Initiative 29++. Diese zeigen: Der Landkreis ist auf einem guten Weg, sein mittelfristiges Ziel der jährlichen pro-Kopf-Emissionen von sechs Tonnen zu erreichen. 2016 betrugen die THG-Emissionen pro Kopf im Landkreis München 9,5 Tonnen. Dennoch ist weiterhin intensive Arbeit von Landkreis und Kommunen notwendig.

Was kann der Treibhausgas-Bericht leisten?

„Wichtigstes Ziel des Berichts ist es, kommunalen Entscheidern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit möglichst reale und belastbare Verbrauchsdaten vorzulegen und die Datentransparenz und -genauigkeit über den Energieverbrauch und die Energieflüsse vor Ort in den Kommunen zu verbessern“, erläutert Dr. Christian Wolf, Leiter des Sachgebiets Energie und Klimaschutz im Landratsamt München.

Auf diese Weise soll der Bericht dazu beitragen, bereits begonnene Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und neue, passgenaue Klimaschutzaktivitäten speziell für die jeweilige Gemeinde zu entwickeln. Der Bericht trägt damit einem zentralen Wunsch aus den Kreisgremien Rechnung, den diese bei der Verabschiedung der 29++ Klima. Energie. Initiative. im Jahr 2016 nachdrücklich geäußert hatten.

Statt einfach die bundesdeutschen Emissionen über alle Bundes- und damit auch Landkreisbürger herunterzubrechen, wurden die auf der kommunalen Ebene verfügbaren absoluten Energieverbrauchsdaten nach dem Bottom-Up-Prinzip detailliert erhoben. Dadurch wird es beispielsweise möglich zu erkennen, welche emissionsreduzierenden Effekte der Aufbau eines Wärmenetzes oder eines Biomasse-Blockheizkraftwerks hat.

Ein Vergleich der Kommunen untereinander und auch der Vergleich mit bundesweiten Durchschnittswerten für die Treibhausgas-Emissionen sind auf Basis des vorliegenden Berichts aber nur bedingt möglich. Auch lässt sich aus den Werten einzelner Kommunen nicht allumfassend Rückschluss auf die Zielerreichung der Klima- und Energieinitiative 29++ ziehen. Dies liegt an den völlig unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in den einzelnen Städten und Gemeinden sowie auch an den Klimaschutzbemühungen, die über den Umbau der Energieversorgung hinausgehen (z. B. Klimabildung für Kinder und Jugendliche).

Unterschiede in den einzelnen Kommunen

„Die Kommunen im Landkreis München weisen beispielsweise einen sehr unterschiedlichen Umfang von Gewerbeansiedlungen auf, sie haben aufgrund ihrer Lage im Landkreis oft sehr verschiedene Anteile an wichtigen Verkehrswegen oder bringen unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien mit. Dadurch unterscheiden sich natürlich in der Folge auch die ermittelten Treibhausgas-Emissionen sehr stark“, erklärt Franz Reicherzer, der das Projekt im Landratsamt München leitet.

Hinzu kommt, dass in diesem Bericht nur die energiebedingten Emissionen erfasst werden konnten und nichtenergetische Emissionen aus Ernährung, Landwirtschaft, Landnutzung, Landnutzungsänderung, Abfallentsorgung und Abwasser sowie alle exterritorialen Emissionen wie der Import von Konsumgütern oder durch Reisen (insbesondere Flugreisen) nicht erfasst werden konnten. Diese sind im Bundesdurchschnitt mit größeren Anteilen enthalten – allerdings auch dort nicht in ihrer Gesamtheit. Leser sollten sich deshalb bewusst sein, dass zusätzlich zu den im Bericht dargestellten Treibhausgasemissionen pro Einwohner jeweils noch ein individueller Anteil aus Ernährung, Konsum und Reisetätigkeiten hinzuzurechnen ist.

Bericht für Fachpublikum und Öffentlichkeit

Knapp 160 Seiten umfasst der erste Bericht zum Treibhausgas-Controlling im Landkreis München, aufgeteilt in zwei separate Teile. „Unser Anspruch war es, einen Bericht zu erarbeiten, der nicht nur in einem kleinen Kreis Interesse findet. Gleichzeitig war uns jedoch wichtig, dass der Bericht auch den Kommunen und Fachexperten als Arbeitsgrundlage dienen kann. Er enthält deshalb im ersten Teil informative und abwechselnde Infografiken zu jeder Kommune sowie für den Landkreis insgesamt. Für einen tiefergehenden Vergleich sind in einem abschließenden Zahlenteil dann noch einmal sämtliche Daten für jede Stadt, Gemeinde und den Landkreis aufbereitet“, erläutert Christian Wolf.

Werkzeug für neue Stellschrauben

„Mit dem Bericht zum Treibhausgas-Controlling haben wir ein Werkzeug geschaffen, das es uns nicht nur ermöglicht, immer wieder einen Schulterblick auf das bereits Bewerkstelligte zu werfen, sondern vor allem regelmäßig unseren Weg zu überprüfen und dort nach zu justieren, wo wir neue Stellschrauben sehen, um unser mittelfristiges Ziel, die Reduzierung der jährlichen Pro-Kopf-Emissionen auf 6 Tonnen, zu erreichen“, zeigte sich Göbel bei der Vorstellung des Berichts erfreut. „Ich bin überzeugt, dass wir uns mit 29++ auf dem richtigen Weg befinden, um unsere selbst gesteckten, aber auch die Landkreis übergeordneten nationalen und internationalen Klimaziele zu erreichen. In einigen Bereichen werden wir schneller vorankommen, an anderer Stelle müssen wir langen Atem beweisen. Einige Maßnahmen werden kurzfristig messbare Ergebnisse liefern, andere Ideen tragen nachhaltig zur Bewusstseins- und Verhaltensänderung bei, sind aber nicht in nackten Zahlen zu überprüfen. Am Ende sind aber alle diese Teile wichtige und unverzichtbare Bausteine, die dazu beitragen, die Zukunft des Landkreises München auf ein sicheres und tragfähiges Fundament zu stellen“, so Göbel weiter. Künftig soll der Bericht im Abstand von zwei Jahren erscheinen. ❐

IAA findet ab 2021 in München statt

Aiwanger: „Ein Turbolader für das Autoland Bayern, wir sind sehr glücklich und bekennen uns zum Auto!“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kommentiert die Vergabe der IAA ab 2021 nach München: „Das ist ein Turbolader für das Autoland Bayern und eine große Chance für unsere Arbeitsplätze. Damit werden wir die Trendwende einleiten, um unsere Leitindustrie Auto wieder in positive Schlagzeilen zu bekommen und zukunftsfähig aufzustellen. Wir sind sehr glücklich über diese Entscheidung und stehen zum Auto. Es soll dabei nicht nur um glänzenden Lack gehen, sondern um nachhaltige Verkehrskonzepte und alternative Antriebe, wobei ich sehr stark auf den Durchbruch von Wasserstoff und Brennstoffzelle in den kommenden Jahren setze.“

Die Messe München habe ein hervorragendes Gesamtkonzept für eine moderne Mobilitäts-Show eingereicht. „Die Staatsregierung hat sich vollumfänglich hinter die Bewerbung gestellt und wird Zukunftsprojekte wie beispielsweise eine Elektrolade-Infrastruktur und innerstädtische Teststrecken für autonomes Fahren mit 15 Millionen Euro fördern“, sagte Bayerns Wirtschaftsminister.

Aiwanger weiter: „Der Freistaat Bayern investiert in den nächsten Jahren 300 Millionen Euro, um die Transformation der Auto-Industrie in Richtung emissionsarme Antriebe zu unterstützen. Der Automobilverband hat gespürt, dass München und Bayern die IAA unbedingt wollen und sich die Veranstaltung hier zu einer globalen Leitmesse für moderne Mobilität entwickeln wird. Das ist ein Glückstag für die Automobil-Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland!“ ❐

Pflanzungen von knapp 14.000 Setzlingen beginnen:

Ökologischer Waldumbau auf Uniper-Grundstücken

Teilumbau 2020 des Nadelholzwaldes in klimarobusten Mischwald
Waldumbauprojekt dauert rund drei Jahre und kostet über 300.000 Euro

Der von Uniper auf drei Jahre angelegte Umbau der Nadelholz-Monokulturen in einen ökologisch wertvollen, dem Klimawandel trotzenden Mischwald liegt voll im Zeitplan. In enger Zusammenarbeit mit Fachleuten der Forstwirtschaft wurden für dieses Jahr auf gut 28.000 m² Waldfläche rund 750 Festmeter Fichten- und Kiefernholz entnommen. Für die Holzentnahmen und die künftige Pflege der Flächen wurde auch das Waldwegenetz für die weitere Bewirtschaftung strukturiert und befestigt sowie Holzlagerplätze angelegt. Das Häckselgut wurde soweit wie möglich zur Verbesserung der Nährstoffe im Boden vor Ort belassen. Die Baumstämme sind an die holzverarbeitende Industrie gegangen. Diese „Vor“-Arbeiten konnten bis Ende Februar beendet werden.

Jetzt beginnen rechtzeitig vor dem Frühlingserwachen der Vegetationsperiode die Neupflanzungen zur Schaffung eines artenreichen, ökologisch wertvollen Mischwaldlebensraumes für Insekten, Vögel und Pflanzen.

In den kommenden gut zwei Wochen werden rund 4.400 Rotbuchen, 6.800 Eichen und 1.700 Hainbuchen als Bäume erster Ordnung (Wuchs höher als 20 Meter) händisch gepflanzt. Eichen und Hainbuchen wechseln sich im Verhältnis 4:1 ab, das heißt, dass nach vier Eichen eine Hainbuche folgt. Eichen und Hainbuchen ersetzen den komplett gerodeten Fichtenbestand, während die Rotbuchen in den ausgelichteten Kiefernwald gepflanzt werden.

Speziell für Insekten, vor allem Bienen und Schmetterlinge, lässt Uniper zusätzlich entlang der Forstwege in Neunergruppen Blühsträucherreihen und dahinter Baumarten zweiter Ordnung (Wuchshöhe zwischen 10 und 20 Meter) pflanzen. Die rund 900 Setzlinge bestehen aus 450 Sträuchern wie Roter Hartriegel, Weißdorn, Gemeiner Schneeball, Schwarzer Holunder, Pfaffenhütchen und Heckenrose sowie 450 Bäumen zweiter Ordnung wie Feldahorn, Vogelkirsche, Wildbirne, Wildapfel, Purpurweide und Vogelbeere. Zum Schutz der Neupflanzungen werden für die ersten Jahre (bis zu einer Aufwuchshöhe von 1,30 Meter) entsprechende Wildverbissschutzzäune errichtet.

55.000 Quadratmeter Umgestaltungsflächen

Den Insekten und Amphibien aber auch bestimmten Vogelarten und sonstigem Getier werden zudem pro Hektar im neuen Ökowald zahlreiche „Neubauwohnungen“ angeboten. Dafür bleiben in den beiden Waldflächen auf vier bis sechs Meter gekappte Baumstämme (Torsobäume) stehen, und es werden Totholzhaufen aufgeschichtet sowie im Zuge des anstehenden Waldwegebaus Wurzelstockinseln auf den Flächen etabliert.

Über 300.000 Euro investiert Uniper in das auf drei Jahre angelegte Waldumbauprogramm zwischen dem Rekultivierungsgelände Westfeld und der A 93. Die nördliche Grenze der insgesamt etwa 55.000 Quadratmeter Umgestaltungsflächen bildet der Wasserzulaufgraben zur Naturschutz-Ausgleichsfläche, dem sogenannten BBI-Becken. Die südliche Begrenzung ist ein Waldweg zwischen der Industriestraße und der A 93. Das Projekt unterstützt das Waldumbauprogramm der Bayerischen Staatsregierung zur Schaffung gesunder, standorttypischer und klimawandelresistenter Laub- und Mischwaldflächen und ist detailliert mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgesprochen.

Uniper hatte zugesichert, im Rahmen der Rekultivierung des Westfeldes und der damit verbundenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen die Nadelwaldmonokulturen auf der Flur des Steinberger Ortsteils Oder umzubauen und ökologisch aufzuwerten. Ein erster Waldumbautest erfolgte mit sichtbarem Erfolg vor etwa sieben Jahren nordwestlich des zweiten Feuchtbiotops, das auch als Regenrückhaltebecken fungiert.

Auch wurde 2012 die Wiedervernässung und Erweiterung von rund 10.000 Quadratmeter Moorwaldflächen rund um das besagte BBI-Becken und entlang dessen Wasserzulaufs erfolgreich abgeschlossen. Zwei weitere Waldbereiche folgen in den kommenden beiden Jahren. ❐

Landwirtschaftsministgerin Michaela Kaniber:

Tatkräftige Hilfe nötig

Innenminister Joachim Herrmann: Ausländerbehörden sollen Asylbewerbern Erntehelfer-Job nach Möglichkeit erlauben

Ausländerbehörden sind angehalten, Asylbewerbern eine Erntehelfertätigkeit nach Möglichkeit ab sofort zu erlauben. Da die Gewinnung von Erntehelfern im öffentlichen Interesse steht, sollen die Ausländerbehörden ihre gesetzlichen Spielräume nutzen und notwendige Beschäftigungserlaubnisse offensiv erteilen. Darauf hat das bayerische Innenministerium die Behörden in einem aktuellen Schreiben hingewiesen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann reagiert damit auf die von Landwirten geäußerte Sorge, dass wegen der aktuellen Corona-Krise nicht genügend ausländische Erntehelfer nach Bayern kommen könnten. „Mit dieser Sorge dürfen wir unsere Landwirte nicht alleine lassen“, machte der Innenminister deutlich. Von den Vorgaben profitieren laut Herrmann alle Beteiligten: „Unsere Landwirte bekommen ihre Ernte von den Feldern. Das hilft, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Und Asylbewerber haben die Chance auf einen Job und ein Stück weit finanzielle Selbstständigkeit.“

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber unterstützt den Appell an die Ausländerbehörden. „In der gegenwärtigen Krisensituation können Bayerns landwirtschaftliche Betriebe jede tatkräftige Unterstützung gebrauchen. Die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft ist gut aufgestellt, die aktuelle Situation zu meistern. Es zeigt sich jetzt, wie wichtig eine regionale Lebensmittelversorgung ist. Jeder ist herzlich eingeladen, hier mit anzupacken.“ Man müsse jetzt alle Kräfte mobilisieren, damit der absehbare Mangel an Saisonarbeitskräften ausgeglichen werde.

Die Hinweise des Innenministeriums gelten für Asylbewerber im laufenden Verfahren ebenso wie für bereits abgelehnte Asylbewerber. Entsprechende Aufenthaltserlaubnisse werden allerdings – auch darauf wies Herrmann ausdrücklich hin – nur zeitlich beschränkt für die Zeit der Erntehelferarbeit erteilt werden. Sein Ministerium habe die Ausländerbehörden außerdem gebeten, Aufenthaltstitel und Beschäftigungserlaubnisse für Ausländer, die im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs tätig sind, zur Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung prioritär zu behandeln und zu verlängern.

Infos: www.stmelf.bayern.de und www.stmi.bayern.de ❐

Bauern lassen Bayern aufblühen

15.000 Hektar zusätzlich für heimische Blumen und Kräuter

Die Flächen, die heimischen Blumen und Kräutern vorbehalten sind, wachsen rasant. Die Landwirte sorgen mit außergewöhnlich starkem Engagement dafür, dass Bayern erblüht. Sie legen in diesem Jahr deutlich mehr hochwertige Blühflächen an. So wurden Neuverpflichtungen für knapp 3.000 Hektar einjährige Blühmischungen sowie für knapp 12.000 Hektar fünfjährige Blühflächen abgeschlossen. Insgesamt bestehen damit im Kulturlandschaftsprogramm Verpflichtungen von knapp 4.000 Hektar einjährigen und über 19.300 Hektar mehrjährigen Blühflächen.

„Ich begrüße dieses Engagement unserer Landwirte ausdrücklich. Sie zeigen wie verantwortungsbewusst sie für mehr Artenvielfalt sorgen“, sagte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber. Die sogenannten KULAP-Qualitätsblühmischungen liefern Nektar und Pollen für Blüten suchende Insekten. Blühwiesen bieten Wildtieren Deckung und Nahrung. Blühmischungen erfüllen besonders hohe Qualitätskriterien. Der Schwerpunkt liegt auf Arten, die im ökologischen Kreislauf eine bedeutende Rolle spielen und aus der Region stammen. Deshalb ist die Erzeugung dieses Saatguts besonders anspruchsvoll.

Während das Saatgut für die einjährigen Blühmischungen reichen dürfte, ist am Markt für fünfjährige Blühmischungen nur ein Teil des benötigten Qualitätssaatguts vorhanden. Die Ministerin hat nun alle Marktbeteiligten aufgefordert, pragmatische Lösungen zu entwickeln. „Alle Landwirte, die die ökologisch besonders wertvollen fünfjährigen Qualitätsblühmischungen im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms anlegen wollen, sollen auch im Jahr 2020 in dieses Förderprogramm einsteigen können“, sagte Kaniber.

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und den Nutzern der „Qualitätsblühmischungen Bayern“ (QBB) ist es gelungen, zu den bisherigen QBB-Blühmischungen zwei spezielle Sondermischungen zu entwickeln. Beide sind für mehrjährig zur Verfügung stehende Flächen im Offenland oder an Waldrändern konzipiert. Die Mischungen sind ab sofort bestellbar. ❐



Der neue Lintrac 115 LS. Bild: Lindner

„Das kann ruhig ins Kompostwerk“

LfU: Straßenbegleitgrün entlang von Bundesstraßen ist kein Sondermüll

Mitunter wird zur Vorsicht geraten: Es sei besser, Straßenbegleitgrün quasi als Sondermüll zu entsorgen. Diese Ansicht teilt Wolfgang Berger von der Pressestelle im Landesamt für Umwelt (LfU) nicht. „Natürlich könnte man auf den Gedanken kommen, dass Straßenbegleitgrün Sondermüll ist, weil man weiß, dass Pflanzen Schwermetalle aufnehmen“, sagt er. Laut einer Untersuchung der Gartenbauexperten Simone Seling und Peter Fischer sei eine Einordnung als Sondermüll jedoch unnötig.

Straßenbegleitgrün sollte im Sinne des Kreislaufwirtschaftsdenkens zurück in den Naturkreislauf gelangen; die in der Bioabfall-Verordnung genannten Schwermetallgehalte im Böschungsmähgut werden nicht überschritten. In der Analyse wurde die Belastung des straßennahen Grünschnitts auf Cadmium, Chrom, Kupfer, Quecksilber, Nickel, Blei, Platin und Zink untersucht. Von Relevanz war auch die jeweilige Verkehrsdichte. Bei 420 ermittelten Schwermetallgehalten wurde der Grenzwert nur 16 Mal, damit lediglich in knapp vier Prozent aller Fälle, überschritten.

Durch die Studie haben es Skeptiker laut Wolfgang Berger schwarz auf weiß, dass die generelle Einordnung von Grünschnitt als Sondermüll selbst auf viel befahrenen Straßen nicht notwendig ist. Eine Kompostierung ist den Autoren der Studie zufolge sowohl nach der Bioabfall- als auch nach der Düngemittel-Verordnung möglich. Auftraggeber der Untersuchung war das damalige Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Am Institut für Bodenkunde und Pflanzenernährung in Weihenstephan wurde Mähgut von Straßenbegleitgrün und Falllaub von Straßen im Landkreis Freising sowie Autobahnen im Großraum München auf Schwermetalle untersucht.

Im Jahr 2003 publizierten die Autoren ihre Studie. Deren Analysen zufolge gab es bei Cadmium nur zwei Mal bei einer Herbstmahd eine Überschreitung der Grenzwerte. Das Schwermetall gelangt durch Reifenabrieb und Dieselabgase in die Umwelt. Keine einzige untersuchte Sommermahd zeigte zu hohe Werte. Der Chromgrenzwert wurde nur in 3,3 Prozent der Fälle überschritten. Chrom gelangt durch Reifenabrieb, Lackreste, Korrosion und Altöl in die Umwelt. Der Quecksilber-Grenzwert wurde nie auch nur annähernd erreicht.

Obwohl die Proben zum Teil belastet waren, spricht nichts dagegen, das Mähgut als Ausgangsmaterial für die Kompostherstellung zu verwenden. Interessant ist, dass es laut der Studie einen Unterschied in der Belastung gibt, je nachdem, mit welchem Verfahren das Mähgut gewonnen wurde. „Das Mähverfahren beeinflusste die Schwermetallgehalte“, heißt es in der Analyse. Wurden die Proben mit dem Rechen statt mittels Absaugung gewonnen, waren sie geringer belastet.

Auch wenn es grundsätzlich okay ist, Straßenbegleitgrün zu kompostieren, ist dies nicht überall möglich, schränkt Wolfgang Berger ein: „Jedes Kompostwerk entscheidet, welches Material es annimmt.“ In Bayern gibt es mehrere Anlagen, die Straßenbegleitgrün akzeptieren. Im Landkreis Erlangen-Höchstadt ist das zum Beispiel die Kompostier-Betriebs GmbH in Medbach, in Main-Spessart das in Gemünden etablierte Humuswerk. Im Kreis Amberg-Sulzbach sind gleich drei Firmen bereit, Straßenbegleitgrün anzunehmen. Viele andere Kompostwerke allerdings akzeptieren lediglich Abfälle aus der Biotonne sowie Grüngut.

Mit Blick auf den Umweltschutz sollte der Grünschnitt am besten vor Ort verbleiben. Berger: „Da kann er sich dann über den Winter organisch zersetzen.“ Problematisch wird es dort, wo der Grünschnitt verweht zu werden droht. Dann wird es schwierig, mit Grünschnitt zu mulchen. Müssen ganze Bäume und Sträucher herausgenommen werden, werden diese Pflanzenabfälle meist einer energetischen Verwertung zugeführt.

Bayerische Kommunen erklären auf Nachfrage, dass „Straßenbegleitgrün“ für sie ein Thema von eher untergeordneter Bedeutung ist. „Nach unseren Erkenntnissen wird der überwiegende Teil der Grünabfälle von Privatpersonen aus Haus- oder Kleingärten zu den Grünabfallsammelstellen gebracht.“, sagt Juliane von Roenne-Styra, Pressesprecherin der Stadt Regensburg. Außerdem lieferten Dienstleister Grünabfälle aus der Freiflächenpflege von Wohnanlagen an die Grünabfallsammelstellen oder direkt ans Regensburger Kompostwerk.

Ob die Bioabfälle belastet sind, wird im Vorfeld der Kompostierung nicht überprüft. „Schadstoffanalysen durchzuführen, wäre bei unbewachten Sammelstellen und der Vielzahl der Anlieferer nicht realisierbar“, sagt von Roenne-Styra. Bei der Vermarktung des fertigen Komposts würden im Regelfall allerdings Gütebestimmungen, zum Beispiel jene der Bundesgütegemeinschaft Kompost, eingehalten: „Hierfür werden auch Analysen durchgeführt, denn ein schad- oder störstoffbelasteter Kompost wäre kaum vermarktbar.“ Zudem seien die Vorschriften der Bioabfallverordnung zu beachten.

Womöglich sind Anlieferungen durch Pflanzenschutzmittel oder Streusalz teils mit Schadstoffen belastet, so die Pressesprecherin. Bisher allerdings sei nicht bekannt, dass Probleme für einen Verwerter aufgetreten wären. Nach Auskunft des Kompostplatzes Regensburg sowie nach eigenen Erkenntnissen der Stadt wird der überwiegende Grünschnitt an den Autobahnen und Bundesstraßen derzeit gemulcht: „Das heißt, beim Mähen bleibt das Gras liegen.“ Holz aus der Gehölzpflege wird zu Hackschnitzeln verarbeitet.

Es sei nicht sehr wahrscheinlich, weiß man auch in Regensburg, dass Straßenbegleitgrün allzu stark belastet ist. Roenne-Styra: „Es sind zwar erhöhte Werte an Salz vorhanden, allerdings immer weit unter den zulässigen Werten.“ Bei der Kompostierung würden die Materialien vermischt, mögliche Schadstoffe dadurch stark „verdünnt“: „Und der fertige Kompost wird ja immer güteüberwacht und analysiert.“

Pat Christ



Mit Bindemittel und Frontkehrwalze in den Einsatz

Ab sofort geht ein neuer Mercedes-Benz Unimog 530 im Straßenbau in den Einsatz. Das „Universal-Motor-Gerät“ macht dabei seinem Namen alle Ehre! Der U 530 ist mit einem Tankaufbau und einer Frontkehrwalze ausgestattet. Der Tank fasst insgesamt 4500 Liter. Das Bindemittel wird mit einem speziellen Spritzbalken auf den Asphalt gebracht. Dieser ist teleskopierbar und erreicht eine Gesamtbreite von bis zu 4,60 Metern. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Lindner präsentiert neue Lintracs

Lintrac 95 LS und Lintrac 115 LS punkten mit neuen Perkins-Syncro-Motoren / Lastschaltgetriebe und Hochleistungshydraulik

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner erweitert seine Lintrac-Serie. Nach den stufenlosen Modellen Lintrac 90, 110 und 130 präsentiert Lindner jetzt die ersten Lintracs mit Lastschaltgetriebe. „Damit kombinieren wir die Vorteile des ZF-Schaltgetriebes aus Steyr mit den Stärken der Lintrac-Serie. Dazu zählen die Wendigkeit, der hohe Fahrkomfort und die leistungsstarke Hydraulik mit Verstellpumpe“, sagt Geschäftsführer Hermann Lindner.

Die neuen Modelle Lintrac 95 LS und Lintrac 115 LS sind die Nachfolger des Geotrac 94 ep bzw. des Geotrac 104 ep. Zum Einsatz kommen die neuen Perkins-Syncro-Motoren der Stufe 5. Die sind nicht nur besonders sauber, sondern auch sehr drehmomentstark. „Das ist gerade im steileren Gelände wichtig“, betont Lindner. Mit den LS-Modellen bietet Lindner Allroundtraktoren für Mischbetriebe in der alpinen Landwirtschaft an. Dank der guten Übersichtlichkeit eignen sie sich auch optimal für Frontladerarbeiten.

Der Lintrac 95 LS im Detail

In den Lintrac 95 LS baut Lindner einen 4-Zylinder-Perkins-Syncro-Turbodiesel ein, der 102 PS (75 kW) leistet. Das Drehmoment beträgt 430 Nm bei 1500U/min. Das 16/8-Gang-ZF-Lastschaltgetriebe aus Steyr verfügt über eine Zweifach-Lastschaltung. Die BOSCH-Rexroth-Hochleistungshydraulik mit Axialkolbenpumpe fördert 80 Liter / min. und punktet wie alle Lindner-Modelle mit getrenntem Ölhaushalt. Die Komfortkabine ist mit mechanischer Kabinenfederung ausgestattet.

Der neue Lintrac 115 LS

Der Perkins-Syncro-Motor im Lintrac 115 LS bringt es auf 112 PS (82 kW) und auf ein Drehmoment von 450 Nm bei 1500U/min. Auch beim Lintrac 115 LS setzt Lindner auf ein 16/8-Gang-ZF-Steyr-Lastschaltgetriebe mit Zweifach-Lastschaltung. Besonderen Fahrkomfort gewährleistet die TracLink-Kabine mit mechanischer Federung und dem Komfortsitz mit Luftfederung.

Bei beiden Traktoren hat Lindner eine 4fach-Zapfwelle im Programm. Die sorgt dafür, dass die optimale Zapfwellenumdrehung schon bei niedriger Motordrehzahl erreicht wird und die Traktoren auch für das Mähladen geeignet ist. Die Elektronische Hubwerksregelung (EHR) verfügt über eine automatische Zugkraft- und Lageregelung (AHC), die z.B. gleichmäßiges Pflügen erleichtert. ❒

Unimog-Service weiter gewährleistet

GZ-Umfrage unter bayerischen Generalvertretungen

Gerade in schwierigen Situationen müssen sich die Kommunalverwaltungen auf die Einsatzfähigkeit ihres Fuhrparks verlassen können. Die GZ fragte deshalb bei den bayerischen Unimog-Generalvertretungen nach, ob deren Service weiterhin gewährleistet ist. Die Antworten bei Carl Beutlhauser, Henne Nutzfahrzeuge, Ing. Kurt Herold, KLMV und Wilhelm Mayer sind identisch.

„Wir möchten unsere Kunden wissen lassen, dass wir für sie da sind und weiterhin den bestmöglichen Service bieten. Egal ob Verkauf, Service oder unser Ersatzteilbereich – alle Teams sind im Einsatz. Natürlich steht die Gesundheit und Sicherheit unserer Mitarbeiter, deren Familien, unserer Kunden sowie Lieferanten dabei immer im Vordergrund,“ darin sind sich die Unimog-Vertretungen einig.

Ist der Unimog Kundenservice weiterhin verfügbar?

Ja, derzeit sind alle Geschäftsbereiche uneingeschränkt verfügbar. Dazu gehören der Neu- und Gebrauchtverkauf sowie die Mietparks. Natürlich sind auch Service- und Ersatzteilteams weiterhin im Einsatz. Zum Teil ist auch der Vor-Ort-Verkauf von Ersatzteilen unmittelbar an den Standorten unter Wahrung der Sicherheitsvorkehrungen für Kunden und Personal möglich. Aktionen wie Hol- & Bringservice sollen die Situation zusätzlich erleichtern. Detailierte Informationen gibt es bei der jeweiligen Unimog-Generalvertretung.

Ist die Ersatzteilversorgung gewährleistet?

Ja, aktuell sind keinerlei Engpässe bei den Herstellern und Lieferanten bekannt. Wir können weiterhin wie gewohnt liefern und haben unsere Erreichbarkeit sogar noch erweitert.

Wie sieht es mit Veranstaltungen aus?

Alle kommenden Veranstaltungen sind abgesagt oder verschoben. Die IFAT 2020 ist vorerst verschoben auf den 07. bis 11. September 2020. Tickets behalten ihre Gültigkeit. ❒



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Mit dem Inkubator ist das ZDI-Trio am Würzburger Hubland komplett:

Passgenaue Räume für Firmengründer

Der Inkubator ist als dritter und somit letzter Baustein des Zentrums für Digitale Innovationen Mainfranken (ZDI) am Hubland an den Start gegangen. Das dreiteilige Gründerzentrum, das vor allem für Unternehmerinnen und Unternehmer in der Vorgründungsphase zuständig ist, zielt auf Start-Ups, die bei Einzug nicht älter als fünf Jahre sind.

Bei der Eröffnungsfeier im Skyline Hill Center lobte Oberbürgermeister Christian Schuchardt das Tempo in der Umsetzung. Der Inkubator ist nach der Eröffnung des Gründerlabors im Mai 2018 und der Tower-Einweihung im Juli 2018 nun der letzte Entwicklungsschritt den das ZDI vollzieht.

Alle „Stufen" des ZDI entstanden laut Schuchardt nach der Ausschreibung des Freistaates Bayern im Frühjahr 2016 in Rekordzeit in einer dynamischen und attraktiven Nachbarschaft. Ausschreibung, Planung, Baurecht, Bau und Inbetriebnahme erfolgten jeweils in kurzer Abfolge: „Wahrzeichen dieser rasanten Entwicklung ist – mehr noch als der Inkubator – der Cube. Der markante Würfel im Herzen des Hublands entstand in nur elf Monaten Bauzeit. An diesen Baustein knüpfen wir nun an und runden das Konzept ab."

Wenn man davon ausgeht, dass eine junge Firma idealtypischer Weise alle drei Komponenten des ZDIs durchläuft, wurde die letzte Stufe gerade „just in time" fertig, um die ersten „Absolventen" des Cubes mit ihren Prototypen aufnehmen zu können. Schuchardt zollte dem Team um Klaus Walther vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing großen Respekt, die Mission erfolgreich beendet zu haben.

Schuchardt machte deutlich, dass das ZDI in der guten Tradition der Würzburger Gründerzentren IGZ und TGZ stünde, der Zusatz „Mainfranken" aber die Dependancen und Partner in Schweinfurt, Bad Kissingen und Lohr unterstreiche. Die Bedeutung für die gesamte Region ließ sich auch an der Gästeliste nachvollziehen. Alle Partner des ZDIs konnten aufgrund der hohen Zahl schon bei der Veranstaltung nicht namentlich genannt, sondern nur auf einer Logowand eingeblendet werden. Unter: www.zdi-mainfranken.de findet sich das stetig wachsende Netzwerk.

Inhaltliche Arbeit im Fokus

Mit dem fertig gestellten Inkubator kann nun nach Jahren der intensiven baulichen Tätigkeit wieder die inhaltliche Arbeit im Fokus stehen. Es wird auf rund 900 Quadratmetern im Skyline Hill Center der IMG/WVV 30 Büros geben, die meisten mit einer Grundfläche von rund 20 qm für 400 Euro warm. Im Preis inkludiert sind W-LAN, Teeküche Lounge und Besprechungsräume. Zwölf Co-Working-Arbeitsplätze gibt es ebenfalls: Nebenkosten all inclusive für je 170 Euro. Stand heute ist bereits die Hälfte der Kapazität ausgebucht.

Projektleiter Klaus Walther und Dr. Christian Andersen, der Netzwerkmanager am ZDI, betonten, dass es aber nicht nur um adäquate Räume und technische Infrastruktur gehe, das ZDI-Umfeld biete auch unterschiedlichste Beratungs- und Vernetzungsangebote.

Zentral ist die Methode des Design Thinking, die hier von Experten vermittelt und weiterentwickelt wird. Hat eine Idee eine gewisse Reife, vielleicht aber noch nicht Marktreife, erreicht, stünden im Firmennetzwerk Partner für Experteninterviews bereit und auch die Mitstreiter am Hubland können stets zu Rate gezogen werden. Man könne über die Jahre auch die Seite wechseln – vom Geförderten zum Förderer, nannte Walther ein markantes Beispiel: Infosim ist heute ein international agierendes IT-Unternehmen mit Hauptsitz in Würzburg. Diese Firmenerfolgsgeschichte begleitete in den ersten Jahren das IGZ, heute unterstützt das Unternehmen das ZDI.

Das Gesamtprojekt ZDI hat ein Volumen von 7,5 Millionen Euro, von denen 5,2 Millionen vom Freistaat Bayern gefördert werden. Staatssekretär Roland Weigert vertrat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei der Eröffnung und erklärte das Konzept hinter diesem Gründerzentrum. Insgesamt sehe die Staatsregierung mit einer konsequenten Start-Up-Förderung dezentral im Flächenstaat eine gute Möglichkeit den Mittelstand und damit der gesamten Volkswirtschaft eine Frischzellenkur zu verpassen.

Weigert machte z. B. an der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen fest, dass die Spreizung zwischen Metropole und Peripherie in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen sei. Gründerzentren, nicht nur digitalen, komme hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Kooperation mit Bad Kissingen

In einem Video-Grußwort freute sich auch Staatsministerin Dorothee Bär über einen „Guten Tag für die Region". Aus ihrer Sicht besonders erfreulich ist die Kooperation mit Bad Kissingen und der Gesundheitsregion.

In die spezielle ZDI-Ausstattung der Räumlichkeiten im Skyline Hill Center flossen rund 190.000 Euro Förderung. Noch wichtiger dürften aus Sicht der Start-Ups aber die günstigen Mietkonditionen sein, die im Rahmen des ZDI langfristig und somit planungssicher gewährt werden. Die maximale Mietdauer beträgt fünf Jahre pro Firmengründung. Hier sind für die nächsten 15 Jahre rund 2,2 Millionen Euro Förderung veranschlagt. ❐



Digitalisierung. V.l.: Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann, Staatssekretär Roland Weigert, Projektleiter Klaus Walther vom Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg und Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Bild: Georg Wagenbrenner

Digitaler Bauantrag:

Landratsamt Passau macht sich bereit

Vieles geht schon digital am Landratsamt Passau. Einige Sachgebiete arbeiten bereits mit vollelektronischer Aktenführung. Nun befindet sich auch die Bauverwaltung auf der Zielgeraden der Digitalisierung. Ein Mammut-Prozess, wie die Verantwortlichen jetzt Landrat Franz Meyer berichteten.

Mehrere Mitarbeiter sind in einer Projektgruppe seit etwa eineinhalb Jahren mit dem Umstellungsprozess beschäftigt. Hauptverantwortlich ist Margarethe Resch-Fürst, die zusammen mit Christine Hilgart und den verantwortlichen Sachgebietsleitern Heinz Edholzer, Frank Emmer und Norbert Kellnberger die Umstellung auf das digitale Baugenehmigungsverfahren betreut.

„Zunächst stand die Einführung einer neuen Fachsoftware an, die ein digitales Verfahren überhaupt erst ermöglicht", erklärte Resch-Fürst. Die komplette Bauverwaltung (das betrifft etwa 30 Mitarbeiter) musste auf die neue Software umgestellt werden. Ebenso mussten Schnittstellen eingerichtet werden, um eine elektronische Kommunikation mit anderen Fachverfahren, wie zum Beispiel Buchhaltungssoftware, Geoinformationssysteme oder dem Eigentümerverzeichnis des Grundbuchamts zu ermöglichen.

Pilotkunde Landratsamt

„Wir haben uns dabei von den Spezialisten unseres Softwareanbieters unterstützen lassen", berichtete Resch-Fürst. „Der Anbieter hat die Software genau nach unseren Anforderungen immer wieder angepasst." Denn das Landratsamt Passau war Pilot-Kunde der Firma im Bundesland Bayern.

Als nächstes stand die schrittweise Einführung der elektronischen Bauakte und der elektronischen Fachstellenbeteiligung an. Für die Testfälle wurden Verantwortliche aus dem Bauamt ausgewählt, an deren Arbeitsplätze entsprechend große Bildschirme aufgestellt und ein spezieller Scanner angeschafft, der die Digitalisierung von großen Bauplänen bis zum Papierformat DIN A0 ermöglicht.

Beschleunigte Verfahren

Zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer trägt nun die parallel laufende Fachstellenbeteiligung bei. „Besonders bei Bauanträgen, bei denen wir mehrere landratsamtsinterne (z.B. Naturschutz, Umweltschutz, Wasserrecht) aber auch viele externe Fachstellen (z.B. Staatliches Bauamt, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Landesamt für Denkmalpflege, Gewerbeaufsichtsamt, Wasserwirtschaftsamt) beteiligen müssen, kann das die Verfahren beschleunigen", so Markus Baumgartner, stellvertretender Leiter des Sachgebiets Bauleitplanung und Bauordnung. Denn Anhörungen mit dem kompletten Bauantrag werden jetzt nicht mehr in Papierform nacheinander an die einzelnen Fachstellen verschickt, sondern stehen in einem Onlineportal des Landratsamtes zur Verfügung. Die zu beteiligenden Fachstellen können so ihre Stellungnahmen nun gleichzeitig bearbeiten.

Voraussetzung für ein zügiges Genehmigungsverfahren sei aber weiterhin, so die Mitarbeiter des Bauamts, dass der Antragsteller alle notwendigen Unterlagen bereits zu Beginn vollständig einreicht.

Einen großen Vorteil des digitalen Verfahrens sieht Landrat Franz Meyer auch im verbesserten Bürgerdialog und -service. Bei Nachfragen entfällt nun das mühsame Suchen von Papierakten, denn die digitalen Bauakten sind nun immer und an allen Arbeitsplätzen per Mausklick verfügbar. Zur weiteren Projektabwicklung und Optimierung stehe das Landratsamt Passau in engem Kontakt mit den Softwareentwicklern und dem Bayerischen Landkreistag, erklärte Bauamtsmitarbeiter Markus Baumgartner. „Denn nur so ist mittel- bis langfristig dann auch mit einem insgesamt schnelleren Baugenehmigungsverfahren zu rechnen."

Mit der Digitalisierung der Bauverwaltung sind derzeit auch viele andere Landratsämter beschäftigt. Vertreter anderer Kreisverwaltungsbehörden kommen deshalb demnächst nach Passau, um sich vor Ort einen ersten Eindruck zu verschaffen.

Landrat Meyer ist erfreut über die Verbesserungen und den gesteigerten Bürgerservice. „Sie haben damit in den letzten Monaten ein großes Stück Zukunft in unsere Verwaltung gebracht," sagte Meyer mit Blick auf die beteiligten Mitarbeiter und dankte für deren Engagement und Zusammenarbeit. ❐



Landrat Franz Meyer (3.v.r) ließ sich von den verantwortlichen Bediensteten Brigitte Irlinger (v.l.), Margarthe Resch-Fürst, Ernst Geiselberger, Markus Baumgartner, Reinhold Altmann, Christine Hilgart und Beate Lorenz über den Umstellungsprozess informieren. ❐

Projekt Denkwelt Oberpfalz

Auf Einladung von Albert Rupprecht, MdB, besuchte Marco Wanderwitz, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und frisch ernannter Ostbeauftragter der Bundesregierung, die Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung in Weiherhammer.

Der Staatssekretär informierte sich über das Projekt Denkwelt Oberpfalz (DWO), das die LUCE Stiftung gemeinsam mit der OTH Amberg-Weiden und der Stadt Weiden in Halmesricht auf einer Fläche von 20 Hektar bis 2024 entwickeln wird.

Innovativ und vernetzt

Projektleiter Severin Hirmer stellte die DWO als einen innovativen, vernetzten Ort vor, in dem das Forschen, Arbeiten, Lernen und Leben in der digitalen Zukunft modellhaft gestaltet werden soll.

Marco Wanderwitz war von den Plänen sehr beeindruckt – gerade auch aus bundespolitischer Perspektive: „Innovative Impulse wie die DENKWELT sind unbedingt auch von Seiten des Bundes proaktiv zu begleiten. Wir brauchen im Rahmen der digitalen Transformation neue Denkansätze und Umgebungen – auch außerhalb der Metropolen -, in denen diese modellhaft umgesetzt werden können."

Künftig soll die DWO auf Ministerialebene begleitet und es sollen gemeinsame Anknüpfungspunkte fixiert werden. Prof. Dr. Erich Bauer, Vorstandsvorsitzender der LUCE Stiftung, stellte abschließend fest: „Wir warten nicht, wir gehen in Vorleistung", und verwies auf den Science Parks C4 der LUCE Stiftung in Weiherhammer, in dem die Themen der DENKWELT Oberpfalz bereits vorbereitet werden. ❐

Bezirk Oberbayern:

Schutzschirm für Einrichtungen der Behindertenhilfe

Der Bezirk Oberbayern hat mit den Trägern der Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe großzügige Vereinbarungen getroffen, um die Corona-Krise finanziell zu überbrücken. „Wir spannen einen Schutzschirm über unseren Partnern auf", sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Keine Einrichtung darf jetzt in existentielle Nöte geraten. Damit haben unsere Partner den Kopf frei, die Herausforderungen engagiert und kreativ zu meistern."

Gleichzeitig habe der Bezirk Oberbayern damit die Weichen gestellt, so der Bezirkstagspräsident weiter, „dass jetzt niemand seinen Job verliert und nach dieser Ausnahmesituation alle in der gewohnten und bewährten Weise weiterarbeiten können. Wir werden weiterhin schnell, entschlossen und verantwortungsbewusst handeln, um die Ansteckung mit dem Corona-Virus einzudämmen. Dafür setzen wir im Bezirk Oberbayern all unsere Energien und Ressourcen ein."

Notangebote ermöglichen

Gemäß einer Verordnung des Bayerischen Gesundheitsministeriums wurden alle Werk- und Förderstätten für Menschen mit Behinderungen vorerst bis zum 19. April geschlossen. Die Einschränkungen gelten auch für Kindertagesstätten und weitere Einrichtungen der Behindertenhilfe. In dem Erlass ist auch geregelt, dass die Einrichtungen Notangebote offenhalten können, damit beispielsweise Kinder des medizinischen Fachpersonals weiter betreut werden können. Soweit es die derzeitigen Umstände erlauben, versucht der Bezirk Oberbayern deshalb gemeinsam mit den Trägerverbänden Notangebote etwa in Heilpädagogischen Tagesstätten sowie Werk- und Förderstätten zu ermöglichen.

Kompetente Beratung

Auch viele Beratungsstellen wie die Sozialpsychiatrischen Dienste und Suchtberatungen können nicht mehr wie gewohnt arbeiten. Hier werden vielfach vor Ort alternative Beratungsmöglichkeiten etwa per Telefon oder E-Mail ausprobiert und angeboten. Auch die Leitstelle des vom Bezirk Oberbayern finanzierten Krisendienstes Psychiatrie ist wie gewohnt unter 0180/ 655 3000 erreichbar. „Durch diese Krise geraten viele Menschen in seelische Extremsituationen", sagte der Bezirkstagspräsident. „Beim Krisendienst haben sie hochkompetente Ansprechpersonen, um über ihre Sorgen und Ängste zu sprechen."

Des Weiteren unterstütze der Bezirk Oberbayern auch die Träger von Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen, „damit sie vor Ort die noch kommenden Herausforderungen zusammen mit uns meistern können". Mederer erklärte: „Gemeinsam mit den Trägern aller Einrichtungen und Dienste müssen wir die Lage jeden Tag neu bewerten. Unser Ziel ist es, die Mitarbeitenden sowie die Besucherinnen und Besucher umfassend zu schützen. Deshalb kann es zu weiteren Einschränkungen kommen, für die ich alle um ihr Verständnis bitte." ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Frauen in die Parlamente:

„Nach der Wahl ist vor der Wahl!“

Dieses Motto von Barbara Stamm, ehemaliger Landtagspräsidentin in Bayern, gilt auch nach der Kommunalwahl 2020 in Bayerns Kommunen. Der Anteil an Frauen im Bürgermeisteramt steigt weder in Bayern noch bundesweit signifikant an, obwohl das Thema „Mehr Frauen in Führung“ seit Jahren nicht nur in der Politik, sondern auch in Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft in aller Munde ist. Das Buch „Bürgermeisterin werden – Fahrplan ins Amt. Praxistipps und Coachingtools“ (Richard Boorberg Verlag Stuttgart 2019) von Dr. Hanne Weisensee gibt Impulse und zeigt Wege auf, wie Frauen ihren „Weg ins Rathaus“ überlegt und fokussiert angehen können. Die Autorin hat mit Barbara Stamm über Erfahrungen, Strategien und Gestaltungsmacht als Frau in der Politik gesprochen.

Was am Oberbürgermeisteramt hat Sie besonders gereizt, als Sie 1990 in Würzburg angetreten sind?

Mir hat generell die Stadtratsarbeit vor Ort viel Freude bereitet: Nah am Geschehen, in der direkten Begegnung mit den Menschen und in der Übersichtlichkeit und Intensität der konkreten Themen. Eine Stadt mit den Menschen gemeinsam zu gestalten und zu entwickeln - dazu ein Rathaus mitten in der Stadt -, das hat mich sehr gereizt. Ich schätze die Nähe zu den Menschen und habe sie in allen meinen Ämtern und Funktionen immer gesucht. Tagsüber Gespräche, die Akten dann in den Abendstunden.

Was sagen Sie zu Frauen, die überlegen anzutreten?

Durchatmen und antreten! Frauen müssen sich bemerkbarer machen. Sie müssen zeigen, wir sind da! Mit viel Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein an Politik heran gehen. Und Macht anstreben: Macht im Sinne von Verantwortung den anderen gegenüber, ausgehend von der Würde des Menschen. Aber ohne Macht geht eben nichts. Macht im guten Sinne ist ein Instrument, um verantwortungsvoll zu arbeiten. Davor dürfen Frauen nicht zurückschrecken.

Denken Sie, dass Frauen im (Ober)Bürgermeisteramt andere Akzente setzen als Männer? Wieso brauchen wir überhaupt mehr als 10 % (Ober-)Bürgermeisterinnen?

Ich erlebe, dass Frauen noch mal andere Akzente setzen. Das heißt nicht, dass sie alles besser machen. Aber sie ergänzen Politik und die Gestaltung der Kommunen um ihre Erfahrungen und Lebenswirklichkeiten. Die Bandbreite der Themen wächst und es gibt eine andere Akzentuierung. Beispiel Pflege: Wenn ich selbst Angehörige pflege oder gepflegt habe, blicke ich anders auf das, was Beschäftigte in Pflegeberufen tun und benötigen. Ich bringe zusätzliche Aspekte in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Ich weiß aber auch konkret aus Erfahrung, was Ältere oder Kranke Menschen in meiner Stadt brauchen, um dort gut leben zu können und gut versorgt zu sein. Das bereichert.

An einen Runden Tisch gehören alle Betroffenen.

Auch der Stil und Umgang in Politik und Kommune kann sich ändern. Frauen sagt man eine spezifische Kommunikationsfähigkeit nach. So habe ich schon immer zu Runden Tischen eingeladen und diese moderiert: Alle, wirklich alle, die von einem Thema tangiert waren, mussten dabei sein. So konnten die Schnittstellen bei strittigen Themen herausgearbeitet und Kompromisse gefunden werden. Mein Motto war immer: „Wir sind hier beieinander, um auszuloten, was geht. Und nicht um darüber zu sprechen, was alles nicht geht. Das ist im Vorfeld schon ausreichend geschehen.“ So konnte ich viele Probleme lösen. Solche Fähigkeiten können Frauen in Spitzenfunktionen gut einbringen.

Wie kann erreicht werden, dass mehr Frauen kandidieren?

Es ist grundsätzlich wichtig, dass Menschen für politische Ämter kandidieren und ihre Fähigkeiten, ihr Wissen und ihre Vielfalt einbringen. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Heute müssen wir als Verantwortliche in Parteien und Kommunen uns stärker bemühen, genauer hinschauen und mögliche Kandidat*innen umfassender ansprechen. Gerade Frauen müssen ermutigt werden. Ein zentrales Mittel ist Mentoring: Erfahrungen weiterzugeben, mit Rat zu unterstützen, Hintergrundwissen zu vermitteln – das stärkt interessierte Frauen. Ich habe und hatte immer Mentees, die ich ein Stück



Barbara Stamm. Bild: Hipp

begleitet habe. Im Landtag habe ich mich kontinuierlich für Praktikant*innen bei den Abgeordneten und in der Landtagsverwaltung eingesetzt. Diese Aufgabe fällt in der Kommune dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin zu. Das muss von oben gewollt und gestaltet werden. Da liegt die Verantwortung. Wir müssen den Frauen Lust auf politische Gestaltung machen. Und ihnen ihre Verantwortung bewusst machen. Darüber hinaus benötigen wir generell eine bessere und umfassendere politische Bildung: Grundkenntnisse über Demokratie, die Bayerische Verfassung und wie ein Parlament konkret arbeitet.

Was müssen Parteien, politische Vereinigungen, Städte-, Gemeinde- und Landkreistage oder Parlamente auf allen Ebenen dafür anders machen als bisher?

Das Sichtbarmachen von Frauen in politischen Spitzenämtern ist eine Kernaufgabe. Bei der Besetzung von Gremien, Listen und Podien müssen die Verantwortlichen – Frauen wie Männer – darauf achten, dass nicht nur eine oder wenige Alibifrauen zu sehen sind, sondern dass das vorhandene Potenzial voll ausgeschöpft wird. Wir müssen diejenigen unterstützen, bei denen wir sehen, die tun der Kommune gut und schauen, wo wir jemanden Herausragenden haben. Frauen finden wir oft im vorpolitischen Feld. Sie müssen wir ansprechen und gewinnen.

Verantwortung der kommunalen Spitzenverbände

Wir in den Spitzenfunktionen müssen darauf aufmerksam machen, wenn zu wenige Frauen vorgeschlagen oder sichtbar werden. Wir können Veranstaltungen mit reinen Männerpodien boykottieren oder Vorschlagslisten mit nur wenigen Frauen ablehnen. Journalistinnen sollten keine Podien mehr moderieren, auf denen nur eine Frau vorkommt. Es sind heute genügend gute Frauen vorhanden. Und die engagierten Frauen müssen das auch wollen: Sichtbar sein und sich öffentlich darstellen. Vorbild sein für Frauen, die Rollenvorbilder suchen. Und hier sehe ich eine Verantwortung des Städte-, Gemeinde- und Landkreistages: Die Gruppe der (Ober-)Bürgermeisterinnen in Bayern sichtbar zu machen. Als Berufsgruppe, aber auch in ihrer Vielfalt - und damit das Bürgermeisteramt als reelle Berufsoption für engagierte Frauen aufzuzeigen. Die Amtsinhaberinnen müssen sich gut vernetzen. Am besten über die politischen Ebenen hinweg – und mit den Männern, die eine angemessen Beteiligung von Frauen an Kommunalpolitik für selbstverständlich halten.

Was sollten Frauen anders machen als bisher?

Weniger kritisch mit sich selbst und anderen Frauen umgehen. Sich Ämter und Machtgestaltung zutrauen. Man muss nicht schon alles können und mitbringen, bevor man kandidiert. Man kann und darf in ein Amt auch hineinwachsen. Mit dem Zögern und dem hohen Anspruch an sich selbst, stehen sich Frauen auch im Weg. Und ganz wichtig: Sich vernetzen. Lobbyarbeit in Sachen „Mehr Frauen in Führung“. Der Austausch untereinander stärkt. Und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern.

Wie muss das (Ober-)Bürgermeisteramt der Zukunft ausgestaltet sein, um überhaupt noch qualifizierten und ausreichend Nachwuchs zu gewinnen?

Darüber muss gesprochen werden. Sitzungszeiten und Sitzungskultur in der Politik schrecken Frauen durchaus ab. Auch die umfassende Verfügbarkeit und die Arbeitszeiten rund um die Uhr werden als Belastung angesehen – nicht nur von Frauen. Alle in der Politik sollten anfangen, offen damit umzugehen, wenn Termine im privaten Bereich anstehen: Nicht mehr als Floskel sagen „ich habe noch andere Verpflichtungen“. Sondern benennen, wenn es um Termine mit der Familie oder dem Freundeskreis geht. Einfach, um sichtbar zu machen, dass auch Menschen in der Politik Menschen sind, die ein Recht auf ein Privatleben haben. Das wäre schon ein erster großer Schritt.

Zudem Job-Sharing auf allen Führungsebenen nicht nur zu diskutieren, sondern es als Chef*in zuzulassen und zu fördern. Ich war und bin der Auffassung, man muss Dinge probieren und praktizieren statt zu erklären, was alles angeblich nicht geht. Unsere Gesetze lassen hier bereits genügend Spielraum, der aber von den Verantwortlichen oft nicht zugestanden oder genutzt wird.

Was ist Ihr Fazit zu der Frage, wie wir mehr Frauen in politische Führungsfunktionen bekommen?

Mein Fazit aus meiner politischen Laufbahn als Frau in Führungsämtern hat zwei Botschaften. Die eine Botschaft lautet: „Man darf nicht müde werden“. Köpfe und Kultur in der Politik müssen sich bewegen, Frauen müssen sich trauen und Macht einfordern. Die andere Botschaft lautet: „Geduld haben wir genug gehabt!“. Wir als Gesellschaft müssen nun endlich verstehen, dass wir Frauen gleichberechtigt einbinden und ihr Potenzial nutzen müssen. Wir brauchen dringend ihre Erfahrungen, ihr Können und ihr Wissen. Wir können darauf nicht verzichten. Darum an alle: „Hört auf zu lamentieren, nutzt eure Chance!“ ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Unglaublich, wie sich unser Leben gewandelt hat. Wie leicht es ist, sich auf eine neue Arbeitswelt umzustellen und wie schwer es ist, auf alltägliche Begegnungen zu verzichten. Nichts ersetzt den Ratsch am Kaffeeautomaten im Büro!“ Mein Chef, der Bürgermeister, meldet sich regelmäßig per Video oder Telefonkonferenz bei uns.

Er musste sich nicht in Quarantäne begeben, aber er hat die Devise ausgegeben, dass jeder, der von zuhause aus arbeiten kann, dies auch machen soll. So vermeidet man nicht nur den Kontakt im Büro, sondern auch in Bussen und Bahnen. Deshalb werden die Geschicke der Stadt derzeit aus den Wohnzimmern, Küchen, improvisierten Arbeitszimmern in Fluren und Kellern des Bürgermeisters, der Amtsleiter und eigentlich der

Vom Zwang, Gewohnheiten zu ändern

Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelenkt. Denn Publikumsverkehr haben wir ja so gut wie keinen mehr. Und Stadtratssitzungen sollten eh keine mehr bis zur Konstituierung des neuen Stadtrates stattfinden.

Man merkt allerdings schon, dass der Job eines Kommunalpolitikers zu einem Großteil aus Kommunikation besteht, die ja jetzt in Zeiten der Corona nicht wie üblich stattfinden kann. Keine Bürgersprechstunde, keine Ortsbesichtigungen, keine Gremiensitzungen – der Terminkalender des Bürgermeisters ist wie leergefegt. Dafür immer mehr Telefontermine, Videochats und umfangreiches E-Mail-Ping-Pong, wenn es nicht gelingt, mit dem benötigten Gesprächspartner auf andere Weise in Kontakt zu kommen.

Wider Erwarten sind sowohl die häuslichen WLAN-Verbindungen als auch die mobilen Daten bisher noch nicht zusammengebrochen und halten dem Ansturm der vielen zu übertragenden Gespräche ebenso Stand wie den gefühlt Millionen von Memos, Videoclips, Audiobotschaften und was noch alles, das die Leute aus der Isolation über Messenger- oder andere soziale Netzwerke in die Community schicken.

Eigentlich gibt es beim ganzen Homeoffice nur drei Probleme. Erstens der Mangel an Bewegung. Man sitzt ja andauernd vor dem Bildschirm, hackt auf seine Tastatur ein oder telefoniert. Kein kurzer Abstecher zum Kollegen, um ihm was zu bringen oder etwas abzuholen, kein Außentermin, kein schnelles Treffen mit einer Freundin in der Mittagspause. Stattdessen reduziert sich das Leben auf die Wege vom Arbeitsplatz zur Küche oder mal kurz vor die Tür zum einsamen Luftschnappen.

Das bringt uns zum zweiten Problem: Gewichtszunahme. Der Kühlschrank ist ja voll und erreichbar. Der Trick, in die Arbeit einfach keine Schokolade oder Chips mitzunehmen, funktioniert zuhause nicht, weil beides ja zum Fernsehabend oder zur Bestechung der Kinder im Hause sein muss. Und weil mir kochen nach dem Homeoffice genauso auf den Wecker geht wie nach einem stressigen Tag im Rathaus, gibts abends was Geliefertes, statt mittags ein Schüsselchen von der Salatbar der Kantine.

Und dann Problem Nummer drei: Partner und Kinder. Sowohl die Arbeitswelt, also auch die Schule wurden ja geschaffen, damit Menschen, die sich lieben, zwischen fünf und zehn Stunden an fünf Tagen der Woche sich nicht auf der Naht liegen. Ist dies nicht mehr gegeben, gibt es Reibereien. Kinder kann man noch mit Lernen dahoam etwas ablenken. Der Bayerische Rundfunk hat mit seinem Bildungsprogramm in diesen Tagen einen Verdienstorden und höhere Gebührenanteile ohne Gemecker verdient. Youtube macht nicht nur dumm, sondern kann auch schlau machen, wenn man richtig suchen kann und mebis hilft dabei, den Kindern Alltagsgeschichte nahezubringen. Wer seinen Kindern erklären will, wie lange es früher gedauert hat, bis man sich mittels Modem ins Internet eingewählt hat, wie lange Seiten gebraucht haben, um sich aufzubauen und wie oft Windows früher aus heiterem Himmel abgestürzt ist, der setzt die Kids einfach vor mebis.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist schon weiter. Er hofft auf eine Rückkehr ins Büro nach Ostern. Natürlich mit Schutzmaske. Dann heißt es wohl mit dem Schriftsteller Otto Erich Hartleben: „An der Maske, die wir uns vorbinden, erkennt man uns“.

Allen, die die Stichwahl am Sonntag siegreich überstanden haben, gratuliere ich herzlich.

Ihre Sabrina

Beratungsangebote für psychisch kranke Menschen

Notfallversorgung wird auch während der Ausgangsbeschränkung aufrechterhalten

Die Corona Krise stellt unsere Gesellschaft vor viele neue Herausforderungen. Gerade in krisenhaften Zeiten, wie wir sie momentan erleben, drohen besonders psychisch labile Personen in eine seelische Notlage zu geraten. Deshalb ist es wichtig, dass die Beratungsangebote der Sozialpsychiatrischen (SpDi) und Gerontopsychiatrischen (GpDi) Dienste, die psychosozialen Suchtberatungsstellen (PSB), aber auch die Tagesstätten für psychisch kranke Menschen, und andere wichtige Unterstützungsangebote für die Betroffenen und gegebenenfalls deren Angehörige erreichbar bleiben.

Das Bayerische Sozialministerium teilt diese Auffassung aus fachlicher Sicht. In besonders dringenden Fällen sollte auch weiterhin eine Einzelberatung bei entsprechender Einhaltung von Hygienevorschriften ermöglicht werden, dazu gehört auch Abstandhalten. Eine Idee, die uns berichtet wurde, ist, mit der Klientin bzw. dem Klienten während des Gesprächs im Freien spazieren zu gehen. Das Bayerische Sozialministerium hat um maßvolles Handeln gebeten. Um die Inanspruchnahme der Leistungen auf dringend erforderliche Fälle zu beschränken, muss stets vor Ort eine individuelle Abwägung getroffen werden. In allen Fällen ist zunächst zu prüfen, ob eine Leistung auch telefonisch oder online erbracht werden kann.

Gruppenangebote sollen auf das allernötigste Maß heruntergefahren oder wenn möglich ganz abgesagt werden. Deswegen ist zum Beispiel bei Kontakt- und Begegnungsstätten und Tagesstätten jeweils situativ in Abstimmung mit dem Bezirk und gegebenenfalls mit dem zuständigen Gesundheitsamt zu entscheiden, welche Angebote aufrechterhalten werden können und welche nicht. Dadurch freiwerdende Personalressourcen können dann für die individuelle Beratung per Telefon oder E-Mail eingesetzt werden.

Videoangebot

Die Dienste sollten auch den Aufbau eines Videoangebots überlegen. Gerade für neue Klienten, zu denen noch kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden konnte, kann es hilfreich sein, die beratende Person zusehen. Die Klienten benötigen lediglich ein Smartphone. Auf Beraterseite ist ein EDV-Arbeitsplatz mit Kamera erforderlich. Gegenwärtig bieten viele Firmen günstige Software für Videokonferenzen an. Auch in Krisenzeiten sollte beim Videoangebot der Datenschutz beachtet werden. Wir empfehlen, die für den Bereich niedergelassener Ärztinnen und Ärzte zertifizierten Angebote vorrangig in den Blick zunehmen. Als hilfreich haben sich die Informationen auf der Seite des healthinnovation hub des Bundesministeriums für Gesundheit erwiesen. Diese sind unter www.hih-2025.de/coronaabrufbar.

Die Beratungstätigkeit der SpDi und PSB, insbesondere für die betreute Kernklientel, sowie Angebote zur Krisenversorgung müssen unbedingt aufrechterhalten werden – sie sind vielleicht im Moment sogar wichtiger denn je. Wir freuen uns über jede kreative Lösung, die hier gefunden wird, und regen an, sich darüber in den regionalen Netzwerken auszutauschen.

Der Krisendienst Mittelfranken hat zwar seine direkten Kontakte eingestellt, für Telefon- und Onlineangebote bestehen die bisherigen Öffnungs- und Angebotszeiten (täglich von 9 bis 24 Uhr) aber unverändert weiter. Das türkisch- und russischsprachige Angebot konnte auf diese Weise ebenfalls aufrechterhalten werden.

Der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern bietet weiterhin die Rund-um-die-Uhr erreichbare telefonische Beratung und in besonders dringenden Fällen auch die vor Ort aufsuchenden Dienste an. Hier wird aber versucht, die persönliche Beratung vor Ort entweder in den Räumen eines Sozialpsychiatrischen Dienstes durchzuführen, oder die Einsatzkräfte treffen sich mit dem Betroffenen im Freien.

Celia Wenk-Wolff
Referentin BayerischerBezirketag

Sozialausschuss des Bezirks Niederbayern:

Neue Vorschriften, steigende Kosten

Neue Vorschriften und die Folgen für das Personal in Heilpädagogischen Tagesstätten und Kinderwohnheimen, die Versorgung von Geflüchteten sowie die Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen standen u.a. auf der Agenda der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses des Bezirks Niederbayern in Landshut.

Unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich wurde der Ausschuss über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt. Es zeichnet sich ein deutlicher Zuwachs an Planstellen im Gruppen- und Fachdienst ab. Damit verbunden ist ein drastischer Kostenanstieg.

Das Beispiel einer Heilpädagogischen Tagesstätte mit 160 Kindern veranschaulicht dies ganz konkret: Bis dato refinanzierte der Bezirk Niederbayern 18,8 Planstellen im Gruppen- und Fachdienst für 140 Kinder mit jährlich rund 1,2 Millionen Euro. Die im Entwurf vorliegende Betriebserlaubnis weist nun eine Erhöhung des Budgets um etwa 54 Prozent auf rund 1,85 Millionen Euro aus. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung in der Hochrechnung für die derzeit 1.470 heilpädagogisch betreuten Kinder in Niederbayern eine Steigerung der Refinanzierung von Gruppen- und Fachpersonal von etwa 5,9 Millionen Euro.

Bei den Kinderwohnheimen ergab sich eine Steigerung des Personalbudgets von rund 24 Prozent. Das Gesamtvolumen der Refinanzierung für die 200 derzeit in Kinderwohnheimen betreuten Kinder wird sich voraussichtlich um rund 2,4 Millionen Euro erhöhen. Insgesamt ist durch die Umsetzung der Richtlinie eine Steigerung an Personalausgaben von rund 30 Prozent im Bereich Kinder- und Jugendliche zu erwarten.

Stichwort Versorgung von Geflüchteten: Studien belegen, dass rund ein Drittel der erwachsenen Flüchtlinge unter psychischen Erkrankungen leiden. Diese schwerwiegenden Erkrankungen aufgrund traumatischer Kriegs-, Folter- oder Fluchterfahrungen beeinträchtigen die Menschen bei der Integration. Doch es gibt zu wenig Behandlungsplätze und entsprechend geschulte Therapeuten.

Um diese Situation abzumildern, kümmert sich Refugio München in Landshut bereits seit 2008 in Kooperation mit dem Haus International mit Honorarkräften bzw. einer angestellten Therapeutin um eine ambulante psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Geflüchteten. Aufgrund des hohen Bedarfs in Niederbayern wurde 2018 ein multiprofessionelles Behandlungszentrum ins Leben gerufen, das eng mit Einrichtungen der Gesundheitsversorgung wie etwa dem Bezirkskrankenhaus (BKH) Landshut vernetzt ist.

Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Niederbayern beschloss, Refugio in Landshut jährlich mit 73.025 Euro zu unterstützen. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Leistung des Bezirks.

Nach den einschlägigen Förderhinweisen für Werkstätten für behinderte Menschen sind die Kostenoberrichtwerte für Baukosten entsprechend dem Baukostenindex jährlich anzupassen. Im Januar gab das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration die Anpassungen für Projekte des Jahresförderprogramms 2020 bekannt. Demnach erhöhen sich die Richtwerte für Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen in Werkstätten von 48.000 Euro auf 50.300 Euro pro Platz und für Umbaumaßnahmen von 36.000 Euro auf 37.700 Euro pro Platz. Die Ausstattungspauschale von 4.000 Euro pro Platz bleibt unverändert.

Folgende drei Einrichtungen/Projekte in Niederbayern waren von den Anpassungen betroffen: Werkstatt für behinderte Menschen in Landau a. d. Isar (Modernisierung und Teilneubau von 120 Plätzen), Werkstatt für behinderte Menschen in Pocking (Erweiterung um 90 Plätze und Modernisierung von 200 Plätzen) sowie Siedlung Bühel, Schwarzach (Erweiterung im 2. Bauabschnitt um 8 auf insgesamt 50 Plätze).

Der Sozialausschuss genehmigte die sich aus der Erhöhung der Kostenobergrenzen ergebenden Differenzen für die genannten Einrichtungen. Zugestimmt haben die Ausschussmitglieder auch dem Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die Modernisierung und den Teilneubau der Werkstatt in Landau. **DK**

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 17. April 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunale Bauthemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Prominenter Besuch in Gerolzhofen

Schnelles Internet in den Dörfern, flächendeckender Mobilfunk, Digitalisierung: Diese Megathemen wurden beim Besuch der Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, in Gerolzhofen besprochen.

Auf der Agenda stand eine Besichtigung der „K&K Software AG", die heuer 20-jähriges Jubiläum feiert: Gründer Arnulf Koch sprach eine bessere Vernetzung mit den Hochschulen an, um auch abseits der Hochschulstädte für qualifizierte Mitarbeiter attraktiv zu sein. Daneben sei auch fernab der Großstädte eine hervorragende Breitbandverbindung wichtig, um als Unternehmen aus dem ländlichen Raum heraus wirtschaftlich erfolgreich agieren zu können. „Das schafft Arbeitsplätze und wirkt der Landflucht entgegen."

Diskutiert wurde auch das geplante Gründerhaus in der Gerolzhöfer Altstadt. Dorothee Bär und Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber sagten Bürgermeister Thorsten Wozniak hier entsprechende Unterstützung zu - auch bei der Suche nach den richtigen Fördermöglichkeiten. Den Blick auf die kleinen Dörfer im Landkreis richtete Landratskandidat und Bürgermeister Lothar Zachmann: Für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes gehe es auch darum, Mobilfunklöcher zeitnah zu schließen. ❒

Erster Klimagipfel im Landkreis Erding:

Global denken, lokal handeln

Aktuelle Fragestellungen und Vorschläge zum Klimaschutz auf Landkreisebene standen im Zentrum des 1. Klimagipfels im Landkreis Erding. Eingeladen waren neben allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch die Mitglieder der „Fridays for future", der Bund Naturschutz und die Energiewende Kreis Erding e.V.

Klimaschutzmanager Michael Perzl skizzierte eingangs die wesentlichen Aspekte des neuen Klimaschutzatlas, der als eines der Ziele für den Landkreis die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 vorsieht. Wie Landrat Martin Bayerstorfer hierzu erläuterte, werde im Landkreis Erding bereits deutlich mehr Strom aus regenerativen Quellen produziert als verbraucht. Mithilfe der Geothermie können im Bereich Wärme beispielsweise 13.000 Tonnen CO2 und 8 Millionen Liter Heizöl jährlich eingespart werden. Es gelte, weitere Potenziale zu nutzen. Unter anderem sind für das kommende Jahr die Etablierung eines Klimaschutzpreises und die Prüfung alternativer Antriebsmodelle im ÖPNV geplant.

Ladenetz im Visier

Wie Bayerstorfer weiter ausführte, seien die Themen Klimaschutz und Energiewende nicht nur Angelegenheiten der Bundes- und Landespolitik sowie der großen Energieversorger, sondern auch Aufgabe der Landkreise und Kommunen. Hier gelte das Motto: Global denken – lokal handeln. Der Landkreis Erding habe bereits neun hochmoderne Elektroladesäulen (2 x 22 kW) an verschiedenen Liegenschaften des Landkreises installiert, um die Nutzung von E-Fahrzeugen noch attraktiver zu machen. Die EnergieVisionErding GmbH hat dazu ein umfassendes Gesamtkonzept für den Aufbau und Betrieb eines zukunftsfähigen Ladenetzes erstellen lassen.

Über die EVE GmbH soll zusätzlich die Errichtung von Photovoltaikprojekten auf öffentlichen Gebäuden oder Flächen wie der Kreismülldeponie im Sollacher Forst weiter vorangetrieben werden. Installiert wurden bereits Anlagen auf dem Dach der Realschule Taufkirchen, dem Gastronomiezentrum der Berufsschule Erding und dem Gymnasium Dorfen sowie der Landwirtschaftsschule.

Die Teilnehmer des Plenums erörterten im Anschluss verschiedene Aspekte aus den Themenkomplexen Energieerzeugung, Mobilität und Ressourcen. Angeregt wurde etwa, dass die Landkreiskommunen künftig auf allen öffentlichen Gebäuden PV-Eigenverbrauchsanlagen errichten sollen. Im Bereich der Mobilität wurden die Förderung von Mitfahrzentralen sowie Taxi-Apps vorgeschlagen.

Bayerstorfer erläuterte die Initiative Handyhike des MVV, an der sich auch der Landkreis Erding beteiligen wird. Dabei handelt es sich um eine Art organisierte Fahrgemeinschaft, die sowohl für den Fahrer als auch für Mitfahrer größtmögliche Sicherheit verspricht. Mehr Beratung für die Energieeinsparung bei der eigenen Immobilie wünschte sich eine weitere Diskussionsteilnehmerin, die umgehend an die kostenlose Energieberatung im Landratsamt Erding verwiesen wurde. **DK**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

FAHNEN KÖSSINGER
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. April 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 1/2







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Kabinettssitzung in Corona-Zeiten: Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Florian Herrmann; zugeschaltet für die Videokonferenz sind die Mitglieder des bayerischen Kabinetts. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Bayerisches Kabinett:

Aspekte der Corona-Virus-Pandemie

Der Ministerrat hat sich in den vergangenen Sitzungen mit unterschiedlichen Aspekten im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie beschäftigt. Dabei lag das Augenmerk insbesondere auf den Themen Wirtschaft und Finanzen sowie Gesundheit und Soziales.

Stichwort Wirtschaft und Finanzen: Um Unternehmen der Realwirtschaft, die gerade für den Wirtschaftsstandort Bayern besonders relevant sind, auch im Falle eines länger andauernden, Corona-bedingten Shut-Downs zu stabilisieren, hat die Bayerische Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur beschlossen. Die Struktur des BayernFonds orientiert sich dabei am Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes.

Eckpunkte

Der Gesetzentwurf enthält insbesondere folgende Eckpunkte:

• Mindestgröße der stabilisierten Unternehmen: Bilanzsumme oder Umsatzerlöse größer als 10 Mio. Euro, mindestens 50 Arbeitnehmer (2 von 3 Kriterien müssen erfüllt sein). Startups müssen in einer abgeschlossenen Finanzierungsrunde von privaten Kapitalgebern mit mindestens 5 Mio. Euro einschließlich des durch diese Runde eingeworbenen Kapitals bewertet worden sein.

• Keine Obergrenze, damit Überschneidungen mit Konzept des Bundes möglich; aber keine Stabilisierung aus BayernFonds, wenn Unternehmen bereits Hilfe vom Bund aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds erhält oder vom Bund aus beihilferechtlichen Gründen keine Stabilisierungsmaßnahme nach dem Stabilisierungsfondsgesetz erhalten hat.

• Einhaltung beihilferechtlicher Vorgaben bei Konditionen und Auflagen der Maßnahmen

• Der BayernFonds erhält ein Volumen von insgesamt 60 Mrd. Euro (Ermächtigung zur Kreditaufnahme von 20 Mrd. Euro und zusätzlichem Garantie- bzw. Bürgschaftsrahmen von 40 Mrd. Euro). Er wird in gemeinsamer Zuständigkeit von Finanz- und Wirtschaftsministerium umgesetzt.

• Errichtung einer Bayerischen Finanzagentur GmbH zur Verwaltung des Sondervermögens des BayernFonds. Die Errichtung soll unter Einbeziehung vorhandener Strukturen erfolgen und so eine schnelle Einsatzfähigkeit des BayernFonds ermöglichen.

• Verschärfung des Investi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Deutscher Landkreistag:

Nüchternheit in der Krise

Der Deutsche Landkreistag ruft die Bevölkerung auf, mit Blick auf die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus weiterhin Geduld zu haben. „Noch müssen wir durchhalten", erklärte Präsident Landrat Reinhard Sager. Umso mehr müsse die Politik in der Zeit bis dahin an Ausstiegszenarien arbeiten mit dem Ziel, absehbar stufenweise wieder zur Normalität zurückzukehren.

Die drängenden Fragen beträfen die Kapazitäten des Gesundheitssystems, die Beschaffung von Schutzausrüstung für den medizinischen Bereich und möglichst viele Masken. Parallel müsse die Politik eine Vorstellung davon entwickeln, wie es gelingen könne, den wirtschaftlichen und alltäglichen Stillstand zu überwinden, natürlich ohne unverantwortliche Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung einzugehen. „Der Schutz der Bevölkerung ist eine Selbstverständlichkeit, so dass an unserer bisherigen Strategie zur Eindämmung des Virus und damit zur Steuerung der Belastung der Krankenhäuser nicht zu rütteln ist. Dieses Vorgehen geht bislang gut auf, was die Zahlen der Neuinfektionen belegen", betonte Sager.

Lockerungsvarianten

Es müsse über mögliche Varianten zur Lockerung der Verhaltensregeln nachgedacht werden: „Diese Diskussion sollten wir nicht im Schwarz-Weiß-Schema führen und ganz ohne Alarmismus. Nüchternheit ist das Gebot der Stunde, denn unser Umgang mit der Krise ist bis zum heutigen Tage auch weltweit gesehen äußerst erfolgreich", stellte der DLT-Präsident fest. Daher könnten beispielsweise digitale Eindämmungsmaßnahmen wie etwa Handy-Apps zur Nachverfolgung von Infizierten-Kontakten oder die sukzessive Wiedereröffnung von Schulen und Kitas überlegenswerte Schritte sein, um zu mehr Freiheit zu gelangen bei gleichzeitiger Kontrolle des Infektionsgeschehens.

Erhebliche Auswirkungen für die Wirtschaft

Der Shutdown führe zu erheblichen Auswirkungen in der Wirtschaft. Trotz Stützungen der verschiedensten Art werde es Firmenpleiten und auch einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen geben. „Deshalb ist es so wünschenswert wie notwendig, die Wirtschaft zumindest schrittweise wieder in Gang zu bringen. Das wird nicht Knall auf Fall passieren können, aber mit einer differenzierten Betrachtung und bei Einhaltung von Schutzabständen müssen Produktion, Verarbeitung, Handel und Dienstleistungen wieder ermöglicht werden."

Auch mit Blick auf die Kommunalfinanzen sei die Lage zwar ernst, lasse sich aber von Bund und Ländern durch umgehende Sofortmaßnahmen im Griff behalten: „Wir brauchen eine Kompensation von Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 11,5 Mrd. Euro bis zum Mai. Passiert dies allerdings nicht, stehen Landkreise, Städte und Gemeinden in kurzer Zeit mit dem Rücken zur Wand. Rechtlich ausgeweitete Kreditaufnahmemöglichkeiten sind dagegen nichts als süßes Gift", unterstrich der Verbandschef.

Mitte Mai würden erhebliche Rückzahlungen und Ausfälle von Steuereinnahmen drohen, die sich auch in den kommunalen Finanzen bemerkbar machten. Hinzu kämen Einnahmeausfälle für Beiträge und Gebühren. Dennoch dürfe man nicht unverantwortlich von einer kommunalen Pleitewelle sprechen. Sager: „Die Menschen können sich auch in Krisenzeiten auf den Staat verlassen. Das ist unsere Botschaft. Und das betrifft alle Ebenen – gerade auch die Kommunen, die bei der Eindämmung der Pandemie an vorderster Front ihren Dienst leisten."

Kühler Kopf und nüchterne Analyse

„Jedes Wort von Pleite ist falsch und zerstört Vertrauen in den Staat", pflichtete DLT-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Ruf nach kommunalem Rettungsschirm

Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen infolge der Corona-Krise hat der Deutsche Städtetag von Bund und Ländern einen „kommunalen Rettungsschirm" gefordert.

Laut Verbandspräsident Burkhard Jung hatte die Bundesregierung umfassende Hilfen für die Wirtschaft beschlossen, um Firmen und Jobs zu schützen. Auch nach der Krise wünschten die Menschen, in Städten und Gemeinden zu leben, die ihren Bürgerinnen und Bürgern gute Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen können.

Kommunale Einnahmen brechen stark ein

Jung zufolge brechen die kommunalen Einnahmen stark ein: aktuell bei der Gewerbesteuer, bald auch bei der Einkommensteuer. Hinzu kämen Rückgänge etwa bei den Kitabeiträgen, Einnahmeverluste bei Bibliotheken, Schwimmbädern und Theatern. In der Krise seien zahlreiche Veranstaltungen abgesagt worden, Theater hätten dicht gemacht.

Nach einer aktuellen Umfrage des Deutschen Städtetages seien in allen befragten rund 40 Städten bereits Anträge von Unternehmen eingegangen, die Gewerbesteuer zu stunden oder die Vorauszahlungen herabzusetzen. „Wir erwarten nach diesen Ergebnissen schon jetzt ein Minus beim Aufkommen der Gewerbesteuer um mehr als zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr", betonte der Leipziger Oberbürgermeister. „Und dieser Rückgang wird noch viel größer werden. Denn das ist lediglich eine Momentaufnahme kurze Zeit nach dem starken Herunterfahren des öffentlichen Lebens."

Weitere Korrekturen

Noch nicht berücksichtigt seien die Anträge, die bei den Finanzämtern derzeit bearbeitet

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lesung gegen das Vergessen:

Bücher aus dem Feuer

Am Sonntag, den 10. Mai 2020 von 12 bis 14.30 Uhr auf dem Münchner Odeonsplatz und ganztägig online

Seit vielen Jahren werden am 10. Mai öffentliche Lesungen aus den von den Nazis 1933 „verbrannten Büchern" organisiert. Auch dieses Jahr planen die Initiatoren die Zentralveranstaltung am Münchner Odeonsplatz. Ob sie stattfinden kann, wird sich zeigen. Auf jeden Fall wird sie online abgehalten, versichert Initiator Gerhard Schmitt-Thiel.

Die Lesenden, darunter Dieter Reiter, Claus von Wagner, Dieter Hanitzsch, André Hartmann, Anton Biebl, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michaela May, Gisela Schneeberger, Ricci Holt, Dr. Margit Riedel und Studierende der LMU, Peter Machac und Monika Strauch, zeichnen sich auf und verbreiten die Videos unter den Hashtags #keinvergessen und #10mai1933.

Außerdem werden alle Videos auf den Social-Media-Kanälen der Lesung gegen das Vergessen zu sehen sein (@lesung_gegendasvergessen bei Instagram, @lesunggegendasvergessen bei Facebook).

Schmitt-Thiels Vision: In ganz Deutschland lesen Menschen am 10. Mai aus verbrannten Büchern und teilen ihre Lesung über eigene Kanäle im Internet. Mitmachen ist also erlaubt! Näheres dazu hier: www.mohr-villa.de/gegenvergessen. ❐



Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende alles verlieren", zitiert der Rathauschef Benjamin Franklin. Der Bürgermeister ist sich sicher, dass die Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte in Corona-Zeiten von den Verantwortlichen mit größter Sorgfalt ausgeübt wird. S.15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Wie Städte gesünder werden	2
Weg frei für konstituierende Sitzungen	2
Broschüre gibt Hinweise zum Umgang mit Hass	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Corona-Krise: Verantwortungsvolle Politik ist gefragt	3
ORH-Jahresbericht	3
Initiative „Unser Soziales Bayern"	3
Kommunale Entwicklungspolitik	5
Kommunale Bauthemen	6 - 7
Kommunale Energiethemen	8 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Difu-Empfehlungen:

Wie Städte gesünder werden

Wie sollte eine gesundheitsfördernde und gleichzeitig nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung aussehen? Dieser Frage ging die am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte „Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung“ (AGGSE) nach. Deren Diskussionsergebnisse wurden nun als „Empfehlungen für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Stadtentwicklung“ in Form von fünf Thesen veröffentlicht.

These 1: Der gesellschaftliche Wandel ist eine große Herausforderung auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden Kommunalpolitik. Viele Menschen entwickeln als Folge veränderter Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen neue, tragfähige Lebensmuster. Doch dies gelingt längst nicht allen. Entsolidarisierung, soziale Ausgrenzung, Isolation und Gewalt sind Schlagworte für gesundheitsabträgliche Entwicklungen, die auch als Ausdruck einer tiefen sozialen Spaltung interpretierbar ist.

In diesem Kontext kommt der Kommunalpolitik eine tragende Rolle bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten (Settings) zu, da sie als steuernder und planender Akteur im Zuge der Daseinsvorsorge gesundheitsfördernde Prozesse anregen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und umsetzen kann.

These 2: Wollen Städte gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse schaffen, stehen soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und Partizipation im Fokus des Handelns. In deutschen Großstädten ist eine ansteigende Konzentration von Armut in einzelnen Stadtteilen zu beobachten. Durch die Aufwertung innerstädtischer Quartiere und steigende Mieten werden Haushalte mit niedrigem Einkommen zunehmend gezwungen, in Stadtrandlagen auszuweichen (Gentrifizierung). Die räumliche Konzentration verstärkt die negativen Auswirkungen von Armut, so auch bezogen auf die gesundheitliche Lage der Bewohner. Vor allem durch wohnungspolitische Maßnahmen und eine verstärkte Sozialraumorientierung als verbindliche Grundlage für ressortübergreifende Planungen sollte der sozialen Segregation entgegengewirkt werden.

In vielen Städten sind Menschen in einzelnen Quartieren und Wohnlagen Mehrfachbelastungen durch ökologische und soziale Probleme ausgesetzt. Diese Belastungen können zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Kommunen, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen und Umwelt-/Klimaschutz, Gesundheitsförderung und soziale Gerechtigkeit mit integrierten Ansätzen zu verfolgen.

Zunehmende Urbanisierung sowie sich weiter verändernde Produktionsabläufe und Lebensstile gehen mit wachsenden Mobilitätsbewegungen einher. Städte müssen hierfür nachhaltige und inklusive Mobilitätssysteme schaffen, die den Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV) priorisieren, das Aufkommen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs reduzieren und damit die Emission von Luftschadstoffen, Treibhausgasen und Lärm senken.

Wichtig sind auch der Erhalt und die Entwicklung urbaner Grün- und Freiräume als Orte der Bewegung, Erholung, Naturerfahrung und sozialen Begegnung. Solche Räume erfüllen für Städte zudem wesentliche bioklimatische und ökologische Funktionen. Und schließlich gehört zu einer nachhaltigen gesundheitsfördernden Stadtentwicklung, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrem Einkommens-, Bildungs- und Sozialstatus – aktiv an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

These 3: Gesundheitsfördernde Stadtentwicklung benötigt integrierte Leitbilder, Handlungsansätze und Strategien. Auch die Bereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung, Umwelt und Grün, Verkehr und Mobilität sind gefragt, die örtlichen Lebensverhältnisse zu verbessern und damit zur Gesundheit beizutragen. Hier werden übergreifende Strategien und Maßnahmen benötigt, für die das Gesunde-Städte-Netzwerk, das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt sowie die Strategie Umweltgerechtigkeit gute Beispiele sind.

These 4: Nachhaltige kommunale Gesundheitsförderung braucht eine hinreichende soziale, technische und grüne Infrastruktur. Diese Infrastrukturen tragen dazu bei, dass alle Menschen in einer Kommune gesund und ökologisch verträglich leben können. Die Kommunen haben hierbei einen eigenen großen Gestaltungsspielraum. Damit sie diesen Spielraum nutzen können, müssen die finanziellen Ressourcen der Kommunen dauerhaft und kontinuierlich gestärkt werden.

Gesundheitseinrichtungen zur Diagnostik und Behandlung wie Krankenhausversorgung, ambulante Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten sowie Therapie- und Pflegeangeboten gehören mit zur Daseinsvorsorge, bedürfen aber stärkerer Verzahnung z.B. durch Gesundheitszentren. Sie können auf der kommunalen Ebene wirkungsvoll durch den Aufbau und die Förderung von Selbsthilfestrukturen und sozialraumorientierte Vernetzung ergänzt werden.

These 5: Gesundheitsfördernde Politik in den Städten muss global denken, um im lokalen Handeln globalisierten Verhältnissen gerecht zu werden. Gesundheitsfördernde Kommunalpolitik darf jedoch keine „Kirchturmpolitik“ sein. Globalisierte Herausforderungen finden ihren Ausdruck in einer veränderten globalen Verbreitung von lebensbedrohlichen Infektionen sowie im weltweiten Klimawandel und seinen Folgen. Die Städte sollten sich künftig in globalen Bündnissen für eine nachhaltige Politik der Gesundheitsförderung einsetzen. **DK**

Attacken gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker:

Broschüre gibt Hinweise zum Umgang mit Bedrohungen und Hass

Was können kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unternehmen, wenn man sie in sozialen Netzwerken mit Hassbotschaften überzieht? Wer hilft ihnen bei Bedrohungen? Was schützt vor körperlichen Angriffen? Welche Sicherheitsvorkehrungen sind zu Hause sinnvoll, welche unterwegs? Wo gibt es Unterstützung, wer berät? Zu diesen und weiteren Fragen hat das Nationale Zentrum für Kriminalprävention mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände eine Broschüre zum Umgang mit Bedrohungen und Hass erarbeitet, die jetzt veröffentlicht worden ist.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), erklärt: „Immer mehr Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren oder in den Stadtverwaltungen arbeiten, werden bedroht, mit Hass überzogen oder sogar tätlich angegriffen. Das ist nicht hinnehmbar. Politischer Streit, auch hart in der Sache, ist in einer Demokratie notwendig. Aber wir müssen respektvoll miteinander umgehen. Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Die Publikation zeigt Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, aber auch öffentlich Bediensteten konkrete Hilfemöglichkeiten und Handlungsoptionen. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie und verdienen Schutz und Unterstützung.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein), betont: „Landrätinnen und Landräte, ehrenamtliche Mitglieder der Kreistage, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozial- und Jugendämtern, den Ausländerbehörden, den Veterinärämtern und anderen Stellen in der Verwaltung werden immer öfter Opfer von Beleidigungen, Drohungen und auch tätlicher Gewalt. Derartige Attacken sind unerträglich und müssen mit rechtsstaatlichem Instrumentarium konsequent geahndet werden. Auch müssen wir im täglichen Miteinander immer wieder deutlich machen, dass wir so etwas in unserer Gesellschaft keinesfalls dulden. Wir alle müssen uns in solchen Fällen schützend vor die Amtsträger und ihre Familien stellen.“

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) sagt: „Die zunehmenden Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe auf kommunale Amts- und Mandatsträger führen zu immer mehr Rücktritten oder Rückzugsentscheidungen. Die aktuelle Situation schreckt schon Bewerberinnen und Bewerber ab, die sich eigentlich für ihre Kommunen engagieren wollen. Deshalb ist es gut, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene reagiert und auch Länder und Landespolizeibehörden aktiv werden. Notwendig zur Unterstützung der Betroffenen ist es aber auch, dass diese sich der Solidarität der Mehrheit der Gesellschaft sicher sein können.“

Dr. Andreas Armborst, Leiter des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, unterstreicht: „Frustration und Wut werden in unserer Gesellschaft zunehmend deutlicher in Form von Beschimpfungen und Hetze offen zum Ausdruck gebracht und münden nicht selten in Bedrohungen, Aggression und Gewalt. Bisher gibt es noch wenig gesicherte Erkenntnisse darüber, wie man Hasskriminalität wirksam verhindert. Trotz dieser Wissenslücken möchten wir Betroffene bestmöglich unterstützen und ihnen eine Zusammenstellung empfohlener Schutz- und Verhaltensmaßnahmen an die Hand geben.“ ❐

Weg frei für konstituierende Sitzungen

Trotz Corona-Krise finden die konstituierenden Sitzungen der neuen Kreistage und Gemeinderäte statt. Die Vorgaben zum Infektionsschutz müssen dabei eingehalten und Öffentlichkeit könnte via Videostreaming gewährleitet werden.

Die konstituierenden Sitzungen der neu gewählten Stadt- und Gemeinderäte müssen bis zum 14. Mai, die in den Kreistagen bis zu vier Wochen nach dem 1. Mai stattfinden und können nicht verschoben werden. Das hat Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann mitgeteilt. Das folge nicht nur aus den Vorgaben der Gemeinde- und Landkreisordnung. Es sei auch vor dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie „unerlässlich, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebenen aufrecht zu erhalten“, heißt es zur Begründung im Schreiben des Innenministeriums an Landratsämter, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften. Dabei müsse auch die Öffentlichkeit gewährleitet werden. „Je wichtiger Entscheidungen, desto bedeutsamer größtmögliche Transparenz“. So könnten interessierte Bürgerinnen und Bürger auch via Video-Stream an den Sitzungen als Zuschauer teilnehmen, wo dies vor Ort technisch eingerichtet wird.

Landtag ändert Arbeitsweise

Damit könnten die Gemeinden dem Vorgehen des Bayerischen Landtags folgen. Um die Arbeitsfähigkeit des Landtags auch in Zeiten der Corona-Krise sicherzustellen, hat der Verfassungsausschuss Anfang April einstimmig für eine Änderung der Geschäftsordnung gestimmt. Der Antrag war im Vorfeld der Sitzung von allen parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen vereinbart worden. Konkret wird die Öffentlichkeit von Plenardebatten und Ausschusssitzungen auch durch elektronische Übertragungen ermöglicht. Ausschusssitzungen können komplett oder teilweise per Videokonferenz stattfinden. Zudem wird in allen Ausschüssen nur noch mit insgesamt elf Mitgliedern getagt. Der Antrag soll im Plenum des Landtags am 23. April 2020 beschlossen werden.

Chancen der Digitalisierung

Herrmann kündigte zudem an zu prüfen, wie digitale Lösungen für Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder in der Zukunft auch generell eingesetzt werden können, ohne den Grundsatz der Öffentlichkeit zu verletzen. Nach den Wahlen vom 15. März kommen die neu gewählten Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage im Mai zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen, um erste Weichenstellungen zu treffen. Neben der Wahl der weiteren Bürgermeister und stellvertretenden Landräte gehört dazu auch die Entscheidung, welche Aufgaben während der Corona-Krise auf Ausschüsse übertragen werden, um Sitzungen des Gesamtgremiums in nächster Zeit reduzieren zu können.

Sitzungen in Sporthallen

Generell gilt, dass die bis zum 19. April bestehende Ausgangsbeschränkung, über deren Verlängerung noch nicht entschieden ist, eine Teilnahme an öffentlichen Sitzungen kommunaler Gremien nicht ausschließen würde. Für die Sitzungen müssen Teilnehmer die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts genau beachten. Das gilt vor allem für die Einhaltung des Mindestabstandes. Das kann dazu führen, dass die Zahl der Zuhörerplätze im Vergleich zu normalen Zeiten deutlich reduziert werden muss. „Die Kommunen sollten deshalb auf alle Fälle für ihre Sitzungen größere Räume wie zum Beispiel Sporthallen in Erwägung ziehen“, so Herrmann. **red**

SPD fordert Kopfpauschale

Massive Steuerausfälle werden für viele Kommunen in Bayern aus der Corona-Krise folgen. Die SPD appelliert daher in einer Anfrage an den Freistaat, die Kommunen in der Krise finanziell zu unterstützen. Das geforderte Nothilfeprogramm für Städte, Gemeinden und Landkreise sieht u.a. eine einmalige kommunale Kopfpauschale in Höhe von 100 Euro pro Einwohner vor.

Die Gewerbesteuereinnahmen im zweiten und dritten Quartal werden voraussichtlich im Vergleich zum Vorjahr bis zu 50 Prozent einbrechen. Auf Jahressicht rechnen Experten mit einem Gewerbesteuerrückgang zwischen 30 und 40 Prozent. Ebenso werden die Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuer zurückgehen.

Konjunkturpaket für Investitionen

Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber jedoch nicht die Möglichkeit, Kurzarbeit zu beantragen, obwohl etliche Einrichtungen (Kindergärten, Schwimmbäder, Museen etc.) geschlossen sind. Analog zu den Soforthilfen für Unternehmen fordert die SPD auch einen bayerischen Schutzschirm für Kommunen. Ein Element: ein Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro Einwohner.

Zudem fordert sie eine Garantie des Staates, dass trotz der finanziellen Herausforderungen sämtliche Förderprogramme weiterlaufen. Zudem sollte ein umfassendes Konjunkturpaket für kommunale Investitionen vorbereitet werden, damit nach der Krise unmittelbar investiert werden kann. So müsse die Genehmigung der Erhöhung des Kassenkreditrahmens durch die Kommunalaufsicht unbürokratisch und schnell für jede Gemeinde möglich sein. Die Kommunalaufsicht müsse dabei aufgrund der Situation bei der Prüfung der Haushalte der Situation angemessen vorgehen.

Liquiditätsausfälle bewältigen

Dadurch werde es den Kommunen ermöglicht, die Liquiditätsausfälle aufgrund von Steuerstundungen und Steuerausfällen sowie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter vorübergehend zu bewältigen. Die Erhöhung der FAG-Mittel für Bedarfszuweisungen soll nicht zulasten der Verbundmasse und damit der Schlüsselzuweisungen erfolgen.

Finanzausgleich

Doch die bayerische Staatsregierung hält sich mit Zusagen bislang zurück. Auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Kommunalexperten Klaus Adelt hin, verwies das Innenministerium auf den gegenwärtigen Finanzausgleich. Die bayerischen Kommunen stünden im Bundesvergleich besser da als alle anderen und alle staatlichen Ebenen müssten mit Steuermindereinnahmen klarkommen. „Die bayerischen Kommunen leisten im Krisenmanagement gerade an vorderster Front Großartiges. Die Staatsregierung darf sie hier nicht ins offene Messer laufen lassen“, kritisierte Adelt. „Die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen brechen weg und gleichzeitig sinken die Einnahmen im ÖPNV und etwa bei städtischen Schwimmbädern, Museen und Theatern fallen sie komplett weg.“ Für Adelt eine explosive Gemengelage, die zu einer Pleitewelle führe, wenn nichts unternommen werde. „Viele Städte und Gemeinden, die in der Haushaltskonsolidierung stecken oder diese erst kürzlich überwunden haben, werden gleich wieder in der Schuldenspirale landen“, befürchtete er. **red**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Forstmeier
83567 Unterreit
am 30.4.

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Günther Öttinger
63920 Großheubach
am 16.2.

Bürgermeister
Karl Seitle
86668 Karlshuld
am 20.4.

Bürgermeister
Max Schadenfroh
94428 Eichendorf
am 22.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Ilse Thanopoulos
86519 Wiesenbach
am 27.4.

Bürgermeister
Ludwig Eder
94439 Roßbach
am 28.4.

Bürgermeister Reiner Pistner
63825 Schöllkrippen
am 30.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Jokisch
83098 Brannenburg
am 22.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gisela Hofmann
96167 Königsfeld
am 17.4.

Oberbürgermeister
Thomas Thumann
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 20.4.

Bürgermeister
Werner Grünbauer
82396 Pähl
am 25.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Martin Sailer
86150 Augsburg
am 22.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Patrick Meyer
95503 Hummeltal
am 26.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ORH-Jahresbericht im Zeichen der Corona-Krise:

Jahrelanger Schuldenabbau zahlt sich aus

Die Corona-Krise fordert die uneingeschränkte Aufmerksamkeit aller staatlichen Organe. Deshalb legt der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) dem Landtag heuer ein verkürztes Prüfungsergebnis für das Haushaltsjahr 2018 vor. So kann das Parlament eine Entscheidung zur Entlastung der Staatsregierung treffen.

Insgesamt bescheinigt der ORH der Staatsregierung für 2018 eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. ORH-Präsident Christoph Hillenbrand zufolge „ist ein knapper Bericht das Gebot der Stunde. Darin bin ich mit dem Vorsitzenden des Landtags-Haushaltsausschusses einig." Die Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise sieht der ORH als klaren Fall für die Aussetzung der Schuldenbremse.

Kredite transparent veranschlagt

Der Bayerische Oberste Rechnungshof begrüßt, dass für die enormen neuen Schulden des Freistaates die Kredite im Haushaltsplan transparent veranschlagt werden und die Tilgung in einem angemessenen Zeitraum erfolgen soll. Nun zahlt sich der jahrelange Schuldenabbau für Bayern aus, auch wenn dessen Tempo zuletzt leider deutlich gebremst war. Zudem kann der Freistaat auf die gut gefüllte Haushaltssicherungsrücklage zurückgreifen. Dieser „Topf für Krisenzeiten" war Ende 2018 noch mit 10,1 Milliarden Euro gefüllt. Schon vor der Corona-Krise wurden davon 3,1 Milliarden Euro für auf Dauer angelegte Ausgaben verplant. Bei den jetzt auf den Weg gebrachten Finanzhilfen kommt es wegen der sehr dynamischen Entwicklung mehr denn je auf schnelle und zielgenaue Wirkungen an; da sollte trotz aller Eile laufend beobachtet und ggf. nachgesteuert werden.

Mit dem aktuellen Jahresbericht hat der ORH unter anderem 14 Prüfungsergebnisse vorgelegt. Mit diesen wird sich der Landtag im Einzelnen beschäftigen und dazu ggf. beschließen, welche Maßnahmen die Staatsregierung einleiten soll.

Bereinigt um Kreditaufnahmen/-tilgungen, Rücklagenbewegungen und Verrechnungen standen den Einnahmen von 63.814 Mio. Euro (+ 6,5 %) Ausgaben von 59.589 Mio. Euro (+ 4,9 %) gegenüber. Unter Berücksichtigung von haushaltstechnischen Verrechnungen wies der Haushalt einen positiven Finanzierungssaldo von 4.225 Mio. Euro aus.

Steigende Steuereinnahmen

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sind 2018 um 4.037 auf 51.134 Mio. Euro (+ 8,6 %) angestiegen. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stellen mit 79,3 % im Jahr 2018 (Vorjahr: 79,1 %) den größten Anteil an den Einnahmen des Freistaates dar. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die höheren Einnahmen im Bereich der Gemeinschaftssteuern zurückzuführen. So stiegen allein die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 1,0 auf 17,3?Mrd. Euro (+ 6,1 %).

Die Verwaltungseinnahmen stiegen 2018 um 982,3 Mio. Euro. Dies ist auf ungewöhnlich hohe Einnahmen beim Justizministerium aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten zurückzuführen. Insgesamt gingen die Verwaltungs- und weiteren Einnahmen leicht zurück. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2018 keine Kapitalrückzahlung der BayernLB erfolgte.

Zu den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit zählen auch die Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen. Obwohl die Einnahmen aus der Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten um 16 auf 350 Mio. Euro stiegen, sanken 2018 die Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen um 10,7 %. Grund hierfür war insbesondere der Rückgang der aus der Beteiligung an der BayernLB erzielten Einnahmen aus Zinsen und Dividenden auf 72,9 Mio. Euro (- 44,1 Mio. Euro).

Die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen sanken im Vergleich zu 2018 insgesamt um 193 auf 6.822 Mio. Euro (- 2,8%). Die Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen sowie besondere Finanzierungseinnahmen stiegen im Vergleich zu 2018 insgesamt um 1.108 auf 2.285 Mio. Euro (+ 94,2 %).

2018 wurden für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen 25.862 Mio. Euro verausgabt. Dies waren 1.363 Mio. Euro (+ 5,6 %) mehr als im Vorjahr. Der größte Einzelposten ist regelmäßig die Zahlung Bayerns in den Länderfinanzausgleich. 2018 betrug diese 6.634 Mio. Euro. Die Zahlungen sind gegenüber 2017 um 523,8 Mio. Euro gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Steuereinnahmen zurückzuführen. Der bayerische Anteil belief sich 2018 auf 58,3 % (Vorjahr: 52,6 %) des gesamten Ausgleichsvolumens.

Steigende FAG-Ausgaben

Auch 2018 waren die steigenden Ausgaben beim Kommunalen Finanzausgleich für den Anstieg der Zuweisungen und Zuschüsse verantwortlich. Diese Leistungen sind größtenteils von der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängig. Aufgrund der deutlich höheren Steuereinnahmen erhöhten sich die Zuweisungen an die Kommunen insgesamt um 455 Mio. Euro (+6,6 %; Vorjahr: + 3,3 %) auf 7.347 Mio. Euro.

Nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz erhält jeder Pflegebedürftige mit Hauptwohnsitz in Bayern ab dem Pflegegrad 2 eine jährliche Einmalzahlung in Höhe von 1.000 Euro. Mit dem 2. NHG (Nachtragshaushaltsgesetz) 2018 wurden die entsprechenden Haushaltsmittel bereitgestellt. 2018 wurden hierfür erstmalig 254 Mio. Euro verausgabt.

Die Ausgaben für das Bayerische Betreuungsgeld gingen 2018 um 45,5 auf 177 Mio. Euro zurück. Das Betreuungsgeld wurde zum 01.09.2018 durch das Bayerische Familiengeld abgelöst. Die Ausgaben hierfür beliefen sich 2018 auf 189 Mio. Euro.

Die Zuschüsse und Zuweisungen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sind um 65 auf 1.131 Mio. Euro angestiegen. Davon entfiel der Großteil auf die vom Freistaat an die Verkehrsunternehmen zu leistenden Bestellerentgelte (1.105 Mio. Euro; + 68 Mio. Euro).

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sowie für die Beitragsentlastung der Eltern wurden 1.875 Mio. Euro (Vorjahr: 1.848 Mio. Euro) verausgabt. Die Steigerung um 27 Mio. Euro betraf im Wesentlichen die laufende Betriebskostenförderung. Die Zuschüsse und Zuweisungen für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schularten stiegen 2018 um 21 auf insgesamt 243 Mio. Euro.

Die Ausgaben für Investitionen wuchsen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 691,5 auf 6.603 Mio. Euro an. Die Investitionsquote betrug 11,1 %. Bei den Ausgaben für Baumaßnahmen wurde rund die Hälfte der Ausgaben für Große Baumaßnahmen (828 Mio. Euro) verausgabt. Für den staatlichen Straßen- und Brückenbau wurden 26,5 % (Vorjahr: 25,8 %) der Mittel verausgabt.

Der Bestand der Rücklagen und Sondervermögen (ohne Grundstock) hat sich wie folgt entwickelt: Mit der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage werden Risiken künftiger Haushalte und Bürgschaften abgesichert. Aufgrund des positiven Verlaufs der Einnahmen konnten der Rücklage per Saldo 1.825 Mio. Euro zugeführt werden. Ihr Bestand belief sich zum 31.12.2018 auf 10 Mrd. Euro.

Die Rücklage „Zukunft Bayern 2020" sichert die Finanzierung des gleichnamigen Programmpakets. Dieses umfasste ursprünglich 1,7 Mrd. Euro aus Steuermehreinnahmen der Jahre 2007/2008 und betrifft im Wesentlichen Investitionen mit Schwerpunkten in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit sowie Klimaschutz. 2018 wurden für diese Zwecke 9,7 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen.

Zukunftsprogramme

Privatisierungserlöse dürfen nur für den Neuerwerb von Grundstockvermögen verwendet werden. Ein Teil dieser Privatisierungserlöse wurde im Rahmen der Zukunftsprogramme „Offensive Zukunft Bayern", „Bayern 2020 plus", „Nord- und Ost-Bayern-Programm" sowie „Strukturprogramm Nürnberg-Fürth" grundstockkonform verwendet. Die für diese Maßnahmen teilweise bereits im allgemeinen Haushalt eingeplanten Mittel von 9,0 Mio. Euro wurden insofern nicht mehr benötigt und der Sonderrücklage „ersparte Haushaltsmittel" zugeführt.

2018 wurden 1,5 Mrd. Euro Schulden getilgt. Die Schulden am Kreditmarkt zum 31.12.2018 lagen bei 15,9 Mrd. Euro. Die aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen erhöhten sich um 0,9 Mrd. Euro. Werden diese in Anspruch genommen, können sich die Schulden am Kreditmarkt auf 27,0 Mrd. Euro erhöhen. Bei diesen Schulden handelt es sich um Schuldscheindarlehen, Landesschatzanweisungen und Kreditrahmenverträge. 2018 umfassten die Kreditrahmenverträge 755,0 Mio. Euro. Diese werden nur bei Bedarf zur kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung in Anspruch genommen. 2018 war dies infolge der guten Liquidität nur sehr selten und nur in geringer Höhe notwendig.

Wie bereits im Vorjahr hat das Finanzministerium keine zinsrelevanten Darlehen aufgenommen, da alle fälligen Anschlussfinanzierungen mit Ausnahme der Kreditrahmenverträge und Aussetzungsfloater aufgeschoben wurden. Der ORH stuft das Schuldenportfolio des Freistaates aufgrund seiner konservativen und langfristigen Struktur als risikoarm gegenüber Zinsänderungen ein. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

zwei zentrale Themen haben die kommunalpolitische Familie in den zurückliegenden Wochen besonders bewegt: Die Kommunalwahlen 2020 und insbesondere natürlich die weltweite Corona-Pandemie. Letztere hatte sicherlich auch noch Einfluss auf die Wahlen, sie hat aber auch unser aller Leben verändert und wird auch in den nächsten Monaten den kommunalpolitischen Alltag dominieren. Mehr denn je ist jetzt von uns allen eine verantwortungsvolle Politik gefragt!

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die wirtschaftliche Stärke Bayerns und die gute Haushaltslage der bayerischen Kommunen durch das Virus gefährdet sind. Jedoch war ein konsequentes Handeln der Regierenden in dieser weltweiten Krisensituation notwendig und auch von der Bevölkerung erwartet worden, was die hohe Akzeptanz der Maßnahmen zeigt. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen für den Ausbau des Gesundheitssystems und zur Rettung der Wirtschaft sind sehr kostenintensiv und führen zu finanziellen Einschränkungen in anderen Lebensbereichen. Dies gilt auch für die Kommunen, da davon auszugehen ist, dass insbesondere Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen massiv wegbrechen werden. Hierfür wird langfristig eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch Bund und Land nötig sein.

Corona-Krise: Verantwortungsvolle Politik ist gefragt

Die Menschen wollen in dieser Zeit insbesondere, dass die Politik vor Ort ihrer Verantwortung für das Gesundheitssystem gerecht wird und dass staatliche wie auch kommunale Gelder dort ausgegeben werden, wo sie dringend nötig sind. Man wird auch erst am Ende der Krise bewerten können, welche Maßnahmen sich bewährt haben und welche eher nicht. Es ist immer leichter, die Regierenden für Ihr Handeln zu kritisieren als selbst die Gesamtverantwortung inne zu haben. Unsere Verantwortlichen in Bund und Land leisten derzeit eine sehr gute Arbeit, um die Folgen der Coronakrise möglichst gering zu halten. Zudem haben wir eine starke Verwaltung, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege sowie ein gut funktionierendes Netz aus Freiwilligen, die nun alle dazu beitragen, dass wir die Krise möglichst gut meistern. Allerdings müssen in einer Demokratie auch kritische Einwände möglich sein, wie mahnende Stimmen in Sorge um die Stabilität der staatlichen und kommunalen Haushalte oder um ein Wegbrechen vieler Wirtschaftszweige. Auch wenn oberste Priorität bei allem Handeln derzeit die Gesundheit der Menschen haben muss, dürfen diese Aspekte nicht ganz außer Acht gelassen werden, denn mit blindem Aktionismus ist niemandem geholfen. Bei allen Entscheidungen müssen jetzt alle Belange sorgsam abgewogen werden.

Den Kritikern, die die Maßnahmen und Ausgaben im Rahmen der Coronakrise für überzogen halten, möchte ich noch Folgendes mit auf den Weg geben: Die Erfahrungen aus der Coronakrise werden für die Menschheit vielleicht noch von großer Bedeutung sein. Es ist nicht auszuschließen, dass eines Tages ein neues Virus mit vergleichbar weitreichenden Auswirkungen auftritt. Dann ist man sicherlich froh, wenn die Politik ihre Erfahrungswerte aus der derzeitigen Krise zur Bekämpfung einsetzen kann. Zudem darf uns zuversichtlich stimmen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft durch diese Krise gestärkt wird.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und der Kommunalpolitik treu.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Unser Soziales Bayern:

Solidarität im Schulterschluss mit vielen Akteuren

Sozialministerin Trautner: Initiative ist in der Corona-Krise ein wertvoller Stabilitätsanker für unsere Gesellschaft

Bayerns Sozialministern Carolina Trautner zeigt sich erfreut, dass in der aktuellen Situation viele Akteure im Sozialen Bayern an einem Strang ziehen: „Wir haben die Sorgen und Ängste der Menschen sehr ernst genommen und von Anfang an im Schulterschluss mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den Wohlfahrtsverbänden auf verschiedenen Ebenen entsprechend agiert."

„Unsere Initiative für Seniorinnen und Senioren hat großen Anklang in den Kommunen gefunden und wird von zahlreichen Ehrenamtlichen unterstützt. Wir haben uns im Bund mit Erfolg dafür eingesetzt, dass es einen Rettungsschirm für soziale Einrichtungen gibt. Zusätzlich haben wir im Kabinett beschlossen, dass auch weitere soziale Träger Anspruch auf die unbürokratischen Soforthilfen haben. Wir haben die Jugend- und Familienhilfe sowie die Frauenhäuser gestärkt. Die Initiative „Unser Soziales Bayern" ist in der Corona-Krise ein wertvoller Anker an Stabilität für unsere Gesellschaft", erklärte die Ministerin.

Kommunen koordinieren ehrenamtliches Engagement

Landkreise und kreisfreie Städte werden mit insgesamt sieben Mio. Euro unterstützt, um ehrenamtliches Engagement zu koordinieren.

Im Bund hat sich die Sozialministerin erfolgreich dafür eingesetzt, dass es einen Schutzschirm für soziale Einrichtungen mit Zuschüssen von bis zu 75 Prozent der üblichen monatlichen Leistungsentgelte gibt. Ergänzend hat am vergangenen Dienstag das bayerische Kabinett beschlossen, dass soziale Einrichtungen und Träger, die nicht von dem bundesweiten Schutzschirm profitieren, unbürokratische Soforthilfen erhalten. Davon profitieren beispielsweise Vereine, Stiftungen oder gemeinnützige Träger mit bis zu 250 Beschäftigten.

Auf Forderung Bayerns hat der Bund einen Entschädigungsanspruch für erwerbstätige Eltern eingeführt, wenn sie wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht arbeiten können. So werden die Verdienstausfälle, die auf die Schließung bzw. Betretungsverbote von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zurückzuführen sind, grundsätzlich in Höhe von 67 Prozent des Verdienstausfalls für bis zu sechs Wochen gezahlt. Davon profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige gleichermaßen.

Gewaltprävention in Familien

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen. Das ausgeweitete telefonische Beratungsangebot wird zunehmend genutzt, es liegen bislang aber keine konkreten Hinweise auf eine vermehrte Inanspruchnahme von Frauenhäusern vor. Laut Sozialministerin Trautner können derzeit freie, nicht genutzte Einrichtungen vor Ort in Absprache zwischen den Kommunen und dem jeweiligen Träger als mögliche Ausweichunterkünfte verwendet werden.

Zur Förderung der Gewaltprävention in Familien unterstützt das Sozialministerium kurzfristig die AETAS Kinderstiftung für den Aufbau einer Kinder-Krisen-Intervention und einer Telefonhotline mit rund 135.000 Euro. Außerdem bietet das Ministerium auf seiner Homepage relevante Informationen und Handreichungen für Familien und pädagogische Fachkräfte.

Menschen mit Behinderung sind in diesen Zeiten besonders gefordert und werden vom Sozialministerium mit vielfältigen Informationen versorgt, die Orientierung und Hilfestellung für sie und ihr soziales Umfeld beinhalten. Da Menschen mit Behinderung derzeit keine Möglichkeit haben in den Werkstätten zu arbeiten, hat Sozialministerin Trautner die Challenge „Werkstätte goes Homeoffice" ausgerufen.

Die Notbetreuung in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege funktioniert weiterhin zuverlässig und ist an den Werktagen in den Osterferien sichergestellt. Beschäftigte in den systemrelevanten Berufen wie dem Gesundheitswesen sollen durch das Angebot entlastet werden. Darüber hinaus unterstützt der Freistaat die Eltern weiterhin mit zahlreichen familienpolitischen Leistungen wie Krippengeld, Familiengeld und Beitragszuschuss für die Kindergartenzeit. Zudem erhalten alle Träger trotz der Betretungsverbote grundsätzlich weiterhin die volle Betriebskostenförderung.

Die Stiftung Obdachlosenhilfe unterstützt kurzfristig Projekte zur Corona-Hilfe mit bis zu 50.000 Euro. ❐

Appell des Ministerpräsidenten:

Vorsicht und Umsicht!

Ministerpräsident Markus Söder bittet die Menschen in Bayern weiter um Geduld bei der Bewältigung der Corona-Krise. In seiner Osteransprache wies er darauf hin, dass es auch nach den Osterferien nicht einfach so weitergehen könne wie vorher.

„Wer zu früh lockert, riskiert einen Rückfall", warnte Söder. Solange es keinen Impfstoff oder keine Medikamente gebe, seien Vorsicht und Umsicht geboten. Es werde ständig abgewogen, ob all die Einschränkungen noch angemessen und verhältnismäßig sind.

Trotz allem gab sich Söder zuversichtlich. „Unsere Experten sagen: Wir bekommen Corona langsam unter Kontrolle." Mehr als 50.000 zusätzliche Neuinfektionen seien verhindert worden. Trotzdem gebe es viele Todesfälle, von denen jeder einzelne schmerze.

Die Corona-Krise hat die Menschen aus Sicht des Ministerpräsidenten zusammengeschweißt: „Der Zusammenhalt ist größer geworden und viele Menschen wachsen über sich hinaus." Die Bayern erlebten jeden Tag „großartiges Engagement und Nächstenliebe". **DK**

Aspekte der...

(Fortsetzung von Seite 1)
tionsprüfungsrechts im Außenwirtschaftsrecht zum Schutz vor einem Ausverkauf sensibler/systemrelevanter Unternehmen durch unionsfremde Investoren. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang darum gebeten, die schon im vergangenen Jahr in die Wege geleitete dauerhafte Verschärfung des deutschen Außenwirtschaftsrechts, mit der zum einen zwingende Vorgaben der EU umgesetzt und zum anderen die neu von der EU eingeräumten Handlungsspielräume genutzt werden sollen, zügig abzuschließen.

Meldepflicht und Prüfrecht

Darüber hinaus müssten schnellstmöglich und zeitlich befristet für alle Branchen eine Meldepflicht und ein Prüfrecht für einen Eintritt des Bundes oder eines Bundeslandes ab einer Beteiligung in Höhe von zehn Prozent geschaffen werden, um Transparenz über drohende Übernahmen herzustellen.

Beschlossen hat die Bayerische Staatsregierung zudem eine Anpassung der Förderhöchstsummen im Soforthilfeprogramm Corona (von derzeit 15.000 Euro auf 30.000 Euro für Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern und von derzeit 30.000 Euro auf 50.000 Euro für Unternehmen bis zu 250 Mitarbeitern).

Richtlinien werden angepasst

Das Wirtschaftsministerium wird außerdem die Richtlinien des bayerischen Programms mit Blick auf die Definition des Liquiditätsengpasses an die Regelungen des Bundesprogramms anpassen, um im Verwaltungsvollzug einen Gleichlauf der beiden Programme zu gewährleisten.

Von der Verbesserung profitieren zum einen Unternehmen der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Primärerzeugung wie etwa Gärtnereien sowie zum anderen wirtschaftlich tätige Körperschaften des Non-Profit-Sektors. Das trifft beispielsweise auf Vereine, Stiftungen oder gemeinnützige GmbHs als Träger von Schullandheimen, Jugendherbergen und Bildungseinrichtungen zu.

Daneben gilt das Programm, das insgesamt Mittel in Höhe von fünf Mrd. Euro umfasst, weiterhin unverändert für Unternehmen, die wirtschaftlich und damit am Markt tätig sind.

Die Versorgung mit kurzfristiger Liquidität kann für Unternehmen in der Krise existenzentscheidend sein. Um schnell helfen zu können, hat die LfA-Förderbank Bayern bereits Darlehensprogramme zur Bewältigung der Corona-Krise aufgelegt. Nach einer Änderung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU wird das Angebot der LfA nun noch um ein neues Darlehensprodukt mit einer 100-prozentigen Haftungsfreistellung für Kleinunternehmer bis 10 Mitarbeiter ergänzt.

Unternehmen bis 5 Mitarbeiter können dabei Darlehen bis zu 50.000 Euro erhalten, Unternehmen bis 10 Mitarbeiter bis zu 100.000 Euro. Die notwendige Risikoentlastung der LfA in Höhe von bis zu insgesamt 12 Mrd. Euro soll durch entsprechende Rückbürgschaftsermächtigungen im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des zweiten Nachtragshaushalts 2019/2020 berücksichtigt werden.

Stichwort Gesundheit und Soziales

Die Bayerische Staatsregierung hält die konsequente Fortführung der Eindämmungs-Strategie für wichtig, um die Ausbreitung von Coronavirus-Infektionen im Freistaat zu verlangsamen. In diesem Zusammenhang sollen in allen Landkreisen Contact Tracing Teams für die Ermittlung, Aufklärung und Begleitung von Kontaktpersonen bestätigter COVID-19-Patienten eingesetzt werden. Der hierfür bei den Gesundheitsämtern zusätzlich erforderliche Personalbedarf von rund 3.000 Mitarbeitern wird durch Abordnungen aus anderen Ressorts gedeckt. Außerdem werden die Gesundheitsämter durch Polizeibeamte unterstützt. Das Gesundheitsministerium kümmert sich besonders um die Gewinnung von medizinischem Fachpersonal.

Kostenfreie Verpflegung

Seit dem 1. April stellt der Freistaat Bayern eine kostenfreie Verpflegung für alle Bediensteten bayerischer Krankenhäuser, Universitätsklinika, Rehabilitationskliniken sowie Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sicher. Er übernimmt dabei die Kosten für die Verpflegung der Bediensteten durch Kantinen und, für den Fall, dass Einrichtungen keine Verpflegungsmöglichkeit vorhalten können, übliche und angemessene Kosten für externe Bewirtung, etwa durch Catering. Die Erstattung wird auf Antrag der jeweiligen Einrichtung erfolgen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Mit der Abwicklung des Programms wird das Landesamt für Finanzen beauftragt.

Pflegekräfte in Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken, Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten und Notfallsanitäter und Rettungsassistenten leisten Enormes bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Sie halten die wichtige Gesundheitsversorgung am Laufen und sind trotz aller Vorkehrungen einem zusätzlichen Infektionsrisiko ausgesetzt. Die Staatsregierung wird ihnen deshalb als Zeichen der Anerkennung für dieses außergewöhnliche Engagement in Bayern eine einmalige Sonderzahlung gewähren. Berechtigte, die regelmäßig mehr als 25 Stunden/Woche arbeiten, erhalten 500 Euro, Berechtigte, die regelmäßig 25 Stunden/Woche oder weniger arbeiten, erhalten 300 Euro.

Mit Hochdruck wird an der Beschaffung von Schutzausrüstung, medizinischen Geräten und weiterem medizinischem Verbrauchsmaterial gearbeitet. Die Bayerische Staatsregierung wird dabei von vielen Akteuren auch aus der bayerischen Wirtschaft unterstützt. Die internationale Marktlage stellt die Beschaffung von Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräten und weiteren medizinischen Großgeräten (insbesondere CTs) jedoch vor viele Herausforderungen. So ist oft der Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erforderlich und Aufträge werden oft nur mit hohen Vorauszahlungen angenommen. Ein reguläres Vergabeverfahren kann aufgrund der kurzen Zeitfenster der Angebote in der Regel nicht durchgeführt werden.

Schlagkräftige Beschaffungsstruktur

Diese Herausforderungen erfordern eine schlagkräftige Beschaffungsstruktur und ausreichend finanzielle Mittel. Das Gesundheitsministerium wird deshalb ermächtigt, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Beschaffungsaufträge für Schutzausrüstung und Verbrauchsmaterial bis zu 25 Mio. Euro netto sowie für Medizingeräte bis zu 50 Mio. Euro netto je Angebot zu vergeben. Gehen Angebote über diese Betragsgrenzen hinaus, ist vor der Auftragsvergabe die Zustimmung des Ministerrats oder im Eilfall des Katastrophenstabs Corona-Pandemie einzuholen. **DK**

Ruf nach kommunalem ...

(Fortsetzung von Seite 1)
werden. „Und in den nächsten Wochen werden weitere Stundungen und Korrekturen bei den Vorauszahlungen der Gewerbesteuer erwartet."

Eine weitere Umfrage des Städtetages bei rund 200 Städten hat Jung zufolge ergeben, dass sich mehr als die Hälfte der Städte durch die Corona-Krise zu starken Einschränkungen bei der Haushaltsführung gezwungen sieht. „Ein Viertel der befragten Städte plant Haushaltssperren oder hat diese bereits beschlossen. Noch mehr Städte ergreifen andere Maßnahmen der Haushaltsbewirtschaftung. So werden Ausgaben, die bisher geplant und beschlossen waren, stark beschränkt."

Steigende Ausgaben

Auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben der Kommunen bundesweit durch die unmittelbar nötige Krisenbewältigung, etwa in den Gesundheitsämtern, so Jung. In Kürze werde es zudem bei den Sozialausgaben deutliche Anstiege geben, allein bei den Kosten der Unterkunft für Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende würden die Kommunen mindestens zwei Milliarden Euro zusätzlich tragen müssen. „Die Städte unterstützen außerdem viele Unternehmen vor Ort sowie eine Vielzahl von privat getragenen Einrichtungen und Vereinen mit eigenen Maßnahmen und Mitteln. Wir wollen so verhindern, dass für die Stadtgesellschaft wichtige Strukturen wegbrechen."

Für struktur- und finanzschwache Städte verschärfe sich die ohnehin schon kritische Situation zusätzlich. Laut Verbandschef „waren ihre Haushalte häufig schon vor Corona durch strukturbedingte Altschulden schwer belastet. Sie werden weiterhin einen klaren Schuldenschnitt brauchen, um nach der Krise wieder auf die Beine kommen zu können. Deshalb muss das Problem der kommunalen Altschulden auf der Tagesordnung bleiben und gelöst werden." In der Bundesregierung lief bereits vor der Corona-Krise eine Debatte über die Entlastung der Kommunen von Altschulden.

Neben den Kommunen gerieten auch kommunale Unternehmen durch die Corona-Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten, hob Jung hervor: „So sind beispielsweise Verkehrsbetriebe, Messen, Flughäfen, Veranstaltungszentren, Häfen, Bäder, Zoologische Gärten und Kultureinrichtungen durch Einnahmeausfälle zum Teil in ihrer Existenz bedroht. Kommunale Unternehmen sollten deshalb unbedingt Zugang zu den Liquiditätshilfen und Darlehensprogrammen von Bund und Ländern bekommen, die für die Wirtschaft aufgelegt worden sind."

Corona-Beschränkungen nicht zu früh lockern

Zudem halten es die deutschen Städte für angebracht, die Beschränkungen in der Corona-Krise nicht zu früh zu lockern. Sie unterstützen diese Linie von Bund und Ländern. Der Bund wird aufgefordert, die flächendeckende Versorgung mit Beatmungsgeräten, Schutzkleidung und Atemschutzmasken sicherzustellen. Die Städte plädieren für bundesweit einheitliche Handlungsstrategien für Corona-Infektionen in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Auch gehen die Städte davon aus, dass durch das Krankenhausentlastungsgesetz des Bundes ein finanzieller Schutzschirm für weite Teile der stationären Gesundheitsversorgung nicht erreicht wird.

Gesundheit hat höchste Priorität

„Auch wenn die Innenstädte im Moment fast leer sind und unseren Städten viel von ihrer Lebendigkeit fehlt: Die Gesundheit der Menschen muss jetzt höchste Priorität haben", stellte Burkhard Jung fest. Es dürfe erst dann Lockerungen geben, wenn sich ein Erfolg der Maßnahmen einstellt. „Da stellen wir uns klar hinter die Linie von Bund und Ländern. Genauso wichtig ist, rechtzeitig Antworten darauf zu finden, wie lange die Maßnahmen dauern und wie wir stufenweise zur Normalität zurückkehren können. Bereits jetzt ist dafür eine Strategie zu erarbeiten, die Städte bieten dabei ihre Unterstützung an." Um den Menschen Orientierung zu geben, müsse gerade in der Krise eine gute Kommunikation bei allen Entscheidungen der Politik praktiziert werden.

Dringenden Handlungsbedarf sehen die Städte für Alten- und Pflegeeinrichtungen. Jung zufolge „ist es besonders bedrückend, dass die Zahl von Corona-Infektionen in Alten- und Pflegeheimen steigt. Wir brauchen hier kurzfristig bundesweit einheitliche Bewertungsmaßstäbe und Handlungsstrategien. Das Bundesgesundheitsministerium und die Minister-Konferenzen der Länder sollten dringend handeln, damit einheitliche Vorgaben entstehen."

Die Städte fordern Bund und Länder auf, unbürokratisch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Krankenhauskapazitäten zügig und der Situation entsprechend aufstocken zu können. Nach Ansicht des Städtetagspräsidenten ist es „ein wichtiger Schritt, dass der Bund ein Paket zur Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser und zum Ausgleich ihrer COVID-19 bedingten finanziellen Belastungen auf den Weg gebracht hat. Die Städte gehen aber davon aus, dass das Ziel eines finanziellen Schutzschirms für weite Teile der stationären Gesundheitsversorgung mit dem Gesetz nicht erreicht wird. Wir halten es für dringend erforderlich, kurzfristig zu überprüfen, wie hier nachgesteuert werden kann, um erhebliche Finanzierungslücken unbürokratisch zu schließen."

Bauplanungsrecht erleichtern

Für den Fall, dass Kapazitäten für die Behandlung von Erkrankten schnell erhöht werden müssen, seien auch Erleichterungen im Bauplanungsrecht nötig, um Gebäude anders zu nutzen bzw. neu errichten zu können.

„Die deutschen Städte tun alles, um während der Corona-Pandemie die Gesundheit der Menschen zu schützen und ihre Versorgung in wichtigen Bereichen zu sichern", heißt es in einem Beschluss des Städtetags-Präsidiums. „Neben dem ärztlichen und Pflegepersonal leisten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen und bei den kommunalen Versorgern, die Rettungskräfte und Einsatzkräfte ihr Bestes, um diese Krise zu meistern."

Die Krise stelle Deutschland, Europa und die Welt vor eine in dieser Weise nie dagewesene Bewährungsprobe. „Die deutschen Städte bekunden ihre Solidarität mit den betroffenen Kommunen anderer Länder. Sie leisten nach ihren Möglichkeiten und Kräften Unterstützung. Dazu war und bleibt der Zusammenhalt in Europa noch nie so wichtig wie heute." **DK**

Nüchternheit in der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke bei. Landkreise und Gemeinden könnten nicht pleitegehen. „Wir brauchen einen kühlen Kopf und eine nüchterne Analyse der kommunalen Mindereinnahmen und Mehrkosten." Aufgeregtheit sei fehl am Platze. Landkreise, Städte und Gemeinden bräuchten schnell konkrete und verlässliche Hilfe. Die wichtigste Botschaft laute: Gerade die Kommunen und ihre Einrichtungen, zu denen insbesondere auch die Sparkassen zählten, müssten in der Krise ein Stabilitätsanker sein. Wenn Krisenzeiten gemeinhin als „Zeit in der Exekutive" gelten würden, meine das in erster Linie die kommunale Selbstverwaltung. „Gerade durch sie zeigt der Staat sein Gesicht".

Henneke rechnete vor: Die Kommunen hätten mit Steuerausfällen von etwa 12 Mrd. Euro und SGB II-Mehrausgaben in Höhe von etwa 2 Mrd. Euro zu rechnen. Hinzu würden weitere Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen treten, so dass gegenüber den bisherigen Annahmen ca. 16 Mrd. Euro fehlten.

Deshalb erwarte der Deutsche Landkreistag vom Bund, dass die finanziellen Mehrbelastungen der kommunalen Ebene durch das SGB II und weitere Folgen der Eilgesetzgebung finanziell kompensiert werden. Das gehe verfassungsrechtlich unmittelbar nur auf der Einnahmeseite – und zwar durch eine erhöhte kommunale Umsatzsteuerbeteiligung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro, die nach einem ortsbezogenen, d. h. einwohnerbezogenen und nicht nach einem das Steuerkraftgefälle der Kommunen noch verstärkenden wirtschaftsbezogenen Schlüssel horizontal verteilt wird.

Von den Ländern wird laut Henneke erwartet, dass diese möglichst unverzüglich jeweils ein „Kommunalmindestfinanzausstattungs-Sicherstellungsgesetz" erlassen, mit dem sie dafür Sorge tragen, dass die für die Kommunen unverschuldet wegbrechenden Steuereinnahmen durch befristet zu gewährende Schlüsselzuweisungen des Landes substituiert werden. Jetzt gelte es außerdem für alle Länder, gegenwartsbezogen die Entstehung neuer Kassenkredite zu vermeiden, anstatt über die Ablösung alter Kassenkredite zu diskutieren. Für derartige Maßnahmen der Länder müssten in den Flächenländern insgesamt 9 Mrd. Euro, also durchschnittlich ca. 120 Euro pro Kopf der Bevölkerung, bereitgestellt werden. **DK**

Positionspapier des Bayerischen Volkshochschulverbands

Geschaffen als Orte der Begegnung mussten die Volkshochschulen aufgrund der aktuell notwendigen Ausgangsbeschränkungen ihren Präsenzkursbetrieb einstellen – und umdenken.

„Durch die aktuelle Gesundheitskrise und die gebotene soziale Distanzierung ist die Erwachsenenbildung in ihrem Innersten getroffen – und herausgefordert", so Dr. Regine Sgodda und Dr. Christian Hörmann vom Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands in einem aktuellen Positionspapier. „In diesem Bewusstsein entsteht Neues. Volkshochschulen zeigen einmal mehr (wie schon 2015 während der Flüchtlingskrise), was in ihnen steckt. Gerade jetzt ist es existentiell für die Gesellschaft und jeden Einzelnen, der physischen Abschottung intellektuelle Offenheit, gelebte Freiheit und ein tolerantes Miteinander entgegenzusetzen." Mit **„vhs.daheim"** haben bayerische Volkshochschulen und ihr Verband innerhalb kurzer Zeit ein neues Format mit diskursiven digitalen Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufgelegt. Für alle kostenfrei, jederzeit abrufbar, aber auch live und interaktiv mittels Chats zu nutzen. Auch andere Volkshochschulen entwickeln alternative Angebote. Bei der Münchner vhs zum Beispiel können Jugendliche mehrere Online-Seminare zur Vorbereitung auf Abschlussprüfungen buchen.

Volkshochschulen haben sich schon lange die „digitale Integration" auf die Fahnen geschrieben. Umso stärker werden sie in Zukunft Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb digitaler Kompetenzen unterstützen, um soziale Spaltung zu verhindern. Neben der Bewältigung der akuten Herausforderungen müssen Volkshochschulen, Kommunen und der Freistaat perspektivisch denken und handeln. „Die Nachwirkungen der Ausgangsbeschränkungen werden für die Volkshochschulen vermutlich über Jahre spürbar sein", so der Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbands. „Dies ist frühzeitig bei allen bildungspolitischen Entscheidungen auf allen politischen Ebenen mitzudenken. Die Volkshochschulen können gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Damit das geschieht, benötigen sie derzeit mehr denn je die Unterstützung von Politik und Gesellschaft. ❐

Migration und Entwicklung:

Gute Beispiele aus der kommunalen Praxis

SKEW-Schriftenreihe „Dialog Global“ regt zum Mitmachen an

Gelungene Beispiele aus der kommunalen Praxis im Themenfeld „Migration und Entwicklung“ stellt die neue Ausgabe der SKEW-Schriftenreihe „Dialog Global“ vor. Dabei wird die ganze Spannbreite der Themen widergespiegelt – sei es die faire öffentliche Beschaffung, die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung oder die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen kommunaler Partnerschaften. Gleichzeitig werden die Unterstützungsangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt aufgezeigt.

Nach den Worten von Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, gibt es nicht nur immer mehr Maßnahmen im Bereich Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene; auch deren Qualität steigt kontinuierlich. Dies werde unter anderem im Rahmen des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ deutlich, bei dem seit 2014 Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam Bewerbungen einreichen. Neben den Preisträgern Berlin-Mitte, Marburg und Mannheim präsentiert die Publikation weitere sechs Beispiele (Aidlingen, Münster, Nordrhein-Westfalen, Salach, Wernigerode und Nürnberg) für vorbildliches Engagement.

Beispiel Berlin-Mitte: Der Berliner Bezirk Mitte und ein informelles Netzwerk der afrikanischen Community riefen 2013 das Projekt „Lern- und Erinnerungsort Afrikanisches Viertel“ ins Leben. Es soll nicht nur die deutsche Kolonialgeschichte aufarbeiten, sondern ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen.

Die Benennung der Straßen und Plätze des sogenannten Afrikanischen Viertels in Berlin-Mitte erinnern an die deutsche Kolonialisierung während des Kaiserreichs. Aus den Debatten um die Umbenennung der Straßen entwickelte sich das Bestreben, das ganze Viertel zu einem Lern- und Erinnerungsort über die Geschichte des deutschen Kolonialismus, seiner Rezeption sowie über den Unabhängigkeitskampf der afrikanischen Staaten zu machen. Berlin-Mitte nutzt nun die Verbindung zwischen dem öffentlichen Raum, der deutschen Kolonialgeschichte und der aktuellen Situation in der Stadt, um Rassismus zu bekämpfen und ein positives Afrikabild zu vermitteln.

Im Afrikanischen Viertel gibt es heute unter anderem viele Führungen, einen „Audio-Walk“, Themenreihen zu Afrika an der Volkshochschule, Ausstellungen sowie eine Kiezbibliothek mit Werken afrikanischer Autorinnen und Autoren. Ein Highlight ist das jährliche „KENAKO Afrika Festival“ auf dem Alexanderplatz. Es steht für einen Austausch mit Menschen afrikanischer Herkunft in Deutschland jenseits aller Klischees und für ein respektvolles und partnerschaftliches Zusammenleben. Beim Festival kommen insbesondere afrikanische Akteure zu Wort, zum Beispiel 2016 zu lokalen und globalen Ursachen von Migration aus Afrika nach Europa und 2018 zu verantwortungsvollem und nachhaltigem Konsum.

„Each One Teach One“

Viele Vereine der afrikanischen Community des Bezirks beteiligen sich aktiv an verschiedenen Projekten. Schwarze Pädagoginnen und Pädagogen übernahmen etwa während einer Projektwoche an einer Grundschule im Viertel komplett den Unterricht.

Das Bildungsprojekt „Each One Teach One“ (EOTO) etablierte eine Bibliothek für Schwarze Literatur und Medien. Das stärkte die Vereine nachhaltig als Akteure der politischen Bildung und Stadtteilarbeit. Die aus dem Projekt entstandene Afrika Akademie/Schwarze Volkshochschule (SVHS) ist heute fester Bestandteil der Volkshochschule Berlin-Mitte.

Der Bezirk Berlin-Mitte hat mit dem Network African Rural and Urban Development (NARUD) einen herkunftsübergreifend arbeitenden Verein der afrikanischen Community als bezirkliche Registerstelle zur Erfassung rassistischer, diskriminierender und fremdenfeindlicher Vorfälle im Bezirk eingesetzt.

Beispiel Mannheim: Die Stadt Mannheim und die türkische Stadt Kilis haben mit Unterstützung des Arbeitskreises Islamischer Gemeinden Mannheim eine Projektpartnerschaft begründet. Sie wollen gemeinsam im nahe der syrischen Grenze gelegenen Kilis die Bildungs- und Berufschancen von aus Syrien geflüchteten Frauen verbessern.

Der Mannheimer Mustafa Dedekeloglu, Mitglied des Arbeitskreises Islamischer Gemeinden Mannheim (AKIG), trat mit der Idee an die Stadtverwaltung Mannheim heran, syrische Geflüchtete nicht nur in Mannheim, sondern vor Ort in der Türkei zu unterstützen. Er hat seine Wurzeln in der türkische Stadt Kilis im Südosten Anatoliens, nur etwa zehn Kilometer nördlich der syrischen Grenze. Der Verein AKIG vermittelte der Stadtverwaltung Mannheim Kontakte nach Kilis und die Partner begannen – unter anderem mit finanzieller Unterstützung des „Kleinprojektefonds“ sowie der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ der SKEW – gemeinsam aus Syrien geflüchteten Frauen neue berufliche Perspektiven zu geben.

Kilis steht vor großen Herausforderungen, denn ihre Einwohnerzahl hat sich durch den Zuzug syrischer Geflüchteter von rund 90.000 auf etwa 220.000 Menschen mehr als verdoppelt. Das bedeutet, dass die Stadt unter anderem mehr kommunale Infrastruktur für die Wasserversorgung benötigt, mehr Müll produziert und mehr Menschen Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten bieten muss. Das hält die Stadt jedoch nicht davon ab, den Geflüchteten eine langfristige Bleibeperspektive eröffnen zu wollen.

In Mannheim leben zahlreiche Menschen mit türkischen Wurzeln, so dass die Stadt aus der Bürgerschaft heraus einen unmittelbaren Anknüpfungspunkt nach Anatolien hat. Im Rahmen ihres internationalen Engagements will die Stadtverwaltung ihre Erfahrungen in der Arbeit mit geflüchteten Menschen und der Bereitstellung von Infrastruktur mit Kilis teilen.

Know-how für Nahost

Mannheim und Kilis wollen gemeinsam ein Modellzentrum für berufliche Bildung bauen, finanziert aus Mitteln der Initiative „Kommunales Know-How für Nahost“. Rund 450 syrische, aber auch türkische Frauen sollen dort einen Beruf erlernen, türkische Sprachkenntnisse erwerben und Kontakte knüpfen können. Nach einer Anschubphase mit Unterstützung der Stadt Mannheim zu didaktischen, integrations- und wirtschaftspolitischen sowie baulichen Fragen wird Kilis das Bildungszentrum in Eigenregie weiterführen.

Beispiel Marburg: Fairer Handel, Migration und Entwicklung sind in der hessischen Universitätsstadt eng miteinander verwoben. Das zeigt sich unter anderem an den Bildungsveranstaltungen rund um das Globale Lernen, die migrantische Vereine und der Marburger Weltladen organisieren.

Die Förderung des Fairen Handels ist in Marburg per Ratsbeschluss verankert und der Weltladen ist eine feste Institution in der Stadt. Seit 1980 bereichert er nicht nur das Warenangebot, sondern weist zum Beispiel auf die ungerechten Strukturen des Welthandels und die schlechten Arbeitsbedingungen vieler Menschen hin. Damit ist er ein Ort der globalen Verständigung.

Im Rahmen des Projekts „Faire Kaffeepause“ mit der Frauenkooperative Aprolma aus Honduras konnten städtische Mitarbeiter sich direkt mit den Mitgliedern der Frauenkooperative Aprolma austauschen, die fairen Kaffee herstellt. Aprolma produziert auch den Marburger „Elisabeth Kaffee“, den die Stadt 2007 einführte. Dies trug mit dazu bei, dass Marburg 2009 als „Hauptstadt des Fairen Handels“ ausgezeichnet wurde.

Viele Studierende, migrantische und interkulturell tätige Organisationen engagieren sich in Marburg entwicklungspolitisch. Die Stadt unterstützt dieses Engagement als wertvolle politische Teilhabe, weil sie die Vielfalt der Stadtgesellschaft stärken will. Zu diesem Zweck wurde 1993 ein Ausländerbeirat gegründet, der unter anderem Veranstaltungen wie den „Tag der kulturellen Vielfalt“ am „Tag der Deutschen Einheit“ und aktuell Demokratiewerkstätten organisiert.

Mit der Unterstützung des Teams Migration und Integration des Fachdienstes Migration und Flüchtlingshilfe der Stadt Marburg verbessern migrantische Organisationen und die Marburger Stadtverwaltung ihre Zusammenarbeit. Konkret professionalisieren interkulturelle, religiöse und entwicklungspolitische Vereine ihre Arbeit und damit auch die Teilhabemöglichkeiten für alle Zugewanderten.

Ehrenamtliche migrantische Akteure bringen beispielsweise als Multiplikatoren ihr Wissen und ihre Kenntnisse ein. Die Stadt offeriert ihnen in Kooperation mit der Freiwilligenagentur und anderen Bildungseinrichtungen je nach Bedarf Qualifizierungsangebote zur Vereins- und Netzwerkarbeit.

Damit die migrantischen Akteure ihre Entwicklungs- und Integrationsarbeit auch effektiv umsetzen können, fördert die Stadt ihre Projekte finanziell – und das nicht nur in Marburg, sondern auch im Rahmen konkreter Entwicklungsprojekte im Globalen Süden. So unterstützt etwa der Verein Pachamama Connexion in Kooperation mit der Stadtverwaltung das in Bolivien und Ecuador entstandene Konzept „Buen Vivir“, das Alternativen für ein gutes Leben und eine nachhaltige Gesellschaft kulturübergreifend entfalten soll.

Beispiel Nürnberg: Für viele Deutsche ist Afrika immer noch ein Kontinent der Armut, des Hungers und des Krieges. Die Nürnberger Initiative für Afrika setzt dem ein differenziertes und umfassendes Afrikabild entgegen – als Basis für einen Dialog auf Augenhöhe.

Nürnberger Initiative für Afrika

Nürnberg und Franken ein anderes Afrikabild näherbringen – das Bild eines bunten und vielfältigen und in vielerlei Hinsicht nah an Europa gelegenen Kontinents. Das wollen zahlreiche Vereine, die Menschen aus vielen afrikanischen Ländern repräsentieren, migrantische Organisationen sowie deutsche Schulen mit einem Interesse an Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent. Sie gehören der Nürnberger Initiative für Afrika (NIfA) an, die stereotype Vorstellungen von Afrika hinterfragen, Vorurteile abbauen und Klischees entgegenwirken will, zum Beispiel bei vielen öffentlichen Veranstaltungen wie Konzerten oder Bildungsprojekten.

Ist erst einmal ein differenzierteres Afrikabild gegeben und die Neugierde auf den Kontinent geweckt, möchte die NIfA für die in der Region Nürnberg und Franken lebende afrikanische und deutsche Bevölkerung eine Plattform für Begegnungen schaffen und ihr Möglichkeiten für einen Dialog anbieten.

Eine gute Gelegenheit dafür sind die jährlichen „Afrika-Tage AKWABA“. Auf dem Programm stehen dabei immer Diskussionsveranstaltungen etwa zu Menschenrechten, Entwicklungspolitik oder aktuellen politischen Themen, aber auch Lesungen, Filme, Tanz und Musik aus Afrika. Für Kinder und Jugendliche gibt es Informationsveranstaltungen, Begegnungen und Gelegenheiten zum Austausch.

Die Nürnberger Initiative arbeitet ehrenamtlich. Sie finanziert sich aus Spenden und bekommt von der Stadtverwaltung Zuschüsse unter anderem für die Anmietung eines Büros und für zahlreiche Veranstaltungen.

Auch wenn die Mitglieder der Initiative ursprünglich aus vielen verschiedenen Ländern Afrikas mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen stammen – die NIfA sehen sie als gemeinsame Initiative, in der sie ihr Know-how bündeln und gemeinsam stärkere Wirkungen erzielen können. Das gilt insbesondere für die Bildungsarbeit, mit der sie die „Bilder in den Köpfen“ ändern möchten, um sich dann auf Augenhöhe zu begegnen.

Regelmäßig reisen die Mitglieder gemeinsam nach Afrika. Das fördert ihre Zusammenarbeit und ermöglicht das gegenseitige Kennenlernen. Sie werben zudem für den Auf- und Ausbau von Nord-Süd-Partnerschaften oder Städtepartnerschaften, die einen beidseitigen Know-how-Transfer ermöglichen. Dieser Wunsch richtet sich besonders an die Kommunen der Region, damit sie Partnerschaften mit Städten und Gemeinden aus afrikanischen Ländern eingehen, um damit etwa dem Beispiel von Herzogenaurach und Kaya in Burkina Faso zu folgen.

Laut Karin Gleixner, Koordination Kommunale Entwicklungspolitik (Stadt Nürnberg, Amt für Internationale Beziehungen), „ist die NIFA für das Amt für Internationale Beziehungen eine der wesentlichen Ansprechpartnerinnen beim Aufbau einer Projektpartnerschaft mit zwei Städten in Togo. Sie berät, unterstützt, hinterfragt kritisch und begleitet uns im Sinne der Annäherung Nürnbergs an unseren Nachbarkontinent.“ **DK**

Ein Feuerwehrauto aus Würzburg für Mwanza

Das 2017 von Würzburg gespendete Feuerwehrauto ist in der Region der Partnerstadt Mwanza in Tansania im Einsatz bei der örtlichen Feuerwehr.

Die Reise um den halben Globus per Schiff dauerte etwa drei Wochen. Im Hafen von Dar es Salaam hing er jedoch aufgrund von verspätet eingetroffenen Frachtpapieren über zwei Jahre fest. Mit finanzieller Unterstützung von Engagement Global hatte der Verein Mwanza e.V. das Feuerwehrauto Anfang Juli 2017 nach Tansania geschickt. Der Wagen kam Ende Juli am Hafen an, die Papiere jedoch erst Mitte September. In der Zwischenzeit stiegen die Standgebühren am Hafen auf eine hohe fünfstellige Summe, die die Stadt Mwanza nicht zahlen und damit das gewünschte Fahrzeug nicht auslösen konnte.

Ab Dezember 2017 wurde es schließlich still um den Wagen. „Unserer Kenntnis nach“, berichtete Michael Stolz von Mwanza e.V., „befand sich das Auto weiterhin im Hafen von Dar.“ Der Verein bemühte sich weiter um Vermittlung zwischen allen Seiten. Schließlich schaltete Oberbürgermeister Christian Schuchardt den tansanischen Botschafter in Berlin, den deutschen Botschafter in Tansania und dann noch den Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania ein, was endlich Bewegung in den Fall brachte. Oberbürgermeister Christian Schuchardt freut sich sehr über den Erfolg und schickt viele Grüße in die Partnerstadt: „So wie in Würzburg wird sich der Feuerwehrwagen auch in Tansania bei Brandeinsätzen bewähren und hoffentlich dabei helfen, Menschenleben zu retten.“

Die Grüße und Wünsche dürften in Mwanza schneller ankommen als das Einsatzfahrzeug. ❒



Handwerk:

„Innungsbetriebe sind solide geführt und vertrauenswürdig“

Früher war das Handwerk in Zünften organisiert, heute sind viele Handwerksbetriebe freiwillig Mitglied in ihrer lokalen Innung. Was das bedeutet, erläuterte Peter Aicher, Präsident des Landesinnungsverbands des Bayerischen Zimmererverbands, im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung.

GZ: Herr Aicher, warum sollten Kommunen ihre Aufträge vornehmlich an Innungsbetriebe vergeben?

Aicher: *Gemeinden und Innungen sind sozusagen „natürliche Kooperationspartner“, denn Innungen erstrecken sich in der Regel über das gleiche Gebiet wie der Landkreis. Innungsbetriebe sind lokale Akteure, die einen starken Bezug zu ihrer Heimat haben, oft alteingesessene Familienbetriebe. Die leben von ihrem guten Ruf und streben nicht schnellen Profit an.*

Innungsbetriebe sind solide geführt und vertrauenswürdig, ein wichtiger Teil der regionalen Wirtschaft. Gute persönliche Beziehungen und Vertrauen sind gerade bei Bauaufträgen, wo es ja immer um relativ viel Geld geht, enorm wichtig. Gemeinden sind ja auch durch das Vergaberecht verpflichtet, nicht den billigsten Anbieter zu nehmen, sondern den mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.

GZ: Welche Nachteile drohen bei Billiganbietern?

Aicher: *Da ist das Risiko von Pfusch hoch. Zudem ist fraglich, ob es den Billiganbieter in naher Zukunft überhaupt noch gibt. Wenn nicht, dann bleibt der Bauherr auf den Kosten für die Behebung eines Mangels oder Schadens sitzen.*

GZ: Sind Innungsbetriebe kompetenter?

Aicher: *Die freiwillige Mitgliedschaft in der Innung ist schon ein*



Peter Aicher.

Bild: Bayerischer Zimmererverband

Zeichen dafür, dass der regelmäßige Austausch mit Kollegen sowie die fachliche Unterstützung durch unsere Dachorganisation, den Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks, gesucht und geschätzt wird. Durch die Mitgliedschaft ist gewährleistet, dass der Betrieb regelmäßig mit allen für ihn und sein Handwerk relevanten Informationen – z.B. über neue Fachregeln, Verordnungen und Gesetze – versorgt wird. Wenn eine Frage auftaucht, kann er sich beim Landesinnungsverband schnell und kompetent eine Antwort holen. Somit ist er in der Lage, sich auf seine handwerkliche Tätigkeit zu konzentrieren und diese kompetent und dem aktuellen Stand der Technik entsprechend auszuführen.

GZ: Wie erkennen Gemeinden Innungsbetriebe?

Aicher: *Am besten auf der jeweiligen Innungswebsite. In der Regel heißt die „www.zimmerer-“ und dann der Ort, der Landkreis oder die Region. Am besten bei Google die Suchbegriffe „Zimmerer“ und den Namen des Landkreises eingeben. Oder auf die Website www.zimmerer-bayern.de gehen und dort über den Menüpunkt „Über uns“ den Untermenüpunkt „Innungen/Fachgruppen“ aufrufen. Auf den Innungswebsites sind unter dem Hauptmenüpunkt „Betriebe“ alle Innungsbetriebe mit ihrer Adresse und ihren Kontaktdaten aufgelistet.*

GZ: Wie geht’s denn dem Zimmererhandwerk momentan?

Aicher: *Sehr gut. Aktuell tut sich ja auch auf politischer Ebene einiges. Das enorme Klimaschutzpotenzial von Bauen mit Holz wurde erkannt und wird nun auch gewürdigt. Ende 2019 verabschiedete die Bayerische Staatsregierung ihre Klimaschutz-Offensive, in deren 10-Punkte-Plan der neunte Punkt „Mehr Holzbau“ lautet. Staatsministerin Michaela Kaniber hat deshalb im Februar 2020 den Runden Tisch „Klimaschutz durch Bauen mit Holz“ einberufen. Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden sollen ein Konzept erarbeiten, mit dem sich Bayern beim Bauen mit Holz eine Spitzenstellung erobern kann. Bei der Umsetzung kommt natürlich den Kommunen eine entscheidende Rolle zu.*

GZ: Für welche kommunalen Bauaufgaben eignet sich denn die Holzbauweise?

Aicher: *Prinzipiell können so gut wie alle Bauaufgaben in Holzbauweise ausgeführt werden – von der energetischen Sanierung bis hin zum Neubau. Besonders beliebt ist die Holzbauweise allerdings bei Kindertagesstätten und Schulen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen sollten sich bei Anbauten oder Aufstockungen die Rohbauarbeiten auf die Wochen in den Ferien beschränken – und das kann die Holzbauweise durch ihren hohen Vorfertigungsgrad und kurze Montagezeiten leisten. Zum anderen haben sichtbare Holzoberflächen auf die Kinder eine wohltuende Wirkung. Gerade in Kindertagesstätten und Grundschulen wird die Wärme und Lebendigkeit, die Holz ausstrahlt, geschätzt.*

Medizinische Forschungen haben aber gezeigt, dass Holz auch auf Jugendliche eine positive Wirkung hat: Sie sind weniger aggressiv, entspannter, konzentrierter und auch gesünder. Holz hat stressmindernde Eigenschaften. Das ist auch außerhalb von Kindertagesstätten und Schulen von Vorteil, denn unsere Arbeitswelt wird ja immer stressiger. Da braucht es einen Ausgleich. ❐



Die Sporthalle in Rötz: modern und unverwechselbar. Bild: Gruber Objektbau

Sporthalle Rötz:

Kommunales Bauen mit Holz

Wirtschaftlichkeit und Qualität im Einklang

Eine neue Turnhalle mit ausreichend Platz für sämtlichen Vereins- und Schulsport. Dies war der Wunsch der Stadt Rötz im Landkreis Cham in der Oberpfalz. Dem gegenüber standen ein begrenztes Budget und das Bestreben, möglichst mit nachwachsenden Rohstoffen, idealerweise aus der Region, zu bauen. Entstanden ist in nur elf Monaten Bauzeit eine optisch ansprechende Turnhalle in moderner Holzbauweise, die vorbildhaft für das kommunale Bauen mit Holz ist.

Die Größe der ästhetischen und hochwertigen Halle beträgt etwa 23 mal 45 Meter und bietet den aktiven Sportlern sowie der örtlichen Schule den heutigen Standards entsprechenden Raum. Die Haupthalle mit ihren rund 1.000 qm kann bei Bedarf in zwei Einheiten unterteilt werden. Zusätzliche große Gymnastikräume im Obergeschoss bieten Sportarten wie Spinning, Karate und Turnen den nötigen Trainingsraum.

Mehrere Umkleideräume im EG und OG schaffen die Möglichkeit, gleichzeitig unterschiedliche Vereine zu beherbergen. Ein lichtdurchfluteter Gemeinschaftsraum für Verköstigungen und Feierlichkeiten rundet das Gebäude ab.

Enge Kooperation

Das nach dem KfW-Effizienzhaus Standard 70 zertifizierte Gebäude hat eine senkrechte Holzfassade aus Lärche, deren Elemente sägerauh unbehandelt in unterschiedlichen Dimensionen verbaut wurden. Durch die zusätzliche Fassadengestaltung mit farbbeschichteten Fundermaxplatten wirkt das Gebäude so modern und unverwechselbar.

Die Sporthalle Rötz wurde im Sommer 2016 fertiggestellt. Die enge und zuverlässige Kooperation zwischen dem Architekturbüro Dieter Brüggemann, Wildpoldsried, und der Gruber Objektbau GmbH, Roding, als Spezialist für Holzbau für den privaten und öffentlichen Bereich, war Voraussetzung für das Gelingen. Für die direkte Abstimmung zwischen den beteiligten Firmen war es sehr wertvoll, dass es sich größtenteils um regionale Unternehmen handelte.

Ein weiterer großer Vorteil lag in der größtmöglichen Vorfertigung der gesamten Wand- und Dachelemente während der Wintermonate. Da dies in der Gruberschen Produktionshalle geschah, hatte das zu jener Zeit ausgesprochen schlechte Wetter keinen Einfluss auf den Zeitplan des Projekts. **DK**

Vor 75 Jahren:

Eremitage Bayreuth bei Luftangriff schwer beschädigt

Am 14. April 1945 kam es zu einem folgenreichen Luftangriff auf Bayreuth, bei dem große Teile des Alten und des Neuen Schlosses Eremitage sowie der ehemalige Marstall durch acht 250 Kilo schwere Sprengbomben und 18 Raketen zerstört wurden. „Heute, 75 Jahre nach dem verherenden Angriff, lässt sich die Welt der Wilhelmine, die aus der Eremitage eines der bemerkenswertesten Parkensembles des 18. Jahrhunderts in Deutschland machte, trotz der damaligen Kriegsschäden wieder eindrucksvoll erleben“, betonte Finanz- und Heimatminister Füracker anlässlich des Jahrestags.

Nach einer Notsicherung in den 1940er Jahren konnten die Außenwände des Neuen Schlosses Eremitage in den 1960er Jahren wiederhergestellt werden. In den Innenräumen befindet sich heute ein Café und ein Ausstellungsraum, der in den Wintermonaten als Orangerie dient. Das Alte Schloss konnte saniert, in Teilen rekonstruiert und aus dem Bestand der Bayerischen Schlösserverwaltung museal neu ausgestattet werden. Besondere Attraktionen sind unter anderem das Japanische Kabinett, das Musikzimmer und das chinesische Spiegelkabinett.

Seit 1941 erlebte Bayreuth mehrere Luftangriffe durch die US-amerikanischen und britischen Truppen. Etwa 40 % der Bausubstanz wurde zerstört. Am „schwärzesten Tag Bayreuths“, dem 11. April 1945, wurden über 340 Tonnen Sprengstoff und fast 18 Tonnen Brand- und Leuchtbomben abgeworfen. Luftaufklärer der Alliierten sichteten Militärfahrzeuge in der Nähe des Neuen Schlosses und vermuteten daher einen deutschen Generalstab in der Eremitage. Noch an dem Tag, an dem die Stadt Bayreuth der US-Armee übergeben wurde (14. April), kam es zu dem folgenreichen Angriff. Im Alten Schloss wurde vor allem der zentral gelegene Marmorsaal stark zerstört, darunter das Deckengemälde sowie die westliche Hälfte der Portalbekrönung.

Am härtesten traf es das Neue Schloss Eremitage: In das Gebäude ausgelagerte, hochentzündliche Nitrozellulose-Filme führten zu einem explosionsartigen Brand, der die gesamte Innenausstattung zerstörte und selbst die Außenarchitektur stark beschädigte.

Die Eremitage zählt zu den außergewöhnlichsten Schloss- und Gartenanlagen in Franken. Trotz der aktuellen Schließung aller Besichtigungsobjekte der Bayerischen Schlösserverwaltung sind die Park- und Gartenanlagen, wie z. B. der Hofgarten der Eremitage, weiterhin geöffnet. ❐

Hinweis

Über Bauen mit Holz erschien am 13. Februar 2020 der Sonderdruck „Holzbau for Future“. Das PDF kann von der Website der Bayerischen GemeindeZeitung heruntergeladen werden. ❐

Fränkisches Freilandmuseum:

Spatenstich zum Synagogenaufbau

Anfang April hat das Fränkische Freilandmuseum des Bezirk Mittelfranken mit dem Wiederaufbau der Synagoge aus Allersheim begonnen. Im kleinsten Kreis führten Museumsleiter Dr. Herbert May, Architekt Hermann Keim vom Büro Keim Architekten Fürth, Statiker Walter Schwarz vom Büro Liebberger & Schwarz Bad Windsheim, Museumsbauhofleiter Friedrich Hartlehnert und der wissenschaftliche Volontär des Museums und Judaistik-Spezialist Jonas Blum M. A. den ersten Spatenstich durch. Damit ist das Fränkische Freilandmuseum das erste süddeutsche Freilandmuseum, das eine Synagoge errichtet.

In der „Baugruppe West“–zwischen dem Schulhaus und der Weiltinger Scheune – ist jetzt schon der Grundriss des zukünftigen Gebäudes abgesteckt. Wie an seinem ursprünglichen Standort in Allersheim, einem Ortsteil von Giebelstadt bei Würzburg, wird das Synagogengebäude im Museum etwas am Rand des Dorfes und doch in der Nähe des Dorfplatzes stehen. So können die Besucher erleben, wie nahe und selbstverständlich im traditionellen Fränkischen Dorf das Zusammenleben zwischen Juden und Christen war. Museumsleiter Dr. Herbert May freut sich besonders, dass man nun endlich auch im Freilandmuseum der Bedeutung des Fränkischen Landjudentums gerecht wird. Das Gebäude der ehemaligen Synagoge von Allersheim stand schon einige Jahre leer und war kurz vor dem Einsturz, als es die Mitarbeiter des Fränkischen Freilandmuseums 2014-15 abbauten. Vor Ort hatte sich keine Nutzung gefunden. Von außen glich das schlichte Gebäude einem Bauernhaus und war auch zuletzt auch als solches genutzt und enthielt dennoch das komplette Raumprogramm einer Landsynagoge.

Historie

Die 1740 errichtete Synagoge beherbergte ursprünglich im Keller die Mikwe, das jüdische Ritualbad, das sich bei archäologischen Grabungen fand. Im Erdgeschoss war die Wohnung des Rabbiners oder des Vorsängers untergebracht. Und im Obergeschoss gab es einen Betsaal mit einer hölzernen gewölbten Decke. Als mit dem Wegfall der Niederlassungsbeschränkungen für Juden in den großen Städten immer mehr Landjuden in die größeren Städte wegzogen, schwand die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde in Allersheim.

Schließlich wurde das Gebäude 1911 an einen örtlichen Landwirt verkauft. Er baute im Betsaal Wohnstube und Kammer ein. Beim Abbau des Gebäudes fanden sich Teile der Decke des Betsaals wieder verwendet im Fehlboden. Zu Hochzeiten Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Allersheim 18 jüdische Haushalte und mit 27,9 % gehörte mehr als ein Viertel der Bevölkerung des kleinen Dorfes zur jüdischen Gemeinde. Allersheim beherbergte nicht nur die Synagoge, sondern dort war auch der jüdische Friedhof für die umliegenden Gemeinden angesiedelt. Ein Forschungsprojekt im Fränkischen Freilandmuseum verfolgt nun die Lebenswege der ehemaligen Gemeindemitglieder.

Nun gilt es, beim Wiederaufbau des Synagogengebäudes die Puzzleteile des Gebäudes wieder zusammenzubringen. Die Baufachleute des Freilandmuseums haben viel Erfahrung im Versetzen (Fachterminus: „Translozieren“) historischer Gebäude. Ganze Wandteile der Synagoge haben sie in einem Stück abgebaut. Doch gibt es schwierige Rekonstruktionsaufgaben, wie etwa die Aufgabe, den ehemals gewölbten Betsaal wiedereinzurichten. Die Eröffnung ist für die Museumssaison 2022 geplant. Eine besondere Freude wäre, dann auch Nachfahren der Allersheimer Gemeindemitglieder als Gäste begrüßen zu können. ❐

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Modulare Corona-Intensivstationen und mobile Corona-Teststationen:

Kleusberg stellt Expertise und Lösungen bereit

Um Länder, Städte, Gemeinden und medizinische Einrichtungen bei ihrem Kampf gegen das Corona-Virus zu unterstützen, hat Kleusberg als Hersteller von modularen Gebäuden und als einer der leistungsfähigsten und größten deutschen Anbieter modularer Raumlösungen und mobiler Mietcontainer kurzfristig verfügbare Sonderlösungen entwickelt. Dabei handelt es sich um Corona-Testzentren aus mobilen Mietcontainern und schlüsselfertige Intensivstationen in Modulbauweise.

Der Vorteil bei diesen Lösungen ist die große Erfahrung von Kleusberg im Gesundheitswesen. Seit über 20 Jahren realisiert das seit 1948 bestehende Unternehmen anspruchsvolle Klinikgebäude, Betten- und Intensivstationen, Labore und weitere medizinische Einrichtungen schlüsselfertig in solider modularer Bauweise. Gleichzeitig stellt Kleusberg mit seinen hochwertigen Mietcontainern temporäre Interimslösungen für Kliniken, aber auch für Firmen und öffentliche Einrichtungen bereit. Mit diesem speziellen Wissen über Normen und Vorschriften ist Kleusberg vor allem jetzt in der Corona-Krise ein kompetenter Partner, um nicht nur kurzfristig, sondern gleichzeitig auch sicher und zuverlässig zu reagieren.

Sofort verfügbare Corona-Testzentren

Um die dringend benötigten Testkapazitäten zu erweitern – ohne dabei bestehende Gebäude oder kritische Bereiche zu kontaminieren – bietet Kleusberg Mobile Mietgebäude. Das sind Raummodule, die direkt zum Aufstellungsort transportiert werden und hier umgehend einsatzbereit sind. Auch spezielle Sanitätseinheiten sind sofort verfügbar.

Die Raummodule können miteinander kombiniert werden, so dass sich anforderungsgerechte Testzentren realisieren lassen. Das heißt, beispielsweise Module mit getrennten Bereichen für Anmeldung und Untersuchung der Patienten oder erweiterte Lösungen mit zusätzlich abgetrennten Arzt-/Büro-Bereichen, Pausen- und Umkleideräumen sowie sanitären Einrichtungen.

Die Testzentren schaffen sowohl für das medizinische Personal als auch für die Patienten ein Höchstmaß an Sicherheit. Die Mieteinheiten werden von Kleusberg individuell nach den Wünschen der Auftraggeber mit Möblierung, Sanitäreinrichtungen, Funktionseinrichtungen und Klimatisierung ausgestattet. Auch die Anzahl der Eingänge kann individuell bestimmt werden, z.B. getrennte Eingänge für medizinisches Personal und Patienten. Die mobilen Mietsysteme eignen sich als Untersuchungszentren, sogenannte Drive-In-Teststationen sowie als vorgeschaltete Besucherschleusen zu Gebäuden, um mögliche Ansteckungsrisiken zu minimieren.

Intensivstationen über zwei Monate schneller verfügbar

Neben dem Abflachen der Ansteckungskurve ist es im Augenblick die dringlichste Herausforderung im Gesundheitswesen, ausreichend Behandlungsplätze für schwer erkrankte Patienten zu schaffen. Um jetzt die intensivmedizinischen Kapazitäten schnell und unkompliziert erweitern zu können, bieten schlüsselfertige Intensivstationen von Kleusberg schnell zusätzlichen Raum.



Raum und Gebäudelösungen in Modulbauweise von Kleusberg.
Bild: KLEUSBERG Modulbauweise

Komplettlösung

Diese speziellen Modulgebäude sind zum Kauf und auch zur Langzeitmiete mit anschließender Rückbaumöglichkeit verfügbar. Die Module für die Intensivstationen werden in den Werken von Kleusberg mit den wichtigen Medizintechnikkomponenten und der erforderlichen Infrastruktur vorgerüstet. Durch diesen Grad der Vorfertigung kann anschließend ein Gebäude in Modulbauweise wesentlich schneller als z. B. ein Massivgebäude errichtet werden. Aber auch hier ist natürlich eine bedarfsgerechte Planung unter Einbeziehung der örtlichen Gegebenheiten zwingend erforderlich. Solche hochsensiblen Klinikbereiche lassen sich schon unter Hygienegesichtspunkten nicht in wenigen Tagen aus dem Boden stampfen.

Daher hat Kleusberg eine Komplett-Lösung konzipiert, die sich an eine bereits realisierte und erprobte intensivmedizinische Station anlehnt, und die dank komplett vorliegender Statik, Baubeschreibung sowie haus- und medizintechnischer Einrichtung mit einem Zeitvorteil von über zwei Monaten realisieren werden kann.

Die medizinischen Modulgebäude von Kleusberg erfüllen – anders als umfunktionierte Container – sämtliche gesetzlichen Vorgaben und spezifischen Richtlinien im Pflege- und Gesundheitswesen sowie alle brandschutztechnischen Anforderungen. Die Corona-Intensivstationen können dank der modularen Bauweise nach der Krise ohne großen Aufwand einer neuen Nutzung zugeführt oder sogar komplett umgesetzt oder zurückgebaut werden. ❐

Rathaus-Baustelle in Abensberg trotzt Pandemie

Die Bauarbeiten am Rathaus Abensberg gehen trotz der Pandemie bisher wie geplant weiter. Es gibt keine Ausfälle, etwa durch Leiharbeiter, die eventuell nicht mehr nach Deutschland gelangen, auch in Sachen Baumaterial gibt es keine Schwierigkeiten.

Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl ist „froh, dass wir mit sehr guten Handwerksbetrieben, vornehmlich aus unserer Region“, zusammenarbeiten. Das Fortschreiten der Bauarbeiten ist für die Stadtverwaltung und die Stadt Abensberg wichtig – aber auch für die Unternehmen, die involviert sind. „Wir versuchen natürlich so gut es geht, den Betrieb auf unseren Baustellen aufrecht zu erhalten. Das ist gut für uns, aber auch für die mittelständischen Betriebe, die dabei sind.“

Problem mit dem Uhrwerk

Und tatsächlich waren in der letzten März-Woche allerhand Handwerker am Stadtplatz und in der Dollinger Straße im Einsatz: Stadtbaumeister Gerhard Rölz zählt „Natursteinleger, Aufzugbauer, Maler, Elektriker, Schreiner, Maurer, Trockenbauer und Spengler“ auf. „Das Wetter spielte in dieser März-Woche mit, auch wenn der Wind auf dem Rathausturm arg pfiff“, lacht Rölz. Ganz da oben gebe es nämlich ein Problem: Die Turmuhr wird derzeit vom Spezialunternehmen Turmuhren Rauscher in Regensburg hergerichtet und sollte mit Beendigung der Fassadenarbeiten wiedereingesetzt werden. Dann wird das Gerüst abgebaut. Allerdings meldete Turmuhren Rauscher nun, dass eine Verbindungsachse des Zeigerlaufwerks um sechs Zentimeter zu kurz ist. Das gute Stück wird in einem Spezialbetrieb hergestellt, und der sitzt in Italien. „Da kommt derzeit nichts“, sagt Rölz. Es könne also durchaus sein, dass das Uhrwerk erst eingesetzt werden kann, wenn das Gerüst schon – nach Beendigung der Fassadenarbeiten – abgebaut worden ist. Dann muss eine Hebebühne oder dergleichen angemietet werden. Rölz: „Wir können mit dem Abbau des Gerüsts nicht warten, das wäre zu kostspielig.“

Umzug im Herbst

Außer diesem Detail aber läuft eigentlich alles wie geplant auf der Rathaus-Baustelle. Erste Feinheiten werden auch innen sichtbar: Rölz freut sich über eine technische Neuerung im künftigen Sitzungssaal, wo Induktionsschleifen die akustischen Signale an Menschen mit Hörgeräten verstärken. Der gesamte Verwaltungskomplex ist ja im Sinne der Barrierefreiheit geplant worden. Der Tag der offenen Baustelle, noch Anfang März für den 25. April festgelegt, wäre für die Stadt eine Möglichkeit gewesen, den Abensbergern vorzustellen, was sich da alles getan hat und noch tun wird – der aber wird nun wohl erst später stattfinden. Insgesamt aber ändert sich am Umzugstermin der Verwaltung von den angemieteten Ersatzräumlichkeiten in der Münchener Straße zurück ins Herz der Stadt Abensberg aber nichts; dieser soll im Herbst erfolgen. ❐

Wer lebt in den Gebieten der Sozialen Stadt?

Neue BBSR-Analyse zu den Lebenslagen in den Fördergebieten

Der Bund unterstützt mit dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt seit mehr als 20 Jahren die Länder und Kommunen dabei, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren und aufzuwerten. In diesem Jahr hebt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) die Mittel für das Programm Soziale Stadt – künftig „Sozialer Zusammenhalt“ – mit geplanten 200 Millionen Euro auf ein Rekordniveau.

Die Mittel fließen in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens. Eine Auswertung von Daten aus 56 Großstädten zeigt, dass die Unterstützung aus diesem Programm dringend benötigt wird.

Mehr als jeder fünfte Bewohner von Stadtteilen, die das Programm Soziale Stadt fördert, bezog im Jahr 2017 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II. Die Arbeitslosenquote lag bei elf Prozent. Während sich der Anteil der Menschen ohne Job in den Fördergebieten zwischen 2012 und 2017 leicht verringerte, blieb die SGB-II-Quote anhaltend hoch.

Der Analyse zufolge betrifft Armut besonders viele junge Bewohner und Alleinerziehende. Haushalte mit drei oder mehr Kindern sowie Haushalte von Alleinerziehenden sind in den Fördergebieten des Programms Soziale Stadt deutlich überrepräsentiert. Der Anteil der Kinder unter zehn Jahren ist ebenfalls überdurchschnittlich hoch.

„Soziale Ungleichheit bildet sich in den Städten räumlich ab. Die Teilhabechancen der Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen zu fördern, ist eine wichtige Dimension der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es ist in den letzten 20 Jahren viel Gutes passiert, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns“, sagte der Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Markus Eltges. „In der ab 2020 neuen Programmstruktur der Städtebauförderung bleibt der integrative Ansatz der Sozialen Stadt deshalb ein Schwerpunkt der Förderung. Gleichwohl müssen die Programme unterschiedlicher Ressorts noch stärker ineinandergreifen, um die Chancen der Menschen in diesen Quartieren zu erhöhen. Daher kommt der ressortübergreifenden Strategie „Nachbarschaften stärken, miteinnder im Quartier“ und ihren erfolgreichen Modellvorhaben eine besondere Bedeutung zu.“

Für die Analyse wurden die Fördergebiete des Programms Soziale Stadt auf kleinräumige Stadtteildaten der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB) bezogen. Das vom BBSR betreute kommunalstatistische Kooperationsprojekt stellt für 56 Städte Daten auf Stadtteilebene bereit. Der Datenkatalog umfasst rund 400 Merkmale, unter anderem zu den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur, Wanderungen, Beschäftigung, Sozialtransfers sowie Bauen und Wohnen.

Die Analyse ist kostenfrei beim BBSR erhältlich (gabriele.bohm@bbr.bund.de), eine digitale Version unter www.bbsr.bund.de abrufbar. ❐

#dasein

Danke an alle Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung!

Sie und die kommunale Familie halten unser Gemeinwesen in diesen außergewöhnlichen Zeiten am Laufen. Wir alle erleben eine Bewährungsprobe, die wir meistern werden, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam handeln.
Dafür sichert die AKDB ihre volle Unterstützung zu!

Wir werden weiterhin für Sie #dasein!

- **1.000 Mitarbeiter,** ob im Homeoffice oder vor Ort, legen sich täglich für Sie ins Zeug
- **Kundenservice und Support**
  kundenportal.akdb.de
  www.akdb.de/servicerufnummern
  service@akdb.de
- **Fachwebinare** (z. B. Techniktage online), **Trainings und Präsentationen**
  www.akdb.de/webinare
- **virtuelle Kundenarbeitskreise und -termine**
  individuell via GoToMeeting
- **aktuelle Infos**
  www.akdb.de
  twitter.com/akdb_de

AKDB
Bleiben Sie gesund!

20 Jahre EEG:

Tragende Säule des Energiesystems

Am 1. April 2000 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Das 20-jährige Jubiläums des Inkrafttretens kommentierten VKU-Präsident Michael Ebling, Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung und Dr. Robert Brandt, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien.

VKU-Chef Ebling bezeichnete das EEG als Erfolgsgeschichte. Gegenwärtig kommen über 40 Prozent des deutschen Stroms aus Erneuerbaren Energien, was vor allem dem EEG zu verdanken sei. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags hätten die Initiative ergriffen und die entscheidenden Rahmenbedingungen für den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer Leistung von aktuell circa 125 GW gesetzt.

Mehr Kosteneffizienz der Erneuerbaren

„Das EEG ist heute nicht mehr das gleiche Gesetz, das vor 20 Jahren beschlossen wurde. Es hat durch mehrere Novellen, die die Dynamik des Ausbaus der Wind-, Photovoltaik-, Geothermie- und Bioenergie-Anlagen unterstützt, aber auch Fehlentwicklungen korrigiert haben, eine wichtige Evolution durchgemacht. Gerade in den vergangenen Jahren hat das EEG zu einer besseren Marktintegration und zu mehr Kosteneffizienz der Erneuerbaren beigetragen. Dazu gehört etwa die Einführung der Direktvermarktung und die Umstellung auf Ausschreibungen“, betonte Ebling.

Aus seiner Sicht ist dieses weiterentwickelte EEG eine gute Basis, den Ausbau der Erneuerbaren Energien fortzusetzen und den Kurs in Richtung des 65-Prozent-Anteils der Erneuerbaren am Stromverbrauch 2030 zu halten. „Zwar werden inzwischen manche Großprojekte im Wind-Offshore- und Solarbereich ohne EEG-Förderung realisiert. Dies gibt einen Vorgeschmack auf eine Zeit nach dem EEG. Aber noch ist und bleibt das EEG für die meisten EE-Vorhaben auf absehbare Zeit unverzichtbar“, so der VKU-Präsident.

Die gegenwärtige Windausbaukrise zeige zugleich, dass das EEG nicht mehr alleiniger Garant für das Erreichen der Ausbauziele ist. Wenn der Windenergieausbau wieder an Fahrt aufnehmen soll, müssten Bund und Länder gemeinsam daran arbeiten, im Planungs- und Genehmigungsrecht die Voraussetzungen für EE-Projekte zu verbessern. „Dies zeigt: Es müssen auch Vorschriften in anderen Rechtsgebieten angepasst werden, z. B. im Naturschutzrecht.“

Bei der Photovoltaik komme es jetzt darauf an, dass schnellstmöglich der 52-GW-Ausbaudeckel aufgehoben wird. Der Deckel werde demnächst erreicht. Ebling: „Wenn die Bundesregierung nicht bald handelt, besteht die Gefahr, dass neben der Windenergie auch die Photovoltaik – mit Ansage – in eine Ausbaukrise gerät. Eine wichtige Aufgabe für das neue Jahrzehnt der Energiewende ist es auch, die Energiewende stärker als bisher in die Städte zu bringen. Gerade für kommunale Unternehmen ist dabei Mieterstrom ein wichtiges Instrument, das innerhalb des EEG unbedingt gestärkt werden muss.“

Wichtiges Geschäftsfeld

„Durch das EEG haben sich die Erneuerbaren innerhalb von 20 Jahren zu einer tragenden Säule des Energiesystems und einem wichtigen Geschäftsfeld für Industrie, Handwerk und Energiewirtschaft entwickelt. Das Ergebnis ist beeindruckend: Heute liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien bei 43 Prozent. Doch auf diesen Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen“, bemerkte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Um Deutschland klimaneutral zu machen, müsse die Energiewende weiter vorangetrieben werden – auch mit Blick auf die Erzeugung von grünem Wasserstoff und dem Ziel klimafreundlicher Mobilität.

Gerade vor dem Hintergrund der aufziehenden Wirtschaftskrise sei sicherzustellen, dass weiterhin in den Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert wird und sie die Energieversorgung von morgen gewährleisten können. Dafür müsse auf der einen Seite der Netzausbau weiter vorangetrieben und Beiträge zur gesicherten Leistung – zum Beispiel durch Speicher – erbracht werden. Auf der anderen Seite gelte es, für den weiteren Erneuerbaren Ausbau das Marktdesign anzupassen und Hemmnisse abzubauen.

Wettbewerb der Ideen

„Allem voran muss zügig der 52 GW-Deckel für die Photovoltaik-Förderung fallen, es dürfen keine pauschalen Abstandsregelungen bei Windanlagen an Land eingeführt und der Weg für mehr Wind offshore muss frei gemacht werden“, forderte Andreae. Finanzierungssicherheit und Kosteneffizienz müssten beim weiteren Ausbau im Einklang stehen und die Verbraucher entlastet werden. Benötigt werde ein Wettbewerb der Ideen für innovative Geschäftsmodelle. So könne der Erneuerbaren-Ausbau wichtige Impulse für die Konjunktur aussenden und das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie gehalten werden. Dies sei für die gesamte Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Licht und Schatten

Laut Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, ist es „das große Verdienst des EEG, dass es zu einer rasanten Technologieentwicklung und Kostendegression bei den erneuerbaren Stromtechnologien geführt und damit die Energiewende in Schwung gebracht hat. Es hatte aber auch immer Fehlbarkeiten, insbesondere bei der zeitgerechten politischen Steuerung der verschiedenen Fördersätze, was zum Beispiel intensive Kostendebatten nach sich gezogen hat. Reformen wie die Einführung des Ausschreibungsdesigns – in Deutschland heiß diskutiert – haben in anderen Ländern früher stattgefunden. Gut designte Ausschreibungen können bei ausreichendem Angebot die gewünschten preissenkenden Effekte haben, ohne den Ausbau auszubremsen, wie man bei der Photovoltaik gesehen hat.“

Unglückliche Beschränkungen, wie etwa Deckel und zu niedrige Ausbaupfade, kenne das EEG aber immer noch und stehe sich und den möglichen Energiewende- und Klimaschutzerfolgen damit selbst im Weg. Hier haben Bund und Länder aus Kuhlmanns Sicht einige Aufgaben zu erledigen.

Die dena plädiert für eine Weiterentwicklung des EEG von einem reinen Förderinstrument für die erneuerbaren Stromerzeugungstechnologien hin zu einem Sektorenkopplung unterstützenden Instrument. Für eine dynamische Energiewende müssten die Sektorengrenzen überwunden werden. Die für dieses Jahr angekündigte Neuregelung soll das EEG vereinfachen. Über die Jahre haben immer mehr Sonderregelungen das EEG komplexer gemacht. Neue Geschäftsmodelle wurden so zunehmend verkompliziert und damit ausgebremst.

Zur Vereinfachung gehöre auch, die vorhandenen Stellschrauben in- und außerhalb des EEG zu lösen, um mehr Flächen für die Erneuerbaren bereitzustellen. Flankierend sollte ein CO2 Mindestpreis im Stromsektor eingeführt werden, um in Zeiten, in denen der Emissionshandel seine Aufgabe nicht erfüllen kann, die nötigen Marktpreissignale zu setzen. „Dass dann im Gegenzug auch die EEG-Umlage stärker gesenkt werden könnte, als es die Bundesregierung erfreulicherweise bereits plant, wäre ein weiterer, positiver Effekt“, stellte Kuhlmann fest.

Hohe Investitionssicherheit

Nach Ansicht von Dr. Robert Brandt, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (AEE), gehen die Errungenschaften des EEG weit über die Erzeugung von Ökostrom hinaus. Laut dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) wurden seit Einführung des EEG insgesamt etwa 250 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst, um Anlagen für die erneuerbare Stromerzeugung zu errichten – von deren Betrieb die deutsche Wirtschaft mit etwa 95 Milliarden Euro profitiert hat.

„Das EEG zeichnete sich in der Vergangenheit vor allem dadurch aus, dass Anlagenbetreibern eine hohe Investitionssicherheit durch eine garantierte Einspeisevergütung und Anschlusspflicht gewährt wurde“, unterstrich Brandt. Jede Kilowattstunde aus Erneuerbare-Energien-Anlagen werde ins Netz eingespeist, vergütet und weiterverteilt. Anlagenbetreiber erhielten in der Regel 20 Jahre lang eine technologiespezifische garantierte Vergütung für ihren Strom. Insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen sei so ein neuer Zugang zum Strommarkt eröffnet worden. In 84 Staaten der Welt existierten heute Einspeisevergütungen oder -prämien für Strom aus Erneuerbaren Energien. Als Vorbild dafür gelte weithin das deutsche EEG – so unterstütze es auch weltweit die Energiewende.

Große Anpassungsfähigkeit

Ein weiteres Erfolgsrezept des EEG ist Brandt zufolge dessen Anpassungsfähigkeit. Von Anfang an seien kontinuierliche Berichts- und Revisionsprozesse im EEG verankert worden. So könne das Gesetz immer wieder an die Entwicklung der Erneuerbaren Energien angepasst werden.

„Mittelfristig wird es darum gehen, die bisherigen Erfolgsprinzipien des EEG in eine umfassende Systemtransformation des bestehenden Energiemarktes einfließen zu lassen, so dass die Erneuerbaren Energien als Hauptstütze des Stromversorgungssystems zur vollen Geltung kommen“, machte der Geschäftsführer deutlich. **DK**

Staatsminister Hubert Aiwanger:

Versorgungssicherheit und PV-Speicher-Programm

Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat die Energie-Versorgungssicherheit im Freistaat überprüfen lassen. Das Ergebnis: „Die Energieversorgung ist auch während der Corona-Epidemie sicher. Die Menschen müssen sich keine Sorgen machen.“

Im Netzgebiet des Bayernwerks, das große Teile Bayerns umfasst, sank der Stromverbrauch von Industrie und Großkunden in der letzten Märzwoche phasenweise um bis zu 13 Prozent. Hintergrund sind die Produktionsrückgänge. Im Kleingewerbe und in Privathaushalten war kein Rückgang spürbar.

Keine Engpässe

Die Stromproduktion aus konventionellen Kraftwerken und erneuerbaren Energien lief nach Einschätzung des Bayerischen Energieministeriums auf unverändertem Niveau. Es gab und gibt weder Engpässe in den Lieferketten noch bei der Verfügbarkeit des Personals.

Die Gasspeicher sind deutschlandweit derzeit ungewöhnlich voll. Mitte der letzten Märzwoche waren sie zu 73 Prozent gefüllt, zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es nur 52 Prozent. Auch die Versorgung mit Öl, Treibstoff, Benzin und Diesel ist auf hohem Niveau gesichert. Aufgrund des eingebrochenen Flugverkehrs ist Kerosin sogar im Überfluss vorhanden.

10.000 Anträge

Aiwanger informierte zudem darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bereits mehr als 10.000 Anträge im Rahmen des PV-Speicher-Programms gestellt haben. „Die Antragszahlen zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind und dabei die richtigen Anreize setzen. Nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern kann die Energiewende ein Erfolg werden“, erklärte der Minister, auf dessen Initiative hin das Programm eingeführt wurde, zu den aktuellen Antragszahlen.

Mit dem bayerischen Förderprogramm können Eigentümer von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern eine Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage beantragen. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten.

In den vergangenen Wochen sind die Antragszahlen noch einmal stark gestiegen. Um diesen Schwung nicht zu verlieren, ist es laut Aiwanger dringend notwendig, dass auf Bundesebene der 52-Gigawatt-Deckel umgehend abgeschafft wird. Es dürfe nicht passieren, dass der Beitrag der Bürgerinnen und Bürger in Bayern zum Klimaschutz und der Energiewende ausgebremst wird.

Anlässlich des Tags des Energiesparens wies der Minister auch darauf hin, dass nicht nur möglichst viele mit ihren PV-Anlagen Strom erzeugen, sondern auch sparsam mit diesem und auch mit Wärme umgehen sollten. Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, müsse auch nicht erzeugt, transportiert, gespeichert oder gekauft werden. Im Zuge der Installation der PV-Anlage sollten die Hausbesitzer daher prüfen, ob sie dies nicht gleich mit der Sanierung des Daches oder des Hauses verbinden können.

Verbesserte Bundesförderung

Die Bundesförderung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und über die steuerliche Absetzbarkeit von Sanierung seien zum Jahreswechsel stark verbessert worden. Für die hochwertige Sanierung eines Zweifamilienhauses zum Effizienzhaus könne man beispielsweise einen Zuschuss von bis zu 96.000 Euro erhalten.

Insgesamt wurde bisher eine Fördersumme von rund 10,2 Millionen Euro beantragt. Damit wird eine Gesamtleistung von mehr als 78.000 Kilowatt Peak gefördert. Bei rund 1.730 Anträgen wurde die optionale Ladeeinrichtung für Elektrofahrzeuge mitbeantragt.

Die Antragstellung ist unkompliziert auf elektronischem Weg möglich. Weitere Informationen und die Antragsplattform finden sich auf www.EnergieBonus.Bayern. **DK**

Wasserkraft ist systemrelevant und Grundlage der Daseinsvorsorge

4.000 Wasserkraftwerke in Bayern liefern auch in der Corona-Krise zuverlässig und CO2-frei Strom

Wie bedeutend die Wasserkraft für die stabile Energieversorgung ist, zeigt sich in Zeiten der Corona-Pandemie einmal mehr. Eine sichere Versorgung der Bevölkerung, aber auch aller Einrichtungen in der Produktion, dem Gesundheitswesen und dem Lebensmittelgewerbe mit Energie hat höchste Priorität. Mit einem Anteil von durchschnittlich 14 Prozent an der Bruttostromerzeugung in Bayern zählen die rund 4.000 Wasserkraftwerke deshalb zur kritischen Infrastruktur.

„Die Anlagen erzeugen auch in Krisenzeiten zuverlässig wie eh und je Strom und sie machen unabhängiger von Energie-Importen“, betont Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. Der Beitrag der Wasserkraft zur Daseinsvorsorge könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

„Wasserkraftwerke funktionieren trotz Corona ohne Einschränkungen, die Stromproduktion ist auch in Krisenzeiten sichergestellt“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke eG. „Die Wasserkraft als die älteste Erneuerbare-Energien-Technologie im Freistaat stellt jetzt ihre unschlagbaren Vorzüge unter Beweis: Sie ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig, und sie trägt zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei.“

Kapazitäten ausbauen

In einer Zeit der Verunsicherung der Bevölkerung, der politischen und kommunalen Verpflichtung zur Sicherung der Daseinsvorsorge, einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise und, nicht zu vergessen, des fortschreitenden Klimawandels, ist es umso wichtiger, alle zur Verfügung stehenden Wasserkraft-Kapazitäten zu nutzen, zu sichern und rasch auszubauen. So lautet der Appell der bayerischen Wasserkraftbände VWB und LVWB an die bayerische Staatsregierung und die zuständigen Behörden. Das im Bayerischen Klimaschutzgesetz von 2019 definierte Zubau-Ziel von einer Terrawattstunde Energie aus Wasserkraft solle mit der unbürokratischen Ermöglichung der Effizienzsteigerung bei bestehenden Anlagen und dem Neubau von Wasserkraftanlagen konsequent verfolgt werden.

Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG begrüßen es daher, dass Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident von Bayern sowie Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, diese Bedeutung hervorhebt und auf eine Fehlentwicklung hinweist.

In einem Facebook-Post am 14. März 2020 schrieb der Minister: „Regionale, dezentrale Strukturen bedeuten Stabilität! Eine Lehre aus der Coronakrise ist schon jetzt, dass wir künftig bei der Bewertung, was sich alles ‚nicht mehr rentiert‘ etwas anders denken müssen. Kleine Krankenhäuser, (…), regionale Energieerzeuger wie kleine Wasserkraftwerke (…). Globalisierung ja, aber die öffentliche Daseinsvorsorge wurde schon etwas zu bedenkenlos der reinen Gewinnmaximierung unterworfen in den letzten Jahrzehnten. Eine Neujustierung ist nötig.“ ❐

Bayernwerk jetzt auf störungsauskunft.de

Auch die leistungsfähigsten Energienetze bleiben von vereinzelten Störungen nicht verschont. Einerseits liegen höhere Gewalten wie Wettereinflüsse nicht in der Hand des Netzbetreibers. Andererseits erfordern turnusmäßige Ertüchtigungen oder Bauarbeiten am Energienetz mitunter eine kurzzeitige Unterbrechung des Stromflusses. Die Kundinnen und Kunden der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) können sich ab sofort über solch kurze Unterbrechungen auf der Internetseite störungsauskunft.de informieren.

Mit dem Go-Live des Bayernwerks sind nun auch die Störungen im Netz des größten bayerischen Verteilnetzbetreibers auf der Plattform störungsauskunft.de registriert. Auf einer deutschlandweiten Karte können sich die Netzkunden des Unternehmens ab sofort über Versorgungsunterbrechungen informieren.

Durch die digitalisierten Netzleitsysteme werden auftretende Störungen umgehend auf der Informationsplattform angezeigt. Darüber hinaus zeigt Störungs auskunft.de geplante Strom abschaltungen an, die im Zuge von Netz- und Instandhaltungsarbeiten erforderlich sind.

Störungsauskunft.de ermöglicht aber auch die unkomplizierte Meldung von Störungen durch Bürger an das Bayernwerk.

Zur Nutzung des Portals müssen Verbraucher lediglich ihre Postleitzahl angeben und zwei Prüf-Fragen beantworten. Erkennt das Portal von störungsauskunft.de einen Stromausfall durch steigendes Besuchervolumen, veröffentlicht es im Namen des Verteilnetzbetreibers eine automatisierte Meldung, die für alle Besucher sichtbar ist. Für das Bayernwerk besteht zusätzlich die Möglichkeit, diese Meldungen individuell zu ergänzen. Dies ist insbesondere bei größeren Störungen wichtig, beispielsweise in Folge von Stürmen.

Die Plattform Störungsauskunft.de behandelt alle Daten von Verbrauchern und Verteilnetzbetreibern vertraulich. ❐



Sichere Energiezukunft in Aindling

Die Energiezukunft in der Marktgemeinde Aindling im Landkreis Aichach-Friedberg hat begonnen. erdgas schwaben ist mit der 100-prozentigen Unternehmenstochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in Aindling verantwortlich. Tomas Zinnecker, Erster Bürgermeister in Aindling (2.v.r.), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (2.v.l.), unterzeichneten den bis 2039 laufenden Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus des Marktes Aindling. Außerdem auf dem Bild: Georgia von Kobyletzki und Andreas Grägel, beide Finanzverwaltung Markt Aindling. Bild: erdgas schwaben

Elektroautos ohne Ladekarte laden

Strom laden noch bequemer und verlässlicher machen – darauf zielt „plug&charge“ nach dem ISO-Standard 15118 ab. Dahinter steht das Prinzip anstecken – laden – weiterfahren. Die Software im Fahrzeug authentifiziert das Fahrzeug, registriert den Preis und stößt in Echtzeit den Abrechnungsprozess an, all dies ohne Interaktion des Fahrers und ohne Ladekarte – diese ist jetzt im Fahrzeug integriert. Der ISO-Standard 15118 stellt sicher, dass die Kommunikationsprozesse zwischen der Infrastruktur und dem Fahrzeug vor Zugriffen von außen und vor Manipulation geschützt sind.

Die BayWa Mobility Solutions (BMS) und die Hubject GmbH, die maßgeblich in die Entwicklung des ISO-Standard involviert war, haben ein Projekt gestartet, das plug&charge gemeinsam mit weiteren Partnern, unter anderem alpitronic und has_to_be, zur Serienreife bringen soll.

„Die Integration der Ladekarten-Funktion in das Fahrzeug ist zukunftsweisend“, betont Christian Krüger, Geschäftsführer der BayWa Mobility Solutions GmbH. „Sie macht das Laden einfacher und trägt dazu bei, E-Mobilität noch populärer zu machen. Mit dem Einstieg in das Projekt wollen wir als Ladekartenanbieter den Prozess von Anfang an begleiten und die Entwicklung mit vorantreiben.“ Erste ISO 15118-fähige Fahrzeuge gibt es bereits, etwa den Smart EQ von Daimler oder den Audi e-tron.

Neben der Integration der Ladekarte ins Fahrzeug sollen mit plug&charge weitere Mehrwertdienste geschaffen werden, wie zum Beispiel die Vorab-Reservierung eines Ladepunktes oder Routeninformationen zur Ladeinfrastruktur – zusätzliche Erleichterungen also für den Fahrer eine E-Fahrzeugs. ❒

Gemeinsame Positionierung von Energiewirtschaft und Automobilindustrie:

Für Nutzung der 450-MHz-Frequenz durch die Energiewirtschaft

Energiewirtschaft und Automobilindustrie sprechen sich dafür aus, die 450-Megahertz-Frequenz an die Betreiber kritischer Infrastrukturen zu vergeben. Gemeinsam treten die drei Verbände für das Gelingen einer sektorenübergreifenden neuen Energiewelt ein. Sektoren wie Energie und Mobilität, die faktisch immer mehr zusammenwachsen, müssen im Sinne der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes auch vermehrt zusammengedacht werden.

„Die Bundesnetzagentur als zuständige Fachbehörde hat wiederholt deutlich dargelegt, warum die Energiewirtschaft und weitere kritische Infrastrukturen einen dringenden Bedarf an einer sicheren und hochverfügbaren Kommunikationslösung haben: Es geht um nicht weniger als die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die Umsetzung der Energiewende und die Digitalisierung kritischer Infrastrukturen“, betonten Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, und Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer.

Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, unterstreicht: „Die Frequenzvergabe hat auch Einfluss auf die erforderliche Mobilitätswende: Eine stark steigende Anzahl von Elektroautos erfordert den weiteren Ausbau einer Ladeinfrastruktur, die kommunikativ in die Steuerung der Stromnetze eingebunden sein muss. Die kommunikationstechnische Einbindung kann über 450 MHz erfolgen, die im freien Wettbewerb allen Interessierten offenstehen muss. Die Automobilbranche unterstützt daher die Position der Energiewirtschaft zur Zuteilung.“

Zukünftig wird eine sehr große Anzahl an E-Fahrzeugen an öffentlichen und privaten Ladepunkten aufgeladen. Hierfür ist neben der standardisierten Schnittstelle zwischen Fahrzeug und Ladepunkt auch eine stabile Kommunikationstechnologie zwischen Ladepunkt und Energienetz erforderlich, mit der die Ladevorgänge intelligent gesteuert werden können. Durch ein intelligentes Lastmanagement und die Möglichkeiten zur Aufnahme und Abgabe von grünem Strom lassen sich die Fahrzeugspeicher sinnvoll netzunterstützend integrieren. Durch eine sichere und flexible Steuerung des Ladevorgangs können sowohl für das Netz als auch für den Fahrzeugnutzer wirtschaftliche Vorteile generiert werden. Damit wird auch der Hochlauf der Elektromobilität unterstützt.

Zügiger Roll-Out erforderlich

Von großer Bedeutung ist der zügige Roll-Out intelligenter Ladepunkte sowohl in Richtung Netz als auch Fahrzeug und die Nutzung für ein breites Angebot flexibler und attraktiver Kundentarife. Zudem wachsen mit Blick auf das Thema Cybersicherheit auch hier die Anforderungen an eine besonders widerstandsfähige Informations- und Kommunikationstechnik. Mit Blick auf diese Herausforderungen sollten auch die 450-MHz-Frequenzen genutzt werden.

In den vergangenen Monaten haben sich auch die Wirtschaftsministerkonferenz und der Beirat der Bundesnetzagentur für die Frequenz-Nutzung durch die Energiewirtschaft ausgesprochen. Auch die seitens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beauftragte Studie zur Etablierung der Frequenzbedarfe von Energiewirtschaft und BOS und der Eignung von 450MHz kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Die Energiewirtschaft hat einen erheblichen und kurzfristigen Bedarf und keine Alternative zu einem 450MHz Funknetz.

Kompromissangebot

BDEW und VKU haben den Sicherheitsbehörden als Kompromiss ein, auch vom VDA unterstütztes, Mitnutzungsangebot vorgelegt. Wie ein aktuelles Gutachten des Bundesverkehrsministeriums bestätigt, können damit und mit den bestehenden BOS-Zuteilungen im 380-MHz-Bereich die kurzfristigen Kommunikationsbedarfe gedeckt werden. Für die langfristigen breitbandigen Bedarfe stünde zudem das bereits zugeteilte Spektrum in 700 MHz zur Verfügung. Zur Deckung der mittel- und langfristigen BOS-Bedarfe erwägt die Bundesregierung derzeit dem Vernehmen nach eine Zuweisung von Frequenzen im 600-MHz-Bereich, was BDEW und VKU explizit unterstützen. ❒

In Bruckberg wird jetzt gegraben

15 km-Gasleitungen und 30 km-Glasfaserleitungen sollen in 2020 verlegt werden

Bevor die Bagger mit den Bauarbeiten für die Gasleitungen und Glasfaserleitungen loslegen können, war einiges an Vorarbeiten zu leisten. Zunächst mussten im Vorfeld der Vertragsunterzeichnung zwischen der Gemeinde Bruckberg und den ausführenden Unternehmen Energie Südbayern und M-net einige Punkte geklärt werden. So ging es zum Beispiel um die Beantragung von Fördergeldern wie auch um die erforderlichen Verhandlungen bei Rohrverlegungen zwischen den Eigentümern und den zuständigen Behörden.

Ein großer Erfolg ist, dass Bruckberg nun eines der ersten Projekte im Bundesförderprogramm ist, das über ein Co-Finanzierungsmodell umgesetzt wird. Immerhin geht es um knapp 3 Millionen Fördermittel, die durch die Bundesregierung, den Freistaat Bayern und die Gemeinde Bruckberg den Einwohnern vor Ort zu Gute kommen.

Glasfaseranschluss durch Energie Südbayern und M-net

Die Errichtung des Erdgasnetzes erfolgt durch Energienetze Bayern, ein Tochterunternehmen von Energie Südbayern. Nach der Verlegung des Hausanschlusses kann die Umstellung auf Erdgas auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Der Glasfaseranschluss erfolgt durch Energie Südbayern gemeinsam mit der Firma M-net. Mit den Highspeed-Internetzugängen von M-net können Haushalte die gesamte Bandbreite der digitalen Möglichkeiten nutzen: vom Internetfernsehen und Streaming über Online-Gaming bis hin zu Arbeiten in der Cloud und im Home-Office.

Wer bis jetzt noch keinen Antrag für einen Glasfaseranschluss oder einen Erdgas-Hausanschluss gestellt hat, kann dies aktuell noch nachholen. Für alle Informationen und Rückfragen gibt es einen persönlichen Ansprechpartner, Mario Baufeld, der auch für Beratungsgespräche vor Ort zur Verfügung steht.

Die Rohrverlegungen beginnen in den nächsten Wochen und werden zügig umgesetzt. Ausgangspunkt sowohl für die Verlegung der Erdgasleitung als auch der Glasfaserleitungen ist das Gewerbegebiet „Bruckberg/Am Industriepark“. Die beteiligten Unternehmen werden gemeinsam mit der Gemeinde Bruckberg regelmäßig über die Fortschritte der Bauarbeiten berichten. ❒



Roland Biesenberger, erster Bürgermeister in Buch (links), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz. Bild: erdgas schwaben

Buch schließt Wegenutzungsvertrag ab

Die Energiezukunft in Buch im Landkreis Neu-Ulm hat begonnen. erdgas schwaben ist mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz in Zukunft für Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in der Marktgemeinde verantwortlich. Vor kurzem unterzeichneten Roland Biesenberger, Erster Bürgermeister in Buch, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, den bis 2041 laufenden Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus des Marktes.

Sichere und preisgünstige Energieversorgung mit langfristiger Perspektive

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas sicher“, erklärte Bürgermeister Biesenberger bei der Vertragsunterzeichnung. „erdgas schwaben hat sich als verlässlicher Partner erwiesen. Mit dem Wegenutzungsvertrag können unsere Bürgerinnen und Bürger langfristig planen – sowohl Häuslebauer als auch Gewerbetreibende und wir von der Kommunalverwaltung. Denn Gas ist zukunftssicher, preisgünstig und klimaschonend.“

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß“, machte Uwe Sommer, schwaben netz, deutlich. „Die Umstellung auf Gas ist kostengünstig und einfach. Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher – zu fairen Preisen. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.“ ❒



EU-Erneuerbaren-Ziel:

Deutschland auf Kurs

Laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) ist Deutschland auf dem Zielpfad für die Erreichung seines verbindlichen EU-Erneuerbaren-Ziels von 18 Prozent für 2020. 2019 hatten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 17,1 Prozent am Bruttoendenergieverbrauch. Im Jahr davor lag der Anteil noch bei 16,5 Prozent. Allerdings entwickelten sich die Sektoren unterschiedlich: Beim Strom stieg der Anteil der Erneuerbaren auf den Rekordwert von 42,1 Prozent. Im Wärmesektor wuchs der Anteil leicht, während er im Verkehr stagnierte.

Im Wärmebereich nahm der Anteil der erneuerbaren Energien von 14,3 auf 14,5 Prozent zu. Im Verkehrssektor verharren die erneuerbaren Energien bei 5,6 Prozent. Zwar wurde etwas mehr erneuerbare Energie produziert, gleichzeitig stieg aber auch der gesamte Energieverbrauch. Der Verkehr ist für gut ein Viertel des Gesamtenergieverbrauchs verantwortlich. In beiden Sektoren geht die Entwicklung kaum voran: Schon in den Vorjahren gab es hier nur eine geringe Steigerung des Erneuerbaren-Anteils.

Der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen stieg 2019 auf den Rekordwert von 42,1 Prozent (2018: 37,8). Gleichzeitig ist der Zubau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten insgesamt rückläufig. Insbesondere die Windkraft an Land leidet unter den Rahmenbedingungen: Die netto neu installierte Leistung der Windenergieanlagen an Land brach von 4,9 GW (Gigawatt) im Rekordjahr 2017 und 2,3 GW im Jahr 2018 auf nur noch 0,9 GW im Jahr 2019 ein. Seit dem Jahr 2000 wurde nur im Jahr 2008 weniger Windenergie-Leistung an Land installiert. Auch der Anstieg der Installation neuer PV-Anlagen kann diesen Rückgang nicht vollständig kompensieren. Laut UBA sollte sich der jährliche Brutto-Ausbaupfad für den Zeitraum bis 2030 auf mindestens 4 GW pro Jahr erhöhen. Um den Zielen des Übereinkommens von Paris zu entsprechen, wäre ein Ausbau von mindestens 5,5 GW pro Jahr erforderlich.

Wichtiger Wärmesektor

Laut UBA-Präsident Dirk Messner geht Klimaschutz nur mit mehr Energie aus Sonne, Wind und Wasser. Bislang wird die Energiewende aber vor allem durch den Stromsektor getrieben. Der Wärmesektor ist hier leider, ebenso wie der Verkehrssektor, noch nicht auf dem richtigen Pfad." Der Wärmesektor sei besonders wichtig, denn er stehe für rund 50 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs. Da Bauen und Sanieren dauert, müssten die gesetzlichen Regelungen für eine erfolgreiche Wärmewende schnell geschaffen werden – etwa im kommenden Gebäudeenergiegesetz.

Zusätzlicher Handlungsdruck

Wie Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, betonte, „ist die Leistungsfähigkeit der Erneuerbaren sehr erfreulich. Allerdings sollten wir uns immer vor Augen halten, dass es sich um eine Momentaufnahme handelt und viele Sondereffekte hineinspielen. Die Rekordzahlen stehen in scharfem Kontrast zur dramatischen Situation beim aktuellen Ausbau von Wind- und PV-Anlagen: Werden die Hemmnisse und Deckel hier nicht zügig beseitigt, ist das 65 Prozent-Ziel bis 2030 kaum zu erreichen. Die wirtschaftlich schwierige Situation verschärft den Handlungsdruck zusätzlich: Es muss sichergestellt werden, dass weiterhin in den Ausbau der Erneuerbaren investiert wird, damit sie die Energieversorgung von morgen gewährleisten können."

„Gerade angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Corona-Krise lohnen sich mehr Investitionen in Erneuerbare Energien", ergänzte Prof. Dr. Frithjof Staiß, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW). „Bei der Errichtung von Windenergie- und Solaranlagen bleibt im Vergleich zur Nutzung fossiler Energien ein deutlich größerer Anteil der Wertschöpfung im Land. Das wirkt sich positiv auf die Konjunktur und die Unternehmen aus. Hinzu kommt: Die Investitionen in Erneuerbare-Energien-Projekte sind wenig risikobehaftet – für Investoren, die der derzeit volatile Aktienmarkt abschreckt, eine finanziell lohnende Option."

Nach Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist das EU-Erneuerbaren-Ziel von 18 Prozent im Jahr 2020 „greifbar". „Wir müssen jetzt daran arbeiten, dass wir die Ziele nachhaltig erreichen und den Anteil erneuerbarer Energien weiter ausbauen. Der europäische Green Deal eröffnet wirtschaftspolitische Chancen. Diese Chancen müssen wir nutzen", unterstrich Altmaier abschließend. **DK**

Energiewende:

BMWi veröffentlicht Digitalisierungsbarometer

Wie ist die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland im Jahr 2019 vorangekommen? Wo ist noch Arbeit notwendig? Diesen Fragen geht die Fortschreibung des „Barometer Digitalisierung der Energiewende" von Ernst & Young nach, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegeben und jetzt veröffentlicht wurde.

Der Barometerbericht 2019 beschreibt den aktuellen Stand bei der Digitalisierung der Energiewende: Mit dem lang erwarteten Durchbruch bei den Zertifizierungen und der Markterklärung ist der Weg für den Pflichteinbau von intelligenten Messsystemen frei. Damit ist laut Ernst & Young ein wichtiges Etappenziel bei der Digitalisierung der Energiewende erreicht.

Auch der Standardisierungsprozess gewinne an Kontur, die fachliche Ausarbeitung der Roadmap von Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wurde mit klaren Zeitvorgaben gestartet.

Marktkommunikation

Erheblichen Fortschritt attestieren die Gutachter auch im Bereich der Marktkommunikation. Die Branche habe die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur „Marktkommunikation 2020" umgesetzt. Hier bestehe nun mehr Planungssicherheit für die Unternehmen auf dem Weg zur vollständigen Umsetzung der sternförmigen Datenkommunikation. Eine wichtige zukünftige Herausforderung bleibe die Einbindung des Letztverbrauchers in die Digitalisierung der Energiewende.

Mit der Zertifizierung von drei Smart Meter Gateways und der Markterklärung für den Beginn des Pflichtrollouts sei ein wichtiges Momentum geschaffen. Dieses müsse im laufenden Jahr genutzt werden, um Fortschritte auf der gesetzlichen und regulatorischen Ebene und bei der Umsetzung zu erzielen. Dabei sind aus Sicht der Gutachter für 2020 insbesondere vier zentrale Weichenstellungen zu nennen:

1. Die geplante EEG-Reform mit der Fortschreibung des Rechts rahmens zur Ausweitung des Smart-Meter-Gateway (SMGW)-Pflicht-Rollouts, auch zur Steuerung von EEG- und KWKG-Anlagen kleiner 100 kW mit anschließender Aktualisierung der Marktanalyse des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik

2. Die Fortschreibung des Rechtsrahmens zur netzorientierten Steuerung flexibler Verbrauchseinrichtungen nach EnWG, die insbesondere durch den bevorstehenden starken Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität immer mehr an Bedeutung gewinnt

3. Die ausstehende Entscheidung zur Nutzung der 450-MHz-Lizenz für die Digitalisierung der Energiewirtschaft, die als ein kritischer Erfolgsfaktor für das Gesamtvorhaben gelten kann

4. Die zügige Umsetzung des Pflicht-Rollouts für intelligente Messsysteme, um praktische Erfahrungen im Massen-Rollout zu sammeln und die installierten Stückzahlen für eine schnellere Marktverbreitung von Lösungsangeboten auf der Basis der SMGW-Technologie zu erhöhen.

Das am 2. September 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) hat Smart Metering in Deutschland neu definiert und die Rahmenbedingungen für ein zukunftstaugliches Smart Grid gesetzt. Das Digitalisierungsbarometer betrachtet in jährlichen Fortschrittsberichten den Umsetzungsstand des Gesetzes. **KI**

Bundesverband Geothermie:

Energie- und Wärmewende forcieren

„Das naturverträgliche Ausbaupotenzial der Geothermie in Deutschland wird aktuell bei weitem nicht gehoben", beklagt Dr. Erwin Knapek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie (BVG). Vor dem Hintergrund der diskutierten EEG-Novellierung fordert der BVG einige Anpassungen des Gesetzes, um den weiteren Ausbau der Tiefen Geothermie zur Stromerzeugung zu sichern und so die grundlastfähige Erneuerbare Energie Erdwärme auch künftig zu fördern.

Die Tiefe Geothermie bietet Knapek zufolge eine hervorragende Möglichkeit, Strom- und Wärmeproduktion sowie die im Rahmen der Klimaerwärmung immer wichtiger werdende Kälteproduktion zu koppeln und so nicht nur die Energie-, sondern auch die Wärmewende voranzutreiben. Eine fünfprozentige Degression ab 2021 entzöge der Tiefen Geothermie die verlässliche Entwicklungsgrundlage. Deswegen sei eine weitere Förderung durch das EEG auch so wichtig.

BVG schlägt Degression vor

Für den Ausbau der Erneuerbaren Energie erarbeitete die Branche deshalb einige Vorschläge: Wichtigste Maßnahme ist eine Anpassung des Degressionsmechanismus und die Beibehaltung des aktuellen Strompreises von 25,2 ct/kWh. Im aktuellen EEG ist eine kalendergesteuerte Degression von fünf Prozent ab 2021 vorgesehen. Dies macht Geothermie-Projekte wegen der gegebenen langen Realisierungszeiten für Unternehmen wirtschaftlich unkalkulierbar und somit deutlich weniger attraktiv. Daher schlägt der BVG stattdessen eine Degression, gekoppelt an das Ausbauziel von 100 Megawatt Strom vor, wie sie auch bei anderen Erneuerbaren zum Tragen kommt.

Mehr Anreize schaffen

Durch gezielte Fördermechanismen wie beispielsweise einen Flexibilitätszuschlag wie bei Biogas können laut BVG gleichzeitig EEG-Zuwendungen eingespart werden. Eine Förderung von Projekten, die gleichzeitig Strom und Wärme oder Kälte produzieren würde zusätzlich zur Wärmewende beigetragen. Ein Programm zur Kreditrisikoabsicherung, ähnlich des KfW-Programms „Fündigkeitsrisiko Tiefe Geothermie", verkürze die Projektentwicklungszeiten und senke die Stromgestehungskosten. Auch der Abbau bürokratischer Hürden, beispielsweise bei Genehmigungsverfahren, sowie zusätzliche Anreize im Bereich Forschung und Technik könnten maßgeblich zur Verbesserung der Situation der Tiefen Geothermie in Deutschland beitragen.

„Generationengerechtigkeit auch beim Klimaschutz!", lautet ein weiterer Appell des Bundesverbandes Geothermie. Er unterstützt damit den Aufruf von Hans Joachim Schellnhuber zur Einführung eines Klima-Corona-Vertrags. Der Gründungsdirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung hatte in der Frankfurter Rundschau gefordert, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels Generationengerechtigkeit walten zu lassen. BVG-Präsident Knapek verweist zudem auf die ökonomischen Chancen der Energiewende.

Für Klima-Corona-Vertrag

Nach seiner Ansicht „müssen wir den jungen Menschen dankbar sein, dass sie Rücksicht auf die älteren und durch Corona gefährdeten Menschen nehmen. Sie erdulden nicht nur deutliche Einschränkungen bei der Freizeitgestaltung, sondern auch Einbußen beim Verdienst, Kurzarbeit und Existenzsorgen. Im Gegenzug zur Solidarität können sich ältere Menschen damit revanchieren, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um den jungen Menschen ein lebenswertes Weltklima zu hinterlassen."

Auch hier, so Knapek, werde Verzicht nötig sein. Doch die Chancen seien weitaus größer. Gerade Deutschland als rohstoffarmes Land könne davon profitieren, dass Energieimporte ersetzt, regionale Wertschöpfung gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. „Ein Klima-Corona-Vertrag kann Generationen näher zusammenbringen und so auch unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken." **DK**

dena-Analyse:

KI braucht vor allem Energieeffizienz

Künstliche Intelligenz (KI) ist aus der sich immer weiter digitalisierenden Welt nicht mehr wegzudenken. Das Thema durchdringt Schritt für Schritt auch die Energiewirtschaft. KI gilt als Hoffnungsträger für die Erreichung der Ziele eines CO2-freien Energiesystems. Eine aktuelle Analyse der Deutsche Energie-Agentur (dena) zielt darauf ab, aktuelle KI-Trends zu erfassen und abzubilden und anhand dessen erste Implikationen für die Energiewirtschaft abzuleiten.

Empfehlungen für die Energiewende

Aus den Beobachtungen leitet die dena fünf Empfehlungen für die deutsche Energiewende ab:

1. Energieeffiziente IT-Infrastruktur und Software fördern

Durch die Klimaproblematik steigt weltweit das Interesse, digitale Technologien für den Klimaschutz nutzbar zu machen. Mit dem prognostizierten Anstieg an globaler Rechenkapazität für KI-Anwendungen geht jedoch ein wachsender Energieverbrauch einher. Um diesen Widerspruch aufzulösen, muss energie- und ressourceneffiziente Infrastruktur und Software erforscht und eingesetzt werden. Hierzu empfiehlt die dena, die Entwicklung energieeffizienter IT-Technik mit Förderprogrammen für Wissenschaft und Wirtschaft anzustoßen. Eine verlässliche Basis dafür sollte mit einer Grundlagenstudie über KI-bedingte Energieverbräuche zunächst geschaffen werden.

2. Mit Daten trainieren und diese gleichzeitig schützen

Die Quantität und vor allem die Qualität von Datensätzen entscheidet über die Wirksamkeit von KI-Anwendungen. Gleichzeitig sind personen- und auch unternehmensbezogene Daten ein schützenswertes sowie zunehmend wertvolles Gut. Auch die Energiebranche ist daher aufgefordert, Modelle zu entwickeln, um Datenherkunft und Datenverwendung technologisch nachvollziehen und ökonomisch verwerten zu können. Konkret empfiehlt die dena, dazu Experten verschiedener Disziplinen zu einem Dialog an einen Tisch zu bringen.

3. KI mit weiteren digitalen Klimaschutz-Technologien verknüpfen

Internationale Forschungscluster verknüpfen zunehmend künstliche Intelligenz mit digitalen Klimaschutztechnologien und nutzen dabei Synergien. Die dena regt an, das Zusammenspiel von Blockchain-Technologie als digitale Infrastrukturgrundlage und künstlicher Intelligenz in Deutschland zu forcieren. Ein möglicher Rahmen dafür ist das aus der Blockchain-Strategie der Bundesregierung hervorgegangene Pilotierungslabor „Future Energy Lab", in dem Untersuchungsvorhaben zum Energieverbrauch der KI, der Betriebsoptimierung und Prognose ergänzt werden können.

4. KI-Startups für die Energiebranche gewinnen und fit machen

Startups treiben weltweit die KI-Entwicklung mit voran. Sie für die Chancen am deutschen Energiemarkt zu sensibilisieren und gleichzeitig mit dessen Eigenheiten als stark regulierter Markt vertraut zu machen, kann ein wirksamer Ansatz für mehr Innovationskraft in der Energiebranche sein. Als Konsequenz daraus empfiehlt die dena die Vermittlung von energiewirtschaftlichem Know-how und Unterstützung beim Transfer bestehender Geschäftsmodelle in die Energiewelt.

5. Dialogforum mit der Bevölkerung einrichten

Um Berührungsängste mit der neuen Technologie in Deutschland abzubauen und gleichzeitig Anregungen aus der Bevölkerung zu erhalten, regt die dena einen branchenübergreifenden Dialog über KI in der Energiewende an. Denn für die disruptive Klimaschutz-Technologie KI sind Akzeptanz und Verständnis in der pluralistischen Gesellschaft die Voraussetzungen für ihren Erfolg.

Schlüsse für den Energiesektor

Wie Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, erläuterte, „durchdringt Künstliche Intelligenz weltweit alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Es lohnt sich zu schauen, wie andere Nationen den großen politischen, gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen, die mit KI verbunden sind, begegnen. Daraus lassen sich wichtige Schlüsse für den deutschen Energiesektor ziehen – aus denen wiederum Innovations-Chancen entstehen." **KI**

Kelheimer Ladeinfrastruktur wird weiter ausgebaut

Die Stadtwerke Kelheim nehmen eine weitere Ladesäule in Betrieb. Seit März können Elektroautos nun auch am Kelheimer Einkaufscenter abgestellt und während des Einkaufbummels geladen werden.

Den Stadtwerken Kelheim ist es wichtig, die Stadt attraktiv für die E-Mobilität zu machen. „Um die E-Mobilität in unserer Region zu fördern, wird eine entsprechende Ladeinfrastruktur benötigt", so Geschäftsführerin Sabine Melbig. Daher haben sich die Stadtwerke beim Förderprogramm „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern" bei der Innovationsplattform Bayern Innovativ beworben.

Standplätze auf städtischem Grund

Zusätzlich investiert der Energieversorger einen fünfstelligen Eurobetrag, um neben dem Standort am Parkplatz Niederdörfl weitere Ladesäulen in der Stadt Kelheim aufzubauen. Diese werden üblicherweise auf den Parkplätzen in vorderster Reihe beziehungsweise an einem sehr günstigen Standort aufgestellt. Die Standplätze hierzu wurden von der Stadt Kelheim bereits freigegeben und befinden sich alle auf städtischem Grund.

Attraktives Angebot

Die Ladesäulen sind rund um die Uhr nutzbar. An der neuen Ladesäule am Kelheimer Einkaufscenter stehen zwei Ladepunkte, also zwei Stecker mit je 22 kW bereit. Die Freischaltung erfolgt per Ladekarte oder per SMS.

Bis Ende 2020 werden weitere E-Ladesäulen im Stadtgebiet errichtet. ❐

Landkreis Donau-Ries:

Biogasanlagenbetreiber im Austausch mit Landrat Rößle

Das Energie-Leitziel des Landkreises Donau-Ries sieht vor, die Energieversorgung mehr und mehr auf erneuerbare Energien umzustellen. In diesem Zusammenhang fand ein Informationsaustausch und Strategiegespräch zwischen Biogasanlagenbetreibern aus der Region und Vertretern des Landkreises statt.

Landrat Stefan Rößle, für den das Gelingen der Energiewende und die Umstellung auf eine größtmögliche Eigenversorgung des Landkreises von großer Bedeutung ist, nahm zusammen mit der Energiebeauftragen des Landkreises, Heike Burkhardt, dem Leiter Immissionsschutz, Marcus Dums und Simon Kapfer (Bereich Öffentlichkeitsarbeit) seitens des Landkreises an dem Treffen teil. Seitens der Biogasanlagenbetreiber waren die Vertreter der Regionalgruppe Bayrisch-Schwaben Nord des Fachverbands Biogas sowie weitere Donau-Rieser Anlagenbetreiber anwesend.

Knapp 100 Anlagen

Nach kurzer Darstellung der Biogassituation im Landkreis mit knapp 100 Anlagen, von denen einige Altanlagen aus dem Jahrtausendwechsel, viele Nawaro-Anlagen (Nachwachsende Rohstoffe) der Inbetriebnahme-Jahre 2004-2011 und zahlreiche Gülle-Kleinanlagen der Jahre ab 2012 zuverlässig Strom und Wärme produzieren, erläuterten Landrat Rößle und Heike Burkhardt die Bedeutung der Biogas-Stromerzeugung für den Landkreis.

Sektorenvergleich

Im Bereich Strom ist der Landkreis, nicht zuletzt wegen der hohen Biogas-Stromerzeugung (und auch wegen der hohen Anzahl an PV-Anlagen), bilanziell inzwischen fast energieautark mit 99,6 % regenerativ erzeugter Strommenge (884 GWh) im Verhältnis zum Verbrauch (887 GWh) im Jahr 2018. Der Anteil der Biogasanlagen liegt dabei mit 385 GWh erzeugtem Strom bei 43,4 %. Im Wärmebereich leisten die vielen Wärmenetze, die oftmals an die Biogasanlagen angeschlossen sind, ebenfalls große Dienste. Sie erzeugten 2015 eine Energiemenge, die bilanziell mit 195,5 GWh 7,4 % des Wärmeenergieverbrauchs (ca. 2.660 GWh) entsprach. Im Sektor Verkehr ist der Anteil der Erneuerbaren noch auf sehr niedrigem Niveau.

Bedarfsorientierte Einspeisung

Die Anlagenbetreiber verdeutlichten, wie sich gerade im Bereich Strom die Grundlastfahrweise der Anlagen (dauerhaftes Volllast-Fahren der Motoren) hin zur bedarfsorientierten Einspeisung wandelt. Dies bedeutet, dass mehr Blockheizkraftwerke, also Motoren mit Generator zur Stromerzeugung, bereitstehen, als Gas produziert wird.

In Zeiten niedrigen Strombedarfs (vor allem nachts) werden die BHKWs abgeschaltet und das Gas in den Folienhauben zwischengespeichert. Wenn morgens der Strombedarf in den Haushalten und Betrieben ansteigt, werden die BHKWs wieder eingeschaltet, mehr Strom produziert und das zwischengespeicherte Gas wieder verbraucht. Dies funktioniert oft bereits vollautomatisch über verschiedene Stromhändler in Deutschland.

Hier ist die Region Donau-Ries einer der Vorreiter innerhalb Deutschlands. Aus dieser Region heraus entwickelte sich die derzeit bundesweit größte Biogas-Betreiber-Organisation zur Stromvermarktung mit über 400 zusammengeschlossenen Anlagenbetreibern.



Landkreischef Rößle (4.v.r.) im Gespräch mit den Biogasanlagenbetreibern. ❐

Derzeit entstehen erste Ansätze zur Nutzung von Gas im Verkehrsbereich. Aufbereitetes Biogas kann für Erdgas-Autos und Erdgas-LKWs als Kraftstoff verwendet werden. Die technologische Entwicklung schreitet hier voran, vielleicht ergeben sich auch im Landkreis zeitnah Chancen für den Einstieg in die „Bio-Gasmobilität", also Nutzung von Biomethan im Verkehrsbereich.

Rechtliche Neuerungen

Zum Abschluss wurden noch Genehmigungsfragen kritisch angesprochen. Insbesondere rechtliche Neuerungen (Technische Regel für Anlagensicherheit 120) und die 44. BImSchV sorgen in der Umsetzung sowohl bei der Behörde als auch den Betreibern noch für Fragezeichen. Viele Details sind noch nicht geklärt. Weitere Abstimmungen zu diesen Themen sollen die nächste Zeit zwischen Genehmigungsbehörde und Betreibern folgen, um eine für alle Seiten bestmögliche Lösung nach außen zu tragen.

Abschließender Konsens war, die Rahmenbedingungen für die Biogasanlagen zu unterstützen. Gerade das Ende der 20-jährigen EEG-Vergütung für die bereits länger laufenden Biogasanlagen bereiten nicht nur den Anlagenbetreibern große Sorgen, sondern auch den angeschlossenen Privathaushalten/Wärmekunden.

Biogasresolution

Die 2017 vom Kreistrag beschlossene Biogasresolution war deutschlandweit auf große Resonanz gestoßen. Eine Überarbeitung auf den aktuellen Stand seitens Landkreises ist bereits erfolgt und wird nach Durchsicht durch die Biogasanlagenbetreiber ein weiteres Mal an die übergeordneten Ministerien und Politiker weitergereicht. ❐

Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften profitierten 2019 von Binnenkonjunktur:

Umsatz steigt, Nahwärme liegt im Trend

Die 1.029 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Freistaat mit ihren 601.074 Mitgliedern haben 2019 den Rückenwind durch die Binnenkonjunktur verspürt. Entsprechend verzeichnen die Genossenschaften in den meisten Branchen Umsatzzuwächse. Im vergangenen Jahr ist der Umsatz um 3,1 Prozent auf rund 13,1 Milliarden Euro gestiegen, 12,7 Milliarden Euro waren es im Jahr zuvor.

Treiber der Umsatzentwicklung waren in erster Linie die gewerblichen Genossenschaften und die Handelsgenossenschaften. Der Umsatz stieg von 1,14 Milliarden Euro auf 1,21 Milliarden Euro (gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften) und von 4,7 Milliarden Euro auf knapp 5 Milliarden Euro (Handelsgenossenschaften). Das Ergebnis aller Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften legte um 5,4 Prozent von 261 Millionen Euro (2018) auf 275 Millionen Euro im vergangenen Jahr zu, teilte der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in München mit.

Im vergangenen Jahr gründeten sich 18 Genossenschaften neu. Im Jahr 2018 waren es 14. 2017 gab es 20 Neugründungen und im Jahr 2016 waren es 13. Einen Schwerpunkt im diesjährigen Gründungsgeschehen bildete Oberbayern, wo der GVB neun Neugründungen verzeichnete.

Unter den 256 Energiegenossenschaften zeichnet sich ein Trend ab: In Bayern werden zunehmend Nahwärmegenossenschaften gegründet. Deren Zahl steigt kontinuierlich auf jetzt 82 an – im Jahr 2015 lag ihre Zahl noch bei 71. Unter den insgesamt 18 Genossenschaftsneugründungen 2019 waren fünf neue Nahwärmegenossenschaften, weitere fünf Initiativen sind zur Gründung 2020 auf den Verband zugekommen.

Die meisten Wärmegenossenschaften liegen in Nordschwaben sowie Franken. Innerhalb der Gruppe der Energiegenossenschaften stehen die Nahwärmegenossenschaften inzwischen auf dem zweiten Platz hinter Photovoltaik (102). „Nach Einschätzung des GVB dürfte sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen", sagte GVB-Präsident Jürgen Gros. Ölheizungen haben keine Zukunft, das hat die Bundesregierung in ihrem Klimapaket beschlossen. Ab 1. Januar 2026 dürfen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden. Als Ersatz eignen sich Nahwärmekonzepte sehr gut.

Kostengünstige Alternative

Ein klassisches Einsatzgebiet für Nahwärme im Genossenschaftsmodell können Neubauviertel sein. „Denn diese Art der Wärmeversorgung bietet den Nutzern eine kostengünstige Alternative zu fossilen Energieträgern", erklärte Gros. „Durch erhebliche Verbesserungen im Planungsprozess und technische Weiterentwicklungen ist es gelungen, die Attraktivität von Nahwärmenetzen zu steigern."

Insgesamt verzeichneten die Energiegenossenschaften einen Umsatzrückgang um 10,9 Prozent auf 360 Millionen Euro (2018: 404 Millionen Euro). Deren Ergebnis legte indes um 21,6 Prozent von 23,2 Millionen Euro (2018) auf jetzt 28,1 Millionen Euro zu, wozu insbesondere erhebliche Steigerungen in der Sparte Wind beitrugen: Wegen deutlich höheren Windaufkommens stiegen die Umsätze der vier Windenergiegenossenschaften erheblich. Diese kletterten um 7,7 Prozent von 2,4 Millionen Euro (2018) auf 2,5 Millionen Euro – das Ergebnis stieg gar um 320 Prozent von 60.000 Euro auf 252.000 Euro.

Photovoltaik und Biogas

Die 102 Photovoltaikgenossenschaften lieferten dagegen etwas weniger Strom, da die Zahl der Sonnenstunden im Jahr 2019 um etwa 120 Stunden geringer ausfiel als im Extremsonnenjahr 2018. Auf deren Umsatz wirkte sich dies mit einem Rückgang um 19,3 Prozent von 33 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro aus. Das Ergebnis gab aber nur leicht um 2,6 Prozent von 6,6 Millionen Euro (2018) auf 6,5 Millionen Euro nach. Umsatz und Ergebnis der 21 Biogasgenossenschaften blieben konstant. Der Umsatz lag 2019 bei 19,6 Millionen Euro (minus 0,1 Prozent), das Ergebnis bei 1,7 Millionen Euro (plus 0,1 Prozent).

Insgesamt zeigt sich in dieser Entwicklung die hohe Wetterabhängigkeit erneuerbarer Energieträger. „Die Forschung im Bereich Stromspeicher und Sektorenkopplung (Power-to-X) sollte erheblich intensiviert werden, um regenerative Energiequellen attraktiver zu machen, den Anteil fossiler Energieträger zurückzufahren und die Abhängigkeit von Energieimporten reduzieren zu können", forderte Gros.

Zudem sollte die Politik die Bürger stärker ins Boot holen. „Denn Akzeptanz lässt sich am besten durch eigene Beteiligung schaffen", ergänzte der GVB-Präsident. Durch den Einsatz moderner Lösungen, wie Smart Meter und Smart Grid, ließe sich der vorhandene Strom optimal nutzen. „Damit könnte jeder Einzelne dazu beitragen, dass die Energiewende zum Erfolg wird", sagte Gros. Auf diesem Gebiet bestehe aber noch Nachholbedarf. ❐

N-ERGIE Aktiengesellschaft:

Aufwertung von Flächen für Artenschutz und Biodiversität

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft stattet im Verlauf des Jahres die Flächen ihrer Photovoltaik-Kraftwerke mit Insektenhotels aus. So schafft sie Rückzugsorte für Wildbienen, Käfer und Co. und wertet ihre Betriebsgelände ökologisch auf. Den Auftakt hierzu machte die N-ERGIE mit drei Insektenhotels, die sie auf dem Gelände ihres Photovoltaik-Kraftwerks Oberndorf bei Schweinfurt installierte.

Insektenhotels aus sozialer Werkstatt

Die Insektenhotels sind ein mal ein Meter groß und bieten aufgrund unterschiedlicher verarbeiteter Materialien Platz für zahlreiche Insektenarten – etwa für seltene Wildbienen, Mauerwespen sowie Nützlinge wie Florfliege und Ohrwürmer. Gefertigt werden die Kästen von Menschen mit Behinderung in der Werkstatt der Lebenshilfe Hammelburg.

Erneuerbare Energien naturschonend ausbauen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft engagiert sich für eine regionale Energiewende. Sie sieht den Ausbau der Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien als wesentlichen Baustein und investiert dafür hohe Beträge. In erster Linie setzt sie dabei auf Photovoltaik-Anlagen. Werden die dafür benötigten Flächen zusätzlich ökologisch bewirtschaftet, dienen sie nicht nur dem Klimaschutz, sondern leisten darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt.

Die N-ERGIE bewirtschaftet die Grünflächen extensiv, um insektenfreundliche Blühwiesen zu schaffen und lässt die Vegetation auf ausgewählten Anlagen von Schafen beweiden. Das steigert die Biodiversität auf den Flächen bereits wenige Jahre nach Inbetriebnahme deutlich. ❐





1.Reihe v.l.: Prof. Dr. Dominikus Bücker (INEV, TH-Rosenheim), Anton Wallner (1. BGM Bad Feilnbach), Karin Gall (Stephanskirchen), Josef Huber (stellvertr. Landrat Rosenheim), Doris Laban (1. BGM Bad Endorf), Thomas Kamm (1. BGM Siegsdorf), Olaf Kalsperger (1. BGM Raubling), Georg Weigl (1. BGM Tuntenhausen), Dr. Isabel Bücker (INEV); 2. Reihe v.l.n.r.: Thomas Stürzer (INEV), Prof. Dr. Eckhard Lachmann (TH-Rosenheim), Peter Feldschmidt (Bad Feilnbach), Hans-Jürgen Schuster (2. BGM Prien am Chiemsee), Michael Schlosser (Prien am Chiemsee), Matthias Baderhuber (1. BGM Waging am See), , Rainer Auer (1. BGM Stephanskirchen), Christoph Schneider (1. BGM Neubeuern), Hans Holzmeier (1. BGM Schechen), Chrsitian Praxl (1. BGM Rohrdorf), Bernhard Krichbaumer (Tuntenhausen), Markus Pletschacher (Stadt Rosenheim), Robert Freund (Stadt Rosenheim) Bild: INEV

Rosenheimer und Traunsteiner Kommunen starten Energieeffizienz-Netzwerk:

Ziel: Energieeffizienz und Klimaschutz

Im März hat das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV), mit Sitz an der Technischen Hochschule Rosenheim, gemeinsam mit den Bürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Energiebeauftragten von 13 Rosenheimer und Traunsteiner Kommunen das Kommunale Energieeffizienz-Netzwerk Rosenheim-Traunstein gegründet. Die teilnehmenden Kommunen sind: Bad Endorf, Bad Feilnbach, Großkarolinenfeld, Neubeuern, Prien am Chiemsee, Raubling, Rohrdorf, Rosenheim (Stadt), Schechen, Siegsdorf, Stephanskirchen, Tuntenhausen und Waging am See.

Ziel des Netzwerkes ist es, einen breiten Erfahrungsaustausch zu Fragen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes anzustoßen, mehr Transparenz über den Energieverbrauch der eigenen Kommune zu erhalten, Potenziale zu identifizieren, Ziele zu definieren und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umzusetzen. Insgesamt werden so der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der teilnehmenden Kommunen gesenkt.

Unterstützung durch das Bundesumweltministerium

Das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) mit Sitz an der Technischen Hochschule Rosenheim hatte das Projekt initiiert und im Oktober 2019 einen Förderantrag beim Projektträger Jülich gestellt. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunen während der dreijährigen Netzwerkphase mit einer Förderung von 60 % der Kosten der Netzwerkarbeit und der energietechnischen Beratung.

Ermittlung von individuellen Maßnahmen

Zu Beginn der Netzwerkarbeit steht eine Analyse des Energieverbrauchs der Kommunen und die Identifikation von Einsparpotenzialen durch die energietechnischen Berater des INEV. Auf dieser Basis werden individuelle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs entwickelt. Dabei können die Kommunen ihre individuellen Schwerpunkte selbst festlegen. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen unterstützt INEV die Kommunen durch kontinuierliche und neutrale energietechnische Beratung.

Nachhaltige Vernetzung

Während der Netzwerkphase finden vierteljährlich Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Energiebeauftragten der Kommunen zu praktischen Fragen des kommunalen Energiemanagements austauschen und Ihre Erfahrungen bei der Umsetzung von Maßnahmen teilen können. Zusätzlich erhalten sie Expertentipps und Schulungen durch fachkundige Referenten.

Prof. Dr. Dominikus Bücker, Leiter des INEV, stellte die Netzwerkarbeit vor. Er freut sich über das große Interesse der Kommunen, auf das das Projekt gestoßen ist: „Dadurch, dass alle teilnehmenden Kommunen in der Region liegen, kann eine intensive Vernetzung stattfinden, die auch über die Zeit der geförderten Netzwerkphase hinaus besteht und von der die Kommunen nachhaltig profitieren können."

Sehr gute Zusammenarbeit

Der Gastgeber der Gründungsveranstaltung, stellvertretender Landrat Josef Huber, berichtete über die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Hochschule im Bereich des Klimaschutzes, die schon seit Jahren im Rahmen der Initiative „Energiezukunft Rosenheim (ezro)" stattfindet und freute sich, dass die Kommunen der Region beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen und die Energieeffizienz groß schreiben.

Transfer von Kow-How

Prof. Dr. Eckhard Lachmann, Vizepräsident der Technischen Hochschule Rosenheim betonte, dass die Hochschule sich als wichtiger Partner der gesamten Region in den Bereichen Bildung und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung versteht. Er sieht das Energieeffizienznetzwerk als ein gutes Beispiel, wie Transfer von Know-How von der Hochschule in die Gesellschaft gelingt.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden die Gründungsverträge unterschrieben. ❐



Martin Sambale (in der Bildmitte) von eza! konnte beim ersten Treffen des Energieteams im Bezirk Schwaben schon viele kreative Ideen einsammeln: Martin Sambale unterstützt den Bezirk beim European Energy Award. Bild: Daniel Beiter/Bezirk Schwaben

Voller Energie für den Umweltschutz:

Bezirk Schwaben nimmt am European Energy Award teil

Der Energieverbrauch war hoch, bei dieser ersten Sitzung des neugegründeten Energieteams beim Bezirk Schwaben. Allerdings handelte es sich um umweltschonende Verbrauchsquellen: Voller Energie und Kreativität nahm die Gruppe mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung ihre Arbeit auf, um die Möglichkeiten zu definieren, mit denen der Bezirk künftig vorbildhaft in Sachen Klima- und Umweltschutz agieren kann.

„Der Bezirk Schwaben ist der erste Bezirk in Bayern, der am European Energy Award teilnimmt", erläutert der Bezirkstagspräsident und Landrat des Landkreises Augsburg, Martin Sailer. „Wir wollen damit vorbildhaft Verantwortung übernehmen und zeigen, wie jede Ebene dem Klimawandel etwas entgegensetzen kann." Mitinitiator dieses neuen Arbeitsprozesses ist der Umweltbeauftragte des Bezirkstags, Bezirksrat Albert Riedelsheimer.

Dieser Zertifizierungsprozess ist ein Managementsystem, bei dem alle Aktivitäten für den Umweltschutz strukturiert und systematisiert gebündelt werden. „Das umfasst sämtliche Bereiche, in denen sich man auf kommunaler Ebene aktiv für den Klimaschutz engagieren kann", so Martin Sambale vom Energie- und Umweltzentrum „eza!" in Kempten.

Die Einrichtung ist Landesgeschäftsstelle für den European Energy Award in Bayern und begleitet derzeit rund 30 Landkreise, Städte und Gemeinden beim European Energy Award (EEA). Europaweit nehmen 1.500 Kommunen aus 16 Ländern an dem Programm teil.

Pilotprojekt Bezirk

„Dass sich nun ein Bezirk dem EEA anschließt, ist auch für uns ein spannendes Pilotprojekt", betont Sambale. Das Umweltmanagementsystem EEA umfasst sechs Handlungsfelder, die vom energieeffizienten Management von Gebäuden und Liegenschaften bis hin zu umweltfreundlicher Mobilität und nachhaltigem Handeln in der internen Organisation reichen. Ein Energieteam unter Leitung des Umweltbeauftragten der Bezirksverwaltung, Thomas Sailer, in dem Vertreter aller Fraktionen des Bezirkstags und Fachleute aus der Verwaltung mitwirken, definiert die notwendigen Arbeitsschritte und Ziele und legt sie den Bezirksausschüssen zur Entscheidung vor.

Audit alle vier Jahre

Alle vier Jahre wird das Klimaschutzpaket des Bezirks von einem unabhängigen Gutachter unter die Lupe genommen und auditiert. **pm**

Windenergie im Höhenkirchner Forst:

Erste Messungen beginnen

Im Dezember 2019 fanden sich die Gemeinden Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Egmating und Oberpframmern sowie die beiden Landkreise München und Ebersberg zu einem gemeinsamen Windrad-Projekt zusammen, das von der Energieagentur Ebersberg-München begleitet wird. Seit Mitte März wehen nun drei kleine, fast unscheinbare Fahnen über dem Höhenkirchner Forst. Sie markieren die Standorte, an denen in einigen Jahren möglicherweise drei Windräder stehen könnten. Das Aufstellen dieser Fahnen ist Teil der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP), die dieses Jahr im Forst durchgeführt wird.

Ein Windrad darf nur genehmigt und gebaut werden, wenn die Frage untersucht wurde, ob sich der Bau eines Windrades negativ auf Flora und Fauna rund um den Standort auswirkt und eine Gefährdung derer ausgeschlossen wurde. Eine Antwort darauf gibt die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, für die nun die Untersuchungen im Höhenkirchner Forst stattfinden. Sie beginnt mit einer Bestandsaufnahme aller relevanten Tierarten am Boden und auch in der Luft im Raum um die geplanten Windräder. Während beim Straßenbau Kröten und andere auf der Erde lebende Tiere besonders relevant sind, sind es beim Bau von Windrädern neben Fledermäusen vor allem die kollisionsgefährdeten Vögel, wie beispielsweise der Rotmilan oder der Wespenbussard.

Beobachtung durch Naturschutz-Gutachter

Die Bestandsaufnahme umfasst daher nicht nur die Suche nach Nist- und Brutplätzen (Horstsuche) und nach wertvollen Strukturen am Boden, sondern auch die Erfassung der Flugbewegungen von Großvögeln. Mittels zweier Hebebühnen beobachten Naturschutz-Gutachter das ganze Jahr über zu verschiedenen Zeiten die Bewegungen dieser Arten oberhalb der Baumwipfel. Um dabei die möglichen Standorte der drei geplanten Windräder genau im Blick zu haben, wurden diese mit jeweils einer Fahne markiert. Alle Untersuchungen sind mit der Naturschutzbehörde im Landratsamt und der Regierung von Oberbayern abgestimmt. Die Ergebnisse dieser Kartierungen bilden die Grundlage für die Ermittlung, welche Tierart auf welche Weise von der Errichtung eines Windrades betroffen wäre.

Kommunale Kooperation

Das Windrad-Projekt ist eine Kooperation der drei Nachbargemeinden Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Egmating und Oberpframmern sowie den beiden Landkreise München und Ebersberg, die dafür eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet haben. Die ARGE, deren Vorsitz die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn inne hat, möchte die Planungen zur Umsetzung von Windenergieanlagen insbesondere vor dem Hintergrund gemeinsam vorantreiben, dass die Anlagenstandorte zwar rein auf Höhenkirchner Flur liegen, aber dennoch Einfluss auf die beiden Gemeinden im Nachbarlandkreis haben werden – sowohl in Bezug auf die Sichtbarkeit durch die Lage an der Landkreis-/Gemeindegrenze als auch durch die Begrenzung der eigenen Wind-Ausbaumöglichkeiten.

ARGE-Vorsitzende Ursula Mayer, erste Bürgermeisterin von Höhenkirchen-Siegertsbrunn: „Mit den jetzigen Arbeiten ist noch keine Entscheidung über den tatsächlichen Bau der drei Windräder getroffen worden. Sie sind aber Voraussetzung dafür, dass später auf einer artenschutzrechtlich belastbaren Basis diese endgültige Entscheidung für den Höhenkirchner Forst getroffen werden kann."

Ziel der ARGE ist es den Planvollzug so zu steuern, dass die Bevölkerung vor Beeinträchtigungen geschützt, das charakteristische Landschaftsbild sowie Flora und Fauna erhalten und eine hohe regionale Wertschöpfung erreicht wird. Moderne Windräder erzeugen in einem Jahr selbst in den Schwachwindregionen des Freistaates so viel Strom wie in der gleichen Zeit gut 2.500 Haushalte verbrauchen.



Aufstellung der Windfahnen im Höhenkirchner Forst. Bild: Ingenieurbüro Sing

Weitere Informationen

Über den weiteren Fortgang des Projekts informiert ab sofort auch eine eigene Internetseite. Unter www.windenergie-hoehenkirchner-forst.de werden die einzelnen Schritte vorgestellt und Fragen geklärt. ❐

Studie:

Zwei Stromtrassen für Versorgungssicherheit Bayerns erforderlich

IHK-Hauptgeschäftsführer Gößl: „Stromnetze und dezentrale Energieversorgung zügig ausbauen"

Die bayerische Wirtschaft hält weiter am Ausbau der Energienetze mit zwei neuen Stromtrassen fest, um langfristig eine sichere und preislich wettbewerbsfähige Stromversorgung für Bayern zu gewährleisten. Eine ifo Studie in Zusammenarbeit mit der TU München, die von der IHK für München und Oberbayern beauftragt wurde, untermauert diese Forderung der Wirtschaft. „Für eine sichere Stromversorgung in Bayern brauchen wir die zwei neuen Stromtrassen und mehr dezentrale Stromerzeugung", fasst IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl die zentrale Botschaft zusammen.

Ohne die beiden Leitungen SüdLink und Südost-Link bestünde die Gefahr, dass die deutsche Gebotszone geteilt würde und die Strompreise in Süddeutschland bis 2040 deutlich teurer würden als im Norden, so Gößl. Die Studie fordert auch einen drastischen Ausbau an erneuerbaren Energien. Dezentrale KWK-Anlagen können eine positive Rolle im System spielen. Die Experten weisen darauf hin, dass die wachsende Bevölkerung und Anwendungen wie Elektromobilität und Wärmepumpen den Stromverbrauch in Bayern bis 2040 um mindestens 25 Prozent steigen lassen. Gleichzeitig fallen konventionelle Kraftwerke, die bislang die Energieversorgung in Bayern wetterunabhängig gewährleistet haben, bereits bis Ende 2022 durch den Kernenergieausstieg sowie längerfristig durch das geplante Ende für fossile Energieträger weg. Laut Studie wird Bayern zukünftig Strom von bis zu acht Gigawatt importieren. Dazu benötige es dringend einen Ausbau von sogenannten Grenzkuppelstellen nach Tschechien, Österreich und die Schweiz. Diese Maßnahme würde die Strompreisstabilität und Sicherheit der Stromversorgung ebenso fördern wie zusätzliche Kraftwerke mit Gasturbinen zum schnellen hoch- und runterfahren als Puffer bzw. Notfallreserve. „Der Energiewende fehlt nach wie vor ein Gesamtkonzept, das Versorgungssicherheit, international wettbewerbsfähige Strompreise und die ebenfalls notwendigen Umweltziele überzeugend in Einklang bringt. Die Stromversorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die im globalen Wettbewerb stehende bayerische Wirtschaft, insbesondere für die Industrieunternehmen mit ihren vielen Arbeitsplätzen. Bei den Strompreisen liegen wir schon jetzt weltweit an der Spitze", mahnt Gößl. ❐

Umspannwerk-Neubau in Naila liegt im Zeitplan

Bei einem Besuch auf der Baustelle für das neue Umspannwerk in Naila hat sich Technik-Vorstand Dr. Egon Westphal über den Baufortschritt informiert. Für rund sechs Millionen Euro optimiert die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) momentan die Netzinfrastruktur im Landkreis Hof. Um neue Netzkapazitäten für die Einspeisung erneuerbarer Energien zu schaffen, entsteht an der Bundesstraße 173 in Höhe Naila-Mitte ein neuer Netzknotenpunkt, der das alte Umspannwerk im Gewerbegebiet Zum Kugelfang ersetzen wird.

„Die Bauarbeiten laufen seit dem Spatenstich Ende 2018 wie geplant. Aufgrund des milden Winters hat es keine Verzögerungen gegeben", erläuterte Projektleiter Maximilian Greger.

Der Bau der Fundamente und die Montage aller sichtbarer Primärtechnik wie Wandler, Sammelschiene, Trenner, Leistungsschalter und Trafos ist abgeschlossen. Bis zur Inbetriebnahme Ende des Jahres folgen noch die Anbindung der 20-kV-Stromkreise, technische Prüfungen und Abnahmen, die Gestaltung der Außenanlagen und die Fertigstellung der Zufahrtswege.

Der Neubau des Umspannwerks in Naila ist notwendig geworden, um der zunehmenden Einspeisung regenerativer Erzeugungsanlagen in der Region gerecht zu werden. Die Kosten für das Grundstück, die Mittelspannungs- und Hochspannungsanbindung sowie für den Rückbau des alten Umspannwerks liegen bei gesamt etwa sechs Millionen Euro.

535 Millionen Euro für Bayerns Energienetze

„Der Netzausbaubedarf in ganz Bayern bleibt weiter hoch. Wir wenden in diesem Jahr eine Gesamtsumme von rund 535 Millionen Euro für Instandhaltung und Erneuerung unserer Netze auf. Unsere Infrastruktur erfordert immer mehr Digitalisierung und Innovation", sagte Dr. Egon Westphal. Der Technik-Vorstand des Bayernwerks hat ein klares Bild, wie die bayerische Energieversorgung in Zukunft aussehen wird: In nicht städtischem Versorgungsgebiet gewinnen sogenannte lokale Märkte an Bedeutung. „Energie wird vor Ort erzeugt, vor Ort gespeichert und vor Ort verbraucht. Dahinter stecken komplexe Technologien. Unsere Netze sichern in diesem anspruchsvollen Umfeld weiterhin die Versorgung von rund sieben Millionen Menschen in Bayern", meinte Dr. Egon Westphal.

In Naila hat sich das Bayernwerk für den Neubau des Umspannwerks an einem neuen Standort außerhalb der Stadt entschieden. Am bisherigen Standort hätte für die notwendige Modernisierung und den Ausbau nicht ausreichend Platz zur Verfügung gestanden.

Das Umspannwerk wird mit einer 110-kV-Schaltanlage und zwei 40 MVA-Netztransformatoren ausgestattet mit Option zur Erweiterung eines weiteren Netztrafos. Die Hochspannungsanlage speist dann in eine Mittelspannungsschaltanlage mit 26 Schaltfeldern ein", erklärte Markus Seidel, Netzbauleiter Kundencenter Naila. Begünstigt wurde die Entscheidung für den Neubau durch die Tatsache, dass einzelne Komponenten in der Altanlage demnächst hätten erneuert werden müssen.

Zwei Jahre Bauzeit

Zur Anbindung werden Mittelspannungskabel mit einer Länge von rund 13 Kilometern verlegt. Die Tiefbauarbeiten nutzt das Energieunternehmen zudem, um für das intelligente Energienetz vorzusorgen. In den Kabeltrassen werden sogenannte HDPE-Leerrohre zur Kommunikationsanbindung eingesetzt. Über das Umspannwerk speisen die drei Windparks Berg-Espich, Schauenstein und Selbitz allein mit einer Erzeugungsleistung von insgesamt 43 Megawatt ins Mittelspannungsnetz ein. Weitere Erzeugungsanlagen zur Einspeisung sind angefragt. Die Inbetriebnahme des neuen Umspannwerks ist nach rund zweijähriger Bauzeit Ende dieses Jahres geplant. ❐



Technik-Vorstand Dr. Egon Westphal (r.) und Teamleiter Stefan Schmitt auf der Baustelle. Bild: Marion Feder/Bayernwerk

Intelligenztest für das Stromnetz der Zukunft

Netzbetreiber und Unternehmen der Energiebranche haben erfolgreich das intelligente Stromnetz der Zukunft getestet: Bundesweit zum ersten Mal haben sie über die Verbindung zweier Online-Plattformen die gezielte Steuerung dezentraler Stromverbraucher, -speicher und -erzeuger unter Realbedingungen getestet, um zukünftig im Bedarfsfall gemeinsam Transportengpässe zu vermeiden und das Stromnetz zu stabilisieren.

Dabei haben erstmals zwei SINTEG-Projekte zusammengearbeitet: C/sells mit dem Fokus auf Süddeutschland und Solarenergie und enera mit dem Fokus auf Norddeutschland und Windenergie. Beide Projekte suchen Lösungen, wie zukünftig dezentrale Anlagen statt konventionellen Kraftwerken das Stromnetz stabilisieren können und haben dafür Online-Plattformen entwickelt, auf denen dezentrale Anlagen ihre Flexibilität für das Stromnetz zur Verfügung stellen können.

Bei dem Testabruf wurde nach Koordination mit den beteiligten Netzbetreibern Avacon Netz GmbH, Bayernwerk Netz GmbH und EWE NETZ GmbH auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers TenneT der Stromverbrauch eines Speichers im windreichen Niedersachsen erhöht, um Strom aus erneuerbaren Energien aufzunehmen. Gleichzeitig haben im Gebiet des Bayernwerks im laststarken Süden auf Abruf des regionalen Energienetzbetreibers Biogas- und KWK-Anlagen mehr Strom eingespeist, um die Stromnachfrage vor Ort zu decken. So wurde die im Stromnetz zu transportierende Strommenge reduziert und so dazu beigetragen, Transportengpässe zu beheben.

„Wir werden in Zukunft Millionen dezentraler Anlagen brauchen, um das Übertragungsnetz zu stabilisieren. Dafür müssen die Netzbetreiber auf allen Ebenen zusammenarbeiten und neue Werkzeuge entwickeln, um das Potenzial von KWK-Anlagen, Wärmepumpen, Biogas-Anlagen, Batteriespeichern, Elektroautos, Power-to-Gas-Anlagen und anderen dezentralen Anlagen für mehr Sicherheit im Stromnetz nutzen zu können. Unser Test hat gezeigt, wie das erfolgreich funktioniert", so TenneT-Geschäftsführer Tim Meyerjürgens.

Die Zukunft der Energieerzeugung ist aus Sicht der beteiligten Verteilnetzbetreiber Avacon Netz GmbH, Bayernwerk Netz GmbH und EWE NETZ GmbH dezentral und findet in den Verteilnetzen statt. Die Unternehmen sind sich einig, dass dadurch auf Verteilnetzbetreiber neue Aufgaben zukommen, auch was die Unterstützung der Übertragungsnetzbetreiber bei der Stabilisierung des Netzes betrifft.

Die Netzbetreiber rechnen für die Zukunft mit einem starken Zubau an Elektromobilität, Wärmepumpen und elektrischen Speichern. Da diese steuerbar Strom aufnehmen und abgeben können, können sie dem Netz flexible Kapazitäten zur Stabilisierung zur Verfügung stellen. Diese Stromnutzer entnehmen Strom aus dem Verteilnetz oder speisen ihn dort auch wieder ein; daher sind sie zunächst für das Verteilnetz netzdienlich.

Dezentrale und digitale Organisation

Damit sie zukünftig auch zur Stabilisierung des Höchstspannungsnetzes (Übertragungsnetz) eingesetzt werden können, müssen sich die Netzbetreiber der unterschiedlichen Spannungsebenen abstimmen und koordinieren. „Die vom Kunden getriebene, dekarbonisierte Energiewelt von morgen wird dezentral und digital organisiert sein. Durch die Nutzung von Anlagen im Verteilnetz können auch Engpässe im Übertragungsnetz bewirtschaftet werden. Dazu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit der Netzbetreiber", betonte Dr. Egon Westphal, Technik-Vorstand beim Bayernwerk.

Um Anbieter und Nachfrager von Flexibilität zusammenzubringen, wurde im Rahmen von C/sells mit der „comax" eine Flexibilitätsplattform entwickelt: Flexibilitätsanbieter melden vorhandene Potenziale und die Netzbetreiber können diese einsehen und sich untereinander koordinieren, um ihren jeweiligen Bedarf abzurufen. Im Projekt enera wird ein börsengestützter lokaler Flexibilitätsmarkt für das Management von Transportengpässen im Netz erprobt. „Dieser Markt bringt Angebot und Nachfrage für Flexibilitäten zusammen und stellt sie den Netzbetreibern auf effiziente Weise zur Verfügung", erklärte Philippe Vassilopoulos von der EPEX SPOT.

„Unser Hybridspeicher in Varel eignet sich aufgrund seiner Kombination von Lithium-Ionen- und Natrium-Schwefel-Speichertechnologien sehr gut, schnell das Stromnetz mit mehr als 24 MWh Kapazität zu entlasten und damit die Abschaltungen von Windenergieanlagen zu vermeiden", sagte Hendrik Brockmeyer, Managing Director von be.storaged GmbH. In der Schaufenster-Region enera im Nordwesten Niedersachsens erhöhten zudem in vorangegangenen Abrufen neben der großen Batterie auch Industrieanlagen, wie eine Papier- und Kartonfabrik und ein elektrischer Gastransportverdichter, ihre Last. „In weiteren Flexibilitätsabrufen in der enera-Region, konnten Verbraucher ihr Potenzial zur Netzentlastung durch Verbrauch von elektrischem Strom anstatt Verbrennung von fossilem Gas beweisen", ergänzte Tammo Filusch, zuständig für das Virtuelle Kraftwerk bei EWE VERTRIEB GmbH. Auch eine Power-to-Gas-Anlage im niedersächsischen Werlte kann ihre Gas-Produktion zeitweise erhöhen. Damit wurde gleichzeitig die Sektorenkopplung vorangetrieben und grünes Gas produziert.

Einspeisung von Biogasanlagen

„Wir haben in der C/sells-Region im Süden Deutschlands gezielt die Einspeisung von mehreren Biogasanlagen aus unserem Pool ins Verteilnetz erhöht, um den Engpässen entgegenzuwirken", erklärte Tobias Nitze von Next Kraftwerke GmbH. „Es war ein lokaler Mix aus Erzeugern und Verbrauchern, welcher zur Behebung der Engpässe beitrug", sagte Klaus Nagl von der Consolinno Energy GmbH. Die von Consolinno entwickelte, KI-basierte Software übernahm beim Testabruf die netzdienliche Steuerung kompletter Quartiere und Nahwärmenetze. Ergänzend wurden Biogasanlagen der Erzeugergemeinschaft für Energie in Bayern und des Biogasfachverbandes, welche durch die Stadtwerke München vermarktet werden, ebenfalls in die Steuerung einbezogen.

Heute kommt es u.a. aufgrund der zunehmenden dezentralen Einspeisung aus erneuerbaren Energien immer öfter zu Transportengpässen im Stromnetz von Nord nach Süd. Um sie zu vermeiden, wird in die Erzeugung von konventionellen Kraftwerken und von erneuerbaren Einheiten eingegriffen und dafür gesorgt, dass der Stromtransport im Rahmen der Übertragungskapazität des Netzes liegt. Die Kosten hierfür liegen jährlich deutschlandweit bei deutlich über einer Milliarde Euro und werden über die Netzentgelte letztlich von den Stromverbrauchern getragen.

Für die zukünftige Nutzung von dezentralen Kleinanlagen müssen weitere politische Rahmenbedingungen geschaffen sowie notwendige Werkzeuge etabliert werden. Das trägt zum Gelingen der Energiewende bei. ❐

VKU zum Kohleausstiegsgesetz:

Nötige Nachbesserungen

Das Bundeskabinett hat die Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf des Kohlausstiegsgesetzes beschlossen. Dazu erklärte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme von Mitte März grundlegende Verbesserungsvorschläge für den Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgelegt. Er hatte seinerzeit ein klares Signal gesendet: Keine systematische Benachteiligung der Steinkohle, mehr Rechts- und Investitionssicherheit beim Kohleausstieg und eine Stärkung der Rolle der KWK in der Strom- und Wärmeversorgung.Insgesamt bringt die Gegenäußerung der Bundesregierung wenig neue Erkenntnisse. Es ist bedauerlich, dass sie nahezu vollständig über die Anmerkungen des Bundesrates hinweggeht."

Zur Illustration: „Allein 26 Mal befindet sich in der Gegenäußerung die Formulierung, dass die Bundesregierung den Vorschlag des Bundesrates ablehne. Dass die Bundesregierung Vorschläge des Bundesrates prüfe, ist hingegen nur an drei Stellen in der Gegenäußerung zu finden. Der Bundesrat hatte viele berechtigte Anliegen aufgenommen, mit denen sich die Bundesregierung in dieser Gegenäußerung leider nicht intensiv genug befasst hat", unterstrich Liebing.

„Jetzt kommt es darauf an, dass der Bundestag an wesentlichen Stellen des Kohleausstiegsgesetzes nachbessert. Die kommunale Energiewirtschaft benötigt langfristig sichere Rahmenbedingungen für Investitionen in die Strom- und Wärmewende. Ein wesentlicher Aspekt ist daher, dass das Kohleausstiegsgesetz ausreichende Anreize für den Ausbau, die Modernisierung und den Umstieg von Kohle- auf Gas-KWK setzt. Hinzu kommt: Durch die im Gesetzentwurf vorgesehene zu geringe Entschädigungen für Steinkohlekraftwerke Anfang der 2020er Jahre und die entschädigungslosen ordnungsrechtlichen Abschaltungen bereits ab 2027 werden vor allem kommunale Kraftwerksbetreiber vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Aus Sicht des VKU darf es diese Benachteiligung der Steinkohle nicht geben. Dadurch würden kommunale Investitionen in erheblichem Maße entwertet werden und die Mittel für die anstehende Transformation vor allem einer klimafreundlichen Wärmeversorgung vor Ort fehlen." ❐





Über den Gewinn eines Koch-Workshops inklusive Kochschürzen und Löffel der Offenen Ganztagsschule der ESG Stammbach freuten sich alle Beteiligten sehr. Unser Bild zeigt (v.l.): Frau Wagner (Ernährungsfachfrau, die den Klimafreundlichen Kochkurs durchgeführt hat), Bürgermeister Karl Philipp Ehrler , Frau Biefel und Frau Arnold (Vernetzungsstelle für Schulverpflegung, die den Preis überreichten), die Mitarbeiterinnen der Offenen Ganztagsschule Stammbach und die Schulleitung Frau Wohlrab. Bild: Tatjana Hahn

Mensa for future:

Mit gutem Essen Schule machen

Mit gutem Beispiel voran: Die Stammbacher Grundschule gewinnt bei „Mensa for future“

Stammbach/Bayreuth – Familienparadies! Das ist das Motto des Marktes Stammbach. Dafür ist die offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule ein leuchtendes Beispiel. Das Betreuungsangebot, das auch landkreisübergreifend genutzt wird, ist natürlich kostenlos und freiwillig. Ein Highlight der Mittagsbetreuung ist das frisch zubereitete Mittagessen in der eigenen Küche. Hier wird vor allem auf Abwechslung, Raffinesse, lokale Produkte und auch Nachhaltigkeit geachtet.

Was aber macht ein klimafreundliches Mittagessen aus? Wie hängen das persönliche Ernährungsverhalten und nachhaltiges Handeln zusammen? Antworten auf diese und weitere Fragen fanden Schüler und Lehrer bei den Tagen der Schulverpflegung.

Im Herbst des vergangenen Jahres hatte die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Bayern alle bayerischen Schulen aufgerufen, das Thema klimafreundliche Mensa mit eigenen Aktionen in den Fokus zu rücken. Nun stehen die Gewinner fest. Die Offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule in Stammbach zählt zu den zehn Preisträgern in Bayern und als einzige in Oberfranken.

Mehr als Nahrunsaufnahme

Die Kampagne stand unter dem Motto „Mit gutem Essen Schule machen – Mensa for future“. „Schulverpflegung kann viel mehr sein, als die Nahrungsaufnahme in einer hektischen Pause. Sie bietet auch die Chance, eine nachhaltige Ernährung für die Schüler täglich erlebbar zu machen“, erklärte Susanne Dobelke vom Fachzentrum Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung Oberfranken am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bayreuth. Wie dies gelingen kann, zeigten auch im vergangenen Jahr wieder mehr als 30 Schulen bayernweit.

Durch Pflanzaktionen, der Überprüfung des Pausenverkaufs hinsichtlich eines nachhaltigen Speisenangebots, von Müllvermeidung bis hin zur Vermeidung von Lebensmittelresten und vielen weiteren Aktionen haben die Themen der Nachhaltigkeit ganz unterschiedlich in den Schulalltag Einzug halten können. Alle angemeldeten Schulen hatten die Chance, sich mit einer Dokumentation ihrer Aktionen an einem Wettbewerb zu beteiligen. Aus Berichten, Fotobüchern, Filmen, Kollagen und Postern wählte eine Jury der Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Bayern zehn Gewinner aus.

Gelebte Nachhaltigkeit

Mit einem Plakat stellte die Offene Ganztagsschule der Elisabeth-Schlemmer-Grundschule dar, welche Aktionen sie während der Projektwoche zum Motto „Mensa for future“ durchgeführt hat. Neben der Zubereitung von Hofer Schnitz mit Zutaten aus den schuleigenen Hochbeeten, Kräutersträußen aus der Kräuterspirale des Schulgartens wurden aus alten Verpackungen Besteckhalter upgecyclet und die artgerechte Haltung von Bio-Hühnern studiert.

Gemeinsam gratulierten Nadine Arnold und Annalena Biefel vom Fachzentrum Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung der OGTS recht herzlich zum Preis, der offiziell am 27.02.2020 verliehen wurde und wünschten den Verpflegungsverantwortlichen viel Freude, Durchhaltevermögen und Erfolg bei der Umsetzung einer gesunden, nachhaltigen und schmackhaften Verpflegung. ❐

Landkreis Günzburg:

Zusammenhalt in der „Coronazeit“

In vielfältiger Weise beteiligt sich der Landkreis Günzburg an der Aktion „Soziales Bayern – Wir helfen zusammen!“, des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales um Seniorinnen und Senioren, oder andere hilfsbedürftige Menschen in diesen herausfordernden Zeiten zu unterstützen.

Der gemeinnützige Verein Lokal-Forum e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen zusammenzubringen und zu Meinungsbildung und -austausch beizutragen. Hierzu bietet der Verein normalerweise Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, aber auch Workshops und Filmvorführungen an. Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hat sich der Verein eine Alternative überlegt: „Zusammen sind wir weniger allein“. Es geht darum, ältere Menschen aufzumuntern, die in der aktuellen Lage alleine zuhause oder im Heim leben. Zu diesem Zweck bittet der gemeinnützige Verein in Kooperation mit dem Familienbeauftragen des Landkreises Meinrad Gackowski, darum, Zeichnungen, Bilder, Selfies oder Texte mit einem Gruß oder einer Botschaft einzureichen.

Da nicht alle Seniorinnen oder Senioren bei Facebook oder WhatsApp vertreten sind, stellt das Lokal-Forum daraus, abhängig vom Umfang, ein Heft oder ein Buch zusammen. Diese gedruckte Sammlung wird dann kostenlos verteilt, beispielsweise in Senioreneinrichtungen oder Wohngruppen in Krumbach und Umgebung. Das Buch soll auch auf die unterschiedlichsten Angebote der Nachbarschaftshilfe, des Freiwilligenzentrums Stellwerk oder Kontaktdaten von Lieferservice-Angeboten, etc. hinweisen.

Freiwilligenzentrum STELLWERK

Durch die Corona Pandemie wird der Alltag der Menschen auch im Landkreis Günzburg immer mehr eingeschränkt. Vor allem für die gefährdete Gruppe der Senioren und Vorerkrankten sind alltägliche Aufgaben mit einem Ansteckungsrisiko verbunden. Aber auch Personen in Quarantäne stehen oft vor Herausforderungen, die sie ohne Hilfe von außen nicht bewältigen können. Das Freiwilligenzentrum STELLWERK sieht es als Aufgabe, die Solidarität untereinander jetzt zu stärken. Stellwerk koordiniert und unterstützt die Hilfsangebote und Bedarfe für den Landkreis.

Das Freiwilligenzentrum Stellwerk ist 2007 aus dem Lokalen Bündnis für Familie Landkreis Günzburg heraus entstanden und wird vom Landkreis, vom Förderverein Stellwerk e.V. und vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert. **hajo**

Garching warnt vor Trickbetrügern

Betrüger versuchen aus dem Einkaufsservice, den die Stadt Garching gemeinsam mit örtlichen Institutionen organisiert, kriminelles Kapital zu schlagen.

Die Trickbetrüger rufen bei älteren Mitbürgern an und bieten an, vorbeizukommen um die Bestellungen für den Einkaufsservice persönlich entgegen zu nehmen.

Die Stadtverwaltung Garching weist ausdrücklich darauf hin, dass der städtische Einkaufsservice niemals proaktiv anruft. Darüber hinaus betreten die Helferinnen und Helfer unter keinen Umständen die Wohnungen der Nutzerinnen und Nutzer des Service. Zuletzt sei angemerkt, dass immer ein Erkennungscode verwendet wird. ❐



Nachhaltige Schulmensa auch in Donauwörth

Auf der Suche nach einem Projekt, das ihre Schule noch nachhaltiger machen könnte, haben Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Donauwörth den Mensabetrieb ins Visier genommen. Mit einem neuen Konzept wollen sie gleichzeitig die Qualität und die Klimabilanz des Mensaessens verbessern. Landrat Stefan Rößle hat seine Unterstützung zugesagt und sich jetzt die konkreten Ideen der Schüler und die Ergebnisse einer Umfrage am Gymnasium erläutern lassen.

Um sich nicht alleine auf ihre eigenen Beobachtungen und subjektiven Einschätzungen verlassen zu müssen, starteten die zwölf Schülerinnen und Schüler des P-Seminars aus der elften Klassenstufe eine Umfrage. Es galt herauszufinden, warum die Schulmensa so wenig frequentiert wird und wie das geändert werden kann.

Landrat Rößle signalisierte dem Projekt seine Unterstützung. Künftig ist für die Gemeinschaftsverpflegung auf Landkreisebene, also in Seniorenheimen, Kantinen, Krankenhäusern etc., eine Quote von 50% Rohwaren aus biologischer oder regionaler Erzeugung vereinbart. Die Nachhaltigkeitsbeauftragte im Landratsamt, Heike Burkhardt, regte an, eine erweiterte Befragung zum Thema Mensaessen, Gesundheit und Nachhaltigkeit an allen Schulen im Landkreis durchzuführen. Das Interesse am Donauwörther Modell reicht inzwischen über die Kreisstadt hinaus. Petra Schuster-Klante berichtete von Anfragen weiterer Interessenten. Derart ermutigt wollen sich die Schüler des P-Seminars auf die Gespräche und Verhandlungen mit dem künftigen Mensabetreiber ihres Gymnasiums vorbereiten und eine schülergetragene Imagekampagne für ihre neue, nachhaltige Mensa auf die Beine stellen.

Unser Bild zeigt das P-Seminar mit seinen Unterstützern: Landrat Stefan Rößle (re,), Mensabeauftragte Sabine Guggenmoos (4. von re.), Schulleiter Karl Auinger (7. von re.), neben ihm Heike Burkhardt aus der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit und ganz links Lehrerin Petra Schuster-Klante. Bild: stratum GmbH

Rathausreport München:

Mobilfunkaktivierte Laienreanimation

Der plötzliche Herz-Kreislauf-Stillstand gilt in Deutschland als eine der häufigsten Todesursachen. Jedes Jahr werden bei über 75.000 Menschen Wiederbelebungsmaßnahmen eingeleitet, doch nur 5.000 dieser Personen überleben ohne bleibende Schäden. Es zählt jede Sekunde. Die Münchner Rettungsdienste geben jeden Tag alles, damit Betroffene schnell versorgt werden. So dauert es in der Regel nur wenige Minuten, bis sie vor Ort eintreffen.

Um diese Zeitspanne zu überbrücken, werden in München ab 2020 mit der Mobilfunkaktivierten Laienreanimation zusätzlich so genannte Ersthelferinnen und Ersthelfer aktiviert, die sich in der Nähe des Einsatzortes befinden. Sie werden von der Rettungsleitstelle per App informiert und sind geschult, um im Notfall die dringend notwendigen Wiederbelebungsmaßnahmen schnell durchzuführen.

In kürzester Zeit vor Ort

Da sie sich in nächster Nähe der Betroffenen befinden, sind sie in kürzester Zeit am Einsatzort und können noch vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes helfen. Durch den Einsatz der Ersthelferinnen und Ersthelfer vor Ort wird die Versorgung in lebensbedrohlichen Notfällen in München weiter verbessert.

„München Rettet Leben“

Bürgermeister Manuel Pretzl: „München Rettet Leben, so anspruchsvoll wie der Titel ist auch das Projekt. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Zeit nach einem plötzlichen Herz-Kreislauf-Stillstand bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes verkürzt wird. Deshalb hat der Stadtrat das Referat für Gesundheit und Umwelt und die Integrierte Leitstelle beauftragt, das Konzept der Mobilfunkaktivierten Laienreanimation zu entwickeln. Außerdem hat der Stadtrat die notwendigen finanziellen Mittel für das Alarmierungssystem und die Betreuung der Ersthelferinnen und Ersthelfer bereitgestellt.“

„Das Angebot wird in Stufen aufgebaut“, sagte Gesundheitsreferentin Stephanie Jacobs.

Aufbau in Stufen

„In der ersten Stufe arbeiten wir mit qualifiziertem Personal bzw. Ehrenamtlichen der Rettungsdienstorganisationen. In der zweiten Stufe wird der Personenkreis auf medizinisches Fachpersonal ausgeweitet, und später werden geschulte Laien einbezogen – daher kommt auch der Name des Projekts. Dieses Konzept hat mein Haus gemeinsam mit der Integrierten Leitstelle, dem Rettungszweckverband und der ärztlichen Leitung Rettungsdienst, dem Arbeitskreis Notfallmedizin und Rettungswesen e.V. und dem Landkreis München entwickelt. Für diesen Einsatz und die gute Kooperation möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“

Kooperation von Landkreis und Landeshauptstadt

Landkreis und Landeshauptstadt München arbeiten bei dem Projekt eng zusammen. „Je mehr Zeit bis zum Einsetzen der Wiederbelebung verstreicht, umso niedriger ist die Überlebenswahrscheinlichkeit. Im Landkreis München haben wir durch den Einsatz von First Respondern das therapiefreie Intervall bis zum Eintreffen der Rettungskräfte bereits um zwei bis drei Minuten verkürzt“, so Landrat Christoph Göbel. „Die Mobilfunkaktivierte Laienreanimation verfeinert das Hilfenetz weiter und informiert künftig per App den nächstgelegenen Ersthelfer. Viele Landkreisbürger arbeiten in der Stadt und umgekehrt – dass Stadt und Landkreis München gemeinsam das System einführen, halte ich daher für besonders wertvoll.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Bei einer Trainingseinheit noch vor den Kontaktbeschränkungen durch die Corona-Pandemie überbrachten Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (r.) und MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler (1. Reihe r.) die gute Nachricht. Mit im Bild: Stützpunktleiter Roland Fleischmann (2. Reihe 3. v. l.) und Bezirksrat Josef Heisl (neben Dr. Heinrich), im blauen Shirt vorne links Nora Aits Foto: Markus Zechbauer/ zema-medien.de

Bild: Markus Zechbauer / zema-medien.de

Bezirk Niederbayern:

Förderung für Leichtathletik-Stützpunkt Passau

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Geübte Praxis wird fortgeführt“

Landshut/Passau. In flottem Tempo hinauf und wieder hinunter, immer wieder wandert der Blick auf die Zeitmessung am Handgelenk: Ihre Wohnstraße ist derzeit das Übungsterrain von Nora Aits. Weil die Sportstätten wegen der Corona-Pandemie geschlossen sind, muss die 15-jährige Läuferin vom LAC Passau derzeit wie so viele andere (Nachwuchs-)Sportlerinnen und Sportler sehen, wie sie ihr Trainingsniveau hält oder – noch besser – optimiert.

Eine wichtige Konstante war der Landesstützpunkt des Bayerischen Leichathletik-Verbandes in der neuen Mehrfachturnhalle in der Neuburger Straße. Dieser wurde bislang vom Bezirk Niederbayern mit 5.000 Euro im Jahr gefördert.

Bezirke dürfen Sport fördern

Doch genau diese Förderung war vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband in Frage gestellt worden. Zwischenzeitlich hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aber klargestellt, dass Bezirke die Aufgabe übernehmen können, Sport im Allgemeinen zu fördern. „Dies bedeutet, dass solche Zuschüsse auch weiterhin fließen können“, sagte MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler, der sich um eine Klärung aus München bemüht hatte. Waschler ist seit 1993 Vorsitzender des Bayerischen Leichtathletik-Verbands Bezirk Niederbayern und seit 2010 Vizepräsident des Bayerischen Leichtathletik-Verbands.

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich unterstrich, dass er immer der Ansicht war, „dass dieses Geld sehr sinnvoll eingesetzt wird“ und sicherte bei einem Ortstermin vor den Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise zu, „dass die eingeübte Praxis auch in Zukunft fortgeführt werden soll“. Dafür werde er sich in den entscheidenden Gremien einsetzen. Waschler bedankte sich beim Bezirk Niederbayern ausdrücklich für die Unterstützung.

Wichtige Rolle bei der Talentförderung

Roland Fleischmann, ehemaliger Landestrainer und Stützpunktleiter, freute sich: „Mit der Zusage ist eine über Monate währende Zeit der Unsicherheit beendet.“ Der 1999 eingerichtete Landesstützpunkt in Passau – einer von vier in Bayern – spiele eine wichtige Rolle bei der Förderung von Talenten. In den vergangenen 20 Jahren habe man 15 bis 20 Vereine regelmäßig betreut.

Bayerische Rekorde

Der passionierte Leichtathletik-Trainer und sein fünfköpfiges Team haben aktuell etwa 100 junge Leute unter ihrer Obhut, die regelmäßig zum Training kommen. Und nicht wenige davon – wie etwa Nora Aits – hätten (bayerische) Rekorde erzielt und zahlreiche Medaillen gewonnen. Fleischmann stolz: „Sogar zwei deutsche Meistertitel sind dabei.“ Die Hauptaufgabe des Stützpunktes sei die Absicherung eines hochwertigen Grundlagen- und Aufbautrainings mit dem Schwerpunkt auf der Altersklasse U20. Das Einzugsgebiet mit Außenstellen in Plattling und Pfarrkirchen sei der südöstliche Teil Niederbayerns.

Gutes Training kostet Geld

„Gutes Training kostet Geld“, betonten Heinrich und Waschler unisono. Und nicht nur mit Blick auf die sportlichen Erfolge hätten sich die Investitionen in den Stützpunkt bezahlt gemacht. Der Zuschuss des Bezirks ermögliche beispielsweise den Besuch von Trainingslagern. Auch der örtliche Bezirksrat Josef Heisl ist dankbar für die weitere Unterstützung des Bezirks. Der Leichtathletik-Stützpunkt Passau sei eine wichtige Einrichtung in der Region. Viele junge Leute profitierten davon – nicht nur im Leistungs-, sondern auch im Breitensport, sagte er.

Nora Aits und ihre Trainingspartnerinnen und -partner hoffen indes, dass sie bald wieder an ihre Sportstätten und speziell an den Leichtathletikstützpunkt zurückkehren können. **-ch-**

„Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“

Oberfrankenstiftung startet gemeinsame Initiative mit der Entwicklungsagentur Oberfranken Offensiv e.V. und den Medienhäusern in Oberfranken

In einer bis dato beispiellosen Kooperation ziehen die Mediengruppe Oberfranken mit Sitz in Bamberg, die Frankenpost Verlag GmbH mit Sitz in Hof, das Obermain-Tagblatt in Lichtenfels, Oberfrankens Lokalrundfunksender in Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof und Kulmbach und der Regionalfernsehsender TV Oberfranken an einem Strang. Erklärtes Ziel ist es, in Zeiten der Corona-Krise über Hilfsangebote, neue Geschäftsmodelle, soziale Unterstützung und erfolgreiche Einzelbeispiele zu berichten. Sie sollen zur Nachahmung anregen sowie Mut und Zuversicht vermitteln.

Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, die zugleich Stiftungsratsvorsitzende der Oberfrankenstiftung ist und gemeinsam mit Staatsministerin Melanie Huml den Vorsitz von Oberfranken Offensiv e.V. innehat, sieht in der Gemeinschaftsaktion der oberfränkischen Medienhäuser eine große Chance: „In allen neun Landkreisen und in den vier kreisfreien Städten Oberfrankens ist die Welle der Hilfsbereitschaft enorm. Digitale Fußgängerzonen und Gutscheinverkäufe werden ins Leben gerufen, auf Online-Plattformen treffen sich Hilfesuchende und Hilfe Anbietende, Künstler streamen ihre Konzerte aus dem Wohnzimmer und selbst die heimischen Gottesdienste können im Internet verfolgt werden. Wir wollen diese herausragenden Beispiele unter dem gemeinsamen Titel zusammenfassen und damit Mut machen.“

Bedient werden unter dem Titel „Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“ neben den klassischen Verbreitungswegen der Medienhäuser auch deren Social-Media-Kanäle. Dabei nutzen die Medienhäuser auch gemeinsame Synergien. Auf der Seite www.oberfranken.de entsteht zudem eine Sammlung der verschiedenen Angebote, jeweils in Landkreise und Themenfelder untergliedert. Die Kooperation zwischen Oberfranken Offensiv e.V., der Oberfrankenstiftung und den Medienhäusern begann am 08.04.2020, und ist zunächst für vier Wochen angesetzt. Ermöglicht wird „Mutmacher Oberfranken – #esgehtnurgemeinsam“ durch die Initiative und Unterstützung der Oberfrankenstiftung.

Oberfranken Offensiv e.V.

Oberfranken Offensiv e.V. ist eine der mitgliederstärksten Regionalinitiativen Deutschlands und Impulsgeber für innovative Projekte. Die Stärken Oberfrankens vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auszubauen und so die Zukunftsregion Oberfranken mitzugestalten, das haben wir uns als Entwicklungsagentur zur Aufgabe gemacht. Im Verein engagieren sich Kommunen, Unternehmen, Institutionen und Verbände genauso wie Privatpersonen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Wer Freiheit aufgibt um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat dieses Zitat des amerikanischen Freiheitskämpfers und Gründervaters der USA, Benjamin Franklin, auf seinen WhatsApp-Status geladen.

Tatsächlich werden zur Zeit praktisch alle Grundrechte eingeschränkt: Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit – wir dürfen nur einzeln aus dem Haus und ob das Sitzen auf einer Parkbank erlaubt ist, musste der Innenminister persönlich klären. Die Reisefreiheit: Teilweise sind nicht nur Reisen ins Ausland verboten, sondern auch im Inland eingeschränkt. Die Gewerbefreiheit: Läden bleiben geschlossen, der Schreiner darf sein Handwerk ausüben, der Friseur nicht.

Im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung

Gleichheitsgrundsatz? Die Versammlungsfreiheit ist ausgesetzt mit der für einen demokratischen Rechtsstaat kuriosen Folge, dass man sich nicht mehr friedlich und ohne Waffe unter freiem Himmel versammeln kann (Demonstrationsrecht), um gegen Freiheitseinschränkungen protestieren zu können. Die Religionsfreiheit wird durch das Verbot von Gottesdiensten eingeschränkt und es dürfte ungewiss sein, ob eine gegen diese Anordnung gerichtete Klage im Angesicht des Osterfestes nicht doch Erfolg gehabt hätte, wenn die Kirchen von sich aus nicht alle Gottesdienste abgesagt hätten.

Aber da kommt der dritte Begriff ins Spiel, der in diesem Spannungsfeld zwischen grundgesetzlich verbrieften Freiheitsrechten und der erstrebten Sicherheit vor Ansteckung mit Covid-19 oder der Überforderung des Gesundheitswesens Bedeutung hat: Verantwortung.

Wir erleben, dass der Staat zwar mehr Freiheitsrechte beschränkt, als im Fall eines militärischen Angriffs auf das Bundesgebiet oder eines Aufstands im Inneren zulässig wäre, aber die Bevölkerung das akzeptiert und die Anordnungen weitgehend freiwillig befolgt. Ja, dieses Land ist so demokratisch gereift, dass wir in den auferlegten Einschränkungen keine obrigkeitliche Willkür oder gar Gefahr für unser Gemeinwesen, sondern den vorübergehenden Charakter der Gefahrenabwehr (an)erkennen.

In der Tat sind ja die Verstöße gegen die Regeln, Anordnungen und Verbote eigentlich irrelevant. Die angetrunkenen Jugendlichen aus irgendwo hinter dem Regenbogen, die an einer Bushaltestelle lümmelten und von der Polizei mit einem Kinderfahrrad verfolgt wurden, schaffen es immer noch regelmäßig in die landesweiten Newsflashs, so selten sind die Vorfälle. Selten auch werden im Land der Prozesshansl die Gerichte angerufen und deren Entscheidungen sind sehr verantwortungsvoll. Wo erkennbar über das Ziel hinausgeschossen wurde, etwa als Meck-Pom Einheimischen den Ausflug ans Meer verbieten wollte. Ansonsten der Tenor meist: Nicht schön, aber noch nicht bedenklich, sofern die Maßnahmen stets auf ihre Erforderlichkeit geprüft werden.

Ich denke, eines ist ganz entscheidend: Unsere Landes- und Bundespolitiker, die mit ruhigem Leadership und gut erklärender Kommunikation ein ganzes Land dazu gebracht haben, für die Erreichung eines Ziels zusammenzuarbeiten, zusammenzurücken und freiwillig Verzicht zu üben, müssen in der Lage sein, ebenso souverän und ruhig das unterschwellig gegebene Versprechen einzulösen, uns Deutsche auch wieder in alle unsere Rechte einzusetzen. Nicht schlagartig, nicht sofort, aber mit Perspektive.

Mein Chef ist stolz auf die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt, die sich vorbehaltlos solidarisch gezeigt haben. Aber er hat auch ein feines Gespür dafür, dass man einen Bogen nicht überspannen darf, ebenso wenig wie die Geduld der Menschen. Auch er wird mithelfen, die behutsame Rückkehr zur Normalität so eng wie möglich argumentativ zu begleiten, dass viele sich weiter freiwillig Beschränkungen auferlegen, zum Beispiel ältere Menschen oder Leute, die gut auch von zuhause aus arbeiten können. Denn er weiß mit dem russischen Schriftsteller Anton Tschechow: „Es gibt keine Sicherheit, es gibt nur verschiedene Grade der Unsicherheit“.

Ihre Sabrina

Digitale Bezahlfunktion

Wohin-Du-Willst-App mit Verzahnung zum Tourismus für den Landkreis Cham

Die kostenlose Fahrplan-App „Wohin-Du-willst“ wird zu einem umfassenden digitalen Service ausgebaut. Künftig wird es möglich sein, den kompletten Vorgang von der Auskunft bis zur Bezahlung über die App abzuwickeln. „Darüber hinaus werden wir die Bereiche Mobilität und Tourismus in der digitalen Welt enger verzahnen, um so Synergieeffekte hinsichtlich der Attraktivität der jeweiligen Angebote zu erreichen.“, freute sich Landrat Franz Löffler, der zusammen mit Staatsminister Albert Füracker und Vertretern von DB-RegioBus, hubermedia und Busunternehmern aus dem Landkreis das Projekt „CHAMOBINA – Mobilität im ländlichen Raum„ im Landratsamt Cham vorstellte.

Der Landkreis Cham arbeitet konsequent an der Verbesserung der Mobilitätsangebote für die Bürgerinnen und Bürger. Neben der Angebotserweiterung wie Rufbus und Nachtschwärmer, aber auch der Erstellung einer Schwachstellenanalyse wird der Fokus auch auf den digitalen Bereich gelegt. „Hierzu bietet uns das Förderprogramm „Heimat Digital“ des Bayerischen Finanzministeriums eine ideale Fördergrundlage. Wenn man vor allem junge Menschen an den ÖPNV heranführen will, braucht es einen niederschwelligen Zugang. Dies kann auch durch Apps erreicht werden, die einen hohen Service und Komfort bieten.“, so Landrat Franz Löffler.

Touristische Datenbank

In die App werden darüber hinaus auch touristische Aspekte wie Ausflugsziele, Veranstaltungen, Gastronomie und Übernachtungenaufgenommen.Hierzu wird eine touristische Datenbank mit der Mobilitätsplattform des Landkreises verknüpft. Dies bedeutet natürlich auch, dass das digitale touristische Angebot künftig um konkrete Mobilitätsangebote erweitert und neben der Buchung und Bezahlung von beispielsweise Veranstaltungen auch gleich das passende ÖPNV-Ticket über eine Weiterverlinkung erworben werden kann.

24 Landkreise in Bayern nutzen aktuell die Wohin-Du-willst-App. „Der Landkreis Cham leistet mit dem Projekt CHAMOBINA Pionierarbeit, wenn es um die Erweiterung von digitalen Angeboten für die Menschen im ländlichen Raum geht. Mit diesem innovativen Projekt wird die komplette Reisekette digital abgebildet. Die übrigen Landkreise können die Idee übernehmen und so künftig profitieren“, fasst Staatsminister Albert Füracker zusammen.

Der Freistaat fördert

Das Projekt mit einem Umfang von ca. 160.000 Euro wird zu 80 Prozent vom Freistaat Bayern gefördert. Die Bezahlfunktion wird Ende des Jahres verfügbar sein. Die Mobilitäts-App „Wohin-Du-willst“ kann kostenlos in den gängigen App-Stores heruntergeladen werden. ❐



Vorstellung des Förderprogramms durch Staatsminister Albert Füracker und Landrat Franz Löffler.

Bild: LRA Cham/Ritt

Kultur in Zeiten von Corona:

gesundmitkunst-Workshops zu Hause angelaufen

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. hat das von der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse geförderte Pilotprojekt gesundmitkunst erweitert: Künstlerische Workshops zur Gesundheitsförderung werden unter qualifizierter Anleitung bis Ende Juli 2020 daheim stattfinden können. Es gibt bereits Angebote zu Performance, bildender Kunst und kreativem Schreiben. Zuschussanträge für weitere Workshops können eingereicht werden.

„Wie wichtig die Künste und kulturelle Begegnungen für uns sind, spüren wir gerade jetzt sehr deutlich. Sie können helfen, schwierige Zeiten zu bestehen“, erklärt Dr. Christine Fuchs, Leiterin von STADTKULTUR. „Die bereits erprobten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung wie die Reduktion von Angst und Stress und das Einüben von resilienten Schutzfaktoren durch die künstlerische Arbeit sollen hier im Mittelpunkt stehen“, sagt Dr. Annette Scheder von der AOK Bayern.

Vom Museum ins Wohnzimmer

Der Workshop KunstReAction mit Bewegungstheater und bildender Kunst am Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst wird seit kurzem unter der Leitung von Regina Straub und Daniela Richter digital fortgeführt. Die Teilnehmenden können das Potenzial der Online-Vernetzung mit der Workshopleitung und den anderen Kursteilnehmenden nutzen, indem sie bei Performance-Übungen beispielsweise auch mit Video, Schnitt und Ton arbeiten.

Am 2. April 2020 startete die Workshopreihe „gesundmitkunst im Wohnzimmer“ für Erwachsene und Kinder unter Leitung von Sabine Messner in Kooperation mit dem Nürnberger Tuchermuseum der Erzabtei St. Ottilien begann am 14. April 2020. Menschen, die sich isoliert und einsam fühlen, können schreibend und lesend in den digitalen oder telefonischen Kontakt mit den anderen Teilnehmenden und der Kursleitung treten.

Der Workshop Kreatives Schreiben zu Hause“ unter Leitung von Beatrix Raab und in Kooperation mit dem Missionsschloss. Die Teilnehmenden werden mit Künstlermaterialien beliefert, um daheim und im digitalen Austausch mit der Gruppe kreativ zu werden.

Betreuung und Austausch per Telefon und Internet

Um gesundheitsfördernde künstlerische Workshops, die bisher noch in Museen und städtischen Galerien geplant waren, zu Hause durchzuführen, sollen neue Konzepte entwickelt werden. Die Workshopleiter können beispielsweise Pakete mit Materialien an die Teilnehmenden schicken oder ihren Workshop so konzipieren, dass mit im Haushalt Vorrätigem gearbeitet werden kann.

Daheim kann gemalt, gezeichnet, getöpfert, geschrieben, musiziert, fotografiert oder gefilmt werden. Wichtiger Baustein der Workshops ist die Anleitung durch die Workshopleiter, die Betreuung und der begleitete Austausch unter den Teilnehmenden beispielsweise über Social Media, Messenger Dienste, Videochats, E-Mail und Telefon.

Die Workshops müssen in Kooperation mit einem Museum oder einer Städtischen Galerie stehen und einen thematischen Bezug zu den jeweiligen Einrichtungen in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR aufweisen. Die Anforderungen für die Bezuschussung von Workshops im Rahmen der Projekterweiterung entsprechen den bisherigen Modalitäten von gesundmitkunst.

Die konkreten Workshop-Angebote werden auf folgender Homepage veröffentlicht: www.gesundmitkunst.de

Erweiterung des Gesamtprojekts

Unabhängig von dieser Erweiterung bleibt das Projekt gesundmitkunst in seiner bisherigen Form bestehen. Seit 2019 und noch bis Ende 2020 finden Workshops aller künstlerischen Sparten, die zur Gesundheitsförderung beitragen, an Museen und Städtischen Galerien in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. statt.

Im Rahmen des Modellprojekts werden weiterhin Zuschüsse für Workshops in den Museen der Mitgliedsstädte des Netzwerks vergeben, dem alle bayerischen Kommunen beitreten können. Gefördert wird das Projekt von der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse und evaluiert von der Medical School Hamburg (MSH). Die Evaluation soll aufzeigen, welche Determinanten der Gesundheitsförderung positiv durch kunstpädagogische Angebote beeinflusst werden. Aus den Ergebnissen sollen Empfehlungen für neue Angebotsformen für die kommunale Gesundheitsförderung abgeleitet werden.

Schirmherrschaft

Die Schirmherrschaft für das Projekt gesundmitkunst haben Melanie Huml (Staatsministerin für Gesundheit und Pflege) und Bernd Sibler (Staatsminister für Wissenschaft und Kunst) übernommen.

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. ist ein Zusammenschluss von derzeit 54 Kommunen, die in gemeinsamen Projekten bayernweit kulturelle Impulse setzen und Kunst, Kultur und Kulturelle Bildung fördern. ❐

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 30. April 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

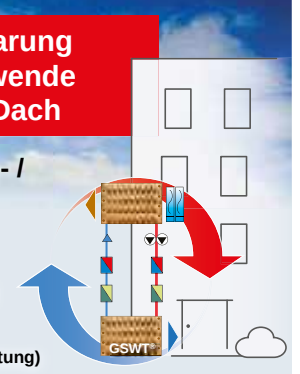
Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 30. April 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 9







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerisches Kabinett:

Unterstützung in der Krise

Mit einer halben Milliarde Euro unterstützt die Staatsregierung soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereine und Künstler in der Corona-Krise. Für Kommunen sollen die vorzeitige Überweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich sowie haushaltsrechtliche Maßnahmen des Innenministeriums als finanzielle Hilfe ausreichen. Liquiditätshilfen sowie ein Stufenplan soll die Krankenhäuser entlasten.

Der Freistaat Bayern hilft im sozialen und kulturellen Bereich mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro in Bayern. Die Hilfsmittel sollen in folgenden Bereichen die Folgen der Corona-Krise abfedern: in Einrichtungen der stationären Versorgung, in den Kommunen, Kunst und Kultur, in sozialen Einrichtungen und dem organisierten Sport. Der Bayerischen Staatsregierung sei bewusst, dass die Kommunen ebenso wie der Freistaat aufgrund der Corona-Krise im weiteren Verlauf des Jahres erheblich weniger Steuern einnehmen werden, wie es im aktuellen Bericht des Ministerrats heißt. Die konkreten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunalen Steuereinnahmen können derzeit jedoch noch nicht solide abgeschätzt werden. Erste Anhaltspunkte für die Auswirkungen im Gesamtjahr könnte erst die nächste Steuerschätzung im Mai 2020 ergeben.

Hilfen durch Finanzausgleich

Der Freistaat bezeichnet sich in der Krise „als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen“ und verweist auf den kommunalen Finanzausgleich 2020. Er sei „eine echte Stütze für die bayerischen Kommunen“. Mit einem Rekordvolumen von über zehn Milliarden Euro sei er von den aktuellen Entwicklungen im Jahr 2020 grundsätzlich nicht betroffen. Bayerns Gemeinden befinden sich in vergleichsweiser komfortabler Lage, weil sie im Schnitt weitaus weniger verschuldet sind, als Gemeinden in anderen Bundesländern. Daher könnten Einnahmeausfälle zunächst durch Rücklagen oder kurzfristige Kredite ausgeglichen werden. Um die Liquidität der Kommunen in den nächsten Monaten kurzfristig zu stärken, werden jedoch bei Schlüsselzuweisungen, Finanzzuweisungen und Investitionspauschalen die festgelegten Auszahlungszeitpunkte innerhalb des Jahres 2020 im Gesamtumfang von zwei Milliarden Euro stufenweise vorgezogen.

Abstimmung im Mai

Der entsprechende Verordnungsentwurf des Finanzministeriums soll nach Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kraft gesetzt werden. Ein Termin mit Ministerpräsident Markus Söder sei daher geplant, doch dazu müsse man zunächst mit verlässlichen



Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Kommunikation in Corona-Zeiten. Bild:Bayerische Staatskanzlei

Zahlen aufwarten, die im Mai 2020 zur Verfügung stehen. Insbesondere schauen die Gemeinden auf die Sozialausgaben der Landkreise und erwarten deswegen höhere Zahlungen zur Kreisumlage im kommenden Jahr. Zudem wurden von Seiten des Innenministeriums haushaltsrechtliche Maßnahmen getroffen, um die Zahlungsfähigkeit der bayerischen Kommunen sicherzustellen. Dazu gehört insbesondere eine Lockerung der Regelungen für Kassenkredite. Die Landtags-Grünen hatten gefordert, aus den 20 Milliarden Euro Hilfsmaßnahmen eine

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Positionspapier:

Corona bekämpfen, Kommunalpolitik stärken

„Bayern hält in diesen Krisenzeiten zusammen und unsere starken Kommunen spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle“, betont KPV-Landesvorsitzender, Landrat Stefan Rößle. Damit die Kommunen dauerhaft leistungsfähig bleiben, was zur Überwindung der Auswirkungen der Corona-Krise eine Grundvoraussetzung sein wird, und die strukturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage stabil bleibt, müssen aus Sicht der KPV jedoch einige Punkte und Maßnahmen noch stärker berücksichtigt werden.

So sieht das Positionspapier zunächst vor, die regionale Gesundheitsversorgung zu schützen. Die Corona-Krise zeige, dass die regionalen Krankenhausstrukturen sowie eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in diesen Zeiten von enormer Wichtigkeit sind. Die regionale Gesundheitsversorgung habe sich in der Krise bewährt und müsse langfristig vor weiteren Zentralisierungstendenzen geschützt werden.

Kommunale Handlungsfähigkeit

Auch muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen weiterhin und langfristig gewährleistet sein. Fehlende Einnahmen, gesteigerte Kosten sowie Einbrüche bei der Gewerbe- und Einkommensteuer werden künftig zu einer deutlichen Mehrbelastung aller kommunalen Haushalte führen. Der Staat übernimmt zwar bislang den Großteil der entstehenden Kosten im Zusammenhang mit der Corona-Krise und bemüht sich, die kommunalen Haushalte möglichst nicht zu belasten. Doch dies reicht nicht aus. Weitere Programme und Maßnahmen für die Kommunen müssten folgen, damit die kommunale Daseinsvorsorge, Investitionen und wichtige Projekte weiterhin gewährleistet werden.



Landrat Stefan Rößle. ❒

Zudem sei die bayerische Wirtschaftskraft zu erhalten. Dafür ist eine baldmögliche Rückkehr zum regulären Arbeitsalltag für möglichst viele Menschen von zentraler Bedeutung. Die Krise dürfe nicht dauerhaft zu Lasten des Gesundheits- und Sozialsystems gehen.

„Vorfahrt für regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen“, lautet ein weiterer KPV-Vorschlag. Der Einkauf regionaler Produkte stärke die Wirtschaftskreisläufe vor Ort sowie die heimische Landwirtschaft und Umwelt vor unnötigen Belastungen. „Die Corona-Krise hat gezeigt: Lange Transportwege für die Versorgung der Bevölkerung und die Produktion von medizinischen Erzeugnissen sind störanfällig. Regionale Wirtschaftskreisläufe gewährleisten unsere Handlungsfähigkeit in der Krisenzeit. Dieses Ziel gilt es insbesondere bei medizinischen und sicherheitsrelevanten Produkten sowie bei der Versorgung mit Lebensmitteln in Zukunft umzusetzen.“

Gesundheitsschutz ernst nehmen

„Gesundheitsschutz der Bevölkerung und Öffnung der Unternehmen sind vereinbar“, heißt es weiter. „Die Unternehmen haben bewiesen, dass sie den Gesundheitsschutz ernst nehmen und Hygienemaßnahmen umsetzen.“ Eine flächendeckende Öffnung auch für den Einzelhandel mit über 800 qm sei ebenso von zentraler Bedeutung für die Sicherung der Wirtschaftskraft, wie eine schrittweise Öffnung von Hotellerie und Gastronomie.

„Das veränderte Mobilitätsverhalten in der Corona-Krise

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister, setzt auf das Prinzip Verantwortung in der Krise. Dazu passt ein Satz des Staatsrechtlers Oliver Lepsius: „Jetzt kommt die Zeit des Umstellens vom präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt auf Verhaltensgebote, die auf Vertrauen und Vernunft gründen“. S. 15

Bayerischer Städtetag zur Corona-Pandemie:

Belastungsprobe für Kommunen

„Nach Hilfspaketen für Unternehmen muss an einen Rettungsschirm für Kommunen gedacht werden, der noch in diesem Jahr greift.“ Darauf hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, hingewiesen. Bürger und Wirtschaft seien auf handlungsfähige Kommunen mit einer leistungsfähigen kommunalen Daseinsvorsorge angewiesen.

Bund, Freistaat und Kommunen halten Gribl zufolge im Schulterschluss zusammen. Sie lindern gemeinsam in einem enormen Kraftakt die Folgen der Corona-Pandemie. Als erstes gehe es um Leib und Leben, um den Schutz von Menschen. Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke betrieben Krisenmanagement für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur mit einer funktionstüchtigen Verwaltung, mit Feuerwehren, Katastrophenschutz, Krankenhäusern, Rettungsdiensten, Pflegeeinrichtungen, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Nahverkehr. Kommunen leisteten damit einen wesentlichen Beitrag, um das Land am Laufen zu halten, um Hilfe- und Schutzbedürftige zu versorgen, die Notbetreuung sicherzustellen und soziale Transferleistungen auszuzahlen.

Hilfspakete

Freistaat und Bund gingen mit Hilfspaketen für Unternehmen, Kurzarbeiter-Geld, Finanzhilfen, Steuerstundungen und steuerlichen Unterstützungen, Kredit und Bürgschaftsprogrammen in Vorleistung. Dies seien wichtige Instrumente, um das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. Darüber dürften jedoch die Kommunen nicht vergessen werden.

Die finanziellen Folgen bei den Steuereinnahmen und Abgaben der Städte und Gemeinden werden aus Gribls Sicht gravierender sein als infolge der Finanzkrise nach 2008. Bei der Gewerbssteuer seien 2020 massive Rückgänge zu erwarten. Viele Betriebe und Unternehmen stellten jetzt wegen wegbrechender Umsatzerlöse Anträge auf Anpassung der Gewerbesteuervorauszahlungen. Zudem gebe es zahlreiche Anträge auf zinslose Stundungen bei Gewerbesteuerveranlagungen. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sei vom Konjunktureinbruch ebenfalls betroffen. Hier kämen die Effekte der Kurzarbeit zum Tragen. Gribl: „Bürgermeister und Kämmerer aus Mitgliedskommunen schlagen bayernweit Alarm. Ohne Hilfe laufen Kommunen Gefahr, wegen der Haushaltslage ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren.“

Eine erste Hilfe ist nach Auffassung des Bayerischen Städtetags die vorzeitige Auszahlung bereits vereinbarter Leistungen aus dem Finanzausgleich 2020. Dies könne vorübergehend die Zahlungsfähigkeit stärken, ebenso wie die Lockerung der Regeln für Kassenkredite. Aber letztlich benötigten die Kommunen frisches Geld, um die Haushalte zu sichern.

Wegbrechende Einnahmen bei Steuern und Abgaben, besonders bei Gewerbesteuer und Einkommensteuer, brächten die Haushalte der Städte und Gemeinden 2020 in eine massive Schieflage. Hinzu kämen fehlende Einnahmen bei städtischen Einrichtungen und steigende Ausgaben für das Krisenmanagement. Die Steuerschätzung Anfang Mai werde erste Aufschlüsse über Steuereinbrüche geben.

Ruf nach Rettungsschirm

Die Kommunen leisteten wesentliche Beiträge zur Finanzierung von Sozialeinrichtungen freier Träger, zur Finanzierung von Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, kulturellen und sportlichen Angeboten. Auch Angebote und Einrichtungen freier und privater Träger bräuchten einen Rettungsschirm, die Kommunen allein könnten deren Einnahmeausfälle nicht kompensieren.

Nach Gribls Überzeugung sollten sich Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände bald an einen Tisch setzen, um über die Finanzierung der Krisenbewältigung zu beraten. Kommunen müssten zahlungsfähig bleiben, damit wichtige Investitionen und Projekte nicht auf Eis gelegt werden. **DK**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Rekordinvestitionen zur Krisenbewältigung 2
Verfassungsschutzbericht Bayern 2019 2
Spitzenverbände zur Lockerung der Corona-Beschränkungen .3
GZ-Kolumne Christine Borst:
Die Menschen brauchen positive Perspektiven 3
Schritte für Rückkehr von Krankenhäusern zum Regelbetrieb .4
Tipps zur Bewältigung der Krise. 4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 9
Wasser • Abwasser . . . . . 9 - 10
GaLaBau • Friedhof • Kommunalfahrzeuge. . . . . 11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerischer Nachtragshaushalt:

Rekordinvestitionen zur Krisenbewältigung

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Nachtragshaushalt 2020 bringt der Bayerische Landtag Haushaltsmittel, Bürgschaften und Garantien in Höhe von 60 Milliarden Euro auf den Weg, um die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzumildern. Einen Schutzschirm für Kommunen soll es allerdings nicht geben. Ausreichend Liquidität garantiere die vorzeitige Überweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich. Grüne und SPD enthielten sich bei der Abstimmung. Nach ihrer Auffassung verweigert die Regierung eine Soforthilfe für die Kommunen trotz wegbrechender Steuereinnahmen.

Der Nachtragshaushalt umfasst Mehrausgaben von weiteren zehn Milliarden Euro und dient vor allem der Unterstützung von Mittelstandsbetrieben und Unternehmen, aber auch Solo-Selbständigen, Freiberuflern, Künstlern und landwirtschaftlichen Betrieben. Der Landtag billigte dazu mit kleinen Änderungen die Vorlage von Finanzminister Albert Füracker (CSU), der zusätzlich zehn Milliarden Euro beantragt hatte.

20 Mrd. Euro für die Krisenbewältigung

Für die Krisenbewältigung stehen damit 20 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Schuldenstand des Freistaats wächst in der Folge von 26,5 auf 46,5 Milliarden Euro. „Krisenbewältigung ist Ausnahmezustand, da muss man anders agieren als in normalen Zeiten“, erklärte Füracker. Er hoffe, dass die vom Landtag nun frei gegebenen Milliarden nicht alle gebraucht würden. Der neue Finanzrahmen ermögliche es dem Freistaat aber, zur Abmilderung der Corona-Folgen flexibel und bedarfsgerecht einzugreifen. Nach Angaben Fürackers summieren sich die Ausgaben zur Bewältigung der Krise bereits jetzt auf rund 12,5 Milliarden Euro. Fünf Milliarden seien für Soforthilfen an Unternehmen, Selbständige oder soziale Institutionen zugesagt, 2,5 Milliarden für das Gesundheitssystem. Dazu kämen voraussichtlich rund fünf Milliarden Euro an Steuerausfällen. Die zusätzlichen Kredite sollen ab 2024 in jährlichen Raten von einer Milliarde Euro zurückgezahlt werden.

Der CSU-Haushaltspolitiker Josef Zellmeier betonte, über die neuen Schulden sei niemand erfreut. Die damit finanzierten staatlichen Eingriffe seien aber „der richtige Weg in dieser Situation“. Das Gesundheitssystem müsse weiter gestützt werden und die bayerische Wirtschaft möglichst gut durch die Krise kommen. Deshalb müsse der Staat jetzt „beherzt agieren“. Allerdings räumte Zellmeier ein, dass mit den zusätzlichen Mitteln nicht alle krisenbedingten Einbrüche verhindert und alle Wünsche auf Hilfen erfüllt werden könnten. Anders als Teile der Opposition sehen Zellmeier und Füracker derzeit keine Notwendigkeit, über den bayerischen Kommunen einen Schutzschirm aufzuspannen.

Erleichterung bei Kreditaufnahme

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten die Freien Wähler, den Gemeinden, Städten und Landkreisen im Freistaat unter die Arme zu greifen. Gebot der Stunde müsse sein, dass auch Kommunen ohne entsprechende Rücklagen ausreichende finanzielle Spielräume zur Selbsthilfe haben, sagte der kommunalpolitische FW-Fraktionssprecher, Joachim Hanisch. Deshalb begrüßen die Freien Wähler die Entscheidung der Staatsregierung, Regelungen zur Genehmigung kommunaler Haushalte für die Dauer der Pandemie großzügig auszulegen und die Auszahlungszeitpunkte von Finanzausgleichsleistungen vorzuziehen. Die jetzt beschlossenen Erleichterungen bei der kommunalen Kreditaufnahme seien ein wichtiges Signal an die Kommunen, so der Kommunalexperte. „Auch die anstehenden Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich müssen die Auswirkungen der Corona-Krise auf Bayerns Kommunen im Blick behalten“, so Hanisch. Es sei unerlässlich, dass sie als Rückgrat des Freistaats während der Krise und darüber hinaus handlungsfähig blieben. Der Erhalt der kommunalen Infrastruktur müsse laut Hanisch auch in dieser schwierigen Ausnahmesituation oberste Priorität haben.

Grüne kritisieren „Ignoranz“

Claudia Köhler, haushaltspolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, nannte als Hauptgrund für die Stimmenthaltung beim Haushaltsentwurf das fehlende Hilfspaket für Bayerns Kommunen und die „Ignoranz, mit der die Regierung auf die Hilferufe des Städtetags und einzelner Kommunen“ reagiere. „Die aktuelle finanzielle Bedrängnis droht reflexartige Rufe nach Haushaltssperren oder pauschalen Mittelkürzungen auszulösen“, sagte sie. Die Landtags-Grünen hatten im zuständigen Haushaltsausschuss Sonderschlüsselzuweisung in Höhe von einer Milliarde Euro zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft gefordert. Diese sollten anhand real zu erwartenden Steuereinbrüchen (Basis: Steuerkraftmesszahlen) berechnet werden – was von einer Mehrheit der CSU und Freien Wähler abgelehnt wurde. Zudem kritisierte Köhler, dass die zehn Milliarden auf keine konkreten Haushaltstitel verteilt seien. Man wolle der Staatsregierung deshalb „keinen weiteren Blankoscheck“ ausstellen, begründete sie die Stimmenthaltung ihrer Fraktionen zum Nachtraghaushalt.

Freie Wähler-Fraktionschef Florian Streibl entgegnete: „Wir müssen der Staatsregierung die nötige Flexibilität geben, weil wir heute noch nicht wissen können, was morgen richtig ist.“ Das bisherige Krisenmanagement der Staatsregierung sei geprägt von Umsicht, Weitsicht und Augenmaß. „Deshalb ist es mehr als gerechtfertigt, der Regierung einen Vertrauensvorschuss zu gewähren“ so Streibl.

SPD verweigert Zustimmung

Auch die SPD enthielt sich bei der Abstimmung. „Für das bloße Abnicken des Haushalts steht die SPD nicht zur Verfügung“, erklärte deren Haushaltssprecher Harald Güller. Zwar hätten Staatsregierung und Koalitionsfraktionen einige Vorschläge der SPD zur Unterstützung von Bürgern, Institutionen und Unternehmen aufgegriffen, sich aber in der parlamentarischen Beratung auf einem „Weg der einsamen Entscheidungen“ einer Konsenslösung verweigert. Zudem kritisierte er, dass mangels verbindlicher Festlegungen im Gesetz die parlamentarische Kontrolle des Vollzugs außer Kraft gesetzt werde. „Von den Freien Wählern und insbesondere von Teilen der CSU wurde der Weg der Selbstüberschätzung mit Hang zur Überheblichkeit im zuständigen Haushaltsausschuss geradezu zelebriert. Keinem einzigen unserer Anträge wurde in den vergangenen Wochen zugestimmt, Briefe nicht beantwortet. Stattdessen werden unsere Vorschläge als eigene Initiativen verkauft. So kann man in diesen schwierigen Zeiten einfach nicht zusammenarbeiten!“, kritisierte Güller. Auch die SPD hatte einen kommunalen Schutzschirm und Nothilfen für Städte und Gemeinden gefordert.

FDP fordert Begrenzung der Hilfen

Dagegen verteidigte Bernhard Pohl (Freie Wähler) das Vorgehen. Zwar handle es sich um einen „ungewöhnlichen Beschluss“, der Staatsregierung zehn Milliarden Euro zur quasi „freien Verfügung“ zu genehmigen, doch sei dies in der aktuellen Lage erforderlich. „In der aktuellen Notsituation sind wir alle gefordert, pragmatische Lösungen zu finden“, betonte Pohl. Helmut Kaltenhauser (FDP) forderte eine zeitliche Begrenzung der Stützungsmaßnahmen. So notwendig die angedachten Maßnahmen für die aktuelle Lage seien, sie dürften nicht auf Dauer bleiben. Man brauche auch für die Staatshilfen und die mögliche Teilverstaatlichung von Unternehmen eine „Exit-Strategie“. Um eine niedrigere Schuldenaufnahme zu erreichen, verlangte Ferdinand Mang (AfD) die Kürzung von „Luxusausgaben“ im regulären Haushalt. Zudem sah Mang in den neuen Schulden auch eine „versteckte Bankenrettung“. Als einzige Fraktion votierte die AfD gegen den Haushaltsentwurf.

Bayern-Fonds schützen bayerische Firmen

Einstimmig gab der Landtag hingegen grünes Licht für den 46 Milliarden Euro umfassenden „Bayern-Fonds“, der staatliche Kreditbürgschaften und die Möglichkeit zur vorübergehenden Übernahme von Unternehmensanteilen durch den Freistaat vorsieht. Damit sollen systemrelevante bayerische Firmen vor der Insolvenz oder der Übernahme durch ausländische Investoren geschützt werden. „Wir wollen erreichen, dass Firmen erhalten bleiben und dass eine bayerische Firma bayerisch bleibt und keine chinesische wird“, erklärte Finanzminister Füracker.

Es sei zudem gelungen, die wichtigen Hinweise des Obersten Bayerischen Rechnungshofs (ORH) im Gesetz zu berücksichtigen. „Die parlamentarischen Kontrollrechte wurden gestärkt und auch der ORH kann seiner Kontrollfunktion in vollem Umfang nachkommen“, sagte Florian Streibl. Damit sei die Grundlage geschaffen, um den Menschen im Freistaat auch weiterhin schnell, unbürokratisch und bedarfsabhängig zu helfen. Tim Pargent (Die Grünen) bemängelte, dass die Abwicklung des Fonds an eine private Finanzagentur und die Finanzierung der Hilfen in einen „Schattenhaushalt“ ausgelagert würden. Dies sei nur zu akzeptieren, da sich die Regierungskoalition bereit erklärt habe, den Fonds durch ein parlamentarisches Begleitgremium mit einzelnen Entscheidungsbefugnissen kontrollieren zu lassen und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof Prüfbefugnisse einzuräumen. **red**

Interaktive Lernlandkarte für Bayern:

Online-Grundwissen zur Kommunalpolitik

Gemeinsames Projekt der KommunalAkademie Bayern und der Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein ebenso beachtenswertes wie lohnendes Format der kommunalpolitischen Bildung präsentieren die KommunalAkademie Bayern und die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die interaktive Lernlandkarte „Online-Grundwissen zur Kommunalpolitik in Bayern“. Sie kommt gerade bei erstmals gewählten Kommunalpolitikern gut an, da sie wegen der Corona-Krise bis auf weiteres keines der oft schon vor Monaten terminierten Präsenzseminare der bayerischen Träger politischer Bildung besuchen können.

Interessierte finden, laut Harald Zintl, Leiter des Regionalbüros Regensburg der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der kreativ illustrierten Lernlandkarte Informationen über zahlreiche relevante kommunalpolitische Themen. An 23 Lernstationen können Erklärvideos und Texte zu Themen wie „Rats- und Fraktionsarbeit“, „Kommunale Daseinsvorsorge“, „Kommunale Finanzen“, „Planen und Bauen“, „Kommunale Umweltpolitik“, „Kommunale Sozialpolitik“, „Kommunale Bürgerbeteiligung“ und „Demografischer Wandel“ aufgerufen werden.

In kurzen Videos berichten erfahrene Kommunalpolitiker wie die Regensburger Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Brigitte Bachmann (Bürgermeisterin Gemeinde Birgland), Sebastian Koch (Bürgermeister Gemeinde Wenzenbach), Norbert Seidl (Bürgermeister Puchheim) und MdL Klaus Adelt (langjähriger Bürgermeister in Selbitz), aber auch der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Parlaments Gerhard Schmid und der Nürnberger Kämmerer Harald Riedel aus ihrer Arbeit zu diesen Schwerpunkten.

Die KommunalAkademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Regensburg ist seit 2006 aktiv. Alle kommunalpolitisch interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich auf der interaktiven Lernlandkarte zu informieren. Diese ist abrufbar unter: https://fes-online-akademie.de/online-grundwissen-kommunalpolitik-bayern/ **DK**

Verfassungsschutzbericht Bayern 2019:

„Klare Kante“ gegen extremistische Störungen

Extremistische Hetze, tätliche Angriffe bis hin zu Mord: Die größte Bedrohung für die innere Sicherheit im Freistaat ist aktuell der Rechtsextremismus. Dennoch bleibt auch die Bedrohung durch die linksextremistische Szene und den islamistischen Terrorismus virulent. Wie Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019 betonte, „zeigt sich die Fratze des Rechtsextremismus in extremistischer Hetze, bei tätlichen Angriffen bis hin zu Mordanschlägen. Im Fokus stehen unsere Mitmenschen jüdischen Glaubens und solche mit Migrationshintergrund sowie Repräsentanten des Staates.“

Traurige Beispiele derartiger Gewalttaten waren etwa der Mord an Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 oder der Anschlag in Halle an der Saale am 9. Oktober 2019. Herrmann sprach in diesem Zusammenhang von einer „erheblichen Radikalisierung der Szene über das Internet“ und der Entstehung einer digitalen Subkultur. Man habe es hier mit diffusen Personenzusammenschlüssen und aktiven Einzelpersonen zu tun, die vor allem in nichtöffentlichen Bereichen des Internets agieren. Das mache sie so gefährlich. Die Zahl der Rechtsextremisten ist von 2.360 im Jahr 2018 auf 2.570 in 2019 gestiegen. Darunter befinden sich konstant rund 1.000 Gewaltorientierte.

Dezentrale Strukturen

Herrmann zufolge geht der Trend weg von klassischen rechtsextremistischen Parteien oder Gruppierungen hin zu dezentralen Strukturen, vor allem in den sozialen Medien. Mittlerweile umfasst das sogenannte unstrukturierte Personenpotenzial mit 46,6 Prozent rund die Hälfte des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials in Bayern. Die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden bestehe darin, zur Tat entschlossene Personen rechtzeitig zu identifizieren, bevor sie einen Anschlag begehen können.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hätten zudem „Tag-X“-Szenarien bei Rechtsextremisten Hochkonjunktur. Asylbewerber, Migranten und auch jüdische Mitbürger würden auf Basis von hanebüchenen Unterstellungen als vermeintliche Profiteure für die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht.

Auch das Personenpotenzial der linksextremistischen Szene in Bayern ist im vergangenen Jahr nach Herrmanns Anga-



Joachim Herrmann. ❒

ben zum dritten Mal in Folge gestiegen. So gehörten der Szene 2019 rund 3.600 Anhänger an (2018: 3.500). Insbesondere die autonome Szene wächst (2019: 720 Personen, 2018: 675). Die Übergriffe der Szene richteten sich wie im Vorjahr sowohl gegen den Staat und seine Institutionen, als auch gegen Unternehmen, die als „Profiteure des Systems“ gelten.

Eigentümliche Zurückhaltung gegenüber Linksextremen

Zielobjekte waren insbesondere Unternehmen der Immobilienbranche, aber auch Massentransportunternehmen wie die Deutsche Bahn. „Wer Metallschienen und Betonbrocken auf Gleise legt, bringt rücksichtslos Leib und Leben von Menschen in Gefahr“, machte Herrmann deutlich. In Zusammenhang mit der Corona-Pandemie rufe die Szene zu Plünderungen, der absichtlichen Ansteckung von Polizeibeamten und der Zerstörung der Zivilisation auf.

Kampfansage an den Staat

„Während die Taten von Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit zu Recht Abscheu hervorrufen, herrscht bei Gewaltausbrüchen von Linksextremisten eine eigentümliche Zurückhaltung“, stellte Herrmann fest. Gewalttätige Übergriffe von Linksextremisten würden nicht gleichermaßen als das wahrgenommen, was sie sind, eine Kampfansage an den Staat, jeden Andersdenkenden oder sonst der Szene unliebsame Personen und die Demokratie an sich. In Teilen der Öffentlichkeit gehöre es mittlerweile zum guten Ton, linksextremistische Gewaltausbrüche als „zivilen Ungehorsam“ gegen einen angeblichen Repressionsstaat zu verharmlosen. Eskalationen im Rahmen von Veranstaltungen würden nicht der Strategie der Linksextremisten, sondern der Einsatzleitung oder schlicht der Polizeipräsenz zugeschrieben.

Kein Platz für ‚No-go-Areas‘

Einige der Relativierer negierten das Gewaltmonopol des Staates und wollten der Polizei die Gewährleistung der Inneren Sicherheit aus den Händen nehmen. Im Klartext bedeute dies, dass nichtstaatliche Instanzen zum Beispiel nach eigenem Gutdünken entscheiden sollen, wer sich wann gefahrlos in einem Stadtteil bewegen darf und wer nicht. „In einer Demokratie“, so Herrmann, „ist aber kein Platz für ‚No-go-Areas‘, jeder Bürger hat das Recht, sich zu jedem Zeitpunkt an jedem öffentlichen Ort aufhalten zu dürfen, unabhängig von seinem Aussehen, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, politischer Einstellung oder Beruf. Der Staat kann nicht auf der einen Seite konsequent die Präsenz rechtsextremistischer Bürgerwehren unterbinden und auf der anderen Seite tatenlos zusehen, wenn Linksextremisten Räume besetzen, die sich jeder rechtsstaatlichen Regelung entziehen.“

„Unsere Demokratie lebt von Regeln und von dem Vertrauen darauf, dass sich alle gesellschaftlichen Akteure an diese

(Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Nagler
87752 Holzgünz
am 8.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Eduard Obermeier
93186 Pettendorf
am 7.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Karmann
96155 Buttenheim
am 8.5.

Bürgermeister Stefan Taglang
89441 Medlingen
am 13.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Hemmerich
97234 Reichenberg
am 4.5.

Bürgermeister Alois Fischer
97294 Unterpleichfeld
am 12.5.

Landrat Dr. Jürgen Ludwig
91506 Ansbach
am 15.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Gilch
86462 Langweid a. Lech
am 12.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Krise als Chance

Kommunale Spitzenverbände zu den Ergebnissen des Bund-Länder-Gesprächs über die Lockerung der Corona-Beschränkungen

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen unisono die gemeinsame bundesweite Grundlage für behutsame Lockerungen der Corona-Beschränkungen. Aus Sicht von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, ist es „ein kluger Weg, Kontakte weiterhin zu beschränken und gleichzeitig Signale der Öffnung und Lockerung auszusenden". Bund und Länder machten damit deutlich, dass die Gesundheit der Menschen und besonders der Risikogruppen sehr hohe Priorität behalten muss. Auch nähmen sie die Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft ernst, erste Schritte zurück in die Normalität zu gehen.

„Eine verantwortungsvolle Entscheidung ist von uns gefordert, wenn es in Zukunft um das Tragen von Mund-Nase-Schutzmasken im ÖPNV und in Geschäften geht", unterstrich Jung. „Das wird unseren Alltag und auch das Bild in unseren Städten verändern. Aber wir werden uns daran für einige Zeit gewöhnen müssen. Denn wir können so besser andere Menschen vor Infektionen schützen, wenn das öffentliche Leben wieder stärker erwacht. Und wir wollen ja mehr Lebendigkeit in unseren Innenstädten."

Die im Beschluss von Bund und Ländern angesprochenen Veränderungen beim Schulunterricht und Kitabetrieb müssen aus Jungs Sicht gut vorbereitet werden. „Wir müssen zum Beispiel Schülerverkehr anders organisieren und das Einhalten von Hygiene- und Abstandsregeln in den Räumen von Schulen und Kitas sicherstellen. Das muss passen, sobald wieder mehr Kinder und Jugendliche in den Unterricht kommen und betreut werden. Deshalb ist es gut, dass es jetzt Vorbereitungszeit für diese Schritte gibt."

Wir brauchen Geduld

In den Kommunen werde in den nächsten Wochen und Monaten noch keine Normalität einkehren. Jedoch habe die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bereits großes Verständnis gezeigt und ihr Verhalten angepasst, erklärte der Städtetagschef. Mit guter Kommunikation von Bund, Ländern und Kommunen müsse der Kampf gegen die Pandemie weiter begleitet werden, damit Infektionsschutz und schrittweise Rückkehr zur Normalität parallel funktionieren. „Wir brauchen Geduld, weil die Schritte nur behutsam sein können. Aber die Geduld lohnt sich, wenn unser Gesundheitssystem und unsere Gesellschaft diese Bewährungsprobe bestehen. Dafür sind wir auf einem gutem Weg."

Die Entscheidung von Bund und Ländern, die Kontaktbeschränkungen bis zum 3. Mai fortzusetzen, ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds richtig. „Die Menschen werden das verstehen und akzeptieren, da sie die Erfahrung gemacht haben, dass die Maßnahmen wirken", betonte Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg und ergänzte: „Bisher ist unser Gesundheitssystem nicht überlastet, trotz hoher Infektionszahlen. Die ersten Lockerungen im Hinblick auf Einzelhandelsgeschäfte unter strengen Hygienevoraussetzungen sind ein positives Signal zur Wiederbelebung der Städte. Den damit verbundenen Kontrollaufwand werden die Kommunen meistern."

Corona-Föderalismus ist kein Hindernis

Bei der Öffnung von Kitas und Schulen werde es ein unterschiedliches Verfahren in den Ländern, aber insgesamt ein abgestuftes Vorgehen ab dem 4. Mai geben. Dieser „Corona-Föderalismus" sei kein Hindernis, sondern eine Chance. Landsberg: „Die Infektionslage ist von Land zu Land und teilweise von Region zu Region unterschiedlich. Deshalb ist es angemessen, darauf auch differenziert zu reagieren. Ein gutes Beispiel aus der Vergangenheit ist der Kreis Heinsberg, wo man bereits Schulen geschlossen hatte, bevor bundesweit darüber überhaupt diskutiert wurde."

Herkulesaufgabe Öffnung von Schulen und Kindergärten

Die Aufnahme eines teilweisen Betriebs in Schulen und Kindergärten stellt aus Sicht des DStGB eine Herkulesaufgabe für die Kommunen mit Blick auf die Organisation, die Sicherung der notwendigen Hygienevorschriften (Abstand zwischen den Kindern bzw. Schülern), die Desinfektionsmöglichkeiten und die räumlichen Voraussetzungen dar. Die zu klärenden Fragen seien derart vielfältig – von der Schülerbeförderung über die räumliche Veränderung in den Schulen, bis hin zur Frage, welche Lehrpersonen nicht eingesetzt werden können, weil sie zu Risikogruppen gehören – dass die Kommunen als Schulträger ausreichend Zeit benötigten.

Zusätzliche Instrumente

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass es lokal immer wieder neue Ausbrüche von Infektionen gibt. Um diese Infektionsketten vor Ort schnell und gezielt aufzuklären, brauchen wir zusätzliche Instrumente. Es muss viel mehr Testverfahren geben mit denen möglichst in wenigen Stunden nicht nur der Infizierte, sondern auch seine Kontaktpersonen erfasst und getestet werden können. Dabei kann die geplante App einen wichtigen Beitrag leisten. Sie wäre eine deutliche Entlastung für die Gesundheitsämter. Notwendig ist dafür ein bundesweites Kommunikationskonzept, um die Menschen zu überzeugen, diese App auch tatsächlich zu nutzen", bekräftigte Landsberg. Die angekündigten schrittweisen Lockerungen müssten in ihren Folgen genau beobachtet werden, um sicherzustellen, dass es keine neue Infektionswelle gibt.

Gesundheitsschutz steht an erster Stelle

Landkreistagspräsident Landrat Reinhard Sager kommentierte das Ergebnis der Videokonferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin wie folgt: „Das ist ein erster richtiger Schritt, auch für die Landkreise. Da der Gesundheitsschutz an erster Stelle stehen muss, sollte es im weiteren Zusammenspiel beispielsweise mit dem Tragen von Masken im öffentlichen Raum, klar definierten Abstandsregeln und einer Handy-App zur Verfolgung des Infektionsgeschehens weitere Schritte in Richtung einer Ausstiegsstrategie geben. Ziel muss es sein, absehbar stufenweise zur Normalität zurückzukehren."

Sager begrüßte ein schrittweises Vorgehen: „Besonders freut es mich, dass wir Geschäfte und Kultureinrichtungen mit geringem Infektionsrisiko dabei unterstützen, wieder in Kontakt mit den Menschen zu treten."

Behördenkontakte im gebotenen Rahmen

Ebenso könnten Behördenkontakte im gebotenen Rahmen ermöglicht werden. „Damit würden auch wieder etwa Jobcenter und Zulassungsstellen leichter in persönlichen Kontakt mit den Menschen kommen können." Daneben müsse weiterhin ergänzend auf digitale Lösungen zurückgegriffen werden, hob der Verbandschef hervor. „Hier liegen auch Chancen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Darauf kann nach Bewältigung der Krise aufgebaut werden."

Wesentlich sei, zu flächendeckenden Lösungen zu gelangen: „Das ist aus Akzeptanzgründen in der Bevölkerung geboten. Wir brauchen in dieser Sondersituation ein abgestimmtes Vorgehen aller Bundesländer. Das sichert die Nachvollziehbarkeit der zu treffenden Regelungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Krise. Denn wir werden noch über einen längeren Zeitraum durchhalten müssen. Corona wird ein Marathon, kein Sprint."

105 mobile Teams für die Gesundheitsämter

Positiv wertet der Deutsche Landkreistag auch die Ankündigung der Bundeskanzlerin, die kommunalen Gesundheitsämter mit 105 mobilen Teams bei der Nachverfolgung von Infektionsketten zu unterstützen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke zufolge sind die Landkreise gut aufgestellt. Wichtig sei deshalb, dass die Gesundheitsämter als zuständige Behörden vor Ort bei Bedarf auf diese zusätzlichen mobilen Einheiten zugreifen und deren Einsatz steuern können. Über die konkrete Umsetzung bedürfe es zwingend unmittelbarer Gespräche der Bundesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden. „Wir können derzeit noch nicht absehen, wie sehr uns die Eindämmung der Pandemie noch fordern wird. Insofern ist das eine gute Maßnahme, um auf eine zweite Welle vorbereitet zu sein."

Der Krise gewachsen

Die Landkreise fühlten sich der Krise gewachsen, „auch deshalb, weil wir in der Lage sind, Personal aus anderen Teilen unserer Verwaltung abzuziehen und im Gesundheitsbereich für helfende Tätigkeiten einzusetzen. Aber jede Hilfe – so auch die personelle Unterstützung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes – macht es noch besser und sicherer." Die Schwierigkeit bestehe nämlich auch darin, dass niemand genau wisse, wie sich die Lage in den nächsten Wochen entwickeln werde. Hinzu kämen regional unterschiedliche Entwicklungen mit möglichen Belastungsspitzen in einzelnen Landkreisen.

Dank an Ärzte, Pflegekräfte und freiwillige Helfer

„Die Ärzte und Pflegekräfte in unseren Krankenhäusern, die Mitarbeiter in den kommunalen Gesundheitsämtern und die vielen freiwilligen Helfer leisten bewundernswerte, harte Arbeit. Dafür danken wir ihnen täglich und sollten diese Anerkennung auch öffentlich machen", betonte Henneke. Vor diesem Hintergrund könne die angekündigte Kontaktstelle beim Robert Koch-Institut einen zusätzlichen Beitrag leisten, um das Vorgehen der Verantwortlichen vor Ort mit dem RKI noch besser zu verzahnen. **DK**

Klare Kante gegen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Regeln halten. Deshalb sendet das Messen mit zweierlei Maß ein fatales Signal in unsere Gesellschaft", stellte Bayerns Innenminister fest. In einer Demokratie sei weder Platz für eine offene noch für eine stillschweigende Billigung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. „Das Gebot des Gewaltverzichts ist für unsere Demokratie bestimmend, kein noch so ‚hehrer Zweck'" rechtfertigt ein Abweichen hiervon", stellte Herrmann klar.

Von Islamisten verschont

Von islamistischen Terroranschlägen ist Deutschland im vergangenen Jahr verschont geblieben, jedoch beweist laut Herrmann ein Blick auf Großbritannien, Norwegen oder Frankreich, dass die Gefahr anhält. Dabei setzen die Täter als Merkmal eines modernen Terrorismus auf Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit. „Es kann jeden treffen, der sich zur falschen Zeit am falschen Ort befindet. Das ist das Ziel der Terroristen und gleichzeitig das besonders Perfide", befand der Minister. Oftmals handelten Täter im Alleingang, ohne zuvor einer bestimmten Terrororganisation angehört zu haben. Auch hier spiele das Internet eine wichtige Rolle. So habe aufgrund der Corona-Pandemie der „Islamische Staat" seine Anhänger aufgefordert, diese Krise als Gelegenheit zu nutzen, die westlichen Gesellschaften mit Anschlägen zu destabilisieren. **DK**

GZ KOLUMNE Christine Borst

Liebe Leserinnen und Leser,



die Corona Pandemie hat die Welt, hat Deutschland und Bayern weiterhin fest im Griff. Unsere Politiker in Bund und Land leisten derzeit enorm viel, um diese Krise möglichst gut zu bewältigen. Erste Lockerungsmaßnahmen laufen jetzt an, die Folgen des Lockdown werden trotzdem gerade im wirtschaftlichen Bereich verheerend sein und hoffentlich mit den gewährten staatlichen Zuschüssen wenigstens teilweise etwas aufgefangen werden können.

Die Auswirkungen der verordneten Maßnahmen auf zwei Bevölkerungsgruppen machen mir persönlich die größten Sorgen. Zum einen sind das die Bewohner unserer Altenheime, unsere Mütter und Väter, die seit Wochen keinerlei Besuch bekommen dürfen, nicht von der Familie und von Freunden und auch nicht von den vielen ehrenamtlichen Helfern, die das Leben in unseren Heimen mit ihrem Engagement so bunt und lebendig gestalten. Die hauptamtlich dort arbeitenden Pflegekräfte tun ihr Bestes um dieses Defizit auszugleichen und arbeiten mit enormem Einsatz, aber der Besuch vertrauter Menschen ist fast nicht zu ersetzen. Gerade den oft dementen Bewohnern ist schwer oder überhaupt nicht zu erklären, was die Corona Pandemie ist und warum deshalb die Angehörigen nicht wie gewohnt kommen dürfen. Sie fühlen sich einsam und von der Welt verlassen, was zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen kann.

Die Menschen brauchen positive Perspektiven

Natürlich handelt es sich bei den Heimbewohnern um Risikopatienten, die vor einer Ansteckung mit dem Virus geschützt werden müssen. Aber die große Gefahr, wenn die Maßnahmen noch viele Wochen andauern, besteht darin, dass die alten Menschen die Lebensfreude und den Lebensmut verlieren.

Die zweite Gruppe, um die ich mich sorge, sind die Kinder aus sozial schwachen und konfliktbeladenen Familien, die bisher tagsüber in Kindergärten, Schulen und Nachmittagsbetreuungen die Möglichkeit hatten, aus der Enge und angespannten Situation des häuslichen Umfelds zu entfliehen und dort ein Stück Normalität und Geborgenheit zu erleben. Jetzt sitzen diese Familien seit Wochen in viel zu kleinen Wohnungen 24 Stunden am Tag eng aufeinander. Die Kinder werden von gestressten und überforderten Eltern im besten Fall Stunden vor dem Fernseher geparkt, in vielen anderen Fällen vernachlässigt oder seelisch und körperlich misshandelt. Blaue Flecken und Wunden, die sonst in der Kinderbetreuungseinrichtung aufgefallen wären, kommen nicht an die Öffentlichkeit.

Dies trifft im Übrigen auch auf die Frauen zu, die sich oft um die Kinder zu schützen, selbst misshandeln lassen. Enge macht aggressiv. Angst macht blind. Geldmangel und Jobverlust machen wütend. Die Gewaltbereitschaft war vorher schon da, die Krise verschärft sie nur. Der Lockdown verhindert, dass Frauen mit ihren Kindern flüchten und Hilfe suchen können. Und das Eingesperrtsein macht es für manche Männer noch schwerer, ihre Aggressionen zu kontrollieren.

Es wäre meiner Meinung nach dringend erforderlich, zum Einen nach geeigneten Möglichkeiten und Wegen zu suchen, den Senioren im Heim einen zeitlichen Horizont aufzuzeigen, wann Besuche unter bestimmten Bedingungen wieder möglich sein werden, damit sie wenigstens Hoffnung auf Besserung der Lage haben.

Für die Kinder in schwierigen und von Gewalt bedrohten Familien sollten – wenn Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen noch länger geschlossen bleiben müssen – schnellstens Möglichkeiten zur Herausnahme aus ihrem Umfeld geschaffen werden, damit sie der häuslichen Enge wenigstens stundenweise entkommen können.

Bleiben Sie gesund!

Ihre Christine Borst
Altbürbermeisterin der Gemeinde Krailling
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern

Wegen Corona-Pandemie:

Vereinfachtes Zulassungsverfahren für Landarztquote

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt angesichts der Corona-Pandemie bei der Zulassung der Studienbewerber im Rahmen der „Landarztquote" für das Wintersemester 2020/2021 auf pragmatische Lösungen. Huml betonte in München nach einem entsprechenden Beschluss des Landtags: „Die Zulassung unserer Bewerber zur Landarztquote wird – einmalig auf das Wintersemester 2020/2021 begrenzt – ausschließlich nach der in der ersten Stufe des Auswahlverfahrens ermittelten Rangliste erfolgen. Denn eine Gesundheitsgefährdung der beteiligten Prüfer und Bewerber bei Auswahlgesprächen müssen wir ausschließen. Der Schutz vor Infektionen hat für uns oberste Priorität."

„Die Rangliste auf der ersten Stufe wird aus den Ergebnissen eines strukturierten fachspezifischen Studieneignungstests ermittelt", so Huml. Eine etwaige abgeschlossene Ausbildung in einem Gesundheitsberuf und dessen Ausübung wird ebenso auf der ersten Stufe des Auswahlverfahrens berücksichtigt. Berücksichtigt wird auch eine mindestens einjährige Tätigkeit nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz oder dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder eine mindestens zweijährige aktive Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die über die besondere Eignung für den Studiengang Medizin Aufschluss geben."

Huml hob hervor: „Das Auswahlverfahren nach der ersten Stufe bietet somit genügend Anhaltspunkte dafür, dass bei den ausgewählten Bewerbern einerseits ein guter Studienerfolg zu erwarten ist und andererseits eine Bereitschaft für eine spätere hausärztliche Tätigkeit besteht." Grundsätzlich sieht das bayerische Land- und Amtsarztgesetz für die Vergabe der Studienplätze im Rahmen der „Landarztquote" strukturierte und standardisierte Auswahlgespräche als zweite Stufe des Auswahlverfahrens vor.

Die Corona-Pandemie stelle alle vor große Herausforderungen. Aber gerade der medizinische Nachwuchs solle dadurch keinen Nachteil bekommen. Dies garantiere das vereinfachte Zulassungsverfahren. Ab dem Wintersemester 2021/22 sollen die Studienplätze im Rahmen der ‚Landarztquote' wieder nach dem zweistufigen Modell vergeben werden."

Huml erläuterte: „Wir bieten auch jungen Menschen ohne Einserabitur die Möglichkeit eines Medizinstudiums. Konkret werden bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze in Bayern für Studierende vorgehalten, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben – das sind rund 110 Studienplätze jährlich. Dafür verpflichten sie sich, später mindestens zehn Jahre lang als Hausärztin oder Hausarzt in einer Region zu arbeiten, die medizinisch unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist. Es ist zu erwarten, dass viele dabei eine enge Bindung an ihren Arbeitsort aufbauen und auch dort bleiben werden." ❐

Erste Schritte für Rückkehr von Krankenhäusern zum Regelbetrieb

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung des Stufenplans zur flexibleren Auslastung der Krankenhauskapazitäten

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt angesichts der aktuellen Entwicklung der Coronavirus-Zahlen darauf, dass bereits ab Mitte Mai dieses Jahres die ersten Schritte für eine Rückkehr bestimmter Krankenhäuser zum Regelbetrieb erfolgen könnte. Huml betonte in München: „Wir arbeiten mit Hochdruck an der Umsetzung des Stufenplans, den der Ministerrat beschlossen hat. Klar ist dabei: Wir werden nicht das Risiko eingehen, dass eine zu rasche Abkehr von der jetzigen Linie die bisherigen Erfolge zunichte macht."

Die Ministerin fügte hinzu: „Die bayerischen Krankenhäuser stehen im Kampf gegen die Corona-Pandemie weiter vor einer großen Herausforderung. Die gute Nachricht ist: Unser schnelles und konsequentes Vorgehen hat bislang eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert. Es hat sich gezeigt, dass die Strategie der Staatsregierung richtig war. Aber auch planbare Krankenhausbehandlungen sind wichtig – deshalb wollen wir sie je nach Lage wieder ermöglichen. Wir beobachten genau, wann wieder Kapazitäten dafür frei sind."

Huml erläuterte: „Klar ist aber auch: Derzeit besteht kein Grund zur Entwarnung. Angesichts der besonderen Betroffenheit von Bayern bei der Corona-Pandemie gilt es, mit der gebotenen Vorsicht zu agieren und jede Erleichterung fortwährend im Hinblick auf Belastung der Kliniken und die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens abzuwägen."

Der Ministerrat hatte am 21. April 2020 den vom bayerischen Gesundheitsministerium vorgeschlagenen Stufenplan zur flexibleren Auslastung der Krankenhauskapazitäten beschlossen. Huml betonte: „Dieser Stufenplan erlaubt eine schrittweise und vorsichtige Rückkehr in den Regelbetrieb - sofern dies unter Infektionsschutzaspekten vertretbar ist und alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Infektionen innerhalb der Einrichtung getroffen wurden."

Zum einen sollen alsbald reine Privatkliniken und psychosomatische Einrichtungen aus der Pflicht zur Bereithaltung ihrer Kapazitäten für die Behandlung von COVID-19-Patienten entlassen werden, sodass dort wieder ein gewisser Regelbetrieb beginnen kann. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass der Betrieb unter Infektionsschutzaspekten vertretbar ist und alle Maßnahmen zur Vermeidung von Infektionen innerhalb der Einrichtung getroffen werden.

Zum anderen soll zumindest teilweise auch Reha-Einrichtungen und zugelassenen Akutkrankenhäusern eine vorsichtige Rückkehr in den Regelbetrieb ermöglicht werden. Hierüber entscheiden die Regierungen je nach Auslastung und Situation des Versorgungsgeschehens vor Ort in enger Abstimmung mit den örtlich zuständigen ärztlichen Leitern. Bei Akutkrankenhäusern ist zudem die Zustimmung des Gesundheitsministeriums als Krankenhausplanungsbehörde einzuholen.

Die Ministerin fügte hinzu: „Corona wird noch lange das Geschehen in den Kliniken beeinflussen - teils mehr, teils weniger stark, je nach lokaler Betroffenheit."

Die Umsetzung des Stufenplans wird derzeit in enger Abstimmung mit den Regierungen vorbereitet. Zunächst muss eine Bestandsaufnahme vor Ort gemacht werden, welche reinen Privatkliniken und psychosomatischen Einrichtungen ggf. weiter für die Krise in Bereitschaft bleiben müssen. Außerdem ist zu klären, welche Maßgaben des Infektionsschutzes die Kliniken auf ihrem Rückweg in die Normalität erfüllen müssen.

Die Staatsregierung hatte im März 2020 wegen der zu diesem Zeitpunkt exponentiell wachsenden Zahl von Corona-Infektionen und den Erfahrungen insbesondere in Italien veranlasst, dass die freien Kapazitäten an bayerischen Krankenhäusern erhöht werden. Aus diesem Grund wurden sämtliche zugelassene Kliniken, aber auch reine private Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen verpflichtet, planbare Behandlungen zurückzustellen, soweit das im Einzelfall medizinisch vertretbar war. Notfallbehandlungen waren immer möglich und werden es auch künftig sein.

Huml unterstrich: „Im Grundsatz bleibt der Freistaat Bayern auch nach einer Stabilisierung der Infektionsraten bei dieser Linie. Nach wie vor wird große Anstrengung darauf verwendet, insbesondere die Intensivbehandlungskapazitäten mit Beatmungsmöglichkeit zu erhöhen und die Einrichtungen auch auf wieder steigende Patientenzahlen vorzubereiten." Die Ministerin fügte hinzu: „Es gilt insgesamt, alle Wachsamkeit darauf zu verwenden, dass trotz Erleichterungen im öffentlichen Leben die Situation weiter unter Kontrolle bleibt." ❐

Homepage des bayerischen Sozialministeriums:

Frauen stellen ihre Tipps zur Bewältigung der Krise vor

Sozialministerin Carolina Trautner: „Wenn's drauf ankommt, sind die Frauen zur Stelle. Sie halten den Laden am Laufen!"

Die Corona-Krise stellt für alle eine Ausnahmesituation dar. Viele Menschen sind gerade besonders gefordert, privat wie beruflich. Im Rahmen der Initiative „Unser soziales Bayern – wir helfen zusammen!" soll auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales das beeindruckende Engagement von Frauen sichtbar gemacht werden.

Unter dem Motto „Wir (Frauen) helfen zusammen!" werden Frauen aus unterschiedlichsten Berufen gefragt, was sie bewegt, was sie umtreibt und was ihnen wichtig ist. Frauen wie Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Fashion- & Lifestylebloggerin Hannah Geuenich und CEO & Founder der Superheldin GmbH Sandra Westermann sind diesem Aufruf gefolgt.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wenn jemand dieser Krise gewachsen ist, dann wir Frauen!" Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Care-Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie: „Wenn die Kinder nicht in die Kita und Schule gehen können, organisieren vielfach die Mütter den neuen Familienalltag, oftmals neben der eigenen Berufstätigkeit. Und je länger die Menschen in den eigenen vier Wänden bleiben, desto stärker kommt es zusätzlich auf Frauen an. Denn gerade sie tun alles dafür, dass keine Konflikte in der Familie entstehen", so die Ministerin.

Aber auch in den durch die Krise besonders geforderten Berufen, arbeiten mehrheitlich Frauen: In den Krankenhäusern liegt der Frauenanteil bei 76 Prozent, im Lebensmitteleinzelhandel bei 72 Prozent, in den Kindertageseinrichtungen bei 92 Prozent. Sozialministerin Trautner: „Wenn's drauf ankommt, sind die Frauen zur Stelle. Sie halten den Laden am Laufen. Dafür verdienen Sie mehr als Hochachtung. Aber ihre Einkommen passen nicht zu ihrer großen Verantwortung. Gegen solche Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern will und werde ich kämpfen. Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz!"

Die inspirierenden Gedanken vieler großartiger Frauen sind unter folgendem Link zu finden: https://www.stmas.bayern.de/unser-soziales-bayern/frauen/ ❐

Unterstützung in der Krise ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Milliarde als Sonder-Schlüsselzuweisung für die Kommunen zur Verfügung zu stellen – auf diese Soforthilfe konnte sich jedoch nicht geeinigt werden.

Liquiditätshilfen für Krankenhäuser

Die Staatsregierung hatte mittels Allgemeinverfügung vom 19. März alle Leistungserbringer – auch Reha-Kliniken – dazu angewiesen, alle nicht notwendigen Behandlungen und Operationen, soweit medizinisch vertretbar, zu verschieben. Wichtig sei dabei, dass den Einrichtungen kein bleibender finanzieller Nachteil für ihren Einsatz entsteht und ihre Liquidität infolge der Corona-Pandemie nicht gefährdet werde. Das am 28.03. in Kraft getretene Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz des Bundes werde jedoch nicht alle finanziellen Fragen der Einrichtungen der stationären Versorgung in Bayern vollumfänglich lösen. Daher stellt die Staatsregierung Liquiditätshilfen für Akut-Krankenhäuser, Privatkliniken sowie Vorsorge- und Reha-Einrichtungen zur Verfügung. Die Träger von COVID-19-Patienten behandelnden Krankenhäusern erhalten in Anerkennung der besonderen Leistungen je COVID-Patient und Tag eine Sonderzahlung von 70 Euro. Voraussetzung ist die Meldung der behandelten Patienten im Meldesystem IVENA. Reine Privatkliniken erhalten Ausgleichszahlungen in Höhe von 280 Euro pro Tag und Bett für den Zeitraum vom 16.03.2020 bis 31.07.2020. Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation mit Verträgen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung erhalten eine Vorhaltepauschale in Höhe von 50 Euro pro Tag im gleichen Zeitraum. Zur Umsetzung werden 138 Millionen Euro sowie die für den Vollzug erforderlichen Sachmittel aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie bereitgestellt.

Hilfen für Kunst und Kultur

Bei soloselbständigen Künstlern sowie Kunst- und Kultureinrichtungen kommt es infolge der Corona-Krise zu spezifischen Härtefällen, da Kultur und Kreativwirtschaft – anders als viele andere Bereiche – noch längere Zeit von Schließungen betroffen sind. Der Ministerrat hat ein neues Hilfsprogramm für soloselbstständige Künstlerinnen und Künstler in Höhe von bis zu 90 Millionen Euro beschlossen. Es soll bis zu 30.000 in der Künstlersozialkasse versicherte Solokünstler erfassen, die bislang nicht von dem Programm „Soforthilfe Corona" erfasst werden. Sie sollen über drei Monate monatlich 1.000 Euro erhalten, wenn ihre fortlaufenden Einnahmen aufgrund der Corona-Pandemie zur Sicherstellung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Weitere zehn Millionen Euro werden für circa 300 nichtstaatliche Kunst- und Kultureinrichtungen, die vom Freistaat gefördert werden, einschließlich der Sing- und Musikschulen bereitgestellt. Unterstützung von fünf Millionen Euro erhalten auch die Bayerischen Studentenwerke, deren Gastronomiebetriebe geschlossen sind.

Notmaßnahmen für Soziales

Die staatliche angeordnete Schließung von Betreuungseinrichtungen soll finanziell nicht zu Lasten der Eltern gehen. Der Freistaat entlastet deshalb die Eltern bei den Kinderbetreuungsgebühren. Hierfür stellt Bayern rund 170 Millionen Euro bereit. Die Träger der sozialen Dienste und Einrichtungen sind erheblich wirtschaftlich belastet, da sie zumeist gemeinnützig organisiert sind und können damit anders als gewerbliche Unternehmen kaum Gewinne machen, adäquate Rücklagen bilden oder Kredite aufnehmen. Da die Hilfsprogramme des Bundes und Landes (insbesondere Soforthilfen) bei den sozialen Diensten oft Lücken lassen, greift die Staatsregierung ergänzend ein. Jugendherbergen, Schullandheime, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten erhalten eine Entschädigung von 60 Prozent der entfallenden Einnahmen bis Ende Juli 2020. Auch für kleinere Träger sozialer Einrichtungen wie Ehe- und Familienberatungsstellen, Jugendwerkstätten, Mütterzentren oder Frauenhäuser sieht der Freistaat Notmaßnahmen vor.

Verdopplung der Vereinspauschale

Insgesamt zählen rund 12.000 Sportvereine und 5.000 Schützenvereine etwa fünf Millionen Mitglieder – das ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Bayern. Um sie zu unterstützen wird die Vereinspauschale in diesem Jahr auf 40 Millionen Euro verdoppelt. Damit ermöglicht die Staatsregierung dem organisierten Sport schnelle und unbürokratische Hilfe. Zudem verfolgt Bayern eine strikte Containment- und Tracing-Strategie zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Die bisherigen Maßnahmen werden dadurch intensiviert, dass die Anordnung von Quarantäne auf Verdachtsfälle ausgeweitet wird, bis das Testergebnis vorliegt. Voraussetzung für eine strikte Eindämmung ist eine hohe Testkapazität. Ziel ist es, in Bayern dauerhaft eine Laborkapazität von 25.000 bis 30.000 Tests auf SARS-CoV-2 pro Tag vorzuhalten. Auch der Schutz besonders gefährdeter Personengruppen wird weiter verstärkt. Für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, deren Bewohner ein hohes Risiko für schwere, auch tödliche Verläufe von COVID-19-Erkrankungen haben, bringt die Taskforce Infektiologie des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) mobile Teams in Einsatz.

Stufenplan für flexible Auslastung

Parallel ist kurzfristig digitale Unterstützung des Contact Tracings erforderlich. Die Staatsregierung unterstützt die Entwicklung eines gesamteuropäischen Ansatzes zur Kontaktermittlung. Für die Kontaktpersonennachverfolgung und Quarantäneüberwachung wird den bayerischen Gesundheitsämtern zudem eine Softwarelösung zur Verfügung gestellt werden. Durch einen Stufenplan können die stationären Versorgungsstrukturen effizient genutzt werden, ohne eine Überlastung des Gesundheitssystems herauszufordern. Dabei kann die zuständige Regierung Krankenhäusern, Kliniken und Reha-Einrichtungen nach genauem Abwägen wieder eine (teilweise) Tätigkeit in der ursprünglichen Versorgung gestatten um Krankenhäusern eine gewisse Planbarkeit zu ermöglichen. Sollte es die Lage notwendig machen, werden sich diese Einrichtungen jederzeit wieder auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie fokussieren. **red**

Corona bekämpfen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
hat gezeigt: Der Individualverkehr vor allem mit dem Auto (oder auch dem Rad) muss aufrechterhalten werden", macht die KPV deutlich. Denn der öffentliche Nahverkehr mit Bus und Bahn habe gerade in Zeiten potenzieller Infektionsgefahren durchaus entscheidende Nachteile. Neben dem angestrebten Ausbau der ÖPNV-Angebote sollte der Individualverkehr weiterhin unterstützt werden und langfristig eine hohe Bedeutung bei den Mobilitätsangeboten innehaben.

Eine große Gefahr der Verbreitung des Virus geht derzeit von Seniorenheimen aus. Diese benötigten umgehend besondere Unterstützung - bei der Einrichtung von Isolationsbereichen, bei der Schutzausrüstung und auch hinsichtlich digitaler Kontaktmöglichkeiten der Bewohner zu Familienangehörigen.

„Die Corona-Krise hat gezeigt: Sitzungen und Besprechungen können jetzt zu einem gewissen Teil über Video- und Telefonkonferenzen stattfinden, ohne dass die demokratischen Prinzipien darunter leiden", stellt die KPV Bayern fest. Dies sollte weiter auf rechtlicher und technischer Seite vorangetrieben und in Zukunft auch unter den Aspekten von Klimaschonung und Zeiteinsparung stärker genutzt werden.

In allen Kommunen und Landkreisen sind politische Krisenmanager gefragt. Zahlreiche innovative Projekte und mutige Initiativen haben bereits ihren Beitrag zur Bekämpfung des Coronavirus beigetragen. „Unsere Mandatsträger sollten diese Initiativen aktiv unterstützen und fördern", unterstreicht die KPV. Die Kommunalpolitiker hätten eine Vorbildfunktion für die Menschen vor Ort.Deshalb der Appell: „Spenden Sie Mut für Betroffene, Dank an alle Ehrenamtlichen und Zuversicht in diesen schwierigen Zeiten!" **DK**

Bayern und Nordrhein-Westfalen:

Hilfetelefon „Gewalt an Männern"

Sozialministerin Trautner: „Gemeinsam wird es besser gelingen, Betroffene zu erreichen" / Tel.: 0800-123 99 00

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen haben ein Hilfetelefon für von Gewalt betroffene Männer ins Leben gerufen. Unter der kostenlosen Nummer 0800 123 99 00 können sich ab sofort Männer melden, die von verschiedenen Arten von Gewalt betroffen sind – wie häuslicher und sexualisierter Gewalt, aber auch beispielsweise Stalking oder Zwangsheirat. Zusätzlich finden Betroffene auf der Internetseite www.maennerhilfetelefon.de ein digitales Beratungsangebot.

„Mann: Wähle Schutz!" Das Hilfetelefon ist deutschlandweit in dieser Form das einzige und erste Beratungsangebot für gewaltbetroffene Männer. Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig, dass auch Männer eine Anlaufstelle haben, an die sie sich wenden können, wenn sie Opfer von Gewalt geworden sind. Das Thema findet in unserer Gesellschaft immer noch wenig Beachtung. Deshalb gehen Nordrhein-Westfalen und Bayern beim Schutz von gewaltbetroffenen Männern voran", sagt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

„Mit einer intensivierten länderübergreifenden Zusammenarbeit verstärken wir nicht nur die konsequente Platzierung solch tabuisierter Themen in der Gesellschaft, sondern können auch Ressourcen bündeln und Synergieeffekte nutzen. Gemeinsam wird es uns besser gelingen, Betroffene zu erreichen und ihnen zu helfen. Wir freuen uns über jeden, der dazu beitragen möchte, die Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene Männer möglichst flächendeckend zu verbessern", betont Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. Beide Ministerinnen bekräftigen, dass in naher Zukunft auch andere interessierte Länder die Möglichkeit haben sollen, sich der telefonischen Hotline und dem digitalen Beratungsangebot anzuschließen.

Beide Ministerinnen sind zugleich auf die anderen 14 Landesregierungen in der Bundesrepublik Deutschland zugegangen und werben für eine Teilnahme und ein Mitmachen an der Hilfehotline für von Gewalt betroffene Männer. Genauso wie die Länder gemeinsam Gewalt gegen Frauen bekämpfen, wollen die Ministerinnen Trautner und Scharrenbach mit dem Hilfetelefon den Anstoß für die Bekämpfung von Gewalt gegen Männer geben und freuen sich, wenn sich andere Länder der Initiative anschließen.

Die kriminalstatistische Auswertung des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2018 zeigt, dass im Bereich der Partnerschaftsgewalt der Anteil der männlichen Opfer leicht auf 18,7 % (2017: 17,9 %) angestiegen ist. In Nordrhein-Westfalen wird das Projekt von dem Verein man-o-man e. V. in Bielefeld umgesetzt. In Bayern wurde die Arbeiterwohlfahrt Augsburg als Träger für die Umsetzung gewonnen. ❐

GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros:

Genossenschaften halten Stellung

Die Wirtschaft leidet massiv unter der Corona-Pandemie – auch die bayerischen Genossenschaften. Was benötigen sie jetzt, um einigermaßen heil aus der Krise zu kommen? Im Interview mit Gerald Schneider, Redaktion „Profil", erläutert GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros, warum Interessenvertretung im Moment wichtiger denn je ist und warum es so schnell wie möglich ein einheitliches Szenario für den Ausstieg aus dem Stillstand braucht.

Herr Gros, was bedeutet die Corona-Krise für den GVB als Verband?

Dr. Gros: *Krisen sind Bewährungsproben. Für uns alle, für Unternehmen und natürlich auch für Verbände. Wir haben uns im GVB, so gut es eben ging, ab Anfang März intern auf die aktuelle Situation vorbereitet. Oberstes Ziel war es, die Arbeitsfähigkeit für unsere Mitglieder zu erhalten. Dank des hohen Einsatzes aller im Verband ist uns das auch sehr ordentlich gelungen. Es ist dann doch immer wieder erstaunlich, was alles geht und was auf einmal möglich wird. Auch Dinge, die ansonsten als völlig ausgeschlossen gelten. Alle haben das ganz toll gemacht.*

Das ist dann auch so ein Moment, dass ich mit großem Respekt sage: Hey, klasse, ganz herzlichen Dank an alle! Denn der Verband läuft, jeder weiß, was er zu tun hat. Und entscheidend: Der Vorstand, die Führungskräfte und ein Kernteam aus Mitarbeitern sind in der Türkenstraße präsent. Wir sind für unsere Mitglieder und ihre Anliegen erreichbar. Wir sind in der Lage, mit Politik, Aufsicht, Bundesverbänden, Kammern, Förderbanken zu kommunizieren und dort die Interessen unserer Mitglieder zu platzieren.

Und wie ist die Lage bei den 1.212 Mitgliedsgenossenschaften?

Gros: *So unterschiedlich, wie es auch die 1.212 Mitglieder sind. Klar, die Kreditgenossenschaften stehen als Banken im Moment besonders im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Sie gehören zu den Sektoren, die von Schließungen ausgenommen sind. Auf den Mitarbeitern dort lastet enormer Druck. Sie sind nicht nur die Seelsorger für Tausende von Kunden, sondern sorgen auch dafür, dass die Versorgung mit Krediten und Finanzdienstleistungen nicht zusammenbricht. Und sie sind intensiv gefordert als Lotsen für ihre Kunden, wenn es darum geht, sich im Dschungel der staatlichen Förderleistungen zurechtzufinden.*

Deshalb möchte ich auch allen 31.000 Mitarbeitern der Volksbanken und Raiffeisenbanken Danke sagen, dass sie die Stellung halten. Bei allen Fokussierungen auf Belastungen und Leid in Krankenhäusern sollten die Leistungen außerhalb des Gesundheitsbereichs nicht vergessen werden. Denn ohne sie würde in Deutschland längst Chaos herrschen.

Stellung halten aber nicht nur die Beschäftigten in den Banken, sondern auch die Mitarbeiter der gewerblichen und ländlichen Genossenschaften. Sie stehen ebenfalls ihre Frau und ihren Mann, oft unter Bewältigung großer Unwägbarkeiten. Die Nöte vieler Betriebe in diesem Bereich erlebe ich zum Teil sehr direkt mit. Hier wird heute schon spürbar, was unserer Wirtschaft noch bevor steht, wenn der aktuelle Zustand länger anhält.

Was meinen Sie damit?

Gros: *Genossenschaften sind in über 35 Branchen tief in der bayerischen Wirtschaft verwurzelt. Da fühlen sie den Pulsschlag der Ökonomie sehr genau. So wurde uns schon ganz frühzeitig signalisiert, was auf Handwerk und Lebensmittelbranche zurollt. Ein Beispiel: Bei den Bäckern ist der Umsatz um 50 Prozent eingebrochen. Es baut sich eine Kaskade von Zahlungsaufschüben und -ausfällen auf, der sehr schnell eine Kaskade von Lieferausfällen mit wichtigen Vorprodukten für die Backwaren folgen kann. In politischen Gesprächen habe ich bereits in der ersten Woche der Ausgangsbeschränkungen vor den Folgewirkungen gewarnt.*

Gibt es weitere Beispiele?

Gros: *Nehmen Sie den Milchsektor. Der Exporteinbruch nach China zeigt jetzt volle Wirkung. Dasselbe gilt für Italien, das als Absatzmarkt für Bayern traditionell von besonderer Bedeutung ist. Ein Drittel der gesamten bayerischen Exportmilchmenge fließt normalerweise dorthin. Da geht nur gerade gar nichts mehr. Das trifft die genossenschaftliche Milch mit Wucht. Und da viele unserer Mitglieder zum Beispiel „Cash and Carry"-Märkte mit auf Großverbraucher ausgerichteten Gebindegrößen beliefert haben, ist auch der Absatzkanal verstopft. Denn in den Großmärkten fehlen als Kunden die derzeit meist geschlossenen Hotels und die Gastronomie. Wenn die Molkereien aber nicht mehr die bisherigen Mengen verarbeiten und absetzen können, dann zeitigt das sofort zwei neue Herausforderungen. Den Molkereien fehlen Einnahmen und sie sind plötzlich mit Überkapazitäten an Milch konfrontiert. Damit landet das Thema ganz schnell in der Landwirtschaft. Mit allen Auswirkungen auf die dort ohnehin schon kritische Stimmungslage. Auch das ist in der Politik adressiert.*

Was folgt daraus?

Gros: *Entscheidend ist, dass die Molkereien am Laufen gehalten werden. Ein Stillstand wäre fatal und würde sich zum Beispiel auf die Produktion von Magermilchpulver auswirken. Hier sind genossenschaftliche Molkereien stark vertreten. Magermilchpulver ist unentbehrlich zur Produktion von Babynahrung. Daher gilt es, für hinreichende Liquidität der Betriebe zu sorgen und sie um jeden Preis offen zu halten. Sie sind systemrelevant.*

In Ihren Ausführungen klingt es an, der Verband ist mehr denn je in der Interessenvertretung gefordert.

Gros: *Ja – und das auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Wir adressieren an Politik und Aufsicht, arbeiten eng mit den Kammern, insbesondere der IHK für München und Oberbayern, zusammen, stimmen uns mit BVR, DRV und DGRV ab und versuchen über die Öffentlichkeit zu wirken. Wir nehmen die Themen der Mitglieder auf, fassen sie zusammen und entwickeln daraus politische Vorschläge. Vieles dreht sich dabei natürlich um den Zugang zu Liquidität und Kapital. Insofern bündelt sich vieles, was alle Mitgliedsgenossenschaften angeht, in der Interessenvertretung für die Kreditgenossenschaften. Hierbei koordinieren wir uns mit dem Bayerischen Bankenverband sowie dem Sparkassenverband Bayern. Gemeinsam haben wir in den unterschiedlichen Phasen der Krise verschiedene Papiere erarbeitet. So zuletzt das Papier zu „Sofort-Maßnahmen zur Beschleunigung der Kreditvergabe". Darum hatte der Ministerpräsident für die Kabinettssitzung mit Olaf Scholz am 31. März gebeten.*

Der GVB hat sich schon zu Beginn der Corona-Krise in die politischen Debatten eingebracht. Wo können Sie denn Erfolge vorweisen?

Gros: *Das stimmt, der GVB hat sich frühzeitig zu Wort gemeldet. Wir haben als einer der ersten temporäre Änderungen der Insolvenzordnung gefordert. Das wurde realisiert. Wir haben mit großem Nachdruck darauf verwiesen, dass es notwendig werden könnte, Vertreter- und Generalversammlungen digital abzuhalten – auch wenn das die jeweilige Satzung so nicht vorsieht. Aber außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche und pragmatische Lösungen. Der Gesetzgeber hat die Voraussetzungen nun geschaffen.*

Ein weiterer Punkt, den wir frühzeitig erfolgreich eingefordert haben: Die Banken dürfen vorübergehend bestimmte Kapital- und Liquiditätspuffer unterschreiten. Um die Anforderungen an den SREP-Aufschlag zu erfüllen, dürfen Banken künftig nicht nur hartes Kernkapital, sondern vorübergehend auch zusätzliches Kernkapital oder Ergänzungskapital verwenden. Die nationalen Aufsichtsbehörden haben zudem beschlossen, den antizyklischen Kapitalpuffer in Deutschland nun doch nicht scharf zu schalten. Das gibt den Banken mehr Spielräume, um nun dringend benötigte Kredite vor allem an kleine und mittlere Unternehmen auszureichen. Bei all diesen Themen war es wichtig, dass sämtliche genossenschaftlichen Verbände an einem Strang gezogen haben und auch weiterhin ziehen. Es bleibt nämlich immer noch einiges zu tun.

Dabei sind doch wesentliche Gesetzes- und Hilfspakete beschlossen. Wo sehen Sie denn weitere Handlungsfelder für die Interessenvertretung des GVB?

Gros: *Es ist gerade viel Dynamik in der Entwicklung, auch in der Politik. Wir bleiben da natürlich dran. Gesetze und Hilfspakete müssen sich jetzt in der Praxis bewähren. Dort, wo es dann klemmt, muss nachgeschärft werden. Da gibt es sehr wohl noch einiges an Handlungsbedarf. Dazu nehmen wir die operativen Fragestellungen und Hinweise unserer Mitglieder auf. Wir bringen sie bei der Bankenaufsicht ein, mit der GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel in ständigem Austausch steht.*

Unser Agrarexperte steht in engem Kontakt mit dem Landwirtschaftsministerium. Ich halte Verbindung zum Wirtschafts- und Finanzminister und dem Ministerpräsidenten. Wir stehen zudem in permanentem Kontakt mit den zuständigen Beamten in Finanz-, Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei. Außerdem geben wir die vielfältigen Hinweise aus den Kreditgenossenschaften weiter, die zeigen, dass auch bei den Angeboten der Förderbanken noch längst nicht alles Gold ist, was glänzt.

Sie sprechen es an. Die Zahl der Kreditanfragen hat aufgrund der Corona-Krise erheblich zugenommen. Die Hausbanken sind erster Ansprechpartner, wenn Firmenkunden die Angebote von KfW und LfA Förderbank Bayern annehmen wollen. Wie lautet Ihre Bestandsaufnahme?

Gros: Die Zahl der Kreditanfragen an die Volksbanken und

(Fortsetzung auf Seite 6)

Liebe Kundinnen und Kunden,

Ihr Tagesablauf ist nicht mehr der gleiche wie vor ein paar Wochen.
Alle sind in ihrem Alltag mit Herausforderungen konfrontiert.

Wir bleiben jedoch auf allen Kanälen für Sie erreichbar, auch wenn es vereinzelt zu Einschränkungen im Filialbetrieb kommen kann. Denn die Volksbanken Raiffeisenbanken stehen für Versorgungssicherheit bei Bargeld und Finanzdienstleistungen.

Egal, welche Frage Sie rund um Ihr Geld haben, wir stehen Ihnen zur Verfügung.
Nutzen Sie dazu insbesondere die telefonische Kontaktaufnahme. Sollten Sie noch kein Onlinebanking haben, helfen wir Ihnen gerne bei der Einrichtung.

Mit unseren über 3.500 Geldautomaten ist die Bargeldversorgung sichergestellt.
Für unsere Firmenkunden, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen wollen, sind wir erste Anlaufstelle.
Und natürlich stehen wir unseren mittelständischen Kunden für die Lösung von Liquiditätsfragen ebenso zur Seite wie bei der Gewährung von Krediten.

Die Gemeinschaft und regionaler Zusammenhalt zählen nun mehr denn je.
Sie können sich auf uns verlassen.

#WirsindfuerEuchda

Volksbanken Raiffeisenbanken

MdEP Markus Ferber zu Corona-Bonds:

Keine Vergemeinschaftung der Schulden!

Die europäischen Finanzminister haben sich auf Hilfen von einer halben Billion Euro geeinigt, trotzdem ebbt die Debatte um Corona-Bonds nicht ab. In einem Interview der Hanns-Seidel-Stiftung bezog deren Vorsitzender MdEP Markus Ferber Stellung, wie der Balanceakt zwischen europäischer Solidarität und Eigenverantwortung gemeistert werden kann.

Ferber zeigte sich zunächst erfreut, dass sich die EU-Finanzminister auf ein Hilfsprogramm von etwa 500 Milliarden Euro geeinigt haben. Dies sei ein starkes Signal an die Staaten, aber auch an die Wirtschaft: „Wir sind in der Lage, auch unter Druck kluge Entscheidungen zu treffen. Damit ist in wichtiger Finanzpfeiler für die Phase des ökonomischen Stillstands eingeschlagen", kommentierte der Europaabgeordnete.

Die Stimmungslage

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, „dass wir aufpassen müssen, Europa nicht dahingehend zu überfordern, dass alles, was im eigenen Land nicht funktioniert, von Europa gelöst werden muss und aus allem, was zu Hause klappt, Europa sich heraushalten soll". Dies sei derzeit die Stimmungslage in allen EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig müsse Europa jetzt seinen Mehrwert für die Mitgliedstaaten deutlich machen. Dass dies gerade bei der Frage von Finanzhilfen nicht einfach ist, sei von Anfang an klar gewesen.

„Marshallplan"

Ohne Frage muss sich aus Ferbers Sicht die Europäische Union neben Notfallmaßnahmen insbesondere bei der Frage der Wiederbelebung der Wirtschaft in Europa besonders engagieren. Der „Marshallplan", von dem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht, und der gerade in Deutschland positiv besetzt ist, sei dabei ein mögliches Modell. Eine Reihe von Staaten innerhalb der EU dächten aber im Wesentlichen an direkte Finanzhilfen, die Europa gewähren soll. Am Ende werde es darauf ankommen, einen geeigneten Instrumentenmix zur Verfügung zu stellen und abgestimmt die Maßnahmen umzusetzen. „Das wäre ein wirklicher europäischer Mehrwert", betonte Ferber.

Der MdEP zeigte sich überzeugt, dass es in der jetzigen Phase des ökonomischen Stillstands darum gehe, Unternehmen zu helfen, dass sie diese Durststrecke überstehen. Dazu könne die Europäische Investitionsbank – analog zur KfW in Deutschland – einen wichtigen Beitrag leisten, denn nur wenige Staaten hätten national eigene Förderbanken zur Verfügung. Zum zweiten müssten Lösungen für die Arbeitnehmer gefunden werden. Das deutschlandweit erfolgreiche Modell des Kurzarbeitergeldes wolle man jetzt auch auf europäischer Ebene implementieren. Zudem würden Liquiditätshilfen für Unternehmen benötigt, was vom ESM geleistet werden könnte.

Mit Blick auf den heftigen Streit über Euro-Bonds stellte Ferber fest: „Jeder will helfen und jeder weiß: Europa muss jetzt schnell und kraftvoll den Mitgliedstaaten zur Seite stehen. Deswegen empfehle ich, wie auch Ministerpräsident Söder und Kanzlerin Merkel, auf bestehende Instrumente aufzusetzen und nicht alle politische Kraft auf Finanzinstrumente zu setzen, die es noch gar nicht gibt. Bis ‚Corona-Bonds' wirklich marktfähig sind, vergeht mindestens ein Jahr. Unabhängig davon öffnen solche Anleihen eine Türe, die wir nach der Krise nicht wieder werden schließen können, denn es wird immer etwas geben, was die EU gemeinsam auf den Weg bringen will, sei es die Digitalisierung unserer Wirtschaft, der ‚Green Deal' oder andere Projekte. Immer wird es dann heißen, das könne man doch über gemeinsame Anleihen finanzieren. Damit wären wir schleichend in die Vergemeinschaftung der Schulden geschlittert, aus der wir nie wieder herauskommen."

Bis heute hätten sich die Mitgliedstaaten nicht einmal auf den mehrjährigen Finanzrahmen einigen können, der regelt, wieviel Geld der EU ab dem nächsten Jahr zur Verfügung steht, führte Ferber weiter aus. „Dies wäre aber ein wichtiges Instrument, um gerade den besonders betroffen Ländern wie Italien und Spanien zu helfen. Und wir müssen auch einmal klar sagen: Das Corona-Virus ist nicht auf die Euro-Zone beschränkt, die Nicht-Euro-Länder hätten von den Corona-Bonds aber überhaupt nichts."

Soziale Marktwirtschaft als Leitidee

Im Übrigen sieht der Europapolitiker keinen Grund, das Wirtschaftsmodell, das in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftswunder ausgelöst hat, in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil: „Mit der sozialen Marktwirtschaft als Leitidee werden wir die Wiederbelebung der Wirtschaft am besten leisten können. Allerdings werden wir uns intensiver mit der Frage beschäftigen müssen, welche Schlüsselkompetenzen wir in der EU haben sollten. Der Preis ist ein wichtiges Kriterium in einem marktwirtschaftlichen Modell, wir haben aber, glaube ich, jetzt schnell gelernt, wie wichtig es ist, viele Fähigkeiten auch im eigenen Wirtschaftsraum vorzuhalten." **DK**

Stiftung für Mering:

Aus Bürgern werden Partner

Mit der Stiftung für Mering geht in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg die erste kommunal initiierte Stiftung bürgerschaftlichen Engagements an den Start. Der Marktgemeinderat Mering richtete auf Initiative von Noch-Bürgermeister Hans-Dieter Kandler die Stiftung ein. Mit ihrer Hilfe sollen regionale Projekte gefördert werden, der Gemeinschaftssinn gestärkt und Bürgerinnen und Bürger sich als Partner ihrer stark wachsenden Kommune verstehen. Die Stiftung für Mering dient dem Gemeinwohl und wird „Kräfte der Innovation mobilisieren", da ist sich Hans-Dieter Kandler sicher.

„Wir leben in einer Gesellschaft, in der Gemeinsinn Hilfe braucht, um dauerhaft zu wirken. Viele Menschen haben das Bedürfnis anderen zu helfen und das gesellschaftliche Leben in Mering zu fördern. Es soll mit der Stiftung für Mering eine Basis geschaffen werden, die dauerhaft in sozialen, kulturellen, sportlichen, denkmalschützerischen, heimatkundlichen und naturschützerischen Bereichen Chancen eröffnet und fördert", so Hans-Dieter Kandler in seinem Grußwort.

Jeder ist herzlich willkommen, sich mit seinem Engagement an der Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens zu beteiligen. Wichtig ist dabei, dass die Stiftung für Mering nicht die Pflichtaufgaben der Gemeinde ersetzt. Vielmehr werden gemeinnützige und mildtätige Stiftungszwecke erfüllt. Diese sind sehr vielfältig und erstrecken sich von A wie Altenhilfe über Brandschutz und Rettung, Heimatpflege, Jugendhilfe oder Sport bis zu W wie Wohlfahrt. Mit der Stadtsparkasse Augsburg und der DT Deutsche Stiftungstreuhand AG hat sich die Marktgemeinde für die Umsetzung ihrer Stiftungsidee kompetente Partner ins Boot geholt.

Mit der Heimat verbunden

Stolz präsentieren Bürgermeister Hans-Dieter Kandler und Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende HAUS DER STIFTER, die unterschriebene Errichtungsurkunde. Hans-Dieter Kandler ging auch gleich mit gutem Beispiel voran und warb anlässlich seines 60. Geburtstags anstelle von persönlichen Gaben um Spenden für die Stiftung für Mering.

„Bürgerinnen und Bürger, die sich eng mit ihrer Heimat Mering verbunden fühlen und die Marktgemeinde weiter vorwärtsbringen wollen, haben mit ihrer Spende nun eine schöne Gelegenheit dazu beizutragen", so Cornelia Kollmer.

Die Stiftungsarbeit kann durch Spenden, die unmittelbar für die Zwecke der Stiftung eingesetzt werden, oder durch Zuwendungen zur Erhöhung des Stiftungsvermögens unterstützt werden. Zuwendungen ab 500 Euro werden zu 80 % zur Erhöhung des Vermögens und zu 20 % als Spende verwendet. Zuwendungen unter diesem Betrag werden zu 100 % als Spende für die Stiftungszwecke verwendet. Zuwendungen, die als Spende gekennzeichnet sind, werden unabhängig von deren Höhe für die Stiftungszwecke verwendet. ❐

Genossenschaften halten ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Raiffeisenbanken ist deutlich gestiegen. Jetzt sind in erster Linie zwei Dinge nötig: Die Politik muss ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Das bedeutet, dass KfW und LfA Förderbank Bayern nun die Mittel schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellen. Es bleiben aber noch Stolpersteine, die aus dem Weg geräumt werden müssen: Die Förderbanken übernehmen je nach Programm 80 oder 90 Prozent der Kreditrisiken. Das wird nicht in allen Fällen reichen. Deshalb halte ich es auch weiterhin für angemessen, dass wir eine Diskussion darüber führen, inwieweit der Staat über seine Förderbanken hier zu 100 Prozent ins Obligo geht. Schließlich waren es die staatlichen Stellen, die auch den Lockdown weiter Teile der Wirtschaft veranlasst haben.

Dass eine hundertprozentige Haftungsübernahme möglich ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, zeigt zum Beispiel die Schweiz. Dort wurde die Haftungsübernahme auf bis zu 100 Prozent angehoben. Es geht also auch um Gleichbehandlung und darum, nach einem Überwinden der Krise wieder mit gleichen Startbedingungen loslegen zu können, ohne Wettbewerbsnachteile.

Bedeutet das, dass die Banken bei der Kreditvergabe zögern?

Gros: *Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zögern jedenfalls nicht. Sie sind wesentlicher Teil der Krisenlösung. Sie haben die eigene Kreditvergabe hochgefahren, um die Wirtschaft zu stützen. Die Kreditgenossenschaften sind keine reinen Durchlauferhitzer für die Programme der staatlichen Förderbanken. In den vergangenen Tagen haben sie knapp 60 Prozent der neu ausgereichten Kredite auf die eigene Bilanz genommen. Weitere 15 Prozent wurden in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern, 22 Prozent in Kooperation mit der KfW realisiert.*

Das zeigt: Die staatlichen Programme sind wertvoll. Noch wichtiger aber bleiben die Fähigkeit der Volksbanken und Raiffeisenbanken zur Kreditvergabe aus eigener Kraft und die schnelle Auszahlung an die Unternehmen. Das betone ich auch deshalb, weil es mir im medialen und politischen Hype um die Förderbanken aktuell deutlich zu kurz kommt. Schön wäre, wenn man auch politisch zur Kenntnis nehmen würde, welche Risiken die Volksbanken und Raiffeisenbanken jetzt schultern.

Die Staatshaushalte haben ebenfalls riesige Kreditprogramme zu schultern. Wie beurteilen Sie die Debatte um die Corona-Bonds?

Gros: *Dazu habe ich eine klare Meinung. Wenn jetzt auf europäischer Ebene Corona-Bonds kommen, dann ist das der Eintritt in die dauerhafte Sozialisierung der Staatsschulden. Die Gemeinschaftshaftung wäre Realität – dauerhaft, nicht nur für die Zeit der Pandemie. Ich bin eindeutig dafür, die Instrumentarien zu nutzen, die bereits zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel den Euro-Rettungsschirm ESM.*

Es muss außerdem endlich mal damit Schluss sein, jeden Anlass politisch herzunehmen, um die europäische Vergemeinschaftung nationaler Schulden zu fordern. Es wird allmählich unglaubwürdig, wenn immer dieselben Akteure mit den alten Forderungen auftauchen. Bislang hießen sie Euro-Bonds, jetzt heißen sie Corona-Bonds und beim nächsten Mal Irgendwas-Bonds. Das Konzept wird auch durch ständiges Wiederholen und Umbenennung nicht besser.

Bleiben wir auf der europäischen Ebene. Was halten Sie von der Empfehlung der EZB an die Banken, bis mindestens Oktober 2020 keine Dividenden zu zahlen? Die BaFin hat sich dem mittlerweile angeschlossen.

Gros: *Hier ist Differenzierung notwendig. Ungleiches kann man nicht gleich behandeln. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken hatten unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch ein gutes Jahr 2019. Warum sollen sie davon nicht etwas an ihre Mitglieder und Eigentümer zurückgeben dürfen – ob nun als Dividende oder in anderer Form.*

In unserer Gruppe haben wir keine Eigenkapitalprobleme. Im Gegenteil, aktuell sind wir gut ausgestattet. In unserer Gruppe führen auch die jetzt gewährten temporären Eigenkapitalerleichterungen und getroffenen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen nicht dazu, dass wir plötzlich dividendenfähig sind. Die genossenschaftliche Bankengruppe war *das grundsätzlich vorher auch schon. Wenn es in der Bankenlandschaft Institute gibt, bei denen das anders ist, dann müssen EZB und BaFin das dort ansprechen.*

Eine Frage zum Schluss: Sie haben eine Exitstrategie gefordert, um aus dem Corona-Stillstand wieder herauszukommen. Warum?

Gros: *Fabriken und die allermeisten Geschäfte haben geschlossen, Gaststätten, Hotels und Handwerksbetriebe wissen nicht, wie es weitergeht, Lieferketten drohen dauerhaft zu reißen. So eine Situation kann eine Volkswirtschaft nicht beliebig lange durchhalten. Wir haben erlebt, wie schnell es gegangen ist, eine laufende Wirtschaft nahezu zum Erliegen zu bringen.*

Die Politik hat den Wirtschaftsmotor ausgeschaltet, jetzt muss sie zeigen, dass sie auch weiß, wie man die Maschine wieder in Gang bringt. Es braucht nun ein einheitliches Szenario für Deutschland, wie und vor allem wann die Wirtschaft wieder ins Laufen gebracht werden soll. Unternehmen, Handwerker, alle die dafür sorgen, dass Wirtschaft funktioniert, benötigen dringend eine Perspektive, um liquiditätsmäßig und geschäftspolitisch planen zu können. Nötig sind zwischen Ländern und Bund verzahnte Task-Force-Einheiten, die sich strukturiert und abgestimmt mit den relevanten Fragestellungen beschäftigten, um bundeseinheitliche Lösungen zu erarbeiten. Es wird ein Leben nach der Krise geben. Das künftig zu organisieren, damit sollte man jetzt beginnen. Auch das gehört zum Krisenmanagement.

Herr Dr. Gros, vielen Dank für das Interview! ❐

Cash Logistik:

Bargeld ist Garant für Integration

Handel drängt Kunden ungerechtfertigt zur Kartenzahlung

Trotz Coronavirus bezahlen viele Deutsche nach wie vor mit Bargeld, wie die Bundesbank laut einem ntv-Bericht festgestellt hat. Selbst in Krisenzeiten bleiben die Geldscheine und Münzen nicht nur bei Einkäufen des täglichen Bedarfs sehr beliebt. Der Handel allerdings versucht massiv, den Kunden einen Strich durch die Rechnung zu machen, drängt sie unter dem fadenscheinigen Argument des im Vergleich zur Barzahlung geringeren Infektionsrisikos zur Kartenzahlung. Und dass, obwohl unter anderem das Robert Koch-Institut längst mehrfach bestätigt hat, dass diese Aussage nicht haltbar ist.

Die Aufforderung zur Kartenzahlung ist gelebte Ausgrenzung derer, die über kein Konto verfügen oder bar bezahlen möchten. Der wahre Grund für diesen „War on Cash" sind diverse Vergünstigungen der Anbieter unbarer Zahlungsmittel gegenüber dem Handel. Weiteres Motiv für das Zurückdrängen des Bargeldes sind vor allem die immer wertvolleren Kundendaten. So werden die Konsumenten zum „gläsernen Kunden". Bargeld verhindert dies.

„Es ist zudem das einzige gesetzlich garantierte Zahlungsmittel, hat eine erhebliche Integrationskraft und ermöglicht allen Menschen quasi barrierefrei am Wirtschaftskreislauf teilzunehmen", erläutert Michael Mewes, Vorstand der Cash Logistik Security AG und Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste BDGW. Außerdem gibt Mewes zu bedenken, dass der Bargeldkreislauf nicht sukzessive heruntergefahren und am Tag X nach Corona beliebig wieder reaktiviert wenn kann.

40 Mio. Erwachsene in Europa ohne Bankkonto

„Alle Bürger müssen die Wahl und die Möglichkeit behalten, mittels Bargeldzahlungen am Alltag teilzunehmen", macht Mewes deutlich. Auch sei die finanzielle Eingliederung benachteiligter Bevölkerungsgruppen eng mit Armutsbekämpfung, Frauen-Empowerment und Arbeitsplatzschaffung verbunden ist. „Insofern verhindert Bargeld Ausgrenzung und fördert Integration", so Mewes. Allein in Europa verfügen laut dem World Savings and Retail Banking Institute etwa 40 Millionen Erwachsene über kein Bankkonto. Weltweit sind es sogar 1,7 Mrd. Menschen (Quelle: WestStein Ltd.).

„Die Integration dieser Menschen in den Wirtschaftskreislauf muss gewährleistet sein", betont Mewes. Außerdem seien diese Konsumenten ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor.

Dass Bargeld auch hierzulande gesetzt ist, zeigen sehr deutlich aktuell erhobene Zahlen zu den B2C-Transaktionen: Rund zwei Drittel davon erfolgen nach wie vor in bar. Und allen Unkenrufen zum Trotz dürfte sich an der Vorliebe für's Bargeld hierzulande wohl auch in den nächsten Jahren nicht viel ändern. ❐

Eine Milliarde Euro Corona-Soforthilfe in Bayern ausgezahlt

In Bayern haben Soloselbstständige, kleine und mittlere Unternehmen bis zu diesem Wochenende bereits eine Milliarde Euro Corona-Soforthilfe ausbezahlt bekommen. Damit haben die mehr als 1400 zuständigen Mitarbeiter bei den sieben bayerischen Bezirksregierungen und der Landeshauptstadt München über 150.000 der etwa 400 000 eingehenden Anträge bewilligt. Etwa 20.000 Anträge wurden abgelehnt.

„Wir haben in den vergangenen Wochen trotz schwieriger Rahmenbedingungen viel geschafft und eine Milliarden-Summe ausgezahlt. Mein großer Dank gilt den Mitarbeitern der Bezirksregierungen und der Landeshauptstadt München. Wir werden nicht nachlassen, die Ärmel hochkrempeln und weiterarbeiten, bis jeder Berechtigte sein Geld bekommen hat", erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Er bat alle, die noch auf ihre Soforthilfe warten, um Verständnis. „Wir wollen rasch auszahlen, müssen aber auch genau hinschauen, denn beim Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ist Sorgfalt geboten", unterstrich der Wirtschaftsminister. Zudem bat er alle Antragsteller, die Anträge akkurat auszufüllen. Je mehr die Mitarbeiter nacharbeiten müssten, desto länger dauere der gesamte Bewilligungsprozess. ❐

Bayerische Sparkassen:

Zügige Kreditvergabe möglich

Die bayerischen Sparkassen stehen als Hausbank auch in der Corona-Krise an der Seite ihrer Unternehmenskunden und Selbständigen. Die Antragsbearbeitung für Förderkredite aus den Hilfsprogrammen der Förderbanken läuft im Hochbetrieb. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, erläuterte, „wollen wir nach Kräften dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, damit unsere mittelständischen Unternehmen und Selbständigen leistungsfähig für die Zeit danach bleiben".

Bei den bayerischen Sparkassen können Unternehmen und Selbständige sowohl die Förderkredite und Liquiditätshilfen der LfA Förderbank Bayern, der landwirtschaftlichen Rentenbank als auch der bundesdeutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragen und ausbezahlt bekommen. Die Förderbanken haben dazu die bestehenden Programme modifiziert und erweitert.

Alle neuen Kreditangebote wurden geschaffen, um Unternehmen, die unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, den Zugang zu Krediten auch in schwierigen Zeiten zu erleichtern. Voraussetzung für die Unterstützung der Unternehmen ist immer ein grundsätzlich tragfähiges Geschäftsmodell und der Nachweis, dass sich die Schwierigkeit des Unternehmens auf die Corona-Krise zurückführen lässt. Diese Angebote sollen von Firmen in Anspruch genommen werden können, die durch die Corona-Krise in größere Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind.

Bei den bayerischen Sparkassen gab es Netzer zufolge bis zum 1. April bereits über 12.000 Aussetzungen mit einem Stundungsbetrag von insgesamt über 80 Millionen Euro. Diese Sofortmaßnahmen der Sparkassen schaffen bereits unabhängig von den Förderkreditprogrammen Liquidität. Sie führen dazu, dass Anträge auf Förderkredite an die LfA und die KfW sorgfältig vorbereitet werden können und die dazu den Sparkassen zwingend auferlegte Kreditrisikoprüfung beschleunigt, aber sorgfältig durchgeführt werden kann. Die Gesamtzahl der Anfragen nach Förderkrediten lag Ende März bereits bei rund 8.000 und stieg in der Folge rasant an.

Für die Unterstützung ihrer Firmenkunden ergreifen die bayerischen Sparkassen im Moment eine Vielzahl von ungewöhnlichen Maßnahmen. So stocken sie z.B. Personalkapazitäten im Firmenkunden-Kreditbereich auf, schulen weitere Mitarbeiter, arbeiten im Schichtbetrieb, leisten Überstunden und Samstagsarbeit, haben die Businesslines der Kundenservicecenter aufgestockt und bereiten Kunden telefonisch anhand von Checklisten vor. Zudem können die Kunden ihren Förderkreditbedarf inzwischen auch online bei ihrer Sparkasse anmelden; damit wird die Abwicklung beschleunigt.

Kredit- und Risikoprüfung zwingend erforderlich

Für die Kreditvergabe aus den staatlichen Kreditprogrammen ist eine Kredit- und Risikoprüfung zwingend erforderlich und rechtlich vorgegeben. Die Förderinstitute verzichten auf eine eigene Kreditprüfung, greifen stattdessen bei Krediten bis zu einer bestimmten Höhe auf die Prüfung durch die Hausbanken zurück, die ihnen auf diese Weise Arbeit abnehmen. Nach den weiterhin geltenden aufsichtlichen Vorgaben für Kreditinstitute dürfen keine Kredite vergeben werden, die banküblichen Standards nicht standhalten. Die vorgeschriebene Kredit- und Risikoprüfung bezieht sich auf 100 Prozent des Kreditvolumens und nicht etwa nur auf den Haftungsanteil der Hausbank.

Um ihren Kreditprüfungsprozess zu vereinfachen, brauchen die Kreditinstitute Erleichterungen in der Regulation. Im Sinne ihrer Kunden haben die bayerischen Sparkassen den Förderinstituten und staatlichen Stellen bereits zahlreiche konstruktive Vorschläge zur Vereinfachung der Prozesse unterbreitet. Das bayerische Kabinett hat sich erneut mit dem Thema beschäftigt und wesentliche Punkte aus Anregungen der bayerischen kreditwirtschaftlichen Verbände aufgegriffen (wir berichteten).

Nach Netzers Worten setzen die Sparkassen alle Hebel in Bewegung, um den Unternehmen ihrer Heimatregionen zu helfen: „Es ist in unserem eigenen Interesse, die Wirtschaft in unseren Geschäftsgebieten zu stärken. Auch während der Finanzkrise haben die Sparkassen geholfen. Sie waren als Regionalbanken nicht direkt von der Finanzkrise betroffen und haben anerkannt stabilisierend für die deutsche Finanzwirtschaft gewirkt."

Trotz dieser Erfahrung aus der Krise seien sie in der Folgezeit überproportional von den Regulierungsmaßnahmen für den Bankenmarkt betroffen gewesen, weil sich diese in der Regel nicht an Regionalbanken, sondern an internationalen Großbanken orientierten. Die Sparkassen hätten sich darauf eingestellt und seien auch heute trotz dieser Belastung feste Partner für ihre Kunden. **DK**

Wachsendes Kreditneugeschäft

Die Sparkassen verzeichneten im März eine starke Ausweitung des Kreditneugeschäfts. Die neu zugesagten Darlehen stiegen um 3,3 Milliarden Euro, d.h. 723 Millionen Euro bzw. knapp 28 Prozent mehr als im März 2019. „Über alle Kundengruppen vergeben die Sparkassen mehr Kredite aus den eigenen Büchern. Jeder vertretbare Kredit wird auch vergeben", betonte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. „Die Sparkassen arbeiten auf Hochtouren und stellen die Kreditversorgung für die Breite der Bevölkerung und des Mittelstands sicher." **DK**

Hilfsfahrten im Auftrag der Kommune:

VKB weitet Versicherungsschutz aus

Es gibt sie bereits seit knapp zehn Jahren: eine Versicherung des Pkws bei Hilfsfahrten durch Ehrenamtliche. Wenn diese im Auftrag der Kommune bedürftige Menschen mit Mobilitäts-Handicap versorgen, sichern sogenannte Dienstfahrt-Fahrzeug- und Rabattverlust-Versicherungen die Fahrten ab, wenn die Kommune diese abgeschlossen hat.

Die Versicherungskammer Bayern weitet während der Pandemie diesen Versicherungsschutz auf zweifache Weise aus: Sie sichert zum einen ab sofort Fahrten zu allen hilfsbedürftigen Personen ab, auch ohne Mobilitäts-Handicap. Zum anderen genießen ab sofort nicht nur Ehrenamtliche den Schutz in dieser Versicherung, sondern auch alle bisher nicht versicherten Bediensteten der Kommune, wenn sie solche Fahrten übernehmen.

Ein Beispiel: Ein Kasko-Versicherungsschutz zur Abdeckung von Schäden am eigenen Pkw besteht nun bei Fahrten zu Senioren, die zu Hause Unterstützung benötigen, weil die Kinder oder Dritte im Moment nicht helfen können. Oder auch bei einer Fahrt zu einer Familie in Quarantäne. „Mit unserem Angebot wollen wir als Versicherer einen Beitrag dazu leisten, die Bereitschaft, bei der Versorgung von Hilfsbedürftigen mitzuhelfen, zu erhöhen", macht Peter Niedermeier, Abteilungsleiter Underwriting Kraftfahrt Flotte Versicherungskammer Bayern, deutlich.

Den Versicherungsschutz erhält die Kommune für ehrenamtliche und die eigenen Mitarbeiter ganz einfach: Sie erteilt den Fahrtauftrag schriftlich oder elektronisch. Und sie meldet die Kilometer der Versicherungskammer Bayern.

Weitere Informationen erhalten die Kommunen bei ihrem Direktionsbevollmächtigten, und zwar über die bekannten Zugangswege per E-Mail oder Telefon. ❐

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe:

Wirtschaft stabilisierend stützen

Das Corona-Virus trifft die deutsche Wirtschaft hart. Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe betonen, dass angesichts der aktuellen Krisenentwicklungen alles dafür getan werden muss, die Wirtschaft jetzt stabilisierend zu stützen. Es gehe darum, den Shut-Down der Volkswirtschaften zu überwinden und negative Zweitrundeneffekte zu begrenzen. Daher müssten auch bereits jetzt die Grundlagen für ein Wiedererstarken der deutschen und europäischen Volkswirtschaft im Blick bleiben.

Die Corona-Pandemie hat gravierende ökonomische Ausmaße. Mit ihren Maßnahmen habe die Bundesregierung wichtige Voraussetzungen geschaffen, um die Unternehmen wirkungsvoll in dieser schweren Zeit zu unterstützen. Darüber hinaus geht es nach Auffassung der Chefvolkswirte jetzt darum, sektorspezifische Lösungen zu finden, um Unternehmen in der Zeit des Shutdown aufzufangen. Auch Erleichterungen für Banken müssten folgen. Zudem seien Börsen-Schließungen zu prüfen.

Arbeitskräftepotenzial erhalten

Nach der Pandemie müsse es gelingen, die Volkswirtschaft möglichst schnell wieder in eine robuste Lage zu führen. Kapitalstock und Arbeitskräftepotenzial müssten in der Krise erhalten bleiben. Sie bildeten die Grundlage für das Wiedererstarken der Wirtschaft. Die Erhöhung digitaler und wissensbasierter Investitionen erfordere besondere Aufmerksamkeit.

„Die Pandemie führt zu einer neuen Weltwirtschaftskrise", heißt es weiter. „Überall werden die nächsten Quartale tiefrote Zahlen aufweisen." Zu den angebotsseitigen Beschränkungen wie reißenden globalen Lieferketten komme ein massiver Nachfragerückgang, der aufgrund der notwendigen gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen unabdingbar ist. Dabei könnten je nach Überwindung der Pandemie Nachholeffekte zwar wieder die Wirtschaft ankurbeln. Nicht zu vernachlässigen seien aber auch negative Zweit-Rundeneffekte, die durch verlorenes Vertrauen Konsum und Investitionen verstärkt vermindern können.

„Immer klarer zeichnet sich ab: Deutschland sieht sich in 2020 zunächst stark rezessiven Tendenzen gegenüber." Weitere Abwärtsspiralen müssten so gut es geht durchbrochen werden. Es gelte, einen tiefen Konjunktureinbruch wirtschaftspolitisch abzufedern. Dabei müssten zugleich die Grundlagen für einen möglichen Aufschwung gelegt werden. Es gehe jetzt darum, noch stärker Bürger und Unternehmen sowie Banken und Sparkassen mit Maßnahmen zu unterstützen, die diese dramatische Krisenphase überwinden helfen.

Lokal verankerte Institutionen haben in Krisenzeiten laut DSGV eine wichtige Stabilisierungsfunktion. Dies gelte insbesondere auch für Banken und Sparkassen, die mit ihrer Infrastruktur, Kontaktpflege und kontinuierlichen Kreditvergabe den kleinen und mittleren Unternehmen helfen, in die Zukunft zu investieren. Damit dies gelingt, sollte regulatorisch alles getan werden, damit die Liquiditäts- und Kreditversorgung stabilisiert werden kann.

Entscheidend wird es aus Sicht der Chefvolkswirte jetzt sein, die mit den fiskalpolitischen Maßnahmen einhergehenden höheren Staatsschulden geldpolitisch aufzufangen. Umfassende Staatsanleihekäufe sollten daher befristet für die Zeit der Pandemie ermöglicht werden.

Geldpolitik nicht überstrapazieren

Es sei nicht an der Zeit, an apodiktischen Abgrenzungen zwischen Fiskal- und Geldpolitik festzuhalten. Gleichzeitig sollte die Geldpolitik in dieser Lage aber auch nicht überstrapaziert werden. Es müsse vermieden werden, die Geld- und Kapitalmärkte noch weiter in den tiefen negativen Bereich hineinzuführen. Die EZB habe in einem ersten Schritt angemessen reagiert und bleibe jetzt genauso wie die anderen Zentralbanken gefordert, die Versorgung der Realwirtschaft über das Bankensystem sicher zu stellen. Zudem blieben auch die Aufsichts- und Finanzstabilitätsmechanismen gefordert, weiter für Stabilität zu sorgen.

Schließlich sollten nun alle angedachten zusätzlichen neuen aufsichtlichen und regulatorischen Maßnahmen auch auf Shutdown gesetzt und weitere Aktivitäten erst nach Überwindung der Pandemie wieder aufgenommen werden. Gemeinsam mit der Aufsicht müssten jetzt Sparkassen und Banken alles unternehmen, in der nächsten Zeit die Infrastruktur mit Blick auf die Geldfunktionen aufrecht zu erhalten. Dazu gehörten insbesondere die klassischen Funktionen des Geldes als Transaktions- und Wertaufbewahrungsmittel.

Höhere Investitionen als Königsweg

Weite man den Blick über die aktuelle Krise hinaus, werde ein deutlicher Investitionsrückstand in Deutschland deutlich. Auf lange Sicht seien Unterinvestitionen wachstumsgefährdend, betonen die Experten: Je weniger Kapital, desto geringer das Produktionsniveau und die Wachstumsraten. Höhere Investitionen seien deshalb der Königsweg für die gesunde Aufstellung der Wirtschaft nach Überwindung der Pandemie.

Hierzu trage jetzt auch unmittelbar der Ausbau des deutschen Gesundheitssystems mit durch die Corona-Krise initiierten Milliarden-Investitionen bei. „Auch sie werden mit dafür sorgen, die Überschüsse der Leistungsbilanz zu reduzieren, die anstehenden demografischen Herausforderungen besser zu bewältigen und insgesamt unser Wirtschaften nachhaltiger werden zu lassen."

Kapitalstock ausweiten

Mit dem Klimapaket für ein nachhaltiges Wirtschaften seien gerade im vergangenen Jahr wichtige Investitionsimpulse auf den Weg gebracht worden. Zur Überwindung des Corona-Schocks müssten daher auch weitere staatliche und private grüne Investitionen getätigt werden. Verbunden mit mehr Kapitaleinsatz und größeren Anstrengungen für Forschung und Entwicklung seien höhere Investitionen ein Gebot für heute, morgen und übermorgen. „Dabei wird es nicht reichen, den aktuellen Kapitalstock zu erhalten. Falls möglich, sollte er ausgeweitet und stetig modernisiert werden." **DK**



BayernLB steht Wirtschaft zur Seite

Die BayernLB unterstützt ihre Kunden bestmöglich, um die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen. „In dieser außergewöhnlichen Notlage stehen wir an der Seite von Unternehmen und Menschen in Bayern und Deutschland", erklärte Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, bei der Bilanzpressekonferenz. „Wir leisten unseren Beitrag zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen, die der Pandemie-Schock unverschuldet getroffen hat. So tragen wir dazu bei, gesunde und leistungsstarke Wirtschaftsstrukturen sowie damit verbundene Arbeitsplätze zu erhalten."

Neben den Kundenbetreuern sind insbesondere die Fördermittelexperten der BayernLB im Dauereinsatz, um Kredite und Bürgschaften für die von der Krise besonders betroffenen Unternehmen zu arrangieren. Hand in Hand mit den bayerischen Sparkassen tragen sie maßgeblich dazu bei, dass Fördermittel der KfW Bankengruppe oder der LfA Förderbank Bayern bei den Betrieben im Freistaat ankommen. Dazu beraten die Spezialisten der Landesbank die Sparkassen zur Verfügbarkeit der Programme und unterstützen bei der Antragstellung. Außerdem stehen sie im Austausch mit vielen Firmenkunden der BayernLB, zu denen größere Mittelständler und börsennotierte Konzerne zählen.

Das Interesse an den staatlichen Förderangeboten ist enorm und zieht sich quer durch die gesamte Wirtschaft. Mehr als vier-

Fördermittel: Berater rechnen mit bis zu 10.000 Anträgen

tausend Anfragen haben die Fachleute der BayernLB schon beantwortet, seitdem Bayerns Staatsregierung und die Bundesregierung die Förderprogramme auf den Weg gebracht haben. Mittlerweile hat die Bank das Fördermittelteam unter anderem mit fachkundigen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einheiten verstärkt, um eine rasche und sorgfältige Bearbeitung zu gewährleisten.

Ein Ende des Ansturms ist nicht absehbar: Die BayernLB rechnet mit bis zu 10.000 Förderanträgen, die von der S-Finanzgruppe im Freistaat binnen weniger Wochen im Zusammenhang mit der Corona-Krise auf den Weg gebracht werden. Bislang haben Bayerns Sparkassen und die BayernLB rund 200 Anträge mit einem Gesamtvolumen von nahezu 80 Mio. Euro an die Förderbanken weitergereicht.

Erforderliche Kreditprüfung

Der Kreditwirtschaft kommt entgegen, dass die Förderbanken die Antragstellung teils deutlich vereinfacht haben. Bei Darlehen bis drei Mio. Euro verzichten sie beispielsweise auf eine eigene Kreditprüfung. Hausbanken wie die Sparkassen oder die BayernLB müssen jedoch trotz aller Dringlichkeit eine Kreditprüfung durchführen, um den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und ihrer kaufmännischen Sorgfaltspflicht gerecht zu werden. Dabei können nur Unternehmen Fördermittel in Anspruch nehmen, die über ein tragfähiges Geschäftsmodell verfügen und vor Ausbruch der Pandemie nicht „in Schwierigkeiten waren", wie die KfW betont.

Soforthilfen: schnelle und zuverlässige Auszahlung

Zusätzlich zum Fördergeschäft unterstützt die BayernLB die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft derzeit durch die zügige Überweisung der Soforthilfen der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung. Diese Zuschüsse können Selbstständige oder kleine Betriebe seit 18. März beantragen. Die ersten Auszahlungen erfolgten bereits am 20. März – unter anderem über ein Konto, das der Freistaat Bayern bei der BayernLB als seiner Hausbank unterhält. Allein über diese Bankverbindung sind mittlerweile bereits mehr als 300 Mio. Euro an die Antragsteller überwiesen worden. Auf diese Weise wird ein wichtiger Beitrag geleistet, die Zahlungsfähigkeit vieler Betriebe in der akuten Krisenphase kurzfristig sicherzustellen und damit die Wirtschaft zu stabilisieren.

Bayern-Anleihe

Die BayernLB unterstützt darüber hinaus den Freistaat Bayern dabei, die von der Staatsregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie am Kapitalmarkt zu refinanzieren. In der vergangenen Woche hat der Freistaat dazu drei Milliarden Euro aufgenommen. Die BayernLB als seine Hausbank hat diese Emission als mandatierter Konsortialführer wesentlich mitplatziert. Es handelt sich um die größte jemals begebene Bayern-Anleihe.

Uneingeschränkte Erreichbarkeit für die Kunden

Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Infektionen zu schützen, hat die BayernLB an allen Standorten in den vergangenen zwei Wochen bis auf weiteres weitgehend auf Heimarbeit umgestellt. Für ihre Kunden ist die BayernLB dabei uneingeschränkt erreichbar. „Wir sind da und wir sind handlungsfähig", betonte Winkelmeier. Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen hält die Bayerische Landesbank die Versorgung mit Finanzdienstleistungen aufrecht.

Einschränkungen im Leistungsangebot gibt es bislang allenfalls partiell, wenn aufgrund der Pandemie Lieferketten beeinträchtigt sind. Dies wirkt sich beispielsweise punktuell auf den physischen Sorten- und Edelmetallhandel aus, den die BayernLB von Nürnberg aus betreibt. Zulieferer weltweit schränken die Produktion ein und somit sind einige Produkte nicht verfügbar. Die BayernLB ist als einer der wenigen großen Edelmetallhändler nach wie vor lieferfähig und hat unter dem Strich im März 2020 so viel physisches Gold gehandelt wie in keinem Monat zuvor. ❒

Geschäftsjahr 2019 der Sparkasse Mainfranken Würzburg:

Zuverlässiger Finanzpartner der Region

Als verlässlicher Finanzpartner steht die Sparkasse Mainfranken Würzburg den Menschen in der Region auch in außergewöhnlichen Zeiten zur Seite. Wie Vorstandsvorsitzender Bernd Fröhlich bei der Vorlage der Geschäftszahlen 2019 unterstrich, vertrauten die Bürger der viertgrößten Sparkasse in Bayern. „Wir beraten unsere Privat- und Firmenkunden ganzheitlich, um gemeinsam eine optimale Vermögensstruktur zu gestalten."

Geprägt war das Geschäftsjahr 2019 der Sparkasse Mainfranken Würzburg von einem lebhaften Kreditgeschäft und Zuflüssen beim Geldvermögen. In einem anspruchsvollen Umfeld konnte die Eigenkapitalausstattung durch weitere Rücklagen gestärkt werden. Die Bilanzsumme stieg auf 8,8 Mrd. Euro – rund 6 Prozent mehr als 2018.

Gestiegene Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen wuchsen um 351 Mio. Euro (+ 5,1 %) auf 7,3 Mrd. Euro. Die Kunden bevorzugten weiterhin täglich verfügbare Geldanlagen. Die Bestände der Kundendepots erhöhten sich um 411 Mio. Euro (+ 20,3 %) auf 2,4 Mrd. Euro, darunter allein rund 1,6 Mrd. Euro in Fonds der Deka. An dieser Entwicklung hat der zusammen mit der Deka-Bank seit 2012 aufgelegte Fonds „Mainfranken Strategiekonzept", der sich 2019 wieder hervorragend entwickelte, mit 548 Mio. Euro einen bedeutenden Anteil. Zusammen mit den rund 563 Mio. Euro Ansparguthaben bei der Landesbausparkasse Bayern (LBS) und 653 Mio. Euro Rückkaufswerten für Lebensversicherungen bei der BayernVersicherung wurden 10,9 Mrd. Euro Vermögenswerte im Auftrag der Kunden betreut.

Mit 279 Mio. Euro (Vorjahr 350 Mio. Euro) neu abgeschlossenen Bausparverträgen beim Verbundpartner LBS sicherten sich die Sparkassenkunden langfristig das niedrige Zinsniveau. Die Sparkasse Mainfranken Würzburg gehört zu den größten Immobilienvermittlern in der Region. Vermittelt wurden Immobilien mit einem Objektwert von insgesamt rund 79 Mio. Euro (Vorjahr: 67 Mio. Euro). Die Jahres-Beitragssumme von rund 2,1 Mio. Euro neu abgeschlossener Haftpflicht-, Unfall-, Kfz-, Kranken- und Gewerbeversicherungen der Versicherungskammer Bayern lag über dem Ergebnis des Vorjahres (rund 2,0 Mio. Euro). Mit einer Beitragssumme von rund 102 Mio. Euro (Vorjahr: 93 Mio. Euro) neu abgeschlossener Lebensversicherungsverträge nutzten die Kunden das Sicherheitskonzept der VKB.

Im Berichtsjahr wurden 1,2 Mrd. Euro (entspricht nahezu 20 % des Bestandes) neue Kredite ausgezahlt. Gleichzeitig wurden 844 Mio. Euro Finanzierungsmittel zurückgezahlt, so dass sich der Kreditbestand um 335 Mio. Euro (+ 5,9 %) auf etwas mehr als 6 Mrd. Euro ausgeweitet hat.

Insgesamt betreuen die 1.595 Mitarbeiter der Sparkasse Mainfranken rund 673.300 Kundenkonten und -depots, darunter 255.110 Girokonten und 53.749 Wertpapierdepots. Statistisch ist damit jeder zweite Mainfranke in der Stadt Würzburg und den Landkreisen Würzburg, Main-Spessart und Kitzingen Kunde der Sparkasse Mainfranken.

Dichtes Filialnetz

Mit 100 Standorten (39 Beratungscenter und 61 Filialen) und 14 Selbstbedienungs-Standorten bietet die Sparkasse Mainfranken Würzburg eines der dichtesten Filialnetze in Bayern. Dabei wird das moderne Serviceangebot der Sparkasse Mainfranken Würzburg immer häufiger genutzt.

Rund 1.000 Spenden- und Sponsoringprojekte für kulturelle, sportliche, soziale, wissenschaftliche und Umweltprojekte konnten durch die Sparkasse Mainfranken Würzburg gefördert werden. Die Spenden in Höhe von 2,9 Mio. Euro wurden von der Sparkasse, aus dem Zweckertrag des PS-Sparens sowie von den vier Sparkassenstiftungen bereitgestellt. Diese besitzen inzwischen ein Vermögen von 29 Mio. Euro.

Das „Spendenportal der Sparkasse Mainfranken Würzburg" bietet unter www.sparkasse-mainfranken.de/spendenportal die Möglichkeit, regionale Projekte und interessierte Spender mit nur wenigen Klicks zusammen zu bringen. Durch die Registrierung auf dem Spendenportal erscheinen die Vorhaben automatisch auch auf der unabhängigen Plattform betterplace. Insgesamt haben bereits mehr als 100 Projekte Spenden in Höhe von insgesamt über 200.000 Euro über die Plattform gesammelt.

Stiftergemeinschaft

Mit ihrer Stiftergemeinschaft begleitet die Sparkasse Mainfranken Würzburg ihre Kunden bei der Gründung von Förder- sowie Namensstiftungen mit einem Stiftungsvermögen von inzwischen fast 10,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro). Schon ab 25.000 Euro können auf einfache Art und Weise eigene Stiftungen gegründet werden, um einen individuell gewählten Zweck zu unterstützen. Mit rund 12,5 Mio. Euro war die Sparkasse auch im Berichtsjahr ein großer Steuerzahler in der Region. Insbesondere mit der Gewerbesteuer von rund 6,5 Mio. Euro leistet sie einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung der örtlichen Kommunen. **DK**

Versicherungskammer hilft Hotels und Gaststätten

Die Corona-Pandemie stellt die deutsche Wirtschaft vor außerordentliche Herausforderungen. Der Virus hat den Alltag fundamental verändert. Staat und Wirtschaft müssen sich mit einer Vielzahl von neuen Fragestellungen in einem sich dynamisch entwickelnden Umfeld auseinandersetzen. Die Hotel- und Gaststättenbetriebe sind wirtschaftlich sehr stark belastet.

Eine Betriebsschließungsversicherung findet in diesem Fall jedoch keine Anwendung. Die Betriebsschließungsversicherung ist für die Schließung eines Betriebs, in dem eine entsprechende Krankheit oder Krankheitserreger aufgetreten sind, konzipiert.

Die Allgemeinverfügungen der Länder betreffen überwiegend Betriebe, die nicht von einem Infektionsfall betroffen sind. Auf eine vorsorgliche, flächendeckende Schließung von Betrieben sind das Infektionsschutzgesetz und damit auch die Betriebsschließungsversicherung nicht ausgerichtet.

Der Konzern Versicherungskammer nimmt in dieser Ausnahmesituation gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahr. Unter Federführung mehrerer Versicherer, unter anderem der Versicherungskammer Bayern wurde eine gemeinsame Lösung mit der Bayerischen Staatsregierung, dem Hotel- und Gaststättenverband Bayern (DEHOGA) sowie mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaft (vbw) gefunden.

Liquidität kurzfristig sicherstellen

Barbara Schick, Vorstand für die Kompositversicherung im Konzern Versicherungskammer, führt dazu aus „Mit dieser Lösung haben unsere Kunden die Gewissheit, dass wir sie auch jetzt nicht alleine lassen und ihnen dabei helfen, ihre Liquidität kurzfristig sicherzustellen. Wir sind uns im Klaren darüber, dass sich viele Kunden bereits in einer wirtschaftlichen Notsituation befinden. Wir werden die Schadenmeldungen mit höchster Priorität bearbeiten."

Die zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen des Staates, beispielsweise durch das Kurzarbeitergeld und die Soforthilfsmaßnahmen bzw. Zuschüsse der Länder und des Bundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Unternehmen haben den wirtschaftlichen Schaden der betroffenen Firmen bereits deutlich reduziert.

Den Kunden der Versicherungskammer aus dem Hotel- und Gaststättenbereich, die eine Betriebsschließungsversicherung bei ihr abgeschlossen haben, zahlt die Versicherungskammer auf die verbleibenden durchschnittlichen Einbußen des Kunden von ca. 30 Prozent, die Hälfte, d.h. 15 Prozent der vereinbarten Tagesentschädigung für die Dauer der versicherten Haftzeit. Die Zahlung der Versicherungskammer wird nicht auf die staatliche Unterstützung angerechnet. ❒



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Sparkasse Erding-Dorfen:

Richtfest für neue Hauptverwaltung

Freudige Mienen beim Richtfest an der neuen Hauptgeschäftsstelle der Sparkasse in Erding: Um den veränderten Bedingungen im Bankenwesen auch künftig gerecht zu werden, investiert die Bank insgesamt rund 28 Millionen Euro. Auf einer Bruttogeschossfläche von 7.500 Quadratmetern entstehen Büros für 210 Mitarbeiter. Das Gebäude soll noch heuer fertiggestellt werden.

Die Sparkasse Erding gibt es seit 1826, den alten Hauptsitz seit 1983 am Alois-Schießl-Platz. Bei dem Neubau handelt es sich laut Vorstandschef Joachim Sommer um ein architektonisch außergewöhnliches Gebäude für die Zukunft. Seit 2014 befasse man sich bereits mit dem Projekt. Es zeichne sich durch viele diskrete Beratungszimmer, neue digitale Möglichkeiten sowie einen größeren Schließfachbereich aus.

Städtebauliches Zeichen

Von einem Meilenstein in der Geschichte des Instituts sprach Verwaltungsratschef Heinz Grundner. Die neue Hauptverwaltung setze an exponierter Stelle ein städtebauliches Zeichen und spiegle den Zeitgeist wider. Die Sparkasse sei damit den Herausforderungen der im Strukturwandel befindlichen Branche gewachsen.

Starke Präsenz in der Fläche

Aus Sicht des Erdinger Oberbürgermeisters Max Gotz ist der neue Sparkassen-Hauptsitz sehr ansprechend geworden. Mit dem Haus sei das Institut für die Zukunft gut aufgestellt. Neben der Digitalisierung sei dabei auch der persönliche Kontakt zu den Kunden unverzichtbar, betonte der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats.

Sein Gremiumskollege, Landrat Martin Bayerstorfer, verwies auf die Wichtigkeit der Sparkasse Erding-Dorfen für den Landkreis. Mit 44 Prozent Marktanteilen und einer Bilanzsumme von über zwei Milliarden Euro weise sie eine „überlebbare Größe" auf. Mit 35 Standorten zeige sie zudem eine starke Präsenz in der Fläche. **DK**

Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young:

Kreditmarktstudie 2020

Aufgrund des anhaltenden Zinstiefs stehen die Banken hierzulande unter erheblichem Druck. Sinkende Margen, eine schwächere Kapitalrentabilität und eine gleichzeitig stark gestiegene Regulierung erhöhen den Handlungsbedarf. Gleichzeitig müssen die Finanzinstitute in Sachen Digitalisierung nachlegen, wie aus der Kreditmarktstudie 2020 der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY hervorgeht. Hierfür wurden bundesweit 127 Banken und Sparkassen befragt.

Mit ihren Dienstleistungen entwickeln sich innovative Fintechs zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Geldinstitute. 76 Prozent der befragten Banken fühlen sich durch internetbasierte Zahlungssysteme bedroht. 63 Prozent sehen eine Gefahr auch in digitalen Marktplätzen und 54 Prozent im Open Banking, d.h. dem Öffnen von Banken und dem Teilen von Daten durch die Einführung der Zahlungsdiensterichtlinie PSD2. Sie bedeutet einen radikalen Schnitt, da Banken bestimmte Kundendaten der Konkurrenz zur Verfügung stellen müssen. Neue Wettbewerber drohen somit den Banken Kunden abspenstig zu machen, wie 60 Prozent der befragten Banken befürchten.

Investitionen in die Digitalisierung

Die Reduktion von Kosten ist für 90 Prozent der Geldhäuser der Hauptgrund für Investitionen in die Digitalisierung. Immerhin 85 Prozent wollen mit ihrer Hilfe aber auch ihre Wettbewerbsposition stärken und in den kommenden Jahren wachsen. Befragt danach, welche Bereiche besonders stark von der Digitalisierung betroffen sein werden, nennen neun von zehn deutschen Finanzinstituten das Privatkundengeschäft, gefolgt von den Wertpapierdienstleistungen mit 62 Prozent.

Kostenaspekt und Kundennutzen

Immerhin 81 Prozent der Banken sind der Ansicht, dass sie mit höheren Erträgen aus dem Provisionsgeschäft die Digitalisierung finanzieren können. Fraglich bleibt, ob höhere Provisionen in einem für Banken schwierigen Umfeld überhaupt möglich sind. 69 Prozent sehen in geringeren Personalkosten und 50 Prozent in der Schließung von Filialen einen Weg, um die Investitionen zu finanzieren.

Nach Auffassung der Wirtschaftsprüfer sollte nun aber neben dem Kostenaspekt ganz wesentlich auch der Kundennutzen stehen. Dies könne zum Beispiel heißen, die Zahl der Filialen nicht einfach zu verringern, sondern ihre Angebotsschwerpunkte auf gewandelte Kundenbedürfnisse abzustimmen. In Zeiten des Online-Bankings erfordere der Zahlungsverkehr immer weniger Personal. Die Kundenberatung aber sei nur in wenigen, quantitativ orientierten Feldern zu automatisieren. In allen anderen sei der persönliche Kontakt nach wie vor gefragt. Das Ergebnis könnten also kleinere Filialen mit höher qualifiziertem Personal sein.

Größere regionale Einheiten

Ebenfalls denkbar ist nach Darstellung von Ernst & Young eine für den Kunden sichtbare Integration von FinTech-Leistungen in die viel breitere Angebotspalette der etablierten Institute. Auch die Fusion mit anderen Instituten könne eine Überlebensoption sein, vor allem für Banken, deren Größe keine anderen Maßnahmen der Umgestaltung zulässt. Immerhin denken fast 40 Prozent der befragten Banken über einen solchen Schritt nach. Zu beobachten sei diese Variante des nötigen Wandels schon seit einigen Jahren bei den Genossenschaftsbanken und auch bei den Sparkassen, die sich zu immer größeren und effizienteren regionalen Einheiten zusammengeschlossen haben.

Um den Niedrigzinseffekten auszuweichen, ist laut EY auch der Aus- oder Aufbau von Geschäftsfeldern denkbar, die nicht von der fortschreitenden Margenverengung betroffen sind. Vielen Instituten sei dies bereits in der Vergangenheit gelungen, vor allem mit der Ausweitung ihrer Provisionsgeschäfte. Da jedoch fast die gesamte Branche auf dieses Pferd setzt, der Markt für solche Geschäfte aber nicht unbegrenzt ist, werde in Zukunft immer mehr Fantasie nötig sein, derartige Ertragsinseln zu finden.

Neben dem Niedrigzins, der an der Rentabilität nagt, empfinden die Banken die fortschreitende Regulierung durch EZB und BaFin, die ebenfalls auf die Gewinne drückt, als weitere große Belastung: zum einen direkt durch die nicht zu unterschätzenden Ausgaben für die Implementierung immer neuer Kontrollinstrumente, zum anderen indirekt durch die mehrfach gestiegenen Kapitalanforderungen.

Angesichts der Erwartung nahezu aller Banken, dass die Regulatorik auch in den kommenden Jahren ihre Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen wird, gelte es, das Beste daraus zu machen, sprich: die Mechanismen im Rahmen der Möglichkeiten so zu gestalten, dass sie Vorteile für das eigene Institut bringen, zum Beispiel durch noch geringere Ausfallrisiken. Dabei könne es hilfreich sein, die Regulierung in die Digitalisierung einzubeziehen, etwa in eine Kundenbearbeitung mit künstlicher Intelligenz.

Wandel der Unternehmenskulturen

Fazit: Die Bewältigung der Fülle neuer Aufgaben und Weichenstellungen, mit denen ein großer Teil der deutschen Banken und Sparkassen konfrontiert ist, verlangt EY zufolge einen Wandel sowohl der Betriebe selbst als auch der Unternehmenskulturen. Einfache Arbeiten seien zu automatisieren, die verbleibenden anspruchsvolleren Tätigkeiten erforderten ein höher qualifiziertes Personal. Eine offenere Einstellung gegenüber neuen Technologien sei vonnöten, um vor allem mit der erstarkenden Tech-Konkurrenz Schritt zu halten.

Dazu werde es auch notwendig sein, neue Kompetenzen in die Unternehmen zu holen. Und nicht zuletzt müsse der Kunde noch stärker in den Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns rücken – hier bestehe stellenweise noch Nachholbedarf. Kurz gefasst: „Wollen sie auf lange Sicht bestehen, müssen einige der etablierten Banken noch agiler werden. In Zeiten des rasanten Wandels kann nur eine hohe Flexibilität das Überleben sichern." **DK**

Landrat Johann Kalb:

Sonderprogramm auch für Gemeinden

„In dieser größten internationalen, nationalen und regionalen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg brauchen auch die Gemeinden Unterstützung." Deshalb hat Landrat Johann Kalb (Bamberg) mit der Sparkasse ein Sonderprogramm für Kommunen ausgehandelt.

Zum einen werden die Kassenkredite von 90 Millionen Euro um 50 Millionen aufgestockt und der Zinssatz von 0 auf minus 0,5 Prozent gesenkt (Negativzins!). Zum anderen wird ein Sonderkontingent „zinsgünstige kommunale Darlehen" in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. Die Darlehen sind für Neuinvestitionen vorgesehen und haben eine Laufzeit von bis zu zehn Jahren.

Der Landkreischef dankte Oberbürgermeister Andreas Starke und den Sparkassenvorständen Stephan Kirchner sowie Thomas Schmidt für die Unterstützung in dieser herausfordernden Zeit. ❐

50 Jahre Heidelsteigschule:

Brunnenprojekt am Troppauplatz

Die Heidelsteigschule – Kulturschule seit 2017 – feiert Ende Mai 2020 ihr 50-jähriges Bestehen und hat zusammen mit ihren Schülern und Lehrern ein nachhaltiges Projekt für Bamberg-Ost ins Leben gerufen: Der Bau und die Gestaltung eines Trinkwasserbrunnens am Troppauplatz stellt ein wichtiges Schul- und Integrationsprojekt der Heidelsteigschule dar, für das die Schule die Patenschaft übernimmt. Der Brunnen sowie die neuen Pflanzbeete sollen Ende April aufgestellt werden.

Realisiert wird er durch den Künstler Thomas Gröhling. Bei der Gestaltung des Brunnens hatten sich auch Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer und Lehrerinnen aktiv eingebracht.

„Mit viel Begeisterung, Sach- und Kunstverstand, haben sie die extra entworfenen und gestalteten Brunnenfliesen ausgewählt, hin und her geschoben, verworfen, diskutiert, neue Ideen entwickelt bis alles wirklich sehr gut passte vom Inhalt und Thema her, aber durchaus auch mit einer gestalterischen Aussage. Es hat wirklich Freude gemacht. In solchen Augenblicken lohnt sich alles, was man unternimmt, um junge Menschen zu fördern", freute sich Heide Ibach von der Ibach-Denkmalstiftung.

Motivierendes Projekt

Alle Klassen beschäftigen sich in diesem Schuljahr rund um das Thema „Brunnen", um dann zum 50. Geburtstag der Schule einen „Schulbrunnen" einweihen zu dürfen. „Gerade für eine Mittelschule mit einer sehr bunten Schülerschar ist ein solches Projekt wichtig und motivierend", so Kulturreferent Dr. Christian Lange.

Unterstützt und vorangetrieben wird dieses Projekt maßgeblich von der Denk-Mal-Stiftung, die unter Leitung von Heide Ibach bereits viele positive Erfahrungen mit Bamberger Schulprojekten sammeln konnte. Die Denk-Mal-Stiftung trägt, neben Zuwendungen aus weiteren Stiftungen, den größten Teil der Kosten, die ca. 50.000 Euro betragen werden. Eine zusätzliche Spendenaktion wird durch die Schule initiiert. Auch der Bürgerverein Bamberg-Ost ist eingebunden und freut sich über diese Belebung des westlichen Troppauplatzes. Hervorzuheben ist zudem die konstruktive Mitarbeit des Eisdielenpächters Antonio Marotta.

Der vorgesehene Standort liegt auf städtischen Grund, auf einem quadratisch angelegten bisherigen Pflanzbeet mit einfassender Sitzbank. Die Planungen zusammen mit den Stadtwerken und den städtischen Ämtern ergaben, dass dort ein Trinkwasserbrunnen als nachhaltige und an den Klimawandel angepasste Brunnenvariante installiert werden kann. Dieser benötigt keine Brunnenstube und keine elektrische Pumptechnik. Der Bau- und Werkssenat stimmte dem Vorhaben in seiner Dezembersitzung im vergangenen Jahr zu.

In dem Karree wird der Brunnen aus gesägtem Kalkstein gestaltet und soll den Namenszug der Heidelsteigschule tragen. Neben zwei Pflanzbeeten sollen zwei der eingrenzenden Sitzbänke erhalten bleiben. Die Schulklassen der Heidelsteigschule werden im Rahmen des Brunnenprojekts Fliesen gestalten, die auf geplante Sitzquader angebracht werden.

Der Troppauplatz wurde 1964 angelegt und ist zum Gedenken an die Vertreibungen nach dem Ende des 2. Weltkriegs, nach der ehemaligen Landeshauptstadt von Österreichisch-Schlesien, heute Opava/Tschechien benannt. ❐

Bayern stimmt gegen Düngeverordnung

Die Länder haben dem Druck des Bundes nachgegeben und in einer Sondersitzung des Bundesrates die neue Düngeverordnung durchgewunken. Einzige Änderung: Verschiebung des Inkrafttretens der Auflagen für die Roten Gebiete auf Januar 2021. Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber war enttäuscht über die Entscheidung des Bundesrats.

Bis zuletzt warb Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber um Zustimmung bei den anderen Bundesländern für eine Verschiebung der zahlreichen Neuregelungen in der Düngeverordnung – allerdings vergebens. „Für uns alle ist Wasser ein besonders wertvolles Gut, das geschützt werden muss. Bayern hat aber nichts Unmögliches gefordert und Anträge im Sinne der Umwelt und der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft gestellt. Dass unsere Argumente dennoch seit Monaten vom Bund beiseite gewischt wurden und auch im Bundesratsverfahren keine Berücksichtigung gefunden haben, hat uns letztlich keine andere Wahl gelassen als der Düngeverordnung nicht zuzustimmen", unterstrich Kaniber.

„Es ist das Mindeste, dass die Neuregelungen für Landwirte in besonders belasteten Gebieten bis zum 1. Januar ausgesetzt werden, da deren Ausweisung noch völlig unklar ist. Eine generelle Verschiebung der Auflagen wäre das Gebot der Stunde gewesen. Das war unsere zentrale Forderung", sagte die bayerische Landwirtschaftsministerin.

Keine Mehrheit für Anträge

Als wichtigen Beitrag zum Umweltschutz hatte Kaniber beantragt, die bedarfsgerechte Düngung aller Zwischenfrüchte zu ermöglichen. Denn nur wenn sich die Zwischenfrüchte gut entwickeln, können sie vor Erosion schützen. Zusätzlich hatte Bayern sich dafür eingesetzt, dass die geplanten Aufzeichnungsfristen für Düngemaßnahmen von zwei auf 14 Tage verlängert werden. Beide Anträge fanden in der Länderkammer jedoch keine Mehrheit. Kaniber hatte immer wieder gefordert, dass die Entscheidungen im Rahmen der Novellierung der Düngeverordnung wissenschaftlich begründet, fachlich gerechtfertigt und von den Ländern auch umsetzbar sein müssten. „Wir werden nun alles daransetzen, dass wir bei der Ausweisung der Roten Gebiete schnell vorankommen, die Regelungen praxisgerecht umsetzen, um Planungssicherheit für die Landwirte gewährleisten zu können", so Kaniber.

„Kontraproduktives Signal an Bayerns Landwirte"

Florian Streibl, Vorsitzender der Freie Wähler Landtagsfraktion, kritisierte bereits vor der Abstimmung, dass mitten in der Corona-Krise ein entsprechender Beschluss des Bundesrats ein vollkommen kontraproduktives Signal an Bayerns Landwirte sei. „Sie sind es, die an vorderster Front dafür sorgen, dass es jetzt zu keinen Lebensmittelengpässen kommt", gab er zu bedenken. Die Länder standen jedoch bei der Abstimmung unter hohem Druck. Strafzahlungen von mehr als 800.000 Euro pro Tag drohte die EU-Kommission an, sollten die schärferen Regeln nicht beschlossen werden. Der Vorwurf an Deutschland: bei Düngemitteln EU-Vorschriften für den Grundwasserschutz nicht einzuhalten.

Verband fordert Ausnahmen

Der Präsident des Bayerischen und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, Walter Heidl, kritisierte die kompromisslose Haltung der Politik beim Beschluss der Düngeverordnung. Ein großes Problem für die Länder werde die nun anstehende Binnendifferenzierung innerhalb der roten Gebiete sein. Angesichts der Corona-Krise sei völlig unklar, ob die Verwaltungen in den Ländern diese große Herausforderung rechtzeitig meistern könnten. Er forderte die Länder auf, wenigstens jenen Landwirten in roten Gebieten, die sich nachweislich an die Vorgaben der guten fachlichen Praxis halten, von den zusätzlichen Anforderungen auszunehmen. Auch dort, wo Verbesserungen erkennbar seien oder Landwirte sich mit Wasserkooperationen eindeutig um den Erhalt des Grundwassers bemühen würden, sollte es Erleichterungen für die Bauern geben.

Grüne unterstützen Beschluss

Die agrarpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen Gisela Sengl befürwortete den Bundesratsbeschluss und kritisierte Kaniber: „Mit dieser Entscheidung haben wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten und endlich auch einen klaren Kurs Richtung Grundwasserschutz. Zwei Signale wurden damit ausgesendet: Gemeinwohl geht vor Einzelinteressen und die Politik ist nicht erpressbar. Das war wichtig, gerade in Zeiten, wo einzelne landwirtschaftliche Interessengruppen versucht haben, die Lebensmittel-Grundversorgung in der Corona-Krise als Druckmittel zu missbrauchen. Schade, dass es ausgerechnet die bayerische CSU-Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber war, die dem Druck hier nachgeben wollte. Sie sollte die Bundesrats-Entscheidung jetzt dazu nutzen, alle Weichen in Richtung Umsetzung der neuen Düngeverordnung in den leider zu vielen roten Gebieten in Bayern zu stellen." **red**



Profis für die Baustelle
www.kanalbau.com

Wasser kann bedenkenlos getrunken werden

Interview mit dem Werkleiter des Wasserzweckverbandes Laber-Naab, Franz Herrler

Bäcker und Metzger wie auch der Lebensmitteleinzelhandel werden in der Corona-Krise als Einrichtungen der Grundversorgung regelmäßig genannt. Wie aber sieht es mit dem wichtigsten Lebenselixier aus, dem Wasser? Für dessen kontinuierlich gute Qualität sind die Wasserversorger verantwortlich. „Wir sind ein Lebensmittelbetrieb. Die Wasserversorgung ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge", betont Franz Herrler, Werkleiter des Zweckverbands der Wasserversorgung Laber-Naab. Der Zweckverband gehört zur „kritischen Infrastruktur" (Strom, Wasser, Gas etc.) und hat zudem durch die Lieferung von Löschwasser auch höchste Bedeutung für den Feuerschutz. In den letzten Tagen sind zunehmend Anfragen von Bürgern aufgelaufen, die sich um das Trinkwasser sorgen. Doch Herrler gibt im folgenden Interview Entwarnung.

Besorgte Bürger fragen sich, ob das Corona-Virus ins Grund- bzw. Trinkwasser gelangen und auf diese Weise auf den Mensch übertragen werden kann?

Herrler: *Laut Auskunft des Umweltbundesamtes ist das nicht der Fall, eine Übertragung des Virus durch Trinkwasser sehr unwahrscheinlich. Durch die Technik ist zu jedem Zeitpunkt ein weitreichender Schutz auch vor unbekannten Organismen und chemischen Stoffen gewährleistet. Das heißt, das Corona-Virus scheint im Wasser nicht zu überleben. Das Trinkwasser, das wir verteilen, kann bedenkenlos getrunken werden. Eine Übertragung des Corona-Virus über die öffentliche Trinkwasserversorgung ist nach derzeitigem Kenntnisstand höchst unwahrscheinlich.*

Kann das Corona-Virus auf andere Weise, über den Menschen, ins Trinkwasser gelangen?

Herrler: *Grundsätzlich besteht kein Kontakt von Mitarbeitern zum Trinkwasser. Um aber alle Möglichkeiten auszuschließen, haben wir Reinigungsmaßnahmen bis auf Weiteres nach hinten geschoben. Die Wasserversorgung ist aber durch die Anwendung des so genannten Multibarrieren-Prinzips schon sehr gut geschützt. Das beginnt bereits in der Gewinnung, wo angepasste Maßnahmen ergriffen und die unterschiedlichen Zonen auch entsprechend bewirtschaftet werden. Hierfür ist der Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura ja geradezu prädestiniert, der mit geschultem Fachpersonal seine Aufgaben erledigt. Hier sind wir für zwölf weitere Wasserversorger tätig. Darüber hinaus gibt es die Schutzgebietsverordnungen, die eingehalten werden müssen.*

Die zweite Barriere ist die Förderung und Aufbereitung des Wassers (Desinfektion mit ultravioletem Licht, Abtötung von Keimen). Weitere wichtige Maßnahmen gibt es in der Verteilung und Lieferung: Spülung von Stagnationsstrecken usw. Das ist aber Pflichtaufgabe der Wasserversorgung.

Die dritte Barriere ist schließlich die Hausinstallation – auch hier müssen Maßnahmen getroffen werden. Hier darf ich an die Hotellerie, die Gastronomie oder die Sportstätten, wo jetzt wochenlang kein Wasser läuft, appellieren: In der Fachsprache bedeutet das, dass kein bestimmungsgemäßer Betrieb mehr besteht. Wenn eine Wasserleitung länger als eine Woche außer Betrieb ist, dann sollte sie dringend gespült werden. Auch die Hausmeister der Schulen sollten daran denken, die Spülungen vorzunehmen. Grundsätzlich gilt das natürlich für jeden, wenn nach der Corona-Krise dann die Urlaube nachgeholt werden. Etwa 90 Prozent der Beschwerden, dass zum Beispiel das Wasser riecht, kommen aus dem Bereich der Hausinstallation.

Welche Maßnahmen hat der Wasserzweckverband getroffen, um diesen Sorgen der Verbraucher entgegenzuwirken?

Herrler: *Die Aufbereitung haben wir schon besprochen. Hinsichtlich des Personals war unsere erste Maßnahme, dass wir die Betriebsbereitschaftsdienste getrennt haben. Auch die Besprechungen sind nur noch telefonisch. Wenn also eine Arbeitsgruppe ausfallen sollte, dann würde sich das nur auf diese beschränken und nicht den gesamten technischen Bereich betreffen. Das haben wir schon vor den ersten amtlichen Ankündigungen so gehandhabt. Vor allem die Trennung der Techniker ist hier wichtig.*

Wirkt sich das Corona-Virus auf den Wasserverbrauch aus? Einerseits wird mehr Hygiene wie Hände waschen gefordert, andererseits reduziert sich aber auch der Verbrauch durch die Schließung von Unternehmen etc.

Herrler: *Wir spüren momentan keine Veränderungen. Einerseits bleiben die Leute zuhause und fahren nicht weg. Andererseits sind wir stark landwirtschaftlich geprägt mit entsprechender Wasserabnahme für die Tierhaltung. Auch wenn etwa in der Hotellerie und Gastronomie derzeit weniger Wasser gebraucht wird – insgesamt ist es nicht so dramatisch.*

Ist langfristig eine Auswirkung auf den Wasserpreis denkbar?

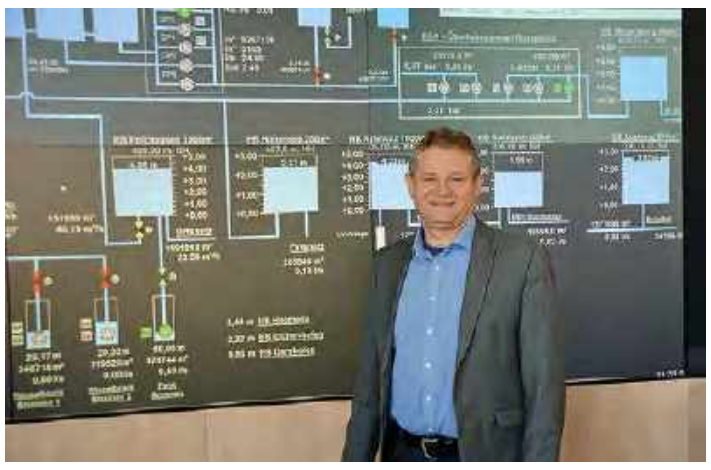
Herrler: *Hinsichtlich der Corona-Krise mit Sicherheit nicht.*

Wie geht der Zweckverband in Sachen Mitarbeiter mit der Krise um?

Herrler: *Der Baubetrieb, den wir schon angesprochen haben, ist ja getrennt. Bei uns im Haus gelten die vom Ministerium erlassenen Vorschriften, d.h. kein Parteiverkehr mehr, nur noch telefonische Kommunikation. Besprechungen laufen als Telefonkonferenzen ab – und es funktioniert ganz gut. Wir haben hier im Haus das Glück, dass fast jeder Mitarbeiter bzw. jede Mitarbeiterin ein eigenes Büro hat. Der Kontakt untereinander kann dann per Telefon gehalten werden. Im Baubereich haben wir das Glück, einen eigenen Baubetrieb zu haben und nicht auf Fremdfirmen angewiesen zu sein und dringende Arbeiten – wie Rohrbrüche – selbst regeln zu können.*

In Sachen Heimarbeitsplätze sind wir jedoch vorsichtig, denn wir haben viele personenbezogene Daten, die nicht über Privatrechner bearbeitet werden sollten. Die Datensicherheit in diesem Bereich ist für uns höchst wichtig. Im technischen Bereich verfügen wir über unser eigenes Glasfasernetz und können unsere technischen Anlagen in Echtzeit überwachen. Darauf haben Außenstehende keinen Zugriff.

Herr Herler, wir danken für das Gespräch! **Markus Bauer**



Der Werkleiter des Zweckverbands der Wasserversorgung Laber-Naab Franz Herrler vor der Schalttafel mit allen Hochbehältern, Brunnen und der Wasseraufbereitungsanlage. Bild: Markus Bauer

33. Lindauer Seminar 2020:

Zukunftsfähige Siedlungsentwässerung

Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Max Dohmann, Aachen und Univ.-Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günthert, München, fand in der Inselhalle Lindau das 33. Lindauer Seminar statt. Moderierte Vortragsblöcke mit aktuellen Themenschwerpunkten der Branche, Diskussionen zu Verantwortung, Zuständigkeiten und Möglichkeiten der Umsetzung, sowie eine begleitende Fachausstellung machten das von JT-elektronik veranstaltete Seminar erneut zu einem Podium intensiven Informations- und Erfahrungsaustausches.

Claus Kumutat, Präsident des LfU, wies eingangs darauf hin, dass ein zeitgemäßes Netzmanagement nicht nur die Sicherstellung ausreichender Inspektions- und Sanierungsraten umfassen könne. Das Augenmerk sollte auch auf einer Sensibilisierung der Bürger für die Wasserwirtschaft und die Entwicklung naturnaher Regenwasserbewirtschaftungskonzepte im städtebaulichen Gesamtkontext liegen.

Kleinere Netzbetreiber im Blick

Um kommunale Umsetzungsbeispiele, Personal und Dienstleistungen der Zukunft, Innovationen und Entwicklungen für den Kanalunterhalt, sowie Vorgehen und Lösungen bei der Instandhaltung von Kanalnetzen ging es in vier Vortragsblöcken. Dabei wurde deutlich, dass auch kleinere Netzbetreiber Konzepte einer zeitgemäßen und zukunftsfähigen Instandhaltung entwickeln können.

Schlüsselelemente sind Strategien für die intelligente Verfahrenswahl bei der Sanierung und die Bereitstellung angepasster Investitionsbudgets. Gute Erfahrungen wurden zudem mit Prognosemodellen gemacht, die auch eine langfristige Sicherstellung des Substanz- und Werterhalts von Kanalisationen ermöglichen. Dass bei der Instandhaltung von Kanalisationen auf allen Ebenen auch juristische Aspekte zu berücksichtigen sind, wurde beim Umgang mit Fremdwasser in der Kanalisation verdeutlicht.

Mit Blick auf künftige Anforderungen an Personal und Dienstleistungen aus der Sicht der Ingenieurbüros wurde darauf hingewiesen, dass qualifizierte und motivierte Mitarbeiter mit fundiertem Basiswissen benötigt werden, die bereit sein sollten, dieses Wissen im Laufe ihres Berufslebens so zu erweitern, dass komplexe Sachverhalte spartenübergreifend analysiert und vermittelt werden können. Hierfür müssten Hochschulen und spätere Arbeitgeber eng zusammenarbeiten.

Forschungsvorhaben

Was die Themen Forschungsvorhaben zu neuartigen Kanalreinigungssystemen und bedarfsgerechten Spülstrategien anbelangt, zeigten Praxiserfahrungen von Betreibern, dass sich der notwendige Einsatz der HD-Reinigungsfahrzeuge durch geeignete Konzepte deutlich reduzieren lässt. Auch wurden aktuelle Ergebnisse zu einem neuronalen KI-basierten Assistenzsystem in der Kanalzustandsbewertung und Einsatzmöglichkeiten und -grenzen von Sanierungsverfahren für Abwasserdruckleitungen präsentiert.

Weitere Schwerpunkte waren die Qualitätssicherung bei steigenden Baukosten sowie Möglichkeiten der Kanal- und Schachtsanierung durch Reparatur- und Renovierungsverfahren. Dabei wurden sowohl die Regelwerke der DWA als auch die Gütezeichen Kanalbau als Werkzeuge der Qualitätssicherung hervorgehoben. Außerdem verwiesen Experten auf die Notwendigkeit der umfassenden Grundlagenerhebung durch den Planer. Dazu zählten die Sichtung aktueller Videos ebenso wie die digitale Vermessung oder die Baufelderkundung.

Wie sich auch zeigte, sind Messdaten nicht nur bei der Zustandserfassung zur Beurteilung der Integrität der Bauwerke unerlässlich, sondern auch zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und optimierten bzw. risikominimierten Anlagenbetriebes. Anhand von Praxisbeispielen wurden Potenziale von Messkonzepten und Messverfahren ebenso vorgestellt wie internationale Erfahrungen zur Schachtsanierung mittels Linern oder Haltungssanierung durch Harzinjektionen. **DK**

Der Entwässerungsbetrieb in der Coronakrise

Toilettenpapier ist zum Anlagevermögen geworden. Die einen hamstern, die anderen aber sitzen auf dem Trockenen - und greifen zu Küchen-, Papiertaschen- oder Feuchttüchern. Dies stellt bereits die ersten Kläranlagen in Deutschland vor große Probleme, besonders Meldungen aus Baden-Württemberg machten die Runde. Denn im Gegensatz zu Toilettenpapier löst sich das „nassfeste" Papier nicht auf und kann so schnell zu Verstopfungen in Wohnung, Haus oder sogar im Abwassernetz führen.

Die Tücher müssen in den Entwässerungsbetrieben aufwändig aus dem Abwasser gefischt werden; kein leichtes Unterfangen, wenn nur im Notbetrieb gearbeitet werden kann. Der Würzburger Entwässerungsbetrieb unterliegt wie die gesamte Stadtverwaltung ebenfalls dem Notbetrieb.

Die Leiterin des Kanalbetriebs, Christine Neuland, berichtet aber davon, dass der EBW noch gut funktioniert: „Die Abwasserreinigung und -ableitung ist auf jeden Fall ordnungsgemäß und den gesetzlichen Anforderungen entsprechend sichergestellt." Auch die Dienstleistungen der Grundstücksentwässerung werden weiterhin gewährleistet, zwar in reduziertem Umfang und auch nur ohne direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sicherheitsregeln sind bei uns immer ein Thema: Abstand, Hygiene, und unsere Mitarbeiter wissen um die große Verantwortung, die sie tragen." Christine Neuland und Werkleiter Benjamin Schneider können daher auch jetzt auf, wenn auch aufgrund des Shutdowns in reduzierter Anzahl, hoch motivierte und engagierte Mitarbeiter zugreifen. Ein Lob hat Neuland nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EBW, sondern auch für die Würzburgerinnen und Würzburger: „Vermehrte Probleme mit Toilettenpapiersubstituten konnten wir noch nicht feststellen, das freut uns sehr."

Trotzdem ergeht der Appell an die Bevölkerung, auch in Zukunft nicht zu hamstern: „Bitte zwingen Sie unsere Mitbürger nicht durch Verknappung des Toilettenpapiers zu kreativen Hygiene-Ideen. Sonst kommen wir mit dem Minimalbetrieb, den wir stemmen müssen, nicht mehr zurecht und es ergeben sich zusätzliche und vermeidbare Probleme."

Denn wer Toilettenpapier in großen Mengen hamstert, zeigt sich nicht nur den Mitmenschen gegenüber unsolidarisch, sondern sorgt auch dafür, dass Kläranlagen unter Umständen nicht mehr richtig funktionieren und nicht mehr die volle Reinigungsleistung erbracht werden kann. Dies wäre letztlich auch ein Desaster für die Umwelt. ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Stadtwerke Kelheim informieren:

Maßnahmen bei nicht genutzten Trinkwasseranlagen

Aktuell haben viele Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Behörden aber auch Geschäfte, Vereinsheime und Fitnessstudios geschlossen. Damit die Qualität des Trinkwassers auch nach der Wiederinbetriebnahme sichergestellt ist, informieren die Stadtwerke Kelheim darüber, was es nun zu beachten gilt.

„Werden Wasserleitungen längere Zeit nicht genutzt besteht die Möglichkeit, dass sich Stoffe aus Werk- und Betriebsstoffen der Installationsanlagen lösen", so Martin Hirsch, Wassermeister der Stadtwerke Kelheim. „Zudem besteht die Gefahr vor Verkeimung, da sich schädliche Bakterien ansiedeln können."

Wasseraustausch regelmäßig durchführen

Daher ist es wichtig, bei nicht genutzten Gebäuden oder Wohnungen regelmäßig einen Wasseraustausch durchzuführen. Mindestens einmal pro Woche sollten dafür alle Wasserhähne und Entnahmestellen geöffnet werden, um das Wasser durchfließen zu lassen. Werden Gebäude längerfristig nicht genutzt, empfiehlt Martin Hirsch die Anlage mit Wasser befüllt zu belassen und die Hauptabsperrarmatur am Hausanschluss abzusperren. Bei einzelnen Wohnungen ist die Absperrarmatur in der Zuleitung zur Wohnung abzusperren. Bei Wiederinbetriebnahme werden nacheinander die Kalt- und Warmwasserarmaturen für ca. 5 Minuten geöffnet und so ein vollständiger Wasseraustausch durchgeführt.

Exzellente Qualität sicherstellen

Das Kelheimer Trinkwasser hat eine exzellente Qualität. Mit diesen Maßnahmen stellt jeder Einzelne sicher, dass das auch in seinem eigenen Gebäude oder der eigenen Wohnung so bleibt.

Weitere Informationen finden sich zudem auf der Website des deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches www.dvgw.de/wichtige-infos-zu-covid-19). ❐



Die „Armengräber“ auf dem Waldfriedhof in Geretsried, unterhalten von einem privaten Verein. Bild: Svenja Heiter



Das Urnengräberfeld auf dem Friedhof in Gauting, wenn Anonymität vom Verstorbenen gewünscht wird. Bild: Svenja Heiter

Wenn für die letzte Ruhe niemand zahlt

Ordnungsbehördliche Bestattungen und Sozialbestattungen in den Gemeinden

Gastbeitrag: Ingrid Hannemann, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

„Armenbegräbnisse“ werden sie oft genannt, auch „Sozialbestattungen“. Das sind diejenigen Bestattungen, bei denen die Bestattungspflichtigen die Kosten hierfür nicht aufbringen können oder es keinen Bestattungspflichtigen gibt. Mehr als 25.000 Personen jährlich sind in Deutschland bei den Bestattungskosten auf staatliche Hilfe angewiesen. Laut statistischem Landesamt gaben die deutschen Kommunen im Jahr 2017 insgesamt 60 Millionen Euro für diese „Armenbegräbnisse“ aus, davon alleine 6,6 Millionen Euro in Bayern in 2.207 Fällen.

Hat bei der Sozialbestattung der Verstorbene kein Geld für seine Bestattung hinterlassen und sind die bestattungspflichtigen Angehörigen finanziell nicht in der Lage, die Kosten zu übernehmen, können sie einen Kostenübernahmeantrag nach dem SGB XII stellen.

Sozialbestattungen

Bei den Sozialbestattungen sind in erster Linie die Bestatter gefragt und gefordert. Aus ihren vertraglichen Vereinbarungen mit den Hinterbliebenen gehen sie für die Bestattung in Vorleistung, für die Friedhofsgebühren die Gemeinde als Friedhofsträger, die hier nur eine einfache Grabart zur Verfügung stellen wird.

Ordnungsbehördliche Bestattungen

Anders verhält es sich bei den ordnungsbehördlichen Bestattungen, auch diese nehmen zu. Waren diese Bestattungen in den kleineren Gemeinden in Bayern vor 10, 15 Jahren noch kaum bekannt, sind sie jetzt längst nicht mehr ungewöhnlich. Verstorbene, bei denen sich niemand um eine Bestattung kümmert. Verstorbene ohne Angehörige oder Freunde, Nichtsesshafte, Menschen in Obdachlosenunterkünften. Hier hat sich das Ordnungsamt um die Bestattung zu kümmern. Die Verwaltungsmitarbeiter und Bürgermeister stehen jedes Mal vor einem Dilemma. Sie sind gehalten, dem Verstorbenen eine würdige Bestattung zu ermöglichen, aber auch mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umzugehen. Keine leichten Aufgaben. Die Bestattung soll „einfach, kostengünstig, ortsüblich und würdevoll“ sein, es gibt auch hierfür einen Mindeststandard.

Diskussionen um den Mindeststandard

Hier schon beginnen die Diskussionen, was der Mindeststandard ist. Ist im oberbayerischen Raum die ortsübliche Bestattung eine Erdbestattung mit Trauerfeier und einem Grab mit Holzkreuz, kann dies in Oberfranken an der Grenze zu Thüringen schon ganz anders sein.

Stirbt jemand allein in seiner Wohnung, recherchiert zuerst die Polizei, ob es Angehörige gibt. Wird kein Angehöriger innerhalb der Bestattungsfrist von 96 Stunden gefunden oder erklärt ein ermittelter bestattungspflichtiger Angehöriger, sich nicht kümmern zu wollen, muss die Gemeinde in Vorleistung gehen und die Bestattung beauftragen.

Parallel zur Angehörigensuche versucht das Ordnungsamt herauszufinden, ob ein letzter Wille zur Beerdigung existiert. Nachbarn, Notare und Amtsgerichte werden befragt, im Internet wird recherchiert. Werden Angehörige gefunden, geht oftmals der Ärger erst richtig los. Denn sie müssen zahlen und das stößt oftmals auf großes Unverständnis.

Bestattungspflichtige Angehörige

Oft auch verständlich, so wie in den Fällen von bestattungspflichtigen Kindern, deren Elternteil sich niemals um sie gekümmert hat. Oder die bestattungspflichtige Tochter, die vom eigenen Vater missbraucht wurde und jetzt für seine Bestattung zu zahlen hat. Es gibt wenige Gründe, die Kosten für die Bestattung nicht tragen zu müssen. Auch die Nichtannahme eines Erbes befreit nicht von der Bestattungspflicht.

Zahlen muss aber, wer bestattungspflichtig ist. Das sind die Ehegatten oder Lebenspartner, Kinder, Eltern, Großeltern, Enkelkinder, Geschwister und in Bayern zusätzlich noch die Kinder der Geschwister des Verstorbenen sowie Verschwägerte ersten Grades. Andere Bundesländer haben den Kreis der Bestattungspflichtigen sogar noch erweitert. Die Gemeinde hat über die Kostentragungspflicht einen rechtsmittelfähigen Bescheid zu erlassen und die Bestattungspflicht zu begründen. Auch wenn § 15 Satz der BestV in Bayern bestimmt, dass bei der Verpflichtung der Angehörigen diese Reihenfolge nur eingehalten werden „soll“, ist dringend dazu zu raten. Innerhalb der Angehörigengruppe bestehen die Verpflichtungen gleichrangig.

Postmortale Persönlichkeitsrechte

Nach wie vor Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen ist die Frage, ob die Behörde die kostengünstigste Form der Bestattung wählen darf. Abenteuerliche juristische Argumentationen versuchen hier, den mutmaßlichen Willen eines Verstorbenen zu begründen. Ist es unstreitig, dass die Leiche nicht an ein anatomisches Institut übergeben werden darf, so dürfte das auch für die anonyme Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab gelten. Das postmortale Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen gestattet die Wahl dieser Bestattungsform nur dann, wenn der Verstorbene sie zu Lebzeiten ausdrücklich gewünscht hat.

Beispiel Geretsried

Dass „Armenbegräbnisse“ einfach, aber doch würdevoll sein können und die Namen dieser Verstorbenen nicht in Vergessenheit geraten müssen, zeigt ein Gang über den Friedhof in Geretsried. Auch wenn sich hier ein Verein um die Gräber kümmert, für die Grabnutzungsrechte ist immer die Gemeinde zuständig. ❐

Garten- und Landschaftsbau:

Grüne Infrastruktur ist systemrelevant

Die derzeitigen Regelungen, wonach physische und soziale Kontakte zu anderen Menschen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstands auf ein absolutes Minimum zu reduzieren seien und ein Mindestabstand zwischen zwei Personen von eineinhalb Metern wo immer möglich eingehalten werden solle, gelten auch für die Baustellen des GaLaBaus.

Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. (VGL Bayern), zieht für seine Branche eine erste Zwischenbilanz: „Unsere Baustellen, sowohl für kommunale wie für private Auftraggeber, liegen zum überwiegenden Teil im Freien, der Weiterbetrieb kann durch verschiedene organisatorische Maßnahmen sichergestellt werden. Unsere Betriebe haben Verhaltens- und Hygieneregelungen getroffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie Kunden größtmöglichen Schutz vor einer Ansteckung beziehungsweise Verbreitung des Virus ermöglichen. Der Garten- und Landschaftsbau reagiert sensibel und verantwortungsvoll auf die Situation.“

Bauarbeiten trotz Ausgangsbeschränkungen

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat zur Frage des Gesundheitsschutzes an Baustellen des Bundes ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese „möglichst weiter betrieben, beziehungsweise Baumaßnahmen erst eingestellt werden sollten, wenn behördliche Maßnahmen dazu zwingen oder aufgrund behördlicher Maßnahmen ein sinnvoller Weiterbetrieb nicht möglich ist …“. Die derzeitige Regelung garantiert ebenfalls in Bayern die freie Ausübung beruflicher Tätigkeiten im Baubereich. Demnach betont Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr: „Bauarbeiten dürfen im Freistaat trotz Ausgangsbeschränkungen fortgeführt werden. Gerade in der derzeit schwierigen Lage ist es wichtig, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft sicherzustellen und notwendige Baumaßnahmen fortzuführen.“ Es gäbe daher derzeit keinen Grund, laufende Baumaßnahmen einzustellen. Dementsprechend kündigte die Ministerin vor diesem Hintergrund die Fortsetzung der staatlichen Baumaßnahmen an. Als verlässlicher Aufraggeber sichere der Freistaat damit das wirtschaftliche Überleben tausender vorwiegend mittelständischer Unternehmen aus dem Baugewerbe und damit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

Dies ist nach Einschätzung des VGL Bayern die richtige Leitlinie für den Umgang mit der Krise auch in grünen Bauprojekten auf privater, kommunaler und Landesebene. „Der Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber ebenso für die Auftraggeber und Dritte hat selbstverständlich höchste Priorität. Öffentliche und private Auftraggeber können sich auf die Unternehmen des GaLa-Baus verlassen“, betont Gerhard Zäh. Gerade jetzt zeige sich, welche Bedeutung die grüne Infrastruktur vor



Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. Bild: VGL Bayern.

Ort habe, damit die Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld Räume nutzen können, die jenseits der eigenen vier Wände dringend notwendigen Ausgleich ermöglichen. „Deshalb ist es wichtig, dass laufende Projekte weiterbetrieben und geplante Investitionen in die grüne Infrastruktur vorangetrieben werden.“

Ohne die derzeitige akute Bedrohung durch die Corona-Krise zu vernachlässigen, verweist der bayerische Verband auf andere drängende Probleme, zu denen auch die Folgen des Klimawandels und das Artensterben gehören. „Die öffentliche Hand kann wesentlich dazu beitragen, dass Zukunftsinvestitionen tatsächlich Lenkungswirkung in gesellschaftlich relevante Bereiche haben“, so Zäh. Ebenso wie private Bauherren mit der Gestaltung des Außenbereichs ihrer Häuser ein Zeichen setzen für ihre Haltung zu Natur und Umwelt sei es auch im öffentlichen Bereich angezeigt, Räume zu schaffen, die Lebensqualität und Wohlbefinden der Bürger steigern. Mit Blick auf die zwei Hitzesommer 2018 und 2019 erinnert der Verband an die Wohlfahrtswirkung öffentlicher Grünflächen von Parks über Straßenbegleitgrün bis hin zur Gebäudebegrünung. „Investitionen in die grüne Infrastruktur sind sichtbare Zeichen für Vertrauen in die Zukunft und die beste Vorsorge für kommende Belastungen unserer Städte und Gemeinden“, erläutert der bayerische Verbandspräsident. Demnach seien auch beim Thema Klimaschutz und insbesondere zur Erreichung der Klimaziele ordnungsrechtliche Maßnahmen gefragt. Hieran knüpft der Präsident an und appelliert: „Aufschieben löst keine Probleme, Städte und Gemeinden müssen gerade jetzt zukunftsgerichtet agieren und mit gutem Beispiel vorangehen.“ Gerade jetzt in der Krise gelte es, Zuversicht zu zeigen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. ❐



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KUBUS®
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Kommunalabgaben
- Friedhofsgebühren
- Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- Kur- und Fremdenverkehrsbeiträge
- Feuerwehrgebühren
- Energieausschreibung Strom- und Gas
- Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Grün in der Stadt

Positionspapier des Deutschen Städtetags

Das Präsidium des Deutschen Städtetags hat das Positionspapier „Grün in der Stadt“ vorgelegt. Es soll Anregungen und Hinweise für die vielfältigen Aspekte zur Fortentwicklung des städtischen Grüns geben. Zugleich soll die Diskussion vor Ort über das städtische Grün erleichtert und ein Orientierungsrahmen gegeben werden. Zudem werden Handlungserfordernisse des Bundes und der Länder skizziert.

Für die deutschen Städte haben die innerstädtischen Grün- und Freiflächen in Verbindung mit der umgebenden jeweiligen regionaltypischen Kulturlandschaft eine hohe Bedeutung und sind ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie erfüllen für die Stadt und ihre Bewohner wichtige soziale, gesundheitliche, ökologische, klimatische und ökonomische Funktionen. Die Stadt wird darüber hinaus heute mehr denn je über die Grün- und Freiräume wahrgenommen. Für Bewohner sind sie Orte der Begegnung, der Erholung und der Kommunikation. Gleichzeitig prägen neben Architektur und Hochbau zunehmend die öffentlichen Räume der Städte mit Ihren qualitativ hochwertigen Grün- und Freiflächen die Attraktivität der Stadt für Besucher und Touristen.

Herausforderungen für wachsende Städte

Die Entwicklung, Ausgestaltung und Pflege der urbanen grünen Infrastruktur muss gemeinsam im Zusammenhang mit anderen Belangen betrachtet werden. Insbesondere die wachsenden Städte stehen hierbei vor großen Herausforderungen. Vordringlichstes Ziel der baulichen Entwicklung ist hier laut Deutschem Städtetag die doppelte Innenentwicklung, d.h. die gleichzeitige Entwicklung von Bau- und Grünflächen durch intelligente, integrierte Lösungen.

Der insbesondere in vielen Mittel- und Großstädten anhaltende Zuzug von Menschen, die weiterhin hohe Nachfrage nach zentrumsnahen Wohnstandorten sowie die Unvereinbarkeit unterschiedlicher Funktionen verschärft die Nutzungskonkurrenzen und muss vor Ort gemeinsam mit den Akteuren angegangen werden. Dies erfordert auch ein intensives, interdisziplinäres Zusammenwirken verschiedener Verwaltungsbereiche von Stadtentwicklungs-, Stadtplanungs-, Tiefbau-, Verkehrsplanungs-, Liegenschafts- sowie Umwelt- und Grünflächenämtern sowie auch mit kommunalen Unternehmen.

Die Anforderungen an die urbane grüne Infrastruktur steigen kontinuierlich, weshalb aus Sicht des Deutschen Städtetags eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Erfüllung der hiermit verbundenen Aufgaben unerlässlich ist. Die weiter steigenden Anforderungen und wachsenden Nutzungsansprüche verlangen dringend steigende Investitionen in den Grünbestand und dessen Entwicklung.

Soll das urbane Grün als prägendes Element der Städte und wichtiger Teil der Baukultur mit seinen vielfältigen Funktionen für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne der Leipzig Charta erhalten bleiben und entwickelt werden, bedarf es künftig größerer Investitionen. Das Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“ bildet hierfür eine gute Grundlage, kann aber nicht eine auskömmliche Finanzierung der Frei- und Grünflächenplanung ersetzen. Zudem eignet sich die Städtebauförderung nicht für die Finanzierung der mittel- bis langfristigen Lebenszykluskosten, wie Kosten für die Steuerung des Betriebs und der Instandhaltung.

Ziel muss es nach Ansicht des Kommunalverbandes sein, zur Steigerung der Lebens- und Wohnqualität, zur Verbesserung des Stadtklimas und der Umweltgerechtigkeit sowie zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der Naturerfahrung beizutragen. Eine eigenständige, sektorale Förderung des urbanen Grüns – unabhängig vom derzeitigen Programm „Zukunft Stadtgrün“ – ist daher dringend angeraten.

Förderprogramm für die urbane grüne Infrastruktur

Laut Städtetag sollte ein eigenständiges Programm zur Förderung der urbanen grünen Infrastruktur durch Finanzhilfen des Bundes und der Länder eingerichtet werden. So sollte u.a. bei entsprechenden Programmen die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu Kleingartenparks erwähnt werden, um für die Handelnden vor Ort Rechtssicherheit zu schaffen und gleichzeitig dieses erhebliche Flächenpotenzial ins Bewusstsein der Politik zurückzuholen. Für die gesamtstädtische Struktur und Funktion der grünen Infrastruktur hätten Flächen des Bundes, insbesondere aufgelassene Bahnflächen und Bundesliegenschaften, häufig eine herausragende Bedeutung. Der Bund sei daher aufgefordert, diese Flächen den Städten zur Stärkung und Entwicklung von öffentlichen Nutzungen zu angemessenen Bodenpreisen zur Verfügung zu stellen.

Bei der Gestaltung des Stadtgrüns sind die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Generationen zu berücksichtigen und zusammen mit den Bürgern zu entwickeln. Aufgrund einer verstärkten baulichen Innenverdichtung sind qualitätsvolle, barrierefreie, fußläufig erreichbare und verkehrssichere Grün- und Freiräume mit einer multifunktionalen Nutzung herzustellen, zu vernetzen und nachhaltig zu unterhalten. Dies ist besonders für weniger mobile Menschen und für eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung wichtig.

Der Deutsche Städtetag weist darauf hin, dass das Angebot öffentlicher Nutzgärten die gesellschaftliche Teilhabe und Inanspruchnahme von öffentlichem Raum stärken kann. Dabei wird dem häufig geäußerten Wunsch nach Eigenproduktion von gesundem Gemüse und einer sozial-kreativen Komponente entsprochen, die natürlich auch zur Stadtteilidentität beitragen kann.

Soziale Bedeutung von Kleingartenanlagen

Von besonderer sozialer Bedeutung sind Kleingartenanlagen. Sie befriedigen das Bedürfnis nach Aufenthalt in der Natur und sind wichtige Orte zur gesunden Entwicklung und Integration unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen. Die Anlagen sollten als wichtiger Bestandteil der grünen Infrastruktur auch zugängliche und öffentlich nutzbare Flächen integrieren und sind beispielsweise als Kleingartenparks miteinander zu vernetzen. Dies beinhaltet auch eine verstärkte Öffnung für aktuelle Trends wie Gemeinschaftsgärten oder Urban-Gardening-Projekte sowie niedrigschwellige Angebote für Interessenten in benachbarten Wohngebieten. **DK**



Fahrradfahrer im toten Winkel. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Abbiegeassistent von Henne Nutzfahrzeuge:

Mehr Sicherheit für den Fuhrpark

Denkbar einfach können Unfälle und Gefahrensituationen im Fuhrpark-Betrieb nunmehr reduziert werden: Mit dem förderfähigen Abbiegeassistenzsystem von Henne Nutzfahrzeuge wird jedes Nutzfahrzeug sicherer und schützt schwächere Verkehrsteilnehmer beim Rechtsabbiegen.

Ein Radarsensor erfasst Radfahrer und andere Fahrzeuge – und das auch bei Nacht, Schnee oder Nebel. Durch das an der A-Säule montierte Display wird der Fahrer über eventuelle Gefahren neben dem Fahrzeug optisch und akustisch gewarnt. Das intelligente Radarsystem erfasst Objekte im toten Winkel des Fahrzeugs auf einer Fläche von ungefähr 12 Metern Länge und einer Breite von 3 Metern. Der Sensor ist besonders unempfindlich gegenüber Umwelteinflüssen wie Lichtverhältnissen oder Verschmutzungen.

Das Besondere an diesem System ist, dass es universell bei verschiedensten Nutzfahrzeugen nachgerüstet werden kann, unabhängig vom Baujahr oder sonstiger technischer Ausstattung. Damit ist eine kompakte „Stand-alone“ Lösung garantiert.

Abbiegeassistenzsysteme

Für Neufahrzeuge ist der Einbau von Abbiegeassistenzsystemen ab 2024 verpflichtend, für Bestandsfahrzeuge gilt dies derzeit nicht. Über einen eigenen AAS als Ausstattungsmöglichkeit verfügen bereits Econic Neufahrzeuge. Technisch gesehen ist der Einbau bei allen Fahrzeugen möglich - entweder über CAN-Bus oder eine GPS-Variante.

Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 2.850 Euro. Gefördert werden nur Nutzfahrzeuge über 3,5 Tonnen. Dabei beträgt die staatliche Förderung bis zu 1.500 Euro.

Henne übernimmt den Einbau, die Kalibrierung und Inbetriebnahme und die TÜV-Eintragung des Assistenzsystems sowie die Abwicklung der Förderung. Laut Angaben des Unternehmens wird der Fördertopf am 4. Mai 2020 um 9 Uhr geöffnet und innerhalb kürzester Zeit leer sein. „Wir werden ab dem Start versuchen, gesammelte Förderanträge unserer Kunden einzureichen“, bekräftigt Henne Nutzfahrzeuge.

Für weitere Informationen: https://www.youtube.com/watch?v=nYLr51N10bs **DK**



Unscheinbarer Abbiegeassistent-Sensor mit großer Wirkung. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

IFAT 2020 fällt aus

Umfrage unter Ausstellern zeigt klares Meinungsbild der Branche

Nächste IFAT in München: 30. Mai bis 3. Juni 2022

Die Covid 19-Pandemie hat massive Auswirkungen auch auf die internationale Umwelttechnologiebranche. In Abstimmung mit dem Executive Board des Ausstellerbeirats und den ideellen Trägern der IFAT hat die Messe München unter den IFAT-Ausstellern eine Umfrage durchgeführt. Ihr zufolge spricht sich der Großteil der Aussteller gegen eine Durchführung der IFAT vom 7. bis 11. September 2020 aus. Nach diesem Branchen-Feedback wäre eine IFAT zum geplanten Zeitpunkt nicht nur für die Messe München, sondern auch für die Messeteilnehmer unzumutbar.

Hinzu kommt, dass nach den jüngsten Ankündigungen Großveranstaltungen bis Ende August 2020 nicht durchgeführt werden dürfen. Um allen Kunden eine größtmögliche Planungssicherheit zu gewährleisten, wird die IFAT 2020 in enger Abstimmung mit dem Executive Board des Ausstellerbeirats nicht stattfinden.

Unvorhersehbare Gegebenheiten

„Eine sichere und erfolgreiche IFAT 2020 für alle Beteiligten, das war unser wichtigstes Anliegen. Leider erweist sich diese Zielsetzung auch beim neuen Termin aufgrund der weiterhin nicht vorhersehbaren Gegebenheiten als nicht mehr realisierbar“, erklärt Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München.

IFAT erst wieder 2022

Die Messe war bereits von Mai auf September verschoben worden. „Wir sagen deshalb schweren Herzens auch den Alternativtermin ab. Die nächste reguläre IFAT findet vom 30. Mai bis 3. Juni 2022 statt“, sagt Rummel. Die Messe München und das IFAT-Team verstehen sich dabei auch in dieser bewegten Zeit als Partner der Branche: „Wir werden unsere Plattform weiterentwickeln und digital ergänzen, um der Umweltbranche wieder neuen Schwung zu geben – am Heimatstandort München und auch international.“

Klares Meinungsbild der Branche

Die Entscheidung gründet auf einem intensiven persönlichen Austausch mit den Industrieverbänden, Partnern und mit zahlreichen Ausstellern aus allen Segmenten der IFAT. Dazu hat eine aktuelle Umfrage das Meinungsbild bestätigt. Die Umfrage wurde in der Woche nach Ostern unter allen angemeldeten Ausstellern der IFAT online durchgeführt, teilgenommen haben 1.933 internationale Ausstellervertreter. 64 Prozent gaben an, dass sie die Durchführung der IFAT im September 2020 wegen der Coronakrise nicht vertretbar halten (737 Befragte) oder sie aufgrund geringer Erwartungen an den Messeerfolg gerne pausieren würden (507 Befragte). 85 Prozent der Befragten rechnen frühestens ab der ersten Jahreshälfte 2021 mit einer wirtschaftlichen Erholung der Umwelttechnologiebranche.

Weitere Informationen finden Sie auf www.ifat.de. ❒

Borkenkäfer:

Sturmschäden zügig aufarbeiten

Trotz Ausgangsbeschränkungen sind Waldarbeiten zulässig

Auch in der derzeit von der Coronavirus-Pandemie dominierten Situation können und sollten die notwendigen Waldarbeiten durchgeführt werden. Darauf hat Forstministerin Michaela Kaniber hingewiesen.

„Um künftige Schäden in unseren Wäldern durch den Borkenkäfer möglichst gering zu halten, sollten Bayerns Waldbesitzer für eine rasche Aufarbeitung frisch geschädigter Fichten sorgen, wie sie etwa durch Sturmtief Sabine im Februar entstanden sind“, sagte Kaniber. Denn aufgrund der Trockenheit und Dürre der vergangenen zwei Jahre und der hohen Ausgangspopulation aus dem Vorjahr sei heuer wieder mit einem starken Borkenkäferbefall zu rechnen. Zudem müssten sich alle Beteiligten gemeinsam darum bemühen, ausreichend Lagerkapazitäten für ein hohes Käferholzaufkommen in den kommenden Monaten zu schaffen. „Ich bitte besonders die Waldbesitzervereinigungen, verstärkt Sammellagerplätze für Ihre Mitglieder zu organisieren, um bei stockender Abnahme der Sägewerke Holz zwischenlagern zu können. Finanzielle und beratende Hilfe vom Staat gibt es dazu bereits. Die Landkreise und Kommunen bitte ich um ihre planungsrechtliche und organisatorische Unterstützung in dieser für unsere Waldbesitzer sehr schwierigen Zeit“, sagte die Ministerin.

Arbeitssicherheit und Infektionsschutz

Bei den Waldarbeiten müssen allerdings nicht nur die notwendigen Vorschriften zur Arbeitssicherheit, sondern auch die des Infektionsschutzes beachtet werden. Danach sollten die Kontakte zu anderen Menschen auf ein Minimum reduziert werden. Der Abstand zu anderen muss mindestens 1,5 Meter betragen. Waldarbeit ist gefährlich. Aus Sicherheitsgründen ist daher die Alleinarbeit mit der Motorsäge im Wald unzulässig. Im Interesse aller sind die Waldbesitzer angehalten, nur mit sicheren Techniken wie Forstseilwinde, Harvester und geschultem Personal zu arbeiten. Die regelmäßige Befallskontrolle ist dagegen alleine möglich und für eine rechtzeitige Bekämpfung unerlässlich. Denn die Massenvermehrung von Borkenkäfern führt zu erheblichen Schäden. Bäume, unter deren Rinde die Käfer überwintert haben, sowie frisches Brutmaterial müssen nach der Aufarbeitung am besten unmittelbar abgefahren, entrindet, gehackt oder mit einem Mindestabstand von etwa 500 m zum nächsten Fichtenbestand gelagert werden.

Finanzielle Unterstützung

Die bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer erhalten in diesem Jahr eine bisher nie dagewesene finanzielle Unterstützung bei der Beseitigung von Waldschäden und beim Waldumbau. So werde die insektizidfreie Borkenkäferbekämpfung mit bis zu zwölf Euro je Festmeter und im Schutzwald mit bis zu 30 Euro je Festmeter unterstützt. Auch die Fördersätze von Wiederaufforstungen nach Borkenkäferschäden und Pflanzungen für den Waldumbau sind seit Februar mehr als verdoppelt worden.

Aktuelle Infos zur aktuellen Borkenkäfergefahr gibt es im Internet unter www.borkenkaefer.org. Tipps zur Arbeitssicherheit bei der Waldarbeit finden sich unter www.svlfg.de/forst und unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de.

Einzelheiten zu den Fördervoraussetzungen sind im Waldbesitzerportal unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de/foerderung zu finden. Zur aktuellen Situation der Land- und Forstwirtschaft in Zusammenhang mit dem Coronavirus gibt es auf der Homepage des Landwirtschaftsministeriums (www.stmelf.bayern.de/coronavirus) Antworten auf häufig gestellte Fragen. ❒

Landkreis bezuschusst Schulgärten

Der Landkreis Pfaffenhofen fördert ab sofort Schulgärten. Antragsberechtigt sind Schulen, für die der Landkreis im Rahmen des Sachaufwands zuständig ist. Das sind Gymnasien, Realschulen, Berufs- und Landwirtschaftsschule sowie FOS und BOS. Förderfähig sind Maßnahmen zum Erhalt, der Pflege und (Weiter-) Entwicklung von Schulgärten. Je Einzelprojekt können bis zu 300,- € beantragt werden, die Förderung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

„Wir möchten Schulgärten als wertvolle Lernorte fördern, die Einblicke in ökologische Zusammenhänge und regionale Lebensmittelerzeugung, in Pflanzen- und Tierwelt vermitteln und zu einem bewussteren Umgang mit den natürlichen Ressourcen beitragen. Biodiversität soll greifbar gemacht werden – und der Blick für die Schönheit und Vielfalt der Natur geprägt werden“, so der bisherige Landrat Martin Wolf.

Durch das Programm werden projektbezogene Materialien, Saat- und Pflanzgut, Gartenwerkzeuge etc. sowie die Einbeziehung fachkundiger, außerschulischer Partner aus den örtlichen Vereinen gefördert, um die Schulgartenverantwortlichen zu unterstützen und die Arbeit in den Schulgärten zu intensivieren und zu verstetigen. Kontakt für interessierte Schulen und Lehrkräfte: doris.rottler@landratsamt-paf.de ❒



Mercedes-Benz Unimog U218; Stark im Grünen: Dank Frontzapfwelle, drei Differenzialsperren und permanentem Allradantrieb entpuppt sich der U 218 als Tausendsassa. Bild: media.daimler.com

Bereicherung für den kommunalen Fuhrpark:

Im kommunalen Einsatz punktet Unimog das ganze Jahr über

Quattro Stagioni – die meisten denken sicher direkt an Pizza. Doch gleich vier Jahreszeiten in einem Gesamtpaket, das kann auch der Unimog. Der Spezialist für kommunale Aufgaben lässt sich das ganze Jahr über hervorragend auslasten. Mähen, Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren: Die To-do-Listen von Städten und Gemeinden sind lang, können mit dem Unimog aber schnell und effizient abgearbeitet werden. So zum Beispiel auch in Salzburg.

Es gibt immer was zu tun – oft geplant, manchmal auch spontan. In der Sommerhitze genauso wie bei Eis und Schnee. Da braucht es vielseitige Helfer im Fuhrpark, mit denen sich verschiedenste Jobs erledigen lassen. Eine Aufgabenstellung, wie gemacht für den Unimog Geräteträger. Der Alleskönner punktet mit standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen für eine Vielzahl von An- und Aufbaugeräten. Rahmenanbaupunkte, Anbaubeschläge an den Seiten und am Heck sowie Kugelpunkte am Pritschenzwischenrahmen machen den Gerätewechsel schnell und einfach. So kann das Fahrzeug auch kurzfristig auf aktuelle Anforderungen umgebaut werden, beispielsweise bei plötzlichem Wintereinbruch.

Manövrieren auf engstem Raum

Das kurze Vorbaumaß, die niedrige Gesamthöhe und die geringe Breite machen den Unimog besonders wendig. Mit Radständen von 2,80 bis 3,90 m bringt der Unimog seine Kraft nicht nur auf die Straße, sondern auch in jeden Winkel. Durch die optional erhältliche Allradlenkung kann die Wendigkeit noch weiter gesteigert werden. Das kompakteste Modell Unimog U 219 bietet mit einem Wendekreis von lediglich 12,6 m hohe Geräteträgerkompetenz auf engstem Raum.

Kurze Standzeiten, lange Serviceintervalle

Dank der vielfältigen An- und Aufbaulösungen kann der Unimog an jedem Tag des Jahres effizient eingesetzt werden. Das reduziert Standzeiten und spart somit bares Geld. Außerdem sind die modernen Euro-VI-Motoren der neuesten Unimog Generation besonders sparend im Verbrauch. Und auch beim Service schneidet der Unimog günstiger ab als vergleichbare Fahrzeuge, da er trotz komplexer Technik in der Regel nur niedrige Wartungskosten verursacht.

Für Bauhofleiter und Fahrer

Effizienz liegt dem Unimog in den Genen. Aber auch in Sachen Komfort und Ergonomie setzt der Mercedes-Benz Alleskönner hohe Standards. Das Fahrerhaus des Unimog ist besonders ergonomisch gestaltet, alle Fahrzeug- und Gerätefunktionen sind intuitiv bedienbar. Dank des niedrigen Vorbaumaßes haben Fahrer eine exzellente Sicht durch die Frontscheibe und auf mögliche Anbaugeräte.

Dazu kommen weitere Technologie-Highlights: Die Wechsellenkung VarioPilot® erlaubt in kürzester Zeit ein Verschieben des Lenkrads und der gesamten Pedalerie von der linken auf die rechte Seite. In Kombination mit der optional erhältlichen, verglasten Mähtür ist die ideale Sicht auf die Arbeitsgeräte beispielsweise auch beim Einsatz in der Bankettpflege gewährleistet. Der synergetische Fahrantrieb EasyDrive ermöglicht einen unterbrechungsfreien Wechsel zwischen effizientem Fahren und stufenlosem Arbeiten. Die kraftvolle Arbeits- und Leistungshydraulik VarioPower® spart gegenüber externen Diesel-Antrieben oder Aufsteckpumpen Raum, Gewicht und Kraftstoff.

Für Fuhrparkmanager, Finanzverantwortliche und Fahrer: Der Unimog Geräteträger bietet ein überzeugendes Paket aus Flexibilität, Wirtschaftlichkeit und Komfort. Ein wertvoller Partner im Alltag! ❐

Unimog-Video im Internet

Das Video, das den Unimog im Ganzjahreseinsatz für die Stadt Salzburg zeigt, kann hier abgerufen werden: https://mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/kommunal/quattro-stagioni.html

REFORM Metron P48 RC:

Hybrid. Fahrerlos. Revolutionär.

Mit dem Metron P48 RC setzt REFORM einen wichtigen Schritt in die Arbeitsweise der Zukunft. Anforderung an die Entwicklung war ein Fahrzeugkonzept, das wendig, kompakt in den Abmessungen, extrem steigungsfähig, bodenschonend, multifunktionell und vor allem emissionsarm ist. Ganz schön viel, für doch so ein kleines Fahrzeug! Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Der funkferngesteuerte Geräteträger verfügt über einen echten Plug-in Hybridantrieb. Vier gleich große Räder werden mit extrem leistungsstarken, bürstenlosen Elektromotoren betrieben. Seine Energie bezieht der Metron über ein, im Fahrzeugheck verbautes Batteriepaket. Selbst die Zapfwelle lässt sich vollelektrisch betreiben und das bei einer Leistung von rund 35kW. Sollte sich die Batteriekapazität nach einem langen Arbeitstag dem Ende neigen, kann sehr bedienungsfreundlich und einfach ein 48PS starker Vierzylinder Benzinmotor hinzugeschalten werden. Dieser erzeugt mittels angeflanschtem Stromgenerator die notwendige Energie, um alle elektrischen Verbraucher zu versorgen und darüber hinaus, die Batterien wieder aufzuladen. Mittels externen Ladegeräts, lassen sich die Batterien in rund 45 Minuten wieder voll aufladen.

Strom statt Öl

In puncto Anbaugeräte hat REFORM mit dem Metron ein weiteres Ass im Ärmel. Man setzt hier auf standardisierte Anbaupunkte. So existieren ein Dreipunkt Front- und Heckhubwerk Kat.1, sowie ein dritter Anbauraum an der Fahrzeugoberseite. Die Hubwerke sind hydrauliklos, das heißt vollelektrisch in Form von Spindelmotoren ausgeführt. Auch die Lenkbewegungen des Fahrzeugs werden durch dieses Konzept realisiert. Dies ermöglicht den Nutzern auch das Befahren bzw. Bearbeiten von Arealen und Flächen, in denen Hydrauliköl tabu ist!



Metron-P48-RC-Müthing-Mulcher. Bei Beutlhauser Kommunaltechnik ist man begeistert vom funkferngesteuerten Geräteträger und steht gern als Ansprechpartner für den Bezug zur Verfügung. Bild: Beutlhauser

Vorserie bringt Staunen

Mit der Abstellung von neun Vorseriengeräten ist REFORM derzeit international auf Messen, Vorführungen und Leistungsshows unterwegs. Ausgestattet mit einem 1,80 m Sichelmähwerk, einem 1,60 m breiten Mulcher oder auch einer Kehrbürste, sorgt der Metron für begeisterte Zuschauer in aller Welt. Besonders überzeugt die Tatsache, dass der Geräteträger in schwierigsten Geländebedingungen eine Top-Performance liefert und das bei 100% elektrischem, somit emissionslosen Betrieb!

Räder und Reifen

Mit unterschiedlichen Bereifungsarten ist man jedem Untergrund und jeder Steigung gewachsen, selbst bei Regen! Das geringe Gewicht, eine automatische Schlupfregelung, ein elektronisch geregeltes Differenzial und ein Pendelgelenk, sorgen dafür, dass Vorder- und Hinterwagen stets Bodenhaftung haben und die Grasnarbe maximal schonen.

Die Serienfertigung im Werk in Wels begann im Frühjahr 2020 und schon jetzt gibt es viele, interessante Möglichkeiten, sich selbst von diesem einzigartigen Fahrzeugkonzept zu überzeugen. ❐



Doppelte Auszeichnung für Kommunalstandort Hengersberg

Ende 2019 gab es in doppelter Hinsicht am Kommunalstandort Hengersberg der Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG etwas zu feiern. Die Niederlassung wurde nicht nur von der KFZ-Innung Niederbayern als „TOP-Ausbilder 2019“ ausgezeichnet, sondern auch Paul Bauer, ehemaliger Beutlhauser Auszubildender wurde für seine hervorragenden Leistungen bei der Gesellenprüfung im Kraftfahrzeug-Techniker Handwerk ausgezeichnet.

Paul Bauer begann seine Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker mit Schwerpunkt Nutzfahrzeugtechnik im September 2016 und in den 3,5 Jahren Ausbildungszeit wurde er täglich aufs Neue gefordert. Nutzfahrzeuge sind Multitalente mit vielseitigen Lösungen für die Anforderungen bei Mäheinsätzen, Winterdienst, Reinigung, Transport, Lade- und Umschlagsarbeiten. Vom Mercedes Benz Unimog bis zum Klein- und Elektrofahrzeug müssen alle Fahrzeuge das ganze Jahr über mobil gehalten werden. Von der Reparatur über die Wartung bis hin zu gesetzlichen Prüfungen, werden in den Werkstätten an den Kommunalstandorten in Bayern und Thüringen alle regelmäßigen und unregelmäßigen Arbeiten übernommen.

Nach seinem erfolgreichen Abschluss arbeitet Paul Bauer als Servicetechniker weiterhin am Standort Hengersberg.

Die Ausbildung zum KFZ-Mechatroniker (m/w/d) für Nutzfahrzeugtechnik wird an weiteren Kommunalstandorten der Beutlhauser-Gruppe in Hagelstadt, Weimar, Neustadt/Orla und Kulmbach angeboten.

Weitere Infos unter www.beutlhauser.de/karriere/ausbildung ❐



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6.
Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mäheinsätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähausleger, der innovative Fahrantrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.

Profitieren Sie mit unter
mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Archäologische Entdeckungen von Weltrang

Heimatpfleger-Treffen in Essenbach – Dr. Robert Graf und Stefan Rieder referierten

Auf dem Gebiet der Marktgemeinde Essenbach sind archäologische Funde gemacht worden, die in der Wissenschaft weltweit Berühmtheit erlangt haben – und man darf gespannt sein, was die Forschungen von international renommierten Experten noch alles erbringen werden: Dies legte der Archäologe Dr. Robert Graf vor zahlreichen Zuhörern beim 15. Heimatpfleger-Treffen im Heimatmuseum dar, zu dem Monika Weigl, Kreisheimatpflegerin für Archäologie, eingeladen hatte.

Erster Bürgermeister Dieter Neubauer sowie der Kreisheimatpfleger und Marktrat Stefan Rieder brachten ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass sich so viele engagierte Heimatforscher zu Gedankenaustausch und Diskussionen unter Gleichgesinnten eingefunden hatten. Kreisheimatpflegerin Monika Weigl dankte der Marktgemeinde Essenbach, dass sie ihr Museum für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stellt.

Oktoberfest, Bayern München und Altheimer Kultur

Sie hielt auf dem 15. Treffen dieser Art eine kurze Rückschau auf die jahrzehntelange Arbeit von Heimatforschern von Ergoldsbach bis Vilsbiburg (sie selbst ist seit gut 35 Jahren in der Archäologie tätig): Von Ortsforschern über Archiv- und Familienforscher, Sammler von Lebensläufen und Sterbebildern bis zu Volksmusik-Bewahrern reiche das Spektrum engagierter Geschichtsfreunde, die sich bei solchen Treffen austauschten, sagte Weigl.

Weltweiter Bekanntheitsgrad

Funde, die in Essenbach gemacht wurden, sind bei Fachleuten und bei Geschichtsfreunden buchstäblich weltweit bekannt, erläuterte der Archäologe Dr. Robert Graf, der Projektmanager des geplanten Essenbacher Archäologie-Museums: Wenn man etwa geschichtlich gebildete Südkoreaner frage, was sie mit Bayern verbinden, erhalte man drei Begriffe als Antwort. Das seien das Oktoberfest, der Fußballklub Bayern München – und die Altheimer Kultur, erklärte der Archäologe, der unter anderem Lehraufträge an den Universitäten von Madrid, Manchester und Seoul (Südkorea) hat. Hierzulande sei die Fundstätte und die ganze Kultur-Epoche, der sie den Namen gab (Altheimer Kultur, etwa 3800 bis 3200 vor Christus), dagegen weitgehend unbekannt.

Erdwerk, Bronzezeit-Fürst und Römer-Gutshöfe

Das künftige Essenbacher Archäologie-Museum wird zugleich als „Kulturhistorisches Vermittlungs-Zentrum“ konzipiert, führte Graf mit Hinweis auf die zentrale Rolle aus, die dem Museum durch den britischen Experten Dr. Nigel Mills zugedacht worden ist, der ein Museumskonzept für den Landkreis erarbeitet hat. Schwerpunkte der Präsentation werden nach Grafs Worten das rund 5.700 Jahre alte Altheimer Erdwerk, der Bronzezeit-Fürst von Essenbach (3200 Jahre altes Grab mit reichen Beigaben) und die römische Zivilsiedlung von Essenbach-Ammerbreite.

Prachtfunde aus dem „Staatsbegräbnis“

Bereits jetzt laufe die Zusammenarbeit mit renommierten Experten, legte er dar: So seien die Prachtfunde aus dem „Staatsbegräbnis“ (Dr. Graf) des Bronzezeit-Fürsten (wie Zeremonialwagen, Bronzeschwert, Goldring) im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zur Restaurierung und Untersuchung.

Die Grabstätte habe einen kompletten Satz an Wiege-Gewichten enthalten – ein Fundensemble, wie man es bislang nur aus den Hochkulturen am Mittelmeer und im Vorderen Orient kannte.

Und auf den Feldern von Altheim hat der Regensburger Universitätsprofessor Dr. Thomas Saile mit Ausgrabungs-Teams nicht nur neue Funde geborgen; er beginnt auch, den Schleier der Geheimnisse um das dreifach gestaffelte Wall-Graben-Bauwerk zu lüften: Es war wohl eine Begräbnis- und Kultstätte und ein Himmels-Observatorium, eine nach astronomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Anlage – nach den Zyklen des Mondes.

Heimatgeschichte: Leben von Otto Normalbürger

Mit dem Römer-Experten und Münchner Universitätsprofessor Dr. Salvatore Ortisi hat Dr. Graf einen Partner für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Funde der römischen Zivilsiedlung gefunden: Die Siedlung an einer Isartal-Straße und die Gutshöfe waren Teile der militärischen Infrastruktur der Römer und dienten der Versorgung der Grenztruppen an Donau und Limes.

Kreisheimatpfleger Stefan Rieder unterstrich die Rolle, die die Schulen dabei spielen, Geschichts- und Heimatkunde-Wissen zu vermitteln. Dasselbe gelte, wenn es darum gehe, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig es ist, historische Gebäude und Stätten zu pflegen und zu erhalten, um die Identität der Heimatregion zu bewahren.

Heimatforscher leisten Kärner-Arbeit

Rieder arbeitet derzeit an einer Zusammenstellung von historischen Stätten, Museen und anderen Kristallisationspunkten der Heimatgeschichte als Handreichung für Lehrer aller Schularten. Besonders hob er die Kärrner-Arbeit hervor, die engagierte Heimatforscher in den Archiven leisteten: Das sei wahre Grundlagenforschung. Während „die 30. Biographie irgendeines Königs“ kaum neue Erkenntnisse erbringe, werfen die Heimatforscher nach Rieders Worten Schlaglichter „auf das Leben jener 98 Prozent der Menschen“ in alten Zeiten, die Bauern, Bürger, Handwerksleute waren. ❐

Bad Aibling feiert Doppeljubiläum:

175 Jahre Moorbad, 125 Jahre Heilbad

Weit über die Grenzen Bayerns hinaus genießt Bad Aibling einen exzellenten Ruf als eines der führenden Moorheilbäder in Deutschland. 2020 feiert der renommierte Kurort mit einem großen Jubiläums-Veranstaltungsprogramm seine Liebe und „Verbundenheit“ zum Moor: Seit 125 Jahren ist die 18.000 Einwohner zählende oberbayerische Stadt bereits anerkanntes Moorheilbad, seit 175 Jahren Moorbad.

Über die Jahrhunderte hat sich Bad Aibling zum geschätzten Gesundheitszentrum entwickelt. Waren es 1955 etwa 4.000 Kurgäste, die von der wohltuenden Wirkung des Naturmoors profitierten, kamen 2019 bereits weit über 320.000 in das Heilbad im Mangfalltal. Zwei auf therapeutische Moor-Anwendungen spezialisierte Gesundheitskliniken sowie ein Kurmittelhaus für Privatpatienten unterstreichen Bad Aiblings höchste Fachkompetenz in Sachen Moor. Das traditionsreiche Heilmittel wird hier von erfahrenen Ärzten und Heilpraktikern in der täglichen Praxis zur Behandlung von rheumatisch-orthopädischen Erkrankungen genauso wie Frauenleiden und Stresserkrankungen eingesetzt.

Das Moor als großer Schatz

Bei der von der AIB-KUR GMBH organisierten Eröffnungsveranstaltung zum Doppeljubiläum erklärte Festredner Klaus Holetschek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbands, er sei stolz darauf, dass sich die Bayerischen Kur- und Heilbäder positiv weiterentwickelt haben. Dies gelte besonders für Bad Aibling. „Das ist die Leistung Ihrer Geschichte. Das Moor ist ein großer Schatz und die Basis, die sie haben“, so Holetschek vor rund 300 geladenen Gästen.

Die bayerischen Heilbäder und Kurorte böten, so der Verbandsvorsitzende, zum einen perfekte Voraussetzungen für Gesundheitsurlaub und Vorbeugung – mit gesundem Klima, ortsgebundenen Heilmitteln und traditionellen Naturheilverfahren für Indikationen jeglicher Art sowie erfahrene, medizinisch-therapeutische Fachkräfte. Zum anderen seien die Heilbäder und Kurorte gemeinsam ein starker Faktor in der bayerischen Gesundheitswirtschaft. Mit einem Jahresumsatz von knapp 4,5 Milliarden Euro würden beispielsweise rund 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert.

Bad Aibling verbinde Tradition und Innovation, fuhr Holetschek fort. Kurdirektor, Bürgermeister und Gemeinderat hätten stets nach vorne geschaut und versucht, Neues auf den Weg zu bringen, etwa die Therme oder auch die Studie zum Thema Moor als Mittel in der Burnout-Prävention.

„Bad Aibling ist so für uns im Verband ein ganz wichtiger Partner. Die Stadt hat alle Entwicklungen, alle Höhen und Tiefen miterlebt, zu denen etwa die Gesundheitsreform geführt hat. Dabei hat sich Bad Aibling dadurch ausgezeichnet, dass es immer zum Prädikat ‚Bad‘ gestanden und sich nie auf Erreichtem ausgeruht hat. Mit viel Erfolg, wie man an dem Doppeljubiläum sieht“, stellte der Heilbäderchef fest.

Bürgermeister Felix Schwaller erinnerte seinerseits daran, dass der Titel „Bad“ stets aufs Neue erworben werden muss. Die nächsten zehn Jahre seien nunmehr gesichert, freute sich der Rathauschef vor dem Hintergrund der vor kurzem erfolgten erneuten Zertifizierung.

Historie

Zudem erwähnte das Stadtoberhaupt in einem kurzen historischen Rückblick die Eröffnung der Maximiliansbahn im Jahr 1857, die einen „enormen Schub“ für das Kurwesen bedeutet habe. Durch die in den 1990er-Jahren begonnene Reform im Gesundheitswesen seien freilich Probleme aufgetaucht. Mit der Thermalwasserbohrung und der Therme, die nach Anfangsschwierigkeiten nun sehr erfolgreich sei, habe Bad Aibling jedoch gegensteuern können. „Die Aiblinger Politik steht hinter der Gesundheits-Stadt“, resümierte Schwaller.

Stellvertretener Landrat Josef Huber bezeichnete Bad Aibling schließlich als „Perle des Landkreises“, die auch in 175 Jahren ihre Zukunft haben werde. **DK**

Auch bei Trauungen:

Einschränkungen im Standesamt

In einem Verwaltungsbetrieb sind die maßgeblichen Eckpunkte menschlichen Lebens nur bei den Aufgaben eines Amtes eng miteinander verwoben: im Standesamt. Existenziell wichtige Aufgaben werden hier Tag für Tag, auch bei eingeschränktem Betrieb, geleistet.

„Wir freuen uns täglich über gute Nachrichten“, berichtet die Leiterin des Würzburger Standesamtes, Gabriele Schwalb. Und so sind die Aufgaben des Geburtenbüros unerlässlich: Die Entgegennahme der Geburtsanzeigen und die Beurkundung des Geburtenfalls, sofern alle notwenigen Unterlagen vorhanden sind, werden auch aktuell im Krisenfall weiterhin durchgeführt. Zudem stellt die UrkundenabteilungGeburts-und Eheurkunden sowie beglaubigte Abschriften für die Sterbefall- bzw. Geburtsbeurkundung auch weiterhin aus.

Bürger und Mitarbeiter schützen

Zu den ebenfalls erfreulichen Aufgaben des Standesamts gehören Trauungen. Diese finden jedoch aktuell nur unter starken Einschränkungen statt, um Bürger und Mitarbeiter bestmöglich zu schützen. Durchgeführt werden lediglich terminierte Eheschließungen, die auf die notwendige Amtshandlung beschränkt werden und ohne Gäste und Trauzeugen stattfinden. Außerdem muss zwischen Brautpaar und Standesbeamtin ein Zwei-Meter-Abstand vorhanden sein, zusätzlich sorgt eine Plexiglas-Trennwand auf dem Trautisch für zusätzlichen Schutz.

Abgesagte Trauungen

Insbesondere ist die Durchführung der Trauungen dann wichtig, wenn durch einen Aufschub des bereits festgelegten Termins beispielsweise Fristen ablaufen würden. Doch nicht alle Brautpaare nehmen den vereinbarten Termin wahr. Circa 50 Prozent der ursprünglich geplanten Trauungen wurden bislang abgesagt.

Für die momentane Situation zeigen die Bürger gegenüber dem Standesamt dennoch weitestgehend viel Verständnis. „Insbesondere die Brautpaare, die wir unter diesen Umständen vermählen, sind äußerst dankbar, dass wir die Eheschließung durchführen“, so Schwalb.

Hohe Priorität haben im Standesamt der Stadt Würzburg auch die Aufgaben des Sterbebüros. „Eine unserer wichtigsten Aufgabe ist die Sicherstellung, dass die Bestatter die erforderlichen urkundlichen Nachweise vom Standesamt erhalten, die für die Beisetzung von Verstorbenen erforderlich sind“, berichtet Gabriele Schwalb.

Im Standesamt der Stadt Würzburg ist der Betrieb aufgrund der aktuellen Lage stark eingeschränkt. Kirchenaustrittserklärungen, Anmeldungen von Eheschließungen oder verschiedenste Namenserklärungen können momentan nicht angeboten werden.

Marvin Wachter/Claudia Lother



Landrat Christoph Göbel (r.) lässt sich das Zentrallager zeigen von Andreas Frank, Leiter des THW Ortsverbands München-Land. ❐

Landrat besucht Zentrallager für Schutzausstattung

Masken & Co gehen vom Landkreis München aus nach ganz Bayern

Im Landkreis München befindet sich das einzige Zentrallager des Freistaats Bayern zur Verteilung von Schutzausstattung zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Übernommen hat diese wichtige Logistikaufgabe das THW München-Land. 50 Ehrenamtliche engagieren sich dort im Zweischichtbetrieb. Landrat Christoph Göbel dankte in einem Besuch vor Ort den Einsatzkräften.

Im Auftrag des Freistaats Bayern werden vom Zentrallager aus dringend benötigte Schutzgüter, wie etwa Schutzmasken, Desinfektionsmittel und vieles mehr an die örtlichen Katastrophenschutzbehörden transportiert. Diese verteilen die Güter dann in eigener Regie weiter.

Beeindruckende Arbeit

„Die Arbeit, die hier im Zentrallager bereits in der fünften Woche in Folge geleistet wird, verdient höchste Anerkennung. Ich bin beeindruckt, in welch kurzer Zeit hier die nötigen logistischen Strukturen geschaffen wurden, um den Warenfluss der Schutzgüter reibungslos zu gewährleisten. Ich bin stolz auf die unzähligen Ehrenamtlichen, die einen Großteil ihrer Freizeit investieren, damit die Schutzgüter dahin gelangen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Mein herzlichster Dank geht an jedes einzelne Mitglied des THW Ortsverbands München-Land“, so Landrat Christoph Göbel.

Material ist gut geschützt

Auf dem Gelände des Zentrallagers befinden sich mehrere Lagerhallen, voll mit kistenweise Schutzausstattung, darunter Schutzmasken, Desinfektionsmittel oder auch Beatmungsgeräte. Für die Sicherheit der Materialien ist gesorgt: Das Areal wird rund um die Uhr von der Polizei überwacht. Auf das Gelände kommt nur, wer angemeldet und autorisiert ist.

Schutzgüter werden streng geprüft

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle Waren werden vor Auslieferung einer strengen Qualitätskontrolle durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unterzogen. Nur freigegebene Waren verlassen das Lager Richtung Landkreise und kreisfreie Städte. 50 LKWs liefern täglich im Schnitt Waren an, nahezu ebenso viele verlassen täglich das Lager. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landratsamt Fürstenfeldbruck:

Kontaktpersonen-Management mit den Städten und Gemeinden

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeitet das Landratsamt Fürstenfeldbruck mit Hochdruck an dem Kontaktpersonen- und Quarantänemanagement. Zu jeder infizierten Person mit Wohnsitz im Landkreis Fürstenfeldbruck ermittelt das Gesundheitsamt seit Ende Januar 2020 die sog. Kontaktpersonen der Kategorie 1, also diejenigen, die so engen Kontakt mit dieser Person hatten, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung erhöht ist. Diese müssen sich in häusliche Quarantäne begeben, um so die Infektionsketten nach Möglichkeit zu unterbrechen.

Kontaktpersonen der Kategorie 1 sind Personen mit mindestens 15-minütigem Gesichts-Kontakt („face-to-face“) zu einem Erkrankten. Dazu gehören auch Personen aus Lebensgemeinschaften im selben Haushalt. Zuletzt wurden pro infizierter Person im Durchschnitt mindestens drei Kontaktpersonen geschätzt.



„Maskerade“ in Covid-19-Zeiten: Landrat Thomas Karmasin bei der Begrüßung der Auftaktschulung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Freistaats und der Landkreiskommunen, die künftig die Contact Tracing Teams bilden werden. Bild: LRA FFB

Personelle Unterstützung aus anderen Behörden

Bei einem Stand von rund 770 Infizierten (22.04.2020) ergibt dies eine geschätzte Zahl von rechnerisch mehr als 2.300 Kontaktpersonen ab Anfang März 2020. Das Gesundheitsamt wurde in diesem Zeitraum kontinuierlich mit weiterem Personal, auch aus anderen Behörden und Bereichen des Freistaats, unterstützt. So waren und sind etwa zeitweise Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts für Landwirtschaft und Forsten oder auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Baubereich in diesem Bereich tätig. Auch 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaats Bayern, welche eigens zu diesem Zweck zugewiesen wurden, arbeiten auf lokaler Ebene in den sog. „Contact Tracing Teams (CTT)“ mit.

Das Kontaktpersonen-Management wird nach Einschätzung der Experten des Robert-Koch-Instituts längerfristig erforderlich sein, um Erkrankungen frühzeitig zu erkennen, Kontaktpersonen frühzeitig zu isolieren und so die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Dies gilt umso mehr, als dass in der kommenden Zeit Lockerungen der Ausgangs- und Wirtschaftsbeschränkungen schrittweise erfolgen werden.

Dank des Landrats

Landrat Thomas Karmasin bedankte sich ausdrücklich bei den Kommunen und bei allen Mitarbeitenden für die Kooperationsbereitschaft: „Die Aufgabe der Kontaktermittlung wird uns nach allem, was die Wissenschaftler sagen, noch eine Weile begleiten. Da bin ich froh, dass sie auf möglichst viele Schultern verteilt werden kann. Ich danke den Kommunen, die sich bereit erklärt haben, uns zu unterstützen, sehr. Es ist keineswegs selbstverständlich, jenseits der eigenen Zuständigkeit Kraft und Energie aufzuwenden, auch wenn die Erfüllung dieser Aufgabe natürlich für uns alle gleichermaßen von großer Bedeutung ist. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese für sie fremde Aufgabe mit viel Tatkraft und Einsatzbereitschaft anpacken, danke ich.“

Die Kontaktpersonen der Kategorie 1 werden telefonisch ermittelt, die häusliche Absonderung (Quarantäne) wird zunächst telefonisch verfügt und dann schriftlich bestätigt. Auch dies werden die beteiligten Kommunen übernehmen.

Die CTT werden seit Ende April geschult, danach erfolgt Schritt für Schritt die Tätigkeitsaufnahme vor Ort. Die Vorteile dieser von der Regierung von Oberbayern ausdrücklich angeregten und unterstützten Zusammenarbeit zwischen Landratsamt und Gemeinden sind die schnell wirkende Entlastung der Gesundheitsverwaltung, die eingespielte Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden mit dem Landratsamt sowie die leichtere Einbindung der Unterstützungskräfte des Freistaats. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Da waren wir ja unserer Zeit voraus, liebe Sabrina, als wir vor Ostern darüber gesprochen haben, dass es vernünftig sein kann, zum Schutz vor Ansteckung eine Maske zu tragen. Aber gleich eine strafbewehrte Pflicht daraus zu machen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, zeigt sich etwas erstaunt, dass jetzt auch und gerade eine solch einschneidende Maßnahme wie das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichtend angeordnet und bei Zuwiderhandlung auch noch mit Bußgeld bewehrt wird.

Denn viele haben ja bisher schon eine Mund-Nasen-Maske made in VRChina oder selbstgenäht in der Öffentlichkeit getragen. Entweder in der irrigen Annahme, sie würden dadurch vor Ansteckung geschützt oder tatsächlich aus Rücksicht gegenüber anderen. Natürlich gab es auch eine Reihe von Leuten, die nicht als Zahnarzt oder Chirurg verkleidet auf die Straße gehen wollte. Diese Gruppe kann sich übrigens durchaus auf medizinische Autoritäten wie den Präsidenten der Bundesärztekammer Dr. Klaus Reinhardt oder den Vorstandsvorsitzenden des Weltärztebundes Dr. Frank Ulrich Montgomery berufen. Gut, beide haben keinen täglichen virologischen Podcast, dürften aber dennoch was von der Sache verstehen.

Konsequenzen aus Abstandsgebot und Maskenpflicht

Im Grunde bleibt dann doch nur die Warnfunktion der Maske. Sie suggeriert: Dein Nachbar ist der Feind. So wie der Ritter, der mit heruntergeklapptem Visier in die Schlacht gezogen ist, oder so wie Extremisten im schwarzen Block demonstrieren und Molotow-Cocktails gegen die Polizei werfen. Der alte Mann vor dir in der Schlange oder die junge Mutter im Bus ist in dieser Logik eben eine Virenschleuder – ebenso wie du in deren Augen.

Jetzt sind wir halt gezwungen, uns so in der Gesellschaft zu bewegen. Wir werden die Aufsätze und Reden, in denen wir davon sprachen, wonach eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft davon lebe, dass sich die Menschen ins Gesicht sehen können und unverhüllt vor dem Gegenüber stehen, in die hinteren Reihen des Buchregals verbannen müssen.

Wir werden damit leben, nach einer gewissen Zeit des Gebrauchs einen feuchten, unangenehmen Fetzen vor Mund und Nase zu haben, der uns beim Atmen und beim Sprechen hindert sowie die Brille beschlagen lässt. Wir werden missverstanden werden, weil unsere Kommunikation darauf angelegt ist, dass Sprache und Mimik zugleich wahrgenommen werden und die Mimik jetzt wegfällt. Wir werden die Menschen mit Höreinschränkungen wieder stärker in die Isolation zwingen, weil sie nicht mehr von den Lippen ablesen können. Wir, die großen Individualisten, werden uns uniformieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir sehr genau beobachten, ob die Maskenpflicht etwas bringt oder wann sie wieder abgeschafft werden kann. Denn ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der wir es uns angewöhnt haben, das Gegenüber auf zwei Meter Abstand anzubrüllen, weil uns das durch Abstandsgebot und Maskenpflicht in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Nun kann man natürlich die Frage stellen, warum wir uns so schwertun damit, Mund und Nase zu bedecken. In Asien ist das schon seit vielen Jahrzehnten Standard. Nun gibt es in vielen asiatischen Ländern einen gesellschaftlichen Zwang, eine Maske zu tragen, wenn man etwa Erkältungssymptome hat. Man will in den dicht besiedelten Städten und überfüllten Zügen niemand anstecken. Das hat sicher auch viel damit zu tun, dass asiatische und europäische Gesellschaften kein übereinstimmendes Konzept von Individualismus haben. Wir sind halt anders und ich denke, wir sollten das auch bleiben wollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt auf das Prinzip Verantwortung, auch beim Gebrauch einer Schutzmaske. Dazu passt ein brandaktueller Satz des Staatsrechtlers Oliver Lepsius: „Jetzt kommt die Zeit des Umstellens vom präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt auf Verhaltensgebote, die auf Vertrauen und Vernunft gründen.“

Ihre Sabrina

Bezirks Oberbayern:

Solidarität in Notzeiten

Der Bezirk Oberbayern bekräftigt seine Zusage, die Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe finanziell weiter zu unterstützen. „Diese Notsituation stehen wir gemeinsam mit unseren Partnern durch“, sagt Bezirkstagspräsident Josef Mederer. Gemeinsam mit dem Bayerischen Bezirketag hat der Bezirk Oberbayern jetzt mehrere Fixpunkte erarbeitet, die die Existenz der Einrichtungen und Dienste für die Zeit nach Corona sichern.

Oberstes Ziel sei, die Versorgung von Menschen mit Behinderungen sicher zu stellen. „Wir handeln pragmatisch und unbürokratisch“, verspricht Mederer. „Wir müssen alle Kräfte so einsetzen, dass wir diese Krise gemeinsam bewältigen und niemand auf der Strecke bleibt. Dazu brauchen wir praktikable und sachgerechte Lösungen. Diese Situation erfordert eine gewaltige Kraftanstrengung – nicht nur für die Trägerverbände, sondern auch für uns im Bezirk.“

Viele Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe sind derzeit geschlossen oder arbeiten mit reduzierten Angeboten im Notbetrieb. Bis zum 19. April hatte der Bezirk Oberbayern einen Schutzschirm gespannt und die Angebote weiterfinanziert.

Für die Zeit ab 20. April besprach der Bezirk mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem Verband privater Anbieter Anschlussregelungen (www.bezirk-oberbayern.de/Corona-Anschlussregelungen).

Folgende Fixpunkte werden dabei vorausgesetzt:

1. Alle Anbieter sind aufgefordert, grundsätzlich öffentliche und private Ersatz-, Entschädigungs- und Ausfallleistungen (Versicherungen) sowie Kurzarbeitergeld oder Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) in Anspruch zu nehmen.

2. Der Bezirk verrechnet im Nachhinein diese Ersatzleistungen mit den Einrichtungen.

Damit stelle der Bezirk sicher, so Präsident Mederer, „dass die meisten Einrichtungen und Dienste finanziell fast so gestellt werden, dass sie nach dieser Krise auch weiterhin ihre Leistungen für Menschen mit Behinderung erbringen können“. Mederer verweist darauf, dass die Regelungen kreative Ideen und Lösungen ermöglichten, wie Beschäftigte sinnvoll in anderen Bereichen eingesetzt werden können.

So seien derzeit Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weitgehend geschlossen. „Selbstverständlich kann das frei gewordene Personal in stationären Wohnheimen Menschen mit Behinderungen unterstützen und hier die wichtige Tagesstruktur gewährleisten“, erklärt der Präsident. Er stellt aber auch klar, dass der Bezirk Einrichtungen und Dienste nur insoweit unterstützt, wenn sie ihre Ressourcen dem Versorgungssystem des Bezirks zur Verfügung stellen. „Ist dies nicht möglich“, so Mederer weiter, „kann leider nur eine anteilige Finanzierung erfolgen“.

Dies ist derzeit teilweise bei Individual- und Schulbegleitungen der Fall, die wegen der Schließung der Kindertagesstätten und Schulen freigestellt sind. Nach den mit den Wohlfahrtsverbänden vereinbarten Fixpunkten sollen die Dienste für sie Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen. Dies lässt sich nur vermeiden, wenn die Begleitungen unterstützend im genehmigten Stundenumfang in anderen Bereichen der Behindertenhilfe tätig sind.

Appell an die Dienste

Der Bezirkstagspräsident appelliert an die Dienste und deren Mitarbeitende, Kinder und Eltern im häuslichen Umfeld zu unterstützen. „Die Begleitungen können mit Kindern zuhause Unterrichtsmaterial bearbeiten, das die Schulen online einstellen“, sagt Mederer. Auch in Wohnheimen für Menschen mit Behinderungen könnten Begleitungen unterstützend tätig sein. „Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Im Gegenteil: Wir freuen uns, wenn sich alle gegenseitig unterstützen, um diese Krise zu bewältigen.“ ❐

MediaMarktSaturn und Rettungszweckverband:

Engagement gegen Isolation von Heimbewohnern

Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten-, Pflege- und Behindertenheimen treffen die Besuchsverbote und Kontaktsperren aufgrund der Corona-Pandemie besonders hart. Es gibt keinen direkten Kontakt und Austausch mit ihren Familien und Freunden. Und diese Situation wird wohl noch viele Monate so anhalten. „Gerade in dieser schweren Zeit kann eine Videoverbindung mit Ton hier auch ohne direkten körperlichen Kontakt für viel Nähe bei den Betroffenen und ihren Angehörigen sorgen“, so Landrat Martin Wolf, Vorsitzender des Zweckverbands für Rettungsdienst- und Feuerwehralarmierung (ZRF) der Region Ingolstadt.

Auf Initiative des Medizinischen Lagezentrums der Region 10 unter Leitung des Ärztlichen Leiters der Führungsgruppe Katastrophenschutz Dr. Florian Demetz und des ZRF Region Ingolstadt mit seinem Vorsitzenden Martin Wolf stellt MediaMarktSaturn 200 Tablets für die Bewohner von Alten-, Pflege- und Behindertenheimen in der Region Ingolstadt zur Verfügung, um der Isolation in den Einrichtungen entgegenzuwirken. Die Tablets finanzieren sich aus der alljährlichen Weihnachtsspendenaktion der MediaMarktSaturn Mitarbeiter.

Weitere Unterstützung gibt es von der Firma Inside Computer GmbH in Ingolstadt, welche die Inbetriebnahme und die Einrichtung der Tablets und eine Helpline übernimmt.

„Ich bedanke mich im Namen aller künftigen Nutzerinnen und Nutzer in den Alten-, Pflege- und Behindertenheimen für die großzügige Spende und die Unterstützung“, so Martin Wolf.

Die neuen Tablets sind inzwischen an 60 stationäre Pflegeeinrichtungen und an die 13 Krankenhäuser in der Region verteilt. Die vorkonfigurierten Geräte erlauben eine einfache Nutzung von Videochats.

Florian Wieser, Finanzchef der MediaMarktSaturn Retail Group, überreichte die ersten Tablets an das Medizinische Lagezentrum der Region Ingolstadt. „Schon immer haben unsere Mitarbeiter die enge Verbundenheit von MediaMarktSaturn zur Region eindrucksvoll unter Beweis gestellt und mit ihrer großen Spendenbereitschaft wichtige gesellschaftliche Einrichtungen unterstützt. Dass wir damit in dieser Situation einen Beitrag leisten können, freut uns sehr“, so Florian Wieser. Das regionale Engagement von MediaMarktSaturn ist Teil der bundesweiten Initiative, die der Elektronikhändler unter dem Motto „Getrennt und doch verbunden“ ins Leben rief und mit der er Heimbewohner mit ihren Liebsten zumindest virtuell zusammenbringen möchte.

Landrat Martin Wolf und Peter von der Grün, Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen haben als Vorsitzender bzw. stv. Vorsitzender des ZRF Region Ingolstadt die Tablets in Empfang genommen. ❐



V.r.: Landrat Martin Wolf, Landrat Peter von der Grün und Florian Wieser, Finanzchef der MediaMarktSaturn Retail Group bei der Übergabe der ersten Tablets. Bild: LRA Pfaffenhofen

Kreatives Handwerk in der Krise

HWK-Internetseite mit handwerklichen Anbietern von Schutz- und Hygieneprodukten

Auch in dieser Corona-Krise zeigt das Handwerk seinen Ideenreichtum. Aus der Not geboren, weil ganze Geschäftsfelder oder zahlreiche Aufträge wegbrechen, wird kurzer Hand die Produktion umgestellt und an den Markt angepasst.

Schwäbische Schreiner und Messebauer schaffen bauliche Standard- oder Individuallösungen zum Hygieneschutz – für Empfangstheken, Verkaufstresen, Arbeitsplätze oder Besprechungstische, Maßschneider in Schwaben nähen Community-Masken und Messebauer fertigen Gesichtsschutz.

„Diese Kreativität in der Krise unterstützen wir als Handwerkskammer für Schwaben sehr gerne", erklärt Ulrich Wagner, Hauptgeschäftsführer der HWK Schwaben. Dazu wurde eine Internetseite unter www.hwk-schwaben.de/kreativ angelegt, auf der Handwerksbetriebe gelistet sind, die solche individuellen Schutz- und Hygieneprodukte anbieten.

„Unter dem Motto „aus dem Handwerk für das Handwerk" wünschen wir uns, dass diese Übersicht sukzessive wächst, dass sich also ganz viele unserer schwäbischen Handwerksbetriebe an uns wenden, um sie in die Liste aufzunehmen", so Wagner weiter. „Und natürlich hoffen wir, dass viele Kunden aus dem Handwerk, aber auch aus anderen Branchen wie beispielsweise dem Einzelhandel diese kreativen Angebote nutzen."

Um regionalen Geschäften, Lokalen oder Handwerksbetrieben in dieser schwierigen Zeit zu helfen und den Kundenkontakt auf digitale Art am Laufen zu halten, wurden in den letzten Wochen diverse Online-Plattformen auf den Weg gebracht – kostenfrei und nach dem Motto „support your locals". Eine erste Auswahl findet sich ebenfalls auf der neuen HWK-Internetseite und soll sich schrittweise erweitern.

Die neue Internetseite www.hwk-schwaben.de/kreativ ergänzt das vielfältige Online-Angebot der HWK Schwaben in der Corona-Krise mit den aktuellsten Nachrichten, Informationen für Handwerksbetriebe, in Bezug auf Ausbildung, für Auszubildende sowie Fort- und Weiterbildungsteilnehmer.Darüber hinaus berät die HWK Schwaben ihre Betriebe telefonisch, bietet Webinare an und informiert auf Facebook und Instagram. ❒

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 14. Mai 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Abfall · Entsorgungsmanagement**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Öffentliche Beleuchtung**
- **Sicherheit · Brand- und Katastrophenschutz**
- **Schulungen für Verantwortliche in Kommunen**
- **Kommunal-Marketing**

Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise:

Wirkungsvolle Masken für Kommunen

Einen wertvollen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Müllvermeidung leistet die traditionsreiche Schneiderei Böck in Berg am Starnberger See. Mit ihren hochwertigen und individuell gestalteten Behelfs-, Mund- und Nasenmasken sorgt das Familienunternehmen aber auch für eine maximale Werbewirkung für bayerische Städte und Gemeinden.

„Es ist mir eine Herzensangelegenheit, die Benutzer mit wirkungsvollen Masken zu versorgen", betont Vertriebsleiter Alexander Böck. Gefertigt sind sie aus hochwertigstem Baumwollstoff (100 Prozent schadstofffrei), der eine sehr lange Nutzungsdauer garantiert. Die von ärztlichem Personal getesteten Masken sind bis 60 °C waschbar und werden mit einem anpassungsfähigen Rundgummi vernäht, der für einen einmaligen Tragekomfort sorgt. „Stoffe sollen schließlich nicht einfach nur hübsch sein", erklärt Böck. „Sie sollen Spaß machen, bedenkenlos sein, hautfreundlich und schonend."

Baumwolle aus kontrolliert biologischem Anbau

Deshalb stünden die nachhaltige Herstellung und Verarbeitung von Bio-Baumwolle an erster Stelle. Der kontrolliert biologische Anbau verbiete genetisch veränderte Organismen, denn die langlebigen und robusten Baumwollfasern sollen erhalten bleiben. „Unsere Baumwolle wird ohne Verwendung von Chemiedünger und synthetischen Pestiziden angebaut. Der Anbau erfolgt in Mischkultur und Fruchtfolge. Schädlinge werden mit Duftlockstoffen ferngehalten, das Unkraut mechanisch gejätet. Unsere Bio-Baumwolle wird ohne Entlaubungsmittel von Hand geerntet. Der Bauer muss seinen Boden mindestens drei Jahre chemiefrei bestellt haben, um das Prädikat ‚kontrolliert biologisch angebaute Baumwolle' zu erhalten. Dies wird jährlich überprüft", unterstreicht der Vertriebsleiter.



Maske mit Logo. ❒

Hochwertigste Materialien

„Die qualitativ hochwertigsten Materialien, die wir beziehen, werden per Hand von Fachkräften in Deutschland gefertigt", so Böck. Alle am Produktionsprozess beteiligten Menschen arbeiteten unter fairen und sicheren Bedingungen und erhielten gerechte Löhne. Unabhängige Institute zertifizieren die Baumwolle. „So schaffen wir es, dass unsere Textilien komplett schadstofffrei sind, und so Hautirritationen, Allergien oder Überreaktionen vermieden werden können."

Die Wirksamkeit selbstgemachter Masken wurde bereits im Jahr 2009 von Forschern der Universität Cambridge getestet. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass selbstgemachte Masken aus Baumwolle 50 Prozent der Partikel einfangen können. Masken aus Teetüchern konnten sogar mit 60 Prozent punkten – im Gegensatz zu den Einmal-Masken, denen nachgesagt wird, dass sie in einem nur geringen Maß vor der Übertragung des Coronavirus schützen.

Die Farben der produzierten Masken sind selbstverständlich individuell anpassbar und werden auf Wunsch ab einer Mindestbestellmenge von 1.000 Stück mit aufgedrucktem Logo und Slogan gefertigt. Böck zufolge haben sie damit sogar einen „super Werbeeffekt". „Mit unserer 30-jährigen Erfahrung in der Fertigung von Textilprodukten sowie den unvergleichbaren, von uns verwendeten Materialien, ist es uns möglich, eine hohe Qualität zu garantieren", macht der Vertriebsleiter abschließend deutlich.

Kontakt per E-Mail an den Verlag Bayerische Kommunalpresse unter news@gemeindezeitung.de

DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das Magazin der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❒

Erlangen ist Digitale Bildungsregion in Bayern

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat die Stadt Erlangen vor kurzem als „Digitale Bildungsregion in Bayern" ausgezeichnet. Die Stadt bewarb sich im Juli 2019 und stellte im Rahmen eines umfassenden Konzepts die zahlreichen digitalen Bildungsangebote in der Hugenottenstadt dar.

Die Bewerbung verdeutlichte, dass viele Maßnahmen und Projekte die Gestaltung aber auch die Herausforderungen des digitalen Wandels aufgreifen. Ziel ist, allen Altersgruppen Zugänge in die digitale Welt aufzuzeigen, Barrieren abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen.

Grundlage für die jetzige Auszeichnung waren insbesondere die Stellungnahmen der zuständigen Konferenz der Schulaufsicht und des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. „Ich freue mich über die Auszeichnung als Digitale Bildungsregion. Gerade während der Corona-Krise gewinnt Digitale Bildung stark an Bedeutung und digitale Medien sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken. Die Auszeichnung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zeigt, dass sich Erlangen frühzeitig auf den Weg gemacht hat, um digitale Bildung zu fördern", so Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth. „Unsere Bemühungen tragen gerade jetzt Früchte."

Kultus-Staatsminister Michael Piazolo gratulierte zu diesem Erfolg. Die Verleihung der Auszeichnung wird nach der Corona-Pandemie stattfinden. ❒

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 14. Mai 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 10







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Räumliche Distanzierung während der Pressekonferenz, v.l.: Ehrenvorsitzender Peter Schmalz, Innenminister Joachim Herrmann und der Vorsitzende des Münchner Presseclubs, Dr. Uwe Brückner. ❐

Stabile Demokratie auch in Corona-Zeiten

Münchner PresseClub-Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann

Dank moderner Technik konnte der Münchner PresseClub seinen ersten Gast in Corona-Zeiten willkommen heißen: Innenminister Joachim Herrmann diskutierte mit ausgewählten Journalisten per Livestream über eine Fülle von Themen, die sich von Einschränkungen der Grundrechte und Grenzkontrollen über die kommunale Handlungsfähigkeit bis hin zu Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung erstreckten. Das Gespräch moderierten PresseClub-Vorsitzender Dr. Uwe Brückner und Ehrenvorsitzender Peter Schmalz.

Mit Blick auf die Forderung aus Österreich zu Grenzöffnungen verwies Herrmann darauf, dass dies absolute Bundessache sei. Für zahlreiche Ausländer gelte ein Einreiseverbot. Zudem unterlägen deutsche Staatsangehörige unabhängig von einem konkreten Corona-Verdacht nach wie vor einer 14-tägigen Quarantäne, wenn sie aus dem Ausland zurückkommen.



Joachim Herrmann. ❐

Grenzkontrollen verlängert

„Ich will Österreich daran erinnern, dass es nicht ganz unbeteiligt daran war, dass Deutschland und speziell Bayern so stark betroffen ist. Niemand will Kontrollen für ewig“, unterstrich Herrmann. Wegen praktischer Erleichterungen stehe der Freistaat im ständigen Austausch mit dem Bund und den österreichischen Nachbarn. So sehr die Bayerische Staatsregierung aber auch ein Interesse an kurzfristigen Erleichterungen im nahen grenzüberschreitenden Verkehr und im Berufsverkehr habe, so sehr halte sie aber auch eine Fortsetzung der Grenzkontrollen, die bis zum 11. November verlängert wurden, zum jetzigen Zeitpunkt für unabdingbar. „Ich sehe nicht, dass wir in naher Zukunft auf Grenzkontrollen ganz verzichten können“, machte Herrmann deutlich. Im Übrigen habe auch Österreich die Gültigkeit der eigenen Grenzkontrollen weiter verlängert. „Dies zeigt, dass Deutschland hier beileibe keinen alleinigen Weg geht“, so der Innenminister.

Kommunen stark betroffen

Auch Städte, Gemeinden und Landkreise haben mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Landräte plädieren für Grenzöffnung

Gemeinsam mit den Landräten der Grenzlandkreise Lörrach, Waldshut, Schwarzwald-Baar, Bodenseekreis und Konstanz hat Lindaus Landrat Elmar Stegmann in einem Schreiben an Innenminister Seehofer dringend darum gebeten, „die Grenze wieder zu öffnen und im engen Austausch mit unseren Schweizer und österreichischen Freunden das Infektionsgeschehen niedrig zu halten. Dafür sind Grenzkontrollen und Einreiseverbote nicht erforderlich.“

„Hier in der Grenzregion stellen uns die geschlossenen Grenzen zur Schweiz und zu Österreich vor vielfältige Probleme“, heißt es in dem Schreiben. Zum einen würden sie der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht gerecht, zum anderen seien die Regelungen des Bundes und der Länder bezogen auf den Grenzübertritt nicht ausreichend aufeinander abgestimmt.

Gleichzeitig sind aus Sicht der Landräte die Infektionsschutzregeln aufgrund des Corona-Virus in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland ähnlich, das Infektionsgeschehen sei nahezu identisch. „Die Inzidenz in den Schweizer Grenzkantonen zu Deutschland liegt unter der unserer Landkreise; dasselbe gilt für Österreich. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum zum Beispiel ausgerechnet zwischen Konstanz und Kreuzlingen, dem deutschen und schweizerischen Laufenburg oder auch zwischen Lindau und Lochau eine erhöhte Ansteckungsgefahr gegeben sein soll im Vergleich zu rein innerdeutschen Nachbarorten bzw. benachbarten Landkreisen.“

Damit ist es nach Auffassung der Landkreischefs auch kaum vertretbar, die vom Bundesinnenministerium dargestellte rechtliche Grundlage für Einreisebeschränkungen anzuwenden: „Es herrscht eine Infektionslage, keine äußere Bedrohungslage. Im Übrigen bedeuten nach EU-Recht zulässige Kontrollen an der Grenze nicht Einreiseverbote.“

Die Akzeptanz der Corona-Regeln gehe allgemein zurück, wenn diese hinsichtlich ihrer infektionsschützenden Wirkung nicht unmittelbar einsichtig oder gar widersprüchlich sind, zeigen sich die Landräte überzeugt. Nur mit akzeptierten Regeln lasse sich die völlig richtige, langsame und schrittweise Öffnung durchhalten. **DK**

Deutscher und Bayerischer Städtetag:

Würdigung und Dank an Maly und Gribl

Als überzeugende und prägende Kommunalpolitiker haben Deutscher wie Bayerischer Städtetag die aus ihren Ämtern geschiedenen Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Nürnberg) und Dr. Kurt Gribl (Augsburg) gewürdigt. Zudem wurde den beiden ehemaligen Rathauschefs für ihr unermüdliches und erfolgreiches Engagement an der Spitze der Kommunalverbände gedankt.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly war von 2013 bis 2015 Präsident und von 2015 bis 2019 Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Dem Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gehörte er seit 2005 insgesamt 15 Jahre an, zwischen 2009 und 2013 war er einer der stellvertretenden Präsidenten. Sein Amt als Oberbürgermeister von Nürnberg hatte der Sozialdemokrat 18 Jahre, seit 2002, inne. Bei der Kommunalwahl im März war er nicht wieder angetreten. 2011 bis 2017 war Maly Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Seit 2002 war er dort bereits Mitglied im Vorstand.

Aus Sicht des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, „war Uli Maly ein wirkmächtiger Präsident des Deutschen Städtetages, der mit viel Überzeugungskraft bundesweite Debatten zu städtischen Themen prägte. Mit Haltung und Klugheit setzte er Maßstäbe, auch in politisch außergewöhnlichen Zeiten. Während der Flüchtlingskrise waren ihm Humanität und Integration entscheidende Anliegen.“



Dr. Kurt Gribl. ❐



Dr. Ulrich Maly. ❐

Städte als Orte des Wandels

Mit Uli Maly habe ein Kommunalpolitiker die Bühne verlassen, der mit seiner Fähigkeit zuzuhören und komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, die Herzen gewann. Er habe sich für Städte als Orte des Wandels sowie für Offenheit der Stadtgesellschaften als Treibstoff für Innovationen eingesetzt. Maly habe bundesweit hohe Anerkennung über Parteigrenzen hinweg genossen und erfolgreich für mehr Respekt von Bund und Ländern gegenüber den Städten gekämpft. „Er forderte immer eine Beteiligung der kommunalen Ebene auf Augenhöhe ein. Sein Ziel war eine starke kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Dafür hat er in seinen Ämtern wichtige Beiträge geleistet.“

Seine Amtszeit als Präsident des Deutschen Städtetages sei zudem geprägt gewesen durch den verstärkten Zuzug in die Städte und Wohnungsmangel, fuhr Jung fort. Maly habe sich engagiert für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten eingesetzt, für mehr Neubau und eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. „Sein Maßstab war Chancengerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger.“

Danke für eine gute Zeit

„Es war eine Freude, mit Uli Maly im Verband zusammen zu arbeiten. Sattelfest in allen Themen, offen für neue Ideen, hatte er stets die große politische Linie, aber auch die nötigen Details im Blick. Streitbar, mit Haltung und Ziel, aber den Menschen mit Respekt begegnend und immer den Kompromiss suchend. Diese Mischung beeindruckt mich immer wieder. Und für den Deutschen Städtetag war sie ein unschätzbarer Gewinn. Danke für eine gute Zeit“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Nach überschaubar erfolgreichen Heimwerkerversuchen in Quarantänezeiten bat der Bürgermeister seine Vorzimmerperle um die Adresse eines guten Malers und eines geschickten Gärtners, die die Scharten seiner Selbstversuche wieder auswetzen sollen.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Zielgenaue Unterstützung für Kommunen. 2
Kommunales Ehrenamt bleibt attraktiv 2
Kommunalfinanzen sichern 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Corona bekämpfen – Kommunalpolitik stärken! 3
HSS: Jugendstudie Bayern 2019 3
ORH: Kritik am Umgang mit Haushaltsresten 4
Umwelt • Abfall . . . . . .6 - 8
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV • Straßenbeleuchtung . 9 - 11
Sicherheit • Katastrophenschutz 12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Zielgenaue Unterstützung für Kommunen

Zwar herrschte im Innenausschuss des Bayerischen Landtags Einigkeit darüber, dass Kommunen Unterstützung benötigen. Doch der von der SPD geforderte Rettungsschirm für Kommunen wurde von den anderen Parteien – mit Ausnahme der Grünen – u.a. als Steuerverschwendung kritisiert und abgelehnt. CSU und Freie Wähler plädierten dafür, zunächst in den Kommunen zu prüfen, wo finanzielle Mittel zielgenau eingesetzt werden könnten.

Über das von der SPD in einem Antrag geforderte Nothilfeprogamm für Städte, Gemeinden und Landkreise – welches u.a. eine einmalige kommunale Kopfpauschale in Höhe von 100 Euro pro Einwohner vorgesehen hätte – diskutierten die Abgeordneten im Innenausschuss. Klaus Adelt (SPD) bezeichnete die Einwohner-Pauschale als leicht berechenbares und wirksames Mittel. Doch der Vorschlag wurde mehrheitlich als „Gießkannenprinzip“ kritisiert. „Wir müssen erst einmal prüfen, wo Schäden entstanden sind und geholfen werden muss. Ein Großteil der Kommunen hat den Haushaltsplan zwar aufgestellt, aber nicht alles lässt sich nach der Corona-Krise realisieren. Dadurch entstehen also auch Einsparungen. Eine Pauschale lehne ich generell ab, weil sowohl arme als auch reiche Kommunen davon profitieren würden, die eine solche Finanzspritze gar nicht nötig hätten“, sagte Joachim Hanisch (Freie Wähler).

Alexander Muthmann (FDP) warnte davor, dass der Staat allein alle finanziellen Einbußen ausgleichen müsse. „Wir stehen vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und jeder ist in der Pflicht Korrekturen anzubringen. Außerdem muss jedem klar sein, dass die Kommunen nicht in vollem Galopp weiterreiten können.“ Die Pauschale bezeichnete er als „übles Faul“. Sie mache keinen Sinn bei Kommunen, die hohe Rücklagen hätten, und sei daher eine Verschwendung von Steuergeldern. „Die Soforthilfen, wie sie beispielsweise an Kleinstunternehmer und Solo-Selbstständige ausgezahlt werden sind Hilfen, um diejenigen zu unterstützen, die von jetzt auf gleich keine Einnahmen mehr erzielen. Das ist bei den Kommunen schließlich nicht der Fall. Wir dürfen den Staat jetzt nicht mit zu hohen Erwartungen überfordern“, sagte er.

Zielgenaue Unterstützung

Dr. Martin Runge (Die Grünen) meinte jedoch, es sei an der Zeit den Kommunen ein deutliches Zeichen zu setzen. „Ich verwehre mich gegen die Kritik der „Gießkanne“. Wir müssen jetzt auf Sicht fahren“, sagte er. Dem stimmte Alfred Grob (CSU) zwar generell zu. „Doch um deutlicher auf Sicht fahren zu können, müssen zunächst die Haushaltspläne nachkorrigiert werden. Erst dann können wir die Kommunen zielgenau unterstützen. Wir sind alle kommunalpolitisch engagiert, deshalb sind Unterstützungen auch 100 Prozent politischer Wille. Aber jetzt ist es noch zu früh, mit Maßnahmen über die Lande zu ziehen“, sagte er. Dem pflichtete Hanisch bei: „Wir helfen, wo Hilfe nötig ist. Doch welche Maßnahmen wirklich sinnvoll sind, das ist jetzt noch nicht abzuschätzen.“ Die Sorge von Adelt teilte er nicht. Der SPD-Politiker fürchtete, dass Förderprogramme künftig zurückgefahren werden.

Landrat Josef Niedermaier (Freie Wähler) kündigte im Interview mit dem Merkur an, dass es ohne neue Schulden – ob für die Gemeinde, den Kreis oder beim Bezirk – nicht gehen werde, allein schon wegen der zunehmenden Sozialleistungen. „Der Landkreis hat es da wegen seiner Sandwichfunktion in der Mitte der kommunalen Ebenen am schwierigsten“, sagte er der Zeitung. Als Grund nannte er zum Beispiel, dass Schulen nicht geschlossen werden könnten und noch mehr Geld in die Digitalisierung investiert werden müsse. Auch im Krankenhauswesen reichen die finanziellen Mittel jetzt schon nicht. Doch der Landrat blickt trotz der immensen Herausforderungen optimistisch in die Zukunft. „Gott sei Dank haben wir uns durch einen konsequenten Schuldenabbau von über 40 Mio. Euro in den vergangenen Jahren Spielräume verschafft. Das hilft uns jetzt und gibt eine gewisse Sicherheit. Aber natürlich werden wir in Zukunft heftig diskutieren müssen, wo wir die Schwerpunkte setzen und auch Liebgewonnenes einsparen müssen.“ **red**

Hanns Seidel Stiftung
Institut für Politische Bildung
KOMMUNALPOLITISCHE LEITFÄDEN
Band 1 **(Grundlagen)**, Band 2 **(Baurecht)** und Band 3 **(Haushalt)** aktualisiert erschienen. Jetzt kostenfrei bestellen unter:
www.hss.de/kommunalpolitik oder
E-Mail **publikationen@hss.de**
▶ **Jetzt auch Webinare zur Kommunalpolitik!**
Hanns-Seidel-Stiftung | IPB
Lazarettstr. 33 | 80636 München
E-Mail: ipb@hss.de | www.hss.de



DSTGB fordert Sofortprogramm:

Kommunalfinanzen sichern!

Durch die Corona-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung veranlassten staatlichen Regulierungsmaßnahmen steht Deutschland ein massiver kommunaler Finanzeinbruch in einem seit dem 2. Weltkrieg nicht erlebten Ausmaß bevor. Vor allem bei den gemeindlichen Gewerbesteuereinnahmen, die mit über 55 Milliarden Euro eine zentrale Finanzierungssäule der Kommunen sind, sind gravierende Ausfälle zu erwarten. „Schon bei der internationalen Finanzkrise 2008 waren die Gewerbesteuereinnahmen um 20 Prozent gesunken. In der Corona-Krise wird dieser Rückgang noch weit höher liegen“, stellt der DStGB fest.

Angesichts der momentanen Belastungen von Bund und Ländern fordern die Städte und Gemeinden die zeitnahe Einrichtung eines Sofortprogramms „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ (Corona-Rettungsschirm für die Kommunen). In einem Sieben Punkte Papier hat der DStGB die Bestandteile, die ein derartiges Paket enthalten soll, zusammengefasst:

1. Haushalterische und mögliche finanzpolitische Maßnahmen in den Bundesländern zur Sicherstellung der kommunalen Liquidität und Handlungsfähigkeit. Die für den Finanzausgleich zur Verfügung stehende Verbundmasse muss gehalten werden.

2. Entlastung der kommunalen Haushalte von Sozialausgaben durch den Bund, vor allem durch Mehrübernahme von Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung.

3. Erhalt und Stärkung der gemeindlichen Steuereinnahmen, gegebenenfalls durch Zuweisung zusätzlicher gemeindlicher Steueranteile

4. Entfristung und dauerhafte Ausstattung der vorhandenen Bundesfördermittel für kommunale Investitionen, zum Beispiel bei den Kommunalinvestitionsfonds oder für den Breitbandausbau. Erleichterungen bei der Mittelinanspruchnahme und Verausgabung (z. B. im Vergabe- und Beihilfenrecht), Ermöglichen einer 100 %-Vollfinanzierung ohne kommunalen Eigenanteil.

5. Einrichtung eines Finanzierungsinstruments „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ durch den Bund und die Länder. Ein Konjunkturprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft muss ein kommunales Kapitel mit einem dauerhaften kommunalen Investitionsvermögen umfassen.

6. Die Mittel aus einem Corona-Rettungsschirm für die Kommunen sollten insbesondere aufgewendet werden, um die coronabedingten finanziellen Ausfälle der Kommunen zu kompensieren und die Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge sowie der kommunalen Investitionen sicherzustellen. Diese werden unverzichtbar und ein Schlüsselelement sein, um in und nach Corona die Konjunktur zu stärken.

7. Gerade in und nach der Krise muss es beim Ziel der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen und Kommunen des Landes bleiben.

Priorität des Gesundheits- und Lebensschutzes

Das weitere Szenario der Bekämpfung der Corona-Pandemie ist laut Deutschem Städte- und Gemeindebund ungewiss, ebenso die Länge und Intensität der Beschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen. „Wir betonen ausdrücklich, dass die Städte und Gemeinden hinter der Priorität des Gesundheits- und Lebensschutzes stehen und diese vor Ort in einem enormen Engagement umsetzen. Dennoch müssen wir befürchten, allein in diesem Jahr 2020 einen kommunalen Finanzausfall in zweistelliger Milliardenhöhe wegen der Corona-Krise zu erleiden. Die Steuerschätzungen im Mai und August 2020 werden dazu weitere Zahlen bringen“, so der Verband.

Kurzfristige Maßnahmen der kommunalen Liquiditätssicherung würden durch die Länder getroffen – durch Haushaltserlasse, die z. B. Nachtragshaushalte und zulässige Verschuldung der Gemeinden betreffen. Kommunale Verschuldung könne möglich sein, um Liquidität sicherzustellen. „Ein stetiges Finanzierungsinstrument der Kommunen kann und darf sie aber nicht sein“, betont der DStGB. Immer mehr Kommunen verfügten bereits Haushaltssperren und werden Nachtragshaushalte aufstellen müssen. Mit einem massiven Einbruch kommunaler Investitionen sei zu rechnen.

„Nach unserer Einschätzung wird das Ausmaß des Konjunktur- und Steuereinbruchs wegen Corona in seiner Dimension aber ohne ein Engagement des Bundes auch unter dem Blickwinkel der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht beherrschbar sein“, führt der Deutsche Städte- und Gemeindebund aus. Die Rückzahlung der Wirtschaftshilfen durch Kredite werde die Gewerbesteuer zukünftig schwächen.

In einem ersten Schritt müsste deshalb gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen eine Bezifferung der Corona-bedingten kommunalen Mindereinnahmen und Mehrausgaben erfolgen, die Zahlen daraus laufend angepasst werden. Ein einzurichtender Bund-Länder-Finanzierungsfonds „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ sollte leistungsstark in der Grundausstattung eingerichtet und in der Dynamik der zukünftigen Entwicklungen angepasst werden. Gerade jetzt müsse die öffentliche Hand stark sein und gesichert werden, um der Corona-Krise Herr zu werden. **DK**

Änderung des SGB IV:

Kommunales Ehrenamt bleibt attraktiv

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages hat die Beratungen des Siebten Gesetzes zur Änderung des SGB IV abgeschlossen. Die Koalitionspartner CDU/CSU und SPD verständigten sich u.a. auch darauf, die Ausnahmeregelungen, mit denen Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt bei vorzeitigem Rentenbezug nicht zu einer Rentenkürzung führen, bis zum Jahr 2022 zu verlängern.

Wie der sozialpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Stephan Stracke MdB, erläuterte, „steht die CSU hinter dem kommunalen Ehrenamt. Deshalb haben wir uns mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Aufwandsentschädigung für die Arbeit u.a. von ehrenamtlichen Bürgermeistern weiter rentenunschädlich bleibt. Am Ende waren wir erfolgreich: Die Ende September 2020 auslaufende Regelung wird um weitere zwei Jahre verlängert.“

Eine Arbeitsgruppe soll bis Ende 2020 eine abschließende Lösung erarbeiten. „Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine Entfristung der Regelung und damit eine dauerhafte Freistellung der Aufwandsentschädigung des kommunalen Ehrenamts bei der gesetzlichen Rente“, stellte Stracke fest.

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Haase, sprach von einem „wichtigen Signal an die ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträger in den Kommunen, dass wir ihre Arbeit im Besonderen wertschätzen und das kommunale Ehrenamt nicht durch das Rentenrecht unattraktiv machen“.

Wie der zuständige Berichterstatter, Max Straubinger MdB, ausführte, „stärken wir daneben die betriebliche Altersversorgung, indem wir künftig auch pensionskassenbasierte Betriebsrenten über den Pensions-Sicherungs-Verein absichern. Auf diese Weise vermeiden wir, dass über die bisherigen Einzelfälle hinaus weitere Pensionskassen ihre Leistungen kürzen müssen. Gleichzeitig führen wir einen Schutz gegen Betriebsrentenkürzungen ein und setzen entsprechende Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs um.“

Beide Änderungen reihen sich ein in eine Vielzahl weiterer Neuregelungen: Von einem verbesserten sozialen Schutz von Auszubildenden im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich bis hin zur Schaffung der Dienstherrnfähigkeit von gewerblichen Berufsgenossenschaften, damit sie im Hinblick auf die Schließung des Dienstordnungsrechts am Arbeitsmarkt weiter als konkurrenzfähiger Arbeitgeber attraktive Beschäftigungsbedingungen anbieten können. „Mit einem umfangreichen Änderungsantrag haben CDU/CSU und SPD den Regierungsentwurf substanziell verbessert. Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden“, betonten Stracke und Straubinger. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gertrud Werner
91077 Kleinsendelbach
am 19.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Gottwald
97618 Unsleben
am 19.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Jürgen Ludwig
91506 Ansbach
am 15.5

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Die GlücksSpirale feiert Geburtstag:

50 Jahre Gewinn für die Menschen

1970 zur Finanzierung der Bauten für Olympia 1972 gegründet, ist die GlücksSpirale bis heute Geldgeber unzähliger weiterer Projekte für die Allgemeinheit. Über 2,2 Milliarden Euro flossen seit der ersten Ziehung am 25. April vor 50 Jahren in Wohlfahrt, Denkmalschutz und Sport.

In ihrer aktuellen Form bietet die GlücksSpirale jede Woche die Chance auf eine Rente von monatlich 10.000 Euro, 20 Jahre lang, und weitere Geldgewinne von bis zu 100.000 Euro. Mit der Zusatzlotterie „Die Sieger-Chance“ haben Spielteilnehmer die Chance auf eine Extra-Rente von 5.000 Euro monatlich – ab sofort für zehn Jahre. Außerdem gibt es Woche für Woche 3 x 1 Million Euro und 2 x 10.000 Euro zu gewinnen. Die öffentliche Ziehung der Gewinnzahlen erfolgt samstags bei Lotto Bayern in München.

Gewinnen können jedoch beileibe nicht nur die Spielteilnehmer – ca. 60 Millionen Euro fließen jährlich in zahlreiche Projekte, von denen die Allgemeinheit profitiert. Laut Friederike Sturm, Präsidentin von Lotto Bayern und Federführerin der GlücksSpirale im Deutschen Lotto- und Totoblock, „gingen an den Sport 770 Millionen Euro, die Wohlfahrt konnten wir mit 660 Millionen Euro unterstützen. Für den Denkmalschutz hat die GlücksSpirale 510 Millionen Euro bereitgestellt, für weitere gemeinnützige Projekte auf Länderebene 290 Millionen Euro.“

Um die Möglichkeiten ihrer individuellen Leistungssteigerung zu unterstützen, genießt die Förderung des Breitensports genauso hohe Priorität wie die Unterstützung der im Rampenlicht stehenden Spitzensportler. „Vom dörflichen Sportverein bis zu strahlenden Olympiasiegerinnen und -siegern hat die GlücksSpirale kleinen und großen Athleten dabei geholfen, Freude an gesunder Bewegung und sportlicher Leistung zu erfahren und ihren persönlichen Traum zu leben“, betont Alfons Hörmann, Präsident des DOSB.

Beitrag zu einem zukunftsfähigem Sozialstaat

Ziel aller Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände ist die Verbesserung von Lebenslagen. Mit engagiertem sozialpolitischem Handeln tragen sie dazu bei, dass der Sozialstaat zukunftsfähig bleibt. Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vertreten nach eigenen Angaben bundesweit über 90.000 Einrichtungen und Dienste mit über 1,3 Mio. Mitarbeitern und vielen ehrenamtlich Tätigen.

700 Hilfeberechtigte leben in der mit Zuschüssen der GlücksSpirale finanzierten Wohnanlage „Lindenhof“ in Herzogsägmühle im oberbayerischen Peiting. Das Wohndorf gehört zur Inneren Mission München der Diakonie München und Oberbayern. Nach den Worten von Gerda Hasselfeldt, Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, wurden seit 1976 mehr als 27.000 soziale Projekte in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege unterstützt. „Sie wären ohne dieses Geld so nicht möglich gewesen.“

Jedes Jahr öffnen rund 7.500 Denkmale in über 2.700 Kommunen am „Tag des offenen Denkmals“. Vielerorts werden Führungen angeboten. Für die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ist dieser Tag Fest und Bestätigung zugleich. Schließlich bedarf es mühevoller Kleinarbeit, um eine große Zahl an Denkmalen zu erhalten. Das kostet Geld, will koordiniert und finanziert sein.

Die GlücksSpirale ist dabei ein unverzichtbarer Partner, wie folgendes Beispiel zeigt: Das Kloster Benediktbeuern ist eines der seltenen Beispiele einer noch fast völlig intakten barocken Großklosteranlage und damit von besonderer nationaler kultureller Bedeutung. Seit 2011 fördert die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die Sanierung der Fassaden, Dächer und Fenster.

„Unsere Städte und Landschaften werden geprägt durch ihre Baudenkmale, die unser Umfeld unverwechselbar machen. Vielfach benötigen die engagierten Eigentümer Hilfe und Unterstützung bei der Bewahrung dieses kostbaren Erbes“, unterstreicht Dr. Steffen Skudelny, Vorstand Deutsche Stiftung Denkmalschutz. „Dank der Mittel der GlücksSpirale konnte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz schon bei der Rettung vieler tausend Denkmale helfen. Sie bilden als spannende Wissensspeicher und Identifikationspunkte unser Geschenk an die Zukunft.“ **DK**

Befreiung der KZ Dachau und Flossenbürg:

Gedenken zum 75. Jahrestag

Vor 75 Jahren, im April 1945, marschierte die US-Armee in Bayern ein und beendete die Nazi-Herrschaft. Neben den symbolträchtigen Orten wie München, Nürnberg und den Obersalzberg befreiten die GIs unter großem Jubel auch die Konzentrationslager Flossenbürg und Dachau. In den beiden Konzentrationslagern hatten die Nationalsozialisten über 300.000 Menschen gefangen gehalten, über 70.000 Menschen starben.

Für den 75. Jahrestag hatten die beiden KZ-Gedenkstätten große Gedenkfeiern mit ehemaligen Häftlingen, ihren Familien und Befreiern geplant, die aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen müssen. Sie sollen nun nächstes Jahr nachgeholt werden. Dagegen fand ein stilles Gedenken mit den obersten Repräsentanten des Freistaats, aber ohne Publikum, statt. Als Zeichen für Frieden und Freiheit, aber vor allem in Gedenken an die zahlreichen Opfer, die unter den Verbrechen der Nationalsozialisten gelitten haben, und gegen das Vergessen dieser schrecklichen Geschehnisse wurden bayernweit die öffentlichen Gebäude beflaggt.

Söder: Frühzeitig gegen rechtsextreme Tendenzen eintreten

Am 29. April 1945 wurde das Konzentrationslager in Dachau mit mehr als 32.000 überlebenden Gefangenen befreit. Dachau war das erste dauerhafte Lager und wurde im März 1933 in Betrieb genommen. Es galt als Modell für spätere Konzentrationslager. Bis 1945 waren hier mehr als 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. Insgesamt starben im KZ Dachau nach Einschätzung von Historikern rund 41.500 Menschen.

Beim Gedenken an die Befreiung des Dachauer KZ forderte Ministerpräsident Markus Söder, frühzeitig gegen rechtsextreme Tendenzen einzutreten. Das Grauen des Nationalsozialismus habe mit vielen kleinen Schritten begonnen. „Es vollzog sich ganz leise und dann später mit einem großen Schlag, nur weil viele es unterschätzt und nicht wahrgenommen haben und weil viele der Meinung waren, so schlimm wird es schon nicht sein“, bemerkte Söder. Dachau sei eine Mahnung zum Einsatz gegen Hass, Fanatismus und Antisemitismus.

Aigner: Klares Bekenntnis zur Würde jedes Menschen

„Wir halten das Gedenken an das Leid der Opfer in Ehren: mit einem klaren Bekenntnis zur Würde eines jeden einzelnen Menschen“, unterstrich Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen betonte sie, es sei nun an der Zeit, das Versprechen „Nie wieder!“ zu erneuern: „Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit noch entschlossener führen – auf den Straßen, an den Stammtischen, auf den Sportplätzen und auch in Parlamenten – überall, wo uns Hass begegnet.“

Freller: Lernort für die Zukunft

„Aus dem Gedenken an die Opfer muss stets die Warnung wachsen, dass es nie mehr Opfer, aber auch nie mehr Täter geben darf“, stellte der Direktor der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten, MdL Karl Freller, fest. Damit sei die KZ-Gedenkstätte nicht nur ein selbstverständlicher Erinnerungsort, sondern vor allem ein unverzichtbarer Lernort für die Zukunft. Freller: „Die Warnung aus dem Gestern dient dem Frieden von morgen. Mehr denn je gilt es für unsere wehrhafte Demokratie, jeglicher Menschenverachtung, jeder Radikalisierung und dem Antisemitismus die Stirn zu bieten und erneut aufwachsendem Rechtsextremismus keine Chance zu lassen.“

In einer Videobotschaft erinnerte der Präsident des Comité International de Dachau, Jean-Michel Thomas, daran, wie schwierig es war, den Wunsch der Überlebenden, die Errichtung einer Gedenkstätte zu realisieren. „Die Weitergabe der Erinnerung ist zerbrechlich“, mahnte Thomas.

Singuläres Verbrechen in der Geschichte der Menschheit

„Was die US-Soldaten vor 75 Jahren auch in Flossenbürg vorfanden, war ein ungekanntes Ausmaß an Unmenschlichkeit – Zeugnisse eines bis heute singulären Verbrechens in der Geschichte der Menschheit. Was sie rochen, hörten und sahen, ging um die Welt und ist bis heute so unerträglich, dass es den menschlichen Verstand überfordert“, machte Landtagspräsidenten Aigner beim Gedenken in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg deutlich.

Am 23. April 1945 erreichten amerikanische Soldaten das Konzentrationslager Flossenbürg im Oberpfälzer Wald. Da die SS kurz zuvor das KZ evakuierte und rund 30.000 Häftlinge auf Todesmärsche schickte, konnten die US-Truppen das Stammlager kampflos einnehmen. 1.600 zurückgelassene Häftlinge wurden befreit. Zwischen 1938 und 1945 waren etwa 84.000 Männer und 16.000 Frauen aus über 30 Ländern im KZ Flossenbürg und seinen Außenlagern inhaftiert. **DK**

Präsentation der Hanns-Seidel-Stiftung:

Jugendstudie Bayern 2019

Ein Ausbau der Verkehrswege, ein besserer ÖPNV und Investitionen in die digitale Infrastruktur sind für junge Wähler zwischen 17 und 34 Jahren die wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Dies zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Institut GMS Dr. Jung im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt hat.

Nicht ganz unerwartet rangieren Verkehr und Infrastruktur mit dem Schwerpunkt Digitale Infrastruktur mit insgesamt 29 % der Nennungen auf Rang 1 der kommunalpolitischen Themen, wobei als Einzelaspekte der ÖPNV, der Neubau von Verkehrswegen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur gleichgewichtig angesprochen werden.

Danach folgen Themen wie Klima/Umwelt/ Energie (17 %), Stadtplanung, Attraktivität, kulturelles Leben und Angebote (16 %), Soziales, Bildung und Gesundheit (14 %) sowie der auf kommunaler Ebene deutlich wichtigere Themenbereich Wohnungsnotstand/Mieten (12 %). Dahinter liegen mit einstelligen Nennungshäufigkeiten Themen wie Innere Sicherheit/Polizeipräsenz (9 %), verbesserte Bürgernähe und Arbeitsweise des Bürgermeisters (7 %) sowie Wirtschaft und finanzpolitische Aufgaben (6 %) auf kommunaler Ebene.

Relevanz von Verkehr und digitaler Infrastruktur sowie Klima und Umweltschutz

Die Differenzierung der genannten wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben nach Alter und Geschlecht belegt die überdurchschnittliche Relevanz des Themas Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Klima und Umweltschutz für die 17- bis 24-Jährigen auch auf der kommunalen Ebene, die im Gegenzug allerdings deutlich seltener Innere Sicherheit und Polizeipräsenz sowie Bürgernähe und Neuausrichtung der Arbeitsweise des Bürgermeisters ansprechen. Damit unterscheiden sie sich deutlich von der zweitjüngsten Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen im Hinblick auf die unterdurchschnittliche Relevanz von kommunalpolitischen Aufgaben bezüglich Verkehr und Infrastruktur.

Signifikante Unterschiede treten zudem teilweise bei einer Differenzierung der Erwartungen und Forderungen an die Kommunalpolitik nach regionalen Kriterien und der politischen Ortsgröße auf. So spielen Verkehr und Infrastruktur im Gegensatz zur Oberpfalz und Niederbayern im Großraum München sowie in Städten über 500.000 Einwohner ungeachtet immer noch hoher Nennungshäufigkeiten von mehr als 20 % eine unterdurchschnittliche Rolle. Kommunalpolitische Aufgaben im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz werden dagegen gerade im Großraum München und in Großstädten über 500.000 Einwohner besonders häufig angesprochen. Stadtplanung, kulturelles Leben und entsprechende Angebote sind in der Oberpfalz und Niederbayern sowie in kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohner besonders wichtig, während Soziales, Bildung und Gesundheit vor allem in Schwaben und in Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern angesprochen werden.

Wohnen, Bürgernähe und Neuausrichtung der Kommunalpolitik

Das Wohnungsthema ist in Großstädten über 500.000 Einwohner und insbesondere im Großraum München besonders relevant, dafür aber im Rest Oberbayerns, in Niederbayern, der Oberpfalz sowie kleineren Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern vergleichsweise unwichtig. Allerdings wird die Thematik auch bereits in Gemeinden von 20.000 Einwohnern an aufwärts überdurchschnittlich oft angesprochen. Weitere Themen wie Innere Sicherheit und Polizeipräsenz werden hingegen im Rest Oberbayerns sowie in Großstädten bis unter 500.000 Einwohner überdurchschnittlich oft genannt, während Bürgernähe und Neuausrichtung der Kommunalpolitik im Rest Oberbayerns sowie Wirtschaft und Finanzen ebenfalls in Großstädten unter 500.000 Einwohner vergleichsweise wichtiger zu sein scheinen.

Die Ergebnisse zu wichtigen Ereignissen und Themen, die die Wähler bewegen, sowie die daraus resultierende Umsetzung in entsprechende Forderungen an die Politik belegen, dass das stark emotionsbesetzte Thema Klima, Umwelt und Energie zumindest derzeit als existenziell im engeren Sinne des Wortes empfunden wird und deshalb die anderen, bisher im Vordergrund stehenden Ereignisse wie internationale Krisen, Migration, Flüchtlinge und Zuwanderung, aber auch sozial-, innen- und wirtschaftspolitische Ereignisse und Themen überlagert. Dies schließt jedoch nicht aus, dass andere, derzeit in den Hintergrund gedrängte Themen wieder an Relevanz gewinnen werden.

Mobilisierbarkeit der Wählerschaft

Die verschiedenen Einzelbefunde der Jugendstudie 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung lassen laut GMS eine Reihe von Schlussfolgerungen für die Bevölkerung insgesamt und speziell für die jüngeren Altersgruppen zu. So ist die Stimmungslage in Deutschland aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen und der Dominanz des emotionsbeladenen, aller Wahrscheinlichkeit nach für längere Zeit aktuellen Themenbereichs Klimawandel, Umwelt und Energie emotionaler geworden und hat die Wählerschaft insgesamt leichter mobilisierbar und wahlbereit gemacht. Diese auch für die beiden jüngsten Wählergruppen feststellbare Entwicklung ändert jedoch nichts daran, dass Jung- und Erstwähler relativ gesehen noch vergleichsweise unsicher hinsichtlich der Wahlteilnahme und ihrer Wahlentscheidung bleiben.

Höhere Wahlbereitschaft und verändertes Wahlverhalten

Die durch höhere Wahlbereitschaft und verändertes Wahlverhalten erkennbare starke Politisierung der Wählerschaft in Bayern findet auch im starken Anstieg des politischen Interesses und beim veränderten Informationsverhalten über Politik ihre Entsprechung. Dessen ungeachtet sind die jüngeren Altersgruppen bezüglich der Intensität ihres politischen Interesses weiterhin etwas zurückhaltender und nutzen darüber hinaus in Verbindung mit der politischen Informationsgewinnung vergleichsweise wesentlich häufiger Online- und soziale Medien als Informationsquellen.

Bei der Kommunikation über Politik und bei der Bereitstellung von Informationen für die politische Meinungsbildung ist laut der Umfrage zu berücksichtigen, dass die traditionellen Medien und die interpersonale Kommunikation im Familienkreis sowie mit Freunden und Bekannten trotz unterdurchschnittlicher Nutzungsfrequenz bei den Jüngeren immer noch eine sehr wichtige Rolle spielen.

Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass die jüngeren Altersgruppen hinsichtlich der Bereitschaft zur Wahlteilnahme und ihrer Wahlentscheidung unverändert unsicherer sind als die höheren Altersgruppen, obwohl auch bei den Jüngeren politisches Interesse und Mobilisierbarkeit zugenommen haben.

Dessen ungeachtet müssen die politischen Parteien und somit auch die Parteienstiftungen die veränderten Rahmenbedingungen bei ihrer Kommunikation und der Vermittlung von Informationen über Politik beachten, wenn sie nicht den Kontakt zu den jüngeren, teilweise aber auch zu den Wählergruppen zwischen 35 und 59 Jahren verlieren wollen. Dies betrifft weniger die Inhalte bzw. kommunizierten Themen, sondern vor allem Kommunikationsstile sowie neue Angebote zur interaktiven Kommunikation oder Partizipation, zumal sich zunehmend mehr Menschen nach eigenen Angaben im bzw. über das Web sozial, gesellschaftlich und auch politisch engagieren.

Gezielt die Bürger erreichen

„Wir wollen die Ergebnisse nutzen, um die Bürger mit unserer politischen Bildungsarbeit regional und in den verschiedenen Altersgruppen noch gezielter zu erreichen“, macht HSS-Generalsekretär Oliver Jörg deutlich. Sehr erfreulich ist aus seiner Sicht auch das große, in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegene Interesse an Politik und die grundsätzliche Bereitschaft, sich mit gesellschaftspolitischem Inhalt auseinanderzusetzen und auch zur Wahl zu gehen. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Krise ist die größte Herausforderung unserer Generation. Alle Lebensbereiche sind betroffen und mit den Auswirkungen werden wir noch sehr lange beschäftigt sein, gerade auch auf kommunaler Ebene.

Aus diesem Grund hat die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ein Positionspapier ausgearbeitet, mit dem Ziel, die Kommunalpolitik in dieser schwierigen Zeit zu stärken. Denn eines ist klar: Die bayerischen Kommunen müssen dauerhaft leistungsfähig bleiben, um die großen Herausforderungen bewältigen zu können und in Summe letztendlich für gesellschaftliche Stabilität zu sorgen.

An erster Stelle aller Maßnahmen steht immer die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen weiterhin alles tun, um ein weiteres Ausbreiten des Corona-Virus zu verhindern. Die regionalen Krankenhausstrukturen sowie eine flächendeckende ärztliche Versorgung sind gerade in diesen Zeiten von enormer Wichtigkeit. Ebenso hat sich die lokale Gesundheitsversorgung in der Krise bewährt und muss langfristig erhalten werden.

KPV positioniert sich:

Corona bekämpfen – Kommunalpolitik stärken!

Auch die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss weiterhin gewährleistet sein. Fehlende Einnahmen, gesteigerte Kosten sowie Einbrüche bei der Gewerbe- und Einkommensteuer werden künftig zu einer deutlichen Mehrbelastung aller kommunalen Haushalte führen. Der Staat übernimmt bereits einen Großteil der entstehenden Kosten, doch dies reicht nicht aus. Weitere Programme und Maßnahmen für die Kommunen müssen folgen, damit die kommunale Daseinsvorsorge, Investitionen und wichtige Projekte sichergestellt sind.

Klar ist ebenso: Die bayerische Wirtschaftskraft muss weiterhin erhalten bleiben. Dafür ist eine baldmögliche Rückkehr zum regulären Arbeitsalltag für möglichst viele Menschen von zentraler Bedeutung und der Einkauf von regionalen Produkten stärkt die Wirtschaftskreisläufe vor Ort sowie unsere heimische Landwirtschaft und Umwelt vor unnötigen Belastungen. Regionale Wirtschaftskreisläufe gewährleisten so unsere Handlungsfähigkeit in der Krisenzeit. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Öffnung der Unternehmen sind vereinbar. Die Unternehmen haben bewiesen, dass sie den Gesundheitsschutz ernst nehmen und Hygienemaßnahmen umsetzen. Auch eine schrittweise Öffnung der Hotellerie- und Gastronomie ist in diesem Zusammenhang der richtige Weg.

Das veränderte Mobilitätsverhalten in der Corona-Krise hat gezeigt: Der Individualverkehr vor allem mit dem Auto (oder auch dem Rad) muss aufrecht erhalten werden. Denn der öffentliche Nahverkehr mit Bus und Bahn hat gerade in Zeiten potenzieller Infektionsgefahren durchaus entscheidende Nachteile.

Ein Punkt, der bereits kurz nach Bekanntwerden unserer Forderung weitgehend erfüllt wurde, betrifft die Gottesdienste. Gerade in Krisenzeiten sind diese ein Stabilitätsanker für die Gläubigen. Die Schutzkonzepte der Kirchen, die gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung ausgearbeitet wurden, werden erfolgreich umgesetzt.

Wichtig ist uns als KPV auch, dass Seniorenheime noch besondere Unterstützung bei der Einrichtung von Isolationsbereichen und bei der Schutzausrüstung bekommen. Zudem sollten wir hinsichtlich Kontaktmöglichkeiten der Bewohner zu Familienangehörigen alle aus Sicht des Gesundheitsschutzes vertretbaren Möglichkeiten ausschöpfen, auch auf digitaler Ebene.

Die vielen Maßnahmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens stellen unsere Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Geduld und Durchhaltevermögen sind in dieser Zeit besonders gefragt, denn die Corona-Krise ist noch lange nicht ausgestanden. Unser gemeinsames Ziel sollte es deshalb sein, dass unsere Gesellschaft durch die neuen Erfahrungswerte letztendlich gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Die KPV wird weiterhin ihren Beitrag zu einem aktiven Krisenmanagement der bayerischen Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke leisten und unsere kommunale Familie durch die Krise begleiten.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Ergänzungen zum ORH-Jahresbericht 2020:

Kritik an Umgang mit Haushaltsresten

Wegen der Corona-Krise hatte der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) Ende März lediglich einen knappen Bericht über das Prüfungsergebnis für das Haushaltsjahr 2018 vorgelegt. So sollte trotz der damaligen akuten Herausforderungen eine zeitgerechte Entlastung der Staatsregierung durch den Landtag ermöglicht werden. Mit einem Ergänzungsband hat der ORH nun auch 17 Einzelprüfungsergebnisse vorgelegt.

Deren Feststellungen und Würdigungen beziehen sich laut ORH-Präsident Christoph Hillenbrand noch auf die Lage vor der Pandemie. Seine Behörde habe bewusst von einer Aktualisierung der Prüfungen abgesehen, um den zuständigen obersten Staatsbehörden eine erneute Anhörung und den damit verbundenen zusätzlichen Aufwand zu ersparen.

Finanzpolitisch außergewöhnliche Lage

In dieser finanzpolitisch außergewöhnlichen Lage empfiehlt der ORH mehr denn je, die zur Krisenbewältigung erforderlichen Haushaltsmittel effizient einzusetzen und nicht nur über neue Kredite, sondern auch durch Umschichtungen und Einsparungen zu finanzieren. Auch sollten die bestehenden Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden. Dazu werden wieder konkrete Hinweise und Empfehlungen gegeben.

So hätte der Landtag zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten in Millionenhöhe für aktuelle Schwerpunkte, wenn das Finanzministerium Ausgabereste der Vorjahre nur noch strikt nach den geltenden Vorschriften in den folgenden Haushaltsplan übertragen würde. 2018 beliefen sich die Ausgabereste auf 7,3 Mrd. Euro, also 10,8 % des Gesamtsolls. Seit 2010 haben sie sich nahezu verdoppelt – für den ORH ein Hinweis, dass Haushaltsmittel zumindest früher nicht immer bedarfsgerecht veranschlagt wurden. Der Rechnungshof empfiehlt, Ausgabereste, wie in anderen Ländern, künftig zu kategorisieren, ob sie gesetzlich, rechtlich oder sonstig gebunden sind. Dies stärke das Budgetrecht des Landtags, da er über die Verwendung nicht übertragener Mittel im Regelfall neu entscheiden kann.

Gravierende Folgeschäden und finanzielle Nachteile

Wie der ORH zudem bemängelt, nehme die staatliche Bauverwaltung Bauleistungen oft nicht sorgfältig genug oder sogar ohne jede nähere Prüfung ab. Auch würden Verjährungsfristen nicht hinreichend überwacht; vor Ablauf der Verjährung werde zu oft nicht überprüft, ob noch Mängel vorliegen. Dem Freistaat drohten dadurch gravierende Folgeschäden und finanzielle Nachteile. Der ORH stellte dies fest, als er die Abnahme von knapp 2.000 Aufträgen im Hoch- und Straßenbau mit einer Schlussrechnungssumme von rund 438 Mio. Euro prüfte. Er unterbreitet deshalb eine Reihe von Vorschlägen, um das Abnahme- und Gewährleistungsmanagement zu verbessern und empfiehlt dem Bauministerium, sich der Sache anzunehmen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Die jährlichen Software- und Lizenzkosten der Staatsverwaltung sind mittlerweile auf 175 Mio. Euro gestiegen. Die Staatsregierung habe keinen Überblick über den Einsatz und den Kostenanteil ihrer Softwarelizenzen. Dabei hätte der Ministerrat schon vor 14 Jahren beschlossen, ein zentrales Softwarevertrags- und Lizenzmanagement einzuführen. Der ORH empfiehlt dringend, dies nun endlich umzusetzen.

Videokonferenzanlagen besser nutzen

In der Staatsverwaltung gibt es bei 163 Dienststellen rund 250 Videokonferenzanlagen. Diese wurden laut Oberstem Rechnungshof trotz der bisherigen Behördenverlagerungen bis Ende 2018 durchschnittlich nur etwa viermal pro Monat genutzt. Angesichts der Corona-Pandemie sei eine übergreifende Kommunikationsstrategie, die auch Videokonferenzen einbezieht, mehr denn je erforderlich. Durch den verstärkten Einsatz von Videokonferenzen ließen sich auch Reisekosten und -zeiten einsparen sowie Umwelt und Klima schonen.

Wie der ORH weiter berichtet, verursachen Defizite bei der Erstellung und Auswertung von Kontrollmitteilungen jährlich Steuerausfallrisiken in zweistelliger Millionenhöhe. Bereits angesichts von fast 20 % nicht mehr auffindbarer Kontrollmitteilungen empfiehlt die Behörde, bestehende Mängel zeitnah zu beseitigen und zudem endlich ein IT-Verfahren einzuführen.

Illegale Beschäftigung im Baugewerbe eindämmen

Nicht hinnehmbar ist es für den ORH außerdem, dass sich die Steuerverwaltung bislang nicht ausreichend um den Steuerabzug bei Bauleistungen kümmerte, der illegale Beschäftigung im Baugewerbe eindämmen und Steueransprüche sichern soll. Die Finanzämter können auf Antrag in bestimmten Fällen von der Bauabzugsteuer freistellen. Vor allem dann, wenn sie diese sogenannten Freistellungsbescheinigungen zu Unrecht erteilen oder nicht rechtzeitig widerrufen, drohten erhebliche Steuerausfälle. Allein bei den vom ORH geprüften Finanzämtern betrugen die Steuerrückstände in Fällen mit Freistellungsbescheinigungen über 60 Mo. Euro.

Fehler bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge

Nicht durchgreifend verbessert habe sich darüber hinaus die Situation bei der Festsetzung von Versorgungsbezügen. Das Finanzministerium habe seine Zusage, deren Qualität nachhaltig zu verbessern, nicht eingehalten. Erneut stellte der ORH beträchtliche Fehler fest, die sich über die Jahre zu Millionenbeträgen addieren können.

Seit zehn Jahren nicht beachtet werde außerdem der Landtagsbeschluss zur leistungsbezogenen Förderung nichtstaatlicher Theater. Derzeit erhalten die Theater eine Grundfinanzierung, die aber immerhin über 42 Mio. Euro pro Jahr ausmacht. Jetzt sollten endlich Ziele definiert werden, damit sich bessere Leistung auch lohnt, empfiehlt der ORH.

Zufrieden zeigte sich Präsident Hillenbrand mit der Reaktion der Bayerischen Staatsregierung auf den ersten Teil des diesjährigen Berichts, der Bedenken am geplanten Bayern-Fonds- und Finanzagentur-Gesetz (BayFoG) geltend gemacht hatte. „Der Landtag stellt die zusätzlichen Mrd. im Haushalt jetzt klarer dar, die Übertragung von Kernaufgaben ist gesetzlich enger gefasst, und nötige Prüfungs- und Erhebungsrechte des Rechnungshofs sind gesichert. Das Parlament hat damit die Weichen in Richtung Vertrauen und Klarheit gestellt“, bilanzierte Hillenbrand.

20 Mrd. Euro neue Schulden und weitere 20 Mrd. Euro Schulden für den BayernFonds seien eingeplant, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen, fuhr der ORH-Präsident fort. Bayern nutze also die in der Verfassung verankerte Notfallklausel, die Ausnahmen von der Schuldenbremse erlaubt.

Dies präge den bayerischen Haushalt voraussichtlich für Jahrzehnte. Umso wichtiger sei nun Transparenz im Haushalt, aber auch, „dass die enormen Mittel wirtschaftlich und wirksam eingesetzt werden: zügig und zielgenau, ohne Mitnahmeeffekte, Doppelförderungen und mit ausreichender Vorsorge gegen Betrug“. **DK**

Stabile Demokratie auch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein Großteil der Maßnahmen, die aktuell erforderlich sind, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, finden auf kommunaler Ebene statt. Minister Herrmann zufolge „haben wir uns auf erhebliche Steuerrückgänge einzustellen, die vielfach jetzt schon zu beobachten sind. Dies hängt von den Branchen ab, die in der einen oder anderen Kommune dominieren. Diese Steuerrückgänge werden Bund, Länder und Kommunen treffen.“

Rekordfinanzausgleich

Für Bayerns Kommunen sei heuer ein Rekordfinanzausgleich vereinbart worden, so Herrmann. „Obwohl auch bei uns die Steuereinnahmen erheblich sinken werden, nehmen wir die Krise nicht zum Anlass, Leistungen für die Kommunen zu kürzen.“ Finanzminister Albert Füracker habe bereits angekündigt, die Auszahlung von FAG-Mitteln teilweise zeitlich vorzuziehen. „Bereits in den nächsten Wochen werden Zahlungen geleistet, die ansonsten erst im Herbst oder Ende des Jahres erfolgen würden. Damit soll die Liquidität der Kommunen verbessert werden“, hob der Minister hervor.

Grundrechtseingriffe auf ein Minimum beschränken

Er stellte in diesem Zusammenhang aber auch klar, dass etwaige Steuerausfälle der Kommunen nicht nach Belieben von Land und Bund übernommen werden können. Diese Last müssten alle gemeinsam tragen. „Wie dies gestaltet wird, werden der Finanzminister und ich demnächst mit den Spitzen der bayerischen Kommunen erörtern“, betonte Herrmann und ergänzte: „Wir haben den Kommunen mehr Spielraum gegeben, um weitere Kassenkredite aufzunehmen. In vielen Fällen wird dieses Prozedere unvermeidlich sein, wenn die Ausgaben steigen und die Einnahmen gleichzeitig geringer ausfallen.“

Was den zeitweilig ungewöhnlichen Ausnahmezustand in Form massiver Grundrechtseingriffe anbelangt, stellte Herrmann fest: „Wir haben zu keinem Zeitpunkt unsere Demokratie außer Kraft gesetzt. Bürger konnten gegen Verordnungen klagen. Einige haben Recht bekommen, andere nicht.“ Klar sei, dass Grundrechtseingriffe generell immer auf ein Minimum beschränkt bleiben und beseitigt werden müssten, sobald sie nicht mehr dringend notwendig sind.

Voll funktionsfähiger Rechtsstaat

Da die Versammlungsfreiheit und die Religionsfreiheit zeitweise stark eingeschränkt waren, war es Herrmann wichtig, besonders diese Bereiche wieder zu lockern. „Mit diesem voll funktionsfähigen Rechtsstaat haben wir es geschafft, die Krise zu bewältigen – auch wenn wir noch nicht über den Berg sind. Wir haben es aber besser gemeistert als so mancher autoritär geführte Staat“, erklärte der Minister hervor und unterstrich: „Wir brauchen keine Diktatur auf Zeit, wie dies im alten Rom vorgesehen war. Wir brauchen keine autoritäreren, geschweige denn diktatorische Systeme, um mit einer solchen Krise fertig zu werden. Unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat hat die Probleme bewältigt – mit einer für den Grundkurs dieses Landes überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung.“

Bundestag, Landtag und Kommunalparlamente arbeiten. „Darum war es mir auch so wichtig, dass die Kommunalwahlen in Bayern mit einer im Übrigen höheren Wahlbeteiligung stattgefunden haben“, erläuterte Herrmann. „Ansonsten wäre möglicherweise der Eindruck entstanden, man wolle die Demokratie pausieren lassen.“

Was den Kernbestand der Grundrechte anbelangt, geht der Minister davon aus, dass diese im Herbst weitestgehend gewährleistet sind. Dann stünde das Aufzeigen von Perspektiven auf der Agenda. Hier müsse die Politik glaubwürdige Antworten liefern.

Stichwort Maskenpflicht am Arbeitsplatz. Hier gibt es nach Herrmanns Auskunft „mit Ausnahme der Situation im Einzelhandel“ keine Vorgaben des Staates. Den Firmen sei die Entscheidung freigestellt. Gleiches gelte für den öffentlichen Dienst. Sowohl in Rathäusern als auch in Landratsämtern gebe es Abteilungen, die oftmals den ganzen Tag über keinen Bürgerkontakt haben, so dass es den Mitarbeitern freigestellt sei, einen Mund- und Nasenschutz zu tragen. Von einigen KFZ-Zulassungsstellen wisse er allerdings, dass dort zum gegenseitigen Schutz große Plexiglasplatten installiert wurden.

Mehr Schutz für Radfahrer

Mehr Sichtbarkeit und Schutz für Radfahrer ist das Kernstück der Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung, die Ende April in Kraft trat. So muss etwa künftig beim Überholen von Fußgängern und Radfahrern zwingend ein Abstand von eineinhalb Metern, außerorts sogar von zwei Metern eingehalten werden. Aus Herrmanns Sicht ist dies durchaus notwendig. Schließlich stieg die Zahl der Rad-Unfälle und der verunglückten Radfahrer in den vergangenen zehn Jahren jeweils um gut 40 Prozent.

Daneben sieht die neue StVO auch verschärfte Rechtsfolgen für Autofahrer vor. Neben höheren Bußgeldern müssen Temposünder auch deutlich früher mit einem Fahrverbot rechnen. Ein Monat Fahrverbot wird innerorts bereits bei einer Überschreitung von 21 km/h verhängt. Außerorts greift das Fahrverbot von einem Monat ab einer Überschreitung von 26 km/h. Hier riet der Minister zu besonderer Vorsicht und erhöhter Aufmerksamkeit. **DK**

Würdigung und Dank ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Laut Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, „hat Ulrich Maly den Verband in der Öffentlichkeit geradezu verkörpert. Er hat unserem Bayerischen Städtetag wichtige Impulse gegeben, hat uns angeregt und weitergebracht: Mit Ideenreichtum konnte er prägnante Anregungen geben und im richtigen Moment die richtigen Fragen stellen.“ Mit Leidenschaft und Augenmaß habe Maly den Städtetag mit seinen vielfältigen Mitgliedern immer auf eine gute Kompromisslinie führen können, so Buckenhofer. Vorsitzende des Bayerischen Städtetags seien immer auch Hüter der Überparteilichkeit und geschickte Handwerker beim Schmieden von Kompromissen.

Mit seiner Ironie in Reden, mit bildhafter Sprache in Diskussionsbeiträgen, mit Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit habe er immer begeistert. Maly verfüge über ein enormes Faktenwissen, auf das immer Verlass gewesen sei. „Und bei aller Theoriebegabung war er zugleich der zupackende Praktiker mit Bodenhaftung“, machte der Geschäftsführer deutlich.

Dr. Kurt Gribl wurde vom Deutschen Städtetag als „prägender Kommunalpolitiker, der sich fünf Jahre lang als stellvertretender Städtetagspräsident engagierte“, gewürdigt. Im Verband habe er sich aus Überzeugung und mit besonderem persönlichen Einsatz für die Interessen der Städte stark gemacht.

Gemeinsame Positionen über Parteigrenzen hinweg

„Dr. Kurt Gribl trug im Städtetag durch seine unaufgeregte und integrative Art maßgeblich dazu bei, gemeinsame Positionen der Städte über Parteigrenzen hinweg zu finden. Auch nach außen brachte er mit Geschick und persönlichem Charme kommunalen Sachverstand und praktische Expertise in viele Gesprächsrunden ein“, hob Städtetagschef Jung mit Blick auf Gribls Ausscheiden aus dem Amt als Oberbürgermeister und aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages hervor.

Bei der Vertretung städtischer Interessen auf Bundesebene habe der CSU-Politiker 2017/2018 beispielsweise bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mitgewirkt. „Dr. Kurt Gribl hat sich um die Solidargemeinschaft der Städte verdient gemacht. Sein Ziel war immer, der kommunalen Ebene Gestaltungsspielraum zu sichern“, so Jung abschließend. **DK**

Amtsantritt von 64 Landräten und Landrätinnen in Bayern

Der Deutsche Landkreistag hat seine Karte mit den Parteizugehörigkeiten der 294 Landräte und Landrätinnen nach den Kommunalwahlen in 64 von 71 bayerischen Landkreisen aktualisiert. Mit dem 1. Mai 2020 starten die gewählten bzw. im Amt bestätigten Landräte und Landrätinnen in die neue Amtsperiode.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Die Landratswahlen in Bayern vom März sind Grund genug für uns, unsere Karte neu aufzulegen. Bundesweit betrachtet ist es dabei nicht zu signifikanten Verschiebungen gekommen: Unverändert stellen CDU oder CSU in 167 Landkreisen den Landrat bzw. die Landrätin, was 57 % entspricht. 62 oder 21 % der Landkreise werden von sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten geleitet.“

Insgesamt gehören die Landrätinnen und Landräte folgenden Parteien an: CDU: 114, CSU: 53, SPD: 62, parteilos: 41, Freie Wähler /FW LV Baden-Württemberg: 18, Die Linke: 4, Bündnis 90 / Die Grünen: 2.

Großer Vertrauensbeweis für amtierende Landräte

Die mit Spannung erwarteten Landratswahlen in Bayern hätten bei landesweit erhöhter Wahlbeteiligung zu einem großen Vertrauensbeweis für die amtierenden Landräte geführt, so der DLT-Hauptgeschäftsführer. Insgesamt seien 20 Personen neu ins Amt gekommen, die übrigen seien wiedergewählt worden.

Im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit neu gewählt worden seien acht Landräte, die alle der CSU angehören. Die Stichwahl am 29.3.2020 habe zudem unter bundesweit bisher einmaligen Bedingungen in der Zeit der Corona-Krise stattgefunden: Das Bayerische Infektionsschutzgesetz hatte vorgeschrieben, die Wahlen ausschließlich als Briefwahlen durchzuführen. Auch bei den Stichwahlen war die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch.

Frauenanteil leicht gestiegen

„Von den sieben bisherigen Amtsinhabern, die in die Stichwahl mussten, setzten sich die fünf CSU-Kandidaten und ein Freier Wähler erneut durch, während der den Grünen angehörende Landrat des Landkreises Miesbach seinem CSU-Herausforderer unterlag, sodass es in Bayern künftig nur noch einen Landrat gibt, der den Grünen angehört, nämlich im Landkreis Miltenberg.“ Insgesamt seien zwölf neue Landräte in den Stichwahlen gewählt worden, von denen sieben der CSU und fünf den Freien Wählern angehören.

Der Frauenanteil konnte aufgrund der Stichwahlen von bisher fünf auf sieben und damit bundesweit auf 30 gesteigert werden. „Damit ist zumindest die 10-Prozent-Marke in Bayern fast erreicht und im Bundesgebiet sogar leicht überschritten“, so Henneke. ❐

Zusätzliche Hilfen für den Arbeitsmarkt

Bayern setzt bei der Bewältigung der Corona bedingten Herausforderungen für den Arbeitsmarkt neben bayerischen Finanzhilfen verstärkt auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Anlässlich des Europatags wies Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner darauf hin, dass Europa sehr gut dabei unterstützen kann, den bayerischen Arbeitsmarkt wieder anzukurbeln: „Wir werden dieses und nächstes Jahr insgesamt 85 Millionen Euro ESF-Mittel für Qualifizierung und Ausbildung investieren. Die Europäische Union hat die Rahmenbedingungen für den Einsatz der europäischen Gelder verbessert und erweiterte Fördermöglichkeiten zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen geschaffen. Damit werden wir Unternehmen und Beschäftigte in Bayern von den Kosten für Aus- und Weiterbildung erheblich entlasten. Die erweiterten Förderbedingungen bringen mehr Flexibilität für zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das ist genau das, was der Arbeitsmarkt in diesen außergewöhnlichen Zeiten braucht.“ ❐

Advertorial

Die regionale Energiewende im Blick

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft stellt sich vor

Jetzt beginnt sie – die neue Amtsperiode. Auf alle Kommunalvertreter stürmt derzeit vieles zu – besonders die Corona-Pandemie macht die Arbeit zu einer Herausforderung.

Um eines müssen sich die Kommunen keine Sorgen machen: die Energieversorgung durch die N-ERGIE Aktiengesellschaft. Denn das regionale Unternehmen kümmert sich – auch jetzt.

Über 100 Jahre Stromversorgung

Vor 100 Jahren schlossen das Fränkisches Überlandwerk (FÜW) und die EWAG viele Kommunen und die Stadt Nürnberg an das öffentliche Stromnetz an. Im Jahr 2000 entstand aus den beiden Traditionsunternehmen einer der ganz großen kommunalen Energieversorger: Die N-ERGIE.



Emissionsfreie Mobilität spielt bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Bild: David Häuser

Netzbetreiber mit Verantwortung: Hohe Investitionen in Versorgungssicherheit

Für den Betrieb ihrer Strom- und Gasnetze ist das Tochterunternehmen N-ERGIE Netz GmbH verantwortlich. Durch hohe Investitionen – allein rund 100 Mio. Euro in das Stromnetz – erreicht die N-ERGIE eine im Deutschlandvergleich überdurchschnittliche Versorgungssicherheit.

Regionale Energiewende: Die N-ERGIE geht mit gutem Beispiel voran

Bereits über 52.000 dezentrale Erzeuger speisen aktuell in das Verteilnetz der N-ERGIE Netz GmbH ein. Außerdem betreibt die N-ERGIE derzeit 33 Anlagen, die Strom aus Sonne, Wind und Biomasse erzeugen. Positiver Nebeneffekt: Wenn Strom dort erzeugt wird, wo man ihn braucht, sinkt der Bedarf an Höchstspannungsleitungen.

Neue Mobilität für das Klima

Ein besonderes Anliegen ist dem Regionalversorger der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. An den 520 öffentlichen Ladesäulen im Ladeverbund+, dessen Gründungsmitglied die N-ERGIE ist, laden E-Mobilisten ausschließlich Ökostrom.

Innovative Lösungen für Kommunen

In den Kommunen laufen viele Fäden zusammen, was Gebäude, Verkehr, Energiewirtschaft, Industrie und Landwirtschaft angeht. Gemeinsam mit den Kommunen entwickelt die N-ERGIE Lösungen in den Bereichen Heizen und Nahwärme, Straßenbeleuchtung oder der Versorgung mit Erdgas. Außerdem ist die N-ERGIE zuverlässiger Partner, wenn es um Betriebsführungen geht – von der technischen Betriebsführung für kleinere Netzbetreiber bis zum Komplettpaket wie bei der Wassergewinnungsanlage der Gemeinde Simmelsdorf.



Claudia Jordan von der N-ERGIE Schulinformation organisiert mit Schulklassen regelmäßig Graffiti-Workshops in den Schulen im Netzgebiet. Quelle: N-ERGIE

Ein großes Thema ist auch das virtuelle Kraftwerk der N-ERGIE, das vor allem Landwirten dabei hilft, ihre Blockheizkraftwerke so zu steuern, dass sie optimale Erlöse für ihren Ökostrom erzielen. In Zukunft könnten auch große Kraftwerke, eine PV-Anlage oder die Batterien von Elektrofahrzeugen mit dem virtuellen Kraftwerk verbunden werden.

Persönliche Beratung und individueller Kontakt

Die N-ERGIE schätzt den Austausch mit den Kommunen und stellt jeder Kommune eine/n persönliche/n Ansprechpartner/in zur Seite. Darüber hinaus bietet sie „Kommunale Energiegespräche“, Info-Veranstaltungen für Netzbetreiber und kommunale Verwaltungen oder Schulungen sowie Veranstaltungen für die Feuerwehren in der Region.

Engagement in und für die Region

Als Sponsor oder mit ihrer Spendenaktion „N-ERGIE für junge Menschen“ unterstützt die N-ERGIE die Menschen und das gesellschaftliche Engagement vor Ort. Auf der N-ERGIE Crowd können Vereine und andere gemeinnützige Organisationen Geld sammeln und werden dabei finanziell von der N-ERGIE unterstützt.

Kinder und Jugendliche erhalten mit den Aktionen der N-ERGIE Schulinformation Einblicke in viele Energie- und Umweltthemen. Spaß für Groß und Klein gibt es bei der N-ERGIE Kinotour, die seit 2005 jeden Sommer durch die Region zieht. Und das für einen guten Zweck: Die Eintrittsgelder kommen Einrichtungen in der jeweiligen Kommune zugute. ❐



Die Region versorgt sich zunehmend selbst mit Strom. Vielerorts sorgen insektenfreundliche Pflanzenmischungen und Insektenhotels für ein biodiverses Umfeld. Quelle: N-ERGIE

BMBF startet Ideenwettbewerb für Soziale Innovationen

Karliczek: Wir brauchen neue Ideen für unser gesellschaftliches Miteinander

Menschen mussten sich im Laufe der Geschichte permanent neuen Gegebenheiten anpassen – sozialen wie ökonomischen. Diese Anpassung erfolgt im Zuge Sozialer Innovationen. Es entstehen neue Modelle oder Kooperationsformen, die einen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen leisten. Ein allen sehr vertrautes Beispiel für eine Soziale Innovation ist der Kindergarten. Die Herausforderung war hier: Eltern müssen arbeiten, kleine Kinder brauchen Betreuung. Gegenwärtig stellt die Corona-Pandemie das gesellschaftliche Leben vor solche neuen und erheblichen Herausforderungen. Dafür können Soziale Innovationen Lösungen bieten, indem sie das gesellschaftliche Miteinander neugestalten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Entwicklung Sozialer Innovationen und hat dafür den Wettbewerb „Gesellschaft der Ideen – Wettbewerb für Soziale Innovationen“ gestartet.

Zum Beginn erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Wir Menschen haben ein natürliches Bedürfnis nach Sozialen Innovationen und wir wissen: Es gibt viele gute Ideen, wie unser gesellschaftliches Miteinander noch verbessert werden kann. Es gibt kreative Lösungen, es gibt neue Wege. Das zeigen uns vielfältige Beispiele im Umgang mit kleinen und großen Herausforderungen der Corona-Pandemie. Wir wissen aber auch, dass es oft an Zutrauen, Zeit, Unterstützung oder Partnern mangelt, um kluge Ideen umzusetzen. Mein Haus möchte deshalb dazu beitragen, gute Ideen zu verwirklichen.

Die Bedeutung Sozialer Innovationen zeigt sich gerade in Krisenzeiten wie der gegenwärtigen Pandemie besonders deutlich. Denn diese Zeiten konfrontieren uns von jetzt auf gleich sehr unvermittelt mit ungeplanten Änderungen. Wichtige Bereiche unseres Alltags und Miteinanders funktionieren plötzlich nicht mehr so, wie zuvor und brauchen neue Ansätze. Dafür gibt es in unserer Gesellschaft ein großes Potenzial und es freut mich zu sehen, wie sich Bürgerinnen und Bürger gerade neu vernetzen.“

Gesellschaft der Ideen

Im Rahmen des Wettbewerbs „Gesellschaft der Ideen“ ruft das BMBF Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Verbände, Vereine, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmen und viele mehr dazu auf, ihre Ideen für Soziale Innovationen einzureichen. Dies ist bis zum 30. Juni unter gesellschaft-der-ideen.de möglich.

Erfahrene Coaches, die bei der Umsetzung der Projekte beraten und unterstützen, ergänzen die finanzielle Förderung der Wettbewerbsteilnehmenden durch das BMBF. Die Förderung im Rahmen der „Gesellschaft der Ideen“ ist somit langfristig ausgerichtet und trägt zur nachhaltigen Etablierung der Innovationen bei.

Hintergrund

Mit dem Wettbewerb „Gesellschaft der Ideen“ möchte das BMBF die Entwicklung von Sozialen Innovationen fördern, die zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen können. Der Ideenwettbewerb stellt dabei die erste von drei Phasen des Wettbewerbs dar. Nach Ablauf der Einreichungsfrist am 30. Juni 2020 haben interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, die Ideen im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Bedeutung zu bewerten und ihre Favoriten zu benennen. Die besten 30 Projekt-Ideen werden in der folgenden Runde zu Konzepten weiterentwickelt. Anschließend werden die Konzepte mit wissenschaftlichen Partnern erprobt. Ziel des Wettbewerbs ist es, ca. fünf praxistaugliche Lösungen für konkrete gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Für die Umsetzung dieser Lösungen ist eine Anschlussfinanzierung durch das BMBF geplant.

Soziale Innovationen

Soziale Innovationen sind neue Praktiken und Organisationsmodelle, die gesellschaftliche Herausforderungen nachhaltig lösen. Soziale Innovationen verändern das gesellschaftliche Miteinander. Das „Soziale“ der Sozialen Innovationen bezieht sich wie bei den Begriffen „Social Media“ und „Soziale Netzwerke“ auf zwischenmenschliche Interaktionen. Folglich kommen Soziale Innovationen in allen Bereichen des Lebens vor. Sie sind insbesondere nicht auf den Sozialbereich beschränkt.

Soziale Innovationen können sich in neuen Produkten oder Dienstleistungen sowie in neuen Arbeits- und Produktionsprozessen oder Kooperationsformen zeigen. Sie können gewinnorientiert sein, müssen dies aber nicht; sie können technologieinduziert sein, können aber auch unabhängig von Technologien entstehen. ❐



Zieht endlich die Reißleine!

Vor 30 Jahren wurde in Würzburg die bayernweit erste Umweltstation gegründet

In der Krise entdecken viele Menschen plötzlich ihre Passion für die Natur. Nachdem so vieles flachfällt, etwa Kneipen, Kino und Theater tabu sind, kann ein Vogelkonzert im Wald eine kleine, beglückende „Sensation" sein. Das macht Anja Knieper, Leiterin der Würzburger Umweltstation, Hoffnung, dass das Umwelt- und Naturbewusstsein wächst. Und damit womöglich auch die Bereitschaft, künftig anders zu leben. Mehr im Einklang mit der Natur. Weniger verschwenderisch.

Naturgemäßer zu leben, denken viele Menschen, verlangt persönliche Opfer. Doch genau das ist für Anja Knieper die falsche Einstellung: „Weniger zu konsumieren, bedeutet nicht zwangsläufig Verzicht." Wie Menschen dazu gebracht werden können, in genussvoller Weise Teil der ökologischen Transformation zu werden, dazu wird in der Umweltstation gerade schwerpunktmäßig gearbeitet. Die Einrichtung selbst kann heuer 30-jähriges Jubiläum feiern. Sie gilt als älteste Umweltstation in Bayern. In den letzten 30 Jahren zog sie immer weitere Kreise. Zu Veranstaltungen wie der „Wildobstbörse" kommen Menschen von weither – auch aus dem Main-Tauber-Kreis.

Wie stark das Thema „Öko" boomt, hängt unter anderem von der Quote der Arbeitslosen und der sozialen Lage der Menschen ab. Das, sagt Anja Knieper. lässt sich über die letzten drei Jahrzehnte hinweg gut beobachten. „Als wir vor 30 Jahren angefangen haben, gab es einen Run auf das Thema ‚Abfalltrennung'", erinnert sie sich. Der Gedanke, dass Müll ein Wertstoff ist und recycelt gehört, griff um sich. Kurz nach dem Start der Einrichtung kam die Wende: „Die sozialen Probleme stiegen." Der Umweltstation bescherten die Krisenjahre zwischen 1990 und 1992 in puncto Nachfrage eine Talfahrt. In jüngster Zeit war „Öko" wieder total angesagt: „Dank Fridays for Future."

Den meisten wurde klar, dass der Klimawandel sehr ernst zu nehmen ist. Dieses Bewusstsein, befürchtet Anja Knieper, könnte krisenbedingt nun wieder schrumpfen. Denn wer jetzt in Kurzarbeit ist oder gar gekündigt wurde, hat andere Sorgen. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, dass die Schäden an den Ökosystemen das Risiko von Krankheitsausbrüchen bis hin zu Pandemien steigern. Aus diesem Grund forderte Bundesumweltministerin Svenja Schulze kürzlich auch verpflichtende internationale Bestimmungen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen.

Auch Knieper plädiert dafür, endlich die Reißleine zu ziehen und der Zerstörung von Umwelt, Natur und Klima Einhalt zu gebieten. Von der vermeintlich positiven Entwicklung während des Shutdowns, warnt sie, dürfe man sich nicht blenden lassen. „Die Medien kommunizieren, dass der CO2-Ausstoß deutlich heruntergegangen ist, was etwas oberflächlich denkende Menschen im Moment beruhigen mag", so die engagierte Umweltschützerin. Doch das sei eine falsche Beruhigung: „Die Produktion und der Verkehr werden wieder anlaufen, wir werden alles wieder dick hereinholen."

Wege zur Transformation entwickeln

Wege zur Transformation zu entwickeln, war in jüngster Zeit Thema vieler Meetings in der Umweltstation. Vor allem zwei Arbeitskreise, die sich in der Öko-Bildungsstätte der Stadt Würzburg treffen, arbeiten hierzu intensiv. Das ist zum einen der „Arbeitskreis Konsum", zum anderen ein Arbeitskreis, in dem sich Schulpsychologen und Leiter von Gymnasien mit Jugendlichen austauschen. Hierbei arbeitet die Umweltstation mit der Initiative „europafels" zusammen. Ziel ist es, Schülern die Idee der gesellschaftlichen Transformation nahe zu bringen. Die hier entwickelten Lerneinheiten sollen Schulen aus der ganzen Region zur Verfügung gestellt werden.

Spätestens im September, hofft Knieper, wird die Umweltstation wieder Veranstaltungen anbieten können. Geplant ist für den 26. September unter anderem die 2. Wildobstbörse, die erstmals in und an der Umweltstation stattfinden soll. Hierbei werden Produkte rund um heimische Wildobstarten vorgestellt, unter anderem Brände, Säfte, Marmeladen und Schreibutensilien. An Infoständen und bei Fachvorträgen wird über Wildobst informiert. Noch ist auch ein Tierschutzfestival in Planung. Es soll am 8. August stattfinden. Ob dies realisierbar ist, kann noch nicht abgeschätzt werden. Knieper: „Aber wir organisieren erst mal weiter, da es einfacher ist, abzusagen, als plötzlich neu zu planen."

Ging es vor 30 Jahren noch in erster Linie darum, einzelnen Bürgerinnen und Bürgern die „Basics" des Umgangs mit Abfall beizubringen und in allen Fragen zum Thema Müll zu beraten, steht heute die Arbeit mit Bündnissen und Einrichtungen im Fokus. Die Umweltstation kooperiert mit vielen ökologisch und transformativ ausgerichteten Initiativen aus der Region, aber auch mit konventionellen Institutionen. Für Anja Knieper ist zum Beispiel die Arbeit mit Senioren wichtig. So wurde unlängst in einem nahegelegenen Seniorenheim eine „Umweltgruppe" gegründet, an der zwölf Bewohner teilnehmen. Fünf Treffen fanden bisher statt.

Gerade Senioren können viele nützliche Tipps zur Reduzierung des Konsums geben. Wuchsen sie doch in einer Zeit auf, in der es nicht so viele Waren gab. Geschweige denn, dass man das Geld gehabt hätte, Wegwerfprodukte wie „Fast Fashion" zu kaufen: War etwas gerissen, wurde es geflickt. Anja Knieper wünscht sich diese Zeit in gewisser Weise zurück. Man hatte damals zwar weniger. War jedoch mit dem Wenigen oft sehr zufrieden.

Pat Christ



Die Würzburger Umweltstation geht in ihrem Kern auf das Jahr 1990 zurück. Bild: Pat Christ

Staatsminister Glauber:

Umweltstationen in Corona-Pandemie gesichert

Verbesserte Förderung für Naturschutzmaßnahmen beschlossen

Bayern verbessert die Fördermöglichkeiten im Umweltbereich. Insbesondere werden durch eine einmalige Umgestaltung der Förderung im Jahr 2020 die von der Corona-Pandemie massiv betroffenen staatlich anerkannten Umweltstationen gesichert.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner für die Träger der Umweltbildung. Wir wollen die Umweltstationen in Bayern in dieser schwierigen Zeit bestmöglich unterstützen. Sie leisten wichtige Arbeit und sind ein Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die hochwertigen flächendeckenden Angebote sollen unbedingt erhalten bleiben, auch wenn auf absehbare Zeit keine Veranstaltungen stattfinden können. Wir lassen niemanden allein und unterstützen unbürokratisch. Damit schaffen wir frühzeitig Planungssicherheit bei den Bildungsträgern und federn finanzielle Belastungen ab."

Zuwendungen im maximal fünfstelligen Bereich

Zahlreiche für dieses Jahr geplante Projekte der Umweltstationen, deren Förderung durch den Freistaat bereits beantragt oder bewilligt wurde, fallen wegen der Corona-Pandemie komplett oder teilweise aus. Normalerweise wäre in diesen Fällen eine Förderung nicht möglich, was für die Umweltstationen eine existenzielle Härte bedeuten würde. Um das Fortbestehen der Umweltstationen zu sichern, werden die erwarteten Zuwendungen deshalb trotzdem zur Verfügung gestellt – und das möglichst schnell. Die Beträge bewegen sich jeweils maximal im fünfstelligen Bereich.

Glauber: „Das Geld fließt nach Antrag der Umweltstationen umgehend und in voller Höhe. Damit können die Umweltstationen Engpässe überbrücken, Perspektiven für die Zeit nach Corona entwickeln und alternative Angebote aufbauen, zum Beispiel im Online-Bereich."

Jedes Jahr werden im Bereich der Umweltbildung in Bayern rund 35.000 Veranstaltungen zu Themen wie Klimaschutz, Artenvielfalt, nachhaltige Lebensstile und sauberes Wasser durchgeführt. Damit werden fast 900.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreicht. In Bayern gibt es aktuell 58 staatlich anerkannte Umweltstationen.

Daneben wird – unabhängig von der Corona-Pandemie – wie geplant die finanzielle Ausstattung von Naturparken sowie verschiedenen Naturschutzmaßnahmen grundlegend verbessert. Mit den gerade aktualisierten Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien können Verbände, Kommunen und Landwirte jetzt neue Projekte umsetzen.

Staatsminister Glauber: „Die Corona-Pandemie ist die größte Herausforderung der Gegenwart. Dabei verlieren wir aber die vielen anderen Projekte, die für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtig sind, nicht aus den Augen. Maßnahmen und Projekte für Moore, Naturparke, ökologisch wertvolle Flächen in Städten oder Streuobstwiesen werden ab sofort mit bis zu 90 Prozent der Kosten unterstützt."

Konkreter Klimaschutz vor Ort

Für die Renaturierung von Mooren – und damit konkretem Klimaschutz vor Ort – stehen zusätzlich 16 Millionen Euro zur Verfügung. Der Fördertopf für blütenreiche Streuobstwiesen, kommunale Projekte zur Biodiversität sowie Maßnahmen in den 19 bayerischen Naturparken ist mit 15 Millionen Euro verstärkt worden. In den Naturparken fördert das Umweltministerium nun auch die Errichtung und den Betrieb von Naturparkzentren. Der Neubau eines Naturparkzentrums wird mit bis zu 2 Millionen Euro, der laufende Betrieb dieser Einrichtungen mit bis zu 200.000 Euro jährlich unterstützt. ❐

Erfolgreiches Kulturlandschaftsprogramm

Das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) ist bei den bayerischen Landwirten weiterhin sehr beliebt. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München mitteilte, sind die Landwirte heuer fast 103.000 Neu- oder Anschlussverpflichtungen für das umfangreichste Agrarumweltprogramm Deutschlands eingegangen. Gerade die im Zuge des Volksbegehrens noch attraktiver gestalteten oder erstmals neu aufgelegten Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität stießen auf rege Nachfrage bei den mehr als 43.000 Antragstellern.

„Das zeigt uns, dass wir mit unserer breiten Angebotspalette an Umweltmaßnahmen auf dem richtigen Weg sind", sagte die Ministerin. Die Landwirte hätten bewiesen, dass sie bereit sind, auf freiwilliger Basis für den Erhalt der Artenvielfalt einzutreten und auf breiter Fläche umweltschonende Landbewirtschaftung zu betreiben.

Mehr als die Hälfte der für fünf Jahre neu eingegangenen Verpflichtungen haben den Schwerpunkt „Verbesserung des Artenschutzes". Ein knappes Drittel der Neuverpflichtungen entfällt auf Maßnahmen zum Klima-, sowie Boden- und Gewässerschutz. Die zahlenmäßig am stärksten nachgefragten Maßnahmen der fünfjährigen Neuverpflichtungen sind die mehrjährigen Blühflächen, gefolgt von Gewässer- und Erosionsschutzstreifen sowie der extensiven Grünlandnutzung mit Schnittzeitpunktauflage.

Mit einem Plus von 45 Prozent hatten die einjährigen Blühflächen die stärkste Steigerungsrate unter den Neuverpflichtungen. Die 425 Antragsteller, die sich im KULAP in diesem Jahr für die Umstellung ihres Betriebs auf ökologische Bewirtschaftung entschieden haben, entsprechen einem Plus von knapp fünf Prozent.

Bislang werden bereits mehr als eine Million Hektar – also etwa ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Bayern – nach den Vorgaben der freiwillig eingegangenen KULAP-Verpflichtungen bewirtschaftet. Der genaue Flächenumfang der neuen Verpflichtungen steht nach Ende der Mehrfachantragstellung (15. Mai) fest.

Noch bis zum 30. Juni 2020 können im Rahmen des KULAP Anträge für die Erneuerung von Hecken und Feldgehölzen (bei den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) sowie für die regional bedeutsame Maßnahme „Wiederaufbau von Steinmauern in Weinbausteillagen" (bei der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau) eingereicht werden.

Die Tierwohlmaßnahme „Sommerweidehaltung" kann im Rahmen der aktuell stattfindenden Mehrfachantragstellung noch bis Mitte Mai beantragt werden. ❐

Alttextilbranche im Überlebenskampf

Die Maßnahmen zur Reduktion der Verbreitungsgeschwindigkeit der COVID-19-Epidemie fordern stündliche neue und flexible Anpassungen von Systemabläufen und Wirtschaftsvereinbarungen. In diesen schwierigen Zeiten bauen die Alttextilunternehmen auf einen engen lösungsorientierten Dialog mit ihren Vertragspartnern.

Die Mitglieder des bvse-Fachverbandsvorstandes Textilrecycling schlagen Alarm, denn die wirtschaftliche Ausgangssituation für Alttextilunternehmen spitzt sich täglich weiter zu.

„Immer mehr Sortieranlagen beantragen aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit oder schließen die Betriebe aufgrund von Quarantäne-Maßnahmen komplett", beschreibt der bvse-Vizepräsident und Vorsitzende des bvse-Fachverbands Textilrecycling, Martin Wittmann, die aktuelle Lage.

Die in Deutschland gesammelten Altkleidermengen gehen währenddessen mit zunehmendem „Social-Distancing", bereits bestehender oder noch zu erwartender Ausgangsbeschränkungen und einhergehenden Schließungen von Sammelstellen und Wertstoffhöfen in vielen Regionen stark zurück.

„Auf der Absatzseite sieht es noch düsterer aus. Mittlerweile verhindern weltweit angeordnete Maßnahmen, wie Ausgangssperren und Versammlungsverbote, die Möglichkeiten, überhaupt noch Erlöse zu erzielen. So müssen aufgrund behördlicher Anordnungen überall, auch in Osteuropa, Secondhand-Läden schließen. Damit versiegt die Nachfrage nach Altkleidern nahezu komplett.

Auch die afrikanischen Märkte leiden, angesichts knapper Geldmittel der einheimischen Verbraucher, am entsprechenden Nachfragemangel. So sind die für den Absatz der sortierten Ware notwendigen Märkte seit Mitte März 2020 global zusammengebrochen. Eine Vermarktung von tragbarer Second-Hand-Kleidung, aber auch von Produkten im Bereich des Recyclings und Putzlappensegmentes, ist aktuell weltweit nicht möglich. Somit gibt es derzeit keinerlei Perspektiven der Erlöserzielung im Endkundenbereich. Da die Transitzeit eines Alttextilstückes von der Erfassung über die Sortierung bis hin zur Endvermarktung in einem der weltweiten Märkte bis zu vier Monaten dauen kann, wird diese Situation sicherlich ebenso lange dauern, da eine positive Änderung der derzeitigen Pandemie-Gesamtlage nicht vorausgesetzt werden kann.

Den in Deutschland tätigen Entsorgern der Alttextilbranche geht es daher derzeit nur noch darum, die betrieblichen Strukturen aufrecht zu erhalten, um zu späterer Zeit Möglichkeiten zu finden, die bisherigen Vereinbarungen erfüllen zu können.

„Was wir jetzt dringend brauchen, sind gemeinsame, faire und wirtschaftsverträgliche Lösungen mit all unseren Vertragspartnern, damit beide Seiten diese Krise überstehen können. Die Situation auf vielen kommunalen, karitativen und oder privaten Plätzen sieht derzeit so aus, dass wir die Dienstleistung der Abfallsammlung und -verwertung zu hohen Kosten aufrechterhalten, aber aktuell nicht wissen, ob wir aufgrund der höheren Gewalt dafür auch entlohnt werden", erklärte Wittmann.

Vereinbarungen mit Kommunen

Erste Unternehmen der Branche haben daher schon Übereinkommen mit Kommunen geschlossen. Im Gegenzug für eine vorläufige Aussetzung der Zahlungsverpflichtungen für die Miete von Containerplätzen oder übernommene Sammelware wollen die privaten Unternehmen, trotz eigener Personalengpässe und erschwerten Bedingungen, alles dafür tun, um sicherzustellen, dass die Verwertung der Altkleider und Säuberung der Sammelplätze im Interesse des Allgemeinwohls weiterhin gewährleistet bleibt.

„Gleichzeitig möchten wir an alle Beteiligten appellieren, dass man bei krisenbedingten verspäteten Abholungen und Containerleerungen Verständnis hat. Die Bürger bitten wir dringend, keine Sammelware neben die Container zu stellen. Solange wir genügend Personal zur Verfügung haben, wird jeder Container geleert", versprach bvse-Vizepräsident Martin Wittmann. ❐

Abfallwirtschaftsbetrieb München:

Nachhaltige Erden am Erdenwerk Freimann

Auf dem Erdenwerk am Entsorgungspark Freimann bietet der AWM ein umfangreiches Erden-Sortiment an – regional und nachhaltig.

Kristina Frank, Kommunalreferentin und 1. Werkleiterin des AWM: „Wer gerne nachhaltig gartelt und pflanzt, dem empfehle ich die Münchner Erden des AWM. Mit dem Kauf leistet man einen Beitrag zum Umweltschutz, denn aus Münchner Bioabfällen werden wertvolle Erden produziert, wodurch ein geschlossener Verwertungskreislauf entsteht. So gewinnt der AWM aus regionalen Abfällen nicht nur Energie, sondern mit dem Kompost auch ein neues, wiederverwendbares Produkt."

Zunächst entsteht aus den Bioabfällen in einer Vergärungsanlage Biogas, das in Strom umgewandelt wird und pro Jahr bis zu 1.500 Münchner Haushalte mit Elektrizität versorgt. In einem zweiten Schritt kompostiert der AWM die Gärreste. Der so gewonnene Kompost in Biolandqualität wird entweder direkt verkauft oder dient als Grundstoff für zahlreiche Erden.

Am Erdenwerk finden Landschafts- und Hobbygärtner eine breite Produktpalette: vom Kompost bis zur torffreien Bio-Erde, von der Pflanzerde bis zur Blumenerde, beide stark torfreduziert. Zusätzlich bietet der AWM Rindenhumus, Rindenmulch, Hornspäne, Rasendünger und Spezialdünger an. Einige Sorten, wie zum Beispiel Pflanzerde, Bio-Erde torffrei, Kompost und Rasenerde, gibt es zu günstigeren Preisen auch als lose Ware zum Selbstabfüllen. Damit spart man Plastikverpackung und Geld. Großabnehmer können ihre Erden mit dem Anhänger abholen und von interessanten Mengenrabatten profitieren. Ist der Anhänger ohne Planengestell, kann er komfortabel mit dem Radlader befüllt werden.

Das AWM-Personal berät gerne ausführlich. Bis 22. Mai erhalten Kundinnen und Kunden außerdem bei einem Mindesteinkauf von 15 Euro einen kleinen Eimer mit Dünger geschenkt. ❐

Lebensmittelverschwendung mit künstlicher Intelligenz verringern

Hochschule Augsburg startet gemeinsam mit rund 30 Partnern aus Industrie, Verbänden und Forschung das auf drei Jahre angelegte Förderprojekt REIF

Jedes Jahr werden in Deutschland etwa elf Millionen Tonnen Lebensmittel bereits während des Herstellungsprozesses entlang der Wertschöpfungskette vernichtet. Sie landen im Abfall, noch bevor sie zum Endverbraucher gelangen. Dadurch kommt es nicht nur zu wirtschaftlichen Verlusten, sondern auch zu Umwelt- und Klimaschäden. Das Förderprojekt „REIF – Ressource-efficient, Economic and Intelligent Foodchain" setzt sich zum Ziel, die Verschwendung in der Lebensmittelindustrie zu minimieren – mithilfe des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI).

Die Umsetzungsphase des Forschungsvorhabens hat jetzt begonnen. Das Team der Hochschule Augsburg unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Stefan Braunreuther von der Fakultät für Maschinenbau und Verfahrenstechnik hat dabei die Konsortialführung übernommen.

Im Rahmen des Projekts werden in den kommenden drei Jahren Potenziale der Verschwendungsreduzierung mittels KI in den Branchen Molkerei, Fleisch und Backwaren erarbeitet. Angestrebt wird dabei eine Reduzierung der Lebensmittelverluste um bis zu 90 Prozent. Um dieses Ziel zu erreichen, sind entlang der Wertschöpfungskette zwei Punkte entscheidend: die Minimierung von Überproduktion und die Vermeidung von Ausschuss. Wo konventionelle Technologien an ihre Grenzen stoßen, könnte Künstliche Intelligenz innovative Lösungsansätze bieten. Beispielsweise kann mit Hilfe von KI die Nachfrage der Konsumenten genauer prognostiziert werden oder die Produktionsinfrastruktur dazu befähigt werden, kurzfristig sowohl auf schwankende Nachfrage als auch auf die schwankende Rohstoffqualität zu reagieren.

Vom Markenhersteller bis zum Start-up

Am Projekt beteiligt sind insgesamt 18 Konsortialpartner aus Industrie, Verbänden und Forschung, sowie 12 assoziierte Projektpartner – vom bekannten Markenhersteller bis zum jungen Start-up. Sie arbeiten in acht Teilprojekten entlang der Wertschöpfungskette. Die Roadmap für die Umsetzungsphase wurde im Rahmen der Wettbewerbsphase des Innovationswettbewerbs „Künstliche Intelligenz als Treiber für volkswirtschaftlich relevante Ökosysteme" durch das Fraunhofer IGCV, die Software AG sowie die Technische Universität München erarbeitet.

Die Hochschule Augsburg führt den Verbund unter Leitung von Prof. Stefan Braunreuther, Professor für Fabrikbetrieb und Produktion an der Fakultät für Maschinenbau und Verfahrenstechnik. Außerdem wirkt das Team um Prof. Braunreuther in einzelnen Teilprojekten wie „verschwendungsminimierende Produktionssysteme" mit.

„Der Fokus des Projekts liegt auf der Entwicklung einer ganzheitlichen Optimierungsstrategie über mehrere Wertschöpfungsstufen und -partner hinweg", erklärt Prof. Stefan Braunreuther. „Verschiedene Anwendungen der Künstlichen Intelligenz eröffnen uns hier die bisher einmalige Chance, die Verschwendung von Lebensmitteln drastisch zu reduzieren." ❐



Im März kamen an der Hochschule Augsburg die Projektpartner zur Auftaktveranstaltung der Umsetzungsphase des Projekts REIF zusammen. Bild: Jan Klöber-Koch, Fraunhofer IGCV

Deutscher Innovationspreis für Klima und Umwelt:

Auszeichnung für Puchheimer Unternehmen

Das Bundesumweltministerium und der Bundesverband der Deutschen Industrie haben den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt verliehen. Mit einem Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro für jeden Preisträger wurden herausragende Umweltinnovationen von sieben deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen prämiert, unter anderem für neue Wege im Artenschutz, intelligentes Energiemanagement in der Industrie und in den Kommunen, die nachhaltige Herstellung von Peptiden, Wärmemanagement in Bürogebäuden, intelligente Wasserzähler und die umweltfreundliche Herstellung von Plastikverpackungen.

In der Kategorie „Prozessinnovationen für den Klimaschutz" wurde die Gerotor GmbH aus Puchheim bei München ausgezeichnet. Das noch junge Unternehmen entwickelte das Prinzip des Schwungmassenspeichers basierend auf neuester Technologie einschließlich künstlicher Intelligenz zu einem innovativen Hochleistungsspeicher weiter. In ihren Dankesworten verwies das Unternehmen darauf, „dass die Energiewende nur durch einen Mix aus verschiedenen Speichertechnologien gelingen kann. Unsere nachhaltige Schwungmassentechnologie reduziert Stromspitzen, rekuperiert Verlustenergie und erhöht die Stromqualität in unterschiedlichsten industriellen Anwendungen." Das Team hinter der Gerotor verbinde die gemeinsame Motivation, einen Teil zu einer umweltfreundlicheren Welt beizutragen und die Energieeffizienz in der Industrie zu verbessern.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze „schützen Umweltinnovationen nicht nur unsere Lebensgrundlagen und den Industriestandort Deutschland, sondern sorgen auch für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit dem Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt ermutigen wir Unternehmen und Forschungseinrichtungen, mit kreativen Ideen neue Wege beim Klima- und Umweltschutz zu gehen."

„Beim Klimaschutz stehen wir vor einer Herkulesaufgabe, deren Lösung völlig neue Technologien und Innovationen erfordern. Die Siegerprojekte des IKU beweisen, welches Potenzial wir in unserem Land haben und dringend nach vorne bringen müssen", betonte Holger Lösch, stellvertretender BDI-Hauptgeschäftsführer. Mit innovativen Ideen lasse sich Geld verdienen. Dies müsse auch in Zukunft so bleiben, damit die drei Säulen der Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Ökologie und Soziales, zusammenfinden. **DK**

Remondis scheitert mit DSD-Kauf

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden, dass die Untersagung des Zusammenschlusses des Entsorgungsunternehmens Remondis mit dem Dualen System Deutschland (DSD) durch das Bundeskartellamt rechtens war. Im Juli vergangenen Jahres hatte das Amt den Zusammenschluss der beiden Branchenriesen untersagt. Als Begründung hatte das Amt unter anderem angeführt, dass das Vorhaben zu einer erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs bei den dualen Systemen führen würde. So wären höhere Kosten für DSD-Wettbewerber, erhebliche Marktanteilsgewinne von DSD und letztlich höhere Preise bei der Entsorgung von Verpackungen zu befürchten. Dagegen hatte Remondis gerichtlich Beschwerde eingelegt.

Mit Erleichterung haben VKU und bvse das Urteil aufgenommen. Nach den Worten von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp „hat das Gericht mit der Bestätigung der Untersagung die richtige Entscheidung getroffen. Das Amt hat seine Entscheidung fundiert und nachvollziehbar begründet. Aus Sicht der kommunalen Abfallwirtschaft ist die Sache ebenfalls eindeutig: Hätten die beiden Marktriesen Remondis und DSD fusioniert, wäre eine neue Schwelle der Marktmacht überschritten gewesen. Mutter- und Tochterunternehmen hätten sich gegenseitig maßgeschneiderte Angebote zuspielen und dadurch Mitbewerber praktisch ausschalten können."

Der Zusammenschluss wäre aus Hasenkamps Sicht ein Katalysator für die ohnehin bestehende Erosion des Wettbewerbs auf dem Entsorgungsmarkt gewesen. „Remondis hat in den vergangenen Jahren mit einer aggressiven Strategie Dutzende kleine und mittelständische Entsorger übernommen. Die zunehmende Marktkonzentration hat dazu geführt, dass Remondis in einigen Regionen viele oder sogar alle Wettbewerber vom Markt verdrängt hat. Die Folge: Die Gesetze des Marktes sind außer Kraft gesetzt, was zu Lasten der Wettbewerber geht und bei den Bürgerinnen und Bürgern in Form von höheren Preisen ankommt."

Erfolgreicher Kampf für Interessen des Mittelstands

Wie Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, darlegte, „haben wir uns von Anfang an gegen diese geplante Übernahme ausgesprochen und als einziger Branchenverband erhebliche Anstrengungen unternommen, dagegenzuhalten. Gemeinsam mit dem Bundeskartellamt haben wir vor dem Oberlandesgericht beantragt, die Beschwerde gegen die Untersagung zurückzuweisen. Das zeigt, der bvse steht für den Mittelstand ein und kämpft erfolgreich für dessen Interessen. Insofern sind wir sehr zufrieden. Die Entscheidung ist aber vor allem eine gute Nachricht für die gesamte Recycling- und Entsorgungsbranche in Deutschland. Wir haben eine enorm positive Resonanz von Unternehmen weit über unseren Verband hinaus erhalten. Das hat uns zum Teil durchaus überrascht, aber vor allem natürlich sehr gefreut."

Erdrückende Marktmacht

„Wenn das mit großem Abstand größte Entsorgungsunternehmen das bis dahin größte duale System übernimmt, hätte das erhebliche Marktauswirkungen gehabt", fuhr Rehbock fort. Die Marktmacht sei im Falle von Remondis einzigartig und erdrückend. „Von daher ist auch unsere Einschätzung, dass es im Falle einer Übernahme zu erheblichen Wettbewerbsbehinderungen kommen würde, ganz offensichtlich zutreffend. Wenn es zur Übernahme gekommen wäre, hätte dies zu einer zusammenschlussbedingten marktbeherrschenden Position im Altglasbereich geführt. Das allein war für das Gericht schon ausreichend, um die Untersagungsentscheidung des Bundeskartellamtes zu bestätigen. Die Auswirkungen für die Branche wären unserer Meinung nach jedoch erheblich gravierender gewesen."

Die Fusion hätte nach Rehbocks Auffassung die Übernahmedynamik stark beschleunigt und so die mittelständische Struktur der Branche erheblich beschädigt. „Insofern gehe ich davon aus, dass die Entwicklung abgebremst worden ist. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger."

Grundsätzlich beobachtet der Hauptgeschäftsführer seit einiger Zeit eine wachsende Konzentration auf den Entsorgungsmärkten: „Viele mittlere Unternehmen werden von den Großen der Branche aufgekauft. In vielen Regionen Deutschlands gibt es eine rückläufige Beteiligung an den Ausschreibungen für Entsorgungsaufträge. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Hier muss man gezielt gegensteuern." **DK**

Motivation und Förderung für herausragende Umweltinnovationen

Augsburg. Seit seiner Gründung unterstützt das Kumas Umweltnetzwerk Umweltprojekte in ganz Bayern. Innovation und Motivation für den aktiven Umweltschutz werden so gefördert und für jedermann sichtbar gemacht. Deshalb zeichnet Kumas e. V. seit 1998 innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Anlagen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse, die in besonderem Maße Umweltkompetenz demonstrieren, aus.

Die Auszeichnung „Offizielles Leitprojekt des Kumas Umweltnetzwerks" wird jährlich vergeben. Auch dieses Jahr werden wieder bis zu drei Projekte ausgezeichnet. Innovationsgehalt, Gestaltungsqualität und verbessernde Umwelteigenschaften stehen bei der Bewertung durch eine unabhängige Jury genauso im Vordergrund wie die Steigerung der Ressourceneffizienz und der Beitrag zum Klimaschutz.

Die ausgezeichneten Leitprojekte werden am 3. Dezember 2020 in einer offiziellen Feierstunde im Kreisgut in Aichach präsentiert und öffentlichkeitswirksam in den Medien, auf der Internetseite des Kumas Umweltnetzwerks sowie ein Jahr lang auf Messen und in den Kumas-eigenen Fachkongressen präsentiert.

Der Bewerbungsbogen kann unter www.kumas.de in der Rubrik „Umweltpreise" heruntergeladen werden.

Einsendeschluss für Bewerbung oder Vorschlag ist am 31. August 2020. ❐



E-Schrott-Recycling:

Schwere Marktverwerfungen

Laut einer Umfrage des bvse trifft die Corona-Pandemie die kleinen und mittleren E-Schrott-Recycler besonders hart. Die im Verband organisierten Unternehmen der Branche gaben an, dass sie aktuell im Mittel 56 Prozent weniger Altgeräte im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres erfassen konnten.

Durch die eingeschränkten Tätigkeiten in Industrie und Gewerbe sind die dort sonst erfassten Mengen an B2B-Geräten nahezu eingebrochen. Der Rückgang im gewerblichen Bereich wird mit 50 bis 70 Prozent angegeben. Auch die Schließung des Elektrogerätehandels hat zur negativen Entwicklung beigetragen. Die Rücknahme seitens der Elektrogeräte-Vertreiber fiel mit rund minus 90 Prozent nahezu komplett aus.

Erfassungssituation kommunaler Mengen

Unterschiedlich stellt sich die Erfassungssituation bei den kommunalen Mengen dar. In Regionen, in denen die Wertstoffhöfe geschlossen wurden, stand auch dort die Rücknahme still. Bei geöffneten Wertstoffhöfen lief es wie gewohnt weiter. So berichten einige Unternehmen von einem Rückgang kommunaler Mengen im Bereich 60 bis 80 Prozent, während andere Unternehmen in diesem Bereich keine Einbußen spürten. Mittlerweile öffnen die Wertstoffhöfe wieder, es wird nun für eine kurze Zeit mit einer erhöhten Abgabebereitschaft der Verbraucher gerechnet, da zu erwarten ist, dass zu Hause ausgemistet wurde.

„Durch die Kurzarbeiterregelung kann zwar ein Teil der Personalkosten aufgefangen werden, dabei ist es aber wichtig, dass eine schnelle Rückerstattung des in Vorleistung durch die Unternehmer gezahlten Kurzarbeitergeldes durch die Agentur für Arbeit erfolgt. Denn zudem drücken Fixkosten für Anlagentechnik, Fuhrpark, Gebäude und Plätze erheblich auf die Liquidität der Unternehmen“, betont der Vorsitzende für den bvse-Fachverband Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, Bernhard Jehle. „Auch mit den Soforthilfen lassen sich laufende Zahlungen nur für kurze Zeit auffangen. Umso wichtiger ist es, schnellstmöglich wieder Umsatz machen zu können.“

bvse-Vizepräsident Sebastian Will zufolge „hoffen wir jetzt darauf, dass die Industrie langsam wieder anläuft und Tritt fasst. Die Automobilindustrie und auch die Stahlindustrie fahren ihre Produktion derzeit wieder hoch. Wenn es nicht zu einer starken zweiten Infektionswelle, die das Wirtschaftsleben nochmals lahmlegt, kommt, rechnen wir in der zweiten Jahreshälfte mit einem Schrottmarkt, der in normaleren Bahnen verlaufen wird.“

Der Überlebenskampf kleiner und mittlerer Unternehmen habe in der Branche bereits vor der Corona-Krise begonnen, stellt Will fest. Die Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen im Bereich Altgerätebehandlung erfolge in der Regel in bundesweit angelegten Ausschreibungen. Flächendeckend agierende Systeme hätten dabei einen Marktvorteil, ein Unterschied zu dualen Systemen bestehe dabei kaum noch. Ausschreibungsbedingungen gäben zum Teil unangemessene Marktstandards vor, in dem beispielsweise bei langer Vertragslaufzeit kaum kalkulierbare Fixpreisangebote abgegeben werden müssen.

Größere Unternehmen verfügten über eine größere Kapitaldecke, sie seien robuster darin, eine Krise zu überstehen. Eine weitere Marktkonzentration aufgrund der Corona-Krise sei zu befürchten. Gerade auch aus diesem Grund müssten vor allem kleine und mittlere Unternehmen durch unbürokratische Staatshilfen in die Lage versetzt werden, ihren Zahlungen trotz Verdienstausfall nachzukommen.

Sinkende Rohstahlproduktion

Die Rohstahlproduktion, die für die Konjunktur eine Lokomotivfunktion hat, ist in Europa nach den vorläufigen Zahlen des Weltstahlverbandes Worldsteel im Jahresvergleich um 5,3 Prozent auf 158,8 Mio. Tonnen gefallen, in Deutschland gemäß Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl sogar um 6,5 Prozent auf 39,7 Mio. Tonnen. Das erste Halbjahr 2019 verlief für die deutsche Schrottwirtschaft bei einem Rückgang der Rohstahlproduktion um rund 5 Prozent bei normalen Exportmöglichkeiten verhalten. Im zweiten Halbjahr sank die Rohstahlproduktion um 8 Prozent und die Wirtschaft begann sich merklich abzukühlen, mit Folgen für den Schrottmarkt. Laut bvse-Schätzung haben die Stahlwerke 4,8 Prozent weniger Schrott eingesetzt, laut BDGuss die Gießereien sogar 11,5 Prozent weniger als 2019.

Laut Sebastian Will war der Schrottmarkt im 2. Halbjahr 2019 sehr angespannt, was vor dem Hintergrund der hohen Verunsicherung der Marktteilnehmer in einigen Monaten zu Fehleinschätzungen der tatsächlichen Marktlage geführt hat. Die von Verbrauchern angebotenen Zu- oder Abschläge hatten zum Teil eine geringe Halbwertzeit. Sie lösten jedoch Entscheidungen aus, die Verwerfungen im Handelsmarkt nach sich gezogen haben. Angebot und Nachfrage konnten nicht immer in Einklang gebracht werden.

Schwächung des Industriestandorts

Nach Wills Worten erhielten die konjunkturellen Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft, bestehend aus der Automobilindustrie und dem Maschinen- und Anlagenbau, empfindliche Dämpfer, während die relativ robuste Baukonjunktur für eine zwar reduzierte, jedoch kontinuierliche Auslastung der Baustahlhersteller sorgte und damit einen gewissen kontinuierlichen Schrottbedarf sicherten. Bedauerlich sei, dass eine in Teilen industriefeindliche Klimapolitik zu Standortverlagerungen in Drittländer führe, wodurch nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen, sondern auch Schrottbeschaffungs- und Absatzmöglichkeiten für Schrottwirtschaft bzw. die Stahl- und Gießereiindustrie. Einmal verlagerte Standorte könnten in den seltensten Fällen zurückgeholt werden und schwächten den Industriestandort Deutschland.

Um die Sammlung und Verwertung von Elektroaltgeräten zu verbessern und die Sammelquote zu erhöhen, hatte der bvse gemeinsam mit fünf weiteren Verbänden dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit einen Maßnahmenkatalog zur Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vorgestellt. Die geforderten Anpassungen setzen an bei der Elektroaltgeräte-Erfassung über Mitteilungspflichten und Quotenermittlungen bis hin zu Maßnahmen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und der Ökodesign-Richtlinie. **DK**

UBA-Leitsätze:

Ordnung für die Kreislaufwirtschaft

Nach Aussagen des International Resource Panels gehen etwa 50 % der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen und 90 % des Biodiversitätsverlusts sowie des Wasserstresses auf die Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung von Rohstoffen zurück. Die negativen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt durch die gesamte Rohstoffwirtschaft und die daraus resultierenden Abfälle und Emissionen nehmen weiter zu. Unterdessen werden weltweit nur knapp 9 % des Rohstoffbedarfs durch ressourcenschonende Sekundärrohstoffe gedeckt.

Ein Umdenken findet langsam statt, um diesen Herausforderungen zu begegnen. In den nächsten Jahren gilt es nach Auffassung des Umweltbundesamtes, den systemischen Ansatz der Kreislaufwirtschaft auszugestalten und zu konkretisieren, damit auch die übergreifenden Ziele wie die Schonung der natürlichen Ressourcen, der Schutz der menschlichen Gesundheit sowie eine nachhaltigere Rohstoffversorgung erreicht werden.

Das UBA hat daher Leitsätze erarbeitet, die ein gemeinsames Verständnis für die Kreislaufwirtschaft, deren zentrale Begriffe, Prinzipien, Ziele, Maßstäbe und die wichtigsten Handlungsansätze schaffen sollen. Eingebettet darin ist die Abfall- und Sekundärrohstoffwirtschaft als wesentlicher Funktionsbereich für eine Kreislaufwirtschaft. Daneben finden auch übergreifende Ansätze wie Vermeidung, Design oder Abwägungen zum Umgang mit Schadstoffen ihren Platz.

„Die Kreislaufwirtschaft ist Teil einer ressourceneffizienten, nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise, welche die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen fördert und planetare Grenzen respektiert“, heißt es zunächst. Die Kreislaufwirtschaft beziehe über die klassische Abfallwirtschaft hinaus alle Phasen von Material- und Produktlebenszyklen in die Betrachtung ein. Sie müsse global, inklusive der grenzüberschreitenden Rohstoff-, Waren- und Abfallströme und damit verbundener ökologischer und sozialer Auswirkungen sowie in langfristiger zeitlicher Perspektive der Güterbestände und daraus hervorgehender Materialflüsse betrachtet werden.

Die Kreislaufwirtschaft diene der Schonung natürlicher Ressourcen einschließlich des Klimaschutzes, dem Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips. Darüber hinaus ziele sie auf die Rohstoffsicherung ab.

Die Kreislaufwirtschaft solle zur Reduzierung der lebenszyklusweiten negativen Auswirkungen sowohl von Materialien und Produkten – durch Einsparung von Primärmaterialien und deren Substitution mit Sekundärmaterialien – als auch der Abfallerzeugung und Abfallbewirtschaftung beitragen.

Vermeidung von Abfällen und Reststoffen

Die Vermeidung von Abfällen und Reststoffen ist laut UBA der Kreislaufführung grundsätzlich vorzuziehen, da letztere immer verlustbehaftet und mit Energieaufwendungen verbunden ist. Des Weiteren sei das Inverkehrbringen von Produkten mit Stoffen, von denen Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit speziell für die menschliche Gesundheit sowie die Umwelt ausgehen, zu vermeiden. Sofern derartige Stoffe nicht substituierbar, bereits enthalten sind oder sich erst im Nachhinein als solche herausstellen, müssten sie zerstört oder durch Ablagerung in sichere Senken ausgeschleust oder in sicheren Kreisläufen geführt werden. Hierbei sei eine Schadstoffanreicherung zu verhindern.

„In einer Kreislaufwirtschaft tragen alle Akteure innerhalb von Produktlebenszyklen und entlang von Materialwertschöpfungsketten eine Verantwortung für das Erreichen der Ziele der Kreislaufwirtschaft“, heißt es zum Abschluss. Die Übernahme der Verantwortung müsse rechtlich sichergestellt werden, sofern diese anderenfalls nicht hinreichend wahrgenommen wird. **DK**

Was Hummeln auf Bergwiesen mit Flammschutzmitteln zu tun haben

Sie sind ein Sinnbild für unberührte Bergnatur: blumenbetupfte Bergwiesen mit brummenden Hummeln. Gestört wird diese Idylle durch die Tatsache, dass auch die Gipfel der Alpen nicht frei von Spuren menschlichen Wirtschaftens sind. Seit 2005 führt das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) an der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS) auf der Zugspitze ein Überwachungsprogramm durch, in dem über hundert potentiell problematische Chemikalien in der Luft und im Niederschlag gefunden wurden. Zwar treten diese Chemikalien in äußerst niedrigen Konzentrationen auf, sie können sich jedoch in Lebewesen anreichern und sind schwer abbaubar.

Im EU-Projekt „protectAlps“, in dem bayerische und österreichische Partner zusammenarbeiten, soll geklärt werden, ob diese Chemikalien Auswirkungen auf wildlebende Insekten haben können. Den Rahmen für das Projekt bildet die Beobachtung, dass auch abseits intensiv landwirtschaftlich genutzter Flächen das Vorkommen von Insekten in den letzten Jahrzehnten massiv abgenommen hat. Aus diesem Grund schauen sich die Forscher aus Bayern und Österreich Insekten an der Zugspitze und am Sonnblick Observatorium (SBO) in den Hohen Tauern genauer an.

Anfangs wurde festgelegt, welche Insektenarten sich eignen: Es müssen ausreichend Insekten vorhanden sein und die Entnahme darf deren Population nicht beeinflussen. Hummeln, Ameisen und Totengräber-Käfer erfüllen diese Bedingungen und werden deshalb auf ihren Gehalt an schwer abbaubaren Chemikalien untersucht. Im Fokus stehen dabei die Chemikalien, die auch an der UFS und am SBO in den langjährigen Messreihen detektiert werden. Bei ersten Messungen in den Insekten konnten beispielsweise Flammschutzmittel aus Kunststoffen identifiziert werden. Ebenso lässt sich in jeder Probe Quecksilber nachweisen. In detaillierteren Untersuchungen werden diese Analysenergebnisse aktuell abgesichert.

Chemische Wirkung auf Ökosysteme

Ob und wie die Chemikalien auf die Insekten und die Ökosysteme wirken, lässt sich aktuell aufgrund mangelnder Daten noch nicht beurteilen. Doch auch dazu will protectAlps erste Erkenntnisse beisteuern. Zusätzlich sollen an allen gefangenen Insekten Körperstrukturen vermessen werden. So lassen sich Wachstumsschäden feststellen, da beispielsweise keimschädigende Chemikalien Deformationen an Flügeln bewirken können.

Ein weiterer Faktor, der auf Insekten auch in Schutzgebieten wirkt, ist der atmosphärische Eintrag von reaktivem Stickstoff, wie er in Ammoniak oder Stickoxiden enthalten ist. Stickstoff wirkt als Dünger und führt zu einer Veränderung der Pflanzengesellschaften. Dadurch verlieren viele Insekten ihre Wirtspflanzen.

Aus diesem Grund werden in protectAlps an UFS und SBO verschiedene Messverfahren zum Nachweis von reaktiven Stickstoffspezies in der Luft verglichen. Damit sollen, ähnlich der CO2-Konzentrationsmessungen beim Klimawandel, langfristige Aussagen zu Änderungen der Stickstoffeinträge ermöglicht werden. ❐

Blüten- und Bienenpaten gesucht

Verlängerung der Aktion bis 31.05.2020

Seit die Corona-Krise das tägliche Nachrichtengeschehen dominiert, sind Klima- und Artenschutz scheinbar wieder in den Hintergrund getreten. Dabei existiert zwischen ökologischem Handeln und der Virus-Pandemie ein direkter Zusammenhang: Denn Artenschutz ist auch ein aktiver Beitrag zur Eindämmung von Viren und anderen Krankheitserregern, wie etwa der WWF berichtet. Ein Grund mehr für Landwirt Edmund Wurm aus der niederbayerischen Gemeinde Oberschneiding im Landkreis Straubing-Bogen, sich vor die Bewegung „Rettet die Bienen“ zu stellen und durch die Vermittlung von Blüh- und Bienenpatenschaften (www.bienen-pate-bayern.de) aktiv zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.

Egal ob Privatperson, Organisation oder Unternehmen: Jeder kann beim Projekt Bienen-Pate-Bayern mitmachen. Patenschaften für Blühflächen sind bereits ab einem täglichen Betrag in Höhe von acht Cent möglich, haben eine Laufzeit von wahlweise einem oder fünf Anbaujahren und eignen sich auch als Geschenk. Alternativ zur Blütenpatenschaft können Interessierte auch eine Bienenpatenschaft ab 75 Euro jährlich übernehmen. Bienenpaten dürfen sich einmal im Jahr über ein Glas Honig von „ihrem“ Bienenvolk freuen. Darüber hinaus erhalten alle Paten eine Urkunde. Pro Hektar Blühfläche spendet Bienen-Pate-Bayern im Jahr zudem 100 Euro für Kinder in Not. Weiterführende Informationen und die Antragsformulare für eine Patenschaft finden Interessierte auf der Website der Initiative. ❐

Uniper-Ortstermin in Wackersdorf:

Informationen über Rekultivierungs-Arbeiten auf dem Westfeld

Die Mitarbeiter von Uniper erkundeten mit Mitgliedern der Wackersdorfer Ortsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen die verschiedenen Bereiche des Rekultivierungsgelände im ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohletagebau. Begleitet wurde die Gruppe von Teilen der im Gelände lebenden Rehe.

Andreas Stake, Uniper-Projektleiter für das Oberpfälzer Seenland, erklärte anhand der drei Bauabschnitte auf dem Westfeld, wie Uniper aus den mit Abbruchmaterial, Aschen und Abraum verfüllten Braunkohlegruben auf gut 80 Hektar einen ökologisch wertvollen neuen Lebensraum, weg von Fichten-Monokulturen hin zu hochwertigen Magerrasenstandorten mit Blühwiesen, schaffen wird. Wenn möglich, sollen die Flächen später auch öffentlich zugänglich sein. Die Kosten in einem höheren zweistelligen Millionen-eurobetrag trägt Uniper.

Der ökologisch zu betrachtende Raum umfasst 125 Hektar und reicht bis zum naturnahen Weiher- und Vogelschutzgebiet rund um den Hirtlohweiher. Zwischen Westfeld und Hirtlohweiher entsteht über Vernetzung und Wiedervernässung eines Moorwaldbestandes sowie den jüngst begonnenen ökologischen Umbau von reinen Nadelholzwäldern in klimarobuste Mischwälder ein Biotopverbund, der durch einen künftig gleichmäßigeren Wasserzustrom zum Naturschutzgebiet Hirtlohweiher zum Erhalt eines natürlichen Wasser- und Nährstoffhaushalts beiträgt und der drohenden, großflächigen Verlandung des Gebiets entgegenwirkt. Im Zuge des ökologischen Waldumbaus sollen in den kommenden drei Jahren rund 25.000 Bäume sowie bienenfreundliche Blühsträucher entlang der Waldwege gepflanzt werden. Parallel dazu sollen auch die Rekultivierungsarbeiten auf dem Westfeld bis dahin abgeschlossen sein.

Dr. Matthias Alte vom Planungs- und Gutachterbüro Base Technologies GmbH führte aus, dass den jetzigen Arbeiten auf dem Westfeld langjährige Bestandsaufnahmen über Flora und Fauna vorausgegangen sind, aus denen aufwändige Umsiedlungsaktionen der bedrohten Tiere resultierten. Auf den fertig rekultivierten Flächen wurden und werden zahlreiche Stein- und „Totholz-Habitate“ geschaffen, die als neue und zusätzliche Lebensräume für Tiere und Insekten dienen. Schließlich erläuterte Dr. Alte das laufende Forschungsvorhaben zur ressourcen- und energieschonenden Aufbereitung von verunreinigtem Sickerwasser über eine passiv-biologische Sickerwasseraufbereitungsanlage. Das von Base Technologies und der Universität Bayreuth vorangetriebene Vorhaben zur Einführung und Weiterentwicklung einer naturnahen und nachhaltigen Technologie zur Wasseraufbereitung unter vollständigem Verzicht von Energie und Chemikalien wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert und soll ein Leuchtturmprojekt zukünftig nachhaltiger Wasseraufbereitung werden.

Zum Abschluss blickte Stake in die nahe Zukunft: Die Fortsetzung der Rekultivierungsarbeiten auf dem Westfeld startet Dank des milden Winters voraussichtlich schon einen Monat früher als geplant. Damit rückt der Abschluss der Renaturierung des Geländes wieder ein Stück näher. ❐

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Appelle in der Corona-Krise

Der VDV unterstützt den gemeinsamen Vorschlag aller Länderverkehrsminister nach einem Rettungsschirm von mindestens fünf Milliarden Euro für den Nahverkehr. Die Länder hatten dazu ein Schreiben an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer adressiert.

Laut VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff wird die finanzielle Lage bei den Verkehrsunternehmen und Verbünden zunehmend dramatisch: „Wir fahren bundesweit seit Beginn der Krise im Schnitt 80 % des normalen Angebots, haben aber nur noch maximal 30 % des sonst üblichen Fahrgastaufkommens. Den Unternehmen fehlen dadurch Fahrgeldeinnahmen in erheblichem Umfang. Je nach Verlauf des Lockdowns wird sich der Verlust bis Jahresende auf fünf bis sieben Milliarden Euro summieren. Wir brauchen schnelle finanzielle Hilfen, um kurzfristig das Überleben zu sichern. Und wir benötigen eine weitergehende Lösung, um die noch kommenden Verluste ausgleichen zu können. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Länderverkehrsminister ausdrücklich."

Enger Schulterschluss

Angesichts von nur noch maximal 30 % der sonst üblichen Fahrgäste hätten die Verkehrsunternehmen eigentlich ihre Angebote massiv zurückfahren und einschränken müssen, fuhr Wolff fort. Doch das Gegenteil sei der Fall gewesen. Tatsächlich wurde die Betriebsleistung teils gar nicht und insgesamt sehr zurückhaltend reduziert. So wurde im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Absprache mit den Bundesländern und Aufgabenträgern das SPNV-Angebot im März um rund 9 % und im April um rund 24 % reduziert. In manchen Bundesländern wurden 100 % der Verkehre erbracht.

Auch im städtischen Nahverkehr wurde im engen Schulterschluss mit den Aufgabenträgern agiert. Im Ergebnis betragen die Reduzierungen im März rund 12 % und im April rund 20 %. „Rein betriebswirtschaftlich betrachtet hätten unsere Mitgliedsunternehmen ihr Angebot deutlich reduzieren müssen, um Kosten zu sparen und damit Einnahmenverluste auszugleichen. Aber wir sind in Deutschland ein zentraler Baustein der Daseinsvorsorge und haben einen weitergehenden Auftrag. Die ÖPNV- und SPNV-Unternehmen haben auch auf ausdrücklichen Wunsch der Politik von Beginn der Epidemie an in sehr hohem Maße die Verkehre weiter aufrecht erhalten, damit die Menschen, die Mobilität benötigen, an ihren Arbeitsplatz kommen konnten und das ganze Land weiter in Bewegung blieb. Gleichzeitig haben wir mit dem umfassenden Fahrplanangebot ganz überwiegend auch für ausreichende Abstände zwischen den Fahrgästen Sorge tragen können", stellte der Hauptgeschäftsführer fest.

Bus- und Bahnunternehmen: kaum Kurzarbeit

Der VDV weist zudem darauf hin, dass die Branche so gut wie keine Kurzarbeit angemeldet hat, obwohl die nötigen Voraussetzungen dafür vorgelegen hätten. Vergleiche man die Kurzarbeiterquote anderer in der Verkehrsbranche tätigen Unternehmen – beispielsweise dem Luftverkehr – hätten die Bus- und Bahnunternehmen rund 97.000 Beschäftigte in Kurzarbeit schicken können. Im Ergebnis wären dem Staat dadurch monatliche Aufwendungen für Kurzarbeit in Höhe von rund 90 Millionen Euro entstanden, die so erspart bleiben.

Trotz der geringen Angebotsreduzierungen seien erhebliche Mehraufwendungen entstanden, etwa durch Extrareinigungen von Fahrzeugen, Fahrzeugdesinfektion und Reinigungsmaterial sowie Atemschutzmasken für das eigene Personal. Infektionsschutzmaßnahmen zu Schichttrennungen in Leitstellen und Werkstätten steigerten den Personalaufwand. Dieser Mehraufwand liege in einer ersten Abschätzung für die Zeit des bisherigen Lockdowns in einer Größenordnung von 35 Millionen Euro branchenweit.

Kapazitäten schaffen

Daneben stünden Investitionen und Mehraufwendungen, die für den Hochlauf des Verkehrs seit dem 4. Mai notwendig sind – etwa für den Trennschutz bei Fahrerinnen und Fahrern, um wieder alle Bustüren öffnen zu können. Zudem müssten, je nach Fahrgastaufkommen, zusätzliche Kapazitäten, etwa durch die Anmietung von Reisebussen, beschafft werden. „Die zusätzlichen Kosten für diese Maßnahmen werden abschätzbar im dreistelligen Millionenbereich liegen. Auch hierfür müssen Bund und Länder gemeinsam eine kurzfristige finanzielle Lösung finden", befand Wolff.

Unterstützt wird vom VDV die Idee einer Mobilitätsprämie für Bürgerinnen und Bürger, mit der sich ein Bündnis aus Verbänden der Zivilgesellschaft und NGOs an die Bundesregierung gewandt hat. Zugleich betont der Branchenverband des Öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, dass bei den nun zu treffenden politischen Beschlüssen die Sicherung und Zukunft des gesamten Verkehrssektors oberste Priorität haben muss.

Nach den Worten von VDV-Präsident Ingo Wortmann „bleibt die Verkehrswende das unter allen Umständen zu erreichende Ziel im Mobilitätssektor, sonst drohen Deutschland weitere Milliarden an Strafzahlungen von der EU. Insofern unterstützen wir die Idee einer Mobilitätsprämie, mit der die Bürgerinnen und Bürger selber und frei entscheiden können, für welches Verkehrsmittel sie dieses Geld einsetzen. Die Bevölkerung in Deutschland hat unterschiedlichste Mobilitätsbedürfnisse. Eine flexibel einzusetzende Prämie wäre daher ein passendes Mittel, um alle Verkehrsanbieter zu unterstützen.

Schienengüterverkehr

Darüber hinaus spricht sich der VDV gemeinsam mit den Branchenverbänden Allianz pro Schiene, Netzwerk Europäischer Eisenbahnen und dem Verband der Güterwagenhalter in Deutschland VPI für einen Stabilitätsfonds für den Schienengüterverkehr aus. In einer gemeinsamen Erklärung wird die Bundesregierung aufgefordert, die Unternehmen bei der Sicherung der Versorgung in der Corona-Krise zu unterstützen. Die Verbände verweisen auf die zentrale Rolle, die der Schienengüterverkehr in der Krise für die zuverlässige Lieferung von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Gütern spiele; auch wird vor Verkehrsverlagerungen von der Schiene auf die Straße gewarnt.

Die hohen Erwartungen der Politik habe die Branche voll erfüllt, heißt es in dem Papier. Für den hohen Aufwand müsse es eine Kompensation geben. Vor allem krisenbedingte Betriebsmehrkosten wie zum Beispiel Abstell- und Zwischenlagerkosten und Stornierungsentgelte müssten kurzfristig und unbürokratisch aufgefangen werden. Als Finanzrahmen für den Stabilitätsfonds halten die Verbände einen dreistelligen Millionenbetrag für angemessen.

Ruf nach Ausweitung der Trassenpreisförderung

Zudem fordern die Branchenverbände, die sogenannte Trassenpreisförderung von aktuell 47 auf bis zu 100 Prozent auszuweiten und die angekündigte Anlagenpreisförderung kurzfristig zu starten. Zudem müsse der Bund die Steuer- und Abgabenbelastung durch Stromsteuer, EEG-Umlage und Emissionshandel reduzieren, die den elektrisch betriebenen Güterverkehr auf der Schiene angesichts der stark gesunkenen Dieselpreise besonders trifft.

Die zur Überwindung der Krisenfolgen derzeit diskutierten Konjunkturprogramme müssen aus Sicht der Verbände eine Nachhaltigkeitsabschätzung durchlaufen. Weder den Kunden noch der Regierung wäre beispielsweise damit gedient, wenn wenige Monate vor dem Start der CO2-Bepreisung Spritschlucker durch Kaufprämien oder Mehrwertsteuerverzicht in den Markt gedrückt würden.

Umgekehrt wird darauf hingewiesen, dass im Schienenverkehr viele klimafreundliche Innovationen wegen mangelnder Beiträge des Bundes weiterhin im Wartestand stehen. Die ambitionierten eisenbahnpolitischen Ziele des Koalitionsvertrages spiegelten sich auch im beschlossenen Nachtragshaushalt des Bundes für 2020 leider noch nicht wider. **DK**



Die Bayernwerk Netz GmbH wird sich in den nächsten fünf Jahren in der Stadt Grafenwöhr in der Oberpfalz um die vollständige Wartung der Straßenbeleuchtung kümmern. Bild: Stephan Beimler / Bayernwerk

Grafenwöhr:

Partnerwahl für die Straßenbeleuchtung

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) wird sich in den nächsten fünf Jahren in der Stadt Grafenwöhr in der Oberpfalz um die vollständige Wartung der Straßenbeleuchtung kümmern. Nach zwischenzeitlicher Betreuung durch einen Wettbewerber konnte sich das Energieunternehmen mit Sitz in Regensburg nach einjähriger Testphase für die Vergabe der Wartung, Instandhaltung und Störungsbeseitigung ab 1. Mai 2020 empfehlen. Das gesamte Beleuchtungsnetz im Stadtgebiet umfasst rund 1.600 Brennstellen.

Grafenwöhr hat mit Beschluss des Stadtrats am 16. April 2020 dem Bayernwerk den Auftrag für die komplette Wartung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtung bis Ende April 2025erteilt. Somit ist das Bayernwerk in den nächsten fünf Jahren für die Straßenbeleuchtung der Kommune und den sicheren Betrieb der rund 1.600 Leuchten verantwortlich. Ein Drittel der Leuchten ist bereits von konventioneller Technik auf moderne, umweltfreundliche LED-Technik umgestellt worden. Die Kommune beabsichtigt nach eigener Aussage in den kommenden Jahren noch weitere Umrüstungen auf LED.

Bestätigung guter Leistung

Kommunalmanager Markus Windisch vom Bayernwerk sagte zur Entscheidung der Kommune: „Das Bayernwerk hat sich mit guten Leistungen und einem überzeugenden Konzept für eine langfristig verlässliche Wartung der Straßenbeleuchtung durchgesetzt. Das entgegenbrachte Vertrauen ist für uns Bestätigung und Ansporn zugleich." Zum Umfang der angebotenen Leistung zählt neben der turnusmäßigen Wartung, Dokumentation, Reinigung und technische Prüfung eine 24-Stunden-Bereitschaft und regelmäßige Tests der Standsicherheit ausgewählter Masten.

Kosten: rund 200.000 Euro

„Wir freuen uns sehr, dass unsere guten Leistungen dazu geführt haben, dass wir die Stadt Grafenwöhr von einer Weiterführung unserer technischen Wartungsleistungen in der Straßenbeleuchtung überzeugen konnten", stellte Markus Windisch fest. Die Kosten für die Serviceleistungen liegen für die gesamte Vertragslaufzeit bei rund 200.000 Euro.

Grafenwöhr liegt im Zuständigkeitsbereich des Bayernwerk-Kundencenters Weiden. Vom Kundencenter Weiden aus betreuen mobile Servicetechniker das Bayernwerk-Netz in der Region. ❐

Landkreis Regensburg:

Abschlussbericht für neues Radmobilitätskonzept

Der Abschlussbericht für das neue Radmobilitätskonzept des Landkreises Regensburg liegt vor. Geschäftsführer Paul Fremer und Projektleiter Thorsten Zobel vom beauftragten Planungsbüro RV-K (Frankfurt am Main) konnten ihn nach einer Projektlaufzeit von knapp 12 Monaten jetzt Landrätin Tanja Schweiger zwar – coronabedingt – nicht persönlich aushändigen, aber dennoch auf elektronischem Wege zuleiten.

Der Abschlussbericht enthält 128 Neu- und Ausbaumaßnahmenvorschläge, 130 Vorschläge für punktuelle Verbesserungen wie etwa den Bau von Querungshilfen, Bordsteinabsenkungen oder Beschilderungsänderungen sowie 37 nicht-bauliche Maßnahmenempfehlungen wie die Ausweisung von Fahrradstraßen oder die Beleuchtung von Unterführungen. Weiter wurden alle 13 im Landkreis Regensburg gelegenen Bahnhöfe in Bezug auf die dortigen Rad-Abstellmöglichkeiten untersucht und bewertet.

Insgesamt ist ein Radverkehr-Zielnetz mit 887 Kilometern entstanden; davon 121 Kilometer überregionale Verbindungen, 278 Kilometer regionale Verbindungen und 488 Kilometer nahräumliche Verbindungen. Von den 887 Kilometern bedürfen 207 Kilometer eines Ausbaus oder einer Optimierung. So sollen nach den Vorschlägen des Radkonzepts beispielsweise auf 128,5 Kilometern Radwege neu gebaut werden, auf 40,6 Kilometern wird eine Asphaltierung und auf 7,4 Kilometern eine Ausbesserung der Oberfläche empfohlen. Das Konzept schlägt des Weiteren die Ausweisung von neun Fahrradstraßen mit einer Gesamtstreckenlänge von 9,4 Kilometern vor. Für 8,2 Kilometer wird empfohlen, die Benutzungspflicht aufzuheben. Im Konzept enthalten sind weiter vier Vorschläge für Fahrradschnellwege (Regenstauf-Zeitlarn-Regensburg, Bad Abbach-Pentling-Regensburg, Köfering-Obertraubling-Regensburg, Wörth a.d. Donau-Donaustauf-Regensburg).

Breit angelegtes Verfahren

Landrätin Tanja Schweiger: „Mit dem neuen Radmobilitätskonzept haben wir jetzt die konzeptionelle Grundlage für die dann folgende Umsetzung der konkreten Projekte durch die jeweils zuständigen Baulastträger geschaffen. Es liegt jetzt an den Gemeinden, am Staatlichen Bauamt Regensburg oder auch am Landkreis Regensburg selbst, die als wichtig festgestellten Radwegeprojekte in eigener Zuständigkeit zu realisieren. Der große Vorteil der gemeinsamen Zielplanung besteht darin, dass sich alle Projekte zu einem großen Gesamtplan zusammenfügen, unabhängig von deren Realisierungszeitpunkt."

In einem breit angelegten Verfahren wurden seit Mitte Mai 2019 alle beteiligten Behörden, Fachstellen und Verbände in die Konzepterstellung einbezogen. Mit unterschiedlichen Beteiligungsformen, wie etwa einer Online-Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger oder Workshops mit Schülerinnen und Schülern an den Realschulen Regenstauf und Neutraubling, wurden neben einer engen Einbindung der 41 Landkreisgemeinden sowie weiterer Straßenbaulastträger alle Informationen, Anregungen und Hinweise zusammengefasst. Mitte Februar 2020 wurden dann in einer großen Plenumssitzung die vom Planungsbüro vorgenommenen Priorisierungen nochmals diskutiert und anschließend in der eingerichteten Steuerungsgruppe final beraten.

Der Abschlussbericht ist auf der Homepage des Landkreises Regensburg unter http://www.landkreis-regensburg.de/wirtschaft-energie/radkonzept/ eingestellt. Die dort genannte Priorisierung der Maßnahmenvorschläge (Prioritäten: 1, 2 und 3) gibt deren Bedeutung aus radverkehrlicher Sicht wieder. Aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten muss dies aber nicht zwingend der Reihenfolge der Umsetzung entsprechen. Und selbstverständlich müssen die Umsetzungsprojekte auch die notwendigen Genehmigungsverfahren und Fachstellenbeteiligungen durchlaufen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit fördert die Konzepterstellung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinititative mit rund 50 Prozent der Kosten. ❐

Staatsministerin Schreyer:

Drei Gleise jetzt, vier Gleise bleiben möglich

Die Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, hat in einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Benjamin Miskowitsch und Landrat Thomas Karmasin bestätigt, dass die Staatsregierung die Stärkung der S-Bahn-Außenäste vorantreibe.

Es sei der politische Wille, in der Zukunft auch den viergleisigen Ausbau der S4 zu ermöglichen. Allerdings dürften die aktuellen Planungen für die Dreigleisigkeit dadurch nicht gefährdet werden, damit die Fahrgäste möglichst schnell entlastet würden. Die Planungen würden aber so realisiert, dass die Möglichkeit, später noch ein viertes Gleis zu realisieren, nicht verhindert wird.

Landrat Thomas Karmasin sieht seine Auffassung durch die Aussage der Ministerin bestätigt: „Ich bin dankbar, dass die Ministerin noch einmal klargestellt hat, dass die zeitnahe Realisierung des dritten Gleises einen späteren Ausbau auf vier Gleise nicht verhindert. Deshalb: jetzt schnelle Verbesserung für die Pendler und Pendlerinnen statt weiterer Verzögerungen für eine Optimallösung irgendwann!" Abgeordneter Miskowitsch, der den Termin organisiert hatte, sagte: „Der Termin mit der Ministerin war gut und wichtig, um die Brisanz der Thematik nochmals zu platzieren." ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Novelle des Personenbeförderungsgesetzes:

Kommunale Steuerung und neue Mobilitätsformen

SGK-Bundesvorstand verabschiedet Positionspapier

Der SGK-Bundesvorstand hat auf seiner jüngsten Sitzung ein Positionspapier zur Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) verabschiedet. Bereits seit Beginn des vergangenen Jahres liegen hierzu Eckpunkte des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vor und eine Findungskommission wurde eingesetzt. Noch ist jedoch nicht absehbar, wann das Gesetzgebungsverfahren starten wird. Den anstehenden Gesetzgebungsprozess will die Bundes-SGK mit diesem Beschluss begleiten.

Im Koalitionsvertrag ist der Auftrag zur Reform des PBefG festgehalten. Darin heißt es u.a.: „Wir wollen, dass Mobilität über alle Fortbewegungsmittel (z. B. Auto, ÖPNV, E-Bikes, Car- und Ride Sharing, Ruftaxen) hinweg geplant, gebucht und bezahlt werden kann und führen deshalb eine digitale Mobilitätsplattform ein, die neue und existierende Mobilitätsangebote benutzerfreundlich miteinander vernetzt. Um dies zu erreichen, müssen einheitliche, offene Standards entwickelt und eingehalten werden. Wir wollen Ruf- und Bürgerbusse stärken und etwaige Regelungshindernisse beseitigen. Wir wollen digital organisierte private Mitfahrgelegenheiten unterstützen (insbesondere von Pendlern). Wir werden das Personenbeförderungsgesetz mit Blick auf neue digitale Mobilitätsangebote modernisieren. Wir wollen einen Rechtsrahmen für das autonome Fahren schaffen, der Datenschutz und Datensicherheit ebenso gewährleistet wie ein Höchstmaß an Sicherheit."

Kommunen müssten entsprechende Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gute soziale Rahmenbedingungen zum Schutz der Beschäftigten seien dabei zentrale Voraussetzung. Sowohl der Taxi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren. „Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informations- und Vertriebssysteme fördern."

Städte in Bedrängnis

Laut SGK gibt es Beispiele aus den Städten Pforzheim und Hildesheim, die verdeutlichen, wie öffentliche Verkehrsunternehmen durch den im Personenbeförderungsgesetz verankerten Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre sowie dem Nebeneinander von Aufgabenträgern und Genehmigungsbehörden bei Zulassung und Verkehrsplanung in Bedrängnis geraten können – mit negativen Folgen für die Beschäftigten. Eine solche Entwicklung sei gerade mit Blick auf die Gewährleistung einer guten Mobilität für alle Regionen und die Herausforderungen zur Erreichung der Klimaziele zu verhindern.

Das PBefG soll den neuen Gegebenheiten der Digitalisierung, dem Klimaschutz, den neuen Mobilitätsformen und -Bedürfnissen in der Stadt und auf dem Land angepasst werden. Aus kommunaler Perspektive müssen Antworten auf folgende Fragen und Anforderungen gefunden werden: 1. Wie kann gewährleistet werden, dass die Kommunen die Steuerung und Kontrolle über die Mobilitätsangebote und ihre Standards behalten bzw. erlangen? 2. Wie können neue Mobilitätsformen, digitale Buchungsmöglichkeiten und Pooling inklusive der dazu notwendigen Plattformen in die Nahverkehrsplanung als sinnvolle Ergänzung für eine Ausweitung des Angebots integriert werden? 3. Der ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge soll ausgebaut und attraktiver werden, um das Leben in der Stadt und auf dem Land zu verbessern. Dieses Ziel kann nur unter Einhaltung von ökologischen, sozialen und qualitativen Standards erreicht werden. Verantwortung und Kontrolle müssen vor Ort bei den Kommunen liegen.

Verpflichtendes Instrument

Der Nahverkehrsplan des Personenbeförderungsgesetzes soll aus Sicht der Bundes-SGK zum zentralen verpflichtenden Instrument der kommunalen Aufgabenträger werden, um den öffentlichen Verkehr nach den jeweiligen Bedürfnissen gestalten zu können. Dementsprechend muss die Novelle „die Kommunen als Aufgabenträger stärken, indem sie klarstellt, dass über die Nahverkehrspläne soziale, qualitative und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten. Alternativ sollten für den Fall, dass eine Kommune keinen Nahverkehrsplan ausgearbeitet hat, Standards auch bereits über die Vorabbekanntmachung verankert werden können. Die Nahverkehrspläne sollten auch Festlegungen über Kapazitäten, Preise und Sicherheitsstandards enthalten und für die Genehmigungsbehörden bindend sein."

On-Demand und Ride-Pooling-Angebote sollten als Alternativen im ÖPNV zugelassen werden. Um dies rechtssicher zu ermöglichen, sei eine Verankerung der neuartigen Angebote im Nahverkehrsplan und deren Ermöglichung als integrierter Teil des ÖPNV bereits im PBefG als eigene Verkehrsform notwendig. „Sie können innerhalb des Nahverkehrs als Ergänzung zu den Linien- bzw. den Gelegenheitsverkehren vor allem in suburbanen und ländlichen Regionen sinnvoll sein, müssen aber zwingend in der Kontrolle der Kommunen ausgestaltet werden, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Wenn ein kostendeckender Betrieb nicht möglich ist, kann der Aufgabenträger Leistungen ähnlich wie im Linienverkehr bestellen."

„Rosinenpickerei" verhindern

Aus kommunaler Sicht dürfen neue Mobilitätsformen nur zusätzliche Angebote generieren und bestehende Lücken füllen, ohne die Wirtschaftlichkeit und Effektivität der bestehenden Strukturen zu gefährden. „Rosinenpickerei" privater Anbieter, d.h. eine Strategie zur Übernahme nur von wirtschaftlich interessanten Verkehren, soll verhindert werden, weil deren Herauslösung aus dem bestehenden Gefüge öffentlicher Verkehre diesen insgesamt gefährden würde. Ähnliches gilt für eine Markteroberung über einen Dumpingwettbewerb.

Darüber hinaus muss durch eine Änderung des PBefG sichergestellt werden, dass durch die digitale Vermittlung von Beförderungsangeboten keine Schlupflöcher für eine vor Ort bestehende Genehmigungspflicht entstehen. Nur so können die Kommunen eine adäquate Planung ihres ÖPNV gewährleisten. Zudem muss das Taxi als eine bewährte Mobilitätsform erhalten bleiben. Eine Flexibilisierung der Tarifstrukturen bei Sharing-Angeboten im Taxenverkehr mit Ober- und Untergrenzen und der Ersatz der Ortskundeprüfung durch einen „kleinen Fachkundenachweis" (bei Fahrern von Taxi-, Mietwagen und Poolingdiensten) könnten hier unterstützend wirken.

„Gute Mobilität-Gesetz"

Nach Auffassung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker muss ein größerer Wurf – ein „Gute Mobilität-Gesetz" – über das Ende der Legislaturperiode gedacht werden, „denn die Anforderungen durch Klimaschutz und Luftreinhaltung sind hoch. Wer in Zukunft einen attraktiveren öffentlichen Nahverkehr anbieten will, um den Modal-Split maßgeblich zu verändern, muss maximale Entscheidungs- und Planungsfreiheit haben."

Mit den bestehenden politischen Mehrheiten auf Bundesebene sei ein Ende des Vorrangs der Eigenwirtschaftlichkeit gegenwärtig nicht durchzusetzen. Darüber hinaus gebe es jedoch noch viele Möglichkeiten, den ÖPNV zu verbessern: zum Beispiel durch Zieldefinitionen für die Erreichbarkeit von Angeboten (Mobility as a Service) und die dazu notwendige digitale Infrastruktur sowie die Auflösung von Tarifgrenzen. In diesem Zusammenhang seien raumplanerische Fragen, Fragen des Straßenrechts (z.B. Sondernutzungsrecht) für nicht stationsbasierte Angebote und Finanzierungsfragen zu klären. **DK**



V.l.: Jörg Wohlfahrt (Taxi München eG), Verkehrsstaatssekretär Klaus Holetschek, Christian Hess (Isarfunk), Alfred Lehmair (Landesverband bayerischer Taxi- und Mietwagenunternehmen e.V.), Alexander Mönch (Free Now), Christoph Weigler (Uber), Donald Huber (Taxiunternehmer). Bild: StMB

Bayerisches Verkehrsministerium und Taxi- und Mietwagenbranche:

Maßnahmen zum Schutz von Fahrern und Fahrgästen

Mundschutz, häufiges Händewaschen, Niesen und Husten in die Ellenbeuge: Die üblichen Hygienehinweise zur Eindämmung des Corona-Virus gelten auch in Taxis und Mietwagen. Darüber hinaus haben der Bayerische Taxi- und Mietwagenverband e.V., Free Now, Uber, die Taxi München eG und IsarFunk gemeinsam mit dem Bayerischen Verkehrsministerium weitere Maßnahmen entwickelt, um Fahrgäste sowie Fahrerinnen und Fahrer zu schützen.

„Die Gesundheit steht jetzt an oberster Stelle", betont Bayerns Verkehrsstaatssekretär Klaus Holetschek. „Deshalb gibt es in immer mehr Fahrzeugen Trennvorrichtungen zwischen Fahrer und Fahrgast, die vor einer Ansteckung schützen sollen. Damit das funktioniert, sind wir auch auf die Mithilfe der Fahrgäste angewiesen: Bitte halten Sie Abstand und steigen Sie immer hinten ins Auto ein."

Hinweise an Beifahrertüren

Wie im gesamten öffentlichen Nahverkehr wird auch in Taxis und Mietwagen mit Fahrern eine Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung gelten. „Genau wie in Bus und Bahn gilt auch hier: Bedecken Sie Mund und Nase mit einer Maske, einem Tuch oder Schal", so Holetschek.

Um auf die neuen Regeln hinzuweisen, hat ein Großteil der Unternehmen an den Beifahrertüren Hinweise angebracht, die an den Einstieg im hinteren Teil des Fahrzeugs erinnern. Außerdem bitten Holetschek und die Unternehmer schon ab einer Gruppe von drei Personen ein Großraumfahrzeug zu rufen und möglichst bargeldlos zu bezahlen. Hierfür haben die Unternehmen ihre Möglichkeiten zur bargeldlosen Bezahlung, beispielsweise per App oder EC-Karte, ausgeweitet.

Wichtige Rolle

„Ich freue mich sehr, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen und wir gemeinsam Lösungen erarbeiten konnten", so Holetschek weiter. „Dank dieser Maßnahmen ist es weiterhin bedenkenlos möglich, Taxi zu fahren oder sich einen Mietwagen mit Fahrer zu nehmen. Den Unternehmen, Verbänden und insbesondere den Fahrerinnen und Fahrern gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank. Sie übernehmen eine wichtige Rolle in dieser Zeit, indem Sie unter anderem Krankentransporte durchführen und Menschen, die im Gesundheitsbereich oder anderen systemrelevanten Berufen tätig sind, zu ihren Arbeitsplätzen bringen. Dafür ein herzliches Vergelt's Gott!" ❐

Altlandrat Franz Meyer:

„Der Rufbus ist jetzt noch flexibler"

Dieses Angebot wird viele ÖPNV-Nutzer im Landkreis Passau freuen: Der Rufbus bringt seine Fahrgäste jetzt direkt zur gewünschten Zieladresse. Das hatte der Verkehrsausschuss des Landkreises Passau neben weiteren umfassenden Verbesserungen im ÖPNV beschlossen. Altlandrat Franz Meyer verweist auf die schnelle Umsetzung der Vorgaben: „Unser ÖPNV ist jetzt noch attraktiver."

Das Konzept des Rufbusses gibt es im Landkreis Passau bereits seit einiger Zeit. Fahrgäste können innerhalb eines festgelegten Fahrplans einen Rufbus zur Wunschhaltestelle bestellen und damit bequem und schnell von A nach B kommen. Das hat zunächst den Vorteil, dass öffentliche Verkehrsmittel auch an Orten genutzt werden können, die vom regulären Linienverkehr nicht bedient werden. Darüber hinaus fährt der Rufbus nur dann, wenn dieser bestellt wurde und tatsächlich genutzt wird. Dieses Angebot ist also auch im Hinblick auf den Klimaschutz eine zukunftsfähige Alternative. Denn Leerfahrten gibt es damit beim Rufbus nicht. Meyer: „Viele reden vom ÖPNV, wir tun etwas und handeln."

Mit der neuen einseitigen Zielanbindung wird das Rufbusangebot nun noch ein Stück flexibler. Fahrgäste können nun im Ort ihrer gewünschten Zielhaltestelle direkt an ein adressgenaues Ziel ohne Zusatzkosten befördert werden. Bisher mussten die Fahrgäste an den vorgegebenen Haltestellen aussteigen. Franz Meyer spricht von einer „deutlichen Attraktivitätssteigerung" des gesamten ÖPNV im ländlichen Raum und hofft, dass dieses Konzept auch in anderen Landkreisen bald Standard ist. Der Landkreis Passau ist bayernweit einer der Ersten, der so ein flexibles Rufbussystem anbietet. Fahrgäste können dieses Angebot für künftig 50 Euro pro Jahr auf allen Rufbuslinien im Landkreis Passau nutzen.

Neben den Verbesserungen im Rufbussystem hatte der Verkehrsausschuss auch eine Ausweitung der Gültigkeit des Öko-Netz-Tickets beschlossen, so Meyer. Dieses kann an Schultagen bereits ab 13 Uhr statt wie bisher ab 14 Uhr auf allen Linien – egal ob Bus oder Bahn – der Verkehrsgemeinschaft im Landkreis Passau (VLP) genutzt werden. Die Reaktionen auf dieses ausgeweitete Angebot sind sehr positiv. Außerdem fängt der Landkreis steigende Betriebskosten der Verkehrsunternehmer auf, so dass es für Fahrgäste erstmals in der Geschichte der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Passau (VLP) zum Jahreswechsel keine Tariferhöhungen gibt.

2020 gibt der Landkreis Passau für den ÖPNV einschließlich der Kosten für die Schülerbeförderung rund vier Millionen Euro an Eigenmitteln aus. Basis dafür ist der mit großer Mehrheit kürzlich vom Kreistag beschlossene Kreishaushalt. Insgesamt kostet der ÖPNV mit Schülerbeförderung im Landkreis Passau rund zehn Millionen Euro, so der Altlandrat. „Geld aus unserem Kreishaushalt, das wirklich bestens angelegt ist." ❐

Luftfahrtbranche:

Förderprogramm geht an den Start

Aiwanger: „Geben der bayerischen Luftfahrtindustrie Rückenwind"

Mit dem Förderaufruf für ein millionenschweres Forschungsprogramm in der Luftfahrtindustrie stärkt Bayern seine Position als führender Hightech-Standort.

Laut Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „ist die Luftfahrtbranche eine strategische Schlüsselindustrie und ein Innovationsmotor für Bayern. Mit unserem neuen Förderprogramm geben wir den Unternehmen der Luftfahrtindustrie Rückenwind und steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen innovativen Ideen zum Durchbruch verhelfen, um die bayerischen Luftfahrtstandorte auszubauen und Arbeitsplätze langfristig zu sichern."

Nachhaltiges Zeichen

Die Förderung von Vorhaben zur Steigerung der Produktivität und Materialeffizienz in der Luftfahrtindustrie (BayLu25) ergänzt die Luftfahrtforschung des Bundes (LuFo VI). Für die Jahre 2020 bis 2023 werden Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro ausgereicht, die bei den beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen Investitionen von rund 40 Millionen Euro auslösen. Die Ergebnisse und Innovationen sollen auf weitere Branchen wie die Automobilindustrie, die Medizintechnik oder den Maschinenbau ausstrahlen.

„Damit setzen wir nicht nur ein starkes und nachhaltiges Zeichen für die Luftfahrtbranche, sondern investieren in die Zukunftsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts Bayern", machte der Wirtschaftsminister deutlich. ❐

Landkreis Aschaffenburg:

Messkampagne auf den Kreisstraßen

Zur Zustandserfassung der Kreisstraßen wird derzeit eine Messkampagne im Auftrag des Landkreises Aschaffenburg – Kreisstraßenverwaltung durchgeführt. Die hierzu notwendigen Befahrungen werden – wetterabhängig – voraussichtlich bis zum 30.06.2020 abgeschlossen sein.

Für die Messkampagne wird ein mit Stereo- und Panoramakameras ausgerüstetes Fahrzeug das Straßennetz befahren und alle im Straßenkorridor befindlichen Objekte der Straßenausstattung und Straßenbestandteile dreidimensional erfassen. Die Kreisstraßenverwaltung benötigt die daraus generierten Informationen als Grundlage für verschiedene, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, insbesondere für Planungszwecke sowie für Bestands- und Zustandsanalysen der Kreisstraßen.

Datenschutzkodex

Die Befahrung erfolgt durch das Unternehmen iNovitas Deutschland GmbH, ein freiwilliges Mitglied des SRIW – Verein Selbstregulierung Informationswirtschaft e.V.. Um bei den Aufnahmefahrten sowie der späteren Verwendung der Bildaufnahmen geltenden Datenschutzbestimmungen Rechnung zu tragen und einen transparenten Umgang mit dem Bildmaterial zu gewährleisten, hat sich das durchführende Unternehmen freiwillig verpflichtet, den Datenschutzkodex für Geodatendienste des SRIW einzuhalten.

In den Bildern werden alle Kfz-Kennzeichen und Gesichter automatisch unkenntlich gemacht (verpixelt). Eine Veröffentlichung der Bilder ist nicht beabsichtigt.

Sollte es gewünscht sein, dass Fassaden von Privatgebäuden unkenntlich gemacht werden, steht den Betroffenen das Recht zu, Widerspruch gegen die Darstellung des Objektes einzulegen. Der Widerspruch kann unter Angabe der Adresse des Objekts in schriftlicher Form erfolgen. ❐

MVV-Verbundlandkreise übergeben Positionspapier S-Bahn München:

Außenäste stärken, neue Verkehrslösungen durchdenken

Der Großraum München boomt – das spürt auch die S-Bahn. Gebaut wurde sie für 250.000 Menschen, heute nutzen sie bis zu 840.000 Menschen jeden Tag. Gefragt sind deswegen neue Lösungen, um die S-Bahn als Rückgrat des Nahverkehrs rund um München fit für die Zukunft zu machen. In einem überarbeiteten und an Verkehrsministerin Kerstin Schreyer übergebenen Positionspapier haben die MVV-Verbundlandkreise dazu ihre Gedanken und Wünsche dargelegt.

„Zahllose Rückmeldungen der Pendler, die nahezu tagtäglich mit den Schwierigkeiten im System konfrontiert sind, sind für mich gleichermaßen Anspruch und Triebfeder, für weitergehende und schnell umsetzbare Verbesserungen im System einzustehen“, betonte Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Verbundlandkreise.

Rückgrat des ÖPNV

Laut MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch „ist die S-Bahn München, mit der Stammstrecke in der Innenstadt, nicht nur für die Landeshauptstadt eine Hauptschlagader des Verkehrs. Sie ist auch und gerade auf den Außenästen – zusammen mit den Busverkehren als Zubringer – das Rückgrat des ÖPNV in den Verbundlandkreisen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam Ideen entwickeln, diese umsetzen und an Stabilität und Angebot des Schienenpersonennahverkehrs im MVV-Raum arbeiten.“

Ergänzend zu den bereits vorgebrachten Schwerpunktforderungen werden in dem aktuellen Positionspapier weitere Handlungsschwerpunkte deutlich gemacht. So fordern die Landkreise sowohl Maßnahmen zur sofortigen und dauerhaften Verbesserung der Pendlersituation, auch und gerade während der anstehenden Bauphase, als auch die kurz-, mittel- und langfristige Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung verkehrlich sinnvoller Infrastruktur- und Betriebsmaßnahmen.

Kluge Planung erforderlich

„In diesem Zusammenhang gilt es auch den Grundsatz zu hinterfragen, wonach die DB Schienenstrecken nicht auf Vorrat und stets nach dem Gebot der Sparsamkeit planen und realisieren darf“, heißt es in dem Positionspapier. „Wir brauchen eine kluge und weitblickende Planung, damit eine Infrastruktur entsteht, die auch den Anforderungen künftiger Generationen gerecht wird.“

Aus Sicht der Landkreise gibt es vielfache Optionen, sowohl die Schieneninfrastruktur als auch das Angebot von S-Bahn München und Regionalzugverkehr entscheidend zu verbessern. Ergänzend zum Positionspapier aus 2017 wurden die Handlungsfelder „Angebotsverbesserungen bei der S-Bahn München“ (Schließen von Taktlücken, Frühfahrten, Fahrten in der SVZ / nachts, etc.), wo infrastrukturell und betrieblich möglich sofort und nicht erst mit Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke umsetzen), „Angebotsverbesserungen bei den Regionalzügen“ (zusätzliche Halte und Angebote), „Prüfung und ggf. Weiterentwicklung vorliegender Störfallkonzepte“, „Erarbeitung stabiler Fahrplankonzepte“ sowie „kurzfristige Maßnahmen zur Ergänzung des SPNV“ in die Auflistung aufgenommen.

Vielfache Optionen

Daneben liegt der Fokus u.a. auf der Ausstattung der S-Bahnstationen (Modernisierung, Barrierefreiheit, Fahrgastinformationsanlagen an allen Stationen), der Schieneninfrastruktur (durchgehende Zweigleisigkeit, Beseitigung von Mischbetrieb, Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung, insbesondere tangentiale Schienenverbindungen), den Regionalexpressverbindungen (z.B. Ostbahnhof – Ottobrunn – Aying – Bad Aibling – Rosenheim), der Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln (Hub-Stationen), dem Lärmschutz (nach Neubaustandard, abgestellte Fahrzeuge, Güterverkehr) sowie auf Tarif und Ticketing (Vertrieb, Kundencenter, Mobilitätsplattform etc.).

Kurzfristig kann das öffentliche Verkehrsangebot nach Auffassung der MVV-Verbundlandkreise nur verbessert werden, „wenn der SPNV durch zusätzliche Verkehrsangebote flankiert und ergänzt wird, die einfach, schnell und vergleichsweise kostengünstig realisiert werden können“. Der SPNV bilde nach wie vor als Rückgrat die Grundlage, sollte jedoch durch sog. BusRapidTransit-Systeme (BRT oder Schnellbussystem) ergänzt werden. Außerdem sei zu prüfen, ob auch Seilbahnen oder eine „Magnetbahn light“ kurzfristiger und kostengünstiger als konventionelle Schienensysteme realisiert werden könnten. Einige Landkreise arbeiteten bereits gemeinsam mit dem MVV an derartigen Prüfungen. Unterstützung sei dabei sowohl bezüglich der Planungsabläufe wie auch bei der Finanzierung von Seiten des Bundes und des Freistaats erforderlich, um eine rasche Umsetzung erreichen zu können.

Wichtige Partner

„Wir müssen uns den gesamten Großraum München anschauen, um das Verkehrssystem noch intelligenter aufzustellen. Die Landkreise und der MVV sind dafür wichtige Partner“, erklärte Verkehrsministerin Schreyer. Sie dankte den Landkreisen ausdrücklich für ihr Engagement in Bezug auf den ÖPNV. „Es ist unser gemeinsames Ziel, das System zuverlässig und fit für die Zukunft zu machen. Wir müssen alle Möglichkeiten durchdenken, von U-Bahn-Verlängerungen bis zur Seilbahn. Aber aus meiner Sicht braucht es vor allem eine erhebliche Beschleunigung des Ausbaus der Außenäste der S-Bahn und zusätzlich sinnvolle Querverbindungen. Hier müssen wir mit den zuständigen Landkreisen überlegen, wie wir uns noch besser aufstellen“, erläuterte die Ministerin.

Fahrgastinformation

Die Gedanken und Forderungen aus dem Papier der Landkreise würden nun im Rahmen des Programms „Bahnausbau Region München“ bewertet. Schreyer: „Mein Haus hat auch das erste Positionspapier aus dem Jahr 2017 aufgegriffen. Derzeit werden 40 Maßnahmen auf ihre Machbar- bzw. Umsetzbarkeit untersucht, weitere 28 Maßnahmen – darunter die 2. Stammstrecke als das zentrale Element – befinden sich bereits in der konkreten Planung, im Bau oder sind schon umgesetzt. Gemeinsam mit der DB, dem MVV und den Landkreisen konnte der Freistaat bereits zahlreiche Verbesserungen erzielen, so beispielsweise im Bereich der Fahrgastinformation. Aber wir dürfen nicht nachlassen: Gerade bei großen Störungen muss die Information der Fahrgäste noch deutlich besser werden.“ **DK**



Die Landräte bei der Übergabe des Positionspapiers an Verkehrsministerin Kerstin Schreyer. Das Bild entstand vor der Corona-Pandemie. Bild: STMB

Mehr Zug fürs Oberland

Neue Fahrzeugflotte der BOB bringt ab Juni 2020 mehr Zuverlässigkeit ins Oberlandnetz

Eine komplett neue Fahrzeugflotte verbessert ab Mitte Juni den Zugverkehr im Bayerischen Oberland. Die ersten Fahrzeuge wurden bereits ausgeliefert und sind derzeit zu Schulungs- und Testfahrten im Probebetrieb im Oberlandnetz unterwegs. Mit der neuen Flotte wollen die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahnverkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, und die Bayerische Oberlandbahn (BOB) vor allem die Zuverlässigkeit für die Fahrgäste erhöhen.

Derzeit ist beabsichtigt, die in die Jahre gekommenen Fahrzeuge der Typen „Talent“ und „Integral“ schrittweise gegen 25 fabrikneue Fahrzeuge des Typs „LINT“ auszutauschen. Im Anschluss an den Probebetrieb, zum kleinen Fahrplanwechsel Mitte Juni 2020, sollen in einem ersten Schritt die Fahrzeuge des Typs Talent ersetzt werden. Im zweiten Schritt – voraussichtlich Ende Juli 2020 – folgt der Austausch der Fahrzeuge des Typs Integral.

Zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2020 kommen sechs weitere Neufahrzeuge hinzu. Dadurch entsteht eine einheitliche Flotte, die zu mehr Betriebsstabilität führt. Die 31 identischen Fahrzeuge lassen sich beliebig miteinander kuppeln, dadurch steigt die Einsatzflexibilität der gesamten Flotte. Kapazitätsverbesserungen und zusätzliche Verbindungen werden möglich.

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich über die Neufahrzeuge: „Für die Fahrgäste ist das ein echter Gewinn. Dabei geht es nicht nur darum, dass man natürlich lieber in einem neuen und moderneren Zug sitzt. Entscheidend ist, dass das Risiko von Zugausfällen sinkt und wir mit diesen Fahrzeugen die Zeit bis zur Elektrifizierung der Strecken vollständig überbrücken können.“

„Der Flottentausch bringt mehr Zuverlässigkeit in den Netzbetrieb und echten Mehrwert für die Fahrgäste. Wir erwarten weniger Zugausfälle und mehr Pünktlichkeit “, erklärt BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs. Darüber hinaus wird das Angebot ab Dezember 2020 ausgebaut: Im Berufsverkehr an Werktagen wird der Halbstundentakt am frühen Vormittag und am Abend erweitert. Für den Ausflugsverkehr am Wochenende gibt es im gesamten Netz mehr Sitzplätze sowie auf den Streckenästen nach Tegernsee und Lenggries einen weitgehenden Halbstundentakt über den ganzen Tag.

Echter Gewinn für die Fahrgäste

„Die Fahrzeuge vom Typ LINT sind langjährig erprobt, wenig störanfällig und sehr zuverlässig. Im Vergleich zur Bestandsflotte sind die neuen Fahrzeuge deutlich leiser, sie stoßen weniger Schadstoffe aus und sie bieten mehr Fahrkomfort. Unsere Lokführer sind von den Zügen begeistert“, sagt Fabian Amini, Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn. „Unsere Fahrgäste können sich unter anderem auf leistungsstarke Klimaanlagen, ein modernes Fahrgastinformationssystem und Gratis-WLAN freuen.“

Die neuen Züge sollen als Übergangslösung bis zur durchgängigen Elektrifizierung der Oberlandstrecken zum Einsatz kommen, die für Anfang der dreißiger Jahre angestrebt wird. Parallel soll die Infrastruktur ertüchtigt und ausgebaut werden. Im Ergebnis werden sich daraus weitere Optionen für Angebotsverbesserungen ergeben. ❐

Förderung für Inklusionstaxis

Der Landkreis fördert den barrierefreien Umbau mit bis zu 10.000 Euro

Die persönliche Mobilität ist für Menschen mit Behinderungen ein wichtiges Thema und gehört zu den zentralen Voraussetzungen einer selbstbestimmten, gleichberechtigten Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Im Rahmen der Umsetzung der Konvention wurde bereits 2015 ein Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis München erstellt. Auf diesem fußt auch das neueste Förderprojekt des Landkreises München: der Zuschuss für die Anschaffung oder den Umbau zum Inklusionstaxi.

Im März diesen Jahres verabschiedete der Sozialausschuss ein Förderkonzept für im Landkreis München ansässige, konzessionierte und gewerblich tätige Taxiunternehmen zur Beschaffung oder den Umbau barrierefreier, rollstuhlgerechter Fahrzeuge. Seit dem 1. April 2020 können Taxiunternehmen über das Landratsamt eine Förderung von bis zu 10.000 Euro zur Umrüstung oder Neuanschaffung eines „Inklusionstaxis“ erhalten. Es handelt sich dabei um eine einmalige Projektförderung, die grundsätzlich nicht zurückgezahlt werden muss.

Beitrag zur Mobilität

Mit dieser Förderung, die zunächst auf die Dauer von drei Jahren begrenzt ist, möchte der Landkreis München einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen leisten und Taxiunternehmen aus dem Landkreis München einen finanziellen Anreiz für mehr rollstuhlgerechte Fahrzeuge in ihrem Fuhrpark geben.

Ziel: 30 Inklusionstaxis bis Ende 2022

Bis Ende des Jahres 2022 sollen auf diese Weise bis zu 30 Taxis im Landkreis München für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen. Zukünftig sollen die Inklusionstaxis durch einen gut sichtbaren Aufkleber mit der Aufschrift „Inklusionstaxi“ erkennbar gemacht werden und für den neuen Service werben.

„Die Bezuschussung ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für alle, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Mit der Förderung können Taxiunternehmen ihre Flotte inklusiver machen und sich dadurch auch strategisch einer neuen Kundschaft öffnen – ein Gewinn für alle Seiten“, hob Landrat Christoph Göbel hervor. ❐



Spatenstich zur Brücke über die Kleine Paar in Holzheim

„Trotz der Corona-Krise darf unsere regionale Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen,“, erklärte Landrat Stefan Rößle (rechts) beim offiziellen Spatenstich zur Brücke über die Kleine Paar in der Gemeinde Holzheim: „Hierbei spielen auch öffentliche Aufträge eine wichtige Rolle. Denn der weitere Ausbau unserer Infrastruktur, muss auch in der momentanen Phase aktiv vorangebracht werden.“
Beim Spatenstich im Ortsteil Riedheim waren mit gebührendem Abstand neben Landrat Stefan Rößle auch der scheidende Bürgermeister Robert Ruttmann, sein Nachfolger Josef Schmidberger, Dietmar Bschorer von der Firma Vitus Rieder, Martin Stadelmann vom Ingenieurbüro Eibl sowie Gerhard Schappin, Leiter der Abteilung Tiefbau am Landratsamt Donau-Ries, vertreten.
Die 62 Jahre alte Brücke wies bereits Baumängel auf und entsprach auch nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die neue Brücke wird nun nicht nur deutlich tragfähiger (60 Tonnen statt bisher 30 Tonnen Tragfähigkeit), sondern auch mit beidseitigen Gehwegen ausgestattet, um die notwendige Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu garantieren. Der Landkreis Donau-Ries investiert in die neue Brücke in Riedheim rund 450.000 Euro.

Bild: Macho/Landratsamt Donau-Ries

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG
www.gdk-mbh.de

Wirtschaftsminister Aiwanger:

„Wir brauchen eine heimische Produktion von Schutzgütern“

Maskenverbund Bayern will zu einem der größten Hersteller Deutschlands werden

Mit einer Kooperation der Unternehmen PIA Automation (Amberg), Sandler AG (Schwarzenbach) und Zettl Group (Weng) hat heute der „Maskenverbund Bayern“ die Produktion von Einweg-Atemschutzmasken gestartet. Der Verbund will in wenigen Wochen eine sechsstellige Stückzahl Masken täglich produzieren.

„Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir bei bestimmten Schutzgütern eine heimische Produktion zur Krisenvorsorge brauchen. Bayerische Unternehmen wie PIA, Zettl und Sandler haben in dieser schwierigen Situation flexibel reagiert und in Rekordzeit eine neue Lieferkette mit innovativer Technologie aufgebaut, die auch irgendwann mit Masken ‚made in Bavaria‘ exportfähig werden kann“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Wertschöpfungskette vervollständigen

Die Kooperation dient dem Aufbau einer vollständigen Wertschöpfungskette für Atemschutzmasken in Bayern. Vor der Corona-Pandemie gab es in Deutschland keine Hersteller für Einwegmasken. Der Maskenverbund Bay ern hat sich zum Ziel gesetzt, eine führende Rolle unter den nunmehr neu entstandenen Einwegmasken-Herstellern Deutschlands zu übernehmen.

Das Oberpfälzer Unternehmen PIA baut seit kurzem Anlagen, die vollautomatisch Masken produzieren. „Automatisierung ist essentiell für eine kostengünstige Produktion von Schutzmasken im Inland“, erklärte PIA-Geschäftsführer Armin Schalk.

Dr. Ulrich Hornfeck, Vorstand der Sandler AG, betonte das Engagement aller Beteiligten: „Unser Dank geht an das engagierte Sandler-Team sowie an unsere Kooperationspartner und unsere Landespolitiker.“ Sandler stellt den Vliesstoff für die Einwegmasken her.

Wie Reinhard Zettl, Geschäftsführer der Zettl Group, ankündigte, wird der Maskenverbund in den kommenden Jahren weitere Lösungen für Atemschutzmasken entwickeln: „Unser Ziel ist es, die heimische Herstellung neu im Markt zu platzieren.“ Der Automobilzulieferer Zettl hat seine Produktion vor wenigen Wochen zum Teil auf die Herstellung von Atemschutzmasken umgestellt. Dazu setzt er künftig die Automaten von PIA ein. ❐

Verbraucherschutzminister Glauber:

Sichere Schutzausrüstung für den Freistaat

Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter wird aufgebaut

Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Das gilt auch für den Bereich Schutzausrüstung. Deshalb wird jetzt auf Initiative des Bayerischen Verbraucherschutzministeriums die „Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter“ (BayPfS) aufgebaut.

Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Wir leisten jeden Tag einen Kraftakt, um mit möglichst unbürokratischen Bewertungsverfahren dringend benötigte Artikel wie etwa Atemschutzmasken dem Markt zuzuführen. Die geprüfte und bestätigte Qualität der Produkte ist entscheidend für die Gesundheit der Menschen und damit entscheidend für die Bewältigung der Pandemie. Die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig die kurzfristige Prüfung und Zertifizierung von Schutzgütern sind. Wir werden nun unsere eigenen Prüfkapazitäten durch die Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter ausbauen. Mit der neuen Prüfstelle sorgt Bayern dafür, dass in der Krise, nach der Krise und vor der nächsten Krise eine schnelle und sichere Bewertung der Schutzwirkung von Schutzausrüstungen vorgenommen werden kann.“ Die Prüfstelle soll Schutzausrüstungen wie Schutzanzüge, Masken und Handschuhe bewerten.

Geräteuntersuchungsstelle am LGL wird ausgebaut

Um mehr Produkte zu prüfen und um den Markt effektiv zu überwachen, wird die bestehende Geräteuntersuchungsstelle (GUS) am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) zur „Bayerischen Prüfstelle für Schutzgüter“ ausgebaut. Aufgabe der GUS war bisher die sicherheitstechnische Prüfung von Produkten, wie etwa Spielzeug und Elektrotechnik, im Rahmen der Marktüberwachung. Dringend benötigte Schutzgüter, wie beispielsweise die FFP-Atemschutzmasken, kommen jetzt hinzu. Die vorhandenen Prüfstellen, wie etwa die DEKRA Testing and Certification GmbH in Stuttgart oder die TÜV NORD CERT GmbH in Essen, stoßen hier an ihre Kapazitätsgrenzen. Deutschlandweit gibt es für Atemschutzmasken derzeit nur insgesamt vier Stellen, die die sichere Funktion der Masken in einem verkürzten Verfahren prüfen. Für den schnellen Aufbau dieser Untersuchungseinrichtungen stellt die Bayerische Staatsregierung rund 2,7 Millionen Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie bereit.

Für fairen Wettbewerb

„Wir wollen die notwendigen Prüfressourcen aufbauen, um den Markt effektiv zu überwachen. Wir erhöhen den Druck auf die Wirtschaftsakteure: Nur Produkte mit dem erforderlichen Sicherheitsniveau dürfen in Umlauf gebracht werden. So schützen wir auch heimische Unternehmen, die sich an die Regeln halten. Wir sorgen damit für einen fairen Wettbewerb. Der Aufbau der Prüfstelle ist zudem ein wichtiger Baustein beim Aufbau der heimischen Herstellung von Schutzgütern“, betonte Glauber.

Auch nach der Corona-Krise wird die Marktüberwachung weiterhin damit beschäftigt sein, Produkte, die nicht den Vorgaben entsprechen, vom Markt zu nehmen. Um die notwendigen Prüfungen in der gebotenen Qualität und Quantität durchzuführen, sollen die sieben bayerischen Gewerbeaufsichtsämter personell entsprechend verstärkt werden. Die erforderlichen Personalmittel für den nachhaltigen Aufbau der Prüfeinrichtung und die Stärkung der Marktüberwachung werden im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2021/22 eingebracht. ❐



Das neue LF KatS ersetzt laut Bundestagsabgeordnetem Florian Oßner ein 32 Jahre altes Löschgruppenfahrzeug in der Feuerwache an der Watzmannstraße. ❐

Neues Katastrophenschutz-Fahrzeug für Landshut

Bund stellt der Stadt ein Löschgruppenfahrzeug für Löschzug Rennweg zur Verfügung

Die Freiwillige Feuerwehr Landshut bekommt ein neues Löschgruppenfahrzeug Katastrophenschutz (LF KatS). Wie der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner mitteilt, stellt der Bund das Fahrzeug im Wert von rund 400.000 Euro dem Freistaat Bayern zur Verfügung, der es der Stadt Landshut zugeteilt hat. Es ersetzt ein 32 Jahre altes Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS des Löschzugs Rennweg in der Feuerwache an der Watzmannstraße.

Vor kurzem wurde das neue Löschgruppenfahrzeug beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn von einer Abordnung der Landshuter Feuerwehr um Florian Mayer, stellvertretender Zugführer des Löschzugs Rennweg, abgeholt.

Enorme Geländegängigkeit

Nun finden für etwa vier Wochen Übungen und Einweisungen für die Maschinisten und die Mannschaft statt. Das Fahrzeug ist bereits im neuen Feuerwehrbedarfsplan der Stadt Landshut vorgesehen, das LF KatS zeichnet sich laut Stadtbrandrat Gerhard Nemela vor allem durch seine enorme Geländegängigkeit, seinen Allradantrieb und seine Bereifung aus: „Damit bekommen wir ein universell für viele Schadenslagen einsetzbares Einsatzfahrzeug. Neben dem Einsatz bei Großschadenslagen kann das Fahrzeug mit seinem Löschwassertank und der allgemeinen feuerwehrtechnischen Ausstattung auch gut bei Brandeinsätzen und Einsätzen zur technischen Hilfeleistung eingesetzt werden.“ „Wir haben lange auf dieses Fahrzeug gewartet. Umso mehr freue ich mich, dass unsere Feuerwehr nun bald mit ihrem neuen LF-KatS ausrücken kann. Unsere Freiwillige Feuerwehr leistet eine hervorragende Arbeit, wie man auch in diesen Tagen wieder bei der Bewältigung der Corona-Krise sieht. Deshalb hat sie die bestmögliche Ausstattung verdient“, ergänzt Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier, der sich schon vor Jahren für eine Erneuerung der Katastrophenschutz-Fahrzeuge ausgesprochen hatte. gerade erstellt wird.

„Der Bund übernimmt mit der Ergänzung des Katastrophenschutzinventars der Länder und Kommunen mit Fahrzeugen, Ausstattung und Gerät eine wichtige Aufgabe zur Stärkung der inneren Sicherheit“, bekräftigt der Infrastrukturpolitiker Oßner, der selbst ehrenamtlicher Feuerwehrmann ist. „In der stark wachsenden Stadt Landshut ist das Löschgruppenfahrzeug deshalb auch besonders sinnvoll“, so Oßner. ❐

Mehr Geld vom Bezirk für den Krisendienst Mittelfranken:

Krisenversorgung wird ausgebaut

Der Krisendienst Mittelfranken wird weiterentwickelt und ausgebaut, dafür bekommt dieser rückwirkend zum 1. Januar mehr Geld vom Bezirk Mittelfranken. Bezirkstagspräsident Armin Kroder hat die neuen Budgets in Form einer dringlichen Anordnung beschlossen.

Bereits seit Ende der 1990er Jahre verfügt der Bezirk Mittelfranken über einen Krisendienst,



Armin Kroder. ❐

Träger ist der Förderverein ambulante Krisenhilfe. Neben der täglich erreichbaren Anlaufstelle in Nürnberg planen vier Koordinatorinnen und Koordinatoren bei den Sozialpsychiatrischen Diensten in Ansbach, Neustadt-Aisch, Hersbruck und Roth die Einsatzbereitschaft vor Ort.

Öffnungszeiten

Hauptamtliche Mitarbeiter und Honorarkräfte kümmern sich um Hilfe suchende Menschen in den verschiedensten Lebenslagen. Bereits zu Beginn dieses Jahres sind die Öffnungszeiten des Krisendienstes erweitert worden. Unter Telefon 0911/424855-0 ist die Leitstelle in Nürnberg seither täglich von 9 bis 24 Uhr für Menschen in seelischen Notlagen zu erreichen. Zuvor war der Krisendienst Montag bis Donnerstag erst ab 18 Uhr, Freitag ab 16 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen ab 10 Uhr zu erreichen.

Zur Finanzierung der weiteren personellen Ausstattung der Leitstelle in Nürnberg und der vier Außenstellen bewilligte Bezirkstagspräsident Kroder jährliche Budgets mit einem Gesamtvolumen von über 400.000 Euro. ❐

„Joint Venture“ für 5.000 Vollgesichtsschilde

Stettler Kunststofftechnik Burgwindheim und RZB Bamberg stellen Schutzausrüstung für Stadt und Landkreis Bamberg her

Was wir nicht herbekommen, machen wir selbst! Die Region Bamberg zeigt nach den Worten von Landrat Johann Kalb bei der Herstellung sogenannter Vollgesichtsschilder (Faceshields) einmal mehr, was sie gemeinsam zu leisten imstande ist. Nachdem Berufsschulen sowie die Hallstadter Firma Stürmer die Halterung für diese Gesichtsschilder bereits seit wenigen Wochen einzeln per 3-D-Drucker herstellen, steigen nun zwei Unternehmen aus der Region Bamberg in die Serienproduktion per Spritzguss ein.

Stettler Kunststofftechnik aus Burgwindheim stellt die Halterung her. RZB Bamberg schneidet die Folien zu. Beide Unternehmen stellen dem Landkreis das Material zum Selbstkostenpreis zur Verfügung.

Zusammengefügt und mit einem Haltegummi versehen werden die Vollgesichtsschilder durch Mitarbeiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz beim Landkreis Bamberg. 5.000 Gesichtsschilde werden hergestellt, um diese an Krankenhäuser, Pflegeheime, Ärzte oder Pflegedienste in Stadt und Landkreis Bamberg zu verteilen.

Nachdem der Bedarf für solche Vollgesichtsschilde in der Führungsgruppe Katastrophenschutz offenkundig wurde, scheiterten die Bemühungen, diese überhaupt und für akzeptable Preise zu erwerben. „Ich bin sehr stolz, dass wir kreative Menschen haben, die hier schnell Lösungen finden“, so Landrat Johann Kalb. ❐

Ortungssystem für in Not geratene Rettungskräfte

Ob bei Bränden, nach Erdbeben oder in anderen Gefahrensituationen – oft müssen Rettungskräfte Personen aus Gebäuden befreien. Diese Einsätze stellen jedoch ein hohes Risiko dar: Gefahren lassen sich vorab schwer einschätzen, auch die Helferinnen und Helfer selbst können in Not geraten. Um sie schnellstmöglich unterstützen zu können, haben Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) ein System zur Lokalisierung verletzter oder verschütteter Rettungskräfte in Gebäuden entwickelt, das ohne GPS-Signal auskommt.

Gängige Lokalisierungsmethoden, die im Außenbereich funktionieren, stoßen in Gebäuden an ihre Grenzen. So ist eine Satellitenortung, beispielsweise per GPS, sehr ungenau, sobald Hindernisse den direkten Sichtkontakt zum Satelliten beeinträchtigen. „Auch ein funktionierendes WLAN-Signal für eine Funkortung oder Baupläne eines Gebäudes können in Krisensituationen nicht vorausgesetzt werden“, erklärt Nikolai Kronenwett vom Institut für Regelungs- und Steuerungssysteme des KIT. „Bislang existiert noch keine Technologie, die eine zuverlässige Indoor-Lokalisierung ermöglicht.“ Gemeinsam mit Gert Trommer, emeritierter Professor des KIT, hat Kronenwett nun ein autonomes System entwickelt, das eine Lokalisierung von Einsatzkräften speziell in Gebäuden ohne Funkverbindung nach außen ermöglicht.

System für den Fuß misst Richtung und Geschwindigkeit

Das Messsystem ist nur wenige Zentimeter groß und lässt sich leicht am Schuh der Nutzerin oder des Nutzers befestigen. Durch Sensoren, die Beschleunigungen und Drehraten messen, erkennt es, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit sich eine Person bewegt – eine Technologie, die beispielsweise auch in Smartwatches eingesetzt wird.

„Das größte Alleinstellungsmerkmal des Messsystems ist die intelligente Standphasen-Klassifikation. Sie analysiert den menschlichen Gang und unterteilt ihn in vier verschiedene Phasen: die Stand- und die Abrollphase, die Schwungphase sowie die Belastungsantwort“, so Kronenwett.

Dies entspreche einem normalen Vorwärtsschritt. Außerdem erkenne die Sensorik durch die Montage des Messsystems am Fuß, wann der Nutzer stehen bleibt. Durch diese Null-Geschwindigkeitsmessungen könnten Sensorfehler geschätzt und kompensiert werden. Das verbessere die Genauigkeit der Lokalisierung enorm.

Vor dem Betreten eines Gebäudes erfasst das System einmalig die aktuelle Position mittels GPS. Danach benötigt es keine weiteren Signale. Die Lokalisierung der Person geschieht allein durch einen Algorithmus, der den aktuellen Standort auf Grundlage der Bewegungsinformationen berechnet, welche die Sensoren liefern. Über eine externe Funkverbindung werden dann die aktuellen Positionen aller Einsatzkräfte dem Einsatzleiter auf einen Computer übermittelt. So kennt dieser in einer Notsituation den genauen Standort der einzelnen Personen und kann schnellstmöglich reagieren.

Neben dem Messsystem für den Fuß arbeitet Kronenwett außerdem an einem handgetragenen System. „Das Fußsystem bestimmt sehr genau die Position des Nutzers, es übermittelt aber keine Informationen über die Umgebung und den Aufbau des Gebäudes“, so der Wissenschaftler. „Das handgetragene System erhält eine Kamera, die mit Infrarot die Umgebung abscannt und so ein 3D-Modell der Räume erstellt, durch die eine Person läuft.“ Hiermit erhalte der Einsatzleiter einen besseren Überblick über die Situation innerhalb des Gebäudes.

Das Messsystem kann aber nicht nur bei der Ortung von in Not geratenen Rettungskräften helfen. Es könnte auch eingesetzt werden, um Polizei und Sicherheitspersonal an Flughäfen, Einkaufszentren oder (U-)Bahnhöfen zu lokalisieren, um Minenarbeiter in unterirdischen Höhlen oder Stollen zu orten oder auch als Orientierungshilfe für Blinde. ❐

Corona-Pandemie:

Stark geforderte Feuerwehren

Zahlreiche Ehrenamtliche kümmern sich um die Weiterverteilung des zugeteilten Schutzmaterials im Landkreis München. Auch am Wochenende sind die Einsatzkräfte oft im Dienst. „In der Bewältigung der Corona-Pandemie spielen die Kreisbrandinspektion, der ABC-Zug München-Land und alle Freiwilligen Feuerwehren eine äußerst bedeutsame Rolle. Nur durch den täglichen Einsatz unzähliger Ehrenamtlicher kann gewährleistet werden, dass das so dringend benötigte Schutzmaterial vom Zentrallager dann auch innerhalb des Landkreises zielgerichtet an den zahlreichen einzelnen Stellen ankommt, wo es gebraucht wird“, so Landrat Christoph Göbel. ❐



Alle amtierenden Landräte aus dem Regierungsbezirk Schwaben sowie die drei ehemaligen Landräte v.l.: Stefan Rößle, Dr. Klaus Metzger, Maria Rita Zinnecker, Anton Klotz, Indra Baier-Müller, Elmar Stegmann, Alex Eder, Hubert Hafner, Leo Schrell, Martin Sailer, Thorsten Freudenberger, Hans-Joachim Weirather und Dr. Hans Reichart. Bild: Daniela Hintereder

Schwäbischer Landkreistag:

Neuwahlen beim Bezirksverband Schwaben

Landrat Elmar Stegmann aus Lindau ist neuer Vorsitzender

Dillingen a.d. Donau / Lindau (Bodensee) – Der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag hat sich bei seiner Arbeitstagung in Dillingen a.d. Donau neu aufgestellt. Der Lindauer Landrat Elmar Stegmann wurde einstimmig zum Vorsitzenden und damit zum Sprecher der schwäbischen Landräte gewählt. Er dankte seinen Kolleginnen und Kollegen für diesen Vertrauensbeweis und freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Elmar Stegmann folgt damit auf Hubert Hafner aus Günzburg, der zum Monatsende nach 24 Jahren als Landrat von Günzburg in den Ruhestand tritt. Zu Stegmanns Stellvertreter wurde der Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger gewählt.

Neben den Neuwahlen stand auf der Tagesordnung der Austausch der amtierenden und neugewählten Landkreischefs mit Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner über die aktuelle Coronalage. Während derzeit die Landratsämter mit ihren Gesundheitsämtern und weiteren Fachbereichen die Hauptarbeit bei der Bekämpfung der Pandemie leisten, muss man sich jetzt auch auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen nach Corona einstellen, so Landrat Stegmann. Denn eines ist für den neuen Bezirksvorsitzenden Elmar Stegmann klar: „Einbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Soziallasten werden zu erheblichen Mehrbelastungen in den kommunalen Haushalten führen.“ Hier sind der Bund und der Freistaat Bayern gefordert einen finanziellen Schutzschirm auch über die Kommunen zu spannen.

„Neben den Hilfs- und Rettungspaketen für die Wirtschaft dürfen die Kommunen nicht aus den Augen verloren werden“, betonen die Landkreisvertreter. Zusätzlich zu den Kosten, die unmittelbar für die Krisenbewältigung anfallen, rechnen die Landräte mit erheblichen Mehraufwendungen im Bildungs- und Betreuungsbereich sowie für die soziale Sicherung und die Jugendhilfe. Neue Unterrichtsformate wie Homeschooling bedürfen weiterer Investitionen in die IT-Infrastruktur und die IT-Ausstattung. Auch hier sehen die Landkreise den Freistaat Bayern in der Pflicht.

Durch die Ausgangsbeschränkungen sowie die Schutzvorkehrungen bei den Behörden ist auch deutlich geworden, dass die Online-Angebote der öffentlichen Verwaltung dringend weiter ausgebaut werden müssen. Viele Behördengänge könnten zwischenzeitlich online erledigt werden. Hier sehen sich die Landkreisvertreter in der Verantwortung mit dem Freistaat Bayern gemeinsam die Angebote sowie deren Zugänglichkeit schnellstens weiter auszubauen. „Da besteht noch Luft nach oben und diese Herausforderung nehmen wir seitens der Landkreise gerne an“, so Stegmann abschließend. ❒



Unser Bild zeigt (von links) den scheidenden Bezirksvorsitzenden Dr. Karl Döhler, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz und den neuen Vorsitzenden der oberfränkischen Landräte, Christian Meißner. ❒

Bayerischer Landkreistag/Bezirksverband Oberfranken:

Meißner ist neuer Vorsitzender

Christian Meißner ist neuer Vorsitzender des Bezirksverbands Oberfranken beim Bayerischen Landkreistag. Im Rahmen des jüngsten Landräte-Treffens trat der einstimmig gewählte Lichtenfelser Landrat die Nachfolge von Landrat Dr. Karl Döhler (Wunsiedel) an, der vor sechs Jahren bis 30. April 2020 in sein Amt gewählt worden war.

Seit Dezember 2011 bekleidet Meißner das Amt des Landkreischefs im Landkreis Lichtenfels. Bereits 1998 wurde der CSU-Politiker nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg Mitglied des Landtags. Dort fungierte er unter anderem als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit sowie als Leiter des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.

Meißners bisheriges Amt des Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden übernimmt der Bamberger Landrat Johann Kalb. Neben Dr. Karl Döhler scheidet auch der Bayreuther Landrat Hermann Hübner aus seinem Amt aus. Deren langjähriges Engagement und äußerst effektive Arbeit wurden von Meißner entsprechend gewürdigt: „Landrat Hermann Hübner war ein Spezialist auf dem Gebiet der Finanzen und Sparkassen. Zusammen mit seinem Kollegen Dr. Karl Döhler haben sich beide hartnäckig dafür eingesetzt, dass oberfränkische Kommunen die wichtigen Stabilisierungshilfen erhalten. Karl Döhler ist Mitautor des Sonderförderprogramms ‚Förderoffensive Nordostbayern‘, das eine attraktive Innenentwicklung der Städte, Gemeinden und Dörfer ermöglicht. Als Europabeauftragter des Bayerischen Landkreistags war er zudem ein wichtiger Kontaktmann nach Brüssel. Beide Landräte haben mit ihrem überlegten und beharrlichen Vorgehen großen Anteil an der positiven Entwicklung oberfränkischer Landkreise.“

Die oberfränkischen Landräte wünschten ihrem neuen Vorsitzenden viel Glück, große Durchsetzungskraft und gutes Gelingen. Sie zeigten sich davon überzeugt, dass Christian Meißner ein energischer Kämpfer in der Sache ist und viele gute Entscheidungen für Oberfranken herbeiführen wird. **DK**

Bezirksverband Oberbayern:

Landrat Karmasin als Vorsitzender wiedergewählt

Auch die oberbayerische Landrätin und ihre Landratskollegen hielten ihre konstituierende Sitzung ab. In geheimer Wahl wählten sie mit 100 % der abgegebenen Stimmen – natürlich unter Einhaltung der Abstandsregelungen – im Münchner Landratsamt den Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin erneut zu ihrem Vorsitzenden.

An der Sitzung nahmen neben sechs der acht neu gewählten Landräte auch die Regierungspräsidentin der Regierung von Oberbayern, Maria Els, und das Geschäftsführende Präsidialmitglied im Bayerischen Landkreistag, Dr. Johann Keller, teil. Ebenfalls mit 100 % der Stimmen wiedergewählt wurde auch Karmasins bisheriger Stellvertreter Martin Bayerstorfer.

Forum des Austauschs

Landrat Karmasin nach der Wahl: „Ich freue mich über das Vertrauen, das größer nicht sein könnte. In Oberbayern gibt es in Teilen andere Herausforderungen als in den anderen Regierungsbezirken, ich nenne als Beispiele die Verdichtung, den Verkehr und die Wohnungsfrage. Es ist wichtig für mich, diese besonderen Belange der oberbayerischen Landkreise auch weiterhin deutlich zu artikulieren und mich für sie einzusetzen, freilich gleichzeitig auch die gesamt-bayerischen Anliegen im Blick zu behalten. Das zeichnet ja den bayerischen Landkreistag aus: als Forum, in dem sich die Landrätinnen und Landräte ganz Bayerns austauschen und Strategien entwickeln.“ ❒

Oberpfälzer Landräte tagten im Regensburger Landratsamt

Regensburg (R/L). Der Bezirksverband Oberpfalz des Bayerischen Landkreistages traf sich vor kurzem im Regensburger Landratsamt zu seiner konstituierenden Sitzung für die ab dem 1.5.2020 neu begonnene Wahlzeit 2020/26. Landrätin Tanja Schweiger konnte als Gastgeberin Landrat Richard Reisinger (Landkreis Amberg-Sulzbach) als amtierenden Vorsitzenden dieses Gremiums ebenso begrüßen wie dessen Stellvertreter Landrat Wolfgang Lippert (Tirschenreuth), des Weiteren die Landräte Franz Löffler (Cham), Willibald Gailler (Neumarkt i.d.OPf.), Andreas Meier (Neustadt/Waldnaab) und Thomas Ebeling (Schwandorf) sowie Regierungspräsident Axel Bartelt und Dr. Johann Keller als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages. An der Tagung nahm des Weiteren der Bürgermeister der Stadt Mitterteich, Roland Grillmeier, teil, seit 01.05.2020 Nachfolger von Landrat Wolfgang Lippert.

Im Mittelpunkt der Arbeitssitzung standen die Konstituierung der Gremien sowie die Coronakrise, deren Bewältigung auch die Landkreise vor große Herausforderungen stellt.

Die von Dr. Johann Keller geleiteten Neuwahlen ergaben jeweils einstimmige Ergebnisse. Landrat Richard Reisinger wird den Bezirksverband Oberpfalz auch in der kommenden Wahlzeit als Vorsitzender führen. Zum neuen Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde Landrat Thomas Ebeling gewählt. Neben Landrat Richard Reisinger, der von Amts wegen im Präsidium des Bayerischen Landkreistags vertreten ist, wurde die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger ins Präsidium gewählt; in den Landesausschuss des Bayerischen Landkreistages die Landräte Thomas Ebeling und Willibald Gailler. Im Anschluss daran wurden durch jeweils einstimmige Beschlussfassungen sowohl die Benennung von Mitgliedern für die fünf Fachausschüsse des Landkreistages vorgenommen als auch die Vertretungen in den zahlreichen Gremien geregelt, in denen der Bayerische Landkreistag einen Sitz hat.

Regierungspräsident Axel Bartelt beleuchtete bezugnehmend auf die aktuellen oberpfalzweiten Corona- Fallzahlen verschiedene Gesichtspunkte, die für die Regierung der Oberpfalz aber auch für die Landkreise von Bedeutung seien. Nicht prognostizierbar sei, in welchem Maß die Wirtschaft von den Folgen der Coronakrise betroffen sein werde. Sicher sei nur, dass sie massive und langfristige Auswirkungen haben werde und letztendlich der Steuerzahler finanziell belastet werden müsse. Richtig sei, dass Mitte Mai die Klinikkapazitäten wieder verstärkt für den Normalbetrieb eingesetzt werden könnten. Er halte es für derzeit ausreichend, wenn dann etwa 25 Prozent der Klinikbetten für Coronapatienten freigehalten würden.

Zum Abschluss der Beratungen gab Dr. Johann Keller einen kurzen Ausblick auf die nächste Landkreisversammlung Ende Mai in Erding und kündigte an, dass die im Herbst stattfindende Landrätetagung unter dem Motto „Stabilität und Wirtschaft“ stehen werde.

Landrat Richard Reisinger brachte als Sprecher der Oberpfälzer Landräte noch seinen Wunsch zum Ausdruck, auch in den kommenden sechs Jahren „effizient und freundschaftlich“ zusammenzuarbeiten. ❒



Landrätin Tanja Schweiger war Gastgeberin der konstituierenden Sitzung des Bezirksverbands Oberpfalz des Bayerischen Landkreistages. Sitzung wie Pressefoto waren geprägt von der Coronakrise; v. l.: Landrat Franz Löffler (Landkreis Cham), Regierungspräsident Axel Bartelt, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages, Landrätin Tanja Schweiger (Landkreis Regensburg), Landrat Willibald Gailler (Landkreis Neumarkt i.d.OPf.), Landrat und Bezirksverband-Vorsitzender Richard Reisinger (Landkreis Amberg-Sulzbach), Roland Grillmeier (neu gewählter Landrat des Landkreises Tirschenreuth), Landrat Thomas Ebeling (Landkreis Schwandorf), Wolfgang Lippert (bisheriger Landrat des LandkreisesTirschenreuth) und Landrat Andreas Meier (Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab). Bild: LRA / Hans Fichtl





Der Landkreis Amberg-Sulzbach und die Stadt Amberg machen beim Klimaschutz gemeinsame Sache. Das wurde bereits bei einer Ausstellung zum Thema Elektromobilität im Juni 2019 deutlich. Das interkommunale Klimaschutzbündnis soll diese Zusammenarbeit noch stärker betonen. Das Bild zeigt Landrat Richard Reisinger, Joachim Scheid (Klimaschutzkoordinator Landkreis Amberg-Sulzbach), Corinna Loewert (Klimaschutzmanagerin Stadt Amberg) und Florian Junkes (Vorsitzender ZEN e.V.) bei der Eröffnung der Ausstellung im vergangenen Jahr. Bild: Christine Hollederer (Archiv Juni 2019)

Grünes Licht für mehr Nachhaltigkeit

Landkreis und Stadt beschließen Klimaschutzbündnis

Amberg-Sulzbach. Es gibt noch andere Themen als Corona und viele Arbeitsbereiche, die ungeachtet des Virus weiter vorangetrieben werden müssen. Nachhaltigkeit und Klimaschutz gehören dazu und stehen auf der politischen Agenda des Landkreises Amberg-Sulzbach seit Jahren ganz weit oben. Als ein weiterer Meilenstein wurde jetzt die Gründung eines Klimaschutzbündnisses mit der Stadt Amberg beschlossen. „Es freut mich, dass wir die zahlreichen Erfahrungen und Initiativen, die wir auf diesem Gebiet haben, einbringen können", freut sich Landrat Richard Reisinger und begrüßt die interkommunale Zusammenarbeit. Der Ferienausschuss des Landkreises Amberg-Sulzbach gab dafür grünes Licht.

Das Klimaschutzbündnis zwischen Landkreis und Stadt soll vorhandene Ressourcen bündeln, Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg bringen und die Bürgerbeteiligung fördern. Bei einem ersten Treffen mit Landrat Richard Reisinger, Oberbürgermeister Michael Cerny, Florian Junkes, 1. Bürgermeister der Gemeinde Hohenburg und Vorsitzender des ZEN e.V., Joachim Scheid, dem Klimaschutzkoordinator des Landkreises, und der Klimaschutzmanagerin der Stadt Amberg, Corinna Loewert, wurden vier Arbeitsfelder identifiziert: Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Mobilität und kommunale Entwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, Lebensstil und Konsum.

Konkrete Maßnahmen und Projekte

Davon werden in den kommenden Wochen per Videokonferenz konkrete Maßnahmen und Projekte abgeleitet. Schwerpunkte sind u.a. moderne Systeme zur Energiespeicherung und -steigerung, e-Mobilität, interkommunale Radwege und regionale Vermarktungsstrategien. Die Beteiligung der Bevölkerung ist ein weiterer wichtiger Faktor. „Inzwischen weiß man, dass der individuelle Lebensstil und das Konsumverhalten der Menschen wichtige Hebel für mehr Klimaschutz sind", erklärt Joachim Scheid. Für eine nachhaltige Umstellung auf eine klimabewusste Region brauche es neben den Kommunen, Unternehmen und der Landwirtschaft das aktive Mitwirken der Bevölkerung.

Für Landrat Richard Reisinger ist der Klimaschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern genießt hohe Priorität. Ein Klimaschutzziel, das im Leitbild des Landkreises „Deine Zukunft. 2030 Amberg-Sulzbach" vor vier Jahren definiert worden ist, sei fast erreicht. Dort heißt es, dass sich bis 2030 der Landkreis zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt. „Die Auswertung zeigt, dass wir 2018 bilanziell bereits bei einem Versorgungsgrad von 85 Prozent lagen", so Reisinger. Nachbesserungsbedarf bestehe dagegen noch bei der Wärmeerzeugung mit Ölheizungen und dem hohen Wärmeverbrauch in Bestandshäusern.

Potenziale sieht Klimaschutzkoordinator Joachim Scheid beim Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Rund 27 Windräder stehen im Landkreis und tragen bislang zu einem knappen Drittel der benötigten Strommenge bei. Wer sich für die Investition in eine PV-Anlage auf seinem Dach interessiert, dem empfiehlt Scheid das Solarpotenzialkataster unter www.solare-stadt.de/amberg-sulzbach. Welche Standorte sich im Landkreis und der Stadt Amberg für Photovoltaik und Solarthermie eignen, ist damit ganz einfach zu prüfen: Die Adresse der Immobilie eingeben und schon erfährt man, wie intensiv die Sonneneinstrahlung und welche Anlage ratsam ist. ❒

Kreisjugendring München-Land:

Jugendarbeit in Zeiten von Corona

Ist Jugendarbeit in Zeiten von geschlossenen Schulen, Jugendzentren und #stayathome überhaupt machbar? Diese Frage führte seit Beginn der Coronakrise zu vielen innovativen Lösungsansätzen in der Kinder- und Jugendarbeit beim Kreisjugendring München-Land.

In den diversen digitalen Arbeitsgruppen innerhalb des KJR werden viele Möglichkeiten für die Beziehungsarbeit in Zeiten von Social Distancing mit jungen Menschen erarbeitet und ausprobiert. Besonders das virtuelle Jugendzentrum ist dabei eine interessante Möglichkeit, sich online mit Freund*innen zu treffen, zu spielen, aber auch Rat bei den Pädagog*innen zu erfragen. Seit Anfang April sind die ersten Jugendtreffs, z. B. das Gleis 3 in Neubiberg und die Jugendkulturwerkstatt in Unterhaching, online. Über die Plattform Discord, mit denen viele Jugendliche über YouTube und das Gaming bereits vertraut sind, finden Teenager nun wieder einen neuen Aufenthaltsraum mit diversen Aktivitäten. Aber auch Beratungsangebote der Jugendsozialarbeit sind über (Video)chatformate möglich und umsetzbar. ❒

In die Zukunft investieren

Bezirk Oberbayern fördert mit einer Million Euro Gewinnung von Fachkräften
Programm startet für Ausbildungsjahr 2020/21

Geschlossene Gruppen in Heilpädagogischen Tagesstätten, freie Zimmer in Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen und Förderstätten, die nicht alle Plätze belegen können, obwohl es eine Warteliste gibt: Ursache ist bei allen Beispielen der Mangel an Fachkräften in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Abhilfe verspricht sich der oberbayerische Bezirkstag von einem mit einer Million Euro dotierten Programm, das 2020 die Gewinnung von Fachkräften erleichtern soll.

„Der Fachkräftemangel ist für den Bezirk Oberbayern ebenso wie für die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe eine große Herausforderung", sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. Das Gremium Gesundheits-, Sozial und Versorgungsplanung (GSV) habe deshalb die Arbeitsgruppe „Fachkräftemangel" ins Leben gerufen. Der Arbeitsgruppe gehörten neben Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, des Bundesverbandes privater Anbieter (bpa) und der Regierung von Oberbayern an.

Ergebnis ist das mit einer Million Euro ausgestattete Programm „In die Zukunft investieren heißt in die Menschen investieren", das der Sozialausschuss jetzt beschlossen hat.

Das Programm zielt speziell auf die Gewinnung von Fachkräften in der Eingliederungshilfe ab. Bezahlte Praktika in Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen, aber auch in den Bereichen Psychiatrie, Sucht und Wohnungslosenhilfe, sollen dazu genutzt werden, um dauerhaft Fachkräfte zu rekrutieren und für die Arbeit in der Eingliederungshilfe zu begeistern.

Hintergrund ist, dass es in der Eingliederungshilfe nicht viele Möglichkeiten gibt, Praktikumsstellen beispielsweise für zukünftige Erzieherinnen und Erzieher oder Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu finanzieren. So kommen diese für die Arbeit in den Einrichtungen und bei den Diensten so wichtigen Berufsgruppen während ihrer Ausbildung oft zu wenig mit diesen Einsatzfeldern in Berührung.

Angemessene Praktikumsvergütungen

Das neue Programm setzt genau hier an und möchte mit angemessenen Praktikumsvergütungen Auszubildende und Studierende bewusst in Einrichtungen der Eingliederungshilfe locken. „Wir halten Praktika für ein wirksames Instrument, um Menschen für die anspruchsvolle Arbeit in der Eingliederungshilfe zu gewinnen", erklärte Bezirkstagspräsident Mederer. „Deshalb refinanziert der Bezirk Oberbayern Praktikantengehälter in Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen. Dieses Programm ist ein Novum in der sozialen Landschaft."

Eine Million Euro für 75 Praktikumsstellen

Konkret stellt der Bezirk Oberbayern eine Million Euro für zirka 75 Praktikumsstellen im Ausbildungsjahr 2020/2021 bereit. Bei entsprechender Nachfrage und erfolgreicher Durchführung soll das Programm perspektivisch ausgeweitet werden können. Die Gehälter sind abhängig von der Ausbildungs- und Einrichtungsart. So finanziert der Bezirk für angehende Erzieherinnen, die ihr Anerkennungsjahr in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe leisten, ein Praktikumsgehalt in Höhe von bis zu 23.000 Euro. Bei der Erzieherausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax) sind es 19.000 Euro und beim Sozialpädagogischen Seminar im Rahmen der Ausbildung zum Erzieher bis zu 9.500 Euro.

Anerkennende Worte gab es für das Programm im Sozialausschuss besonders von den Sachverständigen der Wohlfahrtspflege. „Das ist für uns ein immens wichtiges Projekt", sagte beispielsweise Sibylle Fuhlbrügge, Referentin der Lebenshilfe in Oberbayern. „Damit haben wir endlich die Chance, mehr junge Menschen für unsere Arbeit zu gewinnen." ❒

Strategische Gestaltung der Personalpolitik

Bezirk Schwaben mit Zertifikat
zum audit berufundfamilie ausgezeichnet

Augsburg (pm). Erstmals erhielt der Bezirk Schwaben nun das Zertifikat zum „audit berufundfamilie" überreicht. Gewürdigt wird damit die strategische Gestaltung der Personalpolitik des Bezirks, die besondere Familien- und Lebensphasen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Blick nimmt. „Sowohl Familien mit Kindern, aber auch Mitarbeiter, die beispielsweise in der Pflege ihrer Angehörigen engagiert sind, stehen immer wieder vor Herausforderungen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht", erläutert Bezirkstagspräsident Martin Sailer. „Im Rahmen der Corona-Krise hat sich nun überdeutlich gezeigt, wo die Rahmenbedingungen gerade auch für den Normalbetrieb künftig noch verbessert werden könnten, unter anderem, was das Home Office anbelangt."

Das Zertifikat, das als Qualitätssiegel für eine betriebliche Vereinbarkeitspolitik gilt, wird vom Kuratorium der berufundfamilie Service GmbH erteilt. Voraussetzung für die Zertifizierung ist das erfolgreiche Durchlaufen des dazugehörigen Auditierungsprozesses, in dem der Status quo der bereits angebotenen familiengerechten Maßnahmen ermittelt und das betriebsindividuelle Potenzial systematisch entwickelt wurde. Im Rahmen der Auditierung wurden nicht nur strategische Ziele, sondern auch konkrete Maßnahmen definiert, die in einer Zielvereinbarung festgehalten sind. Diese gilt es nun während der dreijährigen Zertifikatslaufzeit bedarfsgerecht zu realisieren. Die praktische Umsetzung wird von der berufundfamilie Service GmbH jährlich überprüft.

Der Bezirk Schwaben hatte dabei bereits gute Startvoraussetzungen, wie Birgit Zeitz von der Personalverwaltung ausführt: „Angebote wie die betriebseigene Kinderbetreuung, aber vor allem die flexiblen Arbeitszeitmodelle kommen Mitarbeitern sehr entgegen." Neu eingeführt wurde zudem – bereits vor Corona – die Ausweitung des Arbeitens im Home Office. Aber man möchte noch weitere Ziele erreichen, nicht zuletzt auch deshalb, um als Arbeitgeber wettbewerbsfähig zu sein. „So arbeiten wir an einer Dienstvereinbarung zur optimierten Regelung der Arbeitszeit", erläutert Birgit Zeitz. Darüber hinaus wird beim Bezirk Schwaben ein Personalentwicklungsangebot aufgebaut, das verschiedene Lebensphasen berücksichtigt. Einen hohen Stellenwert hat zudem ein bezirkseigenes Schulungsprogramm für Nachwuchskräfte, das bereits begonnen hat. ❒

Stadt und Stadtwerke Dinkelsbühl:

Kurzarbeit für Beschäftigte

Als nach eigenen Angaben erste Kommune in Bayern hat die Große Kreisstadt Dinkelsbühl im westlichen Mittelfranken in Folge der Corona-Krise Kurzarbeit für fast ein Drittel ihrer 250 Beschäftigten angeordnet. Dinkelsbühl ist stark touristisch geprägt, so dass die derzeitige Krise die Stadt sehr trifft. Hinzu kommen hohe Ausfälle im Theaterbereich und bei den Gewerbesteuereinnahmen.

Konkret sind von der Krise laut Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer insbesondere das Landestheater, der Touristik Service mit Tourist-Info sowie Hallenbad, Sauna und Freibad. Auch die Stadtbücherei, die Jugendpflege sowie einige Hausmeister und Reinigungskräfte können derzeit nicht oder nur in ganz geringem Umfang beschäftigt werden. Hinzu kommen bereits erfolgte und noch zu erwartende Einnahmeausfälle in einem gewaltigen Umfang, der jetzt noch nicht völlig abgeschätzt werden kann: Es fehlen Einnahmen im Theater, den Bädern, aus der Vermittlung von Unterkünften und Gruppenreisen, in weiteren Bereichen und letztlich Steuern und Beiträge.

Aufstockung auf 95 Prozent

Die Kommune wird das Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 Prozent – bzw. 67 Prozent der Nettobezüge für Betroffene mit Kindern – auf 95 Prozent aufstocken. Die rund zehn Beamten unter den städtischen Bediensteten können nicht in Kurzarbeit gehen. Kurzarbeit im öffentlichen Dienst ist eine Rarität. Erst vor kurzem hatten die Tarifparteien einen entsprechenden Tarifvertrag auf den Weg gebracht, der diesen Weg ermöglicht.

Für Rathauschef Hammer war es wichtig, sofort zu reagieren, denn „jeder Tag ohne die staatliche Unterstützung bringt der Stadt ein weiteres, vermeidbares Defizit". Für die gute Kooperation mit dem Personalrat als Vertretung der Beschäftigten und der Agentur für Arbeit dankt er ausdrücklich. „Ohne sie wäre die Umsetzung der Kurzarbeit so schnell nicht möglich gewesen.

Die Dauer der Kurzarbeit hängt vor allem davon ab, wie lange die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu Einschränkungen bei Stadt und Stadtwerken führen. „Sobald es möglich ist, werden die Beschäftigungsverhältnisse wieder hochgefahren", machte Hammer deutlich. **DK**



Amtsübergabe in Aschaffenburg

Am 15. März wurde Dr. Alexander Legler mit deutlicher Mehrheit zum Nachfolger von Dr. Ulrich Reuter als Aschaffenburger Landrat gewählt. Aufgrund der momentanen Situation fand die Schlüsselübergabe lediglich amtsintern statt. „Ich weiß bei meinem Nachfolger Dr. Legler den Landkreis in guten Händen! Das macht mir den Abschied etwas leichter.", so Dr. Ulrich Reuter, der sich ab Mai neuen Aufgaben widmet. Dr. Legler, bisher 1. Bürgermeister der Stadt Alzenau, bedankte sich bei Dr. Reuter für dessen geleistete Arbeit und sein hervorragendes Engagement um den Landkreis Aschaffenburg. „Meinem Vorgänger wünsche ich für seine zukünftige Tätigkeit viel Erfolg und alles Gute", so der neue Landrat. „Ich übernehme einen sehr gut aufgestellten Landkreis und werde mich mit ganzer Kraft, viel Freude und Leidenschaft für diesen einsetzen!" Bild: LRA Aschaffenburg

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Rekordjahr im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen:

Nachhaltige Bewirtschaftung

Das Jahr 2020 hat die vorangegangenen – auch schon guten – Jahre für den Bayerischen Vertragsnaturschutz im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen noch einmal deutlich übertroffen: Die Landwirtinnen und Landwirte haben sich dazu verpflichtet, weitere 2.700 Hektar Fläche nachhaltig und auf ökologisch wertvolle Weise zu bewirtschaften. Die Gesamtfläche umfasst damit fast 4.000 Hektar. Über 1,5 Millionen Euro fließen ab 2020 zusätzlich nach Altmühlfranken.

Die Gesamtsumme, die ab diesem Jahr über das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) an landwirtschaftliche Betriebe im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ausbezahlt wird, liegt bei über 2,1 Millionen Euro. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf den Wiesen und deren Bewirtschaftung, welche möglichst die ökologische Vielfalt fördern soll.

Durch den Verzicht auf jegliche Düngung in Kombination mit einem späten Schnittzeitpunkt, in der Regel ab dem 15. Juni oder 01. Juli, werden langfristig floristisch sehr wertvolle Wiesen erhalten oder neu geschaffen. Der Düngeverzicht ist auch zum Schutz und der Verbesserung von Wasserqualität und Gewässerökosystemen eminent wichtig.

Besonders erfreulich sind aus naturschutzfachlicher Sicht die rund 275 Hektar, die im Wiesenbrütergebiet, entlang der Altmühl abgeschlossen wurden. Gerade in diesem Bereich ist eine auf Ökologie, Naturverträglichkeit und Artenvielfalt abzielende Bewirtschaftung besonders wichtig. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf dem Erhalt und den Schutz der Lebensräume für wiesenbrütende Vogelarten wie zum Beispiel Großer Brachvogel, Uferschnepfe, Bekassine und Kiebitz.

Um die Wiesenbrüter und deren Lebensraum zu schützen, ist auf den Flächen im Wiesenbrütergebiet eine Bewirtschaftungsruhe ab dem 15. März bis zum vereinbarten Schnittzeitpunkt einzuhalten. Dadurch werden Störungen der Altvögel bereits bei der Revierabgrenzung sowie bei der Brut und der Jungenaufzucht vermieden und die Chance auf eine erfolgreiche Brut erhöht.

Extensive Beweidung

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch der Abschluss von gut 208 Hektar Fläche, die ab diesem Jahr im Landkreis mit dem Messerbalken gemäht werden. Mit der Wahl eines Messerbalkens kann die Zahl der Tiere und vor allem der Insekten, die durch die Mahd getötet werden, deutlich reduziert werden. Anders als mit einem Kreiselmähwerk entsteht bei einem Messerbalken keine zusätzliche Sogwirkung. Daher wäre eine Steigerung der mit Messerbalken gemähten Flächen in den kommenden Jahren wünschenswert.

Den zweitgrößten Anteil der Maßnahmen und der Flächen nehmen die Beweidungsflächen ein. Hier wird über das Vertragsnaturschutzprogramm die extensive Beweidung „schwieriger“ Flächen gefördert. Solche Flächen sind zum Beispiel an den Hängen am Hahnenkamm und vor allem im Altmühl- und Anlautertal zu finden. Die Beweidung der mageren Hangstandorte erfolgt überwiegend mit Schafen und Ziegen, die so die Offenhaltung der sehr artenreichen Magerrasen gewährleisten.

Auch Äcker und Teiche sind förderfähig, wenn die entsprechenden Bewirtschaftungsauflagen eingehalten und die naturschutzfachlichen Ziele erreicht werden. Äcker müssten zum Beispiel brachgelegt werden, damit durch die Strukturanreicherung und eine verringerte Ansaatdichte die Vielfalt der Ackerkräuter gefördert wird. Aber auch Feldbrütern wie Feldlerchen oder Wiesenweihen würde dadurch die erfolgreiche Brut möglich werden.

Bei ökologisch wertvollen Teichen erreicht man die Lebensraumverbesserung für gefährdete Arten ebenfalls durch eine extensive Nutzung. Dies bedeutet, dass Besatzvorgaben oder ein vollständiger Nutzungsverzicht vereinbart werden.

Durch die außergewöhnlich hohe Nachfrage der Bewirtschafter in diesem Jahr und die sehr gute Ausstattung mit Haushaltsmitteln konnten viele Flächen außerhalb der üblichen, naturschutzfachlich besonders wertvollen Gebietskulissen, wie Naturschutzgebieten, Natura2000-Gebieten oder dem Wiesenbrütergebiet im Altmühltal, ins Programm aufgenommen werden.

„Dieses Jahr konnte somit ein erster Schritt zur Erreichung eines flächigen Biotopverbunds gemacht werden, indem der Naturschutz mehr in die Fläche gebracht wird und sich nicht nur auf die Hotspots im Landkreis beschränkt“, sagt Naturschutzfachkraft Helen Sylvestre von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt. „Wir freuen uns sehr über dieses besondere Engagement unserer Landwirtschaft im Landkreis und hoffen, dass wir uns auch 2021 wieder steigern können“, motiviert Helen Sylvestre abschließend. ❐



Im Vordergrund Soldaten mit Carsten Breuer (Generalmajor des Heeres der Bundeswehr), im Hintergrund (v.r.): Matthias Wenzel (Oberstleutnant, stellv. Leiter KVK Bamberg-Land), Dr. Susanne Paulmann (Gesundheitsamt), Landrat Johann Kalb, 1. Bürgermeister Burgebrach, Johannes Maciejonczyk. Bild: Landratsamt Bamberg

General zum Truppenbesuch im Landkreis Bamberg

Der Generalmajor des Heeres der Bundeswehr, Carsten Breuer, macht sich ein Bild von der Arbeit der Truppe im Corona-Einsatz

„Sie sind hier das Gesicht der Bundeswehr. Sie geben der Bundeswehr ein positives Gesicht. Dafür gilt Ihnen mein höchster Respekt. Das ist echt super, was Sie hier leisten!“ Der Generalmajor des Heeres der Bundeswehr und Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr, Carsten Breuer, würdigte am Mittwoch den Einsatz der Soldatinnen und Soldaten des Panzerbataillons 104 aus Pfreimd im Corona-Einsatz im Landkreis Bamberg. Landrat Johann Kalb hatte die Unterstützung angefordert, nachdem die Kapazitäten der zivilen Kräfte in Pflegeheimen erschöpft waren.

„Was fehlt Ihnen? Wie wurden Sie informiert? Was nehmen Sie sich vor?“ Der Generalmajor stellte den jungen Soldatinnen und Soldaten Fragen, um zu bewerten, wie sich Entscheidungen in Berlin vor Ort auswirken. „Sie geben einem Amtshilfeantrag ein Gesicht. Mir ist es wichtig, zu sehen, ob unsere Hilfe hier gut ankommt oder ob wir etwas besser, anders machen können.“

„Das, was ich gesehen habe, hat mich überwältigt“, so Generalmajor Breuer. Ich habe große Dankbarkeit gesehen. Dankbarkeit von zwei Seiten. Dankbarkeit von den Soldatinnen und Soldaten, die hier eingesetzt sind. Die mir gesagt haben, dass das sehr erfüllend ist, sich um alte Menschen zu kümmern. Sie haben mir gesagt, dass sie diese Erfahrung mit in ihr Leben hineinnehmen. Also sehr bereichernd für die Soldatinnen und Soldaten. Auf der anderen Seite habe ich von den Verantwortlichen vor Ort gehört, dass die Hilfe ankommt und dass diese Hilfe sehr geschätzt wird.“

„Wir helfen alle zusammen“

„Es ist nicht nur die Unterstützung unserer Pflegeeinrichtungen. Es ist auch das Signal, dass die Bundeswehr aussendet: Wir helfen alle zusammen, um diese Krise zu bewältigen“, dankte Landrat Johann Kalb für die schnelle und unbürokratische Hilfe: „70 helfende Hände, die hier eine unschätzbare humanitäre Leistung für unseren Landkreis vollbringen und denen beistehen, die jetzt unseren besonderen Schutz und Rückhalt brauchen, unsere Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen.“

Seit vergangener Woche unterstützen 35 aktive Soldatinnen und Soldaten des Panzerbataillons 104 aus Pfreimd nahe der Stadt Cham in der Oberpfalz den Landkreis Bamberg in der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Soldaten werden vorerst für sechs Wochen flexibel über den Landkreis in die jeweiligen Alten- und Pflegeheime verteilt und dort als Hilfskrankenpfleger eingesetzt, da die Kapazitäten der zivilen Kräfte mittlerweile erschöpft sind. Vor dem Einsatz erfolgt eine Corona-Testreihe an den Soldaten, um eine Ansteckungsgefahr für die Bewohner und das Pflegepersonal auszuschließen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Man muss die Zeit einfach nutzen, die man jetzt – zumindest gefühlt – dazu bekommen hat. Mal was mit der Hand machen. Mal was, bei dem man das Ergebnis auch anfassen kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, überraschte uns mit diesem Lob des Haptischen nicht schlecht.

Sonst ist er ja nicht so der Typ Do-it-yourself. Er hat eine gehörige Portion Respekt vor der Leistung von Handwerkern und ehrlicherweise auch etwas Manschetten vor der Kritik aus dem Familienkreis, wenn eine seiner Konstruktionen nicht allen Erwartungen gerecht werden kann.

Und so richtig viel Zeit hat er in der Krise ja auch nicht. Videokonferenzen, Telefonschaltungen, Sitzungen von Stäben und die Diskussion von immer neuen Papieren, wie das Leben wieder normal werden kann und wie in unserer Stadt die Schäden der wirtschaftlichen und sozialen Zwangspause der vergangenen Wochen wieder einigermaßen überwunden werden können. Das hält ihn und uns im Rathaus ganz schön auf Trab, auch wenn es natürlich weniger Gremiensitzungen gibt, die Parteiarbeit außer im Cyberspace praktisch zum Erliegen gekommen ist und die vielen Pflichttermine bei Vereinen, auf Festen oder Veranstaltungen – gerade der Mai ist ja eigentlich ein Festmonat! – naturgemäß ausfallen müssen. Dazu kommen freilich die vielen Stunden, die er nicht im Auto oder in der Bahn sitzen muss, weil es so gut wie keine persönlichen Meetings mehr gibt.

Quarantäne – die hohe Zeit des Heimwerkers

Also hat er den Baumarkt und das Gartencenter entdeckt, in denen er sich regelmäßig Inspirationen holt, was er denn als nächstes anpacken könnte. Es wurde im Vorfeld ja ein wenig geätzt, was gerade an Bau- und Gartenmärkten die Systemrelevanz ausmachen sollte, die ihnen ein früheres Öffnen als anderen und größere Verkaufsflächen bescherte. Warum nicht Möbelhäuser, warum nicht Klamottenläden? Die Antwort ist einfach: Bau- und Gartenmärkte geben uns was zu tun. Sie bieten nicht nur die Möglichkeit zu passivem Konsum, auch wenn der Kauf einer schönen Lampe oder einer gemusterten Legging – dem musthave der Homeofficeära – durchaus glücklich machen kann.

Aber der Kübel Farbe und die Profigarnitur Rollen und Pinsel, mit denen man – ausgehend von der Gäste-Toilette, die als erstes Versuchslabor herhalten muss – das ganze Haus wieder auf Vordermann bringen will, beinhaltet ja noch viel mehr als nur ein Stück mehr im Regal oder im Kleiderschrank. In ihnen vereinigt sich die Freude über einen Schnäppchenkauf (zwei Pinsel zum Preis von einem) mit der Vorfreude auf ein gelungenes Werk. Sie sind der Ausgangspunkt von Planungen, Diskussionen im Familienkreis, Kreativität und Strategien zur Schadensminimierung, wenn sich herausstellt, dass die verkleckste Farbe sich doch nicht so leicht vom Parkettboden ablösen lässt, wie in der Werbebroschüre angekündigt.

Dann eben der Garten. Gras ist ja gut und schön, ebenso Hecken und ein paar Blumenrabatten, aber ein Obstgehölz würde dem Ganzen doch etwas mehr Pfiff geben. Oder warum nicht Rosen einpflanzen? Die spenden einen Hauch vom Romantik und Schönheit in den Vorgarten, den Thujen nunmal nicht verbreiten können. Aber welche Pflanze wohin pflanzen? Braucht sie direkte Sonne? Oder ist Schatten besser? Steht zwar alles im Internet, aber dort ist halt kein Plan des eigenen Gartens zu finden. Mühsam.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich in der Zeit der Schließung der Friseurläden zwar keinen Langhaarschneider gekauft, kennt aber eine Reihe von Leuten, die ziemlich kleinlaut wieder in den Salon ihres Vertrauens zurückgekehrt sind. So hat er mich auch gebeten, ihm doch bei Gelegenheit die Adresse eines guten Malers und eines geschickten Gärtners herauszusuchen, mit denen er gerne einige Ideen besprechen wollte, die ihm in jüngster Zeit gekommen seien. Das habe ich ihm versprochen und dabei schamhaft einen Werbespruch des Handwerks in meinen WhatsApp-Status eingefügt: „Am Anfang war Himmel und Erde – den Rest haben wir gemacht“.

Ihre Sabrina

„Unser Dorf hat Zukunft“

Erfolgsgeschichte geht trotz Verschiebung weiter

Unter dem Motto „Mitmachen – Dabei sein – Gewinnen!“ starteten im vergangenen Jahr 155 bayerische Dörfer in den 27. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Der Zieleinlauf verzögert sich aber. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat coronabedingt den Wettbewerb um ein Jahr, von 2022 auf das Jahr 2023, verschoben.

Diese Entscheidung hat auch Auswirkungen auf den weiteren Verlauf des bayerischen Wettbewerbs, teilte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mit. Die Gewinner auf Landkreisebene stünden zwar fest, momentan sei es in den Dörfern aber schwierig, sich mit aller Kraft und Energie auf die ausstehenden Wettbewerbe auf Bezirksebene vorzubereiten.

Verschiebung um ein Jahr

Deshalb wurde beschlossen auch die noch ausstehenden bayerischen Wettbewerbe jeweils um ein Jahr zu verschieben. Die Ministerin ist überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte des Bayerischen Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ trotzdem weitergehen wird. Aber in Zeiten der Corona-Krise, können sich die Dörfer nicht optimal vorbereiten. Arbeitskreistreffen könnten nicht stattfinden, Ideen nicht verwirklicht werden. Jetzt würden häufig andere Prioritäten gesetzt.

Der Bezirksentscheid wird um ein Jahr auf das Jahr 2021 verschoben, entsprechend auch der Landesentscheid von 2021 auf das Jahr 2022. Die ermittelten bayerischen Landesieger nehmen am Bundesentscheid teil und werden von der Bundesbewertungskommission im Jahr 2023 bereist. Die Auszeichnung der Siegerdörfer soll im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2024 in Berlin stattfinden.

Weitere Bereisungen im Jahr 2021

Landwirtschaftsministerin Kaniber dankt allen bisher teilnehmenden Dörfern für ihr herausragendes Engagement und auch den Kreisfachberatern, die auch in der Vergangenheit viel für den Erfolg des Wettbewerbs beigetragen haben. „Ich wünsche allen teilnehmenden Dörfern, Akteuren, Organisatoren und Mitwirkenden viel Erfolg beim weiteren Wettbewerbsverlauf.“ Sie freue sich auf die Bereisungen auf Bezirksebene im Jahr 2021.

Bei der Aktion „Unser Dorf hat Zukunft“ werden besonders das Engagement der Bewohner und herausragende Ideen und Projekte zur zukunftsfähigen Entwicklung der Dörfer herausgestellt. Seit dem ersten Wettbewerb im Jahr 1961 beteiligten sich über 27.000 bayerische Dörfer an der Aktion.

Detailinformationen finden sich auch im Internet unter www.lwg.bayern.de/dorfwettbewerb. ❐

Freistaat fördert drei Projekte im Landkreis Günzburg

„Der Freistaat Bayern unterstützt mit fast 250.000 Euro drei Kunst- und Kulturprojekte im Landkreis Günzburg. Förderung aus dem Kulturfonds erhalten das Schulmuseum Ichenhausen und das Neue Theater Burgau“, teilte der Landtagsabgeordnete Alfred Sauter mit.

Für die Außenverschattung und Klimatisierung des Erweiterungsbaus des Schulmuseums erhält der Zweckverband Bayerisches Schulmuseum Ichenhausen in diesem Jahr 179.200 Euro und im kommenden Jahr 44.900 Euro. So ist beispielsweise künftig der Besuch der Dauerausstellung „Jüdische Schule in Bayern“ auch bei sommerlichen Außentemperaturen möglich.

Für die Ausstellung „Fleisch! – Jäger, Fischer, Fallensteller in der Steinzeit“ im Schulmuseum erhält Ichenhausen rund 10.000 Euro. Das Neue Theater Burgau kann sich über 15.500 Euro aus dem Kulturfonds 2020 für die Aufführung „Adelheid Markgräfin von Burgau“ freuen.

Sauter hatte sich nachhaltig dafür eingesetzt, dass Fördermittel aus dem Kulturfonds in seinen Landkreis fließen und zeigt sich erfreut über die Unterstützung: „Auch in Zeiten von Corona zeigt sich der Freistaat einmal mehr als verlässlicher Partner der Kulturförderung. Im Landkreis Günzburg können somit wichtige Impulse zur Bereicherung unserer vielfältigen Kulturlandschaft gesetzt werden.“ ❐

Gemeinsam gegen die Ausbreitung

Im LRA München arbeiten die Fachkräfte bereichsübergreifend an der Eindämmung der Pandemie

Seit fast acht Wochen gilt in Bayern nun der Katastrophenfall. Ausgangsbeschränkungen regeln weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, auch die Behörden im Freistaat befinden sich durch das Coronavirus in einer Ausnahmesituation.

Im Landratsamt München sind flexible Sonderstrukturen entstanden, um das Infektionsgeschehen im Landkreis bestmöglich zu kontrollieren. Herzstück der Sonder-Organisationsstruktur Infektionsschutz ist der Koordinierungsstab. Er bildet die Schnittstelle, an der alle Informationen sowohl aus dem administrativ-organisatorischen als auch aus dem operativ-taktischen Bereich zusammenlaufen. Die administrative Leitung des Gremiums obliegt der Referatsleitung Kommunales und Verbraucherschutz, in deren Zuständigkeitsbereich auch der Vollzug des Gesundheitsrechts liegt. Die medizinische Leitung liegt bei der ärztlichen Leitung des Gesundheitsamts.

Zu den weiteren Mitgliedern des Koordinierungsstabs gehören die Leitung der Führungsgruppe Katastrophenschutz, Vertreter der Bereiche Infektionsschutz (Vollzug), Personal und Organisation sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Je nach Bedarf werden weitere interne und externe Experten hinzugezogen.

In diesem Gremium werden mehrmals wöchentlich die aktuelle Lage skizziert, notwendige Maßnahmen wie etwa die Beschaffung von Schutzausrüstung oder die Lage in den Teststationen besprochen und Aufgaben an die jeweiligen Verantwortlichen delegiert, um weitere Schritte in die Wege zu leiten. Auf taktisch-operativer Ebene übernehmen darüber hinaus Gesundheitsamt, Infektionsschutz und Führungsgruppe Katastrophenschutz zahlreiche Aufgaben im eigenen Zuständigkeitsbereich. Wie im Koordinierungsstab gibt es auch hier zahlreiche Schnittstellen und Querschnittsfunktionen.

So kümmert sich das Gesundheitsamt unter anderem um die Betreuung der Pflegeeinrichtungen im Landkreis, leitet die Fallsteuerung, ermittelt aus den Rückmeldungen der Ärzte und Labore positive und negative Fälle, führt die Übersicht über das gesamte Infektionsgeschehen im Landkreis und beantwortet die zahlreichen Anfragen aus Kommunen, von niedergelassenen Ärzten und von Betroffenen. Zudem treffen die Ärzte des Gesundheitsamts medizinisch-fachliche Einschätzungen zu vorgeschlagenen Maßnahmen und Regelungen und beurteilen die Lage gegenüber Medien und Öffentlichkeit. Unterstützt werden sie in ihren Aufgaben von den Kollegen aus dem gesundheitsrechtlichen Vollzug, die die operativen Aufgaben des Infektionsschutzes übernehmen. So koordinieren sie beispielsweise über den eigens installierten Versorgungsarzt die gemeindlichen Testzentren. Daneben läuft auch die Beauftragung der 29 kreisangehörigen Kommunen zur Ermittlung der Kontaktpersonen der bestätigten Infektionsfälle im Landkreis München unter der Federführung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Die Führungsgruppe Katastrophenschutz, die seit der bayernweiten Ausrufung des Katastrophenfalls auch im Landkreis München in voller Einsatzstärke zusammengetreten ist, kümmert sich neben den FüGK-typischen Aufgaben wie Dokumentation der Lage und deren Übermittlung an die übergeordneten Behörden derzeit unter anderem intensiv um die Beschaffung ausreichender Mengen an persönlicher Schutzausrüstung für Bedarfsträger des Gesundheitswesens sowie für weitere Bedarfsträger der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie z.B. die Feuerwehren. Zudem bildet die FüGK des Landkreises auch die Schnittstelle zum Ärztlichen Leiter, der für Stadt und Landkreis München die Belegung und Auslastung der örtlichen Krankenhäuser steuert. Mehr als 80 Personen sind derzeit innerhalb dieser Organisationsstruktur überwiegend mit der Bewältigung der Pandemie auf Landkreisebene befasst.

Der gesamten Sonderorganisationsstruktur übergeordnet ist als politisch Verantwortlicher Landrat Christoph Göbel, der vom Nutzen der zeitlich begrenzten Sonderstrukturen überzeugt ist: „Natürlich ist das Wesen einer Behörde und auch ihre Stärke die klare Zuweisung von Zuständigkeiten. Im Tagesgeschäft funktioniert das auch wunderbar. Aber in besonderen Lagen und noch einmal mehr in Krisensituationen wie der aktuellen Pandemie müssen viele Rädchen ineinandergreifen, damit wir den Herausforderungen effizient begegnen können. Über klar definierte Zuständigkeiten und direkte, unkomplizierte Abstimmung innerhalb der flexiblen Organisationsstruktur sind wir als Kreisverwaltungs-, sowie Untere Staatsbehörde auch in der aktuellen Ausnahmesituation in der Lage, schnell und agil auf sich ändernde Voraussetzungen und neue Entwicklungen zu reagieren. Der regelmäßige Informationsaustausch erlaubt es uns darüber hinaus, mit dem nötigen Weitblick die Auswirkungen der aktuellen Situation so früh wie möglich zu erkennen und vorausschauend die nächsten Schritte in Angriff zu nehmen“, so der Landrat.

Aber auch abseits der konkreten Pandemie-Bewältigung haben sich in vielen anderen Arbeitsbereichen die Aufgabenschwerpunkte durch das Coronavirus verlagert, wie z.B. im Jobcenter oder in der Wirtschaftsförderung. Dennoch ist die Behörde selbstverständlich auch weiterhin zu den gewohnten Zeiten für die Bearbeitung regulärer Anliegen erreichbar – wenn auch derzeit bevorzugt telefonisch und per E-Mail. ❐

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 28. Mai 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Handwerkliche Dienstleistungen**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

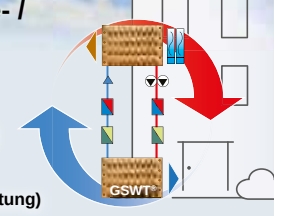
Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.d
www.krenzer-sitzmoebel.d

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 28. Mai 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 11


Seite 20


Seite 10


Seite 2

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS


Bild: CSU

Virtueller CSU-Parteitag:

Aus Corona lernen und wachsen

Die Christlich Soziale Union hat auf ihrem ersten virtuellen Parteitag einstimmig einen Leitantrag zur Bewältigung der Corona-Krise angenommen. Unter dem Titel „Deutschland stark machen – Aus Corona lernen und wachsen“ wurden Eckpunkte zur Ankurbelung der Wirtschaft und ein Entlastungsprogramm für Deutschland vorgelegt.

Laut Parteivorsitzendem und Ministerpräsident Dr. Markus Söder geht das Land in der Absicht, private und wirtschaftliche Existenzen zu sichern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, mit Soforthilfeprogrammen, Krediten, Bürgschaften und Konjunkturprogrammen „an die Grenze des finanziell Leistbaren“. Deutschland brauche deshalb eine Obergrenze für die Staatsverschuldung – auch für Krisenzeiten wie diese.

Sanierungsfall vermeiden

Alle Hilfen müssen Söder zufolge ökonomisch sinnvoll und vernünftig bleiben. Deutschland dürfe nicht selbst zu einem Sanierungsfall werden. Im Hinblick auf die Gefahr einer zweiten Corona-Welle sagte Söder: „Maß und Mitte, Umsicht und Besonnenheit – das müssen wir miteinander verbinden.“

„Es ist jetzt kein Platz für wirtschaftsfeindliche Fantasien linker Ideologen. Und es ist auch nicht die Zeit für Steuererhöhungen“, heißt es in dem Leitantrag. „Wir brauchen stattdessen einen Pakt für Wachstum und Arbeitsplätze, mit dem wir nach der Vollbremsung einen Kickstart hinlegen. Zu unserem Entlastungsprogramm für Deutschland gehört ein international wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht mit maximal 25 % Ertragssteuerbelastung, ein Paket für verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten bei Investitionen und die Ausweitung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten.“

Mit einem Arbeitsplatzprogramm für Deutschland will die CSU Arbeitsplätze sichern und schaffen. Neben dem erfolgreichen Modell der Kurzarbeit zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze sollen auch Anreize für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gegeben werden. Zusätzlich ist geplant, im Minijob-Bereich die Verdienstgrenze auf 600 Euro pro Monat anzuheben und dauerhaft an die Lohnentwicklung zu koppeln.

Das Arbeitsrecht müsse wiederum auf die neue Arbeitswelt sowie flexiblere Arbeitszeiten und -orte angepasst werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Geplanter Schutzschirm für Kommunen:

Geteiltes Echo

Unterschiedliche Reaktionen haben die Pläne des Bundesfinanzministeriums bezüglich eines Milliarden-Schutzschirms für die wegen der Corona-Krise in Not geratenen Kommunen hervorgerufen. Während Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Landkreistagspräsident Christian Bernreiter den Vorschlag, der vorsieht, die Länder an der Finanzierung zur Hälfte zu beteiligen, ablehnen, sprach der Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl, von einem „Befreiungsschlag“. Auch der Bayerische Städtetag steht den Plänen weitgehend positiv gegenüber.

Wie aus einem Eckpunkte-Papier seines Hauses hervorgeht, will Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Kommunen mit fast 57 Milliarden Euro unterstützen. Vorgesehen ist eine akute Nothilfe, die wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen ausgleichen soll, und eine Altschuldenhilfe für hoch verschuldete Städte und Gemeinden – jeweils zur Hälfte von den Ländern mitfinanziert.

„Die Vorschläge von Bundesminister Scholz wird Bayern keinesfalls mitmachen“, erklärte Finanzminister Füracker. „Wenn der Bund den Kommunen helfen möchte, darf er das gern tun – eine Zwangsverpflichtung der Länder nach den Regeln des Bundes ohne Absprache ist aber eine Unverschämtheit.“

Vorgezogene Zahlungen aus dem Finanzausgleich

Hilfe des Bundes sei wünschenswert, „aber nur mit klarer Abstimmung mit den Ländern und ohne Koppelung an Altschuldentilgung“. Bayern stehe fest an der Seite seiner Kommunen und werde ihnen in der Krise helfen. „Wir ziehen zwei Milliarden Euro Zahlung an die Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich vor, um schnell und effektiv zu helfen“, so der Minister.

Zum Thema Altschulden meinte Füracker: „Eine Altschuldentilgung von Kommunen in ganz Deutschland mit bayerischem Steuergeld ist mit uns nicht zu machen. Länder, die seit Jahren verantwortungsvoll und solide gewirtschaftet haben, werden bestraft.“

Nach jüngster Steuerschätzung entgehen den Kommunen bundesweit im laufenden Jahr Gewerbesteuereinnahmen von 11,8 Mrd. Euro. Die Altschulden von 2000 besonders verschuldeten Kommunen wurden 2018 mit 45 Mrd. Euro beziffert.

„Bayerisches Geld für Versäumnisse anderer Bundesländer einzufordern, ist ziemlich dreist. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite Schulden zu tilgen und auf der anderen Seite Schulden aufzunehmen. Das ist Aufgabe der Bundesländer“, hob Landkreistagspräsident Christian Bernreiter hervor. „Was wir wirklich brauchen, ist eine verlässliche Auffanglösung für Gewerbesteuerausfälle, um unsere Pflichtaufgaben weiter erfüllen zu können. Zudem benötigen wir ein kommunales Konjunkturpaket, um notwendige Investitionen in unsere Schulen sowie die Infrastruktur tätigen zu können. Dabei geht es in erster Linie um die Digitalisierung, aber auch Straßen und vieles mehr.“

Das Thema Altschulden muss laut Bernreiter von den jeweiligen Ländern selbst bereinigt werden. Geld aus Berlin brauchen jetzt bundesweit alle Landkreise für Zukunftsaufgaben wie

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lokale Bündnisse zum Wohl der Kinder

Kinder brauchen soziale Kontakte – darüber waren sich die Teilnehmer des Fachgesprächs „Kindeswohl in Corona-Zeiten“ im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einig. Deshalb sei auch die schrittweise Öffnung richtig. Doch die Angst vor Infektionen dürfe die Betreuung und Erziehung der Kinder nicht beeinträchtigen. An die Kommunen wurde der Appell laut, im Rahmen von unbürokratischen Bündnissen Kinder und Jugendliche in der Krise zu unterstützen.

In Krisenzeiten leiden vor allem Familien, die auch sonst benachteiligt seien. Diese zu identifizieren und stärker zu unterstützen habe Priorität, sagten die Vorsitzenden des Sozialausschusses, Doris Rauscher (SPD) und Thomas Huber (CSU). Im Fachgespräch mit Experten tauschten sich die Abgeordneten vertieft zu den psychischen Auswirkungen auf Kinder in der Krise aus. Die Erkenntnisse sollen nun in das Konzept des Bayerischen Staatsministeriums für Soziales mit einfließen und damit für Einrichtungen, Träger und Kommunen vor Ort Handreichungen entwickelt werden. Anhand der Vorgaben soll die schrittweise Öffnung umgesetzt werden und dabei das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.

Kommunikationswege

Familien hätten mehr Wertschätzung vom Staat verdient, da Kinder wochenlang nur als „regelungsbedürftiges Objekt“ wahrgenommen wurden, kritisierte der stellvertretende Vorsitzende des Kinderschutzbundes Landesverband Bayern e.V., Jens Tönjes, die Politik zu Beginn. Schulen und Kindertagesstätten seien nicht bloß „Verwahranstalten“, sondern Orte

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesverfassungsgericht zum „Masernschutzgesetz“:

Verfassungsbeschwerden sind nicht unbegründet

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht die Eilanträge zweier Familien abgelehnt, die Bestimmungen des „Masernschutzgesetzes“ vorläufig auszusetzen. Die Entscheidung über sechs noch anhängige Verfassungsbeschwerden zu diesem Thema steht jedoch noch aus. Die Verfahrensbevollmächtigen, Prof. Dr. Stephan Rixen (Universität Bayreuth) und Rechtsanwalt Jan Matthias Hesse (Stuttgart) sehen in der Entscheidung positive Aspekte.

Das Bundesverfassungsgericht stellt nach Auffassung der Verfahrensbevollmächtigten „ausdrücklich fest, dass die Verfassungsbeschwerden zumindest nicht von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet sind, wie das beispielsweise in jüngerer Zeit in Verfahren zu Maßnahmen in der Corona-Krise der Fall war. Wie das Gericht betont, bedürfen diese Anträge ‚einer eingehenden Prüfung‘, die ‚im Rahmen eines Eilverfahrens nicht möglich‘ sei.“

Unterstützt durch die „Initiative freie Impfentscheidung e.V.“ (IFI) und die „Ärzte für Individuelle Impfentscheidung e.V.“ (ÄIIE) wollten die Kläger erwirken, den im seit 1. März 2020 gültigen „Masernschutzgesetz“ vorgesehenen Impfzwang so lange auszusetzen, bis das Bundesverfassungsgericht zu einer grundlegenden Entscheidung über die noch anhängigen Verfassungsbeschwerden gekommen ist.

Das Gericht begründete seinen Ablehnung der Eilanträge allein mit einer sog. Folgenabwägung: Stelle man die jeweils zu erwartenden Folgen einer Ablehnung oder Stattgabe der Eilanträge mit späterer Entscheidung in der Hauptsache einander gegenüber, müssten die Interessen der klagenden Eltern gegenüber der Abwehr infektionsbedingter Risiken für Leib und Leben, denen viele Personen ausgesetzt wären, zurücktreten.

Die Nachteile, die eine mögliche spätere Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes für die klagenden Eltern mit sich brächte, überwögen in Ausmaß und Schwere nicht diejenigen Nachteile, die sich daraus ergäben, wenn das Gesetz vorläufig außer Kraft gesetzt werde. Dabei betont das Bundesverfassungsgericht, dass bei einer Aussetzung des Vollzugs eines Gesetzes – und darum ging es bei den Eilanträgen zum „Masernschutzgesetz“ – bei der Abwägung der Folgen stets ein besonders strenger Maßstab anzulegen sei. **DK**



„Neue Normalität“ ist für den Bürgermeister das Unwort des Jahres. Seine Vorzimmerperle will sich nicht einreden lassen, die jetzige Situation wäre in irgendeiner Weise normal. Erst zeitlicher Abstand kann zeigen, was sinnvoll und was überflüssig, nützlich oder sogar schädlich war. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Empfehlungen zur Flächenpolitik 2
Rechtssicherheit für Windkraftanlagen 2
Das Rathaus – Mittelpunkt der Kommunalpolitik 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Die Pandemie beschleunigt auch positive Prozesse 3
Ehrenamt ist nachhaltig 3
Jugendherbergen: Rettung dank gelebter Solidarität 4
Kommunale Energiethemen . . . . . .5 - 9
Kommunale Bauthemen . . . . . .9 - 12
Kommunale Finanzthemen . . . . . .13 - 16
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . .17 - 20

Landtagsanhörung:

Empfehlungen zur Flächenpolitik

Das Landesplanungsgesetz soll laut einem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung so geändert werden, dass der Flächenverbrauch auf einen Richtwert von fünf Hektar täglich verringert wird. Im Spannungsfeld zwischen Landesplanung und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen diskutierten in einer öffentlichen Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss des Landtags Experten aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft mit den Abgeordneten darüber, mit welchen Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann.

Einigkeit bestand darin, mit Flächen sparsam umzugehen. Wie das gelingen kann, bewerteten die Fachleute unterschiedlich. Der Bayerische Gemeindetag hält wenig von einer fixen Flächenvorgabe. Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl zufolge müsse man mit dem Gut Fläche intelligent umgehen. Er forderte eine verbindliche Definition des Begriffs Flächen-Inanspruchnahme und verwies auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Gemeinsamer Nenner gesucht

„Wohnen – Bauen – Flächen sparen: Diese drei Ziele müssen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die Diskussion über Obergrenzen ist nicht zielführend. Sie lösen nicht das Problem der steigenden Flächenkonkurrenz“, betonte auch der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer. Obergrenzen gäben keine Antwort, wie die vielschichtigen Bedarfe der Bevölkerung, der Natur und der Pflanzenwelt in ein ausgewogenes Verhältnis kommen. Sie seien zudem nicht in der Lage, lokale Bedarfe zu berücksichtigen.

Laut Buckenhofer empfiehlt der Bayerische Städtetag seit Langem einen konsequenten Vorrang der Innenentwicklung. Nötig seien flächensparende Nutzungen in der Landesplanung, in Fachplanungen, in kommunalen Planungen und im Förderwesen. Der Kommunalverband setze sich für eine vorausschauende Siedlungsentwicklung ein, lehne aber jede Art einer Obergrenze für Flächenverbrauch ab. Buckenhofer: „Eine Flächenzuweisung nach mathematischen Formeln wird weder den vielschichtigen Bedarfen der über 2.000 bayerischen Städte und Gemeinden, noch den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern gerecht. Sie verstößt gegen die in der Bayerischen Verfassung verankerte kommunale Planungshoheit.“

Die Mitglieder des Bayerischen Städtetags gingen bereits jetzt sorgsam mit Fläche um und versuchten mit hohem personellen und finanziellen Einsatz unbebaute oder vorbelastete Flächen zu mobilisieren. Deshalb sei dort das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Einwohnerentwicklung zur beanspruchten Fläche bereits heute positiv zu bewerten. Buckenhofer: „Der oft vermittelte Eindruck eines unbedachten Flächenverbrauchs wird den kommunalen Anstrengungen nicht gerecht. Viele Städte und Gemeinden nehmen das im Baugesetzbuch verankerte Ziel des Vorrangs der Innenentwicklung und des sparsamen Umgangs mit Fläche sehr ernst.“

Enormer Aufwand der Kommunen

Viele Städte und Gemeinden treiben mit den bestehenden lückenhaften Instrumenten einen enormen Aufwand, Innenentwicklungspotenziale zu nutzen und kompakte Siedlungsstrukturen zu forcieren. Nach Angaben des Geschäftsführers hat der Bayerische Städtetag ein Bündel von Maßnahmen im Baurecht, im Steuerrecht und im Förderwesen zur Ermöglichung einer flächensparenden Siedlungsentwicklung vorgeschlagen, jedoch sei trotz jahrelanger Diskussion eine gesetzliche Ertüchtigung der Vorkaufsrechte der Gemeinden nicht erfolgt. Landesplanerisch würden Instrumente für die Innenentwicklung, etwa das Anbindegebot, aufgeweicht statt angewendet. Flankierende steuerliche Anreize, um Grundstücke in Ortszentren zu nutzen, würden nicht mit der notwendigen Konsequenz vorangetrieben.

Wirtschaftsverbände gegen Pauschalierungen

Gegen eine mathematische pauschale Flächenbegrenzung wendeten sich insbesondere die Wirtschaftsverbände. Dr. Benedikt Rüchardt, Geschäftsführer in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, plädierte für eine differenziertere Betrachtung. Er sieht die Lösung in einer Flächeneffizienzpolitik, die Veränderungen auf lokaler Ebene managt. Es gelte Flächenkonkurrenzen zwischen Kommunen, Stadt und Land zu verhindern, denn Verlierer dieses Streits seien die ländlichen Räume und die Wirtschaft.

Professor Holger Magel, Ehrenpräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, sieht in einem Runden Tisch die Lösung. „So kann es nicht weitergehen“, stellte Magel fest und forderte eine bessere Balance zwischen Mensch und Natur. Er verwies auf die vorgestellten Ergebnisse der Enquête-Kommission, die Handlungsempfehlungen ausgearbeitet hatte, wie die räumliche Gerechtigkeit in allen Bereichen Bayerns sichergestellt werden kann.

Magel zufolge macht Flächensparen „mehr Sinn und Befriedigung, wenn man weiß, wofür und vor allem wohin die gemeinsame Entwicklung gehen und woran man sich dabei orientieren soll.

Vor dem Hintergrund, dass in den Gemeinden große Unsicherheit herrsche, wie das Flächensparen konkret realisiert werden sollte, wertete Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbands für Landschaftspflege, den fünf Hektar-Richtwert als richtigen Schritt und wichtiges Signal. Göppel schlug zudem eine Systematik ähnlich der des kommunalen Finanzausgleichs vor, bei der Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände die Anteile der Gemeinden am landesweiten Richtwert aushandeln. **DK**

Rechtssicherheit für Windkraftanlagen

Damit 20 laufende Windkraftanlagen im Freistaat weiter betrieben werden können, haben CSU und Freie Wähler einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Bauordnung in den Landtag eingebracht. Den Anlagen droht ansonsten durch eine geänderte Rechtsprechung am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein Betriebsstopp. Die Opposition kritisiert, dass Rechtssicherheit hingegen nur für bereits vollständig errichtete und betriebsbereite Windkraftanlagen vorgesehen sei.

Es gibt eine Reihe von Windkraftanlagen in Bayern, deren Bau vor Inkrafttreten der 10 H-Regel im Jahr 2014 beantragt wurde. Doch die rechtssichere Genehmigung dauerte so lange, dass der beantragte Anlagentyp bei Erteilung der Genehmigung nicht mehr verfügbar war. Neue Windkraftanlagen sind in der Regel umweltfreundlicher, leiser und leistungsstärker. Ein Wechsel des Anlagentyps müsste aber erneut beantragt und dann auch auf Einhaltung der 10 H-Regel geprüft werden. Bisher waren in solchen Fällen keine neuen Genehmigungen nötig, wenn sich der Standort nicht geändert und die Gesamthöhe nicht zugenommen hatte. Die neue Anlage konnte auf Basis der ursprünglichen Genehmigung gemeldet werden.

Gericht stellt Wechsel in Frage

Doch in mehreren Eilentscheidungen hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im April 2019 diesen von der Verwaltung akzeptierten Wechsel des Anlagentyps rechtlich in Frage gestellt. Die nun von den Regierungsfraktionen CSU und Freie Wähler eingebrachte Änderung der Bauordnung soll Rechtssicherheit herstellen für den Betrieb von bereits vollständig errichteten Anlagen, bei denen es in der Übergangszeit zu Typwechseln kam. Der Gesetzentwurf der Regierungsfraktion wird in den nächsten Wochen federführend im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung beraten.

Vertrauen auf Rechtmäßigkeit

„Wir privilegieren damit rückwirkend Anlagen, bei denen ein berechtigtes schutzwürdiges Interesse der Bauherren vorliegt, weil diese auf die Rechtmäßigkeit vertrauen konnten“, sagte Alexander König, stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender. Rainer Ludwig, der energiepolitische Sprecher der Freien Wähler, verdeutlichte was die Änderung der Bauordnung für Bayern bedeutet: „Etwa 20 Windkraftanlagen in Bayern würden davor bewahrt, wegen Rechtsunsicherheiten bei der 2014 eingeführten 10 H-Regel abgebaut zu werden.“

Kritik am Gesetzentwurf

Demgegenüber zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Martin Stümpfig (Die Grünen), enttäuscht von der Gesetzesvorlage. Er unterstrich, dass auch bei jenen Betreibern ein schutzwürdiges Interesse vorliege, deren Anlagen noch nicht vollständig errichtet bzw. nur zum Teil errichtet sind.

Annette Karl, energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sah dies genauso: Der Gesetzentwurf „springt viel zu kurz“, weil er jene Anlagenbetreiber im Stich lasse, die sich auf die ausgeübte Verwaltungspraxis verlassen hätten. Sie hätten darauf vertraut, „dass etwas, wenn es genehmigt ist, nach Ablauf von zwei Jahren auch noch genehmigt ist“. Die Windkraftenergie in Bayern, so Karl, werde „mit Anlauf an die Wand gefahren“.

Aus der Sicht von Sebastian Körber (FDP), Vorsitzender des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr, zeigt die geplante Änderung der Bauordnung, dass die 10 H-Regel „nicht praxistauglich“ sei. Er deutete an, dass die bayerische 10 H-Regel abgeschafft und durch eine einheitliche Abstandsregel auf Bundesebene ersetzt werden könne. Josef Seidl (AfD) forderte insgesamt ein Ende der Windenergie in Bayern. Der Betrieb von Windrädern, der aus seiner Sicht mit erheblichen ökologischen Nachteilen verbunden sei, dürfe nicht, wie im Gesetzentwurf geplant, nachträglich legalisiert werden. **red**

Wissenschaftlicher Beirat wählt „Orte der Demokratie“ in Bayern

Mit der konstituierenden Sitzung des wissenschaftlichen Beirats hat die Umsetzung des neuen großen Projektes „Orte der Demokratie“ begonnen. Mit dieser landesweiten Veranstaltungsreihe will der Bayerische Landtag neben der bewährten Arbeit der Gedenkstätten neue Wege in der Erinnerungskultur und Demokratiebildung gehen.

In ihrer ersten Sitzung berieten die Beiratsmitglieder über einschlägige Orte, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde und die im Rahmen des Projektes sichtbar und erlebbar gemacht werden sollen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner dankte im Namen des gesamten Präsidiums den Mitgliedern für ihre Bereitschaft, bei diesem ambitionierten Projekt mitzuwirken: „In Bayern gibt es zahlreiche Orte, an denen die demokratische Entwicklung des Freistaates in besonderer Weise deutlich wird. Der wissenschaftliche Beirat wird mit der Expertise der Experten helfen, die ‚Orte der Demokratie‘ in unserer Heimat stärker ins Bewusstsein der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu rücken.“

Der Beirat ist ein überparteiliches Gremium. Den Vorsitz übernahmen MdL und StM a.D. Dr. Ludwig Spaenle, sowie Professor Ferdinand Kramer. Im Beirat werden Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, des Bayerischen Städtetags, des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, des Berufsverbands bildender Künstler sowie des Verbands bayerischer Geschichtsvereine sein. ❐

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Braun
91367 Weißenohe
am 29.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Winkler
63928 Eichenbühl
am 13.6.

Bürgermeister Stefan Müller
95185 Gattendorf
am 29.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raimund Lindner
85120 Hepberg
am 31.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manuel Schott
84189 Wurmsham
am 7.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Do, 18.06.20, 16 Uhr
Fr, 26.06.20, 11 Uhr
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

Migration und Entwicklung:

Gesucht sind vorbildliche Kooperationsbeispiele

Countdown zur Bewerbungsfrist für den Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

Die Bewerbungsfrist für den bundesweit einzigartigen Wettbewerb „Kommune bewegt Welt" naht. Durchgeführt wird der Wettbewerb von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und unter der Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mitmachen können Städte, Gemeinden und Landkreise, die gemeinsam mit migrantischen Akteurinnen und Akteuren die Themen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene zusammendenken, z.B. in Initiativen zu Nachhaltigkeit, zu Fairem Handel oder in Städtepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Denn überall, wo Kommunen und Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Expertise bündeln, bilden sich nachhaltigere Strukturen und die entwicklungspolitische Wirkung der Aktivitäten steigt. **Kommunale Vorbilder sichtbar zu machen, den Austausch zu fördern und zum Mitmachen zu motivieren, sind die Ziele des Wettbewerbs. Bewerbungen sind noch bis Sonntag, 28. Juni 2020 möglich.**

Neben Preisgeldern in Höhe von insgesamt 135.000 Euro, die sich gleichermaßen auf drei Kommunengrößen-Kategorien aufteilen, und Sonderpreisen winken Image-Videos, vom Bundesminister Dr. Gerd Müller unterschriebene Teilnahme-Urkunden, lokale Preisverleihungen und ein exklusiver Zugang zu allen Beratungs-, Austausch- und Vernetzungsangeboten im Folgejahr.

Aufgrund der Corona-Krise wird auf eine postalische Einsendung verzichtet und – nach Absprache – das Nachreichen von Unterschriften und Unterlagen ermöglicht. Die SKEW steht allen Kommunen beratend zur Seite und unterstützt gerne im Bewerbungsprozess. Die Preisverleihung wird ein digitales Event am 23. September 2020.

Bewerbungsunterlagen, Beispiele von Gewinner-Kommunen u.v.m.: www.kommune-bewegt-welt.de

Das Rathaus – Mittelpunkt der Kommunalpolitik:

Mit Webinaren und Leitfäden gut gerüstet

Hanns-Seidel-Stiftung schult kommunale Entscheider
Leitfäden erhältlich / Seminare online

München. Gemeinde- oder Stadtratssitzungen werden häufig im Internet übertragen. Ob Zustimmung oder Ablehnung, diese Entscheidung steht bei einigen Räten bald wieder auf der Tagesordnung. Auch politische Bildung und Fortbildung für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gehen neue Wege.

Die Hanns-Seidel-Stiftung bietet verstärkt Webinare für Gemeinde- und Stadträte sowie Bürgermeister an, ohne auf klassische Materialien wie ihre kommunalpolitischen Leitfäden zu verzichten und bietet ab Pfingsten wieder Präsenzseminare in Kloster Banz bzw. regional an.

Neue Leitfäden – 3 Bände

Zu Beginn der neuen Kommunalwahlperiode im Mai in Bayern sind bei der Hanns-Seidel-Stiftung die Leitfäden zu Grundlagen (Band 1), Baurecht (Band 2) und Haushalt (Band 3) mit aktualisiertem Inhalt erschienen. Diese geben Einblick und Auskunft zur kommunalen Selbstverwaltung, das in der Gemeinde anzuwendende Baurecht, der Haushaltsführung mit Kameralistik und Doppik oder den gemeindlichen Steuereinnahmen bzw. den kommunalen Finanzausgleich, außerdem zu Hoheitsrechten der Gemeinden und deren Stellung im Staat.

Nachschlagewerk

Leitfäden haben bei der Hanns-Seidel-Stiftung eine jahrzehntelange Tradition. Erfahrene Kommunalpolitiker empfehlen diese Werke gerne den Jüngeren als Nachschlagewerk, um sich mit Hintergründen oder rechtlichen Notwendigkeiten besser vertraut zu machen.

Kommunalpolitik-Portal

Alle Leitfäden stehen auch im Kommunalpolitik-Portal der Stiftung unter https://www.hss.de/themen/kommunalpolitik/ zum Download oder zur kostenfreien Anforderung von Druckexemplaren bereit. Dort sind auch Musterbeispiele für Reden, Beispiel-Tagesordnungen, Anträge und weitere Fakten für die kommunalpolitische Arbeit zu finden.

Gemeindliche Planungshoheit hat Verfassungsrang

Stiftungsvorsitzender Markus Ferber, MdEP und Generalsekretär Oliver Jörg verweisen in ihren Leitfäden-Vorworten auf „die Verankerung der gemeindlichen Planungshoheit im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung“ und empfehlen die Leitfäden den Mandatsträgern als „wertvolle Orientierungshilfe bei der Erledigung der Aufgaben und Entscheidungen“.

Webinare stark nachgefragt

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat in den letzten Wochen bei Webinaren mit politischer Bildung einen großen Sprung gemacht. Rund 170 Online-Seminare hat die Stiftung in kurzer Zeit auf die Beine gestellt, viele davon auch zu Themen der Kommunalpolitik. Themen und Termine finden sich im Portal auf https://www.hss.de/veranstaltungen/. ❐

Innovationspreis Ehrenamt 2020:

Ehrenamt ist nachhaltig

Elf Preisträger erhalten in diesem Jahr den Innovationspreis Ehrenamt 2020. Eine unabhängige Jury unter Vorsitz von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner wählte Personen, Initiativen und Organisationen mit neuen Ideen rund ums Ehrenamt aus. Sechs Preisträger bekommen jeweils 10.000 Euro in der Kategorie „Innovative Projekte". In der Kategorie „Neue Ideen" wurden fünf Preisträger ermittelt, die mit je 3.000 Euro bedacht werden.

In der Kategorie „Innovative Projekte" darf sich die Initiative „Jung übt sich: Die Retter von Morgen!" von Jugendgruppen der Augsburger Hilfsorganisationen (Schwaben) ebenso über eine Auszeichnung freuen wie „IG OMa" der gleichnamigen Interessengemeinschaft zur Förderung der dörflichen Entwicklung in Oberdorf und Martinszell (Waltenhofen, Schwaben). Preiswürdig sind zudem das „Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum Alte Feuerwache Fürth" der Initiative „Fürth. Ort" (Mittelfranken), das Projekt „Nachhaltiges soziales Engagement in der Region: Tat vor Ort" der Robert Bosch GmbH des Werks Blaichach/Immenstadt (Schwaben), die Initiative „Schaffenburg e.V. Treffen – Schaffen – Teilen" des Vereins Schaffenburg e.V. in Aschaffenburg (Unterfranken) sowie „Schule Als Staat, Grassington" der SMV des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München (Oberbayern).

Junge Menschen begeistern

Unter dem Motto „Gemeinsam stark!" haben sich mittlerweile neun Jugendgruppen von Hilfsorganisationen in Augsburg und Umgebung verbandsübergreifend zusammengeschlossen, um andere junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Ohne Berührungsängste planen und organisieren sie gemeinsame Ausbildungen, Übungen und Aktionen. So wurden etwa 24- bzw. 48-Stunden-Jugendübungen mit realistischer Unfalldarstellung durchgeführt, durch die die jungen Menschen auch Aufmerksamkeit und Verständnis für die Arbeit der Hilfsorganisationen in der Öffentlichkeit geweckt haben.

In den Waltenhofener Ortsteilen Oberdorf und Martinszell haben die Bürger in herausragender Weise Eigenverantwortung für ihr Dorf übernommen. Als das letzte Wirtshaus und der letzte Tante-Emma-Laden am Ort zusperrten, packten sie selbst mit vielen Ideen und Leidenschaft an. Im Zentrum des Vereins steht der in ehrenamtlicher Arbeit umgebaute ehemalige Bahnhof als Dorftreff mit Bistro und Kleinkunstbühne.

Nachhaltigkeit leben

Die Initiative „Fürth.Ort" setzt sich dafür ein, dass in der 2020 freiwerdenden Alten Feuerwache ein Nachhaltigkeits- und Zukunftszentrum entsteht. Ziel dieses Netzwerkes ist es, verschiedene Initiativen, Kreative und Künstler aus allen Lebensbereichen zusammenzubringen und gemeinsame Räume für diese Initiativen zu schaffen. Die Initiative zielt auf Bürgerbeteiligung und hat inzwischen erreicht, dass ein entsprechendes Konzept für die zukünftige Nutzung der Alten Feuerwache entwickelt wird.

Im Robert-Bosch-Werk Blaichach in Immenstadt führen seit 2011 Auszubildende im zweiten Lehrjahr in Projektteams eigenständig ehrenamtliche Projekte durch. 2017 wurde die Initiative auf alle Mitarbeiter ausgeweitet. Das Unternehmen unterstützt die Projekte dabei auch finanziell und will nun die Initiative auf Partnerfirmen und Netzwerkkontakte ausweiten.

Der Verein Schaffenburg bietet mit seiner Werkstatt eine soziale Plattform für nachhaltige Technik. Naturwissenschaftlich interessierte Menschen finden hier ein breites Themenspektrum, in dem sie sich gemeinsam mit anderen verwirklichen können. Der Verein arbeitet mit dem Ziel einer generationenübergreifenden technisch-kulturellen Bildung mit Inklusion von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Menschen. Deshalb hat er sich auch mit anderen Einrichtungen wie Jugendzentrum oder Mehrgenerationenhaus vernetzt.

Schülermitverantwortung

Die Schülermitverantwortung (SMV) des Erasmus-Grasser-Gymnasiums in München hat das Projekt „Schule als Staat" als Schülerinitiative an ihrer Schule bereits zweimal überaus erfolgreich durchgeführt. In einem einwöchigen Planspiel wurde jeweils eine bestimmte Staatsform mit allen Institutionen nachgespielt. Den Schülern kommt es darauf an, durch das „Erleben" anderer Staatsformen die Vorteile einer Demokratie sichtbar zu machen und so auch die Partizipation im eigenen Staat zu fördern.

Mit Preisen in der Kategorie ‚Ideen' werden das Projekt „Demenzverzögerer ‚Woaßt as no?'" des Treffpunkts Ehrenamt im Landkreis Cham (Oberpfalz) und die Initiative „Talente vermehren" des Freiwilligenzentrums „mach mit!" des Caritasverbandes im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim (Mittelfranken) ebenso bedacht wie die „Junior Demenzbegleiter" des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern, „Schwimmen lernen für Alle" der Stiftung Deutschland schwimmt in Nürnberg (Mittelfranken) sowie „Digitalisierte Prozesse im Sportverein" des Sportvereins K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf (Oberbayern).

Ehrenamt koordinieren

Der „Treffpunkt Ehrenamt", Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Cham, hat die Idee für ein präventives Projekt im Bereich Demenz entwickelt. Hintergrund ist, dass laut einer Studie die Demenz hinausgezögert werden könne, wenn man sich mit den Risikogruppen frühzeitig beschäftigt und zum Beispiel deren kognitive Fähigkeiten kontinuierlich fördert und trainiert. Ehrenamtliche des Landkreises sollen entsprechend geschult werden und sich dann um die Senioren kümmern. Der „Treffpunkt Ehrenamt" plant, das Projekt „Demenzverzögerer" mit anderen Akteuren, wie etwa Gemeinden und deren Seniorenvertretungen, Kirchengemeinden und der Gesundheitsakademie Ostbayern, auf den Weg zu bringen.

Freiwillige begeistern

Das Freiwilligenzentrum „mach mit!" im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim möchte mit Schülerinnen und Schülern ein Experiment starten, das das biblische Gleichnis vom Vermehren der anvertrauten Talente als Grundidee hat. Das Projekt wird mit einer Schulklasse im Unterricht geplant und in der Freizeit in Kleingruppen praktisch durchgeführt. Die Schüler sollen eigenständig mit einem Startkapital von 20 Euro ehrenamtlich aktiv und produktiv werden. Das vermehrte Geld aus den entstandenen Aktionen wird am Ende wieder einem guten Zweck zugeführt.

Im gemeinsamen Projekt der Malteser Jugend und des Demenzreferats des Malteser Hilfsdienstes e.V. im Bezirk Oberbayern sollen demenziell erkrankte Menschen von Jugendlichen begleitet werden. Die jungen Menschen werden durch entsprechende Schulungen für das Thema Demenz sensibilisiert. Ziel des Projekts ist es, den demenziell veränderten Menschen durch das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen Anteil am gesellschaftlichen Leben zu schenken.

Inklusionsprojekte

Mit dem Inklusionsprojekt „Schwimmen lernen für Alle" sollen Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung zu Schwimmlehrern ausgebildet werden. Nach einer entsprechend zertifizierten Ausbildung können Menschen mit Behinderung als Assistenzschwimmlehrer tätig werden.

Der Sportverein K.F.F. Mettenheim im Landkreis Mühldorf hat seit zwei Jahren eine interaktive Managementsystem-Software implementiert. Mit diesem Tool werden etwa Protokolle und Aufgaben digital organisiert. Gleichzeitig analysiert der Verein damit auch Stärken und Schwächen, entwickelt seine Strategie für die Ausrichtung des Vereins und plant anhand von Fakten. Nun will der Verein mit einem Workflow-Generator die Prozesse im Verein weiter digitalisieren, optimieren und verschlanken. **DK**

GZ KOLUMNE Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,



noch Anfang dieses Jahres konnte sich vermutlich kaum jemand vorstellen, dass nur wenige Monate später ein Krankheitserreger nahezu die ganze Welt fest im Griff haben würde. Binnen kürzester Zeit wurde unser Leben – das Privat- wie das Arbeitsleben – gründlich auf den Kopf gestellt. Ausgangsbeschränkungen, geschlossene Schulen, Geschäfte und Freizeiteinrichtungen – nichts war so – und ist es teilweise noch immer – wie wir es aus den vergangenen Jahrzehnten gewohnt waren.

Auch der Behördenalltag wurde innerhalb weniger Tage massiv umgekrempelt. Gesundheitsämter mussten personell verstärkt und zum Teil organisatorisch neu aufgestellt werden, aber auch ein Großteil der restlichen Verwaltung – sowohl in den Landratsämtern als auch in Gemeinde- und Stadtverwaltungen – bekommt die Auswirkungen der Pandemie in der täglichen Arbeit zu spüren. Gleiches gilt für die Bürgerinnen und Bürger, die die Dienstleistungen der Ämter in Anspruch nehmen wollen.

Die Pandemie beschleunigt auch positive Prozesse

In der Anfangszeit wurde der Parteiverkehr in vielen Behörden erst einmal drastisch heruntergefahren, Vorsprachen waren vielfach nur mit vorheriger Anmeldung möglich, persönliche Kontakte wurden größtenteils auf Telefon und elektronische Wege verlegt.

Auch die finanziellen Folgen der Pandemie machen sich in den Behörden mittlerweile massiv bemerkbar; denn wer hatte schon solch große Summen für die Beschaffung von Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln für die Ausstattung von Test- und Behandlungszentren, die Einrichtung von Quarantäneunterkünften für Geflüchtete und vieles mehr im Blick, als im vergangenen Jahr der Haushalt aufgestellt wurde? Und wenn die unmittelbaren Ausgaben heute vielleicht noch irgendwie bezahlbar erscheinen, spätestens mit dem zu erwartenden Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen bekommen Kommunen und zeitversetzt die Landkreise die Auswirkungen der Corona-Krise finanziell noch schmerzlich zu spüren.

Aber in allem Schlechten liegt auch immer etwas Gutes. Wer bisher daran zweifelte, dass ein Großteil der Aufgaben auch im Homeoffice erledigt werden kann, ist spätestens jetzt eines Besseren belehrt worden. Wie viele andere Verwaltungen und Unternehmen haben auch wir im Landratsamt München innerhalb weniger Tage die Homeoffice-Quote drastisch erhöht.

Natürlich ist in vielen Arbeitsbereichen der unmittelbare persönliche Kontakt wichtig, vielfach auch unerlässlich, in anderen Bereichen funktioniert die Kundenbetreuung aber mindestens genauso gut per Telefon und E-Mail. Das birgt viele Chancen, zum Beispiel für Beschäftigte, die aus ihrer familiären Situation heraus nicht so oft ins Büro fahren können und deshalb deutlich weniger arbeiten als sie könnten und möchten. Auch für die gerade im städtischen Umfeld immer knapper werdende Ressource Raum ist es ein echter Gewinn, wenn auch nach überstandener Pandemie mehr vom Schreibtisch daheim gearbeitet wird. Ebenso können die Umwelt und die überlasteten Verkehrssysteme merklich entlastet werden, wenn Arbeitsort- und Arbeitszeit flexibler genutzt werden.

Und nicht zuletzt wirkt sich die Situation – so zumindest mein Gefühl – positiv auf den Zusammenhalt in den Verwaltungen aus. Retten wir also die positiven Auswirkungen dieser ansonsten wenig erfreulichen Situation mit in die Zukunft. Dann können wir auch gestärkt daraus hervorgehen.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Jugendherbergen in Bayern:

Rettung dank gelebter Solidarität

Unverzichtbare Orte der Begegnung

Der Landesverband Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk kann nach wochenlangem Zittern ein wenig aufatmen: Das „Sonderprogramm Soziales" verschafft den Jugendherbergen die nötige Liquidität, um den Betrieb Ende Mai teilweise wieder aufnehmen zu können. Der Dank des DJH dafür geht vor allem an das Bayerische Sozialministerium.

Mit der Allgemeinverfügung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege musste der Betrieb aller Jugendherbergen zum 18. März 2020 vollständig eingestellt werden, um Gäste und Mitarbeiter vor Ansteckung mit dem Corona-Virus zu schützen. Damit konnten über Nacht keinerlei Umsätze und Erlöse generiert werden. Die Liquidität der 58 Jugendherbergen in Bayern sank binnen weniger Wochen dramatisch ab und es drohte die Insolvenz des Landesverbands.

Es drohte das Aus

Klaus Umbach, Präsident des Bayerischen Jugendherbergswerks: „Das Szenario der vollständigen Pulverisierung der Jugendherbergsbewegung in Bayern und in ganz Deutschland schien zwischenzeitlich unabwendbar. Eine Katastrophe sowohl für unsere Mitarbeiter*innen als auch für die Bildungsinfrastruktur im Freistaat. Denn die Jugendherbergen sind seit jeher ein essentieller Teil der außerschulischen Jugendbildung. Umso mehr sind wir erleichtert und glücklich, dass durch das pragmatische Zusammenwirken verschiedener Ressorts innerhalb der Bayerischen Staatsregierung das unmittelbar bevorstehende Ende einer fast 100 Jahre bewährten Struktur verhindert werden konnte."

Das Bayerische Kabinett hatte Mitte April einen Rettungsschirm für gemeinnützige Wirtschaftsbetriebe erarbeitet, unter dem auch der Landesverband Bayern des Jugendherbergswerks Platz gefunden hatte. Die staatlichen Hilfen waren dringend benötigt worden, weil der Verband aufgrund seines Status keine eigenen finanziellen Rücklagen bilden darf. Gemeinnütze Unternehmen sind angehalten, Erlöse unmittelbar wieder in den laufenden Betrieb zu re-investieren.

Dank an Ministerin Trautner

Umbach: „Dass am 30. Mai die ersten Jugendherbergen in Bayern wieder öffnen und Gäste empfangen können, verdanken wir einem abgestimmten und solidarischen Handeln innerhalb der Bayerischen Staatsregierung. Ich darf unseren Dank vor allem an Frau Staatsministerin Carolina Trautner aussprechen, die als zuständige Fachministerin im Bereich Soziales wesentlich dazu beigetragen hat, dass – gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium – eine tragfähige Lösung für die Jugendherbergen in Bayern gefunden wurde. Für uns zeigt sich darin praktisch gelebte Solidarität und die Überzeugung der handelnden Politiker*innen, dass Jugendherbergen unverzichtbare Orte der Begegnung, des Lernens und des demokratischen Zusammenlebens sind. Jugendherbergen sind in der Tat sozial relevant. Herzlichen Dank an alle, die zur Rettung der Jugendherbergen in Bayern beigetragen haben."

Sonderprogramm Soziales

Der Landesverband Bayern hat am 19. Mai 2020 den Antrag für einen Zuschuss aus dem „Sonderprogramm Soziales" beim zuständigen „Zentrum Bayern Familie und Soziales" (ZBFS) gestellt. Die Auszahlung soll nach Prüfung zügig erfolgen und die Zahlungsfähigkeit des Landesverbands Bayern bis Ende 2020 sichern.

Es bleiben massive Herausforderungen

Gleichzeitig stehen die Jugendherbergen weiter vor massiven Herausforderungen: Bis zum Ende des Schuljahrs sind alle Klassenfahrten untersagt. Die Belegung mit Schulklassen in der Zeit nach den Sommerferien ist unsicher. Sport- und Musikgruppen werden aufgrund der weiter geltenden Reisebeschränkungen ebenfalls als Gäste weitgehend ausfallen. Klaus Umbach: „Wir rechnen damit, dass 2020 und 2021 wirtschaftlich gesehen zwei extrem schwierige Jahre werden, in denen es gilt, die Überlebensfähigkeit unserer Häuser aus eigener Kraft zu sichern. Die Krise ist noch nicht vorüber – ich bin aber verhalten optimistisch, dass der Landesverband diese Herausforderungen meistern kann." ❐

Gesundheitsministerin Huml:

Neue App für Pollen-Allergiker

Polleninformationsnetzwerk ePIN läuft erfolgreich

Pollen-Allergiker können sich in Bayern ab sofort mit einer neuen App über die aktuelle Pollenflug-Lage informieren. Darauf hat Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hingewiesen. Huml unterstrich: „Betroffene können jetzt auch unterwegs die Einnahme von Medikamenten leicht steuern. Das ist ein wichtiger Fortschritt!"

Das bayerische Polleninformationsnetzwerk ePIN war vor genau einem Jahr gestartet. Die Ministerin erläuterte: „Seit dem 22. Mai 2019 misst ePIN mit Hilfe von acht elektronischen Pollenmonitoren die Pollenbelastung in Bayern standort- und pollenspezifisch. Aktuelle Daten zum Pollenflug in Bayern können Pollenallergiker und Asthmatiker online über die Webseiten www.epin.bayern.de und www.pollenflug.bayern.de abrufen. Die Daten werden alle drei Stunden aktualisiert." Im Verlauf des Monats Mai konnten bislang über 10.000 Zugriffe auf die ePIN-Website verzeichnet werden.

Huml fügte hinzu: „Wer weiß, welche Pollen wann und wo fliegen, kann wichtige Vorsorgemaßnahmen ergreifen und auch seine Medikamente zielgenau einnehmen."

Informationen:

Die ePIN App steht im Google PlayStore (https://play.google.com/store/apps/details?id=de.bayern.lgl.epin.android) und im Apple AppStore (https://apps.apple.com/de/app/epin-pollenflug-bayern/id1497523553) kostenfrei zum Download zur Verfügung. ❐

Geteiltes Echo ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die Ertüchtigung der Schulgebäude, sowie die Digitalisierung und in vielen Regionen auch für den verlässlichen Mobilfunkausbau. „Wenn Altschulden Einzelner getilgt werden, bleibt für Zukunftsinvestitionen nichts mehr im Topf. Darüber hinaus brauchen wir dringend Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV."

Der Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, hoch verschuldete Städte durch die Übernahme kommunaler Kassenkredite durch den Bund zu unterstützen, ist nach Bernreiters Angaben nicht neu. Bereits 2019 seien die bayerischen Landrätinnen und Landräte dagegen auf die Barrikaden gegangen, weil der Bund dadurch all diejenigen Bundesländer entlasten würde, die ihre Kommunen bisher vernachlässigt haben. „Denn wenn eine Kommune gezwungen ist, sich jahrelang über Kassenkredite zu finanzieren, zeigt das, dass das jeweilige Bundesland den Kommunen dauerhaft zu wenig Geld gegeben und deren Finanzen zu lasch beaufsichtigt hat."

„In dieser Wirtschaftskrise braucht man dringend Investitionskraft auf kommunaler Ebene", hob dagegen der Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie des DStGB, Dr. Uwe Brandl, hervor. Das gehe nur dann, wenn man gemeinsam die Einnahmeausfälle kompensiere und eine Perspektive für künftige Investitionssicherheit schaffe.

Die Entscheidung des Bundes, unter anderem den Einnahmeausfall im Bereich der Gewerbesteuer für alle Kommunen zu kompensieren, ist aus Brandls Sicht ein „Befreiungsschlag, weil man auf diese Art und Weise natürlich das Haushaltsjahr 2020 relativ sicher abwickeln kann". Er bezeichnete es als „ein Gebot der Solidarität, dafür zu sorgen, dass wir in zwei bis drei Jahren in der Lage sind, eine kommunale Landschaft zu haben, die aus voller Kraft investieren und diese Altschuldenlast hinter sich lassen kann – unter Berücksichtigung harter Auflagen".

Entschuldungs-Programm und kluge Investitionen

Auch in Bayern gebe es Kommunen, die davon profitieren könnten. Jetzt gehe es darum, im Detail darüber zu verhandeln, wie unter anderem ein Entschuldungs-Programm aussehen könne, und kluge Investitionen zu tätigen, damit die Wirtschaft schnell wieder eine Eigendynamik entfalte und Staatshilfen nicht mehr erforderlich seien.

Auch vom Bayerischen Städtetag wird der Vorschlag des Bundesfinanzministers, einen Rettungsschirm für Kommunen zu spannen und ihre Ausfälle bei der Gewerbesteuer gemeinsam mit den Ländern zu kompensieren, sehr begrüßt. Wie Verbandsvorsitzender Dr. Kurt Gribl erläuterte, „ist es aber wenig zielführend, die Altschuldenproblematik mit dem Rettungsschirm für Kommunen zu verknüpfen. Das seit einigen Jahren diskutierte Problem der Altschulden trifft hoch verschuldete Kommunen in einigen Bundesländern. Die finanziellen Folgen der aktuellen Corona-Pandemie treffen alle Kommunen. Alle Kommunen kämpfen mit wegbrechenden Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben zur Bewältigung der Krise. Man sollte beide Probleme nicht vermengen, sondern gesondert lösen."

Der sich jetzt abzeichnende Dissens von Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit den Bundesländern verhindere eine nötige rasche pragmatische Lösung. Gribl: „Denn letztlich sind sich alle Beteiligten von Bund, Ländern und Kommunen einig, dass es einen Rettungsschirm für Kommunen braucht. Kommunen müssen trotz der drohenden angespannten Finanzsituation in der Lage bleiben, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge unverändert zuverlässig zu erfüllen. Und: Die Kommunen sind als Auftraggeber für Investitionen wichtige Impulsgeber für die Wirtschaft – dies wird besonders wichtig, wenn der stockende Konjunktur-Motor wieder in Schwung gebracht werden soll."

Reibungsloses Krisenmanagements

Bund, Freistaat und Kommunen hätten gemeinsam die Folgen der Corona-Pandemie bislang sehr gut in den Griff bekommen. Dank eines reibungslosen Krisenmanagements konnten die Einrichtungen der kommunalen Infrastruktur und die Verwaltungen wie gewohnt zuverlässig funktionieren. Feuerwehren, Katastrophenschutz, Krankenhäuser, Rettungsdienste, Pflegeeinrichtungen, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Müllabfuhr und Nahverkehr leisteten ihren täglichen Beitrag, um das Land am Laufen zu halten. Gribl zufolge haben alle Beteiligten im Schulterschluss eine gute Leistung erbracht, die sie jetzt nicht mit Streitereien um die Finanzierung in ein schlechtes Licht rücken sollten. **DK**

Lokale Bündnisse ...

(Fortsetzung von Seite 1)
des sozialen Lernens. Er warnte davor, davon auszugehen, dass Kinder während der Schulschließung zuhause Versäumnisse aufgeholt hätten. Kinder und Eltern dürften mit dem Schulbeginn nicht überfordert werden. Deshalb sei es wichtig, Kommunikationswege für Kinder und Jugendliche zu schaffen, wie die Einrichtung von Sorgentelefonen und Online-Chats. Aber auch Jugendzentren müssten unter entsprechenden Auflagen wieder öffnen. „Junge Menschen brauchen einen sicheren Ort. Wenn sie den zuhause nicht haben, verlieren wir sie sonst", gab er zu Bedenken.

Appelle an Kommunen

Tönjes appellierte an lokale Bündnisse in den Kommunen, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen. „Wir müssen dazu alle lokalen Ressourcen zusammenführen, indem Entscheidungsträger vor Ort an einen Tisch kommen", empfahl er. Die Beteiligten müssten dabei langfristig und vor allem unbürokratisch vorgehen, wie personelle und räumliche Ressourcen verteilt werden könnten. So müsse eine Kinderbetreuung vielleicht auch in einer Volkshochschule in Betracht gezogen werden. Die Verantwortung für den Erfolg läge aber vor allem bei den Landes- und Kommunalpolitikern. „Es ist die Aufgabe der Politik, dieses unbürokratische Vorhaben als politischen Willen zu formulieren und in die Fläche zu bringen. Nur dann merken die Menschen, dass das auch politisch gewollt ist", sagte er.

Hilfsbedürftige identifizieren

Dr. Nina Sellerer, Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin, machte darauf aufmerksam, dass ein entscheidendes Problem in der Krise darin liege, Familien überhaupt erst ausfindig zu machen, in denen es keine „Elternkompetenz" gebe. Diese müssten gezielt – beispielsweise von Betreuern in den Kindertagesstätten – angesprochen werden und aktiv eine Notbetreuung angeboten bekommen. „Ich appelliere daher ausdrücklich an die Kitas, aktiv zu entscheiden, welche Kinder eine besondere Betreuung benötigen", sagte sie.

Prof. Dr. Volker Mall, TU München, kbo-Klinikzentrum, stellte fest, dass vor allem Familien betroffen seien, die auch sonst im Abseits stehen würden und benachteiligt seien. So habe das Klinikzentrum beispielsweise die Telefon-Sprechzeiten für Familien mit Schreibabys auf die komplette Woche ausgeweitet, zumal fünfmal so viele Anrufe wie in normalen Zeiten bei den Mitarbeitern eingingen. Seine Botschaft lautete: „Die Belastung für Eltern wird in den kommenden Monaten weiter zunehmen, während die Kompensation erheblich abnimmt. Deshalb müssen wir Telefonseelsorge und auch die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern weiterverfolgen und verstärkt Notfallsprechstunden einrichten." Denn vor allem die psychosoziale Situation von Eltern mit prekärem Hintergrund verschlechtere sich in Krisenzeiten und wirke sich negativ auf Kleinstkinder aus.

Engere Vernetzung

Die Forderung von Julika Sandt (FDP) zu einem Monitoring zur psychischen Gesundheit mit Fokus auf die Auswirkungen von Isolation unterstützte Mall. Am Klinikum seien dazu Arbeitsgruppen gegründet worden, denn vor allem zu Kindern, die jünger als 14 Jahre seien, gebe es aktuell noch zu wenige Studien. Die Sorge von Katrin Ebner-Steiner (AfD) welche Auswirkungen die Maskenpflicht auf Säuglinge während der Geburt habe, konnte er entkräften. Auch wenn es eine Belastung für die Mutter sei, werde das Kind dadurch nicht traumatisiert. Sylvia Stierstorfer (CSU) betonte, wie wichtig eine noch engere Vernetzung und Ergänzung der bestehenden Strukturen sei. Mall erläuterte dazu die Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium. „Wir entwickeln derzeit ein Konzept, das in den Kinderpraxen ansetzt. Sie sind die einzigen Einrichtungen, in denen Ärzte Kinder im ersten Lebensjahr mehrfach sehen", erklärte er. Stellten sie einen besonderen Betreuungsbedarf fest, könnten sie diesen direkt an die entsprechenden Partner weitergeben, wie beispielsweise das Jugendamt.

Vorteil: Online-Lernmethoden

Siegmund Hammel, Leiter des Jugendamtes im Landkreis Eichstätt, ist mit den Mitarbeitern der Jugendämter und Trägern von Einrichtungen bayernweit per Videokonferenz in engem Austausch. Gemeinsam erprobten sie neben schichtweisen Arbeitsmodi auch Modelle, um Heimbesuche zu ermöglichen. Er konnte auch Vorteile in der Krise ausmachen. „Bestimmte Online-Lernmethoden motivieren einige Jugendliche deutlich mehr als klassische Präsenz im Unterricht", sagte er. Wichtig sei, differenziert auf die Situation von Familien zu schauen, da sie sehr unterschiedlich mit der Krise umgingen. Einige kommen mit der Selbstorganisation und dem gesunkenen schulischen Druck besser zurecht als andere. Die Betreuung müsse daran angepasst werden. Auch Notfalllisten müsse es geben, die dokumentieren, wo Hausbesuche oder ein täglicher Kontakt per Videoschalte unbedingt nötig seien. Er bedauerte, dass beispielsweise nicht an allen Grundschulen Sozialarbeiter seien. Sie könnten den Zugang zu Kindern erleichtern.

Notbetreuung sicherstellen

Thomas Huber (CSU, stellvertretender Ausschussvorsitzender), machte deutlich, dass fraktionsübergreifender Konsens darüber herrsche, dass entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Das zeigten beispielsweise die Corona-Sonderregelungen sowie die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. „Unsere Aufgabe besteht jetzt vor allem darin, Familien ohne Elternkompetenz stärker in den Blick zu nehmen", kündigte er an. Mall verwies auch auf Risikogruppen, wie zum Beispiel Eltern mit autistischen Kindern. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Becher kritisierte, dass bei der Notbetreuung als Abgrenzungskriterium nicht der Beruf der Eltern gelten dürfe, sondern die jeweilige Situation der Familie beurteilt werden müsse. „Es geht nicht darum, ob jemand systemrelevant ist, sondern ob er in der Lage ist, sich selbst zu organisieren", sagte er. Prof. Dr. Fabienne Becker-Stoll, Direktorin des Staatsinstitut für Frühpädagogik erwartet für die kommenden Monate, dass die Menschen auch wieder verstärkt in die Praxen kommen, was auch wegen anstehender Impfungen wichtig sei. Keiner dürfe dabei aus Angst, sich beim Arzt anzustecken, krank zuhause bleiben. Vorsitzende Rauscher pflichtete ihr bei, dass es auch Aufgabe der Politik sei, angstfreies Verhalten im Alltag zu fördere: „Wir dürfen uns nicht von der Angst regieren lassen." **red**

Aus Corona lernen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Die CSU tritt dafür ein, ein mehrjähriges Belastungsmoratorium für Deutschland zu verhängen – mit einer wirksamen Sozialabgabenbremse, um die Sozialabgaben unter 40 % zu halten, mit einer Energiekostenbremse, indem u.a. die EEG-Umlage gesenkt und gedeckelt und ein Gewerbestrompreis eingeführt wird, und mit einer Bürokratiebremse, die den Erfüllungsaufwand für neue Vorschriften begrenzt und gerade den Mittelstand von unnötiger Bürokratie entlastet.

Kaufanreize für Bürger

Zudem will man mit CDU und SPD über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags neu verhandeln. Um die Binnenanfrage zu steigern, empfiehlt der Leitantrag dafür aber mehr Kaufanreize für alle Bürger, etwa in Form von Reisegutscheinen für Übernachtungen in Deutschland. Der Autoindustrie müsse ebenfalls mit Kaufprämien für umweltfreundliche Fahrzeuge gezielt geholfen werden.

Mit einem staatlichen Investitionsförderprogramm sollen Infrastrukturprojekte vorgezogen werden: neue Straßen und Schienen, moderne Schulen und Universitäten, energetisch sanierte Gebäude sowie ultraschnelle Internet- und Mobilfunkfunkverbindungen. Massiv will die CSU besonders den 5G-Ausbau beschleunigen und bis 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland aufbauen. Dafür soll eine neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit fünf Milliarden Euro ausgerüstet werden.

„So fördern wir insgesamt das Handwerk und die Bauwirtschaft. Gleichzeitig leisten wir einen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums", heißt es weiter. Die CSU bleibe verlässlicher Partner der Kommunen und bekenne sich zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Wir wollen kein Land unterschiedlicher Geschwindigkeiten, sondern gemeinsamen Fortschritt. Damit all das gelingt, müssen wir Investitionsstau am Schreibtisch verhindern. Wir beschleunigen Planungsprozesse und verkürzen Verfahren, wo immer es möglich ist."

High-Tech-Agenda

Für das „nächste Wirtschaftswunder" muss laut Antrag auch im Bereich der Zukunftstechnologien – also etwa bei Robotik und künstlicher Intelligenz – mehr passieren. Auf Bundesebene müsse eine High-Tech-Agenda initiiert werden, in Bayern solle die bestehende Hightech-Agenda „beschleunigt" werden. Frisches Kapital und erhöhte steuerliche Forschungszulagen sorgten für mehr Innovationen. Trotz der Krise dürfe der Klimaschutz aber nicht vernachlässigt werden.

Darüber hinaus müsse die Digitalisierung weiter vorangebracht werden. Jede Schule soll nach Ansicht der CSU mit den zusätzlichen Mitteln des Digitalfonds dafür eine digitale Grundausstattung bekommen. Zudem seien eine digitale duale Weiterbildungsoffensive und zum Bürokratieabbau auch ein Digital-TÜV erforderlich.

Um künftig besser auf Krisen vorbereitet zu sein, fordert die CSU außerdem eine Notfallreserve an Intensivbetten, lebensnotwendigen Medikamenten und Infektionsschutzmaterialien. Pflegekräfte sollen besser bezahlt, Lebensmittel, medizinische und pharmazeutische Produkte wieder verstärkt hierzulande produziert werden. Nötigenfalls müssen Pharmaunternehmen auch verpflichtet werden, von wichtigen Produkten mindestens eine Variante in Europa zu produzieren.

Keine europäische Schuldenunion

Apropos Europa: „Wir sind bereit, unseren Beitrag zu einem europäischen Wiederaufbau nach Corona zu leisten. Die bereitgestellten Mittel müssen allerdings gezielt in Bereiche fließen, die Europa fit für die Zukunft machen – und nicht in eine europäische Schuldenunion. Alle Hilfen müssen ökonomisch sinnvoll und vernünftig bleiben. Deutschland darf nicht selbst zu einem Sanierungsfall werden", warnt Markus Söder.

Das von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene 500-Milliarden-Hilfsprogramm zum Auffangen von Finanzengpässen durch die Corona-Krise in der EU hält der Parteivorsitzende für vertretbar: „Das ist eine große Herausforderung. Für uns als Exportnation ist aber klar: Unsere Wirtschaft funktioniert nur dann, wenn Europa als Ganzes wieder funktioniert." **DK**

Digital Award

Im Rahmen des Virtuellen Parteitags verlieh CSU-Generalsekretär Markus Blume gemeinsam mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Dorothee Bär einen Digital Award an Orts- und Kreisverbände, die die digitale Parteiarbeit, ihre Webseite sowie ihren Social Media-Auftritt am besten gestalteten. Gewinner bei den Ortsverbänden ist Schrobenhausen, bei den Kreisverbänden Bayreuth-Stadt. **DK**

Internationaler Museumstag – digital:

Museen für Vielfalt und Inklusion

Trotz der Corona-Pandemie fand der Internationale Museumstag 2020 statt. Mehr als 70 Museen im Land waren unter Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln für Besucher geöffnet. Insgesamt 700 Museen gestalteten digitale Programme. Unter dem Motto „Museen für Vielfalt und Inklusion" fand der Museumstag in Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Museumsbund, ICOM Deutschland und den Einrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe statt und wurde in enger Kooperation mit den regionalen Museumsverbänden umgesetzt.

In Bayern präsentierten sich Museen unter dem Aktions-Hashtag #MuseenEntdecken auf den Social Media Plattformen, Instagram, Facebook, Twitter oder YouTube, und der eigenen Webseite mit verschiedensten Formaten. Live-Führungen (Livestreaming), 360° Rundgänge, interaktive Ausstellungen, QuizSpiele, Podcasts oder Video-Beiträge machten den Museumstag trotz der Einschränkungen zum Erlebnis.

Live-Rundgänge bot beispielsweise die KZ-Gedenkstätte Dachau auf ihrer Facebook-Seite an. Die Rundgänge wurden simultan von einer Dolmetscherin in Gebärdensprache übersetzt. Das Porzellanikon – Staatliches Museum für Porzellan in Hohenberg an der Eger/Selb warf auf Youtube einen Blick ins Depot. Weiterhin standen Expertengespräche mit den Kuratoren auf der Agenda. Die kunst galerie fürth lud Kinder ab acht Jahren zu einem digitalen LiveWorkshop ein, während das Museum Bayerisches Vogtland virtuellen Besuchern am Museumstag 360°-Panorama-Ansichten des Museums zeigte. Im Museum Quintana in Künzing wiederum begleitete Museumsleiter Dr. Roman Weindl die Besucher in einer mehrteiligen Online-Führung durch das Gebäude.

Der Infopoint Museen & Schlösser in Bayern beteiligte sich seinerseits mit einem digitalen Quiz auf seinem Instagram-Account, das durch die bayerische Museumslandschaft sowie die Ausstellung Münchner Kaiserburg im Alten Hof führte. Auf dem Blog Museumsperlen (www.museumsperlen.de) des Infopoints waren zudem interessante digitale Angebote der Museen in Bayern zusammengestellt.

Kreativität durch Corona

„Wir müssen die bestehenden Strukturen in Kunst und Kultur erhalten und Unterstützung leisten", unterstrich Bayerns Kunstminister Bernd Sibler gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Viele Akteure hätten in der Corona-Krise bislang eine beachtliche Kreativität entwickelt, um ihr Publikum digital zu erreichen und somit einen eigenen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung zu leisten. Mit der Öffnung erster Bibliotheken, Museen oder Ausstellungshäuser seien bereits wichtige Schritte gemacht worden. **DK**

Rain am Lech:

Batteriespeicher am Wasserkraftwerk in Betrieb

Innovatives System sorgt für stabiles Stromnetz

Mit der Inbetriebnahme eines innovativen Hybridsystems aus Wasserkraftanlage und einer Lithium-Ionen-Batterie leisten die Lechwerke einen Beitrag zur Stabilität im Stromnetz: Die LEW Wasserkraft GmbH, eine Tochtergesellschaft der Lechwerke, hat dafür auf dem Gelände des Laufwasserkraftwerks in Rain am Lech einen Hochleistungs-Batteriespeicher installiert und mit der Turbinensteuerung des Kraftwerks gekoppelt. Das Hybridsystem in Rain am Lech ist bayernweit das erste seiner Art.

Bei Bedarf kann die Kraftwerk-Batteriespeicher-Einheit von LEW nun innerhalb von nur 30 Sekunden zusätzlichen Strom in das Netz einspeisen. Ebenso schnell reagiert das Hybridsystem bei Stromüberschuss – beispielsweise, wenn energieintensive Industrieprozesse unvermittelt abgeschaltet werden müssen oder bei unerwartet starker Sonneneinstrahlung auf die PV-Anlagen in der Region. In diesem Fall kann das System Strom aus dem Netz aufnehmen und in der Batterie speichern. Reicht die Batteriekapazität allein nicht aus, um die Netzfrequenz zu stabilisieren, kann die intelligente Steuerung des Hybridsystems zusätzlich die Stromerzeugung der Wasserkraftturbinen je nach Bedarf kurzzeitig drosseln oder erhöhen.

Diese sogenannte Primärregelleistung kann das Hybridsystem des Wasserkraftwerks Rain am Lech mindestens 15 Minuten lang ohne Unterbrechung bereitstellen und so einen Beitrag dazu leisten, Frequenzschwankungen im europäischen Stromverbundnetz kurzfristig auszugleichen. Das LEW-System übernimmt im Stromnetz damit die Funktion eines Ersthelfers, bis andere Energieerzeuger ihre Einspeiseleistung an den aktuellen Strombedarf der Verbraucher anpassen können.

Hybridsystem in Rain ist bayernweit einmalig

„Das Hybridsystem in Rain am Lech ist bayernweit das erste seiner Art. Die Lechwerke übernehmen damit eine Vorreiterrolle bei der Bereitstellung von Primärregelleistung in Verbindung mit regenerativem Strom aus Wasserkraft“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. Mit dieser Primärregelkapazität beteiligt sich LEW an den Ausschreibungen am Regelleistungsmarkt der deutschen Übertragungsnetzbetreiber.

„Der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen ist in der Region bereits sehr hoch. Weil der Stromertrag aus Sonne und Wind aber laufend schwankt, kann das die Frequenzhaltung im europäischen Stromverbundnetz beeinträchtigen. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch vor Ort einen Beitrag zur Stabilisierung des Netzes leisten“, sagt Schürmann. „Unser Hybridsystem im Wasserkraftwerk Rain am Lech ermöglicht uns, die dafür benötigte Primärregelleistung schnell und flexibel bereitzustellen – und das aus erneuerbaren Energien.“

Regelenergie aus Wasserkraft

Grundsätzlich ist jedes Laufwasserkraftwerk technisch dazu in der Lage, Schwankungen im Stromangebot des Netzes auszugleichen. Durch Anpassung des Turbinendurchflusses lässt sich die Stromerzeugung jederzeit kurzfristig verringern oder erhöhen. Dank dieser Flexibilität leisten die von LEW betriebenen Wasserkraftwerke seit Jahren einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Stromversorgung: Im Bereich der Sekundärregelung und der Tertiärregelung (Minutenreserve).

Bei der Sekundärregelung wird die Kraftwerksleistung innerhalb von fünf Minuten so angepasst, dass dieses je nach Zustand des Netzes mehr oder weniger Strom einspeist. Bei der Tertiärregelung stehen dafür sogar fünfzehn Minuten Zeit zur Verfügung. Leistungsanbieter im Bereich der Primärregelung dagegen müssen auf Netzschwankungen innerhalb von 30 Sekunden reagieren und das variabel in sehr kurzen Zeitabständen. Wollte man dies ausschließlich mit den technischen Möglichkeiten eines Wasserkraftwerks erreichen, müsste die Steuerung des Kraftwerks seine Leistung immer wieder und schnell anpassen. Entsprechend hoch wäre der Verschleiß der Mechanik an den Turbinen.

Genau hier setzt LEW mit der neuen Lösung an: Dank des von LEW entwickelten Hybridkonzepts kann das Wasserkraftwerk in Rain am Lech nun auch Primärregelleistung liefern, ohne die nachhaltige Funktionsfähigkeit des Kraftwerks zu gefährden. Die an das Kraftwerk gekoppelte Lithium-Ionen-Batterie mit einer Kapazität von mehr als 1.600 Kilowattstunden wird mit dem Strom aus den Wasserkraftturbinen gespeist. So ist gewährleistet, dass das Hybridkraftwerk auf die regelmäßig auftretenden Abweichungen zum Sollwert der Netzfrequenz von 50 Hertz jederzeit regieren kann. Meldet nun der am Stromnetz vor Ort installierte Frequenzmesser eine Abweichung von diesem Sollwert, startet die Primärregelung und die Leistung aus dem Hybridkraftwerk wird proportional zur Netzfrequenz aktiviert. Wird mehr Strom benötigt, wird Energie aus der Batterie eingespeist. Muss das Netz augenblicklich entlastet werden, nimmt die Batterie Strom auf. Nur wenn die Batteriekapazität und -leistung nicht ausreichen, um die aus dem Hybridkraftwerk vermarkteten Leistungen abzudecken, erfolgt zusätzlich eine Leistungsanpassung der Wasserkraftturbinen.

Prof. Dr. Frank Pöhler, Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH, sieht darin einen großen Vorteil des Hybridsystems: „Der überwiegende Anteil der Primärregelleistung kann allein durch den Batteriespeicher erbracht werden. Eingriffe in die Turbinensteuerung und der damit verbundene Verschleiß der mechanischen Kraftwerkskomponenten werden weitgehend vermieden.“

Anbindung weiterer Stromerzeugungsanlagen

Die Kopplung von Batteriespeicher und Laufwasserkraftwerk in Rain am Lech ermöglicht aktuell eine Primärregelleistung von maximal drei Megawatt. Die LEW-Systeme zur Steuerung und Vermarktung der Primärregelleistung sind bereits darauf ausgelegt, weitere Erzeugungsanlagen in der Region integrieren zu können.

Die Anbindung der LEW-Wasserkraftwerke in Ellgau, Oberpeiching und Feldheim an den vorhandenen Batteriespeicher in Rain am Lech ist bereits in Vorbereitung. Mit Anschluss jedes weiteren Wasserkraftwerks kann LEW die am Ausschreibungsmarkt angebotene Primärregelleistung um ein weiteres MW erhöhen. Zusätzlich bietet LEW auch externen Kunden die Möglichkeit, geeignete Stromerzeugungsanlagen in das LEW-Hybridsystem zu integrieren. Kommunen und Unternehmen könnten dadurch beispielsweise mit einem Heizkraftwerk, einem Blockheizkraftwerk oder einer Biogasanlage am Markt für Primärregelleistung teilnehmen und entsprechende Zusatzerlöse erzielen.

Das Kraftwerk Rain gehört zu den vier leistungsstarken Lechkraftwerken der Rhein-Main-Donau GmbH (RMD) vor der Mündung des Lechs in die Donau. Die Wasserkraftwerke Ellgau, Oberpeiching, Rain und Feldheim erzeugen jährlich etwa 220 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbarer Energie. Mit dieser Menge können mehr als 80.000 Haushalte das ganze Jahr über mit elektrischer Energie versorgt werden. Die vier RMD-Kraftwerke am unteren Lech werden von der LEW Wasserkraft GmbH betrieben und von deren Zentralwarte in Gersthofen bei Augsburg aus überwacht und gesteuert. ❐



Die an das Kraftwerk gekoppelte Lithium-Ionen-Batterie wird mit dem Strom aus den Wasserkraftturbinen des Kraftwerks Rain am Lech gespeist. Sie hat eine Kapazität von mehr als 1.600 Kilowattstunden und ermöglicht aktuell eine Primärregelleistung von maximal drei Megawatt. Bild: LEW Wasserkraft GmbH

52-Gigawatt-Deckel fällt

Endlich Planungssicherheit für Betreiber von Photovoltaikanlagen

Die Einigung der Großen Koalition auf konkrete Schritte zum Ökostrom-Ausbau trifft auf Zustimmung des Genossenschaftsverbands Bayern. „Betreiber von Photovoltaikanlagen erhalten durch den Wegfall des 52-Gigawatt-Deckels endlich die notwendige Planungssicherheit“, betonte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Jürgen Gros.

Ohne den Deckel wäre die Förderung für Photovoltaikanlagen ab einer Ausbauleistung von 52 Gigawatt entfallen. Dieser wird voraussichtlich schon in diesem Sommer erreicht sein.

Die Abschaffung des Deckels galt eigentlich als ausgemacht. Im September des vergangenen Jahres hatte die Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030 eine Streichung der Fördergrenze angekündigt. Trotzdem blieb die Deckelung weiter in Kraft. „Dass es nun so kurz vor Erreichen des Deckels doch noch eine Lösung geben soll, ist zu begrüßen“, sagte Gros. „Die gesetzliche Umsetzung muss nun aber schleunigst folgen“, mahnte er. Man habe schon viel Zeit verloren.

„Dezentrale Energieprojekte sind für das Gelingen der Energiewende entscheidend. Daher ist die nun erzielte Einigung ein wichtiger Schritt“, ergänzte Gros. „Viele Energiegenossenschaften haben im Vertrauen auf den Wegfall dieses Deckels in die umweltfreundliche Stromerzeugung mit Sonnenenergie investiert. Dieses Engagement stand wegen der ausstehenden Klarheit auf dem Spiel. Jetzt ist es höchste Zeit, die Einigung in Gesetzesform zu gießen“, stellte Gros fest. ❐



Bundesnetzagentur veröffentlicht Jahresbericht 2019

„Im Energiebereich leisten wir weiter unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende und begleiten den Umbau der Energielandschaft. In den Verfahren zum Ausbau der Stromnetze konnten wir im vergangenen Jahr weitere wichtige Schritte vorankommen", betonte der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, bei der Vorlage des Jahresberichts 2019.

Die Energiewende schreitet voran. Wie in den zurückliegenden Jahren geht der Anteil konventionell erzeugten Stroms zurück und der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien steigt. Der Aus- und Umbau der notwendigen Infrastruktur sowie die dafür erforderliche Anpassung regulatorischer Rahmenbedingungen bestimmten die Arbeit der Bundesnetzagentur.

Energiewende schreitet voran

Laut Jahresbericht schwächte sich 2018 der Anstieg der Elektrizitätserzeugung aus Erneuerbaren Energien leicht ab. Dennoch erreichte der Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien am inländischen Bruttostromverbrauch mit 37 Prozent einen neuen Höchststand.

2019 gab es beim Ausbau des Stromnetzes deutliche Fortschritte in den Genehmigungsverfahren. Für einzelne Abschnitte der Gleichstromleitungen wurde mit den Planfeststellungsverfahren begonnen. Insgesamt sind rund 7.700 km Ausbau im deutschen Stromnetz geplant. Davon wurden bisher ca. 830 Leitungskilometer genehmigt und 1.300 km realisiert. „Die Kosten für den Erhalt der Systemsicherheit liegen mit 1,4 Mrd. Euro weiterhin auf einem hohen Niveau. Nur der zügige Ausbau des Stromnetzes wird die Kosten langfristig senken können", heißt es in dem Bericht.

Die Bundesnetzagentur hat den Netzentwicklungsplan Strom 2019-2030 bestätigt. Dieser umfasst im Vergleich zum geltenden Bundesbedarfsplan knapp 3.600 zusätzliche Trassenkilometer, von denen der Großteil als Verstärkung bereits bestehender Verbindungen geplant ist.

So ist bis 2030 ein zusätzlicher Höchstspannungs-Gleichstromübertragung-Korridor zwischen Schleswig-Holstein über Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen zu errichten, insbesondere auch um den zusätzlichen auf See und in Norddeutschland erzeugten Strom aus Windenergie zu den südlicher gelegenen Verbrauchszentren zu transportieren.

Erstmalig wurde im Netzentwicklungsplan das Ziel der Bundesregierung zu Grunde gelegt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent zu erhöhen. Genehmigt wurden nur die Netzausbaumaßnahmen, die auch nach einem vollständigen Kohleausstieg bis 2038 energiewirtschaftlich notwendig sind. **DK**





In der Netzleitstelle in Neunburg (Foto Archiv) wird der sichere Netzbetrieb koordiniert. Die NABEG-Novelle fordert künftig eine stärkere Zusammenarbeit der Netzbetreiber. Bild: Uwe Moosburger/Bayernwerk

Bayernwerk:

Stromnetzbetreiber koordinieren künftige Zusammenarbeit

Regensburg. Die gemeinsame Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben zum sogenannten Redispatch 2.0 hat die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) kürzlich bei einem Webinar mit 220 Teilnehmern von Unternehmen, Verbänden und nachgelagerten Netzbetreibern im Bayernwerk-Netzgebiet vorgestellt. Die Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) bringt grundlegend neue Anforderungen für Verteilnetzbetreiber. Das Gesetz fordert in Zukunft eine Intensivierung der Koordination aller Stromnetzbetreiber in Bayern, um Kosten für Netzsicherheitsmaßnahmen zu reduzieren und die Planbarkeit von Prozessen zu erhöhen.

Von der Gesetzesänderung Redispatch 2.0 sind alle Netzbetreiber gefordert, an deren Stromnetze Erzeugungsanlagen angeschlossen sind. Ab Oktober 2021 müssen auch EEG- und KWKG-Anlagen und Speicher ab einer Nennleistung von 100 kW sowie steuerbare Anlagen auch kleiner 100 kW eingebunden werden. Doch die vermehrte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen beeinflusst zunehmend die Lastflüsse in den Stromnetzen, denn die Anzahl der dezentral und volatil einspeisenden Anlagen erhöht sich kontinuierlich. Auch in Bayern.

Neue Funktionalitäten

„Die Zukunft der Energieerzeugung findet dezentral bei uns Verteilnetzbetreibern statt und stärkt unsere Verantwortung. Die Schlüsselrolle der Stromnetzbetreiber in Bayern wurde erkannt und in der neuen Gesetzesregelung berücksichtigt. Der optimierte Redispatch trägt dazu bei, durch neue Funktionalitäten das Stromnetz fit zu machen für den weiteren Zubau Erneuerbarer-Energien-Anlagen. Wir freuen uns diese Herausforderung gemeinsam mit den bayerischen Netzbetreibern zu meistern", erklärte Robert Pflügl, Geschäftsführer Bayernwerk Netz GmbH.

Das Bayernwerk bereitet sich mit der Entwicklung und späteren Einführung notwendiger Prozesse auf die neuen Anforderungen vor. Zum Start der Kooperation hat sich Bayerns größter Verteilnetzbetreiber mit Vertretern von mehr als 100 Unternehmen, Verbänden und Netzbetreibern bei einem Online-Seminar abgestimmt

Unterstützung vom VBEW

Im ersten Teil des Online-Treffens haben die Vertreter von Unternehmen, Verbänden und Netzbetreibern ein gemeinschaftliches Verständnis für die aus der NABEG-Novelle ableitbaren Verantwortlichkeiten erarbeitet. „Die Initiative, die das Bayernwerk ergreift, um mit weiteren bayerischen Stromnetzbetreibern gemeinsam nach Lösungen zu suchen, Redispatch 2.0 umzusetzen, empfinde ich sehr wichtig. Der VBEW unterstützt dieses Projekt natürlich sehr gerne. Es ist die logische Konsequenz aus der angestrebten Dezentralisierung unserer Stromversorgung", sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, zur Begrüßung. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung haben die Teilnehmer die Änderungen der politischen Rahmenbedingungen und die steigende Verantwortung der Verteilnetzbetreiber mit dem Redispatch 2.0 gemeinsam eingeordnet.

Weiterer Gedankenaustausch

Der zweite Teil des Webinars widmete sich dem Austausch zu den einzelnen für Redispatch 2.0 notwendigen Funktionalitäten und Teilprozessen. Die Teilnehmer tauschten sich über die künftige Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Netzebenen und der verschiedenen Netzbetreiber aus. Die regulativen Anforderungen zum Redispatch 2.0 in Bayern sollen in den kommenden Monaten weiter intensiv besprochen und angegangen werden. ❒

dena-Studie:

Sichere Stromversorgung auch 2050 möglich

Die Klimaschutzziele für 2050 können – entsprechende Anstrengungen vorausgesetzt – erreicht und dabei die Nachfrage nach Energie zuverlässig gedeckt werden. Dies haben in den vergangenen Jahren diverse Studien gezeigt. Damit auch die Versorgungssicherheit weiterhin bis 2050 gewährleistet werden kann, muss neben der Bereitstellung der benötigten Energiemengen auch ein zuverlässiger Betrieb der Stromnetze sichergestellt werden. Auf diesen Aspekt einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung – die sog. Systemsicherheit – legt eine aktuelle Studie der Deutsche Energie-Agentur (dena) ihr Augenmerk.

„Die Versorgungssicherheit ist ein zentrales energiepolitisches Ziel. Die Diskussion um eine sichere und zuverlässige Energieversorgung fokussiert allerdings zu sehr darauf, wie benötigte Energiemengen bereitgestellt werden können. Das greift zu kurz. Auch der Betrieb des Systems muss trotz steigender Komplexität reibungslos funktionieren", erklärt Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung.

„Die dena-Studie zeigt erforderliche technische Weiterentwicklungen von dezentralen Anlagen und Prozessen auf. Eine besondere Herausforderung ergibt sich durch die lange Nutzungsdauer von Anlagen im Stromnetz. Damit sichergestellt ist, dass Anlagen, die in den kommenden Jahren ans Netz gehen, die Fähigkeiten für eine zukünftige Systemsicherheit mitbringen, müssen technische Vorgaben und regulatorische Rahmenbedingungen vorausschauend definiert werden."

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass vom Zieljahr 2050 aus betrachtet ein sicherer Systembetrieb technisch möglich ist. Die hierfür erforderlichen Weiterentwicklungen heutiger Technologien und Prozesse sind nach Einschätzung der dena-Plattform Systemdienstleistungen realisierbar. Voraussetzung dafür, dass künftige Netznutzer die erforderlichen technischen Eigenschaften mitbringen, ist die vorausschauende Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen und technischen Anschlussrichtlinien.

Komplexe Aufgabe

Das integrierte Energiesystem der Zukunft zu betreiben, wird auch eine komplexe Koordinationsaufgabe. Das Verhalten einer großen Anzahl von dezentralen Erzeugungsanlagen muss mit den Anforderungen des Systems in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus gewinnt die netzebenenübergreifende Zusammenarbeit an Bedeutung, weil potenzielle Erbringer von Systemdienstleistungen zunehmend in den Verteilnetzen angeschlossen werden.

Das Blindleistungsangebot nimmt in den Übertragungsnetzen aufgrund des Kernenergie- und Kohleausstiegs bereits vor 2050 erheblich ab. Die Untersuchung zeigt, dass 2050 theoretisch das Potenzial besteht, die stationären Blindleistungsbedarfe der Übertragungsnetze aus Quellen in den Verteilnetzen zu decken. Voraussetzung dafür ist, dass Wirkleistungsengpässe durch Netzausbau weitgehend beseitigt werden und die dezentralen Erzeugungsanlagen im Verteilnetz in der Lage sind, unabhängig von ihrer Einspeisung Blindleistung bereitzustellen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die identifizierten Potenziale nur zu Teilen abgerufen werden können, wenn die Stromnetze künftig für einen höheren Stromtransport optimiert werden.

Mehr Gaskraftwerke vonnöten

Der Netzwiederaufbau wird in Zukunft komplexer werden, da das Verhalten von einer Vielzahl dezentraler Anlagen netzebenenübergreifend einbezogen werden muss. Gleichzeitig werden langfristig zusätzliche Gaskraftwerke benötigt, um die Stromnachfrage zu decken. Da diese Kraftwerke für den Netzwiederaufbau genutzt werden können, kann dena zufolge an den bestehenden Konzepten für den Netzwiederaufbau prinzipiell festgehalten werden.

Je nachdem, in welcher Spannungsebene die schwarzstartfähigen Kraftwerke angeschlossen sein werden, müssen bestehende Konzepte allerdings weiterentwickelt werden. Es besteht die Möglichkeit, dass künftig inselnetzfähige Bereiche für die lokale Wiederversorgung entstehen. Ob diese technischen Fähigkeiten sinnvoll für den überregionalen Netzwiederaufbau genutzt werden können, sollte Gegenstand weiterer Forschung sein.

Mit Blick auf Frequenzhaltung und -stabilität zeigt die Studie, dass 2050 ein kleiner Anteil der Windkraft- und Photovoltaikanlagen sowie flexible Lasten ausreichend Leistung für die Frequenzrückführung durch Sekundär- und Minutenregelleistung bereitstellen könnten. Hierfür sind die notwendigen Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen.

Die Frequenzstabilisierung durch Primärregelleistung ist auf einen Kraftwerksausfall von 3 GW ausgelegt. Bis 2050 müssen aus dena-Sicht weitere Maßnahmen ergriffen werden, damit in einer solchen Situation der Normalbetrieb aufrechterhalten werden kann. Die Studienergebnisse zeigen, dass hierfür keine zusätzliche Momentanreserve erforderlich wäre.

Prinzipiell können dezentrale Energieanlagen (Erzeuger, Speicher und Lasten) Momentanreserve bereitstellen, allerdings nur, wenn sie mit netzbildenden Umrichtern ausgestattet werden. Die entsprechenden Konzepte und erforderlichen Technologien sind vorhanden, müssen aber noch weiterentwickelt werden. Auch die Potenziale einer regionalen Optimierung von Angebot und Nachfrage, um Leistungssprünge bei einem System Split zu begrenzen, sind noch nicht ausreichend untersucht. Gleiches gilt für eine mögliche Nutzung von HGÜ-Leitungen, um Leistungsdifferenzen zwischen Teilnetzen teilweise auszugleichen. **DK**



Stefan Pastötter aus Schönram, Vorstandsmitglied des bayerischen und deutschen Wasserkraftverbandes, ist einstimmig von allen Mitgliedsstaaten der EU zum Vorstandsmitglied des europäischen Verbandes für erneuerbare Energien (EREF) in Brüssel gewählt worden. Hier vertritt er ab sofort die Interessen der deutschen Wasserkraft.
In enger Zusammenarbeit mit EREF-Generalsekretär Dirk Hendricks, der sich in Brüssel für einen Systemwandel hin zu Erneuerbaren Energien engagiert, will er dazu beitragen, die erfolgreiche Arbeit der EREF fortzusetzen und weiter auszubauen. Hier will er besonders die heimische Wasserkraft in den Fokus nehmen und fördern. Unser Bild zeigt Stefan Pastötter (l.) mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei einer Veranstaltung in Traunstein (Wasserkraftwerk Gfaller) vor Corona. Bild: VWB

Bund-/Länder-Treffen der Energieminister:

Netzausbau beschleunigen, Investitionen verstärken

Die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder auf den Wachstumspfad zu führen, war Ziel des jüngsten Energieministertreffens via Videokonferenzschalte. Schwerpunkte der Beratung waren die Themen Netzausbau und verstärkte Investitionen in die Energiewende.

Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier „schreitet der Netzausbau in Deutschland Schritt für Schritt voran. Im vergangenen Jahr waren rund die Hälfte aller Projekte nach dem Gesetz zum Ausbau der Energieleitungen in Betrieb, ein weiteres Drittel ist bereits im Bau. Bis Jahresende 2020 sollen dann rund 90 Prozent dieser Vorhaben in Bau oder in Betrieb sein.

Von den großen Nord-Süd-Stromautobahnen steht nun beim SuedOstLink als erste Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung der komplette Trassenkorridor fest. Bis Ende des Jahres sollen knapp 90 Prozent der Vorhaben nach dem Bundesbedarfsplangesetz in der Planfeststellungsphase oder weiter sein. Wir dürfen aber nicht nachlassen. Bund und Ländern müssen auch weiterhin kontinuierlich an einer Beschleunigung des Netzausbaus arbeiten.“

Über die Anstrengungen beim Netzausbau hinaus forderten die Energieministerinnen und -minister der Länder verstärkte Investitionen in die Energiewende und stellten dazu gegenüber dem Bund ihr Positionspapier vor, das weitreichende Investitionsanreize und Förderungen vorsieht und auch Entlastungen des Strompreises in den Blick nimmt.

Der Vorsitzende des Energieministertreffens, Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Nordrhein-Westfalen) wies darauf hin, dass die Energiewende ein wichtiger Wachstumsmotor zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden kann. „Damit das gelingt, brauchen wir jetzt starke Anreize für weitreichende Investitionen in erneuerbare Energien, intelligente Stromnetze und Wasserstoffinfrastrukturen. Kurzfristig fordern wir von der Bundesregierung darüber hinaus die dringend notwendige Streichung des 52 GW Förderdeckels bei der Photovoltaik, die Verabschiedung des Kohleausstiegsgesetzes noch vor der Sommerpause und eine deutliche Entlastung der Stromverbraucher, beispielsweise durch Senkung von Stromsteuer und EEG-Umlage.“

Ausstieg aus dem Krisenmodus

Laut Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger sorgt die Energiewende insgesamt für Wachstum, schafft Arbeitsplätze und steht für eine nachhaltige Wertschöpfung. Bayern unterstützt deshalb ausdrücklich die Forderung, die EEG-Umlage spürbar abzusenken und zu stabilisieren. Dadurch würden Haushalte, Mittelstand und Industrie ganz gezielt entlastet werden. „Mit dieser Maßnahme erleichtern wir der Wirtschaft den Ausstieg aus dem Corona-Krisenmodus. Gleichzeitig muss sich beim Thema Wasserstoff endlich etwas bewegen. Wir erwarten uns zeitnah die Verabschiedung der nationalen Wasserstoffstrategie, damit wir dieser Technologie in ganz Deutschland zum Durchbruch verhelfen. Das Potenzial für die Stromproduktion und die Mobilität ist immens.“

Energiewende

Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einer ersten Reaktion auf das Treffen betonte, gehe es neben gezielten Fördermaßnahmen vor allem darum, den Entscheidungsstau bei der Energiewende endlich aufzulösen. So hingen etwa kommunale Windparks mit ca. 1,2 GW installierter Leistung im Genehmigungsprozess fest. Die Investitionssumme dieser Parks allein betrage ungefähr 1,3 Milliarden Euro.

Ein starker Impuls kann aus Liebings Sicht auch von einer Überarbeitung des Systems der Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich ausgehen. Dadurch könnten die Stromkunden erheblich entlastet und gleichzeitig die dringend notwendige Sektorenkopplung vorangebracht werden.“ Denn klar ist: Bei den Maßnahmen, die jetzt beschlossen werden, reicht es nicht aus, lediglich auf den Status vor der Krise zurückzukommen. Vielmehr müssen wir die geplante Konjunkturbelebung nutzen, um einen entscheidenden Schritt bei Klimaschutz, Energiewende und Modernisierung der Infrastrukturen in Deutschland voranzukommen und dabei die Kommunen und ihre Unternehmen auf dem Weg in die neue Energiewelt zu unterstützen.“

Dies gelte auch für die Themen Energieeffizienz und Wärmewende. Hier schlummerten erhebliche Potenziale, die dringend realisiert werden müssen. Kommunale Unternehmen seien im Rahmen der Energieberatung, der Energieeffizienznetzwerke und der Erzeugung und Verteilung von Nah- und Fernwärme zentrale Akteure, die der Energieeffizienz und der Wärmewende vor Ort besser auf die Sprünge helfen können. Da damit erhebliche Investitionen und lokale Wertschöpfung generiert werden können, müsse ein kommunales Klima-Konjunkturprogramm auch diese beiden Aspekte ins Zentrum rücken. **DK**

Holzverwendung nützt dem Klima

Nachhaltige Waldbewirtschaftung und Holznutzung reduzieren nachweislich die Treibhausgas-Emission

Die stoffliche und energetische Nutzung von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern hat deutlich positive Effekte für den Klimaschutz. Das geht unter anderem aus dem Klimaschutzgutachten 2016 der wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung sowie aus der Kohlenstoffinventur 2017 des Thünen-Institutes für Waldökosysteme hervor.

Auch zahlreiche weitere Untersuchungen belegen, dass die nachhaltige Erzeugung sowie die stoffliche und energetische Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz eine bessere CO2-Bilanz erzielen als die alleinige Erhöhung des Kohlenstoffspeichers bei Nutzungsverzicht in den Wäldern.

Aktuell speichern Bäume und Böden der Wälder bundesweit etwa 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, weitere 34 Millionen Tonnen sind im Totholz gespeichert, Tendenz steigend. Damit entlastet der Wald die Atmosphäre jährlich um rund 62 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Das entspricht sieben Prozent der Emissionen in Deutschland.

Das Bauen, Heizen oder die Stromerzeugung mit Holz ersetzen die CO2-intensive Aufbereitung und Verwendung der begrenzt vorrätigen fossilen Ressourcen Kohle, Öl und Gas. Die Substitutionseffekte der stofflichen und energetischen Holzverwendung eingerechnet verdoppelt sich der Kompensationseffekt der Waldnutzung auf 120 Millionen Tonnen CO2-Einsparung pro Jahr.

Der positive Klimaeffekt ist am größten bei regionaler Verwendung von Holz, das nach langfristiger Mehrfachnutzung am Ende der Nutzungskette zur Energieerzeugung eingesetzt wird. Dabei leistet auch die energetische Nutzung von Holz einen Beitrag zum Klimaschutz.

Holzverbrennung ist weitgehend klimaneutral

Die energetische Nutzung von Holz macht etwa ein Drittel aller erneuerbaren Energien in Deutschland aus, bei erneuerbarer Wärme sind es sogar rund 75 Prozent. Dabei trägt die energetische Nutzung von Holz kaum zum Treibhausgaseffekt bei. Selbst im Vergleich zu Erdgas-Brennwertheizungen kann Holz mit einer zehnfach besseren Treibhausbilanz punkten. Für die effiziente und emissionsarme Wärmeerzeugung aus Holz steht eine Vielzahl modernster Heizungskessel zur Verfügung.

Durch die nachhaltige, naturnahe Waldbewirtschaftung stellt die Forstwirtschaft sicher, dass der Wald nicht übernutzt wird. Pro Jahr wird weniger Holz eingeschlagen als im gleichen Zeitraum nachwächst.

Mit dem schrittweisen Waldumbau – von nadelbaumdominierten Wäldern hin zu naturnahen Mischwäldern – wird der bewirtschaftete Wald seit den 1990-er Jahren an die Erfordernisse des Klimawandels angepasst und die biologische Vielfalt erhöht. ❒

Energiemonitor zeigt:

Erneuerbare Energien im Aufwärtstrend

In den vergangenen Wochen konnte der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm bereits mehr als 50 Prozent des verbrauchten Stroms aus regenerativen Quellen beziehen.

Wie Doris Rottler vom Sachbereich Energie und Klimaschutz am Landratsamt mitteilt, lag am 21.04.2020 der Anteil an regenerativen Energien dann bei 100 Prozent (Stand 12.00 Uhr). „Doch nicht nur das: Neben der vom Landkreis benötigten Menge an Strom von mehr als 26.000 kWh konnten weitere 11.000 kWh in das Netz eingespeist werden.

Strommix

Unser Landkreis versorgte zu dem Zeitpunkt also nicht nur uns selbst mit Strom, sondern stellte über das Netz anderen Regionen Strom aus regenerativen Energien zur Verfügung“, so Doris Rottler. Die Hauptstromlieferanten sind aktuell die vielen kleineren und größeren Photovoltaik-Anlagen sowie die Windkraft. Doch auch Biomasse- und Wasserkraft-Anlagen liefern einen wichtigen Anteil an unserem Strommix. Versorgt werden mit diesem nicht nur Privathaushalte und kommunale Anlagen, sondern auch Industrie und Gewerbe, die Hauptabnehmer mit fast 20.000 kWh sind. Rottler: „Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir zwar temporär schon mehr Energie erzeugen, als wir im Landkreis benötigen, an der Obergrenze sind wir damit jedoch noch nicht. Während die Auslastung bei den Wasserkraftwerken bei 87 % lag, waren gerade einmal zwei Drittel der PV-Anlagen ausgelastet.“

Schwankende Werte

Die oben genannten Werte würden allerdings nur den Moment widerspiegeln. „Die Werte schwanken teilweise stark. Man denke da beispielsweise an Photovoltaik-Anlagen, die nachts keine elektrische Energie erzeugen. Dadurch entsteht ein Tag-/Nacht-Gefälle“, so die Energieexpertin. Wer mehr über den aktuellen Strommix erfahren möchte, kann sich online unter https://energiemonitor.bayernwerk.de/pfaffenhofen-landkreis informieren. Hier gibt es einen aktuellen Stand über den Anteil der erneuerbaren Energien im Landkreis sowie eine Übersicht über die vergangene Woche, den vergangenen Monat und das vergangene Jahr. ❒

Gemeinsam die Klimakrise verhindern!

Offener Brief von Hans Gröbmayr, Energieagentur Ebersberg-München

Die Klimakrise zum Inhalt hat ein offener Brief des Geschäftsführers der Energieagentur Ebersberg-München, Hans Gröbmayr. Darin wendet er sich konkret an die „neu gewählten und in ihren Ämtern bestätigten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“.

Laut Gröbmayr ist bei der Klimakrise kein Ende in Sicht. Hier warne die Wissenschaft schon lange vor einem Zustand der Erde, bei dem es kein Zurück in einen Normalzustand mehr geben wird. „Wir haben nicht mehr viel Zeit, das Unsere zu tun, um diese existenzielle Bedrohung des Lebens auf der Erde zu verhindern. Die Wissenschaftler sprechen von einem Zeitraum von zehn Jahren – weniger als zwei Legislaturperioden“, mahnt der Geschäftsführer.

Dramatische Folgen

Klimarelevante Gase, vor allem CO2, reicherten sich in der Atmosphäre an und bauten sich erst in hunderten von Jahren wieder ab. In dieser langen Zeit trügen sie dazu bei, den Erdball aufzuheizen, erläutert Gröbmayr in seinem Schreiben. „Jeder von uns spürt die Auswirkungen schon jetzt. Ohne Corona-Krise würden wir vom letzten nicht vorhandenen Winter, von der schon wieder bedrohlichen Trockenheit und vielleicht auch von den Waldbränden in Australien oder rund um Tschernobyl sprechen. Wenn wir die Erderhitzung vor Erreichen der sogenannten Kippunkte nicht aufhalten können, gibt es nichts mehr zu retten.“

Nach Gröbmayrs Überzeugung werden die Folgen der Klimakrise wesentlich dramatischer sein als jene der Corona-Pandemie. Sicher sei aber auch, „dass das Verhindern der Klimakrise mit wesentlich geringeren Einschränkungen verbunden wäre, als wir jetzt bereit sind, hinzunehmen“.

Das Ausschöpfen der Einsparpotenziale sowie der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien und Speichertechnologien einschließlich Wasserstofftechnik wird nach seinen Worten dazu beitragen, „dass wir eine maximale Versorgungssicherheit und eine optimale Wertschöpfung in unserer Region haben“. Zudem schafften und sicherten die zukunftsfähigen Technologien dringend benötigte Arbeitsplätze.

Finanzmittel sinnvoll einsetzen

Auch die Zusammenhänge zwischen Gesundheitsschutz, Artenschutz und Klimaschutz seien eindeutig belegt und wirkten sich gravierend auf das Wohlergehen aus. Die derzeit zur Bewältigung der Krise zur Verfügung gestellten Finanzmittel sollten als Rettungsschirm und Chance zum Aufbau einer klimafreundlichen, zukunftssicheren und nachhaltigen Wirtschaft begriffen werden.

„Mit Ihrer Wahl haben Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in Sie gesetzt, der großen Verantwortung gerecht zu werden“, betont Gröbmayr. „Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, die Klimakrise zu verhindern. Jetzt. Denn wenn es zu spät ist, können wir nichts mehr tun.“ **DK**



Bündnis wirbt für mehr grüne Wärme

Ein Zusammenschluss aus Gewerkschaften, Verbänden, Genossenschaften und Klimaschutzorganisationen, darunter VKU und Klima-Allianz Deutschland, wirbt für mehr grüne Wärme in der Nah- und Fernwärmeversorgung. Das Bündnis schlägt ein konjunkturstimulierendes Förderprogramm für grüne Wärmenetze vor. Damit soll die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare oder klimaneutrale Quellen erleichtert werden.

Das Programm solle vor allem darauf abzielen, Wärmenetze in Stadt und Land um- und auszubauen, sie zu verdichten und sukzessive mit erneuerbarer Wärme zu befüllen. Im Bestand beliefern Wärmenetze nicht selten eine große Vielzahl von Abnehmern, aber auch gewerbliche und industrielle Kunden mit Wärme. Hier gehe es darum, die Wärmequelle im Sinne der Klimaneutralität sukzessive umzustellen. Hierzu dienten – neben direkten erneuerbaren Wärmequellen – PtH-Anlagen (E-Heizer, Groß-Wärmepumpen) und Wärmespeicher. Auch im Neubau könnten Wärmenetze einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten – insbesondere, wenn Bestandsgebäude integriert werden – und die Wärmequelle und die Gebäude unmittelbar aufeinander abgestimmt werden können.

Wärmenetze 4.0

Die offensive Förderung von erneuerbaren und klimaneutralen Wärmenetzsystemen sei notwendig, weil die Wärmewende aufgrund ihrer Komplexität nicht ohne weiteres gelingen wird. Deshalb bedürfe diese Förderung unterschiedlicher Instrumente, die sich in folgenden Förderschwerpunkten wiederspiegeln: An erster Stelle steht, mehr erneuerbare und klimaneutrale Wärme in bestehende und neue Wärmenetze zu bringen. Die bestehenden Ansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (EE-Bonus) sind zu zaghaft und schließen einige EE-Technologien sogar aus. Auch müssen, so das Bündnis, bestehende große Wärmenetzsysteme in Ballungsräumen nicht zuletzt großflächig umgebaut werden, um klimaneutrale und erneuerbare Wärme aufzunehmen, zu transportieren und für die Kunden nutzbar zu machen.

Das bestehende Programm „Wärmenetze 4.0“ sei zu eng ausgelegt und enthalte vielfach unrealistische Förderbedingungen (zum Beispiel für Bioenergie), heißt es weiter. Es sollte auf eine breitere Basis gestellt und besser ausgestattet werden. Weiter wird festgestellt, „dass kommunale Wärmeplanung heutzutage zu oft an der zu geringen Ausstattung der Kommunen mit Fachkräften und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen scheitert, jedoch ein Schlüssel für die Dekarbonisierung der Wärmenetze ist“.

Potenziale ermitteln

Die Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Kommunen und die Förderung der Wärmeplanung selbst sollten dazu beitragen, eine hochwertige Wärmeplanung einführen und umsetzen zu können. Dies gelte zum Beispiel für die gezielte Ermittlung von EE-Wärme- oder Abwärmepotenzialen in Wärmekatastern (Wärmebedarfspläne, Wärmelandkarten). Auch könnten Kosten eingespart werden durch Verzahnung der Wärmenetzplanung und der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, etwa durch Mitverlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel.

Darüber hinaus würde der breitere Einsatz von Wärmespeichern und Power-to-Heat-Anlagen helfen, deutlich mehr ansonsten abgeregelten EE-Strom in ein Wärmesystem zu integrieren (Nutzen-Statt-Abregeln). Die bisherigen Förderansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (pth-Bonus) seien zu halbherzig und sollten auf eine breitere Basis gestellt werden. Zwar seien Wärmetechnologien in der Regel gut in den Markt eingeführt, jedoch bestünden nicht selten Skalierungslücken. So habe es in der Vergangenheit beispielsweise für Groß-Wärmepumpen kaum oder keine Anwendungsfelder gegeben. Eine zeitlich begrenzte „Sprinterprämie“ zur Realisierung von Skalierungssprüngen könne die Wärmewende entscheidend beschleunigen, betont das Bündnis.

Ein zentraler Ansatzpunkt für die Nutzung von Großwärmepumpen oder PtH in Wärmesystemen sei zudem die Weiterentwicklung des Systems für Abgaben und Umlagen auf Strom. Die in Verbindung mit der Einführung des Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vorgesehene Absenkung der EEG-Umlagen sei hierzu ein erforderlicher erster Schritt. **DK**



V.l.: Manja Hager, Hauswirtschaftsleiterin, Arthur Lettenbauer, Kreisgeschäftsführer, Jennifer Sax, Pflegedienstleiterin. Bild: erdgas schwaben

erdgas schwaben spendet 5.000 Euro

Laptops und selbstgenähte Schutzmasken für BRK-Pflegezentrum in Donauwörth

„Gerade unseren Bewohnern fehlt der Besuch“, erklärt Arthur Lettenbauer, Kreisgeschäftsführer des Roten Kreuzes in Nordschwaben. „Ohne Besuch bauen viele Bewohner geistig leider sehr schnell ab. Mit dem Videochat können sie den Kontakt zu ihren Liebsten aufrechterhalten und bleiben somit aktiv.“

Laptops für die Bewohner des Pflegezentrums in Donauwörth konnte der Kreisverband Nordschwaben des Roten Kreuzes besorgen. erdgas schwaben hatte dafür 5.000 Euro gespendet. Mit den neuen mobilen Geräten können die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegezentrums mit ihren Angehörigen per Video-Chat im Kontakt bleiben, auch wenn einzelne Besuche wieder möglich sind. Zudem wurde Schutzausrüstung für Rettungsdienstmitarbeiter und Pflegepersonal sowie Spezial-Stoff für rund 3.000 Mund-Nase-Masken angeschafft.

Nähen für den Eigenbedarf

Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie war Schutzkleidung für den Rettungsdienst und das Pflegepersonal Mangelware und wegen der gesteigerten Nachfrage deutlich teurer als zuvor. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Roten Kreuzes wurden selber aktiv und nähten Mund-Nase-Masken für den Eigenbedarf. Die Spende von erdgas schwaben wurde sowohl für den besonderen Stoff als auch für Schutzausrüstung verwendet. ❐

„Anti-Corona-Quick-Check“ für Versorgungsunternehmen

Überprüfung des betrieblichen Corona-Pandemiemanagements

Als Betreiber kritischer Infrastrukturen sind die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft in diesen Zeiten besonders gefordert und dafür mit ihrem vorhandenen Krisen- und Notfallmanagement professionell aufgestellt. Die Versorger haben im Rahmen dessen Prozesse aufgesetzt, die regelmäßig getestet, geprüft und evaluiert werden und die auch im Falle einer Pandemie wie dieser greifen.

Zur unabhängigen Überprüfung des betrieblichen Pandemiemanagements bietet der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW über seine Dienstleistungsgesellschaft mbH den Mitgliedern ab sofort einen „Anti-Corona-Quick-Check“ an. Als erstes Unternehmen haben die Stadtwerke Weilheim i. OB Kommunalunternehmen (KU) das Audit erfolgreich abgelegt.

Auch in der Corona-Krise gut gerüstet

Im Rahmen des „Anti-Corona-Quick-Checks“ werden die unternehmensspezifisch getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Pandemiemanagement durch ein Interview und eine Vor-Ort-Begehung überprüft. Maßstab dafür sind u. a. die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 16.04.2020 herausgegebenen „SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards“ sowie die mittlerweile branchenspezifisch gesammelten Erfahrungen zum Corona-Pandemiemanagement des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW.

Das Ergebnis der Überprüfung wird mit den gegebenenfalls vorhandenen Verbesserungspotentialen dokumentiert und mit einer Urkunde bestätigt. „Staat und Gesellschaft können sich auf die im VBEW organisierten Energie- und Wasserversorger verlassen, sie sorgen auch in Krisenzeiten für eine sichere Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Wasser“, stellte Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW, fest.

Stadtwerke Weilheim als 1. bayerisches Versorgungs-Unternehmen geprüft

Die Stadtwerke Weilheim haben als erstes bayerisches Versorgungsunternehmen den “Anti-Corona-Quick-Check“ bestanden und ihr betriebliches Pandemiemanagement im Rahmen eines ausführlichen Interviews und einer Vor-Ort-Begehung erfolgreich überprüfen lassen.

„Wir nehmen den Schutz unserer Kunden und Mitarbeiter sehr ernst. Denn nur mit gesunden Mitarbeitern können wir in dieser Pandemie die Versorgung aufrechterhalten“, resümierte Peter Müller, Vorstand und Geschäftsführer der Stadtwerke Weilheim. ❐



V.l.: Volker Noe, Geschäftsführer der OCTOTHORPE GmbH, Peter Müller, Vorstand und Geschäftsführer der Stadtwerke Weilheim und Detlef Fischer, Geschäftsführer der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH. Bild: VBEW

Solarpotenzialkataster für Stadt und Landkreis Hof

Klimaschutz in Form von Energieeinsparung und Erneuerbaren Energien ist in aller Munde. Einen wertvollen Beitrag kann der Ausbau von Solarenergie leisten. Stadt und Landkreis Hof haben jetzt ein Solarpotenzialkataster vorgestellt. Im kostenlosen Online-Portal https://www.landkreis-hof.de/solarpotenzialkataster kann jeder schnell und unkompliziert prüfen, ob das eigene Dach für eine Solaranlage geeignet ist und ob sich eine Investition finanziell rechnet.

Bei der Berechnung im Solarpotenzialkataster wird auch berücksichtigt, ob und wie lange das jeweilige Dach durch benachbarte Bäume oder Häuser beschattet wird. Zudem finden Interessierte Hinweise zu Planung und Bau einer Solaranlage und nützliche Links auf weiterführende Seiten.

Sonnenenergie selbst nutzen

Ziel ist es, die gewonnene Sonnenenergie größtenteils selbst zu nutzen. Überschüssige Energie wird im eigenen Energiespeicher bevorratet oder ins öffentliche Netz eingespeist. Beispielsweise können mit Photovoltaik-Anlagen Elektrogeräte betrieben oder E-Autos geladen werden. Durch Solarthermie ist die Beheizung des Gebäudes sowie die Warmwasserbereitung möglich.

Insgesamt wurden in Stadt und Landkreis Hof 129.000 Gebäude auf ihre Eignung für Photovoltaik und Solarthermie untersucht. Laut der Solarpotenzialanalyse sind rund 50 % der Gebäude für die Nutzung von Solarenergie geeignet. Würden alle geeigneten Dachteilflächen genutzt, ergäbe dies einen Stromertrag von etwa 950 GWh pro Jahr.

Würde beispielsweise eine Person im Durchschnitt jährlich 1.500 kWh an Strom verbrauchen, könnten damit im Jahr ca. 630.000 Personen versorgt werden. **DK**



Online-Kundenportal:
www.erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle und Hauptverwaltung Augsburg
Tel. 0821 90 02-0
augsburg@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Kaufbeuren
Tel. 08341 82 95-0
kaufbeuren@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Donauwörth
Tel. 0906 7 06 74-0
donauwoerth@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Kempten
Tel. 0831 5 74 11-0
kempten@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Günzburg
Tel. 08221 36 02-0
guenzburg@erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Nördlingen
Tel. 09081 87 05-0
noerdlingen@erdgas-schwaben.de

Der **Gas-Entstörungsdienst** ist jederzeit für Sie erreichbar:
Tel. 0800 182 83 84

In unseren Betriebsstellen und unserer Hauptverwaltung in Augsburg sind wir bequem und sicher telefonisch oder per E-Mail für Sie erreichbar.

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Alternativer Substratanbau für Energiegewinnung und Biodiversität

N-ERGIE erprobt großflächig Blühwiesen für Biogas-Anlagen

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft startet ein mehrjähriges Projekt für mehr Biodiversität beim Betrieb von Biogas-Anlagen: Gemeinsam mit der Mittelfränkischen Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe e.V. (MER) und den Lehranstalten in Triesdorf erprobt sie den Anbau und die energetische Verwertung von insektenfreundlichen Pflanzenmischungen.

Die Projektpartner unterzeichneten Anfang Mai 2020 einen entsprechenden Kooperationsvertrag. Ebenfalls Anfang Mai begannen die ersten beteiligten Landwirte mit der Aussaat der Blühpflanzen.

Klima- und Naturschutz Hand in Hand

„Klima- und Naturschutz sind am wirkungsvollsten, wenn sie Hand in Hand gehen. Dafür setzen wir uns im Rahmen einer regionalen Energiewende ein“, erklärt Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE. „Gerade für Biogas-Anlagen, die sich mit Auslaufen der EEG-Vergütung in einem schwierigen Marktumfeld bewegen, wollen wir innovative Lösungen unterstützen, die Wirtschaftlichkeit mit Ökologie verbinden und so die Chance auf einen Fortbestand der Anlagen erhöhen.“

Norbert Bleisteiner, Leiter des Fachzentrums für Energie und Landtechnik in Triesdorf, ergänzt: „Durch ein geschicktes Substratmangement und den Einsatz von Blühpflanzen kann ein positiver Beitrag zur Biodiversität geleistet werden. Idealerweise wird dadurch der Humusaufbau im Boden gesteigert, womit CO2 aus der Atmosphäre fixiert wird. Dadurch liefert die Biogasbranche mittelfristig Argumente für ihre zusätzlichen Beiträge zum Klimaschutz und zur Steigerung der Artenvielfalt. Langfristig hat Biogas nur eine Chance, wenn die Gesellschaft dessen Nutzen erkennt. Dieses Projekt soll auch einen Beitrag leisten, das Verständnis hierfür zu fördern.“

Untersuchung auf 20 Hektar in der Region

Die N-ERGIE fördert die neun beteiligten Landwirte, die die Blühpflanzen auf insgesamt 20 Hektar aussäen, über die dreijährige Projektlaufzeit hinweg. Dies ist erforderlich, da der Energieertrag der Blühpflanzen deutlich niedriger ist als bei Mais und Landwirte ohne Unterstützung durch die N-ERGIE spürbare Ertragseinbußen hätten.

Die MER und das Triesdorfer Fachzentrum begleiten das Projekt wissenschaftlich und beraten die Landwirte von der Aussaat über die Ernte bis zur energetischen Verwertung. Untersucht werden zwei Aspekte: einerseits, wie sich die Blühpflanzen unter verschiedenen regionalen Bedingungen idealerweise für die Biogas-Anlagen einsetzen lassen, andererseits welchen Effekt sie auf die Population von Insekten, Vögeln und Kleintieren sowie die Boden- und Grundwasserqualität haben.

Langlebige Blütenwiese schafft Nahrungsangebot für Insekten

Zum Einsatz kommt der durch die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau entwickelte „Veitshöchheimer Hanfmix“. Er enthält insgesamt 30 ein-, zwei- und mehrjährige heimische Pflanzenarten.

Aus der Samenmischung entsteht eine Blühwiese, die mehrere Jahre lang Bestand hat. Mit ihrem üppigen Blütenangebot liefert sie besonders viel Nektar und Pollen für Insekten. Im Anschluss an die Ernte liefert die Nachblüte Nahrung für die Winterbiene.

Wertvoller Beitrag zur Artenvielfalt

Die N-ERGIE engagiert sich für eine regionale Energiewende. Sie sieht die erneuerbaren Energien als wesentlichen Baustein und investiert hohe Beträge in deren Ausbau – vorrangig in ihrem Netzgebiet. Besonderen Wert legt die N-ERGIE dabei auf den Naturschutz. Deshalb bewirtschaftet sie etwa die Flächen ihrer Photovoltaik-Kraftwerke extensiv und ökologisch. So dienen sie nicht nur dem Klimaschutz, sondern leisten darüber hinaus einen wertvollen Beitrag zur Artenvielfalt. ❐

Ergoldsbacher Level RS®:

Neuer Glattziegel von ERLUS für flache Dachneigungen

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist die echte Lösung für flach geneigte Dächer, denn hier schützt der Ziegel, nicht das wasserdichte Unterdach.

Der Level RS® ist ein Glattziegel mit klarer, kantiger Form und geradem Abschluss. Er ist klinkerhart gebrannt und hat eine geringe Wasseraufnahme von fünf Prozent. Durch die tiefe Ringverfalzung mit 3-fachem Kopf- und Seitenfalz bleibt selbst bei flachen Dachneigungen (im Halbverband verlegt: Regeldachneigung 16 Grad, Mindestdachneigung 10 Grad) die Unterkonstruktion trocken. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen. Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist ab Herbst 2020 lieferbar.

Der neue Ergoldsbacher Level RS® ist bereits der dritte Ziegel für besonders flache Dachneigungen. Ergoldsbacher Level RS®, Ergoldsbacher E 58 RS® und Ergoldsbacher Karat® – die Spezialisten für flach geneigte Dächer von ERLUS.

www.erlus.com/levelrs ❐

Rekordförderung:

600 Mio. Euro für Baumaßnahmen der bayerischen Kommunen

Zuwachs von knapp 10 % im Vergleich zum Vorjahr

Bayern unterstützt seine Kommunen auch in diesem Jahr wieder in Rekordhöhe – das gilt insbesondere bei wichtigen Investitionen. Laut Finanzminister Albert Füracker sind allein für Hochbaumaßnahmen im diesjährigen Kommunalen Finanzausgleich 600 Millionen Euro vorgesehen – das ist wieder ein absoluter Rekord.

„Die bayerischen Kommunen nehmen im Ländervergleich damit eine Spitzenposition ein: Sie haben seit Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote und glänzen durch eine niedrige Verschuldung. Der Freistaat Bayern steht eng an der Seite seiner Kommunen und leistet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer guten finanziellen Lage. Er steht damit trotz der momentanen Krisensituation voll zu seinen Ankündigungen“, betonte Füracker.

Die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wurden 2020 um weitere 50 Millionen Euro auf nun 600 Millionen Euro erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von 9,1 %. Mit diesen Mitteln werden Baumaßnahmen im ganzen Land unterstützt. Beispielhaft seien folgende Förderbeträge in 2020 genannt:

- Der Ersatzneubau der Grund- und Mittelschule in Hohenroth (Unterfranken) mit 4,0 Mio. Euro
- Die Generalsanierung und Erweiterung des Beruflichen Schulzentrums Luisenstraße in München (rund 3,6 Mio. Euro)
- Die Generalsanierung der Sport- und Schwimmhalle der Hans- und Sophie-Scholl-Realschulen in Weiden i.d. Opf. mit 1,5 Mio. Euro.

Die Bayerische Staatsregierung unterstreicht damit ihre konsequent kommunalfreundliche Haltung. Insgesamt unterstützt der



Albert Füracker. ❐

Freistaat seine Kommunen über den Finanzausgleich in 2020 mit rund 10,3 Milliarden Euro, ein Plus von 3,2 % gegenüber dem Vorjahr. Damit wird erstmals die Schallmauer von 10 Milliarden Euro durchbrochen.

Aufgrund der derzeit besonderen Herausforderungen für die gesamte öffentliche Hand zieht der Freistaat Bayern Auszahlungen in Höhe von rund 2 Milliarden Euro für seine Kommunen vor. Dies sichert die Liquidität von Landkreisen, Städten und Gemeinden und verschafft ihnen möglichen Spielraum auch in Krisenzeiten. ❐



Die echte Lösung: regensicherer Dachziegel statt wasserdichtes Unterdach!

Funktionieren wie ein Regenschirm für Ihr Haus:
ERLUS Dachziegel für flach geneigte Dächer.

Das Steildach mit Tondachziegeln bietet viele Vorteile: Es hat eine sehr gute ökologische Bilanz, ist praktisch wartungsfrei, einfach zu verarbeiten und regensicher. Der Dachziegel – eine jahrtausendealte Idee – ist die nachhaltigste Form, Ihr Haus vor Regen zu schützen. Sinkt jedoch die Dachneigung unter die Regeldachneigung von 16°, steigt das Risiko, dass Regen in die Unterkonstruktion läuft. Das Unterdach muss die regensichernde Funktion übernehmen. Auf längere Sicht wird das Dach anfälliger für Wartungsarbeiten. Dagegen hat ERLUS drei Dachziegelmodelle für flach geneigte Dächer entwickelt. Die Modelle Ergoldsbacher **Karat®**, **E 58 RS®** und der neue **Level RS®** sind regensicher ab 7° bzw. 10° Dachneigung. Durch ihre ausgefeilte technische Form wird das Wasser auf dem Ziegel perfekt abgeleitet. Aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen für das Unterdach braucht es nicht. So bietet ERLUS die nachhaltige und effiziente Dach-Lösung, die Ihr Haus schützt wie ein Regenschirm!

ERLUS
Qualität aus Deutschland

www.erlus.com

Viele Millionen Fördermittel für kommunale Hochbaumaßnahmen

Erneuter Rekord beim Kommunalen Finanzausgleich

Als „Haushälter“ eigentlich zum Sparen angehalten, freut sich Landtagsabgeordneter Hans Herold trotzdem über zusätzliche staatliche Fördermittel für den kommunalen Hochbau, die für alle bayerischen Gemeinden und Landkreise in diesem Jahr erneut um 50 Millionen auf 600 Millionen Euro erhöht werden. „Insgesamt werden die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden in diesem Jahr die Rekordsumme von 10,29 Milliarden Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten“.

Für den Hochbau fließen mehr als zehn Millionen Euro in 2020 in „seinen“ Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, zu welchem auch ein großer Teil des Landkreises Fürth gehört. Darüber freuen sich auch die beiden jeweils mit überwältigender Mehrheit wieder gewählten Landräte Matthias Dießl und Helmut Weiß.

Vor allem Schulen, schulische Sportanlagen und Kinderbetreuungseinrichtungen in fast allen Gemeinden in Herolds Stimmkreis würden von den Fördermitteln profitieren. „Der Freistaat zeigt sich auch in der Corona-Krise weiterhin als starker und verlässlicher Partner unserer Kommunen. Gerade mit Blick auf den Ausbau unserer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen werden wir in Bayern nicht sparen“, so der Stimmkreisabgeordnete, der sich als Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für diese Förderungen massiv eingesetzt hatte.

Ohne die Städte Oberasbach, Stein und Zirndorf, die zum Stimmkreis von Petra Guttenberger gehören, gibt es in diesem Jahr insgesamt 3.970.000 Euro für Hochbaumaßnahmen der anderen Kommunen im Landkreis Fürth. So erhält beispielsweise der Markt Cadolzburg 350.000 Euro für die Generalsanierung der Mehrzweckhalle im Ortsteil Wachendorf und 900.000 Euro Zuschuss zum Neubau von Kindertageseinrichtungen und Kindergärten. Die Gemeinde Puschendorf profitiert mit 446.000 Euro für eine Kindertageseinrichtung, und auch die Gemeinden Großhabersdorf, Obermichelbach, Seukendorf, Tuchenbach und Veitsbronn werden mit Fördermitteln bedacht, ebenso die Märkte Roßtal und Wilhermsdorf sowie die Stadt Langenzenn.

Mehr als sechs Millionen Euro gibt es für den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim. Eine Million erhält der Landkreis allein für den Ersatzneubau des Gymnasiums in Scheinfeld. Die größten gemeindlichen Brocken sind hier 500.000 Euro für den Neubau einer Sporthalle mit Ganztagsräumen sowie Erneuerung der Freisportanlagen und Schaffung eines barrierefreien Schulzugangs an der Hermann-Delp-Grundschule in Bad Windsheim und 583.000 Euro für den Neubau der Kindertageseinrichtung in Markt Erlbach.

Die Kreisstadt Neustadt a.d. Aisch erhält 500.000 Euro für die Generalsanierung der Grundschule und 629.000 Euro für eine neue Kindertageseinrichtung. Weitere Zuwendungen gehen an die Märkte Burghaslach, Dachsbach, Emskirchen, Ipsheim, Markt Bibart, Markt Nordheim, Markt Taschendorf und Uehlfeld. Bedacht werden zudem die Gemeinden Hagenbüchach und Münchsteinach sowie die Städte Scheinfeld und Uffenheim.

„Kommunal- und familienfreundliche Politik in Bayern“

Insgesamt gehe der Kita-Ausbau in Bayern gut voran. „Mit unserer massiven Unterstützung für Neubauten und Erweiterungen von Krippen, Kindergärten und Horten können die Kommunen zusätzliche Betreuungsplätze anbieten – das kommt letzten Endes den Kindern und ihren Eltern zu Gute“, erklärte der Abgeordnete. „Die erheblichen Fördermittel sind eine tragende Säule unserer kommunal- und familienfreundlichen Politik in Bayern“, so Hans Herold. **pmw**



Hans Herold (rechts) mit dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker. Bild: pmw

Kommunale Baumaßnahmen sind gerade jetzt sehr wichtig

„Am Bau wird während der Corona-Pandemie weitergearbeitet. Die Bauindustrie unternimmt alles, um die Baustellen sicher weiter zu betreiben. Dafür braucht sie aber auch genügend Aufträge. Besonders kommt es auf die Kommunen an. An diese appelliere ich daher: Führen sie alle laufenden Bauprojekte fort. Bringen sie schon jetzt Nachfolgeprojekte auf den Weg.“ Mit diesen Worten fordert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die bayerischen Kommunen auf, ihrer Verantwortung als öffentlicher Bauauftraggeber auch in der Corona-Pandemie gerecht zu werden.

Die Kommunen sind sicherlich massiv von Corona betroffen, so Schmid. Die Gewerbesteuereinnahmen werden spürbar sinken. „Trotzdem sollten die Kommunen jetzt nicht den Rotstift gerade bei den Bauinvestitionen ansetzen. Bei der Sanierung kommunaler Bauten – Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Bäder und Sportstätten, Straßen oder der Leitungsinfrastruktur darf es keinen Baustopp geben.“ Schmid weiter: „Gerade die kommunalen Bauaufträge sichern das wirtschaftliche Überleben tausender vorwiegend mittelständischer Bauunternehmen und damit viele Arbeitsplätze. Gut ausgelastete Bauunternehmen sind gleichzeitig gute Gewerbesteuerzahler.“

Die Bauindustrie befürchtet allerdings, dass einige Kommunen ihrer Bauverantwortung womöglich bald nicht mehr gerecht werden können, so Schmid: „Daher haben wir uns an die bayerische Politik gewandt mit der Forderung: Der Freistaat sollte schnell den klammen Kommunen helfen. Als Sofortmaßnahme müsste vorübergehend die Eigenbeteiligung der Kommunen bei allen Förderprogrammen des Freistaats halbiert werden. Ergänzend dazu könnte der Freistaat einen Schutzschirm oder einen neuen Rettungsfonds für die Kommunen schaffen.“

„Die Unternehmen der bayerischen Bauindustrie sind auch in dieser Ausnahmesituation der richtige Partner für alle kommunalen Baumaßnahmen,“ so Schmid abschließend. ❐

Geld gibt es trotzdem

Bezirk Oberbayern vergibt Fördermittel für Denkmalpflege

Rund 900.000 Euro für die Denkmalpflege: Über diese Summe hätte der Kulturausschuss im oberbayerischen Bezirkstag im April entschieden. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Krise musste der Ausschuss in den Juli verschoben werden. Geld gibt es trotzdem.

Der Großteil der Zuschüsse wird im Juli ausgezahlt. Für 25 der gut 80 Projekte gibt es schon heute Geld – und zwar insgesamt rund 32.000 Euro. Es handelt sich dabei um Zuschüsse unter 2.500 Euro. Diese darf Bezirkstagspräsident Josef Mederer frei vergeben, sie müssen nicht durch den Kulturausschuss genehmigt werden. Wie die Förderungen über 2.500 Euro wurden auch sie von den Berichterstattern der Fraktionen im Bezirkstag und Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler vorberaten.

Auch Engel ...

Unter den mit einer kleineren Summe geförderten Projekten befindet sich beispielsweise die Renovierung einer Engelsfigur auf dem Ostenfriedhof in Eichstätt. Die Instandsetzung der 1910 im Galvanisierungsverfahren hergestellten Plastik fördert der Bezirk mit 1.800 Euro. Ein weiterer Zuschuss geht in den Landkreis Eichstätt für die Orgel in der alten Pfarrkirche Hitzhofen. Für das vom Münchner Hof-Orgelbaumeister Franz Borgias Maerz erbaute Instrument gibt es erneut einen Zuschuss von 1.000 Euro, nachdem sich die im letzten Jahr begonnene Sanierung als aufwändiger erwiesen hatte als ursprünglich gedacht.

Auch die Vorplanung zum Umbau einer Wachbaracke des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers VII A (kurz: Stalag VII A) in Moosburg an der Isar fördert der Bezirk

(1.000 Euro). Die drei verbliebenen Wachbaracken des 1939 von der deutschen Wehrmacht im Norden der Stadt errichteten Lagers stehen unter Denkmalschutz. Eine von ihnen soll umgebaut und künftig von der benachbarten Schule als Speisesaal sowie für die Mittagsbetreuung genutzt werden.

... und Marienfiguren müssen renoviert werden

Einen Zuschuss von 2.000 Euro erhält die Katholische Kirchenstiftung St. Michael Rottbach. Gedacht ist er für die Sanierung der Mariengrotte und der Friedhofsmauer an der Pfarrkirche St. Michael in Rottbach, einem Ortsteil der Gemeinde Maisach im Landkreis Fürstenfeldbruck. Im Landkreis Mühldorf am Inn werden bei dieser „kleinen“ Vergaberunde gleich sechs Projekte berücksichtigt. Unter anderem erhält die Primavera Naturkorn GmbH in der Stadt Mühldorf 1.600 Euro für die Restaurierung der Marienstatue am Siloturm der ehemaligen Alten Walzmühle.

Der Bezirk Oberbayern bezuschusst Maßnahmen an Bau- und Bodendenkmälern sowie an Einzelobjekten, die wegen ihrer künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung von allgemeinem Interesse sind. Insgesamt stellt er dafür in diesem Jahr 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Mit der Förderung sollen die höheren Kosten, die bei der Renovierung oder Restaurierung denkmalgeschützter Gebäude entstehen, kompensiert werden. Der Bezirk übernimmt zehn bis zwanzig Prozent dieser Mehrkosten, jedoch nur bis zu einer Höhe von 50.000 Euro. Die Förderung der Denkmalpflege gehört zu den Aufgaben der Fachberatung Heimatpflege des Bezirks Oberbayern, die ihren Sitz im Kloster Benediktbeuern hat. ❐

Wichtige Entscheidungen für das Bezirkskrankenhaus Bayreuth

Fast eine halbe Milliarde Euro investiert der Bezirk Oberfranken in den kommenden Jahren in seine Krankenhäuser. Zwei wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung des Bezirkskrankenhauses Bayreuth trafen Bezirksausschuss und der direkt im Anschluss tagende Verwaltungsrat der „Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken“ (GeBO).

Zunächst beschäftigte sich der Bezirksausschuss mit der notwendigen räumlichen Vergrößerung der Klinikschule Oberfranken im Rahmen der Erhöhung der Bettenzahl in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bayreuth. Hierfür wird zeitnah ein Interimsgebäude errichtet. „Wir leisten mit dem Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie einen wichtigen Beitrag für die bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Oberfranken. Wir warten nicht bis zur großen Lösung, sondern wir sorgen dafür, dass zeitgerecht geholfen werden kann“, so Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Mehr Betten, mehr Raumkapazitäten

Mit der Erweiterung auf 60 Betten und 14 tagesklinische Plätze im März 2020, besteht nun auch mehr Platzbedarf für die Klinikschule Oberfranken, in der die Kinder während ihres meist mehrmonatigen Klinikaufenthaltes beschult werden. Der Bezirk Oberfranken muss als Sachaufwandsträger der Schule zeitgerecht zusätzliche Raumkapazitäten bereitstellen. In dem für die Kinder- und Jugendpsychiatrie für 3,1 Millionen Euro vorgesehenen Interimsgebäude werden rund 90 m² für einen Klassenraum und drei weitere Räume zur Differenzierung für die Klinikschule eingeplant. Die anteiligen Kosten dafür belaufen sich auf etwa 400.000 Euro. Der Bezirksausschuss sicherte zu, die Kosten für die erforderlichen Schulräume zu übernehmen. Insgesamt sprach sich der Bezirksausschuss für einen Investitionszuschuss von 1.225.000 Euro an die GeBO aus. Mit diesem Gesamtbetrag unterstützt der Bezirk die Errichtung des Interimsgebäudes für die Kinder- und Jugendpsychiatrie mit 24 Betten und die Klinikschule. Der große Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie soll ab 2022 für über 30 Millionen Euro verwirklicht werden.

Neubau des Heilpädagogischen Bereichs

Zudem gab es eine Entscheidung des Bezirksausschusses zum geplanten Neubau des Heilpädagogischen Bereichs („H-Station“) in Bayreuth, in dem psychisch kranke Menschen mit geistiger Behinderung behandelt werden. Der Ausschuss akzeptierte die Entscheidung der Regierung von Oberfranken, von den voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von rund 10 Millionen Euro gut 7,5 Millionen als förderfähige Kosten anzuerkennen. Für den nicht von staatlichen Fördermitteln gedeckten Eigenanteil von etwa 2,4 Millionen Euro stellte der Bezirksausschuss einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 50 % an die GeBO, also etwa 1,2 Millionen Euro, in Aussicht. Gemeinsames Ziel von Bezirk und GeBO ist es für das Projekt eine Aufnahme in das Jahreskrankenhausbauprogramm zu erreichen.

Rahmenvertrag für Pflegestützpunkte

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stimmte der Bezirksausschuss dem neuen Rahmenvertrag zur Einrichtung so genannter Pflegestützpunkte in Bayern zu. Der Rahmenvertrag, auf den sich die Landesverbände der Kranken- und Pflegekassen mit den kommunalen Spitzenverbänden geeinigt haben, schafft Planungssicherheit für die Errichtung weiterer Pflegestützpunkte in Oberfranken. Pflegestützpunkte bieten eine kostenlose Beratung zu allen Themen rund um die Pflege und stehen allen Bürgern offen. In seinem Vortrag wies Sozialplaner Robert Stiefler jedoch darauf hin, dass er derzeit keinen Mangel an Beratungsangebote im Bereich der Pflege sehe. Es gebe bereits sehr differenzierte und regional etablierte Hilfsmöglichkeiten. Auch der Bezirk Oberfranken biete mit regelmäßigen Sprechtagen in den Landratsämtern, in der Servicestelle in Bamberg und in der Sozialverwaltung umfassende Beratungsangebote zur Hilfe zur Pflege an. Parallelstrukturen sollten vermieden werden. Zusätzliche Pflegestützpunkte sollten daher nur dann errichtet werden, wenn dafür vor Ort ein Bedarf besteht.

Krisendienst soll im Oktober starten

Für Menschen, die in psychische Krisen geraten, soll es noch in diesem Jahr einen eigenen Krisendienst in Oberfranken geben. Den psychosozialen Krisendienst kann jeder in Anspruch nehmen, der sich in einer Notsituation befindet. Die vom Bezirk und dem Freistaat Bayern finanzierte Zentrale Leitstelle, die an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr telefonisch erreichbar sein wird, wird bei der Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH in Bayreuth angesiedelt. Daneben wird es zahlreiche ambulant aufsuchende Teams geben, die jeweils aus zwei Fachleuten bestehen und nach ihrer Anforderung durch die Leitstelle spätestens innerhalb einer Stunde an jedem Ort in Oberfranken sein werden. Die mobilen Teams werden ausschließlich vom Bezirk finanziert. Hierfür sollen künftig jährlich rund 1,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Laut Bezirkstagspräsident Henry Schramm wird eine Inbetriebnahme im späten Herbst angestrebt: „Mit dem Krisendienst schließen wir eine Lücke im bisherigen Versorgungsangebot und zwar flächendeckend in ganz Oberfranken.“ ❐

Richtfest zum Neubau der Bertolt-Brecht-Schule

Im Auftrag der Stadt Nürnberg errichtet die WBG KOMMUNAL GmbH (WBGK) im Rahmen einer Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaft den Neubau des Kooperativen Schulzentrums Bertolt-Brecht-Schule (BBS) in Nürnberg Langwasser.

Trotz Corona-Zeiten verliefen die Bauarbeiten bisher planmäßig und ohne besondere Vorkommnisse. Die Rohbauarbeiten werden in diesen Tagen termingerecht abgeschlossen. Die traditionelle Richtfestfeier muss wegen der aktuellen Lage leider entfallen.

Die Baustelle der BBS ist die derzeit größte laufende Schulbaustelle in Nürnberg und eine der größten Baustellen in der Region. Das Investitionsvolumen beträgt rund 170 Mio. Euro. „Ich bin sehr erfreut über den guten Verlauf des Bauvorhabens. Es ist auch vom finanziellen Aufwand her das bisher größte Schulbauprojekt der Stadt Nürnberg. Es hat sich als richtig erwiesen, dieses gemeinsam mit der WBG KOMMUNAL und einem Generalübernehmer umzusetzen. Gerade in Zeiten von Corona sind eine rechtzeitige Baufertigstellung und ein verlässlicher Preis besonders wichtig. Dafür danke ich allen Beteiligten,“ stellt Stadtkämmerer Harald Riedel fest.

„Ich freue mich sehr, dass wir bei diesem Großprojekt völlig im Plan liegen, und danke allen Beteiligten für ihr großes Engagement“, erklärte WBGK-Geschäftsführer der WBGK, Ralf Schekira. Zu Beginn mussten ca. 65.000 m³ Erdreich bewegt und mehr als 11.500 laufende Meter Geothermie-Bohrungen mit einer Tiefe von jeweils bis 100 Metern Tiefe vorgenommen werden. Im Laufe der Rohbauarbeiten wurden rund 24.000 m³ Beton verarbeitet und rund 4.000 Tonnen Stahl in den Beton eingebracht. Im Verlauf des nun folgenden Ausbaus werden rund 7.500 m² Trockenbauwände gebaut und ca. 12.000 m² Betondeckenfläche mittels einer Betonkerntemperierung beheizt. In der Hochphase werden rund 330 Mitarbeiter vor Ort beschäftigt sein. ❐

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Landesamt für Pflege zahlte erste Gelder in Millionenhöhe aus

Investitionsoffensive zum Ausbau von Pflegeplätzen kommt gut voran

Das neue Investitionskostenförderprogramm zum Ausbau von Pflegeplätzen in Bayern mit dem Titel „PflegesoNahFöR" (Förderung der pflegerischen Versorgung im sozialen Nahraum) kommt gut voran. Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml betonte: „Wir müssen uns den demographischen Herausforderungen stellen und unsere Versorgungsstrukturen an die geänderten Lebensverhältnisse der Menschen anpassen. Deshalb wollen wir pro Jahr mit dem neuen Programm 1.000 neue Pflegeplätze schaffen, um eine flächendeckende und bedarfsgerechte pflegerische Versorgungsstruktur zu erreichen. Ich freue mich sehr, dass die ersten Fördergelder jetzt vom Bayerischen Landesamt für Pflege an verschiedene Einrichtungen angewiesen werden konnten."

Durch das Programm sollen die stationäre Pflege und – verbunden mit einer Ausweitung in den sozialen Nahraum – auch die häusliche Pflege wohnortnah gestärkt werden. Durch die staatlichen Gelder können Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze, aber auch Dauerpflegeplätze sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften und Begegnungsstätten gefördert werden.

Öffnung in den sozialen Nahraum

Dr. Dr. Markus Schick, der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Pflege (LfP), erläuterte: „Wir wollen Impulse setzen für eine Öffnung von Pflegeheimen in den sozialen Nahraum. Das können beispielsweise haushaltsnahe Dienste oder Betreuungsangebote im Viertel sein, die es den pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, so lange wie möglich soziale Kontakte zu pflegen und in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können."

Förderbeispiele

Gefördert werden beispielsweise der Ersatzneubau des Kreisaltenheimes Palling mit sieben Tagespflegeplätzen, 90 Pflegeplätzen und einer Begegnungsstätte, die Sanierung und ein Neubau des Seniorenheimes Anlauertal Titting mit insgesamt 58 Dauerpflegeplätzen, Öffnung in den sozialen Nahraum, zwei Kurzzeitpflegeplätzen und fünf Tagespflegeplätzen und das Senioren-Servicehaus Pfatter mit 20 Tagespflegeplätzen und 12 Plätzen in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft. Außerdem erhält die BRK Tagespflege in Dingolfing Fördermittel für den Neubau einer Tagespflege mit 15 Plätzen.

Insgesamt 209 Pflegeplätze entstehen mit Hilfe der bis jetzt bewilligten Fördermittel neu oder können modernisiert werden, um einen künftigen Wegfall zu verhindern. 9.265.000 Euro an Fördergeldern wurden bereits bewilligt – insgesamt stehen für die Investitionskostenförderung 60 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere Informationen rund um die Förderrichtlinie finden Interessierte im Internet unter www.pflegesonah.bayern.de.

Wohnortnahe Versorgung

Ein besonderes Anliegen der Investitionskostenförderung ist die Stärkung der wohnortnahen Versorgung. Aus diesem Grund setzt die Förderrichtlinie einen Schwerpunkt auf Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften. Gerade im ländlichen Raum soll auch die Entstehung von kleinen pflegerischen Angeboten unterstützt werden (z.B. Förderung von ambulant betreuten Wohngemeinschaften mit einer räumlich getrennten Begegnungsstätte in einem Gebäude oder die Schaffung von Tagespflegeplätzen). Es sind bereits 62 Förderanträge eingegangen (Stand: 14. Mai 2020).

Zukunftsweisende Strukturen

Ministerin Huml ergänzte: „Mit unserem Förderprogramm möchten wir zukunftsweisende Strukturen in der Pflege schaffen. Daher unterstützen wir Projekte, die ambulante und stationäre Pflege miteinander verbinden, wie z.B. den Ersatzneubau des Kreisaltenheims Palling im Landkreis Traunstein. Neben 90 neuen Dauerpflegeplätzen werden hier auch sieben Tagespflegeplätze und ein Begegnungszentrum für bis zu 20 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geschaffen."

Huml fügte hinzu: „Durch die Vernetzung von ambulanten und stationären Angeboten und den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen ermöglichen wir individuelle Pflegearrangements und stärken so die häusliche Pflege. Die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen am gesellschaftlichen Leben und die Unterstützung pflegender Angehöriger sind mir ein wichtiges Anliegen."

Fördervoraussetzungen

Voraussetzung für die Förderung ist unter anderem der nachgewiesene Bedarf an Pflegeplätzen oder Begegnungsstätten, die sozialräumliche Planung, beispielsweise in Form eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts, eine fachliche Konzeption sowie eine abgeschlossene bauliche Planung. Anträge für die Förderung können an das für den Vollzug des Programms zuständige Landesamt für Pflege gerichtet werden. Das Landesamt für Pflege erreichen Sie unter folgender Adresse: Bayerisches Landesamt für Pflege, Köferinger Straße 1, 92224 Amberg oder per E-Mail unter: poststelle@lfp.bayern.de. ❐



V.r.: Baudirektor Stefan Noll und der Leiter des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach, Henner Wasmuth, erklärten Landrat Richard Reisinger und Matthias Kolb, Leiter des Tiefbauamts am Landratsamt Amberg-Sulzbach, anstehende Straßenbauprojekte im Landkreis Amberg-Sulzbach. Bild: Christine Hollederer

Straßenbauprojekte im Fokus

Dialog zwischen Landrat und Vertretern des Bauamts

Amberg-Sulzbach. Corona zum Trotz werden auch in diesem Jahr im Landkreis Amberg-Sulzbach wieder zahlreiche Straßenbauprojekte in Angriff genommen. Über einzelne Schwerpunkte tauschte sich Landrat Richard Reisinger nun mit Vertretern des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach aus. Dieses zeichnet für Bundesstraßen und Staatsstraßen verantwortlich.

Behördenleiter Henner Wasmuth und Baudirektor Stefan Noll, zuständiger Abteilungsleiter für den Landkreis Amberg-Sulzbach, betonten dabei, dass das Staatliche Bauamt „auch in diesen schwierigen Zeiten den Beteiligten am Bau als verlässlicher Partner zu Seite steht und die Bauwirtschaft und Ingenieurbüros weiterhin mit Aufträgen unterstützt". Bis dato habe das Coronavirus laut Noll wenig Einfluss auf das Baugeschehen sowie die Materialverfügbarkeit, sodass die Straßen- und Brückenbauprojekte im Zeitplan liegen.

Rege Bautätigkeit

So findet auch im Landkreis Amberg-Sulzbach aktuell rege Bautätigkeit statt. Beispiel Birgland: Dort wird an zwei Querungshilfen in Schwend sowie an einem Radweg zwischen Schwend und der A6 gebaut. Letzterer ist Teil eines Radwegekonzepts zwischen Sulzbach-Rosenberg und Lauterhofen (Lkr. Neumarkt) im Umfeld der Staatsstraße 2164, so Noll.

Radwege sind ein besonderes Anliegen

In Punkto Radwege ist Landrat Richard Reisinger ein Radweg entlang der B 14 von Sulzbach-Rosenberg nach Kauerhof ein besonderes Anliegen. Hier finden laut Stefan Noll aktuell Verhandlungen zum Grunderwerb statt. Zudem werde vor Ort aufgrund der Erweiterung des Bau- und Gewerbegebiets sowie der vorhandenen Bushaltestelle beim dortigen Gasthaus die Installation einer Bedarfsampel geprüft.

Kurz vor Fertigstellung ist dagegen die Kreuzung B 85/Kreisstraße AS 11 bei Edelsfeld. Dort könne bereits in wenigen Wochen der Verkehr wieder ohne Einschränkungen rollen, so Noll. Die B 85 ist ohnehin ein Schwerpunktthema. So soll in den Pfingstferien der Fahrbahnbelag auf Höhe des Krankenhauses (zwischen der Abfahrt Staatsstraße 2164 (Bereitschaftspolizei) und der B 14) auf einer Länge von rund 1,3 Kilometern erneuert werden. Ähnliches soll in einem ersten Bauabschnitt auf der B 85 bei Auerbach geschehen. Die Kosten für beide Projekte belaufen sich auf rund 3,3 Millionen Euro.

Fahrbahnerneuerungen

Fahrbahnerneuerung stehen zudem auf der B 14 zwischen Sulzbach-Rosenberg und Hahnbach (ca. 3 Kilometer) an sowie auf der B 299 bei Ursensollen (ca. 1 Kilometer). Kosten hierfür rund 2,8 Millionen Euro. Bei Ursensollen wird parallel dazu die baubedingt zu sperrende Anschlussrampe der A6 mit einem neuen Fahrbahnbelag versehen.

Positives gibt es auch vom Radweg zwischen Amberg und Hirschau zu berichten. Zwischen Immenstetten und Steiningloh wird in der zweiten Jahreshälfte der radverkehrstaugliche Ausbau eines bestehenden öffentlichen Feld- und Waldweges vorbereitet. Ziel ist es, entlang der Staatsstraße 2238 eine Radwegverbindung zwischen den beiden Städten zu schaffen.

Zwischen Freudenberg und Mertenberg soll noch in diesem Jahr mit dem Ausbau der Staatsstraße auf einer Länge von rund 1,5 Kilometern im Bereich Wutschdorf begonnen werden.

Stefan Noll/Christine Hollederer

Landkreis Günzburg:

Fast 6 Millionen Euro für kommunale Hochbaumaßnahmen im Günzburg

Auch in diesem Jahr unterstützt der Freistaat Bayern kommunale Hochbaumaßnahmen im Landkreis Günzburg. Der Landkreis selbst, die Städte Burgau, Günzburg und Thannhausen, die Gemeinden Kötz und Röfingen sowie der Schulverband Thannhausen erhalten Zuweisungen nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes für kommunale Hochbaumaßnahmen in Höhe von insgesamt 5.801.000 Euro. Dies teilte Alfred Sauter, MdL mit.

1,78 Millionen Euro erhält der Landkreis für Generalsanierung und Umbau des Krumbacher Simpert-Kraemer-Gymnasiums. 2,3 Millionen Euro dienen der Erweiterung und Sanierung des Dossenberger-Gymnasiums in Günzburg.

Für die Erweiterung der Kindertagesstätte Mindelzwerge erhält die Stadt Burgau 50.000 Euro sowie über 150.000 Euro für den Umbau und die Erweiterung der Kindertagesstätte Purzelbaum in Unterknöringen.

Einen Baukostenzuschuss von 70.000 Euro bekommt Günzburg für Umbau und Erweiterung des Reggio-Kinderhauses. Eine Förderung in Höhe von 350.000 Euro erhält Thannhausen für Erwerb und Umbau des Schullandheims zur Kindertagesstätte.

Die Gemeinde Kötz bekommt 350.000 Euro für den Neubau der Kindertagesstätte St. Nikolaus in Kleinkötz und 250.000 Euro für den Neubau eines Kinderhortes in Großkötz. 57.000 Euro erhält Röfingen für die Erweiterung des Kindergartens Roßhaupten. Die Generalsanierung der Dreifachsporthalle in Thannhausen wird mit 444.000 Euro bezuschusst.

Der Freistaat Bayern hat mit Blick auf den weiterhin hohen Investitionsbedarf der Kommunen insbesondere im Bereich der Schulen und Kindertageseinrichtungen die Mittel nach Art. 10 FAG auf ein neues Rekordniveau angehoben. Alfred Sauter: „Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen beim Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen auch in diesem Jahr nach besten Kräften. Im Jahr 2020 steigen die Finanzausgleichsleistungen insgesamt auf über 10 Milliarden Euro und erreichen damit erneut ein Rekordvolumen."

Alfred Sauter betont, dass der Freistaat die Baumaßnahmen im Landkreis Günzburg in besonderer Weise unterstützt und sich damit erneut als verlässlicher Partner zeigt: „Die kommunale Hochbauförderung wird weiterhin auf außerordentlich hohem Niveau fortgeführt. Für die Kommunen ist diese Förderung des Freistaats ein wichtiger Baustein für eine ausgewogene Infrastruktur. Ohne diese zusätzlichen Mittel wären viele wichtige Projekte nicht umsetzbar", so Sauter. ❐

Brandschutz in Kliniken:

Erhöhte Feuergefahr durch Beatmungsgeräte

Tödliche Unfälle in Russland waren vermeidbar

Die Brandunfälle mit Beatmungsgeräten von Corona-Patienten in Moskau und St. Peterburg belegen, wie wichtig das Thema integrierter Brandschutz in medizinischen Geräten ist. Die in Ahrensburg bei Hamburg ansässige JOB GmbH, Technologieführer bei integrierten Brandschutz-Systemen, weist darauf hin, dass die Unfälle in den beiden russischen Kliniken, bei denen kürzlich sechs Menschen ums Leben kamen, mit geringfügigem Aufwand sehr wahrscheinlich vermeidbar gewesen wären.

So können in die meisten medizintechnischen Geräte mit geringem finanziellem Aufwand eine Kleinlöscheinrichtung, sogenannte E-Bulbs eingebaut werden, die als kleinster Feuerlöscher der Welt gelten. Dabei handelt es sich um eine Glasampulle, die bei großer Hitze zerplatzt und ein brandstoppendes Schutzgas freisetzt, das Feuer löscht und den Strom unterbricht. Damit können Brände vermieden, Menschenleben und Werte geschützt werden – insbesondere auch in sensibler Infrastruktur wie Krankenhäusern.

Angesichts der Corona-Krise hat die JOB GmbH angeboten, die Hersteller von Beatmungsgeräten kostenlos mit E-Bulbs zu beliefern und entsprechende Design-In-Teams zur Verfügung zu stellen.

JOB-Geschäftsführer Bodo Müller: „Statistisch gesehen brennt es auch in deutschen Kliniken einmal pro Woche. Die Unfälle ließen sich in vielen Fällen vermeiden wenn alle Geräte mit internem Brandschutz ausgestattet wären. Trägern und Betreibern von Krankenhäusern ist dringend zu empfehlen, bereits bei der Ausschreibung zur Beschaffung medizinischer Geräte auf integrierten Brandschutz mittels Kleinlöscheinrichtungen zu bestehen."

Das Unternehmen hat eine Hotline JOB-Coronahilfe eingerichtet: +49 (0) 4102-2114-223

Die JOB-Gruppe entwickelt, produziert und vertreibt thermisch auslösende Glasampullen für automatische Sprinkler, die mittlerweile zum Standard in der Sprinklerindustrie geworden sind. Dazu kommen neue, auf die Minderung von Schäden ausgerichtete Löschkonzepte, um Brände bereits in der Entstehungsphase zu erkennen und gezielt löschen zu können.

Das Unternehmen ist Weltmarktführer in Forschung, Entwicklung und Produktion von wärmeempfindlichen Thermo Bulbs(Glasfässchen)fürdieSprinklerindustrie und andere Branchen. Der hohe technische Standard wird durch die eigene Produktion von gezogenen Glasrohren mit hoher Flexibilität ergänzt, weshalb die JOB-Gruppe für jeden Kunden Produkte individualisieren kann.

Weitere Informationen: job-group.com



Halbzeit beim 2. Bauabschnitt:

„Kultur-Schloss Theuern wird immer schöner“

Bauliche Überraschungen verzögern Zeitplan

Bei der Sanierung historischer Gebäude sind bauliche Überraschungen nichts Ungewöhnliches. Diese Erfahrungen machen derzeit auch die Verantwortlichen des Landratsamtes Amberg-Sulzbach, die mit der Generalsanierung des ehemaligen Hammerherrenschlosses in Theuern betreut sind. Landrat Richard Reisinger, Museumsleiter Dr. Martin Schreiner, Projektleiter Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises Amberg-Sulzbach und Tourismusreferent Hubert Zaremba machten sich jetzt ein Bild vom Fortschritt der Sanierungsarbeiten.

Trotz Verzögerungen im Zeitplan des 2. Bauabschnitts geht es stetig voran. „Das Kultur-Schloss Theuern wird von Tag zu Tag schöner“, betont Landrat Richard Reisinger. Große Fortschritte macht der kleine Saal im Südflügel des Kultur-Schlosses. Nachdem sich nach der Freilegung der Tragkonstruktionen erhebliche Bauschäden auftaten, mussten das Deckentragwerk statisch und bauphysikalisch komplett erneuert und die Bodendielen über dem Gewölbe saniert werden. Das stark zerstörte Gewölbemauerwerk im ehemaligen Pferdestall darunter konnte nur durch einen Teilabriss und Wiederaufbau ersetzt werden.



Nach umfassenden Sanierungsarbeiten nimmt der kleine Saal im Südflügel des Kultur-Schlosses Theuern allmählich Formen an. Vom Baufortschritt überzeugten sich Landrat Richard Reisinger und Museumsleiter Dr. Martin Schreiner (2. und 3. v. rechts), Projektleiter Thomas Raithel (rechts) und Tourismusreferent Hubert Zaremba (links). Bild: Martina Beierl / Christine Holledere (Archivbild)

Derzeit laufen die Arbeiten für den Personenaufzug und für die WC-Anlage. Dazu werden Bohrpfähle tief im Boden installiert, der Untergrund stabilisiert und anschließend die Bodenplatten eingezogen. Schäden in der Holzbalkendecke im kleinen Saal waren vorher nicht bekannt. „Sie stellten auch so eine bauliche Überraschung dar, die zu der Bauverzögerung geführt hat“, erklärt Thomas Raithel. Um ein gutes weiteres Jahr wird sich deshalb der 2. Bauabschnitt hinziehen. Die Fertigstellung verschiebt sich damit voraussichtlich auf Herbst 2021.

Eingriffe in die historische Substanz

Mit dem 3. und letzten Bauabschnitt steht die Sanierung des Schlosshauptgebäudes mit Jägerhaus an. Die Planungen sind noch nicht abgeschlossen, da größere Eingriffe in die historische Substanz zu bewerkstelligen sind. Baubeginn ist voraussichtlich im Frühjahr 2022. Bauabschnitt 1 mit der Sanierung des ehemaligen Schweinestalls ist erfolgreich abgeschlossen. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Neugestaltung der Museumsräume „Industriegeschichte“ im Dachgeschoss. Sowohl die Anordnung der Steckdosen als auch die Beleuchtung bieten künftig ein flexibles System, das Umgestaltungen im Ausstellungsbereich mit geringem Aufwand möglich macht.

Barrierefreiheit

In Zukunft sind beide Veranstaltungssäle für Hochzeitsgäste und Kulturbegeisterte barrierefrei zu betreten. Dank einer modernen Holzpellet-Heizung mit Regelung wird das rund 240 Jahre alte Hammerherrenschloss auch aus energetischen Gesichtspunkten zu einem rundum attraktiven Museums- und Kulturbetrieb im Landkreis Amberg-Sulzbach. „Die Kombination aus neukonzipiertem Museum, modernisierten Veranstaltungssälen und frischem Glanz wird viele Einheimische und Besucher anziehen. Davor jedoch steht noch sehr viel Arbeit“, betont Tourismusreferent Hubert Zaremba. Ein Eröffnungstermin ist noch nicht absehbar. Aber so viel verrät der neue Leiter, Dr. Martin Schreiner, schon mal: „Es wird auf jeden Fall ein rauschendes Fest geben, das mit Sicherheit auch den alten Hammerherren gefallen hätte“.

Die Gesamtkosten der Sanierung für das Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern / Kultur-Schloss Theuern belaufen sich auf rund 10,55 Millionen Euro, die vom Kreistag genehmigt worden sind. Die Kosten für Bauabschnitt 1 in Höhe von rund 2,14 Millionen Euro wurden eingehalten. Für Bauabschnitt 2 sind rund 4,53 Millionen Euro veranschlagt. Diese können aufgrund der baulichen Mehraufwendungen voraussichtlich nicht eingehalten werden. Für Bauabschnitt 3 sind weitere rund 3,88 Millionen Euro eingeplant. Die Sanierung ist eng an die Vorgaben der Denkmalpflege gebunden. Der Landkreis Amberg-Sulzbach rechnet mit Fördergeldern in Höhe von bis zu 3,56 Millionen Euro. ❒



Landrat Leo Schrell und Oberbürgermeister Frank Kunz verschafften sich gemeinsam mit Vertretern des BRK sowie der Baufirma und des Planungsbüros einen Eindruck vom Beginn der Bauarbeiten zur Errichtung einer neuen Tagespflegeeinrichtung des BRK. Bild: Jan Koenen

Baubeginn an der BRK-Tagespflege Dillingen

In der aktuellen Corona-Pandemie wird in besonderer Weise deutlich, wie wichtig bedarfsgerechte Angebote im Bereich der Pflege sind. Deshalb freuen sich Landrat Leo Schrell und Oberbürgermeister Frank Kunz unisono, dass in diesen Tagen mit dem Bau der BRK-Tagespflege in Dillingen gestartet werden konnte.

„Der BRK-Kreisverband Dillingen stellt sich mit der neuen Einrichtung den Anforderungen an die Pflege der Zukunft. Gerade die momentane Corona-Situation hat die Defizite in diesem Arbeitsbereich deutlich aufgezeigt“, so der Vorsitzende des BRK-Kreisverbandes, Landrat Leo Schrell.

Die neue Tagespflege bietet Platz für insgesamt 20 Besucher, die dort während des Tages betreut werden. Der Fahrdienst des Roten Kreuzes wird die Beförderung von und zur Einrichtung durchführen. Gerade im Bereich der teilstationären Versorgung wird durch die BRK-Tagespflege eine Lücke zwischen der ambulanten und vollstationären Versorgung von älteren Menschen geschlossen. Diese Einrichtung ist im Landkreis Dillingen die erste reine Tagespflegeeinrichtung. Dafür investiert der Kreisverband des Roten Kreuzes rund 1,3 Mio. Euro.

Für den BRK-Kreisverband Dillingen ist die Tagespflege ein weiterer Baustein seines Versorgungskonzeptes für Menschen mit einem Hilfebedarf. „In den letzten Jahren wurden durch die Betreute Wohnanlage in der Schillerstraße, die in unmittelbarer Nähe zur neuen Tagespflege entstanden ist, und durch die bereits bestehende Sozialstation weitere Angebote geschaffen“, stellt Stephan Härpfer, Geschäftsführer des BRK-Kreisverbandes, fest. Das Personal für die neue Tagespflege wurde aus bestehendem Pflegepersonal generiert und für die neue Tätigkeit geschult.

Leo Schrell bedankt sich sehr herzlich bei der Hospitalstiftung Dillingen, namentlich dem Vorsitzenden, Frank Kunz, für den Verkauf des Bauplatzes. Kunz betont: „Mit dem neuen Angebot wird in Zukunft nicht nur die Betreuungssituation in unserer Stadt ausgebaut – die Tagespflege bedeutet vor allem auch für die pflegenden Angehörigen eine spürbare Entlastung. Deswegen hat sich auch der Stadtrat klar dafür ausgesprochen, dieses wichtige Projekt zu unterstützen, um so die Familienfreundlichkeit für alle Generationen weiter zu stärken“, so das Dillinger Stadtoberhaupt. ❒

Ein „Tokyo Tower“ für den Heuchelhof

Gartenamt gestaltet die Spielplätze Tokio- und Otsustraße um

Aufgrund der Corona-Pandemie musste das Gartenamt der Stadt Würzburg zum Bedauern vieler Kinder und Eltern die öffentlichen Spielplätze sperren. Auf dem Heuchelhof konnte diese Zeit jedoch genutzt werden: Die beiden Spielplätze Tokio- und Otsustraße wurden für insgesamt ca. 175.000 Euro umgestaltet.

Auf dem Spielplatz Tokiostraße mussten mehrere Spielgeräte rückgebaut werden. Eine grundlegende Erneuerung war unumgänglich. Bereits 2016 fand in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familie, der ARGE Familien in der Stadt, dem Quartiersmanagement Heuchelhof sowie dem Bürgerverein Heuchelhof eine Nutzerbeteiligung vor Ort statt. Die dort aufgenommenen Anregungen und Wünsche bildeten die Basis für die Planung des Gartenamtes.

Den Spielplatz in sein Umfeld integrieren

„Unser Grundanliegen bei den Planungen ist es, den einzelnen Spielplatz ebenso wie das Umfeld zu betrachten“, so Dr. Helge Bert Grob, Leiter des Gartenamtes. Im Bereich Madrider Ring befindet sich neben dem Spielplatz Tokiostraße auch der Spielplatz Otsustraße. Die fußläufige Entfernung beträgt lediglich 125 m. Daher entwickelte das Gartenamt ein räumliches und thematisches Gesamtkonzept für beide Spielplätze: Die Angebote für kleinere Kinder wurden weitgehend auf dem Spielplatz Otsustraße und die für größere Kinder auf dem Spielplatz Tokiostraße realisiert.

Anregungen aus der Bevölkerung

Die Anregungen der Nutzerinnen und Nutzer waren vielfältig. Besonders das Thema Klettern und Rutschen in zwei unterschiedlichen Höhen lag ihnen am Herzen. Dieses Kernanliegen und weitere Wünsche konnten im Rahmen der Planung des Gartenamtes berücksichtigt werden. Lediglich auf separate Fußballtore wurde bewusst verzichtet. Es gibt einen nahe gelegenen Bolzplatz.

„Ziel des Gartenamtes war es“, so Dr. Grob, „zwei individuelle und auf den Ort zugeschnittene Spielplätze zu gestalten“. Daher stehen die Entwürfe – ausgehend von den Straßennamen – unter dem Thema „Japan, Tokio, Otsu“. Abgeleitet von den in den Flaggen vorkommenden Elementen, wurden punktförmige Spielgeräte und kreisrunde Formen verwendet. Außerdem wurden – beispielsweise bei den Spielgeräten – die charakteristischen Farben rot und weiß aufgegriffen.

Individuelles Spielgerät

Der „Tokyo Tower“ ist das Wahrzeichen der japanischen Metropole Tokio. In Anlehnung daran wurde ein individuelles Spielgerät entwickelt. Diese teilweise über neun Meter hohe Kombination aus Stahl und Holz ist das Hauptelement der Planung. Sie besteht aus einem Viereckturm mit 1,90 m Podesthöhe, schrägen Kletternetzen und einer Edelstahlrutsche. Hoch hinaus ragen die rot-weißen Stahlpfosten. Über eine Seilbrücke gelangt man zu einem Sechseckturm, dessen Grundriss in Anlehnung an die Flagge Tokios ausgewählt wurde. Ausgestattet ist er mit einem senkrechten Kletternetz und einem Kletter-Balancier-Aufstieg. Außerdem wurden eine Nestschaukel, eine Wippe und drei einzelne Spielpunkte zum Drehen, Hüpfen und Sitzen oder Bockspringen aufgebaut. Bänke und Sitzauflagen runden das Angebot ab.

Neue Sandspielfläche

Der Spielplatz Otsustraße wurde mit einer Spielkombination für kleine Kinder ausgestattet. Auf das 0,95 m hohe Podest mit Edelstahlrutsche führt ein Treppenaufstieg. Zudem gibt es eine Unterschlupfmöglichkeit.

Der bestehende Sandkasten wurde durch eine neue Sandspielfläche mit Sandbagger ersetzt. Ein rundes Bodentrampolin lädt zum Hüpfen und Springen ein. Natürlich wurden auch hier Sitzmöglichkeiten vorgesehen. Voraussichtlich Ende Mai sind die Fundamente ausgehärtet und der Rollrasen angewachsen. Leider ist die weitere Entwicklung bezüglich der Sperrung von Spielplätzen aktuell noch nicht absehbar. Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner hofft jedoch, dass die neuen Geräte möglichst bald von vielen Kindern bespielt werden können. ❒



Der neue „Tokyo Tower“ auf dem Spielplatz Tokiostraße. Bild: Gartenamt / Marie-Luise Löchner

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Sparkassen – verlässliche Partner auch in Corona-Zeiten

GZ-Interview mit Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern

GZ: Dr. Netzer, wie stark hat die schnelle Ausbreitung der Corona-Pandemie die Arbeit der Sparkassen verändert, wurden sie überrascht?

Netzer: *Es ging uns wie so vielen anderen – obwohl wir doch gesehen hatten, was auf uns zukommt, hatten wir dann das Gefühl, dass alles ganz plötzlich ging. Aber dank gut vorbereiteter Notfallpläne konnten wir unseren Betrieb quasi von heute auf morgen weitgehend umstellen: weniger Geschäftsstellenbetrieb, dafür enorm viel mehr Onlineaktivitäten unserer Kunden und Berater. Vor allem für die schnellen Liquiditätshilfen für Kunden, die oft schon rasch wirtschaftlich unter Druck kamen.*

Die Sparkassen laufen seitdem auf Hochtouren, unsere Mitarbeiter leisten noch immer enormen Einsatz, um unsere Kunden gerade in dieser Krisenzeit zu begleiten. Wir haben fast überall Kapazitäten aufgestockt, Fachleute für Aufgaben aus anderen Bereichen in Webinaren geschult. Das haben viele Sparkassen vor allem im Kreditbereich so gehandhabt: Denn ein großer Schwerpunkt liegt auf der Bearbeitung von Förderkrediten für unsere Firmenkunden.

GZ: Wie viele Förderkredite im Zusammenhang mit dem Corona-Hilfsprogramm konnten Sie denn bislang auf den Weg bringen?



Dr. Ulrich Netzer. ❐

Netzer: *Mittlerweile sind es fast 3.700 Förderkredite mit einem Volumen von über 950 Mio. Euro, die allein die bayerischen Sparkassen auf den Weg gebracht haben. Für sehr viele Kunden sind diese Förderkredite aber gar nicht die beste Lösung. Oft ist ein direkter Kredit bei der Sparkasse vorteilhafter in den Finanzierungsmix einzubauen. Auch hier gilt: Jeder vertretbare Kredit wird auch vergeben. Im März und April haben wir 3,8 Mrd. Euro neue Kredite an Unternehmen und Selbständige zugesagt, das sind 26 Prozent mehr als im März/April 2019.*

GZ: Hätten das nicht mehr sein können? Die langsamen Fortschritte bei der Kreditvergabe wurden ja öfter bemängelt.

Netzer: *Es ist klar, dass wir Sparkassen als Hausbanken eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für unsere Kunden in den bayerischen Regionen tragen. Dieser Verantwortung kommen wir so schnell und so umfänglich wie möglich nach. Es ist in unserem ureigensten Interesse, dass unsere Kunden auch nach der Krise noch unsere Kunden sind, also erstens am Markt und zweitens erfolgreich. Wir tun alles, um gemeinsam gut durch diese Krise zu kommen, das Motto bei uns heißt #gemeinsamdadurch.*

Gleichzeitig müssen wir allerdings auch achtsam sein – das ist wie bei einem Rettungsschwimmer: Er will helfen, muss aber beim Retten auch auf sich selber achten. Es gab zu Beginn viele Unklarheiten über die genaue Ausgestaltung der Förderkredite. Und natürlich mussten wir korrekte Kreditprüfungen durchführen – das verlangen die Förderbanken genauso wie die Aufsicht von uns.

GZ: Was heißt das genau?

Netzer: *Die staatlichen Förderbanken haben zu Beginn der Krise sehr schnell zusätzliche Fördermittel bereitgestellt. Die Bedingungen für die Vergabe waren aber noch nicht immer klar. Gleichzeitig sollten die Hausbanken aber schon für die Förderbanken die Kreditprüfung durchführen. Dazu gibt es an und für sich klare Vorschriften, die im Verlauf der Wochen erleichtert wurden. Wenn eine Sparkasse aber nun eine Kreditprüfung ohne Klarheit positiver abgeschlossen hätte als es zum jeweiligen Zeitpunkt erlaubt war, müsste sie damit rechnen, dass sie bei Überprüfung durch die Finanzdienstleistungsaufsicht Schwierigkeiten bekommt. Das gilt ganz unabhängig davon, dass die Hausbanken natürlich auch ein eigenes Interesse daran haben, nur solide Finanzierungen zuzusagen, weil sie ja selbst in aller Regel für einen Teil des Ausfallrisikos haften.*

GZ: Die Haftungsfreistellung also war der Knackpunkt?

Netzer: *Am Anfang gab es viele Unklarheiten und auch sehr viel Unwissenheit bei den Antragstellern. Viele dachten, dass die Haftungsfreistellung den Antragsteller betrifft, er also nicht mehr voll für den Kredit haften müsse. Aber das war ein wenig förderliches Missverständnis, denn die Haftungsfreistellung bezieht sich auf das Innenverhältnis zwischen Förderbank und Hausbank. Sie ändert nichts an der Tatsache, dass es nicht um einen Zuschuss, sondern um einen Kredit geht, der geprüft und später zurückbezahlt werden muss. Das gilt auch für die Schnell-Kredite mit 100prozentiger Haftungsfreistellung – sollten sie ausfallen muss die Hausbank hier nichts an die Förderbank zurückzahlen. Bei den anderen Konstruktionen bleibt immer ein Teil des Ausfallrisikos bei der Hausbank.*

GZ: Welche Hilfen gibt es denn bei den Hausbanken außer Krediten auf die eigene Bilanz oder aus dem Corona-Schutzschirm?

Netzer: *Neben der Neukreditvergabe ist erst einmal die Erhöhung von Kontokorrentspielräumen ein sehr häufig genutztes Mittel – manchmal sogar bei einer Reduzierung der dafür anfallenden Zinsen. Die Hauptstütze für die Entlastung unserer Kunden ist aber die vorübergehende Aussetzung von Zins- und Tilgungsleistungen bei bereits bestehenden Krediten: Mittlerweile haben die bayerischen Sparkassen insgesamt bereits über 44.000 Tilgungsaussetzungen vorgenommen, davon 53 % für Firmenkunden.*

Die Corona-Krise wird uns alle aber noch länger beschäftigen, so dass noch einige Unternehmen wegen Einnahmeverlusten in finanzielle Engpässe geraten werden. Weil wir vor Ort mit und von unseren Kunden leben ist es für uns selbstverständlich, gemeinsam Lösungen zu finden. Konkret heißt das, dass Sparkassenkunden bei bestehenden Krediten die fälligen Tilgungsleistungen für mehrere Monate aussetzen können.

GZ: Wo gibt es derzeit die größten Hürden bei der Finanzhilfe für die Unternehmen?

Netzer: *Schwierig wird es leider immer dann, wenn Unternehmen nicht erst durch die Corona-Krise in Liquiditätsengpässe gekommen sind. Wer aber 2019 ein gesundes Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell hatte, der kann auch jetzt mit unkomplizierter Unterstützung rechnen.*

GZ: Und wie sehen Sie die Auswirkungen auf die Kommunen?

Netzer: *Bislang hat der Fokus der Krisenbewältigung auf Hilfen für die Wirtschaft und private Haushalte gelegen. Der nächste Schritt muss jetzt sein, die kommunalen Haushalte zu sichern. Denn wir sehen, dass die Folgen der Corona-Pandemie natürlich auch die kommunalen Haushalte erheblich betreffen. Zu befürchten ist immerhin ein sehr deutlicher Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen – allen voran der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer. Auch die Gebühren, Beiträge und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stehen unter Druck. Und das bleibt wohl auch mittelfristig so: Von 2021 an rechnen immer noch 86 Prozent der Kämmerer mit sinkenden Einnahmen. Die Sparkassen haben auch hier vor Ort bereits reagiert und unterstützen die bayerischen Kommunen überall dort, wo es notwendig ist. Soweit ich das sehe, sind die Bayern hier aber ohnehin im Vorteil. Bundesweit ist die Spreizung zwischen stark und wenig betroffenen Kommunen viel größer als im Freistaat.*

GZ: Wie sehen denn hier die Unterstützungsleistungen aus?

Netzer: *Den meisten Kommunen stehen die größeren Herausforderungen ja noch bevor. Aber schon jetzt fallen bereits laufende Einnahmen weg, z.B. durch Steuerstundungen. Hier helfen die Sparkassen durch die Erhöhung von Kassenkrediten. Aber Liquidität ist sehr oft gar nicht das Problem, sonst hätte es zuvor das Thema Verwahrentgelte gar nicht gegeben. Es werden also erst einmal Bestände abgebaut. Doch die mittelfristigen Ausfälle von Steuereinnahmen setzen Investitionsplanungen unter Druck. Um die Investitionslücke zu schließen, bieten wir, gemeinsam mit der BayernLabo, sehr günstige Investitionskredite an. Es muss also jetzt wie in Zukunft keine Kreditklemme für die bayerischen Kommunen befürchtet werden.*

GZ: Wären da Investitionen in eine stärkere Digitalisierung der kommunalen Abläufe nicht sinnvoll?

Netzer: *Ja, klar. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, einige Lehren aus dem Shutdown ins normale Leben zu übernehmen. Auch die kommunalen Einrichtungen reduzieren die direkten Kontakte – mit Homeoffice und Videocalls allein ist es aber nicht getan. Das Thema „Online-Rathaus/Landratsamt", in dem kommunale Dienstleistungen auf einer Webpräsenz abrufbar sind, rutscht derzeit in den Prioritätenlisten der Bürgermeister und Landräte ganz nach oben. Die Landesregierung stellt dafür spezielle Fördermittel im Programm „Digitales Rathaus" zur Verfügung. Und die Sparkassen bieten schon seit einiger Zeit ein leistungsfähiges System zur Abwicklung der Bezahlvorgänge an: Mit „Girocheckout" steht hier der erprobte Baustein für das E-Payment bereit.*

GZ: Meinen Sie, dass die Bürger schon bereit für solche Lösungen sind?

Netzer: *So wie wir Sparkassen eine deutlich gestiegene Nachfrage nach Online-Banking-Leistungen feststellen, sehen wir auch, dass sich in der aktuellen Situation viele die Möglichkeit wünschen, andere Erledigungen wie z.B. Behördengänge per Computer oder Smartphone zu erledigen. Hier findet zurzeit ein Umdenken statt. Der Bedarf ist in den letzten Wochen rasch gestiegen.*

Die Sparkassen bieten ihren Kunden übrigens jetzt die Möglichkeit, sich in einem stark vereinfachten Prozess auf elektronischem Weg für das Online-Banking freischalten zu lassen, ohne dass sie dafür in eine Filiale kommen müssen. Damit reagieren sie auf das gestiegene Interesse an Online-Banking – auch von Kunden, die ihre Bankgeschäfte bisher lieber in der Filiale durchgeführt haben. Die Bayern sind offener geworden für neue Lösungen und wir begleiten sie dabei verlässlich. ❐

Flagge zeigen für Vielfalt

Am 26. Mai fand der Deutsche Diversity-Tag 2020 statt - ausgerufen von der Charta der Vielfalt. Schon lange definiert der Konzern Versicherungskammer Vielfalt als zentralen Unternehmenswert.

„Seit einigen Jahren fördern wir Diversity, weil es ein explizit definierter Wert unseres Konzerns ist", erklärt Barbara Schick, die im Konzernvorstand für Diversity verantwortlich ist. „Das Engagement von uns allen ermöglicht eine Vielfalt an Perspektiven, Kompetenzen und Meinungen, die jeden Einzelnen mit einschließt und zu einer offenen Gesellschaft beiträgt."

Offenes Denken und ein Statement für Toleranz sind gerade angesichts der derzeit herrschenden Unsicherheit wichtig für eine positive gemeinschaftliche Grundhaltung. Deshalb engagierte sich der Konzern Versicherungskammer bereits zum wiederholten Mal am jährlich stattfindenden Deutschen Diversity-Tag mit verschiedenen Aktionen. Er weist damit auf die Vielfalt in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt hin.

Seit 2016 setzen sich Mitarbeitende des Konzerns in mehreren Arbeitsgruppen auf freiwilliger Basis für verschiedene Themen ein und entwickeln Maßnahmen für den Konzern. Hierbei wurde beispielsweise erprobt, was junge und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in generationenübergreifenden Tandems voneinander lernen können und wie Jobsharing auch auf der Führungsebene umgesetzt werden kann. Eine weitere AG beschäftigt sich damit, möglichst vielfältige Talente bei der Personalauswahl zu berücksichtigen.

Zum Diversity-Tag wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund der aktuellen Situation virtuell einiges geboten. Das Intranet lud zu Beiträgen und Mitmachforen ein und in den Casinos konnten sie mit Diversity-Menüs To Go-Vielfalt schmecken.

Auch über die Social-Media-Kanäle der Versicherungskammer wurde auf das Thema aufmerksam gemacht. Alles unter dem Motto #FlaggefürVielfalt: Die Versicherungskammer ist überzeugt, dass dann, wenn die verschiedenen Talente und Perspektiven aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt werden, daraus ein großer Mehrwert für jeden Einzelnen sowie für das Unternehmen entstehen kann. ❐

Sparkassen-Kreditbasket XVI erfolgreich aufgestockt

Der Sparkassen-Kreditbasket XVI (S-KB XVI 2019) konnte wie seine beiden Vorgängerpools mit dem sog. zweiten Einbringungstermin aufgestockt werden. 115,3 Mio. Euro zusätzliches Absicherungsvolumen, verteilt auf 56 Adressen, erhöhen den Gesamtpool auf 712,2 Mio. Euro. 32 Sparkassen nutzten die Möglichkeit, mittelständische Kreditrisiken gegen Ausfälle abzusichern - die Gesamtteilnehmerzahl steigt dabei auf 83, so dass der Rekord von 2017 eingestellt wird.

Die Sparkassen haben die Absicherungsentscheidungen für den Aufstockungstermin bereits vor der Corona-Pandemie getroffen und können sich nun bestätigt sehen. Auch die bereits angekündigte diesjährige Kreditpooling-Transaktion S-KB XVII 2020 wird stark nachgefragt. Sie kann einen weiteren bedeutsamen Beitrag zur Stabilität der Betriebsergebnisse der teilnehmenden Sparkassen im Umfeld des schwersten Wirtschaftseinbruchs der jüngeren Zeit leisten.

Im Rahmen des Kreditbaskets übertragen Sparkassen mittels Kreditderivaten Adressenausfallrisiken großer gewerblicher Kreditengagements auf ein Portfolio und erwerben im Gegenzug anteilig das diversifizierte Portfolio. Etwaige Ausfälle bei den Kreditrisiken müssen somit nicht von der einzelnen Sparkasse getragen werden, sondern verteilen sich als kleine Beträge auf alle investierenden Sparkassen.

Die Transaktion wurde erneut von BayernLB, Helaba, LBBW, NORD/LB sowie SaarLB arrangiert und von den regionalen Sparkassenverbänden und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) begleitet. Administratoren des Kreditbaskets sind die BayernLB und die Helaba. ❐



Steuerschätzung Bayern:

Kommunale Haushalte stärken

Die drastischen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie treffen auch den Bayerischen Staatshaushalt. Wie Finanzminister Albert Füracker bei der Vorstellung der aktuellen Steuerschätzung hervorhob, könne der Freistaat heuer mit Steuereinnahmen von rund 41,6 Mrd. Euro rechnen - 5,5 Mrd. Euro weniger als noch im vergangenen Herbst vorausgesagt. „Aber Bayern stemmt sich gegen die Krise", unterstrich Füracker: „Dank unserer vorausschauenden Finanzpolitik in der Vergangenheit und schneller, effektiver Reaktionen seit Beginn der Pandemie sind wir gut gerüstet."

Auch in den nächsten Jahren muss der Freistaat Füracker zufolge mit deutlichen Mindereinnahmen rechnen. So sind im Vergleich zur letzten Schätzung rund 2,7 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen für 2021 zu erwarten, rund 2,6 Milliarden Euro im Jahr 2022. Zum Vergleich: Nach dem Ausbruch der Finanzkrise beliefen sich die geschätzten Einnahmerückgänge im Jahr 2009 in Bayern auf etwa 1,5 Milliarden Euro.

Seriöse Finanzpolitik im Blick

Bayern, so der Finanzminister, bleibe auch in der Krise handlungsfähig und stehe zu seinen Beschlüssen. „Trotz aktuell sinkender Einnahmeprognosen werden wir unsere Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigen. Ziel ist eine rasche konjunkturelle Erholung", machte Füracker deutlich. „Investitionen und Maßnahmen, die Wirtschaft, Kommunen und Familien in Bayern zugutekommen, werden daher im Jahr 2020 wie beschlossen fortgeführt." Damit sei sichergestellt, dass Wirtschaft und Bürger sich auf die bereits gegebenen Zusagen des laufenden Haushaltsjahres vollumfänglich verlassen können. „Mit dem Bayerischen Corona-Krisenmanagement stützen und stärken wir gezielt unsere Wirtschaft und sichern möglichst viele Arbeitsplätze", unterstrich der Minister.

Seriöse und zukunftsgerichtete Finanzpolitik bleibe Bayerns Markenzeichen. Dennoch musste der Bayerische Landtag mit Blick auf das Ausmaß der Pandemie zum ersten Mal seit vielen Jahren eine Aufnahme von neuen Schulden genehmigen. „Die aktuellen Kreditaufnahmen sind ein schmerzhafter Einschnitt, aber sie sind nötig, um die aktuelle Krise zu überwinden. Auf Basis der Steuerschätzung im September 2020 werden wir dann die Planungen für den Doppelhaushalt 2021/2022 darstellen", erklärte Füracker.

Ein Aderlass ohnegleichen

Angesichts der drohenden Steuerausfälle von rund 2 Milliarden Euro bei den bayerischen Gemeinden und Städten sprach Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl von einem „Aderlass, den es so noch nie gegeben hat". Er appellierte deshalb an die Bayerische Staatregierung, die Gemeinden und Städte in Bayern finanziell nicht im Regen stehen zu lassen.

Krise gemeinsam bewältigen

Gerade in Krisenzeiten müsse die öffentliche Verwaltung funktionieren. Die Bürgerinnen und Bürger, die durch die Corona-Krise ohnehin stark beeinträchtigt sind, erwarteten zu Recht Leistungen ihrer Gemeinden und vertrauten auf die Funktionsfähigkeit kommunaler Einrichtungen. Brandl: „Jedem ist klar: Nach der Corona-Krise werden in den Rathäusern die Rotstifte gezückt und kommunale Leistungen überprüft werden. Bayerns Gemeinden und Städte rufen deshalb der Staatsregierung zu: Helft uns, redet mit uns, wie wir die Krise gemeinsam bewältigen."

Der Verbandschef erwartet von der Staatsregierung, dass umgehend Gespräche über die finanzielle Lage der Kommunen aufgenommen werden. Dort, wo konkreter Bedarf ist, gehe es um aktuelle Hilfestellungen, aber auch um die Stabilisierung der Finanzausstattung. Darüber hinaus müsse die Handlungs-, vor allem aber die Investitionsfähigkeit der Gemeinden und Städte gestärkt werden, um auch die örtliche Wirtschaft zu unterstützen.

Gewaltige Finanzlöcher

Laut Brandl können die Steuerausfälle derzeit noch nicht klar beziffert werden, weil die Krise noch nicht beendet ist. Doch seien bereits jetzt gewaltige Finanzlöcher absehbar. Bislang hätten sich die kommunalen Ebenen mit Forderungen zurückgehalten; nun sei es aber an der Zeit, mit dem Staat über konkrete Problemlösungen und die Zukunft der Kommunalfinanzen zu reden.

Auch der Bayerische Landkreistag hat Bund und Freistaat dazu aufgerufen, zu den Kommunen zu stehen. Wie Verbandspräsident Christian Bernreiter, Landrat in Deggendorf, hierzu ausführte, „brechen den Gemeinden in nie dagewesener Größenordnung die Steuereinnahmen weg. Fallende Steuereinnahmen bedeuten auch sinkende Schlüsselzuweisungen aus dem Allgemeinen Steuerverbund. Zudem fehlen auch weitere Einnahmen, wie etwa beim ÖPNV oder in den Bädern."

Im ersten Schritt schlage dies in den Haushalten der Städte und Gemeinden krachend ein, etwas zeitverzögert dann in denen der Landkreise. Dies belaste die kommunale Aufgabenerfüllung und führe dazu, dass auch bereits beschlossene und geplante Investitionen auf den Prüfstand gestellt und schlimmstenfalls nicht weiterverfolgt werden können. Dies sei unbedingt zu verhindern.

Alle Kräfte mobilisieren

„Alles was wir tun (können), hängt von der Kraft unserer Unternehmen ab. Unsere Betriebe und die Arbeitsplätze, die sie bieten, sind der Schlüsselfaktor. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir alle Kräfte mobilisieren, um unsere Wirtschaft so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen und die Menschen in Lohn und Brot zu halten. Dafür müssen die kommunalen Haushalte gestärkt und die entstehenden Lücken gemeinsam gefüllt werden", unterstrich Bernreiter. Die bayerischen Landkreise stünden zu ihrer Verantwortung und trügen durch ihr zügiges und entschlossenes Handeln wesentlich zur Eindämmung der Corona-Pandemie sowie zur Akzeptanz der von der Staatsregierung beschlossenen Maßnahmen in der Bevölkerung bei.

Bei den Verhandlungen mit dem Bund für den Ausgleich weiterhin explodierender Sozialausgaben wünschen sich die bayerischen Landkreise die Rückendeckung des Freistaats. Dieser soll sich dafür einsetzen, dass die Beteiligung des Bundes an diesen Kosten deutlich angehoben wird. Bereits in wirtschaftsstarken Jahren sind die Sozialausgaben einer der größten Blöcke in den kommunalen Haushalten. Durch Corona sind die Zahlen noch gravierender. Auch die Finanzierung der Krankenhäuser muss laut Landkreistag in Berlin endlich auf tragfähige Füße gestellt werden. In der Krise hätten die kommunalen Krankenhäuser einmal mehr ihre Bedeutung unter Beweis gestellt. **DK**

Quartalsbilanz 2020:

BayernLB sorgt für Risiken aus Corona-Pandemie vor und weist Verlust aus

Die BayernLB bereitet sich mit einer angepassten Risikovorsorge auf den zu erwartenden Einbruch der Wirtschaftsleistung in Folge der Corona-Pandemie vor. Im ersten Quartal 2020 hat der Konzern 72 Mio. Euro (Vj.: +7 Mio. Euro) zurückgelegt, um für Kreditrisiken vorzubeugen. Mit einer harten Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) von 14,7 Prozent zum 31. März (31.12.2019: 15,6 Prozent) ist die Bank sehr solide kapitalisiert, um solche Belastungen auch in Zukunft zu verarbeiten und ihre Kunden durch die Krise zu begleiten.

Operativ wirkte sich die Pandemie erst im März auf das Kundengeschäft aus. In Summe stiegen Zins- und Provisionsüberschuss im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar leicht auf 498 Mio. Euro (Vj.: 492 Mio. Euro) an. Unter dem Strich weist die BayernLB trotzdem ein negatives Quartalsergebnis vor Steuern von -151 Mio. Euro (Vj.: 51 Mio. Euro) aus. Das ist insbesondere auf Zuführungen zur Risikovorsorge sowie Bewertungseffekte vor allem infolge des Einbruchs der Kapitalmärkte im März zurückzuführen. Zusätzlich belasteten die im ersten Quartal für das Gesamtjahr komplett verarbeitete europäische Bankenabgabe und die Beiträge für die Einlagensicherung. Die Aufwendungen dafür beliefen sich in Summe auf 115 Mio. Euro und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert von 93 Mio. Euro.

„Die Coronakrise schlägt sich jetzt auch in den Bankbilanzen nieder, auch wenn wir noch keine konkreten Einzelfälle mit akutem Risikovorsorgebedarf haben. Unser ordentliches operatives Geschäft im ersten Quartal darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie stark die Pandemie die Wirtschaftsleistung bremst. Natürlich stellen wir uns darauf ein, dass wir im laufenden Geschäftsjahr angesichts des prognostizierten Konjunktureinbruchs Kreditausfälle zu verzeichnen haben werden. Dieser Erwartung haben wir – soweit heute schon machbar – Rechnung getragen. Unseren Kunden stehen wir nach Kräften als Partner zur Seite, um die Liquiditätsversorgung zu sichern", kommentiert der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier, die Geschäftsentwicklung der ersten drei Monate.

Zinsüberschuss legt zu

Den Zinsüberschuss steigerte die BayernLB im ersten Quartal 2020 auf Konzernebene leicht auf 426 Mio. Euro (Vj.: 423 Mio. Euro). Der Provisionsüberschuss lag mit 71 Mio. Euro auf Vorjahresniveau (Vj.: 70 Mio. Euro). Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung von -65 Mio. Euro (Vj.: -13 Mio. Euro) war maßgeblich durch negative Bewertungseffekte aus den Verwerfungen an den Kapitalmärkten in Folge der Corona-Pandemie und der Ausweitung der Credit Spreads geprägt. Das Ergebnis aus Finanzanlagen belief sich auf 11 Mio. Euro (Vj.: 31 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2019 auf 241,8 Mrd. Euro (31.12.2019: 226,0 Mrd. Euro). Die Kapitalbasis der BayernLB ist weiterhin sehr solide. Die Bank ist damit auch für weitere aus der Corona-Pandemie resultierende Belastungen aus heutiger Sicht gut gerüstet.

Fortschritte im Transformationsprozess

Die Richtigkeit des strategischen Zielbilds der BayernLB, sich bis 2024 zu einem fokussierten, effizienten Spezialinstitut zu entwickeln, mit der DKB als innovativer Digitalbank unter dem Konzerndach, wird durch die krisenhaften Entwicklungen rund um die Corona-Pandemie nochmals bestätigt. Das Ende letzten Jahres gestartete Transformationsprogramm hat die BayernLB in den ersten drei Monaten 2020 mit Nachdruck vorangetrieben. So wurden ein umfassender Umsetzungsplan erarbeitet und im Kapitalmarktgeschäft die organisatorische Neuaufstellung zum 1. April vollzogen.

Die Bank konzentriert sich künftig mit ihrer „Markets"-Einheit neben Geldmarktprodukten und Absicherungsgeschäften für Kunden vor allem auf Debt Capital Markets-Produkte, wie Schuldscheine und Unternehmensanleihen. Darüber hinaus hat die BayernLB erste Maßnahmen zur Kostensenkung eingeleitet. Auch der angekündigte Stellenabbau verläuft planmäßig.

Die BayernLB hat mit Beginn des Geschäftsjahres 2020 ihre operativen Segmente neu geordnet und weist die Ergebnisse aus dem Kundengeschäft nun in drei statt wie bisher in vier Segmenten aus. Im Segment Immobilien & Sparkassen/Finanzinstitutionen ist das gewerbliche Immobiliengeschäft, das Sparkassengeschäft, das Förderinstitut BayernLabo und – neu – das Geschäft mit Banken, Versicherungen und Assetmanagementgesellschaften gebündelt. Das erweiterte Segment weist ein Ergebnis von 47 Mio. Euro vor Steuern (Vj.: 58 Mio. Euro) aus. Der im Immobiliengeschäft der BayernLB erfolgreich eingeleitete Wachstumskurs zeigt sich im Anstieg von Zins- und Provisionsüberschuss auf 138 Mio. Euro (Vj.: 122 Mio. Euro). Anders als im Vorjahr konnte jedoch nicht im nennenswerten Umfang Risikovorsorge aufgelöst werden. Das Sparkassengeschäft profitierte von einem deutlichen Geschäftszuwachs im Handel mit physischen Edelmetallen im Kundenauftrag. Die in diesem Segment abgebildeten BayernLB-Töchter Real I.S. und BayernInvest hielten ihre Ergebnisse auf Vorjahresniveau.

Das neu formierte Segment Corporates & Markets, in dem die Geschäfte mit Firmenkunden sowie die Kapitalmarktaktivitäten der BayernLB gebündelt sind, weist nach den ersten drei Monaten 2020 ein Ergebnis in Höhe von -89 Mio. Euro vor Steuern (Vj.: 4 Mio. Euro) aus. Dies ist insbesondere auf die erhöhte Risikovorsorge von -71 Mio. Euro (Vj.: -3 Mio. Euro) im Zuge der Coronakrise zurückzuführen, ohne dass sich dieser Vorsorgebedarf auf akute Einzelfälle bezieht. Zum Quartalsende fragten die Kunden aufgrund des Corona-Lockdowns verstärkt Liquidität nach, was sich aber noch nicht signifikant in den Geschäftszahlen widerspiegelt.

Die BayernLB unternimmt derzeit erhebliche Anstrengungen, um die Liquiditätsversorgung ihrer Kunden auch während der Coronakrise sicherzustellen. Um schneller auf Bedürfnisse der Kunden reagieren zu können, hat das Institut in den vergangenen Wochen seine Kreditprozesse teilweise vereinfacht. Außerdem sind die Beratungskapazitäten vor allem für die Förder- und Hilfsprogramme der staatlichen Förderbanken ausgeweitet worden. Die Spezialisten der BayernLB haben dazu hunderte Gespräche geführt. Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen und im Direktgeschäft hat die Bayerische Landesbank seit Mitte März bereits mehr als 3.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 1,2 Mrd. Euro bearbeitet und an die KfW Bankengruppe oder die LfA Förderbank Bayern durchgeleitet. ❐

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand

Angesichts der Mai-Steuerschätzung für den Freistaat fordert der Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Rolf von Hohenhau, eine neue Schwerpunktsetzung im Haushalt. „Die Corona- Pandemie reißt ein riesiges Loch in den bayerischen Haushalt. Alleine für das laufende Jahr 2020 werden Mindereinnahmen in Höhe von 5,5 Mrd. Euro erwartet. Bis 2022 summieren sich die Corona-bedingten Mindereinnahmen dann auf mehr als 10 Mrd. Euro. Diese neue Situation muss sich auch im Haushalt des Freistaates widerspiegeln."

Daher dürfe nur noch das ausgegeben werden, was absolut notwendig ist und der wirtschaftlichen Erholung dient. „Sonst droht dem Haushalt eine massive Schieflage", machte von Hohenhau deutlich.

Zwang zur Schuldenaufnahme

Der Bund der Steuerzahler kritisiert dabei ausdrücklich nicht die jetzt notwendige Abkehr vom strikten Schuldenverbot und die Erhöhung der bayerischen Neuverschuldung um 10 Mrd. Euro. Es liegt durch die Corona-Pandemie eine Notsituation vor, die selbst den finanziell solide aufgestellten Freistaat Bayern zwingt, jetzt neue Schulden zu machen, um den Schaden für die Menschen und die Wirtschaft zu minimieren. Das entspricht dem Geist der Schuldenbremse, für die sich der Bund der Steuerzahler in Bayern immer eingesetzt hat. Die Schuldenbremse erlaubt es, dass die öffentliche Hand in Notsituationen Kredite aufnehmen kann. Zum Geist der Schuldenbremse gehört es ebenso, dass dann das Land einen Tilgungsplan erstellt und umsetzen muss, um die neuen Schulden in den folgenden Jahren wieder abzubauen.

Es darf keine Denkverbote geben

„Es ist nun geboten, die Landesausgaben den sinkenden Einnahmen anzupassen und neue Schwerpunkte im Haushalt, insbesondere zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise, zu setzen. Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Hier darf es keine Denkverbote geben", so der Steuerzahlerbund. „Bayern war und ist Vorreiter einer soliden Haushaltspolitik. Der Steuerzahlerbund hofft, dass der Freistaat gerade jetzt in der Corona-Pandemie wieder Maßstäbe setzt, wie man rasch ein Weg zurück zur Normalität findet." ❐

Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte eröffnet nach Umzug

Stadtsparkasse Augsburg erweitert Service mit (digitaler) Mitarbeiterin INES

Die Stadtsparkasse Augsburg setzt auf noch stärkere Nähe zu ihren Kunden. Die Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte eröffnete an neuer Wirkungsstätte „Im Tal 5" in Haunstetten. Als erste Sparkasse in Schwaben geht hier mit „INES" ein persönlicher Videoservice an den Start.

„Wir wollen bei unseren Kunden vor Ort sein", so Cornelia Kollmer, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Augsburg. „Im September 1974 wurde mit der Geschäftsstelle Haunstetten-Mitte die erste Geschäftsstelle unseres Hauses in Haunstetten eröffnet. Wir sind seit fast fünf Jahrzehnten hier präsent. Mit INES bieten wir unseren Kunden nun einen einzigartigen Service, den es in diesem Umfang und dieser Technik hier noch nicht gibt."

Gewinn für jedermann

INES (=interaktiver ElektronikService) macht Gespräche wie am Service möglich. Daueraufträge einrichten und ändern, Kartensperrungen, Lastschriftrückgaben,Terminvereinbarungen und ähnliches lassen sich persönlich-digital erledigen. Über einen großen Bildschirm klärt der Kunde direkt im Gespräch mit einem Mitarbeiter aus dem Sparkassen-Team Service.direkt sein Anliegen. Gerade im aktuellen Umfeld, in dem verantwortungsvoll auf einen direkten Kontakt verzichtet werden soll, eine gute Lösung. Für die Bedienung ist weder Vorwissen noch eine vorherige Anmeldung oder Freischaltung notwendig. Der INES Videoservice ist über die normalen Öffnungszeiten hinaus im Einsatz. Aktiviert wird INES per Lichtschranke, es ist keine Tür zu öffnen. In Corona-Zeiten für alle ein Gewinn, persönlich, einfach, vor Ort.

Die neuen Räume in der großzügigen repräsentativen Geschäftsstelle bieten einerseits eine offene Aufteilung und eine angenehme Atmosphäre, andererseits Bereiche für diskrete Beratung. Der Service-, Beratungs- und SB-Bereich der Geschäftsstelle mit einem Geldautomat, auch mit Einzahlfunktion, ist barrierefrei.

Stärkung der regionalen Wirtschaft

Die Ausstattung der Geschäftsstelle entspricht den neuesten ökologischen Anforderungen. Naturmaterialien, energiesparende Klimatechnik und neueste LED-Technik setzte die Sparkasse bei der Neugestaltung ein. Zur Stärkung der Region und der regionalen Wirtschaft wurden viele Aufträge an heimische Unternehmen vergeben. „Bei der Gestaltung der Räume, hatten wir den Schutz der Umwelt und des Klimas immer vor Augen. Ökologie und Ökonomie gehen so Hand in Hand", so Cornelia Kollmer.

Individuelle Beratungstermine können weiterhin unabhängig von den Öffnungszeiten täglich von Montag bis Freitag vereinbart werden, aufgrund der aktuellen Lage zur Zeit nur telefonisch. ❐

Studie des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung:

Konjunkturprogramm für Bayern

In einer Studie im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hat das ifo Institut Vorschläge entwickelt, um Bayerns Wirtschaft aus der Corona-Krise zu führen. „Angesichts der großen finanziellen Belastungen für den Staat ist es dabei von besonderer Bedeutung, Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung möglichst zielgenau und ursachengerecht zu gestalten", betont das Institut.

Besonders vielversprechende Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung sind aus ifo-Sicht unter anderem eine deutliche Ausweitung der Verlustrücktragsmöglichkeiten sowie die Chance, Rückstellungen für Verluste im Jahr 2020 zu bilden. Diese Maßnahmen würden sich für viele Unternehmen unmittelbar positiv auf die Liquidität auswirken. Da diese Maßnahmen darüber hinaus grundsätzlich nur zu einer zeitlichen Verlagerung von Steuerzahlungen führen, seien die fiskalischen Kosten gering. Auch die Einführung einer beschleunigten Abschreibung für betriebliche Investitionen würde eine erhebliche Liquiditätswirkung erzielen.

Befriste man diese Maßnahme zeitlich, würde zudem ein Anreiz entstehen, Investitionen vorzuziehen, was den Prozess der wirtschaftlichen Erholung beschleunigen könnte, heißt es weiter. Eine permanente Senkung der Gewinnbesteuerung (Körperschaft-, Einkommen- und Gewerbesteuer) sei dagegen als konjunkturstimulierendes Instrument nur bedingt geeignet. Mittel- bis langfristig könnte eine Senkung der Gewinnsteuerbelastung dagegen die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort erhöhen und das Investitionsklima verbessern. Auf Seiten der Arbeitnehmer könnten sich steuerliche Entlastungen vor allem für die Bezieher geringer und mittlerer Einkommen konjunkturstimulierend auswirken, da diese Einkommensgruppen tendenziell eine höhere Konsumneigung aufweisen.

Öffentliche Investitionen ausweiten

Auch durch eine Ausweitung öffentlicher Investitionen könne die wirtschaftliche Erholung befördert werden. Zu erwägen wären insbesondere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur einschließlich Infrastrukturen für das Etablieren klimafreundlicher Technologien (z.B. Ladesäulen für Elektrofahrzeuge oder Citymautsysteme) sowie Investitionen in die Digitalisierung von Schulen und der Verwaltung. Krisenverschärfend würde es hingegen wirken, würde der Staat im Verlauf der Krise Investitionen zurückfahren. Aufgrund wegbrechender Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie der Einkommen- und Umsatzsteuer könnten insbesondere die Kommunen dazu gezwungen sein. Dies gelte es nach Möglichkeit zu verhindern.

Ein mögliches Instrument hierfür wäre laut ifo Institut ein Fonds, der laufende und geplante kommunale Investitionsvorhaben sichert und zusätzlich neue kommunale Investitionen ankurbelt. Auch könne der Staat zusätzliche Anreize zur Ausweitung privater Investitionen durch entsprechende Förderprogramme schaffen. Solche Förderprogramme könnten entweder technologieoffen gestaltet sein oder sich auf Bereiche konzentrieren, von denen ein besonders positiver Effekt für die mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten ist (z.B. FuE-Förderung, Digitalförderprogramme). Im letzteren Fall sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass die Ziele des Förderprogramms mit den Interessen der Beschäftigten im Einklang sind.

Nach Auffassung von Staatsminister Hubert Aiwanger ist es für die bayerische Wirtschaft jetzt wichtig, unter Beachtung der Hygienemaßnahmen möglichst schnell die Corona-Depression hinter sich zu lassen, um weitere massive Strukturschäden in der Wirtschaftssubstanz zu vermeiden. Um dieses Ziel strategisch abzusichern, müsse das Vorhalten einer starken Gesundheitsversorgung gewährleistet sein, um für weitere Corona-Bedrohungen möglichst gewappnet zu sein.

Für starke Kommunen

„Öffentliche Investitionen sind nun wichtiger denn je", bemerkte Aiwanger. „Starke Städte und Gemeinden sind die besten Regionalförderer: Sie sorgen mit ihren Investitionen und Ausgaben direkt vor Ort für Wertschöpfung - vom Straßenbau bis zur Schulkantine. Als Staatsregierung müssen wir uns deshalb mit dem ifo-Vorschlag eines Investitionsfonds für die Kommunen beschäftigen. Wir dürfen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister jetzt nicht allein lassen."

„Um Konkurse abzuwenden und Arbeitsplätze zu sichern, sollte vor allem der steuerliche Verlustrücktrag deutlich ausgeweitet werden", machte ifo-Präsident Clemens Fuest deutlich. Die Verrechnung von Verlusten des Jahres 2020 mit Gewinnen der vergangenen Jahre sei keine Steuersubvention, sondern nur Ausdruck fairer Besteuerung.

Der Bund sei nun genauso gefordert wie Bayern, unterstrich Aiwanger: „Insbesondere Berlin muss jetzt bei der Steuerpolitik Mut zeigen. An erster Stelle steht die Senkung der Unternehmenssteuern auf international wettbewerbsfähiges Niveau. Die Meinung des ifo dazu ist deutlich: Deutschland würde dadurch sowohl die Inlandsnachfrage stärken als auch für ausländische Investoren noch attraktiver werden."

Aus der Studie geht außerdem hervor, dass Bayerns Unternehmen einen Umsatzrückgang von 20 Prozent erwarten. Besonders negativ ist die Einschätzung bei Dienstleistern und kleinen Betrieben mit bis zu 49 Mitarbeitern. 22 Prozent der bayerischen Unternehmen nehmen Liquiditätshilfen in Anspruch, besonders hoch ist dabei der Zuspruch im Handel mit 32 Prozent. 56 Prozent der Betriebe verschieben geplante Investitionen, 26 Prozent streichen diese Ausgaben vollständig.

Die Unternehmen spüren die negativen Folgen der Corona-Krise auf unterschiedliche Weise. Für die Konjunkturmaßnahmen ist besonders relevant, dass 73 Prozent den Nachfragerückgang im Inland als Beeinträchtigung nennen. Die schwindende Nachfrage aus dem Ausland ist dagegen für 59 Prozent relevant. Fast die Hälfte der Firmen war von gesetzlichen Betriebsschließungen betroffen. **DK**

Stadtkämmerei München:

SEPA-Mandate online erteilen

Ab sofort können SEPA-Mandate für regelmäßige Zahlungen an die Landeshauptstadt München auch online erteilt werden – ganz einfach von zuhause oder unterwegs unter www.muenchen.de/sepa.

Pro Jahr verarbeitet die Stadtkämmerei um die 35.000 SEPA-Mandate von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, vor allem für die an die Stadt zu zahlende Gewerbesteuer, Grundsteuer und Hundesteuer. Auch fast alle städtischen Gebühren können abgebucht werden. Die Erteilung eines SEPA-Mandats bietet vor allem bei regelmäßigen Zahlungen Vorteile – der jeweilige Betrag wird automatisch zum Fälligkeitstermin von dem angegebenen Konto abgebucht. Säumnisfolgen wie Zinsen oder Mahngebühren durch zu späte oder vergessene Überweisungen können dadurch bequem und unkompliziert vermieden werden.

Die neue vollintegrierte Online-Lösung bietet eine für beide Seiten komfortable Alternative zur Erteilung in Papierform. Zahlungspflichtige erhalten auf diesem Weg sofort eine Bestätigung über die Erteilung des Mandats. Die Zahlungsdaten werden im Hintergrund unmittelbar geprüft und das Mandat im System hinterlegt.

Ein weiterer neuer Service der Landeshauptstadt München, der besonders für Unternehmen interessant ist, ist die ab 1. April mögliche Annahme von elektronischen Rechnungen in den Formaten XRechnung und ZUGFeRD. Auslöser ist die EU-Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (Richtlinie 2014/55/EU), die eine EU-weite Norm für die von öffentlichen Stellen anzunehmenden Rechnungen zum Ziele hat. Über das Bayerische E-Government-Gesetz werden diese Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Gemäß Art. 5 Abs. 2 BayEGovG ist der Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen sicherzustellen.

Paypage für alle Bezahlarten

Es gibt schon jetzt vielfältige Möglichkeiten, Steuern und Gebühren online an die Landeshauptstadt München zu zahlen – beispielsweise über das Giro-Code-Verfahren, per Kreditkarte oder Giropay. Derzeit werden die Kundinnen und Kunden allerdings für jeden Zahlservice auf eine individuelle Bezahlseite geleitet. Ende 2020 wird hier eine neue Lösung implementiert, die alle Bezahlarten auf einer zentralen Seite bündelt und so die internen Prozesse deutlich erleichtert. Es ist ebenfalls geplant, gegen Ende 2020 auch die Zahlung über ein PayPal- oder ein Paydirekt-Konto anzubieten.

Stadtkämmerer Christoph Frey: „Unser Ziel ist es, die Digitalisierung der Verwaltung zügig voranzutreiben und damit den Bürgerinnen und Bürgern einen spürbaren Mehrwert zu bieten. In diesem Jahr gehen wir mit den genannten Projekten wesentliche Schritte in die richtige Richtung, indem wir die Bezahlverfahren deutlich vereinfachen und beschleunigen. Geplant ist es, künftig auch weitere Verwaltungsleistungen digital anzubieten und auch die Verwaltung selbst weiter zu digitalisieren und modernisieren." ❐

Bilanzpressekonferenz Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Zufriedenstellendes Geschäftsjahr

„Das Geschäftsmodell der Sparkasse war in den zurückliegenden Jahren wesentlich durch die Negativzinsen, die Digitalisierung sowie den demografischen Wandel beeinflusst. Dennoch konnte sich die Sparkasse Niederbayern-Mitte in diesem Umfeld erfolgreich behaupten und bleibt zum Wohle aller Kundinnen und Kunden auf hohem Niveau stabil und zukunftssicher", betonte Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier vor Pressevertretern.

Strohmaier informierte darüber, dass die Sparkasse Niederbayern-Mitte mit einer Bilanzsumme von 4,48 Mrd. Euro und einem Betriebsergebnis von 1,03 % im Jahr 2019 zu den erfolgreichsten Kreditinstituten in Deutschland zählt. Aktuell gelinge die Eins vor dem Komma im Betriebsergebnis nur noch wenigen Finanzinstituten. Das wirtschaftliche Eigenkapital konnte damit im vergangenen Jahr um 5,2 %, auf über 570 Mio. aufgestockt werden. Mit einer wie 2018 stabilen Eigenkapitalquote von rund 18 % sei die Zukunftsfähigkeit und damit die Kreditversorgung der Region auch künftig gesichert.

Ungebrochenes Kundenvertrauen

Trotz der schwierigen Phase auf Grund enormer makroökonomischer Herausforderungen, bleibe die Sparkasse ein verlässlicher und starker Partner für Mittelstand, Privatkunden und Kommunen, so der Vorstand. Ihre unverzichtbare Rolle als Finanzierer der heimischen Region konnte die Sparkasse mit einem Wachstum des Kreditvolumens von 6,8 % auf 3.251 Mio. Euro weiter ausweiten. 2019 wurden neue Kredite in Höhe von 792 Mio. Euro ausgereicht. Mit einem Kreditwachstum von 20 % in den vergangenen drei Jahren ist die Sparkasse laut Strohmaier ein unverzichtbarer Partner für die Heimat. Trotz der anhaltenden Zinsflaute sei das Vertrauen der Kunden in die Sparkasse ungebrochen. Ein Einlagenwachstum von 4,5 % auf insgesamt 3.390 Mio. Euro sei dafür ein deutliches Zeichen.

Die Geschäftstätigkeit sowie die daraus erwirtschafteten Erträge kommen der Gesellschaft in der Region zugute. Über 400.000 Euro wurden für gesellschaftliche Themen bereitgestellt. Die Kommunen profitieren von Gewerbesteuerzahlungen in Höhe von 5,1 Mio. Euro. Insgesamt wurden ertragsabhängige Steuern in Höhe von fast 11,5 Mio. Euro gezahlt.

In einer Zeit massiver technologischer, finanz- und gesellschaftspolitischer Umbrüche liege der Fokus auf Stabilität und auf Qualität in der Kundenbindung, machte der für das Kundengeschäft verantwortliche Vorstand Dr. Martin Kreuzer deutlich. „Mit umfassender ganzheitlicher Beratung und unserem digitalen Angebot auf Top-Niveau, stellen wir tagtäglich die Leistungsfähigkeit der Sparkasse für unsere Kunden unter Beweis."

Freilich hätten die vergangenen Monate auch die Sparkasse Niederbayern-Mitte dazu gezwungen, schwierige Entscheidungen zu treffen, um Schaden vom Institut fernzuhalten. Schließlich sei eine solide, gesunde und zukunftsfähige Sparkasse ein wichtiger Garant für die erfolgreiche Entwicklung der Region. Umso mehr blicke man trotz der rückläufigen Ergebnisse durchaus mit Stolz auf den erreichten Bilanzgewinn in Höhe von 5,95 Mio. Euro (2018: 6,1 Mio.) unterstrich Kreuzer.

Strohmaier zufolge reichen die Wurzeln der Sparkasse Niederbayern-Mitte 180 Jahre in die Geschichte zurück. Bereits 1840 wurde der Grundstein gelegt und viele dramatische Herausforderungen wie verheerende Kriege hat die heimische Sparkasse überstanden. „Eine solch langanhaltende extreme Zinssituation, mit der wir nun schon seit mehreren Jahren konfrontiert sind, ist allerdings eine ganz neue Herausforderung, die es über einen so langen Zeitraum in Deutschland noch nie gab", stellte der Sparkassenchef fest.

Stabiler Finanzpartner

Gemeinsam mit dem sich deutlich verändernden Kundenverhalten und der voranschreitenden Digitalisierung ist es aus seiner Sicht deshalb wenig überraschend, dass die unerfreulichen Folgen der anhaltenden Niedrigzinspolitik immer stärker auch bei Kunden und Finanzinstituten ankommen. Über einen langen Zeitraum habe die Geldpolitik den Euroraum stabilisiert. Mittlerweile überwiege der Schaden dieser expansiven Geldpolitik allerdings sehr deutlich. Deshalb müsse die Sparkasse in dieser Situation alle Möglichkeiten ausloten, um weitreichende Folgen abzumildern, damit sie auch für künftige Generationen der stabile Finanzpartner für Menschen und Wirtschaft in der Heimat bleiben kann. **DK**



Erfreuliche Jahresbilanz 2019 der LfA Förderbank Bayern

Aktueller Schwerpunkt auf Unterstützung der Wirtschaft in der Corona-Krise
Gesamtförderleistung 2019 von 2,58 Milliarden Euro

Die LfA Förderbank Bayern zieht für das Jahr 2019 eine erfreuliche Bilanz: Im Hauptgeschäft mit Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen verzeichnete die staatliche Spezialbank mit 1,81 Milliarden Euro erneut ein Zusagevolumen auf hohem Niveau und erreichte damit den zweithöchsten Wert im Vergleich der letzten fünf Jahre.

Die mittelständischen Betriebe konnten daraus Investitionen in Höhe von rund 2,57 Milliarden Euro anstoßen. Zusammen mit den Konsortialdarlehen (439 Millionen Euro) und Globaldarlehen (125 Millionen Euro) beläuft sich die Kreditvergabe 2019 auf rund 2,37 Milliarden Euro. Die Gesamtförderleistung für den Wirtschaftsstandort Bayern, einschließlich der Risikoübernahmen (208 Millionen Euro), lag bei rund 2,58 Milliarden Euro.

Zuwächse bei den programmgebundenen Förderkrediten gab es insbesondere im Bereich Energie und Klimaschutz. Alleine die Nachfrage der kleinen und mittleren Betriebe in der Energieeffizienzförderung stieg um knapp 14 Prozent auf rund 300 Millionen Euro. Zudem hat die LfA ihre Digitalisierungs- und Innovationsförderung komplett neu ausgerichtet und bietet auch im Innovationskredit 4.0 Tilgungszuschüsse an. Die Zusagen bei Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben erhöhten sich um 8,1 Prozent.

Die über 90 geförderten bayerischen Kommunen konnten 2019 mit unseren Förderkrediten Investitionen in die kommunale Infrastruktur in Höhe von über 160 Millionen Euro realisieren.

Passgenaue Förderkredite

Die Bilanzsumme lag mit 21,834 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+ 3,6 Prozent). Die Kernkapitalquote blieb mit 23,3 Prozent nahezu konstant. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen hat die Bank ihre Kapitalbasis durch eine Zuführung in die Gewinnrücklagen weiter erhöht.

Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Die LfA hat im letzten Jahr rund 4.400 Unternehmen und Kommunen mit passgenauen Förderkrediten unterstützt. Und auch in der gegenwärtigen Krise setzt der Freistaat Bayern auf die Erfahrung und Kompetenz seiner Förderbank. Die zuletzt weiter erhöhte Risikoentlastung für die LfA erweitert ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich, um bedrängten Unternehmen umfangreiche bankmäßige Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen zu können. Wir werden nicht lockerlassen, weiterhin alle Anstrengungen zur Begrenzung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bayern zu unternehmen."

LfA-Schnellkredit

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „2019 war erneut ein erfolgreiches Jahr für die LfA. Insbesondere die gestiegene Fördernachfrage bei Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zeigt, dass unser Angebot für die bayerischen Unternehmen attraktiv und bedarfsgerecht ist. Aktuell setzen wir alles daran, den Unternehmen in der gegenwärtigen Krisensituation zu helfen und sie im Zusammenwirken mit den Hausbanken der Unternehmen schnell mit Liquidität zu versorgen. Mit dem neuen „Corona-Schutzschirm-Kredit" mit 90-prozentiger Haftungsfreistellung, der Ausweitung und Vereinfachung von Bürgschaften sowie den einfachen Möglichkeiten zur Tilgungsaussetzung bei bereits bestehenden Förderdarlehen hat die LfA ihr Förderinstrumentarium massiv erweitert. Mit dem „LfA-Schnellkredit" mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung haben wir zudem ein weiteres wichtiges Kreditprodukt geschaffen, das speziell auf Betriebe mit bis zu 10 Beschäftigten zugeschnitten ist." ❐

KfW-Kommunalpanel 2020:

Kommunalfinanzen in der Corona-Krise

Einschätzungen der Kommunen in einer aktuellen KfW-Umfrage deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Corona-Krise auf die öffentlichen Haushalte einem Muster folgen, das bereits bei früheren Krisen zu beobachten war: Einnahmen sinken, Ausgaben und Schulden steigen. Den finanziellen Engpässen wird durch das Streichen von Investitionen begegnet. Langfristig wird dies nach Meinung der Kreditanstalt für Wiederaufbau negative Konsequenzen für den Zustand der Infrastruktur nach sich zu ziehen.

Die Corona-Krise trifft die Kommunen laut KfW mit voller Wucht. Nicht nur mit Blick auf die administrative Bewältigung der Krise, sondern auch durch eine massive Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Kommunale Haushälter stehen vor unsicheren Zeiten. Auch wenn sich die Folgeschäden bislang nicht final beziffern lassen, sind aktuelle Schätzungen besorgniserregend. So prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände Einnahmeausfälle in Größenordnungen von 11,5 bis zu 60 Mrd. Euro. Die momentane Lage macht viele Haushaltsplanungen aus dem Vorjahr hinfällig.

Schlechte Stimmung

Erwartungsgemäß hat sich die Stimmung der Kämmereien massiv verschlechtert. War im Herbst 2019 zumindest noch eine kleine Mehrheit positiv für das Jahr 2020 gestimmt, ist von Optimismus in der aktuellen Umfrage nicht mehr viel zu spüren. Weniger als 10 % der antwortenden Kommunen erwarten keine Verschlechterung, mit einer Verbesserung rechnet praktisch niemand. Von einer deutlichen Verschlechterung gehen hingegen 90 % aus.

Beim Blick auf die vermutliche Einnahmeentwicklung zeigt sich eine überwältigende Mehrheit von fast 95 % davon überzeugt, dass die Gesamteinnahmen im Jahr 2020 geringer als geplant ausfallen. Darunter gehen sogar über 40 % von stark sinkenden Einnahmen aus. Maßgeblich getrieben wird diese Einschätzung durch die erwarteten Steuerausfälle: Fast zwei Drittel der antwortenden Kämmereien rechnen hier mit starken Mindereinnahmen. Auch für andere Einnahmearten wird ein Rückgang prognostiziert, einzig bei Zuschüssen und Fördermitteln wird für das laufende Jahr mehrheitlich keine Änderung erwartet.

Die aktuelle Krise wird sich nach Einschätzung der Kämmereien nicht nur auf dieses Haushaltsjahr auswirken, sondern auch über das Jahr 2021 hinaus noch spürbare Effekte nach sich ziehen. So geben immer noch über ein Viertel der antwortenden Kämmereien an, dass es in den Folgejahren stark rückläufige Einnahmen geben wird, bei den Steuereinnahmen sind es sogar über ein Drittel. Insgesamt sind die Kommunen also pessimistisch, denn über 80 % gehen mittelfristig von eher sinkenden oder stark sinkenden Gesamt- und Steuereinnahmen aus. Bei den Zuweisungen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit trifft das auf jeweils über die Hälfte der Kommunen zu.

Steigende Sozialausgaben

Den Erwartungen sinkender Einnahmen stehen Erwartungen mit umgekehrten Vorzeichen für die Ausgabenseite gegenüber. Sowohl für das Jahr 2020 als auch für die Folgejahre rechnet eine deutliche Mehrheit der antwortenden Kommunen mit steigenden Ausgaben in allen relevanten Ausgabenkategorien, außer bei Investitionen.

So gehen rund 70 % der Kämmereien von steigenden Sozialausgaben aus, mit einer Senkung rechnet in diesem Bereich praktisch niemand. Auch bei den Sachkosten und Personalausgaben erwartet eine große Mehrheit steigende Ausgaben. Anders stellt sich das Bild bei den Investitionen dar: Für heuer erwarten zwar 15 % der Kommunen noch steigende Investitionen, 34 % hingegen einen Rückgang.

Bedenklicher Schritt

„Dieser Schritt ist haushaltspolitisch als Krisenreaktion nachvollziehbar, mit Blick auf die kommunale Infrastruktur ist er aber bedenklich", betont die KfW. Denn bereits zum Zeitpunkt der regulären Befragung für das KfW-Kommunalpanel 2020 im Herbst 2019 habe sich gezeigt, dass die kommunalen Investitionsbedarfe immer noch hoch sind. Schon bei der Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur hatten viele Kommunen in den vergangenen Jahren Probleme. Zusätzliche Investitionsbedarfe, beispielsweise aufgrund notwendiger Anpassungen an langfristige Entwicklungen wie den Klimawandel, waren dabei sogar noch kaum berücksichtigt.

Bei den Teilnehmern der Umfrage überwiegt deshalb der Wunsch nach finanziellen Entlastungen und mehr Planungssicherheit. Auf die Frage nach benötigten Hilfen (der Politik) entfiel fast die Hälfte aller Antworten auf den Punkt „finanzielle Unterstützung". Dazu zählen sowohl eine Kompensation für Einnahmeausfälle bei weiterlaufenden Fixkosten als auch Forderungen nach einem Schutzschirm für Kommunen oder einer Altschuldenlösung.

Auch andere Punkte, die die Finanzlage der Kommunen thematisieren, adressieren konkrete Maßnahmen, um einen Teil der finanziellen Krisenlast von den Schultern der Kommunen zu nehmen, so zum Beispiel eine Entlastung bei den Sozialausgaben oder eine Flexibilisierung des Haushaltsrechts. Neben einer finanziellen Unterstützung wünscht sich jedoch ein Großteil der Kommunen auch mehr Planungssicherheit, insbesondere im operativen Umgang mit der Krise, beispielsweise mit Blick auf ein stärker abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern. **DK**

Niederbayerische Genossenschaftsbanken:

Auf Wachstumskurs

Sehr zufrieden mit dem Geschäftsverlauf zeigte sich Bezirkspräsident Albert Griebl bei der Vorlage der Bilanzzahlen für das Jahr 2019. Die Volks- und Raiffeisenbanken in Niederbayern hätten ihr Kundengeschäft im vergangenen Jahr ausgebaut und befänden sich auf einem Wachstumskurs.

Um sieben Prozent wuchs Griebl zufolge das Volumen der ausgereichten Kredite und erreicht mit 15,2 Mrd. Euro ein neues Rekordniveau. Die Kundengelder stiegen um 5,5 Prozent auf 17,4 Mrd. Euro. Um fünf Prozent auf rund 23,1 Mrd. Euro nahm die Bilanzsumme der 34 Genossenschaftsbanken in Niederbayern zu.

Ergebnistreiber

Die Institute erwirtschafteten vor Steuern ein Ergebnis von rund 239,8 Mio. Wichtigster Ergebnistreiber war die Erholung an den Aktien- und Anleihemärkten. Die Banken verzeichneten hier eine Zuschreibung in Höhe von 23,8 Mio. Euro. An dieser Stelle mussten im Vorjahr Wertberichtigungen von minus 34,9 Mio. Euro verbucht werden. Einfluss hatte auch das Provisionsgeschäft: Hier konnten die Institute mit einer Zunahme von gut 6,6 Prozent auf knapp 150,8 Mio. Euro aufwarten. Nur marginal stieg dagegen das Zinsergebnis mit einem Wachstum von 3 Mio. Euro auf 423 Mio. Euro.

Gestiegene Einlagen

Das Gesamtvolumen der von den niederbayerischen Genossenschaftsbanken betreuten Kundenanlagen nahm um 8,1 Prozent auf 27,3 Mrd. Euro zu. Die Einlagen bei den Firmenkunden erhöhten sich um 7 Prozent auf 4,8 Mrd. Euro, während sie bei den Privatkunden um 5,6 Prozent auf 11,5 Mrd. Euro stiegen. Einlagen öffentlicher Haushalte sanken leicht um 1,4 Prozent auf 907,6 Mio. Euro.

Höhere Kreditnachfrage

Im vergangenen Jahr haben Privatkunden 6,6 Mrd. Euro bei Volks- und Raiffeisenbanken in Niederbayern ausgeliehen. Verglichen mit 2018 ist dies ein Plus von 6,1 Prozent. Ein Großteil davon, etwa 5,7 Mrd. Euro, sind Immobilienkredite. Noch stärker, um 7,8 Prozent auf knapp 8,2 Mrd. Euro, stieg die Kreditnachfrage bei Firmenkunden. Insgesamt verzeichnen die Genossenschaftsbanken in Niederbayern gemeinsam mit ihren Verbundpartnern ein Kreditvolumen von etwa 17,3 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Plus von 7,9 Prozent gegenüber 2018. **DK**

MünchenerHyp veröffentlicht Geschäftsbericht 2019:

Neugeschäft weiter ausgebaut

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) hat im Geschäftsjahr 2019 ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Im Hypothekenneugeschäft erzielte die genossenschaftliche Immobilienbank mit 6,5 Mrd. Euro Zusagevolumen ein Rekordergebnis. Vor dem Hintergrund des langjährigen Immobilienbooms nutzte die Münchener Hyp zudem die positive Entwicklung, um die Rücklagen zu stärken.

Die MünchenerHyp hat 2019 das Neugeschäft um 15 Prozent auf 6,5 Mrd. Euro ausgebaut. Sie verzeichnete deutliche Zuwächse in ihren Hauptgeschäftsfeldern der privaten und der gewerblichen Immobilienfinanzierung. In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 18 Prozent auf 3,7 Mrd. Euro. Mit 2,8 Mrd. Euro Zusagevolumen waren die Genossenschaftsbanken der bedeutendste Vermittlungspartner. Auf sie entfiel auch der größte Teil der Zuwächse im Neugeschäft. Der Absatz von Wohnimmobilienfinanzierungen über freie Finanzierungsvermittler stieg um 30 Prozent auf 0,7 Mrd. Euro und in der Kooperation mit der Schweizer PostFinance konnte die MünchenerHyp das Neugeschäft um 3 Prozent auf 290 Mio. Euro ausweiten. Seit Mitte 2019 vergibt die Bank auch Wohnimmobilienfinanzierungen in Österreich in Zusammenarbeit mit freien Vermittlern. In dieser Markteintrittsphase konnten erste Abschlüsse erzielt werden. „In den kommenden Jahren wollen wir das Finanzierungsgeschäft in Österreich kontinuierlich ausbauen, um einen spürbaren Ergebnisbeitrag zu erzielen", sagte Dr. Louis Hagen, Vorsitzender des Vorstands der MünchenerHyp.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 11 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro. Davon entfielen 1,9 Mrd. Euro auf Finanzierungen von Gewerbeobjekten in Deutschland, was einer Steigerung um 40 Prozent entspricht. „Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Marktposition stetig gestärkt und uns einen guten Ruf in der Gewerbeimmobilienfinanzierung aufgebaut. Inzwischen gehört die MünchenerHyp zur Riege der bedeutenden Finanzierer Deutschlands", so Dr. Louis Hagen.

Eigenkapitalbasis gestärkt

Pfandbriefe waren das bedeutendste Refinanzierungsinstrument der MünchenerHyp. Insgesamt emittierte die Bank im Jahr 2019 Hypothekenpfandbriefe in einem Volumen von 4,8 Mrd. Euro. Darunter fanden die drei Benchmark-Emissionen eine sehr positive Resonanz bei den Investoren. Verstärkt wurden zudem Pfandbriefe in Schweizer Franken begeben.

Die Eigenkapitalsituation der Bank zeigt sich weiter sehr stabil. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder der MünchenerHyp stiegen um 39,9 Mio. Euro auf 1.072,5 Mio. Euro. Die harte Kernkapitalquote der MünchenerHyp lag zum Jahresende 2019 bei 19,8 Prozent (Vorjahr 21,7 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich zum selben Datum auf 21,4 Prozent (Vorjahr 21,7 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 22,1 Prozent (Vorjahr 22,9 Prozent). Die Leverage Ratio belief sich zum Jahresende 2019 auf 3,6 Prozent.

Die Bilanzsumme wuchs um 2,5 Mrd. Euro auf 42,9 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2019. Der Bestand an Hypothekendarlehen erhöhte sich um 3,5 Mrd. Euro oder 11 Prozent auf rund 35,5 Mrd. Euro. Der Großteil des Zuwachses entfiel mit 1,9 Mrd. Euro auf die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland. Damit erhöhten sich die Bestände in diesem Geschäftsfeld auf 24,4 Mrd. Euro. Einschließlich des Bestands an Finanzierungen gewerblicher Wohnimmobilien in Höhe von 4,4 Mrd. Euro entfallen somit 81 Prozent des gesamten Hypothekenbestands der MünchenerHyp auf Wohnimmobilien.

Der Bestand an Finanzierungen von gewerblichen Immobilien belief sich zum Ende des Jahres 2019 auf insgesamt 11,1 Mrd. Euro. Der Bestand im Kreditgeschäft mit Staaten und Banken reduzierte sich entsprechend der Geschäfts- und Risikostrategie der MünchenerHyp auf 4,1 Mrd. Euro (Vorjahr 4,5 Mrd. Euro). Der Zinsüberschuss stieg um 7 Prozent auf 299,8 Mio. Euro. Die Provisionsaufwendungen erhöhten sich aufgrund des sehr erfolgreichen Neugeschäfts um 35 Prozent auf 110,7 Mio. Euro. Daraus ergab sich ein leicht rückläufiger Zins- und Provisionsüberschuss von 204,5 Mio. Euro (Vorjahr 207,6 Mio. Euro).

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Da die Bank im Neugeschäft ihre konservative Finanzierungsausrichtung beibehielt, bewegt sich die neu zu bildende Risikovorsorge im Kreditgeschäft erneut auf sehr niedrigem Niveau. Die gute Risikosituation wurde dazu genutzt, durch den Auflösungsertrag aus einer Einzelwertberichtigung die Vorsorgereserven der Bank deutlich zu stärken. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 73,6 Mio. Euro. Nach einem Steueraufwand in Höhe von 37,9 Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 35,7 Mio. Euro.

Die dynamische Entwicklung des Neugeschäfts setzte sich Anfang 2020 bei einer weiterhin guten Marktverfassung zunächst fort. Mit dem Ausbruch des Coronavirus in ganz Europa wich die positive Stimmung an den Märkten jedoch zunehmend Unsicherheiten über die Auswirkungen der Pandemie auf die Konjunktur und damit auf die Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmärkte.

Da die Beschränkungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sehr wahrscheinlich bis ins zweite Halbjahr reichen werden, ist es unmöglich abzusehen, wie gravierend und nachhaltig die Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmärkte von den ökonomischen Folgen der Pandemie betroffen sein werden. Das wird auch kurz- bis mittelfristig den Kurs der MünchenerHyp beeinflussen. Ein Rückgang des Neugeschäfts in der Wohn- und in der Gewerbeimmobilienfinanzierung ist für das laufende Geschäftsjahr wahrscheinlich.

Aufgrund ihrer konservativen Geschäftspolitik und des hohen Anteils von Wohnimmobilienfinanzierungen in Deutschland und in der Schweiz am Darlehensbestand geht die Bank davon aus, dass ihre Risikosituation überschaubar bleibt. Sie erwartet zudem, dass sich die Konjunktur zum Ende dieses Jahres wieder beleben wird. Zusammen mit der anhaltenden Niedrigzinsphase rechnet sie somit für das Jahr 2021 wieder mit günstigeren Rahmenbedingungen für die Immobilienfinanzierung. ❐

Residenz Würzburg feiert 300. Jubiläum

Gigantisches Bauprojekt startete am 22. Mai 1720
Zwei neue Bildhauerkopien vervollständigen die Balustrade der Residenz

„Am 22. Mai 1720 fiel in Würzburg der Startschuss für ein gigantisches Bauprojekt: Der Grundstein für die neue Residenz von Fürstbischof Johann Philipp Franz von Schönborn wurde gelegt", teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des anstehenden Jubiläums mit. Vor 300 Jahren entstand unter Leitung des Architekten Balthasar Neumann eine der bedeutendsten barocken Schlossanlagen Europas, die seit 1981 zum Weltkulturerbe der UNESCO zählt.

„Pünktlich zum Jahrestag der Grundsteinlegung wird die Balustrade des Ehrenhofes der Residenz mit zwei bisher fehlenden Skulpturen wieder komplettiert", freut sich Füracker. Aktuell ist die Residenz aufgrund der Maßnahmen gegen eine Verbreitung des Corona-Virus noch geschlossen. Möglicher Öffnungszeitpunkt für Besucherinnen und Besucher ist das Pfingstwochenende.

Vollendeter Rohbau nach 24 Jahren

Eine Besonderheit beim Bau: Es wurde nicht mit dem Mitteltrakt der Residenz begonnen, sondern mit dem linken Seitenflügel. Daher war die Gesamtbreite der Residenz von 169 Metern von Anfang an vorgegeben. Eigentlich war es üblich, mit dem Mittelbau zu beginnen und so das Bauwerk zu den Seiten erweitern zu können. Es dauerte 24 Jahre, bis der Rohbau vollendet und teilweise ausgestattet war. Das Richtfest 1744 feierte der Bruder und zweite Nachfolger des ersten Bauherrn, Fürstbischof Friedrich Carl von Schönborn. Von 1751 bis 1753 veredelte Giovanni Battista Tiepolo mit seinen Deckenfresken den Kaisersaal und das weltberühmte Treppenhaus. Diese Räume überstanden den verheerenden Luftangriff auf Würzburg im Jahr 1945, bei dem auch die Residenz fast völlig ausbrannte, glücklicherweise weitgehend unversehrt.

Nach den umfangreichen Wiederaufbau- und Rekonstruktionsarbeiten, die 1987 mit der Wiedereröffnung des Spiegelkabinetts endeten, unternahm die Schlösserverwaltung 2003-2016 große raumweise Restaurierungsaktionen in Treppenhaus, Kaisersaal, Gartensaal und Hofkirche. „Der in diesem Jahr neu eingerichtete Dokumentationsraum zu den Wiederaufbau- und Restaurierungsarbeiten wird pünktlich mit der Wiedereröffnung der Residenz zu besichtigen sein", kündigt Füracker an.

Rekonstruktionen

Die beiden überlebensgroßen Sandsteinfiguren, die die Balustrade wieder ergänzen werden, waren bereits um 1900 einmal ersetzt worden. Nach der verheerenden Zerstörung der Residenz 1945 wurden diese vermutlich vorgeschädigten Skulpturen im Zuge der Sicherungsarbeiten des Wiederaufbaus abgebaut und eingelagert. Die verschiedenen Bruchstücke der gut 1,5 Tonnen schweren Figuren lagen jahrelang unerkannt unter den zahlreichen Steinfragmenten, die in einer Kasematte im Würzburger Hofgarten auf Inventarisierung warteten. Die einzelnen Skulpturenteile wurden aufwändig restauriert und dienten als Vorlage für die Herstellung von zwei Bildhauerkopien aus Naturstein. Kleinere Fehlstellen wurden in Anlehnung an historische Fotos rekonstruiert.

Die Herstellung der Natursteinkopien wurde durch eine großzügige Spende der „Freunde der Würzburger Residenz e.V." gefördert. Auch die restaurierten Originalfiguren können besichtigt werden. Sie werden im Vestibül der Residenz Würzburg ausgestellt.

PS: Der für den 21. Mai vorgesehene Familientag wird verlegt. Ein neuer Termin wird frühzeitig bekannt geben. ❐

Der Wärmekreis schließt sich

Zweifachturnhalle und Mensa des Schulzentrums Scheßlitz werden an das Biomasseheizwerk angeschlossen

„Nun schließt sich der Wärmekreis!" - So kommentiert Bambergs Landrat Johann Kalb die Anpassung des Wärmenetzes des Biomasseheizwerkes in Scheßlitz. Dieses war 2012 so konzipiert worden, dass es die getrennten Heizsysteme des Feuerwehrgerätehauses, der Mittelschule mit Turnhalle, der staatlichen Realschule und des Sonderpädagogischen Förderzentrums ablösen sollte. Jetzt wird die neue Zweifachturnhalle und die neue Mensa des Schulzentrums an dieses Biomasseheizwerk angeschlossen.

Die Anlage leistet einen wichtigen Beitrag für die CO2-Neutralität im Landkreis Bamberg. Im Sinne der regionalen Wertschöpfung hatte sich der Kreis im Jahr 2012 für Holzhackschnitzel als Brennstoff entschieden. Als regionaler und zuverlässiger Partner für die Holzlieferung konnte die Waldbesitzervereinigung Bamberg e.V. mit Geschäftsstelle in Scheßlitz gewonnen werden.

Von Mitte Mai bis Ende Juli 2020 wird das Wärmenetz nun so angepasst und ausgebaut, dass die Zweifachturnhalle und die Mensa angeschlossen werden können. Somit ist nicht nur die Wärmeversorgung ab der neuen Heizsaison gewährleistet, so Landrat Kalb. Es werde auch die Effizienz der Biomasseheizanlage weiter verbessert. ❐

Kommandosache Biowärme

Umweltfreundliche Heizlösung für die Kaserne in Altenstadt

Die Franz-Josef-Strauss-Kaserne nutzt die Abwärme einer benachbarten Biogasanlage zur Heizung. Durch die Nutzung regionaler Ressourcen spart die durch Vattenfall Energy Solutions umgesetzte dezentrale Wärmelösung 3.000 Tonnen CO pro Jahr. Das entspricht fast 8.000 Flügen von Berlin nach Paris und zurück.

Dem Herzstück der Biogasanlage, dem Fermenter, wird alle 30 Minuten eine Mischung aus Rindergülle, Silomais, Grassilage und Getreide zugeführt. Bei circa 42 Grad erfolgt unter Luftabschluss durch Bakterien die Freisetzung von Methan. Es wird in zwei Gasmotoren verwertet. Die angebauten Generatoren liefern Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist werden kann.

Das zurückbleibende Gärsubstrat wird als flüssiger Dünger später wieder auf die Felder ausgebracht. Als Nebenprodukt der Stromproduktion entsteht Abwärme. Der überwiegende Teil davon wird über eine zwei Kilometer lange Wärmeleitung zum Heizhaus geführt und steht zur Heizung der Kaserne zur Verfügung.

Drei moderne erdgasbetriebene Niedertemperaturkessel ergänzen die Versorgungslösung. Sie kommen vor allem für Spitzenlasten im Winter zum Einsatz. Auf dem Dach des Heizhauses gewinnt zudem eine 14 kWp-Photovoltaikanlage Sonnenenergie. Mit circa 14.000 kWh Leistung pro Jahr deckt sie einen großen Teil des Eigenstrombedarfs des Heizhauses. ❐

Pfaffenhofen a.d. Ilm:

Interkommunaler Teil-Energienutzungsplan liegt vor

Durch gesetzliche Änderungen ist eine landwirtschaftliche Nutzung von Klärschlamm nur noch eingeschränkt möglich. Zudem sind die Kosten für eine externe Verwertung deutlich angestiegen. Die Gemeinden im Landkreis haben sich daher zusammengetan und ein gemeinsames Konzept erarbeiten lassen, um eine gemeinsame, mittel- und langfristig gesicherte, wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösung im Hinblick auf die Verwertung des Klärschlamms zu erhalten. Die Erstellung der interkommunalen Studie wurde von Doris Rottler von der Fachstelle Energie und Klimaschutz am Landratsamt Pfaffenhofen koordiniert.

Im Rahmen einer sog. „Szenarien-Analyse" wurden Möglichkeiten für die künftige energetische Verwertung von Klärschlamm betrachtet. Im jetzt vorliegenden Teil-Energienutzungsplan wurden fünf gemeindeübergreifende Szenarien erstellt und auf Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkungen untersucht. Die Szenarien basieren auf fundierten Datenerhebungen in Verbindung mit Vor-Ort-Terminen in den kommunalen Klärwerken. Grundlage aller Szenarien ist das allgemeine Entwässerungskonzept; dazu wurde eine Entwässerungsstruktur definiert und die Bildung von Entwässerungsclustern, welche Zusammenschlüsse über die Gemeindegrenzen hinaus abbilden, angeregt. Hier kann bereits 95 Prozent des gesamten Klärschlamms entwässert werden.

Szenarien

In Szenario 1 wird die Entsorgung des entwässerten Klärschlammes in einer thermischen Verwertungsanlage außerhalb des Landkreises dargestellt. Vorzugsweise sollte eine Verwertung mit anschließender Phosphorrückgewinnung gewählt werden. Vorteil an diesem Szenario sind die geringen Investitionskosten. Demgegenüber stehen allerdings hohe Entsorgungskosten, sowie eine erhöhte CO2-Belastung durch die Transportfahrten.

In den Szenarien 2a und 2b liegt der Schwerpunkt auf der Klärschlammtrocknung, indem bislang freie Abwärmequellen genutzt werden. Dafür wurde die Trocknung an drei Biogasanlagen und einem Biomasseheizkraft untersucht. Die verfügbare Wärme der Biogasbetriebe reicht aktuell nicht zur Trocknung der gesamten Klärschlammmenge aus. Mit der Abwärme des Heizkraftwerks kann die gesamte Klärschlammmenge voraussichtlich nur dann getrocknet werden, wenn zusätzliche Wärme aus dem Fernwärmebetrieb bezogen wird.

In den Szenarien 3a und 3b wird die zentrale, thermische Verwertung in Form einer Klärschlamm-Monoverbrennung untersucht. Hierbei wird zwischen der Verwertung auf Landkreisebene und im Verbund mit weiteren Landkreisen und Kommunen unterschieden. Standorte zur Errichtung dieser Anlage sollten vorzugsweise in Industrie-/ bzw. Gewerbegebieten gewählt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht ist die thermische Verwertung auf Landkreisebene oder im Verbund anzustreben. Die aktuelle Marktsituation zeigt, dass vor allem Monoverbrennungsanlagen, welche im Verbund betrieben werden, aus ökologischer und ökonomischer Sicht signifikante Vorteile gegenüber den aktuellen Entsorgungswegen mit sich bringen.

Ressourceneffizienz-Netzwerk

Doris Rottler: „Die Gemeinden des Landkreises haben bereits signalisiert, basierend auf den Erkenntnissen des interkommunalen Klärschlammkonzepts, die weitere Umsetzung einer gemeinsamen Klärschlammverwertung in Form eines Ressourceneffizienz-Netzwerks fortzuführen." Im Rahmen dieses Netzwerkes soll darüber hinaus die langfristig gesicherte Verwertung des Klärschlamms verfolgt werden. Parallel dazu sollten Verwertungskonzepte in umliegenden Landkreisen oder Zweckverbänden geprüft werden. Für die Erstellung des interkommunalen Teil-Energienutzungsplans zur Klärschlammverwertung erhalten die Kommunen einen Zuschuss in Höhe von 70 Prozent vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. ❐

Der Ballon steigt!

Das Museum des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg hat seinen Betrieb wieder aufgenommen. Zum einjährigen Geburtstag am 4. Juni wird die Dauerausstellung um viele Attraktionen reicher sein. Bereits am Eröffnungstag stieg der Fluchtballon von Naila endlich auf. Außerdem nun kostenlos im Foyer zu sehen: Zeitlang – Erkundungen im unbekannten Bayern. Fotoausstellung der SZ-Journalisten Sebastian Beck und Hans Kratzer.

Für Kunstminister Bernd Sibler ist dies ein wichtiger Meilenstein für das kulturelle Leben in Bayern: „In den vergangenen Wochen haben wir deutlich gespürt, wie sehr wir uns nach unserem vielfältigen kulturellen Leben im Freistaat sehnen. Umso mehr freut es mich, dass wir mit dem Museum der Bayerischen Geschichte nun endlich wieder die Schatzkammer unseres Freistaats mit einzigartigen, hochkarätigen und ganz besonderen Exponaten öffnen können – selbstverständlich unter strengen Hygienemaßnahmen."

„Die Besucherinnen und Besucher", so Sibler weiter, „werden sicherlich staunen, was sich in den vergangenen Wochen hinter den Kulissen getan hat: Das Museum in Regensburg bietet rechtzeitig zu seiner Rückkehr mit der Fotoausstellung der Süddeutschen Zeitung und der spannenden Neuinstallation rund um den Fluchtballon aus Naila zwei attraktive Neuheiten. Auch freut mich, dass Führungen durch die Ausstellung bereits ab dem 26. Mai in Regensburg aufgenommen werden können. Unmittelbare Kunst- und Kulturerlebnisse sind endlich wieder möglich!"

Arbeit auf Hochtouren

Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte ist erleichtert: „Wir haben die letzten Monate auf Hochtouren an unseren Projekten im Museum und auch an der Bayerischen Landesausstellung in Friedberg und in Aichach gearbeitet. Die Landesausstellung ist von der Technik her fertig und wird nun am 10. Juni 2020 eröffnet. In Regensburg haben wir den Stopp genutzt, Baumängel aufzuarbeiten und die Dauerausstellung zu erneuern. Das war in Corona-Zeiten alles andere als leicht. Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Bau- und Museumssparten haben sich besonders engagiert. Dafür bin ich sehr dankbar und freue mich, dass wir in Regensburg mit dem Betrieb wieder starten können."

Für den Besuch des Museums gelten strenge Schutz- und Hygieneregeln. Die grundlegenden Maßnahmen sind bekannt: Maskenpflicht auch für Besucherinnen und Besucher, Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern sowie die Vermeidung von Gruppenbildungen. Im großzügig angelegten Neubau des Museums des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg gehen wir trotz Begrenzung der zeitgleich möglichen Besucherzahl nicht von längeren Wartezeiten aus. Der Laden ist ebenfalls seit 19. Mai 2020 wieder geöffnet, das Wirtshaus schließt sich mit Biergarten und Innenbetrieb entsprechend der allgemeinen Bestimmungen am 26. Mai 2020 an.

Neu im Museumsfoyer

Im Museum in Regensburg ist mit der Wiedereröffnung am 19. Mai 2020 im Foyer die Fotoausstellung „Zeitlang – Erkundungen im unbekannten Bayern" von Sebastian Beck und Hans Kratzer, Redakteure der Süddeutschen Zeitung, zu sehen. Mit den 33 außergewöhnlichen Bildern zeigen die Journalisten ein Bayern abseits der großen Touristenströme und brechen viele gängige Klischees. Die Schau läuft bis 30. August 2020. Zu sehen ist sie kostenlos im Foyer des Museums.

Original Film-Set lässt den Ballon steigen

Gondel, Windmaschine und halb gefüllte Ballonhülle machen die Inszenierung des Fluchtballons von Naila in der Dauerausstellung „Wie Bayern Freistaat wurde und was ihn so besonders macht" perfekt. Aus konservatorischen Gründen wurde freilich nicht die Originalballonhülle aus Naila aufgeblasen, die ist ohnehin viel zu groß und muss in der eigens für sie angefertigten Vitrine bleiben. Die Inszenierung möglich macht Michael „Bully" Herbig. Er ist der Regisseur des Erfolgsfilms „Ballon" aus dem Jahr 2018 und hat dem Haus der Bayerischen Geschichte die Requisiten des Original-Film-Sets als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Der Ballon landet nun am Waldrand vor Naila und macht das Eintauchen in die Geschichte aus dem Jahr 1979 zu einem authentischen Erlebnis. ❐

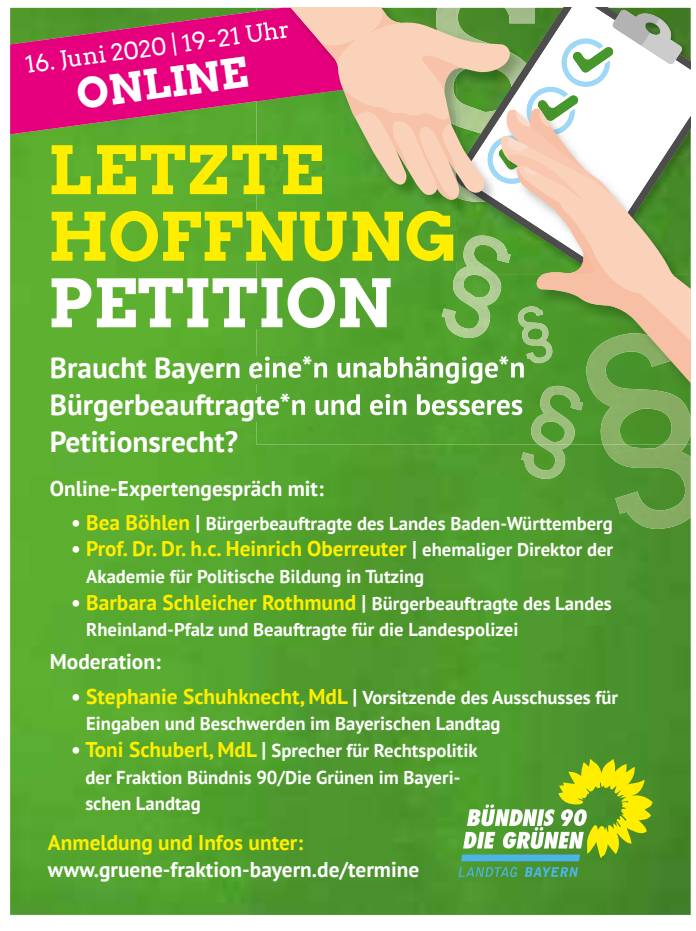
Landkreis Pfaffenhofen:

Umweltausschuss beschließt Ladeinfrastrukturkonzept

Der Umweltausschuss hat ein Ladeinfrastrukturkonzept für den Landkreis Pfaffenhofen beschlossen. Zur Errichtung einer gemeindeübergreifenden und strukturierten Ladeinfrastruktur war zuvor die Kompetenzzentrum Sport Gesundheit Technologie GmbH beauftragt worden, ein Konzept als Grundlage für den bedarfsgerechten und zugleich zukunftsfähigen Aufbau von Ladeinfrastruktur zu erstellen.

Das Ladeinfrastrukturkonzept umfasst einen einheitlichen E-Ladesäulen-Netzplan, die Gestaltung multimodaler Mobilitätsstandorte, Anforderungen an den Netzausbau sowie die beispielhafte Erhebung des Investitionsbedarfs und der Fördermöglichkeiten als Grundlage für ein wirtschaftlich zu betreibendes Ladeinfrastrukturnetz mit offenem Backend-System.

Das Konzept wird den kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, damit auf dieser Grundlage künftige Planungen vorgenommen werden können und bei möglichen künftigen Förderaufrufen mit einem durchdachten Plan reagiert werden kann. ❐



Ohne Kommunikation ist alles nichts

Öffentlichkeitsarbeit wird heute als Mehrwert für ein Projekt verstanden

Von Dr. Andreas Bachmeier, Vorstand und Partner der Engel und Zimmermann AG

„Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerüchten, Geschwätz und Gift", so urteilte ein britischer Soziologe Mitte des 20. Jahrhunderts. Seit der Antike ist die Bedeutung der Kommunikation bekannt. Von einem Dialog im Sinne von Verstehen oder gar Verinnerlichen war man aber noch weit entfernt.

Heute ist die Projektkommunikation in der Realität angekommen. Auftraggeber aller Art haben den Mehrwert der Kommunikation für ihr Projekt verstanden und investieren daher verstärkt in Kommunikation und Dialog. Der Anteil für Kommunikationsmaßnahmen an Investitionen liegt laut einer Studie des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (bitkom) zwischen vier und fünf Prozent des jeweiligen Gesamtbudgets. Andere Quellen geben sogar Größen bis zu 15 Prozent an.

Orientierung an der Realität

Aber in was genau investieren die Projektträger? Die Antwort darauf ist mehrschichtig: Zum einen werden durch Kommunikation Sachinformationen vermittelt. Damit wird Gerüchten vorgebeugt. So spekulieren die Menschen nicht untereinander wie das Vorhaben ausgestaltet sein wird oder wie die Nutzung geplant ist. Sie orientieren sich stattdessen richtigerweise an der Realität. Es gilt also: Die Bürger zu informieren, mit ihnen in Dialog zu treten und das anfangs genannte Vakuum gar nicht erst entstehen zu lassen.

Das Darlegen von Zielen, Absichten und Hintergründen ist aber nicht ausreichend. Ein mindestens ebenso wichtiger Punkt ist die Entstehung einer emotionalen Bindung des Bürgers zum Projekt. Er soll eine Beziehung zum Vorhaben entwickeln, soll sich mit ihm identifizieren und die Fertigstellung mit Freude herbeisehnen. Um diese emotionale Ebene zu erreichen, muss jeder Einzelne einen Vorteil im Projekt erkennen. Sei dies der Klimaschutz zugunsten der nächsten Generationen, eine günstigere Verkehrsanbindung oder ein neugewonnener finanzieller Spielraum für die Kommune, wodurch die Renovierung des alten Kindergartens endlich möglich wird oder auch nur hinzugewonnene Parkplätze. Die Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen müssen abgedeckt sein, um eine tiefere Bindung zu erreichen. Die Sachebene schafft in Verbindung mit der Beziehungsebene Vertrauen und Akzeptanz. Somit tragen sie maßgeblich zum Erfolg des Projekts bei. Beide Ebenen helfen, den unmittelbaren Nutzen für die Betroffenen aufzuzeigen und Widerstände gegenüber Veränderungen abzubauen.



Dr. Andreas Bachmeier. ❐

Frühzeitig starten

All diese Maßnahmen greifen allerdings nur, wenn die Kommunikation frühzeitig einsetzt. Der Projektstart ist der Start der Kommunikation. Andernfalls bilden sich Strukturen und Denkmuster in der Bevölkerung, die am Projekt haften bleiben und die kaum mehr aus der Welt zu schaffen sind. Als verstärkende Ursachen sind hier die gewachsene Vernetzung der Menschen und die damit einhergehende bessere Kampagnenfähigkeit von Bürgerinitiativen sowie das nie vergessende Internet zu nennen. Durch schlichte Bequemlichkeit oder falsch verstandene Sparsamkeit wäre das Vorhaben – bevor es tatsächlich begonnen hat – in der Defensive. Die Gefahren für Verzögerungen oder ein Projektaus wären deutlich gestiegen und mit immensen Mehrkosten für den Projektträger verbunden.

Was ist also zu tun, um ein Vorhaben von Beginn an in die richtigen Bahnen zu lenken? Es gilt, frühzeitig mit der Arbeit zu beginnen: Eine Analyse der relevanten Stakeholder, die Entwicklung einer Story für das Projekt und die Herausarbeitung von Mehrwerten für jeden Einzelnen. Die kommunikative Hoheit muss zwingend beim Projektträger liegen. Und dieser muss den Raum der Projektkommunikation mit Leben füllen. ❐

Wirtschaftsraum Augsburg:

Auf dem Weg ins neue Jahrzehnt

Der Wirtschaftsraum Augsburg, kurz A³, ist ein Zukunftsstandort. In der drittgrößten bayerischen Stadt und deren Umland siedeln Unternehmen aus zukunftsträchtigen Schlüsselindustrien entlang kompletter Wertschöpfungsketten. Bereits seit Jahren wächst in der Region ein Ballungsraum, der kurze Wege und Ressourceneffizienz als Motor seines Wachstums versteht. Damit dies auch im kommenden Jahrzehnt so bleibt, treibt die Region wichtige Projekte und Maßnahmen, wie den Augsburg Innovationspark oder, anknüpfend an die neue Universitätsmedizin, die Gesundheitswirtschaft, konsequent voran.

Hinter A³ verbergen sich die Stadt Augsburg und die beiden angrenzenden Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg, die sich vor über zehn Jahren mit großem Erfolg für eine gemeinsame Wirtschaftsförderung zusammenschlossen. Weltmarktführer wie auch Hidden Champions siedeln sich in der Region an, die Arbeitslosenzahlen sinken und junge Fachkräfte ziehen zu. Die geschaffenen Strukturen geben auch in der derzeitigen Corona-Situation die nötige wirtschaftliche Stabilität. Augsburg ist ein Zukunftsstandort. Damit dies weiterhin so bleibt, stößt die Region bereits jetzt wichtige Standortprojekte für das kommende Jahrzehnt an.

Lokales Netzwerk

Das spannendste Großprojekt befindet sich nahe der Universität: Der 70 Hektar große Augsburg Innovationspark ist Dreh- und Angelpunkt des Zukunftsstandorts A³. Auf 44 Baufeldern, die zwischen 1.700 und 16.500 Quadratmeter groß sind, siedeln Unternehmen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aus den Zukunftsfeldern Leichtbau, Carbon/Faserverbund, Mechatronik & Automation, Luft- und Raumfahrt, IT, Industrie 4.0 und Umwelttechnik. 14 technisch-wissenschaftliche Forschungseinrichtungen gehören zum lokalen Netzwerk.

Herzstück des Innovationsparks ist das Technologiezentrum Augsburg. Auf 16.000 Quadratmetern tummeln sich mittelständische Unternehmen ebenso wie Weltmarktführer, Start-ups und wissenschaftliche Einrichtungen.

Ausbau des Medizin-Campus

Auch im Gesundheitssektor entwickelt sich die Region A³ kräftig weiter. Seit Januar 2019 trägt das Klinikum den Titel Universitätsklinikum Augsburg. Damit ging es in die Trägerschaft des Freistaats Bayern über. Entsprechende Umbaumaßnahmen und Erweiterungen bis 2023 führen dazu, dass die Region im medizinischen Sektor kräftig an Attraktivität gewinnt. Anfang 2020 starteten die Entwurfsplanungen für den Ausbau des Medizin-Campus sowie den Neubau des Forschungsgebäudes „Zentrum für Integrierte und Translationale Forschung" (ZeIT). Baubeginn beider Projekte ist voraussichtlich Anfang 2022. Durch die Neuausrichtung des Klinikums erhofft sich Augsburg den Zuzug von bis zu 6.500 zusätzlichen Fachkräften aus der Gesundheitsbranche.

Stadtentwicklungskonzept

Um die räumliche Gesamtentwicklung der Stadt Augsburg strategisch zu steuern, erarbeiteten Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft gemeinsam ein neues Stadtentwicklungskonzept (STEK), das im Dezember 2019 verabschiedet wurde. Augsburg geht damit auf Herausforderungen wie demografischer Wandel, Klimawandel und Mobilitätswende ein und zeigt im STEK mittel- bis langfristige räumliche Entwicklungen perspektivisch auf. Darin verankert sind unter anderem städtebauliche Instrumente wie die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Als vorbereitender Bauleitplan bildet er die Grundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen.

Auch die Landkreise bringen aktuell zukunftsweisende Konzepte auf den Weg. So bereitet der Landkreis Augsburg ein Mobilitätskonzept vor, das den Verkehr in der Region auf künftige Herausforderungen wie die steigende Einwohnerzahl oder den Klimawandel vorbereitet. Der Landkreis Aichach-Friedberg hat bereits ein Radverkehrskonzept vorgelegt. Auch im Bereich Klimaschutz setzen Stadt und Landkreise seit langem gemeinsame Akzente.

Mit Zukunftsprojekten macht sich die Region fit für die kommenden Jahrzehnte: „An die Zukunft denken, heißt niemals stillzustehen. Ich bin froh, dass wir diese enorm wichtigen Projekte gemeinsam in der Region voranbringen und so die Attraktivität des Standorts weiter steigern", sagt Andreas Thiel, Geschäftsführer der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft kümmert sich um die Standortvermarktung, adressiert potenzielle Investoren, fördert Unternehmensansiedlungen und unterstützt diese in laufenden Prozessen. ❐



V.l.:Bertram Höfer, Vorsitzender des Bezirksjugendrings Mittelfranken, Medienfachberater Klaus Lutz und Bezirkstagspräsident Armin Kroder Bild: Bezirk Mittelfranken

Inklusive Medienpädagogik

Angebote der Medienfachberatung des Bezirks Mittelfranken

Ansbach – Was hat Medienbildung mit Inklusion zu tun? Für Medienfachberater Klaus Lutz ist dies schlicht und ergreifend ein Menschenrecht. Ein eigenes Handy oder das Surfen im Internet gehört für die meisten Menschen zu ihrem Alltag dazu, Menschen mit Behinderung bleibt das selbständige und sichere Bewegen in der digitalen Welt allerdings nicht selten verwehrt. Die Medienfachberatung des Bezirks Mittelfranken hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, Jugendliche mit Behinderung in einem von Medien geprägten Alltag medienkompetent zu machen.

„Wir pflegen einen breiten Inklusionsbegriff", zu den Bereichen wie Arbeiten und Wohnen zähle eben auch die Medienpädagogik, machte Bezirkstagspräsident Armin Kroder kürzlich in einem Pressegespräch zum Thema „Inklusive Medienpädagogik" im Bezirksrathaus in Ansbach deutlich. Inklusion müsse, so der Bezirkstagspräsident, allen dienen. Deshalb habe der Bezirk Mittelfranken auch verschiedene Publikationen in der sogenannten leichten Sprache herausgegeben. Diese nützten nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern „allen Menschen in unserer komplizierten Zeit".

Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring

Beim Thema Inklusion arbeite der Bezirk eng mit dem Bezirksjugendring zusammen. Der unterhält dafür eigens eine Fachstelle und bekommt pro Jahr über eine halbe Million Euro aus der Bezirkskasse. Jugendring-Vorsitzender, Bertram Höfer: „Wir sind die Servicestelle vor Ort." Man wolle Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen. „Egal wo jemand herkommt, wo jemand wohnt, welche Ausbildung oder sozialen Hintergrund er hat, allen Menschen muss es möglich sein, sich barrierefrei in einer digitalen Welt zu bewegen", meint Höfer.

Für Medienfachberater Klaus Lutz, der mit dem Bezirksjugendring als Netzwerk der Jugendverbände sowie Stadt- und Kreisjugendringen in Mittelfranken, eng zusammenarbeitet, ist es oberstes Ziel „Jugendliche mit Behinderung in unserem von Medien geprägten Alltag medienkompetent zu machen". Auf keinen Fall wolle die Medienfachberatung bei ihrer Arbeit belehrend oder gar „bekehrend" auftreten. „Mir ist es wichtig, an der Alltagsnutzung der Jugendlichen teilzuhaben." Nach seiner Einschätzung könne er so am besten vor den möglichen Gefahren warnen. Im persönlichen Dialog arbeite er daran, das Selbstbewusstsein junger Menschen zu stärken und so ihr selbstbestimmtes Handeln zu fördern.

Anstoß durch die Politik

Klaus Lutz ist seit 20 Jahren hauptamtlicher Medienfachberater. Finanziert wird seine Stelle durch den Bezirk. Das Thema Inklusion und neue Medien werde in seinen Fachkreisen „stark diskutiert". Daher habe es ihn besonders gefreut, dass der Impuls, inklusive medienpädagogische Projekte zu entwickeln, vom mittelfränkischen Bezirkstag kam. „Dieser Anstoß aus der Politik ist enorm wichtig", ist sich der 58-Jährige sicher.

Zu den bisherigen inklusiven Angeboten zählt beispielsweise ein Modellprojekt zum Thema „Persönliche Daten" mit Schülerinnen und Schülern mit Lerneinschränkung der Jakob-Muth-Schule in Nürnberg. Für Kinder und Jugendliche mit einer geistigen Einschränkung, welche die größte Gruppe an jungen Menschen mit Behinderungen stellen, hat die Medienfachberatung spezielle Angebote entwickelt. Fünf Flyer in leichter Sprache klären zum Thema Computer-Spiele auf".

Inklusions-Check

Insgesamt, so Klaus Lutz weiter, unterziehe die Fachstelle ihre Angebote allesamt einem „Inklusions-Check". Denn es gelte, niemanden, egal ob mit oder ohne Behinderung, auszugrenzen. So seien beispielsweise sowohl beim jährlich stattfindenden Kinder- wie auch beim Jugendfilmfestival Induktionsschleifen am Boden verklebt, damit auch Hörbehinderte das Programm miterleben können.

Eine Herzensangelegenheit ist ihm dabei das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. So wurden für die Durchführung eines Radioseminars für blinde und sehbehinderte Jugendliche zwölf Inklusionshelfer gebraucht. Jugendliche ohne Sehbehinderung, die diese Rolle übernommen hatten, hätten ihm dann im Anschluss erzählt, wie bereichernd sie die Situation empfunden hätten.

Informationen unter www.medienfachberatung-mfr.de ❐

Kooperation beim Smart Meter Rollout

Regensburg. Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) übernimmt für die Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG & Co KG (REWAG) die Smart-Meter-Gateway-Administration (SMGA) sowie die verschiedenen Aufgaben eines externen Marktteilnehmers (EMT) als Volldienstleistung.

Die Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG & Co KG hat sich beim Smart-Meter-Rollout für die Zusammenarbeit mit dem Bayernwerk entschieden. Damit profitiert die REWAG von der Erfahrung und den Synergieeffekten bei der Beschaffung, der Administration und der WAN-Anbindung. Das Bayernwerk plant in den kommenden Jahren den Rollout von mehr als 600.000 intelligenten Messsystemen.

Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der REWAG, und Robert Pflügl, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH, begrüßen den weiteren Schritt der Kooperation zwischen REWAG und Bayernwerk.

Das Bayernwerk bietet modular aufgebaute Dienstleistungen über die gesamte Wertschöpfungskette des intelligenten Messwesens an: von der qualitätsgesicherten Gerätebeschaffung, bei Bedarf mit integrierter SIM-Kartenbereitstellung für die WAN-Anbindung, über Montagedienstleistungen, den Gateway-Administrations- und EMT-Betrieb bis hin zu Ausbau und Entsorgung der Geräte.

„Das Bayernwerk hat uns mit hoher technischer Kompetenz und dem umfassenden modularen Dienstleistungsangebot überzeugt", erklärt Dr. Torsten Briegel, Vorstandsvorsitzender der REWAG. „Wir sind uns sicher, dass wir zusammen mit der Bayernwerk Netz GmbH die zukünftigen Herausforderungen des Smart-Meter-Rollouts meistern werden und am Beginn einer langfristigen Partnerschaft stehen." ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Geothermie Kirchstockach:

Meilenstein für Wärmewende in der Region

SWM koppeln Erdwärme zur regionalen Versorgung aus

Die Stadtwerke München (SWM) setzen südlich von München einen weiteren Baustein für die Energiewende: An der Geothermieanlage Kirchstockach wird eine Fernwärmestation zur Wärmeauskopplung errichtet. Hinzu kommt eine Anschlussleitung, die auch die nebenan angesiedelte Bioenergieanlage einbindet und als erstes die Gebäude des Schulzweckverbands Südost in Ottobrunn und Neubiberg versorgen wird. Die Bauphase ist bis März 2021 angesetzt. Es handelt sich um den ersten Schritt zur Wärmeanbindung der Geothermieanlagen im Süden Münchens.

Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM zeigte sich zufrieden: „Mit dem Bau der Fernwärmestation ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Wärmewende auch in der Region erreicht. Mein Dank gilt den Gemeinden, die in den vergangenen Jahren viel Geduld angesichts unserer Fernwärme-Baustellen aufgebracht haben. Die Arbeiten sind für eine gemeinsame gute Sache: die Versorgung mit klimafreundlicher Energie!“

Künftig gibt es Strom und thermische Energie

Bislang wird an den Standorten Kirchstockach und Dürrnhaar die Erdwärme rein zur Ökostrom-Erzeugung genutzt. Die SWM haben die beiden Geothermie-Anlagen 2016 erworben, zudem hatten sie 2014 die Anlage Sauerlach mit Strom- und Wärmeauskopplung in enger Abstimmung mit der Gemeinde errichtet.

Jetzt wird auf dem Gelände der Geothermieanlage Kirchstockach das Technikgebäude gebaut und die Anschlussleitung gelegt. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, das in den vergangenen Jahren kontinuierlich aufgebaute Wärmenetz an die Geothermieanlage anzuschließen. Künftig kann hier mit dem Heißwasser aus der Tiefe auch thermische Energie zu den Kunden transportiert werden.

Schutz des Grundwassers

Der Geothermiestandort Kirchstockach hat eine besondere Lage in der sogenannten „weiteren Schutzzone“ des Wasserschutzgebietes Hohenbrunn. Daher haben die SWM den Schutz des Grundwassers bereits in der Vorplanung besonders sorgfältig umgesetzt und sämtliche Schritte intensiv mit den Genehmigungsbehörden abgestimmt. Die technischen und baulichen Erweiterungen werden mit besonders ressourcenschonenden Bauverfahren ausgeführt und somit die Auswirkungen auf die Umwelt minimiert. Zudem wird das künftige Technikgebäude mit einer Fassadenbegrünung versehen, eine artenreiche Blühwiese angesät und Bäume auf der Ausgleichsfläche vor Ort gepflanzt.

Gemeinschaftswerk: Kombinierte Wärmeauskopplung

Die Fernwärmeauskopplung ist modular geplant. Im ersten Schritt wird eine Wärmeleistung von 12 MW ausgekoppelt. Durch Austausch und Erweiterung von Komponenten kann die Anlage bis auf 40 MW erweitert und damit einer wachsenden Netzleistung angepasst werden. Ein integriertes Blockheizkraftwerk erhöht durch Eigenstromerzeugung die Versorgungssicherheit des Standortes, auch die Abwärme wird klimafreundlich genutzt. Zudem wird in einer Kooperation mit Ganser Entsorgung, Betreiber der nebenan gelegenen Bioabfall-Vergärungsanlage auch dort anfallende Wärme mitgenutzt. Diese kombinierte klimafreundliche Wärmeauskopplung wurde gemeinsam mit dem Landkreis München und den im Schulzweckverband beteiligten Gemeinden entwickelt.

Beteiligte Gemeinden und Unternehmen

Christoph Göbel, Landrat des Landkreises München und Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München: „Ein doppelter Gewinn für die Umwelt dank intelligenter Energienutzung: Die Biovergärungsanlage verarbeitet künftig nicht mehr nur den Bioabfall aus dem Landkreis München – mit der anfallenden Wärme können bald auch Schulen im Landkreis versorgt werden. Zudem haben wir durch die Partnerschaft mit den SWM die Möglichkeit, auch Wärmeversorgung aus Geothermie zu nutzen. Ich freue mich sehr, dass wir diese beiden Schritte gemeinsam mit der Biovergärungsanlage und den Stadtwerken München gehen können. Denn nur wenn wir Synergieeffekte wie diese nutzen, wird es uns gelingen, die Ziele unserer landkreisweiten Klima- und Energieinitiative „29++“ zu erreichen und nachhaltig zu sichern.“

Zustimmung der beteiligten Bürgermeister

Thomas Loderer, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ottobrunn und stellvertretender Verbandsvorsitzender des Zweckverbands Staatliche weiterführende Schulen im Südosten des Landkreises München: „Ich freue mich sehr, dass die Versorgung der Schulen des Schulzweckverbands und der mehr als 150 Wohnungen der Baugesellschaft München-Land in der Ottobrunner Josef-Seliger-Siedlung mit regenerativer Fernwärme nun Realität wird. Ottobrunn setzt weiter auf die enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München, um die Wärmeversorgung mittels Tiefengeothermie voranzutreiben.“

Günter Heyland, Erster Bürgermeister Neubiberg: „Die SWM sind aus Sicht unserer Gemeinde auf einem guten Weg im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit dem Baubeginn der Wärmeauskopplung in Kirchstockach kommen die SWM ihrem Ziel der Einspeisung von umweltfreundlicher Biowärme in das Fernwärmenetz Zug um Zug näher und schaffen damit einen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger.“

Regionales Konzept für CO2-neutrale Wärmeerzeugung

Mit den jetzt begonnenen Bauarbeiten wird die CO2-neutrale Energieerzeugung für die Landeshauptstadt und südöstlich von München gelegene Gemeinden weiter vorangetrieben. Mittelfristig ist vorgesehen, auch die bislang nicht miteinander verbundenen Fernwärmenetze in Ottobrunn, Neubiberg, Putzbrunn und Hohenbrunn zu verknüpfen und die leitungstechnische Lücke zur Geothermieanlage Kirchstockach zu schließen.

Um weitere Erdwärmepotenziale zu erschließen, haben die SWM zudem in den Gemeinden südlich von München großflächige 3D-Seismikmessungen durchgeführt.

Neben der Versorgung der angrenzenden Gemeinden soll die Erdwärme aus der Region künftig auch ins SWM Fernwärmesystem eingebunden werden. Dafür müssen rund 22 Kilometer Verbindungsleitungen errichtet werden. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



Normal ist anders

„Also eines kann ich euch sagen. Für mich steht das Unwort des Jahres bereits fest. Es heißt ‚neue Normalität‘.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte sich, nicht ganz untypisch für ihn, auf Worthülsenjagd gemacht.

Fündig wurde er im neuen Coronasprech, das uns derzeit überall begegnet und mittlerweile fast furchterregender vorkommt als das Virus selbst. Genauso schleichend, wie das Virus sich von Mensch zu Mensch ausbreitet, dringen Wörter und Begrifflichkeiten in unseren alltäglichen Sprachgebrauch, die uns vor Kurzem noch völlig unbekannt waren. Shutdown, Lockdown oder Pseudo-Anglizismen wie Homeoffice und Homeschooling, die so urdeutsch sind wie Handy und Shitstorm. Aber auch Abstandsregeln, Maskenpflicht, Herdenimmunität oder Hygieneplan kommen uns so flüssig von den Lippen, als hätten wir diese Worte schon in der Wiege gehört. Wie der berühmte große schwarze Vogel Ludwig Hirschs legen sich die Worte Reproduktionszahl, Übersterblichkeit oder Superspreader über unser Ohr und auf unser Gemüt.

Und das Ganze soll dann unsere „neue Normalität“ werden? Leute auf zwei Meter Abstand halten, ihnen nur noch mit einem Fetzen Stoff vor Mund und Nase begegnen, ihnen nicht mehr die Hand geben? Kein Ratsch mit einem Unbekannten im Biergarten, weil man sich nicht mehr zu ihm setzen kann? Kein spontaner Kaffee oder ein schnelles Eis, weil man sich überall anmelden und dann umfangreiche Papiere ausfüllen muss? Kein Fußball im Verein, keine Konzerte, keine Partys? Alle diese Beschränkungen mögen zur Zeit wichtig und richtig sein, aber wir sollten uns niemals und von niemandem einreden lassen, das wäre in irgendeiner Weise normal.

Normal ist anders und wir sollten uns weder das Stückchen Optimismus noch das Stückchen Freiheitswillen ausreden lassen, das in die alte, die wirkliche Normalität zurück will. Es ist doch paradox. Aus allen Teilen der Welt hört man ermutigende Nachrichten zu Medikamententests, um Covid-19 zu heilen (ich meine jetzt nicht die Voodoo-Medizin von Donald Trump) oder zur Entwicklung von Impfstoffen, um vorzubeugen. Aber wie im Falle des Klimawandels, von dem wir auch nicht glauben, dass er sich durch technologische Innovation beherrschen lässt, setzen wir bei Corona nicht auf die Pharma- und Biotech-Industrie, sondern philosophieren darüber, wie die Ausnahmeregeln unser Leben langfristig ändern werden. Ich sage: Ich will mich gar nicht dauerhaft ändern!

Überhaupt werden wir erst mit einigem zeitlichen Abstand beurteilen können, was in Zeiten der Pandemie sinnvoll, was überflüssig war, was mehr genutzt, was mehr geschadet hat. So ist es immer bei erstmaligen tiefgreifenden Umwälzungen. Eine Pandemie hatten wir eben noch nicht. Schiedsrichter sind am gerechtesten in der Zukunft.

Genauso werden wir erst in der Zukunft sehen, was diese Zeit vielleicht auch Bewahrenswertes gebracht hat. Die neuen Möglichkeiten, flexibel zuhause zu arbeiten? Das deutliche Signal, dass wir mit der Digitalisierung vorankommen müssen? Neue Lern- und Arbeitsformen an den Schulen und Universitäten? Mehr europäische Unabhängigkeit von China? Eine Renaissance der Wertschätzung von Politikern, die mit Maß, Vernunft, Abgewogenheit und Rationalität Entscheidungen treffen und weniger Raum für irrlichternde Populisten? Seien wir gespannt.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt wie ich darauf, dass der menschliche Erfindergeist gepaart mit kühler Rationalität der Entscheidungsträger auch diese Krise überwinden kann. Wann? Wer weiß. Laut Umfragen gehen die Menschen von einem Zeitraum bis zu neun Monaten aus, in dem sie die gegenwärtigen Beschränkungen ertragen. Mal sehen. Unser aller Zuversicht könnte ein Satz des spanischen Dichters Miguel de Cervantes stärken: „Vertrau auf die Zeit, sie bringt normalerweise süße Auswege aus bitteren Schwierigkeiten“.

Ihre Sabrina

Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern unterstützt Food-Truck

Sozialministerin Carolina Trautner: Ideenreiche und unbürokratische Zusammenarbeit, um Menschen in Not zu helfen

Die beiden Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner und Altlandrätin Johanna Rumschöttel haben das Förderprojekt „Das Westend tafelt“ in München besucht.

Nachdem Mitte März 2020 infolge der Corona-Krise viele Ausgabestellen der Münchner Tafel geschlossen wurden, gab es zunächst aus einem „Foodtruck“ warmes Essen einer bayerischen Gaststätte täglich von 12:00 - 14:00 Uhr für Obdachlose und weitere Bedürftige zum Mitnehmen. Das Projekt „Das Westend tafelt“, das aufgrund seiner Nachfrage kontinuierlich bis auf 300 Portionen täglich erweitert wurde, gab am 21. Mai 2020 zum letzten Mal Essen aus. Nach 42 Tagen endet nun dieses erfolgreiche Projekt, weil kommende Woche die Münchner Tafel wieder öffnet.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Ich bin beeindruckt, wie ideenreich und unbürokratisch die verschiedenen Akteure zusammenarbeiten, um Menschen in Not zu helfen. Hier wurde in kurzer Zeit kreativ ein tolles Projekt auf die Beine gestellt, um Menschen in Not zu helfen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Initiatoren, den Helferinnen und Helfern für ihr Engagement. Unser Soziales Bayern ist ein wertvoller Anker an Stabilität.“

Um die Zeit zwischen letzter Essensausgabe und Wiedereröffnung der Tafelausgabestelle zu überbrücken, gab es am letzten Tag zusätzlich ein „Brotzeitsackerl“ – gepackt mit Lebensmitteln sowie einen Essensgutschein.

Großartiges Beispiel gelebter Solidarität

„Dieses Projekt ist ein großartiges Beispiel dafür, wie gelebte Solidarität und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft aussehen können. Ich freue mich, dass wir mit der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern dazu beitragen konnten, dass in diesen herausfordernden Zeiten auch den Schwächsten in der Gesellschaft geholfen wird,“ so Johanna Rumschöttel.

In Anspruch genommen haben das Angebot diejenigen, die bisher auch zur Ausgabestelle der Tafel kamen sowie viele Obdachlose, die von der Bahnhofsmission geschickt oder in der Bayernkaserne untergebracht wurden. Rund 50 Personen haben bei der Essensausgabe täglich geholfen. ❐

Bayerische Landesausstellung 2020 in Friedberg und Aichach:

„Stadt befreit. Wittelsbacher Gründerstädte“

Als eines der ersten Ausstellungs-Großprojekte in Europa, die nach dem Corona-Lockdown wieder hochfahren, öffnet am 10. Juni 2020 die Bayerische Landesausstellung „Stadt befreit. Wittelsbacher Gründerstädte“. Ausstellungsorte sind das neu renovierte Wittelsbacher Schloss in Friedberg und das FeuerHaus in Aichach im Wittelsbacher Land – dort, wo der Aufstieg der späteren Kurfürsten- und Königsfamilie der Wittelsbacher seinen Anfang nahm. Veranstalter ist das Haus der Bayerischen Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Aichach-Friedberg und den Städten Aichach und Friedberg.

Für Staatsminister Bernd Sibler stellt die Eröffnung einen wichtigen Meilenstein für das kulturelle Leben in Bayern dar: „Kunst und Kultur brauchen Publikum – und das Publikum sehnt sich nach Kunst und Kultur! Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen können uns Kunst und Kultur ein fester Anker sein. Wertvolle Kunst- und Kulturschätze können spannende Einblicke in die Geschichte des Freistaats bieten.“

Im Wittelsbacher Land bereiten sich die Partner der Bayerischen Landesausstellung seit Monaten auf das Großereignis vor, das ursprünglich am 28. April gestartet werden sollte. Dort wird die Bekanntgabe des Eröffnungstermins mit großer Freude aufgenommen. Landrat Dr. Klaus Metzger ist sich mit den Bürgermeistern Klaus Habermann (Aichach) und Roland Eichmann (Friedberg) einig: „Auch wenn die Rahmenbedingungen diesmal anders sein werden als bei bisherigen Landesausstellungen, freuen wir uns sehr, jetzt endlich starten zu können. Darauf haben wir lange hingearbeitet und diesen Termin herbeigesehnt. Wenn es nun losgeht, bieten wir den Menschen hier im Wittelsbacher Land ein Stück wiedergewonnene Lebensfreude – mit der einzigartigen Landesausstellung zu den Städten der Wittelsbacher, verbunden mit einem genussreichen Aufenthalt in den beiden malerischen Innenstädten und weiteren Freizeitmöglichkeiten wie Radelausflug und Biergartenbesuch.“

Die Landesausstellung 2020 erzählt, wie und wann Bayern zum Städteland wurde. Das heute so vertraute System der bayerischen Städte und Märkte ist in einem historisch gesehen verhältnismäßig kurzen Zeitraum etwa von 1200 bis 1300 entstanden. Mit der gezielten Gründung und Förderung von Städten und Märkten festigten bayerische Größen, vor allem die junge Herzogsdynastie der Wittelsbacher, ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht. Für die Menschen bot das Leben in den neuen Städten viele Chancen: Sicherheit der Person, Schutz des Eigentums, Freiheit des Handels. Und so lautet ein bis heute populärer Rechtssatz: „Stadtluft macht frei!“.

In den nach der Renovierung nun wieder zugänglichen historischen Prunkräumen von Schloss Friedberg präsentiert die Ausstellung mit kostbaren Leihgaben die Gründungsgeschichte der altbayerischen Städte bis ins Spätmittelalter. Erzählt wird von den wenigen traditionellen Metropolen und den neuen Zentren, von Herrschern und Siedlern, von Handel und Wandel und dem Entstehen einer selbstbewussten stadtbürgerlichen Welt.

In Aichach steht für die Landesausstellung die multifunktionale Halle des FeuerHauses direkt am Rande der Altstadt zur Verfügung. Das Ausstellungsgebäude bietet den nötigen Freiraum für multimediale Inszenierungen. Hier erleben die Besucher virtuell Stadtgeschichten aus dem Mittelalter und können diese mit der heutigen bayerischen Städtelandschaft und ihrer eigenen Lebenswelt verbinden. Beleuchtet werden auch Planstädte und Zukunftsvisionen von gestern, heute und morgen. Darüber hinaus wird ein für Landesausstellungen neuartiges Konzept angewendet, bei dem die idealtypische „wittelsbachische“ Stadtanlage Aichachs mit Führungen aus der Ausstellung heraus erschlossen wird.

Für den Besuch von Museum und Landesausstellung gelten die bekannten strengen Schutz- und Hygieneregeln. Gleichwohl bieten beide Attraktionen des Hauses der Bayerischen Geschichte Führungen mit begrenzter Teilnehmerzahl an. Aufgrund der Regel „eine Person auf 20 Quadratmeter“ sind Wartezeiten in den Landesausstellungen in Aichach und Friedberg nicht ausgeschlossen. **DK**

Neustrukturierung Bezirksklinikum Mainkofen:

2. Bauabschnitt kommt gut voran

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich informierte sich vor Ort über Baufortschritt

Mainkofen. Im Bezirksklinikum (BK) Mainkofen wurden schon zahlreiche Richtfeste gefeiert und eigentlich hätte auch am 8. Mai eine Richtkrone den vor kurzem fertiggestellten Rohbau des 2. Bauabschnitts des Gesamtprojekts „Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen" schmücken sollen. Leider musste das traditionelle Fest wegen der Corona-Krise abgesagt werden. Sehr zum Bedauern von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Ich hätte mich beim Richtfest gerne bei allen bislang am Bau Beteiligten offiziell und persönlich für die gute Arbeit bedankt."

Um sich aber vom Baufortschritt zu überzeugen, entschloss er sich kurzfristig zu einer Besichtigung der Baustelle – geführt von Matthias Kopf, dem Leiter des bezirklichen Baureferats, sowie den für die örtliche Bauüberwachung Verantwortlichen Monika Obermüller, Dewan Friedenberger Architekten GmbH, und Paul Ruderer, Süss Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG.

Gut im Zeitplan

Der mit 15,5 Mio. Euro veranschlagte 2. Bauabschnitt, der die Komplettierung des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen" beinhaltet, liegt sehr gut im Zeitplan – begünstigt auch durch den milden Winter und das außergewöhnlich gute Wetter vor allem der letzten Wochen, wodurch ein durchgängiges Arbeiten möglich war. Innerhalb von zehn Monaten sind die Rohbauarbeiten abgeschlossen. Mittlerweile steht das Gerüst, die Fassadenverkleidung kann nun angebracht und die Fenster eingebaut werden – danach ist das Gebäude sozusagen „dicht" und der Innenausbau kann beginnen. Läuft es so gut wie bisher, kann der zweite Teil des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen" mit jeweils 22 Betten in Erd- und Obergeschoss im Juli 2021 der Nutzung übergeben werden.

Aufwändige Neustrukturierung

Vorausgesetzt, es geht planmäßig weiter, heißt es für das Gesamtprojekt „Neustrukturierung" im Grunde „Halbzeit".

Nach aufwändigen Vor- und Abrissarbeiten und dem Aufbau einer vorübergehenden „Modulklinik" ging Ende Mai 2016 mit der feierlichen Grundsteinlegung der 1. Bauabschnitt an den Start. Er umfasste den Neubau „Zentrum für Allgemeinpsychiatrie", die erste Hälfte des „Zentrums für Abhängigkeitserkrankungen" sowie Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen im Bereich „Krisenintervention". Kostenvolumen: 43 Mio. Euro. Am 25. Juni 2019 fand die offizielle Gesamtübergabe dieses Abschnittes statt, noch am gleichen Tag der Spatenstich für den 2. Bauabschnitt – ein nahtloser Übergang.

Zeitgleich wurden die Kliniken für Neurologie und Neurologische Frührehabilitation mit rund 23,7 Mio. Euro erweitert und modernisiert. Der im Zuge dieser Baumaßnahme im gleichen Gebäude integrierte Bereich „Funktionsdiagnostik/Innere Medizin und Endoskopie" (ca. 4,2 Mio. Euro) komplettiert das „Neurologische Zentrum".

Neubau des Pflegeheims

Weitere 20 Mio. Euro flossen in den Neubau des Pflegeheims Mainkofen, das mit der Eröffnung im Januar 2019 in „Sozialpsychiatrisches Zentrum Mainkofen" umbenannt wurde. Unter einem Dach befinden sich hier das Fachpflegeheim und als Novum ein Übergangswohnheim mit 19 Betreuungsplätzen für Menschen mit seelischen Erkrankungen.

Mammutprojekt

Voraussichtlich im Sommer wird das neue Labor fertig sein (Kosten ca. 3 Mio. Euro); in Planung ist derzeit der 3. Bauabschnitt „Zentrum für Gerontopsychiatrie" mit einem Kostenvolumen von ca. 35 Mio. Euro.

Die Gesamtkosten für das Projekt „Neustrukturierung" bewegen sich damit bei rund 145 Mio. Euro, ca. 66 Mio. Euro fließen an Fördermitteln des Freistaats Bayern.

„Mainkofen ist ein Mammutprojekt. Finanziell gesehen, aber auch hinsichtlich der Realisierung während des laufenden Klinikbetriebs – eine organisatorische Glanzleistung aller Beteiligten. Für alle Beschäftigten bedeutet es eine erhebliche zusätzliche Belastung. Dass die Versorgung der Patienten dennoch reibungslos weitergeht, verdient größten Respekt" so Heinrich.

Herausforderung Denkmalschutz

Schon die Planungen für die Neustrukturierung stellten eine Herausforderung dar: allein durch die bestehende Ringstruktur des BK Mainkofen und das denkmalgeschützte Jugendstilensemble im historischen Kern.

Diese Gegebenheiten galt es mit den Vorgaben hinsichtlich möglichst effizienter Klinikabläufe, einer guten Vernetzung zwischen den Zentren und kurzen Wegen für Personal wie Patienten zu verbinden. Die architektonisch klar abgegrenzten An- und Neubauten entlang der äußeren Ringstraße erfüllen diese Bedingungen und fügen sich durch die Beschränkung auf zwei Geschosse in die umgebende Bebauung ein. Durch die in einer Art „Würfel" errichten Gebäude entstanden Innenhöfe, die als geschützte Außenbereiche genutzt werden können.

Bestmögliches Gesamtpaket

„Mit jedem fertigen Bauabschnitt rücken wir dem Ziel, unseren Patienten ein bestmögliches ‚Gesamtpaket' bieten zu können, näher" freut sich Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich. „Das moderne Gesicht Mainkofens nimmt sichtbar Gestalt an, ohne dass der Charme der parkähnlichen Anlage verloren geht."

Positiv ist auch der bislang unfallfreie Verlauf. Für Aufregung sorgte allerdings der Fund einer 50-kg-Bombe zu Beginn der Ausgrabungsarbeiten. Allerdings war bekannt, dass hier im Zweiten Weltkrieg Bomben abgeworfen worden waren. Die frühzeitig involvierte Kampfmittelbeseitigungsfirma konnte die Bombe entschärfen und ein größeres Unglück verhindern. Sie bleibt aus Sicherheitsgründen bis zum Abschluss der gesamten Maßnahme bei allen Erdbewegungen im Einsatz. **- ck -**



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, die für die örtliche Bauüberwachung Verantwortlichen Monika Obermüller, Dewan Friedenberger Architekten GmbH, und Paul Ruderer, Süss Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG., sowie Matthias Kopf, Leiter des bezirklichen Baureferats

Bild: BK Mainkofen/Vierthaler

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen Beilagen der Agentur Engel und Zimmermann sowie der Bayerischen GemeindeZeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 18. Juni 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunalfahrzeuge · kommunaler Fuhrpark**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825
82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44
82538 Geretsried

Telefon:
08171/93 07 -11

Telefax:
08171/93 07 -22

Internet
www.gemeindezeitung.de

eMail:
info@gemeindezeitung.de

Im Mai 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Anfang Mai dürfen wir viele neue Gesichter in der kommunalen Familie begrüßen. Daher informieren wir Sie über die verschiedenen Möglichkeiten, die Bayerische GemeindeZeitung (GZ) zu lesen und auf weitere Leistungen der GZ zuzugreifen.

Die GZ liefert 14-tägig kommunale Fachinformationen, die genau auf den Bedarf einer bayerischen kommunalen Mandatsträgerin oder eines kommunalen Mandatsträgers bzw. Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung zugeschnitten sind.

Wir liefern **verständlich aufbereitetes Expertenwissen.** Das ist die **Grundlage für Entscheidungen**, die Sie in Ihren Heimatkommunen zu treffen haben.

Viele Kommunen übernehmen zentral den Bezug von Fachliteratur ihrer kommunalen Entscheidungsträger. Bitte weisen Sie Ihre Ratsmitglieder auf ein Abo der Bayerischen GemeindeZeitung hin. Ab 10 Zeitungen bieten wir attraktive Sonderkonditionen. Besten Dank!

Zusätzlich veranstaltet unser Team – in normalen Zeiten – FachForen, deren Angebot sich ebenfalls genau an den Bedürfnissen dieser besonderen Zielgruppe orientiert. Bitte merken Sie sich die beiden nächsten Veranstaltungen vor:

17.09.2020: Bayerisches WasserkraftForum, **www.bayerisches-wasserkraftforum.de**
12.11.2020: Bayerisches BreitbandForum, **www.bayerisches-breitbandforum.de**

Regelmäßig werden in der GZ auf Seite 2 die „runden“ **Geburtstage** der Landrätinnen und Landräte, der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie der Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ankündigt. Bitte teilen Sie uns an **news@gemeindezeitung.de** mit, ob Sie mit einer Veröffentlichung Ihres Jubiläums einverstanden sind und übersenden Sie uns bitte die entsprechenden Daten.

Als **Informationsplattform** sind wir auch immer auf der Suche nach guten Beispielen, die in Bayern als Vorbild und Ideengeber dienen können. Bitte nehmen Sie daher unsere Redaktion unter der eMailadresse **info@gemeindezeitung.de** in Ihren Presseverteiler auf.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichen Dank



Constanze von Hassel
Chefredakteurin, Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

P.S. Die Bayerische GemeindeZeitung gibt es auf Instagram, Facebook, Twitter, Linkedin, Xing, Notify, Telegram, Facebook Messenger, Whatsapp und als Newsletter (**www.gemeindezeitung.de/newsletter**).

Geschäftsführung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Amtsgericht München
(HRB 654 19)

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Abonnements der Bayerischen GemeindeZeitung

Die GZ erscheint in 24 Ausgaben mit je einer Doppelnummer im Januar und August.
Es bestehen folgende Möglichkeiten die Bayerische GemeindeZeitung zu abonnieren:

Die GZ im Einzelabonnement:
81,43 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar
(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper)

Die GZ im Sammelabonnement:
Lieferung/Rechnung an eine Adresse (z.B. Rathaus/Landratsamt/Fraktionsvorsitz)
28,89 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar
(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper;
ab 10 Exemplaren)

Lieferung an verschiedene Adressen bei einer Rechnungsadresse
40.93 € inkl. MwSt. jährlich pro Exemplar
(erhältlich in den Kombinationen nur Print / nur ePaper / Print und ePaper;
ab 10 Exemplaren)

Die Kündigung eines Abos ist zwei Monate vor dem Jahresende schriftlich an den Verlag möglich.

Für eine Abo-Bestellung schreiben Sie bitte eine E-Mail an: **news@gemeindezeitung.de**

INTRAKOMMUNA: Die Vernetzung der Netze

Die GDK mbH, eine Tochter des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH, startet mit dem neuen Produkt Intrakommuna, eine Softwarelösung, die für folgende Nutzungsmöglichkeiten konzipiert wurde:

- Interkommunale Kommunikation: Vernetzung von Landkreisen, Städten und Gemeinden; Bürgernetzwerke
- Rathausnetzwerk: ratsintern, fraktionsintern, abteilungsübergreifend
- Intranet für Unternehmen, Vereine, Verbände, Vereinigungen
- Wissensnetzwerk und geschützter Kommunikationsraum für Schüler und Lehrer

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an **info@gdk-mbh.de**

GZ-Netzwerk

Auch die Bayerische GemeindeZeitung nutzt diese Software. Überzeugen Sie sich selbst und melden sich unter **www.anmelden.gemeindezeitung.bayern** an. Nach Ihrer Registrierung bekommen Sie per Mail einen Link zugeschickt, über den Sie Ihr Profil freischalten können. Bitte überprüfen Sie hierzu Ihren SPAM-Ordner.

Sie interessieren Sich für unsere Angebote? Faxen Sie uns dieses Blatt an **08171/9307-22** zurück und hinterlassen Sie eine Kontaktmöglichkeit. Wir setzen uns mit Ihnen in Verbindung.

Vorname/Name: _____

Telefonnummer: _____

Emailadresse: _____



ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION

POLITIKBRIEF

01_2020

Webinartermine

Donnerstag, 18.06.20, 16 Uhr
Freitag, 26.06.20, 11 Uhr
Freitag, 10.07.20, 11 Uhr
Donnerstag, 06.08.20, 16 Uhr

kostenlose Teilnahme!

KOMMUNIKATION UND BÜRGERDIALOG IN KOMMUNEN

Kommunen stehen vor großen Herausforderungen: nachhaltiges Wirtschaften, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Umweltschutz und jungen Menschen in der Region eine Perspektive bieten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, braucht es eine neue Kultur der Akzeptanz von wirtschaftlichen Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen.

INFRASTRUKTUR FÜR ENERGIE UND UMWELT

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

NETZAUSBAU

ANSIEDLUNGEN UND GEWERBEGEBIETE

Jedes Vorhaben braucht Kommunikation und einen Prozess der Akzeptanzplanung. Bürger und Nachbarn müssen eingebunden und für die Notwendigkeit des Projekts sensibilisiert werden und können vielleicht sogar ihren persönlichen Vorteil darin erkennen. Es genügen wenige Gegner, um ein Projekt zu verzögern oder zu verhindern. Oft sind sie gar nicht generell gegen das Vorhaben, wollen es nur nicht in ihrer Nachbarschaft oder verfolgen ganz andere, eigene Ziele. Viele der Gegner sind allerdings gar nicht zu überzeugen. Hier geht es darum, der großen Mehrzeit zu zeigen, dass die Kritiker nicht Recht haben – und nicht das Gesamtbild bestimmen dürfen.

KRISEN, PROJEKTE UND KRISENPROJEKTE

Manche Krisen sind im politischen Prozess entstanden, andere kommen von extern und sind nicht vorhersehbar. Unsere Krisenprävention legt die Basis für eine erfolgreiche Krisenbewältigung. Wir etablieren für Sie Bausteine, aus denen wir im Krisenfall die richtige Strategie erarbeiten können, um am Ende gestärkt aus der Situation hervorzugehen.

Wie wir Sie unterstützen können

Wir organisieren den Realisierungsdialog – und unterstützen Sie auch mit Einzelbausteinen.

I. Strategie und Konzeptentwicklung
Wir erarbeiten für Sie eine Strategie für einen erfolgreichen Projektverlauf. Wir identifizieren die entscheidenden Wege zum Ziel sowie eventuelle Schwierigkeiten und Fallstricke, um vorbereitet zu sein. Das Konzept definiert Maßnahmen und Themen.

II. Story
Jedes Projekt braucht eine Story. Diese entwickeln wir für das Vorhaben und schaffen damit emotionale Zustimmung. Wir erzählen die Story konsequent und überzeugend. Sie erfüllt dabei folgende Aufgaben: Ängste nehmen, Befürchtungen widerlegen und möglichst viel vom Danach schon davor zeigen. Denn die Akzeptanz ist nie so hoch wie nach der Fertigstellung.

III. Stakeholder-Definition
Mithilfe unseres Stakeholder-Mappings identifizieren wir die für Sie relevanten Stakeholder und definieren Betroffene und mögliche Unterstützer. Politikern und Fürsprechern geben wir Argumentationslinien an die Hand. Dadurch machen wir sie zu erfolgreichen Multiplikatoren.

IV. Digitaler Realisierungsdialog
Wir organisieren für Sie die Öffentlichkeitsbeteiligung – auch digital. Wir strukturieren das Verfahren in den digitalen Kanälen und wenden die richtigen Maßnahmen an. Damit unterstützen wir den formalen Prozess und beschleunigen Ihr Verfahren auch mit digitalem Stakeholder-Engagement und einem Echtzeit-Social Media Monitoring, um auf neue Einflüsse frühestmöglich reagieren zu können.

V. Umsetzung
Bei der Umsetzung unterstützen wir Sie mit unserer jahrelangen Erfahrung. Unser Portfolio umfasstumfasst: lokale Kampagne, inkl. Grafik und Bewegtbild, Medienarbeit, Erstellung aller Kommunikationsmaterialien, digitale Kanäle, Bürgerdialog, Stakeholder-Dialog sowie die Organisation und Begleitung von Gesprächsterminen mit NGOs, Medien oder übergeordneter Politik.

Für Kommunen und Investoren

Sie planen allein oder mit einem Investor ein Projekt und möchten dieses möglichst reibungslos umsetzen? Sie ahnen, welche Gruppen dagegen protestieren könnten, wissen aber nicht, ob und wie Sie mit diesen kommunizieren sollen? Sie suchen potenzielle Unterstützer für Ihr Infrastrukturprojekt und möchten die schweigende Mehrheit sichtbar machen?

Wenn Sie vor, während und nach Abschluss Ihres Projekts strategisch und zielgruppenorientiert kommunizieren möchten, lassen Sie uns sprechen. Gerne lassen wir Ihnen auch unsere Referenzen aus der Projektkommunikation zukommen.



ENGEL & ZIMMERMANN AG

Dr. Andreas Bachmeier
Am Schlosspark 15
82131 Gauting bei München

Tel. 089 - 89 35 633

a.bachmeier@engel-zimmermann.de
www.engel-zimmermann.de

Für ein unverbindliches Erstgespräch stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

Termine:

Donnerstag, 18.06.20, 16 Uhr
Freitag, 26.06.20, 11 Uhr
Freitag, 10.07.20, 11 Uhr
Donnerstag, 06.08.20, 16 Uhr

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 18. Juni 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 12





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Landrat Thomas Karmasin (Erster Vizepräsident), Landrat Christian Bernreiter (Präsident), Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied), Landrätin Tamara Bischof (Dritte Vizepräsidentin) und Landrat Herbert Eckstein (Zweiter Vizepräsident und Schatzmeister) mit dem gastgebenden Landrat Martin Bayerstorfer nach ihrer Wiederwahl. Bild: Bayerischer Landkreistag

Konstituierende Versammlung des Bayerischen Landkreistags in Erding:

Zeit der Weichenstellung

Mit überwältigenden Ergebnissen haben die Delegierten der 71 bayerischen Landkreise die bisherige Führungsmannschaft des Bayerischen Landkreistags bestätigt. Im Rahmen der Jahrestagung in Erding wurde für die nächsten sechs Jahre Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) erneut zum Präsidenten gewählt. Ihm zur Seite stehen Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) und Landrat Herbert Eckstein (Roth) als Erster und Zweiter Vizepräsident sowie Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen) als Dritte Vizepräsidentin.

Um die im Zusammenhang mit dem Coronavirus geltenden Regeln einhalten zu können, fand die konstituierende Landkreisversammlung nicht wie ursprünglich geplant zweitägig in der Stadthalle Erding, sondern eintägig in der Therme Erding statt.

Corona als größte Herausforderung

Wie Gastgeber Landrat Martin Bayerstorfer erklärte, hätten zuvörderst die Landkreise den Infektionsschutz umgesetzt. Ohne die Landratsämter wäre die rasche Eindämmung nicht möglich gewesen. Corona bezeichnete er als die „größte Herausforderung seit Jahrzehnten – schwieriger zu bewältigen als die Flüchtlingskrise“. Erdings Oberbürgermeister Max Gotz dankte den Landkreisen für ihr Krisenmanagement; es sei schnell und richtig gehandelt worden. Auch habe die Pandemie gezeigt, wie wichtig die Vereine für die Gesellschaft sind.

Aufgrund der enormen, durch Corona ausgelösten kommunalen Herausforderungen, wurden die Ausführungen des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, MdL, mit besonderer Spannung erwartet.

Tragende Rolle der Kommunen

Zunächst hob er die tragende Rolle der Kommunen, darunter insbesondere auch der Landkreise, bei der Bewältigung der Corona-Krise hervor: „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen und umgekehrt. Das gilt jetzt, im erstmalig seit der Nachkriegszeit geltenden bayernweiten Katastrophenfall seit 16. März 2020, mehr denn je. Nur gemeinsam mit solidarischem Handeln können wir diese schwierige Situation meistern. Ich bedanke mich insbesondere bei den Führungsgruppen Katastrophenschutz für den unermüdlichen Einsatz rund um die Uhr.“

Oberstes Ziel: Schutz der Gesundheit

Oberstes Ziel blieben weiterhin der Schutz der Gesundheit und die Stabilität des Gesundheitssystems in Bayern. Gerade in dieser Pandemiesituation habe sich einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung für das Gemeinwesen ist, erklärte Herrmann. Die Staatsregierung habe daher die Landratsämter durch den kurzfristigen Einsatz von insgesamt 3.800 Mitarbeitern aus allen Ressorts mit nachgeordneten Bereichen massiv mit Personal verstärkt.

Herausragendes Engagement der Verwaltungen

Die Leistungen der Kommunen in Corona-Zeiten zeigten sich laut Minister vor allem bei der Durchführung der Gemeinde- und Landkreiswahlen am 15. März sowie der Stichwahlen am 29. März: „Insbesondere die Durchführung der Stichwahlen als reine Briefwahlen wäre ohne das herausragende Engagement der Verwaltungen in den betroffenen Gemeinden und Landkreisen gar nicht leistbar gewesen. Die zahlreichen Aufgaben, die die Landratsämter erledigen müssen, erfordern auch weiterhin eine entsprechende Personalausstattung.“

Für die Jahre seit 2019 bis 2022 sei ein Zuwachs in vier Stufen zu je 70 Stellen um insgesamt 280 Stellen vorgesehen. In enger Abstimmung mit dem Bayerischen Landkreistag könne damit auf Bedarfe an Fachpersonal insbesondere in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Veterinärdienst und dem öffentlichen Gesundheitsdienst reagiert werden.

Kommunaler Finanzausgleich erneut auf Rekordniveau

Finanziell sollen die Kommunen Herrmann zufolge weiterhin gut auf eigenen Beinen stehen können. Noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie hatte die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Konjunktur- und Zukunftspaket des Bundes:

Milliardenhilfen für Kommunen

Hilfen für Kommunen, Zuschüsse für Familien und Förderung von Zukunftstechnologien: Um Kommunen, Familien und Unternehmen darin zu unterstützen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besser zu bewältigen, will die Bundesregierung ein ebenso umfassendes wie ambitioniertes Konjunktur- und Zukunftspaket mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Auch sollen private und öffentliche Investitionen angeschoben und die technologische Modernisierung befördert werden. Der Koalitionsausschuss hat sich dafür auf Eckpunkte verständigt. Erste Teile wie den Familienbonus und die Mehrwertsteuersenkung hat das Kabinett inzwischen bereits verabschiedet.

Mit dem Kindergeld soll ein sog. Kinderbonus von einmalig 300 Euro pro Kind ausgezahlt werden. Der Mehrwertsteuersatz soll vom 1. Juli bis zum 31. Dezember von 19 Prozent auf 16 Prozent und für den ermäßigten Satz von 7 Prozent auf 5 Prozent gesenkt werden. Bei den Stromkosten sollen Bürger und Unternehmen entlastet werden. Dafür ist geplant, die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom-Anlagen ab 2021 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt abzusenken.

Unterstützung für besonders betroffene Branchen

Von der Corona-Krise besonders betroffene Branchen bekommen eine zusätzliche Unterstützung in Milliardenhöhe. Angedacht sind „Überbrückungshilfen“ im Umfang von maximal 25 Milliarden Euro. Die Deutsche Bahn wird ebenfalls mit milliardenschweren Finanzhilfen bedacht. Vom Bund soll weiteres Eigenkapital in Höhe von fünf Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Geplant sind außerdem Hilfen von 2,5 Milliarden Euro für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV).

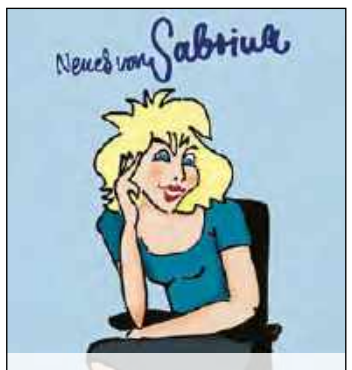
Eine Kaufprämie für abgasarme Benziner und Dieselautos fand keinen Eingang in das Paket. Dafür wurden deutlich höhere Prämien für Elektroautos beschlossen. Konkret steigt nun die Förderung für batterieelektrische Fahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge bis zu einem Listenpreis von 40.000 Euro auf 6.000 Euro. Für Autos mit einem höheren Listenpreis wächst die Fördersumme auf 5.000 Euro. Bei Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen liegt sie darunter. Künftig soll es für diese Autos bis zu 4.500 Euro geben.

Investitionen von Kommunen fördern

Städte und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein, um nötige Investitionen in die Zukunft zu leisten und gute Lebensbedingungen vor Ort zu ermöglichen. Dafür werden insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen:

- Bund und Länder übernehmen von den Kommunen für Bezieher von Sozialleistungen künftig dauerhaft bis zu 75 % der Kosten der Unterkunft statt wie bisher bis zu 50 %.
- Die für dieses Jahr zu erwar-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Rassismus ist leider global und kein Land, keine Ideologie und keine Zivilisation ist ganz frei von ihm“, weiß der Bürgermeister. Das Gegengift beschreibt ein Spruch von Martin Luther King: „Es gibt keine größere Kraft als Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis.“ S. 19

Kommunen auf Hilfen von Bundes- und Landesseite angewiesen:

Der Austausch steht im Vordergrund

Manfred Weber (CSU) und Lars Klingbeil (SPD) sprachen bei der ersten digitalen Konferenz des ‚Netzwerks Junge Bürgermeister*innen‘ zu Kommunen im Corona-Modus

Der Kommunikationsbedarf zu den Folgen der Corona-Krise für die Städte und Gemeinden ist groß. Anstatt des eigentlich für Mitte Mai geplanten „analogen“ Jahrestreffens, lud das überparteiliche Netzwerk Junge Bürgermeister*innen daher kurzfristig zu seiner ersten Konferenz im digitalen Raum ein. Über 70 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland tauschten sich über drei Stunden zur Zukunft ihrer Kommunen in der Corona-Zeit aus.

Bei den prominenten Hauptrednern stand der Austausch im Vordergrund. Manfred Weber, EVP Fraktionsvorsitzender im Europaparlament, und SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil war es wichtig, möglichst viel Raum für Fragen, Anregungen und Einschätzungen der Kommunalvertreter zu bieten.

Hilfs- und Investitionspakete

Einig waren sich beide darin, dass die anstehenden Herausforderungen für die Kommunen nur mittels großangelegter und schuldenbasierter Hilfs- und Investitionspakete zu bewältigen seien. In einer Umfrage unter den Teilnehmern wurde mehrheitlich auf die – auch unabhängig von Corona – unzureichende Finanzausstattung der Kommunalen Ebene verwiesen. 83 % vertraten die Auffassung, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel „eher nicht“ oder „gar nicht“ ausreichen, um ihre Aufgaben gut bewältigen zu können. Auch die Unterstützung durch die Länder in der Corona-Krise bekam keine guten Noten. Ein wenig schmeichelhaftes „es geht“ war die Antwort von über 70 %. 10 % fanden die Unterstützung durch die Bundesländer sogar „mangelhaft“. Der Sprecher des Netzwerks, Haßmersheims Bürgermeister Michael Salomo (Neckar-Odenwald-Kreis in Baden-Württemberg), sagte hierzu: „Damit kein Vertrauensverlust in der Bevölkerung entsteht, sind unsere Kommunen auf Hilfen von Bundes- und Landesseite angewiesen.“

Workshops

Kleine Gruppen diskutierten ausführlich in parallelen Workshops zu den Themen Digitale Verwaltung, Neue Wege der Bürgerkommunikation, Kommune wieder hochfahren sowie Kommunale Finanzen nach Corona. Inhaltliche Impulse kamen hier u.a. von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, kommunalpolitische Sprecherin der FDP Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Arno Bunzel, Stellv. Wissenschaftlicher Direktor beim Difu und Axel Simon, Chief Technologist, Aruba, einem Hewlett Packard Enterprise Unternehmen.

Aufgelockert wurde die Digitalkonferenz durch das gemein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Erfolgreiche bayerische Heimatpolitik 2
Bayerischer Integrationspreis 2020. 2
Pflegende Angehörige brauchen Unterstützung 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Konjunktur und Kommunen dauerhaft stärken! 3
Schreyer: „Wir müssen bauen, bauen, bauen“ 3
Vorteile der Kooperation zwischen Stadt und Region 3
IT • Breitband • Digitalisierung . . . . . 5 - 11
Wasser • Abwasser . . . . . 12 - 14
GaLaBau • Kommunalfahrzeuge und -geräte . . . . . 14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bayerischer Integrationspreis 2020:

Inspirierende Projekte

Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer und Innenminister Joachim Herrmann haben Corona-bedingt aus der Ferne den Bayerischen Integrationspreis 2020 verliehen. Insgesamt hatten sich 132 Projekte um den mit 6.000 Euro dotierten Integrationspreis beworben.

Heuer stand der Integrationspreis unter dem Motto „Ehrenamt öffnet Türen – Engagement verbindet!“. Er richtete sich an Projekte und Initiativen, die gezielt Migrantinnen und Migranten auf vorbildliche Weise ins Ehrenamt einbinden. In besonderer Weise um die Integration verdient gemacht haben sich der Münchner Verein Hospizbegleiter DaSein e.V., die Interkulturellen Erzählstunden in Landshut sowie die Betreiber eines Minigolfplatzes in Marktheidenfeld.

Begleitung und Versorgung am Lebensende

Mit dem 1. Preis (3.000 Euro) wurden die Hospizbegleiter München ausgezeichnet. Seit fast 30 Jahren widmet sich der Verein Hospizdienst DaSein e.V. der bedarfsgerechten Begleitung und Versorgung am Lebensende. Mit seinem Projekt bietet er speziell für Menschen mit Migrationshintergrund eine sechsmonatige kostenfreie Ausbildung zum ehrenamtlichen Hospizbegleiter. Diese werden dringend benötigt, da sich der Anteil der begleiteten Menschen mit Migrationshintergrund während der vergangenen Jahrzehnte stark erhöht hat.

Schwerkranke, Sterbende und ihre Angehörigen können durch die Initiative auf Basis muttersprachlicher und kultureller Vielfalt im Team besser individuell unterstützt werden. Zudem wird durch das Projekt die „Vorbildfunktion und Netzwerkarbeit“ durch Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund forciert, um neue Ehrenamtliche zu gewinnen.

Über den 2. Preis (2.000 Euro) darf sich die Freiwilligenagentur Landshut mit ihrer Initiative „Interkulturelle Erzählstunden Landshut“ freuen. Bei diesem Projekt stellen Migrantinnen und Migranten in Kindertagesstätten ihr Heimatland vor. Mit Spielen, Liedern, Gedichten in der jeweiligen Landessprache, typischen Kleidungsstücken oder Speisen werden den Kindern die Gepflogenheiten und die Kultur des jeweiligen Landes nähergebracht. Die Initiative möchte Menschen mit Migrationshintergrund für ein freiwilliges Engagement motivieren, Kinder frühzeitig für andere Kulturen sensibilisieren und das interkulturelle Miteinander fördern.

Aktivitäten unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Mit dem 3. Preis (1.000 Euro) geehrt wurde das Projekt „Minigolf Marktheidenfeld“. 2015 wurde es von der Jugendpflege der Stadt Marktheidenfeld in Kooperation mit der ehemaligen Caritas-Wohngruppe „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ in Altfeld ins Leben gerufen.

Der Minigolfplatz wird von jungen Geflüchteten selbstständig betrieben. Die ehrenamtlich Engagierten kümmern sich dabei neben der Gewährleistung des laufenden Betriebs um die Dienstplanerstellung, das Werbekonzept, die Abrechnung, die Buchführung sowie die Pflege der Anlage. Dabei können die erworbenen Deutschkenntnisse angewandt und vertieft, erste berufliche Erfahrungen gesammelt und der Austausch mit Einheimischen gestärkt werden. **DK**

Heimatminister Füracker zum Heimatbericht 2019:

Erfolgreiche bayerische Heimatpolitik

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land bleiben das Ziel

„Bayerns ländlicher Raum ist stark – das zeigt der ‚Heimatbericht 2019‘. Der Freistaat stärkt seine Kommunen, investiert in Wirtschaft und Wissenschaft, fördert den Breitbandausbau und schafft Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen. Der Erfolg der bayerischen Heimatstrategie liegt auf der Hand“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Veröffentlichung des neuen Heimatberichts.

„Unser ländlicher Raum war noch nie so attraktiv wie heute – er hat Zukunft und bietet Zukunft.“ Nach den aktuellsten Zahlen sind die Einwohner- und Geburtenzahlen im ländlichen Raum Bayerns im Jahr 2018 zum siebten Mal in Folge gestiegen, zum neunten Mal in Folge sind mehr Menschen zu- als weggezogen. Neue Bestwerte auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft sind auch ein Verdienst der engagierten Unternehmen und Menschen vor Ort. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,5 % im Jahresdurchschnitt 2019 herrscht zum dritten Mal in Folge praktisch Vollbeschäftigung.

Aktuell stellt die Corona-Pandemie Freistaat, Unternehmen und Bürger vor enorme Herausforderungen – ihre Folgen werden auch in den nächsten Jahren deutlich spürbar sein. Um die Auswirkungen nach Kräften abzufedern, hat Bayern schnell und unbürokratisch reagiert mit einem umfangreichen Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise. Gerade auch mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie gilt es nach den Worten Fürackers weiterhin, die ausgewogene Entwicklung in ganz Bayern zu unterstützen: „Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land bleibt Daueraufgabe und Kernelement bayerischer Heimatpolitik. Potenziale des ländlichen Raumes werden gezielt unterstützt und entlasten somit auch die Ballungszentren“.

Der Heimatbericht 2019 basiert auf Daten bis Ende 2019 – Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise konnten noch nicht berücksichtigt werden. Der jährliche Heimatbericht ist eine wichtige Grundlage für die bayerische Heimatpolitik. Er ist online abrufbar unter: www.stmfh.bayern.de/heimat ❐

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Do, 18.06.20, 16 Uhr
Fr, 26.06.20, 11 Uhr
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner:

5,8 Millionen Euro aus dem Corona-Programm für das Deutsche Jugendherbergswerk

Das Deutsche Jugendherbergswerk Landesverband Bayern e. V. (DJH) hat aus dem Corona-Programm Soziales der Bayerischen Staatsregierung rund 5,8 Millionen Euro zur Sicherung seiner Existenz und die seiner bayerischen Jugendherbergen erhalten.

Bei der Übergabe des symbolischen Schecks in der Jugendherberge München Park erklärte Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Es freut mich sehr, dass die Finanzhilfen in Höhe von 31 Millionen Euro aus dem Corona-Programm Soziales genau dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Damit helfen wir den Jugendhilfeeinrichtungen in Bayern, die für unsere Gesellschaft einen wichtigen sozialen und bildungspolitischen Auftrag erfüllen. Auch die Existenz des DJH sichern wir daraus ab. Die Jugendherbergen bieten jungen Menschen wertvolle Begegnungsmöglichkeiten und verrichten wichtige Bildungsarbeit. Dieser gesellschaftliche Beitrag darf dem Freistaat und den jungen Menschen in dieser herausfordernden Zeit nicht verloren gehen.“

Klaus Umbach, Präsident des Landesverbands Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk, der den Scheck entgegennahm, betonte: „Die Unterstützung hilft uns enorm, den Betrieb unserer Häuser wieder aufzunehmen. Wir hoffen, dass bald Gruppen und vor allem Schulklassen wieder zu uns kommen, um dort Gemeinschaft erleben zu können“.

Das Corona-Programm Soziales sieht eine subsidiäre Entschädigung in Höhe von bis zu 60 Prozent der entfallenden Einnahmen bis Ende Juli 2020 sowie weitere Notmaßnahmen vor. „Damit greifen wir Jugendherbergen, Schullandheimen, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten sowie zahlreichen kleineren Trägern zusätzlich finanziell unter die Arme und unterstützen sie wirksam“, so Trautner.

Seit 30. Mai 2020 sind die Jugendherbergen in Bayern wieder geöffnet und können Gäste empfangen. Hierdurch werden auch wieder Einnahmen generiert. Zur Eindämmung des Infektionsrisikos beachten die Einrichtungen das Hygienekonzept „Beherbergung“.

Informationen und Antragsformulare zum „Programm Soziales“ sind bei der Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) abrufbar unter: www.zbfs.bayern.de/corona-programm-soziales. ❐

Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml:

Pflegende Angehörige brauchen gerade in Corona-Zeiten Unterstützung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt sich für die Entlastung pflegender Angehöriger ein. Huml betonte: „Die Corona-Pandemie stellt häuslich Pflegende vor besondere Herausforderungen. Sie fühlen sich zum Beispiel verunsichert, wie sie mit dem Infektionsrisiko umgehen sollen. In Bayern haben wir ein in dieser Form bundesweit einzigartiges Beratungsnetzwerk. Fast in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es eine Fachstelle für pflegende Angehörige. Wer Rat und Unterstützung braucht, kann sich an diese Fachstellen wenden.“

Bayern fördert die rund 110 Fachstellen für pflegende Angehörige im Land mit 1,6 Millionen Euro jährlich. Die Fachstellen haben die Aufgabe durch Beratung sowie begleitende Unterstützung pflegende Angehörige psychosozial zu entlasten. Sie bieten auch eine telefonische Beratung sowie eine Beratung per E-Mail an. Einzelne Fachstellen für pflegende Angehörige sind dazu übergegangen, pflegende Angehörige proaktiv telefonisch zu kontaktieren, um diese entsprechend aufzufangen und zu unterstützen.

Weitere Anlaufstellen

Die Ministerin ergänzte: „Für die Entlastung pflegender Angehöriger stehen neben den Fachstellen für pflegende Angehörige, auch weitere Anlaufstellen und Unterstützungsmöglichkeiten, wie Pflegestützpunkte, ambulante Pflegedienste und die rund 1.270 Angebote zur Unterstützung im Alltag zur Verfügung.“

Im 2. Bevölkerungsschutzgesetz sind zudem – zunächst befristet bis Ende September – weitere Erleichterungen für pflegende Angehörige und die Pflegebedürftigen vorgesehen. So können etwa Angehörige, wenn pandemiebedingt eine Versorgungslücke bei der Pflege zu Hause entsteht und sie daher der Arbeit fernbleiben müssen, bis zu 20 Tage lang das Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung bezahlt bekommen.

Das Gesetz sieht auch flexiblere Regelungen im Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz sowie beim Entlastungsbetrag nach § 45b Elftes Buch Sozialbuch vor. Sofern der Entlastungsbetrag aus dem Jahr 2019 für Pflegebedürftige der Pflegegrade 1 bis 5 noch nicht für Angebote zur Unterstützung im Alltag in Anspruch genommen wurde, ist er über den 30.06.2020 hinaus bis zum 30.09.2020 übertragbar.

Vermeidung von Versorgungsengpässen

Außerdem können Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 den Entlastungsbetrag auch für andere Hilfen einsetzen, wenn diese zur Überwindung von pandemiebedingten Versorgungsengpässen erforderlich sind.

Für häuslich versorgte Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 bis 5 waren bereits zusammen mit dem (ersten) Bevölkerungsschutzgesetz vom 27.03.2020 Sonderregelungen zur Vermeidung von pandemiebedingten Versorgungsengpässen geschaffen worden (sog. COVID-19 Krankenhausentlastungsgesetz). Ab dem 01.04.2020 ist außerdem der Leistungsbetrag der sozialen Pflegeversicherung für zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel bei häuslicher Pflege (z.B. Einmalhandschuhe, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel) auf 60 Euro pro Monat erhöht worden, zunächst ebenfalls befristet bis 30.09.2020.

Die Ministerin bedankte sich ausdrücklich bei den beruflich in der Pflege Tätigen und insbesondere auch den vielen häuslich Pflegenden, die sich auch in diesen schwierigen Zeiten um ihre Angehörigen gekümmert haben. „Außerdem danke ich den vielen Ehrenamtlichen für ihre Unterstützung älterer und pflegebedürftiger Menschen“, versicherte Huml. ❐

Eine Liste der geförderten Fachstellen und Angebote zur Unterstützung im Alltag kann unter folgendem Link abgerufen werden:
www.stmgp.bayern.de/service/ansprechpartner-und-fachstellen/#Fachstellen-fuer-pflegende-Angehoerige

Eine Million Euro für Stärkung regionaler Lebensmittel

Unternehmen, die in Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel investieren, können staatliche Fördermittel beantragen. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mitteilte, steht dafür heuer rund eine Million Euro zur Verfügung.

Mit dem Programm „VuVregio“ können Investitionen wie Saftpressen für die Obstverarbeitung, Käsereigeräte, Kühlräume, aber auch begleitende Maßnahmen wie Werbeaktionen oder Tage der offenen Tür mit bis zu 20 Prozent der Kosten gefördert werden. Bei Investitionen im Öko-Bereich sind 30 Prozent Zuschuss möglich.

„Gerade die letzten Wochen haben deutlich gezeigt, wie wichtig eine starke heimische Lebensmittelversorgung ist. Diesen Rückenwind für unsere regionalen Produkte müssen wir auch über die Corona-Krise hinaus nutzen“, so die Ministerin.

Förderanträge und Informationen: www.stmelf.bayern.de/foerderwegweiser. Anträge müssen bis 14.10.2020 bei der Staatl. Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Marktredwitz eingehen. ❐

Melanie Huml:

Auswahlverfahren für bayerische Landarztquote ist abgeschlossen

Im Auswahlverfahren für die neue bayerische Landarztquote steht jetzt fest, wer einen der begehrten Medizinstudienplätze bekommen kann. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml erläuterte, dass die erfolgreichen 114 Bewerberinnen und Bewerber benachrichtigt werden. Sie können damit auch ohne Einser-Abitur Medizin studieren. Start ist das Wintersemester 2020/21.

„Wir brauchen mehr junge Mediziner, die sich für den Beruf des Hausarztes begeistern und ihn dort ausüben wollen, wo sie besonders gebraucht werden. Deshalb haben wir die bayerische Landarztquote geschaffen“, so Huml. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, auch in Zukunft eine flächendeckende und wohnortnahe hausärztliche Versorgung in ganz Bayern sicherzustellen.

Großes Interesse

685 junge Menschen bewarben sich fristgerecht um einen Studienplatz. Das Auswahlverfahren wurde federführend durch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) betreut.

Dr. Andreas Zapf, Präsident des LGL, erläuterte: „Gerade die Corona-Krise zeigt uns sehr deutlich, wie wichtig eine flächendeckende ärztliche Versorgung ist. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber entscheiden sich nun endgültig, ob sie diese Verpflichtung eingehen. Andernfalls rücken die Nächstplatzierten nach.“ Vor der Zuteilung des Studienplatzes muss ein öffentlich-rechtlicher Vertrag unterzeichnet werden.

Zu den Auswahlkriterien gehörte unter anderem das Vorliegen einer Berufsausbildung in einem Gesundheitsberuf. Am häufigsten vertreten sind bei den erfolgreichen Kandidaten Pflegefachkräfte und Notfallsanitäter. Das Durchschnittsalter liegt bei 24 Jahren, 59 Prozent sind Frauen. Außerdem kommen 61 Prozent aus Bayern.

Strenge Auswahlkriterien

Zu den Auswahlkriterien gehörten neben der Art und Dauer der Berufstätigkeit in einem Gesundheitsberuf auch das Ergebnis eines fachspezifischen Studieneignungstests (Medizinertest) sowie die Art und Dauer einer geeigneten freiwilligen oder ehrenamtlichen Tätigkeit.

Das Land- und Amtsarztgesetz (BayLArztG) mit der neuen Quote war am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Konkret werden bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze in Bayern für Studierende vorgehalten, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben und eine entsprechende Verpflichtungserklärung unterzeichnen. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Gänsdorfer
87776 Sontheim
am 20.6.

Bürgermeister Horst Penzel
95239 Zell i. Fichtelgebirge
am 20.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

BürgermeisterGünther Werner
97437 Haßfurt
am 29.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernd Bogner
91230 Happurg
am 23.6.

Bürgermeister Toni Brugger
86672 Thierhaupten
am 29.6.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Gensberger
86673 Bergheim
am 1.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. ❐

Kerstin Schreyer, Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr:

„Wir müssen bauen, bauen, bauen!“

Kerstin Schreyer ist als Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr seit Anfang Februar 2020 verantwortlich für das größte Ministerium in Bayern. Wie Covid-19 die Bau- und Verkehrsplanungen beeinflusst hat, welche Herausforderungen sich daraus ergeben und welche Bedeutung Digitalisierung und Wohnungsbau für Kommunen und Freistaat haben, berichtete Schreyer im Münchner PresseClub.

Die Ministerin zog im Gespräch mit Moderatorin Kerstin Tschuck Bilanz und zeigte die Schwerpunkte für die nächsten Wochen und Monate auf. War es am Anfang der Coronakrise der Bereich Gesundheit, gilt aktuell ihr Ministerium als maximal betroffen. „Die Menschen haben Angst, ihren Job zu verlieren und dann die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Und wir sind besonders in den Bereichen Bauwirtschaft sowie Verkehr gefordert, weil die Menschen ja trotzdem von A nach B kommen müssen. Da war mir von Anfang an wichtig, eine stabile Grundversorgung sicherzustellen“, sagte Schreyer.

Sicher pendeln

Die Einnahmeverluste durch die Coronakrise – weil die Menschen entweder komplett darauf verzichtet haben oder weniger mit Bus und Bahn gefahren sind – im öffentlichen Personennahverkehr sowie im Schienenpersonennahverkehr liegen bei schätzungsweise knapp 600 Millionen Euro. Die Ministerin machte jedoch deutlich, dass die Verkehrsmittel mit Einführung der Maskenpflicht bedenkenlos genutzt werden könnten. Besonderer Wert werde zudem auf die Einhaltung von Hygiene-Standards gelegt und Busse und Bahnen würden verstärkt gereinigt und desinfiziert. „Wo immer es geht, öffnen die Türen außerdem automatisch, damit die Fahrgäste so wenig wie möglich anfassen müssen“, so die Ministerin. Ausdrücklich lobte sie die Fahrgäste, die sich nahezu ausnahmslos an die Maskenpflicht halten würden. Damit leiste jeder Einzelne einen wichtigen Beitrag dazu, dass alle sicher im Nahverkehr unterwegs sein könnten.

Mehr Homeoffice

Mit Blick auf die Arbeitswelt, prophezeite Schreyer, dass der Anteil am Homeoffice, der mit Beginn des Lockdowns erheblich zugenommen habe, auch in Zukunft hoch bleiben werde. „Corona stellt uns alle vor die Herausforderung, dass es neu ist und wir nicht wissen, wie sich die Zukunft entwickeln wird. Wir sind dabei als Politiker sehr darauf angewiesen, welche Empfehlungen uns die Virologen an die Hand geben. Aber ein paar Fakten haben wir schon: Die Arbeitswelt wird sich massiv verändern. Denn die Menschen werden häufiger Videoschalten einrichten, anstatt zu reisen und die Arbeitszeiten werden flexibler sein“, sagte sie. Ein Vorteil: Wenn mehr Menschen von zuhause aus arbeiten, entzerre das auch die Verkehrslage zu Stoßzeiten. Im bundesweiten Vergleich lag beispielsweise München im Ranking um die meisten Staus im vergangenen Jahr auf Platz vier. 131 Stunden standen Autofahrer durchschnittlich im Stau, laut Verkehrsdatenanbieter Tomtom.

Optimale Netzanbindung gefordert

Mehr Homeoffice hat aber nicht nur einen Einfluss auf den Verkehr. Die Veränderung der Arbeitswelt betreffe auch die Digitalisierung und verstärke besonders bei den Kommunen den Druck, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. „Ziel muss sein, dass wir die Arbeitswelt so begleiten, wie sie sich verändert. Da müssen Kommunen, Digital- und Wirtschaftsministerium zusammenarbeiten. Denn wer daheim keine optimale WLAN-Anbindung hat, bekommt im Homeoffice Schwierigkeiten“, sagte Schreyer.

Aber nicht nur die Netzwerkanbindung sei entscheidend. Auch digitale Dienste wie beispielsweise die App „BayernInfo“ des Bauministeriums können bei einer intelligenten Verkehrslenkung helfen. „Mit dieser App können Pendler unsinnige Staus vermeiden. Das funktioniert, indem sie beispielsweise während Stoßzeiten mit ihrem Auto nur bis zur nächsten S-Bahnhaltestelle fahren. Ansätze wie die App-Entwicklung müssen wir auch noch viel stärker für die Verkehrslenkung auf Autobahnen verfolgen“, kündigte Schreyer an.

Kein Stopp in der Baubranche

Im Hinblick auf den Wohnungsbau hob die Ministerin hervor, dass es sich als richtig erwiesen habe, die Arbeiten auf Baustellen im Freistaat nicht zu unterbinden. Die Baubranche habe daher bisher der Coronakrise trotzen können. „Der Bereich Bau muss auch weiterhin funktionieren, denn er garantiert uns, dass wir die Steuereinnahmen haben. Und deswegen gilt: Bauen, bauen, bauen!“, beteuerte Schreyer.

Auch wenn die Kommunen für den Bau verantwortlich seien, müsse der Freistaat Anreize schaffen, Ideen liefern und mit Strukturmaßnahmen unterstützen. „Deshalb hat Bayern mit dem Bauministerium auch bei der ersten Kabinettsumbildung ein eigenes Ministerium geschaffen, um zu zeigen, dass das Thema wichtig ist und wir den Baubereich mitanschieben“, erklärte Schreyer.

Kommunen müssen mitziehen

Auch die Kommunen müssten ihren Beitrag leisten, forderte sie. Schreyer zeigte sich sicher, dass private Bauherren und Wirtschaft geplante Bauprojekte erst einmal verschieben werden und so ein gewisser Einbruch der Branche in etwa einem halben Jahr vorprogrammiert ist. „Dabei leisten die Kommunen ihren Beitrag in der Baubranche unterschiedlich. Die meisten sind da sehr gut und wollen wirklich für alle Altersgruppen „Wohnen für die Zukunft“ gestalten und denken auch an die Digitalisierung. Doch einige bleiben unter dem Wert, den wir bräuchten und das ist bitter, denn das wirkt sich auf den Preis aus“, kritisierte Schreyer.

Baubranche sichert Jobs

In diesem Zusammenhang unterstrich die Ministerin die Bedeutung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerung: „Gerade in Zeiten von Corona merken wir besonders, wie wichtig es ist, ein Zuhause zu haben, das den Bedürfnissen jedes Einzelnen entspricht. Nur ein Drittel aller Wohnungen in München hat beispielsweise einen Balkon oder einen Garten.“ Vergangenes Jahr seien im Freistaat knapp 60.000 neue Wohnungen fertiggestellt und über 75.000 Baugenehmigungen erteilt worden. Das sei die höchste Zahl seit 20 Jahren.

Staatliche Baumaßnahmen sicherten außerdem das Überleben vieler mittelständischer Bauunternehmen und tausende Jobs. Auch im Straßenbau liefen die Baumaßnahmen an Bundes- und Staatsstraßen weitestgehend ohne Einschränkungen weiter. Das gelte auch für die Planung und Ausschreibung neuer Projekte. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Wirtschaft nach Corona möglichst schnell wieder anläuft“, so die Ministerin.

Eigenheim fördern

Als einen weiteren Baustein nannte sie die Eigenheim-Förderung. Immobilien zu besitzen, sei zudem die beste Vorsorge für das Alter. „Unser Ziel muss es sein, dass sich jeder Mensch egal mit welchem Geldbeutel und egal in welcher Altersklasse das Wohnen in der Stadt leisten kann. Deshalb laufen die Förderprogramme für Wohneigentum weiter.“

Zudem versicherte die Ministerin, „eine große Verfechterin des ländlichen Raumes“ zu sein. „Es kann nicht sein, dass Menschen in die Stadt ziehen müssen, weil sie das Angebot auf dem Land nicht haben. Arbeitsplätze sind da gar nicht das Problem, sondern eher das kulturelle Angebot und die Verkehrsanbindung – was wiederum mein Ministerium betrifft“, sagte Schreyer. Viele Kommunen seien im Bereich der Wohngestaltung für die Zukunft vorbildlich. „Wenn ich mir den Ballungsraum München anschaue, kann ich viele Kommunen außerhalb der Stadt aufzählen, die wirklich bauen, bauen, bauen“, lobte sie.

Alterswohnsitz auf dem Land

Abschließend die Ministerin den Wunsch, dass die Wertschätzung in der Bevölkerung für systemrelevante Berufe auch nach der Krise weiterhin hoch bleibe. „Ohne die LKW-Fahrer, die täglich gefahren sind, hätten wir keine Lebensmittel in den Regalen gehabt“, nannte sie ein Beispiel. Die Bereiche Bau und Verkehr müssten zudem in der Zukunft noch viel mehr als zusammenhängend betrachtet werden. „Das klingt einfach, wird aber oft so nicht geplant. Aus meiner Sicht ist das eine der ganz großen Herausforderungen, dass Menschen auf dem Land dort auch im hohen Alter ohne Einschränkungen leben können. Und das bedeutet sowohl bezahlbaren Wohnraum, als auch eine ausreichende Verkehrsanbindung“, schloss Schreyer. **red**

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu):

Vorteile der Kooperation zwischen Stadt und Region sollten mehr genutzt werden

Difu-Studie stellt dar, wie ein gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen zwischen Stadt und Region funktionieren kann

Um das für Kommunen wichtige Thema der „interkommunalen Kooperation“ geht es in der neuen Difu-Publikation „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“.

Kann eine Gemeinde, die keine gute Verkehrsanbindung hat, von Gewerbeansiedlungen in anderen Gemeinden profitieren und im Gegenzug Ausgleichsflächen, Wohnraum und soziale Infrastrukturen zur Verfügung stellen? Kann ein interkommunaler Fonds einen fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen solchen Kommunen schaffen? Erste Antworten auf Fragen wie diese liefert eine vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitete Studie für die Landeshauptstadt München und die Landkreise Dachau und Ebersberg.

In der kostenfrei zur Verfügung stehenden Online-Veröffentlichung sind die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Lasten-Nutzen-Ausgleich in der interkommunalen Planung“ zusammengefasst. Die Publikation gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit unter Anwendung von Lasten-Nutzen-Ausgleichsmechanismen. Die Handlungsfelder, in denen sich im Großraum München aktuell – zusätzlich zu den bereits bewährten Themen interkommunaler Kooperation – ein dringlicher Bedarf für ein regionales Vorgehen abzeichnet, sind in insgesamt acht themenspezifischen Steckbriefen aufbereitet. Mögliche Organisationsformen und Planungsinstrumente werden in weiteren zwölf Steckbriefen erläutert.

Trotz mittlerweile reichhaltig vorhandener Erfahrungen und einer breiten Palette möglicher Instrumente ist Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg kein Selbstläufer. Vor Ort wird sie meist als nachrangige Strategie und Zusatzaufgabe wahrgenommen. Projektübergreifende und strategische Kooperation wird oft als schwierig bewertet, da der regionale Nutzen nicht in jeder der beteiligten Kommunen gleichermaßen sichtbar ist und einzelne Kommunen wirtschaftlich-finanzielle Nachteile befürchten. In dem Gemeinschaftsprojekt wurden kompakte Steckbriefe entwickelt, die Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Organisation einer interkommunalen Zusammenarbeit geben. Die Handlungsfelder sind in insgesamt acht themenspezifischen Steckbriefen aufbereitet. Mögliche Organisationsformen und Planungsinstrumente werden in weiteren zwölf Steckbriefen erläutert. ❐

GZ **KOLUMNE** Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Coronakrise hat die gesamte Welt seit Monaten fest im Griff. In Deutschland und insbesondere in Bayern wurde durch beherztes und konsequentes Eingreifen der Regierenden Schlimmeres verhindert und die Infektionszahlen wieder auf ein niedriges Niveau gesenkt. So sind jetzt nach und nach auch wieder erste Lockerungsmaßnamen für unsere Gesellschaft möglich und begrüßenswert. Jedoch ging die Krise an unserer Wirtschaft und unseren Kommunen nicht ganz spurlos vorbei.

So rechnet die KPV mit massiven Gewerbesteuerausfällen in der Höhe von 2 Mrd. Euro für die bayerischen Kommunen. Durch die Umrüstung von Rathäusern und kommunalen Einrichtungen sind erhebliche Mehrkosten vor Ort entstanden und ebenso kam es zu teils massiven Einnahmenrückgängen bei kommunalen Unternehmen. Zugleich wird die steigende Arbeitslosenzahl dauerhaft zu erhöhten Sozialausgaben führen. Die langfristig angelegten Investitionspläne der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sind gefährdet.

Konjunktur und Kommunen dauerhaft stärken

Das von Bund und Ländern gemeinsam entwickelte Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket will die Folgen der Coronakrise bekämpfen, unseren wirtschaftlichen Wohlstand sichern und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stärken. Deutschland soll, so heißt es in dem Papier, durch einen Modernisierungsschub und eine entschlossene Beseitigung der entstandenen Defizite auf einen nachhaltigen Wachstumspfad geführt werden. Doch was bedeutet das konkret für die bayerischen Kommunen und Landkreise?

Für die KPV steht fest: Altschulden, die vor der Coronakrise entstanden sind, dürfen nicht mit Corona-Hilfen in Verbindung gebracht werden. Wenn sich Kommunen jahrelang über Kassenkredite finanzieren, liegt dies an einer grundsätzlichen Unterfinanzierung durch die anderen Bundesländer. Deshalb begrüßen wir, dass es im Maßnamenpaket nicht zu einer Kosten-Übernahme von kommunalen Altschulden gekommen ist, sondern zu schnellen finanziellen Hilfen, sinnvollen Investitionsanreizen und einem Ausbau der kommunalen Förderprogramme.

Mit rund 30 Mrd. Euro unterstützt das Rettungspaket direkt oder indirekt unsere Kommunen und Landkreise und kommt damit ebenso unseren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute. Der „kommunale Solidarpakt 2020“ kompensiert einen Großteil der krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer. Das Paket unterstützt die Kommunen und Landkreise auch bei der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs, bei den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger und beim kommunalen Klimaschutz sowie dem „Investitionsplan Sportstätten“ mit einer noch nie dagewesenen Investitionssumme. Weitere Maßnahmen wie die Förderung der Bildung und Unterstützung der Wirtschaft kommen den Kommunen indirekt zu Gute.

Die KPV unterstützt das Paket in seiner Gänze und wird die Umsetzung der Maßnahmen in den nächsten Wochen und Monaten begleiten sowie die Städte, Gemeinden und Landkreise aktiv bei Krisenbewältigung und Konjunkturförderung unterstützen. Trotz aller Begeisterung für das Milliardenpaket dürfen jetzt Bund und Land nicht zu hohe Schulden auf sich nehmen, die die nachfolgenden Generationen wieder langfristig abbauen müssen. Durch die gemeinsame Zusammenarbeit aller politischen Ebenen können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und bleiben Sie der KPV treu!

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Aus dem Kabinett:

Befristete Neueinstellungen für Contact Tracing Teams

Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes langfristig steigern

Das Personal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) wurde im Zuge der Corona-Pandemie kurzfristig um ca. 4.000 Mitarbeiter, insbesondere aus den anderen Ressorts, auf insgesamt 5.150 Mitarbeiter verstärkt. Durch diesen massiven Personaleinsatz ist es gelungen, auf das sich epidemisch ausbreitende Infektionsgeschehen flexibel zu reagieren. Zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des ÖGD gilt es, diese Personalverstärkung beizubehalten.

Die Gesundheitsämter (Stammpersonal) und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit werden bis 30.09.2020 durch Personal anderer Ressorts im bisherigen Umfang unterstützt. Das bayerische Gesundheitsministerium wird von anderen Staatsministerien im bisherigen Umfang bis 31.07.2020 unterstützt. Über eine weitere Verlängerung bis zum 30.09.2020 ist Anfang Juli 2020 im Lichte des aktuellen Infektionsgeschehens und der Aufgabenlast zu entscheiden.

Unterstützungskräfte, die an ihre Stammbehörden zurückkehren, werden durch bis 31.12.2021 befristete Neueinstellungen ersetzt. Bei jedem Landratsamt werden je nach Einwohnerzahl des Landkreises im Durchschnitt ein bis drei so genannte Contact Tracing Teams (CTT) für die schnelle Nachverfolgung von Infektionsketten durch befristete Neueinstellungen von mindestens 700 Mitarbeitern gebildet. Die Mittel hierfür werden aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt.

Für die Bildung von CTT benennen ferner alle Ressorts Personal im Umfang von 2.550 Mitarbeitern, das bei Bedarf von den Gesundheitsämtern für die Eindämmung eines Infektionsgeschehens unmittelbar abgerufen werden kann. Die Deckung des Personalbedarfs der CTT wird von den Ressorts in der Fläche sichergestellt.

Die Bayerische Staatsregierung will die Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes steigern. Das Gesundheitsministerium wurde beauftragt, hierfür ein Konzept vorzulegen. ❐

Zeit der Weichenstellung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Staatsregierung beschlossen, die Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2020 auf ein erneutes Rekordniveau zu erhöhen. „Mit rund 10,29 Milliarden Euro knacken wir erstmals die zehn Milliarden Euro-Schwelle und haben ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 316 Millionen“, stellte der Kommunalminister fest. Erfreulich sei, dass die kommunalen Steuereinnahmen im Freistaat 2019 – ausgehend von einem Rekordniveau in 2018 – nochmals um 2,4 Prozent auf rund 20,5 Milliarden Euro gestiegen sind.

Klar positionierte sich Herrmann zum Gesetzentwurf des Bundes für eine Reform der Notfallversorgung: „Für den in meinen Zuständigkeitsbereich fallenden Rettungsdienst betone ich: Für die Rettungsdienste sind die Länder und nicht der Bund zuständig! Und dieser im Grundgesetz verankerten Zuständigkeit wird der Gesetzentwurf des Bundes nicht gerecht.“

Bayerische Rettungsstrukturen erhalten

Der Minister kritisierte scharf, dass der Gemeinsame Bundesausschuss bezogen auf den Rettungsdienst künftig weitreichende Befugnisse erhalten soll. „Ich werde mich im weiteren Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, dass die in Bayern vorhandenen und bewährten Rettungsstrukturen auf jeden Fall erhalten bleiben“, unterstrich Herrmann. Die Struktur der bayerischen leistungsstarken Krankenhäuser, insbesondere auch der kommunalen, habe sich in der Corona-Krise einmal mehr bewährt.

Nach seiner Wiederwahl wies Landkreistagspräsident Bernreiter darauf hin, dass sich die bayerischen Landkreise als Folge der Corona-Krise heuer auf Steuereinbußen in Milliardenhöhe einstellen. Allein bei den Gewerbesteuereinnahmen gehe es voraussichtlich um Einbrüche von rund 20 bis 25 Prozent. Zudem rechne das Finanzministerium mit Steuerausfällen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro, die sich 2021 bei den Leistungen aus dem Finanzausgleich auch in den Kommunen bemerkbar machen werden. Damit fehlten den Kommunen voraussichtlich rund 700 Millionen Euro.

Vorschläge der Landkreise zum Bürokratieabbau

Laut Bernreiter wird in Zukunft die Kernfrage sein, „was man sich alles leisten will und was man sich alles leisten kann“. Bereits in wirtschaftlich guten Jahren seien regelmäßig neue Rekordwerte bei den Sozialausgaben verzeichnet worden. So seien etwa die Kosten für Kinder- und Jugendhilfe von 300 Millionen Euro im Jahr 1990 auf aktuell zwei Milliarden Euro gestiegen. Vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit sehr hohe Standards etabliert wurden, etwa mit dem Angehörigenentlastungsgesetz, stelle sich die Frage, „wo auch jeder Einzelne selbst wieder mehr tun muss“, bemerkte der Präsident. Schließlich seien zugleich steigende Ausgaben zu erwarten. Mehr Menschen werden Anspruch auf Hartz IV haben. Die Landkreise hätten vor der Krise knapp 100 Vorschläge unterbreitet, wie Bürokratie abgebaut und dadurch Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Wirtschaft entscheidend für kommunale Steuereinnahmen

Bernreiter rief alle Verantwortlichen dazu auf, sich der Wirklichkeit zu stellen und die kommunale Handlungsweise danach auszurichten. Der Slogan „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!“, gelte heute mehr denn je. Für den Verbandschef ist die bayerische Wirtschaft der Dreh- und Angelpunkt der kommunalen Steuereinnahmen und damit kommunaler Investitionen.

Wichtiger denn je seien der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Friede. Auch gelte es, eine weitere Landflucht zu verhindern, die Infrastruktur auszubauen und die Digitalisierung – gerade auch in der Verwaltung – voranzutreiben. Immer noch seien 70 Prozent der Verwaltungsverfahren schriftlich und mit persönlichem Erscheinen verknüpft.

Was den flächendeckenden Erhalt der medizinischen Grund- und Regelversorgung anbelangt, scheint sich die Stimmung derzeit zu Gunsten der Kreiskrankenhäuser zu drehen. Der jahrelange Ruf aus Berlin nach lediglich 50 Häusern für Bayern (aktuell 372) ist vorerst verstummt. Auch die ursprünglich geplante Reform der Notfallversorgung mit empfindlichen Eingriffen in die Entscheidungsstrukturen vor Ort sowie die Pflegepersonaluntergrenzen, die teilweise zu abgemeldeten Stationen und aus dem Urlaub zurückgerufenen Pflegekräften geführt haben, scheinen noch einmal auf den Prüfstand zu kommen. Auf diese Weise könnte Corona zur Blaupause für die Flächenversorgung und die Bettenkapazitäten werden. Bernreiter glaubt dies allerdings erst, „wenn es im Gesetzblatt steht“.

Für die Zukunft gut gerüstet

Trotz Corona-Krise fühlen sich Bayerns Landräte für die Zukunft gut gerüstet. Neben der Mitwirkung an einem stabilen Verlauf der Pandemie fokussieren sie ihre Kräfte deswegen vor allem auf Megathemen, wie das Ankurbeln der Wirtschaft unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte und die Weiterentwicklung dessen, was sie unter dem Stichwort „Heimat 2030“ bereits in der zurückliegenden Kommunalwahlperiode angestoßen und aufgebaut haben. **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

Klimaschutz bleibt Megathema

Klimaschutzgesetz in erster Lesung im Landtag

Der Landtag hat sich in erster Lesung mit dem neuen Bayerischen Klimaschutzgesetz befasst. Begleitet wird das Gesetz von einem umfassenden 10-Punkte-Plan zum Klimaschutz.

Er enthält rund 100 konkrete Maßnahmen – vom Moorschutz bis zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu im Landtag: "Wir wollen Klimasicherheit für Bayern. Das Klimaschutzgesetz ist unser Fahrplan für einen erfolgreichen Einsatz gegen CO2-Emissionen. Bayern soll bis spätestens 2050 klimaneutral werden. Der Klimawandel ist nicht verhandelbar. Wir müssen klug und eng verzahnt mit Bund und EU mit dieser globalen Herausforderung umgehen. Unser Ziel ist es, Ökonomie und Ökologie zu vereinen. Wenn wir das Schwungrad der Wirtschaft wieder anwerfen, brauchen wir Investitionen in Nachhaltigkeit und eine erneuerbare Zukunft. Mit einer Klima-Milliarde bis zum Ende der Legislaturperiode setzt der Freistaat ein starkes Signal." Das Gesetz wird nun an die Ausschüsse verwiesen.

Neben klaren Klimazielen sieht das Klimaschutzgesetz als wesentliche Neuerung eine Kompensation verbleibender Treibhausgasemissionen staatlicher Behörden durch eine eigene Kompensationsplattform in Bayern vor. Im Bildungsbereich ist vorgesehen, dass staatliche Erziehungs- und Bildungsträger das Thema Klima bereits frühzeitig behandeln. Um die Gesellschaft mitzunehmen und für Klimaschutz zu motivieren, wird außerdem ein neuer Klimaschutzpreis ausgelobt. Mit dem neuen Gesetz soll der Gedanke des Klimaschutzes auch in weiteren einschlägigen Fachgesetzen verankert werden, etwa dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Bayern ist auf Grund seiner geografischen Lage bereits heute vom Klimawandel spürbar betroffen. Die mittlere Jahrestemperatur im bayerischen Alpenraum hat sich über die letzten 100 Jahre doppelt so stark erhöht wie im globalen Durchschnitt. Die Folgen des Klimawandels wie etwa Trockenheit oder Starkregen sind bereits heute auch in Bayern Fakt. Bis Ende des Jahrhunderts droht ein Temperaturanstieg in Bayern um bis zu 3,6 Grad.

Weitere Informationen: www.stmuv.bayern.de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz/index.htm. ❐

Der Austausch ...

(Fortsetzung von Seite 1)
same Auspacken eines Überraschungspakets mit Konferenzunterlagen und Pausensnacks, welches die Teilnehmer im Vorfeld nach Hause oder ins Büro geschickt bekommen hatten, durch mehrere Speed-Dating-Runden, Live Musik in den Pausen oder ein gemeinsames Bier zum Abschluss der Konferenz. Das Versprechen analoge und digitale Aspekte zu einer neuen Form der Digitalkonferenz zu verknüpfen konnte so überzeugend eingelöst werden. „Danke für die anregenden Diskussionen und Impulse. Ich freue mich auf das nächste Mal.“ war dann auch das Fazit von Tim Schultze, Bürgermeister in Wettelrode (Sachsen-Anhalt). Dominik Brasch, Bürgermeister im Hessischen Bad Soden-Salmünster merkte dazu an: „Ich hatte mich sehr auf unser persönliches Treffen und Wiedersehen in Berlin gefreut, doch wer, wenn nicht das ‚Netzwerk Junger BürgermeisterInnen‘ schafft es, eine adäquate digitale und junge Ersatzveranstaltung auf die Beine zu stellen?!“

Über das Netzwerk

Im September 2019 hat sich das ‚Netzwerk Junge Bürgermeister*innen‘ als eigenständiges Netzwerk unter dem Dach des Innovators Club, der kommunalen Ideenschmiede des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gegründet. Unter „Junge Bürgermeister*innen“ sollen sich jene verstehen, die bei ihrer vergangenen Wahl noch keine 40 Jahre alt waren. In Deutschland sind dies zurzeit über 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aller demokratischen politischen Gruppierungen. Alle gemeinsam verbindet oft eine andere, junge Sicht auf kommunale Themen. ❐

Milliardenhilfen für Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
tenden Ausfälle bei der Gewerbesteuer von rund 12 Milliarden Euro werden je zur Hälfte von Bund und Ländern übernommen.

- Bei der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs der Kommunen unterstützt der Bund die Länder bei der Finanzierung. Dazu erhöht er in diesem Jahr einmalig die Regionalisierungsmittel um 2,5 Milliarden Euro.
- Für Kosten aus den Zusatzversorgungssystemen der DDR stockt der Bund seinen Anteil von derzeit 40 % ab dem 1.1.2021 auf 50 % auf.
- Die nationale Klimaschutzinitiative sieht Förderprogramme in einer Größenordnung von jährlich 300 Mio. Euro vor, die auch durch einen kommunalen Eigenanteil mitfinanziert werden.
- Für die Jahre 2020 und 2021 werden zusätzliche 150 Millionen Euro für Sportstätten zur Verfügung gestellt. Dazu wird der „Investitionsplan Sportstätten“ von 110 Millionen Euro auf 260 Millionen Euro aufgestockt.

Damit kommunale Unternehmen den bereits um die Möglichkeit der Betriebsmittelfinanzierung ergänzten KfW-Förderkredit „IKU –Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ noch besser nutzen können, wird die bisherige Deckelung der jeweiligen Kreditsumme von 50 Millionen Euro aufgehoben.

Söder setzt auf Anspringen der Konjunktur

Durch das Konjunkturpaket wird Deutschland nach Ansicht von CSU-Chef Markus Söder nicht dauerhaft überschuldet. Es sei eine große Summe vereinbart worden, die aber wegen der Rücklage des Bundes vertretbar sei, erklärte der bayerische Ministerpräsident. Viele der beschlossenen Maßnahmen seien befristet, „wir setzen auf das Anspringen der Konjunktur“. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Deutschland sei es jetzt entscheidend, dass die Binnennachfrage gesteigert werde.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Altoberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, begrüßt das beschlossene Konjunkturpaket des Bundes: „In dem Konjunkturpaket sind neben den Bürgern und der Wirtschaft auch die Kommunen und ihre Verkehrsunternehmen deutlich berücksichtigt. Insbesondere die erhöhte Übernahme der von den Städten und Landkreisen zu zahlenden Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger durch den Bund und die Kompensation der krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle bedeuten spürbare Hilfen für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Es kommt jetzt darauf an, dass der Freistaat die vom Bund bereitgestellten Mittel für die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle mit Landesmitteln ausreichend ergänzt und dass schnell ein einfacher und an den Steuerausfällen orientierter Verteilungsmaßstab geregelt wird. Damit kann die wegbrechende Investitionskraft der Städte und Gemeinden entscheidend gestützt werden.“

Positive Resonanz aus den kommunalen Spitzenverbänden

Der Städtetag begrüßt außerdem die angekündigten Maßnahmen zur Stärkung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Krankenhäuser. Gribl: „Das Paket der Bundesregierung stärkt Bürger, Wirtschaft und Kommunen. Der Umfang von 130 Milliarden Euro ist der historischen Herausforderung angemessen.“

Der Bayerische Gemeindetag sieht in dem beschlossenen Paket ein deutliches Zeichen für den Willen der Bundesregierung, Deutschland schnell aus der gegenwärtigen Krise zu führen und spricht von einem „gelungenen Kompromiss des Koalitionsausschusses“. Dass der Bund sich verpflichtet, zusammen mit den Ländern den hälftigen Gewerbesteuerausfall der Gemeinden und Städte zu übernehmen, findet größte Zustimmung. Der Kommunalverband appelliert an die Bayerische Staatsregierung, das geplante Vorhaben des Bundes kraftvoll zu unterstützen.

Auch durch die Erhöhung des Anteils an den Kosten für die Unterkunft von Bedürftigen durch den Bund werde eine spürbare Entlastung der Kommunen eintreten. Die Gemeinden, die sich als Umlagezahler an diesen Kosten beteiligen, würden entlastet. Positiv bewertet wird auch die beabsichtigte Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und des Gesundheitssektors.

Stärkung der Kaufkraft von Familien

Die Stärkung der Kaufkraft von Familien könnte die Konjunktur dabei am wirkungsvollsten beleben. Die Senkung der Mehrwertsteuer, wenn auch nur befristet, komme allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute und sollte starke Kaufanreize auslösen. Die zusätzlichen 300 Euro für jedes Kind lösten sicher keinen Kaufrausch aus, sind aus Sicht des Gemeindetags aber ein akzeptables sozialpolitisches Zeichen. Wichtiger sei in diesem Zusammenhang die beschlossene Förderung für den Kita-Ausbau. Begrüßt werden zudem die Beschleunigung des Ausbaus von Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung und der Umstand, dass digitales Lernen stärker in den Fokus der Bundesregierung und der Länder gekommen ist. Der Digitalpakt Schule soll um förderfähige Investitionen erweitert werden und der Bund will sich finanziell bei der Ausbildung und Finanzierung von EDV-Administratoren beteiligen.

Die beschlossenen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft sollten ebenfalls konjunkturbelebende Wirkung entfalten und so das Land nachhaltig und schnell zu neuer Stärke führen. Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl muss allerdings das Problem der Altschulden vieler Kommunen noch gelöst werden. Das Thema bleibe auf der Agenda, weil gerade jetzt die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer werden könnte.

Mit Erleichterung hat der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, auf das vorgelegte Konjunkturpaket reagiert. Es biete die große Chance, die Wirtschaft anzukurbeln „und wird uns dabei unterstützen, unsere immensen kommunalen Herausforderungen in Angriff zu nehmen und unsere Aufgaben weiter erfüllen zu können“.

Verlässliche Auffanglösung für Gewerbesteuerausfälle

Der kommunale Solidarpakt 2020 sei eine gute Antwort auf die Forderung der bayerischen Landrätinnen und Landräte nach einer verlässlichen Auffanglösung für Gewerbesteuerausfälle. Bernreiter zufolge „können wir mit den beschlossenen Geldern der bayerischen Wirtschaft unter die Arme greifen, weil wir zum Beispiel weiter in Schulbauten, Straßeninstandsetzungen, aber auch die Digitalisierung investieren können. Zudem werden insbesondere die Mehrwertsteuersenkung und die Sonderabschreibungsmöglichkeit für bewegliche Anlagegüter die große Chance bieten, die Konjunktur wieder anzukurbeln.“

Der Bayerische Landkreistag sei froh darüber, dass der Bund den kommunalen Rettungsschirm nicht an das sog. Altschuldenproblem gekoppelt hat, sondern jetzt bundesweit allen Landkreisen Mittel für Zukunftsaufgaben zur Verfügung stellt. Jetzt gehe es darum, die Hilfen bei den Gewerbesteuerausfällen umlagefähig zu gestalten. Bernreiter: „Auch unsere Forderung nach einer Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV wurde mit einer Erhöhung der Bundesbeteiligung von 50 auf 75 % an den Kosten der Unterkunft berücksichtigt. Das ist eine echte Stärkung und wir danken unserem Ministerpräsidenten sowie allen bayerischen Verantwortungsträgern, die sich so für uns in Berlin eingesetzt haben.“

Begrüßt wird insbesondere auch die angekündigte massive Beschleunigung des 5G-Ausbaus, eine langjährige Forderung des Bayerischen Landkreistags. Bis 2025 soll ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland aufgebaut werden. Dafür ist geplant, die neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit 5 Mrd. Euro auszurüsten. Sobald die Mobilfunkbetreiber in Kürze definiert haben, in welchen Bereichen sie ihre Ausbauverpflichtungen erfüllen, wird in den verbleibenden weißen Flecken der Ausbau durch diese Mittel ermöglicht.

Im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs, einer zentralen Herausforderung in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum gleichermaßen, ist aus Bernreiters Sicht positiv, dass sich der Bund mit 2,5 Mrd. Euro beteiligt, wie von den Verkehrsministern gefordert. Gleichwohl beziehe sich das Konjunkturpaket auf zwei Jahre und dürfte daher nicht einmal die Hälfte der erwarteten Mindereinnahmen und Mehrausgaben abdecken. Nach Einschätzung der Verkehrsministerkonferenz liege der Ausgleichsbedarf allein bis Ende 2020 bundesweit bei mindestens 5 Mrd. Euro. Daher sei auch der Freistaat gefordert, ähnlich wie Baden-Württemberg, sich an dem Rettungsschirm zu beteiligen. Zudem sei ein Notifizierungsverfahren bei der EU notwendig. Wenn dieses nicht rasch durchgeführt werde bzw. keine Überbrückungsmöglichkeiten geschaffen würden, könnte der Rettungsschirm gerade für viele kleinere Unternehmen im ländlichen Raum zu spät kommen. Daher laute die Prämisse: Schnelligkeit statt Perfektion.

Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Wie Bernreiter abschließend betonte, sei auch die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ein wichtiges Zeichen. Mit dem „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ würden die Strukturen des ÖGD langfristig verbessert. „Die Unterstützung des Bundes bei Förderprogrammen begrüßen wir sehr, da sie unseren kommunalen Investitionen zu Gute kommen werden. Wir gehen davon aus, dass dies auch im Krankenhausbereich so sein wird und ein Bekenntnis zur dezentralen Krankenhausstruktur noch erfolgen wird.“ **DK**

Mehrwertsteuersenkung:

Was kommt auf die Kommunen zu?

Mit rund 20 Mrd. Euro soll die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer die Verbraucher im Rahmen des Konjunkturpaketes entlasten. Für die Wirtschaft, aber auch für die Kommunen stellt die Umsetzung einen nicht zu unterschätzenden Aufwand dar. Die AKDB wird ihre Kunden durch Informationen und gezielte Hilfestellungen bei den notwendigen Umsetzungstätigkeiten unterstützen.

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat mit der Verlautbarung vom 3. Juni 2020 beschlossen, den Mehrwertsteuersatz vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auf 5 Prozent zu senken. Diese Änderungen bei den Umsatzsteuersätzen sind in zweifacher Hinsicht einmalig: Zum ersten Mal seit Einführung des geltenden Umsatzsteuersystems im Jahr 1968 wird der Umsatzsteuersatz gesenkt. Einmalig ist auch, dass die Änderung des Steuersatzes nur für einen begrenzten Zeitraum Anwendung finden soll.

Hoher Umsetzungsaufwand

Während Verbraucher und Ökonomen die Senkung der Mehrwertsteuer überwiegend begrüßen, weisen Teile der Wirtschaft auf den hohen Umsetzungsaufwand hin. Dieser fiel zuletzt 2007 bei der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 Prozent an. Auch Kommunen sind von der notwendigen Umsetzung der Steueränderung betroffen. Herausfordernd ist insbesondere die knappe, noch zur Verfügung stehende Zeit und die noch nicht vorliegenden entsprechenden gesetzlichen Grundlagen.

Zum aktuellen Zeitpunkt stehen auch detailliertere Ausführungsbestimmungen vom Bundesfinanzministerium bzw. den kommunalen Spitzenverbänden aus, die spezifizieren, wie die Umsetzung in den jeweiligen Fachbereichen erfolgen soll. Unabhängig davon unterstützt die AKDB die Anwender ihrer Verfahren umfassend mit Hilfestellungen und Anleitungen. Im Wesentlichen betrifft dies:

- OK.FIS Doppik / Kameral
- OK.FIS Veranlagung
- OK.CASH (nur soweit Gebühren mit Mehrwertsteuerbezug abgerechnet werden)
- Reisekosten
- AutiSta
- Versorgungsunternehmen
- TERA-Verfahren

Seit dem 9. Juni 2020 stehen im AKDB-Kundenportal Erstinformationen zu den jeweiligen Verfahren bereit, bei denen ein grundsätzlicher Anpassungsbedarf durch die Anwender besteht. Weitere aktualisierte Informationen werden dort laufend zu den jeweiligen Verfahren bereitgestellt. Hierzu zählen Video-Anleitungen, Checklisten und Anleitungen, wie die erforderlichen Steuersätze bzw. Stammdaten im Verfahren selbst geändert werden können.

Ebenso weist die AKDB auf mögliche Sonderkonstellationen hin, die zusätzliche Arbeiten notwendig werden lassen können. Selbstverständlich haben Kunden jederzeit die Möglichkeit, bestimmte Arbeiten als Dienstleistung durch die AKDB durchführen zu lassen. Mit Webinaren wird die AKDB bei der Beantwortung spezifischer Fragen unterstützen.

Auch die Rechnungsschreibung der AKDB ist durch die Senkung der Mehrwertsteuer betroffen. Die Rechnungsstellung der AKDB für steuerpflichtige Dauerleistungen (z. B. Pflege und Kundenberatung) wird um wenige Wochen verschoben und voraussichtlich im Juli 2020 erfolgen. ❒

AKDB-Seminarprogramm für das zweite Halbjahr 2020:

Vielseitig und zielgruppenorientiert

Das neue Seminarprogramm der AKDB für das zweite Halbjahr 2020 ist erschienen. Es bietet durch einen Mix aus Online- und Präsenz-Formaten ein umfassendes und abwechslungsreiches IT-Fortbildungsangebot für nahezu alle Aufgabenbereiche der Kommunalverwaltung.

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind gerade in außergewöhnlichen Situationen wie derzeit für eine effiziente und kundenfreundliche Verwaltung unverzichtbar. Die Anwenderinnen und Anwender kommunaler Software müssen sowohl fachlich als auch in Bezug auf ihre Software auf dem aktuellen Stand sein, um die derzeitigen Herausforderungen bewältigen zu können.

Präsenzveranstaltungen – Webinare – Onlineschulungen

Seit 11. Mai finden wieder Präsenzschulungen in allen Fachbereichen an allen AKDB-Schulungsstandorten statt. Dabei werden im Rahmen eines umfassenden Hygienekonzeptes alle gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Teilnehmern und Referenten eingehalten.

Neben den Präsenzveranstaltungen stellt die AKDB ein breites Angebot an Webinaren und Onlineschulungen bereit. Dieses Angebot hat bereits während der Schulungspause an den Schulungsstandorten die Vermittlung wichtiger Schulungsinhalte sichergestellt. Es bietet darüber hinaus auch jetzt, wo viele Menschen im Homeoffice sind oder Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln vermeiden möchten, die ideale Möglichkeit, sich digital weiterzubilden. Das Angebot an Webinaren und Onlineschulungen wird kontinuierlich in den verschiedenen Fachbereichen ausgebaut.

Tagesaktuelle Information

Die Webseite der AKDB informiert im Bereich Fortbildung unter www.akdb.de/fortbildung/seminare tagesaktuell über das Seminarangebot und unter www.akdb.de/fortbildung/webinare entsprechend über anstehende Webinare und Onlineschulungen. Interessierte können sich ganz einfach und bequem über die AKDB-Webseite anmelden. Neben der Online-Anmeldemöglichkeit steht hier auch der Seminarkatalog als pdf-Datei zur Verfügung. Die Print-Version des Seminarkatalogs wurde bereits an die Kunden versandt. ❒

Konzept für Microservices-Architektur

Eine erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) setzt funktionierende Online-Verwaltungsleistungen auf allen föderalen Ebenen voraus. Um diese erfolgreich zu bewältigen, muss der Grad der Nachnutzung deutlich angehoben werden. Die kommunalen Spitzenverbände haben daher ein erstes Konzept zu Nachnutzung und Betrieb von Online-Verwaltungsleistungen erarbeitet.

Die Kommunen, Haupt-Anbieter potenzieller Online-Verwaltungsleistungen, benötigen nachnutzbare elektronische Dienste, idealerweise in Form von Microservices. Ergänzend zu den FIM-Interoperabilitätsstandards XProzess, XZufi und XDatenfelder sollen einzelne, in sich geschlossene Verfahrenslogiken als Microservices entwickelt und so im Zusammenspiel mit Komponenten wie Bürgerkonto, E-Payment und E-Akte lauffähige Prozesse ermöglichen. Die Kommunalverbände fordern daher den Weiterbetrieb der Digitalisierungslabore des IT-Planungsrates und die Entwicklung nachnutzbarer Microservices in diesen Laboren.

Um eine bundesweite Nachnutzung dieser Microservices zu gewährleisten, ist aus ihrer Sicht die Einrichtung eines bundesweiten „Code Repository“ unerlässlich. Dieser Speicher müsse den Bestand der in den Digitalisierungslaboren zu entwickelnden Microservices abbilden und es Ländern und Kommunen ermöglichen, einzelne Services zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen. Darüber hinaus komme eine Öffnung dieses Repository für weitere, außerhalb der Labore in Ländern und Kommunen entwickelte Applikationen in Betracht. Auf diese Weise könne eine bundesweite, qualifizierte Landkarte aller nachnutzbaren Online-Services entstehen und die Umsetzung des OZG wesentlich beschleunigt werden. Daher wird die Einrichtung einer bundesweiten föderierten Microservices-Architektur für Bund, Länder und Kommunen gefordert.

Je nach Größe und Verwaltungskraft kämen die Kommunen sowohl als Mitnutzer dieser Architektur als auch als Anbieter eigener Services in Betracht. Viele Kommunen seien selbst oder mittels kommunaler IT-Dienstleister in der Lage, Containersysteme mit einer entsprechenden Server-Architektur einzusetzen. Die hierfür erforderliche Einrichtung von z.B. Docker-Plattformen sei in einigen Kommunen erfolgt und zudem technisch-organisatorisch leistbar.

Entsprechende Architekturüberlegungen auf Bundesebene müssten die kommunale Ebene von Anfang an mit einbeziehen, betonen die Kommunalverbände. Der IT-Planungsrat und seine Arbeitsstruktur, beispielsweise FITKO, sollten die Kommunen bei der Einrichtung und Nutzung der Container-Architektur mit einer entsprechenden verbindlichen Standardisierungsagenda für eine bundesweite Microservice-Architektur unterstützen. Ebenso sollten eine Macro-Architektur durch den IT-Planungsrat konzipiert sowie Standards für Monitoring, Logging und Operationsdatenbanken als Leitlinie für ebenenübergreifend vernetzte Systeme entwickelt werden. **DK**

22 Landkreise wollen Smarte LandRegionen werden

Der Deutsche Landkreistag unterstützt Smarte LandRegionen. Dieses Modellprojekt dient der Förderung und Erprobung innovativer Ansätze neuer und übertragbarer digitaler Lösungen in ländlichen Räumen.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Das aktuelle Corona-Geschehen führt allen vor Augen, dass digitale Dienste beispielsweise bei der Gesundheitsversorgung oder bei der Bildung dringend flächendeckend vorhanden sein müssen. Die Landkreise wollen Innovationstreiber sein, wenn es darum geht, neue digitale Angebote und Instrumente zu entwickeln und zu erproben. Daher kooperieren wir sehr gern mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und freuen uns auf eine gute und gewinnbringende Zusammenarbeit. Den 22 Landkreisen, die die erste Hürde genommen haben und in jedem Fall auch unmittelbar profitieren werden, drücken wir die Daumen.“

Henneke ist davon überzeugt, dass vom Projekt ein kraftvoller Impuls ausgehen kann. „Digitale Technologien lassen sich für die Landkreise in vielfältiger Weise nutzbar machen. Im Bereich der Daseinsvorsorge können Digitalisierung die Behörden agiler und Apps das Leben der Menschen leichter machen. Digitale Dienste sind ein wesentlicher Baustein für gleichwertige Lebensverhältnisse und zur kraftvollen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in allen Landesteilen.“ Für die Landkreise könnten digitale Angebote im Bereich der medizinischen Versorgung, der Pflege, Bildung oder Mobilität Entfernungen überwinden und demografisch bedingte Probleme lösen helfen. Die eingegangenen Bewerbungen aus allen Flächenländern, die zudem in der Mehrzahl aus sehr ländlich geprägten Landkreisen stammen, belegten, dass sich die ländlichen Räume längst auf den Weg gemacht hätten.

Für das Modellprojekt stehen insgesamt 25 Mio. Euro zur Verfügung. In den kommenden vier Jahren werden die Landkreise bei der Umsetzung ihrer digitalen Strategie vom Fraunhofer-Institut für Experimentelle Software Entwicklung (IESE) und dem Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung (KomLE) bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung bei der Realisierung ihrer Projektideen unterstützt.

Am Ende eines mehrstufigen Wettbewerbs wird voraussichtlich im Spätsommer dieses Jahres eine unabhängige Jury sieben Modelllandkreise auswählen, die dann aktiv die digitalen Dienste gestalten. Weitere 15 Landkreise werden in diesen Prozess begleitend einbezogen.

Die Bewerbungsphase startete im Dezember 2019. 68 Landkreise hatten sich beworben, 22 von ihnen haben sich nun in der ersten Runde qualifiziert. Aus Bayern sind dies Bad Kissingen, Neustadt an der Waldnaab und Wunsiedel im Fichtelgebirge. ❒



Und was sehen Sie? Kommunen, Bürger und Unternehmen, die Online-Dienste der eGovSuite nutzen, entdecken ein ganz neues Zeitgefühl.

z.B. AKDB eGovSuite und Bürgerservice-Portal

Bei Behördengängen Urlaub nehmen, Schlange stehen oder hektisch auf die Tube drücken? Nie mehr! Aufs Amt kann man auch ganz entschleunigt zu jeder Tages- und Nachtzeit. Mit der AKDB eGovSuite und ihren über 120 OZG-konformen Online-Diensten. Das sorgt für entspannte Bürger und zufriedene Unternehmer. Und entlastet neben Ihren Verwaltungs-Mitarbeitern auch noch das Klima.

Möglichkeiten überall

AKDB

Vom Zuschussgeschäft zum Erfolgsmodell:

Perspektiven zur Weiterentwicklung kommunaler Glasfasernetze

Von Rechtsanwalt Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT · Recht*

Der Breitbandausbau durch Kommunen und Kreise kommt voran. Diesen Eindruck gewinnen wir in den von uns betreuten Vergabeverfahren deutschlandweit stärker denn je. Wo Ausbaumaßnahmen der Privatwirtschaft ausblieben, fruchten inzwischen vielerorts die oft von Bund und Land geförderten kommunalen Eigeninitiativen: Etliche Gemeinden und Landkreise engagieren sich mittlerweile beim Ausbau der Glasfasernetze – teils als bloße Zuwendungsgeber, teils als Eigentümer und Verpächter passiver Netzinfrastruktur.

Zahlreiche Kommunen oder Trägerorganisationen mit städtischer Beteiligung halten dadurch erstmals Eigentum an Telekommunikationsnetzen – vor allem infolge des geförderten Ausbaus in den bisher besonders unterversorgten weißen Flecken. Die Errichtung zukunftsfähiger digitaler Infrastruktur steht damit jedoch erst am Anfang: Noch mangelt es vielen kommunalen Glasfasernetzen an einer auskömmlichen aktiven Versorgungsquote von 75 bis 90 % der hergestellten Teilnehmeranschlüsse. In den weit größeren grauen Flecken fehlt es häufig sogar per se an gigabitfähigen Internetanschlüssen – bis zur Novelle der Bundesförderrichtlinie steht hier der Ausbau noch weitgehend aus.

Eigenes Glasfasernetz effizient verwerten

Gleichzeitig bilden die neu errichteten oder zumindest projektierten kommunalen Breitbandnetze ein Sprungbrett zur Weiterentwicklung digitaler Infrastruktur insgesamt. Potenziale ergeben sich dabei nicht bloß aus dem Zugewinn an Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsstärke der Verwaltung durch schnelle Internetzugänge. Ebenso verspricht die effiziente Verwertung des eigenen Glasfasernetzes eine Aufbesserung der kommunalen Haushaltslage und damit eine bessere Ausstattung für die übrigen Herausforderungen von Städten und Gemeinden im 21. Jahrhundert: Erfolgreiche Open-Access-Modelle beispielsweise steigern regelmäßig die Netzauslastung und erhöhen die Verpachtungserlöse des Netzeigentümers. Hierzu sind die entsprechenden Kooperationsvereinbarungen so zu gestalten, dass Netzbetreiber und mitnutzende TK-Unternehmen einander ergänzen, statt bloß um bereits versorgte Kunden zu konkurrieren.

Eine zusätzliche Chance zur Aufwertung kommunaler Glasfaserinfrastruktur bietet die geförderte Netzerweiterung in grauen Flecken. Sie erfordert bei Ausschöpfung der voraussichtlich verfügbaren Bundes- und Landesmittel nur einen kommunalen Eigenanteil von 10-20% der zuwendungsfähigen Investitionskosten. Und auch dieser lässt sich etwa über Pachterlöse



RA Dr. Henrik Bremer. ❐

jenseits der Zweckbindungsfrist langfristig decken. Bei umsichtiger beihilferechtlicher und vergaberechtlicher Strukturierung entsprechender Projekte ist daher mit überschaubaren eigenen Kosten eine Kommunalisierung zukunftsweisender Infrastruktur möglich, die Gemeinden langfristiges Anlagevermögen und Einflussmöglichkeiten sichert.

Langfristige Perspektive

Das Eigentum an Glasfasernetzen eröffnet Kommunen darüber hinaus eine langfristige Perspektive, um ihren Kapitaleinsatz zu begrenzen oder gar zurückzuführen: In Betracht kommen Gestaltungsvarianten zur Einbeziehung privater Investoren für weitere Ausbauvorhaben im Rahmen eines ÖPP-Modells. Hierdurch spart eine Kommune bei der Weiterentwicklung der Glasfaserinfrastruktur eigenes Eigenkapital und kann sich in der Finanzierung tendenziell darauf beschränken, Haftungsbrücken als Voraussetzung für zinsgünstiges Fremdkapital bereitzustellen. Gleichzeitig profitiert die öffentliche Hand von den Veräußerungserlösen für den verkauften Teil ihrer Beteiligung, behält aber dennoch über die verbleibenden Anteile ihren Einfluss. Nicht zuletzt aufgrund der schwächelnden Gewerbesteuereinnahmen in der Corona-Krise verdient dieser Ansatz gewiss mancherorts eine Überlegung.

Vielversprechende ÖPP-Modelle...

Gerade ÖPP-Modelle bilden zudem eine vielversprechende Ausgangsbasis, um sich zusätzliche Wertschöpfungsquellen im Zusammenhang mit digitaler Infrastruktur zu erschließen. Hierzu zählt das Angebot von Anschlusspunkten für 5G-Basisstationen – sowohl für die flächendeckende Versorgung als auch für Campusnetze. Ein ähnliches Modell ist ferner durch die Bereitstellung öffentlichen WLANs denkbar: So zeigen etwa die Stadtwerke Norderstedt, wie sich WLAN eigenwirtschaftlich als leistungsstarkes LTE-Substitut im öffentlichen Raum etablieren lässt, indem angrenzende Restaurants, Cafés und der Einzelhandel zur Ausstrahlung eines Netzes für Kunden auf ihre Verkehrsflächen ein Entgelt entrichten.

...und Pilotprojekte

Um solche Chancen zu nutzen, bedarf es freilich einer geschickten Kombination aus vorausschauender gesellschaftsrechtlicher Strukturierung, intelligenter Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten und wechselseitig vorteilhaften Kooperationen mit hilfreichen Partnern wie ortsansässigen TK-Unternehmen.

Erfreulicherweise begegnen uns im Zuge unserer Beratungstätigkeit zu den skizzierten Ansätzen bereits vielversprechende Pilotprojekte mancher Gemeinden, die sich vergabe-, beihilfe- und kommunalwirtschaftsrechtlich tragfähig konzipieren ließen. Das stimmt uns zuversichtlich, dass der häufig aus der Not geborene kommunale Glasfaserausbau bei umsichtiger Nutzung seiner Potenziale zum Erfolgsmodell taugt und der öffentlichen Hand und den Regionen einen nachhaltigen Mehrwert verschaffen kann. ❐

*Der Autor ist Partner der Kanzlei WIRTSCHAFTSRAT Recht.

Angriffe mit Verschlüsselungstrojanern auf Kommunalverwaltungen:

Kein Lösegeld zahlen, jede Erpressung anzeigen

Welt-, aber auch deutschlandweit kommt es immer häufiger mit Hilfe von Verschlüsselungs-Schadprogrammen (Ransomware) zu kriminell motivierten Angriffen auf die informationstechnische Infrastruktur von Kommunalverwaltungen bzw. kommunalen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Empfehlungen zum Umgang mit Lösegeldforderungen veröffentlicht.

Tatsache ist: Jede Lösegeldzahlung macht eine Erpressung zum Erfolg für den Erpresser und motiviert diesen und andere potenzielle Angreifer zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Angriffe. Außerdem besteht das Risiko, dass nach einer Zahlung nicht das erhoffte Ergebnis eintritt oder weitere Forderungen erhoben werden.

Empfohlen wird allen Kommunalverwaltungen, sich im Falle von Erpressungsversuchen grundsätzlich nicht auf Lösegeldzahlungen einzulassen, jeden Erpressungsversuch zur Anzeige zu bringen sowie das jeweilige Landes-CERT oder das BSI zu informieren (www.allianz-fuercybersicherheit.de/ACS/DE/Meldestelle/meldestelle.html). Um die Auswirkungen auf Verfügbarkeit und Integrität der IT-Systeme im Falle eines Ransomware-Angriffs zu minimieren, sollten Kommunalverwaltungen Vorkehrungen für rechtzeitige systematische Präventions-, Detektions- und Reaktionsmaßnahmen sowie ein effektives Notfall- und Informationssicherheitsmanagement treffen.

Wie die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) und Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) betonten, „dürfen wir derartigen Lösegeldforderungen nicht nachgeben. Es muss klar sein, kommunale Verwaltungen sind nicht erpressbar. Sonst werden den Kriminellen Anreize geboten, ihre Handlungen fortzusetzen. Hier muss die Haltung unserer Verwaltungen glasklar und nicht verhandelbar sein."

Null-Toleranz-Politik

Jeder Erpressungsversuch muss aus ihrer Sicht konsequent zur Anzeige gebracht und verfolgt werden. Für derartige Angriffe auf die Funktionsfähigkeit kommunaler Dienstleistungen, die Daten von Bürgerinnen und Bürgern und deren Steuergeld, müsse eine Null-Toleranz-Politik gelten. Gleichzeitig verdeutlichten die Präsidenten, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden weiter entschlossen daran arbeiten, ihre IT-Systeme vor jeglichen Angriffen bestmöglich zu schützen.

Nach Auffassung von Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), sollten betroffene Kommunen niemals auf Erpressungsversuche von Cyberkriminellen eingehen. Denn damit unterstützten sie das „Geschäftsmodell" der Erpresser. Zudem zeige sich in vielen Fällen, dass Geschädigte ihre Zahlungen umsonst leisten: Die Daten blieben verschlüsselt und die Täter setzten ihre Straftaten ungehindert fort. Kommunalverwaltungen könnten dazu beitragen, dieses Muster zu durchbrechen: „Indem sie die zuständigen Behörden alarmieren und damit die Strafverfolgung ermöglichen. Und indem sie präventive Maßnahmen ergreifen, um ihre Computersysteme wirksam zu schützen."

BSI berät Kommunen

Laut Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), sind konsequent umgesetzte IT-Sicherheitsmaßnahmen der beste Schutz vor Lösegeldforderungen durch Cyber-Kriminelle. „Dies ist ein kontinuierlicher Prozess, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unterstützt, etwa mit dem IT-Grundschutz-Profil für Kommunen. Neben den essenziellen Präventionsmaßnahmen bietet das BSI auch Informationen zur Ersten Hilfe bei IT-Sicherheitsvorfällen an. Ein effektives Notfallmanagement kann die Auswirkungen eines Cyber-Angriffes entscheidend minimieren." Das BSI stehe auch Kommunen hierfür gerne beratend zur Seite. **DK**

Digitalisierungsmotor für Deutschland

EQT und OMERS vereinen Deutsche Glasfaser und inexio zu einem starken privatwirtschaftlichen Glasfaserausbauer in Deutschland

Die zuständigen Wettbewerbsbehörden haben den Erwerb von Deutsche Glasfaser durch EQT und OMERS offiziell genehmigt – die neue Unternehmensgruppe nimmt ab sofort ihre Arbeit auf. So wird sich der privatwirtschaftliche Ausbau von FTTH-Glasfasernetzen („Fiber To The Home" – Glasfaser bis ins Haus) in den kommenden Jahren massiv beschleunigen. Der Plan: Mehr als 6 Millionen Anschlüsse für Privathaushalte, Unternehmen und staatliche Einrichtungen. Damit wird die neue Unternehmensgruppe den größten Teil der heute noch nicht mit Gigabit-fähigen Internetanschlüssen versorgten Gebiete in Deutschland mit FTTH erschließen.

„Die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert war ein langer und beschwerlicher Weg in die prosperierende Gesellschaft, in der wir heute leben. Unsere Herausforderung heute ist die digitale Revolution. Wenn wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft für die Zukunft stärken wollen, müssen wir jetzt gemeinsam die Infrastruktur dafür ausrollen – und da ist die Privatwirtschaft in der Führungsrolle", sagt Uwe Nickl, CEO von Deutsche Glasfaser.

Finanzkraft und Kompetenz

„Aufgrund der Corona-Krise stehen öffentliche Haushalte unter einem enormen Druck, weil sich die Ausgaben massiv erhöhen und die Einnahmen wegbrechen. Wir werden in den nächsten Monaten bundesweit verstärkt mit vielen Kommunen sprechen, um unsere Hilfe beim Ausbau der digitalen Infrastruktur anzubieten. So wollen wir die Weichen für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands stellen und auch die Schienen dafür bauen – mit eigener Finanzkraft und weniger Steuergeldern", so Uwe Nickl weiter. Die neue Unternehmensgruppe wird in den kommenden Jahren vorerst 7 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau investieren.

Netzausbau beschleunigen

David Zimmer, Geschäftsführer von inexio: „Wir wollen gemeinsam nichts weniger, als die Industrialisierung von Glasfasernetzen in Deutschland voranzutreiben. Durch die gebündelten Kompetenzen der Teams von inexio und Deutsche Glasfaser bringen wir dafür die idealen Voraussetzungen mit. So werden wir gemeinsam weiterwachsen, Prozesse synchronisieren und optimieren, den Netzausbau beschleunigen und damit die Schlagkraft beim privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau insgesamt massiv erhöhen. Wir setzen dabei insbesondere auf Open-Access-Partnerschaften. Unsere Ziele sind klar definiert und ambitioniert – und wir brennen darauf, jetzt gemeinsam loszulegen."

Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit

EQT und OMERS gehören zu den führenden Glasfaserinvestoren weltweit und verfolgen einen langfristigen Investitionsansatz, was dem weiteren Aufbau einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur in Deutschland zu Gute kommen soll. Matthias Fackler, Partner bei EQT Partners. „Mit Unterzeichnung des Investitionsvorhabens Anfang 2020 sind wir eine dauerhafte Vereinbarung eingegangen. Wir wollen das Wachstum der neuen Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe begleiten. Daran hat sich auch durch die aktuelle Krisenzeit nichts geändert. Im Gegenteil, niemals war das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer stabilen digitalen Infrastruktur größer als jetzt. Wir freuen uns nun mit der Genehmigung der Kartellbehörden zwei Glasfaserspezialisten den nötigen Schub zu geben, die unterversorgten weißen und grauen Flecken vor allem im ländlichen Deutschland anzugehen."

Investition in einen starken Player

Ralph Berg, Global Head of Infrastructure bei OMERS: „Unser Engagement ist langfristig und in die Zukunft gerichtet. Besonders das geschäftliche und technische Know-how von Deutsche Glasfaser hat uns überzeugt. Das gilt insbesondere für die zukunftssichere FTTH-Infrastruktur. Mit der Investition in einen starken Player, der eine so nachhaltige Infrastruktur im großen Stile ausrollt, setzen wir auf eine sichere Grundlage."

EQT ist eine börsennotierte schwedische Investmentgesellschaft mit aktuell 41 Milliarden Euro an verwaltetem Beteiligungsvermögen. EQT hat 2019 die Mehrheitsanteile am saarländischen Telekommunikationsunternehmen inexio übernommen und ist im Besitz einer Reihe führender Glasfasernetzbetreiber in Europa. OMERS Infrastructure investiert weltweit im Namen von OMERS, dem leistungsorientierten Vorsorgeplan für Angestellte der kanadischen Provinz Ontario, in Infrastrukturen. OMERS ist einer der größten kanadischen Pensionsfonds mit einem Anlagevermögen von ca. 70 Milliarden Euro. In Deutschland bestehen OMERS-Beteiligungen unter anderem an Tank&Rast sowie an VTG. ❐

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

KI-Forschung:

Bayern knüpft landesweites Netzwerk

Bayern arbeitet mit Hochdruck daran, seine Stellung als einer der führenden Standorte für Künstliche Intelligenz (KI) weiter auszubauen, unter anderem in Deggendorf, Passau, Bayreuth, Coburg, Bamberg und Regensburg. Als Teil seiner Strategie spannt der Freistaat im Rahmen der Hightech Agenda Bayern (HTA) ein landesweites, thematisch fokussiertes Netzwerk in der KI-Forschung auf.

50 KI-Professuren wurden zur gezielten Stärkung des KI-Zentrums in München und den Knotenpunkten in Würzburg, Erlangen-Nürnberg und Ingolstadt gesetzt, 50 weitere KI-Professuren wurden im Rahmen eines KI-Wettbewerbs vergeben. Dadurch soll der Lehre an den Hochschulen und damit der Ausbildung dringend benötigter Fach- und Führungskräfte in allen Regionen Bayerns ein kräftiger Schub verliehen werden und eine breite Verankerung der KI an den bayerischen Hochschulen erfolgen.

Laut Wissenschaftsminister Bernd Sibler „legen wir mit insgesamt 100 neuen Professuren auf diesem Zukunftsgebiet die Grundlage dafür, dass Bayern als Wissenschaftsstandort seine Sichtbarkeit und Wettbewerbsposition auf diesem begehrten Markt entscheidend verbessern kann. Das ist auch mit Blick auf die Belebung der Wirtschaft und von Wertschöpfungsketten nach der Corona-Pandemie wertvoll."

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach begrüßt das Ergebnis des Wettbewerbs für 50 neue KI-Lehrstühle an bayerischen Hochschulen: „Dass künftig in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken neue Professuren für Künstliche Intelligenz eingerichtet werden, ist eine weitere Stärkung des ohnehin schon kräftigen Digitalstandorts Bayern. Ich gratuliere den Hochschulen, die sich bei diesem Wettbewerb durchgesetzt haben und jetzt bis 2023 Schritt für Schritt Forschung und Lehre im Bereich der KI ausbauen können. Die Künstliche Intelligenz ist eine der zentralen Schlüsseltechnologien der Zukunft. Mit dem Ausbau der KI-Lehrstühle wird Bayern auf diesem wichtigen Feld weiter ganz vorne mit dabei sein."

Technische Hochschule Deggendorf

Der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) kommt dabei als wichtigem Vernetzungspunkt im ostbayerischen Raum eine wichtige Rolle zu: Im Rahmen des KI-Wettbewerbs konnten drei Projektanträge für KI-Professuren der THD die Expertenkommission überzeugen.

Die KI-Professur „Sensorbasierte KI-Systeme in der Pflege" erforscht, wie Daten aus verschiedenen Quellen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz in Handlungsvorschläge für Pflegepersonal, Angehörige und Pflegebedürftige übersetzt werden können. Auch der Gesundheitszustand soll in gewissem Rahmen vorhergesagt werden können.

Unter der Federführung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg besteht bei diesem Projekt eine Zusammenarbeit auch mit anderen Hochschulen. Verbundthemen sind das digitale Krankheitsmanagement, die personalisierte Diagnostik sowie die damit zusammenhängende Therapie und Versorgung.

Um die Nutzung von Geodaten geht es bei der Professur „Big Geospatial Data and Spatial AI". Der sogenannte Smart City Ansatz, also das Konzept, Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten, soll mit Unterstützung Künstlicher Intelligenz auf den ländlichen Raum übertragen werden. Die Professur ist an der Fakultät für Angewandte Informatik der THD angesiedelt und direkt mit dem KI-Knotenpunkt an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Würzburg-Schweinfurt verzahnt.

Mit der Professur „KI und Datensicherheit" wird ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Cybersicherheit von IT-Systemen durch KI-befähigte Sicherheitsmechanismen geleistet. Aufgrund ansteigender Komplexität dieser Systeme ergibt sich der Bedarf an Methoden zum intelligenten Testen von Maßnahmen der IT-Sicherheit, sowie zur effizienten Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen.

Die Professur ist ebenfalls der Fakultät Angewandte Informatik zugeordnet und eng an das Institut ProtectIT der THD angebunden. Sie ist außerdem Teil des parallelen Antrags KI Campus Ostbayern des Verbunds der ostbayerischen Hochschulen, TRIO. Der KI Campus Ostbayern etabliert eine Kooperation, die den fachlichen Austausch und die Einbindung in das bayerische KI-Netzwerk sicherstellt und damit dessen Wirkung in die gesamte ostbayerische Region hinein gewährleistet.

Universität Passau

Die Universität Passau profitiert von den 50 neuen bayerischen KI-Professuren im Rahmen des KI-Wettbewerbs mit drei Professuren. Die Professur „Nachvollziehbare KI-basierte betriebliche Informationssysteme" soll Theorien, Methoden und Werkzeuge erforschen, um den ökonomisch sinnvollen Grad an Nachvollziehbarkeit der KI-basierten Dienste während Entwicklung, Betrieb und Wartung zu ermitteln und umzusetzen.

An der Schnittstelle zwischen Software Engineering und Künstlicher Intelligenz ist die Professur „AI Engineering" angesiedelt. Ziel ist die Erforschung und Entwicklung neuer KI-Engineering Methoden durch Kombination etablierter Software Engineering Techniken mit dem Maschinellen Lernen. Die Professur „Künstliche Intelligenz im Strafrecht" widmet sich wiederum u.a. der Erforschung der theoretischen Grundlagen und Grenzen von Normensystemen zur Künstlichen Intelligenz.

Universität Bayreuth

Die Universität Bayreuth konnte im Mai 2020 im Rahmen eines bayernweiten Wettbewerbs drei Professuren gewinnen. Neben der bisherigen Forschung rund um die Künstliche Intelligenz wird man in Bayreuth künftig auch auf den Feldern Materialanalyse, Energiemanagement sowie an der Schnittstelle von Mathematik, Informatik und Robotik forschen.

Die drei neu bewilligten Professuren adressieren zentrale KI-Forschungsbereiche. Dazu zählen insbesondere das Intelligente Energiemanagement im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien, das maschinelle Lernen für den Einsatz auf mobilen Endgeräten und die nachhaltige Materialforschung.

Mit zwei ihrer eingereichten Anträge überzeugte die Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Coburg im KI-Wettbewerb. Im Fokus der neuen KI-Professuren stehen dabei die Weiter- und Neuentwicklung von Methoden zur Erklärbarkeit von Künstlicher Intelligenz (KI) im Anwendungsfeld Versicherung sowie die Entwicklung von Lernverfahren des Data Stream Mining, die insbesondere verteilt und ressourceneffizient Daten in Datenströmen gruppieren, klassifizieren, interpretieren und vorhersagen können.

Künftig wird es an der HAW Coburg im Bereich der versicherungswissenschaftlichen Forschung und Lehre eine Professur zu „Explainable and Responsible Artificial Intelligence in Insurance" geben. Es soll erforscht werden, wie es gelingt, dass die Versicherungskunden Vertrauen in neue Versicherungsangebote entwickeln, die mithilfe von Methoden der Künstlichen Intelligenz zustande kommen. Im Fokus der in der Fakultät Wirtschaftswissenschaften angesiedelten Professur stehen demnach Methoden zur Realisierung von vertrauenswürdiger KI-Software. Die zweite Professur beschäftigt sich mit „Data Stream Mining".

Konkret geht es darum, wie Daten, die beim Streamen permanent anfallen, analysiert und ausgewertet werden können. Ein Anwendungsbeispiel für diesen Bereich der Künstlichen Intelligenz ist beispielsweise die Materialanalytik, wo mittels Sensoren andauernd Daten erfasst werden, z.B. im Rahmen der Wartung von Maschinen oder der adaptiven Fertigung. Die Professur wird in der Fakultät Elektrotechnik und Informatik beheimatet sein und soll eng mit der Universität Bayreuth zusammenarbeiten, die mit einem entsprechenden Konzept im Wettbewerb ebenfalls erfolgreich war.

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Sieben Professuren vereinte die Otto-Friedrich-Universität Bamberg beim KI-Wettbewerb auf sich. Seit mehr als zehn Jahren betreibt sie in ihrer Fakultät für Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik Forschung und Lehre in den Bereichen Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen. Dabei verfügt sie über einen Studienschwerpunkt Künstliche Intelligenz und zeichnet sich durch zahlreiche Forschungsbeiträge im Bereich menschenzentrierter KI-Systeme aus.

Die sieben im Rahmen des KI-Wettbewerbs neu bewilligten Professuren adressieren so unterschiedliche KI-Forschungsbereiche wie die automatisierte Textanalyse in den Geistes- und Humanwissenschaften, vertrauenswürdige KI-Systeme und den effizienten Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Unternehmen.

Die OTH Regensburg hatte drei Professuren gewonnen. Diese neuen Stellen sollen insbesondere das Innovationspotenzial des neu geschaffenen Regensburg Center of Artificial Intelligence (RCAI) stärken, an dem die OTH Regensburg künftig ihre breit angelegte Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) bündeln und ausbauen will.

Die neu bewilligten Professuren adressieren zentrale KI-Forschungsbereiche. Dazu zählen insbesondere die KI-gestützte Mobilität und die Künstliche Intelligenz im Bereich der Infrastruktur und Stadtentwicklung. In enger Kooperation mit Kommunen und Unternehmen sollen beispielsweise Infrastrukturlösungen, insbesondere unter den Aspekten des autonomen Fahrens, erarbeitet werden. Zudem sollen Algorithmen zur intelligenten Datenverarbeitung für Sensorsysteme und Sensornetzwerke auf eingebetteten Systemen untersucht werden. **DK**

Advertorial



Die Auswirkungen der Krise als Motor der Digitalisierung?

Von Christian Seidl, Geschäftsführer TIE Kinetix GmbH und E-Rechnungsexperte

Die aktuelle Krise macht Deutschland aus ökonomischer Sicht schwer zu schaffen. IT-Unternehmen sind momentan einer der wichtigsten Treiber der Wirtschaft. Diese Unternehmen helfen mit ihren Cloud-Diensten bei der Bewältigung der Pandemie und unterstützen Dienstleister und Unternehmer dabei ihr Geschäft am Laufen zu halten. Auch Kommunen und kommunale Betriebe können mit der richtigen IT-Lösung die Vorteile der Digitalisierung nutzen und so Verzögerungen in Prozessabläufen während und nach der Krise verhindern.

Was in der Vergangenheit Normalität war, zeigt sich nun als Problem – viele Beschäftigte arbeiten derzeit von Zuhause aus und müssen zusätzlich viele ungeplante Aufgaben übernehmen. Dadurch fallen viele manuelle Prozessfreigaben aus! Kommunen und kommunale Betriebe müssen seit 18. April 2020 die elektronische Rechnung in einem digitalen Format annehmen und auch weiterverarbeiten können. Es wird dringend geraten anzufangen und es gilt jetzt die Zeit für das Projekt der E-Rechnung zu nutzen.



Christian Seidl, Geschäftsführer TIE Kinetix GmbH und E-Rechnungsexperte. ❒

Die Verzögerung bei der Digitalisierung der Rechnungsprozesse in Kommunen und Städte ist oft das Resultat fehlender Hilfestellung durch die Landesregierung. Denn hier gibt es deutliche Verzögerungen, z.B. bei dem Erlass der E-Rechnungsverordnungen oder bei der Bereitstellung entsprechender Portale. Daher müssen öffentliche Verwaltungen selbst Impulse setzten und aktiv nach flexiblen und zukunftsorientierten Lösungen suchen. Es gilt einerseits die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und andererseits in und nach der Krise von den deutlichen Vorteilen der E-Rechnung zu profitieren. Diese sind nicht nur möglichst auf Papier zu verzichten sondern durch die elektronische Abbildung der Prozesswege sehr effizient zu werden.

Die Komplexität bei der Bearbeitung vieler Rechnungen ist oft hoch, insbesondere bei aufwendigen Projekten oder wenn mehrere Standorte beteiligt sind. Das Fehlerrisiko der manuellen Bearbeitung kann viel Geld kosten. Die elektronische Rechnungsstellung bietet Kommunen und kommunalen Betrieben und deren Lieferanten gleichermaßen wesentliche Vorteile, die sich positiv auf Bearbeitungszeit, Kontroll- und Erfassungsaufwand sowie Zahlungsfristen und Fehlervermeidung auswirken.

Das richtige Fachwissen und die jahrelange Erfahrung macht hier den Unterschied. Die Entscheidung, für einen Anbieter, der über eine solide und bewährte Technologie verfügt, die die neuesten Integrations-, Kommunikations und Sicherheitsstandards verwendet und Kommunen und kommunale Betriebe helfen kann, ihre Lieferanten an die elektronische Rechnungsstellung anzubinden, ist der Schlüssel zum Erfolg der elektronischen Rechnungsstellung.

Kommunen und kommunale Betriebe, die sich dazu entscheiden, sich mit Experten, die das fachliche und auch das Prozessuale Verständnis mitbringen, in Kontakt zu setzen, werden somit die Zukunft der Digitalisierung mitgestalten. Die Lösungen von TIE Kinetix empfangen, senden, übersetzen und kommunizieren seit über 30 Jahren Milliarden von Dokumenten mit ERP- und Buchhaltungssystemen wie SAP, Microsoft, Oracle, Sage, Exact, Unit 4 und mehr. Täglich nutzen Tausende von Kunden und Partner die Integrationssoftware und -dienstleistungen. Dank der mehr als 30-jährigen Erfahrung in der globalen Forschung, Entwicklung und Beteiligung an europäischen ICT Entwicklungsprojekten sind die Mitarbeiter von TIE Kinetix Experten auf dem Gebiet der elektronischen Rechnungsstellung. ❒

Weiterführender Link:
www.tiekinetix.com/erechnung



Gebäudeverwaltung digitalisieren:

Mit CAFM alles unter einem Dach

Von Matthias Mosig, Head of Digital Transformation, TÜV SÜD Advimo

Die richtige Software vereinfacht und optimiert das Gebäudemanagement – von der Planung über den Bau bis zum Betrieb. TÜV SÜD zeigt, wie Kommunen Prozesse verschlanken, Kosten reduzieren und Arbeits- und Umweltschutz verbessern.

Bei der Verwaltung ihrer Liegenschaften stehen Kommunen heute vor wachsenden Herausforderungen: Qualifizierte Mitarbeiter sind schwer zu halten, die gesetzlichen Anforderungen steigen und die Gebäudetechnik wird immer komplexer. Gleichzeitig gilt es, zahlreiche Bedürfnisse zu berücksichtigen: Sind die Flächen optimal ausgelastet, funktionsfähig und bedarfsgerecht? Wurde der Haushaltsplan eingehalten und ist der Werterhalt gesichert? Nicht zuletzt spielt neben der Betreiberverantwortung die Energieeffizienz eine immer größere Rolle.

Viele Aufgaben, eine Lösung

Während etwa die Flugzeugentwicklung oder der Schiffbau schon lange sogenannte digitale Zwillinge nutzen, ist die Digitalisierung in der Baubranche und im Gebäudebetrieb noch nicht so weit fortgeschritten. Dabei lassen sich mit einem digitalen Zwilling auch Bauprojekte und das Gebäudemanagement erheblich optimieren. Gebäudetechnische Lösungen und Methoden wie digitale Projekträume, Common Data Environment (CDE), Building Information Modelling (BIM) oder ein computergestütztes Gebäudemanagement (CAFM, Computer-Aided Facility Management) sind noch viel zu wenig verbreitet.

Zentrales Bindeglied

CAFM ist häufig noch das zentrale Bindeglied aller für die Gebäudeverwaltung relevanten Anwendungen und Systeme. Es bringt bereits durch eine gemeinsame Datenablage stets aktuelle Stammdaten und durch standardisierte Prozesse wesentliche Verbesserungen. Enthalten sind häufig unter anderem das Miet-, Flächen- oder Umzugsmanagement, Nebenkostenabrechnung, Wartung, Prüfung und Instandsetzung sowie das Kostencontrolling und die Haushaltsplanung. Idealerweise wird es direkt mit kaufmännischen Programmen für Beschaffung, Rechnungs- und Personalwesen gekoppelt.

Einhaltung gesetzlicher Vorgaben und Normen

Bürger, Mieter und Dienstleister greifen dann über eigene Portale direkt auf die für sie relevanten Informationen zu. Die Daten der Architekten und Fachplaner werden bei Neu- oder Umbauprojekten direkt ins System importiert. Protokollfunktionen helfen Betreibern, die gesetzlichen Vorgaben und Normen sowie Gewährleistungs- und Prüffristen einzuhalten.

Alle Verwaltungsebenen profitieren

So profitieren alle Verwaltungsebenen: Die Bereitstellung kaufmännischer und Performancedaten schafft eine vollständige Kostentransparenz und erleichtert Reportings und Analysen. Das hilft den Fachbereichen bei der Haushaltsplanung und erleichtert auf Sachgebietsebene die Terminplanung oder Qualitätskontrolle. Mit Funktionen für das operative Tagesgeschäft, können Mitarbeiter konkrete Dienstleistungen effizienter planen und ausführen. Die Amtsleitung erhält effektivere Steuerungsmechanismen und die Kommune spart erhebliche Kosten – ganz überwiegend bei der Instandhaltung, aber auch beim Controlling, Daten- und Flächenmanagement bis hin zur Reinigung und Pflege von Außenanlagen.

Systematisierte IT als Erfolgsschlüssel

Um das volle Potenzial von CAFM auszuschöpfen, sollten Kommunen die Anwendungen umfassend für alle wesentlichen Bereiche des Gebäudemanagements implementieren. Für den Erfolg ist eine vollständige und aktuelle Datenbasis entscheidend. Dies sollte bereits im Rahmen von Bauprojekten berücksichtigt werden.

Strukturiertes und transparentes Vorgehen

TÜV SÜD Advimo unterstützt Gemeinden bei jedem Arbeitsschritt mit einem strukturierten und transparenten Vorgehen – von der Projektinitiierung über das Erstellen des Lastenhefts und das Vergabeverfahren bis zur Implementierung und Nutzung.

Wichtige Phasen sind bereits zu Beginn die Aufnahme und Analyse der Ist-Prozesse, die Definition optimierter Soll-Prozesse und die Abstimmung auf das künftige Betreiberkonzept. Einmal richtig aufgesetzt lassen sich dann auch Methoden wie BIM leichter und erfolgsversprechend integrieren. ❐

Gigabit-Internet für das digitale Klassenzimmer

LEW TelNet bringt Glasfaseranschlüsse an Schulen im Landkreis Günzburg / Umsetzung über Förderprogramm des Freistaats

Schulen benötigen schnelles Internet für digitales Lehren und Lernen, in der jetzigen Situation ebenso wie im normalen Schulbetrieb. Der sichere Umgang mit digitalen Medien gehört zu den Schlüsselkompetenzen, die Heranwachsende für die Berufswelt von morgen mitbringen müssen. Damit E-Learning funktioniert, brauchen Schulen eine zuverlässige und leistungsstarke Internetversorgung. LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEWGruppe, erschließt insgesamt 28 Schulen in der Region mit Glasfaseranschlüssen und WLAN. An fünf Schulen im Landkreis Günzburg ist die Glasfaseranbindung nun fertig gestellt und ermöglicht Bandbreiten von bis zu 1 Gibt/s pro Schulstandort.

Zukunftssicheres Lernen

Von schnellem Internet profitieren im Stadtgebiet Günzburg das Dossenberger-Gymnasium, die Dominikus-Zimmermann-Realschule und die Berufsschule sowie in Krumbach die Joseph-Bernhart-Fachakademie für Sozialpädagogik. An der Grund- und Mittelschule in Offingen ist der Glasfaserausbau ebenfalls abgeschlossen.

„Digital gut aufgestellt“

„Wir treiben die Digitalisierung an allen unseren Schulen im Landkreis voran und freuen uns, dass der Glasfaserausbau zügig voran geht. Die aktuellen Herausforderungen haben uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, digital gut aufgestellt zu sein. Mit dem Breitbandausbau durch Glasfaser schaffen wir die Voraussetzungen dafür“, stellt Dr. Hans Reichhart, Landrat des Landkreises Günzburg, fest.

Förderprogramm des Freistaats

LEW TelNet setzt den Glasfaserausbau in Schulen im Rahmen eines Förderprogramms des Freistaats Bayern um: Schulen sollen über gigabitfähige und durchgängige Glasfaserleitungen an das Internet angebunden werden. Die Förderung umfasst die Anbindung an das Glasfasernetz einschließlich Netzabschlusseinheit und die Schaffung oder Erweiterung einer WLAN-Infrastruktur. Der Regelfördersatz liegt bei 80 Prozent. Der Förderhöchstbetrag beträgt pro Schule 50.000 Euro für den Glasfaserausbau und 5.000 Euro für die WLAN-Erschließung. Anmeldungen für das Förderprogramm sind noch bis zum 31. Dezember 2021 möglich.

LEW TelNet mit eigenem Glasfasernetz

„Ein Glasfaseranschluss ist die zukunftssichere Anbindung an das Internet. Das hat sich aktuell auch in der Corona-Krise gezeigt: Bei vielen Kunden mit bestehenden Glasfaserdirektanschlüssen konnten wir Übertragungskapazitäten schnell erhöhen und so einen Bedarf an höherer Bandbreite problemlos abdecken. Mit unserem eigenen, rund 3.200 Kilometer langen Glasfasernetz haben wir hier in der Region die ideale Infrastruktur“, betont Bernd Scherer, Key Account Manager bei LEW TelNet. ❐

Grundlage für die digitale Zukunft Deutschlands

„Es bleibt dabei: Während einige Unternehmen noch von gigabitfähigen Netzen reden bzw. den Glasfaserausbau für die Zukunft ankündigen, bauen die knapp 200 BREKO-Netzbetreiber bereits heute echte Glasfasernetze und errichten damit die Grundlage für die digitale Zukunft Deutschlands“, betont Albers. „Die Corona-Krise zeigt, dass wir die Digitalisierung und den Glasfaserausbau möglichst schnell vorantreiben müssen. Dieses Ziel verfolgen unsere Netzbetreiber, in dem sie immer mehr Kommunen ans Glasfasernetz anschließen. Welches Potenzial im Markt steckt, zeigt das Beispiel der Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser.“

Ergänzende staatliche Förderung nicht mit der Gießkanne

Klar ist für Albers aber auch: „Dort wo es nicht anders geht, brauchen wir eine ergänzende staatliche Förderung, allerdings nicht mit der ‚Gießkanne‘, sondern punktgenau für die immer noch unterversorgten Gebiete. Denn gerade jetzt in der Corona-Krise wird ganz deutlich, dass staatliche Förderung auch wegen der nur begrenzt verfügbaren Ressource Tiefbau dort gebraucht wird, wo die Versorgung der Menschen und Unternehmen besonders schlecht ist und diese auch auf absehbare Zeit nicht von den digitalen Möglichkeiten profitieren können. Es wäre auch vor dem Hintergrund deutlich verringerter Einnahmen der öffentlichen Hand nicht vermittelbar, wenn jetzt Gebiete staatlich gefördert würden, die schon über eine gute Breitbandversorgung verfügen.“ **DK**

UNESCO-Welterbetag:

Virtuelle Spaziergänge in Bayern

Am UNESCO-Welterbetag luden die deutschen Welterbestätten zum Erkunden und Experimentieren ein. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fand der Aktionstag unter dem Motto „Welterbe verbindet“ in diesem Jahr erstmals digital statt.

46 der weltweit mehr als 1.000 UNESCO-Welterbestätten liegen in Deutschland, davon sechs in Bayern. Virtuelle Spaziergänge auf der neuen Plattform www.unesco-welterbetag.de ermöglichten das Erkunden von Orten des Menschheitserbes, die aktuell nicht oder nur schwierig zugänglich sind. Das Projekt Daily Drone zeigte zudem alle deutschen Stätten aus der Luft.

Würzburger Residenz und Hofgarten

Auch das Würzburger UNESCO Welterbe, die Residenz und der Hofgarten, konnten virtuell besichtigt werden. Interviews mit lokalen Welterbeexperten gaben persönliche Einblicke in die täglichen Herausforderungen der Erhaltungs- und Vermittlungsarbeit. Dr. Alexander Wiesneth, Oberkonservator der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, und zuständig für die Residenz, gab ein kurzes Interview. Kinder konnten sich mit Hilfe von Malvorlagen, Bastelanleitungen und Erklärvideos kreativ mit dem Welterbe auseinandersetzen. Die Fotoaktion #WelterbeVerbindet gab Interessierten die Möglichkeit, den UNESCO-Welterbetag selbst mitzugestalten. In einer digitalen Ausstellung werden seit 7. Juni 2020 alle eingereichten Fotos präsentiert.

Bamberger Altstadt

Seit 1993 zählt die Altstadt von Bamberg zum deutschen Welterbe. Das Team des Zentrums Welterbe Bamberg hatte sich etwas Besonderes einfallen lassen und hierfür einen Film produziert, der Bambergs Gärtnertradition in den Mittelpunkt stellt und alte Gemüsesorten präsentiert. Als Spezialgast trat „Zwiebert“ auf, das Maskottchen der Bamberger Gärtnerstadt. Begleitet wurde der Film von einem Grußwort von Oberbürgermeister Andreas Starke.

Regensburger Altstadt

Die Altstadt von Regensburg mit Stadtamhof ist seit 2006 Mitglied der Familie der deutschen Welterbestätten. Virtuelle Spaziergänge, Erklärvideos, Malvorlagen, Bastelanleitungen, Interviews – die Palette der Beiträge auf der Plattform war breit und richtete sich an Kinder und Erwachsene gleichermaßen. Auch Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer und Kulturreferent Wolfgang Dersch kamen zu Wort und gaben ihren ganz persönlichen Einblick ins Welterbe Regensburg.

Augsburger Wassermanagement-System

Digital erkundet werden konnte zudem das weltweit einzigartige Wassermanagement-System von Augsburg, das für Fortschritt, Ästhetik und Nachhaltigkeit steht. 22 Objekte, darunter ein Kanalsystem, Wassertürme mit Pumpwerken aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, drei monumentale Brunnen von besonderer künstlerischer Qualität sowie Wasserkraftwerke, die auch heute noch umweltfreundlichen Strom erzeugen, wurden 2019 zum UNESCO-Welterbe ernannt. Durch seine kontinuierliche Nutzung und stetige Erweiterung prägte das Augsburger Wassermanagement-System die Wasserkunst der Renaissance und die technologischen Entwicklungen der Industriellen Revolution entscheidend mit.

Ein kleiner Film auf YouTube befasste sich wiederum mit der Wieskirche im oberbayerischen Steingaden. Für Erklärungen und Anmerkungen sorge dabei Wieskurat, Msgr. Gottfried Fellner. Die prächtig ausgestattete Wallfahrtskirche wurde 1983 zum Weltkulturerbe erklärt.

Markgräfliches Opernhaus Bayreuth

Virtuell begehbar war schließlich auch das markgräfliche Opernhaus in Bayreuth, das als das bedeutendste und besterhaltene Beispiel für eine barocke Theaterkultur, die noch heute authentisch erlebt werden kann, gilt. Es repräsentiert die höfische Opernhausarchitektur des 18. Jahrhunderts und gilt als eines der wichtigsten baulichen Zeugnisse der absolutistischen Gesellschaft. 2012 wurde das Markgräfliche Opernhaus Bayreuth in die Welterbeliste der UNESCO eingeschrieben. **DK**

Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO:

Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Mit seinem Positionspapier „Glasfasernetze und digitale Anwendungen für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und Europa“ zum Thema Nachhaltigkeit hat sich der BREKO klar positioniert und konkrete Forderungen an die Politik formuliert. So fordert der Bundesverband Breitbandkommunikation, Digitalisierung und Glasfasernetze als wichtige Hebel für das Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele anzuerkennen. Zudem plädiert er für den Start einer europäischen Kampagne zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020.

Gefordert seien hierbei die Umsetzung von Digitalisierungsprozessen in der Verwaltung, unter anderem auch für mehr Tempo im Glasfaserausbau, eine „Glasfaser-Prämie“ für Bürger und Unternehmen zur Stimulierung der Nachfrage und Beschleunigung des Ausbaus, die Unterstützung alternativer Verlegemethoden, die einen ressourcenschonenden und schnelleren Glasfaserausbau ermöglichen, sowie die Einführung eines europäischen Programms für Fachkräftequalifizierung, -gewinnung und -austausch für die Digitalisierung und den Glasfaserausbau in Europa.

Glasfasernetze als wichtiger Baustein

„Wenn wir es ernst meinen mit dem European Green Deal und den Klimazielen 2030, müssen wir Nachhaltigkeit und Digitalisierung zusammen denken und stärker miteinander verknüpfen. Glasfasernetze, die einen nahezu unbegrenzten Datentransport ermöglichen, sind dabei ein wichtiger Baustein und die Grundlage für den Einsatz von digitalen Anwendungen zur Energie- und Ressourcenoptimierung.

Die Politik muss die Digitalisierung unter Einsatz der Glasfasernetze als wichtigen Hebel für die Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele anerkennen und in ihre Strategien einbeziehen“, unterstreicht Prof. Dr. Gerold Janssen vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden und Mitglied des BREKO-Beirats, der an der Erstellung des Papiers wesentlich mitgewirkt hat.

Start der „Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser“

Als starkes Zeichen für die Leistungsfähigkeit des eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbaus in Deutschland wertet der BREKO den Start der „Unternehmensgruppe Deutsche Glasfaser“. Für BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers ist der Startschuss für die neue „Glasfaserfabrik“ eine Bestätigung, dass die BREKO-Unternehmen die maßgeblichen Treiber des echten Glasfaserausbaus bis in die Gebäude und Wohnungen sind.



Advertorial

Flexible FTTX-Lösungen für den Breitbandausbau

Dura-Line Mikrorohrinfrastrukturen als Schlüssel für ein langlebiges passives Netzwerk

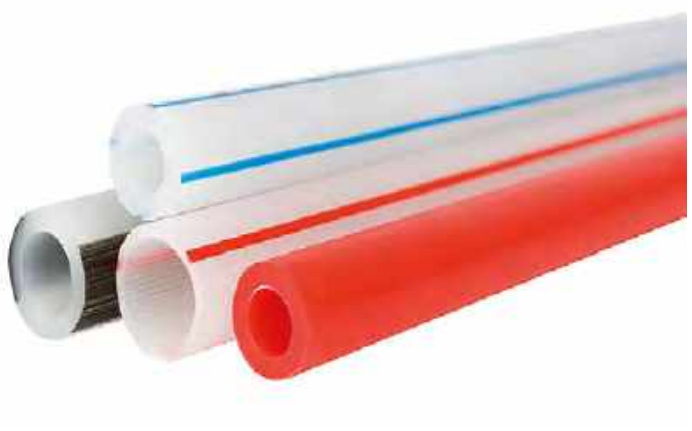
Von Jürgen Albrecht l Key Account Manager Süd-Ost Deutschland

Passive Glasfaserinfrastrukturen bieten nicht nur die Möglichkeit, Glasfaser bis zu den privaten Haushalten zu bringen, sondern schließen auch Rechenzentren, Bürogebäude und öffentliche Einrichtungen an das Glasfasernetz an. Die Grundlage des passiven Netzes sind Mikrorohrlösungen.

Diese Lebensadern der Infrastruktur machen nur ca. 3 % der Investitionskosten aus, bilden aber die Grundlage, den Business Case auf Jahrzehnte abzusichern.

Für jedes Verlegeverfahren die optimale Mikrorohrlösung!

Aus wirtschaftlichen Gründen werden die vorgeschriebenen Verlegetiefen oft unterschritten. Hinzu kommt, dass immer häufiger alternative Verlegeverfahren zum Einsatz kommen. In Summe heißt das: Mit der Art des Verlegeverfahrens entscheiden Sie sich auch für eine Rohrlösung. Dura-Line bietet neben den bekannten erdverlegbaren Rohrverbänden auch das so genannte DuraAir als oberirdische Lösung, sowie den spülbohrfähigen DuraDrill-Rohrverband an. Die Nachbelegung von vorhandenen Kabelschutzrohren kann über Einzelrohre oder über DI-Rohrbündel erfolgen. Letztere können auch über kurze Distanzen eingeschoben werden.



Dura-Line l DuraMicro Bild: Dura-Line

Außerordentliche Lieferperformance, hohe Flexibilität, garantierte Qualität

Durch unsere internationale Präsenz mit Werken in Motz (Frankreich), Sochaczew (Polen) und Tlumacov (Tschechien) bieten wir eine außerordentliche Lieferperformance, hohe Flexibilität, sowie eine garantierte Qualität, die nicht nur von der Deutschen Telekom, sondern auch von vielen internationalen Incumbents geschätzt wird. Unsere Mitarbeit in Gremien und Prequalifizierungsmaßnahmen lassen erkennen, dass Dura-Line ein akzeptierter Lieferant für eine erkennbare hohe Qualität ist.



Jürgen Albrecht, Key Account Manager Süd-Ost Deutschland. Bild: Dura-Line

Wichtige Qualitätsmerkmale

Damit die Brauchbarkeitsdauer auch tatsächlich an die geforderten 50 Jahre herankommt und eine langlebige Netzsicherheit gewährleistet wird, ist es erforderlich, beim Beschaffungsprozess auf mehrere Parameter zu achten, als nur auf die Dimensionierung. Dura-Line Mikrorohre und Rohrverbände werden nach DIN 16874 aus Polyethylen mit hoher Dichte (PE-HD) hergestellt! Das Grundmaterial ist transluzent oder durchgefärbt. Die Farbgebung der Röhrchen folgt der DIN EN 60794-1(VDE 0888-100-1) oder nach einer kundenspezifischen Vorgabe. Weitere wichtige Qualitätsmerkmale sind die Ovalität, Homogenität, Anzahl der innenliegenden Riefen und keine Minustoleranz für einen optimalen Innendurchmesser und der Einblaslängen für LWL-Kabel.



Dura-Line l DuraMulti. Bild: Dura-Line

Dokumentation im kompletten Fertigungsprozess

Um dies konsequent sicherzustellen, werden unsere Einzelrohre und Rohrverbände nicht nur während der Produktion, sondern auch auf der Trommel kalibriert. Jede Trommel erhält nach der Fertigung eine eigene Produktionsnummer. Damit können wir gewährleisten, dass alle Schritte von der Produktion der Einzelrohre über die Bündelung bis hin zur Auslieferung dokumentiert werden.

Die hohe Qualität unserer Produkte ist der Garant für die Langlebigkeit Ihrer Mikrorohrsysteme und wird durch das externe akkreditierte Prüfinstitut SKZ Würzburg fremd überwacht!

Schulung und Rundum-Service

Die Dura-Line begleitet potenzielle Auftragnehmer, Projektverantwortliche, Planer mit einem Schulungsprogramm, wie z.B. Baustelleneinweisungen, Verlegeschulungen, Projektbegleitung und eine fachliche Unterstützung, um weiteres aktuelles Fachwissen zu passiven Netzinfrastrukturen, zu vermitteln. ❐

Weitere Informationen

Erfahren Sie mehr über die Welt der Mikrorohr-Systemlösungen: juergen.albrecht@duraline.com l 0151 111 39891

Bayerischer Datenschutzbericht 2019:

Im Zeichen der Konsolidierung

Die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung sowie klassische datenschutzrechtliche Fragen und Probleme aus dem Behördenalltag stehen im Mittelpunkt des Tätigkeitsberichts 2019, den der bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz, Thomas Petri, jüngst vorstellte. Seinen Ausführungen zufolge stand das vergangene Jahr im Zeichen einer Konsolidierung und Differenzierung: Alte Datenschutzprobleme stellten sich vor dem Hintergrund des gewandelten Rechtsrahmens neu, bisher unbekannte Probleme traten hinzu.

Einen ersten Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts bilden die grundsätzlichen Themen wie etwa die Identifizierung betroffener Personen bei der Geltendmachung von Betroffenenrechten. Hier waren Petri zufolge Empfehlungen zu formulieren, die es Bürgerinnen und Bürgern nicht unnötig erschweren, Rechte etwa auf Auskunft oder auf Berichtigung gegenüber einem Verantwortlichen geltend zu machen, zugleich aber gewährleisten, dass nicht - gerade beim Recht auf Auskunft - schützenswerte Daten an nichtberechtigte Dritte gelangen.

Beim Beitrag zu Beschäftigtenfotos für Marketingmaßnahmen öffentlicher Stellen geht es u.a. um die in der Datenschutzliteratur viel diskutierte Frage des Verhältnisses von (Kunst-)Urheberrecht und Datenschutzrecht. Einer Nutzung von Beschäftigtenfotos steht Petri in diesem Zusammenhang kritisch gegenüber.

Der Tätigkeitsbericht bildet zahlreiche Probleme zwischen Bürgern und Behörden im Datenschutz ab. Dabei geht es einmal mehr auch um das Polizeiaufgabengesetz. So war ein 78-jähriger Mann als möglicher pädophiler Gefährder in Polizei-Datenbanken gelandet, nachdem er auf einem Spielplatz eine Hüpfburg für seinen Enkel fotografiert hatte und besorgte Eltern die Polizei alarmierten. Sein beschlagnahmtes Smartphone erhielt der Rentner erst nach einem Monat wieder zurück. „Mit seinem Einverständnis wurde eine Videosequenz von dem Telefon gelöscht, obwohl weder rechtlich problematische Daten noch Aufnahmen der besagten Kinder von der Hüpfburg darauf erkennbar waren“, schreibt der Landesdatenschutzbeauftragte.

Obwohl das für Sexualdelikte zuständige Kommissariat „zu dem Schluss kam, dass keine Hinweise auf eine sexuelle Motivation des Rentners vorlagen, zog der Vorfall auf Landes- und sogar auf Bundesebene zahlreiche Speicherungen zur ‚polizeilichen Gefahrenabwehr‘ nach sich“, berichtet Petri. Erst auf Intervention des Datenschutzbeauftragten seien die Akten des Mannes, darunter auch ein DNA-Test sowie Finger- und Handflächenabdrücke, wieder von der Polizei gelöscht worden.

Datenschutzfragen der Kommunalpraxis stellen einen weiteren Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts dar. Systematisch beleuchtete Bayerns oberster Datenschützer die datenschutzrechtlichen Hintergründe der Behandlung von Bausachen im Gemeinderat – in der Hoffnung, dass dies vielerorts die Sensibilität schärft und zu einer datenschutzgerechten Vorbereitung und Durchführung der Gremiensitzungen verhilft.

Bei der Nutzung von Videotechnik in Bürgerversammlungen spricht sich Petri für eine restriktive Handhabung aus. Nach seinen Worten „eröffnet die fortschreitende Digitalisierung immer neue Möglichkeiten für Information und Partizipation. Auch viele bayerische Kommunen wollen neue Formate für sich nutzen. Allerdings dürfen bei allem Verständnis für die Chancen der Digitalisierung die hiermit verbundenen datenschutzrechtlichen Risiken nicht ausgeblendet werden. Aus gutem Grund ist nicht alles, was technisch möglich ist auch (datenschutz-)rechtlich erlaubt. Dies gilt auch für den im Berichtszeitraum an mich herangetragenen Wunsch, Bürgerversammlungen live ins Internet zu übertragen, damit interessierte Bürger diese ortsungebunden verfolgen können.“

IT-Outsourcing

Noch nicht abgeschlossen sind die Diskussionen zum IT-Outsourcing im kommunalen Bereich. Petri zufolge variiert die Spannbreite des IT-Outsourcings im kommunalen Bereich erheblich. Neben vergleichsweise unproblematischen Anfragen zu Erstellung und Betrieb von kommunalen Homepages durch externe Anbieter sowie der Videoüberwachung kommunaler Einrichtungen durch Externe habe er auch von Fällen einer vollständigen Auslagerung der kommunalen Informationstechnologie erfahren.

Die Praxis vieler bayerischer Kommunen, Bürgerdaten an externe Dienstleister auszulagern, ist aus Sicht des Landesdatenschutzbeauftragten bedenklich. Darauf weise exemplarisch ein pressewirksamer Fall hin, in dem von einem Landratsamt geleaste Festplatten nach Rückgabe an den Leasinggeber dort unter Missachtung technischer Standards entsorgt und dabei personenbezogene Daten von Bürgern offenbart wurden. Petri: „Um der eigenen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Kommune nicht nur Dienstleister sorgfältig und streng auswählen, vielmehr muss sie auch im Fall einer Auslagerung Fachwissen vorhalten und bereit sein, sich mit IT-Vorgängen auseinanderzusetzen.“

Da sich viele Kommunen aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung mit dem Thema IT-Outsourcing beschäftigen, hat Petri einen Abstimmungsprozess zu Grenzen und Voraussetzungen des IT-Outsourcings im kommunalen Bereich angestoßen. Hieran nehmen im Rahmen einer Arbeitsgruppe neben ihm auch das Bayerische Innenministerium, der Bayerische Kommunale Prüfungsverband, das Bayerische Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag teil.

Ziel ist es, einen abgestimmten Anforderungskatalog zu erarbeiten, der den Kommunen bei der Entscheidung hilft, ob und inwieweit ein IT-Outsourcing im Einzelfall zulässig ist. Dieser Anforderungskatalog, der fachgesetzliche, datenschutz- und haushaltsrechtliche sowie technisch-organisatorische Kriterien enthalten soll, wird derzeit von der Arbeitsgruppe abgestimmt.

Technische Fragen

Ein dritter Schwerpunkt des Tätigkeitsberichts liegt bei technischen und organisatorischen Fragen, wobei ein grundsätzlicher Beitrag zum Thema „Künstliche Intelligenz“ im Zentrum steht. Versucht wird, über zahlreiche Facetten dieses komplexen Themas zu informieren und den Entwicklungsstand in Bayern sowie datenschutzrechtliche Handlungsbedarfe aufzuzeigen. Darüber hinaus berichtet der Datenschützer über seine Arbeit auf dem Themenfeld „Datenschutz-Folgenabschätzung“ und gibt insbesondere bayerischen Behörden praktische Hinweise zur Prävention gegen das Eindringen von Schadsoftware in IT-Systeme oder zur Überwachung von Auftragsverarbeitern bei Fernzugriffen.

Was das laufende Jahr anbelangt, ist für Petri die Corona-Krise der thematische Schwerpunkt der Datenschützer. Sowohl der Umgang mit Videokonferenzen als auch die geplante Einführung einer App zur Aufspürung von Infektionsketten seien gute Beispiele, wie die Pandemie den Datenschutz beeinträchtige.

Bei der App wäre es datenschutzrechtlich bedenklich, wenn die Informationen nicht freiwillig „gespendet“ würden, stellte Petri fest. Bei Videokonferenzen von Mitarbeitern im Homeoffice gebe es immer wieder Fälle, bei denen unbeabsichtigt Daten weitergegeben würden. Das beginne bereits damit, dass nicht in allen technischen Systemen sichergestellt werden könne, dass auch Unbefugte an Konferenzen teilnehmen könnten. Fragwürdig seien auch bei Prüfungen in Videoformaten Vorgaben, dass Prüflinge ihre Wohnung abfilmen sollten, um teilnehmen zu dürfen. **DK**



Digitalministerin Dorothee Bär im Münchner PresseClub:

„Ich wünsche mir weniger Skepsis“

„Die Digitalisierung ist nur mit einem großen Knall durchzusetzen“, kündigte Dorothee Bär, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte in der Bundesregierung für Digitalisierung (CSU), zu Beginn des Gesprächs im PresseClub in München an, das per Livestream übertragen wurde. Bär hätte jedoch eher wirtschaftliche Gründe und kein Virus erwartet, das den digitalen Alltag aller Menschen grundlegend verändern sollte.

Die Verbreitung des Virus Covid-19 hat dabei sowohl Stärken als auch Schwächen im Bereich der Digitalisierung in Deutschland deutlich gemacht. „Wir waren zum Beispiel bei der Netzstabilität besser, als wir gedacht hätten. Aber bei der Bildung hat sich gezeigt, dass wir nicht gut aufgestellt sind“, kritisierte Bär. Denn das Homeschooling sei besonders für Alleinerziehende eine immense Belastung. „Wie sollen Kinder versorgt werden, wenn für ein Elternteil kein Homeoffice möglich ist, sondern Vater oder Mutter außer Haus arbeiten muss, zum Beispiel als Kassiererin. Zu den Anforderungen, die die Schule stellt, kommen bei einigen auch noch die Vereine hinzu. Gerade Mütter haben eine viel zu geringe Lobby, die sie da unterstützen könnte, und erreichen jetzt in der Krise ihre absoluten Belastungsgrenzen“, gab Bär zu bedenken.

Videokonferenzen: ein Hybrid für die Zukunft?

Einen riesigen Vorteil sieht die Digitalministerin darin, dass viele Menschen gezwungen waren, Technik auszuprobieren, vor der sie normalerweise zurückschrecken – vom Lehrer bis zum Bürger. „Es ist absolut wichtig, Technik erlebbar zu machen – und dazu war jetzt Jeder gezwungen. Dann realisieren die Menschen, dass es in vielen Bereichen eine Erleichterung ist, damit zu arbeiten“, sagte sie. Ihr Wunsch sei, dass zum Beispiel der Einsatz von digitalen Konferenzen auch nach der Krise zu einem festen Bestandteil in der Arbeitswelt werde. „Warum müssen jede Woche alle Mitglieder zum Parteivorstand aus ganz Bayern anreisen? Ich hoffe sehr, dass wir zu einer gesunden Mischung kommen. Vor der Krise waren rund zehn Prozent der Meetings digital, obwohl viel mehr digital hätten sein können. Inzwischen ist es umgekehrt. Eine 50/50-Lösung von digitalen und persönlichen Treffen wäre optimal“, schlug Bär vor. Sie sieht darin auch die Möglichkeit, Konferenzen als Hybrid anzubieten. So hätten auch Menschen mit persönlichen Einschränkungen die Chance teilzunehmen, indem sie sich per Video dazuschalten.

Keine Denkverbote

Für die Zukunft, sagte Bär, sei es vor allem wichtig zu vermitteln, dass es zur digitalen Kompetenz nicht viel brauche. „Nötig sind ein mobiles Endgerät oder Desktop, Internet und natürlich die Software zur Videokonferenz, beispielsweise eine App. Die entscheidende Frage ist: Hat jeder die Möglichkeit, teilzunehmen? Glücklicherweise haben wir mit dem ‚DigitalPakt Schule‘ Gelder zur Verfügung gestellt, die u.a. Familien ohne entsprechende Mittel ermöglichen, Endgeräte zu bekommen“, sagte Bär. Zudem forderte sie, in alle Richtungen zu denken und sich keine Denkverbote aufzuerlegen. „Wir müssen uns fragen, was wir aus der Krise lernen können. Sind Schulen beispielsweise in der Lage für höhere Klassen künftig einen kompletten Homeschooling-Tag pro Woche einzurichten? Oder ist es möglich für Kinder, die mit ihrer Mutter in Kur sind, sich digital zum Unterricht zuzuschalten?“, fragte die Ministerin.

Blockchain für Kommunen

Auch beim Thema Blockchain sei noch viel mehr möglich – nicht nur auf Bundesebene sondern auch in den Kommunen. Im September 2019 hat die Bundesregierung die Blockchain-Strategie für Deutschland auf den Weg gebracht. Blockchains sind spezielle, kryptographisch verkettete Datenstrukturen, die ihre Datensätze in einer kontinuierlich erweiterbaren Liste dezentral speichern. Diese Dezentralität und Partizipation zeichnen die Blockchain-Technologien aus: Sie erlauben es, Beteiligung, Souveränität und Gemeinsamkeiten auszubauen – ein Aspekt, den vor allem Kommunen für sich nutzen können.

Bär nannte in dem Zusammenhang auch die Bedeutung von bürgerschaftlichem, ehrenamtlichem Engagement. „Wenn es beispielsweise um Lärmbelästigung im Wohnumfeld geht, glauben Bürger oft nicht den gemessenen Werten. Was wäre, wenn sie diese über Blockchain weitergeben?“, fragte die Ministerin. Es müsse deutlich werden, dass es bei der Technologie um weit mehr gehe, als nur um elektronische Zahlungsmittel. Die Use Cases, die Finanz- und Wirtschaftsministerium derzeit ermitteln, könnten entscheidend dazu beitragen, die Potenziale der Blockchain verständlich und ihren Nutzen greifbar zu machen. „Ich bin mir sicher, dass Blockchain sehr bald ganz selbstverständlich in unseren Arbeitsalltag einfließen wird“, beteuerte Bär.

Baustein Tracing-App

Eine Tracing-App zur Eindämmung der Corona-Krise sieht sie allerdings nur als einen Baustein von vielen. Mit der App könnte die Nachverfolgung von Ansteckungen und Infektionsketten automatisiert und damit viel schneller und genauer ablaufen. Derzeit machen Gesundheitsämter diese Arbeit. „Die App kann die Eindämmung der Pandemie aber nur unterstützen. Die grundlegenden Schutzmaßnahmen, bis es Medikamente und Impfungen gibt, bleiben vor allem Abstand halten, Maske tragen und Händewaschen. Zur Verzögerung führt vor allem die Diskussion über die Art und Weise der Speicherung – zentral oder dezentral“, erklärte Bär. Die deutschen Datenschutzregeln würden strikt eingehalten, hieß es nach der Bund-Länder-Konferenz. Lediglich epidemiologisch relevante Kontakte der vergangenen drei Wochen würden anonymisiert ausschließlich auf dem Handy des Benutzers ohne die Erfassung des Bewegungsprofils gespeichert. Dabei gehe es um eine Nachverfolgung („Tracing“), nicht um Echtzeit-Daten („Tracking“). Die Installation der App ist zudem freiwillig. „Für eine hohe Akzeptanz ist vor allem Vertrauen in der Bevölkerung wichtig“, unterstrich Bär zur Einführung der App.

Stabile Netze

Wovon Bär überrascht war: Keine Beschwerden über mangelnde Netzstabilität. „Ich wohne in einem der ländlichsten Landkreise Bayerns – dazu zählen Steigerwahl und Röhn – und erstaunlicherweise klagte in den letzten Monaten niemand über Funklöcher“, sagte sie. Am Geld scheitere der Ausbau der Netzabdeckung übrigens nicht. Mittel könnten nur nicht abgerufen werden. „Das liegt zum einen daran, dass wir nicht genügend Tiefbaukapazitäten haben und auch an Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau von Masten in den Gemeinden gründen“, erklärte Bär. Im Durchschnitt dauere es somit zwischen 18 und 24 Monaten, bis ein neuer Mobilfunkmast errichtet sei. In Sachen Mobilfunknetz 5G erschwere die Akzeptanz für die neue Mobiltelefonie zunehmend die Verbreitung von Fakenews. „In den vergangenen zwei Jahren erreichten mich mehr Anschriften, die den Stopp von 5G forderten, als Beschwerden über schlechte Anbindung“, kritisierte die Ministerin. Hinzu kämen nun Verschwörungstheorien, die Verstrahlung als Grund für die Ausbreitung des Virus sähen.

Gleichstellung als Querschnittsthema

Was das Thema Gleichstellung in der Gesellschaft angeht, setzte Bär gleich in der Schule an. „Es ist wichtig, dass Geschlechterunabhängigkeit bereits in der Grundschule beginnt. Dabei muss ein Umdenken im alltäglichen Reden stattfinden. Wie kann es sein, dass es immer noch schick ist, zu sagen: „Mathe ist doof“? Wenn Frauen als eher sprachbegabt gesehen werden, sollten sie auch Programmiersprachen lernen“, forderte Bär. Zudem sei es wichtig, bereits in der Grundschule Basiswissen zu vermitteln, wie die Funktion eines Algorithmus. „Wir brauchen die Neugierde für diese Themen nicht wecken, sondern müssen sie stillen!“

Aus der Komfortzone

Um die Gleichstellung von Männern und Frauen auch im Berufsalltag zu fördern, sei neben mehr Akzeptanz für das Führen in Teilzeit auch eine bessere Bezahlung für systemrelevante Berufe wichtig. „Mit freiwilliger Selbstverpflichtung passiert in den Unternehmen jedoch nicht viel, manche müssen zur Geschlechtergerechtigkeit gezwungen werden“, sagte Bär. In der Krise läge nun eine Chance, grundsätzliche Strukturen neu zu überdenken. „Ich wünsche mir generell weniger Skepsis. In den letzten Monaten musste jeder etwas machen, was er sich vorher nicht hätte vorstellen können. Wir mussten alle unsere Komfort-Zone verlassen. Und das rate ich jedem: Einfach mal machen, statt darüber nachzudenken, ob man Dinge ausprobieren sollte“, zieht Bär abschließend ihr Fazit zum Gespräch. ❐



Anna Schmid und Bernhard Bacherle von der Führungsgruppe Katastrophenschutz präsentieren Schutzausrüstung aus dem 3-D-Drucker. Bild: Führungsgruppe Katastrophenschutz im Landkreis Günzburg

Herstellung im Landkreis Günzburg:

Schutzausrüstung aus dem 3D-Drucker

Durch sehr viel privates Engagement konnten in den vergangenen zwei Wochen über 1.300 Schutzvisiere für Kliniken und Arztpraxen im Landkreis Günzburg beschafft werden. Das Besondere daran: Die Halterungen und Versteifungen kommen aus dem 3-D Drucker.

Die Idee dazu kam von einem Landkreisbürger. Über das Internet hatte er von ähnlichen Aktionen in anderen Landkreisen erfahren, ein Muster gedruckt und dem Kreisklinikum zur Ansicht geschickt. Dort war man so begeistert, dass gleich eine Großbestellung folgte. Um das Unterfangen zu koordinieren und die Verteilung zentral zu gestalten nahm sich der Katastrophenschutz des Landkreises Günzburg der Organisation an.

Über 1.300 Schutzvisiere

Nach einem Aufruf über die Günzburger Zeitung und über das Radio haben sich in kürzester Zeit über 70 Personen gemeldet, die einen 3D-Drucker zu Hause haben. 45 Drucker konnten die Datei und das Material verarbeiten. Dabei wird PET- oder PLA-Plastik erhitzt, verflüssigt und über eine Düse als dünner Strahl auf einen Träger aufgebracht. Auf der Trägerplatte erkaltet das Material wieder und wird fest. Schicht für Schicht entsteht so ein ganzes Modell. In diesem Fall eine Kopfbandhalterung und eine Versteifung auf Höhe des Kinns, um ein Schutzvisier aus Plexiglas anzubringen. Die Plexiglasscheiben wurden dann von der Firma Carmagnani Lasertechnik in Günzburg und von Erodiertechnik Naumann in Leipheim zum Selbstkostenpreis hergestellt. Im Landratsamt, im Katastrophenschutz wurden die Sets schließlich zusammengesetzt und mit Gummibändern versehen. In kürzester Zeit konnten so über 1.300 Schutzvisiere an Kliniken und Arztpraxen im Landkreis verteilt werden. Die Schilde sind leicht, flexibel und mehrfach desinfizierbar.

Diese tolle Aktion zeigt, wie schnell mit neuen Technologien und viel bürgerschaftlichem Engagement auch in Krisenzeiten schnell geholfen werden kann. Die Landkreisverwaltung bedankt sich bei allen Unterstützern für das unermüdliche Drucken bei Tag und Nacht. **hajo**

Bund unterstützt Digitalisierung in Landshut

MdB Florian Oßner: Unternehmen brauchen schnelle Liquiditätshilfe

CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner hat sich noch vor der Corona-Kontaktsperre mit dem Wirtschaftsförderer der Stadt Landshut, Michael Luger, über Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes für die Digitalisierung und die Wirtschaft vor Ort ausgetauscht. Seither stehen beide im regelmäßigen Kontakt, was die weiteren Krisenmaßnahmen betrifft.

Dabei ging es auch um die Umsetzung des Digitalisierungsprojekts 5-Safe zur Verbesserung der Schulwegsicherheit mit 5G-Technologie. Im Rahmen der Diskussion um die schleppende Vergabe von Krediten an Unternehmen in der Corona-Krise sagte Oßner zu, sich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages weiter dafür einzusetzen, dass betroffene Firmen Finanzierungssicherheit bekommen.

Umfangreiches Kreditprogramm

„Wir haben im Haushaltsausschuss ein umfangreiches Kreditprogramm aufgelegt, das den Unternehmen helfen soll. Da ist es problematisch, wenn das von Bank zu Bank unterschiedlich gehandhabt wird“, so Oßner. Bei der Prüfung der Sicherheiten solle eine Firma vernünftig darlegen, dass es eine Zukunftsperspektive gebe.

„Es ist unerlässlich, dass die Unternehmen, die vor der Corona-Krise gesund und erfolgreich waren, jetzt schnell und möglichst unbürokratisch Unterstützung erhalten“, betonten der Wirtschaftsförderer und Oßner unisono. Der Abgeordnete ergänzte: „Dafür wirken wir weiterhin in enger Abstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf die Finanzwirtschaft ein. Neuerdings ist auch ein KfW-Schnellkredit mit erleichtertem Zugang und 100 Prozent Haftungsfreistellung möglich.“

Verwaltung läuft trotz Corona weiter

Parallel zu den Corona-Maßnahmen läuft auch in der Landshuter Stadtverwaltung die fachliche Arbeit so gut wie möglich weiter. Dazu gehört laut Luger unter anderem das Projekt 5-Safe, bei dem mit mobilem Internet der fünften Generation das schulische Mobilitätsmanagement im Stadtgebiet verbessert und eine Verkehrssteuerung in Echtzeit entwickelt und erprobt werden soll.

Oßner hatte im Dezember stellvertretend für die Stadt Landshut im Bundesverkehrsministerium in Berlin den Förderbescheid in Höhe von rund 94.400 Euro entgegengenommen. Konkret geht es nun darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit 5G-Technologie der Individualverkehr um die Schulen zu den Stoßzeiten so gesteuert werden kann, dass Gefahrensituationen vermindert werden. „Dafür sollen in naher Zukunft Verkehrsströme in Echtzeit verfolgt, Gefahrensituationen erkannt und Lösungsmaßnahmen eingeleitet werden. Zum Beispiel sollen Autofahrer auf kritische Situationen hingewiesen und wenn möglich auf Ausweichstrecken umgeleitet werden“, erklärte Luger. Für die Umsetzung könnten zum Beispiel kabellose Sensoren in der Umgebung von Schulen installiert werden, um die Verkehrslage in Echtzeit zu erfassen und zu analysieren.

Infrastrukturförderung par excellence

Die Stadt Landshut hat mehr als 30 Schulen und Bildungseinrichtungen. Täglich sind mehr als 15.000 Schüler dorthin unterwegs. Durch das schnelle Wachstum der Stadt steigen die Schülerzahlen und das Verkehrsaufkommen stetig an. „Dieses Projekt unterstützt der Bund sehr gern. Das ist Infrastruktur- und Mobilitätsförderung par excellence für eine sichere Zukunft“, so der Infrastrukturpolitiker Oßner. „Das technische Knowhow brauchen wir gerade auch nach der Corona-Krise dringend vor Ort, um weitere Ideen in anderen Gesellschaftsbereichen vorantreiben zu können.“ ❐

Bundesumweltministerin Schulze:

Corona-Digitalisierungsschub für den Umweltschutz nutzen

Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie haben zu erheblichen Folgen für Digitalisierung und Umwelt geführt. Dazu gehören weniger Verkehr, mehr Datenvolumen und ein verändertes Einkaufsverhalten. Das ist das Ergebnis einer Datenrecherche, die das Wuppertal-Institut und Ernst & Young (EY) im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführt haben und die Bundesumweltministerin Svenja Schulze in Berlin vorgestellt hat.

Schulze zufolge „erleben wir in diesen Monaten der Pandemie einen Bruch mit vielen Routinen, die wir vor Corona hatten. Viele von uns reisen weniger, verbringen mehr Zeit in Videokonferenzen oder kaufen häufiger online ein. Niemand will, dass das Leben auf Dauer so bleibt, wie es in der Pandemie war. Aber manche neue Routine sollten wir uns erhalten, weil es Umwelt und Lebensqualität dient. Deutschland hat während des Corona-Lockdowns einen echten Digitalisierungsschub erlebt. Für die Umwelt bietet das Chancen und Risiken. Jetzt kommt es darauf an, durch kluge Politik die Chancen für den Umweltschutz zu nutzen und die Risiken zu minimieren.“

Der Personenverkehr ging durch die Corona-bedingten Einschränkungen deutlich zurück, so die Zwischenbilanz von Wuppertal Institut und EY. Ein Viertel aller Arbeitnehmer arbeitete demnach zeitweise im Home-Office. In einer Umfrage erwarten jeweils rund ein Drittel der Befragten, dass Meetings auch in den kommenden Jahren durch Videokonferenzen ersetzt werden und dass weniger berufliche Reisen stattfinden werden. Die Studienautoren gehen davon aus, dass sich der gesamte Personenverkehr um bis zu acht Prozent reduzieren lasse, wenn Home-Office und virtuelle Arbeitsformen gefördert werden.

Schulze: „Weniger Pendelverkehre und weniger Geschäftsreisen sind auch eine Chance für Lebensqualität und Umwelt. Darum habe ich mich als Umweltministerin im Rahmen des Konjunkturpakets dafür eingesetzt, die Abschreibungsmöglichkeiten für die Digitalisierung der Wirtschaft zu erweitern. Damit wollen wir Anreize setzen für Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Ausstattung der Mitarbeiter.“

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist das Wachstum beim Online-Shopping. Umfragen zeigen zwar ein erhöhtes Interesse an regionalen Produkten. Allerdings fehlt hier noch häufig der Zugang. Die Studienautoren sehen daher ein Potenzial in der Förderung regionaler digitaler Plattformen.

Analog zum Rückgang des Verkehrs ist das Datenvolumen während der Corona-Zeit um rund zehn Prozent angestiegen – getrieben vor allem durch Streaming und Videokonferenzen. Ohne flankierende Maßnahmen dürfte dieser Anstieg auch zu einem höheren Energieverbrauch führen. ❐

Schneller und günstiger:

Das neue M-net-Gigabit Portfolio 2020

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net hat sein Privatkundenangebot für Internet und Telefon runderneuert. Mit dem neuen Gigabit Portfolio 2020 bietet M-net seinen Kunden in den städtischen Glasfaser-Gebieten München, Augsburg und Erlangen ab sofort mehr Auswahl im Sortiment bei attraktiven Preisen. Brandneu ist der Highspeed-Tarif Surf&Fon-Flat 600 mit 600 Megabit pro Sekunde im Download. Der Tarif mit 100 Mbit/s wurde um 5 Euro monatlich reduziert, die Surf&Fon-Flat 300 ist nun sogar für 10 Euro weniger im Monat zu haben. 30 Euro Online-Rabatt, Flexibilitätsgarantie, mehr Upload sowie Spezialtarife für junge Leute und Gamer runden das neue Sortiment ab.

„Damit unsere Kunden die Potenziale der Digitalisierung voll ausschöpfen können, benötigen sie die richtigen Internetprodukte“, erklärt Martin Breuer, Senior Produktmarketing Manager Privatkunden bei M-net: „Daher ist es wichtig, das eigene Angebot konsequent weiterzuentwickeln. Mit dem Gigabit Portfolio 2020 erweitern wir nicht nur das Sortiment um einen Tarif mit 600 Mbit pro Sekunde im Download. Gleichzeitig bieten wir mehr Upload-Bandbreite, verringern die Komplexität bei Zusatzoptionen und machen darüber hinaus die Preise für unsere Kunden noch attraktiver.“

Neuer Tarif Surf&Fon-Flat 600 und mehr Upload

M-net präsentiert mit der Surf&Fon-Flat 600 einen gänzlich neuen Tarif für Privatkunden in den städtischen Glasfaser-Gebieten München, Augsburg und Erlangen. Der Highspeed-Anschluss liefert 600 Mbit/s im Download sowie schnelle 200 Mbit/s im Upload. In diesem Zuge wurden auch die Upload-Geschwindigkeiten in den Tarifen Surf&Fon-Flat 300 und 1000 auf 100 bzw. 300 Mbit/s um bis zu 50 Prozent erhöht. Die Upload-Rate ist vor allem beim Hochladen großer Dateien oder hochauflösender Videotelefonie ein entscheidender Faktor. Über sie ist eine schnelle und stabile Verbindung sowie ein scharfes Videobild sichergestellt. Glasfaser punktet an dieser Stelle besonders: Anders als bei der DSL- oder Kabelversorgung ist eine stabile Bandbreite garantiert und die Leitung muss nicht – beispielsweise zu Stoßzeiten – mit anderen Anschlüssen im Haus geteilt werden. Darüber hinaus ist die Übertragung per Glasfaser auch deutlich sicherer, zuverlässiger und energieeffizienter als alternative Technologien.

Flexibilitätsgarantie und 30 Euro Online-Rabatt

Eine weitere Besonderheit im Angebot ist die Online-Flexibilitätsgarantie. Dank ihr können Kunden die Surf&Fon-Flats 300 sowie 600 unverbindlich testen und bei Wunsch nach sechs Monaten in einen kleineren Tarif (mind. Surf&Fon-Flat 100) wechseln. Dementsprechend kosten die Tarife 100, 300 und 600 in den ersten sechs Monaten jeweils nur 14,90 Euro. Ab dem siebten Monat beträgt der Preis pro Monat nur 39,90 Euro für die 100er Surf&Fon-Flat, 44,90 Euro für die 300er Surf&Fon-Flat und 59,90 Euro für die 600er Surf&Fon-Flat. Bei allen drei Tarifen erhalten Kunden einen Online-Vorteil von 30 Euro. Neukunden, die sich jetzt für einen Tarif von M-net entscheiden, sparen zudem den einmaligen Bereitstellungspreis – egal ob der Tarif online oder im Shop abgeschlossen wird. Dies entspricht einem weiteren Kostenvorteil von fast 50 Euro.

Komfort-Anschluss jetzt immer inklusive

Um die Komplexität im Sortiment zu verringern, hat jeder Tarif im Gigabit Portfolio 2020 ab sofort den Komfort-Anschluss mit Telefon-Flat inklusive. Der Vorteil: Der Anschluss bietet zusätzliche Leistungen wie zwei Leitungen (Sprachkanäle), standardmäßig drei Rufnummern (auf Wunsch erweiterbar auf bis zu 10 Rufnummern) und zusätzliche Leistungsmerkmale wie Anklopfen, Rückfrage/Makeln und Dreierkonferenz. Für den Komfort-Anschluss empfiehlt M-net die HomeBox Komfort. Sie ist mit den Surf&Fon-Flat Tarifen 300 und 600 ohne Zusatzkosten erhältlich und kostet im Tarif Surf&Fon-Flat 100 nur 4,90 Euro zusätzlich pro Monat.

Fernsehspaß und Spezialtarife

Generell gilt: Je hochwertiger der Anschluss, desto mehr Zusatzleistungen sind inbegriffen. Die Surf&Fon-Flat 1000 mit einem Gigabit pro Sekunde Downloadgeschwindigkeit ist erstmals für unter 100 Euro verfügbar. Mit diesem Tarif ist der Premium WLAN-Router „HomeBox Komfort“, das Fernsehangebot TVplus sowie das HD-Paket ohne weitere Zusatzkosten erhältlich. Im Tarif 600 bietet M-net bei der Buchung von TVplus für nur 4,90 Euro pro Monat das HD-Paket kostenfrei dazu an. Wer den Tarif Surf&Fon-Flat 300 abschließt, kann den vollen Fernsehgenuss mit den Zusatz-Optionen TVplus und HD-Paket für jeweils nur 4,90 Euro pro Monat direkt dazu wählen. Auch die speziellen Tarife für Gamer oder junge Nutzer hat M-net überarbeitet: Ganz neu ist die Surf-Flat 300 GAMER für nur 34,90 Euro monatlich. Die Surf-Flats 100 GAMER und 100 YOUNG sind ab sofort für nur 29,90 Euro pro Monat verfügbar.

M-net bietet jede Surf&Fon-Flat für 5 Euro weniger pro Monat auch als reine Surf-Flat ohne Telefonie. Alle Tarife sind Online unter www.m-net.de, in den M-net Shops und Partnershops vor Ort, bei den M-net Serviceberatern im Außendienst und direkt per Telefon bestellbar. Die Verfügbarkeit ist abhängig von der Art der Gebäudeerschließung.

Geschäftskunden: Starke Gigabit-Anschlüsse nun auch für kleine Unternehmen

Nicht nur Privatkunden können künftig höhere Bandbreiten bei M-net buchen. Auch für Geschäftskunden mit einem Premium IP-Anschluss stehen künftig Bandbreiten von bis zu 1.000 Mbit/s im Downstream und 300 Mbit/s im Upstream zur Verfügung. Im ersten Schritt stehen die neuen Geschäftskunden-Angebote für Mehrgeräte-Anschlüsse mit bis zu zehn Einzelrufnummern zur Verfügung, ab September 2020 auch für Anlagen-Anschlüsse mit Durchwahlrufnummern.

Mit der Einführung der neuen Tarife gestaltet M-net seine Geschäftskunden-Angebote noch attraktiver und ermöglicht es auch kleinen Unternehmen wie Architekturbüros, Anwaltskanzleien oder Arztpraxen, höchste Bandbreiten zu nutzen. So kostet der M-net Premium IP 1000 nur 99,90 Euro pro Monat zuzüglich Mehrwertsteuer.

Im Gegensatz zu Privatkundenanschlüssen verfügen Geschäftskundenanschlüsse über Business-Optionen wie eine feste IP-Adresse, fest vereinbarte Entstörzeiten und persönliche Ansprechpartner. ❒

Bundesnetzagentur:

Jahresbericht zu Breitband und Mobilfunk

Detaillierte Ergebnisse ihrer Breitbandmessung 2019 sowie Fakten zum Mobilfunkausbau hat die Bundesnetzagentur in ihrem Jahresbericht veröffentlicht. Laut Präsident Jochen Homann „zeigen sich gegenüber den Vorjahren erneut wenige Veränderungen. Über alle Bandbreiteklassen und Anbieter hinweg erreichen Kunden oft nicht die maximale Geschwindigkeit, die ihnen in Aussicht gestellt wurde. Somit besteht nach wie vor Handlungsbedarf bei den Breitbandanbietern.“

Laut Jahresbericht erhielten im Download 70,1 % der Nutzer (2017/2018: 71,3 %) bei stationären Breitbandanschlüssen mindestens die Hälfte der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate. Bei 16,4 % der Nutzer (2017/2018: 12,0 %) wurde diese voll erreicht oder überschritten.

Die Ergebnisse fielen zwischen den einzelnen Bandbreiteklassen und Anbietern wieder unterschiedlich aus. Die meisten Kunden waren auch im aktuellen Berichtszeitraum mit der Leistung des Anbieters zufrieden (Noten 1 bis 3). Ihr Anteil ist mit 61,4 % weiterhin leicht rückläufig (2017/2018: 62,0 %).

Auf dem Breitbandmarkt wurden im Jahr 2019 verstärkt Anschlüsse mit hohen vermarkteten Bandbreiten nachgefragt. Von den 35,1 Mio. aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen erhöhte sich der Anteil der gebuchten Anschlüsse mit mindestens 100 Mbit/s 2019 auf rund 26 Prozent (2018: knapp 20 Prozent). Eine vermarktete Bandbreite von mindestens 1 Gbit/s wiesen zu diesem Zeitpunkt ca. 0,2 Mio. Anschlüsse auf. Noch 2,9 Mio. Breitbandkunden nutzten Ende 2019 Anschlüsse mit einer vermarkteten Datenrate von weniger als 10 Mbit/s.

Beim Ausbau der Mobilfunknetze ist die Zahl der Funkbasisstationen 2019 auf 190.595 angestiegen (Ende 2018: 181.640), davon 62.567 LTE-Basisstationen (2018: 54.911). 57.457 Basisstationen entfielen auf UMTS/3G (2018: 57.180) und 70.432 auf GSM/2G (2018: 69.549). Zudem wurden 139 5G-fähige Basisstationen in Betrieb genommen. In der Praxis werden vielfach Basisstationen eingesetzt, die unterschiedliche Technologien wie GSM, UMTS und LTE abdecken. Ende 2019 beträgt die Zahl der Antennenstandorte daher 81.282.

Die Digitalisierung hat zur Folge, dass das Datenvolumen in Fest- und Mobilfunknetzen erneut gestiegen ist. 2018 betrug das im Festnetz erzeugte Datenvolumen rund 46.000 Mio. GB. Vorläufige Berechnungen prognostizieren für 2019 ein Gesamtvolumen von etwa 52.000 Mio. GB. Dies entspräche einem durchschnittlichen Datenverbrauch in Höhe von ca. 124 GB pro Nutzer. Im Mobilfunk fallen die jährlichen Zuwachsraten mittlerweile etwas geringer aus. Eine baldige Sättigung ist dennoch nicht absehbar. 2019 wurden über die Mobilfunknetze rund 2.757 Mio. GB Daten übertragen, im Vorjahr waren es 1.993 Mio. GB. Die Nutzung von SMS ist weiter rückläufig. 2019 wurden 7,9 Mrd. SMS versendet, (2018: 8,9 Mrd.). Fakt ist: Die Netzabdeckung mit Mobilfunk entspricht in Deutschland weiterhin nicht dem Standard, den die Bürger vieler anderer europäischer Staaten gewohnt sind. Auch der Landkreis Schweinfurt ist davon betroffen. Landrat Florian Töpper begrüßt daher das nun angekündigte Vorgehen der Bundesnetzagentur. Diese hat die Mobilfunknetzbetreiber aufgefordert, die Versorgungsauflagen, die bis Anfang 2020 hätten erfüllt sein sollen, bis spätestens 31. Dezember 2020 vollständig nach zu erfüllen. Für den Fall, dass die vollständige Erfüllung nicht fristgerecht erreicht wird, hat die Bundesnetzagentur angekündigt Zwangsgelder festzusetzen oder Geldbußen verhängen zu wollen.

Töpper zufolge „haben die Mobilfunkanbieter, obwohl sie dafür fast fünf Jahre Zeit hatten, es nicht geschafft, die Autobahnen und Schienenstrecken vollständig mit Mobilfunk zu versorgen. Bei künftigen Versteigerungen von Mobilfunklizenzen müssen kürzere und verbindlichere Zwischenziele vorgegeben werden, damit endlich auch in den Landkreisen flächendeckend mobiles Internet bereitgestellt wird.“

Die Versorgungsauflagen sahen vor, dass bis Anfang 2020 bundesweit mindestens 98 Prozent der Haushalte sowie die Hauptverkehrswege (Bundesautobahnen und Schienennetz) mit Mobilfunk versorgt hätten sein müssen. Weitergehende Versorgungsauflagen, etwa bezogen auf die gesamte Fläche oder auf Bundes- und Staatsstraßen, wurden bisher vom Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur und der Bundesnetzagentur nicht bei der Vergabe von Mobilfunklizenzen eingefordert.

Aus Sicht von Landrat Töpper muss der ländliche Raum auch bei dieser Infrastruktur gleichwertige Entwicklungschancen haben. Er bekräftigt die Forderung des Deutschen Landkreistags, dass weitergehende Versorgungsauflagen oder ein verpflichtendes nationales Roaming bei künftigen Lizenzversteigerungen erfolgen sollen. **DK**

Open Source in Kommunen

Ergebnisse einer KGSt-Umfrage mit Unterstützung des Deutschen Städtetags und der Vitako

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland ist sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch auf kommunaler Ebene zunehmend abhängig von einzelnen Software-Anbietern. Dies kann den Handlungsspielraum bei Beschaffung, Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie einschränken und damit die sog. digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung gefährden.

Ob und warum die kommunale Ebene eine Abhängigkeit von Software- und Cloud-Anbietern sieht und welche Konsequenzen diese mit sich bringt, war Kern einer Umfrage der KGSt mit Unterstützung des Deutschen Städtetages und der Vitako. An der Umfrage nahmen insgesamt 162 Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltungen bzw. kommunale Rechenzentren teil.

Das Ergebnis zeigt, dass ca. 23 Prozent der Befragten die Abhängigkeit von Software- oder Cloudanbietern als „sehr kritisch“ bewerten, 35 Prozent bewerten sie als eher kritisch und noch 29 Prozent als teilweise kritisch. Nach Ansicht der teilnehmenden Kommunen und Rechenzentren fällt die „fremdgesteuerte Innovation“ bei den „Schmerzpunkten“ am stärksten ins Gewicht.

Durch die Einführung neuer Produktversionen ohne Wahlmöglichkeit lässt sich beispielsweise nicht steuern, welche Funktionen und Features es für den digitalen Arbeitsplatz vor Ort wirklich braucht oder eben nicht braucht. Dies kann außerdem zu Problemen beim Betrieb von Fachapplikationen führen, die in einem immer komplexeren Netz aus in Verbindung stehenden Anwendungen viel Aufklärungsaufwand bedeuten können.

Erst danach geben die befragten Kommunen an, dass die rechtliche Unsicherheit, beispielsweise im Bereich des Datenschutzes, problematisch ist. Gerade die vermehrten „Cloud Only“-Strategien vieler Hersteller trügen dazu bei.

Durch den Einsatz proprietärer Software kann eine Verwaltung auch in ihrer Flexibilität eingeschränkt sein, weil etwa Kompatibilitäten zu Drittanbietern fehlen oder nur mit erhöhtem Aufwand und eingeschränkter Funktionalität hergestellt werden können. Auch dieser Schmerzpunkt wird von den teilnehmenden Kommunen und Rechenzentren angegeben. Es folgen ggf. unkontrollierbare Kosten durch nicht transparente Lizenzmodelle. Im Zusammenhang mit den Cloud-Strategien sind einige Preis- und Lizenzmodellanpassungen für den Auftraggeber schwerer steuerbar. Hinzu kommt die Gefahr eines Vendor-Lock-In. Dieser beschreibt eine mögliche Abhängigkeit vom Cloud-Anbieter. Das Schlusslicht möglicher Schmerzpunkte bildet die Informationssicherheit.

Kein einheitliches Bild

Gleichzeitig hat die Umfrage aber auch gezeigt, dass gerade in „anwendernahen“ Bereichen häufig noch von Open-Source-Software (OSS) abgesehen wird. Die Nutzerakzeptanz und -gewohnheit ist bei proprietärer Software offenbar höher bzw. wird höher eingeschätzt.

Im Bereich der IT-Infrastruktur in „anwenderferneren“ Bereichen setzen dagegen viele Verwaltungen und Rechenzentren bereits erfolgreich OSS ein. Laut Umfrage wird damit experimentiert und getestet. Die kommunale IT zeigt sich also grundsätzlich offen gegenüber „Open Source“, zumindest so lange, wie sie in ihrem „Revier“ arbeitet und nicht auf die Unterstützung und Akzeptanz der Fachbereiche und Nutzenden angewiesen ist.

Viele Fachverfahren sind standardmäßig nur mit gängigen, proprietären Produkten kompatibel. Auch das ist aktuell noch ein Hemmschuh für den vermehrten Einsatz von Open Source. Offene Standards und Schnittstellen sind daher ein wichtiger Schritt in Richtung Open Source. Erst wenn an dieser Stelle mehr Flexibilität gegeben ist, scheint auch ein intensiverer Einsatz von OSS realistisch.

Rund die Hälfte der befragten Kommunen und Rechenzentren gibt an, dass Open Source für sie im Beschaffungs- und Vergabeverfahren keine besondere Rolle spielt. Knapp 40 Prozent der befragten Kommunen und Rechenzentren führt eine bedarfsgetriebene Recherche nach Lösungen durch. OSS wird in diesem Zuge auf ihre Eignung geprüft und ggf. gezielt beschafft und eingesetzt.

Die Nutzerstimmen zur Befragung zeigen, dass aktuell häufig die proprietäre Software aufgrund einer höheren Funktionalität und Kompatibilität den Vorzug erhält. Gerade für kleine Kommunen sei es schwieriger, einen Zugang zu Open Source-Produkten zu erhalten. Gerade hier fehlten Know-how und Kapazitäten für das Erproben, Weiterentwickeln und den Support. Hier biete der Einsatz proprietärer Software Vorzüge. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass ein sukzessiver, vermehrter Einsatz von OSS nur durch größere Zusammenschlüsse gelingen kann.

Fazit: Die Dringlichkeit des Themas wird erkannt, aber ein Umstieg als schwer umsetzbar empfunden. Ein klares, einheitliches Bild „pro“ oder „contra“ Open Source gibt es unter den befragten Kommunen und Rechenzentren nicht. Für viele Verwaltungen stellt sich die Frage, wie ein dauerhafter Support und eine Weiterentwicklung der OSS gelingen kann. **DK**



Weniger Spurenstoffe durch Ozonung

Die Wasserwirtschaft warnt vor der zunehmenden Belastung der Gewässer durch Schadstoffe und insbesondere Spurenstoffe. Dabei sind kommunale Kläranlagen für viele anthropogenen Spurenstoffe ein wesentlicher Eintragspfad in den Wasserkreislauf. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob die generelle Einführung einer vierten Reinigungsstufe in den Anlagen sinnvoll ist oder eine Stärkung des Verursacherprinzips sich besser für den Gewässerschutz eignet. Am Standort Weißenburg in Bayern wurden wichtige Prozessparameter einer großtechnischen vierten Reinigungsstufe gewonnen.

Chemische Substanzen, die in geringsten Konzentrationen vorkommen, stehen seit einigen Jahren im Fokus von Wissenschaft und Wasserwirtschaft, denn aufgrund der Fortschritte in der Analytik können Wissenschaftler inzwischen geringste Stoffkonzentrationen in der Umwelt nachweisen. Viele Spurenstoffe gelangen mit dem Abwasser der Haushalte in die kommunalen Kläranlagen.

Die in Kläranlagen eingesetzten biologischen Aufbereitungsverfahren können zwar einige organische Spurenstoffe im Abwasser relativ gut beseitigen. Andere Substanzen dagegen, darunter auch Arzneimittel, werden nicht oder nur ungenügend entfernt. Daher werden bundesweit Verfahren der vierten Reinigungsstufe erprobt, die Spurenstoffe zum Beispiel durch Ozon oder Aktivkohle aus dem Abwasser entfernen.

Pilotprojekt in Weißenburg

In Bayern wurden vor allem sekundäre Mikroplastik-Partikel im Chiemsee, Starnberger See, Ammersee und Altmühlsee festgestellt. Der Freistaat verfolgt eine schrittweise Vorgehensweise hinsichtlich des Umgangs mit anthropogenen Spurenstoffen und der Frage der Notwendigkeit einer vierten Reinigungsstufe. Dazu hat die Stadt Weißenburg im Rahmen eines Pilotprojektes mit Förderung des Freistaates Bayern auf der Kläranlage Weißenburg (Ausbaugröße 35.000 EW) eine großtechnische Anlage zur Elimination von Spurenstoffen errichtet. Träger des Vorhabens ist die Stadt Weißenburg.

Ausschlaggebend für die Auswahl des Standortes war, neben den guten Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit auf der Kläranlage, vor allem die Einleitung des Abwassers in die Schwäbische Rezat, die aufgrund der niedrigen Abflüsse als wasserwirtschaftlich sensibles Gewässer gilt.

Deutlich höhere Reduktionsraten

Das Pilotprojekt in Weißenburg startete im Mai 2014 mit dem Ziel praktische Erkenntnisse zu Bemessung, Betrieb und der Leistungsfähigkeit sowie zu den wichtigsten Prozessparametern einer großtechnischen vierten Reinigungsstufe zu gewinnen. Weitere wesentliche Zielsetzungen in diesem Pilotvorhaben waren die Auswirkungen der vierten Reinigungsstufe auf die Zustände im Gewässer vor und nach der Inbetriebnahme zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden im vergangenen Jahr in einem Abschlussbericht zusammengefasst. Im Hinblick auf die Reinigungsleistung in der vierten Reinigungsstufe zeigte sich die Kombination von Ozonung mit einer nachgeschalteten Adsorptionsstufe am wirksamsten. Im Vergleich zu den Einzelverfahren konnten deutlich höhere Reduktionsraten bei Spurenstoffen erzielt werden. So wurde eine gemittelte Elimination der zwölf Indikatorsubstanzen von rund 92 Prozent erreicht. Die vierte Reinigungsstufe in Weißenburg ist so ausgelegt, dass etwa 86 Prozent der Jahresabwassermenge behandelt werden können. Damit ergab sich eine rechnerische Gesamtreduktion in der Kläranlage von 75 Prozent bzw. 82 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Wirtschaftlichkeit belegt

Nach circa einem Jahr Optimierungsphase wurde am Standort Weißenburg ein Zustand erreicht, der es dem Betreiber ermöglichte, die Anlage betriebssicher weiter zu betreiben. Zur Einstellung eines dauerhaft sicheren Betriebes muss das Verhalten der Anlagen- und Messtechnik weiter überprüft werden. Optimierungspotenziale bestehen insbesondere bei den optischen Messgeräten, der Ozonanlage (Vermeidung von Stillstandzeiten) sowie bei der Regelung der Ozondosierung. Die untersuchte Verfahrenskombination sei somit technisch und wirtschaftlich umsetzbar, lautete das Fazit im Abschlussbericht.

EU in der Pflicht

Eine Deloitte-Studie im Auftrag des europäischen Wasserverbands EurEau kommt zu dem Schluss, dass die Umweltbelastung durch Mikroverunreinigungen europaweit besser reduziert werden könnte, wenn die EU die bestehenden Rechtsvorschriften konsequenter umsetzen würde. Der Umweltausschuss des Europaparlaments (ENVI) erklärte Anfang März 2020 in einer Entschließung, dass die EU-Maßnahmen für eine vernünftigere Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln ergreifen sollte, um Risiken für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit zu minimieren. Gleichzeitig forderte er neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltbelastung durch Arzneimittel. Hintergrund ist die im März 2019 von der Europäischen Kommission vorgelegte Arzneimittel-Strategie.

Kunststoff erfolgreich entfernt

Das Umweltbundesamt (UBA) hat sich dem Thema der Duftstoffe aus Wasch- und Reinigungsmitteln, die in die Kläranlagen gelangen, gewidmet. Sie sollten nach Auffassung des UBA systematisch recherchiert und dokumentiert werden. Die Entfernung von Kunststoff einschließlich Mikroplastik aus Abwasser durch Kläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe ist dem UBA zufolge sehr erfolgreich - bei Mischwasserabschlägen und Abwasser aus der Trennkanalisation müsse die Behandlung aber verbessert werden. Von Bedeutung ist aber auch das Verhalten der Verbraucher. Eine Kampagne in Nordrhein-Westfalen setzt beispielsweise beim Problembewusstsein der Bevölkerung an.

Die Bundesregierung bereitet aktuell Maßnahmen vor, um Flüsse und Seen in Deutschland besser vor Spurenstoffen zu schützen. In einer einjährigen Pilotphase sollen im Rahmen von Runden Tischen erste Maßnahmen bundesweit entwickelt und testweise umgesetzt werden. So erhält die Kläranlage Tübingen eine Ozonungsanlage, die Spurenstoffe aus dem Abwasser herausfiltert. Auch Baden-Württemberg plant den Ausbau der vierten Reinigungsstufe zur Spurenstoffelimination in den kommenden Jahren weiter vorantreiben.

Das baden-württembergische Umweltministerium hat sich bereits im August 2019 zur großflächigen Belastung des Bodens und des Grundwassers in Mittelbaden durch poly- und perfluorierte Chemikalien (PFC) geäußert. Nach Ansicht des Ministeriums sei die Verunreinigung nicht nur in qualitativer, sondern auch in quantitativer Hinsicht ein Problem. Eine großflächige Sanierung der belasteten landwirtschaftlichen Fläche von derzeit knapp 900 Hektar sei jedoch mit verhältnismäßigen Mitteln nicht möglich. **red**

Projekt Wasserschutzbrot erfolgreich

Die Regierung von Unterfranken hat im Rahmen der Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für Unterfranken vor gut fünf Jahren das Projekt Wasserschutzbrot initiiert. Es ist ein Modellprojekt für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, regionaler Verarbeitung und dem Lebensmittelhandwerk.

Das Prinzip ist einfach: Konventionelle Landwirte verzichten beim Anbau von Qualitätsweizen in wassersensiblen Gebieten, zum Beispiel Einzugsgebiete der öffentlichen Trinkwasserversorgung, auf die Stickstoff-Spätdüngung. Hierdurch verringert sich die Gefahr der Nitratauswaschung ins Grundwasser. Mühlen aus der nahen Umgebung vermahlen den „Wasserschutz-Weizen“ zu „Wasserschutz-Mehl“. Familiengeführte, handwerkliche Bäckereien backen daraus Wasserschutzbrot und weitere Backwaren. Die anfängliche Skepsis seitens der Praxis hat sich nicht bewahrheitet: Das Wasserschutz-Mehl ist dank der richtigen Weizensorten auch mit einem geringeren Eiweißgehalt (circa elf Prozent) hervorragend backfähig.

Mittlerweile hat sich das Wasserschutzbrot zu einer kleinen Erfolgsgeschichte entwickelt: 2019 wurden auf 330 Hektar in Trinkwasserschutzgebieten Ober-, Mittel- und Unterfrankens rund 2.300 Tonnen Winterweizen ohne Qualitätsdüngung erzeugt und an die sechs beteiligten Mühlen geliefert. Das daraus gebackene Wasserschutzbrot und -gebäck fand in 28 Bäckereien mit über 100 Verkaufsstellen sehr guten Absatz. Die Nominierung für die Top drei des Deutschen Nachhaltigkeitspreises Forschung zeigen, dass das Projekt durchaus Strahlkraft besitzt.

Kunde trägt zum Grund- und Trinkwasserschutz bei

Die Warteliste motivierter Landwirte zur Produktion von Wasserschutz-Weizen ist lang, gesucht werden derzeit vor allem Bäckereien, die in Zukunft Wasserschutzbrot backen möchten. Auf Wunsch wird das Wasserschutzmehl kostenlos zum Testen zur Verfügung gestellt.

Viele Grundwasserschutz-Projekte sind für den Endverbraucher schwer greifbar. Anders das Wasserschutzbrot: Durch die bewusste Kaufentscheidung in einer Wasserschutzbäckerei trägt der Kunde direkt zum Grund- und Trinkwasserschutz bei und erhält gleichzeitig ein regionales Produkt, dessen Herkunft transparent bis zum Acker dargestellt werden kann.

Grundsätzlich benötigen Maßnahmen in der Landwirtschaft zum Schutz des Grundwassers – dieses hat ein langes Gedächtnis – jedoch ausreichend Zeit, um Wirkung in der Fläche zu entfalten. Im Boden zeigen sich seit Jahren die deutlich niedrigeren Restnitratgehalte gegenüber herkömmlichem Backweizen. Entsprechend niedriger ist die Nitratbelastung des Grundwassers unter diesen Flächen. Besonders wertvoll sind die Maßnahmen deshalb vor allem in Einzugsgebieten der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Bis dato sind zehn Wasserversorger als Partner am Projekt beteiligt.

Weitere Partner gesucht

In den nächsten Jahren sollen die Zahlen weiter gesteigert werden, deshalb werden weitere Partner, allen voran Bäcker im Projekt gesucht. Dies gilt für ganz Unterfranken. Es gibt viele gute Gründe, Wasserschutzbäcker zu werden: Der aktive Einsatz für den Schutz des Grundwassers und der Umwelt, die Einbindung in ein funktionierendes Partner-Netzwerk, die Transparenz vom Acker bis zur Ladentheke, die Kommunikation von Regionalität und Ressourcenschutz als Verkaufsargument (die Kommunikationsmittel werden vom Projekt unentgeltlich und individuell gestellt), die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch das Projekt, die regionale Wertschöpfung und nicht zuletzt das gute Gefühl, das Richtige zu tun. ❒

Messdatenmanagement:

Regenbecken-Expert für Kommunen

Für Kommunen, Ingenieurbüros und Aufsichtsbehörden hat die DWA eine Software herausgebracht, die auf einfache Weise Regenbecken-Daten importiert, darstellt und archiviert.

Ob Regenüberlaufbecken, Regenklärbecken, Regenrückhaltegraben oder Retentionsbodenfilter: Der Regenbecken-Expert gibt beckenbezogen Auskunft über Füllstand, Einstau- und Entlastungsverhalten sowie Überfallhöhe und Entlastungsmengen. Zugleich können eigene Regenschreiber und die öffentlich zugänglichen Daten des Deutschen Wetterdienstes integriert werden. Darüber hinaus enthält das sehr praxisorientierte Produkt bundesländer-spezifische Berichtsvorlagen.

Eine kostenfreie Demoversion ist auf der DWA-Homepage unter www.dwa.de/software einsehbar. DK

DWA-Positionen:

Europäische Kommunalabwasser-Richtlinie in der Evaluation

Die Europäische Kommunalabwasserrichtlinie wird von der Europäischen Kommission evaluiert („Fitness Check“). Im Rahmen dieses Prozesses bringt die DWA in einem Positionspapier Forderungen für eine Weiterentwicklung der Richtlinie in Richtung eines sachgerechten und zukunftsweisenden Gewässerschutzes in die Diskussion ein.

Die Reduzierung des Nährstoffeintrags in die Gewässer ist wesentlich, um einen guten ökologischen Gewässerzustand nach der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. Daher sollte aus DWA-Sicht die gezielte Stickstoff- und Phosphorelimination europaweit für größere Kläranlagen Standard werden. Dadurch könnten auch Synergien im Hinblick auf eine Verminderung von Spurenstoffen erzielt werden. Hierdurch würden gleichzeitig deutlich mehr relevante Spurenstoffe in den Kläranlagen zurückgehalten, wie wissenschaftliche Studien belegen.

Europaweit einheitlich formulierte Anforderungen zur Niederschlagswasserbehandlung sind derzeit noch nicht sachgerecht und sollten den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben. Notwendig sei jedoch, dass die Grundsätze einer Regenwasserbewirtschaftung bzw. eines Regenwassermanagements europaweit einheitlich klarer zum Ausdruck kommen.

Wassersensible Gestaltung

Maßnahmen, für die die Mitgliedsstaaten nach einer angepassten Richtlinie Anreize schaffen sollten, seien solche mit dezentralem Regenwasserrückhalt, Versickerung, Verdunstung, Regenwassernutzung, verzögerte (offene) Ableitung zur Reduzierung/Begrenzung der Regenwasserabflüsse in die Kanalisation einschließlich der Schmutzfrachten sowie die fallspezifische Behandlung verschmutzter Regenwasserabflüsse in der Trennkanalisation. Dabei könnten die Mitgliedstaaten nach dem Vorbild der EU-Hochwasserrichtlinie verpflichtet werden, entsprechende Managementpläne vorzusehen. In diesem Zusammenhang lassen sich auch Synergien für eine wassersensible Gestaltung urbaner Räume und damit für eine verbesserte Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels erzielen (z. B. im Zusammenhang mit Sturzfluten).

Die zunehmende Verschmutzung der Umwelt durch Plastik stellt ein Problem dar, das gelöst werden muss. Die DWA begrüßt daher die intensiven quellenbezogenen Maßnahmen auf europäischer Ebene im Rahmen der Plastikstrategie, weil sie auf Vermeidung abzielt. Bei dem verstärkt wahrgenommenen Problem der Verschmutzung durch Mikroplastik müssten allerdings noch erhebliche Wissenslücken geschlossen werden. Dazu seien zunächst harmonisierte und standardisierte Mess- und Analyseverfahren sowie einheitliche Begriffe zu entwickeln. Hierbei sei eine internationale Verständigung wünschenswert.

Problem Mikroplastik

In Kläranlagen werden regelmäßig zwischen 95 und über 99 Prozent der zufließenden Mikroplastikfracht entfernt. Der Plastikanteil im Abwasserstrom geht bei einer Behandlung weitgehend in den Klärschlamm über. Für den Bereich der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung, der in Deutschland aufgrund der Umsetzung der neuen Abfallklärschlammverordnung sehr stark zurückgeht, müsse durch geeignete Maßnahmen der Qualitätssicherung ein weitgehender Schutz vor Einträgen von Plastik in die Umwelt erfolgen.

Die Vorgaben der Düngemittelverordnung sehen bereits vor, dass Fremdbestandteile aus Kunststoff deutlich reduziert werden oder innerhalb bestimmter Fristen abbaubar sein müssen. Alternativ sollte der Klärschlamm energetisch verwertet werden, da Plastikteilchen im Verbrennungsprozess sicher entsorgt werden können. Aus Sicht der DWA sind Regelungen zu Mikroplastik in der Kommunalabwasserrichtlinie nicht sachgerecht. Schließlich sollten Kunststoffe durch umweltverträgliche Materialien oder Verfahren ersetzt oder Kunststoffe recyclingfähig produziert und gleichwertig wiederverwendet werden.

Stoffeinträge aus der Herstellung und Verwendung pharmazeutischer, industrieller und kosmetischer Produkte gelangen in die Gewässer. Aus Gründen eines besseren Gewässerschutzes fordert die DWA eine aktive Politik zur Vermeidung bzw. Verringerung von schädlichen Stoffeinträgen. Dort wo gewässerbezogen oder nutzungsbezogen Handlungsbedarf besteht, könne die Errichtung weitergehender Reinigungsstufen auf kommunalen Kläranlagen sinnvoll sein. Soweit Gewässerverunreinigungen überwiegend aus diffusen Quellen resultieren, d. h. über atmosphärische Wege, Erosion oder die Bodenpassage eingetragen werden, bedürfe es anderer wirksamer Maßnahmen.

Abwasserbehandlungsanlagen zählen zu den großen kommunalen Stromverbrauchern. Deshalb sei es gerechtfertigt, in einer weiterentwickelten Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (UWWTD) festzulegen, dass Techniken eingesetzt werden sollen, die bei vergleichbarer Reinigungsleistung und vergleichbarem Betriebsaufwand energieeffizient sind.

Ausdrücklich spricht sich die DWA gegen die Einführung von Energieeffizienzklassen für Kläranlagen aus, da die Rahmenbedingungen für die Anlagen zu unterschiedlich und damit nicht vergleichbar seien. Mit dem Arbeitsblatt DWA-A 216 „Energiecheck und Energieanalyse – Instrumente zur Energieoptimierung vom Abwasseranlagen“ lägen technische Festlegungen vor, mit denen die Energieeffizienz von Abwasseranlagen sachgerecht verbessert werden kann.

Monitoring weiterentwickeln

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft setzt sich zudem für eine sachgerechte Weiterentwicklung des Monitorings nach der UWWTD ein. Dies bedeutet, dass danach künftig Mischwasserüberläufe erfasst werden sollten, idealerweise nach Anzahl und Zeitraum. Hierdurch ließen sich Rückschlüsse auf die Relevanz für die jeweiligen Gewässer ziehen.

„Bei der Weiterentwicklung des Gewässerschutzes nach der UWWTD muss der unterschiedliche Stand der Abwasserbehandlung in den Mitgliedsstaaten mit einer zukunftsfähigen Anpassung in den Einklang gebracht werden“, heißt es in dem Papier. Auch sei gut ausgebildetes Personal für eine ordnungsgemäße Abwasserreinigung in gleicher Weise bedeutend, wie die Ausrüstung der technischen Anlagen.

Wenn die Kommunalabwasserrichtlinie Mindestanforderungen an eine geordnete Abwasserableitung und Behandlung stellt, sollte im Rahmen der Weiterentwicklung und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auch ein erster Schritt hin zu einer europäisch einheitlichen Qualifikation des Anlagenpersonals gegangen werden. Dies gelte insbesondere für die technische Führungskraft. **DK**

Jumbo Group smart dry GmbH:

Neue Wege bei der Klärschlammverwertung

Durch Belastungen mit Schadstoffen stellt insbesondere Klärschlamm die Betreiber von Kläranlagen vor Entsorgungsprobleme. Mit der von ihr entwickelten Anlagentechnik ermöglicht die Jumbo Group smart dry GmbH mit Sitz im schwäbischen Buttenwiesen die Umwandlung dieser Reststoffe in Wertstoffe.

In ihren Trocknungsanlagen wird dazu die nasse Biomasse in einem hocheffizienten Verfahren getrocknet und in staubfreie, wiederverwendbare Pellets gepresst. Durch die Einbindung in den Abgasstrom eines vorhandenen BHKW, Gasbrennkammer oder Pyrolyse lässt sich die sonst ungenutzte thermische Energie im Trocknungsprozess gewinnbringend nutzen und reduziert die Ausgangsmasse auf einen Bruchteil ihres Gewichts. Das Endprodukt in Pelletform lässt sich abhängig vom ursprünglichen Material als organischer Dünger, Brennstoff, Einstreu, Additive oder Tierfutter weiterverwenden.

Monitoringsystem

Spürbar erleichtert wird der Anlagenbetrieb durch den Einsatz eines (Echtzeit-)Monitoringsystems. Die fortlaufende, maschinelle Überwachung rund um die Uhr mit automatischer Fehlererkennung und Benachrichtigung spart Personal- und Bereitschaftszeit und ermöglicht einen effizienteren und ertragreicheren Betrieb. Die zentrale Datenerfassung und Visualisierung quasi in Echtzeit erlaubt dem Betreiber tiefgehende und teils neue Einblicke in seine Anlagentechnik, wodurch sich Störanfälligkeiten erkennen und künftig vermeiden lassen. Die Vorteile und Ertragsverbesserungen amortisieren Investitionen in die Business Intelligence bereits nach kurzer Zeit.

Sowohl innovativ als auch wegweisend stellt sich das erste Pilotprojekt mit der Gemeinde Bissingen (Landkreis Dillingen) dar. Vor gut drei Jahren wurde die Klärschlammtrocknung für die Marktgemeinde in Betrieb genommen. Im Einsatz ist ein Speed Rotationstrockner für die Verarbeitung von 3.000 Tonnen abgepresstem Klärschlamm. Dieser wird von 20 auf 90 Prozent Trockenmasse getrocknet und pelletiert. Dabei werden über 2.000 Tonnen Wasser verdunstet und die Klärschlammenge auf gut 600 Tonnen staubfreie Pellets reduziert.

Abgase als Energiequelle

Der Klärschlamm wird analog zu einer Biogasanlage in einem Faulturm ausgefault und es entsteht Methangas. Das Methangas betreibt ein BHKW, das den Strom für die gesamte Kläranlage produziert. Die heißen Abgase aus dem BHKW, die bislang ungenutzt in die Atmosphäre geführt wurden, dienen als Energiequelle für den Speed Rotationstrockner.

Auch im hessischen Bad Orb geht man inzwischen neue Wege bei der Klärschlammverwertung: Mit der Ausschreibung und Vergabe an die Jumbo Group im vergangenen Jahr wurde ein leistungsfähiger Partner für den Eigenbetrieb Kommunale Dienste, Sparte Abwasserbeseitigung, gefunden. Selbst die Corona-Pandemie führte nicht zu etwaigen Ausführungsverzögerungen.



Auch im hessischen Bad Orb wird die neue Technologie seit April erfolgreich auf der Kläranlage eingesetzt. Bild: Jumbo Group

Vielmehr konnte das Projekt sogar früher als ursprünglich geplant realisiert werden. Seit Mitte April dieses Jahres ist die neue Anlage auf der Kläranlage am Geigershallenweg nun in Betrieb. Ihre erste Bewährungsprobe hat sie mit Bravour bestanden. Die ersten Ladungen Pellets sind bereits erzeugt und wurden der weiteren Verwertung zugeführt. Derzeit werden die Pellets ausschließlich zur Mitverbrennung in Müllheizkraftwerke gefahren.

Mittels dieser neuen Technologie kann die zukünftige Klärschlammmenge von Bad Orb um ca. 71 Prozent reduziert werden. Dies führt wiederum zu deutlichen Einsparungen bei den Entsorgungskosten, da diese nach Tonnage abgerechnet werden. Zudem reduzieren sich die notwendigen Entsorgungsfahrten von ehemals drei LKW-Großraumcontainern pro Woche auf nunmehr nur noch einen. Dies führt zusätzlich zu Entlastungen beim CO2-Ausstoß und zu weniger Verkehrslärm für die Anwohner.

Nähere Informationen auch unter: https://www.youtube.com/watch?v=86zXwv4pIAI&t=4s DK

Stadtwerke Jena Netze GmbH:

Erfahrungen mit der Gütegemeinschaft Kanalbau

Als Partner des Zweckverbandes JenaWasser (KöR) kümmert sich die Stadtwerke Jena Netze GmbH um alle technischen Anlagen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung in Jena und über 20 Städten und Gemeinden des Umlandes. Beim Abwassernetz ist Gunar Schmidt, Geschäftsführer der Stadtwerke Jena Netze GmbH, verantwortlich für alle Investitions- und Baumaßnahmen. Unterstützt wird er unter anderem von Werner Waschina, Stellvertretender Werkleiter von Jena Wasser und Bereichsleiter Abwasser der Stadtwerke Jena GmbH. Die Stadtwerke Jena Netze haben eine eigene Tiefbauabteilung, die ein Gütezeichen Kanalbau RAL-GZ 961 für den Ausführungsbereich AK3 besitzt. 12 Mitarbeiter und eine gute maschinentechnische Ausstattung sind die Basis dafür, dass ein relativ angemessener Anteil an Baumaßnahmen selbst ausgeführt werden kann.

Im folgenden Interview geben Gunar Schmidt und Werner Waschina Einblicke in die Arbeit am Jenaer Kanalnetz, berichten über ihre Erfahrungen mit der Gütegemeinschaft Kanalbau und über das Arbeiten in Zeiten der COVID-19-Pandemie.

Wie ist es um die Qualität des Jenaer Kanalnetzes bestellt?

Waschina: *Der Zweckverband JenaWasser betreibt zur Zeit 804 km Freispiegelkanäle. Davon sind 420 km seit 1990 durch Neubau oder Erneuerung entstanden, so dass das mittlere Alter der Kanäle rund 42 Jahre beträgt. Nur etwa 15 % der Kanalisation muss derzeit in der kurz- und mittelfristigen Sanierungsplanung bearbeitet werden. Wir gehen bei den derzeitigen Baumaterialien und bei Güteschutz-betreuter Bauqualität von einer technischen Nutzungsdauer von ca. 100 Jahren aus.*

Welches sind die wesentlichen Herausforderungen, die beim Betrieb von Abwassernetzen – auch speziell in Jena – zu bewältigen sind?

Waschina: *Der Zustand des gesamten Kanalnetzes wurde in einer Datenbank erfasst. Die Befahrungen mit der TV-Technik erfolgen in Eigenregie durch zertifizierte Fachkräfte im Zyklus der Thüringer Eigenkontrollverordnung (ThürAbwEKVO). Die planmäßige Reinigung erfolgt mit modernsten Hochdruckspülfahrzeugen. Derzeit wird das neue Kanalmanagementsystem dahingehend ausgebaut, dass zunächst anhand der Daten aus der Datenbank eine Hochrechnung für Kanalsanierungskosten kurz,- mittel- und langfristig über eine Software erfolgt. Danach geht es in die zustandsabhängige Detailplanung, wobei auch Alterungsprognoseszenarien betrachtet werden.*

Wir müssen uns darauf verlassen können, dass Erneuerung und Neubau in der geplanten Qualität und der damit verbundenen Nutzungsdauer erfolgen. Die Stadtwerke Jena Netze sichert uns dies durch die Mitgliedschaft im Güteschutz Kanalbau und seine Fachkräfte ab, die gerade über diese Organisation laufend als Vertreter des Bauherrn weitergebildet werden.

Zukünftig rückt die Sanierungsplanung in den Mittelpunkt. JenaWasser besitzt eine komplexe Generalentwässerungsplanung mit Schmutzfrachtberechnung, Zustandsbetrachtung, Hydraulischer Betrachtung, einer Betrachtung zur Schwefelwasserstoffkorrosion und zur Starkregenvorsorge für die Stadt Jena, als auch alle größeren Gemeinden im Verbandsgebiet. Die Planungen werden zyklisch entsprechend evtl. neuer Entwicklungen oder gesetzlicher Vorgaben überarbeitet. Neue Herausforderungen stellen auch die geplanten Verschärfungen zur Regenwasserbehandlung dar.

Herr Schmidt, was für Sie als Geschäftsführer der Organisationseinheit Netze wichtig, um eine effiziente Zusammenarbeit mit den Baupartnern sicherzustellen?

Gunar Schmidt: *Für mich kommt es hierbei besonders auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Der Markt ist angespannt genug, wir wickeln gemeinsam viele Aufträge ab und hier ist es wichtig, dass wir die von uns geforderte Qualität erreichen. Ich besuche einmal im Jahr ausgewählte Unternehmen in unserer Region und führe persönliche Gespräche. Darüber hinaus versuchen auch wir als Unternehmen – getreu dem Motto, was Du von anderen verlangst, dass musst Du auch selber erfüllen – wichtige Qualifizierungen aufzubauen und dies auch zu dokumentieren. So führen wir neben weiteren Zertifikaten zum Beispiel seit 2019 ein Gütezeichen der Beurteilungsgruppe AK 3.*

Werden Ihre Ansprüche an die Qualität von den beteiligten Baupartnern unterstützt?

Schmidt: *Ja, absolut. Wir nutzen u.a. das Thüga-Leistungsverzeichnis für nicht öffentliche Ausschreibungsverfahren, in dem ein Präqualifikationsverfahren vorgeschrieben ist. Vor diesem Hintergrund ist es uns sehr wichtig, dass Unternehmen, die wir beauftragen, entsprechende Qualifikationsnachweise vorlegen können und auch über entsprechende Referenzen verfügen.*

Haben Sie den Eindruck, dass Qualifikationsnachweise wie ein Gütezeichen Kanalbau dabei helfen, die Qualität der Ausführung sicherzustellen?

Schmidt: *Das ist absolut zielführend. Man braucht Kriterien, an denen man den Qualitätsanspruch fest machen kann und in dieser Hinsicht stellt die Gütegemeinschaft Kanalbau mit dem Gütezeichen RAL-GZ 961 geeignetes Werkzeug zur Verfügung. Erfüllt ein Unternehmen die gestellten Anforderungen der jeweiligen Beurteilungsgruppen, ist das für uns ein gutes Indiz, dass wir fachlich gute Arbeit einkaufen. Unternehmen mit Gütezeichen – so unsere Erfahrung – arbeiten nicht nur bei einer Maßnahme zufriedenstellend, sondern durchaus über einen längeren Zeitraum. Von daher vertrauen wir darauf, langfristig Qualität zu bekommen.*

Welche konkrete Unterstützung bietet Ihnen das Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau bei Ihrer Arbeit?

Schmidt: *Wir greifen auf viele Angebote der Gütegemeinschaft zurück. Schulungen sind hier zu nennen, ebenso wie die Schriften und Regelwerke, die in einer bemerkenswerten Vielfalt und Aktualität zur Verfügung gestellt werden. Unsere Mitarbeiter nutzen diese Angebote auch, um sich in Eigenregie weiterzubilden. Gerade in den letzten Wochen unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie ist die Arbeit für viele digitaler geworden. Die Berührungsängste mit dieser Form des Arbeitens sind verloren gegangen. Das wird sich auf die Nutzung der Angebote der Gütegemeinschaft auswirken, etwa auf den Bereich AKADEMIE.*

Welchen Einfluss haben die Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie auf die Arbeit Ihres Unternehmens?

Schmidt: *Wir haben einen Pandemieplan in mehreren Stufen zur Anwendung gebracht, der die Zusammenarbeit der Mitarbeiter und die Kundenkontakte regelt. Viele arbeiten nun von zu Hause aus. Die Voraussetzungen für mobiles Arbeiten waren in unserem Unternehmen bereits vorhanden, insbesondere was die technische Ausstattung angeht. Allerdings haben wir viel gelernt, was die Arbeit mit digitalen Medien angeht – ein Lerneffekt, den wir in so kurzer Zeit normal nicht gehabt hätten.*

Wenn Sie einen Blick in die Zukunft wagen, wie werden die Arbeit und die Aufgabenbereiche Ihrer Organisation in zehn oder 20 Jahren aussehen?

Schmidt: *Das ist eine sehr spannende Frage. Besonders die digitalen Prozesse, die wir angestoßen haben, werden die Zusammenarbeit unter den Baupartner stark verändern. Meine Hoffnung ist aber auch, dass sich die Wertschätzung des Themas Infrastruktur verbessert.*

Nach wie vor gilt, dass alles, was sich unter der Erdoberfläche befindet, nicht so im Fokus steht, wie etwa eine marode Autobahnbrücke. Hier muss man weiter Lobbyarbeit leisten und aus der Branche heraus für Impulse sorgen. Hier können insbesondere Branchenverbände einen großen Beitrag leisten. In diesem Sinne ist es gut, dass es Organisationen wie die Gütegemeinschaft Kanalbau gibt.

Herr Schmidt, Herr Waschina, vielen Dank für das Gespräch. ❐

BayernSPD-Landtagsfraktion:

Kläranlagen aufrüsten!

Einen besseren Schutz vor Medikamentenrückständen, Chemikalien und Mikroplastik fordert die SPD-Landtagsfraktion. Hierzu sollen Kläranlagen mit einer modernen, vierten Reinigungsstufe aufgerüstet werden. Die Abgeordneten Florian von Brunn und Klaus Adelt verweisen in einem parlamentarischen Antrag auf entsprechende existierende Technologien, die nun auch im Freistaat eingesetzt werden müssten.

Von Brunn zufolge muss sauberes Wasser oberste Priorität haben. Die bestehenden dreistufigen Kläranlagen könnten zum Beispiel das Schmerzmittel Diclofenac nicht herausfiltern. Auch Mikroplastik, Pestizide, bestimmte Haushalts- und Industriechemikalien sowie Reinigungsmittel würden bislang durchgelassen. Dadurch würden nicht nur die in Gewässern lebenden Tiere und Pflanzen stark belastet. Letztlich landeten die schädlichen Rückstände und Partikel auch im Trinkwasser.

Vorbilder Schweiz und Baden-Württemberg

„Die Schweiz und unser Nachbarland Baden-Württemberg haben diesen Weg schon vor Jahren beschritten und zeigen, dass das eine notwendige und sinnvolle Lösung ist“, heißt es in dem parlamentarischen Antrag. „Dabei ist eine erste Schwerpunktsetzung auf große Kläranlagen und stark belastete Gewässer aus Kosten-Nutzen-Gründen vernünftig. Die notwendigen Daten sollten der Staatsregierung und den betroffenen Kommunen in Bayern vorliegen.“

Wichtig ist aus Sicht von Klaus Adelt dabei aber auch, dass der Freistaat Bayern die Investitionskosten durch ein Förderprogramm für die Kommunen übernimmt, auch um die Gebührenzahler nicht zu stark belasten zu müssen. Zudem sei ein solches Förderprogramm in der jetzigen Wirtschaftskrise auch ökonomisch sinnvoll.

Als langfristigere Maßnahme schlagen die SPD-Abgeordneten vor, die Forschung und Entwicklung von biologisch abbaubaren Stoffen voranzutreiben und so viele Stoffe wie möglich in geschlossenen Stoffkreisläufen zu halten. Doch bis dahin seien bessere Kläranlagen die richtige Soforthilfe. **DK**

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Flugplatz Ingolstadt/Manching

Pump & Treat Maßnahmen gestartet

Für die Sicherung bzw. Sanierung der Grundwasserkontamination mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) im Bereich der „Alten Feuerwache“ im Norden des Flugplatzes Ingolstadt/Manching hat die Bundeswehr einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt, der im November 2019 durch das Landratsamt Pfaffenhofen a.d. Ilm gebilligt wurde.

Seitdem arbeiten die Bundeswehr und das Staatliche Bauamt Ingolstadt mit Hochdruck an der Umsetzung der Maßnahmen. Dazu waren mehrere Vergabeverfahren durchzuführen, naturschutzfachliche Fragen zu klären und luftfahrtrechtliche Genehmigungen einzuholen.

„Die geplanten Maßnahmen mussten zudem mit den Betriebsabläufen des Flugplatzes abgestimmt werden. Nun sind auf dem Gelände die ersten Arbeitsschritte sichtbar. Der erste Container der Pump & Treat-Anlage zur Aufnahme der Versorgungs- und Steuerungselemente wurde aufgestellt“, so Landrat Albert Gürtner. Es ist geplant bis Ende Juni 2020 einen Entnahme- und einen Schluckbrunnen zu bohren. In den folgenden Monaten werden Pumpversuche gefahren, um die hydraulischen Eigenschaften des Grundwasserleiters genau zu bestimmen. Parallel dazu finden Tests zur Ermittlung des optimalen Reinigungsverfahrens statt.

Innovatives Wasserreinigungsverfahren

Neben der herkömmlichen Aktivkohle wird die Bundeswehr hierbei in einem Pilotversuch mit einem Ionentauscher ein neues innovatives Wasserreinigungsverfahren einsetzen, von dem sie sich eine effizientere und schnellere Reinigung des Grundwassers verspricht.

Unterstützung durch die TU München

Die Technische Universität München unterstützt die Maßnahmen durch wissenschaftliche Begleitung und Durchführung eines sog. Tracer-Versuchs. Damit werden die Fließwege des Grundwassers während des Pumpversuchs genau erfasst, um so die bestmöglichen Positionen der vier weiteren Sanierungsbrunnen festlegen zu können.

Der Entnahmebrunnen des Pilotversuchs wird als fünfter Sanierungsbrunnen weitergenutzt. Dieser Pilotversuch wird permanent durch ein akkreditiertes Ingenieurbüro fachlich begleitet. Dies bedeutet, dass regelmäßig Grundwasserproben gewonnen und auf PFC analysiert werden. Gleichzeitig werden die Grundwasserstände und das Verhalten des Grundwasserleiters bei geänderter Entnahmemenge aufgezeichnet und ausgewertet.

Regelmäßiger Austausch

„Während der gesamten Laufzeit werden das Landratsamt und die zuständigen Fachbehörden durch die Bundeswehr über den Fortgang und die Ergebnisse informiert. Diese Ergebnisse will ich in regelmäßigen Gesprächen mit der Bürgerinitiative austauschen“, versichert Landrat Albert Gürtner.

Nachhaltige Abstromsicherung

Dieses hochkomplexe Zusammenwirken verschiedener hydrogeologischer Maßnahmen dient dazu, im Endausbau eine nachhaltige Abstromsicherung (hydraulische Sperre) zu installieren, die zukünftig verhindert, dass kontaminiertes Grundwasser die nördliche Liegenschaftsgrenze in Richtung Lindach und Westenhausen verlässt. ❐

Glauber: Gewässer vor Folgen des Klimawandels schützen

Alarmplan Bayerische Donau tritt in Kraft

Das Bayerische Umweltministerium hat einen Alarmplan für die Bayerische Donau entwickelt. Mit definierten Warnstufen und daran anknüpfenden Maßnahmen sollen Gewässernutzer und die Öffentlichkeit ab sofort für die Ökologie des Gewässers sensibilisiert werden.

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Der Klimawandel fordert uns heraus. Wir müssen uns anpassen und zugleich die Folgen anpacken. An unseren Gewässern wird der Klimawandel besonders deutlich. Heiße und zunehmend trockene Wetterlagen treffen auch große Gewässer wie die Donau. Die Donau ist die blaue Lebensader Bayerns. Sie zählt zum wertvollsten Naturerbe Europas. Mit dem neuen Alarmplan für die Donau sorgen wir vor, um Bayerns bedeutendsten Fluss in seiner Artenvielfalt und Gewässerqualität zu erhalten.“ Zunehmende Trockenheit und Hitze führen in den Gewässern zu höheren Temperaturen, niedrigeren Pegelständen und damit verbunden einem verringerten Sauerstoffgehalt. Das hat Auswirkungen auf die Gewässerqualität sowie Fische und andere Lebewesen. Entlang der etwa 380 Kilometer Fließstrecke der bayerischen Donau liegen rund 130 Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen, davon etwa 40 Naturschutz- oder Natura 2000-Gebiete.

Kritische Situationen frühzeitig erfassen

Mit dem Alarmplan Bayerische Donau sollen gewässerökologisch kritische Situationen nach dem Vorsorgeprinzip frühzeitig und repräsentativ erfasst und angegangen werden. Zur Datenerhebung werden die vier Messstationen Ingolstadt-Luitpoldstrasse, Regensburg-Pfaffenstein, Pfelling und Jochenstein genutzt. Sie zeichnen automatisch Temperatur und Sauerstoffgehalt des Wassers auf und werten die Daten aus. Die Messdaten werden zusätzlich wöchentlich durch eine händische Messung überprüft.

Auf der Basis von drei Warnstufen im Ampel-System – Vorwarnung, Warnung und Alarm – und einer begleitenden Experteneinschätzung werden entsprechend der Ergebnisse gegebenenfalls ausgewählte Maßnahmen eingeleitet: Dazu gehören beispielsweise die verstärkte Beobachtung oder ein zusätzlicher Sauerstoffeintrag durch Turbinenbelüftung und an den Wehren der Kraftwerke. Außerdem erfolgt eine Information der Öffentlichkeit.

Im Alarmfall kommen Regelungen zu Nutzungsbeschränkungen zum Beispiel für die Entnahme von Brauchwasser zum Tragen, wenn eine deutliche Beeinträchtigung des Flusses zu erwarten ist.

Der Plan bezieht sich auf die gesamte bayerische Donau bis zur österreichischen Grenze. Der Alarmplan Donau Gewässerökologie ist Teil der Gewässerwarndienste in Bayern und korrespondiert mit dem bereits 2012 in Kraft getretenen Alarmplan für den Main, der im Trockenjahr 2018 erfolgreich zum Einsatz kam. Für die Umsetzung des Alarmplans ist die Wasserwirtschaftsverwaltung unter Federführung der Regierung der Oberpfalz zuständig.

An dem Alarmplan sind unter anderem die Bezirksregierungen, die Wasserwirtschaftsämter, Kreisverwaltungsbehörden, Fischereifachberatungen sowie zahlreiche Gewässernutzer beteiligt. Zu der Expertengruppe gehören Vertreter des Umweltministeriums, des Landesamts für Umwelt, der zuständigen Wasserwirtschaftsämter und der Regierungen.

Die ökologische Bedeutung der Donau ist groß. Allein in der bayerischen Donau konnten rund 60 Fischarten nachgewiesen werden. Insgesamt elf Fischarten leben weltweit ausschließlich im Donaugebiet, darunter der Huchen oder der Donau-Kaulbarsch. Mit ihren Auen bietet die Donau über 135 Brutvogelarten einen wertvollen Lebensraum.

Der Alarmplan Bayerische Donau ist ab sofort im Internet unter www.nid.bayern.de abrufbar. ❐



Die bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber, mit Josef Ziegler, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands (l. u.), Albert Robold, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften des Bayerischen Bauernverbands (l. o.), Albrecht Fürst zu Oettingen-Spielberg, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst Bayern (M.), Thomas Schreder, Vizepräsident des Bayerischen Jagdverbands (r. o.) und Josef Wutz, Waldpräsident des Bayerischen Bauernverbands (r. u.) Bild: StMELF

Hände weg von Feuchttüchern!

Feucht- und Hygienetücher gehören in den Restmüll und nicht in die Toilette. Die Münchner Stadtentwässerung (MSE) bittet alle Bürgerinnen und Bürger, dies unbedingt zu beachten.

Feuchtes Toilettenpapier, Feucht- und Desinfektionstücher bestehen nicht aus Papier, sondern aus einem Polyester-Viskose-Mix oder aus mit Kunstharz gefestigten Fasern. Der reißfeste Stoff löst sich nicht im Abwasser auf und führt deshalb zu Verstopfungen und Pumpenstörungen im Kanalsystem.

Aktuell kommt es gehäuft zu Problemen in der Münchner Kanalisation, die für die Mitarbeiter der MSE zu einem deutlich erhöhten Arbeitseinsatz führen. In der Kläranlage müssen die Tücher vor der Abwasserreinigung vollständig aus dem Abwasser entfernt und separat entsorgt werden. Darüber hinaus können Feucht- und Hygienetücher technische Anlagen schwer beschädigen.

Die Gefahr durch Feucht- und Hygienetücher betrifft auch die privaten Abwasserrohre. Hier kann es bei Verstopfungen zu einem Rückstau des Abwassers bis ins Haus kommen. Dadurch können teure Reparaturen nötig werden. ❐



Blühfläche und Insektenhotel des Amts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kitzingen. Bild: StMELF

„Blühende Ämter“

Jeder Einzelne kann und soll etwas für den Artenschutz tun. Um direkt vor Augen zu führen, welche Möglichkeiten es dafür gibt, haben bayernweit die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und die Ämter für Ländliche Entwicklung ihre Freiflächen arten- und strukturreicher gestaltet. „Wir wollen allen Besucherinnen und Besuchern unserer Ämter zeigen, wie man auch auf begrenztem Raum einen wertvollen Beitrag für Artenvielfalt und Insektenschutz leisten kann – sei es auf Freiflächen, dem Balkon oder im Garten“, sagte die Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zum Start der bayernweiten Aktion „Blühende Ämter“.

Die teilnehmenden Ämter haben sich in einem Kreativwettbewerb intensiv Gedanken gemacht, wie sich an ihren jeweiligen Standorten das Thema Artenschutz wirkungsvoll umsetzen lässt. Jetzt werden die Pläne Wirklichkeit: die Anlage pflegeleichter Staudenpflanzungen beispielsweise, das Ansäen von Blühflächen oder auch das Anbringen von Nistkästen oder Insektenhotels.

Themenschwerpunkt Biodiversität

Die Aktion ist Teil des Themen-Schwerpunkts Biodiversität, den die Landwirtschafts- und Forstverwaltung 2019 und 2020 legt. Unter dem Motto „Unser Auftrag: Erzeugung gestalten – Arten erhalten“ werden bayernweit vielfältige Aktionen durchgeführt, die sich mit den Aspekten und Möglichkeiten zur Verbesserung der Artenvielfalt beschäftigen.

Angebot für Gartenbesitzer

Gartenbesitzer können sich in der Broschüre „Biodiversität – Mut zu mehr Vielfalt im Garten“ der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau informieren. Die Broschüre und detaillierte Informationen zum Schwerpunkt Biodiversität gibt es unter www.stmelf.bayern.de/biodiversität. ❐

Forstliches Gutachten zukunftsfähig aufgestellt

Ministerin und Verbände vereinbaren Weiterentwicklung

Es ist ein Beispiel gelungener Kooperation: Dank intensiver und partnerschaftlicher Zusammenarbeit ist es Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber und den Spitzen von Waldbesitzerverband, Jagdverband, Bauernverband und den Familienbetrieben Land und Forst gelungen, das System der „Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung“ weiterzuentwickeln und zu verbessern. Die Beteiligten sind sich mit der Ministerin einig: „Wir haben das Forstliche Gutachten in Bayern als ein unverzichtbares Monitoring- und Steuerungsinstrument für ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis gestärkt“. Das Ergebnis ist laut Kaniber ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass sich in Zeiten des Klimawandels alle Beteiligten ihrer besonderen Verantwortung für den Aufbau stabiler Zukunftswälder bewusst sind.

Im Einzelnen wird es bei den Forstlichen Gutachten, die turnusmäßig im kommenden Jahr wieder anstehen, folgende Änderungen geben:

- Die sogenannten „Revierweisen Aussagen“ werden für mehr Jagdreviere erstellt. Damit werden Bereiche, in denen das Wald-Wild-Verhältnis noch nicht passt, genauer untersucht.
- Das Wachstum und die Anteile der diversen Baumarten unter dem Einfluss der Wildtiere werden neu dargestellt und dadurch die Entwicklung der Pflanzen besser beurteilt.
- Die waldbauliche Situation vor Ort wird deutlicher abgebildet.
- Die Qualitätssicherung wird ausgeweitet.

Waldbesitzer und Jäger können sich beim nächsten Forstlichen Gutachten, beispielsweise wieder durch die Teilnahme an Waldbegängen oder bei der Aufnahme der jungen Bäume bei der Erstellung der Gutachten einbringen. ❐

GaLaBau findet erst 2022 wieder statt

Die NürnbergMesse hat in enger Abstimmung mit dem Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL) entschieden, die GaLaBau 2020 nicht durchzuführen. „Diesen Schritt gehen wir (…) nach reiflicher Prüfung“, so Petra Wolf, Mitglied der Geschäftsleitung, NürnbergMesse. „In unsere Entscheidung, dass die GaLaBau erst 2022 wieder wie gewohnt in Nürnberg stattfinden wird, flossen maßgeblich die Wünsche unserer Aussteller und Besucher mit ein. Unser Angebot ist nun, für 2020 ein Alternativkonzept vor Ort und virtuell auf die Beine zu stellen. Gleichzeitig ist dies der Startschuss für eine erfolgreiche GaLaBau 2022,“ so Wolf . ❐

Der Baumhirte von Dinkelsbühl

Mit dem Kommunalförster im Wald

Hermann Benninger ist Förster der Stadt Dinkelsbühl. Gemeinsam mit seinem Kollegen und drei Waldarbeitern betreut er 505 Hektar Stadtwald und zusätzlich 1.120 Hektar Wald der Hospitalstiftung Dinkelsbühl. Zusätzlich werden über Waldpflegeverträge die Katholische Kirchenstiftung Dinkelsbühl mit 64 Hektar und 3 Hektar eines privaten Forstbetriebs mitverwaltet. Die Fläche, die sich über 250 Quadratkilometer erstreckt, verteilt sich auf die Landkreise Ansbach (Bayern), Ostalbkreis und Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg). Der Stiftungswald dient seit dem 14. Jahrhundert der Finanzierung sozialer Einrichtungen und so muss der Förster Vielem gerecht werden. Einerseits hat er die Verantwortung, den Wald klimagerecht anzupassen, gleichzeitig muss er auch den Stiftungszweck erfüllen und mit dem Holz Geld verdienen. Mit der Bayerischen GemeindeZeitung sprach Benninger über den Wald zwischen Klimakrise und Ertragsdruck.

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht, sind unsere bayerischen Wälder bis auf wenige Ausnahmen Kulturlandschaft und von jeher von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Hans Carl von Carlowitz, der vor 300 Jahren den Begriff „Nachhaltigkeit“ formte, war zuständig für die Holzversorgung des kursächsischen Berg- und Hüttenwesens, denn ohne Holz konnte kein Silber gewonnen werden.



„Ein Traum für jeden Förster!“ Hermann Benninger führt durch den Lettenbuck, einen Dauerwald mit Einzelbaumnutzung. Bild: CH

Peter Stromer, der im 14. Jahrhundert den Nürnberger Reichswald aufforstete, war beteiligt an einem der wichtigsten Handelshäuser der damaligen Zeit. In früherer Zeit war Holz Bau- und Heizmaterial und in jedem Industriezweig unabkömmlicher, weil alternativloser Energielieferant. Nach dem Zweiten Weltkrieg leistete Deutschland Reparationszahlungen in Form von Holz. Ganze Hänge wurden kahlgeschlagen und anschließend mit dem Brot-und-Butter-Baum der Holzindustrie, der Fichte, wieder aufgeforstet.

Zum Berufsbild eines Försters gehört neben dem fachspezifischen Wissen, dass er sich mit den geschichtlichen Hintergründen auskennt und zwar nicht nur mit globalen Ereignissen, wie Kriegen und wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern gerade auch mit lokalen Besonderheiten. Gleichzeitig muss er die Absichten und Beweggründe der vorangehenden Försergenerationen verstehen sowie darauf vertrauen, dass das eigene Werk von den Nachfolgern entsprechend gepflegt und bestenfalls fortgeführt wird. Eine Buche wird 120 Jahre alt, bis sie geschlagen werden kann, das ist das 1,5-fache einer Fichte. Wenn Benninger also heute Buchen pflanzt, dann werden sie, wenn alles gut läuft, im Jahr 2140 verarbeitet. Dann dürfte nach ihm schon die dritte Förstergeneration an der Reihe sein. Bei Eichen darf man mit 180 bis 250 Jahren Umtriebszeit rechnen, d.h. Eichen, die heute gefällt werden, haben womöglich noch Napoleon durchziehen sehen.

Ein Förster baut Holz an, das seine Nachfolger ernten. Für das Holz, das er verkauft, haben seine Vorgänger gesorgt. Er darf nur so viel Bäume einschlagen, wie wieder nachwachsen. Derzeit sind das nach dem aktuellen Forsteinrichtungswerk 11.000 Festmeter Holz. Gleichzeitig verantwortet er nicht honorierte Nebenprodukte: Der Wald ist Kühlschrank und CO2-Senke, Wasserspeicher und Trinkwasserlieferant, Frischluftaufbereiter, Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie Sehnsuchtsort für Erholungsuchende. „Hierfür gibt es keinen direkten Lohn“, so Benninger, „und in den Wirtschaftlichkeitsrechnungen finden diese nicht marktfähigen Güter keinen Eingang. Der Waldumbau allerdings, der durch den Klimawandel bedingt ist, wird durch Förderprogramme und Zuschüsse von EU, Bund und Land kofinanziert.“

Ökosystem Wald nicht im Gleichgewicht

Benninger blickt mit Sorge in die Zukunft. Hätte er noch vor wenigen Jahren darauf vertraut, dass durch die Tanne das Fichtensterben abgefedert werden könnte, ist er nach den vergangenen beiden Sommern nicht mehr so optimistisch: „Die Tanne wurzelt tief und kommt mit Trockenheit besser zurecht. Sie holt Nährstoffe von weiter unten als die Fichte und sorgt mit ihrer Streu für eine gute Mineralisierung des Bodens. In der Verarbeitung ist die Tanne der Fichte gleichgestellt. 2019 lag die Durchschnittstemperatur in Bayern bei rund 10 Grad, da kommen auch Tannen und sogar die klimatolerante Buche an ihre Grenzen. Die langjährige Durchschnittstemperatur für Bayern liegt bei 8,5 Grad. Wenn es uns gelingt, den Temperaturanstieg auf 2°C zu begrenzen, dann haben wir ein Klima wie in Ungarn. Sollte die schlechteste Prognose (4°C) eintreffen, dann müssen wir mit klimatischen Verhältnissen wie in Afghanistan rechnen. Mit solchen Temperaturen kommen Fichten definitiv nicht zurecht. Wir stecken in einer ernsthaften Waldkrise und der Übeltäter heißt Klimawandel. Laut Internetseite des Landesamts für Umwelt ist in Bayern „das Jahresmittel der Lufttemperatur mit rund 1,1°C seit 1931 stärker gestiegen als der globale Wert von 0,7°C. Die stärkste Erhöhung vollzog sich in den letzten beiden Jahrzehnten, war regional jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt“. Langanhaltende Trockenheit, gepaart mit schweren Stürmen, setzen den Bäumen derart zu, dass Insekten, wie der Borkenkäfer, und verschiedene Pilze leichtes Spiel haben. Aber Bäume sind nur die offensichtlich Leidtragenden. Es ist das gesamte Ökosystem Wald, das nicht mehr im Gleichgewicht ist. „Durch jahrhundertelangen Fokus auf möglichst viel Ertrag“, so Benninger, „wurden Wälder zu Monokulturen umgebaut, die immer schon anfälliger gegenüber Klimaextremen und Schadorganismen waren.“ Das alles ist nicht neu. Bereits 1880 beschrieb der bayerische Waldbau-Professor Karl Gayer in seinem Buch „Der Waldbau“ die Vorteile von Mischwäldern und natürlicher Verjüngung für die Bewahrung der Standortqualität. „Denn solche Wälder“, führt Benninger aus, „haben ein besonderes Waldinnenklima und sind stabiler gegenüber Schadenereignissen“. Zum Glück gibt es für seinen Wald ein brandneues Forsteinrichtungswerk (2018). Damit hat er einen Plan wie die Wälder in Zukunft umgebaut werden sollen und Dinkelsbühl einen engagierten mutigen Kommunalförster.

Wo es gute Samenbäume gibt, setzt Benninger auf Naturverjüngung, denn dadurch ergeben sich viele Vorteile. Es entstehen geringe Kultur- und Pflegekosten. Der personelle Aufwand hält sich in Grenzen. Die Bäume haben eine hohe genetische Vielfalt und sind fest verwurzelt. Aber die nachwachsenden Bäumchen sind Delikatessen für Rehe. Naturverjüngung kann also nur funktionieren, wenn intensiv gejagt wird.

Bejagung durch den Förster

Den Beweis dafür liefert Benninger selbst. 2009 gab es ein forstliches Gutachten zur Rehwild-Abschussplanung in seiner Abteilung Lettenbuck. Es besagt, dass sich die Verbisssituation deutlich verschlechtert habe und ein jagdliches Gegensteuern dringend erforderlich sei. Daraufhin übernahm Benninger 2010 die Jagd privat selbst und sorgte für entsprechende Abschussquoten, wobei er betont, dass er das Rehwild nicht ausrotten will. Im erneut 2018 durchgeführten Gutachten heißt es dann: „Sobald Alttannen vorhanden sind, verjüngt sich die Tanne fast ohne Verbiss. Auch die Buche verjüngt sich ohne Probleme.“ Heute führt er voller Stolz durch den Lettenbuck: „Das ist ein Traum für jeden Förster!“ Benninger hat hier sehr anschaulich gezeigt, dass es wichtig wäre, kommunale Förster – wie im Staatswald üblich – auch mit der Bejagung in den eigenen Flächen zu betrauen.

Der Lettenbuck entwickelt sich jetzt zu einem Dauerwald mit Einzelbaumnutzung, in dem die natürlichen Abläufe im Wald genutzt werden. Entnommen werden nur Bäume, die erntereif oder deren Qualität nicht vielversprechend ist. So wird Platz und Licht für eine neue Generation geschaffen. Solche Wälder sind gegenüber Schadensereignissen stabil. Rückegassen finden sich alle 40 Meter. In einer „Holzplantage“, wie Benninger intensiv beförsterte Waldgebiete nennt, sind Rückegassen alle 20 Meter angelegt. Damit könnte der Wald komplett maschinell bearbeitet werden. Darauf hat Benninger bewusst verzichtet um einen höheren Anteil an Boden als Produktionsfläche zu erhalten. Im Stadt- und Hospitalwald arbeiten Harvester und Waldarbeiter kombiniert zusammen. Für natürlich verjüngte Waldflächen sind gute Waldarbeiter unverzichtbar.



Die Buchensaat 2020 geht auf. Bild: CH

Pflanzung oder Saat

Wo Naturverjüngung nicht möglich ist, kann gepflanzt werden. Diese Setzlinge, die eine geringere genetische Vielfalt besitzen, sind behandelt und die Wurzeln beschnitten. Man spricht davon, dass die Bäumchen nach dem Einbringen im Wald unter einem Pflanzschock leiden. Wenn die Zöglinge mit der Situation nicht zurechtkommen, kann schon mal ein Großteil der jungen Pflanzen ausfallen. Um solche Extreme abzupuffern und auch die Resilienz der Pflanzen zu fördern, setzt Benninger auf die Saat.

Im Schutz des Altholzes hat der Förster inzwischen Tannen, Eichen – die mit einem trockenen Klima besser zurechtkommen – und seit diesem Jahr auch Buchen gesät. Bislang ist die Saat aufgegangen. Solange die Pflanzen noch nicht der Verbissgefahr entwachsen sind, ist oftmals ein teurer und aufwändiger Zaunschutz nötig. Aber wenn es gut geht, dann ist die Saat eine um 20 Prozent kostengünstigere und für den Wald verträgliche Alternative. Schon im Mittelalter war die Saat von Bäumen gängige Praxis. Benninger hofft, dass die Buchen, die er 2020 gesät hat, bis zu seiner Rente mindestens 10 Meter hoch sind.

Sein nächstes Projekt wird eine Edelkastaniensaat sein. Dazu hat er eine mit Heidelbeere überwucherte Fläche im Auge. Heidelbeere ist ein Indikator für Oberbodenversauerung.



Heidelbeere zeigt die reduzierte biologische Bodenaktivität der Mikroorganismen an. Die Streu von Fichte und Kiefer führt zu einer verlangsamten Bodenmineralisierung und zur Bildung eines acht bis zehn cm mächtigen rohhumusartigen Moder. Mit der Saat von Edelkastanien wird die Bodenqualität verbessert. Bild: CH

Die Edelkastanie ist in südlichen Ländern heimisch und kommt mit nährstoffärmeren Böden gut zurecht. Zugleich sorgt sie mit ihrer Streu für eine bessere Bodenökologie.

Holzverkauf in Eigenregie

Mit der Saat legt Benninger den Grundstein dafür, dass seine Nachfolger hoffentlich klimaresistente Bäume ernten können, deren Holz einen anständigen Preis erzielt. Momentan ist der Holzpreis im Keller. Der Markt ist aufgrund von Stürmen und der Borkenkäferplage mit Kalamitätenholz geflutet. Seit 2005 wird der Holzverkauf vom Dinkelsbühler Förster in Eigenregie erledigt.

Glücklicherweise hat Benninger gute Absatzmöglichkeiten durch mittelständische und große Sägewerke in der näheren Umgebung. Er berichtet von Kollegen, deren Holzeinschlag vehement durch Sturm und Borkenkäfer bestimmt wird. So schlimm sieht es bei ihm nicht aus. Aber trotzdem ist es schmerzhaft, wenn eine vom Borkenkäfer befallene Fichte, die 80 Jahre im Wald steht, geschlagen werden muss und nur noch 35 Euro pro Festmeter bringt. Dieser Wertverlust ist eine riesige finanzielle Belastung für den Waldeigentümer. Außerdem ist es schwierig einzuschätzen wie sich die Holzpreise landesweit entwickeln werden, wenn die anfallenden Schadholzmengen auf gleichem Niveau bleiben oder sogar weiter ansteigen.

Alternative Einnahmequelle

Benninger vertritt daher die Ansicht, dass es möglich sein muss, auch anderweitig Geld zu verdienen. Eine alternative Einnahmequelle für den städtischen Forstbetrieb sind die Pachteinnahmen durch die Nutzung von Windenergie. Derzeit stehen drei Windräder im Stadtwald und nochmals drei im Hospitalwald. Natürlich plädiert er dafür, keine schützenswerten Bereiche zu opfern, die Debatte sollte aber geführt werden.

Eine weitere Zusatztätigkeit hat der Förster für sich aufgetan, und zwar den Wald als Bereitsteller von Ausgleichsflächen anzubieten. Diese Flächen werden aus der Bewirtschaftung herausgenommen und der Waldeigentümer wird finanziell entschädigt. In seinem Revier hat er dafür auch ein passendes Beispiel. 2013 wurde festgestellt, dass sich ein Biber auf einer ehemaligen Weiherfläche niedergelassen hat. Ein Biberdamm staute ein Fließgewässer auf, was zu großflächigen Überflutungen führte. Mit einer fortschreitenden Biberaktivität war zu rechnen. Wie der Zufall es wollte, brauchte die Stadt Dinkelsbühl eine Ausgleichsfläche für ein Baugebiet und Benninger ergriff diese Win-win-Chance für Kommune und Biber. Dieser trägt jetzt zum Erhalt und zur Gestaltung der Ausgleichsfläche bei. Die Entwicklung wird stetig dokumentiert; das entstandene Gewässer gehört mit 29 registrierten Libellenarten zu den artenreichsten Libellenhabitaten im Wuchsgebiet Virngrund. Der Stadt blieben Renaturierungsmaßnahmen (fast) erspart.

Benninger weiß, dass gehandelt werden muss und er ist gut vorbereitet. Er fördert Samenbäume und Naturverjüngung. Er zeigt auf, dass man für einen naturnahen Waldumbau die Jagd in den Griff bekommen muss. „Verbiss kann man nicht vermeiden, aber es macht einen Unterschied, ob nur 20 Prozent oder eben doch 80 Prozent verbissen sind“, erklärt der Förster.

Versuche mit Exoten

Auf geeigneten Böden sät er Bäume, die mit dem Klimawandel besser zurechtkommen und anstatt sich nur auf den Holzpreis zu verlassen, findet er weitere Ertragsmöglichkeiten. Versuche mit Exoten wie Libanon- und Atlaszeder hält er für durchaus diskutabel, von einem bestandsweisen Anbau rät er aber ab. „Ob diese Arten mit unseren Spätfrösten zurechtkommen, wissen wir einfach nicht“, erklärt Benninger und verweist auf 100 Jahre Erfahrung mit der Douglasie. Dort, wo es geeignete Standorte für sie gibt, spricht nichts gegen diesen Baum. Allerdings ist auch ihre Streu für die Mikroorganismen im Boden schwer verdaulich.“ Die Douglasien, die in Benningers Revier stehen, sind gut durchmischt mit Buchen und Tannen, die als Basenpumpe die Nährstoffe von weiter unten holen. Buchen sorgen außerdem für Schatten und Windruhe.

Besonders der öffentliche Wald muss vorbildlich bewirtschaftet sein und den Dienst des Waldes an der Gesellschaft erachtet der Förster als lebensnotwendig: „Ich darf mich bei Naturgütern bedienen, aber ich darf keinen Raubbau betreiben. Letztendlich ist der Wald der Wald der Bürger und Einkommensquelle künftiger Generationen. Gerade in diesen Zeiten hat er sich auch als wichtig für die menschliche Seele erwiesen.“ **CH**

Baubetriebshöfe vor unterschiedlichen Herausforderungen

Von Sebastian Ehrlich, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Die Auswirkungen durch die Klimaentwicklung reizen die Flexibilität der Baubetriebshöfe voll aus und erfordern regional unterschiedliche Maßnahmen. Die KUBUS GmbH hat in ihren Organisationsuntersuchungen in kommunalen Betrieben diesbezüglich steigende Anforderungen in fast allen Tätigkeitsbereichen festgestellt. Um die Entwicklungen in einem deutschlandweiten Trend aufzuzeigen, baten wir um ein Feedback zu verschiedenen Themen in einer Umfrage, an der sich bundesweit 75 Baubetriebshöfe beteiligten.

Bauhöfe aus dem gesamten Bundesgebiet erhielten die Möglichkeit, zu verschiedenen Standardleistungen die Entwicklung und der Aufwände einzuschätzen. Deutlich sind regionale Unterschiede beispielsweise bei der Rasenmahd oder dem Winterdienst erkennbar; jedoch beschreibt jeder Baubetriebshof in mindestens einer Kategorie spürbare Veränderungen.

Ohne Wässern geht es nicht

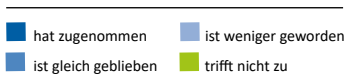
Mit 92% gab es den höchsten Ausschlag bei der Bewässerung von Grünanlagen unserer Städte und Gemeinden. Vor ganz besonderen Herausforderungen standen in den letzten Jahren Gemeinden in Gebieten in denen in Sommermonaten aufgrund der Wasserknappheit das Bewässern gänzlich untersagt wird oder – wie im Extremfall geschehen – einige Gemeinden gänzlich von der Wasserversorgung abgeschnitten wurden.

Wie haben sich Zeitaufwand und Verbrauch beim Wässern der Grünflächenanlagen entwickelt?



Jungbäume haben es besonders schwer

Anhaltend niedrige Niederschlagsmengen in vielen Regionen Deutschlands machen es besonders Jungbäumen schwer, aber auch bei den Altbäumen ist ein teilweise extremer Anstieg in der Pflege zu bemerken. Durch fehlende Feuchtigkeit und dadurch zunehmend schlechtere Versorgung mit Nährstoffen sind die Auswirkungen massiv. In 81% der Fälle registriert man steigende Aufwände an Personalstunden und Beanspruchung ihrer technischen Ausrüstung.



Der Arbeitsaufwand für die Baumpflege:



Unwetter binden die ohnehin knappen Ressourcen

Wer kennt sie nicht, die Bilder resultierend aus den Wetterkapriolen der Letzten Jahre. Die Schäden und die daraus folgende Belastung für die Baubetriebshöfe, ihren Mitarbeitenden und der Technik ist immens und binden immer häufiger umfassende Ressourcen, die für die Leistungserfüllung der üblichen Aufgaben fehlen.

Wie entwickelt sich die Arbeitsbelastung durch Sonderereignisse (z. B. Stürme, Starkregen, Überschwemmungen, etc.)?



Den Veränderungen mit den richtigen Konzepten begegnen

In den Ergebnissen unserer Umfrage konnten wir deutliche Veränderungen und damit verbunden aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die kommunalen Betriebe aufzeigen. Fast zwei Drittel der Teilnehmenden stellen deutliche Veränderungen bzw. Verschiebungen bei der Aufgabenerledigung zur Verkehrssicherungspflicht fest. Nur mit der entsprechenden Ausstattung der Baubetriebshöfe ist dies zukünftig zu meistern. Die Uhr ist fünf vor zwölf, denn die Auswirkungen sehen wir alle bereits regelmäßig in vielen Grünanlagen. Insgesamt ist es sicherlich eine ausgesprochen große Herausforderung, den klimatischen Veränderungen und Extremwetterlagen mit den richtigen Konzepten zu begegnen. Doch sollte dieser Prozess, auch auf kommunaler Ebne, als mögliche Chance für interkommunale Zusammenarbeit gesehen werden.

Details und weiterführende Links

Die oben aufgeführten Themen sind die Top-drei aus den Ergebnissen unserer Bauhofumfrage zu den Auswirkungen des Klimawandels.

Den ausführlichen Bericht mit vielen zusätzlichen Details und Hintergrundinformationen finden sie auf der Internetseite www.kubus-mv.de. ❐

Wildkrautbekämpfung professionell mit Heißwasser

Der niederländische Maschinenbauer Empas hat mit der MCB (Multicleaner-Basis) ein spezielles Gerät für die Wildkrautbekämpfung in schwer zugänglichen Bereichen entwickelt. Ob öffentliche Flächen wie Spiel- oder Sportplätze, kleine Durchgänge oder Baumscheiben – das Unkraut wird mit Heißwasser wirkungsvoll und nachhaltig entfernt.

Das Wasser wird in einer garantiert konstanten Austrittstemperatur von mindestens 99,4 Grad Celsius mit einer Handlanze auf die Pflanzen aufgetragen. Somit ist sichergestellt, dass das Eiweiß gerinnt und die Pflanzen nach wenigen Stunden absterben. Nur wenige Durchgänge pro Jahr sind nötig; auf den Einsatz chemischer Herbizide kann völlig verzichtet werden.

Zusätzlich zur Wildkrautbekämpfung verfügt das Gerät über die Funktion der Heißwasser-Reinigung inklusive des Nebeneffekts der thermischen Desinfektion. Parkbänke, Spielplatzgeräte, Stadtmobiliar und ganze Flächen können nicht nur schonend und effektiv gereinigt, sondern von Keimen, Viren und Bakterien befreit werden. Auch der Eichenprozessionsspinner kann mit der MCB entfernt werden. Die Maschine ist autark und mobil einsetzbar. Sie wird z. B. auf einem Hänger transprotiert. ❐





Kerstin Schreyer (Mitte), Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, zusammen mit dem Präsidium des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) und Präsidiumsmitgliedern des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL). Unsere Aufnahme entstand vor den Corona-Einschränkungen. Bild: Carolin Tietz, VGL Bayern

Garten- und Landschaftsbau in Bayern weiterhin auf Wachstumskurs

Der bayerische Garten- und Landschaftsbau verzeichnete auch 2019 ein kräftiges Wachstum. Dies geht aus den neuesten Zahlen hervor, die der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern (VGL Bayern) am 12. März 2020 auf seiner Mitgliederversammlung in Nürnberg präsentierte.

Demnach stieg der Umsatz standsgebäuden folgen. Auch der Landschaftsgärtner auf ein neues Rekordniveau. In ihrem Grußwort würdigte Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer den Beitrag des Verbands zur Mitgestaltung der Umwelt und des sozialen Miteinanders.

Auf der Mitgliederversammlung wies Gerhard Zäh, Präsident des VGL Bayern, auf die anhaltend positive Entwicklung im bayerischen Garten- und Landschaftsbau (GaLaBau) hin. Ein Umsatzwachstum verzeichnete der Markt auch mit öffentlichen Auftraggebern.

Städtebauliche Aufwertung

Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, bedankte sich in ihrem Grußwort: „Der Garten- und Landschaftsbau trägt nicht nur zur städtebaulichen Aufwertung unserer Städte und Dörfer bei, er ist auch ein wichtiger Verbündeter bei unseren Bemühungen zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Klimaanpassung in Bayern“, so die Ministerin. „Darüber hinaus sind Sie es, die mit Ihrer Arbeit an Parks, Gärten oder Sportplätzen wichtige soziale Räume in unseren Städten schaffen – Orte, an den Menschen zusammenkommen, sich erholen können und wo Gemeinschaft stattfindet.“ Das Grundprinzip des Verbands, durch seine Arbeit eine lebenswerte Umwelt fördern zu wollen, sei auch Leitlinie ihrer Politik.

Gebäudebegrünung fördern

Dach- und Fassadenbegrünungen spielen eine künftig nicht mehr wegzudenkende Rolle beim Thema Stadtgrün. Die Bedeutung der Bauwerksbegrünung wird auch daran deutlich, dass ihr im „Weißbuch Stadtgrün“ der Bundesregierung ein eigenes Kapitel zugedacht ist und der „Masterplan Stadtnatur“ darauf eingeht. „Die Gebäudebegrünung vereint eine Vielzahl an positiven Wirkungen, die dem Klimawandel entgegentreten und sollte bei der Kompensation von Eingriffen hinsichtlich quartiersnaher Ausgleichsflächen viel stärker berücksichtigt werden“, forderte Zäh.

Urbane grüne Infrastruktur

Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Gesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern (Gesamtgesellschaftliches Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz) wurde unter anderem die Bayerische Bauordnung angepasst. Infolgedessen sollen staatliche Gebäude bei Neu- und wesentlichem Umbau zukünftig begrünt werden. „Dies ist ein guter Ansatz. Nun sollte auch eine entsprechende Verpflichtung bei Bauche der Bürgerinnen und Bürger an einen nachhaltigen Umgang mit ihrer Umwelt steigen. Demnach verzeichnet die Grüne Branche ein steigendes Interesse ihrer Kunden an einer naturnahen Gartengestaltung, die die Biodiversität fördert.

Der Natur Raum geben

Worauf es bei naturnaher Gartengestaltung ankommt, präzisierte Pia Präger, Mitglied des VGL-Bayern-Präsidiums. Dabei bedeute „naturnah“ die Gestaltung und Pflege eines Gartens mit der Natur und den ihr eigenen Gesetzen und nicht gegen sie. „Man gibt der Natur Raum zur Entwicklung, ohne auf lenkende Eingriffe zu verzichten. Naturnahe Gärten mit zahlreichen Ökosystemen und einer hohen Biodiversität sind sichtbarer Beweis eines ausgeprägten Umweltbewusstseins“, erläuterte die Gärtnermeisterin. ❐

Gesundheit stärken, Klimaanpassung gestalten

Verbände fordern Konjunkturprogramm für kommunales Grün

Der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. (BGL), der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), der Bund deutscher Baumschulen (BdB) e.V. und der Zentralverband Gartenbau e.V. (ZVG) fordern gemeinsam mit dem Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) ein wirksames Förderprogramm für kommunales Grün.

Das Verbändebündnis unterstreicht, dass Parks und Grünflächen systemrelevant sind. „Die Flächen sind nicht nur grüne Lungen für die Menschen, sondern haben auch eine hohe Bedeutung als Lebensraum und Vernetzungsstruktur für städtische Biodiversität“, so DNR-Geschäftsführer Florian Schöne.

Die Allianz aus Wirtschafts- und Umweltverbänden hält es für unumgänglich, gerade jetzt die Kommunen mit einem klimagerechten Innovations- und Konjunkturpaket für mehr Grün zu unterstützen. „Wir als Verbändebündnis appellieren an die Bundes- und Landesregierungen, ein langfristiges Förderprogramm für die grün-blaue Infrastruktur in der Stadt und im ländlichen Raum einzurichten. Gesundheitsvorsorge und Klimaanpassung brauchen jetzt diese Unterstützung“, so BGL-Präsident Lutze von Wurmb. Im Übrigen entspreche dies auch den Bestrebungen der Bundesregierung in der anstehenden EU-Präsidentschaft, über den sogenannten „Green Deal“ mit Investitionen in die Nachhaltigkeit auch die Wirtschaft zu unterstützen, so von Wurmb weiter. Er erwarte daher eine große Unterstützung seitens der Bundespolitik. ❐



Im Bauhof der Stadt Abensberg ist eine neue Kehrmaschine eingetroffen. Georg Ipfelkofer (re.), Markus Piendl und Paul Schretzlmeier (li.) haben den „HAKO Citymaster 2200“ durchgetestet und sind begeistert von der Ausstattung, die auch eine Videoüberwachung am Heck und am Saugrohr beinhaltet. Die neue Kehrmaschine arbeitet mit drei Kehrbesen. Am Heck befinden sich eine regelbare Saugeinheit und ein Hochdruckreiniger. Eingesetzt wird die Kehrmaschine zur Straßen- und Radwege-Reinigung. Der Citymaster benötigt eine Höhe von 2,10 Meter. Die Kehrbreite beträgt maximal 2,60 Meter. Gekostet hat das Fahrzeug 115.000 Euro. ❐



Der Unimog unterstützt die Imker von Woldgate Honey auf jedem Gelände. Bild: Daimler.com

Mit Bienenfleiß

„Mit der vielseitigen Leistungsfähigkeit des Unimogs hält kein anderes Fahrzeug mit."

Als gewerbliche Imkerei braucht Woldgate Honey in Großbritannien Alleskönner für schwere Ladung. Sowohl auf der Straße als auch im anspruchsvollen Gelände – und das bei jeder Wetterlage.

Tonnenweise Argumente.

Woldgate Honeys 2.000 Bienenstöcke beherbergen in Spitze über 50.000 Bienen. Das Ergebnis lässt sich sehen: Mindestens 60 Tonnen hochwertiger Honig werden jedes Jahr von März bis Oktober produziert. Um optimale Bedingungen zu gewährleisten, werden die Stöcke während dieser Zeit einige Male versetzt – und folgen den blühenden Pflanzen von landwirtschaftlich nutzbaren Feldern bis ins Heidemoorland.

Vielseitige Leistungsfähigkeit

Um auch abseits der Blüten optimal für die Produktion gerüstet zu sein, hat sich das Unternehmen drei neue, je 8,8 Tonnen schwere Unimog U 4023 angeschafft.

Der Herbst ist die geschäftigste Zeit des Jahres: Die Imker von Woldgate besuchen täglich die Bienenstöcke in abgelegenen Gebieten der North York Moors. Diese Aufgabe verlangt den Fahrzeugen unterschiedlichste Fähigkeiten ab – und der Unimog lässt keine Wünsche offen.

Geschäftsführer Mark Evamy erklärt, dass die Fahrzeuge relativ große Strecken auf konventionellen Straßen zurücklegen, um die Bienenstöcke zu erreichen. Das setzt den Fokus auf Komfort und Kostengünstigkeit. Allerdings sind die entlegeneren Stöcke bis zu 8 km von der nächsten Straße entfernt. Hier ist Geländegängigkeit das entscheidende Kriterium. Der dritte Fokus liegt auf dem Fahrwerk: es muss Platz bieten für 160 Bienenstöcke, die Ausrüstung und zu guter Letzt müssen auch noch die speziell gefertigten Hubarme angebracht werden können.

Mark Evamy erklärt, dass nicht viele Fahrzeuge allen diesen Anforderungen gewachsen sind. Seit 12 Jahren setzt er auf den Unimog und bereut es nicht. Deshalb hatten nun erstmals gleich drei Neufahrzeuge ihr Debüt.

Extremwerte dank drehelastischer Rahmen und Schubrohraufhängung

Dank seines starken aber trotzdem drehelastischen Rahmens und seiner Schubrohraufhängung erreicht der Unimog Extremwerte in der Achsverschränkung von bis zu 30 Grad. Steigungen von 45 Grad stellen aufgrund der kurzen Überhänge kein Problem dar. Für maximale Leistung treibt der 170 kW (230 PS) Euro VI Motor alle vier Räder an.

Ausstattung

Das Trio ist ausgestattet mit Pritschenaufbauten aus verzinktem Stahl. Diese sind auf den speziellen verwindungsfreien und schwenkbaren Unterkonstruktionen der Fahrzeuge angebracht, um eine Behinderung des Fahrwerks zu vermeiden. Die Hubarme sind am Heck befestigt.

Umweltfreundlich und effizient

Nicht nur die Fähigkeiten des Unimog überzeugen – auch die Umwelt freut sich über die neuen Fahrzeuge. Neben Motoren, die die aktuellste Abgasnorm erfüllen, sind Woldgates neueste Unimog mit einem zentralen Reifendruck-Regelsystem ausgestattet. Das System erlaubt dem Fahrer, aus der Kabine heraus den Reifendruck zu senken. Beim Offroad-Einsatz wird so der Schaden am Untergrund minimiert und gleichzeitig das Gripniveau erhöht. Wenn das Fahrzeug zurück auf der Straße ist, können die Reifen wieder befüllt werden und garantieren maximale Sicherheit und Kraftstoffeffizienz. ❐

30 Jahre Landschaftspflegeverband Wunsiedel

Vor 30 Jahren wurde der Landschaftspflegeverband im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge aus der Taufe gehoben. Seit 1990 trägt eine starke Allianz aus Kommunen, Landwirten und Naturschützern dazu bei, Ökologie und Ökonomie unter einen Hut zu bringen, aber auch die Landwirte und das Handwerk zu unterstützen.

Wunsiedel war einer der frühen Landschaftspflegeverbände in Bayern, die sich um den Erhalt der Lebensräume gefährdeter Tiere und Pflanzen durch gezielte Maßnahmen kümmerten. Die Pflege der Vogelschutzflächen in Oberweissenbach, das Heckengebiet Schönbrunn, die Torfstiche bei Niederlamitz und die Hohlwege um Schirnding waren erste Arbeitsfelder des Pflegeverbandes.

Zudem suchte die Leiterin und Landschaftsplanerin Gudrun Frohmader-Heubeck früh den Kontakt zu interessierten Landwirten und ihrer Betriebshilfeorganisation, dem Maschinenring Wunsiedel. Sie erarbeitete Pflegepläne für Schutzgebiete, begleitete die Flächenankäufe der Naturschutzverbände, hielt Kontakt zu den beteiligten Kommunen und Fachbehörden und reichte Förderanträge für die jährlichen Naturschutzmaßnahmen über die Untere Naturschutzbehörde bei der Regierung von Oberfranken zur Bewilligung ein.

Waren 1990 erst zehn Landschaftspflegemaßnahmen mit einem Volumen von ca. 40.000 DM zu verzeichnen, kann heute bereits auf 99 Maßnahmen mit Einzelprojekten und Gesamtkosten von rund 350.000 Euro verwiesen werden. Wesentlich sind dabei nicht nur die Fördergelder, sondern auch die Eigenanteile des Landkreises Wunsiedel mit seinen Kommunen. Auch Naturschutzverbände geben Teile ihrer Biotoppflege ab und finanzieren die Pflegearbeiten mit.

Dichtes Netzwerk

Das dichte Netzwerk der 17 Kommunen, der 100 aktiven Landwirte und Biotoppfleger und aller örtlichen Naturschutzverbände schafft eine breite Basis. Die Bedarfspflege in den ca. 100 Schutzgebieten und den gesetzlich geschützten Biotopen wird ergänzt durch notwendige Maßnahmen für besonders geschützte Tiere und Pflanzen der Roten Listen sowie die Umsetzung der FFH-Richtlinie in den Natura 2000-Gebieten. Auch Pflegemaßnahmen in Sekundärstandorten wie aufgelassene Steinbrüche stehen auf der Agenda.

„Wiesenbereiche weiter mähen, biotopprägende Nutzung fortführen" war der Auftrag an alle, die sich den Biotopen aktiv widmen konnten. Der Bund Naturschutz, der Fichtelgebirgsverein, der Landesbund für Vogelschutz, die Naturfreunde und der Naturpark als Landschaftspflegeverband sind seit mehr als 30 Jahren die örtlichen Hauptakteure, immer in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden in Wunsiedel und Bayreuth.

Auch tierische Landschaftspfleger sind im Übrigen am Erhalt der Kulturlandschaft beteiligt: Rund 100 Schafe treibt ein Schafhalter aus Mühlbühl von Weide zu Weide und verhindert damit ein Zuwachsen der wertvollen Nagler Bergwiesen. **DK**

Landesgartenschauen verschoben

Das Umweltministerium hat der Verschiebung der bayerischen Gartenschauen zugestimmt.

Die Landesgartenschau Ingolstadt kann damit nicht in diesem Jahr, sondern 2021 stattfinden, die Landesgartenschau in Freyung wird von 2022 auf 2023 verschoben.

Die Terminverschiebung führt dazu, dass 2021 zwei Veranstaltungen stattfinden: die Regionalgartenschau „Natur in Lindau" und die Landesgartenschau Ingolstadt. Weitere Informationen unter:

https://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/gartenschauen/index.htm ❐

Mobiler Werkstattservice für Kommunalfahrzeuge

Zertifizierter myUnimog Mobile Service Partner an den Standorten der Firma Beutlhauser in Hengersberg, Kulmbach und Weimar

Wartung, Diagnose und Reparaturen am Mercedes Benz Unimog und anderen Kommunalfahrzeugen sowie An- und Aufbaugeräten aller namhaften Hersteller führt das gut ausgebildete Servicepersonal von Beutlhauser direkt vor Ort beim Kunden durch.

Vor Ort heißt: egal ob das Fahrzeug im heimischen Bauhof steht, auf der Straße oder dem Feld liegen geblieben ist, mit den modernen und vollausgestatteten Kundendienstfahrzeugen kommt die Werkstatt direkt zum Kunden. Alle Servicewägen der Kommunalstandorte in Bayern und Thüringen sind neben den gängigen Werkzeugen auch mit modernster Diagnosetechnik ausgestattet. Nach Herstellervorgaben können Wartungen daher jederzeit durchgeführt werden, sowie Fehler dank der Online-Anbindungen schnell diagnostiziert und behoben werden. Das Ziel von Beutlhauser ist hier klar zu erkennen: Der Kunde soll möglichst schnell wieder einsatzfähig sein, die Standzeit seines Fuhrparks reduziert und Ausfälle minimiert werden.



Monteur der Firma Beutlhauser Bild: Beutlhauser

Zertifizierter Partner

Seit Kurzem sind die Kommunalstandorte in Hengersberg, Kulmbach und Weimar zusätzlich zertifizierte myUnimog Mobile Service Partner von Mercedes Benz Unimog.

Im Rahmen der Zertifizierung werden die Außendienstmonteure über das normale Trainingsprogramm hinaus regelmäßig geschult, da bei einem Außeneinsatz die Beratung im Team nicht möglich und der Techniker oft auf sich allein gestellt ist. Nach und nach sollen alle weiteren Kommunalwerkstätten der Beutlhauser-Gruppe zertifiziert werden. ❐



Landkreis ist Digitale Bildungsregion

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist seit Anfang April 2020 offiziell „Digitale Bildungsregion“. Damit werden die Digitalisierung im Bildungsbereich weiter vorangebracht, neue Ideen entwickelt sowie Projekte und Maßnahmen umgesetzt.

Im Frühjahr 2019 hat sich die „Bildungsregion altmühlfranken“ auf den Weg gemacht, „Digitale Bildungsregion“ zu werden. Als einer der ersten in Mittelfranken kann sich der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen nun freuen: die Bewerbung beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus war erfolgreich und die Arbeit kann aufgenommen werden, wie Bayerns Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo in einem Schreiben an Landrat Gerhard Wägemann mitgeteilt hat.

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen und Einschränkungen im beruflichen und privaten Umfeld zeigen einmal mehr, wie aktuell und wichtig das Thema „Digitalisierung“ ist. Digitale Kompetenzen sind nahezu unerlässlich geworden, doch die Nutzung der vielfältigen Hard- und Software erfordert umfangreiche Kenntnisse.

„Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen will diese Entwicklung begleiten und aktiv mitgestalten“, so der Landrat und die Bildungskoordinatorin des Landratsamts, Greta Weisenseel.

Vier Schwerpunktthemen

Das landkreisweite Konzept für die digitale Bildungsregion befasst sich mit den vier Schwerpunkten „Digitalisierung gemeinsam gestalten“, „Entwicklung einer modernen IT-Landschaft“, „Vermittlung von Kompetenzen für eine digitale Welt“ und „Wirtschaft 4.0 – digitale Transformation“.

Mit der Umsetzung von Projekten und Ideen sollen regionales, digitales Wissen geteilt und gebündelt, vorhandene Kompetenzen und Angebote transparent gemacht und gute Praxisbeispiele bekannt und weiterentwickelt werden. Es gibt in Altmühlfranken bereits zahlreiche digitale Projekte. Sie wurden im Rahmen der Konzepterstellung in einer Ist-Stand-Analyse erfasst.

Mediencurriculum und FabLab

Das Staatliche Schulamt Weißenburg-Gunzenhausen hat in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Digitale Bildung“ ein sogenanntes „Mediencurriculum“ erstellt. Dadurch können ein digitaler, jahrgangsspezifischer „Grundstock“ festgelegt und die Bildungseinrichtungen besser verzahnt werden.

Als Kombination aus MINT-Bildung sowie digitaler Bildung entsteht im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen momentan das erste FabLab mit Standort in Gunzenhausen. Als außerschulischer Lernort bietet das FabLab allen Generationen die Möglichkeit, sich mit den Themen MINT und Digitalisierung unter fachkundiger Anleitung zu befassen. Auch der Ausbau der iPad-Klasse an der Wirtschaftsschule soll weiter stattfinden, sodass der digitale Unterricht als Best-Practice-Beispiel auch für andere Einrichtungen dienen kann.

Referentenpool

Darüber hinaus soll ein regionaler Referentenpool entstehen, durch den Stück für Stück auch ein regionales Wissens- und Fortbildungsnetzwerk für den Landkreis aufgebaut werden kann. Auf Basis einer wissenschaftlichen Studie zum Thema Familienbildung soll auch das bereits vorhandene Familienportal grundlegend überarbeitet und interaktiv gestaltet werden. Das weitere Vorgehen sowie die Umsetzung einzelner Projekte und Maßnahmen werden gemeinsam mit dem Bildungsrat abgestimmt.

Natürlich birgt die Digitalisierung auch Gefahren, doch geht es in der heutigen Schul- und Arbeitswelt, aber auch im privaten Umfeld kaum mehr ohne digitale Medien. Die Risiken sollen in den Arbeitskreisen und Projekten der Bildungsregion nicht unter den Tisch fallen, im Gegenteil, sie sollen thematisiert und diskutiert werden. Es sollen sensibilisierende und präventive Maßnahmen erarbeitet werden, die den richtigen Umgang mit Medien beinhalten.

Startschuss für dynamischen und dialogischen Prozess

Die Bewerbung zur „Digitalen Bildungsregion“ ist der Startschuss für einen dynamischen und dialogischen Prozessbeginn, der in den nächsten Jahren proaktiv von den Akteuren in der Bildungsregion altmühlfranken weiterentwickelt wird. „Der bisherige Entwicklungsprozess der Bildungsregion ist mit der Verleihung des Qualitätssiegels zur digitalen Bildungsregion nicht zu Ende. Es wird als Anspruch und Ansporn zugleich gesehen, das vorliegende Handlungskonzept koordiniert und nachhaltig umzusetzen“, resümiert Landrat Wägemann. Die Auszeichnung wird aufgrund der gegenwärtigen Corona-Krise zu einem späteren Zeitpunkt verliehen.

Bereits seit 2013 ist der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen Bildungsregion in Bayern. Organisation und Koordination übernimmt die Geschäftsstelle, die innerhalb der Zukunftsinitiative altmühlfranken im Landratsamt angesiedelt ist. Der Bildungsrat mit seinen Arbeitsgruppen besteht aus regionalen Akteuren aus dem Bildungsbereich und entwickelt die Bildungsregion inhaltlich weiter. Die Bildungskonferenz ist offen für alle Interessierten und dient dem Austausch, der Vernetzung und Ideenfindung. ❐

Kommunales Pilotprojekt:

Neues Online-Portal verbindet Politiker, Unternehmen und Bürger

Burgheim. Michael Böhm, Erster Bürgermeister von Markt Burgheim, und Felix Klein, Geschäftsführer der ortsansässigen DZE GmbH, haben in kürzester Zeit ein multimediales Online-Portal für die Gemeinde Burgheim aktiviert.

Das Portal www.burgheim-verbindet.de dient den Einwohnern als Informationsplattform zu lokalen Entwicklungen sowie der Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders in Zeiten der Corona-Krise. Neben der Aufgabe als Informationsplattform kommen die Burgheimer selbst zu Wort: Ärzte, Gastronomen, Banken, Vereine, Kirchen etc. können die Plattform aktiv nutzen, um auf sich aufmerksam zu machen, in Kontakt mit Kunden, Patienten und Besuchern zu bleiben und eigene Angebote, wie Webinare, zu bewerben.“

Bürgermeister Böhm betont, dass das Projekt nicht nur ein Portal für die Corona-Krise ist: „Uns war es zwar wichtig, schnell und kompakt eine interaktive Webseite für unsere Gemeinde zu schaffen. Mittel- bis langfristig soll das Portal zu einer konstanten Anlaufstelle für die Nachbarschaft werden. Gerade für Menschen, die aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen oder eines höheren Alters nur noch bedingt am öffentlichen Leben teilnehmen können, können so soziale Netzwerke aufrechterhalten werden.“

Schon wenige Stunden nach dem Launch stiegen die Zugriffszahlen. „Das Portal verbindet den Bedarf der Menschen an lokalen Nachrichten mit der digitalen Kommunikation. Inhalte entstehen vor allem multimedial. So bestehen geringe Barrieren für alle Bürgerinnen und Bürger jeden Alters“, so Böhm.

Felix Klein sieht Chancen für andere Kommunen: „Die Grundstruktur der Plattform ist so angelegt, dass sie sich auf jede kleinere und größere Gemeinde übertragen lässt, um dort in kurzer Zeit ähnliche Portale zu starten.“ Das Team der DZE GmbH verlässt sich hierbei auf seine mehr als zehnjährige Erfahrung in der Gestaltung interaktiver Webseiten.

Über die DZE GmbH:

Die DZE GmbH hat sich seit ihrer Gründung darauf spezialisiert aktive und ehemalige Soldaten mit Unternehmen zusammenzubringen. Hierfür betreibt das Unternehmen aus Burgheim unter www.dienstzeitende.de eine Spezial-Jobbörse sowie eine Kursdatenbank für Soldaten. Zusätzlich veranstaltet die DZE GmbH zweimal jährlich die große Online-Soldatenmesse auf www.soldata.de. ❐

Region ist Solidarität

Studie für fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen den Gemeinden

Wie kann eine Gemeinde im landschaftlich schönen Hinterland, die keine gute Verkehrsanbindung hat, von Gewerbeansiedlungen in anderen Gemeinden profitieren und im Gegenzug Ausgleichsflächen, Wohnraum und soziale Infrastrukturen zur Verfügung stellen? Kann ein interkommunaler Fonds einen fairen Lasten-Nutzen-Ausgleich zwischen solchen Kommunen schaffen? Erste Antworten auf Fragen wie diese liefert eine gemeinsame Studie der Landeshauptstadt München und der Landkreise Dachau und Ebersberg mit dem Titel „Region ist Solidarität“. Die Instrumente sind vorhanden, sie müssen aber auch mutig genutzt werden.

Das starke Wachstum in der Metropolregion München eröffnet große Chancen, führt aber auch zu Belastungen. Für einige Kommunen sind Lasten und Nutzen jedoch nicht gleichmäßig aufgeteilt: Während zum Beispiel Gewerbegebiete zu höheren Steuereinnahmen in der jeweiligen Gemeinde führen, steigt der Bedarf an Wohnraum für die Arbeitskräfte und an entsprechenden Infrastrukturen auch im weiteren Umfeld. Zudem werden Verkehre verursacht, Freiräume beansprucht und Ausgleichsflächen benötigt – selten nur innerhalb der jeweiligen Gemeindegrenze.

Interkommunale Abstimmung

Deshalb müssen im Sinne einer effizienten, ressourcen- und klimaschonenden Flächennutzung Entwicklungen wie Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen und Freiräume noch stärker interkommunal abgestimmt und an aus gemeindeübergreifender Sicht optimalen Standorten realisiert werden. Dabei sind die aus einer solchen freiwilligen Arbeits- und Funktionsteilung entstehenden Nachteile und Belastungen unter den betroffenen Kommunen und Projektpartnern auszugleichen. Instrumente für solche Planungsansätze sind grundsätzlich vorhanden, kommen bisher aber nur punktuell zum Einsatz.

Das Projekt „Region ist Solidarität“ soll die Praxistauglichkeit dieser Instrumente herausarbeiten, Anpassungserfordernisse formulieren, die Bekanntheit ausgleichsorientierter Planungsansätze steigern und zur stärkeren Anwendung anregen. Mit der Veröffentlichung des Berichts „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“ ist nun ein erster Meilenstein erreicht.

Zuversicht beim OB und den Landräten

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter ist sich sicher: „Der eingeschlagene Weg ist der richtige. Ich wünsche mir, dass wir diese erfolgversprechenden Ansätze nun fest etablieren und zum Standard unserer Siedlungs- und Regionalentwicklung machen.“ Auch der Dachauer Landrat Stefan Löwl betont die herausragende Bedeutung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit: „Der Wachstumsdruck im Ballungsraum München lässt bei einigen Entscheidungen kein ‚weiter so‘ mehr zu. Wir brauchen eine noch stärkere Kooperation zwischen einzelnen Akteuren zum Wohle aller.“ Der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß blickt mit Zuversicht in die Zukunft: „Ich glaube an die Innovationskraft unserer Region, in der sich die Landkreise zusammen mit der Landeshauptstadt München und den Kommunen gemeinsam und solidarisch an die großen Zukunftsaufgaben Mobilität und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wagen und erfolgreich gestalten.“ Für die Münchner Stadtbaurätin Professorin Elisabeth Merk hat sich in diesem Zusammenhang bereits viel getan: „Was die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit betrifft, konnten wir in der Region München in den vergangenen Jahren große Fortschritte machen. Während wir vor wenigen Jahren noch darüber diskutiert haben, was alles schwierig ist, entwickeln wir heute ganz selbstverständlich gemeinsame Ziele, Umsetzungsstrategien und Projekte.“

Gemeinschaftsprojekt

„Region ist Solidarität“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landeshauptstadt München und der Landkreise Dachau und Ebersberg. Das Projekt wurde im Rahmen der Regionalen Wohnungsbaukonferenzen vereinbart und unter Mitwirkung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, der Technischen Universität München, Lehrstuhl für nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land, sowie des Deutschen Instituts für Urbanistik weiter vorangetrieben. Es ist ein weiteres interkommunales Projekt unter dem Dach des Regionalen Bündnisses für Wohnungsbau und Infrastruktur. Als nächster Schritt werden nun einzelne Instrumente an Hand konkreter interkommunaler Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft. Der Fokus wird hier auf den Möglichkeiten der Bewertung und des Ausgleichs dessen liegen, was von den jeweiligen Partnern in die Kooperation eingebracht werden kann. Teilnehmende Kommunen erhalten durch „Region ist Solidarität“ professionelle Unterstützung für ihre Ansätze und können sich als Vorreiterinnen für eine integrierte, nachhaltige und abgestimmte Regionalentwicklung positionieren.

Bericht, Kontaktdaten Informationen: muenchen.de/regionales. ❐

„Wir helfen zusammen – Donau-Ries“:

Förderung für Ehrenamtliche an Kommunen ausgezahlt

Der Landkreis Donau-Ries hat den Kommunen eine Förderung für ehrenamtliche Coronahilfen in Höhe der tatsächlich entstandenen und beantragten Kosten ausgezahlt. Im Fördertopf, den die Bayerische Staatsregierung jedem Landkreis zur Verfügung gestellt hatte, waren 60.000 Euro.

Jede Kommune konnte Kosten geltend machen, die den Ehrenamtlichen im Zusammenhang mit Coronahilfen entstanden. Verwendet werden mussten die Mittel für ehrenamtliche Corona-Hilfsprojekte.

Allen teilnehmenden Städten und Gemeinden konnte der angeforderte Zuschuss bewilligt werden. Landrat Stefan Rößle bedankte sich bei den Kommunen für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Hochphase der Coronakrise.

Zuständig für die Verteilung der Förderung waren die Ehrenamtsbeautragte des Landkreises, Karin Brechnmacher und der Seniorenbeauftragte Christian Trollmann. ❐

Mehr Datenschutz, mehr Leistung

An der Aventinus Mittelschule Abensberg werden die Lehrkräfte derzeit von zwei Kollegen über die Möglichkeiten des Fernunterrichts informiert. Denn Achim Shaukat und Andreas Reichinger waren mit den bisher üblichen und weit verbreiteten Lösungen nicht zufrieden. „Schwache Server, hochsensible Daten bei Privatunternehmen – nein danke“, sagt Shaukat.

Auf Anregung von Konrektor Dietmar Freyberger haben er und sein Kollege inzwischen einen Server in Deutschland gemietet und sich in die open source-Software jitsi meet eingearbeitet – und die wird nun im Schulzentrum an der Römerstraße verwendet.

Man muss sich auch online benehmen können

Die Vorteile: „Nur wir haben Zugriff, niemand sonst“, sagt Shaukat. Die Software läuft auf allen Endgeräten, die Bedienung ist buchstäblich kinderleicht, der Standard-Start läuft ohne Mikro und Kamera – das spart manche Peinlichkeit aus. Durch den angemieteten Server ist die Leistung so hoch, dass bis zu 200 Personen gleichzeitig aktiv sein können: Videokonferenzen, chatten in der Gruppe, Fernunterricht mit Tafelblick, die Kommunikation stets unter Aufsicht eines Lehrers/einer Lehrerin – „Und wenn nötig, können wir auch einen Schüler oder eine Schülerin rauswerfen“, sagt Shaukat. Man muss sich eben auch online benehmen können.

Der Serverstandort Deutschland steht für höchsten Datenschutz und beim Betrieb steht die Datensparsamkeit an erster Stelle; das Einloggen ist mit Vor- oder Spitzname möglich, keine weiteren Angaben sind nötig. Migranten können zudem die Benutzeroberfläche in ihrer Sprache wählen.

Rektor Wolfgang Brey ist ziemlich begeistert von der Aktion und dem leistungsfähigen und sicheren Weg, der an seiner Schule beschritten wird und wendet sich dankend an den Schulverband: „Wir sind hervorragend ausgestattet, und deshalb ist diese Variante auch möglich.“ Auch dankt er seinen beiden Lehrern, die sich derzeit um die Kolleginnen und Kollegen kümmern und in Extra stunden erklären, wie das Ganze funktioniert und welche Vorteile der eigene Server und das open source-Programm haben. Brey: „Ich wäre nicht erstaunt, wenn das Kultusministerium die Möglichkeiten des Fernunterrichts erkennt und auch nach Corona nutzt.“ ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



„10 jahre fair trade stadt abensberg“ zeigt v.l.: 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Klara Wirthensohn, Almuth Fuchs-Hofer, Marie-Luise Ott, Astrid Habel und Katrin Koller-Ferch. Bild: Knott/Stadt Abensberg

Abensberg ist seit zehn Jahren „Fairtrade-Stadt“

Die Stadt Abensberg erfüllt weiterhin alle fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne und trägt deshalb für weitere zwei Jahre den Titel Fairtrade-Stadt. Die Auszeichnung wurde erstmalig im Jahr 2010 durch TransFair e.V. verliehen. Damit ist die Stadt Abensberg seit zehn Jahren dabei - eine Feier kann es aber aufgrund der derzeitigen Auflagen nicht geben, was sowohl 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, als auch die Vertreterinnen der Steuerungsgruppe bei einem Treffen bedauerten.

Dr. Brandl freute sich dennoch sehr über die Verlängerung des Titels: „Die Bestätigung der Auszeichnung ist ein schönes Zeugnis für die nachhaltige Verankerung des fairen Handels in Abensberg. Lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier eng für das gemeinsame Ziel zusammen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern.“

Fünf Kriterien

Vor zehn Jahren erhielt die Stadt Abensberg vom gemeinnützigen Verein TransFair e.V. erstmalig die Auszeichnung für ihr Engagement zum fairen Handel, für die sie nachweislich fünf Kriterien erfüllen musste. Der Bürgermeister und der Rat trinken fair gehandelte Produkte und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest, eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten vor Ort.

Das Engagement in Fairtrade-Towns ist vielfältig: In Abensberg sind die alljährliche faire Woche, der faire Einkaufsführer auf der städtischen Website und die Abensberger Schokolade nur einige Beispiele erfolgreicher Projekte in den letzten Jahren.

Motivation für weiteres Engagement

„Wir verstehen die bestätigte Auszeichnung als Motivation und Aufforderung für weiterführendes Engagement “, so Klara Wirthensohn, die Sprecherin der Steuerungsgruppe. Sie war mit Almuth Fuchs-Hofer, Marie-Luise Ott und Astrid Habel ins Aventinum gekommen, um die Urkunde „Abensberg bleibt Fairtrade-Stadt“ zu präsentieren. Dabei wurde auch über die Folgen der Pandemie gesprochen, die eine Feier zum zehnjährigen Engagement verhindern. Mit dabei war auch Katrin Koller-Ferch von der Stadt Abensberg, die seit Jahren als Ansprechpartnerin für die Steuerungsgruppe fungiert. ❐

Landkreis Cham:

Vodafone wird Breitbandpartner

Vodafone ist der Telekommunikations-Partner des Landkreises Cham im Zuge der Breitbanderschließung mit hochmoderner Glasfaser. Das gaben Landrat Franz Löffler und Rolf-Peter Scharfe von Vodafone Deutschland bei einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt. Der Landkreis Cham errichtet ein eigenes Glasfasernetz mit rund 1.700 Kilometern Länge. Diese „passive Infrastruktur“ wird der Digitalisierungskonzern Vodafone Deutschland Vodafone mit seiner aktiven Technik ausstatten und den Privat- und Geschäftskunden zur Verfügung stellen. Vodafone wird darüber hinaus die bestehenden Angebote im Landkreis Cham in den Bereichen Mobilfunk und Internet über das Kabelnetz weiter ausbauen.

Landrat Franz Löffler betont: „Der Landkreis Cham hat einen starken, technologisch breit aufgestellten, erfahrenen und weltweit agierenden Partner als Telekommunikationsanbieter gewonnen. Gemeinsam werden wir die Datenautobahn für die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises, seiner Menschen und Unternehmen errichten.“

Rolf-Peter Scharfe ergänzt: „Wir freuen uns sehr darüber, den Landkreis Cham mit unserem Betreiberkonzept und unserer jahrelangen Erfahrung bei Vermarktung und Betrieb solcher Netzinfrastrukturen überzeugt zu haben. Gemeinsam wollen wir die Wirtschaftsregion Cham auf die digitale Überholspur bringen. Möglich macht das eine weitsichtige Politik, die heute schon die Weichen für die digitale Zukunft stellt.“

Der Landkreis Cham hat mit der Gründung des Eigenbetriebs „Digitale Infrastruktur“ im Jahr 2019 die Weichen für den Aufbau eines eigenen Breitbandnetzes im Rahmen eines sogenannten Betreibermodells gestellt.

„Die Digitalisierung wird in den nächsten Jahren immer mehr Lebens- und Arbeitsbereiche umfassen, dies reicht vom digitalen Heimarbeitsplatz, Smart-Home- und Cloud-Anwendungen bis hin zu Zukunftsthemen wie dem autonomen Fahren und 5G Mobilfunk. Grundlage dafür ist dieses leistungsfähige und flächendeckende Glasfasernetz.“ so Landrat Franz Löffler.

Angesichts der Fläche sowie der Einwohner- und Siedlungsstruktur des Landkreises handle es sich dabei um eine gewaltige Aufgabe mit hohen Investitionen. Die enorme Dimension des Projektes ist schon aus der Trassenlänge von rund 1.700 Kilometern ersichtlich. Das geförderte Ausbaugebiet umfasst zunächst rund 7.000 private Haushalte und Unternehmen die bisher mit weniger als 30 Mbit pro Sekunde versorgt sind. Zusätzlich wird Vodafone entlang der Trasse weitere Gebäude zur Erschließung vorbereiten. Finanziert werden soll die Investition durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaats Bayern und durch Kostenbeiträge der beteiligten Gemeinden sowie Eigenmittel des Landkreises. ❐



Bürgermeister Max Schmaderer, Bürgermeister Michael Multerer, Werkleiter Klaus Schedlbauer, Landrat Franz Löffler, Rolf-Peter Scharfe und MdB Karl Holmeier (v.l.) besiegeln die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Cham und Vodafone. Die Aufnahme entstand vor den Corona-bedingten Beschränkungen. Bild: Schuhbauer

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Da ist ein Funken in ein globales Pulverfass geflogen und die Explosionen sind so heftig wie selten zuvor.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt gespannt die Ereignisse in den Vereinigten Staaten und die Diskussion über Rassismus weltweit.

Da stecken wir global in einer der größten Krisen in Friedenszeiten, die Zahl der Toten im Zusammenhang mit Covid-19 erreicht in den USA, Großbritannien, Brasilien und Indien Dimensionen, wie sie unser Vorstellungsvermögen sprengen und doch hat der Tod eines einzelnen Mannes Amerika und die Welt in Aufruhr versetzt. Es war die Brutalität und Grausamkeit des Sterbens, es waren die Handybilder, die den langsamen Tod des George Floyd auf alle Bildschirme der globalen Netz-Community brachte und es war die Hautfarbe des Getöteten, die eine Eruption des Protestes hervorgerufen haben, die nicht auf die USA beschränkt ist.

Rassismus ist leider global

Die Zynikerin in mir lässt mich denken, dass möglicherweise auch die Tatsache eine Rolle spielt, dass wir alle zusammen ein Ventil für unsere Ängste und Frustrationen in der Corona-Welt brauchen, nachdem wir so viele Monate monothematisch auf ein kleines Virus gestarrt haben. Denn eins ist klar: Fälle von rassistisch motivierten Übergriffen, von Polizeigewalt gegen Afroamerikaner kommen immer wieder vor und der Frust darüber entlädt sich auch lokal – nur eben nicht in diesem Ausmaß.

Die Amerikaner sind sicherlich auch deshalb besonders sensibilisiert, weil es schon eine ganze Zeit über dort eine besonders heftige Diskussion über Diskriminierungen aller Art gibt – aufgrund der Hautfarbe oder des Herkommens, aufgrund des Geschlechts, aufgrund der sexuellen Orientierung. Viel stärker als wir es uns vorstellen können, hat sich eine Tendenz verbreitet, intolerant alles zu verfolgen, was sich nicht an eine politische Korrektheit hält, die von denen definiert wird, die sich subjektiv von Diskriminierung betroffen fühlen. Eine Art modernes Jakobinertum, das immer mehr um sich greift und mittlerweile auch in Europa Nachahmer findet.

Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dass zuerst in Amerika Denkmäler geschleift wurden. Konföderiertengeneräle, Südstaatenpolitiker und zuletzt noch Christoph Kolumbus, dem lange Zeit der Ehrentitel „Entdecker Amerikas“ zuerkannt wurde, den man aber jetzt als Vorreiter der Versklavung und Ausrottung der indigenen Bevölkerung des Doppelkontinents sieht.

Aber das ist natürlich nur die eine Seite der Vereinigten Staaten. Die andere sind die Kräfte, die sich nie offen rassistisch bekennen würden, die aber an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auch nichts auszusetzen haben. Bezeichnenderweise war George Floyd ein Kleinkrimineller, der versuchte, Falschgeld unter die Leute zu bringen, als er von der Polizei aufgegriffen und so unmenschlich zu Tode gefoltert wurde. Afroamerikaner sind tendenziell ärmer, wohnen in schlechteren Stadtteilen, haben weniger Zugang zu Krankenversorgung, weniger Zugang zu Bildung, ein höheres Risiko für Straftaten belangt und verurteilt zu werden und sie sterben tendenziell häufiger an Covid-19 als weiße Amerikaner.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sehr besorgt. Schließlich sind die USA als Weltmacht unter dem irrlichternden Präsidenten eh schon geschwächt und haben global an Ansehen verloren. Jetzt noch die Instabilität durch die Unruhen und die Diskussion um Rassismus.

Da fällt es Ländern wie China leider leicht, sich auf das hohe moralische Ross zu setzen. Viel zu schnell sind die rassistischen Übergriffe auf Afrikaner in Kanton vergessen worden, die in Ausmaß und Intensität einem Land mit so hochstehender Zivilisation unwürdig sind. Von den Umerziehungslagern für Uiguren gar nicht erst zu reden. Nein, Rassismus ist leider global und kein Land, keine Ideologie und keine Zivilisation ist ganz frei von ihm. Wir sollten deshalb immer das Gegengift bedenken und anwenden, das Martin Luther King beschreibt: „Es gibt keine größere Kraft als Liebe. Sie überwindet den Hass wie das Licht die Finsternis“.

Ihre Sabrina

Pakt zur nachhaltigen Beschaffung von Kommunen in der Metropolregion Nürnberg:

68 Städte, Gemeinden und Landkreise für nachhaltige Beschaffung

Auf fair und ökologisch produzierte Produkte in der Beschaffung setzen – das haben sich 68 Kommunen in der Region für die Zukunft vorgenommen, davon 10 vorbehaltlich ausstehender Beschlüsse im Stadt- bzw. Gemeinderat. Zum 31. Mai endete die Beitrittsfrist zum Pakt zur nachhaltigen Beschaffung. „Vor drei Monaten habe ich daraufgesetzt, dass wir die 60er Teilnehmermarke knacken. Das ist erfolgreich gelungen. Trotz, oder vielleicht sogar wegen, der aktuellen Krisenlage wurde der Pakt in den Landkreisen, Städten und Gemeinden diskutiert und befürwortet“, so Thomas Thumann, Politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung und Oberbürgermeister von Neumarkt in der Oberpfalz.

Mit dem Pakt möchte die Metropolregion Nürnberg ein Zeichen setzen und den Einkauf nach ökologischen und sozialen Kriterien in den Kommunen stärker verankern. So soll langfristig ein Umdenken in der Beschaffungspraxis erreicht werden. „Deutschlandweit ist der Vorstoß der Metropolregion im Hinblick auf nachhaltige Beschaffung in den Kommunen vorbildlich. Ich freue mich, dass sich seit dem Fair Trade Gipfel im Oktober 2019 so viele Kommunen dem Pakt angeschlossen haben und hoffe, dass weitere Regionen diesem guten Beispiel folgen werden“, so Gunther Beger, Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aus dessen Haus die Projektfinanzierung kommt.

Der Pakt ist so gestaltet, dass je nach Größe und Voraussetzungen der Kommune individuelle, realisierbare Maßnahmen abgeleitet werden können. Mit rund 530.000 Einwohnern ist Nürnberg die größte teilnehmende Kommune, die Gemeinde Ahorntal mit 2.162 Einwohnern die kleinste. Ganz neu dabei ist die Stadt Uffenheim (über 6.000 Einwohner): „Die Teilnahme am Pakt für nachhaltige Beschaffung ist für uns ein logischer Schritt, nachdem wir seit 2018 Fairtrade Stadt sind. Es spielt dabei keine Rolle wie groß eine Verwaltung ist. Jeder Euro, der in nachhaltige Beschaffung investiert wird, ist eine Investition in eine gerechtere und ökologisch verträglichere Welt“, so Wolfgang Lampe, Erster Bürgermeister von Uffenheim.

Gemeinsam die besten Ideen erarbeiten

Dem Pakt beigetreten ist auch die Stadt Coburg: „Ein Beschaffungswesen, das auf faire Herstellungs- und Wettbewerbsbedingungen, Nachhaltigkeit und CO2-Minimierung setzt, ist ein wichtiger Baustein für die Klimaschutzstrategie der Stadt. Daher schließt sich Coburg gerne dem Netzwerk auf metropolitaner Ebene an, um gemeinsam die besten Ideen und Lösungswege zu erarbeiten“, so Oberbürgermeister Dominik Sauerteig.

Im Pakt ist festgelegt, dass in der Metropolregion Nürnberg insgesamt nachhaltige Produkte im kumulierten Wert von 8 Millionen Euro gemeinsam beschafft werden. Seit April 2020 kann die Zielerreichung online nachverfolgt werden. Auf der Webseite der Fairen Metropolregion Nürnberg werden die einzelnen Beiträge der Kommunen veröffentlicht. Knapp 30.000 Euro sind bislang zusammengekommen. Aufgrund der Corona Krise ist damit zu rechnen, dass ein Großteil der Beiträge in der zweiten Jahreshälfte gemeldet wird. www.faire-metropolregionnuernberg.de/smart-diagram

Auftakt des Paktes war der 1. Fair Trade Gipfel im Oktober 2019, bei dem 37 Kommunen unterzeichneten. 31 weitere folgten. In der Umsetzung werden die Kommunen durch die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg unterstützt. Drei Projektmitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle und der Außenstelle Neumarkt bieten Beratung an, richten Vernetzungsveranstaltungen aus und begleiten Modellprojekte. ❐

Euroregionen Inntal und Salzburg:

EU-Förderung für neue Kleinprojekte

Coronabedingt hat der Regionale Lenkungsausschuss (RLA) Mitte der beiden Euroregionen Inntal und Salzburg per Umlaufbeschluss über acht neue Kleinprojektanträge entschieden. Breit war die Vielfalt an Projekteinreichungen, für die die Förderung aus dem INTERREG-Programm Österreich/Bayern 2014–2020 genehmigt werden konnte.

Je vier Projekte stammten aus der Euregio Inntal (Fördervolumen 65.275 Euro) und der Euregio Salzburg (Fördervolumen 63.660 Euro). In der Euregio Inntal befassen sich zwei wissenschaftliche Kooperationen mit dem Thema Klimaschutz. Im Bereich Windmessung erarbeiten die Fachhochschule Kufstein Tirol und die Technische Hochschule Rosenheim Grundlagen zur Nutzung der Windenergie im Inntal. Eine weitere wissenschaftliche Zusammenarbeit von der Universität Innsbruck und der Technischen Universität München hat zum Ziel, historische Daten zu nutzen, um die Auswirkungen des Klimawandels fundiert einschätzen zu können.

Kulturdreieck stärker vernetzen

Durch die Zusammenarbeit zweier privater Forschungseinrichtungen sollen zudem Prototypen für innovative Konstruktionselemente für Weltraumanwendungen (z.B. Trägerstrukturen für Sonnenkollektoren oder Satelliten) entwickelt werden. Darüber hinaus wird unter dem Titel „Barocker Kulturpfad/ Vergessen – Verschollen- Wiedergefunden“ das geographische Kulturdreieck (Erl, Kufstein, Oberaudorf) stärker vernetzt und sichtbar gemacht.

EuRegio Klimaladen 2.0

In der Euregio Salzburg richtet das Projekt „EuRegio Klimaladen 2.0.“ sein Augenmerk auf Klima- und Umweltbildung für Kinder ab zehn Jahren. Mit einer Neuauflage und Ergänzung um digitale Tools der international ausgezeichneten Wanderaufstellung aus dem Jahr 2012 wird sowohl das Projektteam um das Klimabündnis Salzburg erweitert als auch der starken Weiterentwicklung des Themenbewusstseins der Jugend durch die „fridays for future“-Bewegung Rechnung getragen. Ebenfalls unter Einbindung der Schüler aus der Euregio findet das Projekt „Salzburger Karikaturenpreis 2020“ statt. Grenzüberschreitende Ausstellungen und Veranstaltungen sollen die Begeisterung der Jugend für diese Kunstrichtung fördern.

Grenzüberschreitende Mobilitätserhebung

In einem weiteren Projekt wird die Grundkonzeption für eine grenzüberschreitende Mobilitätserhebung im Jahr 2022 für die Region der Euregio Salzburg und darüber hinaus erarbeitet. Aufbauend auf den Erfolgen vorangegangener Projekte im Bereich Entrepreneurship geht das Projekt Euregio Startup Camp „Alpine connects“ an den Start.

Mit einer inhaltlichen Neuausrichtung und geographischen Ausweitung auch in den Raum der Euregio Inntal sollen während einer dreitägigen Veranstaltung die grenzüberschreitende Vernetzung und der Kompetenzaufbau der jungen Gründer speziell im Kontext Alpen und alpiner Raum intensiviert werden. **DK**

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 2. Juli 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Abfall · Entsorgungsmanagement · Recycling**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH sowie zwei Beilagen der Radlmaier Kommunal- und Landtechnik.
Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Flyer zum Thema häusliche Gewalt

Die Münchner Gleichstellungsstelle für Frauen nimmt mit einer Plakat- und Postkartenaktion das Thema „Häusliche Gewalt“ in den Fokus. Betroffene, Nachbarn, Bekannte und Verwandte sollen ermutigt werden, hinzusehen und aktiv zu werden.

„Wenn Sie selbst Gewalt erleben, wenn Sie Gewalt beobachten oder vermuten: Holen Sie Hilfe! Lassen Sie sich beraten! Für sich – für andere!“ Unter diesem Aufruf findet sich eine Liste von überwiegend Münchner Telefonnummern, die zum Teil rund um die Uhr beraten und Hilfe bieten.

Nicole Lassal, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München: „Mit dieser Aktion soll deutlich gemacht werden, dass Gewalt nicht hingenommen werden muss und dass es Hilfe gibt. Die Gleichstellungsstelle für Frauen möchte deswegen Informationen zu Hilfe- und Unterstützungseinrichtungen in München breit streuen. Besonders froh sind wir über die Zusage der beiden großen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag, die Plakate und Postkarten in ihren Häusern zu verteilen.“ Bürgermeisterin Katrin Habenschaden: „Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie nehmen die Fälle von häuslicher Gewalt zu. Kinder und Frauen sind in der Regel die Leidtragenden. Die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München bietet in solchen Fällen Hilfe und Unterstützung an – unbürokratisch und vertraulich.

Plakate und Postkarten sowie Fotos können an gst@muenchen.de von der Gleichstellungsstelle angefordert werden. Alle Infos finden sich auch auf der Internetseite www.muenchen.de/gst. ❐

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)
GSWT®
- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.
SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de



GTM +electric

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachsmähwerk und Grasaufnahme
nur 85 cm breit

WELTNEUHEIT - DER ERSTE PROFESSIONELLE ELEKTRISCHE AUFSITZMÄHER



Fahrantrieb:	voll elektrisch - 1,2 kW
Messerantrieb:	voll elektrisch - 3 kW
Batterie:	6 Akkupacks, 54 V / 144 Ah
Laufzeit:	6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
Ladezeit:	4 Std. - mit integriertem Ladegerät
Fangbox:	280 ltr., elektrische Bodenentleerung
Mähwerk:	80 cm, Zwischenachs-Sammelmähwerk, manuelle Schnitthöhenverstellung - 4 stufig
Zubehör:	Mulchkit, Seitenauswurfkit

GSR +electric

Profi-Frontmäher mit Mulch- / Heckauswurfmähwerk
112 cm breit

WELTNEUHEIT - DER EINZIGARTIGE ELEKTRISCHE FRONTMÄHER



Fahrantrieb:	voll elektrisch - 1,2 kW
Messerantrieb:	voll elektrisch - 9 kW
Batterie:	8 Akkupacks, 54 V / 192 Ah
Laufzeit:	6-8 Std., je nach Einsatzverhältnissen
Ladezeit:	5 Std. - mit integriertem Ladegerät
Fangbox:	280 ltr., elektrische Bodenentleerung
Mähwerk:	112 cm, komb. Mulch- und Heckauswurfmähwerk, elektrische Schnitthöheneinstellung elektrische Wartungsposition

:

Powerbank PB ULTRA+

+ einfaches Nachladen
+ verlängerte Autonomie
+ mehr Arbeitsstunden
+ lädt jedes Akku-Werkzeug



Leistung: **8 kW**
Spannung: **230 V**



Turbograss EU Stage V Motoren

Nullwendekreis-Frontmäher mit ausgezeichneter
Manövrierfähigkeit für extrem enge Verhältnisse

Motoren (StageV):	Benzin 17,2 kW (23 PS) NEU: wahlweise Vergaser oder elektr. Einspritzung EFI Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb:	Hydrostat, Hebel-Steuerung
Fangbox:	350 ltr. oder 500 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk:	110 oder 130 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke 110 - 150 cm, Schlegelmäher, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turboloader S / M / H

Multifunktions-Lader mit Knicklenkung



vielseitige Maschine für den Einsatz im
Garten-und Landschaftsbau, in der Kommune,
in Baugewerbe und Landwirtschaft

S-Serie:	**der günstige Einstieg**
M-Serie:	**die komfortable Mittelklasse**
H-Serie:	**die leistungsstarke Oberklasse**





Motoren (Stage 3b / V):	16,3 kW bis 32,4 kW (22 bis 44 PS)
Antrieb:	hydrostatischer Allrad-Antrieb
Hubhöhe:	max. 308 cm
Anbaugeräte:	Schaufeln, Palettengabel, Mähwerke, Schlegelmäher, Heckenschere, Umkehrfräse, Grabenfräse, Bohrgeräte, Schneeschild, Schneefräse usw.





Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
Tel. 08071/9293-15
Mobil 0170/2867905
bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
Tel. 08071/9293-45
Mobil 0170/8343012
koehler@radlmaier.de



Sebastian Kastner
Tel. 08071/9293-50
Mobil 0151/72935222
kastner@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Griesmeier 1 - 83547 Babensham

Falls Sie von uns keine Werbung mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.









Gianni Ferrari





Vertriebspartner für Bayern









Griesmeier 1 - 83547 Babensham
Tel. 08071/9293-0 - www.radlmaier.de - info@radlmaier.de



GTM

Profi-Aufsitzmäher mit Zwischenachs-Mähwerk und Grasaufnahme nur 85 cm breit

Motor:	Benzin 11,5 bzw. 11,9 kW (15,5 bzw. 16 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox:	280 ltr., Bodenentleerung
Mähwerk:	80 cm Sammelmähwerk
Zubehör:	Mulchkit, Seitenauswurfkit



GTR

wendiger Frontmäher im kompakter Bauweise

Motor:	Benzin 11,9 bzw. 14,8 kW (16 bzw. 20 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox:	280 ltr. Bodenentleerung
Sammelmähwerk:	112 cm
Zubehör:	elektr. Fangboxentleerung, elektr. Schnitthöhenverstellung, Schneeschild, Schneefräse



GTS EU Stage V Motoren

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme
Allradantrieb auf Wunsch

Motor:	Benzin 17,2 kW (23 PS) Diesel 16,3 kW (22 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox:	480 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk:	96 oder 112 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



GT EU Stage V Motoren

Multifunktions-Frontmäher mit direkter Grasaufnahme
Allradantrieb auf Wunsch

Motor:	Diesel 20,7 kW (28 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox:	550 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk:	126 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Wildkrautbürste, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse



Turbo Z EU Stage V Motoren

Nullwendekreis-Frontmäher

Motor:	Benzin 17,2 kW (23 PS) Diesel 16,3 bzw. 29 kW (22 bzw. 40 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Zubehör:	Mulchmähwerke 112 - 185 cm, Vertikutierer, Schlegelmäher 110 - 180 cm, Schneeschild, Schneefräse, Leichtkabine

Gianni Ferrari









PG / SR

der ideale Allrounder zur Pflege von Grünanlagen und Freigelände
PG: Sammelmäher SR: Mulchmäher
Allradantrieb auf Wunsch

Motor:	Benzin 17,2 kW (23 PS) Diesel 16,3 bzw. 20,7 kW (22 bzw. 28 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox (nur PG):	600 ltr. oder 800 ltr. mit Boden- oder Hochentleerung
Sammelmähwerk:	112, 126 oder 130 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Kabine mit Heizung und Lüftung, Pflegegeräte für Kunstrasen **NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion**



Turbo 2R / 4R
Turbo 1_5 / 2_5 / 4_5 EU Stage V Motoren

Profi-Frontmäher mit Turbine und Grasfangbehälter
Allradantrieb (Turbo 1W und 4R)

Motor:	Diesel 19 bis 32,6 kW (26 bis 44 PS) Abgasnorm EU Stage V bei Nennleistung 19 kW (26 PS)
Antrieb:	Hydrostat
Fangbox:	900 ltr. bis 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk:	130, 150 oder 180 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen **NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion**



Turbo 4 Fifty

unserer stärkster Profi-Frontmäher
Allradantrieb und 2,4 Liter Hubraum

Motor:	Diesel 37 kW (50 PS)
Antrieb:	Hydrostat, 2-stufig
Fangbox:	1.400 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk:	150 oder 180 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen **NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion**



Turbo 2T / 4T Cruiser

Profi-Frontmäher mit klimatisierter Komfortkabine
Allradantrieb (Turbo 4T Cruiser)

Motor:	Diesel 32,6 kW (44 PS)
Antrieb:	Hydrostat, elektronisch geregelt
Fangbox:	1.100 ltr. bzw. 1.300 ltr. mit Hochentleerung
Sammelmähwerk:	150 oder 180 cm
Zubehör:	Mulchmähwerke 130 - 185 cm, Schlegelmäher, Kehrwalze, Kehrsaugmaschine, Vertikutierer, Schneeschild, Schneefräse, Wildkrautbürste, Pflegegeräte für Kunstrasen **NEU: Schlegelmäher mit Sammelfunktion**



NEUES ZUBEHÖR FÜR DIE PG-Serie und Turbo-Serie



MÄHEN UND AUFSAMMELN



Der **GF3x1PLUS** gibt dem Nutzer die Möglichkeit zwischen Sammeln und Mulchen zu wählen.
Beim PG erfolgt die Umschaltung hydraulisch, beim TURBO1-2-4 mechanisch per Handhebel.
Die in der Abbildung dargestellte Klappe gibt den Weg für das Mähgut zum Aufsammeln frei oder leitet es direkt auf den Boden ab.



MULCHEN



GF3X1 PLUS 160 SMART SYSTEM

Der neue, größere **GF3x1PLUS 160** kombiniert die Vorteile des 140 mit einer noch robusteren Konstruktion und einem an das Aussehen der Turbo1-2-4 Reihe angepassten Design. All das in Verbindung mit dem innovativen **ÜBERLAST-ABSCHALTSYSTEM**, das die Schnecke bei Überlastung vom Antrieb entkoppelt. Mit diesem System werden Schäden am Gerät und den Antrieben durch übermäßige Belastung und Kontakt mit Fremdkörpern, wie Steinen und größeren Holzstücken, wirkungsvoll vermieden.
Falls die Überlastsicherung ausgelöst hat, kann der Antrieb mit dem serienmäßig mitgelieferten Werkzeug wieder eingekoppelt werden - es kann sofort und ohne Verzögerung weitergearbeitet werden.



PLUS und VORTEILE:
SICHERHEIT und LANGLEBIGKEIT des Geräts
KEINE AUSFALLZEIT bei gestoppter Maschine
HÖHERE PRODUKTIVITÄT bei der Arbeit



GF 3x1 PLUS

MODELL	PASSEND FÜR	ABMESSUNGEN (cm)	SCHNITTBREITE (cm)	MESSERANZAHL
140	PG - TURBO1	L 130 x L 157 x H 50	135	56 Y, 28 Becher, 28 Vertikutier
160	TURBO2-4	L 135 x L 180 x H 50	155	100 Y, 50 Becher, 50 Vertikutier

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Griesmeier 1, 83547 Babensham
Tel. 08071/9293-0
www.radlmaier.de
info@radlmaier.de

KECKEX

Mit unseren KECKEX Heißwasserdampfsystemen wird Unkraut ohne Chemie umweltschonend und nachhaltig zurückgedrängt

Wasser wird mit unserem Heißdampferzeuger zu einem bis zu 140 Grad heißen Wasserdampfgemisch erhitzt, welches aus 50 % Dampf und 50 % Wasser besteht.

Unser KECKEX-System ist bei jeder Witterung einsetzbar.

Das KECKEX-Sortiment umfasst handgeführte Geräte für kleine Flächen und größere Geräte, die auf bereits vorhandene Fahrzeuge aufgebaut werden können, für die großflächige Wildkrautbekämpfung.









Einsteiger-Set ab € 12.750,-- netto

Komex 12V-600

Maße: L 120 cm / B 130 cm / H 110 cm
Gewicht leer: 350 kg
Wasserverbrauch: ca. 8 - 10 ltr./min.
Dieselverbrauch: ca. 6,5 ltr./Std.
Akku 12V / 260 Ah für bis zu 7 Std. Laufzeit
selbstansaugende Wasserpumpe
geeignet für Pickup, Anhänger, offene Ladeflächen usw.
Betrieb auch mit Stromaggregat oder Generator

Das Komex 12V-600 Set enthält:

Weedex-12V Heißdampferzeuger,
Grundrahmen mit Stapleraufnahme
15 m Spezial-Dampfschlauch mit automatischem Aufroller
KHL-Handlanzenset 2-tlg.: Pistole mit Schnellverschluss, Düsen- und Brausenlanze
IBC-Wassertank 600 ltr. mit Füllstandsanzeige
12 Volt Wasserpumpe, Enthärtermitteldosierung
Batterie und Ladegerät

Falls Sie von uns keine Werbung mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@radlmaier.de

KECKEX

NATÜRLICH - EFFEKTIV - MODULAR



Komex M

viele verschiedene Ausführungen möglich

z.B. als betriebsfertiges Komplett-Set zum Aufbau auf Ladeflächen
Antrieb über leistungsstarken Akku
Wassertanks ab 500 ltr.
kombinierbar mit der KHT-Frontträgereinheit für große Flächen, Randsteine usw.



Alle Komponenten sind frei kombinierbar, so können kundenspezifische Lösungen konfiguriert werden.
Als Trägerfahrzeug eignen sich nahezu alle Geräteträger und Kommunalfahrzeuge, die über die nötigen Dimensionen, Lastwerte und Hydraulikausstattungen verfügen.



JESPI

Ideal z.B. für Hausverwaltungen, Friedhöfe, Gärten
Maße: L 200 cm / B 80 cm / H 130 cm
Gewicht leer: 400 kg
Wasserverbrauch ca. 8 - 10 ltr./min
Dieselverbrauch ca. 6,5 ltr./Std.
Gewicht gefüllt: 880 kg

Das JESPI-Set enthält:

Weedex-12V Heißdampferzeuger,
Fahrwagen mit Akkusatz und Ladegerät,
Wassertank 450 ltr. mit Füllstandsanzeige,
manueller Schlauchaufroller, 20 m Spezial-Dampfschlauch, KHL-Handlanzenset 3-tlg.,
Flächenwagen handgeführt, 12V Wasserpumpe,
Batterie 12 V / 280 Ah, Ladegerät,
Dieseltank 20 ltr. mit Halterung

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Wir beraten Sie gerne - Mietkauf - Leasing - Finanzierung - Kommunalleasing - schnell und unkompliziert



Peter Bachmaier
Tel. 08071/9293-15
Mobil 0170/2867905
bachmaier@radlmaier.de



Jörg Köhler
Tel. 08071/9293-45
Mobil 0170/8343012
koehler@radlmaier.de



Sebastian Kastner
Tel. 08071/9293-50
Mobil 0151/72935222
kastner@radlmaier.de

Kommunal- und Landtechnik.
RADLMAIER
Immer die richtige Maschine. Für jeden Einsatz.

Griesmeier 1 - 83547 Babensham
www.radlmaier.de

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderbeilage 18. Juni 2020 71. Jahrgang Nr. 12/2020



Der neue Lintrac 130 punktet mit seinem sauberen und besonders starken Motor, der 4-Rad-Lenkung und dem ZF-Stufenlosgetriebe.

Lintrac 130: Stufenloses Kraftpaket für Bayerns Gemeinden

Der neue Lintrac 130 ist für die bayerischen Städte und Gemeinden maßgeschneidert. Er macht mit dem 3-Meter-Pflug ebenso gute Figur wie mit dem 1,5-Tonnen-Salzstreuer. Dank der 4-Rad-Lenkung ist die Maschine, die es auch in der 50 km/h-Version gibt, überdurchschnittlich wendig.

Seit Mai 2020 produziert der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner den neuen Lintrac 130, das dritte stufenlose Modell der Lintrac-Serie. Der Lintrac 130 ist der erste Traktor mit dem besonders sauberen und sparsamen Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5. Diese ist mit der für PKW und LKW geltenden Abgasklasse EURO 6 vergleichbar.

Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Ein technisches Highlight ist das stufenlose TMT11-ZF-Getriebe, das Lindner im Vergleich zum Lintrac 110 weiterentwickelt hat. Seine Stärken spielt die Maschine u.a. bei schweren Zugarbeiten aus, die Maschine eignet sich aber auch hervorragend für die Arbeiten mit größeren Schneepflügen oder Fräsen. Die Nutzlast beträgt rund 3,5 Tonnen. Mit gefederter Vorderachse fährt der Lintrac 130 auf Wunsch 50 km/h. So wird optimaler Fahrkomfort auch bei längeren Transportarbeiten in Landgemeinden mit einem großen Straßen- und Wegenetz gewährleistet. Für besondere Wendigkeit in engen Gassen von Städten und Gemeinden sorgt die 4-Rad-Lenkung.

Praktisch: Die elektronische Frontdruckregelung steuert Hub und Druck beim Arbeiten mit dem Schneepflug.

Optimalen Fahrkomfort bei anspruchsvollen Kommunaleinsätzen verspricht die TracLink-Kabine des Lintrac 130. Die Kabine ist auf Wunsch mit Luftfederung zu haben, darüber hinaus ist ein neuer Komfortsitz eingebaut. Mit dem Touch I.B.C.-Monitor PRO bringt Lindner die Qualität einer Oberklassen-Limousine in den stufenlosen Traktor. Die Fahrer erwartet eine leicht verständliche Menüführung und robuste Bauweise für anspruchsvolle Arbeitseinsätze.

Spezial-Lintrac: Böschungsmäher für Profis

Lindner hat mit dem „Lintrac with Noremat“ die Profi-Lösung für die Pflege von Straßen- und Wegenetzen im Programm. Die spezielle Fahrerkabine gewährleistet gute Sicht auf Anbaugeräte wie den Böschungsmäher oder den Astschneider.

Gemeinsam mit dem französischen Unternehmen Noremat hat Lindner Spezial-Lintracs für die Pflege von Straßenrändern entwickelt. In Frankreich sind schon mehr als 50 solcher Spezial-Lintracs mit Böschungsmähern unterwegs. Seit dem Vorjahr ist der Lintrac mit Noremat auch in Deutschland erhältlich. Die besonders wendigen und kompakten Modelle richten sich an professionelle Dienstleister, die eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen- und Wegenetzen wollen.

Ein Highlight ist die eigens konstruierte Fahrerkabine. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Armauflage im Traktor.

Ermüdungsfreies Arbeiten ist so über viele Stunden möglich. Erhältlich sind zusätzlich u.a. Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

TracLink für die Gemeinden

Das TracLink-System für den Unitrac 112 LDrive und den Lintrac ist die digitale Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden. TracLink erstellt ein digitales Fahrtenbuch. Im TracLink-Portal werden sämtliche Fahrten auf einer Landkarte angezeigt. Alle wichtigen Informationen sind übersichtlich einsehbar: von der Einsatzzeit über die geräumte Fläche bis zur ausgebrachten Salzmenge und den Verbrauchswerten. Die TracLink-Geräterkennung sorgt dafür, dass optimal abgestimmte Geräte verwendet werden. Außerdem hat der Fahrer über TracLink immer im Blick, wie hoch beispielsweise der Füllstand der Streukammer ist.

Der Lintrac with Noremat mäht Böschungen exakt und sicher.





Stufenlos, wendig, einfach zu bedienen: der Unitrac 112 LDrive

Österreichisch-deutsche Partnerschaft

Das österreichische Familienunternehmen Lindner arbeitet seit vielen Jahren mit Unternehmen aus Bayern bzw. Deutschland zusammen: Die Kabinen liefert Fritzmeier, die Getriebe stammen von ZF. Hydraulik-Lieferant ist das deutsche Unternehmen Bosch-Rexroth. Lindner fertigt im Jahr 1.200 Traktoren und Transporter und beschäftigt 239 Mitarbeiter.

Unitrac 112 LDrive: Hocheffizienter Geräteträger mit Stufenlos-Technologie

Die Unitrac-Serie des Tiroler Familienunternehmens Lindner besteht aus vier Modellen mit Schaltgetriebe und dem stufenlosen Unitrac 112 LDrive. Mehr als 3.000 Gemeinden und Seilbahnunternehmen in ganz Europa haben die Transporter aus Kundl in ihren Fuhrparks.

Der Unitrac 112 LDrive ist der erste Lindner-Transporter mit Stufenlostechnologie und besonders einfacher LDrive-Bedienung. Das im Unitrac 112 LDrive verwendete CVT Stufenlosgetriebe wurde gemeinsam mit ZF entwickelt und wird von Lindner produziert. Gefahren wird stufenlos von -20 bis +50 km/h mit reduzierter Motordrehzahl. Die 4-Rad-Lenkung steht für Wendigkeit in engen Gassen: Der Wendekreisradius beträgt nur 3,5 Meter. Der 4-Zylinder-Turbodiesel im Unitrac 112 LDrive leistet 79 kW / 107 PS bei 2.300 U/min und 420 Nm Drehmoment zwischen 1.100 und 1.400 U/min. Der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Die Komfortkabine kann ohne Werkzeug seitlich um 50 Grad gekippt werden. Der Unitrac 112 LDrive arbeitet mit einer Axialkolbenpumpe, die die Hydraulikleistung stufenlos bis 88 l/min regelt. Dank der Nutzlast von sechs Tonnen und der sehr guten Zugkraft können auch schwere Geräte transportiert werden. Ein weiterer Pluspunkt ist das Hochleistungsfahrwerk. Einzelradaufhängung und hydraulische Federungszylinder mit Membranspeichern gewährleisten optimalen Federungskomfort.



Jüngste Innovation ist ein Spezial-Unitrac mit Raupenlaufwerk.

Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung. Schneepflüge für Profis baut der österreichische Hersteller Hauer. Erhältlich sind Vario- und Seitenschneepflüge in verschiedenen Breiten und Schildhöhen. Bei den Kehrmaschinen setzt Lindner auf die Zusammenarbeit mit dem Salzburger Unternehmen Trilety. In Kärnten hat die Firma Springer Kommunaltechnik ihren Sitz, die Streugeräte für die Lindner-Fahrzeuge im Programm hat.

Der neue Unitrac 122 LDrive

Im Herbst 2020 präsentiert Lindner seine neueste Innovation: den Unitrac 122 LDrive. Das 122 PS starke Modell (3,6 Liter Hubraum, 500 Nm Drehmoment) ist für schwere Transporteinsätze bei Industrieunternehmen, Seilbahnen oder im Forstbereich konzipiert.

Ihr direkter Weg zum Lindner-Händler

Bayerische Gemeinden können die die neuen Lintrac-Modelle und den stufenlosen Unitrac 112 LDrive am Bauhof oder beim nächsten Händler testen. Einen Überblick über die bayerischen Händler bietet die Suche auf www.lindner-traktoren.at/haendlersuche

Der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner hat zahlreiche Modelle für die verschiedenen Ansprüche der modernen Gemeinden im Programm. Das Spektrum reicht vom stufenlosen Transporter Unitrac 112 LDrive bis zum Lintrac 130, der Maschine des Jahres 2020 in der Kategorie Kompakttraktor. Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Darüber hinaus bietet Lindner Spezial-Fahrzeuge wie den „Lintrac with Noremat“, der für die professionelle Pflege von Straßen- und Wegenetzen entwickelt wurde.



Der Unitrac 112 LDrive überzeugt im Winterdienst und bei Transportarbeiten.



Alle diese Modell können bei den bayerischen Lindner-Händlern Probe gefahren werden – die Händler stellen die Traktoren und Transporter auch gerne für Tests direkt auf dem Bauhof zur Verfügung. Den direkten Weg zum nächsten Händler gibt es online auf www.lindner-traktoren.at/haendlersuche.

Darüber hinaus stehen die Gebietsverkaufsleiter Martin Radlingmaier (Schwaben) und Manfred Entner (Bayern) für alle Fragen zur Verfügung.



Gebietsverkaufsleiter Manfred Entner
(Bayern)
Tel. +43 (0) 5338 74 20-605
manfred.entner@lindner-traktoren.at



Gebietsverkaufsleiter Martin Radlingmaier
(Schwaben)
Tel. +43 (0) 5338 74 20-181
martin.radlingmaier@lindner-traktoren.at

Jetzt vormerken: Das **KOMMUNALFORUM ALPENRAUM** am 18. März 2021 in Kundl.
Thema: Wie schaffen die Gemeinden die Mobilitätswende? www.kommunalforum-alpenraum.eu



ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 2. Juli 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 13

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Kommunale Schieflage vermeiden

Eine engagierte Diskussion zum Thema „Hilfen für Kommunen in und nach der Corona-Zeit“ stand im Vordergrund einer Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses. Laut KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann finden außer in „absoluten Ausnahmefällen“ bis Ende August keine Präsenzveranstaltungen in der CSU-Landesleitung statt. Entsprechend werden auch die für den Sommer geplante KPV-Landesversammlung mit Neuwahlen und damit der Sommerempfang entfallen. Die Jahrestagung soll entweder im Spätherbst dieses Jahres oder zu Jahresbeginn 2021 durchgeführt werden.

Zunächst richtete sich das Augenmerk auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Bayern, die laut KPV-Landesvorsitzendem Stefan Rößle „für die CSU insgesamt ordentlich verlaufen sind“. Schöne Erfolge stünden bitteren Niederlagen gegenüber. Die CSU sei nach wie vor stärkste kommunalpolitische Kraft und „die einzig verbliebene Volkspartei in Deutschland“. Den Grünen hingegen seien Spitzenämter überwiegend versagt geblieben.

Für und Wider von JU-Listen

Wie Jörg Kunstmann ergänzte, gehöre nach wie vor jeder zweite Bürgermeister im Freistaat der CSU an, und auch die Zahl der CSU-Landräte sei konstant geblieben. Die KPV mit ihren mittlerweile rund 16.000 Mitgliedern habe ihre Mandate nahezu halten können. Dies beruhe unter anderem auf der ausgesprochen guten Unterstützung und Begleitung der CSU-Landesleitung in Form von Schulungen, Beratungen und einer insgesamt „peppigen“ Werbelinie. Die in der Diskussion aufgeworfene Frage, ob das Aufstellen eigene JU-Liste zur Kommunalwahl – möglich wurde dies durch eine Änderung des Kommunalwahlrechts durch den Bayerischen Landtag – das richtige Mittel war, kann laut Rößle nicht klar beantwortet werden. Aus seiner Sicht kann es Konstellationen geben, die einer eigenen Liste entgegenstehen.

Mit Blick auf die Corona-Krise verwies der Vorsitzende zunächst auf die deutliche Positionierung der CSU-Kommunalpolitiker in Form eines 10-Punkte-Programms mit folgenden Schwerpunkten: Schutz der regionalen Gesundheitsversorgung, Erhaltung der Finanzkraft der kommunalen Haushalte, langfristige Stärkung der Wirtschaft, Vorfahrt für regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen, Gesundheitsschutz und wirtschaftliche Stärke vereinen, Kirchen stärken und Gottesdiente ermöglichen, Individualverkehr erhalten, Gesundheitsschutz für Alten- und Seniorenheime gewährleisten, kommunale Gremienarbeit weiter digitalisieren und den Fokus auf politische Krisenmanager richten.



Stefan Rößle. ❒

Altschuldenproblematik in anderen Bundesländern

Bei den Beratungen innerhalb der Bundes-KPV sei die Altschuldenproblematik ein herausragendes Thema gewesen. Die KPV vertrete die Meinung, dass Altschulden, die vor der Corona-Krise entstanden sind, nicht mit Corona-Hilfen in Einklang gebracht werden dürfen. Wenn sich Kommunen jahrelang über Kassenkredite finanzieren, liege dies an einer grundsätzlichen Unterfinanzierung durch die anderen Bundesländer. Deshalb sei zu begrüßen, dass es im 130 Mrd. Euro schweren Maßnahmenpaket nicht zu einer Kostenübernahme kommunaler Altschulden gekommen ist, sondern zu schnellen finanziellen Hilfen, sinnvollen Investitionsanreizen und einem Ausbau der kommunalen Förderprogramme.

Mit rund 30 Mrd. Euro unterstützt das Rettungspaket laut Rößle direkt oder indirekt die deutschen Kommunen und Landkreise und kommt damit ebenso den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute. Der Bund stellt Bayern 1,1 Mrd. Euro zur Verfügung, das Land 1,3 Mrd. Euro. Der „kommunale Solidarpakt 2020“ kompensiere einen Großteil der krisenbedingten Ausfälle der Gewerbesteuer.

Im Vorfeld hatte der KPV-Bundesvorstand die Bundesregierung aufgefordert, eine gemeinsame Initiative mit den Ländern und den Kommunen zu ergreifen, um die finanzielle Soforthilfe, die kommunale KdU-Entlastung und ein gesamtstaatliches kommunales Konjunkturpaket in einem Gesamtumfang von mehr als 20 Mrd. Euro auf den Weg zu bringen. „Ich hätte nicht gedacht, dass der Bund die Kommunen derart großzügig bedient“, betonte der KPV-Landesvorsitzende. „Wir dürfen sehr zufrieden sein.“ Gleichwohl müsse man sich vor Augen führen, dass diese Maßnahme immerhin eine bundesweite Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Euro zur Folge habe, was ihn auch etwas sorgenvoll stimme, räumte Stefan Rößle ein. Es gelte nun dafür zu sorgen, dass die Gelder schnell dort ankom-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vier Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Finanzminister Albert Füracker: Bundeshilfen verdoppelt

Neben enormen finanziellen Mitteln erstattet der Freistaat den Kommunen die nicht erhobenen Elternbeiträge für Kinderbetreuung. Auch der Rekordfinanzausgleich wird trotz Krise voll ausbezahlt. Mit diesen Maßnahmen soll die Handlungsfähigkeit der Kommunen garantiert werden.

Der Freistaat verdoppelt mit rund 2 Milliarden Euro Landesmitteln die kommunalen Unterstützungen im Konjunkturpaket des Bundes. Dies bedeutet insgesamt rund 4 Milliarden Euro für die Kommunen. Allein rund



Albert Füracker. Bild: stmfh

2,4 Milliarden Euro erhalten sie als Ersatz für ausgefallene Gewerbesteuern. Zudem verdoppelt der Freistaat die ÖPNV-Bundesmittel für Bus und Schiene auf rund 760 Millionen Euro; davon gehen etwa 460 Millionen Euro an die Kommunen. „Bayern lässt seine Städte und Gemeinden nicht allein. Dies ist ein klares Signal: Wir wollen gemeinsam mit unseren Kommunen durch die schwierige Krisenzeit kommen“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zu den avisierten Maßnahmen.

Erstattung der Elternbeiträge

Als weitere Hilfe erstattet der Freistaat nicht erhobene Elternbeiträge für Kinderbetreuung in Höhe von insgesamt rund 200 Millionen Euro, so dass diese nicht die kommunalen Haushalte belasten. Eine wichtige Entlastung für die Kommunen bedeutet auch die Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. „Dies spart den Kommunen dauerhaft Kosten für die Unterkunft und umfasst allein im Jahr 2020 rund 250 Millionen Euro“, betonte Füracker. Hinzu kommen weitere Bundesmittel aus dem Krankenhausstrukturfonds, von denen kommunale Krankenhäuser profitieren, sowie weitere Maßnahmen bei Kindergärten, Kitas und Krippen und der Digitalisierung der Schulen.

Liquidität sicherstellen

Daneben treten weitere Hilfen des Freistaats für die kommunale Familie. Um die Liquidität von Bayerns Kreisen, Städten und Gemeinden sicher zu stellen wurden die Auszahlungszeitpunkte für rund 2 Milliarden Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich vorgezogen. Der Rekordfinanzausgleich von über 10 Milliarden Euro im Jahr 2020 wird trotz Krisensituation voll ausbezahlt. „Unsere Kommunen erhalten durch das tatkräftige Eintreten des Freistaats die notwendigen Spielräume, um jetzt auch in dieser schwierigen Situation ihre Aufgaben erfüllen und mit Investitionen als Wirtschaftsmotor vor Ort agieren zu können. Die kommunale Familie in Bayern ist gut aufgestellt und handlungsfähig“, versicherte der Finanzminister. **red**



Wie soll man mit dem als politisch inkorrekt angesehenen Erbe umgehen? Mit „Menschen im Widerspruch“ muss sich die Nachwelt auseinandersetzen, kommentiert der Bürgermeister die jüngste Rassismusdebatte. Der Schrecken des Kolonialismus braucht die kritische Auseinandersetzung. **Seite 13**

Ministerrat beschließt Lockerungen:

Zurück zur Normalität

Regelbetrieb an Schulen, mehr Besuche in Pflegeeinrichtungen, Start der Messesaison und mehr Impfstoffe für die Grippesaison – der Ministerrat verabschiedet verschiedene Maßnahmen, um Arbeitsalltag und das öffentliche Leben unter Hygieneauflagen weiter zu öffnen und sich frühzeitig für den Start der saisonalen Influenza 2020/21 zu wappnen.

Bayern bereitet für das kommende Schuljahr 2020/2021 den Regelbetrieb unter Hygieneauflagen vor. Sofern es das Infektionsgeschehen zulasse, sollen laut Kabinettsbeschluss ab dem 8. September wieder alle Schülerinnen und Schüler täglich im Präsenzunterricht unterrichtet werden. Oberste Priorität habe dabei weiterhin der Gesundheitsschutz der Schüler, Lehrkräfte und des schulischen Personals. Ziel des Konzepts sei es, dass die bayerischen Schulen ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch im kommenden Schuljahr bestmöglich nachkommen können. Dabei sei Voraussetzung für einen Regelbetrieb in Schulen, dass sich das Infektionsgeschehen weiterhin positiv entwickele und der derzeitige Mindestabstand von 1,5 Metern in den Klassenräumen sowie die damit verbundenen Klassenteilungen aufgehoben werden können. Die Hygieneauflagen sollen vor Beginn des neuen Schuljahrs in Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium in einem neuen Hygieneplan der aktuellen Situation angepasst werden. Basis hierfür sei der bestehende Hygieneplan, der neben allgemeinen Aspekten wie etwa regelmäßiges Händewaschen, Einhaltung der Husten- und Niesetikette auch Vorgaben zum Verhalten im Schulgebäude vorsieht.

Zusätzliche Förderangebote

Zudem stellt der Freistaat 2020 einmalig Fördermittel bereit, um zusätzliche, freizeitpädagogisch orientierte Ferienangebote in den Sommerferien zu ermöglichen. Die Angebote werden sich vor allem an die Jahrgangsstufen 1 bis 6 richten. Durch das Angebot sollen auch Alleinerziehende und Eltern unterstützt werden, die ihren Jahresurlaub bereits vor den Sommerferien eingebracht haben. Um den Start in das neue Schuljahr zu erleichtern, werden ab September bis Allerheiligen bzw. – je nach Schulart – bis Weihnachten spezielle Förderangebote an den Schulen eingerichtet. So sollen Schüler mit Lerndefiziten durch die Corona-Einschränkungen gezielt unterstützt werden.

Chance Homeschooling

Bayern baut zudem die Digitalisierung an den Schulen weiter aus. Zu den zentralen Bausteinen des digitalen Gesamtpakets zählen die „mebis“-Plattform (Landesmedienzentrum Bayern) sowie ein ergänzendes Werkzeug zur onlinebasierten Kommunikation für die weiterführenden Schulen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen damit die Möglichkeit haben, auch zu Hause mit digitalen Medien zu lernen. Wer zu Hause keinen Zugang zu einem geeigneten digitalen Endgerät hat, soll dies bei der Schule befristet ausleihen können. Über das Sonderbudget Leihgeräte wurde hierfür ein Förderprogramm unter dem Dach des „DigitalPakt Schule“ 2019 bis 2024 aufgelegt.

Öffnung der Krankenhäuser

Die Besuchsregelung für Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung sowie für Krankenhäuser und Einrichtungen der Vorsorge und

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
BKPV-Geschäftsbericht 2019 2
Gesundheitsbranche bleibt Wachstumsmotor 2
darfichrein.de – vereinfachte digitale Registrierung 3
GZ-Kolumne Dr. Kemens Gsell: Grenzübergreifende Planung auf kommunaler Ebene 3
Stadt.Land.Wo? Was die Jugend antreibt 3
Schnelle Hilfe für helfende Hände auf dem Land 4
Handreichung für berufsmäßige kommunale Wahlbeamte . . .4
Kommunale Finanzthemen . . . . . .5 - 8
Kommunale Umweltthemen • Abfallwirtschaft • Recycling . . 9 - 10
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 11 - 14

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

BKPV-Geschäftsbericht 2019:

Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling schwach ausgeprägt

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2019 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben der finanziellen Beteiligung kreisangehöriger Kommunen an den Betriebs- und Investitionskosten kreiseigener Schulsportstätten und Vergleichen zur Angemessenheit der Stellenausstattung in der Kernverwaltung bei kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften anhand des Stellenbestandes stehen die Themen Kommunaler Straßenbau und -unterhalt sowie die interkommunale Zusammenarbeit bayerischer Gemeinden und Implikationen des Vorsteuerabzugs nach § 2b UstG auf der Agenda.

Schulsportstätten der Landkreise werden regelmäßig auch von Schulen anderer Schulaufwandsträger sowie im Anschluss an den Schulbetrieb und an Wochenenden und Feiertagen von örtlichen Vereinen und Privatpersonen belegt. Insbesondere gilt das für Schwimmbäder. In der Praxis stellen sich Fragen einer finanziellen Beteiligung dieser Schulaufwandsträger an den Belastungen für die kreiseigenen Sportstätten.

Umlagen zur Finanzierung originärer Aufgaben

Der BKPV weist darauf hin, dass ein Landkreis sich durch die Kreisumlage nur diejenigen Einnahmen beschaffen darf, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Das Umlagesoll dürfe daher grundsätzlich keine Ausgaben für landkreisfremde Aufgaben umfassen. Zu den landkreisfremden Aufgaben gehöre nach der Rechtsprechung des BayVGH eine allgemeine Sportförderung durch die unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von kreiseigenen Schulsportanlagen zur außerschulischen Nutzung. Deshalb wäre der zusätzliche Kostenaufwand durch die Nutzungsüberlassung der Sportanlagen soweit wie möglich durch Einnahmen zu decken.

Werden kreiseigene Schulsportanlagen auch von Schulen anderer Schulaufwandsträger belegt, bedürfe es einer finanziellen Beteiligung dieser Schulaufwandsträger an den Belastungen für die kreiseigenen Sportstätten. Die finanzielle Beteiligung müsse insbesondere gewährleisten, dass sich der Landkreis über die Kreisumlage keine Einnahmen für die Nutzung seiner Sportstätten durch Grund- und Mittelschulen beschafft. Da eine direkte Erfassung sämtlicher Betriebskosten aus der Nutzung durch die Grund- und Mittelschulen nicht möglich, zumindest aber nicht praktikabel wäre, müssten die Betriebskosten für die jeweilige Sportstätte sachgerecht aufgeteilt werden.

Entscheidungsspielräume

„Wie bestehende Spielräume beim Maß der finanziellen Beteiligung genutzt werden, wird im Rahmen der politischen Willensbildung entschieden“, macht der BKPV deutlich und weist darauf hin, „dass unsere Überlegungen umgekehrt auch für den Fall gelten, dass gemeindliche oder schulverbandseigene Schulsportstätten von Schulklassen aus Schulen genutzt werden, für die der Landkreis Sachaufwandsträger ist“.

Verantwortung für kommunale Infrastruktur

Stichwort Kommunaler Straßenbau und -unterhalt: Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten von Kommunen ist eine intakte Infrastruktur. Die Straße ist ein wichtiger Teil dieser Infrastruktur. Wirklich wahrgenommen wird sie nach Darstellung des Prüfungsverbands allerdings oft erst dann, wenn Zeit-, Personen- oder Sachschäden entstanden sind.

Das kommunale Straßennetz in Bayern stammt zu einem erheblichen Anteil aus den 1960er und 1970er Jahren. Die 50 bis 60 Jahre währende tägliche Beanspruchung hat an den Kreis- und Gemeindestraßen ebenso wie die zunehmende Verkehrsbelastung auf den öffentlichen Straßen deutliche Spuren hinterlassen. Tendenziell nehmen aus Sicht des BKPV die Landkreise, Städte und Gemeinden zu wenig Geld in die Hand, um den Zustand ihrer Straßen mit moderner Technik zu erfassen: „Meist gibt es nur einfache Ortsbegehungen von Mitarbeitern der Bauämter. Aber erst Untersuchungen mit modernen Messfahrzeugen zeigen den schlechten Zustand vieler Straßen auf. Mit einfachen Ortsbegehungen lassen sich keine genauen Analysen erstellen.“

Die Ausführungen zum bestandsorientierten Ausbau von Straßen beschrieben in erster Linie Umbau-, Ausbau- und Bestandserhaltungsmaßnahmen bestehender, teilweise nicht oder unzureichend ausgebauter, einbahniger Straßen. Die praxisnahe Auslegung der straßenbaulichen Vorschriften und Richtlinien führe durch kostenbewusstes Planen und Bauen zu wirtschaftlichen und nachhaltigen Lösungen. Dabei setzten Abweichungen von den geltenden Richtlinien immer eine sorgfältige Analyse voraus.

Nachhaltigkeitsaspekte bei begrenzten Haushaltsmitteln

Ziel der Landkreise und Kommunen sollte es sein, „mit den begrenzt vorhandenen Haushaltsmitteln für den Straßenbau und -unterhalt so viel wie möglich an Straßen auszubauen und zu erhalten, wobei der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund stehen sollte“. Entscheidend sei, dass die kommunale Straßenbaumaßnahme eine längerfristige Verbesserung der Substanz ohne Einbußen bei der Verkehrssicherheit bzw. im Falle von unfallauffälligen Straßenabschnitten eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht.

Die aufgeführten objektbezogenen Herstellungskosten von Straßenbaumaßnahmen pro Meter und Quadratmeter Straße sollen nach Auffassung des BKPV zur Abschätzung der wirtschaftlichen Aufwendungen auf Basis vergleichbarer Straßenbaumaßnahmen dienen. Schließlich seien der Bau und die Erhaltung kommunaler Straßen von vielen Randbedingungen geprägt: Beengte Platzverhältnisse, Ver- und Entsorgungsleitungen mit damit verbundenen Aufgrabungen, verschiedene Verkehrsflächen mit unterschiedlichen Anforderungen der Nutzer, besonderer Druck auf die Bauzeiten, Umweltaspekte, Ökonomie und Sicherheitsaspekte stellten zusätzliche Besonderheiten gegenüber dem Fernstraßenbau dar.

Die Erstellung eines Straßenzustandskatasters sei empfehlenswert, da es neben verschiedenen anderen zu berücksichtigenden Kriterien (z. B. Dringlichkeit der Maßnahme, Bedeutung der Straße im Verkehrsnetz, sinnvolle Gruppierung von Baumaßnahmen) eine wichtige Entscheidungshilfe für die Planung des kommunalen Straßenbaus sein kann.

Wirtschaftlicher Personaleinsatz

Eines starken Interesses erfreut sich laut BKPV nach wie vor das Thema wirtschaftlicher Personaleinsatz. Ab 2017 wurde hierfür der Stellenbestand in der Kernverwaltung kreisangehöriger Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften strukturiert erfasst.

In der Aufgabengruppe Finanzen sei beispielsweise zu beachten, dass bei Kommunen mit doppischer Buchführung der Stelleneinsatz bis zu rund 10.000 Einwohnern aufgrund der umfänglichen Vermögenserfassung und der durchzuführenden Buchführung mit Inventur, die üblicherweise zu einem Mehraufwand gegenüber kameral buchenden Kommunen führt, häufig mit einem Stellenmehrbedarf von 0,3 bis zu rund 0,5 Stellen gerechnet werden kann. Dieser Mehrbedarf ist in den Kommunen bis 10.000 Einwohnern häufig größenklassenunabhängig.

„Sowohl bei den kameral buchenden wie auch den Kommunen mit doppischer Buchführung mussten wir nach den Erhebungen feststellen, dass die Themen Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling in den Kommunen bis 15.000 Einwohnern überwiegend schwach ausgeprägt sind“, heißt es in dem Geschäftsbericht. In allen Kommunen werde im Aufgabenbereich durch die Themen § 2b Umsatzsteuergesetz und Tax Compliance ein gewisser Mehraufwand anfallen, der unter anderem vom Umfang der örtlichen Inanspruchnahme von Beratungsleistungen abhängig werden wird. **DK**

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Do, 18.06.20, 16 Uhr
Fr, 26.06.20, 11 Uhr
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

Bayerischer Landtag mit neuer Homepage:

Kabarettisten erklären Demokratie

Parlamentarisches Geschehen transparent machen

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat das neue Online-Angebot des Parlaments vorgestellt. „Wir müssen unsere Arbeit den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern transparent vermitteln“, sagte sie bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Relaunchs. Als weitere Bausteine der neuen Digitalisierungsstrategie stellte der Bayerische Landtag verschiedene Erklärfilme sowie einen Podcast als Pilotprojekt vor.

Klares Layout, übersichtliche Strukturen – nach dem Relaunch vor sechs Jahren ist Bayerns Parlament nunmehr mit einem neuen Internetauftritt online gegangen. Eingebettet ist der Relaunch in ein modernes Kommunikationskonzept des Landtags: „Wir wollen Interesse wecken für die Arbeit im Parlament und wollen in Zeiten von gezielter Desinformation eine unabhängige und glaubwürdige Primärquelle für Informationen rund um die Landespolitik sein“, erläutert Landtagspräsidentin Ilse Aigner das Ziel dahinter.

Veränderte Mediennutzung

Die neu gestaltete Landtagsseite orientiert sich mit einem zeitgemäßen Erscheinungsbild an der veränderten Mediennutzung, setzt verstärkt auf mehr Bewegtbild-Informationen, eine bessere mobile Ausspielung der Inhalte und nutzerfreundliche Recherche-Werkzeuge. So ist künftig die Suche nach Parlamentspapieren wie Drucksachen, Protokollen und Tagesordnungen noch leichter und komfortabler. Auch alle 1424 Landtagsabgeordneten seit 1946 sind nur einen Klick entfernt – mit vielen wichtigen Informationen zu Lebensläufen, parlamentarischen und politischen Funktionen sowie Kontaktmöglichkeiten zu den Stimm- und Wahlkreisbüros.

Der Bayerische Landtag setzt neben dem klassischen Online-Angebot auch verstärkt auf neue Kanäle und Formate auf den sozialen Netzwerken – wie zum Beispiel Erklärfilme auf YouTube: Sieben Fragen – etwa: „Wie wird man Abgeordneter?“ oder „Was sind Ausschüsse?“ – werden auf amüsante Art von bekannten Köpfen beantwortet. Als besonderer Gast präsentierte daher Kabarettist Django Asül einen Film, der den Nutzen einer Petition für die Bürger darlegt – im Vergleich mit dem Videobeweis beim Fußball.

www.youtube.com/user/BayernLandtag/ ❐

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml:

Gesundheitsbranche bleibt Wachstumsmotor

Jeder zehnte Euro wird in Gesundheit und Pflege erwirtschaftet

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Huml sieht in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft auch mit Blick auf die Corona-Pandemie einen Wachstumsmotor für die Wirtschaft im Freistaat. „Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft ist eine der stärksten und zukunftsträchtigsten Branchen in Bayern. Gut jeder zehnte Euro unserer Wirtschaftskraft entsteht in dieser Branche, etwa jeder sechste Arbeitsplatz wird hier gesichert“, so die Ministerin.

Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft habe das Potenzial, eine neue Leitökonomie neben bestehenden starken Wirtschaftszweigen zu werden. Der Staat unterstützte die Branche gerade in Corona-Zeiten nach Kräften. Erst Anfang Juni hat das Bundeskabinett in einer Sondersitzung mit seinem Konjunktur- und Zukunftspaket beschlossen, 9,75 Milliarden Euro zusätzlich in diesen Sektor zu investieren.

Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft hat sich in den vergangenen zehn Jahren zum krisenresistenten Wachstumsmotor für den Wirtschaftsstandort Bayern entwickelt. Ihre Bedeutung wird auch aufgrund der demografischen Entwicklung und eines weiterhin zunehmenden Gesundheitsbewusstseins in Zukunft noch steigen.

Diesen Trend belegt die zweite Bayern-Studie „Bedeutung der Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Bayern und den bayerischen Gesundheitsregionen^{plus}“ von 2019, die jetzt veröffentlicht wurde. Demnach wurde in Gesundheit und Pflege 2017 eine Bruttowertschöpfung von rund 56 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das entspricht 10,4 Prozent der bayernweiten Leistung, einem Plus von 0,6 Prozentpunkten im Zehnjahresvergleich.

Auch die Beschäftigung in Gesundheits- und Pflegeberufen hat sich im Zehnjahresvergleich rasant entwickelt. Stand 2017 verdienten rund 1,2 Millionen Menschen im Freistaat ihren Lebensunterhalt in der Branche; das entspricht einem bayernweiten Anteil von 15,7 Prozent.

Im Vergleich zu anderen Dienstleistungssektoren ist der Anteil von Gesundheit und Pflege an Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen überdurchschnittlich hoch, wie die vom Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR im Auftrag des Gesundheits- und Pflegeministeriums (StMGP) umgesetzte Studie zeigt. Zudem trägt die Branche erheblich zur Entwicklung des ländlichen Raumes bei. Mehr als die Hälfte der branchenweiten Bruttowertschöpfung (rund 29 Mrd. Euro, etwa 52 Prozent) sowie der Erwerbstätigen (mehr als 670.000, rund 56 Prozent) wurde 2017 außerhalb der Metropolregionen registriert. Die Studie enthält auch eine ausführliche Analyse der 50 bayerischen Gesundheitsregionen^{plus}. Auch die heimischen Kur- und Heilbäder sind ein bedeutender Faktor in der Gesundheits- und Pflegewirtschaft, so Huml.

Die Experten von WifOR gehen von einem weiter steigenden Anteil der Branche an der Wirtschaftsleistung in Bayern aus, weil die Corona-Beschränkungen die Gesundheits- und Pflegewirtschaft weniger hart getroffen haben als andere, insbesondere industrielle Wirtschaftszweige in Bayern. Auch um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Gesundheits- und Pflegewirtschaft zu untersuchen, hat das Bayerische Wirtschaftsministerium aufbauend auf der Studie des StMGP eine Folgestudie in Auftrag gegeben, die sich vertieft mit Fragestellungen der industriellen Gesundheitswirtschaft befasst.

www.stmgp.bayern.de/wp-content/uploads/2020/04/studie_gesundheits_pflegewirtschaft_bayern_kurzfassung.pdf

Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

Landtagsamt erneut ausgezeichnet

Das bayerische Landtagsamt hat das „audit berufundfamilie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung erneut erfolgreich durchlaufen. Jetzt wurde das Zertifikat offiziell verliehen.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich hocherfreut über diese Bestätigung der jahrelangen Anstrengungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Landtagsverwaltung kontinuierlich zu verbessern: „Als Verwaltung der bayerischen Volksvertretung und oberste Landesbehörde hat das Landtagsamt eine besondere Vorbildfunktion. Dass unsere Bemühungen um eine möglichst hohe Vereinbarkeit von Beruf und Familie nun einmal mehr mit diesem renommierten Zertifikat ausgezeichnet wurden, macht uns natürlich stolz. Gleichzeitig wird uns dieser Erfolg auch Ansporn sein, diesen entscheidenden Bereich eines modernen Arbeitsumfelds konsequent weiterzuentwickeln und auch künftig für möglichst familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu sorgen!“

Im Jahr 2007 wurde der Landtagsverwaltung erstmals das Zertifikat „audit berufundfamilie“ verliehen. Mit der diesjährigen Re-Auditierung wurde der Prozess nun zum fünften Mal erfolgreich durchlaufen. Einsetzbar in allen Branchen und unterschiedlichen Betriebsgrößen erfasst das audit den Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie, entwickelt systematisch das betriebsindividuelle Potenzial und sorgt mit verbindlichen Zielvereinbarungen dafür, dass Familienbewusstsein in der Unternehmenskultur verankert wird. Ein Schwerpunkt des nun erfolgreich absolvierten Dialogverfahrens lag auf der Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger.

Wir korrigieren!

ZUM 60. GEBURTSTAG

In der Ausgabe Nr. 12 der Bayerischen GemeindeZeitung gratulierten wir Haßfurts Erstem Bürgermeister zum 65. Geburtstag. Tatsächlich gefeiert hat am 29. 6.

BÜRGERMEISTER GÜNTHER WERNER SEINEN 60. GEBURTSTAG

Wir bitten um Verzeihung und gratulieren herzlich!

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Hoh
97318 Biebelried
am 4.7.

Bürgermeister Horst Kratzer
92353 Postbauer-Heng
am 15.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Beyer
95189 Ködnitz
am 7.7.

Bürgermeister
Matthias Schnetzer
83533 Edling
am 11.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Obst
89293 Kellmünz
am 12.7.

Bürgermeister Bernd Obst
90556 Cadolzburg
am 14.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Pitterlein
91220 Schnaittach
am 7.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



„Registrierungslösung darfichrein.de: v.l.: Benedikt Schneppe (Entwickler), Dominik Wörner (AKDB), Gudrun Aschenbrenner (Vorstandsmitglied AKDB), Staatsministerin Judith Gerlach, Stefan Michalk (Entwickler), DEHOGA Bayern-Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert sowie DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer

Bild: Bayerisches Staatsministerium für Digitales

darfichrein.de – auch für Kommunen nutzbar:

Vereinfachte digitale Registrierung

Die AKDB und der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern bieten eine digitale datenschutzkonforme Registrierungslösung entsprechend gesetzlichen Vorgaben an. Schirmherrin Digitalministerin Judith Gerlach: „Mit dieser cleveren digitalen Lösung kann die erforderliche Registrierung kontakt- und papierfrei erfolgen".

Um Gastgeber bei der im Rahmen der Corona-Pandemie bestehenden Registrierungspflicht ihrer Gäste zu unterstützen, hat die darfichrein GmbH, ein gemeinsames Tochterunternehmen der AKDB und des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern sowie des Entwicklerduos Stefan Michalk und Benedikt Schneppe, eine einfache Lösung auf den Weg gebracht.

Der Kontakt zwischen der AKDB und dem Entwicklerduo entstand aus der Patenschaft der AKDB im Umsetzungsprogramm des WirvsVirusHackathons der Bundesregierung, das das Projekt stark unterstützt hat. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach, die die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen hat, betont: „Ungewöhnliche Zeiten erfordern kreative Ansätze. Die Digitalisierung hilft uns bei der Bewältigung der Corona-Krise. Mit dieser cleveren digitalen Lösung kann die erforderliche Registrierung kontakt- und papierfrei erfolgen. Auch hier kann uns die Digitalisierung das Leben ein kleines bisschen erleichtern."

Datenschutzkonform

„Unser oberstes Ziel ist es, die Registrierungspflicht abzuschaffen", erläutert DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer, „doch solange es sie noch gibt, wollen wir eine möglichst praktikable und einfache digitale Lösung anbieten. Damit können Gastronomen der Dokumentationspflicht hinsichtlich der Kontaktinformationen ihrer Gäste einfach und vor allem sicher und datenschutzkonform nachkommen", so DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer.

Auf darfichrein.de können etwa Gastronomen in wenigen Sekunden ein Konto erstellen. Dabei wird ein QRCode generiert, der ausgedruckt und sichtbar in der Gaststätte angebracht werden kann. Die Gäste scannen den QR-Code mit dem Smartphone und geben ihre Kontaktdaten an. Dafür muss nichts installiert oder heruntergeladen werden – ohne Stift und Papier, die durch viele Hände gehen. Diejenigen Gäste, die kein Smartphone besitzen oder es nicht verwenden möchten, können sich über ein Gerät (z. B. Tablet) der Gaststätte oder durch das Servicepersonal der Gaststätte eintragen. Die Daten werden verschlüsselt und sicher im Rechenzentrum der AKDB gespeichert. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben werden die Kontaktdaten nach vier Wochen automatisch gelöscht. Nur auf Anforderung der Gesundheitsbehörden darf der Restaurantbetreiber die Kontaktdaten der Gäste für ein bestimmtes Zeitfenster herunterladen, entschlüsseln und an die Behörden übergeben.

Sicherheit gewährleistet

Datenschutz und -sicherheit garantiert – auch für kommunale Einrichtungen Datenschutz und Datensicherheit sind bei Nutzung der Web-Anwendung umfassend gewährleistet. Alle Daten werden ausschließlich im deutschen Rechenzentrum der AKDB gespeichert, das durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) auf Basis von IT-Grundschutz zertifiziert ist.

Die AKDB als öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister entwickelt und betreibt IT-Lösungen für die Digitalisierung insbesondere von Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Nun übernimmt die AKDB das Hosting der Datenbank der neuen darfichrein-Anwendung. Gudrun Aschenbrenner, Vorstandsmitglied der AKDB: „Ich freue mich, dass die AKDB an einer so innovativen Lösung wie der darfichrein-Anwendung aktiv mitwirkt. Die Nutzer der Anwendung können auf den Schutz ihrer Daten in unserem Rechenzentrum vertrauen. Die Anwendung steht auch kommunalen und anderen Einrichtungen, wie etwa Schwimmbädern, über darfichrein.de zur Verfügung."

Infos: www.darfichrein.de ❐

GZ **KOLUMNE**
Dr. Klemens Gsell



Liebe Leserinnen und Leser,

Unsere Verwaltung und Planung kann sehr effektiv sein. Das beweisen wir gerade wieder in Deutschland bei der Herausforderung Pandemie. Hier arbeiten Gesundheitsbehörden der Kommunen und des Staates sehr intensiv zusammen und verteilen die Informationen, treffen Abstimmungen über Aufgaben und regeln Ressourcenzuteilung und Kostenfolgen ohne langwierige Verfahren.

Leider ist diese vorbildliche Leistung nicht immer Standard der bayerischen Realität. Deutlich wird dies immer mehr bei den grenzüberschreitenden Infrastrukturplanungen. Seien es Stromtrassen oder Verkehrswege (Auto- oder Bahn); die Informations- und Entscheidungswege sind

Grenzübergreifende Planung auf kommunaler Ebene

oftmals unterbrochen. Dazu kommt an vielen Stellen eine Vertretung von Partikularinteressen auch durch Verwaltungsebenen oder Gebietskörperschaften, die Verfahren hemmt und in lange Zeiträume verschiebt Jeder aktive Kommunalpolitiker kennt solche Streitthemen mit den Nachbarn in seinem Kreis oder Bezirk. Leider sind das auch oft Probleme, die einzelne Bereiche der Gemeinden unattraktiv machen und Verzögerungen, die zu langdauernden Belastungen der Bürger führen.

Beispiele sind oft nicht einmal die bekannten Ortsumgehungen oder ähnliche Fragen. Auch Infrastruktur im Bereich der Verkehrswende leidet darunter. Eine Stadtbahn ins Umland könnte oftmals vielen Pendlern eine Alternative zum Auto auf den Einfallstraßen bieten. Doch sind Trassen dafür genauso strittig wie die Stromtrassen für die Windenergie.

Meist gilt in diesen Fragen eine schwierige Abstimmung zwischen Kommunen und staatlichen Planfeststellungsbehörden. „Toll" wird es dann, wenn Nachbarkommunen unterschiedliche Rechtsansichten auch noch ausklagen. Mehrheitsentscheidungen, Interessenabwägung auf größerer Gebietsebene sind in solchen Fällen meist nicht zu erreichen, weil weder Kreis oder Bezirk dazu befugt sind.

Ist es nicht an der Zeit, über neue Abstimmungsregeln auf überörtlicher Ebene nachzudenken? Die Reformüberlegungen zur Landesplanung vor einigen Jahren brachten da schon Ansätze. Modelle aus Hessen oder Baden-Württemberg waren sicherlich nicht völlig verkehrt. Doch scheiterten diese damals an uns in der kommunalen Familie. Sollten wir uns jetzt nach der Neuwahl und Konstituierung das Thema nicht wieder vornehmen? Ein Versuch wäre es im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit Bayerns schon wert meint

Ihr Dr. Klemens Gsell
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Stadtrat und Altbürgermeister der Stadt Nürnberg

Stadt. Land. Wo? Was die Jugend antreibt

Studie der KLJB Bayern und des Münchner Instituts für Stadt- und Regionalmanagement

Die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) Bayern hat ihre Fachpublikation mit Ergebnissen und Impulsen der großen Landjugendstudie „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt" veröffentlicht. Das vom bayerischen Umweltministerium unterstützte Projekt wurde gemeinsam mit dem isr (Institut für Stadt- und Regionalmanagement in München) durchgeführt.

Ziel des Forschungsprojekts war es, Erkenntnisse über Motive junger Menschen zum Bleibe- und Rückkehrverhalten in ländlichen Kommunen Bayerns zu gewinnen und dabei das Verhältnis von harten und weichen Standortfaktoren zu berücksichtigen. Darauf aufbauend sollen Handlungsempfehlungen für kommunale Akteure und die Jugendarbeit am Land zur Verbesserung der Bleibebereitschaft erarbeitet werden.

Drei Untersuchungsräume

Von Mitte 2017 bis Ende 2019 wurden rund 600 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 27 Jahren befragt. Sie kamen in Workshops, persönlichen und Onlinebefragungen sowie Einzelinterviews zu Wort. Folgende drei Untersuchungsräume wurden definiert: Bayerischer Wald" in der Kategorie „Teilraum mit besonderem Handlungsbedarf", die Region „Deggendorf-Plattling" als „ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen" und die Region „Regensburg Umland" mit den Merkmalen eines „Verdichtungsraumes".

Untersuchungskommunen waren 15 Orte, davon fünf im Landkreis Regensburg (Barbing, Laaber, Mintraching, Obertraubling, Sinzing), fünf im Landkreis Deggendorf (Aholming, Hengersberg, Metten, Moos, Niederalteich) sowie fünf im Bayerischen Wald (Schönthal und Chamerau im Landkreis Cham, Arnbruck im Landkreis Regen sowie Röhrnbach und St. Oswald-Riedlhütte im Landkreis Freyung-Grafenau).

Zukunftspläne für die Heimatregionen

Wie die Untersuchung zeigt, stellt ein Großteil der Befragten die Raumkategorien „Stadt" und „Land" in unterschiedlichen Zusammenhängen konträr gegenüber und gibt an, deutlich die Verschiedenheit der räumlichen Einheiten wahrzunehmen. Die jungen Erwachsenen sehen in ihrem Heimatraum/Heimatort genügend Handlungsoptionen und es besteht die Bereitschaft, Zukunftspläne zu entwickeln.

Keine Rede von Landflucht

Von „Landflucht" im Sinne eines Ausweichens vor einer repressiven ländlichen Situation kann keine Rede sein. Die große Mehrheit der Onlinebefragten lebt gerne am ländlichen Wohnort und ist im Allgemeinen nicht unzufrieden mit den Lebensbedingungen. Gleichwohl wird in der Bewertung der Daseinsvorsorge unter anderem ein Mangel an bedarfsgerechtem Wohnangebot deutlich und auch die Unzufriedenheit mit der politischen Einflussnahme tritt deutlich zutage. Viele Befragte fühlen sich nicht gehört.

Grundlage für die insgesamt positive Einstellung ist unter anderem eine enge Familien- und damit Ortsverbundenheit sowie eine Verbundenheit zu örtlichen Vereinen und Freundes- und Jugendszenen. Die Befragten sind zum Großteil in Vereinen und Organisationen aktiv. Insgesamt ist unverkennbar, dass Bleiben oder Wegzug von vielfältigen Faktoren abhängig ist, die durch biografische (Heimatort/Heimatgefühl, Zugehörigkeit, Alter, Bildung) sowie soziale Faktoren (Eltern, Freunde/Partner, Vereinsaktivitäten) geprägt sind. Hier besteht eine starke räumliche Identität, die von infrastrukturellen Faktoren unterstützt wird.

Wie wichtig jungen Erwachsenen in ländlichen Räumen diese Aspekte sind, zeigt sich auch bei den studentischen Befragten, für die der Herkunftsort ein fester Bezugspunkt bleibt, den man nicht aufgeben möchte – selbst wenn man ihn aufgrund des eingeschlagenen Bildungs- und Berufswegs verlassen hat. Die Möglichkeit, später zurückzukehren, bleibt hierdurch erhalten.

Für junge Erwachsene in ländlichen Räumen besteht ein Nebeneinander von globalen Weltanschauungen und Veränderungsprozessen, vermittelt unter anderem über das Internet, und Traditionen bzw. stabilen sozialen Verhältnissen im Heimatraum. Die große grundsätzliche Zustimmung und die positive Bewertung für den überschaubaren, eng vernetzten Heimatraum – nicht generell für den ländlichen Raum – stellt die jungen Erwachsenen vor die Herausforderung, Strategien zu entwickeln, um mit der Ressourcen- und Chancenknappheit ihrer regionalen Lebenswelt erfolgreich umgehen zu können.

Wertbezogene Einstellung

Die Lebensplanung geht dabei einher mit einer wertbezogenen Einstellung, die auf Zuverlässigkeit und Bestand ausgerichtet ist. Diese Orientierung benötigt eine allgemeinverbindliche Unterstützung bzw. Absicherung, die durch ein gesellschaftliches oder kommunales Ordnungs-, Regelungs- oder Maßnahmengerüst unterstützt wird. Gelingt dieser Prozess, bestehen die besten Voraussetzungen, die Abwanderung aus den ländlichen Räumen einzuschränken. Dies kann jedoch nicht ausschließlich Aufgabe des Einzelnen sein, sondern muss im Miteinander kommunaler bzw. interkommunaler Aktivitäten und der Jugendarbeit auf dem Land gesehen werden. Für die kommunalen Akteure bedeutet das auch, Jugendpolitik auf dem Land zum Grundsatzthema in der ländlichen Gemeinde zu erheben.

Wie die Untersuchung zeigt, benötigen die jungen Erwachsenen in den untersuchten ländlichen Räumen sowohl vielseitige Unterstützung durch Informationen und Maßnahmen, die sie in der Frage der Berufsorientierung begleiten, als auch Beschäftigungsmöglichkeiten und Bleibeperspektiven. Im Kern geht es darum, für und mit jungen Menschen einen attraktiven ländlichen Lebensraum zu gestalten, um der insgesamt hohen Bleibe- und Rückkehrbereitschaft unter den Befragten eine ernsthafte Perspektive aufzuzeigen.

Mehr Beteiligung gewünscht

„Wir sind überrascht: Die emotionale und persönliche Bindung an das eigene Heimatdorf mit starken sozialen Strukturen ist für junge Leute bis heute die größte Stärke beim Leben auf dem Land und damit ihr Grund, auch in peripheren Regionen zu bleiben oder zurückzukehren. Eine der größten Schwächen ist für sie dagegen die mangelnde Beteiligung an für sie wichtigen Zukunftsfragen vor Ort. Hier muss die Politik ansetzen, wenn sie die Jugend nicht verlieren will!", bilanzierte KLJB Bayern-Landesgeschäftsführerin Maria Stöckl die Forschungsergebnisse.

Die Resultate zeigten, dass die Kategorien Land und Stadt bis heute starke Identitäten bilden und für das eigene Leben junger Leute sehr wichtig sind. Gerade in peripheren Regionen gebe es eine starke Abgrenzung zur Stadt, die mit dem Hervorheben der starken Bindung an den Heimatort zusammen geht. Stöckl zufolge leben die meisten jungen Leute einfach sehr gerne in ihrem Dorf auf dem Land und wollen hier ihre Zukunft selbst gestalten und erleben. „Wichtig ist auch, dass es nicht abstrakt um Leben irgendwo auf dem Land geht, sondern fast ausschließlich die eigene ländliche Heimatumgebung als weiteres Wohn- und Lebensumfeld gewünscht ist. ‚Da Woid, der is mei Himmelreich', fasste ein junger Workshopteilnehmer das passend zusammen." **DK**

Wissenschaftsausschuss im Landtag:

GEMA-Ehrenamtsflatrate

Feiern gehört zum Leben. Zum Feiern gehört Musik. Allerdings kann es die Musik nicht kostenlos geben, da Künstler, die Musik produzieren und deren geistiges Eigentum die Musik ist, ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Dass Künstler zu ihrem Geld kommen, organisiert die GEMA.

„Vereine gestalten und organisieren ehrenamtlich eine Vielzahl an Festen. Für diese Vereine, die sich damit nicht bereichern und gleichzeitig Herausragendes leisten, bedeutet es erheblichen finanziellen und bürokratischen Aufwand, für jedes Fest eine separate GEMA-Abrechnung zu erstellen", erläutert die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt, Eva Gottstein. Sie freut sich daher sehr, dass der zuständige Wissenschaftsausschuss des Bayerischen Landtags ihrem Antrag „Eine ‚GEMA – Ehrenamtsflatrate' für Bayern" zugestimmte. Den Antrag brachten CSU- und Freie-Wähler-Frakion gemeinsam ein.

„Mit einer pauschalen Flatrate schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe", so Gottstein. „Die Künstler bekommen weiterhin ihr Geld, aber das bayerische Vereinsleben hat eine bürokratische und finanzielle Sorge weniger!"

Steffen Vogel, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft/Ehrenamt und Dr. Marcel Huber, medienpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion ergänzen: „Wir sind nicht gegen Urheberrechte, aber wir müssen darauf einwirken, dass sie fair und unbürokratisch angewendet werden. Unser Ehrenamt ist für das gesellschaftliche Leben in Bayern unverzichtbar. ❐

Schnelle Hilfe für helfende Hände auf dem Land:

„Ehrenamt stärken. Versorgung sichern."

Bewerbung bis 12. Juli möglich

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Landkreistag die Sondermaßnahme „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern." gestartet. Bewerben können sich ehrenamtliche Initiativen in ländlichen Regionen, die z.B. in der nachbarschaftlichen Lebensmittelversorgung engagiert sind – wie Dorfläden und Tafeln.

Die Initiativen müssen überwiegend in Kommunen mit maximal 50.000 Einwohnern aktiv sein. Der mögliche Förderbetrag liegt zwischen mindestens 2.000 und maximal 8.000 Euro. Interessenbekundungen sind bis 12. Juli 2020 über ein Online-Formular möglich. Für die Vergabe der Fördermittel zählt der Eingangszeitpunkt der Interessenbekundung. Geplant ist, dass für die meisten Zuwendungsempfänger der Förderzeitraum im August/September 2020 beginnen kann. Der Förderzeitraum endet für alle Zuwendungsempfänger spätestens am 30. November 2020.

Corona-Herausforderungen

Die Corona-Pandemie trifft besonders auch hilfsbedürftige Menschen, Ältere, Menschen mit Vorerkrankungen oder Behinderungen, Menschen, die sich in sozial schwierigen Lebensverhältnissen befinden, in Armut leben oder obdachlos sind. Gerade in ländlichen Räumen ist es für diese besonders schutzbedürftigen Gruppen schwierig, sich mit Lebensmitteln zu versorgen. Die ehrenamtlich getragene Nahversorgung steht hier vor neuen Herausforderungen. Denn: Schutzausrüstungen und Vorkehrungen zur Einhaltung der Abstandsregeln brauchen extra Ressourcen. Klar ist: Hilfsangebote, insbesondere zur Lebensmittelversorgung, sind existenziell. Das BMEL setzt hier an und will Initiativen finanziell unterstützen, die Bürgerinnen und Bürger versorgen.

Ehrenamtliche Helfer unterstützen

So soll die neue Sondermaßnahme „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern" gezielt ehrenamtlich „helfende Hände" auf dem Land ansprechen und unterstützen. Mit den Fördermitteln des BMEL sollen zusätzliche, aufgrund der Corona-Pandemie anfallende Mehrbelastungen finanziell aufgefangen werden, für die den ehrenamtlichen Initiativen keine Eigenmittel zur Verfügung stehen.

Gefördert werden Neuanschaffungen wie z.B.

- Im Bereich Gesundheitsschutz: u.a. Schutzmasken, Handschuhe, Desinfektionsmittel, Material für die Selbstmontage von Trennwänden oder deren Anbringen durch Handwerker.
- Im Bereich Transport: u.a. Fahrräder, Transportboxen, Kühlboxen, Dienst-Handys und -Tablets und die Anmietung von E-Bikes, E-Rollern, Lastenfahrrädern, Autos oder Transportern.
- Im Bereich digitale Ausstattung: u.a. Kameraequipment und Headsets mit Mikrofon für das Abhalten von Videokonferenzen und Honorarkosten für Schulungen zum Einsatz von Hard- und/oder Software.

Welche Rolle haben die Landkreise im Bewerbungsverfahren?

Die Interessenbekundungen werden entsprechend der Reihenfolge ihres Eingangs an die jeweiligen Landkreise weitergeleitet, in denen die Maßnahmen überwiegend wirken. Die Landkreise nehmen eine Qualitätssicherung der vorgelegten Initiativen vor: Sie sichten im Hinblick auf die grundlegenden Eignungskriterien.

Welche Ausgaben können gefördert werden?

Die Landkreise nehmen hingegen keine Bewertungen der geplanten Inhalte der Maßnahmen oder der gewählten Methode vor.

Sofern der Landkreis einzelne Bewerbungen als nicht förderwürdig im Sinne der Bekanntmachung einstuft, wird diese Interessenbekundung im folgenden Antragsverfahren nicht berücksichtigt. Ansonsten gilt weiterhin die Reihenfolge nach Eingang der Interessenbekundungen („Windhund-Verfahren"). ❐

Wer kann eine Förderung erhalten?

- eingetragene Vereine (e.V.)
- gemeinnützige GmbHs (gGmbH)
- öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften
- als gemeinnützig anerkannte rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts
- genossenschaftlich organisierte Dorfläden und Dorfgaststätten

Welche Ausgaben können gefördert werden?

https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-ehrenamt-staerken-versorgung-sichern/FAQList.html;jsessionid=22DF7A01F21CE7FBEDB7B27CD6E21819.internet2852#f81084

Allgemeine Infos

https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/ehrenamt/bule-sondermassnahme-corona.html

Kommunale Schieflage ...

(Fortsetzung von Seite 1)

men, wo sie gebraucht werden.

Wie der Landesvorsitzende zudem feststellte, rechne er mit massiven Gewerbesteuerausfällen in Höhe von 2 Mrd. Euro für die bayerischen Kommunen. Durch die Umrüstung von Rathäusern und kommunalen Einrichtungen seien erhebliche Mehrkosten vor Ort entstanden und ebenso sei es zu teils massiven Einnahmenrückgängen bei kommunalen Unternehmen gekommen. Zugleich werde die steigende Arbeitslosenzahl dauerhaft zu erhöhten Sozialausgaben führen. Die langfristig angelegten Investitionspläne der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke seien gefährdet.

Nach einer anregenden Diskussion mit den Konferenzteilnehmern formulierte Rößle stichpunktartig einige Lösungsansätze. So soll aus KPV-Sicht unter anderem der Gewerbesteuerausgleich zeitnah und möglichst punktgenau erfolgen (Nivellierungshebesatz maximal 1:1). Sollte noch Spielraum frei sein, könnten die Mittel auf jene Kommunen verteilt werden, die Einkommensteuerausfälle zu beklagen haben.

Echte Entbürokratisierung

Wenn – zukunftsfähige – Investitionen schnell auf die Straße gebracht werden sollen, seien jetzt die richtigen Beschleuniger und eine echte Entbürokratisierung vonnöten, fuhr Rößle fort. Den Kommunen müssten in den nächsten Wochen Erleichterungen für den Investitionsvorrang verschafft werden und man müsse den Mut haben, umfängliche Planungsregelungen einfach einmal auszusetzen.

Fakt ist: Das Umlagesystem hat seine Schwächen. Wenn die Mehrwertsteuer wieder angehoben wird, sollten die Bezirke und Landkreise eine Einnahmequelle haben, die sie nicht zu sehr von Umlage-Hebesätzen abhängig macht, die womöglich ins Unermessliche steigen.

Stichwort Krankenhäuser: Die regionale Gesundheitsversorgung ist wichtig. Insgesamt seien regionale Wirtschaftsstrukturen dauerhaft zu stärken. Wenn Förderprogramme aufgelegt werden, müssten diese auch den regionalen Wirtschaftskreisläufen zugutekommen. **DK**

Zurück zur Normalität ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Rehabilitation wird erweitert. Ab dem 29. Juni können Einrichtungen dadurch deutlich mehr Besuche ermöglichen. Für Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen und Freunde bedeute dies einen weiteren Schritt zu mehr Normalität. Gleichzeitig stehe der Schutz der Gesundheit mit passgenauen Hygienekonzepten weiter an erster Stelle.

Soziale Isolation vermeiden

Das Coronavirus SARS-CoV-2 stellt für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflege- und Altenheimen sowie von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und die Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ein besonderes Risiko dar. Durch die Maßnahmen der Staatsregierung konnte zwar das Ausbruchsgeschehen in diesen Einrichtungen deutlich zurückgedrängt werden. Gleichzeitig gelte es aber, sozialer Isolation und Vereinsamung entgegenzuwirken. Deshalb werden die derzeitigen Besuchsbeschränkungen durch einrichtungsindividuelle Schutz- und Hygienekonzepte ersetzt. Die Einrichtungen werden dabei mit einem Rahmenkonzept des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege sowie durch die Gesundheitsämter unterstützt. Wesentliche Eckpunkte seien das Einhalten von Mindestabständen und Hygieneregeln, Berücksichtigung von Belangen der Bewohnerinnen und Bewohner bei Terminen, Registrierung und Aufklärung beim Betreten, bereichsbezogene Beschränkungen und Wege für Besucher, sowie ein Betretungsverbot beim Vorliegen von Krankheitssymptomen.

Ein erfolgreicher Neustart des Messe- und Kongressbetriebs im Herbst könne laut Staatsregierung als Marktplattform einen wertvollen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung leisten und der bayerischen Wirtschaft neuen Schub geben.

Messen sollen Wirtschaft stärken

Bei der Wiederaufnahme des Messe- und Kongressbetriebs haben Gesundheit und Eindämmung der Pandemie weiterhin Priorität. Dafür hat der Ministerrat einen Rahmen für Schutz- und Hygienemaßnahmen aufgestellt als Richtschnur für die individuellen Schutz- und Hygienekonzepte der Veranstalter. Damit sollen Infektionsrisiken begrenzt und die Nachverfolgbarkeit möglicher Infektionen sichergestellt werden. Vorbehaltlich einer anhaltend günstigen Entwicklung des Infektionsgeschehens plant die Staatsregierung die Öffnung des Messe- und Kongressbetriebs in Bayern spätestens ab 1. September.

Impfstoff für die Grippesaison

Experten gehen davon aus, dass nach den Erfahrungen in der Corona-Pandemie das Interesse an einer Impfung gegen die saisonale Influenza in der kommenden Saison steigen dürfte. Rund eine halbe Million Impfdosen bestellt die Staatsregierung deshalb beim Öffentlichen Gesundheitsdienst gegen die saisonale Influenza 2020/2021. Damit soll eine mögliche höhere Nachfrage im Herbst nach Grippeimpfstoff bedient werden können. Für die Beschaffung der zusätzlichen Impfstoffe stehe ein Betrag von rund sechs Millionen Euro zur Verfügung. Die Grippeimpfung könne zudem helfen, im Herbst die Krankenhäuser vor Überlastung zu schützen, wenn sonst zahlreiche Influenza-Erkrankte mit Covid-19-Patienten einer möglichen zweiten Corona-Welle zusammentreffen würden. **red**

Meldepflicht für Corona-Infektionen bei Haustieren geplant

Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), will eine Meldepflicht für Corona-Infektionen bei Haustieren einführen und hat dazu eine Verordnung auf den Weg gebracht. Die Meldepflicht solle dabei helfen, Informationen zu Übertragung, Vorkommen und Ausbreitung des Corona-Virus zu erhalten. Klöckner betont, dass es keine Pflicht für Haustierhalter geben wird, ihre Tiere testen zu lassen.

Der Entwurf sehe vor, dass künftig der Tierarzt oder das Labor Infektionen an die zuständige Behörde melden muss. Die Behörden sollen dann wöchentlich an das Bundeslandwirtschaftsministerium melden. In verschiedenen Ländern seien jeweils Einzelfälle von Hauskatzen aus Corona betroffenen Haushalten bekannt geworden, die positiv getestet worden seien. Fallberichte gebe es auch für Tiger und Löwen aus einem Zoo in den USA. Weltweit gebe es bislang 15 gemeldete Infektionen bei gehaltenen Tieren.

Dass die Anfälligkeit verschiedener Tierarten dabei sehr unterschiedlich sei, zeigten Infektionsversuche des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI), dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit des BMEL. Katzen und Frettchen seien demnach für den Erreger empfänglich, Hunde nach derzeitigem Stand weniger. Die bisherigen Erfahrungen, lieferten aber keine Hinweise darauf, dass Haustiere das Corona-Virus auf Menschen übertragen. Die Meldepflicht solle dazu dienen, das Corona-Virus besser zu erforschen. **Quelle: C.H. Beck-Verlag**

Leitfaden des Bayerischen Städtetags:

Handreichung für berufsmäßige kommunale Wahlbeamte

Im Mai 2020 hat die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtetags mit Rundschreiben zur neuen Kommunalwahlperiode einen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration abgestimmten Leitfaden zum Nebentätigkeitsrecht für Oberbürgermeister, Bürgermeister und weitere berufsmäßige kommunale Wahlbeamte herausgegeben.

Der neue Leitfaden gibt Antworten auf Fragen zu einer Reihe von Tätigkeiten, wie sie von berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamten typischerweise wahrgenommen werden. In der Handreichung sind neben einem schematischen Kurzüberblick auch ausführliche Vollzugshinweise und Erläuterungen zu dieser komplexen Rechtsmateriefür die kommunale Praxis enthalten.

Regelunen des Nebentätigkeitsrechts

Das Nebentätigkeitsrecht der berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamten (Beamte auf Zeit, nämlich Oberbürgermeister, berufsmäßige erste und weitere Bürgermeister, berufsmäßige Stadtrats- oder Gemeinderatsmitglieder) in Bayern ist im Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (Art. 30 KWBG), im Bayerischen Beamtengesetz (Art. 81 bis 84 BayBG), in der Verordnung über die Nebentätigkeit der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen (Kommunale Wahlbeamten-Nebentätigkeitsverordnung – KWB-NV) und in der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten (Bayerische Nebentätigkeitsverordnung – BayNV) geregelt.

Für berufsmäßige kommunale Wahlbeamte stellen sich bei Tätigkeiten, die nicht offenkundig ihrem Hauptamt zuzuordnen sind, zunächst die Fragen, ob die Tätigkeit zum Hauptamt gehört, oder ob ein öffentliches Ehrenamt ausgeübt wird, oder ob es sich um eine Nebentätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes handelt.

Weiter muss geprüft werden, ob die Tätigkeit dem Gemeinderat oder Stadtrat nur angezeigt, oder von ihm genehmigt werden muss. Liegt eine Nebentätigkeit vor, muss in einem nächsten Schritt gefragt werden, ob die Entschädigung oder Vergütung für die Tätigkeit behalten werden kann, oder, ob sie an den Dienstherrn („Hauptarbeitgeber", die Stadt oder Gemeinde) abzuführen ist.

Fachinformationen zum Download

In einem Anhang sind alle im Leitfaden erwähnten Tätigkeiten in einer Übersichtstabelle in alphabetischer Reihenfolge zusammengefasst und dem Hauptamt, dem öffentlichen Ehrenamt oder der Nebentätigkeit zugeordnet, um den Gesamtüberblick zu erleichtern. Der 28-seitige Leitfaden wurde mit Rundschreiben Nr. 151/2020 am 13. Mai 2020 an die Mitglieder des Bayerischen Städtetags verschickt und steht für Mitglieder im Städtetagsnetz unter Fachinformationen/Personal und Organisation im Ordner Kommunale Wahlbeamte oder im Ordner Nebentätigkeitsrecht zur Verfügung.

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de **IBdSt**

Deutscher Landkreistag zum Mobilfunkgipfel:

Funklöcher müssen der Vergangenheit angehören

Anlässlich des 2. Mobilfunkgipfels hat sich der Deutsche Landkreistag für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung beim Netzausbau ausgesprochen. Der Beschluss der Koalition, für den 5G-Ausbau insgesamt 5 Mrd. € im Rahmen des Konjunkturprogramms einzusetzen, sei deshalb sehr zu begrüßen, so Präsident Landrat Reinhard Sager.

„Der in einigen Städten bereits begonnene Netzausbau muss sich so schnell wie möglich auch in die ländlichen Räume erstrecken. Soweit dies nicht eigenwirtschaftlich möglich sein wird, muss der Bund auch insoweit Mittel zur Verfügung stellen."

Für den DLT-Präsidenten ist ein moderner und flächendeckender Mobilfunk unverzichtbare infrastrukturelle Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse. „Das bedeutet zunächst eine Schließung von Lücken im LTE-Netz, wie sie jetzt angegangen werden soll. Wir müssen aber auch vorausschauend denken und parallel den 5G-Ausbau voranzutreiben. Die ländlichen Räume werden schon in Kürze – ebenso wie die Großstädte – auf ein Netz der 5. Generation angewiesen sein. Sonst droht Deutschland, das seine wirtschaftliche Stärke auf seine dezentralen Unternehmensstrukturen gründet, den internationalen Anschluss zu verlieren."

Dringliche Notwendigkeit bester Netze

Wie groß der Bedarf insoweit ist und wie hoch die Landkreise die Chancen der neuen Technologie einschätzen, zeige sich daran, dass nahezu die Hälfte der im Rahmen des 5G-Innovationswettbewerb des Bundeswirtschaftsministeriums ausgezeichneten Projekte von Landkreisen initiiert worden sei, so Sager. „Das unterstreicht die dringliche Notwendigkeit bester Netze auf neuesten technologischen Standard, in die wir investieren müssen."

Von daher sei das in Eckpunkten vorliegende Förderprogramm des Bundes der richtige Schritt. „Es wird dazu beitragen, dass Funklöcher hoffentlich bald der Vergangenheit angehören. Weitere Verzögerungen können wir uns nicht erlauben." Außerdem sei es gut, so Sager weiter, dass sich der Bund mit seiner Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft engagieren wolle.

„Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Landkreise, Gemeinden und Länder sehr eng in die Arbeit der Gesellschaft eingebunden werden. Als Landkreise wissen wir beispielsweise sehr genau, wo es noch Löcher im Netz gibt. Auch wissen wir, wo der Bedarf einer flächendeckenden Versorgung besonders drängend ist. Beides muss zwingend Grundlage von Auswahlentscheidungen für Standorte sein."

Ebenso sollte kein Zweifel daran bestehen, dass jeder mit öffentlichen Geldern geförderte neue Mobilfunkmast mit Glasfaser angeschlossen werden müsse. „Das ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit. So sorgen wir gleichzeitig dafür, dass weitere Glasfaserleitungen in die ländlichen Räume kommen. Dabei sollten soweit wie möglich die bereits im Rahmen des Breitbandprogramms geförderten Infrastrukturen genutzt werden." ❐

GVB-Positionspapier zur Bankenregulierung:

Zeit für Fitness-Check

Die Corona-Krise hat manches in Frage gestellt. In der Krise zeigt sich, was sich bewährt und wo Nachbesserungsbedarf besteht. Das gilt auch für die Bankenregulierung. Nach Ansicht des Genossenschaftsverbands Bayern „ist es jetzt an der Zeit, Lehren zu ziehen und zu überprüfen, was sich in der Regulierung bewährt hat und wo sie Banken ohne größeren Nutzen einengt und damit in ihrer dienenden Funktion gegenüber der Realwirtschaft beschneidet".

Im ersten Schritt sollte dazu ein Runder Tisch zwischen Vertretern der Politik, Aufsicht und Banken durchgeführt werden, der durch einen „Fitness Check" der regulatorischen Vorgaben ergänzt wird. Zwar sei im Auftrag des Bundesfinanzministeriums eine Evaluierung auf deutscher Seite bereits im vergangenen Jahr durchgeführt worden, jedoch müssten die Erkenntnisse dieser Studie im Lichte der Corona-Krise neu bewertet werden. Erste Beispiele, wo coronabedingt Lehren gezogen und Bankenregulierung umfassend auf ihre Praxistauglichkeit untersucht werden sollten, gibt ein aktuelles Positionspapier des GVB.

Belastetes Eigenkapital

„Strenge regulatorische Vorgaben erschweren die Sanierungsbegleitung der Banken für notleidende Kreditnehmer in der Corona-Krise. Denn seit Anfang 2019 müssen Banken für neue notleidende Forderungen eine verstärkte Risikovorsorge vornehmen, selbst wenn sie diese mit Sicherheiten belegt haben oder diese wertberichtigt sind", heißt es in dem Papier. Mit steigenden NPL (Non Performing Loans)-Volumina infolge der Corona-Krise werde der Backstop in den kommenden Monaten und Jahren das Eigenkapital der Banken zusätzlich belasten. Dies schmälere die Kapazitäten der Institute zur Kreditvergabe und verstärke den Anreiz, eine schnelle Abwicklung und Sicherheitenverwertung statt einer Sanierung des Kreditnehmers zu verfolgen. Um diese Effekte zu verhindern, sollte der Backstop verhältnismäßig gestaltet werden.

Als Reaktion auf die Corona-Krise hat die Aufsicht laut GVB einen flexiblen Umgang mit den aufsichtlichen Vorgaben zu notleidenden und gestundeten Krediten angekündigt. „Das ist gut, denn die Krise hat gezeigt, dass Banken im Kreditgeschäft mehr Spielraum brauchen, um die Unternehmen unbürokratisch zu unterstützen. Falsch wäre es, wenn die aufsichtlichen Vorgaben aufgrund neuer europäischer Standards zukünftig wieder verschärft würden." Genau das drohe mit den EBA Leitlinien zu notleidenden und gestundeten Forderungen sowie ergänzend dazu den EBA Leitlinien zur Kreditvergabe und Kreditüberwachung die von den EU-Aufseher vorgelegt wurden und in Deutschland noch umgesetzt werden sollen. Die Regelungen sind aus GVB-Sicht zu komplex für das kleinteilige Kreditgeschäft in Deutschland: „Es ist zu befürchten, dass die Leitlinien die Kreditversorgung hierzulande empfindlich einschränken. Bevor diese umgesetzt werden, sollte die BaFin daher deren Proportionalität prüfen und Anpassungen vornehmen."

Schnelle Kreditvergabe ist unerlässlich

Die gesetzgeberischen Erleichterungen bei der Sanierungskreditvergabe erhöhten langfristig die Bereitschaft der Banken, sich an der Sanierung in der Krise befindlicher Unternehmen zu beteiligen. Denn durch die Neuregelungen könnten Banken auch während der Corona-Krise betroffenen Unternehmen Kredite gewähren, ohne dass sie befürchten müssen, dass andere Gläubiger später die Rückzahlung dieser Kredite anfechten könnten. Dies wäre aus GVB-Sicht auch nach der Corona-Krise gesamtwirtschaftlich sinnvoll, so dass eine – zumindest eingeschränkte – Beibehaltung dieser Neuregelungen wünschenswert wäre. In der Corona-Krise habe sich gezeigt, dass eine schnelle und unbürokratische Kreditvergabe an Unternehmen unerlässlich ist. Von einer Anwendung der Nachhaltigkeitsvorgaben auf die Kreditvergabe sollte daher abgesehen werden.

Basel III-Standards

Die EU-Kommission erwägt, die Umsetzung der finalen Basel III-Standards in Europa zunächst aufzuschieben, um die Ressourcen der Banken in der Corona-Krise nicht zu beanspruchen. Die Regeln, die ursprünglich im Januar 2022 in Kraft treten sollten, sind nach den Vorgaben des Baseler Ausschusses nun erst zum Januar 2023 umzusetzen. Der Aufschub ist aus GVB-Sicht richtig, um die Bewältigung der Krise zu erleichtern. „Wichtiger ist allerdings, dass die Regeln so umgesetzt werden, dass sie die Kreditvergabe an die Realwirtschaft nachhaltig unterstützen und die Gegebenheit der europäischen Wirtschaft beachten."

Konkret bedeute dies: KMU-Faktor und bestehende Mengengeschäftsregelungen beibehalten, keine Due-Diligence für externe Unternehmensratings sowie stabile Risikogewichte für langfristige Unternehmensbeteiligungen. Möglichkeiten für eine Anpassung ergäben sich durch die Vorlage des europäischen Umsetzungsgesetzes durch die EU-Kommission bzw. in den anschließenden Beratungen der europäischen Gesetzgeber.

Als Reaktion auf die Corona-Krise wurde die staatliche Haftung für Förderkredite ausgeweitet. Obwohl sich dadurch das Risiko für die Bank reduziert, können die Haftungsfreistellungen nicht mildernd bei der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalunterlegung der Förderkredite angerechnet werden. Die Förderkreditvergabe im Zuge der Corona-Programme belastet laut GVB somit langfristig die Eigenmittel der Banken. Kapital, das für zusätzliche Kredite vergeben werden könnte, werde über die gesamte Darlehensdauer gebunden.

Um die Kreditvergabe zu unterstützen, sollte die staatliche Haftungsfreistellung bei Förderkrediten daher im EU-Bankaufsichtsrecht als vollwertige Garantie anerkannt werden. Auch seien Kredite mit hundertprozentiger Haftungsfreistellung dauerhaft bei der Berechnung der Verschuldungsquote (LR) auszunehmen. Hierzu sollte eine Klarstellung in der CRR, beispielweise im Zuge der Umsetzung der Basel III-Finalisierung in Europa, erfolgen.

Bewährte Lockerungen

„Die Lockerungen der strengen Informations- und Dokumentationspflichten während der Corona-Krise haben sich bewährt, weil sie eine schnelle und vereinfachte Beratung und Orderabwicklung in Krisenzeiten ermöglichte. Die Vorschriften sollten daher dauerhaft entbürokratisiert werden", heißt es weiter. So könnte die Pflicht zur Aufzeichnung telefonischer Wertpapierdienstleistungen auf Wunsch des Kunden ausgesetzt werden. Zudem wäre es hilfreich, Erleichterungen auch bei der Zusendung von Ex-ante Kosteninformationen und Produktinformationen zu schaffen oder den Kunden zumindest den Verzicht darauf zu ermöglichen.

Um in den Banken zusätzliche Ressourcen zur Bewältigung der Corona-Krise freizusetzen, haben Aufsichtsbehörden die Fristen für Meldungen gelockert. Die umfassenden und regelmäßigen Meldepflichten seien insbesondere für kleinere Banken ein deutlicher administrativer Aufwand, der nicht im Verhältnis zum Erkenntnisgewinn der Aufsicht steht. Daher sollten Meldehäufigkeit und -intensität für kleine, nicht komplexe Institute gelockert werden. So könnten beispielweise Meldungen halbjährlich oder jährlich anstatt quartalweise erfolgen oder ganz entfallen. Zudem sollte die Reduktion von Meldekosten für kleine, nicht-komplexe Banken deutlich ambitionierter ausfallen als die bisher vom EU-Gesetzgeber vorgesehenen zehn bis 20 Prozent. „Ziel muss ein einfaches und übersichtliches Meldewesen sein."

Institute entlasten

In der Corona-Krise wurden die Fristen zur Umsetzung neuer bankaufsichtlicher Vorgaben verlängert. Die Verlängerung war dem GVB zufolge „ein wichtiger Schritt, um Banken kurzfristig zu entlasten. Denn oftmals sind neue Gesetzesvorschriften, Rundschreiben, Allgemeinverfügungen sofort anzuwenden oder haben nur geringe Umsetzungsfristen. Im Anschluss an die Krise sollten Aufsicht und Gesetzgeber den Banken grundsätzlich mehr Zeit für die Umsetzung gewähren. Das würde die Institute deutlich entlasten und Ressourcen für die Kreditbearbeitung und Kundenbetreuung freisetzen."

Die Corona-Krise belaste Banken doppelt. Einerseits werde durch die expansiven geldpolitischen Maßnahmen die Niedrigzinsphase dauerhaft zementiert, anderseits sorgten die wirtschaftlichen Effekte für Wertberichtigungen bei Krediten und Anlagen. Um den Kostendruck von den Banken zu nehmen, sollte die EZB daher ihren Freibetrag für Negativzinsen erhöhen. **DK**

DAVID-Preisträger 2020:

Kleine Gewinner mit großer Wirkung

Zwei Projekte von Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe sind vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband ausgezeichnet worden. Dieser Preis ist kleineren Stiftungsprojekten gewidmet, die mit begrenztem Budget einen vorbildlichen Beitrag für das Gemeinwohl ihrer Region leisten.

In der Kategorie „Geförderte Projekte" wurde die Stiftergemeinschaft der Sparkasse Neunkirchen mit ihrem Projekt „Wald trifft Schule" geehrt. Die Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen nutzt hier den Saarforst als Schulwald.

Schülerinnen und Schüler bestimmen im Team mit dem Lehrpersonal, einem Förster, einer Künstlerin und einem Waldpädagogen die Baumarten, gehen auf Spurensuche, zählen Insekten und stellen Berechnungen an. „Dabei wird ihnen zugleich ihre eigene Verantwortung für den Schutz der Natur und im Umgang mit den natürlichen Ressourcen bewusst", stellt DSGV-Präsident Helmut Schleweis fest. In einer Zeit, in der der Wald vielen jungen Menschen fremd geworden ist, stelle „Wald trifft Schule" ein innovatives Bildungs- und Naturschutzprojekt mit Modellcharakter dar.

Mit „Hörmal im Museum. Audioguides von Kindern für Kinder" wurde die Kulturstiftung der Sparkasse Hessen-Thüringen in der Kategorie „Operatives Projekt" ausgezeichnet. Hören, um besser zu sehen – darum geht es bei den Audioguides von Kindern für Kinder. Unter Anleitung von Museums- und Medienpädagoginnen und -pädagogen entwickeln und produzieren die Kinder für ihr örtliches Museum kreative Hörstücke zu den von ihnen ausgewählten Exponaten.

Dabei geht es um weit mehr als nur die Führung durch Museen oder Sammlungen. „Wir wollen die kulturelle Bildung und regionale Identifikation der Jugendlichen stärken", erklärt Michael Grisko von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen. Zugleich sind die Jugendlichen durch das Projekt mit dem Audioguide Teil der Kultur ihrer Region – und erhöhen als Nebeneffekt ihre Medienkompetenz. „Wie begeistert man Kinder und Jugendliche für Museen? Indem man sie selbst zu Akteuren macht", erläutert Schleweis die Entscheidung.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt die Gesellschaft seit der Gründung der ersten Sparkasse vor mehr als 200 Jahren. Allein 2019 förderten die Sparkassen und ihre Verbundpartner mit insgesamt 432 Millionen Euro vielfältige gemeinwohlorientierte Projekte aus den Bereichen Sport, Soziales und Umwelt, Kunst und Kultur sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung. **DK**

Nachhaltigkeit im Finanzwesen:

Bayerischen Mittelstand einbeziehen

Der Mittelstand bildet das Herz der Wirtschaft. Damit dieses auch weiter kraftvoll schlagen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Zusätzliche Bürokratie vermeiden, eine verlässliche Mittelstandsfinanzierung sicherstellen und Nachhaltigkeitsziele mit Augenmaß verfolgen: So lauten die Kernforderungen eines Impulspapiers, das die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, der Genossenschaftsverband Bayern und der Sparkassenverband Bayern vorgelegt haben.

Ausdrücklich bekennen sie sich zu den definierten Klimazielen sowie zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften. Dennoch dürfen Klimaschutzziele die konjunkturelle Erholung im Zuge der Corona-Krise und die bewährten Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nicht gefährden. Dies könnte angesichts der bislang vorliegenden Planungen jedoch drohen.

Kritikpunkte

Kritisch sehen die Verbände und Kammern insbesondere neue Bürokratie für KMUs: „Das Erfassen, die Dokumentation, die Bewertung und die Kontrolle von Nachhaltigkeitskriterien in der bisher diskutierten Kleinteiligkeit würden KMUs überfordern. Es muss darauf geachtet werden, dass KMU grundsätzlich nicht – auch nicht von Abnehmern in einer Lieferkette beziehungsweise von Kunden – zur Erfassung, Dokumentation und Offenlegung komplexer Nachhaltigkeitskriterien gezwungen werden können", heißt es in dem gemeinsamen Papier der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern, der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) und des Sparkassenverbands Bayern.

Für verlässliche Finanzierung

„Politische Bestrebungen für ein nachhaltiges Finanzwesen müssen die Bedürfnisse der stark mittelständisch geprägten bayerischen und deutschen Wirtschaft berücksichtigen und eine verlässliche Finanzierung sicherstellen", heißt es in dem Impulspapier. Um der Stimme des Mittelstands stärkeres Gewicht zu verleihen, fordern die Verbände und Kammern eine stärkere Einbeziehung von Mittelstandsvertretern in die Entscheidungsgremien eines Nachhaltigen Finanzwesens.

Mit dem Impulspapier wollen die vier Organisationen einen Beitrag zur Debatte um mehr Nachhaltigkeit im Finanzwesen leisten. Als Teil des EU-Green Deals will die EU-Kommission Vorschläge vorlegen, wie das Finanzwesen zum Klimaschutz beitragen kann. Auch die deutsche Bundesregierung beschäftigt sich in einem eigens errichteten Beirat mit der Fragestellung. ❐



Mitarbeiter, Organe und kommunale Mandatsträger:

D&O-Versicherung ergänzt persönlichen Schutz

Von Harald Speil, Leiter Öffentlich-rechtliche Einrichtungen und Heilwesen, Versicherungskammer Bayern

Rund 39.500 frischgewählte Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie Landräte haben in Bayern am 1. Mai 2020 ihr Amt angetreten. Viele von ihnen übernahmen erstmals ein Mandat. Ihr Amtsantritt erfolgt in Zeiten der weltweiten Corona-Pandemie, die auch die Mandatsträger vor besondere Herausforderungen stellt. Als vertrauensvoller Partner steht ihnen die Versicherungskammer bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben an der Seite – auch während der Corona-Pandemie. Die Versicherungskammer Bayern sichert unvermindert die direkte Erreichbarkeit, um die Kommunen in der herausfordernden Situation nicht alleine zu lassen.

Die Kommunen in Bayern haben für mögliche Schadenszenarien vorgesorgt und in aller Regel eine Kommunale Haftpflichtversicherung und eine Kommunale Kassenversicherung bei der Versicherungskammer Bayern abgeschlossen.

Kommunale Haftpflichtversicherung

Die Kommunale Haftpflichtversicherung schützt die Kommune, wenn sie von einem Dritten aufgrund gesetzlicher Haftpflichtansprüche auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird und dies, anders als andere Anbieter im Markt, sogar mit einer Versicherungssumme in unbegrenzter Höhe. Mitversichert sind auch die persönlichen gesetzlichen Haftungen der Mitarbeiter der Kommune sowie der kommunalen Wahlbeamten und Mitglieder der Gremien (Stadt-/Gemeinderat).

Kommunale Kassenversicherung

Die Kommunale Kassenversicherung ersetzt Vermögensschäden, die der Kommune selbst und unmittelbar von ihren Bediensteten oder Inhabern von Ehrenämtern (z.B. Mandatsträgern) durch fahrlässige fehlerhafte Sachbearbeitung (schuldhafte Dienstpflichtverletzung) verursacht wurden. Das kommunale Vermögen kann zudem durch vorsätzliche kriminelle Handlungen der Bediensteten, Organe und Inhaber von Ehrenämtern sowie außenstehende Dritten geschädigt werden. Auch hier ersetzt die Kassenversicherung Vermögensschäden aus einer Vielzahl strafbarer Handlungen wie z.B. Untreue, Unterschlagung, Betrug, Raub oder Diebstahl.

Die Mitarbeiter von Kommunen, Organmitglieder und Inhaber von Ehrenämtern sind durch die Kassenversicherung gegen Ersatzansprüche wegen Schäden aus schuldhafter Dienstpflichtverletzung geschützt und müssen keinen Regress seitens des Versicherers befürchten. Auch der Dienstherr ist durch die Kassenversicherung grundsätzlich von einem Mitarbeiterregress entbunden. Dies trägt wesentlich zur Erhaltung des Betriebsfriedens bei. Die Versicherungskammer Bayern empfiehlt für kreisangehörige Gemeinden eine Versicherungssumme von mindestens 250.000 Euro und für kreisfreie Städte und Landkreise mindestens 500.000 Euro oder mehr. Viele Kommunen haben eine Versicherungssumme von mindestens 1 Mio. Euro vereinbart, das Maximum liegt bei 3 Mio. Euro.

Die Managerhaftpflicht: D&O-Versicherung

Organmitglieder und leitende Mitarbeiter, die außerhalb der Kommune in rechtlich selbstständigen Unternehmen tätig sind (GmbH, AG, Kommunalunternehmen), können als Ergänzung zu den oben genannten Deckungen mit einer D&O-Versicherung (Directors-and-Officers Liability Insurance) geschützt werden. Auch wenn bei einer mehrheitlichen kommunalen Beteiligung an diesen Unternehmen der Schutz der Haftpflicht- und Kassenversicherung für die Organe ebenfalls besteht, ist nicht ausgeschlossen, dass das Organ persönlich in Anspruch genommen werden soll.

In solchen Fällen, oder auch wenn die Versicherungssumme der Kassenversicherung nicht ausreicht, ist eine D&O Versicherung sinnvoll. Dann ist es für den Geschäftsführer entscheidend, möglichst kurzfristig und objektiv die Berechtigung der geltend gemachten Ansprüche prüfen zu lassen und Abwehrschutz über die D&O zu erhalten. Selbstverständlich ersetzt die D&O auch den Schaden selbst, wenn die Ansprüche gegen das Organ berechtigt sind. Ein Regress findet nicht statt. Versicherungsschutz besteht auch für Pflichtverletzungen vor Vertragsbeginn, sofern diese bei Vertragsschluss nicht bekannt waren.

Versicherungsnehmer und Beitragsschuldner ist das jeweilige Unternehmen, das die Versicherung zugunsten seiner Leiter abschließt. Der Versicherungsschutz umfasst neben dem gesetzlichen Vertreter wie dem Geschäftsführer und dessen Stellvertreter auch weitere Personen wie Prokuristen, leitende Angestellte, Compliance-Beauftrage (z.B. Geldwäschebeauftragter) etc.

Zudem bietet die D&O-Versicherung die Übernahme der Kosten für vorsorgliche Rechtsberatung bei drohenden Schadenersatzansprüchen, die Kostenübernahme externer PR-Beratung im Versicherungsfall und weiteres mehr. Der Abschluss einer D&O-Versicherung stellt damit eine sinnvolle Ergänzung des kommunalen (Vermögens-)Versicherungsschutzes dar zur Absicherung der persönlichen Risiken der Leiter selbstständiger kommunaler Unternehmen. ❐

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe:

Staatsverschuldung perspektivisch zurückführen

Die Ausgestaltung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion rückt im Zuge der Corona-Krise wieder stärker in die politische Debatte. Nach Überwindung der akuten Phase müssen die Regeln für die Finanzpolitik abermals sauber aufgestellt werden, betonen die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe und plädieren für ein zweistufiges Vorgehen.

In der aktuellen Krise steht aus ihrer Sicht die Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung im Vordergrund, darf jedoch die fiskalischen Konsequenzen nicht völlig ausblenden. Die mittelfristigen Folgen überhöhter staatlicher Verschuldungen müssten beachtet werden. „Unseres Erachtens sollten in die Gesamtdiskussion auch die Ausgestaltung des Wiederaufbaufonds für Europa sowie die finale Einigung zum mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) einbezogen werden. Insofern sollte eine Entscheidung über die weitere Handhabung der wirtschafts- und finanzpolitischen Regeln erst zum Ende der Deutschen Ratspräsidentschaft gefällt werden“, erläutert Dr. Reinhold Rickes, Leiter Volkswirtschaft beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Haushaltsregeln und Strukturreformen

Im Zentrum der wirtschaftspolitischen Steuerung müssten künftig die europäischen Haushaltsregeln und Strukturreformen stehen. Dies seien die beiden Eckpfeiler, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas künftig prägen werden. Nach Auffassung der Chefökonomen müssen folgende Schritte für eine bessere Koordination der einzelnen Maßnahmen und deren größere Wirksamkeit beachtet werden:

1. Fokus auf bereits bestehende Vereinbarungen: Auf eine stringentere Umsetzung der jeweiligen nationalen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme achten. Darin könnte eine Verpflichtung aufgenommen werden, in Zeiten guter Konjunktur nationale Haushaltspuffer anzulegen, um im Abschwung handlungsfähig zu bleiben – und um die nationale fiskalische Souveränität zu erhalten und die Geldpolitik zu entlasten.

2. Systemwechsel prüfen: Das offenbar nicht zielführende Sanktionssystem sollte ersetzt und der Übergang zu einem Bonus-System geprüft werden. Staaten, die den vereinbarten Vorgaben besser entsprechen, könnten dann zusätzliche EU-Gelder erhalten.

3. Zeitliche Straffung der Abläufe: Die verschiedenen Analysen und Berichte sowie Verfahrensstufen sollten zeitlich gestrafft werden, so dass Empfehlung, Frist, Evaluierung und Konsequenz zügig und berechenbar aufeinanderfolgen. Automatismen einrichten, wo immer möglich.

4. Bestmögliche organisatorische Verzahnung: Analysen, Berichte und Evaluierungen möglichst aus einer Hand, kurze Dienstwege, abgestimmte Empfehlungen und Kontrollen.

5. Konkrete Definition von Ausnahmen: Wie die aktuelle Pandemie zeigt, können Ereignisse eintreten, die als Sondersituation den Rahmen des vereinbarten Regelwerks sprengen. Ausnahmen und Interpretationsspielräume sollten jedoch vorab streng eingegrenzt sein, um klare Handlungsleitlinien zu haben. Art. 122 AEU etwa, der auf „außergewöhnliche Ereignisse“ abstellt, lässt große Spielräume. Ein Beschluss der Regierungen auf Basis festgelegter Kriterien, ob eine Sondersituation vorliegt, könnte hier eine Basis schaffen. **DK**

Sparkassenstiftungen in Wasserburg und Würzburg:

Nachhaltigkeit als Grundsatz

Gesellschaftliches Engagement hat bei den bayerischen Sparkassen eine fast 200-jährige Tradition. Sparkassenstiftungen sind ein Beispiel für gemeinwohlorientiertes Handeln, denn die Gestaltung des sozialen und kulturellen Umfelds gehört zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen und ist noch vor aller Gewinnorientierung ihr oberstes Unternehmensziel. Alle Sparkassenstiftungen verfolgen langfristige Perspektiven. Die Kunst- und Kulturförderung zählt zu den größten Bereichen des gesellschaftlichen Engagements. Besondere Bedeutung wird auch der Unterstützung sozialer Projekte und des Ehrenamts beigemessen.

So fördert die Sparkasse Wasserburg mit ihren beiden Stiftungen seit 13 Jahren soziale Projekte und seit mittlerweile 20 Jahren kulturelle Projekte aus der Stadt Wasserburg sowie den Landkreisen Rosenheim, Mühldorf und Erding. 60.000 Euro kamen nun aus beiden Spendentöpfen zusammen.

Die Corona-Krise mit allen verbundenen Maßnahmen und Beschränkungen trifft die Gesellschaft und die Wirtschaft hart. Gerade jetzt ist eine finanzielle Unterstützung im sozialen Bereich sowie für die heimische Kultur von großer Bedeutung. Die Sparkassen-Kulturstiftung hat in diesem Jahr 28.800 Euro an 24 Vereine, Theater, Künstler und Musiker ausgeschüttet. Die Fördergelder in Höhe von 31.100 Euro aus der Sparkassen-Sozialstiftung gingen an 30 gemeinnützige Vereine und Organisationen.

Um hochwertige digitale Projekte professioneller Kulturschaffender zu entwickeln, hat die Stadt Würzburg gemeinsam mit der Sparkassenstiftung für die Stadt Würzburg in eine Sonderförderung investiert und so ein breites Angebot - von Live-Lesungen, virtuellen Museumsführungen, digitalen Konzerten bis hin zu Podcasts - auf der Plattform „Zugabe! Digital“ ermöglicht. Mit der Kulturplattform wird ein Zeichen der Solidarität für die Kulturschaffenden der Region gesetzt. Auf der Internetplattform haben Würzburger Künstler die Möglichkeit, ihr vielfältiges Angebot vor Publikum zu präsentieren.

Mithilfe der Plattform „Zugabe! Digital“ kann das vielfältige Kulturleben Würzburgs auch in der Corona-Krise aufrechterhalten werden. Seit Anfang April ist das Internetportal nun online und ersetzt vorerst die etablierte Zeitungs-Kulturbeilage „Zugabe!“. **DK**

Positionspapier des Wirtschaftsbeirats Bayern:

Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft

Geht es nach den Vorstellungen der EU-Kommission, soll der Finanzindustrie eine wichtige Aufgabe bei der Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität zukommen. Die Finanzindustrie unterstützt die Bemühungen für ein noch nachhaltigeres Finanzwesen, das bereits heute private Investitionen für ökologische Zwecke wie den Klima- und Umweltschutz mobilisiert oder die Finanzierung von gezielten Infrastrukturprojekten bereitstellt. Sie teilt die Meinung der EU-Kommission, dass es notwendig ist, die negativen Einflüsse des Klimawandels als Kostenfaktor für Unternehmen besser zu analysieren.

Bei der Beurteilung einzelner Maßnahmen sollte nach Auffassung des Wirtschaftsbeirats Bayern jedoch ihre Einbettung in die Grundsätze der sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft eine maßgebliche Rolle spielen, auf die sich die EU und ihre Mitgliedstaaten in Art. 3 des Europäischen Unionsvertrags („eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“) verpflichtet haben.

Wie Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender des Ausschusses Finanzmärkte, und seine Stellvertreterin Silke Wolf in einem aktuellen Positionspapier darlegen, „kann man deshalb nicht von der Notwendigkeit des Zieles ‚Klimaschutz‘ auf die Tauglichkeit aller in der Öffentlichkeit genannten Instrumente schließen. Auch ist auf eine Gleichgewichtung der ESG (Environment Social Governance)-Kriterien und der Wechselwirkungen zueinander zu achten. Ökologische Aspekte dürfen nicht zu Lasten der anderen Kriterien, insbesondere sozialer Auswirkungen einseitig priorisiert werden.“

Wie alle Sektoren der Wirtschaft müsse die Finanzindustrie einen wesentlichen Beitrag für Nachhaltigkeit und Klimaschutz leisten; sie sei sich ihrer Verantwortung auch bewusst, wie u. a. das Wachstum nachhaltiger Geldanlagen und verantwortungsvoller Investments zeigt, so der wbu. Aus der Bedeutung und Notwendigkeit des klimapolitischen Ziels könne jedoch nicht auf die Tauglichkeit aller in der Öffentlichkeit genannten Instrumente geschlossen werden. Es gehe darum, sich auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit die Kräfte der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu Nutze zu machen und der Versuchung einer bürokratischen Investitionslenkung zu widerstehen, die in der europäischen Wirtschaftsgeschichte noch nie eine Formel für Wachstum und Fortschritt war. Die Mitgliedstaaten der Union hätten sich im Europäischen Unions-Vertrag auf die Grundsätze einer sozialen Marktwirtschaft verpflichtet.

Letztlich könne das globale Klima nur länderübergreifend und global geschützt werden, heißt es weiter. Die Internationale Handelspolitik, die Arbeit der WTO seien daraufhin auszurichten, „während eine einseitige Vorreiterrolle einzelner Länder ökologisch wirkungslos und kontraproduktiv sein kann, wenn sie zu Verlagerungen und Ausweichbewegungen in Unternehmen und Länder mit höheren Emissionsmöglichkeiten führt“.

Zwischen klimapolitischen Zielen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Die notwendige Balance zwischen klimapolitischen Zielen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit könne nur gewahrt werden, wenn die Klimaschutzmaßnahmen technologieoffen, länder- und sektorübergreifend dort erfolgen, wo die größte Kosteneffizienz und klimapolitische Wirksamkeit gewährleistet ist. Dies sei am wirkungsvollsten durch die Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) als Kern und Partner eines künftigen globalen Emissionshandelssystems zu erreichen.

Mit Emissionshandelssystem Fehlallokationen vermeiden

Dies zeigen laut wbu auch die bisherigen praktischen Erfahrungen: Aus seiner Sicht wäre es mit einem umfassenden, technologieoffenen Emissionshandelssystem möglich gewesen, kostenintensive und umweltpolitisch fragliche Fehlallokationen zu vermeiden, wie zum Beispiel die lange Zeit praktizierte einseitige Förderung der Batterietechnik zulasten von Wasserstofftechnologie und synthetischen Kraftstoffen oder die lange Zeit allein auf den PKW-Verkehr fixierte Grenzwert-Festlegung unter Vernachlässigung von Handels- und Kreuzfahrtschiffart und des Schwerlastverkehrs.

Für die Finanzindustrie bedeute dies, die von einem Emissionshandelssystem ausgehenden Anreize und Preissignale rechtzeitig in der Risikosteuerung zu berücksichtigen; dies gelte sowohl für das Marktrisiko, wie das Kredit- und das operationelle Risiko. Eine spezielle Risikokategorie „Klimarisiken“ mit einem „green supporting factor / brown penaljzing factor“ für als klimafreundlich/-schädlich betrachtete Investitionen und Produktionsverfahren würde dagegen die Risikosteuerung verzerren und die Finanzstabilität schwächen.

Nach Ansicht des wbu sollte die geplante EU-Taxonomie-VO, die ohne Rücksicht auf die Planungen für das Emissionshandelssystem zum Ziel hat, mit einer Fülle delegierter Rechtsakte und Ausführungsbestimmungen für jede Wirtschaftstätigkeit eine umweltpolitische Bewertung abzugeben, wegen ihres im Grunde planwirtschaftlichen Lenkungsansatzes auf eine freiwillig-subsidiäre Rolle beschränkt bleiben und den Märkten Anhaltspunkte für nachhaltige Anlagen unter Vermeidung eines „green washing“ geben (Portfoliokanal).

Für die Entscheidung über Versicherungsleistungen und die Kreditvergabe (Kreditkanal) sei dieser Ansatz mit einer Fülle von Offenlegungs- und Berichtspflichten über die gesamte Lieferkette hinweg jedoch ungeeignet und würde die Vorbereitung privater Investitionsentscheidungen an den Zeitaufwand öffentlicher Investitionen annähern.

Um die Coronavirus-Krise zu überwinden und angesichts der Gefahr einer zweiten und dritten Infektionswelle müssten sich die Unternehmen mit Unterstützung von Banken und Versicherungen voll auf den wirtschaftlichen Wiederaufschwung, die Neuorganisation ihrer internen Abläufe, ihrer Lieferanten- und Absatzwege konzentrieren können und dürften nicht durch die Umsetzung neuer bürokratischer Bestimmungen, Offenlegungs- und Berichtspflichten gegenüber Finanzinstituten und Behörden belastet werden. Zur Leitung der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise sei deshalb eine zweijährige Regulierungspause gegenüber neuen belastenden Bestimmungen im Steuer-, Sozial- und Umweltrecht erforderlich. Diese Zeit sollte u. a. dazu genutzt werden, den Entwurf der Taxonomie-Verordnung an das geplante umfassende europäische Emissionshandelssystem anzupassen.

Hingegen sollten EU-weite und nationale Konjunkturprogramme zur Überwindung der Krise und zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums Nachhaltigkeitsaspekte in angemessenem Umfang berücksichtigen. Damit könnten die Schwerpunkte künftiger unternehmerischer Investitionspolitik deutlich gemacht werden. **DK**

Stadtsparkasse Augsburg:

Top bei Fördermitteln

Ingrid Engl und Michael Ott als beste Fördermittelberater 2019 ausgezeichnet

In Corona-Zeiten erleben sie einen Hype: Aktuell wurden bei 130 Neuanträgen bereits über 35 Mio. Euro öffentliche Fördermittel bei der Stadtsparkasse Augsburg beantragt bzw. ausgezahlt, um die schwäbische Wirtschaft in Zeiten wie diesen zu unterstützen.

Durch die Einbindung staatlicher Fördermittel erhalten Kunden besonders günstige Kreditkonditionen, Voraussetzung ist eine passgenaue Beratung. Das gelang zwei Mitarbeitenden der Stadtsparkasse Augsburg besonders gut: Mit Ingrid Engl und Michael Ott kommen zwei der besten Kundenberater Bayerns für Förderkredite aus Augsburg.

Ingrid Engl erhielt die Auszeichnung in der Kategorie „Infrastrukturförderung", ihr Kollege Michael Ott wurde für seine Beratungsleistung bei der „Gründungsförderung" prämiert.

Dazu muss man wissen: Fördermittel erfolgreich einzusetzen, ist mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden: Beraterinnen und Berater müssen die vielfältigen Förderoptionen im Blick behalten und gleichzeitig die Förderfähigkeit von Investitionsvorhaben prüfen. Hier ist oft auch Kreativität gefragt.

Optimale Beratung

Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender: „Frau Engl und Herr Ott haben mit großem Einsatz unter Beweis gestellt, dass sich dieser Aufwand im Sinne unserer Kunden lohnt. Diese beiden Spezialisten repräsentieren die Stadtsparkasse als verlässlichen und fairen Partner auf diese Weise vorbildlich. Dafür danken wir ihnen herzlich."



Die beiden Preisträger Michael Ott und Ingrid Engl (3. und 4.v.l.) wurden von Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender, Wolfgang Tinzmann, Direktor Unternehmenskunden (v.l.) und Bernhard Stammer, Gruppenleiter (r.), beglückwünscht. Bild: Stadtsparkasse Augsburg

Verlässlicher und fairer Partner

Die Stadtsparkasse Augsburg betreibt das Fördermittelgeschäft mit großem Engagement: Im vergangenen Jahr vergab die Sparkasse 170 Förderkredite mit einem Gesamtvolumen von rund 63 Mio. Euro an ihre Kunden. Unternehmer wie auch Privatleute unterstützte die Sparkasse dabei, ihre Finanzierungskosten mit Hilfe zinsgünstiger Kredite der staatlichen Förderbanken erheblich zu reduzieren.

Mit dem Preis „Bester Fördermittelberater" zeichnen die BayernLB und der Sparkassenverband Bayern in Kooperation mit den Förderinstituten KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen aus, die ihren Kunden durch optimale Beratung bei der Einbindung staatlicher Fördermittel besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten. ❒

Gebündelte Kompetenzen

Übertragung des Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagements für Sparkassen auf die LBBW

Die LBBW übernimmt voraussichtlich zum 1. Januar 2021 von der BayernLB das Geschäftsfeld Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement für Firmenkunden der Sparkassen. Die beiden größten Landesbanken eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Bündelung von Kompetenzen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe im Firmenkundengeschäft.

Durch das Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement haben die Firmenkunden der Sparkassen die Möglichkeit, sich mit geeigneten Instrumenten gegen Schwankungen an den internationalen Kapitalmärkten abzusichern.

Im Zuge ihrer strategischen Neuausrichtung überträgt die BayernLB diesen wettbewerbsintensiven Geschäftsbereich an die LBBW, die somit weiter in den Ausbau ihres Kapitalmarktgeschäfts investiert. Die LBBW verfügt als Marktführer in der S-Finanzgruppe im Kapitalmarktgeschäft bereits über ein vielseitiges Produktangebot mit schlanken und einheitlichen Prozessen und eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur. Die Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Gremien und Aufsichtsbehörden. sowie der fusionskontrollrechtlichen Freigabe.

Unabhängig von dieser Vereinbarung bleibt die BayernLB auch weiterhin die Zentralbank der bayerischen Sparkassen und steht den Instituten mit einem wettbewerbsfähigen und fokussierten Produktangebot als Partner zur Verfügung.

„Diese Vereinbarung ist ein konsequenter Schritt im Rahmen unseres Transformationsprogramms Fokus2024. Im Rahmen der Neuausrichtung unserer Strategie haben wir stets erklärt, offen für eine stärkere Arbeitsteilung mit der Bündelung von Produktkompetenzen in der Sparkassen-Finanzgruppe zu sein" so Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

„Das ist eine sehr gute Lösung für uns, für die Sparkassen und für deren Kunden. Die Vereinbarung zeigt, dass es im Sparkassenverbund viele Möglichkeiten gibt, Strukturen effizienter und für alle Seiten vorteilhaft zu gestalten", stellt Rainer Neske, Vorstandsvorsitzender der LBBW, fest. ❒

Dramatische Steuereinbrüche bei Städten und Gemeinden

Ergebnisse der 157. Steuerschätzung vom Mai 2020

Bund, Länder und Gemeinden müssen sich auf einen dramatischen Einbruch bei den Steuereinnahmen einstellen. Ob der Umkehrschwung bereits im Jahr 2021 wieder eintritt, bleibt wegen vieler Fragezeichen abzuwarten. Dies ist das Ergebnis der Mitte Mai veröffentlichten 157. Steuerschätzung.

Infolge der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden größten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik sinken die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen 2020 um knapp 100 Milliarden Euro gegenüber der letzten Steuerschätzung im Herbst 2019. Auch für den übrigen Schätzzeitraum (2021 bis 2024) nahmen die Steuerschätzer eine empfindliche Abwärtskorrektur von mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr vor.

Für die Gemeinden prognostizieren die Steuerschätzer bundesweit im Jahr 2020 einen Steuereinbruch in Höhe von -15,6 Milliarden Euro und für den übrigen Schätzzeitraum (2021 bis 2024) von insgesamt rund 30 Milliarden Euro im Vergleich zur Herbst-Steuerschätzung 2019.

Große Unwägbarkeiten

Die Schätzergebnisse sind mit großen Unwägbarkeiten behaftet: Ausgang und Dauer der Pandemie sind ungewiss. Die Schätzungen mussten den weltweiten finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die deutschen Staatseinnahmen Rechnung tragen. Dies macht den Umgang mit den absehbaren Steuerausfällen und deren Einarbeitung in die Haushalte sehr schwierig. Die Steuerschätzer planen Anfang September eine Interims-Steuerschätzung. Dies wird für viele bayerische Städte und Gemeinde eine wichtige Planungsgrundlage für ihre Nachtragshaushalte 2020 sein.

Gewerbesteuer

Überträgt man die Schätzergebnisse auf die bayerischen Städte und Gemeinden, so ist bei den Steuereinnahmen (Netto) im laufenden Jahr mit einem Einbruch um -11,1 Prozent auf 18,26 Milliarden Euro zu rechnen. Bei der Gewerbesteuer (Netto) gehen die Steuerschätzer für das laufende Haushaltsjahr von einem Einbruch um knapp 20 Prozent aus. Damit würde das bayerische Gewerbesteuernettoaufkommen auf rund 6,8 Milliarden Euro sinken. Für 2021 kalkulieren die Steuerschätzer dann nach dem massiven Einbruch wieder mit einem Anstieg um +23,6 Prozent.

Ob dieser positive Effekt tatsächlich eintreten wird, bleibt abzuwarten. Die durch die Umsatzeinbrüche bedingten Vorauszahlungsanpassungen bei der Gewerbesteuer dürften in vielen Fällen auch für 2021 fortgelten. Dies erschwert zusätzlich die Haushaltsplanungen 2021.

Einkommensteuer

Bei der zweitgrößten Steuereinnahmequelle, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, zeichnet sich aufgrund der pandemiebedingten Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt (Kurzarbeit, Anstieg der Arbeitslosigkeit) im Jahr 2020 ebenfalls ein deutlicher Einbruch ab. Nach den ersten Prognosen soll der Anteil an der Einkommensteuer um knapp 8 Prozent sinken, was in Bayern zu einem Gesamtaufkommen von knapp 8 Milliarden Euro führen würde. Für die Jahre ab 2021 wird von einem Wachstumskorridor zwischen +5,5 Prozent und +8,4 Prozent ausgegangen.

Umsatzsteuer

Zwar kommt dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer am Gesamtsteueraufkommen eine untergeordnete Bedeutung zu (7 Prozent des Gesamtsteueraufkommens 2019), dennoch ist ein Hinweis auf die deutlichen Sprünge in den Jahren 2017 (+26,5 Prozent), 2018 (+29,2 Prozent) und 2019 (+10,9 Prozent) angebracht. Dieser beachtliche stufenweise Aufwuchs resultiert aus Bundesmitteln zur Entlastung der kommunalen Ebene (5-Milliarden-Euro-Entlastungspaket), die in wesentlichen Teilen über den gemeindlichen Umsatzteueranteil an Städte und Gemeinden transferiert werden.

Aufgrund einer weiteren Umschichtung innerhalb des 5-Milliarden-Euro-Entlastungspakets zu Gunsten des Umsatzsteueranteils 2020 wird der Einbruch beim Umsatzsteueraufkommen für die Gemeinden mit -1 Prozent nur gedämpft ausfallen. **IBdSt**



Erleichterungen bei Mittelstandskrediten

Europaparlament setzt Impuls für kleine und mittlere Unternehmen

Die mittelständische Wirtschaft wurde von den Folgen der Corona-Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogen. Vor diesem Hintergrund hat das Europaparlament entschieden, die Vergabe von Mittelstandskrediten zu erleichtern.

So galt der sog. KMU-Faktor, der den Banken eine niedrigere Eigenkapitalhinterlegung bei Krediten an Mittelständler vorschreibt, bisher nur bis zu einem Darlehensvolumen von 1,5 Millionen Euro. Die nun beschlossene Neuerung weitet das Volumen auf 2,5 Millionen Euro aus. Überschreitet der Kredit diese Schwelle, gelten zusätzlich ab sofort auch darüber hinaus niedrigere Eigenkapitalanforderungen. Diese Erleichterung für die Mittelstandsfinanzierung war ursprünglich für das kommende Jahr geplant. Angesichts der Covid-19-Pandemie hat das EU-Parlament die Entscheidung um ein Jahr vorgezogen.

„Das geringere Risiko von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen für die Banken regulatorisch anzuerkennen, ist ein wichtiger Impuls“, kommentierte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Jürgen Gros, die Entscheidung. „Das Europaparlament hilft mit seinem Votum dabei, der wieder Tritt fassenden Konjunktur einen weiteren Schub zu verleihen und die Liquidität in den Unternehmen sicherzustellen“, so Gros. Nun sei der Rat der Europäischen Union gefordert, der der Neuregelung noch zustimmen muss, den Weg zu einer effektiven Unterstützung des Mittelstandes ebenfalls frei zu machen.

Gros zufolge sendet die jetzige Entscheidung ein klares Signal, dass der KMU-Faktor sich bewährt. „Die reduzierten Eigenkapitalanforderungen helfen dabei, Arbeitsplätze im Mittelstand zu erhalten. Sie werden mehr bewirken als manch andere Konjunkturspritze“, zeigte sich der GVB-Präsident überzeugt.

Bankenregulierung

„Die EU-Gesetzgeber haben mit der zügigen Verabschiedung wichtiger Anpassungen der Bankenregulierung in nicht einmal zwei Monaten eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit bewiesen“, unterstrich Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). „Dies ist auch ein Erfolg der deutschen Verhandler in Rat und Parlament.“ Als CRR Quick Fix wird die jetzt abgeschlossene Überarbeitung der Kapitaladäquanzverordnung bezeichnet. Bei dieser Verordnung geht es im Wesentlichen um Vorgaben zur angemessenen Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten. Sie ist ein wichtiger Teil der Bankenregulierung, die das Gesetzgebungsverfahren in Rekordzeit durchlaufen hat.

Positiv hebt der DSGV hervor, dass hier sehr zielgerichtete Maßnahmen zur Eindämmung der Folgen der Corona-Pandemie verabschiedet wurden. Zudem begrüßt der Verband, dass der erweiterte Anwendungsbereich für den KMU-Unterstützungsfaktor vorgezogen wurde. Schackmann-Fallis: „Das ist ein wichtiger Schritt für den Mittelstand. Die reduzierte Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite wird jetzt dauerhaft festgeschrieben und früher als ursprünglich geplant sogar noch etwas ausgeweitet. Die Kreditvergabemöglichkeiten für den Mittelstand werden dadurch weiter unterstützt.“ Der KMU-Unterstützungsfaktor sorge dafür, dass Kredite an den Mittelstand nur mit rund drei Viertel des sonst vorgesehenen Eigenkapitals unterlegt werden müssen.

Auf dem Prüfstand

In den nächsten Phasen der Krise müssen die Auswirkungen auf den Bankensektor jedoch aus Sicht des DSGV weiter eng verfolgt werden, um falls erforderlich nochmals schnell gegensteuern zu können. „Sparkassen benötigen derzeit und auch noch während der Phase der wirtschaftlichen Erholung alle Ressourcen, um sich auf ihre Kunden zu konzentrieren. Dabei gilt es, die heute erreichten Entlastungen nicht morgen zunichte zu machen, wie beispielsweise durch die Einführung neuer Meldeanforderungen im Zuge der am 2. Juni 2020 veröffentlichten Covid-19-Leitlinien der EBA zum Meldewesen. Solche Belastungen müssen dringend vermieden werden“, erläuterte Schackmann-Fallis. Zudem rief er die EU-Kommission dazu auf, die anstehende EU-Umsetzung des finalen Basel III-Pakets mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Prüfstand zu stellen.

Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, wertete es als „ein starkes Signal für Europas Wirtschaft, dass das Europäische Parlament den angepassten Eigenkapitalregeln für Banken zugestimmt hat“. Es ermögliche den europäischen Banken, zusätzliche Kredite in Höhe von 450 Mrd. Euro an Unternehmen auszugeben. Dabei bleibe die Regulierung der Finanzwirtschaft im Kern unangetastet. „Uns bleibt mehr Luft, um das Wiederanfahren der europäischen Wirtschaft noch besser zu unterstützen“, hob Ossig hervor.

Dringend benötigtes Kapital werde mit dem Vorziehen schon beschlossener Maßnahmen für die Kreditvergabe frei. So komme jetzt schon der Unterstützungsfaktor für kleine und mittelständische Unternehmen, auch werde bestimmte Software nicht mehr vom Eigenkapital abgezogen. Ab Mitte nächsten Jahres hätten diese Regeln ohnehin gegolten. Einige Maßnahmen erleichterten das Durchleiten von – auch anteilig – staatlich garantierten Krediten. „Da ist insbesondere hilfreich, dass im Rahmen der Leverage Ratio zum Beispiel die Ausnahme von Zentralbankreserven vorgezogen wird.“ Zudem habe die Aufsicht jetzt die Möglichkeit, verzerrte Effekte von internen Modellen zu korrigieren, die auf Grund der Volatilität der Corona-Krise zu ungerechtfertigten Ergebnissen führen.

Dass es innerhalb weniger Wochen gelungen sei, Einigkeit zwischen 27 Mitgliedsstaaten und dem europäischen Parlament zu erzielen, zeige, wie groß die Herausforderungen der Pandemie sind und wie wichtig dieses Vorhaben für Europa sei. „Das gibt mir Hoffnung, dass Europa mit geeinter Stimme spricht, wenn es erforderlich ist“, unterstrich Ossig. **DK**

Bayerische Landesstiftung:

Projektförderung im Landkreis Günzburg mit über 100.000 Euro

Die Bayerische Landesstiftung fördert Maßnahmen der Denkmalpflege im Landkreis Günzburg mit insgesamt 105.000 Euro. Dies hat der Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung im Rahmen seiner jüngsten Sitzung beschlossen, wie der heimische Landtagsabgeordnete Alfred Sauter mitteilt.

Der Abgeordnete setzt sich stetig dafür ein, dass Mittel der Bayerischen Landesstiftung in den Landkreis Günzburg fließen. „Zwei Wallfahrtskirchen profitieren von Zuschüssen der Bayerischen Landesstiftung: 85.000 Euro fließen in die Außen- und Inneninstandsetzung der Katholischen Wallfahrtskirche Mariä Schmerzen in Maria Vesperbild und 20.000 Euro in die Sanierung der Wallfahrtskirche Zu unserer Lieben Frau von Lourdes in Oberwaldbach.

Die Entstehung der jetzigen Wallfahrtskirche Mariä Schmerzen in Maria Versperbild geht zurück ins Jahr 1754, die Weihung erfolgte 1756. Zwischen 1960 und 1965 wurde die im 19. Jahrhundert geschaffene neuromanische Einrichtung mit Gnadenaltar, Beichtstühlen und Kanzel wieder durch eine solche im Rokokostil ersetzt.

Die Kapelle „Zu Unserer Lieben Frau von Lourdes“ in Oberwaldbach wurde 1886 vom ehemaligen Oberwaldbacher Bürgermeister und Kirchenpfleger Leonhard Altstetter erbaut. Dieser absolvierte in den 1880er- und 1890er-Jahren mehrere Pilgerreisen, und anderem nach Lourdes. Nach dieser Reise im Jahr 1885 ließ er eine kleine Lourdeskapelle am Waldgrund am Sandberg errichten. 1907 wurde der spätgotische Sakralbau in seiner heutigen Gestalt eingeweiht.

Sauter: „Durch die Renovierungsarbeiten werden die Gotteshäuser wieder in neuem Glanz erstrahlen. Es ist sehr erfreulich, dass die Bayerische Landesstiftung hierzu einen Beitrag leistet.“ ❐

Auch Senioren können Ausgaben absetzen

2019 stiegen die Renten in Westdeutschland zum 01. Juli um 3,18 Prozent. Erfreulich auf der einen Seite – ärgerlich auf der anderen Seite. Denn immer mehr Rentner rutschen dadurch in die Steuerpflicht und sind gehalten, eine Einkommensteuererklärung abzugeben.

Grundsätzlich gilt: Je später der Rentenbeginn liegt, desto höher ist der Anteil der Rente, der versteuert werden muss. Wer 2005 oder früher in Rente ging, bei dem bleiben 50 Prozent der ersten Rente (also dem Betrag, den er 2005 erhielt) steuerfrei. Wer erst seit 2019 seine Rente bezieht, bei dem sind es nur noch 22 Prozent der Rente, die steuerfrei bleiben. Das bedeutet, dass ein Rentner, der keine anderen Einkünfte hat, also keine Betriebsrente oder Mieteinkünfte hat, im Jahr 2019 monatlich 1.146 Euro beziehen kann, ohne dass er eine Steuererklärung abgeben muss. Bei Verheirateten verdoppelt sich der Betrag, wenn sie zusammen veranlagt werden.

Kommen zur Rente weitere Einnahmen hinzu, ist die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung fast immer unausweichlich, da diese Einnahmen hinzuzurechnen sind und lediglich ein gesonderter Altersentlastungsbetrag gegebenenfalls berücksichtigt wird.

Muss eine Steuererklärung abgegeben werden, führt dies aber nicht unweigerlich zur Steuerzahlung. In solchen Fällen kommt es darauf an, ob die Betroffenen Ausgaben getätigt haben, die steuerlich anerkannt werden müssen. Darunter fallen z.B. nicht erstattete Krankheitskosten, Spenden und Mitgliedsbeiträge oder Handwerkerleistungen.

In seiner Broschüre „Steuererklärung für Senioren“ zeigt der Bund der Steuerzahler auf, worauf zu achten ist und welche Ausgaben berücksichtigt werden können. Die Borschüre kann kostenfrei bestellt werden unter der Hotline 089/126008-98 unter Angabe des Stichworts Steuererklärung für Senioren und der Zustellanschrift. ❐

Zusätzliche EU-Mittel für bayerische Start-ups

LfA und Europäischer Investitionsfonds bauen Zusammenarbeit aus

Die LfA Förderbank Bayern und der Europäische Investitionsfonds (EIF) bauen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit für Start-ups weiter aus. Die LfA-EIF-Fazilität, ein Dachfonds zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für innovative Unternehmen, wird von LfA und EIF jeweils um 25 Millionen Euro auf insgesamt 250 Millionen Euro aufgestockt. Der Anteil der LfA beläuft sich damit auf 125 Millionen Euro.

Der Fonds wurde auf Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der LfA und des EIF geschaffen und investiert seit 2009 in Venture-Capital-Fonds in Bayern. Ziel ist es, das Wagniskapitalangebot im Freistaat für kleinere und mittlere Technologieunternehmen zu erweitern. Bislang sind Zusagen an über 40 Fonds und Business Angels mit Sitz oder Niederlassung im Freistaat erfolgt. Über 100 bayerische Unternehmen haben bereits von Investitionen aus den Fonds der LfA-EIF-Fazilität profitiert.

Der Geschäftsführende Direktor des Europäischen Investitionsfonds, Alain Godard, kommentiert: „Der EIF ist hocherfreut sein Engagement für die LfA-EIF-Fazilität zur Unterstützung von KMU in Bayern weiter auszubauen. Die LfA-EIF-Fazilität investiert in VC-Fonds um Unternehmen den Zugang zu finanziellen Mitteln zu erleichtern. Unser Engagement wird weiter dazu beitragen, die Finanzierung von Unternehmen durch bestehende und neue Fondsmanager weiter zu fördern.“

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Mit der LfA-EIF-Fazilität konnten wir in den vergangenen Jahren viele junge Unternehmen in Bayern erfolgreich unterstützen. Der Zugang zu Wagniskapital ist gerade für Start-ups extrem wichtig, um die finanziellen Herausforderungen in der Anfangsphase zu stemmen. In der aktuellen, durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen Situation ist es noch entscheidender, Venture-Capital-Finanzierungen in Bayern zu stärken. Mit der weiteren Aufstockung des bayerisch-europäischen Dachfonds sorgt die LfA daher für die richtigen Impulse.“

Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft im Visier

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Unsere Kooperation mit dem EIF für mehr Wagniskapital in Bayern ist ein großer Erfolg. Für jeden Euro den wir in den Dachfonds des EIF investiert haben, konnten bislang 13 Euro an zusätzlichem Kapital für bayerische Unternehmen generiert werden. So fließt ein Vielfaches unseres Mitteleinsatzes an bayerische Hightech-Gründer über Eigenkapital zurück. Im Interesse der bayerischen Start-ups weiten wir unser Engagement nun erneut aus. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft ist es gerade jetzt in schwierigen Zeiten besonders wichtig, Gründern und Unternehmen wirkungsvoll unter die Arme zu greifen.“ ❐

Weitere 115 Millionen Euro für bayerische Start-ups:

Das Erfolgsmodell Wachstumsfonds Bayern wird fortgesetzt

Der vom Bayerischen Wirtschaftsministerium initiierte, erfolgreiche Wachstumsfonds Bayern erhält einen kapitalstarken Nachfolger. Mit 115 Millionen Euro ausgestattet, wird der Wachstumsfonds Bayern 2 erneut von Bayern Kapital verwaltet, der 100-prozentigen Tochter der LfA Förderbank Bayern für Venture-Capital-Investments.

Die Mittel aus dem Wachstumsfonds sollen innovative und technologieorientierte Start-ups des Freistaats Bayern dabei unterstützen, großvolumige Finanzierungsrunden in Kooperation mit privaten Investoren abzuschließen. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Mit dem ersten Wachstumsfonds Bayern haben wir bereits viele innovative Unternehmen begleitet. Jetzt setzen wir mit dem Wachstumsfonds Bayern 2 gemeinsam mit Bayern Kapital das Erfolgskonzept fort: Wir unterstützen junge Unternehmen durch Wachstumsfinanzierungen dabei, ihr Produkt erfolgreich im Markt zu platzieren und sich langfristig zu erfolgreichen, international wettbewerbsfähigen Unternehmen zu entwickeln.“

Beeindruckende Bilanz

Die Erfolgsbilanz des Wachstumsfonds Bayern spricht für sich: Insgesamt 70 Millionen Euro hat Bayern Kapital in den vergangenen fünf Jahren in 23 Start-ups aus dem Fonds investiert und dabei durch Kooperation mit in- und ausländischen Investoren, wie beispielsweise privaten Venture-Capital-Gebern oder Family Offices, weitere rund 300 Millionen Euro privates Kapital für Bayerns Gründer mobilisiert. „Gerade im Technologiesektor brauchen Unternehmen für langfristigen Erfolg nicht nur Entwicklungszeit, sondern vor allem finanzielle Unterstützung. Internationalisierungsstrategien und die Erschließung neuer Märkte, aber auch Zulassungsstudien und die Weiterentwicklung oder Diversifikation der eigenen Produktpalette sind kapitalintensiv und stellen junge Unternehmen häufig vor immense Herausforderungen. Wir freuen uns deshalb, mit dem Wachstumsfonds Bayern 2 die Innovationsführer des Freistaats auch weiterhin bei großvolumigen Finanzierungsrunden verlässlich unterstützen zu können“, sagt Roman Huber, Geschäftsführer von Bayern Kapital.

„Ob Service-Roboter von Robotise, hochauflösende LiDAR-Sensoren von Blickfeld, der smarte ProGlove-Handschuh zur Optimierung von Fertigungsprozessen, das Molekulardiagnostik-Unternehmen GNA Biosolutions, das derzeit mit großen Schritten die Entwicklung eines Corona-Schnelltests vorantreibt, oder die Regensburger Numares AG, die diagnostische Tests auf Basis von NMR-Technologie anbietet: Mit dem Wachstumsfonds Bayern konnten wir in den vergangenen Jahren eine breite Palette zukunftsfähiger Unternehmen dabei unterstützen, auch größere Finanzierungsrunden mit nationalen und internationalen Investoren abzuschließen“, resümiert Dr. Georg Ried, ebenfalls Geschäftsführer von Bayern Kapital.

Vom Netzwerk profitieren

Die mit 115 Millionen Euro noch einmal um 15 Millionen Euro kapitalstärkere zweite Auflage des Wachstumsfonds Bayern kann den Innovationsführern des Freistaats situationsgerecht Investmentvolumina zwischen zwei und im Einzelfall auch bis zu zehn Millionen Euro je Beteiligungsnehmer bereitstellen. Generelle Bedingung für eine Beteiligung durch den Wachstumsfonds Bayern 2 ist, dass sich mindestens ein weiterer privater Investor zu gleichen Konditionen engagiert. So haben die Start-ups nicht nur Aussicht auf größere Kapitalvolumina, sondern profitieren auch von der Fachexpertise sowie dem regionalen und internationalen Netzwerk der Investmentpartner.

Spannende Geschäftsmodelle

„Im ganzen Freistaat bringen Bayerns Gründer spannende und innovative Geschäftsmodelle hervor: von Passau bis Würzburg, von Regensburg bis Augsburg. Um auf dem Markt Erfolg zu haben, sind junge Unternehmen jedoch häufig auf staatliche Finanzierungsinstrumente angewiesen. Das gilt sowohl in konjunkturell schwachen Zeiten als auch in Wachstumsphasen. Ohne gezielte Förderung würden vielversprechende Ideen häufig in entscheidenden Momenten auf der Strecke bleiben, weil den Unternehmen Geld für größere Investitionen fehlt. Der Wachstumsfonds Bayern 2 ist deshalb ein wichtiges Werkzeug, um den langfristigen Unternehmenserfolg von Bayerns Technologieführern voranzutreiben“, erklärt Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern.

Zukunftsbranchen fördern

Wachstumsfinanzierungen für Hightech-Unternehmen kommen letztlich dem gesamten Wirtschaftsstandort Bayern zugute: Rund 1.700 hochqualifizierte, neue Arbeitsplätze und viele innovative Geschäftsmodelle ‚Made in Bavaria‘ in verschiedenen Zukunftsindustrien sind allein dank des ersten Wachstumsfonds im Freistaat entstanden.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Wachstumsfonds Bayern 2 ist ein wichtiger Bestandteil unseres wirtschaftspolitischen Kurses. Wir möchten in allen Regierungsbezirken langfristig viele starke Cluster für Wirtschaftswachstum bilden und gleichzeitig Zukunftsbranchen gezielt fördern. Dadurch sichern wir die Arbeitsplätze von heute und schaffen gleichzeitig die beruflichen Perspektiven für morgen.“ ❐

Umweltminister Thorsten Glauber:

Artenvielfalt erhalten

Startschuss für das Artenschutzgroßprojekt „Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“: Die Auen der oberen und mittleren Altmühl sind eines der wichtigsten Brutgebiete für Wiesenbrüter in Deutschland. Nun sollen die Lebensräume der seltenen Vögel laut Umweltminister Thorsten Glauber weiter optimiert und damit auch ihr Fortpflanzungserfolg erhöht werden.

„Die Zukunft der Wiesenbrüter steht schon seit vielen Jahren im Fokus des staatlichen Naturschutzes. Das Naturschutzgroßprojekt ‚Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal‘ stärkt den Schutz der Wiesenbrüter in der Region. Der Schutz bedrohter Arten und unserer heimischen Natur ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Wir wollen in Bayern mit gutem Vorbild vorangehen und die Artenvielfalt erhalten. Das neue Naturschutzgroßprojekt leistet dazu einen wichtigen Beitrag“, betonte Glauber. Das Projektgebiet umfasst mehr als 7.000 Hektar und erstreckt sich im Altmühltal und seinem Einzugsgebiet von Colmberg im Norden bis Trommetsheim im Süden.

Im Rahmen des Projekts sollen die artenreichen Grünlandgesellschaften ausgedehnt und die Qualität der Bäche und Flüsse weiter verbessert werden. Eine Trägergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen, dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V. und dem Landesbund für Vogelschutz e.V. (LBV) führt das Projekt durch.

Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal‘

Das Bayerische Umweltministerium hat nun den Förderbescheid erlassen. Das Projekt wird mit Mitteln des Bundesumweltministeriums vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) im Rahmen des Bundesprogramms „chance. natur“ zu 75 Prozent gefördert sowie mit Mitteln des Freistaats Bayern und des Bayerischen Naturschutzfonds zusammen mit 15 Prozent finanziell unterstützt. Planung und Umsetzung erfolgen in zwei getrennten Projekten. Bis Mitte des Jahres 2022 werden die Maßnahmen zur Optimierung der Wiesenbrüter-Lebensräume festgelegt und mit den Akteuren vor Ort abgestimmt. Das beabsichtigte Fördervolumen für die Planungsphase beträgt rund 620.000 Euro. Für die Umsetzung des Projekts in Phase 2 sind weitere Förderungen von Bund, Land und dem Bayerischen Naturschutzfonds möglich.

Blühpakt-Allianz

Startschuss auch für die neue Blühpakt-Allianz: Bei der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung des Umweltministeriums und des Bayerischen Golfverbandes zur Förderung der Artenvielfalt und zum Schutz der Insekten stellte Minister Glauber in Herzogenaurach fest: „Arten- und Insektenschutz betrifft die gesamte Gesellschaft und braucht viele Partner. Mit dem Blühpakt Bayern haben wir bereits viel erreicht. Die neue Blühpakt-Allianz ist der nächste Schritt, mit dem wir dazu aufrufen, sich für den Schutz der Insekten einzusetzen.“

„Insekten sind Schlüsselfiguren des Ökosystems“, fuhr Glauber fort. „Die bayerischen Golfplätze verfügen über mehr als 10.000 Hektar Flächen. Rund drei Viertel davon werden nicht für den Spielbetrieb verwendet. Dieses große Potential wollen wir nutzen, um neue Lebensräume für Pflanzen und Insekten zu schaffen. Der Bayerische Golfverband übernimmt mit der Partnerschaft in der Blühpakt-Allianz Verantwortung für mehr Artenvielfalt. Der Schutz der Umwelt und die Nutzung der Sportanlage sollen so bestmöglich miteinander in Einklang gebracht werden.“

Ziel der neuen Blühpakt-Allianz ist es, möglichst viele Partner zu gewinnen, die sich aktiv für mehr Arten- und Insektenvielfalt engagieren. Dazu zählt insbesondere das Anlegen von naturnahen und insektenfreundlichen Flächen, der Verzicht von Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen und die Vermittlung und Weiterverbreitung von Umweltwissen und -bewusstsein bei den Mitgliedern. Beispielsweise können Areale durch das Anlegen von Blühflächen und Biotopen, die Verwendung heimischer Pflanzen oder das Bereitstellen von Insektenhäusern und Totholz ökologisch aufgewertet werden.

Im Rahmen der Blühpakt-Allianz können sich Golfanlagen ab sofort für die neue staatliche Auszeichnung „Blühender Golfplatz“ bewerben. Die erste Bewerbung für diese neue Auszeichnung nahm Glauber bei einem Besuch der Golfanlage in Abenberg entgegen: „Der Golfclub Abenberg hat durch das Anlegen von rund 8.000 qm Blühflächen mit Wildblumen und Wildkräutern ein wahres Naturparadies für viele verschiedene Pflanzen- und Insektenarten geschaffen. Über 100 Nistkästen in 20 unterschiedlichen Bauweisen, zwei Insektenhäuser sowie 8 Bienenstöcke bieten auf dem Golfplatz ein neues Zuhause für viele verschiedene Vogel- und Insektenarten.“

Abgeschlossen ist dagegen die Erfassung der heimischen Tier- und Pflanzenarten in den Parkanlagen Schlosspark Nymphenburg, Park Rosenau bei Coburg und Eremitage Bayreuth. Glauber zufolge sind Schlossgärten „Hotspots der Artenvielfalt“. Die Ergebnisse des Projekts seien beeindruckend. Der erste belegte Nachweis des Pilzkäfers Triplax lacordairii für Deutschland oder der Wiederfund der Bedornten Wespenbiene erstmals seit 1880 in München seien kleine Sensationen. „Mit dem neuen Wissen schaffen wir die Grundlage für zielgerichteten Artenschutz. Von dem Projekt profitieren Mensch und Natur. Der Erhalt der historischen Gartenanlagen schafft Erholungsraum für die Menschen und gleichzeitig ökologisch wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen“, bekräftigte Glauber.

Gartendenkmalpflege und Naturschutz

Vor zwei Jahren wurde das Projekt mit dem Ziel der Bestandserhebung schützenswerter Biotope sowie der Inventarisierung besonders gefährdeter Tier- und Pflanzenarten in einer besonderen Kooperation zwischen Finanzministerium und Umweltministerium sowie den Regierungen von Oberbayern und Oberfranken gestartet. Durch die behutsame und kontinuierliche Pflege konnte sich eine unvergleichliche Artenvielfalt in kleinteiligen Biotopstrukturen in den Parkanlagen entwickeln.

Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass sich Gartendenkmalpflege und Naturschutz wunderbar vereinen können und bislang bereits vieles richtig gemacht wurde. „Für die Parkanlage Rosenau gilt nach dem Projekt: Aufgrund der Vielzahl seltener und gefährdeter Wiesenpilze ist sie ein Standort von nationaler Bedeutung“, erklärte Glauber. Von 18 dort nachgewiesenen Wiesenpilzarten stehen 16 auf der Roten Liste Deutschlands/Bayerns, darunter Besonderheiten wie die in Bayern stark gefährdeten Keulenpilze Fleischfarbene Keule und Schönleuchtende Wiesenkeule. In der Eremitage Bayreuth konnte dagegen unter anderem der Schwarzkäfer als Urwaldreliktart sowie der Pilzkäfer, der in Bayern vom Aussterben bedroht ist, kartiert werden.

Optimierung der Wiesenmahd

Durch die Ergebnisse des Projekts können naturschutzfachliche Belange bei der Pflege der Garten- und Parkanlagen der Schlösserverwaltung noch stärker berücksichtigt werden. Ein Vorschlag zur weiteren Verbesserung und Förderung der Artenvielfalt, der sich aus den Abschlussberichten ergibt, ist beispielsweise die Optimierung der Wiesenmahd.

In den Regiebetrieben der Bayerischen Schlösserverwaltung vor Ort werden bayernweit 14 FFH-Gebiete (Natura 2000), 3 Naturschutzgebiete, 23 Landschaftsschutzgebiete und 1 Naturpark mit Gartenanlagen und Park betreut. Die vielen Naturflächen zeigen, wie groß die Bedeutung des Arten- und Naturschutzes im Bereich der Bayerischen Schlösserverwaltung ist. **DK**

Neues Projekt:

„Naturerbe-Netzwerk“ unterstützt Stiftungen und Verbände

Seit 2005 sind mehr als 156.000 Hektar wertvoller Naturflächen als Nationales Naturerbe dauerhaft gesichert worden. Unter hohen Naturschutzauflagen hatte der Bund die Naturerbeflächen unentgeltlich an die Länder, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und verschiedene Naturschutzorganisationen übertragen. Das nun gestartete Projekt „Naturerbe-Netzwerk Biologische Vielfalt“ wird die Flächen gemeinsam mit der Eigentümergruppe der Stiftungen und Verbände zu bundesweiten Vorbildflächen des Naturschutzes entwickeln und so die Vielfalt der Arten und Ökosysteme in Deutschland langfristig stärken.

Das Bundesamt für Naturschutz fördert das Projekt im Bundesprogramm Biologische Vielfalt mit Mitteln des Bundesumweltministeriums über sechs Jahre mit insgesamt rund 1,54 Millionen Euro. Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Das Nationale Naturerbe nimmt im bundesweiten Naturschutz eine Vorbildfunktion ein. Viele dieser Flächen können jedoch noch mehr als bisher für den Schutz unserer Arten und Lebensräume tun. Mit dem Projekt ‚Naturerbe-Netzwerk` wollen wir Stiftungen und Verbände deshalb dabei unterstützen, das Naturerbe noch besser für den Naturschutz zu nutzen.“

BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel: „Das konkrete Management der Naturerbeflächen entscheidet über den Erfolg der geplanten Maßnahmen und somit auch über den Schutz der biologischen Vielfalt. Im Vorhaben werden daher Standards zu Themen wie beispielsweise invasive Arten oder Besucherlenkung entwickelt. Auch die Zusammenarbeit soll organisations- und gebietsübergreifend gefördert werden, um die vorhandenen Ressourcen optimal auszuschöpfen und Synergien zu fördern, etwa durch die gemeinsame Nutzung von Pflegetechnik.“

Derzeit befinden sich rund 24.000 Hektar der Naturerbeflächen im Eigentum von etwa 30 Stiftungen und Verbänden. Alle Eigentümer verfolgen die Ziele des Naturschutzes, die konkrete Umsetzung variiert jedoch aufgrund der Vielfalt an Beteiligten mitunter stark. Deshalb wollen die Naturstiftung David und die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe in dem gemeinsamen Projekt Managementstandards und -strukturen sowie modellhafte Ansätze erarbeiten, mit denen sich die Flächen der gemeinnützigen Eigentümergruppe zu Vorbildflächen des Naturschutzes entwickeln lassen.

Maßgeblich für die erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens sind der Wissenstransfer und der regelmäßige fachliche Austausch zwischen den Stiftungen und Verbänden. Geplant sind der Aufbau und die Etablierung von Arbeitsgruppen, die Entwicklung einer gemeinsamen digitalen Austauschplattform und einer geeigneten Software für das Liegenschaftsmanagement sowie bedarfsangepasste Workshop- und Schulungsangebote. In den fachlichen Austausch sollen auch die weiteren Eigentümer von Naturerbeflächen einbezogen werden. Weiterhin wird angestrebt, zwei regionale Netzwerke zu initiieren, die den Naturerbe-Flächeneigentümern insbesondere bei landesspezifischen oder regionalen Fragestellungen Unterstützung bieten. ❒

Münchner Stadtklima-Studie:

Künftige Wärmebelastung und Alpines Pumpen

In einem Kooperationsprojekt des Deutschen Wetterdienstes (DWD) und des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) sind zukünftige Temperaturentwicklungen und der Einfluss des „Alpinen Pumpens“ auf die städtische Durchlüftung untersucht worden.

Tobias Fuchs, Leiter des Geschäftsbereiches Klima und Umwelt des DWD: „Die bereits gemessene Temperaturzunahme aufgrund des Klimawandels wird sich in Zukunft noch verstärken. Die Stadtklimasimulationen des DWD zeigen, dass sich im günstigen Fall die Anzahl der Sommertage im Münchner Stadtgebiet bis 2050 gegenüber dem Zeitraum 1971 bis 2000 um 35 bis 40 Prozent erhöht. Im ungünstigen Fall kann es sogar zu einer Verdopplung der Sommertage kommen.“

Umweltreferentin Stephanie Jacobs: „Der DWD-Bericht liefert spezifische Ergebnisse für München, die unsere stadtklimatischen Datengrundlagen wie die Klimafunktionskarte ergänzen, und zeigt sowohl die Bedeutung der Luftaustauschbahnen als auch von großen, zusammenhängenden Grünflächen. Die Landeshauptstadt München hat sich zum Ziel gesetzt, dem Klimawandel auch auf planerischer Ebene zu begegnen. Hier sind vertiefende stadtklimatische Gutachten nötig.“

München als Großstadt ist von den wärmeren Temperaturen deutlich stärker betroffen als das Umland und auf eine Durchlüftung durch das regionale Windsystem Alpines Pumpen angewiesen. Bei diesem Zirkulationssystem weht tagsüber der Wind in Richtung Alpen und nachts strömt kühle Luft aus den Alpen in Richtung Stadt. Laut Fuchs ist das Münchner Stadtklima im Sommerhalbjahr an etwa 20 bis 60 Tagen vom Alpinen Pumpen beeinflusst: „Vor allem in der Nacht, in der zu hohe Temperaturen den Erholungsschlaf stören, und vormittags zeigen unsere Messungen und Modellergebnisse den größten Abkühlungseffekt.“

Die Temperaturmessungen in München zeigen eine deutliche Zunahme der mittleren Jahrestemperatur seit Messbeginn 1955. 2018 war das seither wärmste Jahr und mit 11,4 Grad um 1,9 Grad wärmer als der langjährige Durchschnitt (1971-2000). Auch die Zahl der Hitze- und Sommertage und somit die Wärmebelastung haben zugenommen. Die meisten Rekordjahre liegen in diesem Jahrhundert. ❒

Land- und Ernährungswirtschaft:

Europa ist in der Pflicht

Europa setzt mit dem #GreenDeal und der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie neue Maßstäbe – dies begrüßen die Verbände der nachhaltigen Wirtschaft UnternehmensGrün und die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL) grundsätzlich.

Klimaschutz und der Erhalt der Biodiversität können aber nur gewinnen, wenn die Strategien in den Mitgliedsstaaten verpflichtend und gleich gewichtet umgesetzt werden. Das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung sei gescheitert, unterstreichen die Wirtschaftsverbände.

#Farm2Fork verbindlich in Mitgliedsstaaten umsetzen

Die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ setzt mit neuen Zielen für mehr Ökolandbau und weniger Pestiziden und Antibiotika einen guten Zielrahmen. Einen wichtiger Zwischenschritt hin zu einer enkeltauglichen Land- und Ernährungswirtschaft. Aber: Pestizid-, Dünge- und Antibiotikareduktion sowie der Ausbau des Ökologischen Landbaus müssen verbindlich für die EU-Mitgliedsstaaten sein. „Das Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtungen ist gescheitert“, betont Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, dem Bundesverband der grünen Wirtschaft. „Wir brauchen die verbindliche Umsetzung und eine gleiche Gewichtung in allen Ländern, denn das stellt auch faire Marktbedingungen und Wettbewerbsfähigkeit für die Betriebe her“, fährt Reuter fort.

Radikale Entgiftung für echte Nährstoffkreisläufe

Eigentlich sollten Siedlungsabfälle eine sinnvolle Quelle in der Kreislaufwirtschaft für die natürlichen agrarischen Produktionssysteme sein. Aber durch die massive Verschmutzung der Abwässer und anderer Siedlungsabfälle wird das Schließen der Nährstoffkreisläufe unmöglich. Zurecht schlägt der Green Deal deshalb ein „Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt“ vor.

Dazu erklärt Dr. Alexander Beck, Geschäftsführender Vorstand der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller: „Es braucht eine radikale Entgiftung. Ein „Detox“-Programm für alle Produktions- und Konsumbereiche. Nur dann können die natürlichen Nährstoffkreisläufe geschlossen werden – eine zentrale Voraussetzung für eine zukunftsfähige Ernährungswirtschaft!“ Auch die Minimierung des Einsatzes von Fremdstoffen und toxischer Substanzen in der gesamten Lebensmittelproduktion gehört für Beck in dieses Programm.

Nachhaltige Globalisierung & Re-Regionalisierung

Die Coronakrise zeigt die Verletzlichkeit der Schwächsten in den Lieferketten – und die Abhängigkeit beispielsweise der deutschen Landwirtschaft von Saisonarbeitskräften.

Soziale Rechte und ArbeiterInnen- Rechte müssen gestärkt werden. Die Krise erfordert aber auch ein Überdenken der bisherigen weltweiten Arbeitsteilung, auch in der Ernährungswirtschaft. „Wir setzen uns für eine Re-Regionalisierung ein. Wir brauchen im systemrelevanten Ernährungssektor resiliente und regionale Strukturen – diese müssen aber auch entsprechend gefördert werden“, macht Mathias Kollmann, Geschäftsführer der Bohlsener Mühle und Vorstand von UnternehmensGrün, deutlich.

Dabei verkennen die Wirtschaftsverbände nicht die Bedeutung einer globalisierten Land- und Ernährungswirtschaft. „Es kommt darauf an, den globalen Handel so umzubauen, dass ökologische und soziale Standards durch Globalisierung nicht mehr unterlaufen werden können, sondern globalisiert werden“, so Kollmann weiter.

Ernährungsbildung und -kompetenz

In der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie heißt es, es liege auf der Hand, dass der Übergang nicht ohne eine Änderung des Ernährungsverhaltens der Menschen vollzogen werden könne. „Dringend notwendig ist jetzt, in praktische Ernährungsbildung und -kompetenz zu investieren. Denn es geht um primäre und essentielle Lebens- und Gesundheitsthemen“, ist Dr. Alexander Beck (AöL) überzeugt. ❒

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

bvse zum Baustoff- und Kunststoffrecycling:

Stellschrauben verändern

Nach Ansicht des bvse-Fachverbandes Mineralik – Recycling und Verwertung ist Deutschland noch weit von einer wirklichen Kreislaufwirtschaft entfernt. So gehe lediglich ein Drittel der gesamten Abfälle aus Bau- und Abbruchtätigkeiten ins Recycling – „eine ernüchternde Bilanz", wie der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung feststellt.

Mineralik-Abfälle machen hierzulande mit 220,3 Millionen Tonnen immerhin mehr als die Hälfte des Gesamtabfallaufkommens von 412,2 Millionen Tonnen aus. „Wenn sich Deutschland also tatsächlich auf den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft machen will, dann muss der Recyclinganteil des mit weitem Abstand größten Abfallstroms noch deutlich gesteigert werden", betont der Verband. Aus seiner Sicht sollte dies machbar sein, denn die Stellschrauben, die verändert werden müssen, seien seit langem bekannt. Es komme darauf an, das Baustoffrecycling zu stärken, die Deponierung zu begrenzen und den Einsatz von Recyclingprodukten beim Hoch- und Tiefbau zu forcieren.

Praktische Schritte für mehr Baustoffrecycling

„Wir stellen fest, dass das Thema Nachhaltigkeit und Recycling bei den politisch Verantwortlichen zwar auf der Tagesordnung steht, aber es bei der praktischen Umsetzung bei konkreten Bauprojekten in den meisten Fällen hapert", bedauert Jürgen Weber, bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Mineralik – Recycling und Verwertung. Daher hat der Verband seine Strategie geändert. „Wir wollen praktische Schritte für mehr Baustoffrecycling. Deshalb müssen schon in einer frühen Planungsphase von neuen Hoch- und Tiefbauprojekten die Verantwortlichen auf Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit verpflichtet werden", betont Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Laut Geschäftsführer Stefan Schmidmeyer „müssen wir erreichen, dass Recycling im Baubereich bereits von Anfang an mitgedacht wird. Das bedeutet, dass Planer und Bauherren die Anlagen so konzipieren, dass bei einem irgendwann notwendigen Abbruch die verwendeten Materialien wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden können. Das bedeutet aber auch, dass die gewonnenen Recyclingprodukte in Neubauten verwendet werden. „Die Baustoffrecycler stellen leider immer noch eine große Zurückhaltung bei privaten und öffentlichen Bauherren fest, wenn es um den Einsatz von Recyclingbaustoffen geht", kritisiert Jürgen Weber.

Vergabe öffentlicher Aufträge: Vorbild Wien

Der bvse-Vizepräsident setzt sich daher dafür ein, sich bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die neuen Vergabekriterien der Stadt Wien anzulehnen. Hier werden in die Vergabeentscheidung Ökopunkte einbezogen. Diese Ökopunkte sollen dann den Kostenvorteil von Primärrohstoffen ausbalancieren und somit nachhaltigen Bau ermöglichen. Dies sei nicht nur nachhaltig, sondern gereiche auch dem Klimaschutz zum Vorteil, da der Gesamtenergieverbrauch für die Herstellung von Recyclingbaustoffen im Gegensatz zu Primärbaustoffen oftmals geringer ist und somit auch luft-, lärm- und klimawirksame Emissionen gemindert werden.

Kunststoffrecycling

Als „extrem kritisch" bewertet Herbert Snell, Vizepräsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, die Situation für das Kunststoffrecycling. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie sei die Nachfrage der Industrie weltweit im freien Fall. Dies werde nicht nur am Beispiel des niedrigen Ölpreises deutlich, auch die Preise für Kunststoffrohstoffe (Neuware) seien auf einem Niveau, wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Der Preisvorteil der Recyclingware gegenüber der Primärware falle weg und verkehre sich teilweise sogar ins Gegenteil.

Gleichzeitig ist Snell zufolge die Produktion der kunststoffverarbeitenden Industrie, die Recyclate einsetzt, vor allem in Deutschland, Frankreich, Italien, aber beispielsweise auch im Nahen Osten oder in Südamerika zurückgegangen und teilweise sogar ganz zum Erliegen gekommen. Schon jetzt sei spürbar, dass die Industrie deutlich weniger Recyclate einsetzt. Den Kunststoffrecyclern brechen wichtige Märkte weg.

So seien Recyclate zwar in bestimmten Bereichen, wie in der Verpackungsindustrie, bisher noch gut nachgefragt. Doch seien beispielsweise der Absatz im Automobilbau extrem schwach und der Absatz von Recyclingprodukten im Tiefbau ebenfalls rückläufig. Der Export von Recyclaten in das Ausland werde auch durch die Beschränkungen beim Grenzübertritt stark behindert. Die Recycler registrieren zudem, dass auch aus Ländern, in denen über Jahre stabile Absatzmärkte aufgebaut wurden, Stornierungen eingehen. Auch die Exportlogistik kann nur mit erheblichen Behinderungen oder Verzögerungen in Gang gehalten werden.

Weltweites Krisenszenario

Nach Snells Worten „belastet die Kombination von Preisverfall für Neuware, Nachfragerückgang und Logistikschwierigkeiten die Recyclingunternehmen erheblich. Wir sehen enorme Probleme auf die Branche zukommen, weil wir es mit einem weltweiten Krisenszenario zu tun haben, das sich in den nächsten Wochen und Monaten sogar noch dann verstärken könnte, wenn die Corona-bedingten Einschränkungen schrittweise aufgehoben werden. Bis die Weltwirtschaft wieder anspringt und die Lieferketten national, europäisch und international wieder reibungslos funktionieren, werden viele Monate ins Land gehen."

Daher spricht sich der bvse dafür aus, frühzeitig konjunkturstützende Maßnahmen vorzubereiten, die gezielt das Recycling stärken sowie den Um- und Ausbau der Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa forcieren. Corona dürfe nicht als Entschuldigung dafür genommen werden, die Bemühungen für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft schleifen zu lassen. Vielmehr müsse es darum gehen, sich mit zukunftsgerichteten Weichenstellungen schnell und nachhaltig aus der Krise heraus zu kämpfen. Jetzt sei beispielsweise der ideale Zeitpunkt, um Anreize für den Einsatz von Recyclaten zu setzen und das öffentliche Beschaffungswesen konsequent darauf zu trimmen, endlich auf breiter Front Recyclingprodukte einzukaufen. **DK**

„Kein Plastik in die Biotonne":

Kampagne zeigt erste Erfolge

Freude im Landratsamt Weißenburg: Die Informationskampagne „Kein Plastik in die Biotonne" über Presse, Internet, Abfall App und Tonnenanhänger zeigt erste Erfolge. In der Bevölkerung fand eine Sensibilisierung statt, die Fehlwürfe in den Biotonnen sind signifikant zurückgegangen.

In den vergangenen Monaten wurden die Biotonnen intensiv unter die Lupe genommen. Bemerkten die Müllwerker Fehlwürfe, gab es die „Gelbe Karte". Bei dieser Verwarnung wurde die braune Tonne zwar noch normal geleert, allerdings stand auf dem gelben Aufkleber die eindeutige Warnung, dass das Gefäß im Wiederholungsfall ungeleert stehen bliebe.

Hintergrund für die Aktion „Kein Plastik in die Biotonne" waren die hohen Mengen an Fehlwürfen, die bei der Verwertung des Bioabfalls große Probleme bereiten. Eigentlich ist jedem klar, dass sich nur organische Abfälle in Kompost umwandeln. Störstoffe wie Metall, Kunststoff und Glas müssen daher im Verlauf des Rotteprozesses mühsam aussortiert werden. Nur dann kann am Ende der hochwertige, zertifizierte Altmühlfranken-Kompost stehen, der von Biolandwirten und im Landschaftsbau dringend als natürliche Nährstoffquelle und Strukturverbesserer gebraucht wird.

Die anfangs noch hohen Anteile von Plastiktüten, dem Hauptproblem für die Kompostierung, sind deutlich zurückgegangen. Ein großer Schritt in die richtige Richtung! Auch andere Störstoffe haben sich stark reduziert: Glas, Textilien, Hygieneprodukte und inertes Material werden im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen jetzt weniger über die Biotonne entsorgt. Eine Folge der veränderten Einstellung der Bevölkerung.

„Umweltschutz beginnt zu Hause. Jeder Einzelne kann viel mehr tun als man häufig denkt. Wir sammeln Bioabfall, weil Bioabfall wertvoll ist und eben nicht verbrannt werden soll. Je mehr Bioabfall in der Biotonne, desto weniger landet in der Restmülltonne und desto weniger wird verbrannt", erklärt Michael Hufnagel, Leiter der kommunalen Abfallwirtschaft im Landratsamt.

Trotz der positiven Entwicklung der Bioabfall-Qualität besteht an der Kompostierungsanlage Bechhofen das Problem mit den Plastiktüten und kompostierbaren Müllbeuteln. Häufig wird schon das Sammelgefäß in der Küche mit Plastiktüten ausgekleidet, so dass sie später zusammen mit den Bioabfällen in der braunen Tonne landen. Doch aus Plastik wird nie Kompost. Diese nichtorganischen Stoffe würden später als kleine Fetzen und Schnipsel mit dem Kompost auf unseren Äckern und Gärten landen. Eine bedenkliche Entwicklung, denn nach detaillierten Untersuchungen wird das gefährliche Mikroplastik auch in Flüssen und Seen nachgewiesen. So erreichen uns unsere entsorgten Abfälle wieder über den Speiseteller. Deshalb gibt es auch für Plastiktüten in der Biotonne die Rote Karte.

Probleme mit kompostierbaren Biomüllbeuteln

Ein anderes Problemfeld sind Müllbeutel aus nachwachsenden Rohstoffen, die mit dem Hinweis „kompostierbar" versehen sind und im Handel immer häufiger angeboten werden. In der Kompostierungsanlage Bechhofen sind sie dennoch nicht erwünscht. Es stimmt zwar, dass diese Müllbeutel bis zu einem gewissen Anteil aus pflanzlicher Stärke bestehen, jedoch im Kompostwerk von den Mikroorganismen innerhalb der kurzen Verweildauer nur unvollständig abgebaut werden. Ungeeignet für die Biotonne sind sie aber vor allem deshalb, weil die kompostierbaren Biomüllbeutel an der Kompostierungsanlage im Zuge der Vorsortierung bereits ausgesondert werden. Man kann sie im großen Bioabfallhaufen aufgrund der starken Verschmutzung praktisch nicht von normalen Plastiktüten unterscheiden. Die Biomüllbeutel landen dann samt Inhalt in der Müllverbrennung.

Doch welche Alternativen bieten sich an? Eine Möglichkeit ist die Verwendung von speziellen Papiertüten, die im Handel oft gleich neben den kompostierbaren Müllbeuteln im Regal liegen. Die einfachste und billigste Lösung ist, die kompostierbaren Küchenabfälle in Zeitungspapier zu wickeln. So gibt es kaum hygienische Probleme mit dem Biomüll. ❒

Kreislaufwirtschaft:

Novelle des Batteriegesetzes

Das Bundeskabinett hat eine Änderung des Batteriegesetzes auf den Weg gebracht. Ab 2021 müssen sich alle Batteriehersteller registrieren lassen. Durch das Gesetz sollen neue Mindeststandards gelten, die eine hochwertige und sichere Entsorgung garantieren.

Verbraucher sollen künftig einheitlich und gemeinsam durch alle Hersteller informiert werden. Seit Jahresbeginn sind nur noch herstellereigene Rücknahmesysteme auf dem Markt der Gerätealtbatterie-Entsorgung tätig. Die Bundesregierung passt das Batteriegesetz an diese veränderte Marktsituation an und schafft Rechtssicherheit für alle Akteure.

Neue Mindeststandards

Bislang verpflichtete das Batteriegesetz Hersteller von Gerätebatterien, sich an einem Gemeinsamen Rücknahmesystem zu beteiligen, sofern sie nicht selbst ein eigenes Rücknahmesystem betreiben. Im Januar hat das bisherige Gemeinsame Rücknahmesystem, die Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS), seine Genehmigung als herstellereigenes Rücknahmesystem erhalten und seine Tätigkeit als Solidarsystem damit eingestellt. Damit agieren auf dem Markt der Geräte-Altbatterie-Rücknahme seitdem nur noch herstellereigene Rücknahmesysteme.

Diese Situation greift der beschlossene Gesetzentwurf auf und sieht eine Rücknahme und Entsorgung von Geräte-Altbatterien im Wettbewerb vor. Dabei werden die notwendigen Randbedingungen für einen fairen Wettbewerb aller Beteiligten festgelegt. Weitergehende Regelungen zur Entsorgung von Altbatterien wird das BMU im Herbst 2020 auf EU-Ebene diskutieren. **DK**



Müllautoschüttung mit Sonden zur Störstofferkennung (auch zur Nachrüstung). Bild: Maier-Fabris GmbH, Tübingen

Verunreinigtem Biomüll auf der Spur

Hochwertiger Biomüll kann nicht recycelt werden, da er durch Störstoffe wie Plastik und Metall kontaminiert ist. Die übliche Praxis bei der Abholung von Biomüll ist nach dem Zufallsprinzip eine Sichtkontrolle bei den Bürgern vor Ort. Der Müll wird zu den Kompostierern geliefert und dem Wertstoffkreislauf nach der Verrottung wieder zugeführt. Bei der Entladung wird dabei über Siebe noch ein gewisser Anteil an Störstoffen aussortiert – diese müssen dann entsprechend als Restmüll entsorgt werden.

Ist der Anteil der Verunreinigungen zu groß, kann es passieren, dass eine ganze Wagenladung kostenpflichtig der Restmüllverwertung zugeführt werden muss. Die dabei anfallenden, oft erheblichen Kosten, gehen zu Lasten des kommunalen Entsorgers. Die Nachverfolgung der Fehlsortierung ist mit diesem Verfahren nicht nur unwirtschaftlich, sondern fast unmöglich.

Abhilfe schafft ein Detektorsystem, das an den Entsorgungsfahrzeugen direkt angebracht ist; auch eine Nachrüstung bereits sich im Einsatz befindlicher Fahrzeuge ist möglich. Dabei wird durch eine „Leitfähigkeitsmessung" der Anteil der Störstoffe (Plastik und Metall) sekundenschnell gemessen. Der Entsorger bestimmt dabei, ab welchem Störstoffanteil das System „Alarm schlägt". Ein Prozent gilt in der Regel als niedriger Wert, ab vier Prozent gilt der Biomüll fast als Restmüll. Der Alarm wird sowohl am Fahrzeug als auch in der Leitstelle angezeigt. Entsprechend kann der Müllwerker reagieren:

In der Einführungsphase wird eine „Gelbe Karte" direkt an der Biotonne angebracht, d.h. die Tonne war kontaminiert und wurde trotzdem entsorgt. Nach mehrmaligen Verstößen wird die Tonne nicht mehr entsorgt und erhält eine rote Karte. Der Verbraucher ist dann gezwungen, seinen Biomüll kostenpflichtig als Restmüll zu entsorgen.

Kontinuierliche Kontrolle

Die psychologische Wirkung ist dabei nicht zu unterschätzen. Der Verbraucher weiß, dass der Biomüll kontinuierlich kontrolliert wird, die gelbe und rote Karte sind für den Verbraucher und seine Umgebung deutlich sichtbar und das Nicht-Abholen kostet Geld. Die Folge ist eine deutlich sorgfältigere Sortierung durch die Bevölkerung. Für die Entsorger wird der Biomüll dadurch zu einem verlässlichen, kostbaren Gut. Die schwer kalkulierbaren zusätzlichen Belastungen durch den ungewissen Störstoffanteil fallen weg und das Gut Biomüll wird besser honoriert.

Die Landkreise Augsburg und Aichach/Friedberg sind momentan in der Einführungsphase. Bereits Erfahrungen sammeln konnten dagegen die Landkreise Bad Kissingen, Kitzingen, Kulmbach, Miltenberg, Neustadt an der Aisch, Neustadt an der Waldnaab, Nürnberg und Weißenburg-Gunzenhausen.

Fazit: Ein weiterer Schritt hin zur Verbesserung unseres Wertstoffkreislaufs und unserer Umwelt. **IM**

Kommunaler Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof":

Bewerbungsfrist verlängert

Noch bis zum 31. Dezember 2020 haben kommunale Wertstoffhöfe die Möglichkeit, sich am Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof" der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu beteiligen. Der Wettbewerb wurde in diesem Jahr erstmalig ausgeschrieben und richtet sich an Wertstoffhöfe, die mit innovativen Konzepten einen herausragenden Beitrag zum Umweltschutz leisten. Um allen Interessierten trotz der großen Belastung durch die Corona-Pandemie eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde der ursprünglich bis zum 31. Juni 2020 festgesetzte Bewerbungsschluss nun verlängert.

Bewerbungen können von Wertstoffhöfen und Kommunen eingereicht werden. „Trotz zahlreicher Einschränkungen stellen kommunale Abfallbetriebe weiterhin eine zuverlässige Wertstofferfassung und Abfallentsorgung sicher. Wir haben großes Verständnis dafür, dass diese Grundversorgung sowie andere kommunale Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung derzeit Priorität haben. Dennoch möchten wir allen Kommunen, die sich seit Jahren für eine Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft engagieren, die Möglichkeit geben, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Daher haben wir den Bewerbungszeitraum verlängert", betont die stellvertretende DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz.

Die DUH möchte die kommunale Wertstofferfassung in Deutschland langfristig verbessern. Regelmäßig durchgeführte Testbesuche auf Wertstoffhöfen offenbaren immer wieder großes Optimierungspotenzial, insbesondere beim Service, bei der Abfallvermeidung und Wiederverwendung. Durch den Wettbewerb sollen diese Probleme thematisiert und Lösungen aufgezeigt werden. „Moderne Wertstoffhöfe müssen als einladende, serviceorientierte und informative Orte der Kreislaufwirtschaft verstanden werden. Damit viele Bürgerinnen und Bürger Wertstoffhöfe häufig und gern nutzen, sind arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten, eine gute Erreichbarkeit, geringe Wartezeiten und vielseitige Rückgabemöglichkeiten wichtig", erklärt der DUH-Leiter für Kreislaufwirtschaft Thomas Fischer.

Info: www.duh.de/projekte/wertstoffhoefe/wettbewerb ❒

SRU-Umweltgutachten 2020:

Kurswechsel jetzt!

Im Zuge der Corona-Pandemie drohen Umweltthemen kurzfristig in den Hintergrund zu geraten. Die langfristige Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen, vor allem durch Klimawandel und Biodiversitätsverlust, bleibt aber bestehen. Deshalb greift der Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung (SRU) in seinem Umweltgutachten 2020 umweltpolitische Themenfelder auf, in denen großer Handlungsbedarf besteht: Klimapolitik, Kreislaufwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmschutz, städtische Mobilität und nachhaltige Quartiersentwicklung. Gleichzeitig zeigt der SRU auf, wie ein Umsteuern mit zielgerichteten Maßnahmen möglich ist.

Vor dem Hintergrund der deutschen EU-Ratspräsidentschaft analysiert das Gutachten zudem anstehende Weichenstellungen in Europa. In Deutschland wie in der EU müsse die Politik unter Beweis stellen, dass sie angesichts der enormen ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen entschlossen handeln kann. Auf der europäischen Ebene werden ambitionierte Umweltziele, eine fokussierte und zugleich flexible Arbeitsmethodik und klare Vorgaben für Umsetzung und Monitoring benötigt. Auch bislang nicht ausreichend ökologisch ausgerichtete Wirtschaftsbereiche müssten jetzt den Umwelt- und Klimaschutz stärker in den Vordergrund stellen.

In einem eigenen Kapitel setzt sich das Gutachten mit der Kreislaufwirtschaft in Deutschland und im europäischen Kontext auseinander. Es wird darauf hingewiesen, dass für Verbraucher oft unsichtbar, bei Rohstoffgewinnung und -aufbereitung in den Abbauländern häufig tiefgreifende Umweltschäden entstehen.

Rohstoffverbräuche und die damit verbundenen Umweltschäden nähmen zu. Der Bedarf an Materialien werde nur zu geringen Anteilen durch Kreislaufführung innerhalb des Bestandes gedeckt, weil die bestehende Abfallwirtschaft hinter den Ansprüchen einer Kreislaufwirtschaft zurückbleibt.

Stoffströme verringern

Menschen und Märkte erforderten eine Produktpolitik, die einen guten Lebensstandard bei geringerem Rohstoffbedarf ermöglicht. Dafür sei es notwendig, das Ziel der Verringerung der Stoffströme politisch zu verankern und deutlich stärker als bisher voranzutreiben. Produkte müssten von Anfang an kreislaufwirtschaftsfähig konzipiert und ein hochwertiges Recycling endlich Realität werden, heißt es in der Expertise.

Der Umweltrat fordert einen deutlichen Kurswechsel. So ist der Rohstoffkonsum in Deutschland fast doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt und im Jahr 2013 deckten aus Abfall gewonnene Rohstoffe (Sekundärrohstoffe) nur knapp 16 % des Rohstoffbedarfs. Diese beiden Aspekte führten zu einem nach wie vor sehr hohen Primärrohstoffbedarf – mit entsprechenden Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit. Es sei notwendig, sowohl den Bedarf an Rohstoffen zu verringern als auch Stoffe und Materialien in größeren Mengen und hochwertiger zu recyceln und als Sekundärrohstoffe wieder in den Produktionskreislauf zurückzuführen, lautet die klare Forderung der Wissenschaftler.

Recycling auch an seiner Qualität messen

Wichtig sei, dass Produkte langlebig, reparaturfreundlich, recyclinggerecht und schadstofffrei sind. Der SRU empfiehlt, die Abfallhierarchie zu einer Kreislaufwirtschaftshierarchie weiterzuentwickeln, um diese Aspekte zu verankern. Konkret sollte z. B. die Ökodesign-Richtlinie auf weitere Produktgruppen ausgedehnt werden. Recycling sei nicht nur an Quoten, sondern auch an seiner Qualität zu messen.

„Das Umweltgutachten 2020 des Umweltsachverständigenrates der Bundesregierung legt den Finger in die offene Wunde: Wir sind von einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft noch ein ganzes Stück entfernt. Die gute Nachricht ist aber, dass wir die realistische Chance haben, sie in Deutschland und in Europa umsetzen zu können“, erklärt Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, in seiner Bewertung.

Aus seiner Sicht „kann und muss man im Detail über manche Aussagen des Umweltgutachtens streiten, aber die Richtung stimmt. Kreislaufwirtschaft fängt nicht beim Nutzungsende von Produkten an, sondern muss beim Produktdesign beginnen. Nur recyclingfähige Produkte können im Kreislauf geführt werden.“ Der bvse hält es deshalb für richtig, dass nicht nur Verpackungen in den Blick genommen werden, sondern auch die Produkte selbst. Beispielsweise bei Elektrogeräten oder auch beim Automobilbau sei es möglich und sinnvoll, genau zu überlegen, wie die Produkte konzipiert werden müssen, damit beispielsweise die Kunststoffkomponenten am Nutzungsende der Produkte wieder recycelt werden können.

„Zum Design for Recycling gehört aber genauso, dass für neue Produkte von vornherein auch Sekundärrohstoffe verwendet werden. Es macht einfach keinen Sinn, wenn Recyclingquoten eingeführt werden und sich die Wirtschaftsbeteiligten einschließlich der öffentlichen Hand dann scheuen, Recyclingprodukte nach zufragen“, stellt Rehbock fest. Er begrüßt daher, dass im Umweltgutachten nicht nur die Forderung aufgestellt wurde, den Einsatz von Rezyklaten zu fördern, sondern auch darauf hingewiesen wurde, dass die öffentlichen Institutionen des Bundes, der Länder und der Kommunen ihre Rolle als Motor für die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft stärker als bisher wahrnehmen sollten.

Impulse für die Kreislaufwirtschaft

Rehbock zufolge haben es Bund, Länder und Kommunen bei einem im Gutachten angegebenen direkten Beschaffungsvolumen von jährlich 122,5 Mrd. Euro selbst in der Hand, der Kreislaufwirtschaft den entscheidenden Impuls zu geben. Es gehe eben längst nicht nur um Recyclingpapier, sondern um Bau-, Sach- und Dienstleistungen, die Bund, Länder und Kommunen beauftragen und zudem um IT-Ausstattungen, um Möbel, um Elektrogeräte, um Kraftfahrzeuge aller Art. „Der Schalter muss jetzt endlich umgelegt werden“, fordert Rehbock.

Als richtig bezeichnet es der bvse, dass ein hochwertiges Recycling angestrebt werde. Wolle man den Kreislauf schließen, gehöre auch die Recyclierbarkeit von Recyclingprodukten am Ende der Nutzungsdauer dazu. Laut Rehbock ist es jedoch unglücklich, dass das Umweltgutachten als Negativ-Beispiel Produkte aus Mischkunststoffen genannt habe. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall: „Mischkunststoffrezyklate werden in der Regel in langlebigen Produkten eingesetzt und sind am Ende ihrer Nutzungszeit sehr wohl wieder für das Recycling geeignet.“

Zu einem hochwertigen Recycling gehört nach Auffassung des bvse übrigens auch eine qualitativ gute Erfassung der Altmaterialien. Diesen Aspekt habe das Gutachten freilich nicht aufgegriffen. Dabei sei dies eine Voraussetzung für das Recycling. Gerade bei Elektroaltgeräten hätten die Recyclingunternehmen mit teilweiser mangelhafter Erfassung durch die kommunalen Annahmestellen zu kämpfen, was das Recycling erschwert und teilweise unmöglich macht.

Der bvse weist besonders darauf hin, dass Kreislaufwirtschaft nur gelingen kann, wenn das Recycling auch rechtlich möglich bleibt. Mit Blick auf die geforderte Schadstoffausschleusung müsse daher darauf geachtet werden, dass diese nicht absolut gesetzt werden dürfe. Nach Rehbocks Worten „definiert das Stoffrecht laufend neue Schadstoffe. Eine automatische Verknüpfung von Abfall- und Chemikalienrecht wäre hier kontraproduktiv. Viele Produkte, die heute recycelt werden sollen, wurden vor Jahren und Jahrzehnten produziert.“

Wenn keine sachorientierte Abwägung erfolgt, die auch anwendungsbezogene Kriterien umfasst, werde das eine systemische Überforderung zur Folge haben, die letztlich dazu führt, dass kaum noch unbelastete Abfallströme für das Recycling übrig bleiben“, warnt der bvse-Hauptgeschäftsführer.

„Bei Kunststoff, auch aus Verpackungen, kann man in Deutschland nicht von einer etablierten Kreislaufwirtschaft sprechen“, macht Michael Wiener, CEO Der Grüne Punkt, deutlich. „Der Sachverständigenrat legt hier den Finger in die Wunde.“ Es gebe keine Standards für das Recycling von Kunststoff und gerade das hochwertige Recycling werde zu wenig gefördert.

Problemfall Kunststoffrecycling

„Tatsächlich beobachten auch wir, dass das Kunststoffrecycling nicht wirklich vorankommt“, betont Wiener. „Die Rezyklatmengen bleiben gering und werden aufgrund des Ölpreisverfalls auch nicht steigen“, ist der CEO überzeugt. Dabei sei der Umgang mit Kunststoff von entscheidender Bedeutung für den Klimaschutz: Kunststoff verbrauche zehn bis 13 Prozent des globalen Kohlenstoffbudgets, das zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels maximal verbleibe.

„Der Einfluss unseres Verbrauchs von Kunststoff auf den Klimawandel wird gerade in Deutschland unterschätzt“, erklärt Wiener. „Wenn es uns nicht gelingt, Kunststoff endlich im Kreislauf zu führen, gefährden wir unsere Ziele im Klimaschutz.“ Die geplanten Konjunkturprogramme im Rahmen des Green Deal müssten daher ökologisch zukunftsfähig sein und in Lösungen investieren, die die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft fördern. **DK**

Bayerische Preisträger des „Projekts Nachhaltigkeit 2020“:

Engagement für enkeltaugliche Zukunft

Der bundesweite Wettbewerb „Projekt Nachhaltigkeit“ der vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) in Kooperation mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) fördert seit vielen Jahren Unternehmen, Initiativen und Projekte, die sich mit den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen befassen. Unterstützt wird dabei „herausragendes und wirksames Engagement für eine nachhaltige Entwicklung“. Unter den diesjährigen 372 eingereichten Projekten wurden 40 Gewinner, darunter fünf aus Bayern, von einer Jury namhafter Experten der Nachhaltigkeitsszene ausgewählt. Die Siegerprojekte werden jeweils mit 1.000 Euro bedacht, um ihre Arbeit weiter voranzutreiben.

„Die Gewinnerprojekte von Projekt Nachhaltigkeit bilden seit vielen Jahren das Fundament von Engagement vor Ort für eine enkeltaugliche Zukunft. Dass dieses Engagement unter den derzeit schwierigen Bedingungen trotzdem nicht nachlässt, ist bemerkenswert und setzt ein wichtiges Zeichen für unseren gemeinsamen Weg aus der Krise. Die diesjährigen Gewinner zeichnen sich daher ganz besonders als Vorbilder und Gestalter für ein nachhaltiges Morgen aus“, erklärte der Münsteraner Oberbürgermeister Markus Lewe, Jurymitglied und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Aus Bayern können sich folgende Projekte über die Auszeichnung freuen: Potenzialentfaltung in Schulen (ROCK YOUR LIFE!), Lebensraum aktiv gestalten (Esting, NETZWERK UNSER LAND), A.ckerwert – Nachhaltiges Verpachten für Mensch und Natur (Weihmichl), Lifeguide – nachhaltig leben in und um Augsburg (Lifeguide Region Augsburg e.V.) sowie Verantwortungsvoll Wirtschaften (Freilassing).

Mentoring-Programm

ROCK YOUR LIFE! ist ein Netzwerk aus ehrenamtlich engagierten Studierenden in 52 Vereinen, motivierten Schülerinnen und Schülern, verantwortungsvollen Unternehmen und der ROCK YOUR LIFE! gGmbH als Dachorganisation, die sich tatkräftig für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für junge Menschen einsetzen. Mit einem Eins-zu-Eins-Mentoring-Programm werden Brücken zwischen Schülern, Studierenden und Unternehmen gebaut.

UNSER LAND umfasst elf Landkreise in zehn Solidargemeinschaften. Ehrenamtliches Engagement und Regionalvermarktung ergänzen sich in einer dualen Struktur. Vereint sind beide im gemeinsamen Ziel: den Erhalt der Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen der Region.

Das Projekt A.ckerwert nimmt Grundbesitzer von landwirtschaftlichen Flächen in den Blick und ermutigt, befähigt und unterstützt diese, im Dialog mit den Landwirten eine umweltschonendere Bewirtschaftungsweise zu realisieren.

Lifeguide Augsburg

Der Lifeguide Augsburg will mit Öffentlichkeitsarbeit und fundierten Informationen das nachhaltige Leben in Augsburg und der Region stärken. Hauptformat des Lifeguide ist sein Online-Portal. Außerdem gibt es einen Lifeguide-Reiseführer, einen Stadtrundgang und Wissenstransfer.

Das Unternehmensnetzwerk „Verantwortungsvoll Wirtschaften“ des Berchtesgadener Landes wurde von der Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice GmbH BGLW initiiert und vom Institut für Nachhaltige Unternehmensführung der Universität Witten-Herdecke zusammen mit Pilotunternehmen aus der Biosphärenegion Berchtesgadener Land entwickelt.

Unternehmensnetzwerk

Die am Netzwerk teilnehmenden Unternehmen setzen sich Ziele zu nachhaltigem Wirtschaften in den Bereichen Mensch, Umwelt und Natur sowie Region und Gesellschaft. Von der Blühwiese vor dem Firmengebäude über den konsequenten Verzicht auf Plastik oder die Umstellung auf Ökostrom bis zum besseren betrieblichen Miteinander: Adressiert werden letztlich alle UN-Nachhaltigkeitsziele.

Zum Vorbild wird das Netzwerk durch seinen branchenübergreifenden, individuellen Ansatz sowie das Lernen voneinander: Ein Dienstleister will künftig weniger Papier verbrauchen, während ein Großhändler ein Nachhaltigkeitsmanagement einführt. Ein Produktionsunternehmen holt sich in Sachen Klimabilanz Rat bei einem Hotel. Den klaren Fokus bei gleichzeitig hoher Flexibilität hatte die stellvertretende Generalsekretärin des RNE, Yvonne Zwick, bereits im Oktober 2019 beim Startschuss für das Netzwerk gelobt. **DK**

Zoologische Staatssammlung München aktiv im Wildbienenschutz

Seit 2018 heißt es in Bayerns Hauptstadt „München floriert!“. In dem Projekt der Deutschen Wildtier Stiftung gehört die SNSB-Zoologische Staatssammlung München zu den Kooperationspartnern der ersten Stunde. Mit zahlreichen weiteren Partnern in München werden Wildblumenwiesen angelegt, Niststrukturen gefördert und Menschen in Vorträgen für die Welt der Wildbienen begeistert.

In der ZSM wurden schon vor dem eigentlichen Projektstart die Ärmel hochgekrempelt: Im Rahmen einer vorangegangenen Machbarkeitsstudie wurden bereits 2017 praktische Maßnahmen auf dem Außengelände der ZSM umgesetzt. Hier wurde stellenweise der Oberboden abgeschoben, um offene Stellen für im Boden nistende Wildbienenarten zu fördern.

Doch dabei sollte es nicht bleiben: So wurde direkt neben dem Haupteingang auf einer Fläche von 600 m² eine Wildblumenwiese angelegt. Bereits im Frühjahr 2019 wurde der Boden erstmalig gefräst. Schließlich konnte im Herbst dann das Saatgut ausgebracht werden. Hierzu wurde, wie bei allen Maßnahmen im Rahmen von „München floriert!“, eine autochthone, also gebietsheimische Saatgutmischung verwendet. Nun wachsen hier 32 Pflanzenarten ihrem großen Auftritt entgegen.

Infotafel zum Lebensraum

Um den Besuchern der ZSM die Bedeutung von Wildblumenwiesen als Nahrungsquelle (nicht nur) für Wildbienen zu verdeutlichen, wurde im Mai 2020 eine Infotafel zum Thema „Lebensraum Wildblumenweise“ direkt vor der Fläche ausgestellt.

Neben den praktischen Maßnahmen spielt die ZSM eine besondere Rolle in dem Projekt, denn die umfangreiche Sammlung von Wildbienen und die technische Ausstattung der ZSM bilden eine ideale Grundlage für die Vermittlung von Artenkenntnis.

Die ZSM führt darüber hinaus wissenschaftliche Begleituntersuchungen durch. Ziel ist die Entwicklung von Methoden, um die Zusammensetzung von Wildbienen-Lebensgemeinschaften anhand genetischer Kennsequenzen (DNA-Barcodes) zu bestimmen. Dadurch sollen die Maßnahmen auf Ihren Erfolg hin überprüft und Entscheidungsgrundlagen für das Biotop-Management geschaffen werden. ❐

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG
www.gdk-mbh.de



Mitglieder der Steuerungsgruppe engagieren sich für die Bewerbung des Bezirk Unterfranken als Fair-Trade-Region v.l.: Bezirksrat Bernhard Ruß, Bezirksrat Thomas Schiebel, Bezirksrätin Maria Hoßmann, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Bürgermeister Siegfried Scholtka, Bezirksrätin Bärbel Imhof, Bezirksdirektor Dr. Gernot Janke und Eine-Welt-Regionalpromotorin Katharina Lang. Bild: Mauritz

Breite Unterstützung für den Bezirk Unterfranken:

Fair-Trade-Region nimmt wichtige Hürde

26 unterfränkische Fair-Trade-Kommunen unterstützen mittlerweile die Bewerbung des Bezirks als Fair-Trade-Region. Das betonte die Eine-Welt-Regionalpromotorin Katharina Lang beim ersten Treffen der Steuerungsgruppe in Würzburg. Mit rund 1,1 Millionen Menschen entspreche das weit mehr als der für die Zertifizierung notwendigen zwei Drittel der unterfränkischen Gesamtbevölkerung. Damit hat der Bezirk Unterfranken zwei entscheidende Hürden genommen. Unterfranken ist bundesweit der erste Bezirk, der sich um den Titel Fair-Trade-Region bewirbt.

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist die Koordinierung aller Aktivitäten, die für eine offizielle Bewerbung als Fair-Trade-Region notwendig sind.

In Unterfranken sind schon seit Jahren zahlreiche Akteure im fairen Handel aktiv. So gibt es viele Einzelhändler und Gaststätten, die fair gehandelte Produkte verkaufen, oder Schulen, Gemeinden und Vereine, die fair gehandelte Produkte verwenden, und Bildungsaktivitäten, die Veranstaltung zu diesem wichtigen Thema organisieren. Zirka 80 Prozent der Einwohner Unterfrankens leben in Fair-Trade-Kommunen, die die Bewerbung unterstützen.

Handelspartnerschaft fußt auf Dialog, Transparenz, Respekt und Gerechtigkeit

Wie Katharina Lang erläuterte, handele es sich beim Fairen Handel um eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruhe und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebe. Dahinter stehe die Einsicht, „dass alle Menschen in einer Welt zusammenleben“. Globale Probleme wie Kinderarbeit und ausbeuterische Arbeitsbedingungen müssen lokal angegangen werden, sagte Lang.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel sieht in der Unterstützung fairen Handels ein wirkungsvolles Instrument zur Armutsbekämpfung. Dank der garantierten Mindestpreise können die Produzentinnen und Produzenten in der Dritten Welt aus eigener Kraft ein menschenwürdiges Leben führen. Dabei war der Bezirk Unterfranken schon bisher seiner Zeit voraus: seit Jahren bemüht er sich, beim Einkauf faire Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Als „geradezu genial“ bezeichnete es Dotzel, beim Einkauf von Lebensmitteln zum einen auf regionale Produkte zurückzugreifen und im Übrigen auf die Grundsätze des fairen Handels zu achten. So werde zum Beispiel in den Küchen der Kliniken in der Trägerschaft des Bezirks in Lohr am Main, Würzburg, Werneck und Münnerstadt sowie in der so genannten Versorgungszentrale auf dem Heuchelhof, die die Dr. Karl-Kroiß-Schule, die Schulvorbereitende Einrichtung und das Körperbehindertenzentrum beliefert, bereits seit fünf Jahren nur nachhaltig produzierter Kaffee ausgeschenkt. **mm**

PV und RPV:

Göbel und Schelle bleiben Vorsitzende

Einstimmig haben die Mitglieder auf der jüngsten Verbandsversammlung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) in Haar den Landrat des Landkreises München, Christoph Göbel, als Vorsitzenden wiedergewählt. Göbel hatte bereits in den vergangenen sechs Jahren dieses Amt inne. Zu ersten und zweiten Stellvertretern wurden Dr. Brigitte Kössinger, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Gauting, und Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, bestimmt.

Neben diesen drei Kommunalpolitikern wurden Thomas Eichinger, Landrat des Landkreises Landsberg am Lech, Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg, Markus Kennerknecht, Erster Bürgermeister der Gemeinde Grafrath (Landkreis Fürstenfeldbruck), sowie Sebastian Thaler, Erster Bürgermeister der Gemeinde Eching (Landkreis Freising), zu weiteren Mitgliedern des Verbandsausschusses des PV bestimmt.

Auch Stefan Schelle, Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching, wurde einstimmig bei der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München (RPV) in Haar als Vorsitzender bestätigt. Schelle übernimmt den RPV-Vorsitz für die nächsten zwei Jahre. Er hatte bereits die vergangenen beiden Jahre dieses Amt bekleidet. Vertreten wird er künftig durch den ersten Stellvertreter Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München. Als zweiten Stellvertreter wählten die Mitglieder Stefan Frey, Landrat des Landkreises Starnberg. **DK**

Bezirk Niederbayern:

Bischofsmais bekommt Zuschlag für Außenstelle des Bezirks

Teil der Sozialverwaltung soll ab 2021 ausgelagert werden – Zunächst zehn Personalstellen

„Grünes Licht“ gab der niederbayerische Bezirksausschuss Ende 2019 für die Ausgliederung eines Teils der Bezirkssozialverwaltung in eine Kommune in Niederbayern „mit besonderem Handlungsbedarf“ nach dem Landesentwicklungsprogramm. 25 Kommunen bewarben sich. In der jüngsten Ausschusssitzung am Bezirksklinikum Mainkofen fiel nun die Wahl auf Bischofsmais.

Unter den Bewerbern ergab sich anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs, der unter anderem Aspekte wie Lage, Verkehrsinfrastruktur und IT-Infrastruktur enthielt, zuletzt eine Reihung der besten zehn Kommunen. Bischofsmais wiederum wurde von der Projektgruppe an die erste Stelle gesetzt, da das dortige Objekt aus Sicht der Verwaltung die Vorgaben in idealer Weise erfüllt.



Die Gemeinde Bischofsmais konnte sich unter allen Bewerbern durchsetzen und bekam den Zuschlag als Außenstelle der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern. Bild: Gemeinde Bischofsmais

„Es können aus baulicher und IT-mäßiger Sicht absolut moderne Büroarbeitsplätze angeboten werden, die Gemeinde ist verkehrstechnisch gut erreichbar und von Deggendorf aus an den ÖPNV angeschlossen. Zudem hat Bischofsmais im Gegensatz zu anderen Mitbewerbern bisher noch keine Behörde oder öffentliche Einrichtung oder sonstige größere Arbeitgeber am Ort“, erläutert Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Als Bauherr und Vermieter wird die Firma Mader Bau GmbH fungieren.

Analogie zur Dezentralisierungsstrategie des Freistaats

Der Bezirk will – analog zur Dezentralisierungsstrategie des Freistaats – mit der Verlagerung qualifizierter Arbeitsplätze dazu beitragen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Regierungsbezirk abzumildern und ist damit ein Vorreiter unter den bayerischen Bezirken. Zudem wird die Personalgewinnung im Großraum Landshut für den Bezirk immer schwieriger, was unter anderem an den hohen Wohnungspreisen liegt. „Wir wollen damit einen Beitrag zur Regionalentwicklung leisten. Vorerst sprechen wir von zehn Personalstellen und 15 Personen. Eine Aufstockung ist aber angesichts des steigenden Personalbedarfs beim Bezirk in den Folgejahren durchaus möglich“, erklärte Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich, der der Gemeinde Bischofsmais zugleich herzlich gratulierte.

Interessante Arbeitsplätze

In einer ersten Reaktion zeigte sich Bürgermeister Walter Nirschl hocherfreut: „Die Gemeinde Bischofsmais und ich als Bürgermeister schätzen uns sehr glücklich und fühlen uns geehrt, dass wir solche Arbeitsplätze bei uns bekommen.“ Da die Akquise des Personals vor Ort erfolgen soll, freut sich Nirschl besonders darüber, dass dies für Menschen aus der Region interessante Arbeitsplätze werden. Der Neubau des Gebäudes, entsteht am Rand eines Neubaugebietes, das wenige hundert Meter vom Zentrum entfernt liegt. „Bischofsmais erfüllt alle Kriterien, die sich der Bezirk gesetzt hat. Ich freue mich, dass nun im Landkreis Regen eine weitere, arbeitsplatzbietende öffentliche Einrichtung entsteht“, so Regens Landrätin Rita Röhrl. **– ml –**

Steigende Beschäftigung fast überall in Bayern

Zuwachs in 92 Kreisen – Landkreis Eichstätt mit dem stärksten Beschäftigungsaufbau

Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern von 2008 bis 2018 um 14,1 Prozent auf 7,65 Millionen zu. Dabei gab es in diesem Zeitraum in 92 der insgesamt 96 bayerischen kreisfreien Städte und Landkreise einen Zuwachs. Die meisten Erwerbstätigen arbeiteten in der Landeshauptstadt München. Ihre Zahl betrug im Jahr 2018 1,13 Millionen. Den höchsten Zuwachs aller Kreise verzeichnete in den letzten zehn Jahren der Landkreis Eichstätt mit 29,3 Prozent.

Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik hat sich die allgemein günstige Arbeitsmarktlage der letzten Jahre in fast allen bayerischen kreisfreien Städten und Landkreisen niedergeschlagen. Im Jahr 2018 lag die Zahl der Erwerbstätigen in 92 der insgesamt 96 bayerischen Kreise höher als zehn Jahre zuvor, lediglich in vier Kreisen gab es in den letzten zehn Jahren einen Rückgang. Die höchsten Zuwächse verzeichneten dabei die Landkreise Eichstätt mit 29,3 Prozent, Pfaffenhofen a. d. Ilm mit 28,7 Prozent sowie der Landkreis Dachau mit 28,1 Prozent. 66 Kreise legten um mindestens 10,0 Prozent zu. Schlusslicht war der Landkreis Kronach (-5,7 Prozent). In den kreisfreien Städten stieg die Erwerbstätigenzahl mit 14,4 Prozent stärker an als in den Landkreisen mit 13,9 Prozent.

Die meisten Erwerbstätigen wies 2018 die Landeshauptstadt München mit 1,13 Millionen auf, die damit um über 186 000 Erwerbstätige über ihrem Wert aus dem Jahr 2008 lag. Damit war der Zuwachs von München in den letzten zehn Jahren höher als die gesamte Erwerbstätigenzahl der auf Platz 5 der bayerischen Rangfolge stehenden kreisfreien Stadt Regensburg im Jahr 2018. Es folgen die kreisfreie Stadt Nürnberg mit über 400 000 Erwerbstätigen sowie der Landkreis München mit rund 296 000. Die wenigsten Erwerbstätigen gab es in den kreisfreien Städten Kaufbeuren (rd. 25 900) und Schwabach (rd. 22 600). ❒



Dr. Hans Reichhart, Landrat von Günzburg (r.), ist neuer ZRF-Verbandsvorsitzender. Den Landkreis Neu-Ulm vertreten im Leitungsgremium des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) Donau-Iller (von links): Jürgen Salzmann, Hildegard Mack, Dieter Wegerer und Landrat Thorsten Freudenberger. Das fünfte Neu-Ulmer Mitglied in der Verbandsversammlung ist Ludwig Ott (fehlte entschuldigt). Bild: Sammlung Freudenberger

Zweckverband Donau-Iller:

Pro Jahr 80.000 Rettungseinsätze

Zur ersten Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) Donau-Iller trafen sich die Mitglieder in der Berufsschule Günzburg. Im Zweckverband arbeiten die Landkreise Neu-Ulm, Günzburg, Unterallgäu sowie die Kreisfreie Stadt Memmingen zusammen. Zum neuen Verbandsvorsitzenden wurde Dr. Hans Reichhart, der neue Landrat des Landkreises Günzburg, gewählt.

Der Zweckverband betreibt als gemeinsame Einrichtung die Integrierte Leitstelle (ILS) in Krumbach (Landkreis Günzburg). Seither erfolgt die telefonische Alarmierung in Notfallsituationen durch die einheitliche Notrufnummer 112.

Das Verbandsgebiet und somit auch der Rettungsdienstbereich Donau-Iller umfasst circa 480.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dafür stehen 16 Rettungswachen und Stellplätze des Rettungsdienstes, acht Notarzt-Standorte sowie 353 freiwillige Feuerwehren und Werkfeuerwehren zur Verfügung. Die ILS wickelt pro Jahr circa 80.000 Einsätze ab.

Im Landkreis Neu-Ulm gibt es drei Rettungswachen und drei Notarzt-Standorte: jeweils in Illertissen, Neu-Ulm und Weißenhorn. Dazu kommen 67 Freiwillige Feuerwehren und fünf Werkfeuerwehren. Die Rettungsdienste leisten pro Jahr ungefähr 30.000 Einsätze, die Feuerwehren circa 1500. ❒

Zukunft Zoo

Die Stiftung Zoo Augsburg freut sich über eine Zuwendung von 15.000,- Euro, die über die Augsburger Stadtsparkasse auf das Stiftungskapital einbezahlt wurden.

Die Spenderin, die anonym bleiben möchte, findet: „Der Zoo muss aktuell mehr denn je unterstützt werden, um den Tieren so viel Normalität wie möglich zu geben. Der Zoo soll auch noch ganz lange erhalten bleiben, denn es stehen auch in den kommenden Jahren wichtige Bauprojekte an. Diesen möchte ich mit meiner Zuwendung ins Stiftungsvermögen eine Zukunft geben.“ Damit spricht sie Zoodirektorin Dr. Barbara Jantschke aus dem Herzen: „Wir behalten stets die dauerhafte Zukunft unseres Zoos und unsere Aufgaben in der Umweltbildung und im Natur- und Artenschutz im Blick. Stadt und Land. Jede Zuwendung ist willkommen und trägt nachhaltig zum Erhalt des Zoos bei. Wie viele gemeinnützige Einrichtungen und Projekte ist auch der Zoo Augsburg auf finanzielles Engagement von Dritten angewiesen. Neben Spenden zur kurzfristigen Zweckerfüllung sind auch nachhaltige Zuwendungen ins Grundstockvermögen wichtig, um die jeweiligen Projekte und Einrichtungen in die Zukunft zu führen und so dauerhaft zu erhalten. ❒

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Corona das dominierende Thema

Oberpfälzer Landräte ziehen Zwischenbilanz

Das Thema Corona hat die Tagung der Oberpfälzer Landräte um deren Sprecher Landrat Richard Reisinger in Windischeschenbach im Landkreis Neustadt an der Waldnaab dominiert. Regierungspräsident Axel Bartelt blickte dabei auf die vergangenen Wochen zurück, in denen die Coronapandemie ihre bisherige Hochphase erlebte. In der Oberpfalz habe es seit Anfang März rund 5.400 Fälle gegeben, so Bartelt. Erfreulich sei, dass die Infektionszahlen in den vergangenen Wochen stetig sanken. Im Regierungsbezirk liege die 7-Tages-Inzidenz aktuell bei 1,17, in zahlreichen Landkreisen wie beispielsweise Amberg-Sulzbach, Schwandorf, Cham, Regensburg oder auch Tirschenreuth gibt es bereits seit Tagen oder Wochen keine Neuinfektionen mehr.

Der Regierungspräsident informierte zudem die Landräte, dass Krankenhäuser wieder im Normalbetrieb fahren können, nachdem die Krankenhäuser nun keine Belegbetten mehr vorhalten müssen. „Die zugelassenen Krankenhäuser sind im Rahmen ihres Versorgungsauftrags allerdings weiterhin verpflichtet, im Bedarfsfall insbesondere Kapazitäten mit Möglichkeit zur invasiven Beatmung kurzfristig bereitzustellen“, erklärte Bartelt den Oberpfälzer Landräten.

Aufgrund der Coronapandemie kommt es laut Regierungspräsident Axel Bartelt zu Personalaufstockungen in den Gesundheitsämtern. So werden befristet bis 31. Dezember 2021 in allen Landkreisen dreizehn neue Stellen geschaffen. Laut Bartelt handelt es sich um je drei Ärzte, vier Fachkräfte für Sozialmedizin, drei Hygienekontrolleure, einen medizinischen Fachangestellten und zwei Verwaltungsfachkräfte. Für die so genannten Contact Tracing Teams sind in der Oberpfalz ebenfalls bis Ende 2021 zusätzliche 75 Stellen vorgesehen.

Terminvergabe Zulassungsstellen

Ein Thema, das den Oberpfälzer Landräten auf den Nägeln brannte, war die Situation in den Zulassungsstellen und damit verbundene Beschwerden aus der Bevölkerung aufgrund den, der Coronapandemie geschuldeten, längeren Wartezeiten für persönliche Vorsprachen. Das Problem sei aus allen Landkreisen und in gleicher Weise an ihn herangetragen worden, berichtet der Sprecher der Oberpfälzer Landräte Richard Reisinger. Die durchschnittliche Wartezeit für Termine in der Zulassungsstelle betrage derzeit rund 3 Wochen. Man wisse um die Nöte und Bedürfnisse der Autohalter und arbeite auf Hochtouren, damit die Wartezeiten baldmöglichst reduziert werden können. Doch auch in der Zulassungsstelle gelten schon allein aufgrund des starken Besucherzustroms erhöhte hygienische Anforderungen, vor allem auch das Abstandsgebot. Gleichzeitig wiesen Reisinger und sein Schwandorfer Kollege Thomas Ebeling darauf hin, dass Zulassungen während der Coronapandemie und auch jetzt stets auf postalischem Weg erledigt werden könnten. Gastgeber-Landrat Andreas Meier aus Neustadt an der Waldnaab und sein Tirschenreuther Kollege Roland Grillmeier rückten in diesem Zusammenhang die Punkte „Digitalisierung“ und „Online-Behördengänge“ stärker in den Fokus.

Bezüglich der Genehmigung von Veranstaltungen, wie beispielsweise bevorstehende Schulabschlussfeiern, wollen die Oberpfälzer Landräte eine einheitliche Linie fahren und sich strikt an die jeweils gültigen Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung halten. Individuelle Sonderlösungen sind nicht vorgesehen.

Corona und die Folgen für die Wirtschaft

Anschließend erläuterten Regierungspräsident Axel Bartelt und Gudrun Weidmann von der Abteilung Wirtschaftsförderung bei der Regierung der Oberpfalz die Auswirkungen der Coronapandemie auf die heimische Wirtschaft. Der Regierungspräsident betonte, dass die „Unternehmen in der Oberpfalz massiv betroffen“ sind. Die Zahl der Arbeitslosen liegt bei 3,3 Prozent und ist um 0,8 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr; Tourismus und Gastgewerbe stagnieren. Bartelt lobte die Soforthilfen der Bayerischen Staatsregierung und stellte die Frage, wie es gelingen könnte, dass die Wirtschaft bald anspringt. Ein Impuls könnte es sein, die Beziehungen nach Tschechien wieder stärker aufleben zu lassen. Zudem brachte er eine gemeinsame Initiative im Bereich Tourismus ins Spiel, um verstärkt für „Urlaub daheim“ zu werben.

Fonds für regionale Entwicklung

Weidmann ging in ihrem Vortrag vor allem auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ein. Von diesen Fördergeldern profitieren vor allem Landkreise im bayerisch-tschechischen Grenzraum. Allerdings könnten hier Zahlungen wegbrechen. „Wenn Tschechien weiter in der höchsten Förderstufe bleibt und auf unserer Seite die Förderung wegfällt, dann ist das ein Standortnachteil“, sagte Bartelt. Die Landräte aus Tirschenreuth und Schwandorf, Grillmeier und Ebeling, erklärten, dass bereits vor ein paar Wochen unter Initiative des Chamer Landrats Franz Löffler ein Brief an die Bundeskanzlerin und Ministerpräsident Dr. Markus Söder geschrieben und um Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten wurde.

Dr. Johann Keller, Geschäftsführer vom Bayerischen Landkreistag, gab den Landräten abschließend noch einen Einblick in die aktuellen Themen des Bayerischen Landkreistags. Das in Berlin beschlossene Konjunkturpaket biete eine Chance, die Wirtschaft anzukurbeln und die Landkreise dabei zu unterstützen, die Aufgaben weiter erfüllen zu können und kommunale Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Bezüglich der Gewerbesteuerausfälle befinde man sich derzeit in Gesprächen. Ziel ist es, den ländlichen Raum zu stärken, so Keller. „Es geht darum, die Hilfen bei den Gewerbesteuerausfällen umlagefähig zu gestalten“. Auch die Übernahme der Kosten der Unterkunft von Sozialleistungsempfängern von Bund und Ländern in Höhe von 75 Prozent sprach Keller an. Weitere Themen waren die Rückerstattung von Anschaffungskosten während der Coronapandemie, beispielsweise für Schutzausrüstung, sowie die digitale Bildung und technische Ausstattung von Schulen.

Der Bezirksverband Oberpfalz des Bayerischen Landkreistages kommt regelmäßig zusammen. Diesmal hatten sich die Landräte für die Arbeitstagung im Geozentrum an der Kontinentalen Tiefbohrung in Windischeschenbach im Landkreis Neustadt an der Waldnaab getroffen. ❒



Die Oberpfälzer Landräte tagten diesmal im Geozentrum an der KTB in Windischeschenbach. Dort wurden (v.l.) Dr. Johann Keller (Geschäftsführer Bayerischer Landkreistag), Andreas Meier (Landrat Neustadt an der Waldnaab), Willibald Gailler (Landrat Neumarkt i.d.OPf.), Tanja Schweiger (Landrätin Regensburg), Richard Reisinger (Landrat Amberg-Sulzbach und Sprecher der Oberpfälzer Landräte), Roland Grillmeier (Landrat Tirschenreuth), Thomas Ebeling (Landrat Schwandorf), Axel Bartelt (Regierungspräsident Oberpfalz) von der Vorsitzenden der Stiftung Geo-Zentrum, Christina von Seckendorff, begrüßt.

Bild: Christine Hollederer

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Abolitio nominis oder damnatio memoriae – Bilderstürmer gibt es seit der Antike und dem Pharaonischen Reich. Allerdings hätte ich gedacht, dass wir nach der Aufklärung und der Erkenntnis des Wertes kritischen Denkens über sowas hinaus wären.“ Mein Chef, der Bürgermeister, verfolgt die gegenwärtige Diskussion über die Beseitigung von Denkmälern, Umbenennung von Straßen oder die Zerstörung von vorgeblich „belasteter Architektur“ mit den Augen des Kommunalpolitikers ebenso wie mit denen des historisch interessierten Menschen.

In Bristol wurde die Statue eines Sklavenhändlers gestürzt, an der US-Universität Princeton wird ein Politik-Institut umbenannt, weil dessen bisheriger Namensgeber, Präsident Woodrow Wilson, als Rassist verdächtigt wird. Auch hierzulande schießen an allen Ecken und Enden die Diskussionen ins Kraut, wie man mit dem als politisch inkorrekt angesehenen Erbe der Vergangenheit umgehen soll.

Schatten der Vergangenheit

Beispiel Straßennamen: Interessanterweise ist keine breite Bewegung wahrzunehmen, östlich der Elbe und Werra die immer noch in rauen Mengen vorhandenen Ernst-Thälmann-, Clara-Zetkin- und Karl-Marx-Straßen umzubenennen. Eher geht es um Hindenburg oder Bismarck, um die Mohrenstraße in Berlin oder Straßennamen, die an die Kolonialzeit erinnern.

Beispiel Wappen: Es gibt eine Initiative, das Coburger Stadtwappen mit dem Hl. Mauritius abzuschaffen, weil dieser Soldatenheilige als schwarzer Mensch dargestellt ist. Sicher werden auch andere sogenannte Mohrenwappen wie Freising oder des Papstes Benedikt XVI. vor die Inquisition kommen.

Beispiel Denkmäler und Architektur: Während der Marx-Kopf in Chemnitz unumstritten und der Lenin in Gelsenkirchen nicht zu verhindern war, soll es republikweit den Bismarck-Denkmälern an den Kragen gehen. Auch das Berliner Olympiastation soll wegen seiner faschistischen Ästhetik der Spitzhacke zum Opfer fallen.

Allen diesen Initiativen ist gemeinsam, dass sie beklagenswert unhistorisch sind. Gut, wir sind nicht traurig, dass es bei uns in der Stadt keine Hindenburg-Straße mehr gibt, ist doch der Mann, der die in die Niederlage endende Verlängerung des Ersten Weltkriegs mitverschuldet, die Weimarer Demokratie geschwächt und Hitler zum Reichskanzler ernannt hat, nicht gerade ein Vorbild in unseren republikanisch-demokratischen Zeiten. Anders sieht es bei Bismarck aus, der zwar 1878 beim Berliner Kongress mitgeholfen hat, Afrika unter den europäischen Mächten aufzuteilen, hat aber die sozialen Sicherungssysteme begründet und 1866 verhindert, dass Bayern nach dem verlorenen deutschen Krieg Gebiete abtreten musste, was bewirkte, dass sein Bild noch in den 50er und 60er Jahren so manches bayerische Wohnzimmer schmückte. Beide sind letztlich Menschen in ihrem Widerspruch, mit dem sich die Nachwelt auseinandersetzen sollte und muss.

Glaubt den jemand ernsthaft, der deutsche Kolonialismus würde seine Schrecken verlieren, wenn es keine Togo- oder Kamerun-Straßen mehr in Deutschland gäbe? Auch wenn diese Benennungen den Kolonialismus verherrlichen sollten, sind sie doch auch Katalysator für eine kritische Auseinandersetzung mit ihm. Wer meint es reiche, ein Bildnis oder einen Namen auszuradieren, um das damit verbundene Böse aus der Welt zu schaffen, der sollte den Dogenpalast in Venedig besuchen. Dort sind alle Dogen, die der Serenissima treu gedient haben, im Bild verewigt. Nur ein Bildnis wurde ausgelassen und es blieb ein schwarzer Fleck. Heute sind die Namen der rechtschaffenen Dogen weitgehend in Vergessenheit geraten. Den Namen des ungetreuen Sachwalters, Signore Falier, nennt dafür jeder Reiseführer und jeder Guide.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß von einer Schweizer Konditorei zu berichten, die an einem Mohrenkopf genannten Produkt trotz wütender Proteste festhalten will, weil Mohr im heimatlichen Dialekt die Wildsau bezeichnet. Oder vom Familiennamen Neger, der angefeindet wird, obwohl er von Näher abgeleitet ist und nichts mit farbigen Menschen zu tun hat. Man sollte in der ganzen Diskussion um Rassismus und Symbole zur philosophischen Haltung Anatole Frances finden: „Die Geschichte ist keine Wissenschaft, sie ist eine Kunst. Nur mit Vorstellungskraft kann man sie verstehen.“

Ihre Sabrina

Wolfgang Desel ist neuer Kreisvorsitzender

Konstituierende Sitzung des Bayerischen Gemeindetags/Kreisverband Bamberg

Bei der Kreisversammlung des Bayerischen Gemeindetages in Stegaurach (Landkreis Bamberg) wurde der Strullendorfer Bürgermeister und Kreisrat Wolfgang Desel zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Helmut Krämer, ehemaliger Bürgermeister des Marktes Heiligenstadt, an. Als neue Stellvertreterin fungiert Bürgermeisterin Siegrid Reinfelder, Breitengüßbach.

Im Vorstand auf Kreisebene sind die Bürgermeister Karl-Heinz Wagner (Altendorf), Jakobus Kötzner (Frensdorf), Manfred Deinlein (Reckendorf) und der neue Heiligenstädter Bürgermeister Stefan Reichold vertreten.

In seinem Rechenschaftsbericht verwies der bisherige Kreisvorsitzende Helmut Krämer auf Aktivitäten und Veränderungen in den Kommunen. Aus seiner Sicht wurden in den vergangenen Jahren Aufgaben zunehmend auf die Gemeinden verlagert, weshalb die Verwaltungen an ihre Grenzen stießen. Aufgrund der wachsenden Gesetzesflut seien sie enorm gefordert. Krämer legte der Landespolitik nahe, von „Wahlgeschenken“ wie der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge künftig Abstand zu nehmen und mit Wahlversprechen wie dem Rechtsanspruch auf eine bundesweite Glasfaserversorgung vorsichtig zu sein. Die Gemeinden benötigten eine verlässliche Politik.

Krämer dankte Landrat Johann Kalb für die faire Zusammenarbeit. Nur im Miteinander könnten der Landkreis und seine Gemeinden bei Themen wie Klimaschutz, Energiewende, Migration und Integration erfolgreich sein. Auch bei der Bewältigung der Corona-Krise seien Entscheidungen gefragt und nicht wochenlange Diskussionen.

Der für den Bezirk Oberfranken zuständige Referent beim Bayerischen Gemeindetag, Hans-Peter Mayer, informierte über die Aufgaben und die Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinden mit den Fachleuten im Gemeindetag. Er ging auf aktuelle Themen, die auf Bundes- und Landesebene zur Entscheidung anstehen, ein. Auf der Agenda stand zudem die Altersversorgung im Haupt- und Ehrenamt. Mit dem Eintritt in das Bürgermeisteramt sind große Veränderungen verbunden. Laut Mayer ist bei einem hauptberuflichen Bürgermeister erst nach zehn Jahren Amtszeit eine sichere Altersversorgung gegeben. **DK**



„Man muss lange suchen, um einen Kommunalpolitiker wie Franz Meyer zu finden,“ Landrat Raimund Kneidinger (l.) überreicht seinem Vorgänger den großen Ehrenteller des Landkreises Passau.

Bild: LRA Passau

Ehrentitel „Altlandrat“ für Franz Meyer

Neuer Kreistag stimmt Antrag der CSU-Fraktion zu Vergabe gesetzlich geregelt

„Franz Meyer hat sich in jeder nur denkbaren Art die Ehrenbezeichnung Altlandrat verdient“ – mit diesem Kernsatz begründete die CSU-Fraktion im neuen Kreistag ihren Antrag, dem früheren Landrat Franz Meyer diesen Ehrentitel zu verleihen. Der neue Kreistag des Landkreises Passau folgte dieser Begründung in seiner konstituierenden Sitzung und hat die Verleihung des Ehrentitels an Franz Meyer beschlossen.

„Seine um- wie weitsichtige Arbeitsweise prägte seine Amtszeit als Landrat, aber auch als Finanz-Staatssekretär sowie Abgeordneter im Bayerischen Landtag“, so CSU-Fraktionsführer Ludwig Prügl.

Die Vergabe dieses Titels ist im Gesetz über kommunale Wahlbeamte extra geregelt. Demnach können früheren kommunalen Wahlbeamten „die ihrem früheren Amt entsprechenden Ehrenbezeichnungen“ wie etwa „Altlandrat“ verliehen werden.

„Es ist eine große Ehre, dass der Passauer Kreistag mir diesen Titel zuerkannt hat“, freute sich Altlandrat Franz Meyer über die Anerkennung ❒

GemüseAckerdemie im Landkreis München:

Selbstversorgung in Corona-Zeiten

Das vom Landkreis geförderte ganzjährige theorie- und praxisbasierte Bildungsprogramm vermittelt Schulkindern Wissen rund um den Schulacker

Das Frühjahr ist normalerweise die Zeit, um die Äcker einzurichten und zu bepflanzen. Das bedeutet: Saatgut abwiegen, Setzlinge einpacken, freudige AckerKinder antreffen und ab ins Beet! Nur ist dieses Jahr aufgrund der Corona-Pandemie alles ein wenig anders gekommen: Als im Frühjahr dieses Jahres das vom Landkreis München geförderte Bildungsprogramm GemüseAckerdemie startete, wurden die ersten beiden Pflanztermine im April und Mai an acht Landkreisschulen überwiegend ohne Kinder durchgeführt. Dafür haben engagierte Lehrerkräfte und sogenannte AckerCoaches zusammen mit der für Oberbayern zuständigen Regionalkoordinatorin der GemüseAckerdemie Silvia Mayr den Auftakt gemacht.

Ziel des Programms ist es, die Wertschätzung von Lebensmitteln und das Verständnis für Landwirtschaft bei Kindern und Jugendlichen zu steigern. Das Projekt will ein Zeichen setzen gegen den Wissens- und Kompetenzverlust im Bereich Lebensmittelproduktion, der Entfremdung von der Natur und ungesunde Ernährungsgewohnheiten sowie Lebensmittelverschwendung.

An den bisherigen Terminen nahmen die Grundschule in Baierbrunn, die Max-Mannheimer Mittelschule in Garching, die Grund- und Mittelschulen in Hohenbrunn, die Grund- und Mittelschule in Kirchheim, die Friedrich-von-Aychsteter Grundschule in Sauerlach, das Sonderpädagogische Förderzentrum der Hachinger Tal Schule in Unterhaching sowie die Grundschule in Unterföhring teil.

Umfangreiche Unterstützung

„Gärtnererfahrung müssen Lehrerinnen und Lehrer nicht unbedingt mitbringen“, so Silvia Mayr. „Wir liefern die fachliche Expertise, deshalb kommt es uns vor allem auf die Begeisterung der Lehrkräfte an.“ Die GemüseAckerdemie unterstützt die Lehrkräfte mit einem umfangreichen Service: Dieser beginnt mit einem Vor-Ort-Termin des Ackerdemia-Teams, um eine geeignete Fläche zum Ackern zu finden, die mindestens 40 Quadratmeter groß und in Schulnähe gelegen ist.

Hilfe durch die Bauhöfe

Die Bauhöfe der beteiligten Gemeinden haben bei der Ackereinrichtung oft sehr gute Unterstützung geleistet. Ackerdemia stellt dann das Saat- und Pflanzgut zur Verfügung. Verwendet werden bis zu 30 samenfeste Sorten aus ökologischer Züchtung, die in mehrjähriger Fruchtfolge gesät und gepflanzt werden.

Wie das Projekt konkret umgesetzt wird, ist von Schule zu Schule verschieden. Meistens engagieren sich die interessierten Schülerinnen und Schüler in Arbeits- oder Projektgruppen; teilweise wird das Ackern auch in den regulären Unterricht integriert. Dies geschieht in den unterschiedlichen Fächern. Dazu liefert Ackerdemia (www.ackerdemia.de) den Schulen verschiedenste Bildungsmaterialien, die wie ein Baukastensystem kombiniert werden können. Ergänzend zur praktischen Arbeit auf dem Schulacker wird in den Schulstunden dann konkretes Ackerwissen wie „Was braucht Gemüse zum Wachsen?“ und globales Wissen wie „Umweltauswirkungen beim Transport von Gemüse“ vermittelt.

Unterstützung erhalten die Schulen auch bei der Ferienbetreuung der Schuläcker und der Ernte und Vermarktung des Gemüses. Ackerdemia hat dazu einen großen Fundus an Ideen, wie die Schülerinnen und Schüler dies gut umsetzen können.

Umweltfreundlich und nachhaltig

Zu den drei Pflanzterminen im April, Mai und Juli unterstützen AckerCoaches die Lehrkräfte und Schülerschaft ganz praktisch und mit viel Fachwissen vor Ort. Begleitend dazu erhalten sowohl die AckerCoaches als auch die Lehrerinnen und Lehrer mehrere Fortbildungen – derzeit als Live-Webinare – sowie regelmäßige AckerInfos per eMail. Saisonale Besonderheiten wie Schädlinge, Trockenheit und Unkräuter sind Themen, die ebenfalls aufgegriffen werden. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass bei der GemüseAckerdemie keine chemischen Pflanzenschutzmittel und mineralischer Dünger eingesetzt werden. Ziel ist es, die Pflanzen durch Nützlinge zu schützen und durch häufigeres Hacken den Wassereinsatz zu reduzieren.

Das langfristige Ziel des Bildungsprogramms GemüseAckerdemie ist es, dass die Schulen nach zwei bis drei Jahren ihren Schulacker eigenständig bewirtschaften können. Dabei zeigt sich gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie, wie wertvoll und wichtig das Thema Selbstversorgung ist.

www.gemueseackerdemie.de

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 16. Juli 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau**
- **Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen**

Wirtschaftsförderverband DONAURIES e. V.

Unternehmenskultur fördern

Seit 2016 verleiht der Wirtschaftsförderverband DONAURIES im Namen des Beirats für Unternehmenskultur das Label TOP-Arbeitgeber DONAURIES an Markenpartner. Bereits mehr als 70 Firmen und Einrichtungen aus der Region wurden als TOP-Arbeitgeber ausgezeichnet. Erhält ein Unternehmen die Auszeichnung, kann es drei Jahre lang mit dem Titel für sich werben – danach ist eine Re-Zertifizierung für weitere drei Jahre möglich. Unternehmenskultur ist dabei der Fokus des Labels.

„Gerade in der heutigen Zeit ist Unternehmenskultur ein äußerst wichtiges Thema mit dem sich viele Institutionen und Unternehmen zum Teil schon intensiv auseinandersetzen.“, so Landrat Stefan Rößle. Die Unternehmenskultur aktiv im Betrieb zu leben und diese auch nach außen auszustrahlen, das sind nicht nur wesentliche Faktoren bei der Gewinnung potenzieller Fachkräfte, sondern sie spiegeln auch die Unterstützung und Wertschätzung der eigenen Mitarbeiter wider. Aspekte wie Familienfreundlichkeit, Mitarbeiterorientierung oder die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, aber auch Angebote im Bereich Gesundheit machen einen wesentlichen Teil dieser Unternehmenskultur aus. „Wir möchten die Betriebe und Institutionen hier in der Region dazu motivieren, sich intensiv mit diesem Thema zu befassen. Die nach Innen gelebten Werte sollen auch nach außen transparent werden, sodass eine Arbeitgebermarke aufgebaut werden kann“, betont Michael Scholz, Sprecher des Beirats für Unternehmenskultur.

Das Label TOP-Arbeitgeber DONAURIES soll die Unternehmen und Institutionen aus der Region genau dabei unterstützen. Auch die Möglichkeit der Re-Zertifizierung nach drei Jahren wird von vielen bisherigen TOP-Arbeitgebern sehr gut angenommen.

Neue Trends berücksichtigen

„Sowohl das Label, als auch die Betriebe entwickeln sich stetig weiter. Eine erneute Auszeichnung erhält das Unternehmen daher nicht ohne Weiteres. Vielmehr geht es darum, zu sehen, wie man sich in den vergangenen drei Jahren als Arbeitgeber weiterentwickelt hat und vielleicht auch verbessert hat.“, merkt Landrat Stefan Rößle an. Auch das Label und die Vergabekriterien werden an neue Trends und Entwicklungen angepasst. So sollen beispielweise die Themen Digitalisierung und Zukunftsorientierung in den nächsten Jahren stärker in die Bewerbung miteingebunden werden.

Für das Label TOP-Arbeitgeber DONAURIES 2020-2023 haben sich insgesamt 28 Betriebe beworben. Die Auszeichnung und Bekanntgabe der neuen TOP-Arbeitgeber wird im Herbst 2020 erfolgen.

www.wirtschaft-donauries.bayern/toparbeitgeber ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz



GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitto Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 16. Juli 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 14







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft:

Positionspapier des Deutschen Städtetags

Die deutschen Städte stehen ein für das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft „Gemeinsam. Europa wieder stark machen." Sie fordern die Bundesregierung auf, dieses Motto mit Leben zu füllen. Im Rahmen einer Präsidiumssitzung beschloss der Deutsche Städtetag deshalb ein Zehn-Punkte-Papier mit Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, das nun veröffentlicht wurde.

1. Die Corona-Krise mit Blick auf die Zukunft gemeinsam bewältigen:

Bisher berücksichtigt das Aufbauprogramm der EU-Kommission die Bedürfnisse der lokalen Ebene explizit nur im Rahmen der REACT EU-Initiative. Dies stellt lediglich eine kurzfristige Lösung für besonders betroffene Kommunen dar. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Städte und kommunale Unternehmen weitere Liquiditätshilfen und Kreditprogramme aus den Aufbauprogrammen tatsächlich in Anspruch nehmen können. Der Deutsche Städtetag ersucht die Bundesregierung, sich für einen direkten Zugang von Kommunen zu europäischen Fördermitteln einzusetzen.

2. Den mehrjährigen Finanzrahmen zügig beschließen:

Die Mitgliedstaaten müssen durch ihre nationalen Beiträge dafür Sorge tragen, dass der EU-Haushalt ausreichend ausgestattet ist, um die vielfältigen und ambitionierten politischen Ziele vor Ort in konkreten Projekten umzusetzen. Die Bundesregierung sollte sich als Vorsitz im Rat daher dafür einsetzen, dass die Direktinvestitionen in europäische Städte verstärkt werden. Der Klima- und der damit einhergehende Strukturwandel müssen vor Ort gemeistert werden. Zugleich muss die Verschärfung sozialer und territorialer Ungleichheiten in Europa verhindert werden.

3. Die EU-Strukturpolitik nachhaltig und langfristig ausgestalten:

Die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft (Just Transition Fund, JTF) wird als sinnvoll bewertet. Der JTF bedarf einer eigenständigen Finanzierung. Dazu muss der EU-Haushalt durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten ausreichend ausgestattet sein. Die Finanzierung darf nicht zu Lasten der Regional- und Strukturpolitik der EU-Förderperiode ab 2021 gehen. Insbesondere wird der in den Vorschlägen enthaltene verpflichtende Einsatz von Mitteln aus der EU-Strukturpolitik zur Ko-Finanzierung abgelehnt. Das vorgeschlagene Aufbauprogramm Next Generation EU darf nicht die Finanzierung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik und nationaler Fördersysteme, wie das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Kommunen, in Frage stellen, sondern muss zusätzlich finanziert werden, um Wirkung zu entfalten. Die nun ermöglichte größere Flexibilität beim Einsatz der EU-Strukturfonds sollte konsequent auch langfristig beibehalten werden und somit den konkreten Erfordernissen der Städte schneller anpassbar sein.

4. Die EU digital unabhängig aufstellen:

Digitale Souveränität ist ein notwendiger Baustein eines

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



Von links: Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags und Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern. Bild: Bayerischer Bezirketag

Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags in Erlangen:

Wie viel Sozialstaat können wir uns leisten?

„Wie viel Sozialstaat können und wollen wir uns leisten? Mit dieser zentralen Frage befasste sich die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags in Erlangen, die coronabedingt in verkleinerter Form und nahezu ohne externe Gäste stattfand. Der Hausherr, Bürgermeister Jörg Volleth, begrüßte die Gäste in der Hugenottenstadt, allen voran den Präsidenten des Bayerischen Bezirketags Franz Löffler sowie die Minister Albert Füracker und Joachim Herrmann.

Dass die Corona-Pandemie nicht nur die Wirtschaft und die Bevölkerung, sondern auch den Sozialstaat vor große Herausforderungen stellt, ist kein Geheimnis. Bezirketagspräsident Franz Löffler verwies deshalb auf den wichtigen gesellschaftlichen Beitrag, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheits-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen für das Gemeinwesen geleistet hätten. Gerade in den vergangenen Monaten sei dies mehr als jemals zuvor deutlich geworden.

Rückläufige Steuereinnahmen und steigende Ausgaben

Doch ein Sozialstaat und eine funktionierende soziale Infrastruktur kosten Geld. Und das in Zeiten rückläufiger Steuereinnahmen und steigender Ausgaben bei den Sozialleistungen. Unabhängig von der Coro-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Forderung des Deutschen Landkreistags:

Planungssicherheit für Kommunen!

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die vorübergehende Senkung der Umsatzsteuer im Rahmen des Konjunkturpakets und zeigt sich sehr zufrieden damit, dass der Bund die Städte, Landkreise und Gemeinden von den damit verbundenen Steuerausfällen freihält. Gleiches gilt für die Einbußen, die mit dem Kinderbonus verbunden sind.

Nach Ansicht des Verbandspräsidenten Landrat Reinhard Sager „trägt der Bund damit einem dringenden Bedürfnis der kommunalen Ebene Rechnung, in der Pandemie nicht mit weiteren Kosten belastet zu werden, und sichert gerade in der aktuellen Zeit deren Handlungs- und Investitionsfähigkeit. Dafür sind wir dankbar."

Dabei handle es sich nicht nur um Maßnahmen von beiläufigem Interesse, erläuterte Sager: „Für die kommunalen Mindereinnahmen aus der Mehrwertsteuersenkung und dem Kinderbonus erhalten die Kommunen insgesamt 911 Mio. Euro. Im Regierungsentwurf war eine diesbezügliche Kompensation durch den Bund noch nicht vorgesehen. Umso erleichterter sind wir, dass dafür nun Sorge getragen worden ist."

Handlungsfähig in der Krise

Der DLT-Chef zeigte sich zuversichtlich, dass es den Kommunen gelingen werde, auch in der Krise handlungsfähig zu bleiben und mit ihren Investitionen einen Beitrag zur raschen wirtschaftlichen Erholung leisten zu können. „Was wir bislang an Gesprächsbereitschaft des Bundesgesetzgebers in Richtung der kommunalen Haushalte wahrgenommen haben, ist äußerst positiv. Das wollen wir deutlich zum Ausdruck bringen und anerkennen, dass die Politik die Bedeutung der kommunalen Handlungsfähigkeit gerade in der jetzigen schwierigen Zeit erkennt und sehr aufnahmebereit für unsere Forderungen ist, um die Pandemiesituation auch für die Kommunen so gut wie möglich zu bewältigen. Dieses gemeinsame Ziel eint uns auf allen staatlichen Ebenen."

Rechtssicherheit

Mit Blick auf die Beratungen von Bundestag und Bundesrat über die Kompensation der coronabedingten Gewerbesteuerausfälle sowie die Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB II-Wohnkosten um dauerhaft 25 Prozentpunkte pro Jahr sprach sich der Deutsche Landkreistag für Planungssicherheit aus, die es aus Sicht der Kommunen zu erreichen gelte. Präsident Sager zufolge sind dies wichtige Hilfen für die Kommunen, die rechtssicher nach Hause gebracht werden müssen. Dies gelte insbesondere für die erhöhte KdU-Beteiligung des Bundes, die bereits

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Positionspapier zu Konjunkturpaketen:

Schnell und effektiv umsetzen!

Die Auswirkungen der Corona-Krise gefährden die Finanzlage der Kommunen und die langfristige Investitionsfähigkeit vor Ort. Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern rechnen mit den größten Steuerausfällen seit dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig sind die kommunalen Einnahmen vielerorts massiv zurückgegangen. Die KPV der CSU fordert deshalb in einem aktuellen Positionspapier eine schnelle, effektive und gerechte Umsetzung der Konjunktur- und Krisenpakete von Bund und Land zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Bayern (vgl. Seite 3).

Laut KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle ist der hohe Lebensstandard auch ein Verdienst der bayerischen Kommunalpolitik. „Diese Lebensqualität vor Ort ist nun durch die Folgen der Corona-Krise gefährdet. Dies müssen wir zusammen mit Bund und Ländern verhindern und gestärkt aus der Krise gehen."

Gewerbesteuerausgleich gerecht und zeitnah umsetzen

Um die Kommunen in und nach der Corona-Krise zukunftsfähig zu stärken, gilt es aus Sicht der KPV, zunächst den Gewerbesteuerausgleich gerecht und zeitnah umzusetzen. Für Bayern wird heuer mit deutlich über 2 Milliarden Euro an Gewerbesteuerausfällen durch die Corona-Krise gerechnet. Die fehlenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen führten teilweise zu gewaltigen, finanziellen Defiziten. Zugleich erwarteten die Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten arbeitsfähige Kommunen.

Die KPV begrüßt den „Kommunalen Solidarpakt 2020" des Bundes, der die Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle in Bayern mit 1,1 Mrd. Euro kompensieren soll. Der Freistaat erhöht diese Summe um weitere 1,3 Mrd. Euro. So erhalten die Städte und Gemeinden in Bayern rund 2,4 Mrd. Euro als Ersatz für ihre fehlenden Gewerbesteuereinnahmen.

Die KPV setzt sich dafür ein, dass der Solidarpakt zeitnah umgesetzt und möglichst gerecht verteilt wird. Wichtig sei, dass der Gewerbesteuerausgleich umlagefähig ist, so dass Landkreise und Bezirke finanziell mitbeteiligt werden. „Wir empfehlen einen 1:1 Gewerbesteuerausgleich für die Kommunen, der sich aber maximal am umlagefähigen Nivellierungshebelsatz orientiert. Sollten dabei nicht die gesamten 2,4 Mrd. Euro zur Auszahlung kommen, sollen die restlichen Mittel über die Schlüsselzuweisungen oder ggf. auch über die Einkommensteuerbeteiligung an die Kommunen ausbezahlt werden."

Digitalisierung an Schulen

Auf der Agenda steht zudem die Unterstützung für die Digitalisierung an Schulen. Die KPV begrüßt den gekündigten Schulgipfel von Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Lehrkräfte müssten ausreichend geschult und qualifiziert werden. Neben den Investitionen in eine moderne digitale Ausstattung benötigten die Kommunen dringend Unterstützung bei Pflege und Instandhaltung der Hard- und Software. Für die dafür notwenigenPersonalkostenwirddringend eine Unterstützung durch

(Fortsetzung auf Seite 4)



It's the economy, stupid", zitiert die Vorzimmerperle den ehemaligen US-Präsidenten Clinton und berichtet über ihren Bürgermeister, der alles daran setzt, dass die Wirtschaft in seinem Städtchen durch die Corona-Krise möglichst wenig Schaden nimmt.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Gesetzesänderung: Mehr Handlungsspielraum für Kommunen 2
Landtag: Wir meistern die Krise gemeinsam 2
Kinderbibliothekspreis des Bayernwerks 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Konjunkturpakete schnell, effektiv und gerecht umsetzen! . . .3
Gemeinsam gegen Hasskriminalität 3
Dr. Gerd Müller: Bayern zeigt internationale Solidarität 3
Kommunale Energiethemen . . . . . 5 - 10
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . 10 - 11
Kommunalfahrzeuge • Grünanlagen . . . . . 12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Mehr Handlungsspielraum für Kommunen:

Landtag ändert Gesetz

Eine Gesetzesänderung, die den Kommunen mehr Spielräume bei ihrer Haushaltsplanung einräumt, beschloss der Landtag mit breiter parlamentarischer Mehrheit. So sollen Städte und Gemeinden trotz der Corona-Pandemie handlungsfähig bleiben. Konkret erleichtert die am 1. August in Kraft tretende Regelung den Kommunen den Zugang zu Krediten. Zudem erhalten sie die Möglichkeit, ihre Haushaltsaufstellung zu beschleunigen.

„Gepaart mit finanziellen Unterstützungen des Freistaats stellen wir sicher, dass die Kommunen trotz akuter finanzieller Herausforderungen kurzfristig handlungsfähig bleiben", sagte Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann. „Mittel- und langfristig bleibt es freilich das Ziel, wieder zu soliden Kommunalfinanzen, einem Markenzeichen des Freistaats Bayern, zurückzukehren." Die Gesetzesänderung, die am 1. August in Kraft tritt, beruht auf Anregungen des Innenministeriums, die wiederum auf Wünsche der Kommunalen Spitzenverbände zurückgehen. Sie erleichtert den Kommunen zum Beispiel den Zugang zu Krediten und Kassenkrediten. Die Haushaltsaufstellung kann beschleunigt und Genehmigungspflichten können ausgesetzt werden. Die zur Umsetzung erforderliche Verordnung soll noch in der ersten Augusthälfte ergehen.

Leistungsfähigkeit sicherstellen

Die Gesetzesänderung bezieht sich auf das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und weitere Rechtsvorschriften. Durch die weltweite Corona-Pandemie fehlen den Kommunen erhebliche Steuereinnahmen – insbesondere Einnahmen durch die Gewerbesteuer und Einkommensteuer. Gleichzeitig steigen die Ausgaben zur Katastrophenbewältigung und bei den Sozialleistungen. Die Gesetzesänderung hat zum Ziel, den Kommunen zeitlich begrenzte kommunalwirtschaftliche Handlungsspielräume einzuräumen. Dadurch soll aber weder die materielle Finanzausstattung der Kommunen verbessert, noch spätere Schuldentilgung in Aussicht gestellt werden. Die Eröffnung kommunalwirtschaftlicher Spielräume in den Jahren 2020 und 2021 darf auch nicht dazu führen, dass in diesen Jahren beliebige Projekte vorgezogen werden, die sonst im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft und unter Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht finanzierbar wären. Im Fokus steht die mittel-und langfristige Sicherstellung bzw. Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Kommunen. So ermöglicht die Ausgestaltung als Verordnungsermächtigung kurzfristige und flexible Reaktionen auf die jeweiligen Problemstellungen.

Keine Gefährdung der Handlungsfähigkeit

Der jeweilige dritte Teil in der Gesetzesänderung von Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung beinhaltet die gemeinde-, landkreis-und bezirkswirtschaftlichen Vorschriften, bestehend aus den Bestimmungen zu Haushaltswirtschaft (z. B. Haushaltsausgleich), Kreditwirtschaft (z. B. Bindung von Kreditaufnahmen an Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und Umschuldung), Vermögenswirtschaft (z. B. Bildung von Rücklagen), gemeindliche Unternehmen (z. B. Grad der Bindung an kommunalwirtschaftliche Bestimmungen), Kassen- und Rechnungswesen (z. B. Pflicht doppisch buchender Kommunen zur Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses) und Prüfungswesen (insbesondere örtliche und überörtliche Prüfung). Gegenwärtig zeichnet sich vor allem ab, dass viele Kommunen infolge von Einnahmeeinbrüchen und Ausgabensteigerungen ihre (kameralen) Verwaltungshaushalte nicht mehr ausgleichen können bzw. ihre (doppische) laufende Verwaltungstätigkeit defizitär wird. Gleichzeitig besteht ein Bedürfnis zur Schonung (kameraler) Rücklagen und (doppischer) Liquiditätsreserven, um die in den nächsten Jahren befürchteten erheblichen Steuerrückzahlungen abfangen zu können, ohne erneut die eigene Handlungsfähigkeit zu gefährden.

Regeln der Verordnungsermächtigung

Die Verordnungsermächtigung soll als temporäre Abweichung insbesondere folgende Regelungen ermöglichen:

- die Zulassung der Bekanntmachung einer nicht genehmigungspflichtigen Haushaltssatzung/Nachtragshaushaltssatzung vor Vorlage an die Rechtsaufsichtsbehörde
- mehr zeitlicher Spielraum in Fällen, in denen sonst unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung vorzulegen wäre
- die generelle Zulässigkeit von Kreditaufnahmen trotz vorhandener Rücklagen/Liquiditätsreserven und die Zulassung der Aufnahme von Krediten zur Finanzierung anderer Ausgaben, Aufwendungen und Auszahlungen als für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung
- den Verzicht auf die Genehmigungspflicht für Kreditaufnahmen, für Verpflichtungsermächtigungen zugunsten 2021 und im Gegenzug hierzu zu erfüllender Anforderungen
- die Verlängerung der Geltungsdauer von Kreditermächtigungen auf den gesamten Finanzplanungszeitraum
- die Aussetzung des absoluten Nachrangs der Aufnahme von Kassenkrediten
- die Aussetzung der Höchstbetragsregelung für Kassenkredite sowie eine Aussetzungsmöglichkeit für die Aufstellung, Vorlage und Feststellung von konsolidierten Jahresabschlüssen.

Befristung bis 2032

Der Ermächtigungszeitraum für kommunalwirtschaftliche Erleichterungen ist mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung der Steuereinnahmen (starker Einbruch 2020, Erholung 2021) auf die Haushaltsjahre 2020 und 2021 beschränkt. Es liegt jedoch in der Natur kommunalwirtschaftlicher Sachverhalte, dass Entscheidungen in einem Haushaltsjahr Auswirkungen auf spätere Haushaltsjahre – über die Jahre 2020 und 2021 hinaus – haben können. Beispielsweise führt eine erhöhte Kreditaufnahme in der Folgezeit zu höheren Tilgungslasten. Die durch Rechtsverordnung zugelassenen Abweichungen dürfen solche Auswirkungen haben, beschränken diese allerdings auf den Zeitraum bis Ende 2032. Nach derzeitiger Einschätzung sei es ausreichend, die gesetzliche Ermächtigung für gemeinde-, landkreis-und bezirkswirtschaftliche Erleichterungen im Zuge der Corona-Pandemie von 2020 zeitlich befristet zuzulassen. Die zeitlich befristete Gültigkeit des Gesetzes soll sich jedoch über den konkreten Ermächtigungszeitraum (Haushaltsjahre 2020 und 2021) hinaus auch auf das Kalenderjahr 2022 erstrecken, da erst im Kalenderjahr 2022 die Rechnungslegung für das Haushaltsjahr 2021 stattfindet.

„Ein wichtiges Signal"

Joachim Hanisch, stellvertretender Vorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, wies darauf hin, dass die Partei bereits im Juni mit einem Dringlichkeitsantrag gefordert hatte, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die rund 2.000 Kommunen im Freistaat sehr genau zu beobachten. „Genau dieser Forderung ist mit der Verabschiedung der entsprechenden Gesetzesänderung im Landtag Rechnung getragen worden. Das ist ein wichtiges Signal an alle kommunalen Mandatsträger, dass wir sie mit ihren Sorgen und Nöten auch in Krisenzeiten nicht alleine lassen. Außerdem markiert die Gesetzesänderung den Startschuss für umfangreiche finanzielle Erleichterungen, die sicherstellen werden, dass unsere Kommunen schadlos durch die Corona-Krise kommen. Zusammen mit den staatlichen Unterstützungsleistungen stellen wir so sicher, dass die Kommunen nicht unverschuldet in finanzielle Schieflagen geraten und weiterhin ihre kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen können." **red**

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

Der Bayerische Landtag vor der Sommerpause:

„Wir meistern die Krise gemeinsam!"

Die vergangenen Wochen hatten es in sich – Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Ministerpräsident Dr. Markus Söder sowie Ludwig Hartmann als Vertreter der Oppositionsfraktionen blicken vor der Sommerpause auf die Corona-Zeit zurück und zogen in ihren Schlussworten eine erste Bilanz hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner stellte am Beginn ihrer Rede die historische Dimension der Krise dar: „Hinter uns liegt ein Halbjahr, wie es in der Geschichte unseres Parlamentes, unseres Freistaats ohne Beispiel ist. Das Coronavirus hat uns auf eine harte Probe gestellt." Aigner hob die erfolgreiche parlamentarische Arbeit während der vergangenen Monate hervor: „Wir im Landtag haben sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen politische Antworten auf die Krise gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Parlament funktioniert!" Die Landtagspräsidentin ging auf den Stellenwert von Vertrauen in einer Demokratie ein, sie verwies auf das Versagen von Staaten, in denen Populismus und Ignoranz regieren, und betonte: „Wir haben den Weg aus der Krise gewiesen zu einem friedlichen Miteinander – ein friedliches Miteinander, das Leben rettet und den unbedingten Anspruch hat, der Würde eines jeden Menschenlebens gerecht zu werden. Es ist meine feste Überzeugung: Das schafft Vertrauen!"

Freiheit mit Vorsicht genießen

Aigner appellierte aber auch an die Bürger – soweit mit Blick auf die Sicherheit zu vertreten und zu verantworten – nach draußen zu gehen und kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, um die von der Krise besonders getroffenen Kulturschaffenden zu unterstützen. Besorgt zeigte sich die Landtagspräsidentin über die Folgen der pandemiebedingten Isolation vieler Bürgerinnen und Bürger: „Es fehlt der Austausch, die persönliche Begegnung, das Argument des Anderen. Wenn ich mich zuhause viel in den sozialen Netzwerken bewege, dann führen mich Algorithmen zu Gleichgesinnten." Es entstehe dadurch ein Zerrbild. „Wenn ich aber im Büro Kollegen begegne, wenn ich in der Gaststätte ins Gespräch komme, wenn ich Freunde unterwegs treffe, dann höre ich andere Meinungen. Ich kann eintreten in eine ernsthafte Debatte. Das ist ungeheuer wertvoll."

„Warnschuss für Europa"

Als Vertreter der Opposition sprach Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, und ging in seinen Schlussworten auf die Folgen der Pandemie ein: „Corona war ein Warnschuss für Europa. Politik braucht nicht nur Umsicht, sondern auch die Weitsicht, ein gemeinsames Europa zu denken!" Er appellierte an das Plenum diese Weitsicht im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie beim Umgang mit den europäischen Nachbarn zu zeigen.

„Wir haben viele gerettet"

Ministerpräsident Dr. Markus Söder erläuterte drei Varianten, die im Umgang mit dem Corona-Virus weltweit gepflegt wurden. Erstens: Ignoranz und Verharmlosung, was die entsprechenden Länder in dramatische Situationen geführt habe. Zweitens: Wissen um die Gefahr und in diesem Bewusstsein eine „Durchseuchung" der Bevölkerung anstreben. „Das Ergebnis ist dort keine Herdenimmunität, fünfmal so viele Todesfälle umgerechnet auf Deutschland und 100.000 Einwohner und der wirtschaftliche Schaden ähnlich wie bei uns", sagte Söder. Der von Deutschland gewählte Weg sei bei allen denkbaren Varianten die nachhaltigste und vertretbarste, und der Ministerpräsident ergänzte: „Ich glaube schon, dass wir damit viele Leben gerettet haben."

Kein Leichtsinn im Landtag

Söder warnte vor zu schnellen Lockerungen und verwies in diesem Zusammenhang auf die negativen Auswirkungen in den Ländern, die zu früh Pubs und Ähnliches geöffnet hätten. „Für Leichtsinn und Leichtfertigkeit und Naivität ist in einem Bayerischen Landtag kein Platz." Der Ministerpräsident dankte ausdrücklich den Oppositionsfraktionen für die guten Ideen, die er bei der Bewältigung der Herausforderungen gerne aufgegriffen habe und er betonte die gute Zusammenarbeit von Exekutive und Legislative in dieser Zeit. Und der Ministerpräsident appellierte am Ende seiner Ausführungen an die Bevölkerung: „Vernunft und Lebensfreude müssen in diesem Jahr zusammen organisierbar sein." **red**

Bayernwerk vergibt Kinderbibliothekspreis und Lesezeichen:

Lesen fördern und Zeichen setzen

75.000 Euro für Leseförderung – 55 Büchereien in Bayern geehrt

Regensburg. Mit Förderungen in Höhe von 75.000 Euro unterstützt das Bayernwerk auch in diesem Jahr die Arbeit bayerischer Bibliotheken. Das Unternehmen zeichnet damit konkret das Engagement für Leseförderung im Kinder- und Jugendbereich aus.

Den mit jeweils 5.000 Euro dotierten Kinderbibliothekspreis 2020 erhielten die Bibliothek Markt Höchberg (Landkreis Würzburg), die Gemeindebücherei Pettendorf (Landkreis Regensburg), die Stadtbibliothek Teublitz (Landkreis Schwandorf) und die Stadtbücherei Altötting (Kreishauptstadt). Einen Sonderpreis gab es für die Bücherei Stegaurach (Landkreis Bamberg). Sie war 2008 schon einmal mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet worden und hat seither nicht nur ihre Räumlichkeiten verschönert, sondern auch ihr Angebot kontinuierlich ausgeweitet. Darüber hinaus haben insgesamt 50 bayerische Kommunen eines der begehrten, mit jeweils 1.000 Euro dotierten Lesezeichen erhalten.

Medienkompetenz aufbauen

Da die traditionelle Preisverleihung im großen Rahmen wegen der Ausnahmesituation durch das aktuelle Infektionsgeschehen nicht möglich ist, besucht das Bayernwerk die fünf Preisträger vor Ort. Die Preisverleihung findet jeweils im kleinen Rahmen statt. Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, erläutert die Bedeutung öffentlicher Einrichtungen: „Bibliotheken sind ein wesentlicher Baustein für Bildung und Kultur in unserem Land. Als häufig einzige kulturellen Einrichtungen am Ort führen sie vor allem jüngere Menschen an die Schlüsselkompetenz ‚Lesen' heran und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Mit Lesungen und Veranstaltungen bieten sie ihren Besucherinnen und Besuchern Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches". Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel ergänzt: „Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, dass sie frühzeitig den Spaß am Lesen entdecken. Unsere Büchereien leisten nicht nur das, sondern führen die jungen Menschen in enger Zusammenarbeit mit den Schulen auch an eine sinnvolle Nutzung digitaler Medien heran".

Auswahl durch Fachjury

Seit 2007 verleiht das Bayernwerk in Kooperation mit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen der Bayerischen Staatsbibliothek und dem katholischen Medienhaus Sankt Michaelsbund gemeinsam den Kinderbibliothekspreis. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury.

Förderung von Nachwuchsautorinnen

Zusammen mit dem Schriftsteller und Sams-Erfinder Paul Maar verleiht die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur seit 2009 einen Preis an Nachwuchsschriftstellerinnen und -schriftsteller. Seit 2017 wird dieser durch das Bayernwerk unterstützt. Der Paul Maar-Preis „Korbinian" wird dieses Jahr im November im Schelfenhaus in Volkach vergeben. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert, die Summe stiften Bayernwerk und Paul Maar gemeinsam. In diesem Jahr sind fünf Frauen mit ihren Erstlingswerken nominiert: Anne Becker, „Die beste Bahn meines Lebens" (Beltz & Gelberg), Ayşe Bosse, „Pembo – Halb und halb macht doppelt glücklich!" Mit Illustrationen von Ceylan Beyoglu (Carlsen), Verena Hochleitner, „Die 3 Räuberinnen" (Tyrolia), Stepha Quitterer, „Weltverbessern für Anfänger" (Gerstenberg) und Dita Zipfel, „Wie der Wahnsinn mir die Welt erklärte". Mit Illustrationen von Rán Flygenring (Hanser).

Bayernweite Leseförderung

Das Bayernwerk setzt sich seit vielen Jahren mit zahlreichen Aktionen für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen im Freistaat ein: Neben dem Kinderbibliothekspreis unterstützt der kommunale Versorger Büchereien und Bibliotheken mit dem so genannten Lesezeichen. Jährlich kommen beim Lesezeichen 50 Einrichtungen in den Genuss von 1.000 Euro. Bereits 700 Lesezeichen wurden so an Büchereien und Bibliotheken vergeben. Außerdem unterstützt das Energieunternehmen den Paul Maar-Preis „Korbinian" der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Mit dem nach einer für den Preis entworfenen Bärenfigur „Korbinian" benannten Paul Maar-Preis wird jährlich ein Nachwuchsautor oder eine -autorin ausgezeichnet. ❐

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Reichwein
63911 Klingenberg
am 20.7.

Landrat Josef Laumer
94315 Straubing
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Sturm
86833 Ettringen
am 22.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Proske
85560 Ebersberg
am 20.7.

Bürgermeister Martin Lackner
84549 Engelsberg
am 22.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Pöhner
96197 Wonsees
am 29.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. ❐

Schutzkonzept für Kommunalpolitiker:

Gemeinsam gegen Hasskriminalität

Mit Online-Meldeverfahren, festen Ansprechpartnern und nachdrücklicher Strafverfolgung will Bayerns Justiz effektiver gegen Hetze im Netz und Gewalt gegen Kommunalpolitiker vorgehen. Auch die Polizei hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket entwickelt, das auch Betreuung anbietet. Das Konzept soll deutlich machen: Wer Kommunalpolitiker mit Worten oder Taten angreift, muss mit Konsequenzen rechnen. SPD und Grüne geht das Konzept nicht weit genug. Sie fordern eine zentrale Anlaufstelle, stärkere Demokratiebildung und eine virtuelle Polizeiwache.

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Bayern steigt seit Jahren. Waren es knapp 200 Fälle im Jahr 2017, wurden im vergangenen Jahr laut Innenministerium 272 angezeigt. Bis Ende Mai dieses Jahres gab es bereits 158 gemeldete einschlägige Straftaten. „Die Staatsregierung unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, um Angriffe auf Amts- und Mandatsträger konsequent zu bekämpfen und Betroffene bestmöglich zu unterstützen“, sagte Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Schutzkonzeptes. Es soll eine klare Botschaft im Kampf gegen Hass und Hetze darstellen. „Immer wieder schlagen auch Amts- und Mandatsträgern Beleidigungen und Bedrohungen entgegen, in Einzelfällen wird aus Worten Gewalt“, erklärte Justizminister Georg Eisenreich. Gerade auf der kommunalen Ebene sind immer mehr Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit, für politische Ämter zu kandidieren. „Das nehmen wir als Bayerische Staatsregierung nicht hin. Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind auch Angriffe auf unsere Demokratie. Wir stehen unseren Kommunalpolitikern zur Seite.“

Straftaten zur Anzeige bringen

Dazu arbeiten Polizei und Justiz sehr eng und engagiert zusammen. Der Innenminister appellierte an alle Betroffenen, bei entsprechenden Vorfällen unbedingt schnellstmöglich die Polizei einzubinden. „Nur dann können wir eingreifen, Opfer schützen und Täter verfolgen.“ In den vergangenen Monaten haben die Mitarbeiter des Innen- und Justizministeriums Maßnahmen erarbeitet, die sich ergänzen und miteinander vernetzt sind. Ziel ist, gemeinsam konsequent gegen Hass und Hetze vorzugehen.

Maßnahmen der Justiz

Bayerns Justizminister hat die Kommunalen Spitzenverbände Anfang des Jahres zu einem Runden Tisch in das Justizministerium eingeladen, bei dem Maßnahmen zum Schutz von Kommunalpolitikern erörtert wurden. Das gemeinsame Schutzkonzept der Staatsregierung sieht im Bereich der Justiz vor:

1. Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten:

Bislang mussten Kommunalpolitiker Anzeigen schriftlich formulieren und Datenträger beifügen. Künftig können sie Straftaten oder Prüfbitten online an die Justiz melden. Geprüft werden sie von Bayerns Hate-Speech-Beauftragtem, Oberstaatsanwalt Klaus Dieter Hartleb. Minister Eisenreich: „Mit einem Online-Verfahren wollen wir Mandatsträgern künftig erleichtern, Strafanzeige zu stellen.“

2. Feste Ansprechpartner

Insbesondere für „analog“ begangene Straftaten gibt es bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften feste Ansprechpartner, an die sich Kommunalpolitiker wenden können.

3. Nachdrückliche Strafverfolgung:

Verweisungen auf den Privatklageweg kommen in aller Regel nicht in Betracht, die Staatsanwälte übernehmen!

4. Modernisierung:

Eisenreich macht sich zudem für eine umfassende Modernisierung des 150 Jahre alten Beleidigungsstrafrechts stark: Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung sollen in schwerwiegenderen Fällen härter bestraft werden können. Auch die Arbeit der Strafverfolger muss nach dem Willen des Justizministers erleichtert werden: „Wir können die Urheber von Straftaten nur effektiv verfolgen und bestrafen, wenn wir sie identifizieren können. Auskunftsersuchen unserer Behörden müssen daher von den Betreibern sozialer Netzwerke ohne Wenn und Aber beantwortet werden.“

Maßnahmen der Polizei

Laut Innenminister Herrmann hat die Bayerische Polizei ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit folgenden Kernpunkten entwickelt:

1. Betreuung durch Experten:

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger werden von besonders geschulten Experten des Polizeilichen Staatsschutzes bearbeitet. Miteingebunden sind Cybercrime-Spezialisten zur Sicherung digitaler Spuren.

2. Strafbare Inhalte löschen:

Die Bayerische Polizei wird Plattformbetreiber systematisch auffordern, strafbare Inhalte zu löschen. Soweit eine fristgerechte Löschung nicht erfolgt, ist eine Meldung an das Bundesamt für Justiz vorgesehen, das über die Verhängung empfindlicher Bußgelder entscheiden wird.

3. Schutzmaßnahmen:

Bei einer konkreten Gefährdung prüft die Bayerische Polizei in einem jeden Einzelfall sehr sorgfältig notwendige Personen- und Objektschutzmaßnahmen.

4. Beratung:

Experten der Kriminalpolizei bieten individuelle Beratungen an, beispielsweise zu Schutzvorkehrungen für Wohnung und Büro.

5. Weiterführende Angebote:

Die „Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsopfer“ stehen allen Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite, beispielsweise bei der Vermittlung weiterführender Angebote wie einer psychologischen Unterstützung.

6. Infomaterial:

Darüber hinaus gibt es umfangreiches Infomaterial wie den Flyer „Hate Speech“, die Broschüre „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern“ sowie eine Handlungsempfehlung für Verantwortliche von behördlichen Social-Media-Kanälen.

Besonders wichtig ist dem Innenminister, dass die Sicherheitsbehörden auch im Internet Straftaten und Hetze wirksam bekämpfen können: „Insbesondere der Zugriff auf IP-Adressen ist unverzichtbar, um Täter aufzuspüren und Taten zu verhindern.“ Eine praxisgerechte Vorratsdatenspeicherung sei deshalb unverzichtbar.

SPD: „Keine neuen Ideen“

Namens der SPD-Landtagsfraktion vermisst deren kommunalpolitischer Sprecher Klaus Adelt neue Ideen. Er fordert eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene und die wissenschaftliche Auarbeitung der Problematik. Seine Partei habe im Bundestag längst einen besseren strafrechtlichen Schutz der Kommunalpolitiker durchgesetzt.

Grüne: „Zu wenig Einfluss“

Die Grünen kritisieren, dass die Einflussbereiche von Polizei und Justiz sind zu eng begrenzt seien, um dem Phänomen Hasskriminalität allumfassend begegnen zu können. Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, sieht in dem Maßnahmenpaket „einen ersten guten Anfang, aber noch nicht die große Lösung“. Sie forderte neben den angekündigten repressiven Maßnahmen auch verstärkte Anstrengungen bei der Demokratiebildung, spezielle Maßnahmen zum Schutz politisch engagierter Frauen vor oft sexualisierter Gewalt und eine Aufklärungs- und Informationskampagne über den gesellschaftlichen Wert kommunalpolitischen Engagements.

Trend zur Verrohung

Der kommunalpolitische Sprecher der Grünen, Johannes Becher, sieht in den aktuell vorgestellten Zahlen von Straftaten gegen kommunale Amts- und Mandatsträger „einen erschreckenden Trend zur gesellschaftlichen Verrohung, der aus dem anonymen Internet jetzt auch ins kommunale Lebensumfeld überschwappt“. Aus seiner Sicht sind die polizeilich bekannten Fälle jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Er forderte deshalb eine Dunkelfeldstudie als Grundlage für weitere Maßnahmen im Kampf gegen Hass und Hetze.

Virtuelle Polizeiwache

Die für Kommunalpolitiker neu geschaffene Möglichkeit, online Anzeige bei Hasskriminalität zu erstatten, wollen die Grünen auf alle Bürgerinnen und Bürger ausdehnen durch die Einrichtung einer virtuellen Polizeiwache. „Wer per Tastatur und Mausklick droht und beleidigt, muss auch per Tastatur und Mausklick belangt werden können. Wir brauchen endlich Waffengleichheit zwischen den Betroffenen und den Tätern und Täterinnen“, sagte Schulze. **red**

Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller:

Bayern zeigt internationale Solidarität

Freistaat Bayern entscheidet sich für „Grünen Knopf“

Der Freistaat Bayern und seine Unternehmen sollen künftig nur noch Textilien beschaffen, die nachhaltig hergestellt und mit Siegeln wie dem Grünen Knopf ausgezeichnet sind.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller freut sich über den vom Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossenen Antrag: „Der Freistaat Bayern zeigt in der Corona-Krise internationale Solidarität. Ich freue mich sehr, dass Bayern vorangeht und bei der Textilbeschaffung auf Nachhaltigkeit setzt. Nur so kommt unsere Solidarität auch bei den Menschen an, die sie am dringendsten benötigen – die Näherinnen und die Färber in den Produktionsländern unserer Textilien.



© Ute Grabowsky/photothek.net

Der Grüne Knopf steht für hohe soziale und ökologischeMindeststandards. Er macht Verantwortung sichtbar – für Verbraucher und auch für die Beschaffungsstellen. Ich wünsche mir, dass viele bayerische Kommunen, öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und auch Unternehmen diesem Beispiel folgen.“

Viele Unternehmen, setzen bereits auf den Grünen Knopf. So bietet das traditionsreiche Bamberger Unternehmen Greiff Mode mit dem Grünen Knopf zertifizierte Berufskleidung an. Das größte Universitätsklinikum Norddeutschlands, das Klinikum Schleswig-Holstein in Lübeck, bezieht zertifizierte Bettwäsche. Auch die Hotelkette Dorint hat angekündigt, ihre Textilien auf den Grünen Knopf umzustellen. Der Grüne Knopf ist das staatliche Siegel für nachhaltige Textilien.

46 anspruchsvolle Sozial- und Umweltkriterien müssen eingehalten werden – von A wie Abwassergrenzwerte bis Z wie Zwangsarbeitsverbot. Das Besondere: Neben dem einzelnen T-Shirt oder Textilien wird immer auch das gesamte Unternehmen überprüft. Einzelne Vorzeige-Produkte reichen nicht aus. Das gesamte Unternehmen muss nachhaltig handeln. Seit der Einführung des Siegels 2019 haben bereits 40 Unternehmen die Prüfungen durchlaufen und bieten Produkte mit dem Grünen Knopf an.

Weitere Informationen unter: www.gruener-knopf.de ❐

GZ **KOLUMNE**
Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

35 Mrd. Euro sind im aktuellen Konjunkturpaket direkt oder indirekt für unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke enthalten. Der Bund und insbesondere die Bayerische Staatsregierung haben damit unsere Erwartungen weit übertroffen. Jetzt muss das beschlossene Paket schnell, effektiv und gerecht umgesetzt werden. Dafür hat die KPV sieben Handlungsempfehlungen erarbeitet, die die Umsetzung der Maßnahmen unterstützen und nachhaltig ergänzen sollen.

Wir rechnen in diesem Jahr in Bayern mit deutlich über 2 Milliarden Euro an Gewerbesteuerausfällen durch die Coronakrise. Die fehlenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen führen teilweise zu gewaltigen finanziellen Defiziten. Zugleich erwarten die Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten arbeitsfähige Kommunen.

Die KPV begrüßt den „Kommunalen Solidarpakt 2020“ des Bundes, der die coronabedingten Gewerbesteuerausfälle der Kommunen in Bayern mit 1,1 Mrd. Euro kompensieren soll. Der Freistaats Bayern erhöht diese Summe um weitere 1,3 Mrd. Euro. Damit erhalten die Städte und Gemeinden in Bayern rund 2,4 Mrd. Euro als Ersatz für ihre fehlenden Gewerbesteuereinnahmen. Die KPV setzt sich dafür ein, dass der Solidarpakt zeitnah umgesetzt und möglichst gerecht verteilt wird. Wichtig ist, dass der Gewerbesteuerausgleich umlagefähig ist, so dass Landkreise und Bezirke finanziell mitbeteiligt werden. Wir empfehlen einen 1:1 Gewerbesteuerausgleich für die Kommunen, der sich aber maximal an dem umlagefähigen Nivellierungshebesatz orientiert. Sollten dabei nicht die gesamten 2,4 Mrd. Euro zur Auszahlung kommen, so sollen die restlichen Mittel über die Einkommenssteuerbeteiligung und ggf. über die Schlüsselzuweisungen verteilt werden.

Konjunkturpakete schnell, effektiv und gerecht umsetzen

Weiterhin begrüßt die KPV die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder einen Schulgipfel durchzuführen. Lehrkräfte müssen durch den Staat ausreichend geschult und qualifiziert werden. Neben den Investitionen in eine moderne digitale Ausstattung brauchen die Kommunen dringend Unterstützung bei Pflege und Instandhaltung der Hard- und Software. Für die dafür notwendigen Personalkosten fordern wir dringend eine Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Die KPV setzt sich ebenso für eine zielgerichtete Förderung zum Ausbau und der Verbesserung der digitalen Angebote in den Kommunalverwaltungen ein.

Die Kommunen müssen auch nach der Coronakrise dauerhaft investitionsfähig und damit zukunftsfähig bleiben. Deswegen setzt sich die KPV für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz ein, das bürokratische Hürden abbaut, Vergabeentscheidungen beschleunigt und kommunale Vergaben vereinfacht. Dies könnte unter anderem auch durch eine Aussetzung des EU-Schwellenwerts bei Vergaben oder eine Erhöhung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben umgesetzt werden.

Eine Förderung der ländlichen Räume und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern sind klare Ziele der KPV, der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Die Coronakrise hat gezeigt, dass klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen in der Fläche besonders betroffen sind. Gleichzeitig sind in Krisensituationen regionale Wirtschaftskreisläufe (z.B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen) zur Daseinsvorsorge enorm wichtig. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ für ländliche Versorgungsstrukturen geöffnet wird, um die ländlichen bzw. regionalen Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu fördern.

Auch die regionalen Krankenhäuser und die lokale Gesundheitsversorgung müssen dauerhaft gesichert werden. In der Krise haben die kommunalen Krankenhäuser einmal mehr ihre systemrelevante Bedeutung für das Gesundheitssystem bewiesen. Die KPV fordert, die Finanzierung der Krankenhäuser langfristig sicherzustellen und zukunftsfähig durch Bund und Land zu fördern.

Die hervorragende Trinkwasserqualität und der gute Zustand unserer Gewässer sind ein maßgeblicher Standortfaktor für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Zahlreiche Kommunen sanieren seit Jahren mühevoll ihre Infrastruktur für die regionale Wasserver- und Abwasserentsorgung. Die plötzliche Aussetzung der Förderung trifft die bayerischen Kommunen mitten in der Coronakrise hart und unvorbereitet. Die Kommunen brauchen bei der Erneuerung der kommunalen Wasser- und Abwasserinfrastruktur eine klare Unterstützung des Landes und langfristige Planungssicherheit. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, die Förderung der RZWas, der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, mindestens wie im ursprünglich zugesagten Umfang zu garantieren. Das Leben in ländlichen Regionen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft attraktiv bleiben. Dies kann bei den anstehenden hohen Investitionskosten für den Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur durch eine sichere Förderleistung gewährleistet werden.

Wir begrüßen die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer zur Unterstützung unserer Wirtschaft und Stärkung unserer Konjunktur. Die KPV regt eine veränderte Aufteilung der Umsatzsteuer an, so dass auch den Landkreisen und Bezirken eine direkte Einnahmequelle zugute kommt. Das Umlageverfahren stößt an seine Grenzen und hat zahlreiche Nachteile offenbart. Deshalb sollten die Landkreise und Bezirke eine eigene und direkte Steuereinnahmequelle über die Umsatzsteuer erhalten. So könnten Kreis- und Bezirksumlagesätze gesenkt und Nachteile aus dem zeitlichen Bezug der Steuerkraftberechnung abgewendet werden. Die KPV setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Unterstützung aller kommunalpolitischen Ebenen ein.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird durch die finanziellen Auswirkungen der Coronakrise dauerhaft auf die Probe gestellt. Der Bund, die Bayerische Staatsregierung und die Kommunen arbeiten weiterhin eng und zielorientiert zusammen, um die kommunale Finanzkraft, die Wirtschaft und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land weiterhin zu sichern.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund und unterstützen Sie unsere KPV im Sinne unserer kommunalen Familie.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Positionspapier des Deutschen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
selbstbestimmten Europas und muss durch geeignete Maßnahmen gesichert und weiterentwickelt werden. Es braucht eine konsistente europäische Datenstrategie, die mit der nationalen Datenstrategie der Bundesrepublik eng zu verzahnen ist. Die praktischen Erfahrungen der Städte müssen hier einfließen.

5. Kommunales Engagement zum Klimaschutz durch den EU Green Deal flankieren:

Der EU Green Deal ist ein wichtiger Impuls, um bis 2050 die Klimaneutralität in Europa zu erreichen. Die geplanten Projekte und Maßnahmen sollten das kommunale Engagement im Klimaschutz sowie bei der Verkehrs- und Energiewende unterstützen. Die Städte erwarten, dass der EU Green Deal mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt finanziert wird. Die Finanzierung des EU Green Deals darf nicht zu Lasten der Förderung strukturschwacher Regionen in ganz Europa gehen.

6. Kommunale Investitionen beim Konzept der nachhaltigen Finanzen berücksichtigen:

Die Liquidität der Kommunen ist notwendige Bedingung, wenn es darum geht, auf nationaler und europäischer Ebene die Krise nachhaltig zu bewältigen. Der Deutsche Städtetag begrüßt Pläne für eine europäische oder internationale Mindestbesteuerung. Diese müssen aber auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung weiterhin eine regionale Steuerautonomie zulassen. Zudem muss die verfassungsrechtlich festgeschriebene Gewerbesteuer auch europäisch oder international dauerhaft abgesichert werden. Wir unterstützen den Ansatz, Nachhaltigkeit verstärkt zu einem wichtigen Thema an den Finanzmärkten zu entwickeln. Es geht darum, finanzielle Risiken aus der Corona-Pandemie, aus Klimawandel, Umweltdegeneration und sozialen Spannungen zu bewältigen. Transparenz und Langfristdenken sind zu stärken.

7. Der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit neuem Schwung zum Erfolg verhelfen:

Dreh- und Angelpunkt ist ein solidarischer, verlässlicher und dauerhafter Verteilmechanismus für Asylsuchende. Schnelle Asylentscheidungen und deren effektive Umsetzung sind ein wichtiger Faktor, um die Situation in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen zu entschärfen. Vorprüfungen von Asylanträgen in den Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit könnten dabei zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen. Gestärkt werden muss zudem das Grundprinzip, dass Asylsuchende in nur einem Mitgliedstaat einen Antrag stellen können. Flankierend müssen mehr alternative Schutzwege bspw. über Wiederansiedlungsprogramme geschaffen, Fluchtursachen bekämpft und Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten stabilisiert werden, um irregulärer Migration zu begegnen.

8. Das Gemeinwohl als Leitgedanken in der neuen Leipzig Charta verankern:

Die Leipzig-Charta ist seit 2007 die zentrale Grundlage der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland. Die Fortschreibung der Leipzig-Charta wird erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und Europa haben. Entsprechend wichtig ist die Berücksichtigung der kommunalen Belange bei der Fortschreibung.

9. Impulse für die Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene setzen:

Die Bundesregierung ist im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft aufgefordert, wichtige Impulse in Sachen Gleichstellungspolitik für die EUAgenda der kommenden Jahre zu setzen. Bei der Gleichstellung im Erwerbsleben muss es darum gehen, die Lohnlücke wirksam zu reduzieren. Es müssen europaweite Standards implementiert werden, die gewährleisten, dass die Pflege und Erziehung von Angehörigen sowie Aufgaben der Haushaltsführung gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden. Die Bundesregierung muss sich im Kampf gegen Gewalt an Frauen außerdem dafür einsetzen, dass die in der Istanbul-Konvention niedergelegten Verpflichtungen in ganz Europa zum Schutzstandard werden.

10. Die Erfahrungen der Städte für die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen:

Die deutschen Städte sind aktiv im Bürgerdialog und zuvorderst in der Europaarbeit unterwegs – sei es über Städtepartnerschaften, Bildungs- und Jugendarbeit oder die Durchführung von EU-geförderten Projekten. Der Deutsche Städtetag fordert die Bundesregierung daher dazu auf, die Beteiligung der kommunalen Ebene über ihre Spitzenverbände bei der Zusammensetzung der Konferenz sicherzustellen. **DK**

Planungssicherheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
vollumfänglich und nicht erst nach Verkündung im Bundesgesetzblatt im laufenden Jahr greifen soll. Das sei ein wesentlicher Punkt, da die Umsetzung von der diesbezüglichen Grundgesetzänderung abhängt.

Ebenso sprach sich Sager hinsichtlich der hälftigen Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund für eine belastbare Grundlage aus: „Die Sonder-Steuerschätzung im September sollte einbezogen werden, um die zu erwartenden Steuerausfälle so genau wie möglich beziffern zu können."

Für die Erhöhung des KdU-Bundesanteils muss aus seiner Sicht das Grundgesetz geändert werden, damit Landkreise und kreisfreie Städte diese kommunale Aufgabe auch künftig eigenverantwortlich wahrnehmen können und es nicht zur Bundesauftragsverwaltung kommt. Aktuell greift das Umschlagen in Bundesauftragsverwaltung bei 50 %, die Bundesbeteiligung an den SGB II-Wohnkosten liegt bislang unter diesem Prozentsatz. „Deshalb ist es aus Sicht der Landkreise von fundamentaler Bedeutung, diese Grenze im Grundgesetz auf 75 % heraufzusetzen. Dass dies nun gelingt, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen", so der DLT-Präsident. Damit zeige die Koalition, dass sie verstanden habe und dafür Sorge trage, dass zusätzliche Bundesmittel bei den Landkreisen und kreisfreien Städten ankämen, die kommunale Selbstverwaltung aber nicht beeinträchtigt werde.

Politische Zusagen müssen rechtlich halten

„Wir gehen außerdem davon aus, dass die politischen Zusagen auch rechtlich halten, wonach die Landkreise und kreisfreien Städte die erhöhte Bundesbeteiligung auch vollumfänglich bereits für das laufende Jahr erhalten sollen. Das ist von der Gesetzgebung her allerdings anspruchsvoll. Wir brauchen deshalb schnell Rechtssicherheit, die Planungssicherheit verschafft", betonte Sager. Die Kommunen würden sich auf die getroffenen Verabredungen verlassen.

Mit Blick auf die Umsetzung des Konjunkturpakets in Bezug auf die hälftige Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch den Bund regte er an, die Steuerausfälle auf der Grundlage der Ergebnisse der Sonder-Steuerschätzung im September zu berechnen. Auf diesem Wege würde man ein realitätsnäheres Abbild der für 2020 zu erwartenden Gewerbesteuerausfälle erhalten. **DK**

Schnell und effektiv ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den Freistaat Bayern gefordert. Ebenso setzt sich die KPV dafür ein, den Ausbau und die Verbesserung der digitalen Angebote in den Kommunalverwaltungen zielgerichtet zu fördern.

Zukunftsfähig bleiben

Da Kommunen auch nach der Corona-Krise dauerhaft investitionsfähig und damit zukunftsfähig bleiben müssen, setzt sich die KPV für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz ein, das bürokratische Hürden abbaut, Vergabeentscheidungen beschleunigt und kommunale Vergaben vereinfacht. Dies könnte unter anderem auch durch eine Aussetzung des EU-Schwellenwerts bei Vergaben oder eine Erhöhung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben umgesetzt werden.

Förderung der ländlichen Räume

Klare Ziele der KPV, der CSU und der Staatsregierung sind die Förderung der ländlichen Räume und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Die Corona-Krise habe gezeigt, dass klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen in der Fläche besonders betroffen sind.

Gleichzeitig seien in Krisensituationen regionale Wirtschaftskreisläufe (z.B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen) zur Daseinsvorsorge enorm wichtig. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur" für ländliche Versorgungsstrukturen zu öffnen, um die ländlichen bzw. regionalen Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu fördern.

Ein Kernanliegen ist auch die dauerhafte Sicherung regionaler Krankenhäuser und der lokalen Gesundheitsversorgung. Schließlich hätten die kommunalen Krankenhäuser in der Krise einmal mehr ihre systemrelevante Bedeutung für das Gesundheitssystem bewiesen. Die KPV ruft dazu auf, die Finanzierung der Krankenhäuser langfristig sicherzustellen und zukunftsfähig durch Bund und Land zu fördern.

„Wasserqualität dauerhaft erhalten – RZWas verlängern" lautet eine weitere Forderung. Die hervorragende Wasserqualität sei ein maßgeblicher Standortfaktor für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Zahlreiche Kommunen sanierten seit Jahren mühevoll Ihre Infrastruktur für die regionale Wasserversorgung. Die plötzliche Aussetzung der Förderung treffe die bayerischen Kommunen mitten in der Corona-Krise hart und unvorbereitet. Bei der Erneuerung der kommunalen Wasserinfrastruktur benötigten die Kommunen eine klare Unterstützung des Landes und eine langfristige Planungssicherheit.

Wasserqualität ist ein maßgeblicher Standortfaktor

So setzt sich die KPV dafür ein, die Förderung der RZWas, der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, wie ursprünglich zugesagt bis 2021 zu garantieren. Das Leben in ländlichen Regionen müsse für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft attraktiv bleiben. Dies könne bei den anstehenden hohen Investitionskosten für den Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur durch eine sichere Förderungsleistung gewährleistet werden.

Begrüßt wird darüber hinaus die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer zur Unterstützung der Wirtschaft und Stärkung der Konjunktur. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU regt eine veränderte Aufteilung der Umsatzsteuer an, so dass auch den Landkreisen und Bezirken eine direkte Einnahmequelle zugutekommt.

Das Umlageverfahren stoße an seine Grenzen und habe zahlreiche Nachteile offenbart. Deshalb sollten Landkreise und Bezirke eine eigene und direkte Steuereinnahmequelle über die Umsatzsteuer erhalten. So könnten Kreis- und Bezirksumlagesätze gesenkt und Nachteile aus dem zeitlichen Bezug der Steuerkraftberechnung abgewendet werden. „Die KPV setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Unterstützung aller kommunalpolitischen Ebenen ein", heißt es abschließend. **DK**

Wieviel Sozialstaat ...

(Fortsetzung von Seite 1)
na-Pandemie kämpfen die bayerischen Bezirke laut Löffler durch Gesetzesänderungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie der Hilfe zur Pflege ohnehin mit zunehmenden Kosten, die auch in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen werden. „Da es sich hierbei aber überwiegend um Rechtsansprüche der Leistungsberechtigten handelt, ist nahezu kein Einsparpotenzial vorhanden", betonte der Verbandspräsident.

Die bayerischen Bezirke, die weitestgehend über Umlagen finanziert werden, sind auf solide Verwaltungshaushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Durch die Corona Pandemie müssen die Kommunen jedoch, wie die Ergebnisse der Steuerschätzung Mitte Mai gezeigt haben, mit einem drastischen Einbruch der Steuereinnahmen rechnen. Deshalb begrüßt der Bayerische Bezirketag als Spitzenverband der bayerischen Bezirke das Konjunkturpaket des Bundes sowie die Verdoppelung der Bundeshilfen durch den Freistaat Bayern. Dennoch betonte Franz Löffler eindringlich: „Wir brauchen die finanzielle Unterstützung vom Freistaat und die gerechte Verteilung auf die Kommunen, um die Defizite in den Verwaltungshaushalten so gering wie möglich zu halten und um unsere Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge auch weiterhin zuverlässig erledigen zu können." Auch weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft seien wichtig. „Wir erhoffen uns daher durchschlagende Ergebnisse von den laufenden Gesprächen zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Bayerischen Finanzministerium", appellierte Löffler direkt an den Finanzminister.

Umlagezahler entlasten

Neben der finanziellen Unterstützung für die Gemeinden, Städte und Landkreise durch das Konjunkturpaket ist es aus Sicht des Bayerischen Bezirketags zudem wichtig, dass gerade die Bezirke eine deutlich spürbare Aufstockung der Leistungen aus dem Bayerischen Finanzausgleich erhalten, um so den Anstieg der Umlagesätze zumindest teilweise begrenzen zu können und damit die Umlagezahler unmittelbar zu entlasten.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, der als Festredner gewonnen werden konnte, ergänzte: „Wir haben alle gemeinsam bereits einiges geschafft, auch wenn die Pandemie noch nicht vorbei ist. Dabei haben gerade auch die Bezirke Großes geleistet, beispielsweise im Bereich der Einrichtungen und Dienste in der Eingliederungshilfe."

Sozialpolitik ist immer auch Finanzpolitik

„Sozialpolitik ist immer auch Finanzpolitik. Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Familie durch diese schwierige Krisenzeit kommen: Mit rund 2 Milliarden Euro Landesmitteln verdoppelt der Freistaat die Unterstützungen im Konjunkturpaket des Bundes – dies bedeutet insgesamt rund 4 Milliarden Euro für unsere Kommunen. Damit gibt der Staat auch ein klares Signal an die Bezirke, die über die Bezirksumlagen profitieren werden", stellte Füracker fest.

Bewährung in der Krise

Lobende Worte für die Bayerische Verwaltung fand indes Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann: „Unsere Mitarbeiter leisten auf allen staatlichen und kommunalen Ebenen jeden Tag Außerordentliches. Auch während der Hochzeiten der Corona-Krise hat jeder Einzelne seinen Anteil dazu beigetragen, dass der öffentliche Dienst handlungs- und leistungsfähig bleibt." Damit konnte den Menschen Herrmann zufolge das insbesondere in der Krise so wichtige Gefühl von Sicherheit gegeben werden. „Auch die Struktur unserer Krankenhäuser hat sich in der Corona-Krise einmal mehr bewährt", fügte Herrmann hinzu.

Seiner Ansicht nach wird es weiterhin eine große Aufgabe für alle sein, dem Infektionsschutz auch in den kommenden Monaten Rechnung zu tragen. Auch die bezirklichen Gesundheitsunternehmen mit ihren mehr als 40 Fachkliniken für Psychiatrie und Neurologie hätten in den vergangenen Wochen intensiv daran mitgearbeitet, die Corona-Pandemie zu bewältigen.

Nachdrücklich begrüßte Herrmann den Antrag von CSU und FW im Landtag zur Schaffung kommunalwirtschaftlicher Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie. Die inzwischen vom Bayerischen Landtag verabschiedete Gesetzesänderung sieht vor, für 2020 und 2021 Abweichungen von kommunalwirtschaftlichen Bestimmungen zuzulassen. Damit erhalten die Kommunen größere Spielräume für ihre Nachtragshaushalte und für die Haushaltsplanung.

Die am 1. August in Kraft tretende Gesetzesänderung erleichtert den Kommunen zum Beispiel den Zugang zu Krediten und Kassenkrediten. Die Haushaltsaufstellung kann beschleunigt, Genehmigungspflichten können ausgesetzt werden. Die zur Umsetzung erforderliche Verordnung soll noch in der ersten Augusthälfte ergehen. „Gepaart mit finanziellen Unterstützungen des Freistaats stellen wir sicher, dass die Kommunen trotz akuter finanzieller Herausforderungen kurzfristig handlungsfähig bleiben", erklärte Herrmann. Mittel- und langfristig bleibe es freilich das Ziel, wieder zu soliden Kommunalfinanzen, einem Markenzeichen des Freistaats Bayern, zurückzukehren. Die Gesetzesänderung beruht auf Anregungen des Innenministeriums, die wiederum auf Wünsche der Kommunalen Spitzenverbände zurückgehen. **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

Guter Tag für die Kommunen

Erfolgsprojekt RZWas wird über 2021 hinaus fortgesetzt

Der Freistaat wird Bayerns Kommunen bei der Sanierung von Trink- und Abwasseranlagen auch künftig tatkräftig unterstützen. Um für die Gemeinschaftsaufgabe der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung frühzeitig Planungssicherheit zu bekommen, hat sich Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber für eine Fortführung der sogenannten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – kurz RZWas – eingesetzt. Der Bayerische Landtag hat die Weiterführung des Programms über das Jahr 2021 hinaus für mindestens vier weitere Jahre beschlossen.



Bild: Bild: stmuv

Dazu betonte Glauber in München: „Heute ist ein guter Tag für bayerische Kommunen. Ich freue mich, dass der Bayerische Landtag die Fortsetzung des Erfolgsprojekts beschlossen hat. Jetzt haben wir eine klare Festlegung für die Zukunft. Die RZWas wird auch in Zukunft wichtige Impulse für nachhaltige Investitionen in die kommunale Infrastruktur liefern. Die Sicherstellung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vor Ort hat oberste Priorität – gerade in Zeiten des Klimawandels. Das Umweltministerium ist dabei ein verlässlicher Partner. Mir ist wichtig, dass das jährliche Finanzvolumen der RZWas mindestens im bisherigen Umfang beibehalten wird. Dafür werde ich mich einsetzen."

Im Rahmen der Fortsetzung sind nun die Details der zukünftigen Förderung festzulegen. Dabei sollen Rahmenbedingungen gelten, die die Finanzierung auf langfristige Sicht sicherstellen, indem insbesondere die Bedürftigkeit in den Kommunen in den Vordergrund gerückt sowie das Finanzvolumen einzelner Projekte gedeckelt wird. Gleichzeitig sollen Module eingefügt werden, die baupreisbremsend wirken werden. Angesichts der klaren Zukunftsfestlegung können die Wasserwirtschaftsämter nun die vorliegenden Förderanträge weiterbearbeiten. ❐

Energieminister Hubert Aiwanger:

Volle Kraft voraus für Energieträger der Zukunft

Bayern setzt auf Wasserstoff als Treibstoff der Zukunft. Wie Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger bei der Vorstellung der bayerischen Wasserstoffstrategie betonte, soll „Made in Bavaria" zum Wasserstoff-Gütesiegel werden. „Mit unseren hervorragenden Forschern und den innovativen Tech-Unternehmen werden wir eine Wasserstoffwirtschaft entwickeln, die den Hightech-Standort Bayern stärkt, Arbeitsplätze schafft und nicht zuletzt auch den Transformationsprozess der bayerischen Fahrzeug- und Zulieferindustrie unterstützt."

Wasserstoff (H2) und bayerische Innovationskraft sollen im Verbund Wohlstand sichern und zugleich den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger voranbringen. Angestrebt werde dabei eine Arbeitsteilung zwischen dem Technologieland Bayern und Regionen, die grünen Wasserstoff produzieren. „Wir wollen die weltweit führenden Wasserstofftechnologien entwickeln. Unsere künftigen Partner nutzen dann unsere Innovationen dank nahezu unbegrenzt verfügbarer erneuerbarer Energien wie Sonne und Wind für die Erzeugung, den Transport sowie die Verwendung von grünem Wasserstoff", erläuterte Aiwanger.

Bayerische Wasserstoffstrategie

Grüner Wasserstoff sei der Energieträger der Zukunft. Aiwanger: „Um unsere Klimaziele zu erreichen, brauchen wir die Energie- und Mobilitätswende. Wasserstoff kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil er sich auf viele verschiedene Arten emissionsfrei nutzen lässt. Dadurch trägt H2 dazu bei, Industrie, Verkehr und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen."

Im vergangenen Jahr hat Bayern bereits wichtige Weichen gestellt. Im September 2019 gründete die Staatsregierung das Zentrum Wasserstoff. Bayern (H2.B) und rief das Bayerische Wasserstoffbündnis mit mittlerweile über 30 Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden ins Leben. Aiwanger: „Damit verfügt der Freistaat über ein schlagkräftiges Netzwerk unter Führung der renommierten Professoren Veronika Grimm und Peter Wasserscheid, das stetig wächst und die Wasserstoffwirtschaft vorantreibt."

Gleichzeitig legt Bayern mit einer Reihe von neuen Forschungsprojekten die Basis für Wasserstoffinnovationen, zum Beispiel für leistungsfähigere Brennstoffzellen für schwere Fahrzeuge oder zur Herstellung von Wasserstoff aus Rest- und Abfallstoffen. Aufbauend auf Bayerns Hightech-Stärken gliedert sich die strategische Ausrichtung in drei Säulen:

1. Innovation und Technologieführerschaft wird angestrebt, um weltweite Marktpotentiale zu erschließen und auszubauen. Kern ist eine Forschungsoffensive „H2 Hightech Bayern", mit der die Wasserstoffforschung durch eine Neuausrichtung und Bündelung der bayernweit vorhandenen Kompetenzen gestärkt wird.

2. Industrielle Skalierung und Wirtschaftlichkeit soll beschleunigt werden. Mit Entwicklungs-, Test- und Anwendereinrichtungen werden innovative bayerische Unternehmen und Forschungsorganisationen die industrielle Entwicklung vorantreiben. Bayerns schlagkräftige Zulieferindustrie bietet hierfür beste Voraussetzungen.

3. Ziel ist es, Wasserstoffanwendungen in Verkehr und Industrie sowie den Ausbau der H2-Infrastruktur beschleunigt voranzutreiben. Als Basis sollen in den nächsten Jahren bayernweit 100 H2-Tankstellen errichtet werden. Dafür hat das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Hightech-Agenda ein Förderprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. Gefördert wird die Errichtung öffentlicher und betrieblicher H2-Tankstellen für Brennstoffzellen-Busse und Lkw/Nutzfahrzeuge.

Zur Marktaktivierung wird die Staatsregierung zudem kombiniert Elektrolyseanlagen und Brennstoffzellenfahrzeuge wie Busse und Nutzfahrzeuge/Lkw fördern. Damit sollen vor allem neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche geschaffen werden: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen. Zudem soll 2021 die weltweit erste LOHC-Tankstelle in Erlangen den Betrieb aufnehmen.

Noch in diesem Jahr wird erstmals innovative bayerische Brennstoffzellen-Technologie in einem umgebauten Lkw-Prototypen auf Bayerns Straßen fahren.

Das H2.B in Nürnberg wird auf Basis der Strategie eine „Wasserstoff Roadmap Bayern" für die Zeit bis 2025 erarbeiten. Mit diesem konkreten Fahrplan entwickeln die Experten die Ziele und Maßnahmen der Bayerischen Wasserstoffstrategie durch Monitoring und Begutachtung der Marktentwicklung unterstützend fort.

Aiwanger zufolge setzt die Bayerische Wasserstoffstrategie schlüssig auf der Innovationskraft und der technologischen Stärke des Freistaats auf. „Wir werden alle sinnvollen Hightech-Initiativen bündeln und fördern. Bayern wird damit zu einem weltweit führenden Wasserstoff-Land. Das nützt den Menschen und der Umwelt, weil es Arbeitsplätze schafft und den Ausstieg aus der fossilen Energienutzung beschleunigt. Ich hoffe, dass auch die Bundesregierung zeitnah Entscheidungen trifft, um die Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und darüber hinaus gezielt voranzubringen."

Photovoltaik

„Volle Kraft voraus" heißt es auch für die Sonnenenergie. „Besser in letzter Minute als zu spät", kommentierte Aiwanger die Abschaffung des 52-Gigawatt-Deckels durch den Bundestag. Nach der Sommerpause hätte die Gefahr bestanden, dass die Besitzer von neuen Photovoltaik-Anlagen bis zu einer Größe von 750 Kilowatt Leistung keine Einspeisevergütung mehr erhalten hätten, weil die Marke von 52 Gigawatt erreicht gewesen wäre. „Das hätte einen Einbruch des Photovoltaik-Marktes gerade auch für kleinere Anlagen, wie sie typischerweise in Einfamilienhäusern installiert werden, zur Folge gehabt und wäre ein fatales Signal für die politischen Anstrengungen für die Energiewende gewesen", erklärte der Minister.

In Bayern hat sich die Stromerzeugung aus allen Photovoltaik-Anlagen in den vergangenen zehn Jahren von 2,6 TWh im Jahr 2009 auf über 11,25 TWh vervielfacht. „Und das Potenzial dieser klimafreundlichen Energieerzeugung ist noch lange nicht erschöpft", bemerkt Aiwanger. So verabschiedete die Bayerische Staatsregierung auf seine Initiative hin erst kürzlich die Anhebung der Höchstzahl von Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die auf Ackerflächen errichtet werden dürfen, von 70 auf 200 neue Projekte im Jahr. Auch die Dach-PV wird in Bayern massiv angetrieben. Sehr erfolgreich ist das bayerische PV-Speicherprogramm: Über 15.000 Antragssteller sicherten sich bereits einen staatlichen Zuschuss zu ihrer PV-Anlage samt Speicher.

Batterieforschung

Weiter gestärkt wird zudem Bayerns Kompetenz in der Batterieforschung: In allen vier neuen Kompetenzclustern des nationalen Dachkonzepts „Forschungsfabrik Batterie" ist der Freistaat mit Universitäten und Forschungseinrichtungen vertreten. Es sind die Cluster Intelligente Batteriezellproduktion, Batterienutzungskonzepte und Analytik/Qualitätssicherung sowie Recycling/Grüne Batterie. Den bayerischen Forschungseinrichtungen stehen insgesamt 17 Millionen Euro vom Bundesforschungsministerium (BMBF) zur Verfügung. „Damit würdigt der Bund unsere jahrelange und weltweit renommierte Expertise auf dem Gebiet der Batterieforschung", teilte Aiwanger mit.

Hightech Agenda Bayern

Im Rahmen der Hightech Agenda Bayern investiert der Freistaat an den Standorten Bayreuth, München, Augsburg und Würzburg selbst in ein „Bayerisches Batterienetzwerk". Das Bayerische Batteriezentrum der Universität Bayreuth bündelt interdisziplinäre Forschung und Entwicklung für Batteriespeicher. In München forschen die Technische Universität (TUM) und BMW im Bereich Materialanalytik und Festkörpertechnologie. Das Fraunhofer Institut IGC/iwb forscht in Augsburg an Produktions- und Automatisierungstechnik und das Fraunhofer Institut ISC in Würzburg an neuen Materialien, Herstellungsprozessen und Recycling. **DK**

Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur:

Rahmenbedingungen verbessern!

Elektromobilität ist ein entscheidender Baustein für die klimafreundliche Mobilität der Zukunft. In einem gemeinsamen Schreiben appellieren der Bundesverband der Energie- und Wasserswirtschaft (BDEW), der Verband der Automobilindustrie (VDA) und der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) daher an die Politik, die Rahmenbedingungen für den Ausbau privater Ladeinfrastruktur zu verbessern. Mit einem Anteil von rund 85 Prozent der Ladevorgänge ist die private Ladeinfrastruktur ein zentraler Hebel für den Markthochlauf der Elektromobilität.

In dem Schreiben sprechen sich die Verbände für eine stärkere staatliche Förderung der Installation und Errichtung privater Ladeinfrastruktur aus. Insbesondere in Wohnanlagen sind Impulse nötig, um die erhebliche Erstinvestitionsschwelle abzusenken. Das Konjunkturpaket sieht hierfür Mittel für den Ausbau einer modernen und sicheren Ladeinfrastruktur vor, unter anderem mit einer Förderung von privaten und gewerblichen Ladeeinrichtungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro.

Wichtige Rahmenbedingungen für die Errichtung von Lademöglichkeiten sollten durch die Umsetzung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und des Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetzes geschaffen werden. Die Verbände fordern einen zügigen Abschluss der Verfahren. Bei der Umsetzung solle auf den erforderlichen Hochlauf, Praktikabilität und die Belange aller Marktteilnehmer geachtet und die Auswirkungen auf die Wohnkosten berücksichtigt werden.

Laden am Wohnort

Um organisatorische und prozessuale Schwierigkeiten beim Laden in Mehrfamilienhäusern zu identifizieren und zu lösen, schlagen BDEW, VDA und GdW eine gemeinschaftliche Initiative zum Laden am Wohnort vor, mit der Versorger, Netzbetreiber, Immobilienunternehmen und Automobilhersteller an ausgewählten Standorten den bedarfsbezogenen Aufbau von Ladeinfrastruktur vorantreiben. Ziel ist es, vervielfältigbare Lösungen des privaten Ladens in urbanen Wohnsituationen zur Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität zu entwickeln. ❐



Bayernwerk Netz GmbH:

Praktische Ideen für intelligente Ladesteuerung von Elektroautos

Mit der Zusage einer zusätzlichen Förderung in Höhe von rund sechs Millionen Euro will die Bayernwerk Netz GmbH zusammen mit den Konsortialpartnern aus Automobilindustrie, Energiewirtschaft und Wissenschaft im laufenden Forschungsprojekt „Bidirektionales Lademanagement – BDL" ab sofort die Anwendung sogenannter intelligenter Messsysteme (iMSys) testen. Mit der Erweiterung des vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt getragenen und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Projekts sollen zusätzliche technische Lösungen praktisch erprobt werden, um Elektromobilität, Ladeinfrastruktur und Stromnetzstabilität wirtschaftlich und kundenfreundlich aufeinander abzustimmen. Ein Ziel des kombinierten Einsatzes moderner Smart Meter und rückspeisefähiger Elektroautos unter Realbedingungen im Alltag ist eine möglichst umfassende Nutzung von regenerativ erzeugter Energie.

„Durch die Projekterweiterung mit den intelligenten Messsystemen können wir im BDL-Forschungsprojekt zwei vollständig voneinander getrennte Datenerfassungs- und Kontrollstrukturen aufbauen. Auf diese Weise können wir die beiden Konzepte bestmöglich miteinander vergleichen und zukünftig Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des iMSys geben", erklärt Wolfgang Duschl, Projektleiter bei der Bayernwerk Netz GmbH. Intelligente Messsysteme bestehen aus einem neuen digitalen Stromzähler und einem Kommunikationsmodul, dem Smart Meter Gateway. Sie erfassen viertelstündlich den Energieverbrauch der Kunden und übermitteln diesen sicher und verschlüsselt.

Praxisrelevanz bestimmen

Im eigenen Netzgebiet wird das Bayernwerk bis 2032 sukzessive bei mehr als 600.000 Kunden ein intelligentes Messsystem einbauen. „Die umfassende Projektarchitektur mit Datenerfassung, Weiterleitung, Datenverarbeitung, Entscheidungsfindung und Steuerung erlaubt es uns, den Einsatz rückspeisefähiger Elektrofahrzeuge sehr realitätsnah abzubilden. Dabei soll vor allem die Praxisrelevanz unterschiedlichster Anwendungsfälle bestimmt, abgestimmte Tarifanwendungsfälle weiterentwickelt und deren technische Machbarkeit sowie die dafür notwendigen regulatorischen Änderungen aufgezeigt werden. Dies erlaubt es uns, die Interoperabilität des iMSys zielgerichtet voranzutreiben, stets unter Einbeziehung der Mobilitätsbedürfnisse der Kunden", sagt Wolfgang Duschl.

Die FfE leistet durch die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzungen und Pilotierungen einen wichtigen Beitrag zu Integration der Elektromobilität in das Energiesystem. „Wir setzen hier auf den Erfahrungen aus dem SINTEG-Projekt C/sells auf, wo wir mit dem Altdorfer Flexmarkt (ALF) gemeinsam mit Bayernwerk dezentrale Flexibilität zur Behebung von Netzengpässen über iMSys erschlossen haben und übertragen diese nun auf die Elektromobilität. Der Fokus in BDL liegt auf einer standardisierten Erschließung der Flexibilität der Elektrofahrzeuge zur Ermöglichung unterschiedlicher Anwendungsfälle", sagt Mathias Müller, Projektleiter an der FfE.

Entwicklung einer Wallbox

Der Projektpartner KOSTAL Industrie Elektrik GmbH entwickelt eine DC Wallbox, mit der das rückspeisefähige Elektrofahrzeug bidirektional an das Stromversorgungsnetz angeschlossen werden kann. Neben einer lokalen Steuerung des Energieflusses ermöglicht eine EEBUS-Kommunikation zwischen der Wallbox und dem Smart Meter eine aktive Nutzung der Fahrzeug-Batterie für die Stabilisierung des Netzbetriebs und für den Energiemarkt. Die Kommunikation zum Elektrofahrzeug wickelt die Wallbox über den bidirektionalen Ladekommunikationsstandard ISO15118-20 ab. Ein übergeordnetes Backendsystem erreicht die Wallbox mit dem Protokoll OCPP 2.0.1. Die Erarbeitung der technischen Lösungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Gremien für Normung und Standardisierung. „Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung der Standards für Sicherheit, Netzintegration und Kommunikation ein. Technische Lösungen und weiterentwickelte Standards sind dabei grundsätzlich für eine Übertragung in ähnliche Anwendungen wie zum Beispiel PV-Systeme mit stationärem Speicher geeignet", erläutert Dr. Armin von Preetzmann, Projektleiter bei KOSTAL Industrie Elektrik GmbH.

Aus der Praxisrelevanz des Projekts heraus werden aktiv praxisnahe Inputs sowohl in die Normung als auch in den aktuellen Roadmap Prozess des BMWi/BSI erfolgen; insbesondere werden in dem Projekt Einsatz und Weiterentwicklung des EEBUS als Standard zwischen Smart Meter Gateway, Energiemanagement und den Geräten in der Kundenanlage erfolgen. „Nur mit solchen interoperablen und standardisierten Ansätzen kann es zu einem flächendeckenden Rollout der Elektromobilität kommen", sagt Peter Kellendonk, Vorstand Initiative EEBUS e.V.

E-Autos als mobile Energiespeicher

Die Fähigkeit zum bidirektionalen Laden ermöglicht es Elektrofahrzeugen, beim Anschluss an eine dafür ausgelegte Ladestation oder Wallbox nicht nur elektrische Energie für die Hochvoltbatterie aufzunehmen, sondern auch in umgekehrter Richtung in das Stromnetz zurückzuspeisen. Die Batterien der E-Fahrzeuge werden so zu mobilen Energiespeichern, die bei Bedarf auch Strom abgeben können.

Rückspeisefähige E-Fahrzeuge können netzdienlich eingesetzt werden, indem sie die Aufnahme von Energie aus erneuerbaren Quellen ins öffentliche Stromnetz optimieren und es gleichzeitig stabil halten. Dafür ist neben entsprechenden nutzerfreundlichen technologischen Lösungen ein intelligentes Zusammenspiel von Fahrzeugen, Ladeinfrastruktur und Stromnetzen notwendig. ❒



V.l.: Stefan Rößle, Landrat Donau-Ries, Herbert Schein, Vorstandvorsitzender Varta AG, Peter Altmaier, Deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Roland Weigert, Bayerischer Wirtschaftsstaatssekretär, Ulrich Lange, MdB, Dr. Michael Tojner, Aufsichtsratsvorsitzender Varta AG. Bild: Steffen Höhn

„Eine große Chance für unsere Region"

VARTA Konzern erhält IPCEI-Fördergelder für die Weiterentwicklung seiner innovativen Lithium-Ionen Technologie – Größere Batterieformate im Fokus

Die VARTA AG, weltweiter Markt- und Innovationsführer bei kleinen Lithium-Ionen Batterien, treibt die Weiterentwicklung ihrer Technologie mithilfe von IPCEI Fördergeldern voran („Important Project of Common European Interest"; einem wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse): Neben der Entwicklung der neuesten Generation kleinformatiger Lithium-Ionen Zellen mit noch höheren Energiedichten soll der Schwerpunkt des Förderprogramms auf der Übertragung der innovativen VARTA Technologie auf größere Formate liegen. Diese Batteriezellen könnten in Zukunft in VARTA Energiespeichern, Robotern aber auch in Bereichen der Mobilität eingesetzt werden.

Auf einer Pilotlinie sollen diese neuen Batterieformate optimiert und in eine Massenproduktion überführt werden. Zudem investiert VARTA weiterhin in Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für Batteriezellen in Sonderformaten, die zunehmend beispielsweise für IOT-Anwendungen nachgefragt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und die Länder Bayern und Baden-Württemberg unterstützen die Batterieindustrie in Deutschland und Europa im Rahmen eines IPCEI. Für das Vorhaben stellen Bund und Länder der VARTA AG Fördermittel von bis zu 300 Mio. Euro bis Ende 2024 zur Verfügung. Davon sind 101,5 Mio. Euro für den Firmensitz in Nördlingen vorgesehen.

Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Wohlstand sichern

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier dazu: „Ich freue mich, dass ich Varta AG als erstes Unternehmen in Deutschland einen Bescheid über die Förderung der Batteriezellfertigung aushändigen kann. Der Aufbau einer innovativen und nachhaltigen Batteriezellproduktion in Deutschland hat für uns hohe Priorität. Sie ist erforderlich, um im Zuge der Energie- und Verkehrswende wettbewerbsfähig zu bleiben, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu sichern. Heute machen wir einen großen Schritt zu einer eigenen Großserie bei Batteriezellen für automobile und industrielle Anwendungen." Stefan Rößle, Landrat Donau-Ries, sprach von einer einer „großen Chance für unsere Region".

Hochprofitable Massenfertigung

Herbert Schein, Vorstandsvorsitzender der VARTA AG, sagt: „Wir haben unsere Lithium-Ionen Technologie in Deutschland in eine hochprofitable Massenfertigung überführt. Mit dem IPCEI werden wir die Lithium-Ionen Technologie bei VARTA weiter ausbauen und die Entwicklung der neuesten Generationen nochmals beschleunigen und neue Produkte auf den Markt bringen. Ich freue mich, dass die Politik dieses Projekt unterstützt und damit die Batterieindustrie stärkt."

Rund 1.000 neue Stellen in Ellwangen und Nördlingen

Der VARTA Konzern investiert weiterhin in den Ausbau seiner Lithium-Ionen Massenproduktion und wird µµbis Ende nächsten Jahres rund 1.000 neue Stellen in Ellwangen und Nördlingen schaffen. Damit stärµkt VARTA die Batterieindustrie insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern und unterstreicht seine Bedeutung als Arbeitgeber in der Region. ❒

Klimaschonend heizen mit Grundwasser? Machen Sie den Check!

Erdwärme-Nutzung ist gut fürs Klima und rechnet sich. Mit dem neuen „Standortcheck Oberflächennahe Geothermie" im Energie-Atlas Bayern kann jetzt eine Erstprüfung für die Nutzung von Grundwasserwärmepumpen an einem beliebigen Standort in Bayern vorgenommen werden. Bisher war dies nur für Erdwärmesonden und -kollektoren möglich.

Erdwärme gehört zu den Energiequellen, deren Einsatz den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduzieren kann. Wer einen Neubau oder Heizungstausch plant, sollte deshalb auch die Nutzung oberflächennaher Geothermie (d.h. Erdwärme aus bis zu 400 Metern Tiefe) in Erwägung ziehen. Diese kann mittels verschiedener Techniken genutzt werden, z. B. Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren oder Grundwasserwärmepumpen.

Das Ergebnis ist ein übersichtliches PDF-Dokument mit einer unverbindlichen Erstbewertung, Zudem finden sich hier zahlreiche relevante geologische, wasserrechtliche und hydrogeologische Informationen und Tipps zum weiteren Vorgehen. ❒

Bundesverband Geothermie:

Geplante Bohrungen im Landkreis Traunstein

Wie der Bundesverband Geothermie berichtet, hat der Pallinger Gemeinderat „eine Stellungnahme der Gemeinde als Träger öffentlicher Belange" zur geplanten Geothermieanlage bei Allerding (Landkreis Traunstein) einstimmig beschlossen. Rund 14 Megawatt elektrischer Leistung oder 100 Megawatt thermischer Leistung soll das nördlich von Palling geplante Heizkraftwerk nach Fertigstellung erzeugen können. Das ist der Strombedarf von 30.000 Haushalten und der Wärmebedarf von 10.000 Haushalten bzw. aller denkbaren Kombinationen aus beiden Energieformen.

Laut Gregor Gruber, Geschäftsführer der Projektgesellschaft Erdwärme Chiemgau, ist der besondere Vorteil einer kombinierten Wärme- und Stromerzeugung, dass bei geringem Wärmebedarf im Sommer die Stromerzeugung erhöht werden könne und so die wertvolle Energie aus dem Erdinnern nicht ungenutzt bleibe. Im Gegensatz zu allen anderen regenerativen Energieträgern sei die Geothermie grundlastfähig, d.h. sie stehe jeden Tag und rund um die Uhr in gleicher Intensität zur Verfügung, erklärte Gruber.

Im August soll mit dem Bohrplatzbau bei Allerding begonnen werden, im Oktober ist der Start von voraussichtlich vier Bohrungen geplant, im 2. Quartal 2021 der Beginn des Anlagenbaus und im 1. Quartal 2022 die Inbetriebnahme der Anlage. Gruber zufolge werden entsprechend der sehr strengen Vorgaben der zuständigen Behörden sowohl für den Grundwasserschutz als auch für die Überwachung etwaiger seismischer Ereignisse umfangreiche Vorkehrungen getroffen.

Bürgermeister Franz Ostermeier erwähnte die steuerlichen Auswirkungen des Projekts für die Gemeinde, die während der Betriebsphase derzeit im hohen sechsstelligen Bereich geschätzt werden, sofern die erhofften Kapazitäten erreicht werden können. Hinzu kämen positive Effekte für die regionale Wirtschaft in der Bauphase.

Breiten Raum nahm die Frage nach einer möglichen Versorgung Pallings und weiterer Gemeinden durch geothermische Fernwärme ein. Projektträger Gruber versicherte, dass auf eigene Kosten eine Wärmeleitung bis ins Ortsgebiet Palling gebaut würde, sofern die Gemeinde es wünsche. Die weitere Verteilung der Wärme könne durch die Gemeinde erfolgen. Laut einer vom Projektträger beauftragten Studie einer Planungsgesellschaft für Fernwärmetrassen ist auch eine Anbindung der Stadt Trostberg mit ihrem hohen Wärmebedarf technisch möglich; diese ist auch vom Projektträger gewünscht.

Bürger- und umweltverträgliches Projekt

Entscheidend für alle diese Überlegungen sei jedoch das Vorliegen der Leistungsdaten der ersten Bohrung, erst dann könne mit Kommunen und etwaigen privaten Abnehmern über eine konkrete Ausgestaltung gesprochen werden, hob Gruber hervor. Er verwies darauf, dass das Geothermieprojekt „sowohl im Interesse der Gemeinde als auch in unserem Interesse bürger- und umweltverträglich durchgeführt wird".

Wie der Bundesverband Geothermie weiter mitteilt, ermöglicht hierzulande ein neues Verfahren Lithiumabbau mit Geothermie. In tiefen Gesteinslagen unter dem Oberrheingraben liegt ein mineralischer Schatz verborgen: Gelöst in salzigen Thermalwasserreservoiren befinden sich beträchtliche Mengen des Elements Lithium. „Nach unseren Kenntnissen können es bis zu 200 Milligramm pro Liter sein", weiß der Geowissenschaftler Dr. Jens Grimmer vom Institut für Angewandte Geowissenschaften (AGW) des KIT: „Wenn wir dieses Potenzial konsequent nutzen, dann könnten wir in Deutschland einen erheblichen Teil unseres Bedarfs decken."

Aktuell ist Deutschland ein Nettoimporteur des begehrten Rohstoffs, der vor allem für die Produktion von Batteriezellen für Elektrofahrzeuge benötigt wird und somit für das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung von großer Bedeutung ist. Importiert wird aus den typischen Förderländern Chile, Argentinien und Australien, die mehr als 80 Prozent der weltweiten Produktion auf sich vereinen.

Was eine Nutzung der heimischen Reserven bislang verhinderte, war das Fehlen eines geeigneten Verfahrens, um diese Ressource kostengünstig, umweltschonend und nachhaltig zu erschließen. Gemeinsam mit seiner Forscherkollegin Dr. Florencia Saravia von der Forschungsstelle des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) am Engler-Bunte-Institut (EBI) des KIT hat Grimmer ein solches Verfahren entwickelt und dieses wurde nun vom KIT zum Patent angemeldet. „Dabei werden in einem ersten Schritt die Lithiumionen aus dem Thermalwasser herausgefiltert und in einem zweiten Schritt weiter konzentriert, bis Lithium als Salz ausgefällt werden kann", stellte Grimmer fest.

Gemeinsam mit Partnern aus der Industrie sind die beiden Wissenschaftler nun dabei, eine Testanlage zur Lithium-Gewinnung zu entwickeln. Wenn die Versuche erfolgreich sind, ist der Bau einer Großanlage geplant. Möglich wäre dann eine Produktion von mehreren hundert Tonnen Lithiumhydroxid pro Jahr pro Geothermie-Anlage. **DK**

Verbleibendes CO2-Budget soll oberste Messlatte sein

Bayerische Wasserkraftverbände VWB und LVBW unterstützen Stellungnahme der LEE Bayern zum Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes

Nur noch 0,67 Milliarden Tonnen CO2-Ausstoß: So viel stehen dem Bundesland Bayern ab 2020 zur Verfügung, wenn die Erderwärmung auf maximal 1,5 °C begrenzt werden soll. Diese Zahl basiert auf dem im Mai 2020 veröffentlichten Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung. In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetz appelliert die Landesvertretung Bayern des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (LEE Bayern) an die Staatsregierung, dieses CO2-Budget als Messlatte für die Klimaschutzmaßnahmen im Freistaat zu nehmen und darauf basierend verbindliche und konkrete Maßnahmen und Vorgaben im Klimaschutzgesetz zu definieren.

Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG unterstützen die Stellungnahme, die zur Diskussion des Entwurfs des Klimaschutzgesetzes in den Ausschüssen in der zweiten Juni-Hälfte eingereicht wurde. Die Wasserkraft-Verbände hatten bereits in ihrer Stellungnahme von Januar die Notwendigkeit von mehr Verbindlichkeit im Klimaschutzgesetz sowie Priorisierung der CO2-Reduktion und Erzeugung von regenerativer Energie betont.

Hürden beseitigen

Die Landesverbände der regenerativen Sparten Wasserkraft, Solar-, Bio- und Windenergie sowie Geothermie, die in der LEE Bayern organisiert sind, fordern ein klares Bekenntnis zum 1,5 Grad Klimaschutz-Ziel, verbindliche Steuerungsmaßnahmen und eine transparente Überprüfung der Umsetzung. Die bisher vorgelegten Maßnahmen und Ziele seien nicht ausreichend für signifikanten Klimaschutz, so die LEE Bayern. Zudem sei die Entbürokratisierung und Erleichterung von Genehmigungsverfahren nötig. Hürden beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie der Rückbau von Wehren an Wasserkraftstandorten sowie die 10-H-Regelung für Windenergieanlagen müssten beseitigt werden.

Zudem soll der Staat eine größere Vorbildfunktion übernehmen, Kommunen bei der Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen finanziell unterstützen und Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe kommunizieren. Der Freistaat Bayern solle seine Vorbildfunktion auch dahingehend ausüben, dass staatliche Grundstücke, vor allem Wald- und Gewässergrundstücke, nicht nur der Zielerreichung einer klimaneutralen Verwaltung zur Verfügung stehen, sondern diese vorrangig zur Produktion von erneuerbarer Energie genutzt werden können.

Mit Bezug auf die Wasserkraft im Freistaat haben die Wasserkraftverbände VWB und LVBW in ihrer Stellungnahme von Januar zudem gefordert, dass die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), an denen derzeit gearbeitet wird, zügig mit den Klimazielen der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung abgestimmt werden. Außerdem sollten Machbarkeitsstudien und ökologische Gutachten förderfähig sein. Weiterhin fehle in dem Maßnahmenpaket der bayerischen Staatsregierung das im April 2012 angekündigte Förderprogramm für ökologische Verbesserungen an Wasserkraftanlagen.

Die Wasserkraft ist die älteste Erneuerbare Energien-Art in Bayern. Sie ist grund-, mittel- und spitzenlastfähig sowie speicherfähig. Sie liefert konstant und zuverlässig CO2-frei Strom und trägt zur Stabilität und Flexibilität der regionalen Netze bei. Rund 4.000 Wasserkraftwerke sind in Bayern in Betrieb. In den vergangenen Jahren trugen die Anlagen durchschnittlich zwischen 13 und 15 Prozent zur Bruttostromerzeugung im Freistaat bei. ❐

Rednitzhembach baut LED-Straßenbeleuchtung weiter aus

Rednitzhembach setzt beim Ausbau der Straßenbeleuchtung neue Maßstäbe: Die Stadt hat die N-ERGIE Aktiengesellschaft damit beauftragt, im Bereich „Zwischen den Brücken“ und im „Schaftnacher Weg“ 70 Lampen auf Leuchtdioden, sogenannte LED, umzustellen. Gleichzeitig führt der Energieversorger im gesamten Gemeindegebiet Wartungs- und Reinigungsarbeiten der Lampen durch.

Die eingesetzte LED-Technik verbessert auch die Verkehrssicherheit: Durch eine Lichtbündelung wird das Licht gezielt auf die Straßen und Wege gelenkt. So reduziert sich das Streulicht, was die Anwohner entlastet, weil die Leuchte weniger Licht auf der Rückseite erzeugt. Zudem kommt warm-weißes Licht zum Einsatz, das besonders insektenfreundlich ist.

Gewinn für die Umwelt

Rednitzhembach hat bereits 2005 in einem ersten Schritt hin zur umweltfreundlichen Straßenbeleuchtung alle Leuchten auf Gelblicht umgestellt. 2016 folgte dann der Umstieg auf LED Retrofit Leuchtmittel. Inzwischen erhellen bereits rund 1.000 Laternen mit LED-Leuchtmitteln die Gemeinde. „Für die Gemeinde Rednitzhembach ist die Umstellung nicht nur optisch ein Gewinn: Pro Jahr und Leuchte spart die Stadt durchschnittlich rund 273 Kilowattstunden (kWh). Das sind insgesamt 273.000 kWh und rund 68.000 Euro pro Jahr“, rechnet Rainer Gründel, Betreuer für N-ERGIE Kommunale Kunden, vor. „Gleichzeitig ist die Umstellung ein Gewinn für den Klimaschutz: Die bedeutet eine CO2-Einsparung in Höhe von rund 112 Tonnen pro Jahr.“

Langjährige Partnerschaft

Für rund 250 Kommunen ist die N-ERGIE Ansprechpartner, wenn es um die Straßenbeleuchtung geht. Als regionaler Stromversorger wartet sie insgesamt 89.000 Leuchten und ist für ein Straßenbeleuchtungsnetz von ca. 4.100 km Länge verantwortlich. ❐



V.l.: Uwe Sommer (schwaben netz), Helmut Kaumeier (erdgas schwaben) und Bürgermeisterin Manuela Heckl. Bild: CH

Gasleitungs- und Glasfaserausbau in Rohrenfels:

Aus Wunsch wird Wirklichkeit

Nur ca. 200 Meter trennen Rohrenfels noch von der Gasautobahn Langenmoosen – Donauwörth. Ein direkter Anschluss war bis vor kurzem technisch nicht so ohne weiteres möglich. Nachdem die Leitung aber ertüchtigt wurde, konnte der langehegte Traum des früheren Bürgermeisters Wigbert Kramer endlich Wirklichkeit werden. Rohrenfels und Wagenhofen werden von erdgas schwaben an das Gasnetz angeschlossen. Gleichzeitig werden Leerrohre für den Glasfaserausbau verlegt.

Manuela Heckl, Kramers Nachfolgerin im Bürgermeisteramt, freut sich, diesen Spatenstich ausführen zu dürfen, denn dies ist ein „gutes und großes Projekt für die Gemeinde“. Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkundenmanagement bei erdgas schwaben, betont, dass sich die „Bürgerinnen und Bürger bewusst für Gas als Energieträger der Zukunft entschieden“. Denn das Gasnetz kann theoretisch Wasserstoff aufnehmen. Wenn der Ausbau abgeschlossen ist, sparen sich die Rohrenfelser ein Drittel der Heizkosten und sie senken den eigenen CO2-Ausstoß um die Hälfte.

Gas ist „Blackout-sicher“

„Der Vorteil von Gas gegenüber anderen Energieträgern ist“, so Kaumeier, „dass durch die vorhandenen Leitungen keine Lagerhaltung notwendig ist“. Gas sei zudem `Blackout-sicher´, da man mittels Brennstoffzelle auch Strom erzeugen könne. Dieses Argument werde zum Tragen kommen, wenn die Energieversorgung durch den Wegfall der Atomkraftwerke und aufgrund der dezentralen Erzeugung instabiler werden wird.

Netze werden „Wasserstoff-ready“ gemacht

Uwe Sommer, Prokurist bei schwaben netz, einer 100-prozentigen erdgas schwaben-Tochter, berichtet, dass die Netze schon jetzt „Wasserstoff-ready“ gemacht werden, d.h. die Beimischung von Wasserstoff ins Gasnetz wird erprobt: „In Bayerisch Schwaben sind 6.500 Kilometer Netz vorhanden. Das begünstigt die Ablösung von fossilem Erdgas durch das ‚grüne Gas‘ Wasserstoff.“

Für die Rohrenfelser war dieser Ausblick in die Zukunft ein wichtiges Argument, einen eigenen Gasanschluss zu beantragen. Im Oktober 2019 wurde die erste Infoveranstaltung durchgeführt. Seither haben 65 % der Bürger, das sind 240 Haushalte, einen Vertrag unterzeichnet. Weitere Interessenten haben sich gemeldet.

Kaumeier betont, dass es die Hartnäckigkeit des früheren Bürgermeisters war, der „uns dorthin bewegt hat, wo wir jetzt sind“ und der nach einem ersten ernüchternden Telefonat vor drei Jahren nicht aufgegeben hat. Die Neuansiedlung der Firma Spantec, einem Spezialisten für Ankertechnik von Spundwänden, sorgte dann auch für einen neuen Großabnehmer und läutete den nächsten logischen Schritt ein und zwar mit den Gasleitungen Leerrohre für den Breitbandausbau zu verlegen.

Lob für kommunale Weitsicht

Anton Gleich, Leiter Breitbandausbau bei erdgas schwaben, lobt die Weitsicht der Gemeinde. „Wer sich heute noch nicht mit einem Bau eines Glasfasernetzes beschäftigt, dem droht ein böses Erwachen.“ Corona hat gezeigt wie wichtig eine stabile und gute Breitbandanbindung sei, so Gleich. In Rohrenfels werden die notwendigen Tiefbauarbeiten von FEMO ausgeführt. Die Firma ist ein langjähriger und bewährter Partner von erdgas schwaben.

In zwei Jahren, nach acht Kilometern und mit vier Mio. Euro soll alles fertig sein. **CH**

DIVE Turbinen GmbH & Co. KG:

Neues Kraftwerk mit Horizontalrechen in Betrieb

Kurz vor dem internationalen Lockdown ist in Frankreich wieder ein neues DIVE-Kraftwerk in Betrieb gegangen. Das Kraftwerk Touille am Fluss Salat verfügt über eine Leistung von 600 kW bei sieben Metern Fallhöhe. Der Laufraddurchmesser der DIVE-Turbine beträgt 1.450 Millimeter.

Um das Kraftwerk fischdurchgängig zu gestalten, wurde auch ein neuer Horizontalrechen eingebaut. Dieser wurde ebenfalls von der DIVE Turbinen GmbH & Co. KG konstruiert.

Die DIVE Turbinen GmbH & Co. KG ist ein Turbinenhersteller mit Sitz in Amorbach in Unterfranken. Die in Betrieb genommene Turbine in Touille ist bereits die 41. DIVE-Turbine am Netz. Seit 2006 kommen DIVE-Turbinen weltweit zum Einsatz. Die Besonderheit der DIVE-Turbine ist, dass sie fischfreundlich ist und daher die Durchgängigkeit der Fließgewässer gewährleisten kann. Dies ist wichtig, um den ökologischen Zustand der Gewässer aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Beim Einsatz einer DIVE-Turbine besteht keine Gefahr für durchschwimmende Fische und andere Lebewesen wie beispielsweise Mikroorganismen.

Fischfreundliche Turbine

Die DIVE-Turbine ist eine doppelt geregelte Turbine mit variabler Drehzahl und wird inklusive der gesamten Kraftwerkssteuerung geliefert. Die Regelung über die Drehzahl erfordert es, den Strom mit Umrichtern aufzubereiten. Durch die Umrichtertechnik ist es möglich, neben der Stromgewinnung auch Netzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Bei der Umstellung der Stromversorgung auf Erneuerbare Energien rücken diese Netzdienstleistungen zum Ausgleich von Netzschwankungen immer weiter in den Fokus, da sie für die Stabilität des Stromnetzes ausschlaggebend sind.

Die DIVE-Turbine im Kraftwerk Touille ist bereits die 13. DIVE-Turbine in Frankreich. Weitere Turbinen für die Region befinden sich in der Fertigung. ❐



Bundestag verabschiedet Gebäudeenergiegesetz

Der Bundestag hat das Gebäudeenergiegesetz (GEG) inklusive der Regelungen zu Windenergieabständen sowie zur Aufhebung des PV-Ausbaudeckels beschlossen. Wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier betonte, „geht es bei der Energiewende weiter voran". Die Entscheidungen des Bundestages leisteten hierfür einen wichtigen Beitrag. Das GEG wird im Herbst in Kraft treten.

Konkret gilt für Neubauten künftig ein einheitliches Anforderungssystem, in dem Energieeffizienz und Erneuerbare Energien integriert sind. Zudem ist Strom aus erneuerbaren Energien künftig als anteilige Nutzung erneuerbarer Energien anrechenbar. Auch ist ein Mindestdeckungsanteil von 15 Prozent des Wärme- und Kältebedarfs erforderlich.

Ab 2026 wird ein Verbot von Neuinstallationen von Öl- und Kohlekesseln eingeführt. Ferner wird die Ausstellungsberechtigung für Energieausweise für Neubauten und Bestandsgebäude sowie für Wohn- und Nichtwohngebäude vereinheitlicht. Demnach dürfen Absolventen einer gewerblichen Ausbildung im Baubereich (Techniker/Handwerksmeister) künftig Energieausweise für Nichtwohngebäude ausstellen. Darüber hinaus müssen beim Verkauf oder bei umfangreichen Änderungen an bestehenden Ein- und Zweifamilienhäusern obligatorische Energieberatungen durchgeführt werden.

„Was lange währt, wird endlich gut", kommentierte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing den Beschluss. Denn damit neige sich nicht nur das über mehrere Jahre dauernde Gesetzgebungsverfahren zur Gebäudeenergie einem positiven Ende zu, sondern es würden endlich auch lange strittige Fragen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien gelöst.

Gerade für die zuletzt in den Gesetzentwurf aufgenommene Aufhebung des 52-GW-PV-Deckels sei es allerhöchste Eisenbahn. Mit dem Bundestagsbeschluss werde nun auch die Debatte um bundesweite pauschale Abstandsregelungen für die Windenergie beendet. Damit würden zwei Bremsklötze für den EE-Ausbau entfernt, die in der Vergangenheit für erhebliche Verunsicherung in der Branche gesorgt haben. Jetzt komme es zum einen darauf an, dass die Länder mit der Regelung verantwortungsvoll umgehen und dass wir den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig voranbringen.

VKU: Neue Potenziale bei der lokalen Umsetzung der Energiewende

Das Gebäudeenergiegesetz selbst enthält Regelungen, die kommunalen Unternehmen neue Möglichkeiten bei der Wärmewende einräumen. So wird etwa im Gesetz erstmalig die Grundlage geschaffen, um Anforderungen an eine effiziente und nachhaltige Wärmeversorgung von Gebäuden in Form von Quartierslösungen zu erfüllen. Damit wird Liebing zufolge der Blick vom Einzelgebäude auf das Quartier gerichtet. Durch diesen ganzheitlichen Ansatz können neue Potenziale bei der lokalen Umsetzung der Energiewende gehoben werden. Gut sei auch, dass der Gesetzentwurf eine vernünftige Regelung zu den sogenannten Primärenergiefaktoren enthält. Frühere Entwürfe sahen eine Vorschrift vor, die für den aktuell erforderlichen Ausbau der Wärmenetze äußerst problematisch gewesen wäre. „Hiervon ist die Politik richtigerweise abgerückt", meinte Liebing.

Aus VKU-Sicht ist auch die Einführung einer anlassbezogenen, verpflichtenden Energieberatung ein richtiger Ansatz. Nur wer über den energetischen Zustand seines Hauses Bescheid weiß, könne eine sachgerechte Entscheidung über die unterschiedlichen Sanierungsansätze treffen. Ob der Ansatz, dass eine Energieberatung nur dann obligatorisch ist, wenn auch vor Ort ein kostenfreies Angebot dafür vorhanden ist, der Sache dient, bleibe abzuwarten. Aus Sicht des VKU muss zeitnah evaluiert werden, inwieweit die Regelung ausreichend Anreize bietet, die ambitionierten Dekarbonierungsziele der Bundesregierung im Gebäudebereich voranzubringen."

„Es ist gut, dass das GEG nun endlich verabschiedet wurde. Im Zusammenspiel mit BEHG und der Neuordnung der Förderlandschaft setzt es die zukünftigen Leitplanken für den Wärmemarkt und ist eine wichtige Grundlage für das Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudesektor", stellte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, fest.

Besonders erfreulich sei, dass mit dem nun möglichen Einsatz von Biomethan in Brennwertkesseln die Anrechenbarkeit erneuerbarer Gase im Gebäudebereich verbessert wurde. Auch im Hinblick auf Wärme aus KWK-Anlagen beinhalte das Gesetz praxisgerechte Regelungen.

Eine Chance sei jedoch vertan worden, indem der Einsatz von grünem Wasserstoff im Rahmen der Innovationsklausel nur verhalten berücksichtigt wurde. Der BDEW hatte hierfür eine umfangreichere Erweiterung der Innovationsklausel vorgeschlagen, die erste Bewertungsgrundlagen für Wasserstoff auf Basis Erneuerbarer Energien im Wärmemarkt vorsah. Anstatt der Umsetzung dieses innovativen Modellansatzes wird das Vorhaben vorerst verschoben.

Erfreulich sei, dass gemeinsam mit dem GEG laut Andreae auch die Aufhebung des Förderdeckels für die Photovoltaik gesetzlich festgeschrieben wurde. Diese sei schon lange überfällig gewesen. Für eine bessere Anrechenbarkeit von PV-Strom für Neubauten seien Vorschläge des BDEW umgesetzt worden, die mit neuen Kappungsgrenzen einen stärkeren Anreiz für den Einsatz dieser Technologien setzen.

BWP: Vertane Chance

Das Gebäudeenergiegesetz bleibt weit hinter seinem Potenzial zurück, hob Martin Sabel vom Bundesverband Wärmepumpe (BWP) hervor. So mache das GEG nun den aktuellen Effizienzhaus (EFH)-70-Standard zum europäisch geforderten Niedrigstenergiegebäude, obwohl Bauen auf einem EFH-55-Niveau spätestens durch die zwischenzeitlich beschlossene CO2-Bepreisung längst wirtschaftlich ist.

„Das GEG ist leider eine vertane Chance. Wir brauchen höhere Anforderungen an Effizienz und Erneuerbare Energien, angesichts des entscheidenden Beitrags, den der Gebäudesektor zur Erreichung der Klimaziele leisten muss. Die Heizungsbranche steht bereit, ihren Beitrag zu leisten", unterstrich Sabel. Wärmepumpen seien aktuell das bei Neubauten am häufigsten gewählte Heizsystem. Das neue Gebäudeenergiegesetz hätte auf diesem Erfolg weiter aufbauen müssen, auch um die Potenziale der Technologie noch besser zu nutzen. **DK**



Mit mehr als 10 Prozent Plus im Vergleich zum Vorjahr gab es den höchsten Zuwachs bei den Photovoltaik-Anlagen: Sie speisten in diesem Jahr bereits mehr als 320 Millionen kWh Strom ins LVN-Netz ein, so viel wie in keinem anderen ersten Quartal. Bild: LEW / Rainer Funck

Photovoltaik und Biomasse mit neuen Höchstwerten

LEW Verteilnetz verzeichnet Rekordeinspeisung aus erneuerbaren Energien im ersten Quartal 2020

Pünktlich zum Tag der erneuerbaren Energien vermeldete LEW Verteilnetz (LVN) einen neuen Rekordwert bei der Einspeisung von Grünstrom: In den ersten drei Monaten des Jahres erzeugten alle rund 78.000 ans LVN-Netz angeschlossenen Anlagen vorläufigen Zahlen zufolge rund 1,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom – mehr als je zuvor zwischen Januar und März. Rein rechnerisch deckt die regenerativ erzeugte Strommenge den durchschnittlichen Bedarf von rund 2 Millionen Haushalten im selben Zeitraum.

Zur Einordnung: Im Regierungsbezirk Bayerisch-Schwaben gibt es rund 915.000 Haushalte. Das Netzgebiet von LVN umfasst weite Teile Bayerisch-Schwabens sowie Teile Oberbayerns.

Mit mehr als 10 Prozent Plus im Vergleich zum Vorjahr gab es den höchsten Zuwachs bei den rund 77.000 Photovoltaik-Anlagen in der Region: Sie speisten in diesem Jahr bereits mehr als 320 Millionen kWh Strom ins LVN-Netz ein, so viel wie in keinem anderen ersten Quartal.

Starke Wasserkraft

Neben den vielen Sonnenstunden ist auch der weitere Zubau an Anlagen ein Grund für dieses Allzeithoch. Einen Rekordwert lieferten auch die etwa 570 Biomasse-Anlagen in der Region, die in diesem Jahr schon etwa 330 Millionen kWh ins LVN-Netz einspeisten. Die in der Region traditionell sehr starke Wasserkraft leistet einen weiteren gewichtigen Beitrag. Die Wasserkraftanlagen produzierten bislang rund 520 Millionen kWh – kein Rekordergebnis, aber ein Wert, der über dem des 1. Quartals 2019 liegt.

Insgesamt kommen die regenerativen, dezentralen Anlagen im LVN-Netz – also Photovoltaik-, Biomasse-, Wasserkraft- und Windkraft-Anlagen – auf eine installierte Leistung von rund 2.700 Megawatt. Das entspricht der Leistung mehrerer großer Gaskraftwerke.

Rekordwerte auch bei regionalem Stromüberschuss

An 28 Tagen zwischen Januar und März wurde mehr Strom aus erneuerbaren Energien in das LVN-Netz eingespeist, als in der Region gebraucht wurde. Der überschüssige Strom wird dann ins vorgelagerte Übertragungsnetz gespeist. Das bedeutet aber auch: An diesen 28 Tagen floss zumindest zeitweise ausschließlich regional erzeugter Strom durchs LVN-Netz – ein neuer Rekordwert für den Zeitraum. Insgesamt wurden 2020 bislang mehr als 42 Millionen kWh ins Übertragungsnetz zurückgespeist, so viel wie nie zuvor im gleichen Zeitraum.

Zuverlässige Stromversorgung

„Bei den erneuerbaren Energien zählt unsere Region zu den Vorreitern. Das regionale Stromnetz, in das die Anlagen einspeisen, ist Rückgrat unserer dezentral und regenerativ ausgerichteten Energieversorgung", erklärt LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Unsere Arbeiten im Stromnetz führen wir kontinuierlich weiter – unter Einhaltung entsprechender Sicherheitsvorkehrungen. Mit einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für eine zuverlässige Stromversorgung in der Region."

Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen laufen weiter

Im Schnitt sind auch jetzt im gesamten LVN-Netz täglich bis zu 450 Mitarbeiter von Partnerfirmen und von LVN im Einsatz. Aufgeteilt auf rund 100 Teams arbeiten sie monatlich rund 1.000 kleine und größere Bauprojekte ab. „Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen stärken die Leistungsfähigkeit des regionalen Verteilnetzes, zahlen auf die Versorgungssicherheit ein und machen das Stromnetz fit für die Energiezukunft", so Litpher.

Weiterer Ausbau nötig

Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, ist ein weiterer Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien notwendig. So kann dezentral erzeugter Strom aus erneuerbaren Energien bilanziell und perspektivisch den Bedarf an elektrischer Energie in Bayern decken. Dafür muss die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien allerdings mit einer größeren Dynamik ausgebaut werden als zurzeit. Das hatte zuletzt eine gemeinsame Studie von LVN mit den Netzbetreibern Bayernwerk Netz GmbH und Main-Donau Netzgesellschaft sowie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. ergeben. ❐

Energieeffizienznetzwerk Niederbayern startet

Neun Städte und Gemeinden sowie drei Landkreise haben an der Hochschule Landshut das kommunale „Energieeffizienznetzwerk Niederbayern" gegründet. Teilnehmer sind die Städte Landshut, Dingolfing und Pfarrkirchen, die Verwaltungsgemeinschaft Ergoldsbach, die Gemeinden Loiching und Tiefenbach, die Märkte Wallersdorf, Pfeffenhausen und Essenbach sowie die Landkreise Landshut, Dingolfing und Rottal-Inn.

Die Kommunen schlossen sich zusammen, um einen breiten Erfahrungsaustausch zu Fragen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes anzustoßen. Die Mitglieder des Netzwerks versprechen sich von ihrer Teilnahme aber auch, mehr Transparenz über den Energieverbrauch der eigenen kommunalen Liegenschaften zu erhalten, Potenziale zu identifizieren, Ziele zu definieren und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umzusetzen. Insgesamt werden so künftig der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen der teilnehmenden Kommunen gesenkt.

Forschungspartner ist das Institut für Systemische Energieberatung (ISE) mit Sitz an der Hochschule Landshut, das das Projekt „Energieeffizienznetzwerk Niederbayern" initiiert und im Herbst 2019 einen Förderantrag beim Projektträger Jülich gestellt hatte. Das Bundesumweltministerium unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunen während der dreijährigen Netzwerkphase und beteiligt sich mit einer Förderung von 60 Prozent an den Kosten der Netzwerkarbeit und der energietechnischen Beratung.

Individuelle Maßnahmen

Zu Beginn der Netzwerkarbeit steht dabei eine Analyse des Energieverbrauchs ausgewählter kommunaler Liegenschaften und die Identifikation von Einsparpotenzialen durch die energietechnischen Berater des ISE. Auf dieser Basis werden individuelle Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs entwickelt und anschließend ein gemeinsames Netzwerkziel definiert. Dabei können die Kommunen ihre individuellen Schwerpunkte selbst festlegen. Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Maßnahmen unterstützt das ISE durch kontinuierliche und neutrale energietechnische Beratung.

Prof. Dr. Petra Denk, Leiterin des ISE, freut sich über das große Interesse der Kommunen und Landkreise: „Dadurch, dass alle teilnehmenden Kommunen und Landkreise in der Region liegen, kann eine intensive Vernetzung stattfinden, die auch über die Zeit der geförderten Netzwerkphase hinaus besteht und von der alle nachhaltig profitieren können."

Laut Hochschulpräsident Prof. Dr. Fritz Pörnbacher „verstehen wir uns als wichtiger Partner der gesamten Region in den Bereichen Bildung und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung". Das kommunale Energieeffizienznetzwerk sei ein gutes Beispiel, wie Transfer von Know-how der Hochschule in die Region und in die Gesellschaft gelinge. **DK**

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de

Regionale Windkümmerer:

Konkrete Unterstützung für Kommunen bei Windprojekten

Interview mit Staatsminister Hubert Aiwanger

Herr Minister, Sie rufen aktuell Kommunen dazu auf, verstärkt Windenergieprojekte in Angriff zu nehmen. Warum liegt Ihnen das so am Herzen?

Aiwanger: *Ich kenne unheimlich viele Kommunen, in denen die Themen Klimaschutz und Energiewende ganz weit oben auf der Tagesordnung stehen. Da gibt es viel Engagement und kreative Ansätze. Beim Ausbau der Photovoltaik zum Beispiel machen wir dezentral Riesenfortschritte. Der Solarenergieausbau muss aber von einem noch stärkeren Ausbau der Windenergie flankiert werden. Dazu haben wir AUFWIND, die Bayerische Windenergieoffensive, ins Leben gerufen und werden Hemmnisse beim Ausbau der Windenergie systematisch abbauen.*

Sie bieten den Kommunen im Rahmen von AUFWIND jetzt auch ganz konkret Unterstützung bei Windprojekten an.

Aiwanger: *Ja, die Staatsregierung wird in jedem Regierungsbezirk einen regionalen Windkümmerer installieren, der Kommunen bei allen Schritten hin zu ihrem Windrad begleitet. Der Bau einer Windenergieanlage stößt vor Ort ja nicht immer gleich auf Gegenliebe. Die Windkümmerer klären auf, bieten neutrale Informationen und helfen so, die Akzeptanz bei dem Menschen zu erhöhen.*



Staatsminister Hubert Aiwanger. Bild: StMWI

Wer genau sind denn die Windkümmerer?

Aiwanger: *Das werden Experten sein, die Erfahrung haben in der Zusammenarbeit mit Kommunen und sich beim Thema Erneuerbare Energien und insbesondere Windenergie gut auskennen. Wir sind gerade noch dran, diese Experten als Dienstleister in unserem Auftrag zu gewinnen. Die Windkümmerer können die Kommunen dann auch ganz gezielt zum Beispiel bei der grundlegenden Anfangsphase oder sogar bei der Bauleitplanung für eine Windenergieanlage unterstützen und bei Konflikten vor Ort moderieren.*

Haben Sie schon Rückmeldungen von interessierten Kommunen?

Aiwanger: *Einige Kommunen haben sich bereits mit vielversprechenden Projekten beworben. Insgesamt können gut 35 Gemeinden betreut werden, bis zu fünf pro Regierungsbezirk. Wir haben noch Plätze frei. Die Bewerbung funktioniert ganz unkompliziert. Einfach auf der Homepage www.aufwind.bayern.de das Bewerbungsformular ausfüllen und an das Bayerische Wirtschaftsministerium schicken.*

Welche Voraussetzungen müssen die Kommunen eigentlich erfüllen?

Aiwanger: *Ganz einfach: Sie müssen Lust auf Windenergie haben. Wir unterstützen auch Kommunen, die zwar noch kein konkretes Projekte haben, aber den Willen, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Das ist wichtig, da die Kommunen den Windkümmerer natürlich tatkräftig unterstützen müssen.*

Neben den Windkümmerern kümmert sich die AUFWIND Offensive um viele weitere Themen.

Aiwanger: *Richtig. Den Ausbau der Windenergie müssen wir mit einem ganzen Maßnahmenbündel anschieben. Wir arbeiten intensiv an verschiedenen Stellschrauben, zum Teil müssen wir dazu auch immer wieder an die Bundesregierung herantreten. Ich will zum Beispiel einen Regionalisierungsbonus für Windenergieanlagen bei der EEG-Förderung. Zudem sollen Kommunen in Zukunft unkompliziert direkt finanziell von Windrädern auf ihrem Gebiet profitieren.*

In Bayern haben wir Verbesserungen beim Windenergie-Erlass angestoßen. Da beschäftigten wir uns vor allem damit, die Anforderungen an den Artenschutz rechtssicherer zu gestalten. Ich bin zuversichtlich, dass all diese Bausteine dazu beitragen werden, dass in Bayern zeitnah wieder vermehrt Windenergieprojekte initiiert werden. ❐

Grüne und SPD fordern Investitionsschutz

Der Landtag hat mit Mehrheit für eine Änderung der Bauordnung gestimmt, die einen Weiterbau von rund 20 Windrädern in Bayern verhindert. Bereits fertiggebaute Windräder, die aber nicht der 10 H-Regelung entsprechen, können dagegen stehen bleiben. Der Entscheidung war eine heftige Debatte vorausgegangen: SPD und Grüne werfen der Regierungsfraktion vor, Schäden in Millionenhöhe zu verursachen und forderten Investitionsschutz für die Betreiber geplanter Anlagen.

Die Staatsregierung hatte in der Vergangenheit zugesichert, Rechtssicherheit für alle Anlagen herzustellen, die vor Inkrafttreten der 10-H-Regelung genehmigt wurden. Der Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags hat jedoch bei seiner Sitzung Mitte Juni mehrheitlich abgelehnt, dass im Bau befindliche Windkraftanlagen fertiggestellt und ans Netz gehen können, wenn sie technisch verändert werden.

Mit dieser Entscheidung torpediere die Regierungsfraktion die Fertigstellung von geplanten Windrädern, kritisierte die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Annette Karl. „Die Windenergie ist ein grundlegender Baustein zum Ausbau der erneuerbaren Energien und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Deutschland. In den letzten drei Jahren sind in der Windkraftbranche 20.000 Arbeitsplätze weggefallen. Davon sind mehr Menschen betroffen, als in der gesamten Braunkohleindustrie in Deutschland und allen angeschlossenen Kraftwerken. Was passiert daraufhin in Bayern? Noch weniger Planungssicherheit und mögliche Schäden in Millionenhöhe für Anlagenbetreiber."

„Verstörendes Signal"

Durch den Rückbau der geplanten Anlagen drohen Schäden in Millionenhöhe. Die Windkraftanlagen bei Wargolshausen und Wülfershausen im Landkreis Rhön-Grabfeld sind besonders betroffen. „Das Gesetz von CSU und Freien Wählern ist ungenügend. Es geht nur noch um Anlagen, die bereits fertig gebaut sind. Das greift viel zu kurz und lässt all die Anlagenbetreiber im Stich, die sich natürlich auf die Zusagen der Staatsregierung verlassen haben", sagte Karl.

Nach der Entscheidung im Landtag mahnte sie eine Planungs- und Rechtssicherheit für die Investoren an. Die Grünen schlossen sich der Kritik der SPD an. „CSU und Freie Wähler verletzten damit massiv den Investitionsschutz der betroffenen Bürgergenossenschaften, Kommunen und Unternehmen", sagte der energiepolitische Sprecher der Landtags-Grünen, Martin Stümpfig. „Das ist sowohl energiepolitisch als auch wirtschaftspolitisch ein verstörendes Signal."

Abschaffung der 10H-Regel

Aus Sicht des Grünen-Energieexperten führt an einer generellen Abschaffung der 10H-Regel kein Weg vorbei. „Die Windkraft ist das Rückgrat der Energiewende in Deutschland und letztlich auch die Basis für eine funktionierende heimische Wasserstoffwirtschaft. Nur wenn wir die Überflussressource Wind konsequent nutzen, steht am Ende auch ausreichend Strom zur Wasserstoffherstellung zur Verfügung", betonte Stümpfig. Er forderte deshalb vom bekennenden Wasserstofffan, FW-Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „vollen Einsatz in der Koalition zur Beseitigung der 10H-Regel".

In Kauf genommenes Risiko

Für die Freien Wähler räumte Rainer Ludwig ein, dass er sich auch eine andere Lösung hätte vorstellen können. Gleichzeitig verteidigte er den mit der CSU erzielten Kompromiss: Er stehe nach wie vor hinter der Windkraft, die aber bürgerverträglich sein müsse. Laut dem CSU-Politiker Alexander König verdienten die Investoren der noch nicht fertiggestellten Windräder keinen Vertrauensschutz. Die Investoren hätten das Risiko eines Scheiterns in Kauf genommen. red

Erste Bushaltestellen mit DFIS Light ausgestattet

Die VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg wird in den kommenden zwei Jahren 150 Bushaltestellen mit dynamischen Fahrgastinformationsanzeigern (DFIS) ausstatten. Für die Umsetzung dieser Maßnahme erhält die VAG Fördergelder vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Nun sind die ersten fünf Haltestellen mit den sogenannten DFIS Light ausgestattet: Zerzabelshof Mitte, Martha Maria Krankenhaus, Schoppershof, Koppenhof und Frühlingstraße. Insgesamt sollen 150 Bushaltestellen diese Anzeigen erhalten. Sie wurden anhand ihrer Einsteigerzahlen und ihrer Lage und Anbindung ausgewählt.

Kleiner und kostengünstiger

Anders als die herkömmlichen DFIS-Anzeiger, die aktuell an den Straßenbahnhaltestellen und 74 stark frequentierten reinen Bushaltestellen in Nürnberg verbaut sind, wird DFIS Light direkt in die Haltestellenfahne integriert. Damit ist DFIS Light im Vergleich deutlich kleiner und aber auch kostengünstiger. Die DFIS Light Anzeiger verfügen dadurch zwar nur über ein zweizeiliges Display, doch gerade an weniger stark frequentierten Haltestellen, reichen diese zwei Zeilen aus, um die wichtigsten Informationen anzuzeigen.

Denn genau wie bei den großen DFIS Anzeigern zeigt DFIS Light die nächsten Abfahrten in Echtzeit und kann im Störungsfall schnell informieren. Somit kann die VAG den steigenden Anforderungen an die Fahrgastinformation Rechnung tragen. ❐

Ja zu einer klimafreundlichen Energiezukunft

PV-Anlagen auf Dächern der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in München

Mit dem Beschluss des Planungsausschusses werden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG zusammen mit den SWM und anderen PV-Betreibern die ersten Projekte für Mieterstrom und M-Solar Sonnenbausteine oder alternative Bürgerinnen und Bürgerstromprodukte umsetzen. Geeignete Dachflächen der GWG und GEWOFAG werden an die SWM und andere PV-Betreiber für die Errichtung von Photovoltaikanlagen verpachtet. Im Vordergrund steht der finanzielle Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Gebäude.

Die M-Solar Sonnenbausteine oder andere Mieterinnen und Mieter sowie Bürgerinnen und Bürgersolarprodukte sollen vorrangig Mieterinnern und Mietern der jeweiligen Gebäude der GWG und GEWOFAG erwerben können. Konkrete Maßnahmen für die Nachrüstung der Bestandsgebäude mit dem Ziel der Zubauraten in Höhe von etwa 10 % p.a. werden schon dieses Jahr umgesetzt.

Positives Signal für den Energiestandort München

Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion, Stadtrat Manuel Pretzl, „ist die Entscheidung des Planungsausschusses ein äußerst positives Signal für den Energiestandort München. Die CSU-Stadtratsfraktion sieht die Kooperation der GWG und GEWOFAG mit den SWM und anderen PV-Betreibern als einen wichtigen und notwendigen Schritt in eine klimafreundliche Energiezukunft. Die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter der jeweiligen Gebäude ist der richtige zukunftsorientierte Beitrag, um den Anteil an Ökostrom im Energiemix für München und die Region nachhaltig zu erhöhen. München ist laut einer Studie die Stadt in Deutschland mit den meisten Sonnenstunden. Die Möglichkeiten für Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern müssen innovativ genutzt werden. Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein sind uns sehr wichtig. Wir wollen den Klimaschutz in München unideologisch und effizient voranbringen."

„Ich freue mich über die Partnerschaft der GWG, GEWOFAG mit den SWM und anderen PV-Betreibern zum Ausbau von Photovoltaikanlagen", betonte der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion, Stadtrat Sebastian Schall. „Es ist die richtige und richtungsweisende Nutzung der Sonne. Mit den M-Solar Sonnenbausteinen oder anderen Mieterinnen und Mietern sowie Bürgerinnen und Bürgersolarprodukten entscheiden wir uns impulsgebend für ein nachhaltiges München. Mit jedem installierten Sonnenbaustein erhöht sich der Anteil an Ökostrom im Energiemix für München und die Region." ❐



Berliner Energietage 2020:

Digitaler Sommer der Energiewende

Die Berliner Energietage, mit Abstand größte Tagungsveranstaltung im Energie- und Klimabereich im deutschsprachigen Raum, fand heuer digital statt. Nach dem zwangsläufigen Verzicht auf die Durchführung der Energietage als Präsenzveranstaltung wurden diese nun in den digitalen Sommer der Energiewende umgestaltet. Das Ergebnis war ein umfassendes Programm, bestehend aus rund 50 Veranstaltungen – von Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen über Speakers Corner und interaktiven Workshops bis hin zu Virtual Reality-Events.

Diskutiert wurden aktuelle politische Weichenstellungen, technische Formate und vielfältige Praxisaspekte. Zu den renommierten Mitveranstaltern zählten verschiedene Bundesministerien, Akteure der Energie- und Wohnungswirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen. Rund 300 Referentinnen und Referenten stellten ihre Expertise zur Verfügung und bildeten so das gesamte Kompetenz- und Meinungsspektrum im Energie- und Klimaschutzbereich in Deutschland ab. Ergänzt wurde das Programm durch die Ausstellung Energie-Impulse, auf der sich fachkundige Aussteller mit innovativen Dienstleistungen präsentierten.

Energieeffizienz-Netzwerke

Ein Top-Thema auf den Berliner Energietagen waren erneut die Energieeffizienz-Netzwerke. Im Fokus standen aktuelle Entwicklungen der Energieeffizienz-Netzwerke in Deutschland, ihre bisherigen Ergebnisse und ein kurzer Blick ins Ausland, sowie zukünftige Chancen und Herausforderungen bei der Netzwerkarbeit. Der Block „Klimaschutz-Netzwerke“ vertiefte die Integration erneuerbarer Energien und weitere Klimaschutzthemen in die Energieeffizienz-Netzwerke. Außerdem berichteten teilnehmende Unternehmen über Erfolge und Erfahrungen aus der Praxis. Den Abschluss bildete eine Diskussion zu neuen Formaten des Erfahrungsaustausches und der gegenseitigen Motivation in Netzwerken.

Ausbau grüner Fernwärme

Auf der gemeinsamen Veranstaltung „Chancen nutzen: Der Ausbau grüner Fernwärme als Impuls für Klimaschutz zu Wirtschaft“ des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. (BEE) und des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) wurde gezeigt, dass grüne Wärmenetze einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele im Wärmebereich leisten und wirtschaftlichen Aufschwung über verschiedene Branchen hinweg stimulieren können.

Als wissenschaftlicher Impulsgeber nahm Dr. Ulrike Lehr von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH zunächst einen Überblick über die gesamtwirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vor. Dabei wurde u.a. das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie quantifiziert und die Möglichkeit einer Green Recovery diskutiert. Konkret wurde es im Anschluss, als Transformationsvorhaben der ESWE Versorgungs AG und der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH vorgestellt wurden.

Im Zentrum der Veranstaltung stand eine Podiumsdiskussion, an der MdB Klaus Mindrup, Thorsten Herdan, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm und Michael Wübbels, stellvertretender VKU-Hauptgeschäftsführer, teilnahmen.

„Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie sowie auch die weiterhin bestehende Notwendigkeit, Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, zeigt deutlich, dass Wirtschaftspolitik und Klimaschutz zunehmend zusammen gedacht werden muss“, stellte Mindrup fest. Nach Ansicht von Herdan erfüllen Wärmenetze diese Anforderung: „Die Bundesregierung hat frühzeitig erkannt, dass die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare Energien und Abwärme wichtige konjunkturelle Impulse setzen kann. Nun gilt es, die politisch beschlossenen Maßnahmen beherzt umzusetzen und passende Rahmenbedingungen für die Umstellung zu schaffen.“

Neue Marktperspektiven

BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm hob indes die industrie- und strukturpolitischen Stärken der großtechnischen Erneuerbaren Wärme hervor: „Der Zubau von Großwärmepumpen, großen Solarkollektoren, Tiefengeothermie-Anlagen und Holz- bzw. Biogasanlagen muss vervielfacht werden, damit die Emissionslast der Netze auch tatsächlich sinkt. Klar ist, dass sich dadurch neue Marktperspektiven z. B. für die Technologiehersteller und Anlagenbauer bieten. Damit werden wiederum hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.“

„Wir müssen die Maßnahmen zur Stärkung unserer Wirtschaft mit einer nachhaltigen Modernisierung unserer Volkswirtschaft und unserer Infrastrukturen zusammenbringen. Dazu eignet sich besonders der Aus- und Umbau der Wärmenetze“, unterstrich VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in seinem Grußwort. Die Stadtwerke werden in den kommenden Jahren in diesem Bereich Milliarden investieren, so Liebing. Dies stärke die lokale Wertschöpfung, den Klimaschutz vor Ort und die kommunalen Haushalte. Dazu brauche es jedoch die richtigen Investitionsanreize, etwa durch eine bessere KWK- und Wärmenetzförderung, einen angemessenen Kohleersatzbonus oder gute Rahmenbedingungen für den Einsatz von Wasserstoff in der Wärmeversorgung. **DK**



V.l.: Josef Niedermaier (Landrat Bad Tölz-Wolfratshausen), Frank Gärtner (Geschäftsführer Firma Remondis), Martin Bachhuber (MdL), Tobias Heinemann (Vorsitzender Geschäftsführung Transdev), Alexander Radwan (MdB), Bärbel Fuchs (Geschäftsführerin BEG), Olaf von Löwis (Landrat Miesbach), Ilse Aigner (Landtagspräsidentin), Kerstin Schreyer (Verkehrsministerin), Fabian Amini (Geschäftsführer Bayerische Oberlandbahn). Bild: StMB



Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Klimabürgermeister Martin Heilig, WVV-Vorstand Robert Konrad, Baureferent Benjamin Schneider, WVV-Geschäftsführer Thomas Schäfer, Annette Messerer (Fachabteilung Tiefbau) und Volker Grießmann (Siemens Mobility GmbH) starten den Mobilitätsmonitor am Würzburger Hauptbahnhof. Bild: Georg Wagenbrenner

Multimodaler Mobilitätsmonitor:

Smarte Anzeige mit Sauber-Mobil-Daten am Hauptbahnhof

Dieses Projekt bringt die Ziele von „Sauber Mobil“ und „Smart City“ intelligent zusammen. Am Hauptbahnhof Würzburg kann man künftig bequem im Vorbeigehen am neuen Mobilitätsmonitor übersichtlich aufbereitete Daten checken, die über aktuelle ÖPNV-Verbindungen, Baustellen, Staus oder Serviceangebote im Bereich der Mobilität informieren. Unweit der Zug-, Bus- und Straßenbahnterminals gibt es nun also einen Berater in Form einer Stele mit zwei großen Displays. Hier findet man gute Tipps für die Planung des weiteren Wegs in die Innenstadt, die Stadtteile sowie das Umland.

Wann fährt der nächste Bus? Wo finde ich ein Leihrad? Gibt es auf meiner Strecke Staus? Droht vielleicht Glatteis? Auf all diese Fragen gibt es Antworten und dennoch sind die beiden Menüs der smarten Anzeige in Litfaßsäulen-Größe“ nicht überfrachtet.

Mobilitätsangebote in Echtzeit

Bei einem Ortstermin am Hauptbahnhof dankte Oberbürgermeister Christian Schuchardt den Projektpartnern, die diese Innovation gemeinsam an den Start gebracht haben: „Im Smartphone-Zeitalter bietet dieses Display auf einen Blick ohne App-Aufruf am Smartphone Informationen zu Mobilitätsangeboten in Echtzeit. Direkt an der wichtigen Verkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof ist dieser Service augenfällig und damit goldrichtig platziert.“

Klimabürgermeister Martin Heilig würdigte den neuen Service: „Um eine nachhaltige Verkehrswende voranzutreiben, müssen die Menschen mitgenommen und über die Möglichkeiten informiert werden. Daher ist es besonders wichtig, aktuelle und zuverlässige Informationen zu Verkehrsgeschehen und Mobilitätsalternativen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Mobilitätsmonitor direkt am Hauptbahnhof ist hier ein wesentlicher Baustein.“

Beim Mobilitätsmonitor handelt es sich um ein Teilprojekt des Umweltorientierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements (UVM). Am Hauptbahnhof werden Daten speziell für Fußgänger aufbereitet. Der Ansatz UVM wird final aber noch viel mehr leisten. So sollen auch Verkehrstafeln, eine multimodale Routing-App oder ein Onlineportal entstehen. Sich über geeignete Routen oder das passende Fortbewegungsmittel zu informieren, wird immer bequemer ob nun zu Hause, auf der Arbeit oder von unterwegs.

Big-Data-Wissen

Es geht aber nicht nur darum, Live-Verkehrsdaten oder Messwerte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit diesem Big-Data-Wissen wird man auch direkt an Verbesserungen der Lebensqualität arbeiten und lenkend in den Verkehr eingreifen. Beispielsweise um die NO2-Belastung in besonders betroffenen Straßenzügen einzudämmen.

In der Fachabteilung Tiefbau lag die Federführung des komplexen Projekts: „Die Kunst war es, ganz unterschiedliche Fragestellungen gemeinsam anzugehen. Unsere Verkehrsplanung hat mit diesem Projekt einen neuen Grad der Verzahnung mit externen Partnern erreicht, von den Synergien profitieren alle“, ordnet Baureferent Benjamin Schneider die Innovationen ein.

Umsetzung im Innenstadtbereich

In der Broschüre der Projektpartner Stadt, WVV, Siemens Mobility GmbH, VMZ Berlin und IVU Umwelt GmbH Freiburg klingt das Vorhaben noch immer wie Science Fiction, doch den ersten Schritt wird man nun gehen: „Das System wird zunächst im Bereich der Würzburger Innenstadt umgesetzt. Hier werden gegenwärtig die NO2-Jahresmittelwerte an elf Straßenabschnitten überschritten. Von diesen Grenzwertüberschreitungen sind ca. 2.000 Einwohner direkt betroffen.

Steigt die stündliche NO2-Konzentration in den betroffenen Straßenabschnitten über den Schwellenwert von 60 µg/m³, wird durch die netzadaptive Ampel-Steuerung eine Drosselung der Verkehrsmenge an den Lichtsignalanlagen zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung eingeleitet. Ziel dabei ist es, die Belastungsspitzen zu reduzieren und damit den Jahresmittelwert für NO2 von 40 µg/m³ dauerhaft einzuhalten. Der Schwellenwert wurde auf der Grundlage umfangreicher Modellberechnungen sachgerecht ermittelt.“

Das System findet eine faire Balance aus Anwohnerschutz und den Wünschen vieler Pendler oder Gäste, die aufs Auto nicht verzichten können. Das System wirbt aber auch dafür, das Auto stehen zu lassen und an den bequemsten Punkten auf Bus oder Straßenbahn umzusteigen. WVV-Geschäftsführer Thomas Schäfer hierzu: „Wir freuen uns, im Rahmen des Projektes ‚Sauber Mobil‘ zusammen mit der Stadt Würzburg und der Firma Siemens einen nicht unerheblichen Beitrag zum Mobilitätswandel in Würzburg leisten zu können. Seit Jahrzehnten setzen wir auf nachhaltige Lösungen zur Förderung CO2-neutraler Mobilität, sei es bei der Anschaffung neuer umweltfreundlicher Fahrzeuge oder beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, um nur einige Beispiele zu nennen. Mit der Realisierung des UVM gehen wir nun einen weiteren Schritt in Richtung Verkehrswende.“

Gefördert wird das Gesamtpaket UVM durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. ❒

Neue Züge für die Bayerische Oberlandbahn

Erste Neufahrzeuge verkehren seit 14. Juni 2020
Ab Dezember 2020 zusätzliche Kapazitäten und mehr Verbindungen

Eine neue Fahrzeugflotte verbessert seit Mitte Juni 2020 den Zugverkehr im Bayerischen Oberland. Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer hat am Bahnhof in Holzkirchen gemeinsam mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner, den Geschäftsführern der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), der Transdev sowie der Bayerischen Oberlandbahn GmbH offiziell das Startsignal für den Flottentausch gegeben.

„Die neuen, moderneren Fahrzeuge bringen einen echten Mehrwert“, betonte die Ministerin. „Weniger Zugausfälle, mehr Pünktlichkeit, längere Züge und zusätzliche Verbindungen – das sind gute Nachrichten für alle Fahrgäste auf den Strecken von München nach Lenggries, Tegernsee und Bayrischzell.“ Landtagspräsidentin Ilse Aigner unterstrich: „Der Flottentausch ist ein wichtiger Schritt hin zu einer zeitgemäßen Mobilität im Oberland. Wir können damit die Zeit bis zur vollständigen Elektrifizierung der Strecken bestmöglich überbrücken.“

31 Neufahrzeuge

Zum kleinen Fahrplanwechsel am 14. Juni 2020 starteten die ersten neun Neufahrzeuge. Bis Ende August kommen weitere 16 hinzu. Zum großen Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 soll schließlich die komplette Flotte mit insgesamt 31 Neufahrzeugen im Einsatz sein. Die neuen Züge vom Typ „LINT“, die künftig unter der Dachmarke BRB im Oberland verkehren, sind europaweit bereits seit Jahren im Einsatz und sehr zuverlässig sowie deutlich leiser als die bisherige Flotte. Trotz Dieselantriebs stoßen sie deutlich weniger Schadstoffe aus als bisher. Außerdem lassen sie sich beliebig miteinander kuppeln, wodurch sie je nach Bedarf verlängert werden können.

Ausbau des Fahrplanangebots

Sechs zusätzliche, vom Freistaat finanzierte Züge ermöglichen es zudem, die Betriebsstabilität zu erhöhen sowie zusätzliche Kapazitäten und weitere Verbindungen bereitzustellen: „Ab Dezember 2020 bauen wir das Fahrplanangebot aus“, so Ministerin Schreyer. „Im Berufsverkehr an Werktagen wird der Halbstundentakt am frühen Vormittag und am Abend ausgeweitet.“ Bärbel Fuchs, Sprecherin der Geschäftsführung der BEG, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, ergänzte: „Auch im Ausflugsverkehr am Wochenende wird es im gesamten Netz mehr Sitzplätze geben und auf den Strecken nach Tegernsee und Lenggries wird künftig ganztags weitestgehend ein Halbstundentakt gefahren. Mit der künftig einheitlichen und erweiterten Fahrzeugflotte können wir das Nahverkehrsangebot kontinuierlich weiterentwickeln.“

Tobias Heinemann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Transdev GmbH, betonte, dass der Austausch der Bestandsflotte auf Kosten des Unternehmens erfolgt: „Das ist eine bislang in Bayern einmalige Sache. Es ist uns ein besonderes Anliegen, damit unseren Anspruch als Qualitätsanbieter im Schienenpersonennahverkehr zu unterstreichen.“

Neues Mobilitätserlebnis

Fabian Amini, Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn GmbH, verspricht zudem ein neues Mobilitätserlebnis: „Ich freue mich natürlich vor allem für unsere Fahrgäste, für die wir nun endlich wieder mit attraktivem Fahrkomfort in unserer Heimatregion unterwegs sein können. Unsere neuen Züge bieten modernste Fahrgastinformationssysteme, Gratis-WLAN, Steckdosen in jeder Sitzgruppe und natürlich leistungsstarke Klimaanlagen für angenehmes Reisen zu jeder Jahreszeit.“

Der Flottentausch ist Teil eines zukunftsorientierten Gesamtkonzepts und macht schnell spürbare Verbesserungen möglich. In den kommenden Jahren werden weitere Maßnahmen umgesetzt, um die Schieneninfrastruktur im Oberland Schritt für Schritt zu verbessern. Unter anderem wird teils veraltete Signal- und Stellwerkstechnik modernisiert und mehrere Bahnübergänge werden erneuert. Schließlich ist es das Ziel, das Oberlandnetz bis Ende dieses Jahrzehnts vollständig zu elektrifizieren und langfristig den 30-Minuten-Takt zu ermöglichen.

Weitere Informationen zum Flottentausch im Oberland auch unter www.mehr-zug-fuers-oberland.de ❒

Digitale VDV-Jahrestagung 2020:

Energiewende mit Leben füllen

Zur ersten VDV-Jahrestagung im rein digitalen Gewand begrüßten Ulf Middelberg und Ronald Juhrs, Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe, die Konferenzteilnehmer. In der Messestadt Leipzig war geplant, über die Ausgestaltung der Verkehrswende zu sprechen, darüber, wie die hart erkämpften Bundes- und Landesmittel zum Erreichen der Klimaschutzziele investiert werden können. Auf der Agenda standen zahlreiche Fachthemen. Geplant ist nun, den persönlichen Austausch in Leipzig auf der Jahrestagung 2023 nachzuholen.

Immerhin standen im Rahmen einer Online-Pressekonferenz VDV-Präsident Ingo Wortmann und VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff zu aktuellen Themen als Gesprächspartner bereit. Eine erste Zwischenbilanz zu den coronabedingten Folgen bei Bus und Bahn zog VDV-Präsident Ingo Wortmann. Nach seinen Ausführungen „hat uns diese Krise aus dem Nichts und mit voller Wucht getroffen. Der öffentliche Verkehr war bis März seit Jahren auf Rekordniveau unterwegs, egal ob bei den Fahrgastzahlen, bei den Einnahmen oder bei den Transportmengen der Güterbahnen. Die Corona-Pandemie hat dieses Wachstums von heute auf morgen ausgebremst. Wir werden alles daransetzen, damit das nicht dauerhaft so bleibt. Denn wir brauchen einen leistungsstarken und wirtschaftlich gesunden öffentlichen Verkehr in Deutschland, um die nach wie vor zentralen Ziele beim Klimaschutz und der Verkehrswende sowie mit Blick auf die Daseinsvorsorge zu erreichen. Wir müssen bald wieder zur Normalität zurückfinden."

Vertrauen stärken

Die Branche, so Wortmann, wolle so schnell wie möglich wieder an die Erfolge und an das Wachstum in der Zeit vor Corona anknüpfen. Dazu hätten die Unternehmen bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet, um Kunden zurückzugewinnen und das Vertrauen in einen sicheren öffentlichen Personenverkehr zu stärken: „Wir haben unsere Hygienestandards und Reinigungsintervalle weiter erhöht. Wir informieren die Fahrgäste, dass es in Bussen und Bahnen, wenn man sich entsprechend der Vorgaben verhält, genauso sicher ist wie überall. Und wir fahren bereits seit Wochen wieder das komplette Angebot, obwohl wir durchschnittlich nur etwa die Hälfte der Normalnachfrage haben."

„Das alles, da ist sich die Branche einig, ist notwendig, um Kundinnen und Kunden nachhaltig wieder für den ÖPNV zu gewinnen", fuhr der Präsident fort. Während viele Abonnenten dem ÖPNV auch in dieser Zeit die Treue hielten, seien vor allem die Gelegenheitskunden und natürlich Touristen nicht mehr da bzw. auf andere Verkehrsmittel ausgewichen. Zusätzlich belasteten nach wie vor die hohen Fahrgeldverluste die weiteren Planungen der Verkehrsunternehmen.

Deutlich geringere Einnahmen

Bereits kurz nach dem Lockdown hatte der VDV in enger Abstimmung mit seinen Mitgliedsunternehmen und weiteren Verbänden der Branche ermittelt, wie sich die Einbrüche bei den Fahrgeldeinnahmen bis Jahresende auswirken würden. In zwei Szenarien, je nachdem wie lange und umfangreich die Ausgangsbeschränkungen andauerten, kamen dabei Verluste in Höhe von fünf bis sieben Milliarden Euro heraus.

„Der Lockdown dauerte zum Glück nicht so lange wie im zweiten Szenario angenommen. Aber dennoch werden wir bis Jahresende rund fünf Milliarden Euro an Fahrgeldeinnahmen verlieren. Denn wir sind auch während der Ausgangsbeschränkungen im Schnitt zu 80 % das reguläre Angebot gefahren. Und das bei damals im Schnitt nur rund 20 % des sonst üblichen Fahrgastaufkommens", betonte Wortmann. Inzwischen sei man zwar wieder bei durchschnittlich 40 bis 50 % der Fahrgäste, „aber die Menschen kommen nur langsam zurück in die Busse und Bahnen. Das heißt, die Einnahmen sind weiterhin deutlich geringer als kalkuliert, während die Kosten für das volle Angebot unvermindert anfallen", erklärte der VDV-Präsident.

ÖPNV-Rettungsschirm

Dieses umfangreiche Angebot trotz mangelnder Nachfrage sei auch mit Blick auf Abstände in den Fahrzeugen nötig und politisch gewünscht, aus Sicht des VDV und seiner Mitgliedsunternehmen aber dauerhaft nicht unternehmerisch finanzierbar. „Wir werden aus wirtschaftlicher Notwendigkeit irgendwann Angebote einschränken müssen, wenn die angekündigten Gelder aus dem ÖPNV-Rettungsschirm nicht passgenau fließen. Es darf nicht passieren, dass wir Verkehre zurückfahren müssen, weil wir es uns nicht mehr leisten können, während ansonsten das gesamte Land wieder zum Alltag zurückkehrt und die Menschen wieder mobiler werden", machte Wortmann deutlich. Der VDV hatte daher den jüngsten Beschluss der Konferenz der Verkehrsminister zur finanziellen Beteiligung der Länder am ÖPNV-Rettungsschirm ausdrücklich begrüßt, aber zugleich auch eine schnelle Umsetzung und ausreichende Flankierung durch die Länder gefordert. Der Bund hatte bereits Anfang Juni seinerseits eine Beteiligung von 2,5 Milliarden Euro am Rettungsschirm beschlossen.

Auch der Schienengüterverkehr hat mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Nach Berechnungen des VDV ist die coronabedingte Erlöseinbuße der Güterbahnen auf rund 900 Millionen Euro zu beziffern. Der Verband fordert auch hier schnelle Lösungen. Vor allem für die zahlreichen nichtbundeseigenen Unternehmen, die im Schienengüterverkehr tätig sind, geht es zum Teil um existenzielle Fragen.

Leistungsfähiger Schienengüterverkehr

„Der Schienengüterverkehr hat gerade in der Krise, als die LKWs wegen der Grenzschließungen stillstanden, seine Leistungsfähigkeit für die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung bewiesen. Dennoch gab es durch den Auftragseinbruch der Großkunden aus der Stahl- und Automobilindustrie auch wesentliche finanzielle Einbußen. Die Kosten konnten nicht in gleichem Maße reduziert werden und es gab sogar krisenbedingte Mehraufwendungen durch Abstellungen und Zwischenlagerungen oder Stornierungensentgelte. Diese Kosten müssen kurzfristig und unbürokratisch aufgefangen werden, damit der Schienengüterverkehr auch nach der Krise wieder wachsen kann. Mit Blick auf effiziente und klimafreundliche Transportketten brauchen wir in Deutschland vor allem eine starke Schiene", unterstrich Wortmann.

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung seien zwar einige Maßnahmen beschlossen worden, die mittelbar auch die Güterbahnen entlasten, allerdings wurden bislang keine spezifischen Hilfen für den Verlustausgleich des Schienengüterverkehrs beschlossen. „Dazu werden wir weiter mit Bund und Ländern intensiv verhandeln. Ein Stabilitätsfonds wäre zum Beispiel ein mögliches Instrument, um die finanziellen Verluste während und nach der Krise abzumildern", stellte Wortmann abschließend fest.

Gemeinsame Datenplattform

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Güterbahnen gegenüber der wachsenden intermodalen Konkurrenz zu stärken, soll eine gemeinsame Datenplattform – Rail Freight Data Hub – auf den Weg gebracht werden, teilte VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff mit. Der Güterverkehr auf der Schiene ist seinen Worten zufolge prädestiniert für mehr Standardisierung und Digitalisierung.

Gegenwärtig schöpfe die Branche ihr Potenzial nicht aus und der Stand der Technik sei heterogen: „Manche Unternehmen haben ihre Prozesse durchdigitalisiert und maschinenlesbar gestaltet, andere arbeiten mit manuellen Verfahren. In anderen Wirtschaftsbereichen ist das Nachverfolgen von Sendungen und eine verlässliche Ankunftsprognose Standard. Unser Ziel ist es, die Dienstleistungsqualität zu erhöhen, Prozesse zu beschleunigen und die Fehlerquote zu minimieren."

Die Plattform werde von Unternehmen getragen und soll branchenweit genutzt werden können. Der VDV sei nun mit den Mitgliedsunternehmen des Schienengüterverkehrs dabei, die Voraussetzungen zu schaffen, um in der nächsten Phase eine Gesellschaft zu gründen, die diese Aufgabe vorantreibt. **DK**

Masterplan Schienenverkehr für Deutschland

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, der Bahn-Beauftrage der Bundesregierung, Enak Ferlemann, sowie Vertreter der Bahnwirtschaft haben einen Schienenpakt zur Stärkung des Bahnsektors unterzeichnet und einen Masterplan für den Schienenverkehr in Deutschland vorgestellt. Die Fahrgastzahlen sollen bis 2030 verdoppelt und der Anteil des Schienengüterverkehrs am Modal Split auf 25 Prozent erhöht werden.

Mit dem Schienenpakt wird ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Zu Beginn der Legislaturperiode wurde hierfür das „Zukunftsbündnis Schiene" gestartet. Der Schienenpakt ist ein klares gemeinsames Bekenntnis der gesamten Branche zu einer dauerhaft starken Schiene. Fahrgäste, Eisenbahnunternehmen, Industrie, Beschäftigte und Umwelt sollen davon profitieren. Ziel ist es, den Bahnverkehr leistungsstärker, zuverlässiger und klimaschonender zu machen.

Deutschlandtakt

„Mit dem Masterplan Schienenverkehr wollen wir die Bahn pünktlicher machen", betonte Bundesverkehrsminister Scheuer. Eines der Kernelemente, um die Schiene zuverlässiger und leistungsfähiger zu machen, ist die Einführung des Deutschlandtakts. Er soll eine optimale Anbindung von Städten und Regionen gewährleisten. Dabei ist laut Scheuer völlig klar, „dass wir nicht nur die Anschlüsse für den Personenverkehr optimieren, sondern den Güterverkehr in alle Überlegungen gleichberechtigt miteinbeziehen; vor allem auch den wachsenden Bedarf an Trassen, wenn die Transportmengen wieder steigen".

Des Weiteren werden Kapazitäten ausgebaut, um die Bahn zuverlässiger zu machen. Die zuletzt stetig gestiegenen Investitionsmittel sollen dauerhaft auf hohem Niveau gesichert werden. Zudem wird Scheuer zufolge die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gestärkt, um sie flexibler zu machen. Denn nur so könne es gelingen, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern.

Darüber hinaus sollen die Lärm- und Klimaemissionen gesenkt werden, um die Schiene nachhaltiger zu machen. „Damit erhöhen wir zugleich die Akzeptanz der Bürger, die an den Schienenstrecken wohnen", unterstrich der Minister. Auch werden Digitalisierung und Forschung gefördert, um die Schiene innovativer zu machen. „Außerdem unterstützen wir die Suche nach Fachkräften, um die Bahn zukunftssicher zu machen", hob Scheuer hervor.

Der Branchenverband VDV begrüßt die „Ergebnisse einer der größten Eisenbahninitiativen seit der Bahnreform". Wie Präsident Ingo Wortmann darlegte, „gilt es nun, die zentralen Ergebnisse des Masterplans, allen voran den Deutschlandtakt, schnell und konsequent schrittweise umzusetzen. Denn die Eisenbahn wird zurecht als das Verkehrsmittel des 21. Jahrhunderts angesehen. Damit sie diese Aufgabe erfüllen kann, liegt aber noch viel Arbeit vor uns, die wir nun zügig bewältigen müssen." **DK**

Internationaler Carsharing Award:

München ist zweiter Sieger

Die Stadt München hat beim Carsharing Award der International Carsharing Association, dem weltweiten Verband für Carsharing-Organisationen, den zweiten Platz erreicht. Nur Mailand konnte sich in dem Wettbewerb vor München platzieren.

Der von einer internationalen Jury vergebene Preis bewertet die Carsharing-Maßnahmen von 27 teilnehmenden Städten. Laut Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle beweist diese Auszeichnung, „dass wir auf dem richtigen Weg sind. Carsharing und Shared Mobility spielen in München eine große Rolle und sind ein wichtiges Element in Richtung Verkehrswende, weil Bürgerinnen und Bürger so auch ohne eigenes Auto in München unterwegs sein können."

Carsharing wird in München schon seit 1992 angeboten und hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung und Beliebtheit gewonnen. Der Münchner Stadtrat fördert diese Angebote aktiv. So wurde mit dem im Juli 2019 verabschiedeten Shared Mobility Grundsatzbeschluss die Forderung nach einer gesamtstädtischen und angebotsübergreifenden Strategie unterstrichen. Damit jeder das passende Verkehrsmittel für sich wählen kann, um den unterschiedlichen Mobilitätsansprüchen für Familie, Beruf, Alltag und Freizeit am besten zu begegnen.

Flächendeckendes Angebot auch außerhalb der Kernstadt

Als nächster Schritt ist angestrebt, das Angebot flächendeckend auch außerhalb der Kernstadt in einem Netz aus Mobilitätsstationen bereitzustellen. In München ist rund jeder Vierte bei einem Carsharing Unternehmen angemeldet. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ein Carsharing-Fahrzeug bis zu 18 private PKW ersetzen kann. So lässt sich nicht nur das Verkehrsaufkommen, sondern auch die Zahl der im öffentlichen Raum geparkten, aber nur selten genutzten, Fahrzeuge reduzieren.

Volle Mobilität genießen

Shared Mobility bietet zusammen mit dem Öffentlichen Verkehr die Möglichkeit, ohne eigenes Auto zu leben und dennoch volle Mobilität zu genießen. Shared Mobility bedeutet dabei nicht Verzicht, es erweitert vielmehr die individuellen Möglichkeiten.

Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen unterwegs.de ❐



Urban Gardening:

Demogarten in Schweinfurt eröffnet

Urban Gardening Demonstrationsgärten entstehen derzeit in jedem bayerischen Regierungsbezirk. Nach dem Motto „Lust auf Gemüse in der Stadt“ wird in dem vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium geförderten Projekt gezeigt, mit welchen Methoden der Anbau von Gemüse und Kräutern auch im städtischen Bereich mit einfachen Mitteln gelingt. Neben dem bestehenden Demogarten in Mittelfranken (Fürth), wurde nun am Olympia-Morata-Gymnasium in Schweinfurt der zweite Schaugarten für Unterfranken eröffnet.

Den Standort in Schweinfurt hat die Bayerische Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG) ganz gezielt ausgewählt: Vor allem Schüler und Studenten aus den angrenzenden Gymnasien und der Fachhochschule sollen auf das Stadtgärtnern aufmerksam werden. Außerdem können sich auf der öffentlich zugänglichen Fläche Besucher und Passanten jederzeit über die verschiedenen Anbaumethoden informieren und Inspirationen für den eigenen Garten oder Balkon holen.

Auf kleiner Fläche nachhaltig produzieren

Gezeigt wird, wie man auf kleiner Fläche nachhaltig und ressourcenschonend produzieren kann. Der Demonstrationsgarten Schweinfurt bietet die Möglichkeit, sich über die Themen mobiles Gärtnern, Hochbeet, vertikales Gärtnern und Hydroponik zu informieren. Eine Blühfläche und Nistplätze für Vögel, Igel und Insekten fördern die Biodiversität. Zu sehen ist auch ein Pflanzturm aus Kokosfasermatten. Hier wächst besonders viel Gemüse auf wenig Raum. Beim Gärtnern im Terrabioponik-System werden Pflanzgefäße mit organischem Substrat ausgestattet. Ein kleiner Wurm-Kompost macht flüssigen organischen Dünger verfügbar und wird im Kreislauf genutzt.

Die Pflanzen, die im Rahmen des Projekts verwendet werden, stammen aus der Produktion der regionalen Gärtnereien im Umkreis. Bei der Direktsaat in die Hochbeete wird ausschließlich Bio-Saatgut eingesetzt.

Schub für die Stadtentwicklung

„Vor allem junge Menschen und Familien beschäftigen sich wieder zunehmend mit dem Gärtnern“, begründete bei der Eröffnungsfeier LWG-Präsident Andreas Maier die Initiative, das aus den großen Metropolen bekannte Urban Gardening auch in hiesigen Städten populär zu machen. Dass Schweinfurt den Zuschlag erhielt, dafür habe sich vor allem die stellvertretende Landrätin Christine Bender in ihrer Funktion als Landwirtschaftsrätin im Gartenbauzentrum Bayern Nord am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kitzingen stark gemacht. Dies vor allem mit Blick auf die Landesgartenschau 2026, die laut Schweinfurts OB Sebastian Remelé „keine reine Blümchenschau wird, sondern einen kräftigen Schub für die Stadtentwicklung auch im Bereich der gärtnerischen Gestaltung geben soll.

„Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, sich wieder mit selbst angebauten Lebensmitteln zu versorgen“, unterstrich das Stadtoberhaupt. Das Projekt soll gleichsam das Bewusstsein für natürliche Gartengestaltung schärfen, wünscht sich Remelé mit Blick auf die oftmals ökologisch sinnfrei angelegten Vorgärten. Schulleiter Thomas Kreutzmann sicherte zu, Urban Gardening ab nächstem Schuljahr in den Unterricht einzubinden. Schließlich versuche man als Umwelt- und Fair-Trade-Schule umweltbewusstes und nachhaltiges Leben zu vermitteln. **DK**



Dank der optionalen Wechsellenkung VarioPilot® können Fahrer von GVA Trees das Lenkrad des Unimog während der Grünflächenpflege auf die linke Seite verschieben. So haben sie direkte Sicht auf ihren Arbeitsbereich. Bild: Mercedes Benz

Get Cumbria Buzzing

Unermüdlich pflegt ein Unimog Geräteträger in Nordengland Grünflächen als Lebensraum für Wildbienen.

Get Cumbria Buzzing – bringen wir Cumbria zum Summen! Das haben sich die Aktivisten des Cumbria Wildlife Trust zum Ziel gesetzt. In der Grafschaft im Norden Englands sind nach Auskunft der Naturschützer rund 30 Bienenarten vom Aussterben bedroht. Gemeinsam mit Highways England, dem staatseigenen Unternehmen, das für den Betrieb, die Instandhaltung und den Ausbau der englischen Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen zuständig ist, engagiert sich der Cumbria Wildlife Trust daher für die Konservierung von Wildbiotopen am Rande von Autobahnen. Zu den mit der Grünpflege beauftragten Firmen gehört auch Green Valley Arborists Ltd. (GVA Trees), wo ein Unimog U 530 Maßstäbe setzt.

Dank der optionalen Wechsellenkung VarioPilot® können Fahrer von GVA Trees das Lenkrad während der Grünflächenpflege auf die linke Seite verschieben. So haben sie direkte Sicht auf ihren Arbeitsbereich.

Wertvoller Beitrag zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt

„Bestäuber wie Bienen, Hummeln, Schwebfliegen, Schmetterlinge und Motten sind wichtiger Bestandteil unserer Ökosysteme“, erklären die Experten des Wildlife Trust auf ihrer Website. „Sie bestäuben mehr als 80 % unserer blühenden Pflanzen, liefern so ein Drittel unserer Nahrung und tragen jährlich etwa 690 Millionen Pfund zur britischen Wirtschaft bei.“

Weil Lebensraum in unberührter Natur knapp wird, kümmert sich der Wildlife Trust um andere Lösungen. Eine davon ist die Bepflanzung von Autobahn-Randstreifen mit Blumenarten, die sorgfältig ausgewählt werden, um Insekten Nahrung und Schutz zu bieten. Lohnunternehmer wie GVA Trees setzen Ideen wie diese schließlich in die Tat um. Besonders im Frühjahr und Sommer sind sie mit der Grünpflege beschäftigt.

Eine nicht ganz einfache Aufgabe angesichts des Einsatzortes. Denn die unbefestigten Randstreifen müssen angelegt und gepflegt werden, während der Verkehr auf den Highways weiter rollt. Die Sicherheit der Arbeiter muss dabei jederzeit gewährleistet sein. GVA Trees hat sich dafür einen Profi mit an Bord geholt: einen neuen Unimog U 530.

Konfigurierbar für jeden Bedarf

Das Unternehmen von Geschäftsführer Ian Whitaker erledigt mit dem neuen allradgetriebenen Unimog verschiedenste Aufgaben in ganz Nordengland – von der Instandhaltung bis zur Einrichtung neuer Blumenkorridore. Dabei wird Gras geschnitten und eingesammelt, dann wird der Boden für die Bepflanzung mit Wildblumenkörnern vertikutiert.

Damit die Grünpflege-Fachkräfte ihren Arbeitsbereich auch aus dem Unimog heraus immer bestens im Blick haben, hat sich GVA Trees für die Zusatzausstattung VarioPilot® entschieden. Dieses System ermöglicht es dem Fahrer, das Lenkrad und die Instrumententafel einfach auf die linke Seite der Kabine zu verschieben. So ist eine direkte Sicht auf den Fahrbahnrand möglich. Für die normale Straßenfahrt auf dem Rückweg lässt sich das Lenkrad dann einfach wieder nach rechts verlagern.

Beeindruckende Geländegängigkeit

Power bringt der neue Unimog U 530 in jedem Fall auf die Straße. Das Modell wird von einem 7,7-Liter-Sechszylindermotor mit einer Leistung von 220 kW (299 PS) und einem Drehmoment von 1.200 Nm angetrieben. Dank seines Gesamtzuggewichts von 36 t kann der Mercedes-Benz Truck problemlos auch schwer beladene Anhänger ziehen. Sein voll synchronisiertes, elektropneumatisches Getriebe verfügt über acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge, die optional erhältlichen Arbeits- bzw Kriechganggruppen bieten jeweils weitere acht Vorwärts- und acht Rückwärtsgänge.

PermanenterAllradantrieb,große Bodenfreiheit und die weiterentwickelten Portalachsen mit Differenzialsperren und extremer Knicklenkung tragen zu der beeindruckenden Geländegängigkeit des Unimog bei. GVA Trees hat auch die optional erhältliche Reifendruckregelanlage TireControl plus einbauen lassen. Diese Technologie ermöglicht es dem Fahrer, schnell und einfach den Reifendruck zu senken, ohne das Fahrerhaus zu verlassen. Damit können Bodenschäden, besonders bei weichem Untergrund, minimiert werden. ❐



Ökologisches Mähen mit dem neuen Grünpflegekopf ECO 1200 plus. Bilder: Mulag

Ökologische Pflege des Straßenbegleitgrüns

Zur Erhaltung wertvoller biologischer Ressourcen gibt es immer mehr Bestrebungen ausführender Stellen, ein möglichst insekten- und pflanzenschonendes Mähen in der professionellen Straßenunterhaltung umzusetzen. Dabei sind neue Mähkonzepte dringend notwendig, die auf die speziellen Anforderungen einer ökologisch verträglicheren Pflege des Straßenbegleitgrüns ausgerichtet sind. Mit den herkömmlichen mulchenden Schlegelmähwerken ist dieses Anliegen nicht umsetzbar, da der Aufbau der Mähköpfe große prinzipbedingte Nachteile für das Vorhaben mit sich bringt.

Der Straßenunterhaltungsspezialist MULAG hat für den Einsatz im professionellen Straßenbetriebsdienst ein völlig neues Arbeitsgerät mit innovativem Mähkonzept entwickelt. Bei der eingehenden Analyse aller relevanten Aspekte des bisherigen Mähverfahrens, der Luftstromführung im Mähkopfgehäuse, der Schnitthöhe des Mähkopfes und der überrollten Fläche wurden wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung eines nachhaltigen Mähbetriebes gesammelt.

Diese kamen bei der Neuentwicklung des Grünpflegekopfes ECO 1200 plus zum Tragen, um ein möglichst schonendes neues Verfahren zu erhalten.

Der neue MULAG-Grünpflegekopf basiert auf einem Scheibenmähprinzip, das jedoch in seinem Aufbau nicht mit den am Markt verfügbaren Systemen zu vergleichen ist. Im Ergebnis gleicht das Mähverhalten einem Balkenmäher, zusätzlich versehen mit den Vorteilen des freien Schnitts ohne Mulcheffekt.

Ihm ist eine mechanische Abstreifvorrichtung vorgeschaltet, die das rechtzeitige Aufscheuchen von im Gras sitzenden Insekten bewirkt. Durch das Aufnehmen des Mähgutes mittels optimierter Luftführung und weitestgehend geschlossenem Gehäuseboden gelangen deutlich weniger Lebewesen in den Mähkopf. Die direkten Angriffsflächen des Schneidwerkes wurden um circa den Faktor 50 minimiert und eine stark angehobene Schnitthöhe gewährleistet ökologisch schonenderes Mähen.

Ganz nebenbei entstehen durch das Aufnehmen der sonst als Dünger wirkenden Mahd über ein Radialgebläse in den Mähgutanhänger magere Grünflächen, die eine sehr gute Grundlage für eine nachfolgende blütenreiche Vegetation bilden. Zudem werden Lebewesen nicht durch liegengebliebenes Material abgedeckt. Der minimale Bodenkontakt des Grünpflegekopfes aufgrund neu konstruierter Tastrollen schützt am Boden lebende Tiere.

Durch das neue MULAG-Mähkonzept werden die Anforderungen an einen ökologischeren Straßenbetriebsdienst in einen praxisnahen und effizienten Prozess überführt, der einen entscheidenden Beitrag bei der Insekten- und pflanzenschonenden Pflege des Straßenbegleitgrüns leistet. Eine hohe Wirtschaftlichkeit ist gewährleistet durch Ausmähen, Aufnahme und Abtransport des Mähgutes in einer Durchfahrt.

Weitere Informationen: www.mulag.de/eco ❐





Sie haben gemeinsam die Strategie 2030 des Zentrums Wald-Forst-Holz Weihenstephan entwickelt und unterzeichnet: (v.l.) Study Program Director Prof. Dr. K. Richter (TUM), Vizepräsident Prof. Dr. C. Lorz, (HSWT), Leiter des Zentrums Prof. Dr. V. Zahner (HSWT), Präsident O. Schmidt (LWF), Referatsleiter S. Timm (StMELF) und Geschäftsführer H. Förster. Bild: C. Josten, ZWFH

Forstzentrum für die Zukunft gerüstet

Die Strategie 2030 des Zentrums Wald-Forst-Holz Weihenstephan wurde unterzeichnet

Sie gilt für die nächsten zehn Jahre und benennt die wichtigsten, gemeinsamen Zukunftsthemen und Handlungsfelder für die drei Partner im Zentrum – den Fachbereich Forstwissenschaft und Ressourcenmanagement der TU München (TUM), die Fakultät Wald und Forstwirtschaft der Hochschule Weihenstephan Triesdorf (HSWT) sowie die Bayerische Landesanstalt für Wald und Frostwirtschaft (LWF).

„Mit der Strategie 2030 stellen wir die Weichen für die Arbeit im Forstzentrum, um in der Ausbildung der jungen Forstleute und der Forschung für die großen Herausforderungen wie Verlust der Biodiversität und den Klimawandel gerüstet zu sein“, sagt Professor Volker Zahner von der HSWT, Leiter des Zentrums.

Wissenschaft für die Praxis

Ob Gesellschaft, Waldbesitzer oder Forstbetriebe – alle sollen gleichermaßen von Forschung und Lehre profitieren, weshalb die Strategie unter dem Leitgedanken „Wissenschaft für die Praxis“ steht.

Synergieeffekte

Die Verknüpfung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Wissenstransfer setzt Synergieeffekte frei, die für die Förderung stabiler Waldökosysteme im Klimawandel und der Sicherung des nachwachsenden Rohstoffs Holz für künftige Generationen unabdingbar sind.

Als einmaliger Zusammenschluss dreier großer forstlicher Institutionen bündelt das Zentrum Forschung, Lehre und Wissenstransfer am Campus FreisingWeihenstephan.

Zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen rund um Wald, Forst und Holz

Es ist damit zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen rund um den Wald, Forst und Holz. Unterzeichnet wurde die Strategie 2030 von Professor Dr. Klaus Richter, Study Program Director für Forstwissenschaft und Ressourcenmanagement an der TUM. Für die HSWT unterzeichnete Professor Dr. Carsten Lorz, Vizepräsident für Internationales und Diversity. Von Seiten der Bayerischen Forstverwaltung unterzeichneten Präsident Olaf Schmidt für die LWF und für das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ministerialrat Sören Timm, Referatsleiter Waldpädagogik, Wissenstransfer und Internationale Waldbelange. ❐



Größere Feierlichkeiten waren zum Betriebsjubiläum bei Wilhelm Mayer in Gersthofen Corona-bedingt nicht möglich. Trotzdem wollte das erfolgreiche Team seine Leistungsstärke natürlich zeigen. ❒

Jubiläum in Gersthofen:

25 Jahre Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge

Vor 25 Jahren, im April 1995, eröffnete das Service-Zentrum Gersthofen in einer eigens hierfür erstellten Immobilie. Der Geschäftsbetrieb am Standort Gersthofen startete mit einem schlagkräftigen Service-Team erfahrener und engagierter Mitarbeiter. Zugleich übernahm Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge zusätzlich die Vertriebsverantwortung UNIMOG in Bayerisch-Schwaben.

Neben dem Mercedes-Benz UNIMOG werden am Standort Gersthofen zahlreiche andere Kommunalmaschinen mit kompetentem Service betreut. Neben Fahrzeugen der Hersteller Lindner, Hansa, Bonetti sowie Aebi-Schmidt Kompaktkehrmaschinen werden auch allerlei An- und Aufbaugeräte montiert, gewartet und repariert. Renommierte Hersteller wie Aebi-Schmidt, Mulag, Bucher, Dücker, EcoTech und Schlang + Reichart sind hier nur eine kleine Auswahl des gesamten Spektrums hochwertiger Kommunaltechnik für den Ganzjahreseinsatz. Auch MB-Tracs werden noch immer gut und gerne betreut.

Reicher Erfahrungsschatz

Langeweile kommt also beim Service-Team Gersthofen keinesfalls auf. Trotz diesem großen Spektrum an unterschiedlicher Technik kann jederzeit schnell und unkompliziert geholfen werden, wenn doch mal was nicht mehr richtig funktioniert.

Geleistet werden kann dies nur durch die große Erfahrung in der Niederlassung sowie im gesamten Unternehmen. Die Ursprünge von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge reichen bis zum Jahr 1901, in dem das Unternehmen als Landtechnikfirma gegründet wurde. Seit 1954 ist man autorisierte Unimog-Generalvertretung und gehört zu den ältesten in Deutschland. Und seit 25 Jahren ist Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge durchgängig in Gersthofen aktiv.

Ein starkes Team arbeitet hier an starken Maschinen. Allen voran am Mercedes-Benz Unimog – der großen Leidenschaft aller Mitarbeiter am Standort.

Mit Rat und Tat stehen wir den Kunden der öffentlichen Hand, den Kommunen sowie natürlich den Gewerbekunden aller Branchen und Gewerke jederzeit gerne am Standort Gersthofen zur Verfügung.

Professioneller Service

„In unserem Servicebetrieb Gersthofen finden unsere Kunden professionellen Service vor und kommen daher erfahrungsgemäß gerne in unseren Betrieb. Und wenn die Kunden mal nicht zu uns kommen können, kommen wir mit dem mobilen Service zu Ihnen vor Ort. Oder wir holen das Fahrzeug mit dem Hol-Bring-Service“, erläutert Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, das Leistungsspektrum der Niederlassung.

Das Team Gersthofen, die Niederlassungsleitung sowie die Geschäftsleitung von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge dankt allen Kunden ausdrücklich für 25 Jahre Treue und Vertrauen. Auch für die Zukunft wird bester Service und größtmögliche Unterstützung zugesichert.

Das Service-Team Gersthofen freut sich auf die weitere Zusammenarbeit in Sachen Unimog und Kommunaltechnik. Mindestens für die nächsten 25 Jahre. ❒



Bild: Unimog

Auch 2020 ist der Unimog Geländewagen des Jahres

Der Unimog ist überall dort, wo sonst keiner hinkommt. Immer wieder sehen das auch die Leser der Fachzeitschrift „Off Road“ und wählten ihn zum 16. Mal in Folge zum besten Geländewagen des Jahres – und zwar in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“.

Mit 54,7 Prozent der Leserstimmen belegte der Unimog mit großem Abstand den 1. Platz. Bei Globetrottern erfreut sich der hochgeländegängige Unimog als Basisfahrzeug für Reisen auch abseits asphaltierter Straßen und kann in abgelasteter Version mit nur 7,49 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht auch mit dem Pkw-Führerschein Klasse 3 gefahren werden.

„Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung, auch wenn wir sie aufgrund der aktuellen Umstände leider nicht persönlich entgegennehmen konnten. Dies ist erneut ein Vertrauensbeweis der Off Road-Leserschaft für unseren Unimog, und dafür bedanken wir uns herzlich. Der Unimog ist auch nach bald 75 Jahren das ultimative Off-Road-Fahrzeug und hält aktuell den Höhenweltrekord für Radfahrzeuge. Viele seiner genialen Features, wie zum Beispiel die doppelte Dreipunktlagerung der Wohnkabine, machen ihn zum idealen Fahrzeug für Expeditionsfahrten abseits asphaltierter Straßen, in schwerem Gelände oder, wie zuletzt unter Beweis gestellt, für Fahrten auf knapp 7000 m Höhe auf den höchsten aktiven Vulkan der Welt“, so Dr. Ralf Forcher, Unimog Vertriebs- und Marketingchef. ❒

Warnschutz Safe supreme 3:

Schutz und Statement – die richtige Arbeitskleidung macht es möglich

Knien, heben, über Kopf arbeiten, trübes Wetter, schlechte Sicht, Funkenflug etc: Um der Arbeit mit Freude und der erforderlichen Sicherheit begegnen zu können, stellt jedes Gewerk spezielle Erwartungen an Arbeitskleidung hinsichtlich Schutz, Funktionalität und auch Tragekomfort. Gleichzeitig wirkt eine einheitliche Berufsbekleidung – ggf. mit dem Logo der Kommune oder des Kommunalunternehmens – auch höchst professionell. Mitarbeiter signalisieren so die Zusammengehörigkeit und hinterlassen einen ersten positiven Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Doch wie findet man das richtige Outfit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ob Sicherheitsschuhe, moderne Arbeitsschutzkleidung, Warnschutz-, Forstschutz- und Zunftkleidung, klassische Businesskleidung und/oder Kopf- und Gesichtsschutz – eine große Auswahl an Arbeitskleidung renommierter Marken sowie eine individuelle Beratung bietet die Firma Reidl in Hutthurm.



Egal ob bei Wind und Wetter, Eis und Schnee oder unter besonderen Hygienevoraussetzungen: Die perfekte Arbeitskleidung ist Voraussetzung für ordentliche Arbeitsergebnisse. Bild: Beutlhauser

Qualität von Beutlhauser

Das Haus ist Teil der Beutlhauser Unternehmensgruppe, die sich seit nunmehr neun Jahren auf das Thema Arbeitsschutz und Arbeitskleidung spezialisiert hat. Vor einigen Monaten wurde die erste Arbeitsschutz-Filiale, der Beutlhauser Safe Work Store, im Gewerbepark B11 in Regensburg eröffnet.

Die wichtigste Eigenschaft von Warnschutzkleidung gerade im Kommunalbereich ist, dass die Mitarbeiter damit auch bei schlechten Lichtverhältnissen gut wahrgenommen werden.

Reflektoren und grelle Farben sind deshalb bei Arbeiten unter freiem Himmel Pflicht. Wetterfeste Materialien schützen außerdem vor Regen und Wind. Gut angezogen sein und gleichzeitig umfassend geschützt zu werden sind die Zielvorgaben bei Reidl.

„Die Auswahl der geeigneten Arbeitsschutzkleidung richtet sich immer nach der Gefährdungsanalyse des Arbeitsplatzes eines jeden Mitarbeiters“, erklärt Katharina Obergroßberger-Weber, Abteilungsleitung Arbeitsschutz in Hutthurm. „Bewegungsfreiheit, Tragekomfort und die Optik dürfen dabei aber nicht zu kurz kommen.“

Ob Shirts, Hemden und Blusen, Arbeitsschutzbekleidung oder Zubehör wie Mützen und Caps – das komplette Sortiment kann individuell nach Kundenvorgaben bedruckt oder bestickt werden. Dazu stehen den Experten in Hutthurm und Regensburg verschiedenste Verfahren zur Verfügung. Je nach Material der Kleidung, Motiv und optischen Gestaltungswünschen des Kunden wird das geeignete Stick- oder Druckverfahren gewählt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind so von Kopf bis Fuß perfekt im eigenen Corporate Design ausgestattet.

Arbeitsschutzmanagement

Die Firma Reidl bietet zudem ein komplettes Arbeitsschutzmanagement an. Betriebe können hiermit ein komplettes Paket an Aufgaben – von der Beschaffung und Lagerung von Arbeitskleidung bis hin zur Dokumentation (Stichwort „Fürsorge- und Garantenpflicht“) abgeben und so wichtige Ressourcen freisetzen. Über ein ausgeklügeltes Gutscheinsystem erfolgt eine unkomplizierte und reibungslose Abwicklung – individuell auf jeden Mitarbeiter zugeschnitten. Das System ist absolut flexibel, es kann schnell reagiert werden, wenn z.B. neue Mitarbeiter/innen eingestellt werden – und das ganz ohne kostenintensive Lagerhaltung. Klassische Kleiderkammern sind somit ein Fall von gestern.

Informationen:
www.safe-work.de/ ❒



Video-Konferenz der KPV Oberfranken mit Innenminister Herrmann:

Akzeptanz für digitale Formate

Für ein paar Teilnehmer war es schon nicht mehr so ungewohnt. Einige hatten schon etwas Erfahrung. Die erste Videokonferenz der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Oberfranken wurde zu einem schönen Erfolg und schuf nach der Zwangspause wenigstens eine virtuelle Begegnungsmöglichkeit. Innenminister Joachim Herrmann war der Gast des Abends auf den Monitoren.

KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler freute sich über die Mitwirkung des Kommunalministers und moderierte souverän die Konferenz. Eingangs erzählte Ehlers Stellvertreter Wolfgang Förtsch dass eigentlich ein persönlicher Besuch Herrmanns vorgesehen war. Umständehalber musste man sich auf das digitale Format verständigen. Nun gelte es, die Auswirkungen der Pandemie auf die kommunale Politik mit solidarischem Handeln zu meistern: „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen – und umgekehrt!“ Das gelte jetzt mehr denn je.



Video-Kommunikation mit Innenminister Herrmann. Bild: FF

Neue Arbeitsformen

Minister Herrmann konnte von vielen positiven Erfahrungen berichten, die durch die neuen Arbeitsweisen generiert wurden. Die Mischformen zwischen Präsenz und Homeoffice sollten auch nach Corona erhalten bleiben. Die öffentliche Verwaltung gehe hier mit gutem Beispiel voran. Es gelte nun, Personal weiter zu schulen und die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

Der bayerische Weg zur Bekämpfung der Pandemie sei bisher erfolgreich gewesen. Aber es gebe keine Garantie für die Zukunft. Um- und Vorsicht auf allen Ebenen müssten auch die nächsten Monate oberstes Gebot bleiben. Fest stehe dass die Pandemie den Staat mit erheblichen Steuerausfällen und Mehrausgaben belaste. Freistaat und Bund seien in Vorleistung getreten mit dem Ziel, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und weitere Pandemiefolgen abzufedern. Wichtig sei, die Lasten gleichmäßig zu verteilen. Der Minister berichtete dass er gemeinsam mit Finanzminister Füracker in engem Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden stünde.

Der Minister wusste um den Wissensdurst seiner Gesprächspartner an den Mikrofonen über die Zukunft der kommunalen Finanzen in der Krise. Herrmann versicherte den Kommunalvertretern, dass er sie darin auch weiterhin unterstützen werde, wenn es darum ging, ihnen eine zuverlässige finanzielle Basis zu sichern.

Die kommunalen Steuereinnahmen in 2019 seien gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen und betrugen 20,5 Milliarden Euro. Die Schätzung im Lichte von Corona sage einen Gewerbesteuerrückgang um fast ein Viertel voraus, beim Einkommenssteueranteil erwarte man ein Minus von ca. 8 Prozent. Man müsse die Entwicklung noch abwarten. Um die drohenden Auswirkungen abzufedern habe der Koalitionsausschuss den Solidarpakt 2020 mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro beschlossen.

Ausfälle kompensieren

Mit einem pauschalierten Ausgleich sollen die Ausfälle kompensiert werden. Auch die Staatsregierung werde ihren Anteil leisten, versprach Joachim Herrmann. Man solle bei alledem nicht vergessen, dass sie noch vor dem Ausbruch der Pandemie beschlossen hatte, den kommunalen Finanzausgleich auf ein neues Rekordniveau zu erhöhen. Erstmals werde dabei die 10-Milliarden-Schwelle überschritten.

Rasch habe man auf die Krise reagiert. Dank solider Staatsfinanzen konnte man Erstmaßnahmen treffen, um die Zahlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. So wurden staatliche Leistungen zeitlich vorgezogen und der Zugriff auf Kassenkredite erleichtert.

Die Zukunftsaufgaben im Straßenbau und ÖPNV dürften auch in der Pandemie nicht außer Acht bleiben. Der Freistaat habe die 2019 auslaufende Bundesförderung vollständig aus Landesmitteln ersetzt. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt stünden insgesamt 700 Millionen Euro in diesem Jahr bereit. Zu diesen kraftvollen Maßnahmen gehören auch Beihilfen des Bundes und der Länder, um Einnahmeausfälle im ÖPNV möglichst einzugrenzen.

Über die diskutierte Reform der Notfallversorgung äußerte sich Herrmann eingangs mit einer Klarstellung. Eine stetige Verbesserung in der Behandlung von Notfallpatienten sei auch ihm ein Herzensanliegen.

In der konkreten Gestaltung stoße der Entwurf des Bundesgesundheitsministers aber vielfach auf Ablehnung. Die angedachte Verschiebung von Befugnissen von den Ländern an den Bund kritisierte er scharf. Auch missfalle ihm, dass die Krankenkassen nur noch die Betriebskosten des Rettungsdienstes übernehmen sollen. Für Bayern brächte das neue Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. Der Bund wolle mit einheitlichen Vorgaben wichtige Bereiche der Notfallrettung und der Leitstellen regeln. Zugleich aber soll ein Hauptteil der Finanzierung auf die Länder abgeladen werden. Der Minister unterstrich, er werde sich nachdrücklich für den Erhalt der bewährten Rettungsstrukturen in Bayern einsetzen. Hier verwies er auch darauf, dass sich die Struktur der Krankenhäuser, der kommunalen zumal, in der Krisenbewältigung als leistungsstark erwiesen habe.

Frage- und Diskussionsrunde

Der profunde Vortrag des Ministers bot die Vorlagen für die anschließende Frage- und Diskussionsrunde mit den Teilnehmern der KPV Oberfranken. Vieles war durch die Ausführungen durchaus beantwortet. Aber nun kamen die konkreten Probleme vor Ort auf den Tisch. Fragen der Haushaltsführung, der weiteren Fortführung von Förderprogrammen und vieles mehr, was den Alltag bestimmt. Die Diskutanten fanden in Minister Herrmann einen Gesprächspartner, der sehr aufmerksam ihre Anliegen und Hinweise aufnahm, sich zu konkreter Hilfe anbot. Für den KPV-Bezirksvorsitzenden Karl Philipp Ehrler war die Videokonferenz allemal eine runde Sache. Sein Dank galt Staatsminister Joachim Herrmann für dessen wegweisenden Vortrag und den Organisatoren der Konferenz, CSU-Bezirksgeschäftsführer Reinhold Rott und dem stellvertretenden KPV-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Förtsch. Auch das Echo der weiteren Gesprächsteilnehmer fiel positiv aus. **TF**



Die erste mobile Lotto-Annahmestelle startete in der Oberpfalz. Unser Bild zeigt die Präsidentin von Lotto Bayern, Friederike Sturm gemeinsam mit Vizepräsident Josef Müller. Bild: Lotto Bayern

Lotto Bayern bereichert mobile Nahversorgung

Füracker: Mobile Annahmestelle startet in der Oberpfalz

Ein mobiler Dorfladen versorgt ländliche Regionen ohne Einzelhandelsgeschäfte in der Oberpfalz mit einem attraktiven Lebensmittelangebot. „Das Angebot erfreut sich bei den Bürgerinnen und Bürgern im Steinwald großer Beliebtheit. Mit der ersten Annahmestelle in diesem mobilen Dorfladen kommt nun auch Lotto Bayern zu den Menschen“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die Staatliche Lotterieverwaltung in Bayern gehört zum Geschäftsbereich des Bayerischen Finanzministerium. Lotto Bayern bringt sein Angebot an Lotterien und Sportwetten seit 30. Juni 2020 damit in Regionen, in denen keine Annahmestelle im Ort selbst existiert. „Mit der mobilen Annahmestelle bringen wir den Menschen ein Stück Glück und den Traum auf Millionengewinne zurück“, sagte Friederike Sturm, die Präsidentin von Lotto Bayern.

Der staatliche bayerische Glücksspielanbieter integriert in den mobilen Dorfladen des kommunalen Zweckverbands Steinwald-Allianz eine Lotto-Annahmestelle, mit der die Teilnahme an den Lotterien und Sportwetten ebenso möglich ist wie die Auszahlung von dabei erzielten Gewinnen. Im Rahmen dieses Pilotprojekts besteht in 31 Ortschaften ohne Einzelhandel die Möglichkeit, Spielaufträge zu platzieren. Die Steinwald-Allianz ist Teil des von der Staatsregierung geförderten Projekts „Digitales Dorf – Bayern digital“ und wurde bereits im Rahmen eines Wettbewerbs ausgezeichnet. **ots**

Kommunale Aufgabe:

Neustart des Kulturlebens

Im Rahmen der Tagung „Kultur konkret begründen“ von STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. in Würzburg sprachen sich knapp 30 Kulturabteilungsleiterinnen und -leiter für eine Stärkung der Kulturarbeit nach der Krise aus und stellten neue Formate vor, um das kulturelle Leben vor Ort erhalten zu können.

„Eine Milliarde Euro für die Kultur im neuen Konjunkturpaket des Bundes sind ein Beleg dafür, dass ihre Relevanz erkannt wird. An den Kommunen selbst wird es jetzt liegen, Kultur vor Ort auch nach Corona zu ermöglichen“, sagt Dr. Christine Fuchs, Leiterin von STADTKULTUR. „Kunst und Kultur bilden das gesellschaftliche Fundament unseres Zusammenlebens. Ihre Vielfältigkeit muss auch nach der Krise erhalten bleiben, in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum.“

Beispiele Würzburg und Bobingen

Achim Könneke, Kulturreferent von Würzburg und Vorstandsmitglied des Vereins STADTKULTUR, stellte im Rahmen der Tagung Würzburger Strategien, Maßnahmen und Projekte vor, mit denen die Stadt in Corona-Zeiten unter Einbindung der Stadt- und Landespolitik sowohl Künstlerinnen und Künstler pragmatisch unterstützt, die kulturelle Infrastruktur zumindest teilabsichert und trotz radikaler Veranstaltungseinschränkungen kurzfristig verschiedene neue Festivalformate umgesetzt hat. Es sei gerade in Krisenzeiten eine herausgehobene Verantwortung der kommunalen Kulturabteilungen „nicht gut gemeint für, sondern zusammen mit den Kultureinrichtungen und Gruppen vor Ort für deren Nöte und sehr unterschiedlichen Strukturen differenzierte Hilfsmaßnahmen zu entwickeln,“ so Könneke. Neben Sonderprogrammen seien Mietstundungen und Mieterlass ebenso wichtig wie der Verzicht auf Rückforderungen von öffentlichen Zuschüssen. Dies wurde in Würzburg erreicht, indem der Stadtrat pauschal bei allen Förderungen den neuen Zweck „Erhaltung der kulturellen Vielfalt und Infrastruktur“ beschlossen habe. Es sei absehbar, dass nur über ein Bündel von Maßnahmen von Bund, Freistaat und Kommunen, die für die Lebensqualität extrem wichtigen kulturellen Einrichtungen gerettet werden können.

Dass in Zeiten von klammen Kassen die Relevanz von Kultur in Stadtrat, Verwaltung, Presse und Öffentlichkeit gut kommuniziert werden muss, führte Elisabeth Morhard, Kulturamtsleiterin von Bobingen und ebenfalls Vorstandsmitglied von STADTKULTUR, vor. In ihrem Beitrag erklärte sie, warum ein qualitativ hochwertiges Kulturleben eine „Imagekampagne“ für die Stadt ist. „Die Kommune betreibt so positive Öffentlichkeitsarbeit, verhindert die Abwanderung und erhöht die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat – eine positive Bilanz, die sich nur schwer in Geldwerten beziffern lässt.“

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V. ist ein Zusammenschluss von derzeit 55 Kommunen, die in gemeinsamen Projekten bayernweit kulturelle Impulse setzen und Kunst, Kultur und Kulturelle Bildung fördern. ❐

Gemeindetag Oberpfalz:

Martin Birner ist neuer Vorsitzender

Der Erste Bürgermeister der Stadt Neunburg vorm Wald, Martin Birner, hat den Bezirksvorsitz des Bayerischen Gemeindetages Oberpfalz übernommen. Bei der Sitzung des Bezirksverbandes in Barbing (Landkreis Regensburg) wurde er für die kommenden sechs Jahre ohne Gegenstimme zum Nachfolger von Hugo Bauer, ehemaliger Rathauschef der Gemeinde Wald (Landkreis Cham), gewählt. Als Birners Stellvertreter fungiert künftig Peter Braun, Bürgermeister von Schmidmühlen (Kreis Amberg-Sulzbach), der Werner Fischer, ehemaliger Erster Bürgermeister aus Bernhardswald (Landkreis Regensburg) ablöste.

Regierungspräsident Axel Bartelt sprach den Kreisvorsitzenden und Bürgermeistern des Bezirks zunächst ein großes Lob aus. Schließlich hätten sie in den vergangenen Jahren aus dem Armenhaus Oberpfalz eine prosperierende Region geschaffen. Bezirkstagspräsident Franz Löffler hob die immense Bedeutung der Kommunen im Geflecht der Gebietskörperschaften hervor und betonte: „Jeder, der was werden will, muss zuvor Bürgermeister gewesen sein.“



Martin Birner. Bild: Jessica Kassner

Warnung vor Vollversorgungsmentalität

Ohne die Mitwirkung einer funktionierenden kommunalen Ebene hätte man gerade die Corona-Krise nicht derart gut bewältigen können, stellte Löffler fest. Er warnte in Zeiten der Krise vor einer „Vollversorgungsmentalität“ der Bürger, weil diese vor allem weniger Eigenverantwortung zur Folge habe. Aus seiner Sicht muss der coronabedingte Gewerbesteuerausfall umlagefähig sein. Auch müsse der Einkommensteueranteil im nächsten Jahr wieder auf ein vernünftiges Niveau anwachsen. Falls dies nicht der Fall sein sollte, benötigten die Kommunen weiterhin entsprechende Ausgleichszahlungen vom Staat.

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl erwartet mindestens 25 Prozent weniger Mehrwertsteuer-Einnahmen für die Kommunen. Er warnte davor, bei den Bürgern den Eindruck zu erwecken, dass der Staat auch weiterhin problemlos für die Finanzierung sämtlicher Bedürfnisse aufkommen könne.

Kritik übte Brandl auch daran, dass im Zuge der Pandemie „Gewerbesteuermilliardäre“ wie die Landeshauptstadt München bei Kompensationszahlungen des Staates für Gewerbesteuerausfälle bevorzugt würden und mit bis zu 750 Millionen Euro den Löwenanteil abschöpften. Für die Kommunen bleibe hier nicht mehr genug übrig. Für Ende 2020 prognostizierte der Gemeindetagspräsident „Defizite in ungeahnten Größenordnungen“ für die Kommunen. Vor diesem Hintergrund erscheint es Brandl fraglich, ob Versprechen wie ein verbindlicher Ganztagsbetreuungsplatz in Grundschulen für jeden Schüler ab 2025 aufrechterhalten werden sollten. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
Euro 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
Euro 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) Euro 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Europäische Metropolregion München soll „fair“ werden

Der Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.), ein Zusammenschluss von Landkreisen und Städten, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, strebt die Zertifizierung als Fairtrade-Metropolregion durch Fairtrade Deutschland (TransFair e.V.) an. Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. als bayerischer Dachverband der Eine Welt-Akteure unterstützt die Initiative für eine „Faire Metropolregion München“ und freut sich, dass der „Faire Handel“ somit viele weitere Multiplikatoren erreichen kann.

Als wichtiger Schritt auf diesem Weg wurde Ende Juni 2020 in der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion München offiziell eine Steuerungsgruppe gegründet, die zukünftig nicht nur die Bewerbung vorantreiben soll, sondern den Fairen Handel in Aktivitäten und Veranstaltungen in der Metropolregion einbeziehen möchte.

Damit wird die Europäische Metropolregion München Teil der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“, an der sich allein in Bayern bereits über 180 Kommunen beteiligen. In der vom Landkreis Donau-Ries bis Altötting und vom Ostallgäu bis Dingolfing-Landau reichenden Metropolregion München sind selbst bereits über 60 Kommunen und Landkreise als „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet.

Vier von fünf Kriterien sind bereits erfüllt

Die Bewerbung wurde auf Initiative des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sowie weiterer zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteure an den EMM e.V. herangetragen. Der Steuerungsgruppe gehören u.a. auch der Geschäftsführer des EMM e.V., Wolfgang Wittmann, sowie Dr. Alexander Fonari, Vorstand des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., an. Dr. Fonari zeigte sich erfreut über die positive Rückmeldung des EMM e.V., die Idee des Fairen Handels in Aktivitäten und Veranstaltungen der Metropolregion München einzubringen.

Als Sprecherinnen der neu gegründeten Steuerungsgruppe wurden Frau Christiane Lüst (Öko & Fair Umweltzentrum Gauting) sowie Frau Vera Groß (EMM e.V.) gewählt.

Die Bewerbung – die die Erfüllung von fünf Kriterien vorsieht – soll bis zum Herbst 2020 auf den Weg gebracht werden. Die Metropolregion München ist bei ihrer Bewerbung mit 4 von 5 erfüllten Kriterien schon sehr weit – gesucht werden zum jetzigen Zeitpunkt noch Hotel- und Gaststättenbetriebe in der Metropolregion, die bereits fair gehandelte Produkte verwenden und sich offiziell listen lassen möchten. ❐

Kommunaler Energiebericht:

Landkreis Lindau hat viele Hausaufgaben erledigt

Der Landkreis Lindau hat bereits viele Hausaufgaben rund um den Klimaschutz erledigt. Das ist Ergebnis des ersten Energieberichts, den Klimaschutzmanager Steffen Riedel im Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz vorstellte.

Auch ein Großteil der Themen aus dem Forderungskatalog, den die Fridays for Future-Bewegung im Landkreis jüngst an die Landkreisverwaltung richtete, wurde in den vergangenen Jahren bereits bearbeitet. „Unser Kreisausschuss hat im Jahr 2013 einstimmig ein Energie- und Klimaschutzkonzept verabschiedet, das 30 Projekte umfasst“, so Landrat Elmar Stegmann. Für deren Umsetzung hat der Landkreis 2015 einen Klimaschutzmanager eingestellt, aber auch schon zuvor waren Umwelt- und Klimaschutz wichtige Landkreisthemen.

In den vergangenen 10 Jahren hat der Landkreis die Energie- und Wasserverbräuche in seinen Liegenschaften entweder gesenkt oder trotz steigender Energiekosten oder Erweiterungen gehalten. Der Stromverbrauch aller Liegenschaften ist um ein Drittel reduziert worden, der restliche Strom wird aus erneuerbaren Energien bezogen.

Neben der Energieversorgung ist aber auch die Energieeinsparung wichtig. Seit 2012 gibt es für landkreiseigene Gebäude beispielsweise „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“, welche den Passivhausstandard auch für Bestandsgebäude zur Grundlage haben.

Der Landkreis hat bisher fast alle Schulen energetisch saniert oder teilsaniert, das Berufsschulzentrum in Lindau mit fast 50% Heizenergieanteil bezogen auf alle Landkreisliegenschaften, soll in den kommenden Jahren durch einen Neubau ersetzt werden. Damit wird der größte „Energiefresser“ unter den landkreiseigenen Liegenschaften erneuert. Auch der Wasserverbrauch ist durch verschiedene Maßnahmen um ein Drittel gesunken. Eine Maßnahme ist beispielsweise ein Klimaschutzwettbewerb. „Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist ebenfalls ein wichtiger Baustein des Klimaschutzes“, erklärte Stegmann. Unter www.landkreis-lindau.de können Bürgerinnen und Bürger mittels Umfrage mithelfen, den ÖPNV noch attraktiver zu machen. ❐



Shalom und Willkommen in Abensberg

Israels Generalkonsulin Sandra Simovich besuchte den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, in seiner Heimatstadt Abensberg.

Frau Simovich leitet seit August 2017 das Generalkonsulat des Staates Israel für Süddeutschland mit Sitz in München. Mit dabei war Liran Sahar, Berater für bilaterale Beziehungen, ebenfalls vom Generalkonsulat. Der Besuch, der unter strengen Sicherheitsauflagen stattfand, diente der Vertiefung der Beziehungen und dem Austausch aktueller Informationen. Der Staat Israel unterhält seit 2011 ein Generalkonsulat in Bayern, übrigens das einzige in Deutschland. Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Dr. Brandl freute sich sehr und dankte Generalkonsulin Simovich und Herrn Sahar für den Besuch in seiner Heimatstadt.

Finanzspritze für Kunst und Kultur

Bezirk Oberbayern fördert regionale Kultur mit 1,5 Millionen Euro

Fast 1,5 Millionen Euro stellt der Bezirk Oberbayern in diesem Jahr für regionale Kunst und Kultur zur Verfügung. Davon hat der oberbayerische Bezirkstag jetzt ca. 1,36 Millionen Euro bewilligt. Rund 85.000 Euro waren bereits im Mai ausgezahlt worden. Es handelte sich um Zuschüsse unter 2.500 Euro, die Bezirkstagspräsident Josef Mederer frei vergeben darf. Höhere Förderungen konnten wegen der Corona-Beschränkungen erst jetzt durch den Kulturausschuss beschlossen werden.

Von dem Geld profitieren rund 270 Projekte und Initiativen in ganz Oberbayern. In voller Höhe erhalten diese den Zuschuss allerdings nur, wenn die geförderte Veranstaltung stattfindet. Mussten Veranstaltungen wegen der Corona-Beschränkungen abgesagt werden, beteiligt sich der Bezirk Oberbayern gegen Nachweis mit zehn Prozent an den für die Vorbereitung bereits entstandenen Kosten. „Wir hoffen sehr, dass nicht allzu viele Vorhaben betroffen sind. Aber wo es so ist, lassen wir die Vereine und Verbände nicht im Regen stehen“, so Mederer. Abgesagt werden mussten unter anderem das Internationale Musikfest in Kreuth, das Richard-Strauss-Festival in Garmisch-Partenkirchen und die Internationale Jazzwoche Burghausen.

Einige Veranstalter sind in diesem Jahr auch neue Wege gegangen. So fand das Internationale Dokumentarfilmfestival München online statt. Zum Teil werden ausgefallene Veranstaltungen auch nachgeholt, wie einzelne Termine der Iffeldorfer Meisterkonzerte. Bereits vor den Einschränkungen durch Corona stattfinden konnten beispielsweise das Literaturfestival „Leseglück – Grenzenlos Literatur“ und die inklusive Produktion „Trotz des großen Erfolgs“, des Vereins TamS Theater in München. Zu den geförderten Projekten, die noch stattfinden, gehören die Ausstellung „Frau darf ... 100 Jahre Künstlerinnen an der Akademie“ des Museums Fürstenfeldbruck und die Opernfestspiele auf Schloss Amerang.

Die Kulturförderung des Bezirks Oberbayern ist eine freiwillige Leistung. Gefördert werden überregional bedeutsame Projekte in Oberbayern mit maximal zehn Prozent der Gesamtkosten, jedoch nur bis zur Höhe von 15.000 Euro. In diesem Jahr beträgt die höchstmögliche Fördersumme 13.537 Euro, da wegen der Vielzahl der Anträge – insgesamt wurden 266 bewilligt – alle Zuschüsse um 9,75 Prozent gekürzt wurden. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das mit dem Wumms kann man gar nicht oft genug hören – mit Wumms aus der Krise. Schön wäre es, wenn ich an all die fleißigen Leute denke, die als Unternehmer, Selbstständige oder Arbeitnehmer schwer von der coronabedingten Wirtschaftskrise gebeutelt sind.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist wild entschlossen, alles in der Macht der Kommune stehende zu tun, um die lokale Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Denn eines ist klar: Unsere Gesellschaft ist gespalten zwischen denen, die den Coronaabschwung kaum im Geldbeutel merken und denen, die Einkommenseinbußen haben, die bis an die Existenzgrenze gehen können. Allerdings, wenn man sieht, was etwa der öffentliche Dienst in der Krise leistet – von den Mitarbeitern im öffentlichen Gesundheitswesen über Polizei- und Sicherheitskräfte bis hin zu Lehrkräften, dem Personal der Ordnungsämter, der Gewerbeaufsicht und vielen anderen wichtigen Bereichen mehr – dann ist es mehr als OK, wenn sie ihr Geld weiter regelmäßig bekommen. Weniger einsichtig ist dies bei den Beziehern von Renten oder anderen Transferleistungen. Hier werden wir als Gesellschaft nicht um die Diskussion herumkommen, ob diesen Gruppen nicht ein Solidarbeitrag zur Krisenbewältigung zumutbar wäre.

Die richtigen Prioritäten in schwieriger Zeit

Andere brauchen unsere Solidarität. Vom niedergelassenen Arzt über den Rechtsanwalt, vom Kneipier bis zum Gastwirt, vom Physiotherapeuten bis zum Logopäden, vom Friseur bis zum Nagelstudio – alle knabbern noch an den Einbußen während des Lockdown und den Einschränkungen heute. Nicht zu vergleichen aber auch dies mit den Musikern, Theaterleuten, Künstlern vom Brettl, Tänzern, die immer noch keine Einnahmen haben, ebenso wie viele freiberufliche Dozenten.

Natürlich ist es gut, dass es sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene eine Reihe von Hilfs- und Unterstützungsprogrammen gibt. Zuschüsse, Unterhaltsbeihilfen, Kredite. Aber Hand aufs Herz: Wir alle wollen unseren Lebensunterhalt lieber durch eigene Arbeit erwirtschaften, nicht durch Hilfsprogramme, so notwendig sie auch sind.

Also heißt es kreativ sein. Wir haben – wie in anderen Städten auch – unseren Gastwirten mehr Freischankflächen auf öffentlichem Grund zugestanden als eigentlich erlaubt wäre. Auch Barbetreiber, die das im Leben nie geahnt hätten, haben jetzt ihren Biergarten vor dem Lokal. Nicht dass all das, was sonst im verschwiegenen Dunkel passiert wäre, jetzt im fahlen Licht des Mondes offenbar würde, aber jedenfalls gehen wieder Longdrinks und Gintonics über den Tresen.

Auch das Aussprechen gewisser Wahrheiten könnte helfen, unserer städtischen Wirtschaft ein Stück auf die Beine zu helfen. Schließlich hat jüngst eine Studie ergeben, was man sich hätte denken können, nämlich dass die Onlineshops die Umsatzsteuersenkung so gut wie nicht an die Kunden weitergeben. Und das nicht nur beim preisgebundenen Buch, das am 30. Juni und am 1. Juli unabänderliche 22 Euro kostete. Durch die Bank geben Onlinehändler die Umsatzsteuervorteile nicht weiter, während ich keinen stationären Händler in unserer Stadt kenne, der den Umsatzsteuerrabatt nicht an die Kunden weitergibt. OK, shoppen mit Maske ist unangenehm, lästig und jetzt auch noch heiß, aber mehr denn je gilt es doch jetzt, die Geschäftsleute, die ja auch unsere Nachbarn sind und für die Vitalität und Attraktivität unserer Städte sorgen, zu unterstützen. Wenn man dann noch einen handfesten Preisvorteil hat, umso erfreulicher.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist natürlich wie alle besonders darauf fokussiert, das Infektionsgeschehen in unserer Stadt nicht wieder zu verschlimmern. Dennoch müssen wir alles dafür tun, damit die Wirtschaft nicht weiter abschmiert, Insolvenzen und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Denn mit seiner Priorität hatte der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton schon Recht: „It‘s the economy, stupid“.

Ihre Sabrina



Für Bayern wurde Sonja Ziegltrum-Teubner von der Bayerischen Blumen Zentrale als Regionalbotschafterin ernannt.

Bild: NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge, Viktor Strasse / offenblen.de

NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge:

Bayerische Regionalbotschafterin kommt aus Parsdorf

Warum das Rad immer neu erfinden? Um bundesweit Best Practices zu erarbeiten, hat das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge jeweils einen Betrieb in jedem Bundesland ausgewählt, der für ein Jahr den Titel „Regionalbotschafter“ trägt.

Wie läuft die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Bayern? Was sind die regionalen Besonderheiten? Wo gibt es Herausforderungen und wie lassen sich diese meistern? Das sind einige der vielen Fragen, auf die Sonja Ziegltrum-Teubner, Geschäftsführerin bei der Bayerischen Blumen Zentrale GmbH, ab sofort als Bayerische Regionalbotschafterin im bundesweiten NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge Antworten sucht.

Die Bayerische Blumen Zentrale ist ein Großhandel für Blumen, Pflanzen und Floristenbedarf. Sonja Ziegltrum-Teubner fasst zusammen: „Die Ausbildungssituation im Großraum München ist schon seit langem angespannt. Es wird immer schwieriger, die Stellen zu besetzen. Wir arbeiten deshalb schon viele Jahre mit Menschen aus verschiedenen Nationen zusammen. Wenn sie schon bei uns sind, können wir sie auch ausbilden oder beschäftigen.“

Offene Arbeitskultur

Die 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 13 verschiedenen Nationen stehen für die offene und interkulturelle Arbeitskultur des Familienunternehmens. Aktuell erweitern auch vier Geflüchtete das Team.

Mit bundesweit mehr als 2.400 Betrieben ist das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge der größte Zusammenschluss von Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen oder ausbilden. Im vergangenen Jahr wurde das Konzept der „Regionalbotschafter“ erstmalig ins Leben gerufen, um aus dem riesigen Erfahrungsschatz der Mitgliedsunternehmen regionale Besonderheiten herauszustellen. So entsteht ein Netzwerk von Experten, das die Erfahrungen in der Region weitergibt. Nach einem Jahr ernennen die Regionalbotschafter Mitte 2021 ihre Nachfolger.

Dr. Sabine Hepperle, Abteilungsleiterin „Mittelstandspolitik“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), begrüßte die neue Runde der Regionalbotschafter: „Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit sind ein zentraler Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten. Es ist wichtig und richtig, dass Sie als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aktiv anpacken und Menschen mit Fluchthintergrund tagtäglich erfolgreich in Ihre Betriebe integrieren.“ Sofie Geisel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung im DIHK und Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH, ergänzt: „Die Regionalbotschafterinnen und Regionalbotschafter sind unsere Lehrmeister und zeigen uns, wie die Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung funktioniert und wo man an seine Grenzen stößt. Wie man diese Grenzen aber auch überwinden kann. Sie tragen die Botschaft, dass es nicht nur aus menschlicher Sicht ein Gewinn sein kann, Geflüchtete zu beschäftigen, sondern auch aus wirtschaftlicher.“ **www.nuif.de**

100 Jahre Coburg bei Bayern

Vor 100 Jahren ist Coburg dem Freistaat Bayern beigetreten. Seit dem 1. Juli 1920 gilt der „Staatsvertrag zwischen den Freistaaten Bayern und Coburg über die Vereinigung Coburgs mit Bayern“. In einer Abstimmung hatten sich die Bürger vor allem aus sicherheitspolitischen Gründen gegen einen Anschluss an Thüringen entschieden.

Zwar sei die Region Coburg über die Herzogtümer eng mit dem entstehenden Thüringen verbunden gewesen, berichtet Alexander Wolz, Leiter des Staatsarchivs in Coburg. Die Benachteiligungen bei der Lebensmittelzuteilung in Kriegszeiten sei bei der Bevölkerung aber im Bewusstsein geblieben. Bayern hingegen bot Sicherheit und Stabilität.

In den Verhandlungen konnte Coburg auch zahlreiche Sonderrechte durchsetzen, die bis heute gültig sind. Neben einem eigenen Landgericht, dem Erhalt der Handels- und Handwerkskammern, der vier Gymnasien und der Coburger Landesstiftung, garantierte der Staatsvertrag auch den Fortbestand des Landestheaters, des Krankenhauses und eine deutliche Verbesserung der verkehrstechnischen Anbindung.

Zwar fiel wegen der Corona-Krise der geplante Staatsakt aus, jedoch trafen sich Politiker aus Oberfranken zu einer Feierstunde in kleiner Runde. In Vertretung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder empfing die Regierungspräsidentin von Oberfranken, Heidrun Piwernetz, ihre Gäste auf Schloss Ehrenburg. Wie Piwernetz gegenüber dem Bayerischen Rundfunk betonte, sei Coburg „ein starkes Stück Bayern und ein starkes Stück Oberfranken“. Nach 100 gemeinsamen Jahren sei der Beitritt Coburgs zu Bayern eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Die Coburger hätten damals klug verhandelt und sich beispielweise mit der Landesstiftung die kulturelle Eigenheit bewahrt. Ebenso sei der Freistaat Bayern ein guter Vertragspartner gewesen, der in der Vergangenheit viel investiert habe.

Coburgs Oberbürgermeister Dominik Sauerteig sprach von einer wegweisenden Entscheidung, aus der auch eine Verpflichtung für die Zukunft der Stadt und des Landkreises erwachse und unterstrich das gegenseitige Geben und Nehmen. Der Freistaat unterstütze beispielsweise das Landestheater finanziell, auf der anderen Seite verzeichne Coburg hohe Gewerbesteuereinnahmen, von denen auch der Rest Oberfrankens über die Bezirksumlage profitiere. Dem Verhandlungsgeschick der Coburger Vertreter vor 100 Jahren verdanke man die heutige wirtschaftliche Stärke, die kulturelle Vielfalt und eine besondere regionale Identität.

Aus Anlass der 100-jährigen Zugehörigkeit Coburgs zu Bayern zeigt das Staatsarchiv Coburg eine Ausstellung, die die gemeinsame Geschichte anhand von Originalquellen aus den Beständen des Staatsarchivs in den Blick nimmt. Dabei soll der Fokus bewusst weggehen von den „Anschlussverhandlungen“ in den Jahren 1919 und 1920, die bereits in früheren Jahren Gegenstand eingehender Analysen gewesen sind. Vielmehr soll sich der Blick weiten auf die gesamte Spannbreite der 100 Jahre, in denen Coburg nun ein Teil von Bayern ist.

Die Ausstellung stellt die Frage, wie sich die Erwartungen, die man beim Übergang an Bayern hegte, erfüllt haben. Wie hat sich die Stadt seit dem Übergang an Bayern entwickelt? Und nicht zuletzt: Wie haben sich die Mentalität und das Selbstverständnis der Coburgerinnen und Coburger entwickelt, seitdem sie unter dem bayerischen Dach wohnen?

Diesen Fragen wird sich die Ausstellung auf zweifache Weise nähern. Der Zeitraum von 1920 bis 1945 wird in einem eher chronologischen Zugriff zeigen, wie die Stadt Coburg in den ersten Jahren nach dem Beitritt zu Bayern sich in den Freistaat hineinentwickelte. Der Zeitraum von Kriegsende bis zur Gegenwart (1945 bis 2020) wird dagegen schwerpunktmäßig in einem systematischen Zugriff die Entwicklung wichtiger Bereiche zeigen, die Leben und Handeln der Coburgerinnen und Coburgern entscheidend geprägt haben und noch prägen. Hierbei sind zu erwähnen: das Leben in unmittelbarer Nachbarschaft zum Eisernen Vorhang, die Entwicklung von Mobilität und Fremdenverkehr, das Leben in der Landwirtschaft, Wiedervereinigung und die jüngsten politischen Entwicklungen.

In gestalterischer Hinsicht orientiert sich die Ausstellung an dem Konzept einer Zeitleiste, die den gesamten Zeitraum der 100 Jahre umfasst. Hierbei können einzelne Schlüsseljahre besonders hervorgehoben werden, um an ausgewählten Stationen besondere Themenbereiche erläutern zu können. **DK**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 30. Juli 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunaler Bau**
- **Ortskernbelebung · Renovierung · Denkmalschutz**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 30. Juli 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 15/16



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Der neue Vorstand des Bayerischen Städtetags (v. l.): 1. stellvertretender Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, Stadt Fürth; Oberbürgermeister Markus Pannermayr (Vorsitzender), Straubing und 2. stellvertretender Vorsitzender Erster Bürgermeister Markus Loth, Stadt Weilheim. ❒

Bayerischer Städtetag in Regensburg:

Kommunen brauchen sichere Finanzen

OB Pannermayr zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt

Markus Pannermayr ist neuer Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Bei der Vollversammlung des Kommunalverbandes in Regensburg wurde der Straubinger Oberbürgermeister zum Nachfolger von Altoberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg, gewählt. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden bestimmten die Delegierten erneut den Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, zweiter stellvertretender Vorsitzender ist nunmehr Erster Bürgermeister Markus Loth aus Weilheim i. OB. Er tritt die Nachfolge des ehemaligen Rathauschefs von Dingolfing, Josef Pellkofer, an.

Aufgrund der Einhaltung der Regeln in Folge der Corona-Pandemie wurde die diesjährige Tagung möglichst kurzgehalten. In



Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. ❒

seiner Abschiedsrede bezeichnete der scheidende Städtetagschef Kurt Gribl die Corona-Pandemie als eine der herausfordernden Phasen der wechselreichen Geschichte des Städtetags seit 1896. Corona hinterlasse Spuren im gesamten gesellschaftlichen Dasein und im kommunalen Handeln. Besonders jetzt sei es wichtig, als Gesellschaft zusammenzustehen.

Finanziell gute Jahre

Mit Blick auf seine dreijährige Amtszeit sprach Gribl von „finanziell alles in allem konjunkturbedingt guten Jahren“. Der kommunale Anteil am Steuerverbund sei angewachsen. Die Schlüsselzuweisungen seien in drei Jahren mehr als zwanzig Prozent gestiegen. Die größte Errungenschaft stelle die Absenkung der erhöhten Gewerbesteuerumlage dar, die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ausgehandelt werden konnte. Hingegen bleibe die Mittelausstattung im Bereich der übertragenen Aufgaben weiterhin eine Baustelle.

Große Herausforderungen für die Städte

Bei den Themen Klimaschutz und Mobilität blickte der scheidende Vorsitzende auf bewegte Jahre zurück. Stickoxide, Dieselskandal und Diskussionen über Fahrverbote stellten die Städte vor große Herausforderungen. Gribl erinnerte an den Kampf der Städte gegen die weitere Lockerung des Anbindegebots, die Verinnerlichung des Grundsatzes des Vorrangs der Innenentwicklung oder an die Verantwortung der Kommunen für Luftreinhaltepläne. Anstelle einer Obergrenze müssten die Kommunen Instrumente der Baulandmobilisierung bekommen, Verfahren schneller wer-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Ausgleich bei Gewerbesteuer:

Freistaat als verlässlicher Partner der Kommunen

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte erhalten vom Freistaat Bayern 2,4 Milliarden Euro als Ausgleich für aufgrund der Corona-Krise wegbrechende Gewerbesteuereinnahmen. Dies ist das Ergebnis eines Spitzengesprächs der kommunalen Spitzenverbände (KSV) mit Finanzminister Albert Füracker, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Josef Zellmeier, MdL, Kommunalminister Joachim Herrmann, und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Der Freistaat stellt aus dem Sonderfond Corona-Pandemie Landesmittel in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung, der Bund steuert eine weitere Milliarde bei.

Wie Minister Füracker feststellte, „ist und bleibt der Freistaat ein verlässlicher Partner seiner Kommunen. Die Handlungsfähigkeit unserer kommunalen Familie in Bayern ist mir ein großes Anliegen. Unser klares Signal bleibt weiterhin: Wir gehen gemeinsam mit unseren Kommunen durch diese schwere Krise.“ Im Gespräch mit den KSV sei es gelungen, bereits jetzt einvernehmlich die Kriterien für die Verteilung der Mittel festzulegen. Die Gelder zur Kompensation von Gewerbesteuermindereinnahmen werden noch im laufenden Jahr, voraussichtlich im Dezember, ausgezahlt.

Maßstab 2017

Maßstab für die Verteilung der rund 2,4 Milliarden Euro ist der Vergleich der Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden im Zeitraum vom 1. Januar bis 20. November 2020 mit dem Durchschnitt der Gewerbesteuereinnahmen der Jahre 2017 bis 2019. Für die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle ist eine bundesgesetzliche Regelung notwendig, die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Für die Verteilung der Hilfsgelder sind anschließend die Länder zuständig. Um den Kommunen möglichst früh Planungssicherheit zu geben, sind bereits jetzt die Kriterien zur Auszahlung festgelegt worden.

Erhebliche Mindereinnahmen

Die Corona-Krise führt zum Teil zu erheblichen Mindereinnahmen bei Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen. Um Gemeinden, die dadurch in eine finanzielle Notlage geraten, unterstützen zu können, wird der Anwendungsbereich der Bedarfszuweisungen temporär für diese Einnahmeausfälle erweitert.

Daneben wurde bereits im Frühjahr entschieden, die Auszahlungszeitpunkte für rund 2 Milliarden Euro aus dem 10 Milliarden Euro schweren kommunalen Finanzausgleich nach vorne zu verlegen, um die Liquidität der bayerischen Kommunen in der Corona-Krise frühzeitig sicher zu stellen. Zur weiteren Stärkung der Liquidität wird nun auch die letzte Rate der Schlüsselzuweisungen in Höhe von über 1 Milliarde Euro um zwei Monate auf den 15. Oktober 2020 vorgezogen. Die vorgezogenen Auszahlungen belaufen sich damit insgesamt auf 3 Milliarden Euro.

Als weiteren Bestandteil des 4 Milliarden schweren Hilfspakets erstattet der Freistaat nicht erhobene Elternbeiträge für Kinderbetreuung in Höhe von insgesamt rund 200 Millionen Euro, so dass die kommunalen Haushalte auch hier unterstützt werden. Zudem verdoppelt er die ÖPNV-Bundesmittel für Bus und Schiene auf rund 760 Millionen Euro, davon gehen etwa 460 Millionen Euro an die Kommunen.



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker übergibt Förderbescheide für den Oberpfalz Marketing e. V., den Bezirk Oberpfalz und den Landkreis Cham an Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler (vgl. Seite 15). Bild: stmfh.bayern

Wichtige Entlastung

Eine wichtige Entlastung für die Kommunen bringt auch die Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. „Dies spart den Kommunen dauerhaft Unterkunftskosten – allein im Jahr 2020 rund 250 Millionen Euro“, betonte Füracker. Hinzu kommen weitere Bundesmittel aus dem Krankenhausstrukturfonds, von denen in erheblichem Umfang kommunale Krankenhäuser profitieren, sowie Maßnahmen bei Kindergärten, Kitas und Krippen und der Digitalisierung der Schulen.

„Sehr zufrieden“ mit dem Verhandlungsergebnis zeigte sich Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Jetzt haben die Gemeinden die Sicherheit, dass die derzeit noch nicht endgültig absehbaren Einnahmeausfälle im Rahmen der Gewerbesteuer weitgehend kompensiert werden. Der Freistaat steht damit, zusammen mit dem Bund, an der Seite der bayerischen Kommunen. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, dass die Gemeinden, Märkte und Städte auch in schwierigen Zeiten ihre Handlungsfähigkeit erhalten, eine gewisse Planungssicherheit garantiert wird und die Kommunen in die Lage versetzt werden, in vielen Fällen ihre Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten.“ **DK**

Deutscher Städte- und Gemeindebund zum Corona-Rettungsfonds:

Historischer Meilenstein für die EU

„Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist nach einem Verhandlungsmarathon mit einem Erfolg gestartet, der als Meilenstein in die Geschichte der Europäischen Union eingehen dürfte“, bewertete Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, die Einigung der EU-Staaten auf das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte. Es sei gelungen, Beschlüsse über einen Corona-Rettungsfonds und den europäischen Haushalt für die Zeit ab 2021 mit einem Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro zu vereinbaren.

Viel Geld in der EU werde künftig auch in die Regionen und Kommunen und deren Infrastruktur fließen. Gegen die Corona-Krise mit all ihren Folgen nicht zuletzt durch eine Ankurbelung der Konjunktur durch eine Verstärkung der Investitionen auf der kommunalen und regionalen Ebene anzugehen, ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nachhaltig zu begrüßen. „Zu sehen ist zwar, dass die Nettozahlungen Deutschlands in den EU-Haushalt steigen werden. Eine erfolgreiche Bewältigung der Corona-Krise, eine Stabilisierung der stark angeschlagenen Wirtschaft und dem folgend der öffentlichen Finanzen wird aber nur in einem starken europäischen Verbund möglich sein, und dieser muss ausfinanziert werden. Daran hat gerade Deutschland und haben auch unsere Kommunen ein Interesse“, erklärte Landsberg.

Deutscher Beitragsrabatt

Zusätzliche Fördermittel im Wert von über 1,3 Milliarden Euro wird Deutschland für die ostdeutschen Regionen und für die Förderung des ländlichen Raums erhalten. Die Bundesregierung hat zudem einen deutschen Beitragsrabatt in der EU im Wert von über 3,6 Milliarden Euro jährlich ausverhandelt.

Das Ergebnis kann sich aus Landsbergs Sicht sehen lassen.

Die vereinbarten Budgetplanungen der EU für 2021 bis 2027 enthalten aus kommunaler Sicht einige Themen, deren Priorisierung auch der DStGB für den zukünftigen EU-Haushalt gefordert hatte. Wie zum Beispiel mit Blick auf die Themen Innovation und Digitales, Klimaschutz,

(Fortsetzung auf Seite 4)



Vieles ist anders in Corona-Zeiten. Die Menschen suchen Veränderung und Abwechslung. Doch in dieser Feriensaison ist Abstand zu anderen Urlaubern und Ausflüglern das Wichtigste überhaupt, um den Urlaub oder die Freizeit sicher genießen zu können **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Digitalisierungsgipfel Schule 2
Ressortübergreifende Cyberabwehr Bayern 2
Jahresbericht 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung 3
GZ-Kolumne Josef Mederer: Dunkle Wolken am Finanzhimmel der Bezirke 3
Lesenswerte Ferienlektüre: Gerd Müller – Umdenken 3
Füracker startet Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL“ 4
Tourismus in Bayern • Freizeitanlagen 5
Kommunale Bauthemen . . . . . 6 - 10
Wasser • Abwasser . . . . . 11 - 12
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 13 - 16

Digitalisierungsgipfel Schule

Mit knapp 500 Mio. Euro will der Freistaat Bayern die Digitalisierung von Schule und Unterricht in den nächsten Jahren zusätzlich beschleunigen. Dies kündigten Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo nach einem „Digitalisierungsgipfel Schule" in München mit Vertretern von Schülern, Lehrern und Kommunen an.

Geplant sind unter anderem eine zentrale Bayern-Cloud, eine Schul-Videoplattform, ein eigenes Schul-Rechenzentrum, zusätzliche digitale Leihgeräte für Schüler und Lehrer, neue IT-Systemadministratoren und neue Stellen für die Aus- und Fortbildung von Lehrern.

Ja zur Mitverantwortung

„Der Bayerische Städtetag begrüßt die Ergebnisse des Gipfels. Das sind wichtige Impulse für die Daueraufgabe der Digitalisierung an Schulen. Für Schulen und Kommunen ist es ein guter Tag, da sich der Freistaat erstmals zu seiner Mitverantwortung für die Systembetreuung der Digitalausstattung an Schulen bekennt", betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Bund und Freistaat wollen den Kommunen für die Systembetreuung 155,6 Millionen Euro bis einschließlich 2024 zur Verfügung stellen. Für die Jahre ab 2025 hat der Freistaat seine Absicht erklärt, die Hälfte der Kosten für die Systembetreuung zu übernehmen. Pannermayr: „Die Kommunen stehen, wie schon in der Vergangenheit, weiter zu ihrem dauerhaften Engagement."

Die darüber hinaus vom Freistaat zugesagte dauerhafte und vollständige Übernahme der Entwicklungs- und Betriebskosten für eine Bayern Cloud Schule eröffne die Chance, die örtliche Systemadministration spürbar zu unterstützen. Einen weiteren Impuls verspricht der Freistaat mit höheren Mitteln und mehr personellen Ressourcen zur Lehrerfortbildung für die Digitalisierung an Schulen.

Pannermayr zufolge haben die Erfahrungen mit digitalem Heim-Unterricht in den vergangenen Corona-Monaten gezeigt, wo Stärken und Schwachstellen liegen. Dies biete eine Chance zur Neujustierung. Denn es zeige sich ein Grundsatzproblem: Die digitale Ausstattung der Schulen sei kein herkömmlicher Sachaufwand, wie für Kreide, Tafel oder Schulbank, sondern Teil der Pädagogik. Das Schulfinanzierungsgesetz, das noch aus der Kreide-Zeit stammt, müsse an das digitale Zeitalter angepasst werden.

Der Freistaat sei nun bereit, mehr Verantwortung für das IT-Personal zur Systembetreuung zu übernehmen. Dies sei eine Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung der Schulen flächendeckend nach gleichen Standards in allen Regionen vorankommt. Pannermayr: „Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Freistaat und Kommunen, dass alle Kinder in allen Regionen gleiche Bildungschancen erhalten. Es geht nicht nur um befristete Anschubprogramme. Nötig sind nachhaltige Lösungen, die neben der Systembetreuung auch die begrenzte Lebensdauer von Geräten und Software berücksichtigen."

Für die bayerischen Landkreise stellt der Digitalgipfel Schule einen Durchbruch in Sachen digitaler Bildungsinfrastruktur dar, erklärte Verbandspräsident Christian Bernreiter. „Das ist ein Grund zur Freude für die Schülerinnen und Schüler, die Kommunen als Sachaufwandsträger und auch für den Freistaat Bayern, der für eine bestmögliche Bildung verantwortlich ist."

Gleiche Rahmenbedingungen

Nun sei der Weg frei für gleiche Rahmenbedingungen bei der digitalen Bildung in den Schulen der bayerischen Gemeinden und Städte, Landkreise und Bezirke, erläuterte Bernreiter. Die Kommunen seien nicht zuletzt aufgrund der Veränderungen der Schullandschaft durch die Corona-Pandemie in Vorleistung getreten und hätten nach jeweils eigenen Konzepten digitalen Unterricht ermöglicht. Künftig werde dieses Nebeneinander verschiedenster Lösungen durch eine einheitliche Plattform – die staatlich finanzierte BayernCloud – abgelöst. Ministerpräsident Söder habe die BayernCloud für die Schulen zur Chefsache und damit diesen Durchbruch für die digitale Bildungsinfrastruktur möglich gemacht. „Wir rücken bei der Digitalisierung unserer Schulen jetzt von den Zuschauerrängen in die Poleposition", hob der Landkreistagschef hervor.

Ausgleich für Wartung und Pflege

Auch bei der Systembetreuung vor Ort geht der Freistaat laut Bernreiter einen Schritt auf die Kommunen zu. Die Kosten dafür seien in den öffentlichen Schulen in den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken schwindelerregend. So mache allein das Hosting in einer einzigen Schule (von insgesamt 17) im Landkreis Deggendorf bereits 110.000 Euro aus. Die bayerischen Landkreise hatten deswegen von Anfang an auf eine Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes, nach dem sie alleinige Träger für Sachaufwand sind, gedrängt.

In den nächsten vier Jahren erhalten sie für Wartung und Pflege insgesamt 155,6 Mio. Euro, also knapp 39 Mio. Euro pro Jahr. Nach diesen vier Jahren will der Freistaat die Hälfte der Systembetreuungskosten vor Ort dauerhaft übernehmen. „Die Unterstützung des Freistaates ist keine Eintagsfliege wie anfänglich befürchtet. Freistaat und Kommunen stellen sich gemeinsam den Herausforderungen, vor allem wenn jetzt ein Digitalisierungsschub in allen Schularten kommen wird", urteilte Bernreiter. **DK**

Webinar
Kommunikation in der Kommune: Bürgerdialog und Akzeptanz in der neuen Wahlperiode

- **Kostenlose Teilnahme**
- **Dauer ca. 45 Minuten**

Einfach registrieren unter:
buergerdialog@engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG
UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION



Termine:
Fr, 10.07.20, 11 Uhr
Do, 06.08.20, 16 Uhr

4. AKDB Kommunalforum:

» Digital 2020 – im Live-Stream

Das diesjährige AKDB Kommunalforum findet am 1. Oktober 2020 erstmals digital per Live-Stream im Internet statt. Es ist für registrierte Teilnehmer wie immer kostenlos. Das Format: Keynote-Speaker, Referenten und Moderatoren diskutieren teils im Studio, teils werden sie online zugeschaltet.

Alle Teilnehmer können Vorträge und Diskussionsrunden online mitverfolgen und sich per Chat-Funktion beteiligen. Die Corona-Pandemie hat sich dabei als Digitalisierungs-Beschleuniger erwiesen. Zahlreiche Partner-Unternehmen präsentieren ihre Lösungen in einem eigens eingerichteten virtuellen Ausstellerbereich über sogenannte Showrooms. Unter dem Motto Einsteigen – Durchstarten – Digitalisieren! steht im Fokus der Veranstaltung natürlich die Verwaltungsdigitalisierung in all ihren Facetten.

Wie wichtig Online-Services und digitale Erreichbarkeit der Verwaltung sind, hat die Corona-Pandemie insbesondere in der Lockdown Phase verdeutlicht. „Wir bieten allen Teilnehmern einen abwechslungsreichen Tag voller interaktiver Formate und spannender Premieren und freuen uns, wieder hochkarätige Referenten und Keynote-Speaker an Bord zu haben", so Wolfram Weisse, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation bei der AKDB. Teilnehmer erhalten Einblicke in Best-Practice-Beispiele kommunaler Digitalisierungspioniere und erleben, welche Lösungen und Konzepte öffentliche Verwaltungen fit für die digitale Zukunft machen.

Neben einer Videogrußbotschaft von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach sprechen unter anderem die SPD Bundesvorsitzende Saskia Esken, BSI-Präsident Arne Schönbohm, Dr. Wolfgang Denkhaus vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales, der IT-Referent der Landeshauptstadt München Thomas Bönig, Wunsiedels Landrat Peter Berek, Prof. Hammerschmid von der Hertie School of Governance, Prof. Katharina Zweig von der TU Kaiserslautern und viele mehr.

Auf dem Programm stehen ein umfangreicher Ausstellerbereich, Chat- und Frage-Sessions, Diskussions-Panels und Innovations-Showcases. Die AKDB präsentiert in ihrem virtuellem Ausstellungsbereich OZG-konforme Online-Dienste, KI- und Blockchain-Lösungen, vollautomatisierte Verwaltungsakte, ihre Leistungen in den Bereichen IT-Sicherheit und Outsourcing sowie Software-Lösungen für alle Fachbereiche.

Kostenlose Anmeldemöglichkeit und weitere Informationen zum Programm unter www.akdb.de/kommunalforum ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Rita Böhm
85125 Kinding
am 18.8.

Bürgermeister Christian Glas
83125 Eggstätt
am 19.8.

Bürgermeister
Gottfried Mitterer
84556 Kastl
am 30.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Blum
97773 Aura i. Sinngrund
am 2.8.

Bürgermeister Bernhard Kerler
87730 Bad Grönenbach
am 3.8.

Bürgermeister Josef Bauer
92331 Parsberg
am 3.9.

Bürgermeister Georg Weigl
83104 Tuntenhausen
am 9.8.

Bürgermeister Lorenz Müller
86830 Schwabmünchen
am 26.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Bergler
92348 Berg
am 7.9.

Bürgermeister Anton Geier
85410 Haag a. d. Amper
am 11.8.

Bürgermeister Stefan Busch
95152 Selbitz
am 19.8.

Bürgermeister Lorenz Fuchs
84175 Schalkham
am 21.8.

Bürgermeister Andreas Meer
87736 Böhen
am 24.8.

Bürgermeisterin Wilma Hofer
87634 Günzach
am 27.8.

Bürgermeister Richard Strauß
91608 Geslau
am 27.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Claudia Schäfer-Rudolf
89250 Senden
am 2.8.

Bürgermeister
Thomas Schwarzenberger
82494 Krün
am 8.8.

Bürgermeister Martin Birner
92431 Neunburg vorm Wald
am 21.8.

Bürgermeister Stefan Förtsch
91349 Egloffstein
am 24.8.

Bürgermeisterin Nicole Schley
85570 Ottenhofen
am 30.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Schmid
95519 Schlammersdorf
am 5.8.

Bürgermeister Markus Hofmann
93444 Bad Kötzting
am 5.9.

Bürgermeister Andreas Brigl
85135 Titting
am 8.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Öttl
83404 Ainring
am 1.9.

Bürgermeisterin Katja Müller
89415 Lauingen
am 27.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Irene Biebl-Daiber
83233 Bernau a. Chiemsee
am 20.8.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elisabeth Simmerlein
91361 Pinzing
am 10.8.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Herrmann, Eisenreich, Gerlach und Füracker:

Ressortübergreifende Cyberabwehr Bayern

Erfolgreich im Kampf gegen Kriminelle im Netz

Urkundenfälschung, Verbreitung kinderpornographischer Inhalte, Warenbetrug: Mit dem rapiden Anstieg der Internetnutzung besonders in Zeiten des Corona-Lockdowns ist die Gefährdungslage durch Cyberangriffe noch einmal gestiegen. Behörden und Einrichtungen mit Sicherheitsaufgaben stehen unter permanenter Bewährungsprobe. Um im Kampf gegen Kriminelle und staatlich gesteuerte Angreifer im Netz bestehen zu können, haben Innenminister Joachim Herrmann, Justizminister Georg Eisenreich, Digitalministerin Judith Gerlach und Finanzminister Albert Füracker Anfang dieses Jahres die ressortübergreifende „Cyberabwehr Bayern" ins Leben gerufen.

Die Teilnehmer aus den vier Ministerien und den Landesämtern für Verfassungsschutz und Sicherheit in der Informationstechnik tauschen Informationen über Cyberangriffe oder drohende Cybergefahren aus und stimmen Maßnahmen zur Cyberabwehr schnell und unbürokratisch ab. Seit Jahresbeginn haben sie sich in mehr als 35 Lage- und Sonderbesprechungen zu insgesamt 75 cyberrelevanten Sachverhalten ausgetauscht. Innenminister Herrmann: „Hierbei haben sie zahlreiche Schutzmaßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit in Bayern angestoßen."

Wie Herrmann berichtete, hat besonders der Waren- und Waren-Kredit-Betrug im Phänomenbereich „Tatmittel Internet" die Ermittler beschäftigt, zurückzuführen auf den regelrechten „Hype" des online-shoppings in Zeiten des Lockdowns. Auch beim Identitätsdiebstahl sowie beim Ausspähen von Daten und bei der Urkundenfälschung sind deutliche Anstiege festzustellen. Herrmann: „Die auf meine Initiative zum Anfang des Jahres neu eingerichtete Cyberabwehr Bayern hatte alle Hände voll zu tun und ihre erste Feuerprobe erfolgreich bestanden." Als Beispiel nannte der Innenminister den Angriff auf eine Klinik im europäischen Ausland, bei dem die Schadsoftware in elektronischen Patientenakten versteckt war. Herrmann: „Als schnelle Reaktion hierauf stimmten sich die Teilnehmer der Cyberabwehr untereinander ab und starteten eine großflächige Sensibilisierungsmaßnahme für bayerische Kliniken und Krankenhäuser. Aufgrund der schnellen Abstimmungsprozesse und der behördlichen Warnhinweise wurde bislang kein erfolgreicher Angriff dieser Art auf Kliniken in Bayern bekannt."

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich betonte: „Die effektive Bekämpfung von Cybercrime ist ein zentrales Thema unserer Zeit. Die Bedrohung ist real, unsere Gesellschaft ist digital verwundbar. Es ist Aufgabe des Staates, für Sicherheit in unserer digitalen Welt zu sorgen. Dieser Aufgabe widmet sich die bayerische Justiz mit großer Entschlossenheit. Mit der Zentralstelle Cybercrime Bayern bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg bringen wir die Täter vor Gericht und zeigen: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. In Berlin setzen wir uns mit Nachdruck für ein modernes Cyberstrafrecht ein. Wir wollen, dass Datendelikte härter bestraft werden können. Unsere Daten sind wertvoll. Sie sind der begehrteste Rohstoff, das ‚Öl des 21. Jahrhunderts'. Wer sich an den Daten der Bürgerinnen und Bürger vergreift, muss wie ein Dieb oder Hehler in der analogen Welt bestraft werden. Ebenso müssen Angriffe auf kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder Energieversorger mit deutlich höheren Freiheitsstrafen bestraft werden können. Hier muss der Bundesgesetzgeber nachbessern."

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach erklärte: „Angriffe im Internet können jeden treffen. Das Bayerische Digitalministerium hat deshalb im letzten Jahr die Initiative „Online – aber sicher!" gestartet: Ein umfangreiches Paket aus 35 Maßnahmen, von denen inzwischen der Großteil bereits umgesetzt ist. Das reicht von bürgernahen Maßnahmen wie einem Passwort-Check und einer Hotline für Cyberdelikte bis zur Vernetzung von Unternehmen und Forschungsinstituten wie dem neuen Cyber-Sicherheitszentrum am Fraunhofer AISEC in Garching, um Bayern zu einem Hub für Cybersicherheit mit europaweiter Strahlkraft auszubauen. Nur wenn die Anwender Vertrauen in die Sicherheit ihrer Daten, in die Anwendungen und auch in unsere digitale Verwaltung haben, wird die digitale Transformation in Bayern gelingen."

Siegel „Kommunale IT-Sicherheit"

Finanzminister Albert Füracker hob hervor: „Unser Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik LSI schützt nicht nur das staatliche IT-Netz in Bayern, wir beraten auch Kommunen, kommunale Unternehmen und in Zusammenarbeit mit den BayernLabs auch Bürger in Fragen rund um IT-Sicherheit. Insbesondere die IT von Kommunen und deren Unternehmen, wie Krankenhäuser oder Wasserversorger, ist bestmöglich vor Cyberangriffen zu schützen. Mit dem Siegel „Kommunale IT-Sicherheit" helfen wir den Kommunen bei der praktischen Umsetzung von IT-Sicherheit. Wir empfehlen allen Kommunen, sich dem Bayerischen Behördennetz anzuschließen und so vom IT-Schutzschirm des Freistaats zu profitieren. Das LSI analysiert täglich rund 260 Millionen Zugriffe aus dem geschützten Behördennetz ins Internet und gewährleistet so einen bestmöglichen Schutz der angeschlossenen IT-Arbeitsplätze." ❐

Heimatminister Albert Füracker:

Behördenverlagerung ist Erfolgsprojekt

„Die Behördenverlagerung ist ein Erfolgsprojekt der Politik des Heimatministeriums", so Heimatminister Albert Füracker in Bad Neustadt a.d.Saale. Im Rahmen des Konzepts „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerung" kommen 15 hochqualifizierte Arbeitsplätze in die Außenstelle des Landesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI). „Deren Eröffnung ist ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der Stärkung des Behördenstandorts Bad Neustadt a.d.Saale", so der Minister anlässlich der Eröffnung in Unterfranken. In der neuen Dependence werden äußerst wichtige Aufgaben des LSI zum Schutz der öffentlichen IT des Freistaats wahrgenommen. ❐

Jahresbericht 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung:

Demokratie im Visier

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat im vergangenen Jahr einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Demokratie in all seinen Facetten gelegt. Dazu gehört die Begleitung der Europawahl genauso wie die Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten bei den Vorbereitungen für die Kommunalwahlen. Wie der Jahresbericht 2019 darlegt, nahm auch die Stärkung von jungen Demokratien weltweit, die Diskussion über eine freiheitliche Demokratie und deren Gefährdungen oder auch die Befähigung von jungen Staatsbürgern zu einer aktiven Mitwirkung in und an unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, z.B. auch im Rahmen der ideellen Förderung der HSS-Stipendiaten, eine zentrale Rolle ein.

Zudem stand das vergangene Jahr im Zeichen personeller Veränderungen an der Spitze des Hauses. Oliver Jörg folgte auf Dr. Peter Witterauf als Generalsekretär und Ursula Männle verzichtete zum Jahresende auf den Vorsitz, um mit dem Europaabgeordneten Markus Ferber zum Jahresende die Spitze des Hauses weiter zu verjüngen.

Im Kern sind Politikberatung und Politische Bildung Gegenstand der Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung im Inland. Mit interdisziplinären Fachtagungen oder Praxisseminaren für Jung und Alt werden Fachkreise und auch die breit interessierte Bevölkerung gleichermaßen angesprochen, wenn auch in unterschiedlichen Formaten. 1.749 Veranstaltungen wurden in München und Berlin durchgeführt, im Bildungszentrum Kloster Banz oder auch in verschiedenen Orten in der Region in ganz Bayern. Dabei wurden stets Themen aufgegriffen, die für den Bürger aktuell und nützlich sind oder eine gesellschaftspolitische Dimension haben.

Wesentliche Seminarinhalte für kommunale Entscheider

Für die Kommunalwahlen in Bayern im März 2020 zählte das Jahr 2019 zur heißen Vorbereitungsphase. Potenzielle Interessenten für die Kommunalwahl mussten teilweise noch vermittelt bekommen, was mit einem Amt als Gemeinde-, Stadt- oder Kreisrat bzw. Bürgermeister auf sie zukommt und entsprechend darauf vorbereitet werden. Der Blick in die Geschäftsordnung sowie hinter die kommunale Selbstverwaltung und die Stellung der Kommune im Staat waren wesentliche Seminarinhalte. Ein besonderer Schwerpunkt galt der Kandidatenschulung. Tagesveranstaltungen, die einerseits das Wissen vermittelten, das man für eine erfolgreiche Kandidatur benötigt und andererseits seinen Wahlkampferfolgreich managt, fanden bayernweit in den Kommunen statt.

Vom Erfahrungsschatz der Kollegen profitieren

Ein Höhepunkt war laut Jahresbericht die Kommunalreihe für Bürgermeisterkandidaten sowie Kandidaten für das Amt des Gemeinde-, Stadt oder Kreisrats. In Tagesseminaren wurde praxisnahes Wissen vermittelt. So lernten die Teilnehmer, wie man mit Handy und App einen eigenen Imagetrailer erstellt, wie man seine eigene Homepage gestaltet, was man bei der Erstellung von Plakaten und Broschüren beachten sollte oder wie man sich in einem Rede-Duell als Bürgermeister verhält.

Mit „Auf einen Kaffee mit…“ wurde 2019 ein Format entwickelt, das innerhalb eines kleinen Teilnehmerkreises die Möglichkeit bietet, vom Erfahrungsschatz eines erfahrenen Kommunalpolitikers zu profitieren. Zur Auftaktveranstaltung war mit Christine Borst die ehemalige Bürgermeisterin von Krailling zur Hanns-Seidel-Stiftung gekommen. Als erste Frau setzte sie sich in ihrem Wahlkampf auf Anhieb gegen fünf Mitbewerber durch.

Die bayerischen Kommunen stehen heute immer wieder vor großen Herausforderungen: Auf der einen Seite das Problem von Leerstand und unzureichender Infrastruktur in ländlichen Gegenden, auf der anderen Seite überlastete Straßen und Wohnungsknappheit in den Ballungsgebieten. Der demographische Wandel bietet dabei auch Chancen eines umfassenden Innovationsprozesses für die Gesellschaft. In Amberg, Ansbach und Schweinfurt diskutierten Vertreter aus der Kommunalpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft die verschiedenen Perspektiven und möglichen Lösungsansätze vor Ort.

Herausforderung Energieversorgung

Eine der Herausforderungen der Zukunft wird auch für Kommunen das Thema Energieversorgung sein. Wie lange kann man noch auf fossile Träger zurückgreifen, bis wann kann durch die Nutzung regenerativer Energien Klimaneutralität erreicht werden? 2019 befassten sich mehrere Seminare mit Aspekten dieser Fragestellung. So wurde bei einem Exkursionsseminar das energieoptimierte Krankenhaus in Lichtenfels besichtigt, bei der Bürgergenossenschaft Spardorf bei Erlangen ging es um PV-Anlagen auf dem Nahversorgungszentrum und die Projekte der Energiekommune Hallerndorf wurden vorgestellt. Ein weiteres Exkursionsseminar führte zur Umweltstation in Würzburg und zum Windstützpunkt Unterfranken im Landkreis Schweinfurt. Das Seminar zum „Grünen Band“, dem Naturschutzstreifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, stellte auch verschiedene Aufgaben der benachbarten Kommunen zum Erhalt dieses wertvollen Naturschutzgebietes vor.

Jubiläum in Berlin

Seit drei Jahrzehnten ist das Hauptstadtbüro der politische Brückenkopf der Stiftung in Berlin. Zur Feier des Jubiläums lud das Büro Berlin in die eigenen Räumlichkeiten ein, wo sonst politische Entscheidungsträger mit Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammengebracht, Delegationen empfangen und Stipendiaten durch Weiterbildungs- und Austauschformate gefördert werden. Weit über 100 Gäste folgten der Einladung zum Jubiläum in die Berliner Repräsentanz der Hanns-Seidel-Stiftung, wo ein Resümee über die Entwicklung des Hauptstadtbüros gezogen und seine Bedeutung in den Gesamtkontext der Stiftung eingeordnet wurde. **DK**

Tipp für lesenswerte Ferienlektüre:

Gerd Müller – Umdenken

Überlebensfragen der Menschheit

Wir wissen was zu tun ist, um dem Hunger, der mangelnden Gesundheitsversorgung und dem Klimawandel weltweit entgegenzutreten. Theoretisch. Aber Wissen allein genügt nicht, wir müssen die Augen öffnen und unsere Verantwortung erkennen.

Denn brennende Müllhalden, aus denen junge Menschen wertvolle Metalle klauben, und Krankenhäuser, die den Eindruck einer Slumhütte vermitteln: Das ist eine Realität, die wir in unserem Alltag meist nicht sehen – anders als Entwicklungsminister Gerd Müller. Er kennt diese Orte, kennt deren Geschichte und unsere Verantwortung dafür.

In „Umdenken. Überlebensfragen der Menschheit“ nimmt er uns mit auf seine Reisen fernab des europäischen Wohlstands, erzählt von bewegenden Begegnungen und erklärt, warum sich unsere Handlungen in Europa auf den Rest der Welt auswirken – im Positiven wie im Negativen. Müller macht klar: Wir müssen Europas Handlungsfähigkeit stärken und konsequent umdenken. Anstatt für billigen Kaffee die Kinderarbeit in Entwicklungsländern in Kauf zu nehmen und unseren Elektroschrott nach Afrika zu schiffen, müssen wir die Länder dieser Welt als Partner auf Augenhöhe sehen – in Klima, Handel und Wirtschaft.

Gerd Müller ruft zum beherzten Umdenken in einer globalisierten Welt auf, in der ein neuer Europa-Afrika-Pakt und ein neues globales Verantwortungsgefühl die Welt ein Stück friedlicher, gerechter und zukunftsfähig für kommende Generationen gestalten könnte; mit einem Buch, das die Augen öffnet, ohne zu moralisieren, das aber an unsere Verantwortung in einer zusammengewachsenen Welt erinnert.

ISBN: 978-3-86774-649-6

„6 Jahre Mietenstopp“:

BayVGH kippt Volksbegehren

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat die Klage auf Zulassung des Volksbegehrens „6 Jahre Mietenstopp“ abgewiesen. Mietrecht sei Sache des Bundes, lautete die Begründung. Damit schließt sich der Bayerische Verfassungsgerichtshof der Rechtsauffassung des Innenministeriums an: Nach Meinung von Ministerium und Gericht hat das Land diesbezüglich keine Gesetzgebungskompetenz. Mietrecht sei im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt, also Bundesrecht.

Der Bundesgesetzgeber sei bereits mit Regelungen wie der Mietpreisbremse tätig geworden, begründet das Gericht. Von den bundesrechtlichen Ermächtigungen der Landesregierungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur abgesenkten Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen und zur Mietpreisbremse bei Neuvermietungen habe die Bayerische Staatsregierung Gebrauch gemacht.

Für eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sieht der Verfassungsgerichtshof keinen Anlass. Das Innenministerium hatte den Fall an das höchste bayerische Gericht zur Klärung weitergeleitet. Hinter der geplanten Volksabstimmung standen v. a. der Mieterverein und die SPD. Sie wollten die Mieten in 162 bayerischen Kommunen für sechs Jahre einfrieren.

Gleichwohl zeigte sich Bayern-SPD-Vorsitzende Natascha Kohnen, Mitinitiatorin des Volksbegehrens, kämpferisch: Aus ihrer Sicht „sind wir weder juristisch noch politisch geschlagen. Jetzt machen wir das Thema zur harten Kampflinie bei der kommenden Bundestagswahl.“ Es sei bereits viel Zeit verloren gegangen und die Lage vieler Menschen in Miete habe sich gerade in der Corona-Krise nochmals drastisch verschärft, erklärte Kohnen. Es sei schade, „dass der Spruchkörper trotz deutlicher Uneinigkeit mit immerhin drei Sondervoten nicht zu unseren Gunsten entschieden hat“. Die juristischen Experten Professor Markus Artz und Professor Franz Mayer, die das Volksbegehren vor Gericht vertreten hatten, kündigten deshalb an, eine Verfassungsbeschwerde zu dem gefällten Urteil zu prüfen.

Eisenreich: Klare Rechtslage

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich hatte bereits im Vorfeld der Kampagne erklärt, dass er ein solches Gesetz für verfassungswidrig halte. Jede andere Entscheidung wäre aus seiner Sicht eine echte Überraschung gewesen. Die Rechtslage sei klar: „Ein Landesgesetz, das die Mieten für Wohnungen auf dem freien Markt für sechs Jahre einfriert, ist verfassungswidrig. Das ist keine Frage des politischen Willens, sondern der Gesetzgebungskompetenz. Diese hat der Bund, nicht die Länder.“

„Die vor allem in Ballungsräumen hohen und steigenden Mieten sind eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen, dass sich Menschen mit normalen Einkommen, Senioren und Familien das Leben in den Ballungsräumen weiter leisten können. Eine Begrenzung des Mietpreisanstiegs in Ballungsräumen ist daher auch für mich und die Bayerische Staatsregierung ein wichtiges Anliegen“, machte Eisenreich deutlich. Einfache Lösungen gebe es hier nicht. Notwendig sei ein Maßnahmenbündel von Kommunen, Land und Bund in verschiedenen Bereichen.

„Soweit unsere Kompetenzen im Mietrecht auf Landesebene reichen, haben wir gehandelt“, betonte der Minister. „Wir haben die Mietpreisbremse im Freistaat über den 31. Juli 2020 hinaus verlängert, um eine lückenlose Geltung der Mietpreisbremse in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt sicherzustellen. In einem zweiten Schritt werden wir die Mieterschutzverordnung auf aktualisierter Datengrundlage neu erlassen, um die neueren Entwicklungen der bayerischen Wohnungsmärkte zu berücksichtigen. Dazu lässt das Justizministerium von einem externen Institut ein neues Gutachten erstellen.“

Ahndung von Wuchermieten

Eisenreich zufolge „brauchen wir einen fairen Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern. Wir begrüßen daher ausdrücklich die vom Bundesgesetzgeber beschlossene bessere Rückforderungsmöglichkeit für zu viel bezahlte Miete bei Verstößen gegen die Mietpreisbremse. Zudem setzen wir uns in Berlin für eine spürbare und effektive Ahndung von Wuchermieten ein. Die große Mehrheit der Vermieter handelt verantwortungsvoll. Schwarze Schafe unter den Vermietern verdienen aber keinen Schutz. Die Hürden im Wirtschaftsstrafgesetz müssen deshalb gesenkt und der Bußgeldrahmen erhöht werden. Dazu hat Bayern einen Gesetzentwurf vorgelegt, dem der Bundesrat mit klarer Mehrheit zugestimmt hat. Wenn eine Wohnung veräußert wird, halte ich es zudem für sinnvoll, dass die Miete für drei Jahre nicht erhöht werden darf.“

Zufrieden zeigte sich auch Innenminister Joachim Herrmann: Das Gericht habe die Rechtsauffassung seines Ministeriums bestätigt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens nicht gegeben seien.

„Die SPD hat den Bürgerinnen und Bürgern vorgegaukelt, dass man das Problem der Mietpreissteigerung durch einen Mietenstopp landesrechtlich lösen kann. Das ist nicht seriös. Es war von vorneherein klar, dass das Volksbegehren nicht zulässig ist“, betonte CSU-Landtagsabgeordneter Josef Schmid. Nach seinen Worten will die CSU zur Lösung des Mietenproblems weiterhin auf den schnellen und vereinfachten Bau neuer Wohnungen setzen. „Ein Mietenstopp oder ein Mietpreisdeckel würden Investitionen hemmen und dafür sorgen, dass gerade kein dringend benötigter Wohnraum in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten geschaffen wird“, stellte Schmid fest.

Er würde sich freuen, wenn das Urteil in Bayern „der Rückkehr zur sachlichen Diskussion über den angespannten Wohnungsmarkt in einigen Ballungsgebieten in Deutschland beiträgt“, hob schließlich Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, hervor. **DK**

GZ **KOLUMNE**
Josef Mederer



Liebe Leserinnen und Leser,

Schulbegleitungen, die Familien beim Homeschooling unterstützen, heilpädagogische Fachkräfte, die Kinder zuhause statt in der Kita fördern, und Mitarbeitende von Werkstätten, die in der Altenpflege mit anpacken: In der Corona-Krise ist nichts mehr wie gewohnt. Von einem Tag auf den anderen mussten wir gemeinsam mit der sozialen Landschaft kreative Lösungen und Ideen entwickeln, umsetzen und leben. Auch im Bezirk Oberbayern hat uns die Krise mit voller Wucht getroffen.

Für mich war von Anfang an klar: Wir stehen den Einrichtungen und Diensten, die wir finanzieren, zur Seite. In einer Partnerschaft auf Augenhöhe dürfen wir nicht zulassen, dass diese in existentielle Nöte geraten. Deshalb haben wir Regelungen getroffen, die sich jetzt in der Phase der Lockerung weiter bewähren. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Einrichtungen refinanzieren, damit sie abgesichert sind und nach der Krise wieder mit voller Kraft durchstarten können. Wir erhalten damit die erreichten hohen Qualitätsstandards in Oberbayern. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen sind wichtige Pfeiler unseres Sozialstaates und Garanten für unsere Demokratie.

Dunkle Wolken am Finanzhimmel der Bezirke

Unsere Sorge gilt den Menschen mit Behinderungen und deren Familien. Sie waren massiv von den Einschränkungen durch das Coronavirus betroffen. Und sie brauchen weiterhin besondere Unterstützung. Selbst wenn die Infektionszahlen aktuell zurückgehen, bleibt trotz der Lockerungen vieles ungewohnt: Veränderte Tagesstruktur, Maskenpflicht oder Abstandhalten ist für Menschen mit Beeinträchtigungen ebenso herausfordernd wie für die Familien und die Beschäftigten in den Einrichtungen, die die Maßnahmen umsetzen müssen. Die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, dass pragmatische und unbürokratische Wege oft eine gute Lösung sind. Wir müssen sie nur zulassen. Das war auch für uns beim Bezirk Oberbayern ein spannender und wichtiger Lernprozess.

So freut es mich zwar, dass wir zurzeit mit kleinen Schritten Richtung Normalität unterwegs sind. Das wäre eigentlich ein Grund zum Durchatmen. Trotzdem blicke ich nicht sorgenfrei in die Zukunft. Finanziell ziehen dunkle Wolken auf. Der Gemeinde-, Städte- und Landkreistag rechnen mit enormen Steuerausfällen in Höhe von mehreren Milliarden Euro. Dieser Einbruch der kommunalen Finanzkraft schlägt direkt auf die bayerischen Bezirke durch. Wir finanzieren uns maßgeblich über die Bezirksumlage, die sich an der Umlagekraft der Landkreise und kreisfreien Städte bemisst. Sinkt die Umlagekraft in Folge der Covid-19-Pandemie, spüren wir das über Jahre deutlich.

Hier setzt die Resolution „Kommunaler Rettungsschirm für alle kommunalen Ebenen“ an, die wir gerade einstimmig im Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet haben. Über Fraktionsgrenzen hinweg fordern die Mitglieder des Bezirkstags, dass uns Bund und Freistaat am kommunalen Rettungsschirm beteiligen – und zwar direkt, bedarfsgerecht und angemessen. Des Weiteren fordern wir, die Bezirke endlich in den quotalen Steuerverbund aufzunehmen. Das würde unsere eigenständige Finanzierung sichern und zugleich die kommunale Familie entlassen.

Als Bezirkstagspräsident von Oberbayern werde ich mich dafür einsetzen, dass diese Forderungen umgesetzt werden. Deshalb bringen wir unsere Resolution auch in den Bayerischen Bezirketag ein, damit wir im Schulterschluss aller sieben Bezirke dafür eintreten. Denn gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Bezirke wichtiger denn je ist.

Ihr Josef Mederer
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident von Oberbayern

Kommunen brauchen sichere ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den und die Wohnraumförderung verlässlich auf hohem Niveau ausgestattet sein.

Abschließend dankte Gribl seinen Weggefährten. Er wende sich nicht ab von den Kommunen, sondern wolle diese im Herzen behalten und „vermutlich sogar vermissen".

Sichere Ankerpunkte für die Menschen

Sein Nachfolger Markus Pannermayr bezeichnete Bayerns Städte und Gemeinden gerade in Krisenzeiten als „sichere Ankerpunkte für die Menschen". Sie seien die Basis des demokratischen Gemeinwesens, hier erführen die Bürger ihren Staat zuallererst. Die kommunale Daseinsvorsorge von der Wiege bis zur Bahre schaffe seit einem Jahrhundert Lebensvoraussetzungen für alle. Jeder Mensch bekomme Wasser in gleicher Qualität, jeder könne sich im Krankenhaus behandeln lassen. „Diese hohen Standards sind wir gewohnt und erscheinen uns selbstverständlich. Doch der Erfolg unseres Corona-Krisenmanagements im internationalen Vergleich zeigt, wie wertvoll kommunale Daseinsvorsorge ist", betonte Pannermayr.

Trotz der angespannten Finanzsituation infolge der Pandemie müssten Kommunen weiter in der Lage bleiben, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen und in die Zukunft zu investieren. „Wenn Kommunen weiter investieren sollen, müssen sie sich das auch leisten können, indem Bund und Freistaat dafür sorgen, dass finanzielle Spielräume erhalten bleiben."

Mit ambitionierten Konjunkturpaketen wirkten Bund und Freistaat gegen die Krise, fuhr Pannermayr fort. Der Bund erhöht die Übernahme der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger um 25 auf 74 Prozent. Dies bringt eine dauerhafte Entlastung von bundesweit 4 Milliarden jährlich, für die bayerischen Städte und Landkreise kann dies laut erster Schätzung des bayerischen Finanzministeriums eine Entlastung von 250 Millionen Euro jährlich bedeuten. Aus Sicht des neuen Städtetagschefs „ist dies eine gute und pragmatische Lösung. Besonders für Städte mit höherer Arbeitslosigkeit, mit sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen bringt dies eine dringend erforderliche nachhaltige Linderung."

Kompensation der Gewerbesteuerausfälle

Ein wichtiger Aspekt ist die Zusage von Bund und Ländern, Ausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 je zur Hälfte zu kompensieren. Unter Berücksichtigung der Effekte im bundesstaatlichen Finanzausgleich entfallen auf Bayern 1,05 Milliarden Euro Bundesmittel, die der Freistaat auf 2,4 Milliarden Euro erhöhen will. Dies könnte die in der Mai-Steuerschätzung prognostizierten Rückgänge der Gewerbesteuer von 2,5 Milliarden Euro fast auffangen. Pannermayr: „Die Kompensation der krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle ist eine stabile Stütze für Städte und Gemeinden. Das ist ein konstruktiver Ansatz und verschafft den Kommunen zumindest für das Jahr 2020 eine Erleichterung."

„Jetzt kommt es darauf an, dass der Freistaat die Kompensationsmittel des Bundes tatsächlich ergänzt", erklärte Pannermayr, „und es muss einen Verteilungsmaßstab geben, der sich möglichst gemeindescharf an den tatsächlichen Steuerausfällen orientiert. Die versprochenen Mittel müssen schnell und unbürokratisch fließen. Auch die Bundesregierung will, dass sich die Verteilung der Bundes- und Landesmittel an den zu erwartenden Ausfällen der Gewerbesteuer orientiert."

Für die Verhandlungen im Herbst zum kommunalen Finanzausgleich 2021 gelte es, vor allem die Verteilungsmasse für die Schlüsselzuweisungen zu stabilisieren. Der Freistaat müsse die Schlüsselmasse erhöhen, um die Finanzkraft der Kommunen sicherzustellen. Städte und Gemeinden gäben Bayern ein Gesicht, sie machten die Attraktivität und die Wirtschaftskraft Bayerns aus.

Globale Herausforderung

Klimaschutz bleibt auch in Corona-Zeiten eine globale Herausforderung. Ein elementares Handlungsfeld ist nach den Worten des ersten stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Dr. Thomas Jung der öffentliche Nahverkehr. Er sei das Rückgrat für Mobilität in Stadt und Land. Öffentlicher Nahverkehr helfe beim Klimaschutz. „Jeder Meter, den wir zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren, nutzt dem Klima. Jeder Kilometer, den wir nicht im Auto, sondern im Bus oder auf der Schiene zurücklegen, reduziert Schadstoffe. Klimaschutz erfordert, Verkehr zu vermeiden und Autoverkehr zu verlagern auf Fuß, Rad, Bus, Tram, S-Bahn, U-Bahn und Bahn."

Die bisherigen Anstrengungen müssten konsequent fortentwickelt werden, um auf lange Sicht Schadstoffemissionen weiter zu reduzieren, fuhr Jung fort. Nötig sei in Corona-Zeiten ein ÖPNV-Rettungsschirm zur Kompensation von Erlösausfällen, da wegen der geringeren Auslastung des ÖPNV hohe Kosten aufgelaufen sind.

Je engmaschiger das Angebot im öffentlichen Nahverkehrsnetz ist, desto besser für das Klima. Der ökologische Vorteil des ÖPNV muss Jung zufolge weiter intensiviert werden mit dem Ausbau von Schienennetzen und Busspuren, grünen Wellen für Bus und Straßenbahn, effizienteren Fahrzeugflotten, Nutzung von Elektromobilität mit regenerativer Energie, mit Hybridtechnik und alternativen Antrieben.

In Innenstädten entsteht mehr Raum für Fußgänger. Radwege werden ausgebaut, da immer mehr Pendler das Fahrrad nutzen. Mit den Erfahrungen aus Corona-Zeiten experimentieren einzelne Großstädte mit Pop-Up-Radwegen. Jung: „Die Kommunen intensivieren diese Anstrengungen, um bewährte Ansätze für Fußgänger, Radler und Nahverkehr mit neuen Ideen weiter auszubauen."

Die Zukunft liege in der effizienten digitalen Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel mit attraktiven Umsteigemöglichkeiten. Dynamische digitale Leitsysteme geben an Haltestellen, in Bussen und Bahnen Informationen zum Umsteigen. Verständliche Tarife mit übergreifenden Tarifsystemen und elektronischen Tickets machen den Nahverkehr attraktiver. Umsteigemöglichkeiten, barrierefreie Haltestellen, Park&Ride, Park&Bike verbessern die Mobilität; Rufbusse, Sammeltaxis und Sharing-Angebote ergänzen den öffentlichen Nahverkehr.

„Nur mit weiteren Investitionen und einer dauerhaften staatlichen Mitverantwortung an den ÖPNV-Betriebskosten lassen sich Verbesserungen erreichen", bekräftigte Jung. Bund und Freistaat hätten Fahrt aufgenommen. Verkehrsverbünde müssten dauerhafte Förderimpulse bekommen, um sich stärker über Stadtgrenzen und Landkreisgrenzen hinweg zu vernetzen und digitale Technologie einzusetzen. Gute Anfänge seien gemacht. „Auf diesem Weg müssen Bund, Freistaat und Kommunen gemeinsam weitergehen. So stellt sich die Frage, ob der Freistaat ein 365-Euro-Ticket für Jugendliche oder ein 365-Euro-Ticket für Pendler in Verkehrsverbünden dauerhaft mitfinanziert."

Auf bayerischer Ebene funktioniert Klimaschutz im Schulterschluss von Freistaat und Kommunen, hob Markus Loth, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, hervor: „Die Klimaschutzoffensive des Freistaats ist ein solider Schritt und muss nun mit realistischen Zielen und finanziellen Mitteln in die Umsetzung kommen. Der Entwurf zum bayerischen Klimaschutzgesetz bietet eine Grundlage, auf der alle Beteiligten gemeinsam weiterarbeiten können."

Querschnittsaufgabe Klimaschutz

Loth zufolge sind die Kommunen bereits seit langem im Klimaschutz unterwegs. Die kommunale Daseinsvorsorge öffne mit vielen Maßnahmen Potenziale zur Energieeinsparung, von Abfall und Abwasser bis zur Straßenbeleuchtung. Klimaschutz brauche langfristige Planung und bleibe auch in Zeiten der Corona-Krise eine Querschnittsaufgabe in allen Bereichen staatlicher und kommunaler Politik. Konzepte zum Klimaschutz umfassten neben kommunalen Liegenschaften auch private Haushalte, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen und Industrie. Jeder Mensch könne mit seiner Lebensführung einen Beitrag leisten.

Als praktische Ansätze in Städten und Gemeinden nannte Loth die klimafreundliche Siedlungsentwicklung mit Grünzügen und Bäumen, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz, eine klimafreundliche Energieversorgung und CO2-arme Energiegewinnung, eine energiesparende Gebäudeklimatisierung und die abgasarme Mobilität.

Wie Loth erläuterte, „können bei Stadtentwicklung und Bauleitplanung wirkungsvolle Hebel zum Klimaschutz ansetzen. Das Leitmotiv für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung lautet: Innenentwicklung vor Außenentwicklung." Die vorhandenen Siedlungsstrukturen böten die Möglichkeit, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen genutzt werden. Dies steigere die Energieeffizienz und spare viele Kilometer zusätzlicher Infrastruktur mit Straßen, Kanälen oder Leitungen für neue Baugebiete auf der grünen Wiese. **DK**

Bayern gemeinsam entdecken!

Füracker startet Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL"

„Unsere Heimat Bayern hat viel zu bieten: Beeindruckende Natur, herzliche Kultur und viele lebenswerte Städte und Gemeinden. Heimat ist aber nicht nur ein schöner Ort, sondern auch ein einzigartiges Gefühl. Viele von uns verbringen Ihren Urlaub heuer ‚dahoam'. Lassen Sie uns Bayern gemeinsam entdecken: Ob echte Geheimtipps, ein besonderes Lebensgefühl oder bekannte Sehenswürdigkeiten – was verbindet Sie mit Heimat in Bayern?" Mit diesen Worten ruft Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum Mitmachen bei der Online-Umfrage „HEIMAT.GEFÜHL" auf.

Die Umfrage startete am 20. Juli 2020: Unter www.heimat.bayern/heimatgefuehl können bis zum 4. September die persönlichen Schätze (als Fotos mit kurzer Beschreibung) hochgeladen werden. Vom 7. bis 30. September 2020 können dann alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns über ihre Favoriten abstimmen. Mitmachen mit bis zu zehn „HEIMAT.GEFÜHL"-Vorschlägen oder Abstimmen kann jeder ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Bayern. Es werden für jeden Regierungsbezirk „Heimat-Gefühle" jeweils in den Kategorien „Naturschönheiten & Umwelt", „Kultur & Architektur" und „Lebensgefühl & Zusammenhalt" gesucht.

Unter allen Teilnehmern werden Jahreskarten als Familien- bzw. Partnerkarte für die Sehenswürdigkeiten der Bayerischen Schlösserverwaltung verlost. Für das Abstimmen gibt es den Fotokalender „Dein Bayern.Deine Heimat 2021" zu gewinnen. Weitere Informationen zur Umfrage im Internet unter **www.heimat.bayern/heimatgefuehl.** ❐

Historischer Meilenstein ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Zusammenhalt, Resilienz und Werte, Nachhaltigkeit, Migration und Grenzmanagement. „Für Themen wie zum Beispiel die Migrationspolitik hätten wir uns gewiss einen größeren Budgetansatz gewünscht. Aber der EU-Haushalt muss finanzierbar bleiben. Ob die EU genügend in die zentralen Zukunftsthemen investieren wird, wird allerdings erst die praktische Haushaltsausführung zeigen. Darauf werden wir aus kommunaler Sicht unser Augenmerk richten", unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Mehr Tests in tatsächlichen Hotspots

Mit Blick auf die lokale Bekämpfung des Corona-Virus hat Gerd Landsberg dazu aufgerufen, sich bei lokalen Ausbrüchen stärker auf die tatsächlichen Hotspots zu konzentrieren und mehr Testungen durchzuführen: „Die Pandemie hält an und trotzdem kehren wir langsam zu einer Form von Normalität zurück. Das ist gut und richtig, denn dauerhaft können wir das soziale und wirtschaftliche Leben nicht stilllegen. Mehr Normalität heißt aber auch, das Risiko lokaler Ausbrüche wieder zu erhöhen. Um großflächige Lockdowns zu verhindern, müssen wir schneller und besser darin werden, die Infektionsketten zu erkennen und zu stoppen. Wir müssen mehr und schneller testen und natürlich auch zeitlich und räumlich begrenzt weiterhin Quarantänemaßnahmen in Erwägung ziehen. Ausgangssperren für ganze Kreise sind jedoch aktuell weder erforderlich noch begründet."

Landsberg zufolge mahnen die Gerichte, Entscheidungen zu treffen, die verhältnismäßig sind. Da sich der Virus nicht an den Kreisgrenzen orientiere, „sollten auch wir bei der Bekämpfung uns an den Hotspots der Infektion konzentrieren und nicht an geografischen Einheiten. Wir begrüßen, dass der Bund mittlerweile von seinem Vorschlag von großflächigen Ausreisesperren in Kreisen abgerückt ist. Die Einigung von Bund und Ländern zukünftig schneller, kleinräumiger und präziser zu reagieren und nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen ist richtig. Lokale Lockdowns in Gemeinden, Stadtteilen oder Wohnblöcken zur Bekämpfung von lokalen Ausbrüchen und Identifizierung von Hotspots und Kontaktpersonen sind der richtige Weg. Dafür muss auch die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden, jenseits von Stadt- oder Kreisgrenzen verbessert werden. Nur mit einer einheitlichen Linie lässt sich die Akzeptanz für solche Maßnahmen auch sicherstellen."

Zielgenau und schnell reagieren

Ziel müsse es sein, dass nicht mehr das ganze gesellschaftliche Leben lahmgelegt, sondern zielgenau und schnell reagiert wird. Dies bedeute auch, dass Lockdowns nicht über Monate oder Wochen gezogen werden, sondern im Idealfall nur wenige Tage anhalten.

„Die Corona-Krise wird uns noch lange beschäftigen", stellte Landsberg fest. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, immer wieder durch entsprechende Kommunikationskonzepte bei den Menschen für die Akzeptanz der Maßnahmen zu werben, denn: „Wenn die Mehrheit nicht mitmacht, sich zum Beispiel nicht an die Abstandsregeln und die Maskenpflicht hält, werden die Infektionszahlen wieder steigen." **DK**

Huml verstärkt Investitionen in Telemedizin

Forschungsschwerpunkt ist Versorgung in der Corona-Pandemie

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml verstärkt vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die Investitionen in die Entwicklung telemedizinischer Anwendungen. Huml betonte anlässlich der Verlängerung der Förderung des Projekts „Medizin Digital zur Versorgung auf dem Land (MeDiLand)" der Technischen Hochschule Deggendorf: „Das Projekt MeDiLand erprobt seit 2018 digitale Techniken, um die medizinische und pflegerische Versorgung auf dem Land zu verbessern. Angesichts der Corona-Pandemie bietet das Forschungsprojekt jetzt weitere enorme Vorteile: Die Videosprechstunde ermöglicht den direkten Kontakt zwischen Arzt und Patient unter Beachtung der aktuellen Abstands- und Hygienemaßnahmen. Wir investieren zusätzlich rund 60.000 Euro in dieses Forschungsvorhaben."

Gerade ältere Patienten oder Patienten und Pflegeheimbewohnern in Echtzeit übertragen. Ziel der Verlängerung des Projekts ist es zu erfahren, welchen Beitrag die Telemedizin in Zeiten einer Pandemie leisten kann."

Darüber hinaus ist im Rahmen von MeDiLand ein weiteres digitales Beratungsangebot des Klinikums Zwiesel zum Thema Ausbruchs- und Hygienemanagement geplant, das Hausärzte und Pflegeeinrichtungen nutzen können. Das Forschungsprojekt soll außerdem untersuchen, wie sich im Zuge der Corona-Pandemie die Akzeptanz und Nutzung von Telemedizin durch Patienten und medizinische Fachkräfte verändert.

digitales-dorf.bayern/index.php/die-modelldoerfer/bayerischer-wald-2/mediland/ ❐

Sozialministerin Trautner und Gesundheitsministerin Huml:

Bayern will Kita-Besuch in Corona-Zeiten planbarer machen

Konzept für Corona-Symptome bei Kita-Kindern

Der Kita-Besuch von Kindern in Bayern soll trotz Corona-Schutzmaßnahmen möglichst planbar für die Eltern sein. Zudem brauchen Erzieherinnen und Erzieher weiterhin klare und praktikable Regelungen im Umgang mit erkrankten Kindern. Deshalb wird es zeitnah einen Leitfaden des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) für den Umgang mit möglichen Krankheits-Symptomen geben. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs von Bayerns Familienministerin Carolina Trautner und Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml mit Ärztinnen und Ärzten.

Ministerin Huml betonte: „Wir wissen, wie häufig Kinder gerade im Winter an üblichen Erkältungskrankheiten leiden. Daher werden Experten nun Kriterien erarbeiten, in welchen Fällen Kinder trotzdem die Kita besuchen können. Das hilft sowohl den Eltern als auch den Kinderärzten und dem Kita-Personal."

Ministerin Trautner hob hervor: „Derzeit befinden wir uns in den Kitas noch im eingeschränkten Regelbetrieb. Hier ist besondere Vorsicht nötig. Das dient dem Schutz der Beschäftigten und der Kinder. Wir müssen immer im Blick haben: Wenn es zu einer Infektion mit dem Corona-Virus käme, müsste eventuell die ganze Einrichtung geschlossen werden und es müssten Kinder und die ganzen Familien sowie die Beschäftigten in Quarantäne gehen. Unser Ziel für den Regelbetrieb ab dem neuen Kindergartenjahr im September ist es, praktikable Regelungen für die Erkältungszeit zu finden. Wir müssen dabei den notwendigen Infektionsschutz gewährleisten, ohne die Kinder und Eltern mehr als notwendig zu belasten. ❐

Glauber zum Motto dieser Sommerferien:

„Urlaub daheim“

Besondere Verantwortung für Bayerns Natur

Sommerferienbeginn in Bayern – Für viele Urlauber sind wegen der Corona-Pandemie die bayerischen Regionen besonders attraktive Reiseziele. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat zum Ferienauftakt eine Wanderung im Naturpark Fränkische Schweiz – Frankenjura unternommen.

Glauber: „Urlaub daheim ist das klare Motto in Corona-Zeiten. Bayerns beliebte Urlaubsregionen werden in diesen Ferien Zuspruch finden wie noch nie. Natururlaub in der Fränkischen Schweiz zum Beispiel bietet wunderbare Landschaft und ist pure Erholung. Urlaub daheim bedeutet aber auch eine ganz besondere Verantwortung und Wertschätzung für den Lebensraum Natur. Respektvolles und achtsames Verhalten in unserer Natur steht dabei im Mittelpunkt. Ich appelliere an alle Gäste, sorgsam mit unserer Natur und unserer Pflanzen- und Tierwelt umzugehen. Bitte nehmen Sie Rücksicht und achten Sie auf sich, andere Menschen und die Umwelt.“ Auch müssen die Maskenpflicht, die geforderten Mindestabstände sowie die weiteren aktuellen Regelungen aufgrund der Corona-Pandemie eingehalten werden.

Attraktive Ziele im Freistaat

Bayern bietet zahlreiche vielfältige und wertvolle Natur- und Kulturlandschaften mit etwa 80.000 heimischen Tier-, Pflanzen- und Pilzarten. Für Touristen gibt es eine große Auswahl attraktiver Ziele – von den waldreichen Mittelgebirgen Nord- und Ostbayerns bis zu den Alpen im Süden. Freizeittipps für die ganze Familie hat das Bayerische Umweltministerium unter www.natururlaub.bayern.de zusammengestellt. So lassen sich mit wenigen Klicks Radtouren entlang der schönsten Sehenswürdigkeiten Bayerns oder der Besuch eines Geo-Lehrpfads planen. Mit coronabedingter Verzögerung ist auch Deutschlands größte Natur- und Umweltbildungsaktion „BayernTourNatur“ im Juli an den Start gegangen und bietet allen Naturfreunden über die Sommerferien bis in den Herbst hinein noch jede Menge spannende Freizeitaktivitäten, um Natur und Landschaft hautnah zu erleben.

Um im Urlaub die heimische Natur zu genießen und gleichzeitig zu schonen, bedarf es der Mithilfe aller Besucher. Viele Tiere und Pflanzen sind hochspezialisiert auf einen bestimmten Lebensraum und reagieren sensibel. Bei Beachtung der wichtigsten Verhaltensregeln lässt sich Bayerns vielfältige Natur entdecken und zugleich bewahren. Maßgeblich sind jeweils die näheren Bestimmungen vor Ort, die häufig auf Hinweistafeln oder Bekanntmachungen zu finden sind. In einigen Gebieten, beispielsweise in Nationalparken, Biosphärenreservaten und in vielen Naturparken gibt es Informationseinrichtungen für Besucher, und Ranger sind als Ansprechpartner vor Ort anzutreffen. Diese geben Auskunft zu besonderen Naturerlebnissen in der Region sowie Hinweise zu respektvollem Verhalten in der Natur.

Generell ist es beispielsweise wichtig, auf den markierten Wegen zu bleiben. Sperrungen sind zu beachten, auch um sich nicht möglicherweise selbst in Gefahr zu bringen. Tiere sollten nicht gefüttert werden. Zelten oder Grillen sollte man nur an den dafür vorgesehenen und entsprechend ausgewiesenen Plätzen, Abfälle jeglicher Art wieder mit nach Hause nehmen. Auf das Sammeln oder Mitnehmen von Pflanzen oder Tieren sollte verzichtet werden.

Infos: www.stmuv.bayern.de/service/freizeittipps/ratgeber/index.htm ❐

Tagestourismus besser steuern

Aiwanger: „Wir optimieren die Besucherlenkung digital“

Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger hat in München den neuen Ausflugs-Ticker für ganz Bayern vorgestellt. Die Webseite www.ausflugs-ticker.bayern bietet neben Ausflugstipps und Veranstaltungshinweisen auch Live-Informationen zur Verkehrs- und Parkplatzsituation sowie zu Wartezeiten an beliebten Attraktionen, Bergbahnen und der Seenschifffahrt.

Aiwanger: „Erfreulicherweise beobachten wir, dass der Tourismus in Bayern wieder anläuft und die Übernachtungszahlen zunehmen. Wir haben in allen Tourismusregionen ausreichend Kapazitäten für Urlaubsgäste und für Tagesausflügler. Mit dem neuen Ausflugsticker Bayern wollen wir die Besucherlenkung optimieren und den Gästen dabei helfen, neue Lieblingsplätze zu entdecken. Auf diese Weise werden auch jene Orte und Sehenswürdigkeiten entlastet, die an manchen Tagen vom Andrang überrollt werden.“

Ausflugs-Ticker Bayern

Von dem digitalen Service profitieren Kommunen und Gäste gleichermaßen. Die Gemeinden können die Besucherströme besser steuern und weniger bekannte Attraktionen bewerben. Gäste, aber auch Einheimische, können Bayern noch besser kennenlernen, Stau und Wartezeiten vermeiden. Aiwanger betont: „Insbesondere Tagestouristen können sich dann vor der Abfahrt über die aktuelle Situation vor Ort und Alternativziele in der Nähe informieren. Das entlastet die Hotspots, lenkt die Besucher aber dennoch gezielt in die bayerischen Urlaubsregionen.“

Der Ausflugs-Ticker Bayern bündelt Informationen von Mitgliedern der vier bayerischen Tourismusverbände und basiert auf dem Ausflugs-Ticker Oberbayern. Klaus Stöttner, Präsident des Tourismus Oberbayern München (TOM) e.V. berichtet von seinen Erfahrungen: „Über 550.000 Zugriffe allein auf den Ausflugs-Ticker Oberbayern bestätigen, dass die Informationsplattform seit Veröffentlichung gut angenommen wird. Der Ausflugs-Ticker, der zunächst nur für die oberbayerischen Sommerferien vorgesehen war, hat Potenzial bayernweit, ganzjährig und langfristig bei der Lenkung von Besucherströmen zu unterstützen. Enttäuschte Erwartungen und Konflikte können somit verhindert werden.“

Der für Münchens Tourismus zuständige Referent für Arbeit und Wirtschaft Clemens Baumgärtner: „Nach dem Ende des Lockdowns finden wieder mehr Gäste den Weg in unsere Stadt. Ein digitales Instrument wie der Ausflugsticker ist sehr hilfreich dabei, unseren Gästen das Gefühl von Sicherheit wieder zu geben. Der Ausflugsticker bietet dabei interessante Tipps jenseits der bekannten Pfade. Sicherer Urlaub ist in der Großstadt mit Abstand ein entspanntes Erlebnis. Die Münchner Hoteliers und Gastronomen tun alles dafür und freuen sich auf das Wiedersehen mit den Gästen in unserer Stadt.“

Arbeitsgruppe

Welche Wege bayerische Kommunen in der Besucherlenkung noch gehen können, lotet eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums aus, an der neben den Geschäftsführern von Bayern Tourismus Marketing, den Tourismusverbänden und der DEHOGA Vertreter lokaler Tourismusdestinationen teilnehmen. ❐

Achtung vor Wasserwalzen!

Der Deutsche Schwimmlehrerverband ruft zu erhöhter Achtsamkeit an Gewässern auf. „Achte auf andere, und natürlich auf dich selbst“, laute das Motto, so DSLV-Präsident Alexander Gallitz. „Auch diesen Sommer werden viele Menschen in Naturgewässern baden gehen, wegen der geschlossenen Grenzen und dem damit ausbleibenden Sommerurlaub vielleicht sogar mehr als je zuvor. Wir sollten uns daher unserer gefährdeten Sicherheit als auch der unserer Kinder bewusst sein. Jeder Einzelne muss im Sommer 2020 seinen Beitrag dazu leisten.

In besonderer Weise warnen Fachleute vor gefährlichen Wasserwalzen; so auch Ivo Baselt, Laborleiter am Institut für Wasserwesen, Universität der Bundeswehr München. Was von außen oft unscheinbar und friedlich aussieht, kann unter der Oberfläche tückisch und turbulent sein. Wasserwalzen an Flussstufen oder nach Wehranlagen scheinen von außen wenig tückisch aber man will nicht selbst in den Strudel geraten. ❐

Wanderwege als weicher Standortfaktor

*Von Andreas Schettler**

Dass weiche Standortfaktoren für Kommunen zunehmende Bedeutung erhalten, ist das durchgehende Ergebnis aller empirischen Erhebungen der letzten Jahre. Die Freizeit-Infrastruktur spielt dabei eine wichtige Rolle. Aber wo ist am wirkungsvollsten anzusetzen? Und mit welchen Ausgaben muss man rechnen, und wie entwickeln sie sich zukünftig?

Mehrere Studien, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurden, geben gute Anhaltspunkte (Deutscher Wanderverband: Grundlagenuntersuchung Freizeit- und Urlaubsmarkt Wandern. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010): weit über 50 Prozent aller Einwohner Deutschlands wandern regelmäßig oder gelegentlich, und der Trend steigt seit mehreren Jahren leicht, aber kontinuierlich. Interessant dabei: Gewandert wird vorrangig dort, wo hinreichend attraktive Wanderwege vorhanden sind, also nicht nur in Gegenden mit landschaftlichen Highlights. Mit Wanderwegen erreicht man daher eine wesentlich breitere Zielgruppe als mit anderer Freizeit-Infrastruktur, also beispielsweise Touren-Radwegen.



Preisgünstig und sehr beliebt

Vergleichbare Projekte haben aufgrund der großen Zielgruppe fast immer eine hohe Akzeptanz vor allem bei der ansässigen Wohnbevölkerung gefunden: Wandern ist gesund und die wohl naturschonendste Freizeitbeschäftigung im Outdoor-Bereich. Gerade in Zeiten von Corona boomt es – nicht umsonst, stellt es denn eine der wenigen Freizeitbeschäftigungen dar, die fast vollkommen gefahrlos wahrgenommen werden können. Gute Wandermöglichkeiten verbessern die wirtschaftliche Basis für Dorfwirtschaften; außerdem bieten sie nahezu die einzige Möglichkeit, periphere Ortsteile überhaupt ins Bewusstsein von Menschen zu bringen. In gewisser Weise bilden sie Identifikationskeime, die zu einer Verwurzelung von Neubürgern führen können.

Gute Wanderinfrastruktur muss nicht teuer sein, weil bauliche Maßnahmen meist überflüssig sind. Ganz im Gegenteil: Wanderer bevorzugen naturbelassene Wanderwege, sie meiden geschotterte oder gar asphaltierte Trassen. Die nachhaltige Pflege ist mit vergleichsweise geringem Aufwand verbunden, vor allem, wenn man auf Wandervereine oder gut eingewiesenes Ehrenamtspersonal zurückgreifen kann.

Naheliegend und klimafreundlich

Netze von Wanderwegen können so gestaltet sein, dass sie den geänderten Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit gerecht werden: Wir verfügen heutzutage über mehr Freizeit als je zuvor; gleichzeitig ist die Freizeit aber stärker zerklüftet, was mit kleineren Zeitscheiben einhergeht. Wo wohnortnahe Freizeitwege zur Verfügung stehen, die ohne PKW-Benutzung erreichbar sind, entspricht man daher nicht nur den Wünschen der ansässigen Bürger, sondern hilft auch dem Klimaschutz auf die Sprünge: Fahrten, die nicht stattfinden, sind allemal klimafreundlicher als jede andere Alternative. ❐

*Unser Autor ist Vorstand für Wegearbeit im Fränkischen Albverein e.V.



Wir optimieren Ihre Freizeit- & Wander-Infrastruktur und machen sie fit für die Zukunft – für Ihre ansässigen Familien wie für Ihre Besucher!

- Konzeption und Planung
- Realisierungsbegleitung
- Nachhaltige Pflege
- Ausstattungselemente und Akzessoirs
- Marketing
- Wanderleitsysteme
- Portaltafeln, Info-Elemente
- Wege-Management
- Erlebnis- und Erfahrungswege
- Wanderkarten, Flyer, give aways, Events

SLC

Schettler Consulting KG

Ebracher Weg 16 | 91056 Erlangen
Tel.: 09131 47320 | Fax: 09131 9405162
info@schettler-consulting.de
www.schettler-consulting.de

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm:

191 Millionen Euro für 406 Gemeinden

Der Freistaat unterstützt heuer insgesamt 406 Städte und Gemeinden mit 190,8 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm. Wie Bauministerin Kerstin Schreyer anlässlich der Zuteilung der Fördergelder bekanntgab, kommen die Mittel insbesondere kleineren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum zugute: „Wir helfen ihnen dabei, die Ortskerne zu erhalten und zu stärken, Gebäudeleerstände zu beseitigen und mit Leben zu füllen.". Rund 84 Prozent der Mittel aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm fließen in den ländlichen Raum.

Oberbayern

In Oberbayern werden in diesem Jahr 83 Städte und Gemeinden mit rund 24 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm unterstützt. Von dem Geldsegen profitiert in Oberbayern unter anderem der Markt Bruckmühl, der sich zur Innenentwicklung bekennt und für Sanierung und Umbau des ortsbildprägenden Gebäudes der ehemaligen Bahnhofsgaststätte Zuschüsse aus der Förderinitiative „Innen statt Außen" erhält.

In der Gemeinde Fridolfing wird das neue kulturelle Zentrum an der Gemeindewiese mit Jugendräumen, Bücherei und Veranstaltungssaal unterstützt. Die Gemeinde Geltendorf will das ehemalige Schulgelände um die Paartalhalle untersuchen und zu einem lebendigen Zentrum im Ortsteil Walleshausen umnutzen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren gibt es auch Sondermittel für die Militärkonversion. Diese kommen zum Beispiel der Stadt Erding zugute, die für die Entwicklung des freiwerdenden Militärareals einen städtebaulichen Wettbewerb für die Entwicklung von Wohnbauflächen durchführen möchte.

Niederbayern

In Niederbayern werden 31 Städte und Gemeinden mit mehr als sechs Mio. Euro bedacht. Von dem Förderbonus profitiert zum Beispiel die Gemeinde Gangkofen, die sich zur Innenentwicklung bekennt und mit der umfangreichen Neugestaltung der Bahnhofstraße im Ortszentrum die Barrierefreiheit für die Bewohner maßgeblich verbessert.

In der Gemeinde Hunderdorf wird ein leerstehender Supermarkt im Ortszentrum reaktiviert. Das Gebäude aus den 1980er Jahren kann nach der Sanierung und Umgestaltung als Bürgersaal und für Vereinsräume genutzt werden. Ein ehemaliges Gasthaus in Massing wird für die neue Nutzung als Haus der Vereine im Erdgeschoss umfassend saniert. Ergänzend wird im Obergeschoss die Schaffung von drei Wohnungen unterstützt.

Oberpfalz

Insgesamt 24 Mio. Euro werden 64 Städten und Gemeinden in der Oberpfalz gewährt. Von der Förderinitiative „Flächenentsiegelung" profitiert beispielsweise die Stadt Waldsassen, die sich zur Innenentwicklung bekennt und einen großflächigen Bereich in zentraler Lage entsiegelt und nachhaltig als Erholungs- und Grünfläche anlegt.

Zwölf Gemeinden im Landkreis Tirschenreuth erhalten heuer außerdem Mittel aus der Sonderförderung der Förderinitiative Nordostbayern. Unter anderem werden in der Stadt Erbendorf in einem bisher leerstehenden Anwesen neue Ausstellungsräume für vielfältige Themen geschaffen. Der Markt Friedenfels plant den Umbau des denkmalgeschützten ehemaligen Lehrerwohnhauses für eine öffentliche Nutzung.

Sondermittel für die Wiederbelebung von Industrie- und Gewerbebrachen kommen unter anderem dem Markt Neualbenreuth zugute, wo auf einer Gewerbebrache durch Gebäudesanierungen und naturnahe Freianlagen öffentliche Räume für vielfältige Nutzungen entstehen.

Mittelfranken

47 Städte und Gemeinden in Mittelfranken erhalten rund 18 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen" profitiert beispielsweise die Stadt Dinkelsbühl, die sich zur Innenentwicklung bekennt und ein zentrales ortsbildprägendes Gebäude in einen generationenübergreifenden „Ort der Musik und der Begegnung" umbaut. Die Stadt Hilpoltstein hat mit Hilfe der Förderinitiative das ehemalige Gasthaus „Zur Luft" erworben und wird darin ein Jugendhaus einrichten.

Mit Hilfe der Förderinitiative „Flächenentsiegelung" startet die Gemeinde Rohr (Landkreis Roth) ihren Auftakt in die Ortskernsanierung. Als erste Maßnahme ist die Entsiegelung des Dorfplatzes und die Öffnung des Platzes an das Flüsschen Schwabach geplant. In der Gemeinde Sugenheim wird der letzte Bauabschnitt für die Neugestaltung der Randbereiche der Hauptstraße in Angriff genommen. Dabei wird weiterhin besonderes Gewicht auf die Barrierefreiheit gelegt.

Schwaben

Mehr als 17 Mio. Euro erhalten 48 Städte und Gemeinden in Schwaben. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen" profitiert beispielsweise der Markt Babenhausen mit zwei Projekten. Im ehemaligen Ökonomiegebäude des Fuggerareals werden mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht, die bisher noch über die Stadt verteilt sind. Der historische und mächtige Zehentstadel soll künftig als vielseitiger „Kulturspeicher" der Marktgemeinde dienen. Die angrenzenden Freiflächen werden für eine öffentliche Nutzung und als barrierefreie Wegeverbindung sinnvoll mit einbezogen.

Die Gemeinde Buttenwiesen, die sich zur Innenentwicklung bekennt, erhält einen Zuschuss aus der Förderinitiative für die Sanierung des sogenannten Kaisersaals in einem Rathausflügel. Dieser wird barrierefrei erschlossen und soll als öffentlicher Veranstaltungsraum dienen und das gesellschaftliche und kulturelle Leben bereichern. In Scheidegg wird der historische Straßenzug „Alte Salzstraße" neugestaltet, um zusammen mit funktionalen Verbesserungen die Aufenthaltsqualität zu steigern und vorhandene Geschäfte zu stärken.

Oberfranken

In Oberfranken werden 95 Städte und Gemeinden mit rund 84 Mio. Euro gefördert. Von dem Förderbonus profitiert zum Beispiel die Stadt Lichtenfels, die sich zur Innenentwicklung bekennt und mit dem Umbau des leerstehenden Gebäudes. Am Marktplatz 10 zur Stadtbücherei und als „Zentrum der Begegnung" die Attraktivität und Belebung ihrer Ortsmitte wesentlich unterstützt.

Die Gemeinde Oberhaid kann mit Unterstützung der Förderinitiative „Flächenentsiegelung" ihren Bereich zwischen Rathaus, Kindergarten und Kirche als Ortszentrum neugestalten. Mit der Entsiegelung des Platzes soll im Zusammenhang mit der Restaurierung der angrenzenden „Alten Mühle" eine Begegnungsstätte mit Frei- und Aufenthaltsflächen geschaffen werden.

Insgesamt 49 oberfränkische Gemeinden profitieren heuer zudem von der Sonderförderung der Förderoffensive Nordostbayern. So werden in Marktredwitz auf dem ehemaligen Benkerareal Freianlagen für das künftige Quartier angelegt und das Denkmal „Turbinenhaus" als Energiezentrale umgenutzt. Die Stadt Hof erhält Mittel für die Schaffung eines öffentlichen Freizeitparks mit dem Themenschwerpunkt „Sport für junge Leute" auf dem Gelände des ehemaligen Eisteichs am Saaleufer.

Wie bereits in den vergangenen Jahren gibt es auch Sondermittel für die Militärkonversion und die Wiederbelebung von Industrie- und Gewerbebrachen. So wird beispielsweise die Konversion des ehemaligen Kasernenareals „Warner Barracks" in Bamberg bei einem weiteren Finanzierungsabschnitt unterstützt.

Unterfranken

In Unterfranken werden schließlich 38 Städte und Gemeinden mit mehr als 17 Mio. Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm bedacht. Von der Förderinitiative „Innen statt Außen" profitiert beispielsweise die Stadt Arnstein, die sich zur Innenentwicklung bekennt und einen Zuschuss für den Umbau des leerstehenden, ehemaligen Gasthauses „Schwarzer Adler" im Ortsteil Büchold zum „Haus des Dialekts" erhält. Ebenso wird die Gemeinde Niederlauer bei der Modernisierung und dem barrierefreien Ausbau des Gemeinschaftshauses im Ortsteil Oberebersbach im Rahmen der Förderinitiative unterstützt.

In Zeil am Main wird mit der Modernisierung eines stadtbildprägenden Gebäudes ein Gemeindezentrum mit Räumen für Mittagsbetreuung, Jugendtreff und Vereine geschaffen. Sondermittel für die Militärkonversion kommen heuer insbesondere der Stadt Schweinfurt für die Freiflächengestaltung der ehemaligen „Askren-Manors" auf der Basis eines städtebaulichen Wettbewerbs zugute. **DK**



„Nachhaltigkeit bei Bestandsbauten umsetzen". Projekt: Kita Karoline Goldhofer, Memmingen, Schwaben; heilergeiger architekten und stadtplaner. Bild: Nicolas Felder

Öffentliche Räume stärken:

Neuer Baukulturbericht erschienen

Die Bundesstiftung Baukultur hat per Livestream den neuen Baukulturbericht 2020/21 „Öffentliche Räume" vorgestellt. Der Bericht thematisiert Bedingungen und Herausforderungen für lebendige und vielfältige öffentliche Räume. Angesichts des klimatischen und des demografischen Wandels und angesichts neuer Mobilitätsformen geht es um die Frage, wie Plätze, Verkehrsflächen, Grünanlagen und andere frei zugängliche Orte zukunfts- und menschengerecht neu- oder umgestaltet werden können. Der Bericht liefert Ergebnisse aus Bevölkerungs-, Kommunal- und IHK-Umfragen und zeigt gute Beispiele aus der ganzen Republik. Außerdem bietet er Handlungsempfehlungen, die sich an Politik, Planende, Bauschaffende, Nutzende und Kommunen richten.

„Wir nehmen Baukultur überwiegend in öffentlichen Räumen oder von ihnen aus wahr", erläutert Reiner Nagel, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur. „Parks, Plätze, Sportanlagen, aber auch Brücken, Straßen und Wege müssen als Gemeinschaftsgut eine höhere Wertschätzung und Priorität genießen." Besonders wichtig dabei sei, diese Räume ständig funktional und gestalterisch zu verbessern – „denn als Alltagsräume prägen sie uns und unser Zusammenleben". In der Corona-Zeit zeige sich besonders, wie wichtig gut gestaltete Freiflächen als Lebensräume und frei zugängliche Ausweichorte vor der eigenen Haustür sind.

„Mit dem neuen Baukulturbericht hat die Stiftung ein oft unterschätztes Thema aufgegriffen, das maßgeblich zur Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden beiträgt", sagt Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, und Stiftungsratsvorsitzende der Bundesstiftung Baukultur. „Öffentliche Räume sind urdemokratische Räume. Ihre Gestaltung hat deshalb eine besondere Bedeutung."

Thema zur richtigen Zeit

Die Vorsitzende des Beirats der Bundesstiftung Andrea Gebhard, Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin, misst dem Thema des Baukulturberichts ebenfalls eine besondere Bedeutung zu: „Die Stiftung hat mit der Fokussierung auf öffentliche Räume ein wichtiges Thema zur richtigen Zeit aufgeworfen. Wir können lebendige und attraktive Standorte nur aus dem Freiraum heraus entwickeln und nicht umgekehrt. Die Stiftung appelliert hier vollkommen zu Recht an die Verantwortung aller Planenden und Bauenden."

Der Baukulturbericht 2020/21 ist der vierte offizielle Statusbericht zur Lage der Baukultur in Deutschland, den die Bundesstiftung der Bundesregierung vorlegt. Er wurde ebenfalls heute im Bundeskabinett behandelt und an den Bundestag und Bundesrat weitergeleitet.

Der Baukulturbericht entstand in einem vielschichtigen Arbeitsprozess unter Mitwirkung verschiedener Experten und Gremien. Beraten wurde die Stiftung von ihrem Beirat sowie Vertretern aus Kammern und Verbänden. Die öffentliche Diskussion des Themas „Öffentliche Räume" fand bundesweit in drei Baukulturwerkstätten statt.

Der Baukulturbericht 2020/21 steht in thematischem Bezug zu seinen drei Vorgängerberichten: „Gebaute Lebensräume der Zukunft: Fokus Stadt" (2014/15) befasst sich mit den baukulturellen Herausforderungen für die boomenden Städte und „Stadt und Land" (2016/17) berücksichtigt die spezifischen Anforderungen ländlicher Räume. Mit dem Baukulturbericht „Erbe – Bestand – Zukunft" (2018/19) rückt die Bundesstiftung den Umgang mit dem gebauten Bestand und Erbe als Ausgangspunkt einer integrierten, sozial verträglichen, gestalterisch wertvollen und ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung in den Mittelpunkt. ❐

Ressourcen schützen:

Bauliche Strukturen und Materialien kreislauforientiert wiederverwenden

Ein Großteil der Emissionen, die beim Verbrauch von Energie und Ressourcen entstehen, und deutlich mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens in Deutschland sind der Bauwirtschaft zuzuschreiben. Bereits seit längerer Zeit wird deshalb intensiv diskutiert, wie Herstellungs-, Bau- und Entsorgungsprozesse hin zu einer kreislauforientierten Materialnutzung verändert werden können. Auch die Europäische Kommission hat im Zuge des „Green Deals" einen „Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft für ein sauberes und wettbewerbsfähiges Europa" vorgelegt, der in den nächsten Jahren weiter ausgearbeitet und in den Ländern, Städten und Gemeinden umgesetzt werden soll.

Gerade Städte und Gemeinden stehen heute vor großen Herausforderungen, Strukturen zu schaffen, die Abfall- und Recyclingprozesse effizient und ressourcenschonend organisieren. Diese Prozesse sollten unbedingt nutzerfreundlich gestaltet und nachvollziehbar gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert werden. Denn nur so wird für Bauwillige ein Bewusstsein für nachhaltige Materialnutzung in technischen und biologischen Kreisläufen geschaffen. Steigert sich hierdurch die Nachfrage nach vorhandenen und recycelten Baumaterialien, wächst nicht nur die Wertschätzung dafür, sondern auch deren wirtschaftliche Nutzen und sie landen nicht mehr wie bisher im Abfall.

Kommunale Vorbildfunktion

Gleichzeitig bedarf es verschiedener weiterer Angebote, wie z.B. Materialkataloge, die für Bauherren und Planer recyclefähige Materialien für die Weiternutzung vor Ort sichtbar werden lassen. Nicht unterschätzt werden darf, dass Städte und Gemeinden auch beim nachhaltigen Bauen eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen, wenn sie kreislaufgerechtes Bauen bei den eigenen Liegenschaften verantwortungsbewusst umsetzen und die Vorhaben auch hinsichtlich Ökobilanz und Lebenszyklus bewerten.

Der Mehrwert, der dadurch entsteht, zahlt sich auf vielfältige Weise und nicht nur in einer kurzfristigen Rendite aus. Es ist ein wertvoller Beitrag für Klimaschutz, für Baukultur, für die Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Für die eigene Gemeinde oder eigene Stadt passende und langfristig gültige Modelle für klima- und ressourcenschonendes Bauen zu entwickeln, ist mit intensiver Arbeit verbunden, denn es sind viele Parameter und komplexe Strukturen zu beachten. Dazu gehören neben der Energie- und Ressourceneffizienz von Materialien ebenfalls verlässliche Wertschöpfungsketten und recyclingfähige Materialkreisläufe. Um diese zu stärken, bedarf es zusätzlich einer klaren Motivation, vorhandene bauliche Strukturen und Baustoffe wiederzuwenden. Nicht zu vergessen sind auch finanzielle Anreize, wie Förderungen oder Steuererleichterungen. Entstehen am Ende dauerhaft ökologische Gebäude mit rezyklierfähigen Bauteilen, kann langfristig ein Großteil der in den Bauteilen gebundenen „grauen Energie" bewahrt werden.

Die Idee, Werkstoffe nach dem Gebrauch wieder zu nutzen, ist nicht neu. Alte Bauwerke – dazu zählt auch das Kolosseum in Rom – wurden und werden häufig als „Materiallager" mit kurzen Anfahrtswegen genutzt. Heute spricht man bei einer örtlichen Wiederverwendung von Urban Mining, zirkulärer Wertschöpfung, Zero Waste oder Cradle to Cradle. Dies sind alles erfolgsversprechende Systeme, deren flächendeckende Umsetzung aber noch auf sich warten lässt.

Unterstützung durch BEN

Städte und Gemeinden, die eine ressourcen- und klimaschonende Weiterverwendung und Abfallvermeidung voranbringen möchten, müssen sich intensiven Planungen stellen und dabei auch das Expertenwissen über Roh- und Baustoffe, deren Gewinnung, Verarbeitung, Instandhaltung und Wiederverwertung einbeziehen. Architekten, Landschaftsplaner, Innenarchitekten und Städteplaner können sich in diesen Prozess mit ihrer Qualifikation, Erfahrung und mit innovativen Ideen direkt einbringen.

Die Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit BEN der Bayerischen Architektenkammer unterstützt Städte und Gemeinden beim klima- und kreislauforientierten Bauen mit kostenlosen Erstberatungen. ❐

Bayerischer Gemeindetag:

Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung in Irsee

Bereits vor der Corona-Pandemie fand in Kloster Irsee die 4. Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Wie immer unterteilte sich die zweitägige Tagung in vier thematische Blöcke: „Privates Baurecht und Grundstücksvergabe", „Bauen, Planen, Umwelt", „Gute Beispiele" und „Das richtige, bedarfsgerechte und nachhaltige Wohnen planen". Diese spiegelten den Arbeitsalltag in den städtischen und gemeindlichen Bauämtern wider.

„Zum Umgang mit den Belangen Hochwasser und Starkregen in der Bauleitplanung" lautete der Titel des Referats von Dr. Hadumar Roch vom Wasserwirtschaftsamt Rosenheim im Planungsrechtsblock. Darin zeigte er anhand zahlreicher positiv wie negativ bebilderter Beispiele auf, wie die Themen Hochwasser- und Starkregenschutz in kommunalen Bauleitplanungen zielführend bewältigt werden können. Dabei wurde deutlich, dass die Sammlung an konkreten Festsetzungsmöglichkeiten, die den Städten und Gemeinden zur Verfügung stehen, beachtlich ist und mittlerweile zahlreiche Erfahrungswerte vorliegen, die in einem Leitfaden des Umweltministeriums zusammengefasst wurden.

Mit einem Beispiel, das sogar der Bund als preiswürdig ansah, begann der Themenblock der Praxisberichte. Es handelt sich dabei um die Neugestaltung der Altmühlpromenade in Gunzenhausen sowie dem dabei geschaffenen Hochwasserschutz, der durch einen außergewöhnlichen Bürgerbeteiligungsprozess begleitet wurde. Simone Teufel, Stadtbaumeisterin der Stadt Gunzenhausen erläuterte, wie ein workshopbasierter Bürgerbeteiligungsprozess, bei dem Anwohner ungewöhnlich stark in den Planungsprozess eines komplexen und streitanfälligen städtebaulichen Projekts eingebunden wurden, zur Befriedung und damit gelungenen Entwicklung zentraler Projekte beitragen kann.

Praxisbericht

Thomas Lehenherr, Umweltbeauftragter der Stadt Bad Saulgau und Jens Wehner, dortiger Stadtgärtnermeister, hatten ebenfalls ein preisgekröntes Beispiel im Gepäck, nämlich die Biodiversitätsstrategie der „Landeshauptstadt der Biodiversität" aus Baden-Württemberg. Die beiden Experten veranschaulichten, welche konkreten Maßnahmen Bad Saulgau in den vergangenen rund 20 Jahren unternommen hat, um Naturvielfallt im ganzen Stadtgebiet herzustellen und die Tier- und Pflanzenwelt zu unterstützen.

Nachhaltiges Wohnen

Im letzten Themenblock, der der Planung nachhaltigen Wohnens gewidmet war, setzte sich Prof. Dr. Manfred Miosga, Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth und Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V., mit der Frage auseinander, welcher Wohnraum tatsächlich benötigt wird. Anhand von Zahlen, Daten, Fakten und Erkenntnissen aus der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung wies er darauf hin, dass im Ländlichen Raum häufig ein „Einfamilienhaus-Dispositiv" bestehe, das dazu führt, dass an tatsächlich vorhandenen Wohnraumbedarfen vorbeigeplant wird. Miosga empfahl insofern, der konkreten Bedarfsermittlung im Planungsprozess besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Eine solche Bedarfsermittlung sei Voraussetzung für die bedarfs- und zukunftsgerechte Kommunalentwicklung in ihrer ganzen gesellschaftlichen Breite.

Laut Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Deutschen Institut für Urbanistik sowie außerplanmäßiger Professor an der Technischen Universität Berlin, hat das Bundesverfassungsgericht schon sehr früh festgestellt, dass Grund und Boden aufgrund seiner Unvermehrbarkeit in einer sozialgerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anders betrachtet werden müsse, als andere Wirtschaftsgüter. Diese Erkenntnis gelte es gerade in Zeiten eines scheinbar ungebremsten Bodenwertzuwachses in weiten Teilen der Republik in den Vordergrund zu rücken, wenn über eine Weiterentwicklung des Baugesetzbuchs debattiert wird.

Baueitplanung im Bestand

In seinem Vortrag „Bauleitplanung im Bestand" arbeitete schließlich Dr. Gerhard Spieß, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus München, heraus, dass die Schaffung von zusätzlichem oder geändertem Baurecht in einer Bestandssituation zu den komplexesten Themen des Rechts der Bauleitplanung gehört. Das Geheimnis liege neben einer Beachtung der Entschädigungsvorschriften in einer substanziierten Ermittlung und Bewertung der Bestandsbaurechte sowie in einer fundierten städtebaulichen Begründung des geplanten Vorgehens. Informelle Planungen, wie ein Rahmenplan oder ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept, können hierfür eine wertvolle Basis liefern. **DK**

Kloster Benediktbeuern und Nürnberger Volksbad:

Nationale Projekte des Städtebaus 2020

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat die Auswahl der 26 Projekte im Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus 2020" bekanntgegeben. Aus Sicht des DStGB ist es sehr erfreulich, dass eine breite Palette an Projekten berücksichtigt wurde. In der Projektliste finden sich zahlreiche Städte und Gemeinden aus dem Mitgliederbereich des DStGB und damit auch Kommunen der unterschiedlichsten Größenklassen.

Als bayerisches Projekt wurde die Sanierung des historisch bedeutenden Südarkadentrakts im Kloster Benediktbeuern ausgewählt. Mit der dringenden denkmalgerechten Sanierung soll durch die Rückführung in die ursprüngliche Nutzung als Speise- und Versorgungstrakt zugleich die Zukunftssicherung als interkultureller Begegnungsort für Jugendliche und internationale Tagungen im Sinne Don Boscos erfolgen. Die Bundesförderung beläuft sich hierfür auf 7,6 Mio. Euro.

Reaktivierung des Nürnberger Volksbads

Ein weiteres Projekt aus dem Freistaat ist die Reaktivierung des Nürnberger Volksbads. Als überragendes bauliches Zeugnis des Jugendstils soll das 1914 erbaute und seit 25 Jahren geschlossene Volksbad als identitätsstiftender und städtebaulich prägnanter Bau bewahrt sowie als attraktives Hallenbad für die wachsende Nürnberger Weststadt reaktiviert werden. Dafür ist eine Bundesförderung in Höhe von 4 Mio. Euro vorgesehen.

Die Projekte werden mit insgesamt rund 75 Millionen Euro vom Bund gefördert. Zuvor hatten sich 98 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland beworben. Eine Jury unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Volkmar Vogel hatte die Projekte ausgewählt und eine Förderempfehlung ausgesprochen.

Projektaufruf für 2021

Mit der Bekanntgabe der Förderprojekte 2020 hat das Bundesinnenministerium gleichzeitig auch den Projektaufruf für das kommende Jahr gestartet. Kommunen in Deutschland sind bis zum 22. Oktober 2020 aufgerufen, ihre Bewerbung und Projektskizzen für eine Förderung im Jahr 2021 einzureichen.

Laut Bundesminister Seehofer stehen Kommunen und Städte heute vor enormen Herausforderungen in der Stadtentwicklung: „Sie müssen den Bestand erhalten, die Quartiere weiterentwickeln und sich demografischen Entwicklungen stellen. Die Nationalen Projekte des Städtebaus zeigen, wie Städte zukunftsweisend, mutig und innovativ weiterentwickelt werden. Deshalb steht der Bund den Kommunen auch im nächsten Jahr als starker Partner zur Seite und fördert herausragende Projekte." **KI**

Denkmalschutzmedaille 2020 für Bürgermeister:

Kulturelles Erbe erhalten

Gemeinsam mit Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil hat Bayerns Kunstminister Bernd Sibler die 26 Preisträger der Denkmalschutzmedaille 2020 bekanntgegeben, unter ihnen drei Bürgermeister. Aufgrund der Corona-Pandemie musste in diesem Jahr die feierliche Verleihung in der Alten Münze in München entfallen.

Neben Erstem Bürgermeister Markus Dauch, der sich in Neukirchen-Balbini (Landkreis Schwandorf) für die Instandsetzung des Schießlhofes und den Umbau des Anwesens zu einem Forschungszentrum für Erdstallforschung engagierte, wurde Erster Bürgermeister Albert Nickl für die Instandsetzung des Hauses der Dorfkultur im Klosterdorf in Speinshart (Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab) ausgezeichnet.

Haus der Dorfkultur im Klosterdorf Speinshart

Das Gebäude ist Teil des Klosterhofs, der nach einem Brand in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden ist. Das Haus diente als Wirtschaftsgebäude der Prämonstratenser-Abtei. Die Teilnehmergemeinschaft, eine Gruppe, die sich um die Dorferneuerung kümmert, erwarb das baufällige Anwesen 23 um die Jahrtausendwende von einer Erbengemeinschaft. Eine sogenannte Notsicherung wurde vorgenommen, damit sich die Schäden nicht noch weiter verschlimmern.

Nach einer langen Pause übernahm die Gemeinde das Objekt und begann 2017 mit der Generalsanierung. Mauerkronen, Gewölbe und Fundamente mussten ausgebessert werden. Die Gemeinde kaufte auch die zweite Hälfte des Osttors und sanierte es. 1,2 Millionen Euro kostete die Instandsetzung, zahlreiche Behörden unterstützten das Vorhaben finanziell.

Im Mai 2019 waren die Bauarbeiten beendet. Entstanden ist laut Bürgermeister Nickl „ein mustergültig saniertes Kleinod". Vor der Corona-Pandemie nutzten die Speinsharter das Haus für Feiern, Versammlungen und Hochzeiten. Im Obergeschoss befinden sich eine Arztpraxis und eine Wohnung.

„Diese Auszeichnung verstehen wir auch als eine Auszeichnung für das gesamte historische Klosterdorf, dass einschließlich des Klosters seit etwa drei Jahrzehnten eine Baustelle war und bei der Gesamtsanierung und Revitalisierung unheimlich viel erreicht wurde", erklärte Nickl. Das Klosterdorf erstrahle bis auf wenige Anwesen heute in neuem, altem Glanz.

Schlosssanierung Emtmannsberg

Das Gewinnertrio komplett macht Erster Bürgermeister Gerhard Herrmannsdörfer aus der Gemeinde Emtmannsberg (Landkreis Bayreuth) für die Sanierung des hiesigen Schlosses und das Nutzungskonzept, das u.a. die Schaffung eines Bürgermeisterbüros, eines Sitzungs- und Mehrzwecksaals sowie eines Raums für Volkshochschulkurse beinhaltete. Hinzu kommt der im Schloss eingerichtete Dorfladen mit vor allem regionalen und saisonalen Produkten im Sortiment, der die Möglichkeit bietet, dass die Bewohner wieder direkt im Dorf einkaufen können. Außerdem bringt die Schlossgaststätte mitsamt integriertem Biergarten die Menschen wieder näher zusammen.

Dem Abriss nahe

„Bevor wir das Schloss Emtmannsberg 2013 von einer Privatperson gekauft haben, war es 50 Jahre lang nicht genutzt und dem Abriss nahe. Dem Vorbesitzer fehlten die finanziellen Mittel, um das Schloss wiederherzurichten", erläuterte Rathauschef Herrmannsdörfer. Bei der Sanierung sei es der Gemeinde wichtig gewesen, so viel historische Bausubstanz wie möglich zu erhalten. So wurden beispielsweise die 300 Jahre alten Fenster nicht vollständig ausgetauscht, sondern lediglich modernisiert und die Stuckdecken im Schloss nur aufbereitet.

Wertvolle Zeugen

Wie Kunstminister Sibler feststellte, „sind unsere Denkmäler wertvolle Zeugen unserer Vergangenheit, aus denen wir auf ganz besondere Weise in unsere Geschichte eintauchen können. Wenn wir uns auf sie einlassen, finden wir in den historischen Bauwerken einen Teil unserer Identität. Sie prägen das charakteristische Erscheinungsbild unserer Städte, Dörfer, Gemeinden und Landschaften und lassen uns wissen: Hier sind wir zuhause, das ist unsere Heimat! Dafür bewahren und pflegen wir sie."

Historisches bewahren

„Die Preisträgerinnen und Preisträger aus ganz Bayern haben sich in vielfacher Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht: Familien, Vereine, Dorfgemeinschaften, Heimatpfleger und Stiftungen haben Gebäude – vom Totengräberhäuschen bis zur Burg – instandgesetzt, Ausgrabungen unterstützt, archäologische Funde erfasst oder ihr denkmalpflegerisches Fachwissen weitergegeben", fuhr Sibler fort. Dafür zollte er ihnen großen Respekt: „Sie scheuen keine Anstrengungen und Mühe, um die Schönheit und Einzigartigkeit unserer Baudenkmäler wieder hervortreten zu lassen. Sie helfen mit, dass unser kulturelles Erbe erhalten und lebendig bleibt. Herzlichen Dank für Ihren außerordentlichen Einsatz um die Denkmalpflege!"

Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil betonte: „Allen Trägerinnen und Trägern der Denkmalschutzmedaille gemeinsam ist ihr überragendes Engagement für den Denkmalschutz. Ihr sensibler Umgang mit den Zeugnissen der Vergangenheit ist vorbildlich. Ihre Projekte zeigen, wie gut es gelingen kann, Historisches zu bewahren und gleichzeitig mit unseren heutigen Ansprüchen in Einklang zu bringen." **DK**



Ein attraktives Lernumfeld

Fassade der Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg als Hingucker

Die zweite Halbzeit bei der Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg hat begonnen. Seit etwas mehr als einem Jahr laufen dort die Bauarbeiten. Rund 30 Millionen Euro investiert der Landkreis Amberg-Sulzbach in die Sanierung der Realschule inklusive Ersatzneubau der Turnhalle. Nun informierte Landrat Richard Reisinger gemeinsam mit Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises und Schulleiter Martin Zimmermann über den aktuellen Stand der Bauarbeiten. Und der kann sich im wahrsten Sinne des Wortes sehen lassen.

Optischer Hingucker ist die neue, bunte Fassade der Walter-Höllerer-Realschule. Vorbei ist es mit dem tristen Grau von früher, die Realschule strahlt seit wenigen Tagen in völlig neuem Glanz.

Altbau aus den 1960er Jahren

Im Juli vergangenen Jahres rückten die Bagger der Fassade des Altbaus aus den 1960er Jahren zu Leibe und nahmen die Stahlbetonfassade ab. Anschließend ersetzte die Firma Schulte & Falk Montage GmbH aus Sulzbach-Rosenberg die alte Fassade durch eine vorgehängte, hinterlüftete Fassade. 18.000 Löcher mussten hierfür gebohrt und 18.000 Nieten angebracht werden.

Die Obergeschosse haben laut Thomas Raithel vom Gebäudemanagement des Landkreises Amberg-Sulzbach eine dunkle Plattenverkleidung aus Faserzement erhalten, von denen sich die Stützen mit leuchtenden Farben absetzen. Im Erdgeschoss sticht eine umlaufende Pfosten-Riegel-Fassade aus Leichtmetall ins Auge.

Meilensteine

„Dem Landkreis ist es ein großes Anliegen, hier in Sulzbach-Rosenberg eine moderne und zukunftsfähige Realschule entstehen zu lassen und für die Schülerinnen und Schüler ein attraktives Lernumfeld zu schaffen“, betonte Landrat Richard Reisinger beim Pressetermin. Hierbei ist die neue Fassade ein weiterer wichtiger Meilenstein. Ein zusätzlicher Höhepunkt ist das Folienkissendach, ein Alleinstellungsmerkmal, das an die Allianz-Arena in München erinnert und als Überdachung für den Innenhof dient. Dieser konnte dadurch zu einer großzügigen, hellen und begrünten Halle werden, in der die Mensa, ein offener Ganztagesbereich und Ausweichräume ihren Platz gefunden haben.

Farbakzente

Schulleiter Martin Zimmermann dankte Landrat Richard Reisinger für die richtungsweisenden Schritte, die der Landkreis bereits gesetzt hat, bei denen die Anforderungen der Schule stets berücksichtigt wurden. „Energetische Ansprüche werden hier an der Walter-Höllerer-Realschule perfekt mit ästhetischen und pädagogischen Aspekten verknüpft“, so Zimmermann. Der Schulleiter kündigt schon einmal an, dass die Farbakzente nicht nur die Außenfassade, sondern die vier Farben als „Schulfarben“ künftig auch das Innenleben der Schule prägen werden.

Zum Hintergrund: Die Walter-Höllerer-Realschule wurde 1968/69 gebaut und zählt aktuell rund 640 Schüler. Die erste Generalsanierung wurde von 1987 bis 1992 durchgeführt. 2005 wurde die Schule mit dem Anbau erweitert.

Für die aktuelle Generalsanierung sprachen laut Landrat Richard Reisinger erhebliche Mängel beim Brandschutz und bei den Sicherheitsanlagen. Zudem war das Gebäude „teilweise abgewirtschaftet“, wie Thomas Raithel erklärt, Fenster und Verschattung waren defekt, sanitäre Anlagen marode.

Generalsanierung und Neubau der Sporthalle

Auch energetisch entsprach der Altbau nicht den aktuellen Erfordernissen. 2017 stimmte deshalb der Kreistag des Landkreises Amberg-Sulzbach unter Vorsitz von Landrat Richard Reisinger für die Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule. Diese wird rund 30 Mio. Euro kosten. Der Abschluss der Bauarbeiten am Hauptgebäude ist für Frühjahr 2021 geplant. Dann folgt der nächste Schritt, der Neubau der Sporthalle. Diese soll dann bis spätestens Frühjahr 2023 fertiggestellt sein. ❐



Die Walter-Höllerer-Realschule ruft mit ihrer lebendigen Fassade positive Emotionen hervor. Davon überzeugten sich nun (von links): Hubert Saradeth, Peter Rußwurm, Thomas Raithel (alle Gebäudemanagement Landkreis Amberg-Sulzbach), Landrat Richard Reisinger, Schulleiter Martin Zimmermann und Hans Dieter Falk (Schulte & Falk Montage GmbH). Bild: Christine Hollederer

Würzburg:

Neue Farbtupfer für Lengfelder Spielplatz Erlenweg

Gartenamt schließt die Umgestaltung ab

Nicht nur auf dem Heuchelhof, wo mittlerweile die Geräte in der Tokio- und Otsustraße bespielbar sind, hat das Gartenamt die Zeit der coronabedingten Sperrung der Spielplätze für Umbaumaßnahmen genutzt. Auch der Lengfelder Spielplatz Erlenweg wurde zwischenzeitlich saniert.

Aus Sicherheitsgründen musste bereits vor einigen Jahren ein Spielturm mit Rutsche zurückgebaut werden. Die Schaukel konnte nicht mehr betrieben werden, da keine Möglichkeit bestand, den Fallschutzbereich am aktuellen Standort zu erweitern. Außerdem waren die als Gestaltungselemente verwendeten Holzpalisaden in die Jahre gekommen. Diese Punkte machten eine grundlegende Erneuerung des Spielplatzes unausweichlich, für die das Gartenamt ca. 45.000 Euro investierte.

Zeitliche Verzögerung

Als Basis für die Planung des Gartenamtes, die in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familie/der ARGE Familien in der Stadt erfolgte, dienten Rückmeldungen von Nutzerinnen und Nutzern sowie einer Klasse der Grundschule Lengfeld. Das Gartenamt ließ die Anregungen in die Entwurfsplanung einfließen. Im Anschluss erfolgte die Rückkopplung an die Beteiligten. Bereits Ende 2018 konnten die Spielgeräte bestellt werden. Die Lieferung erfolgte Mitte 2019.

Projektleiterin Marie-Luise Löchner: „Unser Ziel war es, den Spielplatz bereits im Sommer 2019 umzubauen. Leider haben wir im Zuge der Ausschreibung der Spielplatz- und Wegebauarbeiten kein einziges Angebot erhalten. Daher erfolgte die Aufhebung der Ausschreibung.“ Mittlerweile konnte der Auftrag vergeben werden und die Ende April begonnenen Bauarbeiten sind abgeschlossen. Nach dem Entfernen der Bauzäune sind die neuen Spielgeräte nutzbar.

„Dem Gartenamt ist es natürlich ein Anliegen, auf den Spielplätzen möglichst viele Spielinhalte anzubieten. Allerdings ist die Grundlage der Planung die zur Verfügung stehende Fläche. Dabei müssen auch immer die Topografie und natürlich die bestehenden Bäume berücksichtigt werden“, so Bürgermeister Martin Heilig und Referent Wolfgang Kleiner. Hinzu kommt, dass um alle Spielgeräte eine bestimmte Abstandsfläche vorgeschrieben ist. Außerdem sind auch Frei- und Bewegungsflächen wichtig.



Die neuen farbenfrohen Attraktionen auf dem Spielplatz Erlenweg. Bild: Gartenamt/Marie-Luise Löchner

Viele Wünsche umgesetzt

Unter Berücksichtigung aller Vorschriften und Maßgaben konnten viele der Nutzerwünsche umgesetzt werden. Den Kindern stehen künftig ein kleines Spielhaus, ein 1,45 m hoher Kletterturm mit Rutsche, Leiter, Kletterwand und Rutschstange, eine Nestschaukel sowie ein 2-fach-Reck zur Verfügung. Außerdem wurden die Sitzgelegenheiten überarbeitet. Charakteristisch für den Spielplatz Erlenweg ist unter anderem die bestehende Eingrünung. Auch im Sommer finden sich hier schattige Bereiche. Dieses Farbspiel der Vegetation wird künftig ergänzt durch die in Gelb, Grün und Türkis gehaltenen Pfosten der Spielgeräte. ❐



Positiv bewerten Oberbürgermeister Gerhard Jauernig (l.), Behindertenbeauftragter Thomas Burghart und Stadtbaumeister Georg Dietze die neuen barrierefreien Laufwege in der südlichen Altstadt. Bild: Julia Ehrlich/Stadt Günzburg

Günzburg:

Bauabschnitt in der südlichen Altstadt abgeschlossen

Die Laufwege aus Granitplatten für mehr Barrierefreiheit sind im südlichen Altstadtbereich nun verlegt, auch die Altstadtbeleuchtung wurde frisch verkabelt. Der Stadtrat beschloss im Dezember 2018 den Einbau der ebenen Laufwege, die das Gehen erleichtern und vor allem den Weg für Rollstuhlfahrer, Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen einfacher machen. Je nachdem, welche Breiten in den teilweise doch sehr engen Altstadtgassen zur Verfügung stehen, kamen verschiedene Alternativen zur Ausführung – vom reinen Rinnenumbau bis zu einem neuen Laufweg mit einer Breite von eineinhalb Metern.

Der Kontrast in Helligkeit und Rauigkeit zwischen Bestandpflaster und Plattenbelag bietet zudem Sehbehinderten eine bessere Orientierung. Ausgestattet mit dem neuen Pflaster sind jetzt die Kapuzinergasse, der Durchgang zum Wätteplatz vom Bürgermeister-Landmann-Platz aus, Münzgasse, Wätteplatz, Wättegasse, Hechtgasse sowie Hofgasse. „Mit unserer Teilnahme an ‚Bayern.barrierefrei2023‘ haben wir uns ins Konzept geschrieben, den Betroffenen die Teilhabe am alltäglichen Leben zu erleichtern. Dazu gehören auch das Erleben und die Teilhabe an unserer malerischen Altstadt. Deshalb ist die Verbesserung der Zugänglichkeit der Altstadtgassen ein wichtiger Baustein unseres Modellprojekts“, erklärt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig.

Ein weiterer Vorteil der Laufwege: Auch den nicht direkt Betroffenen bietet der Umbau ein Mehr an Komfort; für Kinderwägen oder Fahrräder ist das neue Pflaster ebenfalls bequemer. Damit auch die maroden Erdverkabelungen der Altstadtbeleuchtung saniert werden konnten, wurden zeitgleich mit den Laufwegen neue Leerrohrtrassen für die Beleuchtung mitverlegt und Stromverteiler für Märkte und Veranstaltungen sukzessive neu hergestellt. Das erspart eine weitere Baustelle in der Altstadt.

Der Umbau der Altstadtgassen ist insgesamt in vier Bauabschnitten von 2019 bis 2021 vorgesehen. Der erste Bauabschnitt beinhaltete die wichtige Wegverbindung vom Bürgermeister-Landmann-Platz zum Marktplatz, da hier das größte Fußgängeraufkommen herrscht. Im Herbst setzt sich der Umbau fort.

Funktionalität und Stadtbild sind kein Widerspruch

Der Bauabschnitt Nr. 3 berücksichtigt auch die mittelfristig geplante Sanierung des Schloßplatzes. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa eineinhalb Millionen Euro. Die Maßnahme wird im Rahmen der Städtebauförderung von der Regierung von Schwaben stark gefördert. Im Jahr 1984 war das Kopfsteinpflaster in der Altstadt verlegt worden, das seitdem viel Kopfzerbrechen bereitet. „Damals stand über allem der Erhalt des Stadtbilds. Heute hingegen leben wir Inklusion. Funktionalität und Stadtbild sind kein Widerspruch mehr“, sagt OB Jauernig. ❐

Cadolzburg:

Einzigartiger Einblick in mittelalterlichen Burgbau

Sonderausstellung „Mehr als Stein. Holz im mittelalterlichen Burgbau“ öffnet

„Das Burgerlebnismuseum Cadolzburg erfreut sich großer Beliebtheit. Die Besucher erleben im einzigartigen Mitmach-Museum eine faszinierende Zeitreise in die Geschichte unserer Heimat. Gerade in der beginnenden Ferienzeit bietet sich ein Abstecher zur Cadolzburg mit einem einzigartigen Einblick in fränkische, bayerische und deutsche Burgengeschichte an“, teilt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zur Eröffnung der Sonderausstellung der Bayerischen Schlösserverwaltung „Mehr als Stein. Holz im mittelalterlichen Burgbau“, mit.

Eine zusätzliche Bereicherung für die wieder möglichen Besuche der Burg bietet die neue Sonderausstellung zum Thema „Baustoff Holz“ in mittelalterlichen Burgen. Beim Anblick der mächtigen Steinmauern von mittelalterlichen Festungen ist es heute kaum vorstellbar, dass das meistverwendete Baumaterial Holz war: Wehrgänge, Gerüste, Decken, Türen, Wurfgeschütze, Brunnenhäuser, Abtritte und Möbel – das alles war aus Holz.

Spannende Fragen

In welcher Menge und wozu wurde das Holz beim Bau einer Burg benötigt? Diese und weitere spannende Fragen werden in der neuen Sonderausstellung beantwortet. Die Ausstellung kann bis 28. Februar 2021 im Burgerlebnismuseum Cadolzburg im Landkreis Fürth unter Einhaltung der notwendigen Abstands- und Hygieneregeln besucht werden. Der Eintritt in die Schlösser und Burgen der Bayerischen Schlösserverwaltung ist für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei.

Mit dem Sonderausstellungsraum erwartet die Besucherinnen und Besucher ein abwechslungsreicher Rundgang mit zahlreichen Stationen innerhalb und außerhalb der Cadolzburg. Viele der erhaltenen Holzreste und der intakten Originale sind dort zu sehen, wo sie sich ursprünglich befanden. Abbildungen und spätere Rekonstruktionen ergänzen den Rundgang. Leihgaben der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (Freising) und aus dem Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim bereichern die Ausstellung.

Außerdem hat sich eine Klasse der Beruflichen Schule 11 Nürnberg an der Ausstellung beteiligt. Hierfür haben angehende Zimmerleute während des Schuljahrs eine Fachwerkwand hergestellt, die auf Augenhöhe im Burghof in ihrer soliden Technik zu bestaunen ist. Mit der Wand lassen sich die historischen Arbeitsschritte, die bei der Holzbearbeitung im Mittelalter auf jeder Baustelle bewältigt werden mussten, anschaulich nachvollziehen.

Die neue Sonderausstellung „Mehr als Stein“ läuft parallel zur Sonderausstellung „Flaschenpost aus der Vergangenheit“ und ist zu den Öffnungszeiten der Cadolzburg zugänglich und im Eintrittspreis enthalten. ❐

Bezirk Mittelfranken:

Neue Wohnprojekte in Gunzenhausen und Dinkelsbühl

Der Bezirk Mittelfranken unterstützt den Sozialkonzern Diakoneo beim Neubau eines Wohnheimes für Menschen mit Behinderung in Gunzenhausen mit rund 670.000 Euro. Zudem wurde grünes Licht für ein rund acht Millionen teures Bauprojekt der Lebenshilfe Ansbach in Dinkelsbühl gegeben.

Bei dem Wohnheim-Projekt in Gunzenhausen handelt es sich um einen Ersatzneubau im Zuge der Dezentralisierung der von Diakoneo betriebenen Polsinger Heime. Der Bezirksausschuss hat die Bezuschussung dafür in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen und damit den Weg für die Realisierung des Vorhabens geebnet. Da es sich um eine reine Standortverlagerung handelt, verringert sich die Zahl der Wohnplätze in Polsingen entsprechend. Insgesamt sind zwischen den Polsinger Heimen mit den verschiedenen Standorten und dem Bezirk Mittelfranken als überörtlicher Träger der Sozialhilfe rund 320 Wohnplätze vereinbart.

In innenstädtischer Lage am Stauferwall in Dinkelsbühl soll ein Wohnheim mit 24 Plätzen sowie eine Tagesbetreuung für Menschen mit Behinderung nach dem Erwerbsleben, eine sogenannte TENE, mit 16 Plätzen entstehen. Mit zehn Prozent, das sind rund 800.000 Euro, beteiligt sich der Bezirk Mittelfranken an den Baukosten.

Die Lebenshilfe Ansbach betreibt derzeit vier Wohnheime in Ansbach, Herrieden und Feuchtwangen mit rund 120 Plätzen. Dazu kommen weitere Angebote im Bereich Leben, Arbeiten und Wohnen für Menschen mit einer geistigen Behinderung. Insgesamt besuchen rund 800 Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Einrichtungen der Lebenshilfe Ansbach. Der Bezirk Mittelfranken finanziert die Plätze zu 90 Prozent, das sind über 15 Millionen Euro. **DK**

Unipor-Ziegel-Gruppe:

Kita-Anbau energetisch und baubiologisch optimiert

Kinder verbringen heute viel Zeit mit Altersgenossen in Kindertagesstätten. Dort sind Spiel- und Lernräume eigens auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet. Diesem Anspruch wird die Kita „Arche Noah“ in Hainburg aufgrund ihres neuen Anbaus in besonderem Maße gerecht – auch dank hochwärmedämmender Außenwände, die aus sogenannten Ziegel-Holz-Hybridbaustoffen bestehen.

Raum zum Spielen und Lernen: Mit der Erweiterung der Kindertagesstätte „Arche Noah“ erhalten 25 Kinder einen neuen Betreuungsplatz. Aufgrund des begrenzten Platzangebots setzte das Hainburger Architekten & Ingenieurbüro Michael Kopp dem bestehenden Gebäude in Längsrichtung einen Anbau an. Zwei neue Gruppenräume sind darin untergebracht: einer für eine altersübergreifende Gruppe und einer eigens für Kinder unter drei Jahren.

Strukturelle Erweiterungen

Angegliedert daran befinden sich jeweils ein Schlaf- und Wickelraum sowie ein Raum mit Küchenzeile zur flexiblen Nutzung. Unter anderem ist im Anbau auch Platz für eine Bibliothek und einen „Matschraum“, in dem die Kinder mit Wasser experimentieren können. Von diesen strukturellen Erweiterungen profitieren auch die drei bestehenden Gruppen.

Standardaufgaben ökologisch ernstgenommen

Die Gemeinde Hainburg als Bauträger sowie Bauleiter Dipl.-Ing. Michael Kopp waren anspruchsvoll, als es um die Ausführung der vorgegebenen monolithischen Bauweise ging. Die Entscheidung, den „W07 Silvacor“ der Unipor-Gruppe für das Außenmauerwerk zu verwenden, fasst Kopp in einem knappen Satz zusammen: „Er ist innovativ, ökologisch und wird in Hainburg hergestellt.“

Wohngesunde Lösung

Aber letztendlich gab das technische Konzept des Ziegels den Ausschlag, denn der „Unipor W07 Silvacor“ ist ein neuartiger Ziegel-Holz-Hybridbaustoff. Seine Hohlräume sind mit einem Dämmstoff aus sortenreinen Nadelholzfasern verfüllt. Das macht den Mauerziegel zu einer ausgesprochen umwelt- und ressourcenschonenden, wohngesunden sowie hochwärmedämmenden Lösung im Hausbau. Zudem verfügt er über hervorragende bauphysikalische Werte. Die gleichmäßig dünne Lagerfuge garantiert, dass die hohe Wärmeleitzahl von 0,07 W/(mK) nicht nur rechnerisch, sondern auch in der Praxis voll zum Tragen kommt. Bei einer Wanddicke von 36,5 Zentimetern erreicht das Mauerwerk einen U-Wert von 0,18 W/(m2K), der durch den mineralischen Innen- und Außenputz noch ein wenig verbessert wird.

Eigene Bauprojekte verwirklichen

Im Rahmen des vorgegebenen Budgets wurde in monolithischer Bauweise ein hoher ökologischer und energieeffizienter Standard umgesetzt. Den Kindern kommt aber nicht nur das wohngesunde Umfeld des Gebäudes zu Gute: Hier können sie nun auch ihre eigenen Bauprojekte mit Spielzeug-Mauerziegeln aus Schaumstoff verwirklichen. Die kindgerechte Version des massiven Baustoffes ist dabei den Ziegel-Holz-Hybriden nachempfunden, die im Anbau der Kita zum Einsatz kamen.

Dipl.-Ing Architekt Peter Gahr



Der Anbau der Kindertagesstätte wurde aus ökologischen Ziegel-Holz-Hybridbaustoffen errichtet. Diese schaffen beste Voraussetzungen für ein wohngesundes Umfeld. Bild: UNIPOR /München

Bautafel

- **Projekt:** Erweiterung der Kita „Arche Noah“ in Hainburg
- **Bauherr:** Gemeinde Hainburg, Hauptstraße 44, 63512 Hainburg
- **Planung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp, In der Aue 7, 63584 Gründau-Lieblos
- **Verarbeiter Mauerwerk:** RBW-Bau GmbH, Kreuzstraße 23, 98590 Schwallungen
- **Tragwerksplanung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp
- **Haustechnikplanung:** Architektur & Ingenieurbüro Michael Kopp
- **Ziegellieferant:** Klinker- und Ziegelwerk Franz Wenzel GmbH & Co. KG, 63512 Hainburg, Mitglied der Unipor-Gruppe
- **Grundstücksfläche:** 3.571 Quadratmeter
- **Nutzfläche gesamt:** 1.013,77 Quadratmeter
- **Wärmeversorgung:** Luftwärmepumpe in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage
- **Außenwandbaustoff:** Unipor ❐

Bayerisches Jahreskrankenhausbau-Programm 2020

Der Regierung von Unterfranken stehen für Baumaßnahmen an unterfränkischen Krankenhäusern in diesem Jahr insgesamt 21,76 Millionen Euro zur Verfügung

Der Regierung von Unterfranken stehen insgesamt 21,76 Millionen Euro an Fördermitteln für das Jahr 2020 für zehn große Baumaßnahmen an unterfränkischen Krankenhäusern zur Verfügung. Dies ergibt sich aus dem Jahreskrankenhausbauprogramm 2020 der Bayerischen Staatsministerien für Gesundheit und Pflege sowie der Finanzen und für Heimat.

Das Bayerische Jahreskrankenhausbauprogramm wird jährlich neu aufgestellt und bildet die Grundlage der Einzelförderung der Bauvorhaben im Klinikbereich. Die Fördergelder können je nach Baufortschritt und Mittelbedarf von den Krankenhausträgern abgerufen werden.

Geförderte Maßnahmen

Die Regierung von Unterfranken begleitet die Baumaßnahmen in baufachlicher und förderrechtlicher Hinsicht, sorgt für eine zügige Auszahlung der im Staatshaushalt zur Verfügung stehenden Fördermittel und prüft nach Abschluss der Projekte deren ordnungsgemäße Verwendung. Gefördert werden in Unterfranken in 2020 im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- Klinikum Aschaffenburg-Alzenau Standort Aschaffenburg (Erweiterung der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie) mit 1,01 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neubau Psychiatrische Klinik Aschaffenburg) mit 3,26 Millionen Euro
- Leopoldina Krankenhaus der Stadt Schweinfurt (Erweiterung der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie) mit 0,39 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neubau Tagesklinik für Psychiatrie Schweinfurt) mit 0,13 Millionen Euro
- Missioklinik Würzburg (Erweiterung Entbindung) mit 2,78 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Angliederung einer psychiatrischen Klinik und Neugestaltung Aufnahmebereich an der Klinik König-Ludwig-Haus Würzburg) mit 0,34 Millionen Euro
- Klinik Kitzinger Land (Erweiterung und Umbau) mit 1,81 Millionen Euro für den 1. BA sowie
- 5,14 Millionen Euro für den 2. Bauabschnitt
- Landkreis Main-Spessart (Neubau des Klinikums Main-Spessart Lohr am Main) mit 6,50 Millionen Euro
- Bezirk Unterfranken (Neustrukturierung 1. BA, Ersatzneubau, insbesondere von Pflege- und Therapiebereichen – Gerontopsychiatrie am Bezirkskrankenhaus Lohr am Main) mit 0,40 Millionen Euro. ❐

publicDialogue:

Das erste Tool für digitale Bürgerbeteiligung

COVID-19 verstärkt aktuell die Problematik um Bürgerbeteiligung vor Ort. Viele Verfahren sehen eine körperliche Anwesenheit vor und können aus Gründen des Infektionsschutzes nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Die bestehenden Formate für einen Dialog fallen weg.

Mit publicDialogue hat die VALyou digital services GmbH das erste Tool zur digitalen Bürgerbeteiligung entwickelt. Mit diesem einfachen und flexiblen Werkzeug können Bauleitverfahren und Erörterungstermine auch während der Corona-Beschränkungen durchgeführt werden. Und in der Zeit danach ergänzt publicDialogue die klassischen Präsenzinstrumente. publicDialogue ist damit das erste digitale, interaktive Tool, das in allen Stufen der Bürgerbeteiligung ergänzend zu den heute üblichen Verfahren eine schnelle, einfache und sichere Teilnahme ermöglicht. Die einzige Zugangsvoraussetzung ist ein Online-Zugang.

Barrierefreier Zugang

Bürgerbeteiligung wird für alle barrierefrei zugänglich. Jeder kann sich informieren. Jeder kann mitmachen und sich einbringen. Wann immer er will. Wo immer er will. Damit wird Bürgerbeteiligung demokratischer, schneller und einfacher. publicDialogue ist von Kommunen, Vorhabensträgern, auch von Interessensgruppen und Bürgerinitiativen einsetzbar. Das Tool ermöglicht die digitale Durchführung von Bürgerworkshops, Bürgerversammlungen sowie allen bei Bebauungsplan- oder Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Partizipationsformaten (u.a. nach § 3.1 oder § 4.1 BauGB).

Teilnahme am Dialog

publicDialogue ist ein individuelles Tool, das für jedes Vorhaben lizenziert wird. Die Gestaltung der Homepage erfolgt im Rasterraum von publicDialogue und ist höchst flexibel auf die Wünsche und Gestaltungsrichtlinien des Lizenznehmers anpassbar. Für jedes Vorhaben wird eine individuelle Verfahrensseite bereitgestellt, die der Lizenznehmer mit seinem individuellen Content bestückt.

Auf der Homepage finden sich eine digitale Vorhabenspräsentation sowie eine Mediathek, auf der vertiefende Inhalte (Film, Foto, Audio, Animation, Grafik, Textbeiträge, Links, FAQs) zur Verfügung gestellt werden. publicDialogue ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am Dialog. Dabei können verschiedene Stufen der Authentifizierung zum Einsatz kommen. Mitmachen ist nur mit Anmeldung möglich: Registrierten Nutzer können an Dialogformaten im passwortgeschützten Dialograum teilnehmen. Die Dialogbeiträge (Statements, Fragen, Voting-Ergebnisse) sind auch für nicht registrierte Nutzer ohne Anmeldung sichtbar. Mehr Infos unter www.publicdialogue.de

Der Bundestag hat am 14. Mai den Entwurf für ein Planungssicherstellungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSiG) wird sichergestellt, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie besondere Entscheidungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung auch unter den erschwerten Bedingungen während der Pandemie ordnungsgemäß durchgeführt werden können und Vorhaben wegen der Corona-Pandemie nicht ins Stocken geraten.

Für Ersatz sollen vor allem die Möglichkeiten des Internets genutzt werden. Vorerst ist das Gesetz bis 31. März 2021 befristet. Ziel ist es, dieses moderne, digitale Verfahren möglichst auch über das Jahr 2021 hinaus anzuwenden. Ein Rückschritt ins Analoge soll verhindert werden, neuen digitalen Möglichkeiten gilt die Zukunft. ❐

Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern geht nach Straubing

Ehepaar Dr. Rudolf Finkl und Annegret Finkl erhält Auszeichnung für vorbildliche Instandsetzung der Villa Jungmeier

Seit 2002 zeichnet der Bezirk Niederbayern Hauseigentümer für herausragende Leistungen bei der Erhaltung ihres Baudenkmals mit dem Denkmalpreis aus. In diesem Jahr kann sich das Ehepaar Dr. Rudolf Finkl und Annegret Finkl über die mit 7.500 Euro dotierte Auszeichnung für die vorbildliche Instandsetzung der Villa Jungmeier in Straubing freuen.

Der einstimmige Beschluss wurde in der Sitzung des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses unter dem Vorsitz von Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl gefasst. Das Gremium folgte damit dem Vorschlag des Kulturreferats, für das Leitender Kulturdirektor und Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder verantwortlich zeichnet.

Villa mit Nebengebäude

1903/04 erbaute das Straubinger Baugeschäft Franz Dendl für den Ziegelei-Fabrikbesitzer Fritz Jungmeier eine Villa mit Nebengebäude, Garten und Einfriedung an der Regensburger Straße – daher auch die Bezeichnung „Jungmeier-Villa“. Die Eheleute Finkl erwarben 2007 das für den Bau- und Wohnstil des gehobenen Bürgertums um 1900 typische Anwesen. Damals nicht als Baudenkmal eingetragen, war der nachträgliche Listeneintrag ganz im Sinne der neuen Eigentümer, die von Anbeginn den größtmöglichen Erhalt der Gebäude anstrebten.

Stilgerechte Ergänzung historischer Baustoffe

Während des gesamten Planungs- und Bauprozesses zeichnete sich das Ehepaar durch große Sensibilität und beispielgebendes Engagement aus. Beides bewiesen sie u. a. durch ihre akribische Suche nach geeigneten Handwerksbetrieben und stimmigen Materialien, um historische Baustoffe wie Dachziegel, Kacheln oder Bodenbeläge stilgerecht zu ergänzen.

Instandsetzung von höchster Qualität

„Durch den unermüdlichen Einsatz von Dr. Rudolf und Annegret Finkl, die Fachkompetenz des Architekturbüros Gartner, der beteiligten Restauratoren und Handwerker sowie die beständige Abstimmung und Kooperation mit den Denkmalbehörden, ist eine Instandsetzung von höchster Qualität gelungen, die eine Auszeichnung mit dem Denkmalpreis verdient hat“, so Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl.

Unabhängig von der Auszeichnung eines einzelnen herausragenden Projekts mit dem Denkmalpreis hält der Bezirk Niederbayern fördert der Bezirk die Denkmalpflege. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Alljährlich stehen für denkmalpflegerische Maßnahmen 700.000 Euro im Bezirkshaushalt bereit.“

Die Preisverleihung wird vorbehaltlich der Corona-Entwicklung und unter Einhaltung der einschlägigen Vorsichtsmaßnahmen am 13. September 2020 im Rahmen eines Festakts im Festsaal des Bezirksklinikums Mainkofen stattfinden. ❐



Neubau im Olympiapark München

Die Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften und der Zentrale Hochschulsport der Technischen Universität München nutzten Gebäude, die vor knapp 40 Jahren errichtet worden waren. Da diese nicht mehr den aktuellen Ansprüchen entsprachen, wurden umfassende Baumaßnahmen in die Wege geleitet. Hierzu gehört die Erstellung eines großen Baukörpers, in dem unter anderem verschiedene Räume für Forschung und Lehre vereinigt sind.

In diesem Zusammenhang wurde eine Kletterhalle mit 15,30 m Höhe gebaut, deren Stahlbetonwände zum Teil in Sichtbetonqualität ausgeführt werden sollten. Mit den entsprechenden Aufgaben wurde die Firma Grossmann Bau beauftragt, die seit Jahren mit den Systemen der NOE-Schaltechnik arbeitet und auch für dieses Bauvorhaben darauf zurückgriff.

Umfassende Baumaßnahmen

Für viele, auch nicht sportlich Interessierte, ist der Olympiapark in München eng mit den Olympischen Spielen 1972 verbunden. Und auch heute noch ist er Austragungsort verschiedener sportlicher und kultureller Veranstaltungen. Zudem befinden sich auf dem Gelände unterschiedliche Bildungseinrichtungen. Beispielsweise nutzen seit knapp 40 Jahren die Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften und der Zentrale Hochschulsport der Technischen Universität München (TUM) das Gelände des TUM Campus im Olympiapark (TUM CiO) sowie dessen Gebäude im nördlichen Bereich des Olympiaparks.

Doch die Bauten, die im Rahmen der Olympischen Spiele errichtet wurden, sind im Laufe der Zeit in die Jahre gekommen und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund entschieden sich die Verantwortlichen des Freistaats Bayerns zu umfassenden Baumaßnahmen, die aus drei Bauabschnitten bestehen. Im ersten Abschnitt wurden Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, einige Gebäude abgerissen und Rettungswege geschaffen. Im zweiten und dritten werden unter anderem neue Sporthallen, eine Mensa, eine Bibliothek und Hörsäle sowie Institutsräume für Forschung und Lehre gebaut.



Für den Bau der enorm hohen Wände wurde auf NOE-Schalsysteme zurückgegriffen.

Bild: NOE Schaltechnik, Süssen

Den hierzu ausgeschriebenen Wettbewerb konnte das Architekturbüro Dietrich Untertrifaller mit Balliana Schubert Landschaftsarchitekten aus Österreich für sich entscheiden. Ihr Entwurf sieht einen gigantischen Neubau mit sechs Innenhöfen vor, der vor allem aus Holz und Glas besteht und an einigen Stellen Sichtbeton aufweist. Der zweite Bauabschnitt wurde Ende 2018 abgeschlossen. Einen wesentlichen Beitrag zu dessen Gelingen leistete die Firma Grossmann Bau aus Rosenheim. Sie übernahm sämtliche Baumeisterarbeiten, d. h., sie war für die Erdarbeiten, die Kanal- und Entwässerungsarbeiten und den Hochbau verantwortlich. Dies brachte mit sich, dass durchschnittlich 75 bis 80 – zu Spitzenzeiten ungefähr 100 – Mitarbeiter auf der Baustelle waren.

Bei sämtlichen Betonierarbeiten verwendet das Unternehmen schon seit vielen Jahren die Systeme der NOE-Schaltechnik. Und so setzte es diese auch für das Bauvorhaben im Olympiapark ein. Das wichtigste System des Herstellers ist die Wandschalung NOEtop. Sie zeichnet sich unter anderem durch ihre Vielseitigkeit aus. Dank der integrierten Gurtung kann sie gleichermaßen als Rahmen- und als Trägerschalung verwendet werden. Dabei sind die Spannstellenlagen frei wählbar. Zudem bietet der Hersteller sie in vielen verschiedenen Größen an. Unter anderem auch in der XXL-Version. Diese erlaubt den Bau einer fugenlosen Fläche von über 14,00 m². Bei der Münchner Baustelle kamen vor allem die 2,65 m und 3,31 m hohen Schalungselemente zum Einsatz.

15 Meter hoch und in Sichtbetonqualität

Eine der größeren Herausforderungen, der sich die Bauarbeiter zu stellen hatten, war die Errichtung der Kletterhalle und des Audimax. Sie haben insgesamt eine Grundfläche von 27x33 m und werden von 15,3 m hohen Wänden umrahmt. Diese mussten zum Teil in Sichtbetonqualität SB 3 (= Betonflächen mit hohen gestalterischen Anforderungen) ausgeführt werden. Um die entsprechenden Betonoberflächen erzielen zu können, wurde die NOE-Schalung mit neuer Schalhaut belegt. Martin Haslberger, der Bauleiter des Projekts, sagt hierzu: „Obwohl unsere NOE-Schalung bereits bei vielen anderen Baustellen im Einsatz war, leistete sie uns auch bei den Sichtbetonwänden wertvolle Dienste. Auf der Baustelle achteten wir allerdings sorgfältig darauf, dass die neu belegten Schalungen nur bei den Wänden eingesetzt wurden, bei denen SB 3 gefordert wurde. Das Ergebnis entsprach der gewünschten Optik."

Die Tatsache, dass die NOEtop auch noch nach vielen Einsätzen für den Bau von ästhetisch anspruchsvollen Sichtbetonwänden verwendet werden kann, ist ein guter Beweis für ihre Langlebigkeit und Robustheit. Um sie derart widerstandsfähig zu machen, sorgt der Hersteller dafür, dass alle Schaltafeln mit einer einheitlichen Profilstärke ausgestattet sind. Darüber hinaus sind Rahmen und Profile innen wie außen feuerverzinkt.

Alle NOEtop Schalungen halten einem Betondruck von 88 kN/qm stand. Bei der Kletterhalle verbauten die Mitarbeiter des Bauunternehmens ca. 2000 m³ Beton und erstellten die 15,30 Meter hohen Wände in einem Zug. Konkret bedeutet dies, dass sie fast sieben Stunden lang mit einer Steiggeschwindigkeit von 2,4 m/h betonierten. Dabei hatte der Normalbeton eine mittlere Festigkeitsentwicklung (F3) und es wurde kein Verzögerer zugegeben. Verdichtet wurde mithilfe von Außenrüttlern.

Weitere Aufgaben

Neben der Errichtung der Wände für die Kletterhalle war die Firma Grossmann Bau auch mit weiteren anspruchsvollen Aufgaben betraut. Beispielsweise erstellte sie eine Tribünenkonstruktion für den Audimax mit Betonfertigteilen, baute Sichtbetonfassaden (ebenfalls SB 3) und betonierte weitere massive Innenwände (ebenfalls SB 3). So kam es, dass ca. 1200 Tonnen Bewehrungsstahl und ca. 11.900 Kubikmeter Beton verbaut wurden, wobei ca. 1200 Quadratmeter Schalung auf der Baustelle vorrätig waren.

Die Betonierarbeiten waren innerhalb von zehn Monaten abgeschlossen – angesichts der Größe des Objektes und der besonderen Herausforderungen eine sehr zügige Leistung. Mit der fristgemäßen Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts sind nun die Wege für den dritten geebnet. Dieser soll bis 2022 – also genau 50 Jahre nach den Olympischen Sommerspielen 1972 – fertiggestellt sein. ❐

bbiv zu Corona-bedingten Bau-Mehrkosten:

Kommunen müssen fairen Anteil übernehmen

„Der Bund und der Freistaat Bayern haben sich selbst dazu verpflichtet, einen Teil der Corona-bedingten Mehrkosten ihrer Bauprojekte zu tragen. Eine entsprechende Zusage der bayerischen Kommunen steht bislang aber noch aus. Die Kommunen müssen ebenfalls einen fairen Anteil übernehmen", fordert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Die Politik habe seit Beginn der Corona-Pandemie immer wieder betont, wie wichtig es sei, laufende Bauprojekte fortzuführen und neue an den Markt zu bringen. Mehrfach habe Bauministerin Kerstin Schreyer unterstrichen, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft müsse unbedingt sichergestellt sein. Notwendige Baumaßnahmen müssten daher fortgesetzt und neue Bauvorhaben ausgeschrieben werden.

„Die Bauindustrie hat diese Verantwortung auf sich genommen. Sie hat die laufenden Baustellen offengehalten und neue Bauprojekte angefangen, mit deutlich höherem Aufwand und zusätzlichen Kosten. Unseres Erachtens gebieten es Fairness und Partnerschaft, dass sie diese Kosten nicht alleine zu tragen haben", so Schmid. Diese Verantwortung haben der Bund und der Freistaat bereits übernommen."

Für den gesamten Bundeshochbau, den Bundesfernstraßen- und -wasserstraßenbau, ebenfalls für den Schienenwegebau der DB Netz AG sowie für die Bayerische Staatsbau- und Wasserwirtschaftsverwaltung gelte: Die Corona-bedingt auf den Baustellen angefallenen Mehrkosten übernimmt der Auftraggeber. „Kommunen und Landkreise sollten daher für ihre Bauprojekte diese Regelung ebenfalls übernehmen. Das wäre ein fairer Umgang mit den Corona-Mehrkosten", so Schmid abschließend. ❐

BMI verstärkt Sportstättenförderung

Bund und Länder haben sich gemeinsam auf einen neuen Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten verständigt. In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungsprogramms der Bundesregierung stehen in diesem Jahr mit dem 2. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2020 kurzfristig 150 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung hat Bundesminister Horst Seehofer heute für den Bund unterzeichnet. Sie tritt in Kraft, sobald alle Bundesländer gegengezeichnet haben.

Im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten nimmt der Bund damit seine Verantwortung im Kontext des Städtebaus wahr, um dem angestauten Investitionsbedarf bei Sportstätten bundesweit entgegenzuwirken.

Sport verbindet

Wie der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, betonte, verbindet Sport, fördert Respekt und Toleranz. „Als Sport- und Bauminister möchte ich die Trainingsbedingungen für alle Sportbegeisterten Stück für Stück verbessern. Wir haben bei den Sportstätten bundesweit große Investitionsbedarfe, die wir allein in diesem Jahr mit zusätzlich 150 Millionen Euro aus dem Städtebau angehen können. Deutschland ist eine Sportnation. Wir können in der Weltspitze aber auf Dauer nur mithalten, wenn wir vor Ort in den Städten und Gemeinden investieren."

Der Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten soll auch in den kommenden Haushaltsjahren fortgeführt werden. Im Beschluss zu den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2021 und zur mittelfristigen Finanzplanung sind von 2021 bis 2023 jeweils weitere 110 Mio. Euro pro Jahr und im Jahr 2024 160 Mio. Euro Bundesmittel vorgesehen. ❐

Generalinstandsetzung der Feldherrnhalle:

Füracker erteilt Planungsauftrag

Die letzte umfassende Instandsetzung der Feldherrnhalle in München liegt bereits über 70 Jahre mit der Beseitigung der Kriegsschäden zurück. „Im Vorfeld einer anstehenden Gesamtsanierung der Feldherrenhalle lässt die Schlösserverwaltung derzeit Voruntersuchungen zur Schadenskartierung an den seitlichen Plattformen durchführen", teilt Finanz- und Heimatminister Füracker aus Anlass der Erteilung des Planungsauftrags für eine Gesamtinstandsetzung an die Bayerische Schlösserverwaltung mit.

Mit den umfangreichen Sanierungsarbeiten soll nach dem Vorliegen der jetzt angeforderten Detailplanung und der anschließenden Genehmigung durch den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags begonnen werden.

„Die aus heimischem Kalkstein gefertigte, weit gespannte Bogenkonstruktion der Halle ist konstruktiv anspruchsvoll und reiht den Bau – wie etwa auch die Propyläen oder das Siegestor – in die herausgehobene Klasse Münchner Baukunstwerke des Historismus ein", merkte Füracker an. Die Feldherrnhalle nimmt als Südabschluss der Ludwigstraße eine herausgehobene Rolle im Münchner Stadtbild ein.

Bei der vorgesehenen Gesamtinstandsetzung der nach drei Seiten offenen Feldherrenhalle werden unter anderem die Gebäudehülle aus Naturstein und steinimitierender Putzoberfläche gesäubert und Fehlstellen ergänzt. Das mit Skulpturen geschmückte Bogenfries und das Dach sollen restauriert und gegebenenfalls erneuert werden. Das Podium erhält wieder einen historischen Asphaltbelag. Der Asphaltbelag war von dem Architekten F. J. Kreuter als eine der ersten Teerdecken Bayerns gestaltet worden. Zudem werden die Großbronzen im Halleninneren und die markanten Löwenstandbilder, die die Zugangstreppe flankieren, restauriert.

Die Feldherrnhalle, deren architektonisches Vorbild die „Loggia dei Lanzi" in Florenz ist, wurde 1841 bis 1844 im Auftrag König Ludwigs I. von Bayern nach Entwürfen von Friedrich von Gärtner errichtet. Mit dem Bau wollte Ludwig I. der bayerischen Armee und ihren siegreichen Feldherren ein Denkmal setzen. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde die Feldherrnhalle als Kultort inszeniert, denn am 9. November 1923 war hier ein Zug von Putschisten, unter ihnen Adolf Hitler, auf dem Weg zum Kriegsministerium von der Landpolizei aufgehalten worden.

Bei der nachfolgenden Schießerei hatte es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gegeben. Heute erinnert eine kleine Bronzetafel vor der Halle an die vier beim Putschversuch 1923 getöteten Landpolizisten. ❐

Gewerbe- und Industriebau:

Hörmann setzt auf BauBuche

Die bisher flächenmäßig größte Halle mit Dachwerkträgern aus BauBuche in Bayern steht in Buchloe

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG setzt bei Hallenkonstruktionen auch auf BauBuche. Die außergewöhnlichen Festigkeitswerte der BauBuche ermöglichen schlanke hochbelastbare Konstruktionen mit großen Spannweiten. Faktoren, die im Gewerbe- und Industriebau eine tragende Rolle spielen. Aktuell hat das Unternehmen auf dem Betriebsgelände in Buchloe die BauBuche für eine eigene Metallfertigungshalle verwendet.

Mit 5.700 m² und einer maximalen Gesamtbreite von bis zu 77 Metern ist dies flächenmäßig die größte Halle mit Dachwerkträgern aus BauBuche in Bayern und eine der größten dieser Art weltweit. Dank hoher Festigkeit ermöglichen Träger aus BauBuche schlanke Konstruktionen für große Lasten und Spannweiten. Ihre Tragfähigkeit ist etwa dreimal höher als die von Fichtenbrettschichtholz. Das erlaubt ein sehr viel eleganteres Bauen. Ein Vorteil, der auch dem Hallenbau zugutekommt. Deshalb setzt Hörmann mittlerweile Tragwerkskonstruktionen aus BauBuche im Hallenbau ein.

Konstruktiver Holzbau

Buchenfunierschichtholz ist für das Unternehmen Hörmann zu einer interessanten Alternative im konstruktiven Holzbau geworden. Die verglichen mit Nadelholz filigraneren Bauteile aus Laubholz sind nur ein Punkt von vielen, die die BauBuche im Hallenbau so attraktiv machen.

Weniger Materialverbrauch

Um die Vorteile der im Vergleich zu Nadelholz erhöhten Tragfähigkeit voll ausspielen zu können, wird die BauBuche hauptsächlich bei Hörmann in Form von Fachwerkträgern verwendet. „Die BauBuche verkleinert somit durch ihre Tragfähigkeit die Dimensionen und Querschnitte im Holzbau. Das verringert den Materialverbrauch und erzeugt mehr Raum. Wir haben z.B. BauBuche in unserer neuen Metallfertigungshalle mit einer Gesamtbreite von 77 m erfolgreich verwendet.

In der Halle sind Kräne mit 10 Tonnen Traglast verbaut, die zusätzliche Lasten für das Tragwerk bedeuten. Deshalb haben wir Stahlstützen mit Fachwerkträgern aus BauBuche kombiniert", erklärt Michael Hörmann, Bereichsleiter Gewerbe- und Industriebau bei der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. Die BauBuche punktet nicht nur durch ihre dem Stahlbau ähnlichen Bauteildimensionen. Sie besticht besonders durch ihre ästhetische Erscheinung. Tragende Elemente lassen sich im sichtbaren Bereich einsetzen. Ein Pluspunkt, der für das Unternehmen Hörmann bei Verkaufs- und Ausstellungshallen von Bedeutung ist.



Die Fertigungshalle in der Innenansicht. Bild: Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG

„All das macht die BauBuche für uns zu einem zeitgemäßen Baumaterial im Hallenbau, mit dem wir bei Hörmann gerne arbeiten. Selbstverständlich werden auch die Bauelemente aus BauBuche sowie alle weiteren Komponenten bei uns im Betrieb konstruiert und gefertigt. Getreu unserem Motto: Planen, Fertigen, Ausführen", erläutert Rolf Hörmann, Geschäftsführer der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. ❐

Sanfter Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen:

Offizieller Spatenstich für ersten Teilabschnitt

Nach Jahrzehnten erbitterten Widerstands haben nun die Baumaßnahmen für den sanften Donauausbau ohne Staustufen in Niederbayern begonnen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder gab im Gemeindegebiet Niederwinkling im Polder Sulzbach (Landkreis Straubing-Bogen) gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer den Startschuss für den ersten Teilabschnitt zwischen Straubing und Deggendorf auf einer Strecke von 38 Kilometern.

Mit den dafür vorgesehenen 600 Millionen Euro sollen unter anderem Ortschaften an der Donau vor einem hundertjährlichen Hochwasser geschützt werden. Die Kosten für die von Bund und Freistaat finanzierte Gesamtmaßnahme zwischen Straubing und Vilshofen belaufen sich auf rund 1,4 Milliarden Euro. Für die Umsetzung sind sieben Jahre vorgesehen.

Faire Kompromisslösung

Nach Söders Worten ist der sanfte Ausbau der Donau eine Kompromisslösung, die sowohl den Themen Mobilität und Hochwasserschutz, aber auch dem Umweltschutz gerecht werde. „Der Klimawandel wird uns weiter fundamental beschäftigen", betonte der Ministerpräsident.

Nach dem Baubeginn im Polder Steinkirchen sollen heuer noch der Ausbau der Wasserstraße sowie der Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen im Polder Offenberg/Metten beginnen. 2021 ist geplant, die Arbeiten im Polder Parkstetten/Reibersdorf und kurz danach im Polder Sand/Entau zu starten.

Schutz vor Hochwasser

Durch die Deichrückverlegungen werden künftige Hochwasserspiegel abgesenkt. Im gesamten Planungsbereich gewährleistet der vorhandene Donaudeich Schutz vor einem ca. 30-jährlichen Hochwasser der Donau. Nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern sollen besiedelte Gebiete vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis geschützt werden, gleichzeitig muss Retentionsraum erhalten und, wo möglich, wieder reaktiviert werden.

Möglichkeiten für Motorbootfahrer verbessern

Im Zuge des naturnahen Ausbaus der Donau wollen einige Gemeinden jetzt auch die Möglichkeiten für Motorbootfahrer verbessern. So soll in Niederwinkling der erste Hafen in diesem Abschnitt entstehen. Damit die Bewohner des Ortes auch weiterhin Zugang zur Donau haben, hat sich Bürgermeister Ludwig Waas eine Zufahrt für die Wasserwacht im Planfeststellungsverfahren erkämpft. Zudem plant er auf 200 Metern am Ufer einen Badestrand und einen kleinen Motorboothafen sowie außerhalb des Deichs ein Gebäude für die Rettungskräfte der Wasserwacht.

Lärmzunahme und örtliche Übernutzung befürchtet

Widerstand gegen den gegenüberliegenden Hafen kommt sowohl vom Fischereiverein Irlbach-Straßkirchen als auch vom dortigen Bürgermeister Armin Soller. Da er eine deutliche Zunahme des Lärms und eine örtliche Übernutzung befürchtet, plädiert er ebenso wie der Verein „Freunde der Donau" in Niederalteich (Landkreis Deggendorf) für die Erneuerung einzelner Slip-Stellen entlang der Donau. Dabei handelt es sich um Steinrampen, über die Bootsfahrer ihre Schiffe rückwärts ins Wasser lassen können.

Für die Mitglieder der Interessengemeinschaft „lebenswertes Niederalteich" ist dieses Ansinnen allerdings nicht nachvollziehbar. Viele von ihnen haben in den vergangenen gut 25 Jahren gegen den staugestützten Donauausbau gekämpft. Diesen Kampf haben sie gewonnen. Sollte aber die Slipanlage ertüchtigt werden, stehe zu befürchten, dass der Ort ein Mekka für Motorbootfahrer wird.

Der Niederalteicher Rathauschef Albin Dietrich sieht dies anders. Er sieht keine Gefahr, dass die Gemeinde mit dem traditionsreichen Kloster durch diesen Hotspot überrannt werden könnte. „Man kann sagen, die Einlassstelle wird bevorzugt von Hiesigen benutzt oder benutzbar. Das ist noch nicht ausgegoren. Da muss man noch schauen, was für einen Konsens man finden kann." **DK**



V.l.: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Umweltminister Thorsten Glauber, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und Verkehrsministerin Kerstin Schreyer im Baustellenbereich des Polders Sulzbach am Deich Waltendorf.

Bild: Staatskanzlei

Deutsche Wasserwirtschaft:

Branchenbild 2020

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland funktioniert bestens und ist auch im europäischen und internationalen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau. Diese Leistungsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft dokumentiert das Branchenbild 2020, das im Namen der führenden Verbände der Wasserwirtschaft an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übergeben wurde.

Der Bericht beschreibt die Vielfalt der Aufgaben der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sowie ihre zukünftigen Herausforderungen. Der aktuelle Überblick wurde in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erarbeitet. Zentrales Ziel der deutschen Wasserwirtschaft ist es, die hohen Qualitätsstandards zu sichern und – wo immer möglich und notwendig – zu verbessern.

Garantierte Versorgungssicherheit

„Die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser müssen in Deutschland verlässlich funktionieren. Wie wichtig das ist, spüren wir gerade in Krisenzeiten. Die Versorgungssicherheit wurde in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft durch unsere Branche verlässlich sichergestellt. Vor dem Hintergrund vielfältiger Veränderungen unternehmen alle Beteiligten erhebliche Anstrengungen, um weiterhin erfolgreich zu agieren", erklärten die Repräsentanten der deutschen Wasserwirtschaft anlässlich der Übergabe.

Wesentliche Leistungsmerkmale der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sind laut Bericht „eine langfristige Sicherheit der Ver- und Entsorgung, hohe Trinkwasserqualität, hohe Abwasserentsorgungsstandards, hohe Kundenzufriedenheit und sorgsamer Umgang mit den Wasserressourcen bei wirtschaftlicher Effizienz". Diese Aspekte würden im 5-Säulen-Konzept des Benchmarkings betrachtet.

Durch in verschiedenen Projekten angewendetes Benchmarking hätten sich Unternehmen in allen Leistungsbereichen deutlich verbessert. Um zukunftsfähig zu bleiben, müsse die Wasserwirtschaft leistungsfähig, kostendeckend und für die Kunden transparent sein. Benchmarking-Projekte seien hierbei ein Schlüsselinstrument. Wesentliche Voraussetzungen für den Erfolg der Benchmarking- und Kennzahlenprojekte seien Vertraulichkeit und Freiwilligkeit, aber auch die Konsistenz und Kompatibilität der erhobenen Daten. Hierzu würden die Kennzahlensysteme von der Branche stetig weiterentwickelt.

Entgelte, Trinkwasserqualität, Umweltauflagen sowie Wasserentnahmerechte und Einleitrechte unterliegen dem Branchenbild zufolge strenger staatlicher Kontrolle. Die Steigerungen der Entgelte für Trinkwasser und Abwasser liegen seit vielen Jahren überwiegend unter dem Inflationsindex. Versorgungssicherheit und Trinkwasserqualität haben für die Kunden die größte Bedeutung. Laut Kundenbefragungen werden die dafür zu entrichtenden Entgelte für angemessen gehalten.

Lokal angepasste Lösungen erforderlich

Die spezifischen regionalen und lokalen Rahmenbedingungen bestimmten die Ver- und Entsorgungsbedingungen vor Ort. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erforderten daher stets lokal angepasste Lösungen. Dies, verbunden mit unterschiedlichen landesrechtlichen Vorgaben, führe zu unterschiedlichen Aufwänden und Kosten. Berücksichtige man den jeweiligen Wassergebrauch und die Leistungsstandards, so gäben die Kunden in Deutschland weniger für ihr Trinkwasser aus als die Kunden in vergleichbaren EU-Ländern.

Die Anforderungen an einen modernen nachhaltigen Umgang mit Wasser stiegen stetig: „Es geht nicht mehr nur darum, Trinkwasser bereitzustellen und Abwasser zu behandeln. Immer wichtiger wird der ganzheitliche Ansatz mit dem Ziel einer nachhaltigen integrierten Wasserwirtschaft. So gehören neben der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung unter anderem auch die Gewässerunterhaltung, der Schutz der Gewässer, der Landschaftswasserhaushalt und der Küsten- und Hochwasserschutz zu den Aufgaben einer funktionierenden Wasserwirtschaft."

Zudem beeinflussten die Veränderungen gesellschaftlicher Prioritäten die Arbeit der Wasserwirtschaft. So rückten Energieverbrauch und -effizienz sowie Ressourcenschutz verstärkt in den Fokus. Zunehmende Nutzungskonflikte mit der Wasserwirtschaft müssten im gesellschaftlichen Konsens gelöst werden.

Und weiter: „Als Folge unserer modernen Industriegesellschaft und verfeinerter Analytik lassen sich vermehrt anthropogene Spurenstoffe und weitere Verunreinigungen wie z.B. Mikroplastik nachweisen. Zu deren Auswirkungen auf Menschen und Umwelt besteht erheblicher Forschungsbedarf. Diese Herausforderung muss im Zusammenspiel von Verursachern, Nutzern und der Wasserwirtschaft gelöst werden. Beim Umgang mit Spurenstoffen muss die Vermeidung des Eintrags an der unmittelbaren Quelle im Vordergrund stehen."

Stabiler Wassergebrauch

Der Wassergebrauch der Bevölkerung sinkt laut Report seit Jahrzehnten und hat sich in den vergangenen Jahren auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Trotzdem müssen die Unternehmen für den Spitzenbedarf entsprechende Kapazitäten und eine hierauf ausgelegte Infrastruktur zur Verfügung stellen, wie beispielsweise das Trockenjahr 2018 gezeigt hat. Zudem gibt es auch Regionen in Deutschland, wo der konkurrierende Wasserbedarf zum Beispiel durch Beregnung, Tierhaltung usw. stetig ansteigt.

Der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung ist im Wasserhaushaltsgesetz geregelt und verfassungsrechtlich abgesichert. Mit Blick auf die künftig zu erwartenden erhöhten Ansprüche an die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in klimatisch bedingt zunehmenden Trockenperioden gilt es, diesen Vorrang gegenüber konkurrierenden Nutzungen im Vollzug sicherzustellen.

Gemeinsames Ziel von Politik und kommunaler Wasserwirtschaft müsse es daher sein, die mit dem Erhalt der Infrastrukturen verbundenen Herausforderungen noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Eine funktionierende und qualitativ hochwertige kommunale Wasserwirtschaft stelle die Basis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dar. **DK**

Neue Strategie für die fünf Heil- und Thermalbäder in Niederbayern:

Bezirksausschuss beschließt Erarbeitung einer Neukonzeption

Insgesamt mehr als 8.600 Quadratmeter Heil- und Thermalwasserflächen sowie hervorragende Therapiebereiche stellt der Bezirk Niederbayern über die fünf Bäderzweckverbände in der Europa Therme Bad Füssing, der Rottal Terme Bad Birnbach, der Wohlfühl-Therme Bad Griesbach, der Limes-Therme Bad Gögging und der Kaiser-Therme Bad Abbach zur Verfügung. Die Thermen werden von den Zweckverbänden, an denen der Bezirk mit 60 Prozent beteiligt ist, die jeweiligen Landkreise und Städte/Gemeinden anteilig, als Eigenbetriebe geführt.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich beschäftigten in der Sitzung die Fragen: „Wo sollen die Heil- und Thermalbäder in 10 bis 15 Jahren stehen?" und „Wie lässt sich der finanzielle Aufwand für die Bäder verringern bzw. zumindest die stetig steigenden Kosten aufhalten?" Der daraus resultierende einstimmig gefasste Beschluss beinhaltet den Auftrag an die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit einem Fachbüro und externen Beratern eine Neukonzeption auszuarbeiten. Die beteiligten Gebietskörperschaften werden eingebunden.

Am Puls der Zeit

Stete Veränderung kennzeichnet die fünf niederbayerischen Heil- und Thermalbäder. So stieg zu Beginn der 1990er Jahre die Nachfrage nach ambulanten Badekuren. Die Bäderzweckverbände reagierten darauf mit einer Vergrößerung der Wasserflächen in nahezu allen Bädern. Rund zehn Jahre später begann der Rückgang der Verordnungen für Bäder und medizinische Leistungen. In Folge mussten die Thermalbäder mit ergänzenden Angeboten, wie Sauna- und Wellnessbereichen „nachgerüstet" werden.

Verändertes Freizeitverhalten

Die Badegäste, die noch die um die Jahrtausendwende gängige „klassische" Kur kennen, werden weniger, das Freizeitverhalten hat sich verändert, die Zahl der Angebote hat sich vergrößert. Zusammen genommen bedeutet das für die Thermen der Zweckverbände sinkende Besucherzahlen und damit sinkende Einnahmen.

Die von allen Verbandsmitgliedern aufzubringende Umlage zeigt insbesondere in den letzten zehn Jahren einen gravierenden Anstieg. Die Schließungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben die Situation noch verschärft. „Die Verlustabdeckung des laufenden Betriebs bei gleichzeitig geringeren Investitionszuschüssen des Freistaates Bayern für notwendige Baumaßnahmen gestaltet sich zunehmend schwierig" so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Strategische Neukonzeption

Die Existenz aller Thermalbäder zu sichern ist nicht zuletzt für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt der Regionen von großer Bedeutung. „Um nicht eines Tages vor die Frage gestellt zu werden, ob wirklich fünf Thermalbäder der öffentlichen Hand zu halten sind, sollte nun eine strategische Neukonzeption der Thermalbäder erfolgen" so Heinrich.

Wichtige Aspekte sind hierbei die Gewinnung neuer Gästegruppen wie beispielsweise die Generation der heute Berufstätigen oder auch mögliche Kooperationspartner. Weitere Überlegungen sind hinsichtlich der Angebotsgestaltung und Organisation anzustellen, damit die einzelnen Heilbäder ihren individuellen Charakter erhalten können und nicht zu Konkurrenten werden. ❐



Klärschlammtrocknung:

Bissinger Anlage mit Vorbildcharakter

Erfahrungsberichte nach drei Jahren Inbetriebnahme

Seit drei Jahren geht die schwäbische Gemeinde Bissingen beim Thema Klärschlamm neue Wege. Damals wurde die Klärschlammtrocknung für die Marktgemeinde im Landkreis Dillingen in Betrieb genommen. Die Trocknungsanlage aus dem Hause Jumbo Group hat die Feuerprobe eindrucksvoll bestanden. Unisono zeigen sich die Projektbeteiligten sehr zufrieden mit der Anlage, die aus ihrer Sicht „uneingeschränkt weiterempfohlen" werden kann.

Kurz zum Hintergrund: In den Jahren 2013 bis 2016 stiegen die Preise für die Entsorgung von Klärschlamm laut Silke Otterbein, Geschäftsführerin der Neusäßer Firma BSB 5, die im Auftrag der Gemeinde die Bissingen die Kläranlage betreibt, extrem an, so dass bei einem Jahresaufkommen von 2.800 Tonnen entwässerten Schlamm eine Optimierung vorgenommen werden musste.

Durch Zufall sei man auf die Trocknungstechnik der Firma Jumbo Group in Buttenwiesen gestoßen, die sich bislang hauptsächlich mit der Trocknung von Gärresten beschäftigt hatte. Nach einem informativen Kennenlerngespräch mit Firmeninhaber Franz Kraus waren Otterbein zufolge eindeutige Synergieeffekte erkennbar, so dass das Projekt Klärschlammtrocknung auf der Kläranlage Bissingen zeitnah gestartet werden konnte. Nach einem erfolgreichen Versuch im Krausschen Betrieb konnte die Effizienz des Trockners nachgewiesen werden, gleichzeitig wurden Emissionsmessungen durchgeführt.

Innerhalb eines Jahres entwickelte die Jumbo Group ihren Trockner für Schlamm aus kommunalen Kläranlagen. Die Inbetriebnahme erfolgte 2017, die hohe Schlammmenge von 2.800 Tonnen konnte bereits im ersten Jahr auf 608 Tonnen Trockenschlamm reduziert werden. „Die Ersparnis über die Menge zur Entsorgung war ausreichend, damit war eine schnelle Amortisierung des Projekts erkennbar", betont Silke Otterbein. „Bis heute haben wir über 8.500 Tonnen nassen Schlamm getrocknet."

Nahezu energieautarker Betrieb

Für den Trocknungsprozess werden die heißen Abgase von zwei Blockheizkraftwerken verwendet. Ein Kraftwerk wird zusätzlich zum Klärgas auch mit Erdgas betrieben. Mit dem dabei erzeugten Strom kann die Kläranlage nahezu energieautark betrieben werden.

Zufrieden mit der Klärschlammtrocknung zeigt sich auch die Molkerei Gropper, größter Einleiter der Kläranlage Bissingen und als solcher auch finanziell am Projekt beteiligt. „Für uns ist dies eine sehr gute Lösung und wir sparen uns natürlich dadurch auch Geld", heißt es aus der Unternehmensleitung.

Zufriedene Gemeinde

Voll des Lobes sind zudem Bissingens Bürgermeister Stephan Herreiner und der Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft mbH Markt Bissingen (EMB), Jürgen Ostermair. Die Anlage habe sich bewährt und die Erwartungen voll erfüllt. Der Betrieb laufe seit der Inbetriebnahme problemlos. Die Biofilter wirkten hervorragend, „wir haben hier so gut wie keine Geruchsbelästigung im Bereich der Klärschlammtrocknung". Die Wartungsarbeiten würden regelmäßig von der Jumbo Group durchgeführt, unvorhergesehene, zusätzliche Kosten seien bislang ausgeblieben.

Der Umstand, dass der ursprünglich angefallene Nassschlamm deutlich reduziert werden konnte, habe zu erheblichen Einsparungen im Bereich der Entsorgung geführt. 615.000 Euro hatte die Gemeinde in das Projekt investiert, man geht von einer Amortisationsdauer von fünf bis sieben Jahren aus.

Zusätzliche Investitionen

Zwischenzeitlich wurden zusätzliche Investitionen getätigt und ein Hochsilo zur Lagerung der Pellets erstellt. Damit können Silozüge beladen und künftig auch andere Entsorgungswege in Betracht gezogen werden. Mit den Pellets sei ein weitestgehend staubfreier Prozess gelungen, was wiederum zu Erleichterungen im Explosionsschutz führte. Für die Zukunft ist eine automatische Befüllung des Trockners angedacht, derzeit



Erwartungen voll erfüllt: Der Anlagenbetrieb läuft problemlos. Bild: Jumbo

erfolgt dies noch per Radlader.

Laut Herreiner und Ostermair war und ist es der gemeindliche Wunsch, auf der Kläranlage ein durchgängiges Konzept vorzuhalten. Hierzu wird der hohe Gasanfall durch den Faulturm über Blockheizkraftwerke zur Stromerzeugung und die Abwärme der BHKW wiederum zur Klärschlammtrocknung genutzt. Ziel ist es, in Zukunft sowohl im Stromverbrauch als auch im Erdgasverbrauch autark zu werden, weshalb ein zweiter Faulturm in Planung sei. Mit dem Bau soll nächstes Jahr begonnen werden, um damit noch mehr Methangas zu erzielen.

Darüber hinaus arbeite man mit BSB 5 und der Jumbo Group an der Entwicklung neuer Absatzmärkte, um letztlich aus der Entsorgungskette des Klärschlamms ausbrechen zu können, betonen die Gemeindevertreter. Durch Verbrennung der Pellets würden aktuell hochwertige Rohstoffe vernichtet, dabei sollte doch eine nachhaltige Nutzung das Ziel sein.

Neue Wege

Zahlreiche Delegationen, überwiegend aus Deutschland, aber auch aus Österreich und der Schweiz, haben die Anlage in Bissingen inzwischen besichtigt. Die neuen Wege, die die schwäbische Gemeinde beschritten hat, könnten für andere Kommunen somit durchaus beispielgebend sein. **DK**



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Beiträgen und Benutzungsgebühren leitungsgebundener Einrichtungen
- Berechnung Beitrags- & Gebührensätze
- Satzungsarbeiten und Dokumentation

- Unterstützung bei der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr
- Ermittlung 12%-Erheblichkeitsschwelle
- Ermittlung gebührenpflicht. Flächen
- Information der Bürger und der politischen Gremien

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Glauber zur Erneuerung des Stahlwasserbaus am Sylvensteinspeicher:

Schutz der Metropolregion München vor Hochwasser und Trockenheit

Baumaßnahmen für 12 Millionen Euro abgeschlossen

Für 12 Millionen Euro wurde der Stahlwasserbau am Sylvensteinspeicher im Oberen Isartal aktuell umfassend erneuert. Insbesondere die Tiefauslässe des Speichers wurden ausgetauscht und an das inzwischen stark vergrößerte Speichervolumen der Talsperre angepasst. Umweltminister Thorsten Glauber gab die neue Infrastruktur offiziell für die Nutzung frei.

Glauber zufolge „reguliert der Sylvensteinspeicher den Abfluss in der Isar und hat damit herausragende Bedeutung für den Ballungsraum München bis Landshut. Der Sylvensteinspeicher ist die Schutzmauer des Isartales vor einem Hochwasser. Für München war der Sylvensteinspeicher zuletzt beim Katastrophenhochwasser 2013 die Lebensversicherung. Die Baumaßnahmen schaffen zukunftsweisenden Hochwasserschutz auf höchstem Niveau. In Zeiten der Trockenheit hat er die gegenteilige Funktion: Dank der Wasserzugabe aus dem Sylvensteinspeicher führt die Isar auch an Hitzetagen jederzeit genügend Wasser."

Gezielte Steuerung der Abgabemenge

Ähnlich dem Ablauf einer Badewanne verfügt der Sylvensteinspeicher über zwei auf Höhe des Seegrundes liegende Tiefauslässe: den Triebwasserstollen und den Grundablass. Durch diese beiden Auslässe wird die Abflussmenge aus der Talsperre kontrolliert gesteuert. Im Zuge der aktuellen Baumaßnahmen wurden in beide Tiefauslässe moderne Hydraulikantriebe eingebaut, die die bisherigen mechanischen Antriebe ersetzen. Die Schützentafeln wurden ausgetauscht. Außerdem wurde an den Auslässen die Stollenpanzerung und die Schützenbelüftung saniert sowie eine Krananlage und ein Treppenturm in den etwa 40 Meter tiefen Schacht eingebaut.

Schutzmauer des Isartales

Der Sylvensteinspeicher in der Gemeinde Lenggries wurde 1959 fertiggestellt. Er kann bei maximaler Füllung rund 125 Millionen Kubikmeter Wasser fassen. Die Bedeutung einer gezielten Steuerung der Abgabemenge des Sylvensteinspeichers für die Isaranlieger wurde insbesondere bei den Hochwasserereignissen der Jahre 1999, 2005 und 2013 deutlich. ❐

Lindbergmühle züchtet künftig mehr gefährdete Fischarten

Stillgelegter Teich wird nach 20 Jahren reaktiviert

Mainkofen. Der niederbayerische Bezirksausschuss hat dafür gestimmt, einen Teich im Fischereilichen Lehr- und Beispielbetrieb in Lindbergmühle zu reaktivieren und dort künftig noch mehr gefährdete Fischarten wie Elritze oder Barbe zu züchten.

Im Jahr 2000 wurde der Teich zusammen mit den gepachteten Wartner-Teichen aus der Bewirtschaftung herausgenommen, da es eine rechtsaufsichtliche Beanstandung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern gegeben hatte – mit dem Inhalt, dass der Fischereiliche Lehr- und Beispielsbetrieb in der Fischproduktion überdimensioniert sei und in Konkurrenz zur privaten Erwerbsfischerei trete. Damals wurden die Pachtverträge für die Wartner-Teiche gekündigt und der L-Teich (so genannt wegen seiner L-Form) nicht mehr besetzt.

Allerdings, so führte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich aus, war damals das Ziel, die Verfahren für die Vermehrung und Aufzucht gefährdeter Fischarten soweit zu entwickeln, dass diese Arten zukünftig von Erwerbsfischereibetrieben selbst produziert werden können. „Dieses Ziel konnte in den letzten zwei Jahrzehnten nicht erreicht werden."

Es habe sich gezeigt, dass das erforderliche Wissen und die Erfahrung, der hohe zeitliche Aufwand und der begrenzte Markt das Interesse von Erwerbsbetrieben an der Produktion bestandsgefährderter Fischarten stark limitiert. Die meisten Fischeier und Setzlinge müssen nach wie vor von den Lehr- und Beispielsbetrieben der Bezirke, der Anlage des Landesamtes für Umwelt in Wielenbach und des Landesfischereiverbandes in Massenhausen bereitgestellt werden.

Gesellschaftlicher Auftrag

„Die Einbeziehung des L-Teiches in die Aufzucht von gefährdeten Fischarten kommt letztlich dem gesellschaftlichen Auftrag des Artenschutzes nach. Sie verstößt nicht gegen die damalige rechtsaufsichtliche Beanstandung des Staatsministeriums des Innern und entspricht der Beratungsaufgabe sowie der Unterstützung der Fischereivereine und der privaten Teichwirtschaft", so Heinrich.

Es ist vorgesehen, im L-Teich bestandsgefährdete karpfenartige Fische, wie etwa die Elritze oder Barbe, heranzuziehen. Durch die extensive Wirtschaftsweise entstehen keine zusätzlichen erheblichen Kosten (geschätzt weniger als 1.000 Euro jährlich), so dass der Aufwand voraussichtlich über die Verkaufserlöse gedeckt werden kann. ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse:

Rekordumsatz und Corona-Krise

Licht und Schatten kennzeichneten die diesjährige Sommer-Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse. Einerseits war für die Messegesellschaft 2019 mit einem Umsatz von 285,7 Mio. Euro und einem Gewinn von 2,3 Mio. Euro das erfolgreichste ungerade Jahr in der Unternehmensgeschichte, andererseits folgt ein coronabedingt äußerst herausforderndes Messejahr 2020 mit aktuell 41 Verschiebungen oder Absagen im Messekalender, davon allein 23 im Messezentrum Nürnberg.

Wie Dr. Roland Fleck, CEO NürnbergMesseGroup, betonte, führte die Messegesellschaft weltweit 176 Veranstaltungen durch, an denen sich 35.439 Aussteller auf 1,1 Mio. Quadratmeter Netto-Ausstellungsfläche und rund 1,4 Mio. Besucher beteiligten. Mit einem Plus von 3 % bei den Besuchern, einer Zunahme von 4 % bei der Aussteller-Fläche und einer Steigerung von 5 % bei den Ausstellern wuchs die NürnbergMesse im sechsten Jahr in Folge deutlich dynamischer als der Wettbewerb: „Für die NürnbergMesse war das Geschäftsjahr 2019 ein echtes Rekordjahr. Unsere starken Finanz- und Veranstaltungskennzahlen bildeten die stabile Ausgangsbasis für ein weiteres erfolgreiches und ebenso rekordverdächtiges Messejahr 2020 – bevor wir dann ebenso unverschuldet wie massiv von der Corona-Pandemie beeinträchtigt wurden“, berichtete Fleck.

Auf die Ausbreitung des Coronavirus 2020 und die damit verbundenen Einschränkungen für die globale Messewirtschaft reagierte die NürnbergMesse in zweifacher Hinsicht: Zum einen hat die Sicherung von Liquidität unverändert höchste Priorität. Um dies zu erreichen, wurden in allen Bereichen des Unternehmens konsequent Kosten gesenkt, das arbeitsplatzsichernde Instrument der Kurzarbeit erstmals eingeführt und geplante Investitionen, wie in das NCC Süd und die Mitarbeiterimmobilie, verschoben. Zum anderen investiert die Nürnberg-Messe zugleich gezielt in Maßnahmen, die für die weitere Unternehmensentwicklung von großer Bedeutung sind. Hierzu zählen hybride Messekonzepte, der Ausbau von Services sowie das Stärken der Kernkompetenz – nämlich Messen und Kongresse. Dies beinhaltet auch umfassende Sicherheits- und Hygienemaßnahmen.

Digitale Erweiterung

Die Corona-Pandemie führte laut CEO Peter Ottmann dazu, dass die NürnbergMesse ihr bewährtes Messe-Angebot digital erweitert hat. Der zu Jahresbeginn gegründete neue Geschäftsbereich „Corporate & Digital Development“ steuere die wichtige Unternehmenstransformation und forciere in enger Kooperation mit Veranstaltungspartnern, Ausstellern und Besuchern die Einführung neuer hybrider Messeformate.

Den Startschuss bildete Anfang Juli die virtuelle Messeausgabe der MedtecLIVE, bei der sich vom klassischen Zulieferer der Medizintechnik über Forschungsgruppen bis hin zu Start-ups alle Akteure auf einer gemeinsamen Online-Plattform austauschen konnten. Auch bei GaLaBau und it-sa im Herbst sei entschieden worden, sie in diesem Jahr nicht wie gewohnt durchzuführen.

Ein kleiner Teil der GaLaBau-Gemeinschaft trifft sich dennoch im Herbst in Nürnberg: Wie geplant wird der beliebte Landschaftsgärtner-Cup am 17. und 18. September im Messezentrum Nürnberg, jedoch ohne Publikum, stattfinden, zeitgleich zum BGL-Verbandskongress, der BGL-Bildungsklausur und der GALK-Mitgliederversammlung, wobei die Teilnahme Mitgliedern vorbehalten ist. Mit der World Urban Parks Conference wird partiell das ursprünglich geplante Fachprogramm digital abgebildet.

Die it-sa 365 startet ab dem 6. Oktober online und bietet dann ganzjährig innovative Dialogformate, um die IT-Sicherheitsindustrie bestmöglich zu vernetzen. Anders als die GaLaBau ist die it-sa eine echte Arbeitsmesse, wie Ottmann darlegte. Die Durchführung einer derart dialogorientierten Veranstaltung mit Dienstleistungen und Anwendungen direkt an Bildschirmen oder auf mobilen Rechnern wäre durch die Verpflichtung zur Einhaltung von Abstandsregeln deutlich beeinträchtigt.

„Deshalb führen wir die ursprünglich geplanten Elemente des Rahmen- und Forenprogramms der it-sa nun in virtueller Form unter einem Dach zusammen. Unseren Kunden bieten wir damit künftig ganzjährig aktuelles Fachwissen rund um IT-Sicherheitsfragen. Im Mittelpunkt stehen dabei interaktive Dialogformate, Produktinformationen und Beiträge von IT-Sicherheitsanbietern sowie Neuigkeiten aus der Welt der IT-Security. it-sa 365 ist damit die logische Erweiterung zur it-sa und knüpft ein virtuelles Band zwischen Ausstellern und Besuchern.“

„Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang ein partnerschaftliches Vorgehen: Als NürnbergMesse orientieren wir uns an den Wünschen der verschiedenen Branchen. Gleichzeitig setzen wir, trotz der aktuellen Herausforderungen der Corona-Pandemie, die Resonanz und Ergebnisse der einzelnen Kundenbefragungen konsequent in neue Messeformate um“, stellte der CEO fest und ergänzte: „Im Hinblick auf die Digitalisierung bei der NürnbergMesse begreifen wir die von uns unverschuldete Krise als Chance: Wichtige, bereits vor der Corona-Pandemie eingeleitete Schritte werden nun noch schneller und entschlossener angegangen, um das zu tun, was wir am besten können: Menschen nicht nur real, sondern auch digital zu vernetzen!“

Zukunftsthema Wasserstoff

Neue Wege geht die NürnbergMesse auch beim zukunftsträchtigen Thema Wasserstoff: Mit der Veranstaltung Hydrogen Dialogue am 18. November 2020 im Nürnberger Messezentrum vernetzt das Unternehmen nicht nur bayerische, deutsche und europäische Akteure rund um das Thema Wasserstoff, sondern unterstützt auch die Wasserstoffstrategie des Freistaates Bayern. Das neue Format ist die künftig zentrale Plattform für Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und macht Nürnberg damit laut Ottmann „endgültig zur Wasserstoff-Hauptstadt“.

Welche betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Lockdown auf das Geschäftsjahr 2020 konkret haben wird, können Roland Fleck und Peter Ottmann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht seriös beziffern. Entscheidend dafür wird sein, wie sich die Veranstaltungen im zweiten Messe-Halbjahr entwickeln. Das ursprünglich geplante Umsatzziel von 350 Mio. Euro für 2020 werde aber virusbedingt definitiv nicht mehr zu erreichen sein, unterstrichen beide CEOs. Stattdessen geht die NürnbergMesse zum jetzigen Zeitpunkt von einem Umsatz von rund 100 Mio. Euro für 2020 aus. **DK**

Licht und Schatten

Messe München feiert Rekordjahr 2019 und zeigt sich in Corona-Krise resilient

Die Messe München hat das Jahr 2019 mit einem neuen Rekordumsatz von 474,2 Millionen Euro abgeschlossen. Das EBITDA – das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen – beträgt 138,4 Millionen Euro. Durch die Corona-Pandemie bedingten Absagen von Messen und Kongressen steht die Messe München im laufenden Jahr vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Digitale Formate sollen das bestehende Messeportfolio erweitern.

Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München blickt durchweg positiv auf das vergangene Jahr zurück: „2019 war das erfolgreichste Geschäftsjahr in der Geschichte der Messe München. Wir sind sehr stolz auf die Ergebnisse, die wir bei unseren Veranstaltungen in München und an unseren Standorten im Ausland erzielen konnten.“ Gleichzeitig betont Dittrich die Herausforderungen in der aktuellen Situation: „Die Corona-Pandemie zeigt wie verletzlich die globale Wirtschaft trotz Rekordergebnissen ist. Daher müssen wir als Unternehmen weiterhin innovative Formate entwickeln, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.“

bauma der Superlative

Mit über 32.000 Ausstellern und rund 2,5 Millionen Besuchern am Standort Riem verzeichnete die Messe München 2019 ein Rekordjahr. Großen Anteil daran hatte die bauma – die flächenmäßig größte Messe der Welt – mit über 3.000 Ausstellern und mehr als 620.000 Besuchern aus 200 Ländern. Insgesamt fanden im vergangenen Jahr 15 Eigen- und 163 Gastveranstaltungen auf dem Gelände der Messe München statt, 30 Veranstaltungen im Ausland.

Neben der bauma gab es im Jahr 2019 noch weitere Highlights bei Messen und Konferenzen. Im Juni öffnete Europas größte Outdoor Fachmesse erstmals in München ihre Tore. Über 20.000 Besucher und mehr als 1.000 Aussteller nahmen an der Outdoor by ISPO teil. Für einen historischen Moment sorgte die Gründerplattform Bits & Pretzels im September. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama eröffnete das Event vor 5.000 Teilnehmern.

Wirtschaftsmotor für Stadt und Land

Welche wirtschaftliche Bedeutung die Messen und Kongresse der Messe München für die Wirtschaft in München, Bayern und Deutschland besitzen, zeigt die aktuelle Studie des ifo Institutes zur Umwegrentabilität. Jeder Euro Umsatz bei der Messe München führt zu zehn Euro Umsatz bei Dritten, wie z.B. Hotellerie, Gastronomie, Standbau, Reise- und Speditionsgewerbe, Einzelhandel oder Agenturen. In einem durchschnittlichen Messejahr sorgen Aussteller und Besucher der Münchner Messen und Kongresse für einen Gesamtumsatz von 3,3 Mrd. Euro. Rund 80 Prozent dieser Kaufkrafteffekte entfallen auf München (1,8 Mrd. Euro) und das übrige Bayern (0,8 Mrd. Euro). Im Rekordjahr 2019 lag die Umwegrentabilität sogar bei 4,3 Mrd. Euro.

Einen ähnlichen Effekt erwartet die Messe München von der IAA – der Plattform für die Mobilität der Zukunft – die im September 2021 zum ersten Mal in München stattfinden wird. Die neue Veranstaltung wird einen Gesamtumsatz von rund 500 Mio. Euro in die Region München bringen. „Deshalb ist der Neustart von Messen im Moment unser vorrangigstes Ziel. Denn Messen sind das wirksamste Konjunkturprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft“, erklärte dazu Klaus Dittrich.

Digitale Formate und Hybrid-Plattformen

Als Veranstalter von Messen und Kongressen wurde die Messe München von der Corona-Pandemie unmittelbar und hart getroffen. Seit März finden keine Events mehr statt. „Im schlimmsten Fall rechnen wir mit Umsatzverlusten von bis zu 240 Mio. Euro im laufenden Jahr. Wir haben in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und aktuell einen konsequenten Sparkurs eingeschlagen. Wir unternehmen alles, um die Gesundheit unserer Aussteller, Besucher und Mitarbeiter zu schützen und die im Herbst bevorstehenden Veranstaltungen erfolgreich durchführen zu können, fasst Klaus Dittrich die aktuelle Situation zusammen.

Als Ersatz für abgesagte Veranstaltungen hat die Messe München digitale Konferenzen und Plattformen entwickelt, um ihren Kunden zumindest online Präsentations-, Kontakt- und Geschäftsmöglichkeiten zu bieten. „Wir wollen gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und sehen sie auch als Chance, unser Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. Zu den innovativen Formaten, die von der Messe München entwickelt wurden, zählen die „ISPO Re.Start Days“, „IFAT impact“ sowie der “Expo Real Hybrid Summit”. ❐

Bezirkstag von Oberbayern verabschiedet Resolution:

Kommunaler Rettungsschirm für alle!

In einer einstimmig verabschiedeten Resolution fordert der Bezirkstag von Oberbayern die direkte Beteiligung der Bezirke an einem kommunalen Rettungsschirm. „Die Steuerausfälle durch die Coronakrise werden uns hart treffen“, erläuterte Bezirkstagspräsident Josef Mederer im Rahmen der Vollversammlung in Fürstenfeld. „Um unsere gesetzlich verankerten Aufgaben vor allem für Menschen mit Behinderungen dauerhaft zu sichern, müssen uns Bund und Freistaat bedarfsgerecht am Rettungsschirm beteiligen.“

Aufgrund der Covid-19-Pandemie rechnen Gemeinde-, Städte- und Landkreistag mit Steuerausfällen von mehreren Milliarden Euro. „Dieser Einbruch der kommunalen Finanzkraft hat auch deutliche Auswirkungen auf die umlagefinanzierten Bezirke“, heißt es in der Resolution. Sie finanzieren sich über die Bezirksumlage, die sie bei den Landkreisen und kreisfreien Städten erheben. Auch der Bezirk Oberbayern befürchtet durch die sinkenden Steuereinnahmen deutliche Auswirkungen auf seinen Haushalt und damit auf die Bezirksumlage. Diese liegt in Oberbayern für 2020 bei 21 Prozentpunkten.

Gefährdet seien nicht nur die Leistungen für Menschen mit Behinderungen und für pflegebedürftige Menschen. Ausreichende finanzielle Mittel seien auch notwendig für die bezirklichen Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die Schulbegleitung, die jungen Erwachsenen im Asylbereich, die Auswirkungen durch das Angehörigen Entlastungsgesetz, die Sicherstellung der Ausbildung in den Fachschulen und die identitätsstiftende Kultur- und Heimatpflege. „Es darf zu keinen Einbußen bei den erreichten Qualitätsstandards kommen“, fordern die Mitglieder des Bezirkstags. All diese Leistungen seien wichtige Pfeiler des Sozialstaates und Garanten für die Demokratie.

Zudem müssten die Bezirke bei der Verteilung der Rettungsschirm-Mittel „ausreichend und direkt berücksichtigt werden“. Die Bezirksräte fordern den Freistaat Bayern auf, „im Dialog mit den kommunalen Ebenen tragbare Lösungen zu finden und im Bund für die entsprechenden gesetzlichen Ausgleichsregelungen zu sorgen“.

Finanzierung sicherstellen

Zudem erneuern sie ihre Forderung, „die Bezirke endlich am quotalen Steuerverbund zu beteiligen“. Aus Sicht von Bezirkstagspräsident Mederer „wäre damit endlich unsere eigenständige Finanzierung sichergestellt. Deshalb werden wir diese Forderung solange erheben, bis sie umgesetzt ist.“Eingereicht haben die Resolution die Bezirkstagsfraktionen CSU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, SPD, FDP und Linke. Sie soll auch in den Bayerischen Bezirketag eingebracht werden. **DK**



Sitzung im Forum Fürstenfeld. Wegen der Corona-Pandemie tagte der Bezirkstag aushäusig. Die Vollversammlung des Bezirkstags fand im Forum Fürstenfeld in Fürstenfeldbruck statt. Im gewohnten Sitzungssaal in München hätten die 82 Bezirksrätinnen und Bezirksräte nicht den erforderlichen Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten können. Bild: Wolfgang Englmaier/Bezirk Oberbayern

Regionaler Planungsverband Donau-Wald:

Laumer bleibt Vorsitzender

Landrat Josef Laumer (Landkreis Straubing-Bogen) ist weiterhin Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald. Bei der Verbandsversammlung in Wolferszell, Gemeinde Steinach, wurden Lothar Venus, Bürgermeister in Wegscheid (Landkreis Passau), und der Deggendorfer Oberbürgermeister Christian Moser zu Laumers Stellvertretern bestimmt.

Die Region umfasst die fünf Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau, Regen und Straubing-Bogen sowie die beiden kreisfreien Städte Straubing und Passau. In Bayern gibt es 18 Planungsregionen, die Region Donau-Wald ist flächenmäßig mit gut 5.690 Quadratkilometern die Größte. Gemessen am Bevölkerungsanteil (etwa 660.000 Einwohner) handelt es sich um die fünftgrößte Planungsregion in Bayern.

In seinem Rückblick auf die vergangene Amtsperiode nannte Laumer als Schwerpunkte die Themen Windkraft und 10-H-Regelung, die Fortschreibung des Regionalplans, Siedlungswesen und Freiraumsicherung, Gleichwertige Lebensbedingungen im Freistaat und die Integrierte ländliche Entwicklung in Bayern. Wichtige Themen für die Zukunft seien die Wasserversorgung in der Region, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen, eine flächendeckende Verkehrsinfrastruktur, sowie Klimaschutz und Flächensparoffensive. Der Planungsverband, so der Vorsitzende, werde auch künftig als Sprachrohr für die Region dienen.



Landrat Josef Laumer
Bild: Landkreis Straubing-Bogen

Ministerialrat Rainer Veit vom bayerischen Wirtschaftsministerium informierte über die aktuelle Landes- und Regionalplanung und stellte die Planungsebenen vor. Aus seiner Sicht muss künftig der nur begrenzt zur Verfügung stehende Raum intelligenter genutzt werden, weil die Nutzungsansprüche mehr und vielfältiger werden. Veit zufolge wird deshalb die Landes- und Regionalplanung, die sich mit verschiedenen Themen wie der Änderung des Landesplanungsgesetzes, der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms, der Überarbeitung der Förderrichtlinie Landesentwicklung sowie der Interreg-Förderperiode 2021 bis 2027 auseinandersetzt, dringend benötigt.

Für die Zukunft ist Veit zufolge keine Neugestaltung von Landes- und Regionalplanung nötig, sondern eine Konsolidierung und Nutzung der Gestaltungsmöglichkeiten. Der Ministerialrat bat den Regionalen Planungsverband Donau-Wald darum, den Regionalplan aktuell zu halten und die Regionalentwicklung voran zu treiben. **DK**

Förderung von kommunalen Testzentren

Um die Pandemie einzudämmen, schafft die Staatsregierung weitere Testmöglichkeiten und unterstützt Landkreise und kreisfreie Städte finanziell. Zudem hat der Ministerrat den Aufbau eines Pandemiezentrallagers beschlossen, um die Versorgung mit ausreichend Schutzausrüstung sicherzustellen. Ab September will Bayern auch wieder zum Regelbetrieb in der Kinderbetreuung zurückkehren. Ein Drei-Stufen-Modell soll bei Verschlechterung des Infektionsgeschehens garantieren, dass Einschränkungen möglichst gering bleiben ohne den Infektionsschutz zu vernachlässigen.

Ausreichende Testmöglichkeiten bezeichnet die bayerische Staatsregierung als einen zentralen Baustein zur Erkennung und Eindämmung der Corona-Pandemie. Der Freistaat weitet deshalb seine Teststrategie zum raschen Erkennen von Infektionen aus und fördert künftig kommunale Testzentren finanziell. Damit sollen weitere Testmöglichkeiten geschaffen werden. Zusätzlich zur Testung in Arztpraxen und freiwilligen Reihentestungen zum Beispiel in Alten- und Pflegeeinrichtungen, bei Polizei, Justiz, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern unterstützt der Freistaat damit nun auch das Angebot in Testzentren.

Unterstützung für Städte

Kreisfreie Städte und Landkreise werden mit einem Betrag von 50 Prozent der Kosten für die Organisation und den Betrieb der Testzentren unterstützt. Hinzu kommt eine Pauschale für die Koordinierung insbesondere der Terminvergabe und eventuell anfallende Transportkosten für Proben. Die Kosten für Testungen in Testzentren, also ärztliche und labordiagnostische Leistungen, werden im Rahmen der Bayerischen Teststrategie komplett vom Freistaat Bayern übernommen, soweit sie nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Der Betrieb eines Testzentrums liegt in der Entscheidung der jeweiligen kreisfreien Stadt und des jeweiligen Landkreises entsprechend der bestehenden Nachfrage und dem konkreten Bedarf an Testungen vor Ort. Die voraussichtlich anfallenden zusätzlichen Kosten von rund 4,7 Mio. Euro pro Jahr werden aus den Mitteln für die Umsetzung der Bayerischen Teststrategie (insgesamt 272 Mio. Euro) finanziert.

Kreisfreie Städte und Landkreise können ihre Anträge auf anteilige Kostenübernahme quartalsweise beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) einreichen, das nach Prüfung die erstattungsfähigen Aufwendungen auszahlt.

Pandemiezentrallager mit Schutzausrüstung

Mit Blick auf eine mögliche zweite Corona-Welle, aber auch andere Pandemien in der Zukunft, arbeitet Bayern weiter intensiv für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung. Der Gesundheitsschutz hat dabei immer Priorität. Entscheidend für die Eindämmung und Bekämpfung einer Pandemie ist unter anderem die Verfügbarkeit von medizinischem Schutzmaterial. Die Erfahrungen der letzten Monate haben deutlich gemacht, dass dies zu einer großen Herausforderung werden kann. Für die Bedarfsträger, wie Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeheime, kann die Beschaffung nahezu unmöglich werden, wenn Lieferketten ganz oder zeitweise abbrechen. Der Ministerrat hat deshalb den Aufbau eines Pandemiezentrallagers beschlossen.

Das Zentrallager soll die Versorgung der medizinischen und pflegerischen Bedarfsträger in pandemischen Krisensituationen mit der notwendigen persönlichen Schutzausrüstung garantieren. Bei der ersten Corona-Infektionswelle im Frühjahr hatte der Freistaat die Aufgabe der Beschaffung medizinischen Materials in großem Umfang für die Bedarfsträger übernommen. Das diente der Unterstützung im medizinischen und pflegerischen Bereich sowie im Rettungsdienst, in der Gefahrenabwehr und in der Öffentlichen Sicherheit. Das Pandemiezentrallager wird Schutzausrüstung mit einem Lagerwert von rund 300 Mio. Euro enthalten. Das Geld wird in OP-und Atemschutzmasken des Standards FFP2 und FFP3, Pflegekittel- und OP-Kittel, Schutzanzüge verschiedener Schutzstufen, Infektionshandschuhe und Augenschutzbrillen investiert.

Standort noch nicht fix

Zur Berechnung der vorzuhaltenden Mengen an Schutzausrüstung wurde die Zahl der bayerischen Meldefälle während der Corona-Pandemie zugrunde gelegt und auf die Ausbruchsschwere im deutlich stärker betroffenen Spanien hochgerechnet. Ausgehend davon wurde der Bedarf für sechs Monate ermittelt, um vorausschauend eine größtmögliche Sicherheit im Pandemiefall zu schaffen. Der strategische Grundstock enthält zudem Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte. Auch bereits beschaffte CT-Geräte und Blutgas- Analysegeräte sollen in den Grundstock integriert werden. Die bereits beschafften Ausrüstungsgegenstände zur Ausstattung etwaiger Notunterkünfte sowie zur Durchführung von Reinigungs- und Infektionsschutzmaßnahmen werden ebenfalls Teil des Grundstocks. Über den Standort des Pandemiezentrallagers soll zeitnah entschieden werden. Übergangsweise werden die bisherigen Lagerkapazitäten weiter genutzt.

Rückkehr zum Kita-Regelbetrieb

Da sich das Infektionsgeschehen in Bayern in den vergangenen Wochen deutlich verbessert hat, will der Freistaat zum Regelbetrieb zurückkehren. Gerade Familien waren durch die Einschränkungen besonders gefordert.

Bayernweit gibt es etwa 9.800 Kindertageseinrichtungen, in denen etwa 590.000 Kinder betreut werden. Sollte das Infektionsgeschehen weiterhin stabil bleiben, soll der Regelbetrieb in der Kinderbetreuung wieder ab 1. September 2020 starten.

Weil sich die Situation schnell ändern könne, sieht das Konzept zur Wiederaufnahme des Regelbetriebs deshalb auch Stufen bei Verschlechterung des Infektionsgeschehens vor. Dabei sollen zunächst vorrangig lokale Einschränkungen greifen, um die Einschränkungen für Familien möglichst gering zu halten bei bestmöglichem Infektionsschutz. Alle Entscheidungen werden jeweils aktuell unter Berücksichtigung des weiteren Infektionsgeschehens getroffen.

Stufe 1: Rahmen-Hygienekonzept

Das Drei-Stufen-Modell für die Kindertagesbetreuung in Bayern zum neuen Kindergartenjahr ab 1. September 2020 sieht in der ersten Stufe vor, dass die Kinder mit möglichst wenig Einschränkungen die Kindertageseinrichtung beziehungsweise Kindertagespflegestelle besuchen können. Im Regelbetrieb müssen die Einrichtungen weiterhin ein Schutz- und Hygienekonzept einhalten, das sich an dem Rahmen-Hygieneplan Corona des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) orientiert. Dieser Rahmen-Hygieneplan für die Kindertageseinrichtungen wird aktuell überarbeitet und sollte noch vor den bayerischen Sommerferien veröffentlicht werden. Ziel sei es, dass die Träger ihr Schutz- und Hygienekonzept vor Ort entsprechend der Personalausstattung, der Anzahl und der Größe der Räume sowie der Anzahl und des Alters der Kinder noch individueller ausgestalten können – was Flexibilität schaffe. Zudem sollen offene Betreuungskonzepte wieder zugelassen werden. Im Hinblick auf die üblichen Erkältungswellen ab Herbst sollen Kinder trotz leichten Schnupfens ihre Kindertageseinrichtung besuchen dürfen, wenn sie im Übrigen gesund sind. Das LGL erarbeitet dafür gemeinsam mit Kinderärztinnen und Kinderärzten einen leicht verständlichen Leitfaden für die Kita-Praxis, der die Erzieherinnen und Erzieher bei der Einschätzung von Krankheitssymptomen bei Kindern unterstützen soll.

Stufe 2: Eingeschränkter Betrieb

Um auf steigende Corona-Zahlen zu reagieren und eine Verbreitung des Virus zu verlangsamen, sollen Einschränkungen vorrangig lokal beziehungsweise regional begrenzt erfolgen. Zudem soll möglichst ein eingeschränkter Betrieb mit reduzierten Gruppengrößen möglich bleiben, dessen Rahmen die Träger ausgestalten können. Flexibilität vor Ort soll vermeiden, dass einzelne Kinder über einen langen Zeitraum überhaupt keine Förderung und Bildung in der Betreuung in Anspruch nehmen können. Schließungen von Kindertageseinrichtungen bleiben das letzte Mittel und sollen auf das infektionsschutzmäßig unbedingt nötige Mindestmaß begrenzt werden.

Die Entscheidung über eine Reduzierung von Gruppengrößen und die anzubietende Notbetreuung trifft bei lokal begrenzten Ausbrüchen des Coronavirus' das jeweils zuständige Gesundheitsamt, bei Bedarf in Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt. Die individuelle Ausgestaltung der Betreuung erfolge dann vor Ort von den Trägern in Abstimmung mit den Eltern. So könnten die Kinder den Betreuungspersonen etwa in kleinen Gruppen fest zugeordnet werden oder die Betreuungszeiten der Kinder angepasst werden, etwa in Schichtmodellen.

Stufe 3: Eingeschränkte Notbetreuung

Wenn das Infektionsgeschehen sich stark verschlechtere, müsse eine Notbetreuung in einer Art „Baukastensystem" in Abhängigkeit vom jeweiligen Infektionsgeschehen angeboten werden. Auch hier erfolge die Entscheidung, welche Gruppen in der Notbetreuung betreut werden, bei lokal begrenzten Ausbrüchen auf örtlicher Ebene nach einer vorgegebenen Priorisierung (z.B. Kinder mit Eltern in kritischer Infrastruktur) durch das Gesundheitsamt, bei Bedarf in Abstimmung mit dem örtlichen Jugendamt. Sollte eine Einschränkung des Betriebs der Kindertagesbetreuung notwendig werden, sollen auch wieder Eltern-Betreuungsgruppen möglich sein, in denen mehrere Familien sich gegenseitig bei der privaten Betreuung der Kinder unterstützen können.

CleanTech Hub für Kreislaufwirtschaft der Zukunft

Der sparsame und effiziente Einsatz von Ressourcen leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Bayern fördert deshalb Produktionsweisen, die natürliche Ressourcen und das Klima schonen. Dafür soll das Ressourceneffizienz-Zentrum (REZ) Bayern zielgerichtet zum „CleanTech Hub für Kreislaufwirtschaft der Zukunft" am Landesamt für Umwelt (LfU) ausgebaut werden. Der Freistaat stellt für das REZ von 2016 bis 2022 rund 3,6 Mio. Euro bereit. Die Kooperation mit den bayerischen Industrie- und Handelskammern und den Regionalpartnern des REZ soll dafür weiter intensiviert werden. Das REZ soll Zukunftsthemen wie die Digitalisierung im Kontext der Kreislaufwirtschaft aufgreifen, den neuen Projektverbund für Kreislaufwirtschaft der Zukunft koordinieren und den Wissenstransfer dieser neuen nachhaltigen Technologien in bayerische Unternehmen vorantreiben. Um die interdisziplinäre Zusammenarbeit weiter zu stärken, soll das REZ künftig in einer innovativen Organisationsstruktur arbeiten. Mit dem Ausbau wird der 7-Punkte-Plan der Staatsregierung für einen effizienten Ressourceneinsatz in der bayerischen Wirtschaft weiterentwickelt.

Schutz vor Verkehrslärm

Die Staatsregierung will zudem die Belastungen für Anwohner durch Verkehrslärm so gering wie möglich gestalten. Der Vorschlag: die sogenannten Auslösewerte um mindestens drei Dezibel senken, ab denen Lärmsanierungen an bestehenden Bundesstraßen möglich sind. Dafür wird Bayern einen Entschließungsantrag im Bundesrat stellen. Auf Landesebene werden die Auslösewerte für die Lärmsanierung entlang der Staatsstraßen bereits jetzt um drei Dezibel gesenkt. Die Maßnahmen sollen das unterschiedliche Lärmschutzniveau für Anwohner von bestehenden Bundes- bzw. Staatsstraßen und Anwohnern an neu geplanten oder wesentlich geänderten Straßen angleichen. Für neue Projekte liegen die Auslösewerte deutlich niedriger als für Lärmsanierungen. **red**

Kalb und Sauerteig führen Planungsverband

Digitalisierung, Klimaschutz, Demografie: Überarbeitung des Regionalplans Oberfranken-West

Der Bamberger Landrat Johann Kalb führt auch in den kommenden sechs Jahren den Regionalen Planungsverband Oberfranken-West. Dies entschied die Verbandsversammlung einstimmig in der Regnitz-Arena in Hirschaid. Ebenfalls einstimmig wurde der Coburger Oberbürgermeister Dominik Sauerteig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Forchheimer Landrat Dr. Hermann Ulm leitete die Wahl.

„Uns ist es bisher sehr gut gelungen, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Ich werde alles daransetzen, dass wir auch in Zukunft mit einer Stimme sprechen. Das hat mehr Gewicht", bedankte sich Johann Kalb bei den Landräten und Bürgermeistern der Städte Bamberg und Coburg sowie der Landkreise Bamberg, Forchheim, Lichtenfels, Coburg und Kronach.

Regionalplan als gemeinsame Basis

Deren gemeinsame Basis ist der Regionalplan. Dieser soll nach den Vorstellungen des Vorsitzenden mit Blick auf zum Beispiel Digitalisierung, Klimaschutz oder Demografie in mehreren Kapiteln grundlegend überarbeitet werden. Details und den Fahrplan stellte Regionsbeauftragter Harald Frauenknecht vor. Dr. Corinna Börner von der Regierung von Oberfranken verwies darauf, dass die Corona-Pandemie vielen den Wert der ländlichen Regionen wieder deutlicher gemacht habe.



Oberbürgermeister Dominik Sauerteig, Coburg Bild: Stadt Coburg

Ausschussmitglieder

In den Planungsausschuss gewählt wurden: Andreas Starke (Stellvertreter: Jonas Glüsenkamp), Ursula Sowa (Dr. Franz-Wilhelm Heller), den Leiter des Referats 2 bei der Stadt Coburg (Stelle ist ausgeschrieben) (Karl Baier), Johann Kalb (Wolfgang Möhrlein), Silvia Pfeufer (Otto Weiß), Sebastian Straubel (Frank Rebhan), Dr. Hermann Ulm (Edwin Dippacher), Rudolf Braun (Manfred Hümmer), Klaus Löffler (Gerhard Wunder), Christian Meißner (Helmut Fischer), Wolfgang Desel (Klaus Homann), Thomas Söder (Matthias Krapp), Carsten Joneitis (Manfred Deinlein), Bernd Reisenweber (Tobias Ehrlicher), Christiane Meyer (Anja Gebhardt), Benedikt Graf von Bentzel (Stefan Förtsch), Bernd Rebhan (Norbert Gräbner), Bernhard Storath (Max Zeulner). ❐



Landrat Johann Kalb, Bamberg. Bild: Landratsamt Bamberg



V.l. Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf, Landrat Alexander Anetsberger, Landrat Albert Gürtner und Landrat Peter von der Grün. Bild: Rössle/Stadt Ingolstadt

Austausch auf Augenhöhe

Landräte und Oberbürgermeister gemeinsam für die Region

Die drei Landräte Albert Gürtner (Pfaffenhofen), Peter von der Grün (Neuburg-Schrobenhausen) und Alexander Anetsberger (Eichstätt) sowie Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf (Ingolstadt) wollen zukünftig eng zusammenarbeiten. Im Ingolstädter Rathaus ging u.a. um die Transformation von Arbeitsplätzen in der Region, um Krankenhäuser, Schulen, Verkehr und ÖPNV. „Wir haben uns intensiv ausgetauscht. Der Grundstein für eine neue Kultur der Zusammenarbeit ist gesetzt", so Landrat Albert Gürtner.

Diese Runde soll eine feste Einrichtung werden, pro Quartal ist ein Treffen geplant. Nach der Premiere in Ingolstadt ist für September die Fortsetzung in Eichstätt geplant. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

851.000 Euro für die Stärkung der regionalen Identität in der Oberpfalz

Heimatminister Füracker übergab Förderbescheide für Oberpfalz Marketing e. V., den Bezirk Oberpfalz und den Landkreis Cham

„Einzigartige Kultur- und Naturlandschaften, moderne Highlights neben gelebten Traditionen und Bräuchen, all das macht den Reiz und die Unverwechselbarkeit von Bayerns Regionen aus. Mit der Projektförderung Regionale Identität wollen wir diese Vorzüge noch besser erlebbar machen und die Menschen für ihre bayerische Heimat begeistern. Daher freue ich mich, drei Projekte in der Oberpfalz mit insgesamt 851.000 Euro unterstützen zu können", betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe der Förderbescheide an Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler in München.

Der Oberpfalz Marketing e. V. erhält für die Konzeption und Durchführung des Oberpfalztags am 15./16. Mai 2021 in Amberg eine Förderung durch das Heimatministerium in Höhe von 275.000 Euro. Der Oberpfalztag wird ein Fest für die ganze Oberpfalz zum Erleben, Feiern und Mitmachen: Mit Genuss und Kultur, vielen Highlights aus der ganzen Oberpfalz und Beiträgen von Unternehmen, Vereinen, Kommunen und vielen weiteren Oberpfälzer Originalen. Mit der Förderung kann der für die ganze Oberpfalz tätige Verein unter anderem einen Ideenwettbewerb für Veranstaltungsbeiträge und eine Imagekampagne durchführen, den zweitägigen Oberpfalztag im Jahr 2021 durchführen sowie mit einem Verstetigungskonzept den Schwung des Oberpfalztags für zahlreiche weitere Aktionen nutzen.

Heimatmobil für die oberpfälzer Kultur

Der Bezirk Oberpfalz erhält für die Konzeption und den Einsatz eines „Heimatmobils" als Präsentationsplattform für Kultur und Identität der Oberpfalz eine Förderung durch das Heimatministerium in Höhe von 176.220 Euro.

Mit dem Messefahrzeug präsentiert sich die Oberpfalz auf unterschiedlichen Veranstaltungen im ganzen Regierungsbezirk. Bei seinen Touren können Besucherinnen und Besucher des Heimatmobils viele Facetten der Oberpfälzer Kultur und Identität kennenlernen und ausprobieren, etwa eine Dialektdatenbank oder Ausstellungen mit virtuellen und realen Heimatobjekten. Gleichzeitig können Bürgerinnen und Bürger im Internet und vor Ort am Heimatmobil mit ihren Beiträgen und Ideen das Heimatmobil als Spiegel gelebter Oberpfälzer Traditionen mitgestalten.

Den Landkreis Cham unterstützt das Heimatministerium bei dem Projekt „Beste Aussichten im Landkreis Cham" mit 400.000 Euro. Mit dem Vorhaben wird der kulturelle Reichtum der Museen im Landkreis digitalisiert und mit Museumsexkursionen und Veranstaltungen vorgestellt. Lebendige Bräuche und Traditionen, das Immaterielle Kulturerbe im Landkreis, wird erforscht und medial dargestellt. Mit der Veranstaltungsreihe „Tour de Cham" werden unter dem Motto „sehen, hören, wissen, stolz sein" Exkursionen zu den Highlights der Region und Leuchtturmveranstaltungen zu Zukunftsthemen durchgeführt.

Das Finanz- und Heimatministerium fördert im Rahmen der Heimatpolitik Projekte, die der Stärkung und Vermarktung regionaler Identität dienen. Neben einer positiven regionalen Entwicklung zielt die Förderung auch auf eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung vor Ort und die deutlichere Profilbildung von Regionen nach innen und außen. Über die Inhalte des jeweiligen Projekts entscheiden die Akteure vor Ort. „Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist", betont Füracker.

Informationen: www.regionen.bayern.de.



Landrat Thomas Eberth und Oberbürgermeister Christian Schuchardt unterzeichnen die Vereinbarung für den interkommunalen Ausschuss stadt.land.wü. Bild: Christian Weiß

Gemeinsam die Region gestalten

Stadt und Landkreis Würzburg starten interkommunalen Ausschuss

Stadt und Landkreis Würzburg – zwei getrennte Kommunen mit insgesamt rund 300.000 Einwohnern. Doch die Themen machen an den Stadt- beziehungsweise Landkreisgrenzen nicht halt. Um die Politik der Region „aus einer Hand zu gestalten", wie Oberbürgermeister Christian Schuchardt betonte, wurde nun der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü ins Leben gerufen, der mit Mitgliedern des Kreistages wie auch des Stadtrates besetzt ist und beide besser miteinander vernetzen soll. „Diese Arbeit als eine gemeinsame Agglomeration ist eine Chance für uns", so Schuchardt.

„Ein Miteinander ist unser fester Wille ohne Aufgabe der eigenen Identität", ergänzte Landrat Thomas Eberth. Es gehe vor allem darum, gemeinsam das soziale Leben zu gestalten und im Austausch die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Region zu gestalten.

Gemeinsame Schnittstellen

Dabei baut die Arbeit auf bereits bestehenden Kooperationen wie beispielsweise die gemeinsame Vermarktung auf der Landesgartenschau, zahlreiche gemeinsame Zweckverbänden und Organisationen oder auf gemeinsamen Bauvorhaben wie das Schwimmbad im Würzburger Norden auf. „Dieser Ausschuss ist ein wichtiges Zeichen für ein gemeinsames Miteinander und Verständnis von Stadt und Landkreis", sind sich Schuchardt und Eberth einig.

Die Zusammenarbeit findet bereits heute über alle Referate der Stadt Würzburg und alle Geschäftsbereiche des Landratsamtes statt, wo jeweils Schnittstellen existieren. Die Überschneidungen gehen dabei von sozialen, Umwelt-, Bau- bis hin zu Finanzthemen.

Schwerpunkte der Arbeit des gemeinsamen Ausschusses sind vor allem eine gemeinsame Abstimmung in allen Fragen der Mobilität und des Klimaschutzes, sowie des Wohnungsbaus. Daneben sind aber auch weitere Themen für eine gemeinsame Gestaltung vorgesehen, so zum Beispiel des Schulgliederungsplans, des Regionalmanagements mit verschiedenen Kooperationsprojekten, aber auch im Bereich der Kultur- Freizeit- und Naherholungsangebote.

Bei der ersten Sitzung im Panoramasaal des Congress Centrums Würzburg ging es unter anderem um die Aktivitäten von Stadt und Landkreis beim Wohnungsbau wie auch der Mobilität. Es wurde u.a. bereits einstimmig der Beschluss gefasst, den Prüfauftrag für eine Neuplanung der Fahrpläne bestimmter Buslinien, für die Einrichtung von drei Umstiegshaltestellen und für die Neuplanung des Fahrplans der Straßenbahnlinien zu erteilen. ❐



V.l.: Bürgermeister Hans Kaltner,stv. Landrätin Claudia Marb, Bürgermeister Markus Stettberger, Bürgermeister Veit Meggle. Bild: Katharina von Koblinski

Ein Grenzstein am Landkreiseck

Der Wanderweg zur Grenze der Landkreise Donau-Ries, Augsburg und Dillingen wurde feierlich eröffnet

Donauwörth(pm). Dass an einer Stelle drei Gemeinden aufeinanderstoßen, ist nichts Ungewöhnliches. Doch in diesem Fall sind es mit den Gemarkungen Allmannshofen (Lkr. Augsburg), Lauterbach (Lkr. Dillingen a.d. Donau) und Mertingen (Lkr. Donau-Ries) drei Landkreise des Regierungsbezirks Schwaben, die seit fast 50 Jahren in einem Wäldchen nahe des kleinen Weilers Illemad (Gmd. Buttenwiesen) aufeinandertreffen. Und nicht nur das: Der Grenzpunkt der drei Landkreise hat auch noch eine historische Dimension. An diesem Punkt trafen nämlich jahrhundertelang drei verschiedene Herrschaftsgebiete aufeinander.

Allmannshofen gehörte damals den Reichsmarschällen von Pappenheim, Mertingen war Teil der sogenannten „Reichspflege Wörth" und Lauterbach ein Dorf des Deutschen Ordens. Um auf diese historisch und geopraphisch bedeutende Stätte aufmerksam zu machen, wurde auf Initiative des ehemaligen Bürgermeisters von Allmannshofen, Manfred Brummer, der „Wanderweg zum Landkreiseck" entwickelt.

In Kooperation mit dem Ferienland Donau-Ries e.V. und Diplom-Geographin Kathrin Schön, die das Projekt fachlich betreute, wurde der Weg ausgeschildert. Am Startpunkt wurde eine Informationstafel aufgestellt. Mitarbeiter des Bauhofs Allmannshofen setzten einen Grenzstein auf den Punkt, an dem sich die drei Landkreise treffen. Nun wurde der Weg feierlich von den Bürgermeistern Hans Kaltner (Buttenwiesen), Veit Meggle (Mertingen) und Markus Stettberger (Allmannshofen) eröffnet. Ein besonderer Dank galt Wolfgang Lorenz, auf dessen Grundbesitz der Weg verläuft. Herr Brummer berichtete bei der Veranstaltung direkt am Grenzstein bei Illemad über seine Idee, die Entstehung des Weges und geschichtliche Hintergründe. Die stellvertretende Landrätin des Landkreises Donau-Ries, Claudia Marb, begrüßte die Initiative und betonte die Bedeutung der landkreisübergreifenden Zusammenarbeit im Tourismus. Gerade im touristischen Bereich sei es schwierig bis unmöglich, das Urlaubsgebiet, das es zu vermarkten gilt, anhand kommunaler Verwaltungsgebiete einzugrenzen. Der Wanderweg zum Landkreiseck sei ein schönes Beispiel für eine gelungene kommunale Zusammenarbeit. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



Tapetenwechsel in Corona-Zeiten

„Ich brauch Tapetenwechsel, sprach die Birke und macht sich in der Dämmrung auf den Weg – an dieses alte Lied von Hildegard Knef muss ich denken, wenn ich über Urlaub in Zeiten von Corona lese." Mein Chef, der Bürgermeister, ging schmunzelnd die vorläufigen Zahlen der Übernachtungen in unserer Stadt durch.

Jetzt ist unsere Stadt kein Tourismus-Brennpunkt (ja, auch für Hotspot gibt es eine Entsprechung im Deutschen) und an Overtourism (das kann man wirklich nur auf Englisch sagen) haben wir noch nie gelitten. Aber dennoch zog es immer wieder Auswärtige für zwei, drei Nächte zu uns, entweder um von hier aus das reizvolle Umland zu erkunden oder unser kulturelles Angebot zu genießen. Jetzt unter Coronabedingungen war ja nicht abzusehen, wie es weitergeht und siehe da – die Zahlen können sich im Vergleich zu den Erwartungen sehen lassen. Kulturell kann derzeit ja weniger geboten werden, aber die Landschaft und das Ortsbild sind anziehend. Jeder ist herzlich willkommen.

Natürlich vor allem bei den Gastwirten und den Hotelbetrieben. Die geben sich denn auch alle Mühe, den Gästen den Aufenthalt angenehm und vor allem sicher zu machen. Denn eins muss man sagen: Die bayerischen Gastronomen und Hoteliers setzen die verantwortungsvollen Hygienepläne penibel um. Was davon auf das Konto schierer Vernunft geht und was der doch beachtlichen Kontrolldichte zu Gute gehalten werden muss, wird sich sicher erst zeigen, wenn mal wieder Normalität einkehrt. Und ja, auch den Gästen gebührt Respekt, da sie sich offensichtlich in der überwiegenden Mehrzahl der Tatsache bewusst sind, dass es bei uns zwar bestes Bier und exzellenten Schinken gibt, aber keinen Ballermann.

Klar kann auch bei uns immer was passieren, wie man an unseren österreichischen Freunden sieht, die ja auch äußerst verantwortungsvoll mit den Gefahren der Pandemie umgehen und jetzt sehen müssen, dass Corona an einigen Orten wieder das Haupt erhebt.

Was ich aber überhaupt nicht verstehe ist, warum einige Leute in dieser fragilen Situation, in der wir leben, in Hochrisikoländer reisen. Kann man nicht einmal auf das Baden in der Türkei oder auf das Tauchen in Ägypten verzichten? Als Steuerzahlerin finde ich es ziemlich schräg, wenn jetzt denjenigen, die alle Warnungen und guten Ratschläge in den Wind schlagen, bei der Rückkehr auch noch der Coronatest vom Staat spendiert werden soll, damit man sich die Quarantäne ersparen kann. Platt gesagt sollen wir alle zahlen, damit jemand ohne Konsequenzen Party in Antalya machen kann.

Klar ist: Nicht nur die Birke, auch der Mensch braucht Tapetenwechsel. Natürlich gibt es Menschen, die sich in ihrer Umgebung so wohl fühlen, dass sie nichts weiter sehen wollen. Es gibt aber ebenso viele, die andere Eindrücke sammeln wollen, andere Landschaften sehen, andere Kulturen erleben, anderes Essen probieren. Das alles ist unter Coronabedingungen halt nicht so einfach. Aber gerade in Bayern gibt man sich alle Mühe, die Balance zwischen dem Drang nach Abwechslung und unser aller Sicherheit zu halten. Man kann sich etwa in Echtzeit informieren, ob es in einer Ausflugsregion noch Parkplätze gibt, wie die Gaststätten ausgelastet sind und sich vor allem Alternativen empfehlen lassen, Plätzchen, die nicht so bekannt, aber genauso reizvoll sind, wie das ursprüngliche Ziel. Denn eines lehrt uns der Ballermann aber lehren uns auch die wilden Rave-Partys in Berlin – in dieser Urlaubssaison ist Abstand zu anderen Urlaubern und Ausflüglern das Wichtigste überhaupt, um den Urlaub oder die Freizeit sicher genießen zu können.

Mein Chef, der Bürgermeister, vermisst es auch, dieses Jahr keine Fernreise machen zu können. Aber bei ihm schlägt das nicht in Askese um – er entdeckt mit seiner Familie einfach Ziele neu. In der Umgebung und im nahen, sicheren Ausland. Denn Erholung muss sein, damit es einem nicht so geht, wie von Ephraim Kishon beschrieben: „Wer anfängt, seinem Passbild ähnlich zu sehen, sollte in Urlaub fahren".

Ihre Sabrina

1.000 Jahre Fahrenzhausen

Die Gemeinde Fahrenzhausen im Landkreis Freising begeht heuer ihr 1.000-Jahr-Jubiläum. Eigentlich ein Grund zum Feiern, doch aufgrund der Corona-Pandemie wurden größere Zusammenkünfte abgesagt. Die Fahrenzhauser Vereine hatten Vorträge, Exkursionen zur Geschichte, wiederbelebte Traditionen und Veranstaltungen zur Brauchtumspflege organisiert. Einzig der Festakt in der Schulaula, der das Jubiläumsjahr im Februar eingeläutet hatte, konnte stattfinden.

Das Gründungsdatum im Jahr 1020 bezieht sich auf die erste schriftliche Erwähnung: In einem Tegernseer Güterverzeichnis wird „Varnolveshusa" erwähnt, als Gründer ist Farnulf genannt. Die nächste Erwähnung der Ortschaft „Vornolzhusn" im „Urbarium ductus Baiuwariae" datiert aus dem Jahre 1280. Aufgrund von Funden aus der Bronzezeit und dem Ausgrabungsfund einer Villa Rustica weiß man aber, dass der Ort älter sein muss, wie Bürgermeister Heinrich Stadlbauer zu berichten wusste.

Seit 1818 gab es im Königreich Bayern die Gemeinde Fahrenzhausen, zusammen mit dem Dorf Viehbach und der Mühle in Unterbruck. In seinem Vortrag über die Anfangszeit berichtete Festredner Dr. Beat Bühler, Vorstandsvorsitzender des „Geschichtsforum Landkreis Freising e.V.", dass in alten Aufzeichnungen von Oberbruck und Unterbruck die Rede gewesen sei. Das erstgenannte Dorf sei nun als Fürstenfeldbruck bekannt.

Die bayerische Gebietsreform von 1972 bestimmte Fahrenzhausen zum Mittelpunkt einer neuen Gemeinde, zu der sich vier bisherige Gemeinden zusammengeschlossen hatten. Neue Herausforderungen mussten bewältigt werden, wie etwa die Flurbereinigung. Tatkräftige Vereine in den einzelnen Orten und der Gesamtgemeinde tragen dazu bei, die Identität des Gemeinwesens zu stärken. **DK**



Mitglieder des Rats der Region Mainfranken bei der Sommersitzung. Bild: Region Mainfranken GmbH - Rudi Merkl

Zusammenstehen für eine starke Regiopolregion

Rat der Region Mainfranken stellt Weichen für die Zukunft „Jetzt zusammenstehen!“ – unter diesem Motto fand die Sommersitzung des Rats der Region Mainfranken statt. Die Ratsmitglieder aus Politik, Wirtschaft und Hochschulen trafen sich im Congress Centrum Würzburg zur Abstimmung ihrer Zukunftsagenda.

Kern der Agenda bilden insgesamt 15 Leitprojekte – von der Region Mainfranken GmbH definierte Leuchtturmvorhaben mit gesamtregionaler Bedeutung. Der Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen, modernen Verkehrsinfrastruktur, weitere Investitionen in Forschungs- und Entwicklungszentren, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sind Standortfaktoren mit enormem Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit Mainfrankens.

So hat diese Regiopolregion in einer aktuellen Resolution das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur aufgefordert, im Rahmen des Deutschlandtaktes 2030 die Schienenachse Main-Donau für höhere Reisegeschwindigkeiten auszubauen. Die Planungen des Ministeriums wurden Anfang Juli veröffentlicht. Darin vorgesehen sind nun Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Aschaffenburg – Würzburg und Neubau im Abschnitt Würzburg – Nürnberg. Damit wären von Würzburg aus die Städte Nürnberg und München auf der schnellsten Verbindung 23 Minuten früher erreichbar, die Fahrzeit zum Frankfurter Flughafen würde sich um 17 Minuten verkürzen. Weiter waren sich die Ratsmitglieder einig, dass auch die regionalen Schienenprojekte Werntalbahn, Steigerwaldbahn, Mainschleifenbahn und eine Zugverbindung Fulda – Schweinfurt, die über Bad Kissingen/Bad Neustadt führt, von sehr hoher Relevanz sind. „Unsere Aufgabe ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Region Mainfranken im nationalen und internationalen Kontext zu sichern. Ebenso wichtig ist, dass sich die Lebensqualität unserer Bewohner vor Ort spürbar verbessert. Deshalb ist uns eine Verzahnung mit dem Regionalverkehr besonders wichtig“, erklärte Lndrat Wilhelm Schneider, Vorsitzender der Region Mainfranken.

Prof. Dr. Georg Ertl, Ärtzlicher Direktor des Würzburger Uniklinkums, berichtete über die aktuelle Versorgungssituation und den geplanten Klinikausbau. Die Koordination und schnelle Reaktion auf regionaler Ebene sind bei einer Pandemie erfolgsentscheidend. Dies habe in Mainfranken besonderes gut funktioniert. Ertl bedankte sich für die politische Unterstützung beim Großvorhaben „Erweiterung des Klinikums“.

Åsa Petersson, Geschäftsführerin der Region Mainfranken GmbH, stellte die aktuelle Situation in der Regionalentwicklung dar. „Wir erleben gerade eine Renaissance der Regionalität. Viele Akteure nehmen die Lieferketten kritisch unter die Lupe und wir möchten diese schlummernden Potenziale für eine stärkere innerregionale Kooperation wecken.“ So hat die Region Mainfranken GmbH ihr Angebot um neue Formate wie beispielsweise virtuelle Netzwerkstätten erweitert, um den Unternehmen das Matching mit passenden Kooperationspartnern sowie die Erweiterung des eigenen Kompetenzspektrums zu erleichtern. Im Frühjahr kamen Führungskräfte aus den mainfränkischen Leitbranchen Maschinenbau & Automotive für einen virtuellen Austausch zusammen. Dieses Kompetenzfeld mit insgesamt 54.000 Beschäftigten befindet sich mitten in einem bislang beispiellosen Wandlungsprozess, der die Unternehmen vor große Herausforderungen stellt.

Mit aller Kraft wird sich nun der Rat der Region für die Förderung eines regionalen Innovationsclusters im Rahmen des Konjunkturpakets der Bundesregierung einsetzen. „Diese Branchen sind das Rückgrat des Industriestandortes Mainfranken. Eine gemeinsame regionalpolitische Offensive ist erforderlich, um den Strukturwandel nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten“, betonte der Vorsitzende der Region Mainfranken GmbH, Landrat Wilhelm Schneider, abschließend. ❐

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 10. September 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Finanzthemen**
- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfallwirtschaft · Recycling**
- **Garten- und Landschaftsbau**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Sonderdruck „Energie und kommunaler Klimaschutz“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐



5.000 Euro für neuen Lesestoff in Teublitz. Auch die Stadtbücherei wurde mit dem Kinderbibliothekspreis von Bayernwerk ausgezeichnet. Unser Bild zeigt v. l.: Bürgermeister Thomas Beer, Leiterin der Stadtbücherei Erika Reindl, Büchereimitarbeiterin Tanja Emmert, Leiterin der Landesfachstelle Öffentliche Bibliotheken Regensburg Doris Glonegger, Bayernwerk-Leiter des Bereichs Kommunen und Konzessionen Ostbayern Dr. Andrè Zorger, Stadtkämmerer Georg Beer, Bayernwerk-Kommunalbetreuer Wolfgang Dumm, Büchereimitarbeiterin Pia Pielmeier Bild: Bayernwerk

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitto Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 30. Juli 2020 71. Jahrgang Nr. 15-16/2020



Bild: Karsten Wurth auf unsplash

Energie und kommunaler Klimaschutz

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Auflagen und Einschränkungen war es dem Team der Bayerischen GemeindeZeitung in diesem Jahr nicht möglich, das für den 25. Juni geplante 13. Bayerische EnergieForum in Garching durchzuführen. Dies bedauern wir sehr. Da die Themen und Herausforderungen aber nichts an Aktualität eingebüßt haben, erscheint traditionell ein Sonderdruck mit dem Thema „Energie und kommunaler Klimaschutz".

Als GZ-Forumspartner hätten heuer neben dem Bayerischen Gemeindetag die Energieagenturen Bayern e.V., die bei der Energiewende eine zentrale Rolle einnehmen, sowie erstmals der VKU Bayern, der die „Initiative Energieeffizienz-Netzwerk" für systematischen und unbürokratischen Austausch der Unternehmen unterstützt, fungiert. Sie alle haben sich mit spannenden und wegweisenden Beiträgen am Sonderdruck beteiligt.

Wie Bayern die dezentrale Energiewende weiter vorantreiben will, erläutert zunächst Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger in seinem Vorwort. Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag, bezieht Stellung zum „Bayerischen Klimaschutzgesetz im Landtag", während sich Erich Maurer, Vorstand der Bayerischen Energieagenturen e.V., und Andreas Scharli, Energiemanager Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland, mit dem Thema „Wasserstoff als Chance für eine dezentrale Energiewende" auseinandersetzen.

Gunnar Braun, Geschäftsführer der VKU Landesgruppe Bayern beschreibt, warum kommunale Unternehmen Grundlage für einen nachhaltige Energieversorgung sind, und das Landesamt für Umwelt stellt spezielle Angebote für Kommunen wie das Energiesparfestival „Synergie" und den Energie-Atlas Bayern vor.

Über die Entwicklung des HKW Süd in der Landeshauptstadt berichten die Stadtwerke München, während die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über „Regenerative Wärme" informiert. Erdgas Schwaben bietet klimaneutrale Lösungen in der Mobilität an und TenneT gibt Einblicke in Innovationen im Übertragungsnetz.

Fakt ist: Um die beschlossenen Klimaziele zu erreichen, muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien verstärkt fortgesetzt werden. Dazu braucht es einen klaren regulatorischen Rahmen, der Planungs- und Rechtssicherheit für den weiteren Umbau unseres Energiesystems schafft. ■

TERMINHINWEIS
13. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
am 24.06.2021 im Bürgerhaus Garching
www.bayerisches-energieforum.de

DOKUMENTATION IM INTERNET
Die Beiträge aus dem Sonderdruck stehen auch im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download in der Gruppe „Energie" bereit.


Bild: E. Neureuther

Staatsminister Hubert Aiwanger | StMWi

Bayern treibt die dezentrale Energiewende weiter voran – trotz der Corona-Krise!

Die Corona-Pandemie hat den Fokus der Politik auf die Bewältigung einer kurzfristig eingetretenen Gesundheitskrise und die Bekämpfung einer gravierenden Wirtschaftskrise gelenkt. Trotzdem verlieren wir die mittel- und langfristigen Herausforderungen der Energiewende nicht aus dem Auge. Wir schieben den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter massiv an. Dabei legen wir Wert auf eine dezentrale Energieversorgung, die die Bürgerinnen und Bürger mit einbindet, damit die Vorteile der Energiewende für möglichst viele spürbar werden.

Die sichere Versorgung mit Strom ist in Bayern zusammen mit der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit das wichtigste energiepolitische Ziel. Die Menschen gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass der Strom immer und überall sprichwörtlich aus der Steckdose kommt. Diese Erwartung werden wir weiterhin erfüllen. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Bürger und Unternehmen, die durch die Corona-Krise ohnehin schon wirtschaftlich unter Druck stehen, durch die Energiepreise nicht unangemessen belastet werden.

Gerade die Versorgung mit erneuerbaren Energien birgt viele Chancen für Kommunen, Bürger und kleine Unternehmen. Denn entsprechende Anlagen können nicht nur von großen Energieversorgern betrieben werden, sondern auch Städte und Gemeinden, Hauseigentümer und z.T. sogar Mieter können an der Wertschöpfung teilhaben. Als umfassende Informationsquelle steht der Energie-Atlas Bayern zur Verfügung. Zur Beratung gibt es u.a. das Coaching-Programm für Kommunen, die regionalen Energieagenturen und viele Energieberater vor Ort.

Bayern ist das Sonnenland Nr. 1 in Deutschland. Hier sind bereits PV-Anlagen mit einer Leistung von 12,6 GWp installiert, das entspricht 28 Prozent der deutschlandweit installierten Leistung. Um die Photovoltaik weiter zu stärken, haben wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung des „52-GW-Deckels“ im EEG stark gemacht und dies nach hartem Ringen auch erreicht. Außerdem haben wir die Anzahl der PV-Freiflächen-Anlagen in Bayern, die bei den nächsten EEG-Ausschreibungen jährlich zum Zuge kommen können, von 70 auf 200 Anlagen massiv erhöht. Dies aber stets unter Rücksichtnahme auf die Belange der bayerischen Landwirtschaft, die mir sehr am Herzen liegt. Damit auch die Bürger von der dezentralen Energiewende profitieren und sie mitgestalten können, haben wir außerdem das PV-Speicher-Programm für Ein- und Zweifamilienhäuser aufgelegt, das sehr erfolgreich läuft, wie die bereits mehr als 17.000 gestellten Anträge zeigen.

Neben der Photovoltaik spielt die Windenergie eine wichtige Rolle beim Ausbau der Erneuerbaren. Denn der Wind liefert auch im Winter einen großen Beitrag, wenn die Sonne nicht stark genug scheint. Wir gehen aber mit Augenmaß vor: So respektieren wir die Vorbehalte mancher Bürger und die Planungshoheit der Kommunen. Dabei ist mir besonders das Thema Akzeptanz sehr wichtig. Um die Kommunen beim Ausbau der Windenergie zu unterstützen, habe ich das Projekt AUFWIND gestartet und die „Regionalen Windkümmerer“ ins Leben gerufen. Sie werden eine gezielte Beratung und Unterstützung der Gemeinden übernehmen und ihnen bei der Initiierung von Windenergieanlagen zur Seite stehen. In Ergänzung arbeitet AUFWIND daran, die Rahmenbedingungen für die Windenergie in Bayern nach und nach zu verbessern.

Auch die Wasserkraft und die Bioenergie vergessen wir bei unserem Energiemix der Zukunft nicht. Beide haben in Bayern eine große Tradition und leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Deshalb setze ich mich auf Bundesebene für Verbesserungen im EEG ein, die v.a. kleinen Wasserkraft- und Bioenergieanlagen zu Gute kommen. Außerdem habe ich fest im Blick, dass die ersten Biogasanlagen, bei denen die EEG-Förderung nach 20 Jahren nun ausläuft, eine weitere Perspektive bekommen müssen.

Zur Energiewende gehört natürlich nicht nur der Strom, sondern auch die Wärme und die Mobilität. Auch hier packen wir an. Ich bin überzeugt, dass uns in Bayern die gesamte Energiewende gut gelingen wird, wenn die Kommunen, die Wirtschaft, die Bürger und die Politik weiterhin eng zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Lassen Sie uns gemeinsam als Team Energiewende Bayern voranschreiten und eine lebenswerte Energiezukunft gestalten! ■

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Kernforderungen des DStGB zur Energiewende

Mit einer deutlichen Senkung der CO2-Emissionen um 50 Millionen Tonnen sowie einer weiteren Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien im Stromsektor ist die Energiewende aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gut vorangekommen. Angesichts der Corona-Pandemie dürfe das Erreichen der Energiewendeziele jedoch nicht aus dem Blick geraten. Energie müsse für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleiben und die Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet sein. In einem Positionspapier hat der DStGB nun Kernforderungen für den Erfolg der Energiewende formuliert.

1. Deutschland braucht einen Einschaltplan für den Ausbau der erneuerbaren Energien, der es erlaubt, die Klimaziele in 2030 bzw. 2050 realistisch zu erreichen.

Die Debatte um Abstandsregeln im Bereich der Windenergie an Land zeige exemplarisch, dass dieser Plan auf einem gemeinsamen Konsens von Kommunen, Ländern und Bund entwickelt werden muss. Im Zentrum müssten dabei Verbindlichkeit bei den Ausbauzielen sowie Solidarität bei der Verteilung der Lasten und Erfolge zwischen Ländern und Kommunen stehen. Um Flächenkonflikte zu entschärfen, bedürfe es daher einer abgestimmten Raumordnungsplanung. Anstatt starrer Vorgaben müssten örtliche flexible Lösungen ermöglicht werden, um die Klimaschutzziele unter Berücksichtigung der Flächenkonflikte in den Kommunen zu erreichen.

2. Die Genehmigungen für Repowering müssen erleichtert werden.

Repowering bedeute Artenschutz, wenn beispielsweise zwei alte Anlagen durch eine neue, deutlich höhere Anlage ersetzt und dadurch Gefahren für die Vogelwelt verringert werden. Alte Genehmigungen dürften aus diesem Grund im Rahmen des Repowering nicht entfallen. Der Neubau höherer Anlagen dürfe nicht neue langwierige Genehmigungsverfahren nach sich ziehen. Dies gelte insbesondere dann, wenn die neue Anlage unwesentlich vom Standort der alten Anlagen abweicht und sich die zu schützenden Tiere erst nach der Errichtung der bestehenden Windkraftanlagen angesiedelt haben. Auch dürfe eine unwesentliche Abweichung von einem bestehenden Windflächenplan nicht zum Baustopp führen. Da der Windkraftausbau dem Klimaschutz dient, sollte der Ausbau auch im Bundesnaturschutzgesetz entsprechende Berücksichtigung finden. Generell müsse für Neuanlagen das Genehmigungsverfahren gestrafft werden.

3. Die Akzeptanz für die Energiewende vor Ort muss durch Transparenz und Vertrauen gestärkt werden.

Jede Maßnahme beim Ausbau müsse so frühzeitig bekannt gegeben werden, dass eine Beteiligung aller betroffenen Akteure bis zu einem bestimmten Stichtag am Anfang eines jeden Planungsverfahrens möglich ist. Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern komme dabei eine zentrale Funktion zu. Standardisierte Windenergie-Kommunikationsrichtlinien wie beispielsweise in Form des Siegels „Faire Windenergie Thüringen“ oder des Siegels „Faire Windparkplaner Schleswig-Holstein“ könnten dabei helfen, zwischen den unterschiedlichen Interessen zu moderieren, um einen fairen, bürgernahen Dialog zu garantieren. Die Länder seien aufgefordert, zentrale Stellen zu benennen, die mit fachlich unabhängiger Expertise den Dialog und das gegenseitige Verständnis fördern. →

N·ERGIE

E wie **entspannt unterwegs.**

N-ERGIE Kunden laden **zum Sonderpreis!**



Laden Sie jetzt an rund 500 Ladestationen des Ladeverbund+ in Nordbayern.
Wir sind das E im Auto.
www.n-ergie.de/elektromobilitaet

4. Für die Kommunen muss eine Anspruchsgrundlage geschaffen werden, die eine angemessene Abschöpfung der Gewinne der Windenergiebranche ermöglicht.

Eine solche Anspruchsgrundlage müsse rechtssicher und für alle Verwaltungseinheiten leicht ausführbar sein. Dabei seien wiederkehrende, planbare Einnahmen zu garantieren. Dies könnten zum Beispiel eine Grundsteuer Wind und eine Sonderabgabe leisten. Der Windkraftausbau sei eine Schlüsseltechnologie der Energiewende. Der Ausbau mit den für die Bürger verbundenen Lasten beim Landschaftsbild finde jedoch nur gesellschaftliche Akzeptanz, wenn demgegenüber konkrete Vorteile vor Ort sichtbar werden, etwa bei der Kita- oder Straßensanierung.

5. Deutschland hat mit den höchsten Energiepreis in Europa, was zu Lasten der Bürger, aber auch der Wirtschaft geht.

Das Bekenntnis der Bundesregierung zur Reduzierung der EEG-Umlage um zwei Prozent stehe in keinem Verhältnis zu den höheren Preisen für Diesel und Erdgas, weshalb von einer höheren Belastung der Wirtschaft auszugehen ist. Die EEG-Umlage müsse stärker gesenkt werden; das Umlagesystem aus Steuern bzw. Abgaben sei kritisch zu überprüfen. Zudem sollten die Vertriebe günstigere Bürgerwindstromtarife für die Bürger im Umkreis von Windkraftanlagen anbieten und die Anlagenbetreiber sich an der Finanzierung beteiligen.

6. Die Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen müssen verbessert werden.

Die Herausforderungen einer dezentralen Energieversorgung seien zugleich eine Chance für viele Stadtwerke bzw. kommunalgeprägte Unternehmen, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu erhöhen und die Energiewende zu unterstützen. Gleichzeitig müssten finanzielle Anreize geschaffen werden, die auf allen Ebenen der Energieerzeugung die Sektorenkopplung fördern. Damit Deutschland seine Klimaziele auch im Gebäudesektor in den Jahren 2030 und in 2050 erreichen kann, sei die Nutzung von erneuerbarer oder klimaneutraler Wärme in den Gebäuden deutlich zu erhöhen. Die geplante Weiterführung der „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt“ sei zu begrüßen. Jedoch müsse diese dahingehend überarbeitet werden, dass die Förderung aus der Öl-Heizung-Austauschprämie um den Anschluss, an ein Fernwärmenetz erweitert wird. Insbesondere müsse die Möglichkeit für Reallabore, wie sie bereits der Stromwirtschaft zur Verfügung stehen, auf die Bereiche Wärme und Wasser ausgedehnt werden, um weitere Energiekapazitäten zu generieren.

7. Nach wie vor fehlen die finanziellen Rahmenbedingungen, um bis zum Jahr 2030 auf 17 Gigawatt Leistung bei der Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis von Gas zu kommen.

Insbesondere sei der vorgesehene Kohleumrüstungsbonus von 180 Euro/Kilowatt elektrischer Leistung für kommunale und kommunalgeprägte Unternehmen zu gering bemessen. Der Bonus werde in dieser Höhe keinen signifikanten Anreiz setzen, damit Kraftwerksbetreiber ihre Anlagen von Steinkohle- und Gasbefeuerung umrüsten. Der Einsatz klimafreundlicher Wärme müsse weiter erleichtert werden. Dafür müsse der bestehende Erneuerbare-Energien-Bonus auch für erneuerbare Brennstoffe sowie Abwärme geöffnet werden. Die Anlagen trügen durch eine lastnahe Stromerzeugung dazu bei, den Netzausbau bzw. Kosten für den Ausbau zu minimieren, und seien somit unverzichtbarer Eckpfeiler der Energiewende und ein wichtiger Schritt zur Strom- und Wärmewende vor Ort.

8. Der Netzausbau ist die Achillesferse der Energiewende.

Deshalb müssten die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber und der Bundesnetzagentur, die Nord-Süd-Trassen bis 2025 auszubauen, weiter forciert werden, um Abregelungen von Windparks zu vermeiden. Dies bedeute, dass bei der konkreten Umsetzung allen Kommunen beispielsweise bei Pachtverträgen gleich gute Konditionen angeboten werden müssen. Das „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“ biete gute Anreize, den Netzausbau schneller als in der Vergangenheit umzusetzen. Das Verfahren zum Netzausbau auf der Übertragungsnetzebene müsse dringend weiter beschleunigt und gestrafft werden. Hierzu gehöre auch – wie allgemein beim Ausbau erneuerbarer Energien –, die Dauer von Widerspruchs- und Klageverfahren durch mehr Personal in Verwaltung und Justiz deutlich zu verkürzen. Daneben müssten sich Investitionen in intelligente Verteilnetze lohnen, um die Digitalisierung der Energiewende zu forcieren und beispielsweise das „gesteuerte Laden“ von E-Autos zu ermöglichen, was zugleich die Stromnetze entlaste.

9. Der Bund muss für die EU-Staaten eine europäische Klima-Datenplattform einfordern.

Ziel dieser Plattform müsse es sein, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, um die Klimaziele schneller zu erreichen. Das intelligente Energie- und Wärmenetz der Zukunft könne nur in Echtzeit alle Prozesse steuern und optimieren, wenn es über die bestmögliche unkritische Datenlage verfügt. Durch den Roll-Out der Smart-Meter komme bereits ein Teil der notwendigen Infrastruktur für neue Geschäftsmodelle zu einigen Endkunden. Um jedoch alle Vorteile der Smart-City/Regionen voll ausschöpfen zu können, bedürfe es einer einheitlichen Datenschnittstelle. Diese könnte auch den Wettbewerb im europäischen Energiesektor erhöhen.

10. Der Bund muss die Europäische Union dazu bewegen, die kommunale Ebene stärker zu berücksichtigen.

Die Energiewende könne nur gelingen, wenn sie europäisch gedacht wird. National motivierte Alleingänge führten, auch wenn sie gut gemeint sind, zu einer Überforderung des europäischen Stromsystems. Anstelle einer stetigen Verschärfung deutscher Klimaziele müsse es eine gemeinsame europäische Energie- und Klimaschutzpolitik geben. Nur so könne Europa im Interesse des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Energieversorgung auch ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt sein. ■

Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Bayerisches Klimaschutzgesetz im Landtag – nach Ansicht der Kommunen gerne ambitionierter[1]


Stefan Graf

Als elftes Bundesland plant Bayern nun ein eigenes Klimaschutzgesetz[2]. Ende Mai war im Landtag die erste Lesung[3] – ein begrüßenswertes, aber nicht einfaches Unterfangen: Denn letzten Dezember hat der Bund sein Klimaschutzgesetz[4] (KSG) verabschiedet. Dessen Herzstück sind auf Millionen Tonnen genaue Jahresemissionsmengen bis ins Jahr 2030 für die Energiewirtschaft, die Industrie, die Gebäude, den Verkehr, etc. Mit einem einwohnerbezogenen Ziel (unter 5 Tonnen CO2 pro Jahr bis 2030) entzieht sich Bayern dieser Systematik und verschafft sich über die Bevölkerungsentwicklung einen „atmenden Deckel". „Richtig", sagt die Wirtschaft, weil kleinräumige Sektorziele ineffizient seien, da sie keinen Raum für Eigenheiten wie Industrieschwerpunkte, meteorologische und geologische Besonderheiten sowie die Verteilung von CO2-Senken lassen[5]. „Beliebig", sagen die Kritiker, da es für die einzelnen Sektoren keine Verbindlichkeit gebe und insbesondere für den begleitend erforderlichen Umbau der deutschen Energieversorgung keine bayerischen Verpflichtungen entstehen.

Kann Bayern bei der Wegbeschreibung hin zu den Emissionszielen glänzen?

Man muss lobend hervorheben, dass die Staatsregierung begleitend ein 94 Seiten starkes Maßnahmenpaket mit Förderprogrammen in 10 Aktionsfeldern herausgegeben hat[6]. Aber die allermeisten Förderprogramme sind nicht neu, sind eine Momentaufnahme und stets unter Finanzierungsvorbehalt. Außerdem bräuchte es dafür kein Klimaschutzgesetz. Im Gesetzentwurf selbst sind zwei Aspekte innovativ: Zum einen soll das Landesamt für Umwelt zur Prüfstelle für Kompensationsmaßnahmen (z.B. Aufforstungen, Moorrenaturierungen) werden. Hier geht es sowohl um die Eignung von eigenem Ausgleich durch den Emittenten, von Kompensationsmaßnahmen in Bayern, wie auch von Zertifikaten. Zum anderen sind zukünftig bei allen bayerischen Fördermaßnahmen (auch bei deren Fortschreibung) die Klimaschutzziele mitabzuwägen.

Was sagt der Gesetzentwurf zu den Kommunen?

Den Kommunen wird „empfohlen" (so ausdrücklich der Wortlaut[7]), ihre Verwaltungen bis 2030 klimaneutral zu machen, Klimabildungsarbeit zu leisten und Klimaschutzkonzepte aufzustellen. Hier hat die Angst vor dem Konexitätsprinzip („wer bestellt, muss bezahlen") die gestaltende Hand zum erhobenen Zeigefinger erstarren lassen! Ein unverbindlicher Aufruf hat jedoch in Gesetzen nichts verloren[8]. Aufgrund der Bedeutung der kommunalen Ebene für den Klimaschutz kommt aber eine ersatzlose Streichung und damit die Nichterwähnung der Kommunen (wie es aber einzelne Landesklimaschutzgesetze[9] tun) nicht ernsthaft in Frage.

Bleiben zwei Alternativen:

1. Der Staat ringt sich durch, partiell, dort wo die Kommunen unbedingt handeln sollen (z.B. Ausgangs-CO2-Bilanzen für die Kommunalverwaltungen oder flächendeckende Energienutzungsnutzungspläne) Verpflichtungen i.S.v. Art. 83 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung in das Klimaschutzgesetz aufzunehmen. Gleichzeitig sind dann aber Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen.
2. Der Staat regelt staatliche Unterstützungsleistungen für besonders wichtige kommunale Klimaschutzmaßnahmen im Gesetz. Damit legt er sich als verlässlicher Partner der Kommunen fest, was einen jahrelangen Förderstopp wie beim Programm „Klimaschutz in Kommunen" deutlich erschweren würde. Diesen Weg ist Bayern beim artenschutzrechtlichen „Versöhnungsgesetz" gegangen[10]. Z.B. könnten Mitfinanzierungen für CO2-Bilanzen der Kommunalverwaltung, für die energetische Sanierung von kommunalen Liegenschaften und für kommunale Energienutzungspläne festgeschrieben werden. Außerdem sollten, wie die staatlichen Biodiversitätsberater, staatliche Klimaschutzmanager an den Kreisverwaltungsbehörden in das Gesetz aufgenommen werden. Über solche „goldene Zügel" würden sich die Kommunen gerne führen lassen!

Von daher titelte BR 24 vor kurzem nicht zu Unrecht:

„Gemeinden wünschen sich ein strengeres Klimaschutzgesetz." Zu hoffen ist, dass nun wie beim Versöhnungsgesetz die Stunde des Landtags schlägt. Mit der für den 25. September angesetzten Sachverständigenanhörung zeigt dieser schon, dass er an den Expertenmeinungen interessiert ist. ■

Quellenhinweise:

1 BR Nachrichten: https://t1p.de/dfcq 2 Bayerischer Landtag: https://t1p.de/dryb 3 Bayerischer Landtag Protokoll: https://t1p.de/47re 4 Gesetze im Internet: https://t1p.de/7rw7 5 Die bayerische Wirtschaft hat dies in ihrer Stellungnahme ausgeführt: https://t1p.de/j4m2 6 https://t1p.de/wqx9 7 Siehe Art. 3 Abs. 3 und Art. 5 Abs. 2. 8 vgl. Lindner/Möstl/Wolf, Verfassung des Freistaats Bayern, Art. 70 Rn. 5: Als Gesetz im materiellen Sinne wird eine hoheitliche Anordnung verstanden, die für eine unbestimmte Vielzahl von Adressaten allgemein verbindliche Regelungen enthält. 9 So jüngst das niedersächsische Klimagesetz: https://t1p.de/6piw 10 https://t1p.de/2csy, siehe dort Art. 5a bis 5d.

Angebote für Kommunen | Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)

Energie-Atlas Bayern mit Mischpult, mobilen Karten und Praxisbeispielen

Im Internetportal „Energie-Atlas Bayern“ werden laufend neue und interessante Inhalte für Bürger, Kommunen und Unternehmen präsentiert. Dazu zählt das Mischpult „Energiemix Bayern vor Ort“, eine interaktive und kostenlose Anwendung, die Kommunen bei der Energienutzungsplanung unterstützt. Hier kann zwischen dem Mischpult „Strom“ und dem Mischpult „Wärme“ gewählt werden. www.energieatlas.bayern.de/kommunen/mischpult

Das Mischpult ist einfach bedienbar

Mit wenigen Klicks zeigt die Anwendung für ein ausgewähltes Gebiet (Gemeinde, Landkreis, Regierungsbezirk) die aktuelle und künftig mögliche Versorgungssituation mit erneuerbaren Energien. Über Schieberegler können Szenarien für Einsparungen und den dazu passenden Energiemix aus erneuerbaren Energien entworfen werden. Auch die interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden kann simuliert werden und Grundlage für gemeinsame Ideen sein. Damit ist das Mischpult eine erste Orientierung für die Planung einer zukunftsfähigen und effizienten Energienutzung vor Ort.



Mobile Version Kartenteil

In über 200 digitalen Info-Karten, die inzwischen auch unterwegs mit dem Smartphone oder Tablet aufgerufen werden können, sind zahlreiche Daten kombinierbar. Die Themen reichen vom Ausbaustand der Energiewende über erneuerbare Energien bis zu Abwärme, Stromnetze sowie nötige Planungsgrundlagen, z. B. zu Naturschutzgebieten.

Die Sonderfunktionen Recherche, Mischpult und 3D-Analyse von Windrädern sind noch nicht mobil aufrufbar, können aber weiterhin über die Desktop-Version genutzt werden. Erreichbar ist die mobile Version unter: www.energieatlas.bayern.de/karten-mobil.



Praxisbeispiele

Städte und Gemeinden übernehmen bei der Energiewende und im Klimaschutz unterschiedliche Rollen – sei es als Planer und Regulierer, Verbraucher, Motivatoren und Promotoren und oft auch als Versorger. In den Praxisbeispielen des Energie-Atlas Bayern zeigen Kommunen, Firmen und Privatpersonen, wie sie ihren Energiebedarf gesenkt haben, wie Energieeffizienz Kosten spart und wie erneuerbare Energien sinnvoll genutzt werden. Beim Stöbern in der Datenbank trifft man auf zahlreiche inspirierende Beispiele wie den ersten deutschen Solarparcours in Alzenau, der die Besucher zu über 20 Stationen mit unterschiedlichen Solaranwendungen führt, oder den Energiepark Hirschaid, dem nachhaltigen Veranstaltungszentrum für Messen und Tagungen in der Metropolregion Nürnberg, der seine Gäste innovative Technologien „erleben“ lässt.

Der Wärmeverbund Ingolstadt, Bayerns größtes Projekt zur außerbetrieblichen Nutzung von Abwärme, ist ebenso am Start wie Deutschlands erstes interkommunales Geothermie-Projekt in Aschheim.

Dass eine 100 Jahre alte Bergquellleitung eine Peltonturbine zur Stromerzeugung antreiben kann, zeigt die Kleinwasserkraftanlage in Murnau-Westried – und wie man ein Nahwärmenetz erfolgreich umsetzt, wird am Beispiel des kleinsten Heilbads in Bayern, Bad Alexandersbad, deutlich. ■

Für die umfassenden Aufgaben der Städte und Gemeinden gilt es, die Erfahrung anderer Kommunen zu nutzen und Kontakte zu knüpfen. Deshalb hier der Appell an alle innovativen Kommunen und Unternehmen: Melden Sie gerne neue Beispiele unter: www.energieatlas.bayern.de/energieatlas/praxisbeispiele.

Energiesparen macht Spaß



Synergie"-Festival in Deggendorf



Bild: Tobias Hase

Das Energiesparfestival „Synergie"

Energiesparen muss nicht langweilig sein. Das zeigen die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt und vom Wirtschaftsministerium unterstützten Energiesparfestivals „Synergie", die landauf landab von Aschaffenburg bis Deggendorf und von Traunreut bis Würzburg mit kreativen Workshops, Nachhaltigkeitsmessen und buntem Bühnenprogramm Inspiration und praktische Anregungen für einen neuen Lebensstil bieten.

Die Unterstützung richtet sich an Klimaschutzmanager, Entscheidungsträger und andere Mitarbeiter in bayerischen Kommunen, die selbst ein Energiesparfestival oder eine vergleichbare Veranstaltung umsetzen wollen.

Wie ein solches Energiesparfestival durchgeführt werden kann, welche Kommunen mitmachen können und welche Unterstützung Sie dabei erhalten, können Sie bei einem Webseminar erfahren.

Das Webseminar findet am 16. September 2020 von 14 Uhr bis 16.30 Uhr statt. Bis zum 14. September können sich Interessenten unter oekoenergie@lfu.bayern.de anmelden. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Daran anknüpfend werden im Oktober 2020 mehrere Themen-Webseminare, unter anderem zur Finanzierung eines kommunalen Events, zur Werbung und zum Eventmanagement, durchgeführt, und ab 2021 teilnehmende Kommunen mit weiteren Leistungen unterstützt. ■

Mehr Informationen zum Energiesparfestival finden sich unter: www.synergie-festival.de.



Gunnar Braun | Geschäftsführer, VKU Landesgruppe Bayern

Kommunale Unternehmen sind Grundlage für eine nachhaltige Energieversorgung


Gunnar Braun

Unsere kommunalen Unternehmen stellen Tag für Tag die Versorgung der Bevölkerung mit Wärme, Gas und Strom als Teil der Daseinsvorsorge sicher. Verlässlich – selbstverständlich – jedoch keinesfalls als Selbstläufer zeigt sich ihre besondere Verantwortung als Erbringer der verschiedenen Leistungen der Daseinsvorsorge auch in der gegenwärtigen Krisensituation. Zu diesen zählen auch die Versorgung mit Wasser, Internet sowie die Abfall- und Abwasserentsorgung. Gut vorbereitet und anpassungsfähig haben kommunale Unternehmen in der Corona Pandemie ihrer Systemrelevanz Rechnung getragen. Grundlage dafür ist es, dass anstelle von reiner (Kosten-)Effizienz immer auch das Thema Resilienz im Blick behalten wird. Kommunale Infrastrukturen schaffen nicht zuletzt auf diesem Wege Sicherheit. Sie sind stabil und zugleich flexibel, um sich Herausforderungen immer wieder anzunehmen und in den aktuellen Transformationen Bayern am Laufen zu halten.

Dies betrifft insbesondere die Energiewende, die vom politisch geförderten Projekt zum Treiber einer auf erneuerbaren Quellen basierten Energieversorgung gewachsen ist. Die kommunalen Unternehmen sind dabei Vorreiter und Träger der Energiewende vor Ort: Durch den Aufbau einer regionalen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen in ihren Strom-, Gas- und Wärmenetzen zeigen sie, wie man diese Transformation managen kann und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleistet. Mit meist gasbasierten, hocheffizienten KWK-Anlagen aller Größen, Konzepten wie Mieterstrom oder PV-Anlagen auf kommunalen Dächern tragen sie aktiv zum Klimaschutz bei. Auch Biomasseanlagen auf Basis von Abfall oder Klärschlamm und Ladeinfrastruktur der Elektromobilität sind hier zu nennen. Teilweise sind Wärmesysteme schon heute auf Geothermie gestützt. In innovativen Projekten betten kommunale Unternehmen Speicherlösungen (Power to Heat, Wasserstoffgewinnung) in die Strom- und Wärmeversorgung ein. Sie vernetzen das Energiesystem spartenübergreifend (Strom, Wärme, Gas, Verkehr) in der sogenannten Sektorenkopplung.

Dieser Umbau des Energiesystems erfordert Investitionen. Sie sind die Grundlage des Erfolgs von morgen. Daher müssen Mittel für Erhalt, Modernisierung und Neubau der kommunalen Infrastrukturen gestärkt werden. Gewinnausschüttungen von heute sind möglicherweise die fehlenden Erträge von morgen. Als Investitionen mitgedacht gehören die Digitalisierung und qualifizierte Fachkräfte für den Wandel des Energiesystems.

Die Stadtwerke arbeiten täglich an dieser digitalen Vernetzung der über zwei Millionen dezentralen Stromerzeugungsanlagen, wie etwa PV-, Windenergie- oder KWK-Anlagen sowohl untereinander als auch mit Energiespeichern oder Smart-Metern. Sektorkopplung in den Wärme- und Verkehrsbereich hinein, wird durch Digitalisierung noch besser möglich. So dient eine bessere Koordination zwischen Angebot und Nachfrage schon in den Verteilnetzen der Versorgungssicherheit, dem Klimaschutz sowie der Ressourceneffizienz. IT-Sicherheit spielt hierfür eine entscheidende Rolle.

Nicht zu vergessen ist, dass die Basis für die Transformationsprozesse in den Kommunen zu Energie, Digitalisierung oder Verkehr immer die Menschen sind: Sie sind Teil der Gesellschaft, die diesen Veränderungsprozess mitträgt und vorantreibt. Sie verlassen sich auf wichtige Institutionen, die Transformationen umzusetzen, allen voran kommunalen Unternehmen, denen in einer Umfrage vom Juni 2020 75% der Deutschen ihr Vertrauen schenkten. Sie sind aber auch Mitarbeiter*innen in den kommunalen Unternehmen, wo ihnen eine Schlüsselrolle zukommt. Dort halten sie unsere Infrastrukturen tagtäglich am Laufen und sorgen dafür, dass Wasser, Daten und Strom verlässlich fließen. Kommunale Unternehmen bieten allein in Bayern über 37.000 Menschen sinnstiftende Beschäftigungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Berufsbildern vor Ort, als Fach- oder Führungskraft, in kaufmännischer oder technischer Funktion. Jede*r Kommunalpolitiker*in tut somit gut daran, sie in ihrer gesamten Breite zu unterstützen. Eine wichtige Aufgabe für unsere neugewählten Politiker*innen. ■

Laden Sie auf unserer Webseite www.vku.de/bayern kostenlos unsere Informationsbroschüre zur Daseinsvorsorge herunter und nehmen Sie am 10. September 2020 an unserem Web-Seminar „Daseinsvorsorge ist kommunale Verantwortung“ teil. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie bei Frau Anne-Sophie Dörnbrack (doernbrack@vku.de).

Ganz Bayern in einer Stunde
TV BAYERN LIVE
samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern
www.tvbayernlive.de
Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

Erich Maurer | Vorstand der Bayerischen Energieagenturen e.V.
Andreas Scharli | Energiemanager Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland

Wasserstoff – Chance für eine dezentrale Energiewende


Erich Maurer


Andreas Scharli

Der Deutsche Bundestag brachte kürzlich die nationale Wasserstoffstrategie auf den Weg. Selbstverständlich wäre der fachliche Austausch im Rahmen des bayerischen Energie-Forums zu diesem Thema der richtige Rahmen. Sehr zum Bedauern der bayerischen Energieagenturen ist dies heuer nicht möglich.

Die Wasserstoff-Technologie bietet für den Klimaschutz eine sehr große Chance. Die weithin bekannte Technologie der Elektrolyse könnte bereits jetzt für die Speicherung von Lastspitzen im europäischen Stromnetz sorgen. Laut Bundesnetzagentur gab es allein im deutschen Stromnetz im Jahr 2019 insgesamt 211 Stunden mit negativen Preisen im kurzfristigen Stromgroßhandel. Dies alleine reicht derzeit nicht aus, um Elektrolyse-Anlagen wirtschaftlich zu beitreiben. „Die Rahmenbedingungen werden sich aber ändern, wenn die Kapazitäten an Erneuerbare-Energien Anlagen zukünftig deutlich ausgebaut werden. Hier spielt der in Bayern durch 10H verhinderte Ausbau der Windenergie eine große Rolle. Regionaler Wasserstoff hat nur eine Chance, wenn Windkraftanlagen wieder zugebaut werden. Eine groß angekündigte bayerische Wasserstoffinitiative und das Festhalten an 10H passen somit nicht zusammen“, sagt Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern.

Die deutsche Wasserstoff-Strategie setzt sehr stark auf den internationalen Handel mit Wasserstoff. Hauptargument dafür ist, dass es weltweit geografisch geeignetere Regionen gibt um regenerative Energien zu erzeugen. Nicht berücksichtigt wird allerdings, dass die Stromwende, so wie sie seit Einführung des EEG im Jahr 2000 in Deutschland vorangetrieben wurde, nur funktioniert, weil vor Ort regionale Wertschöpfung und ein wirtschaftlicher Vorteil geschaffen wird. Mit Verlagerung dieser positiven Aspekte ins Ausland schwindet sicherlich die Dynamik der Energiewende. Auch muss der Transport in die Kosten und Energiebilanz einbezogen werden. Des Weiteren ist zu hinterfragen, ob die Abhängigkeit von Öllieferländern durch die Abhängigkeit von Wasserstoff ersetzt werden soll. Darüber hinaus steht man in einem weltweiten Wettbewerb für die Lieferung dieses Wasserstoffs.

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo erste Anlagen aus der EEG-Vergütung herausfallen, wäre eine Strategie wichtig, die zum Erhalt und kostendeckenden Weiterbetrieb der bestehenden Anlagen führt.

Eine derzeit noch nicht so bekannte Produktion von regenerativem Wasserstoff ist die Erzeugung von Wasserstoff aus Biomasse. Als sog. Bio-Wasserstoff lässt sich eine kontinuierlichere und kostengünstigere Produktion von regenerativem Wasserstoff bewerkstelligen. Die effiziente Wandlung zu Bio-H2 durch Pyrolyse (Vergasung) in Verbindung mit Dampfreformierung sorgt für eine wirtschaftliche Erzeugung. Die unmittelbar anschließende Aufwertung →



zu Bio-Methan in Verbindung mit CO2 aus industriellen Prozessen trägt zur energetischen Nutzung mit größtmöglicher Wertschöpfung bei.

Mit biogenen Reststoffen und organischen Abfällen von Mensch und Tier ließen sich dezentral große Mengen von Wasserstoff erzeugen und dies gerade dort wo die Abfälle entstehen. Die Wasserstoffstrategie kann also mehr leisten als die Abkehr von fossilen Energieträgern. Sie könnte auch zum Aufbau einer dezentralen Versorgungsstruktur beitragen. Die derzeitige Krise zeigt deutlich, dass Abhängigkeiten von beispielsweise Pharma-Rohstoffen schnell zu großen Problemen führen können. Eigene regenerative und nachhaltige Energieversorgung ist langfristig sicherlich ein wirtschaftlicher Vorteil für den Standort Deutschland und leistet einen Beitrag zu gesteigerter Resilienz.

Dass dies nicht nur eine Vision ist, zeigen die bayerischen Energieagenturen. Im Einzugsgebiet der Energiewende Oberland, einem Mitglied des Verbands liefert eine Firma bereits die entsprechende Anlagentechnik dazu. Andreas Scharli, Energiemanager der Organisation legt Wert auf die Marktfähigkeit seiner Empfehlungen: „Es nutzt uns wenig, auf die übernächsten Schritte in der Energiewende zu verweisen, das was jetzt technisch ausgereift ist, kann umgesetzt werden." Dies trifft unter anderem auf die Technologie zu, die unter dem Namen Blueflux in Peißenberg, Landkreis Weilheim-Schongau verfügbar ist. Im Norden Bayerns tauscht sich die Energieagentur Nordbayern regelmäßig mit einer Firma aus, die geeignete Speichertechnologie für Wasserstoff vorantreibt.

Die bayerischen Energieagenturen verfolgen mit ihren Zielen selbstverständlich vorrangig den Klimaschutz, gleichzeitig bringt jedoch die Nutzung von Ressourcen vor Ort eine regionale Wertschöpfung mit sich. Mit dem Bezug von Wasserstoff aus allen Kontinenten der Erde werden ähnliche Strukturen bedient, die heute schon die Energiewende erschweren. „Wer die Umsetzung konkreter EE-Projekte vorantreibt, kann über gesetzliche und bürokratische Hürden ein Lied singen. Da ist der Ausweg über den Import von Wasserstoff eine willkommene Strategie, um Konflikte hierzulande zu umgehen", so Andreas Scharli von der Energiewende Oberland.

Die Bundesregierung sieht bis zum Jahr 2030 in Deutschland Erzeugungsanlagen von bis zu 5 GW vor. Damit können jährlich ca. 14 TWh in Form von grünem Wasserstoff erzeugt werden. Bei einem Primärenergiebedarf von derzeit 3.600 TWh pro Jahr ist diese Dimension für den Klimaschutz noch nicht der Durchbruch, jedoch eine richtungsweisende Entscheidung.

Weiterhin müssen Potenziale der Energieeinsparung sowie aller regenerativen Energieträger verstärkt genutzt werden. Die regionalen Energieagenturen machen sich als neutraler Partner der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern für eine dezentrale Energiewende stark und setzen sich für eine höhere Sanierungsrate von Bestandsgebäuden, für Energieeinsparungen sowie den weiteren Ausbau aller fünf regenerativen Energieträger ein. ■

Weitere Informationen unter:
www.energieagenturen.bayern

Vom Dampfkraftwerk zum modernen Energiestandort | SWM

Die Entwicklung des HKW Süd in München

Am Beispiel des Kraftwerksstandorts Süd in München-Sendling lässt sich der Wandel von der alten zur neuen Energiewelt sehr gut nachvollziehen. Im Laufe der Zeit wurde das Areal immer wieder modernisiert. Derzeit bauen die Stadtwerke München (SWM) es zum Energiestandort Süd um – mit moderner Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung.



Dampfkraftwerk von 1899



HKW Süd 2019



Soll-Zustand

Das Dampfkraftwerk Süd wurde 1899 gebaut und in Betrieb genommen, um den steigenden Strombedarf der Stadt München zu decken. Nachdem zunächst Kohle und später für einige Jahrzehnte auch Müll verbrannt wurde, ist seit den 80er Jahren die klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit Gas- und Dampfturbinen (GuD) Stand der Technik. Dabei wird die Abwärme in Fernwärme umgewandelt und so gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt. Das erhöht den Anlagennutzungsgrad auf bis zu 90 Prozent. →



Die Zukunft: hocheffizienter und umweltfreundlicher Standort

Visualisierung: SCG Architekten

Der neue Energiestandort Süd

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Die SWM investieren in das Gelingen der Energiewende und bauen das Areal des HKW zum Energiestandort Süd um. Sie modernisieren die beiden GuD-Anlagen und errichten eine Geothermie-Anlage zur regenerativen Wärmeerzeugung, die 2021 in Betrieb gehen soll. Denn die SWM wollen den Münchner Bedarf an Fernwärme CO2-neutral decken, überwiegend mit Ökowärme aus Geothermie. Bis ca. 2023 kommt ein Wärmespeicher hinzu, um überschüssige Wärme flexibel nutzen zu können und so den Einsatz der Anlagen zu optimieren.

Ein weiterer Baustein des Klimaengagements der SWM ist der Ausbau von Fernkälte, um individuelle Klimaanlagen zu ersetzen. Am Energiestandort Süd errichten sie eine flexible Fernkälteanlage, mit der umweltfreundliche Kälte entweder mithilfe des Wassers aus dem Isarwerkkanal und/oder mit Wärme aus den KWK-Anlagen oder der Geothermie-Anlage bereitgestellt werden kann.

Diese Kombination aus KWK, Geothermie, Wärmespeicher und Fernkälte machen den zukünftigen Energiestandort Süd hocheffizient, umweltfreundlich und flexibel steuerbar – ein gutes Beispiel für den Wandel zur neuen Energiewelt. ■





Innovative Ansätze für eine bewährte Technik

Bild: Matthew Henry auf unsplash

Markus Lieberknecht | Innovation im Übertragungsnetz durch TenneT

Wie die Stromversorgung der Zukunft Gestalt annimmt

Der in Bayern beheimatete Übertragungsnetzbetreiber TenneT spielt eine zentrale Rolle beim Umbau der elektrischen Energieversorgung. Die letzten Kernkraftwerke gehen bis 2022 vom Netz und der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist beschlossen. Dass die Lichter trotz dieses fundamentalen Wandels in der Stromproduktion nicht ausgehen, ist eine der größten Herausforderungen der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts. Inmitten dieses laufenden Prozesses des Umbaus des Energiesystems steht der Bayreuther Netzbetreiber TenneT und zeigt mit innovativen Ansätzen, welches Potenzial der technische Fortschritt für eine seit Jahrzehnten bewährte Technik eröffnet.

Am Anfang steht Oskar von Miller. Mit seinen innovativen Ideen im Bereich der Elektrotechnik und der Stromübertragung setzte er den Grundstein für eine Groß-Stromversorgung Bayerns und war Vorbild für viele weitere Länder. Bis heute kann TenneT 220-kV-Leitungen sicher betreiben, die in den 1920er bis 1940er Jahren gebaut wurden. Im Zuge des Wirtschaftswunders etablierten sich seit den 1960ern dazu die 380-kV-Verbindungen. Die Deutsche Einheit erforderte Ost-West-Verbindungen, um 1995 die beiden deutschen Stromsysteme zu synchronisieren und mit Beginn der 2000er Jahre startete die Energiewende.

TenneT hat aufgrund der Lage seiner Regelzone, die von Schleswig-Holstein bis zur bayerisch-österreichischen Grenze reicht, eine zentrale Rolle im Rahmen der Energiewende. Der Bau neuer Leitungen wie die 2015 fertiggestellte Thüringer Strombrücke und der Ersatzneubau alter Leitungen (z.B. Ostbayernring und Juraleitung) sind wichtige Eckpfeiler, um das bis 2050 gesteckte Ziel, 80 Prozent des Stroms rund um die Uhr aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung zu stellen, zu erreichen. Hierzu dienen naturgemäß auch die Erdkabel-Gleichstromverbindungen SuedOstLink und SuedLink, über die der küstennah erzeugte Windstrom direkt nach Bayern gelangt. Mit der Verknüpfung des SuedLinks mit dem bereits im Bau befindlichen NordLink schafft TenneT sogar eine Verbindung der norwegischen Wasserkraftwerke zum Freistaat.

Und das Bestandsnetz wird mit innovativen Ansätzen verbessert. Seit 2010 werden Leitungsabschnitte dahingehend optimiert, dass diese bei kühler Witterung bis zu 80 Prozent mehr Übertragungskapazität erreichen. TenneT schaffte mit der Etablierung dieses witterungsabhängigen Freileitungsbetriebs in Deutschland echte Pionierarbeit und hat bis heute knapp 45 Prozent seines Netzes dafür ausgelegt.

Mit dem Projekt „Element Eins“ plant TenneT gemeinsam mit Gasunie Deutschland und Thyssengas den Bau einer 100 Megawatt Power-to-Gas-Pilotanlage. An einem Standort, an dem vor allem Windstrom aus der Nordsee gesammelt wird, soll die Anlage grünen Strom in grünes Gas umwandeln, um so neue Speicherpotenziale für erneuerbaren Strom zu erschließen.

Und auch der Heimspeicher hat Potenzial: gemeinsam mit dem Allgäuer Hersteller für Heimspeicher sonnen zeigt TenneT, dass mit der Blockchain vernetzte, dezentrale Heimspeicher das Stromnetz stabilisieren können. Ein weiterer Weg zum Energiesystem von morgen, den Oskar von Miller in seinen kühnsten Träumen sicher nicht zu träumen wagte. ■

erdgas schwaben bietet klimaneutrale Lösungen in der Mobilität an

Mit BioCNG-Mobilität und Ökostrom klappt der GreenDeal

Augsburg. Mit ökologischen Produkten und Dienstleistungen trägt erdgas schwaben dazu bei, dass Autofahrer – ob privat, kommunal und gewerblich – echte nachhaltige Lösungen für die Mobilität in der Region Bayerisch Schwaben bereits heute nutzen können.

Die E-Mobilität von erdgas schwaben

Klimaneutraler Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft in Kombination mit ausgereiften E-Ladesäulen sind sehr gute Rahmenbedingungen für die Nutzung von lokal emissionsfreier Elektromobilität – auch in ländlichen Regionen. Immer größer ist die Auswahl an attraktiven Modellen – vom preisbewussten Kleinstwagen bis hin zu verschiedenen Oberklasse-Fahrzeugen.

Die CNG-Mobilität von erdgas schwaben – Mit BioCNG ein guter Plan B

Auch Verbrennungsmotoren können heute bereits nahezu klimaneutral unterwegs sein, mit BioCNG aus Reststoffen. Egal ob im PKW, Bus und bei LKW-Nutzfahrzeugen. erdgas schwaben bietet an seinen CNG-Tankstellen mittlerweile seit Jahren das aus Reststoffen produzierte Biomethan an.

Entscheidend für die langfristig erfolgreiche Umsetzung eines nachhaltigen Fuhrpark-Konzeptes sind die Fahreigenschaften und -profile der eingesetzten Fahrzeuge im PKW-, Bus- und LKW-Bereich. Denn 90 Prozent der täglichen Wege sind meist gleich. Hier gilt es zu analysieren, welcher nachhaltige Antrieb – BioCNG-Mobilität oder E-Mobilität – erfolgreich eingesetzt werden kann. Sprechen Sie mit erdgas schwaben über die nachhaltigsten und sofort umsetzbaren Antriebe. Wir unterstützen und beraten Sie für den GreenDeal im Sektor Mobilität. ■

www.erdgas-schwaben.de

TenneT
Taking power further

Netzausbau für die Energiewende

TenneT ist einer der führenden Übertragungsnetzbetreiber in Europa. Wir schließen die Offshore-Windparks an unser Netz an und transportieren große Strommengen von Nord nach Süd. Um die Herausforderungen der Energiewende zu bewältigen, entwickeln wir unser Netz ständig weiter und somit auch unser Energiesystem der Zukunft. Dazu gehören neben Netzausbau und -instandhaltung auch Innovationen in unterschiedlichen Bereichen wie zum Beispiel Sektorenkopplung, innovative Systemführung und Vernetzung dezentraler Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen.

Erfahren Sie mehr unter
www.tennet.eu



Gesicherte Versorgung mit Holzbrennstoffen

Bild: Jeremy Ricketts auf unsplash



Bild: Mrdidg auf Pixabay

BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

Regenerative Wärme – rundum sorglos

Die mit dem Ziel des Klimaschutzes erforderliche Energie- und Wärmewende zählt zu den großen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Während bei der elektrischen Energie der erneuerbare Anteil in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist, gibt es im Wärmemarkt noch einen sehr starken Nachholbedarf.

Viele öffentliche Gebäude werden bereits mit Ökostrom versorgt oder produzieren über Photovoltaikanlagen auf den Dächern selbst erneuerbaren Strom. Die Umstellung der Wärmeerzeugung ist in der Regel individuell zu prüfen und zu planen. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH unterstützt ihre Kunden seit Jahren durch Contracting-Angebote bei der Umstellung auf Wärmeerzeugung mit nachwachsenden Brennstoffen. Dabei plant, errichtet und betreibt die Gesellschaft Wärmeanlagen zur schlüsselfertigen Lieferung von Wärme für Raumheizung und Warmwasserbereitung und hält diese auch instand. Bei der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH werden heute bereits über 80 Prozent der Wärme aus regenerativen Brennstoffen wie Holzpellets oder Holzhackschnitzel bereitgestellt. Dabei reicht die Bandbreite von der Versorgung einzelner Gebäude durch Einzelkesselanlagen bis hin zu Biomasseheizwerken mit angeschlossenen Nahwärmenetzen. Letztere kommen in vielen Fällen nicht nur der kommunalen Kundschaft zu Gute, sondern häufig auch den privaten oder gewerblichen Anliegern im Bereich der Nahwärme.



Eine durch eigene Lager gesicherte Versorgung mit Holzbrennstoffen und ein eigenes Serviceteam gewährleisten einen zuverlässigen und für die Kunden sorgenfreien Betrieb. Die Gesellschaft steht auch den kommunalen Kunden zur Seite, die in Eigenregie eine Hackschnitzelheizung errichtet haben und zukünftig professionell betreiben lassen möchten oder mit Brennstoff versorgen lassen wollen.

Dabei bietet die Gesellschaft für Holzhackschnitzelkessel bis etwa 800 kW Premium-Hackschnitzel an, die nach der anspruchsvollen Qualitäts-Norm ENplus A1 zertifiziert sind. Diesen Holzbrennstoff stellt die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH durch Sieben und Trocknen von Waldrestholz selbst her. Diese Premium-Hackschnitzel zeichnen sich nach der technischen Trocknung durch einen sehr geringen Wassergehalt aus. Sand, Staub und Erde sowie übergroße Partikel werden zuverlässig ausgesiebt.

Im Gegensatz zu den sonst oft heterogenen Waldhackschnitzeln ist das Ergebnis ein Qualitätsprodukt mit konstanten, hochwertigen Eigenschaften, wie z.B. einem hohen Heizwert und einer stabilen Lagerfähigkeit. Das Produkt muss nicht nach der sonst üblichen Volumeneinheit „Schüttraummeter“ abgerechnet werden, die für Kunden schwer nachvollziehbar ist. Das Produkt kann entweder nach dem auf geeichten Waagen ermittelten Liefergewicht abgerechnet werden oder nach der Wärmemenge, die an einem geeichten Wärmemengenzähler nach dem Kessel gemessen wird. Damit bezahlen die Kunden dann nach der tatsächlich erzeugten Wärmeenergie ihre Hackschnitzel. Dieses transparente Abrechnungsverfahren wird von immer mehr Kunden gerne in Anspruch genommen. ■

Bleiben Sie gesund!

Terminhinweis

13. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

24.06.2021
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 15-16/2020 der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel, Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg



Sanierungsprojekt der Stadt Amberg: Denkmalgeschütztes kurfürstliches Wagenhaus

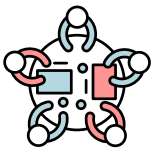
Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0 % Zinsen!

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 30.06.2020). Informieren Sie sich jetzt unter ▶ bayernlabo.de oder über unsere Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo



Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern



Alle Beiträge dieses Sonderdrucks sowie die Vorträge früherer Veranstaltungen stehen zum Download im GZ-Netzwerk zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern an und treten Sie der Gruppe „Energie“ bei.

Die Fachveranstaltungen der Bayerischen GemeindeZeitung:

BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM
BAYERISCHES ENERGIE FORUM
BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
BAYERISCHES BREITBAND FORUM

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 10. September 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 17





BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern:

Sparkassen als solider Anker in der Krise

„Wir Sparkassen können Krise – von der Finanzkrise bis zur Corona-Pandemie sind wir ein solider Anker", hob Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, anlässlich der Ordentlichen Verbandsversammlung 2020 des Sparkassenverbands Bayern, die im Zeichen von Covid19 in reduziertem Rahmen stattfand, hervor. Auch in unberechenbaren Zeiten könne man flexibel agieren und die Privat- wie Gewerbekunden verlässlich begleiten. „Unsere Berater haben die Unternehmen direkt angesprochen, intensive Beratungsgespräche geführt und tausende Anträge bearbeitet. Wir finden für jeden Kunden die individuell beste Lösung, um die wirtschaftlichen Corona-Folgen gut zu bewältigen."

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 verzeichneten die 64 bayerischen Sparkassen ein Kreditneugeschäft mit Unternehmenskunden von 8,75 Milliarden Euro und damit eine Steigerung von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Inzwischen wurden über die bayerischen Sparkassen bereits rund 6.200 Förderkredite aus den staatlichen Corona-Hilfen der Förderbanken in Höhe von insgesamt 1,42 Milliarden Euro abgeschlossen.

Liquidität sichern

Damit wird vielen mittelständischen Unternehmen eine Perspektive für die Zeit nach der Krise eröffnet. Gerade in den ersten Wochen waren zudem für viele Betroffene Tilgungsaussetzungen für bereits bestehende Kredite ein besonders wirksames Mittel, um die Liquidität aufrecht zu erhalten. Bis heute haben die Sparkassen in Bayern bei insgesamt 49.000 Kreditverträgen, davon mehr als die Hälfte von Gewerbe- und Firmenkunden, die Tilgung für mehrere Monate ausgesetzt.

Wie Präsident Netzer betonte, „hat Corona auch uns selbst wieder eindrücklich gezeigt, wer wir sind und was wir alles können. Ich bin stolz auf unsere Institute, die gerade in der Krise so flexibel, leistungsfähig, flott und unbürokratisch arbeiten. Wir haben zum Beispiel innerhalb von 14 Tagen einen völlig neuen Online-Prozess für den Umstieg zum Online-Banking auf die Beine gestellt. Die Kunden können sich jetzt sofort im Internet freischalten lassen."

Der Blick in die Zukunft stimmt Netzer zuversichtlich: „Auch wenn die Lage unsicher bleibt – Stichwort unruhige Kapitalmärkte, mögliche kommende Insolvenzen und weitere Zweitrundeneffekte – und wir uns auf neue Belastungen, schnellen Wandel und hohe Volatilitäten einstellen müssen: Ich bin überzeugt, dass die Sparkassen gestärkt aus dieser Phase hervorgehen werden."

Erfolgskonzept Hausbanken

Anerkennung für ihre Arbeit in der Corona-Krise zollte den bayerischen Sparkassen auch der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker: „Unser Hausbankenprinzip ist ein Erfolgskonzept. Dabei waren die Sparkassen erneut Stabilitätsanker und werden dem Vertrauen gerecht, das in sie gesetzt wird."



V.l.: Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat und Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. Bild: SVB

Füracker lobte den Beitrag der Sparkassen zur besonnenen Bewältigung der größten ökonomischen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg: „Corona ist keine Krise wie jede andere. Mit Konsequenz und Disziplin sind wir dabei im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern bislang gut durch die Krise gekommen. Die Banken spielen bei der kurzfristigen Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität eine zentrale Rolle. Ohne Regionalbanken wie die bayerischen Sparkassen und der bewährten Zusammenarbeit wären eine so effektive Durchreichung der Förderkredite, die Kreditvergabe aus eigenen Bankmitteln und die vielen Tilgungsaussetzungen nicht möglich gewesen. Beratung vor Ort und langjährige Kundenbeziehungen zahlen sich hier aus. Unternehmen wurde zügig geholfen, und sie werden auch jetzt weiter eng durch die Situation begleitet."

Neuwahlen an der Spitze

Im Rahmen der SVB-Verbandsversammlung wurden auch einstimmig zwei neue Verbandsvorsitzende gewählt: Erster Verbandsvorsitzender wird Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth. Er folgt auf Prof. Dr. Ulrich Reuter, der zum Jahreswechsel sein Amt als hauptamtlicher Präsident des Sparkassenverbands Bayern in der Geschäftsstelle in München antreten wird. Als zwei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag:

Gesundheitsämter sind personell gut aufgestellt

Die 294 Gesundheitsämter von Landkreisen und die 62 von kreisfreien Städten nehmen in der Corona-Pandemie eine Schlüsselrolle vor Ort ein. Vor diesem Hintergrund haben Deutscher Landkreistag und Deutscher Städtetag mit einer gemeinsamen Umfrage die Personalausstattung beim Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) in den Flächenländern ermittelt.

An der Umfrage nahmen 252 von 356 Gesundheitsämtern teil. Aufgrund dieser hohen Beteiligung lässt sich das Ergebnis auf alle Gesundheitsämter in den Flächenländern hochrechnen. Die Ergebnisse der Umfrage im Einzelnen:

- Bundesweit werden in den Flächenländern über 3.300 Vollzeit-Planstellen für Amtsärztinnen und Amtsärzte vorgehalten, das sind knapp 10 Planstellen pro Gesundheitsamt. Bei den medizinischen Fachangestellten, Hygienekontrolleuren und weiterem medizinischen wie nicht-medizinischen Personal werden darüber hinaus über 11.600 Vollzeit-Stellen bereitgestellt. Insgesamt gibt es damit in den Gesundheitsämtern 14.900 Stellen.
- Besetzt sind rund 2.900 der Stellen für Ärztinnen und Ärzte (Besetzungsquote 87 Prozent). Beim nichtärztlichen Personal sind rund 11.000 Stellen besetzt (Besetzungsquote 94,5 Prozent). Insgesamt sind damit in den Gesundheitsämtern in den Flächenländern bundesweit rund 13.900 Stellen besetzt. Aufgrund von Teilzeit-Beschäftigung ist die Gesamtzahl der Beschäftigten höher als die Zahl der besetzten Stellen. Unbesetzt ist ein Teil der Stellen zum Beispiel wegen Fluktuation oder Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fachkräften.
- Zusätzlich zu den Planstellen waren zum Stichtag 15. Juni in den Gesundheitsämtern rund 5.900 Beschäftigte eingesetzt – vor allem zur Kontaktnachverfolgung, für Coronatests und zur Kontrolle von Quarantäne. In großem Umfang konnten Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Verwaltung der Städte und Landkreise umgesetzt werden. Es wurde auch zusätzliches Personal eingestellt oder durch Amtshilfe eingesetzt.
- Die meisten Gesundheitsämter planen, zusätzliche Ärzte wie auch weitere medizinische Fachangestellte, Sachbearbeiter und anderes nicht-ärztliches Personal einzustellen.

„Die Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der Gesundheitsämter sind personell gut aufgestellt. Es besteht keinerlei Grund zu Alarmismus!", kommentierte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, die Ergebnisse. Im Durchschnitt sei nur etwas mehr als eine ärztliche Planstelle pro Gesundheitsamt aktuell nicht besetzt. Das oftmals transportierte negative Bild von Personalgewinnungsproblemen und Unterbesetzung bestätige sich damit gerade nicht.

Weiteres Personal nötig

„Wir sehen, dass die Gesundheitsämter derzeit in besonderem Maße beansprucht werden, aber nicht überfordert sind", so Sager weiter. Gleichwohl planten die meisten Gesundheitsämter, weiteres Personal einzustellen. Dazu sei finanzielle Unterstützung willkommen. „Nichts ist so gut, dass es nicht – gerade auch mit Blick auf die aktuell krisenbedingten besonderen Belastungen – noch verbessert werden kann", merkte Sager an. Über zusätzliche dauer-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bei Straßen, die nach Antidemokraten benannt wurden, taucht die Frage nach deren Namensänderung ebenso auf, wie als Beitrag im Kampf gegen Gegenwartsrassismus. Erschweren derartige Tilgungen nicht auch die kritische Auseinandersetzung mit der dahinterstehenden Geschichte? **Seite 19**

BVerfG stärkt kommunale Selbstverwaltung

Wegen Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sind Regelungen der Bedarfe für Bildung und Teilhabe mit dem Grundgesetz unvereinbar. Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Hintergrund ist eine Verfassungsbeschwerde kreisfreier Städte aus Nordrhein-Westfalen, die 2013 beim BverfG eingereicht wurde.

Gegenstand der Verfassungsbeschwerde waren die 2012 neu getroffenen Regelungen der Bedarfe für Bildung und Teilhabe. Die Beschwerdeführerinnen machten im Rahmen der Kommunalverfassungsbeschwerde geltend, dass die angegriffenen Vorschriften gegen das bundesrechtliche Aufgabenübertragungsverbot verstießen, weil die Regelungen die ihnen als örtlichen Trägern der Sozialhilfe bereits zugewiesenen Aufgaben wesentlich verändert, erweitert und um neue Aufgaben ergänzt hätten.

Keine Übertragung neuer Aufgaben durch den Bund

„Das Bundesverfassungsgericht stärkt mit seiner Entscheidung die kommunale Selbstverwaltung. Denn mit dem Beschluss macht es sehr deutlich, dass den Kommunen durch Bundesrecht keine neuen Aufgaben übertragen werden dürfen. Und der Bund darf auch bestehende Aufgaben der Kommunen nicht ohne Weiteres erweitern", bewertete Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, das Urteil.

Rechtssicherheit für die Kommunen

Dedy zufolge versucht der Bund immer wieder, den Städten Aufgaben neu zu übertragen oder sie zu erweitern. „Das ist deshalb problematisch, weil für den Mehraufwand der Kommunen in der Regel kein Kostenausgleich erfolgt und so der finanzielle Handlungsspielraum stetig kleiner zu werden droht. Immer wieder sind die Kommunen durch Regelungen des Bundesgesetzgebers mit erheblichen Kostenbelastungen aufgrund neuer oder erweiterter Aufgaben konfrontiert. Jetzt bestätigt das Bundesverfassungsgericht das Aufgabenübertragungsverbot in der Sache und schafft Rechtssicherheit für die Kommunen. Es stellt nochmals eindeutig klar, dass Aufgabenübertragungen durch die Länder zu erfolgen haben und die den Kommunen dadurch entstehenden Kosten von den Ländern auszugleichen sind."

Durchgriffsverbot

Die Entscheidung des Gerichts bestätige die konsequente Anwendung des im Grundgesetz verankerten Durchgriffsverbotes, das dem Bund seit der Föderalismusreform 2009 die direkte Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen untersagt. Möglich sei nur eine Aufgabenübertragung durch die Länder. Das Gericht sichere damit die Anwendung der landesrechtlichen Konnexitätsregeln auch bei der Vollziehung von Bundesgesetzen durch die Kommunen und stärke damit die kommunale Selbstverwaltung.

Auch der DStGB begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Entschei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Klausurtagung der CSU-Landesgruppe: Kickoff aus der Krise . .2
DLT: Verbandsspitze für weitere zwei Jahre bestätigt. 2
Verschwörungsmythen haben Hochkonjunktur. 3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Unsere Kommunen sind Vorreiter in der Krisenbewältigung . .3
Förderbescheide: Regionale Identität in Bayern stärken 3
Engagement Global 5
Kommunale Finanzthemen . . . . . 6 - 10
Abfall • Kommunales Verkehrswesen . . . . . 11 - 13
Kommunalfahrzeuge • Fuhrpark • Öffentliche Anlagen . . 14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 17 -20

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe:

Kickoff aus der Krise

Im Rahmen ihrer Klausurtagung in Kloster Seeon verabschiedete die CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags ein Papier, das unter dem Titel „Kickoff aus der Krise" zahlreiche Impulse zur Stimulation der an Corona erkrankten Wirtschaft aufzeigt. Nach dem Lockdown, so heißt es, sei das Ziel klar definiert: Chancen schaffen, Jobs sichern und Innovationen fördern. Dafür werde eine umfassende Agenda gestartet.

So soll zunächst die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate verlängert werden. Dabei wird die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bis zum 30. Juni 2021 befristet. Für die Zeit danach wurde in der Koalition ein starker Anreiz gegen Kündigung und für Qualifizierung durchgesetzt: Die volle Erstattung der Beiträge ab 1. Juli 2021 erfolgt nur bei gleichzeitiger Qualifizierung in der Kurzarbeit. Dies schaffe klare Perspektiven für Unternehmen und Sicherheit für Arbeitnehmer.

Verbesserung der Minijobs

Der Minijob soll weiterentwickelt und die Minijob-Grenze auf 600 Euro pro Monat angehoben werden. Darauf aufbauend sollen Minijobber zukünftig an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben, indem die Verdienstgrenze der Minijobs mit den Löhnen steigt.

Zusätzlich zum bereits beschlossenen Konjunkturpaket sieht die CSU-Landesgruppe ein Transformationspaket vor, das die heimische Industrie beim Wandel unterstützt – mit Entlastungen bei Bürokratie und Abgaben, Investitionsanreizen für Innovationen und Fördermaßnahmen für Transformationsprozesse. „Dabei setzen wir auf eine verträgliche Disruption, die alle mitnimmt, statt harter Ideologie mit breiten Kollateralschäden."

Innovative Mobilität

Mit Blick auf die Automobil- und Zulieferindustrie bedeutet das: „Wir sagen dem modernen Verbrennungsmotor nicht den Kampf an, sondern integrieren ihn als Übergangstechnologie in unsere Konzepte. Eine Klimaprämie für saubere Verbrenner darf dabei kein Tabu sein, sondern kann eine Brücke bauen auf dem Weg zu neuer Wettbewerbsfähigkeit und dem Erhalt von Arbeitsplätzen."

Gleichzeitig will die CSU einen ambitionierten Innovationsprung bei der Elektromobilität – mit einer Investitionsoffensive zur weiteren Stärkung der Batteriezellenforschung und einem Schub für die Batteriezellenproduktion in Höhe von 10 Milliarden Euro. „Damit bauen wir unsere Spitzenposition bei der Forschung weiter aus und unterstützen den Weg in die Anwendung, denn: Unsere Automobilindustrie ist heute Weltspitze beim Verbrenner – und soll es auch im bevorstehenden Zeitalter alternativer Antriebe werden. Dazu gehört auch die Stärkung der Forschung an synthetischen Kraftstoffen sowie der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie."

Made in Germany ist ein Qualitätssiegel und ein ethisches Versprechen. Diese Werte sollen in einem Lieferkettengesetz verankert werden, das rechtlich sicherstellt: Wer Made in Germany kauft, bekommt Produkte, die die Menschenrechte achten, bei denen soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Unternehmen werden dabei weder im Wettbewerb benachteiligt noch bürokratisch überfordert. Insbesondere soll der Mittelstand im Blick behalten werden.

An der Spitze der Zukunftstechnologien

„Wenn wir an der Spitze der Weltwirtschaft bleiben wollen, müssen wir auch Spitze bleiben bei den Zukunftstechnologien. Deshalb haben wir im Koalitionsausschuss durchgesetzt, dass wir die steuerliche Forschungszulage zukünftig auf Basis einer Bemessungsgrundlage von bis zu 4 Millionen Euro berechnen", heißt es weiter. „Diese Bemessungsgrundlage wollen wir auf 8 Millionen Euro pro Unternehmen noch einmal verdoppeln und damit einen deutlichen Anreiz setzen, um in der Krise weiter an Innovationen zu arbeiten und gemeinsam gestärkt aus ihr hervorzugehen."

Ziel sei deshalb ein Unternehmensstärkungsgesetz mit einer Absenkung der Ertragssteuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben. Dabei soll zudem Rechtsformneutralität erreicht werden, gerade zwischen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften. Gleichzeitig sollen die Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe unterstützt werden, indem die steuerliche Abschreibung für digitale Innovationsgüter deutlich verbessert wird.

Unabhängigkeit stärken

Zudem liegt das Augenmerk darauf, Deutschlands und Europas Unabhängigkeit zu stärken und die Wertschöpfungsketten souveränitätskritischer medizinischer Produkte in die EU zurückzuholen. Dafür soll mit den Pharma-Unternehmen dafür gesorgt werden, dass kritische Schutzkleidung, medizinische Geräte sowie alle wichtigen Medikamente in mindestens einer Variante in Europa produziert werden. Darüber hinaus will die CSU-Landesgruppe bei der Medikamentenbeschaffung regeln, dass im Zuge der Ausschreibung von Rabattverträgen nicht nur einem, sondern – wo dies möglich ist – mindestens zwei Anbietern der Zuschlag gegeben wird. Zuschlagskriterium muss sein, dass mindestens einer der Hersteller über eine europäische Lieferkette verfügt.

Auch schwebt der CSU vor, das Home-Office stärker zu fördern und Home-Office-Kosten – wie beispielsweise für Strom, Telefon und Internet – durch eine Home-Office-Pauschale von bis zu 600 Euro pro Jahr steuerlich zu fördern. Dabei sollen die bestehenden steuerrechtlichen Regeln für das Arbeiten in den eigenen vier Wänden an neue Realitäten angepasst und die Einrichtung mit Arbeitsmitteln steuerlich verbessert werden – unabhängig vom Nachweis eines separaten Arbeitszimmers. Außerdem soll ein Home-Office-fähiger Internetanschluss Pflichtbestandteil des geplanten Rechts auf schnelles Internet sein.

Flexibilisierung der Arbeit

Um flexibles Arbeiten zu ermöglichen, ist geplant, dafür die gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Tag abzuschaffen und stattdessen eine Höchstarbeitszeit pro Woche zu ermöglichen – nach der klaren Maßgabe: Flexi-Woche statt 8-Stunden-Tag – und mehr Freiheiten für individuelle Vereinbarungen, die sich an den vielfältigen Lebensrealitäten der Arbeitnehmer orientieren.

Unterstützung Alleinerziehender

Auch sollen Alleinerziehende dauerhaft doppelt entlastet werden. Für alleinerziehende Mütter und Väter wurde für die Jahre 2020 und 2021 der Entlastungsbetrag bei der Einkommenssteuer von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro mehr als verdoppelt. Diese Regelung soll entfristet werden, denn Alleinerziehende tragen nicht nur in der aktuellen Krise eine doppelte Verantwortung, sondern durchgehend. Um Familien bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, sollen Beiträge für Kinderbetreuungskosten voll von der Steuer absetzbar sein: statt wie heute nur bis zu zwei Drittel und mit maximal 4.000 Euro pro Kind und Jahr. Den zulässigen Höchstbetrag will die CSU dabei von 4.000 Euro auf 6.000 Euro anheben.

Standard digitales Lernen

Zum Standard gemacht werden soll das digitale Lernen. „Dafür wollen wir ein 1-Milliarde-Euro-Sofortprogramm für digitale Klassenzimmer auflegen, um mit einem schnellen und einfachen Verfahren digitale Leuchttürme zu schaffen. Darüber hinaus brauchen wir auch eine flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten bei den Schülern selbst und wollen deshalb, dass jeder Schüler in Deutschland nicht nur Schulbücher, sondern auch ein digitales Endgerät bekommt. Um sicherzustellen, dass die zur Digitalisierung der Schulen bereitgestellten Mittel auch vor Ort ankommen und zielgerichtet eingesetzt werden können, wollen wir ein Beratungsbüro des Bundes zur Unterstützung der Länder einrichten und damit den Bildungsföderalismus flächendeckend stärken."

Lehrkräfte sollen mit 500 Mio. Euro für digitale Hardware ausgestattet und die EU-Mittel des Aufbauplans genutzt werden, um eine bundesweite digitale Plattform mit Videokonferenz-, Lernmanagement- und geeigneten Serversystemen für das digitale Lernen aufzubauen. Dabei soll die Bildungssouveränität gestärkt und in Bildungsserver und -software „Made in Germany" investiert werden. Ziel der Plattform des Bundes ist ein offenes Angebot an die Länder, das mit föderalen Infrastrukturen vernetzt werden kann und für alle Bildungsbereiche verfügbar ist.

Endgültig geschlossen werden sollen die weißen Flecken beim Mobilfunk. Dafür wurde die Einrichtung einer Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) zum Bau von Masten in weißen Flecken durchgesetzt. „Die Einrichtung der MIG wird heute bereits vorbereitet – und unsere klare Erwartungshaltung ist, dass sie noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnimmt. Wo die Errichtung stationärer Mobilfunkmasten nicht zeitnah möglich ist, wollen wir zügig mobile Masten aufstellen, um vor Ort ein funktionsfähiges Netz zu gewährleisten. Gleichzeitig soll die MIG den Roll-Out des Mobilfunkstandards 5G vorantreiben und gemeinsam mit den Mobilfunkunternehmen dafür sorgen, dass Deutschland als erstes Land der Welt ein flächendeckendes 5G-Netz erhält", heißt es in dem Impulspapier.

„Wir haben in der Koalition 5 Milliarden Euro für Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) durchgesetzt. Diese Mittel dürfen nicht in Kleinprojekten ohne klares Konzept versickern, sondern müssen mit einer großen Strategie echte Innovationsleuchttürme finanzieren", führt die CSU-Landesgruppe weiter an.

Weltweit größter KI-Standort

Ziel sei der größte KI-Forschungsstandort der Welt mit einem internationalen Team der besten Forscher zu werden – in zehn konkreten Anwendungsbereichen der KI von der Medizin über die Mobilität bis hin zu EcoTech und FinTech. Dafür soll ein KI-Campus aufgebaut werden. Zudem sollen mit einem hochattraktiven und kompetitiven Gehaltsangebot Spitzen-Talente angezogen und ein Milliardenbudget für die Entwicklung und Erprobung von KI-Anwendungen bis zur Marktreife bereitgestellt werden.

„Wir wollen in Deutschland produzieren, was das Weltklima schützt und dafür ein öffentlich-privates Game-Changer-Programm auflegen. Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen Technologien entwickeln, die Ökonomie und Ökologie verbinden und damit dem Klimaschutz dauerhaft global zum Durchbruch verhelfen können. Dazu gehören die effiziente Erzeugung von erneuerbaren Energien über Windkraft, Solarenergie oder nachwachsende Rohstoffe, eine Stahlproduktion ohne Kohle, eine klimafreundliche Zementproduktion, die Entwicklung von Großspeichern für erneuerbare Energien und Anwendungen, die CO2 vom Schadstoff zum Rohstoff machen", lautet ein weiteres Vorhaben. Dabei will die CSU-Landesgruppe in jedem Bereich echte Leuchtturm-Projekte fördern, dafür gemeinsam mit Unternehmen und Forschern einen Entwicklungspfad definieren und die Projekte gemeinsam finanzieren. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Dietl
94375 Stallwang
am 15.9.

Bürgermeister Ludwig Greimel
84149 Velden
am 21.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Nickel
96160 Geiselwind
am 18.9.

Bürgermeister Rüdiger Stenger
63872 Heimbuchenthal
am 23.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Zepper
84558 Tyrlaching
am 19.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Präsidium des Deutschen Landkreistags:

Verbandsspitze für weitere zwei Jahre bestätigt

Corona-Hilfen für Kommunen sind ein Meilenstein

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages hat im Kreis Olpe die Verbandsspitze einstimmig für weitere zwei Jahre bestätigt. Präsident Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) freute sich gemeinsam mit den Vizepräsidenten Landräten Joachim Walter (Landkreis Tübingen), Bernhard Reuter (Landkreis Göttingen) und Frank Vogel (Erzgebirgskreis) über das seitens der Landkreise entgegengebrachte Vertrauen. Außerdem wurde Landrat Wolfgang Blasig (Potsdam-Mittelmark) als weiterer Vizepräsident gewählt, der Landrat Dr. Ansgar Müller (Kreis Wesel) nachfolgt.

Sager ist seit 2014 Präsident des Deutschen Landkreistages und wurde damit nach seiner Wiederwahl in den Jahren 2016 und 2018 bereits zum dritten Mal im Amt bestätigt. Von 1982 bis 1988 war er Gemeindevertreter in Grömitz, 1990 bis 1995 Kreistagsabgeordneter beim Kreis Ostholstein und von 1992 bis 2001 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages, bevor er zum Landrat gewählt wurde. Seit 2008 ist er außerdem Vorsitzender des Landkreistages Schleswig-Holstein.

Blasig übernimmt das Amt in der Nachfolge von DLT-Vizepräsident Landrat Dr. Müller, der nicht mehr zur Wiederwahl als Landrat des Kreises Wesel antritt und aus diesem Amt ausscheidet. DLT-Präsident Sager gratulierte: „Ich freue mich über die Berufung des Kollegen Blasig, der schon viele Jahre Mitglied des DLT-Präsidiums ist und unter Beweis gestellt hat, dass er ein engagierter Mitstreiter in Brandenburg und auf bundespolitischer Bühne für die Belange der Landkreise ist. Er ist eine hervorragende Ergänzung für unser Team."

Blasig ist seit 2009 Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark. Zuvor war er 15 Jahre Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Kleinmachnow. Seit 2015 ist er Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg. Reuter ist seit 2010, Walter seit 2014 und Vogel seit 2016 DLT-Vizepräsident.

Begrüßt hat das DLT-Präsidium während seiner jüngsten Sitzung die Unterstützungsleistungen des Bundes, mit denen Landkreisen und Gemeinden finanziell geholfen werden soll. Darüber wird im Deutschen Bundestag in dieser Woche beraten. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die erhöhte Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB II-Wohnkosten (KdU) wird Landkreise und kreisfreie Städte strukturell und dauerhaft jährlich in Höhe von 3 bis 4 Mrd. € stärken. Das ist für die Kommunen ein Meilenstein, wofür wir dem Bund dankbar sind."

Gleichfalls sei der einmalige Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Länder von rund 12 Mrd. Euro eine wichtige Maßnahme im laufenden Jahr, der so schnell wie möglich nun auch in den kommunalen Haushalten ankommen sollte. „Das wird einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der kommunalen Investitionsfähigkeit leisten."

In dieser Woche entscheidet der Deutsche Bundestag im Schnellverfahren über die Hilfen für Landkreise, Städte und Gemeinden, die infolge der Corona-Pandemie notwendig werden. Der Bundesrat beschließt am 18.9.2020. Am vergangenen Montag wiederum fand eine Anhörung im Haushaltsausschuss zum Gesetzespaket statt. „Für die Erhöhung des Bundesanteils an den KdU auf maximal 74 % ist eine Verfassungsänderung notwendig, damit die Landkreise und kreisfreien Städte diese kommunale Aufgabe auch künftig eigenverantwortlich wahrnehmen können und es nicht zu Bundesauftragsverwaltung kommt", so Sager. „Diese selbstverwaltungskonforme Lösung ist der richtige Weg."

Sager warb für eine breite Zustimmung zum Gesetzespaket: „Die Corona-Hilfen sind für die Landkreise, Städte und Gemeinden von großer Bedeutung. Das sollte in Anbetracht der beabsichtigten Grundgesetzänderungen nicht nur für die Länder im Bundesrat, sondern auch für die Opposition im Deutschen Bundestag entscheidend sein."

Gegen Übernahme kommunaler Kassenkredite

Die Entlastung bei den KdU gehe damit weit über den Altschulden-Vorschlag des Bundesfinanzministers hinaus und helfe den Kommunen in ganz Deutschland. „Vorstößen aus einzelnen Bundesländern treten wir deshalb entgegen, die eine erneute Debatte um die Übernahme kommunaler Kassenkredite durch den Bund beginnen wollen. Dieses Thema muss für den Bund ein für alle Mal erledigt sein." Es sei vielmehr an den Ländern, endlich ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden und den Abbau kommunaler Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland anzugehen. „Sie dürfen nicht durch eine erneute Debatte ihre eigenen Handlungspflichten verschleppen", verdeutlichte er.

Die Verantwortung der Länder für die Finanzierung der Aufgabenerfüllung der Kommunen habe auch das Bundesverfassungsgericht unlängst in anderem Zusammenhang bekräftigt (vgl. Seite 1).

Länder stehen in der Pflicht

Nach der DLT-Präsidiumssitzung forderte Präsident Sager die Länder auf, für eine ordentliche finanzielle Mindestausstattung sowohl der Landkreise als auch der Gemeinden zu sorgen. „Die Länder stehen in der Pflicht, ihre Kommunen mit dem Nötigsten zur Bewältigung der eigenen Aufgaben auszustatten. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, die die Landkreise aber leider immer wieder deutlich einfordern müssen."

Insbesondere könne es vor dem Hintergrund aktueller Gerichtsverfahren zur Kreisumlagegeerhebung in Rheinland-Pfalz nicht sein, „dass die Landkreise zu Ausfallbürgen gemacht werden, wenn das Land seine Gemeinden nur unzureichend finanziell ausstattet. Insofern ist die von der Rechtsprechung festgestellte Wahrung der Gemeindefinanzen bei der Festsetzung der Kreisumlage richtig. Daraus muss aber zwingend auch eine Sicherstellung der finanziellen Mindestausstattung der Landkreise und Gemeinden durch das Land folgen."

Das Land Rheinland-Pfalz sei am Zuge: „Es muss umgehend die Finanzierung der kommunalen Ebene neu regeln. Ebenso sind alle anderen Länder aufgefordert, für die finanzielle Mindestausstattung ihrer Landkreise und Gemeinden zu sorgen. Es ist ein unwürdiges Unterfangen, wenn Kommunen bundesweit vor den Gerichten um das betteln müssen, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Insofern ist die rheinland-pfälzische Rechtsprechung ein gutes Beispiel für ganz Deutschland." In diesem Zusammenhang sei es hilfreich, dass das Bundesverwaltungsgericht gleichermaßen am für Gemeinden als auch Landkreise bestehenden Anspruch auf aufgabenadäquate Finanzierung festhalte. ❐

Verfassungsschutzbericht/1. Halbjahr 2020:

Verschwörungsmythen haben Hochkonjunktur

Extremisten instrumentalisieren die Corona-Pandemie zur Verbreitung ihrer demokratiefeindlichen Ideologien. Wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2020 mitteilte, „haben selbst die absurdesten Verschwörungsmythen momentan regelrecht Hochkonjunktur. Sie entbehren jeder Faktenbasis, sind aber geeignet, größere Bevölkerungskreise mit einer grundlegenden Unzufriedenheit mit dem Rechtsstaat zu infizieren."

Extremisten knüpften – wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Erklärungsmustern – vor allem an die im Netz kursierenden Verschwörungsmythen über den Ursprung der Pandemie an. „Sie wollen auf allen Ebenen die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System weiter schüren und so mehr Zustimmung für ihre extremistischen Ziele erreichen", betonte Herrmann. Die Bandbreite reiche dabei von Schuldzuweisungen an bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Migranten oder Juden, bis hin zu einer angeblichen geheimen „Weltregierung". Dabei würden auch, wie beim aus den USA stammenden Verschwörungsmythos ‚QAnon', antisemitische Vorurteile geschürt.

Untergangsszenarien und Schuldzuweisungen

„Rechtsextremisten versuchen, sich die Corona-Krise zu Nutze zu machen. Sie positionieren sich zu diesem Thema und versuchen, ihren Standpunkt medienwirksam und milieuüberschreitend zu inszenieren, um so Sichtbarkeit in der Debatte insgesamt zu erzielen. Derzeit lässt sich erkennen, dass rechtsextremistische Akteure in zunehmendem Maße Verschwörungsmythen aufgreifen bzw. verbreiten", erläuterte der Minister. Vor allem im Internet wollten Rechtsextremisten dadurch auch bei Personengruppen Gehör finden, die bislang durch offen rassistische und fremdenfeindliche Agitation nicht ansprechbar waren. Sie nähmen die Pandemie zum Anlass, um das Vertrauen in die Regierung zu untergraben und Untergangsszenarien zu entwerfen, um so Zustimmung zu extremistischen Positionen zu erzeugen.

Rechtsextremisten verbreiteten insbesondere Verschwörungsmythen, die Schuldzuweisungen an Asylbewerber, Migranten bzw. Juden enthalten. Unter Schlagwörtern wie „Corona-Diktatur" oder „Quarantäne-Diktatur" wird Regierungsverantwortlichen und staatlichen Stellen unterstellt, sie würden die Corona-Pandemie dazu ausnutzen, um die Bürger zu entrechten und zu überwachen. Es werde dabei, so die Darstellung von Rechtsextremisten, bewusst gegen die Interessen des „deutschen Volkes" gehandelt. So fände grundsätzlich eine Ungleichbehandlung der „Deutschen" gegenüber Migranten statt. Die „Identitäre Bewegung Deutschland" (IBD) behauptete beispielsweise am 5. April in einer Twitter-Meldung, dass die im Rahmen der staatlichen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen verhängten Freiheitsbeschränkungen auch über die Corona-Krise hinaus aufrechterhalten werden würden.

Demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Ideologien

Ziel der Linksextremisten ist ebenfalls, ihre demokratie- und rechtstaatsfeindliche Ideologie auf eine größere Bühne zu tragen und über ihr eigenes Kernklientel hinaus neue Anhänger zu finden. Die zur Eindämmung der Pandemie eingeleiteten Beschränkungsmaßnahmen werden von der Szene als ein Vorwand zum angeblichen Ausbau staatlicher Repression gewertet, die jeden Einzelnen seiner Freiheitsrechte berauben wolle. Die bestehenden Ängste vor einer Rezession und dem Verlust von Arbeitsplätzen werden darüber hinaus instrumentalisiert, um gegen eine angebliche Kumpanei zwischen Politik und Kapital zu hetzen. Als „Patent-Lösung" aller Probleme propagiert die Szene auch angesichts der Pandemie die Zerstörung des bestehenden „unterdrückerischen, kapitalistischen Systems".

Sinkende Hemmschwellen

„Linksextremisten begreifen die Situation als Chance, den Systemwechsel zu erzwingen, auch mit Gewalt", unterstrich Herrmann. In diesen Zusammenhang seien auch die Brandanschläge auf Mobilfunkmasten einzuordnen. Diese Aktionen richteten sich gegen die neue 5G-Technologie als „Technik-Gefängnis-Welt", mit der die Menschen mehr als je zuvor überwacht werden sollen. In der Szene sinke die Hemmschwelle, Gewalt gegen Personen anzuwenden oder zumindest als „Kollateralschaden" bei Sachbeschädigungen in Kauf zu nehmen. Die Aggression richte sich dabei in jüngster Zeit auch gegen Medienvertreter.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden im ersten Halbjahr 2020 insgesamt 399 linksextremistisch motivierte Straftaten erfasst, darunter 22 Gewalttaten (Vorjahreszeitraum: 379 linksextremistisch motivierte Straftaten, davon 30 Gewalttaten). Somit ist trotz der pandemiebedingten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für 2020 im Vergleich zum Vorjahr nicht mit einem erneuten Rückgang der Gesamtzahl linksextremistischer Straftaten zu rechnen. Zudem nimmt die Schwere linksextremistischer Straftaten eher zu als ab. Nicht nur die Sachbeschädigungen mit zum Teil enormen Schadenssummen mehren sich, vielmehr sinkt auch die Hemmschwelle, Leib und Leben von Personen, auch Unbeteiligter, zu gefährden. Dies zeigt sich vor allem in der zunehmenden Verrohung der Sprache.

Islamistischer Terrorismus

Auch Islamisten reagieren auf die Corona-Pandemie. Für die Sicherheit westlicher Staaten ist laut Herrmann dabei weniger die vorgenommene propagandistische Umdeutung der Pandemie eine Gefahr, sondern vielmehr die Schlussfolgerung, die vor allem Jihadisten aus der aktuellen globalen Krise ziehen: „Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie verwundbar Staaten, Gesellschaften und die Weltwirtschaft angesichts einer solchen Notlage sind. Vor diesem Hintergrund könnte das Bedrohungsszenario des Bioterrorismus neue Aktualität entfalten." Der islamistische Terrorismus stelle weiterhin eine Bedrohung für die Sicherheit dar. Leider zeigten die Anschläge im ersten Halbjahr 2020 in Frankreich und Großbritannien, dass Europa und damit auch Deutschland weiterhin im Zielspektrum jihadistischer Organisationen und radikalisierter Einzelpersonen stehen.

Im Übrigen sei feststellbar, dass die Grenzen zwischen dem sogenannten legalistischen Islamismus und dem Salafismus zunehmend verschwimmen und sich die einzelnen islamistischen Strömungen gegenseitig beeinflussen und letztlich transformieren können. Die übergeordnete Zielsetzung und das verbindende Kernelement der Errichtung eines scharia-basierten Staats blieben dabei weiterhin bestehen.

Maßnahmen der Sicherheitsbehörden

Bundesweit werden dem salafistischen Spektrum aktuell 12.150 Personen zugerechnet (Quelle: Bundesverfassungsschutzbericht 2019). In Bayern liegt das Potenzial derzeit bei 770 Personen. Davon lassen sich ca. 20 % dem gewaltorientierten Spektrum zurechnen. Durch zahlreiche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren und die erfolgreiche Eindämmung salafistischer Propaganda jenseits des Internets, wurde ein zunehmender Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen salafistischer Akteure festgestellt. In Bayern finden die ehemals weit verbreiteten (Street-)Da'wa-Aktionen nicht mehr statt. Auch Infotische in Fußgängerzonen sind aus den Stadtbildern nahezu verschwunden.

Reichsbürger und Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter wiesen ihrerseits bereits vor der Corona-Pandemie eine besondere Affinität zu Verschwörungsmythen auf. Aktuell sehen sie sich nun in ihrer Sichtweise bestätigt, zugleich finden die von ihnen verbreiteten Verschwörungsmythen eine größere Reichweite.

Zu den Ursachen, der Ausbreitung und den Folgewirkungen des Corona-Virus werden in diesem Phänomenbereich Fake-News verbreitet, die mit verschwörungsmythischen Elementen verwoben werden. Behauptet wird beispielsweise, es handle sich bei Covid-19 um eine gezielt entwickelte Krankheit mit dem Ziel, die Weltbevölkerung zu dezimieren. Das Virus sowie ein Impfstoff dagegen wären bereits patentiert.

Corona wird in Frage gestellt

In einer anderen Lesart werden der Verbreitungsgrad sowie die Letalität des Virus in Frage gestellt. Den handelnden Politikern wird vorgeworfen, Bürger- und Freiheitsrechte ohne rechtliche Grundlage einschränken zu wollen. Ein kriegsähnlicher Zustand würde erzeugt werden, indem Angst und Schrecken manipulativ verbreitet würden, um Recht und Gesetz außer Kraft zu setzen.

Die Einschränkung der Bürgerrechte wird in diesem Zusammenhang als strategisches Element eines bestehenden Plans, initiiert von „geheimen Mächten", zur Entrechtung der Menschen in Deutschland gedeutet. Die zu erwartende wirtschaftliche Rezession in Folge der Pandemie wird als im Plan vorgesehenes notwendiges Element gedeutet, damit die Mehrheit der Menschen in Deutschland eine Entmündigung billigend in Kauf nimmt. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



die bayerische Kommunalpolitik ist weit entfernt von einem politischen Sommerloch. Sie leistet derzeit – auf Grund der Corona-Pandemie – zahlreiche Überstunden. So halten steigende Fallzahlen, lokale Hotspots und Reiserückkehrer aus Risikogebieten die bayerischen Verantwortungsträger und unsere ehrenamtlich Engagierten weiter in Atem. Noch immer ist das Corona-Virus allgegenwärtig und noch immer droht eine zweite Welle der globalen Pandemie.

Und doch gibt es gute Nachrichten für Bayern: Die Corona-Krise kann lokal wirkungsvoll bekämpft und eingedämmt werden. Das zeigen die aktuellen Erfahrungen vor Ort sowie die bisherigen Leistungen bei der Bekämpfung der Pandemie. Die Kommunen und insbesondere die Landkreise und kreisfreien Städte mit den zuständigen Gesundheitsbehörden waren und sind bei der stetigen Eindämmung des Virus besonders gefordert. Sie arbeiten in regelmäßiger Abstimmung und mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung unter komplexen Rahmenbedingungen eng zusammen.

Unsere Kommunen sind Vorreiter in der Krisenbewältigung

Unsere bayerischen Kommunen beweisen einmal mehr, dass sie Vorreiter in der Krisenbewältigung sind und eine gewisse Vorbildfunktion für ganz Deutschland haben. Für ihre außerordentliche Leistung gebührt den Verantwortlichen Dank, Anerkennung und hohe Wertschätzung. Ihr Dienst zum Schutz unserer Gesundheit ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Natürlich erfordert dies auch die strikte Einhaltung aller aktuellen Hygiene- und Abstandsregeln durch die gesamte Bevölkerung. Nur gemeinsam können wir die wohl größte Herausforderung für unsere Generation bekämpfen und besiegen.

Als KPV unterstützen wir den Weg der bayerischen Staatsregierung mit allen Kräften und aktiv mit dem Erfahrungsschatz unserer kommunalen Spitzenpolitiker bei der lokalen Bekämpfung des Virus. So haben sich die regionalen Testzentren, lokale Quarantäne-Maßnahmen und tagesaktuelle Informationen der lokalen Katastrophenschutzbehörden über die Corona-Fallzahlen als erfolgreich erwiesen.

All diese Maßnahmen stehen jedoch stetig wechselnden Herausforderungen gegenüber durch das leicht übertragbare Corona-Virus und den leichtsinnigen Umgang einzelner Bürger mit der gefährlichen Pandemie. Hier müssen alle politischen Ebenen nicht nur eng zusammenarbeiten, sondern auch immer wieder nachsteuern, wenn es zu regionalen Corona-Hotspots kommt. Dies wird in den nächsten Wochen und Monaten für uns alle noch eine große Aufgabe bleiben, auch für die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU.

Der bayerische Kurs aus Besonnenheit, Vorsicht und Umsicht bei schrittweiser und maßvoller Lockerung hat sich bewährt und sollte ebenso auf kommunaler Ebene weiter verfolgt werden.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Förderbescheide für neue Projekte:

Regionale Identität in Bayern stärken

Mit der Projektförderung ‚Regionale Identität' will der Freistaat die Menschen noch mehr für ihre bayerische Heimat und deren Vorzüge begeistern. Wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mitteilte, starten weitere Regionen mit neuen Projekten.

Mit Aschaffenburg, Neustadt a. d. Waldnaab und Rottal-Inn werden zunächst drei Landkreise mit einer ganz besonderen gewachsenen Identität mit insgesamt rund 850.000 Euro unterstützt. „Sie verdeutlichen, wie vielfältig Bayern ist und mit welch unterschiedlichen Ansätzen die Regionen noch attraktiver für ihre Bürgerinnen und Bürger werden können", erklärte Füracker.

„Mittendrin statt nur dabei"

Der Landkreis Aschaffenburg will in seinem Vorhaben „Mittendrin statt nur dabei" die regionalen Besonderheiten in drei innovativen Projekten in den Mittelpunkt stellen und wird dabei mit 276.575 Euro vom Finanz- und Heimatministerium gefördert. Der Wettbewerb „Fleur de Ville" soll die regionaltypische Gestaltung von Gärten und Grünflächen anregen und die Besonderheiten in Natur- und Kulturlandschaft im alltäglichen Umfeld betonen.

Durch das umfangreiche Kulturprogramm „AB geht's raus" wird die regionale Kulturszene vernetzt und in besonderen Formaten ins rechte Licht gerückt werden. Mit dem Projekt „Denk mal – Rad mal/Ab zu den Geschichten" wird schließlich ein neuer Radrundweg geschaffen. Dieser soll die kulturellen und gastronomischen Schätze, die landschaftlichen Reize sowie besondere „Geschichte und Geschichten" des Landkreises in analoger und digitaler Form ganzheitlich erlebbar machen.

Der Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab setzt auf ein neues, modernes Vermarktungskonzept für regionale Produkte aus der gesamten Nordoberpfalz, um die hohe Qualität von Produkten aus Direktvermarktung künftig noch gezielter ins Bewusstsein zu bringen. Ebenso wird das Regionalmagazin „Gern.Land!" komplett überarbeitet und um außergewöhnliche Lebensgeschichten, Ereignisse, Orte und „Gesichter" des Landkreises erweitert. Die hervorragende ländliche Lebensqualität zusammen mit einem starken Wir-Gefühl machen Heimat lebenswert – und werden vom Finanz- und Heimatministerium mit 411.450 Euro bezuschusst.

Neue Willkommenskultur

Der Landkreis Rottal-Inn will insbesondere die Neubürger der Region mit der Gestaltung einer neuen Willkommenskultur ansprechen. Hierzu sollen Begegnungsformate zwischen Einheimischen und Zugezogenen geschaffen und dadurch die ganze Vielfalt des Landkreises sichtbar gemacht werden. Da Willkommensarbeit und das Entwickeln einer gemeinsamen regionalen Identität vor allem in den einzelnen Gemeinden stattfindet, soll das Projekt im Dialog mit vielen kommunalen Akteuren entwickelt und umgesetzt werden. Hiervon verspricht sich der Landkreis eine Stärkung der sich durch Zuzug und demographische Veränderungen stetig weiterentwickelnden regionalen Identität. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat fördert dieses Vorhaben mit rund 163.000 Euro.

„Bayerns ländlicher Raum ist eine lebens- und liebenswerte Heimat voller Kultur und Geschichte. Diese gilt es zu erhalten und zugänglich zu machen – auch im digitalen Zeitalter. Mit seinem Heimatprojekt ‚Gotik im Landkreis Rottal-Inn' will der Landkreis die dort typischen gotischen Bauwerke sowohl den Einheimischen als auch Touristen noch vielfältiger näherbringen. Das Heimatministerium unterstützt diese großartige Idee mit insgesamt 172.880 Euro", führte Füracker bei der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Michael Fahmüller in München aus. Das Projekt stärke das Heimatbewusstsein der Menschen, werte die Region auf und zeige, wie Kulturvermittlung und -tourismus im digitalen Zeitalter funktionieren.

Auch digital das kulturelle Erbe der Heimat bewahren

Auf Basis eines Bildungs- und Tourismuskonzeptes und der vor Ort bereits bestehenden Gotik-Touren will der Landkreis Rottal-Inn alle relevanten heimischen Kirchen, Burgen und Schlösser digital erfassen und anschließend für Einheimische und Touristen über eine Online-Plattform zeitgemäß zugänglich machen. Neben Bildern und touristischen Angaben sollen dort auch historisches Material und kulturhistorisches Wissen zu finden sein. Über fünf digitale Medienstationen, die flexibel vor Ort aufgestellt werden können, soll das Kultur- und Tourismusangebot der Region noch zusätzlich ergänzt werden.

Heimat hat viele Gesichter, eines davon sind die Trachten aus den verschiedenen Regionen des Freistaats. „Wesentlicher Bestandteil unserer Heimatpolitik ist es, das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und in bewusster Auseinandersetzung mit der Tradition immer wieder neu zu gestalten", machte Füracker mit Blick auf den Umbau und die Erweiterung des Trachtenkulturmuseums in Holzhau-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesweit einzigartiger Bodenentdeckungspfad:

„Mensch trifft Boden“

Gesunde, humusreiche Böden bilden wertvolle Lebensgrundlage

Regensburg. In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet feierte die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. (IG Boden) die Eröffnung des ersten Naturprojekts seiner Art – des Bodenentdeckungspfads mit dem Titel „Mensch trifft Boden“. Mehr als vier Jahre dauerte die Realisierung der Idee, unsere wertvolle Lebensgrundlage Boden, unsere „Mutter Erde“, näher kennen zu lernen.

Die Sensibilität und die Kenntnisse der Menschen über gesunde Luft, sauberes Wasser und gesunden Boden nehmen immer mehr zu und führen zur Erkenntnis, dass nur mit einer gesunden Umwelt unsere Lebensgrundlagen nachhaltig gesichert werden können.

Den Boden nicht wie ‚den letzten Dreck‘ behandeln

„Bei der Auseinandersetzung mit der Umweltthematik wird der Boden im Vergleich zur Luft oder zum Wasser noch viel zu wenig beachtet. Unser Bodenentdeckungspfad soll deshalb über diese wichtige Lebensgrundlage informieren, aufklären und den Boden wirklich ‚begreifen‘ lernen“, betonte Franz Rösl, Vorsitzender des Vereins IG Boden.

„Wir dürfen den Boden nicht wie ‚den letzten Dreck‘ behandeln“, betonte in diesem Zusammenhang der Projektleiter des Bodenentdeckungspfades, Ludwig Meier. Vielmehr müsse die Erde geschont, gepflegt und erhalten werden. „Der Bodenentdeckungspfad ist ein einzigartiger, wertvoller außerschulischer Lernort, da hier praxisnahe und lebensdienliche Erfahrungen mit der Natur gesammelt werden können. Er ermöglicht ein ‚Lernen mit allen Sinnen‘ und trägt dazu bei, die gerade beim Umweltschutz nicht selten gegebene Diskrepanz von Theorie und Praxis zu überwinden“, so Meier, der als ehemaliger Ministerialbeauftragter viele Jahre für die Realschulen in der Oberpfalz zuständig war.

Grundlegende Ressource

Auch die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger unterstützt diesen einzigartigen Lehrpfad. „Wir alle brauchen wieder einen achtsameren Blick auf den Boden unter unseren Füßen, damit wir den Wert dieser grundlegenden Ressource schätzen und entsprechend schützen“, so die Landrätin. Ein sparsamer Flächenverbrauch sei ebenso wie die Stärkung regionaler Kreisläufe aktiver Umwelt- und



„Mensch trifft Boden“: Einweihung des Bodenentdeckungspfads der Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. in Regensburg. Mit dabei v.l.: Landrätin Tanja Schweiger (Landkreis Regensburg), 3. Bürgermeister Ludwig Artinger (Stadt Regensburg), Vereinsvorsitzender Franz Rösl, Projektleiter Ludwig Meier und 3. Bürgermeister Franz Geiselhöringer (Pentling). ❒

Heimatschutz. „Am Bodenentdeckungspfad gefällt mir besonders, dass er zum Mitmachen anregt, Begeisterung weckt und das Thema mit viel Freude für Kinder wie Erwachsene ‚begreifbar‘ macht.“

Bildungsprojekt

Regensburgs Bürgermeister Ludwig Artinger unterstrich: „Der Boden ist eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Leider wird dies heute von vielen Menschen nicht mehr bewusst wahrgenommen. Dieser Bodenentdeckungspfad ist ein intelligent entwickeltes, zukunftsweisendes Projekt und eine hervorragende Möglichkeit zur Umweltbildung. Die besondere und einzigartige Rolle eines gesunden Bodens für alles, was das gute Leben der Menschen ermöglicht – Nahrung, Wasserregeneration sowie ein ausgeglichenes Klima – kann hier konkret greifbar werden. Ich bin mir sicher, dass dieser neue Bodenentdeckungspfad ‚Mensch trifft Boden‘ das Bewusstsein der Menschen für die Wichtigkeit eines gesunden Bodens als unverzichtbare Lebensgrundlage wieder wesentlich stärken wird. Insbesondere unsere Kinder und Jugendliche können hier begreifen, was ein gesunder Kreislauf der Natur für die eigene Zukunft bedeutet.“

Der fertiggestellte und völlig neu konzipierte Lehrpfad ist als ganzheitliches Bildungsprojekt geplant, realisiert und auch finanziert. Das Investitionsvolumen ist gut sechsstellig und wurde von namhaften Partnerunternehmen finanziell unterstützt. „Der Bodenentdeckungspfad lädt interessierte Besucher auf eine Entdeckungsreise ein, sich mit dem Boden zu beschäftigen und macht gleichzeitig deutlich, dass der Boden, der uns trägt und ernährt, die Grundlage allen Lebens ist“, so Franz Rösl.

Den Boden mit allen Sinnen erleben

Die Besucher des Lehrpfades finden ausreichend und von Fachleuten aus der Praxis und der Wissenschaft zusammengestellte Informationen und Anregungen über den Wert fruchtbarer und lebendiger Böden. Rund zwanzig Informationstafeln sowie Aktiv- und Audiostationen geben Auskunft über die Böden und die Gesundheit von Pflanzen, Tieren und Menschen. Beim entdeckenden Lernen sollen Erfahrungen mit allen Sinnen gemacht werden, also sehen, riechen, begreifen, hören und schmecken. Interessante Aktivstationen wie zum Beispiel das Wurzelfenster, der Barfußpfad oder regionale Bodenarten zum Anfassen, vermitteln besondere Eindrücke und Erkenntnisse über die Erlebniswelt Erde.

Internationales Netzwerk von Wissenschaft und Praxis

Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. mit Sitz in Regensburg bildet ein internationales Netzwerk zum Wissenstransfer unterschiedlicher Fakultäten mit dem Ziel, wieder gesunde, humusreiche Böden mit hoher Wasseraufnahme und Wasserspeicherfähigkeit aufzubauen. Der Verein versteht sich als Plattform, um altes und neues Wissen zu sammeln und es bodeninteressierten Verbrauchern, Verbänden, Institutionen, Landwirten, Tierärzten, Ärzten und Wissenschaftlern zur Verfügung zu stellen. Die Interessengemeinschaft gesunder Boden e.V. wurde 2018 mit dem Umweltpreis der Stadt Regensburg ausgezeichnet.

Weitere Informationen: www.bodenentdeckungspfad ❒

Land- und Dorfentwicklung:

Staatspreise verliehen

Kaniber zeichnet elf vorbildliche Projekte in ganz Bayern aus

Im Wettbewerb Land- und Dorfentwicklung hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber drei Staatspreise sowie acht Sonderpreise verliehen. „Alle Beispiele zeigen, dass Bürger, Kommunen und Verwaltungen bei der Entwicklung des ländlichen Raums gemeinsam und mit Ideenreichtum herausragende Erfolge erzielen“, heißt es im Gratulationsschreiben der Ministerin an die Siegergemeinden.

Der mit 8.000 Euro dotierte Staatspreis in Kategorie 1 „Umfassende Leistungen zur Stärkung des ländlichen Raums“ geht an die Dorferneuerung Bad Alexandersbad (Lkr. Wunsiedel). In der Kategorie 2 „Herausragende Leistungen in ausgewählten Themenfeldern zur Stärkung des ländlichen Raums“ erhält die Flurneuordnung Thierhaupten (Lkr. Augsburg) den mit 5.000 Euro dotierten Staatspreis für das Themenfeld „Biologische Vielfalt durch Ländliche Entwicklung“. Die Dorferneuerung und Flurneuordnung Schleching in der Gemeinde Schleching (Lkr. Traunstein) erhält den ebenfalls mit 5.000 Euro dotierten Staatspreis für das Themenfeld „Innenentwicklung zu Flächensparen und Klimaschutz“.

Die Sonderpreise in der Kategorie 1 in Höhe von jeweils 6.000 Euro gehen an die Flur- und Dorfentwicklungen Niederwinkling (Lkr. Straubing-Bogen), Gailsbach (Lkr. Regensburg) sowie Lenkersheim (Lkr. Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim). Die mit je 3.000 Euro dotierten Sonderpreise in der Kategorie 2 (Biologische Vielfalt) erhalten die Flurneuordnungen Haidlfing im Markt Wallersdorf (Lkr. Dingolfing-Landau) und Brucker Moos (Lkr. Ebersberg) sowie die Dorferneuerungen Hohenkemnath und Oberhof (Lkr. Amberg-Sulzbach). Die Sonderpreise der Kategorie 2 (Innenentwicklung zum Flächensparen und Klimaschutz) gehen mit jeweils 3.000 Euro an die Dorferneuerungen in Retzstadt im Landkreis Main-Spessart sowie die Dorferneuerung Dittenheim (Lkr. Main-Spessart).

Die Dorferneuerung Bad Alexandersbad erhielt den Staatspreis für die vorbildliche Reaktivierung und Modernisierung des Kurzentrums von Bad Alexandersbad im historischen Umfeld.

Die Flurneuordnung Thierhaupten erhält den Staatspreis für die Anlage eines einzigartigen Biotopverbunds mit unterschiedlichen Lebensraumtypen entlang des Lechs sowie für die Neuanlage artenreicher Flachlandmähwiesen und Magerrasenflächen. Weiter wurden Flächen für einen umfassenden „hundertjährlichen“ Hochwasserschutz bereitgestellt.

In der Dorferneuerung Schleching wurde erkannt, dass als wesentliche Stellschraube für die gemeindliche Entwicklung der Fokus auf die Innenentwicklung gelegt werden muss, und so wurde unter anderem der Dorfplatz als zentrale Maßnahme zur „guten Stube“ von Schleching.

Der alle zwei Jahre durchgeführte Wettbewerb ist besonders auf die Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Diesmal wurden neben den umfassenden Leistungen, die in besonderem Maße dem integrierten Ansatz entsprechen und zur Zukunftssicherung vitaler ländlicher Räume beitragen, großer Wert auf die Themen „Biologische Vielfalt“ und „Innenentwicklung zum Flächensparen und Klimaschutz“ gelegt. Zudem müssen alle Projekte dem Grundsatz einer aktiven Bürgerbeteiligung gerecht werden.

Ausführliche Informationen zum Wettbewerb und Staatspreis: www.landentwicklung.bayern.de ❒

Gesundheitsämter sind ...

(Fortsetzung von Seite 1)

hafte Bedarfe könne nur individuell vor Ort und nicht schematisch entschieden werden.

Die im weltweiten Vergleich gute Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland sei auch der konsequenten Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter zu verdanken. Diese hätten dabei in besonderem Maße auch von ihrer Einbindung in die Verwaltungen der Landkreise und Städte profitiert.

„Die Gesundheitsämter sind stark gefordert, aber sie sind nicht überfordert. Sie haben die Herausforderungen der Pandemie bisher gut bewältigt“, hob der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, hervor: „Die Ämter sind deutlich besser ausgestattet als in der öffentlichen Debatte zum Teil vermittelt wird.“

Dedy begrüßt die Hilfen des Bundes für die Gesundheitsämter in Höhe von 4 Milliarden Euro über 5 Jahre und sieht dafür wegen Corona auch deutlichen Bedarf. „Den Personalbestand der Ämter für normale Zeiten konnten wir kurzfristig durch zusätzliche Kräfte aus anderen Bereichen der Verwaltung ausweiten. Aber wir brauchen jetzt für die gesamte Dauer der Pandemie mehr Beschäftigte, um Corona weiterhin so wirksam wie möglich zu bekämpfen. Die finanziellen Zusagen des Bundes sind deshalb ein gutes Signal. Darüber hinaus brauchen wir in Deutschland mehr Ärztinnen und Ärzte. Dazu müssen die Länder rasch mehr Kapazitäten für die Medizinerausbildung schaffen. Und die Ausbildung muss stärker die Besonderheiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes berücksichtigen.“

Konsequente Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung

Die im weltweiten Vergleich gute Bewältigung der Corona-Pandemie in Deutschland ist nach Auffassung des Deutschen Städtetages auch der konsequenten Unterbrechung von Infektionsketten und Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheitsämter zu verdanken.

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, mit einem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst 4 Milliarden Euro zur Stärkung des Personals in den kommunalen Gesundheitsämtern bereitzustellen.

„Benötigt werden jetzt zügige Entscheidungen über einen effizienten Weg, wie die Bundesmittel unmittelbar und unbürokratisch bei den kommunalen Gesundheitsämtern ankommen. Dafür sollten kommunale Vertreter in die derzeit stattfindenden Bund-Länder-Gespräche einbezogen werden“, forderte Helmut Dedy abschließend. **DK**

Sparkassen als ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ter Verbandsvorsitzender wurde Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth, gewählt. Er übernimmt das Amt von Josef Pellkofer. Dritter Verbandsvorsitzender bleibt der im vergangenen Jahr neu gewählte Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Der hauptamtliche Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, wünschte den neuen Vorsitzenden eine erfolgreiche Amtszeit: „Der Start findet jetzt unter den besonderen Corona-Bedingungen statt. Die Menschen und die Wirtschaft in Bayern brauchen Unterstützung und Begleitung, um die wirtschaftlichen Folgen möglichst gut bewältigen zu können. Umso wichtiger ist es, dass die Sparkassen und ihre kommunalen Träger Hand in Hand arbeiten, um diese Auswirkungen in den bayerischen Regionen abzufedern. Es geht jetzt darum, die regionale Wirtschaftsstruktur so wirkungsvoll wie möglich zu unterstützen, damit wir alle mit möglichst wenig Wohlstandsverlusten wieder durchstarten können.“ **DK**

VerfG stärkt kommunale ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dung stärke das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen nach Art. 28 II GG vor der einseitigen Übertragung von Aufgaben, ohne dass die Mehraufwendungen erstattet werden. Art. 28 Abs. 2 GG schütze die Kommunen nicht nur vor einer (unverhältnismäßigen) Entziehung von Aufgaben, sondern auch vor einer entsprechenden Aufgabenzuweisung. Dies sei jedenfalls dann der Fall, wenn den Kommunen Tätigkeiten gegenüber dem Bürger auferlegt und sie zu deren Erfüllung verpflichtet werden.

Daneben erfasst die Vorschrift laut DStGB bundesgesetzlich angeordnete Vorgaben für die kommunale Verwaltungstätigkeit wie Informations-, Berichts- und Kontrollpflichten, die nicht nur die kommunale Organisations- und Personalhoheit, sondern wegen der damit typischerweise verbundenen Kosten auch die Finanzhoheit berühren. Zu den in Frage stehenden sozialhilferechtlichen Bildungs- und Teilhabeleistungen nach zählten etwa Kosten für Klassenfahrten, der Zuschuss zum Schulbedarf, zur Lernförderung oder auch die Mittagsverpflegung. Zuletzt waren die Mittel durch das „Starke-Familien-Gesetz“ noch einmal aufgestockt worden.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, sprach wiederum von einer „wichtigen verfassungsrechtlichen Entscheidung, die die Landkreise und Städte in ihrem Selbstverwaltungsrecht stärkt, da der Bund nicht zugleich die für die Aufgabe erforderliche Finanzierung gewähren darf“. Kinder und Jugendliche hätten keinen Nachteil. Das Bildungspaket werde weiter erbracht.

Mit der Föderalismusreform 2006 wurde es dem Bund untersagt, Aufgaben auf die Landkreise und Städte zu übertragen (Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 GG). Ziel war es, die Kommunen vor finanziellen Lasten zu schützen. Lange war jedoch unklar, wie dies im Detail zu verstehen ist. Hier habe das Bundesverfassungsgericht nun Klarheit geschaffen.

Aufgabendurchgriffsverbot

Der Deutsche Landkreistag habe sich für das Aufgabendurchgriffsverbot des Bundes stark gemacht, weil der Bund in der Vergangenheit immer wieder Aufgaben auf die Kommunen übertragen hat, ohne sie dafür finanziell ausstatten zu können. Dies sei auch beim Bildungspaket in der Sozialhilfe der Fall gewesen, so der DLT-Präsident.

„Wichtig ist uns, dass sich die Entscheidung nicht gegen die Kinder und Jugendlichen richtet. Die Regelungen bleiben bis zum 31.12.2021 in Kraft. Bis dahin muss der Bundesgesetzgeber eine Neuregelung schaffen. Sodann müssen die Länder die Aufgabe auf die Kommunen übertragen und finanzieren“, betonte Sager abschließend. **DK**

Regionale Identität ...

(Fortsetzung von Seite 3)

sen mithilfe moderner Museumspädagogik deutlich. Hierdurch könne auch Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der Trachten in Bayern nahegebracht werden. Das Projekt des Bayerischen Trachtenverbands e.V. unterstützt der Freistaat mit insgesamt 500.000 Euro.

Das Trachtenkulturzentrum Holzhausen hat in langjähriger Sammlungstätigkeit viele verschiedene bayerische Trachten zusammengetragen. Die traditionelle Kleidung stammt sowohl aus Privatbesitzen als auch von Vereinen. Insgesamt wurden bereits rund 11.000 Objekte in einer eigenen Datenbank erfasst. Nach Abschluss des Umbaus, der auch die barrierefreie Erschließung, die Erweiterung der Ausstellungsfläche und die Neukonzeption der Ausstellung umfasst, wird das Trachtenkulturmuseum die Geschichte des Trachtenwesens anhand ausgewählter regionaler Trachten aus den sieben Regierungsbezirken dokumentieren.

Erst durch das Engagement der Menschen vor Ort wird eine Heimatregion mit Leben gefüllt. „Das Projekt ‚Heimat leben und erleben im Landkreis Neumarkt i.d.OPf.‘ ist ein hervorragendes Beispiel, das mit rund 250.000 Euro unterstützt wird“, stellte der Minister bei der Übergabe des Förderbescheids an Landrat Willibald Gailler fest.

Der Landschaftspflegeverband Neumarkt i.d.OPf. e.V. will mit seinem Projekt in den nächsten drei Jahren die Attraktivität der Region aufzeigen und noch weiter steigern. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem „Regionalpark Quellenreich“. Um das Heimatbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken, sind unter anderem Regionalparkgärten als neue Angebote für die Naherholung und ein regionales Magazin geplant. Außerdem soll das beliebte Projekt zur Erfassung und Kommunikation historischer Hausnamen im Landkreis weiter ausgeweitet werden. **DK**

Neue Qualität der Zusammenarbeit

Entwicklungsministerium legt mit „BMZ 2030“ Reformkonzept vor

Die Welt ist im Umbruch. Deshalb ist aus Sicht von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller die Entwicklungspolitik mehr denn je gefragt, neue Antworten auf die Zukunftsfragen zu geben: „Mit ‚BMZ 2030‘ legen wir jetzt nach zwölf Jahren ein umfassendes Reformkonzept der deutschen Entwicklungspolitik vor, um die Maßnahmen und Mittel noch wirksamer und effizienter einzusetzen.“

Kern des Reformkonzeptes ‚BMZ 2030‘ ist eine neue Qualität der Zusammenarbeit. „Wir fordern von unseren Partnerländern noch stärker als bisher messbare Fortschritte bei guter Regierungsführung, der Einhaltung der Menschenrechte und im Kampf gegen die Korruption. Eigeninitiative ist der Schlüssel für Entwicklung. Unsere Partnerländer können und müssen selbst mehr leisten. Dazu entwickeln wir gemeinsam Reformprogramme und Schwerpunktansätze und verringern dafür viele Einzelprojekte. Länder, die besonders reformorientiert sind, unterstützen wir verstärkt mit unseren Reformpartnerschaften“, erläutert Bundesminister Müller.

Neue Antworten auf Zukunftsthemen

Mit „BMZ 2030“ werden die Themen konzentriert und dabei neue Antworten auf Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Gesundheits- und Familienpolitik, nachhaltige Lieferketten, Nutzung der Digitalisierung und des Technologietransfers sowie Stärkung von Privatinvestitionen gegeben. Wichtigstes Ziel bleibt aber nach wie vor die Überwindung von Hunger und Armut.

Mit dem Reformkonzept werden gleichzeitig die Kräfte hin zu nachhaltiger Entwicklung gebündelt. Das heißt: neue Partnerschaften zum Schutz der globalen Güter, eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Kirchen, die einen unverzichtbaren Beitrag leisten, um das Überleben der Ärmsten gerade in Krisen- und Flüchtlingsgebieten zu sichern, sowie eine engere Abstimmung mit anderen Gebern, der EU und den multilateralen Institutionen. Vor allem aber wird von den Partnern mehr gefordert. Wegen Korruption fließen jedes Jahr allein aus Afrika 50 Milliarden Dollar illegal ab. Dagegen wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch stärker angehen.

Reformkonzept

Das Reformkonzept beruht Gerd Müller zufolge auf vier Säulen:

- Unsere Partnerländer können und müssen selbst mehr leisten. Eigeninitiative ist der Schlüssel für Entwicklung. Deswegen fordern wir von unseren Partnerländern noch stärker als bisher messbare Fortschritte bei guter Regierungsführung, Einhaltung der Menschenrechte und der Korruptionsbekämpfung.
- Wir setzen mit der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Reformpartnerschaften: Wer reformiert, dem bieten wir eine vertiefte Partnerschaft und zusätzliche finanzielle Unterstützung an. Diese Reformpartnerschaften werden wir weiter ausbauen.
- Die dritte Säule sind private Investitionen, denn Beschäftigung schafft vor allem die Wirtschaft. Wir werden gezielt Privatinvestitionen, insbesondere von Mittelständlern, in Entwicklungsländern fördern. Dazu bauen wir unter anderem unseren Entwicklungsinvestitionsfonds aus.
- Fairer Handel muss ermöglicht werden. Damit lösen wir die größten Entwicklungssprünge aus. Deswegen setzen wir uns dafür ein, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten und in allen EU-Freihandelsabkommen zu verankern und durchzusetzen.

17 Ziele der Agenda 2030

Wichtigstes Ziel bleibt die Überwindung von Hunger und Armut und die Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Dazu wird die Zusammenarbeit mit den Partnerländern verstärkt. Gleichzeitig werden Themen konzentriert und dabei neue Schwerpunkte zur Umsetzung der Agenda 2030 gesetzt. Dazu wurden fünf „Kernthemen“ und zehn „Initiativthemen“ festgelegt.

Zu den Kernthemen zählen Friedenssicherung, Ernährungssicherung, Ausbildung und nachhaltiges Wachstum, Klima und Energie sowie Umwelt und natürliche Ressourcen. Zudem wird das BMZ seine Maßnahmen im Gesundheitsbereich erweitern. Zu den Initiativthemen gehören unter anderem Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung, nachhaltige Lieferketten sowie Digitalisierung. Den wichtigen Bereich der Gesundheit von Mensch und Tier baut das Ministerium mit einer eigenen Einheit Global Health/ One Health aus.

Um die neuen Themen so wirksam wie möglich um setzen zu können, werden umfassendere Reformprogramme und Schwerpunktansätze entwickelt und dafür viele Einzelprojekte verringert. Zudem wird intern ein neues integriertes Planungsverfahren gestartet. So wird mit dem Reformkonzept „BMZ 2030“ insgesamt mehr Kohärenz und Effizienz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen.

In den vergangenen zwölf Jahren hat sich die Welt stark geändert. Da die bisherigen Ländereinteilungen dies nicht mehr abbilden, werden mit „BMZ 2030“ jetzt neue Partnerschaftskategorien eingeführt. Damit kann Deutschland strategischer mit Partnern zum Schutz globaler Güter zusammenarbeiten oder in Krisensituationen wirksam, schnell und flexibel unterstützen.

Partnerschaftskategorien

Die neuen Partnerschaftskategorien sind in bilaterale Partnerschaften, globale Partnerschaften sowie Nexus- und Friedenspartnerschaften unterteilt. Mit den bilateralen Partnerländern verfolgt das BMZ langfristig gemeinsame Entwicklungsziele. Dazu werden alle entwicklungspolitischen Instrumente eingesetzt. Bei den bilateralen Partnern gibt es zwei besondere Formen, nämlich Reformpartnerschaften (besonders reformorientierte Länder wie Äthiopien, Côte d’Ivoire, Ghana, Marokko, Senegal, Tunesien werden noch stärker unterstützt, unter anderem mit dem neuen Instrument der Reformfinanzierung) und Transformationspartnerschaften. Damit werden gezielt die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in der EU-Nachbarschaft (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Serbien, Ukraine) gefördert.

Mit den globalen Partnerschaften (Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Peru, Südafrika, Vietnam, China) arbeitet das BMZ strategisch an der Lösung globaler Zukunftsfragen und dem Schutz globaler Güter wie dem Umwelt- und dem Klimaschutz. Dabei liegt der Fokus grundsätzlich auf Krediten und der Hebelung zusätzlicher Marktmittel.

Im Rahmen von Nexus- und Friedenspartnerschaften wird Menschen in Krisen- und Flüchtlingsregionen (Irak, Jemen, DR Kongo, Libyen, Somalia, Südsudan, Syrien, Tschad, Zentralafrikanische Republik) verstärkt geholfen. Dazu werden vor allem flexible Instrumente wie die Sonderinitiative „Flucht“ eingesetzt und verstärkt internationale Hilfsorganisationen unterstützt. Die neuen Partnerschaftskategorien sind durchlässig. So können beispielsweise Nexus- und Friedenspartner zu bilateralen Partnern werden.

Um die Zukunftsthemen so wirksam wie möglich umzusetzen, wird die direkte staatliche Zusammenarbeit mit den bilateralen Partnern umgesteuert. Einige Länder haben sich erfreulicherweise so entwickelt, dass sie die direkte Unterstützung nicht mehr benötigen. Andere zeigen keine Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen. Deswegen verringert das BMZ die Zahl der Partnerländer, mit denen direkt staatlich zusammengearbeitet wird, von 85 auf jetzt 60. Wichtig ist: Mit keinem Land wird die Zusammenarbeit beendet, sondern lediglich die Form der Zusammenarbeit verändert. „In Ländern, in denen wir nicht mehr direkt staatlich zusammenarbeiten, stärken wir die Arbeit der Kirchen und der Zivilgesellschaft sowie der EU und multilateraler Institutionen und fördern Investitionen der Privatwirtschaft. Und Menschen, die von Hunger und Not bedroht sind, werden wir in allen Ländern weiterhin unterstützen“, heißt es in dem Reformpapier.

Neuartige Gefahren

Wie Bundesminister Müller abschließend betont, zeige auch die Corona-Krise, „dass unser Leben, unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze im Zeitalter des weltweiten Warenaustauschs und Reiseverkehrs massiv mit neuartigen und unberechenbaren Gefahren konfrontiert sind. Die Auswirkungen stellen nicht nur uns vor dramatische Herausforderungen: Am schlimmsten sind die ärmsten Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern betroffen.“

Man könne jetzt nicht einfach zur Normalität der Globalisierung zurückkehren, sondern müsse auch aus der Corona-Krise heraus mit Blick auf die Megatrends unserer Zeit umdenken und neue Wege gehen – „bei unserer Art zu wirtschaften, beim Engagement gegen Klimawandel und Verlust von Wäldern und Biodiversität sowie beim weltweiten Bevölkerungswachstum“. **DK**

IHK-Netzwerkbüro Afrika gestartet

Das neue IHK-Netzwerkbüro Afrika (INA) berät ab sofort kleine und mittlere Unternehmen, die auf dem afrikanischen Markt Fuß fassen wollen. Das BMWi fördert das Beratungsangebot mit 2,2 Millionen Euro.

Künftig unterstützt INA als Erstberatung zur Außenwirtschaftsförderung deutsche KMU bei der Erschließung afrikanischer Märkte. INA nutzt das etablierte Netz des DIHK, der Industrie- und Handelskammern (IHKs) und der Auslandshandelskammern (AHKs) und stellt gezielt Kontakte zu Afrika-Experten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung her. Auf dieser Basis berät das Projektteam KMU zu ihren Marktchancen in Afrika, unterstützt sie beim Markteintritt und informiert zu Fördermöglichkeiten sowie Ansprechpartnern im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. ❐

Kleinbauern im globalen Süden

Während des Internationalen Tags des Fairen Handels (World Fair Trade Day) am 9. Mai machte die Fair-Handels-Bewegung auf ihre Vision einer gerechteren Welt sowie eines Handels zum Wohle von Menschen und Umwelt aufmerksam. Seit einien Monaten zählt auch der Landkreis Neu-Ulm zu dieser Organisation.

In den Herkunftsländern fair gehandelter Waren – das sind circa 70 Staaten auf der Erde – trifft das neuartige Coronavirus auf fragile Gesundheitssysteme sowie zugleich auf eine exportabhängige Wirtschaft und eine fehlende soziale Absicherung. Fairtrade ruft deshalb dazu auf, auch in Zeiten der Krise faire Produkte zu konsumieren und so Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Arbeitende im globalen Süden zu unterstützen.

Fair-trade-Standards

Bei Fairtrade erhält die Produzentenorganisation beispielsweise eine Kaffee-Kooperative den Preis für ihr Produkt dann, wenn sie ihre Ware an den nächsten Akteur in der Lieferkette verkauft. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um einen Exporteur. Die Organisation bekommt mindestens den in den Fair-trade-Standards festgelegten Mindestpreis. Er soll die Kosten einer nachhaltigen Produktion decken und dient als Sicherheitsnetz gegen die schwankenden Weltmarktpreise.

Fairtrade ist auch über den An- und Verkauf von Fairtrade-Produkten hinaus aktiv und unterstützt Bauern und Arbeitskräfte: beispielsweise bei der Bekämpfung von ausbeuterischer Kinder- und Zwangsarbeit, der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, dem Zugang zu tragbaren Finanzierungsoptionen und der Wahrnehmung ihrer Rechte.

„Interessierte aus Einzelhandel oder Gastronomie können sich gerne bei uns im Landratsamt melden“, fordert Landrat Thorsten Freudenberger auf. „Dann können die Voraussetzungen als Fairtrade-Partner des Fairtrade-Kreises Neu-Ulm geprüft werden“. Einen guten Überblick über Fairtrade-zertifizierte Produkte, die Handels- oder Gastronomiebetriebe in ihr Sortiment aufnehmen können, bietet zum Beispiel der Produkt-Finder unter: www.fairtrade-deutschland.de/einkaufen.

Das tut der Fairtrade-Kreis Neu-Ulm bislang:

- Fairtrade-Städte sind: Illertissen, Neu-Ulm, Senden und Weißenhorn. Weitere Kommunen machen sich bereits auf den Weg, wie zum Beispiel Nersingen.
- Eine Steuerungsgruppe, koordiniert die fairen Aktionen.
- Der Fairtrade-Kreis Neu-Ulm hat 43 Fairtrade-Partner aus dem Einzelhandel und 15 aus der Gastronomie. Dazu gehören außerdem sechs Fairtrade-Schulen, fünf kirchliche Einrichtungen und vier Vereine als Fairtrade-Partner.
- Fairtrade-Aktivitäten laufen unter dem Motto: „lokal fairnetzt – global gerecht“.
- Im Landratsamt Neu-Ulm wird unter anderem Kaffee aus fairem Handel ausgeschenkt, auch bei allen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse.
- Wenn möglich, werden in der Beschaffung auch Fairtrade-Produkte einbezogen, etwa als Give-aways, so zum Beispiel Fairtrade-Gemüsebeutel beim Stadtradeln.
- Es gab bereits eine Kaffeeblindverkostung während der Weihnachtsfeier des Landratsamtes. Unterstützt wurde das Landratsamt bei der Aktion von Studierenden der Hochschule Neu-Ulm. Vier verschiedene Kaffeemarken konnten in einer Blindverkostung getestet und bewertet werden. Erfreulicherweise hat ein Fairtrade-Kaffee am besten abgeschnitten.
- Im Foyer des Landratsamtes wurde die von der Stadt Langenau konzipierte Fairtrade-Ausstellung „Wie fair sind wir?“ gezeigt.
- Nächster Schritt soll ein digitaler Fair-Führer auf der Homepage des Landkreises sein.

Ansprechpartner für den Fairtrade-Kreis Neu-Ulm ist Klimaschutzmanager Florian Drollinger als Sprecher der Fairtrade-Steuerungsgruppe. ❐



Studie zur Europäischen Bankeinlagensicherung:

DSGV widerspricht DIW-Ökonomen

Laut einer aktuellen Studie von Ökonomen der Abteilungen Konjunkturpolitik und Makroökonomie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) fehlt der europäischen Bankenunion bisher die dritte Säule, sprich ein gemeinsamer Sicherungsfonds für die Einlagen von Sparern bei Banken. Im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland bringe dies möglicherweise große Nachteile mit sich. Grundsätzlich anderer Meinung ist der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), Helmut Schleweis: Eine Zentralisierung von Einlagensicherungen in der EU könnte aus seiner Sicht „das Vertrauen in die langjährig bewährten deutschen Sicherungssysteme untergraben und damit kontraproduktiv wirken".

„Sollte es durch eine Insolvenzwelle bei Unternehmen zu Kreditausfällen in größerem Ausmaß kommen, wäre die nationale Einlagensicherung möglicherweise bald überfordert", heißt es in der DIW-Studie. Selbst wenn dann der Fiskus einspränge und alle Einlagen sichern würde, wäre eine europäische Einlagensicherung (EDIS) im untersuchten Szenario im Vergleich die bessere Variante: Mit ihr würde der private Konsum um 20 Prozent weniger und die Kreditvergabe um rund zehn Prozent weniger stark sinken als im Fall einer staatlichen Rettung, die zudem die Staatsverschuldung in die Höhe treibt.

In ihrer Studie haben die Autoren diesem EDIS-Kompromissvorschlag zwei weitere Szenarien gegenübergestellt: In einem ohne EDIS würde der jeweilige Staat einspringen und die Bankeinlagen retten, wenn die entsprechenden nationalen Einlagensicherungsfonds erschöpft sind. In einem weiteren Szenario gibt es gar keine Absicherung über die nationalen Fonds hinaus – weder vom Staat noch durch ein europäisches System. Für diese drei Szenarien wurden die Auswirkungen von Kredit- und Einlagenausfällen in Höhe von – in Anlehnung an jüngste Schätzungen – insgesamt sechs Prozent über ein Jahr, die infolge einer Insolvenzwelle bei Unternehmen entstehen, berechnet. Unter die Lupe wurden dabei diverse makroökonomische Kennzahlen, etwa das Bruttoinlandsprodukt, den Konsum der privaten Haushalte, die Kreditvergabe und die Staatsverschuldung, genommen.

Markanter Effekt bei der Staatsschuldenquote

Das Ergebnis: Im Szenario mit europäischer Einlagensicherung sinkt der private Konsum zwar ebenfalls, aber um 20 Prozent weniger stark als im Fall, in dem der Staat einspringt. Im Vergleich zum Zeitpunkt vor den Kredit- und Einlagenausfällen entspricht die Konsumreduktion infolge des höheren Ausfallrisikos demnach 0,4 statt 0,5 Prozent. Der Rückgang der Kreditvergabe an Unternehmen kann mit EDIS um immerhin zehn Prozent gedämpft werden und entspricht etwa 1,2 Prozent.

Ein markanter Effekt, so die Untersuchung, zeige sich bei der Staatsschuldenquote: Im Falle einer Rettung durch den Fiskus steigt diese im Vorkrisenvergleich um bis zu zwei Prozent, während sie bei einer Absicherung durch die europäische Einlagensicherung kurzfristig sogar sinkt. Stets die schlechteste aller Möglichkeiten sei, die Sparer im Stich zu lassen – in diesem Szenario, wenn weder der Staat noch EDIS einspringen, seien die Kosten am höchsten.

Szenarien müssen hinterfragt werden

„Die Publikation unterscheidet nicht zwischen Stundungen, tatsächlichen Kreditausfällen und erforderlichen Abschreibungen", machte DSGV-Präsident Schleweis deutlich. Zudem würden die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung und anderer staatlicher Stellen zur Unterstützung der Realwirtschaft nicht hinreichend berücksichtigt. Diese trügen dazu bei, dass Kreditnehmer ihre Kredite nach der Phase der Stundung wieder bedienen können.

Grundsätzlich seien die Annahmen der Studie zu hinterfragen: „In allen Szenarien werden die höheren Risiken für die Bürger, die mit einer zentralen Einlagensicherung einhergehen, nicht berücksichtigt. Unverständlich ist, warum die DIW-Studie auf eine Studie von Gropp (IWH – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle) Bezug nimmt, welche mögliche Insolvenzen nicht wissenschaftlich abgeleitet hatte, und dies unkritisch nachvollzieht. Insgesamt ist in dem anlaufenden Erholungsprozess derzeit die Entwicklung möglicher Insolvenzen nicht seriös darstellbar. Alle Wirtschaftsforschungen erwarten in 2021 ein vergleichsweise kräftiges Wachstum im gesamten Euroraum. Insofern sollten seriöse Institute jetzt nicht voreilig Panik verbreiten", unterstrich Schleweis.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen machen aus seiner Sicht nicht an nationalen Grenzen halt. Alle Volkswirtschaften in Europa und darüber hinaus spürten die Folgen der Pandemie. Sogenannten symmetrischen Schocks mit einer Vergemeinschaftung von Sicherungssystemen zu begegnen, sei nicht zielführend. Vielmehr sei die Solidarität zwischen EU-Mitgliedstaaten, wie sie über einen gestärkten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), den EU-Haushalt und den EU-Wiederaufbaufonds organisiert werden, der richtige Weg, um betroffenen EU-Mitgliedstaaten zu helfen.

Handhabung von Bankinsolvenzen auf europäischer Ebene

Mit dem europäischen Abwicklungsmechanismus – der Abwicklungsbehörde und dem inzwischen substanziell gefüllten Abwicklungsfonds – gebe es bereits heute ein Instrumentarium, um Bankinsolvenzen auf europäischer Ebene zu handhaben. Die Einlagensicherung sei über eine entsprechende EU-Richtlinie bereits seit Jahren europaweit harmonisiert. Schleweis: „Die Bundesregierung hat sehr früh deutlich gemacht, dass ein substanzieller Risikoabbau eine der Voraussetzungen für Gespräche über weitere Risikoteilung in Europa ist. Angesichts der Pandemie und ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkungen rückt dies in weite Ferne." Zudem dürfe bei allen Überlegungen die Eigenständigkeit und Funktionsfähigkeit der bestehenden Institutssicherungssysteme in Deutschland nicht zur Disposition stehen.

Das DIW selbst hatte im Mai 2020 in seiner Studie über makroökonomische Effekte vor den Belastungen der Kreditwirtschaft bei einem zentralen EDIS (European Deposit Insurance System) gewarnt. **DK**



Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Neue Beteiligungsmodelle und Überbrückungshilfen

Mit den neuen Beteiligungsangeboten des Freistaats können Start-ups und Mittelständler nunmehr ihr Eigenkapital stärken. Die Corona-Krise erschwert ihnen laut Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger den Zugang zu Beteiligungskapital, denn private Geldgeber seien verunsichert und zurückhaltend. „Gerade jetzt kann es für ein Unternehmen existenziell sein, die eigene Kapitalausstattung zu erhöhen. Hier setzen wir mit den neu aufgelegten Beteiligungsangeboten an."

Das Angebot orientiert sich an der jeweiligen Unternehmenssituation und wird in zwei Teilprogrammen ausgereicht: Der Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern richtet sich an traditionelle mittelständische Unternehmen mit einem Gruppenumsatz von maximal 75 Millionen Euro. Der Startup Shield Bayern ist für technologieorientierte und innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen gedacht.

Tiefgreifende Transformation

Aiwanger zufolge befindet sich Bayerns Wirtschaft mitten in einer tiefgreifenden Transformation. Jetzt sei Unternehmergeist gefragt. An Ideen mangle es den bayerischen Start-ups und Mittelständlern nicht. „Wir geben mit den neuen Beteiligungsprogrammen den Unternehmen nun zusätzlichen finanziellen Spielraum, um neue Geschäftsmodelle, Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln."

Zentrale Anlaufstelle ist immer die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG). Hier können die Unternehmen seit Anfang August einen Antrag stellen. Zu den Voraussetzungen gehört, dass sich der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit in Bayern befindet oder mindestens 50 Prozent der Beschäftigten im Freistaat arbeiten. Je nach Bedarf ist ein Volumen zwischen 100.000 und 800.000 Euro möglich. Diese Mittel können für Investitionen und für laufende Kosten wie Miete, Gehälter und Warenlager verwendet werden. Ausgereicht werden die Mittel über die BayBG und Bayern Kapital.

Anpassungen vom Bund fordert Bayerns Wirtschaftsminister dagegen bei der Überbrückungshilfe Corona. Die Verlängerung der Überbrückungshilfe von September bis Jahresende ist aus seiner Sicht zwar ein wichtiges Signal an die betroffene Wirtschaft. Es sei aber nötig, die bisherigen strengen Regelungen im Sinne der Unternehmen zu lockern, damit mehr Betriebe in den Genuss von staatlicher Hilfe kommen als derzeit.

Bund muss nachbessern

Bundesweit liegen aktuell (Stand: 27. August) erst rund 45.000 Anträge vor, davon knapp 8.000 aus Bayern, die durchschnittliche Entschädigung pro Antrag liegt bei insgesamt 20.500 Euro für die Monate Juni, Juli, August. Die Zugangsvoraussetzung mit einem Umsatzeinbruch von 60 % oder mehr in den Monaten April und Mai im Vergleich zum Vorjahr ist nach Aiwangers Auffassung zu streng und unflexibel, hier müsse der Bund nachbessern. „Auch die Erstattungen für die Fixkosten von 40, 50 oder 80 % je nach monatlichem Umsatzeinbruch sollten nach oben hin angepasst werden, da einige Branchen wie Messebauer, Schausteller oder Reisebüros sonst in die Insolvenz marschieren. Das wollen wir vermeiden."

Bayern ist das Bundesland, in dem die Überbrückungshilfe des Bundes am schnellsten bearbeitet wird. 18 Prozent der bundesweit gestellten Anträge, aber 33 Prozent der bundesweit bewilligten Anträge kommen aus dem Freistaat. Die Bewilligung erfolgt über die IHK für München und Oberbayern, Antragstellung ausschließlich über Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Rechtsanwälte. **DK**

Start des BayernFonds

Aiwanger: „Ein wichtiger Baustein, um Bayerns Wirtschaft zu stabilisieren"

Die EU-Kommission hat grünes Licht für unseren BayernFonds gegeben. „Das ist ein wichtiger Schritt um die bayerische Wirtschaft in der Krise zu unterstützen", betonten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen einer Pressekonferenz in München.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der BayernFonds wird ein wichtiger Baustein, um die bayerische Wirtschaft zu stabilisieren. Wir lassen es nicht zu, dass eigentlich erfolgreich wirtschaftende Mittelständler von Corona in die Knie gezwungen werden. Mit dem BayernFonds eröffnen wir den Unternehmen deshalb den Weg zu frischem Kapital. Dieser zusätzliche finanzielle Spielraum ist dringend notwendig und verschafft den Betrieben Luft in der Krise. Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze abzusichern und das unternehmerische Know-How in Bayern zu halten. Dadurch reduzieren wir die Auswirkungen der Coronakrise auf die Wirtschaft. Der BayernFonds ist dafür das richtige Instrument zum richtigen Zeitpunkt."

Finanzminister Füracker: „Die positive Entscheidung der EU-Kommission ist eine sehr gute Nachricht für unsere Unternehmen in Bayern. Eine große Hürde ist genommen und wir stehen bereit, besonders von der Krise betroffene Betriebe mit dem neuen, schlagkräftigen Instrument des BayernFonds zu unterstützen. Der Fonds ermöglicht direkte Unternehmensbeteiligungen und stellt Garantien für bayerische Betriebe. Er umfasst insgesamt 46 Milliarden Euro. Ein Stabilisierungsprogramm in dieser Größenordnung ist einmalig und nur der Wirtschaftsstärke des Freistaates und vor allem auch der soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre zu verdanken. Der Fonds ist ein weiterer zentraler Meilenstein unseres Corona-Rettungspakets für die bayerische Wirtschaft."

Genehmigung der EU-Kommission

Mit der Genehmigung der EU-Kommission ist ein entscheidender Zwischenschritt geschafft. Nach der abschließenden Zustimmung durch die Kontrollkommission des Bayerischen Landtags, kann der BayernFonds als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Pandemie-Folgen eingesetzt werden.

Aiwanger und Füracker dankten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschafts- und Finanzministerium, die den BayernFonds in Rekordzeit ausgearbeitet und auf den Weg gebracht haben. Als erstes Bundesland hat Bayern bereits Ende März den Fonds als Schutzschirm für die bayerische Wirtschaft aufgelegt und hat nun auch die Brüsseler Genehmigung für ein derartiges Hilfsprogramm vor allen anderen Bundesländern erhalten. Der Fonds kann sich direkt an Firmen beteiligen (insgesamt bis zu 20 Mrd. Euro) und Garantien übernehmen (insgesamt bis zu 26 Mrd. Euro). Das besondere Augenmerk des BayernFonds gilt mittelständischen Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort Bayern von Bedeutung sind.

Der BayernFonds soll die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf jene Unternehmen der Realwirtschaft abmildern, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische oder wirtschaftliche Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt in Bayern hätte. Die Einsatzfähigkeit des BayernFonds kommt dabei zum richtigen Zeitpunkt: Die massiven Folgen der Corona-Pandemie bekommt die bayerische Wirtschaft nach wie vor deutlich zu spüren. Daher ist es umso wichtiger, dass der BayernFonds die bayerischen Unternehmen unterstützen kann. ❐

Bankenregulierung fit machen

Verbände der bayerischen Real- und Finanzwirtschaft unterzeichnen gemeinsames Positionspapier

Die IHK für München und Oberbayern, die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammer sowie der Bayerische Bankenverband, der Sparkassenverband und der GVB unterzeichneten das gemeinsame Positionspapier „Neustart der Wirtschaft unterstützen – Bankenregulierung fit machen". Darin unterstützen bayerische Vertreter der Finanz- und Realwirtschaft die Forderung des Genossenschaftsverbands Bayern nach einer Überprüfung der Bankregulierung im Zuge der Corona-Pandemie.

Nach Auffassung der Verbände habe sich in der Pandemie gezeigt, dass die Regulierung für Finanzinstitute prozyklisch wirke und dadurch die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen erschwere. Um die Wirtschaft zu unterstützen, sei ein Umdenken bei der Regulierung nötig. Wichtig sei insbesondere, dass kleinere Banken entlastet würden. Auf den Prüfstand gehörten zudem Vorgaben, die in den kommenden Monaten die Finanzierung der Realwirtschaft beschränken, wie beispielsweise die finalen Basel-III Regeln.

Wie es im Papier heißt, „sollte man aus der Corona-Krise jetzt Lehren ziehen und überprüfen, was sich in der Regulierung bewährt hat, welche ad-hoc getroffenen Krisenmaßnahmen dauerhaft fortgeführt werden sollten und auf welche Regelungen verzichtet werden kann". Um dem Finanzierungsbedarf der Realwirtschaft während und nach der Corona-Krise dauerhaft gerecht zu werden, brauche es einen regulatorischen Rahmen, der dies zulässt.

Orientierungshilfen

Als Orientierung dienen folgende Leitplanken:

- **Finanzierung der Realwirtschaft sicherstellen.** Stärkere Proportionalität bei aufsichtlichen Vorgaben im Kreditgeschäft, Erleichterung bei Sanierungskrediten, Anpassung finaler Basel III-Vorgaben, um die Kreditvergabe zu stützen, Berücksichtigung staatlicher Hilfskredite bei Eigenkapitalunterlegung.
- **Proportionalität in der Regulierung stärken.** Entlastung kleiner und mittlerer Kreditinstitute bei bürokratischen Melde-, Offenlegungs- und Berichtspflichten.
- **Deutsches Goldplating vermeiden und praxisnahe Umsetzung ermöglichen.** Die Corona-Krise habe gezeigt, dass die Vorgaben zum Wertpapiergeschäft zu bürokratisch sind. Insbesondere in Krisenzeiten habe das die Beratung und Abwicklung von Wertpapiergeschäften über Internet und Telefon erschwert bzw. stark eingeschränkt. Die Vorschriften sollten daher dauerhaft entbürokratisiert werden.

So könnte die Pflicht zur Aufzeichnung telefonischer Wertpapierdienstleistungen auf Wunsch des Kunden ausgesetzt werden. Zudem wäre es hilfreich, Erleichterungen auch bei der Zusendung von Ex-ante Kosteninformationen und Produktinformationen zu schaffen oder den Kunden zumindest den Verzicht darauf zu ermöglichen. Eine Ausnahme von Aktien und einfacher Anleihen aus den strengen Zielmarktbestimmungen der MiFID, würde zudem die Beratung und Anlage dieser Produkte erleichtern.

Aufgrund der Ausgangssperren in der Corona-Krise hat der Abschluss von Bankgeschäften, die digital und per Telefon getätigt werden („Fernabsatz"), zugenommen. Dabei stoßen Banken laut Positionspapier aber auf regulatorische Hürden, die eine unkomplizierte Bearbeitung verhindern. Um Bankgeschäfte außerhalb der Filiale zu erleichtern, sollte der Abschluss von Verbraucherdarlehensverträgen künftig nicht mehr in Schriftform, sondern auch in Textform möglich sein. Zusätzliche Informationspflichten im Fernabsatzgeschäft sollten reduziert oder ganz abgeschafft werden. Verbraucher würden durch den gesetzlich garantierten Widerruf sowie die unabhängig vom Vertriebsweg geltenden Pflichtinformationen, insbesondere bei Verbraucherkrediten oder Wertpapiergeschäften, geschützt.

„In der Corona-Krise hat die Aufsicht die strenge Trennung zwischen Bankmitarbeitern im Markt und in der Marktfolge gelockert. Diese Regelung hat sich bewährt", heißt es weiter. In der Krise konnten die Institute ihre Mitarbeiter nach Bedarf einteilen und verstärkt in der Kundenberatung einsetzen. Eine Lockerungsklausel für Stressphasen, eventuell verbunden mit einer Meldung an die BaFin, sollte künftig fest im Aufsichtsrecht verankert werden, um auf einen geänderten Kundenbedarf reagieren zu können.

Goldplating

Bei der Umsetzung europäischer Vorschriften gehen der deutsche Gesetzgeber und die Aufsicht oftmals über das von der EU geforderte Maß hinaus. Dieses Goldplating belaste die deutsche Kreditwirtschaft und schwäche die Möglichkeiten zur Kreditvergabe. Jüngstes Beispiel hierfür sei der Referentenentwurf für ein Risikoreduzierungsgesetz, der zahlreiche Vorgaben enthält, die nicht im EU-Bankenpaket begründet sind. Beispiele seien neue Anzeigepflichten bei der Bestellung von Geschäftsführern oder striktere Vorgaben an die Eigenkapitalpuffer.

Um Goldplating zu vermeiden, sollten europäische Vorschriften noch konsequenter als bisher nur 1:1 durch den nationalen Gesetzgeber umgesetzt werden. Das Risikoreduzierungsgesetz sollte sich auf die Umsetzung des EU-Bankenpakets beschränken.

In der Corona-Krise wurden die Fristen zur Umsetzung neuer bankaufsichtlicher Vorgaben verlängert. Die Verlängerung war ein wichtiger Schritt, um Banken kurzfristig zu entlasten. Denn oftmals seien neue Gesetzesvorschriften, Rundschreiben, Allgemeinverfügungen sofort anzuwenden oder hätten nur kurze Umsetzungsfristen, betonen die Unterzeichner.

Runder Tisch und „Fitness Check"

Im Anschluss an die Krise sollten Aufsicht und Gesetzgeber den Banken grundsätzlich mehr Zeit für die Umsetzung – insbesondere bei technisch aufwendigen Anforderungen – gewähren. Das würde die Institute deutlich entlasten und Ressourcen für die Kreditbearbeitung und Kundenbetreuung freisetzen. Praxischecks mit den Betroffenen, bei denen neue Vorgaben vor der Umsetzung getestet werden, könnten zudem helfen, den zeitlichen und administrativen Aufwand neuer Maßnahmen seriös abzuschätzen. Die vielfach durchgeführten Folgen- und Kostenabschätzungen würden diesem Anspruch nicht gerecht. Praxischecks sollten daher standardmäßig in jedes Gesetzgebungsverfahren integriert werden.

Im ersten Schritt sollte nach dem Vorbild der EU-Kommission ein Runder Tisch zwischen Vertretern der Politik, Aufsicht und Kreditinstituten durchgeführt werden, der durch einen „Fitness Check" der regulatorischen Vorgaben ergänzt wird. Beispiele zeigten, wo Corona-bedingt Lehren gezogen und Bankenregulierung ganz umfassend auf ihre Praxistauglichkeit untersucht werden sollte. **DK**

Halbjahreszahlen der Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Stabilisator in Krisenzeiten

Mit durchweg positiven Halbjahreszahlen kann die Sparkasse Niederbayern-Mitte aufwarten. Wie Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier bei einer Pressekonferenz in Straubing mitteilte, hätten die Sparkassen insgesamt die Corona-Krise ordentlich gemeistert. Die Sparkasse Niederbayern-Mitte sei sogar ein Stabilisator in Krisenzeiten und ein stabiler Fels in der Brandung.

Da die Zinssituation die Sparkassen aktuell sogar stärker belaste als die Corona-Pandemie, sei das Kreditgeschäft umso wichtiger, betonte Strohmaier, der auch Bundesobmann der deutschen Sparkassen ist. Ein Kreditvolumen von über 3,4 Millionen Euro und ein Kreditwachstum von bereits 3,6 % zum Halbjahr zeigten, dass die Sparkasse trotz Corona-Modus die Kreditversorgung der Region uneingeschränkt aufrechterhält. Auch das ungebrochene Einlagenwachstum auf einen aktuellen Bestand von 3,4 Millionen Euro beweise das große Vertrauen der Kunden.

Stark im Kundengeschäft

Mit ihrer hohen Beratungsleistung ist die Sparkasse stark im Kundengeschäft. Für die Zukunftsfähigkeit sei aber vor allem auch die Betrachtung des Risikos und der Wirtschaftlichkeit von großer Bedeutung, führte der Vorstandsvorsitzende aus. Die Sparkasse Niederbayern-Mitte führt aktuell die Liste der erfolgreichsten Sparkassen in Bayern an und erst kürzlich wurde die günstigste von fünf möglichen Risikoklassen zertifiziert.

Insgesamt haben die deutschen Sparkassen KfW-Hilfskredite mit einer Gesamtsumme von 7,6 Milliarden Euro ausgereicht. Zwei weitere Milliarden stehen als offene Zusagen in den Büchern. Damit haben die Sparkassen deutlich mehr Kredite ausgereicht als alle anderen Bankengruppen in Deutschland, erklärte Strohmaier.

Bemerkenswert sei auch der Vergleich mit den 70.000 Anträgen auf Kreditstundungen von Privatkunden, die die Deutsche Bank kürzlich veröffentlichte. Im Vergleich zu rund 190.000 Privatkunden-Stundungen und weiteren 177.000 Tilgungsaussetzungen bei Gewerbekunden lasse sich mit Fug und Recht von einem Löwenanteil der Sparkassen in der Corona-Krise sprechen. Etwa 41 Prozent aller Fördermittel und Kreditstundungen in der Corona-Krise seien über die deutschen Sparkassen vermittelt worden.

Strategische Themen vorantreiben

Laut Strohmaier „ist die Sparkassen-Finanzgruppe krisenresistent und hat eine wichtige stabilisierende Funktion für die gesamte deutsche Volkswirtschaft". Um weiterhin diese Stabilität auf Dauer aufrechterhalten zu können, sei es jedoch wichtig, wieder schnellstmöglich in den „Vorkrisenmodus" zu gelangen und vor allem die in der Sparkassenorganisation diskutierten strategischen Themen wie ein bundesweites Sparkassenspitzeninstitut und die generelle Konsolidierung in der Branche voranzutreiben.

Gerade die aktuelle Situation mit negativen wirtschaftlichen Folgen zeige einmal mehr, dass die Sparkassen vor allem auch innerhalb ihrer Verbundorganisation insgesamt nur Risiken eingehen dürfen, die sie sich im Extremfall auch leisten können. Auch müssten kostspielige Doppel- und Mehrfacharbeiten innerhalb der Gruppe reduziert bzw. am besten ganz vermieden werden.

Um langfristig krisenfest zu bleiben, sei es deshalb notwendig, mit den aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten und täglich Chancen und Risiken sowie die permanente Betrachtung der Kosten und Erträge auszubalancieren. Im Vordergrund müsse stets das Bemühen um den Kunden stehen. Dies sei kein Widerspruch zu den zahlreichen digitalen Angeboten, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Die Entwicklung im Bereich Digitalisierung habe sich durch Corona nochmals beschleunigt.

Digitalisierung von Finanzdienstleistungen

In der Zeit des Lock-Downs habe es sich aber ausgezahlt, dass die Sparkasse Niederbayern-Mitte nicht erst in der Krise spezielles Know-how zur Digitalisierung von Finanzdienstleistungen aufgebaut hat. Mit einer eigenen Abteilung und spezialisierten Mitarbeitern konnte der Betrieb bei nahezu allen Kunden reibungslos aufrechterhalten werden.

2020 wollte man bei der Sparkasse Niederbayern-Mitte die Gründung der Stadtsparkasse Straubing und der Sparkasse Landau vor je 180 Jahren feiern. Doch wurde aus dem Jubiläumsjahr ein Corona-Jahr. Gleichwohl wird eine geplante Spendensumme in Höhe von 180.000 Euro an Vereine und Institutionen ausgeschüttet. Damit wird die Sparkasse Strohmaier zufolge auch im Jahr 2020 ihrem öffentlichen Auftrag als Nutzenstifter in der Heimat mehr als gerecht. **DK**

Fünf Jahre LfA-Förderstützpunkt in Hof

Erfolgsbilanz zum fünfjährigen Jubiläum des Förderstützpunkts der LfA Förderbank Bayern in Hof: Seit 2015 haben die Förderspezialisten über 6.600 Gründer und Unternehmer aus der Region persönlich oder telefonisch und kostenfrei zu den Finanzierungshilfen aus allen Förderbereichen der LfA-Gruppe beraten. Um darüber hinaus die Wirtschaftsförderaktivitäten in der Region weiter zu stärken, haben sich die Experten der LfA in über 350 Informationsveranstaltungen intensiv mit Hausbanken, Wirtschaftsförderern, Kammern, Gründerzentren, Hochschulen sowie weiteren örtlichen Förderinstitutionen und Netzwerkpartnern ausgetauscht.

„Die LfA war die erste staatliche Einrichtung, die 2015 im Rahmen der Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen ihre Pforten an einem neuen Standort geöffnet hat. Die LfA leistet mit ihrem Förderstützpunkt in Hof einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsförderung in Oberfranken. Mit den Beratungs- und Finanzierungsangeboten der LfA kurbeln wir nicht nur Investitionen und Gründungen an, sondern unterstützen die Betriebe auch dabei, die besonderen Herausforderungen in der gegenwärtigen Coronakrise zu meistern. Davon profitiert insbesondere auch der Wirtschaftsstandort Hochfranken mit den angrenzenden Landkreisen nachhaltig", betonte Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzte: „Der Erfolg unseres Förderstützpunkts in Hof spricht für sich! Seit seiner Eröffnung haben wir in Oberfranken rund 1.500 Firmen gefördert, die mit Hilfe unserer Förderkredite Investitionen in Höhe von fast 930 Millionen Euro verwirklicht haben. Rund 57.000 Arbeitsplätze konnten so gefestigt und fast 2.500 neue Stellen geschaffen werden. Besonders in herausfordernden Zeiten bewährt sich die Expertise unserer kompetenten, engagierten und in der Region bestens vernetzten Förderexperten: Von Mitte März bis Mitte Juli hat die LfA im Rahmen ihrer Corona-Hilfen bereits Kredite und Bürgschaften mit einem Gesamtvolumen von fast 54 Millionen Euro zugesagt." ❐



Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken kommen bislang gut durch die Krise:

Genossenschaftsbanken bleiben auf Wachstumspfad

Weitgehend unberührt von den Folgen der Corona-Krise blieben bislang die Geschäfte der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wie GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros in München bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen für die Kreditgenossenschaften im Freistaat darlegte, hätten sich die Geschäfte solide entwickelt. Gleichwohl bleibe der weitere Ausblick von wirtschaftlichen Unwägbarkeiten geprägt.

„In welchem Maße sich der konjunkturelle Einbruch vom Anfang des Jahres in der zweiten Jahreshälfte beziehungsweise im kommenden Jahr in den Zahlen niederschlagen wird, ist noch nicht absehbar", stellte Gros fest. Erst 2021 lägen die Jahresabschlüsse der gewerblichen Kunden für das laufende Jahr vor. Außerdem sei die Entwicklung im Wertpapierbereich schwer abzuschätzen. Viel hänge davon ab, wie sich die Pandemie weiter entwickelt, ob die konjunkturelle Erholung nachhaltig ist und ob es zu einem weiteren Lockdown kommt.

Banken agieren aus Position der Stärke

„Die Volksbanken und Raiffeisenbanken gehen aus einer Position der Stärke in eine unsichere Phase", unterstrich Gros. Nach derzeitigem Stand erwartet der Präsident für die genossenschaftliche Bankengruppe im Freistaat für das laufende Jahr ein weiterhin deutlich positives Ergebnis – wenn auch unter dem Niveau des Vorjahres, das stark von Sondereffekten geprägt war. Die gute Entwicklung an den Wertpapiermärkten führte damals zu Zuschreibungen im Depot der Banken sowie zu einem überdurchschnittlichen Provisionsgeschäft. Diese Sondereffekte werden sich 2020 umkehren. Die starken Kursschwankungen und die unklare Pandemieentwicklung lassen keinen gesicherten Ergebnisausblick zu. Gleichwohl bleiben die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf dem Wachstumspfad.



Dr. Jürgen Gros. ❐

Die Bilanzsumme stieg um vier Prozent oder 7,1 Milliarden Euro von 175,7 Milliarden Euro (Dezember 2019) auf 182,8 Milliarden Euro (Juni 2020). Das Kreditvolumen ist in den ersten sechs Monaten auf Vorjahresniveau gewachsen. Zum Stichtag 30. Juni lag der Kreditbestand bei 112,1 Milliarden Euro – eine Zunahme um 3,3 Milliarden Euro seit 31. Dezember 2019. Die Zunahme liegt mit drei Prozent knapp über dem Wachstum des ersten Halbjahres 2019 (2,7 Prozent). Bei Firmenkunden stieg die Kreditvergabe um vier Prozent oder knapp 2,3 Milliarden Euro auf rund 59,2 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen an Privatkunden wuchs um 1,9 Prozent oder 941 Millionen Euro auf einem Gesamtbestand von knapp 49,5 Milliarden Euro.

Immobilienbranche bisher unbeeindruckt

Wesentlicher Treiber bei der Kreditvergabe waren weiterhin Immobilienkredite. Seit Jahreswechsel haben die Kreditgenossenschaften im Freistaat rund zwei Milliarden Euro (plus 3,3 Prozent) mehr an Krediten für Wohnungsbau ausgereicht. Wohnungsbaukredite an Privatkunden legten um 2,6 Prozent beziehungsweise 1,13 Milliarden Euro auf insgesamt knapp 44 Milliarden Euro zu. Kredite für den Wohnungsbau an Firmenkunden stiegen um 4,7 Prozent beziehungsweise 850 Millionen Euro auf insgesamt knapp 19 Milliarden Euro. „Die Immobilienbranche ist bisher von den Folgen der Corona-Krise weitgehend unberührt geblieben", kommentierte Gros diese Entwicklung.

Überdurchschnittliches Wachstum bei Förderkrediten

Im zweiten Quartal war ein überdurchschnittliches Wachstum der Förderkredite zu verzeichnen, wobei nicht alle davon Corona-bedingt sind. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern sind traditionell stark bei der Vergabe von Förderkrediten. Das Volumen der Anträge auf Corona-Hilfen von KfW (rund 90 Prozent) und LfA (etwa zehn Prozent) belief sich auf insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro. Weitere Kreditanfragen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 300 Millionen Euro sind derzeit noch in Bearbeitung. Zum Vergleich: Im ersten Halbjahr 2019 hatten die bayerischen Kreditgenossenschaften Förderkredite von LfA und KfW an Firmenkunden im Volumen von rund 500 Millionen Euro vergeben.

Kunden setzen bei Einlagen auf Flexibilität

Gewachsen sind die bayerischen Genossenschaftsinstitute auch auf der Einlagenseite. Der Zuwachs an Kundengeldern belief sich in der ersten Jahreshälfte auf 2,2 Milliarden Euro beziehungsweise 1,6 Prozent auf jetzt 138,8 Milliarden Euro. Das Einlagenwachstum fand ausschließlich im Bereich der liquiden Sichteinlagen statt, die auch durch Umschichtungen aus anderen Anlageklassen um 4,1 Prozent beziehungsweise 3,6 Milliarden Euro auf knapp 91 Milliarden Euro steigen. „Die Kunden wollen in unsicheren Zeiten ein Maximum an Flexibilität erhalten", sagte dazu Verbandspräsident Gros.

Hausbankprinzip bewährt sich

Während der Corona-Krise hat das Hausbankprinzip eine weitere Bewährungsprobe bestanden. „Die Nähe zu den Kunden und den Märkten hat sich als große Stärke und als vertrauensstiftend erwiesen", sagte Gros. „Die Banken haben ihre Kunden umfänglich beraten, auch zu staatlichen Hilfsprogrammen, und sie haben mit individuellen Lösungen bei Krediten und Stundungen ihren Privat- und Geschäftskunden verlässlich zur Seite gestanden. Das zeigt: Das Vertrauen in die Hausbank ist ungebrochen." Zudem sei die Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld jederzeit gewährleistet.

Regulatorik muss auf den Prüfstand

„Die Banken waren in der Krise eine wichtige Stütze für die Realwirtschaft", stellte der GVB-Präsident fest. Jedoch habe sich die Regulatorik nicht als krisenfest erwiesen. „Sollte es erneut zu einer Krise kommen, müssen die Banken arbeiten können, ohne sich mit ständigen Anpassungen des regulatorischen Rahmens befassen zu müssen."

Ruf nach Fitnesscheck

Gros wiederholte seine Forderung nach einem Fitnesscheck. „Es muss auf den Prüfstand, was sich an regulatorischen und gesetzlichen Vorgaben bewährt hat und was nicht. Es kann nicht darum gehen, jetzt einfach zu sagen, ‚wir müssen die regulatorischen Zügel wieder anziehen'. Entscheidend ist, eine zukunfts- und krisenfeste Regulatorik zu bekommen." Dazu müssten alle an einen Tisch: Politik, Aufsicht, Banken und Realwirtschaft. Zudem müsse verhindert werden, die Banken fortwährend mit neuen regulatorischen Anforderungen zu belasten. „Was zum Beispiel unter dem Deckmantel ‚Green Finance' auf die Kreditinstitute zukommt, bedeutet aber eine erhebliche Mehrbelastung", mahnte Gros abschließend. ❐



Bayerischer Kämmerertag digital:

Kommunen in der Corona-Krise

Im Zuge der Corona-Krise wurde der diesjährige Bayerische Kämmerertag erstmals als virtuelle Konferenz umgesetzt. Neben spannenden Vorträgen, u.a. zum Corporate Governance-Musterkodex und zu der nachhaltigen Finanzierung der Stadtwerke München, standen Arbeitskreise zu den Themen „Smart City – Durchführung von interaktiven Haushaltsberatungen und Automatisierung der gesetzlichen Vorgaben im Berichtswesen" sowie „Corona und die Kommunalfinanzen" auf der Agenda. Ein prominent besetztes Podium setzte mit einer Diskussionsrunde unter dem Motto „Die Bayerische Wirtschaft und die Kommunen in der Corona-Krise" den Schlusspunkt der Tagung.

Münchens Stadtkämmerer Christoph Frey begrüßte die digitalen Teilnehmer, ehe Volker Freund, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, den bayerischen Weg bei der Grundsteuer erläuterte. Bekanntlich wird der bayerische Fiskus die Grundsteuer künftig auf Basis der Grundstücksfläche berechnen. Der Wert eines Grundstücks soll anders als im Modell des Bundesfinanzministeriums keine Rolle spielen. Damit wird es für die Berechnung der Grundsteuer im Freistaat unerheblich sein, ob ein Grundstück in einer teuren Stadt oder auf dem Land gelegen ist.

Grundsteuer: der bayerische Wegl

Wie Freund ausführte, sind zunächst steuerpolitische Ziele ein Leitmotiv des bayerischen Reformmodells. Dabei geht es um die Sicherung des bisherigen Grundsteueraufkommens, das nicht erhöht werden soll. Zudem liegt das Augenmerk auf der Erhaltung des Bewertungs- und Grundsteuerrechts in seiner Grundstruktur. Konkret heißt das: Es bleibt beim System von Haupt- und Nachfeststellung sowie Wert-, Art- und Zurechnungsfortschreibung, es werden die bisherigen Bewertungsmethoden übernommen und es bleibt beim dreistufigen Besteuerungsverfahren mit Grundsteuerwertfeststellung sowie Steuermessbetrags- und Grundsteuerfestsetzung.

Insgesamt ist eine Fortentwicklung nach Maßgabe der vom Bundesverfassungsgericht gestellten „Hausaufgaben" laut Freund „die DNA des Grundsteuerreformgesetzes", nämlich ein wertabhängiges Grundsteuermodell mit dem „Bewertungsziel eines objektivrealen Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung".

Die Bezeichnung der Bemessungsgrundlage heißt nun nicht mehr Einheitswert, sondern Grundsteuerwert. Die Hauptfeststellungen erfolgen nicht mehr alle sechs, sondern alle sieben Jahre. Die erstmalige Durchführung ist für den 1.1.2022 vorgesehen – ein durchaus sportliches Ziel, wie Freund bemerkte. Eine Option für die Kommunen sei es nunmehr, einen erhöhten, einheitlichen Hebesatz für baureife Grundstücke festzulegen, aber dann auch für alle in der Gemeinde oder dem Gemeindeteil liegenden entsprechenden Grundstücke.

Die Corona-Krise belastet die Haushalte der deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise durch einbrechende Einnahmen und steigende Ausgaben. Die Befragungen zum KfW-Kommunalpanel 2020 zeigen: 9 von 10 Kommunen blicken pessimistisch auf die Finanzen für das laufende Jahr, für 2021 sind dies noch 80 %, vor allem aufgrund sinkender Steuereinahmen. Besonders Steuern wie die Gewerbesteuer bereiten den Finanzexperten Sorge: 63 Prozent der Befragten gehen hier von stark sinkenden Erlösen aus, nochmal 29 Prozent von eher sinkenden Einnahmen. Auch die Gebühren, Beiträge und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit stehen unter Druck. Hier prognostizieren 84 Prozent der Kämmerer für 2020, dass diese heruntergehen werden. Zudem rechnet jede zweite Kommune mit höheren Ausgaben in allen relevanten Kategorien – außer bei den Investitionen.

Bei haushaltspolitischen Maßnahmen haben sich bei den Kämmerern bislang ganz klar Sparbestrebungen durchgesetzt: 63 Prozent planen der KfW-Befragung zufolge Anpassungen auf der Ausgabenseite. Jede zweite Kämmerei will offenbar disponible Investitionen aufschieben, 41 Prozent der Kommunen setzt zudem auf das Anzapfen von Rücklagen. Jede dritte Kommune möchte einen Nachtragshaushalt aufstellen. Fast ein Viertel denkt zudem über Haushaltssperren nach.

„Die Corona-Krise gefährdet die kommunalen Investitionen. Für einen nachhaltigen Weg aus der Krise sind allerdings gerade Investitionen relevant", lautet nach Darstellung von Dr. Friederike Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe, eine der Kernbotschaften aus dem KfW-Kommunalpanel 2020. Zudem führe die Krise die Bedeutung einer leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur vor Augen. Darüber hinaus mache die Digitalisierung Kommunen leistungsfähiger und flexibler.

Planungssicherheit für Kommunen

Ansatzpunkte für Verbesserungen sind Köhler-Geib zufolge Planungssicherheit für Kommunen (Finanzausstattung sichern, um nötige Investitionen weiterhin zu ermöglichen), die Flexibilisierung von Förderangeboten, damit Mittel schnell abfließen und auch einen konjunkturellen Impuls geben können, sowie die Sicherung der Balance von Einnahmen und Ausgaben, damit Kommunen dauerhaft ein nachhaltiges Investitionsniveau ermöglicht wird.

„Das Konjunkturpaket adressiert bereits viele dieser Aspekte. Jetzt gilt es, diese Maßnahmen auch auf Landesebene und auch auf Bayern umzusetzen", machte die Chefvolkswirtin deutlich.

Ein großes Problem sind auch für Kommunen in Bayern die zurückgehenden Gewerbesteuereinnahmen. Auf dieses Thema konzentrierten sich bei der abschließenden Podiumsdiskussion Johann Kronauer, Referent Finanzen beim Bayerischer Städtetag, Karl Michael Scheufele, Amtschef im Bayerischen Innenministerium, Wolfgang Schmidt, Leiter Abteilung Kommunalkredit Bayern bei der Bayerische Landesbodenkreditanstalt und Christian Schuchardt, Oberbürgermeister der Stadt Würzburg.

Zwar, so hieß es, reichten die vom Land in Aussicht gestellten 2,4 Milliarden Euro aus, um den Absturz der Gewerbesteuereinnahmen abzufedern. Mit diesem Betrag will das Bayerische Finanzministerium seine Kommunen unterstützen, um die fehlenden Erlöse auszugleichen. Weitere Einnahmeeinbußen seien aber noch nicht einberechnet, weshalb die Schlüsselzuweisungen gestärkt werden müssten, lautete ein Argument. Bayern hat hierfür 2 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA) vorgezogen. **DK**

MünchenerHyp entwickelt sich weiter solide:

Neugeschäft auf hohem Niveau

Die Münchener Hypothekenbank eG (MünchenerHyp) hat im ersten Halbjahr 2020 ihr Ergebnis trotz der Belastungen durch die Corona-Pandemie ausbauen können. Der Zinsüberschuss stieg aufgrund des weiterhin positiven Neugeschäfts gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 17 Prozent auf 165,1 Mio. Euro. Der Zins- und Provisionsüberschuss erhöhte sich um 13 Prozent auf 111,3 Mio. Euro.

Mit dem Neugeschäft zeigt sich die genossenschaftliche Immobilienbank ebenfalls zufrieden. Sie sagte im ersten Halbjahr Immobilienfinanzierungen im Gesamtvolumen von 3,2 Mrd. Euro zu. Gegenüber dem Rekordergebnis des ersten Halbjahres 2019 in Höhe von 3,6 Mrd. Euro bedeutet dies zwar einen Rückgang um 10 Prozent, zugleich ist es aber das zweithöchste Halbjahresergebnis der MünchenerHyp.

Insbesondere das Geschäftsfeld der privaten Immobilienfinanzierung entwickelte sich insgesamt weiter positiv. Das lag vor allem an der Stärke des deutschen Wohnimmobilienmarktes, in dem die Nachfrage auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie robust blieb. Im Verbundgeschäft mit den Genossenschaftsbanken stieg das Neugeschäft um 8 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro. Das Geschäft mit freien Finanzdienstleistern ging auf 266 Mio. Euro zurück (30. Juni 2019: 396 Mio. Euro) und mit der Schweizer PostFinance auf 129 Mio. Euro (30. Juni 2019: 164 Mio. Euro). Insgesamt belief sich das Neugeschäft der MünchenerHyp in der privaten Wohnimmobilienfinanzierung auf 1,95 Mrd. Euro und lag damit lediglich um 41 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung gingen die Finanzierungsanfragen zwar zurück, rissen jedoch zu keinem Zeitpunkt ab. Insgesamt fiel das Neugeschäft mit 1,25 Mrd. Euro um 300 Mio. Euro niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Der größte Teil des Neugeschäfts entfiel auf Deutschland sowie bei den Anlageklassen auf Büroimmobilien und Wohnimmobilienportfolios.

Zuverlässiger Partner

„Wir haben gezeigt, dass wir auch unter den außergewöhnlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie in der Lage waren, unseren Kunden und Partnern zuverlässig zur Seite zu stehen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandsvorsitzender der MünchenerHyp. Diese konnte sich zudem auch während der Hochzeit der Corona-Pandemie jederzeit zu guten Bedingungen refinanzieren. An großvolumigen Emissionen wurden von ihr im ersten Halbjahr vor allem ungedeckte Anleihen begeben. Darunter ragte die Emission einer grünen Senior-Non-Preferred-Anleihe über 240 Mio. CHF heraus. Es war die erste Emission eines grünen Wertpapiers dieser Anlageklassen. Sie fand eine sehr große Nachfrage.

Die Risikosituation im Kreditgeschäft hat sich im ersten Halbjahr stabil entwickelt, jedoch wurden vorsorglich bereits deutlich höhere Zuführungen zur Risikovorsorge vorgenommen, um auf eventuell auftretende Kreditausfälle im zweiten Halbjahr vorbereitet zu sein. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit betrug 26,9 Mio. Euro (30. Juni 2019: 39,7 Mio. Euro), nachdem im Vorjahr ein einmaliger Sondereffekt zu verzeichnen war. Nach Abzug der Steuer verblieb ein zeitanteiliger Jahresüberschuss von 13,2 Mio. Euro (30. Juni 2019: 18,1 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme wuchs seit dem Jahresanfang 2020 um 13 Prozent auf 48,3 Mrd. Euro. Die Bestände an Hypothekendarlehen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 1,7 Mrd. Euro auf 37,1 Mrd. Euro. Im Kapitalmarktgeschäft reduzierten sich die Bestände entsprechend der geschäftsstrategischen Ausrichtung der MünchenerHyp seit Jahresanfang um 0,2 Mrd. Euro auf 3,9 Mrd. Euro.

Die harte Kernkapitalquote belief sich zum 30. Juni 2020 auf 18,6 Prozent (31. Dezember 2019: 19,8 Prozent). Die Kernkapitalquote belief sich auf 20,1 Prozent (31. Dezember 2019: 21,4 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 20,6 Prozent (31. Dezember 2019: 22,1 Prozent).

Ausblick

Der Ausblick auf das zweite Halbjahr ist von der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur und Pandemielage geprägt. Vorausgesetzt, dass es zu keinem weiteren Lockdown kommt, erwartet die Münchener Hyp grundsätzlich positive Geschäftsmöglichkeiten in der privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung. Sie geht jedoch nicht davon aus, im Neugeschäft das Rekordergebnis des Vorjahres wieder zu erreichen. Die Bank erwartet einen Jahresüberschuss unter dem Vorjahresniveau. ❐

Halbjahresbilanz der BayernLB:

Stabile operative Geschäftsentwicklung

Die BayernLB hat im ersten Halbjahr 2020 trotz erhöhter Risikovorsorge und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 158 Mio. Euro erzielt (Vj.: 316 Mio. Euro). Ihre operative Ertragskraft konnte die BayernLB stabil halten, der addierte Zins- und Provisionsüberschuss von rund 1 Mrd. Euro lag sogar leicht über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 101 Mio. Euro (Vj.: 295 Mio. Euro).

„Mit dem ersten Halbjahr 2020 sind wir trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie zufrieden, weil wir nicht nur solide operative Erträge erwirtschaftet, sondern parallel dazu die Transformation der BayernLB in unvermindertem Tempo vorangetrieben haben. Unseren Kunden stehen wir als stabiler, verlässlicher Partner zur Seite, um ihre Liquiditätsversorgung auch während der Corona-Krise sicherzustellen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier.

Hohe Zahl an Förderkrediten

„Dafür haben wir Kreditprozesse teilweise vereinfacht und unsere Beratungskapazitäten vor allem auch für die Programme der staatlichen Förderbanken hochgefahren. So konnten wir, vor allem im bewährt engen Schulterschluss mit den bayerischen Sparkassen, in der ersten Jahreshälfte allein aus den Corona-Sonderprogrammen mehr als 6.000 Förderanträge mit einem Volumen von rund 2 Mrd. Euro bearbeiten“, erklärte Winkelmeier weiter.

Den Zinsüberschuss konnte der BayernLB-Konzern trotz des anhaltend ungünstigen Zinsumfelds auf dem Niveau des Vorjahres halten. Er lag bei 873 Mio. Euro (Vj.: 867 Mio Euro). Der Provisionsüberschuss stieg um 9,1 Prozent auf 154 Mio. Euro (Vj.: 141 Mio. Euro).

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung stieg auf 51 Mio. Euro (Vj.: -23 Mio. Euro). Es ist geprägt durch die Sonstigen Finanzgeschäfte mit 44 Mio. Euro, insbesondere durch das Geschäft mit Edelmetallen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 31 Mio. Euro (Vj.: 50 Mio. Euro).

Investitionen, insbesondere in die Modernisierung der IT und den Vertrieb der DKB, trugen wesentlich zu einem Anstieg des Verwaltungsaufwands auf 764 Mio. Euro (Vj.: 713 Mio. Euro) bei. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung stieg um 23 Mio. Euro auf insgesamt 142 Mio. Euro. Die Bilanzsumme der BayernLB erhöhte sich um 14,2 Prozent auf 258,0 Mrd. Euro (31.12.2019: 226,0 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügte im ersten Halbjahr weiterhin über eine solide Kapitalbasis. Die CET 1-Quote lag zum 30.6.2020 bei 15,0 Prozent (31.12.2019: 15,6 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) stieg unter anderem wegen der genannten erhöhten Investitionen auf 67,2 Prozent (Vj.: 61,2 Prozent).

Fortschritte im Transformationsprozess

Die BayernLB hat in den vergangenen Wochen die langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihr neues strategisches Zielbild intensiv beleuchtet. Dabei wurde die Strategie des BayernLB-Konzerns und seiner Segmente bestätigt: Die Weiterentwicklung der BayernLB von einem Institut mit universalbanknahem Geschäftsmodell zu einer fokussierten, effizienten Kundenbank mit der DKB als innovativer Digitalbank unter ihrem Konzerndach, ist der richtige Weg.

Das im Januar 2020 gestartete mehrjährige, umfangreiche Transformationsprogramm treibt der Konzern trotz operativer Herausforderungen durch die Pandemie konsequent voran. Entsprechend hat die BayernLB in den vergangenen Monaten bereits wesentliche Meilensteine erreicht, wie beispielsweise die Umsetzung erster Maßnahmen zur Ertrags- und Profitabilitätssteigerung in den Geschäftsbereichen des Konzerns sowie erster effizienzsteigernder Initiativen in allen Einheiten der Bank wie die Gründung einer Einheit „Non-Core Markets“, die weitere Verbesserung des Kreditprozesses, den Start von IT-Modernisierungsprojekten sowie den Beginn des Personalabbaus in der Kernbank.

Im Rahmen der Erarbeitung konkreter Maßnahmen zur Erreichung der Kostenziele hat sich der Bedarf für den im Dezember 2019 angekündigten weiteren Stellenabbau bestätigt. Dieser wird sich voraussichtlich nochmals in einer ähnlichen Größenordnung bewegen wie der im Jahresabschluss 2019 bereits berücksichtigte Stellenabbau.

Der Vorstand und die Personalvertretung der Bank stehen bezüglich der weiteren Umsetzung in einem engen und konstruktiven Austausch. Dabei steht fest: Der Abbau wird sozialverträglich erfolgen, betriebsbedingte Kündigungen hat die BayernLB bis Herbst 2022 ausgeschlossen. ❐

Der Countdown läuft:

4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 am 1. Oktober

Nur noch wenige Tage, dann startet am 1.10.2020 das 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020, in diesem Jahr coronabedingt komplett im Live-Stream: vier Fachforen, über 40 Experten-Vorträge, Best-Practice-Beispiele aus dem kommunalen Alltag und Top-Speaker aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft – außerdem ein Showroom-Bereich, in dem AKDB und Partner-Unternehmen Lösungen live im Video-Chat präsentieren.

Die AKDB lädt zu diesem interaktiven Digitalevent ein, das in diesem Jahr wie viele andere Veranstaltungen online stattfindet. Die Teilnehmer müssen auf den direkten Austausch mit Fachexperten deshalb aber nicht verzichten: In Video-Chats, Fragerunden und Live-Sessions gibt es zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktion und persönlichem Gespräch. Damit bleibt das 4. AKDB Kommunalforum » Digital 2020 das, was es als Präsenzveranstaltung in den Vorjahren bereits war: ein großes Treffen für die kommunale Familie – für alle Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns.

Spannende Höhepunkte

Highlights der Veranstaltung: Nach den Videogrußbotschaften von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und Bundes-CIO Dr. Markus Richter sprechen die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken, BSI-Präsident Arne Schönbohm, Ernst Bürger aus dem Bundesinnenministerium, MdB Thomas Heilmann, Dr. Wolfgang Denkhaus vom Bayerischen Digitalministerium, Dr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, Prof. Gerhard Hammerschmid von der Hertie School of Governance und viele weitere Experten. Aktive Vertreter der Kommunen sind unter anderem Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München, Thomas Bönig, der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau Stefan Rinke, Martin Dannhäußer, VG-Vorsitzender Creußen, und Markus Deißler vom Landratsamt Haßberge.

Hochkarätig besetzte Diskussions-Panels befassen sich mit spannenden E-Government- und Digitalisierungsaspekten, etwa wie es mit dem Onlinezugangsgesetz weitergeht, wie Corona die Verwaltungsarbeit verändert und wie die Krise als Chance genutzt werden kann.

Die Anmeldemöglichkeit sowie das aktualisierte Programm sind unter www.akdb.de/kommunalforum zu finden. Die Teilnahme ist für alle Vertreter der öffentlichen Verwaltung sowie für Mandatsträger aus Bund, Ländern und Kommunen kostenlos. ❐



BMU und UBA:

Restmüll hat sich in 35 Jahren fast halbiert

Analyse von Siedlungsrestabfällen in Deutschland

Im Vergleich mit den alten Bundesländern fällt in Deutschland derzeit noch rund halb so viel Restmüll an wie vor 35 Jahren. Dies zeigt eine aktuelle Analyse von Siedlungsrestabfällen in Deutschland für das Umweltbundesamt. Die letzte derartige Erhebung war 1985 erstellt worden. Obwohl heute weitaus mehr Wertstoffe wie Glas, Papier und Plastik getrennt gesammelt werden, enden noch immer viele Wertstoffe in der Restmülltonne. Bioabfälle machen den größten Teil davon aus.

Insgesamt fielen im Jahr 2018 in Deutschland 128 Kilogramm Restmüll pro Einwohner und Jahr an. Das ist ein Rückgang von rund 46 Prozent im Vergleich zu 1985 (239 Kilogramm Restmüll pro Einwohner und Jahr). Altpapier, Altglas, Metalle und Kunststoffe landen deutlich seltener in der Restmülltonne als damals, hier sind Rückgänge von bis zu 80 Prozent zu verzeichnen.

Ein Drittel aller Bioabfälle werden noch immer über den Hausmüll entsorgt. Mit rund 39 Prozent besteht der größte Teil des Restmülltonneninhalts aus Bioabfällen. Dazu gehören Küchen- und Nahrungsabfälle, Gartenabfälle, sonstige organische Abfälle wie Kleintierstreu aus Stroh/Heu sowie gefüllte oder teilentleerte Lebensmittelverpackungen. Die wichtigsten Bioabfälle in Hinblick auf eine Verwertung sind die Nahrungs-, Küchen- und Gartenabfälle mit einer jährlichen Menge von rund drei Millionen Tonnen.

Die Menge des Hausmülls variiert in Abhängigkeit von den Siedlungs- (ländlich, ländlich dicht, städtisch) und Bebauungsstrukturen (Außenbereiche, städtische Strukturen und Großwohnanlagen). In ländlich dicht besiedelten Gebieten (Kleinstadt, Vorort) liegt die gesamte Hausmüllmenge bei 110,5 kg pro Einwohner und Jahr. In den städtischen Gebieten steigt die Menge auf 151,1 kg an. Der ländliche Bereich liegt mit 124,6 kg dazwischen.

Höhere Bebauungsdichte – steigende Müllmenge

Bei weiterer Differenzierung der Strukturen innerhalb der Kommunen nach der Art der Bebauung zeigt sich, dass mit zunehmender Bebauungsdichte die Gesamthausmüllmenge und auch der Wertstoffeintrag in die Restmülltonne zunehmen. Eine signifikante Abhängigkeit von der Jahreszeit (Sommer/Winter) und der Vegetation konnte im Projekt nicht festgestellt werden.

Die so genannten trockenen Wertstoffe haben einen Anteil von rund 27 Prozent. Dazu zählen zum Beispiel Altpapier, Altglas, Kunststoffe, Alttextilien, Holz, Kork und Elektroaltgeräte. Nur 32 Prozent dessen, was tatsächlich in der Restmülltonne landet, gehört auch in die Restmülltonne. Dazu zählen Hygieneprodukte, sonstige Abfälle (z. B. Staubsaugerbeutel) und Feinmüll (z.B. Kehricht und Asche). Problemabfälle kommen zu einem geringen Anteil von rund 0,5 Prozent vor. Dies sind schadstoffhaltige Abfälle wie Lösemittel, Energiesparlampen, belastete Bauabfälle sowie Altbatterien und -akkus. Letztere kommen in über 60 Prozent der analysierten Abfallstichproben vor, obwohl sie verpflichtend getrennt gesammelt werden müssen.

Folgende Ansatzpunkte werden für eine bessere Abfallvermeidung und Abfalltrennung genannt:

• Kommunikation stärken: Gerade im städtischen Bereich sind noch viele Wertstoffe im Restmüll. Um dieses Potenzial zu heben, sollte die bürgernahe Abfallberatung in den Kommunen weiter ausgebaut und durch gegenseitige Vernetzung und Information gestärkt werden.

• Haushaltsnahe Sammel- und Rücknahmeangebote ausbauen: Elektrokleingeräte, Altbatterien, Energiesparlampen und andere schadstoffhaltige Abfälle sind noch im Restmüll vorhanden. Dort gehören sie nicht hin. In über 60 Prozent der analysierten Restmüllstichproben wurden Altbatterien und -akkus gefunden. Dies lässt darauf schließen, dass in vielen Haushalten zumindest Teilmengen von Altbatterien über den Hausmüll entsorgt werden. Daher sollten die Angebote der haushaltsnahen Sammlung und Rücknahme verbessert werden und seitens der Hersteller, des Handels und der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger die Verbraucher besser informiert werden.

• Biotonne flächendeckend einführen: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sieht bereits seit 2015 eine getrennte Bioabfallsammlung vor. Diese wurde von den Bundesländern/Kommunen bisher nicht überall umgesetzt. Angesichts der im Restmüll noch enthaltenen Bioabfallmengen empfiehlt das UBA, die gesetzlichen Vorgaben zur Bioabfallsammlung flächendeckend umzusetzen und eine Bioabfallsammlung verpflichtend (Holsystem mit Anschluss- und Benutzungszwang) für alle Haushalte in Deutschland einzuführen. Eine freiwillige Biotonne oder eine Sammlung von Küchenabfällen an zentralen Recyclingstandorten ist aus Sicht des UBA kein Ersatz.

• Abfallvermeidung stärken: Einen wichtigen Beitrag kann hier die Abfallvermeidung schaffen. Es sind Maßnahmen zur Minderung des Abfallaufkommens von einzelnen Produkten oder Bereichen wie der Umgang mit Einwegprodukten sowie Konzepte zur Abfallvermeidung wie ein bewussteres Einkaufs- und Konsumverhalten gefragt. Jeder, ob Privatperson, Unternehmen, Händler oder Kommunen, können einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung in vielen Lebensbereichen – vom Bauen und Wohnen über Kleidung und Lebensmittel bis hin zum Waschen und Putzen – leisten.

Wertvolle Rohstoffe landen in der Restmülltonne

Laut Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth hat die Umweltpolitik in den vergangenen Jahrzehnten bei der Abfallverwertung einiges bewegt, „aber wir sind noch längst nicht am Ende dieses langen Weges. Immer noch landen wertvolle Rohstoffe in der Restmülltonne. Um das zu ändern, muss das Trennen noch leichter werden. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der kaum noch Restmüll anfällt und die Rohstoffe wiederverwendet werden."

UBA-Präsident Dirk Messner zufolge fällt noch zu viel Restmüll an. Die Abfallvermeidung habe die höchste Priorität in der Abfallhierarchie. „Mehr Mehrweg statt Einweg und klare Vorgaben für Einwegprodukte und -verpackungen, wie sie in der Einwegkunststoffrichtlinie vorgelegt werden, sind hier ein richtiger Weg. Bioabfall ist für die Restmülltonne viel zu kostbar, denn er lässt sich vollständig recyceln und liefert den Grundstoff für Kompost und Biogas." **DK**

BVSE: 3-Punkte-Plan

Faire Rahmenbedingungen für Recyclingprodukte

Um dem umweltschädlichen Verdrängungswettbewerb von Kunststoffneuware gegenüber CO2-einsparenden Recyclaten zu stoppen und faire Rahmenbedingungen für Recyclingprodukte zu schaffen, hat sich der bvse-Fachverband Kunststoffrecycling mit einem 3-Punkte-Plan an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und die Mitglieder des Bundestagsausschusses gewandt.

Wie der Vorsitzende des Fachverbandes Kunststoffrecycling, Dr. Dirk Textor, erläuterte, habe sich Kunststoffneuware für Verpackungen in den vergangenen fünf Jahren um 30 % verbilligt. Dieser Trend verstärkte sich seit Ausbruch der Corona-Krise. In der Folge blieben Recyclate, die in kostenintensiven Kunststoffrecyclingverfahren hergestellt werden und große Mengen CO2 einsparen, im Konkurrenzkampf um den Markt gegenüber der billigen Rohstoffneuware zunehmend chancenlos.

„Recyclateinsatz bedeutet Klimaschutz. Wenn Kunststoffrecycling in Zukunft eine Chance haben soll, müssen endlich Bedingungen geschaffen werden, die einen vergleichbaren Wettbewerbsrahmen zu Kunststoffneuware schaffen. Der klimaschädliche CO2-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bleibt bei der Preisbildung bislang völlig außen vor. Dies muss sich dringend ändern", ergänzte bvse-Vizepräsident Herbert Snell.

Der erste Vorschlag, der dem Kunststoffrecycling als wichtigem Part im Um- und Ausbau einer Kreislaufwirtschaft in Deutschland und Europa eine Chance gibt, sieht ein Zwei-Stufen-Modell für eine verlässliche und transparente Verminderung der in der kunststoffverarbeitenden Industrie eingesetzten Kunststoffneuware und in der Konsequenz eine stufenweise Erhöhung der Einsatzquote von Recyclaten vor. Bis zum Jahresanfang 2021 soll in Stufe 1 eine verbindliche Reduktion der CO2-Emissionen der eingesetzten Rohstoffe im Mittel um mindestens 25 % festgeschrieben werden, wobei der Bezugspunkt die Produktion mit Neuware darstellt. In Stufe 2 soll diese Quote dann auf 40 % ab dem Jahr 2030 erhöht werden.

Zur Dokumentation des Reduktionsziels sollen Kunststoffverarbeiter in Zukunft verpflichtet werden, einen jährlichen Nachweis zu erbringen. Für die Zielverfehlung sieht der Plan eine Malus-Regelung in Höhe eines 20-prozentigen Preisaufschlags auf den Produktnettopreis der Neuware vor.

Der zweite Vorschlag des bvse-Plans zielt auf eine Vereinheitlichung der Qualitätssicherung. Das Recycling von Kunststoffen aus Sammlungen der dualen Systeme dürfe nur in sogenannten Letztempfängeranlagen erfolgen, damit eine Berücksichtigung bei der Erfüllung der Recyclingquoten möglich ist.

Die Zertifikate für Letztempfängeranlagen wiesen sehr unterschiedliche Qualitäten hinsichtlich der Aussagen über die Leistungsfähigkeit einzelner Anlagen auf. Dies führe teilweise zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden. Für das Kunststoffrecycling fehle eine neutrale Stelle, die die Qualität der Zertifikate und Auditberichte überprüft, so wie dies zum Beispiel im EuCertPlast System geschieht.

Die Forderungen des dritten Bausteins richten sich an die Öffentliche Beschaffung auf Bund- und Länderebene. Die Verpflichtung der öffentlichen Beschaffung, vorrangig Recyclingprodukte einzusetzen, blieb laut bvse beim Kunststoffrecycling weitgehend unbeachtet. Um die gesetzlichen Vorgaben endlich durchzusetzen, soll der Nachweis obligat werden, dass die öffentliche Beschaffung umgesetzt wird. So gebe es bisher weder Einspruchsmöglichkeiten noch Sanktionen, wenn die Verpflichtungen zum Einsatz von Recyclingmaterialien nicht erfüllt werden.

Eingefordert wird eine jährliche Berichtspflicht. Die öffentliche Hand müsse sich erklären, wenn sie eben nicht Recyclingerzeugnisse einsetzt. Und diese Forderung umfasse auch die von der öffentlichen Hand vergebenen Aufträge. Die Verpflichtung zum vorrangigen Einsatz von Recyclingprodukten betreffe dabei die Bundes-wie auch die Länderebene. **DK**

Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern*:*

Zukunftsorientierte Lösungen für die Umwelt

Alfred Mayr, Geschäftsführer des Umweltcluster Bayern, verfügt über 20 Jahre Berufserfahrung in der Positionierung von Organisationen, in der Gewinnung und Betreuung von Netzwerkpartnern sowie in der Konzeption und Umsetzung von Projekten. Im Interview spricht er über die Relevanz von Vernetzung, über umwelttechnologische Projekte des Umweltclusters und über die Zukunft nach der Krise.

Herr Mayr, wie beurteilen Sie die Zukunft der bayerischen Umweltwirtschaft nach der Krise?

Mayr: *Die Umwelttechnologie ist eine der großen Wachstumsbranchen des 21. Jahrhunderts. Der Green New Deal bietet als europaweites Konjunkturprogramm große Chancen für die bayerische Umweltwirtschaft. Insofern sind prägnante umweltpolitische Herausforderungen wie der Klimawandel meines Erachtens nur temporär in den Hintergrund gerückt. Für die Zukunft nach der Krise erwarte ich nach der Anlaufphase ein starkes Wachstum unserer Branche.*

Welche Aufgaben sehen Sie für den Umweltcluster?

Mayr: *Unsere grundlegende Aufgabe liegt darin, zeitgemäßes technologisches Fachwissen einzusetzen. Darunter verstehe ich insbesondere Know-how zur Lösung der vielfältigen umweltspezifischen Herausforderungen. Unsere Hauptaufgaben lassen sich in drei Bereiche einteilen: Erstens agieren wir als Forum und stellen intern und extern eine intelligente Vernetzung sicher. Zweitens bieten wir unseren Mitgliedern durch den Zugang zu Förderprogrammen und Projekten eine starke Innovationsplattform. Unsere dritte Hauptaufgabe ist die Funktion als Startrampe ins Ausland, indem wir unsere Mitglieder bei der Erschließung interessanter Auslandsmärkte unterstützen.*

Mit Ihren Projekten bündeln Sie also Ihre Aufgaben und schnüren daraus Gesamtpakete zur Stärkung Ihrer Mitglieder und der Umweltwirtschaft? Könnte man Ihre Tätigkeit so zusammenfassen?

Mayr: *Ich fasse es noch weiter zusammen: Im Mittelpunkt stehen immer unsere Mitglieder. Wir schaffen für sie ein möglichst ausgewogenes Angebot von Vernetzung, Innovationsthemen und internationalen Aktivitäten.*

Mit welchen Maßnahmen fördern Sie zur Zeit die bayerische Umweltwirtschaft?

Mayr: *Unsere drei oben genannten Hauptaufgaben beschreiben das vielseitige Spektrum im Umweltcluster in bester Art und Weise. Wir arbeiten zielgerichtet an Innovationsprojekten auf Landes-, Bundes-und EU-Ebene. Aktuell unter anderem zu den Themen „Recyclingfähigkeit biobasierter Verpackungen sowie Vermeidung und Substitution von Verpackungen aus Kunststoff". Wir eruieren neue Ansätze und Projektideen. Und wir halten unsere internationalen Netzwerke aktiv. Mit diesen Maßnahmen bereiten wir uns strukturiert auf die Zeit nach Corona vor. Auch wenn das Vernetzen über physische Formate zur Zeit schwierig bis unmöglich ist, bieten wir unseren Mitgliedern und Partnern mit virtuellen Angeboten die Gelegenheit, sich untereinander und mit uns auszutauschen.*

Sind diese Projekte Ihre Antwort auf die oben genannten Zukunftsfragen?

Mayr: *Ja, auf jeden Fall. Die zahlreichen Herausforderungen im Umweltbereich lassen sich nur mit zukunftsorientierten Lösungen bewältigen. Wir bieten diese Lösungen, denn unsere Projekte beinhalten innovative und vielseitige Methoden. Damit fördern wir die Marktchancen und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen im Cluster.*

Welche Themen-Schwerpunkte verfolgen diese Projekte?

Um nur beispielhaft einige Schwerpunkte zu nennen: Wir verfolgen zirkuläres Wirtschaften und die Erhöhung der Ressourceneffizienz. Wir fokussieren die Reduzierung von Plastikmüll durch intelligentes Produktdesign und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Auch stehen funktionierende Sammlungs-und Entsorgungsstrukturen im Mittelpunkt. Wir nutzen zusätzlich Chancen der Digitalisierung im Bereich von Kreislaufwirtschaft und 3D-Druck. Auch Bioökonomie ist ein wichtiger Schwerpunkt.

Richten sich Ihre Projekte ausschließlich an bayerische Unternehmen? Oder werden Sie auch europaweit agieren?

Mayr: *Unser Aktionsradius reicht noch weiter. Umweltschutz und Umwelttechnologie sind globale Themen. Aus diesem Grund agieren wir seit jeher international. Einige unserer Projekte sind international ausgerichtet und viele unserer kompetenten Mitglieder sind weltweit erfolgreich unterwegs. Auch genießt die Umweltwirtschaft aus Bayern einen hervorragenden internationalen Ruf. Wir betrachten es daher als unsere Aufgabe im Cluster, intelligente Vernetzungen aufzubauen - auch mit europäischen und außereuropäischen Partnern. Auf dieser Grundlage entwickeln wir gemeinsam effizient und effektiv Lösungen für die Kunden des Umweltclusters.*

Welche Projekte und Aktivitäten haben Sie noch für 2020 geplant?

Mayr: *Alle reden im Moment nur von der großen, weltumfassenden Pandemie. Im Umweltcluster denken wir schon jetzt an die Zeit danach und bereiten uns auf neue Aktivitäten vor. In Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen der Regierung planen wir zum Beispiel für das zweite Halbjahr unterschiedliche Veranstaltungen zu gegenwärtigen Fragestellungen. „Klärschlammbehandlung und Phosphorrückgewinnung" sowie „Innovationsmanagement" sind nur zwei Beispiele für Zukunftsthemen, die wir im Umweltcluster aufgreifen werden.*

Können Sie kurz beschreiben, auf welche Weise Sie das Thema „Innovationsmanagement" Ihren Mitgliedern und Interessenten zugänglich machen?

Mayr: *Ganz einfach: ohne Innovation kein Fortschritt. Gerade in unserem Netzwerk ist das ein wichtiger Erfolgsfaktor. Deshalb unterstützen wir zum Beispiel unsere Mitglieder beim Einsatz von Innovationsmethoden durch die Teilnahme an Förderprogrammen. So stärken wir den bereits hierfür gut verankerten Mindset im Cluster durch die gezielte Verbesserung von klar definiertem Skillset und in der Praxis anwendbaren Tools.*

Wenn Sie selbst ein Projekt entwickeln könnten, welches wäre das? Welches Thema liegt Ihnen besonders am Herzen?

Mayr: *Mein persönlicher Wunsch ist, dass die Weltgemeinschaft diese Pandemie zum Anlass nimmt, sich der Notwendigkeit systemischer Anpassungen in Gesellschaft und Wirtschaft bewusst zu werden und entsprechend zu reagieren. So wird uns zum Beispiel der Klimawandel vor deutlich größere Herausforderungen stellen. Wir im Umweltcluster Bayern wollen mit unserem Know-how und Know-who einen wichtigen Beitrag leisten, um diese wichtigen Zukunftsfragen zu beantworten.*

* Das Gespräch mit Alfred Mayr führte die IDF KREATIVAGENTUR aus Augsburg. ❒

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Herstellung und Wiedereinbau von Recyclingmaterial:

Nachhaltige Nutzung von Sekundärrohstoffen

*Von Stephan Ziermann M. Eng.**

Deutschlandweit werden jedes Jahr große Mengen an Rohstoffen zu Baustoffen verarbeitet. Um die ohnehin immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen aus Kiesgruben und Steinbrüchen zu schonen ist es erforderlich und sinnvoll, rückgebaute Materialien aus dem Hoch- und Tiefbau wieder dem Stoffkreislauf zuzuführen.

Der Einsatz von Recyclingbaustoffen in der Bauplanung wird noch eher selten angewandt, da zum Teil die Erfahrung sowie die Kenntnis über notwendige Vorgehensweisen in der Planung und Ausschreibung fehlen. Dadurch werden die hohen Potenziale des Baustoffrecyclings nicht immer vollständig genutzt. Es wird oftmals dem findigen Auftragnehmer überlassen, aus den teuer zu entsorgenden Abfällen einen finanziellen Vorteil bzw. ein interessantes Bauprodukt zu generieren. Die Recyclingwirtschaft kann zu einer kostengünstigen, ressourcenschonenden und sicheren Verwertung beitragen, wenn ihre Bauprodukte im Gegenzug eine geeignete Verwendung finden.

Mithilfe einer qualifizierten Güteüberwachung aus rückgebauten Altstoffen können neue, qualifizierte und vertrauenswürdige Baustoffe hergestellt werden, die den Einsatz von Primärbaustoffen reduzieren.

Die grundlegenden abfallrechtlichen Regelungen und Ausführungshinweise sind jeweils länderspezifisch geregelt. Zum Beispiel in Bayern sind diese im RC-Leitfaden („Anforderung an die Verwertung von Recyclingbaustoffen in technischen Bauwerken“ vom 15.06.2005) enthalten. Im Einführungsschreiben vom 09.12.2005 wird darauf hingewiesen, dass als Recyclingbaustoffe in der Regel nur geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe in den Verkehr gebracht und in technischen Bauwerken eingesetzt werden dürfen.

Der Weg über die Güteüberwachung und Zertifizierung bringt den Vorteil der höheren Planungssicherheit und kürzeren Wartezeit bis zur Freigabe des RC-Materials für den Einbau. Aufgrund häufig begrenzter Lagerflächen sowie der Abhängigkeit von Folgegewerken von der Freigabe des RC-Materials ist bei zeitkritischen Baustellen meist nur das güteüberwachte und zertifizierte Material rechtzeitig einbaufähig.



Einsatz von aufbereitetem PAK-haltigem Straßenaufbruch als Deponieersatzbaustoff. ❐

Wie wird der Einsatz von RC-Baustoffen bereits in der Planung berücksichtigt?

Im Einklang mit § 6 KrWG ist der Einsatz im gleichen Projekt einer Entsorgung andernorts vorzuziehen. Dadurch werden auch Transportkosten, Entsorgungskosten und Lieferkosten gespart, die die Umwelt und den Geldbeutel schonen. In weiten Bereichen ist die notwendige Grundlagenermittlung für beide Varianten gleich. Die Kenntnis vorliegender Belastungen und Ausgangsmaterialien durch eine qualifizierte Erkundung ergibt die erforderliche Planungs- und Kostensicherheit. Die Arbeitshilfe „Rückbau schadstoffbelasteter Bausubstanz“ des BayLfU zeigt eine über Bayern hinaus anwendbare qualifizierte Vorgehensweise auf. Schadstoffhaltige Bestandteile sind beim Rückbau zu separieren, um für das restliche Material eine weitere Verwendung zu ermöglichen. Durch eine geprüfte Materialqualität wird Vertrauen für den Einsatz von Recyclingmaterial geschaffen. Die unbedenkliche mineralische Bausubstanz wird durch Brechen und gegebenenfalls Sieben je nach Anforderungsprofil aufbereitet.

Wohin mit überschüssigem Material auf der Baustelle?

Praktisch ausnahmslos sind für eine ordnungsgemäße und fachgerechte Entsorgung mineralischer Abfälle Deklarationsanalysen erforderlich. Für Bodenaushub, künstliche Auffüllungen und Bauschutt wird für die Annahme beim Entsorger in aller Regel eine Deklarationsanalyse gefordert. Die Probenahme hat dabei gemäß der Probenahmevorschrift LAGA PN 98 durch geprüfte Probenehmer zu erfolgen. Da immer mehr Entsorger inzwischen auch für unbedenkliches Material wie Bodenaushub ohne Fremdbestandteile Deklarationsuntersuchungen verlangen, hat die Ausschreibung von nicht analysiertem Material häufig die Abgabe von Preisen mit Sicherheitszuschlag zur Folge. Es wird deshalb empfohlen, die Probenahme aus zwischengelagerten Haufwerken mit anschließenden Analysen von vornherein einzuplanen.

Bei unbedenklicher Belastung kann der Bauschutt als Recyclingbaustoff qualifiziert werden. Hier ist neben der chemischen Belastung auch (vom Einsatzzweck abhängig) die geotechnische Eignung des Produktes nachzuweisen. Diese Nachweise, die als Grundlage der Zertifizierung dienen, müssen durch eine nach RAP Stra 15 anerkannte Prüfstelle ausgeführt werden. Im Rückschluss kann es also sinnvoll sein, bereits von Anbeginn eine solche Prüfstelle einzubinden, um bautechnische und schadstoffspezifische Randbedingungen und sich daraus ergebende wirtschaftliche Perspektiven gesichert aufzeigen und abschätzen zu können.

Der Rückbau mineralischer Substanz aus Straßenbau und Gebäuden verursacht große Mengen an Abfall (Bauschutt), der gewinnbringend für Bauherrn und Umwelt als Sekundärrohstoff eingesetzt werden kann. Um dieses Ziel sicher zu erreichen, empfiehlt es sich, bereits in der Planungsphase die richtigen Weichen zu stellen.

* Unser Autor ist Leiter des Erd- und Grundbaulabors und stellvertretender Leiter der RAP Stra Prüfstelle bei IFB Eigenschenk (www.eigenschenk.de). ❐

Bundesweite Kampagne der privaten Entsorgungswirtschaft:

Startschuss für „Brennpunkt Batterie“

Lithium-Ionen-Batterien und -Akkus sind aus dem modernen Alltag nicht mehr wegzudenken: Im Jahr 2018 kamen 10.684 Tonnen dieser Kraftpakete in Geräten wie Handys, Laptops, E-Bikes in den Umlauf. Im vergangenen Jahr waren es schon 12.700 Tonnen, Tendenz steigend. Was viele Verbraucher nicht wissen: Jede dieser Batterien birgt eine potenzielle Gefahr in sich.

Mit der Kampagne „Brennpunkt Batterie“ wollen der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) und der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE) nun Verbraucher über die Gefahren durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien aufklären und für den richtigen Umgang mit diesen Geräten werben. Der bayerische Auftakt fand kürzlich mit Staatsministerin a.D. Ulrike Scharf MdL und VBS-Präsident Otto Heinz in der GEO mbH am Flughafen München statt.

Wie Ulrike Scharf erklärte, seien Lithium-Akkus und -Batterien im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlich. Jede zweite Altbatterie in Smartphones, Spielzeug und anderen Elektrogeräten lande leider immer noch im Restmüll. Diese falsch entsorgten Lithium-Akkus und -Batterien stellten ein hohes Brandrisiko dar und schadeten der Umwelt. „Ich unterstütze daher die bundesweite Initiative der privaten Entsorgungswirtschaft, um die Bereitschaft der Bürger zur fachgerechten Rückgabe zu steigern und damit die wiederverwertbaren Materialien im Kreislauf zu halten.“

Scharf setzt auf Aufklärung und Information. Bei Glas liege die Recycling-Quote bei nahezu 100 Prozent, demnach sollte alles andere auch richtig entsorgt werden können - insbesondere die brandgefährlichen Lithium-Ionen-Akkus und -Batterien. Für den Einsatz eines Pfands in Höhe von 50 Euro auf Elektrogeräte mit diesen Energiespendern kann sich die Landtagsabgeordnete jedoch im Gegensatz zum VBS nicht begeistern. Aus ihrer Sicht hätte dies einen großen Verwaltungsaufwand zur Folge und treffe letztlich die Einzelhändler. Scharf plädierte für eine echte Kreislaufwirtschaft, um die wertvollen Rohstoffe rückgewinnen und wiederverwenden zu können.

Laut VBS-Präsident Otto Heinz „unterstützen wir gerne die Kampagne unseres Bundesverbandes BDE, denn auch zahlreiche VBS-Mitgliedsunternehmen waren schon einmal von einem durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Akkus verursachten Brand betroffen. Die Schäden sind schon jetzt immens, und es grenzt wirklich an ein Wunder, dass solche Brände noch kein Menschenleben gefordert haben.“ Aus Sicht der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft in Bayern bedürfe es sowohl einer Aufklärung der Verbraucher, damit diese ihr Verhalten ändern, als auch geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt, mit teils drastischen Bildern auf die fatalen Folgen falscher Entsorgung dieser Batterien und Akkus aufmerksam zu machen. Aufkleber auf Mülltonnen und Abfallbehältern werben zusätzlich mit der Warnung „Keine Akkus einwerfen!“ dafür, dass dort keine dieser gefährlichen Akkus/Batterien eingeworfen werden dürfen. Im Mittelpunkt stehen dabei diejenigen, die durch eine falsche Entsorgung am stärksten in Gefahr geraten können: die Mitarbeiter in den Sortieranlagen, Betriebshöfen und Müllfahrzeugen der Entsorgungsunternehmen. **DK**

Mantelverordnung:

Drohende Deponienotstände und höhere Baukosten

„Die Bauwirtschaft hat ein sehr starkes Interesse an rechtssicheren bundeseinheitlichen Regelungen für die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung mineralischer Bauabfälle und Böden“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des bbiv, die Fortsetzung der Beratungen zur Mantelverordnung im Bundesrat.

Die Bayerische Bauindustrie habe das Ziel der Mantelverordnung immer unterstützt und stehe auch weiter dazu. Über 80 % der jährlich in Deutschland anfallenden rund 275 Mio. Tonnen mineralischen Abfälle sind Bau-Abfälle, die bei Baumaßnahmen anfallen. Die restlichen knapp 20 % stammen aus industriellen Produktions- oder Verbrennungsrückständen der Eisen- und Metallindustrie sowie aus Kraftwerken.

Weil die Bauwirtschaft so massiv davon betroffen ist, wäre es notwendig gewesen, die Mantelverordnung primär auf praxistaugliche und gut vollziehbare Regelungen für die Entsorgung mineralischer Bau-Abfälle auszurichten. „Dies wird mit der Mantelverordnung allerdings nicht erreicht werden“, so Schmid. Er kritisierte, dass der Fokus der Beratungen weniger auf der Frage der Verwertung von Bodenaushub oder mineralischen Bau-Abfällen als Recycling-Baustoffen liege. Gestritten werde stattdessen hauptsächlich über Entsorgungswege beispielsweise für Stahlwerksschlacken, Kupferhüttenmaterial und Aschen aus Kohlekraftwerken.

„Trotz 15-jähriger Vorarbeit wird mit der Mantelverordnung in ihrer derzeitigen Form kein für die Planung und Abwicklung von Bauvorhaben konsistenter, ökologisch verantwortlicher und zugleich wirtschaftlich tragbarer Rechtsrahmen erlassen“, bedauert Schmid. Zusätzliche Dokumentations- und Katasterpflichten seien „Gift für die Akzeptanz von Ersatzbaustoffen“. Die Bayerische Bauindustrie befürchte eine geringere Verwertungsquote und eine Zunahme der Deponierung. „Der erwartbare Anstieg der Entsorgungskosten wird die Baukosten weiter ansteigen lassen. Das gilt auch für den Staat“, so Schmid. ❐



VKU-Studie zur Sauberkeit im öffentlichen Raum:

Littering nimmt drastisch zu

Dramatisch gestiegen ist in den vergangenen Jahren die Verschmutzung in deutschen Städten und Gemeinden durch den achtlosen Umgang mit Abfall (Littering). In Deutschland fallen jährlich immer noch rund sechs Millionen Tonnen Plastikmüll an. Getränkebecher und andere Verpackungen wie Einweggeschirr und -besteck aus Imbissen oder Fast-Food-Restaurants werden nur kurzzeitig verwendet, im Schnitt zehn Minuten. Der Trend zum To-Go-Essen und Trinken stellt ein zunehmendes gesellschaftliches Problem dar. Es kommt vermehrt zu einer Vermüllung von Grünanlagen und zu einer Verschandelung der Städte.

Städte und Gemeinden in Deutschland zahlen jährlich rund 700 Millionen Euro, um Parks und Straßen von Zigarettenkippen, To-Go-Bechern und anderen Einwegplastik-Produkten zu reinigen sowie öffentliche Abfallbehälter zu leeren und die Abfälle zu entsorgen. Davon entfallen allein auf die Entsorgung von Zigarettenkippen rund 225 Millionen Euro. Für die Entsorgung von To-go-Bechern aus Plastik fallen rund 120 Millionen Euro pro Jahr an, so das Ergebnis einer im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) vom INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management durchgeführten Studie.

Dabei handelt es sich um die erste Analyse, die repräsentative und aktuelle Zahlen zu den Reinigungs- und Entsorgungskosten der Kommunen zur Verfügung stellt und nach den unterschiedlichen Abfallarten aufschlüsselt. Für die repräsentative Studie wurden in 20 ausgewählten Klein-, Mittel- und Großstädten in Deutschland Abfälle aus Straßenpapierkörben und Kehricht analysiert und auf dieser Basis deren Entsorgungskosten ermittelt.

140 Liter Straßenmüll

Pro Einwohner und Jahr entsorgen die kommunalen Stadtreiniger in Deutschland knapp 140 Liter Straßenmüll. Das ist die Menge, die in Straßenpapierkörben, auf der Straße oder im Gebüsch landet. Ein Großteil dieser Abfälle sind mit mehr als 40 Prozent Produkte aus Einwegplastik und Verpackungen. Knapp 50 Prozent des Volumens machen Grünabfälle, Straßensplit oder Sand aus. Das sind Abfälle, die umweltbedingt anfallen oder aus dem Winterdienst stammen und sich damit nicht vermeiden lassen.

Einwegkunststoffe wie To-Go-Lebensmittelverpackungen oder Zigarettenkippen machen knapp 20 Prozent des Volumens aus. An den Kosten für die Beseitigung und Entsorgung dieser Kunststoffe im öffentlichen Raum sollen gemäß europäischer Einwegkunststoff-Richtlinie künftig die Hersteller in Zukunft finanziell beteiligt werden. Diese Kosten machen im deutschlandweiten Durchschnitt laut Studie rund ein Viertel der gesamten Entsorgungskosten aus.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze müssen saubere Parks und saubere Straßen das Ziel sein. Bisher müssten alle Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern und Gebühren für die Reinigung von Straßen und Parks zahlen. Es sei nur gerecht, künftig die Kosten anders zu verteilen, die Bürger zu entlasten und im Gegenzug die Einwegplastik-Hersteller zur Kasse zu bitten. Neben mehr Kostengerechtigkeit sollte aber auch ein Plus für die Umwelt dabei herauskommen.

Solide Datenbasis

„Ich bin dafür, dass das neue System die Kommunen auch dabei unterstützt, mehr Reinigungspersonal einzustellen, neue Kehrmaschinen anzuschaffen oder zusätzliche Papierkörbe und Aschenbecher aufzustellen“, betonte Schulze. „Mit dieser Studie haben wir zum ersten Mal eine solide Datenbasis. Weitere Schritte müssen folgen, bevor dieses neue System an den Start gehen kann: eine gesetzliche Grundlage durch den Bundestag, Leitlinien der EU-Kommission und Gespräche mit den Einwegplastik-Herstellern. Die gute Nachricht ist: Ein Teil des Einwegplastiks wird bereits im nächsten Sommer aus den Parks verschwinden: Denn dann tritt das Verbot von Plastiktellern und -besteck, Strohhalmen und Styroporbechern in Kraft.“

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds benennt die veröffentlichte Studie des VKU erstmalig die für die kommunale Entsorgung entstehenden Kosten und stellt damit eine solide Grundlage für eine gerechte Ausgestaltung der künftigen Beteiligung der Hersteller von Einwegprodukten an den Kosten der Stadtreinigung, dar. Allerdings sei für Hersteller von beispielsweise Pizzakartons oder Kaugummis keine finanzielle Beteiligung vorgesehen. Daher sei es notwendig, dass alle litteringintensiven Produkte in die Herstellerverantwortung einbezogen werden.

Darüber hinaus müssten die Hersteller schon bei der Produktion von Waren auf Ressourceneffizienz, Recyclingfähigkeit und Umweltverträglichkeit achten. Die Entwicklung von innovativen kunststofffreien Alternativen beispielsweise für die Systemgastronomie und Imbissbetreibern sei ebenfalls in den Fokus zu rücken. Eine Nichtbeachtung müsse für Hersteller und Vertreiber finanziell spürbar sein.

Verstärkter Trend zu Einweg-Verpackungen aus Kunststoff

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, erläuterte, „nehmen die Städte jedes Jahr viel Geld in die Hand, um den öffentlichen Raum sauber zu halten. Auf verdreckten Straßen und Plätzen und in vermüllten Parks fühlt sich niemand wohl. Besonders Einweg-Verpackungen aus Kunststoff haben die Müllmenge weiter steigen lassen. Durch die Corona-Pandemie wurde dieser Trend noch verstärkt. Denn Restaurants konnten lange Essen und Trinken nur verpackt zum Mitnehmen anbieten.“

Finanziert werde die Stadtreinigung durch die Allgemeinheit, so Dedy. Deshalb sei es gut, dass nun konkrete Zahlen zur Menge des Abfalls und den Entsorgungskosten vorliegen. Auf dieser Grundlage müssten politisch die Weichen gestellt werden, damit sich die Hersteller an den Entsorgungskosten des Verpackungsmülls nach dem Grundsatz beteiligen: Wer bestimmte Einweg-Produkte und To-Go-Becher herstellt und daran verdient, muss auch die Folgen bezahlen. Dabei sei sicherzustellen, dass dieses Geld vor Ort bei den Kommunen und ihren Entsorgungsbetrieben ankommt.

Die Städte und die kommunalen Betriebe entsorgen Dedy zufolge aber nicht nur Müll. Sie setzen sich auch dafür ein, die Müllmenge zu reduzieren. Neben Stadtreinigung, Müllabfuhr und Recyclinghöfen gebe es vielerorts auch Aktionstage, Sauberkeitskampagnen und Angebote wie Abfallberatungen, Müllmelder-Apps sowie stadtweite Mehrwegbecher-Systeme. **DK**



Per Anhalter durch die Gemeinde

„Innerorts mobil in der Gemeinde Poppenricht“, damit hatte sich die Gemeinde Poppenricht vergangenes Jahr um Fördergelder des Landkreises Amberg-Sulzbach beworben. Besser bekannt ist das Projekt unter dem Namen „Mitfahrbankerl“. Die Idee ist einfach: Gerade für Menschen, die kein Auto besitzen, z.B. Senioren, kann der Einkauf, der Besuch von Verwandten oder der Gang zum Friedhof schnell zur logistischen Herausforderung werden. Die Gemeinde Poppenricht hat hierfür im Gemeindegebiet verteilt mehrere Mitfahrbankerl als Treffpunkt für spontane Fahrgemeinschaften installiert. Das Konzept setzt auf ein enges soziales Geflecht des ländlichen Raums. Landrat Richard Reisinger ist voll des Lobes für das Projekt: „So wird Energie gespart und das soziale Miteinander gefördert.“ Unter seinem Vorsitz unterstützt der Nachhaltigkeitsrat des Landkreises Amberg-Sulzbach dieses Projekt mit 1.000 Euro.
Unser Bild zeigt Landkreischef Reisinger (r.) mit Bürgermeister Roger Hoffmann. Bild: Christine Holllederer

Video zeigt Verkehrssünder in München:

Verkehrsregeln gelten nicht nur für Autofahrer

Geschätzte 25.000 Rotlichtverstöße am Tag allein durch Radfahrer

Gerade eben sorgte die Änderung der Straßenverkehrsordnung für hitzige Diskussionen bis in den Bundestag. Geschuldet ist das einer drastischen Verschärfung der Verkehrsregeln für Autofahrer besonders bei geringen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die in Zukunft Millionen Führerscheine kosten könnte. Auch bei Rotlichtverstößen unter einer Sekunde gilt heute schon für Autofahrer eine Strafe von 90 EUR und 1 Punkt, bei Verstößen länger als einer Sekunde sogar 2 Punkte, ein Bußgeld von mindestens 200 EUR und 1 Monat Fahrverbot.

Wenn ein Radfahrer eine rote Ampel überfährt, werden bei einem Verstoß unter einer Sekunde lediglich 60 EUR Bußgeld sowie 1 Punkt fällig, bei über einer Sekunde sind es 100 Euro und 1 Punkt. Ein Fahrverbot bzw. den Führerscheinentzug gibt es für Fahrradfahrer nicht.

Aber: Verkehrsregeln sollen für mehr Verkehrssicherheit sorgen und dazu dienen, die einzelnen Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr zu schützen. Ein kleiner Auffahrunfall, welcher für Autofahrer oft glimpflich endet, kann bei Radfahrern für sie selbst oder für Fußgänger auch tödliche Folgen haben. Doch es sind nicht immer nur die Autofahrer, die nicht aufgepasst haben. Vermehrt bekommt man den Eindruck, dass Verkehrsregeln von Fahrradfahrern nicht eingehalten oder gar missachtet werden.

Rücksichtslose Missachtung

Das neueste Video „Verkehrssünder in der Stadt“, das jetzt vom Automobilclub Mobil in Deutschland e.V. veröffentlicht wurde, zeigt die rücksichtslose Missachtung von roten Ampeln durch Radfahrer in München und mahnt, dass Verkehrsregeln nicht nur für Autofahrer gelten.

Gefilmt wurde das Geschehen jetzt im Sommer an nur zwei Tagen (insgesamt sechs Stunden) an verschiedensten Kreuzungen und Ampeln in München. Das erschreckende Ergebnis sind Aufnahmen von Radfahrern, die ohne jegliche Rücksicht rote Ampeln überfahren und zum Teil Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer mit ihren riskanten Manövern gefährden. Die bundesweiten Zahlen zeigen zwar, dass im vergangenen Jahr deutlich weniger Menschen im Straßenverkehr ums Leben kamen als in den Jahren zuvor, allerdings ist die Zahl der verunglückten Radfahrer um mehr als 11 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl der Unfälle, an denen Radfahrer beteiligt waren, lag für das Jahr 2019 bei knapp 1,3 Millionen. Das ist zum einen der schlechten Verkehrsplanung der Städte geschuldet, zum anderen aber auch der rücksichtslosen Fahrweise vieler Radfahrer.

Verkehrsregeln gelten für alle

„Wenn man die von uns dokumentierten Verstöße auf die ganze Stadt und 24 Stunden hochrechnet, gehen wir von rund 25.000 Rotlichtverstößen pro Tag durch Radfahrer aus. Eine wahnsinnige Zahl, die im Hinblick auf die Verkehrssicherheit sehr bedenklich ist. Es zeigt auch, dass Verkehrsregeln eben für alle Verkehrsteilnehmer gelten müssen und nicht nur für Autofahrer, die oftmals als einzige Verkehrssünder in der Stadt dargestellt werden“, betont Dr. Michael Haberland, Präsident des Automobilclubs Mobil in Deutschland e.V. „Hinsichtlich der aktuellen Situation greifen viele Menschen wieder auf das Fahrrad oder das Auto zurück. Die Steigerung von Verkehrssicherheit kann aber nur gelingen, wenn sich jeder einzelne an die Verkehrsregeln hält“, stellt Haberland fest.

Link zum Video „Verkehrssünder in der Stadt“: https://youtu.be/QPEJfMacZhc ❐

Ohne Müll entspannt chillen

Grillen, chillen, entspannt am Main liegen – nichts ist im Sommer in Würzburg so begehrt wie die Mainwiesen, die Grillplätze an der Feggrube oder der Platz am Alten Kranen. Doch so schön so ein Abend am Main ist, so unschön sind oft die Hinterlassenschaften: leere Flaschen, Verpackungen, Essensreste, Einweggrills…

25 Kubikmeter Müll sammelten die Mitarbeiter des Würzburger Gartenamtes allein an einem – vergleichsweise ruhigen – Partywochenende an den Hotspots in der Zellerau wie Sanderau und am Alten Kranen ein. Dies entspricht der Müllmenge, die eine vierköpfige Familie in zwei Jahren produziert.

Entsorgungskosten in Höhe von rund 13.000 Euro

Dabei lag der Müll nicht nur rund um die überfüllten Mülleimer, sondern auch verstreut über den gesamten Platz – insgesamt 1,6 Tonnen. Im vergangenen Jahr summierte sich die Müllmenge auf rund 150 Tonnen, die für über 13.000 Euro entsorgt werden mussten.

17.000 Arbeitsstunden verbringen die Mitarbeiter des Gartenamtes jährlich damit, den Müll in den Grünanlagen zusammenzusammeln. Das sind zwölf Arbeitskräfte, die nichts anderes machen, als die Anlagen von Müll zu säubern. Denn obwohl die Stadt Würzburg in den vergangenen Jahren die Zahl der Mülleimer mehr als verdoppelt hat, liegt viel Abfall quer über die gesamten Plätze verstreut und muss händisch zusammengesammelt werden.

Beim Einkauf auf die Verpackung achten

„Ich freue mich, wenn die Würzburgerinnen und Würzburger unsere Grünanlagen so begeistert nutzen“, sagt Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob. „Es wäre jedoch schön, wenn die Feiernden auch ihren Müll wieder mitnehmen, oder beim Einkauf auf die Verpackung achten.“ Denn vieles, was einfach liegenbleibt, sind Einwegverpackungen. Um die Feiernden zu unterstützen, überlegt die Stadt, am Wochenende extra Mülltüten zu verteilen. „Bitte hinterlassen Sie die Anlage wieder so, wie Sie sie auch gerne selbst vorfinden“, appelliert Grob: „Keiner möchte gerne im Müll feiern.“

Bereits vor rund zehn Jahren hat die Stadt Würzburg ein ähnliches Experiment gestartet. Damals wurden nach einem Partywochenende nur 15 Kubikmeter Müll gesammelt – zehn Kubikmeter weniger als jetzt.

Parallel ruft die Umweltstation das Projekt „Wilder Müll am Main“ ins Leben, bei dem der Mainbesucher für das Thema Abfallvermeidung und -entsorgung sensibilisiert werden soll. So soll die Verschmutzung der Mainwiesen im Sommer verringert werden. Der erste Schritt ist dabei eine Umfrage, mit der Informationen über das Verhalten und die Meinung der Mainbesucher zusammengetragen werden. ❐

Bayernweite Besonderheit:

Rufbus-Flyer in Brailleschrift

Besonderer Service des Landkreises Lichtenfels für ÖPNV-Nutzer mit Handicap

„Wir wollen gesundheitlich beeinträchtigten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Nutzung unseres öffentlichen Personennahverkehrs ermöglichen“, unterstreicht Landrat Christian Meißner, Lichtenfels. „Zur Barrierefreiheit im ÖPNV zählt neben Infrastruktur und Fahrzeugen auch die Information der Fahrgäste. Deswegen haben wir unseren Rufbus-Flyer in Braille-Schrift herausgegeben. Eine Besonderheit auch insofern, als dass der Landkreis Lichtenfels damit noch ein Stück weitergeht, als die Neuerung des Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2021 vorgibt.“

Sehr begrüßt wird diese Initiative vom Blinden- und Sehbehindertenberater des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes für den Landkreis Lichtenfels, Rainer Hader: „Dieser Flyer ist für uns ein Schritt nach vorne. Ich finde es äußerst lobenswert, dass der Landkreis Lichtenfels hier eine Vorreiterrolle übernimmt und auf die Bedürfnisse von Menschen mit visuellen Beeinträchtigungen eingeht. Der Prospekt ist sehr gut gemacht. Mein Dank gilt insbesondere dafür, dass wir unsere Anregungen bei der Gestaltung mit einbringen konnten und der Landkreis Lichtenfels dafür stets ein offenes Ohr hat. Bei der Entwicklung solcher Projekte ist nur eine Zusammenarbeit zwischen Behörden und Betroffenen konstruktiv und zielführend.“

Zum 1. September 2020 erweiterte der Landkreis Lichtenfels sein ÖPNV-Fahrtangebot auf weiteren Buslinien nochmals deutlich. Auf den VGN-Linien im Landkreis Lichtenfels werden nunmehr über 1,8 Millionen Kilometer im Jahr gefahren. Im Vergleich zu den Betriebsleistungsdaten mit Stand 1. Juni 2020 entspricht das einer Steigerung der Fahrplankilometer um ca. 35 Prozent. Ein neues und gern genutztes Angebot sind die Rufbusse.

Barrierefreier Ausbau

Um die Busverbindungen auch für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Handicap zugänglich zu machen, wird das Angebot Schritt für Schritt barrierefrei ausgebaut. Dies betrifft sowohl die Haltestellen als auch die Fahrzeuge und die Auskunftsmöglichkeiten, erläuterte Markus Köhlerschmidt, der neue Arbeitsbereichsleiter Öffentlicher Personennahverkehr am Landratsamt. Der soeben erschienene Rufbus-Flyer in Brailleschrift ist wohl bayernweit eine Besonderheit: Damit können blinde und sehbehinderte Mitmenschen, die die Brailleschrift nutzen können, sich über das neue Angebot informieren.

Landrat Christian Meißner sagte dem Blinden- und Sehbehindertenberater bei der Vorstellung des Flyers besonderen Dank und stellte heraus: „Herr Hader hat uns bei der Umsetzung dieser Idee maßgeblich geholfen. Ich hoffe sehr, dass das Info-Material von den Betroffenen gut angenommen wird.“ Der Beauftragte des Landkreises Lichtenfels für Menschen mit Behinderung, Rudolf Ruckdeschel, ließ wissen, dass das Prospektmaterial auch bei Beratungen und Informationsveranstaltungen ausgegeben wird.“ Die Flyer sind im Landratsamt in der Infothek erhältlich.

Rainer Hader äußerte abschließend die Hoffnung, dass andere Landkreise dem Beispiel von Lichtenfels folgen und ebenfalls barrierefreies Infomaterial zum Thema ÖPNV veröffentlichen. ❐

Öffentlicher Nahverkehr:

Bundesweite Kampagne #BesserWeiter gestartet

Nach dem coronabedingten Lockdown steigen deutschlandweit die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen nur langsam wieder an. Deshalb intensivieren die Verkehrsunternehmen zusammen mit den politischen Akteuren im Bund, in den Ländern und in den Kommunen ihr Engagement, um möglichst schnell wieder viele Fährgäste zurückzugewinnen. Die Gemeinschaftskampagne #BesserWeiter wirbt in den nächsten Monaten verstärkt um Vertrauen und für eine Rückkehr der Fahrgäste. Ziel ist es, so schnell wie möglich wieder das Vorkrisenniveau an Fahrgastzahlen zu erreichen, um weitere Einnahmenverluste der Branche zu vermeiden und die Klimaschutzziele im Verkehrssektor nicht zu gefährden.

Zwar ist Deutschland mittlerweile zu einer neuen Form der Normalität zurückgekehrt und der öffentliche Nahverkehr hat sein Angebot deutschlandweit wieder auf den regulären Betrieb hochgefahren. Allerdings bewegen sich die Fahrgastzahlen mit 50 bis 60 Prozent immer noch auf einem niedrigen Niveau, in der Hochphase der Ausgangsbeschränkungen brachen die Fahrgastzahlen sogar um etwa 80 Prozent ein.

Stärken kommunizieren

Vor allem für Gelegenheitsnutzer fehlen nach wie vor die Fahrtanlässe, denn es finden keine Großveranstaltungen statt und auch internationale Touristen kommen nur langsam und in deutlich kleinerer Anzahl nach Deutschland zurück. Zudem arbeiten viele Berufspendler noch immer von zu Hause oder sind in Kurzarbeit, auch öffnen Schulen und Universitäten nur sehr eingeschränkt. Es gibt aber auch einige Fahrgäste, die ein höheres Ansteckungsrisiko vermuten und deshalb den ÖPNV meiden. Und das, obwohl bisher kein besonderes Infektionsrisiko in öffentlichen Verkehrsmitteln nachgewiesen worden ist und die Verkehrsunternehmen ihre Hygienemaßnahmen deutlich verstärkt haben. Die Kampagne #BesserWeiter will den Menschen diese diffusen Ängste nehmen und die Stärken des öffentlichen Nahverkehrs herausstellen.

„Wir stellen fest, dass mit fortschreitender Dauer der Maskenpflicht die Disziplin, die Maske auch wirklich und korrekt in Bussen und Bahnen zu tragen etwas nachlässt. Wir haben daher die Kontrollen intensiviert und appellieren an unsere Fahrgäste, sich an die Regeln zu halten. Zu Beginn der Kampagne wollen wir unseren Kundinnen und Kunden nochmal deutlich machen, dass sie mit der Maske nicht nur sich, sondern auch Mitreisende schützen“, erläuterte VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Um eine bundesweite Sichtbarkeit zu gewährleisten, setzen die Akteure auf zahlreiche Plakate und weitere Formate der Außenwerbung in ganz Deutschland. Ergänzt wird diese klassische Werbung durch entsprechende Online- und Social-Media-Kommunikation. Wortmann zufolge „wollen wir mit der Gemeinschaftskampagne verlorengegangenes Vertrauen bei den Fahrgästen zurückgewinnen und wieder mehr Menschen von Bus und Bahn überzeugen. Nur so können wir weitere Fahrgeldverluste vermeiden und die Klimaschutzziele erreichen.“

Nahverkehr fit für die Zukunft machen

Die Rückgewinnung von Fahrgästen ist aus Sicht von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg ein entscheidender Faktor für die Verkehrswende und den Klimaschutz: „Der ÖPNV hat während des Lockdowns seine Systemrelevanz unter Beweis gestellt. Gute Angebote bei Bussen und Bahnen brauchen wir auch nach der Krise und zwar mehr denn je, um das Verkehrsaufkommen in den Ballungszentren zu bewältigen und die Mobilität in der Fläche zu gewährleisten. Langfristig führt an der Verkehrswende auch aus Gründen des Klimaschutzes und für mehr saubere Luft und mehr Lebensqualität kein Weg vorbei. Die Städte und Gemeinden setzen daher weiter auf den konsequenten Ausbau des ÖPNV. Damit sich die Menschen sicher fühlen und wir neue Fahrgäste gewinnen, müssen wir den Nahverkehr jetzt fit für die Zukunft machen. Dazu gehören gemeinsame Investitionen von Bund, Ländern, Kommunen und Verkehrsunternehmen in die Infrastruktur, moderne Fahrzeuge, Digitalisierung und mehr Komfort.“

Maskenpflicht ist unverzichtbar

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, unterstrich die Relevanz eines leistungsfähigen Nahverkehrs für die Großstädte und Ballungsräume: „Die Städte wollen trotz Corona einen leistungsstarken ÖPNV sichern, der die Menschen umweltfreundlich zur Arbeit, zum Einkaufen oder nach Hause bringt. Nur so wird uns die Verkehrswende gelingen: mit weniger Autofahrten, mehr Radverkehr und möglichst vielen Menschen, die Bus und Bahn nutzen. Corona darf die Verkehrswende nicht ausbremsen. Der ÖPNV ist nicht der Corona-Transporteur. Die Menschen müssen dem ÖPNV vertrauen können, dazu müssen wir uns alle an die Maskenpflicht halten und sie ernst nehmen. Masken machen den ÖPNV noch sicherer. Die meisten haben das verstanden.“

Dr. Jörg Sandvoß, Vorstandsvorsitzender von DB Regio, hob den gewachsenen Zusammenhalt der gesamten Branche durch die Corona-Pandemie hervor: „Vor Corona können wir uns nur gemeinsam schützen. Die Deutsche Bahn informiert ihre Fahrgäste umfassend und setzt Präventionsteams ein, um weiterhin für die Risiken zu sensibilisieren. Wenn sich alle an Hygieneregeln und Maskenpflicht halten, was die Mehrheit gewissenhaft macht, kommt jeder gesund ans Ziel. Das Fehlverhalten einer kleinen Minderheit von Maskenverweigerern ist nicht akzeptabel. Daher wird verstärkt kontrolliert und wir sind uns mit der Politik einig, dass Verstöße konsequent geahndet werden müssen.“ Sandvoß bedankte sich ausdrücklich auch bei der öffentlichen Hand für ihr proaktives Engagement.

Im Herbst soll das Werben um das Vertrauen der Fahrgäste noch einmal neue Impulse erhalten. Dann ist eine deutschlandweite Bekennerkampagne unter der Überschrift „Ich bin Wiedereinsteiger“ geplant. **DK**

Bayerns schöne Landschaften neu entdecken

Mit den Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung herbstliche Wanderungen und Radtouren planen

Wenn der farbenfrohe Herbst mit seinen angenehmen Temperaturen die Outdoorfans in die Natur lockt, dann ist das jedes Jahr ein wunderbares Erlebnis. Gerade auch in Zeiten, in denen wir nicht in die Ferne schweifen, sondern lieber Ausflüge in der näheren Umgebung unternehmen und zu Hause bleiben, stellen wir fest: Bayern hat viel zu bieten!

Mit den Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung ist es ganz einfach, unser schönes Daheim mit der malerischen Landschaft und der unberührten Natur sowie mit den vielen einzigartigen Sehenswürdigkeiten und attraktiven Freizeitmöglichkeiten neu zu entdecken. Das vielfältige Kartenangebot der Bayerischen Vermessungsverwaltung wird allen Wünschen gerecht und macht die Tourenplanung leicht. Das Angebot an gedruckten und digitalen Karten ist genau auf die geplanten Aktivitäten zugeschnitten.

Die Karten aus der Serie „ATK25“ (Amtliche Topographische Karte im Maßstab 1:25 000) sind sehr detailliert und optimal für Spaziergänge, Wanderungen und Radtouren geeignet. Alle Karten dieser Serie enthalten das komplette Netz der ausgeschilderten Wander- und Radwege in Bayern. Auch Freizeiteinrichtungen und Sehenswürdigkeiten sind eingetragen. Die Karten aus der Serie „UK50“ (Umgebungskarte im Maßstab 1:50 000) zeigen einen größeren Gebietsausschnitt und eignen sich besonders gut für Radtouren. Neben dem aktuellen Wander- und Radwegenetz enthalten auch diese Kartenblätter viele spannende Freizeitinfos und ausgewählte Sehenswürdigkeiten.

Für alle, die sich einen weiträumigen Überblick für größere Touren verschaffen wollen, sind die Karten aus der Serie „ATK100“ (Amtliche Topographische Karte im Maßstab 1:100 000) genau das Richtige. Diese Karten eignen sich vor allem für Power-Radfahrer, die gerne mehrtägige Touren unternehmen. Charakteristisch für diese Karte sind die übersichtliche Darstellung einer größeren Region sowie zahlreiche eingetragene Freizeiteinrichtungen und Sehenswürdigkeiten.

Der BayernAtlas ist der kostenfreie und präzise digitale Kartendienst für den Freistaat. Er ist im Internet unter www.bayernatlas.de jederzeit abrufbar. Der BayernAtlas enthält u.a. topaktuelle Karten und Luftbilder, historische Karten, eine inhaltsreduzierte Ausgabe der Flurkarte, dreidimensionale Gelände- und Gebäudedaten sowie saisonale Themenkarten, auf denen z.B. Freibäder, Tierparks oder Hütten verzeichnet sind. Selbst gewählte Kartenausschnitte können neuerdings auch direkt auf das Smartphone heruntergeladen und offline genutzt werden, wenn z.B. das mobile Datenvolumen aufgebraucht ist.

Alle Karten der Bayerischen Vermessungsverwaltung mit ihrem detaillierten Angebot an Freizeitmöglichkeiten sind hochaktuell, exakt, vollständig und zuverlässig. Sie sind der ideale Begleiter für Urlaub, Ferien und Freizeit. ❐

Eisenbahn-Bundesamt:

Grünes Licht für das Transport System Bögl

Das Transport System Bögl (TSB) hat vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) für wesentliche Teile des Fahrzeugs und des Fahrwegs die Zusicherung erhalten, dass diese die Anforderungen erfüllen und damit zulassungsfähig sind.

Die Bescheide des EBA sind das Ergebnis einer effizienten Zusammenarbeit zwischen den Ingenieuren von Max Bögl, den für die Magnetbahn, die Infrastruktur und die Fahrzeuge verantwortlichen Mitarbeitern des Eisenbahn-Bundesamts und den vom EBA bestellten Gutachtern. Max Bögl hat die neue TSB-Magnetbahntechnik von Beginn an konsequent auf höchste Sicherheitsstandards hin entwickelt.

Das EBA und die bestellten Gutachter bestätigten nun, dass die getroffenen Annahmen richtig sind, die Unterlagen für die Nachweisführung vollständig sind, die Prüfungen norm- und anforderungsgerecht durchgeführt wurden und keine Bedenken gegen den Betrieb auf den existierenden Erprobungsstrecken bestehen. Ferner wird das EBA die Bescheide bei der Erteilung der Betriebsgenehmigung für zukünftige Anwendungsstrecken zu Grunde legen.



Die neue TSB-Magnetbahntechnik erfüllt höchste Sicherheitsstandards. Bild: Firmengruppe Max Bögl

Max Bögl wird die Zusammenarbeit mit den Gutachtern und dem EBA fortsetzen, um auch für die Betriebsleittechnik die Zusicherung der Zulassungsfähigkeit zu erhalten und für weitere Komponenten ebenfalls positive Bescheide zu erlangen. Als nächster Schritt würde dann die Betriebsgenehmigung für eine erste Anwendungsstrecke des Transport Systems Bögl in Deutschland folgen. Die bereits erteilten Bescheide des EBA sind dafür wichtige Voraussetzungen. Aufgrund der kurzen Bauzeit und des hohen Vorfertigungsgrads der Systembestandteile, wäre nach Vorliegen der Baugenehmigung eine Realisierung und Inbetriebnahme des TSB in weniger als zwei Jahren möglich.

Von besonderer Bedeutung ist auch die internationale Anerkennung des Eisenbahn-Bundesamts für die von ihm garantierten höchsten Standards. Das eröffnet die Möglichkeit vereinfachter Zulassungsverfahren in anderen europäischen Ländern. Außerdem werden auch die chinesischen Behörden bei Ihrer Zulassung des TSB in China die vom EBA geprüften technischen Unterlagen berücksichtigen. Unterstützt wird die Firmengruppe Max Bögl dabei vom chinesischen Kooperationspartner Xinzhu.

Modernste ÖPNV-Lösung

Mit dem Transport System Bögl bietet Max Bögl die zurzeit modernste Lösung für den öffentlichen Personennahverkehr an. Das System schwebt leise und berührungslos auf einem schlanken Fahrweg, der sich in aufgeständerter, ebenerdiger oder unterirdischer Bauweise gut in urbane Räume einfügt.

Durch das Angebot aus einer Hand, von der Planung, über Fertigung und Bau bis zum Betrieb, werden sehr kurze Realisierungszeiten erreicht, wodurch das TSB rasch zur Entlastung des Verkehrs im städtischen Umfeld beitragen kann. Dabei passt es sich durch den fahrerlosen, vollautomatischen Betrieb flexibel an den jeweiligen Transportbedarf an und ist rein elektrisch unterwegs.

Weitere Informationen: www.transportsystemboegl.com ❐

Mehr Schulbusse für mehr Abstand

Um Schülerinnen und Schüler im neuen Schuljahr auf mehr Busse zu verteilen und damit die Sicherheit vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus im Schülerverkehr zu erhöhen, hat der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, zusätzliche Busse einsetzen zu wollen. Die Kosten für den Einsatz von Verstärkerbussen, die von den kommunalen Aufgabenträgern bestellt werden müssen, werden zu 100 Prozent vom Freistaat übernommen.

Der LBO begrüßt Söders Ankündigung, die Auslastung des Schülerverkehrs durch zusätzliche Verstärkerbusse abmildern zu wollen. Eine in den vergangenen beiden Wochen durchgeführte Abfrage des LBO bei den rund 1.000 Busunternehmen in Bayern über kurzfristig mobilisierbare Fahrzeug-Kapazitäten hat ergeben, dass bayernweit aktuell rund 650 Omnibusse als Reserve zur Verfügung stehen, die im Schülerverkehr als Verstärkerbusse eingesetzt werden könnten.

Wichtige Schutzmaßnahme

Omnibusse sind das am meisten genutzte Verkehrsmittel für den Schulweg. In Bayern werden täglich 1,3 Millionen Schülerinnen und Schüler mit Bussen in die Schule bzw. Ausbildungsstätte gebracht. „Infektionsschutz beginnt nicht erst im Klassenzimmer. Deshalb sind Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auch auf dem Schulweg wichtig. Auch in Schulbussen gilt zwar bayernweit, wie im gesamten Nahverkehr, eine Mund-Nasen-Bedeckungspflicht für Kinder ab sieben Jahren. Doch der beste Schutz vor Ansteckung ist immer noch Abstand. Die Kostenzusage des Freistaats ermöglicht es den Aufgabenträgern, durch die Anmietung aktuell nicht benötigter Reisebusse diese wichtige Schutzmaßnahme im Schulbusverkehr umzusetzen“, so LBO-Geschäftsführer Stephan Rabl. ❐



Rekultivierung des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohlereviers:

Rekultivierungsflächen bekommen grünes Kleid aufgesprüht

Bauabschnitt 02 auf dem Westfeld rund um den wieder erstandenen Irlacher See voll im Zeitplan

Die Arbeiten zur Rekultivierung des Westfelds bei Wackersdorf auf dem rund fünf Hektar großen nördlichen Bauabschnitt 02 unterhalb des Geotops nähern sich ihrem grünen Ende und liegen damit etwas vor dem Zeitplan.

Daher konnten die in den letzten rund 12 Monaten entstandenen Rekultivierungsflächen im Westfeld-Bauabschnitt 02 rund um den wieder erstandenen Irlacher See schon in der ersten Augustwoche ihr grünes Finish bekommen. Ziel ist ein extensiv zu bewirtschaftender, naturschutzfachlich wertvoller Magerrasen. Die Arbeiten zur großflächigen Nass-Ansaat werden im Auftrag von Uniper von einem darauf spezialisierten Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen ausgeführt.

Nass-Ansaat-Verfahren

Die jetzt zu begrünenden Flächen umfassen rund 40.000 m² (vier Hektar), die mit einem speziellen Landschafts-/Magerrasen-Substrat angesprüht werden. Über die Ansaatschicht werden Kokosmatten verlegt, die mit Holznägeln dauerhaft auf den Boden geheftet werden. Pro Quadratmeter werden rund 115 Gramm Nass-Ansaat-Emulsion auf die Rekultivierungsschicht gespritzt. Die homogene Emulsion besteht aus einem Gemisch von Saatgut (unter anderem mit Kräutern und Winterroggen), Dünger-, Bodenhilfs- und Bodenverbesserungsstoffen.

Das Nass-Ansaat-Verfahren zur Begrünung der Rekultivierungsflächen im Westfeld wurde deshalb gewählt, weil die entstandene Hügellandschaft schwer erreichbare und nicht befahrbare Flächen ausweist. Das grüne Deckkleid soll die Flächen zuverlässig und dauerhaft begrünen und vor Erosion schützten. Die entsprechende Begrünungsrezeptur ist auf den Standort angepasst worden. Von einem Hydroseeder (Spezial-LKW) aus spritzen Mitarbeiter mittels Schlauchleitungen und Strahlrohr über spezielle Düsen die Anspritz-Emulsion auf die Flächen. Für eine homogene Anspritzmasse sorgt ein Rührwerk auf dem LKW, so dass ein gleichmäßiges Begrünungsergebnis entsteht.

Mit der Begrünung der Flächen kann der Bauabschnitt 02 des WestfeldRekultivierungsprojekts an die schon seit einigen Jahren bestehenden Naturflächen des Bauabschnitts 01 angebunden, sowie in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild, integriert werden.

Arbeitsschutzanforderungen

Die Begrünung der Rekultivierungsflächen des Bauabschnitts 02 im Westfeld bildet den baulichen Schlusspunkt der im Frühsommer 2019 begonnenen Arbeiten. Die Oberpfälzer Firma Kassecker hat mit großer Sorgfalt und Termintreue unter Beachtung der bei Uniper geltenden hohen Arbeitsschutzanforderungen, die durch die CoVid-19-Pandemie noch zusätzlich verschärft wurden, die Rekultivierungsarbeiten bis aufwendige Restarbeiten vorzeitig fertiggestellt. Sichtbare Zeichen sind die neu modellierte, sanfte Hügellandschaft rund um den in einem befestigten Becken wiedererstanden ehemaligen Irlacher See, an der mit rund 30 Meter tiefsten Stelle des Westfelds. Der Irlacher See dient als Sickerwassersammler. Diese Wässer werden über die vier hochmodernen, neuen Saugpumpenschächte in die Wasseraufbereitungsanlage gepumpt und von dort, entsprechend den behördlichen Vorgaben, gereinigt in den Knappensee weitergeleitet.

Gestaltung einer neuen Landschaft

Während der vergangenen eineinhalb Jahren wurde systematisch eine neue Landschaft im Bauabschnitt 02 gestaltet. Dabei wurden die ehemaligen intensiv industriell und bergmännisch genutzten Flächen abgedichtet und die Oberfläche durch einen in Schichten angelegten Aufbau des Rekultivierungsbodens neu gestaltet, mit dem Ziel, der Region ökologisch wertvolle Landschaften zurückgeben zu können.

Natürliche Abdichtung mit geotextilem Verbundstoff

Für den Aufbau der Abdichtung und Modellierung des Bauabschnitts 02 wurde zu Beginn mit 50.000 m³ Material eine Befahrungsschicht unterhalb der Dichtungsebene angelegt. Als Ausgleichsschicht für die Dichtungsmatten wurden 6.000 m³ Material verbaut. Darüber kamen auf 35.000 m² sogenannte geosynthetische Ton-Dichtungsbahnen aus Bentonit. Dieser geotextile Verbundstoff hat sich als natürliche Abdichtung gegen Flüssigkeiten, wegen seiner schnellen und sicheren Dichtwirkung und durch die sehr gute Quellfähigkeit, bewährt. Ein Zentimeter der Dichtungsbahn aus Bentonit (einem vulkanischen Tonmineral) ersetzt eine herkömmliche Tonabdichtung mit einer Stärke von rund einem halben Meter.

Über die dichtende Matte wurden in bis zu 1,2 Meter Stärke verschiedene Bodenschichten, wie rund 4.000 m³ mineralische Sand-Schutzschicht, 8.000 m³ Wurzelhemmschicht und 40.000 m³ Bewuchsschicht (Oberpfälzer Mutterboden) aufgetragen.

240.000 Tonnen Rekultivierungsböden

Insgesamt mussten aus der Region rund 240.000 Tonnen Rekultivierungsböden per LKW antransportiert werden. Die Transportwege konnten im Sinne von Klimaschutz und Ressourcenschonung kurzgehalten werden. Die Böden wurden vor dem Einbau entsprechend der behördlichen Auflagen systematisch geprüft und gegebenenfalls zusätzlich aufbereitet.

Zur Abdichtung der neben den Befahrwegen verlaufenden Gräben wurden 7.000 m² Kunststoffdichtungsbahnen verlegt und mit Wasserbausteinen gesichert. Die Böschungen des wieder erstandenen Irlacher Sees sind mit rund 12.000 Tonnen Wasserbausteinen gesichert worden.

Investitionen von über zehn Millionen Euro

Über zehn Millionen Euro investierte Uniper allein in diesen zweiten Rekultivierungsabschnitt. Neben diversen regionalen Zulieferfirmen waren rund 20 Mitarbeiter von Kassecker, Uniper, sowie den Gutachter-, Planungs- und Überwachungsbüros mit den Arbeiten vor Ort beschäftigt. Auch der eingesetzte Maschinenpark, zur Qualitätskontrolle, zum großen Teil satellitengesteuert, war beeindruckend:

Mehrere Radlader in unterschiedlichen Gewichtsklassen für den Massenumschlag und zur Bodenaufbereitung, Kettenbagger mit diversen Anbauwerkzeugen, ein kalibrierter Walzenzug mit GPS-überwachter Verdichtungskontrolle, eine „Schneekanone“ und Traktoren mit Wassertanks zur Befeuchtung und Staubbindung, sowie die bei Großbaustellen obligatorische Reifenwaschanlage für die Transportfahrzeuge waren im Einsatz.

Hintergrund

Insgesamt sieben Jahrzehnte war das Wackersdorfer Braunkohlerevier von bergmännischer Nutzung geprägt. Die Rekultivierung der Westfeld-Flächen lag bei der ehemaligen Bayerischen Braunkohleindustrie (BBI), dem Bayernwerk und E.ON, von der Uniper die Aufgabe übernommen hat. Das Rekultivierungsprojekt wurde 2002 gestartet. Der Abschluss ist bis Ende 2022 in mehreren Etappen vorgesehen.

Auf dem insgesamt gut 80 Hektar großen, ehemals weitgehend ebenen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaugebiet Westfeld wurden während der Betriebszeit des Kraftwerks Schwandorf-Dachelhofen (1930-2002) der im Kraftwerk benötigte Brennstoff Braunkohle erst abgebaut und in Teilbereichen später eigene und tschechische Braunkohlelieferungen gelagert. Die ausgekohlten Tagebaugruben wurden mit Abraum aus dem Braunkohleabbau und mit Kraftwerksasche sowie im Bereich des heutigen Westfeld-Damms mit Bauschutt und Abbruchmaterial einer ehemaligen Brikettfabrik und des Schwandorfer Kraftwerks verfüllt. Seit 2009 dient das Areal des Westfeld-Damms zum Teil als Lagerplatz für die benötigten Baumaterialien zur Rekultivierung des Westfeldes.

Im Zuge des Rekultivierungsvorhabens wird insbesondere auch das vorhandene Entwässerungssystem und die Sickerwasseraufbereitung für das Westfeld grundlegend modernisiert und ausgebaut. Neben dem Sickerwassersammelbecken (kurz: Sickerwassersammler bzw. Irlacher See), das sich an der tiefsten Stelle des Westfelds (-30 Meter) befindet, wurden vier großvolumige Saugpumpenschächte mit modernen Hochleistungs-Saugpumpen installiert. Auch die Aufbereitung von verunreinigtem Sickerwasser möchte Uniper soweit wie möglich energie- und ressourcenschonend gestalten. Dazu unterstützt Uniper am Standort Westfeld ein zukunftsweisendes Umweltforschungsprojekt der Base Technologies GmbH, einem Umwelttechnologiespezialisten aus München, in Kooperation mit der Universität Bayreuth und mit Förderung der renommierten Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Ziel des Projektes ist die Einführung und Weiterentwicklung einer naturnahen und nachhaltigen Technologie zur Wasseraufbereitung unter vollständigem Verzicht auf den Einsatz von Energie und Chemikalien. Eine innovative mehrstufige Versuchsanlage arbeitet seit 2017 auf dem Westfeld und belegt die Möglichkeit eines dauerhaften, sicheren Betriebs einer solchen passiven Reinigungsanlage unter realen Bedingungen. Uniper beabsichtigt die Beantragung einer deutschlandweit ersten passiven Großanlage als nachhaltige Alternative zur bestehenden Sickerwasseraufbereitungsanlage. Mit der vorliegenden Datenbasis konnte durch Base Technologies in enger Kooperation mit den zuständigen Behörden bereits die Genehmigungsplanung angestoßen werden.

Auch für die Regenwassersammlung werden drei neue Pumpenschächte zur Sammlung des Oberflächenwassers in den Rekultivierungskörper gesetzt. Über diese wird künftig das saubere Regenwasser zum Teil mit Pumpen in Regenrückhaltebecken gesammelt und über den Entwässerungsgraben Nord weiter in das Naturschutzgebiet Hirtlohweiher geleitet. Das Grabensystem in Richtung Hirtlohweiher wird durch Rückbau von Verrohrungen und Überbauungen umgestaltet. Dadurch verbessern sich dessen Gestalt und die Gewässerökologie spürbar. Zudem wird es als wichtiger Baustein zu Verbesserung des Hochwasserschutzes, z. B. bei Starkregenereignissen, für das Gemeindegebiet Wackersdorf mit Herstellung naturnaher Retentionsräume und Überschwemmungsflächen im Westfeldgelände angepasst und ausgebaut. **JK**



Per Hochdruckschlauch wird die homogene Ansaat-Emulsion von einem Mitarbeiter der Spezialfirma aus Nordrhein-Westfalen auf die rekultivierten Flächen des Westfeld-Bauabschnitts 02 aufgesprüht. Da die Flächen an einigen Stellen recht steil sind, werden zur dauerhaften Sicherung gegen ungewollte Witterungseinflüsse Kokosmatten darübergelegt, die mit Holznägeln im Erdbereich befestigt sind. Die angesäten Pflanzen wachsen durch die Matten durch. Bild: Jan Kiver, 2020

Baumschulen schlagen Alarm

Viele Baumarten können dem Klimawandel nicht trotzen

Angesichts massiv absterbender Baumbestände an den Straßen, den Parks und den Wäldern, fordert der Bund deutscher Baumschulen (BdB) eine nationale Plattform zur Identifizierung von Zukunftsbäumen

„Was wir gerade erleben, ist eine Katastrophe. An vielen Standorten verlieren wir unsere heimischen Baumarten. Nicht nur Buchen und Birken fallen der Hitze und der Trockenheit zum Opfer. Selbst Eichen und Kiefern sterben vielfach ab. Andere Baumarten werden von Schädlingen heimgesucht, die der Klimawandel begünstig; so etwa die auch für den Menschen gefährliche Rindenrußkrankheit beim Ahorn“, erläutert der Hauptgeschäftsführer des BdB, Markus Guhl.

„Wenn man bedenkt, dass es Jahre und Jahrzehnte dauert, bis ein neuer Baumbestand ausgewachsen ist, müssen wir heute genau überlegen, welche Baumarten und -sorten den Klimawandel überstehen“, so Guhl. Zwar seien die Baumschulen zusammen mit einigen gartenbaulichen Versuchsanstalten und kommunalen Experten dabei, Praxistests zu absolvieren, aber das genüge bei weitem nicht.

„Wir brauchen eine nationale Forschungsplattform, die ein deutschlandweites Testnetz ermöglicht. Dazu gehört auch, großflächig Baumbestände zu erfassen und in eine solche Plattform einzuspeisen. Wir müssen rasch handeln, um jene Bäume zu finden, die künftig in unseren Städten, der freien Natur und den Wäldern wachsen und ihre Funktion erfüllen“, fordert Guhl.

Guhl sieht die Politik in der Pflicht, die finanziellen Mittel für die Gehölzforschung bereitzustellen. Der Bund sollte daher rasch handeln und Gelder zur Verfügung stellen. Dabei geht es nicht nur um die Ausweitung der Tests, sondern auch um einen vom Bund getragenen Lehrstuhl zur Forschung an Zukunftsbäumen.

„Aber es geht nicht nur ums Geld. Viel zu lange haben wir darüber diskutiert, ob man in Deutschland nur heimische oder gar die noch weiter ausdifferenzierten gebietsheimischen Gehölze pflanzen darf. Heute müssen wir sagen: die Wirklichkeit schlägt wieder einmal die Ideologie. Wir müssen daher die gesamte Sortimentsbreite der Baumschulen nutzen, um zu zukunftsgerechten Lösungen zu kommen. Sicher ist dabei eines: den einen Zukunftsbaum wird es nicht geben. Alles hängt auch künftig vom Standort ab“, resümiert Guhl. ❐





Lindner Unitrac 112 im Wintereinsatz. Bild: Lindner

Stadt Würzburg:

Baustart für die Grün- und Freizeitanlage

Mit den Arbeiten an der Grün- und Freizeitanlage, eines der großen Bauprojekte in der Lindleinsmühle, wurde aktuell begonnen. Die Anfänge liegen schon fünf Jahre zurück, mit der Aufnahme des Stadtteils in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" im Juni 2015. Zu Beginn wurde ein Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept erarbeitet. Es dient als Grundlage für alle weiteren Planungen. Im Bereich Neumühle geht es darum, die Freizeit- und Erholungsqualität zu stärken. Daher wurde in diesem Bereich die Entwicklung einer Grün- und Freizeitanlage als wichtige Maßnahme definiert.

Die Standortwahl fiel auf die bestehende Grünanlage, die, abgesehen von einem Bolzplatz, weitgehend ungenutzt war. Die neue Anlage umfasst nicht nur die Schaffung von attraktiven Spiel- und Aufenthaltsbereichen, sondern auch den Bau einer Parkouranlage. Diesen Wunsch brachten Jugendliche im Rahmen des Projektes „Stadtteil-Checker" des Stadtjugendrings sowie der Bürgerwerkstätten ein.

Zunächst als Maßnahme im Rahmen der „Sozialen Stadt" angedacht, wurde die Grün- und Freizeitanlage Neumühle 2017 in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün" aufgenommen. Die Kosten für die geförderte Gesamtmaßnahme betragen ca. 770.000 Euro.

Einbindung der Parkour-Akteure

Parkour bezeichnet eine Fortbewegungsart, deren Ziel es ist, eine Wegstrecke möglichst schnell, kreativ und effizient zu überwinden. Nur mit den Fähigkeiten des eigenen Körpers bahnt sich der Parkourläufer seinen individuellen Weg durch den städtischen oder natürlichen Raum. Die Sportart erfreut sich zunehmender Beliebtheit. In Würzburg gibt es eine spezielle Trainingsgemeinschaft, Schulen bauen entsprechende Elemente in ihren Sportunterricht ein und auch im Hochschulsport ist Parkour vertreten. Da die neue Anlage eine hohe Attraktivität für die Würzburger Parkour-Akteure besitzen soll, wurden sie aktiv beteiligt und eng in den Planungsprozess eingebunden.

Generationsübergreifende Fitnessangebote

Der bestehende Zugang im Westen der Grün- und Freizeitanlage wird barrierefrei ausgestaltet. Grundgerüst der Anlage ist ein asphaltierter geschwungener Rundweg. Er verbindet die unterschiedlichen Bereiche und fasst sie räumlich. Gleichzeitig stellt er aber auch eine klare Zonierung zwischen der Parkouranlage, den generationsübergreifenden Fitnessangeboten und der allgemeinen Grünanlage mit multifunktionaler Nutzung her. Im Eingangsbereich sind Abstellplätze für Fahr- und Lastenräder vorgesehen. Außerdem steht dort künftig von Frühjahr bis Herbst eine barrierefreie mobile Toilettenkabine.

Der Parkourbereich erhält einen fugenlosen Fallschutzbelag auf dem verschiedene Stangen- und Wandelemente aus Beton und Stahl angeordnet sind. In einer separaten Fläche befinden sich drei Fitnessgeräte, die von Personen unterschiedlicher Altersgruppen genutzt werden können. Den Impuls für dieses generationsübergreifende Angebot gab der in der Lindleinsmühle aktive Arbeitskreis Senioren. In unmittelbarer Nähe und angebunden an die geplanten Wege sind Betonquader mit Sitzauflagen vorgesehen. Sie ermöglichen die Beobachtung des sportlichen Treibens. Gleichzeitig können sich hier die Akiven ausruhen.

Selbstverständlich werden auch weitere Spiel- und Sportgeräte angeboten, die von allen Bewohnern der Lindleinsmühle genutzt werden können. Geplant sind eine Spielkombination für Kinder mit verschiedenen Aufstiegs- und Unterschlupfmöglichkeiten sowie eine Rutsche. Außerdem werden eine Doppelschaukel mit Kleinkindersitz sowie Befestigungsmöglichkeiten für Slacklines installiert. Der bereits bestehende Bolzplatz bleibt erhalten. Bänke und Einzelsitze entlang des um die Grünfläche führenden Weges und zwei drehbare Liegen im Rasen laden zum Ausruhen und Entspannen ein.

Der vorhandene Gehölzgürtel dient als grüne Pufferzone zur angrenzenden Wohnbebauung.

Der Zeitplan sieht vor, dass die Maßnahme voraussichtlich Mitte Oktober 2020 abgeschlossen werden kann. „Das Projekt ist ein gutes Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit der Fachbereiche Stadtplanung, Jugend und Familie, des Gartenamtes, des Quartiersmanagements, des Stadtjugendrings sowie engagierter Bürger*innen", freuen sich Bürgermeister Martin Heilig und Baureferent Benjamin Schneider. ❐

Landkreis Dillingen startet Projekt „Unser Landkreis blüht auf"

Den Lebensraum und das Nahrungsangebot für heimische Insekten wie Bienen, Hummeln und Schmetterlinge zu verbessern, dieses Ziel verfolgt der Landkreis Dillingen mit dem landkreisweiten Projekt „Unser Landkreis blüht auf". Monotone, arbeitsintensive Rasenflächen sollen zu ästhetischen, naturnahen und pflegereduzierten Blühflächen werden.

Bereits im Mai startete ein Teilprojekt unter fachlicher Begleitung in der Stadt Dillingen mit einem Projekttag. Daneben sind die Städte Wertingen, Höchstädt a.d.Donau und Lauingen (Donau) sowie die Gemeinde Syrgenstein beteiligt. Landrat Leo Schrell freut sich mit den jeweiligen Bürgermeistern über die Impulse und die naturschutzfachliche Aufwertung, die die öffentlichen Grünflächen in den Kommunen durch das Projekt erfahren. Im Verlauf der Projekttage erhalten die zuständigen Mitarbeiter der Projektgemeinden eine Praxisschulung für die fachgerechte Bearbeitung der Blühflächen.

Im Vorfeld des Projekttages werden die ausgewählten Flächen vorbereitet und angesät. Am Gesamtprojekt sind neben den Kommunen der Landschaftspflegeverband Donautal-Aktiv e.V., Gartenbau- und Imkervereine, der Bund Naturschutz, Schulen, Kindergärten sowie interessierte Privatpersonen, aber auch Unternehmen und kommunale Dienstleister wie Zweckverbände beteiligt. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis als erste Initiative rund 15.000 Saatgut-Tütchen, vor allem auch an Privatpersonen, ausgegeben, die in ihren privaten Gärten sogenannte Blühflächen angelegt haben. ❐

Vielseitige Geräteträger für moderne Kommunen

Stufenlose Kommunalprofi-Technologie „Made in Austria"

In jedem Transporter und Traktor von Lindner stecken 200 Stunden österreichische Wertarbeit. Europäische Premiumkomponenten machen die Fahrzeuge zu hocheffizienten und vielseitigen Geräteträgern für moderne Städte und Gemeinden. Jetzt gibt es den Lintrac 130 und den Unitrac 112 LDrive als hochwertig ausgestattete Kommunalprofi-Modelle „Made in Austria" zum Sonderpreis.

Wendig, stufenlos, sehr sauber und leicht zu bedienen: Dafür stehen der Lintrac 130 und der Unitrac 112 LDrive des Tiroler Familienunternehmens Lindner. „In jedem unserer Traktoren und Transporter stecken über 200 Stunden österreichische Wertarbeit. 95 Prozent der Wertschöpfung bleiben in Europa", betont Geschäftsführer Hermann Lindner.

Sauberste Motorentechnologie

In den Lintrac 130 baut Lindner den besonders sauberen und sparsamen Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5 ein. Diese ist mit der Abgasklasse EURO 6 vergleichbar. Mit 3,6 Liter Hubraum und 100 kW Leistung (136 PS) sowie einem enormen Drehmoment von 530 Nm ist der Lintrac 130 der stärkste stufenlose Lindner-Traktor. Das stufenlose TMT11-ZF-Getriebe kommt aus Steyr. Seine Stärken spielt die Maschine (Nutzlast rund 3,5 Tonnen) bei schweren Zugarbeiten aus, der Lintrac 130 eignet sich aber auch hervorragend für die Arbeiten mit größeren Schneepflügen oder Fräsen. Mit gefederter Vorderachse fährt er auf Wunsch 50 km/h. Für Wendigkeit sorgt die 4-Rad-Lenkung. Der kommunale Lintrac 130 „Made in Austria" ist zum Sondernettopreis von 119.000 Euro erhältlich (u.a. mit drei Jahren Werksgarantie, gefederter Vorderachse und Kommunalbereifung).

Der Unitrac 112 LDrive punktet mit ZF-Stufenlostechnologie und einfacher LDrive-Bedienung. Das im Unitrac 112 LDrive verwendete CVT Stufenlosgetriebe wurde gemeinsam mit ZF entwickelt und wird von Lindner produziert. Gefahren wird stufenlos von -20 bis +50 km/h mit reduzierter Motordrehzahl. Dank 4-Rad-Lenkung beträgt der Wendekreisradius nur 3,5 Meter. Der 107 PS starke Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c, die Nutzlast liegt bei sechs Tonnen. Den kommunalen Unitrac 112 LDrive „Made in Austria" hat Lindner zum Sondernettopreis von 139.000 Euro im Programm (u.a. mit drei Jahren Werksgarantie, 4-Rad-Lenkung und Kommunalbereifung).

Zusatzgeräte aus Österreich

Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung. Schneepflüge für Profis baut der österreichische Hersteller Hauer. Bei den Kehrmaschinen setzt Lindner auf das Salzburger Unternehmen Trilety. Die Kärntner Firma Springer Kommunaltechnik hat Streugeräte für die Lindner-Fahrzeuge im Programm. Lassen sie sich die besonders attraktiven Gerätepakete zu den Kommunalprofi-Modellen „Made in Austria" nicht entgehen!

Lindner-Hausbesuche

Bei den Lindner-Hausbesuchen können die neuen Lintrac-Modelle und der stufenlose Unitrac 112 LDrive getestet werden: am Bauhof oder beim nächsten Händler. Da gibt es auch alle Infos zum TracLink-System, der digitalen Lösung für die moderne Einsatzdokumentation in den Gemeinden. Darüber hinaus sorgt die Geräteerkennung für Bedienkomfort.

Die Anmeldung für die Lindner-Hausbesuche erfolgt bequem über die Lindner-Website: hausbesuch.lindner-traktoren.at/ ❐

Mehr Insektenlebensräume in Bayreuth

In dem neuen Projekt „Urbane Insektenbiotope" werden die Mitglieder des studentischen Vereins „Die Summer e. V." in ganz Bayreuth Insektenbiotope entwickeln und gemeinsam mit Anwohnern Räume zur Naturerfahrung schaffen. Dafür stellt das Bundesamt für Naturschutz im Bundesprogramm Biologische Vielfalt rund 710.000 Euro aus Mitteln des Bundesumweltministeriums zur Verfügung.

Entstehen sollen neue Lebensräume für Insekten auf städtischen Flächen, in Schulgärten sowie auf Firmengeländen, die auch als neue Räume zur Naturerfahrung genutzt werden können. So sollen vor allem Kinder dort die Natur entdecken können. Mitten in der Stadt werden Wohnstraßen in Gemeinschaftsaktionen mit den Anwohnern naturnah zu sogenannten Biotopstraßen umgestaltet. Im gesamten Bayreuther Stadtgebiet sollen so urbane Insektenbiotope großräumig miteinander vernetzt werden.

Ziel ist es, die Bayreuther Bürger durch konkrete Mitmachaktionen für aktiven Natur- und Insektenschutz und durch Umweltbildungsmaßnahmen wie Führungen und Workshops für das Thema zu begeistern. So will der Verein praktisches Wissen zur Pflege- und Anlage von Insektenlebensräumen unter Naturschutzaspekten vermitteln und die Wertschätzung für naturnahe Lebensräume, strukturreiche Flächen und darin lebende Insekten steigern.

Dabei spielen auch die privaten Gärten eine große Rolle: Interessierte werden bei der insektenfreundlichen Umgestaltung ihrer Gärten unterstützt. Es ist geplant, Bezugsadressen für Materialien wie Steine, Reisig, Sand oder zertifizierten Bauschutt auf einer digitalen Übersichtskarte zur Verfügung zu stellen. Im Projekt wird die Stadtbevölkerung einbezogen und die relevanten Akteure zu einem breiten Netzwerk in der Stadt Bayreuth zusammengeführt. **DK**



Lohrer Gymnasium:

Artenschutz durch neues Mähkonzept

Würzburg (ruf) – Die Biodiversität im Siedlungsraum ist spätestens seit dem Volksbegehren Artenvielfalt ein präsentes Thema geworden. So ist die Stadt Lohr derzeit eine bayerische Modellgemeinde zum „Marktplatz der biologischen Vielfalt" und hat u.a. die Pflege der städtischen Grünflächen optimiert. Das Lohrer Franz-Ludwig-von-Erthal-Gymnasium bewirbt sich zudem um das Zertifikat „Umweltschule in Europa / Internationale Nachhaltigkeitsschule" des Landesbundes für Vogelschutz und wertet in diesem Zuge die Grünanlagen auf dem Schulgelände auf.

„Das Zertifikat muss jährlich erneuert werden. Hierfür müssen Workshops und Aktionen zu zwei Umweltthemen bearbeitet werden. 2019/20 sind das ‚Maßnahmen zum Klimaschutz' und ‚Biologische Vielfalt in der Schulumgebung'", erläutert Geographielehrer Markus Ruf. Er leitet den Wahlkurs „Umweltschutz – Nachhaltigkeit – Biodiversität" mit Schülern der Klassen 6 bis 10. Mit ihnen entwickelt er das Konzept der Artenvielfaltswiese, so gut wie es die corona-bedingten Einschränkungen derzeit zulassen.

Fachlicher Rat

Im Frühjahr 2020 hat Ruf sich fachlichen Rat bei Christian Salomon, dem Biodiversitätsbeauftragten an der Regierung von Unterfranken geholt. Statt der Anlage klassischer Blühflächen, hat der einen anderen Projekteinstieg aufgezeigt: Die Umstellung von der Rasenmäherpflege auf eine tierschonende Heumahd. „Da sind jetzt schon sehr gute Wiesenbereiche dabei", sagt Salomon. Man müsse die nur anders mähen und damit auch weiterentwickeln: weniger Schnitte, schonendes Mähwerk, Abräumen des Schnittgutes und Streifen stehen lassen.

Auch Schulleiter Dr. Rottenbacher war von diesem Ansatz überzeugt, zumal Salomon gleich einen interessierten Landwirt vermitteln konnte. Schafhalter Christian Höhlein aus Rodenbach, der seit 2013 seinen Betrieb mit Schwerpunkt auf Artenvielfalt und Erhalt der Kulturlandschaft führt, besitzt hierfür die idealen Maschinen: Sein Gebirgsmäher mit Messerbalken kommt auch an den steilen Hangbereichen zurecht und schneidet den Aufwuchs schonend ab. Dieses Jahr mäht er rund einen Hektar der Schulwiesen testweise auf eigene Kosten und als „Beitrag zum Artenschutz". Wenn es gut funktioniert, plant er die geeigneten Flächen künftig langfristig in die landwirtschaftliche Nutzung zu nehmen.

Ein Beispiel, das Schule macht

Dieses Beispiel könnte im wahrsten Sinne des Wortes „Schule machen". Die Schule spart sich so nicht nur Kosten bei der Grünflächenpflege, mit den Mähwiesen haben die Schüler nun auch Untersuchungsflächen zur Artenvielfalt direkt vor dem Klassenzimmer. So lässt auch die Naturpark-Spessart-Grundschule Partenstein seit diesem Jahr bereits Teilflächen des Schulgeländes als Heuwiesen mähen und fördert damit die Insektenfauna und die Umweltbildung zugleich.

Insektenfreundliche Mahd im Siedlungsbereich – praktische Tipps:

- Auf Mulchen oder Rasenmähermahd zugunsten tierfreundlicher Balkenmähwerke verzichten, da diese das Mähgut nicht zerkleinern und für Insekten keine Sogwirkung haben.
- Mähgut von den Grünflächen abräumen. Die dadurch stattfindende Ausmagerung erhöht meist den Artenreichtum und reduziert den Aufwuchs – und damit den Pflegeaufwand.
- Größere Wiesenbereiche wie freie Bauplätze lassen sich nachhaltig für Grünfutter, Heu oder als Weidekoppel nutzen. Das schont Ressourcen.
- Gerade auf größeren Wiesenflächen sollte man immer abschnittsweise mähen oder kleine blütenreiche Inseln oder Streifen stehen lassen. Das gilt auch über den Winter, denn viele Insekten überwintern in Pflanzenstengeln oder an Blättern.
- Der Blütenreichtum lässt sich auf natürliche Weise fördern, indem man die Samen von den gewünschten Arten wie Margerite, Glockenblume und Natternkopf bewusst ausreifen lässt.
- Auf das giftige Jakobskreuzkraut achten! Blühende Pflanzen sollten umgehend ausgestochen und in der Restmülltonne entsorgt werden. Verbleiben die abgemähten Blüten auf der Fläche, können die Samen noch ausreifen. ❐



Holder Mietflotte bei der Stadt Potsdam: 12 MUVO stehen bereit für den Winterdienst Bild: Holder

10-jähriges Jubiläum für die Holder Mietflotte

Das Holder Mietkonzept:
Erfolgsgeschichte mit 460 Prozent Wachstum

2010 führte Holder die Vermietung von multifunktionalen Geräteträgern mit Anbaugeräten ein. Die Vertriebsverantwortlichen von Holder hatten damals eine Marktlücke in der saisonalen Vermietung von Kommunalfahrzeugen erkannt und man tastete sich vorsichtig an das Geschäftsmodell heran – zunächst mit 15 Fahrzeugen für den Winterdienst. Die Auslastung betrug im Handumdrehen 100 Prozent. Seitdem stieg die Marktnachfrage kontinuierlich an und somit wurde die Mietflotte Jahr für Jahr bis auf mittlerweile 70 Stück in der vergangenen Wintersaison ausgebaut, Tendenz weiter steigend.

Was macht die Fahrzeugmiete für Kommunen und Dienstleister so interessant? Murat Pala, bei Holder verantwortlich für das Mietgeschäft, sieht verschiedene Gründe: „Einerseits schätzen unsere Kunden die Vorteile von neuwertigem Equipment. Noch viel wichtiger sind ihnen aber die saisonale Nutzung und die volle Kostenkontrolle. Außerdem vertrauen sie auf die Zuverlässigkeit, die sie mit unserem Full-Service erhalten. Hochqualifizierte Servicemitarbeiter bei Holder und bei unseren Vertragspartnern sorgen unter anderem für eine reibungslose Wartung und sind bei Reparaturen blitzschnell zur Stelle."

Planungs- und Kostensicherheit

Besonders interessant, weil mit noch mehr Planungs- und Kostensicherheit verbunden, wird es für Holder und seine Kunden, wenn es sich um Rahmenverträge über größere Stückzahlen und längere Laufzeiten handelt. Dritter im Bunde der Gewinner sind die Holder Vertriebspartner. Sie können von zufriedenen Kunden profitieren, die zum Beispiel nach der Miete auf den Kauf von Gebraucht- oder Neumaschinen umschwenken. Zudem sparen sie sich die Kosten für das Vorhalten eines eigenen Mietparks.

Pala betreut bei Holder auch das Gebrauchtmaschinengeschäft. Eine perfekte Symbiose, denn die Mietfahrzeuge wandern in der Regel nach ein bis zwei Jahren in den Gebrauchtmaschinenpool. Somit wird die Marktnachfrage nach Gebrauchtmaschinen kontinuierlich abgedeckt, während gleichzeitig ein junger Mietfuhrpark sichergestellt wird. Weitere Optionen im Holder Mietgeschäft sind der Miet-Kauf und verschiedene Preismodelle wie Flatrate oder kilometergenaue Abrechnung. „Die stetig wachsende Nachfrage sowie unsere Erkenntnisse und Errungenschaften der vergangenen 10 Jahre bestätigen uns darin, das Miet- und Gebrauchtfahrzeuggeschäft auch in den kommenden Jahren weiter auszubauen", schließt Pala zuversichtlich ab. ❐



Sommerhitze: Stadtgrün schafft Abhilfe

In den Sommermonaten kommt es immer häufiger zu langen, niederschlagsarmen Hitzeperioden. Durch die dichte Bebauung und den hohen Anteil versiegelter Flächen entstehen dabei im urbanen Raum oft sogenannte Wärmeinseln. Um dem vorzubeugen, sollte das Thema Stadtgrün bei der Stadtplanung stärker berücksichtigt werden.

Mit den entsprechenden Förderprogrammen können sich Städte und Kommunen zusätzliche finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern sichern, trotz der Corona-Krise. Neben den bekannten Programmen der Städtebauförderung sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unter dem Titel „Post-Corona-Stadt" gerade auf der Suche nach neuen Pilotprojekten und stellen zusätzliche Mittel, unter anderem für die grüne Stadtentwicklung, zur Verfügung.

Gefahr der urbanen Hitzeinseln

Je geringer der Anteil an Stadtgrün und unversiegelten Flächen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich in den Sommermonaten urbane Hitzeinseln bilden. Für die Stadtbewohner entstehen dadurch anhaltender Hitzestress sowie hohe Energiekosten durch den Einsatz von Kühlsystemen. Darum sollten Städte und Gemeinden die Entwicklung von Projekten sowie Strategien zur Stärkung einer grün-blauen Infrastruktur nicht vernachlässigen.

„Sinnvoll angelegte Grünflächen bieten nicht nur Raum für Erholung, sondern sorgen in den Sommermonaten auch für eine deutliche Regulierung des Stadtklimas. Wem finanzielle Ressourcen für die Grünentwicklung fehlen, der kann auf verschiedene Förderprogramme von Bund und Ländern zurückgreifen.", so Jan Paul, Vizepräsident des Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.

Neben den drei Programmen der Städtebauförderung – Lebendige Zentren, Sozialer Zusammenhalt sowie Wachstum und nachhaltige Erneuerung – haben das BMI und das BBSR in diesem Jahr weitere Fördergelder zur Verfügung gestellt. Unter dem Motto „Post-Corona-Stadt" werden innovative Ideen und Konzepte für eine resiliente Stadtentwicklung gesucht. Die Pilotprojekte können Lösungen zu unterschiedlichen Themen erbringen: solidarische Nachbarschaft und Wirtschaft im Quartier, öffentlicher Raum, Mobilität und Stadtstruktur oder integrierte Stadtentwicklungsstrategien unter Berücksichtigung von Resilienzaspekten.

Die Initiative „Grün in die Stadt" stellt auf der Website www.gruen-in-die-stadt.de einen Förder-Check bereit und unterstützt damit bei der Suche nach passenden Förderprogrammen zur Grünentwicklung. „Grün in die Stadt" kooperiert mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB). ❐

26,5 Millionen Kubikmeter Schadholz in Bayerns Wäldern:

IG BAU: Klimageschädigter Wald

Oberbayern fordert mehr Forstpersonal

Klimanotstand im Wald: Immer mehr heimische Bäume könnten Dürren, Stürmen und Schädlingen zum Opfer fallen – wenn nicht deutlich mehr für den klimagerechten Umbau der Wälder getan wird. Davor warnt die IG BAU in München und fordert zusätzliches Forstpersonal in der Region.

„Zwar hatte die Staatsregierung angekündigt, bis 2030 insgesamt 200 neue Stellen in der bayerischen Forstverwaltung zu schaffen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Zudem müssen die Einstellungen zügiger erfolgen", sagt der Bezirksvorsitzende der IG BAU Oberbayern, Michael Müller. Angesichts des Ausmaßes der Schäden sei langfristig noch mehr Personal nötig.

Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums dürften in Bayern 2018 bis 2020 insgesamt rund 26,5 Millionen Kubikmeter Schadholz anfallen. Extreme Wetterlagen und Schädlinge werden demnach bis Jahresende eine Waldfläche von 16.100 Hektar vernichtet haben.

„Auch wenn zuletzt mehr Regen fiel als in den Vorjahren, bleibt die Lage für die Bäume dramatisch. Neben den besonders anfälligen Monokulturen aus Fichten und Kiefern trifft es mittlerweile sogar die Buche", so Müller. Diese seit Jahrtausenden in Deutschland heimische Art leide zunehmend unter ausgetrockneten Böden und Pilzbefall. Um die Wälder für den Klimawandel zu wappnen, müssten zusätzliche Mischwälder angelegt und an den Klimawandel angepasste Baumarten angepflanzt werden. „Das aber ist eine Mammutaufgabe, für die es viel mehr Personal braucht.

Der Nachholbedarf beim Waldumbau sei enorm, wie die jüngste Bundeswaldinventur zeige. Danach machen Nadelbäume – ein Großteil davon in Monokulturen – fast zweiDrittel der 2,6 Millionen Hektar des bayerischen Waldes aus. ❐

Mähen, kehren, räumen!

Ein Modell für zwölf Monate – Winterdienst, Straßenunterhaltung, Grünarbeiten

Viele Unternehmer benötigen ein universell einsetzbares Fahrzeug mit Geräteträgereigenschaften. Mercedes-Benz bietet mit dem Unimog ein solches Fahrzeug an. Neu ist das Einstiegsmodell U 219, das die schwächer motorisierten Modelle U 216 und U 218 ersetzt. Der neue 140 kW (190 PS) starke Unimog U 219 ist in zwei Radständen (2800 mm und 3600 mm) und mit 7,49 bis 10,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht lieferbar.

„Im Sommer der Wald, im Winter die Straße. Mit unseren beiden Unimog U 400 und U 430 stemmen wir das Pensum bei der Forstarbeit und Landschaftspflege ebenso wie beim Winterdienst. Der Mercedes-Benz Unimog ist unser Garant für diesen anspruchsvollen Vier-Jahreszeiten-Einsatz", erklärt Dominik Treyer, Chef des Forstunternehmens Spinner im Nordschwarzwald. Vor allem dessen An- und Aufbauräume unterstützen Treyer dabei, sein Dienstleistungsangebot stetig zu erweitern.

„Morgens über die Autobahn zum Hackereinsatz und am Nachmittag nach kurzer Montage der Mähwerke bereit für die Pflege des Straßenbegleitgrüns – wir meistern den Arbeitsalltag flexibel", so Treyer. Auftraggeber aus den Gemeinden, Straßenmeistereien und dem privaten Bereich wissen das zu schätzen. Gerade heutzutage, wo die Bereiche „Orange" und „Grün" immer häufiger Schnittmengen aufweisen und eine entsprechend flexible Fahrzeuglösung erfordern. Winterdienst, Straßenunterhaltung und Grünarbeiten sind somit die jahresübergreifenden Standbeine des Unimog.

Nutzungsmöglichkeiten im kommunalen Sommerdienst

Abseits der Fahrbahnmarkierung entfaltet der Unimog seine Kernkompetenzen. Mähgeräte sowie Ast- und Wallheckenschere pflegen die Straßenränder und stellen das Lichtraumprofil wieder her, während hartnäckiges Wurzelwerk und Baumstubben der Wurzelstockfräse zum Opfer fallen. Und das bei bestmöglicher Fahrerentlastung dank stufenlosem Fahrantrieb, Wechsellenkung und einer stets vorhandenen exzellenten Sicht auf den Arbeitsbereich.

Stufenloser Fahrantrieb „Easy Drive"

Der Unimog setzt mit zahlreichen technischen Lösungen Maßstäbe in der Branche. So mit dem optional erhältlichen stufenlosen Fahrantrieb EasyDrive. Die Synergie von Hydrostat und mechanischem Schaltgetriebe ermöglicht den fliegenden Wechsel zwischen beiden Antriebsarten während der Fahrt. Der Hydrostat im Unimog erlaubt stufenloses Fahren bis zu 50 km/h, darüber hinaus fährt man bis 89 km/h effizient und kraftstoffsparend im mechanischen Achtgang-Schaltgetriebe.

Auf Wunsch sind auch eine Arbeits- und eine Kriechganggruppe erhältlich, die ein Arbeiten bei niedrigsten Geschwindigkeiten (bis 0,1 km/h) erlauben.

Load-Sensing-Hydraulik

Präzise und fein dosierbar geht außerdem die Load-Sensing-Hydraulik für den Geräteantrieb ans Werk. Abgerufen wird nur die tatsächlich benötigte Leistung. Die Heckstützlast des Unimog U 530 beträgt drei Tonnen (Sonderausstattung) – wichtig für den Einsatz mit schweren landwirtschaftlichen Anhängern. Ebenfalls möglich ist die Ausstattung des Unimog mit Frontlader.

LoF – Land oder Forstwirtschaft: Diese Zulassung bietet verschiedene Vorteile, so ist der Unimog mit LoF-Zulassung innerhalb Deutschlands von der Lkw-Maut befreit. Auch das Sonntagsfahrverbot auf Autobahnen betrifft ihn nicht. Als Sicherheitskabine mit Überrollbügel ist außerdem eine EU-weite Zulassung als Traktor möglich.

Lenkung mit drei Lenkungsarten

Für die Unimog Geräteträger U 423 bis U 530 ist eine Hinterachs-Zusatzlenkung lieferbar. Sie macht drei verschiedene Lenkungsarten möglich: Normallenkung über die Vorderräder, Allradlenkung mit allen Rädern in entgegengesetzten Einschlagwinkeln, „Hundeganglenkung" für die Diagonalfahrt mit parallel gestellten Rädern. Dadurch wird der ohnehin kleine Wendekreis um bis zu weitere 20 Prozent reduziert und die Manövrierfähigkeit des Fahrzeugs in allen Einsatzsituationen gesteigert.

Das Unimog-Programm der Geräteträger umfasst die Einstiegsmodelle Unimog U 219, und U 319 und die Allrounder U 323 und U 423, denen die Vierzylindermotoren mit Leistungen zwischen 140 kW (190 PS) und 170 kW (231 PS) gemein sind. Die Unimog U 427 und U 527 sowie U 430 und U 530 haben Sechszylindermotoren und verfügen über 200 kW (272 PS) beziehungsweise 220 kW (299 PS). Ideal für den Garten- und Landschaftsbau: das neue Einstiegsmodell Unimog U 219.

Mit seinem hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis ist dieser U 219 neben dem Bereich Garten- und Landschaftsbau auch auf die Bedürfnisse von Kommunen und kleineren Unternehmen zugeschnitten. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch verbreiteten Unimog U 1200, U 1400 und U 1600, die bis 2002 hergestellt wurden.

Typisch für die Einsatzdauer des Unimog: Von den über 16.000 produzierten Fahrzeugen dieser älteren Baureihe sind allein in Deutschland noch rund 10 000 Exemplare zugelassen. Der Unimog U 219 bietet in Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit ähnliche Werte wie die früheren Unimog, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen.

„Unimog Partner" und „Unimog ExpertPartner"

Das Angebot an Anbaugeräten wird von einer Vielzahl von Anbaugeräteherstellern mit langjähriger Expertise stetig ausgebaut. Mit ihnen arbeitet Mercedes-Benz bei der Entwicklung und Anpassung von Geräten eng zusammen. Das Label „Unimog Partner" bzw „Unimog ExpertPartner" umfasst aktuell 44 hochspezialisierte Firmen mit über 160 an den Unimog angepassten und vom Hersteller freigegebenen Gerätevarianten.

„Unimog ExpertPartner" dürfen sich Aufbauhersteller nennen, die besonders hohe Anforderungen hinsichtlich Service, Qualität und Technik erfüllen Mehr hierzu unter www.unimogpartner.com.

Über 650 Servicestandorte

Hinter dem Unimog-Service steht eine weltweit organisierte Servicestruktur mit über 650 Servicestandorten in mehr als 130 Ländern, davon rund 220 in Deutschland. Besonders zu erwähnen ist, dass die autorisierten Unimog-Servicepartner sich im Falle einer notwendigen Reparatur nicht nur um die Fahrzeuge, sondern auch um die An– und Aufbaugeräte kümmern – also um das Komplettsystem.

Service-Angebote

Unter vier Serviceangeboten kann der Unimog-Eigner wählen: Antriebsstrang-Garantie (Service Extend), Anschlussgarantie auf den Antriebsstrang (Service Extend plus), Vor-Ort-Service mit Hol- und Bringdienst sowie Leihfahrzeug für den Fahrer (Service Mobilität) und dem Full-Service-Paket für Wartungs- und Verschleißarbeiten am Unimog (Service Complete). Dieses umfangreiche Leistungspaket deckt alle Werkstattarbeiten zu festen monatlichen Raten ab, von der Koordination der Termine bis zur Rechnungsprüfung. Dies sichert dem Kunden Kostentransparenz sowie Einsatzsicherheit und Wirtschaftlichkeit seines Unimog-Fuhrparks.

Neben einem reinen Wartungsvertrag (Maintenance Complete) über eine feste Laufzeit, ist eine Garantieverlängerung für das Gesamtfahrzeug bis maximal 60 Monate möglich. Sie bietet Schutz und Kostentransparenz ohne Selbstbeteiligung für bis zu fünf Betriebsjahre nach Erstzulassung. ❐



Unimog mit Mulag Mäh-Kombination. Bild: Daimler

Zertifizierung der Maschinenringe Deutschland:

Transparenz schafft Vertrauen

Rasen mähen, kehren und Schnee räumen können viele. Aber was ist mit der Einhaltung von Normen und Gesetzen? Hier wird es für Entscheider oft schwierig, Spreu und Weizen zu trennen. Gebraucht werden objektive Kriterien. Dies können Zertifizierungen bieten, die in diesem Bereich allerdings noch lange nicht so etabliert sind wie in anderen Branchen. „Trotzdem geben sie eine wichtige Orientierung. Denn die Bereitschaft, sich umfassend und unabhängig prüfen zu lassen, ist eine solide Basis für eine gute Partnerschaft", ist Markus Leisgang, Maschinenringe Deutschland, überzeugt.

Bereits vor sechs Jahren haben die Maschinenringe begonnen, ihre Dienstleistungen zertifizieren zu lassen. Die Transparenz gegenüber den Auftraggebern ist dabei die Hauptmotivation für Leisgang: „Die Maschinenringe betreuen mehr als 51 Mio. qm² Fläche und knapp 40.000 Objekte in Deutschland. Diese Erfahrung spricht natürlich schon einmal für sich. Trotzdem ist es noch einmal etwas anderes, wenn man in einer Ausschreibung objektiv belegen kann, wie man arbeitet".

Das Zertifikat für Verkehrs- und Grünflächendienste (Kompetente Verkehrs- und Grünflächendienste, kurz KVG), nach dessen Standards neben der Maschinenringe Deutschland GmbH aktuell 14 lokale Maschinenringe sowie 3 weitere Unternehmen arbeiten und sich jährlich auditieren lassen, steht auf mehreren Säulen. Grundlage der Zertifizierung ist die fachliche Kompetenz sowie die Einhaltung aller Normen, Richtlinien und Vorschriften. Dazu gehört auch, dass alle Mitarbeiter die nötigen Ausbildungen und Schulungen haben und regelmäßig weitergebildet werden. Ebenfalls Teil der Zertifizierung sind Nachhaltigkeitsaspekte wie eine nachweisliche Ressourcenschonung und sozialverträgliches Handeln. „Wir sind in einer Branche unterwegs, in der Viele es mit arbeitsrechtlichen Aspekten, mit Löhnen, mit Arbeitszeiten, aber auch mit Umweltaspekten wie dem Einsatz umweltfreundlicher Streumittel nicht so ernst nehmen. Umso wichtiger ist für uns, genau in diesen Aspekten, in denen gerne gespart wird, zu einhundert Prozent transparent zu sein", fasst Leisgang zusammen.

Zuerwerb für Landwirte

Der Maschinenring bietet Unternehmen und Kommunen Dienstleistungen in den Bereichen Winterdienst, Grünpflege und Außenreinigung. Gleichzeitig bietet er Landwirten Nebenerwerbsmöglichkeiten und Risikominimierung. Über die Maschinenringe waren im letzten Jahr über 9.800 Landwirte im Zuerwerb tätig. So tragen der Winterdienst und die Grünpflege einen bedeutenden Teil dazu bei, die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zu sichern. ❐



Henne-Vertriebsmitarbeiter Werner Ottl (l.) übergab einen Unimog U 530 an Siegfried Finsterwald von der Firma Werner GmbH & Co. Straßenreinigung KG. Mit der Tunnelwaschanlage und dem Dücker-Spezialausleger DUA 800 samt 5.000 Liter Wasserfass wird München in ganz neuem Glanz erstrahlen. Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Bürgermeisterin im Markt Markt Erlbach in Mittelfranken, 30 km westlich von Nürnberg, mit 5.800 Einwohnern. Wir sind die fünftgrößte Kommune im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, haben 32 Ortsteile und eine Gemeindeflächen von 61 km²
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
1. Mai 2008
Was war Ihr persönlicher Anreiz, in die Kommunalpolitik zu gehen?
Die Herausforderung, meine Heimatgemeinde aktiv mit zu gestalten.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich war vor meiner Wahl zur 1. Bürgermeisterin bereits 12 Jahre Gemeinderätin und Fraktionssprecherin, dazu auch Kulturbeauftragte von Markt Erlbach. Außerdem habe ich verschiedene Seminare zur Vorbereitung auf das Bürgermeisteramt besucht.


Bild: Petra Kellner

Dr. Birgit Kreß
Bezirksverbandsvorsitzende Mittelfranken des Bayerischen Gemeindetags

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Unser Lehrschwimmbecken war wegen baulicher Mängel geschlossen und die Entscheidung, ob Sanierung, Neubau oder Auflassung stand an (Wir entschieden uns nach reiflichen Prozessen zu einem Neubau für 3,6 Mio. Euro). Ein altes Gasthaus wurde erworben und sollte zu einem Bürgerhaus umgebaut werden (Baukosten letztlich dann 2 Mio. Euro). Dazu wollte ich mein Wahlversprechen einlösen, ein Seniorenpflegeheim anzusiedeln, was mir auch gelungen ist.
Nur einer unserer Ortsteile war für ein Dorferneuerungsverfahren angemeldet. Ich meldete dann noch einige nach. Eine Kläranlagenbaustelle und auch Investitionen in die Wasserversorgung waren zu bewerkstelligen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Neubau oder Sanierung des Rathauses, Breitband- und Mobilfunkausbau, Gewerbeansiedlung und unaufschiebbare Unterhaltsmaßnahmen unseres großen Straßennetzes.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Zurückgehende Einnahmen, steigende Fremdkapitalaufnahme und immer neue Aufgaben, die der Staat an die Kommunen abgibt (z. B. Digitalisierung der Schulen, Breitband- und Mobilfunkausbau). Dazu immer größere Auflagen, Gesetzesvorgaben und mehr Bürokratie.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Auch bei großem Arbeitseifer und Engagement sich nicht selbst zu vergessen!
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen/Bürgerinnen und Bürger/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Der Austausch unter Bürgermeisterkollegen und -kolleginnen ist unverzichtbar und sehr wertvoll! Bürgerinnen und Bürger müssen immer mitgenommen werden, aber Bürgermeisterin und Gemeinderat dürfen das Heft nicht aus der Hand geben. Wir sind gewählt worden, um Entscheidungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu treffen.
Die Einbeziehung und Anhörung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist schon deshalb wichtig, weil sie unsere Beschlüsse umsetzen müssen. Ihre fachliche Kompetenz darf auf keinen Fall unterschätzt oder gar übergangen werden.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt, auch die der Kommunalpolitik, noch viel stärker beeinflussen und verändern. Wir müssen die Chancen sehen und proaktiv umsetzen. Schon alleine die Corona-Krise hat gezeigt, welche Bedeutung der Digitalisierung zukommt.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
„Jedem Menschen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann."
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
„Sie hat was bewegt."

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Beteiligung an neu gegründeter gemeinnütziger Hospiz Germering gGmbH

Der Kreistag des Landkreises Fürstenfeldbruck hat der Gründung der gemeinnützigen Hospiz Germering gGmbH zugestimmt. Er wird einer der Gesellschafter neben dem Hospizverein Germering e.V. und der Großen Kreisstadt Germering.

Die gGmbH wird das derzeit im Bau befindliche Hospiz betreiben. Dieses soll seinen Betrieb im Frühjahr 2022 aufnehmen. Am 01. Dezember 2015 ist das Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland in Kraft getreten. Darauf aufbauend hat der Hospizverein Germering, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Herrn MdL a.D. Dr. Peter Braun, in langen Verhandlungen mit den Krankenkassen erwirken können, dass ein Hospiz mit zehn Plätzen von den Kassen anerkannt wird.

Mit dem Kreistagsbeschluss kann das Hospiz nun als fünfte Einrichtung dieser Art in Oberbayern verwirklicht werden. Es soll nicht nur Personen des Landkreises Fürstenfeldbruck, sondern auch aus den Kreisen Starnberg, Landsberg und Dachau zur Verfügung stehen.

Optimale Versorgung und Unterstützung

Betreiber des Hospizes wird die gemeinnützige Hospiz Germering gGmbH werden. „Mit dem neuen Hospiz verfügt der Landkreis Fürstenfeldbruck über eine einzigartige Einrichtung, wie es sie in Oberbayern bislang nur viermal gibt", betont Landrat Thomas Karmasin. „Unheilbar kranke Menschen erhalten in der Region, und damit in der Nähe ihrer Angehörigen, eine optimale palliativ-medizinische Versorgung und psychosoziale Unterstützung."

Im Unterschied zu einem Krankenhaus ist das Hospiz ganz besonders auf die Bedürfnisse Sterbender eingestellt und ermöglicht Ihnen einen Abschied in Würde. Sofern keine Verzögerungen eintreten, soll das Hospiz im Frühjahr 2022 seinen Betrieb aufnehmen. Es wird in einem derzeit im Bau befindlichen Gebäude in unmittelbarer Nähe des Rathauses Germering einziehen.

Bauherr und künftiger Vermieter ist die Sozialstiftung Germering. Neben dem Hospiz werden in dem Neubau auch Mitarbeiterwohnungen Platz finden. „Unser Dank gilt insbesondere denjenigen, die der Germeringer Sozialstiftung das Grundstück überlassen haben und damit die Realisierung des Hospizes überhaupt erst möglich machen", unterstreicht Germerings Oberbürgermeister Andreas Haas.


Landrat Thomas Karmasin (h.r.) und Dr. Peter Braun, 1. Vorsitzender des Germeringer Hospizvereins (vorne Mitte) zusammen mit Manuela Kreuzmair, 2. Bürgermeisterin von Germering (h.l.), Sina Muscholl (v.l.) und Elizabeth Braams (v.r.), Geschäftsführerinnen der Hospiz gGmbH. Bild: LRA Fürstenfeldbruck

Das Areal stammt von der Max-und-Gabriele-Strobl-Stiftung, die unter dem Dach der Germeringer Sozialstiftung verwaltet wird. Ihnen zu Ehren wird das Gebäude daher den Namen „Max und Gabriele Strobl Haus" tragen. Der Hospizverein Germering beteiligt sich mit einem Anteil von 52 Prozent an der Hospiz GmbH, der Landkreis Fürstenfeldbruck und die Große Kreisstadt Germering jeweils mit einem Anteil von 24 Prozent. 95 Prozent der Betriebskosten werden durch die Krankenkassen übernommen. Die restlichen fünf Prozent muss der Hospizverein aufbringen.

Bitte um Zuwendungen

„Dieses gemeinnützige Projekt, welches auf Spenden angewiesen ist, stellt eine Bereicherung des sozialen Angebotes dar", betont Dr. Peter Braun und bittet die Bevölkerung um Zuwendungen. Zweckgebundene Spenden für das Hospiz können auf das Spendenkonto des Hospizverein Germering e.V überwiesen werden.

Das neue Hospiz im Germering ergänzt die bereits bestehenden Angebote im Landkreis um die Möglichkeit der stationären Betreuung und Versorgung bis zum Tod. Die Kreisklinik Fürstenfeldbruck verfügt zwar über eine Palliativstation. In der Regel verbleiben die Patienten dort aber nur 14 Tage. Eine palliativ-medizinische Versorgung durch Fachärzte in der häuslichen Umgebung bietet das Ambulante Palliativ Team Fürstenfeldbruck an. Der Hospizdienst der Caritas Fürstenfeldbruck und der Hospizverein Germering e.V. beraten und begleiten Sterbende und deren Angehörige. ❐

Kommunen der Metropolregion Nürnberg schaffen Mehrwert durch Bildungssteuerung:

„Gewusst wie!"

Neue Publikation gibt praxisnahen Einblick in das Bildungsgeschehen vor Ort

Die aktive Gestaltung ihrer Bildungslandschaften ist mittlerweile unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge von Landkreisen und Städten. Kommunales Bildungsmanagement hilft, das Bildungsangebot vor Ort zielgerichtet zu gestalten, innovative Maßnahmen zu starten und die Region auf wichtige Zukunftsfelder auszurichten. Die neue Broschüre der Transferagentur Bayern „Gewusst wie! Datenbasierte Bildungssteuerung in bayerischen Kommunen" zeigt für elf Felder des lebenslangen Lernens, welche Potenziale mit Bildungssteuerung gehoben und welche Mehrwerte für Bürgerinnen und Bürger damit geschaffen werden.

„Die vielfältigen Investitionen in Bildung in den letzten Jahren haben sich gelohnt! Jetzt zeigt sich ihr Nutzen. So gelingt beispielweise die Integration von Neuzugewanderten in unser Bildungssystem seit 2015 schneller und besser. Vom Aufbau digitaler Kompetenzen profitiert die gesamte Bevölkerung und die Fachkräftesicherung wird durch zielgerichtete Initiativen, etwa am Übergang von Schule zum Beruf großartig unterstützt", sagt Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin in der Metropolregion Nürnberg.

„In unserer neuen Broschüre finden sich noch viele weitere interessante Ansätze aus ganz Bayern." Ein Ansatz kommt aus der Stadt Bamberg: Dort wurden die Familien in den einzelnen Stadtteilen zur Nutzung der vielfältigen Bildungsangebote und zu ihren Wünschen und Bedürfnissen befragt. Mit diesem Wissen werden nun konkrete neue Angebote konzipiert, etwa bei Planungsprozessen für Jugendhilfe und Kitas oder bei der Gestaltung einzelner Stadtteilzentren.

Weitere Beispiele aus der Metropolregion sind: Nürnberg mit dem Programm „Deutschspracherwerb für Neuzugewanderte", der Landkreis Bamberg mit einer Digitalisierungsmesse für Schulen, Fürth mit einem Projekt zur Unterstützung von Schulverweigerern und Erlangen mit einem Teilbericht zur Erwachsenenbildung.

Einen spannenden Einblick in die kommunale Perspektive bietet ebenso das Interview mit Brigitte Keyser, Leiterin des Fachbereichs Bildung, Kultur und Sport des Landkreises Coburg. Sie betont, „dass es insbesondere darum geht, Bildungsangebote zu erhalten und vorhandene Ressourcen so einzusetzen, dass sie möglichst große Wirkung entfalten können. Im vergangenen Jahr hat der Landkreis Coburg sich z. B. stark für den Erhalt der Polsterer-Klassen eingesetzt, die in Coburg unterrichtet werden. Sie zu erhalten, stärkt die Polsterindustrie und damit die Region. "

Unter kommunaler Bildungssteuerung versteht man die Verknüpfung von datenbasierten Analysen, daraus gemeinschaftlich getroffenen Entscheidungen und die Ableitung innovativer Projekte und Maßnahmen in einer Kommune. 21 Kommunen in der Metropolregion und bayernweit 56 Kommunen steuern ihre Bildungslandschaft auf diese Weise.

Erstellt wurde die Publikation durch die Transferagentur Bayern für kommunales Bildungsmanagement, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. ❐

Olaf Heinrich freut sich auf „spannende Aufgaben"

Niederbayerischer Bezirkstagspräsident ist neuer Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege

Beim Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. mit Sitz in München wurde ein neuer Vorsitzender gewählt, nachdem der langjährige Vorstandsvorsitzende und ehemalige Landtagspräsident Johann Böhm nicht mehr angetreten war. Der 40-köpfige Beirat sprach sich mehrheitlich für Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern aus, der sich nun „sehr auf diese spannende Aufgabe" freut.

„Der Landesverein für Heimatpflege ist bayernweit gerade bei den Themen engagiert, die mir auch in der Arbeit auf Bezirksebene sehr wichtig sind und große Freude machen. Mich künftig als Vorsitzender des Landesvereins einbringen zu dürfen, ist eine Ehre. Dem Vertrauensvorschuss der Beiratsmitglieder werde ich mit aller Kraft versuchen, gerecht zu werden", so der Niederbayer, der im Landkreis Freyung-Grafenau zuhause ist. Die Heimatpflege ist für ihn weit mehr als nur der Erhalt des Bestehenden. „Heimatpflege in all ihren Facetten ist ein absolutes Zukunftsthema. Die Frage, wie es uns gelingt, das Bild unserer Landschaften, unsere Baukultur, unsere Bräuche und Trachten zu erhalten und verantwortungsvoll weiterzuentwickeln ist auch eng mit der Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat verbunden – und gerade das ist in Zeiten von zunehmender Digitalisierung und Globalisierung von wachsender Bedeutung."


Olaf Heinrich. ❐

Schutz der kulturellen Überlieferung

Der Verein zur Förderung der Heimatpflege in Bayern fungiert als Dachorganisation für die haupt- und ehrenamtlichen Heimatpfleger und hat einen, in der bayerischen Verfassung festgelegten Auftrag zum „Schutz der kulturellen Überlieferung". Dazu zählt die Baugestaltung, Denkmalpflege, Landschaftspflege, Brauchtum, Sprachpflege und Sprachkultur, Volksschauspiel, Trachten, regionale Geschichtsforschung, Volksmusik, Volkslied und Volkstanz.

Der Verein besteht derzeit aus etwa 7.000 Mitgliedern, einem zehnköpfigen Vorstand sowie einem Beirat. In der Geschäftsstelle in München und vier Außenstellen sind derzeit 16 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

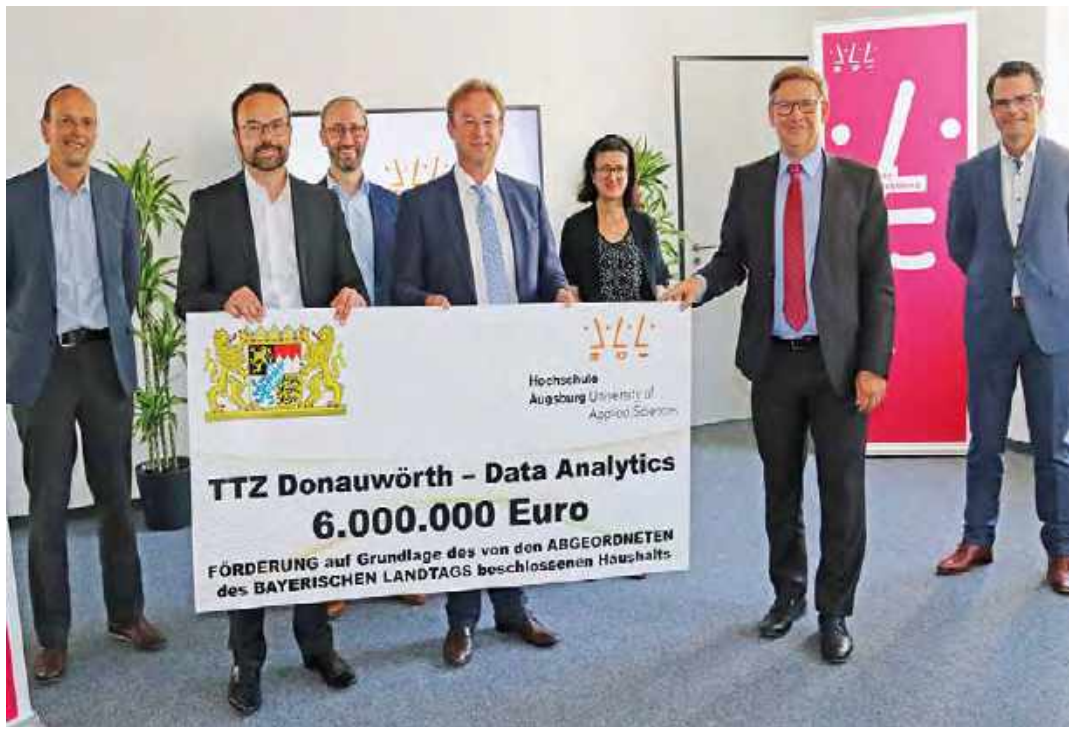
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Freuen sich über die Förderung des TTZ Donauwörth. V.l.: Prof. Dr. Helmut Wieser (Vizepräsident Forschung und Entwicklung, Hochschule Augsburg), Prof. Dr. Björn Häckel und Prof. Dr. Dominik Merli (beide Wissenschaftliche Leitung TTZ Donauwörth), MdL Wolfgang Fackler, Bettina Kräußlich (Geschäftsführerin der IHK-Regionalgeschäftsstelle), Stefan Rößle (Landrat Donau Ries) und Jürgen Sorré (Oberbürgermeister Donauwörth). Bild: Hochschule Augsburg

Donauwörth:

Sechs Mio. Euro Förderung für neues Technologietransferzentrum

Wissenschaftler der Hochschule Augsburg forschen zu Big Data
Die Forschungsergebnisse sollen neue Impulse für digitale Geschäftsmodelle liefern

Die Hochschule Augsburg erhält für den Aufbau und die Einrichtung eines neuen Technologietransferzentrums (TTZ) in Donauwörth mit dem Schwerpunkt „Data Analytics" rund sechs Millionen Euro Förderung vom Bayerischen Wissenschaftsministerium. Das neue TTZ nimmt im Herbst dieses Jahres seinen Betrieb auf und setzt sich mit der Analyse und Auswertung großer Datenmengen auseinander.

Der Bayerische Landtag hat diese Anschubfinanzierung genehmigt. Die hohe Gesamtsumme ist ein „Wumms" für den Wissenschaftsstandort Donauwörth und wir haben damit Planungssicherheit bis ins Jahr 2024", freute sich MdL Wolfgang Fackler im Rahmen des heutigen Pressetermins, zu dem er in die neuen Räumlichkeiten eingeladen hatte. Der CSU-Stimmkreisabgeordnete hatte sich in München immer wieder hartnäckig für das TTZ Donauwörth eingesetzt. Unterstützt wurde MdL Fackler dabei auch vom Donau-Rieser Landrat Stefan Rößle. „Zwei TTZs in einem Landkreis sind nicht selbstverständlich. Ich freue mich über diese geniale Lösung, denn gerade im Bereich Forschung und Patentanmeldung haben wir noch Luft nach oben", so Rößle.

Entscheidendes Zukunftsfeld

Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften und ihre Technologietransferzentren sind Innovationsmotoren für Wissenschaft und Wirtschaft. Mit dem neuen TTZ in Donauwörth schaffen wir eine vielversprechende Forschungseinrichtung in der Region für die Region. Mit seinem Schwerpunkt auf Big Data besetzt es ein entscheidendes Zukunftsfeld. Für das Donau-Ries und damit für den Wissenschaftsstandort Bayern wird dieses TTZ insgesamt sehr wertvoll sein. Die sechs Millionen Euro sind hier bestens angelegt – für mehr Innovation, für mehr Fortschritt."

Die Industrie in Bayerisch-Schwaben steht vor großen Herausforderungen. Kleine und mittelständische Unternehmen sind einem immensen Wettbewerbs- und Digitalisierungsdruck ausgesetzt. „Um im weltweiten Wettbewerb langfristig bestehen zu können, müssen die regionalen Unternehmen technologische Innovationen gezielt nutzen und ihre Geschäftsmodelle zukunftsfähig weiterentwickeln. Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der Industrie 4.0 bieten hierfür vielfältige Chancen", betonte auch die Geschäftsführerin der IHK-Regionalgeschäftsstelle, Bettina Kräußlich.

Forschungsfragen

Gerade in der industriellen Wertschöpfung fallen durch die zunehmende Digitalisierung von Produktions- und Logistikprozessen große Datenmengen an: Wie können diese Daten gewinnbringend genutzt werden? Können sie so ausgewertet werden, dass eine Effizienzsteigerung in der Produktion und Logistik möglich ist? Oder können daraus gar neue und innovative Geschäftsmodelle entstehen, die bayerischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb einen entscheidenden Vorteil sichern?

Unter der Leitung von Prof. Dr. Björn Häckel, Experte für Wertschöpfungsnetze und Geschäftsmodelle, und Prof. Dr. Dominik Merli, Experte für Sicherheit in IT- und Produktionssystemen, setzen sich die Wissenschaftler:innen der Hochschule Augsburg am TTZ Donauwörth mit diesen Forschungsfragen auseinander. Dabei setzen sie auf eine breite Vernetzung mit den Unternehmen und Innovationstreibern der Region.

Breite Vernetzung mit den Unternehmen und Innovationstreibern

Das TTZ Donauwörth soll eine gemeinsame Plattform bilden, die den engen Austausch zwischen etablierten Unternehmen, Start-ups und Nachwuchswissenschaftler:innen aus Bayern, der Region Schwaben und insbesondere aus dem Landkreis Donau-Ries fördert. Im engen Zusammenspiel von Forschung und Unternehmen sollen die Entwicklung von intelligenten Methoden aus den Bereichen Business Intelligence und (Big) Data Analytics für industrielle Anwendungsszenarien sowie von darauf basierenden, datengetriebenen Dienstleistungen und Geschäftsmodellen vorangetrieben werden.

Hochkarätige Einrichtung

Und so sieht der Zeitplan aus: Aktuell entsteht in den Räumen des ehemaligen Auer-Gebäudes in der Innenstadt eine moderne Forschungsinfrastruktur. Donauwörths Oberbürgermeister Jürgen Sorré: „Wir freuen uns, dass wir eine solch hochkarätige Einrichtung in Donauwörth ansiedeln konnten und hier bald Mitarbeiter der Hochschule Augsburg an einem Mega-Thema der Zukunft forschen. Besonders freut mich, dass die heimischen Unternehmen von dieser Forschung und Expertise profitieren werden, indem gemeinsam Projekte entwickelt werden können. Daher war es für die Stadt Donauwörth eine Selbstverständlichkeit, die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten intensiv zu unterstützen und sich gemeinsam mit dem Landkreis an den Miet- und Betriebskosten in der Anschubphase zu beteiligen. Hier entsteht ein Stück Zukunft mitten in Donauwörth!"

Wichtiger Impulsgeber für die Region

Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres nehmen die Wissenschaftler der Hochschule Augsburg dann in Donauwörth ihre Arbeit auf. In den kommenden fünf Jahren werden insgesamt vier Professoren und zehn wissenschaftliche Mitarbeiter und Doktoranden das TTZ Donauwörth zu einem Innovationszentrum für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich Data Analytics ausbauen.

„Die Hochschule Augsburg sieht sich als wichtiger Impulsgeber für die Region. Mit dem neuen TTZ in Donauwörth und seiner direkten Anbindung an die Unternehmen hier in der Region kommen wir einmal mehr unserer Aufgabe nach, den Wirtschaftsstandort mit seiner Innovationskraft zu stärken und voranzutreiben", so Prof. Dr. Helmut Wieser, Vizepräsident für Forschung und Entwicklung an der Hochschule Augsburg. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Straßen umzubenennen, ist eine heikle Sache. Da steht ja für die Anwohner und Besucher, für Kartendienste, für Taxifahrer, Rettungsdienste und viele andere doch einiges auf dem Spiel. Einfach ganz ohne Bürgerbeteiligung einen traditionellen Straßennamen auszulöschen, sollte eine Ausnahme bleiben." Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade Berichte über die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin.

Die Mohrenstraße empfanden und empfinden einige Berliner als Ärgernis, da sie Mohr als rassistisches Schimpfwort sehen. Dafür braucht man neben der richtigen Gesinnung auch fehlende Lateinkenntnisse, denn das lateinische mauros heißt einfach schwarz oder afrikanisch. Auf diesen Begriff gehen auch die

Von Straßennamen und Umbenennungen

Mauren zurück, die via Spanien Europa viel verloren geglaubtes Wissen der Antike aus Nordafrika zurückbrachten und auch der Heilige Mauritius, der nicht nur einer Insel im Indischen Ozean seinen Namen lieh, sondern sich auch im eingedeutschten Moritz großer Beliebtheit erfreut. Anhänger von cancel culture, deren Eltern so unsensibel waren, sie Moritz oder Maurice zu nennen, sollten also eine Umbenennung in Max in Betracht ziehen.

Mit der Mohrenstraße war Berlin in einem zweifachen Dilemma, da es auch noch eine nach dieser Straße genannte U-Bahnstation gibt. Die Berliner Verkehrsbetriebe, nicht faul, suchten einfach eine andere Straße in der Gegend und wollten die Station in Glinkastraße umbenennen. Ein russischer Komponist schien ungefährlich, bis sich herausstellte, dass der namensgebende Michail Glinka ein heftiger Antisemit war. Ja, so facettenreich ist das manchmal mit den Namenspatronen.

Deshalb hat die Bezirksversammlung mit den Stimmen von sich nach außen immer basisdemokratisch gebenden und auf Einbeziehung der Zivilgesellschaft drängenden Parteien beschlossen, die Mohrenstraße ohne Bürger- oder Anwohnerbeteiligung nach Anton Wilhelm Amo zu benennen. Wobei es sicher eine gute Idee ist, in Deutschland Straßen nach ihm zu benennen. Anton Wilhelm Amo wurde um 1700 im heutigen Ghana geboren und gelangte nach Amsterdam, von wo er dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel durch die Niederländisch-Westindische Gesellschaft geschenkt wurde. Der Herzog erkannte sein Talent, förderte es und ermöglichte ihm ein Studium. Somit wurde Amo der erste aus Afrika stammende Jurist und Philosoph, der im Gebiet des heutigen Deutschland ausgebildet wurde und der bis heute eine kulturelle Brücke zwischen uns und Ghana bildet. Also klar straßennamenwürdig.

Das Problem mit der Umbenennung ist nur, dass Hunderte ihre Adresse ändern müssen, darunter das Bundesministerium der Justiz, sämtliche Karten in einer zentralen Gegend Berlins falsch werden und so manche Taxler oder Sankafahrer etwas brauchen werden, bis sie Fahrgäste oder Verletzte ohne Verzögerung von dort abholen können. Vor allem aber geht die Erinnerung daran verloren, dass es in deutschen Landen eben nicht nur diesen brillanten Mann mit afrikanischen Wurzeln gab, sondern eine Reihe von heute namenlosen Hofmohren, die aus Afrika verschleppt wurden, um an deutschen Fürstenhäusern, etwa am preußischen Hof, als Diener, Musiker oder schlicht als exotisches Beiwerk gehalten zu werden. Ein faszinierender Mann, der es verdient hat, in der kollektiven Erinnerung zu bleiben, verdrängt damit die Erinnerung an all die, die nicht wie er das Glück eines fürstlichen Förderers gehabt haben. Ob das tatsächlich ein Beitrag im Kampf gegen Gegenwartsrassismus ist?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist froh, in unserer Stadt keinen umstrittenen Straßennamen zu haben – oder jedenfalls keinen, dessen Zweifelhaftigkeit bisher thematisiert wurde. Denn ob bei Straßen, die nach dem kolonialen Erbe wie Togo oder Kamerun benannt sind, oder bei Straßen, die die Namen von Antidemokraten wie Ernst Thälmann oder Clara Zetkin tragen: Immer muss man abwägen, ob deren Tilgung nicht auch die kritische Auseinandersetzung mit der dahinterstehenden Geschichte eher erschwert. Denken wir an ein Wort des Journalisten Alexandre Laumonier: „Eine Irrfahrt ist keine Reise und kein Ausflug. Sie ist die Frage: Was tue ich da?".

Ihre Sabrina

Regionalinitiative LEADER:

Förderperiode geht in die Verlängerung

Seit 2015 gibt es im Passauer Land die Lokale Aktionsgruppe (LAG) der Regionalinitiative Passauer Land e.V., die im Rahmen des LEADER-Förderprogramms Fördermittel für die Region generiert. Ursprünglich war die aktuelle LEADER-Förderperiode bis Ende 2020 geplant, nun wurde sie bis Ende 2023 verlängert.

Hauptziel der Regionalinitiative ist die Entwicklung des ländlichen Raums im Passauer Land. In diesem Zusammenhang betreut die LAG die Umsetzung von Kooperations-, Einzel- und Bürgerprojekten und die Beantragung der Fördermittel von EU, Bund und Freistaat. LAG-Managerin Dr. Ursula Diepolder und LAG-Vorsitzende Anni Regner haben nun bei Landrat Raimund Kneidinger Bilanz über ihre Arbeit der vergangenen Jahre gezogen.

Gelder für eine gute Zukunft

Mit Unterstützung der LAG bei der Sicherung von Fördermitteln für Projekte wurden bislang über 7 Millionen Euro in die Region und die ländliche Entwicklung vor Ort investiert – davon sind rund 3,5 Mio. Euro Fördermittel. „Das ist gut angelegtes Geld in die Zukunft unserer Heimat", so Landrat Kneidinger. 1,6 Millionen Euro an beantragten LEADER-Fördergeldern sind bereits abgerechnet und ausbezahlt, wie LAG-Managerin Diepolder in ihrer Bilanz vorrechnete. Projektanträge können noch bis Ende 2021 eingereicht werden – EU-Gelder sind im LEADER-Topf noch vorhanden.

Begleitet wurden von der LAG Projekte wie die Schaffung von fünf Bewegungsparcours, Kultur- und Begegnungsstätten, Dorfgemeinschaftshäuser oder die Aufwertung von Rad- und Wanderwegen. Darüber hinaus kann die LAG selbst auch kleinere Projekte aus örtlichem Bürgerengagement fördern und hat dafür einen Topf von 22.000 Euro verfügbar, der 2020 noch um weitere 20.000 Euro aufgestockt wird. So wurden etwa die Restaurierung von Feldkreuzen bezuschusst, das Verfassen und die Herausgabe von Heimatbüchern oder die Wochen zur Demokratie in Passau unterstützt. Dass mit EU-Geldern auch das Engagement aus der Bürgerschaft unterstützt werden kann, freut Anni Regner besonders.

Mit der nun seitens des Ministeriums bekannt gegebenen Verlängerung der Förderperiode bis Ende 2023, können noch weitere Projekte beantragt und begleitet werden. Zwar hat die LAG ihr zugeteiltes Budget von rd. 2 Mio. Euro fast ausgeschöpft, doch kann auf ein bayernweit verfügbares Budget zurückgegriffen werden. Hier heißt es allerdings schnell sein und gute Projekte antragsreif entwickelt zu haben. Damit die Antragssteller hier erfolgreich sind, darf auf die tatkräftige Unterstützung der LAG-Managerin gezählt werden. ❐



Landrat Raimund Kneidinger (v.l.), LAG-Managerin Dr. Ursula Diepolder und LAG-Vorsitzende Anni Regner freuen sich über die umgesetzten Projekte in der Region. ❐

„Digitale“ Heimkehr nach 80 Jahren

Das „Gedächtnis“ der Jüdischen Gemeinde Regensburgs kehrt an die Donau zurück

Regensburg (obx) - Es ist eine Rückkehr mit hoher symbolischer Bedeutung: Nach mehr als acht Jahrzehnten kehrt das Archiv der Jüdischen Gemeinde Regensburg in seine Heimat an die Donau zurück. Im nächsten Jahr, wenn die Bundesrepublik 1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland begeht, soll es dann für die Gemeindemitglieder und auch öffentlich wieder zugänglich sein. Die Heimkehr der historischen Dokumente in digitalisierter Form ist nach der Eröffnung der neuen Synagoge im vergangenen Jahr ein weiterer Baustein, mit dem Geschichte und Zukunft der drittältesten Jüdischen Gemeinde in Regensburg sichtbar und erlebbar wird.

Der Verwaltungsausschuss des Regensburger Stadtrats fasste im Juni einen entsprechenden Beschluss: Das Archiv der Jüdischen Gemeinde Regensburg, das derzeit an der Hebrew University of Jerusalem verwahrt wird, wird in Israel digitalisiert. Die digitale Kopie wird im Stadtarchiv dauerhaft für eine öffentliche Nutzung zur Verfügung zu stehen.

Das umfangreiche und sowohl für die Jüdische Gemeinde und die Stadt Regensburg als auch für die historische Forschung als außerordentlich bedeutsam zu bewertende Archiv umfasst 560 Nummern und gliedert sich in folgende Bereiche: Öffentlich-rechtliche Stellung, Organisation und allgemeine Verwaltung, Personenstand, Kultus, Unterrichtswesen und Kultur, Wohlfahrtspflege, Finanzwesen, Rechtsangelegenheiten, Grundstücks- und Bauwesen, Stiftungswesen, Vereine sowie private Akten von Regensburger Gemeindemitgliedern.

„Nach mehr als 80 Jahren wird dadurch der Jüdischen Gemeinde mit der Rückkehr des Archivs, ihres Gedächtnisses, ein hochbedeutender Teil ihrer Geschichte wieder direkt verfügbar und erfahrbar gemacht“, heißt es in einer Mitteilung der Regensburger Stadtverwaltung. Auch für die Regensburger Stadtgeschichte vom späten 18. Jahrhundert bis zum Jahr 1938 bedeutet das Archiv demnach einen signifikanten und kaum überzubewertenden Zuwachs an Primärquellen.

Bereits im Vorfeld hatten sich laut städtischer Regensburger Pressestelle die Stabsstelle Erinnerungskultur und das Stadtarchiv in enger Abstimmung mit der Hebrew University in Jerusalem in Verbindung gesetzt und eine mögliche Umsetzung des Vorhabens besprochen. „Der einstimmige Beschluss des Ausschusses ermöglicht es der Verwaltung nun, direkt in die Vertragsverhandlungen einzusteigen, um das Projekt schnellstmöglich abzuschließen und das digitalisierte Archiv nach Regensburg zu holen“, heißt es in der Mitteilung weiter. ❒

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 24. September 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunale Energiethemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunale Museen und Bibliotheken**

Große Anerkennung:

CSU Lauf dankt Reservisten für ihren Einsatz

Soldatinnen und Soldaten leisten zusammen mit dem zivilen Personal und Reservisten einen unverzichtbaren Beitrag für unser Land, sei es im Normalbetrieb, in den Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten oder auch in der Corona-Krise. Für ihren Einsatz während des Katastrophenfalls durch Covid-19 bedankte sich der Ortsverband der CSU Lauf bei den Reserveoffizieren aus dem KVK Nürnberger Land.

„Corona hat uns gezeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt und wie unverzichtbar das ehrenamtliche Engagement sind. Der Einsatz unserer Reservisten, als auch der zahlreichen anderen Ehrenamtlichen während der Zeit des Corona-Lockdowns, kann daher nicht hoch genug gelobt und gewürdigt werden“, betonte Laufs Zweite Bürgermeisterin Nina Bezold. Gemeinsam mit dem kommissarischen CSU-Ortsvorsitzenden Thomas Pöferlein informierte sie sich über den Einsatz der Reservisten im Katastrophenfall.

Dieser ist durch die Amtshilfe der Bundeswehr im Fall kommunaler Krisenvorsorge und Katastrophenbewältigung möglich. So kann der Landkreis um Amtshilfe u.a. dann ersuchen, wenn ihm die erforderlichen Dienstkräfte oder Einrichtungen zur Erfüllung seiner Aufgaben fehlen. Amtshilfe beschränkt sich auf ergänzende Hilfe in Einzelfällen und ist nicht auf Dauer angelegt.

Organisiert wird die Amtshilfe im Katastrophenfall durch Kreisverbindungskommandos (KVK), die in jedem Landkreis angesiedelt sind und ausschließlich durch Reservisten besetzt sind. ❒

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 087 24 / 88-0 . www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

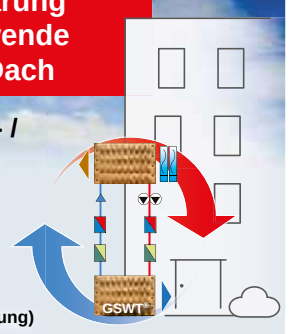
Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polarlite Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 24. September 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 18







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Dr. Uwe Brandl:

Krise als Chance für eine neue Denkstruktur

Die Corona-Krise bestimmt das Jahr 2020. Welche Lehren sich daraus bereits jetzt für die bayerischen Gemeinden ziehen lassen und mit welchen Herausforderungen sie künftig konfrontiert sind, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags und Bürgermeister von Abensberg, Dr. Uwe Brandl.

GZ: Corona ohne Ende oder „Never waste a good crisis“: was ist Ihr persönlicher Blick auf die aktuelle Situation?

Brandl: *Die Lage ist sehr diffus und wir wissen noch nicht, wie sich die Jahre 2021/22 mit Blick auf die Einnahmen- und Ausgabenseite konkret darstellen. Ich gehe aber von deutlich steigenden kommunalen Ausgaben wegen Corona aus, nicht nur, aber vor allem beim kommunalen Anteil an den Kosten der Unterkunft, im Gesundheitssektor und bei den sozialen Diensten. Im Gegenzug fehlen die Einnahmen, das bereitet uns Sorgen. Hinzu kommt: Wenn weniger Menschen in Lohn und Brot sind, ist das kein positiver Ansatz für eine zufriedene Ortsgemeinschaft. Durch Corona wird das Auseinanderklaffen von Reich und Arm sicher noch weiterbefördert werden.*



Gespräch in Corona-Zeiten: Dr. Uwe Brandl und Constanze von Hassel. ❒

GZ: Es gibt Medien-Berichte, wonach die Stadt Hanau zwischenzeitlich mehr Hundesteuer als Gewerbesteuer eingenommen hat. Weder das Land noch der Bund haben eine Gelddruckmaschine. Worauf müssen sich die Kommunen einstellen, stehen uns finanziell schwere Zeiten bevor?

Brandl: *Die Politik setzt zwar aktuell Zeichen, insbesondere durch investive Anreize die Krise zu bewältigen. Dem Bürger wird suggeriert, dass Geld im Überfluss vorhanden ist. Aktuell verschulden wir die Generation unserer Enkel in nie dagewesenem Umfang. Dabei wird die Frage, wie Ausgabenlasten zu reduzieren sind, von der Politik schlichtweg nicht diskutiert. Dies gilt im Übrigen für ganz Europa.*

GZ: Werden die Positionen des Gemeindetags bei den Regierungsverantwortlichen wahrgenommen und sind Sie mit dem Krisenmanagement zufrieden?

Brandl: *Die Wahrnehmung auf politischer Ebene divergiert. Es besteht aber die Neigung, das Augenmerk stärker auf die größeren Einheiten zu richten. Insofern ist unser Verband bemüht, die Betroffenheiten der kleineren Einheiten unter 50.000 Einwohner immer wieder gebetsmühlenartig zu artikulieren. Ob dies bei den Regierungsverantwortlichen in dem Maße ankommt, wie wir uns das vorstellen, darf getrost mit einem Fragezeichen versehen werden. Ich nenne hier nur das Beispiel Schülerbeförderung mit dem Vorschlag, mehr Busse einzusetzen, um die Abstandsregeln einhalten zu können. Klingt zunächst vernünftig, ist aber im ländlichen Raum nicht umsetzbar, da es dort schlicht an Buskapazitäten fehlt.*

GZ: Stichwort Fachkräftemangel: Schon vor der Krise war es schwierig, geeignetes Personal zu finden. Hat Corona die Situation entspannt?

Brandl: *Es wird notwendig sein, über das eigene Personal oder über die Ertüchtigung von Quereinsteigern schleunigst qualifizierte, berufsbegleitende Weiterbildungsangebote zu platzieren. Ich denke konkret an den Bildungsbereich, die öffentliche Verwaltung und den Wirtschaftssektor allgemein. Der Markt ist aktuell nicht in der Lage, hier ausreichend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Die Situation bleibt schwierig.*

GZ: Welche Lösungen bieten sich an?

Brandl: *Die Politik täte gut daran, intensiv darüber nachdenken, wo Zukunftsfelder tatsächlich zu definieren und zu verorten sind. Der Standort Deutschland muss wieder interessant für Investoren werden. Das wirtschaftliche Wertschöpfungspotenzial ausschließlich dem Automobilsektor zu überantworten, halte ich für falsch. Jetzt wäre es notwendig, sich umzuorientieren. Im Hinblick auf unsere Innovationsfähigkeit gilt es, in den Bereichen digitale Technik und künstliche Intelligenz echte Akzente zu setzen und sich weniger von einem Wirtschaftszweig abhängig zu machen.*

Außerdem muss unterbunden werden, dass ausländische Konzerne über neue Wertschöpfungsketten, sprich digitale Datentransfers, Mehrwerte generieren, die nicht unserer Volkswirtschaft zugutekommen. Ich plädiere für eine Online-Steuer oder Datentransfersteuer, die hierzulande eher diskutiert werden sollte als eine Reichensteuer, die ein vergleichsweise geringes

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



Der CSU-Vorsitzende Miniserpräsident Dr. Markus Söder mit drei seiner Vorgänger: Dr. Theo Waigel, Dr. Edmund Stoiber und Erwin Huber. Bild: CH

75 Jahre CSU

Auftaktveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit Buch und Web-Portal-Präsentation

„Es gibt vielleicht einen Grund, weshalb die CSU noch nie einen Kanzler gestellt hat.“ Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Markus Söder, ließ bei der Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der CSU keinen Raum für Spekulationen, was seine politische Zukunft angeht. Sein Platz sei in Bayern, sein Auftrag sei es für Bayern etwas zu erreichen und in Deutschland mitzugestalten, so der Parteichef.

Am 12.09.1945 wurde die Christlich-Soziale-Union in Bayern gegründet. Seither ist es ihr, als regional verankerte Partei, gelungen, bundespolitisch aufzutreten. Momentan stellt die CSU drei Bundesminister.

Einladung zur Ergänzung des Archivs

Die Hanns-Seidel-Stiftung, Archiv und Gedächtnis der Partei, hat jetzt das Buch „75 Enthüllungen über eine Partei. Was Sie über die CSU wissen sollten!“ und das Webportal www.csu-geschichte.de mit Schlaglichtern aus 75 Jahren Parteigeschichte vorgestellt. Die Stiftung lädt ausdrücklich dazu ein, eigene archivierte Schätze zur Historie hinzuzufügen.

Live-Talk bleibt im Netz

Aufgrund der derzeit geltenden Beschränkungen war an große Feierlichkeiten nicht zu denken. Allerdings ist der ca. einstündige Live-Talk des Ministerpräsidenten unter www.hss.de abrufbar. Söder nutzte die Gelegenheit, den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie den Abgeordneten zu danken, die die Partei prägen: „Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten und die CSU hat einen entscheidenden Anteil daran.“ Für die kommenden 25 Jahre sieht der Parteivorsitzende die große Aufgabe darin, „auf die digitale Welt eine Antwort zu geben.“

Verankert in der Mitte des Volkes

Mit Sorge blickt Söder auf die vielen Verschwörungstheorien, die gerade durch die sozialen Medien geistern. Dabei betont er die große gesellschaftliche Errungenschaft der Meinungsfreiheit und der Nicht-Einmischung des Staates. Allerdings erkennt er eine Gefahr, dass dieses hohe Gut von rechts kaputt geredet wird: „Wer fest an solche Sachen glaubt, der leitet irgendwann für sich ein Recht daraus ab.“ Daher sei es Verpflichtung des Staates hier Haltung zu zeigen und trotzdem die Maxime „leben und leben lassen“ nicht zu verraten. „Denn dann“, so der Parteichef, „kann die CSU in der Mitte des Volkes verankert bleiben.“ **CH**

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zum Internationalen Tag der Demokratie:

Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen

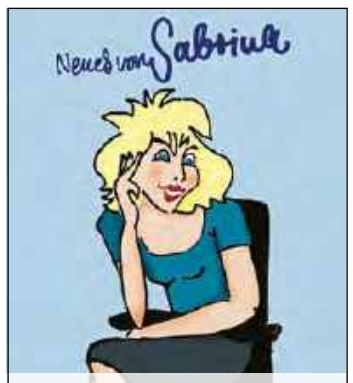
In einer neuen Videoserie porträtiert der Landtag bekannte Persönlichkeiten aus ganz Bayern, die sich in besonderer Weise für unsere Gesellschaft engagieren

Anlässlich des Internationalen Tags der Demokratie am 15. September rief Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Menschen in Bayern dazu auf, sich für die Gemeinschaft einzubringen: „Demokratie lebt davon, dass möglichst viele mitmachen. Nur wenn viele Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen, funktioniert unsere Demokratie.“

Und Aigner mahnte, Demokratie als Gabe und zugleich Aufgabe zu sehen: „Für uns ist es selbstverständlich, dass wir freie Wahlen haben, dass es Gerichte gibt, die ohne Einfluss eines Diktators Recht sprechen und es eine unabhängige Presse gibt. Mit diesen Freiheiten leben zu dürfen, ist ein großes Geschenk. Das müssen wir immer wieder aufs Neue zeigen und dafür werben!“, so Aigner.

Um das Bewusstsein für den Wert der Demokratie zu fördern, porträtiert der Bayerische Landtag in seiner neuen Videoserie „Meine Stimme für Demokratie“ bekannte Persönlichkeiten aus dem Freistaat, die sich in besonderer Weise für unsere Gesellschaft engagieren und Verantwortung für unsere Gemeinschaft übernehmen. Teil der Reihe sind unter anderem Christian Springer, Jutta Speidel, Ralf Nemetschek, Christine Theiss, Rainer Maria Schießler und Joana Osman. Sie sind nicht nur in den Medien oder auf der Bühne aktiv – sondern engagieren sich auch mit eigenen Vereinen oder in Stiftungen für Meinungsvielfalt und unterstützen Menschen dabei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Jede Woche wird ein neuer Beitrag auf den sozialen Kanälen und der Homepage des Landtages veröffentlicht. Alle Videos finden Sie auch in der Videomediathek des Landtags.

Im Jahr 2007 bestimmten die Vereinten Nationen den 15. September als Internationalen Tag der Demokratie. Ziele sind die Förderung und Verteidigung der Grundsätze der Demokratie. ❒



„Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte“, meint die Vorzimmerperle. Pseudo-akademisierte Berufsbezeichnungen machen noch lange keine guten Handwerker aus. Die aber sind das Rückgrat und die Leistungsträger unserer Wirtschaft. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Herbstklausuren der Landtagsfraktionen von CSU und FW . . . 2
Gesellschaft auf Leben mit Corona einstellen 2
Fachtagung: Transformationsprozess in Tunesien unterstützen . 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Mit der Pandemie weiterhin professionell umgehen 3
Perspektiven für ländliche Räume 3
Hinweis Bayerisches FachkräfteForum 4
Gegen Angriffe auf die Demokratie 4
Kommunikationstechnik • IT . . . . . 5 - 8
Kommunale Energiethemen . . . . . 9 - 13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 14 - 16

Herbstklausur der CSU-Landtagsfraktion in München:

Chancen für den Standort Bayern

Traditionell findet die Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion im September in Kloster Banz statt. Die Entwicklung der Corona-Infektionszahlen Anfang September machte jedoch die Verlegung in den Bayerischen Landtag notwendig. Corona und die Auswirkungen waren auch des Schwerpunktthema der diesjährigen Herbstklausur.

Zum Auftakt ging es vor allem um medizinische Aspekte. Zu Gast im Fraktionsvorstand waren Prof. Dr. Ulrike Protzer, Direktorin des Instituts für Virologie an der Technischen Universität München, und Prof. Dr. Clemens Wendtner, Chefarzt für Infektiologie an der München Klinik Schwabing. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn war per Videoübertragung zugeschaltet. Er sei Bayern „sehr dankbar für das umfangreiche Testen bei den Reiserückkehrern", betonte Spahn. Helge Braun, der Chef des Bundeskanzleramtes, berichtete aus Sicht des Bundes über die Koordinierung der Corona-Krise.

In einem Panel, an dem Siegmund Hammel, der Leiter des Amts für Familie und Jugend Eichstätt und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Oberbayerischen Jugendamtsleitungen, und Siegfried Reck, der Schulleiter des Gymnasiums Fränkische Schweiz in Ebermannstadt, teilnahmen, setzte sich der Fraktionsvorstand mit den Corona-Herausforderungen für Schulen, Familien und die Jugendhilfe auseinander. In einer Entschließung sprach er sich für die verstärkte Digitalisierung von Bildung und Schule aus. Damit sollen „sämtliche Möglichkeiten, die ein intelligentes Online-Lernen bietet, sowohl im Präsenz- als auch im möglicherweise notwendigen Distanzunterricht" voll ausgeschöpft werden können. So ließen sich beispielsweise mögliche Nachteile in den Lernvoraussetzungen ausgleichen.

Gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, mit Hildegard Müller, der Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, und mit Prof. Dr. Monika Schnitzer, Mitglied im Gremium der so genannten Wirtschaftsweisen, wurden im Anschluss die wirtschaftspolitischen Herausforderungen durch Corona und die Chancen für den Standort Bayern detailliert erörtert.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages und Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, sowie Mathias Ritzmann, persönlich haftender Gesellschafter und Mitglied der Geschäftsführung des Bankhauses Max Flessa in Schweinfurt, beleuchteten zudem die besonderen Herausforderungen für den bayerischen Mittelstand, das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Einhelliger Tenor: „Wir müssen die Chancen erkennen und ergreifen." So ist auch die verabschiedete Entschließung überschrieben. Darin fordert die Fraktion u.a. die Unternehmenssteuer zu senken, den Soli sofort komplett zu streichen und flexiblere Arbeitszeiten zu ermöglichen.

Entschließung zu Gesundheit und Pflege

Die Ergebnisse des Gesprächs mit Dr. Monika Baumgartner-Schneider, der Leiterin des Gesundheitsamts am Landratsamt Dachau, Roland Beierwaltes, dem Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes Kronach, und Prof. Dr. Robert Obermaier, Chefarzt der Klinik für Allgemein-, Viszeral-, Minimalinvasive Chirurgie und Proktologie am Klinikum St. Elisabeth in Straubing, flossen schließlich in eine Entschließung zu Gesundheit und Pflege ein. Die Kernforderungen: Ein unabhängigeres Gesundheitssystem, die Bekämpfung des Fachkräftemangels im Gesundheits- und Pflegebereich, die weitere Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und das Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung der Patienten durch leistungsfähige Krankenhäuser einschließlich Notfallversorgung.

„Corona ist nicht weg, sondern bleibt", machte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Grundsatzrede deutlich. Ziel müsse es sein, einerseits weiterhin die Vernünftigen vor den Unvernünftigen zu schützen und andererseits einen zweiten Flächenlockdown unbedingt zu verhindern. Söder unterstrich dabei die Wichtigkeit der bayerischen Teststrategie für ein regional differenziertes Vorgehen.

Schwierige Lage der Wirtschaft

Sorgen bereitet ihm indes die anhaltend schwierige Lage der bayerischen Wirtschaft. Diese mache auch vor staatseigenen Betrieben wie Messen und Flughäfen nicht halt, weshalb der Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen in weite Ferne rücke.

Über die derzeitigen Überbrückungsmaßnahmen hinaus kündigte der Ministerpräsident die Beschleunigung der Behördenverlagerung und der Hightech-Agenda an. „Wir schreiben schon im nächsten Jahr 730 Professuren aus, beschleunigen das Bauen im Hochschulbereich und machen einen großen Aufschlag bei Luft- und Raumfahrt sowie bei Start-ups. Das kostet 900 Mio. Euro und beschleunigt die Hightech-Agenda um zwei Jahre." Hinzu kämen Projekte im Bereich Quantencomputing und Biomedizin. „Wir holen uns die modernsten und besten Ideen ins Land und schaffen damit neue Produkte, Wertschöpfung und Dienstleistung. Das alles hat Strahlkraft und Wirkung und hilft auch den Firmen, die Stellen abbauen!" **DK**

Engagement Global:

Transformationsprozess in Tunesien unterstützen

Informationsveranstaltung für bayerische Kommunen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Tunesien

Seit 2012 besteht eine Länderpartnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und Tunesien mit dem Ziel, den Transformationsprozess in Tunesien zu unterstützen. Hierfür spielt die kommunale Ebene eine besondere Rolle. Seit 2018 werden bayerische und tunesische Kommunen durch das bestehende Projekt „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit Bayern Tunesien" der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit dem Regionalbüro der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis darin bestärkt, entwicklungspolitische Partnerschaften einzugehen und gemeinsame Projektideen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Veranstaltung am 29.10.2020 richtet sich an bayerische Kommunen und Kreisverwaltungen, die Interesse an einer Partnerschaft mit einer tunesischen Kommune haben. Informiert wird über die Möglichkeiten kommunalen Engagements sowie die Unterstützungsangebote des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Termin: Donnerstag, 29. Oktober 2020, 10:00 - 15:00 Uhr
Ort: Marias Platzl Hotel, Mariahilfplatz 4, 81541 München
Veranstalter: SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Anmeldung: https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail-crm/informationsveranstaltung-f%C3%BCr-bayerische-kommunen-zur-kommunalen-entwicklungszusammenarbeit-mit-tunesien.html
Anmeldeschluss: Donnerstag, 15. Oktober 2020
Infos unter: https://skew.engagement-global.de/kommunale-entwicklungszusammenarbeit-bayern-tunesien.html
Internet: https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail-crm/informationsveranstaltung-f%C3%BCr-bayerische-kommunen-zur-kommunalen-entwicklungszusammenarbeit-mit-tunesien.html ❐

Herbstklausur der FW-Landtagsfraktion:

Gesellschaft auf Leben mit Corona einstellen

Bei ihrer Herbstklausur in München hat sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion mit den Folgen der Corona-Pandemie befasst und Wege für einen erfolgreichen Neustart des öffentlichen Lebens aufgezeigt. Mit der Verabschiedung mehrerer Resolutionen legte die Fraktion zudem die parlamentarischen Schwerpunkte der kommenden Monate fest.

So haben sich die Abgeordneten mit Resolutionen zum Breitensport während der Corona-Pandemie sowie mit „Cocooning" – dem richtigen Umgang mit Risikogruppen – befasst. Darüber hinaus wollen sie zusammen mit den Ministerien für Wirtschaft und Kultus eine „Bayerische Kultur- und Kreativwirtschaftsagenda" gründen, um für eine deutlich bessere Vernetzung zwischen den meist freiberuflich schaffenden Künstlern zu sorgen. Wichtig sei auch, für einheitliche und verbindliche Öffnungen im Sportbereich zu sorgen.

Lebensqualität sichern, Heimat stärken

Unter dem Motto „Lebensqualität sichern, Heimat stärken" will die FW-Fraktion die regionalen Wirtschaftskreisläufe vor allem im Bereich der Grundversorgung mit Lebensmitteln, der Energieversorgung und im Gesundheitswesen stärken. „Wir setzen uns dafür ein, abgewanderte Produktionsmöglichkeiten und Wertschöpfungspotenziale wieder zurückzuholen und richten dazu die Ansiedlungsoffensive Invest in Bavaria neu aus", heißt es dazu. „Auch mit der Förderung von Robotik oder Additiver Fertigung und den Investitionen in die außeruniversitäre Forschung sorgen wir dafür, dass industrielle Produktion an Hochlohn-Standorten wie Bayern attraktiv bleibt – auch und vor allem abseits der großen Ballungsräume."

Mit Blick auf die „Klimaanpassung für lebenswerte und zukunftssichere Kommunen" wollen die FW bei Neubauten eine verpflichtende Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und insbesondere die Vorhaltung von eigenen Speicherkapazitäten in den Häusern. Dazu sollen die bestehenden Förderprogramme optimiert und weiter ausgebaut werden.

Neu angelegte Gärten und Grünflächen – gerade im Siedlungsbereich – sollen vielfältige Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen bieten. Flächen sollen deshalb bestmöglich miteinander vernetzt werden. Um hochwertige Freiflächen zu schonen, soll die Nachverdichtung in Städten bestandssensibel und insbesondere nach oben erfolgen.

Gefordert wird außerdem, staatliche Förderprogramme im Sinne einer sozialen und nachhaltigen Marktwirtschaft noch stärker auf die Herausforderungen des Klimawandels auszurichten. Insbesondere soll bei den Förderprogrammen im Zuge der Corona-Pandemie das Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielen.

Mobilitätsformen verknüpfen

Darüber hinaus sollen die unterschiedlichen Mobilitätsformen miteinander verknüpft und dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden. Urbane Mobilität der Zukunft sei klimafreundlich. Methodisches und inhaltliches Wissen zur Berücksichtigung der urbanen Klimaanpassung soll in örtliche Entscheidungsprozesse einfließen. „Wir wollen, dass durch geeignete Angebote die Entscheidungsträger entlastet und im Dialog mit Grundstückseigentümern, Bauherren und Bürgern unterstützt werden."

Auch haben die Freien Wähler ihre Forderung nach einer Pflegekammer bekräftigt. „Als Freie Wähler-Landtagsfraktion wollen wir den Pflegeberuf nachhaltig stärken und sprechen uns für eine unabhängige und schlagkräftige Interessensvertretung für die Pflege aus", heißt es in der Resolution. „Aus diesem Grund fordern wir jetzt die Evaluation der Konzeption der 2017 gegründeten ‚Vereinigung der Pflegenden in Bayern' (VdPB), so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht."

Die maßgeblichen Probleme der Pflege, die zu den Hauptaufgaben einer solchen Interessenvertretung gehören sollten, seien die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Steigerung der Attraktivität der Berufsbilder in der Pflege. An den Lösungsansätzen für diese Probleme müsse sich eine Pflegevertretung messen lassen. **DK**

Corona-Hilfen für Kommunen:

Der Bund hat Wort gehalten

Bund und Länder haben über die Finanzhilfen für Landkreise, Städte und Gemeinden, die infolge der Corona-Pandemie notwendig sind, entschieden. Mit breiter Mehrheit wurde ein milliardenschweres Hilfspaket beschlossen. Damit können die Kommunen handlungsfähig bleiben und weiter investieren.

Der Bund kompensiert einerseits in diesem Jahr Gewerbesteuerausfälle in Milliardenhöhe. Zum anderen beteiligt er sich dauerhaft stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung bei Hartz-IV-Empfängern. Für beide Maßnahmen wurde eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen - konkret geht es um eine einmalig anwendbare Ausnahmeregelung für das Jahr 2020.

Gewerbesteuer eingebrochen

Wegen der massiven Folgen der Corona-Krise ist die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen eingebrochen. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen führt nun für den Bund zu Mehrausgaben im Jahr 2020 in Höhe von 6,1 Mrd. Euro und für die Länder zu einer Mehrbelastung in Höhe von 4,8 Mrd. Euro. Mit den Milliardenmitteln soll verhindert werden, dass die Kommunen nicht mehr investieren können, was wiederum massive Folgen auch für den Bau und das Handwerk hätte, weil Städte und Gemeinden zahlreiche Aufträge vergeben.

Die dauerhafte stärkere Beteiligung des Bundes an Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende kostet mittelfristig rund 3,4 Mrd. Euro pro Jahr. Auch dafür musste das Grundgesetz geändert werden. Der Bund konnte sich bisher höchstens mit 49 Prozent an bundesweiten Ausgaben für die Leistungen für Unterkunft und Heizung beteiligen. Möglich ist dies nun bis zu einer Grenze von 75 Prozent.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, begrüßte diese wichtigen Unterstützungsleistungen: „Der Bund hat Wort gehalten, er tut mit diesem Gesetzespaket sehr viel zum Wohle der Kommunen. Vor allem die erhöhte Beteiligung des Bundes an den kommunalen SGB II-Wohnkosten (KdU) wird Landkreise und kreisfreie Städte strukturell und dauerhaft jährlich in Höhe von 3 bis 4 Mrd. Euro stärken. Daneben ist der einmalige Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Länder von rund 12 Mrd. Euro eine wichtige Maßnahme im laufenden Jahr. Dieses Geld muss so schnell wie möglich in den kommunalen Haushalten ankommen; die Länder müssen ihren Teil noch in diesem Jahr dazutun."

Die Verfassungsänderung für die Erhöhung des Bundesanteils an den KdU bezeichnete Sager als „notwendig, damit die Landkreise und kreisfreien Städte diese kommunale Aufgabe auch künftig eigenverantwortlich wahrnehmen können und es nicht zu Bundesauftragsverwaltung kommt. Damit bleibt in diesem Bereich die kommunale Selbstverwaltung vollkommen erhalten und wird nicht beeinträchtigt. Das ist für uns in struktureller Hinsicht besonders bedeutsam."

Wirksame Corona-Hilfen

Die Corona-Hilfen seien für die Landkreise, Städte und Gemeinden von erheblicher Bedeutung, um weiterhin durch die Krise zu kommen. „Sie werden wirksam dazu beitragen, dass auch in der Pandemie die kommunale Investitionsfähigkeit so gut es geht erhalten bleibt", erklärte der DLT-Präsident.

Auch aus Sicht von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, stärken die verabschiedeten Corona-Hilfen die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Krise. Der Ausgleich der drastischen Gewerbesteuerausfälle für 2020 durch Bund und Länder und die dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft seien echte Hilfen. Damit sei ein großes Paket geschnürt worden. „Das wissen die Städte sehr zu schätzen."

In diesem Jahr können die Städte laut Dedy noch gut investieren, weil die Gewerbesteuerverluste aufgefangen werden. „Danach ziehen allerdings dunkle Wolken auf. Im nächsten Jahr fehlen bundesweit allein bei der Gewerbesteuer – der wichtigsten kommunalen Steuer – mehr als 6 Mrd. Euro. Deshalb brauchen wir auch für 2021 und 2022 Hilfe von Bund und Ländern. Es geht darum, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, damit die Konjunktur wieder besser in Gang kommt."

Kompensation der Steuerausfälle

Auch der DStGB begrüßt die staatlichen Hilfen zur Wahrung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Die Kompensation von Steuerausfällen müsse aber über die Gewerbesteuer hinaus auch auf die anderen gemeindlichen Steuerquellen, vor allem den Einkommensteueranteil, ausgedehnt werden. Die Kompensation für die Corona-bedingten Mindereinnahmen und die Entlastung für die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft müssten noch in diesem Jahr in den kommunalen Kassen ankommen.

Zudem fordert der DStGB, dass die Städte und Gemeinden auch in den Jahren 2021 und 2022 vom Staat Corona-bedingte Kompensationsleistungen erhalten. Gerade jetzt müssten kommunale Investitionen auf einem hohen Niveau gesichert werden und es dürfe nicht gegen die Wirtschaftskrise angespart werden. **DK**

Steuerschätzung Bayern 2020:

4,2 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen

Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Freistaat in 2020 mit etwa 4,2 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen rechnen als vor der Krise erwartet. Auch wenn der Konjunktureinbruch nicht so tief ausfällt wie im Mai befürchtet, ist dies der mit Abstand stärkste Einbruch der letzten Jahrzehnte", stellte Finanzminister Albert Füracker die Ergebnisse der außerordentlichen Steuerschätzung für Bayern vor. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Schick
84494 Lohkirchen
am 5.10.

Bürgermeister Franz Uome
95352 Marktleugast
am 26.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Thoma
97892 Kreuzwertheim
am 3.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Stumpf
91088 Bubenreuth
am 6.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Corona und die große Transformation:

Perspektiven für ländliche Räume

Sommerkolloquium von Hanns Seidel Stiftung und Akademie Ländlicher Raum

Die Krisenmaßnahmen infolge der Corona-Pandemie haben bei der Digitalisierung der Arbeits- und Lebensbereiche einen regelrechten Schub ausgelöst. Plötzlich werden im Vergleich zu den dicht gebauten und bevölkerten Städten die Qualitäten auf dem Land neu bewertet. Die Frage, ob diese Erfahrung auch dauerhaft Perspektiven für ländliche Räume eröffnen könnte, wurde beim Sommerkolloquium von Hanns Seidel Stiftung und Akademie Ländlicher Raum mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in München unter Corona-Bedingungen ausführlich erörtert.

Akademiepräsident Prof. Holger Magel forderte eingangs dazu auf, das Momentum der neuen Wertschätzung für den ländlichen Raum zu nutzen. „Wir brauchen endlich Verstetigung und eine durch Corona gar verschärfte Beschäftigung mit der Notwendigkeit und den Bedingungen ländlichen Lebens und Wirtschaftens als Pendant zur ebenfalls unverzichtbaren Stadt. Arbeitsplatz und hohes Einkommen sind natürlich wichtig, sehr wichtig sogar. Allein – sie bedeuten nicht alles, sie bilden Lebensqualität und Wohlergehen nicht völlig ab, was in vielen Statistiken und Jubelannoncen regelmäßig zu kurz kommt“, betonte Magel.

Benötigt werde – ob neu erfunden oder nur wiederbelebt – ein resilienter und Infrastruktur-Staat, der gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern garantiert. „Wir sprechen von der Herstellung räumlicher Gerechtigkeit, die entfernungsunabhängig und unabhängig von der Gnade der familiären Geburt sein muss“, machte Magel deutlich.

„Ländliche Räume sollten nicht als Raum der Defizite wahrgenommen werden. Das Land kann mit Freiheit punkten – mit dem eigenen Garten, Freizeit- und Erholungsangeboten vor Ort und mit Naturerleben“, hob der Landtagsabgeordnete Sandro Kirchner, selbst „überzeugtes Dorfkind, das in die Rhön zurückgekehrt ist“, hervor. Ein gutes Beispiel sei der Landkreis Bad Kissingen, der in einer Image-Kampagne mit dem selbstbewussten Slogan „Hier gehts besser“ auf seine Stärken aufmerksam macht.

Die Pandemie, so Kirchner, habe sich zunächst vor allem als Digitalisierungsschub erwiesen. Im Zuge der Ausgangsbeschränkungen mussten zahlreiche Arbeitnehmer auf das Modell „Homeoffice“ umsteigen. Sie hätten erlebt, dass es auch vorteilhaft sein kann, wenn man nicht täglich zur Arbeit in die Stadt pendeln muss.

Diesen Umstand griff Prof. Dr. Diane Ahrens vom Technologie Campus Grafenau auf, die die bayerischen Modellprojekte zu digitalen Dörfern begleitet. Sie berichtete, dass beispielsweise in der Gemeinde Spiegelau im Bayerischen Wald die Nachfrage nach Coworking Spaces zugenommen hat. Die Idee dahinter ist, dass Arbeitnehmer nicht mehr so weit pendeln müssen, sondern relativ nah an ihrem Wohnort arbeiten können. Dafür werden ihnen gut ausgestattete Arbeits- und Besprechungsräume zur Verfügung gestellt, die sie stunden-, tage- oder wochenweise mieten können.

Dezentrales Arbeiten

Umfragen zeigen Ahrens zufolge, dass dezentrales Arbeiten auch unabhängig von den Umständen der Corona-Pandemie eine Option bleibt: Ein Drittel der Befragten würde dies befürworten, ein Drittel steht dem ablehnend gegenüber, könnte es sich aber unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, während ein Drittel unschlüssig ist.

Ländliche Räume, die mit mehr Grün und weniger Lebenshaltungskosten punkten, könnten gerade für jungen Familien und Senioren attraktiv sein, wenn sie es verstehen, vor allem die für diese Zielgruppen notwendigen Basisangebote mithilfe „smarter Lösungen“ bereit zu halten, unterstrich die Forscherin. Dazu müssten sie Unternehmen, Dienstleister und weitere Akteure als Partner einbinden und gemeinsam strategische Modelle erschließen. Neben „Arbeit 4.0“, Telemedizin und einem bedarfsgerechten Nahversorgungs- und Mobilitätsnetz sei für diese Zielgruppe insbesondere auch an Kinderbetreuung und Tagespflege zu denken.

Unternehmen brauchen Fachkräfte vor Ort und eine leistungsfähige Verwaltung. Daher ist es in ihrem Interesse, dass auch ländliche Regionen bei den digitalen Serviceleistungen mithalten können. Doch bislang funktioniere der analoge Weg für alle noch zu gut, gab Dr. Benedikt Rüchardt vom Verband der Bayerischen Wirtschaft zu bedenken. Klaus Ulrich, im Bayerischen Wirtschaftsministerium für die Landesentwicklung zuständig, will daher stärker die regionale Ebene adressieren und auf der Grundlage von Erhebungen der spezifischen Versorgungssituation und Bedürfnisse die digitalen Angebote gezielt verbessern. Damit dies gelingt, müssten regionale Knotenpunkte entsprechend gestärkt werden. Eine Überlegung könnte dabei auch sein, die Ämter für Ländliche Entwicklung stärker für Digitalisierung zu nutzen.

Mehr Fläche gefordert

Auch nach Einschätzung von Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, sprechen Argumente wie mehr Wohnraum und Freiraum sowie Homeoffice- bzw. Telearbeitsmöglichkeit für die ländlichen Räume, sofern sie über eine gute Digital- und Verkehrsinfrastruktur verfügen. Doch dies impliziert aber auch einen Nebeneffekt, so Schmid: „Profitieren kann der ländliche Raum nur, wenn er mehr Flächen beanspruchen kann.“

Unklar bleibe auch, wie gut sich die Wirtschaft erholt und wie gut es damit auch um die Arbeitslosigkeit bestellt ist. Bislang haben Experten festgestellt, dass vor allem das mittlere Qualifizierungsniveau gelitten hat, also Arbeitnehmer, die in der Produktion (insbesondere Autoindustrie) oder in klassischen Feldern der Tourismusregionen beschäftigt waren. Dabei ist der Anteil hochqualifizierter Jobs in den vergangenen Jahren ohnehin stark gestiegen. Hier sieht Schmid im Vergleich zu den Städten eher Verluste für die ländlichen Räume. **DK**

TUM-Publikation:

„Change – Denkanstöße für die Zeit nach Corona“

Im Rahmen des HSS- und ALR-Sommerkolloquiums präsentierte Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Molls, Sprecher der TUM Senior Excellence Faculty und Direktor des TUM Institute for Advanced Study, eine neue Publikation, in der rund 90 namhafte Forscher schildern, welche Lehren sie aus der Corona-Krise ziehen.

Unter Molls Führung wurde ein einmaliges, 300 Seiten starkes Schriftwerk mit einer Vielzahl prägnanter und geistreicher Denkanstöße erstellt. Laut Prof. Dr. Thomas F. Hofmann, Präsident der Technischen Universität München, der gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder, und dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, für die Geleitworte verantwortlich zeichnet, handelt es sich um „ein Zeitdokument des Mehrwerts unserer generationsübergreifenden Universitätsgemeinschaft in Krisenzeiten“. Es zeige neue Perspektiven aus unterschiedlichsten Fachrichtungen, Hintergründen und Sichtweisen für die Nachwelt auf, für deren sichere, gesunde und nachhaltige Entwicklung heute alle gemeinsam die Verantwortung tragen.

Prof. Molls zufolge wird die Welt nach Corona eine andere sein. „Wissenschaft muss dabei – getragen von Vernunft und Nachhaltigkeit – Perspektiven schaffen und zu dieser Veränderung beitragen. Wir als Kollektiv von Autorinnen und Autoren haben in unserer Schrift versucht, nach bestem Wissen und Gewissen Impulse zu geben.“ **DK**

GZ **KOLUMNE** Christoph Göbel



Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur als Vater schulpflichtiger Kinder habe ich leise aufgeatmet, als die Schulen Anfang September fast überall in Bayern den Unterricht im neuen Schuljahr im „Regelbetrieb“ aufgenommen haben. Wobei Regelbetrieb natürlich nicht heißt, dass alles so ist, wie noch vor einem Jahr, als noch niemand mit der weltweiten Ausbreitung eines Virus gerechnet hat. Schüler und Lehrer müssen zumindest außerhalb der Unterrichtsstunden Masken tragen, die Kinder dürfen nicht alle zusammen die Pause verbringen und die ABC-Schützen konnten nicht wie sonst durch die komplette Schulfamilie willkommen geheißen werden. Aber immerhin ist wieder ein Stück Normalität in unser Alltagsleben eingekehrt.

Wir müssen mit der Pandemie weiterhin professionell umgehen

Bei aller Freude darüber ist mein Optimismus dennoch nicht ganz ungetrübt. Das liegt weniger an den wieder ansteigenden Fallzahlen, mit denen ich nach dem Ende der Sommerferien fest – und ehrlicherweise sogar in noch höherem Ausmaß – gerechnet hatte. Größere Sorge bereitet mir die Beobachtung, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich auch weiterhin strikt an die Hygienevorgaben zu halten, mehr und mehr abzunehmen scheint. Diesen Trend führe ich nicht zuletzt darauf zurück, dass das Vertrauen der Menschen in die Arbeit von Politik und Behörden angeschlagen ist.

Dass zu Beginn einer so nicht zu erwartenden Situation – nicht umsonst wurde ja auch der Katastrophenfall ausgerufen – nicht alles perfekt laufen konnte, ist klar. Jetzt sind jedoch einige Monate vergangen, in denen wir Erfahrungen sammeln konnten und mussten. Das Abflachen der Fallzahlen in den letzten Wochen und Monaten hat uns die Zeit verschafft, daraus Schlüsse zu ziehen und Organisationsstrukturen zu modifizieren bzw. zu festigen.

Gerade in dieser Zeit, in der durch die jüngsten Pannen das Vertrauen in der Bevölkerung bröckelt und die Menschen durch die gesunkenen Fallzahlen und die damit einhergehenden Lockerungen der Vorsichtsmaßnahmen die Situation nicht mehr so ernst nehmen wie noch zu Anfang der Pandemie, müssen wir alles daransetzen, die gerechtfertigten Erwartungen der Menschen an einen professionellen Umgang mit dem pandemischen Geschehen so gut es geht zu erfüllen. Und dies wird nicht einfach werden, ist die personelle Situation in den Gesundheitsämtern doch vielerorts weiterhin angespannt.

Im Landkreis München haben wir uns daher entschlossen, ab sofort wieder auf die bereits erprobte Unterstützung durch unsere Kommunen zu bauen und sie erneut in den Betrieb dezentraler Testzentren einzubinden und mit dem Kontaktpersonenmanagement zu beauftragen. Für die große Unterstützung, die wir hier aus unseren Städten und Gemeinden erfahren, bin ich sehr dankbar. Denn nur so können wir sowohl schnelle Einzel- und Reihentestungen als auch eine Nachverfolgung möglicher Kontaktpersonen ohne Zeitverzug garantieren. Dies sehe ich als ein entscheidendes Kriterium an, eine zweite Infektionswelle zu verhindern.

Wenn die Behörden weiterhin Hand in Hand arbeiten und sich zudem jeder einzelne Bürger und jede einzelne Bürgerin so gut wie möglich an die Hygieneregeln hält, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das Infektionsgeschehen maßgeblich mit beeinflussen können. Setzen wir also alles daran, dass es uns gelingt!

In diesem Sinne grüßt Sie sehr herzlich

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Gesundheitsministerium erweitert

Gesundheitssicherheit und Öffentlicher Gesundheitsdienst werden mit eigenen Abteilungen gestärkt

Für noch mehr Schlagkraft im Kampf gegen die Corona-Pandemie verstärkt Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml ihr Ministerium mit zwei neuen Abteilungen. „Wir haben das bayerische Gesundheitsministerium strukturell und personell ausgebaut, um noch schlagkräftiger auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie reagieren zu können. In den zurückliegenden Monaten konnten wir viele Erfahrungen bei der Bekämpfung der Pandemie sammeln und lassen dieses Wissen in organisatorischen Anpassungen einfließen“, so die Ministerin.

Künftig wird es zwei neue Fachabteilungen geben: die Abteilung 6 ‚Gesundheitssicherheit‘ und die Abteilung 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘. Die Abteilung 6 ist für die in der Corona-Pandemie so wichtigen Themen wie Gesundheitssicherheit, Pandemieplanung, Schutzausrüstung, Pandemiezentrallager, Sicherstellung Materialversorgung und unser zentrales Instrument Testungen zuständig.

„Eines meiner zentralen Anliegen war es zudem, den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit einer eigenen Abteilung zu stärken. Der ÖGD kümmert sich engagiert um den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung, aber auch um deren Gesundheitsvorsorge und -versorgung. Gerade bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt der ÖGD mit den Gesundheitsämtern vor Ort einen zentralen Eckpfeiler dar. So befasst sich die neue Abteilung 7 unter anderem mit den Grundsatzangelegenheiten des ÖGD, Aus- und Fortbildung, dem Personal des ÖGD sowie den digitalen Fachanwendungen des ÖGD“, unterstrich Huml.

Damit gliedert sich das StMGP nun neben der Zentralabteilung (u.a. mit den Bereichen Haushalt, Personal, Organisation) in acht Fachabteilungen. Daneben bleibt auch die Taskforce Corona-Pandemie bestehen.

Ende August kam zudem mit Staatssekretär Klaus Holetschek ein ausgewiesener gesundheits- und pflegepolitischer Experte ins Gesundheitsministerium. Die Ministerin ist sich sicher, dass „seine breiten Erfahrungen auf ministerieller, kommunaler wie auch Gremien-Ebene eine Bereicherung“ darstellen.

Aus dem Münchner Rathaus ins Gesundheitsministerium zurückgekehrt ist zudem die bisherige Gesundheitsreferentin der Landeshauptstadt, Stephanie Jacobs. Sie vertritt den Amtschef des StMGP, MD Dr. Winfried Brechmann, dies gilt auch für die Leitung der Taskforce Corona-Pandemie. Ihr werden als leitende Beamtin die Abteilung 4 ‚Pflege‘ sowie die beiden neu geschaffenen Abteilungen 6 ‚Gesundheitssicherheit‘ und 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘ zugewiesen. Als vormalige Leiterin des größten kommunalen Gesundheitsamts Deutschlands ist Jacobs zudem interimsweise mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Leiterin der neuen Abteilung 7 ‚Öffentlicher Gesundheitsdienst‘ betraut. ❒

Schnelle Pflegereform gefordert

Bayerns Pflegeministerin: Wir brauchen eine zukunftsfeste und generationengerechte Finanzierungsgrundlage

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml fordert vom Bund weitere Reformen bei der Pflegeversicherung – auch bei den Kosten der Ausbildung. Huml betonte: „Die Bekämpfung der Corona-Pandemie darf nicht von anderen wichtigen Aufgaben abhalten. Das gilt insbesondere für die Pflege. Der Start der neuen Pflegeausbildung in diesem Jahr ist ein Meilenstein für die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs der Zukunft. Wir dürfen diese Verantwortung nicht auf die Pflegebedürftigen abwälzen!“

Die Ministerin erläuterte: „Wir kosten in Bayern.

brauchen endlich eine Entlastung der Pflegebedürftigen von ihrem Kostenanteil für die Ausbildung. Aktuell erhalten Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen oder von ambulanten Pflegediensten versorgt werden, aufgrund des Teilleistungssystems der Pflegeversicherung die Rechnungen für die Teilfinanzierung der neuen Pflegeausbildung. Die Kostenbelastung zum Beispiel von Pflegebedürftigen im Heim, die derzeit in Bayern bei durchschnittlich knapp über 2.000 Euro liegt, kann allein aufgrund der Kosten der Ausbildung in den nächsten Jahren nochmal um etwa 10 Prozent anwachsen.“ Für Huml ist klar, dass die Pflegebedürftigen und ihre Familien nicht überlastet werden dürfen. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die pflegerische Versorgung müsse sich auch in einer gesamtgesellschaftlichen Finanzierung widerspiegeln.

Mit dem Start der neuen Pflegeausbildung werden die Kosten der Ausbildung auf die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Länder und die Pflegeversicherung umgelegt. Auch der Freistaat Bayern übernimmt einen Teil des Gesamtfinanzierungsbedarfs der Pflegeausbildungs-

Da es sich bei der Pflegeversicherung um eine Teilleistungsversicherung handelt, müssen die Pflegeeinrichtungen allerdings diese Kosten an die von ihnen versorgten Pflegebedürftigen weitergeben. Diese Rechnungen kommen nun bei den Pflegebedürftigen an.

Huml unterstrich: „Je erfolgreicher wir mit der neuen Pflegeausbildung sind und je mehr Auszubildende da sind, desto teurer wird es für die Pflegebedürftigen – das kann nicht sein!“

Huml ergänzte: „Die Corona-Pandemie hat uns nachdrücklich vor Augen geführt, wie wichtig die Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit der Pflegekräfte ist. Wir dürfen an ihrer Ausbildung nicht sparen!“

Die Ministerin verwies darauf, dass eine durch den Steuerzahler finanzierte Übernahme der Ausbildungskosten durch die Pflegeversicherung auch eine enorme Bürokratie-Entlastung darstelle. „Die Ausbildungskosten müssten nicht mehr auf rund 30.000 Pflegeeinrichtungen und in der Folge auf die von ihnen versorgten Pflegebedürftigen umgelegt werden. Die entsprechende Datenerhebung, Rechnungslegung und die Geldflüsse könnten entfallen.“ ❒

Krise als Chance für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Einnahmeplus generieren würde. Hier könnte ein neuer Wohlstand für unser Land entstehen. Bund, Land und Kommunen sollten angemessen an der Wertschöpfung beteiligt werden.

GZ: Stichwort Klimakrise und Energiewende. Die Stadt Abensberg hat vor einem Jahr ein vorbildliches Energiewende-Projekt auf die Beine gestellt. Unter der Marke „Naturstrom Abensberg" wird ein regionaler Strommarkt aufgebaut, der lokale Stromerzeuger und Verbraucher vor Ort zusammenbringt. Wie lautet Ihre Zwischenbilanz?

Große Hoffnung Wasserstoff

Brandl: *Wir sind mit der Entwicklung im ersten Jahr sehr zufrieden. Von insgesamt 6.000 Haushalten haben wir bereits knapp 1.000 Haushalte unter Vertrag. Wir können mit attraktiven Strompreisen aufwarten, stoßen allerdings bei der effizienten Energieverteilung klar an regulatorische Grenzen. Wir produzieren in Abensberg über 200 Prozent der benötigten Kapazitäten über die Bestandsanlagen. 2019 haben wir vier Großanlagen zugebaut, so dass wir eigentlich auf einem sehr guten Weg wären. Allerdings bräuchten wir u.a. eine Möglichkeit, Strom zu speichern, ohne dafür bestraft zu werden. Dies funktioniert aber leider nicht.*

GZ: Eine Krise ist auch eine Chance für eine neue Denkstruktur. Momentan geht der Trend wieder zu mehr Individualverkehr. Müssen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur überdacht werden? Ist der verstärkte Ausbau des ÖPNV der Weisheit letzter Schluss?

Brandl: *Ich gehe davon aus, dass 70 Prozent der Geschäftsreisen substituiert werden. Für ausreichend digital erschlossene, periphere Räume ist es eine Riesenchance, wenn die berufliche Tätigkeit keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz erfordert. Klar ist auch: Homeoffice entlastet die Umwelt durch weniger Verkehr.*

Die Abkehr vom ÖPNV in den Ballungsräumen insbesondere zum Individualverkehr in den Ballungsräumen ist für mich wenig überraschend. Das ist eine reflexartige Konsequenz von Vorgaben wie Abstand zu halten und Menschenansammlungen zu vermeiden. Grundsätzlich glaube ich nicht, dass der ÖPNV in allen Landesteilen eine gute Lösung bietet. Mit einem getakteten Personenverkehr ist er gerade in den ländlich strukturierten Gebieten nicht in der Lage, die Menschen angemessen in ihren Beförderungsinteressen abzubilden. Das schaffen auch Sammeltaxis oder Rufbusse nicht. Somit werden wir es auch künftig mit einer Mischung aus individueller und liniengebundener Beförderung zu tun haben.

GZ: Welche Technologie würden Sie bevorzugen?

Brandl: *Meine große Hoffnung ist, dass die Wasserstofftechnologie schnell und intensiv weiterentwickelt wird. Sie ist für mich eine der möglichen Antriebsformen der Zukunft. Durch eine Modifikation der bisherigen Antriebstechnik wäre es möglich, im Automobilbereich wieder den Anschluss an „State of the Art" zu schaffen.*

Neue Wohn- und Lebenskonzepte

GZ: Nach dem Krieg hat man der Bevölkerung mit den Behelfsheimen ein Dach über dem Kopf und ein großes Grundstück zugänglich gemacht. Alternative Wohnkonzepte werden auch jetzt immer gefragter und gelten im ländlichen Raum als leichter umsetzbar als in städtischen Strukturen. Tiny Houses z.B. ermöglichen eine minimalistische Lebensweise und möglicherweise finanzielle Unabhängigkeit im Alter. Die Umsetzung erweist sich oft als schwierig. Was muss Ihrer Meinung nach getan werden, damit diesem Wunsch nach neuen Wohnformen entsprochen werden kann?

Brandl: *Wir brauchen in der Tat andere Wohnformen – Tiny Houses können in kleineren und mittleren Kommunen – vielleicht übergangsweise, vielleicht modular – eine Chance haben. Allerdings gilt es, ungeordnete städtebauliche Entwicklungen zu vermeiden. Bitte keine Häuser auf Rädern wie in den USA!*

Die Gesellschaft hat zunehmend die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Mensch in Würde altern kann. Was generationenübergreifende Wohnformen anbelangt, reichen die Kapazitäten in den Bestandseinrichtungen bei weitem nicht aus. Alternative Wohnformen wie das Generationenhaus werden nun als das allein Seligmachende gepriesen. Bei aller Euphorie gilt jedoch: Die Chemie untereinander muss stimmen. Dieser Lösungsansatz passt nicht für jeden.

GZ: Thema Lebendige Ortsmitte: Veröden unsere Ortskerne jetzt noch schneller? Was passiert in Abensberg, um diese Entwicklung aufzuhalten?

Brandl: *Einzelhandel und Gastronomie leiden auch in Abensberg sehr unter den Corona-Beschränkungen. Anders der Versandhandel. Der Trend zur digitalen Beschaffung hält an, weshalb wir mit Pleiten und Insolvenzen rechnen müssen. Das Wegbrechen einzelner, mittelständischer Familienunternehmen wird riesige strukturelle Probleme in unseren Gemeinden nach sich ziehen. Hier ist die Politik gefordert, ordnungspolitisch einen Riegel vorzuschieben. Ein Weg wäre, Retouren nicht mehr kostenfrei anzubieten. Auch könnte ich mir mit Blick auf die Wettbewerbsneutralität eine Art „Fernhandelsabsatzsteuer" vorstellen.*

Glasfasertechnik ist Zukunftsinvestition

GZ: Zur Digitalisierung in Schulen: Seit spätestens April ist klar, dass schnelles Handeln erforderlich ist. Es geht nicht nur darum, den Mangel an pädagogischem und fachlich geeignetem EDV-Personal zu beheben, es muss auch die entsprechende technische Ausstattung vorhanden sein. Sind unsere Kommunen hier handlungsfähig und bekommen sie die notwendige Unterstützung?

Brandl: *Digitaler Unterricht ist ok, doch sind Qualifikationen und Skills vom Lehrer über den Schüler bis hin zum Elternhaus dringend erforderlich. In Zukunft werden technische Erfordernisse höhere Übertragungsgeschwindigkeiten erfordern. Deshalb ist die Glasfasertechnik eine der Zukunftsinvestitionen im Bildungssektor. Verweigert man sich einer vernünftigen Technologisierung des Schulgebäudes, wird die Gleichwertigkeit von Bildungsangeboten problematisch.*

Jetzt sind die Aufwandsträger und der Staat am Zug. Allen Schülern muss ermöglicht werden, an den neuen Lernmethoden zu partizipieren. Wir brauchen neue Finanzierungsformen. Es darf auch kein Tabu sein, z.B. Elternhäuser in sozial angemessenem Umfang an den Kosten zu beteiligen.

Gemeinsam gegen Hatespeech

GZ: Hatespeech und Angriffe auf Kommunalpolitiker: Vor der Kommunalwahl wurde das Thema breit diskutiert und erschreckende Beispiele, auch aus Bayern, kamen ans Licht. Hat die intensive Diskussion dieses Themas hier die Situation entspannt? Wie empfinden Sie das derzeitige Gesprächsklima?

Brandl: *Wir haben lange an dieser Front gekämpft und versucht, die Politik zu sensibilisieren. Dass es nun für Anfeindungen in der analogen Welt bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat einen Ansprechpartner für Kommunalpolitikerinnen und -politiker gibt, ist ein erster, guter Ansatz. Gleiches gilt für das neue Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten. Amts- und Mandatsträger, die im Internet Ziel von Straftaten geworden sind, können künftig Anzeigen und Prüfbitten online an die Justiz übermitteln.*

Apropos Justiz: Solange Verbalattacken gegen Politiker unter dem Blickwinkel der Meinungsäußerungsfreiheit straffrei gestellt werden und das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung sehr schnell verneint wird – siehe Fall Künast –, habe ich meine Zweifel, ob unsere Botschaft richtig ankommt. Wir und unsere kommunalen Schwesterverbände werden jedenfalls sehr genau darauf schauen, wie die Politik nachjustiert und wie vor allem auch die Justiz reagiert. Hier ist eine Vorstufe der Eskalation erreicht. Deshalb ist es wichtig, dass Facebook und Co. klare Grenzen aufgezeigt werden.

Feuertaufe bestanden

GZ: Die ersten 100 Tage haben die neuen und wiedergewählten Mandatsträger nun nach den Kommunalwahlen hinter sich. Die neue Generation an Entscheidungsträgern wurde gleich ins kalte Wasser geworfen, wie haben sie sich Ihrer Meinung nach geschlagen?

Brandl: *Insgesamt haben wir die Herausforderungen auf der kommunalen Ebene sehr gut, sehr professionell und sehr pragmatisch bewältigt. In Teilbereichen wesentlich schneller als die große Politik. Die Neugewählten haben die Feuertaufe mehr als bestanden. Beim Bayerischen Gemeindetag wird die Beratungstätigkeit gottlob sehr rege in Anspruch genommen. Das ist für uns auch Bestätigung der Qualität des Hauses.*

An Grenzen stoßen wir bei Fragen der Plausibilität. So herrscht in vielen Bereichen wie bei der Kinderbetreuung relatives Laissez-faire, während beispielsweise bei Kulturveranstaltungen die Schrauben weiterhin sehr angezogen bleiben. Das wird nicht überall verstanden. Hier wäre die Politik gut beraten, nach möglichst einheitlichen Maßstäben vorzugehen und nicht mit unterschiedlichen Handhabungen je nach Drucklage zu reagieren.

Landesversammlung unter Corona-Vorzeichen

GZ: Wie ist die Kommunikation innerhalb des Verbands, wenn Sitzungen nicht stattfinden? Was wird aus der Landesversammlung im Herbst?

Brandl: *Die Landesversammlung wird coronabedingt eintägig ohne großes Festprogramm und ohne Ehrengäste über die Bühne gehen. Wir fahren an dieser Stelle auf Sparflamme. Unsere Verbandssitzungen halten wir nicht in der Geschäftsstelle, sondern außerhalb in großen Sälen ab.*

GZ: Nach zwei Jahren an der Spitze des DSTGB – was nehmen Sie aus dieser Zeit mit?

Brandl: *Diese Zeit war sehr interessant und lehrreich, weil das politische Parkett in Berlin doch ganz anders ist als in Bayern. Es wurden mir viele Einblicke in die Unterschiedlichkeit der kommunalen Ebenen hierzulande eröffnet. Ich hoffe sehr, in zweieinhalb Jahren die Chance auf eine weitere Amtsperiode als Präsident zu bekommen.*

GZ: Welche Themen liegen Ihnen noch am Herzen?

Brandl: *Ich bin sehr gespannt, wie es mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland weitergeht. Aufgrund der Corona-Krise gibt es bereits Tendenzen, sich wieder auf die vermeintlich wichtigen, systemrelevanten Bereiche zu konzentrieren. Damit meine ich nicht nur die großen Kommunen, sondern auch die großen Akteure in der Wirtschaft. Aus meiner Sicht wäre dies viel zu kurz gesprungen.* **DK**

Online-Veranstaltung am 2.10.2020:

Bayerisches FachkräfteForum

Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund in den Landkreisen München und Starnberg

Das nächste Bayerische FachkräfteForum steht an. Corona-bedingt wird es Online durchgeführt. Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag laden MigraNet – IQ Netzwerk Bayern und die Bayerische GemeindeZeitung mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Integrationsministeriums zum Bayerischen FachkräfteForum „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund" ein.

Mit unserer Veranstaltungsreihe vertiefen wir das Thema „Fachkräftegewinnung vor Ort" und zeigen Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund auf. Die Veranstaltungsreihe ermöglicht die gezielte Kommunikation relevanter Akteure vor Ort mit ausgewiesenen Fachleuten.

Die Gesetzeslage sowie die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes werden ebenso erläutert wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Spracherwerb und Arbeitsrecht.

Die Veranstaltung richtet sich an Arbeitgebende, Personalverantwortliche, Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Verantwortliche in den Kommunen.

Die Teilnahme ist kostenfrei
Programm: https://t1p.de/tonr
Online-Anmeldung (bitte möglichst bis 26.09.2020)
https://t1p.de/lqv1
Link zur Teilnahme
am 2.10.2020, 15.00 Uhr:
https://t1p.de/lqv1

Kinderschutz in Bayern

Familienministerin Trautner: „Die Bayerische Kinderschutzambulanz trägt als landesweites Kompetenzzentrum wesentlich zu Handlungssicherheit bei Verdacht auf körperliche oder sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bei."

Werden Ärztinnen und Ärzte mit Verletzungen von Kindern konfrontiert, deren Ursache unklar ist, so ist eine schnelle und vor allem richtige Einordnung dieser Verletzungen das Gebot der Stunde. Hier schafft die Bayerische Kinderschutzambulanz Klarheit und gibt schnell und umfassend Hilfestellung. 24 Stunden am Tag stehen Rechtsmediziner online, persönlich oder am Telefon zur Verfügung.

„Die Bayerische Kinderschutzambulanz ist ein Herzstück unseres Bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz", so Familienministerin Carolina Trautner bei ihrem Besuch der Kinderschutzambulanz in München. In jedem Verdachtsfall gehe es um körperliche oder sexualisierte Gewalt gegen Kinder oder Jugendliche.

Die Rechtsmediziner der Bayerischen Kinderschutzambulanz dokumentieren Verletzungen, sichern Beweise und stellen Diagnosen. „Damit tragen sie auch wesentlich dazu bei, Kinder vor weiterer Gewalt zu schützen", so Trautner.

Die Ministerin betonte bei ihrem Besuch aber auch, dass Sensibilisierung und Qualifizierung das A und O für einen effektiven Kinderschutz sind. Für Ärztinnen und Ärzte aller Disziplinen hat das Familienministerium deshalb gemeinsam mit der Bayerischen Kinderschutzambulanz und weiteren Experten aus dem medizinischen Bereich eine umfassende und von der Bayerischen Landesärztekammer zertifizierte Online-Fortbildung zum Kinderschutz erstellt. Dazu die Familienministerin. Das digitale Fortbildungsangebot ist wichtiger denn je. Weitere Informationen gibt es hier: www.kinderschutz.bayern.de. ❐

Neue Ausstellung im Haus der Bayerischen Geschichte:

Bayern in den 1920ern

Ab 26. September präsentiert das Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg seine neue Sonderausstellung „Tempo, Tempo – Bayern in den 1920ern". Präsentiert wird der fundamentale Umbruch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Im Zentrum stehen die Veränderungen, die in Bayern trotz allen konservativen Beharrens feststellbar sind. Es geht um Tradition und Moderne, die Unterschiede zwischen Stadt und Land und um die Gründe, die zum Scheitern der Demokratie in Bayern führen.

„Die Zeit fährt Auto. Doch kein Mensch kann lenken", beklagte der Schriftsteller Erich Kästner im Jahr 1928. Der Verkehr in den 1920er Jahren in Bayern wurde zunehmend dichter und gefährlicher. Ampeln und Verkehrspolizisten regelten neuerdings das Nebeneinander von Fußgängern, Radlern und motorisierten Verkehrsteilnehmern. Das musste sich erst einspielen und die Unfallzahlen stiegen drastisch an. Verkehrsaufklärung tat not: Plakate und Filme riefen zu Vorsicht und Rücksicht auf.

Die neue Mobilität und ihre Begleiterscheinung ist eines der zahlreichen Themen, die in der Bayernausstellung aufgegriffen werden. Viele weitere Aspekte dieses kontroversen Jahrzehnts des Auf- und Umbruchs werden beleuchtet, denn die Folgen des Ersten Weltkriegs, die Hyperinflation und die Extremisten von links und rechts belasteten die junge Demokratie. Trotzdem ermöglichte wirtschaftlicher Aufschwung bescheidenen Wohlstand, zunehmende persönliche Mobilität und Aufbruch.

Das Tempo dieses Jahrzehnts wird auch an den neuen Tanzstilen, neuen Musikinstrumenten und den bis heute populären Schlagern deutlich. Die gesellschaftliche Entwicklung wird aber auch kritisch gesehen. Thomas Mann machte sich über den Einfluss der Nationalsozialisten berechtigte Sorgen. Der Ruf Münchens als Kulturstadt stand auf dem Spiel. Der Volkssänger Weiß Ferdl befürchtete hingegen: „Wir amerikanisieren uns", wie er eines seiner Lieder überschreibt.

Zahlreiche Originalexponate, Filme, Musikbeispiele und Hörstationen ermöglichen bis 7. Februar 2021 einen bunt gemischten Rundgang durch dieses Jahrzehnt. Die ideale Ergänzung stellt eine aufwändige Filmproduktion zur Ausstellung mit dem Titel „Wartesaal. Das Schauspiel zur Ausstellung" dar. Größen der bayerischen Kabarettszene treffen sich in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Rollen in Wartesälen der 1920er-Jahre. Dabei hinterfragt Christoph Süß, umringt von Luise Kinseher, Helmut Schleich, Christian Springer, Max Uthoff und Schauspielern des Münchner Volkstheaters, verschiedenste Entwicklungen und Aspekte der Zeit. **DK**

Gegen Angriffe auf die Demokratie

Damit Kommunalpolitikerinnen – und Politiker einfacher gegen Angriffe im Netz vorgehen können, hat Bayern ein neues Online-Meldeverfahren eingeführt.

Die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Bayern steigt seit Jahren. Waren es im Jahr 2017 noch 194 Fälle, wurden laut Innenministerium 2019 knapp 100 zusätzliche Straftaten (272) angezeigt. Allein in diesem Jahr meldeten Opfer bis Ende Mai 158 einschlägige Straftaten – es könnten jedoch noch mehr sein, denn nicht jede wird zur Anzeige gebracht. Das neue Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten soll dies ändern. Den Startschuss dazu hat Bayerns Justizminister Georg Eisenreich jetzt mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände in München gegeben.

Über 1.600 politisch motivierte Straftaten

Hass und Hetze gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger haben im Netz deutschlandweit ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Im vergangenen Jahr gab es laut Bundesinnenministerium insgesamt 1674 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger in Deutschland. Kommunalpolitikerinnen- und politiker, die im Internet – beispielsweise durch Hetze und Beleidigungen – angegriffen werden, können künftig Anzeigen und Prüfbitten unkompliziert online an die Justiz übermitteln. Geprüft werden die Meldungen dann durch den Hatespeech-Beauftragten der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb. Dieses Amt wurde Anfang des Jahres neu geschaffen und bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt. Wer nicht digital, sondern beispielsweise auf der Straße angegriffen wird, für den gibt es bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat einen Ansprechpartner als Teil des Maßnahmenpaketes der Staatsregierung zum Schutz kommunaler Mandatsträger. **red**

Online-Dienste der Verwaltung bekannter machen:

AKDB unterstützt bayerische Kommunen mit Werbekampagne

Um bayerische Bürger auf die große Bandbreite vorhandener Online-Dienste im Bürgerservice Portal aufmerksam zu machen, hat die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) eine Werbekampagne entwickelt. Vorlagen für Anzeigen, Plakate, Flyer und Online-Banner mit dem Slogan „Deine Verwaltung. Nur einen Klick entfernt" stehen ab sofort allen interessierten Kommunen per Download kostenlos zur Verfügung.

Als zu Beginn des Corona-Shutdowns viele Ämter schließen oder auf Notbetrieb umstellen mussten, war für viele Bürgerinnen und Bürger die kommunale Webseite Anlaufstelle für Service-Informationen und alternative Kontaktmöglichkeiten. Dabei rückten auch die dort angebotenen aber oft noch weitgehend unbekannten Online-Verwaltungsdienste von Stadt-, Landkreis- und Gemeindeverwaltungen stärker ins Bewusstsein. Das zeigt mitunter eine 30-prozentige Steigerung der Nutzungszahlen seit Beginn der Corona-Pandemie. Einzelne Dienste wie die internetbasierten Kfz-Zulassungsdienste schnellten gar um rund 3.000 Prozent in die Höhe.

Um die aktuell über 120 verfügbaren Online-Dienste in der bayerischen Bevölkerung noch besser bekannt zu machen, hat die AKDB jetzt eine Werbekampagne für Print und Online entwickelt. Kommunen können sie individualisieren und auf das eigene Online-Angebot anpassen. Dazu gehören Vorlagen für Anzeigen, Plakate, Online-Banner, aber auch Flyer und redaktionelle Texte fürs Amtsblatt. Sie stehen allen Kommunen, die Online-Dienste über das Bürgerservice-Portal bereitstellen, kostenlos zur Verfügung.

Die fünf Kampagnen-Motive mit der Headline „Heute geh ich aufs Amt!" zeigen unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger jeden Alters in Freizeitsituationen und spielen mit einem Augenzwinkern auf die Tatsache an, dass ein Amtsgang nicht zwingend ins Rathaus, ins Bürgerbüro oder ins Landratsamt führen muss. Er kann auch von zuhause oder von unterwegs erledigt werden, getreu dem Kampagnen-Motto: „Deine Verwaltung. Nur einen Klick entfernt".

„Während die aktive Bewerbung von Online-Verwaltungsdiensten bislang kaum ein Thema war, haben wir seit Corona immer mehr Anfragen unserer kommunalen Kunden, ob wir sie hier nicht werblich unterstützen könnten", so Wolfram Weisse, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation bei der AKDB zur Entstehungsgeschichte der Kampagne. „Nach einem internen Kreativprozess haben wir die beste Kampagnenidee einem Dutzend Kunden präsentiert, die Resonanz darauf war sehr positiv, denn die Standardfrage war fast immer ‚Wann können wir das haben?'", erinnert sich Weisse.

Positive Resonanz

Thomas Kiechle, Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu), betont die zunehmende Bedeutung von Online-Diensten in der Verwaltung: „Die Zukunft ist nicht erst durch Corona digital. Aber während der gegenwärtigen Pandemie sind die Online-Dienste des Bürgerservice-Portals besonders wichtig." Die Stadt Kempten nutzt bereits Motive der Kampagne, um verstärkt auf die digitalen Anwendungen hinzuweisen. Für Kiechle liegen die Vorteile der Online-Dienste auf der Hand: „Der kontaktlose Online-Vorgang spart Zeit und bietet Sicherheit und Entlastung – sowohl auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Verwaltungsmitarbeiter. Ein Gewinn für alle", so Kiechle weiter.

Für den Großteil der Online-Anträge brauchen Nutzer sich lediglich mit Nutzernamen und Kennwort im Bürgerservice-Portal zu registrieren. Für einige weitere Online-Dienste, die ein hohes Sicherheitsniveau erfordern, benötigen sie den Personalausweis mit freigeschalteter eID und eine kostenlose App. Diese kann man aus einem der gängigen App-Stores herunterladen.

Den Weg zur Digitalisierung von Verwaltungsdiensten hat der Gesetzgeber bereits seit einigen Jahren geebnet: So verpflichtet das Onlinezugangsgesetz – kurz OZG – Bund, Länder und Gemeinden, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen online nutzbar zu machen.

Auch die Verwaltungsgemeinschaft Theres setzt bereits auf die Kampagne und macht ihre Bürger über Plakate, Anzeigen im Mitteilungsblatt und Veröffentlichungen in der örtlichen Presse auf die Online-Dienste der VG aufmerksam. „Nur wer digitale Angebote kennt, wird sie auch nutzen", ist Theres' Bürgermeister und VG-Vorsitzender Matthias Schneider überzeugt. „Die Bürgerservice-Portal-Kampagne bringt das Thema digitale Verwaltung frisch und humorvoll rüber und das Thema der digitalen Erreichbarkeit ist angesichts der anhaltenden Corona-Pandemie aktueller denn je", so Schneider weiter.

Vorlagen und freier Download der Kampagne unter www.akdb.de/heute-geh-ich-aufs-amt ❒

Staatsminister Gerlach und Füracker:

Verwaltungsdigitalisierung im Fokus

„Gerade in Zeiten von Corona wollen wir es unseren Unternehmen so einfach wie möglich machen, ihre Leistungen gegenüber der Verwaltung abzurechnen", unterstrich Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach. Der Freistaat vereinfacht deshalb den Rechnungseingang bei Kommunen. Ab sofort können Rathäuser, Landratsämter und Bezirke Rechnungen mit Hilfe eines neuen E-Rechnungsviewers elektronisch entgegennehmen.

Dabei geht der Freistaat über die Anforderungen der EU hinaus und befähigt die Kommunalverwaltungen, auch digitale Rechnungen mit niedrigeren Beträgen anzunehmen. „Unsere Verwaltung muss mit dem digitalen Alltag der Wirtschaft gleichziehen. Digitale Rechnungen sparen Zeit, Geld und sind ein wichtiger Schritt für einen sparsamen Umgang mit Papier", so Gerlach.

Finanzminister Albert Füracker, der für die technische Umsetzung in der staatlichen Verwaltung verantwortlich ist, begrüßt die Digitalisierung im Bereich der Rechnungsstellung: „Der Freistaat geht hier mit gutem Beispiel voran: Bei der Zusammenarbeit mit dem Staat steht den Unternehmen bereits seit April 2020 eine vollständig digitale Rechnungsverwaltung zur Verfügung. Das Angebot ist ein Erfolg und wird von vielen Betrieben schon genutzt. Alle Beteiligten können ´volldigital´ ohne Papier und Dateneingaben arbeiten. Das macht die Bearbeitung einfacher, schneller und kostengünstiger – und schont dazu noch die Umwelt. Wir freuen uns, wenn die Kommunen diesem Beispiel folgen und möglichst schnell und umfassend auch auf die digitale Rechnung setzen."

Gerlach zufolge ist ein digitalisierter Rechnungsprozess vor allem für Aufträge mit niedrigen Summen sinnvoll, denn das sind zahlenmäßig die allermeisten. „Daher gehen wir für Bayern über die Anforderungen der EU hinaus und verpflichten unsere Kommunen nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren auch unterhalb der vorgeschriebenen Schwelle elektronische Rechnungen anzunehmen. Der E-Rechnungsviewer erleichtert den Kommunen die Erfüllung dieser Pflicht und verbessert den Prozess der Rechnungsstellung für Unternehmen."

Der E-Rechnungsviewer ist eine kostenlose Softwarelösung zur Visualisierung und Validierung von elektronischen Rechnungen. Dadurch können Prozessabläufe in der Verwaltung noch weiter optimiert werden. Die Rechnungsdatensätze können hier hochgeladen und sichtbar gemacht werden: www.e-rechnung.bayern.de

Um die Digitalisierung in den bayerischen Rathäusern zu unterstützen, ist im Oktober 2019 das Projekt der sogenannten Digitallotsen auf den Weg gebracht worden. Inzwischen haben 320 Teilnehmer die jeweils viertägige Schulung absolviert und stehen ihren Kommunalverwaltungen als Ratgeber bei der Digitalisierung zur Verfügung. Für den Herbst gibt es bereits rund 170 weitere Anmeldungen.

Digitallotsen

„Ich freue mich sehr, dass das Programm so gut angenommen wird", betonte Gerlach. Die Digitallotsen seien wichtige Multiplikatoren bei der Digitalisierung der Verwaltung in den bayerischen Kommunen. Sie könnten notwendige Transformations- und Veränderungsprozesse anstoßen und dienten so als Impulsgeber für Digitalisierungsprojekte in den Kommunen.

Der „Grundkurs Digitallotse" wird von der Bayerischen Verwaltungsschule BVS in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung und den kommunalen Spitzenverbänden angeboten. 80 Prozent der Seminargebühren übernimmt der Freistaat. In dem Kurs werden die wichtigsten rechtlichen und organisatorischen Grundlagen vermittelt, die bei der Digitalisierung der kommunalen Verwaltung wichtig sind. Außerdem soll der Kurs für das Thema sensibilisieren und einen Überblick vermitteln, über die bereits vorhandenen Möglichkeiten, Verwaltungsabläufe zu digitalisieren. Der „Grundkurs Digitallotse" begleitet das Förderprogramm „Digitales Rathaus". Dabei unterstützt der Freistaat die Kommunen mit insgesamt 43 Millionen Euro bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten. **DK**

Gigabit-Ausbau wird ausgebremst

Der Deutsche Landkreistag kritisiert, dass es bis 2023 nicht möglich sein wird, den Breitbandausbau im Gigabit-Bereich mit staatlicher Förderung voranzutreiben. Laut Zeitungsberichten hat sich die Bundesregierung mit der EU-Kommission darauf geeinigt, dass die so genannte Aufgreifschwelle bis zu diesem Zeitpunkt bei 100 Mbit/s liegen wird. „Das bedeutet, dass in den nächsten zweieinhalb Jahren staatliche Investitionen in Gigabit-Verbindungen grundsätzlich nicht stattfinden dürfen. Das ist keine gute Nachricht, sondern wirft uns zurück", so Präsident Landrat Reinhard Sager.

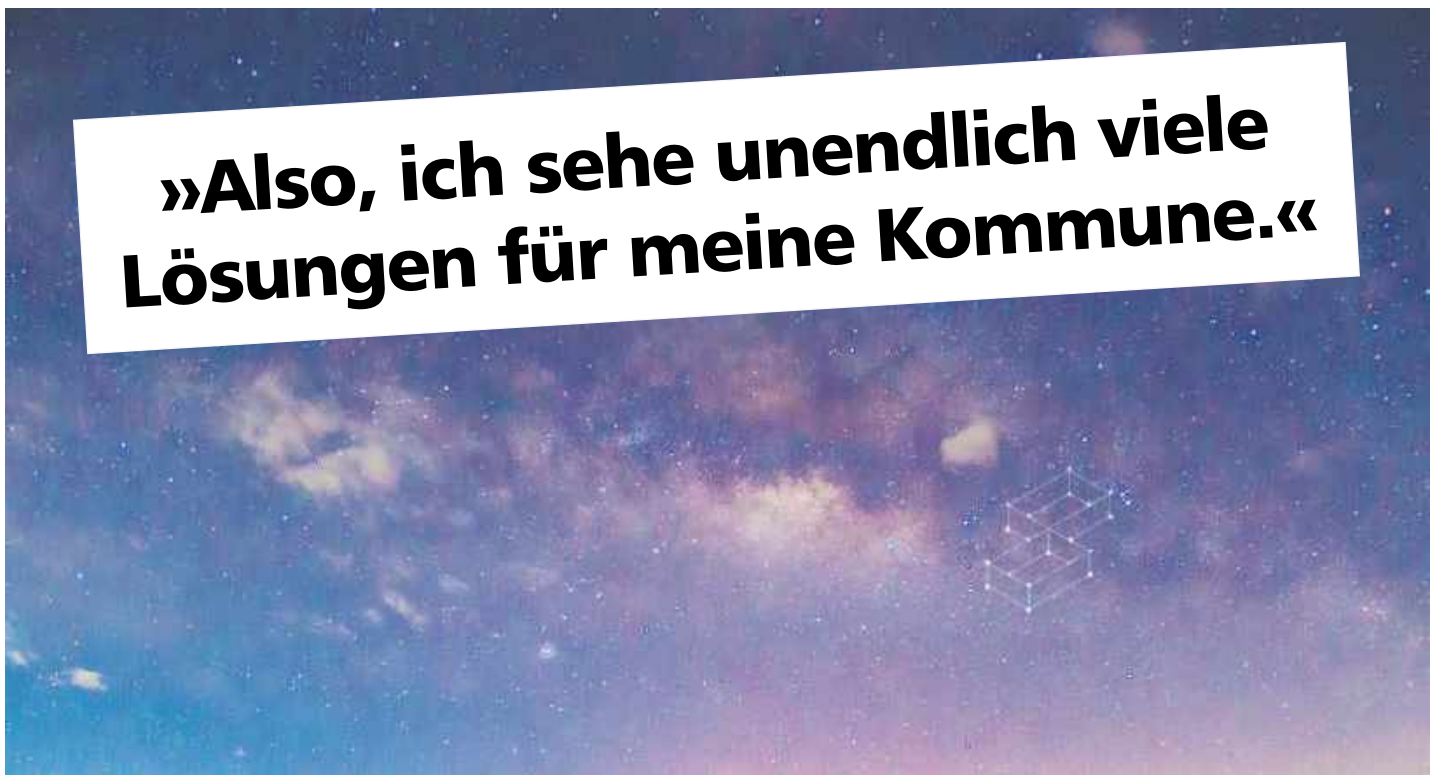
Damit habe sich die Kommission mit ihrer Auffassung zu einem Gutteil durchgesetzt, wonach das neue Förderprogramm eine Aufgreifschwelle vorsehen müsse. „Die Bundesregierung hatte hingegen ebenso wie der Deutsche Landkreistag und auch Abgeordnete des Deutschen Bundestags den Verzicht auf eine solche Schwelle gefordert."

Erfolgversprechender Ansatz

Dieser Ansatz ist aus Sicht des Deutschen Landkreistages einzig erfolgversprechend. „Zwar erkennen wir an, dass es in bestimmten Konstellationen – etwa bei öffentlichen Dienstleistungen, Schulen oder Verwaltungsgebäuden – schon früher möglich sein wird, auch über 100 Mbit/s zu fördern. Aber der Breitbandausbau ist am Ende ein Flächenausbau, es darf hier keine Unterschiede geben. Nicht zuletzt geht es um die Menschen, die in den ländlichen Räumen leben und denen es nicht zu vermitteln sein wird, warum nicht endlich überall der schon im Koalitionsvertrag angekündigte geförderte Ausbau von Glasfasernetzen möglich ist." Jedenfalls müsse jetzt angesichts der schon eingetretenen zeitlichen Verzögerung sichergestellt werden, dass mit dem Bau der Netze tatsächlich 2023 begonnen werden könne. Das setze voraus, dass wesentliche Elemente der Förderverfahren wie die Markterkundung, die Bewilligung der Fördermittel und die Zuschlagserteilung schon zuvor betrieben werden können.

Basis für Gigabitgesellschaft

Mit dem Wechsel zu Glasfaser werde die infrastrukturelle Basis für die Gigabitgesellschaft geschaffen, die gerade auch Ziel der europäischen Breitbandstrategie sei. „Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Demgegenüber führt ein – wenn auch befristetes – Festhalten an einer Aufgreifschwelle dazu, dass es erneut zur Bildung sehr kleiner Fördergebiete kommen wird, was einen flächendeckenden Ausbau deutlich erschwert", so Sager. Auch würden am Ende mehr Fördermittel eingesetzt werden müssen, um die verbleibenden Lücken zu schließen. ❒



BREKO Marktanalyse20:

Glasfaserausbau auf der Überholspur

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) hat die aktuelle Analyse zur Lage des Telekommunikationsmarktes vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen eine positive Entwicklung des Glasfaserausbaus in Deutschland. Deutschlandweit wurden 195 Netzbetreiber befragt. Daneben wurden Daten öffentlich zugänglicher Quellen zur Verifizierung sowie zur Ermittlung von Gesamtmarktzahlen herangezogen.

Der Anteil der Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude und Wohnungen im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Haushalte und Unternehmen („Glasfaserquote“) ist auf 13,5 Prozent gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 1,1 Millionen auf insgesamt 6,1 Millionen Glasfaseranschlüsse deutschlandweit. Den größten Teil dieser Anschlüsse realisieren mit 4,9 Mio. die sog. alternativen Netzbetreiber, also die Wettbewerber der Deutschen Telekom. Die Ausbaudynamik wird sich in den kommenden Jahren verstärken: Für das Jahr 2023 prognostiziert die BREKO Marktanalyse20 einen Anstieg auf insgesamt 22 Millionen Glasfaseranschlüsse – 14,1 Millionen davon durch alternative Netzbetreiber realisiert.

Die Investitionen in die digitale Infrastruktur sind im Jahr 2019 auf insgesamt 9,6 Milliarden Euro gestiegen. Hier dominieren ebenfalls die alternativen Netzbetreiber. Mit 5,2 Milliarden Euro (54,1 %) finanzieren sie deutlich über die Hälfte des Ausbaus.

Sicherheit der Verbindung

Der Bedarf an Datenvolumen von Privathaushalten und Unternehmen steigt weiter und damit die Nachfrage nach echten Glasfaseranschlüssen. Mit 42 % liegt die Take-up-Rate bei Glasfaseranschlüssen zwölf Prozentpunkte über der von Kabelnetz-Anschlüssen (30 %). Die Corona-Pandemie hat zusätzlich einen starken Einfluss auf die Nachfrage nach schnellem Internet. 49 Prozent der Bestandskunden fragten nach einem Tarif-Upgrade mit höherer Bandbreite. Auch bei 43 Prozent der Neukunden stellten die Netzbetreiber einen Bedarf an höherwertigen Anschlussprodukten fest. Die Zuverlässigkeit/Stabilität sowie die Download- und Uploadbandbreite sind für Privat- und Geschäftskunden in der aktuellen Situation zu besonders wichtigen Merkmalen des gebuchten Internetvertrags geworden. Geschäftskunden schätzen zudem die Sicherheit der Verbindung als immer wichtiger ein.

Die Krise überwinden

Dass ein hochleistungsfähiger Internetzugang in der Pandemie systemrelevant geworden ist, ist der Branche laut BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers klar: „Unsere Netzbetreiber leisten einen wichtigen Beitrag dafür, dass wir die Krise überwinden können. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Corona hat eindrücklich gezeigt: Wir müssen zukunftssichere Glasfasernetze bauen. Sicherheit und Stabilität, die Vorzüge des Glasfasernetzes, werden immer wichtiger. Die Zukunft gehört dem ‚Fiber to the Homeoffice‘. Wichtig ist zudem, dass Glasfasernetze nicht nur leistungsfähiger sind, sondern durch verminderten Stromverbrauch auch die nachhaltigste digitale Infrastruktur darstellen und damit zum Klimaschutz beitragen. Damit wir diese Vorzüge nutzen können, müssen aber auch alle mitmachen. Die BREKO-Unternehmen werden dafür ihren Beitrag leisten.“

Festnetzanschlüsse spielen nach wie vor die entscheidende Rolle für den Datentransport in Deutschland. Das Verhältnis des über Festnetz und Mobilfunk übertragenen Datenvolumens bleibt dabei stabil bei einem Verhältnis von etwa 132 GB (Festnetz) : 1,6 GB (Mobilfunk). Nahezu 99 Prozent der Daten werden demnach über das Festnetz übertragen. Eine Ablösung des Festnetzes durch den Mobilfunk ist demzufolge weiterhin nicht erkennbar und auch zukünftig nicht zu erwarten.

Die BREKO-Netzbetreiber setzen weiterhin klar auf den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau. Trotz laufender Förderprogramme erfolgen 75 Prozent aller Ausbauprojekte eigenwirtschaftlich. Laut BREKO-Präsident Norbert Westfal „unterstreicht die neue BREKO Marktanalyse, dass der Löwenanteil des Glasfaserausbaus eigenwirtschaftlich erbracht wird. Ohne jegliche Fördermittel. Das liegt daran, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau schneller, effizienter und marktorientierter umgesetzt werden kann. Förderprojekte sind von Natur aus langwierig und mit vielen Herausforderungen verbunden.

Deshalb gilt es, die Rahmenbedingungen für den eigenwirtschaftlichen Ausbau weiter zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Dennoch ist staatliche Förderung als Ergänzung wichtig, muss aber dosiert und nur dort eingesetzt werden, wo die Versorgung der Bürger und Unternehmen besonders schlecht ist. Geld allein baut keine Netze.“ **DK**

5G-Infrastruktur in Städten und Gemeinden:

InvisiWave von Raycap macht Antennen und Sender unsichtbar

Raycap, internationaler Hersteller von Produkten und Systemen für die passive Telekommunikationsinfrastruktur, hat das neuartige Material InvisiWave auf Kunststoffbasis entwickelt. Dieses hilft Carriern, Gemeindebehörden und Stadtverwaltungen, den Ausbau der 5G-Infrastruktur im innerstädtischen Bereich voranzutreiben. Dank seiner besonderen elektrischen Eigenschaften beeinträchtigen Verkleidungen aus InvisiWave die Signalstärke im mm-Wellenlängenbereich nicht wesentlich. Dadurch lassen sich erstmals Ansprüche an Ästhetik und Technik verbinden. Darüber hinaus sind Screen Panels aus InvisiWave problemlos nutzbar, um bestehende Small-Cell-Standorte auf 5G aufzurüsten.

Der Ausbau der 5G-Infrastruktur nimmt Gestalt an; die Nachfrage nach höheren Geschwindigkeiten und Bandbreiten beschleunigt diesen Prozess. Treibende Kraft hinter 5G sind die neuen Sender im mm-Wellenlängenbereich sowie die dazugehörigen Antennensystemen, deren Zellradien um die 100 m betragen.

Signalqualität nicht beeinträchtigen

Jedoch sorgt der Ausbau der 5G-Infrastruktur vielerorts für Diskussionen. Antennen und Sendemasten stören – vor allem in historischen Altstädten – das Stadtbild und müssen aus ästhetischen Gründen meist verdeckt werden. Allerdings bestehen herkömmliche Verkleidungen oftmals aus einem Material, das die Signalstärke bei höheren Frequenzen stark beeinträchtigt. Dadurch ist die Infrastruktur zwar nicht mehr zu sehen, aber auch funktechnisch ineffizient.

Neuartiges Material

Um dieses Problem zu beheben und Signalstärke, Netzabdeckung und ästhetische Anforderungen zu vereinen, hat Raycap das neuartige Material InvisiWave entwickelt. Dadurch können Carrier, Gemeindebehörden und Stadtverwaltungen erstmals die für den 5G-Netzausbau notwendige Infrastruktur „unsichtbar“ machen, ohne Abstriche bei der Signalqualität machen zu müssen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Smart City.

Durch InvisiWave werden beispielsweise Small-Cell-Standorte in Straßenlaternen, Verteilerschränken, Blumenkübeln oder anderen Stadtmöbel möglich, ohne dass die Signalstärke durch das Material der Verkleidung wesentlich verringert wird. Dadurch wird die Netzabdeckung deutlich erhöht, ohne die Optik des Straßenbilds negativ zu beeinflussen. Dabei wird auch die Sicherheit der Infrastruktur berücksichtigt - die Verkleidungen aus InvisiWave sind nicht nur feuerbeständig, sondern schützen die sensible Technik auch vor Vandalismus.

Bestehende Standorte einfach aufrüsten

Mithilfe der neuen InvisiWave Screen Panels lassen sich auch bestehende verdeckte Wireless-Standorte für 5G aufrüsten. Dabei wird ein kleiner Teil der bestehenden Wandstruktur durch ein getarntes InvisiWave Screen Panel ersetzt, um die 5G-mmWave-Ausrüstung zu verbergen, ohne dabei die Leistung und Abdeckung zu beeinträchtigen. Durch das weltweit erste Drop-in-Upgrade eines 5G-Kleinzellen-Panels für vorhandene verdeckte Sendepunkte, lässt sich die bestehende Infrastruktur ganz einfach upgraden. So bauen Betreiber die 5G-Infrastruktur aus, ohne neue Standorte schaffen zu müssen.

„Wir wollten einen Weg finden, die 5G-Infrastruktur in den Städten so zu gestalten, dass sie im Stadtbild nicht auffällt. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass die Verkleidung die Signalqualität nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt. Auf Basis dieser Zielsetzung entwickelten wir InvisiWave. Auch im Hinblick auf die Förderung von Smart Citys“, erklärt Volker Lange, Vice President Sales EMEA bei Raycap.

Weitere Informationen unter www.raycap.de ❐

Breitbandausbau:

Spatenstich in Thurmansbang

Grund zur Freude für die Einwohner von Thurmansbang im Landkreis Freyung-Grafenau: Dort fand vor kurzem der Spatenstich für den Breitbandausbau statt. In den nächsten fünf Jahren sollen über 39 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden und die Menschen dort auch endlich Zugang zu schnellem Internet bekommen.

Bis 2025 sollen Unternehmen und Haushalte flächendeckend Zugang zu Gigabit-Verbindungen haben. Gerade in ländlichen und weniger dicht besiedelten Regionen wie Thurmansbang wird es für Unternehmen jedoch schnell unwirtschaftlich. Mit Bundesmitteln und Mitteln von Land und Kommune wird die Wirtschaftlichkeitslücke des privaten Netzbetreibers ausgeglichen - in diesem Fall der Deutschen Telekom. Für das Unternehmen rechnet sich damit der Ausbau in einem eigentlich unwirtschaftlichen Gebiet.

Beste Infrastruktur im Visier

Wie Bundesminister Andreas Scheuer betonte, sei beste Infrastruktur auch auf dem Land für Deutschland als Land der Regionen allerhöchste Pflicht. „Wir brauchen Gigabitnetze. Und das überall, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Denn schnelles Internet erleichtert uns allen die Arbeit und den Alltag. Das wurde in der aktuellen Lage noch einmal sehr deutlich, wenn teilweise sogar die Schule virtuell stattfinden muss. Darum investieren wir massiv in den Ausbau der Netze: hier in Thurmansberg mit rund 1,7 Millionen Euro für schnelles Netz in über 500 Haushalten.“

Für die Unterstützung beim Breitbandausbau bedankte sich Bürgermeister Martin Behringer bei Bund und Land: „Ohne Förderung wäre das nicht möglich. Uns ist wichtig, dass unsere Betriebe, sowie alle Bürgerinnen und Bürger flächendeckend über schnelles Internet verfügen. Nach diesem Bauabschnitt werden über 80 Prozent aller Haushalte in der Gemeinde Thurmansbang mit Glasfaser ins Haus versorgt sein. Die noch fehlenden Haushalte werden mit dem neuen bayerischen Gigabit-Förderprogramm ausgebaut.“

Massive Investitionen

Bislang sind im Freistaat Bayern 113 Förderanträge für Infrastrukturprojekte und weitere 18 Projekte in den Sonderaufrufen „Gewerbe- und Industriegebiete“ sowie „Schulen und Krankenhäuser“ bewilligt worden. Bei der Gesamtinvestition in Höhe von 576,4 Millionen Euro beteiligt sich der Bund mit 293,3 Millionen Euro. Im Rahmen dieser Maßnahmen sind etwa 61.000 Anschlüsse geplant.

Insgesamt stellt der Bund elf Milliarden Euro zur Verfügung, um sogenannte Weiße Flecken zu schließen. Davon sind 6,9 Milliarden Euro bereits für rund 1750, teilweise sehr große Ausbauprojekte, bewilligt. 2,5 Millionen Anschlüsse werden dadurch neu mit Breitband versorgt. **DK**



Kultusminister Michael Piazolo (r.) gemeinsam mit Manfred Otzelberger, Moderator und Presseclub-Vorstandsmitglied. Bild: CH

Die digitale Schule:

Corona liefert den notwendigen Schub

Gespräch mit Kultusminister Piazolo im Münchner Presseclub

Die „Digitale Schule“ stellt Kommunen vor gewaltige personelle, organisatorische und nicht zuletzt finanzielle Herausforderungen. Gerade für kleine Gemeinden, die unterschiedlichste Schulen mit Geräten auszustatten und für eine optimale Internetanbindung zu sorgen haben, ist der personelle Aufwand, Förderanträge für Internet und Endgeräte zu stellen, enorm. Der Wunsch nach zusätzlicher personeller Unterstützung, um komplexe Antragsverfahren abzuwickeln, ist groß. Bei einem Gespräch im Münchner Presseclub nahm Kultusminister Michael Piazolo Stellung zur Ausstattung der kommunalen Schulen.

Piazolo zufolge sind hierfür zwei Ministerien verantwortlich. Um den Breitbandausbau kümmert sich das Finanzministerium, Geräteausstattung und WLAN fallen in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums - aus Sicht des Ministers eine eher unkomfortable Konstellation.

Der Bayerischen GemeindeZeitung wurde von einem Fall berichtet, in dem endlich Leihgeräte bestellt werden konnten, wann die aber tatsächlich geliefert werden, stehe noch in den Sternen, da die Nachfrage momentan sehr hoch sei. Förderanträge für digitale Maßnahmen zu stellen, das wird den bayerischen Kommunen auch zukünftig nicht erspart werden und geeignetes Personal, um diese Antragsflut zu bewältigen, muss auch erst gefunden werden.

Deutliche Nachbesserungen

Laut Minister ist gerade in den 2010er-Jahren die Digitalisierung in den Schulen vernachlässigt worden. Hier wird jetzt nachgebessert und Corona hat für den notwendigen Schub gesorgt. Geld und auch Strukturen wären vorhanden und auch der Bund hat sich bereit erklärt, beim WLAN zu helfen. Im Digitalpakt wurden insgesamt 5 Mrd. Euro für die Digitalisierung der Schulen eingestellt, von denen 787 Mio. Euro nach Bayern fließen, zusätzlich zu dem, was der Freistaat selber bereit stellt.

Unter Corona gab es zusätzlich zwei Annexe, die zum einen für die Leihgeräte von Schülerinnen und Schülern und zum anderen Wartung und Pflege abdecken. Für das Ministerium wird die Wartung und Pflege als Aufgabe der Sachaufwandsträger verstanden, Kommunen sehen die Staatsregierung in der Pflicht. Piazolo selbst ist der Meinung, dass hier zusammengearbeitet werden muss: „Die Kosten der Kommunen für Wartung und Pflege werden im Wesentlichen für die nächsten Jahre übernommen.“ Jede Gemeinde sei außerdem auch informiert wurden, so der Minister, wie viel sie an Mitteln zur Verfügung habe. Nun liege es aber auch an den Verwaltungsabläufen, wie schnell diese zum Einsatz kommen können.

Über die Sommerferien wurde der Stand der Breitbandanbindung aller 6.090 öffentlichen und privaten bayerischen Schulen erhoben und in einer übersichtlichen Internetkarte zusammengeführt. Unter www.schulatlas.bayern.de ist dieser digitale Schulatlas abrufbar, der demnächst um den Punkt WLAN ergänzt werden soll. So kann transparent der Gigabit-Netz-Anschluss der Schulen abgefragt werden.

Dabei zeigte sich, dass mehr als 95 % der öffentlichen Schulen bereits einen Glasfaseranschluss haben bzw. die Glasfasererschließung aktiv angegangen sind und mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen in Bayern auf eine gigabitfähige Infrastruktur zugreifen kann. Andererseits, wie aus einer schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Margit Wild an das Finanzministerium hervor geht, gibt es immer noch 45 Schulen ohne Internetzugang. 1.291 Schulen verfügen nur über eine Anbindung von weniger als 50 Mbit/s. **CH**

EU-Kommission macht Tempo beim Ausbau von 5G

Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Investitionen in die Infrastruktur für Breitbandverbindungen mit sehr hoher Kapazität, einschließlich 5G, zu verstärken.

„Breitband und 5G-Konnektivität bilden die Grundlage für die grüne und digitale Umgestaltung der Wirtschaft, unabhängig davon, ob wir über Verkehr und Energie, Gesundheitswesen und Bildung oder Fertigung und Landwirtschaft sprechen“, so Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

Und weiter: „Wir haben gesehen, wie die aktuelle Krise die Bedeutung des Zugangs zu sehr schnellem Internet für Unternehmen, öffentliche Dienste und Bürger, aber auch für die Beschleunigung des Tempos in Richtung 5G deutlich gemacht hat. Wir müssen daher gemeinsam auf einen schnellen Netzausbau ohne weitere Verzögerungen hinarbeiten.“

Mit der Empfehlung fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, bis zum 30. März 2021 ein gemeinsames Konzept für den Netzausbau in Form eines Werkzeugkastens bewährter Verfahren zu entwickeln.

Säule des Aufschwungs

Die Infrastruktur ist der wichtigste Baustein der digitalen Transformation und eine wesentliche Säule des Aufschwungs. Die rechtzeitige Einführung von 5G-Netzen wird in den kommenden Jahren bedeutende wirtschaftliche Chancen bieten, da sie ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit Europas und ein wichtiger Faktor für künftige digitale Dienste ist. ❐

Förderung für den Breitbandausbau

Der Freistaat hebt die Fördersätze des Bundesprogramms zum Breitbandausbau auf bis zu 90 Prozent. Die Digitalisierung im Freistaat treiben zudem Initiativen wie der online „Quick-Check“ sowie kostenloses WLAN an Hotspots in den Städten voran. So hat Berching als europaweit erste geförderte Stadt ab sofort ein Gigabitnetz.

Über 95 Prozent aller bayerischen Haushalte sind mit schnellem Internet versorgt. Um den Breitbandausbau weiter voran zu bringen, werden die Fördersätze für Gemeinden, die das Breitbandförderprogramm des Bundes nutzen, auf durchschnittlich knapp 90 Prozent erhöht. „Dies soll zusätzlicher Anreiz für unsere Kommunen sein. Wir wollen Glasfaser bis in jedes Haus“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Hohe Dynamik auf dem Land

Nahezu alle Gemeinden in Bayern haben die Förderung bereits genutzt: Freistaat und Kommunen haben seit Ende 2013 insgesamt über 1,5 Mrd. Euro in den Glasfaserausbau und damit in die Breitbandversorgung von Privathaushalten, Unternehmen, Schulen und Krankenhäusern investiert. In Bayern sind bisher 96,2 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Im ländlichen Raum hat sich der Breitbandausbau seit Ende 2013 von rund 27 Prozent der Haushalte, die über schnelles Internet verfügen, auf 90 Prozent verbessert. Im Rahmen der Förderung erhalten Kommunen im Durchschnitt nur eine Förderung von gut 50 Prozent. Der Freistaat hat dafür ein Kofinanzierungsprogramm etabliert, dessen Konditionen jetzt nochmals deutlich verbessert werden. Das bedeutet eine Steigerung der Fördersätze durch Landesmittel auf bis zu 90 Prozent. In Härtefällen sind noch höhere Sätze möglich.

Online „Quick-Check“

Die Digitalisierung in Bayern wird zudem mit einzelnen Initiativen vorangetrieben. Dazu zählt beispielsweise auch der online „Quick-Check“ im BayernPortal. Damit kann jeder unverbindlich und anonym prüfen, wie hoch die eigenen Chancen auf eine Einbürgerung sind. Im Jahr 2019 ist mit insgesamt 20.977 Eingebürgerten die Zahl im Vergleich zu 2018 um 16,1 Prozent gestiegen. „Mit dem neuen ‚Quick-Check‘ ist eine weitere bürgernahe Dienstleistung online und sogar per Smartphone abrufbar. Wir bauen so die digitale Verwaltung Schritt für Schritt aus. Ziel: Ende dieses Jahres die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen auch im Internet verfügbar zu haben“, sagte Digitalministerin Judith Gerlach bei der Einführung des Service Ende Juni 2020.

Der Quick-Check macht zwar nicht den formalen Antrag auf Einbürgerung überflüssig und er erhöht auch nicht die Chancen, eingebürgert zu werden. Aber er ermöglicht einen unkomplizierten Test. Die 54 wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen des BayernPortals sollen bis Ende dieses Jahres online zur Verfügung stellen – und wo es möglich ist auch per App aufrufbar sein.

Gigabitnetz in Pilotgemeinde

Als Basis für eine erfolgreiche Digitalisierung zählt neben dem Breitbandausbau auch die Verfügbarkeit von kostenlosem WLAN. Dazu ist Anfang August 2020 der europaweit erste geförderte Gigabit-Turbo in Berching in Betrieb gegangen. In der Pilotgemeinde wurde erstmals ein Gebiet, welches bereits mit schnellem Internet versorgt war, mithilfe staatlicher Förderung mit einem Gigabitnetz ausgestattet. Der Freistaat hat das Projekt mit über 100.000 Euro unterstützt. 1,54 Millionen Euro Förderung erhielt die Stadt bereits für den Breitbandausbau.

BayernWLAN für Bürger

Der neue BayernWLAN-Hotspot an der Grund- und Mittelschule Berching ist der 25.000ste in ganz Bayern. BayernWLAN ist in der Stadt Berching damit an vier Standorten verfügbar. Mit Nutzerzahlen von bis zu neun Millionen pro Monat bayernweit seien die Hotspots ein Erfolgsprojekt, sagte Füracker. Im Fokus als Standorte für BayernWLAN-Hotspots stehen vor allem Kommunen, touristische Highlights, Hochschulen und Behördenstandorte. Bei BayernWLAN gibt es weder Volumenbegrenzung noch Werbung. Der Einstieg in das freie BayernWLAN ist dabei leicht und praktisch: Jeder Hotspot heißt „@BayernWLAN“. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig.

Breitbandberatung für Kommunen

Das Team der Breitbandberatung Bayern GmbH hat als unabhängiges Beratungs-/Planungsbüro bereits über 2.000 Kommunen in Bayern betreut. Seit 2008 unterstützen die Experten Kommunen bei der Durchführung der Breitbandförderprogramme Bayern sowie Bund. In diesem Zeitraum wurden laut Unternehmen über 3.000 Verfahren abgewickelt, 7.000 Sondierungsgespräche mit Netzbetreibern geführt und rund 6.000 Angebote ausgewertet: https://www.breitbandberatung.de/

Der Breitbandatlas

Der Breitbandatlas ist das zentrale Informationsmedium zur aktuellen Breitbandversorgung in Deutschland und steht allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung. Anhand von interaktiven Karten wird gezeigt, welche Bandbreiten und Techniken für die Datenübertragung zur Verfügung stehen. Die Anzeige in der Karte kann von ganz Deutschland bis auf Ebene eines Orts- bzw. Stadtteils navigiert werden. Die Breitbandverfügbarkeit wird in Prozent der zu versorgenden Haushalte durch die Färbung der Rasterzellen dargestellt. Unbesiedelte Gebiete ohne Haushalte werden nur in der Ansicht zum Breitband Mobilfunk dargestellt: www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html ❐



Die Glasfaser für Haimhausen ist „gespleißt“ (v.l.): Hauseigentümerin Frau Plank; Uwe Nickl, CEO Deutsche Glasfaser; Finanz- und Heimatminister Albert Füracker; Bernhard Seidenath, MdL; Peter Felbermeier, Erster Bürgermeister von Haimhausen; Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag; 2. Bürgermeisterin Claudia Kops. Bild: AvH

So funktioniert Digitalisierung in Bayern:

Privat und Staat – Hand in Hand für flächendeckenden Glasfaserausbau

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Durch kluge Kombination zwischen der Bayerischen Breitbandförderung und eigenwirtschaftlichem Glasfaserausbau bringen wir Gigabit in jedes Haus“

Die Deutsche Glasfaser hat in Haimhausen im Landkreis Dachau im ersten Schritt privatwirtschaftlich ein Glasfasernetz ausgebaut und schließt nun im zweiten Schritt die Netzlücken mit staatlichen Fördermitteln. So entsteht am Ende durch das abgestimmte Zusammenspiel von privatwirtschaftlicher Investition und Breitbandförderung ein flächendeckendes FTTH-Glasfasernetz („Fiber To The Home“ – Glasfaser bis ins Haus). Diese effiziente Zusammenarbeit in Haimhausen kann Blaupause für die rasche Digitalisierung vieler weiterer Kommunen in Bayern sein.

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker verbindet zwei Glasfaserenden durch „Spleißen“ und rüstet so den Bauernhof einer Familie in Haimhausen für die digitale Zukunft. Nachdem Deutsche Glasfaser Mitte des letzten Jahres den Gemeindekern von Haimhausen und den Ortsteil Ottershausen mit Glasfaser ausgebaut hat, erhalten nun die nicht wirtschaftlich zu erschließenden Außengebiete mit Hilfe von Fördermitteln Anschluss an das Netz.

Die Tiefbauarbeiten sind bereits gestartet, so dass sukzessive die Haushalte im Fördergebiet angeschlossen werden. „Die leistungsfähige und flächendeckende Versorgung Bayerns mit schnellem, zukunftsfähigen High-Speed-Internet vor allem auch im ländlichen Raum ist ein zentrales Anliegen der Bayerischen Staatsregierung. Hier müssen alle Beteiligten, also Staat, Kommunen und Versorger, an einem Strang ziehen“, sagte Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat.

Ambitioniertes Ziel

„Wo ein eigenwirtschaftlicher Netzausbau nicht möglich ist, greift unsere Bayerische Gigabitförderung und sorgt zusammen mit den Kommunen und der Wirtschaft für Flächendeckung beim High-Speed-Internet. In jeder Gemeinde ist so die Glasfaser bereits jetzt angekommen. Wir geben uns damit aber nicht zufrieden. Unser ambitioniertes Ziel für die Zukunft in Bayern: Gigabit bis in jedes Haus“, so Staatsminister Füracker weiter.

Uwe Nickl, Geschäftsführer Deutsche Glasfaser: „Die ländlich geprägten Kommunen in Deutschland werden durch reine Glasfasernetze als Wohn- und Wirtschaftsstandort immer attraktiver. Bayern wählt bei der Digitalisierung ihrer Kommunen definitiv einen guten Weg: Die Kombination aus schnellem privatwirtschaftlichen und geförderten Glasfaserausbau entfaltet dann ihre Wirkung, wenn der private Ausbau dem geförderten Ausbau vorausläuft. Deutsche Glasfaser skaliert ihren Netzausbau auch in Bayern massiv – die Bayerische Gigabitförderung bildet für kluge Kommunen dann die ideale Synergie. So sorgen wir gemeinsam für den Glasfaserzugang für alle.“

Peter Felbermeier, Bürgermeister von Haimhausen: „Wir freuen uns, dass wir in Haimhausen schon sehr bald gerüstet sind für alle digitalen Möglichkeiten heute und in Zukunft – und das flächendeckend. Das verdanken wir insbesondere auch unseren Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Vergangenheit für den privatwirtschaftlichen Netzausbau durch die Deutsche Glasfaser stark gemacht haben.“ ❐

Unterhaching:

M-net Glasfaser für Bürokomplex „Hatrium“

Videokonferenzen, Cloud-Speicher, Homeoffice: Die Corona-Pandemie hat die Aufmerksamkeit einmal mehr auf digitale Anwendungen im Berufskontext sowie auf mögliche Kapazitätsengpässe durch eine rückständige IT-Infrastruktur bei Immobilien gelenkt. Ein Büro-Objekt in Unterhaching, das bislang nur über eine unzureichende Breitbandversorgung verfügte, hat Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net gerade zusammen mit der Schwaiger Group an sein Glasfasernetz angeschlossen.

Mitarbeiter der Unternehmen in der 19.000 Quadratmeter großen Büroimmobilie können von nun an auf eine Standleitung mit bis zu 10 Gigabit/s zugreifen, statt auf bisher nur 16 Megabit/s Bandbreite vor dem Glasfaserausbau.

Quantensprung für Mieter

„Ein Quantensprung für unsere Mieter im Hatrium“, konstatiert Michael Schwaiger, CEO der Schwaiger Group. Zu den Mietern im Hatrium gehören Unternehmen wie Intel Mobile Communications, Infineon, Vincotech (Tochter der Mitsubishi Electric Corporation), das Hightech-Unternehmen Mycronic und der Software-Entwickler CT-Engineering.

Doppelter Effizienzgewinn

Die Investition in die Umstellung auf Glasfaser bis ins Büro wird von vielen Immobilieneigentümern immer noch gescheut, obwohl die Vorteile überwiegen. Dem Immobilienprojektentwickler Schwaiger Group zufolge ist Glasfaser nicht nur ein Effizienzgewinn mit Blick auf die Datenmengen, sondern auch in Bezug auf die Energieeffizienz: „Glasfaser benötigt fünf Mal weniger Energie als Kupferkabel.“

Wesentliche Vorteile der Glasfaser

Die Faktoren Bandbreite und Energieverbrauch sind aber nur zwei von fünf wesentlichen Vorteilen der Glasfaser, weiß Andreas Brand, Leiter der Abteilung Wohnungswirtschaft bei M-net: „Glasfaseranschlüsse verfügen außerdem über besonders geringe Latenzzeiten. Das heißt, die Reaktionsgeschwindigkeit ist höher als bei konventionellen Anschlüssen. Darüber hinaus sind sie besonders zuverlässig und sicher. Da die Daten mittels Licht übertragen werden, können ihnen elektromagnetische Störungen nichts anhaben“, macht Brand deutlich.

Ob Dienstleistungssektor oder verarbeitendes Gewerbe: Unternehmen stellen schon heute hohe Anforderungen an einen leistungsfähigen und zuverlässigen Internetanschluss. Neben dem Austausch von Daten etwa über Cloud-Server spielt auch das Thema Sicherheit eine zunehmende Rolle. Denn: Eine IT-Infrastruktur, die ohnehin an den Kapazitätsgrenzen arbeitet, sei kaum in der Lage, Cyber-Angriffen standzuhalten. „Da Kupferleitungen schon heute an ihr Limit stoßen, müssen Büros mit Glasfaser für das Datenaufkommen der Zukunft gerüstet werden“, erklärt Andreas Brand von M-net. Das Internet sei im Homeoffice häufig effizienter als im Büro. Nur etwa jeder zweite Büroangestellte sei einer Studie des IT-Dienstleisters ZyXEL mit der Internetverbindung im Büro zufrieden.

Maßgeschneidertes Portfolio

Um den Bedürfnissen von Unternehmen gerecht zu werden, bietet M-net ein maßgeschneidertes Geschäftskunden-Portfolio, angefangen von schnellen Internetzugängen über Business-Telefonielösungen und Server-Kapazitäten bis hin zu Standortvernetzungen für Unternehmen mit mehreren Standorten.

Glasfaser im Büro wird zum Standortfaktor

Weil schon heute jedes Unternehmen auf einen leistungsfähigen Internetanschluss angewiesen ist, beeinflussen schnelle Übertragungsraten laut Schwaiger immer mehr die Attraktivität eines Bürostandortes: „Eine schnelle Datenverbindung wird über alle Branchen hinweg immer mehr zum Erfolgsfaktor. Das gilt nicht nur für Unternehmen, deren Geschäftsidee im Kern digital ist.“ Immobilienunternehmen dürften deshalb ein Investment in Glasfaser nicht scheuen. „Gerade Büroimmobilien sollten Datenübertragungsraten von 10 Gigabit/s bieten können. Eine zukunftsfähige IT-Infrastruktur ist in unserem Zeitalter die Basis für zukunftsfähige Immobilien.“ ❐





V.l.: Altbürgermeister Helmut Krämer, Geschäftsleiter Rüdiger Schmidt, Johannes Bisping (Geschäftsführer Bisping & Bisping), 1. Bürgermeister Stefan Reichold, André Gudopp (Bisping & Bisping) Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner, Regierungsdirektor Bernd Geisler, Landtagsabgeordneter Holger Dremel, Stellvertretender Landrat von Bayreuth Manfred Neumeister, Kristina Klinger (atene KOM). ❒

Breitbandzugang aktiviert:

Veilbronn, Leidingshof und Siegritz bereits im Gigabyte-Zeitalter

Ende Juli wurden die ersten Gemeindeteile des Marktes Heiligenstadt i.OFr. an das Glasfasernetz angeschlossen und können ab sofort Bandbreiten bis zu 1.000 Mbit/s nutzen. 1. Bürgermeister Stefan Reichold dankte seinem Amtsvorgänger Helmut Krämer, Geschäftsleiter Rüdiger Schmidt und dem gesamten Marktgemeinderat für „eine weitsichtige und sehr kluge Entscheidung".

Durch den Breitbandausbau schafft sich die Marktgemeinde einen Standortvorteil für die kommenden Jahre. Sein Appell geht deshalb an die Gewerbetreibenden, sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung zu befassen und dadurch auch einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen.

In seiner Funktion als Geschäftsführer der Breitband Markt Heiligenstadt i.OFr. GmbH konnte Rüdiger Schmidt vor allem mit sehr erfreulichen Zahlen aufwarten: Der für die Marktgemeinde ursprünglich errechnete Eigenanteil von etwa 2,4 Millionen Euro verringert sich durch die Förderung des Freistaates Bayern erheblich – auf zirka 700.000 Euro.

Davor skizzierte er die Entscheidungsfindung vom ursprünglichen Vorhaben, das Förderprogramm des Freistaates Bayern zu beantragen, dem „Nein" des Gemeinderats und dem Einstieg in das Bundesförderprogramm, das eine Glasfaseranbindung jedes einzelnen Haushalts vorsieht. Zudem betonte er die schwierige Aufgabe, die 24 Gemeindeteile trotz langer Leitungswege und steinigem Boden anzuschließen. Abschließend bedankte er sich bei den beteiligten Firmen für die gute Zusammenarbeit.

Leuchtturmprojekt

Emmi Zeulner, Mitglied des Bundestages, lobte den Mut und die Leistung der Marktgemeinde, dieses Leuchtturmprojekt als Vorreiter angegangen zu sein. Wasser, Abwasser und Glasfasernetz in kommunaler Hand zu wissen setze ein Ausrufezeichen im ländlichen Raum und sei ein historischer Tag für die Region. Glückwünsche des Bayerischen Finanz- und Heimatministeriums überbrachte Regierungsdirektor Bernd Geisler und betonte, dass Heiligenstadt sich als gutes Beispiel hervorgetan habe – gebe es doch wenige Gemeinden, die im Finanzministerium namentlich bekannt seien.

Den Gratulanten schlossen sich auch Landrat Johann Kalb („Alles richtig gemacht"), Altbürgermeister Helmut Krämer („Für die Zukunft ein wahnsinniges Projekt") sowie Kristina Klinger von atene KOM an, die vor allem die gute und erfolgsorientierte Zusammenarbeit aller Beteiligten hervorhob.

Johannes Bisping, Geschäftsführer von Bisping & Bisping, würdigte ebenfalls den Mut, diesen zukunftsweisenden, aber teuren Schritt zu machen und zeigte sich stolz, das Projekt begleiten zu dürfen. ❒

OB Andreas Starke:

„Ein Riesengewinn für Bamberg"

Bamberg erhält mehr als 15 Millionen Euro von Berlin aus dem Smart Cities-Bundesförderprogramm

Bamberg erhält in den nächsten sieben Jahren insgesamt 15,75 Millionen Euro Fördergelder des Bundesinnenministeriums, um die Welterbestadt zu einem Leuchtturm der Digitalisierung zu machen. Im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities"wurden bundesweit 32 Städte für eine Förderung ausgewählt und sind nun Smart City Modellstandort.

In Bayern konnten sich zwei Städte qualifizieren: Neben Bamberg darf sich auch Kirchheim b. München Smart City nennen. Oberbürgermeister Andreas Starke sieht sich in seinen Bemühungen bestätigt, „Bamberg zu modernisieren und gleichzeitig die Liebenswürdigkeit unserer Stadt zu erhalten".

„Das ist ein Riesengewinn für die Stadt Bamberg", betonte Bambergs Oberbürgermeister Andreas Starke. Die Verwaltung habe in monatelanger Arbeit, fleißig und konzentriert den Antrag für die Bundesförderung erarbeitet. „Dieser Erfolg bringt uns dem Ziel, die Verwaltung zu modernisieren und die Digitalisierung zum Wohle der Bürgerschaft zu nutzen, deutlich näher. Besonderer Dank gilt unserem Bundestagsabgeordnetem Andreas Schwarz, der in dem Verfahren ein wichtiger Partner war", so Starke. „Herausragend waren der Wirtschaftsreferent Dr. Stefan Goller und sein Mitarbeiter Sascha Götz, die sich enorm und vorbildlich engagiert haben. Jetzt gilt es in enger Zusammenarbeit mit der Universität, der Bürgerschaft und allen Institutionen und Einrichtungen dafür zu sorgen, den Förderbetrag von 15,75 Millionen Euro zielorientiert einzusetzen. Ich freue mich auf die vielen Projekte die wir in den nächsten Monaten auf den Weg bringen werden", sagte Starke. „Seit Wochen fieberten die Mitarbeiter der Stadtverwaltung dem Ergebnis des Auswahlverfahrens entgegen, das viele Türen öffnen wird", so Dr. Stefan Goller.

Kompetentes Bündel digitaler Vorhaben

Beworben hat sich die Stadt mit einem kompetenten Bündel von digitalen Vorhaben, die von der Verwaltung der Stadt, der Universität, den Stadtwerken, der Stadtbau Bamberg, dem Welterbezentrum und über 150 Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und bewertet worden sind. Dies erfolgte in einem Online-Verfahren, da eine geplante Open Space Veranstaltung wegen Corona kurzfristig abgesagt werden musste. „Das Programm wurde dadurch noch breiter und überzeugte am Ende auch die Jury in der Bundeshauptstadt", stellte der Oberbürgermeister fest.

Die ausgezeichnete Bewerbung der Stadt umfasst eine zweijährige Strategieentwicklung und eine fünfjährige Umsetzungsphase. Thematisch gehören unter anderem das digitale Welterbe, die neue Mobilität, „ein Research Lab" der Universität Bamberg, moderne und digitale Formen der Bürgerbeteiligung und des Bürgerservice, wohnortnahe Quartiersprojekte und digitale Gesundheitsdienste dazu.

„Es war genau richtig, dass wir mit der Digitalen Agenda der Stadt Bamberg schon früh angefangen haben, um die Digitalisierung erfolgreich voranzutreiben. Nun können wir dank der großzügigen Förderung Fahrt aufnehmen und werden die Ideen aus der Bamberger Bürgerschaft aufgreifen und den Nutzen neuer Techniken und Methoden für alle Bürgerinnen und Bürger dabei konsequent in den Mittelpunkt stellen", ergänzt der Wirtschaftsreferent Dr. Stefan Goller. ❒

Bund unterstützt schnelles Internet in Velden

MdB Oßner: „Glasfaserausbau im ländlichen Raum voranbringen"

„Der Breitbandausbau in Velden steht vor einem weiteren bedeutenden Schritt", teilte der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner (CSU) Bürgermeister Ludwig Greimel (FW) bei einem Arbeitsgespräch im Veldener Rathaus mit. Er freue sich sehr, „dass wir den Glasfaserausbau in der Region gemeinsam weiter voranbringen können".

Mit einem umfassenden Förderprogramm des Bundes sollen sogenannte „weiße Flecken" im Breitbandausbau geschlossen werden - nämlich dort wo ein marktgetriebener Ausbau nur schwer oder gar nicht möglich scheint, weil er unrentabel wäre. Hier springt der Bund mit seiner Breitbandförderung ein, um diese Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen.

Lückenlose Versorgung

Für die Verwaltungsgemeinschaft Velden betragen die prognostizierten Gesamtbaukosten 13 Millionen Euro für die weiteren knapp 500 unterversorgten Haushalte im Marktgebiet Velden, in Wurmsham und Neufraunhofen. Davon werden 6,5 Millionen Euro nun vom Bund übernommen, informierte Oßner, der sich als Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur bereits seit Jahren für einen besseren Ausbau des schnellen Internets in der Heimatregion einsetzt. Ein weiterer erheblicher Teil wird vom Freistaat Bayern finanziert.

„Für uns als Infrastrukturpolitiker hat der entschlossene Ausbau einer schnellen, lückenlosen Breitbandversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, Priorität", so der Bundestagsabgeordnete. Sowohl für die Bürger als auch die kleinen mittelständischen Betriebe und Unternehmen sei schnelles Internet entscheidend. „Unsere ländlich geprägte Heimat darf hier im Wettbewerb nicht gegenüber den Städten zurückfallen, weshalb die vom Bund zugesagte Förderung auch ein starkes Signal für die gesamte Region Landshut ist", betonte Oßner.



V.l.: CSU-MdB Florian Oßner (l.) mit Veldens Bürgermeister Ludwig Greimel. Bild: Büro Oßner

Standortsicherheit und Lebensqualität

„Für uns ist der Internetausbau elementar hinsichtlich Standortsicherheit und Lebensqualität", bestätigte Bürgermeister Greimel. Ein schneller Internetzugang sei in der globalen Gesellschaft mittlerweile genauso wichtig wie Straßen-, Wasser- und Energienetze, erklärte das Gemeindeoberhaupt. Ohne Unterstützung wäre es jedoch für die Verwaltungsgemeinschaft Velden allein finanziell nicht zu stemmen. Greimel machte aber auch deutlich, dass der Breitbandausbau keine originäre Aufgabe der Kommunen sei. Er bedankte sich bei Bundestagsabgeordnetem Florian Oßner für seine Mitwirkung bei der zugesagten Förderung. ❒

SWM verdichten das LoRaWAN

Netztrafostationen werden smart – sie senden künftig Daten in Echtzeit

Die SWM Netztrafostationen können künftig kommunizieren: Ein Teil der rund 5.000 Versorgungsanlagen im Münchner Stadtgebiet, die den Strom mit 10.000 Volt Spannung aus dem innerstädtischen Mittelspannungs-Verteilnetz auf 400/230 Volt für den Hausanschluss heruntertransformieren, wird mit LoRa-Nodes (Netzwerkknoten) ausgestattet. Damit können die Stationen viele technische Parameter übermitteln – Strom- und Spannungswerte, Kurzschlussanzeiger oder ihre Temperatur. Sie übertragen die Daten alle 15 Minuten via LoRaWAN an eine Plattform in der SWM Zentrale.

Die Netztrafostationen werden von Mitarbeitern der SWM regelmäßig angefahren, überprüft und zyklisch gewartet. Mit der permanenten Auswertung und Visualisierung der Sensordaten lässt sich das Verteilnetz der Mittel- und Niederspannungsebene noch gezielter überwachen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen durch E-Mobilität essenziell, um das Stromnetz weiterhin sicher und zuverlässig betreiben zu können.

Zeigen sich Auffälligkeiten in den Daten, können die Fachleute des SWM Sicherheitsservice unmittelbar die Fehlerbehebung einleiten. Sich anbahnende Defekte werden so frühzeitig erkannt und Ausfälle der Station vermieden. Bei einem Kurzschluss kann die Fehlerstelle sofort lokalisiert werden.

Grundlage für die Fernüberwachung ist das LoRaWAN Funknetz (LoRa/Long Range: große Reichweite), das die SWM stadtweit aufgebaut haben. Eine in der Netztrafostation installierte Messeinrichtung ermittelt deren aktuelle Daten und funkt diese per LoRaWAN an ein Gateway. Von hier aus werden die Daten meist per Glasfaser an die SWM Zentrale geleitet.



Das LoRaWAN als Funknetz mit großer Reichweite eignet sich speziell für Anwendungen des „Internet of Things". Bild: SWM

Zusätzliche Gateways geplant

Um in Zukunft weitere Anwendungen auch im Sinne intelligenter Stromnetze realisieren zu können, ist die Verdichtung des Netzes mit rund 50 zusätzlichen Gateways im Stadtgebiet München geplant. Sie soll bis Ende 2021 abgeschlossen sein. Die SWM stellen diese leistungsstarke und zuverlässige Kommunikationsinfrastruktur auch für externe Anwender in München zur Verfügung.

Das LoRaWAN eignet sich speziell für die Anwendungen des „Internet of Things" (IoT: Internet der Dinge). Es stellt die Basis für die Umsetzung innovativer netzbasierter Ideen und ist hervorragend für Datenerhebung geeignet, da die Sensoren auch per Batterie betrieben werden können. Es funkt im lizenzfreien Sub-Gigahertz-Bereich und hat je nach Umgebungsbebauung eine Reichweite von 2 bis 15 Kilometer. Damit werden für die ganze Stadt neue Möglichkeiten für Digitalisierung und Smart City geschaffen – von der Füllstandsmessung über Assettracking von Betriebsmitteln bis hin zu intelligenten Parksystemen. ❒

BayernFunk für Kommunen in Bayern

Die App BayernFunk etabliert die Kommunikation im kommunalen Bereich zwischen Bürgern, ihrer Gemeinde, lokalen Institutionen und Vereinen. Mit dem Angebot unterstützen die Versicherungskammer Bayern und das Fraunhofer-Institut IESE (Institut für Experimentelles Software Engineering) das Miteinander in der Gemeinde, nicht nur in Zeiten von Corona ein wertvolles Gut.

Der BayernFunk ist Teil der „Digitalen Dörfer", einer Plattform zum Ausbau der Digitalisierung im ländlichen Raum und kann von den Gemeinden individuell angefragt und eingerichtet werden. „Wir wollen mit der App die Gemeinden, Vereine und ihre Bürger unterstützen, sich direkt über lokal relevante Informationen auszutauschen und so das Zusammenleben vor Ort zu erleichtern", erläutert Dr. Robert Heene von der Versicherungskammer Bayern.

Bürger finden und teilen in der App Informationen ihrer Gemeinde, z.B. Informationen der Feuerwehren und Kirchen, der Verwaltung oder auch Öffnungszeiten der lokalen Lebensmittelläden sowie Informationen zu Kitas oder Schulen. Zu den Informationen aus der Kommune kann auch übergreifender Inhalt, etwa der Staatsregierung, ergänzt werden. Damit finden die Nutzer in der App alle Informationen der regional wichtigen Institutionen.

Auch das Miteinander ist Teil der App: So ist es möglich, über die Plattform Nachbarschaftshilfe anzubieten oder zu erbitten, beispielsweise das Einkaufen für ältere, behinderte oder in häuslicher Quarantäne befindliche Mitbürgerinnen und Mitbürger. „Der BayernFunk leistet so einen wichtigen Beitrag für das öffentliche Leben in Zeiten der Corona-Pandemie", erläutert Steffen Hess von Fraunhofer IESE.

Die App steht im AppStore und im Google Playstore bereit. Sie ist bereits in ausgewählten Gemeinden in Bayern sowie im Bundesgebiet erfolgreich im Einsatz. Interessierte Kommunen können sich unter bayernfunk@vkb.de für die kostenfreie Lösung anmelden. ❒

Energieminister Hubert Aiwanger:

Lob für Paradigmenwechsel

Positiv sieht der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger den ersten Entwurf der EEG-Novelle. Viele seiner Forderungen aus den vergangenen Monaten und Jahren fänden sich in dem aktuellen Vorschlag wieder.

Befreiung der Erzeugung von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage, Beteiligung der Standortkommunen von Windrädern an der Einspeisevergütung, Perspektiven für Biogas und generell alte EEG-Anlagen nach 20 Jahren, praktikables Mieterstrommodell: Viele Wünsche von Befürwortern der Energiewende wurden Aiwanger zufolge aufgegriffen. „Die EEG-Novelle kann ein großer Wurf werden, wenn jetzt nicht im Kleingedruckten wieder alles zerschossen wird. Ich hoffe, dass die Chance jetzt wirklich genutzt wird. Die Zeichen stehen gut“, betonte der Minister.

„Der gelungene Startschuss für den Aufbau einer bayerischen Wasserstoffwirtschaft“ war aus seiner Sicht die Eröffnung des Zentrums Wasserstoff Bayern (H2.B) vor einem Jahr. Seither seien wichtige Meilensteine wie die Verabschiedung einer Wasserstoffstrategie bewältigt worden. Demnächst gingen neue Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene an den Start.

Dabei verfolgt der Freistaat einen ganzheitlichen Ansatz, der die gesamte Wasserstoffwertschöpfungskette (Erzeugung, Speicherung, Anwendung, Nutzung und Logistik) vorantreibt und eine Basisinfrastruktur z.B. von Wasserstofftankstellen schafft. „Wir wollen die Wasserstoffwirtschaft ganz bewusst in allen Bereichen mit Industrie und Forschung vorantreiben“, erklärte Aiwanger. „Nur so gelingt es, die weltbesten Technologieprodukte zu entwickeln und zu exportieren, und genau das muss unser Ziel sein.“

Wasserstoff als tragende Säule

„Vor einem Jahr kam ich mir noch ein bisschen vor wie der einsame Rufer in der Wüste, aber seither hat in Politik und Industrie ein Paradigmenwechsel stattgefunden“, stellte der Minister fest. Grün erzeugter Wasserstoff soll eine tragende Säule des zukünftigen nachhaltigen Energiesystems werden: Mittels Elektrolyse eignet er sich zur Speicherung von erneuerbarer Energie. Wasserstoffderivate können Erdölprodukte ersetzen und spürbar zur Dekarbonisierung von Verkehr und Industrie beitragen. Die notwendigen Technologien sollen in Bayern entwickelt, hergestellt und in die ganze Welt geliefert werden. „So können wir hochwertige Arbeitsplätze schaffen und den Transformationsprozess in der bayerischen Automobilindustrie bewältigen“, unterstrich Aiwanger.

Mit dem Start eines Förderprogramms für Wasserstoff-Tankstellen setzt Bayern ein starkes Zeichen. Aiwanger: „Um Wasserstoff als Energiequelle in der Mobilität voranzutreiben, brauchen wir ein ausreichend dichtes Netz von Wasserstofftankstellen. Mit dem neuen Förderprogramm wollen wir schnellstmöglich eine Basis-Infrastruktur von hundert Tankstellen in allen Teilen Bayerns aufbauen. Dafür stellen wir von 2020 bis 2023 Fördermittel in Höhe von 50 Millionen Euro bereit.“ Mit der bayerischen Förderrichtlinie werden öffentliche wie nichtöffentliche Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge, Busse sowie Logistikfahrzeuge unterstützt.

Baukastenförderung

Im Sinne einer Baukastenförderung unterstützt der Freistaat zudem die Anschaffung bzw. Umrüstung von H2-Nutzfahrzeugen und Bussen sowie Logistikfahrzeugen in Kombination mit betriebsinternen Tankstellen. „Damit schaffen wir neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen“, erklärte der Staatsminister.

Die bayerische Förderung ergänzt passgenau die Bundesförderung nach dem Nationalen Innovationsprogramm „Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie Phase 2“, die einen Schwerpunkt auf Wasserstofftankstellen für PKW setzt. Standorte für Wasserstofftankstellen für PkW und Nutzfahrzeuge können künftig zusammen gedacht werden. Das Förderprogramm BayH2T wird vom Projektträger Bayern Innovativ GmbH koordiniert.

Eine weitere Erfolgsmeldung betrifft das Bayerische Programm zur Förderung von Photovoltaik-Speichern. Dieses verzeichnet bereits ein Jahr nach dem Start über 20.000 Förderanträge. Aiwanger ehrte den aus Niederbayern stammenden 20.000sten Antragsteller und übergab gleichzeitig den 10.000sten Förderbescheid persönlich an einen Antragsteller aus Oberbayern.

Laut Aiwanger „haben wir mit dem PV-Speicherprogramm auf das richtige Pferd gesetzt. Der große Zuspruch zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat Teil der Energiewende sein wollen. Sie geben sich nicht damit zufrieden, dass der Strom einfach aus der Steckdose kommt, sondern wollen wissen, wo und wie der Strom produziert wird. Unser Förderprogramm trifft die Ambitionen der Bürger und hat deutschlandweit Maßstäbe gesetzt.“

PV-Speicherprogramm

Das bayerische PV-Speicher-Programm gibt es seit August 2019. Es richtet sich an Gebäudeeigentümer von selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern. Die Eigentümer können dabei eine Förderung für neue Stromspeicher in Verbindung mit einer neuen Photovoltaikanlage beantragen. Je nach Kapazität des neuen Batteriespeichers (kWh) und Leistung der neuen PV-Anlage (kWp) ist eine Förderung zwischen 500 und 3.200 Euro möglich. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, einen Zuschuss für die Installation einer privaten Ladestation für Elektrofahrzeuge zu erhalten.

Die durchschnittliche Fördersumme pro Antrag liegt bei ca. 1.000 Euro, die mittlere geförderte Batteriespeicherkapazität beträgt ca. 8 kWh und die mittlere Leistung der zugehörigen PV-Anlage ca. 8 kWp. Bei knapp 4.000 Anträgen wurde zudem eine Ladestation für Elektrofahrzeuge mitbeantragt. Insgesamt wurden bisher über 22.000 Anträge gestellt.

Aiwanger: „Ob bei privaten PV-Anlagen oder Bürgerwindparks: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Energiefragen nimmt zu. Deshalb habe ich das Team Energiewende Bayern ins Leben gerufen. Hier bündeln wir die Erfahrungen und das Wissen der Zivilgesellschaft, von Unternehmen, Verbänden und Institutionen. Gleichzeitig motivieren wir mit konkreten Tipps und Vorbildern zum Handeln. Jeder kann seinen Beitrag leisten, das ist unsere Botschaft. Tausende geförderte PV-Speicher sprechen für sich.“

Tiefen-Geothermie

Viel Potenzial für eine klimafreundliche Wärmeversorgung sieht Aiwanger in der Tiefen-Geothermie. „Wir haben noch viel ungenutztes Potenzial, nicht nur bei Windkraft und Photovoltaik, sondern auch bei Geothermie. Das müssen wir jetzt nutzen“, erklärte der Minister. Er hat deshalb einen Masterplan Geothermie auf den Weg gebracht, dessen Herzstück der Ausbau von Fernwärme-Verbundleitungen für den Transport der erschlossenen Geothermie in die Verbrauchszentren ist: „Ab 2021/2022 planen wir Haushaltsmittel für ein neues Förderprogramm ein.“

Geothermie steht ganzjährig unabhängig von meteorologischen Verhältnissen zur Verfügung und ist somit grundlastfähig. „Bayern ist reich an heißen Thermalquellen, die uns helfen, von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden“, so Aiwanger. Tiefen-Geothermie wird über Tiefbohrungen bis 5.500 Meter erschlossen. Bisher gab es 66 Bohrungen in Bayern. Daraus resultierten 22 Anlagen mit einer Wärmeleistung von mehr als 300 Megawatt und einer Stromleistung von etwa 30 Megawatt. Zwei Anlagen sollen dieses Jahr noch in Betrieb gehen.

Die bekannten Planungen sehen in den nächsten Jahren weitere Erkundungsbohrungen vor, insbesondere im Münchener Raum und im Südosten von Oberbayern. Die Bohrergebnisse sind abzuwarten. „Wir rechnen aber damit, dass die Unternehmen etliche Standorte erschließen können“, erklärte der Staatsminister.

LENK soll Energiewende gezielt voranbringen

Der Energiewende im Freistaat neuen Schub verleihen soll die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK), die Anfang August ihre Arbeit aufgenommen hat. „Coronabedingt etwas verzögert, wird LENK jetzt die Energiewende gezielt voranbringen. Regionale Energie bedeutet Wertschöpfung vor Ort und Arbeitsplätze für den Mittelstand. Dieses Potenzial müssen wir heben“, erklärte Hubert Aiwanger. Gemeinsam mit Umweltminister Thorsten Glauber hat er die neue Agentur ins Leben gerufen. LENK dient als Scharnier zwischen allen Akteuren der Energiewende und wird alle nachgeordneten staatlichen Institutionen mit Verbänden und weiteren wichtigen externen Partnern im Bereich Energiewende und Klimaschutz miteinander vernetzen. **DK**

Beiratsvorsitzender der Bundesnetzagentur:

Festhalten an 450 MHz-Frequenznutzung durch die Energiewirtschaft

In der Debatte um die künftige Nutzung der 450 MHz-Frequenz unterstreicht der Vorsitzende des Beirates bei der Bundesnetzagentur, Niedersachsens Energieminister Olaf Lies, die einstimmige Position des Gremiums.

„Der Beirat bei der Bundesnetzagentur hat sich wiederholt und eindeutig dafür ausgesprochen, der Energiewirtschaft auch nach 2020 die Nutzung der 450 MHz- Frequenzen zur Verfügung zu stellen“, betont Lies: „Daran halten der Beirat und ich als Vorsitzender fest. Die Energiewende und die Dezentralisierung führen zu deutlich komplexeren Strukturen in unserer künftigen Energieversorgung. Für eine sichere Steuerung wird dabei eine digitale Vernetzung von Millionen von Stromerzeugern und Stromverbrauchern benötigt. Die Nutzung einer sicheren Kommunikationsplattform ist damit eine zentrale Voraussetzung für eine langfristig sichere Energieversorgung.“

Unzureichendes Anwendungskonzept

Der Beiratsvorsitzende erteilt damit dem Versuch, die Frequenzvergabe zu stoppen, eine klare Absage. Selbstverständlich habe das Thema Sicherheit eine große Bedeutung, ergänzt Lies. Aber für die jetzt im Vergabeverfahren anstehenden Frequenzen gebe es im Innenbereich zurzeit kein ausreichendes Anwendungskonzept. Lies: „Der notwendige Ausbau der Energieinfrastruktur als Grundlage für konsequenten Klimaschutz ist zwingend notwendig. Klar ist aber auch, dass die schon 2023/24 zur Verfügung stehenden Frequenzen für den Sicherheitsbereich eine geeignetere Lösung darstellen.“

Damit stellt sich Lies den erneuten konkurrierenden Forderungen aus den unterschiedlichen Behörden des Sicherheitsbereiches entgegen. Trotz der bereits im Verfahren befindlichen Frequenzvergabe möchte man dort das ganze Verfahren wieder anhalten. „Es führt kein Weg daran vorbei“, so der Beiratsvorsitzende Lies, „zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende brauchen wir langfristig dringend eine sichere, schwarzfallfeste und bundesweit verfügbare Kommunikationslösung“.

Der Beiratsvorsitzende hält es für zwingend erforderlich, dass der Bereich der Energieversorgung als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und damit auch als kritische Infrastruktur anerkannt wird. Er spricht sich mit Nachdruck dafür aus, dass der Energiewirtschaft auch nach 2020 die erprobte sichere Kommunikationslösung auf Basis der 450 MHz-Funktechnik weiterhin zur Verfügung steht. ❐

Gute Nachricht für Kunden:

SWM sind einer der fairsten Stromanbieter

Die Kunden der SWM fühlen sich von ihrem Energieversorger seit langem fair behandelt – und das mit Recht, wie die aktuelle Untersuchung „Fairster Stromversorger“ von ServiceValue im Auftrag von Focus Money belegt. Hier konnten die SWM ihre Top-Platzierung verteidigen und erhielten erneut die Gesamtnote „Sehr gut“. Schon seit Jahren erzielen die SWM in diesem Vergleich überdurchschnittliche Ergebnisse (Focus Money 35/2020).

Überdurchschnittliche Ergebnisse

Gesteigert haben sich die SWM beim Preis-Leistungsverhältnis, nach „Gut“ im Vorjahr auf „Sehr gut“. Damit sind sie jetzt in allen sechs Service- und Leistungsbereichen „sehr gut“: faire Produktleistung, fairer Kundenservice, faires Preis-Leistungs-Verhältnis, faire Kundenberatung, faire Kundenkommunikation sowie Nachhaltigkeit und Verantwortung. Im Juli hatten die SWM in der Studie „Höchste Reputation“ von Focus Money, Deutschland Test und dem Institut für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) in der Kategorie „Stadtwerke“ das Prädikat „Herausragend“ erhalten (Focus 30/2020). Bewertet wurde unter anderem Arbeitgeber-Performance, wirtschaftliche Performance, Performance des Managements, Produkt- und Service-Performance sowie die Performance durch Nachhaltigkeit.

Die Untersuchung „Exzellente Kundenberatung“ des IMWF und Deutschland Test im Auftrag von Focus Money hat bereits im Februar den herausragenden Kundenservice der SWM bestätigt: Sie liegen auf Platz 2 der 4.000 größten deutschen Unternehmen (Focus 06/2020). Im Fokus hierbei: Service, Beratung, Vertrauen und Kundenzufriedenheit. ❐



WIR FÖRDERN
OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen.
Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz.
Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote.
Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

VKU-Stadtwerkekongress 2020:

Die neue Energiewelt gestalten

Corona-bedingt in einem neuen Format fand jüngst der VKU-Stadtwerkekongress 2020 als digitale Veranstaltung statt. Laut Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) ist die Leitveranstaltung der Kommunalwirtschaft Jahr für Jahr wichtiger Branchentreffpunkt und Innovationsplattform. „In diesem Jahr gingen wir mit der Veranstaltung einen neuen Weg, der da hieß: 100 Prozent digital, 100 Prozent Inhalt, 100 Prozent Austausch."

Auf die etwa 300 Teilnehmer wartete ein Programm mit über 40 Rednern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Start-Up-Szene. Sie diskutierten mit Praktikern aus der Kommunalwirtschaft beispielsweise darüber, wie sich die aktuelle Situation der Stadtwerke in Corona-Zeiten darstellt oder wohin sich die Stadtwerkelandschaft entwickeln wird.

VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing sieht die Unternehmen in der Krise gut aufgestellt. Starke Kommunen und Regionen machen aus seiner Sicht das Land krisenfester und resilienter.

CO2-arme Energiezukunft

Wie eine Umfrage des Verbands unter rund 200 Stadtwerke-Vorständen und Geschäftsführern ergab, schreiten die Stadtwerke-Aktivitäten hin zu einer CO2-armen Energiezukunft weiter voran: Beinahe drei Viertel der befragten Unternehmen investieren in den Ausbau der Elektromobilität (78,6 Prozent) und der erforderlichen Ladeinfrastruktur (73,6 Prozent). In den Ausbau der Photovoltaik investieren 76,1 Prozent, in die Umsetzung der Wärmewende 74,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Investitionen nahezu gleichgeblieben.

Die Umfrage ergab, dass die Unternehmen rund ein Fünftel der Investitionen Corona-bedingt zurückgestellt haben (bezogen auf die Gesamtinvestitionen im ersten Halbjahr 2020). Hinzu kommen Zusatzkosten aufgrund der Pandemie: Finanzielle Mittel mussten vor allem für Hygienemaßnahmen (40 Prozent) und für Personal (37 Prozent) aufgewendet werden, um die Gesundheit und Sicherheit von Mitarbeiter und Kunden zu garantieren. Notwendig wurden laut Umfrage zudem technische und IT-Maßnahmen (34 Prozent), insbesondere Investitionen in zusätzliche Hard- und Software für die verstärke Arbeit im Homeoffice und digitale Prozesse.

Mehr digitale Kommunikation

Die Pandemie hat sich insbesondere auf die Arbeitsorganisation bei den Stadtwerken ausgewirkt. Knapp 95 Prozent der befragten Unternehmen sagten, dass sich Berufsalltag und -organisation geändert haben. Die Veränderungen werden auch aktuell und in der Zeit nach Corona eine verstärkte Rolle spielen – mehr digitale Kommunikation, Homeoffice und Flexibilität für Berufsgruppen, die überwiegend in der Verwaltung und Management arbeitet. Neue Formen der Zusammenarbeit werden von 24 Prozent der Unternehmen auch baulich umgesetzt. Die Umfrage ergab zudem: Rund acht Prozent der Unternehmen können dieses Jahr Corona-bedingt kein neues Personal einstellen.

Hauptgeschäftsführer Liebing hofft auf Rückenwind durch die Politik. Der Kohleausstieg und das Konjunkturpaket seien bereits wichtige Weichenstellungen im laufenden Jahr gewesen. „Diesen Schwung sollten wir im zweiten Halbjahr beibehalten." Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes spiele dabei eine wichtige Rolle. Kern dieser Novelle müsse sein, die Ausbaupfade für das 65-Prozent-EE-Ziel zu definieren.

Hoffnung auf Rückenwind durch die Politik

Liebing zufolge „sind unsere Mitgliedsunternehmen gefordert wie nie. Die Auswirkungen von Corona sind spürbar und müssen angegangen werden. Umso wichtiger ist es nun, die richtigen Anreize zu setzen, einen Rahmen und mehr Verlässlichkeit zu schaffen, damit langlebige moderne Infrastrukturen auf kommunaler Ebene realisiert werden können. Zaudern wäre verhängnisvoll."

Stadtwerke Award

Nicht fehlen durfte beim VKU-Stadtwerkekongress die Verleihung des Stadtwerke Award. Der Preis würdigt unter anderem die vielfältigen Anstrengungen von Stadtwerken bei der Gestaltung der neuen Energiewelt und im Veränderungsprozess der Energiewirtschaft.

Ausgezeichnet wurden die Stadtwerke Osnabrück AG, die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG und die swb Erzeugung AG & Co. KG aus Bremen. Mit dem Konzept „Neu starten!", das Mitarbeitergewinnung mit einem Beitrag zur Gesellschaft und der Übernahme von sozialer Verantwortung verbindet, gewann die Stadtwerke Halle GmbH den Stadtwerke Award Sonderpreis. **DK**

dena-Analyse zur Künstlichen Intelligenz:

Vom Hype zur energiewirtschaftlichen Realität

Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, die Integrierte Energiewende weiter voranzubringen, lautet das Ergebnis der aktuellen Analyse „Künstliche Intelligenz – vom Hype zur energiewirtschaftlichen Realität" der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die Analyse hat für konkrete Anwendungsfelder u.a. den technischen Entwicklungsstand und das Aufwand-Nutzen-Verhältnis untersucht sowie Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Laut Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung, zeigen erste positive Beispiele aus der Energiewirtschaft, dass KI ein Treiber für neue Geschäftsmodelle sein kann, Innovationen beschleunigt und dabei hilft, Effizienzpotenziale zu heben. „Allerdings wird sie nur dann einen substanziellen Beitrag für die Integrierte Energiewende leisten, wenn jetzt die Handbremse gelöst wird und positive Erfahrungen aus ersten Anwendungen auf weitere Teilbereiche des Energiesystems übertragen werden. Besonders wichtig ist hier der Austausch und Wissenstransfer zwischen den Akteuren aus Energie- und Digitalbranche."

Weitere Pilotprojekte erforderlich

Um das Potenzial von KI für die unterschiedlichen Anwendungsfelder einer Integrierten Energiewende zu heben, braucht es vor allem weitere Pilotprojekte, u.a. auch zur Erfassung des Nettonutzens der KI, so ein Ergebnis der dena-Analyse. Neben technischem und wirtschaftlichem Nutzen muss insbesondere Nachhaltigkeit zu einem zentralen Kriterium werden, um KI-Projekte zu bewerten.

Insbesondere bei Prognosen, Betriebs- und Bestandsoptimierung besteht bisher für KI das größte Potenzial, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Bei Prognosen kann KI z. B. dazu genutzt werden, um für Erzeugung und Handel die Produktion und Nachfrage fluktuierender erneuerbarer Energien früher und präziser vorherzusagen. Im Handlungsfeld Betriebsoptimierung hat die Einsatzplanung von Erzeugungsanlagen große Potenziale für den Einsatz von KI. Auch im optimierten Netzbetrieb bietet die Technologie zunehmend Chancen. Durch KI können beispielsweise die lokale Netzauslastung verbessert und kritische Zustände früher erkannt werden.

Beitrag zur Energiewende

Perspektivisch zeigt die Analyse ein großes Potenzial für die vereinfachte Teilhabe aktiver Verbraucher an der Integrierten Energiewende, z. B. durch den automatisierten Verkauf von selbst erzeugtem Strom aus privaten Photovoltaikanlagen. Auch das Energiemanagement zur Eigenverbrauchserhöhung von Photovoltaik-Batterie-Systemen in Haushalten oder die Identifikation kleinteiliger Effizienzpotenziale kann durch KI ermöglicht werden. Durch die Technologie werden etablierte Prozesse aus der Energiewirtschaft auch kleinen Akteuren zugänglich. **DK**

Spatenstich für die erste Freiflächen-Photovoltaik-Anlage des EBERwerks

In Markt Schwaben entsteht derzeit die erste Photovoltaik-Anlage des EBERwerks auf freier Fläche. Der kommunale Energieversorger wird zwischen den Zugtrassen nach Erding und Mühldorf künftig umweltfreundlichen Sonnenstrom für seine Kunden erzeugen.

Im sog. privilegierten Korridor entlang der Bahngleise nach Erding und Mühldorf errichtet das EBERwerk seine erste Freiflächen-Photovoltaik-Anlage. Die Anlage ist damit besonders umweltfreundlich in dreierlei Hinsicht. Die Fläche wurde bisher landwirtschaftlich genutzt und wird künftig als Rückzugsort für Flora und Fauna dienen. Zudem fügt sich die Anlage zwischen den beiden Bahntrassen gut ins Landschaftsbild. Außerdem ist ausreichend Platz für eine installierte erneuerbare Erzeugungsleistung von 1,5 Megawatt.



Von links: Sebastian Föstl (Flächen-Verpächter), Manuel Herzog (EBERwerk), Markus Scheungrab (Vispiron), Michael Stolze (Bürgermeister Markt Schwaben & Aufsichtsratsvorsitzender EBERwerk), Walter Brilmayer (stellv. Landrat). Bild: EBERwerk

800 Tonnen CO2-Einsparung

Damit ist die Anlage doppelt so groß, wie die sonst üblichen EEG-Anlagen entlang von Bahn und Autobahn und erzeugt besonders viel umweltfreundlichen EBERstrom – den regionalen Ökostrom des EBERwerks. Über ein Kalenderjahr ersetzt das EBERwerk so ca. 1.500.000 Kilowattstunden, die ansonsten von anderen Kraftwerken erzeugt würden. Weil sich die Kunden des EBERwerks für diesen umweltfreundlichen Strom entschieden haben, werden so jährlich ca. 800 Tonnen CO2 eingespart. „Wo möglich setzen wir bei der Photovoltaik natürlich immer auf Dachflächen. In Poing haben wir beispielsweise kürzlich eine Dachanlage in vergleichbarer Größe realisiert.

„Ganz ohne Freiflächen-Anlagen werden wir die Energiewende vor Ort aber nicht schaffen", erläutert Manuel Herzog vom EBERwerk.

„Mit der Photovoltaik-Anlage an den Bahngleisen in Markt Schwaben gehen wir einen wichtigen Schritt für unser kommunales Unternehmen, unseren EBERstrom und die Energiewende im Landkreis Ebersberg. Als Bürgermeister freue ich mich besonders, dass die erste Freiflächen-Anlage des EBERwerks hier in Markt Schwaben entsteht", ergänzt Aufsichtsratsvorsitzender Michael Stolze.

Informationen zu EBERstrom und den weiteren Aktivitäten des EBERwerks finden sich auf www.eberstrom.de. ❐

Bayernwerk:

Netzausbau für erfolgreiche Energiezukunft

Mit dem Netzausbauplan 2020 im übersichtlichen Kartenformat bietet die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) einen transparenten Überblick über die Weiterentwicklung des eigenen 110-Kilovolt-Hochspannungsnetzes an. Welche Projekte in den nächsten zehn Jahren die Weichen für die Energiezukunft stellen und welche Maßnahmen zuletzt abgeschlossen wurden, können Interessierte ab sofort unter www.bayernwerk-netz.de/netzausbauplan einsehen.

Der Schwerpunkt der Bayernwerk-Maßnahmen im 110-Kilovolt-Hochspannungsbereich liegt in den nächsten zehn Jahren auf der Ertüchtigung, Modernisierung und Verstärkung bestehender Hochspannungstrassen. Die dargestellten Maßnahmen beruhen unter anderem auf Prognosen für die Last- und Einspeiseentwicklung. Erstmals wurde dabei auch die bis 2030 vorhergesagte Entwicklung der Elektromobilität berücksichtigt.

Das Bayernwerk aktualisiert den Netzausbauplan regelmäßig. Die ergänzend zur Karte im Internet veröffentlichte Detailliste enthält zusätzlich eine nähere Beschreibung der einzelnen Maßnahmen, das Begleitdokument beschreibt die Planungsgrundsätze. Zur Instandhaltung des Netzes setzt das Bayernwerk laufend weitere Projekte, wie die Sanierung von Masten oder die Erneuerung von Umspannwerken, um. Diese Eingriffe führen jedoch nicht zu einer Kapazitätsveränderung im Hochspannungsnetz und sind deshalb nicht im Netzausbauplan enthalten.

34 neue Netzausbauprojekte

Der anhaltende Zubau von regenerativen Erzeugungsanlagen sowie die wachsende Zahl an Netzanschlüssen erfordern in den kommenden Jahren einen weiteren Netzausbau. Bestimmende Größen sind die Entwicklung der Last und die Prognose für den künftigen Zubau erneuerbarer Energien. Im Vergleich zum Netzausbauplan des Vorjahres sind die wesentlichsten Änderungen, dass drei im Jahr 2019 abgeschlossene Projekte entfallen und 14 Projekte in diesem Jahr als abgeschlossen gemeldet werden können. Dazu zählen fünf neue Umspannwerke als Knotenpunkte im Netzgebiet sowie zwei 110-Kilovolt-Kompensationsspulen in Pleinting und Schweinfurt. Zusätzlich werden mit dem diesjährigen Netzausbauplan 34 Projekte neu gemeldet, unter anderem der Anschluss von sieben Umspannwerken zur Integration erneuerbarer Energien, die Errichtung von zwei weiteren 110-kV-Kompensationsspulen in Etzenricht und Janahof sowie 18 Leitungsertüchtigungen.

Rund 300.000 regenerative Erzeugungsanlagen mit einer Leistung von bis zu zehn Großkraftwerken speisen aktuell in das Bayernwerk-Netz ein. In den vergangenen Jahren hat das Bayernwerk das Mittel- und Niederspannungsnetz sowie Umspannwerke als Verbindung zwischen Hoch- und Mittelspannungsebene erfolgreich gebaut und erweitert. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 hat das Bayernwerk in 35 Umspannwerken die Trafokapazitäten erweitert, etwa 5.400 Kilometer Mittelspannungskabel neu verlegt und rund 2.800 Ortnetzstationen errichtet.

Um das Hochspannungsnetz in Stand zu halten und fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen, folgt das Bayernwerk einer Sieben-Stufen-Strategie bei der Netzentwicklung. Die sieben Stufen der Netzentwicklung richten sich nach dem Leitmotiv: Netz-Optimierung vor Netz-Verstärkung vor Netz-Ausbau – kurz: NOVA. Bevor das Bayernwerk neue Leitungen baut, wird das bestehende Netz verstärkt und verbessert. Gemäß der NOVA-Strategie beschreibt jede Stufe konkrete Maßnahmen der Netzentwicklung – von der einfachen Instandhaltung bis hin zum aufwändigen Neubau von Leitungen. ❐

VERBUND Ergebnis Quartal 1-2/2020:

Geschäftsmodell bewährt sich

Das VERBUND-Ergebnis für die Quartale 1-2/2020 war trotz geänderter Rahmenbedingungen aufgrund von COVID-19 und einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Wasserführung nur leicht rückläufig. Das EBITDA sank um 6,8 % auf 639,0 Mio. Euro. Das Konzernergebnis reduzierte sich um 8,2 % auf 310,4 Mio. € gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Das Geschäftsmodell von VERBUND bewährt sich im von COVID-19 geprägten Umfeld gut. Der Fokus auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Ausbau des österreichischen Hochspannungsnetzes, die Fokussierung der Downstream-Aktivitäten und der Aufbau neuer innovativer Geschäftsfelder leisten dazu einen wesentlichen Beitrag. Unsere strenge finanzielle Disziplin in den Vorjahren führte dazu, dass VERBUND über eine hohe Widerstandsfähigkeit und über eine weiterhin hohe strategische Flexibilität verfügt und heute somit in einem etwas schwächeren und volatileren wirtschaftlichen Umfeld eine weiterhin gute Performance erzielen kann.

Weitere Umsetzung der Wasserstoffstrategie

Ende Juni 2020 wurde die Initialzündung für ein großes Gemeinschaftsprojekt mit Lafarge, OMV und Borealis bekanntgegeben. Die beteiligten Unternehmen kooperieren unter dem Namen „Carbon2ProductAustria" (C2PAT) mit dem erklärten langfristigen Ziel, nahezu 100 % des jährlichen CO2-Ausstoßes im niederösterreichischen Lafarge Zementwerk in Mannersdorf von 700.000 Tonnen CO2 abzuscheiden. Dabei soll grüner Wasserstoff zum Einsatz kommen, den VERBUND in einem Elektrolyseprozess auf Basis von Strom aus Erneuerbaren Energien produziert.

Start für Flächen-Photovoltaik

Im Mai 2020 startete VERBUND mit dem Bau der ersten Flächen-Photovoltaikanlage beim Draukraftwerk Feistritz-Ludmannsdorf. Diese neuartige Pilotanlage ist Teil eines von der österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft aus Mitteln des Klima- und Energiefonds geförderten Forschungsprojekts zur präventiven Instandhaltung von Photovoltaik-Anlagen. Österreichs größte Flächen-Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 14 MWp wird zur Zeit gemeinsam mit OMV am OMV-Standort Schönkirchen im Weinviertel errichtet. ❐



Kaufvertragsunterzeichnung: ABO Wind AG-Vorstandsvorsitzender Andreas Höllinger (l.), und Energieallianz Bayern-Geschäftsführer Ulrich Geis. ❐

Energieallianz Bayern:

Windpark Wadern-Wenzelstein erweitert Portfolio

Die Energieallianz Bayern hat mit dem Kauf des Windpark Wadern-Wenzelstein im Saarland ihr Portfolio erweitern können. Projektentwicklung und Errichtung erfolgt durch die ABO Wind AG aus Wiesbaden.

Der nordöstlich von Wadern gelegene Windpark besteht aus drei Windkraftanlagen des Typs Nordex N131 auf einer Nabenhöhe von 164 m und mit einer Nennleistung von je 3,3 MW. Die Fundamente sind bereits fertiggestellt und die Inbetriebnahme ist für Ende dieses Jahres vorgesehen.

Weiterer Meilenstein

Ulrich Geis, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern sagt: „Der Windpark Wadern-Wenzelstein ist für die Energieallianz Bayern ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Umbau der Energieversorgung in kommunaler Hand. Wir möchten allen Beteiligten ein großes Lob und unseren Dank für den Einsatz im Projekt aussprechen. Mit dem neuen Windpark leisten wir einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz."

Und Andreas Höllinger, Vorstandsvorsitzender der ABO Wind AG: „Mit der Energieallianz Bayern, die von uns bereits einen im Januar 2020 im hessischen Adorf in Betrieb genommenen Windpark erworben hat, arbeiten wir nun zum zweiten Mal sehr gut zusammen."

Die Energieallianz Bayern betreibt nunmehr 6 Windparks mit einer Gesamtleistung von 72 MW. Technisches Asset Management und kaufmännische Betriebsführung für den Windpark Wadern-Wenzelstein führt die Energieallianz Bayern selbst durch. ❐

Bayerngas:

Erfolgreiches Geschäftsjahr

Alle Geschäftsbereiche mit über Plan liegenden Ergebnissen

Der Bayerngas-Konzern, München, weist für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresergebnis von 27,9 Millionen Euro aus und zahlt seinen Anteilseignern eine über Plan liegende Dividende von 8 Prozent. Günter Bauer, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH: „Das vorliegende Konzern-Ergebnis ist für uns sehr erfreulich und überzeugend zugleich. Denn es waren alle Bereiche und Funktionseinheiten unserer Unternehmensgruppe an diesem Erfolg beteiligt, was sich eindrücklich in den jeweils über Plan liegenden Ergebnissen aller Geschäftsbereiche zeigt."

Das Konzern-Mutterunternehmen Bayerngas GmbH weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Jahresüberschuss von 25,4 Mio. Euro aus, das von der Bayerngas Energy GmbH verantwortete Geschäftsfeld Vertrieb und Handel ein Ergebnis von 6,0 Mio. Euro, das regulierte Netzgeschäft der bayernets GmbH 35,6 Mio. Euro und die Speichergesellschaft bayernugs GmbH 1,7 Mio. Euro.

Der Konzerngasabsatz liegt für 2019 bei 325,6 Terawattstunden (TWh). Umsatzerlöse erzielte die Münchner Unternehmensgruppe von 5,63 Mrd. Euro. Die Eigenkapitalquote lag bei 37,7 Prozent.

Stabiles Kerngeschäft

„Für die Bayerngas Energy GmbH war 2019 kein leichtes Jahr. Es war aber Herausforderung und Chance zugleich", erklärt Bauer. „Herausfordernd war es, weil die Day-ahead-Preise an den für uns relevanten Handelsmärkten binnen Jahresfrist um gut 60 Prozent sanken. Positiv genutzt haben wir die hohe Liquidität, indem wir, basierend auf unserer stabilen Kundenbasis im Vertriebsmarkt, Beschaffungsopportunitäten genutzt haben", so Bauer weiter.

Das breit aufgestellte, stabile Kerngeschäft des Bayerngas-Konzerns hat die Bayerngas-Gruppe bisher durch die Corona-Pandemie-Phase getragen. In welchem Maße sich die Pandemie auf den prognostizierten positiven Geschäftsverlauf für 2020 auswirken wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschließend bewerten.

Gase als Teil der Lösung

Zuversichtlich stimmt die Unternehmensgruppe die aktuelle Wahrnehmung von Gas in der Politik. Gase, ob Erdgas, Wasserstoff oder synthetisches Methan, sind Teil der Lösung zum Erreichen der klimapolitischen Zwischenziele und der langfristigen Ziele.

Dazu Bauer: „Gasförmige Energieträger werden ihren festen Platz neben regenerativ erzeugtem Strom im Energiesystem der Zukunft haben. Unterschiedliche Projekte werden aufzeigen, welche Vorteile speicherbare Gase für die Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort Deutschland haben." ❐

Energieversorgung in eigener Hand

Stadtwerke Donauwörth und erdgas schwaben schließen sich in neuer Netzgesellschaft für Erdgas zusammen

Die Stadt Donauwörth und erdgas schwaben werden bei der Energieversorgung in Donauwörths Stadtgebiet in Zukunft zusammenarbeiten: Anfang des Jahres ging hierfür eine neue, gemeinsame Gesellschaft „Gasnetz Donauwörth" an den Start.

Die Stadtwerke Donauwörth halten an dieser gemeinsamen Gesellschaft mit 51 Prozent die Mehrheit der Anteile. Dieser Schritt, mit dem die Stadt künftig einen wesentlichen Bereich ihrer Energieversorgung selbst mitgestalten kann, erfolgte auf Beschluss des Stadtrates am 9.12.2019. Donauwörths Oberbürgermeister Armin Neudert mit Gertrud Hammer als Werkleiterin der Stadtwerke Donauwörth, Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben und Uwe Sommer, Geschäftsführer Gasnetz Donauwörth, unterzeichneten zwischenzeitlich die Verträge.

Neue Wege in der kommunalen Energiewirtschaft

„Mit der gemeinsamen Gasnetzgesellschaft gehen wir neue Wege in der kommunalen Energiewirtschaft", sagt Oberbürgermeister Armin Neudert. „Gerade im Hinblick auf neue technologische Entwicklungen und Möglichkeiten im Zuge des Klimawandels können wir so als Stadt Einfluss auf die Energiewende und Infrastruktur vor Ort nehmen."

Die Leiterin der Stadtwerke, Gertrud Hammer, führt als Beispiel aus, dass die Zukunft bestehender Gasnetze auch darin liegt, regenerativ erzeugten Strom in Gas umzuwandeln, in den Gasnetzen zu speichern und zu leiten, und bei Bedarf wieder zurück zu wandeln.

Erweitertes Spektrum der Daseinsvorsorge

Mit dem Einstieg in das lokale Gasnetz erweitern die Stadtwerke Donauwörth ihr Spektrum der Daseinsvorsorge in eigener Hand: Auch am Stromnetz im Stadtgebiet halten die Stadtwerke inzwischen 51 Prozent.

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, sieht die neue Kooperation als Erfolg: „Wir freuen uns über das Vertrauen des Donauwörther Stadtrates. erdgas schwaben ist ein Energieversorger aus der Region – das hat einen nachhaltigen ökonomischen Effekt. Die Arbeitsplätze sind hier und die Wertschöpfung geschieht vor Ort."

„Von der Kooperation profitieren alle Beteiligten. Donauwörth sichert damit die Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger an der Energiezukunft", machte Uwe Sommer, Geschäftsführer Gasnetz Donauwörth, deutlich.

Für die Kunden ändert sich nichts

Für die Donauwörther Erdgaskunden von erdgas schwaben ändert sich durch die Umstrukturierung nichts. Sie erhalten ihre Abrechnungen nach wie vor von erdgas schwaben, da der Netzbetrieb und der Netzvertrieb aufgrund gesetzlicher Vorgaben getrennt abgewickelt werden. Eigentümerin und Verantwortliche für die Entwicklung des Donauwörther Gasnetzes ist künftig die neue Gasnetz Donauwörth GmbH.

Die Gaskonzession der Stadt wurde dazu auf die neue Gesellschaft übertragen. Für den operativen Betrieb bleibt wie bisher schwaben netz zuständig, die 100-prozentige Netztochter von erdgas schwaben. Sie ist auch weiterhin Ansprechpartner für Hausanschlüsse. Dazu wird das Gasnetz an schwaben netz verpachtet. ❐



Das Gasnetz der Marktgemeinde Dinkelscherben bleibt beim regionalen Energiedienstleister erdgas schwaben mit der Netzgesellschaft schwaben netz. Den Wegenutzungsvertrag unterzeichneten Edgar Kalb, erster Bürgermeister in Dinkelscherben (Mitte), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, im Rathaus der Marktgemeinde. Links: Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz. Bild: erdgas schwaben

Dinkelscherben verlängert Wegenutzungsvertrag

erdgas schwaben und schwaben netz sichern klimaschonende Energieversorgung bis 2039

Das Gasnetz der schwäbischen Marktgemeinde Dinkelscherben bleibt beim regionalen Energiedienstleister erdgas schwaben. schwaben netz, die Netzgesellschaft im erdgas schwaben-Unternehmensverbund, betreibt weiterhin die Gasinfrastruktur im Markt Dinkelscherben.

Den Wegenutzungsvertrag unterzeichneten Edgar Kalb, erster Bürgermeister in Dinkelscherben, und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, im Rathaus der Marktgemeinde. Die Vergabe der Konzession bis 2039 erfolgte im Rahmen des vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahrens.

Preisgünstige und zuverlässige Energieversorgung mit langfristiger Perspektive

Die Bürgerinnen und Bürger von Dinkelscherben können damit auch in Zukunft auf den sicheren und preisgünstigen Energieträger Erdgas bzw. Bio-Erdgas umstellen. Durch die ständige Überwachung und Steuerung der Netze und das kompetente Störungsmanagement ermöglicht erdgas schwaben eine sichere und dauerhafte Energieversorgung.

„In unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage nach der Umstellung auf Erdgas sehr groß", hob Uwe Sommer, schwaben netz, hervor. „Das liegt vor allem daran, dass die Umstellung auf Gas kostengünstig und einfach ist, die Umwelt durch geringeren CO2-Ausstoß entlastet wird und wir mit unseren über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Regionen rund um die Uhr eine sichere Versorgung für unsere Kunden gewährleisten."

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an 6.500 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben. Gas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 Prozent aller Bauherren wünschen einen Gasanschluss. ❐





V.l.: Rupert Speer, Bürgermeister Saulgrub, Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie, Landrat Anton Speer, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, und Andreas Rödl, Bürgermeister Oberammergau. ❒

Wasserkraft fürs Ammertal

Die Verantwortung des Tourismus für die technische und auch wirtschaftliche Entwicklung eines Landstrichs zeigt sich sehr gut am Beispiel Ammergau. Laut Oberammergaus Bürgermeister, Andreas Rödl, soll Thomas Cook die Idee gehabt haben, für die Passion 1900 die Bahn von Dampf auf Strom umzustellen. Eigens dafür wurde das Wasserkraftwerk Kammerl bei Saulgrub gebaut.

Aufgrund verschiedenster technischer Schwierigkeiten konnte die Bahn dann aber erst ab 1905 von Murnau nach Oberammergau elektrisch fahren, trotzdem ist diese Strecke weltweit die erste, die mit einphasigem Wechselstrom betrieben wurde und das Wasserkraftwerk Kammerl zählt heute deutschlandweit zu den bedeutendsten Denkmälern für erneuerbare Energien.

In Nähe ist jetzt der Spatenstich für das neue Wasserkraftwerk der Ammer-Loisach Energie GmbH an der Halbammer erfolgt. Die Ammer-Loisach Energie ist ein Zusammenschluss aus zehn Gemeinden (Bad Bayersoien, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Schwaigen, Eschenlohe, Grainau, Oberau, Ettal, Oberammergau, Unterammergau) und dem regionalen Energieversorger Energie Südbayern. Das Gelände für die neue Anlage stellen Bayerische Staatsforsten und die Gemeinde Saulgrub.

Wasserkraftwerke werden in Bayern nicht oft gebaut, obwohl sie ein Zukunftsthema mit langer Tradition sind. Der Geschäftsführer der Ammer-Loisach-Energie, Oberammergaus ehemaliger Bürgermeister, Arno Nunn, dankte dem Landratsamt Garmisch-Partenkirchen für die rasche Bearbeitung: „Dieses Kraftwerk dient dem Klimaschutz und der Wertschöpfung vor Ort, denn mit den Bauarbeiten werden regionale Firmen beauftragt."

Öko-Strom für 300 Haushalte

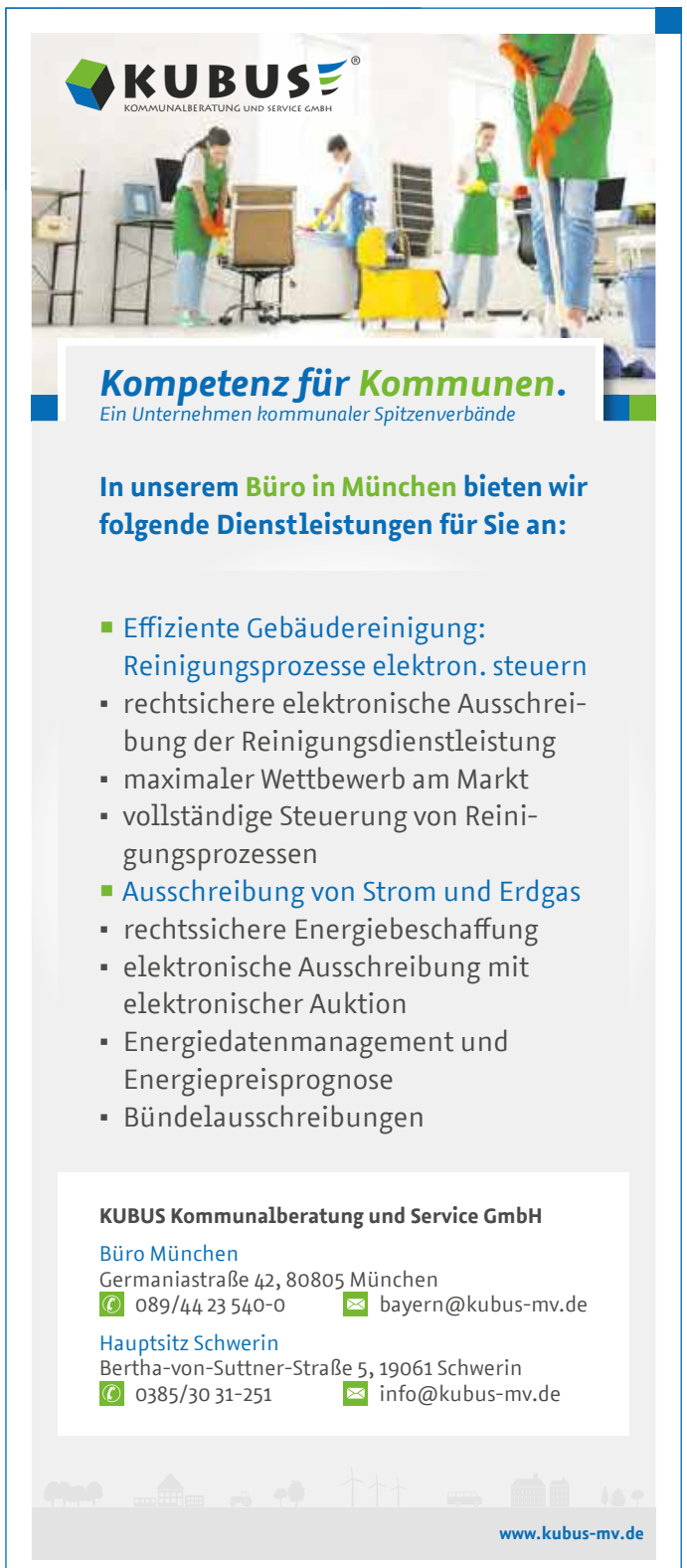
Nach Aussage von Geschäftsführer Jürgen Hitz werden die Bauarbeiten voraussichtlich Ende 2021 abgeschlossen sein. Das Kraftwerk soll dann mit einer Leistung von 135 KW jährlich etwa 500.000 KWh Ökostrom erzeugen – genug, um den Jahresverbrauch von etwa 300 Haushalten zu decken. Landrat Anton Speer wünschte dem Projekt den verdienten Erfolg und bekräftigte das Bekenntnis des Landkreises zur Wasserkraft: „Ca. 10 % der Energie im Landkreis wird mit Wasserkraft erzeugt und wir sind auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten."

Da die Halbammer wegen Hochwasserschutzmaßnahmen sowieso nicht durchgängig ist, hält sich der ökologische Eingriff in Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeit etwas ändern, müssten auch am Kraftwerk entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Technische Visionen und Synergieeffekte

Die Begeisterung für Energie aus Wasserkraft war bei den zahlreich anwesenden kommunalen Vertretern deutlich spürbar. Saulgrubs Bürgermeister, Rupert Speer, berichtete über technische Visionen, die das Ammertal schon früh beflügelten: „Als selbst in Berlin noch die Gaslaternen leuchteten, gab es im Bereich des Kraftwerks Kammerl schon elektrisches Licht."

Vom neuen Kraftwerk erhofft sich die Gemeinschaft jetzt Synergieeffekte. Mit dem e-ALOIS, dem eCarsharing-Programm der Ammer-Loisach Energie, sind erste Ideen, den klimafreundlichen und CO2-freien Strom zu nutzen, auch schon in der Umsetzung. **CH**



Neuer Rekordwert bei den Erneuerbaren im ersten Halbjahr 2020

Stromerzeugung im LEW Verteilnetzgebiet deckte rechnerisch zu 80 Prozent den Strombedarf
Zuwachs vor allem bei Photovoltaik / Rückgang des Stromverbrauchs im ersten Halbjahr

Einen Rekordwert bei der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien verzeichnete im ersten Halbjahr 2020 der Betreiber des regionalen Stromnetzes in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns, die LEW Verteilnetz GmbH (LVN): Die rund 79.000 ans Netz angeschlossenen Anlagen speisten zwischen Januar und Juni 2020 insgesamt rund 2,9 Milliarden Kilowattstunden Strom in das regionale Verteilnetz ein – ein neuer Rekordwert.

Zuwächse gab es vor allem bei der Stromerzeugung aus Photovoltaik. Weil im ersten Halbjahr 2020 gleichzeitig der Stromverbrauch der LVN Netzkunden zurückging, stieg der Deckungsbeitrag der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch der LVN-Netzkunden deutlich an: Rein rechnerisch deckten die ans LVN-Netz angeschlossenen Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu rund 80 Prozent den Strombedarf der ans Netz angeschlossenen Stromkunden – inklusive großer Betriebe mit hohem Stromverbrauch. Im Vorjahr lag der Wert bei rund 70 Prozent.

Weit über Bundesdurchschnitt

Bundesweit deckten die erneuerbaren Energien in den ersten sechs Monaten des Jahres laut aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes zu rund 52 Prozent den Stromverbrauch. Im Energiekonzept der Bundesregierung ist ein Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch von 80 Prozent für das Jahr 2050 vorgesehen.

Rechnerisch reicht die von den Anlagen am LVN-Netz erzeugte Strommenge um 2,3 Millionen Privathaushalte ein halbes Jahr mit Strom zu versorgen.

Wasserkraft und Photovoltaik

Wasserkraft und Photovoltaik haben mit je 36 Prozent den größten Anteil an der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie im LVN-Netz. Biomasse macht 22 Prozent aus, Windkraft rund 5 Prozent. Mit CO2-freier Grundlastfähigkeit bietet die heimische Wasserkraft natürlich zusätzliche Vorteile.

„Wir brauchen weiteren Ausbau der Erneuerbaren" „Durch die traditionell starke Wasserkraft steht die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in unserer Region seit jeher auf einer soliden Basis. In den vergangenen Jahren gab es vor allem bei der Photovoltaik enorme Zuwächse", sagt der für das Netzgeschäft zuständige LEW-Vorstand Dr. Markus Litpher. „Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, brauchen wir einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Hier kommt es entscheidend auf die richtigen Weichenstellungen durch die für diesen Herbst geplante Novelle des Erneuerbaren-Energien Gesetzes an." So begrüßt LEW bei der geplanten Gesetzesänderung, dass Anlagenbetreiber auch nach Auslaufen der auf 20 Jahre begrenzten Förderung (Post-EEG) weiterhin Strom direkt in das regionale Verteilnetz einspeisen können sollen.

Kritisch bewertet LEW Überlegungen, die Betreiber von Post-EEG-Anlagen bei Umstellung auf Eigenverbrauch zum Einbau eines Smart Meter zu verpflichten. Die damit einhergehenden Kosten gefährden einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen.

Hohe Investitionen in das regionale Verteilnetz

Das LVN-Netz umfasst rund 35.000 Kilometer Leitungen in Bayerisch-Schwaben und Teilen des westlichen Oberbayerns. Der Großteil der Investitionen der LEW-Gruppe fließt in Ausbau und Erneuerung dieses regionalen Stromnetzes. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2019 hat LEW seit 2010 rund 760 Millionen Euro in das LVN-Stromnetz investiert, allein 2019 rund 90 Millionen Euro. Rund 2.400 PV-Anlagen gingen im vergangenen Jahr neu an das regionale Verteilnetz. Mehr als die Hälfte dieser Anlagen wurde in Verbindung mit einem Batteriespeicher installiert. Insgesamt sind mittlerweile rund 5.000 Batteriespeicher an das Stromnetz der LEW-Gruppe angeschlossen.

Die LEW Verteilnetz GmbH sorgt als regionaler Verteilnetzbetreiber für einen zuverlässigen und sicheren Betrieb des Stromnetzes und gewährleistet einen diskriminierungsfreien Netzzugang. Das Netzgebiet der LEW Verteilnetz GmbH umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. Die LEW Verteilnetz GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Lechwerke AG (LEW). Weitere Informationen: www.lew-verteilnetz.de. ❒

Donauwörth testet Smart-City-Straßenbeleuchtung:

Internetsurfen und Elektroauto-Laden und am Laternenpfahl

LEW installiert LED-Straßenbeleuchtung mit integrierter Ladesäule und WLAN Access Point

Donauwörth. An drei Straßenbeleuchtungsmasten bieten LEW und die Stadt Donauwörth Elektromobilisten und Spontan-Internetsurfern ab sofort einen neuen Service an: Sie profitieren jetzt nicht mehr „nur" durch die Beleuchtung bei Nacht. Sie können die Masten auch nutzen, um ihr Elektrofahrzeug mit Strom zu versorgen und um mit Smartphone oder Tablet online zu gehen.

Die LEW entwickelten für das Smart-City-Projekt „iLamp" spezielle Multifunktionsmasten (Smart Poles), in die zusätzlich zur LED-Straßenbeleuchtung eine Stromtankstelle und ein WLAN Access Point integriert sind: Jeder der Multifunktionsmasten bietet eine Ladeleistung von bis zu 11 Kilowatt. Der Service lässt sich auf dem reservierten Parkplatz direkt davor mit fast jeder Ladekarte nutzen. Ein in mehreren Metern Höhe angebrachter LED-Ring zeigt dabei bereits aus der Entfernung an, ob die Ladestation frei oder besetzt ist.

Der öffentliche Internetzugang ist kostenfrei und ohne komplizierten Anmeldeprozess nutzbar. Zudem lassen sich die Smart Poles mit weiteren Sensorsystemen ausstatten – beispielsweise, um Verkehrsinformationen oder die lokale Lärm- und Feinstaubbelastung zu erfassen. Mit den Multifunktionsmasten will Donauwörth gemeinsam mit LEW und weiteren Partnern verschiedene Smart-City-Lösungen testen.

„Gerade in der Innenstadt ist der Platz knapp. Die Multifunktionsleuchten bieten uns hier einen hohen Mehrwert. Wir können nun Lademöglichkeiten für Elektroautos schaffen, ohne zusätzlichen Raum zu belegen", sagt der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorré.
Informationen: www.lew.de ❒

Kraftwerk Neuötting:

Beidseitige Fischwanderung möglich

Neuötting/Töging. Seit 2013 besitzt das Kraftwerk Neuötting an der linken Kraftwerksseite eine Fischwanderhilfe. Ende 2019 wurde mit der Errichtung einer weiteren Umgehungsmöglichkeit auf der rechten Seite begonnen. Das neue, 3,6 km lange Umgehungsgewässer ist inzwischen weitgehend fertig. Die Ergebnisse des Probebetriebs sind positiv und vielversprechend. Auch bei Spaziergängerinnen und Spaziergängern erfreut sich das neu gestaltete Gewässer großer Beliebtheit.

Das neue, zusätzliche Umgehungsgewässer besteht aus einem technischen Bauwerk zur Dammdurchdringung und mehreren Durchlässen. Zentraler Bestandteil ist der naturnahe Bachlauf, der die bestehenden Gräben von Fischbach und eines Teils des Mörnbaches strukturell aufwertet. Zudem dient er der Durchgängigkeit für Innfische. Vor allem der Mündungsbereich in den Inn konnte in der Aue in ein Kiesbett gelegt werden, was für zusätzlichen Lebensraum sorgt. Ziel des Gesamtvorhabens ist nicht nur die weitere Verbesserung der Durchgängigkeit des Gewässers für Huchen, Äschen, Barben und Nasen, sondern auch die Erschließung neuer Lebensräume für die Innfische.

Auch bei Spaziergängern beliebt

Neben der reinen Aufwertung der bestehenden Gewässer durch Störsteine, Wurzelstöcke, und weitere Elemente der Gestaltung von Gewässern wurden mehrere Kleingewässer neu errichtet, um neben Jungfischen auch Amphibien und Libellen einen neuen Lebensraum in der ausgedeichten Aue anzubieten. Diese Komponenten sind wichtig da der sommerkalte Inn für viele Kleinfische nur schlechte Lebensbedingungen zum Wachsen bietet. Die Maßnahmen wurden in enger Koordination mit den Behörden und Fachplanern entwickelt. In die Umsetzung haben die VERBUND Innkraftwerke rund 1,6 Mio. Euro investiert.

Der Probebetrieb hat gezeigt, dass das neu angelegte Umgehungsgewässer auch bei den Menschen positiven Anklang findet. Damit ist ein weiteres Ziel erreicht, das die Erlebbarkeit und Zugänglichkeit betrifft. Spaziergängerinnen und Spaziergänger werden jedoch darum ersucht, Rücksicht auf die aufkommende Vegetation zu nehmen und Jungpflanzen nicht zu schädigen oder gar zu entfernen. Zudem warnen die VERBUND Innkraftwerke davor, die Gefahren am und im Wasser zu unterschätzen. Auch wenn ein Fließgewässer einen beschaulichen Eindruck vermittelt, von Strömungen, Steinen und Treibgut kann eine erhebliche Gefahr ausgehen.

Gesamtkonzept Ökologie und Wasserkraft

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH hat sich im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern verpflichtet, ökologische Verbesserungen in den Staugebieten am Inn umzusetzen. In dieser Vereinbarung mit dem Freistaat hat sich der Wasserkraftbetreiber verpflichtet auch die ökologische Durchgängigkeit (Fischtreppen oder Umgehungsgewässer) am Inn zwischen Rosenheim und Stammham entsprechend dem Ziel der der EU – Wasserrahmenrichtlinie vorzuziehen und umzusetzen. Darüber hinaus wurden weitere Themen z.B. aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie identifiziert, die zu wesentlichen Verbesserungen für die Fischfauna aber auch der Gesamtökologie führen sollen. Im Rahmen von Projekten werden in enger Abstimmung mit den Fachbehörden, Reg. von Oberbayern, Verbänden und Fischereivereinen Konzepte entwickelt und konkrete Maßnahmen zeitnah umgesetzt. Bis 2027 sollen am bayerischen Inn rund 85 Mio. Euro investiert werden. ❒

Umfrageergebnisse des Deutschen Landkreistags:

Erneuerbare Energien in den Landkreisen

Auf der kommunalen Ebene sind die 294 Landkreise mit ihren rund 56 Mio. Einwohnern bereit, ihren Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele beizutragen. Dass viele Landkreise beim Klimaschutz und bei der Nutzung erneuerbarer Energien aktiv vorangehen, belegen die in einer neuen Publikation des Deutschen Landkreistags dargestellten Ergebnisse einer Umfrage, die der Verband mit großer Resonanz durchgeführt hat.

Demnach werden in den Landkreisen erneuerbare Energien in verschiedenen Formen genutzt. Gerade in ländlichen Räumen ist die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen von besonderer Bedeutung. Viele Landkreise haben Energiekonzepte entwickelt, in denen unter Rückgriff auf erneuerbare Energien sowie mittels verstärkter Bemühungen für einen sparsamen und ressourcenschonenden Umgang mit Energie das Ziel einer weitgehenden Versorgungsautonomie für das Kreisgebiet angestrebt wird.

Bis 2030 sollen gemäß dem Ziel der Bundesregierung 65 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden, um die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. In der Umfrage des Deutschen Landkreistages sahen mit Blick auf das Ausbauziel die Kreisverwaltungen noch vielfältiges Potenzial für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Kreisgebiet. Auch wenn jetzt schon die Solarenergie in den Landkreisen praktisch flächendeckend genutzt wird, sehen 96 % der Landkreise insbesondere hier noch das größte Ausbaupotenzial. Auch in Bezug auf Erdwärme und Windkraft werden von 72 % bzw. 61 % der Kreisverwaltungen noch Potenziale gesehen. Für den Ausbau der Bioenergienutzung sieht knapp der Hälfte (48 %) der teilnehmenden Kreisverwaltungen noch Potenzial.

Unabhängig von der möglichen Wertschöpfung bedeutet der Ausbau der erneuerbaren Energien für die ländlichen Räume oftmals zugleich eine Belastung. Während die Städte mit „sauberem Strom“ versorgt werden, wirken sich die vor allem im ländlichen Raum befindlichen Windkraft- und Solarparks sowie Bioenergieanlagen nicht nur auf Natur und Landschaftsbild aus, sondern können abhängig vom Anlagentyp auch durch Emissionen die Anwohner belasten. Ebenso werden die zum Transport des regenerativ erzeugten Stroms erforderlichen Übertragungsleitungen vor allem in den ländlichen Räumen errichtet.

Entwicklungschancen der ländlichen Räume wahren

Um diese Belastungen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Land-Stadt-Verhältnis auszugleichen, sprechen sich in der Umfrage 92 % der Kreisverwaltungen für Maßnahmen zur Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse aus. Solche Maßnahmen z. B. in den Bereichen digitale Infrastruktur, ÖPNV oder medizinische Versorgung zielen generell darauf ab, die Entwicklungschancen der ländlichen Räume zu wahren. Einen unmittelbaren Vorteil würden die betroffenen Kommunen aus den Erneuerbare-Energien-Anlagen ziehen, wenn sie an den Vorhaben stärker finanziell beteiligt würden, was 63 % der Kreise anregen. Ähnlich viele Landkreise sprechen sich dafür aus, den Klimaschutz in den ländlichen Räumen stärker zu fördern und im städtischen Bereich den Ausbau von Dachflächen-Photovoltaik-Anlagen zu intensivieren, um dort den „sauberen Strom“ direkt vor Ort zu erzeugen.

In der Umfrage des Deutschen Landkreistages haben 8 % der Kreisverwaltungen angegeben, dass im jeweiligen Kreisgebiet bislang keine Windkraftanlagen errichtet wurden. Dagegen sind in der überwiegenden Zahl der Landkreise in unterschiedlichem Umfang Windkraftanlagen errichtet worden. Die Kreisverwaltungen führen in den Ländern regelmäßig die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen durch, so dass sie nicht nur mit deren Wertschöpfungs-, sondern auch mit deren Konfliktpotenzial gut vertraut sind.

Konfliktpotenzial bei Windkraftanlagen

Fast alle Kreisverwaltungen geben in Bezug auf die bereits bestehenden sowie die geplanten Windkraftanlagen an, dass es vor Ort zu Konflikten kommt. In 86 % der Landkreise kommt es demnach zu Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Arten- und Naturschutz. In 81 % bzw. 80 % der Landkreise entzünden sich die Konflikte an der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Windkraftanlagen bzw. an deren Abständen zur Wohnbebauung. Vor diesem Hintergrund wird die generelle Akzeptanz im Kreisgebiet für die Errichtung (weiterer) Windkraftanlagen von den Kreisverwaltungen am häufigsten als „eher gering“ (38 %) bzw. „mittel“ (34 %) eingeschätzt. Gefragt nach Maßnahmen, die geeignet sind, die Akzeptanz von Windkraftanlagen zu fördern, nennen 78 % der Kreisverwaltungen die Stärkung von Bürgerenergieprojekten.

Wenn die Bürger vor Ort eine Genossenschaft gründen, um Erneuerbare-Energien-Projekte umzusetzen und zu betreiben, schafft dies nicht nur regionale Wertschöpfung, sondern bietet auch die Möglichkeit zur bürgerschaftlichen Mitbestimmung. 70 % der Kreisverwaltungen halten daneben eine stärkere finanzielle Beteiligung der betroffenen Gemeinden für zielführend, um die Akzeptanz vor Ort zu steigern.

In 87 % der Landkreise wurden bereits Photovoltaik-Freiflächenanlagen (Solarparks) in unterschiedlicher Anzahl errichtet. Diese Anlagen befinden sich nicht auf oder an Gebäuden, sondern z. B. auf versiegelten Flächen, entlang von Autobahnen oder Schienenwegen, auf Konversionsflächen und – unter bestimmten Umständen – auch auf Acker- oder Grünland. Den Kreisverwaltungen obliegt in der Regel die Genehmigung entsprechender Vorhaben.

Am häufigsten kommt es im Zusammenhang mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen laut den Kreisverwaltungen zu Konflikten um die Flächenverfügbarkeit. Während dies 61 % der Landkreise betrifft, geben 50 % der Kreisverwaltungen an, dass die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes für Auseinandersetzungen sorgt. Der Arten- und Naturschutz sowie der Abstand zur Wohnbebauung sorgen dagegen – anders als bei Windkraftanlagen – in deutlich geringerem Umfang für Konflikte.

Die generelle Akzeptanz für (weitere) Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Kreisgebiet wird von den Kreisverwaltungen am häufigsten als „mittel“ (46 %) bzw. „eher hoch“ (36 %) eingeschätzt. **DK**

Energiewende Oberland:

Solarstrompreis für Schwabsoien, Penzberg und Weilheim

Kommunen, die im vergangenen Jahr in besonderer Weise beim Ausbau der Stromerzeugung durch Sonnenenergie überzeugt haben, sind von der Energiewende Oberland (EWO) ausgezeichnet worden. Die Preisträger Schwabsoien, Penzberg und Weilheim kommen allesamt aus dem Landkreis Weilheim-Schongau.

Den Preis der EWO erhalten Kommunen, in denen im Vorjahr am meisten Photovoltaik-Leistung zugebaut wurde. Er soll ein Anreiz sein, die Installation weiterer Anlagen zu fördern. Zum Beispiel auch für alle, die E-Radl oder E-Auto fahren und den Strom direkt vom eigenen Dach oder Balkonkraftwerk beziehen wollen.

Datengrundlage für den Solarstrompreis im Oberland sind die Meldungen an die Bundesnetzagentur, bei der alle neu errichteten Anlagen angegeben werden müssen. Um die Preisträger-Kommunen zu ermitteln, wertet die Fachgruppe Solarenergie der EWO jährlich die installierten PV-Anlagen in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau aus.

In Schwabsoien sind vergangenes Jahr insgesamt knapp 11 MWp dazugekommen. Davon stammen allein 10 MWp aus einer großen Freiflächenanlage, die von Landwirten bei Sachsenried gebaut wurde und aus circa 36.000 Photovoltaikmodulen besteht. Die übrigen 900 kWp werden von zwei großen Anlagen mit rund 750 und 85 kWp sowie einigen kleineren Anlagen erbracht. Die neu errichteten Anlagen erzeugen in Schwabsoien so viel Strom, wie ungefähr 2.725 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr verbrauchen.

In Penzberg wurden 37 PV-Anlagen mit gut 1.000 kWp gebaut. Die beiden größten davon leisten etwa 300 und 270 kWp. Die breite Streuung der restlichen Leistung auf 35 kleinere Anlagen zeige, dass immer mehr Menschen wissen, dass Strom aus Sonnenlicht die umweltfreundlichste Art der Stromerzeugung ist, so die EWO. Die neuen Anlagen können rund 250 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr versorgen.

Auch in Weilheim verteilt sich die Gesamtleitung von rund 700 kWp auf viele, nämlich 30 kleine Anlagen und zwei größere Einheiten mit circa 230 und 160 kW. Die Anlagen liefern klimafreundlichen Strom für rund 175 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr.

Insgesamt erreichten die vier Landkreise im EWO-Gebiet 2019 einen Neubau von etwa 750 Anlagen mit 22.500 kWp Photovoltaik-Gesamtleistung, nach 14.500 kWp im Jahr 2018. Aus Sicht von Walter Weiss von der Fachgruppe Solarenergie der EWO „ist die Beschleunigung beim Ausbau im Oberland für den Klimaschutz erfreulich. Und sie weist auch auf das oft weitsichtige und zukunftsgewandte Denken lokaler Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte hin.“ **DK**

Hohe Nachfrage nach Energieberatung

Verbraucherzentrale berät deutlich häufiger zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz im Gebäudesektor

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale Bayern ist derzeit stärker nachgefragt als jemals zuvor, in ihrer über vierzigjährigen Geschichte. Im ersten Halbjahr 2020 haben sich rund 15.000 Bürger und Bürgerinnen mit Anliegen zum Energiesparen oder energetischen Sanieren an einen Energieberater der Verbraucherzentrale Bayern gewandt. Dies entspricht einer Steigerung von 35 Prozent zum Vorjahr und einer Steigerung von 65 Prozent zum Jahr 2018. Besonders hoch ist der Andrang im Raum München, im Oberland, in Unterfranken und im Allgäu. Die Experten beantworten die Fragen telefonisch, per E-Mail, persönlich an einem der 140 Beratungsstandorte oder vor Ort in der Immobilie.

Laut einer Erhebung des Handelsverbands Heimwerken, Bauen und Garten (BHB) waren in den Baumärkten Baumaterial, Bauchemie sowie Anstrichmittel und Malerzubehör sehr gefragt. „Die pandemiebedingten Ausgangsbeschränkungen haben offenbar dazu geführt, dass sich mehr Menschen mit ihren Gebäuden und deren Sanierungspotential beschäftigen“, so die Verbraucherzentrale Bayern.

Bessere Förderkonditionen

Auch die verbesserten Förderkonditionen des Programms zum energieeffizienten Bauen und Sanieren (EBS) des Bundes dürften die Nachfrage nach Energieberatung gestärkt haben. Im ersten Halbjahr 2020 wurden in den EBS-Programmen bundesweit Kredite und Zuschüsse in Höhe von insgesamt 14,5 Milliarden Euro zugesagt.

Das zum Jahresbeginn 2020 novellierte Marktanreizprogramm (MAP) mit Zuschüssen für das Heizen mit erneuerbaren Energien wird ebenfalls stark nachgefragt. Bundesweit sind 130.697 Anträge auf Förderung einer neuen Heizungsanlage in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 beim zuständigen BAFA eingegangen. Auch die neu eingeführte Öl-Austauschprämie wird von den Verbrauchern gut angenommen.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Beratungsthemen wider, die Ratsuchende mit den Energieberatern besprechen wollen. Im Mittelpunkt stehen der Heizungstausch, die Dämmung der Gebäudehülle, der Einsatz erneuerbarer Energien bei der Wärme- und Stromerzeugung sowie die entsprechenden Förderungen.

Online-Vorträge als neues beliebtes Format

Seit Beginn der Covid19-Pandemie hat die Verbraucherzentrale Bayern ihr Angebot an Online-Vorträgen stark ausgebaut. Mehrmals monatlich können Interessierte über das Internet kostenlos an einem Vortrag eines Energieberaters teilnehmen und Fragen zu dem jeweiligen Thema stellen.

Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich ein Energieberatungsangebot in ihrer Nähe. Die Verbraucherzentrale Bayern kooperiert mit Kommunen, um vor Ort eine neutrale und unabhängige Energieberatung anzubieten. Sie stellt die Struktur für die Beratung zur Verfügung und koordiniert die Terminvereinbarung sowie die Abrechnung Ein qualifizierter und ortskundiger Energieberater führt die Beratung durch. Zur Bewerbung des Angebots werden Broschüren und Marketingmaterialien zu sämtlichen Aspekten des Energiesparens und energetischen Sanierens zur Verfügung gestellt und bei Bedarf lokal adaptiert. Finanziert wird dies vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Energieberater zur Verstärkung gesucht

Landesweit sind derzeit 150 Energieberater für die Verbraucherzentrale Bayern auf Honorarbasis tätig. Sie haben als Architekten, Ingenieure oder Techniker eine qualifizierte Ausbildung und Praxiserfahrung in sämtlichen Gebieten der Energieeffizienz. Voraussetzung sind mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in der Energieberatung von privaten Haushalten. Die Verbraucherzentrale Bayern hat das wirtschaftliche Interesse und Potenzial des jeweiligen Ratsuchenden im Blick. Aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage werden neue Fachleute in das Netzwerk aufgenommen.

Interessenten können sich per E-Mail an berater@vz-energie.de wenden. ❐



GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Markt Altdorf (Landkreis Landshut), 11.200 Einwohner
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2020
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
…die Möglichkeit den Ort, in dem man aufgewachsen ist, selbst zu gestalten
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich wurde 2014 in den Marktgemeinderat gewählt und konnte mich seit dem intensiv mit den Problemen und Chancen meiner Marktgemeinde auseinandergesetzen.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Für mich persönlich in der Einarbeitung in das Tagesgeschäft. Ich war vorher in einem Planungsbüro für Freianlagen angestellt, da ist der Sprung in die Leitung einer öffentlichen Verwaltung dann doch ein großer Schritt.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
• Hochwasserschutz innerorts herstellen, um eine Nachverdichtung zu ermöglichen
• Energiewende vor Ort umsetzen: Nahwärmenetze ausbauen
• Personalmangel in den Kindertageseinrichtungen bewältigen, um ausreichend Plätze bereitzustellen



Sebastian Stanglmaier
Erster Bürgermeister in Markt Altdorf

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Mit der strategischen Entwicklung unseres Marktes in allen Bereichen: städtebaulich, sozial, kulturell, wirtschaftlich. Hierzu ist im Herbst ein Klausurwochenende mit dem Marktgemeinderat geplant.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
…den gebe ich gerne, wenn ich auf die ersten Amtsjahre zurückblicke.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Innerhalb des Rathauses versuche ich flache Hierarchien zu leben, um einen Draht zu allen Mitarbeitern zu haben.
In den Wochen zwischen den Ratssitzungen finden Besprechungen mit den Fraktionssprechern und stellvertretenden Bürgermeisterinnen statt.
Zur Bürgerinformation nutze ich unser monatliches Infoblatt, die Homepage und soziale Medien.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Bürgerbeteiligung und -information kann und muss auch online angeboten werden. Wichtig ist hier eine nutzerfreundliche Aufbereitung.
Für die Arbeit in den politischen Gremien erleichtert unser Ratsinformationssystem die Bereitstellung der Sitzungsunterlagen.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Tue Recht und scheue niemand.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Darüber mache ich mir mit 32 noch keine Gedanken :-) ❐

Besondere Auszeichnung für das Landratsamt Donau-Ries:

Familiengerechte Arbeitspolitik

Das Landratsamt Donau-Ries ist für seine langjährige, familiengerechte und lebensphasenorientierte Personalpolitik besonders ausgezeichnet worden. So wurden die langjährigen Bemühungen zur stetigen Verbesserung der familiengerechten Arbeitsbedingungen mit dem nun dauerhaften Zertifikat zum „auditberufundfamilie“ der Hertie-Stiftung gewürdigt.

Erstmals in seiner 22-jährigen Geschichte fand die Auszeichnung im Rahmen eines ZertifikatsOnline-Events statt. Während dieses Events durfte der Personalleiter des Landratsamtes, Andreas Seifert die Auszeichnung von der Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey, die die Schirmherrschaft über das audit trägt, in Empfang nehmen.

Seifert freute sich sehr, dass die vielfältigen Bemühungen und Aktionen der letzten Jahre nun dazu geführt haben, dass man als eines der ganz wenigen Landratsämter in Deutschland nun dauerhaft zertifiziert ist. Dadurch steigt die Attraktivität als Arbeitgeber und natürlich ist es auch eine ehrliche und motivierende Bestätigung des Arbeitskreises „Audit Beruf und Familie“, der sich regelmäßig im Landratsamt trifft und berät, welche weiteren Aktionen für eine bessere Vereinbarkeit umsetzbar sind.

Lebensphasenorientierte Familienpolitik

Sehr stolz und mit großer Freude hat auch Landrat Stefan Rößle auf die dauerhafte Zertifizierung reagiert. War er es doch, der bereits zum Antritt seiner ersten Amtsperiode im Jahr 2002 die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als oberstes Ziel im Landratsamt verankert hat.

Seither sind unzählig viele Veränderungen hin zu einer lebensphasenorientierten Familienpolitik umgesetzt worden. So profitieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes von flexiblen Arbeitszeiten, von einem großzügigen Home-Office-Angebot, von großzügigen und persönlichkeitsfördernden Fortbildungsprogrammen und von mehr als 100 verschiedenen Arbeitszeitmodellen aus denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das für sie passende auswählen können.

Pflege von Angehörigen

Zunehmend nimmt auch das Thema Pflege von Angehörigen immer mehr Bedeutung ein. Auch hier bemüht sich der Arbeitgeber Landratsamt, dass immer großzügig geprüft wird, wo den Mitarbeitern unbürokratisch und schnell geholfen werden kann. Seit einigen Jahren ergänzt ein eigenes internes Gesundheitsmanagement mit vielen Aktionen und Vorträgen das umfangreiche Angebot. Besonders stolz ist Rößle über die fest verankerten Aktivitäten, wie z.B. den Kindermitbringtag der jedes Jahr angeboten wird oder den Gesundheitstag, den es alle zwei Jahre gibt.

Neue Familienbeauftragte

Mit der Übergabe des Zertifikates an den Landrat konnte fast zeitgleich auch die neue Familienbeauftragte des Landkreises Donau-Ries, Ursula Leinfelder, begrüßt werden. Leinfelder ist Dipl.-Kommunikationswirtin und hat langjährige Erfahrungen in den Bereichen Marketing und Projektarbeit. Als Führungskraft und Mutter hat sie bereits Erfahrungen gesammelt, wo die Vereinbarkeit hilft und wo diese noch zu wünschen übriglässt. ❐



Unser Bild zeigt v.l.: Landrat Stefan Rößle, Familienbeauftragte Ursula Leinfelder und Personalleiter Andreas Seifert alle Landratsamt Donau-Ries
Bild: Simon Kapfer/Landratsamt Donau-Ries

Digitale Geodaten in der Stadt- und Regionalentwicklung

Gemeinsamer Workshop zwischen der Landeshauptstadt München und der NordAllianz

Im Bürgerhaus Unterföhring fand ein Workshop zwischen Vertreterinnen und Vertretern der NordAllianz und der Landeshauptstadt München statt. Dabei ging es um das Förderprojekt ‚Digitaler Zwilling‘: Seit Beginn des Jahres 2019 entsteht in München ein virtuelles Abbild der Stadt. Dies bedeutet, dass alle Daten über die Systeme der Stadt innerhalb einer digitalen Landkarte gesammelt werden, mit dem Ziel, diese Informationen gebündelt zu visualisieren.

Als digitale Kopie der realen Stadt bzw. der Region kann ein digitaler Zwilling auch Modelle oder Simulationen enthalten, so dass zum Beispiel Änderungen an der Verkehrsführung erst digital getestet werden können, bevor man diese real in die Tat umsetzt. Dies spart Zeit und Aufwand. Voraussetzung für das digitale Abbild ist eine umfassende Datenbasis, diese wird in München im GeoPortal München (https://geoportal.muenchen.de) gesammelt, welches auf einer Open Source-Software basiert, die bereits in mehr als 20 Kommunen in Deutschland erfolgreich genutzt und in einer gemeinsamen Kooperation weiterentwickelt wird.

Geodatensammlung in Stadt und Umland

Die Sammlung von urbanen Daten findet am besten auch über die Grenzen der Stadt hinaus statt, da beispielsweise Verkehrsströme ja nicht an der Stadtgrenze enden, sondern bis in das Umland hineinreichen. Gerade in München ist die Stadt mit dem Umland eng verflochten und die städtebaulichen Herausforderungen wie die Lenkung des Verkehrs oder die Verbesserung von Radwegen sind Fragestellungen, die in der Stadt und in den angrenzenden Landkreisen gleichermaßen und nur im Austausch miteinander gelöst werden können.

Der Workshop stand unter dem Ziel, gemeinsame Anwendungsfälle für die NordAllianz und die Landeshauptstadt im Rahmen des ‚Digitalen Zwilling‘ zu definieren. Zunächst präsentierte Projektleiter Markus Mohl (GeodatenService München, Kommunalreferat) die Eigenschaften des Münchener GeoPortal, anschließend fand ein reger Austausch über die Verwendungsmöglichkeiten des Portals in der NordAllianz zwischen allen Teilnehmenden statt. Die Vertreterinnen und Vertreter aus den NordAllianz Kommunen aus verschiedensten Fachabteilungen wie beispielsweise der Wirtschaftsförderung, den Umwelt- oder Bauabteilungen definierten gemeinsam zahlreiche mögliche Anwendungsfälle, sogenannte ‚Use cases‘, wie das GeoPortal für die NordAllianz genutzt werden könnte.

Anwendungsfall: Straßenzustandsanalyse

Ein wichtiger Anwendungsfall, der bei vielen Teilnehmenden Anklang fand, war beispielweise der Vorschlag von Garchings Erstem Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, der die gemeinsame Durchführung einer Straßenzustandsanalyse vorschlug. Ein weiterer Vorschlag, der auf Zustimmung bei allen Anwesenden stieß, war die Bündelung unterschiedlicher Quellen der Verkehrsmessung in der Region. Hier sind bereits viele Daten vorhanden, jedoch nicht an einer gebündelten Stelle, was die Auswertung der Verkehrssituation für die Kommunen oftmals erschwert. Alle definierten Vorschläge der Teilnehmenden werden nun im Nachgang gebündelt und in einem Bericht aufgearbeitet. Dieser soll dann dem NordAllianz-Gremium in Gänze vorgestellt werden, mit dem finalen Ziel, auch entsprechende Umsetzungsmaßnahmen anzustoßen. ❐

Einmaliges Projekt:

Wolframs-Eschenbach eröffnet Stadtbäckerei

In Wolframs-Eschenbach (Landkreis Ansbach) ist eine Stadtbäckerei eröffnet worden. Dabei handelt es sich um ein einmaliges Projekt, nämlich die erste kommunale Bäckerei Bayerns.

Nach Informationen von br24.de war von 1598 bis Mitte 2018 hier durchgehend Betrieb. Als 2016 der alte Bäckermeister aufhörte, übernahm ein Filialist die Bäckerei. Nach nur zwei Jahren war allerdings Schluss, da Personal fehlte. Weil sich in der Folge kein Ersatz fand, beschloss Bürgermeister Michael Dörr, selbst aktiv zu werden. Eine Bäckerei sei schließlich wichtig für die Belebung der Innenstadt. Diese sollte fortan von der Stadt geführt werden.

Stärkung der regionalen Wirtschaft

Das Genehmigungsverfahren und Renovierungsarbeiten folgten. Dafür wurde eine städtische Firma gegründet und 50.000 Euro in die Hand genommen. Handwerker aus dem Umkreis und der Bauhof der Stadt halfen bei der Renovierung.

Gemeinsam mit dem Sozialunternehmen Diakoneo erarbeitete der Rathauschef ein Konzept mit Anlieferung von Waren und Teiglingen. Drei Fachverkäuferinnen wurden angestellt und sind nun montags bis samstags im renovierten Gebäude der aufgegebenen Bäckerei im Dienst. Die Bäckerei liefert dem gegenüberliegenden Metzger Brötchen, dafür bezieht diese für den baldigen „Frühstückstisch“ Wurst von ihm. Angeboten werden ausschließlich Waren aus der Region. Geht es nach Bürgermeister Dörr, sollen sich die Geschäfte in Wolframs-Eschenbach nämlich gegenseitig stärken und unterstützen. **DK**

Kulturstiftung des Bundes fördert Stadtbibliothek Kempten:

Lebendige Bibliothek für Nature Writing

Ob neue Medien-Angebote, Ausbau des bibliothekspädagogischen Konzeptes oder Online-Dienste: Die Stadtbibliothek Kempten hat sich in den letzten Jahren immer mehr von einem Ort des Lesens und der Ausleihe von Büchern zu einer modernen Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtung entwickelt.

Nun gehen die Verantwortlichen mit „Lebendige Bibliothek für Nature Writing“ neue Aufgaben an. Mit diesem Projekt knüpfen sie an die Tradition des Nature Writing an, ein literarisches Genre, das Naturbeschreibungen mit philosophischen und persönlichen Betrachtungen zur Natur verbindet und dessen Wurzeln in die Naturwissenschaften des 18. Jahrhunderts zurückreichen. Mit visuellen, auditiven, digitalen, sozialen und kinästhetischen Impulsen will die Bibliothek dabei alle Interessierten inspirieren, die eigene Umwelt neu wahrzunehmen.

Oberbürgermeister Thomas Kiechle freut sich sehr, dass mit diesem Projekt die Stadtbibliothek als partizipativer Raum in der Stadtgesellschaft verankert wird und „innovative Konzepte und Ideen, die hier in Kempten entwickelt werden, als Modellprojekt bundesweit in andere Bibliotheken getragen werden.“

Eines von 28 Projekten

Die „Lebendige Bibliothek für Nature Writing“ ist eines von bundesweit 28 Projekten, die die Kulturstiftung des Bundes im Fonds „hochdrei – Stadtbibliotheken verändern“ fördert. Ausführliche Informationen zu allen geförderten Projekten unter www.kulturstiftung-bund.de/hochdrei. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Von A wie Ankunft bis Z wie Zukunft

Landkreis München legt ein umfassendes Integrationskonzept vor

Es ist keine einfache Entscheidung, das Heimatland zu verlassen. Wie lange es dauert, im neuen Zuhause und dem ungewohnten Umfeld anzukommen, hängt nicht nur davon ab, wie gut sich Einzelne auf die neue Kultur einlassen, sondern auch davon, wie sie in der neuen Wahlheimat in die Gesellschaft aufgenommen werden. Um das Ankommen und Aufnehmen zu erleichtern, hat der Landkreis München nun erstmals ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt. Die Maßnahmen richten sich gleichermaßen an Zugewanderte wie Eingesessene.

Rund 69.000 Menschen aus 173 Nationen leben aktuell im Landkreis München. Sie verfügen über vielfältige persönliche Voraussetzungen, unterschiedliches Bildungsniveau und verschiedensten kulturellen Hintergrund. Vieles haben sie jedoch gemeinsam: Ob aus Osteuropa, Afrika oder Österreich, ob Pflegekraft, Ingenieur oder Gastprofessorin – sie alle suchen vorübergehend oder dauerhaft Anschluss an die Gesellschaft und wollen zugleich die eigenen Traditionen bewahren. Darüber hinaus stehen alle gleichermaßen vor der Herausforderung, sich im vielschichtigen Netz des deutschen Behörden- und Sozialsystems zurechtzufinden.

Mit dem vorgelegten Konzept will der Landkreis München allen Beteiligten Leitlinien an die Hand geben, damit Integration auf allen Seiten nachhaltig und langfristig gelingen kann.

Über 90 Maßnahmen für gelingende Integration

Das Integrationskonzept soll aus dem Ausland zugewanderten Menschen die gleiche Chance zur Teilhabe am Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Gleichzeitig soll es dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen und durch politische Partizipation die Demokratie zu stärken. Dafür wurden insgesamt 91 praktische, messbare und an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Maßnahmen entwickelt, die sich an alle Teile der Gesellschaft richten. Denn das zugrunde liegende Integrationsverständnis setzt eine Veränderungsbereitschaft und gegenseitige Anerkennung sowohl auf Seiten der Einwandernden als auch der aufnehmenden Gesellschaft voraus. Im Fokus des Konzepts steht darum nicht der Umgang mit tatsächlichen oder gefühlten Unterschieden, sondern die zahlreichen Potenziale und Chancen, die eine vielfältige Gesellschaft mit unterschiedlichen Stärken und verschiedensten Prägungen bietet.

Handlungsfelder

Sechs Handlungsfelder aus unterschiedlichen Bereichen des Lebens und der Arbeit wurden dafür festgelegt. Die Maßnahmen erstrecken sich auf die Bereiche Arbeit, Bildung, Interkulturelle Öffnung, Sprache, Teilhabe und Öffentlichkeitsarbeit und reichen von Unterstützung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern über Berufsorientierung und -vorbereitung, die Weiterentwicklung des Sprachkurssystems bis hin zur Förderung der öffentlichen Abbildung von Vielfalt und kultureller Diversität im Alltag.

Ergänzt werden die Maßnahmen des Integrationskonzepts durch ein ansprechend gestaltetes Themendossier, das mit aussagekräftigen Grafiken und Statistiken die Empfehlungen des Konzepts untermauert. „Letztendlich liegt es an uns allen, das vorliegende Konzept nun auch mit Leben zu füllen, den Prozess aktiv zu gestalten und dafür zu sorgen, dass wir für die Zukunft bestmöglich aufgestellt sind. Vielfalt kann anstrengend und fordernd sein, birgt aber große Potenziale; es lassen sich etliche Beispiele gelungenen Zusammenlebens im Landkreis München finden. Jetzt ist es unsere gemeinsame Aufgabe – von Einheimischen wie von Zugewanderten –, diesen Prozess in die Breite zu tragen und das Beispiel zur Regel werden zu lassen“, so Landrat Christoph Göbel.

Das nun vorgelegte Integrationskonzept ist das Ergebnis von gut drei Jahren intensiver Arbeit. Zum Auftakt wurden 2017 in einem verwaltungsinternen Workshop im Landratsamt zu diesem Zeitpunkt bereits vorhandene Maßnahmen und Ansätze gesammelt und bewertet sowie weitere Handlungsfelder identifiziert. Im weiteren Jahresverlauf fanden dann zwei Integrationskonferenzen mit rund 400 Akteuren statt, darunter Mandatsträger sowie Rathausmitarbeiter aus den 29 Städten und Gemeinden des Landkreises, Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Polizei, Feuerwehr, aus dem medizinischen Bereich, der Agentur für Arbeit und der IHK, zudem Unternehmer, Verantwortliche aus Vereinen und Mitglieder der Asyl-Helferkreise.

Arbeitsleitfaden

Die zahlreichen Anregungen, Ideen und Wünsche wurden im Anschluss nach thematischen Handlungsfeldern gegliedert und mit konkreten Empfehlungen, Maßnahmen und Zielsetzungen versehen. Entstanden ist Arbeitsleitfaden, der ab sofort die Grundlage für kontinuierliches Integrationsmanagement im Landkreis München bilden wird. Auch ein kontinuierliches kommunales Integrations-Monitoring soll unter Einbezug aller relevanten Akteure aufgebaut werden. Eine erste Zwischenbilanz soll es nach drei Jahren geben.

Das Integrationskonzept sowie das dazugehörige Themendossier stehen unter https://www.landkreis-muenchen.de/themen/auslaenderrecht-und integration/integration/integrationskonzept/ zum Herunterladen bereit. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Na, jetzt sind wir Bayern ja mal wieder in einem wichtigen Bereich an der Bildungsspitze in Deutschland, wie zu den besten Zeiten von Maier, Zehetmair und Hohlmeier. In Sachen berufliche Bildung macht uns nicht einmal Sachsen und Thüringen was vor.“ Mein Chef, der Bürgermeister, weiß um die Bedeutung beruflicher Bildung. Wir als Stadt bilden selbst dual aus und die beruflichen Schulen, für die wir den Sachaufwand haben, sind uns lieb und vor allem teuer.

Aber auch wenn Berufsschulen in Bau und Unterhalt besonders kostspielig sind, leisten wir uns das gerne. Denn die duale Ausbildung im Betrieb und die diese ergänzende theoretische Fundierung durch den Berufsschulunterricht ist doch unbestritten eines der Geheimnisse des starken Arbeitsmarkts und der Qualität des Standorts. Dabei umfasst das berufliche Schulwesen weit mehr als die klassische Berufsschule. An den Wirtschaftsschulen kann man die Mittlere Reife erlangen, an den Fach- und Berufsoberschulen das Fachabitur und sogar die allgemeine Hochschulreife. Man kann an den Berufsfachschulen eine Ausbildung in Berufen absolvieren, für die es keine dualen Ausbildungsplätze gibt und man kann durch den Besuch von Fachschulen und Fachakademien beruflich weiterkommen. An diesen beiden Schularten kann man auch das Fachabitur „bauen“ oder man besucht das Telekolleg, mit dem der Bayerische Rundfunk denen einen Weg zur Hochschule bahnt, die aus beruflichen oder familiären Gründen nicht Tag für Tag in eine Schule gehen können. Der Weg zur Uni wird also ganz und gar nicht allein vom Übertrittszeugnis der 4. Klasse bestimmt, wie so oft geklagt wird, sondern nur davon, ob man die vielen anderen Chancen, die das berufliche System bietet, ergreifen will.

Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte

Diejenigen, die diese schulischen Wege beschritten haben oder die nach der Berufsausbildung den Meister oder Fachwirt angehängt haben, sind das Rückgrat und die Leistungsträger unserer Wirtschaft. Denn der brillanteste Arzt ist aufgeschmissen ohne beruflich gebildete Krankenschwester oder Sprechstundenhilfe. Astrophysiker, die schwarze Löcher erforschen, würden in eine schwarze Leere schauen, wenn nicht IT-Techniker ihre Computer am Laufen hielten. Und die Kommunalpolitiker hätten ein Problem, würden die Leute vom Bauhof oder der Stadtgärtnerei nicht Radwege in Schuss halten oder die Parks pflegen. Jeder von uns ist Teil des Ganzen, spielt eine Rolle und keiner ist verzichtbar.

Umso erstaunlicher, dass sich nun auch in der beruflichen Bildung alle Augen in Richtung Hochschule wenden. Unter einem Handwerksmeister, einem Techniker oder einem Fachwirt kann man sich was vorstellen. Aber die sollen nun Platz machen für den Bachelor professional oder sich gleich eins höher zum Master professional weiterentwickeln. Wer, bitteschön, braucht solche Begriffsmimikry? Wenn ich zum Metzger gehe, erwarte ich mir fachkundige Beratung und eine aus vertiefter Berufskenntnis heraus verarbeitete Ware, aber doch nicht eine pseudo-akademisierte Berufsbezeichnung. Bachelorbutcher?

Genauso wenig verstehe ich, warum immer mehr Ausbildungen von den Berufsfachschulen an die Fachhochschulen wandern sollen. Was um Gottes willen war daran falsch, Hebammen an Hebammenschulen auszubilden? Kommen die Kinder heutzutage komplizierter auf die Welt? Wer braucht Pflegekräfte, Logopäden, Physiotherapeuten, die an der Fachhochschule statt am Patienten lernen? Gut, ein Friseurmeister kann auch den Bachelor in Beauty Management erwerben, wenn er seinen Salon betriebswirtschaftlich top aufstellen will. Aber das ist halt eine Zusatzqualifikation und nicht akademisches Haareschneiden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist etwas milder als ich. Schließlich muss auch die deutsche berufliche Bildung im europäischen Kontext gesehen werden. Da müssen halt die Begriffe dem Mainstream angepasst werden. Und so manche Ausbildung muss an die FH, wenn man international mithalten will.

Zum Schluss noch der satirische Beitrag Dieter Hildebrandts zur Medienbildung: „Bildung kommt von Bildschirm und nicht von Buch, sonst hieße es ja Buchung“.

Ihre Sabrina

CSU richtet Blick in die Zukunft

Corona nicht nur eine medizinische Herausforderung

Erlangen-Kosbach (pmw). Die im Vergleich mit anderen Ländern in Deutschland und Bayern relativ guten Ergebnisse bei der Bewältigung des neuen Virus seien Beweis dafür, dass die von der Bundesregierung und der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen prinzipiell richtig sind. „Die allermeisten Menschen sehen das auch so“, meinten Wahlkreisabgeordneter Stefan Müller und Stimmkreisabgeordneter Joachim Herrmann bei einem nach langer Zeit wieder ersten größeren öffentlichen Auftritt der Erlanger CSU unter strenger Beachtung aller Corona-Auflagen. Müller und Herrmann dankten in diesem Zusammenhang allen, die in dieser schweren Zeit Großartiges geleistet hätten.

Zu dieser Traditionsveranstaltung im Biergarten des Kosbacher Stadls hatte Bezirks- und Stadträtin Alexandra Wunderlich als CSU-Kreisvorsitzende eingeladen. Ihr Stellvertreter und Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Christian Lehrmann, begrüßte eine stattliche Anzahl von Gästen, die sich coronabedingt unter Einhaltung von Abständen versammelt hatten. Mit dabei waren auch Landtagsabgeordneter Walter Nussel, Bürgermeister Jörg Volleth und die Kreisvorsitzenden der Jungen Union und der Frauen-Union, Sophia Schenkel und Irina Schmitz. Der Musikverein Erlangen-Büchenbach sorgte für schmissige Begleitung.

Größtes Solidaritätspaket

Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, nannte die Ziele des „größten Solidaritätspakets seit der Wiedervereinigung“: Die Gesundheit der Menschen schützen, die wirtschaftlichen Folgen abfedern und gemeinsam in der Europäischen Union einerseits die Krise bewältigen und andererseits Vorsorge für die Zukunft treffen. „Die medizinischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen von Corona sind eine große Herausforderung“, so Müller. Die enormen Kosten von deutlich mehr als einer Billion Euro und etwa 115 Milliarden Neuverschuldung beim Bund könnten nur deshalb getragen werden, weil in den letzten Jahren solide gewirtschaftet worden sei. Jetzt brauche es aber einen „Schuldentilgungsplan“.



V.l.: Stefan Müller, Ehefrau Christine Müller, Gerswid und Joachim Herrmann. Bild: Peter Müller

Zukunft mit Investitionen in Forschung und Technologie

Auch wenn die Politik nicht alle Unternehmen und Arbeitsplätze wird retten können, könne die Krise als Herausforderung für neue Chancen und Jobs genutzt werden. Stefan Müller: „Corona ist ein Beschleuniger des notwendigen Umbruchs“ und Aufgabe der Politik sei es, „wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für neue Technologien und den Schutz des Klimas zu schaffen“. Er bat darum, „sich offen für Neues zu zeigen und bei Veränderungen nicht nur Risiken zu sehen“.

Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, versicherte, der Freistaat Bayern werde die Krise unter Führung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder gut meistern. Wie Stefan Müller richtete auch er den Blick in die Zukunft und freute sich beispielsweise darüber, dass kürzlich das Richtfest für das Erlanger „Centre for Astroparticle Physics“ auf dem Südgelände der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) gefeiert werden konnte. Mit Investitionen von fast 40 Millionen Euro würden optimale Arbeitsbedingungen auf dem zukunftsweisenden Forschungsfeld der Astroteilchenphysik geschaffen, „ein für den gesamten Wissenschaftsstandort Bayern herausragendes Aushängeschild“.

Inzwischen sei auch der Bauantrag der FAU für Sanierung und Umbau eines früheren Siemens-Verwaltungsgebäudes genehmigt. Hier würden in den nächsten Jahren 100 Millionen Euro vom Freistaat investiert, um für die Philosophische Fakultät einen neuen Standort zu schaffen. Und rund 140 Millionen Euro stelle Bayern bereit, um einen Neubau für die Grund- und Mittelschullehrerbildung im Nürnberger Norden zu errichten. „Alles Investitionen in die Zukunft“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann, „und zwar nicht nur für die Region, sondern für einen weltweiten Spitzenplatz Bayerns bei der Forschung in Medizin und Spitzentechnologien“. **Peter Müller**

STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.:

Neues Förderprogramm

Im Rahmen des landesweiten Projekts sollen Workshops zur kulturell-ästhetischen sowie ökologischen Bildung von jungen Menschen in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 angeboten werden – im Wald, im Park, in der Stadt, im Museum, im Theater, in Bibliotheken. Es können Zuschussanträge für Workshops in den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR gestellt werden. Dem Netzwerk können alle bayerischen Kommunen beitreten.

„Gerade während Krisen ist Kulturelle Bildung wichtig, denn sie gibt Orientierung, Sinn und Lebensfreude, fördert die Teilhabe und positive Entwicklungschancen“, erklärt Dr. Christine Fuchs, Projektinitiatorin und Leiterin von STADTKULTUR. „Das Thema Kultur und Nachhaltigkeit ist angesichts des Klimawandels, der trotz Corona nichts an seiner Brisanz verloren hat, von größter Aktualität und Relevanz. Gerade für junge Menschen.“

Sinnliche Wahrnehmung und gestalterische Tätigkeit

Der Gestaltung der Workshops sind keine Grenzen gesetzt: vom Nature Writing oder Theater- und Tanzperformances über Projekte zur Urbanen Botanik bis hin zu Musikworkshops zu den Sounds of Nature. Professionelle Kunstschaffende aus allen Sparten sind aufgerufen sich zu beteiligen. Einzige Voraussetzungen: Die Workshopteilnehmenden müssen sich im direkten Kontakt und unmittelbaren Erleben mit Bäumen beschäftigen und selbst gestalterisch tätig werden. Die Workshops können im Wald, im Park, in der Stadt und in Kulturräumen (z.B. Museum, Theater, Bibliothek, Galerie) sowie teilweise digital stattfinden. Zielgruppe sind in erster Linie Kinder und Jugendliche.

Teilnahme- und antragsberechtigt sind freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Kunstpädagogen und kommunale und freie Träger kultureller Bildung aus den Mitgliedsstädten von STADTKULTUR. Eine Deadline für die Anträge gibt es nicht.

Schwerpunktthema „Kultur und Klima“

Das Projekt findet im Rahmen des von STADTKULTUR für die Jahre 2021/2022 gesetzten Schwerpunktthemas „Kultur und Klima – den kulturellen Wandel gestalten“ statt. Gefördert wird „Wurzelwärme, Blätterrauschen“ durch den Kulturfonds Bayern des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Informationen sowie die Antragsunterlagen sind auf der Homepage von STADTKULTUR zum Download verfügbar.
www.stadtkultur-bayern.de ❐

„Lebenswerte Kommune – Senioren mittendrin“

Ideenwettbewerb der Gesundheitsregion plus im Landkreis Ebersberg

Ebersberg – Wie wird älteren Menschen eine aktive Teilhabe am Leben in ihren Heimatgemeinden ermöglicht? Dies will der zum Welt-Alzheimertag am 21. September gestartete Ideenwettbewerb „Lebenswerte Kommune – Senioren mittendrin“ der Projektgruppe Demenz der Gesundheitsregion plus im Landkreis Ebersberg beleuchten. „Es gibt in den Landkreiskommunen viele tolle Angebote, aber auch noch Löcher“, so Projektgruppenleiterin Elfi Melbert. Sie und ihre Mitstreiter hoffen auch zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer, deren Ideen durchaus zum Nachmachen anregen dürfen.

Dass alles rund um das Thema „LebenswerteKommune–Senioren mittendrin“ in den Gemeinden verortet ist, hat die Projektgruppe zum Welt-Alzheimertag 2019 erfahren. „Dessen kommunale Angebote wurden erkennbar besser angenommen als solche, die landkreisübergreifend stattgefunden haben“, erinnert sich Elfi Melbert. Grundsätzlich gelte, dass Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Einschränkungen körperlicher oder geistiger Natur, zum Beispiel von nicht mehr mobilen Älteren, am effizientesten und schnellsten in den jeweiligen Kommunen umgesetzt werden könnten.

An diversen Hilfsangeboten vor Ort mangele es in der Fläche nicht, so Melbert. Doch sei die Palette von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich und in der überwiegenden Zahl auch nur vor Ort bekannt, meint die Leiterin der Betreuungsstelle im Ebersberger Landratsamt.

Broschüre geplant

Dies will der unter der Schirmherrschaft von Bayerns Ex-Sozialministerin Christa Stewens stattfindende Wettbewerb ändern, indem er zum Beispiel seine Preisträger mit ihren jeweiligen Engagements in einer dann auch öffentlich ausliegenden Broschüre vorstellen will.

„Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, sondern kann oft auch gut auf die Erfahrungen anderer zurückgreifen“, hofft Melbert auf einen Beispiel- und Vorbildeffekt des Wettbewerbs, „damit Kommunen sich in Hinblick auf demenz- beziehungsweise seniorenfreundliche Strukturen weiterentwickeln können.“

Bewerbungskriterien

Bewerben können sich neben den Gemeinden im Landkreis Ebersberg selbst auch Bürgerinnen und Bürger, Vereine aller Art, Verbände, ehrenamtliche Organisationen, private Initiativen, kirchliche Gruppierungen, Unternehmen und Unternehmensverbände sowie Jugendinitiativen und -gruppierungen. Professionelle oder kommerzielle Anbieter sind nur dann zur Teilnahme am Wettbewerb zugelassen, wenn ihr Projekt der Organisation oder Begleitung ehrenamtlicher Dienste dient. „Oft bewirken schon kleine Dinge viel“, stell Melbert fest. Zum Beispiel, wenn einige Freundinnen einen Fahrdienst organisierten, der die Menschen mit einer dementiellen Erkrankung zu einem für sie in der Gemeinde veranstalteten Tanztee bringen würde.

Veranstaltungen wie diese und sie ehrenamtlich begleitende Dienste, Mittagstische, generationenübergreifende Sport- und Kulturangebote wie regelmäßige Spielabende, regelmäßige Besuche, Hilfen bei Haushaltsführung oder Einkauf, Dienstleistungstauschsysteme, oder Telefonketten können Themen sein für Einreichungen zum Wettbewerb. Ebenso kleine, zeitlich begrenzte Initiativen.

Inklusive Ideen

Gemein sein sollte ihnen „die inklusiven Gedanken, gerade in Hinsicht der Beteiligung und Unterstützung von Seniorinnen und Senioren“, betont Elfi Melbert. Die Sozialpädagogin sieht in dem Wettbewerb auch eine Chance, die Menschen zum Hinschauen einzuladen, um so der Isolation von beeinträchtigten Senioren und Seniorinnen entgegenwirken. Auch hier könnten Kleinigkeiten Großes bewirken, so Melbert. Sie nennt als ein Beispiel aus dem Leben einen Stuhl auf dem Friedhof, der betagten Menschen, die nicht mehr lange stehen können, wieder die Teilnahme an Beerdigungen ermöglicht.

Hinschauen, sich in die älteren Menschen hineinversetzen und ihnen durch entsprechende Unterstützung und Hilfe den Weg in die Mitte der Gesellschaft ebnen, dazu wollen Elfi Melbert und die Projektgruppe die Landkreisbürger anstoßen. „Für die Verteilung des Preisgeldes in Höhe von 5.000 Euro auf bis zu zehn Bewerber haben wir die Kriterien von Nachhaltigkeit, Umsetzungsgrad, Zugänglichkeit, über die Einbeziehung der Betroffenen bei der Projektplanung und -ausgestaltung, Übertragbarkeit auf andere Kommunen, geeignet auch für schwerer beeinträchtigte Menschen, zum Beispiel solche mit Demenz oder Hochbetagte, bis hin zur Kreativität bewusst weit gefasst“, erklärt die Leiterin des Wettbewerbs. Letztlich profitiere die gesamte Gesellschaft von der Entwicklung „einer aktiven Kultur des Alterns, die die Chancen und Potenziale der älteren Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Informationen zum Wettbewerb und Bewerbungsformular http://demografie.lra-ebe.de/willkommen/aktuelles/ ❐

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 8. Oktober 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Umwelttechnologien und Ressourcenschutz**
- **Abfall und Entsorgungsmanagement**
- **Kommunale Bauthemen**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GaLaBau**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen der Kalender 2021 der Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) sowie ein Prospekt der Firma Lindner bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐



Merkel lobt Gesundheitsdienst

Der Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger (links) und Amtsärztin Dr. Stephanie Kurz (rechts) beteiligten sich an der Videokonferenz mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Die Kanzlerin dankte den Gesundheitsämtern für deren zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Corona-Virus. Sie hätten „einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass wir das Infektionsgeschehen bislang in Deutschland doch weitgehend unter Kontrolle halten konnten“.

Die Infektionsketten zu verfolgen sowie Corona-Tests und Quarantänen anzuordnen bedeuteten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter einen „unfassbaren Mehraufwand“, so Merkel. Diesem trage der Bund mit einem Vier-Milliarden-Paket zur besseren personellen und materiellen Ausstattung der Öffentlichen Gesundheitsdienste Rechnung. Bis Ende 2022 sollen mindestens 5.000 unbefristete Vollzeitstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst neu entstehen. Außerdem ist eine breit angelegte Unterstützung bei digitalen Lösungen, etwa für Meldesysteme, geplant. 90 Prozent der zusätzlichen Stellen sollen in den Landkreisen und kreisfreien Städten geschaffen werden. “ Bild: Anette Kölle / Landratsamt Neu-Ulm

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge


Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller


KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Jolitte Star
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Technische Daten	*Unitrac 112 LDrive Kommunalprofi*	*Lintrac 130 Kommunalprofi*
Kabine	*Hydrogummigelagerte Freisicht-Komfortkabine mit Türen (OECD-geprüft), seitlich kippbar, **2 Seitenspiegel elektr. verstell- und beheizbar**, zusätzliche Blinker und Begrenzungsleuchten am Seitenspiegel, 2 Scheibenwischer mit Intervallschaltung, Komfortsitze mit Beckengurt, LDrive-Armlehne am LDrive- Komfortluftsitz, Sonnenblende, Radiokonsole mit Radiovorbereitung, 12-Volt- Handystecker, Blinkerrückstellung,Heizung, 3-Stufen-Gebläse, Signalsteckdose, Türschlösser, ergonomisch geformtes Bedienpult, Innenbeleuchtung, Komforteinstieg*	*TracLink Komfortkabine, ROPS, grüngetönte Panoramaverglasung, ausstellbare Frontscheibe, **2 Seitenspiegel elektr. verstell- und beheizbar**, Heckscheibenwischer & Waschanlage, Innenverkleidung, LED-Innenbeleuchtung mit Türautomatik, Heizungs- und Lüftungssystem mit 4-stufigen Hochleistungsgebläsen, Startsperre, Signalsteckdose, Dauerstromsteckdose (3-polig), selbsttätige Blinkerrückstellung, Scheibenwischer Intervall, Handy-Steckdose, Radiokonsole mit Radiovorbereitung, Sonnenschutz-Schieber und-Blende*
Kabinenausführung Kommunal	***Klimaautomatik**, **LDrive Fahrer- & Beifahrersitz luftgefedert** mit hohen Rückenlehnen, **Sitzheizung** & 3-Punkt-Gurt, LDrive Gummikotflügel am Chassis, **tief gezogene beheizbare Panoramafrontscheibe***	***Klimaautomatik**, **TracLink-Dachschale** mit vergrößertem Frontlader-Freisicht-Fenster, **LDrive Fahrersitz luftgefedert**, **Sitzheizung**, **Heck- & Frontscheibe beheizbar**, Heckscheibenwischer & Waschanlage*
Anzeige	*VDO-Zentralinfoboard & **I.B.C.-Monitor** mit Fernbedienung, **TracLink PRO Geräterkennung***	***I.B.C.-Monitor Pro** mit Fernbedienung, **TracLink Smart Geräteerkennung***
Motor	*VM-Turbodiesel **(Euro6)***	*Perkins Syncro - 904J-E36TA **Stufe 5***
Leistung nach ISO14396	*79 kW (107 PS) / 2300*	*100 kW / 136 PS*
Zylinder / Hubraum / Kühlung	*4 / 2970 cm³ / Wasser*	*4 / 3600 cm³ / Wasser*
Max. Drehmoment	*420 Nm bei 1100-1400 U/min*	*530 Nm bei 1400 U/min*
Hochleistungsfahrwerk	*Einzelradaufhängung, hydraulische Federung mit Niveauregelung, Längsdifferenzialsperre u. Differenzialsperre hinten elektrohydraulisch per Knopfdruck, Komfort-Federung, Achslastanzeige für Vorder- und Hinterachse, Optional: Differenzialsperre vorne*	*Lindner-Komfort Vorderachsfederung, Kabinenfederung mechanisch, optional: pneumatische Kabinenfederung*
Efficient Power Program	*Common-Rail, Visko-Lüfter, Digitalanzeige, Verbrauchsrechner, Elektr. Handgas, getr. Ölhaushalt, Bedienung über Multifunktions-Joystick auf LDrive-Armlehne, **Axialkolbenpumpe***	*Common-Rail, Ladeluftkühlung, Visko-Lüfter, Getriebeölkühlung bedarfsgesteuert, Elektronische Lageregelung mit Fernbedienung, **Axialkolbenpumpe**, Getrennter Ölhaushalt,Bedienung über Multifunktions-Joystick auf LDrive-Armlehne, mengeneinstellbare Load-Sensing-Steuergeräte*
Getriebe	***Lindner-ZF-Stufenlosgetriebe**, 0 - 40 oder 0 - 50 km/h, LDrive-Bedienung, Zapfwellenkupplung elektrohydraulisch per Knopfdruck, High-Traction*	***TMT11.2-ZF-Stufenlosgetriebe**, Lindner LDrive-Bedienung, 40 oder 50 km/h, druckumlaufgeschmiert, High-Traction für Zugkrafterhöhung, lastschaltbarer Allrad-Zuschaltung per Knopfdruck, Differentialsperre hinten – Zuschaltung per Knopfdruck, elektro-hydraulische Sicherheitssperre*
Hinterachse	***4-Rad-Lenkung** (optional Hundegang)*	***LINDNER-Hinterachslenkung** (bis 20° Lenkeinschlag – Bereifungsabhängig) mit 4 Lenkmodi (Gegenlenken, Hundegang, Mählenken, Manuell)*
Zapfwelle	*Lastschaltbar*	
Motorzapfwelle	*540 / 1000 U/min*	*540 / 750 / 1000 / 1400 U/min*
a. W.: Frontzapfwelle	*1000 U/min*	
Bremse	*2-Kreis-Bremssystem, Scheibenbremsen vorne und hinten innenbelüftet, elektrohydraulische Federspeicherbremse, Optional: Wirbelstrombremse*	*Druckluftbremsanlage 2 Leiter inkl. Lufttrockner, elektrohydraulische Sicherheitssperre, 4-Rad-Kardanbremse*
Hydraulikanlage	*BOSCH-Rexroth / Load-Sensing – **Axialkolbenpumpe***	
Heckhubwerk	*optional*	*EHR mit AHC*
Arbeitsdruck	*200 bar*	
Max. Fördermenge	*88 l/min*	*88 (bis 100 l/min optional)*
Steuergeräte / Kipperleitungen	*3 x dws / 1 x ews über Joystick, Hinten. 3 Leitungen + R, Vorne: 4, proportionale EHS-Steuergeräte mit Schwimmstellung und einstellbarer Durchflussmenge*	*4 x EHS dws, Synchrolock-Schlauchkuppler Unterteil mit E-Anschluss (7 polig)*
Hubkraft / mit Zusatzhubzylinder	*2000 kp*	*4900 kp (5500 kp optional)*
a. W.: Hubkraft Fronthydraulik	*2000 kp*	*2500 kp*
Licht	*Voll-LED-Hauptscheinwerfer mit integriertem LED-Tagfahrlicht, 2 x Rück- und Bremslicht in LED-Technologie mit integriertem Blinker hinten, zusätzliches H7-Aufund Abblendlicht oben, LED-Rücklichter, LED-Rundumleuchte links, höhenverstellbar*	*2 x H7-Bi-Halogen-Scheinwerfer (Fern- und Abblendlicht unten), 2 x seitliche Blinker mit integriertem Begrenzungslicht, LED-Tagfahrlicht, 2 x Rück- und Bremslicht in LED-Technologie mit integriertem Blinker hinten, TracLink Kommunal Dach-Blitzer & LED-Rundumleuchte links* *4 x LED-Scheinwerfer (Fern- und Abblendlicht oben), 2 x LED-Arbeitsscheinwerfer(vorne und hinten), LED-Rücklicht-Bogen*
Masse und Eigengewicht	*Kommunalprofi 3.890 kg*	*Kommunalprofi 5.590 kg*
A Größte Länge / B Größte Breite	*5067-5567 mm / 1972-2078 mm*	*3625 mm / 2226 mm*
C Größte Höhe / D Radstand	*2470 mm / 2750-3250 mm*	*2718 mm / 2420 mm*
Serienbereifung	*285/70-R19,5 DUNLOP SP 444*	*440/80-R34 Nokian TRI2 & 360/80-R24 Nokian TRI2*
	*3 Jahre Garantie **inkl. TracLink PRO***	*3 Jahre Garantie **inkl. TracLink SMART***
Kommunalprofi Ausstattung	*Anbaukonsole EURO 3 inkl. TracLink-Platte, Stoßbalken auf Chassis am Fahrzeug (inkl. Beleuchtung, auto. Rückfahrsch. + 7 pol. Steckdose, Kommunalfarbe RAL 2011 (orange)*	*Lindner Fronthydraulik verstärkt (2500 kp), Frontgeräteplatte EURO 3 für Fronthydraulik, Anfahrschutz vorne mit Schlauchhalter rechts, Frontladerkonsole TOP BLOCK + 4 Leitungen, Kommunalfarbe RAL 2011 (orange)*

KOMMUNALPROFIS-07/20-DE Fotos sind Symbolabbildungen. Technische Änderungen im Sinne der Weiterentwicklung sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten.

LINTRAC UND UNITRAC FÜR KOMMUNALPROFIS

MADE IN AUSTRIA



- ***SAUBERSTE MOTOREN STUFE V / EURO6***
- ***ZF-STUFENLOSGETRIEBE AUS STEYR***
- ***4-RAD-LENKUNG & 50 KM/H***
- ***LUFTSITZ MIT SITZHEIZUNG***
- ***LED-SCHEINWERFER***
- ***KOMMUNALFARBE RAL 2011***
- ***KLIMAAUTOMATIK***
- ***RADIO MIT BLUETOOTH-FREISPRECHEINRICHTUNG***
- ***FRONTANBAUKONSOLE***
- ***KOMMUNALBEREIFUNG***
- ***TRACLINK MIT GERÄTEERKENNUNG***
- ***4 HYDRAULIK-STEUERGERÄTE***
- ***BEHEIZTE FRONTSCHEIBE & SEITENSPIEGEL***
- ***WERTSCHÖPFUNG: 60% IN ÖSTERREICH / 95% EUROPA***
- ***3 JAHRE WERKSGARANTIE***

** Aktionspreise sind Sondernettopreise inklusive MwSt. Aktion gültig von 1.7. bis 30.10.2020 auf Neufahrzeug-Bestellungen in Kommunalprofi-Ausstattung.*

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol
Tel. +43 (0) 5338 74 20-0, Fax-DW 333
lindner-traktoren.at

Lindner

lindner-traktoren.at

Lindner

UNITRAC 112 LDRIVE
KOMMUNALPROFI

11.800 €

139.000 €

10.800 €

34.700 €

LINTRAC 130
KOMMUNALPROFI

7.200 €

119.000 €

19.700 €

LINDNER BY HAUER SCHNEEPFLUG SRS-2L 2600
- Kuppelplatte Euro3
- 2,3 m Räumbreite bei maximaler Schrägstellung mit Randabweiser
- Pflugschar zweiteilig – seitlich erhöht
- Hydr. Seitenverstellung (Druckbegrenzungsventil)
- SRS-Pflugscharsicherung
- Schneestaubschutz in Lindner-Grau
- Elastik-Laufräder
- Automatischer Horizontalausgleich
- Pendelausgleich sperrbar

Alle Sondernettopreise verstehen sich inklusive MwSt.
Gültig bis 30. Oktober 2020.

AUFSATZ STREUAUTOMAT SPRINGER AS 250 1,7 DB
- Fassungsvermögen von 1,7 m³ (optional bis 2,6 m³)
- Stufenlos einstellbare Streubreite von 2-8 m
- Streumengen: 30-200 g/m² (Splitt), 5-40 g/m² (Salz)
- Niedrige Bauweise mit tiefem Schwerpunkt
- Doppelschneckenförderanlage
- Vollhydraulischer Antrieb
- Wegeabhängige Steuerung

LINDNER 3-SEITEN-KIPPER
- Korndichte Alu-Bordwände inkl. Stangenträger
- Zentralverriegelung hinten (Pendelwand)
- Ecksteher abnehmbar, versenkte Verschlüsse
- KTL-grundiert, inklusive Standstützen

FRONTLADER POM-LX 110 POWERED BY HAUER
- Hubhöhe 3950 mm / Hubkraft 2015 kg
- Vollhydraulischer Frontlader mit Stabilisator-Ladeschwinge und Parallelführung
- Geräte-Schnellwechseleinrichtung, vorbereitet für Lasthaken
- Ventilblocksystem „MCV“
- Doppeltwirkende Hubzylinder
- Gleichlauf-Kippzylinder (Druckbegrenzungsventil)

LINDNER BY HAUER SALZ-SPLITT-STREUER 1,5 M³ TS 215
- 3-Punkt-Anbau
- Behälter verzinkt und lackiert - Volumen 1,5 m³
- Streumengen: 0-200 g/m² (Splitt), 0-50 g/m² (Salz)
- Förderschnecken-/Streutellerantrieb getrennt (1 DWS)
- Wegabhängige Steuerung TS-W
- Schutzgitter und Abstellstütze verzinkt
- Förderschnecke, Streuteller und Leitblech aus Edelstahl V4A
- Druckölfilter für einwandfreie Funktion aller hydr. Bauteile
- LED-Beleuchtung
- Elektrische Streubildverstellung
- Hydraulische Selbstladeeinrichtung



[PRÜFSTATIK]
[BAUWERKSDIAGNOSE]
[BRANDSCHUTZ]
[GEOTECHNIK]
[VERKEHRSWEGEBAU]
[MATERIALPRÜFUNG]

[Gemeinsam Zukunft gestalten]

LGA

Sicherheit und Qualität seit 1869

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Di KW 49	1 Fr Neujahr	1 Mo KW 5	1 Mo KW 9	1 Do	1 Sa Tag der Arbeit	1 Di	1 Do	1 So	1 Mi	1 Fr	1 Mo Allerheiligen	1 Mi	1 Sa Neujahr
2 Mi	2 Sa	2 Di	2 Di	2 Fr Karfreitag	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo KW 31	2 Do	2 Sa	2 Di KW 44	2 Do	2 So
3 Do	3 So	3 Mi	3 Mi	3 Sa	3 Mo KW 18	3 Do Fronleichnam	3 Sa	3 Di	3 Fr	3 So Tag d. Dt. Einheit	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 1
4 Fr	4 Mo KW 1	4 Do	4 Do	4 So Ostersonntag	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Sa	4 Mo KW 40	4 Do	4 Sa	4 Di
5 Sa	5 Di	5 Fr	5 Fr	5 Mo Ostermontag	5 Mi	5 Sa	5 Mo KW 27	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi
6 So	6 Mi Hl. Drei Könige	6 Sa	6 Sa	6 Di KW 14	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 Mo KW 36	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 49	6 Do Hl. Drei Könige
7 Mo KW 50	7 Do	7 So	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo KW 23	7 Mi	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr
8 Di	8 Fr	8 Mo KW 6	8 Mo KW 10	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo KW 45	8 Mi	8 Sa
9 Mi	9 Sa	9 Di	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo KW 32	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So
10 Do	10 So	10 Mi	10 Mi	10 Sa	10 Mo KW 19	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo KW 2
11 Fr	11 Mo KW 2	11 Do	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Sa	11 Mo KW 41	11 Do	11 Sa	11 Di
12 Sa	12 Di	12 Fr	12 Fr	12 Mo KW 15	12 Mi	12 Sa	12 Mo KW 28	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi
13 So	13 Mi	13 Sa	13 Sa	13 Di	13 Do Himmelfahrt	13 So	13 Di	13 Fr	13 Mo KW 37	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 50	13 Do
14 Mo KW 51	14 Do	14 So	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo KW 24	14 Mi	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr
15 Di	15 Fr	15 Mo KW 7	15 Mo KW 11	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo KW 46	15 Mi	15 Sa
16 Mi	16 Sa	16 Di Fastnacht	16 Di	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo KW 33	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So
17 Do	17 So	17 Mi	17 Mi	17 Sa	17 Mo KW 20	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 3
18 Fr	18 Mo KW 3	18 Do	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Sa	18 Mo KW 42	18 Do	18 Sa	18 Di
19 Sa	19 Di	19 Fr	19 Fr	19 Mo KW 16	19 Mi	19 Sa	19 Mo KW 29	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi
20 So	20 Mi	20 Sa	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 Mo KW 38	20 Mi	20 Sa	20 Mo KW 51	20 Do
21 Mo KW 52	21 Do	21 So	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo KW 25	21 Mi	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr
22 Di	22 Fr	22 Mo KW 8	22 Mo KW 12	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo KW 47	22 Mi	22 Sa
23 Mi	23 Sa	23 Di	23 Di	23 Fr	23 So Pfingstsonntag	23 Mi	23 Fr	23 Mo KW 34	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So
24 Do Heiligabend	24 So	24 Mi	24 Mi	24 Sa	24 Mo Pfingstmontag	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Fr Heiligabend	24 Mo KW 4
25 Fr Weihnachten	25 Mo KW 4	25 Do	25 Do	25 So	25 Di KW 21	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Sa	25 Mo KW 43	25 Do	25 Sa Weihnachten	25 Di
26 Sa Weihnachten	26 Di	26 Fr	26 Fr	26 Mo KW 17	26 Mi	26 Sa	26 Mo KW 30	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So Weihnachten	26 Mi
27 So	27 Mi	27 Sa	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 Mo KW 39	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 52	27 Do
28 Mo KW 53	28 Do	28 So	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo KW 26	28 Mi	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr
29 Di	29 Fr		29 Mo KW 13	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo KW 48	29 Mi	29 Sa
30 Mi	30 Sa		30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo KW 35	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So
31 Do Silvester	31 So		31 Mi		31 Mo KW 22		31 Sa	31 Di		31 So		31 Fr Silvester	31 Mo KW 5

$$M = \frac{q l^2}{8}$$

LGA Landesgewerbeanstalt Bayern

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Tillystraße 2
90431 Nürnberg

☎ 0911 81771-0 (Zentrale)
🖷 0911 81771-209

✉ lga@lga.de
🌍 www.lga.de

Stand: 01.10.2020

LGA LANDESGEWERBEANSTALT BAYERN

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

HAUPTVERSAMMLUNG

AUFSICHTSRAT

VORSTAND LGAV
Hans-Peter Trinkl
☎ 0911 81771-200

Personalvertretung
Kst. 1105 LGAPR
Kühn/Galsterer
☎ 0911 81771-283

Digitalisierung und Systeme
Kst. 1158 LGADIG
Elmar Bauernfeind
☎ 0911 81771-290

Medien
Kst. 1049 BET1049
Rainer Weiskirchen
☎ 0911 655-4230

Innenrevision mit Risikom.
Kst. 1106 LGAIR
Elke Eichler
☎ 0911 81771-215

Managementsysteme
Kst. 1157 LGAMSD
Hans-Jürgen Czech
☎ 0911 81771-212

Recht
Kst. 1104 LGARECHT
Oliver Thumann
☎ 0911 81771-211

Datenschutz
Kst. 1157 LGAMSD
Hans-Jürgen Czech
☎ 0911 81771-212

LGA BAUTECHNIK GMBH

Ein Unternehmen der
LGA Landesgewerbeanstalt Bayern
Körperschaft des öffentlichen Rechts

GESCHÄFTSFÜHRUNG B
Hans-Peter Trinkl
☎ 0911 81771-200

Qualitätsmanagement
Kst. 6150 BQM
Dr. Rosina Miess
☎ 0911 81771-496

Zertifizierungsstelle
Kst. 6140 BZERT
Günther Jost
☎ 0911 81771-490

ERWEITERTE GESCHÄFTSLEITUNG/PROKURISTEN

Finanzen und Logistik
Viola Lindner
☎ 0911 81771-248
Kst. 1321 LGAFIN

Personal und Marketing
Hans Kalb
☎ 0911 81771-250
Kst. 1162 LGAP

Operativ
Kai-Uwe Richter
☎ 0911 81771-270

Prüfstatik/Materialprüfung S/MPA

Bautechnik BT

Prüfamt für Standsicherheit Augsburg
Kst. 2 S-A1
Ltg. M. Hanrieder
☎ 0821 50205-25
StV. Ralph Bußler
☎ 0821 50205-36

Prüfamt für Standsicherheit Bayreuth
Kst. 284 S-BT1
Ltg. Klaus Rödig
☎ 0921 75913-14
StV. A. Krauß
☎ 0921 75913-13

Prüfamt für Standsicherheit Hof
Kst. 286 S-HO
Ltg. Dr. U. Leißner
☎ 09281 7375-23
StV. Dr. Achenbach
☎ 09281 7375-20

Prüfamt für Standsicherheit Landshut
Kst. 293 S-LA1
Ltg. M. Steinicke
☎ 0871 608-13
StV. Nikolas Nissen
☎ 0871 608-25

Prüfamt für Standsicherheit München
Kst. 296 S-M1
Ltg. Rolf Plechatz
☎ 089 126602-60
StV. H. Widmann
☎ 089 126602-30
StV. S. Kröniger
☎ 089 126602-22

Prüfamt für Standsicherheit Nürnberg
Kst. 280 S-N1
Ltg. Peter Hofmann
☎ 0911 81771-300
StV. Edgar Görl
☎ 0911 81771-354

Prüfamt für Standsicherheit Regensburg
Kst. 300 S-R1
Ltg. Martin Koller
☎ 0941 3831-100
StV. Thomas Müller
☎ 0941 3831-102

Prüfamt für Standsicherheit Würzburg
Kst. 234 S-WUE1
Ltg. Dieter Katz
☎ 0931 4196-123
StV. Dirk Müller
☎ 0931 4196-170
StV. Andreas Klug
☎ 0931 4196-134

Materialprüfungsamt
Kst. 1120 LGAMPA
Gerhard Stradtner
☎ 0911 81771-280

Infrastruktur
Kst. 7111 BTIN
D. Straußberger
☎ 0911 81771-400

Beton. Baustoffe. Bauwerke.
Kst. 7122 BTBE
Hermann Lechner
☎ 0911 81771-440

Bauwerksdiagnose
Kst. 1154 BTBD
Sven Homburg
☎ 0911 81771-298

Bautechnisches Prüflabor
Kst. 7132 BTLAB
Katharina Treiber
☎ 0911 81771-460

Controlling
Kst. 1161 LGACON
Th. Hofmockel
☎ 0911 81771-275

Buchhaltung
Kst. 1322 LGABU
Albert Brehm
☎ 0911 81771-245

Informationstechnologie
Kst. 1347 LGAEDV
Peter Greulich
☎ 0911 81771-260

Liegenschaften und Einkauf
Kst. 1108 LGAEK
Züleyha Vural
☎ 0911 81771-232

Personalbetreuung
Kst. 1107 LGAPE
Hans Kalb
☎ 0911 81771-250

Personalverwaltung
Kst. 1348 LGAPV
Hans Kalb
☎ 0911 81771-250

Personalentwicklung
Kst. 1163 LGAPENT
Wencke Adler
☎ 0911 81771-255

Marketing
Kst. 1134 LGAM
Michael Schäfer
☎ 0911 81771-225

Prüfstatik EDV
Kst. 316 SEDV
Th. Bachlehner
☎ 0821 50205-27

Sonderkonstruktionen
Kst. 1318 S-1
Christoph Port
☎ 0911 81771-323

Außenstelle Kempten
Kst. 9 S-A2
Helmut Mögele
☎ 0831 52148-11

Außenstelle Neu-Ulm
Kst. 10 S-A3
Jürgen Hilfinger
☎ 0731 97437-11

Außenstelle Coburg
Kst. 29 S-BT2
Heiko Krämer
☎ 09561 8333-11

Außenstelle Deggendorf
Kst. 172 S-LA2
Thomas Busch
☎ 0991 3831970-10

Außenstelle Passau
Kst. 325 S-LA3
Christian Liebl
☎ 0851 9881731-1

Außenstelle Ingolstadt
Kst. 207 S-M2
Peter Schüren
☎ 0841 37062-15

Außenstelle Traunstein
Kst. 208 S-M3
Ulrich Schoppe
☎ 0861 98654-12

Außenstelle Weilheim
Kst. 206 S-M4
Rolf Plechatz
☎ 0881 927909-30

Fliegende Bauten
Kst. 1115 LGAFLB
Harald Becker
☎ 0911 81771-330

Außenstelle Ansbach
Kst. 217 S-N2
Günther Neumeier
☎ 0981 96908-17

Außenstelle Weiden
Kst. 228 S-R2
Thomas Müller
☎ 0961 67063-11

Außenstelle Aschaffenburg
Kst. 244 S-WUE2
Dieter Hahn
☎ 06021 4145-15

Außenstelle Schweinfurt
Kst. 246 S-WUE3
Bernhard Zimmer
☎ 09721 7841-13

Forschung und Entwicklung
Kst. 1156 LGAFE
Dr. Michael Cyllok
☎ 089 5897706-10

Verkehrswegebau
Kst. 7112 BTVW
D. Straußberger
☎ 0911 81771-400

Grundbauinstitut
Kst. 7113 BTGB
Ulrich Sieler
☎ 0911 81771-423

Vertrieb
Kst. 7101 BT
Nico Hartlep
☎ 03643 49340-11

Technischer Einkauf
Kst. 6160 BEK
Züleyha Vural
☎ 0911 81771-232

Kaufm. Koordination
Kst. 6130 BV
Frank Vogel
☎ 0911 81771-299

Prüfamt Augsburg
☎ 0821 50205-0
🖷 0821 50205-60
✉ augsburg@lga.de

Prüfamt Bayreuth
☎ 0921 75913-0
🖷 0921 75913-10
✉ bayreuth@lga.de

Prüfamt Hof
☎ 09281 7375-0
🖷 09281 7375-90
✉ hof@lga.de

Prüfamt Landshut
☎ 0871 608-0
🖷 0871 608-19
✉ landshut@lga.de

Prüfamt München
☎ 089 126602-0
🖷 089 126602-99
✉ muenchen@lga.de

Prüfamt Nürnberg
☎ 0911 81771-300
🖷 0911 81771-399
✉ nuernberg@lga.de

Prüfamt Regensburg
☎ 0941 3831-0
🖷 0941 3831-103
✉ regensburg@lga.de

Prüfamt Würzburg
☎ 0931 4196-0
🖷 0931 4196-200
✉ wuerzburg@lga.de

LGA Bautechnik GmbH
Tillystraße 2
90431 Nürnberg

☎ 0911 81771-492
🖷 0911 81771-489
✉ bautechnik@lga.de

ORG-LGA-408_2 Version 1.20

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 8. Oktober 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 19







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied; Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag; Kerstin Schreyer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr; und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags. Bild: Bayerischer Landkreistag

Staatsministerin Schreyer beim Bayerischen Landkreistag:

Drei Säulen eines zukunftsfähigen ÖPNV

Bedarfsgerechtigkeit, Finanzier- und Umsetzbarkeit

„Zweifelsohne hat der ÖPNV im Freistaat Bayern durch die Bedeutung, die ihm die Bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Markus Söder seit 2018 zugemessen hat, einen enormen Schub erhalten. Corona bedeutet aber gleichzeitig einen derartigen Dämpfer, dass man sich heute leider die Frage stellen muss, was man sich überhaupt noch leisten kann? Um den ÖPNV zukunftsfähig weiterzuentwickeln und zu planen, brauchen wir eine langfristige Antwort auf die Finanzierungsfrage“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag.

Angesichts eines dramatischen Rückgangs der Fahrgastzahlen insbesondere im Regional- und Nahverkehr stehen die bayerischen Landkreise vor großen Herausforderungen.

Konjunkturpaket des Bundes

Hätte der Bund, der für den Öffentlichen Nahverkehr eigentlich nicht zuständig ist, im Rahmen seines Konjunkturpaketes vom Juni nicht 2,5 Milliarden Euro bundesweit für die Ausfälle im Öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt, wäre die Lage noch viel schwieriger. Dabei decken die Hilfen kaum die Hälfte der erwarteten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Der ÖPNV ist zum Sorgenkind geworden. Höchste Zeit also, sich aus Sicht der bayerischen Landräte in ihrer Sitzung des

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

8. Bayerisches BreitbandForum 2020:

Die digitale Kommune

Endlich gute Nachrichten! Wir haben ein offizielles “GO!” und dürfen tagen, live und in echt. Wichtig: Um die Mindestabstände einzuhalten, dürfen wir nur eine begrenzte Besucherzahl zulassen. Vertreter*innen von Kommunen haben Vorrang. Für Infos, Essen und Hygienemaßnahmen sorgen wir, Sie denken bitte an Ihre Maske. Das 8. Bayerische BreitbandForum findet am 12. November 2020 im Amberger Congress Centrum ACC statt.

Die Bayerische GemeindeZeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den bayerischen Regionen ein. Unsere Gäste aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken finden die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote.

Bei der Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit ausreichenden Kapazitäten für ein schnelles Internet stehen die hiesigen Kommunen vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Dabei müssen sie mit dem Geld ihrer Bürger sorgsam wirtschaften. Die Bereitstellung von schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Informationen und Anmeldung:
https://www.bayerisches-breitbandforum.de/ ❒

Virtueller CSU-Parteitag:

Krise als Chance

„Vorsicht ist besser als Risiko“ lautete die Botschaft des Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder beim virtuellen Parteitag der CSU. Söder mahnte zur Vorsicht und erinnerte an die Prioritäten im Umgang mit der Corona-Pandemie: Bevölkerungsschutz, Erhalt von Arbeitsplätzen und Gewährleistung von Schule und Kita.

In seiner Grundsatzrede vor rund 800 Delegierten betonte der CSU-Chef: „Klar ist, die Krise bietet auch Chancen. Deshalb gilt es jetzt, die besten Köpfe nach Bayern zu locken. Dafür werden im kommenden Jahr 700 neue Professuren geschaffen.“ Darüber hinaus bekannte sich Söder unmissverständlich zu Steuersenkungen: „Wir brauchen eine Steuerreform. Nicht Steuern rauf, sondern Steuern runter! Wir müssen Anreize setzen zum Investieren. Der Soli muss weg für alle!“

Konkret plädierte der Parteivorsitzende „für eine familienfreundliche Steuerpolitik, beispielsweise die Absetzbarkeit von Homeoffice“. Für die Unternehmen müsse es niedrigere Unternehmens- und Energiesteuern geben. „Und wir sollten die Kommunen an der Umsatzsteuer beteiligen.“ Schließlich würden sie noch lange unter dem Ausfall der Gewerbesteuern zu leiden haben.

Bekenntnis zum Klimaschutz

Genauso klar bekannte sich Söder zum Klimaschutz, „der uns auch nach Corona noch lange beschäftigen wird. Der Klimawandel und seine Bekämpfung ist ein wichtiges Thema.“

Niemand dürfe Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremisten nachgeben, die versuchten, die Verunsicherung und die Demokratie zu kapern, fuhr Söder fort. Für den

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidium des Deutschen Städtetages:

Alarm in den Innenstädten

Mit der massiven Veränderung der Innenstädte und Stadtteilzentren durch Corona sowie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder befasste sich der Deutsche Städtetag bei seiner jüngsten Präsidiumssitzung in Mannheim.

Fakt ist: Die Corona-Pandemie beschleunigt massiv den Trend zum Onlinekauf, gleichzeitig sinken die Umsätze in bestimmten Segmenten des stationären Einzelhandels rasant.

Corona-Pandemie als Katalysator

Dieser aktuelle Wandel trifft besonders Innenstädte und Stadtteilzentren. Für den Deutschen Städtetag ist dies eine besorgniserregende und alarmierende Entwicklung, wie Verbandspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, konstatierte.

Aus seiner Sicht wirkt die Corona-Pandemie wie ein Katalysator: „Sie forciert den Onlinehandel und könnte viele Einzelhändler zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine große Zahl der Kaufhäuser ist in den vergangenen Jahren geschlossen worden. Handelsketten, gerade mit Textilien, geben zunehmend Läden auf. Die Gastronomie verliert Kunden. Und Homeoffice macht einen Teil der Büroflächen womöglich überflüssig. Viele Einzelhändler und große Handelsketten warnen, dass sie ihre Mieten nicht mehr lange zahlen können.“

Dominoeffekte verhindern

Jung zufolge dürfen sich Leerstände in Fußgängerzonen und auf Einkaufsmeilen bundesweit nicht vermehrt ins Bild drängen. „Wir müssen jetzt handeln, um negative Dominoeffekte für das Umfeld zu verhindern. Geschäfte und Kaufhausfilialen brauchen schnell neue Nutzer. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, uns bei neuen, zukunftsfähigen Konzepten wirksam zu unterstützen.“

Die Städte erachten es als wichtig, dass alle relevanten Akteure miteinander beraten, wie die Innenstädte gestärkt werden können: Vertreter von Immobilien- und Wohnungswirt-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das Übel der Welt zieht sich heutzutage immer mehr in die Provinz zurück. Darum hat jetzt auch Passau zur besten Sendezeit in der ARD seinen Regionalkrimi. „Eine richtig tolle Werbung für eine schöne Stadt“, meint der Bürgermeister nicht ohne einen kleinen Anflug von Neid.S. 15

25 Jahre Bürgerbegehren in Bayern

Am 1. Oktober 1995 beschlossen Bayerns Bürger per Volksentscheid die Einführung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Was damals hohe Wellen schlug, ist heute aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Seither wurden im Freistaat 3.241 Verfahren für Plebiszite auf kommunaler Ebene eingeleitet, die in 1.989 Bürgerentscheiden mündeten, teilte die Geschäftsführerin des Landesverbands Bayern von „Mehr Demokratie“, Susanne Socher, mit. Das entspricht 42 Prozent aller kommunalen Bürgerbegehren in Deutschland.

Gerade in den ersten Jahren kam es zu sehr vielen Bürgerbegehren (1996: 279, 1997: 271). Seitdem haben sich die Zahlen auf ein Mittel von 100 bis 130 Verfahren jährlich eingependelt. 130 Verfahren wurden in den vergangenen 25 Jahren durchschnittlich neu eingeleitet. Die 3.241 Verfahren unterteilten sich in zwei Verfahrenstypen: 2.637 Bürgerbegehren wurden per Unterschriftensammlung durch die Bürger eingeleitet, 604 Ratsreferenden wurden vom Gemeinderat initiiert. Spitzenreiter sind Augsburg (35 Verfahren), München (33), und Erlangen (23).

Von den eingeleiteten Verfahren kamen 1.989 zum Bürgerentscheid, also zur Abstimmung. Knapp die Hälfte (49,2 Prozent) wurden davon im Sinne des Begehrens abgestimmt. Zudem wurden 17,5 Prozent aller Bürgerbegehren für unzulässig erklärt und 14,3 Prozent endeten in einem Kompromiss zwischen Initiatoren und Gemeinderat.

Je kleiner die Gemeinde, um so höher die Wahlbeteiligung

Bei den Abstimmungen lag die Beteiligung bei durchschnittlich 54,4 Prozent der Abstimmungsberechtigten. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern liegt sie deutlich höher (58,5 Prozent). In Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern stimmten durchschnittlich noch 32,8 Prozent und ab 500.000 Einwohnern nur noch 26,0 Prozent ab.

Ein Viertel der Verfahren (26,3 Prozent) bildeten Wirtschaftsprojekte (z.B. Einkaufszentren, Gewerbegebiete), ein weiteres Fünftel Verkehrsprojekte (20,3 Prozent). Aktuell ist zudem eine verstärkte Verknüpfung mit umweltpolitischen Themen erkennbar: Gerade in den Jahren 2019 und 2020 fanden besonders viele Radentscheide statt. An dritter und vierter Stelle standen öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (z.B. Schulen, Bäder) mit 15,6 Prozent sowie öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen wie Rathäuser und Stadtwerke mit 11,6 Prozent. **DK**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klimaschutz braucht konkrete Vorgaben	2
Bürgerschaftliches Engagement stärken	2
Kindergesundheit Schwerpunktthema 2021	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Keine Toleranz für Hassreden und Beleidigungen	3
Förderbescheide für Heimatkampagne	3
Freiheit wird in den Kommunen verteidigt	5
Kommunale Bauthemen	5 - 8
Abfall • Umwelt	9 - 10
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Friedhofsgestaltung	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Expertenanhörung zum Klimaschutzgesetz im Landtag:

Klimaschutz braucht konkrete Vorgaben

Mit dem Dreiklang aus Klimaschutzgesetz, Maßnahmenpaket und Investitionen soll Bayern bis spätestens 2050 das erste klimaneutrale Bundesland werden. Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz diskutierten zehn Experten mit den Abgeordneten, wie dieses Ziel auf Basis des Klimaschutzgesetzes erreicht werden kann.

Die Experten im Umweltausschuss lobten die Offensive Bayerns, als elftes Bundesland ein Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Doch sie waren sich auch darin einig, dass im Gesetzentwurf noch zusätzliche Aspekte berücksichtigt werden sollten. Dazu zählen beispielsweise Controlling, Reporting, Monitoring und die Möglichkeit nachzubessern. Dr. Johannes Gnädinger, Geschäftsführer der Prof. Schaller Umwelt-Consult GmbH, betonte: „Wir brauchen eine zentrale Stelle, die überwacht, ob Zielvorgaben erfüllt werden und eventuell gegensteuert."

Konnexitätsprinzip

Der Sachverständige ging ausführlich auf die Relevanz des Gesetzentwurfs für die Kommunen ein. Beispielhaft zitierte er aus der Bayerischen Gemeinde Zeitung (https://www.gemeindezeitung.de/archiv/2020/GZ-15-16-2020.PDF), in der Stefan Graf, Direktor des Bayerischen Gemeindetags, die Problematik des Konnexitätsprinzips in diesem Zusammenhang erläutert.

„Wenn der Staat verbindliche Regeln für staatliche Unterstützungsleistungen im Bereich Klimaschutz trifft, zeigt er sich als verlässlicher Partner der Kommunen", so das Fazit des Experten.

Vorgaben statt Deregulierung

Aus Gnädigers Sicht brauchen die Kommuen klare Vorgaben um gemeinsam zu planen. Beispielsweise sei bei der Steuerung der Windenergie zuviel dereguliert worden. „Wir brauchen einen gemeinsamen Regionalplan, der vorschreibt, wie wir den Raum zusammen entwickeln können", sagte der Unternehmer. Als Vorbild nannte er Bayerns Öko-Modellregionen, zu denen bereits 27 Regionen gehören.

Keine Schubladen-Konzepte

Wichtig sei jedoch auch, dass der Staat Kommunen per Gesetz noch effektiver dabei unterstützt, dass entwickelte Konzepte nicht in der Schublade landeten, sondern auch umgesetzt werden könnten – vom Flächenmanagement bis zum Radwegekonzept. Prof. Dr. Ingrid Kögel-Knabner, Inhaberin des Lehrstuhls für Bodenkunde, Technische Universität München, pflichtete ihm bei: „In meiner eigenen Gemeinde sind viele engagierte Kommunalpolitiker aktiv, die der Staat nicht alleine lassen sollte. Dabei wünschen sich diese Leute mehr Vorgaben und Richtwerte von der Staatsregierung, um Klimaschutzziele umzusetzen." Kögel-Knabner kritisierte das fehlende unabhängig organisierte Monitoring, wie es auch der Bund habe: „Wir bleiben in dem Gesetzentwurf viel zu vage und wissen am Ende gar nicht, was wir erreicht haben." Dr. Stephan Sina, Koordinator interne Rechtsberatung Ecologic Institute Berlin, ergänzte: „Wichtig ist dabei festzulegen, wer an der Fortschreibung von Programmen beteiligt wird und in welchem verbindlichen Zeitrahmen."

Kompetenzen für Kommunen

Christian Maaß, Geschäftsführer Hamburg Institut für Klima & Energie, forderte, dass die Länder noch viel mehr Gesetzgebungskompetenz – beispielsweise was die klimaneutrale Gebäudeversorgung betrifft – an die Kommunen weitergeben sollten. „Diese müssen dann natürlich auch mit Förderprogrammen hinterlegt werden. Aber es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit Klimaschutz in den Kommunen flächendeckend umgesetzt werden kann."

Dr. Jürgen Landgrebe, Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle beim Umweltbundesamt, hält es für nötig, besondere Anreize im kommunalen Bereich für Verkehrsplanung, Planungsrecht und Bauordnung zu schaffen. Gleichzeitig müsse es aber auch einen Passus im Gesetzentwurf geben, der den Umgang mit Maßnahmen zwischen Bund und EU-Ebene regelt, sagte Prof. Dr. Karen Pittel, Leiterin des ifo-Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen. Sie forderte zudem, die Mitglieder des Klimarates verstärkt aus dem Bereich der Wissenschaft zu rekrutieren und das Gremium mit finanziellen Mitteln auszustatten, sodass beispielsweise unabhängige Studien beauftragt werden können.

Lob für Hightech Agenda

Prof. Dr. Wolfgang Arlt, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Thermische Verfahrenstechnik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, betonte die Bedeutung der bayerischen Hightech Agenda. „Die Chance liegt darin, dass Bayern CO2-arme Technologien entwickelt, um diese weltweit zu exportieren. Großes Potenzial bietet beispielsweise die Wasserstoff-Technologie, weil sie auf die Infrastruktur der Mineralölindustrie zurückgreifen kann und exportfähig ist." Martin Geilhufe, Landesbeauftragter Bund Naturschutz in Bayern e. V., forderte mehr Mut und appellierte an die Politik auch Entscheidungen zu treffen, bei denen Erfolge erst nach einigen Legislaturperioden eintreten.

Übereinkommen von Paris

Denn um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, wie im Übereinkommen von Paris 2015 beschlossen, reiche eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen je Einwohner bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent nicht. Dieses Ziel ist im Gesetzentwurf formuliert. „Bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1990 muss der CO2-Ausstoß um mindestens 67 % reduziert werden, um die Vorgaben von Paris zu erzielen. Diese aufzunehmen, halte ich für sehr wichtig", sagte Geilhufe. Landgrebe forderte in diesem Zusammenhang nicht nur ein spezifisches Pro-Kopf-Ziel an Treibhausgasemissionen festzulegen, sondern ein absolutes Ziel, zusätzliche Zwischenziele und Ziele, die sich auf relevante Sektoren wie Solar, Wind und Gebäude beziehen.

Motivieren und mitnehmen

„Motivation und Mitnehmen, Überzeugen statt Vorschreiben, Freiwilligkeit statt Verbote" sind die Zielvorgaben der CSU-Fraktion beim Bayerischen Klimaschutzgesetz. „Wir sind auf dem richtigen Weg … und wollen mit dem richtigen Rahmen überzeugen. Der Freistaat geht hier mit seiner Vorbildfunktion voran: So will die bayerische Staatsverwaltung bis 2030 Klimaneutralität erreichen und bis spätestens 2050 soll ganz Bayern klimaneutral sein. Dafür müssen wir Klimapolitik und Innovation koppeln", erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tanja Schorer-Dremel. Ihr Fraktionskollege Martin Huber schloss sich ihren Ausführungen an: „Nur wenn sich Ökologie und Ökonomie ergänzen, können die Klimaziele auch erreicht werden, ohne gleichzeitig unsere sozialen Standards zu gefährden. Für die CSU-Landtagsfraktion gilt daher der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit."

Benno Zierer (Freie Wähler) stellte klar, dass das Engagement hinsichtlich erneuerbarer Energien weiter gestärkt werden müsse.

Opposition fordert objektive Prüfungen

Florian von Brunn (SPD) betonte, dass das Umweltbundesamt und Rechtsexperte Sina genau die Punkte bemängeln, die die SPD in ihrem Änderungsantrag bereits forderten: „Wir brauchen ein unabhängiges Expertengremium, welches regelmäßig das Erreichen der Klimaziele objektiv überprüft und verbindliche Konsequenzen, wenn die Klimaziele in Bayern verfehlt werden. Dieser Gesetzentwurf ist so weich und unverbindlich, dass er für den dringend notwendigen Klimaschutz in Bayern nichts bringt."

Auch Martin Stümpfing, Klimaschutzsprecher der Landtags-Grünen, kritisierte: „Ohne konkrete Zielvorgaben zur Senkung des CO2-Ausstoßes in den einzelnen Sektoren und ohne ein regelmäßiges Monitoring der Zahlen, ist dieses Klimaschutzgesetz ein zahnloser Tiger. Wir brauchen deshalb zwingend Konkretisierungen und müssen vor allem auch die Städte und Gemeinden als Umsetzer der Klimaschutzmaßnahmen besser mit einbinden. Zudem muss der Klimarat als unabhängige Beratungs- und Überwachungsinstanz gestärkt und mit einem klar definierten Aufgabengebiet ausgestattet werden." **red**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Kling
86479 Aichen
am 14.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Michl
86949 Windach
am 13.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Krah
94060 Pocking
am 10.10.

Bürgermeisterin Liane Sedlmeier
94486 Osterhofen
am 11.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Schulz
97355 Abtswind
am 13.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Holger Schmitt
97618 Niederlauer
am 9.10.

Bürgermeister
Marcus Eichenmüller
92253 Schnaittenbach
am 13.10.

Landrat Thomas Ebeling
92421 Schwandorf
am 20.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Questel
95491 Ahorntal
am 13.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Marina Hirnet
92697 Georgenberg
am 14.10.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Voit
95686 Fichtelberg
am 13.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Studie bestätigt bayerisches Vorgehen

Sozialministerin Trautner: „Wir wollen bestehende Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement weiterhin vor Ort zeitgemäß und nachhaltig stärken"

Die Covid-19 Pandemie hat die organisierte Zivilgesellschaft vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Das ist das Ergebnis einer Befragung unter Verbänden und Infrastruktureinrichtungen der Zivilgesellschaft, die das unabhängige Forschungs- und Beratungshaus ZiviZ im Stifterverband im Rahmen einer Studie durchgeführt hat. Die Studie, die unter anderem durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unterstützt wird, verweist beispielsweise auf die Verantwortung von Ländern und Kommunen und auf eine engere Vernetzung zwischen Verbänden und Infrastruktureinrichtungen.

Damit bestätigt die Studie den Weg des Bayerischen Sozialministeriums, das Ehrenamt in Bayern weiter zu stärken. „Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie haben wieder deutlich gezeigt, wie wichtig und unverzichtbar ehrenamtliches Engagement für unsere Gesellschaft ist", betont Sozialministerin Carolina Trautner. „Dabei wurde auch ersichtlich, wie wertvoll gut funktionierende Strukturen vor Ort für die Bewältigung der Folgen der Pandemie sind. Die bestehenden Einrichtungen haben in ihrer Funktion als Ansprechpartner und „Kümmerer" einen wesentlichen Beitrag für das freiwillige Engagement geleistet."

Deshalb will das Sozialministerium in einem Modellprojekt den Ausbau von bestehenden Einrichtungen für Bürgerschaftliches Engagement zu Zentren für lokales Freiwilligenmanagement fördern. Zurzeit läuft hierfür ein sogenanntes Interessenbekundungsverfahren. Es richtet sich an alle Landkreise und kreisfreien Städte sowie an bestehende Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement wie Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement.

Einmalige Infrastruktur

„Die Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren vor Ort stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Hier ist vor allem die Digitalisierung zu nennen, die grundlegende Veränderungen auch für das bürgerschaftliche Engagement erfasst", so Trautner und weiter: „Bayerische Politik setzt auf den weiteren Ausbau der deutschlandweit einmaligen Infrastruktur für das Ehrenamt und ist damit auf dem richtigen Weg: Ehrenamtliche, Vereine sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen werden davon profitieren."

ZiviZ im Stifterverband hat im Sommer 2020 Führungskräfte aus Infrastruktureinrichtungen sowie Landes- und Bundesverbände gemeinnütziger Organisationen zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf das freiwillige Engagement befragt. Sie hat damit die Ergebnisse aus einer ersten Befragung, die im Mai 2020 veröffentlicht wurde, fortgeschrieben. Weitere Zahlen und Ergebnisse dieses neuen Engagement-Barometers finden sich auf der ZiviZ-Homepage unter www.ziviz.de/corona ❐

LEE-Stellungnahme zum BayKlimaG-E

In seiner Eigenschaft als Sprecher des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE) hat Altlandrat Hermann Steinmaßl Stellung zum Bayerischen Klimaschutzgesetz (BayKlimaG-E) bezogen. Dabei geht es ihm nach eigenem Bekunden „vor allem auch darum, dass im Vollzug bei den Kreisverwaltungsbehörden und den Kommunen klare Regeln entstehen".

Als oberste Zielsetzung wird im Klimaschutzgesetz laut Steinmaßl die Reduzierung der Treibhausgase gesehen. Dies kann aus seiner Sicht jedoch nur gelingen, wenn man konsequent alle Möglichkeiten ausschöpft, um heimische, erneuerbare, klimaschonende Energieträger in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft (Produktion, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft) zu etablieren. Nur dann seien die heimischen Energieträger Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie in der Lage, einen echten substanziellen Beitrag zur klimafreundlichen Energieversorgung zu leisten. Wenn die staatlichen Behörden hier unterstützend tätig werden sollen, sei es wichtig, dazu auch die entsprechenden Vorgaben zu schaffen und im Klimaschutzgesetz verbindlich zu verankern. „Soll" und „Kann"-Bestimmungen seien zu unterlassen.

Eine Akzeptanz vor Ort für Einrichtungen einer klimaschonenden Energie (Erzeugung, Transport und Speicherung) wird Steinmaßl zufolge nur im Einvernehmen mit den Bürgern und den Kommunen gelingen. Letztere sollten in Verbindung mit einer entsprechenden Finanzausstattung in den Klimaschutz eingebunden werden.

Die Erstellung kommunaler Energiepläne und deren Umsetzung werde eine Schlüsselfunktion für das Gelingen der Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele sein. „Dies ergibt auch die große Möglichkeit, die Bürgerbeteiligung zu befördern und somit die ‚Gemeinschaftsaufgabe Energiewende' voran zu bringen." In Verbindung mit einer entsprechenden Finanzausstattung sollten die Kommunen in den Klimaschutz eingebunden werden. **DK**

Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Gesundheit der Kinder stärken

2021 Schwerpunktthema der Gesundheitsministerkonferenz unter bayerischem Vorsitz

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml will erreichen, dass bundesweit die Gesundheit von Kindern gestärkt wird. Huml unterstrich in einer Pressemitteilung zur 93. Gesundheitsministerkonferenz (GMK), die wegen der Corona-Pandemie als Videokonferenz stattfand: „Die Einschränkungen im Kampf gegen das Coronavirus haben dem Thema Kindeswohl zusätzliche Bedeutung verliehen. Auch deshalb wird die Gesundheit unserer Kinder im kommenden Jahr das Schwerpunktthema der GMK, bei der Bayern 2021 den Vorsitz übernimmt."

Die Ministerin erläuterte: „Konkret lautet das Schwerpunktthema 2021: ‚Zukunft gestalten – die Gesundheit unserer Kinder'. Es ist mir ein persönliches Anliegen, gemeinsam mit den anderen Bundesländern Maßnahmen anzuschieben, die sowohl das körperliche als auch das seelische Wohl der Kinder fördern und verbessern. Wichtig dabei ist auch, eine flächendeckende stationäre und ambulante Versorgung für Kinder zu ermöglichen. Denn in die Gesundheit unserer Kinder zu investieren heißt, in unsere Zukunft zu investieren."

Psychische Belastungen

Huml fügte hinzu: „Obwohl es dem Großteil unserer Kinder und Jugendlichen gut geht, benötigen sie gerade im Zuge der Corona-Pandemie in besonderem Maße unsere Unterstützung. Eventuell nicht mehr in den Kindergarten oder zur Schule gehen zu können und den Kontakt zu Freunden einschränken zu müssen, ist für viele Kinder und Jugendliche und für deren Angehörige eine Herausforderung und zum Teil psychisch sehr belastend. Deshalb ist es entscheidend, dass wir hier verstärkt Hilfe anbieten."

Prävention

Die Ministerin ergänzte: „Auch für das wichtige Thema Prävention müssen wir gemeinsam Schlüsse aus der Corona-Pandemie ziehen. Es geht darum, Konzepte zu entwickeln, wie wir unser Gesundheitssystem noch besser auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zuschneiden können." Ziel in der GMK soll es sein, mehr als Analysen und Willensbekundungen anzustellen. „Wir müssen das Thema greifbar machen für die Menschen vor Ort, für die Kinder und ihre Eltern. Das gelingt uns, wenn wir konkrete Projekte starten – und ich lade meine Kolleginnen und Kollegen in den Ländern ein, eigene Schwerpunkte zu entwickeln", so die Ministerin.

Die Gesundheitsministerkonferenz findet einmal jährlich unter rotierendem Vorsitz statt. 2021 übernimmt Bayern die Leitung der 94. GMK. Die Hauptkonferenz ist am 15. und 16. Juni im oberfränkischen Bamberg geplant, der Heimatstadt von Gesundheitsministerin Huml.

Ziel der GMK ist es, die gesundheitspolitischen Interessen der Länder zu koordinieren und gemeinsame Ansätze zu wichtigen Themen zu entwickeln. Ihr gehören die Gesundheitsminister und -senatoren aller 16 Bundesländer an. Der Bundesgesundheitsminister ist ständiger Gast. ❐

Regionale Identität:

Förderbescheide für Heimatkampagne

Im Rahmen der Heimatpolitik fördert das Finanz- und Heimatministerium Projekte, die der Stärkung und Inwertsetzung regionaler Identität dienen. Neben einer positiven regionalen Entwicklung zielt die Förderung auch auf eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung vor Ort und die deutlichere Profilbildung von Regionen nach innen und außen ab. Über die konkrete Ausgestaltung des jeweiligen Projekts entscheiden die Akteure vor Ort.

„Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Insgesamt haben wir bayernweit bereits Projekte in über 20 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 6,4 Millionen Euro unterstützt. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Unterstützung für die Volksmusik

Aktuell wird das Projekt „Volksmusik macht Schule!“ des Bezirks Niederbayern und der Volksmusikakademie in Bayern mit insgesamt rund 350.000 Euro unterstützt. In Kooperation mit der Volksmusikakademie in Bayern plant der Bezirk Niederbayern ein- oder mehrtägige Schüleraufenthalte in der Volksmusikakademie in Freyung. Der Bezirk möchte damit Schülerinnen und Schülern die Volksmusik als Schlüssel zur regionalen Identität vermitteln und die Besonderheiten der regionalen Lieder und Tänze sowie der typischen Instrumente näherbringen. Außerdem soll ein Begleitprogramm zur Vermittlung von Wissen um Bräuche, Kultur und Geschichte der Region entwickelt werden.

Mit 175.000 Euro gefördert wird die Einführung eines Bonusprogramms samt Kundenkarte für regionale Einzelhändler, Dienstleister und Gastronomen durch die Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach. Mit der OberlandCard erhalten Kunden einen Anreiz, ortsansässige Betriebe zu unterstützen. Die teilnehmenden Unternehmen profitieren unter anderem von einer gemeinsamen Marketingstrategie und einem gemeinsamen Internetauftritt. Gleichzeitig soll allen Nutzern der OberlandCard ein Bewusstsein für ihre Region vermittelt werden. Daher ist eine Zusammenarbeit im Oberland auch über den Landkreis hinaus, insbesondere mit dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, vorgesehen.

Management für die Region

Mit insgesamt rund 168.000 Euro unterstützt das Finanz- und Heimatministerium wiederum ein Projekt des Vereins Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt. Die Stadt Ingolstadt und die Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen a. d. Ilm werden im Rahmen der Landesgartenschau 2021 in Ingolstadt einen „Pavillon der Region“ gestalten, um die Region Ingolstadt in ihrer ganzen kulturellen, landschaftlichen und wirtschaftlichen Vielfalt zu zeigen und ihre regionalen Produkte, Handwerke und Dienstleistungen zu präsentieren. Zudem sollen beispielsweise Persönlichkeiten aus der Region als Botschafter auftreten, „Geheimtipps“ vorgestellt und ein Regionsrätsel durchgeführt werden. Daneben sind Veranstaltungen mit Blick auf regionale Kultur und Tradition ebenso geplant wie spezielle Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche.

Kommunikationskampagne

Eine Kommunikationskampagne für den „Erlebnisraum Glückswege im Allgäu“ plant der Landkreis Unterallgäu. Das Projekt wird mit insgesamt rund 299.000 Euro gefördert. Durch Audio-Guides und Videoclips sollen die 14 „Glückswege“, die die regionalen Attraktionen, die besonderen Geschichten und Landschaften des Unterallgäus und der Stadt Memmingen auch als Radrouten erschließen, Einheimischen und Gästen nähergebracht werden. Das Projekt zielt zudem darauf ab, die Qualität der „Glückswege“ zu sichern und ihre Attraktivität aus Sicht der Nutzer stetig zu erhöhen.

Zwei weitere vielversprechende Projekte werden in der Region Nürnberg mit rund 710.000 Euro unterstützt. Der Verein Europäische Metropolregion Nürnberg e. V. hat sich in seinem Projekt „Der Heimatlotse“ zum Ziel gesetzt, alle Informationen zu Kultur, Events, Naherholung und Freizeit in der Metropolregion auf einen Blick dauerhaft und aktuell bereitzustellen. Dabei soll eine digitale Informationsplattform „Heimatlotse“ entwickelt und an bestehende Angebote, wie den Entdeckerpass, angebunden werden. Das Finanz- und Heimatministerium fördert dieses Vorhaben des Forums „Heimat und Freizeit“ der Metropolregion Nürnberg mit rund 375.000 Euro.

Zukunftsthema Wasserstoff

Der Verein ENERGIERegion Nürnberg e. V. widmet sich mit dem Projekt „HyPowerEMN“ ganz dem Zukunftsthema Wasserstoff. Das Bewusstsein für regional vorhandene Ressourcen, schwerpunktmäßig die national und international herausragende Kompetenz in Wasserstofftechnologien, soll den Bürgerinnen und Bürgern mithilfe einer Imagekampagne nähergebracht werden. Darüber hinaus sind Leuchtturmveranstaltungen und die Initiierung von Bildungspartnerschaften geplant. Dieses Projekt unterstützt das Heimatministerium mit rund 335.000 Euro.

Der Landkreis Fürth wiederum plant die Umsetzung einer großangelegten Imagekampagne rund um das Thema Regionale Identität. Dabei möchte sich der Landkreis als attraktiver Lebensraum und Arbeitsstandort vorstellen und die Einwohnerinnen und Einwohner auf eine Entdeckungsreise durch die Region schicken. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf die regionale Wirtschaft und regionale Produkte gelegt werden. Für dieses Heimatprojekt erhält der Landkreis eine Unterstützung von rund 202.000 Euro. **DK**

Aufruf zum Dialog:

Freiheit wird in den Kommunen verteidigt

„free – Perspektiven auf die Freiheit“ nennt sich ein Dialogprozess, den die ehemalige Würzburger Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann initiiert hat. Erste Perspektiven finden sich in einem gleichnamigen Buch, das seit Ende September 2020 im Handel erhältlich ist. Zudem soll die Website www.free2020.de zum Gedankenaustausch einladen und diesen abbilden. Auch in den Städten Bayerns möchte Beckmann diesen Dialog führen. In mehreren Städten hat man ihr bereits spontan Unterstützung angeboten.

In der Publikation erkunden elf namhafte Autorinnen und Autoren im Alter von 17 bis 64 Jahren den Begriff Freiheit aus ihrer persönlichen oder fachlichen Sicht. Sieben spannende Menschen offenbaren ihre Schicksale und was Freisein für sie bedeutet. Dokumentarische Kunstfotografien von der Installation „free“ von Winfried Muthesius im Kriminalgericht Moabit regen eigene Überlegungen zum Thema Freiheit an.

Kunst als Gedankenöffner

Pia Beckmann wünscht sich eine öffentliche Diskussion, die sie unter anderem mit diesem Projekt anstoßen will. Kunst könne dabei als Gedankenöffner fungieren. Dies habe sie bereits bei ihrer Demokratie-Initiative www.pics4peace.de erfahren, die sie gemeinsam mit jungen Erwachsenen im Dezember 2017 ehrenamtlich ins Leben rief. Der amtierende Würzburger OB Christian Schuchardt und die Stadt Würzburg haben dieses Projekt von Anfang an mit großem Nachdruck unterstützt.

Beckmann zufolge herrscht „offensichtlich ein tief verwurzeltes Kommunikationsproblem zwischen denen, die Politik für die Zukunft machen wollen und denen, die die Zukunft unserer Gesellschaft sind“. Hier will pics4peace Abhilfe schaffen: „pics4peace will das, was junge Menschen bewegt, hin zu den Entscheidern in Politik und Gesellschaft tragen. Wir wollen die Echoräume aufbrechen und insbesondere junge Menschen motivieren, sich für die Gestaltung ihrer Zukunft einzusetzen, sich für den Erhalt von Frieden und Demokratie stark zu machen, ihre Ängste zu formulieren, ihre Vorstellungen und Ideen einzubringen.“

Dies falle leichter mit kreativen Ausdrucksmitteln. Daher der Zugang über die vielfältigen künstlerischen Ausdrucksformen und über Wege, die junge Menschen nutzen: online und offline durch Workshops und Dialogveranstaltungen, deren Ergebnisse wieder online allen zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Kombination aus Vor-Ort- und Online-Aktionen soll über die Jahre eine junge, lebendige politische Community entstehen, die mit Freude und Engagement ihre Vorstellungen von Zukunft auf ihre Weise zum Ausdruck zu bringt und sich an der Meinungsbildung beteiligt. Die Initiative richtet sich deshalb auch an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Ihr Tenor: „Hört genau hin. Versteht. Gebt jungen Menschen eine Stimme! Greift auf, was sie zu sagen haben. Sucht den Dialog dort, wo sie sind. Bindet sie ein!“ **DK**

GZ **KOLUMNE** Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat in seiner Rede auf dem Virtuellen Parteitag der CSU einige menschen- und personenverachtende Zeilen vorgelesen, die ihn persönlich als politischer Mandatsträger erreicht haben. Seine Aufzählung der strafrechtlich relevanten Beleidigungen und unsachgemäßen Beschimpfungen war erschreckend. Diese zu wiederholen war selbst für einen absoluten Politikprofi nicht leicht und hat auch mir als langjährigem Verantwortungsträger sehr zu denken gegeben.

Das gesellschaftliche Klima ist kälter und der öffentliche Diskurs ist rauer geworden, zumindest im Internet und den Sozialen Netzwerken. Die Auseinandersetzungen mit antisemitischen Ressentiments, infamen Beleidigungen, populistischen Positionen und plumper Hetze sind zu einem festen Bestandteil des politischen Alltags geworden. Dies spüren nicht nur unsere Spitzenpolitiker auf Bundes- und Landesebene, sondern auch unsere Kommunalpolitiker auf allen Ebenen vor Ort.

Keine Toleranz für Hassreden und Beleidigungen

So kam es im vergangenen Jahr laut Bundesinnenministerium zu insgesamt 1.674 politisch motivierten Straftaten gegen Amts- oder Mandatsträger in Deutschland und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele rechtlich relevanten Persönlichkeitsverletzungen im Internet werden einfach gelöscht und können nicht mehr nachverfolgt werden. So dürfte die Dunkelziffer der nicht angezeigten Beleidigungen in den Sozialen Netzwerken noch um ein Weiteres höher liegen als es die Statistik aufzeigt. Das lag sicherlich auch an den aufwendigen Verfahrensabläufen, die ein Betroffener vor sich hatte, wenn er sich an den Rechtsstaat wenden wollte. Das hat sich jetzt in Bayern geändert.

Das Bayerische Innenministerium hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz unserer heimischen Kommunalpolitiker vorgelegt. Dessen zentraler Baustein ist eine digitale Melde-Plattform für Online-Straftaten, auf der Straftatbestände schnell und unkompliziert an die Justiz übermittelt werden können.

Auch für persönliche Diffamierungen am Infostand und beleidigende Zusendungen im analogen Raum gibt es jetzt feste Ansprechpartner für Kommunalpolitiker bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat Bayern, um ein zeitnahes und zügiges Ermittlungsverfahren zu garantieren. So findet in relevanten Fällen eine nachdrückliche Strafverfolgung über die zuständige Staatsanwaltschaft und nicht mehr wie früher über den Privatklageweg des Opfers statt.

Ebenso wurde eine Modernisierung des Beleidigungsstrafrechts in Deutschland zum besseren Rechtsschutz unserer Kommunalpolitiker maßgeblich von Bayern aus auf den Weg gebracht. So soll nach den bayerischen Vorstellungen Beleidigungen, üble Nachreden und Verleumdungen in schwerwiegenderen Fällen härter bestraft werden können.

Die Bayerische Staatsregierung hat damit gezeigt, dass sie hinter unseren ehrenamtlichen und berufsmäßigen Kommunalpolitikern steht, die gerade in diesen schwierigen Zeiten Schutz brauchen.

Als KPV begrüßen wir die Maßnahmen ausdrücklich, da auch in unseren Reihen diese Thematik vielfach bearbeitet wurde. Wir sehen die rechtlichen Verbesserungen auch als Wertschätzung gegenüber den Kommunalpolitikern an, denn eine sprachliche Verrohung und Beleidigungen im Internet dürfen in einer Demokratie nicht toleriert werden.

In diesem Sinne: Bleiben Sie standhaft vor Ort.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

1000 Schulen für unsere Welt:

Schulprojekt in Pakistan

aktion hoffnung und die Dominikanerinnen von St. Ursula unterstützen die Naziran Mary School in Pakistan

Die bundesweite Initiative der kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt“ und die aktion hoffnung setzen sich künftig für die Bildungsförderung in Pakistan ein. Zum Start dieser vielversprechenden Zusammenarbeit lud Landrat Stefan Rößle als Initiator von „1000 Schulen für unsere Welt“ und ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu einem gemeinsamen Termin.

Neben dem Geschäftsführer der aktion hoffnung, Johannes Müller und der Projektverantwortlichen Christina Hartmann folgten auch Schwester Teresa, Priorin der Dominikanerinnen, Schulleiter Peter Müller und der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorré der Einladung.

„Bildung stärken – was dem Menschen an Bildung gegeben ist, kann ihm nie mehr genommen werden.“ Dies sei einer der Grundsätze, auf denen die Zusammenarbeit zwischen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und der aktion hoffnung basiert, betonte Rößle zu Beginn des Gesprächs. Darüber hinaus sind die Nachhaltigkeit der Projekte und größtmögliche Transparenz Grundpfeiler der Arbeit aller Partner. Für Johannes Müllerist es das Wichtigste, den Menschen in Not Hilfe zukommen zu lassen. Dies gelänge gemeinsam besser als alleine.

Diesen Prinzipien fühlen sich die Dominikanerinnen von St. Ursula schon seit Jahrenverpflichtet. Seit damals unterstützen sie die Naziran Mary School im Osten Pakistans.

In der Gegend um Mian Channu, wo die Schule liegt, beträgt das monatliche Familieneinkommen umgerechnet 45 bis 60 Euro. Es ist weder eine Kanalisation noch eine Gasversorgung vorhanden. Nun soll ein neues Schulprojekt entstehen. Dafür werden 25.000 Euro Spendenmittel benötigt.

Unterstützung trotz Corona

Auch Oberbürgermeister Jürgen Sorré möchte das Projekt unterstützen: „Trotz der aktuellen Lage mit Corona und der damit einhergehenden Herausforderungen dürfen solche Projekte nicht in Vergessenheit geraten. Die Einschränkungen, die aktuell an unseren Schulen herrschen, sind sicherlich lästig, sie sind aber nichts im Vergleich zu den Einschränkungen, wie sie an pakistanischen Schulen herrschen.

Schwester Teresa berichtete zuvor von ihren drei Besuchen vor Ort: „Dort ist es schon allein aufgrund ihrer Religion für viele Kinder gefährlich, in die Schule zu gehen.“ Der Schulleiter von St. Ursula, Peter Müller, berichtete, dass es bereits viele Ideen gäbe, wie zusammen mit den Schülerinnen und Schülern Spenden gesammelt werden könnten. Das Schulprojekt soll auch Thema im Unterricht werden.

Rößles Erfolgsgeschichte

„Nun haben wir in nur zwei Jahren bereits 123 Schulen fest geplant. Mit der Unterstützung eines Partners wie der aktion hoffnung und den direkten Kontakten der Dominikanerinnen von St. Ursula nach Pakistan können wir jetzt mit der Planung der 124. Schule beginnen“, freut sich Landrat Rößle. Zum Abschluss konnte er zudem die erfreuliche Nachricht überbringen, dass bereits drei Zusagen von Privatspendern über insgesamt 3.500 Euro vorlägen. Ein vielversprechender Start!

Informationen zum Projekt unter www.aktion-hoffnung.de/Schulbildung_Pakistan ❐



V.l.: Johannes Müller und Christina Hartmann von aktion hoffnung, Schulleiter Peter Müller und Schwester Teresa sowie Landrat Stefan Rößle und Oberbürgermeister Jürgen Sorré. Bild: Julia Lanzer

Krise als Chance ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Freistaat werde er die bei Corona-Demonstrationen oft gezeigte Reichskriegsflagge verbieten.

Weitere inhaltliche Impulse setzte die Antragsberatung: Mit überwältigender Mehrheit unterstützten die Delegierten diverse Anträge für eine Stärkung der digitalen Bildung. Die verschiedenen beschlossenen Anträge fordern u. a. eine zentrale Bayern-Cloud, eine Schul-Videoplattform, ein eigenes Schul-Rechenzentrum, zusätzliche digitale Leihgeräte für Schüler und Lehrer, neue IT-Systemadministratoren und neue Stellen für die Aus- und Fortbildung von Lehrern. Die CSU sprach sich auch für eine vollständige Digitalisierung aller Schulbücher samt kostenfreier Bereitstellung für alle Bürger aus.

Kampf gegen Kindesmissbrauch

Ebenso einig war sich die Parteibasis in der Stärkung des Kampfs gegen Kindesmissbrauch, etwa durch die Wiederzulassung der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung. Abgelehnt wurde dagegen die Einrichtung eines Polizeibeauftragten. Zudem wurde der Parteivorstand beauftragt, sich auf Basis diverser Anträge mit unterschiedlichen Pflegefragen auseinanderzusetzen und ein Konzept zu entwickeln.

An die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag überwiesen wurde ein Antrag der Frauen-Union Bayern, der sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat einsetzt. Dazu sollen in die Bayerische Gemeindeordnung geeignete Regelungen aufgenommen werden, die junge Mütter und Väter von ihrer Pflicht zur Teilnahme an den Gemeinderats-/Stadtrats- und Kreistagssitzungen in angemessenem Umfang befreien.

Freistellungsanspruch für berufstätige Mandatsträger

Ebenfalls von der FU stammt ein an die CSU-Fraktion überwiesener Antrag, wonach die CSU im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung aufgefordert werden, „Maßnahmen zu ergreifen, um einen gesetzlichen Freistellungsanspruch für berufstätige Mandatsträger in die Bayerische Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und die Bezirksordnung aufzunehmen“. Hierbei seien auch die „Besonderheiten von Gleitzeitmodellen oder völlig flexiblen Arbeitszeiten“ zu berücksichtigen.

An die CSU-Landtagsfraktion überwiesen wurde ferner ein Antrag des Kreisverbandes Augsburg-Land, der dazu auffordert, sich für die Umsetzung des sog. 365-Euro-Tickets nicht nur in den dafür in Frage kommenden Städten, sondern auch in den jeweiligen Verkehrsverbünden einzusetzen.

Ebenso überwiesen wurde ein Antrag der JU Bayern, der ein Förderprogramm für die Entwicklung und den Ausbau von geobasierten digitalen Dienstleistungen in ländlichen Regionen fordert. Dadurch sind „zumindest teilweise die Nachteile ländlicher Regionen gegenüber den Ballungsräumen auszugleichen und der Vorsprung der Städte bei der Digitalisierung zu verkleinern“. Dies könne durch entsprechende Beratung sowie organisatorische und finanzielle Förderung geschehen. Die Umsetzung des Förderprogramms sollte laut JU im bayerischen Digitalministerium angesiedelt werden. **DK**

Preisverleihung „Kommune bewegt Welt“:

Freude in Vilshofen

Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ wurden insgesamt zehn Gemeinden, Landkreise und Städte für ihr außergewöhnliches, innovatives und nachhaltiges Engagement ausgezeichnet. Sie alle hatten sich gemeinsam mit entwicklungspolitisch aktiven migrantischen Organisationen beworben. Die feierliche Preisverleihung fand in diesem Jahr erstmalig virtuell statt. Ausgestrahlt wurde die Veranstaltung in Saarbrücken, Preisträgerin der letzten Wettbewerbsrunde.

In der Kategorie über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde dem Kreis Düren der erste Platz zugesprochen, in der Kategorie 20.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner setzte sich die Stadt Stralsund durch. In der Kategorie bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner siegte Vilshofen an der Donau. Das Preisgeld in Höhe von 135.000 Euro wird zu gleichen Teilen zwischen den drei Kategorien verteilt.

Vilshofen an der Donau überzeugt laut Jury mit nachhaltigen, entwicklungspolitischen Strukturen vor allem im Bereich Fairtrade. Gemeinsam mit zahlreichen Akteuren, von Schulen und Kindergärten bis hin zur Wirtschaft, werden migrantische Themen von unten nach oben bearbeitet und globales Lernen ermöglicht. Zugleich gelingt es der „kleinen Kommune”, durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis über den eigenen Tellerrand zu blicken.

Darüber hinaus wurden die Kommunen Leipzig, Cottbus und Geestland mit Sonderpreisen bedacht. Über den Publikumspreis stimmten die Bewerberkommunen am Abend live ab. Der Preis „von Kommunen für Kommunen“ ging an Münster.

Der Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ steht unter der Schirmherrschaft von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller. In seiner Videobotschaft zur Preisverleihung würdigte er die Preisträger-Kommunen für ihre besonderen Leistungen und ihren Einsatz im Bereich Migration und Entwicklung und erklärte, dass die Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit die besten Partner sind, „weil sie alles können, was wir auch in den Entwicklungsländern brauchen“.

In der Wettbewerbsjury sitzen neben dem Deutschen Städte- und Gemeindebund Vertreter aus Kommunen, Zivilgesellschaft, entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. **DK**

Alarm in den ...

(Fortsetzung von Seite 1)
schaft, Mieterverbänden, Handel, Gastronomie, Handwerk, Kunst, Touristikverbänden, Bund und Kommunen. In diese Richtung geht ein Runder Tisch, zu dem der Bund für Anfang Oktober eingeladen hat. „Wir stehen am Anfang eines längeren Prozesses zur Zukunft der Innenstadt. Für eine Lösung der aktuellen Probleme müssen wir ganzheitliche Konzepte entwickeln und alle Beteiligten einbinden. Die Zukunft der Innenstädte lässt sich nicht allein mit Hilfe der Digitalisierung neugestalten, auch wenn das ein wichtiges Thema ist, das wir gerne mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier besprechen“, betonte Jung.

Innovative Ansätze fördern

Die Städte wollen innovative Ansätze fördern, bei denen Gewerbe und Wohnen, kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Angebote in den Innenstädten und Stadteilzentren verträglich und erfolgreich zusammenspielen. Nach Jungs Auffassung sollte für innovative Innenstadtkonzepte die Städtebauförderung von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich deutlich aufgestockt werden. Mit diesem Instrument ließen sich Innenstädte besonders gut stabilisieren, wiederbeleben und weiterentwickeln. Bund und Länder sollten den Kommunen außerdem ermöglichen, relevante Schlüsselimmobilien vorübergehend zu erwerben, zum Beispiel aufgegebene Kaufhausfilialen. Dann könnten diese Immobilien für die Zentren neu entwickelt werden.

Themenwechsel. Damit ein starker Ausbau der Ganztagsbetreuung von Schulkindern gelingt, drängen die Städte auf eine Ausbildungsoffensive für mehr Fachpersonal. Der Deutsche Städtetag schlägt außerdem vor, den von Bund und Ländern geplanten Rechtsanspruch gestaffelt umzusetzen.

Ausbildungsoffensive

Wie der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Prof. Dr. Eckart Würzner, hervorhob, benötigten Eltern und Kinder Betreuungsplätze mit qualifiziertem Personal und nicht nur ein politisches Versprechen durch einen Rechtsanspruch. Schon jetzt suchten die Städte händeringend nach Erzieherinnen und Erziehern und Sozialpädagogen. Für den größten Teil der Grundschüler bis 2025 Betreuung in hoher Qualität anzubieten, sei faktisch unmöglich. Benötigt würden ein realistischer Zeitplan, ausreichend Geld und eine Ausbildungsoffensive für das pädagogische Personal. Sonst gelinge der Rechtsanspruch nicht. Dafür sei ein gewaltiger Kraftakt aller Beteiligten nötig.

Ganztagsbetreuung

Die Städte befürworten den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und halten den Rechtsanspruch für sinnvoll. Bund und Länder verhandeln aber derzeit ohne die Kommunen über die Finanzierung: „Die Städte müssen endlich mit an den Tisch, so wie es von den Koalitionspartnern versprochen wurde. Schließlich sollen die Städte den Rechtsanspruch vor Ort sicherstellen“, bekräftigte der Vizepräsident.

Die Städte plädieren dafür, einen Rechtsanspruch gestaffelt nach Altersgruppen einzuführen. Würzner: „Wir schlagen vor, den Betreuungsanspruch frühestens 2025 für Schulkinder in der ersten Klasse einzuführen und dann mit den weiteren Schuljahren auszubauen. Auch über Betreuungszeiten müssen wir sprechen. Ein Angebot an allen Wochentagen bis in den späten Nachmittag hinein wird nicht überall gleich zu Beginn möglich sein.“ Viele Horte und Schulen müssten umgebaut, ausgebaut oder sogar neu gebaut werden.

Zur Finanzierung meinte der stellvertretende Verbandschef: „Bund und Länder sind in der Finanzierungspflicht für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie müssen die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten übernehmen.“ Für einen Rechtsanspruch wird rund eine Million zusätzlicher Plätze gebraucht. Nötig sind dafür Investitionen von 7,5 Milliarden Euro sowie die Finanzierung der jährlichen Betriebskosten von mindestens 4,4 Milliarden Euro. Die bisher vom Bund eingeplanten Mittel von 2 Milliarden Euro sowie die mit dem Konjunkturpaket zusätzlich für Kinderbetreuung in Aussicht gestellten 1,5 Milliarden Euro sichern davon nur einen Bruchteil.

Laut Würzner darf es für Familien beim Wechsel von der Kita zur Grundschule keinen Bruch geben. Richtig wäre es, den Rechtsanspruch in den Schulgesetzen der Länder zu regeln. Denn Schule und Betreuung müssen Hand in Hand gehen. Dass die Bundesregierung den Rechtsanspruch im Jugendhilferecht und damit bei den Kommunen ansiedeln will, halten die Städte nicht für sinnvoll. **DK**

Drei Säulen eines ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr mit der Bayerischen Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, MdL Kerstin Schreyer über die weitere Strategie auszutauschen.

Einnahmeausfälle von mehreren 100 Millionen Euro

Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, zeigte sich sehr besorgt: „Wir rechnen in Bayern mit Einnahmeausfällen in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro. Die Bayerische Staatsregierung hat vor Ausbruch des Coronavirus im Bereich des ÖPNV Meilensteine gesetzt. Um daran weiter anknüpfen zu können, kommen wir nicht umhin, Aspekte der Finanzierung künftig (noch) stärker in den Vordergrund zu rücken. Wie soll das dem Bedarf entsprechende Angebot aussehen? Wie können wir dieses finanzieren und was müssen wir dafür tun?“

ÖPNV mit Augenmaß

Grundsätzlich galt schon vor der Pandemie, beim ÖPNV mit Augenmaß vorzugehen. Forderungen, beispielsweise jeden Ort mit mehr als 10 Wohnhäusern im Stundentakt anzubinden, haben nichts mit der Realität zu tun. Wir müssen schauen, was wirklich umsetzbar und vor allem finanzierbar ist. Dabei spielen im ländlichen Raum vor allem bedarfsgerechte flexible Verkehre eine entscheidende Rolle, um eine attraktive Alternative zum eigenen Pkw zu bieten. Viele Menschen dort sind bisher und vermutlich auch noch lange Zeit auf das eigene Auto angewiesen, weil es ein ÖPNV-Angebot wie in Ballungsräumen weder wirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvoll geben kann.

Angebot vor Tarif

„Angebot vor Tarif“, so muss das Motto laut Franz Löffler lauten, wobei natürlich großflächige Kooperationen in Verkehrsverbünden mit einheitlichen Tickets ebenso wichtig sind wie adäquate Angebote für mobilitätseingeschränkte Personen. Nicht zu vergessen die Schülerbeförderung, die oft das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum ist.

Bayern gleicht 90 Prozent der Schäden aus

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer machte deutlich: „Corona ist eine unglaublich große Herausforderung für uns alle. Wir als Freistaat lassen unsere Kommunen und die Verkehrsbetriebe dabei nicht im Regen stehen. Zum Beispiel ergänzen wir den ÖPNV-Rettungsschirm des Bundes mit 255 Millionen Euro und gleichen so 90 Prozent der pandemiebedingten Schäden aus. Außerdem unterstützen wir die kommunalen Aufgabenträger bei der Bestellung von Verstärkerbussen im Schülerverkehr über unsere interne Vermittlungsplattform. Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, 100 Prozent der Kosten für Verstärkerfahrten im Schülerverkehr zu übernehmen. Wir stellen dafür 15 Millionen Euro bereit. Durch die Verstärkerbusse soll im Schülerverkehr der Infektionsschutz insbesondere dort gewährleistet werden, wo Mindestabstände nicht eingehalten werden können.“ ❐

Kultur und Klima:

Den kulturellen Wandel gestalten

Neues Programm von Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte

Im Rahmen des bayernweiten Projekts unter dem Motto „Wurzelwärme – Blätterrauschen“ sollen Workshops zur kulturell-ästhetischen sowie ökologischen Bildung von jungen Menschen in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 angeboten werden – im Wald, im Park, in der Stadt, im Museum, im Theater und Bibliotheken.

Zuschussanträge können für Workshops zum Schwerpunktthema in den Mitgliedstädten gestellt werden. Dem Netzwerk können alle bayerischen Kommunen beitreten.

„Gerade während Krisen ist Kulturelle Bildung wichtig, denn sie gibt Orientierung, Sinn und Lebensfreude, fördert die Teilhabe und positive Entwicklungschancen”, erklärt Dr. Christine Fuchs, Projektinitiatorin und Leiterin vom Netzwerk Stadtkultur: „Das Thema Kultur und Nachhaltigkeit ist angesichts des Klimawandels, der trotz Corona nichts an seiner Brisanz verloren hat, von größter Aktualität und Relevanz. Gerade für junge Menschen.”

Der Gestaltung der Workshops sind keine Grenzen gesetzt: vom Nature Writing oder Theater und Tanzperformances über Projekte zur Urbanen Botanik bis zu Musikworkshops zu den Sounds of Nature. Professionelle Künstlerinnen und Künstler, Kunstpädagoginnen und Kunstpädagogen aus allen Sparten können sich beteiligen.

Die einzigen Voraussetzungen sind: Die Workshopteilnehmenden müssen sich im direkten Kontakt und unmittelbaren Erleben mit Bäumen beschäftigen und selbst gestalterisch tätig werden. Die Workshops können im Wald, im Park, in der Stadt und in Kulturräumen (etwa Museum, Theater, Bibliothek, Galerie) sowie teilweise digital stattfinden. Zielgruppe sind in erster Linie Kinder und Jugendliche.

Teilnahme- und antragsberechtigt sind freischaffende Künstlerinnen und Künstler, Kunstpädagoginnen und Kunstpädagogen sowie kommunale und freie Träger Kultureller Bildung aus den Mitgliedstädten des Netzwerks Stadtkultur. Für eine Mindestanzahl an Teilnehmenden garantieren die Antragsteller.

Das Projekt unter dem Motto „Wurzelwärme – Blätterrauschen“ findet im Rahmen des für die Jahre 2021/2022 gesetzten Schwerpunktthemas „Kultur und Klima – den kulturellen Wandel gestalten” statt.

Gefördert wird „Wurzelwärme – Blätterrauschen” durch den Kulturfonds Bayern des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Weitere Informationen sowie die Antragsunterlagen sind auf der Homepage des Netzwerks Stadtkultur zum Download verfügbar.
Weitere Informationen: www.stadtkultur-bayern.de ❐

Hebammenversorgung wird weiter gestärkt

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml: Bereits 200 Anträge auf Niederlassungsprämie für Hebammen

Das Förderprogramm von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml zur Niederlassung von Hebammen ist weiterhin sehr erfolgreich: Innerhalb eines Jahres ist mittlerweile der 200. Antrag auf die Niederlassungsprämie eingegangen.

Anlässlich der Überreichung des Förderbescheids für den 200. Antrag betonte die Ministerin: „Mein Ziel ist es, die Versorgung mit qualitativ hochwertigen wohnortnahen Hebammenleistungen weiter auszubauen. Daher freut es mich, dass unser Förderprogramm so gut angenommen wurde. Innerhalb eines Jahres haben 200 Hebammen in Bayern die Niederlassungsprämie beantragt.“

Seit dem 1. September 2019 können Hebammen, die erstmalig eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern aufnehmen oder nach einer zwischenzeitlichen Aufgabe des Berufs erneut aufnehmen, eine einmalige Unterstützung in Form einer Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro erhalten. Für die Gewährung der Prämie muss die antragstellende Hebamme neben der Berufserlaubnis lediglich die Meldung beim zuständigen Gesundheitsamt zur Gründung einer Niederlassung in Bayern nach dem 1. September 2019 nachweisen.

Huml unterstrich: „Alle Schwangeren und Mütter in Bayern sollen die Betreuung durch Hebammen bekommen, die sie brauchen. Deshalb möchten wir mehr Hebammen als bisher für eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern gewinnen und so das Angebot an Hebammenleistungen ausbauen, insbesondere in der Geburtshilfe und der Wochenbettbetreuung.“

Der Antrag für die Niederlassungsprämie kann seit dem 1. September 2019 unter www.niederlassungsprämie.bayern.de heruntergeladen werden. Anspruchsberechtigt sind auch angestellte Hebammen, wenn diese neben ihrer Festanstellung noch eine freiberufliche Tätigkeit aufnehmen. Der Antrag auf Gewährung der Prämie muss innerhalb von sechs Monaten nach Begründung der Niederlassung gestellt werden. ❐

Vorreiterrolle in Deutschland

Leipfinger-Bader betreibt weltweit einzigartige Ziegel-Recycling-Anlage

Die Bau- und Abbruchabfälle sind in Deutschland mengenmäßig der größte Abfallstrom. So groß, dass ihn die Deponien bisweilen nicht mehr annehmen können. Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader mit Stammsitz in Vatersdorf (Landkreis Landshut) begegnen diesem Problem jetzt mit einer weltweit einzigartigen Anlage: Am Unternehmensstandort in Puttenhausen (Landkreis Kelheim) werden seit dem Frühjahr 2020 bei Neubauten anfallender Ziegel-Bruch sowie Reste von verfüllten und unverfüllten Ziegel aufbereitet.

In Zukunft soll auch Material aus Abbrüchen für das Recycling angenommen werden. Die wertvollen Rohstoffe werden wiederverwendet. „Das ist umwelttechnisch ein Durchbruch“, so Firmenchef Thomas Bader.



Hat die Genehmigung des Landratsamtes zur Inbetriebnahme der einzigartigen Mauerziegel-Recyclinganlage erhalten: Thomas Bader, Geschäftsführer der Ziegelwerke Leipfinger-Bader. Bild: Leipfinger-Bader

Deponien stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen

„Ab kommenden Samstag, 13. Juli, muss die Bauschutt-Annahmestelle des Landkreises für die Anlieferung neuen Materials vorübergehend geschlossen bleiben. Der Anlieferstopp wird voraussichtlich bis Ende September dauern … “ Meldungen wie die des Landratsamtes Landshut aus dem Jahr 2019 sind keine Seltenheit mehr in Deutschland. Im ganzen Land haben Bauherren und Bauunternehmen immer wieder mit dem gleichen Problem zu kämpfen: Deponien stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen und stoppen deshalb die Annahme.

Bisher wird Recyclingpotenzial achtlos weggekippt

Die Folge: Das Material wird auf Lastwagen zum Teil über weite Strecken durch das Land transportiert oder sogar außer Landes gebracht, um es zu entsorgen. Die Kosten für die Beseitigung, die Bauunternehmen und Bauherren zu tragen haben, steigen dadurch immer weiter an. Umweltfreundlich ist das zudem nicht. Bisher wird so enormes Recyclingpotenzial der Baustoffe im wahrsten Sinne des Wortes achtlos weggekippt. Rund 58,5 Millionen Tonnen Bauschutt macht das laut einer bundesweiten Statistik pro Jahr mittlerweile aus.



Nachhaltige Mauerziegelproduktion: In der neuen Recyclinganlage in Puttenhausen (Niederbayern) werden Ziegelbruch und Dämmstoffe getrennt und anschließend wiederverwertet. Auf diese Weise sorgt Leipfinger-Bader für einen geschlossenen Wertstoffkreislauf. Bild: Leipfinger-Bader

Anlage ermöglicht geschlossenen Rohstoffkreislauf

„Eine gigantische Verschwendung von Ressourcen“, sagt Thomas Bader. Vor einigen Jahren stieß er deshalb in seinem Unternehmen die Entwicklung einer Recyclinganlage am Werkstandort in Puttenhausen (Stadt Mainburg, Landkreis Kelheim) an. Sie soll einen geschlossenen Rohstoffkreislauf bei den Produkten des Unternehmens ermöglichen. Nach einem einjährigen Testbetrieb bekam die in ihrer Art weltweit einzigartige Anlage im Frühjahr 2020 die Genehmigung des Landratsamtes.

In Zukunft wird auch der Gebäudeabriss recyclingfähig

Ziegelbruch sowie die Reste aus verfüllten Ziegel, die bei Neubauten anfallen, werden von Leipfinger-Bader jetzt wieder zurückgenommen und zur Recyclinganlage nach Puttenhausen gebracht. Dort entsteht daraus dann Material, das zum Beispiel für Dachbegrünungen oder im Straßenbau Verwendung findet.

Dämmstoffe werden ebenfalls recycelt

Die Dämmstoffe aus verfüllten Ziegel werden ebenfalls vollständig recycelt und wieder der Produktion zugeführt. Das gilt sowohl für mineralisch gefüllte Unipor-Mauerziegel als auch für solche mit Füllung aus sortenreinen Nadelholzfasern.

In Zukunft soll in Puttenhausen auch Material aus Gebäudeabrissen recycelt werden. Firmen-Chef Thomas Bader: „Wir sehen den Mauerziegel auch über seine erste Lebensphase hinaus als wertvolle Materialressource an. Mit der Entwicklung unserer speziellen Recyclinganlage bieten wir als erstes Ziegelwerk in Deutschland einen vollständig geschlossenen Rohstoffkreislauf an.“ ❐

ITVA-Positionspapier:

Zeitenwende für das Flächenrecycling

Dem Flächenrecycling zur Deckung des sehr großen Flächenbedarfs in den Kommunen Priorität gegenüber der Ausweisung neuer Flächen „auf der grünen Wiese“ einzuräumen, darüber besteht breiter gesellschaftlicher Konsens. Obwohl die Vorteile des Flächenrecyclings offensichtlich sind, werden die Potenziale aus Sicht des Ingenieurtechnischen Verbands für Altlastenmanagement und Flächenrecycling aufgrund unterschiedlicher Hemmnisse nur unzureichend genutzt. In einem Positionspapier fordert der ITVA, das Flächenrecycling auf kommunaler Ebene deutlich zu stärken und auszubauen – für eine nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen.

Zur Stärkung und Förderung der Innen- vor der Außenentwicklung müssten insbesondere die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessert sowie die Neuinanspruchnahme von Flächen vermieden werden. Kommunen müssten durch konkrete Handlungsstrategien stärker in die Lage versetzt werden, ihre innerstädtischen Flächenpotenziale zu erfassen und geeignete Brachflächen zu identifizieren und zu klassifizieren. Ausgewählte, für die städtische Entwicklung besonders bedeutsame Flächen seien aktiv zu steuern.

Für Flächenvorratspolitik

Nach Erfahrungen des ITVA betragen die nicht rentierlichen Kosten für die Aufbereitung industriell oder gewerblich vorgenutzter Flächen einschließlich Abbruch von Gebäuden und Anlagen in Abhängigkeit von der zukünftigen Nutzung der Fläche Brutto 60 bis 100 Euro/qm. Wesentlich sei es daher, die Kommunen durch finanzielle und personelle Förderung insbesondere bei der Aufbereitung schwerer marktgängiger Flächen zu unterstützen. Speziell für die Erweiterung und Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sei eine kommunale und interkommunale Flächenvorratspolitik notwendig.

Ruf nach interkommunalen Instrumenten

Um die Vermarktung aufbereiteter Flächen zu unterstützen, fordert der ITVA interkommunale Instrumente, wie Fondslösungen zur Absicherung von Restrisiken. Eine Schlüsselrolle spielt die notwendige personelle Ausstattung der Kommunen mit Schwerpunkt der Planungs- und Umweltämter zur Umsetzung der Maßnahmen sowie eine externe Beratung und die Entwicklung von Handlungsstrategien, wie mit Brachflächen angemessen umgegangen werden kann und muss.

Politisch, so der ITVA, kann die Aufbereitung von Brachflächen durch eine Novellierung der Grund- und Grunderwerbssteuer deutlich entlastet und die Neuinanspruchnahme von Flächen stärker belastet werden. Für die Wiedernutzung von Brachflächen sind in Landes-, Regional- und Bauleitplanung Vorrangregelungen einzuführen und auf Maßnahmen ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme zu fokussieren. Flächenhandelssysteme können – wie das Planspiel des Umweltbundesamtes gezeigt habe – die Inanspruchnahme von Flächen wirksam reduzieren, die Innenentwicklung stärken, die nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern, die kommunalen Finanzen entlasten sowie regionale Unterschiede ausgleichen. Deshalb fordert der ITVA die bundesweite Einführung des Flächenhandels unter Berücksichtigung der Bodenqualität.

Neben der Förderung des Bewusstseins bei allen bisher benannten Akteuren für die hohe Bedeutung und großen Potenziale des Flächenrecyclings sei die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ebenso wichtig, um die Akzeptanz für die Nutzung aufbereiteter Grundstücke bei Kommunen, potenziellen Nutzern, Investoren und Banken zu verbessern.

Blick ins Ausland

Für die Planung und Prioritätensetzung bei der Umsetzung empfiehlt der ITVA, Synergien und „Best Practice“-Beispiele bestehender Instrumente zur Förderung des Flächenrecyclings auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu berücksichtigen und zusammen zu führen. Auch ein Blick auf internationale Erfahrungen im Flächenrecycling ist dringend angeraten – genannt sei beispielsweise das sog. 60 % Brownfield target in England bei Berücksichtigung der dortigen Besonderheiten: Unter der New-Labour-Regierung von Tony Blair wurden Kommunen verpflichtet, bis zum Jahr 2008 mindestens 60 % des Wohnungsbaus auf vormals genutzten Flächen zu realisieren. Als Ergebnis dieser klaren Zielsetzung fuhren Kommunen die Entwicklung von Flächen auf der „Grünen Wiese“ extrem zurück, so dass das gesetzte Ziel teilweise sogar übererfüllt wurde.

Aktuell ergeben sich folgende Forderungen an die Politik:

- Einführung von Vorrangregelungen für die Wiedernutzung von Brachflächen in der Landes-, Regional- und Bauleitplanung.
- Vorrang von Maßnahmen auf Brachflächen bei den Eingriffs- und Ausgleichsregelungen, Berücksichtigung von Entsiegelungen sowie der Verbesserung der Bodenfunktionen und der Bodenqualität. Schaffung von Ausnahmen von der Eingriffsregelung bei Flächen, für die bereits bei der Vornutzung Ausgleichsmaßnahmen erfolgt sind.
- Stärkung der Vermarktung durch Schaffung von unabhängigen Instrumenten zur Klärung von Eigentümerinteressen und zur Bewertung von Brachflächen sowie von Fondslösungen zur Absicherung von Restrisiken.
- Novellierung der Grundsteuer zur Verbesserung der Verfügbarkeit bzw. Bereitstellung von Brachflächen und eine Reduzierung der Grunderwerbssteuer für die Wiedernutzung ehemals bebauter Flächen.
- Schaffung von Instrumenten für den und Förderung des kommunalen Zwischenerwerbs und der Flächenbevorratung.
- Förderung der Erfassung innerstädtischer Flächenpotenziale, der Identifizierung geeigneter Brachflächen und der aktiven Steuerung der Mobilisierung.
- Harmonisierung der Anforderungen an das Stoffstrom- und Bodenmanagement.
- Flächendeckende verbindliche Einführung des Handels mit Flächenzertifikaten unter Berücksichtigung der Bodenqualität.

Der ITVA bietet an, sich inhaltlich und beratend in den notwendigen Fachdialog einzubringen. **DK**

Finanz- und Heimatminister Füracker:

Neue Residenz Bamberg strahlt wieder in altem Glanz

2. Bauabschnitt der Generalinstandsetzungsarbeiten ist abgeschlossen

„Die Neue Residenz Bamberg ist ein Meisterwerk des fränkischen Barock und wichtiger Teil der Geschichte und unserer Heimat in Bayern. Es freut mich daher ganz besonders, dass sie nach umfassenden Restaurierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wieder in ihrem alten Glanz erstrahlt“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Wiedereröffnung der Fürstbischöflichen Wohnräume in der Neuen Residenz Bamberg.

„Das Appartement des Fürstbischofs ist nun wieder ein Höhepunkt im Rundgang durch die Residenz. Alle Besucherinnen und Besucher können zahlreiche originale Objekte, wie den Schreibtisch des Fürstbischofs Adam Friedrich von Seinsheim, besichtigen“, so Füracker weiter. Die Fürstbischöflichen Wohnräume waren seit 2016 zur umfänglichen Restaurierung geschlossen.

Die Neue Residenz Bamberg war über 200 Jahre von 1700 bis 1919 ein Mittelpunkt der fränkischen und bayerischen Politik. Dieses kulturelle Erbe gilt es für künftige Generationen zu bewahren und zu erhalten. „Insgesamt hat der Freistaat rund 13,6 Millionen Euro in die beiden jetzt abgeschlossenen Bauabschnitte investiert. Das ist die bislang größte Investition in den Erhalt in der rund 400-jährigen Geschichte der Residenz“, betonte Füracker.

Bei den Instandsetzungsarbeiten wurden unter anderem die gesamten Dachflächen mit der altdeutschen Schiefereindeckung aufwändig saniert. Auch die Fassaden zeigen sich nach dem Neuanstrich wieder in historischer Farbigkeit. Ein besonderer Blickfang ist das neue Wandbild, das auf Basis historischer Befunde an der Fassade des weithin bekannten Rosengartens geschaffen wurde. In den Fürstbischöflichen Wohnräumen wurden alle Oberflächen aufwendig restauriert, die Räume nach historischem Vorbild neu möbliert und mit modernster Lichttechnik ausgestattet. Der Kaisersaal erstrahlt nach den umfangreichen Arbeiten an Decke und Wandflächen wieder in seinem vollen Glanz.

Teil des UNESCO-Weltkulturerbes

Die Neue Residenz, die von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreut wird, vereinigt sich zusammen mit dem Dom und anderen bedeutenden baulichen Zeugnissen aus einem Jahrtausend Bamberger Geschichte zu einer der großartigsten Platzanlagen Deutschlands. Sie ist Teil des UNESCO-Weltkulturerbes „Altstadt Bamberg“. Mit ihrer baulichen Entwicklung an dominanter Stelle im Stadtbild und in ihrer im Laufe der Jahrhunderte immer wieder ergänzten und erneuerten Ausstattung legt die Residenz bauliches Zeugnis ab über mehrere Jahrhunderte wechselvoller Geschichte.

Die Neue Residenz ist die erste große Residenz des Barock in Franken und größtes profanes Einzeldenkmal Bambergs. Sie ist im Gegensatz zu anderen Residenzen in Aschaffenburg, Würzburg oder München von Kriegszerstörungen verschont geblieben. So sind die Raumdekorationen aus über drei Jahrhunderten nahezu vollständig erhalten. ❐

Tag des offenen Denkmals:

Erinnern. Erhalten. Neu denken.

Rund 130 Denkmäler beteiligten sich in Bayern am Tag des offenen Denkmals, der heuer wegen Corona erstmals überwiegend digital veranstaltet wurde. Unter dem Motto „Chance Denkmal: Erinnern. Erhalten. Neu denken“ wurden im Internet zahlreiche Präsentationen und Aktionen aufgelegt.

Unter den Teilnehmern fanden sich zahlreiche Klassiker, darunter die Alte Münze in München, der Beobachtungsposten der US-Army in Waidhaus und das Orgelbaumuseum Steinmeyer in Oettingen. Das Regensburger Prämonstratenser-Kloster hatte eine virtuelle 360-Grad-Führung im Angebot.

In Ingolstadt waren zwei besondere Denkmäler Teil des Programms: Das Georgianum und das Kavalier Dalwigk. Beide werden derzeit von der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau) saniert und sollen dann auch neu genutzt werden. Während über das Georgianum ein Informationsfilm zu sehen war, konnte das Kavalier Dalwigk, ein beeindruckendes Festungs- und Industriedenkmal, im Rahmen eines virtuellen Spaziergangs besichtigt werden.

Augsburger Welterbestätten

Das Augsburger Vorzeigeprojekt „Alte Schmiede“ sowie die Augsburger Welterbestätten öffneten virtuell ihre Türen. Die „Alte Schmiede“ in der Altstadt wurde 1184 (wahrscheinlich erstmals) in der schwäbischen Chronik erwähnt. In Kooperation mit dem Eigentümer und unter professioneller Unterweisung aus dem Bereich der Bauforschung sowie der Restaurierungs- und Konservierungstechnik soll das kulturelle Erbe in den kommenden Jahren von Studierenden der Hochschule Augsburg denkmalgerecht und mit größter Vorsicht saniert werden - mit innovativen Ansätzen, zum Beispiel hinsichtlich umweltschonender Lösungen für die Beheizung.

Wer Interesse hatte, konnte zudem virtuell das Wasserwerk am Hochablass oder die Wassertürme am Roten Tor mit Hilfe eines Audioguides bzw. bei einem virtuellen 3D-Rundgang erkunden. Auch das Gögginger Kurhaus, der Augsburger Dom und die Hessingkirche St. Johannes präsentierten sich im Internet.

Die St.-Johannis-Kirche in Lauf an der Pegnitz, 1275 als Kapelle erbaut, gilt mit ihren Glocken, schmiedeeisernen Gittern und bemalten Laternen als hohe Handwerkskunst. Ein Film führte durch die Kirche bis hinauf in die Spitze des Turmes. Mit Ausblick über das Nürnberger Land hörte man dort die historischen Glocken läuten. Am Passauer Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus wurde ein Textblock aus schwerem Granit zum Leben erweckt. Passanten konnten ihre Eindrücke schildern und auch hier war filmisch eine Begehung möglich.

Wie sich im Laufe der Jahrhunderte das Aschaffenburger Schlossufer verändert hat, ließ sich am Tag des offenen Denkmals anhand historischer Zeichnungen, Stichen, Gemälden und Fotografien virtuell nachempfinden. Gezeigt wurden die Veränderungen des Mainufers unterhalb der Altstadt vom 16. Jahrhundert bis heute.

Das Bürgerhaus in Rothenburg ob der Tauber ist mehr als 600 Jahre alt. Seine Geschichte konnte man in einem virtuellen Rundgang bequem von zu Hause aus kennenlernen. Aus Bamberg kam ein Kurzvideo rund um die Sanierungsarbeiten am Riegelhof. Die Arbeiten begannen im Sommer 2017 und sollen im kommenden Jahr abgeschlossen sein.

Premiere in Coburg

Eine Premiere gab es in Coburg: Erstmals war ein virtueller Rundgang durch die historische Kühlhalle möglich. Ebenfalls einen virtuellen Rundgang mit 360-Grad-Panorama-Ansicht des Königssalons des Hofer Hauptbahnhofs und des angrenzenden Wartesaals erstellte das Museum Bayerisches Vogtland. Texte und zusätzliche Fotos informierten außerdem über den historischen Raum.

Die Stadt Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel ermöglichte einen virtuellen Blick in das Glasschleif-Areal. Die Glasproduktion wurde dort Anfang der 1980er Jahre eingestellt. Das Gebäude zählt zu den bedeutendsten Industriedenkmälern Bayerns. Bis 2023 soll es saniert werden.

Die Museen im Landkreis Fürstenfeldbruck machten den Tag des offenen Denkmals dagegen vor Ort erlebbar: Am Bauernhofmuseum Jexhof wurde bei einem Museumsrundgang gezeigt, wie sich der Jexhof durch seine Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit auszeichnet. Außerdem waren ein Upcycling-Künstler und das Repair-Café Gröbenzell zu Gast. In der historischen Furthmühle Egenhofen konnte die Sonderausstellung „Die 50er Jahre - Wirtschaftswunder und Verdrängung“ besichtigt werden. Zudem hielt ein Müllermeister einen Vortrag zur Furthmühle, seiner Geschichte und dem Müllerhandwerk.

Denkmal als Symbol der Standhaftigkeit

Bayerns Kunstminister Bernd Sibler hob an diesem jährlich stattfindenden deutschlandweiten Aktionstag die Bedeutung von Denkmälern für die Gesellschaft hervor: „Könnten Denkmäler sprechen, hätten sie uns wahrscheinlich einiges zu erzählen. Vieles haben sie schon erlebt, vieles haben sie auch überlebt beziehungsweise überdauert. Deshalb halte ich es in der momentanen Situation für sehr wichtig, dass der Tag des offenen Denkmals auch dieses Jahr, und zwar digital, stattfinden kann. Von Denkmälern können wir lernen, dass die Geschichte schon immer Herausforderungen für uns bereitgehalten hat und dass wir diese aushalten können, um später in neuem Glanz zu erstrahlen – das Denkmal als Symbol der Standhaftigkeit und der Gewissheit, dass auch wieder bessere Zeiten kommen werden.“

Im Haushaltsjahr 2019 hat das Kunstministerium 46,8 Millionen Euro in die Denkmalpflege investiert. Diese Summe beinhaltet die Ausgaben für das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD), ausgereichte Fördermittel für Denkmalpflege sowie die Mittel des Entschädigungsfonds. Im Haushaltsjahr 2020 erhöhen sich die Investitionen sogar leicht auf 47,7 Millionen Euro. Außerdem steht das Bürgerportal Denkmalpflege als Servicestelle des BLfD bereits seit 2018 der Öffentlichkeit, insbesondere Vereinen, Institutionen und Privatpersonen, bei Fragen zur Baudenkmalpflege beratend zur Seite. Dieses Angebot ist deutschlandweit einmalig und wird gerne angenommen. **DK**



V.l.: Stellvertretender Landrat Franz Clemens Brechtel, Stiftungsdirektor Marc Engelhard und der Baukoordinator der Kreisspitalstiftung Weißenhorn, Christian Pröll. Bild: Jürgen Bigelmayr/ LRA Neu-Ulm

Landkreis Neu-Ulm:

Klinikausbau in Weißenhorn

Auf den Landkreis Neu-Ulm ist auch in der Corona-Krise als Investor Verlass. Er steckt insgesamt rund vier Millionen Euro in die Erweiterung der Stiftungsklinik in Weißenhorn. Seit Mai dieses Jahres laufen die Arbeiten an dem Anbau, der in Modulbauweise errichtet wird. Voraussichtlich soll das neue Modulgebäude Ende September fertiggestellt sein.

Ab dieser Woche werden vor dem Bettentrakt der Stiftungsklinik - wegen seiner Form „Bettenwinkel“ genannt - die 21 Module per Kran auf das Betonfundament gesetzt, das rund 25 Meter lang, 18 Meter breit und zwei Meter tief ist.

Neues Modulgebäude

Insgesamt entstehen so drei Geschosse in Fertigbauweise, die jeweils über einen Verbindungsflur mit dem Hauptgebäude verbunden werden. Im Erdgeschoss werden ambulante Behandlungsräume untergebracht. Durch diese Erweiterung kann die dringend notwendige Entzerrung der Notaufnahme und der Ambulanzräume realisiert werden. In den beiden Obergeschossen entstehen Bettentrakte, welche die internistischen Bettenkapazitäten an der Stiftungsklinik deutlich erhöhen. Der Anbau lindert die dringlichste Platznot an der Stiftungsklinik Weißenhorn.

„Trotz der Corona-Krise liegen wir im Bauzeitenplan gerade einmal zwei Monate zurück“, hob Baukoordinator Christian Pröll von der Kreisspitalstiftung bei einer Baustellenbesichtigung hervor. „Das Zusammenspiel aller Beteiligten ist beispielhaft“, lobte Stiftungsdirektor Marc Engelhard. „Gerade im Hinblick auf die immensen Herausforderungen der Corona-Krise sind die dringend benötigten Raumkapazitäten noch bedeutsamer geworden.“

„Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, die Bauverzögerungen so gering wie möglich zu halten“, sagte stellvertretender Landrat Franz Clemens Brechtel bei seinem Besuch in Weißenhorn. „Ich bin froh, dass wir schon bald die zusätzlichen Krankenhauskapazitäten in Betrieb nehmen können.“

Bei dem Vorort-Termin würdigte der Vize-Landrat auch die „großartigen Leistungen“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller heimischen Krankenhäuser während der Corona-Pandemie. ❐

Richtfest für Bayreuther „Friedrichsforum“

Ein wichtiges Etappenziel haben Sanierung und Umbau der Bayreuther Stadthalle zum modernen Kulturzentrum „Friedrichsforum“ erreicht: In Anwesenheit von Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker feierten rund 100 geladene Gäste Richtfest. Baubeginn war vor drei Jahren, Fertigstellung und Eröffnung sind für 2023 geplant.

„Die Unterstützung der Kommunen ist und bleibt für den Freistaat ein zentrales Anliegen. Dies gilt ganz besonders für die Förderung von Kultureinrichtungen. Foren für Begegnung und Dialog sind gerade in diesen schwierigen Zeiten sehr wichtig. Die Sanierung und der Umbau der Stadthalle zu einer modernen Kulturstätte ist ein wichtiger Impuls für die Kulturregion Bayreuth“, stellte Minister Füracker fest. Der Freistaat unterstützt das Bauvorhaben mit Mitteln der Städtebauförderung sowie im Rahmen der kommunalen Hochbauförderung mit Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs.

„Flächendeckende Kultureinrichtungen gehören zu unserer Heimatstrategie. Das moderne Friedrichsforum in den historischen Gemäuern aus dem 18. Jahrhundert ist ein wichtiger Teil der oberfränkischen Kultur“, hob Füracker hervor. Das Friedrichsforum präge mit seinem besonderen Charakter die kulturelle Identität Bayreuths. Zusammen mit Mitteln der Oberfrankenstiftung sind für das Bauvorhaben der Stadt Bayreuth voraussichtlich insgesamt rund 40 Millionen Euro vorgesehen, davon knapp 36 Millionen Euro vom Freistaat.

Füracker zufolge hat Kultur in Bayern einen großen Stellenwert. Kultur schaffe Lebensfreude und verbinde Menschen. Theater- und Konzertsäle leisteten hier einen wichtigen Beitrag. Gerade auch in Bezirkshauptstädten müsse ein überregional bedeutsames Theater- und Konzertangebot abgedeckt sein.

Zeitgemäße Optimierung

In der Stadtmitte bietet das künftige Friedrichsforum sehr gute Voraussetzungen für Veranstaltungen. Das Kulturzentrum soll zu einer Brücke zwischen Wirtschaft, Universität, Kunst und Kultur und der Bevölkerung werden. Mit der Sanierung und Erweiterung der ehemaligen Stadthalle werden Funktionalität und Bespielbarkeit zeitgemäß optimiert.

Wie Oberbürgermeister Thomas Ebersberger betonte, sei für die Stadt Bayreuth die Sanierung und der Umbau der Stadthalle aus finanzieller Sicht alles andere als leicht. Es sei jedoch gelungen, die Bayerische Staatsregierung beziehungsweise die zuständigen Ministerien von der Notwendigkeit des Projektes zu überzeugen und eine außergewöhnlich gute Fördersituation zu erreichen. Mit dem Friedrichsforum biete die Stadt künftigen Kulturveranstaltern optimale Rahmenbedingungen. Bayreuth unterstreiche mit dem Projekt seinen Anspruch als Kulturstadt mit überregionaler Ausstrahlung. **DK**

Baubeginn für neuen Kindergarten Am Stadtpark

Im Auftrag der Stadt Nürnberg errichtet die WBG KOMMUNAL GmbH Am Stadtpark 94 einen 3-gruppigen Kindergarten als Ersatzneubau für die vorhandene Einrichtung. Künftig werden 75 Kinder diese Einrichtung besuchen.

Das vorhandene Kindergartengebäude Am Stadtpark 94 ist sowohl aus technischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sanierungsfähig und wird abgebrochen. Der Ersatzneubau wird zum Schutz des vorhandenen Baumbestandes an gleicher Stelle errichtet. Der an die gestiegenen Anforderungen an das Raumprogramm angepasste Neubau wird zweigeschossig mit Erdgeschoss und Untergeschoss ausgeführt.

Ungewöhnliche Kubatur

„Der Neubau mit 893 qm Bruttogeschossfläche ist aus Sicht der Stadtplanung gestalterisch sehr gelungen und fügt sich hervorragend in den Stadtpark ein. Das oberirdische Gebäudevolumen des Neubaus unterschreitet sogar leicht das des alten Gebäudes und hinterlässt somit im Stadtpark einen etwas kleineren Fußabdruck“, gibt sich Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich überzeugt.

Die sich aus den örtlichen Gegebenheiten ergebende ungewöhnliche und zum Standort passende Kubatur wird aus wirtschaftlichen Gründen mit weitestmöglich einfachen konstruktiven Ansätzen realisiert. In der nördlichen Hälfte des Gebäudes wird das Außengelände großzügig terrassiert. Die Hauptnutzflächen werden durch Abböschungen und Oberlichter zum Mehrzweckraum hin gut belichtet. Hierdurch entstehen lichtdurchflutete, helle Räume im Souterrain, deren Ausgänge unmittelbar in den Garten führen.

„Im Vergleich zum Bestandsgebäude wird der Neubau durch das zusätzliche neue Untergeschoss einen modernen und kindgerechteren Betrieb ermöglichen und sowohl für die Kinder als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutliche Verbesserungen bringen“, freut sich Sozialreferentin Elisabeth Ries.

Das Gebäude wird einschließlich aller Zugänge, Türbreiten, Bewegungsflächen etc. im Sinne der DIN 18040-1 barrierefrei erstellt. Im Erdgeschoss wird es eine rollstuhlgerechte Toilette mit Dusche geben. Ein Aufzug erschließt die Geschosse barrierefrei. Es wird dem EnEV-Standard gerecht. Die Einhaltung des Erneuerbare Energien-Wärmegesetzes wird durch den Einsatz von Geothermie und Wärmepumpe erfüllt. ❐



Dorferneuerung Münsterhausen:

Lohnende Maßnahmen

Die Dorferneuerung verbessert die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Lande. Damit wird die Standort- und Lebensqualität der Dörfer im ländlichen Raum nachhaltig gestärkt. Nutznießer dieser Möglichkeiten ist auch der Markt Münsterhausen im Landkreis Günzburg. Das Straßendorf wurde attraktiver und verbesserte die innerörtliche Entwicklung.

Das Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALE) leitete 2006 für den Markt die Dorferneuerung ein. Seither wurden knapp 1,4 Mio. Euro in Maßnahmen der Dorferneuerung investiert. Rund 840.000 Euro bekam der Ort für diese Projekte an Zuschüssen von Europäischer Union, Bund und Freistaat Bayern. „Münsterhausen wurde dadurch schöner, liebens- und lebenswerter", betonte Bürgermeister Robert Hartinger zum Abschluss der Dorferneuerung. Die Dorfgemeinschaft sei enger zusammengerückt und die Vereine arbeiteten deutlich enger zusammen, als das früher der Fall gewesen sei.

Laut Behördenleiter Christian Kreye (ALE) schafften die Münsterhauser mit ihren Investitionen einen Mehrwert, der nicht nur in Euro und Cent zu beziffern sei, aber umso deutlicher spürbarer werde. Der Ort habe die Vorteile einer Dorferneuerung erkannt und diese vollumfänglich genutzt. Kreye gab der Hoffnung Ausdruck, dass der „Geist" der Dorferneuerung, wie Inspiration, Impulse und Anreize, über den Tag des förmlichen Abschlusses hinaus weitergehe.



Eine besondere Attraktion in Münsterhausen ist der Wasserspielplatz. Bild: ALE Schwaben

Mindel als prägendes Element

Prägend für die Dorferneuerung war die Bauphase von 2009 bis 2018. Zahlreiche Ideen aus der Vorbereitungsphase konnten umgesetzt werden. So wurde unter anderem ein Gewässerinformations- und Erlebnispfad (GIEP) verwirklicht. Dabei gelang es, die Mindel als prägendes Element ihrer Heimat erfahrbar zu machen. Das Projekt ist ein duales Informationssystem, das Theorie und Praxis verbindet. Der Pfad erklärt an elf Stationen die biologischen Zusammenhänge am Wasser. Er informiert mittels Schautafeln und macht den Lebensraum Wasser zugänglich. Spannendes wird entdeckt, Interessantes erforscht, und Wissenswertes kann nachgelesen werden.

Die Attraktion des GIEP ist der Wasserspielplatz westlich der Sportanlage. Mit einem feststehenden Floß, Kneippmöglichkeit, einer Archimedischen Spindel zur Wasserentnahme aus dem Kühgraben, Matschtischen, einem Wasserlabor, einem Wasserspielplatz und Barfußpfad werden die menschlichen Sinne durch Planschen, Matschen, Kneipen, Erfühlen und Erspüren angeregt.

Ebenso realisiert wurde neben der Errichtung eines Bewegungsparks mit attraktiven Sportgeräten der Anbau an die Mehrzweckhalle und der Bau eines Dorfplatzes mit Beachvolleyballfeld. Nicht nur der Kirchplatz wurde neugestaltet, auch an zahlreichen innerörtlichen Straßen und Wegen wurden entsprechende Arbeiten durchgeführt. Über die Mindel und den Mühlkanal wurden Fußgängerstege gebaut.

Um den Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu verbessern, pflanzte das Dorf u.a. Linden, Säulenhainbuchen, Wildkirschen, Spitzahorn, Wild- und Ziersträucher, Bodendeckerrosen und bodendeckende Stauden. Innerhalb des Ortes wurden neue Nisthilfen für Gebäudebrüter und Fledermäuse aufgestellt, um so die Vielfalt der heimischen Vogel- und Tierwelt zu fördern.

Spitzenstellung

Die Bürger von Münsterhausen ergriffen die Gelegenheit und nahmen das Angebot der Unterstützung von privaten Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung an. Das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm ermöglicht privaten Bauherren, Maßnahmen an ihren Gebäuden, Hofräumen und Vorgärten fördern zu lassen. Dazu gehören die dorfgerechte Erhaltung, Umnutzung und Gestaltung von bestehenden Gebäuden. Für Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. Euro zahlte das ALE am Ende Fördergelder von rund 330.000 aus. Damit hat Münsterhausen in der „privaten" Dorferneuerung Akzente gesetzt und nimmt mit dieser Größenordnung in Schwaben eine Spitzenstellung ein. **DK**

Klimaschutz ganzheitlich denken

Serielles Sanieren braucht die richtigen Rahmenbedingungen.

Die BAUINDUSTRIE begrüßt ausdrücklich das Gesamtpaket von Klimaschutzanstrengungen, welches die Bundesregierung seit dem letzten Jahr auf den Weg gebracht hat. Insbesondere als wichtigen Bestandteil der Konjunkturmaßnahmen nach der Coronakrise.

„Durch zahlreiche Verbesserungen der Fördermöglichkeiten sowie neu geschaffene finanzielle Anreize wurde ein breiteres Spektrum wirtschaftlich durchführbarer Gebäudesanierungen geschaffen", sagt Dieter Babiel, Hauptgeschäftsführer Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.

GEG als wichtiger Baustein

Das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) macht durch seine Zusammenführung von bisher drei Gesetzen bzw. Verordnungen einen wichtigen Baustein im Klimaschutz aus. Diese ganzheitliche Herangehensweise sollte in Zukunft konsequent weiter fortgeführt werden. „Mit Hochdruck gilt es nun für alle Beteiligten, noch mehr wirtschaftlich attraktive Lösungen zu entwickeln, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und diese dann in die Fläche auszurollen. Vor allem was die serielle Sanierung von Gebäuden betrifft", so Babiel. Die BAUINDUSTRIE hat seit längerer Zeit hierzu Konzepte entwickelt und als Partner von Energysprong bietet sie gern ihre Unterstützung zur Umsetzung an.

Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke

Von großer Wichtigkeit ist die Rolle der öffentlichen Hand als Bauherrn. Mit dem neuen GEG wird dieser Verantwortung Rechnung getragen und die Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke explizit verankert. Die BAUINDUSTRIE weist darauf hin, dass diese Rolle nicht nur ideell-gesellschaftliche Wirkung hat. „Durch die Größe ihres Gebäudeportfolios kann die öffentliche Hand erstens quantitativ einen immensen Beitrag zur Klimabilanz im Gebäudebereich leisten. Sie kann zweitens wichtige Pilot-Beispiele für technisch komplexe Bauwerke entwickeln und kommunizieren und so einen qualitativen Beitrag leisten. Und drittens sollten die großen Portfolios für entsprechende Projektzuschnitte und den Einsatz innovativer Vertragsmodelle genutzt werden, damit sich entsprechende Skalierungseffekte auch in den Kosten niederschlagen können", ergänzt Babiel. ❐

Mehr Lebensqualität in der Stadt durch klimaangepasstes Bauen

Aktueller Leitfaden für grüne und blaue Infrastruktur

Zunehmende Trockenheit und Hitze im Sommer zeigen: Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Vor allem in den bayerischen Städten werden die Folgen des Klimawandels deutlich. Ideen für die nachhaltige Stadt der Zukunft liefert der aktuelle „Leitfaden für klimaorientierte Kommunen in Bayern".

Im Mittelpunkt der Handlungsempfehlungen stehen urbane Klimaanpassung und Klimaschutz in Bayerns Städten. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu heute in München: „Den Klimawandel mit mehr Hitze und Trockenheit spüren besonders die Menschen in den Städten. Wir brauchen in den Städten mehr grüne und blaue Infrastruktur: Vielfältiges öffentliches Grün, eine gesunde Stadtnatur und gute Luft sind entscheidend für die Lebensqualität im urbanen Raum. Die Stadt der Zukunft muss Themen wie Verdunstung, Verschattung, Freiflächen, begrünte Dächer und Fassaden verstärkt in den Blick nehmen. Stadtbäume und Grüngürtel sind eine natürliche Klimaanlage: Sie spenden Schatten, kühlen und befeuchten die Luft. Klimaangepasstes Planen und Bauen muss zum Standard werden. Der Pandemie-Sommer zeigt überdies: Nahegelegene Parkanlagen und Grünflächen sind wichtige Erholungsräume für die Menschen in der Stadt. Der Leitfaden für Klimaschutz und mehr Natur in den Städten unterstützt die Kommunen bei der Anpassung an den Klimawandel mit Ideen und Informationen."

Hitzetage und Dürreperioden wie auch lokale Starkregenereignisse nehmen in Bayern zu. In München gab es in den Sommern 2017, 2018 und 2019 insgesamt 55 Hitzetage, mit einem Spitzenwert von 35,8 Grad Celsius. Mit mehr Stadtklimabäumen und Grünflächen lässt sich die Temperatur in den Städten um mehrere Grad senken. Wasserrückhalteräume, geöffnete Stadtbäche und mehr freie Wasserflächen können diesen positiven Effekt verstärken. In einer ‚Schwammstadt' wird Regenwasser vor Ort zurückgehalten und versickert. Bei Hitze versorgt es das Stadtgrün, verdunstet und kühlt. Gleichzeitig wird der Schutz vor Starkregen verbessert. Bayerns Kommunen müssen sich daher frühzeitig und umfassend auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten. Glauber: „Wir brauchen praktische Lösungen zur Klimaanpassung. Das gilt insbesondere für dicht bebaute Stadtquartiere. Der Klimawandel wartet nicht: Wir müssen jetzt gemeinsam mit allen Akteuren anfangen, passgenaue Maßnahmen für Bayerns Städte zu planen und umzusetzen." Beispiele sind widerstandsfähige Stadtbäume mit ausreichend Platz, Grünflächen als Rückhalteräume für Starkregen, blühendes Straßenbegleitgrün für die bestäubenden Insekten in der Stadt und auch artenreiche Privatgärten.

Vor allem große Städte stehen aufgrund steten Zuzugs, zunehmenden Verkehrs und notwendiger Nachverdichtungen vor planerischen Herausforderungen. Der Leitfaden für klimaorientierte Kommunen zeigt, wie natürliche Ökosystemleistungen als Schlüssel für urbane Lebensqualität im Klimawandel nutzbar werden. Er baut auf den Ergebnissen der Klimaforschung des „Zentrums Stadtnatur und Klimaanpassung" an der TU München auf.

Erst kürzlich haben das Bayerische Bauministerium und das Bayerische Umweltministerium im Rahmen der Umweltinitiative „Stadt.Klima.Natur" das gemeinsam geförderte Modellvorhaben im Experimentellen Wohnungsbau „Klimaanpassung im Wohnungsbau" gestartet. Zehn Bauvorhaben wurden ausgewählt, um zukunftsweisende Lösungen für Gebäude und Freiflächen zu entwickeln und umzusetzen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf geförderten Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern. ❐

Die stille Gefahr durch Stauwasser auf Flachdächern

Aufgrund von Mängeln an der Drainage oder einem verstopften Ablauf, fließt das Wasser nach starken Regenfällen oder Schneeschmelze auf Flachdächern häufig nicht richtig ab und staut sich großflächig. Schon 7 cm stehendes Wasser im Dachaufbau bedeutet eine akute Gefahr für die Bauwerksicherheit. Kommt dann im Winter noch Schnee hinzu, ist die maximale Traglast des Daches schnell erreicht.

Vor allem Gebäude mit älterer Bausubstanz oder mit Zusatzbelastungen z.B. durch Photovoltaikanlagen sind stark gefährdet. Der Problematik wird trotz zunehmender Extremwetterlagen noch immer zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, zumal sie auch schwer zu überwachen ist. Häufig bleiben die Seen auf den Flachdächern unentdeckt, bis es zu Gebäudeschäden oder gar einem Einsturz kommt, da die Dachflächen nur sporadisch überprüft werden.

Die Firma Envitron hat ergänzend zu ihrem Schneelast-Messsystem nun auch einen Stauwasser-Sensor entwickelt, mit dem Flachdächer 24/7 überwacht werden können. Bei Überlastungsgefahr wird automatisch ein Alarm ausgelöst. Über ein Daten-Portal können die aktuellen Messwerte aber auch von jedem internetfähigen Gerät aus gemonitort werden.

Weitere Informationen unter www.envitron-systems.com ❐



Geförderter Breitbandausbau in Holzheim am Forst

Alternative zu großen Telekommunikationsunternehmen

Der Breitbandausbau der Gemeinde Holzheim am Forst (Landkreis Regensburg) wird im Rahmen des Breitbandförderfahrens durch die R-KOM in Kooperation mit der Laber-Naab Infrastruktur aus Parsberg hergestellt. Im Rahmen des offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens wurde R-KOM, Regensburger Telekommunikationsgesellschaft bmH & Co. KG, als wirtschaftlichster Anbieter ausgewählt. Die R-KOM praktiziert in Holzheim am Forst eine kommunale Zusammenarbeit mit der Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft GmbH.

Die Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft ist ein lokaler Netzbetreiber für passive digitale Infrastruktur. Sie plant, baut und betreibt Hochgeschwindigkeitsnetze für Privat- und Geschäftskunden sowie Organisationen jeder Art. Die R-KOM installiert die aktive Technik und stellt die Telekommunikationsdienste für die Bürger bereit.

Raum für Handlungsbedarf

Diese Konstellation war auch für den 1. Bürgermeister von Holzheim am Forst, Andreas Beer, entscheidend. „Die Gemeinde Holzheim am Forst ist eine von fünf Gemeinden im Landkreis Regensburg, wo Raum für besonderen Handlungsbedarf ist. Das stellt sich so dar, dass wir bei Regelförderprogrammen um zehn Prozent höher gefördert werden. Das heißt, die Gemeinde Holzheim hat 80 Prozent Förderung in Aussicht gestellt bekommen. Und bei einem so zukunftsträchtigen Thema wie der Glasfasererschließung im Zuge der Digitalisierung und des Erhalts der Immobilienwerte gerade im Umland, beim Stadt-Land-Gefälle, ist es sinnvoll, dass man auf dem Land genauso effektiv wohnen kann."

Internet mit 1.000 Mbit/s

Und „Land" bedeutet eben auch Dörfer und Ortsteile, die etwas abseits liegen und oft von den großen Anbietern links liegen gelassen werden. Das ist jedoch bei der Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft GmbH und der R-KOM anders. Nach dem Auswahlverfahren der Bayerischen Breitbandrichtlinie werden 35 unterversorgte Gebäude in den Gemeindeteilen Brunoder, Geisenthal, Haslach, Hubhof, Irrnhüll, Ödenholz, Traidenloh, Unterbrunn und Wildthal angebunden. Die Glasfaser wird im Rahmen des Projekts bis an die Grundstücksgrenze gefördert (FTTP – fiber to the premises). Hierzu werden die Glasfaserleitungen vom zentralen Netzknoten über den öffentlichen Grund bis auf die privaten Grundstücke der 35 unterversorgten Gebäude verlegt. Bewohner, die im Rahmen der Vermarktungsphase mit R-KOM einen Vertrag über Telekommunikationsdienste unterzeichnen, erhalten die Lichtwellenleiter bis ins Gebäude. Mit dem aktuellen Produktangebot der R-KOM steht den Bewohnern dann Internet mit einer Geschwindigkeit von 1.000 Mbit/s zur Verfügung.

Lückenloser Ausbau

Gerade jetzt in der Corona-Pandemie hat sich für den Holzheimer Rathauschef am Beispiel Homeoffice gezeigt, dass sich der ländliche Raum nicht abhängen lassen darf. Zwar verbuche man ein wirtschaftlich schwächeres Steueraufkommen gegenüber den Stadtrandgemeinden und Ballungszentren, jedoch habe man ziemlich schnell und nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen, das komplette Gemeindegebiet lückenlos auszubauen und zu erschließen – inklusive aller Weiler und Gehöfte.

Im Frühjahr war Spatenstich, die Baumaßnahme läuft nach Plan. Ziel der R-KOM und der Laber-Naab Infrastruktur GmbH ist, in den nächsten Jahren noch weitere Gemeindeteile an das Glasfasernetz anzuschließen und somit die Bürger auf den höchsten Stand der Telekommunikationstechnik zu heben. Nur ein Glasfaseranschluss stellt sicher, dass auch in Zukunft der Bedarf an Bandbreite gesichert erfüllt werden kann.

Positives Zwischenfazit

Auch Bürgermeister Beer zieht ein positives Zwischenresümee: „Die Entscheidung zugunsten der LNI hatte absolut wirtschaftliche Gründe." Die erste kommunale Infrastrukturgesellschaft, parallel zu Anbietern wie Telekom, Vodafone usw., sei damals ein bayerisches Pilotprojekt gewesen. Laut Beer konnte durch die Gründung der LNI auf dem Land überhaupt erst ein Wettbewerb hergestellt werden. Damit entstand ein Konkurrenzdruck beim Umgang mit Steuermitteln, die letztendlich in bürgerlicher Hand bleiben. Das bedeutet: Wenn irgendwann durch die Leitungsgebühren ein Gewinn erwirtschaftet wird, fließt dieser zurück in den Zweckverband und dient der Allgemeinheit. „Und das ist ja das Optimum, wenn staatliche Gelder in die öffentliche Hand zurückfließen", betont der Rathauschef. **Markus Bauer**



Dr. Christoph Maier, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion (links), ist neuer Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstenfeldbruck GmbH. Damit tritt er die Nachfolge von Emil Schneider an.
Landrat Thomas Karmasin (rechts) dankte dem scheidenden Geschäftsführer für seine geleistete Aufbauarbeit seit der Gründung der Gesellschaft im Herbst 2019 und beglückwünschte Christoph Maier zu seiner Bestellung, die auch mit einer Neuausrichtung der Gesellschaft verbunden.ist
Maier sieht die GmbH als Dienstleister für die kommunalen Gesellschafter; d. h. die vorrangige Aufgabe ist die Errichtung von neuem bezahlbarem Wohnraum für die Bürger der in der Gesellschaft organisierten Gemeinden. Der Einstieg ins operative Geschäft soll im Jahr 2021 mit der Errichtung eines ersten Wohnprojektes der Gesellschaft erfolgen. ❐



V.l.: Helmut Stauber vom Landratsamt Lindau, Schulleiter der Realschule Lindenberg Walter Zwinger und Landrat Elmar Stegmann in einem der neuen Werkräume. Bild: LRA Lindau, Angela Wolf

Lindenberg:

Sanierung der Realschule komplett abgeschlossen

Der Landkreis Lindau ist Träger der weiterführenden Schulen und hat in den vergangenen Jahren Millionen für den Betrieb, die Ausstattung, den Gebäudeunterhalt, die energetische Sanierung und den Neubau von Schulen und Turnhallen aufgewendet. Auch heuer wurde wieder kräftig investiert, so etwa 1,2 Millionen Euro in die energetische Sanierung des Fachtrakts der Realschule Lindenberg und 120.000 Euro in die Erneuerung der dortigen Werkräume. Auch die Heizungen sowohl an der Realschule als auch am Gymnasium Lindenberg wurden in 2020 für jeweils etwa 150.000 Euro erneuert.

Außerdem wurden PV-Anlagen zur Gewinnung von Solarstrom auf den Dächern der Sankt-Martin-Schule und der Sporthalle der Realschule Lindenberg angebracht. „Wir investieren in die Köpfe der jungen Generation und schaffen gute Lehr- und Lernbedingungen", freut sich Landrat Elmar Stegmann. „Gleichzeitig tun wir etwas für den Klimaschutz."

Der Fachtrakt an der Realschule in Lindenberg wurde im Jahr 1975 errichtet. Nach all den Jahren gab es nun speziell im Bereich des Flachdachs sowie bei den Fensterelementen größere bauliche Mängel. Das komplette Flachdach wurde nun saniert und mit einer zusätzlichen Dämmschicht energetisch aufgewertet. Darüber hinaus wurden alle Lichtkuppeln durch neue ersetzt und Fensterelemente und Eingangstüren ausgetauscht. Auch der Sonnenschutz und dessen Steuerung für die Süd- und Ostseite des Gebäudes ist neu.

500.000 Euro vom Freistaat

Das Hauptgebäude der Realschule Lindenberg wurde 2010 grundlegend energetisch saniert. Am Ostflügel wurde ein neuer Erweiterungsbau in Passivbauweise angebaut. Auch die Turnhalle ist erneuert. „Mit der Sanierung des Fachtrakts und dem Einbau eines Blockheizkraftwerkes ist nun die energetische Sanierung der Schule komplett abgeschlossen", erklärt Stegmann.

Von den aktuellen Baukosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro werden dem Landkreis vom Freistaat 500.000 Euro über die Fördermaßnahme „Kommunalinvestitionsprogramm-Schulinfrastruktur-KIP-S" erstattet. ❐

Schaffung bezahlbaren Wohnraums:

Bisheriges Handeln reicht nicht aus

Angesichts der nach wie vor bestehenden Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum fordern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Mannheim, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) vom Bund die Einrichtung eines Beteiligungsfonds für kommunale Wohnungsbauunternehmen und bessere Rahmenbedingungen für die Einrichtung kommunaler Bodenfonds.

Laut Sebastian Dullien, Wissenschaftlicher Direktor des IMK, ist nicht erkennbar, dass sich infolge der Corona-Krise die Wohnungssituation in den Ballungsräumen und ihrem Umland entspannen wird. „Die sinkende Kapazitätsauslastung im Bausektor macht verstärkten öffentlichen Wohnungsbau auch konjunkturpolitisch sinnvoll. Es ist eine Chance, dass zusätzliche Baunachfrage nicht mehr unweigerlich zu höheren Preisen führt", so Dullien. „Der öffentliche Wohnungsbau ist nicht nur eine wichtige Konjunkturstütze, er hat auch langfristig weitreichende soziale, wirtschaftliche und ökologische Effekte. Die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten verdrängt Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen aus den attraktiven Stadtlagen und führt so zu einer Segregation, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden kann", ergänzt Ricarda Pätzold, Wohnungsmarktexpertin am Difu.

Ein Beteiligungsfonds des Bundes, der über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abwickelt werden sollte, soll die Eigenkapitalbasis kommunaler Wohnungsunternehmen stärken. „Eine höhere Eigenkapitalquote stärkt die Refinanzierungs- und Investitionsfähigkeit beim Neubau bezahlbaren Wohnraums, bei solchen Unternehmen, bei denen das derzeit eine Restriktion darstellt. Ein Vorteil dieses Instruments liegt darin, dass der Beteiligungsfonds – im Gegensatz zu früheren Programmen – seine Förderung gezielt auf solche Wohnungsgesellschaften fokussieren kann, die bezahlbaren Wohnraum in angespannten Märkten schaffen", so Tom Krebs, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim.Die Verfügbarkeit von Grund und Boden erweise sich momentan in nahezu allen Feldern der Stadtentwicklung – Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung, soziale Infrastruktur etc. – als der „Flaschenhals".

Zentrale Instrumente gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik

Arno Bunzel, Leiter des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Difu stellt klar: „Kommunale Bodenfonds sind zentrale Instrumente gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik. Wir müssen deshalb ihre Wirksamkeit verbessern. Bund und Länder sollten ihre Grundstücke, für die sie keinen Eigenbedarf haben, in die jeweiligen kommunalen Bodenfonds einbringen. Dabei müssen die Vorschriften in der Verbilligungsrichtlinie des Bundes aus städtebaulicher Sicht weiterentwickelt werden."

Die finanzielle Situation der Kommunen muss als das Haupthindernis für die Implementierung handlungsfähiger Bodenfonds bezeichnet werden. „Die Länder sollten die haushalts- und kommunalaufsichtsrechtlichen Regelungen für ihre Kommunen so ausgestalten, dass kommunale Bodenfonds adäquate Refinanzierungsbedingungen haben, die sich an ökonomischen Kriterien und nicht an tradiertem kameralen Haushaltsrecht orientieren", so Carsten Kühl, Institutsleiter des Difu. ❐

Landkreis Schweinfurt:

Spatenstich für Neubau des BSZ Alfons Goppel

Mit einem Investitionsvolumen von 53,7 Millionen Euro ist der Neubau des Beruflichen Schulzentrums (BSZ) Alfons Goppel und die damit verbundene Generalsanierung der dazugehörigen Turnhalle das größte bauliche Projekt in der Geschichte des Landkreises Schweinfurt. Mit dem Spatenstich im September 2020 haben die Bauarbeiten nun planmäßig begonnen, womit das Projekt, das direkt neben dem alten BSZ-Schulgebäude in der Geschwister-Scholl-Straße in Schweinfurt entsteht, nun auch sichtbar Gestalt annimmt. Die Inbetriebnahme des Schulneubaus ist bereits für September 2022 geplant.

Im Beisein von Mitgliedern des Kreisausschusses, der Schulfamilie, den Architekten und Projektplanern ging Landrat Florian Töpper in seiner Begrüßung auf die Bedeutung dieses Baus ein: „Wir wollen hier unseren Schülerinnen und Schülern das Allerbeste bieten." Damit dies gelingt, hat sich der Landkreis frühzeitig mit der Schulfamilie in Verbindung gesetzt. „Ich bin beeindruckt von der Identifikation des Schüler- und Lehrerkollegiums mit ihrer Schule. Sie haben sich intensiv bei den Planungen mit eingebracht."

Nachhaltiger und barrierefreier Neubau

Dem Landkreis gehe es bei dem Neubau aber um mehr als nur um eine optimale Funktionalität der Räumlichkeiten. nachhaltiges Bauen und Barrierefreiheit seien ebenfalls zwei sehr zentrale Punkte bei der Ausarbeitung gewesen. Das neue Gebäude wird unter anderem deutlich die vorgeschriebenen energetischen Mindestanforderungen unterschreiten, es liegt näher an den Standards für Passivhäuser als am gesetzlichen Standard nach der sogenannten Energieeinsparverordnung. Anders als das alte Schulgebäude, wird das neue unter anderem auch auf alle Ebenen barrierefrei erreichbar sein.

Auch wenn ein zweistelliger Millionenbetrag an Förderungen zu erwarten sein kann, wird ein wesentlicher Anteil der Gesamtsumme von 53,7 Millionen Euro vom Landkreis Schweinfurt finanziert. „Mit bei allen wesentlichen Entscheidungen einstimmigen Beschlüssen haben die Gremien parteiübergreifend ein klares Zeichen gesetzt, welch hohen Stellenwert die Bildung bei uns im Landkreis Schweinfurt hat", betonte Landrat Töpper.

Der Münchner Architekt Peter Schwinde erläuterte die wesentlichen Besonderheiten des Neubaus. Das quadratische, viergeschossige Gebäude werde künftig einen markanten Punkt am Ende der Geschwister-Scholl-Straße setzen. „Herz der Anlage werden die Aula und Mensa im Erdgeschoss sein, die gemeinsam mit einem Mehrzweckraum insgesamt Platz für rund 500 Personen bieten und aufgrund von verschiebbaren Wandelementen unterschiedlich nutzbar sein werden." Besonderes gestalterisches Element wird auch der Innenhof sein, der sich quasi durch alle Stockwerke des Gebäudes ziehen wird.

Schüler können künftig noch besser gefördert werden

Schon heute sei die Vorfreude auf das neue Schulgebäude sehr groß, betonte BSZ-Schulleiter Joachim Sagstetter. „Für unser Lehrerkollegium ist der Ansporn stets die zentrale Frage: Wie können wir unsere Schülerinnen und Schüler optimal fördern? In diesem Neubau wird uns dies noch um ein Vielfaches besser gelingen als bislang."

So werden die Praxisräume noch realitätsnaher sein, die digitalen Möglichkeiten noch besser und einheitlicher. Aktuell werden rund 680 Schülerinnen und Schüler, inklusive der berufsvorbereitenden Klassen für Asylbewerber, am BSZ unterrichtet.

Das dann alte BSZ wird nach dem Umzug in den Neubau abgerissen und die freiwerdenden Flächen zum Außenbereich der Schule umgestaltet. Um das Neubauprojekt während des Betriebs des bisherigen Schulzentrums realisieren zu können, hat der Landkreis von der Stadt Schweinfurt einen Streifen eines an das bisherige BSZ-Grundstück angrenzenden Grundstücks gekauft. ❐

Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes:

Pro und Contra

Um EU-Vorgaben umzusetzen, hat der Deutsche Bundestag eine Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beschlossen. Die Novelle weitet die Pflichten zur Getrenntsammlung aus, erhöht die Recyclingquoten und setzt neue Instrumente zur Förderung der Abfallvermeidung um.

Der VKU begrüßt die Novelle und den Feinschliff der Regierungsfraktionen von Union und SPD mit ihrem gestern beschlossenen Änderungsantrag: Das Gesamtpaket bremst Rosinenpicken privater Entsorger, sorgt für juristische „Waffengleichheit“ und ist insgesamt eine gelungene Verknüpfung zwischen ökologischen Innovationen und der Daseinsvorsorge der kommunalen Stadtreiniger. Für beide Änderungen hatte sich der VKU im Vorfeld der gesetzgeberischen Befassung stark gemacht.

VKU zur Rolle der Kommunen

Im Gesetzgebungsverfahren ging es u.a. darum, die Rolle der Kommunen für die verlässliche Hausmüllentsorgung als Teil der Daseinsvorsorge präzise und effektiv gegenüber den Betätigungsfeldern privater Akteure abzugrenzen.

Zu diesem Zweck erlaubt der Bundestag nun auch Kommunen, gegen Entscheidungen von Behörden zu klagen, z.B. beim Verdacht, dass Behörden den Verstößen gewerblicher Sammler gegen die Bestimmungen zum Anzeigeverfahren nicht nachgehen oder die Position der kommunalen Entsorger nicht hinreichend berücksichtigt haben.

Gewerbliche Sammler müssen anzeigen, wann und wo sie wie viel Abfall entsorgen (wollen). Auf dieser Basis entscheiden die Abfallbehörden vor Ort, ob dies erlaubt ist oder nicht. Kommunale Entsorger werden angehört – bislang konnten sie im Gegensatz zu gewerblichen Sammlern die Entscheidungen der Behörden aber nicht anfechten.

Mit der neuen Regelung kann jetzt auch der kommunale Entsorger die Entscheidungen von Behörden durch Gerichte überprüfen lassen. Der VKU hatte diese Klagebefugnis u.a. im Rahmen einer Sachverständigenanhörung des Umweltausschusses gefordert und begrüßt die Entscheidung: „Gut, dass jetzt zwischen den kommunalen Abfallentsorgern und gewerblichen Sammlern juristische Waffengleichheit herrscht. Mit dem beidseitigen Klagerecht wird eine faire behördliche Interessenabwägung gesetzlich gut abgesichert“, urteilte ein Verbandssprecher.

Der Bundestag stärkt die Daseinsvorsorge, Verbraucher und Gebührenzahler zudem mit einer zweiten Entscheidung: Die freiwillige Annahme von Abfall, wie z.B. Altkleidern, durch Einzelhandelsketten und Hersteller wird mit einer dreijährigen Bindungsfrist versehen. Auch für wirksame Begrenzungen solcher Abfallannahmen im Einzelhandel hatte sich der VKU stark gemacht.

Rosinenpickerei

Laut VKU dringen große Einzelhandelskonzerne immer stärker in das Entsorgungsgeschäft vor. Hier bestehe konkret die Gefahr, dass die Bereitschaft zur Rücknahme von Produktabfällen sich allein nach der Preisentwicklung auf den globalen Rohstoffmärkten richtet, die jedoch sehr volatil ist. Im Klartext: Dass Handel und Hersteller nur dann Textilien, Papier oder Metalle zurücknehmen, wenn es sich wirtschaftlich lohnt und die Kommune einspringen muss, wenn es sich wirtschaftlich nicht lohnt. In guten Zeiten profitierten Hersteller und Handel, in schlechten Zeiten zahlten kommunale Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger als Gebührenzahler. Mit der jetzt beschlossenen dreijährigen Bindungsfrist schiebe der Bundestag diesem Rosinenpicken einen Riegel vor und verhindere, dass das Risiko sinkender Rohstoffpreise einseitig auf die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher und Gebührenzahler abgewälzt werden kann.

Standpunkt des bvse

Als „im Ergebnis enttäuschend“ wertet hingegen der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung die verabschiedete Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes durch den Bundestag. Besonders ärgerlich und kontraproduktiv sei die Einführung einer kommunalen Klagebefugnis, die die Regierungsfraktionen in letzter Minute durchgesetzt hätten, kritisiert Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock. Damit würden die privaten Sammlungsstrukturen zugunsten der Kommunen weiter geschwächt, weil das gesetzlich vorgesehene Anzeigeverfahren „faktisch“ zu einem Genehmigungsverfahren umfunktioniert werden kann, das sich über etliche Monate oder gar Jahre hinziehen kann.

Berichtspflicht angemahnt

Nichts geändert habe sich hingegen an der „schwachen Regelung“ des § 45 „Pflichten der öffentlichen Hand“. Zwar werde hier eine Bevorzugungspflicht unter anderem für Rezyklate festgeschrieben, jedoch seien leider keinerlei Nachprüfungs- oder Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtbeachtung dieser Regel vorgesehen. Noch nicht einmal zu einer jährlichen Berichtspflicht habe sich der Gesetzgeber durchringen können, kritisiert der bvse.

Rehbock zufolge hat der Bundestag hier versäumt, das öffentliche Beschaffungswesen effektiv auf Nachhaltigkeit auszurichten. Es stelle sich die Frage, warum es nicht gelungen ist, die eigenen Ansprüche in konkrete Taten zu übersetzen.

BDE: Unzureichende Novelle

Als „unzureichend“ kritisiert auch der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. So bedauert der Verband, dass die Regierungskoalition in der Novellierung kein klares Statement für eine Rohstoffwende abgegeben habe. „Gerade im Hinblick auf die laufende Sitzungswoche des Bundestages ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit ist das eine verpasste Chance. Wenn Nachhaltigkeit nicht nur eine Worthülse sein soll, müssen Bekenntnissen zum Green Deal der EU-Kommission auch Taten folgen. Ein weit größerer Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft wäre mit dieser Novelle zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union (EU) möglich und auch nötig gewesen. Der von vielen Akteuren erwartete Paukenschlag für mehr Nachhaltigkeit ist ausgeblieben“, stellt BDE-Präsident Peter Kurth fest.

Wichtiger Akteur

Kurth weiter: „Der Deutsche Bundestag hat mit der Novelle die Chance verpasst, die großen Überschriften der deutschen Ratspräsidentschaft zur Nachhaltigkeit mit Inhalten zu füllen. Es darf bei den Themen Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft aber nicht dabeibleiben, die Backen aufzublasen, jedoch nichts an den Gesetzen zu ändern. Bisher bleibt es beim Thema Rohstoffwende leider nur bei Ankündigungen – so auch bei dieser Novelle. Dies ist auch deswegen kurzsichtig, da die Kreislaufwirtschaft mit dem großen Treiber Rezyklateinsatz ein wichtiger Akteur beim Klimaschutz sein kann. Diese Novelle hätte einen Nachhaltigkeitscheck allenfalls mit einem ‚befriedigend‘ bestanden.“

Unverzichtbares Instrument

Aus Sicht des BDE sind für einen funktionierenden Kreislauf gesetzliche Verpflichtungen zum Einsatz von Rezyklaten, also ein verpflichtender Rezyklatanteil in bestimmten Produkten, ein unverzichtbares Instrument des Gesetzgebers. Freiwillige Verpflichtungen der produzierenden Industrie seien keine Basis, um darauf millionenschwere Investitionen in neue Recyclinganlagen zu gründen. Dass der Bundestag sich nicht dazu durchringen konnte, das Instrument „Minimal Content“ gesetzlich zu verankern, sei ein Ärgernis.

Der BDE begrüßt, dass zumindest die Regelung zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, also z. B. die Beschaffung von Produkten mit hohem Rezyklatanteil, mit dem Gesetzentwurf geschärft wird. Kurth: „Es ist richtig, dass sich derjenige Beschaffer, der ausschließlich aus Primärrohstoffen hergestellte Güter einkaufen will oder aus Rezyklaten hergestellte Güter ausschließen möchte, erklären muss.“

Grundsatz fairer Wettbewerb

Zu den vorgesehenen Klagemöglichkeiten für die kommunale Seite zur gewerblichen Sammlung meint der BDE-Präsident: „Wir halten dies für das falsche Signal. Gleichzeitig wird das materielle Recht aber nicht zugunsten der kommunalen Seite geändert. Eine gewerbliche Sammlung wird nur angezeigt. Sie bedarf gerade keiner Zulassung beziehungsweise Genehmigung. Die Gerichte haben den ‚öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern‘ nun schon mehrfach deutlich gemacht, dass auch für sie der Grundsatz fairer Wettbewerb gilt.“ **DK**

Der Grüne Punkt und NABU-Forderung:

Einheitliche Definition für Kunststoffrecyclate!

Im Gegensatz zu Papier und Glas wird Kunststoff bisher immer noch zu einem deutlich geringeren Prozentsatz recycelt und danach zur Herstellung neuer Produkte genutzt. Eine echte Kreislaufwirtschaft aber setzt voraus, dass Abfälle, die beim Endverbraucher anfallen, hochwertig recycelt und wieder in den Produktkreislauf zurückgeführt werden.

Die Verwertung von Produktionsabfällen, sog. Post-Industrial-Recyclat, hilft nicht dabei, der Plastikvermüllung des Planeten entgegenzuwirken, weshalb Der Grüne Punkt und NABU eine gesetzlich bindende Definition für Kunststoffrecyclate fordern, bei der „Post-Consumer-Recyclate“ (PCR) bei der Förderung klar bevorzugt werden.

Klima und Rohstoffe schützen

Bis 2025 müssen laut EU-Verpackungsrichtlinie 50 Prozent der Kunststoffverpackungen in der EU recycelt werden. Da zudem künftig Aufbereitungsverluste nicht mehr in die Berechnung der Recyclingquote einfließen dürfen, bedeutet das, dass sich die Recyclingmenge von Kunststoffverpackungen europaweit von aktuell etwa 4,6 Millionen Tonnen in den nächsten Jahren auf etwa acht Millionen Tonnen fast verdoppeln muss.

Vor diesem Hintergrund weist Jörg-Andreas Krüger, Präsident des NABU, darauf hin, dass „wir unseren Verpackungsaufwand minimieren und die Kunststoffe in engen Kreisläufen führen müssen, um Klima und Rohstoffe zu schützen“. Dafür brauche es Hersteller, die auf recyclingfreundliches Design achten und Recyclingmaterial in hochwertigen Anwendungen einsetzen. Doch zu oft rechneten Unternehmen ihre Recyclingerfolge schön, indem sie lediglich ihre Produktionsreste verwerten.

Verwertung fördern

Krüger zufolge „lassen sie damit wahre Produktverantwortung vermissen. Damit mehr in das technisch herausfordernde Recycling von Abfällen aus dem Gelben Sack investiert wird, muss der Gesetzgeber die Verwertung dieser Abfallströme in besonderer Weise fördern und eine gesetzliche Definition für Kunststoffrecyclate einführen.“

Michael Wiener, CEO Der Grüne Punkt, geht sogar noch einen Schritt weiter und macht deutlich, dass die gesamte Kreislaufwirtschaft von der richtigen Definition abhängt: „Wir werden die Plastikkrise nur lösen, wenn Kunststoff kreislauffähig wird. Dazu müssen wir gerade an die Kunststoffabfälle heran, die beim Endverbraucher anfallen und bei denen das Recycling eine echte Herausforderung ist. Das Recycling von Produktionsabfällen braucht keine Förderung – das Recycling von Post-Consumer-Abfällen sehr wohl. Aus diesem Grund ist die Unterscheidung von grundlegender Bedeutung – und sie entscheidet über das Gelingen oder Scheitern der Kreislaufwirtschaft für Kunststoff.“

Anreize schaffen

Einig ist man sich darin, dass nur eine klare Definition des Recyclatbegriffs die Kreislaufwirtschaft retten und damit Klima und Umwelt schützen wird. Der Herkunftsnachweis könnte über das RAL Gütezeichen „%-Recycling Kunststoff“ erfolgen, das den prozentualen Anteil recycelter Kunststoffmaterialien aus dem Gelben Sack oder der Gelben Tonne in Produkten angibt. Die Wiederverwertung von Gewerbe- und Industrieabfällen wird in die Prozentangaben ausdrücklich nicht einbezogen, um gezielt Anreize für die Wiedernutzung von Plastikmaterialien aus Haushaltsabfällen zu schaffen. **DK**



Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Gruppen nach dem Abschluss von „Burglengenfeld räumt auf“. Säckeweise türmte sich der Müll im Rathaushof. Bild: Michael Hitzek

„Burglengenfeld räumt auf“

Sorgsamen Umgang mit der Schöpfung angemahnt

„Ich freue mich, dass wir trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie so viele Menschen zur Teilnahme motivieren konnten.“ Initiator Markus Bäuml vom Sachausschuss Umwelt und Schöpfung der Pfarrei St. Vitus zieht zufrieden Bilanz: Mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger, vom Kleinkind bis zur Rentnerin, nahmen in Grünanlagen und Wäldern im gesamten Stadtgebiet an der Aktion „Burglengenfeld räumt auf“ teil.

Eisenrohre, Babywindeln, Zigarettenkippen, jede Menge Coffee-to-go-Becher, Plastik in allen Farben und Formen, Berge von Werbeprospekten, Ytong-Steine und immer wieder der Verpackungsmüll: Ein ganzer Pritschenwagen voller Müllsäcke stand am Ende der großen „Rama dama“-Aktion im Rathaushof, in dessen Ecken sich weitere Säcke stapelten. „Wir haben mitten im Wald sogar ein altes Badezimmerregal und einen alten Schrank gefunden“, berichtet Markus Bäuml.

Sorgsamer Umgang mit der Schöpfung

Was den Initiator besonders umtreibt, ist die hohe Zahl an Glasflaschen, die achtlos in die Natur geworfen wird: „Vielleicht ist den Menschen gar nicht bewusst, dass eine einzelne Glasscherbe nach langer Trockenheit bei direkter Sonneneinstrahlung einen Waldbrand auslösen kann.“

Mitglieder der Wasserwacht wateten durch die Naab und bargen Alteisen, Abwasserrohre, ein Verkehrsschild, ein Puppenwagengestell und sinnigerweise auch drei Müllkörbe aus dem schlammigen Flussbett. „Es hat mich sehr nachdenklich gestimmt, was alles so weggeworfen wird in unserer Stadt“, sagte Pfarrer Franz Baumgartner. Er verstand die Aktion „Burglengenfeld räumt auf“ als Aufruf, die Schöpfung ganz bewusst anzuschauen, besonders gut mit ihr umzugehen.

Auch Bürgermeister Thomas Gesche sagte, die Bevölkerung solle mit der Aktion für einen sorgsameren Umgang mit Umwelt und Natur sensibilisiert werden. Er dankte zusammen mit Baumgartner und Bäuml allen teilnehmenden Gruppen. Gesche hoffte, dass „Burglengenfeld räumt auf“ im kommenden Jahr wieder den Charakter einer echten Gemeinschaftsveranstaltung haben könne. In diesem Jahr war wegen der Corona-Pandemie auf eine zentrale Auftaktversammlung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichtet worden, die kleinen Gruppen starteten ihre Touren direkt in den Einsatzgebieten.

Zahlreiche Teilnehmer

Mit dabei waren: acabella – der Frauenchor im Städtedreieck, Wasserwacht-Ortsgruppe, Faschingsgesellschaft „Die Burgritter“, Feuerwehr Pilsheim, Musikkapelle St. Vitus (Jugend), Orgelbauförderkreis, Pfarrgemeinderat St. Vitus, CSU-Ortsverband, SPD-Ortsverein, Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Ministranten der Pfarrei St. Vitus, die Dorfgemeinschaft Mossendorf sowie einige Einzelpersonen. Einen Sonderapplaus aller Beteiligten gab es für Rathaus-Hausmeister Josef Hofmann, der beinahe überall zeitgleich war, gefüllte Müllsäcke abholte, leere Müllsäcke nachlieferte und sich auch um die Versorgung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Getränken kümmerte. ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Verband kommunaler Unternehmen:

Für flächendeckende Entsorgungssicherheit

Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat Änderungsanträge zur Novelle des Batteriegesetzes der Bundesregierung beschlossen. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt die Änderungsanträge weitgehend als ersten Schritt: Der Bundestag bessere für flächendeckende Entsorgungssicherheit nach und stelle klar: kein Wettbewerb ohne Regeln.

Seit der Umwandlung des Gemeinsamen Rücknahmesystems (GRS) zu einem herstellereigenen Rücknahmesystem Anfang des Jahres besteht Nachbesserungsbedarf bei der Entsorgung von Batterien. Am GRS waren u.a. alle öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angeschlossen, so dass die kommunalen Abfallentsorger verlässlich die Sammlung von Batterien übernahmen und die gesammelten Batterien absteuern konnten – immer und überall, auch in entlegenen Regionen. Seit der Reform herrscht um die Batterien, die in den kommunalen Sammelstellen anfallen, Wettbewerb zwischen den herstellereigenen Rücknahmesystemen - allerdings ohne spezifische Regeln, wie der Wettbewerb funktionieren soll.

In der Folge fürchtete der VKU um die flächendeckende Entsorgungssicherheit: Die privaten Rücknahmesysteme könnten zentrale Sammelstellen mit einer hohen Menge an Altbatterien bevorzugen. Dezentrale, entlegene Sammelstellen hätten es schwerer, überhaupt einen Partner für das Abholen ihrer Altbatterien zu finden.

Der Umweltausschuss hat nun einen ersten Schritt gemacht, um Sammelstellen zu unterstützen, die trotz Aufforderung kein Angebot von einem Rücknahmesystem erhalten. In solchen Fällen kann die zuständige Behörde die Abholung anordnen. Dafür machten die Abgeordneten beim Punkt Anordnung aus einer „Kann"- eine „Soll"-Regelung. Das bedeutet, dass die Behörde im Regelfall tätig werden muss, wenn eine kommunale Sammelstelle nicht von den Systemen bedient wird.

Erhöhung der Sammelquote

Zudem erhöhte der Ausschuss die Sammelquote von 45 auf 50 Prozent. Das begrüßt der VKU, der für höhere Sammelquoten geworben hatte. Höhere Sammelquoten schafften einen Anreiz für die Rücknahmesysteme, sich auch um kleinere Sammelstellen zu bemühen, um ihre jeweiligen Sammelquoten zu erreichen.

Weitere spezifische Regeln, wie sich die Sammelstellen auf die fünf herstellereigenen Rücknahmesysteme aufteilen sollen, gibt es in der Novelle des Batterie-Gesetzes zwar nicht; dennoch hofft der VKU, dass mit den beschlossenen Regelungen eine bürgerfreundliche Batteriesammlung gewährleistet werden kann. Die Novelle des Batteriegesetzes soll zum 1.1.2021 in Kraft treten.

„Insgesamt führt der Umweltausschuss bei der Novelle des Batterie-Gesetzes einige Hebel für das Ziel ein, dass alle kommunale Sammelstellen unter den fünf Rücknahmesystemen einen Entsorgungspartner finden. Ob diese Hebel in der Praxis stark genug sind, um die flächendeckende Entsorgungssicherheit von Altbatterien auch an dezentralen Sammelstellen spürbar zu verbessern, wird sich zeigen", stellt der VKU in einer Erklärung fest.

Der Umweltausschuss beschloss zudem in dritter Lesung eine sog. Einwegkunststoffverbotsverordnung. Der VKU begrüßt diese als ersten, wichtigen Schritt im Kampf der kommunalen Stadtreiniger gegen die Vermüllung und für saubere Städte. Mit der Verordnung werde ein wichtiger Teil der EU-Kunststoffrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Zugleich appelliert der VKU an die Bundesregierung, als nächstes die Hersteller stärker an den Reinigungskosten zu beteiligen und zudem die Kunststoffsteuer für 2021 konkret auszugestalten.

„Einwegprodukte aus Kunststoffen sind ein rasant wachsendes Umweltproblem und vermüllen den öffentlichen Raum, wenn sie achtlos weggeworfen werden. Es ist richtig, nun einen kleinen Teil dieser Produkte vom Markt zu nehmen. Denn für Strohhalme, Wattestäbchen und Luftballonstangen gibt es umweltfreundlichere Alternativen. Der Bundestag stärkt damit den kommunalen Stadtreinigern den Rücken im Kampf gegen die Vermüllung und für saubere Städte. Im nächsten Schritt sollte der Bundestag die Hersteller stärker in die Verantwortung nehmen und an den Reinigungskosten beteiligen, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr allein die Kosten zahlen", teilte ein VKU-Sprecher mit.

Littering-Studie

Die von der EU-Kunststoffrichtlinie erfassten Einwegkunststoff-Produkte machen ca. 20 Prozent des Straßenmüll-Volumens aus, wie der VKU mit einer Littering-Studie analysierte. Diese Kosten tragen bis dato allein die Bürgerinnen und Bürger. Der VKU setzt sich dafür ein, auch Hersteller an den Kosten zu beteiligen. So sieht es die EU-Kunststoffrichtlinie vor, die die Bundesregierung bis Sommer 2021 noch in deutsches Recht umsetzen muss.

Zudem hat die EU eine Kunststoffsteuer ab dem 1. Januar 2021 beschlossen. 80 Cent soll jedes nicht-recycelte Kilogramm Kunststoffverpackung kosten. Die Steuer zahlen die Mitgliedstaaten. Jedoch haben sie die Option, die Steuer nicht aus dem Haushalt zu nehmen, sondern auf die Hersteller umzulegen. Allein in Deutschland wird die Steuer nach Schätzungen ca. 1,3 Mrd. umfassen. **DK**



Machte am Recyclinghof in Weißenburg einen Vormittag lang ein Praktikum: Landrat Manuel Westphal. Bild: LRA Weissenburg-Gunzenhausen

Mitangepackt am Recyclinghof in Weißenburg

Die Szene erinnerte sicherlich etwas an die Fernsehserie „Undercover Boss" als Landrat Manuel Westphal in Arbeitskleidung und ausgestattet mit Mund-Nase-Schutzmaske am Recyclinghof vorfuhr. Nur war er so gar nicht Undercover, sondern ganz offiziell vor Ort, um mit den Mitarbeitern des Weißenburger Recyclinghofes ins Gespräch zu kommen und deren Arbeitsalltag besser zu verstehen.

„Ich bin überzeugt davon, dass ich nur durch die praktische Mitarbeit in den verschiedenen Bereichen mehr über die Tätigkeiten meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen kann. So kann ich Herausforderungen auch besser nachvollziehen und mir ein eigenes Bild über den Arbeitsalltag machen", erklärte Landrat Westphal den Hintergrund seines Praktikums. „Unsere Wertstoff- und Recyclinghöfe sind ein wichtiger Bestandteil unseres Angebots an die Bürgerinnen und Bürger. Die Landkreisbevölkerung weiß den meist kostenlosen Service an den Höfen sehr zu schätzen. Eine Struktur, wie wir sie in Weißenburg-Gunzenhausen vorhalten, gibt es nur in wenigen Landkreisen. Unsere Gebrauchtwarenmärkte sind eine echte Besonderheit!"

Kurz nach der Wiedereröffnung bedingt durch die Corona-Pandemie kam es bei den Recyclinghöfen in Weißenburg und Gunzenhausen zu einem extremen Ansturm. Die Menschen hatten Zeit, um Keller und Dachböden zu entrümpeln und wollten die aussortierten Sachen natürlich auch schnell loswerden. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten zu dieser Zeit wirklich auf Anschlag. Noch dazu, da wir zu Beginn nur eine begrenzte Anzahl an Kundinnen und Kunden auf den Hof lassen konnten", erinnerte sich Michael Hufnagel, Sachgebietsleiter der kommunalen Abfallwirtschaft, an die Herausforderungen während der Corona-Pandemie.

Dank für großen Einsatz

Nicht zu unterschätzen ist allgemein die Bedeutung der Abfallwirtschaft. Gerade in Krisenzeiten wird einem bewusst, was hier geleistet wird. Die Ver- und Entsorgung des Mülls muss zu jeder Zeit gewährleistet sein. Am Recyclinghof wurde daher die Arbeit auch während der Corona-Pandemie nicht weniger. „Für den Einsatz, den meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Wiedereröffnung der Höfe im April geleistet haben, möchte ich mich auch durch diese Praktikumsaktion herzlich bedanken!", so Landrat Manuel Westphal.

Um auch die Strukturen am Recyclinghof in Gunzenhausen besser nachvollziehen zu können, hat Landrat Manuel Westphal Ende Juli ebenfalls einen Praktikumstag eingelegt und eine Sperrmülltour rund um Gunzenhausen begleitet. ❒

Bayern und Baden-Württemberg:

Strategische Partnerschaft zur Abfallentsorgung

Bayern und Baden-Württemberg haben eine politische Rahmenvereinbarung über eine strategische Partnerschaft zur gegenseitigen Unterstützung bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle unterzeichnet.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller betonten dazu gemeinsam: „Wirtschaft und Gesundheitswesen beider Länder brauchen eine umweltverträgliche Entsorgung auf hohem Sicherheitsniveau mit sachgerechten Entsorgungskosten. Gerade in der Corona-Pandemie zeigt sich die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit in allen Bereichen. Durch die aktuelle Vereinbarung wird die Kooperation beider Länder vertieft und langfristig angelegt." Ziel der strategischen Partnerschaft ist ein länderübergreifendes Sicherungsnetz mit nahen Entsorgungswegen, bei dem beide Länder ihre Standortvorteile zum gegenseitigen Nutzen einbringen:

Leitungsfähiger Anlagenverbund

In Bayern betreibt die GSB Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB) als Trägerin der Sonderabfallentsorgung in Bayern eine der leistungsfähigsten Sonderabfallverbrennungsanlagen in Europa. Gemeinsam mit der AVA Abfallverwertung Augsburg (AVA) besteht darüber hinaus ein leistungsfähiger Anlagenverbund zur Entsorgung spezieller Abfälle aus dem Gesundheitswesen.

In Baden-Württemberg betreiben die Südwestdeutsche Salzwerke AG (SWS) und die zum Konzern gehörende Umwelt Entsorgung und Verwertung GmbH (UEV) an den Standorten Heilbronn und Bad Friedrichshall eine Untertagedeponie und eine Untertageverwertung. SWS und UEV wollen nun eine neue langfristige Untertagedeponie in Heilbronn planen. Wenn sie alle Anforderungen der Genehmigungsbehörden erfüllt, könnte sie 2029 fertig sein und wäre auf 30 Jahre Betriebsdauer angelegt.

Bereits seit Jahren besteht bei der Entsorgung von Sonderabfällen eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Grundlage ist die langfristig angelegte Entsorgungssicherheitsvereinbarung zwischen Baden-Württemberg und der GSB vom April 2012. Diese räumt der baden-württembergischen Wirtschaft ein Verbrennungskontingent ein, sobald dort ein Entsorgungsengpass angemeldet und solange die Entsorgung bayerischer Abfälle bei der GSB sicher gewährleistet ist.

Mit der aktuellen Rahmenvereinbarung sagt Bayern zu, sich insbesondere dafür einzusetzen, diese Entsorgungsoption für die baden-württembergische Wirtschaft aufzustocken sowie um Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes zu erweitern. Damit wird die Zusammenarbeit den aktuellen Gegebenheiten und tatsächlichen Entsorgungsmengen der vergangenen Jahre angepasst. Eine Verpflichtung, die genannten Anlagen zu nutzen, ist damit weiterhin nicht verbunden. Gleichzeitig sichert die Bereitstellung von Verbrennungskapazitäten für baden-württembergische Abfälle die Wirtschaftlichkeit der bayerischen Anlagen und damit einen Anlagenbetrieb auf dem geforderten hohen umwelt- und sicherheitstechnischen Niveau.

Hochwertige Deponierung

Baden-Württemberg setzt sich im Gegenzug dafür ein, dass GSB und AVA langfristig gesicherte Untertageentsorgungskontingente bei SWS und UEV insbesondere für ihre Abfälle aus der Verbrennung zur Gewährleistung ihres Anlagenbetriebs eingeräumt werden. Auch hier soll so die wirtschaftliche Auslastung der untertägigen Entsorgungsanlagen von SWS und UEV flankiert und zu einer Abfallentsorgung auf einem hohen umwelt- und sicherheitstechnischen Niveau beigetragen werden. Darüber hinaus werden mit der Vereinbarung die Weichen gestellt, damit auch nach Verfüllung des zweiten Bauabschnitts der bayerischen Sonderabfalldeponie Raindorf eine umweltfachlich hochwertige Deponierung bayerischer Abfälle gewährleistet werden kann.

Mit der Laufzeit der Vereinbarung bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein dokumentieren Baden-Württemberg und Bayern ihren Willen zur langfristigen Zusammenarbeit bei der Entsorgung solcher Abfälle im Interesse von Entsorgungs- und Planungssicherheit. ❒

Doppelte Laufzeit für Biodiversitätsprojekt

Förderprojekt „NaturVielfalt Leben" soll auf sechs statt nur auf drei Jahre angelegt werden

Wie viele Tier- und Pflanzenarten es auf der Welt gibt, kann niemand genau bestimmen. Dass die Vielfalt der Arten aber kontinuierlich abnimmt, steht fest. Laut Roter Liste der Weltnaturschutzunion gelten mehr als 30.000 Tier- und Pflanzenarten als direkt vom Aussterben bedroht.

Der Landkreis München engagiert sich schon seit mehreren Jahren für den Erhalt der Artenvielfalt. Beispielsweise wurden Landwirte und Kommunen unter dem Motto „Blühende Äcker und Feldraine" dazu angeregt, Blühstreifen anzusäen, die Wildbienen und anderen Insekten Lebensraum und Nahrungsquelle bieten. Der Landkreis hat ihnen dafür kostenfreies Saatgut zur Verfügung gestellt. Insgesamt konnten in den vergangenen zwei Jahren so mehr als 24 Hektar artenreiche Blühflächen angelegt werden.

Erste Hürde überwunden

Bei diesem Engagement wollte es der Landkreis jedoch nicht belassen und hat sich deshalb Ende vergangenen Jahres mit einem umfangreichen Maßnahmenkonzept für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt beworben. Darin sind zum Beispiel Initiativen zur Förderung der Insektenvielfalt, Bildungsangebote und Aktionen für Schüler oder auch die Einrichtung einer Beratungs- und Koordinierungsstelle Biodiversität enthalten. Die erste Hürde hat der Projektantrag mit dem Titel „NaturVielfalt Leben im Landkreis München" jetzt genommen. Damit ist der Landkreis nun zur offiziellen Antragsabgabe zugelassen.

Ambitionierter Maßnahmenkatalog

Der Fördermittelgeber hat die Projektskizze in der ersten Stufe des Antragsverfahrens positiv beurteilt, dem Landkreis angesichts des ambitionierten Maßnahmenkatalogs jedoch empfohlen, die eigentlich auf drei Jahre festgelegte Projektlaufzeit auf sechs Jahre zu verlängern oder alternativ das Maßnahmenpaket erheblich einzukürzen. Dies hätte jedoch gleichzeitig eine Verringerung der Fördermittel zur Folge.

Das Projekt in seiner ursprünglichen Form hat ein Volumen von ca. 2,6 Millionen Euro. 75 Prozent der Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen sowie der dafür benötigten Personalkosten würden durch den Bund gefördert, den Rest hätte der Landkreis zu tragen. Bei einer Verdoppelung der Laufzeit würden die im Antrag benannten Maßnahmen vollständig in die Förderung fallen, bei den Personalkosten für die weiteren drei Jahre müsste der Landkreis München jedoch auch noch einmal 25 Prozent draufle-gen. Damit würde sich der Personalkostenanteil von 109.500 Euro auf insgesamt ca. 210.800 Euro belaufen.

Dauerhafte Aufgabe

Da die nachhaltige Förderung der Biodiversität wie der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels eine dauerhafte Zukunftsaufgabe ist, sprach sich der Ausschuss für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen in seiner Sitzung im Juni einstimmig dafür aus, die Mehrkosten in die Hand zu nehmen und so die Chance zu ergreifen, das umfangreiche und stimmige Konzept in Gänze umsetzen zu können. Jetzt heißt es für die Verwaltung, den Förderantrag möglichst schnell fertigzustellen und einzureichen, so dass bereits im kommenden Jahr mit der Umsetzung begonnen werden kann.

„Ich hoffe sehr, dass unser ambitioniertes Konzept den Projektträger überzeugen wird", kommentiert Landrat Christoph Göbel im Nachhinein den positiven Beschluss des Gremiums.

„Die Auswirkungen des Artensterbens auf unser Leben mögen heute vielleicht noch nicht so evident sein wie die des Klimawandels. Umso mehr müssen wir dafür tun, es erst gar nicht so weit kommen zu lassen!" ❒


Lindflur: Pflegearme Erd-Sarg-Systemgräber, mit 12 Jahren


Bergtheim: Urnenstelen kombiniert mit Urnenerdgräbern


Bastheim: Urnenerdgräber als Baumgräber Alle Bilder: Hubert Schmitt

Friedhof – tot oder lebendig?

Ein Gastbeitrag von Hubert Schmitt,
Vorsitzender der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e. V., Berlin

Für nicht wenige Friedhöfe in Bayern stellt sich zunehmend die Frage, wo der Weg hingeht. Geht es ihnen wie ihren Nutzern, dass sie sterben, oder bringen die zukünftigen Anforderungen und Entwicklungen die Chance eines Wiederauflebens. So wie derzeit viele Anlagen dahindümpeln, kann es nur ein Tod auf Raten sein.

Einige „Krankheiten“ schleppt so mancher Friedhofsträger schonJahre/Jahrzehnte mit und vor sich her, andere Gefahren entstehen aus den gesellschaftlichen Entwicklungen und den immer schnelleren Veränderungen in der Friedhofs- und Bestattungskultur:

- Immer schlechter werdende Wirtschaftlichkeit durch veraltete Gebührenstrukturen, steigende Kosten und rückläufige Einnahmen.
- Neue Grabarten, die nicht mehr die Flächen wie früher benötigen. Dadurch entstehen auch größere Flächen, die keine Gebühren mehr einbringen, aber weiter gepflegt werden müssen, sog. Überhangflächen.
- Geologische und hydrologische Probleme, die nie gelöst wurden und Flächen blockieren, bzw. für eine Weiterentwicklung unbrauchbar machen.
- Eine stetig geringer werdende Akzeptanz der Friedhofsanlage in der Bevölkerung durch jahrzehntelangen Stillstand, keinerlei Veränderungen, fehlende Attraktivität.
- Rückgang der freiwilligen und ehrenamtlichen Unterstützung der Bürger.
- Wettbewerb, extern und interkommunal.

Diese Themen sind immer wieder der Hauptbestandteil bei den fast täglichen Informations- und Beratungsgesprächen der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V. bei den Friedhofsträgern vor Ort, die sehr oft auch auf dem jeweiligen Friedhof stattfinden.

Aber, wie bereits erwähnt, bieten sich hier große und sehr gute Chancen, eine „Gesundung“ der Anlage herbeizuführen und auch wieder ein Kleinod in der kommunalen oder dörflichen Gemeinschaft zu schaffen, bis hin zu einem Mittelpunkt, der nicht nur der Bestattung von Toten dient, sondern auch für die Lebenden zu einem Treffpunkt werden kann.

Es ist sehr erfreulich, dass dieser Weg bei immer mehr Kommunen und Kirchen gewählt wird. Das zeigt der steigende Informationsbedarf bei den unterstützenden Stellen, wie Städte- und Gemeindetag und kommunale Beratungsstellen, aber auch bei Planungsbüros oder Verbänden der Gewerke.

Aus der 20-jährigen praktischen Erfahrung der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V. wird immer wieder festgestellt, dass bei den Vorhaben oft von hinten begonnen wird, ohne zu wissen, was man verändern will, kann oder muss. Daher ist es wichtig, erst einmal zu definieren, welche Maßnahmen im jeweiligen Friedhof sinnvoll und überhaupt umsetzbar sind, anschließend können Satzungen geändert und neue Gebühren kalkuliert werden.

Veränderungen im Friedhof unterstehen oft zeitlichen Zwängen. Nicht selten geschieht daher dieser Prozess über mehrere Abschnitte. Zu den erfolgreichen „Therapien“ für eine Genesung und einen Fortbestand unserer auch kleinen Friedhöfe gehören zum einen bauliche und gestalterische Veränderungen, aber natürlich auch fachkompetentere Verantwortlichkeiten in den Verwaltungen. Gerade in der bayerischen kommunalen Kleinstruktur haben wir zwar in jedem Dorf, jedem Ortsteil einen Friedhof, aber oft nicht die finanzielle Möglichkeit, entsprechende fachliche Zuständigkeiten und Verantwortung bereit zu stellen.


Große pflegebedürftige Flächen.


Friedhof ist ein emotionales Thema. Alle Bilder: Hubert Schmitt

Zu den derzeit am meisten umgesetzten baulichen und gestalterischen Veränderungen, gehören:

- Schaffung neuer Grabarten, meist Urnengräber, unter- und oberirdisch, bedingt durch steigende Kremationsraten.
- Errichtung von Bestattungsmöglichkeiten für neue Bevölkerungsgruppen oder andere Religionen.
- Reaktivierung, Sanierung und Umgestaltung der klassischen Erdgräber in kleinflächige, pflegearme Gräber mit kürzeren Ruhezeiten, etc.
- wenn möglich barrierefreie Infrastruktur für die Besucher und geeignete Infrastruktur für die am Friedhof Arbeitenden.
- Begrünung, Aufforstung (Baumgräber), etc. zu einer parkähnlichen Anlage.
- Sanierung, Modernisierung der baulichen Anlagen, Aussegnungshalle, sanitäre Anlagen, Entsorgungsplätze, etc.
- Räume und Plätze für Kommunikation, Abschied und Meditation, etc. für eine älter werdende Gesellschaft, für alleinstehende ältere Bürger, die den Kontakt suchen und brauchen und die Rituale zusammen mit dem Friedhofsbesuch ermöglichen.
- Aufenthalts- und Verabschiedungsräume für Abschied am Sarg, mit entsprechendem Ambiente, bevor der Sarg ins Krematorium überführt wird – gerade bei steigender Kremation immer wichtiger.
- Außen- und Innenmöblierung.

Gemeinsam mit den baulichen und gestalterischen Veränderungen muss aber auch die Kompetenz der Friedhofsverwaltung und des -managements mitwachsen:

- Festlegung der Zuständigkeiten, Ausbildung und Fortbildung
- Entwicklungs-und Betreibungskonzept für jede Anlage
- Aktuelle und korrekte Friedhofs- und Gebührensatzungen
- Digitalisierung der Anlage und der Betreibung.

Abschließend kann nur an die politischen Entscheidungsträger in den Kommunen, aber auch an die kirchlichen Friedhofsträger appelliert werden, die Bemühungen vieler Verwaltungen und auch Bürger im Bereich Friedhof zu unterstützen und nicht zu blockieren. Friedhof ist ein emotionales Thema, im Gegensatz zu früher verliert man jetzt schneller den Anschluss an die Entwicklungen. Versäumtes aufzuholen ist meist teurer und dauert länger. Ist erst einmal die Akzeptanz beim Bürger nicht mehr vorhanden, sucht man andere Wege der Bestattung und zunehmend werden der eigenen Friedhofsanlage die Sterbefälle wegbrechen. Die letzte Konsequenz ist bereits zu Beginn erwähnt worden. ❐

Kriegsgräberstätte im Wandel

Neue Publikation: Das Soldatengrab von August Waigel – vom familiären Erinnerungsort zum Lernort der Geschichte

August Waigel ist am 30. September 1944 im Alter von 18 Jahren gefallen. Er ruht auf der deutschen Kriegsgräberstätte Niederbronn-les-Bains im Elsass (Block 25 Reihe 9 Grab 178). Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel: „Einen Ort zu haben oder um einen Ort zu wissen, wo ein geliebter Angehöriger seine letzte Ruhe gefunden hat, ist für viele Menschen ein großer Trost. Auch für meine Familie und mich ist das Grab meines Bruders Gustl ein bedeutender Ort. Gleichzeitig weiß ich als politischer Mensch um die Wichtigkeit von Gedenk- und Mahnorten für junge Menschen, um Geschichte zu begreifen und Lehren aus ihr zu ziehen.“

Neben dem Friedhof, auf dem heute 15.742 Kriegstote bestattet sind, hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 1994 eine Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte geschaffen. Die Begegnungsstätte dient der historisch-politischen Bildung und kann für Tagungen genutzt werden.

Die neue 48-seitige Broschüre „Kriegsgräberstätte im Wandel – Das Soldatengrab von August Waigel – Vom familiären Erinnerungsort zum Lernort der Geschichte“, die der Landesvorsitzende des Volksbundes in Bayern, Regierungspräsident a.D. Wilhelm Wenning, an Theo Waigel offiziell überreichte, spannt den Bogen vom Einzelschicksal über die Frage, wie jungen Menschen Geschichte heute nachhaltig vermittelt werden kann und mündet in einer numismatischen Promenade durch Europa.

Bernard Klein, Leiter der Begegnungsstätte in Frankreich, verknüpft letztere mit den Geldmünzen verschiedener Länder, die Besucher auf dem Grabstein von August Waigel ablegen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist eine humanitäre Organisation, die 1919 gegründet wurde. Heute pflegt der Volksbund im Auftrag der Bundesregierung weltweit 832 Kriegsgräberstätten mit 2,8 Mio. Toten.

Die Broschüre ist gegen eine Spende beim Volksbund-Bezirksverband Oberbayern erhältlich: bv-oberbayern@volksbund.de. ❐





V.l.: Pfarrer Jan Martin Depner, Daniela Bock, Vorsitzende des Vereins Grünclusiv, Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Pfarrerin Claudia Voigt-Grabenstein, Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern, und Jan Paul, Vizepräsident des Bundesverbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau bei der Eröffnung des Projekts „Lorenz grün…mitten in der Stadt“ in Nürnberg. Bild: Jochen Henning, VGL Bayern

Schöpfer Gott Macht Mensch

VGL Bayern unterstützt Nürnberger Stadtbegrünungsprojekt „Lorenz grün…mitten in der Stadt“

Im Beisein von Umweltminister Thorsten Glauber und Oberbürgermeister Marcus König fiel jetzt der Startschuss für das Projekt „Lorenz grün…mitten in der Stadt“ in Nürnberg. Rund um die Lorenzkirche sorgten temporäre grüne Oasen für mehr Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger der Frankenmetropole.

„Lorenz grün …mitten in der Stadt“ ist ein Projekt, das unter dem Jahresmotto „Schöpfer Gott Macht Mensch“ der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Lorenz in Nürnberg steht. Das Projekt, das von Pfarrerin Claudia Voigt-Grabenstein in Zusammenarbeit mit dem Verein Grünclusiv initiiert wurde, schuf durch mehrere neue Großbäume in Kübeln und Pflanzflächen bis zum 27. September 2020 eine angenehme Wohlfühlatmosphäre rund um die Lorenzkirche. Dabei floss Rasen förmlich aus dem Kirchenportal und eröffnet eine parkartige Zone an zwei Kirchenseiten. Gartennischen mit Bänken luden zum Ausruhen ein. Gleichzeitig verführte ein zeitgemäßes, städtisches „Paradiesgärtlein“ mit seiner Materialität und Ausgestaltung die Stadtbewohner zum Verweilen: seien es Menschen, Vögel, Eidechsen, Insekten oder Pflanzen. Ein Kulturprogramm auf der „grünen Bühne“ vor dem Hauptportal ergänzte das Projekt.

Unterstützt wurde „Lorenz grün…mitten in der Stadt“ von der NürnbergMesse GmbH, dem Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. sowie dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. (VGL Bayern). Zu einer Zeit, zu der sonst die internationale Leitmesse „GaLaBau“ für Planung, Bau und Pflege von Urban-, Grün- und Freiräumen in Nürnberg stattgefunden hätte, entstanden so übergangsweise grüne Oasen für die Nürnbergerinnen und Nürnberger.

VGL Bayern-Präsident Gerhard Zäh betonte in seinem Grußwort die steigenden Anforderungen an den Klimaschutz durch den weltweiten Klimawandel, die notwendigen infrastrukturellen Anpassungsprozesse sowie den demographischen Wandel, die Städte und Gemeinden zunehmend vor große Herausforderungen stellen. „Urbanes Grün kann einen wesentlich größeren und bedeutenderen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung leisten als bisher wahrgenommen. Hochwertig angelegte und gepflegte Grün- und Freiflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen sind in besonderem Maße geeignet, die Attraktivität eines Standorts wie Nürnberg zu steigern und damit die Basis für eine wirtschaftlich gesunde kommunale Entwicklung zu schaffen“, so Zäh.

Während der Corona-Pandemie seien urbane Freiräume und Freiflächen als Naherholungsbereiche für die Menschen essenziell – besonders in der gegenwärtigen, von Isolation und Abstand geprägten Zeit, erläuterte der Verbandpräsident. Demnach sei jetzt die Chance, die richtigen Weichen für öffentliche und private Investitionen in die klimagerechte grünblaue Infrastruktur zu stellen. ❐

15 Städte und Gemeinden erhalten Label „StadtGrün naturnah“:

Stadtnatur blüht auf!

Gemeinsame Pressemitteilung von Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ und Deutsche Umwelthilfe (DUH)

In Radolfzell wurden die 15 Kommunen bekannt gegeben, die mit dem Label „StadtGrün naturnah“ dieses Jahr ausgezeichnet wurden. Damit wird ihr Einsatz für die biologische Vielfalt auf innerstädtischen Flächen gewürdigt: Die Städte und Gemeinden stellten ihre Grünpflege um, ließen Wiesensäume als Lebensraum für Insekten stehen oder verwandelten in Parkanlagen den Vielschnittrasen in artenreiche und naturnahe Wiesen Mit diesen Maßnahmen wird die biologische Vielfalt auf innerstädtischen Flächen geschützt, gefördert und für die Zukunft weiterentwickelt – für unser aller Wohl.

Das Label “StadtGrün naturnah“ wurde vom Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gemeinsam entwickelt. Es ist Teil des Projektes „Stadtgrün – Artenreich und Vielfältig“, das von 2016 bis 2021 im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert wird. Das Label unterstützt Kommunen bei der Umsetzung eines ökologischen Grünflächenmanagements und zeichnet vorbildliches Engagement auf kommunaler Ebene aus.

Gerade in Zeiten der Pandemie wird deutlich, welchen Stellenwert Natur für uns hat. Viele Menschen wurden im eigenen Garten aktiv: Obst und Gemüse anbauen und ernten, Vögel und Insekten beobachten … Der Garten wird bewusster wahrgenommen und wertgeschätzt. Wer keinen Garten oder Balkon hat, der ist noch viel mehr auf die Stadtnatur mit ihren urbanen Grünflächen angewiesen. Zahlreiche Städte und Gemeinden werden sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt zunehmend bewusst und sind aktiv geworden.

Die ausgezeichneten Kommunen gehen deshalb im Einsatz für die Natur kreative und innovative Wege. So blühen beispielsweise in der kleinen Gemeinde Abtsgmünd auf über 70 Flächen Wildblumen und die „wilden Flächen“ werden miteinander vernetzt. In Augsburg sind sogar die Gleisbetten der innerstädtischen Straßenbahnen begrünt und die Stadt Preetz macht sich für die Umweltbildung mit Kindern stark – damit bereits die Jüngsten den Wert der biologischen Vielfalt verstehen lernen.

Ausgezeichnete Kommunen

Nachdem die eingereichten Unterlagen eingehend vom Team des Projektbüros geprüft und bewertet wurden, können sich auch dieses Jahr 15 besonders engagierte Kommunen über das Label „StadtGrün naturnah“ in Gold, Silber oder Bronze freuen: Abtsgmünd, Augsburg, Bad Wildungen, Darmstadt, Dreieich, Günzburg, Ilmenau, Kirchheim unter Teck, Nettetal, Peißenberg, Pirmasens, Plauen, Preetz, Sankt Augustin und Viernheim.

„Bis 2021 werden wir insgesamt 49 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland labeln.

Es ist großartig, wie sich manche Kommunen engagieren und wie durch das Label neue Impulse entstehen. Nicht nur die Städte selbst, sondern auch Menschen, Unternehmen und Institutionen ziehen oft mit eigenen Maßnahmen mit“, schwärmt Projektleiter Dr. Uwe Messer. „Aufgrund des großen Erfolges wird das Projekt voraussichtlich auch nach Ende der Förderung 2021 fortgeführt werden können“, freut sich Messer, „es gibt schon jede Menge Interessierte“.

Informationen:

www.stadtgrün-natunah.de
www.stadtgruen-naturnah.de/teilnehmende/
www.biologischevielfalt.de/bundesprogramm.html
www.kommbio.de

Bayerischer Landschaftspflegetag in Memmingen:

Klimaschutz durch Landschaftspflege

Das Thema „Klimaschutz durch Landschaftspflege“ stand im Zentrum des diesjährigen Bayerischen Landschaftspflegetags in Memmingen. An der von DVL und ANL veranstalteten Tagung nahmen über 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kommunen, Behörden und Verbänden teil.

In einer Video-Grußbotschaft wies der bayerische Staatskanzlei-Chef Dr. Florian Herrmann darauf hin, dass der Klimaschutz wohl noch länger als Corona die Menschen beschäftigen werde. Es sei eine existenzielle Aufgabe für alle, Lebensräume zu schützen. Landwirte, Kommunen und Naturschutzverbände müssten dafür eng zusammenarbeiten.

Moore sind klimarelevante Multitalente und verleihen vielen Landstrichen Bayerns ihr unverwechselbares Gesicht. Doch von ursprünglich über 200.000 Hektar Moorfläche können heute nur noch knapp 11.000 Hektar als intakt angesehen werden, also ihre Funktion als langfristige Kohlenstoffspeicher und Rückzugsraum für seltene Arten erfüllen. „Der Schutz des Klimas ist neben dem Erhalt der Biodiversität die drängendste gesellschaftliche Herausforderung. Derzeit sind aber circa 95 Prozent der Moorböden in Bayern entwässert und zum größten Teil in land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. Der Landwirtschaft kommt somit eine entscheidende Rolle zu“, erläuterte Nicolas Liebig, Landessprecher der bayerischen LPV.

Regionale Lösungen

Landbewirtschaftende und Kommunen seien als Eigentümer und Nutzer von Moorflächen wichtige Partner der LPV. Gemeinsam mit ihnen setzten sie sich seit über 30 Jahren dafür ein, dass Moore erhalten und renaturiert werden. Mit regionalen Lösungen gestalteten und entwickelten sie die bayerische Kulturlandschaft nachhaltig. „Die Klimaschutzleistungen eines Landwirtes, der zum Beispiel Flächen wiedervernässt und damit Treibhausgasemissionen mindert, müssen allerdings entsprechend finanziert und gefördert werden“, forderte Liebig.

Dass sich der Erhalt der Moore und ihre landwirtschaftliche Nutzung nicht ausschließen, darüber informierte Liselotte Unseld, DVL-Projektleiterin Moor- und Klimaschutz auf: „Mit einer Anhebung der Wasserstände und einer angepassten Bewirtschaftung von Moorböden schützen Landwirtinnen und Landwirte unser Klima. Mit dem Produktionszweig Klimaschutz müssen sie aber auch langfristig Geld verdienen können. Dafür reichen die derzeitigen agrarpolitischen Instrumente nicht aus.“

Umweltleistungen der Landwirtschaft

Vertreter der Landwirtschaft, des Naturschutzes und der Kommunen waren sich einig, dass die Wiedervernässung von Mooren essenziell für eine Treibhausgaseinsparung ist und gleichzeitig Schutz für spezifische Artenvielfalt bietet. Laut Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag können die Kommunen durch Einsparungen bei Verkehr, Wärme und Emissionen die gesetzten Klimaschutzziele allein nicht erreichen, weshalb sie auf den Ankauf von CO2-Zertifikaten angewiesen sind. Hier böten sich neue Kooperationsmöglichkeiten mit der Landwirtschaft und den Landschaftspflegeverbänden.

Die Verbindung von Klima-, Biodiversitäts-, Boden- und Wasserschutz in der Landbewirtschaftung stellte Professor Dr. Alois Heißenhuber von der Technischen Universität München dar. Anstelle pauschaler Flächenprämien forderte Heißenhuber, die Umweltleistungen der Landwirtschaft gezielt zu honorieren. Um die gesellschaftlichen Ansprüche nach mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl zusammenzuführen, plädierte er für einen moderierten Prozess unter Mitwirkung aller betroffener Akteure. Ergebnis könne ein von einer breiten Mehrheit getragenes Zukunftsleitbild im Sinne eines Gesellschaftsvertrages sein.

Bei der anschließenden Exkursion zum nahegelegenen Hundsmoor stellte Jens Franke, Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbands Unterallgäu, die Erfolge jahrzehntelanger Landschaftspflegemaßnahmen vor. Landwirt Stefan Weinhardt und seine Kollegen erläuterten ihre Pflegetechnik und demonstrierten den interessierten Teilnehmenden an ihren Maschinen die Umbaumaßnahmen, die sie vorgenommen hatten, um die nassen Standorte für die Pflege befahren zu können. **DK**

Ausgezeichnetes UN-Dekade-Projekt

Die Initiative „Natürlich Bayern – insektenreiche Lebensräume“ ist als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden. Verliehen wird die Auszeichnung an vorbildliche Projekte, die sich in besonderer Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland einsetzen.

„Artenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege und die bayerischen Landschaftspflegeverbände sind starke Partner, die Artenschutz und Biodiversität in die Regionen bringen und vor Ort umsetzen. Bestes Beispiel ist die Initiative ‚Natürlich Bayern‘ – ein herausragendes Projekt zur praktischen und wirkungsvollen Umsetzung von Natur- und Artenschutz. Damit schaffen wir gemeinsam mit Gemeinden und Landwirten neue Lebensräume für mehr Insektenvielfalt. Die Initiative darf ab jetzt für zwei Jahre den Titel ‚Ausgezeichnetes UN-Dekade-Projekt‘ führen. Das ist eine großartige Würdigung und Motivation für die Zukunft“, betonte Staatsminister Thorsten Glauber in der übermittelten Laudatio. **DK**

„Bayern blüht – Naturgarten“ in Bayern

Ein Zeichen für mehr naturnahe und artenreichere Gärten
Staatsministerin Michaela Kaniber verleiht die 250. Auszeichnung

Den bayernweit 250. Garten zeichnete Staatsministerin Michaela Kaniber in Inzell mit der Plakette „Bayern blüht – Naturgarten“ aus. Geehrt werden dabei Naturgärten die auf chemischen Pflanzenschutz und chemisch-synthetische Dünger verzichten, die keine torfhaltigen Substrate verwenden und eine höhe ökologische Vielfalt im Garten haben.

Der Garten der Familie Berger-Stöckl in Inzell zeigt im Besonderen, dass dies auch auf kleiner Fläche vorbildlich möglich ist. Beim Gartenrundgang konnte sich Ministern Kaniber selbst ein Bild davonmachen und überreichte zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege e.V. Wolfram Vaitl Urkunde und Plakette an die stolzen Gartenbesitzer.

Im Jahr 2018 wurde ein gemeinsames Pilotprojekt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bayerischen Gartenakademie und dem Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e. V. in einem Pilotprojekt in Niederbayern gestartet.

Ziel dabei war es, Naturgärten auszeichnen, die sich bewusst für die Artenvielfalt einsetzen und diese Gärten durch die Auszeichnung mit einer Plakette auch in der Öffentlichkeit wertzuschätzen und zur Nachahmung anzuregen. Im Jahr 2019 wurde aufgrund des großen Erfolges in Niederbayern die Naturgartenzertifizierung auf ganz Bayern unter dem Dach der Landesvereinigung Gartenbau Bayern ausgeweitet.

Naturnah gestaltete, mit vielfältigen Lebensräumen ausgestattete und ökologisch bewirtschaftete Gärten setzen ein Zeichen gegen die zunehmende Versiegelung und Aufheizung unserer Siedlungsflächen durch Verwendung von Pflaster oder Kies und Schotter in den Gärten. Durch die Auszeichnung eines Gartens als „Naturgarten“ möchten die beteiligten Partner dieser Entwicklung entgegenwirken. „Mit dieser Initiative wollen wir ein Zeichen für mehr naturnahe und artenreichere Gärten in Bayern setzen“ sagte die Ministerin bei der Verleihung. Ein naturnaher Garten leistet mit seiner Vielfalt einen Beitrag gegen den Rückgang von Bienen, Pflanzen- und Tierarten. Die Kriterien von „Bayern blüht – Naturgarten“ sollen als Leitfaden verstanden werden, der Orientierung gibt zur Anlage und Bewirtschaftung eines Naturgartens.

Die Auszeichnung steht allen Gartenbesitzern in Bayern offen. Ab Januar 2021 erfolgt die organisatorische Abwicklung der Zertifizierung von privaten Gärten über den Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege e.V. Wer sich für eine Auszeichnung interessiert, kann sich beim Landesverband um eine Zertifizierung bewerben. ❐

Bioschmierstoffe – Herausforderung für öffentliche Beschaffung

Bei den Beschaffungsaktivitäten der öffentlichen Hand spielen neben wirtschaftlichen Kriterien soziale und ökologische Belange eine Rolle. Bioschmierstoffe sind für die öffentliche Beschaffung interessant weil sie eine hohe technische Performance aufweisen und biologisch abbaubar, umweltverträglich, biobasiert und nachhaltig. sind.

„Biobasierte Schmier- und Verfahrensstoffe in der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen“, so lautet der Langtitel des auf zwei Jahre angelegten Projekts NOEBIO, das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über seinen Projektträger Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) gefördert wird. Ziel ist, Informations- und Unterstützungsangebote für Beschaffungsverantwortliche des öffentlichen Sektors zu erarbeiten. ❐



V.l.: Jürgen Barth (Daimler), Pascal Ulrich (Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik), Josef Staller (Bucher Municipal Wernberg), Rolf Trampert (Daimler) und Martin Foos (MULAG) Bild: Lisa Meier



v.l.: Victoria Rasoulkahni (Bucher Municipal Wernberg), Thomas Rainer (Daimler), Peter Hofmann (MULAG), Tim Oßwald (Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge) Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

Unimog-Tour 2020:

Geht nicht, gibt's nicht!

Der Geräteträger begeistert vor ausgewählten Publikum

Veranstaltungen der Unimog Generalvertretungen in Bayern haben in der Regel Volksfestcharakter. Mitarbeiter von kommunalen Bauhöfen, Straßenmeistereien und Lohnunternehmern nutzen diese Leistungsschauen um sich über neueste Technik rund um den Unimog zu informieren. Dieses Jahr hätten auf den Messen IFAT und GaLaBau zahlreiche Neuentwicklungen präsentiert werden sollen. Gerade im Bereich des Winterdienstes und beim bienenfreundlichen Mähen wäre viel zu zeigen gewesen. Daher haben sich die beiden Unimog-Anbaugerätehersteller MULAG und Bucher Municipal mit den Vertretungen Beutlhauser, Henne Nutzfahrzeuge und Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge sowie Daimler zusammengetan, um wenigstens einem kleinen Kreis einen Einblick in die Produktentwicklung zu geben. Diese „Unimog-Tour" führte in 5 Stationen von Plattling über Maxlrain nach Bopfingen.

Im Oktober 1946 ging der erste Unimog Prototyp auf die Straße. Damals wurden die Grundeigenschaften angelegt, die dieses Fahrzeug nach wie vor prägen: vier gleichgroße Räder, Allradantrieb mit Differenzialsperren und vier Anbauräume. In knapp 75 Jahren wurden rund 370.000 Fahrzeuge verkauft. Stand heute gibt es ca. 60.000 zugelassene Unimogs in Deutschland, mit einem Durchschnittsalter von rund 28 Jahren was wiederum für die hohe Fahrzeugqualität und Zuverlässigkeit dieses einzigartigen Allrounders spricht. Für Thorsten Heinzelmann, Mercedes-Benz Regionalleiter Unimog Vertrieb, hat der Unimog Industriegeschichte geschrieben, denn „mit diesem Geräteträger wurden Arbeitsverfahren entwickelt die völlig neu waren und die Menschheit von der schweren Knochenarbeit, beginnend in der Land- und Forstwirtschaft, entlastete." Die



Gastgeber der Veranstaltung in Maxlrain: Thomas Rieger, Geschäftsführer, Henne Nutzfahreuge Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Grundlage für den Erfolg dieses Fahrzeugs ist die enge Zusammenarbeit mit vielen Anbaugeräteherstellern, denn nur mit den entsprechenden Anbaugeräten kann der Unimog als ganzheitliches Produkt für alle erdenklichen Aufgaben eingesetzt werden.

Um den Unimog für den Winterdienst tauglich auszustatten, bietet die Bucher Municipal Wernberg GmbH Schneepflüge, Streuer und Schneefräsen an. „Damit unsere Kunden rechtssicher im Winterdienst fahren können", hebt Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani hervor, „entwickeln und produzieren wir in Bayern für den deutschsprachigen Markt." Bucher Municipal hat für jedes Fahrzeug die passenden Pflüge wahlweise aus Stahl oder Kunststoff und liefert diese auf Wunsch mit ihrer patentierten, geräuscharmen Neoprenschürfleiste.

Das Leistungsspektrum reicht vom kleinen Einscharpflug bis hin zum zweifach teleskopierbaren Autobahnschneepflug mit einer maximalen Breite von sieben Metern. Bei den Streuern können Kunden zwischen Trockenstoff-, Feuchtssalz- und Solestreuer wählen. Mit diesem Portfolio geht Bucher Municipal exakt auf Kundenbedürfnisse ein, denn „eine norddeutsche Stadt hat andere Anforderungen als eine Gemeinde im Bayerischen Wald", so die Chefin.

Bienenfreundliches Mähen

Mit dem bienenfreundlichen Mähen hat man sich beim Spezialisten für Mähgeräte MULAG (= **M**otor **U**niversal **L**asten **A**rbeits-**G**erät) frühzeitig auseinandergesetzt. Bei der Neuentwicklung des Grünpflegekopfs ECO 1200 wurden die relevanten Aspekte aus Mähverfahren, Schnitthöhe und überfahrener Fläche systematisch betrachtet, um ein möglichst schonendes Verfahren zu erhalten und so dem bayerischen „Versöhnungsgesetz" zum Artenschutz gerecht zu werden.

Spezifikationen Grünpflegekopf

Der Grünpflegekopf basiert auf einem Scheibenmähprinzip. Die Schnitthöhe von 10 cm wird nicht unterschritten. Vorgeschaltet ist eine mechanische Abstreifvorrichtung. So werden im Gras sitzende Insekten und Kleinlebewesen rechtzeitig aufgescheucht. Mittels gezielter Luftführung von oben und weitestgehend geschlossenem Boden gelangen deutlich weniger Lebewesen in den Mähkopf. Durch das Aufnehmen des Mähgutes entstehen magere Grünflächen, die eine gute Grundlage für eine blütenreiche Vegetation bilden. Statt einer Abrollwalze setzt der MULAG-Grünpflegekopf Tastrollen ein, die nur eine kleine Fläche beeinträchtigen. Der geringere Bodenkontakt schützt die am Boden lebenden Tiere. Peter Hoffmann, Gebietsverkaufsleiter für Bayern, Österreich und Tschechien bei MULAG präsentierte außerdem Lösungen für Mähgeräte, wenn die Pfostenabstände der Leitplanken weniger als 1,2 m betragen, denn auch dafür bietet die Firma Lösungen. Allerdings warnte er auch, dass man sich zukünftig, bei den gestiegenen Anforderungen an den Artenschutz, „von dem uns gewohnten sauberen Schnittbild verabschieden" müsse.

Durch das Engagement der Hersteller Bucher Municipal und MULAG konnten dieses Jahr wenigstens ein paar Funktionen, mit denen der Unimog die Arbeit erleichtert, eingehender beleuchtet werden. Ein Ersatz für die ausgefallenen Veranstaltungen ist es nicht. Trotzdem zeigten sich die Partner der Unimog-Tour insgesamt zufrieden, in diesen Zeiten wenigstens einem kleinen Publikum Neuheiten präsentieren zu dürfen. **CH**

Dramatischer Hilferuf

Waldbesitzer brauchen Fördermittel und Personal, um Wälder in der Region wieder aufzuforsten

Die Fichte verabschiedet sich durch die anhaltende extreme Trockenheit rasend schnell aus den heimischen Wäldern. Die bisher im Bereich der Waldbesitzervereinigung Bamberg geschlagenen rund 40.000 Festmeter Schadholz machen lediglich rund ein Drittel des gesamten derzeitigen Schadholzes aus. Hektar für Hektar Wald geht derzeit verloren. Das wurde bei einer Begehung von Waldbesitzervereinigungen auf Initiative von Angelika Morgenroth mit Landrat Johann Kalb, Landtagsabgeordnetem Holger Dremel und Bürgermeistern bei Stadelhofen deutlich.

„Es tut weh, wenn man durch die Wälder geht", zeigte sich Landrat Johann Kalb wiederholt betroffen von den Schäden. Schaden erleiden nach seinen Worten nicht nur die Bäume und damit der Waldbesitzer. „Der Wald ist nicht nur Klimaschützer und Wasserspeicher, sondern auch für den Tourismus wichtig." Diese Funktionen müssten so weit wie möglich und so schnell wie möglich wiederhergestellt werden.



V.l. Holger Dremel, MdL, und Landrat Johann Kalb: Hektar für Hektar geht durch die anhaltende Trockenheit verloren. Bild: Pressestelle Landratsamt Bamberg

Es fehlt Geld und Personal.

Dafür braucht es, so Angelika Morgenroth und ihre Kollegen nicht nur finanzielle Förderung und eine Vereinfachung der Förderverfahren sondern vor allem Personal: um das Schadholz zu beseitigen, die Waldbesitzer zu beraten und um neu aufforsten zu können. Forstdienststellen in ganz Franken seien derzeit hoffnungslos überlastet. Weil Südbayern nicht betroffen sei, fordere man eine – gerne zeitlich befristete – Verlagerung von forstlichen Fachkräften nach Franken.

Landtagsabgeordneter Holger Dremel sicherte zu, diese Forderungen mit Ministerin Michaela Kaniber zu besprechen. Die Situation sei extrem. Es müssten schnellstmöglich Lösungen gefunden werden: personelle Verstärkungen ebenso wie die Unterstützung der Aufforstung. ❐



Erntehelfer. Facharbeiter.
Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmen mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit. Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk, schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter
mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Oberhaching, 13.600
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
2002
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Zukunft meiner Heimatgemeinde, die Gemeinschaft der Menschen miteinander gestalten
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Gar nicht
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Überall – Klimaschutz, Wohnen, Kindergärten, Schulen, Bibliothek, Rathaussanierung, Ortsmitten, Naturfreibad, Musikschule, Mobilität, Identität ...

Stefan Schelle

Erster Bürgermeister in Oberhaching
Bezirksvorsitzender Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Corona und Klimaschutz, Wohnen, Kindergärten, Schulen, ...
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Weiterentwicklung der Schullandschaft – Neubau eines Schulcampus Realschule/FOS
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Zuhören, zuhören, authentisch und mutig bleiben: „tue Recht und scheue niemand!“
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen/Bürgerinnen und Bürger/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ständig
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Keine Digitalisierung kann das persönliche Gespräch ersetzen
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Nein
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
So wie ich bin, irgendwann. ❐

Bezirk Oberfranken:

Zuschüsse für zukünftige Projekte beschlossen

Der Ausschuss für Soziales des Bezirks Oberfranken hat unter Leitung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm in der jüngsten Sitzung Weichen für eine bessere Versorgung der Menschen in Oberfranken gestellt. Wichtige Themenpunkte waren unter anderem die Förderung eines Inklusionsprojektes, Bedarfsanerkennungen für Plätze in besonderen Wohnformen für Bayreuth, die Erweiterung um 40 Wohnplätze im Wohn- und Pflegeheim Kutzenberg sowie eine verbesserte Vergütung der Träger im Bereich der Teilzeitregelung für Werkstätten für behinderte Menschen.

In den vergangenen Jahren haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für weniger leistungsstarke Arbeitnehmer mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung deutlich verschlechtert. Um auch ihnen eine Chance auf einen regulären und festen Arbeitsplatz und somit eine Perspektive zu bieten, ist die Förderung von Inklusionsprojekten äußerst wichtig. Bezirkstagspräsident Henry Schramm setzt sich für einen weiteren Ausbau dieser Beschäftigungsform ein: „Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt muss erklärtes Ziel einer zukunftsorientieren Behindertenpolitik sein. Der Bezirk Oberfranken unterstützt bereits vier Inklusionsprojekte. Zudem werden wir zukünftig das Inklusionsprojekt ´Spinnstube´ in Mainleus fördern.“

Inklusionsprojekt

Der AWO Kreisverband Kulmbach und die Marktgemeinde Mainleus als Gesellschafter der MAWO gGmbH möchten als Pächter die Bewirtschaftung der denkmalgeschützten Gaststätte „Spinnstube“ in einem Inklusionsprojekt betreiben. Es sollen 4 1/2 Arbeitsplätze für Menschen mit einer psychischen, körperlichen, geistigen oder mehrfachen Behinderung geschaffen werden. Eine fachliche und pädagogische Betreuung dieser Arbeitskräfte wird durch Personal vor Ort gewährleistet.

Der Bezirk Oberfranken bezuschusst die Inklusionsplätze jährlich mit 3.000 Euro pro Platz. Somit errechnet sich bei viereinhalb Arbeitsplätzen ein Fördervolumen von 13.500 Euro jährlich.

Infolge eines Mangels an spezifischen regionalen Wohnformen mussten Menschen mit Behinderung oder einem erhöhten Betreuungsbedarf oft außerhalb des Stadtgebiets Bayreuth und zum Teil außeroberfränkisch untergebracht werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Nachfrage zeichnet sich somit kurzfristig, aber auch mittelfristig ein weiterer Bedarf an Plätzen in besonderen Wohnformen ab.

Zusätzliche stationäre Wohnplätze in Bayreuth

„Ziel muss es sein, ein ausreichendes Angebot an stationären Wohnplätzen im Stadtgebiet Bayreuth sicher zu stellen, um für behinderte Menschen die Nähe zu ihren Familien zu gewährleisten. Deshalb erkennt der Sozialausschuss des Bezirkstags von Oberfranken den Bedarf für 48 zusätzlichen stationären Wohnplätze in Bayreuth an,“ erläuterte Bezirkstagspräsident Henry Schramm. Verschiedene Träger haben bereits Interesse an der Umsetzung und Realisierung entsprechender Projekte signalisiert.

Bedarfsanerkennung Wohn- und Pflegeheimplätze Kutzenberg

In Oberfranken gibt es zudem eine erhöhte Nachfrage nach Wohn- und Pflegeplätzen für Menschen mit psychischer Erkrankung und gleichzeitigem Bedarf an pflegerischer Versorgung. Mit einem geplanten Neubau der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken wird das Wohn- und Pflegeheim Kutzenberg von 50 Plätze auf insgesamt 90 Plätze erweitert. Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Oberfranken genehmigt somit den Bedarf für 40 zusätzliche Wohn- und Pflegeplätze für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Oberfranken. „Hiermit helfen wir vielen Menschen und erzielen eine wesentliche Stärkung des Standorts Kutzenberg“, versicherte der oberfränkische Bezirkstagspräsident.

Institutionelle Förderung für das Haushaltsjahr 2021

Eine institutionelle Förderung von rund 640.000 Euro beschloss der Ausschuss für Soziales für die Dezentralisierung der Regens-Wagner-Burgkunstadt und der Himmelkroner Heime. Regens-Wagner-Burgkunstadt hat vor in Weismain ein Wohnheim mit 24 Plätzen für Menschen mit Behinderung, sowie sieben Förderstättenplätze zu bauen. Die Himmelkroner Heime planen einen Ersatzneubau einer Förderstätte mit 48 Plätzen, sowie eine Werkstatt für behinderte Menschen mit 250 Plätzen in Neuenmarkt.

Bessere Vergütung der Träger im Bereich der Teilzeitregelung für Behinderten-Werkstätten

Die Träger der Werkstätten für behinderte Menschen hatten ein Antrag auf eine verbesserte Vergütung der in Teilzeit beschäftigten Mitarbeiter gestellt. Nach ausführlichen Diskussionen zwischen den Vertretern der Träger, den Bezirksräten und der Bezirksverwaltung hat Bezirkstagspräsident Henry Schramm einen Kompromissvorschlag in den Raum gestellt, der letztendlich zur Zufriedenheit aller einstimmig beschlossen wurde. Demnach wird der Bezirk künftig Mehraufwendungen in Höhe von 90.000 Euro jährlich übernehmen.

Bezirkstagspräsident Henry Schramm, der gewillt war eine einvernehmliche Lösung für alle herbeizuführen, betonte: „Wenn es um die Menschen geht, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Schließlich ist der Bezirk für die Menschen da, die nicht so viel Glück in ihrem Leben haben.“ ❐

UNNA für Altmühlfranken:

Unternehmerinitiative Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität

Die Kunststoff- und Automobilzulieferindustrie ist fester und erfolgreicher Bestandteil der Wirtschaft in Altmühlfranken. Diese Branchen haben sich über Jahrzehnte entwickelt. Dabei gilt es diese Stärke zu bewahren. Um unseren Wirtschaftsstandort gemeinsam zukunftsfähig aufzustellen und auf vorhandene Herausforderungen zu reagieren, hat sich die Unternehmerinitiative Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität für Altmühlfranken, kurz UNNA, gebildet.

Bereits heute ist Altmühlfranken in vielen Bereichen der Nachhaltigkeit führend, beispielsweise bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Trotzdem wird es in Zukunft weitreichende Veränderungen geben, die die Betriebe gemeinsam meistern müssen.

Die Gesellschaft setzt neue Forderungen an die Industrie, aber auch die aktuelle Krise wird ihre Spuren hinterlassen. Stichworte dabei sind beispielsweise eine CO2-neutrale Produktion, Imagepflege im Kunststoffbereich, der Wandel in der Automobilzulieferindustrie, Antriebe der Zukunft oder auch die Herausforderungen für Unternehmen im ländlichen Raum. Die Unternehmerinitiative soll den Betrieben eine Plattform zum Austausch und zur Weiterentwicklung geben.

Mitglieder der ersten Stunde von UNNA sind neben Landrat Manuel Westphal, Unternehmer aus der kunststoffverarbeitenden Industrie aus dem ganzen Landkreis. Auf Initiative von Landrat Manuel Westphal hat sich eine Arbeitsgruppe bereits im Herbst 2019 gebildet. Nach einigen Workshops, die im Laufe des Jahres gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises abgehalten wurden, konnten die Ziele der Initiative nun konkretisiert werden.

„Wir wollen als Region zusammen mit unseren Betrieben Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit sein und dazu insbesondere auch neue und innovative Produktions- und Kreislaufkonzepte implementieren. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass Altmühlfranken zukünftig als ‚Nachhaltigkeits-Landkreis‘ und Beispielsregion vorangeht mit dem Ziel einer CO2-neutralen Produktion“, verdeutlicht Landrat Manuel Westphal während eines Pressegesprächs zur Vorstellung der Unternehmerinitiative.

Über Sektorengrenzen hinweg

Der IHK-Ehrenvorsitzende Dr. Karl-Friedrich Ossberger führt weiter aus: „In enger Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir im Landkreis auch über Sektorengrenzen hinweg CO2-neutrale Produktionsmethoden einsetzen und auch die bereits bestehenden Kreislaufkonzepte weiter ausbauen. Dies kann beispielsweise durch die Zusammenarbeit zwischen Industriebetrieben und Erzeugern erneuerbarer Energien in der Region erfolgen.“

Die Initiatoren von UNNA möchten die Initiative aber nicht auf die Firmen dieser Branche beschränken, sondern weitere produzierende Betriebe in Altmühlfranken als Mitstreiter gewinnen. Deswegen wird die UNNA-Initiative während einer Auftaktveranstaltung im Landkreis zum ersten Mal den Unternehmerinnen und Unternehmern der Region vorgestellt. Der IHK-Gremiumsvorsitzende im Landkreis Dr. Simon Amesöder unterstreicht daher auch die Bedeutung von UNNA für die regionalen Betriebe: „Ein Vorsprung auf dem Gebiet der nachhaltigen Produktion ist dabei auch ein Vorteil bei der Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung für die Betriebe. Damit kann auch das positive Image der örtlichen Wirtschaft weiter ausgebaut werden.“

Auch Andreas Gebhardt, Geschäftsführender Direktor der Alfmeier Präzision SE, ergänzt: „Unser Ziel muss es sein, die Region als eine der ersten Adressen im Bereich Kunststoff bekannter zu machen. Dabei gilt es die Bekanntheit des Landkreises als Ausbildungsregion, insbesondere mit dem kunststoffcampus bayern zu stärken und einer der maßgeblichen ‚player‘ in Süddeutschland zu werden.“

Innovationen, Nachhaltigkeit und hohe Qualitätsstandards sollen unserer Wirtschaft auch helfen in Politik und Gesellschaft als wichtiger Partner Anerkennung und Gehör zu finden. Die erarbeiteten Maßnahmen werden auch in den Regionalentwicklungsprozess „Altmühlfranken 2030“ aufgenommen und dort mit umgesetzt. ❐



Die Mitglieder der ersten Stunde der Unternehmerinitiative UNNA: 1. Reihe (v.l.): Dr. Simon Amesöder, RF Plast GmbH, Landrat Manuel Westphal; 2. Reihe (v.l): Andreas Gebhardt, Alfmeier Präzision SE, Marco Stenglein, Verpa Folie Gunzenhausen GmbH, 3. Reihe (v.l.): Sabine Unterlandstaettner, Wirtschaftsförderung, Rainer Mayer, Moderation, Dr. Karl-Friedrich Ossberger, OSSBERGER GmbH + Co. KG, Harald Höglmeier, HP-T Höglmeier Polymer-Tech GmbH & Co. KG.
Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Partnerschaft stärken

Eine Partnerschaft zwischen dem Landkreis Tarnów und dem Landkreis Pfaffenhofen soll mit mehr Leben gefüllt werden. Das ist das Ergebnis der Videokonferenz zwischen Landrat Albert Gürtner und seinem Landratskollegen Roman Lucarz aus Tarnów.

Zuletzt war die Partnerschaft wegen dem Umgang mit der LGBTSzene auf polnischer Seite in Kritik geraten. Nach dem Gespräch zeigte sich Gürtner zuversichtlich. „Es war ein sehr angenehmes und freundliches Gespräch. Beide Seiten sind sehr daran interessiert, die Partnerschaft weiterzuführen.

Der Landkreis Tarnów mit Landrat Lucarz hat sich auch klar zur EU-Grundrechtecharta bekannt. Eine gemeinsame Werte-Basis ist nach wie vor vorhanden“, so Gürtner. Verschiedene Mentalitäten bergen immer gewisse Unterschiede, hier gilt es einen gemeinsamen Konsens zu finden. Für eine tatsächliche Annäherung, die nicht nur auf dem Papier besteht, setzt Gürtner auf verstärkten Austausch. Es sollen gemeinsame Themen gesucht werden, bei denen eine sinnvolle Zusammenarbeit möglich ist und von denen beide Seiten profitieren können. Das kann dann eine Basis für die Fortführung der Partnerschaft sein.

„Wir werden nun gezielt ein, zwei Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz oder Jugendarbeit in Angriff nehmen“, so Gürtner. Die Ergebnisse sollen dann im Kreistag vorgestellt werden, der über die weitere Zusammenarbeit entscheiden wird. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Alex Eder (Landrat Unterallgäu), Dr. Erwin Lohner (Regierungspräsident Regierung Schwaben), Thorsten Freudenberger (Landrat Neu-Ulm), Maria Rita Zinnecker (Landrätin Ostallgäu), Dr. Klaus Metzger (Landrat Aichach-Friedberg), Elmar Stegmann (Landrat Lindau (Bodensee)), Martin Sailer (Landrat Augsburg / Präsident Bezirk Schwaben), Stefan Rößle (Landrat Donau-Ries), Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag), Dr. Hans Reichart (Landrat Günzburg) und Leo Schrell (Landrat Dillingen a. d. Donau). Bild: Angela Wolf

Bayerischer Landkreistag:

Arbeitstagung des Bezirksverbands Schwaben

Der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag hat sich bei einer Arbeitstagung im Landratsamt in Dillingen an der Donau über aktuelle Themen ausgetauscht. Neben einem Überblick über die aktuelle Lage an den Corona-Testzentren in den einzelnen Landkreisen wurde auch über die erheblichen Schwierigkeiten, Mediziner für die Gesundheitsämter zu finden, diskutiert. Zudem waren auch die Entscheidungen des Freistaates Bayern im Rahmen der Corona-Pandemie ein Thema.

Die Landkreisvertreter berichteten über ihre Erfahrungen mit den vor kurzem eingerichteten Corona-Testzentren in den einzelnen Landkreisen. Insgesamt gesehen zeigten sich alle zufrieden mit dem Betrieb der Teststrecken. Allerdings wurden auch Stimmen laut, dass die massenweisen Testungen im Rahmen des Bayerischen Testkonzepts auf Dauer nicht tragbar sind.

Durch unzureichende Laborkapazitäten in vielen Landkreisen könnten die Ergebnisse oftmals nicht innerhalb der geforderten Zeit von 36 Stunden abgerufen werden. So lautet der Appell der Landkreisvertreter an den Freistaat Bayern – weg von den Massentestungen hin zu gezielten Testungen zu wechseln. Dies würde ihrer Ansicht nicht nur die Laborkapazitäten schonen, sondern auch den teilweise langen Ergebnisverzögerungen entgegenwirken.

Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver machen

Sorgen bereitete den Teilnehmern auch, dass die Amtsarztstellen an den Gesundheitsämtern nur sehr schwer besetzt werden können. „Es muss darüber nachgedacht werden, den öffentlichen Gesundheitsdienst bei den Ärzten attraktiver und bekannter zu machen“, so Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner. „Eine Lösungsmöglichkeit könnte sein, gewisse Aufgaben zu zentralisieren, damit die wenigen Ärzte sich auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren können“, schlug Landrat Elmar Stegmann vor. Um zu überprüfen wie viele Amtsarztstellen an den Landratsämtern aktuell unbesetzt sind, läuft seitens des Bayerischen Landkreistags gerade eine Umfrage. Die Ergebnisse sollen in der nächsten Präsidiumssitzung vorgestellt und über weitere Schritte beraten werden, teilte das geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Johann Keller mit.

Ein weiterer Punkt über den die Landkreisvertreter diskutiert haben, ist die Kommunikation des Freistaates. Auch hier herrschte darüber Einigkeit, dass es für die Landratsämter untragbar ist über zukünftige Schritte, die vor Ort umgesetzt werden müssen, zuerst aus den Medien zu erfahren. „Wir bitten die Staatsregierung um zeitnahe Information, damit auch auf Landkreisebene eine schnellere Handlungsfähigkeit möglich ist“, so Landrat Stegmann. ❐

Stadt und Landkreis Bamberg:

Verbunden in Solidarität und Vielfalt

Pandemiebedingt musste die Durchführung der Interkulturellen Wochen in Stadt und Landkreis in diesem Jahr abgesagt werden. Der Migranten- und Integrationsbeirat (MIB) der Stadt Bamberg initiierte dennoch eine große symbolische Aktion, der sich viele Zivilgesellschaftliche Kräfte in Bamberg und die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Bamberg anschlossen. Ziel war es, Menschen in Stadt und Landkreis Bamberg in Solidarität und Vielfalt zu verbinden.

Unter dem Motto „GEMEINSAM. VIELFALT. GESTALTEN.“ organisierte der Landkreis Bamberg eine Banner-Aktion in den Gemeinden und setzte so ein Zeichen für Vielfalt und Demokratie. Hierfür wurden, finanziert über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 3 mal 2 Meter große Meshbanner angefertigt, die am Rathaus oder an öffentlichen Gebäuden in den Gemeinden vor Ort aufgehängt wurden. „Uns ist auch die Nachhaltigkeit der Aktion wichtig.“, so Christian Lorenz, Leiter des Bildungsbüros. „Die Banner können immer wieder an den Rathäusern angebracht werden, um so zeitnah und öffentlich wirksam auf Ereignisse und Formen von Rassismus reagieren zu können.“

In der Stadt Bamberg setzten an 20 verschiedenen Orten kleine Menschenketten unter der Maxime „Bamberg verbunden in Solidarität und Vielfalt“ ein eindrucksvolles Zeichen. Durch die gemeinsamen Menschenketten in der Stadt in Verbindung mit den Bannern in den Gemeinden bekennen sich Stadt und Landkreis gemeinsam zu Vielfalt und Demokratie. Landrat Johann Kalb begrüßt die gemeinsame Aktion: „Demokratie ist Vielfalt und Toleranz, Menschenwürde und Gleichberechtigung, Freiheit und Akzeptanz. Gemeinsam dafür einzustehen, das ist das Zeichen, das Landkreis und Stadt Bamberg immer wieder gemeinsam setzen müssen.“

Über 20 Menschenketten (mit Abstand und Maske) wurden an verschiedenen Orten in der Stadt Bamberg gebildet, die über die sozialen Medien verbunden wurden. „Nicht nur die klare Absage an jegliche Form von Rassismus und Ausgrenzung, sondern auch der Dank für die Leistungen, Anstrengungen und Geduld der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den letzen Monaten verbinden uns. Wir wollten zudem zeigen, dass Bamberger auch in schwierigen Zeiten zusammenhalten und Rassisten und Demokratiefeinden nicht hinterherlaufen“, betonen Andreas Starke, Schirmherr der Veranstaltung, sowie Mitra Sharifi und Marco Depietri vom MIB. ❐



Staatssekretär a.D. Franz Meyer ist jetzt offiziell „Altlandrat“. Im Rahmen einer Feierstunde auf Schloss Neuburg würdigten die Festgäste den neuen Altlandrat (vordere Reihe Mitte) mit Ehefrau Rosmarie und (v.r.) Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Landrat Raimund Kneidinger, Altlandrat Hanns Dorfner mit Frau Gerlinde. Bild: LRA Passau

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Jetzt hat auch Passau seinen Regionalkrimi. Zur besten Sendezeit im Ersten. Respekt. Spektakuläre Aufnahmen von oben, stimmungsvolle Kameraführung – eine richtig tolle Werbung für eine schöne Stadt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, berichtete nicht ohne einen kleinen Anflug von Neid, dass er nach der Tagesschau „zufällig“ am neuen Heimatkrimi aus Passau hängen geblieben ist und die gelungenen Stadtbilder sehr genossen hat.

Jetzt ist ja Niederbayern keineswegs Terra incognita, was Regionalkrimis angeht. Eine ganze Reihe von Büchern, verfilmt oder nicht verfilmt, spielen ja in Niederbayern und legen Zeugnis ab von der urwüchsig-anarchischen Kraft des Landes und der es bewohnenden

Krimi-Hype um die Region

Leute. Aber ein Passau-Krimi – da steigt die Stadt schon auf in eine Reihe mit Stralsund, Weimar, Wismar, Münster oder Luzern.

So ändern sich die Zeiten. Früher dachte man beim Stichwort Krimi an das Paris Kommissar Maigrets, das London Edgar Wallaces oder Kojaks New York. Man befuhr mit einem Ermittlerduo die Straßen von San Francisco oder erkundete mit Inspektor Columbo Los Angeles. Auch die deutschen Kult-Krimis vom Tatort spielten in München, Hamburg, Berlin, Wien, Stuttgart und nur weil dort kleine Sender ansässig waren, sah man Impressionen von Saarbrücken oder Bremen. Klar, der Charme der Provinz spielte etwa bei Agatha Christie in ihren Poirot- und Miss-Marple-Büchern eine Hauptrolle. Aber ob Raymond Chandler oder Dashiell Hammett: Der Großstadtdschungel war lange die ideale Kulisse für Mord, Erpressung und Intrige.

Heutzutage zieht sich das Übel der Welt, die Ursünde des Mordes und der Habgier, der Eifersucht und des Hasses immer tiefer in die Provinz zurück. Seit Henning Mankell seinen Kommissar Wallander im südschwedischen Kaff Ystad ermitteln ließ, wird praktisch keine Region Europas von Krimis verschont: Die Bretagne, die Provence, der Comer See, das Aostatal, der Gardasee, Südtirol natürlich, die Eifel, das Weinviertel, Usedom, Sylt – zu praktisch jeder Gegend gibt es die passenden Mord- und Totschlagsgeschichten. Die Tatorte spielen heutzutage in Freiburg, Weimar, Kiel und der Franken-Tatort zieht wie ein Ableger der Tourismuszentrale durch alle erdenklichen fränkischen Städte, ungeachtet der Grenzen von Regierungsbezirken oder Polizeidirektionen.

Unschwer ist aber der Hotspot des bayerischen Regionalkrimis im Süden auszumachen. Neben dem schon erwähnten Niederbayern ist es das Allgäu. Es findet sich eine treue Fangemeinde, die jeden Krimi um einen skurril-liebenswerten Ermittler bereits beim Buchhändler vorbestellt, wenn in einschlägigen Foren nur angedeutet wird, dass ein neuer Band rauskommt. Im Vertrauen, den aktuellen hab ich gerade zu Ende gelesen: köstlich. Und dann natürlich Bad Tölz, dessen Bulle Kult ist, Rosenheim, dessen Cops zu den erfolgreichsten Ermittlern ever gehören und Wolfratshausen, das inzwischen ebenso oft mit dem Begriff „Frühstück“ wie mit Hubert und/ohne Staller in Verbindung gebracht wird.

Wie erklärt sich dieser Hype um die Region bei den Krimis? Die Raffinesse des Plots kann es nicht sein. Entweder die Geschichten setzen auf das absolut Böse wie bei Wallander oder auf ausgiebige Beschreibungen von Land und Leuten oder sind einfach hinreisend unterhaltsam. Kombinatorische Meisterwerke, wie sie Agatha Christie, Martha Grimes oder P.D. James abgeliefert haben, findet man selten. Es ist wahrscheinlich der Wiedererkennungswert und das Lokalkolorit, das einen selbst zu einem Teil der Geschichte machen kann. Auch wenn sie gar nicht in der engeren Heimat spielt, sondern an der Ostsee, am Ärmelkanal oder im sonnigen Süden – irgendwie sind wir ja heutzutage überall daheim.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist etwas wehmütig: Nur zu gerne würde er unsere Stadt auch im Zentrum eines zünftigen Heimatkrimis sehen. Am besten mit Verfilmung. Großartige Werbung! Aber leider findet sich am Ort keine entsprechende Edelfeder. Trost spendet der Satz Hermann Hesses: „Heimat ist nicht da oder dort. Heimat ist in Dir innen, oder nirgends.“

Ihre Sabrina

Kampagne verbindet die Menschen im Landkreis Fürth

Mit 308 Quadratkilometern ist der Landkreis Fürth zwar der flächenmäßig kleinste Landkreis in Bayern, jedoch hat er viel zu bieten. Seine etwa 118.000 Landkreisbewohner „fühlen sich hier pudelwohl, und das nicht ohne Grund“, meint Landrat Matthias Dießl, der mit einer neuen Kampagne und einer dazugehörigen Homepage mit Blog das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die eigene Heimat weiter stärken möchte.

Den Startschuss gab der Landrat gemeinsam mit den Bürgermeistern der 14 Gemeinden im Dreschmaschinenhaus in Ammerndorf. „Wunderschöne Kultur- und Naturlandschaften, neue Attraktionen neben traditionellen Sehenswürdigkeiten und Bräuchen, das alles findet man in unserem Landkreis und das alles macht unsere Region unverwechselbar“. Mit der Kampagne #heimatlandkreisfürth sollen die regionale Identität und das ‚Wir-Gefühl‘ gestärkt werden. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat unterstützt den Landkreis dabei mit 202.000 Euro.

Auf der neuen zentralen Webseite (heimat-landkreisfuerth.de) sind Filme, Podcasts und Blogeinträge zu finden. Weitere Projekte wie Social Media-Aktionen und Events sind geplant. Auch soll es eine „Heimat-Busfahrt“ geben, die eine Erlebnis- und Erkundungstour zu besonderen Orten bietet. Beim „Job Shadowing“ sollen Schüler und Studenten die Möglichkeit bekommen, Berufstätigen über die Schulter zu schauen und deren Arbeitsalltag kennenzulernen. Im Gespräch ist auch ein Magazin mit persönlichen, spannenden und vergessenen Geschichten aus dem Landkreis Fürth. Zum Abschluss des Förderprogramms ist ein Heimatfestival mit verschiedenen Themen rund um die Heimat geplant.

„Die traditionellen und modernen Merkmale, die das Profil einer Region bilden, prägen die regionale Identität und unser Verständnis von Heimat. Und wo wir uns mit den Besonderheiten einer Region identifizieren, da können wir uns auch zuhause fühlen”, betonte Matthias Dießl. Wer die neue Homepage aufruft, werde zum Mitmachen eingeladen. **pmw**



Neues Personal im Bezirksverband Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags: Nachdem Josef Steigenberger 2020 nicht mehr zur Kommunalwahl angetreten ist, stand er auch als Bezirksvorsitzender nicht mehr zur Verfügung. Mit einem Traumergebnis von 100 % übernimmt nun der Oberhachinger Bürgermeister Stefan Schelle im Bezirksverband das Ruder. Unterstützt wird er von seinem Stellvertreter Franz Rasp, Bürgermeister in Berchtesgaden, der sich über das gleiche gute Wahlergebnis freute. Unser Bild zeigt v.l.: Stefan Schelle, Christian Scheuerer, 1. Bürgermeister Ohlstadt (Kassier), Franz Rasp, 1. Bürgermeister Berchtesgaden, Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister Abensberg und Präsident Bayerischer Gemeindetag, Johann Wiesmeier, 1. Bürgermeister Fraunberg, Susanne Hoyer, 1. Bürgermeisterin Langenbach, Christian Bolz, 1. Bürgermeister Weil, Martin Schmid, 1. Bürgermeister Vohburg und Josef Steigenberger, ehemaliger Bezirksvorstand und bis 2020 1. Bürgermeister Bernried a. Starnberger See. Bild: Bayerischer Gemeindetag

Wirtschaftsminister Aiwanger:

„Regionalmanagement ist erster Schritt aus Monostruktur“

Gemeinden rund um Hohenfels und Grafenwöhr suchen nach Ideen für neue Wirtschaftsentwicklungen

Bei einem Besuch des US-Kasernengeländes Rose Barracks machte sich Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ein Bild von den US-amerikanischen Einrichtungen bei Vilseck.

Die beiden Oberpfälzer Standorte Hohenfels und Grafenwöhr generieren jedes Jahr eine Wirtschaftskraft von rund 600 Millionen Euro. „Die Truppenübungsplätze mit ihren Wohn- und Versorgungseinheiten sind das Juwel der US-Standorte weltweit“, erklärte der Vilsecker Bürgermeister Hans-Martin Schertl. Durch den großen Ausbau in den 1980er und 1990er Jahre entstanden immer mehr Arbeitsplätze, die in direktem Zusammenhang mit den US-Truppen stehen. Große Industrieansiedlungen blieben aufgrund der starken militärischen Präsenz aus. Sollten 4.500 Soldaten plus rund 9.000 Angehörige abgezogen werden, hätte dies gravierende Auswirkungen für die gesamte Region.

Neue Arbeitsplätze planen

„Die Region muss sich breiter aufstellen, unabhängig ob Truppen abgezogen werden oder nicht“, erklärte der Staatsminister. Dazu bietet der Freistaat die Förderung eines Regionalmanagements für zwei Gebiete, Grafenwöhr inklusive aller Anrainerkommunen sowie Hohenfels inklusive aller Anrainerkommunen von je 200.000 Euro pro Jahr und Region für drei Jahre an. Neue Arbeitsplätze für die rund 3.300 deutschen Arbeitskräfte an den Standorten müssen langfristig geplant werden.

Langer Atem erforderlich

„Wir sehen gerade in anderen Regionen, dass es einen langen Atem braucht, um neue Industrien mit innovativen Arbeitskräften zu etablieren“, erklärte Aiwanger. Er bat Vilseck und die Anrainerkommunen, jetzt zukunftsfähige Ideen für die Region zu entwickeln. Diese könnten dann vom Freistaat unterstützt werden. ❐

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 22. Oktober 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Wasser · Abwasser**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Fachliteratur für kommunle Entscheidende**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und das LfA Magazin bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Leutershausen im Landkreis Ansbach hat ein neues Stadtoberhaupt. Markus Liebich vom Bürgerforum Leutershausen wurde mit 61,3 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Er setzte sich deutlich gegen Harald Domscheit (Grüne) durch, der auf 38,7 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,7 Prozent.

Neuwahlen wurden erforderlich, weil die parteilose Ex-Bürgermeisterin Sandra Bonnemeier im Mai dieses Jahres zurückgetreten war. Sie muss sich derzeit wegen des Verdachts der Untreue vor dem Amtsgericht Ansbach verantworten.

Stichwahl in Hohenkammer

Bei der Stichwahl in Hohenkammer (Landkreis Freising) sicherte sich der CSU-Bewerber Mario Berti für die kommenden sechs Jahre den Chefsessel. Er gewann mit 52,8 Prozent gegen Susanne Hartmann von der FDP, die 47,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Berti ist damit der Nachfolger des bisherigen CSU-Bürgermeisters Johann Stegmair. Die Wahlbeteiligung lag bei 62,8 Prozent. **DK**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Polaris Star
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE GemeindeZeitung



8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

DIE DIGITALE KOMMUNE

Donnerstag, 12. November 2020
Einlass 9:00 Uhr
Amberger Congress Centrum - ACC
Schießstätteweg 8 - 92224 Amberg
www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht.
Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage **www.bayerisches-breitbandforum.de**

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung
Theresa von Hassel
Bayerische GemeindeZeitung

Gigabitförderung in Bayern – Stand und Ausblick
Regierungsdirektor Bernd Geisler
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Herausforderung Glasfasererschließung
Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Die digitale Agenda der Stadt Coburg
Stefan Fey | Stadt Coburg

Übersicht Gigabitausbau in Deutschland
Caspar von Preysing | Gigabitbüro des Bundes

Bayerisches Mobilfunkförderprogramm
Bernhard Eder | Bayerisches Mobilfunkzentrum

Outdoorgehäuse unter dem Augenmerk Schutz kritischer Infrastruktur (KRISIS)
Sandra Mann | Almatec GmbH

Passive Glasfasernetze l Schneller – Höher – Weiter l Qualität im Focus!
Jürgen Albrecht | Dura-Line Germany GmbH

Gigabit
Johannes Bisping |
Bisping & Bisping GmbH & Co. KG

Breitband-Ausbau in Bayern und Digitalisierung (Smart City)
Josef Scherl | Telekom Deutschland GmbH

Regionale Kooperationsmodelle mit M-net als Erfolgsfaktor für den Gigabit-Ausbau
Nelson Kilius | M-net Telekommunikations GmbH

Smart Planning als Grundlage für Smart Cities
Adrian Richter | MRK Media AG

Weiterentwicklung von Glasfaserprojekten oder: Wie jeder Glasfaser bekommt
Dr. Henrik Bremer| WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Deutsche GigaNetz GmbH – Kooperativer Glasfaserausbau auf Basis privatwirtschaftlicher Infrastrukturinvestition
Soeren Wendler | Deutsche GigaNetz GmbH

Aktuelles aus der Bundesförderung Breitband
Jan Svoboda | atene KOM GmbH

Gigabit Glasfaserprojekte für Gewerbe und Industrie – Entwicklungsbedarf und Marktchancen
Marcus Arlt | Thüga SmartService GmbH

Von Schottland nach Deutschland nach Bayern – Qualitätsansprüche an Mikrorohre „Made in Germany“
Stefanie Sill | Emtelle GmbH

DVB-C - das neue IPTV
Bernhard Hauser | HUBER + SUHNER BKtel GmbH

Weiße / graue / schwarze Flecken – Gigabit Internet mit Vodafone
Rolf-Peter Scharfe | Vodafone GmbH

Gemeinsam in die Gigabitgesellschaft: Schneller und effizienter bauen durch enge Zusammenarbeit von Kommunen und Unternehmen im Zusammenspiel mit staatlichen Förderungsmaßnahmen
Anja Genetsch
Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH

Erfolgsfaktor Trassenplanung: Das Fundament für ein wirtschaftliches FTTH-Netz
Christoph Pfänder | AND Solution GmbH

Hexatronic – FTTH Innovator seit über 20 Jahren
Dr. Johannes Böhm | Hexatronic GmbH

IT-Automatisierung für digitale Unternehmensentwicklung
Stephan Oesten | ScaleITS GmbH

RAUSPEED EasyConnect Innovation für den FTTH-Ausbau
Andreas Weber & Stefan Erdorf| REHAU AG + Co.

Premium Dienste für Premium Netze VOIP, ISP und IPTV – alles aus einer Hand
Dr. Markus von Voss | purtel GmbH

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat • Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Städetag

Almatec GmbH • AND Solution GmbH • atene KOM GmbH • Axians GA Netztechnik GmbH • Bayerisches Breitbandzentrum • Bayerisches Mobilfunkzentrum • Bisping & Bisping GmbH & Co. KG • Camozzi Automation GmbH • Connect Com GmbH • Corwese GmbH • Deutsche GigaNetz GmbH • Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH • Dura-Line Germany GmbH • Emtelle GmbH • Filoform GmbH • Gigabitbüro des Bundes • GM Plast GmbH • GVG Glasfaser GmbH • Hexatronic GmbH • Höpfinger GmbH & Co KG • HUBER + SUHNER Bktel GmbH • Langmatz GmbH • LWL-Sachsenkabel GmbH • M-net Telekommunikations GmbH • Magellan - geoinform AG • MRK Media AG • Muth Kommunikationstechnik GmbH • Opternus GmbH • purtel GmbH • REHAU AG + CO • Rödl & Partner GmbH • Romold GmbH • ScaleITS GmbH • Stadt Coburg • Telekom Deutschland GmbH • Thüga SmartService GmbH • tso GmbH • Vodafone GmbH • WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort
Amberger Congress Centrum - ACC
Schießstätteweg 8 - 92224 Amberg

Termin
Donnerstag, 12. November 2020, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter
Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das Amberger Congress Centrum ACC
Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

→ ÖPNV: Ambergs Bahnhof ist verkehrsgünstig an das ICE-Schienennetz der Deutschen Bahn angeschlossen. Das ACC ist vom Bahnhof zu Fuß in ca. 7 Minuten zu erreichen.

→ PKW: In Amberg folgen Sie bitte der Ausschilderung Stadtmitte/ACC. Für Besucher des ACC stehen zahlreiche kostenpflichtige Parkmöglichkeiten in der Umgebung zur Verfügung. Eine Übersicht finden Sie hier:
www.bayerisches-breitbandforum.de/veranstaltungsort-2020

Tagungsbeitrag
- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und Behörden ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 8. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung
Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-10
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de

Unsere Partner und Aussteller

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

GIGABITBÜRO DES BUNDES

BAYERISCHES BREITBANDZENTRUM

Bayerischer Städtetag

BAYERISCHER GEMEINDETAG

FILO form DEUTSCHLAND

COM connectcom

REHAU Unlimited Polymer Solutions

WIRTSCHAFTSRAT RECHT

M·net Mein Netz

EMTELLE

bisping & bisping GmbH & Co. KG

sachsenkabel

Opternus TECHNIK DIE VERBINDET

HUBER+SUHNER BKtel

muth Kommunikationstechnik GmbH

MRK MEDIA AG

purtel Wir liefern die Dienste

höpfinger

MAGELLAN

vodafone

CAMOZZI Automation

Deutsche GigaNetz

ALMATEC KNILL GRUPPE

AND

dura-line

COBURG WERTE UND WANDEL

Deutsche Glasfaser

ROMOLD Wenn's um Schächte geht!

Langmatz

atene KOM

axians

Rödl & Partner

Corwese

tsc the fiber experts

ScaleITS SCALE IT SYSTEMS

HEXATRONIC Hexatronic GmbH

TV BAYERN LIVE

ACC AMBERGER CONGRESS CENTRUM

BAYERISCHE GemeindeZeitung www.gemeindezeitung.de

Anmeldung

Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

- Kommunal-/ Behördenvertreter kostenfrei
- GZ-Abonnent 55,-€ Kd.Nr.: _____
- Wirtschaftsvertreter 95,-€

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 2. November 2020 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 12.11.2020 am 8. Bayerischen BreitbandForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion|

Dienstanschrift

Tel.

eMail

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

HERBST // WINTER · **2020**



WIR HABEN ES IN DER HAND

Mit klugen Ideen nachhaltig in den Wirtschaftsstandort Bayern investieren

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in Corona-Zeiten ist eine intakte Umwelt ein echter Standortvorteil für die Unternehmen und Kommunen im Freistaat Bayern. Damit das so bleibt, wird das Angebot der LfA zur Förderung umweltschutzrelevanter Vorhaben kontinuierlich optimiert. Beispielsweise bei Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse bietet die LfA neben attraktiven Zinssätzen zusätzlich auch Tilgungszuschüsse an. Das gilt ebenso für unsere Förderung beim energieeffizienten Neubau oder bei der energetischen Sanierung von Firmengebäuden. So verringern die Betriebe ihren Energieverbrauch, bringen ihre Produktionsverfahren und Energiesysteme auf den neuesten technischen Stand und leisten dabei auch gleichzeitig einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz.

In einem ausführlichen Interview ab Seite 4 erklärt die Wirtschaftsweise und Wissenschaftlerin Veronika Grimm von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Strategien für das Gelingen der Energiewende.

Das große Potenzial an exzellenten Ideen rund um die Themen Nachhaltigkeit und Effizienz zeigen Berichte aus den unterschiedlichsten Branchen in ganz Bayern: von ARS, einer jungen Firma, die raffiniert konzipierte Massivholzwände herstellt (S. 16), über die 540 Jahre alte Bruckmayer Mühle (S. 18) bis zu Sembach, einem Hersteller für technische Keramik (S. 22). Es sind Firmen, die das Zukunftsthema Energie strategisch und mutig zugleich anpacken – gefördert von der LfA.

Es gibt vielfältige und intelligente Möglichkeiten, ein ökologisches Profil zu schärfen. Investitionen, die sich mittel- und langfristig ökonomisch auszahlen. So bietet der Einsatz umweltschonender Technologien nachhaltige Wettbewerbsvorteile. Auch und gerade angesichts der Herausforderungen der Corona-Pandemie.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen



Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern

INHALT



04 „Mich fasziniert diese Veränderung“
Wirtschaftsweise Veronika Grimm über die Corona-Krise als echte Chance für eine nachhaltigere Ökonomie

08 Hier spielt die Musik
Instrumentenbauer Hans Krinner legt Wert auf Handarbeit – und auf Nachhaltigkeit

11 Kolumne
Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sieht Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Energiewende – auch in Zeiten von Corona

12 Clever und smart
Das Start-up Smartnrgy entwickelt Systeme, die Energie produzieren und speichern

14 Voller Energie
Wo kommt der Strom in Bayern her und was kostet er? Wie können Unternehmen noch mehr Energie einsparen? Eine Bestandsaufnahme

16 Nichts als Holz
Andreas Reßle baut Wände aus massivem Holz. Eine ganz schön energieeffiziente Idee

18 Mahlen, schroten – Strom produzieren
Müllerin Veronika Bruckmayer bringt frischen Wind in ein traditionsreiches Handwerk

22 Viele mögen’s heiß
Technische Keramik-Bauteile von Sembach verstecken sich fast überall. Die Herstellung kostet aber ganz schön viel Energie

24 Meldungen
Nachhaltigkeitsbericht 2020 | Mit Eigenkapital in die Zukunft investieren | Businessplan Wettbewerbe

26 Service
Corona-Hilfen der LfA | Tilgungszuschüsse für mehr Umweltschutz

27 Gesichter der LfA
Sara Chaudhry, Teamleiterin Personalmanagement & -recht | Robert Kolb, Wertpapierhändler







Fotos: PR; Smartnrgy; Sebastian Arlt; PR; Iven Matheis; Cover: Elina Gathof; iStock/skegbydave



Aktiv werden:
Wir stellen Unternehmen und Menschen vor, die Nachhaltigkeit in die Hand nehmen

„MICH FASZINIERT DIESE VERÄNDERUNG“

VERONIKA GRIMM IST ALS PROFESSORIN DER FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG VERHALTENSÖKONOMIN UND ENERGIEEXPERTIN – UND NEUE WIRTSCHAFTSWEISE. SIE SIEHT DIE CORONA-KRISE ALS ECHTE CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGERE WIRTSCHAFT

FOTOS **SEBASTIAN ARLT** INTERVIEW **STEFAN RUZAS**

Sie sind seit Anfang April eine der fünf Wirtschaftsweisen der Bundesregierung. Welches Thema ist dramatischer für unsere Ökonomie: die Corona-Pandemie oder der Klimawandel?
Beides ist gleichermaßen dringend, wenn auch auf unterschiedlichen Zeitachsen. Bei Corona geht es um schnelle Reaktionen, um effektiven Gesundheitsschutz, aber auch um starke wirtschaftliche Auswirkungen. Beim Klimaschutz hat sich schon vor Corona einiges in die richtige Richtung bewegt, da müssen wir dranbleiben. Die Wirtschaft befindet sich seit einiger Zeit in einem Strukturwandel, diese Anpassungen brauchen Zeit und können politisch gebremst oder eben befördert werden. Ganz wichtig war es deswegen, die Corona-Rettungsmaßnahmen mit einem Zukunftspaket zu verbinden. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir nicht Geld ausgeben, um Bestandswahrung zu betreiben. Wir müssen zukunftsgerichtet investieren.

Deutschlands Wirtschaft hat in den vergangenen Monaten aber auch einen historischen Einbruch erlebt, sie ist zwischen April und Juni um 10,1 Prozent geschrumpft. Können wir uns die Kosten der Energiewende überhaupt noch leisten?
Mit dem Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu werden, ist ein ganz anderer Druck entstanden, die Energiewende zu betreiben. Anders als bei einem 85-Prozent-Ziel darf nun perspektivisch kein Bereich bei der Defossilisierung ausgespart werden. Das bedeutet,

„KEIN GELD FÜR BESTANDSWAHRUNG. WIR MÜSSEN ZUKUNFTSGERICHTET INVESTIEREN“

dass gasförmige und flüssige Energieträger eine wichtige Rolle spielen werden. Denn ohne sie lassen sich schwere Fahrzeuge, Schifffahrt und Luftfahrt sowie Teile der Industrie nicht defossilisieren. Interessanterweise schlummert genau in diesem Bereich auch ein großes industrielles Wertschöpfungspotenzial für Deutschland und Europa. Die deutsche und insbesondere auch die bayerische Industrie sind exzellent aufgestellt, Schlüsselkomponenten einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft zu produzieren – vom Maschinenbau über die Automobil- und Zulieferindustrie bis hin zur Chemieindustrie. Ich sehe den Klimaschutz daher auch als echte industriepolitische Chance.

Wie wird denn unsere globalisierte Wirtschaftswelt nach Corona aussehen? Was ist dann anders?
Wir werden Anpassungen sehen, nicht nur wegen Corona, sondern auch wegen schwelender Handelskonflikte, zum Beispiel zwischen den USA und »



China. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist ja zurzeit eher dysfunktional. Gleichzeitig führen die Pandemie und ihre Folgen dazu, dass man einige Abhängigkeiten hinterfragt und Lieferketten neu aufgestellt werden – auf jeden Fall bei medizinischen Produkten. Wir werden trotz allem aber in einer zunehmend globalisierten Welt leben und brauchen dringend einen funktionsfähigen Rahmen für den Welthandel.

Und Deutschland und Bayern?
Wir müssen die Krise nutzen, um den Aufbau zukunftsfähiger Wertschöpfung auch hierzulande zu beschleunigen. Im Bereich der Digitalisierung hat sich durch Corona in kurzer Zeit viel getan. Diese Dynamik müssen wir aufrechterhalten, zum Beispiel durch die Digitalisierung der Verwaltung, der Schulen und den Aufbau von Infrastruktur. Viele Innovationen im digitalen Bereich – zum Beispiel im sogenannten Internet of Things – entstehen nur, wenn die digitale Infrastruktur existiert, um die Anwendungen auch flächendeckend nutzen zu können. Weitere Chancen bestehen zum Beispiel im Bereich klimaneutraler Technologien und Produkte. Hier erleben wir einen Wettlauf um die Technologieführerschaft; insbesondere die ostasiatischen Staaten drücken aufs Tempo. Dort wird die Entwicklung von staatlicher Seite massiv angeschoben. In Europa setzen wir auf die Marktwirtschaft. Wir brauchen da aber bessere regulatorische Rahmenbedingungen, damit klimaneutrale Technologien und Produkte zu attraktiven Geschäftsmodellen führen und die Unternehmen auch investieren. Es gibt zum Beispiel viele verzerrende Umlagen und Abgaben auf Energie, insbesondere auf Strom. Diese reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Beschlossen wurde auch eine Reihe von Steuern, um unsere Umwelt besser zu schützen. Anfang 2021 wird eine „Plastiksteuer" auf nicht recycelbaren Verpackungsmüll eingeführt. Spätestens 2023 soll es zudem eine sogenannte CO_2-Grenzsteuer geben, die Importe aus Staaten stärker belastet, die keine so strengen Klimaschutzvorgaben wie die EU haben. Auch eine Steigerung der CO_2-Verschmutzungspreise ist geplant und die Integration von Flug- und Schiffsverkehr in den Emissionshandel. Sind solche Steuern der richtige Weg?
Man muss da unterscheiden. Bei der Plastiksteuer bin ich sehr skeptisch, die scheint mir ein wenig geeignetes Instrument zu sein. Bei der Bepreisung von CO_2-Emissionen bin ich anderer Meinung. Das ist der richtige Weg – weg von den vielfältigen Steuern und Abgaben auf Energie, hin zu einer sektorenübergreifend einheitlichen Bepreisung von CO_2-Emissionen. Idealerweise in einem europaweiten Emissionshandel in allen Sektoren. Der Grenzsteuer-Ausgleich ist eine sehr schwierige Thematik. Eine Umsetzung an den Außengrenzen der EU kann leicht als Handelsbarriere interpretiert werden und so Konflikte provozieren. Es gibt aber Alternativvorschläge, wie zum Beispiel eine CO_2-Konsumsteuer auf ausgewählte Produkte energie- und handelsintensiver Industrien. Für eine alle Produkte umfassende Lösung müsste man den CO_2-Fußabdruck von jedem einzelnen Produkt vollständig erfassen. Ich halte das für kaum machbar.





Im Dekanat: Früher hingen in den durchnummerierten Schränken hinter der Wirtschaftsweisen Grimm und dem LfA-Autor Ruzas die Talare der Professoren

Von einer wirklichen Reform der Energiepreise sind wir aber noch weit entfernt, oder?
Ja, die haben wir noch vor uns. Mit dem Klimapaket 2019 wurde in Deutschland zumindest der CO_2-Preis in allen Sektoren zum Leitinstrument der Klimapolitik. Das ist ein Anfang, aber der konsequente Umbau der Energiebepreisung muss folgen. Im Konjunkturpaket gab es nur eine Deckelung der EEG-Umlage, um deren Anstieg auf fast zehn Cent pro Kilowattstunde zu verhindern. Würden wir die EEG-Umlage und Stromsteuer abschaffen, wäre das eine Entlastung von rund 30 Milliarden Euro. Man könnte das durch die Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung refinanzieren, die aber dann sektorenübergreifend auf rund 60 Euro pro Tonne steigen müssten. Es wäre ein mutiger und konsequenter Schritt, der starke Anreize für die Wirtschaft setzen würde, in klimafreundliche Technologien und Produkte zu investieren.

Wird es unserer Gesellschaft jemals gelingen, Gewinnmaximierung und die Erwirtschaftung eines Mehrwerts im Sinne der Nachhaltigkeit wirklich zusammenzubringen?
Was wir aktuell erleben, ist ja bereits eine Umorientierung hin zu nachhaltigem Wirtschaften. Der Weg ist aber noch weit. Wichtig ist, die Rahmenbedingungen Stück für Stück so anzupassen, dass nachhaltige Geschäftsmodelle attraktiver werden. Nur intrinsische Motivation wird da nicht reichen.

Was genau bedeutet Energiewende überhaupt für Sie?
Mich fasziniert der Mut der Menschen, Dinge neu zu denken und Veränderungen zu gestalten. Neue technologische Möglichkeiten und Innovationskraft ermöglichen immer mehr eine Kreislaufwirtschaft, sodass wir weniger aus dem Bestand leben müssen. Wenn wir es richtig anpacken, geht es auch nicht vorrangig um eine Verzichtslogik, sondern um einen Perspektivwechsel

„WAS WIR AKTUELL ERLEBEN, IST JA BEREITS EINE UMORIENTIERUNG HIN ZU NACHHALTIGEM WIRTSCHAFTEN"

dahingehend, was Wertschöpfung generiert. Man wird Wertschöpfungsprozesse weiter denken, zum Beispiel, indem man aus industriellen Reststoffen wieder Kraftstoffe macht.

Laut dem „Energiewende-Monitoring" der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ist der Stromverbrauch seit 2014 nicht gesunken und die CO_2-Emissionen sind nur unwesentlich niedriger als vor fünf Jahren. Ist das Ziel Bayerns, bis 2050 netto CO_2-frei zu sein, überhaupt noch erreichbar?
Technologisch gesehen, ja. Die Frage wird sein, wie wir den Transformationsprozess gestalten. Dabei spielen auch Akzeptanzfragen eine große Rolle, wie etwa die in Bayern bei der Windenergie. Hier kann zum Beispiel die Beteiligung regionaler Stakeholder an der Wertschöpfung helfen.

Was kann denn jeder Unternehmer in Bayern tun, um das Klima zu schützen: erst die Gebäude energetisch sanieren oder doch die Fahrzeuge auf Elektromobilität oder Wasserstoff umstellen?
Es gibt viele Möglichkeiten, von der energetischen Sanierung bis zur Solaranlage oder integrierten Energiesystemen. Zum Thema Wasserstoff bringen wir im Wasserstoffbündnis Bayern auch verschiedene Akteure gezielt zusammen. Große Konzerne mit Mittelständlern und Kommunen. Gemeinsam entstehen Ideen, wie die Partner in Projekten ihre Kompetenzen einbringen und erweitern können. So wird die Technologie erprobt, die Kompetenz erweitert und es entstehen neue Geschäftsfelder. Brennstoffzellenfahrzeuge können zum Beispiel in einer kommunalen Busflotte oder in der Logistik einer Supermarktkette zum Einsatz kommen.

Fast die Hälfte des Stromverbrauchs in Bayern wurde 2018 regenerativ, also durch erneuerbare Energien, gedeckt. 2025 sollen es schon 70 Prozent sein. Was hat denn das größte Potenzial in Bayern: Photovoltaik, Geothermie, Biomasse, Wind- oder Wasserkraft?
Eine Mischung aus allem. Traditionell gibt es in Bayern viel Photovoltaik, aber auch die Windkraft kann stärker ausgebaut werden. Bei Biomasse ist das Potenzial begrenzt, da es Konkurrenz um die Anbauflächen gibt. Wasserstoff wird zum Großteil aus Regionen importiert werden, in denen die Gestehungskosten erneuerbarer Energien sehr niedrig sind.

Ökologie und Energieeffizienz kosten. Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach bei diesen Investitionen die LfA Förderbank Bayern im Vergleich zu den herkömmlichen Banken?
Sie kann auf Kriterien der Nachhaltigkeit anders achten und sie kann andere Maßstäbe setzen als rein privatwirtschaftliche Banken. Sie kann Dinge durch eine Grundfinanzierung gangbar machen, die am freien Kapitalmarkt so erst mal nicht funktionieren würden. ⊡

VERONIKA GRIMM

Die Ökonomin Veronika Grimm ist seit 2008 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Dekanin der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Seit April 2020 gehört sie als Wirtschaftsweise zu den wichtigsten Beraterinnen der Bundesregierung. Ganz nebenbei ist sie auch noch Fußballtrainerin der E-Jugend beim Tuspo Nürnberg. Sie twittert regelmäßig zu Themen aus Wissenschaft und Politik unter @GrimmVeronika.

Online unter www.lfa.de/magazin



HIER SPIELT DIE MUSIK

VON DEN MÜNCHNER PHILHARMONIKERN BIS LABRASSBANDA:
HANS KRINNER BAUT IN SEINEM NEUEN
FIRMENSITZ INSTRUMENTE VON HOHER QUALITÄT –
MÖGLICHST UMWELTSCHONEND

TEXT **STEFAN RUZAS** FOTOS **MANUEL NIEBERLE**



Fotos: Krinner Instrumentenbau; Manuel Nieberle



Aus Leidenschaft Hans Krinner war früher selbst Musiker – und ist heute ein gefragter Instrumentenbauer

Wenn Ayano Miyajima erzählt, warum sie als Meister-Studentin der Trompete nun eine Ausbildung zur Instrumentenbauerin macht, fällt die Japanerin ganz schnell ins Bairische: „Vui", sagt sie, oder „fei", „spuin" und „zwäife".

Kein Zweifel, Miyajima ist angekommen im Freistaat. Sie spielt in der Blaskapelle und singt im Kirchenchor. Wie sich das halt so gehört im oberbayerischen Gaißach. Ihre Ausbildung macht sie bei Hans Krinner, einem gefragten Instrumentenbauer, der auch bei Profimusikern immens populär ist: von den Münchner Philharmonikern über LaBrassBanda bis zum Musikkorps der Bundeswehr.

Circa 120 Trompeten, Posaunen oder Flügelhörner sollen in dem neuen Firmengebäude zwischen Bad Tölz und Lenggries im Jahr 2020 entstehen. Je nach Größe bauen Krinner und seine Mitarbeiter an einem einzigen Instrument bis zu 40 Stunden. Weswegen eines dann auch 3.000 Euro und mehr kosten kann.

„Was wir machen, ist Handarbeit und deswegen geht es auch nicht schneller. Das dünne Goldmessing kann man nicht einfach so mit Maschinen biegen", erzählt Krinner. „Handgebogen bleibt das Material einfach dichter und das ist natürlich gut für den Klang."

Eine Basstrompete zum Beispiel besteht aus 50 Teilen. Das wichtigste ist das Schallstück, ein Rohling aus Goldmessing, der erst mal mit Wasser eingegossen und dann in einem speziellen Eisschrank mindestens fünf Stunden lang auf minus 86 Grad runtergekühlt wird, um ihn biegen zu können.

Früher hat man so was mit giftigem Blei gemacht, aber auch das ist eben Teil der Klimawende bei Krinner. Im November vergangenen Jahres ist er mit seinem Betrieb aus dem Tölzer Musikhaus mitten in der Stadt ins »





Ganz schön musikalisch Die Auszubildende Ayano Miyajima (links) spielt Trompete und Flügelhorn. Die Werkstatt im neuen Firmengebäude (rechts) befindet sich in Gaißach zwischen Bad Tölz und Lenggries

Gewerbegebiet von Gaißach gezogen – mithilfe eines Ökokredits der LfA. Weil es um die Reinhaltung der Luft und um Lärmschutz ging.

Der neue Firmensitz von Krinner hat nicht nur ausreichend Platz für Werkstatt, Lager, Musikunterricht und Testtöne in einem Probenraum unterm Dach. Er bietet noch dazu Azubis wie der Japanerin Ayano Miyajima günstigen Wohnraum.

Und: Mithilfe der Biomasse-Heizung und der Photovoltaikanlage produziert der Instrumentenbauer, selbst erst seit 15 Jahren im Geschäft, immer wieder so viel Überschussstrom, dass er ihn verkaufen kann. „Es hat sich viel verändert mit dem Umzug", erzählt Krinner. „Der Geruch durch unsere Arbeit mit Blei war für die Nachbarn in Bad Tölz nicht einfach und der Lärm unserer Poliermaschinen war es auch nicht."

DAS GESCHÄFT LÄUFT GUT: HANS KRINNER PEILT SEINE ERSTE UMSATZMILLION AN

Entstanden ist Krinners Betrieb eigentlich durch den Traum seines Vaters. Der war zwar gelernter Metzger und später auch Bierfahrer, hat aber früher die Gaißacher Blaskapelle dirigiert und wollte immer in den Instrumentenbau; wenn er nicht schon Familie gehabt hätte.

Sein Sohn Hans hat bei den renommierten Blechblasbauern in Geretsried ein Praktikum gemacht, im Alter von 13 Jahren, und später sogar eine Ausbildung als Instrumentenbauer. Dann ist er aber doch erst Musiker geworden, als Soldat bei den Gebirgsjägern in Garmisch. In dieser Zeit bekam er dann die Gelegenheit, das traditionsreiche Tölzer Musikhaus zu übernehmen, ein Geschäft, in dem es irgendwie alles gab. Krinner entwickelte seine ersten Instrumente, später auch mit dem „Trompetenprofessor", also mit Erich Rinner vom Konservatorium Innsbruck.

Sie begannen, kleine Dinge zu verändern: das Material des Mundhorns, den Verlauf der Ventile, die Blechstärke des Schallstücks. Krinner: „Man muss bauen, testen, wieder ausbauen und wieder bauen. Fertig ist man nie, wir optimieren immer noch."

Die ovale Form der Flügelhörner, die sich bei Blechbläsern immer mehr durchsetzt, hat zum Beispiel auch Krinner erfunden: „Das ist von der Ansprache, der Intonation besser, klarer und einfacher zu spielen."

Zwölf verschiedene Typen von Blasinstrumenten baut Krinner mit seinem Team, neben sechs Trompeten sowie einer Ventilposaune sind es auch Fanfaren. Am meisten bestellt aber werden die drei Flügelhorn-Varianten. In der Regel wird auf Bestellung produziert, einige Instrumente gibt es aber auch auf Vorrat.

Mit dem Umzug hat er ein Umsatzplus von 20 Prozent gemacht; ganz nebenbei baut er nämlich Steirische Harmonikas der selbst entwickelten Marke „Landerer". Pro Jahr sind es im Schnitt auch schon 150 Exemplare. Krinner peilt nun seine erste Umsatzmillion an, noch ist er bei 800.000 Euro. Bis nach China und in die USA exportiert er schon, auch deswegen plant er nun den Aufbau eines richtigen Vertriebs, international natürlich. Daran ändert auch die Corona-Pandemie nichts.

Seine japanische Auszubildende Ayano Miyajima spielt in der Blaskapelle Flügelhorn statt Meister-Trompete. Weil's einfach besser passt. Im Alter von 28 Jahren ist sie hierhergekommen und möchte einfach nur bleiben. Trompete hat sie schon in Japan gelernt, mit zwölf, und dort und an der Essener Folkwang-Schule auch studiert. Quasi eine Meisterin zur Ausbildung. Die sagt: „Ich bin sehr glücklich hier." ⊡

Fotos: Manuel Nieberle; Kilian Blees

FAKTEN

KRINNER INSTRUMENTENBAU
Finanzierung: Ökokredit
Gründungsjahr: 2005
Standort: Gaißach · Mitarbeiter: 12
www.krinner-instrumentenbau.de

Online unter www.lfa.de/magazin

KOLUMNE

Exportschlager von morgen

Hubert Aiwanger
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Stellvertretender Ministerpräsident



Die Energiewende bleibt eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe – auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Mein Ziel ist eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Versorgung mit erneuerbaren Energien und der schrittweise Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Strom und Energie für Mobilität wie Wirtschaft müssen jederzeit und überall in gleichbleibend hoher Qualität verfügbar bleiben – und sie müssen erschwinglich sein. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende ist für mich deswegen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir müssen die Menschen mitnehmen, ihre Sorgen ernst nehmen und ihnen die Chance geben, sich aktiv einzubringen.

Bezüglich der Sicherheit der Stromversorgung sollten sich die Unternehmen im Freistaat keinerlei Sorgen machen. Kurz- und mittelfristig stehen ausreichend Reservekapazitäten zur Verfügung, mit denen aus technischer Sicht auch während der Energiewende die Versorgungssicherheit auf dem bisherigen Niveau gewährleistet werden kann. Um dies auch langfristig zu garantieren, verfolge ich ein Bündel an Maßnahmen: von Anreizen für die Realisierung neuer und schnell steuerbarer Gaskraftwerke über gasbetriebene Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, das geplante Pumpspeicherkraftwerk in Riedl und Wasserkraft bis zum Ausbau von Biomasse.

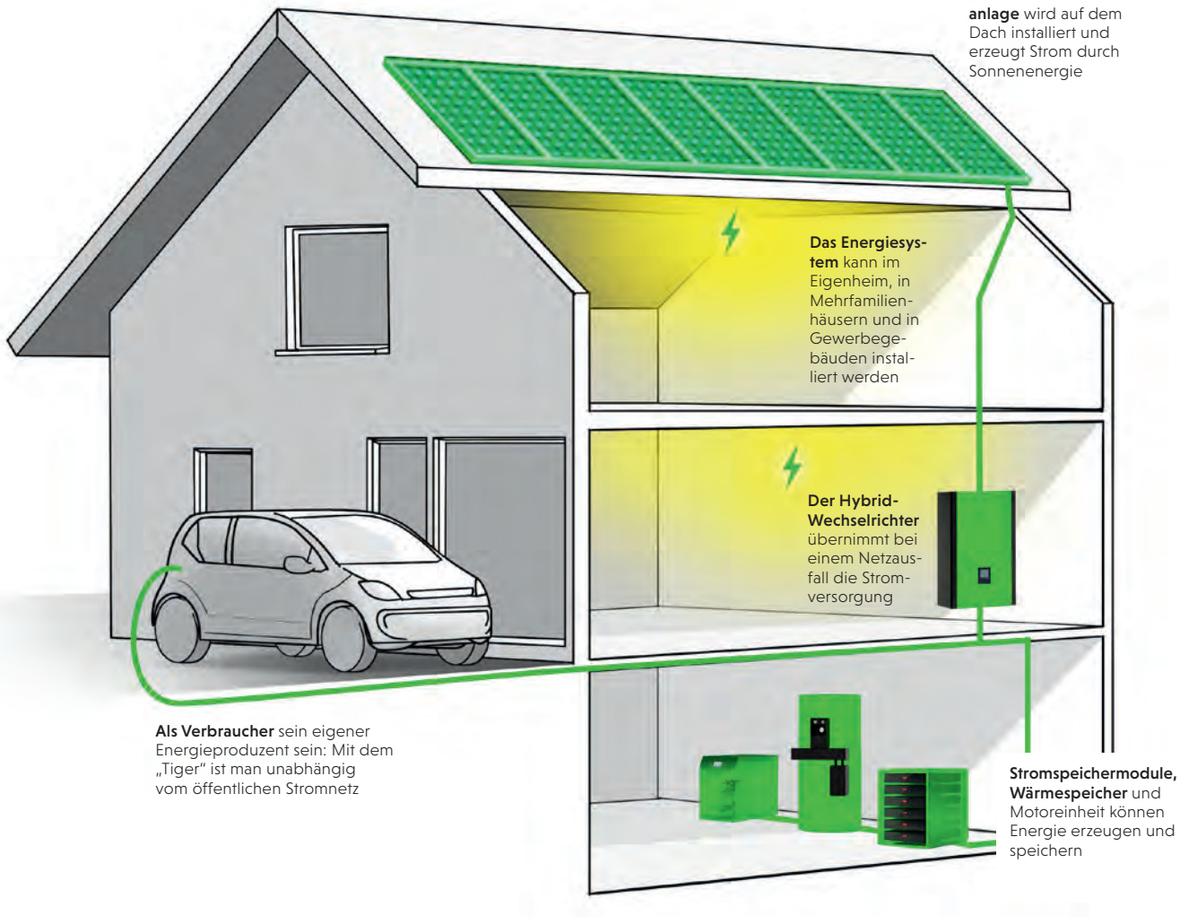
Durch ihre modernen und hocheffizienten Produktionsmethoden leisten die bayerischen Unternehmen schon jetzt einen großen Beitrag zum Klimaschutz. Aber auch darüber hinaus können vermeintlich einfache Maßnahmen große Wirkung entfalten. Ob dies dann eher der Bereich der energetischen Gebäudesanierung, der Fuhrpark oder das Wärmemanagement sind, ist vom Einzelfall abhängig. Die Förderprogramme der LfA geben dabei wichtige Unterstützung. Aber auch das Bayerische Energieforschungsprogramm ermöglicht die Erforschung, Entwicklung und Anwendung neuer Energie- und Energieeinspartechnologien.

Durch die Umweltdebatte und durch die notwendigen Maßnahmen gegen das Corona-Virus haben Ökologie- und Nachhaltigkeitsziele weiter an Bedeutung gewonnen. Aber nur mit Innovation und technologischem Fortschritt können die Herausforderungen des Klimawandels bewältigt werden. Für Bayern als Hochtechnologiestandort ergeben sich dadurch große Chancen. Klimafreundliche Mobilität, neue Produkte und Geschäftsmodelle – das werden die bayerischen Exportschlager von morgen sein.

CLEVER UND SMART

DAS START-UP **SMARTNRGY** ENTWICKELT UND FERTIGT SYSTEME FÜR PRIVATLEUTE UND FIRMEN, DIE ENERGIE NICHT NUR PRODUZIEREN, SONDERN AUCH SPEICHERN. TROTZ VIELER HINDERNISSE: DIE GRÜNDER EVELYN GRADEV UND HEIKO MELZER GLAUBEN AN IHRE IDEE

TEXT **ALISSA SELGE**



Infografiken & Foto: Smartnrgy

Alles begann 2010, an einem lauen Sommerabend, beim gemeinsamen Grillen in Geratskirchen. „Die Energiewende war das Thema", erinnert sich Gründer Heiko Melzer. Er ist im elterlichen Heizungsbaubetrieb in der Nähe von Coburg groß geworden und macht nach Fachabitur und Studium eine Lehre zum Heizungsbauer. Später entwickelt er elektronische Schließanlagen und ist als Vertriebsleiter tätig. Seine Lebenspartnerin Evelyn Gradev arbeitet im Heizungs-, Stahl- und Behälterbau, unter anderem als Betriebsleiterin. Wegen ihres beruflichen Hintergrunds kreisen ihre Gedanken schon länger um das Thema Energie. „Wir haben angefangen zu diskutieren", erzählt Gradev. An diesem Abend entsteht die Idee zu einem System, das sowohl die Heizung als auch den Stromanbieter ersetzt. Sieben Jahre später ist der patentierte „Tiger" auf dem Markt. Ein Energiesystem, das sich aus mehreren Produkten zusammensetzt, die aufeinander abgestimmt sind.

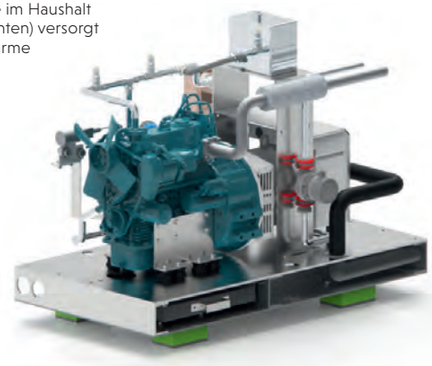
Die Basis bildet eine Photovoltaikanlage, die auf dem Dach installiert wird – egal, ob beim Eigenheim, Gewerbegebäude oder Mehrfamilienhaus – und Strom durch Sonnenenergie erzeugt. Die nächste Komponente, ein Hybrid-Wechselrichter, garantiert, dass die Photovoltaikmodule auch ohne öffentliches Stromnetz unterbrechungsfrei laufen können. Wird überschüssige Energie erzeugt, kann diese in Stromspeichermodulen gesichert werden. Oder sie produziert mit dem im Wärmespeicher installierten Elektroheizstab heißes Wasser für Warmwasser und Heizung.

> MIT ENERGIESYSTEMEN GEHT NACHHALTIGKEIT ENTSPANNT VON ZU HAUSE AUS

Liefert die Solarstromanlage aufgrund schlechten Wetters zu wenig Energie, kommt noch die Motoreinheit ins Spiel. Sie erzeugt sowohl Strom über einen Generator als auch Wärme über einen Motor. Nachhaltigkeit geht so ganz entspannt von zu Hause aus. Denn 70 Prozent der Energie, die man im Objekt benötigt, werden mit dem „Tiger" regenerativ erzeugt, was zu einem deutlich geringeren CO_2-Ausstoß führt. Die Unabhängigkeit ist ein weiterer Pluspunkt: Mit dem System ist man als Verbraucher sein eigener Energieproduzent und damit nicht abhängig vom öffentlichen Stromnetz. „Wir könnten es auch auf einer Almhütte verbauen", lacht Melzer. Das Gute dabei: Die Anschaffungskosten sind – je nach Objekt – manchmal schon nach knapp vier Jahren gedeckt. Der „Tiger" ist aber längst nicht das einzige eigene Produkt. Smartnrgy fertigt auch Behälter, Stahlbauteile, Wärme- und Kältespeicher und ist außerdem im Heizungsbau, der Photovoltaikinstallation und in der Sicherheitstechnik tätig. Das patentierte Energiesystem wird in Eggenfelden produziert. Bis es so weit war, mussten Melzer und Gradev allerdings einen langen Weg zurücklegen. Von der Idee, heiß diskutiert an jenem Grillabend, bis zum fertigen Produkt dauerte es sieben Jahre. Weil Smartnrgy – und die Idee dahinter – damals ganz neu auf dem Markt ist, finden Gradev und Melzer lange keine Investoren oder Kreditgeber. „Die Finanzierung war die schwerste Hürde, die wir nehmen mussten", sagt Gradev. „Und der Punkt, der am meisten frustriert hat. Wir wollten mit unserer Idee eine Zeit einläuten, die vor uns noch niemand erschlossen hat." Die beiden Gründer versuchen in Gesprächen immer wieder, von ihrem Konzept zu überzeugen, und müssen in dieser Zeit Stärke und Kampfgeist beweisen. Trotz einiger Absagen denken sie nie daran aufzugeben.



Der „Tiger" erzeugt 70 Prozent der Energie, die im Haushalt benötigt wird, regenerativ. Die Motoreinheit (unten) versorgt das Gebäude sowohl mit Strom als auch mit Wärme



Auch als sie sich bei der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft BayBG, einer LfA-Tochter, vorstellen, sieht es zunächst nicht gut aus. „Mit unserem Produkt waren wir schon zu weit, um noch als Gründerprojekt durchzugehen", berichtet Melzer. „Aber in der Phase, in der das Produkt schon auf dem Markt ist, waren wir auch noch nicht." Also fahren sie wieder nach Hause, mit einer weiteren Absage in der Tasche. Zwei Wochen später kommt überraschend die erleichternde Nachricht. Die BayBG und die LfA finden gemeinsam eine alternative Lösung für die interessante Idee: „Wir machen das jetzt!" Die LfA fördert sie mit einem Universalkredit Innovativ. „Wir haben der LfA wahnsinnig viel zu verdanken", lächelt Gradev. Das junge Unternehmen kann endlich durchstarten. Höhen und Tiefen gibt es auch heute noch. „Wir haben ein Produkt, das sich erst auf dem Markt etablieren muss", erklärt Melzer. Deswegen gibt es einiges zu tun: Für jeden neuen Kunden wird eine Bedarfsanalyse angefertigt, die Elektroversorgung und Wärmetechnik des Objekts berücksichtigt. Denn der „Tiger" wird nach intensiver Beratung an jedes Haus individuell angepasst. Das bedeutet einen sehr abwechslungsreichen Alltag – und viel Arbeit. Das Team von Smartnrgy – mittlerweile bestehend aus 50 Mitarbeitern – sprüht nichtsdestotrotz vor Ideen und entwickelt schon wieder neue Projekte: Balkongeländer und Solarcarports, beide mit integrierten und lichtdurchlässigen Photovoltaikmodulen. ⊡

FAKTEN

SMARTNRGY
Finanzierung: Universalkredit Innovativ
Gründungsjahr: 2017
Standort: Eggenfelden in Niederbayern
Mitarbeiter: 50
www.smartnrgy.de

Online unter www.lfa.de/magazin

VOLLER ENERGIE

Bayern ist nicht nur Industriestandort, sondern auch ein **Land der Innovationen.** Und das bedeutet: Die Versorgung mit Strom muss sicher und bezahlbar sein, die Erzeugung des Stroms nachhaltig und seine Verwendung effizient. Eine Bestandsaufnahme

ZIEL DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG IST EINE **STEIGERUNG DES REGENERATIVEN ANTEILS BIS 2025 AUF 70 PROZENT.**

WO KOMMT DER STROM IN BAYERN HER?

48 %* kommen aus fossilen Energiequellen oder Kernenergie, also:

- 30 % KERNENERGIE
- 14 % ERDGAS
- 4 % KOHLE

48 %* stammen aus erneuerbaren Energieträgern, aufgeteilt in:

- 16 % PHOTOVOLTAIK
- 14 % WASSERKRAFT
- 12 % BIOMASSE
- 6 % WINDENERGIE

**Die restlichen rund vier Prozent stammen aus sonstigen erneuerbaren oder konventionellen Energieträgern.*

WIE HOCH IST DER STROMVERBRAUCH IN BAYERN?

86 Mrd. kWh
2012

83 Mrd. kWh
2018

Der **Bruttostromverbrauch** ist in Bayern gesunken.

Pro Kopf lag der Stromverbrauch 2018 in Bayern 5 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an CO_2 lag 2018 laut einer aktuellen Erhebung bei 5,8 Tonnen pro Jahr.

ZIEL BEIM PRO-KOPF-VERBRAUCH AN CO_2 IN BAYERN SIND WENIGER ALS FÜNF TONNEN BIS 2030 UND KLIMANEUTRALITÄT BIS 2050.

CO_2-AUSSTOSS DER EINZELNEN SEKTOREN

2018 in Bayern

- 13 % Verarbeitendes Gewerbe
- 43 % Verkehrssektor – Davon: 70 % Personenverkehr, 30 % Güterverkehr
- 27 % Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen
- 17 % Energiewirtschaft

WIE NACHHALTIG IST BAYERNS VERKEHR?

Die **energiebedingten CO_2-Emissionen des Verkehrssektors** in Bayern liegen insgesamt im **Jahr 2018 bei 28,2 Millionen** Tonnen. In Bayern waren zum **1.1.2019** folgende Fahrzeuge mit alternativen Antrieben zugelassen:

Hybrid	62.173
Flüssiggas	45.559
Elektro	24.147
Erdgas	13.969

Im **Personenverkehr** dominiert in **Bayern** nach wie vor das **Auto** mit **83 Prozent.**

Der **öffentliche Nahverkehr** kommt auf **17 Prozent.**

WIE HOCH IST DER CO_2-AUSSTOSS IN BAYERN?

CO_2

75 Mio. Tonnen
2018

Die **energiebedingten Emissionen** in Bayern lagen 2018 bei **75 Millionen Tonnen CO_2.** Sie sind seit 2012 leicht gesunken.

2019 gab es in Bayern **4.000 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge.**

WAS KOSTET UNSER STROM?

Betriebe in der Stromabnahmeklasse von 20.000 bis 70.000 MWh pro Jahr zahlen pro Kilowattstunde

8,7 Cent

Damit liegt Deutschland im Jahr 2018 auf **Rang 20** von 27 europäischen Ländern.

← TEURER GÜNSTIGER →

WIE GELINGT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ BEI UNTERNEHMEN UND KOMMUNEN?

40 % des Energieverbrauchs entfallen auf den Gebäudebereich.

Bis 2030 sollen durch Dämmung von Gebäuden, Verbesserung der Technik und durch den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen 23 % der Endenergie eingespart werden.

SIE HABEN FRAGEN ZUR FÖRDERUNG IM BEREICH ENERGIE UND UMWELT?

Die **LfA** unterstützt Sie bei Investitionen in **Umwelt- und Klimaschutz, Energieeinsparung und -effizienz.**

Weitere Details finden Sie auf Seite 26

Illustration: Robert Grill; Shutterstock/venimo

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie; LfA Förderbank Bayern; Energie-Atlas Bayern; 8. Monitoring der Energiewende; Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.



Ein klug erdachtes Luftkammersystem in den Starkholzplatten von Reßle ist Dämmung genug

NICHTS ALS HOLZ

KÖNNEN WÄNDE AUS MASSIVEM HOLZ ENERGIEEFFIZIENT SEIN? DER JUNGE ZIMMERERMEISTER **ANDREAS RESSLE** AUS DEM OBERBAYERISCHEN PEITING BEWEIST ES

TEXT **STEFAN RUZAS**

Jahrelang haben sie an ihrer Idee getüftelt, der Reßle Andi und sein Vater Helmut: eine massive Holzwand, die keinerlei Zusatzdämmung braucht, um energieeffizient zu sein. Anfangs waren die drei Schichten noch 22 Zentimeter dick, später dann 30.

Der Trick ist ein klug erdachtes Luftkammersystem im Holz, das den Durchgang der Temperatur von der Außenfläche der Wand nach innen möglichst stark verzögert. In der Bauphysik heißt das „Phasenverschiebung".

Im Alter von 22 Jahren hat sich Reßle junior selbstständig gemacht, nach seiner Ausbildung zum Zimmerermeister und Energieberater. Das war 2009.

Fotos: BSE Pictures; Werner Bögelmüller

Anfangs waren da nur er und ein Hilfsarbeiter. Heute sind es mehr als 65 Mitarbeiter in drei Firmen. Eine heißt ARS Starkholzplatten. ARS steht für seine Initialen – plus Produkt.

Sein Büro liegt in Peiting im oberbayerischen Landkreis Weilheim-Schongau, das Werk im 28 Kilometer entfernten Roßhaupten. Außerdem gibt es seit August ein neues Abhol- und Lieferzentrum in Hechingen, für die Zimmereien in der Umgebung dort. Reßle, heute 33, macht einen Jahresumsatz von rund 15 Millionen Euro.

„Damals sind noch viele zurückgeschreckt, als es um das Sparen von Energie ging und um so was wie Nachhaltigkeit", sagt Reßle. „Ich dachte mir nur: Wenn ich mich nicht jetzt damit beschäftige, bleibe ich stehen. Meine Chance wird kommen."

Den Klimawandel erkenne man in den Bergen mittlerweile ganz einfach: „Vor zehn Jahren gab's auf den höheren Almen im Lechtal kaum Bäume, jetzt schon. Die Erderwärmung führt dazu, dass die Grenze sehr schnell nach oben geht."

3.500 Holzplatten produziert Reßles Team jedes Jahr. Die energieeffiziente Variante aus Starkholz ist 15,5 Meter lang und bis zu 3,4 Meter breit.

Privathäuser und Büros werden damit ebenso gebaut wie Thermen, Hotels oder Garagen. 150 Objekte sind es jedes Jahr, von seinen Firmen selbst errichtet oder beliefert.

Wichtig ist Reßle dabei: „Seit zwei Jahren stehen wir dafür, unser Holz aus heimischer Forstwirtschaft zu beziehen, also in einem Umkreis von maximal 50 Kilometern. Außerdem sind wir PEFC-zertifiziert, wir forsten also in unserer Region das auf, was wir verbrauchen."

FAKTEN

ARS STARKHOLZPLATTEN

Finanzierung: Energiekredit Gebäude
Gründung: 2017 · Standort: Peiting
Mitarbeiter: ca. 65
www.starkholzplatten.de

Online unter www.lfa.de/magazin





Echt nachhaltig Andreas Reßle (oben links) produziert Massivholzwände (oben rechts)

„WIR STEHEN DAFÜR, UNSER HOLZ AUSSCHLIESSLICH AUS HEIMISCHER FORSTWIRTSCHAFT ZU BEZIEHEN"

Das Problem in der CO_2-Bilanz der Holzwirtschaft sei nämlich, dass das Holz oft Hunderte von Kilometern transportiert werde: „Wenn ich Holz von Würzburg hierher zum Schneiden fahre, ist die Energieeffizienz dahin."

Immerhin verarbeitet Reßle mit Sägewerk und Baufirmen bis zu 35.000 Kubikmeter Holz pro Jahr. Das sind 1.400 Lkw-Ladungen. Von Fichte über Tanne und Lärche bis zur Douglasie.

„Man meint immer, es sei so aufwendig, ressourcenschonend zu arbeiten, aber man muss es einfach nur machen", sagt er. Für den Jungunternehmer heißt das: eine eigene Photovoltaikanlage auf den 12.000 Quadratmeter großen Werkdächern, ein eigenes Biomasse-Kraftwerk für Hackschnitzel, wobei der Schredder mit Strom läuft, nicht mit Diesel. Eigene Wasserquellen und -speicher für die Heizung und zum Bedampfen des Holzes während der Trocknung. Geringe Ausdünstung beim Verleimen der Holzplatten. Und die Gabelstapler fahren nun mit den Euro-Normen 5 und 6.

Seine neueste Errungenschaft: die Umstellung auf LED-Lampen im Werk Roßhaupten, finanziert mit dem Energiekredit Gebäude der LfA Förderbank Bayern – in Kooperation mit der örtlichen Raiffeisenbank. Die spare nicht nur 60 Prozent Strom, sondern bringe auch besseres Licht. Fast jeden Tag arbeitet Reßle 16 Stunden und wenn er von all seinen Aufgaben erzählt, sagt er zwischendurch auch schon mal voller Überzeugung: „Ich habe den inneren Antrieb und weiß, warum ich das alles mache."

Was sich natürlich rumspricht: Der renommierte Münchner Architekt Florian Nagler ist nur einer seiner vielen Kunden.

„Wir überlegen immer weiter, wie wir den Kreislauf unserer Produktion noch nachhaltiger und effizienter gestalten können. Zum Beispiel kenne ich keinen Betrieb in Bayern, der eine große Blockbandsäge für Starkholz mit Strom betreibt. Auch das geht. Die 500 Tonnen schwere Presse zum Verleimen der Wände unter Hochdruck haben wir selbst gebaut. Deren Pressplatten mit Heißwasser zu beheizen, macht den Unterhalt überhaupt erst sinnvoll und bezahlbar." Darauf muss man eben auch kommen.

Zum Boom der Massivholzhäuser hat Reßle eine klare Meinung: „95 Prozent der Anbieter bauen eine statische Hülle aus Platten und gehen mit so viel Dämmung drauf, bis der rechnerische Effizienzwert passt. Das ist doch nicht Sinn und Zweck von Holz." Auch darauf ist er schon gekommen. ⊡

MAHLEN, SCHROTEN – STROM PRODUZIEREN

DIE BRUCKMAYER MÜHLE KLAPPERT SEIT ÜBER 130 JAHREN IN ALTÖTTING. MÜLLERIN **VERONIKA BRUCKMAYER** BRINGT FRISCHEN WIND IN EIN TRADITIONSREICHES HANDWERK – UND EINIGE NEUE IDEEN

TEXT **ALISSA SELGE**

Der Holzboden knarzt, als Veronika Bruckmayer die schmalen Treppen ihrer Mühle hochsteigt. Das Rattern und Trommeln der Walzenstühle, die mit rotierenden Stahlwalzen das Getreide mahlen, übertönt ihre Stimme. Deswegen hört sie für einen Moment auf zu erzählen und deutet auf die frisch geernteten, dunklen Roggenkörner in ihrer Handfläche. Bei jedem Gerät und jedem Arbeitsschritt, den sie erklärt, wird deutlich, wie sehr sie für ihren Beruf brennt. „Ich bin stolz darauf, dass ich das Getreide und das Mehl für unsere Grundnahrungsmittel erzeugen darf", bekräftigt die Müllerin.

Veronika Bruckmayer ist mit der Mühle in Altötting aufgewachsen, kennt den Betrieb seit frühester Kindheit. Schon mit 17 Jahren stand deshalb für sie fest: Sie wird das Unternehmen übernehmen – die Mühle, die 540 Jahre alt ist und sich seit 130 Jahren im Besitz der Familie befindet, und auch den Ackerbau, mit dem die Bruckmayers das Getreide für ihre Erzeugnisse selbst produzieren. Noch auf dem Gymnasium beginnt sie, regelmäßig Versammlungen des Landwirtschaftsamts zu besuchen, um sich weiterzubilden und Aktuelles rund um die Pflanzenzucht zu besprechen. Es folgen ein Studium in Agrarmarketing und Management in Weihenstephan sowie eine Ausbildung zur Müllerin mit anschließender Meisterprüfung. Damals ist sie erst Anfang 20, aber voller Tatendrang. „In dem Alter hat man noch nicht so viel Respekt. Da macht man einfach", lacht die zierliche Bayerin.

Wie sie die Mühle in Zukunft führen möchte, hat sie sich allerdings genau überlegt. Nach Abschluss ihrer Ausbildung steigt sie 2003 ins Unternehmen ein, baut die Mühle gemeinsam mit ihren Eltern um und bringt sie technisch auf den neuesten Stand. Um den aktuellen Lebensmittelanforderungen gerecht zu werden, rüstet die Müllerin immer wieder erforderliche Technik nach, beschäftigt sich mit Qualitätsmanagement und Effizienz. In der Landwirtschaft schlägt sie »

Foto: Iven Matheis

Seit 17 Jahren mit ganzem Herzen Müllerin: Veronika Bruckmayer



Die Mühle steht seit 540 Jahren in Altötting und wird **seit** 130 Jahren von den Bruckmayers geführt



Der Mühlenladen ist ein Herzensprojekt der Müllerin. Auf 300 Quadratmetern werden hier Mehl, Müsli, Brot und Kuchen, aber auch Gemüse, Öl, Wein und Naturkosmetik verkauft



ebenfalls neue Wege ein und baut nicht mehr nur Weizen und Roggen an, sondern auch andere Sorten wie Dinkel oder Emmer. Heute verkauft Bruckmayer mehr als 40 verschiedene Sorten Mehl, Grieß und Schrot.

Die endgültige Übernahme erfolgte dann 2014. Vor allem Bruckmayers Vater freut es, dass eine seiner drei Töchter die Mühle weiterführt. Immerhin ist der Betrieb seit 130 Jahren in Familienbesitz; die Geschichte ist untrennbar mit der der Familie verflochten. Seit 1890 wird die Mühle von Generation zu Generation weitergegeben und stetig modernisiert. Auch heute noch unterstützt die ganze Familie tatkräftig: Die Eltern Josef und Gabriele kümmern sich um die Landwirtschaft und die Buchhaltung, die Schwestern bringen sich als Architektin bei Umbauten und als Bankkauffrau im Büro ebenfalls ein. Bruckmayers Mann Tobias arbeitet als Bauingenieur, packt aber auch an, wo er kann. Vor allem bei einem weiteren Herzensprojekt ist sein Know-how von unschätzbarem Wert: dem Bau des neuen Mühlenladens.

„WIR WERDEN UNS IMMER WIEDER NEUE IDEEN EINFALLEN LASSEN, UM UNSEREN WEG WEITERZUGEHEN"

„Anfangs war das nur ein kleines Zimmer, in dem wir unser Mehl angeboten haben", erinnert sich Bruckmayer an die Anfänge des Mühlenladens. Aber das Interesse der Kunden wird immer größer: Sie fragen nach Nudeln, nach Müsli, nach Brot. Ein neues Gebäude muss her, mit Platz für Kundenkontakt, die eigenen Waren und andere regionale oder biologische Produkte. Der Bau beginnt im April 2019 und wird im November desselben Jahres beendet. Das Gebäude ist luftig, hell und erfüllt die Standards eines Energieeffizienzhauses. Es wird mit einer Hackschnitzelanlage geheizt und ist finanziert durch einen Energiekredit Gebäude der LfA. Jetzt stehen rund 3.000 regionale Produkte auf 300 Quadratmetern Verkaufsfläche. Es gibt neben Mehl und allen anderen eigenen Erzeugnissen aus der Mühle auch frisches Brot und Kuchen, Obst und Gemüse, Naturkosmetik und Säfte, Riegel und Tees. Und das Bruckmayer Müsli in sechs verschiedenen Sorten, das nur Haferflocken aus Bayern enthält, ausschließlich bei den Bruckmayers produziert wird und besonders beliebt ist bei den Kunden. Bruckmayer: „Seit Corona hat sich natürlich einiges getan. Der Direktverkauf und der Online-Shop haben sich ordentlich entwickelt. Das Vertrauen zum Erzeuger und in die Unterstützung vor Ort scheint noch mehr geworden zu sein."

Der regionale und nachhaltige Ansatz des Mühlenladens findet Anklang. Aber auch sonst ist die Müllerei sowieso ein ziemlich nachhaltiges Handwerk. Mit Wasserkraft aus dem Mörnbach, erzeugt durch eine über 100 Jahre alte Turbine, kann sich der Betrieb ein Stück weit selbst versorgen. Energie, die darüber hinaus noch benötigt wird, kommt von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Nebengebäude, die 35 Kilowatt pro Stunde produzieren. Oder es wird, gemeinsam mit anderen Müllern, nachhaltiger Strom eingekauft. Außerdem entstehen im täglichen Geschäft so gut wie keine Abfälle. Das Getreide wird komplett verwertet – entweder als Mehl oder als Futtermittel. Und auch der Mehltransport zu den Kunden klappt ohne Müll. Bruckmayer beliefert Bäcker in einem Umkreis von 60 Kilometern – je nach Bestellung drei bis zehn Tonnen einmal in der Woche oder alle 14 Tage. Das Mehl wird mit Druckluft vom eigenen Silo in einen Silotankwagen und von dort in das Silo des Bäckers pneumatisch transportiert. Von da kommt es direkt in den Teigkneter der Backstube. Vom Feld zur Mühle, zum Bäcker, und das alles ohne Verpackungsmüll. „Nachhaltigkeit ist mir sehr wichtig", erklärt Bruckmayer. „Zum Glück ist das Müllerhandwerk eine sehr saubere Sache."

Bruckmayer arbeitet jetzt schon seit 17 Jahren in der Mühle. Eine Zeit, in der die Auflagen für die Lebensmittelerzeugung immer strenger wurden. Bruckmayer muss sich an die vom Qualitätsmanagement vorgeschriebenen Arbeitsvorgänge halten und diese von der Ernte über den Auslese-, Reinigungs- und Vermahlungsprozess bis zum Vertrieb steuern, kontrollieren und schriftlich festhalten.

Mühsam ist dabei vor allem die zeitaufwendige Dokumentation jedes Arbeitsschritts.

Weitere Herausforderungen werden auch in Zukunft nicht ausbleiben, da ist sich die 42-Jährige sicher. „Wir werden uns aber immer wieder neue Ideen einfallen lassen, um unseren Weg weiterzugehen", sagt sie zuversichtlich und mit einem Lächeln auf den Lippen.

„Mein Ziel ist auf jeden Fall, die Mühle in die Zukunft zu führen. Das ist meine Aufgabe." ⊡

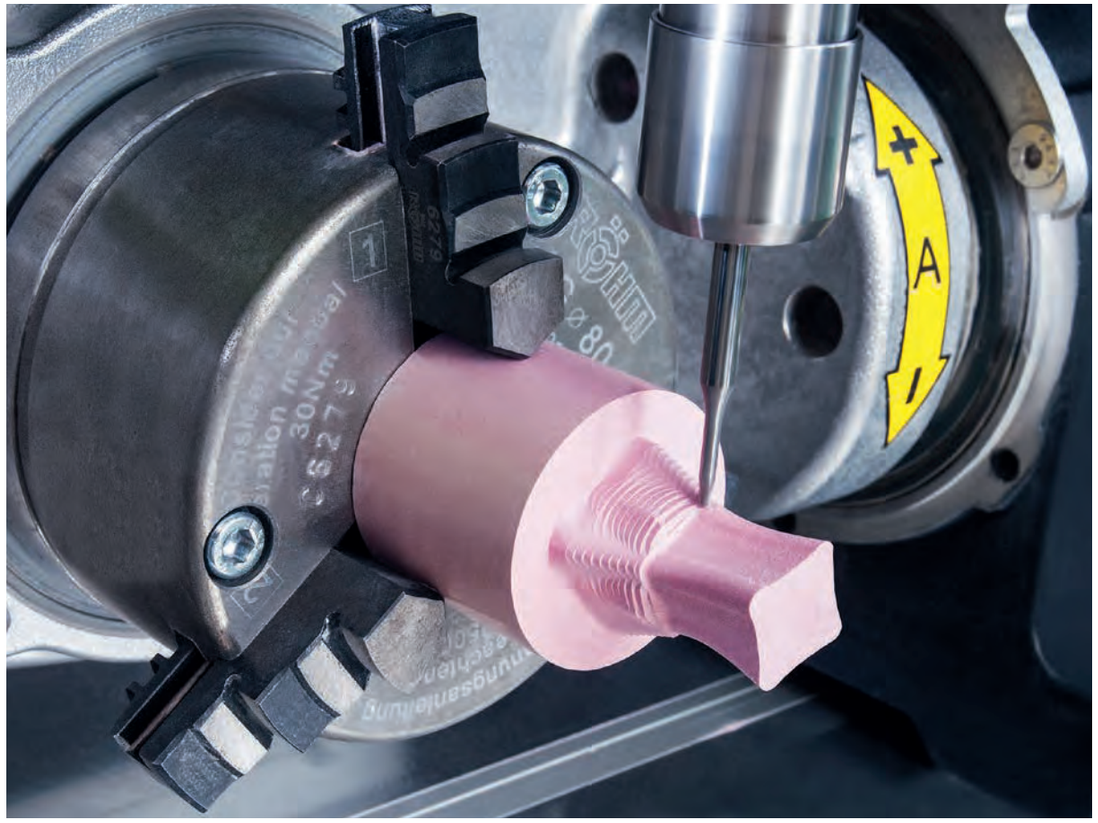
FAKTEN

BRUCKMAYER MÜHLE

Finanzierung: Energiekredit Gebäude
Gründungsjahr: 1890/Mühlengründung 1480
Standort: Altötting in Oberbayern
Mitarbeiter: 13
www.bruckmayer-muehle.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Fotos: Bruckmayer Mühle; Iven Matheis



VIELE MÖGEN'S HEISS

OB WELTRAUM, AUTO ODER KÜCHENHERD: DIE TECHNISCHE KERAMIK VON **SEMBACH** IST QUASI ÜBERALL. ABER DAS KOSTET GANZ SCHÖN VIEL ENERGIE

TEXT **STEFAN RUZAS**

Bis zum Gasplaneten Saturn hat es die Keramik aus Lauf an der Pegnitz auch schon geschafft, immerhin 1,6 Milliarden Kilometer von der Erde entfernt. Sie war in der Raumsonde Cassini verbaut.

Auch ansonsten ist der technische Werkstoff von Sembach quasi überall. In Cerankochfeldern, Geldautomaten, Bügeleisen, solarthermischen Kraftwerken, Waschmaschinen, Flugzeugen, vor allem aber in den Abgassonden vieler Autos.

„Ich schätze, 60 Prozent aller Autos weltweit fahren mit Teilen von uns", sagt Martin Sembach, seit 1997 geschäftsführender Gesellschafter. Er ist bereits die vierte Generation in dem Familienunternehmen, und seit Anfang 2020 ist nun schon seine Tochter Anna als Anteilseignerin und Firmenleiterin dabei. Gemeinsam verantworten sie mehr als 20 Millionen Euro Jahresumsatz.

Gegründet wurde die Firma 1904 von Sembachs Urgroßvater Oskar. Als Revolutionär der Keramikindustrie gilt er, weil er ein Verfahren erfunden hat, mit dem Speckstein, auch Steatit genannt, trocken gepresst werden kann. Damals vor allem für Lichtschalter, Haushaltsgeräte und Kondensatoren. Sembach: „Unsere technische Keramik ist da, wo es richtig heiß wird. Bis zur Rotglut."

700 Millionen Teile entstehen in Mittelfranken Jahr für Jahr, sie werden zurzeit in 29 Länder geliefert. Produktion und Qualitätskontrolle sind hoch automatisiert und trotzdem ist Sembach in Lauf ein wichtiger Arbeitgeber – mit seinen insgesamt 220 Mitarbeitern. Maschinen und Anlagen sind meistens Eigenbau, deswegen zählen zur Belegschaft nicht nur Maschinenbediener und Wissenschaftler für Werkstoffe, sondern auch Ingenieure oder Verfahrenstechniker.

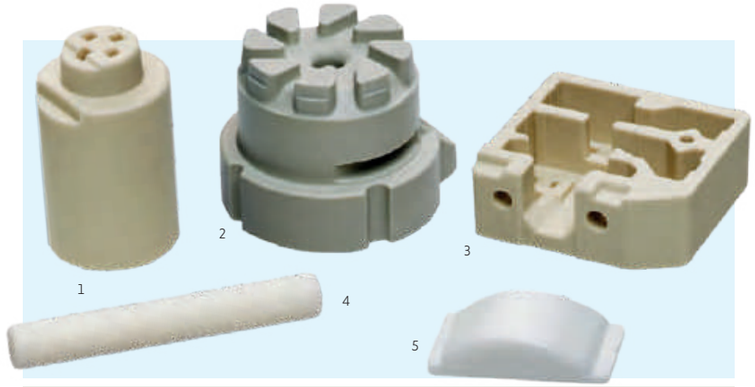
Seit der Jahrtausendwende bietet das Traditionsunternehmen auch Spritzguss an, für besonders komplexe, kleine Formen. Der neue Geschäftsbereich steuert schon jetzt 20 Prozent zum gesamten Umsatz bei.

Kunden wie dem Bosch-Konzern gefällt all das derart gut, dass Letzterer Sembach mal als einen seiner weltweit 60 Lieferanten ausgezeichnet hat. Eines der wichtigsten Themen bei Sembach ist der Gasverbrauch von jährlich zwölf Gigawattstunden: „Wir sind energiehungrig, weil unsere Keramiköfen auf bis zu 1.650 Grad erhitzt werden, aber wir bauen eben auch Teile, die für die Reinhaltung der Luft oder die Produktion von Sonnenenergie gebraucht werden", erklärt Martin Sembach. Seine Firma ist längst nach der DIN-Norm für Energiemanagement, ISO 50001, zertifiziert und hat einen eigenen Beauftragten dafür.

„ICH SCHÄTZE, 60 PROZENT ALLER AUTOS WELTWEIT FAHREN MIT TEILEN VON UNS"

Von Strom bis Druckluft: Der Verbrauch jeder Maschine wird mit Zählern gemessen. Tauscher für Luft und Wasser sorgen dafür, dass die Wärme der Öfen auch zum Heizen von Büros und Produktionsstätten genutzt wird.

Die neuesten der 13 Kammer- und Spritzgussöfen sind nicht mit Steinen isoliert, sondern mit Fasern aus Aluminiumoxid. Was abermals zehn Prozent Strom spart. Finanziert wurden sieben der Öfen sowie Wärmetauscher über Energiekredite der LfA. Ab dem Jahr 2023 sollen auf einem 30.000 Quadratmeter großen Grundstück ganz in der Nähe nach und nach neue Produktionshallen entstehen, fürs Dach ist Photovoltaik vorgesehen.



Fotos: Sembach

Wo sich Sembach-Bauteile verstecken
AUTO Bauteile für die Lambdasonde zur Abgasanalyse, Düse für Standheizung für Kfz **(1, 2)**
CERANKOCHFELD Sockel für elektrische Isolation **(3)** AQUARIUMPUMPE Achse für Gleitlager **(4)** GELDAUTOMAT Sensorgehäuse zur Dickenmessung von Geldscheinen **(5)**



Martin Sembach führt das Unternehmen in vierter Generation. Hier zeigt er einen der Kammeröfen, der mit Aluminiumoxidfasern isoliert ist

„Trotzdem würde uns eine CO_2-Abgabe hart treffen", warnt Sembach: „Sollte die nach 2025 auf 60 Euro pro Tonne steigen, würde uns das zusammen mit unseren Öfen jährlich mit zusätzlich 180.000 Euro belasten. Obwohl wir doch eigentlich dazu beitragen, die Umwelt zu schützen."

Ja, Sembach denkt gern quer. Ursprünglich wollte er mal Künstler werden, Maler zum Beispiel. Als Auszubildender beim Selber Porzellanhersteller Hutschenreuther durfte er sogar mal einen Weihnachtsteller gestalten, als der erste Industriekeramiker wurde er aber dann doch in der Produktion gebraucht. Weil er eigentlich nichts lieber macht, als Abläufe zu optimieren.

Ein Kontrollsystem für Bauteile aus Keramik hat er sogar einmal in der Küche seiner Familie aufgebaut. Übers ganze Gesicht strahlt er, wenn er von Messzeiten von lediglich 330 Millisekunden erzählt, von unglaublicher Präzision und davon, dass solch ein Kontrollsystem gerade deswegen im Durchschnitt auch schon mal ein Jahr Bauzeit braucht. ⊡

FAKTEN

SEMBACH KERAMIK
Finanzierung: Energiekredit
Gründungsjahr: 1904
Standort: Lauf an der Pegnitz · Mitarbeiter: 220
www.sembach.de

Online unter www.lfa.de/magazin



NACHHALTIGKEITSBERICHT 2020

BEWUSST WIRTSCHAFTEN

Mit einer nachhaltig ausgerichteten Geschäftspolitik und einem umweltschonenden Ressourcenumgang will die LfA ihren Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten. Das in der Forstwirtschaft seit Jahrhunderten angewandte Nachhaltigkeitsprinzip steht für ein Wirtschaften, das durch langfristig orientiertes Denken und Handeln derzeitige Bedürfnisse befriedigt, ohne dabei künftigen Generationen die Lebensgrundlagen zu entziehen. Nachhaltigkeitsgrundsätze bilden den Rahmen für die Nachhaltigkeitsaktivitäten der LfA in den Bereichen Interne Organisation, Verantwortung im operativen Geschäft und gesellschaftliche Verantwortung. Jährliche Nachhaltigkeitsziele geben einen Überblick, wie die Nachhaltigkeit in der Bank weiter vorangebracht werden soll. Verschiedene Zertifizierungen und Initiativen belegen die Umsetzung in der Praxis.

Der alle zwei Jahre erscheinende Nachhaltigkeitsbericht zeigt, welche Grundsätze und Prinzipien die Arbeit der LfA bestimmen und wie sie gelebt werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit stellt die Förderbank ihre Nachhaltigkeitsberichte ausschließlich online zur Verfügung.

Der Nachhaltigkeitsbericht 2019/2020 ist abrufbar unter www.lfa.de/nachhaltigkeit

MIT EIGENKAPITAL IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Neben den Corona-Hilfen der LfA stehen den bayerischen Unternehmen und Gründern weitere Förderangebote zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis zur Verfügung. Für eine zusätzliche Unterstützung haben der Freistaat Bayern und die LfA mit dem Transformationsfonds Bayern ein neues Beteiligungsinstrument geschaffen. Daneben bieten die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH – beides Unternehmen aus der LfA-Gruppe – sowie der neue BayernFonds der Staatsregierung weitere Hilfen.



» CORONA-HILFE FÜR START-UPS UND MITTELSTAND

Von der Corona-Krise betroffene Start-ups und kleinere Mittelstandsunternehmen werden jetzt mit neuen **Beteiligungsangeboten von BayBG und Bayern Kapital** unterstützt. Mit dem Startup Shield Bayern und dem Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern stehen so, neben Kredit- und Bürgschaftsprogrammen, unmittelbare Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Das Beteiligungsvolumen je Unternehmen bewegt sich zwischen 100.000 und 800.000 Euro, die in Form von Mezzanine (Eigenkapitalschild) bzw. Wandeldarlehen und/oder direktem Eigenkapital (Startup Shield) eingebracht werden. Für Bayern steht damit die Säule II der von der Bundesregierung angekündigten Corona-Hilfsmaßnahmen.
Informationen und Anträge unter: www.baybg.de

» NEUE WEGE GEHEN

Mit den Mitteln eines neuen Transformationsfonds investiert die LfA als Co-Investor in mittelständische bayerische Unternehmen, die sich vor dem Hintergrund von Digitalisierung, Klima- und Mobilitätswandel in einer Phase der Transformation befinden. Die Corona-Krise trifft viele Betriebe in einem gleichzeitig fortschreitenden Veränderungsprozess. Informationen über mögliche Hilfestellungen und Förderungen bietet die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Unternehmen in der Transformation – Durchstarten trotz Corona-Krise" des Bayerischen Wirtschaftsministeriums sowie der bayerischen Arbeitgeberverbände bayme vbm und vbw. Mit dabei sind Referenten der LfA Förderbank Bayern, von Bayern Innovativ und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit.
Weitere Informationen unter: www.unternehmenstransformation.bayern

» WACHSTUMSFÖRDERUNG

Der erfolgreiche, vom Bayerischen Wirtschaftsministerium initiierte Wachstumsfonds Bayern hat einen kapitalstarken Nachfolger erhalten. **Der mit 115 Millionen Euro ausgestattete Wachstumsfonds Bayern 2** wird erneut von Bayern Kapital gemanagt. Die Mittel sollen technologieorientierte und innovative Start-ups dabei unterstützen, großvolumige Finanzierungsrunden in Kooperation mit privaten Investoren abzuschließen.
Nähere Informationen unter: www.bayernkapital.de/wachstumsfonds-bayern

» BETEILIGUNGEN UND GARANTIEN

Insgesamt 46 Milliarden Euro umfasst **der neue BayernFonds der Staatsregierung.** Er soll mittelständische Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort Bayern besonders von Bedeutung sind – etwa für die technologische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit, die Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt –, mithilfe von Unternehmensbeteiligungen und Garantien stabilisieren.
Nähere Informationen unter: www.stmwi.bayern.de/bayernfonds

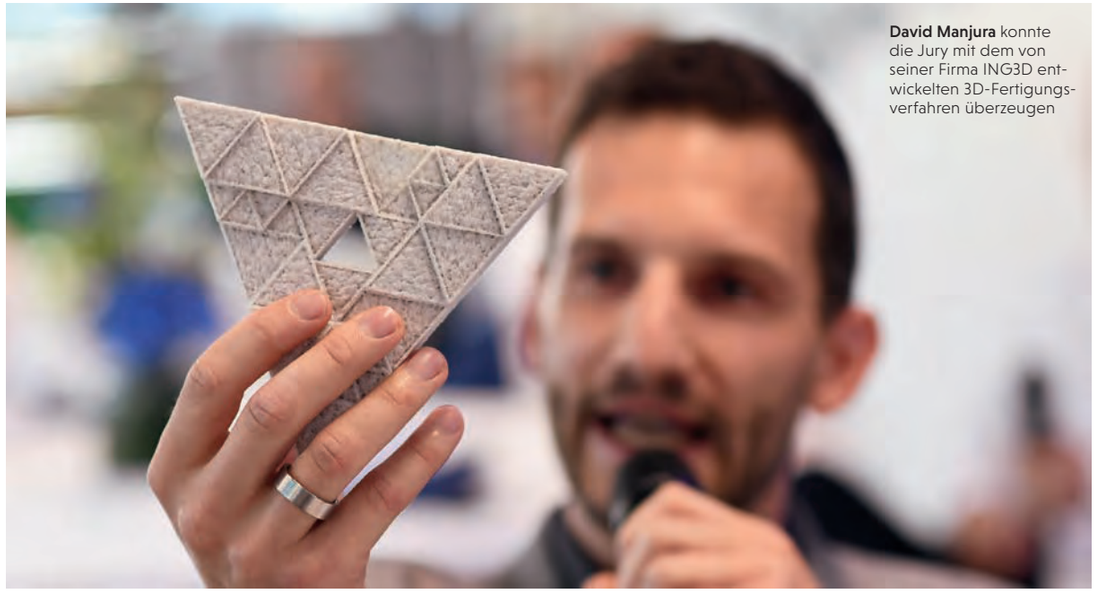
BUSINESSPLAN WETTBEWERBE

3D-DRUCK UND BIOTECH

Das bayerische Start-up-Netzwerk BayStartUP unterstützt Start-ups regelmäßig mit den Bayerischen Businessplan Wettbewerben bei der Optimierung ihrer Strategie, dem Aufbau ihres Unternehmens und der Suche nach Gründungs- und Wachstumskapital. Die LfA ist langjähriger Sponsor der Aktivitäten von BayStartUP und war auch dieses Jahr als Ausrichter und Sponsor bei den Businessplan Wettbewerben für Nordbayern und München dabei. Den ersten Platz für Nordbayern belegte das Technologie-Start-up ING3D aus Zirndorf im Landkreis Fürth. Mit ihrem „Mineral Direct Laser Sintering"-Verfahren sind erstmals extrem leichte mineralische Objekte im 3D-Druck herstellbar. Der dabei genutzte mineralische Rohstoff ermöglicht einen zehnmal günstigeren und schnelleren 3D-Druck als bei beispielsweise Kunststoffdruck. Die Prämierung fand erstmals als „hybride" Veranstaltung in der Regensburger TechBase statt und wurde online übertragen. In München konnte das Start-up NEUREVO den Wettbewerb für sich entscheiden. Es entwickelt neuroprotektive Therapien gegen die Folgen von Schlaganfällen und gegen neurodegenerative Krankheiten wie ALS oder Parkinson.

FÜR DEN ERFOLG EINES PROJEKTS BRAUCHT ES AUCH DIE PASSENDE FINANZIERUNG

„Mit ihrem Mut und Engagement gestalten die Gewinner aktiv die Zukunft der bayerischen Wirtschaft, viele Start-ups aus den vergangenen Wettbewerben sind heute erfolgreiche Unternehmer", lobt Vorstandschef Dr. Otto Beierl die diesjährigen 267 Teilnehmer.



David Manjura konnte die Jury mit dem von seiner Firma ING3D entwickelten 3D-Fertigungsverfahren überzeugen

Fotos: Getty Images/EyeEm/Michael Schoob; Shutterstock/MJgraphics; BayStartUP/Andreas Gebert

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München

Verantwortlich Bettina Daimer, Michael Muhsal, Markus Wöhnl

Internet www.lfa.de

Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München

Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas

Redaktion Marlene Irausek, Alissa Selge

Bildredaktion Elina Gathof, Jasmin van de Loo

Gestaltung Claudia Homer, Thomas Saible

Lektorat Lektorat Süd, www.lektorat-sued.de

Druck Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit:
LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von Media Information Systems Deutschland GmbH, Bavariaring 16, 80336 München. Media Information Systems Deutschland verarbeitet auf Grundlage der Interessenabwägung gemäß Artikel 6 (1) (f) DS-GVO Ihre Adressdaten und Selektionskriterien, um Ihnen Werbung von Unternehmen zuzusenden. Sie können der künftigen Verwendung Ihrer Daten zu diesen Zwecken jederzeit unter o.g. Anschrift widersprechen. Dort erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.mis-datenschutz.de und www.lfa.de/datenschutz

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014405
FSC www.fsc.org

Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf ***info.fsc.org*** Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.

klimaneutral
natureOffice.com | DE-137-JY2Q5EQ
gedruckt

UNTERSTÜTZUNG IN DER KRISE

CORONA-HILFEN DER LFA

Die LfA steht Unternehmen bei der Bewältigung der Corona-Krise mit Liquiditätshilfen in Form von Krediten und Risikoübernahmen sowie beschleunigten Bearbeitungsverfahren zur Seite. Beantragt und ausbezahlt werden die Programme über die Hausbanken.

WELCHES FÖRDERPROGRAMM HILFT WEM?

- **LfA-Schnellkredit** mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung für Unternehmen, Einzelunternehmer und Freiberufler mit bis zu 10 Beschäftigten
- **Corona-Schutzschirm-Kredit** mit 90-prozentiger Haftungsfreistellung zur Unterstützung bayerischer Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 500 Mio. Euro
- **LfA-Bürgschaften** bis zu 90 Prozent ermöglichen es Hausbanken, umfangreiche Finanzierungshilfen zu gewähren
- **Universalkredit und Akutkredit** stehen für längerfristige Konsolidierung und Umschuldung zur Verfügung
- **Innovationskredit 4.0** für innovative Vorhaben und innovative Unternehmen
- **Corona-Kredit – Gemeinnützige** zur Unterstützung gemeinnütziger Organisationen

Ausführliche Informationen unter www.lfa.de



UMWELTSCHUTZFÖRDERUNG

TILGUNGSZUSCHÜSSE FÜR MEHR UMWELTSCHUTZ

Ob energetische Sanierung Ihrer gewerblichen Gebäude, ein energieeffizienter Neubau oder eine andere Investition zur Verbesserung des Umweltschutzes: Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Sie mit vielfältigen Förderangeboten im Bereich Energie und Umwelt. So sparen Sie nicht nur Ressourcen, sondern auch bares Geld. Neu beim „Energiekredit Gebäude" sind zum Beispiel die Tilgungszuschüsse von bis zu 28,5 Prozent. Die Förderung ist umso attraktiver, je höher der erreichte Grad der Energieeffizienz ist.

WER WIRD GEFÖRDERT?

Unsere Förderangebote richten sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie an freiberuflich Tätige mit Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern.

WELCHE VORHABEN FÖRDERN WIR?

In den Bereichen Umweltschutz oder Energiesparen fördern wir zum Beispiel folgende Maßnahmen:

- die Errichtung energieeffizienter Firmengebäude sowie die energetische Sanierung gewerblich genutzter Gebäude,
- Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse, etwa den Austausch einer alten durch eine neue energiesparende Maschine,
- Investitionen in moderne Abwasserreinigungsanlagen oder Filtersysteme zur Luftreinhaltung,
- den Einsatz von Schallisolierungen zum Lärm- und Erschütterungsschutz,
- Investitionen in die Abfall- und Kreislaufwirtschaft oder in den Boden- und Grundwasserschutz,
- Maßnahmen für den effizienten und sparsamen Einsatz von Ressourcen wie Wasser und Rohstoffen in Produktionsprozessen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen oder zur Anpassung an den Klimawandel.

UNSERE FÖRDERANGEBOTE IM ÜBERBLICK:

- **Energiekredit,**
- **Energiekredit Plus,**
- **Energiekredit Gebäude** oder
- **Ökokredit** sind die erste Wahl bei Investitionen in Energieeffizienz und Umweltschutz. Sie bieten Ihnen besonders günstige Konditionen, lange Laufzeiten und tilgungsfreie Anlaufjahre. Bei den Energiekrediten profitieren Sie zudem von Tilgungszuschüssen. Durch die Gutschrift von Tilgungszuschüssen reduziert sich Ihr Kredit, Sie müssen also nicht den gesamten Betrag zurückzahlen. Mit den Darlehen können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen finanziert werden. Energiekredite und Ökokredit sind kombinierbar.

Auch mit den sehr viel breiter angelegten Darlehen **Startkredit** und **Investivkredit** können Investitionen mit Umweltbezug finanziert werden – gegebenenfalls in Kombination mit Energie- oder Ökokrediten. Für innovative Unternehmen sowie für innovative Vorhaben steht zudem der **Innovationskredit 4.0** zur Verfügung.

Kann ein Darlehen nicht ausreichend abgesichert werden, sind die Aussichten auf einen Kredit oft schlecht. Mit der Haftungsfreistellung „HaftungPlus" kann die LfA der Hausbank einen Teil des Ausfallrisikos abnehmen und so den Kreditzugang öffnen. Unabhängig von LfA-Krediten sind zudem Bürgschaften möglich.

Mehr unter www.lfa.de/energieundumwelt

Fotos: stocksy/Cactus Creative Studio; Manuel Nieberle



Sara Chaudhry

Abteilung
Personalabteilung

Position
Teamleiterin Personalmanagement & -recht/Mitglied im LfA-Nachhaltigkeitsteam

Seit 1999 bei der LfA

„Verantwortung zu übernehmen, gefällt mir besonders gut"

Geboren und aufgewachsen bin ich im Allgäu und ich wohne noch heute mit meiner Familie im Haus meiner Großeltern. In der Region und ihrer Natur bin ich eng verwurzelt, ich mag die Berge unheimlich gern und gehe in meiner freien Zeit wandern, reiten, mache Skitouren und betreue ehrenamtlich einen Waldkindergarten. Außerdem reise ich leidenschaftlich gern und liebe es, neue Kulturen zu entdecken. 1999 bin ich nach meinem Jura-Studium in Augsburg als Elternzeitvertretung für ein Jahr zur LfA gekommen. Dann hatten mein Mann und ich die Chance, in Neu-Delhi zu leben. Nach drei Jahren in Indien und der Geburt meines Sohnes konnte ich direkt wieder bei der LfA einsteigen. Heute leite ich das Team Personalmanagement & -recht. Wir bearbeiten unter anderem Gehaltsabrechnungen und Personalkostenplanung, beschäftigen uns mit der Zeiterfassung, Urlaubsberechnung sowie mit Arbeitsrecht und Regulatorik. An meiner Position gefällt mir besonders gut, Verantwortung für ein abwechslungsreiches Themengebiet zu tragen. Ich bin außerdem Mitglied des LfA-Nachhaltigkeitsteams. Gemeinsam legen wir Ziele zur Unterstützung der Nachhaltigkeit in der LfA fest, die wir im nächsten Jahr umsetzen wollen, und prüfen natürlich auch, ob wir die Vorhaben des vergangenen Jahres erfüllt haben. Da ich beruflich mit dem Thema Nachhaltigkeit so oft in Berührung komme, achte ich auch verstärkt in meinem privaten Umfeld darauf. Ich bin zum Beispiel überzeugte Zugfahrerin.



Robert Kolb

Abteilung
Finanzmärkte

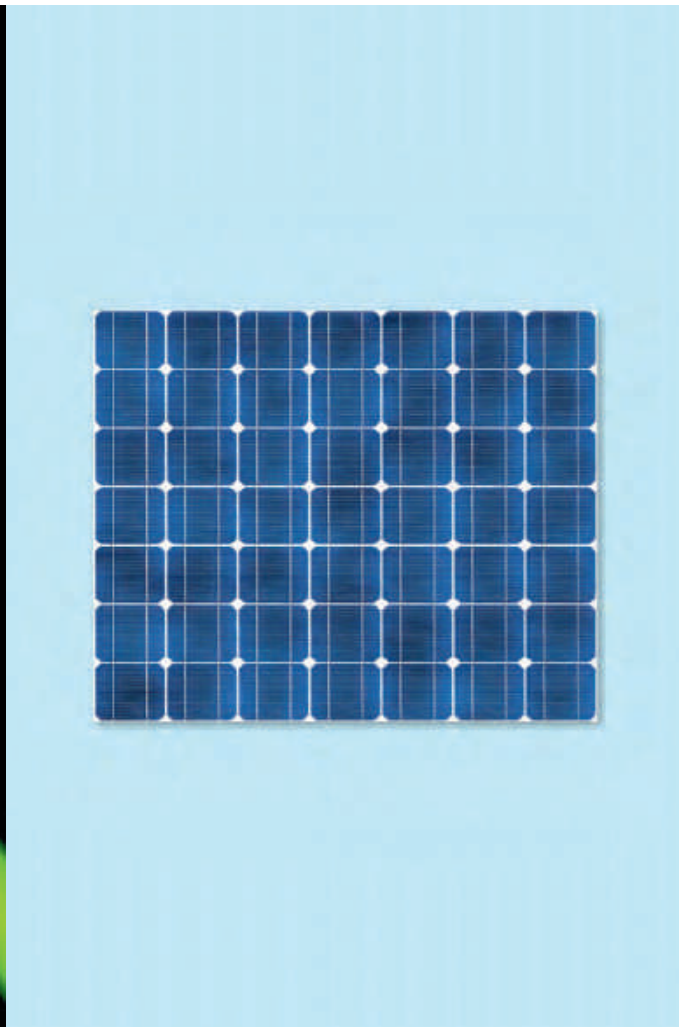
Position
Wertpapierhändler/Mitglied im LfA-Nachhaltigkeitsteam

Seit 2008 bei der LfA

„Ich wünsche mir ein noch größeres Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit"

Ich sitze jeden Tag auf dem Rad und fahre seit drei Jahren auch fast ausschließlich mit dem Fahrrad zur Arbeit. Von Gauting, wo ich mit meiner Familie lebe, brauche ich nach München ungefähr eine Stunde. Das klappt sehr gut: Im letzten Jahr habe ich nur wenige Male die Bahn genommen. Weil klar ist, dass sich nicht nur im Privatleben etwas tun muss, bin ich Gründungsmitglied des vor zwei Jahren ins Leben gerufenen LfA-Nachhaltigkeitsteams. Das Team repräsentiert alle Fachbereiche, die laufend mit dem Thema Nachhaltigkeit in Berührung kommen, und ist unter anderem Ideengeber und Koordinator für Optimierungsmaßnahmen. Besonders freut mich, dass wir Ende letzten Jahres die erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex veröffentlichen konnten. Bei der LfA bin ich nicht nur für die Nachhaltigkeit zuständig, sondern seit zwölf Jahren auch als Händler in der Abteilung Finanzmärkte tätig und damit mitverantwortlich für die Refinanzierung der LfA. Wir beschaffen die Mittel, die die Kollegen in der Kreditabteilung in Form von Darlehen ausreichen können. Zusätzlich sind wir verantwortlich für die Eigenanlagen der Bank. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass das Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit weiter zunimmt. Und dass immer mehr Menschen ihr Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit hinterfragen.





WIR FÖRDERN
RUND UND ECKIG

TILGUNGSZUSCHUSS BIS ZU 28,5 % FÜR INVESTITIONEN IN MEHR ENERGIEEFFIZIENZ

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir Unternehmen bei Investitionen in mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Energieeffizienz. Sparen Sie Energie und Geld – mit zinsgünstigen Darlehen und einem Tilgungszuschuss bis zu 28,5 %. Gerne beraten wir Sie kostenfrei. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank Bayern

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderbeilage 8. Oktober 2020 71. Jahrgang Nr. 19|2020



Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter Deutsche Telekom für Bayern:

„Wir wollen, dass Bayern MAGENTA leuchtet!“

Josef Scherl schwärmt für Bayern. Darum arbeitet er jeden Tag dafür, dass Bayern das beste Festnetz und den besten Mobilfunk erhält. Als Konzern-Bevollmächtigter der Deutschen Telekom ist er der zentrale Ansprechpartner für Gemeinden und Landkreise Bayerns. „Genau genommen für 2056 Gemeinden, 71 Landkreise und 25 kreisfreie Städte“, kommt es wie aus der Pistole geschossen, wenn man den 55-jährigen nach seinem Aufgabengebiet fragt.

Als Gesicht der Telekom ist Scherl Tag um Tag in Bayern unterwegs. Er spricht mit Landräten und Bürgermeistern, diskutiert mit Bürgerinnen und Bürgern über eine bessere Versorgung ihrer Gemeinden mit Mobilfunk und Glasfaser.

Dafür reißt er im Jahr rund 70.000 km ab. Bayern ist groß. „Denn wir wollen, dass ganz Bayern MAGENTA leuchtet“, betont Scherl. Das geht aber natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen des Landes.

Der Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik fungiert dabei in etwa wie ein Relais an der Schnittstelle zwischen den Rathäusern und dem Telekom-Konzern. Wenn zum Beispiel eine Schule ans Glasfasernetz soll, kann Scherl den richtigen Ansprechpartner vermitteln. Und wenn es dann doch mal hakt, ist er für Eskalationen zuständig. Sprich: Scherl weiß, welche Schalter er drücken muss, damit es wieder voran geht. „Wenn es von uns eine Zusage gibt, dann achte ich akribisch darauf, dass sie auch eingehalten wird.“



Jeden Tag wächst das Netz der Telekom ein Stück weiter.

Drei Fragen an Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter der Deutschen Telekom für Bayern

Was genau ist ein Konzern-Bevollmächtigter?
Scherl: Viele Kommunen und Landkreise wünschen sich ein Gesicht und einen Namen, den sie mit der Deutschen Telekom in ihrer Region in Verbindung bringen können. Im Vordergrund stehen hier insbesondere Fragen zum Netzausbau und einer flächendeckenden Digitalisierung, um zukunftssichere Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu schaffen. Dafür bin ich der Ansprechpartner.

Wenn es also ein Problem gibt, wenden sich Bürgermeister und Landräte an Sie?
Scherl: Genau. Sehr gerne stehe ich ihnen persönlich für Fragen im Bereich des Festnetz- und Mobilfunkausbaus der Telekom zu Verfügung. Ebenso bin ich ihr Ansprechpartner bei Problemen und helfe bei Eskalationen in ihrer Region. Und selbstverständlich bin ich auch da, um gemeinsam Digitalisierungs- und Kooperationsansätze zu entwickeln.

Das heißt, Sie entscheiden, wenn es irgendwo schwierig wird?
Scherl: Wir können nicht allein entscheiden. Der Ausbau von Festnetz und Mobilfunk ist komplex. Meine Mitarbeiter und ich können aber helfen, die Dinge wieder anzuschieben, wenn es stockt. Unser Ziel ist immer, mit den Kommunen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Wir geben uns erst zufrieden, wenn alle dabei sind. Das ist unser Motto und darauf können Sie sich verlassen. ■



Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter Deutsche Telekom für Bayern

Wie das geht mit dem Ausbauen von Kommunikationsinfrastruktur, hat Scherl auf die harte Tour gelernt. Anfang der 90-er Jahre war beim sogenannten Aufbau Ost dabei. Es galt, die neuen Länder nach der Wiedervereinigung möglichst schnell mit einem leistungsfähigen Netz zu versorgen. „Seitdem ist mir der Dreiklang aus Planen, Bauen und Betreiben ins Blut übergegangen“, erinnert sich Scherl.

Später war er dann zehn Jahre lang Niederlassungsleiter der Technik-Region Süd mit Sitz in Nürnberg. Dort ist auch heute sein Büro, wo er sich mit drei Kolleginnen und Kollegen um die Anliegen der Kommunen kümmert.

In der nördlichen Oberpfalz in Speinshart ist er mit seiner Familie verwurzelt. Hier engagiert er sich im Privaten genauso wie im Einsatz für die bayerischen Kommunen. „Beim FC Tremmersdorf habe ich wirklich schon alle Rollen gespielt. Vom Spieler, über Trainer bis zum Vorstandsmitglied“, schmunzelt Scherl. ■

Kontaktinformation

Josef Scherl
E-Mail: Josef.Scherl@telekom.de
Telefon 0171 5516413

Der Breitbandausbau in Bayern ist Teamarbeit

Im Team über den Berg

Bund und Freistaat spielen eine wichtige Rolle mit ihren Förderprogrammen. Städte und Gemeinden wissen, dass sie mit leistungsfähigen Netzen ihre Attraktivität steigern. Wirtschaft und Industrie brauchen Breitband für ihre Digitalisierung. Und natürlich steigt auch in den Privathaushalten der Bedarf nach Bandbreite kontinuierlich. Mitten drin steht die Telekom mit ihren Regional-Managern. Sie sorgen dafür, dass im besten Falle alle am gleichen Strang ziehen.

„Wir Regional-Manager im Infrastrukturvertrieb sind die Ansprechpartner für Gemeinden und Städte in Bayern in allen Belangen der Breitbandversorgung und des Breitbandausbaus in den Kommunen“, erläutert Reinhard Brandl. Von Nürnberg aus leitet er ein 25-köpfiges Team, das sich auf 13 Regionen aufgeteilt hat (s. Karte). Die wichtigsten Aufgaben dabei lauten erstens: Kommunen im Rahmen der bestehenden Förderprogramme ein wirtschaftliches Ausbau-Angebot zu unterbreiten. Und zweitens: Nach der Zeichnung eines Kooperationsvertrages auch dafür zu sorgen, dass die fertigen Netze mit Leben erfüllt werden, dass Unternehmen die sich bietenden Chancen nutzen und möglichst viele Bürger gemäß dem Telekom-Anspruch „#dabei“ sind.



Gesichert wie in der Steilwand: Techniker beim Antennenbau.

Tipps von der Telekom:

So kommt der Breitbandausbau besser in Gang

Raum:
Das Ausschreibungsgebiet sollte möglichst zusammenhängende Bereiche aufweisen und nicht zu klein sein.

Infrastruktur:
Kommunen sollten überdenken, ob sie vorhandene Infrastruktur bereitstellen können und welche Eigenleistung sie übernehmen können.

Methoden:
Sie sollten alternative Verlegemethoden erwägen und bei besonders schwierigen Gegebenheiten auch die Nutzung oberirdischer Leitungen nicht ausschließen.

Zeit:
Realistische Zeitansätze im Rahmen des Angebotsprozesse und für den Ausbau einplanen. Gerade mit der neuen Förder-Richtlinie ist mit einer hohen Nachfrage nach Ausbaukapazitäten zu rechnen. ■

Erste Ansprechpartner für Kommunen

Nun ist der Weg durch die Anforderungen der verschiedenen Förderprogramme (s. Kasten) vielleicht nicht so anspruchsvoll wie der Gang über den Jubiläumsgrat zur Zugspitze. Aber bis zum Gipfel, sprich: einem top-modernen Breitbandnetz, können die Regional-Manager der Telekom wie erfahrene Bergführer helfen, schwierige Wegpassagen zu bewältigen. Grundsätzlich sind die Regional-Manager der erste Ansprechpartner für Kommunen, wenn diese über die Ausbaupläne der Telekom Bescheid wissen möchten. Zudem bündeln die Regional-Manager vor Ort alle nötigen Maßnahmen bei einem eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau der Telekom. Gemeint ist damit etwa der Rollout von Vectoring oder Eigenausbau-Projekte mit FTTH (Glasfaser bis ins Haus, engl. fiber to the home). Sie arbeiten dabei Hand in Hand mit den Kollegen von der Telekom Technik (s. Interview, S. 5).

Auch bei der Versorgung von Neubaugebieten in Eigenregie von Kommunen oder durch Bauträger sind die Regional-Manager erste Ansprechpartner. Sie halten zudem stets Ausschau nach Kooperationsmöglichkeiten mit Stadtwerken oder anderen regionalen Versorgern. Denn klar ist auch: Einen flächendeckenden Ausbau kann die Telekom nicht alleine stemmen.

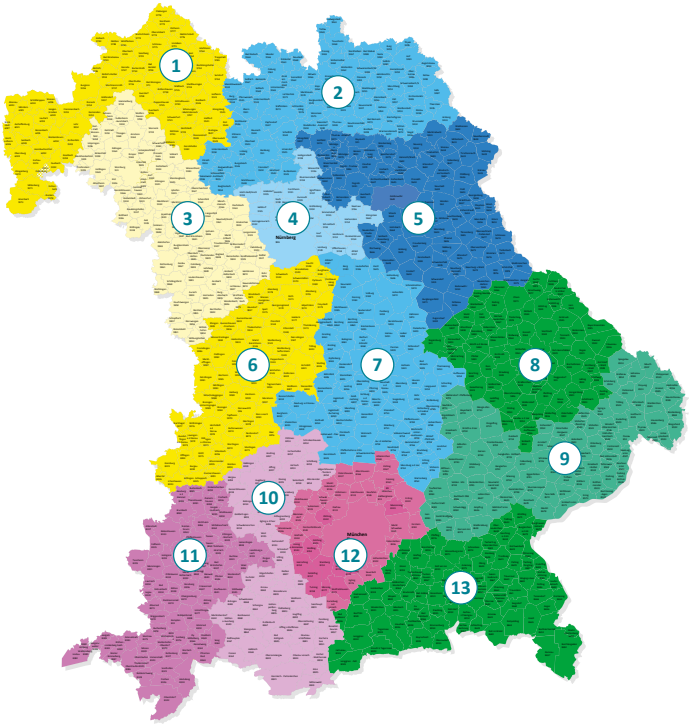
Komplexe Förderung

„Beim Ausbau im Rahmen der Förderprogramme ist es uns ein wichtiges Anliegen, den Kommunen wirtschaftliche Angebote

zu unterbreiten“, erklärte Brandl. „Allerdings, das möchte ich ausdrücklich betonen, haben wir keinerlei Einfluss, wenn es um die Ausschreibungsgestaltung geht“, fügte er hinzu.

Die unterschiedlichen Vorgaben und Regularien der verschiedenen Förderprogramme machen einen Ausbau nicht unbedingt einfacher. Das gilt sowohl für die Kommunen als auch für Netzbetreiber. „Denn unterschiedliche Subventionsmodelle und teils auch technische Vorgaben können schon mal zu Missverständnissen oder falschen Erwartungshaltungen führen. Wenn man nicht eben Experte für den Netzausbau ist, verliert man da schon mal den Überblick“, berichtete Brandl aus seiner täglichen Praxis. Hier helfen die Regional-Manager, Enttäuschungen zu vermeiden. „Wir sind jederzeit für die Kommunen zu erreichen. Und oft klärt ein schneller Anruf mehr als langwieriger Mail-Verkehr“, sagte Brandl.

Was umso reibungsloser funktioniert – und hier sind wir wieder beim Stichwort Teamarbeit – wenn alle Beteiligten motiviert bei der Sache sind und gut zusammenarbeiten. „Wichtig für einen erfolgreichen Breitbandausbau, speziell bei eigenwirtschaftlichen Ausbauvorhaben, ist eine gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft der Kommune, das gesamte Vorhaben auch wirklich aktiv zu begleiten“, erläuterte Brandl und fügte hinzu: „Selbstverständlich soll dies im Rahmen der Neutralitätspflicht der Amtsträger passieren.“ Konkret nannte Brandl etwa eine begleitende Kommunikation der Kommune schon vor dem eigentlichen Ausbau. Denn so können sich Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen am Ort frühzeitig über das neue Breitbandnetz informieren und sich gegebenenfalls auf die kommenden Bauarbeiten einstellen.



1. *Wolfgang Neumann*
   0170 - 7851080
2. *Andreas Rudloff*
   0171 - 1869987
3. *Markus Winter*
   0171 - 9762280
4. *Christoph Bernik*
   0160 - 96332232
5. *Enrico Delfino*
   0151 - 11180800
6. *Markus Sand*
   0151 - 54152502
7. *Stefan Hanke*
   171 - 2063780
8. *Markus Münch*
   0175 - 9303879
9. *E rhard Finger*
   0171 - 3320202
10. *Ralf Niepel*
    0175 - 5831683
11. *Eduard Hanneder*
    0171 - 2243390
12. *Bernhard Multerer*
    0171 - 5605077
13. *Norbert Kreier*
    0171 - 2246711

Schnelle Verbindung: die Regional-Manager der Telekom in Bayern

Mehr Offenheit und Unterstützung der Kommunen wünschen sich die Regional-Manager der Telekom im Übrigen, wenn es um alternative Verlegemethoden geht und die damit einhergehende Standort- und Wegesicherung. „Wir alle wollen einen schnellen und kosteneffizienten Ausbau“, betonte Brandl, „und dafür gibt es manchmal Besseres als den klassischen Tiefbau.“ (s. Interview mit Technik-Chef Markus Beckmann).

Beispiel Sonthofen

Wenn man Brandl nach einem besonders gelungenen Projekt fragt, fällt ihm sofort Sonthofen ein. „Speziell die dem FTTH-Ausbau vorgeschaltete Nachfragebündelung hat reibungslos funktioniert.“ Denn die Telekom baut in der Regel nur dann eigenwirtschaftlich aus, wenn die Kommune und eine genügende Anzahl von Bürgern und Unternehmen auch bereit für einen derartigen Ausbau sind. „Hier hat der Ausbau insbesondere von der Aufgeschlossenheit der Wohnungswirtschaftsunternehmen vor Ort profitiert“, betonte Brandl. Und: Der Bürgermeister hatte die Breitbanderschließung zur Chefsache gemacht. So war man in Sonthofen besonders zügig über den Berg. ■

Förderprogramme:

Bayerische Gigabitrichtlinie

Nach Genehmigung durch die EU-Kommission löst die Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von gigabitfähigen Breitbandnetzen im Freistaat Bayern (Bayerische Gigabitrichtlinie) die bisherigen Programme ab. Bereits seit März dieses Jahres können Kommunen in das Verfahren starten. Die Deutsche Telekom hatte sich bereits bei allen Pilotprojekten aktiv durch die Abgabe von Angeboten beteiligt. Die Pilotprojekte laufen in den Gemeinden Kulmbach, Hutthurm, Berching, Ebersberg, Kammerstein und Kleinostheim. Mehr Informationen: www.schnelles-internet.bayern.de

Richtlinie des Bundes

Die Richtlinie der Bundesregierung zur Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland hat das Ziel, bis zum Jahr 2025 ein flächendeckendes Gigabit-Netz zu bauen. Mehr Informationen: www.bmvi.de/breitbandausbau ■



Schnell, sauber, günstig: Das so genannte Trenching hat viele Vorteile gegenüber dem klassischen Tiefbau.

Markus Beckmann,
Leiter der Technik-Niederlassung Süd,
im Interview

Optimale Netzplanung



Markus Beckmann, Leiter der Technik-Niederlassung Süd

„Ich bin ja ein Technik-Freak." So beschreibt sich Markus Beckmann selbst. Insofern hat er genau den richtigen Job bei Telekom. Er verantwortet die Netztechnik und den technischen Breitbandausbau in Bayern. Wir sprachen mit ihm aber nicht nur über Netztechnik und Tiefbau, sondern auch über Bomben und Künstliche Intelligenz.

Herr Beckmann, alle wollen schnelles Internet und überall mobil telefonieren. Was sind dabei die größten Herausforderungen für Sie?

Richtig, alle wollen ein leistungsfähiges Netz. Deshalb haben wir in ganz Deutschland letztes Jahr über 50.000 km Glasfaser verlegt. Auch hier in Bayern haben wir noch einen hohen Auftragsbestand und die nächsten zwei, drei Jahre noch richtig viel zu tun. Dabei haben wir bereits 90 Prozent der Fläche sehr gut versorgt. Jetzt geht es aber noch buchstäblich zu den letzten Höfen raus. Das ist viel Aufwand, der auch Zeit kostet. Zudem setzen wir den Glasfaserausbau konsequent fort. Nachdem wir die Glasfaser-Leitungen bis in die Straßen hinein verlegt haben, folgt nun der Anschluss der Häuser und Wohnungen. Getreu unserem Motto: Wir sind erst zufrieden, wenn jeder „#dabei" ist.

Dabei sind Sie aber auf eine gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden angewiesen.

Natürlich suchen wir immer die enge Abstimmung mit den Kommunen. Dabei geht es darum, Wege für eine optimale Zusammenarbeit zu finden. Wenn es schon eine Daten-Autobahn gibt, zum Beispiel ein Netz des örtlichen Stromanbieters, hat es keinen Sinn, eine Autobahn daneben zu bauen. Oder wenn Städte die Straßen für Gas und Strom aufreißen, ist es natürlich sinnvoll, gleich Glasfaser mit zu verlegen. Oder wenigstens Leerrohre, die wir als Telekom dann später für unsere Kabel nutzen können. Leider ist es immer sehr unterschiedlich, was den Umfang und die Dauer von Genehmigungen betrifft. Wir brauchen ja Genehmigungen für jede Bautätigkeit – und oftmals nicht nur von der Kommune, sondern auch von privaten Grundstückseignern. Zudem müssen wir Naturschutz und Denkmalschutz berücksichtigen. Hier wünsche ich mir oft schnellere sowie standardisierte Abläufe z.B. durch weitere Digitalisierung der Prozesse.

Was uns teilweise auch noch viel Zeit, und damit Geld, kosten kann, sind potenzielle Kampfmittel aus dem Krieg, auf die wir beim Tiefbau stoßen können. Hier könnten wir mehr Auskünfte und Hinweise der Kommunen gebrauchen, um zusätzliche Sondierungen zu vermeiden. Denn schließlich geht es hier um die Sicherheit unserer Mitarbeiter sowie die der Anwohner.

Ist denn das Verlegen von Kabeln im Tiefbau samt Bagger immer noch Stand der Technik?

Natürlich baggern wir immer noch viel, wenn auch heutzutage schon moderner mit neuen Verlegemethoden wie schmaleren Schaufeln und weniger tief. Aber es gibt auch noch deutlich elegantere Methoden. Mit dem so genannten Trenching sind wir z.B. viel schneller und günstiger. Wir haben dafür Maschinen, die fräsen einen Schlitz in den Asphalt und verlegen das Kabel quasi in einem Arbeitsgang. Hinterher muss nur ein schmaler Streifen mit neuer Oberfläche wiederhergestellt werden. Fertig. Für Verlegearbeiten in der Stadt oder in Siedlungen ist das super. So bleiben zum Beispiel Hof- und Garagenzufahrten immer nutzbar. Manche Kommunen sind aufgrund der neuen Methoden noch zurückhaltend. Dabei ist es aber wichtig, dass wir als Telekom immer die Gewährleistung übernehmen, egal wie eine Baumaßnahme ausgeführt wird.



Klein, aber stark: Die Trenching-Maschine fräst saubere Furchen in den Asphalt.

Für die letzte Meile auf dem Land können wir Glasfaser auch oberirdisch verlegen, um so viel Strecke mit wenig Aufwand zu realisieren. So ein leichtes Kabel ist für bestehende Telefonmasten kein Problem. Diese Methode ist damit deutlich günstiger. Wir erreichen bei gleichem finanziellen Aufwand deutlich mehr Haushalte und das auch viel schneller. Aber leider, ich muss das so deutlich sagen, wollen viele Kommunen lieber gleich die perfekte Lösung, was den Netzausbau teurer und langsamer macht. Besser wäre es z.B. mit einer oberirdischen Verlegung zu starten und dann bei den nächsten Straßenarbeiten mit deutlich weniger Aufwand und Belastung für die Bewohner die Verlegung unterirdisch nachzuziehen.

Was unterscheidet den Ausbau in den Alpen von dem im Donautal?

Natürlich spielen geologische Faktoren eine Rolle. Aber die größere Herausforderung für uns sind weitläufige Gebiete wie das Allgäu oder das Land rund um Rosenheim. Hier sind die Wege unter Umständen weit. Auch für unsere Service-Techniker.

Sie sprachen schon die Kosten an. Wie lassen sich diese senken?

Der Tiefbau ist der größte Faktor. Ein Kilometer kann je nach Oberfläche über 100.000€ kosten. Hier steckt viel Optimierungspotential. Zusammen mit unseren Partnerfirmen will ich intelligentere Lösungen finden. Mir kommt da zu wenig Innovation, zu wenig Effizienz. Die Digitalisierung und Automatisierung ist sicherlich ein Hebel, den wir nutzen könnten. Wir arbeiten selbst ständig an der Optimierung unserer Netzplanung. Ganz real ist zum Beispiel schon der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Erkennung von Oberflächen und der Umgebung, um so die günstigste Verlegung unserer Glasfasern zu identifizieren.

Das klingt so, als hätte sich das Berufsbild des Netztechnikers erheblich gewandelt.

Die Technik-Niederlassung Süd hat alles in allem rund 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir arbeiten hier auf einem sehr dynamischen Gebiet. Die Technik entwickelt sich ständig weiter, sowohl in der Festnetztechnik als auch im Mobilfunk. Denken Sie an den neuen Mobilfunkstandard 5G. Künstliche Intelligenz setzen wir für die Netzplanung bereits ein. Die Technik-Niederlassung Süd hat dabei die bundesweite Projektverantwortung übernommen, um mit Kamera-Fahrzeugen alle denkbaren Verlegetrassen abzufahren und dabei den Untergrund und die Umgebung automatisch zu analysieren.

Die KI kann dabei erkennen, ob es sich um Kopfsteinpflaster oder eine Wiese handelt. Denn sie können sich denken, dass es für unsere Netzplaner ein Unterschied ist, ob sie Kabel hier oder dort verlegen müssen. Die KI macht aber natürlich auch Passanten und Informationen wie Autokennzeichen sofort unkenntlich. So erfüllen wir jederzeit alle Anforderungen des Datenschutzes. Wir bilden unsere Fachkräfte übrigens in der Regel stets selbst aus. Dabei testen wir neuerdings auch Datenbrillen mit so genannter Augmented Reality. Das heißt, wenn ein junger Techniker an einem Vorhaben arbeitet, werden ihm in seiner Brille z.B. Montagehinweise eingeblendet. Oder ein erfahrener Kollege, der gerade ganz woanders ist, kann ihm bei Bedarf sozusagen über die Schulter schauen und hilfreiche Tipps geben. ■

IMPRESSUM

Sonderbeilage Nr. 19|2020 der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Frank Leibiger
Gestaltung: Britta Eriskat
Fotos: Deutsche Telekom, Titelseite: FC Bayern München
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de, info@gemeindezeitung.de



Mobil vor Ort

Wenn es um den Mobilfunk in Bayern geht, sind sie genau die richtigen Ansprechpartner: die Kommunalbeauftragten der Telekom. Aufgeteilt in drei Regionen (s. Karte) kümmern sie sich um alle Fragen, die rund um den Mobilfunk entstehen. Sie stehen dafür ein, dass der Bayerische Mobilfunkpakt tatsächlich gelebt wird.

Jennifer Pohl ist zuständig für den Norden, die Mitte verantwortet Christian Blenk und um den Süden kümmert sich Frank-Peter Käßler. Ein großer Teil ihrer Arbeit besteht darin, Menschen in persönlichen Gesprächen zu überzeugen. Gespräche mit Bürgermeistern, Gemeinderäten, Diskussionen in Bürgerversammlungen sind entscheidende Teile des sogenannten „kommunalen Dialogs“. Sucht die Telekom einen neuen Standort für eine Mobilfunkanlage, führt ihr erster Schritt zu den Kommunen. Das ist so im Gesetz (26. Bundesimmissionsschutzverordnung) verankert und durch eine freiwillige Selbstverpflichtung mit den kommunalen Spitzenverbänden (mit Ausnahme des Städtetags) zusätzlich vereinbart. Die Kommune muss als erstes gefragt werden. Die Telekom übermittelt einen so genannten Suchkreis, innerhalb dessen ein Standort in Frage kommt. Denn ohne die Rückendeckung der Kommune ist die Standortsuche noch schwieriger. Das ist für die Kommunalbeauftragten tägliche Erfahrung.

Mit offenem Visier auf heißem Pflaster unterwegs

Erst recht in diesen Tagen, in denen Verschwörungstheoretiker die neuste Mobilfunktechnik 5G für die Verbreitung des Corona-Virus verantwortlich machen. Es ist das größte Anliegen der Telekom, die Diskussion zu versachlichen. Und das gelingt am besten in persönlichen Gesprächen. Die Themen bleiben zwar zunächst die gleichen: Es geht um Technik, wie Funknetzplanung, Mastaufbau, Antennen. Es geht um rechtliche Aspekte, wie Frequenzauflagen und Grenzwerte. Vor allem die immer wieder diskutierten Aspekte rund um das Thema Mobilfunk und Gesundheit bestimmen die Veranstaltungen vor Ort. Aber jede Kommune hat ihre Eigenheiten. Darauf gehen die Kommunalbeauftragten bestmöglich ein. Die Lage vor Ort zu kennen, hilft enorm und die meisten Bürger honorieren es, wenn sich Telekom-Vertreter selbst auf heißestem Pflaster Auge in Auge der Diskussion mit Bürgerinitiativen stellen. Deshalb ist es der Telekom besonders wichtig, dass die Kommunen einen zentralen Ansprechpartner haben, für alles, was mit dem Thema Mobilfunk zu tun hat.

Rund 98 Prozent Bayerns sind mit der aktuellen Mobilfunk-Technik LTE (4G) erschlossen. Heißt im Umkehrschluss: Zwei Prozent der Fläche sind nicht versorgt. Aber es gilt nicht nur, diese Lücken zu füllen. Vielmehr steht über den LTE-Ausbau hinaus 5G, die nächste Generation im Mobilfunk in den Startlöchern – und zwar nicht nur in Bayern, sondern in ganz



Die drei Regionen der Kommunalbeauftragten der Telekom Jennifer Pohl, Frank-Peter Käßler und Christian Blenk (Bild re.).

Deutschland. Mit der Umwidmung von bestehenden Frequenzbändern (um 2,1 Megahertz) ist 5G bereits in Bayern angekommen. Doch ausgerechnet hier, wo man sich in Sachen Digitalisierung an der Spitze aller Länder in Deutschland sieht, ist für den Mobilfunkausbau oft ein schwieriges Terrain. Ein hoher Anteil aller Eskalationsfälle kommen aus Bayern. Aus Kommunen, in denen der Widerstand der Bevölkerung besonders stark ist. Oder die Standortsuche wegen der topografischen Verhältnisse und der Nähe zu den Grenzen der Schweiz, Österreich oder Tschechien oftmals schwierig ist. Hinweise auf die funktechnische Eignung, Grenzauflagen oder die teure Anbindung von mobilfunktechnischen Anlagen werden gerne in der Diskussion vom Tisch gewischt. Dabei zeigt die Corona-Pandemie zur Zeit in aller Dringlichkeit, wie wichtig eine gute Mobilfunkversorgung im ganzen Freistaat ist. ■

Die Kontaktinfos der Kommunalbeauftragten:

E-Mail: Bayern.Mobilfunk@telekom.de
Jennifer Pohl, 0151 24234473
Christian Blenk 0151 2124 7682
Frank-Peter Käßler, 0170 2225333

„Die Jungen werden ein schlechtes Netz nicht akzeptieren“

Am Telefon mit Jennifer Pohl, Kommunalbeauftragte für das nördliche Bayern



Jennifer Pohl

Frau Pohl, die Mobilfunkversorgung der nächsten Generation 5G ist für die Telekom eine Herzenssache. Für einige Menschen aber ein absolutes Reizthema. Wo liegen für Sie als Kommunalbeauftragte die größten Herausforderungen?

Wir verspüren in der Tat viel Gegenwind beim Thema 5G. Da gibt es Befindlichkeiten in den Kommunen, die sachlich nicht begründbar sind. Oft in Kombination mit fehlendem Vertrauen in die bestehenden Grenzwerte für den Mobilfunk und fehlendem Verständnis für die Technik. Leider kursieren auch schlicht falsche Informationen über die neue Mobilfunkgeneration. So kommt es zu einer verzerrten Wahrnehmung dieses für unser aller Zukunft so wichtigen Themas.

Das müssen Sie bitte erklären.

Zunächst einmal: Der Mobilfunkausbau bezieht sich nicht nur auf 5G. Auch LTE wird weiter ausgebaut. 5G ist nicht an hohe Frequenzen über 2,5 GHz gebunden Wir können 5G auf jeder Frequenz in unserem Repertoire laufen lassen. Das ist auch gut so, denn aus funktechnischer Sicht stellt der ländliche Bereich andere Anforderungen als der städtische Bereich. Daher muss ich in ländlichen Regionen Frequenzen einsetzen, die eine hohe Reichweite haben, allerdings weniger Datendurchsatz. In der Stadt haben wir viele Nutzer und ohnehin ein engmaschigeres Netz. Das gibt uns als Betreiber die Option, die 2019 ersteigerten höheren Frequenzen einzusetzen. Denn diese geben den Nutzern eine hohe Bandbreite. Am Land hingegen machen hohe Frequenzen mit geringer Reichweite wenig Sinn, weil ihre räumliche Abdeckung zu gering wäre.

Nichtsdestotrotz sorgen sich viele Menschen um die Grenzwerte.

Wir haben in Deutschland für alles Grenzwerte, die von den zuständigen Behörden auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse festgelegt werden. Zum Beispiel für Wasser. Aber niemand stellt diese Grenzwerte in Frage. Beim Mobilfunk hingegen schon. Um es hier mit aller Deutlichkeit zu sagen: Auch für den neuen Mobilfunkstandard gelten die von den Behörden festgelegten Grenzwerte. Das gilt selbstverständlich auch für die letztes Jahr ersteigerten Frequenzen 3.400 Mhz bis 3.600 MHz.

Das gilt auch für höhere Frequenzen?

Auch für die deutlich höheren Frequenzen im Bereich 26 oder 28 GHz gibt es geltende Grenzwerte und es gilt das gleiche Schutzkonzept. Das BfS sieht hier allerdings noch Forschungsbedarf, um die bestehende Forschungsgrundlage abzusichern. Aber: Diese Bänder stehen weder zur Versteigerung an, noch kommen sie aktuell zum Einsatz! Diese hohen Frequenzen werden aufgrund der geringen Reichweiten eher für industrielle Anwendungen interessant sein, nicht für den alltäglichen Mobilfunk.

Viele Menschen sorgen sich auch wegen der vielen Masten, die für 5G errichtet werden müssen …

Auch das ist nicht ganz richtig. Wir bauen im Mobilfunk LTE und 5G aus, um dem Bedarf der Nutzer gerecht zu werden. Wir sehen ja täglich den Bedarf in unseren Netzen. Im Grunde sind die Nutzer die Architekten unseres Mobilfunknetzes. Deswegen bauen wir neue Standorte dort, wo es noch Versorgungslücken gibt, und deswegen rüsten wir bestehende Standorte mit der viel leistungsfähigeren 5G-Technik auf, um Kapazitätsengpässe zu schließen. Auf keinen Fall entsteht aber „ein Wald neuer Antennen“. Das ist absurd.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich von den Kommunen wünschen?

Tatsächlich habe ich sogar drei Wünsche. Erstens: Die bayerischen Kommunen sollten die Chance zur Mitwirkung bei neuen Standorten unbedingt wahrnehmen. Und sie sollten ihre Bürger und Bürgerinnen rechtzeitig über einen Ausbau informieren, etwa über den Gemeinderat oder eine Mitteilung im Amtsblatt. Zweitens: Standfestigkeit. Leider erleben wir zu häufig, dass ein Ausbaubeschluss wieder in Frage gestellt wird, wenn wir schon beim konkreten Bauantrag sind. Es kostet Zeit, Energie und letztlich auch viel Geld, wenn es in dieser Phase zu Verzögerungen kommt. Und drittens: An die Zukunft denken. Landräte, Stadträte und Bürgermeister müssen an die heranwachsende Generation denken, aber auch an die örtliche Wirtschaft, die den Mobilfunk braucht. Ich bin 25, für mich ist Leben und Arbeiten ohne mobiles Internet gar nicht mehr denkbar. Unsere Kinder und Jugendlichen gewöhnen sich gerade ans digitale Lernen. Und wenn sie dann irgendwann im Job sind, werden sie ein schlechtes Netz nicht mehr akzeptieren. ■

Weitere Informationen

- Deutsche Telekom – Informationen zu Mobilfunk und Gesundheit: www.telekom.com/mobilfunk-und-gesundheit
- Bundesamt für Strahlenschutz: http://www.bfs.de/DE/themen/emf/mobilfunk/mobilfunk_node

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 22. Oktober 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 20



Seite 11

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Die neue Verbandsspitze: Präsident Dr. Uwe Brandl (r.) gemeinsam mit (von links unten) Erstem Vizepräsidenten Thomas Zwingel, Landesschatzmeister Markus Reichart und Zweite Vizepräsidentin Birgit Erb. Bild: Bayerischer Gemeindetag

Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags:

Sozialstaat am Scheideweg

Mahnende Worte fand der wiedergewählte Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, bei der Landesversammlung des Kommunalverbandes in Bad Gögging, Landkreis Kelheim. Aus Sicht des Abensberger Bürgermeisters „sind wir aktuell dabei, uns auf Kosten unserer Urenkel zu verschulden". Der Bevölkerung zu suggerieren, dass Geld im Überfluss vorhanden ist, „wird uns auf die Füße fallen", prognostizierte Brandl, der dafür warb, tragfähige Akzente für ein kluges Politikkonzept zu setzen.

„Der Bundesfinanzminister erweckt den Eindruck, dass Geld in Hülle und Fülle vorhanden ist, um alle Widrigkeiten der Corona-Krise zu lindern", erläuterte der Präsident. So nachvollziehbar es sei, die Wirtschaft am Laufen zu halten, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und Menschen in Existenznot finanziell zu unterstützen, so stelle sich doch die Frage: Können wir uns auf Dauer die vielfältigen Sozialleistungen in Deutschland leisten? „Ich habe da große Zweifel", bemerkte Brandl.

Einnahmen brechen weg

Er wies darauf hin, dass die von Bund und Freistaat über Jahre und Jahrzehnte gewährten Sozialleistungen für die unterschiedlichsten Personengruppen der Gesellschaft letztlich immer von den kommunalen Ebenen, insbesondere den Gemeinden und Städten, direkt

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

8. Bayerisches BreitbandForum 2020:

Die digitale Kommune

Abgestimmt mit dem Ordnungsamt der Stadt Amberg darf unsere Veranstaltung am 12.11.2020 im ACC Amberg nach wie vor stattfinden. Die Bedingungen schließen folgende neuen Regeln mit ein:

- Die Besucherzahl wird über die Veranstaltungsfläche berechnet und beschränkt.
- Vertreter von Kommunen haben Vorrang.
- Alle Anwesenden müssen schriftlich bestätigen, symptomfrei zu sein und keinen (wissentlichen) Kontakt zu einer auf das Corona-Virus positiv getesteten Person gehabt zu haben.
- Wir führen eine kontaktlose Anmeldung ein.
- Abstandsmessgeräte kommen in einer Testgruppe zum Einsatz.
- Es gilt die allgemeine Masken- und Abstandpflicht.
- In den Vortragsräumen ist coronakonform bestuhlt, im Sitzen darf die Maske abgelegt werden.
- Das ACC hat ein eigenes Hygienekonzept für Veranstaltungen abgefasst. Darin sind weitere Maßnahmen (wie z. B. Lüften und Desinfizieren) geregelt.

Wichtig ist, dass Sie sich verbindlich anmelden. Falls Sie doch verhindert sind, müssen Sie sich zuverlässig wieder abmelden, damit Sie anderen Gästen die Gelegenheit zur Teilnahme ermöglichen. Wir freuen uns auf Sie!

Informationen und Anmeldung:
www.bayerisches-breitbandforum.de
sowie im Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern innerhalb der Gruppe „Breitband". ❐



Von links: Günther Heimrath, OB Gerhard Jauernig, Kommunalminister Joachim Herrmann und und Landrat Elmar Stefmann. Bild: BKPV

Landrat Stegmann folgt auf OB Jauernig:

Wechsel im Verbandsvorsitz

Konstituierende Sitzung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands in Hohenkammer

Die Verabschiedung des bisherigen BKPV-Verbandsvorsitzenden Gerhard Jauernig (Oberbürgermeister Günzburg) und die Amtseinführung seines Nachfolgers Elmar Stegmann (Landrat Lindau) standen im Mittelpunkt der Konstituierenden Sitzung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands im Schloss Hohenkammer (Landkreis Freising). Außerdem wurden die ausgeschiedenen Gremiumsmitglieder, allen voran die Vorstände Dr. Gerhard Ecker (OB a.D. Lindau) und Michael Fahmüller (Landrat Rottal-Inn) verabschiedet.

Günther Heimrath, Geschäftsführender Direktor des BKPV, bedankte sich eingangs insbesondere bei den ausscheidenden Mitgliedern „für die immer angenehme und in der Sache erfolgreiche Zusammenarbeit – für den Prüfungsverband und damit die kommunale Familie". Dem ehemaligen Verbandsvorsitzenden Gerhard Jauernig attestierte Heimrath ein „vertrauensvolles, enges und unkompliziertes Zusammenwirken". Herzliche Glückwünsche verband er mit der Wahl Elmar Stegmanns zum neuen Verbandsvorsitzenden.

Wichtig für die kommunale Familie

2014 trat OB Jauernig das Amt des BKPV-Vorsitzenden an. In den zurückliegenden Jahren sei ihm bewusst geworden, „wie wichtig die Prüfungs- und Beratungstätigkeit des Verbandes für uns – die sogenannte kommunale Familie wirklich ist", betonte der Günzburger Rathauschef. Kompetenz und Unabhängigkeit zeichneten diese Arbeit aus – immer geleitet von einem Blick nach vorn. Dass es dazu auch manchmal gehört, unbequem zu sein, liege in der Natur der Sache – das Wesen einer Prüfungseinrichtung. „Dass andere uns um diese Einrichtung beneiden, unterstreicht nur ihren Wert", erklärte Jauernig. Diesen Wert zu fördern und den Verband zu gestalten, sei sein Ziel als Verbandsvorsitzender gewesen – „und dies bei aller gebotenen Zurückhaltung im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Aufgabenerfüllung".

Fit für die Zukunft

In den zurückliegenden sechs Jahren habe man für den BKPV eine Reihe von Themen vorange-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Kanzlerin appelliert an die mündigen Bürger, sich freiwillig stärker einzuschränken, als es die Maßnahmen vorsehen. Durchhalten lautet die Devise, so die Vorzimmerperle. **Seite 19**

Web-Konferenz der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte:

Unterstützung für die Landkreise

Ministerpräsident Markus Söder macht sich stark für den Erhalt der kommunalen Leistungsfähigkeit

Anstelle der geplanten 52. Landrätetagung trafen sich die 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder am vergangenen Freitag virtuell in einer Webkonferenz. Dabei zollte der bayerische Regierungschef den kommunalen Verantwortlichen Dank und Anerkennung. Er bezeichnete die kommunale Leistungsfähigkeit als unabdingbar.

Den Freistaat Bayern sieht Söder dabei eng an der Seite der Landkreise. Er bat jedoch um Verständnis dafür, dass noch keine weitreichenden Zusagen gemacht werden können. Zudem dankte er den Landrätinnen und Landräten für deren Einsatz und die konsequente Umsetzung der Vorsichtsmaßnahmen und rief zugleich dazu auf, auch weiterhin alles für eine Eindämmung des Virus zu tun.

Eigentlich stand die geplante Tagung unter der Überschrift „Anpacken mit Vorsicht und Volldampf." Doch trotz eines strengen Hygiene- und Sicherheitskonzepts für die Durchführung war eine kurzfristige Absage aufgrund der sprunghaft gestiegenen Fallzahlen an Corona-Neuinfektionen im Landkreis Deggendorf unumgänglich.

„Wie viele andere Betroffene stehen auch die Kommunen angesichts der Corona-Pandemie vor immensen Herausforderungen. Sie stellen sich diesen Herausforderungen, um den Menschen vor Ort weiterhin angemessene Rahmenbedingungen, etwa bei der Kinderbetreuung, in den Schulen, mit der öffentlichen Infrastruktur, bei der Pflege und Betreuung – um nur einige Beispiele zu nennen – bieten zu können", stellte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf, fest.

Hilfe von Bund und Land

„Froh und dankbar" seien die Kreise für die kurzfristige Hilfe von Bund und Land; insbesondere den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle in 2020 mit rund 2,4 Milliarden Euro, die dauerhafte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger um 25 Prozent (ca. 250 Mio. Euro in Bayern), den ÖPNV-Rettungsschirm und den ÖGD-Pakt.

Den drastischen Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen sieht Bernreiter auch für die Folgejahre mit großer Sorge. „Wir brauchen deshalb auch 2021 und danach wirksame staatliche Unterstützung", forderte der Präsident vor dem Hintergrund der anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen. Vor allem erhofft er eine Stärkung der Schlüsselzuweisungen für bedürftige Kommunen. Sie seien sozusagen die „Luft zum Atmen" für all jene, die selbst keine ausreichenden Einnahmen (mehr) haben. Daneben müsse aber auch sorgfältig überlegt werden, welche Ausgaben unbedingt notwendig sind. „Wir dürfen den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen, den sie nicht schultern können", schloss Bernreiter. ❐

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Unterricht in der Corona-Krise	2
Kommunen können Investitionsmittel nicht abrufen	2
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: Beschleunigungsprogramm Deutsche Einheit reloaded?	3
Frauen in der Kommunalpolitik	3
Globale Engagements bayerischer Kommunen	5
Kommunale Finanzthemen	6 - 10
Kommunale Energiethemen	10 - 13
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	14 - 15
Wasser • Abwasser	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik:

Unterricht in der Corona-Krise

Enorme Steigerungsraten bei der digitalen Infrastruktur

Seit mehreren Monaten stellt die Corona-Pandemie die Bildungspolitiker im Freistaat vor große Herausforderungen. In der von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Bildung darf keine Zitterpartie sein: Probleme ehrlich benennen und endlich zuverlässig lösen!“ diskutierten Abgeordnete über die bisherigen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise in der Schulpolitik und künftige Aufgaben im Bereich der Bildung.

Die Regierungsfraktionen verwiesen dabei auf die Erfolge bei der Bewältigung dieser historischen Krise und die Vorreiterrolle Bayerns im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Die Oppositionsparteien hingegen zeichnete mit Blick auf den Lehrermangel und die Corona-Pandemie ein düsteres Bild.

Luftreiniger zur Senkung der Aerosol-Belastung

Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion mahnte mit Blick auf die kommenden Wintermonate an, die Schulen zeitnah mit Raumluftreinigern auszustatten, um die Aerosol-Belastung in den Klassenräumen signifikant zu senken. Dies sei durch bloßes Lüften nicht zu erreichen.

„Damit Bildung dieses Jahr keine Zitterpartie wird, müssen wir uns neben Corona noch mit einem anderen Thema beschäftigen, weil uns mittlerweile eine weitere Krise mit voller Wucht trifft: der Lehrermangel.“ Fischbach forderte, die Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln. Am Beginn der Krise sei das beruhigende Einwirken des Ministers richtig gewesen, nun müsse aber folgen, sich einen Überblick zu verschaffen. Probleme müssten benannt, Lösungen gefunden und letztlich umgesetzt werden. Fischbach verlangte – wie die Verbände – einen Lehrergipfel. „Die Corona-Krise mag nicht ihre Schuld sein, aber die Lehrerkrise ist hausgemacht“, sagte der Abgeordnete in Richtung der Staatsregierung. Wichtig sei künftig eine ehrlichere Kommunikation. Fischbach kritisierte zudem das Projektmanagement des Ministeriums – insbesondere beim Digitalplan Schule.

Der CSU-Abgeordnete Prof. Dr. Gerhard Waschler betonte, dass die Schilderungen des Kollegen Fischbach an der Schulwirklichkeit vorbeigingen: Hier werde ein Zerrbild der rund 6.100 Schulen in Bayern gezeichnet.

Großes Engagement in den Schulfamilien

Er stellte das enorme Engagement in den Schulfamilien heraus und dankte allen, die in diesen schwierigen Zeiten großartige Arbeit leisteten. In den Schulen werde vieles auf den Weg gebracht in einer Geschwindigkeit, die vor der Corona-Pandemie niemand für möglich gehalten hätte: „Beim Digitalen Klassenzimmer gibt es Steigerungsraten von plus 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 38.000.“ Darüber hinaus beschrieb Waschler die Erfolge beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Bildungseinrichtungen.

Grüne: mehr Busse, Tests und Lehrer

Katharina Schulze (Bündnis 90/ Die Grünen) vermisste vom Kultusminister vorausschauenden Initiativen. Sie kritisierte unter anderem die Probleme der Lernplattform MEBIS während der vergangenen Monate, die verspätete Reaktion auf den Lehrermangel und nannte folgende Vorschläge, die zeitnah umgesetzt werden sollten: Den Einsatz von Verstärkerbussen, Schnelltests für die Schulfamilie und eine bessere digitale Beschulung von Kindern, die zu Hause in Quarantäne sind. Zudem müssten Belüftungsanlagen angeschafft werden, und die Digitalisierung insgesamt müsse schneller vorangebracht werden. Die Lehrerinnen und Lehrer bezeichnete Schulze als zentralste Ressource. Sie forderte gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte und eine Erhöhung der Neueinstellungen zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben.

Fast 100 Prozent Regelunterricht

Eva Gottstein (Freie Wähler) nannte die Bezeichnung „Notstand“ für die gegenwärtige Lage an den Schulen „eine Panikmache“. „Sie steht in keinem Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir fast 100 Prozent Regelunterricht haben. Das haben wir in keinem anderen Bundesland!“ Auch bei der Not- und Ferienbetreuung sei Bayern Vorreiter gewesen. Als Gründe für den Lehrermangel nannte sie den Ganztagsunterricht, die familienfreundlichen Dienstzeiten sowie die Erhöhung der Anzahl von Anrechnungsstunden. Bei der Versorgung der Schulen mit Laptops und digitalen Endgeräten erläuterte Gottstein, dass die Gelder zwar zentral auf Landesebene bereitgestellt werden könnten, die Beschaffung müsse dann aber dezentral vor Ort durch die Kommunen erfolgen.

Laut Margit Wild (SPD) ist der Einsatz von Pensionisten und Team-Lehrkräften nicht der richtige Weg um dem Lehrermangel zu begegnem. Die Abgeordnete forderte Staatsminister Prof. Piazolo deshalb zu entschiedenem Handeln auf. Die Herausforderungen in der Bildungspolitik seien nicht erst seit der Corona-Pandemie gewaltig. Sie kritisierte die fehlende Unterstützung von Kindern aus nicht bildungsaffinen Familien und forderte zur Lösung der Probleme die Einrichtung eines Runden Tisches.

Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte zudem in einer Pressemitteilung, dass Kommunen keine Planungssicherheit hätten, weil es immer noch keine Förderrichtlinie zur angekündigten Förderung von Luftfiltern gäbe. Filteranlagen müssten laut SPD zu 100 Prozent gefördert werden.

„Das Wichtigste für uns alle sollte das Wohlergehen und die Sicherheit der Bürger Bayerns und Deutschlands sein. Dazu gehört unter anderem eine sehr gute und zuverlässige Bildungs- und Ausbildungspolitik“, resümierte der Abgeordnete Christoph Maier (AfD). Er warf der Staatsregierung in dieser Frage Versagen vor. Den Kindern werde die Kindheit genommen, den Jugendlichen die Jugend sowie den Alten ihr Lebensabend in Würde. „Ihre sogenannten Corona-Maßnahmen drangsalieren die Menschen und retten nicht ein einziges Menschenleben“, so Maier.

Andere Bundesländer sind neidisch

Am Schluss der Aktuellen Stunde ergriff Staatsminister Prof. Michael Piazolo (Freie Wähler) das Wort: „Es sind keine normalen Zeiten, Corona hat uns fest im Griff!“ Das Virus nehme keine Rücksicht auf den Schulbetrieb, die Verantwortlichen müssten hingegen Corona berücksichtigen. Er verwies auf die zahlreichen Runden Tische, die bereits abgehalten worden seien – mit den Lehrerverbänden, mit Schülern, Eltern und Schulleitern und auch mit dem Ministerpräsidenten. „Höher ansiedeln kann man es nicht! Es ist aber auch nötig und sinnvoll und deshalb haben wir es auch gemacht“, so Piazolo. Er dankte den Lehrkräften für ihren Einsatz und ihre Arbeit in diesen schwierigen Zeiten. Auch er wolle mehr Lehrer und kämpfe bei den Ministerkollegen um seine Positionen, aber es gebe auch andere Erfordernisse. Dennoch sei schon Vieles auf den Weg gebracht worden. In diesem Zusammenhang erwähnte der Minister die 1.100 neuen Lehrerstellen sowie die 800 Teamlehrkräfte, deren fachliche Eignung er deutlich betonte. Bayern habe als erstes Bundesland einen Stufenplan entwickelt, Reihentestungen organisiert und als einziges Land ein Programm für Raumlüfter aufgesetzt. Auch die Lernplattform MEBIS verteidigte Piazolo vehement. 1,3 Millionen meldeten sich an, andere Bundesländer seien neidisch auf diese Plattform. **red**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Seißler
86669 Königsmoos
am 4.11.

Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
63739 Aschaffenburg
am 28.10.

Bürgermeister Bert Horn
95138 Bad Steben
am 28.10.

Bürgermeister Gerd Kleinhenz
97772 Wildflecken
am 30.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Eichenseher
93182 Duggendorf
am 27.10.

Bürgermeisterin
Gabriele Hofacker
91583 Diebach
am 31.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Max Heimerl
84453 Mühldorf a. Inn
am 3.11.

Bürgermeister Anton Maier
84181 Neufraunhofen
am 4.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr:

Kommunen können Investitionsmittel für Kinderbetreuung nicht abrufen

Freistaat muss Richtlinien zur Ausreichung von Bundesmitteln auf den Weg bringen

„Die Situation ist ärgerlich: Finanzmittel sind vorhanden, können aber derzeit nicht abgerufen werden. Viele Städte und Gemeinden haben fertige Pläne zum Ausbau oder Neubau von Kitaplätzen in der Schublade, können aber nicht mit dem Bau beginnen, weil der Freistaat das Konjunkturprogramm des Bundes noch nicht umgesetzt hat“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Es fehlt auf bayerischer Ebene eine Richtlinie, damit die Bundesmittel, die schon zur Verfügung stehen, tatsächlich ausgereicht werden können.“ Die Städte erwarten, dass der Freistaat sein Sonderinvestitionsprogramm fortsetzt und die Bundesmittel wieder für die Erhöhung des Fördersatzes einsetzt, heißt es in einer Pressemitteilung des Bayerischen Städtetags.

Die Nachfrage zum Ausbau von Kitaplätzen ist unverändert hoch und somit ist auch die Nachfrage nach Fördermitteln ungebrochen. Daher und vor dem Hintergrund der Corona Pandemie hat der Bund ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket auf den Weg gebracht. Damit sollen weitere Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt geschaffen werden. Auf Bayern entfallen knapp 160 Millionen Euro. Investitionen können gefördert werden, wenn die Schaffung neuer oder zusätzlicher Betreuungsplätze zwischen 1. Januar 2020 und 31. Dezember 2021 liegt. Da die Förderrichtlinien des Freistaats noch nicht vorliegen, können Gemeinden die Mittel noch nicht beantragen.

Pannermayr: „Städte und Gemeinden sind derzeit gezwungen, dringende Baumaßnahmen aufzuschieben, denn sonst würden sie den Anspruch auf Fördermittel des Bundes verlieren. Falls eine Gemeinde schon jetzt ohne Genehmigung der Fördermittel bauen würde, würde sie sich, förderschädlich‘ verhalten und hätte keine Chance mehr, Fördermittel zu bekommen. Ein Ausweg aus dieser misslichen Situation wäre, dass die Bezirksregierung eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellt: Damit könnte die Gemeinde den Bau beginnen und könnte nach Vorliegen der Richtlinie Fördermittel beantragen.“ Daher fordert der Bayerische Städtetag, dass die Bewilligungsbehörden unverzüglich Unbedenklichkeitsbescheinigungen erteilen. Damit könnten Städte und Gemeinden Planungssicherheit bekommen und die eng gesetzten Fristen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze einhalten.

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Wenn die Finanzierung der Bauprojekte nicht gesichert ist, gerät der Ausbau von Kindertagesstätten ins Stocken. Pannermayr: „Eltern erwarten, dass ihre Kinder verlässlich betreut werden. Wenn Eltern von großzügiger Förderung durch Bund und Freistaat hören, können sie nicht nachvollziehen, wenn es in ihrer Heimatstadt Probleme beim Ausbau von Kindertagesstätten gibt. Wer bei Eltern Erwartungen für mehr Kitaplätze weckt, muss dies auch einhalten. Die Kommunen bauen darauf, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze sicherstellt. Nur so können die Fördermittel des Bundes fließen.“

Die Mitglieder des Bayerischen Städtetags sind verärgert über die gegenwärtige Situation, was sich mit drei Beispielen illustrieren lässt: So musste die Landeshauptstadt München mangels Förderrichtlinie den Bau von 544 Kinderbetreuungsplätzen zurückstellen. Der Markt Feucht (Landkreis Nürnberger Land) ist mit 175 Kinderbetreuungsplätzen betroffen. Die Stadt Heilsbronn (Landkreis Ansbach) steht kurz vor einem Förderantrag mit 148 Kinderbetreuungsplätzen. Pannermayr sagt über die Stimmung in den Rathäusern: „Dringend nötige Investitionsprojekte bleiben aufgeschoben. Keine Kommune kann es sich gerade in diesen schwierigen Zeiten leisten, auf Fördermittel des Bundes zu verzichten.

Die Förderphase ist bewusst sehr kurz gesetzt, weil der Bund möglichst schnell mit Bauinvestitionen die Belebung der Konjunktur anstoßen will. Daher muss auch der Freistaat schnell handeln.“ ❐

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber:

Förderprogramm für Tierheime fortsetzen

Tierschutz in Bayern weiter vorantreiben

Um die wertvolle Arbeit der Tierheime in Bayern auch weithin zu unterstützen, soll das Förderprogramm für Tierheime über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt werden. Das hat Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber anlässlich des Tierschutztages in München bekannt gegeben.

„Tierheime helfen jeden Tag schnell und unbürokratisch Tieren in Not. Aufgrund der Corona-Krise sind viele Tierheime selbst in Not geraten und verstärkt auf Hilfe angewiesen. Wir wollen die Arbeit der Tierheime in Bayern auch weiterhin unterstützen. Dafür setzen wir uns ein. Mit der Förderung können die Tierheime langfristig planen und wichtige Projekte zum Schutz der Tiere umsetzen. Mein Dank gilt besonders den ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Ohne Ehrenamt ist ein funktionierender Tierschutz in Bayern nicht möglich“, so der Minister.

In den Jahren 2019 und 2020 fördert das Bayerische Umweltministerium die Tierheime in Bayern mit insgesamt 2,2 Millionen Euro. Der Fördertopf wird gut genutzt, rund 100 Anträge sind eingegangen. Der Freistaat bezuschusst Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die Anschaffung von Ausrüstung für eine verbesserte Unterbringung der Tiere und unterstützt die Vermittlungstätigkeit der Tierheime.

Der Landtag entscheidet

Darüber hinaus können Projekte gefördert werden, mit denen die Vermehrung herrenloser Katzen in Bayern weiter eingedämmt wird. Der Bayerische Landtag als Haushaltsgesetzgeber wird im Rahmen des Haushalts 2021 über die Mittelbereitstellung entscheiden.

Förderanträge sind abrufbar unter: http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/service/download/formulare/gesundheit_verbraucherschutz/tierheimfoerderung.php ❐

Sozialministerin Trautner:

Täterarbeit bei häuslicher Gewalt

Täterarbeit stellt einen wichtigen Präventionsbaustein dar. „Wer Opfer von Gewalt wird, benötigt Hilfe und Unterstützung. Gerade im häuslichen Umfeld ist es wichtig, zum Schutz der Opfer auch bei den Täterinnen und Tätern anzusetzen. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir Fachstellen für Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in unsere staatliche Förderung aufnehmen konnten“, so Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner. Die staatlich geförderten Täterberatungsstellen haben zum Teil schon ihre Arbeit aufgenommen oder befinden sich noch in der Aufbauphase. Pro Regierungsbezirk wird zunächst eine Fachstelle für Täterarbeit staatlich gefördert, in Oberbayern – aufgrund der Bevölkerungsdichte – zwei Fachstellen.

Oftmals wünschen Frauen, die Unterstützung bei einer Fachberatungsstelle, einem Notruf oder im Frauenhaus suchen, auch im Interesse gemeinsamer Kinder keine endgültige Trennung vom gewalttätigen Partner, sondern das Ende der Gewalt und die Chance auf ein gemeinsames gewaltfreies Leben. Die Beendigung von gewalttätigem Verhalten ist auch wichtig, um zu verhindern, dass Opfer- und Täterverhalten von Generation zu Generation weitergegeben wird. Die Fachstellen orientieren sich bei ihrer Arbeit an den Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e. V. Sie arbeiten im engen Schulterschluss mit Behörden und Einrichtungen gegen häusliche Gewalt mit den Tätern und Familienmitgliedern. Dieser wichtige Präventionsbaustein steht sowohl Selbstmeldern, als auch Tätern aufgrund von Auflagen durch die Staatsanwaltschaft und durch das Gericht, offen. Die staatlich geförderten Fachstellen für Täterarbeit (bei Bedarf mit angegliederter Täterinnenarbeit) verteilen sich über die Regierungsbezirke wie folgt:

Regierungsbezirk Oberbayern:
Fachstelle des Diakonischen Werks des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Rosenheim e. V. – Männerberatungsstelle Südostbayern, Rosenheim
Fachstelle MIM – Das Münchener Informationszentrum für Männer e. V., Ingolstadt

Regierungsbezirk Niederbayern:
Fachstelle in Kooperation von AWO KV Landshut e. V. und pro Familia Niederbayern e. V. – Landshut und Passau

Regierungsbezirk Oberpfalz:
Fachstelle in Kooperation von Diakonischem Werk des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Weiden e. V. und Kontakt Regensburg e. V., Weiden und Regensburg

Regierungsbezirk Oberfranken:
Fachstelle von SySTEP e. V., Hof und Bayreuth

Regierungsbezirk Mittelfranken:
Fachstelle in Kooperation von Treffpunkt e. V. Nürnberg und Stadtmission Nürnberg e. V. – AK Resozialisierung, Nürnberg

Regierungsbezirk Unterfranken:
Fachstelle der AWO BV Unterfranken e. V., Würzburg

Regierungsbezirk Schwaben:
Fachstelle in Kooperation von Caritasverband Kempten-Oberallgäu e. V. und SKM Augsburg, Kath. Verband für soziale Dienste e. V., Sonthofen und Augsburg. ❐



Engagierte Frauen in der Politik sind ein besonderes Anliegen von Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Unsere Aufnahme entstand während einer Tagung der Präsidentin mit bayerischen Bürgermeisterinnen im Frühjahr 2019 zum Thema „Frauen führen Kommunen. Bildarchiv Bayerischer Landtag – Foto: Rolf Poss

Frauen in der Kommunalpolitik:

Unverzichtbare Kompetenz

Repräsentative Umfrage der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

Fünf Jahre nach ihrer Studie „Frauen führen Kommunen“ hat die EAF Berlin nun die bisher größte repräsentative Umfrage in Deutschland zu Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen vorgelegt. Befragt wurden insgesamt 1.100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit mindestens 1.000 Einwohnern im gesamten Bundesgebiet.

Das Ergebnis: Nach wie vor sind Frauen in der Kommunalpolitik massiv unterrepräsentiert. Nicht einmal jedes zehnte Rathaus wird von einer Frau regiert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil der Bürgermeisterinnen sogar gesunken und liegt bei 9 Prozent, in Städten mit über 20.000 Einwohnern sogar nur bei 6 Prozent.

Widerstände und Vorbehalte

Die Ursachen dürften auch darin liegen, dass die Bedingungen für Frauen im Amt schwieriger sind als für ihre männlichen Kollegen. Die Erfahrungen der befragten Bürgermeisterinnen zeigen deutlich, dass sie im Zuge ihrer Kandidatur stärker mit Widerständen konfrontiert werden (50 % der Frauen, 37 % der Männer) und Vorbehalte aufgrund ihres Geschlechts (27 %) erleben. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen der EAF Berlin-Studie „Frauen führen Kommunen“: Auf dem Weg zur Kandidatur und ins Amt sind Frauen häufiger mit Herausforderungen konfrontiert als Männer. Hinzu kommt, dass die Bürgermeisterinnen in höherem Maße Beleidigungen und Bedrohungen (76 %/67 %) bis hin zu sexueller Belästigung (13 %) ausgesetzt sind.

Handlungsauftrag der Politik

Es bleibt deshalb ein wichtiger Handlungsauftrag der Politik und der Parteien, zivilgesellschaftlich und kommunalpolitisch engagierte Frauen zu stärken, politische Rahmenbedingungen sowie Parteistrukturen und -kulturen so zu verändern, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihr Potenzial, ihre Perspektiven und ihren Gestaltungswillen einbringen können. Insgesamt müssen die kommunalpolitischen Strukturen deutlich flexibler werden. Letztendlich ist dies auch eine Frage der Nachwuchssicherung – für die öffentliche Verwaltung ebenso wie für die Parteien.

Generationenwechsel

Die Bedeutung eben dieser Nachwuchssicherung unterstreichen die Ergebnisse der vorliegenden Studie. Denn für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister steht fest: Jeder Dritte (33 %) wird bei der nächsten Wahl nicht noch einmal kandidieren, das trifft sowohl auf Ost- als auch auf Westdeutschland zu. Gründe dafür liegen überwiegend (76 %) im fortgeschrittenen Alter der Amtsinhaber. Hier deutet sich ein Generationenwechsel an, der auch neue Chancen für vielfältige Perspektiven in Deutschlands Rathäusern eröffnet. **DK**

Neues Projekt zum Kinderschutz in Bayern

Familienministerin Trautner: „Systemübergreifende Zusammenarbeit in Corona-Zeiten wichtiger denn je“

Die gelingende Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten mit der Kinder- und Jugendhilfe ist für einen effektiven Kinderschutz von zentraler Bedeutung. Um die konkrete Versorgungsstruktur von Familien zu überprüfen und die bestehenden Frühen Hilfen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, fördert das Bayerische Familienministerium das Projekt „Corona-baBY“ des kbo-Kinderzentrums München, das in Kooperation mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte umgesetzt wird, mit rund 400.000 Euro.

Bayerns Familienministerin Carolina Trautner: „Mit dem von uns geförderten Projekt ‚Corona-baBY‘ nehmen wir diese Schnittstelle besonders in den Blick. Denn Eltern in belastenden Lebenssituationen müssen von Anfang an erreicht und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Die systemübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gesundheitssystem und Kinder- und Jugendhilfe ist gerade in Zeiten von Corona wichtiger denn je. Starke Eltern sind die besten Garanten für ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen ihrer Kinder. In Bayern haben wir vor allem mit den von uns geförderten interdisziplinären KoKi-Netzwerken, den Erziehungsberatungsstellen und der Bayerischen Kinderschutzambulanz als landesweitem Kompetenzzentrum schon sehr viel erreicht. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden und entwickeln unsere Maßnahmen zum Kinderschutz laufend weiter. ‚Corona-baBy‘ wird wichtige Erkenntnisse für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Bayern bringen.“

Das Projekt untersucht über einen Zeitraum von zwei Jahren, ob Frühe Hilfen für Familien mit Säuglingen oder Kleinkindern in Belastungssituationen in ausreichendem Maße vermittelt werden und wie wirksam dabei die Kooperation zwischen Gesundheitssystem und Kinder- und Jugendhilfe ist. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den vielfältigen psychosozialen Belastungen bei jungen Familien, die gerade auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu erwarten sind.

Bei dem Projekt „Corona-baBY“ wird als passgenaues Erhebungsinstrument der „Pädiatrische Anhaltsbogen zur Einschätzung von psychosozialem Unterstützungsbedarf“ eingesetzt, der mit Unterstützung des Bayerischen Familienministeriums und des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen unter der Leitung von Prof. Dr. Volker Mall, dem Ärztlichen Direktor des kbo-Kinderzentrums München, entwickelt wurde. ❐

GZ KOLUMNE Dr. Klemens Gsell



Liebe Leserinnen und Leser,

30 Jahre feiern wir jetzt die Wiedervereinigung. Und seither ist viel geschehen. Die Ausgangslage 1989/90 war ziemlich düster. Der Investitionsstau im Osten war enorm. Straßen, Brücken, Bahnhöfe Universitäten und viel Anderes mehr mussten in Rekordzeit auf internationalen Standard gebracht werden.

Ein wesentliches Thema dabei: die Verfahrensdauern. Wenn der Zulauf zum Brenner-Basistunnel einen Planungszeitbedarf von derzeit ca. 15 bis 20 Jahre hat, kann man sich vorstellen, wo die Wirtschaft im Osten heute stünde, wenn man diese Planungsverfahren damals hätte beachten müssen.

Beschleunigungsprogramm Deutsche Einheit reloaded?

Die Lösung war eine Sonderregelung der Genehmigungsverfahren für national bedeutsame Vorhaben. Diese wurden per Gesetz als „Projekte Deutsche Einheit“ mit deutlich verkürzten Genehmigungsverfahren versehen.

Fazit nach 30 Jahren: es hat funktioniert. Dabei kann man nicht ernsthaft behaupten, dass dabei die Umweltbelange unter die Räder gekommen wären.

Wäre das nicht doch auch eine Überlegung im Jahr 2020? Nach dem Wirtschaftscrash durch die Pandemie sind die öffentliche Infrastruktur und Investitionen des Staates extrem wichtige Schlüsselvorhaben für den Weg zurück zur finanziellen Normalität.

Zudem können viele Vorhaben gerade auch für die Schieneninfrastruktur durch lange Verfahren nicht umgesetzt werden. Örtliche Akzeptanzprobleme verhindern eine zeitnahe Umsetzung von Vorhaben, die aus Gesamtsicht ökologisch sinnvoll sind. Beispiele sind der Brennerbasistunnel, die Schienen zwischen Nordbayern und dem Raum Stuttgart und weiter in den europäischen Südwesten; in Norddeutschland sind die Gleise in Richtung der wichtigen Ausfuhrhäfen insbesondere Bremen, Hamburg und Rotterdam zu nennen. Dabei sind diese Themen absolut nicht abschließend.

Dafür ein Beschleunigungsprogramm zu entwickeln, wie in den 90er Jahren würde Deutschland gut zu Gesicht stehen.

Ihr Dr. Klemens Gsell
Stadtrat und Altbürgermeister
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern

Hauptversammlung des bayerischen Jugendherbergswerks:

Enorme Herausforderungen in den kommenden Jahren

Klaus Umbach im Amt des Präsidenten bestätigt
Neunköpfiges Gremium mit zwei neuen Mitgliedern

Die Mitglieder der Hauptversammlung des Landesverbands Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) bestätigten Klaus Umbach mit 100 Prozent Zustimmung in seinem Amt als Präsident. Umbach, der seit 2018 den Verband führt, wurde für die kommenden vier Jahre wiedergewählt. Vor ihm liegen enorme Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden sind und die bayerischen Jugendherbergen im Frühjahr 2020 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachten.

Dem Präsidenten sind satzungsgemäß drei Stellvertreter*innen zur Seite gestellt. Neben dem bisherigen Amtsinhaber Dr. Klaus Schulenburg wurden die bisherigen Präsidiumsmitglieder Matthias Fack und Dr. Ursula Wurzer-Fassnacht mit überzeugenden Mehrheiten bestätigt.

Daneben stand die Wahl von fünf weiteren Mitgliedern des Präsidiums an. Nachdem Marion Glück-Levi, die zudem stellvertretende Präsidentin war, und Heinrich Kopriwa aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatten, stellten sich Daniela Arnu und Andrea Bastian dieser Wahl und wurden bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit bestätigt.

Strategische Ziele und verbandspolitische Leitlinien

Dem insgesamt neunköpfigen Präsidium des Landesverbands Bayern gehören damit an: Klaus Umbach (Präsident), Matthias Fack (Vizepräsident), Dr. Klaus Schulenburg (Vizepräsident), Dr. Ursula Wurzer-Fassnacht (Vizepräsidentin), Daniela Arnu, Andrea Bastian, Stefanie Krüger, Wolfgang Obermair und Thomas Anian Ziegler.

Das Präsidium legt die strategischen Ziele und verbandspolitischen Leitlinien des Jugendherbergswerks fest. Ihm gehören Vertreter*innen verschiedener gesellschafts- und bildungspolitischer Institutionen, gemeinnütziger Unternehmen und Organisationen sowie der Medien an. In enger Abstimmung mit dem geschäftsführenden Vorstand des Verbandes entwickelt das Präsidium auf der Basis der satzungsgemäßen Ziele des DJH tragfähige inhaltliche und wirtschaftliche Modelle, die den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Jugendherbergen in Bayern garantieren.

Bewältigung der Krise

Klaus Umbach: „Ich danke den Mitgliedern der Hauptversammlung für den eindrucksvollen Vertrauensbeweis für unser Gremium. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind kaum weniger anspruchsvoll als in den vergangenen Monaten. Dabei haben wir als Präsidium gemeinsam mit dem Vorstand und den Fachbereichen frühzeitig die notwendigen Entscheidungen getroffen und konnten damit den Landesverband bislang einigermaßen gut durch die Krise bringen. Darauf können wir aufbauen und werden weiter unsere Kraft und unsere Erfahrungen bei der Bewältigung der Krise einbringen.“ ❐

BMU und kommunale Spitzenverbände:

Engere Zusammenarbeit

Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung geht. Deshalb haben das Bundesumweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände einen noch engeren kontinuierlichen Austausch miteinander verabredet.

„Die Kommunen sind für mich Schlüsselakteure für die Umsetzung der Klimaziele und beim urbanen Umweltschutz in Deutschland. Sie tun viel für Umwelt- und Klimaschutz. Dabei wollen wir sie künftig noch mehr unterstützen und weiter stärken“, erklärte Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

Belit Onay, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover: „Die Städte verfolgen ambitionierte Ziele, um CO2 weiter zu reduzieren, mehr Energie einzusparen und eine nachhaltige Stadtentwicklung voranzubringen. Wir brauchen rasch mehr saubere Energie, um die Klimaziele zu erreichen. Allein mit der Nationalen Klimaschutzinitiative haben die Städte seit 2008 über 15.000 Klimaschutzprojekte erfolgreich umgesetzt. Sie bauen erneuerbare Energien aus, steigern die Energieeffizienz von Gebäuden und unterstützen nachhaltige Mobilität. Auch die Dachbegrünung sowie mehr Grün und Freizeitflächen sind wichtig für lebenswerte Städte. Für all das brauchen wir die langfristige Unterstützung von Bund und Ländern. Förderprogramme zum kommunalen Klimaschutz sollten stärker gebündelt werden.“

Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags und Landrat des Kreises Ostholstein: „Die Landkreise bekennen sich zu ihrer Verantwortung bei der Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Auf dem Land befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Daher brauchen die ländlichen Räume einen Ausgleich mit dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung. Bedingungen sind für uns: Akzeptanz, wirtschaftliche Tragfähigkeit und Vernunft. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Abstandsregelungen für Windkraft, die Stärkung von Bürgerenergieprojekten und die Erhöhung der Pendlerpauschale kommen hierbei infrage.“

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm: „Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz. Ohne ihr nachhaltiges klimafreundliches Engagement in ihren vielfältigen Rollen als Gestalter der Energie- und Mobilitätswende, als Gebäudebesitzer, als Bauleitplaner oder als größter öffentlicher Auftraggeber sind die Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Für all diese Aufgaben bedarf es auch der Unterstützung des Bundes und der Länder. Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des weiter fortschreitenden Klimawandels bleiben eine gesamtgesellschaftlicheHerausforderung.Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den angestoßenen Dialog.“

Das Bundesumweltministerium stellt den Kommunen über seine Nationale Klimaschutzinitiative in den kommenden Jahren umfangreiche Fördermittel für konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort bereit. Damit notwendige Zukunftsinvestitionen auch in der Krise getätigt werden können, hat die Bundesregierung das Corona-Konjunkturpaket klimafreundlich gestaltet. Für den kommunalen Klimaschutz bedeutet das, dass das BMU bis Ende 2021 100 Millionen Euro zusätzlich für die NKI bereitstellen wird. Allein im letzten Jahr wurden kommunale Klimaschutzprojekte unter dem Dach der NKI mit mehr als 130 Millionen Euro gefördert. Um Anreize zu schaffen, hat das BMU die Förderquoten bis Ende 2021 in drei kommunalen Förderprogramm erhöht und die notwendigen Eigenanteile reduziert. Finanzschwache Kommunen können eine Vollfinanzierung für die Erstellung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts durch einen Klimaschutzmanager erhalten.

An dem Treffen nahmen neben Bundesministerin Schulze und dem parlamentarischen Staatssekretär Florian Pronold die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände sowie die Oberbürgermeister von Görlitz, Hannover und Potsdam teil. ❐

Sozialstaat am Scheideweg ...

(Fortsetzung von Seite 1)
oder indirekt über Umlagen aufgebracht werden müssten. Aufgrund der Corona-Krise brächen aber derzeit massiv die Einnahmen weg. Groß ist Brandls Sorge hier beim Blick auf die Jahre 2021 und insbesondere 2022. „Wie sollen wir das alles noch leisten?“, fragte der Verbandschef und rief dazu auf, endlich die Fülle an sozialen Wohltaten zu durchforsten, mindestens aber in Gänze auf den Prüfstand zu stellen. Er appellierte an die Verantwortlichen im Bund und im Freistaat, zusammen mit den Kommunen eine ehrliche Revision der vielfältigen staatlichen und kommunalen Leistungen vorzunehmen.

Was die Digitalisierung anbelangt, so ist diese Brandl zufolge „nicht das allein Seligmachende“. Gleichwohl wies er darauf hin, dass die Reichsbedenkenträger der Datenschützer in der Vergangenheit vieles blockiert und verhindert hätten, was an Digitalisierung technisch schon längst möglich ist. Er hoffe, dass man jetzt auf ein gesundes Maß zurückkehre, was berechtigte Datenschutzinteressen betrifft. Jedoch sei er, Brandl, sich nicht sicher, ob bei Abflauen der Krise genau die Reichsbedenkenträger wieder das Regiment übernehmen.

Gedacht wird immer noch analog

Tatsache sei: Man stehe am Anfang einer Digitalisierung, weil immer noch analog gedacht wird. Zu meinen, alles lasse sich eins zu eins auch in die digitalen Formen um- und abbilden, funktioniere nicht – vor allem wenn man sehe, wie sich die gesamten Märkte, die für den Wohlstand des Landes verantwortlich sind, komplett umstrukturieren. Im Bereich der gesamten Digitalisierung könnten volkswirtschaftlich völlig neue Märkte entwickelt werden, wenn die entsprechenden Köpfe vorhanden wären, die diese Märkte auch vernünftig erkennen und befüllen dürften.

Setze man sich damit auseinander, wer von der Digitalisierung letztlich profitiert, seien dies in der Regel internationale Konzerne, die ihren Sitz in Amerika oder in Asien haben. Dies sei ein Unding, so der Präsident, weil sicherlich die Kräfte, die Köpfe und das technische Know-how vorhanden wären, einen zumindest europäischen Markt zu gründen, wo das Geld am Ende des Tages zumindest in Europa, am besten aber in Deutschland bleibt.

Digitales Lernen geht anders

Auf den Bildungsbereich zu sprechen kommend, machte Brandl deutlich, dass digitales Lernen nicht bedeutet, Schulbücher abzufotografieren und ins Netz zu stellen. Vielmehr sei dies eine völlig andere Art der Wissensvermittlung, die viel mit Informatik zu tun habe, wo gewisse MINT-Fähigkeiten deutlich stärker in den Vordergrund gestellt werden müssten als bisher. Erforderlich seien eine Umstellung der Lehrpläne und der pädagogischen Ausbildung. Außerdem brauche es die Ertüchtigung der Elternhäuser, vor allem auch hinsichtlich der Hardware.

Dabei dürfe sich nicht ein Bildungssystem mit mehreren Geschwindigkeiten Bahn brechen, fuhr der Verbandschef fort: Es könne nicht sein, dass diejenigen, die es sich leisten können, Endgeräte zu Hause stehen haben und die anderen mit vergleichsweise widrigen Umständen fertig werden müssen.

Zauberwort Nachhaltigkeit

„Wo bleibt die Innovationsfähigkeit dieses Landes?“, fragte Brandl. Es gelte, die Welt neu zu denken. Nachhaltigkeit, nicht Umweltverträglichkeit, sei das Zauberwort. Die Bürgermeister werden aus seiner Sicht die Aufgabe haben, die Umgestaltung der Gesellschaft proaktiv zu begleiten und jenseits aller parteipolitischen Denkmuster zu handeln, um gut durch die Krise zu kommen. „Der Bayerische Gemeindetag wird dabei ein verlässlicher und treuer Partner sein“, gab der Präsident den Delegierten mit auf den Weg.

Brandl im Amt bestätigt

Uwe Brandl steht seit 2002 an der Spitze des Bayerischen Gemeindetages, beim Deutschen Städte- und Gemeindebund ist er zudem erster Vizepräsident. In Bad Gögging wurde er ohne Gegenstimmen in seinem Amt bestätigt. Zum Ersten Vizepräsidenten wählten die Kommunalpolitiker Bürgermeister Thomas Zwingel aus Zirndorf (Landkreis Fürth). Zweite Vizepräsidentin des Verbands wurde Bürgermeisterin Birgit Erb aus Oberelsbach (Kreis Rhön-Grabfeld). In einer Kampfkandidatur setzte sie sich gegen Bürgermeister Stefan Schelle aus Oberhaching bei München durch. Zum Landesschatzmeister wurde Bürgermeister Markus Reichart aus Heimenkirch im Landkreis Lindau bestimmt.

Keine Kabinettsbeteiligung

Für Unmut sorgte bei den Delegierten der Umstand, dass kein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung an der Jahresversammlung des Bayerischen Gemeindetags teilnahm. Kurzfristig hatte Ministerpräsident Markus Söder seine Teilnahme wegen des Corona-Gipfels in Berlin absagen müssen. Dass sich keine Vertretung fand, wurde als Ausdruck der Geringschätzung angesehen. Ein aus Uwe Brandls Sicht schlicht unverständlicher und nicht nachvollziehbarer Schritt. **DK**

Sudetendeutsches Museum eröffnet:

Großes Museumsfest nach der Krise

Sozialministerin Trautner: „Das Sudetendeutsche Museum ist ein begehbarer Schatz“

Ein Leuchtturmprojekt für die bayerische Kulturlandschaft ist fertiggestellt. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat das Sudetendeutsche Museum feierlich eröffnet. Nach modernsten musealen Präsentationsvorstellungen konzipiert, ist das Museum ein unverzichtbarer Bestandteil der Erinnerung an Geschichte, Schicksal und Kulturleistungen der Sudetendeutschen, betonte Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

„Das Sudetendeutsche Museum ist ein begehbarer Schatz. Es soll alle Generationen ansprechen und zur weiteren Beschäftigung mit den Sudetendeutschen und ihrer Geschichte anregen. Ich bin mir sicher: Das Museum wird zu einem lebendigen Ort des Dialogs werden. Ich wünsche mir, dass auch viele Jugendliche und Schulklassen hier mit gelebter Erinnerung in Berührung kommen. Wir müssen bei der Jugend das Interesse für Geschichte wieder mehr wecken, um die Erinnerung aufrecht zu erhalten“, so Trautner.

Die Gäste können die Ausstellung in deutscher, tschechischer und englischer Sprache kennenlernen. Ab Ende Oktober 2020 öffnet das Museum mit einem umfassenden Hygienekonzept für Besucherinnen und Besucher seine Türen.

Trautner verspricht: „Sobald es die Umstände wieder zulassen, wird es ein großes Museumsfest für die sudetendeutsche Volksgruppe und die breite Öffentlichkeit geben. Dann können wir mit allen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft dieses wunderbare Museum gemeinsam mit der Bevölkerung feiern. An dieser Stelle will ich mich auch ganz herzlich bei all denen bedanken, die dem Sudetendeutschen Museum Ausstellungsstücke zur Verfügung gestellt haben. Sie machen das Museum zu einem Ort lebendiger Erinnerung an unsere Geschichte.“

Das Sudetendeutsche Museum zeigt auf etwa 1.200 Quadratmetern Ausstellungsfläche rund 900 Exponate, darunter Künstlerglas im Jugendstil, ein dreisitziges Motorrad sowie Streich- und Blasinstrumente. Unter den Ausstellungsstücken befindet sich auch der erste Gartenzwerg – diese Idee stammt aus dem Sudetenland. Weitere Besonderheiten sind eine Lederjacke mit einem Einschussloch aus der Vertreibung, ein Bergarbeiterhelm aus der Zwangsarbeit im Uran-Bergbau und ein Leiterwagen, mit dem die Vertriebenen ihr Gepäck transportieren mussten. ❐

Wechsel im ...

(Fortsetzung von Seite 1)
trieben. Stichpunktartig nannte Jauernig dabei die Umsetzung der Stellenbewertungen für Geschäftsstelle und Prüfer im Außendienst, den Umgang mit der Rechtsprechung des EuGH zur Anerkennung von Fahrtzeit als Arbeitszeit und nicht zuletzt die zukunftsfähige Finanzierung des Europabüros mittels Staatszuschuss. Der Prüfungsverband sei fit für die Zukunft, ungeachtet aller Einflüsse und Rahmenbedingungen rund um die Digitalisierung bis hin zu den Folgen der Pandemie.

Dank des Innenministers

Als Innen- und damit Kommunalminister war es Joachim Herrmann ein besonderes Anliegen, den scheidenden Mitgliedern für Ihre Verdienste rund um die Finanz- und Organisationshoheit der Kommunen zu danken. „Sie alle haben sich mit Sachverstand und Überzeugungskraft in den BKPV eingebracht“, merkte der Minister an. Landrat Stegmann gratulierte er zu dessen neuer Position. „Ich bin von seinem großen Engagement für die nächsten sechs Jahre mehr als überzeugt und danke seinem Vorgänger, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, für die geleistete Arbeit.“ Insgesamt, so Herrmann, habe der BKPV seine kommunale Familie, also die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden, immer nach Kräften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt.

Den BKPV bezeichnete Herrmann als „Kompetenzzentrum für den gesamten Freistaat“. Die wesentlichen Nutznießer seien jedoch vor allem die kommunalen Mitglieder des BKPV, insbesondere die kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte, die Landkreise und die Bezirke sowie die vom Staatsministerium festgelegten Gemeinden – also in der Regel solche mit mehr als 5.000 Einwohnern. „Wie Sie wissen, stellen wir seit geraumer Zeit Überlegungen an, die Pflichtmitgliedschaft von Gemeinden auch unterhalb dieser Einwohnergrenze auszudehnen. Hierzu werden wir als Innenministerium gemeinsam mit BKPV, die kommunalen Spitzenverbände und der Bayerische Landtag versuchen, tragfähige Ideen zu entwickeln. Bei dieser Diskussion gilt es jedoch, nichts über das Knie zu brechen, sondern alle Interessen genau und sorgsam gegeneinander abzuwägen“, stellte der Minister fest. Schritt für Schritt wolle man die Mitgliederzahl vergrößern und darauf hinwirken, dass auch immer mehr kleinere Gemeinden Mitglieder des BKPV werden. Das Nebeneinander von BKPV und staatlicher Rechnungsprüfung könne durchaus in anderer Form gestaltet werden.

Auch das Innenministerium greift Herrmann zufolge auf das Wissen und die Erfahrung des BKPV zurück, wie etwa bei komplexeren Herausforderungen der kommunalen Haushaltsführung. Der Minister lobte die hervorragende Beratung des BKPV für seine Mitglieder im Bereich der Wirtschaftsführung: „Gerade in Corona-Zeiten können allein durch diese Tätigkeit regelmäßig Schwierigkeiten in der Zukunft verhindert und eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sowie rechtskonformes Handeln sichergestellt werden.“ Spätestens, wenn die Corona-Krise überwunden sei, bedürfe es bei kommunalen Entscheidungen zu Investitionen und Verschuldung wieder strategischer Weitsicht.

Die Folgen der Corona-Pandemie seien jedoch für den Staatshaushalt noch nicht endgültig absehbar. „Maßgeblich ist nun, die entstehenden Lasten so gleichmäßig auf die einzelnen Schultern zu verteilen, dass sie für alle tragfähig bleiben“, unterstrich Herrmann. „Daher wird der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes auf insgesamt über vier Milliarden Euro verdoppeln. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich.“ Insbesondere würden dadurch Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen.

Austarieren guter Lösungen

Als „eminent wichtig“ bezeichnete der neue Verbandsvorsitzende Elmar Stegmann die Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium des Innern, die mit einem guten, persönlichen Austausch einhergehe. Die Frage der Zuweisung weiterer Mitgliedsgemeinden beschäftige den BKPV seit der Prüfung des Obersten Rechnungshofs vor gut zehn Jahren. Der Gedanke der Konzentration der überörtlichen kommunalen Prüfung bei einer einzigen Einrichtung ist aus Stegmanns Sicht „systematisch richtig und gute Gründe sprechen dafür“.

„Die kommunalen Spitzenverbände mögen – auch ihrerseits mit guten Gründen – etwas zurückhaltender in der Zuweisungsfrage sein als Sie, Herr Staatsminister. Aber auch da zählen wir auf Sie und Ihr Haus“, hob Stegmann hervor. Das Austarieren guter Lösungen im Trilog von Ministerium, Prüfungsverband und Spitzenverbänden sei „ein sehr guter Weg, den wir gerne gehen“.

Wichtig für den Prüfungsverband seien Planungssicherheit, für eine gute Prüfung und Beratung seiner Mitglieder ausreichende personelle Ressourcen sowie eine passgenaue Finanzierung mit den drei Säulen Gebühren, Beiträgen und Staatszuschuss. „Ich bin sicher: Wir finden eine Lösung, die von allen Beteiligten mitgetragen werden kann“, zeigte sich Stegmann überzeugt. **DK**

Bayerns Gesundheitsministerin zum „Welttag der seelischen Gesundheit“:

Freistaat investiert in Beratung und Behandlung

Psychische Belastungen durch Corona ernst nehmen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml rief anlässlich des „Welttags der seelischen Gesundheit“ am 10. Oktober dazu auf, die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie für das psychische Wohlergehen ernst zu nehmen. Huml sagte: „Die Pandemie bringt viele Belastungen mit sich. Deshalb ist es wichtig, auf die seelische Gesundheit zu achten und sich bei Bedarf rechtzeitig fachkundige Unterstützung zu holen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Das bayerische Gesundheitsministerium fördert gezielt Beratungs- und Behandlungsstrukturen. Außerdem informieren wir unter anderem mit Anzeigen in Zeitungen sowie mit Filmen im Fernsehen und im Internet darüber, was Menschen aktiv für die eigene seelische Gesundheit und die ihrer Mitmenschen tun können. Dies ist Teil der Kampagne ‚Bitte stör mich – Aktiv gegen Depressionen‘.“

Huml betonte: „Damit wollen wir zeigen: Wir lassen niemanden allein! Psychische Erkrankungen dürfen nicht stigmatisiert oder tabuisiert werden, denn dies kann, zusätzlich zur erheblichen Belastung für Betroffene und ihre Angehörigen, verhindern, dass Hilfe in Anspruch genommen wird.“

Wohnortnähe

Die Ministerin erläuterte: „Es ist mir ein persönliches Anliegen, langfristig in die wohnortnahe psychiatrische Versorgung zu investieren. Der Freistaat hat in den vergangenen 20 Jahren rund eine Milliarde Euro an die Träger psychiatrischer und kinder- und jugendpsychiatrischer Kliniken für notwendige Investitionen gezahlt. Diesen Kurs setzen wir fort. Derzeit sind 24 Bauprojekte, mit einem Gesamtvolumen von rund 480 Millionen Euro fest zur Finanzierung aus dem Krankenhausförderetat eingeplant. Das sind Investitionen in die Zukunft, die die Qualität der Versorgung für psychisch erkrankte Menschen weiter verbessern.“

Neue Standorte

Huml betonte: „Wir haben dabei schon viel erreicht. In den vergangenen zehn Jahren haben wir die Zahl der Standorte zur Versorgung von psychisch kranken Patienten von 52 auf 69 erhöht. Dadurch konnten wir rund 13 Prozent mehr Betten (6.409 im Jahr 2010 im Vergleich zu 7.267 Ende 2019) schaffen. Die tagesklinischen Plätze haben wir mehr als verdoppelt (698 im Jahr 2010 im Vergleich zu 1.422 Ende 2019).“

Von zentraler Bedeutung ist zudem der landesweite Aufbau von Krisendiensten. Huml erklärte: „Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot, das den Menschen rasch und wirksam Unterstützung in psychischen Notlagen bieten soll. Bislang gibt es dieses Angebot bereits in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Ab Juli 2021 sollen die Krisendienste bayernweit und rund um die Uhr erreichbar sein.“

Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

In jedem Bezirk besteht der Krisendienst aus einer Leitstelle sowie mobilen Einsatzteams. Für den Aufbau und Betrieb der Leitstellen sind im aktuellen Doppelhaushalt mehr als 18 Millionen Euro vorgesehen. Die bayerischen Bezirke finanzieren die mobilen Teams. Grundlage ist das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz.

Nach Schätzungen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit leiden in Bayern rund 2,8 Millionen Menschen in der Altersgruppe der 18- bis 79-Jährigen im Laufe eines Jahres an einer klinisch relevanten psychischen Störung. Depression zählt mit rund einer Million betroffenen Erwachsenen zu den häufigsten psychischen Erkrankungen. ❐

Innenminister Herrmann verstärkt Maskenkontrollen

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erhöht den Druck auf Maskenmuffel: Angesichts der deutlichen Anstiege der Corona-Neuinfektionen hat der Innenminister bayernweit verstärkte Polizeikontrollen zur Überwachung der verschärften Maskenpflicht angeordnet. „Die Bayerische Polizei wird bis auf Weiteres noch häufiger und konsequenter kontrollieren, ob die Maskenpflicht eingehalten wird“, kündigte Herrmann an.

Schwerpunkte sind laut Herrmann der öffentliche Personenverkehr, bei dem die Maskenpflicht grundsätzlich gilt, sowie stark frequentierte Plätze, an denen Maskenpflicht angeordnet wurde. „Wir müssen alles unternehmen, um die sprunghafte Ausbreitung des hochgefährlichen Virus einzudämmen und gleichzeitig einen Lockdown zu verhindern“, begründete Herrmann diesen Schritt. Gerade das Tragen einer geeigneten Mund-Nasen-Bedeckung helfe, diesen schwierigen Spagat zu schaffen. „Leider sind nicht alle vernünftig genug, das zu kapieren“, bedauerte Herrmann. „Deshalb wird die Polizei Verstöße gegen die Maskenpflicht konsequent mit einem Verwarnungsgeld sanktionieren oder sogar Anzeige beim Gesundheitsamt erstatten. Dann drohen saftige Geldbußen von mindestens 250 Euro.“ Insgesamt rund 25.000 Verstöße gegen die Maskenpflicht hat die Bayerische Polizei bislang festgestellt.

www.stmgp.bayern.de/coronavirus/rechtsgrundlagen/ ❐



Heike von Eyb von der Stadt Amberg und Nicole Graf vom Landkreis Amberg-Sulzbach (v.li.) sind die Ansprechpartnerinnen für das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“. Oberbürgermeister Michael Cerny und Landrat Richard Reisinger stehen hinter der Arbeit der beiden Frauen. Bild: Christine Holledere

1000 Schulen für unsere Welt:

Stadt und Landkreis fördern Zukunftsperspektiven

Die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach machen gemeinsame Sache. Beide leisten einen Beitrag, um in den ärmsten Ländern der Welt Kindern und Jugendlichen eine lebenswertere Zukunft zu ermöglichen. Mit der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, wird dies verwirklicht. An dieser Initiative beteiligt sich nun nicht mehr nur die Stadt Amberg, sondern auch der Landkreis Amberg-Sulzbach.

Ähnlich wie die Stadt Amberg dies bereits seit einigen Monaten praktiziert wird auch der Landkreis als neuer Partner nicht direkt als Projektant auftreten, sondern diese Aufgabe in die Hände zweier Vereine legen. Als verlässliche Partner konnten hier die „Projekthilfe Dr. Luppa“ und der Verein „Socialis for the Gambia“ gewonnen werden.

Erfahrung und die Kontakte

„Beide Vereine verfügen über die nötige Erfahrung und die Kontakte, um die hier gesammelten Spendengelder zu 100 Prozent vor Ort zielführend einzusetzen“, ist Landrat Richard Reisinger überzeugt.

Neue Perspektiven schaffen

Bildung fördern, Armut verringern und neue Perspektiven vor Ort schaffen. Das ist der Grundgedanke des Projekts „1000 Schulen für unsere Welt“. Laut Oberbürgermeister Michael Cerny ein wirksamer Beitrag zur Entwicklungsarbeit, aber auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen. „Bildung ist der beste und sinnvollste Weg, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in der Heimat zu verbleiben und dort ihr Leben frei gestalten zu können“, sagt das Stadtoberhaupt.

Solidarität und Mitmenschlichkeit

Dass das Amberg-Sulzbacher Land mit seinen Einwohnern hier Unterstützung leisten kann, sind sich Landrat und Oberbürgermeister sicher. „Schon bei der Flüchtlingskrise haben die Menschen in der Region gezeigt, was Solidarität und Mitmenschlichkeit bedeutet“, so Landrat Richard Reisinger. Ziel jetzt ist es, in Afrika die Bildung zu fördern und Schulen zu bauen.

Für ca. 50.000 Euro kann in Afrika eine Schule gebaut werden. Damit werden pro Schule und Jahr bis zu 1.000 Schülern 1.000 Bildungs- und Zukunftsperspektiven geboten. „Jeder kann hier helfen und mit einem kleinen Beitrag bei der Umsetzung eines großen Projekts mitwirken“, sagen Nicole Graf vom Landkreis Amberg-Sulzbach und Heike von Eyb von der Stadt Amberg, die das Projekt betreuen und v.a. Kontakt zu den Vereinen Projekthilfe Dr. Luppa und Socialis for the Gambia halten und die Umsetzung der Projekte vor Ort beobachten.

Socialis for the Gambia sammelt beispielsweise Spendengelder, um den Kindern eine schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Das bedeutet konkret, es wurde ein Schul- und Ausbildungsgebäude gebaut und eine Mittagsverpflegung angeboten, oft die einzige Mahlzeit des Tages. Mehr als 600 Kinder besuchen den vom Verein unterstützten Kindergarten und die Schule.

Viele Einsatzgebiete

Die Projekthilfe Dr. Luppa blickt auf eine mehr als 55-jährige Erfahrung zurück. Was in den 1960er-Jahren mit Medikamentenspenden sowie Krankenhäusern in Peru und auf den Philippinen begann, hat sich im Laufe der Jahre auf viele weitere Einsatzgebiete, z.B. Afrika, ausgeweitet. Mit den Spendengeldern möchte der Verein seine Schule in Togo weiter ausbauen und ausstatten.

Spenden werden weiter gesammelt. Dazu wurde laut Oberbürgermeister Michael Cerny und Landrat Richard Reisinger bei der Sparkasse Amberg-Sulzbach eigens ein gemeinsames Spendenkonto für die Stadt und den Landkreis eingerichtet, um gemeinsam noch mehr bewegen zu können. „Helfen Sie mit!“, so der Wunsch der beiden. ❐

Faire Woche ganz groß an Abensbergs Schulzentrum

Die bundesweite Faire Woche 2020 nahmen einige Klassen der Aventinus Mittelschule und der Staatlichen Wirtschaftsschule Abensberg zum Anlass für eine Projektwoche, die Vertreter des Eine Welt-Forums als „beispielgebend“ bezeichneten. Rektor Wolfgang Brey freute sich über das Lob und betonte, dass die verantwortlichen Lehrer es geschafft hätten, durchwegs interessante Themen aufzubereiten, die in die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler eingebettet sind. Und die waren mit Eifer und Begeisterung dabei und beschäftigten sich mit zehn Themen auf zehn Stationen verteilt, in den Klassenzimmern und auch in der Aula.

Die Lehrerinnen Susanne Elsner, Sabrina Sendtner und Nadine Dietz hatten zuvor die Themen erarbeitet, die von ihren Klassen – der 7c, der M8a und der W8 – bearbeitet wurden. Das traf offenbar den Nerv: „Es ist so still heute“, bemerken die Lehrerinnen. „Die Schüler sind ganz eng dabei.“ Und sind berührt: „Kaba – von Kindern für Kinder“, hat ein Junge formuliert, nachdem er sich mit dem Thema Kinderarbeit beschäftigt hatte. „Die Station Kinderarbeit hat viele sehr betroffen gemacht“, so Rektor Brey. Auch die anderen Themen wurden fleißig bearbeitet und blieben nicht nur Theorie. So wurde eine Blindverkostung zum Thema „Schmeckt jede Schokolade gleich?“ mit konventioneller und mit Fair Trade-Schokolade angeboten, die „Geschichte des Kakaos“ wurde als Rätsel aufbereitet, Anbau und Ernte ebenfalls. Mit der Frage „Was versteht man unter Fair Trade?“ wurden die Schüler mit Schlagworten wie Arbeitsschutz, Ausbeutung, Pestiziden, Kinderarbeit und Kinderarmut konfrontiert. Weitere Stationen waren „Gutes Leben“ und was man damit verbindet. Auch „Unterwegs im Siegeldschungel“ war als Station mit dabei. Welchem Siegel kann man vertrauen? Wie die Stadt Abensberg zur „Fair Trade-Stadt“ wurde war ein weiteres Thema. Brey hatte dazu Richard Zieglmeier eingeladen. Der Stadt- und Kreisrat der Grünen war Umweltreferent in Abensberg, als der Stadtrat beschloss, zur Fair Trade-Stadt zu werden. Er zeigte sich – wie die Vertreterinnen vom Eine Welt-Forum Abensberg – begeistert über die Aktivitäten im Schulzentrum.

Weil alles so wunderbar geklappt hat, verloste das Eine Welt-Forum Abensberg nach Abschluss der Aktionswoche unter den aktiven Klassen kleine Präsente. Fünf Schultüten konnte Schul-Sekretärin Angelika Mandlik als Glücksfee an Anna-Lena Hilz, Valentin Novi, Lilly Sophie Nölte, Simona Krasteva und Halit Budkova übergeben.

Das Beispiel macht buchstäblich Schule. Rektor Brey plant, dass sich alle Klassen mit diesen Projekten beschäftigen. „Es war toll zu sehen, wie sich die Schüler reingehängt haben.“ ❐

Webcast für Berufsbildungsakteure

ÜBZO hilft bei Verbesserung von Lehrerausbildung und Unterrichtsqualität in China

Alle reden von digitaler Lehre und von Internationalisierung; im Überbetrieblichen Bildungszentrum in Ostbayern (ÜBZO) wird beides gelebt. Während des Lockdowns in der Coronakrise fand das erste Online-Seminar zum Thema „Aufbau von chinesischen und deutschen Lehrsystemen in der dualen Ausbildung“ statt, organisiert und erfolgreich durchgeführt von der Talententwicklungsinitiative des chinesischen Ministeriums für Industrie und Informationstechnologie in Peking und dem ÜBZO mit Sitz in Weiherhammer. Das ÜBZO ist der deutsche Bildungspartner des AnKeLi Sino-German Dual Vocational Education & Training (DVET) Institute, das sich ebenfalls aktiv an dem Seminar beteiligte.

Das Seminar wurde in Form eines Webcast übertragen. Mehr als 100 Berufsbildungsakteure aus Deutschland und China nahmen daran teil. Mit dabei waren Prof. Dr. Erich Bauer, Geschäftsführer des ÜBZO, Huang Wenjun, General Manager des DVET Institute, Schulleiter aus unterschiedlichen Berufsschulen und Colleges in China sowie Experten des ÜBZO. Ziel des virtuellen Meetings war es, den chinesisch-deutschen Austausch zu verfestigen, die Lehrerausbildung zu stärken und das Unterrichtsniveau in China zu verbessern.

Während des Seminars präsentierte Prof. Bauer das duale Ausbildungssystem in Deutschland und hob die Unterschiede zwischen der Lehrerausbildung in Deutschland und China hervor.

Um den Schulleitern im virtuellen Raum ein reales Gefühl für das deutsche Ausbildungssystem zu vermitteln, gab es praktische Beispiele von Christine Ritter, Referentin für Weiterbildung und Berufsorientierung im ÜBZO. Sie demonstrierte den Teilnehmern, was unter handlungsorientierten Unterrichtsmethoden zu verstehen ist – wie Brainstorming, Anti-Brainstorming, Fishbone-Diagramm und Weltkaffee funktioniert.

Sonja Prüll, Leiterin der Abteilung Internationales im ÜBZO, beantwortete die Fragen der Schulleiter und erläuterte, wie das duale Ausbildungssystem in die chinesischen Schulen eingeführt und der Unterricht gestaltet werden kann.

Die chinesischen Direktoren sind sehr an Online-Schulungen für Lehrkräfte von Berufsschulen und Colleges interessiert. Deshalb werden das Pekinger Ministerium und das ÜBZO gemeinsam zeitnah eine Online-Schulungsreihe zum Thema „Didaktische Lehrerfortbildung in der beruflichen Bildung“ anbieten.

Um die Qualität sicherzustellen, wird die Schulung in Gruppen mit maximal 24 Teilnehmern über das virtuelle Klassenzimmer des ÜBZO interaktiv gestaltet. Prof. Bauer: „Die Lehrer von Berufsschulen und Colleges sind herzlich eingeladen, sich aktiv daran zu beteiligen. Die duale Berufsausbildung in Deutschland erfährt in China eine hohe Wertschätzung. Hier können wir ganz konkret Unterstützung und Austausch bieten.“ ❐

Denkfabrik gegen den weltweiten Hunger

Seit fünf Jahren arbeitet das globale Innovationszentrum des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) in München daran, vielversprechende Ideen und Lösungswege für eine Welt ohne Hunger zu unterstützen. „In dieser Denkfabrik entstehen Ideen, wie wir nachhaltig helfen können, den Hunger in der Welt zu bekämpfen und Ernährungskrisen gezielt zu entschärfen“, sagte Bayerns Ernährungsministerin Michaela Kaniber. Das globale Zentrum bündelt und fördert weltweite innovative Projekte. „Der Freistaat Bayern wird das Innovationszentrum in den kommenden fünf Jahren mit rund einer Million Euro jährlich unterstützen“, sagte Kaniber.

Die Top-Universitäten, Forschungszentren, Großunternehmen mit Visionen und eine ausgeprägte Start-up-Szene waren die Ansiedelungsgründe für den „WFP Innovation Accelerator“. In enger Zusammenarbeit generierte sie über 5.000 Innovationsanträge. Von Bayern aus wurden mehr als 80 Pilotprojekte unterstützt. Das Innovationszentrum erreichte allein im vergangenen Jahr insgesamt 1,4 Millionen Menschen in 45 Ländern. ❐

15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft

Montag bis Mittwoch, 14. bis 16. Juni 2021
im World Conference Center Bonn

→ Kommunen sind als Pioniere des Wandels für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Bewältigung globaler Herausforderungen entscheidend. Doch was bedeutet das konkret?
→ Wir bieten informative Formate zu lokalen Nachhaltigkeitsstrategien, gesellschaftlichem Zusammenhalt, fairer Beschaffung, kommunalen Partnerschaften und weiteren aktuellen Themen wie Digitalisierung und Pandemiebewältigung.
→ Interesse geweckt? Die Voranmeldungen und weitere Informationen finden Sie hier:

https://skew.engagement-global.de/bundeskonferenz.html

ENGAGEMENT GLOBAL Service für Entwicklungsinitiativen
mit ihrer SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT
im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
in Kooperation mit ZUKUNFT. FUTURE. AVENIR. BONN. 17 Ziele. Eine Zukunft.

Eigenkapital im Mittelstand stärken

Bayerische Real- und Finanzwirtschaft legt gemeinsames Positionspapier vor

Vertreter der bayerischen Finanz- und Realwirtschaft sprechen sich für gezielte Maßnahmen aus, um die Eigenkapitalsituation des von der Corona-Krise getroffenen Mittelstands zu verbessern. Unterzeichnet haben die Forderungen die Industrie- und Handelskammer München Oberbayern, die Handwerkskammern in Bayern, der Genossenschaftsverband Bayern, der Sparkassenverband Bayern und der Bayerische Bankenverband. Die Vorschläge sollen in laufende Beratungen bei der Bundesregierung eingespeist werden.

Wegen der Corona-Pandemie mussten viele Unternehmen Umsatzeinbußen hinnehmen. Die Folge: Rund ein Drittel klagt über einen Rückgang im Eigenkapital. Durch die Verschlechterung der Eigenkapitalsituation sinkt die Bonität der Unternehmen, die Kreditfinanzierung wird erschwert und der wirtschaftliche Aufschwung verliert an Fahrt.

Bund und Länder haben auf dieses Problem reagiert, indem sie Unterstützungsleistungen für das Eigenkapital, wie den Bayern-Fonds, aufsetzen. Allerdings zielen diese Maßnahmen auf größere Unternehmen. Für die Breite der mittelständischen Unternehmen gibt es keine passenden Instrumente zur Eigenkapitalstärkung.

In einem Positionspapier fordern die Verbände daher steuerliche Verbesserungen, damit Mittelständler ihre Eigenkapitalpositionen rasch wiederaufbauen können. Es gelte, die steuerliche Verlustrechnung auszuweiten. Als wesentliches Hemmnis wird der drohende Verlustuntergang beim Wechsel von Anteilseignern betrachtet. In der Krise würden dadurch wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen, wie der Eintritt neuer Investoren in notleidende Betriebe, behindert. Deshalb sollte der Verlustuntergang auf wirkliche Missbrauchsfälle beschränkt werden. Ergänzend zur Ausweitung der Verlustverrechnung sollte zudem die Möglichkeit geschaffen werden, eine steuerfreie „Corona-Rücklage“ im Jahresabschluss 2019 zu bilden.

Bildung von Eigenkapital

Um die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Betriebe zu stärken, sei die sog. Thesaurierungsrücklage mittelstandsfreundlich und praxisgerecht fortzuentwickeln. Die Voraussetzungen für die Bildung von Eigenkapital seien zu verbessern, da nach der derzeitigen Ausgestaltung nur wenige auf Dauer ertragsstarke Personenunternehmen die Regelung zur Begünstigung nicht entnommener Gewinne nutzen können.

Darüber hinaus sprechen sich die Unterzeichner für die praxisgerechte Ausgestaltung regulatorischer Vorgaben bei den Eigenkapitalanforderungen in Bezug auf Unternehmen aus. Gesellschaften, bei denen mehr als die Hälfte des Eigenkapitals aufgebraucht ist, hätten keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Diese Intention sei grundsätzlich richtig, allerdings würden durch eine unzureichende EU-Definition auch zahlreiche KMU ausgeschlossen, die berechtigterweise Hilfen erhalten sollten.

Zugang zu Corona-Hilfen

Um diesen Unternehmen den Zugang zu Corona-Hilfen zu ermöglichen, sollte die Definition für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ vereinfacht werden. So könnte zum Beispiel die Definition auf solche Unternehmen eingeschränkt werden, die Gegenstand eines Insolvenzverfahrens sind. Diese vereinfachte Regelung sei nach der De-minimis-Beihilfe-Regelung für Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten schon heute möglich und werde von einigen Förderbanken (nicht KfW) bei der Antragsprüfung aktuell so ausgelegt.

Zudem wird die Auflage eines kreditnahen Produkts der Förderbanken vorgeschlagen, das Nachrang- bzw. Eigenmittelcharakter hat. Die Vorschläge sollten in laufende Beratungen bei der Bundesregierung eingespeist werden. Alternativ könnte eine Mindest-Ausfallwahrscheinlichkeit als Beurteilungskriterium für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ herangezogen werden. Durch eine Nachbesserung der Definition wären zahlreiche sinnvolle Geschäftsfortführungen möglich.

Passgenaue Lösung

Weiterer Vorschlag: Rund 97 % der Unternehmen haben weniger als 20 Mitarbeiter. Sie sind demzufolge von den Möglichkeiten, die der Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Bayernfonds bieten, ausgeschlossen. Meist sei auch eine Direktbeteiligung (z.B. über die BayBG oder Beteiligungsgesellschaften) nicht passgenau. Deshalb wird die Auflage eines kreditnahen Produkts der Förderbanken vorgeschlagen, das Nachrang- bzw. Eigenmittelcharakter für KMU hat.

Für kleine und mittlere Unternehmen käme beispielsweise eine Modifikation des KfW-Programms „ERP-Mezzanine für Innovation“ in Betracht. Im Rahmen des Förderumfangs von 5 Mio. Euro sollten die bisherigen 60 % Mezzanine-Anteile durch die KfW auf 80 % aufgestockt werden, gekoppelt mit 20 % Hausbankkredit. Nachdem jeweils die finanzierende Bank mit ins Ausfallrisiko geht, erscheinen diese Anpassungen nach Auffassung der Unterzeichner vertretbar.

Nachteile dieser Instrumente lägen allerdings darin, dass eine umfangreichere Einzelfallprüfung erforderlich ist, als das bei den anderen Förderprogrammen der Fall ist. Strukturen müssten erst bei Förderinstituten oder Bürgschaftsbanken aufgebaut werden, so dass ein zeitlicher Vorlauf hierfür erforderlich ist.

Und letztendlich müsste auch bei einem Nachrangdarlehen ein Exitszenario vorhanden sein, d.h. die Kapitaldienstfähigkeit muss langfristig wiederhergestellt werden. „Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, im ersten Schritt den steuerlichen Verlustrücktrag auszuweiten und dann im zweiten Schritt weitergehende Maßnahmen in diese Richtung umzusetzen“, heißt es in dem Papier.

Insolvenz vermeiden

Aus Sicht der Verbände müssen ferner zukunftsfähige Restrukturierungen auch für kleine Unternehmen ermöglicht werden. Die Restrukturierungsrichtlinie sollte spätestens bis 31.12.2020 in nationales Recht umgesetzt werden, um Unternehmen zusätzlich einen rechtssicheren Weg der Sanierung auch vor einem Insolvenzverfahren zu eröffnen. Bei überschaubarer Gläubigerzahl könnte eine Insolvenz vermieden und die Fortführung von Betrieben ermöglicht werden.

„Nachdem wir mit einer erhöhten Insolvenzzahl durch die Corona-Pandemie zu rechnen haben, könnte Gläubigern und Unternehmern dadurch geholfen und Gerichte entlastet werden. Außerdem wäre die Sanierungsmediation eine gute Ergänzung zum Beratungsangebot der LfA Taskforce in Bayern. Dieses Angebot sollte zudem in der aktuellen Situation verstärkt beworben werden“, heißt es abschließend. **DK**

Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung:

Eigenmittelanteil bei Förderprogrammen für Kommunen

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat ein Diskussionspapier zur Frage „Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben?“ veröffentlicht. Vertiefend beleuchtet wird dabei die Problematik des kommunalen Eigenmittelanteils.

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass strukturschwache Kommunen durch das aktuelle Fördersystem benachteiligt werden. So ist es für diese Kommunen aufgrund begrenzter Personalkapazitäten deutlich schwieriger, über die Vielzahl an Förderprogrammen mit jeweils höchstindividuellen und komplexen Förderbedingungen den Überblick zu behalten und entsprechend Förderanträge zu stellen. Zudem leide die kommunale Selbstverwaltung unter der engen Zweckbindung von Förderprogrammen.

Aufgrund begrenzter Finanzmittel können finanzschwache Kommunen vielerorts nicht dort investieren, wo es gerade angezeigt ist, sondern müssen sich daran orientieren, für welche Vorhaben Fördermittel von der EU, dem Bund und dem jeweiligen Bundesland zur Verfügung gestellt werden. Der zumeist notwendige Eigenmittelanteil schränkt Investitionen für andere notwendige, aber eben nicht förderberechtigte Vorhaben, nahezu vollumfänglich ein.

Finanzschwache Kommunen haben zudem große Schwierigkeiten, den Eigenmittelanteil überhaupt erbringen zu können und verzichten daher von vorneherein auf eine Bewerbung. Folge ist, dass finanzstarke Kommunen, da sie vor allem die entsprechenden Personalressourcen haben sowie den notwendigen Eigenanteil aufbringen können, letztlich stärker als finanzschwache Kommunen von Förderprogrammen profitieren.

Empfohlen wird unter anderem, den Kommunen zu ermöglichen, beim Eigenanteil alternativ auch Personal- und Sachleistungen geltend machen zu können. Zudem sollte es Kofinanzierungshilfen durch das Land geben. Besonders finanzschwache Kommunen sollten vom Eigenanteil befreit werden. Grundsätzlich sollten Förderprogramme niedrigschwellig angesetzt und auch eine Bündelung von Programmen zugelassen werden.

Zu hoher bürokratischer Aufwand für kleine Gemeinden

Insgesamt ist der bürokratische Aufwand für die Fördermittelbeantragung für kleine und eher ländlich geprägte Gemeinden zumeist zu hoch. Die Fördermittelgeber, insbesondere auf Landesebene, sollten daher Beratungs- sowie Unterstützungsangebote zu den Programmen schaffen. Entscheidend ist zudem eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen. Fördermittel sollten die Ausnahme darstellen und sich darauf beschränken, neue Entwicklungen anzustoßen und besondere Missstände zu beheben.

Empfohlenes Fördernetzwerk

Kommunen wird unter anderem empfohlen, sich zur Kapazitätsbündelung mit umliegenden Gemeinden zu einem Fördernetzwerk zusammenzuschließen. Auch die Finanzierung einer Stelle für die Akquise von Fördermitteln auf Gemeindeverbandsebene wird angeregt.

Unterstützt werden die vorgeschlagenen Empfehlungen vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Zweifelsfrei bedürfe es auf kommunaler Ebene an erster Stelle einer aufgabengerechten Finanzausstattung. Fördermittel könnten hier keinen Ersatz darstellen. Gleichwohl könnten Fördermittel aber der richtige Weg sein, um neue Entwicklungen anzustoßen und massive Rückstände aufzuholen. Der DStGB spricht sich daher auch für eine Aufstockung und Entfristung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes aus.

Auch im Rahmen von EU-Programmen fällt laut DStGB in der Regel ein kommunaler Eigenmittelanteil an. Hier sei hervorzuheben, dass es auf Druck der Kommunalverbände auf europäischer Ebene seit der letzten Förderperiode immerhin möglich ist, dass der Eigenanteil auch z.B. über Spenden fremdfinanziert werden kann. Zuvor musste der Eigenanteil direkt aus dem Haushalt kommen, was Haushaltssicherungskommunen von der Kommunalaufsicht häufig dann untersagt wurde.

Lockerung der Zweckmittelbindung angemahnt

Der Kommunalverband mahnt schon lange eine Lockerung der zumeist recht strikten Zweckmittelbindung sowie die Atomisierung der Förderprogramme an. Die zunehmende Anzahl separater Förderprogramme mit jeweils abweichenden Förderbedingungen erhöhe den administrativen Aufwand erheblich. Dieser sei gerade für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum nicht mehr händelbar.

Aus Sicht des DStGB müssten künftige Förderprogramme deutlich stärker als bisher finanzschwache und kleine Kommunen in den Blick nehmen. Künftig sei sicherzustellen, dass Investitionen weder an der Erbringung des Eigenmittelanteils noch am administrativen Aufwand scheitern. **DK**

Außergewöhnliche Förderbilanz:

LfA vergibt bayerische Corona-Hilfen von über 1,2 Mrd. Euro

Kleine und mittelständische Betriebe profitieren von spezieller bayerischer Förderung

Die LfA Förderbank Bayern hat in den ersten sechs Monaten der Corona-Pandemie mehr als 5.900 Kredite als Corona-Hilfen vergeben. Das bis Mitte September zugesagte Kreditvolumen in den Sonderprogrammen LfA-Schnellkredit, Corona-Schutzschirm-Kredit und Corona-Kredit – Gemeinnützige sowie den optimierten Programmen Universalkredit und Akutkredit beträgt insgesamt mehr als 660 Millionen Euro. Von den Vorteilen der durch den Freistaat Bayern ermöglichten eigenen bayerischen Förderprogramme profitierten insbesondere kleine und mittelständische Betriebe.

Allein mit dem LfA-Schnellkredit hat die LfA fast 4.200 Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten gefördert. Zudem wurden rund 65 LfA- und Staatsbürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von mehr als 485 Millionen Euro sowie rund 4.700 Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten im Gesamtvolumen von über 72 Millionen Euro bewilligt. Die LfA hat damit über 1,2 Milliarden Euro an Corona-Hilfen für den Wirtschaftsstandort Bayern zugesagt.

Zusammen mit ihren Standardkrediten hat die LfA die bayerische Wirtschaft von Mitte März bis Mitte September 2020 mit Darlehen in Höhe von fast 2 Milliarden Euro unterstützt. Dies ist ein Zuwachs von über 56 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Insgesamt profitierten rund 7.800 mittelständische Unternehmen und Kommunen von dem Angebot.

Über die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH, beides Unternehmen aus der LfA Gruppe, stellt die LfA den bayerischen Gründern und Unternehmern zur Stärkung ihrer Kapitalbasis überdies Eigenkapitalangebote, etwa den Startup Shield Bayern, den Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern oder den Wachstumsfonds Bayern, zur Verfügung.

„Die Finanzierungshilfen der LfA sind wichtige Bausteine der bayerischen Stabilisierungsstrategie. Mit diesen Finanzierungsinstrumenten unterstützen wir die mittelständischen Unternehmen schnell und verlässlich in der Coronakrise. So sichern wir den Fortbestand vieler Betriebe und erhalten zahlreiche Arbeitsplätze. Viele Betriebe wollen heraus aus der Krise und investieren in die Zukunft. Wir richten unsere finanziellen Hilfen sowie Förder- und Beratungsangebote daher nicht nur auf die akute Krisenbewältigung aus, sondern unterstützen den Mittelstand auch gezielt dabei, die Chancen von innovativen Technologien und Digitalisierung zu ergreifen“, sagt Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Erweitertes Instrumentarium

LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl ergänzt: „Unsere Finanzierungshilfen zur Bewältigung der Coronakrise sind beim bayerischen Mittelstand gefragt. Der LfA-Schnellkredit mit 100-prozentiger Risikoentlastung ist ein einfaches und wirksames Kreditprodukt speziell für kleine Betriebe. Durch die Ausweitung und Vereinfachung unserer Risikoentlastungen, mit dem Corona-Schutzschirm-Kredit, dem Corona-Kredit – Gemeinnützige, den Optimierungen bei Universalkredit und Akutkredit sowie unkomplizierten Tilgungsaussetzungen haben wir zudem unser Instrumentarium zur Unterstützung auch der größeren Betriebe deutlich erweitert.“

Für Zukunftsinvestitionen stünden den Unternehmen eine umfassende Gründungs- und Wachstumsförderung und die attraktiven Finanzierungsangebote für Energieeffizienz, Umwelt- und Klimaschutz sowie Innovation und Digitalisierung zur Verfügung. ❐

Bezirk Mittelfranken will unter den kommunalen Rettungsschirm

Der mittelfränkische Bezirkstag will unter den kommunalen Rettungsschirm, mehr Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich des Freistaats für die erbrachten Sozialhilfeleistungen (FAG-15-Mittel) und darüber hinaus eine prozentuale Beteiligung der Bezirke am allgemeinen Steuerverbund. Diese Forderungen erhebt das Gremium in einer Resolution, die in der jüngsten Sitzung im Forum Triesdorf von den Bezirksrätinnen und Bezirksräten einstimmig verabschiedet wurde.

Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sind beim Bezirk Mittelfranken in den letzten elf Jahren um 89 Prozent gestiegen, die FAG 15-Mittel lediglich um 17 Prozent. Dazu drohen die Steuerausfälle wegen der Corona-Pandemie auch den Haushalt des Bezirks Mittelfranken massiv zu belasten. Dieser finanziert sich über die Bezirksumlage, erhoben bei den kreisfreien Städten und Landkreisen. Sinkt deren Finanzkraft, fällt auch der Betrag, den die kommunale Ebene an den Bezirk überweist, geringer aus.

Hilfeleistungen dauerhaft sicherstellen

Doch wie können die gesetzlich verankerten Ansprüche und Hilfeleistungen des Bezirks für Menschen mit Behinderung, mit Pflegebedarf, für Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf, aber auch für die Patientinnen und Patienten in den psychiatrischen Krankenhäusern des bezirklichen Kommunalunternehmens mit weniger Geld dauerhaft sichergestellt werden? Eine Antwort auf diese Kernfrage ist in der Resolution nachzulesen: „Die bezirkliche Leistungsfähigkeit und die gesetzlichen Verpflichtungen können nur durch ausreichende Finanzmittel sichergestellt werden.“

Um dies zu erreichen, müssten die bayerischen Bezirke bei der Verteilung der Rettungsschirm-Mittel „ausreichend und direkt berücksichtigt werden“. Der mittelfränkische Bezirkstag fordert den Freistaat Bayern daher auf, „im Dialog mit den drei kommunalen Ebenen tragbare Lösungen zu finden und im Bund für die entsprechenden gesetzlichen Ausgleichsregelungen zu sorgen“. ❐

Steuerschätzung Bayern:

Auf stabilem Weg

Kommunale Spitzenverbände fordern vom Bund einen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle über 2020 hinaus

Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Freistaat in 2020 mit etwa 4,2 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen rechnen als vor der Krise erwartet. Dies ist laut Finanzminister Albert Füracker der mit Abstand stärkste Einbruch der vergangenen Jahrzehnte. Gleichwohl seien die Zahlen für 2020 auch ein Signal dafür, dass die von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft wirken. Man befinde sich auf einem „stabilen Weg".

Auch in den nächsten Jahren muss der Freistaat krisenbedingt mit deutlichen Mindereinnahmen rechnen. So sind im Vergleich zur letzten Schätzung vor der Krise rund 4,0 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen für 2021 zu erwarten (gegenüber Mai-Schätzung zusätzliches Minus von rund 1,3 Milliarden Euro), rund 3,6 Milliarden Euro in 2022 (gegenüber Mai-Schätzung zusätzliches Minus von rund 1,1 Milliarden Euro). Hier spiegeln sich vor allem die prognostiziert etwas langsamere Erholung der Wirtschaft in den kommenden Jahren sowie die mit Unterstützung Bayerns auf den Weg gebrachten massiven steuerlichen Unterstützungsmaßnahmen durch Bund und Länder wieder.

Bayern bleibt trotz der Mindereinnahmen dem eingeschlagenen Weg treu und setzt sich für Entlastungen und staatliche Investitionen ein. „Wir wollen zurück zur Schwarzen Null, aber mit Augenmaß. Jedes Unternehmen und jeder Arbeitsplatz, der in der aktuellen Ausnahmelage erhalten werden kann, sichert den Wohlstand von morgen", hob Füracker hervor. Investitionen und Maßnahmen, die Wirtschaft, Kommunen und Familien in Bayern durch die Krise helfen, werden daher im Jahr 2020 wie beschlossen fortgeführt. Damit sei sichergestellt, dass Wirtschaft und Bürger sich auf die bereits gegebenen Zusagen des laufenden Haushaltsjahres verlassen können.

Verlässliche Lösungen gefragt

Um ihre Aufgaben weiter erfüllen zu können, brauchen die Kommunen nach Auffassung der Präsidenten und Vorsitzenden der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern auch für 2021 verlässliche Auffanglösungen für Gewerbesteuerausfälle. Allein im zweiten Quartal 2020 lagen die Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Gemeinden und Städte um 33,6 % unter denen des Vorjahresquartals.

Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bezeichnete die Entscheidung der Bundesregierung, den Gewerbesteuerausfall 2020 der Kommunen zusammen mit den Ländern zu kompensieren, als ein wichtiges und kraftvolles Signal, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Die aktuelle Steuerschätzung lasse jedoch erkennen, dass die Kommunen auch in den Jahren 2021 und 2022 mit zum Teil erheblichen Ausfällen zu rechnen haben. Deshalb sei es dringend erforderlich, die Steuerausfälle der Kommunen auch über die Gewerbesteuer hinaus in den Folgejahren zu kompensieren.

Laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, verschafft die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 den Kommunen zumindest für kurze Zeit eine wichtige Verschnaufpause. Städte und Gemeinden hätten aber auch in den kommenden Haushaltsjahren eine Durststrecke zu bewältigen. Das Aufkommen der Gewerbesteuer breche in einzelnen Städten und Gemeinden teilweise dramatisch ein. „Wenn Kommunen weiter in Bauprojekte, Schulen oder Infrastruktur investieren sollen und wenn sie weiterhin für ihre Bürgerinnen und Bürger eine funktionsfähige Daseinsvorsorge bieten sollen, brauchen sie dauerhaft die nötigen finanziellen Spielräume. Wir brauchen daher auch 2021 und in den Folgejahren eine Kompensation fehlender Einnahmen."

Herr der Lage bleiben

Wie Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags ausführte, „sind wir dem Bund für sein 2020er Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket dankbar. Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung von 50 auf bis zu 75 % an den Kosten der Unterkunft, eine massive Beschleunigung des 5G-Ausbaus, die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und 2,5 Mrd. für die Ausfälle im Öffentlichen Nahverkehr waren wichtige Stützen, um kurzfristig und schnelle erste Antworten auf die Coronakrise geben zu können." Dennoch sei man noch längst nicht über den Berg. Alle politischen Ebenen benötigten einen mittelfristigen gemeinsamen Ansatz, um Herr der Lage zu bleiben. Dies bedeute insbesondere, dass die Gewerbesteuerausfälle über 2020 hinaus ausgeglichen werden müssen. „Auch 2021 müssen wir weiter investieren in Schulbauten, Straßeninstandsetzungen und die Digitalisierung."

„Auch für die bayerischen Bezirke ist der Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen durch die Corona-Pandemie eine große Belastung", hob Franz Löffler, Bezirkstagspräsident und Präsident des Bayerischen Bezirketags, hervor. „Wir kämpfen ohnehin seit Jahren mit steigenden Kosten, was zum Beispiel mit Gesetzesänderungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege zusammenhängt. Die Bezirke, die weitestgehend über kommunale Umlagen finanziert werden, sind auf solide Verwaltungshaushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Nur so können sie ihre Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge auch künftig zuverlässig erledigen. Ohne weitere Hilfsmaßnahmen würde das System der Kommunalfinanzierung schnell an seine Grenzen kommen. Deshalb unterstützt der Bezirketag ausdrücklich den gemeinsamen Appell der Kommunalen Spitzenverbände an den Bund, über das Jahr 2020 hinaus eine Ausgleichslösung für die Gewerbesteuerausfälle zu finden." **DK**

Bundesrat hinterfragt Entwurf des Risikoreduzierungsgesetzes:

Wichtiger Impuls für die Kreditversorgung

Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob die in der Corona-Krise eingeführten regulatorischen Erleichterungen für Banken fortgeführt werden können. Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt den Beschluss der Länderkammer als wichtigen Impuls für die Kreditversorgung und fordert die Bundesregierung auf, dem im weiteren Gesetzgebungsverfahren Rechnung zu tragen.

„Die regulatorischen Erleichterungen haben den Banken geholfen, in der Krise die Wirtschaft schnell und effektiv mit Finanzierungen zu versorgen. Diesen Schwung gilt es beizubehalten. Deshalb kommt der Vorstoß des Bundesrats genau zur rechten Zeit. Wer jetzt die regulatorischen Schrauben zu stark und zu schnell wieder anzieht, droht den Finanzierungsmotor abzuwürgen", kommentierte GVB-Präsident Jürgen Gros die Stellungnahme des Bundesrats.



Dr. Jürgen Gros. ❐

Gegenstand des Beschlusses ist der Entwurf des Risikoreduzierungsgesetzes (RiG), mit dem die Bundesregierung europäische Bankenregeln in deutsches Recht umsetzt. Neben Änderungen an einzelnen Regelungen plädiert die Länderkammer dafür, insgesamt die Proportionalität und Praxistauglichkeit der Finanzmarktregulierung zu verbessern und Bürokratie abzubauen.

Praxistauglichkeit der Finanzmarktregulierung verbessern

„Jetzt ist die Zeit, Lehren aus der Krise zu ziehen und im Sinne der wirtschaftlichen Erholung eine Bankenregulierung zu schaffen, die Sicherheit gibt, ohne den Handlungsspielraum von Finanzinstituten übermäßig einzuschränken. Regeln, die keinen erkennbaren Nutzen stiften, gehören auf den Prüfstand", betonte GVB-Präsident Gros. Der Genossenschaftsverband Bayern hatte bereits Ende April einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik, Aufsicht und Banken angeregt, um die Bankenregulierung einem Fitness-Check zu unterziehen. ❐



100 Jahre Kommunal-Versicherung in Bayern

Besondere Betreuung der Kommunen in Bayern und der Pfalz

Von Raimund Lichtmannegger, Leiter Direktion Öffentliche Einrichtungen

Für alle Kommunen und kommunale Unternehmen in Bayern und der Pfalz bietet die Versicherungskammer Bayern seit hundert Jahren einen jeweils zeitgemäßen Rundum-Versicherungsschutz. Seit mehr als sechs Jahrzehnten gibt es zudem einen besonderen Service: Die Kommunen werden durch eigene Direktionsbevollmächtigte der Versicherungskammer Bayern und der Pfälzischen Pensionsanstalt Bad Dürkheim persönlich beraten und unterstützt.

Siebzehn Direktionsbevollmächtigte mit Dienstsitzen in allen Regierungsbezirken kümmern sich um die kommunalen Versicherungsnehmer in Bayern. In der Pfalz nehmen sich drei Direktionsbevollmächtigte mit Sitz bei der Pfälzischen Pensionsanstalt in Bad Dürkheim der Belange der Kommunen an. Unterstützt werden sie in ihren Aufgaben durch insgesamt sieben Direktionsbevollmächtigte im Innendienst.

Alle Direktionsbevollmächtigte sind ausschließlich für die Kommunen und kommunale Tochterunternehmen zuständig. Damit verfügen sie über ein ausgeprägtes Spezialwissen in ihrem Aufgabenbereich. In Kombination mit den fundierten Kenntnissen der Verwaltungsabläufe und daraus resultierender potenzieller Risiken ist eine bedarfsgerechte Beratung auf höchstem Niveau möglich.

Beziehung auf Augenhöhe

Klare Zuständigkeiten, eine 1:1-Beziehung zwischen Kunde und Berater sowie die Eingrenzung auf das kommunale Kundensegment ermöglichen eine effiziente und damit kostengünstige Organisation. Durch die Festanstellung der Mitarbeitenden fallen keine Provisionen oder Courtagen an. Die außergewöhnlich niedrige Kostenquote wird in Form günstiger und stabiler Prämien an die Kunden weitergegeben, was wiederum zur Haushaltsstabilität in den Kommunen beitragen kann.

Individuelle Beratung und Betreuung vor Ort

Regelmäßige Anpassung bestehender Verträge an aktuelles Geschehen in den Kommunen, individuelle Beratung und Betreuung vor Ort, Risikomanagement mit speziellen Deckungskonzepten und Hilfestellung bei der Ermittlung von Versicherungssummen gehören ebenso zur täglichen Arbeit wie die Unterstützung nach einem Schadenfall.

Über eine hohe Exzellenz verfügen die Direktionsbevollmächtigten im Bereich der Wertermittlung von Gebäuden. Für außergewöhnliche Risiken können sie zudem auf eigene Sachverständige und spezialisierte Underwriter in den Fachabteilungen zurückgreifen.

Mit Vor-Ort-Schulungen werden neue Versicherungssachbearbeiter in Kommunen mit den Besonderheiten des kommunalen Versicherungsschutzes vertraut gemacht. Neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können sich zu den persönlichen Haftungen und den entsprechenden Deckungskonzepten auf speziellen Einführungsveranstaltungen in den Regionen informieren. Gerne nehmen die Direktionsbevollmächtigten auch Einladungen zur Teilnahme an Bürgermeisterdienstbesprechungen, Gemeinderatssitzungen und sonstigen Veranstaltungen kommunaler Kunden an und informieren dabei zu aktuellen Themen. In jüngster Zeit werden z.B. vermehrt Referate zur Elementarschadenversicherung oder zu den sogenannten Cyber-Risiken nachgefragt.

In ihrem Tagesgeschäft können die Direktionsbevollmächtigten auf speziell für die Kommunen abgestimmte Versicherungslösungen zurückgreifen. Die Kommunale Haftpflichtversicherung beispielsweise unterstützt mit einer umfassenden Deckung auch die schlanke Verwaltung der Kommune. Eine detaillierte Risikoerfassung oder Anzeige neu hinzukommender Risiken ist nicht erforderlich; es besteht automatisch Versicherungsschutz für alle kommunalen Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis. Ebenso sind alle Eigenbetriebe und rechtlich selbständige Unternehmen mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung (GmbHs, AöR etc.) vom Versicherungsschutz umfasst.

Bei der Kommunalen Kassenversicherung handelt es sich um ein speziell an den Bedürfnissen der Kommunen ausgerichtetes Konzept zur Absicherung entstehender Vermögenseigenschäden. Vor kurzem neu entwickelt wurde eine erweiterte Deckung für Cyber-Risiken.

Angepasste kommunale Versicherungslösungen

Grundsätzlich werden die Kommunen mit all ihren Einrichtungen versichert, ohne dabei schwere Risiken wie zum Beispiel Mülldeponien, Kläranlagen oder bestimmte Fahrzeuge eines Fuhrparks auszuschließen. Für einzelne Kommunen entwickelte Lösungen werden nach Praxiserprobung für ähnliche Problemstellungen anderer Kommunen in der Breite eingeführt.

Beispiele hierfür sind das einfache Bausteinmodell mit Objektlisten inklusive Kostenstellen der Kommunen in der Sachversicherung, die pauschale Elektronikversicherung, Dienstfahrtfahrzeug- und Rabattverlustversicherung für Dienstfahrten mit dem privaten PKW oder die Mitversicherung aller feuerwehrspezifischen Sonderausstattungen. Kurzfristige Versicherungslösungen, z.B. für Altstoffsammlungen, Freizeitmaßnahmen, Hilfstransporte, Wahlhelfer, Rundfahrten etc., haben die Direktionsbevollmächtigten ebenfalls im Angebot. Bei allen Fragen helfen sie, die Versicherungslösungen für die Kommunen stetig anzupassen und weiter zu entwickeln.

Es gehört zum Selbstverständnis der Versicherungskammer Bayern, als Kommunalversicherer ein verlässlicher, nachhaltiger und fairer Partner zu sein: in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. ❐

Die Versicherungskammer Bayern blickt 2021 unter dem Motto „100 Jahre Kommunalversicherung – Stadt – Land – Versicherungskammer“ auf ein Jahrhundert als Kommunalversicherer zurück.

1921 wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Absicherung von kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen ins Leben gerufen. Seither fühlt sich der heute größte öffentliche Versicherer dieser Kundengruppe besonders verpflichtet. Als traditionsreicher Partner zeichnet er sich durch viel Erfahrung, Kompetenz und Verlässlichkeit aus. Vielfältige, speziell zugeschnittene Absicherungsmöglichkeiten und ein umfassendes Angebot von Serviceleistungen unterstützen kommunale und öffentlich-rechtliche Träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Seit 2014 fördert die Versicherungskammer Stiftung das Ehrenamt, ein wesentliches Element bürgerlichen Engagements. Die Versicherungskammer Stiftung schreibt ihren Ehrenamtspreis 2021 „Stadt – Land – Lebenswert“ für engagierte Kommunen in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen in Bayern und der Pfalz aus. ❐

Nachhaltige Finanzierung:

Bund begibt ab 2020 Grüne Bundeswertpapiere

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr erstes Rahmenwerk für Grüne Bundeswertpapiere. Mit Grünen Bundeswertpapieren will die Bundesregierung Transparenz schaffen über die „grünen“ Haushaltsausgaben des Bundes und gleichzeitig den Sustainable Finance Standort in Deutschland stärken. Perspektivisch wird der Bund als Benchmark-Emittent im Euroraum verschiedene Laufzeiten anbieten, eine grüne Renditekurve für Green Bonds aufbauen und so einen Mehrwert für den Sustainable Finance-Markt in Europa schaffen.

Die grünen Ausgaben dienen vielfältigen Zielen. Es sollen saubere Verkehrssysteme gefördert und CO2-Emissionen von Fahrzeugen reduziert werden. Der Übergang zu einer weitgehend mit erneuerbaren Energien arbeitenden Wirtschaft und einem effizienteren Energieverbrauch soll beschleunigt und die Forschung für eine nachhaltigere Zukunft unterstützt werden. Zudem leistet der Bund so international einen bedeutenden Beitrag zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt.

Dr. Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundesministerium Finanzen: „Der Bund wird von nun an jedes Jahr Grüne Bundeswertpapiere emittieren. Damit setzen wir einen starken Impuls zur Stärkung des Sustainable Finance Marktes. Unser innovatives Zwillingskonzept ist darauf ausgelegt, neue Investoren und Emittenten für den Markt für grüne Anleihen zu gewinnen und als Katalysator zu dienen, um mehr Investitionen in eine umweltfreundlichere Wirtschaft zu lenken.“

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: „Die Bundesregierung hat mit dem Klimapaket die Weichen für immense Investitionen in umwelt- und klimafreundliche Technologien gestellt. Auch die Finanzwirtschaft kann dazu beitragen, diese zu realisieren. Grüne Bundesanleihen setzen dafür einen klaren Anreiz. Wir demonstrieren damit, wie umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften transparent und einschätzbar gemacht werden kann.“

Sustainable Finance Standort Deutschland stärken

Deutsche Emittenten haben in der Vergangenheit bereits wesentlich zur Entwicklung des internationalen Marktes für grüne Anleihen beigetragen, insbesondere die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, aber auch viele andere Emittenten wie Kommunen und privatwirtschaftliche Unternehmen. Mit Grünen Bundeswertpapieren geht der Bund nun den nächsten logischen Schritt.

Auf internationaler Ebene bekennt sich Deutschland nachdrücklich zum Pariser Klimaabkommen und zur Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, für die der Bund seit Jahren umfangreiche Haushaltsmittel bereitstellt. Mit der Emission von Grünen Bundeswertpapieren und dem damit verbundenen Reporting schafft die Bundesrepublik Deutschland eine hohe Transparenz über grüne Ausgaben im Bundeshaushalt.

Grüne Ausgaben von rund 12,7 Mrd. Euro identifiziert

Bei der Auswahl der grünen Haushaltspositionen orientiert sich der Bund an etablierten internationalen Marktstandards, etwa den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) und insbesondere den Green Bond Principles der International Capital Market Association (ICMA).

Das veröffentlichte Rahmenwerk stellt die Kategorien grüner Ausgaben des Bundes dar. Dabei werden den Emissionen immer Ausgaben des abgeschlossenen, vorhergehenden Haushaltsjahres zugeordnet. Einbezogen wurden die Ausgaben aus sieben Ministerien im Jahr 2019. Diese wurden im Einzelnen überprüft und einer externen Evaluierung unterzogen (sog. Second Party Opinion).

Zentrale Sektoren

Die Ausgaben in Höhe von gut 12,7 Mrd. EUR, die anhand der Kriterien des Rahmenwerks als grüne Ausgaben klassifiziert wurden, gruppieren sich in fünf zentrale Sektoren: 1. Verkehr; 2. Internationale Zusammenarbeit; 3. Forschung, Innovation und Information; 4. Energie und Industrie; 5. Land- und Forstwirtschaft sowie Naturlandschaften.

Die neuen Grünen Bundeswertpapiere werden stets mit den identischen Merkmalen eines bestehenden konventionellen Bundeswertpapieres ausgestattet (d.h. gleiche Laufzeit und gleicher Kupon). Mit dem Konzept dieser Zwillingsanleihen verfolgt der Bund das Ziel, für Standardlaufzeiten der konventionellen Kurve grüne Zwillinge zu begeben. So kann der Bund in Zukunft Investoren verschiedene Laufzeiten anbieten und perspektivisch mit einer grünen Euro-Zinsbenchmark einen zusätzlichen Mehrwert für den Sustainable Finance-Markt schaffen.

Weitere Informationen zu Grünen Bundeswertpapieren: https://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/bundeswertpapiere/gruene-bundeswertpapiere/ ❐



Andrea Andrade und Clown Muck von den KlinikClowns. Rechts Regionalleiter Christofer Limmer von der Stadtsparkasse München.

Bild: Stadtsparkasse München

Bühne frei für die Klinikclowns

Die Stadtsparkasse München spendet 7.840 Euro

Wenn sie zur Visite kommen, dann ist Lachen garantiert: Die KlinikClowns. Seit genau 20 Jahren besuchen sie unter anderem die kleinen Patienten in der Kinderklinik Dritter Orden – Woche für Woche. Für diesen großartigen Einsatz bedankt sich die Stadtsparkasse München und spendet 7.840 Euro an die KlinikClowns. Das Geld kommt aus der Kinder- und Jugendstiftung.

Da die Corona-Hygienemaßnahmen auf den Kinderstationen im Dritten Orden aktuell keine Clownsbesuche erlauben, kommt die Unterstützung derzeit den beatmeten Kindern im benachbarten Haus „AtemReich“ zu Gute, in dessen Garten die Clowns regelmäßig im Einsatz sind.

Regionalleiter Christofer Limmer war bei der symbolischen Scheckübergabe an der Filiale Großhadern mit dabei: „Ich freue mich und bin stolz auch dieses Jahr wieder den KlinikClowns mit einer Spende helfen zu können. Ich habe sie schon persönlich bei ihrer oft schwierigen und so wertvollen Arbeit erlebt und kann nur sagen: Danke für Euren Einsatz – im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse München.“

Jetzt zu Corona-Zeiten haben es die Klinikclowns doppelt schwer. Denn zum einen gestalten sich ihre Besuche in etlichen Einrichtungen durch die Hygiene- und Abstandsregelungen schwieriger. Und zum anderen fallen etliche Spenden aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage weg. Gerade deshalb unterstützt die Stadtsparkasse München die KlinikClowns gerne weiter.

Die vergangenen Jahre konnten sich auch das Klinikum Großhadern und das Deutsche Herzzentrum München über Spenden freuen. Die Stadtsparkasse München spendet bereits seit 14 Jahren für die KlinikClowns.

In bayerischen Kinderkliniken zaubern die KlinikClowns Woche für Woche ein Lachen in die Gesichter der kleinen Patienten. Mit improvisierter Clownerie bringen sie Spaß und Fröhlichkeit in die Krankenzimmer, stärken die psychische Verfassung der Kinder, aktivieren neue Kräfte und unterstützen den Genesungsprozess.

Unterstützung von Heilungsprozessen

Außerdem besuchen sie regelmäßig Seniorenheime und therapeutische Einrichtungen für behinderte Menschen, Krankenhausstationen für schwerkranke erwachsene Patienten, Palliativstationen und Hospize. Sie machen Spaß, singen und musizieren, nehmen sich aber auch Zeit zum Zuhören und sorgen in den verschiedenen Einrichtungen für mehr Lebensqualität, Erleichterung und Wohlbefinden.

Der Nutzen der „Clownsvisiten“ für die Gesundheit und zur Unterstützung von Heilungsprozessen hat sich langjährig bewährt, die KlinikClowns sind seit 22 Jahren bayernweit im Einsatz und Anfragen neuer Einrichtungen kommen stets hinzu. Aktuell sind 67 professionelle KlinikClowns für den gemeinnützigen Verein KlinikClowns Bayern e.V. regelmäßig an 101 Einsatzorten tätig. Finanziert werden die „Clownsvisiten“ von KlinikClowns Bayern e.V. durch Spenden.

Info: www.klinikclowns.de ❐

Kritik an Entscheidungen im Bundesrat

Aiwanger: „Erbschaftsteuer krisentauglich ausgestalten - am besten abschaffen!“

Bayern hat in einer Bundesratsinitiative den notwendigen Änderungsbedarf bei der Erbschaftsteuer aufgezeigt. Die zuständigen Ausschüsse des Bundesrats haben die Anträge jetzt abgelehnt bzw. vertagt. „Ich verstehe nicht, warum man sich hier einer sachgerechten Lösung verweigert. Die Bundesregierung muss endlich handeln, bevor Kollateralschäden für die gesamte Wirtschaft entstehen“, kritisiert Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Die Erbschaftsteuerreform 2016 habe neue Probleme geschaffen. Schon in wirtschaftlich guten Zeiten komme es zu unangemessenen Belastungen. „In der Krise droht sogar die Zerschlagung gesunder Unternehmen“, fürchtet Aiwanger, „der Gesetzgeber muss nachbessern.“

Infolge von Kurzarbeit sinkt die Lohnsumme oder der Forderungsbestand wächst, weil Kunden nicht zahlen können. Die Unternehmen können daher die Voraussetzungen für die Steuerentlastung nicht einhalten. Dabei werden die Betriebe unverändert weitergeführt. „Wir brauchen eine krisentaugliche Ausgestaltung und eine zukunftsfähige Lösung der Probleme“, fordert der Minister. „Unternehmensnachfolgen dürfen nicht an überbordenden Steuerregelungen scheitern. Dies gilt gerade jetzt, wo wir unsere Unternehmen stärken müssen.“

„Am besten sollte die Erbschaftsteuer endlich komplett abgeschafft werden“, ist Aiwanger überzeugt. Dies würde zahlreiche Existenzen sichern und wäre ein wesentlicher Beitrag zum Bürokratieabbau. ❐

S-Mittelstands-Fitnessindex:

Ermutigende Ergebnisse

Während Gastgewerbe, Tourismus- und Automobilindustrie oder das Messe- und Eventgeschäft mit teils erheblichen Umsatzeinbußen konfrontiert wurden, bleiben Bau, Gesundheit oder Sozialwesen auch in diesem Jahr auf Wachstumskurs. Hohe Eigenkapitalquoten federn die Gewinneinbrüche bei vielen Unternehmen ab – inzwischen hat die wirtschaftliche Erholung in zahlreichen Branchen bereits eingesetzt. Dies geht aus dem S-Mittelstands-Fitnessindex hervor, den der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in Berlin vorgestellt hat.

Laut Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), „erwarten wir über alle Branchen hinweg für dieses Jahr einen durchschnittlichen Umsatzrückgang von 5,7 Prozent". Insbesondere kleine Unternehmen und die sog. Soloselbständigen verfügten oft über keine ausreichenden Reserven, um eine solche Krise über Monate hinweg allein durchzustehen. Hier seien die staatlichen Hilfsprogramme besonders hilfreich.

Insgesamt sind die Gewinne im Mittelstand mit einem Minus von 44 Prozent deutlich stärker eingebrochen als die Umsätze. Dennoch blieben die Unternehmen im Durchschnitt rentabel und könnten 2020 eine Umsatzrendite von 3,5 Prozent erwirtschaften.

Finanzielle Stabilität

Wie der DSGV-Präsident betonte, habe die Krise den Mittelstand zwar unerwartet, aber nicht unvorbereitet getroffen. Viele Unternehmen hätten in den vergangenen guten Jahren vorbildlich gewirtschaftet, Gewinne wurden überwiegend im Unternehmen gelassen. Dies komme den Betrieben nun zugute. Mit einer Eigenkapitalquote von 39 Prozent sei der Mittelstand ausreichend kapitalisiert, um Verlusten begegnen zu können. „Die hohe finanzielle Stabilität ermöglicht vielen Unternehmen temporäre Verluste aus eigener Kraft über ihr Eigenkapital zu kompensieren."

Schleweis rechnet deswegen derzeit auch nicht mit einer großen Welle an Unternehmensinsolvenzen. Er zeigt sich vorsichtig optimistisch. „Wir müssen alles daransetzen, damit aus den positiven Signalen der vergangenen Wochen ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung wird." Positiv bewertete der Verbandschef, dass 86 Prozent der Firmenkundenberater der Sparkassen davon ausgehen, dass ihre Kunden an langfristigen Investitionsvorhaben festhalten, wenn auch mit einer kurzfristigen Unterbrechung. Von einer unveränderten Investitionsbereitschaft im Mittelstand berichten elf Prozent der Firmenkundenberater, lediglich drei Prozent gehen davon aus, dass ihre Kunden geplante Investitionsvorhaben aufgegeben hätten.

Ein entscheidender Faktor im Umgang mit der Krise sei die Fähigkeit der Unternehmen, sich an Veränderungen anzupassen. Die Ergebnisse zeigten, dass man die Flexibilität des Mittelstands nicht unterschätzen darf.

Hohe Anpassungsbereitschaft

83 Prozent der Sparkassenberater berichteten von einer hohen Anpassungsbereitschaft. So hätten zum Beispiel Bekleidungshersteller auf die Herstellung medizinischer Schutzausrüstung umgerüstet oder stationäre Händler sich digitale Absatzwege erschlossen. Lediglich 14 Prozent der Sparkassen-Berater hätten demnach mitgeteilt, dass ihre Firmenkunden die jeweiligen Geschäftsmodelle nicht verändert hätten.

„Die Sparkassen werden auch weiter eng an der Seite ihrer Kunden stehen und sie durch die Krise begleiten", unterstrich Schleweis. Auch wenn es in den ersten Monaten dieses Jahres mit der Wirtschaft steil bergab gegangen sei, habe der Mittelstand die Kraft zur Genesung; in manchen Teilen habe sie bereits eingesetzt.

Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden rund 54 Milliarden Euro an neuen Krediten an Unternehmen und Selbstständige zur Verfügung gestellt. Dies entspreche, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, einem Plus von knapp 23 Prozent, berichtete der DSGV-Präsident. **DK**

HAUS DER STIFTER:

100.000 Euro für die Region

Stiftergemeinschaft - gemeinsam stark

Gerne hätte Kuratoriumsvorsitzende Cornelia Kollmer alle Stifter und Vertreter der geförderten Einrichtungen persönlich bei der traditionellen Jahresveranstaltung der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg begrüßt. Doch aufgrund der Corona-Pandemie musste die alljährliche Spendenübergabe an zahlreiche regionale soziale Einrichtungen diesmal auf dem Postweg stattfinden: Ein Schreiben informierte die begünstigten Einrichtungen über „ihren" Anteil an dem Ausschüttungsbetrag von rund 100.000 Euro.

Insgesamt wurden 43 gemeinnützige Einrichtungen bedacht, die meisten hier in der Region. Das freut die Kuratoriumsvorsitzende und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse, Cornelia Kollmer. „Stiften ist eine tolle Sache, für alle Beteiligten", so ihr Resümee. Ihr Dank gilt den Stifterinnen und Stiftern für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und für das Vertrauen, das diese dem HAUS DER STIFTER und auch der Stadtsparkasse Augsburg geschenkt haben.

Soziale Verantwortung in und für die Region

Über 70 Stiftungen tummeln sich seit der Gründung vor acht Jahren unter dem Dach der Stiftergemeinschaft. 21 Förderstiftungen, die auf Spenden aus der Öffentlichkeit angewiesen sind, und viele persönliche Namenstiftungen stehen für soziale Verantwortung in und für die Region. Das aktuell verwaltete Stiftungsvermögen bewegt sich um die 7 Millionen Euro.

„Beeindruckt" sei sie, so Cornelia Kollmer, „über die Vielfalt an Möglichkeiten, die eine Stiftung bringen kann". Diesmal konnte sogar ein Auto mitfinanziert worden. Gut, dass die Übergabe im Freien stattfinden musste, denn in den Veranstaltungssaal der vergangenen Jahre hätte das neue Gefährt des Fördervereins Wärmestube SKM-Augsburg e. V. nicht gepasst.

„Wir machen natürlich weiter", versprach Cornelia Kollmer und gab gleichzeitig bekannt, dass die erfolgreiche Aktion „Wir doppeln Ihre Weihnachtsspende" 2020 ins fünfte Jahr gehen wird. „Ich freue mich auf viele Spenden, die die wertvolle Arbeit gemeinnütziger Organisationen in Augsburg unterstützen." ❐

Gemeinsam das Leben vor Ort gestalten

Neue Ausschreibung des Ehrenamtspreises 2021 „Stadt – Land – Lebenswert" der Versicherungskammer Stiftung gestartet

Mit der diesjährigen Ausschreibung möchte die Versicherungskammer Stiftung Kommunen, Städte und Gemeinden zusammen mit ihren Ehrenamtlichen ein sichtbares Dankeschön aussprechen, dass sie sich gemeinsam für ein lebenswertes Miteinander am Wohn- und Lebensort stark machen. Ausgezeichnet werden jeweils die Stadt oder Kommune zusammen mit ihren eingereichten Projekten. Gesucht werden erfolgreiche Projekte, die zusammen mit gemeinnützigen Organisationen durchgeführt werden.

Berücksichtigt werden Netzwerke, Konzepte und Kooperationen von Kommunen bzw. Städten im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements in Bayern und der Pfalz, die entweder mit digitalen Lösungen oder mit „Hand und Hirn" die Gemeinde oder Stadt lebenswert für und mit ihren Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

Die Versicherungskammer Stiftung dotiert den diesjährigen Ehrenamtspreis „Stadt – Land – Lebenswert" mit insgesamt 80.000 Euro. Auf jeden Regierungsbezirk in Bayern sowie in der Pfalz je 10.000 Euro, aufgeteilt auf zwei Preiskategorien à 5.000 Euro.

Folgende Kategorien stehen zur Auswahl:

- **Wir gestalten vor Ort**

Gesucht werden Kommunen und Projekte, die kreative Begegnungsräume und -aktivitäten bieten sowie Initiativen wie Vereine oder Bürgerstiftungen, die sich lokal in verschiedenen Themenbereichen zusammen mit der Kommune engagieren. Hier sollte das ehrenamtliche Engagement lokal mit der Gemeinde oder Stadt verankert sein, Lebenswerte bieten und so die Lebenssituation vor Ort unterstützten und verbessern.

- **Wir starten digital durch**

Gesucht werden Projekte und Initiativen, bei denen gemeinnützige Organisationen in enger Zusammenarbeit mit der Kommune oder Stadt, digitale Werkzeuge, wie beispielsweise Apps, webbasierte Plattformen oder digitale Unterstützungsangebote entwickeln oder bereits anbieten. Bewerben können sich alle gemeinnützigen Projekte/Initiativen, die zusammen mit ihrer Stadt/Gemeinde die Chancen der Digitalisierung nutzen und auf diese Weise lokale Teilhabe und mehr Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

Folgende Kriterien sollten von den Bewerbern erfüllt werden:

- Angenommen werden ausschließlich lokal verankerte Projekte aus Bayern und der Pfalz.
- Die Einreichung ist in nur einer Kategorie möglich und erfolgt durch die Kommune oder durch die beteiligte gemeinnützige Organisation (zum Beispiel Bürgerstiftung, gGmbH, Verein, Freiwilligenagentur, Feuerwehr, Rettungsdienst).
- Die Online-Bewerbung muss vollständig ausgefüllt sein.

Schirmherr ist Joachim Herrmann, Staatsminister des Innern, für Sport und Integration.

Weitere Informationen zur Ausschreibung, den Flyer zum Download und den Zugang für die Online-Bewerbung finden sich auf www.versicherungskammer-stiftung.de.

Interessenten können sich ausschließlich online über diese Website bewerben. Einsendeschluss ist der 30. November 2020. ❐

BayernLB platziert Milliarden-Anleihe für den Freistaat Bayern

Die BayernLB hat eine weitere Anleiheemission des Freistaats Bayern als federführende Konsortialbank platziert. Das Volumen beläuft sich auf eine Milliarde Euro.

Mit der Bayern-Anleihe stellt die BayernLB als Hausbank des Freistaats ihre Platzierungskraft am Kapitalmarkt unter Beweis. Das Wertpapier hat eine Laufzeit bis zum Januar 2035 und konnte vornehmlich an inländische Investoren platziert werden. Die BayernLB führte bei der Transaktion ein internationales Konsortium aus sechs Banken an.

Bereits im März hatte die BayernLB federführend eine in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie emittierte Anleiheemission des Freistaats Bayern platziert. Diese war mit einem Volumen von drei Milliarden Euro die größte Emission, die der Freistaat jemals begeben hat. ❐

Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes:

Freistaat gibt Fördermittel an Kommunen weiter

Neues Landesprogramm für bis zu 10.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze

Mit dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket stellt der Bund in den Jahren 2020 und 2021 weitere Mittel für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung und zur Finanzierung von Hygienemaßnahmen zur Verfügung. Der Freistaat gibt diese Mittel in Höhe von knapp 160 Mio. Euro komplett an seine Kommunen weiter.

Bereits in den vergangenen beiden Jahren war der Freistaat bei der Schaffung von neuen Plätzen massiv in Vorleistung gegangen und hat die ursprünglichen 178 Mio. Euro Bundesmittel um rund 352 Mio. Euro Landesmittel aufgestockt. Dieses Programm wird aufgrund von Kostensteigerungen nochmal um weitere 10 Mio. Euro erhöht. Damit können insgesamt bis zu 63.500 Betreuungsplätze auf den Weg gebracht werden.

Der Ministerrat hat gleichzeitig beschlossen, ein neues Landesprogramm im Umfang von bis zu 140 Mio. Euro für den Ausbau von Kindertageseinrichtungen aufzulegen. Damit können bis zu 10.000 zusätzliche Plätze in die Förderung aufgenommen werden. Nach Ausschöpfen dieses Förderprogramms steht den Kommunen selbstverständlich weiter die reguläre, attraktive Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz zur Verfügung.

Die Staatsregierung legt aufgrund der Corona-Pandemie auch einen Schwerpunkt auf den Schutz des Personals und der Kinder in den Kindertageseinrichtungen. Sie stellt deshalb weitere knapp zehn Millionen Euro für Hygienemaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen bereit. Darunter fallen beispielsweise die Anschaffung von mobilen Trennwänden bzw. Plexiglasständern sowie Desinfektionsspendern und kontaktlosen Fieberthermometern. Jeder Einrichtung in Bayern stehen somit im Schnitt rund 1.000 Euro zur Verbesserung der Hygiene zur Verfügung. Diese Hygienemaßnahmen können schnell umgesetzt werden. ❐



Kommunale Antworten auf die Corona-Krise

Studie von Difu und ZEW Mannheim im Auftrag des Deutschen Städtetags

Die Corona-Pandemie verschlechtert dramatisch die Finanzlage der Kommunen in Deutschland und bedroht ihre Investitionsfähigkeit. Auch über 2020 hinaus brauchen die Kommunen Zusagen von Bund und Ländern für weitere Unterstützung in Milliardenhöhe. Nur dann können sie auch erfolgreich zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Ohne weitere Hilfen wird es hingegen vielen Kommunen unmöglich sein, notwendige Investitionen zu tätigen und den bestehenden Investitionsstau weiter abzubauen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine gemeinsame Studie des ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) Mannheim und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Deutschen Städtetags.

Das Gewerbesteueraufkommen, eine der kommunalen Haupteinnahmequellen, wird laut Studie im Jahr 2020 um ca. 25 % zurückgehen. Bei Wirtschaftszweigen, die wie Gastronomie, Unterhaltung und Kultur in den Stadtzentren angesiedelt sind, ist mit einer erhöhten Anzahl an Firmeninsolvenzen zu rechnen. Die kommunalen Sozialausgaben, und dabei insbesondere die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II, werden voraussichtlich stark ansteigen.

Bund und Länder haben mit dem beschlossenen und teilweise bereits verabschiedeten Konjunkturpaket der besonderen Situation der Kommunen Rechnung getragen. Allerdings beziehen sich die geplanten Maßnahmen vor allem auf eine Stabilisierung der kommunalen Finanzen im Jahr 2020. Das Konjunkturprogramm enthält auch keine regional passgenauen Antworten, weshalb flankierende Maßnahmen notwendig sind.

Die erheblichen Einnahmenrückgänge im Jahr 2020 und in den Folgejahren bergen die Gefahr, dass geplante kommunale Investitionen nicht getätigt werden. Diese Gefahr wird durch die aktuelle Unsicherheit über das Ausmaß der Entlastungen durch Bund und Länder in den Jahren 2021 und 2022 verstärkt.

Angesichts des erheblichen, in Vorkrisenzeiten entstandenen Investitionsstaus auf kommunaler Ebene, ist nach Auffassung von Difu und ZEW Mannheim dringend erforderlich, die geplanten Investitionen weitgehend zu sichern, damit diese die notwendigen Wachstumsimpulse entfalten können. Dazu müssten die Mittel des Konjunkturpakets zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen vornehmlich für Investitionen genutzt werden. Hier seien Bund und Länder in der Pflicht, geeignete Mechanismen zu erarbeiten. Zudem müssten die haushalterischen Planungsunsicherheiten der Kommunen reduziert werden. Dies ließe sich erreichen, indem finanzielle Risiken von Kommunen auf die höheren Ebenen transferiert werden.

Große regionale Unterschiede zeigen sich in der ökonomischen Widerstandsfähigkeit (Krisenresilienz) und der Krisenanfälligkeit (erwartete Kriseninzidenz) zwischen den Kommunen. Eine ungünstige finanzielle sowie wirtschaftliche Ausgangslage in Kombination mit einer hohen erwarteten Kriseninzidenz wird die entsprechend betroffenen Kommunen vor große Schwierigkeiten stellen, die Krise ohne weitere Hilfen zu bewältigen, lautet ein weiteres Ergebnis.

Gleichwertige Lebensverhältnisse wahren

Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass Bund und Länder zeitnah ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen vorbereiten. Andernfalls ginge mittelbar die Schere zwischen finanzschwächeren und finanzstärkeren Kommunen weiter auseinander. Dies aber stehe im Widerspruch zu dem im Grundgesetz postulierten Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet.

„Die Kommunen sind ein entscheidender Akteur, um den Corona-bedingten Einbruch der Konjunktur zu stabilisieren und langfristiges Wachstum zu erzeugen“, heißt es weiter. Trotz des Konjunkturpakets der Bundesregierung, das vor allem die kurzfristigen 20 Einnahmeausfälle der Kommunen kompensiert, bestehe ohne zusätzliche Maßnahmen die Gefahr zweier Fehlentwicklungen. Erstens zeige die Entwicklung spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, dass die berechtigte Sorge besteht, dass ursprünglich geplante kommunale Investitionen im Zuge der Krise nicht getätigt werden und sich bestehende Investitionslücken vergrößern. Zweitens zeigten die großen regionalen Unterschiede hinsichtlich der Krisenresilienz und der (zu erwartenden) Kriseninzidenz, dass nötige Wachstumsimpulse gerade in den Regionen ausbleiben könnten, in denen die Investitionslücke schon vor der Krise besonders groß war, was zu einem weiteren Anstieg der regionalen Ungleichheit führen dürfte.

Folgende konkrete Maßnahmen können laut ZEW und Difu diesen beiden zu erwartenden Fehlentwicklungen entgegenwirken:

1. Investitionen stabilisieren, um Wachstum zu generieren: Entscheidend ist, dass die bereitgestellten Finanzmittel für den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen vornehmlich für Investitionen genutzt werden. Bund und Länder sollten prüfen, wie sie dies sicherstellen können. Zum Beispiel wäre zu klären, inwieweit ein Teil der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle in Form von Investitionszuweisungen ausgezahlt werden könnte.

2. Strukturschwache und krisenanfällige Regionen gezielt fördern: Mit Blick auf die Umsetzung der konjunkturstützenden Maßnahmen ist es wichtig, auf die regional unterschiedlichen Situationen der Kommunen einzugehen. Der Investitionsstau und mithin auch der Investitionsbedarf sind gerade bei Kommunen mit niedriger Krisenresilienz und/oder hoher erwarteter Kriseninzidenz ausgeprägt. Denn Kommunen in strukturschwachen Regionen leiden meist über Jahre hinweg unter den zum Teil selbstverstärkenden Wechselwirkungen verschiedener Krisenfaktoren und Standortnachteile.

Bis Ende 2020 sollten laut Untersuchung sowohl die Investitionstätigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise als auch die regionale Insolvenz- und Arbeitsmarktentwicklung durch Bund und Länder in Echtzeit überprüft werden, so dass zum Jahresende ein genauer Befund über die tatsächliche Kriseninzidenz der Regionen und die regionale Investitionstätigkeit besteht.

Auf Grundlage dieses Befundes könnte der Bund dann in seinen Programmen eine an der Krisenresilienz und Kriseninzidenz der Kommunen orientierte Eigenbeteiligungsquote festsetzen oder spezielle Investitionsprogramme für besonders betroffene Kommunen auflegen, die mit einer geringen Eigenbeteiligungsquote versehen sind. „Allerdings stehen an dieser Stelle insbesondere die jeweils betroffenen Länder in der Pflicht, ihrer Verantwortung für die Finanzsituation ihrer Kommunen gerecht zu werden.“

„Bund und Länder müssen … schnell die Frage beantworten, was die Kommunen mittelfristig stabilisiert. Der Bund übernimmt zwar für 2020 die Gewerbesteuerausfälle und will sich dauerhaft stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligen. Beides ist gut. Doch damit allein lässt sich ein Einbruch der kommunalen Investitionen in den kommenden Jahren nicht verhindern“, bemerkte Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Nötig seien Zusagen von Bund und Ländern für eine Unterstützung über 2020 hinaus. „Und wir brauchen ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen, damit nicht gerade in den Städten die Investitionen besonders stark wegbrechen, wo sie am nötigsten sind“, so Dedy abschließend. **DK**

200.000 PV-Anlagen droht der Vergütungsstopp

Während der Gesetzgeber noch an einer finanziellen Nachfolgeregelung für einige wenige Photovoltaikanlagen arbeitet, die nach 20 Jahren Betrieb ab dem 31.12.2020 ausgefördert sind, bahnt sich für viele Photovoltaik-Anlagenbetreiber in Bayern ein hausgemachtes viel größeres Problem an: Wer seine Anlage bis zum 31.01.2021 nicht amtlich registriert hat, bekommt keine Vergütung mehr für seinen eingespeisten Strom.

So will es der Gesetzgeber. Die erforderliche Meldung an das sog. Marktstammdatenregister haben nach Informationsstand des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW nur etwa zwei Drittel der Anlagenbetreiber bisher erledigt. „Es wäre doch ein Jammer, wenn die Anlagenbetreiber ab Februar 2021 kein Geld mehr für den eingespeisten Strom vom Netzbetreiber erhalten. Da hilft nur schnell die Anmeldung im Marktstammdatenregister-Webportal der Bundesnetzagentur nachzuholen und damit ist der Zahlungsfluss sichergestellt“, sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW.

Fast alle der rund 600.000 Photovoltaik-Anlagen in Bayern erhalten für den in das öffentliche Netz eingespeisten Strom regelmäßig eine Vergütung von ihrem Netzbetreiber. Diese Zahlung liegt deutlich über dem Marktwert. Für die Differenz kommen alle Stromkunden die Elektrizität aus dem Netz beziehen über die EEG-Umlage auf. Neben vielen Privilegien haben die Anlagenbetreiber aber auch die Pflicht, ihre Anlage(n) im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur (www.marktstammdatenregister.de) anzumelden.

Vor dem 31.01.2019 in Betrieb genommene Photovoltaik-Anlagen (einschließlich Stromspeicher) müssen bis zum 31.01.2021 registriert sein; danach in Betrieb genommene Anlagen bereits einem Monat nach Inbetriebnahme der Anlage. Bundesnetzagentur und Stromnetzbetreiber informieren die Anlagenbetreiber regelmäßig über diese von ihnen zu erledigende Aufgabe.

In Bayern sind derzeit rund 200.000 Anlagen noch nicht registriert. Diese Arbeit ist mit ein paar Klicks im Internet erledigt. Auch für ungeübte Internetnutzer ist das in einer halben Stunde geschafft. Es gibt diverse Vermutungen, warum das so schleppend vonstattengeht.

„Die Daten im Marktstammdatenregister sind für jedermann zugänglich. Da werden wohl einige Anlagenbetreiber auch Angst vor dem Finanzamt haben, denn der recht ordentliche Gewinn aus dem Betrieb einer Photovoltaik-Anlage muss regelmäßig versteuert werden“, resümiert Detlef Fischer.

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW hat seit dem 07.10.2020 eine Hotline geschaltet, bei der sich betroffene Anlagenbetreiber über ihre Pflichten und die weitere Vorgehensweise informieren können: 089-380182-65 (Siglinde Sonnenholzer). ❒

Umspannwerk Olching:

Schwertransport liefert 60-Tonnen-Trafo

Anfang KW 42 ist der erste von zwei je 60 Tonnen schweren Transformatoren für das neue Umspannwerk Olching geliefert worden. Über ein Schienensystem wurde der Technik-Koloss vom zwölfachsigen Lastwagen millimetergenau auf das vorbereitete Fundament gezogen. Das Umspannwerk nördlich der Bundesstraße 471 bei Neu-Esting wird in Abstimmung mit der Stadtwerke Olching Stromnetz das bisherige Umspannwerk ersetzen und der neue Knotenpunkt für die regionale Stromverteilung werden. Die Kosten für den Bau und den Mittelspannungsanschluss liegen bei rund fünf Millionen Euro.

„Der Netztrafo ist deshalb so schwer, weil er neben knapp 19 Tonnen Kernblech und über neun Tonnen Kupfer auch noch gut 14 Tonnen Isolieröl enthält“, erklärt Thomas Riederer, Projektleiter der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk). Der neue Trafo kam in den frühen Morgenstunden per Schwertransport und wurde von den Mitarbeitern einer Spezialfirma im Lauf des Vormittags in Präzisionsarbeit vom LKW-Anhänger auf das Fundament gezogen. Ende der Woche folgten der Transport und die Montage des zweiten Transformators. In der folgenden Woche werden mit Hilfe eines Krans noch die 110kV-Anschlusskerzen auf dem Trafo montiert.



Präzisionsarbeit mit 60 Tonnen schwerer Ladung: Der erste von zwei neuen Transformatoren erreicht das neue Umspannwerk Olching. Bild: Thomas Riederer / Bayernwerk

Das Umspannwerk ist ein zentraler Netzknoten, der für die Bündelung und Verteilung von elektrischer Energie und die Integration erneuerbarer Energien notwendig ist. „Bei der Stromverteilung ist die Wahl der optimalen Spannungsebene wichtig, um unnötige Energieverluste zu vermeiden. Ob der Strom in der Hoch- oder Mittelspannung fließt, ist abhängig von der zu übertragenden Leistung und der Entfernung, die überbrückt werden muss“, erklärt Projektleiter Thomas Riederer. Im Umspannwerk werden die überregionalen und die lokalen Spannungsebenen über Transformatoren miteinander verbunden und die unterschiedlichen Netzbereiche verknüpft.

Momentan laufen die Bauarbeiten auf dem rund 8.000 Quadratmeter großen Umspannwerksgelände an der Grenze zu Gernlinden auf Hochtouren: Das Betriebsgebäude ist baulich weitgehend fertiggestellt, die Montage der 20kV-Schaltanlage läuft und der Aufbau der 110kV-Schaltanlage mit Anbindung an die Stromkreise Maisach – Oberbachern und Fürstenfeldbruck – Oberbachern über einen neuen Mast hat begonnen. Künftig trägt die Stadtwerke Olching Stromnetz GmbH Co. KG die Verantwortung für das lokale Stromnetz. Das Bayernwerk wird als Partner die Betriebsführung übernehmen.

Verbesserte Versorgungssicherheit

Durch den Ersatz für die ältere Bestandsanlage und die vollständige Erneuerung am neuen Standort wird die allgemeine Versorgungssicherheit in der gesamten Region verbessert. Das moderne Umspannwerk wird zukünftig in hohem Maß automatisiert betrieben. Die Anlage wird über moderne Digitaltechnik überwacht und gesteuert. Bayernwerk-Mitarbeiter in den Netzleitstellen können die Betriebszustände über Fernsteuerung überwachen und anpassen.

Die Bauarbeiten sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die technische Inbetriebnahme ist in der zweiten Jahreshälfte 2021 geplant. Die Anbindung des neuen Umspannwerks in das 20kV-Mittelspannungsnetz wird vom Kundencenter in Unterschleißheim ausgeführt. Nach der Außerbetriebnahme des alten Umspannwerks kann die Anlage zurückgebaut und ein Teil der bisherigen Hochspannungsfreileitung entfernt werden - ein zusätzliches Plus für das Landschaftsbild. ❒

Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ geht in die Offensive

Die Wärmewende gehört zu den Top-Themen in Deutschland und Europa – ökologisch, ökonomisch und sozial. Die Nutzung der Erdwärme hat das Potenzial, der Wärmewende einen nachhaltigen Schub zu geben und die Fernwärmeversorgung in städtischen Regionen zu dekarbonisieren. Wie dieses Potenzial der Geothermie wirtschaftlich genutzt werden kann, zeigen Geothermie-Versorgungsunternehmen in Deutschland seit vielen Jahren. Jetzt haben sie sich in der Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ zusammengeschlossen, um dieses Potenzial der Geothermie auf die wirtschafts- und energiepolitische Agenda zu heben. Sie werden dabei unterstützt von Unternehmen der Bau- und Zulieferindustrie, Verbänden und Forschungsinstituten und sind offen für weitere Teilnehmer.

Der Erstimpuls für diese deutschlandweite Initiative kam von den Geothermie-Unternehmen der drei Münchner Landkreis-Gemeinden Grünwald, Unterhaching und Pullach sowie dem größten kommunalen Energieversorger Deutschlands, den Stadtwerken München. Gemeinsam leben sie seit Jahren vor, dass die Geothermie in der Lage ist, die Wärmewende in großen Schritten nach vorn zu bringen. Der Weg dorthin geht über die Nutzung der erneuerbaren Energiequelle Erdwärme zur Wärmeversorgung, den Bau neuer sowie den Umbau und die Vernetzung bestehender Fernwärmenetze.

Hierfür braucht es faire, nachhaltige Rahmenbedingungen, insbesondere auf Ebene der Förderung von Geothermieprojekten und Wärmenetzen, die Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu den Chancen dieses ökologisch hochwertigen Bodenschatzes.

Deutschlandweiter Dialog

Heute gehören zur Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ bereits zwölf kommunale und privatwirtschaftliche Geothermie-Versorgungsunternehmen aus Bayern und Baden-Württemberg mit einer Gesamtwärmeversorgung von über 760 GWh p.a. Ebenfalls Teil der Initiative sind der Bundesverband Geothermie, der AGFW e.V., der VKU, Landesgruppe Bayern, der Bayerische Bauindustrieverband e.V., das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG sowie die beiden Mittelständler Pfaffinger Unternehmensgruppe und Josef Weiß Elektrotechnik.

Weil Geothermie grundsätzlich allen Menschen in Deutschland zur Verfügung steht, gehen die Mitglieder der Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ jetzt deutschlandweit in den Dialog: mit Städten, Landkreisen und Kommunen, mit Stadtwerken, Verantwortlichen in Landes- und Bundesministerien, Wirtschaftsforschungsinstituten, Multiplikatoren der Energiebranche sowie mit Unternehmen aus Industrie und Finanzbranche.

Nähere Informationen auf der Website www.waermewende-durch-geothermie.de ❒

Technik für die Zukunft

Staatssekretär Roland Weigert besucht Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben

Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, informierte sich in Langweid über ein Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben. Die hocheffizienten und damit supersparsamen Brennstoffzellen laufen aktuell mit Gas und Biogas, das in Reformern zu Wasserstoff umgewandelt wird.

Damit sind sie schon jetzt fit für die Zukunft: Denn in Zukunft kann klimaschonender Wasserstoff durch die vorhandenen Leitungen fließen. Die Gasnetze gewährleisten die zuverlässige und sichere Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.

„Umwelt- und klimaschonende Wasserstoff-Technologien spielen eine wichtige Rolle für die Energiewende. Brennstoffzellen rücken da in den Fokus, denn Wasserstoff hat das Potenzial, den CO2-Ausstoß im Gebäudesektor nachhaltig zu reduzieren“, sagte Weigert. „erdgas schwaben und seine Partner leisten mit dem Pilotprojekt wertvolle Pionierarbeit. Denn sie zeigen, dass die Technik alltagstauglich ist und breit eingesetzt werden kann.“

Kleine Zelle, große Wirkung: Brennstoffzellen arbeiten sauber, nachhaltig, hocheffizient und superleise. erdgas schwaben hat für ein Neubaugebiet in Langweid nördlich von Augsburg ein innovatives Energiekonzept entwickelt. 30 Einfamilien- und Doppelhaushälften sowie Reihenhäuser wurden zum ersten Mal in Deutschland standardmäßig mit Brennstoffzellen ausgestattet, 30 weitere kommen im zweiten Bauabschnitt dazu.

„Die Brennstoffzellentechnik ist ein wichtiger Baustein für die Energie- und Wärmewende“, sagte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Denn die Brennstoffzellen erzeugen supereffizient und klimaschonend gleichzeitig Wärme und Strom. Wir von erdgas schwaben setzen uns dafür ein, dass sich die innovative Technologie durchsetzen wird.“

erdgas schwaben hat bereits umfangreiche Erfahrungen mit Wasserstoff-Technologien gesammelt. Schon 2014 war erdgas schwaben an einer Power-to-Gas-Demonstrationsanlage beteiligt, die reinen Wasserstoff in ein Gasverteilnetz eingespeist hat.

Die Brennstoffzelle liefert gleich mehrere Vorteile frei Haus: Innovative und sichere Technik fast wartungsfrei und geräuschlos, Strom- und Wärmeerzeugung in den eigenen vier Wänden und damit ein Plus an Unabhängigkeit. Wer mit Brennstoffzelle heizt, trägt aktiv zur Energie- und Klimawende bei. Mit Brennstoffzelle erreichen die neu gebauten Häuser in Langweid sogar KfW-Standard 55 plus. Das zahlt sich auch für die Käufer aus, die damit Anspruch auf hohe Förderbeträge haben.

Jede Brennstoffzelle spart 1,1 Tonnen CO2 im Jahr ein. Wird die Brennstoffzelle mit Bio-Erdgas versorgt, läuft sie sogar CO2- und damit klimaneutral.

Klimaschutz auch im Mehrparteienhaus: Zwei Mehrfamilienhäuser im selben Baugebiet werden über ein hocheffizientes Blockheizkraftwerk (BHKW) nach dem KWK-Prinzip versorgt. KWK bedeutet Kraft-Wärme-Kopplung: Eine Anlage erzeugt Strom und Wärme hocheffizient und klimaschonend vor Ort. ❐



Roland Weigert (2.v.r.), Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, informierte sich in Langweid am Lech über ein Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben. V.l.: Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, Jürgen Gilg, Erster Bürgermeister in Langweid, Jens Dammer, Leiter Vertrieb erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben

Auch Kinder verbrauchen Strom

Im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ hat die Gemeinde Piding gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern GmbH einen Energie-Aktionstag für ihre Vorschulkinder angeboten – ganz nach dem Motto „Kinder sind die Energieverbraucher von morgen“.

Mithilfe von Energieagentur-Mitarbeiter Gerhard Marx haben die Pidinger Vorschulkinder schnell gewusst, wofür sie selbst und ihre Eltern im Haus Strom brauchen. „Mit Fernseher, Licht, Radio, Handy und Laptop brauchen wir ganz schön viel Strom, das ist klar“, so Marx. Wie der Strom aber in die Steckdose kommt, zeichnete der Energieexperte leicht verständlich mit Strommasten und -leitungen auf – die kannte natürlich jedes Kind. Spannend wurde es dann an der „Strom-Fabrik“ im Sinne eines Kohlekraftwerks, den Rauch aus dem Kamin fanden die Kinder jedoch nicht so toll, weil der nun mal stinkt und in den Augen brennt.

Mit bildlicher Unterstützung wurde den Kindern gleich klar, dass auch sie zu Hause schon viel Strom sparen und damit dafür sorgen können, dass weniger Rauch aus den Kaminen der „StromFabriken“ kommt. „Licht aus, wenn niemand im Raum ist!“ sowie „Kühlschranktüre zu!“ und „Deckel auf den Kochtopf!“, wissen die Pidinger Kinder nun. „Schon die Kleinsten für das Energiesparen zu sensibilisieren, ist sehr wichtig, da sie die Energiesparer von morgen sind“, so Bürgermeister Hannes Holzner, der sich für den Energie-Aktionstag im Kindergarten extra Zeit genommen und mit einleitenden Worten die Wichtigkeit des Energiesparens deutlich gemacht hat.

Mit dem sonnigen Spätsommerwetter konnte die Energieagentur mit einem Solarlicht, Solarhubschraubern und solarbetriebenen Ventilator-Mütze den wissbegierigen Energiesparern von morgen eindrucksvoll zeigen, wie viel Energie Sonnenstrahlen zur Erde schicken, um diese in sauberen, erneuerbaren Strom umzuwandeln – und das ganz ohne Feuer und Rauch.

Wind- und Wasserkraft

Natürlich nicht fehlen durften beim Energie-Aktionstag die Wind- und Wasserkraft. Mit festem Pusten haben die kleinen Energieerzeuger Windräder mit LED-Lämpchen zum Leuchten gebracht und Wasser über Wasserräder gegossen. Die Begeisterung war groß, da sie selbst ohne weiteres, ganz sauber und erneuerbar Strom produziert haben. ❐



Die Energiezukunft in Bibertal (Landkreis Günzburg) hat begonnen. schwaben netz, 100prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben, ist in Zukunft für Planung, Ausbau und Erhalt des Gasnetzes in der Gemeinde zuständig. Roman Gepperth, erster Bürgermeister in Bibertal (r.), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus. „Wir brauchen eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung für unsere Gemeinde“, sagte Bürgermeister Gepperth. „erdgas schwaben und schwaben netz haben wir als zuverlässige und kompetente Partner kennengelernt. Gemeinsam stellen wir die Energiezukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger sicher. Damit tragen wir alle aktiv zur Energiewende bei.“ Sommer betonte: „Unsere Gasnetze gewährleisten die zuverlässige und sichere Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.“ Der Vertrag läuft bis 2040. Bild: erdgas schwaben

Neuer Aufsichtsrat im kommunalen EBERwerk

Im Zuge der Kommunalwahl im März 2020 haben die Mitgliedskommunen des EBERwerks ihre neuen Aufsichtsräte in das Kontroll- und Beratergremium des EBERwerks entsandt. In der konstituierenden Sitzung übergab Albert Hingerl seinen Aufsichtsratsvorsitz an Michael Stolze, erster Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt erneut Hans Fent, erster Bürgermeister der Gemeinde Aßling.

In seinem Rückblick verwies Herr Hingerl auf die bisherigen Erfolge in der noch jungen Firmengeschichte des EBERwerks. So hat das EBERwerk die Beteiligung an den Stromnetzen im Landkreis vollzogen, mit EBERstrom eine regionale Strommarke „aus der Region, für die Region“ aufgebaut und mit viel Engagement den Ausbau der Photovoltaik betrieben, um die Nachfrage nach EBERstrom zu decken.

Energiewende voranbringen

Ein Paradebeispiel für diese lokale Energiewende ist die jüngst vom EBERwerk errichtete Photovoltaik-Dachanlage mit einer Leistung von 1,5 Megawatt. Sie versorgt die fünf Werkshallen der Firma Canon in Poing mit Sonnenstrom und ist die größte ihrer Art in der Region. „Die Konstellation, dass 19 Kommunen zusammen ein Energieversorgungsunternehmen gründen und betreiben, ist einzigartig. Das EBERwerk ist ein wichtiger Baustein, um die Energiewende im Landkreis voranzubringen.“, so Albert Hingerl.

Michael Stolze greift auf: „Ich freue mich auf die künftigen Herausforderungen im EBERwerk und die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat. Im EBERwerk bündeln wir idealerweise die kommunalen Interessen mit energiewirtschaftlicher Expertise und unternehmerischer Herangehensweise zum Wohle unserer Energiewende-Bestrebungen. Ich bin überzeugt davon, dass wir den eingeschlagenen Weg erfolgreich weiterführen werden.“ ❐

BMU fördert die ersten Elektrobusse in Erlangen

Das BMU fördert die Anschaffung von sieben Elektrobussen in Erlangen mit rund 1,8 Millionen Euro. Der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold übergab den Förderbescheid an die Stadtwerke Erlangen. Damit steigt die Zahl der bundesweit durch das Bundesumweltministerium geförderten Elektrobusse auf 1.165. Zu Beginn des Förderprogramms im Jahr 2018 gab es in ganz Deutschland nur rund 100 solcher Busse.

Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold: „Elektrobusse sind eine saubere Lösung für die Umwelt: Sie stoßen weder Abgase noch Treibhausgase aus. Außerdem sind die Stromer deutlich leiser als herkömmliche Busse. Das steigert die Lebensqualität in unseren Städten. Ich freue mich daher, dass Erlangen nun eine Elektrobusflotte aufbaut.“

Das BMU-Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr soll den Markthochlauf von Bussen mit Elektroantrieb unterstützen. Die Anschaffungskosten für ein solches Fahrzeug sind noch immer zwei- bis dreimal so hoch wie bei einem Dieselbus. Die anteilige Finanzierung der Elektrobusse macht sie für Kommunen zu einer aussichtreichen, ökologischen Alternative. Zentrales Kriterium der Förderung ist der nachgewiesene Einsatz erneuerbarer Energien beim Laden der Busbatterien.

Bundesweit stellt das Bundesumweltministerium für die Elektrobus-Förderung 620 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell werden Vorhaben in 48 Städten mit insgesamt rund 439 Millionen Euro gefördert. Größte Einzelprojekte sind die Vorhaben in Wiesbaden (120 Busse), Berlin (120), Köln (101) und Hamburg (96). Weitere Bewilligungen werden noch in diesem Jahr erteilt.

Im Rahmen des Projekts werden sieben rein elektrische Nahverkehrsbusse beschafft. In Erlangen entsteht damit eine neue 100 Prozent emissionsfreie CityLinie. Neben der Anschaffung der Busse fördert das BMU auch die notwendige Ladeinfrastruktur sowie weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz der Fahrzeuge, wie notwendige Werkstattausrüstung oder Schulungen von Fahr- und Werkstattpersonal. Dabei werden bei den Fahrzeugen die gegenüber einem Dieselbus entstehenden Mehrkosten zu 80 Prozent finanziert. Die übrigen Ausgaben werden mit 40 Prozent unterstützt. ❐



Gesetzentwurf zur EEG-Reform

Deutscher Städtetag, DStGB und VKU:
EEG 2021 muss ambitionierten EE-Ausbau besser unterstützen

Die nächste Hürde ist genommen: Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet. Das EEG 2021 wird jetzt in einem nächsten Schritt im parlamentarischen Verfahren im Bundestag und Bundesrat beraten. Ziel ist der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch in diesem Jahr.

Im Kern enthält das EEG 2021 unter anderem folgende Regelungen:

• Gesetzlich verankert wird ein neues Langfristziel: „Treibhausgasneutralität vor 2050 des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms“. Gleiches gilt für ambitionierte Ausbaupfade für die Erneuerbaren Energien bis 2030, um einen Anteil der Erneuerbaren von 65 Prozent bis 2030 zu erreichen.

• Kommunen können künftig finanziell am Ausbau der Windenergie beteiligt werden. Ebenso werden die Anreize für Mieterstrom und die Rahmenbedingungen für Eigenstromerzeugung verbessert.

• Die Förderkosten für Erneuerbare Energien werden durch verschiedene Einzelmaßnahmen (unter anderem Anpassung der Höchstwerte in Ausschreibungen, Erweiterung der Flächenkulisse für PV-Freiflächenanlagen) reduziert, es wird ein neues Ausschreibungssegment für große PV Dachanlagen geschaffen und durch Verlängerung und Aufstockung der Innovationsausschreibungen werden starke Impulse für Innovationen gesetzt.

• Durch Anpassungen bei der Besonderen Ausgleichsregelung erhält die stromkostenintensive Industrie mehr Planungssicherheit bei zukünftigen EEG-Entlastungen.

• Es werden verbesserte Anreize für neue Anlagentechnik und bessere Steuerbarkeit der Anlagen (Smart-Meter-Gateway) gesetzt. Durch eine „Südquote“ für Wind an Land und Biomasse kommt es zu einer besseren Abstimmung zwischen Erneuerbaren-Ausbau und Netzausbau.

• Die Sektorkopplung wird vorangetrieben: Für Seeschiffe wird die Möglichkeit geschaffen, sich in den Seehäfen kostengünstig mit Landstrom zu versorgen, statt Dieselgeneratoren einzusetzen. Der Regierungsentwurf enthält außerdem die Zusage, dass im weiteren Verfahren noch eine Regelung zur Befreiung grünen Wasserstoffs von der EEG-Umlage vorgelegt wird. Damit wird ein zentrales Element der nationalen Wasserstoffstrategie umgesetzt.

• Ausgeförderte Anlagen erhalten übergangsweise die Möglichkeit, den Strom weiter über den Netzbetreiber zu vermarkten und den Marktwert abzüglich der Vermarktungskosten zu erhalten. Diese reduzieren sich, wenn die Anlagen mit intelligenter Messtechnik ausgestattet werden.

• Bei der Solarenergie sieht der Entwurf vor, dass die jährlich ausgeschriebene Leistung für Anlagen auf großen Gebäuden von 2,1 Gigawatt (im Jahr 2021) auf 2,8 Gigawatt (im Jahr 2028) steigen soll. Gleiches gilt für Freiflächen. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 lag der Wert bei einem Gigawatt. Bei kleinen Dachanlagen soll die Leistung auf 4,6 bis 5,6 Gigawatt pro Jahr gesteigert werden. Aktuell sind es 2,5 Gigawatt.

• Beim Ausbau der Windkraft steht vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung im Weg. Deshalb sollen Bürger und Kommunen künftig finanziell an neuen Windenergieanlagen beteiligt werden.

• Wohngebäude haben einen hohen Anteil am CO2-Ausstoß. Bis 2030 sollen die Emissionen deshalb um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014 sinken, um im Idealfall bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen zu können.

Schlüsselrolle der Kommunen

Laut einer gemeinsamen Mitteilung von Deutschem Städtetag, Deutschem Städte- und Gemeindebund und Verband kommunaler Unternehmen muss sich die anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) daran messen lassen, ob sie den notwendigen Ausbau von Energieerzeugung aus Sonne, Wind und Co. ambitioniert genug unterstützt. „Dabei ist klar: Die dezentralen Erneuerbaren Energien werden vor Ort ausgebaut. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen spielen eine Schlüsselrolle bei der Energiewende.“

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, fordert eine stärkere Unterstützung für die klimafreundliche Energiegewinnung in den Städten: „Wir brauchen rasch mehr saubere Energie, um die Klimaziele zu erreichen. Dazu kann auch eine bessere Förderung des Mieterstroms beitragen. In räumlicher Nähe zu den Wohnungen erzeugte, saubere Energie ist klimaschonend – und ein Versorgungsmodell der Zukunft für urbane Räume. Die Städte wollen deshalb den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern stärker voranbringen. Dafür brauchen wir bessere Anreize über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die vorgesehene Festlegung, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im öffentlichen Interesse liegt, kann außerdem Planungsträgern und Genehmigungsbehörden helfen, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzubringen. Weitere Hemmnisse im Planungs-, Genehmigungs- sowie Natur- und Artenschutzrecht müssen aber noch abgebaut werden.“

Akzeptanz der Windkraft

Der Ausbau der Windenergie hängt wesentlich von der Akzeptanz vor Ort ab. Der Ansatz, dass Standortkommunen künftig stärker vom Windenergieausbau profitieren sollen, ist auch nach Auffassung des DStGB richtig, wie Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unterstreicht: „Wir werten die vorgesehene finanzielle Beteiligung als wichtigen Teilerfolg. Mit Inkrafttreten der EEG-Novelle können alle Standortkommunen, auf deren Gemeindegebiet ab dem Jahr 2021 eine Windenergieanlage betrieben wird und die EEG-gefördert ist, direkte Zahlungen des Anlagenbetreibers erhalten. Die zusätzlichen Einnahmen können von der jeweiligen Gemeinde für Anliegen der örtlichen Gemeinschaft frei verwendet werden. Dies steigert erheblich die Akzeptanz für Windkraft in der Bevölkerung.“

Tropfen auf den heißen Stein

VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche zufolge macht der Anstieg der EEG-Umlage deutlich, dass die Belastung des Strompreises mit Abgaben, Umlagen und Steuern weiter zunimmt. Im europäischen Vergleich zahle der deutsche Stromkunde schon heute die höchsten Endkundenpreise. „Die Bundesregierung hätte im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms die Gelegenheit nutzen müssen, eine grundlegende Reform des Systems der Abgaben, Umlagen und Steuern in Verbindung mit einer sektorübergreifenden CO2-Bepreisung auf den Weg zu bringen. Stattdessen hat sie nur eine geringfügige Entlastung bei der EEG-Umlage beschlossen. Dies ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der mit der Umlageerhöhung wieder verdampft. So sieht die Bundesregierung in 2021 eine Reduzierung der EEG-Umlage um 0,25 Cent vor. Die verkündete Erhöhung macht allein 0,35 Cent aus und übersteigt damit die Entlastung.“

Der Bundesrat habe erkannt, wie wichtig die Entlastung bei den Strompreisen für die Flexibilisierung der Energieversorgung ist. Nur durch niedrige Endkundenpreise könne Strom auch wettbewerbsfähig zu Öl und Benzin in Wärme und Verkehr werden. Die Länderkammer habe sich daher mit einer Zweidrittelmehrheit dafür ausgesprochen, dass die Bundesregierung die Abgaben und Umlagen im Energiebereich systematisch prüfen soll. „Diese Initiative sollte die Bundesregierung jetzt aufgreifen und bei der rechtlichen Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 berücksichtigen“, fordert Reiche. **DK**

Energieminister Hubert Aiwanger:

Startschuss für Gaskraftwerke und Wasserstoff-Tankstellen

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die Rückkehr der Gaskraftwerke Irsching 4 und 5 in den Energiemarkt. „Es ist gut, dass die hocheffizienten und modernen Gaskraftwerksblöcke zukünftig wieder mehr genutzt werden, insbesondere in Zeiten geringer Einspeisung aus regenerativen Erzeugungsanlagen. Gaskraftwerke sind bei uns aktuell der richtige Weg, um im Energiemix die Energieversorgung sicherzustellen“, betonte Aiwanger beim symbolischen Startschuss nahe Ingolstadt.

Die Rückkehr auf den regulären Strommarkt entlaste auch die Verbraucher, die bisher die Kosten der sogenannten Netzreserve, in der sich die Kraftwerksblöcke seit sieben Jahren befanden, über die Netzentgelte zu tragen haben. Aiwanger: „Nach Kernenergie- und Kohleausstieg muss auch zukünftig ausreichend gesicherte Erzeugungsleistung zur Verfügung stehen. Daher fordere ich vom Bund die Schaffung eines systematischen Investitionsrahmens für solche Kraftwerke.“

Hintergrund der Rückkehr in den Markt sind insbesondere die gesunkenen Gaspreise, die einen wirtschaftlichen Betrieb der Gaskraftwerke möglich machen, nicht nur Betrieb als Netzreserve. Die Eigentümer Uniper, N-ERGIE, Mainova und Entega hatten angekündigt, die Situation von Jahr zu Jahr neu zu bewerten.

Die beiden Kraftwerksblöcke Irsching 4 und 5 fielen bislang unter die so genannte Netzreserveverordnung. Das bedeutet, dass sie ausschließlich dann zum Einsatz kamen, wenn ihre Leistung zur Stabilisierung des Netzes gebraucht wurde. Das war dann der Fall, wenn das Netz in Süddeutschland wegen temporärer Engpässe gestützt werden musste.

Gestartet wurde zudem ein ambitioniertes Förderprogramm für 100 Wasserstoff-Tankstellen im Freistaat. Mit 50 Millionen Euro Fördersumme wird das Wirtschaftsministerium bis 2023 die Basis für eine Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur legen sowie heimische Unternehmen bei der Anschaffung oder dem Umbau von Wasserstoff-Nutzfahrzeugen unterstützen. Zudem werden Elektrolyseure zur Erzeugung von grünem Wasserstoff gefördert.

Aiwanger zufolge ist beim Thema Wasserstoff „jetzt genug geredet, jetzt wird umgesetzt“. Das Tankstellen-Förderprogramm sei ein weiterer Baustein in der Strategie, Wasserstoff als wichtigen Energieträger für die Mobilitäts- und Energiewende zu entwickeln. „Wir fördern bayerische H2-Technologie, um unsere Wirtschaft und Industrie fit zu machen für den wachsenden internationalen Wasserstoffmarkt.“

Hightech-Standort stärken

„Wir werden ‚Made in Bavaria‘ zu einem Wasserstoff-Gütesiegel entwickeln“, zeigte sich der Minister überzeugt. „Wir vernetzen unsere hervorragenden Forscher mit den innovativen Unternehmen des Freistaates, um den Hightech-Standort Bayern zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich mit dem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger die Mobilitäts- und Energiewende voranzubringen.“

Mit dem am 1. Oktober 2020 begonnenen Förderprogramm werden öffentliche wie nichtöffentliche Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge, Busse sowie Logistikfahrzeuge unterstützt. Im Sinne des Baukastenprinzips unterstützt der Freistaat zudem anteilig und bedarfsgerecht Elektrolyseure zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort wie auch die Anschaffung bzw. Umrüstung von H2-Nutzfahrzeugen und Bussen sowie Logistikfahrzeugen in Kombination mit betriebsinternen Tankstellen. Damit werden neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche geschaffen: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen.

Mit Blick auf den Münchner Flughafen kündigte Aiwanger verstärkte Bemühungen an, den Airport in eine nachhaltige und klimafreundliche Zukunft zu führen und dadurch den Standort zu stabilisieren. Jetzt müssten die Weichen für einen ökologischen Umbau des Flughafens gestellt werden. Künftig werde es darum gehen, vermehrt CO2-neutrale Antriebstechniken und Kraftstoffe, beispielsweise Wasserstoff und Power-to-liquid-Kraftstoffe, einzusetzen. Dies bringe weniger Belastungen für die Umwelt und damit auch wieder mehr Akzeptanz fürs Fliegen und sichere Arbeitsplätze.

Die Nutzung synthetischer Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Fuels, kann laut Aiwanger zum Klimaschutz beitragen. Diese Kraftstoffe seien aufgrund ihrer hohen Energiedichte gut im Schwerlastverkehr und im Flugverkehr einsetzbar. Mit synthetischen Kraftstoffen, die allerdings noch relativ teuer seien, könne die vorhandene Infrastruktur genutzt werden.

Laut Aiwanger „muss es unser Ziel sein, dass synthetische Kraftstoffe günstiger und damit konkurrenzfähiger werden. Daher planen wir, im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing mit Unterstützung der Bundesregierung die Forschungsaktivitäten zu synthetischen Kraftstoffen erheblich zu stärken und in einem Nationalen Forschungszentrum für Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe zu bündeln.“ **DK**

Energie- und Ressourcen-Wende in der (kommunalen) Verwaltung

Gemeinsame Veranstaltung der Regierung von Unterfranken und C.A.R.M.E.N

Bei einem gemeinsamen WebSeminar der Regierung von Unterfranken und von C.A.R.M.E.N. e.V. informierten sich rund 70 Teilnehmende über Möglichkeiten für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Verwaltungen. Unter dem Motto „Energie- und Ressourcenwende in der (kommunalen) Verwaltung“ beleuchteten die Referentinnen und Referenten neben nachhaltiger Beschaffung unter anderem Möglichkeiten des systematischen Energiesparens.

„Mit Blick auf die aktuellen Umweltprobleme rücken Klimaschutz und Nachhaltigkeit wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit“, stellte C.A.R.M.E.N.-Moderator, Keywan Pour-Sartip, in seiner Begrüßung fest. Insbesondere die Reduktion des Wärmebedarfs kommunaler Liegenschaften berge ein hohes Energieeinspar- und Klimaschutzpotenzial führte Pour-Sartip an und leitete damit über in den ersten Vortrag zur Digitalisierung in der Wärmeerzeugung von Rafael Sporysz, ENER-IQ GmbH.

Sporysz konnte anhand von Daten eindrucksvoll zeigen, dass hohe Investitionen in energetische Verbesserungen nicht zwangsläufig einen eindeutigen Einspareffekt nach sich ziehen. Rund 57 Prozent aller Heizungen in Deutschland laufen demnach ineffizient. Die Gründe dafür seien vielfältig und reichten von Fehleinstellungen und falsch montierten Bauteilen bis hin zu einem hohen Wartungsaufwand. Eine Lösung sieht Sporysz in der datenbasierten Betriebsführung der Heizungsanlage. Hierbei unterstützen Sensordaten und künstliche Intelligenz, die Anlage optimal zu betreiben und den CO2-Ausstoß zu reduzieren.

Energiecoaching Plus in Unterfranken

Einen anderen Ansatz verfolgt Ralf Deuerling von der EVF – Energievision Franken GmbH. Er stellte das 2017 von der Regierung von Unterfranken gestartete Förderprojekt „Energiecoaching Plus in Unterfranken“ vor. Ziel des Projekts sei eine intensivierte Beratung von Gemeinden zur Umsetzung der Energiewende vor Ort. Im Rahmen eines Coachings unterstützen Expertinnen und Experten die ausgewählten Kommunen durch eine Initial- sowie vertiefende Beratung im Bereich der Energieeinsparung und dem Einsatz Erneuerbarer Energien. Die ausgewählten Gemeinden konnten sich im Vorfeld des Projekts bei der Regierung von Unterfranken bewerben. In Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Energiecoach wählen die Gemeinden die für sie sinnvollen Beratungsleistungen aus. Diese haben pro Gemeinde einen Umfang von etwa zehn Beratungstagen. Die Kosten werden zu 100% vom Freistaat Bayern getragen.

Ein weiterer wichtiger Faktor beim Sparen von Energie- und Ressourcen im kommunalen Verantwortungsbereich stellt die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen dar. Jedes Jahr gibt die öffentliche Hand erhebliche Beträge für Energie, Güter, Waren und Dienstleistungen aus und übernimmt dabei eine entscheidende Vorbildfunktion. Doch die Umsetzung von nachhaltigen Konzepten bei der Beschaffung ist nicht selten mit Hürden verbunden. Anna Schlange-Schöningen vom Auftragsberatungszentrum Bayern e.V. gab daher einen Einblick in den vergaberechtlichen Rahmen für eine nachhaltige Beschaffung.

Nachhaltige Beschaffung

Phillipp Abel von der Stadt Fürth berichtete im Anschluss aus der Praxis der nachhaltigen Beschaffung und machte dabei einmal mehr klar, wie komplex der kommunale Beschaffungsprozess mitunter sein kann. Dennoch gebe es verschiedene Faktoren, die bei der erfolgreichen Umsetzung helfen können. Dabei spiele neben dem politischen Willen zum Beispiel die Mitarbeitenden, deren Eigeninitiative sowie positive Vorbildprojekte eine große Rolle.

Um ein anderes Thema ging es beim Vortrag von Manuel Porasil, Heilmann Software Gesellschaft für Informationstechnologie mbH. Er stellte mit „digibase“ eine softwarebasierte Möglichkeit zum Ressourcensparen im Schornsteinfegerhandwerk vor. Diese Software würde sich gemäß Herrn Porasil aber auch für Kommunen eignen. Das System sorge durch den „Smart-Versand“ von Korrespondenzen schnell für eine hohe Digitalisierungsrate vor Ort und berge so entsprechende Energieeinsparungseffekte.

Den Abschluss machte Stefan Heins von C.A.R.M.E.N. e.V. mit seinem Vortrag „Energie im Büro – Weniger ist mehr!“ und richtete seinen Blick dabei vor allem auf das Nutzerverhalten der Büromitarbeitenden. Anhand einiger Rechenbeispiele belegte er eindrucksvoll die Einsparpotenziale, die bereits kleinere Verhaltensänderungen nach sich ziehen können. ❐

Über 450 Firmen in BEEN-i vernetzt

„Viele Unternehmen haben noch Reserven, ihre Energiekosten senken. Gemeinsam Synergien nutzen ist das Motto“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Damit nicht jedes Unternehmen das Rad neu erfinden muss, sondern erprobte Lösungen von anderen übernehmen kann, gibt es die Bayerische EnergieEffizienz-Netzwerk-Initiative (BEEN-i), in der bereits über 450 bayerische Unternehmen vernetzt sind.

Mit einer Kickoff-Veranstaltung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ist jetzt BEEN-i 2.0 gestartet. Künftig werden das Institut für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V. die Koordinierungsstelle konzeptionell unterstützen.

„Wir geben der sehr erfolgreichen BEEN-i Initiative noch mehr Schub! Wir wollen bis 2022 die Anzahl der Netzwerke auf etwa 70 bis 80 und der teilnehmenden Unternehmen auf rund 700 erhöhen“, kündigt der Staatsminister an. Er lobt die massiven Anstrengungen der Wirtschaft, die Energieeffizienz zu verbessern: „Von rund 278 Netzwerken sind knapp 60 in Bayern. Unsere Unternehmen zeigen, wie man Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abkoppeln kann, indem sie innovative Konzepte umsetzen und gemeinsam weiterentwickeln.“ ❐

Wasserstoff als Energieträger der Zukunft

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner diskutiert mit Echings Bürgermeister Max Kofler über Wasserstofftechnologie

„Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft", sind sich Bundestagsabgeordneter Florian Oßner und der neu gewählte Echinger Bürgermeister Max Kofler einig. Bei Oßners Besuch im Rathaus besprachen die beiden, welch entscheidende Rolle Eching beim Ausrollen der Technologie in der Region spielen könnte.

Echings neuer Bürgermeister Max Kofler sieht die Gemeinde gut aufgestellt: „Dank unserer günstigen Lage sind wir stetig gewachsen." Die Gemeinde wolle zur Schaffung von Wohnraum künftig maßvoll Neubaugebiete ausweisen und sehr moderat auch weitere Gewerbebetriebe ansiedeln. Gut vorstellen können sich Oßner und Kofler hierbei ein echtes Aushängeschild: Die Errichtung des anwendungsorientierten Wasserstoffzentrums auf Gemeindeboden.



Über ein anwendungsorientiertes Wasserstoff-Zentrum für die Region Landshut in der Gemeinde Eching tauschten sich Bürgermeister Max Kofler und Florian Oßner, MdB aus. ❐

Die Weichen dafür wurden dank langer Vorarbeit bereits gestellt, erläuterte Oßner. Die Initiative Wasserstoffregion Landshut, deren Schirmherr er ist, arbeitet schon lange daran, die Wasserstofftechnologie in der Region Landshut zu etablieren. Ein wesentlicher Baustein dafür war die Bewerbung im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbes „Hy-Land-Wasserstoffregionen in Deutschland" des Bundesverkehrsministeriums.

Förderbescheid übergeben

Ende 2019 gelang der große Durchbruch: Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer überreichte den Vertretern der Initiative den Förderbescheid: Bis zu 20 Millionen Euro fließen damit in das Projekt. Die Region ist offiziell Modellregion für die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien.

Deutschlandweit die Nase vorn

„Jetzt geht es darum, ein Wasserstoff-Zentrum in der Region aufzubauen", gab Oßner das nächste Ziel aus. Dort soll die Technologie zur Anwendung gebracht und für Zulieferer erforscht werden. Sobald es konkreter werde, wolle Kofler den Gemeinderat umfassend über das Projekt informieren und um breite Unterstützung werben.

Mit dem Anwendungs-Zentrum hätte die Region Landshut deutschlandweit die Nase vorn. Die Besonderheit: Hier könnte echter „grüner" Wasserstoff, also Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, erzeugt werden. Während man andernorts etwa Gas zur Wasserstoffherstellung verwendet, könnte die Region Landshut vor allem Photovoltaik und Wasserkraft nutzen. „Damit vereinen wir technologischen Fortschritt mit klugem Klimaschutz", fasste Oßner zusammen.

Ortsmitte aufwerten

Neben diesem außergewöhnlichen Vorhaben gebe es aber noch andere Baustellen, wie Kofler berichtete. So müsse der Bauhof erweitert und neu gebaut werden.

Auch altersgerechtes Wohnen ist ein Thema. Der Bedarf ist da", führte Kofler aus. Außerdem in Planung sei ein neues gemeinsames Feuerwehrhaus für die Feuerwehren Viecht und Eching/Kronwinkl. Wegen der Größe und der Ausstattung stimme man sich mit den Feuerwehren ab, um möglichst bedarfsgerecht zu bauen. „Diese Kooperation ist vorbildlich", so Oßner, der selbst aktives Mitglied der Feuerwehr ist. Neben dem neuen Feuerwehrhaus möchte die Gemeinde auch die übrige Ortsmitte in Viecht aufwerten: „Wir wollen sowohl Wohnen als auch Gewerbe im Ortskern halten und ausbauen. ❐

Elektrifizierung des ÖPNV der Stadtwerke Landshut:

e-troFit Bus fährt im Linienbetrieb

Offizielle Übergabe mit OB Alexander Putz und Staatsminister Aiwanger

Stellvertretend für seine Stadtwerke übernahm Oberbürgermeister Alexander Putz im Messepark Landshut den ersten e-troFit-Serienbus. Der ausgemusterte Diesel-Stadtbus der Stadtwerke Landshut erhielt im Rahmen eines Pilotprojektes mit der e-troFit GmbH ein zweites Leben. Seit Mitte September 2020 wird er als Elektrobus im Linienbetrieb eingesetzt. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hält dieses Umrüstungskonzept zur Reduzierung der CO2-Emissonen für vielversprechend.

Oberbürgermeister Putz erklärte die hohen Anforderungen an Kommunen und Verkehrsbetriebe und die damit verbundenen Beweggründe, die dazu führten, auf neue innovative Lösungen zu setzen: „Die Verkehrswende im ÖPNV stellt uns vor große Herausforderungen. Um die europäischen Ziele der Clean Vehicles Directive im vorgegebenen Zeitrahmen umzusetzen, benötigen Städte und Gemeinden schnell umsetzbare, nachhaltige und dabei technologisch absolut zuverlässige Lösungen. Die e-troFit GmbH hat uns mit ihrem Technologie-Konzept überzeugt und darum haben wir das Pilotprojekt sehr gerne gestartet."

Projekt ‚Made in Bavaria'

In einer knapp vierwöchigen Testphase im August 2020 konnte der e-troFit Bus bereits mit einem reibungs- und störungsfreien Betrieb mit überdurchschnittlich hohen Reichweiten überzeugen. Im nun begonnenen Langzeiteinsatz im Linienbetrieb für rund ein Jahr geht es darum, zusätzliche wertvolle Erkenntnisse für die Praxistauglichkeit und Leistungsfähigkeit des e-troFit Umrüstkits zu erlangen.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zeigte sich überzeugt: „Diese Technologie ist vielversprechend und könnte mit der Umrüstung von Diesel-Bestandsfahrzeugen auf Elektroantrieb eine wirtschaftlich effiziente Elektrifizierung von Transport- und Nutzfahrzeugen beschleunigen. Ein spannendes Projekt ‚Made in Bavaria', das nachhaltig ist und die Innovationsführerschaft in Bayern untermauert."

Andreas Hager, Geschäftsführer der e-troFit GmbH, freute sich sichtlich über den Meilenstein für sein junges Unternehmen, aber auch für den ÖPNV im Allgemeinen: „Was unsere Mannschaft in den vergangenen Monaten hier geleistet hat, ist überragend. Dadurch bieten wir nun eine schnell umsetzbare und die derzeit kosteneffizienteste Lösung zur nachhaltigen Reduktion der CO2 Emissionen. Mit unseren weltweit anerkannten Zulieferpartnern bieten wir Serienqualität nach den höchsten Automotive-Standards für funktionale Sicherheit und können Verfügbarkeit in höheren Stückzahlen kurzfristig gewährleisten. Fuhrparkbetreiber im Öffentlichen Personennahverkehr wie die Stadtwerke Landshut erhalten mit unserem Retrofitting-Kit ein wichtiges Instrument zur Gestaltung ihres emissionsfreien Fuhrparks."

Bei der anschließenden Probefahrt konnte die Corona-bedingt reduzierte Gästezahl den Fahrkomfort selbst erleben. Unter den Fahrgästen waren auch mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus der Region, die sich so ihr persönliches Bild vom neuen umgerüsteten Elektrobus machen konnten.

Eine von allen Beteiligten als maßgebend erachtete Grundvoraussetzung für den Erfolg innovativer Umrüstlösungen ist die Schaffung neuer Förderrichtlinien des Bundes.

Fairer Wettbewerb gefordert

Andreas Hager appellierte deshalb an die politischen Entscheider: „Wir benötigen dringend eine Gleichstellung bei der Förderung von Umrüstungen und der Anschaffung von Neufahrzeugen sowie eine Neuordnung der Regularien im Betrieb von Bussen, wie zum Beispiel das maximal erlaubte Alter der Busse. Diese machten in der Vergangenheit mit den Emissionsklassen des Diesels Sinn, sind jedoch bei emissionsfreien Fahrzeugen irrelevant. Nur so wird ein freier Wettbewerb ermöglicht, erhalten Verkehrsbetriebe bei der Umgestaltung ihrer Fuhrparks Entscheidungsfreiheit und setzen sich letztendlich die effizientesten Lösungen im Markt durch. Darum muss es doch gehen bei der nachhaltigen und umweltfreundlichen Gestaltung der Mobilität in unserer Gesellschaft." ❐

Wärmeversorgung Peißenberg ist fit für die Zukunft

Die Peißenberger Wärmegesellschaft (PWG) hat ihre Heizzentrale ausgebaut und weiter modernisiert. Damit setzt PWG auch in Zukunft auf dezentrale und klimafreundliche Wärmeerzeugung.

Die Anlage für das Peißenberger Fernwärmenetz wurde bereits 2017 grundlegend modernisiert. Nun folgte die zweite Modernisierungsstufe, bei der ein weiteres Blockheizkraftwerk (BHKW) errichtet wurde.

Bereits 2017 hat PWG ein neues BHKW mit einer elektrischen und thermischen Leistung von je 1,6 Megawatt (MW) und zwei gasbefeuerte Kessel mit einer Heizleistung von je 8 MW installiert. Im Rahmen einer zweiten Modernisierungsstufe wurde nun ein weiteres, noch größeres BHKW mit einer elektrischen Leistung von 3,4 MW und einer Wärmeleistung von 3,9 MW ergänzt. So kann PWG noch mehr klimafreundlich erzeugte Wärme ins rund 22 Kilometer lange Fernwärmenetz einspeisen.

Errichtet wurde das neue BHKW in der alten Maschinenhalle. Bis 2016 waren dort alte Motor-Heizkraftwerke verbaut, die seit den 1980er Jahren zuverlässig ihren Dienst verrichtet hatten. Die Anlagen haben aber nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprochen und waren, gemessen am heutigen Wärmebedarf der Kunden, zu groß dimensioniert. Daher hat PWG sie 2016 außer Betrieb genommen und die Maschinenhalle entkernt.

Anlage wird effizienter und klimafreundlicher

Als Brennstoff kommt dank der Modernisierung bereits seit 2017 nahezu ausschließlich umweltfreundliches Erdgas zum Einsatz. Durch den Umbau auf moderne Technik stieg auch die Effizienz der Anlage. „Mit der Heizzentrale und dem Fernwärmenetz in Peißenberg erzeugen wir Wärme für unsere Kunden effizient und klimafreundlich – und das direkt vor Ort. Die Anlage erreicht inzwischen einen Wirkungsgrad von mehr als 90 Prozent. Mit den Modernisierungsprojekten machen wir den Standort fit für die Zukunft", sagt PWG Geschäftsführer Dr. Martin Reh.

Die Anlagen sind auf den aktuellen Wärmeverbrauch abgestimmt und benötigen weniger Brennstoff als die alten Motor-Heizkraftwerke. Durch die Modernisierungsprojekte 2017 und 2020 werden im Vergleich zum vorherigen Betrieb etwa 4.000 Tonnen CO2 pro Jahr eingespart. Die Kunden merkten von den in den vergangenen Monaten laufenden Modernisierungsarbeiten nichts. Sie wurden über das bestehende BHKW weiterhin zuverlässig mit Wärme versorgt.

Wärmenetz wird erweitert

Parallel zur Modernisierung der Anlage erweitert PWG aktuell auch das Fernwärmenetz. Im Südwesten von Peißenberg werden derzeit mehrere Gebiete angeschlossen, wofür das Netz um etwa 500 Meter verlängert wird. Die ersten neuen Kunden sind bereits am Netz.

Die Peißenberger Wärmegesellschaft ist ein gemeinsames Unternehmen der Lechwerke AG und der Bayernwerk Natur GmbH. Über das rund 22 Kilometer lange Fernwärmenetz werden in Peißenberg derzeit rund 1.000 Kunden – Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen – mit Wärme versorgt.

Die Projektdurchführung verantworten die Bereiche Energiedienstleistungen der Lechwerke AG und Projekte der Bayernwerk Natur GmbH.

Informationen zur Wärmeversorgung über PWG gibt es unter www.pwg-waerme.de. ❐

Neuer Konzessionsvertrag abgeschlossen:

N-ERGIE stärkt Partnerschaft mit Rohr

Nach dem Konzessionsvertrag für die Stromversorgung, den die Gemeinde Rohr im Juli unterzeichnet hat, wurde nun die N-ERGIE Aktiengesellschaft auch mit der Versorgung durch Erdgas beauftragt. Felix Fröhlich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Rohr, hat zusammen mit Volker Laudien, Leiter Kommunale Kunden bei der N-ERGIE, den Konzessionsvertrag für die Gasversorgung der Gemeinde unterschrieben.

Dieser hat eine Gültigkeit von mindestens zehn Jahren. Mit dem Konzessionsvertrag gestattet die Gemeinde Rohr der N-ERGIE, im öffentlichen Raum ihrer Ortsteile das Erdgasnetz zu betreiben, wofür die Kommune eine gesetzlich festgelegte Konzessionsabgabe erhält. Der bereits in den letzten Wochen erfolgte Bau von Gasleitungen war auf Basis einer Nutzungsvereinbarung erfolgt.

Die N-ERGIE wird während der Vertragslaufzeit die Erdgasversorgung im Interesse der Kommune und der Kunden sicherstellen. Zudem wird sie das bestehende Netz ausbauen und somit die Entwicklung der Kommune unterstützen. Die N-ERGIE garantiert mit ihrem 24-Stunden-Entstörungsdienst eine sichere und zuverlässige Energieversorgung an sieben Tagen in der Woche.

Die Gemeinde hatte für die Konzession das gesetzlich vorgeschriebene Interessensbekundungsverfahren mit öffentlicher Bekanntmachung im Bundesanzeiger gemäß §46 Abs. 3 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes durchgeführt. Die N-ERGIE hatte sich hierauf form-und fristgerecht beworben.

„Die Versorgung mit Erdgas ist derzeit ein zentrales Thema im Westen unserer Flächengemeinde, in der größten Ortschaft unserer Kommune, in Rohr", erklärte Bürgermeister Felix Fröhlich. „Wir setzen dabei auf die N-ERGIE, die uns auch im Strombereich seit Jahren eine zuverlässige und starke Partnerin ist. Mit der Errichtung der Gasdruckregelstation im Süden von Rohr ist bereits ein erster Schritt für eine Infrastruktur mit Zukunft erfolgt. Denn: Die Anbindung unseres Gewerbegebiets an die Gasversorgung ist ein wesentlicher Standortfaktor."

Um die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau zu halten, sind umfangreiche und beständige Investitionen notwendig. In ihre Erdgasnetze investierte die N-ERGIE über die N-ERGIE Netz GmbH deshalb alleine im vergangenen Jahr rund 15 Millionen Euro. Hierunter fällt neben der Instandhaltung etwa die Erschließung von Neubau- oder Gewerbegebieten. Das zahlt sich aus: Lediglich durchschnittlich 9,3 Sekunden blieben Haushalte im Netzgebiet der N-ERGIE Aktiengesellschaft aufgrund ungeplanter Ereignisse 2019 ohne Erdgas. ❐



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Ausschreibung von Strom und Erdgas
- rechtssichere Energiebeschaffung und transparenter Energiemarkt
- Elektronische Ausschreibung mit elektronischer Auktion
- permanenter Online-Zugriff auf alle Strom-/Gasdaten
- max. Wettbewerb (über 550 Anbieter)
- kurze Bindefristen ermöglichen optimale Energiepreise
- Preisprognose für Abnahmestellen ermittelt richtigen Zeitpunkt zum Einkauf
- Angebot von Bündelausschreibungen
- Entlastung der Verwaltung und Senkung der Kosten

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Vergabeverfahren Donau-Isar:

Bayerische Eisenbahngesellschaft erteilt Zuschlag an DB Regio

Die DB Regio AG betreibt ab Dezember 2024 den elektrischen Regionalzugverkehr auf den Strecken von München Hbf bzw. München Flughafen über Landshut nach Passau bzw. Regensburg. Den endgültigen Zuschlag im Vergabeverfahren Donau-Isar hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahnverkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, an die DB Regio AG erteilt. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zwölf Jahren. Er endet demnach im Dezember 2036.

„Im Netz Donau-Isar steht den Fahrgästen künftig auf allen Strecken von frühmorgens bis spätabends ein Stundentakt zur Verfügung. Damit machen wir das Angebot noch attraktiver und die Entscheidung für das Bahnfahren noch einmal leichter", erklärt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer. „Dass wir einige Verbesserungen sogar noch vor dem Vertragsbeginn im Dezember 2024 auf die Schiene bringen, ist ein zusätzlicher Mehrwert", fügt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG, hinzu.

Das künftige Netz Donau-Isar integriert den heutigen Flughafenexpress (ÜFEX), den Donau-Isar-Express und die Regionalbahn von Freising nach Landshut. Es umfasst zwei Betriebsstufen. Die BEG bestellt rund 5,3 Millionen Zugkilometer pro Jahr (Betriebsstufe 1). Ab Betriebsstufe 2, die mit Inbetriebnahme der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München beginnt, sind es 4,9 Millionen Zugkilometer pro Jahr. Das Bestellvolumen reduziert sich, da die Regionalbahn Freising – Landshut zu diesem Zeitpunkt als neue Regional-S-Bahn an das Münchner S-Bahn-Netz angeschlossen und dann in einen anderen Vertrag überführt wird.

Zum Netz Donau-Isar gehören die Regionalzugverbindungen auf den folgenden Strecken:

- München Hbf – Landshut Hbf – Plattling – Passau Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (Schwaigerloh –) München Flughafen Terminal – Landshut Hbf – Regensburg Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (München Hbf –) Freising – Moosburg – Landshut Hbf (Betriebsstufe 1)
- Zur Hauptverkehrszeit: München Hbf – Landshut Hbf – Plattling/Regensburg Hbf (Betriebsstufe 2)

Züge fahren öfter

Die Fahrgäste profitieren von einem deutlich verbesserten Fahrplanangebot: Auf allen Linien fahren die Bahnen künftig im Stundentakt. Zudem werden frühmorgens und spätabends Taktlücken geschlossen, teilweise noch vor dem Start des neuen Netzes. So wird es beim Donau-Isar-Express bereits zum Fahrplanwechsel 2021/22 zusätzliche Verbindungen geben, beispielsweise ab München Hbf und Passau Hbf: Durch je eine zusätzliche Verbindung gegen 22.25 Uhr besteht dann bis nach 23 Uhr ein durchgehender Stundentakt.

Die Regionalbahn von Freising nach Landshut, die derzeit außerhalb der Hauptverkehrszeiten nur sporadisch verkehrt, fährt ab Vertragsbeginn im Dezember 2024 jede Stunde; im Berufsverkehr häufiger und bis München Hbf. Mit Eröffnung der 2. S-Bahn-Stammstrecke (voraussichtlich Ende 2028) werden auch die Regionalexpress-Züge auf den Strecken zwischen München und Plattling bzw. Regensburg in den Hauptverkehrszeiten halbstündlich fahren. Unter Berücksichtigung paralleler Verkehre, etwa den künftig stündlichen RE-Zügen nach Schwandorf und der bis dahin eingerichteten Regional-S-Bahn, wird es dann im Berufsverkehr bis zu vier Zugverbindungen pro Stunde nach Landshut geben.

Barrierefreie, klimatisierte Neufahrzeuge mit WLAN

Die BEG forderte für das Netz Donau-Isar elektrisch angetriebene, klimatisierte Neufahrzeuge. Im Vorgriff auf eine voraussichtlich weiter zunehmende Nachfrage, beispielsweise auf der heute bereits stark nachgefragten Strecke München – Landshut, müssen die Fahrzeuge hohe Sitzplatzkapazitäten aufweisen. Das Konzept von DB Regio sieht 25 Züge des Typs Siemens Desiro HC für die RE-Linie München – Passau und die RB-Linie Freising – Landshut und sechs Züge des Typs Siemens Mireo für den Flughafenexpress vor. Die Fahrzeuge vom Modell Desiro HC sind vierteilige Triebzüge mit einstöckigen Endwagen und zwei doppelstöckigen Mittelwagen mit insgesamt 370 Sitzplätzen. Bis zu drei solcher Garnituren können zwischen München und Landshut gekuppelt verkehren.

Die Züge des Typs Mireo sind vierteilige, einstöckige Triebzüge mit 264 Sitzplätzen. An jedem zweiten Einstiegsbereich können in variabel ausgestatteten Mehrzweckbereichen Fahrräder, Kinderwagen oder Reisegepäck problemlos transportiert werden. Die Fahrzeuge entsprechen den aktuellen Standards der Barrierefreiheit und ermöglichen an Bahnsteigen mit einer Höhe von 76 Zentimetern an allen Türen einen stufenfreien Einstieg. Auch an allen anderen Bahnsteigen können Reisende mit eingeschränkter Mobilität mit der fahrzeuggebundenen Einstiegshilfe ohne Voranmeldung ein- und aussteigen. ❐

Staatsministerin Kerstin Schreyer:

Verkehrsbelastungen reduzieren

Die vorübergehende Förderung von Verstärkerbussen im Schülerverkehr soll nach einem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung fortgesetzt werden. Dafür stellt der Freistaat weitere 15 Millionen Euro bis zum Beginn der Weihnachtsferien zur Verfügung. Mit den Verstärkerbussen können Kommunen laut Verkehrsministerin Kerstin Schreyer das Platzangebot im Schülerverkehr erhöhen und die Schüler vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus geschützt werden.

Bis zu den Herbstferien hatte der Freistaat zunächst 15 Millionen Euro für Verstärkerfahrten im Schülerverkehr bereitgestellt. „Das Förderprogramm ist gut angelaufen", berichtete Schreyer. Nach Angaben der Verkehrsverbünde und einzelner ÖPNV-Aufgabenträger haben die Kommunen bislang rund 350 Verstärkerbusse bestellt. Laut Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) stehen weitere 300 Busse für Verstärkerleistungen zur Verfügung, die bei Bedarf aktiviert werden können.

„Wo noch Busse benötigt werden, vermittelt der LBO auf Nachfrage zwischen den Kommunen und seinen Mitgliedsunternehmen", erklärte die Ministerin. Die entsprechenden Förderanträge sind bis zum 30. November bei der jeweils zuständigen Bezirksregierung zu stellen.

Landkreise und Städte auf gutem Weg

Eine Vielzahl von Vorteilen bieten auch leistungsfähige Verkehrs- und Tarifverbünde, weshalb sie nach dem Willen der Staatsregierung auch möglichst flächendeckend etabliert werden sollen. Schreyer sieht dabei auch die Landkreise und Städte in der Metropolregion München auf einem guten Weg: „Dort ist schon jetzt knapp die Hälfte der Kommunen in einem Verbund zusammengeschlossen. Fast alle anderen machen gerade Studien oder bereiten welche vor." Da damit viel Gutes für die Fahrgäste bewirkt werden kann, fördert der Freistaat solche Studien mit bis zu 90 Prozent.

Auf dem Gebiet der Europäischen Metropolregion München gibt es derzeit mit AVV, MVV und VGI drei Verkehrsverbünde, in denen bislang 16 der in der Region liegenden Kommunen integriert sind. Neun weitere Kommunen untersuchen derzeit einen möglichen Beitritt zu einem der Verbünde. Vorbereitende Untersuchungen laufen beispielsweise zu einer Erweiterung des MVV um die Kommunen von Landsberg im Westen bis Landshut im Osten. Auch die mögliche Gründung eines neuen Verkehrsverbundes in Südostoberbayern soll geprüft werden.

Da gerade in der Metropolregion München erhebliche Pendlerbeziehungen in die fünf großen Zentren Augsburg, Ingolstadt, Landshut, München und Rosenheim bestehen, spielen hier leistungsfähige Verkehrs- und Tarifverbünde eine wichtige Rolle. Ein optimiertes Verkehrsangebot und attraktive Tarife führen dazu, dass der ÖPNV eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. So können Verkehrsbelastungen reduziert und die Lebensqualität der Bürger in vom Verkehr besonders betroffenen Gemeinden verbessert werden. Und auch der ökologische Nutzen liegt für Ministerin Schreyer auf der Hand: „Ein breites, gutes und vernetztes Angebot unterschiedlicher Verkehrsträger ist nicht zuletzt auch ein wertvoller Beitrag zum Klima- und Umweltschutz", unterstrich die Ministerin.

Die Verkehrsminister der Länder haben in einer Verkehrsministerkonferenz den Bund aufgefordert, die DB mittels stärkerer finanzieller Anreize anzuhalten, dass die Mängel in der Infrastruktur flächendeckend weniger werden.

Strafzahlungen möglich

„Weichen- und Stellwerksstörungen führen durch dadurch entstehende Verspätungen und verlorene Anschlüsse immer wieder zu Frust bei den Fahrgästen", stellt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer fest. „Viele mobilitätseingeschränkte Menschen können ihre Bahnfahrt nur mit äußerster Mühe oder überhaupt nicht beginnen, weil Aufzüge in den Bahnhöfen oftmals tage- oder gar wochenlang nicht repariert werden. Wenn die Bahn das nicht selbst in den Griff bekommen will, muss sie es eben am Bankkonto spüren!", so die Ministerin weiter.

Schreyers Vorschlag, dass die DB Netz empfindliche Strafzahlungen leisten muss, wenn Mängel an der Infrastruktur oder auch mangelhafte Disposition der Zugfahrten zu Verspätungen führen, fand unter den Verkehrsministern der übrigen 15 Bundesländer einhellige Zustimmung – ebenso wie die Forderung, dass die DB Station&Service weniger Geld erhalten soll, wenn Lifte oder Rolltreppen oft oder lange ausfallen. Mit der Initiative setzt die Ministerin eine Forderung um, die im bayerischen Koalitionsvertrag vor zwei Jahren fixiert worden ist.

Qualitätsziele

Die Idee, bei schlechten Leistungen die staatlichen Mittel zu kürzen, setzt der Freistaat in seinem Zuständigkeitsbereich schon seit Längerem mit Erfolg um. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft bewertet bereits seit vielen Jahren die Pünktlichkeit der Zugfahrten, die Funktionsfähigkeit und Sauberkeit der Fahrzeuge sowie das kompetente und freundliche Auftreten des Personals. Je nachdem, ob die Qualitätsziele verfehlt oder auch übertroffen werden, sind Bonus- bzw. Maluszahlungen fällig. „Der Erfolg kann sich sehen lassen, denn auf den allermeisten bayerischen Bahnlinien ist die Qualität in den letzten Jahren deutlich gestiegen", so die Ministerin.

Der Freistaat bzw. die Verkehrsunternehmen können jedoch bislang kaum Maluszahlungen einbehalten, wenn der Zustand der Bahnhöfe und der Gleisanlagen mangelhaft ist. Bund und DB haben zwar in der Vergangenheit auch für das Strecken- und Stationsnetz gewisse Qualitätsmesssysteme geschaffen, allerdings entfalten diese bislang nicht die gewünschte Wirkung. So muss die DB zwar seit Kurzem für baustellenbedingte Verspätungsminuten 16 Euro im Nahverkehr und 51 Euro im Fernverkehr zahlen, bei Verzögerungen durch Gleismängel oder Personalausfall jedoch lediglich 1 Euro. Ministerin Schreyer: „Ich erwarte vom Bund, dass er unserem Vorschlag folgt und die DB stärker in die Pflicht nimmt." **DK**



V.l.: Elisabeth Freundel (Koordinatorin Landkreis beim ADFC München), Martina Schumacher (Landratsamt München, Abt. Hochbau), Jens Diehr, Fahrradbeauftragter des Landkreises München, Landrat Christoph Göbel, ADFC-Landesvorsitzende Bernadette Felsch, Petra Husemann-Roew, Landesgeschäftsführerin des ADFC Bayern, sowie Genevieve Cory, Auditorin „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber" beim ADFC Bayern. Bild: LRA München

Landratsamt München ist fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Behörde erhält ADFC-Siegel in Silber für ihre Bemühungen um die Fahrradmobilität

Das Landratsamt München darf sich ab sofort offiziell „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber" nennen. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Behörde mit dem Siegel in Silber zertifiziert. Landrat Christoph Göbel und der Fahrradbeauftragte des Landkreises München, Jens Diehr, nahmen Anfang Oktober die Urkunde aus den Händen der Landesvorsitzenden des ADFC Bayern, Bernadette Felsch, entgegen.

„Ein wesentlicher Bestandteil unserer Klima- und Energieinitiative 29++ ist auch der Klimaschutz im eigenen Aufgabenbereich. Diesem Aspekt tragen wir mit unseren kontinuierlichen Verbesserungen für die Radinfrastruktur auch an unseren eigenen Standorten Rechnung. So setzen wir für Dienstgänge im Stadtgebiet bereits seit längerem auch auf Dienstfahrräder mit und ohne elektrischen Antrieb, stellen Radständer und eine öffentlich zugängliche Radreparaturstation zur Verfügung und bieten in regelmäßigen Abständen Fahrrad-Checks an, bei denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Zweiräder auf Verkehrssicherheit prüfen lassen können. Der Auf- und Ausbau einer fahrradfreundlichen Infrastruktur ermöglicht es uns als Arbeitgeber zudem, die Gesundheit unserer Mitarbeitenden aktiv zu befördern. Dass uns das ganz gut gelingt, zeigt nun auch die Zertifizierung durch den ADFC", so Landrat Christoph Göbel erfreut.

Von Austauschtreffen ...

In den vergangenen Jahren hat das Landratsamt seine Anstrengungen beim Thema Fahrradmobilität kontinuierlich intensiviert und zahlreiche Angebote etabliert. Zu den langjährigen Teilnahmen am Stadtradeln und jährlichen gemeinsamen Radausflügen in der Freizeit wurde ein Netzwerk zum Thema Radverkehr aufgebaut, ein regelmäßiger Austausch mit dem ADFC auf Kreisebene etabliert und der Fuhrpark des Landratsamts um Dienstfahrräder ergänzt. Seit diesem Jahr können die Dienstfahrräder an Wochenenden und Feiertagen auch für private Nutzung angemietet werden. Auch ein Schwerlastenrad steht den Mitarbeitenden für berufliche und private Zwecke zur Verfügung.

... bis Streckenberatung

Aktuell arbeiten die Verantwortlichen im Landratsamt unter anderem daran, eine individuelle Streckenberatung für Mitarbeitende zu etablieren und ein Mentorsystem für betriebliche Mobilität aufzubauen. Die bestehende Infrastruktur soll zudem noch im Lauf des Jahres modernisiert und noch bedarfsgerechter ausgestaltet werden.

„Wir freuen uns sehr, dass das Landratsamt München als erste Behörde in der Landeshauptstadt den Zertifizierungsprozess gewagt und auf Anhieb ein Zertifikat in Silber geschafft hat", sagt Bernadette Felsch, Landesvorsitzende des ADFC in Bayern und ergänzt: „Die Behörde setzt sich mit einer Vielzahl von Maßnahmen dafür ein, dass ihre Mitarbeitenden gut und gerne mit dem Rad zur Arbeit kommen können. Werden die fahrradfreundlichen Aktivitäten weiter ausgebaut, z.B. zusätzliche Stellplätze für Spezial- und Lastenräder, eine Landkreis München Anfahrtsbeschreibung auch für Radfahrende oder verbesserte Dusch- und Umkleidemöglichkeiten, steht bei der Rezertifizierung in drei Jahren sogar eine Auszeichnung in Gold in Aussicht." ❐

Feierliche Einweihung in Plattling:

Neues Forschungszentrum Moderne Mobilität

Fortschritt von der Region aus denken: Das ist die Formel, die hinter dem neuen Forschungszentrum „Moderne Mobilität" steckt, dass nun in Plattling seiner Bestimmung übergeben wurde. Damit betreibt die TH Deggendorf laut Wissenschaftsminister Bernd Sibler als bayernweit einzige Hochschule insgesamt neun Technologietransferzentren an zehn Standorten.

Mit seiner langen Tradition als Eisenbahnerstadt und Verkehrsknotenpunkt eignet sich Sibler zufolge der Standort Plattling hervorragend, um an der Mobilität von morgen zu arbeiten. „Unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Technischen Hochschulen sind starke Innovationstreiber. Von hier aus wird Zukunft gestaltet – für die Region, für Niederbayern und den Freistaat."

Das Forschungszentrum „Moderne Mobilität" (Kostenpunkt rund 4,6 Mio. Euro) legt seinen Schwerpunkt auf zwei Bereiche: Zum ersten zählen die Entwicklung von modernen Energiespeichersystemen oder etwa von Hybridlösungen für die Deutsche Bahn, Leistungselektronik – auch im Umfeld von Schienenfahrzeugen – sowie das Thema autonomes Fahren und Fahrerassistenzsysteme. Der zweite Schwerpunkt „Robotik" umfasst die Forschungsfelder roboterbasierte Computertomographie und autonome intelligente Roboter. Hier geht es etwa um die 3D-Digitalisierung großer Objekte bis hin zu kompletten Fahrzeugen mit Hilfe einer roboterbasierten Digitalisierungszelle auf Basis der Röntgen-Computertomographie sowie um die Entwicklung lernender Roboter, die selbstständig komplexe Aufgaben bewältigen können.

Richtungsweisende Themen

Diese große Investition ist für Bürgermeister Hans Schmalhofer ein richtiger und wichtiger Schritt für die Entwicklung der Stadt. Plattling sei der Jobmotor des Landkreises und verfüge jetzt über einen Ableger der Hochschule. „Autonome intelligente Roboter, Chemie und Technologie elektrochemischer Energiespeicher, Autonomes Fahren, Fahrerassistenzsysteme, roboterbasierte Computertomographie und Leistungselektronik: Das alles sind richtungsweisende Forschungsthemen, die hier ihre neue Heimat haben", unterstrich der Rathauschef.

Durch diese Megainvestition erwarte sich die Stadt Plattling, ein Magnet für neue und innovative Firmen zu sein. So trug beispielsweise die Ansiedlung des Forschungszentrums zur Standortentscheidung des internationalen Prüfungsunternehmens CSA bei. Seinem Amtsvorgänger Erich Schmid dankte Schmalhofer für seine Bemühungen um das MoMo. Den Ableger der TH nach Plattling zu holen, sei eine richtungsweisende Entscheidung gewesen. **DK**

Verkehrspolitik:

VDV-Positionspapier zur EU-Strategie

Bis Ende des Jahres 2020 wird die Europäische Kommission eine umfassende Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität vorlegen, die die Leitlinien der europäischen Verkehrspolitik für die nächsten Jahre darlegt. Während das Verkehrsaufkommen in der EU immer weiter wächst, erfordert der „Green Deal" bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor um 90 Prozent gegenüber 1990. In einem neuen Positionspapier nennt der VDV Möglichkeiten, wie der Europäische Verkehrssektor sich weiterentwickeln und fit für die Zukunft werden kann.

Mit Blick auf die Herausforderung Klimaschutz sollte sich die Kommission in ihrer Strategie laut VDV ausdrücklich zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern bekennen: zum Schienengüterverkehr sowie zum öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen als Rückgrat der täglichen Mobilität in Europa. Ziel muss sein, dass bis 2030 bzw. 2050 signifikant mehr Verkehr als heute auf den Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger) sowie die Bahn entfällt.

„Herausforderungen meistern und Chancen nutzen" laute das Motto in der Corona-Krise. Es sei von großer Bedeutung, dass die kurz- und mittelfristigen Verluste der Eisenbahnen und ÖPNV-Unternehmen aufgefangen werden, damit diese nachhaltigen Verkehrsträger zukünftig leistungsstark bleiben. Denn es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass der ÖPNV ausgesprochen margenschwach ist. Die Bundesregierung habe mit ihrem ÖPNV-Rettungsschirm diesbezüglich rasch und sinnvoll gehandelt.

Auch die Europäische Union sollte den ÖPNV und Bahnverkehr in ihrem Paket für den wirtschaftlichen Aufschwung berücksichtigen, nicht zuletzt, da Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr die Wirtschaft ankurbeln. Jeder Euro, der für den ÖPNV bereitgestellt wird, entfalte einen fünffach größeren positiven Effekt auf die lokale Wirtschaft.

Stichwort Digitalisierung im Verkehrssektor: Bei der Förderung und Beschleunigung durch die Europäische Union kann es nach Auffassung des VDV nicht nur um Industrieförderung gehen, sondern darum, primär solche Projekte zu fördern, die den Zielen des „Green Deals" und der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität dienen.

Beim Verkehrsträger Schiene könne die umfassende Modernisierung der Leit- und Sicherungstechnik einschließlich der Umstellung auf ETCS (European Trail Control System) wesentlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahnen beitragen. Sie ermögliche unter anderem eine bessere Anschlusssicherung, höhere Pünktlichkeit und eine optimierte Netzauslastung. Um dies zu beschleunigen, sei finanzielle Unterstützung sowohl für die Infrastruktur als auch für die Ausrüstung der Fahrzeuge nötig. Die flächendeckende ETCS-Ausrüstung erfordere zudem die Bereitstellung ausreichender Datenübertragungskapazitäten.

Schienengüterverkehr

Die Digitale Automatische Kupplung (DAK) ist aus Sicht des VDV der entscheidende Baustein auf dem Weg zum automatisierten, digitalen Schienengüterverkehr. Als Schlüsseltechnologie sollte ihre Entwicklung vorangetrieben werden, damit spätestens 2030 Güterwagen in ganz Europa automatisch kuppeln. Wesentliche Voraussetzungen dafür seien die Finanzierung, die Festlegung auf einen standardisierten Kupplungstyp, sowie ein europäischer Fahrplan für die Migration der DAK.

Der ÖPNV spielt im Rahmen der Daseinsvorsorge und aufgrund seines großen Umweltvorteils eine wichtige Rolle in diesem System. MaaS (Mobility as a service) sollte kein Selbstzweck sein, sondern dabei helfen, verkehrspolitische Ziele wie z. B. die Verringerung von Staus und die Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radfahren, Fußgänger) zu erreichen. Daher müsse der ÖPNV-Aufgabenträger eine zentrale und leitende Rolle in einem MaaS-System einnehmen und darüber wachen, dass das System für alle Bürger zugänglich und bezahlbar ist, Daten und Dienstleistungen in beide Richtungen und zu fairen Konditionen miteinander ausgetauscht und kombiniert werden, die einzelnen Betreiber ihre Auflagen einhalten und sich die verkehrliche Bilanz verbessert.

Gleichermaßen sollten auch Zukunftsprojekte wie Vernetzung (C-ITS) und das autonome Fahren dahingehend entwickelt werden, den strategischen Fokus auf die Erreichung verkehrspolitischer Ziele (Verkehrsverlagerung, -vermeidung und -verbesserung) zu legen. So zeigten viele Szenarien, dass mit Blick auf die Mobilitätsbedürfnisse in Städten autonome Fahrzeuge den größten Vorteil dann entfalten, wenn sie als Flotten aus kollektiv genutzten Stadtfahrzeugen in Verbindung mit einem ausgebauten Hochleistungs-ÖPNV zum Einsatz kommen. Ohne entsprechende Lenkungsinstanzen hingegen würde der (autonome) Pkw-Verkehr zunehmen.

Elektronisches Ticket im Visier

Nutzer des Nah- und Fernverkehrs sollten künftig mit einem elektronischen Ticket bargeldlos europaweit fahren können. Zugleich sei wichtig, dass die Branche bei diesem Prozess selbst Gestalter und Treiber bleibt. So hätten erste Erfahrungen gezeigt, dass es sinnvoll ist, die Markenidentität jedes einzelnen Verkehrsunternehmens und -verbundes zu erhalten. Jeder Fahrgast sollte also in Zukunft die App seines Heimatverkehrsunternehmens bzw. -verbundes nutzen können, um durchgängig mit Bus, Bahn und ergänzenden Mobilitätsangeboten fahren zu können. **DK**

Deutscher Mobilitätspreis 2020:

Bayerische Dominanz

Die zehn Sieger des Deutschen Mobilitätspreises 2020 stehen fest. Gemäß dem Jahresmotto „Intelligent unterwegs: Gemeinsam. Vernetzt. Mobil" beweisen die von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen" und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ausgezeichneten Projekte, wie digitale Vernetzung dabei hilft, Mobilität noch sicherer, effizienter und nachhaltiger zu gestalten.

309 Unternehmen, Startups, Forschungseinrichtungen und Vereine haben sich um die Auszeichnung beworben, die in diesem Jahr zum fünften Mal vergeben wurde. Eine Expertenjury aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik wählte die besten Projekte, darunter zahlreiche aus Bayern, aus.

Fahrerlose Fahrzeuge

Über eine Auszeichnung freuen darf sich die Fernride GmbH aus München mit ihrer Teleoperationslösung, die ermöglicht, dass fahrerlose Fahrzeuge Realität werden. Die Valeo Schalter und Sensoren GmbH, Driving Assistance Research Kronach wiederum wird geehrt für eine intelligente kontaktlose Ampelsteuerung, die hilft, Menschenansammlungen im Wartebereich von Fußgängerampeln zu vermeiden. Die betternotstealmybike UG, Dachau, ist Preisträger für das Projekt „Upride – Fahrraddaten für die Planung": Ein Tracker sammelt Radverkehrsdaten zu Nutzung und Zustand der Infrastruktur sowie Verkehrssicherheitsdaten, um Kommunen bei der Instandhaltung und zukunftssicheren Planung der Radverkehrsinfrastruktur zu unterstützen.

Die Software Virtual City@FMS der FMS Future Mobility Solutions GmbH, Gaimersheim, ermöglicht wiederum die Visualisierung und Simulation von Mobilitätskonzepten und verkehrlichen Schwerpunkten. Das Projekt „Der RXX - digital und optimal vernetzt" der Siemens Mobility/Erlangen und Dortmund steht schließlich für eine intelligente Wartung und Instandhaltung, die die Lebenszyklen der Rhein-Ruhr-Expresszüge ebenso verbessern wie den Service für Fahrgäste.

Sonderpreis Bürgerschaftliches Engagemant

Den erstmals in diesem Jahr vergebenen Sonderpreis für bürgerschaftliches Engagement im Mobilitätsbereich erhält das Netzwerk Women in Mobility (WIM). Die Begründung der Jury: WIM setzt sich mit herausragendem Engagement bundesweit dafür ein, dass sich Frauen in der Mobilitätsbranche auf allen Ebenen vernetzen und sichtbar werden. WIM möchte Frauen aus Unternehmen und Startups, Organisationen und Verbänden, aus Medien und Politik eine Plattform sein – zum Netzwerken, für gemeinsame Projekte, Kooperationen und Austausch. Durch dieses Engagement trägt das Netzwerk nachhaltig zu einer vielseitigen, starken und modernen Mobilitätsbranche bei. **DK**

Abschlussbilanz zur Würzburger Verkehrskampagne:

„Sicherheit im Straßenverkehr"

Eine mehrtägige, informierende Verkehrskampagne zur Stärkung der Sicherheit im Straßenverkehr fand in Würzburg statt. „In dieser Form ist die Kampagne eine Premiere und geht zurück auf einen Beschluss im Bau- und Ordnungsausschuss", wie der Sicherheitsreferent Wolfgang Kleiner mitteilt.

Ziel der Kampagne war es laut Kleiner, dass der städtische Kommunale Ordnungsdienst in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht und der Polizeiinspektion die Verkehrsteilnehmer sensibilisieren für mehr gegenseitiges Verständnis und mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr, insbesondere für mehr Verantwortungsbewusstsein gerade für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. „Daher stand insbesondere der Schutz von Kindern, Senioren, Radfahrern und Menschen mit Behinderungen in ihrer Funktion als Verkehrsteilnehmer im Vordergrund", so Kleiner.

Schulwegsicherung

Montag bis Freitag wurden Flyer zu bestimmten Verkehrssituationen verteilt und elektronisch über soziale Medien veröffentlicht. Parallel dazu wurden vor Ort Schwerpunktkontrollen durchgeführt: Dabei stand z.B. das Thema „Schulwegsicherung" im Mittelpunkt. Neben täglichen Geschwindigkeitsmessungen im 30 km/h-Bereich vor Schulen wurde gezielt an der Josef-Grundschule Grombühl, an der Maria-Ward-Schule, an der Goetheschule und an der Mönchbergschule verbotswidriges Parken auf Gehwegen kontrolliert. Erfreulicherweise wurde die Präsenz der Parkkontrolleure gerade von den Eltern des Bring- und Abholverkehrs für aufklärende Gespräche zum Thema „sicherer Schulweg" vor Ort genutzt.

Nicht allen war dabei bewusst, welches Gefahrenpotential wartende bzw. parkende Autos auf dem Schulweg für die Schulkinder in sich bergen. Letztendlich zeigten nicht nur Verwarnungen, sondern insbesondere Aufklärung und Sensibilisierung bereits einen augenscheinlichen Erfolg: Wurden zu Beginn der Aktionswoche noch rund 30 Parkverstöße vor den Schulen verwarnt, reduzierte sich die Zahl der Verwarnungen am Ende der Aktion deutlich. „Ein Erfolg durch die Präsenz und Aktklärung", wie Kleiner sagt.

Verkehrs- und Gefahrensituationen

Manche mangelnde Sensibilität der Verkehrsteilnehmer trat zum Vorschein, wenn sie ohne Berechtigung „nur mal kurz" auf einem freien Behindertenparkplatz parkten wollten. Um die Mobilität im Straßenverkehr gehbehinderter Menschen zu verbessern, wurden Parkerleichterungen geschaffen und im Zuge dessen so genannte Behindertenparkplätze eingerichtet. „Für Nichtberechtigte sind solche Stellplätze aber tabu", so Kleiner. „Da gilt auch nicht die leichtfertige Ausrede, dass man gleich wieder wegfahre." Diese Parkverstöße wurden gebührenpflichtig verwarnt und ein aufklärender Text an der Windschutzscheibe hinterlassen. Allein an dem Schwerpunkttag zu diesem Thema, wurden in der Innenstadt zehn Mal Verwarnungen zu je 35 Euro ausgesprochen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Thema Radverkehr in der Fußgängerzone. „Das Radfahren in der Würzburger Fußgängerzone ist ausdrücklich erlaubt und erwünscht", so Kleiner, „Allerdings dürfen Radfahrer nur Schrittgeschwindigkeit fahren, also nicht schneller als 7 bis 10 km/h", erklärt er. Im Rahmen der zwei Schwerpunkttage wurden knapp 400 Radfahrer in der Fußgängerzone angehalten. Auch bei diesen Kontrollen standen Prävention, Kommunikation und Aufklärung im Vordergrund.

Wenngleich die Rücksichtnahme und die Verkehrsdisziplin mancher Radfahrer in der Fußgängerzone nicht auf dem wünschenswerten Niveau seien, so sind doch Radfahrer insbesondere in anderen Situationen dringend schutzwürdig: Die Radwege in Würzburg sollen sichere Verkehrswege für die Fahrradfahrer sein. Parkende Fahrzeuge auf Radwegen behindern einerseits die Radfahrer und bringen diese andererseits zusätzlich in Gefahr, wenn sie auf die Straße plötzlich ausweichen müssen. So wurden im Rahmen der Verkehrskampagne auch schwerpunktmäßig die Radwege und Radschutzstreifen kontrolliert. Erfreulicherweise waren die festgestellten Parkverstöße in der Anzahl eher minimal. Dennoch bedeutet jedes verbotswidrige Parken auf Radwegen und Schutzstreifen eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Für ein faires Miteinander

Kleiners Fazit: „Die verschiedenen Verkehrs- und Gefahrensituationen haben gezeigt, wie wichtig Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer für rücksichtsvolles Verkehrsverhalten und gegenseitigen Respekt ist." Die Aktionswoche verdeutliche, dass Aufklärungsarbeit wichtig ist und auch angenommen wird. „Manches kann noch besser werden", so Kleiner. „Mit der Verkehrswoche sei aber durch den Kommunalen Ordnungsdienst, die Polizei und die Verkehrswacht ein guter Schritt in Richtung faires Miteinander und mehr Rücksicht im Straßenverkehr gemacht worden. Daher werden wir diese Aktion für das Frühjahr 2021 wieder planen." ❐



Abschluss des Nationalen Wasserdialogs:

Empfehlungen für Wasserwirtschaft der Zukunft

Das Bundesumweltministerium hat nach zwei Jahren intensiver Beratungen den Nationalen Wasserdialog abgeschlossen, der sich mit der Wasserwirtschaft der Zukunft beschäftigt. Ergebnis des Dialogs sind umfassende Handlungsempfehlungen zu unterschiedlichen Themenfeldern.

Mehr als 200 Teilnehmende aus Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, der Forschung, von Verbänden, Ländern und Kommunen erkundeten, wie Länder und Kommunen künftig besser mit klimabedingter Wasserknappheit umgehen können und wie deutschlandweit der natürliche Wasserhaushalt erhalten und geschützt werden kann. Die Empfehlungen werden nun in die nationale Wasserstrategie einfließen, die Bundesumweltministerin Svenja Schulze im nächsten Sommer vorstellen will.

Nach einer Auftaktkonferenz vertieften die Teilnehmenden ihre Diskussionen in mehreren Einzelforen zu „Vernetzten Infrastrukturen", dem „Risikofaktor Stoffeinträge", dem Verhältnis von „Landwirtschaft und Verbraucherschutz", dem Nexus „Gewässerentwicklung und Naturschutz" sowie zu „Wasser- und Gesellschaft". Der Nationale Wasserdialog ist auch ein Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der UN-Wasserdekade (2018-2028).

Für stärkere Wertschätzungl

Eine der Kernbotschaften, die nicht nur der Kommunikation der Ergebnisse des Nationalen Wasserdialogs im politischen Raum dienen, sondern auch den weiteren gegenseitigen Austausch fördern soll, lautet: Wasser und aquatische Ökosysteme mit all ihren lebensnotwendigen Funktionen und Bedeutungen bedürfen einer stärkeren Wertschätzung in Politik und Gesellschaft. Diese Wertschätzung gesellschaftlich zu verankern und damit die Wahrnehmung von Verantwortung zu stärken, sei eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Schaffung stärker vernetzter und intersektoraler Governance-Strukturen sowie die gezielte Erweiterung des Angebots schulischer, betrieblicher und akademischer Aus- und Fortbildung und eine gezielte Kommunikation seien dafür notwendig.

Investitionen in die Infrastruktur der Wasserwirtschaft sollen deren Resilienz steigern und sie klimaneutral machen. Dies erfordert von der Kommune bis zur Bundesebene neue strategische Ansätze (z.B. Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit), Finanzierungs- und Förderkonzepte.

Regionale Konzepte erarbeiten

Drohenden Nutzungskonkurrenzen und -konflikten ums Wasser müsse angesichts häufiger auftretender Dürreperioden frühzeitig, flexibel und unter Beteiligung aller Interessengruppen begegnet werden, heißt es weiter. Dafür müssten die zuständigen Behörden regionale Konzepte für Maßnahmen der Klimaanpassung und für die Festlegung von Nutzungsprioritäten von Grund- und Oberflächengewässern erarbeiten. Bund und Länder werden gebeten, ein entsprechendes Rahmenkonzept zu entwickeln.

Beim Umgang mit Flächenkonkurrenzen sollte besonderes Augenmerk auf folgende Aspekte gelegt werden: 1. Um die Ziele der EU-WRRL und HWRM-RL zu erreichen, sollte zukünftig ausreichend Raum für die Auen- und Fließgewässerentwicklung, für Wasserschutzgebiete, für Gewässerrandstreifen zum Nähr- und Schadstoffrückhalt sowie für die Entwicklung von Gewässerentwicklungskorridoren zur Verfügung gestellt werden. 2. Die Raum- und Flächenplanung sollte in Zukunft stärker und zielgerichtet mit wasserwirtschaftlichen Planungen verknüpft werden. Sie stellt ein geeignetes Instrument zum Umgang mit Nutzungskonflikten dar.

Effektive und multifunktionale Maßnahmen, die dem gewässerbezogenen Naturschutz und der Gewässerentwicklung sowie Klimaanpassung gleichermaßen zugutekommen, sollten bei der Flächenplanung und -verteilung im Rahmen der regionalen Raumplanung, der Finanzierung und der Umsetzung prioritär betrachtet werden. Dabei sind auch die Nutzungsansprüche der Landwirtschaft in einer Kulturlandschaft zu berücksichtigen.

Gewässermonitoring

Ferner wurde vorgeschlagen, das Gewässermonitoring der Länder und des Bundes mit landwirtschaftlichen Daten zu kombinieren, um die Ursachen für Stoffeinträge besser zu verstehen und daraus zielgerichtete Maßnahmen ableiten zu können. Um den Schutz der Trinkwasserressourcen, auch vor dem Hintergrund des risikobasierten Ansatzes der neuen EU-Trinkwasserrichtlinie zu verbessern, sollten diese Daten nach Sichtweise einiger Teilnehmer auch der Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Verschiedene Teilnehmer äußerten den Wunsch, den begonnenen Dialog von Land- und Wasserwirtschaft in einem neuen Format fortzusetzen, um auch neben stofflichen Belastungen weitere Konfliktpunkte, wie Drainagen, Erosion, Hochwasserschutz und Mehrfachnutzungen von Flächen, zu diskutieren.

Um die Funktionsfähigkeit der wasserabhängigen Ökosysteme zu erhalten, die Nutzungsansprüche an Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen zu erfüllen sowie die Resilienz gegenüber den klimatischen Änderungen zu erhöhen, sei zudem der regionale Wasserhaushalt zu sichern und zu erhalten.

Dialogprozess erforderlich

Handel und Verbraucher sollen Mehraufwendungen für umweltfreundliche und/oder gewässerschonende landwirtschaftliche Produktionsweisen wertschätzen. BMU und BMEL werden aufgefordert, zeitnah in einen intensiven moderierten Dialog entlang der Produktions- und Vermarktungsketten mit relevanten Akteuren zu treten. In diesem Dialogprozess sollen Lösungen zur Stärkung der Produktion und Vermarktung von gewässerschonenden, landwirtschaftlichen Produkten erarbeitet und vereinbart werden. Die Ergebnisse sind aktiv an die Verbraucher zu kommunizieren. Diese müssen informiert werden, welchen wichtigen Beitrag nachhaltiger Konsum zum Klima- und Gewässerschutz leistet.

Bund und Länder werden schließlich aufgefordert, ein Konzept zur anwendungsfreundlichen Umsetzung des Verursacherprinzips im Wassersektor mit dem Ziel zu erarbeiten, Gewässerbelastungen zu vermeiden oder zu verringern und die Verursacher von Umweltbelastungen an den anfallenden „Umweltkosten" zu beteiligen. **DK**

Verbundprojekt „NOWATER" gestartet

Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Krankenhäuser, sind für die Gesellschaft eine unverzichtbare Kritische Infrastruktur. Ein funktionierender Betrieb ist für die Krisenbewältigung maßgeblich. Während das Szenario eines Stromausfalls in der Notfallplanung von Krankenhäusern fest verankert ist, wurde die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und -entsorgung bisher kaum betrachtetet. Sie ist Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines Krankenhauses und damit für die Sicherheit der Patienten.

Die Universität der Bundeswehr München ist im Verbundprojekt „NOWATER" Teil eines interdisziplinären Forschungsteams, das im Austausch mit Akteuren des Gesundheitswesens, des Bevölkerungsschutzes und der Siedlungswasserwirtschaft technische und organisatorische Lösungsstrategien für das Risikomanagement von Krankenhäusern und weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens erarbeitet. Diese Lösungen werden übertragbar und skalierbar gestaltet, um eine breite Anwendung sicherzustellen.

Das dreijährige Forschungsvorhaben läuft seit Mai 2020 und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Forschung für die zivile Sicherheit" mit 2,37 Mio. Euro gefördert.

Am Projekt NOWATER (Notfallvorsorgeplanung der Wasserver- und -entsorgung von Einrichtungen des Gesundheitswesens – organisatorische und Technische Lösungsstrategien zur Erhöhung der Resilienz) sind neben der Uni versität der Bundeswehr München als Projektkoordinator die Technische Hochschule Köln, das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken gGmbH, Strecker Wassertechnik GmbH und teckons GmbH & Co.KG beteiligt. Zusätzlich unterstützt wird es von sieben assoziierten Partnern, vor allem aus dem Gesundheitssektor und kommunalen Unternehmen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung.

Im Rahmen des Projektes wird ein praxisnaher Leitfaden für die Betreiber von Kritischen Infrastrukturen im Gesundheitswesen erarbeitet. Dieser Leitfaden umfasst den gesamten Bereich des Risiko- und Krisenmanagements zur Sicherstellung der Wasserver- und -entsorgung: Angefangen mit praxistauglichen Methoden der Kritikalitäts-, Vulnerabilitäts- und Risikoanalyse, über die Notfallvorsorgeplanung bis hin zur Erstellung entsprechender Einsatzpläne im Rahmen der Krankenhausalarmplanung. Somit soll dieser Leitfaden sowohl die Krankenhäuser als auch die zuständigen Behörden und Betreiber Kritischer Infrastrukturen darin unterstützen, eine bestmögliche Vorbereitung auf solche außergewöhnlichen Schadenslagen zu erreichen.

Als weiteres Hauptziel des Projekts soll ein Demonstrator zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung gebaut und getestet werden. Dieser soll eine Möglichkeit zur Aufbereitung und Einspeisung von Ersatz- bzw. Notwasser für den Fall darstellen, dass eine leitungsgebundene Versorgung zeitweise nicht zur Verfügung steht. Insbesondere soll der Demonstrator modular konzipiert werden und eine kurzfristige Inbetriebnahme ohne Unterstützung von Hilfsorganisationen oder Einsatzkräften möglich sein. ❐

GÜTEZEICHEN RAL KANALBAU

Qualität fordern, Werte schaffen

www.kanalbau.com



V. l.: Dr. Benedikt Grünewald, Bürgermeister Bad Abbach, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Thomas Memmel, Bürgermeister Neustadt a. d. Donau, und Thomas Klaus, Geschäftsleiter der Bäderzweckverbände. Bild: Bezirk Niederbayern/Bäter

Zukunftssicherung für die niederbayerischen Thermen

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich stimmt sich mit kommunalen Verantwortlichen ab

Der Bezirk Niederbayern ist über Bäderzweckverbände zu 60 Prozent an den fünf niederbayerischen Thermen beteiligt und brachte zuletzt eine Umlage von fünf Millionen Euro dafür auf. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich ist davon überzeugt, dass es für die geplante zukunftssichernde Neuausrichtung der Bäder sehr wichtig ist, die kommunalen Verantwortlichen eng in den Planungsprozess einzubeziehen.

Aus diesem Grund führte Heinrich bereits im August Gespräche mit den Bürgermeistern von Bad Griesbach und Bad Birnbach und den Werkleitern der dort ansässigen Bäder. Nun tauschte er sich mit Dr. Benedikt Grünewald, Bürgermeister von Bad Abbach, und Thomas Memmel, Bürgermeister von Neustadt a. d. Donau, über die nächsten Schritte aus, die unter anderem auf die Kaiser-Therme und die Limes-Therme wirken werden.

Fortbestand sichern

„Die Bäder sind sehr wertvoll für Niederbayern, daher wollen wir ihren langfristigen Fortbestand mit einem zukunftsfähigen Konzept sichern", so Heinrich. Eine Strategie für die Neuausrichtung könne nur dann aufgehen, wenn an vielen kleinen Stellschrauben gedreht werde. Vor allem sei der Konsens zu den erforderlichen Maßnahmen zwischen allen Beteiligten und ein stetiger Abstimmungsprozess nötig, um den maximalen Gestaltungsspielraum zu gewinnen.

Thomas Memmel: „Die Corona-bedingten Beschränkungen haben uns einen realen Eindruck davon vermittelt, wie sehr die Städte und Gemeinden in der Region unter der Schließung eines Bades oder gar mehrerer Bäder leiden würden. Gemeinsam an einem Strang zu ziehen, ist die logische Konsequenz". „Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen geht es auch um den Erhalt der touristischen Attraktivität aller betroffenen Gemeinden", ergänzt Benedikt Grünewald. „Ohne die Thermalbäder wäre auch das ‚Bayrische Golf- und Thermenland' in seiner jetzigen Form obsolet."

Für einen dauerhaften Erfolg müsse ein übergreifendes Konzept auf die jeweiligen Stärken eines jeden einzelnen Hauses eingehen, so Heinrich weiter. Durch eine laufende gegenseitige Abstimmung könnten die Bäder ihre Vorzüge besser nutzen und neue Zielgruppen gewinnen, ohne untereinander zu konkurrieren. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Angeboten sollten solche geschaffen werden, die zumindest auf regionaler Ebene ein Alleinstellungsmerkmal darstellen. „Welche Angebote das sein können, eruieren wir derzeit mit verschiedenen potentiellen Partnern wie beispielsweise der AOK, der Deutschen Rentenversicherung und der Technischen Hochschule Deggendorf sowie demnächst auch mit Hilfe eines Fachbüros", so Heinrich.

Strukturen optimieren

Neben der Neuausrichtung nach außen gelte es aber auch, die internen Strukturen zu optimieren wie etwa im Personalbereich. So hätten die Bäder meist keine personellen Kapazitäten für qualifizierte Vertretungen in Urlaubszeiten oder im Krankheitsfall. Die Schaffung von thermenübergreifenden Abteilungen könne Abhilfe schaffen und für mehr Raum zur Weiterqualifizierung des Personals sorgen. Dies führe nicht nur zu effektiveren, konsistenteren Abläufen, sondern käme auch den Mitarbeitern durch verbesserte berufliche Perspektiven zugute. ❐

Gewässerkompetenzzentrum in Landau a. d. Isar eröffnet

„Damit unsere bayerischen Gewässer noch besser geschützt werden, müssen wir immer mehr Menschen für diese wichtige Aufgabe zu sensibilisieren. Und je mehr sie über die Gewässer wissen, umso engagierter sind sie beim Gewässerschutz", erklärte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bei der Eröffnung des Gewässerkompetenzzentrums in Landau an der Isar.

Die Einrichtung sei „ein echtes Leuchtturmprojekt für die Angelfischerei und den Gewässerschutz", so die Ministerin. Das Gebäude bietet nicht nur den 830 Mitgliedern des Kreisfischereivereins Landau, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit Raum für Lehrveranstaltungen, Fortbildungen und gewässerkundliche Untersuchungen. Die Schulungsräume, die Lehrküche und der 500 Quadratmeter große Lehrteich stehen allen offen.

Die Umsetzung des Gewässerkompetenzzentrum wurde durch das EU-Förderprogramm zur Stärkung ländlicher Räume „LEADER" mit 200.000 Euro unterstützt. Die Sanitäranlagen sowie die behindertengerechten Angelplätze an den Vereinsgewässern wurden mit rund 12.000 Euro aus der Fischereiabgabe gefördert.

„Das Kompetenzzentrum ist ein Paradebeispiel für Vernetzung und Nachhaltigkeit. Mit dem Programm LEADER haben wir ein wirkungsvolles Instrument, um nachhaltige, eigenverantwortliche Entwicklung in ländlichen Regionen zu unterstützen. Es ist ein wichtiger Baustein in unserer Strategie für starke ländliche Räume", machte Kaniber in ihrer Festrede deutlich. ❐

Leuchtturmprojekt des Zweckverbands Frohnbach

Klärschlamm Trocknungs-, Pelletierungs- und Pyrolyseanlage in Niederfrohna

Mut und Innovationskraft haben sich gelohnt: Der Zweckverband Frohnbach in Sachsen hat auf dem Gelände des zentralen Klärwerks in Niederfrohna eine Anlage zur Klärschlammverwertung durch Trocknung, Pelletierung und anschließender Pyrolyse gebaut, die mit großem Erfolg seit Januar 2020 in Betrieb ist. Das Pilotprojekt unter maßgeblicher Beteiligung der Jumbo Group ist ebenso einzigartig wie zukunftsweisend, da es das Klärschlammproblem regional final zu lösen vermag. Gefördert wurde es vom Freistaat Sachsen mit Mitteln der Europäischen Union aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

In den vergangenen Jahrzehnten bereits hatte sich der Zweckverband intensiv mit der ständigen technischen Vervollkommnung der Kläranlage in Niederfrohna befasst und den Betrieb an die Herausforderungen der Zukunft angepasst. Da jedoch die Kosten für die Klärschlammbeseitigung nach wie vor steigen, die gesetzlich bestimmte Entsorgung nicht mehr gesichert ist und die Abhängigkeit von Entsorgungsunternehmen wächst, galt es, eine Lösung herbeizuführen.



Geschäftsleiter Steffen Heinrich (l.) erklärte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer die Anlagentechnologie. Bild: ZV Frohnbach

Keine teure Entsorgung des Klärschlamms

Nach Darstellung von Dr. Steffen Heinrich, Geschäftsleiter Zweckverband Frohnbach, „zeigt die neue Anlage, dass wir mit dem Verfahren der Klärschlammveredlung in der Lage sind, umweltfreundlichen Phosphordünger, der äußerst schadstoffarm und keimfrei ist und darüber hinaus praktisch keine organischen und sonstigen Fremdstoffe enthält, herzustellen“. Damit muss der Klärschlamm nicht teuer entsorgt werden. Darüber hinaus wird durch dieses energieeffiziente Verfahren Primärenergie eingespart und mit der Pyrolyse Kohlenstoff gespeichert. Dadurch entsteht ein CO2-positiver Prozess. Durch die Pyrolyse wird in der Kläranlage Niederfrohna die Menge an Klärschlamm von etwa 1.450 Tonnen im Jahr um etwa 90 Prozent auf unter 170 Tonnen reduziert und vormals Klärschlamm in ein Korbonisat (Black Carbon) umgewandelt.

Und so funktioniert’s: Auf dem Gelände der Kläranlage wird der dort anfallende Klärschlamm mit dem Abgas der Mikrogasturbine (Faulturm) im Speed Rotationstrockner zuerst getrocknet. Binnen weniger Minuten stellt der Trockner die für eine höchstmögliche Effizienz notwendigen physikalischen Idealbedingungen her. Schnell rotierende Wurfschaufeln halten den Klärschlamm ständig in einer Materialwolke in der Trocknungskammer. Die hohe Thermokinetik führt zu einer Turbotrocknung. Der Klärschlamm wird von vormals 80 % Feuchtigkeit auf eine Restfeuchte von 10 % getrocknet und im Anschluss pelletiert.

Die thermische Behandlung erfolgt dann bei einer Temperatur von ca. 600 °C. Auf diesem Wege wird ein mineralisiertes schwarzes Karbonisat gewonnen. Es ist sehr reich an Phosphat, das noch dazu überwiegend in gut pflanzenverfügbarer Form vorliegt.

Bei der Entwicklung des Projekts wurde darauf Wert gelegt, alle vorhandenen Energieträger wie Klärgas, Elektroenergie und die Abwärme des Blockheizkraftwerks einzubinden, um eine möglichst gute Energie- und CO2-Bilanz zu erreichen. Kernstück des Neubaus bilden die Trocknungs- sowie die Pyrolyseeinheit, die in das bestehende Kläranlagenareal integriert werden.

Besuch des Ministerpräsidenten

Davon konnte sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer überzeugen, als er kürzlich die zentrale Kläranlage in Niederfrohna mit einer Reinigungskapazität für 40.000 Einwohnerwerte besuchte. Vor der laufenden Anlage erklärte Geschäftsleiter Heinrich u.a. die Technologie der Trocknung und Konditionierung des anfallenden Schlammes unter Nutzung der auf dem Klärwerk gewonnenen Energie (Klärgasverstromung, Solarenergie und Wasserkraft) in einem mehrstufigen Prozess. Hervorgehoben wurden zudem die Vorzüge des Granulats für landwirtschaftliche Nutzflächen als Strukturgeber und Humusaufbausubstanz für Böden. Laut Heinrich besteht dafür angesichts des Klimawandels großer Bedarf.

PS: Zwei weitere Projekte dieser Art befinden sich auch in Bayern in der Umsetzung. Auf der Anlage in Bissingen, über die die GZ bereits mehrfach berichtet hat, wird das erste Projekt im Dezember dieses Jahres in Betrieb gehen, das zweite in Hamlar bei Donauwörth im ersten Halbjahr 2021. Die Besonderheit liegt darin, dass die Trocknung mit dem Pyrolyseabgas betrieben wird und damit ein energetisches Perpetuum mobile entsteht. Das bedeutet, der Klärschlamm wird getrocknet, pelletiert und karbonisiert. Für den gesamten Prozess muss also keine Fremdenergie eingesetzt werden. **DK**



V.l.: Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann, Schulleiter Ingolf John, Landrat Thomas Ebert, Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Altlandrat Eberhart Nuß mit der ersten Abrechnung. Bild: Christian Weiß

Nordbad mit Sprung ins kühle Naß eröffnet

Es ist ein eindrucksvolles Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Würzburg: Das Nordbad an der Wolffskeel-Schule im Würzburger Stadtteil Lindleinsmühle. Das neue Schul- und Vereinshallenbad wurde eröffnet.

„Es ist etwas ganz Besonderes, was hier entstanden ist“, betonte OB Christian Schuchardt. Denn nachdem das alte Schulschwimmbad in der Lindleinsmühle in die Jahre gekommen war, planten Stadt und Landkreis ein gemeinsames Bad für Schule und Vereine im Würzburger Norden. Im Vordergrund stand dabei das Thema, Kindern und Jugendlichen das Schwimmen beizubringen. Denn rund ein Drittel der Kinder in Würzburg und Umgebung kann nicht Schwimmen.

Ein Herzensanliegen

„Es war mir daher eine Herzensangelegenheit, dieses Projekt des Hallenschwimmbades zu unterstützen“, sagte Schuchardt. Ein Glücksfall sei dabei auch Alt-Landrat Eberhart Nuß gewesen, der sich dem gleichen Ziel verschrieben und finanzielle Mittel bereitgestellt habe. „Es war nicht immer ein Einfaches, aber immer ein einvernehmliches Vorgehen“, unterstrich Schuchardt die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis.

Nach langen Planungsarbeiten wurde am 2. Mai 2019 der Bau mit dem ersten Spatenstich begonnen. Dr. Jochen Fritz vom gleichnamigen Planungsbüro erläuterte Details zum Neubau. Beim Bad werde nahezu ein Passivhaus-Standard verwirklicht. Weitere Herausforderungen lagen für die Kranarbeiten in der Stromtrasse, die über dem Grundstück verläuft, sowie im Untergrund, der durch fast 200 Betonstopfsäulen gesichert wird. Das Bad hat modernste Technik im Inneren.

Die Gesamtkosten liegen derzeit bei voraussichtlich 8,5 Millionen Euro, von denen Stadt und Landkreis jeweils 2,8 Millionen Euro tragen werden. Weitere 2,5 Millionen Euro steuert der Freistaat Bayern aus dem FAG-Programm bei. Davon seien allein gestern 400.000 Euro als eine erste Auszahlung zur Finanzierung des Bades angewiesen worden, erklärte der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann.

„Die Eröffnung des Wolffskeel-Bades ist ein gelungenes Beispiel, wie Stadt und Landkreis gemeinsam wichtige Projekte verwirklichen können. Das Bad ergänzt die Bäderlandschaft in unserer Region bestens und verfolgt als Schul- und Vereinsschwimmbad wichtige Ziele: Die Schwimmfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern sowie den Vereinen Raum für ihren Sport anzubieten, der dem Wettkampf und der Gesunderhaltung der Mitglieder dient“, betonte Landrat Thomas Eberth.

Schwimmfähigkeit verbessern

Die Freude über diesen Tag ist ihm anzusehen: „Mir war es nicht nur als Landrat wichtig, sondern vor allem auch als Vater, dass Kinder schwimmen lernen“, sagt der ehemalige Landrat Eberhart Nuß bei der Eröffnung. Deshalb unterstütze er die Schwimminitiative „Tauch nicht ab! Lern‘ Schwimmen“ und als er die Möglichkeit sah auch den Bau des Nordbades.

Eine MHKW-Sonderausschüttung als Deckungsvorschlag aus dem Landkreis brachte die Finanzierung maßgeblich voran. Und: In Vorfreude auf die Eröffnung des gemeinsamen Schwimmbades hatte sich Nuß bei einem Auslandsurlaub eine Badehose gekauft. Diese wurde, nachdem das Bad an Schulleiter Ingolf John übergeben war, direkt ausprobiert. Denn statt ein Band durchzuschneiden sprangen Schuchardt, Nuß und Ebert vom Beckenrand als erste Schwimmer des Stadt- und Landkreis-Bads ins Wasser. ❐

Umweltminister Glauber:

Kernstücke des Hochwasserschutzes

Eine sichere Trinkwasserversorgung und Schutz vor Hochwasser haben in Bayern höchste Priorität. Der neue Trinkwasserbrunnen Götting ist ein wichtiger Teil des Hochwasserschutzprojekts an der Mangfall. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Einweihung des Trinkwasserbrunnens in Bruckmühl.

Nach Glaubers Worten „entsteht an der Mangfall ein Musterprojekt. Eine zukunftssichere Versorgung der Menschen mit hochwertigem Trinkwasser und wirkungsvoller Schutz vor Hochwasser gehen hier Hand in Hand. Wer das Hochwasser 2013 miterlebt hat, weiß um die Bedeutung des Hochwasserschutzes für die Bewohner im Mangfalltal. Mit dem neuen Trinkwasserbrunnen Götting sind wir einen deutlichen Schritt vorangekommen: Die Wasserversorgung in Bruckmühl ist auf lange Zeit gesichert. Das war Voraussetzung für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Feldolling, dem Kernstück des Hochwasserschutzes an der Mangfall. Dieser Weg hin zu mehr Sicherheit und Lebensqualität ist jetzt frei.“

Mit einem Volumen von 75 Millionen Euro ist das Projekt das größte Hochwasserschutzvorhaben in Oberbayern. Der Freistaat und der Bund finanzieren das Projekt gemeinsam. Im Bedarfsfall können durch die Schutzmaßnahme insgesamt gut 6,6 Millionen Kubikmeter Wasser gespeichert werden. Nahezu abgeschlossen ist bereits die Ertüchtigung der Deiche.

Mit der Errichtung des Brunnens Götting und den dazugehörigen Anlagen kann der Markt Bruckmühl nun auch während der Bauphase und später während des Betriebs des Rückhaltebeckens zuverlässig mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt werden. Bisher hat Bruckmühl die Brunnen „Vagen“ als Hauptbrunnen genutzt. Glauber: „Unser Ziel ist, dass möglichst jede öffentliche Wasserversorgung zur Erhöhung der Sicherheit über zwei Standbeine verfügt – seien es eigene Gewinnungsgebiete oder Verbundleitungen zu Nachbarn.“

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Insgesamt zwei Milliarden Euro sollen im Rahmen des Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramms 2030 bis Ende 2030 investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden.

Neues Rückhaltebecken in Merching als vorbildliches Projekt

Ebenfalls eingeweiht wurde das Rückhaltebecken an der Steinach, einem Zufluss der Paar. Damit ist das zweite Kernstück des Hochwasserschutzes im Paartal fertiggestellt. Das neue Hochwasserrückhaltebecken in Merching stärkt die Sicherheit der Menschen in den Gemeinden Kissing und Mering sowie in der Stadt Friedberg erheblich.

Glauber zufolge ist der Hochwasserschutz an der oberen Paar einen großen Schritt vorangekommen. „Das Pfingsthochwasser 1999 hatte auch an der Paar sehr große Schäden verursacht. Diese Gefahr ist jetzt weitgehend gebannt. Die Planung der Becken ‚Putzmühle‘ und jetzt ‚Merching‘ wurde mit allen Beteiligten erarbeitet und vorbildlich umgesetzt. Der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens bei Merching zeigt zudem ein hohes Maß an Solidarität zwischen Ober- und Unterliegergemeinden. Das ist eine starke Leistung, für die der Gemeinde Merching großer Dank gebührt.“

Das Hochwasserrückhaltebecken Merching ist nach der Fertigstellung von ‚Putzmühle‘ im Jahr 2007 der zweite Baustein des Konzepts für die Paar. Beide Becken liegen fast vollständig auf Merchinger Gemeindegebiet, wobei das neue Becken überwiegend dem Schutz der Nachbargemeinden Kissing, Mering und der Stadt Friedberg dient. Mehr als 2 Millionen Kubikmeter Wasser können die beiden Becken aufnehmen. Damit setzen sie auch den notwendigen Rückhalt im Einzugsgebiet der Donau-Zuflüsse um.

Der Damm des neuen Beckens hat eine Länge von 720 Metern, eine Höhe von maximal 5,25 Metern und ein Baukörpervolumen von 55.000 Kubikmetern. Begleitend zum Bau des Beckens wurden die Steinach, der Finsterbach und die umliegenden Flächen als Ausgleichsmaßnahme ökologisch aufgewertet: So wurde die Durchgängigkeit an Querbauwerken hergestellt, ein mäandrierender Lauf der Steinach angelegt, und landwirtschaftliche Flächen wurden in extensives Grünland umgewandelt. Zusätzlich wurden die Steinach und der Finsterbach unter anderem durch Uferabflachungen renaturiert.

Innerörtliche Ausbaumaßnahmen

Der Hochwasserschutz an der Paar umfasst eine Kombination mehrerer Projekte. Neben den Rückhaltebecken sollen auch innerörtliche Ausbaumaßnahmen in Mering und Kissing den Schutz vor Hochwasser reduzieren. Die Kosten für das Rückhaltebecken „Merching“ liegen insgesamt bei 7,6 Millionen Euro, von denen der Freistaat knapp zwei Drittel übernimmt.

Das Hochwasserschutzkonzept Paar ist Teil des in diesem Jahr auslaufenden Aktionsprogramms 2020plus. Die Bayerische Staatsregierung hat mit dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 (BAP 2030) eine neue gesamtbayerische Offensive für den Hochwasserschutz, die Gewässerökologie und die Sozialfunktion der Gewässer aufgelegt. Bis Ende 2030 sollen insgesamt zwei Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden. ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

GZ ZU GAST BEI ...



Christian Meißner

Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Landkreistags Oberfranken Landrat im Landkreis Lichtenfels

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Den Bezirksverband Oberfranken beim Bayerischen Landkreistag; Oberfrankens Landkreise mit 826.318 Einwohnern (31.1.2019)
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2020.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
In den Jahren 1998 bis 2011 durfte ich den Landkreis Lichtenfels als Abgeordneter im Bayerischen Landtag vertreten. Bereits in meiner Jugend war ich kommunalpolitisch sehr aktiv. Nach dem altersbedingten Ausscheiden von Landrat Reinhard Leutner habe ich mich um das Amt als Landrat beworben. Seit 15.12.2011 darf ich Landrat des Landkreises Lichtenfels sein.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
In enger Abstimmung mit den anderen acht oberfränkischen Landräten wurde das Team im Bezirksverband für die nächsten Jahre für Oberfranken gewählt. Ich bin sehr dankbar, dass ich dieses Amt ausführen darf, da wir viele Themen nur gemeinsam lösen können.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Wahl beim Bayerischen Landkreistag fand bereits unter „Corona-Bedingungen“ statt. Selbstverständlich beschäftigt die Pandemie gerade die Landkreise und „ihre“ Gesundheitsämter. Seither und auch aktuell liegt der Schwerpunkt natürlich bei diesem Thema.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Was thematisch die Krise begleitet, sind die Auswirklungen auf die Wirtschaft und die kommunalen Haushalte.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Neben der Digitalisierung insbesondere in Schulen, werden die Themen ÖPNV, Förderungen für den Ländlichen Raum, Tourismus und seine Infrastruktur, Breitbandausbau aber auch die medizinische Grundversorgung die Schwerpunkte meiner Arbeit auf Bezirksverbandsebene sein.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Man braucht einen langen Atem und man muss auch kritikfähig sein. Wichtig ist immer, die Bodenhaftung nicht zu verlieren und für alle ein offenes Ohr zu haben. Anregungen, Beschwerden oder auch Ängste muss man von den Bürgern erst nehmen – egal welcher politischen Couleur sie angehören.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Bei meiner Arbeit als Landrat bin ich gerne Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Manche Anträge und Anfragen muss ich schon aus rechtlicher Sicht ablehnen. Mir ist es allerdings wichtig, dem Bürger dies verständlich mitzuteilen und ggf. einen Lösungsweg aufzuzeigen, wie eine Genehmigung vielleicht doch noch möglich ist.
Selbstverständlich ist mir auch der Austausch mit meinen Führungskräften aber auch der Sachbearbeiter in meinem Haus sehr wichtig und unerlässlich, um zu einer ausgewogenen Entscheidung zu gelangen.
Die Landkreise haben über 500 Pflichtaufgaben zu erfüllen. Das Spektrum ist daher sehr breit. Auf Bezirksverbandsebene mit meinen Landratskollegen ist mir der offene Austausch genauso wichtig. Diesen pflegen wir im Übrigen auch mit den vier Oberbürgermeistern der Kreisfreien Städte in Oberfranken, der Regierungspräsidentin von Oberfranken Heidrun Piwernetz und der Verbandsspitze in München mit Präsident Christian Bernreiter und Dr. Johann Keller.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung, insbesondere auch die Sozialen Medien, haben einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Kommunalpolitik. Die Digitalisierung hat aber auch ihre Grenzen.
Es ist immens wichtig, dass man sich auch Face-to-face austauscht und miteinander spricht und nicht nur übereinander schreibt und liest. Kern der Kommunalpolitik ist doch die Diskussion in Gremien und der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.
Manches ist hier sicherlich digital möglich, dennoch schätze ich das persönliche Gespräch – gerne auch als Streitgespräch – sehr, denn so entsteht eine gute Kommunikationskultur immer auf Augenhöhe, freundlich und sachlich, aber hart in den Sachthemen mit guten Argumenten. Diese „Kultur“ ist im Digitalen nicht immer sehr ausgeprägt.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Was auch immer Du tust, tue es klug und bedenke das Ende.
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als Landrat, der für alle ein offenes Ohr hat. ❐

Take-Over-Aktion anlässlich des Internationalen Mädchentages:

Landrätin für einen Tag

Einmal in die Rolle des Landrates schlüpfen – diese Gelegenheit nutzte Julia Nuttelmann während der Take-Over-Aktion anlässlich des Internationalen Mädchentages. Die Gymnasiastin aus Gunzenhausen durfte Landrat Manuel Westphal einen Nachmittag lang über die Schulter schauen und ihn zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses begleiten.

Seit 2012 findet am 11. Oktober der internationale Mädchentag der Vereinten Nationen statt. Rund um dieses Datum übernehmen weltweit junge Frauen symbolisch Führungsrollen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit sollen Vorurteile und Diskriminierungen abgeschafft werden.

Nach der Schule ins Landratsamt

Auch das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen beteiligte sich an diesem Aktionstag und ermöglichte es einer Schülerin des Simon-Marius-Gymnasiums in Gunzenhausen Landrat Manuel Westphal einen Nachmittag lang zu begleiten. Organisiert wurde dieser Aktionstag von der Gleichstellungsstelle im Landratsamt. Start der Aktion war für Julia Nuttelmann nach der Schule. Im Landratsamt in Weißenburg traf sie Landrat Manuel Westphal in seinem Büro und konnte sich zu Beginn mit ihm über die Aufgaben eines Landrates austauschen.

„Bisher bin ich noch nicht viel mit Politik in Berührung gekommen. So hatte ich auch noch wenig Einblicke in den Aufgabenbereich eines Landrates. Nach dem Gespräch mit Herrn Westphal war ich überrascht, wie vielfältig das Tätigkeitsfeld doch ist“, so die 16-jährige Gymnasiastin. Damit die Schülerin aber auch einen praktischen Eindruck von der Arbeit bekommen konnte, nahm Landrat Manuel Westphal sie mit zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses. „Wir dachten uns, dass es für die Take-Over-Aktion spannend wäre, an einer Sitzung teilzunehmen und so auch etwas Kommunalpolitik-Luft zu schnuppern“, erklärte der Landrat.

Eröffnung im Jugendhilfeausschuss

Doch Julia Nuttelmann nahm nicht nur an der Sitzung teil, sondern übernahm auch die Eröffnung der Sitzung und konnte so tatsächlich in die Rolle einer Landrätin schlüpfen. Unaufgeregt und kompetent begrüßte sie die anwesenden Ausschussmitglieder und stellte die Tagesordnung der Sitzung vor. „Die Teilnahme an der Sitzung war für mich sehr interessant, da es beim Jugendhilfeausschuss ja auch um Themen geht, die mich als junge Erwachsene interessieren“, stellte Julia Nuttelmann nach der Sitzung fest. Nach einer kurzen Feedbackrunde mit Landrat Westphal und der Gleichstellungsbeauftragten Ines Dirsch bekam die Schülerin eine Teilnahmebestätigung überreicht und ein Erinnerungsfoto am Schreibtisch des Landrats.

Internationaler Mädchentag

Im Rahmen des Internationalen Mädchentages gibt es noch mehr Aktionen im Landkreis, die sich mit dem Thema Gleichberechtigung beschäftigen. So gibt es in den Büchereien in Weißenburg, Gunzenhausen und Treuchtlingen Büchertische zum Thema sowie eine Plakatausstellung. Auch im Foyer des Landratsamtes wird mit einer kleinen Ausstellung auf den Internationalen Mädchentag aufmerksam gemacht. ❐

Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention

Landkreis Schweinfurt mit vorbildlicher Strategie

Im Rahmen des 8. Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ wurden elf Städte, Gemeinden und Landkreise für ihre Aktivitäten zur wirkungsvollen Suchtprävention gewürdigt. Als einziger bayerischer Vertreter stand dabei der Landkreis Schweinfurt auf der Liste der Preisträger.

Insgesamt wurden 51 Beiträge bei dem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) inhaltlich und organisatorisch betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem GKV-Spitzenverband unterstützten Wettbewerb eingereicht. Diese hohe Zahl der Wettbewerbsbeiträge und die insgesamt beeindruckenden Aktivitäten in der wirkungsvollen Suchtprävention vor Ort sollen anderen Kommunen einen Anreiz zur Nachahmung geben. Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung.

Hinter dem prämierten Drogenpräventionsprojekt „Flashback“ des Landkreises Schweinfurt steht ein primärpräventives und interaktives Konzept – ein Parcours zum Thema Cannabis und (Il)Legal Highs für Schülerinnen und Schüler der siebten bis neunten Jahrgangsstufe. Ziel des Präventionsprojekts ist, Jugendliche umfassend über Drogen aufzuklären, den Nichtkonsum zu bestärken und eigene Stärken und Schutzfaktoren zu aktivieren. Bestehende regionale Hilfestellen (Drogenberatung, Schuldnerberatung, Beratungsstelle für Jugend und Familie usw.) sollen bekannter gemacht werden. Auch die sozialen und rechtlichen Konsequenzen (Führerscheinentzug, Führerscheinsperre, Stigmatisierung, Leistungsabfall etc.) werden benannt. Oberste Botschaft aller Maßnahmen ist: „Drogen sind keine Lösung!“

Aktive Auseinandersetzung

Der Parcours besteht aus sechs Stationen, in denen unterschiedliche Aspekte von Sucht behandelt werden: Substanzwissen und Wirkungsweisen, Suchtentstehung und Suchtverlauf, Konsummuster, persönliche Risiko- und Schutzfaktoren/Resilienz, Schwangerschaft und Drogen sowie Verhalten im Drogennotfall und regionales Hilfssystem. An den Stationen kommen unterschiedliche zielgruppengerechte Methoden sowie ansprechende Materialien zum Einsatz, die die Jugendlichen dazu anregen sollen, sich aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Hervorzuheben sind methodische Bausteine wie eine „Tüte voller Mist“, um die Inhaltsstoffe von Legal Highs zu veranschaulichen, eine „Würfelpyramide“, um die Konsequenzen von Drogenkonsum aufzuzeigen, und zwei Säuglingsmodelle, bei denen eine Puppe veranschaulicht, wie sich ein Säugling unter Drogeneinfluss während der Schwangerschaft entwickelt.

Die Teilnahme der Schüler am Parcours findet einmalig an einem Schulvormittag statt. Danach bewerten sie den Ablauf und ihre Erfahrungen mithilfe eines Fragebogens. Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung des Parcours ein.

Der Durchführung des Projekts liegt eine feste Kooperation des Gesundheitsamtes, der Polizei und der jeweiligen Schulen zugrunde. Bei Bedarf werden geschulte Honorarkräfte eingebunden. Das Projekt ist langfristig angelegt und finanziert. Somit entsteht ein dauerhaftes, kostenfreies suchtpräventives Angebot für die Jugendlichen im Landkreis Schweinfurt. Inzwischen wurde der Parcours wegen der positiven Erfahrungen auf ganz Unterfranken ausgeweitet. **DK**

COVID Kids Bavaria:

Forchheim zieht Teilnahme an Studie zurück

Die flächendeckende Langzeit-Studie „COVID Kids Bavaria“ der sechs bayerischen Universitätskinderkliniken untersucht die Ansteckungsgefahr durch SARS-CoV-2 bei Kindern in Betreuungsstätten. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Bernd Sibler erhoffen sich einen wissenschaftlichen Blick auf die Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen, verbunden mit einem umfassenden Blick auf die Gesundheit der Kinder.

Dazu wird seit Juli mittels Testungen an rund 150 ausgewählten Einrichtungen in ganz Bayern festgestellt, wie viele Kinder infiziert sind und ob sie Symptome aufweisen. Aber auch allgemeine Fragen der Kindergesundheit, wie die Auswirkungen der Pandemie auf die Befindlichkeit und die medizinische Versorgung von Kindern, werden untersucht. Forchheims Oberbürgermeister Dr. Uwe Kirschstein, selbst Humanbiologe, hat schriftlich erklärt, weshalb er die zuerst angekündigte Teilnahme für alle städtischen Einrichtungen absagt.

Einschränkungen durch anlasslose Testungen

In seiner Stellungnahme kritisiert Kirschstein, dass der Grenzwert von 50 zwar eine Vergleichbarkeit ermöglicht, da er in Relation zur Einwohnerzahl gerechnet wird, „jedoch nimmt er keinen Bezug zur Anzahl durchgeführter Tests“. Als die Studie vorgestellt wurde, gab es keinen Automatismus, der bei „Überschreitung sofort zu einer Maßnahme bzw. Ordnungswidrigkeit oder Straftat geführt hätte. Dies ist nun seit 7. Oktober anders“, kritisiert das Stadtoberhaupt und führt fort: „Bei anlasslosen Testungen von symptomfreien Kindern, wie in dieser Studie geplant, führt ein positives Testergebnis zwangsweise zu einer Quarantäne der Kinder/Familien bzw. zur (Teil-) Schließung unserer Betreuungseinrichtung. Dies folgt unmittelbar aus der gesetzlichen Grundlage der Meldepflicht nach einem positiven Testergebnis. Dies kann also unweigerlich zu teils erheblichen Einschränkungen für alle Kinder/Eltern dieser Einrichtung führen. Dies wäre dann unabhängig davon, ob sie selbst der Teilnahme an der Studie zugestimmt haben oder nicht.“

Diese möglicherweise erheblichen Einschränkungen aller Einwohner von Stadt und Landkreis im Blick, hat Kirschstein sich entschlossen, mit keiner städtischen Einrichtung an COVID Kids Bavaria teilzunehmen und die Studienleitung informiert.

Die Untersuchung startete im Juli 2020. Der Abschluss ist für Januar 2021 vorgesehen. Die Datenauswertung soll bis Ende März 2021 abgeschlossen sein. Der Freistaat finanziert die Studie mit einer Mio. Euro. **CH**



Schlüpfte für einen Nachmittag in die Rolle einer Landrätin: Julia Nuttelmann hier am Schreibtisch des Landrates Manuel Westphal

Bild: Landratsamt Weißenburg/Gunzenhausen

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bezirksumlage Oberbayern 2021:

Moderate Erhöhung in politischer Diskussion

Wegen der Steuerausfälle durch die Corona-Pandemie und steigender Ausgaben für seine sozialen Leistungen sieht sich der Bezirk Oberbayern vor schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Darüber unterrichtete Bezirkstagspräsident Josef Mederer in München die oberbayerischen Landräte und Oberbürgermeister. Nach intensiver und kontroverser Diskussion wurde vereinbart, mit einer maßvollen Erhöhung der Bezirksumlage für 2021 um 0,7 auf 21,7 Prozentpunkte in die weitere politische Diskussion zu gehen.

Die 20 Landkreise und drei kreisfreien Städte Oberbayerns stehen wegen der Corona-Pandemie vor großen finanziellen Herausforderungen. Bereits im laufenden Jahr haben die kreisfreien Städte mit deutlich sinkenden Steuereinnahmen zu kämpfen. Die Einnahmekrise wird sich auf allen kommunalen Ebenen über mehrere Jahre hinziehen. Der Bezirk Oberbayern rechnet für seinen Haushalt 2022 mit der größten Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben. Um diese Lücke zu schließen, scheint eine Erhöhung der Bezirksumlage in den nächsten Jahren unvermeidbar. „Unsere Richtschnur ist wirtschaftliches Handeln in sozialer Verantwortung“, betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Umso schwerer wiegen die Mehrkosten durch die Pandemie, die uns alle noch lange belasten werden.“

Der Bezirkstagspräsident signalisierte bei der Unterrichtung der Landräte und Oberbürgermeister die Bereitschaft, die Umlage mit mehreren Maßnahmen stabil bei 21 Prozentpunkten zu halten. Der Hebesatz für 2021 berechnet sich auf der Basis der Umlagekraft von 2019, die bei rund 8,3 Mrd. Euro lag. Bei einem Hebesatz von 21 Prozentpunkten flössen dem Bezirkshaushalt 2021 rund 1,744 Mrd. Euro zu. Der ungedeckte Bedarf liegt bei 1,91 Mrd. Euro.

Rücklage schmilzt auf gesetzliches Minimum

Um die Umlagezahler zu entlasten, entnimmt der Bezirk im kommenden Jahr 45 Mio. Euro aus seiner Rücklage. Diese schmilzt damit auf das gesetzliche Minimum ab. Die Kämmerei stellte darüber hinaus die Option in den Raum, den Verwaltungshaushalt mit der Aufnahme neuer Kredite in Höhe von 50 Mio. Euro zu stützen.

Dieser Vorschlag wurde von den Landräten und Oberbürgermeistern intensiv und kontrovers diskutiert. Im Ergebnis plädierte eine Mehrheit für einen Anhebung der Umlage 2021 um 0,7 Prozentpunkte. Einig waren sich alle, dass die Belastungen aus der Corona-Pandemie noch nicht abschließend bewertet werden können.

Dieses Diskussionsergebnis ist für den Bezirk Oberbayern die Basis für die weiteren Haushaltsberatungen in seinen Gremien. Über den Haushaltsentwurf und die Höhe der Umlage stimmt der Bezirkstag im Dezember ab. Bezirkstagspräsident Mederer sagte: „Die heutige Diskussion mit unseren Umlagezahlern ist für uns der Beweis, dass die kommunale Familie an einem Strang zieht. Wir sind verlässliche Partner und werden die finanziellen Herausforderungen gemeinsam meistern.“

Im Bezirk Oberbayern steigen die Fallzahlen und Ausgaben in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der Hilfe zur Pflege weiter an. Für 2021 rechnet die Kämmerei in der Eingliederungshilfe bei Ausgaben in Höhe von 1,18 Mrd. Euro mit einem Plus von 92 Mio. Euro. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 314,7 Mio. Euro – ein Zuwachs von 27,4 Mio. Euro.

Den Haushalt belastet zusätzlich, dass der Bezirk seit 2008 soziale Aufgaben von den Kommunen übernommen und zahlreiche gesetzliche Vorgaben neu umgesetzt hat, die nicht alle kompensiert worden sind. So haben beispielsweise die Übernahme der Ambulanten Hilfe zur Pflege sowie die Umsetzung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes und des Bundesteilhabegesetzes den Haushalt spürbar belastet. ❐

Bayerischer Städtetag:

Neue Bezirksvorsitzende

Im Oktober wurde in Falkenberg (Oberpfalz), Kaufbeuren (Schwaben) und Schweinfurt (Unterfranken) jeweils der Bezirksvorsitz im Bayerischen Städtetag neu vergeben.

Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer wurde zur Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in der Oberpfalz gewählt. Maltz-Schwarzfischer tritt die Nachfolge von Oberbürgermeister a.D. Kurt Seggewiß, Weiden, an. Erster Bürgermeister Toni Dutz, Wiesau, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in der Oberpfalz wiedergewählt.

Schwaben

In der Bezirksversammlung Schwaben wurden Oberbürgermeister Stefan Bosse, Kaufbeuren, und Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg, als Bezirksvorsitzende wiedergewählt.

Unterfranken

Erster Bürgermeister Günther Werner, Haßfurt, wurde zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken gewählt. Werner tritt die Nachfolge von Dr. Paul Kruck, Bürgermeister a.D. in Karlstadt, an. Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Schweinfurt, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Unterfranken wiedergewählt.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlung üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze der Bezirksversammlungen. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen.

In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr zu ihren Bezirksversammlungen. Dort behandeln sie regionalspezifische Anliegen und diskutieren über aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen alle sechs Jahre neu gebildet. **CH**



Günzburgs OB Gerhard Jauernig (r.) und sein Kollege aus Kaufbeuren OB Stefan Bosse wurden mit jeweils 100 Prozent zu den Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetages in Schwaben gewählt. Bild: Dr. Achim Sing/ Bayerischer Städtetag

Von der Schweinepest bis zum Solarpark

Vertreter des Bezirks Niederbayern informierten sich über aktuelle landwirtschaftliche Themen

Die Großen werden größer, die Kleinen geben immer häufiger auf. Und je größer die Betriebe (nicht zuletzt wegen staatlicher Zuschüsse) werden, desto mehr Verordnungen erlässt der Staat, deren Umsetzung wiederum für die kleinen Landwirte am schwierigsten ist und sie noch öfter zum Aufhören zwingt. Über diese Spirale ging es beim Gespräch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Bezirksrätin Monika Maier mit der Geschäftsführerin des Bayerischen Bauernverbandes Landau-Straubing-Deggendorf, Ingrid Ecker, Kreisbäuerin Irene Waas und Kreisobmann Friedhelm Dickow.

Gerade kleine Betriebe können von Grünlandbewirtschaftung nicht leben und machen nur mit der Tierhaltung Gewinn. Wenn man künftig weniger Tiere halten darf, dann gibt es für den Betrieb nur zwei Möglichkeiten: investieren oder zusperren. Hohe Investitionen mit langen Laufzeiten stellen aber ein hohes Risiko dar, da die Landwirte ihre künftigen Absatzpreise nicht kennen. Bei der Afrikanischen Schweinepest wird das aktuell sehr deutlich: „Obwohl wir in Bayern noch keinen einzigen Fall haben, fallen die Preise“, sagt Friedhelm Dickow, der deshalb für eine Gebietsdifferenzierung innerhalb Deutschlands plädiert, so wie sie auch innerhalb Europas gilt.

Mangelnde Kennzeichnungspflicht

Ganz allgemein sieht Dickow bei den Fleischpreisen ein Problem: „Wie will die Politik den Preis anheben, ohne dass wir den Markt verlieren? Wir haben ja keinen Außenschutz. Wenn deutsches Fleisch teurer wird, wissen wir Bauern genau was passiert: Es wird einfach anderes Fleisch gekauft, bei dem nicht die hohen Produktionsvorschriften eingehalten werden, wie wir sie haben“, so der Kreisobmann, der darauf hinweist, dass man dieses Problem seit Jahren auch bei der Milch nicht lösen könne. Ein Grund sei auch die mangelnde Kennzeichnungspflicht, denn der Verbraucher könne nicht gut genug erkennen, woher das Produkt stammt, das er kauft. „Die Gurken aus Indien oder der Türkei werden hier verarbeitet und schon kommen sie offiziell aus Deutschland.“

Bezirkstagspräsident Heinrich beschäftigte die Frage, wie man es schaffen könne, dass für Lebensmittel vernünftige Preise gezahlt werden. Kreisbäuerin Irene Waas verwies dabei auf den Vorschlag der Landfrauen, ein Unterrichtsfach „Alltagskompetenzen“ einzuführen. Über 90.000 Unterschriften wurden dafür gesammelt. Jüngst hatte die Staatsregierung ein Zugeständnis dazu gemacht und eine Projektwoche genehmigt. „Eine Woche innerhalb von vier Jahrgängen, jeweils für die erste bis vierte und für die fünfte bis neunte Jahrgangsstufe. Das ist nicht viel und es gibt für die Umsetzung zu wenig Geld, nur 300 Euro für eine ganze Woche.“

Dem BBV sei daran gelegen, auch Landwirte als Referenten für die Schüler mit ins Boot zu holen, aber die möchte man dafür natürlich auch entlohnen können. „In der Praxis wird es dann so sein, dass sich Organisationen, die – weil gerade im Trend und mit vielen Spenden bedacht – mit ihren kostengünstigen Angeboten behaupten“, vermutet Ingrid Ecker. Und Irene Waas hatte einige Bespiele auf Lager, bei denen Landwirte öffentlich von Tier- und Umweltschützern angeprangert werden, die ihrerseits von Landwirtschaft zu wenig Ahnung hätten. „Wenn Hühner aus einem Stall gestohlen werden, weil sie keine Federn mehr haben, was scheinbar ein Hinweis auf Quälerei sei, dann wissen diese Menschen schlichtweg nicht, dass sich Hühner mausern und das ganz natürlich ist.“

Letztlich sei es wichtig, so meinte auch Bezirksrätin Monika Maier, dass der Bürger wieder mehr über die Landwirtschaft wisse. „Im Gegensatz zu vor zwei Jahren ist aber die Nachfrage nach Lehrstellen gesunken“, wusste der Kreisobmann zu berichten.

Zuletzt sprach man noch über die zunehmende Zahl an Solarparks auf landwirtschaftlichen Flächen. „Hier hat die Gemeinde die Planungshoheit und kann gezielt örtliche Investoren unterstützen.“ Wenn dann solle dies vom jeweiligen Landwirt selbst oder zusammen mit den Bürgern betrieben werden, damit das Geld in der Region bleibt, waren sich alle einig. **ml**



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Kreisbäuerin Irene Waas, BBV-Geschäftsführerin (Landau-Straubing-Deggendorf) Ingrid Ecker, Bezirksrätin Monika Maier und Kreisobmann Friedhelm Dickow. Bild: Lang/Bezirk Niederbayern

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das hat es auch noch nicht gegeben. Ein amtierender Regierungschef wendet sich per Videopodcast an die Bürgerinnen und Bürger und sagt sinngemäß, dass die von der Exekutive verfügten Maßnahmen nicht reichten und man sich bitte noch mehr einschränken solle, als dies der Staat ohnehin von einem fordere.“

Mein Chef, der Bürgermeister, interpretiert jedenfalls die Videobotschaft der Kanzlerin so, mit der sie letztes Wochenende die Deutschen aufgefordert hat, wann immer möglich allein zu Hause zu bleiben.

Es ist ein Appell an den vernünftigen und einsichtigen Citoyen im besten Wortsinn. Da wird nicht die Verbotskelle geschwungen und die Höhe von Bußgeldern kalkuliert, sondern

Bitterer Appell statt Verbotskeule

an Vernunft, Einsicht und Solidarität appelliert, sich so zu verhalten, wie es angezeigt ist, um einen selber, seine Familie, Freunde und unvermeidlichen Sozialkontakte an der Arbeitsstelle, im Kindergarten oder in der Schule zu schützen.

Dieser Appell ist bitter für die Gastronomen und Hoteliers, die alles tun, um ihre Gäste vor Infektionen zu schützen. Ich traue mir da ein Urteil zu, denn vor der Verschärfung der Lage waren wir oft und gerne auswärts essen. Er ist auch bitter für so manche Freundschaft, manche Clique, manchen Verein, die in den vergangenen Monaten langsam wieder normale Kontakte gepflegt und ihre Tätigkeiten wieder aufgenommen haben. Aber es ist, um ein vielgeschmähtes, aber zutreffendes Wort zu gebrauchen, alternativlos.

Schade nur, dass dieser Appell wohl nur von denen gehört und verstanden wird, die ohnehin Umsicht und Vorsicht walten lassen. Wer glaubt, auf Traditionen wie große Familienfestlichkeiten anlässlich von Hochzeiten oder Geburten nicht verzichten zu können, wer postuliert, man sei nur einmal jung und zur Jugend gehöre partymachen, und wem seine Mitmenschen eh wurscht sind, wird sich in seinem Verhalten nicht ändern.

Dabei verstehe ich gerade die jungen Leute sehr gut: Jeder von uns sehnt sich doch nach einer Welt zurück, in der man nicht mit einem Stück Stoff oder Papier vor Mund und Nase ein Geschäft oder einen Bus betreten musste. In der man nicht sein Gegenüber beim Plausch über den Gartenzaun aus 1,50 oder 2 Meter Abstand anplärren muss. Eine Welt, in der man ohne Federlesens ins Gasthaus geht, sich neben einen sympathischen Menschen setzt, ihm zuprostet, man sich herzhaft mit einem Händedruck oder einer Umarmung verabschiedet und nicht mit einer der dreitausend Varianten von Winke-Winke, die wir derzeit praktizieren.

Aber: Ist halt nicht. Deshalb geht mir auch die derzeitige Diskussion zum Thema „Helden der Krise“ so auf die Nerven. Richtig: Es gibt Personen und Berufsgruppen, denen die Herausforderungen wirklich alles abverlangen. Pflegepersonal und Ärzte auf den Intensivstationen während der Hochzeit der Pandemie. Erzieherinnen in der Notbetreuung während des Lockdowns, die Kinder zu betreuen hatten, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten und die sich um diese Sorgen gemacht haben. Lehrkräfte, die von jetzt auf gleich ihre Schüler mit Hilfe von Konferenzsoftware unterrichteten.

Aber jetzt schon, mitten in der Pandemie, Helden erster und zweiter Ordnung auszurufen, ist für mich schwer erträglich. Sicher gab es Lehrer und Erzieher, die sich nicht viel Mühe mit den Kindern gegeben haben. Klar hat der ein oder andere es auch genossen, im Homeoffice zu sitzen, statt als Pendler jeden Tag addiert eine Stunde in Bus und Bahn zu sitzen. Aber andererseits gibt es auch die, die lieber im ergonomischen Bürostuhl am höhenverstellbaren Schreibtisch ihre Arbeit erledigen würden, als auf dem hölzernen Stuhl am Küchentisch während aus dem Kinderzimmer ständig die Frage nach dem Sinn des Satzes des Pythagoras erschallt.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir zu: Held dieser Tage ist der Geduldige, der Disziplin wahrt und seine Freiheitsbedürfnisse freiwillig hintanstellt. Denn es gilt der Satz Katharina von Sienas: „Das Beginnen wird nicht belohnt, einzig und allein das Durchhalten“.

Ihre Sabrina

Internationaler Tag der Obdachlosen:

„Kein Mensch dritter Klasse mehr sein“

Erzählung eines Betroffenen

Der Beruf kam seinen Neigungen sehr entgegen: Als junger Mann tauchte Waldemar K. in die Welt der Hotellerie ein. Im „Hilton“ lernte er die High Society kennen. Auf Kreuzfahrtschiffen besah er sich die Welt. Dann kam der Absturz. „Heute werde ich als Mensch dritter Klasse behandelt“, sagt der wortgewandte 60-Jährige, der seit 15 Jahren auf der Straße lebt. Mehr Wertschätzung, das wäre sein größter Wunsch zum Tag der Wohnungslosen am 11. September, meint K., der erst vor Kurzem in Würzburg eintraf.

Man sieht Waldemar K. sofort an, dass er einmal eine dynamische Persönlichkeit war, unternehmungslustig und tatkräftig, die mit beiden Beinen auf dem Boden stand. Der Abstieg begann, als sich die Arbeitsbedingungen in seiner Branche drastisch verschlechterten: „Nach dem Mauerfall wurde der Markt geöffnet, billige Arbeitskräfte kamen, die Konditionen wurden immer mieser, ich hatte keine Perspektive mehr.“ Extrem zu schaffen machte ihm außerdem, dass seine Lebensgefährtin zwei Fehlgeburten hatte. Die Beziehung ging schließlich in die Brüche. Waldemar K. suchte Trost im Alkohol. Sein Leben entglitt ihm immer mehr. Im Mai 2005 landete er auf der Straße.

Wie Obdachlose behandelt werden, lässt sich auf eine einfache Formel bringen, meint Waldemar K.: „Man ist nicht mehr gesellschaftlich gleichgestellt.“ Sondern man ist „der“ oder, schlimmer noch, manchmal gar „das“ Letzte. Der gelernte Restaurantfachmann nennt ein Beispiel, das ihn immer wieder fuchsig macht: „Es gibt Jobcenter, da muss ich um 8.30 Uhr meinen Pass abgeben, bekomme aber erst um 12 Uhr meinen Tagessatz ausbezahlt.“ Derweil werden die anderen „Kunden“ bedient. Waldemar K. kommt dadurch in die Bredouille. Denn er muss weiter. Zum nächsten Ort. Wo es den nächsten Tagessatz gibt. Und im besten Fall ein warmes Bett.

Waldemar K. hat den Mut von sich zu erzählen, denn er weiß, was er kann. Dadurch, dass er auf Schiffen unterwegs und in internationalen Hotels tätig war, spricht er fließend Englisch, Französisch und Italienisch. Aber auch mit einem Spanier könnte er sich unterhalten. Oder mit einem Polen. Damit ist er keine Ausnahme: „Ich habe in den letzten 15 Jahren auf der Straße Psychologen, Rechtsanwälte und Doktoren kennen gelernt, die ebenso abgestürzt waren.“ Die wenigsten würden jedoch über sich sprechen. Denn die Scham sei riesengroß.

Versteckspiel kostet Kraft

Die meisten versuchten, sich so zu verhalten, dass nicht das Geringste auf ihre Situation hinweist: „Doch dieses Versteckspiel kostet eine wahnsinnige Kraft.“ Auch Waldemar K. hat das Gefühl, bald nicht mehr zu können. Das Straßenleben hat ihn krank gemacht; GdB 90 wurde ihm anerkannt. Schon vor zwei Jahren ließ er sich bei der Christophorus-Gesellschaft auf die Warteliste für das „Betreute Wohnen“ setzen: „Gestern hörte ich, dass es sehr wahrscheinlich klappen wird.“ Waldemar K. sehnt sich nach einer festen Bleibe.

Die Würzburger Christophorus-Gesellschaft ist bei Wohnungslosen sehr beliebt, denn hier erhalten sie mehr Unterstützung als an vielen anderen Orten, schildert Waldemar K. im Aufenthaltsraum der Kurzzeitübernachtung (Herberge). Wacht er morgens auf, kann er ein Stockwerk höher in die Zentrale Beratungsstelle für Wohnungslose (ZBS) gehen, wo ihm der Tagessatz ausbezahlt wird. Er muss also nicht, wie in anderen Städten, drei Stunden lang warten. Gut tat ihm die herzliche Begrüßung von Michael Schramm, der ihn trotz Maske erkannte, obwohl er schon zwei Jahre nicht mehr hier war.

Waldemar K. erzählt, dass er harte Monate hinter sich hat. Nach Ausbruch der Corona-Krise waren die Notschlafstätten wochenlang geschlossen oder sie wurden nur eingeschränkt betrieben. Eine eiskalte Nacht im März bleibt ihm unvergesslich: „Ich bin mal wieder abgewiesen worden, weil keiner mehr in die Notschlafstätte durfte, das war in Mainz.“ Waldemar K. wollte nicht mitten in der Stadt „Platte machen“. Also tigerte er fünf Kilometer an die Peripherie. Dann fing es an, in Strömen zu regnen. K. entdeckte einen Friedhof: „Zum Glück stand an der Leichenhalle eine überdachte Bank.“ Er breitete seine Isomatte und den Schlafsack aus. Und nickte endlich ein.

Doch außer den Notschlafstätten hatten noch verschiedene andere, wichtige Einrichtungen geschlossen: „Vor allem auch die Jobcenter.“ Drei Tage lang war es für Waldemar K. nicht möglich gewesen, den Tagessatz abzuholen. Er musste ohne einen einzigen Cent klarkommen: „Da begann ich, Pfandflaschen einzusammeln.“ Für zwei Pfandflaschen konnte er sich ein Brötchen leisten. Fand er vier Flaschen, ging er zum Discounter und holte sich das billigste Päckchen Wurst: „So kam ich zu meinen Mahlzeiten.“ Doch er musste ja weiter. Brauchte Geld für einen Fahrschein. Um irgendwo ein Bett zu finden. Eine Dusche. So ging die Flaschensuche weiter. **Günther Purlein**

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunaler Bau**
- **Gestaltung öffentlicher Räume**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**

Stadt Würzburg:

Lebenslanges Lernen umsetzen

Lenkungsgruppe „Bildung integriert“ traf sich zum ersten Mal

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert mit seinem Programm „Bildung integriert“ das neu geschaffene Bildungsbüro der Stadt Würzburg. „Die Stadt Würzburg macht sich damit auf den Weg zu noch mehr Datenbasierung, Netzwerken und Strategien in der kommunalen Bildungsplanung“, umreißt Judith Jörg, 3. Bürgermeisterin und Bildungs-, Schul- und Sportreferentin. Das Bildungsbüro wird in einer systematischen Gremienstruktur aus Strategiegruppe, Lenkungsgruppe und Bildungsbeirat geführt. Diese hat sich, so Nadine Bernard, Leiterin des Bildungsbüros, bereits während des Prozesses der kommunalen Schulentwicklungsplanung als „Erfolgsgarant herausgestellt“. Nun traf sich die Lenkungsgruppe zum ersten Mal.

Ziel der Sitzung war es, das Bildungsbüro den internen und externen Experten vorzustellen und Teilnehmer für eine künftige Zusammenarbeit zu gewinnen „Sind die Strukturen und Prozesse eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements einmal aufgesetzt, können Kommunen Bildungsthemen bedarfsgerecht und unter Einbeziehung aller relevanter Akteure sehr effizient bearbeiten und gestalten“, so Judith Jörg.

Aufgaben des Bildungsbüros

Die Aufgaben des Bildungsbüros beziehen sich auf die gesamte Bildungsbiografie eines Menschen, also von der KiTa bis zur Erwachsenenbildung. Zunächst wird der Schwerpunkt auf die Bereiche „kulturelle Bildung“ und „nachmittägliche Bildung und Betreuung an Schulen“ gesetzt werden. Zwei Erhebungen zu den Schwerpunktthemen, ein erster Werkstattbericht und ein Stimmungsbild von Schülern zum Thema Fernunterricht wie auch ein Faktencheck zur Entwicklung von Schülerzahlen an Grundschulen liegen bereits vor und liefern Material für die Ausschüsse im Herbst. Diese werden im Winter und Frühling dann auch die Lenkungsgruppe „Bildung integriert“ intensiver beschäftigen, wenn auf der Basis des vorhandenen Expertenwissens aus den Fachstellen mit Bildungsplanungsbezug die Untersuchungsergebnisse diskutiert und in Handlungsempfehlungen übersetzt werden.

Die Lenkungsgruppe besteht aus Akteuren der Stadtverwaltung aus Sozial-, Jugend- und Bildungsreferat inklusive ihrer Referenten, aber auch aus externen Experten wie Erwin Pfeuffer (Schulamtsdirektor des Staatlichen Schulamts), Monika Zeyer-Müller (Ministerialbeauftragte der Dienststelle für Gymnasien Unterfranken), Karlheinz Lamprecht (Ministerialbeauftragter für Realschulen Unterfranken) und Stefan Moos (VHS, als Vertreter der Erwachsenenbildung). Anlassbezogen können weitere Expertinnen und Experten hinzugezogen werden. ❐

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www. AKDB .de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 5. November 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 21



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros:

Genossenschaften sind Krisenlöser

Corona und kein Ende. Die Rolle der Kredit- sowie der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften während der Krise sowie weitere aktuelle politische Herausforderungen standen im Zentrum eines Gesprächs von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Dr. Jürgen Gros.

GZ: Herr Dr. Gros, starten wir mit dem alles beherrschenden Thema: Corona mischt die Karten neu. Wie kommen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bislang durch die Krise?

Gros: *Nach dem 3. Quartal können wir von einem guten Geschäftsjahr für die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern sprechen. Die wichtigen Geschäftsfelder verzeichnen einen weiteren Zuwachs. Dabei ist insbesondere das Kreditgeschäft sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundenbereich auf Wachstumskurs.*



Dr. Jürgen Gros, Vorstandsvorsitzender und Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Bild: GVB

Nicht nur Bankdienstleistungen

GZ: Gibt es einen Bedarf an „Neuen Regelungen" oder Hilfeleistungen von Banken für private Kunden und Firmenkunden?

Gros: *Zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr haben die Kreditgenossenschaften nicht nur klassische Bankdienstleistungen erbracht, sondern sind sowohl den Firmen- als auch den Privatkunden weit über ihren eigentlichen Auftrag hinaus zur* Seite *gestanden. Bei der Frage nach staatlichen Hilfsmaßnahmen waren sie für zahlreiche Firmenkunden erster Ansprechpartner, obwohl dies nicht ihre Kernaufgabe ist. Im Bewusstsein, regional Hausbank zu sein, halfen sie bei der Beantragung staatlicher Leistungen und Förderkredite. Über die staatlichen Moratorien hinaus haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Moratorien für Firmenkunden und Privatkunden verlängert, um Tilgungsaussetzungen bis ins nächste Jahr hinein gewähren zu können. Dies war im Übrigen gar nicht so einfach, galt es doch zu verhindern, selbst Dokumentations- und Regulationspflichten aufgebürdet zu bekommen.*

Ressourcen im Kampf gegen die Folgen der Pandemie

GZ: Wie beurteilen sie den aktuellen Zustand der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen?

Gros: *Die Finanzierungsbedingungen sind nach wie vor gut und die Kreditablehnungsquoten nach wie vor niedrig. Damit das so bleibt, muss auch die Politik ihren Beitrag leisten. Wegen Corona wurde die Basel-III-Finalisierung, bei der es unter anderem um Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung geht, verschoben. Das ist zu begrüßen. Die Banken sollen ihre vollen Ressourcen im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen*

(Fortsetzung auf Seite 4)



Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2021. Von links: Markus Pannermayr, Josef Zellmeier, Albert Füracker, Dr. Uwe Brandl, Christian Bernreiter, Joachim Herrmann, Franz Löffler und Hubert Aiwanger. Bild: StMFLH

Kommunaler Finanzausgleich 2021:

Kraftvolles Signal für bayerische Kommunen

Trotz Corona-Krise und massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt bleibt der Kommunale Finanzausgleich (FAG) in Bayern mit 10,3 Mrd. Euro auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Laut Finanzminister Albert Füracker steht der Freistaat damit auch in den aktuell extrem schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie als verlässlicher Partner und starke Stütze an der Seite seiner Kommunen. „Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzlage der Kommunen in dieser schwierigen Zeit solide bleibt", ergänzte Kommunalminister Joachim Herrmann.

„Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und senden mit dem heutigen, für die Kommunen sehr guten Ergebnis ein deutliches Signal gegen die Krise", erläuterte Füracker. Der Freistaat Bayern schaffe damit die Voraussetzungen, dass seine Kommunen auch in Zeiten der Corona-Krise weiterhin ihre wichtigen Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. Auch der Bund müsse seiner Verantwortung gerecht werden und die Kommunen im nächsten Jahr spürbar unterstützen.

Neues Rekordniveau

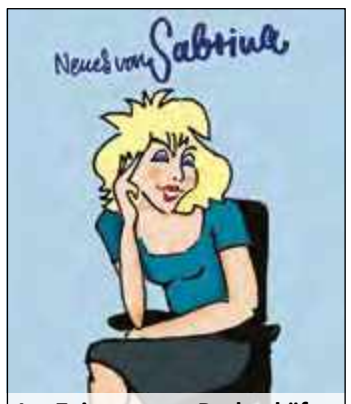
Unter anderem umfasst der Finanzausgleich 3,9 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen, also zweckungebundene Gelder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Verwaltung. Damit bewegen sich diese noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019.

Wie bereits in den vergangenen beiden Jahren erhalten die Landratsämter erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen. Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen im Jahr 2021 auf ein neues Rekordniveau von insgesamt fast 850 Mio. Euro. Dazu zählen neben den sog. Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgelder, das den Kommunen überlassen wird.

Förderung des kommunalen Hochbaus

Einen neuen Spitzenwert erreicht die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Diese Mittel werden um 50 Mio. Euro auf nun 650 Mio. Euro erhöht. Gleichzeitig werden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die allgemeine Investitionspauschale (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt.

(Fortsetzung auf Seite 4)



In Zeiten von Borkenkäfer, Dürre und Sturm verweist der Bürgermeister darauf, dass „Wald" mehr ist als ein Wirtschaftsfaktor. Gerade in Deutschland hat man sich früh um Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung verdient gemacht. Seite 15

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Gesichter der Verschwendung

In seinem neuen Jahrbuch stellt der Bund der Steuerzahler in 100 exemplarischen Fällen dar, wo und wie der Staat sorglos mit unserem Steuergeld umgeht. Bayern ist achtmal vertreten, vor allem mit Bauprojekten, bei denen die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. „Baukostenexplosionen sind bei öffentlichen Vorhaben gang und gäbe", betonte in München Maria Ritch, Vizepräsidentin des Landesverbands Bayern, und listete eine Reihe von Beispielen auf.

Ausufernd sind die Kosten der Stadthalle im unterfränkischen Lohr a. Main: Dort mussten bis 2017 größere Veranstaltungen in Turnhallen stattfinden. Um diesen Zustand zu beenden, wurde eine erforderliche neue Stadthalle errichtet, die eine hohe Akzeptanz und Auslastung sowie sehr gute Besucherzahlen aufweist. Umplanungen und Zusatzwünsche trieben jedoch die Kosten des Neubaus hoch. Eine Konzertmuschel, aufsteigendes Gestühl, bessere Barrierefreiheit, eine erweiterte Tiefgarage, eine Photovoltaikanlage: Schließlich kostete die Stadthalle knapp 20 Mio. Euro, ein Drittel mehr als geplant.

Ausufernde Baukosten

Voraussichtlich 60 statt 37 Mio. Euro kostet der Ausbau der mittelalterlichen Klosterburg Kastl im Landkreis Amberg-Sulzbach zu einer modernen Hochschule für den öffentlichen Dienst. Bevor im März die ersten 60 Studenten des Fachbereiches Polizei Unterkunft nehmen konnten, verzögerten archäologische Funde, Schadstoffe, Hausschwammbefall und massive Schäden am Dachstuhl die Inbetriebnahme. Aufwand und Verzögerungen trafen auf konjunkturbedingte Mehrkosten – nun wird man sehen, ob trotz Corona-bedingten Ausnahmezuständen der Studienbetrieb wenigstens ab Sommer 2023 beginnen kann. Oder das Projekt noch teurer wird.

Theater in Augsburg und ...

Ein Fass ohne Boden ist laut BdSt das Augsburger Staatstheater: Der Stadtrat hatte 2016 beschlossen, das damals noch städtische Theater für 186 Mio. Euro zu sanieren, die Kosten für einen Erweiterungsbau mit Probebühne und Werkstätten bereits mitgerechnet. Jetzt rechnet die Stadt mit 320 Mio. Euro. BdSt-Vizepräsidentin Ritch zufolge würde jeder private Bauträger in die Insolvenz gehen, wenn er so planen und so mit den Kosten umgehen würde. Es sei nur zu hoffen, dass das Theater nicht noch zu einer „Lechphilharmonie" werde.

... falsche Prognosen in München

Falsche Sanierungsprognosen, Insolvenz des beauftragten Architekturbüros, Engpässe auf Baustellen durch Corona und 745 Mio. tatsächliche Kosten statt 445 Mio. Festbetragsfinanzierung: Das ist die ernüchternde Zwischenbilanz der Sanierung des Deutschen Museums in München. Doch nicht nur die Kosten sind aus dem Ruder gelaufen. Auch der bisherige Zeitplan ist nicht mehr einzuhalten. Das angestrebte Ziel, die vollständige Sanierung und die Wiedereröffnung zum 100. Geburtstag im Jahr 2025 feiern zu können, ist nicht mehr zu schaffen. Es werden wohl noch einige Jahre vergehen müssen, bis das Deutsche Museum im nunmehr anvisierten Jahr 2028 fertiggestellt sein wird – was sich nach Befürchtungen des BdSt weiter kostenträchtig auswirken wird.

Ähnlich explodierte der Kos-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Flexibel Flächensparen – keine Verpflichtungen für Kommunen . 2
Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst 2
Stärkung der Integrativen Medizin 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken 3
50 Jahre VBSM 3
Krisendienste für Menschen in psychischen Notlagen 3
Kommunikationstechnik • IT • Breitband . . . . . 5 - 9
Kommunale Bauthemen . . . . . 10 - 12
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau. 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Flexibel Flächensparen – keine Verpflichtungen für Kommunen

Mit einem Änderungsantrag zum Entwurf des Landesplanungsgesetzes hat die CSU-Fraktion den im Koalitionsvertrag vereinbarten fünf Hektar-Richtwert zur Flächennutzung präzisiert. Der Wirtschaftsausschuss hat die von der Staatsregierung vorgelegte Neufassung des Landesplanungsgesetzes gebilligt. Verbindliche Vorgaben für die Kommunen sind damit nicht verbunden. Die Landtags-Grünen und die SPD warfen der Regierungskoalition vor, das eigene Ziel zu verwässern. Die CSU argumentierte, der Entwurf ermögliche es den Kommunen, flächensparend zu handeln und dabei Ziele des Arten- und Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Der bisherige Entwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes sieht vor, dass bei Flächeninanspruchnahme im Außenbereich der Grundsatz des Flächensparens verfolgt wird. Dazu soll bis 2030 die Richtgröße für die Inanspruchnahme von Freifläche von fünf Hektar pro Tag landesweit angestrebt werden. 2019 lag der Flächenverbrauch im Freistaat bei durchschnittlich 10,8 Hektar pro Tag landesweit. Lediglich die Hälfte davon ist versiegelte Fläche. Ziel der CSU-Fraktion ist es, den Kommunen durch eine Präzisierung Planungs- und Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte zu geben. „Uns ist wichtig, dass das Ziel der Staatsregierung nicht nur sinnvoll begleitet wird, sondern auch der politische Wille in der Umsetzung klar dokumentiert ist. Daher haben wir diesen Änderungsantrag erarbeitet“, sagte Walter Nussel, zuständiger Berichterstatter im Ausschuss und stellvertretender Vorsitzender des CSU-Arbeitskreises Wirtschaft.

Feinjustierung von Flächen

So soll künftig bei der Bewertung der 5-Hektar Richtgröße entsprechend berücksichtigt werden, ob dabei Boden versiegelt wird und welche Ausgleichsmaßnahmen für den Umwelt-, Klima und Artenschutz getroffen werden können. Damit sollen Gemeinden ein flexibles Planungsinstrument zum Flächensparen erhalten, in dem ihre Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. „Aus unserer Sicht darf es nicht so sein, dass Parks, Friedhöfe, Fussballfelder oder Golfplätze bei der Flächennutzung genauso behandelt werden wie versiegelte Flächen. Sonst stehen diese Grünflächen im Wettbewerb zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Wohnungsbau, den Bedürfnissen der Wirtschaft und der sinnvollen Landesentwicklung. Unser Ziel ist durch diese Feinjustierung die Fläche in Bayern sinnvoll und bedarfsorientiert zu nutzen“, sagte Sandro Kirchner, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion.

Anreize statt Verbote

Kirchner warf den Grünen vor, die Kommunen zu bevormunden, die Wohnungsnot zu verschärfen und die Entwicklung des ländlichen Raums zu verhindern. Zudem sei der von den Grünen geforderte Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mit den Flächenlimits vereinbar. „Im Gegensatz zu den Grünen setzen wir als CSU-Fraktion auf Anreize statt Verbote“, sagte er.

Die Grünen hatten einen eigenen Entwurf vorgelegt. Mit diesem sollte das Fünf-Hektar-Ziel bereits 2026 verbindlich erreicht werden. Alle anderen Fraktionen lehnten diese verpflichtende Vorgabe ab. „Man darf nicht danach fragen, was erlaubt ist, sondern welchen Bedarf es gibt“, sagte Manfred Eibl (Freie Wähler). Eine auf die einzelne Kommune heruntergebrochene Vorgabe zum Flächenverbrauch konterkariere das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Staatsregierung gebe den Kommunen stattdessen Instrumente an die Hand, den Richtwert auch ohne strikte Vorgaben zu erreichen – dazu zählen laut Eibl Förderprogramme zur Innenentwicklung und Überplanung bestehender Brachflächen. Der Gesetzentwurf der Grünen schränke das Selbstbestimmungsrecht von Städten und Gemeinden zu stark ein, kritisierte er. „Entscheidend ist, dass die Entwicklung Bayerns im Vordergrund steht und nicht rechnerische Barrieren“, ergänzte Nussel.

Grüne beharren auf Fünf-Hektar-Rahmen

Christian Zwanziger (Grüne) verteidigte den Entwurf seiner Fraktion. Die Entwicklung der vergangenen Jahre habe gezeigt, dass es einen verbindlichen Rahmen für das Flächensparen brauche. „Mit Freiwilligkeit kommen wir nicht weiter“, betonte er. Der Vorschlag der Grünen lasse den Kommunen innerhalb des landesweiten Fünf-Hektar-Rahmens durch Ansparmodelle, die Renaturierung versiegelter Flächen sowie eine Härtefallklausel für Großprojekte die nötige Flexibilität. Auch die Bedürfnisse kleiner Gemeinden mit besonderem Entwicklungsbedarf würden berücksichtigt. Durch eine degressive Flächenzuteilung nach Einwohnerzahl erhielten kleine Gemeinden im Verhältnis zu größeren ein höheres Budget. Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann plädierte für ein verbindliches, landesweites Flächensparziel.

Die SPD hingegen sprach sich für eine Richtgröße auf der Ebene der regionalen Planungsverbände aus. Dies schaffe eine gewisse Verbindlichkeit, schränke die Entwicklungsmöglichkeiten gerade kleiner Kommunen im ländlichen Raum aber nicht über Gebühr ein, sagte Annette Karl (SPD).

Expertenanhörung im Landtag

Das Thema Flächenverbrauch beschäftigt den Landtag schon lange. Nach einem Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion und einem gescheiterten Volksbegehren, legte die Staatsregierung schließlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Statt einer festen Obergrenze von fünf Hektar täglich, ist in dem Entwurf ein Richtwert von fünf Hektar festgelegt. Im Wirtschaftsausschuss präsentierten Fachleute im Rahmen einer Expertenanhörung im Mai 2020 Vorschläge, wie künftige Flächenpolitik aussehen soll. Gegen eine mathematische pauschale Flächenbegrenzung sprachen sich vor allem die Wirtschaftsverbände aus. Neben dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag (BIHK) hält auch der Bayerische Gemeindetag wenig von einer fixen Flächenvorgabe. Dessen Präsident, Dr. Uwe Brandl, mahnte, mit dem Gut Fläche intelligent umzugehen und forderte zunächst eine verbindliche Definition, was unter Flächen-Inanspruchnahme zu verstehen sei. Zugleich pochte Brandl auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Ein Anliegen, das Florian Gleich, vom Bayerischen Städtetag unterstützte. **red**

Gesundheitsstaatssekrtär Klaus Holetschek:

Stärkung der „Integrativen Medizin“

Bayerns Gesundheitsstaatssekretär Klaus Holetschek setzt sich für eine Stärkung der „Integrativen Medizin“ ein. Holetschek betonte: „Anspruch der ‚Integrativen Medizin‘ ist es, die Möglichkeiten der konventionellen Medizin und der Naturheilkunde in einem ganzheitlichen Ansatz bestmöglich zu nutzen. Darüber hinaus will die Integrative Medizin einen gesunden Lebensstil fördern und damit chronische Krankheiten verhindern, die durch Bewegungsmangel, Fehlernährung und Stress entstehen. Mein Ziel ist es deshalb, die ‚Integrative Medizin‘ in Bayern weiter zu stärken. Deshalb freut es mich sehr, dass sich künftig ein eigenes Referat des StMGP auch diesem wichtigen Themenbereich widmet.“

Holetschek unterstrich: „Eine moderne Medizin benötigt ein patientenorientiertes Gesundheitswesen, in dem wissenschaftliche und Naturmedizin gleichberechtigt sind. Im sinnvollen Miteinander von konventioneller und naturmedizinischer Therapie zu einer Integrativen Medizin liegt die Zukunft.“

Der Staatssekretär verwies in diesem Zusammenhang auch auf die vom bayerischen Gesundheitsministerium geförderte Studie „Integrative Medizin in Bayern 2020 (IM-BAY 2020)“. Im Mittelpunkt der am Universitätsklinikum Würzburg in Kooperation mit der Klinik für Integrative Medizin am Klinikum Bamberg durchgeführte Studie stehen naturheilkundliche Anwendungen und Selbsthilfestrategien. Holetschek erläuterte: „Ziel der Studie IM-BAY 2020 ist es, Erkenntnisse über die Bandbreite und Akzeptanz naturheilkundlicher Verfahren und Lebensstilinterventionen in unterschiedlichen Fachgebieten zu gewinnen. Das StMGP fördert diese Studie mit 360.000 Euro.“

Er ergänzte: „Im Bereich der Integrativen Medizin müssen wir die Forschung weiter vorantreiben und ausbauen. Wir müssen die natürlichen Heilweisen besser erforschen, sie werden sich in nächster Zeit noch mehr entwickeln. Aus diesem Grund setze ich mich auch für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Integrative Gesundheit in Bayern ein. Hier sind wir bereits auf einem guten Weg.“

Holetschek erläuterte: „In den vergangenen Jahrzehnten wurden an die Bevölkerung vielfältige Angebote an Heilmethoden herangetragen, die aufgrund ihrer sehr unterschiedlichen und häufig unerforschten Wirkweise und damit ihres therapeutischen Wertes einer intensiven und kompetenzbasierten Erforschung bedürfen. Die Einsatzfähigkeit naturheilkundlicher Wirkstoffe und Wirkungsweisen – in Verbindung mit der wissenschaftlichen Medizin – ist bislang nicht ausreichend bekannt. Ein Lehrstuhl für Integrative Gesundheit soll tiefergehende Erkenntnisse zu diesen weitverbreiteten naturheilkundlichen Praktiken und Methoden hervorbringen und ihren Einsatz für die alltägliche therapeutische Anwendung prüfen. Denn klar ist: Die Sehnsucht der Menschen nach natürlicher Medizin ist sehr groß.“

Die Integrative Medizin verbindet Elemente aus verschiedenen wissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen zu einem Gesamtkonzept, mit dem Ziel, die individuell beste Therapie zu finden. Der Patient steht dabei im Mittelpunkt. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Hübner
95499 Harsdorf
am 16.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Stahl
95643 Tirschenreuth
am 12.11.

Bürgermeister Gerald Brehm
91315 Höchstadt a.d. Aisch
am 15.11.

Landrat Albert Gürtner
85264 Pfaffenhofen
am 17.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Martina Rottmann
97241 Oberpleichfeld
am 13.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Christian Hirtreiter
94342 Straßkirchen
am 10.11.

Bürgermeister Reiner Feulner
95131 Schwarzenbach a. Wald
am 14.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Zuber
95213 Münchsberg
am 7.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raffael Parzefall
93107 Thalmassing
am 6.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst:

Belastung für kommunale Haushalte

In der dritten Tarifverhandlungsrunde für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und ihr Verhandlungspartner, der Bund, gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion ein Ergebnis erzielt.

Zum 1. April 2021 werden die Tabellenentgelte um 1,4 Prozent, mindestens jedoch um 50 Euro, erhöht und ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern und den Pflege- und Betreuungseinrichtungen profitieren darüber hinaus von bis zu drei Zulagen: So haben die Arbeitgeber die Einführung einer Pflegezulage vereinbart. Diese beträgt ab dem 1. März 2021 70 Euro, ein Jahr später wird sie auf 120 Euro aufgestockt. Die monatliche Intensivzulage wird ab dem 1. März 2021 von 46,02 Euro auf 100 Euro angehoben und damit mehr als verdoppelt. Zugleich wird die Zulage für Beschäftigte, die ständig Wechselschicht leisten, ab dem 1. März 2021 von 105 Euro monatlich auf 155 Euro monatlich erhöht.

Nach Einschätzung von VKA-Präsident und Verhandlungsführer Ulrich Mädge „haben wir einen wirtschaftlich verkraftbaren Abschluss erreicht, der den kommunalen Arbeitgebern Planungssicherheit gibt. Der Abschluss ist maßvoll und trägt den finanziellen Besonderheiten der Corona-Krise Rechnung. Uns war es wichtig, dass die Beschäftigten in den Krankenhäusern und in der Pflege überdurchschnittlich profitieren. Ich bin froh, dass wir für diese Beschäftigtengruppe weitreichende Verbesserungen erzielen konnten. Gleichermaßen war wichtig, für einzelne Bereiche der VKA Sonderlösungen zu vereinbaren, nämlich für die Sparkassen und die Flughäfen. Das ist uns gelungen. Insgesamt umfasst das Paket ein Volumen von rund 4,9 Milliarden Euro.“

Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen/Praktikanten erhalten eine Entgelterhöhung von 25 Euro ab dem 1. April 2021 sowie eine weitere Erhöhung um die gleiche Summe ab dem 1. April 2022, zudem wird die Regelung zur Übernahme von Auszubildenden verlängert. Alle Beschäftigten sowie die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten erhalten zur Abmilderung der besonderen Belastungen während der Corona-Pandemie eine nach Entgeltgruppen gestaffelte Sonderzahlung von durchschnittlich 400 Euro. Zudem profitieren die Fachärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst ab dem 1. März 2021 von einer Zulage in Höhe von monatlich 300 Euro.

Verhandlungen in Corona-Zeiten

Die Verhandlungen fanden in diesem Jahr vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie statt, die für die Kommunen und kommunalen Arbeitgeber finanzielle Auswirkungen in Milliardenhöhe hatte und weiterhin haben wird. Aus diesem Grund hat sich die VKA für einen differenzierten Tarifabschluss eingesetzt, der unter anderem die schwierige Situation der Sparkassen und Flughäfen einbezieht.

Für die rund 175.000 Sparkassenbeschäftigten sieht der Tarifabschluss eine Entgelterhöhung vor (ab 1. Juli 2021 um 1,4 Prozent, mindestens jedoch 50 Euro sowie zum 1. Juli 2022 um weitere 1,0 Prozent, eine Angleichung auf das Niveau des allgemein vereinbarten Abschlusses findet erst zum Ende der Laufzeit ab 1. Dezember 2022 statt), allerdings wird ein Teil der Kosten durch eine Absenkung der Sparkassensonderzahlung bei zusätzlicher Gewährung weiterer Urlaubstage kompensiert.

Für die angesichts eingebrochener Fluggastzahlen mit massiven Verlusten konfrontierten Flughäfen haben sich die Beteiligten verständigt, auf Entgelterhöhungen in diesem Bereich zu verzichten. Das Tarifergebnis sieht vor, einen Notlagentarifvertrag für die Flughäfen zeitnah abzuschließen, der Personalkosten senkt und betriebsbedingte Kündigungen ausschließt.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, konstatierte, „wird für die kommunalen Beschäftigten mit der Einigung in den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ein Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieten berücksichtigt. Wer gute Leistungen erbringt, muss gut entlohnt werden. Beschäftigte in kommunalen Diensten leisten Tag für Tag wertvolle Arbeit, ohne die unser Gemeinwesen nicht so gut funktionieren könnte – zum Beispiel in Kindertagesstätten, Pflege, Krankenhäusern, Bussen, Bahnen, bei Müllentsorgung, Wasserversorgung und in Verwaltungen. Gesonderte Zulagen sollen die Leistung von besonders belasteten Beschäftigten in kommunalen Krankenhäusern und Gesundheitsämtern anerkennen und den Pflegeberuf aufwerten.“

Für die kommunalen Haushalte bedeute die Einigung jedoch eine hohe Belastung, gerade in Zeiten einbrechender Steuereinnahmen und steigender Lasten aufgrund der Corona-Pandemie, unterstrich Pannermayr: „Die Tariferhöhung bedeutet für kommunale Haushalte eine zusätzliche Belastung. Der Kompromiss ist für die kommunale Seite gerade noch tragbar, für Städte und Gemeinden mit angespannter Haushaltslage ist die Tariferhöhung schwer zu schultern.“ Positiv bewertet der Verbandschef die Laufzeit des Tarifvertrags bis Ende 2022: „Das bringt den Kommunen Planungssicherheit für die Aufstellung der Haushalte.“ **DK**

Hygienemaßnahmen in Kindertageseinrichtungen:

Neues Förderprogramm

Der Freistaat unterstützt die Anschaffung von CO2-Sensoren und mobilen Luftreinigungsgeräten in Kindertagesstätten, Großtagespflegestellen und Heilpädagogischen Tagesstätten (HPTs) mit 13 Millionen Euro. Für sonstige Ausstattungsgegenstände zur Verbesserung der Hygiene (beispielsweise Desinfektionsspender und mobile Trennwände) in Kitas stehen weitere 10 Millionen Euro bereit.

Dazu Bayerns Familienministerin Carolina Trautner: „Unsere Einrichtungen wurden in den letzten Monaten sehr gefordert, auch was die Hygienemaßnahmen angeht. Aus der AHA-Formel ist inzwischen AHA-L geworden: Abstandhalten, Hygienemaßnahmen, Alltagsmaske – und Lüften.

Natürlich entstehen dadurch auch höhere Kosten. Im Hinblick auf den anstehenden Winter ist es besonders wichtig, die Einrichtungen jetzt finanziell zu unterstützen und den Beschäftigten in den Kitas und den Familien mehr Sicherheit in Sachen Infektionsschutz zu geben. Ein zentrales Element ist dabei das regelmäßige Lüften. Deshalb wollen wir allen Einrichtungen auch die Anschaffung von sogenannten CO2-Sensoren ermöglichen.“ Das Bayerische Kabinett beschloss dass Anschaffungen, die ab dem 1. Oktober getätigt wurden, rückwirkend gefördert werden. Für HPTs wird ein CO2-Sensor pro Gruppe finanziert.

CO2-Sensoren messen die CO2-Konzentration und melden, wann eine Lüftung der Räume erforderlich ist. Mobile Raumluftreinigungsgeräte können für Betreuungsräumlichkeiten angeschafft werden. Unter Ausstattungsgegenstände zur Verbesserung der Hygiene fallen beispielsweise Desinfektionsmittel, kontaktlose Fieberthermometer oder Schutzmasken.

Die entsprechende Förderrichtlinie ist ab sofort unter folgendem Link abrufbar: www.verkuendung-bayern.de/baymbl/2020-615/ ❐



Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille – v. l.: Dr. Thomas Goppel, Präsident Bayerischer Musikrat, Staatsminister Bernd Sibler, Preisträger Reinhard Loechle, VBSM-Präsident Martin Bayerstorfer und Franz Josef Pschierer, Präsident des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes. Bild: VBSM

Bayerischer Musikschultag in Kaufbeuren:

50 Jahre VBSM

Kunstminister Bernd Sibler: „Fundament der bayerischen Musikkultur“

Eine Kombination aus Online- und Präsenzveranstaltungen bot der diesjährige Bayerische Musikschultag, der unter dem Motto „50 Jahre VBSM“ stand. Ein halbes Jahrhundert ist es bereits her, dass 43 Delegierte aus Singschulen und Musikschulen in der Musikhochschule in München zusammenkamen und den Verband Bayerischer Sing und Musikschulen e. V. (VBSM) gründeten.

Drei Tage lang bot die Veranstaltung ein vielfältiges Programm aus Konzerten, Vorträgen und Austauschforen zu aktuellen musikpädagogischen und bildungspolitischen Themen. Veranstaltungsort war anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der ortsansässigen Ludwig Hahn Sing- und Musikschule die Stadt Kaufbeuren, die auch für den Auftakt im Stadttheater sorgte. Unter dem Titel „Laterna Musica – Bild und Klang“ präsentieren Schüler und Lehrkräfte Formen der Verbindung von Bild und Musik.

Rückblick und Ausblick

Zudem fand ein Forum für Musikschulleiter und Lehrkräfte statt, das sich im Jubiläumsjahr dem Thema „50 Jahre VBSM – Rückblick und Ausblick“ widmete. Verabschiedet wurde der Musikschultag in gewohnter Weise mit „Musik in der Stadt“. Hierzu verwandelte sich die Innenstadt in eine Bühne für Musikschüler aus der Region und lud Passanten zum Zuhören und Verweilen ein. Darüber hinaus bot der VBSM ein abwechslungsreiches Online-Seminarprogramm für Musikschulleiter, Lehr- und Verwaltungskräfte.

In seiner Festrede gratulierte Staatsminister Bernd Sibler, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen zu seinem runden Geburtstag: „Wir können mit Stolz auf 50 Jahre VBMS zurückblicken. In den vergangenen Jahren ist die Arbeit der Musikschulen im Freistaat zum Fundament der bayerischen Musikkultur geworden. Unsere Musikschulen bilden die Musikerinnen und Musiker von morgen aus, denn sie verstehen es, zu begeistern. Sie stärken das kulturelle Leben vor Ort und ermöglichen jungen Menschen einen niederschwelligen Zugang zur Musik. Herzlichen Dank an die Verantwortlichen und Mitstreiter der letzten 50 Jahre für ihr großes Engagement!“

220 Musikschulen

Seit der Gründung des VBSM habe sich das Musikschulwesen in Bayern sowohl quantitativ als auch qualitativ herausragend entwickelt, so Sibler. Von ursprünglich 67 ist die Zahl auf inzwischen rund 220 Musikschulen gestiegen. Der Trend geht dabei zu immer größeren Musikschulen, so dass an diesen 220 Musikschulen tatsächlich mehr als 960 Kommunen beteiligt sind. Während im Jahr 1970 etwa 35.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet wurden, sind es aktuell mit rund 210.000 sechs Mal so viele.

Um den Musikschulen auch in den schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie beizustehen, unterstützt das Bayerische Kunstministerium die durch das Ministerium geförderten nichtstaatlichen Kunst- und Kultureinrichtungen einschließlich der Sing- und Musikschulen, die von Einnahmeausfällen aufgrund der der Corona-Pandemie betroffen sind, mit insgesamt zehn Millionen Euro.

Chronik zur Verbandsgeschichte

Anlässlich seines Jubiläums wird der VBSM noch in diesem Jahr eine Chronik zur Verbandsgeschichte veröffentlichen. Das knapp 200 Seiten umfassende Buch beschäftigt sich u.a. mit der Gründung des Verbandes, den Meilensteinen seiner Entwicklung und den damit einhergehenden Herausforderungen. Vorgestellt werden auch zahlreiche Wegbegleiter, deren Engagement die Entwicklung des Verbandes über die Jahre hinweg beeinflusst hat.

Den kulturpolitischen Höhepunkt des Bayerischen Musikschultags bildete der traditionelle Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille für herausragende Verdienste und überragendes Engagement in der musikalischen Bildungslandschaft. In diesem Jahr wurde Reinhard Loechle, langjähriger 2. Vorsitzender des VBSM und Gründer und Schulleiter a. D. der Kreismusikschule Erding e. V., ausgezeichnet.

1971 nahm Loechle eine Anstellung an der Volkshochschule des Landkreises Erding zum Zweck des Aufbaus einer Musikschule an, deren Leitung er noch im gleichen Jahr übernahm. Mit zahlreichen Konzerten, Rundfunkaufnahmen, der Gründung mehrerer Ensembles und seiner aktiven Mitwirkung in unterschiedlichen musikalischen Konstellationen begründete und festigte der Preisträger in den folgenden Jahrzehnten den hervorragenden Ruf der Kreismusikschule Erding. Seit 1976 gehört er dem VBSM als Vorstandsmitglied an, 1989 wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Reinhard Loechle ist Berater beim Auf- und Ausbau mehrerer Musikschulen in Bayern. Ein besonderes Anliegen ist ihm der Aufbau und die Pflege internationaler Kontakte, um Jugendbegegnungen zu ermöglichen.

Dank an Loechle

„Reinhard Loechle ist in der Verbandsarbeit immer vielseitig und vielfältig tätig. Er bringt sich ein als Ideengeber, Pionier, Dienstleister und innovativer Geist. 40 Jahre lang steht er dem VBSM mit seinem Wissen, seiner Erfahrung und seinem Engagement zu Verfügung und erweist sich auch nach seiner aktiven Zeit als stets aufgeschlossener, hilfsbereiter Unterstützer und Berater. Lieber Reinhard, du hast mit deinem pflichtbewussten wie freudvollen Wirken das Sing- und Musikschulwesen in Bayern und darüber hinaus in hohem Maße bereichert. Hierfür sprechen wir dir unseren tief empfundenen Dank aus“, unterstrich Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM, in seiner Laudatio. **DK**

Das sind die „Orte der Demokratie in Bayern“

Das Präsidium des Bayerischen Landtags hat zwölf „Orte der Demokratie in Bayern“ benannt – nach der Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats. So soll sichtbar und erlebbar gemacht werden, wie an diesen Orten die Demokratie in Bayern geprägt wurde.

Damit will das Parlament das Bewusstsein für den Wert der Demokratie schärfen. Regensburg, Nürnberg oder Wohlmuthshüll – so unterschiedlich die Orte sind, haben sie eines gemeinsam: Auf ganz besondere Weise sind sie in die Geschichte der bayerischen Demokratie eingegangen. Doch von manchen ist das nur wenig bekannt – deshalb hat der Bayerische Landtag das Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ ins Leben gerufen.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Die vielleicht größte Gefahr für unsere Demokratie liegt in ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit. Da setzt das Projekt an: Denn Geschichte wird an Orten konkret fassbar. Deshalb hat das Präsidium des Bayerischen Landtages entschieden, Orte der Demokratie in Bayern sichtbar und insbesondere jungen Menschen zugänglich zu machen. Unsere Gedenkstätten leisten überaus wertvolle Erinnerungsarbeit – wir wollen sie ergänzen um Feierstunden für die Demokratie: vor Ort. Diese Schauplätze der Demokratie haben Aufmerksamkeit verdient.“

Diese Orte wurden ausgewählt:

- München, Maximilianeum: Seit 1949 Sitz des bayerischen Parlaments.
- Memmingen, Haus der Kramerzunft (1525): Bauernvertreter fordern ihre Rechte ein
- Regensburg, Altes Rathaus (1594/ 1663 – 1806): Sitz des Immerwährenden Reichstags, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich
- Gaibach (1828/ 1832): Verfassungssäule und Gaibacher Fest
- München, Prannerstraße 8 (1818 – 1934): Sitz des Bayerischen Landtags von 1918 bis 1933/34
- Nürnberg, Saalbau des Industrie- und Kulturvereins (1919): Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie (1919): Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung des Freistaats Bayern
- Vilshofen an der Donau (1919): „Geburtsort“ des politischen Aschermittwochs
- Wohlmuthshüll (1945): Erste freie Wahlen nach dem Ende der NS-Herrschaft
- München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität (1946): Tagungsort der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“
- Herrenchiemsee, Altes Schloss (1948): Verfassungskonvent
- Passau (1952): Europäische Wochen der Europa-Union
- Ermershausen (1978): Protest gegen die Eingemeindung ❐

GZ KOLUMNE Stefan Rößle



Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie und ihre alltäglichen Herausforderungen haben uns alle fest im Griff. Wöchentlich müssen zur Bekämpfung des Virus neue Vorschriften und Gesetze erlassen werden. Das ist ein Stresstest für Politik, Wirtschaft und jeden Menschen in seinem persönlichen Alltag. Andere wichtige Themen und Nachrichten rücken dadurch in den Hintergrund wie z. B. Europa-Politik und die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ will Deutschland die EU stärker, gerechter und nachhaltiger gestalten. Weitere Ziele der Präsidentschaft sind die „dauerhafte Überwindung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlicher Folgen“, ein „innovativeres und sichereres Europa“ sowie ein „starkes Europa in der Welt“. Das sind große Ziele für den sechsmonatigen Vorsitz der Ratspräsidentschaft, der am 31. Dezember 2020 bereits wieder endet. Dann wird zu klären sein, welche Auswirkungen der deutsche Vorsitz für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke haben wird.

Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken

Bereits seit Jahrzehnten übt die Europäische Union durch Ihren mehrjährigen Finanzrahmen, das Beihilfe- und Vergaberecht sowie verschiedene Förderprogramme entscheidenden Einfluss auf unsere Politik in den Kommunen aus. So werden zahlreiche Rahmenbedingungen, die wir vor Ort beachten oder umzusetzen müssen, in Brüssel und Straßburg festgelegt.

Die KPV setzt sich seit Jahren u. a. für die Entbürokratisierung der EU-Förderprogramme ein. Die europäischen Unterstützungsleistungen müssen schnell, einfach und praxisnah, auch für kleinere Kommunen, beantragt werden können. Die derzeit geplanten Vereinfachungen für unsere Verwaltungsbehörden begrüßen wir als KPV.

Auch darf die europäische Politik die deutschen Kommunen nicht schwächen, nur, weil es innerhalb Europas in anderen Ländern schwächere Kommunen gibt. So sehen wir es als kritisch an, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland bei Kohäsionsmitteln benachteiligt oder teils ausgeschlossen werden sollen. Unsere strukturschwachen Regionen brauchen auch weiterhin die Unterstützung der EU, um dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland einen Schritt weiterzukommen.

Die Corona-Krise hat es gezeigt: nationale Alleingänge führen nicht zur nachhaltigen Lösung von Krisen. Um eine solche Krise der EU zu verhindern braucht die EU starke Kommunen und die Kommunen ein starkes Europa. Dafür sollten wir uns ebenso stark wie bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie einsetzen.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Krisendienste Bayern für Menschen in psychischen Notlagen:

Erste Hilfe in seelischen Notlagen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Bezirkstagspräsidenten unterzeichnen Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern

Derzeit arbeiten die sieben bayerischen Bezirke mit Hochdruck an einem deutschlandweit einmaligen Beratungs- und Hilfeangebot für Menschen in psychischen Krisen – den Krisendiensten Bayern. Dafür wurde nun ein weiterer wichtiger Grundstein gelegt. Nunmehr unterzeichneten die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Melanie Huml und die Bezirkstagspräsidenten die Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern.

Ursprünglich war geplant, die Unterzeichnung am Rande einer Gremiumssitzung des Bayerischen Bezirketags in Regensburg abzuhalten. Aufgrund der Entwicklung der aktuellen Corona-Fallzahlen wurde die Präsenzsitzung abgesagt und als Videokonferenz durchgeführt.

Flächendeckung

Ein Kernelement des Hilfeteils des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (BayPsychKHG), das zum 1. August 2018 in Kraft getreten ist, ist die Errichtung von flächendeckenden psychiatrischen Krisendiensten in ganz Bayern. Über die Finanzierung der Krisendienste bestand von Anfang an Konsens. Der Freistaat Bayern übernimmt die Kosten für die sieben Leitstellen und hat dafür im aktuellen Doppelhaushalt insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen. Die Bezirke werden die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und aller sonstigen Kosten, wie zum Beispiel für den Aufbau von Netzwerken, in mindestens der gleichen Höhe schultern. „Mit den Krisendiensten Bayern erhalten Menschen in psychischen Krisen eine Art ‚Erste Hilfe in seelischen Notlagen‘. Dieses Angebot der Bezirke ist eine wichtige Ergänzung der psychiatrischen Versorgung in Bayern. Deshalb freuen wir uns, dass mit der Unterzeichnung der Kostenerstattungsvereinbarungen nun auch die finanziellen Rahmenbedingungen unter Dach und Fach sind“, so Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags.

Die Ministerin unterstrich: „Der Bayerischen Staatsregierung ist es bereits seit Jahren ein wichtiges Anliegen, psychische Erkrankungen aus der Tabuzone zu holen und Menschen in psychischen Krisen frühzeitig zu helfen. Mit den Krisendiensten wird die Versorgung für Menschen mit psychischem Hilfebedarf im Freistaat weiter gestärkt und mit der Umsetzung des BayPsychKHG ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen geleistet.“

Über die Krisendienste Bayern

Dieses niederschwellige Angebot, das im Notfall Hilfesuchenden zur Verfügung steht, gibt es bislang nur in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Voraussichtlich Anfang des Jahres 2021 werden die Krisendienste in den anderen fünf Bezirken den Betrieb aufnehmen. Ab dem 1. Juli 2021 sind alle Krisendienste dann täglich rund um die Uhr unter einer einheitlichen Rufnummer erreichbar. Die Anruferinnen und Anrufer werden automatisch an den für sie regional zuständigen Krisendienst weitergeleitet. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist in allen Bezirken gleich.

Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung

Die psychiatrischen Krisendienste bestehen aus jeweils einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhalten Betroffene sowie Angehörige und Bezugspersonen Krisenhilfe. In dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz. Diese Leistung wird von den Fachdiensten der Träger der Freien und Privaten Wohlfahrtspflege erbracht. Ein Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung, zum Beispiel zur Vermittlung an eine psychiatrische Praxis oder an die Akutstation einer psychiatrischen Klinik, ergänzt das Angebot. ❐

Genossenschaften sind ...

(Fortsetzung von Seite 1)
der Pandemie einsetzen können.

Die Krise hat deutlich gezeigt, dass viele regulatorische Anforderungen nicht mittelstandsfreundlich sind. Nicht umsonst waren der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden monatelang damit beschäftigt, entsprechende Nachjustierungen vorzunehmen. Hier gilt es nachzuarbeiten, denn die Regulatorik muss krisenfest sein.

GZ: Was brauchen jetzt regionale Finanzinstitute, um der gebeutelten Wirtschaft adäquat zur Seite zu stehen?

Gros: *Bereits im Frühjahr haben wir einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik, Aufsicht, Realwirtschaft und Banken angeregt, um die Bankenregulierung einem Fitness-Check zu unterziehen. Denn die Regulatorik muss überprüft werden. Unser Eindruck ist, dass Politik und Aufseher dies verstanden haben. Mittlerweile ist auch einiges in Gang gekommen, die Stoßrichtung passt, aber an den Feinheiten gilt es noch zu arbeiten. Manches ist mehr Schein als Sein. Dazu zählt das vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Risikoreduzierungsgesetz, das als große Erleichterungsmaßnahme auch für regionale Banken gepriesen wird. Bei genauerem Hinsehen kommen einem hier allerdings erhebliche Zweifel. Strengere Regeln bei der Kapitalisierung von Banken sind aus meiner Sicht nationales Goldplating.*

GZ: Was ist damit gemeint?

Gros: *Goldplating ist die Verschärfung von EU-Richtlinien durch den nationalen Gesetzgeber. Im konkreten Fall geht es darum, dass der nationale Gesetzgeber Eigenkapitalbestandteile nicht anerkennen möchte, die der europäische Gesetzgeber überhaupt nicht in Frage gestellt hat.*

GZ: Eine Pleitewelle konnte vorerst vermieden werden, allerdings geht vielen langsam die Puste aus – siehe Veranstaltungsbranche. Wie wird sich eine Insolvenzwelle auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken auswirken? Bei steigenden Kosten und einem sinkenden Zinsüberschuss wird auch das Betriebsergebnis zurückgehen. Gibt es einen Plan, wie mögliche Kreditausfälle aufgefangen werden können?

Gros: *Fakt ist, dass die Banken ihre Kreditportfolien intensiv überwachen, es bislang keine Anzeichen für eine Pleitewelle und damit auch keine Anhaltspunkte für Kreditausfälle bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken gibt. Deshalb bin ich sehr verärgert über Studien, die eine Pleitewelle für Regionalbanken prognostizieren. Das ist aus der Luft gegriffen und hat keine Basis. Dies bestätigt uns im Übrigen auch die Bankenaufsicht. In Summe sind die mittelständischen Kunden der genossenschaftlichen Bankengrupp bislang sehr gut durch die Krise gekommen. Insofern gehen wir davon aus, dass die Wertberichtigungen auf Kredite dieses Jahr keine nennenswerte Rolle spielen werden.*

Herausforderung für 2021

Die Herausforderung für 2021 wird gleichwohl sein, dass die Unternehmensbilanzen flächendeckend schlechter ausfallen. Möglicherweise werden sich dadurch für einige Branchen die Ratingeinstufungen verschlechtern – mit allen Konsequenzen auch für die Eigenkapitalunterlegung bei den Banken.

GZ: Wie wichtig ist in Krisenzeiten das Wertpapiergeschäft? Mein Eindruck ist, dass es nach einem großen Knick relativ stabil weiter aufwärts geht. Ist das nicht eigenartig zu einem Zeitpunkt, da die Realwirtschaft gerade ins Straucheln kommt?

Gros: *Seit Corona verzeichnen die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine äußerst hohe Nachfrage nach Beratung zum Thema Wertpapieranlage. Dass sich die Bürger weitaus mehr als in früheren Jahrzehnten mit der Frage nach Alternativen zum Sparkonto beschäftigen, ist sehr lobenswert. Dazu zählt auch das heuer sehr stabile Wertpapiergeschäft – auf mittlere Sicht die ertragsreichere Anlagevariante, wie sich allmählich herumspricht. Dieser möglicherweise durch Corona beförderte Bewusstseinswandel trägt der Tatsache Rechnung, dass die Menschen das Niedrigzinsumfeld wahrnehmen und sich folglich über eine individuell sinnvolle Geldanlage informieren und letztlich auch investieren. Das spricht für eine positive Erwartungshaltung, was die weitere wirtschaftliche Entwicklung angeht.*

Im Übrigen kann von einer breiten Wirtschaftskrise keine Rede sein. Die Corona-Krise verläuft sehr asymmetrisch auch innerhalb einzelner Branchen. Während beispielsweise die Gesundheits-, IT- und Chemiebranche durchaus zu den Corona-Profiteuren zählen, sind unter anderem Teile der Lebensmittelbranche erheblich betroffen – allerdings sehr unterschiedlich. Beispiel Milchsektor: Wer den Einzelhandel beliefert, hatte starke Umsatzmonate. Wer auf den Export oder Großmärkte spezialisiert war, hatte im Frühjahr ein schweres Dasein. Der Exporteinbruch nach China zeigte volle Wirkung. Gleiches galt für Italien, das als Absatzmarkt für Bayern traditionell von besonderer Bedeutung ist. Ein Drittel der gesamten bayerischen Exportmenge an Milchprodukten fließt normalerweise dorthin. Und auch ein wesentlicher Absatzkanal war verstopft. Denn in den Großmärkten fehlten aufgrund der Schließungen Hotellerie und Gastronomie als Abnehmer.

Umsteigen auf digital veränderte Prozesse

GZ: Thema Digitalisierung: Verschiebt sich die persönliche Beratung ans Telefon/ins Internet? Wie wichtig ist noch der persönliche Kontakt zum Bankberater? Wie bereit ist die Kundschaft umzusteigen auf digital veränderte Prozesse, wie zum Beispiel kontaktloses Zahlen?

Gros: *Klar ist: Der Omnikanal-Vertrieb muss weiterhin gestärkt werden. Für die Kunden müssen die Banken auf allen Kanälen erreichbar sein. Corona hat die Digitalisierung in den Banken nochmals ein Stück befördert. Wir haben diverse Offensiven gestartet, sowohl was die digitale Nutzung und Erreichbarkeit der Bank als auch was das digitale Bezahlen anbelangt. Deswegen war es auch hilfreich, dass für das kontaktlose Zahlen die Zahlgrenze auf 50 Euro erhöht wurde.*

GZ: Ist das jetzt das Ende des Bargelds?

Gros: *Das glaube ich nicht. Während der Pandemie mag sich der eine oder andere wohler fühlen, wenn er kein Bargeld in die Hand nehmen muss. Hinzu kommt, dass digitales Bezahlen für Unternehmen vielleicht sogar die günstigere Variante darstellt, weil sie weniger Geld zur Bank bringen und weniger Münzen vorhalten müssen. Ungeachtet dessen bleibt Bargeld ein Stück Freiheit und wird Bestand haben.*

GZ: Wie hat sich das Kundenverhalten entwickelt? Nutzen sie verstärkt die digitalen Kanäle?

Gros: *Insgesamt hat der Kunde gelernt, dass er bestimmte Serviceleistungen auch selbst digital abwickeln kann. Gleichwohl bleibt der Wunsch nach persönlicher und intensiver Beratung erhalten, vor allem wenn es um komplexere Sachverhalte geht. Das betrifft sowohl Fragen von Finanzierungen und Geldanlagen, aber auch den Abschluss von Versicherungen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind starke Beratungsbanken. Ihre Erreichbarkeit ist genauso gegeben wie früher, als man noch für sämtliche Geschäfte persönlich in der Filiale erscheinen musste. Das ist und bleibt unser Anspruch.*

GZ: Stichwort Klima und Nachhaltigkeit: Das Thema ist gerade wohl etwas nachrangig, betrachtet man zum Beispiel die Heizpilz-Diskussion. Energiegenossenschaften sind oftmals das Ergebnis, wenn eine Gemeinschaft im Sinne des Klimaschutzes handeln will. Wie ist es um die Entwicklung der Energiegenossenschaften bestellt?

Gros: *Da muss ich Ihnen widersprechen. Das Thema Nachhaltigkeit ist für alle Mitgliedsgenossenschaften aktuell so präsent wie noch nie. Wir spüren das insbesondere auch im Bankenbereich. Dort setzt die Regulatorik sehr intensiv ein – Stichwort Green Finance.*

Darüber hinaus wurde in diesem Jahr bereits die dritte EEG-Novelle vorgelegt. Für die Energiegenossenschaften ist es ein enormer Aufwand, sich ständig den neuesten Entwicklungen anpassen zu müssen. Fakt ist, dass kleinere genossenschaftliche Netzversorger von der Bundesnetzagentur zunehmend mit immensen regulatorischen Dokumentationsauflagen belastet werden. All das erschwert die regionale Energieversorgung. Gleichwohl erhöht die Umweltdiskussion in ihrer ganzen Bandbreite – siehe Versorgungssicherheit, regenerative Energien, Elektromobilität, CO2-Reduktion usw. – den Druck auf die Politik, auch die Rahmenbedingungen für regionale Energie so zu gestalten, dass sie erfolgreich zum Einsatz kommen kann.

GZ: Die Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften sind neben den Volksbanken und Raiffeisenbanken die zweite stabile Säule. Wie steht es um deren Entwicklung?

Gros: *Genossenschaften sind in über 35 Branchen tief in der bayerischen Wirtschaft verwurzelt. Die Entwicklung lässt sich noch nicht exakt abschätzen, der Verlauf ist aber wohl eher heterogen. Es gibt Genossenschaften in der Hotellerie, in der Gastrobranche oder im Kulturbereich (z.B. Kinos, Theater), die von langen Schließzeiten betroffen waren und sind. Dagegen boomen Genossenschaften im Bereich IT und in einigen Bereichen der freien Berufe (Steuerberatung), weil es hier eine extrem hohe Nachfrage gab. Gleiches gilt für das Handwerk: Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Insgesamt sind die Genossenschaften aus meiner Sicht gut durch das Jahr gekommen. Abgerechnet wird freilich immer am Ende. Und wie schnell sich die Lage ändern kann, erleben wir in diesen Novembertagen.*

GZ: Unsere Leser sind die kommunalen Entscheider in Bayern. Wie stellen Sie sich in Bezug auf Kommunen auf, welche Hauptthemen sehen Sie und wie können die Volksbanken und Raiffeisenbanken die Kommunen begleiten?

Gros: *Wichtig ist zunächst ein gegenseitiges Verständnis für die jeweilige Situation des anderen. In den vergangenen Jahren ist hier viel gewachsen, beispielsweise wenn ich an die Konsolidierung der Filialstrukturen von Genossenschaftsbanken denke. Dabei geht es nicht darum, sich aus der Fläche zurückzuziehen, sondern sich so aufzustellen, dass auch künftig ein Beitrag für die Region geleistet werden kann, der mitunter sehr monetäre Ausprägungen hat.*

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern zahlen jedes Jahr weit über 400 Mio. Euro Steuern, damit sind sie als Gruppe einer der größten Steuerzahler. Allein im Bankenbereich sichern die genossenschaftlichen Institute rund 30.000 Arbeitsplätze, über die gesamte genossenschaftliche Gruppe sind es fast 50.000 Arbeitsplätze im Freistaat. Auch das ist ein wesentlicher Beitrag zur regionalen Wertschöpfung. Die Kreditgenossenschaften sind die Banken der Region und wollen das auch in Zukunft bleiben. Dies ist ein klares Element ihrer Geschäftsausrichtung.

Luft nach oben sehe ich zum Beispiel beim Thema Energie. Der Mehrwert regionaler Energieerzeuger sollte hier noch deutlich besser kommuniziert werden. Windräder beispielsweise können eine Gemeinde als wichtiger Gewerbesteuerzahler durchaus finanziell bereichern. Auch könnten Kommunen und Energiegenossenschaften die Landespolitik dafür sensibilisieren, dass es weiterhin möglich sein muss, Photovoltaik-Dachanlagen zu errichten und dass gleichzeitig für die Betreiber sinnvolle politische Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Der Geist der modernen Gesellschaft

GZ: „Der Geist der freien Genossenschaft ist der Geist der modernen Gesellschaft", stellte Hermann Schulze-Delitzsch vor 150 Jahren fest. Passt der genossenschaftliche Solidargemeinschaftsgedanke noch in unsere Zeit? Ist die Idee von Selbstverantwortung, Selbsthilfe und Selbstverwaltung zukunftsfähig und wagen Sie eine Prognose auf die nächsten 150 Jahre?

Gros: *Selbstverantwortung und Selbsthilfe sind konstituierende Momente der Sozialen Marktwirtschaft. Insofern ist dieses Zitat aus dem 19. Jahrhundert nach wie vor gültig. Das zeigt auch die Tatsache, dass sich Genossenschaften immer wieder erfinden und gründen – heuer sind es bislang 15. Einige sind noch im Entstehen, das geht vom Gesundheits- und Palliativbereich über den Dienstleistungs- bis hin zum Energiebereich. Eine bunte Mischung also.*

Regional löst global ab. Das ist die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung. Genossenschaft ist letztlich die Übersetzung von regional. Schauen Sie sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken an: Sie sind einer der wichtigen Stützpfeiler der regionalen Wirtschaft. Wie wichtig es ist, dass es Banken gibt, die aktiv auf ihre Kunden zugehen und sie begleiten, zeigt sich doch in der Corona-Krise.

GZ: Herr Dr. Gros, herzlichen Dank für das Gespräch! **DK**

Kraftvolles Signal für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Für die Straßenausbaupauschalen, mit denen der Staat die Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unterstützt, stehen 2021 insgesamt 135 Mio. Euro zur Verfügung, also einmalig 50 Mio. Euro zusätzlich gegenüber dem laufenden Jahr. Das ist deutlich mehr, als die Kommunen in der Vergangenheit an Straßenausbaubeiträgen eingenommen haben und stärkt die Investitionsfähigkeit der Gemeinden weiter. Insgesamt stehen für den kommunalen Straßenbau- und unterhalt im Jahr 2021 innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs über 750 Mio. Euro bereit.

Härtefallförderung

Die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, mit denen besonders strukturschwache oder in eine finanzielle Notlage geratene Kommunen zielgenau unterstützt werden, werden 2021 wieder 120 Mio. Euro betragen. Davon werden 10 Mio. Euro für einen pauschalen Ausgleich von Mindereinnahmen aus Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen verwendet.

Die Zuweisungen für die Bezirke steigen um 15 Mio. Euro auf 706 Mio. Euro. Damit wird die Finanzausstattung der Bezirke weiter gestärkt.

Fortgesetzt wird die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen. Im kommenden Jahr steigt der Ansatz um 20 Mio. Euro auf 90 Mio. Euro. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.

Bereits 2020 hat der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes mit Landesmitteln auf insgesamt über 4 Mio. Euro verdoppelt. Eine wesentliche Maßnahme ist der pauschale Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen, durch den die bayerischen Gemeinden insgesamt rund 2,4 Mio. Euro erhalten, über 1,3 Mio. Euro davon trägt allein der Freistaat. Hinzu kommen weitere Unterstützungsleistungen für die Kommunen, z.B. rund 255 Mio. Euro aus dem Rettungsschirm für Bus und Schiene.

Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags und diesjähriger Gesprächsführer der kommunalen Spitzenverbände begrüßt, „dass das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs im Wesentlichen stabil bleibt und der Freistaat Bayern den Kommunen zum Ausgleich der Corona-bedingten Steuerausfälle unter die Arme greift". Dies dürfe freilich nicht darüber hinwegtäuschen, „dass wir weiterhin enorme Anstrengungen unternehmen müssen, die weiter steigenden Ausgaben zu bewältigen. Wir brauchen auch im Jahr 2021 die Hilfe von Bund und Land, insbesondere um Gewerbe- und Einkommensteuerausfälle auszugleichen."

Sehr faires Ergebnis

Für Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, setzt das „sehr faire Ergebnis" auch volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch ein wichtiges positives Zeichen in dieser schwierigen Zeit. Die Kommunen blieben damit in den wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge, insbesondere bei Bildung und Umwelt, handlungsfähig.

Trotz schwieriger Umstände ist es aus Sicht von Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, gelungen, ein in der aktuellen Situation zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Insbesondere konnte der Rückgang der Schlüsselmasse teilweise mit frischem Geld des Freistaats verringert werden. „Wenn weitere Steuereinbrüche erfolgen, muss der Bund auch 2021 wieder Kompensationsmittel für die Kommunen bereitstellen."

„Ein in einer durchaus schwierigen Zeit respektables Ergebnis, auch zur Sicherstellung der sozialen Stabilität in unserem Land", konstatierte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags. Die Einrichtungsträger – gerade auch im Bereich der Behindertenhilfe – leisteten während der Pandemie einen wesentlichen Beitrag dafür, dass auch die vulnerablen Personengruppen gut durch die Pandemie kommen. Dafür entstehende Mehraufwendungen müssten jetzt gesondert geprüft, bewertet und dann auch finanziert werden.

Für den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag erklärte dessen Vorsitzender Josef Zellmeier, MdL: „Die rückläufigen Steuereinnahmen infolge der Corona-Pandemie treffen sowohl den Freistaat Bayern wie auch die Kommunen. Deshalb war es mein Ziel, die Belastungen gerecht zu verteilen und die Handlungsfähigkeit auf beiden Seiten zu erhalten. Das ist mit dem kommunalen Finanzausgleich 2021 gut gelungen." **DK**

Gesichter der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
tenrahmen der Neuen-Pinakothek-Sanierung in der Landeshauptstadt: Statt 80 Mio. Euro werden nun 263 Mio. veranschlagt. Auch hier haben sich die Bauherren bei Kosten und Zeitplan verschätzt.

Teurer Tunnel

Im oberbayerischen Erding sollen die städtischen Mitarbeiter vom historischen Rathaus zum Verwaltungsgebäude auf der anderen Straßenseite künftig nicht mehr einfach über die Straße, sondern durch einen Tunnel gehen. Kostenpunkt: 1,1 Mio. Euro. Schließlich ist nach Mitteilung des Oberbürgermeisters „das Büro des Personalrates künftig im Verwaltungsneubau untergebracht. Allein aufgrund dieser Umstände ist ein erheblicher Personalverkehr zwischen den beiden Gebäuden zu erwarten." Für den Bund der Steuerzahler ist der Tunnelbau jedenfalls eines: „unterirdisch".

Mit der Veröffentlichung von Verschwendungsfällen will der Steuerzahlerbund auch auf Fälle aufmerksam machen, bei denen ein Eingreifen noch möglich ist. So wird zum Beispiel dem Freistaat empfohlen, sein großes Vorhaben „Behördenverlagerung" nochmals unter Kostengesichtspunkten zu überprüfen, da Umzugskosten in dreistelliger Millionenhöhe zu erwarten sind.

Gerügt wird auch eine geplante Werbekampagne aus dem Landwirtschaftsministerium für die bayerischen Bauern. Als „vertrauensbildende Maßnahme" nach den Verwerfungen um das Artenschutz-Volksbegehren hatte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber eine fünf Mio. Euro teure Image-Kampagne im vergangenen Herbst angekündigt. Geplant ist unter anderem ein Schaubauernhof in München, allerdings funkte Corona dazwischen. Der Steuerzahlerbund urteilt: Selbst nach der Pandemie stelle sich die Frage, ob den bayerischen Steuerzahlern eine Image-Kampagne so viel Geld wert ist.

„Es ist ja nicht mein Geld"

Jährlich verschwendeten Bund, Länder und Kommunen öffentliche Mittel in einer Größenordnung von etwa 25 Milliarden Euro, erläuterte Maria Ritch. Fahrlässigkeit, kleinkariertes Denken, regionaler Egoismus und eine „Es-ist-ja-nicht-mein-Geld-Mentalität" führten zur Verschwendung von Steuergeldern. Damit Politik und Verwaltung sorgsamer mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, müsse Steuergeldverschwendung künftig ebenso bestraft werden wie Steuerhinterziehung, forderte die Vizepräsidentin. **DK**

Verwaltungsleistungen:

Digitale Abwicklung wird zum neuen Service-Standard

4. AKDB Kommunalforum Digital 2020

Das 4. AKDB Kommunalforum Digital bot mit Video-Chats, Fragerunden und Live-Sessions zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktion und persönlichem Gespräch. 50 Top-Referenten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, 25 digitale Messestände und 20 Partner machten die Veranstaltung zu einem großen – diesmal virtuellen – Treffen für die kommunale Familie, für Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns gleichermaßen.

Mit 1.300 Vertretern aus Kommunen, Verbänden, Ministerien und Bundesbehörden hat sich das AKDB Kommunalforum auch in seiner virtuellen Ausgabe als etablierter Branchentreff erwiesen, auf dem man sich zu neuesten IT-Lösungen und zukunftsweisenden Trends informieren und austauschen kann. Die Veranstaltung konnte eine Reihe hochkarätiger Referenten und Diskussionsteilnehmer für sich gewinnen. Aktive Vertreter der Kommunen waren unter anderem Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München Thomas Bönig und der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau Stefan Rinke.

Spürbare Entlastungen

Eine Kernbotschaft des Forums: Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird zum neuen Service-Standard. Nicht nur weil OZG und Auswirkungen der Pandemie dies erforderlich machen, sondern weil bereits heute täglich tausende Online-Transaktionen zeigen, welch spürbare Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte dies mit sich bringt.

Wichtige Themen der Veranstaltung waren, neben der aktuellen Frage, wie Covid-19 die Verwaltungsarbeit verändert, zum Beispiel der Einsatz Künstlicher Intelligenz in Kommunen, die unterschiedlichen Digitalisierungsstrategien sowie die Datenschutz- und Datensicherheitslage in Deutschland. „Der digitale Weg zum Amt muss künftig genauso schnell und genauso sicher sein wie das Online-Shopping“, sagte etwa Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach in ihrem Videogrußwort: „Die Digitalisierung macht nicht halt vor Rathäusern und Behörden“. Gerlach bedankte sich bei der AKDB, dass sie auch in Coronazeiten dieses „kommunale Familientreffen“ möglich gemacht habe.

Schon in der Begrüßung betonte AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer, die Corona-Pandemie erhöhe Akzeptanz und Notwendigkeit einer digitalen Verwaltung und verleihe ihr einen kräftigen Schub. „Die digitale Verwaltung wird zur neuen unverzichtbaren Normalität“, sagte Schleyer. Stark gestiegene Nutzungszahlen belegten dies eindrucksvoll. Von September 2019 bis August 2020 erfolgten etwa 2,4 Millionen Vorgänge in den Bürgerservice-Portalen der AKDB, fast das Doppelte als im Vorjahreszeitraum. Außerdem hat der Freistaat die Nutzung internetbasierter Kfz-Dienste erheblich erleichtert, auch hier sind große Zuwachsraten zu verzeichnen.

„Investitionen dürfen nicht erst in Krisenzeiten erfolgen“, warnte Schleyer. Kommunale IT-Dienstleister hätten in den letzten Jahren gemeinsam mit den Kommunen bereits Ansätze und Lösungen zur Verfügung gestellt: „Diese Angebote gilt es nun, mit Hilfe des Konjunkturpakets pragmatisch und zügig in die Fläche zu bringen und sukzessive zu erweitern“, so Schleyer. Im Rahmen der OZG-Umsetzung müssen Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anbieten.

AKDB und Freistaat Bayern sind schon sehr weit: 2020 werden bereits 83 Prozent der wichtigsten kommunalen Verwaltungsdienstleistungen angeboten („TOP-Liste“), 2021 werden es dann 96 Prozent sein.

Maßgeschneiderte Online-Dienste

Die AKDB unterstützt Kommunen: Passend zum Förderprogramm „Digitales Rathaus“ – bis zu 90 Prozent der Ausgaben sind förderfähig – bietet sie maßgeschneiderte Online-Dienste und Formular-Pakete an. Im Rahmen dieses Programms lassen sich bayerische Kommunen schon über 1.400 AKDB-Online-Dienste vom Freistaat Bayern fördern (Stand September 2020).

Der Bundes-CIO, Staatssekretär Dr. Markus Richter, bezeichnete Bayern als „Motor der Digitalisierung“ und führte das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund als gelungenes Beispiel für eine systematische Digitalisierung an: „Dieses Nutzerkonto ist ein wesentliches Ankerangebot, über das Menschen Leistungen und Bescheide rechtssicher empfangen können.“ Auf Bundesebene können mit dem Nutzerkonto Bund Verwaltungsleistungen wie die Corona-Überbrückungshilfen oder das Elterngeld Digital in Anspruch genommen werden.

Einen eindringlichen Appell an die Teilnehmer richtete BSI-Präsident Arne Schönbohm in seinem Vortrag über die zentrale Bedeutung der IT-Sicherheit: „Die Informationssicherheit ist Grundvoraussetzung für die Digitalisierung.“ Die Anzahl der Cyberattacken hätte sich seit Beginn der Coronazeit um 15 Prozent erhöht.

„Wenn Sie bestimmte Schwachstellen bei sich nicht geschlossen haben, gehen Sie davon aus, dass Sie angegriffen werden!“, so Schönbohm. Gleichzeitig warb er bei den Kommunen dafür, Mitglied in der Allianz für Cybersicherheit zu werden.

Für digitale Bildungsoffensive

Die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken forderte in ihrem Beitrag eine digitale Bildungsoffensive, wobei sich nicht jede Softwarelösung für Verwaltungen und Schulen eigne. Jetzt sei die richtige Zeit für nachhaltige Investitionen in den digitalen Wandel: „Nur das garantiert die Handlungsfähigkeit von Verwaltung und Unternehmen.“

Eine zentrale Säule des Onlinezugangsgesetzes ist die Nachnutzbarkeit von OZG-Diensten über Ländergrenzen hinweg. Hierzu präsentierte Dr. Philipp Richter vom Innenministerium Brandenburg gemeinsam mit Michael Diepold von der AKDB-Stabsstelle Digitalisierung die Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels. Dies ist ein für weitere Bundesländer richtungsweisendes Pilotprojekt, das Brandenburg und AKDB vorantreiben und das dem Prinzip „Einer für Alle“ folgt.

Online-Umfrage

Professor Gerhard Hammerschmid von der Hertie School of Governance und Carsten Köppl von Next:Public stellten erste Ergebnisse der großangelegten Online-Umfrage „Verwaltung in Krisenzeiten“ unter Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern vor. Danach schneidet Bayern bei der Beurteilung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung durch die befragten Bürger im Bundesländervergleich am besten ab. Zudem haben 18 Prozent der Bürger in den vergangenen Monaten stärker als zuvor auf OnlineDienste der Verwaltung zurückgegriffen, und deutlich über 40 Prozent wünschen sich einen digitalen Zugangsweg zur Verwaltung, und zwar über Online-Portale. Diese Erwartungshaltung der Bürger zeigt, dass sich Digitalisierungsmaßnahmen durchaus lohnen.

In der erhöhten Bereitschaft für die Digitalisierung von Infrastruktur und Verwaltung sieht Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Chancen in der Krise. Eine Registermodernisierung, der Ausbau von Breitband und eine durchgehende Digitalisierung an den Schulen seien richtige Schritte zu einem digitalisierten Staat, so Dr. Landsberg.

Noch bis 31.12.2020 stehen registrierten Teilnehmern die meisten Veranstaltungsinhalte unter www.akdb.de/kommunalforum zur Verfügung. ❐



V.l.: Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern bei der Vertragsunterzeichnung. Bild: Gemeinde Ismaning

Ismaning:

Startschuss für Breitbandausbau

Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern, unterzeichneten den Vertrag für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes im Gemeindegebiet Ismaning. Mit dem Ausbau werden im Gemeindegebiet insgesamt 126 Glasfaseranschlüsse bis zum Grundstück errichtet. Somit können 330 Haushalte mit schnellem Internet bis ins Haus versorgt werden.

Energie Südbayern hat bereits das Neubaugebiet Fischerhäuser mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Für den aktuellen Ausbau übernimmt Energie Südbayern die Errichtung der Glasfaser-Infrastruktur. Über den Telekommunikationsanbieter M-net werden die Dienste für leistungsfähige Endprodukte für Haushalts- und Gewerbekunden zur Verfügung gestellt: Vom Internetfernsehen und Streaming über Online-Gaming bis hin zu Arbeiten in der Cloud und im Home-Office.

Beste Technologie

„Digitalisierung geht nur mit Breitband. Umso wichtiger ist es, dass wir hier auf die Kompetenz und Zuverlässigkeit der beiden regionalen Anbieter Energie Südbayern und M-net setzen können. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projektes werden über 330 Haushalte bestens versorgt sein“, freut sich Bürgermeister Dr. Alexander Greulich bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus. Michael Schneider ist überzeugt: „Wir freuen uns als Energie Südbayern gemeinsam mit unserem langjährigen Partner M-net eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur in Ismaning aufzubauen. Eine Lösung, mit der wir unseren Kunden heute und in der Zukunft die ganze Palette digitaler Anwendungen bereitstellen können!“ Energie Südbayern und M-net investieren insgesamt rund zwei Millionen Euro in das Projekt.

Durch die Breitbandförderung des Freistaats Bayern kann ein leistungsfähiger Breitbandausbau auch in der Gemeinde Ismaning vorangebracht werden. Für den Ausbau des gigabitfähigen Breitbandnetzes stellt der Freistaat Bayern Fördermittel in Höhe von 1.020.000 Euro zur Verfügung. Der kommunale Eigenanteil liegt bei 475.770 Euro. Mit dem Ausbau wird die Breitbandinfrastruktur für die Anforderungen einer Gigabit-Gesellschaft umgesetzt, damit Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen die digitalen Möglichkeiten der Zukunft optimal nutzen können.

Im Zuge des Projektes sind Tiefbauarbeiten auf einer Länge von über 15 Kilometern notwendig, dabei werden über 18 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Mit dem Abschluss der Baumaßnahmen und der Inbetriebnahme des Netzes wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 gerechnet.

„Mit dem Ja zur Glasfaser hat sich die Gemeinde Ismaning für die beste Technologie entschieden, die es auf dem Markt gibt“, so Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansion der M-net. „Die übertragbaren Datenraten von Glasfaser sind theoretisch nahezu unbegrenzt – das macht die Infrastruktur auch langfristig absolut zukunftssicher.“ ❐



M-net bringt Highspeed-Internet nach Oberstdorf

Gemeinsamer Ausbau mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO)

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net errichtet gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO) ein Glasfasernetz in Oberstdorf und versorgt den Markt künftig mit Highspeed-Internet und weiteren Kommunikationsdiensten. Einen entsprechenden Vertrag haben die Anbieter nun mit der Marktverwaltung geschlossen.

Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis in die Wohnungen und Büros profitieren Bewohner und ansässige Unternehmen künftig von Bandbreiten von zunächst bis zu 300 Mbit/s. Der Ausbau wird mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt.

Zeitgleiche Umsetzung

Der Startschuss für den zweiten Glasfaserausbau in Oberstdorf ist gefallen. 40 private und gewerbliche Haushalte werden mit einer zukunftssicheren Glasfaserleitung bis in die Wohnung bzw. bis ins Büro erschlossen. Bereits im Juli 2020 wurde der Ausbau von 218 Privathaushalten und 46 Gewerbeeinheiten beschlossen, nun erfolgte der zweite Schritt. Beide Projekte werden zeitgleich umgesetzt.

Bei dem sogenannten FTTH-Ausbau (Fiber to the Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 300 Megabit pro Sekunde und künftig noch deutlich höhere Bandbreiten bereitgestellt werden. „Für Oberstdorf ist das ein großer Schritt in die Zukunft. Mit der modernen Übertragungstechnologie sichern wir nicht nur die hohe Lebensqualität in unserer Gemeinde, sondern machen uns auch für Unternehmen und Selbstständige attraktiv“, sagt Bürgermeister Klaus King.

Das neue Glasfasernetz baut M-net gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO), wobei der Breitbandausbau zusätzlich mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt wird. Bislang war in Oberstdorf durch M-net nur ein kleiner Teil des Marktes von rund 80 Haushalten mit Glasfaser bis zum lokalen Kabelverzweiger erschlossen.

Für die Zukunft wappnen

„Glasfaser ist die Zukunft. Mit dem Ausbau der Infrastruktur in Oberstdorf können wir die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wie auch die Unternehmen vor Ort für die digitale Zukunft wappnen“, erklärt Michael Lucke, Geschäftsführer Allgäuer Überlandwerk GmbH. „Denn die Glasfasertechnik ist die einzige Übertragungstechnologie auf dem Markt, die auch langfristig die steigenden Anforderungen der Digitalisierung erfüllen kann. In Zeiten von Home-Schooling und Home-Office hat sich gezeigt, wie wichtig eine stabile und schnelle Internetverbindung ist.“ Hans-Peter Hagenauer, Werkleiter der EVO ergänzt: „Als lokalem Anbieter vor Ort liegt uns das Wohl und die Zukunftssicherheit des Marktes natürlich besonders am Herzen. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit dem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz dazu beitragen können, den Standort Oberstdorf als Wohnort und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder unterbrechungsfreies Videostreaming sind nur einige der vielen Vorteile, die ein leistungsfähiger Internetanschluss mit sich bringt. „Glasfaseranschlüsse bieten hohe und stabile Bandbreiten und sind besonders für datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen auch Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses fürs Home-Office“, erklärt M-net Regionalmanagerin Melanie Hundt.

Klare Vorzüge

Auch über den Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Übertragung von Licht deutlich energieeffizienter als die elektronische Datenübermittlung: Die CO2-Bilanz von FTTH ist um etwa 90 Prozent besser als bei der Datenübermittlung mit Vectoring-Technologien über die Verteilerkästen im gewöhnlichen Kupfernetz. Im Gegensatz zu Kupferleitungen ist das Glasfaser-Netz zudem unempfindlich für äußere Störeinflüsse und ein Vielfaches zuverlässiger und sicherer.

Über das Glasfaser-Netz von M-net können Kunden neben schnellem Internet und günstigen Telefondiensten mit M-net TVplus auch einen vollwertigen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen bestellen: Die intelligente Fernsehlösung TVplus bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen. ❐



Staatsministerin Judith Gerlach mit Landrat Josef Niedermaier bei der Präsentation der Ergebnisse des gemeinsamen Pilotprojekts. Bild: StMD

„Digitaler Werkzeugkasten“:

Landkreise bauen Online-Verwaltung weiter aus

Vom Antrag auf einen Jagdschein bis zur Corona-Registrierung für Reiserückkehrer – mit Hilfe eines neuen „digitalen Werkzeugkastens“ haben sieben bayerische Landkreise in den letzten Monaten zahlreiche Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags und Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermaier, zogen in Bad Tölz eine positive Bilanz dieses Pilotprojekts.

In den teilnehmenden Landkreisen Aschaffenburg (Unterfranken), Bad Tölz-Wolfratshausen (Oberbayern), Cham (Oberpfalz), Fürth (Mittelfranken), Kulmbach (Oberfranken), Neu-Ulm (Schwaben) und Passau (Niederbayern) stehen jetzt über 120 bisherige Papierformulare zur Online-Eingabe zur Verfügung.

Digitalisierung schnell und aktiv voranbringen

Für Landrat Christian Bernreiter, den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, steht fest: „Das erfolgreiche Pilotprojekt ist ein Musterbeispiel dafür, wie die bayerischen Landkreise die Digitalisierung anpacken. Sie schöpfen ihre Möglichkeiten voll aus, um die Digitalisierung schnell und aktiv voranzubringen. Das Projekt zeigt aber auch, dass die Digitalisierung ein Kraftakt ist, für den die Landkreise die tatkräftige Unterstützung des Freistaats Bayern benötigen.“

Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich

Judith Gerlach erklärte: „Bayern drückt bei der Digitalisierung der Verwaltung nochmal aufs Tempo. Mit diesem neuen ‚digitalen Werkzeugkasten‘ können die bayerischen Landkreise jetzt selbst ganz einfach Dienstleistungen ins Internet übertragen. Bei den sieben Pilotkreisen hat das hervorragend funktioniert. Ein Großteil der Nutzer hat bei einer Befragung im Rahmen des Projekts angegeben, dass die so erstellten Online-Angebote ‚gut erklärt‘ und ‚einfach zu nutzen‘ seien. Das ist unser Ziel: Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich.“

Das Rad nicht jedes Mal neu erfinden

Josef Niedermaier betonte: „Die Digitalisierung fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Als Innovationsring unterstützen wir die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung und stellen diesen sämtliche Projektergebnisse zur weiteren Nachnutzung zur Verfügung. Dies gilt auch für den Leitfaden zur nutzerorientierten Formulargestaltung, mit dem wir die Voraussetzungen schaffen, dass die umgesetzten Online-Anträge von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen bestmöglich genutzt werden können. Gemeinsam werden wir auch diese Herausforderung meistern.“

Gemeinschaftsprojekt

Das Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“ war im Frühjahr 2019 als Gemeinschaftsprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags gestartet worden. In einer ersten Projektphase wurden mit Hilfe dieser Softwarelösung 21 Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen durch die beteiligten sieben Pilotlandkreise bereitgestellt. In einer zweiten Projektphase wurden die erarbeiteten Online-Formulare dann zwischen den Pilotlandratsämtern ausgetauscht.

Leitfaden für alle bayerischen Landkreise

Zudem wurden die mit der Erarbeitung der Online-Formulare beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter sowie Bürgerinnen und Bürger befragt, die die erstellten Formulare genutzt haben. Die Empfehlungen aus diesen Nutzertests wurden in einem Leitfaden zusammengefasst, der jetzt allen bayerischen Landkreisen zur Verfügung steht. Dieser Leitfaden soll als Grundlage dienen, um weitere Verwaltungsdienstleistungen möglichst bürgerfreundlich zu digitalisieren.

Erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen

Digitalministerin Judith Gerlach und Landrat Josef Niedermaier waren sich bei der Vorstellung der Projektergebnisse einig, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll: „Das Projekt ‚Digitaler Werkzeugkasten 2.0‘ ist schon in Vorbereitung“, lautete das gemeinsame Fazit. ❐

Ein Virus zwingt zum Handeln

Wie eine digitale Koordinierung die Versorgung hilfebedürftiger Menschen und die Entlastung pflegender Angehörige sicherstellen kann

Wir kennen sie alle, die Herausforderungen bei der Unterstützung hilfebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, die gerade in Krisenzeiten wie der Coronapandemie noch deutlicher in den Vordergrund treten. Leidtragende sind, wie so oft, die Schwächsten der Gesellschaft: hilfe- und pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige, Behinderte und Alleinerziehende. Während der Coronapandemie haben sich sehr viele Initiativen gegründet, in denen sich Menschen zusammengeschlossen haben, um freiwillig Hilfe zu leisten. Dabei geraten sie jedoch oft an ihre Grenzen, weil Helfer nicht ausreichend für ihre Einsätze vorbereitet sind, oder die aufwändige Koordination völlig unterschätzt wird.

Dass der Bedarf an Alltagsbegleitern ungebrochen ist, ja sogar ständig zunimmt, zeigen die vielen Anfragen, die deinNachbar e.V. täglich erreichen. Das soziale Unterstützungsnetzwerk trägt seit fünf Jahren mit seiner Musterniederlassung in München zur Versorgung hilfebedürftiger Seniorinnen und Senioren und pflegender Angehöriger bei. Mit einem vielfach ausgezeichneten, interdisziplinären Lösungsansatz aus Pflege, modernem Ehrenamt, Logistik und Digitalisierung der aufwändigen Helfersuche und -koordination wird die Hilfe via App so gesteuert, dass sie passgenau und zeitnah bei den Hilfebedürftigen und ihren Angehörigen ankommt.

Der Qualitätsaspekt steht dabei immer an erster Stelle. Pflegefachkräfte eruieren den tatsächlichen Unterstützungsbedarf im häuslichen Umfeld, beraten rund um das Thema Pflege, unterstützen bei der Organisation der Pflegesituation und schulen Angehörige. Aber auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden durch die Pflegefachkräfte zu Alltagsbegleitern geschult und für ihre Tätigkeiten angeleitet. Dies erfolgt in den Räumen von deinNachbar e.V. oder künftig auch durch das neu eingeführt E-Learning Tool auf digitalem Weg. Aufgrund der positiven Erfahrungen und Erfolge, bietet deinNachbar e.V. Kommunen Unterstützung beim Aufbau eines koordinierten sozialen Netzwerkes analog zu der Musterniederlassung in München an.

Welchen Mehrwert eine schnelle und unbürokratische Koordination und Vernetzung aller an der Versorgung von hilfebedürftigen Menschen beteiligten Organisationen und Freiwilligen hätte, zeigt die aktuelle Pandemiesituation sehr deutlich.

Weiterentwicklung zu einer Quartiersplattform

Die Bereitschaft, der Bevölkerung zu helfen, ist weiter ungebrochen. Um diese entsprechend zu würdigen und die Kommunen bei der Erfüllung ihres Versorgungsauftrages nachhaltig zu unterstützen, hat der Verein deinNachbar zusammen mit einem Kooperationspartner ein entsprechendes Projekt ins Leben gerufen, das aufbauend auf dem erfolgreichen Konzept von deinNachbar e.V. auch andere soziale und gewerbliche Versorger des ambulanten Bereichs integriert.

Das bestehende digitale Helferportal soll gemeinsam mit interessierten Kommunen zu einer Quartiersplattform weiterentwickelt werden. Die Hilfebedarfe werden von den Koordinationsstellen zentral erfasst. Über Matchingfunktionen werden die Profile der angeschlossenen Organisationen mit dem Bedarf abgeglichen, so dass die Kapazitätsabfrage digital per App oder Webanbindung nur an die Versorger gestellt wird, auf die das Profil passt.

Hochwertige Versorgung

Die Auswahl des Dienstleisters wird von den Hilfebedürftigen getroffen und daraufhin ein Auftrag über die Plattform generiert. „Wir müssen nicht nur für eine weitere mögliche Pandemie vorbereitet sein, sondern auch auf die durch den demografischen Wandel auf uns zukommende prekäre Versorgungssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“, sagt Thomas Oeben, Logistikexperte und Vorsitzender von deinNachbar e.V. Um das zu erreichen, sei eine enge Zusammenarbeit aller Dienstleister, die Angebote zur Versorgung im häuslichen Bereich in der Region anbieten, notwendig.

Durch das Portal kann die Versorgung durch einen Mix an professionellen Diensten und Ehrenamtlichen schnell und qualitativ hochwertig sichergestellt werden. In Krisenzeiten ist das Portal um nichtgebundene Freiwillige erweiterbar. ❐



Neue Impulse für die Digitalisierung:

Erfolgreiche Premiere für virtuelle Fiberweek

Mit der Fiberweek hat der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) die Erfolgsmesse Fiberdays erstmals als virtuelles Messe-Event für die Telekommunikations- und Digitalbranche umgesetzt. Im Mittelpunkt standen der Glasfaserausbau und die Digitalisierung in Deutschland.

Mit täglich mehr als 1.000 Besuchern aus 27 Ländern, über 50 Stunden Konferenzprogramm mit mehr als 100 Referenten und einem breitem Themenspektrum endete die Messe mit großem Zuspruch, wichtigen Botschaften für den Glasfaserausbau und einem zufriedenen Veranstalter. „Unser Ziel, der Telekommunikations- und Glasfaserbranche auch in diesen Zeiten eine performante Plattform zu bieten, haben wir erreicht. Während der fünf Messetage wurde deutlich, wie groß der Informations- und Redebedarf zum Thema Glasfaserausbau ist“, machte BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers deutlich. Denn eines sei klar: „Wenn wir bei der Digitalisierung und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur vorankommen wollen, müssen wir auch in dieser schwierigen Situation, Politik, Verbände und Praxis an einen Tisch bringen. Mit der Fiberweek20 ist es uns gelungen, den Bogen vom Tiefbau über den Netzbetrieb und digitale Produkte bis zur politischen Ebene zu spannen und gemeinsam klare Ziele und nächste Schritte für die Digitalisierung Deutschlands herauszuarbeiten.“

Themen-Höhepunkte

Digitalisierung, Smarte Städte und Regionen und Deutschlands digitale Infrastruktur: Die fünf Messetage waren voll mit Diskussionsrunden, Vorträgen und Interviews zu wichtigen Digitalthemen. So wurden unter anderem der aktuelle Streit um die 450 MHz-Frequenzen, das Breitbandförderprogramm des Bundes sowie der Netzumbau von Kupfer- zu Glasfasernetzen im Rahmen der Messe thematisiert. Ergänzt wurden die Themen-Höhepunkte durch Praxisbeispiele wie das Smart City-Projekt rund um den Flughafen Berlin-Tegel, die Glasfaser-5G-Kooperation zwischen 1&1 Versatel und dem BREKO sowie Best Practice Erfahrungsberichten zur Finanzierung und zum Ausbau von Glasfasernetzen.

BREKO-Vizepräsident Alfred Rauscher brachte es im Rahmen einer Diskussionsrunde zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus auf den Punkt: „Der Glasfaserausbau ist wie ein Marathonlauf. Du musst mit konstanter Geschwindigkeit voran gehen. Nur dann kommst Du zum Ziel.“ Rauscher bezog sich dabei vor allem auf die nachhaltige Zusammenarbeit vor Ort in den Kommunen, wo mit Hilfe von langfristigen Kooperationen Hand in Hand gearbeitet werden muss.

Auf einem guten Weg

Im Rahmen des Eröffnungskongresses war zuvor über die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle diskutiert worden. „Es gibt keine Frage mehr, ob wir Glasfaser bis in die Häuser und Unternehmen brauchen. Deutschland ist beim Glasfaserausbau auf einem guten Weg. Es gilt aber auch die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, um den Ausbau weiter zu beschleunigen: Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Zudem sollte sich die Förderung primär auf die Schließung noch vorhandener weißer Flecken fokussieren“, hob BREKO-Präsident Norbert Westfal hervor.

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Felix Falk, Geschäftsführer des Verbands der deutschen Games-Branche (game) sowie Norbert Westfal und Dr. Stephan Albers vom BREKO mit Professor Dr. Jens Böcker über den digitalen Fortschritt und Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Wichtigstes Thema dabei war die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle.

Starker Mittelstand

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, unterstrich die große Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: „Ich glaube, dass wir in Deutschland alle Zutaten dafür haben, um auch digital wettbewerbsfähig zu sein. Was wir brauchen, ist ein offenes Mindset, engagierte Köpfe und Diversity – ob in Wirtschaft oder Verwaltung. Unsere Stärke ist die deutsche Industrie und der Mittelstand. Diese Stärke muss jetzt in Einklang mit der digitalen Welt gebracht werden. Die Botschaft ist in Politik und Wirtschaft angekommen. Wichtig ist es jetzt, dass die Wirtschaft aktiv wird. Da muss jedes Unternehmen, jede Stadt und jede Kommune die eigenen Kräfte mobilisieren. Das gilt auch für den Infrastrukturausbau als Basis.“

Die Mischung macht‘s

BREKO Geschäftsführer Albers wies darauf hin, dass der Glasfaserausbau auch künftig in erster Linie durch den Markt selbst vorangetrieben wird und deshalb ein kluges Zusammenspiel zwischen eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau notwendig sei. „Es ist wie bei einem guten Cocktail. Es kommt auf die richtige Mischung an. Es stehen Finanzinvestoren bereit. Es scheitert nicht am Geld. Es macht keinen Sinn 10 Mrd. Euro in den Markt zu kippen. Die Förderung, die wir ergänzend sicher brauchen, muss dosiert und über einen längeren Zeitraum gestreckt werden und dort ansetzen, wo die Versorgung besonders schlecht ist.“ Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung eines stabilen Internetzugangs für die Bürger und Unternehmen unterstrich Albers: „In diesen Zeiten steht FTTH nicht nur für Fiber to the Home sondern insbesondere auch für Fiber to the HomeOffice.“

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), sprach über die Rolle der kommunalen Unternehmen bei der Digitalisierung: „Das beste digitale Geschäftsmodell nützt nichts, wenn der Zulieferer im Funkloch steckt oder Hidden Champions am alten Kupfernetz hängen. Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen, die vor allem die Landwirtschaft und den Mittelstand mit seinen Firmensitzen im ländlichen Raum ausbremst. Daher appellieren wir an die Bundesregierung für gute Rahmenbedingungen mit der TKG-Novelle zu sorgen, damit Glasfaser bis an die letzte Milchkanne ausgebaut und der Wirtschaftsstandort profitieren kann.“ **DK**



Glasfaserausbau neu gedacht. Bild: Hauff-Technik GmbH

Hauff-Technik führt neue Produktlinie „G-LINE“ ein

Der führende europäische Hersteller von Abdichtsystemen für Kabel, Rohre und Hauseinführungen Hauff-Technik GmbH & Co. KG geht neue Wege, wenn es um den Breitbandausbau in Deutschland geht. Getreu dem Motto „Glasfaserausbau neu gedacht“ versucht Hauff-Technik bestehende Vorgehensweisen und Abläufe im Glasfaserausbau, speziell bei Netzbaumaßnahmen, mit der G-Box zu durchbrechen.

Derzeit werden in Erschließungsgebieten nur zwischen 30 und 40% der möglichen Teilnehmer angeschlossen, teils werden Erschließungsgebiete durch die geringe Anschlussquote sogar schon vor Baustart unwirtschaftlich und gar nicht erst erschlossen. Nachträgliche Hausanschlüsse verursachen einen riesigen Aufwand und kosten Netzbetreiber und deren Kunden daher immense Summen.

Schneller, einfacher und kostengünstiger zu werden sind die drei großen Zielsetzungen, die mit der G-Line verfolgt werden. Mit dem Koalitionsvertrag setzt die Bundesregierung zwei ambitionierte Ziele: die deutschlandweite Versorgung über Gigabit-Netze bis 2025 und den Anschluss aller Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser. Um dies zu erreichen muss die herkömmliche Bauweise drastisch beschleunigt werden.

Ressourcen nutzen

An diesem Punkt setzt das neue innovative Anschlusskonzept an und bietet eine Lösung, durch die Aufwand und Kosten für Netzbetreiber und Tiefbauunternehmer stark reduziert werden können. Mit der G-Box kann das Glasfasernetz bis zu einem definierten Übergabepunkt auf dem privaten Grundstück oder im öffentlichen Grund in einem Arbeitsgang fertig gestellt werden. Diese Vorgehensweise hilft dabei, die ohnehin schon begrenzten Ressourcen im Tief- und Netzbau optimal zu nutzen und Baumaßnahmen zu beschleunigen.

Bei der herkömmlichen Erschließung von Neubaugebieten werden die sogenannten Mikrorohre für Glasfasernetze bis an die Grundstücksgrenze vorverlegt und später ins Haus eingeführt. Für eine spätere Verlegung in das Gebäude muss im schlimmsten Fall der asphaltierte Fußweg oder sogar die Straße wieder aufgegraben werden. Diese Vorgehensweise verursacht zum einen erhebliche Kosten und führt natürlich auch zu Unverständnis bei den Kommunen und Anliegern.

Durch die Verwendung der G-Box wird es möglich, den Glasfaserausbau vom Netzverteiler bis an das Grundstück fertig zu stellen. Das Mikrorohrnetz kann dabei vor Fertigstellung der Oberflächen auf seine vollständige Durchgängigkeit und Funktion geprüft werden. Eventuelle Nacharbeiten können bereits von Beginn an sondiert und sofort behoben werden. Das macht den Einsatz der Tiefbauarbeiten effizienter und einfacher.

Ein weiteres Problem der heutigen Bauweise wird beim Ausbau im Bestand deutlich. Dort werden in der Regel nur die Gebäude angeschlossen, die einen Anschluss beantragt haben. Dieses Vorgehen verursacht unter anderem viele Terminabstimmungen zwischen Planer, Bauherren und Netzbetreiber. Für den Hausanschluss muss ein Team mit teurem Spezialgerät die Glasfaser vom Netzverteiler bis ins Haus blasen, dort einen Abschlusspunkt (AP) setzen, diesen mit dem ankommenden Kabel verspleißen und die verlegte Strecke auf Funktion prüfen. Kosten im vierstelligen Bereich sind keine Seltenheit.

Mit der G-Box ist es möglich, die Glasfaser in einem Schritt im ganzen Ausbaugebiet auf einmal einzublasen. Danach kann der AP in der G-Box angespleißt und die Strecke zum Netzverteiler auf Funktion geprüft werden. Kommt es nun zur Freischaltung des Anschlusses, reicht ein Monteur, der die Verbindung vom Haus zur G-Box herstellt. In diesem Schritt ist kein teures Spezialgerät nötig, das hohe Kosten verursachen würde.

Mit einer einfachen Plug-and-Play-Lösung kann die Verbindung von jedem Elektroinstallateur, bestenfalls sogar vom Bauherren selbst, hergestellt werden. Danach genügt ein Anruf beim Netzbetreiber, der den Anschluss freischaltet. Alle für diesen letzten Schritt notwendigen Bauteile werden zukünftig in einem neuen „Bauherrenpaket Glasfaser“ zusammengefasst, das über die vorhandene bundesweite Struktur der Baustoffhändler und Hauff-Partner vertrieben wird. ❒

Über 95 % aller öffentlichen Schulen auf dem Weg zum Glasfaser-Anschluss

„Wir fördern den Breitbandausbau bis in jedes Haus – insbesondere auch an unseren Schulen! Bestmögliche digitale Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Bildung in ganz Bayern zu schaffen, ist eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Und das bayerische Engagement zahlt sich aus: Nach den Zahlen des Breitbandatlas des Bundes steht Bayern bei seinen Schulen sehr gut da. Bereits jetzt ist an rund 95 % der öffentlichen Schulen in Bayern ein Anschluss mit schnellem Internet von mindestens 30 Mbit/s möglich, bei über 50 % können sogar schon heute Gigabitgeschwindigkeiten erreicht werden. Der jeweilige Schulträger bzw. die jeweilige Schule kann dann entscheiden, welche Geschwindigkeiten jeweils aktuell benötigt und gebucht werden.

Ambitioniertes Ziel

„Aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, dass jede Schule in Bayern einen Glasfaseranschluss bekommt. Dabei lassen wir die Träger vor Ort nicht allein, sondern unterstützen sie mit bis zu 60.000 Euro je Schule. Hierfür hat Bayern insgesamt schon rund 50 Millionen Euro an staatlicher Förderung investiert“, hob Füracker hervor.

Das Programm bietet Fördersätze von 80 % bis 90 %. Es ist ein voller Erfolg – 1.700 Schulen wurden bereits oder werden aktuell damit an das Glasfasernetz angeschlossen und das Interesse ist weiterhin gewaltig. „Drei von vier öffentlichen Schulen in Bayern nutzen das Programm bereits oder treffen letzte Vorbereitungen. ❒



Digitalisierung der Verwaltung:

Normenkontrollrat beklagt geringe Fortschritte

Trotz des engagierten Umgangs aller Verwaltungsebenen bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG), konnte Deutschland bisher noch nicht an das Europäische Mittelfeld im Bereich der Digitalen Verwaltung anschließen. Darauf macht der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seinem vierten Monitor „Digitale Verwaltung" aufmerksam.

Zwar holte Deutschland im aktuellen Digitalranking der Europäischen Union (DESI) drei Plätze auf und liegt damit nun auf Platz 21 von 28 EU-Staaten. Dennoch bleibt es weiterhin deutlich hinter den eigenen Ansprüchen zurück. „Allerdings werden sich die durch die Umsetzung des OZG zu erwartenden Fortschritte auch erst in den nächsten Monaten und Jahren zeigen", heißt es in dem Bericht.

Der NKR lobt, dass durch die Corona-Pandemie ein digitaler Ideen- und Mentalitätsschub durch viele Verwaltungen gegangen sei. Zwar seien auch zahlreiche Schwachstellen zu Tage getreten, doch habe die Pandemie deutlich gezeigt, was digital alles in kürzester Zeit bewerkstelligt werden könnte. Der NKR verweist hier unter anderem auf den Hackathon #WirVSVirus, die Corona-Warn-App oder auch die OZG-Expresslabore für Verdienstausfallentschädigungen.

Kernbotschaften

Der Monitor des Normenkontrollrates formulierte folgende Kernbotschaften:

1. Benötigt wird Transparenz über den Umsetzungsstand des OZG und das Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden.

Der NKR kritisiert, dass es aufgrund unterschiedlicher Informationsseiten für Kommunen nicht möglich ist, sich an einer Stelle zu informieren. Für die kommunale Ebene sei es derzeit nicht möglich abzuschätzen, welche Lösungen aus dem OZG-Digitalisierungslaboren wann und wie zur Verfügung stehen, wie sie sich am besten auf eine Übernahme dieser Services einstellen können oder in welchen Punkten es sich lohnt, eigene Angebote zu entwickeln. Gelobt wird, dass dieses Problem erkannt wurde und bis Ende des Jahres das Monitoring-Dashboard zur Verfügung stehen soll.

Besorgt reagiert der NKR auf Äußerungen, dass nicht einmal OZG-Leistungen der beiden höchsten Prioritäten eins und zwei bis 2023 flächendeckend zur Verfügung stehen könnten. Aus der Single-Digital-Gateway-Verordnung der EU, die eine Umsetzung von digitalen Leistungen bis Ende 2023 festlegt, wird befürchtet, dass Bürger ihre Rechte auf eine Onlineverwaltung womöglich gerichtlich einklagen könnten oder die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten könnte.

2. Die Milliarden des Konjunkturpaketes können helfen, lösen aber nicht alle Probleme. Komplexitäten müssen reduziert und wettbewerbsfreundlich standardisiert werden.

Die zusätzlichen Milliarden des Konjunkturpakets können Investitionsentscheidungen erleichtern und besonders finanzschwache OZG-Projekte unterstützen. Jedoch seien besondere Schwachpunkte im derzeitigen Prozess Ressourcenknappheit auf Verwaltungs- und Herstellerseite. Hier wäre es von Vorteil, die Komplexität des OZG-Prozesses zu reduzieren. Besonders die Maßgabe des Koalitionsausschusses, die drei Milliarden nur dort einzusetzen, wo Lösungen gemeinschaftlich oder zentral entwickelt werden (Einer-für-Alle), ist zwar mit der Hoffnung nach mehr Schnelligkeit verbunden, jedoch bürgt dieser Ansatz auch einige Fallstricke. Derartige Lösungen sind nur überall einsetzbar, wenn sie mit der lokalen Systemlandschaft und den Fachverfahren kompatibel sind und sich auch dem wandelnden Bedarf vor Ort anpassen können. Den Ansatz Einige-für-Viele halten die Verfasser für zielführender.

Um einen besseren Wettbewerb bei Produkten und keine einseitigen Abhängigkeiten von großen IT-Firmen hervorzurufen, plädiert der NKR für ein stärkeres Maß an Standardisierungen, Modularisierungen und der Verwendung offener Schnittstellen. Der bereits veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits viele Empfehlungen für diesen Bereich. Der NKR spricht sich dafür aus, diesen weiter zu operationalisieren. Dies könnte den Mittelstand stärken und auch das Angebot durch Start-Ups erhöhen.

Vielfalt und Wettbewerb sind laut Normenkontrollrat die notwendigen Garanten dafür, dass eine möglichst mittelständisch geprägte und durch Start-Ups bereicherte Anbieterlandschaft dauerhaft wirtschaftliche, bedarfsorientierte und innovative IT-Lösungen anbieten kann. Um Vielfalt „ertragen" zu können und eine Übertrag- und Kombinierbarkeit von Lösungen sicherzustellen, bedürfe es allerdings eines viel stärkeren Maßes an Standardisierung, Modularisierung und der Verwendung offener Schnittstellen.

Steigern ließe sich dieser Ansatz noch durch eine stärkere Verwendung offener Software und die systematische Förderung von Entwicklungsgemeinschaften, die Open-Source-Code gemeinschaftlich pflegen und weiterentwickeln. Der jüngst veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits verschiedene Empfehlungen in diese Richtung. Er sollte weiter operationalisiert und zum verbindlichen Rahmen und Qualitätssicherungsmaßstab öffentlicher Softwareentwicklung werden.

3. Die Vollzugs- und Digitaltauglichkeit von Gesetzen muss verbessert und mit einem Digital-TÜV systematisch kontrolliert werden.

Eine Ausnahmeregelung des bayerischen Verkehrsministeriums zeigt dem NKR zufolge „sehr schön, was viel häufiger erwogen werden sollte: Um in Zeiten von Corona KFZ im Internet einfacher als bisher an-, ab- oder ummelden zu können, wurde geregelt, dass die Eingabe von Benutzername und Passwort genügt. Bisher waren KFZ-Onlineverfahren nur mit elektronischem Personalausweis und Lesegerät (oder passendem Smartphone) möglich. Im Ergebnis stieg die Nutzung der KFZ-Onlineservices in Bayern um das Neunzehnfache."

Die Ausnahme sollte zur bundesweiten Regel werden, sowohl in Bezug auf KFZ-Online (das BMVI sollte die Ausnahmeregel bundesweit verstetigen) als auch in Bezug auf die zügige und breite Umsetzung von rechtlichen Änderungsvorschlägen aus den OZG-Laboren. Gleiches gilt für das weiterhin ausstehende Registermodernisierungsgesetz. Die Kompromissentscheidung des Koalitionsausschusses muss jetzt zügig umgesetzt werden, sonst endet die Legislaturperiode ohne Ergebnis. Das wären vier weitere verlorene Jahre!

Gesetze sollten auf ihre Praktikabilität und digitale Umsetzbarkeit viel stärker geprüft und danach angepasst werden. Ein Digital-TÜV nach dänischem Vorbild sollte zur Lösung dieses Problems zeitnah eingeführt werden.

Massiver Nachholbedarf

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zeigt auch die vierte Auflage des Berichts des Normenkontrollrates zur digitalen Verwaltung, dass in Deutschland massiver Nachholbedarf besteht. Die aufgezeigten Defizite bei der Umsetzung des OZG seien besonders im Bereich der Kommunikation über die Vorhaben und den Stand der Fortschritte signifikant. Mehr Transparenz und bessere Kommunikation gegenüber den Kommunen, die den Löwenanteil der Leistungen umsetzen sollen, seien dringend erforderlich.

Das Ausmaß des durch das OZG ausgelösten Umbaus der Prozesse und Abläufe sei immens, besonders wenn nicht nur die Schnittstellen im „Front-End" in den Blick genommen werden, sondern durchgehend digitale Prozesse angestrebt werden. Dies erfordere aktives Veränderungsmanagement und eine gute Prozessbegleitung und setze eine nachvollziehbare und transparente Vorgehensweise zwingend voraus. Hier seien der Bund und die für die Umsetzung verantwortliche FITKO dringend gefordert.

Laut DStGB bleibt abzuwarten, ob die nun durch das Konjunkturpaket zusätzlich verfügbaren Finanzmittel zu einer Verbesserung der Situation und zu einer Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung beitragen werden. „Dazu müssen die Gelder vor allem dort eingesetzt werden, wo auch die Umsetzung des OZG erfolgt – auf der kommunalen Ebene." **DK**

BSI-Lagebericht zur IT-Sicherheit:

Corona verschärft Cyber-Gefährdungslage

Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland bleibt im Berichtszeitraum angespannt. Angreifer nutzten Schadprogramme für cyber-kriminelle Massenangriffe auf Privatpersonen, Unternehmen, Behörden und andere Institutionen, aber auch für gezielte Angriffe auf ausgewählte Opfer. Zugleich hat die Bedrohung durch Daten-Leaks mit der Offenlegung von Millionen von Patientendatensätzen im Internet eine neue Qualität erreicht. Diese und weitere Erkenntnisse zur aktuellen Gefährdungslage hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im neuen „Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2020" zusammengestellt, den Bundesinnenminister Horst Seehofer und BSI-Präsident Arne Schönbohm in Berlin vorstellten.

Im Zuge der Corona-Pandemie arbeiten viele Menschen im Homeoffice. Bring-your-own-Device wird vielerorts als Mittel zur Arbeitsfähigkeit akzeptiert, viele Videokonferenzen wurden kurzfristig eingerichtet und Unterricht wird als Home-Schooling mit Laptop und Webcam abgehalten. Viele dieser Maßnahmen sind spontan umgesetzt worden. IT- und Datensicherheit spielte dabei oft eine untergeordnete Rolle. „In der akuten Situation habe ich durchaus Verständnis dafür. Jetzt aber, nachdem sich vieles eingespielt hat, gilt es, dieses ‚neue Normal' nachhaltig und sicher zu gestalten. Tun wir dies nicht, dann werden wir die Folgen in einigen Wochen oder Monaten spüren", machte BSI-Präsident Schönbohm deutlich.

Risiken wirksam begegnen

Wolle man weiterhin von der Digitalisierung profitieren, dürfe man es Angreifern nicht zu leicht machen. Der neue Lagebericht des BSI mache aber auch deutlich, „dass wir die Cyber-Sicherheit in Deutschland ein gutes Stück vorangebracht haben. Als Cyber-Sicherheitsbehörde des Bundes übernimmt das BSI Verantwortung, indem wir uns mit den Risiken der Digitalisierung auseinandersetzen und aufzeigen, wie wir diesen wirksam begegnen können", erklärte Schönbohm.

Die aktuelle Gefährdungslage ist weiterhin geprägt von Cyber-Angriffen mit Schadsoftware, die in immer neuen Varianten und mit teils ausgefeilten Methoden eingesetzt wird. Die Zahl der Schadprogramme übersteigt inzwischen die Milliardengrenze. Allein im Berichtszeitraum sind 117,4 Millionen neue Varianten hinzugekommen, somit etwa 320.000 neue Schadprogramme pro Tag.

Weiterhin dominant ist die Schadsoftware Emotet, die das BSI schon vor rund zwei Jahren als gefährlichste Schadsoftware der Welt bezeichnet hatte. Sie bietet Angreifern zahlreiche fortschrittliche Angriffsmöglichkeiten. Daten werden immer öfter nicht nur verschlüsselt, sondern von Cyber-Kriminellen kopiert und ausgeleitet. Die Angreifer drohen zusätzlich damit, die Daten an Interessenten zu verkaufen oder zu veröffentlichen. Damit erhöhen die Angreifer den Druck auf das Opfer, der Lösegeldforderung nachzukommen.

Von Cyber-Angriffen betroffen sind Unternehmen und Institutionen aller Größen und Branchen. So wurden Automobilhersteller und ihre Zulieferer angegriffen, ebenso Flughäfen und Fluggesellschaften. Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die sich durch Alleinstellungsmerkmale wie zum Beispiel die Produktion spezieller Komponenten im Maschinenbau auszeichnen, wurden Opfer von Cyber-Angriffen. Außerdem waren kommunale Verwaltungen, Krankenhäuser und Hochschulen von Ransomware-Angriffen betroffen.

Daten-Leaks

Bemerkenswert ist die Bedrohung durch Daten-Leaks, d.h. den Diebstahl oder die unbeabsichtigte Offenlegung personenbezogener Datensätze, zum Beispiel Kundendaten oder Patientendaten. So waren in einem Fall allein in Deutschland im Zeitraum von Juli bis September 2019 etwa 15.000 Patientendatensätze mit mehreren Millionen medizinischen Bildern öffentlich ohne Passwortschutz zugänglich. Die Informationen lagen auf sogenannten PACS-Servern (Picture Archiving and Communication Systems), die im Gesundheitswesen zur Bildarchivierung genutzt werden. Das BSI hat sowohl die betroffenen medizinischen Einrichtungen in Deutschland als auch 46 internationale Partner informiert.

Nach Ansicht von Bundesinnenminister Seehofer zeigt der Bericht zur Lage der IT-Sicherheit eine nach wie vor angespannte Gefährdungslage. „Wenn wir die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen wollen, müssen wir die mit ihr verbundenen Risiken beherrschbar machen. Wir müssen uns als Gesellschaft bewusst sein, welche Gefahren für Gesellschaft, Wirtschaft und auch Staat im digitalen Raum bestehen, wie wir uns vor diesen schützen können und welche Angebote der Staat dafür zur Unterstützung anbietet."

Um dauerhaft ein hohes Schutzniveau im Cyberraum gewährleisten zu können, ist es aus Sicht des Bundesinnenministeriums erforderlich, u.a. das IT-Sicherheitsrecht an die rasanten technischen Entwicklungen anzupassen. Die Fähigkeiten des BSI werden weiter ausgebaut und seine Rolle als Cybersicherheitsbehörde des Bundes gestärkt. Hierfür soll noch in dieser Legislaturperiode das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 auf den Weg gebracht werden.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Überlegungen zu einem IT-Sicherheitskennzeichen für Produkte insbesondere aus dem Verbrauchersegment. Zudem wird in den nächsten Monaten die Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung fortgeschrieben. Die aus dem Jahr 2016 stammende Strategie führt viele wichtige Ziele der nationalen und internationalen Cyberpolitik auf. Diese Ziele und die damit verbundenen Maßnahmen sollen nun überprüft und zukunftsgerichtet neu formuliert werden.

Sicherheit ist keine Einmallösung

Nach Auffassung von Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung, gilt für die Arbeit von Zuhause, die richtige Balance zu finden zwischen dem benutzerfreundlichen Zugriff auf Unternehmensdaten und dem Schutz der eigenen IT – etwa durch Zwei-Faktor-Authentifizierung. Neben technischen Lösungen gehöre zu einem robusten IT-Sicherheitsmanagement aber auch, die eigenen Mitarbeiter zu schulen, Prozesse für den Notfall aufzusetzen sowie das Sicherheitskonzept regelmäßig zu überprüfen. Sicherheit sei keine Einmallösung, sondern ein kontinuierlicher Prozess.

Viele kleinere Unternehmen hätten aber immer noch Nachholbedarf beim Thema IT-Sicherheit. Zu wenige hielten für möglich, Opfer eines Hackerangriffs werden zu können. Dabei können die Folgen gravierend sein: Im schlimmsten Fall sei die Existenz des Unternehmens gefährdet. Absolute Sicherheit werde es nie geben können. Aber wer die Mittel für eine ausreichende IT-Sicherheit im Unternehmen nicht bereitstellt, handle fahrlässig.

Laut einer Bitkom-Umfrage haben Cyberangriffe in den Jahren 2018 und 2019 bei 70 Prozent der Unternehmen in Deutschland zu Schäden geführt. Im vergangenen Jahr gingen 82 Prozent der Unternehmen davon aus, dass die Zahl der Cyberattacken auf ihr Unternehmen weiter zunehmen wird. **DK**



Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik:

Open Data in Kommunen

Immer mehr Kommunen in Deutschland stellen ihre Daten offen zur Verfügung. Welche Chancen und Herausforderungen Kommunen darin sehen, hat das Deutsche Institut für Urbanistik mit Unterstützung des Deutschen Städtetags untersucht. Über 200 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern beteiligten sich an der Befragung.

Zentrales Ergebnis: Über 90 Prozent der vom Difu befragten kommunalen Daten-Experten befürworten die politischen Bestrebungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen – sehen sich aber großen Hürden gegenüber. Mangelnde personelle Ressourcen und ein fehlender gesetzlicher Auftrag zählen zu den zwei wesentlichen Gründen, warum häufig noch keine offenen Daten bereitgestellt werden. Aber auch die Angst vor Datenmissbrauch und datenschutzrechtliche Bedenken bremsen die Kommunen bei der Bereitstellung offener Daten aus.

Die bisher vergleichsweise wenig standardisierten Prozesse sowie der generell geringe Grad der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen erschweren die Bereitstellung. Dabei sieht rund die Hälfte der Daten-Experten gerade in der aktuellen Corona-Pandemie einen Mehrwert, wenn offene Daten bereitgestellt werden können, zum Beispiel wenn es um Gefährdungslagen vor Ort geht. Ein weiterer Vorteil offener Daten hat mit der Information der Bürger und einem vereinfachten Austausch zwischen den unterschiedlichen Ämtern zu tun. Kaum einen Vorteil sehen die Fachleute dagegen in der Entwicklung innovativer Geschäftsfelder für private Dritte.

Professionelles Datenmanagement ist unerlässlich

Rund ein Drittel der befragten Kommunen stellt bereits offene Daten bereit. Von denen, die dies bislang nicht tun, hat ein Viertel bereits Maßnahmen ergriffen, um künftig offene Daten zu veröffentlichen. Ein professionelles Datenmanagement ist hierfür eine unerlässliche Grundlage und ermöglicht oftmals erst die datenbasierte Steuerung kommunaler Maßnahmen und Projekte.

Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden hat bereits Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten für das Datenmanagement etabliert. Doch während dies bei über 90 Prozent der Großstädte (über 100.000 Einwohner) der Fall ist, trifft dies nur auf weniger als die Hälfte der kleineren Kommunen (bis 20.000 Einwohner) zu. Nur jede sechste Kommune besitzt eine direkte Kontaktperson für das Thema Open Data – kleine Kommunen sind auch hier seltener vertreten.

Für knapp drei Viertel der befragten Kommunen ist für das Gelingen von Open Data der Zugriff auf eine gute technische Infrastruktur wichtig. Auch klare gesetzliche und regulative Vorgaben auf Bundes- oder Landesebene, wie beispielsweise Transparenzgesetze, sowie eine einschlägige Beschlussfassung, um auf kommunaler Ebene offene Daten bereitzustellen, sind wichtige Voraussetzungen für die Datenbereitstellung.

Viele kommunale Daten-Experten wollen offene Daten bereitstellen, in der jeweiligen Kommune sind entsprechende Diskussionsprozesse aber noch nicht so weit gediehen. Praktische Handreichungen und ein überregionales Datenportal würden die Bereitstellung offener Daten erleichtern, insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden, die keine eigene technische Infrastruktur aufbauen und warten können.

Handlungsempfehlungen

Insgesamt lassen sich aus der Studie vier Handlungsempfehlungen für eine stärkere Bereitstellung von offenen Daten in Kommunen und mögliche Wertschöpfungseffekte ableiten:

Empfehlung 1: Klare Rechtsgrundlage für die Bereitstellung offener Daten schaffen.

Mit Blick auf die Umsetzung der PSI-Richtlinie in nationales Recht ist eine möglichst zeitnahe und präzise Ausgestaltung der nationalen Rechts- und Verwaltungsstandards für die Bereitstellung und Nutzung offener Daten nicht nur in den Kommunen wünschenswert. Bestehende Rechtsunsicherheiten sollten abgebaut werden. Gefragt sind übergeordnete Regelungen und klare Vorgaben. Damit innovative Lösungen mit den offenen Daten von Kommunen und kommunalen Unternehmen entwickelt werden können, sollten den potenziellen Nutzern Möglichkeiten eingeräumt werden, diese Daten von den Datenbereitstellern verbindlich einfordern zu können. Gleichzeitig muss die Datensouveränität der Kommunen sichergestellt werden. Insofern sind die Bundesländer gefordert, proaktiv einen geeigneten Rechtsrahmen für ihre Kommunen auszugestalten.

Empfehlung 2: Insbesondere finanzschwache und kleinere Kommunen bei der Umsetzung von Open Data unterstützen.

Es ist wichtig, sicherzustellen, dass alle Kommunen, auch unter angespannter Haushaltslage, über finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, den digitalen Wandel in der Verwaltung voranzutreiben. Die Folgen der Corona-Pandemie bergen die Gefahr, dass die Kommunen nun ihre Investitionen weiter zurückfahren, denn auch bei der Digitalisierung der Verwaltung handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die – im Gegensatz zu Pflichtaufgaben, wie Sozialleistungen – aufgeschoben werden kann. Dadurch wird sich der Investitionsstau weiter vergrößern. Auch Zukunftsinvestitionen, mit denen Anstöße für die Transformation der Städte gerade in einer solchen Krisensituation angeschoben werden müssten, werden vertagt.

Empfehlung 3: Open Data bedingt eine moderne, professionelle Organisationskultur.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Open Data in den Kommunen muss das Thema in den Verwaltungen mit dem notwendigen Engagement aufgenommen und von den Stadt- und Verwaltungsspitzen unterstützt werden. Um die Wertschöpfung aus offenen Daten zu fördern, reicht zudem eine alleinige Orientierung am bereits verfügbaren Datenangebot nicht aus. Vielmehr sollten Datenveröffentlichungen gezielt aus Nachfragersicht ergänzt werden.

Die Standardisierung von Prozessen bei der Speicherung offener Daten in der kommunalen Verwaltung ist ein wichtiger Meilenstein für die organisationale Verankerung von Open Data und stellt gleichzeitig eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung von offenen Daten dar.

Empfehlung 4: Den Mehrwert offener Daten für Kommunen stärker kommunizieren.

Anknüpfungspunkte für die Kommunikation bieten hier kommunale Leistungen, die von der Digitalisierung und Open Data im Rahmen einer „digitalen Daseinsvorsorge“ profitieren. **DK**

„Landleben unlimited“:

Wie Künstliche Intelligenz das Leben in der EMN bereichert

Platz für Vereinfacher: Neues Motiv der Imagekampagne kommt aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Nicolas Götz redet nicht lange, er packt an: Der Unternehmer aus Parkstein im Landkreis Neustadt an der Waldnaab hat mit „Nix-wie-weg.de“ eines der ersten deutschen OnlineReisebüros gegründet. Heute erleichtert der 46-Jährige mit seinen Startup-Unternehmen Adigi die Urlaubsberatung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI). Der engagierte Unternehmer ist ein Vereinfacher und neuer Botschafter der Imagekampagne „Platz für…“. Bei einem Pop-up Netzwerktreffen mit KI-Akteuren stellten die Europäische Metropolregion Nürnberg und der Landkreis Neustadt an der Waldnaab das neue Motiv „Platz für Vereinfacher“ vor.

„Ich hatte gehört, dass man mit diesem neuen Internet tolle Sachen machen kann – zum Beispiel eine Reise buchen“, erinnert sich Nicolas Götz an den Gründungsimpuls für sein Reisebüro im Jahr 1996. „Ich war Student und wollte das ausprobieren.“ Die neue, einfache Methode, eine Reise zu buchen, hat funktioniert: Heute hat das Unternehmen neben dem Standort in Parkstein einen zusätzlichen in Weiden. Nicolas Götz beschäftigt etwa 40 Mitarbeiter und bildet selbst Fachkräfte aus. Über sein 2018 gegründetes Start-up Adigi tüftelt er zusätzlich an innovativen KI-Lösungen in der Urlaubsberatung.

Landleben neu interpretiert

Der Gründer mit den innovativen Ideen passt perfekt nach „NEW“, wie sich der Landkreis Neustadt an der Waldnaab abkürzt. Hier denkt und interpretiert man „Landleben“ neu. Der Landkreis unternimmt alles, um seinen Bewohnern ein uneingeschränktes Leben – ein „Landleben unlimited“ – zu ermöglichen. Das zahlt sich aus: Der Landkreis gehört gemäß einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft – gemessen an Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt- und Lebensqualität – zu den dynamischsten ländlichen Regionen in Deutschland.

NEW unter den Top 10

In einem entsprechenden Ranking gehört NEW bundesweit zu den Top 10. „Der Landkreis Neustadt an der Waldnaab ist gerne Mitglied der Metropolregion Nürnberg. Deshalb beteiligen wir uns an der „Platz für …“-Kampagne. Unser Protagonist Nicolas Götz steht mit seinem KIUnternehmen stellvertretend für viele helle Köpfe und innovative Geschäftsmodelle in NEW“, sagt Andreas Meier, Landrat des Landkreises Neustadt an der Waldnaab. Nicolas Götz hat sich ganz bewusst für den Standort Parkstein entschieden: „Es gibt keinen besseren Ort für ein Unternehmen, das sich mit Künstlicher Intelligenz beschäftigt“, betont Nicolas Götz.

Gegenentwurf zur Großstadt

Sein Geschäft profitiert von einer sehr guten Infrastruktur und den Vorteilen des Landlebens. „Die Region hier ist ein erfolgreicher Gegenentwurf zur Großstadt. Kein Stau, wenig Hektik, dafür viel Ruhe und Zeit“, schwärmt Götz. „Solche heterogenen Strukturen, wie es sie im Landkreis Neustadt an der Waldnaab gibt, sind ein Gewinn für die Metropolregion“, sagt Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg. „Nicht nur in den Städten haben wir Platz für Menschen und für ihre individuellen Lebensmodelle, sondern auch auf dem Land.“

Einblicke in KI-Projekte

Weitere KI-Akteure aus dem Landkreis NEW tauschten sich beim Pop-up-Treffen bei BHS Corrugated in Weiherhammer in lockerer Atmosphäre aus und gaben Einblicke in ihre Projekte mit Künstlicher Intelligenz. Die Veranstaltung wurde live übertragen und ist auch nachträglich auf der Facebookseite www.facebook.com/newperspektiven abrufbar.

Kampagnenvideo

„Platz für Vereinfacher“ ist das 24. Cobranding-Motiv, mit dem Unternehmen, Kommunen und Institutionen ihre Geschichte mit der Metropolregion Nürnberg erzählen. Sie unterstreichen, dass die Region ein guter Platz zum Leben und Arbeiten ist und Platz für die Verwirklichung unterschiedlicher Lebensentwürfe bietet. Die Story über Nicolas Götz und sein KI-Unternehmen wird auf den Websites des Landkreises NEW und der Metropolregion veröffentlicht und auf den dazugehörigen Social Media-Kanälen promotet. Das Kampagnenvideo „Platz für Vereinfacher“ ist auf den Youtube-Kanälen von NEW und der Metropolregion zu sehen. Seit ihrem Start hat die „Platz für…“-Kampagne eine Reichweite von über 96 Mio. erzielt.

Die komplette Story von „Platz für Vereinfacher“ ist nachzulesen unter: www.platzfuer.de/vereinfacher ❐

Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder

Bayernweit haben die neu gewählten Stadträte, Marktgemeinderäte und Gemeinderäte im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen. Nicht wenige Mitglieder der Gremien konnten erstmals ein kommunales Mandat übernehmen. Für eine erfolgreiche Arbeit braucht es Wissen über den rechtlichen Rahmen - auch im Datenschutzrecht. Deshalb hat der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, die Informationsbroschüre „Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder“ neu veröffentlicht.

Das kleine Buch erläutert wichtige datenschutzrechtliche Vorgaben für die Gemeinderatsarbeit beispielhaft anhand von 25 typischen Situationen aus der Praxis. Die Handlungsempfehlungen sind auch für Nichtjuristinnen und Nichtjuristen verständlich.

Zur Sprache kommt etwa die Verschwiegenheitspflicht der Mandatsträger, die auch dem Schutz personenbezogener Daten dient. Die Nutzung von Smartphones bei der Gemeinderatsarbeit ist ebenso Thema wie der Einsatz von Ratsinformationssystemen. Weiterhin geht es beispielsweise um den Datenschutz bei Personalentscheidungen oder den Zugang zu Adressdaten von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Informationsbroschüre kann kostenfrei in gedruckter Form bei der Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz bezogen werden. Zudem steht die Publikation unter https://www.datenschutz-bayern.de als PDF-Datei kostenfrei zum Download bereit. **DK**



Bayern – gebaut aus heimischen Bau- und Rohstoffen

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) feiert 75-jähriges Bestehen

Seit Gründung im Jahr 1945 hat der BIV das Baugeschehen im Freistaat maßgeblich begleitet und beeinflusst. Mit dieser Botschaft empfing der Verband am 16. Oktober 2020 in Rottach-Egern neben den anwesenden Mitgliedern die Bayerische Bauministerin Kerstin Schreyer zur Jubiläums-Mitgliederversammlung. Natürlich unter strengen Corona-Auflagen.

Das Fundament unserer modernen Gesellschaft

BIV-Präsident Georg Fetzer zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch im Corona-Jahr 2020 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und Produktion zum Tragen. Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Wir haben daher die Entscheidung des Bayerischen Bauministeriums, die Baustellen weiter zu betreiben, begrüßt.“ Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt.

Baustellen offen halten

Bauministerin Kerstin Schreyer dankte der Branche für ihr Durchhaltevermögen: „Sie haben in den letzten Monaten die Bauwirtschaft am Laufen gehalten. Das war wichtig. Wir werden auch weiterhin dafür arbeiten, die Baustellen offen zu halten und ein verlässlicher Auftraggeber zu sein. Ich freue mich, wenn wir an unserem guten Austausch weiterhin festhalten.“

Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten

Schon seit jeher haben regionale Bauprodukte Bayern geprägt und ganze Regionen vom Rohstoffreichtum Bayerns profitiert. In einer in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft sind Gewinnungsstätten längst keine bloßen Einschnitte in die Landschaft. Heute schafft die Industrie durch die natürlichen Gegebenheiten vor der Haustüre Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten – Lebensräume, wie sie heute in Bayern kaum mehr zu finden sind. „Wir sind eine der wenigen Branchen, die sichtbar und umfänglich mehr zurückgibt als sie nutzt. Die Flächen werden im Vergleich zur Ausgangssituation in vielen Fällen sogar aufgewertet“, betont Präsident Fetzer.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen vor allem in der nachhaltigen Produktion und dem nachhaltigen Einsatz. Dafür arbeiten die Mitgliedsfirmen des BIV an energieeffizienten, kreislauforientierten und klimaneutralen Massivbaustoffen. Diese sind schon jetzt im Vergleich zu Konkurrenzbaustoffen in Sachen Nachhaltigkeit gleichwertig – Stichwort Lebenszyklus – in einigen Bereichen sogar besser – Brandschutz, Dämmung, Wiederverwertung.

Plädoyer für ein lokales Miteinander

Bauen und die Annehmlichkeiten einer funktionierenden Infrastruktur ja, die Grube oder den Steinbruch vor der Haustüre aber nicht? Wer Nachhaltigkeit ernst nimmt, kommt an einer regionalen Rohstoffversorgung nicht vorbei. Diese große Stärke Bayerns in den vergangenen Jahrhunderten muss die Stärke des künftigen Bauens bleiben. ❐



V.l.: Dr. Bernhard Kling (Geschäftsführer BIV), Kerstin Schreyer (Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr), Georg Fetzer (Präsident BIV). Bild: BIV/Armin Weigel

Schwere Zeiten für die Förderung von Wohnraum?

An der Spitze des bayerischen Bauministeriums hat es in den vergangenen Jahren mehrere Wechsel gegeben, bei der Wohnraumförderung hat sich aber leider nur wenig getan. Letztmals im Jahr 2015 konnte der damalige Bauminister Joachim Herrmann mit dem Wohnungspakt ein deutliches Signal für den geförderten Wohnungsbau aussenden: Der Wohnungspakt setzte eine klare Struktur, gab ein definiertes Ziel vor und formulierte eine verbindliche politische Absichtserklärung zum Mitteleinsatz über vier Jahre hinweg.

Im Jahr 2015 sind auch erstmals Zuschüsse in der staatlichen einkommensorientierten Förderung und im kommunalen Wohnraumförderungsprogramm gewährt worden. Fünf Jahre später ist der Wohnungspakt ausgelaufen. Das kommunale Förderprogramm wurde zwar verlängert, aber eine Anpassung der Wohnraumförderung auf aktuelle Herausforderungen ist nicht erfolgt. Vielmehr noch: Staatministerin Kerstin Schreyer stellte sogar in einem Interview die Zuständigkeit des Freistaates Bayern in Frage. Rückläufige Mittel von Bund und BayernLabo sollen nicht mehr durch neue Mittel des Freistaates abgefedert werden.

In einem Hörfunk-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk hat Staatsministerin Kerstin Schreyer mehrfach betont, dass allein die Kommunen für den Wohnungsbau zuständig seien. Die bislang überschaubare Zahl an neu entstandenen Wohnungen durch die Bayernheim sei ein freiwilliger Beitrag des Freistaats dort, wo die Stadt es nicht geschafft habe, genügend Wohnungen zu errichten.

Die Zuweisung von Zuständigkeiten an die Kommunen überrascht, steht doch eindeutig formuliert in der Bayerischen Verfassung: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden”.

Hellhörig machte schließlich die Aussage der Ministerin, wonach soziale Wohnungen nicht entscheidend seien, sondern kostengünstiges Bauen im Vordergrund stehe. Mit solchen Aussagen entfernt sich die Ministerin deutlich von dem bisher gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Kommunen beschrittenen Weg, mit Hilfe des geförderten Wohnungsbaus besonders einkommensschwachen und weniger begüterten Menschen auch in Wachstumsregionen Wohnraum zu sichern.

Obwohl es nicht vorrangige Aufgabe der Städte und Gemeinden ist, bezahlbare Wohnungen selbst zu bauen, vielmehr „nur” zu fördern, investieren die Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen viel Geld.

Zeichen setzen

Sie engagieren sich mit hohem finanziellen Aufwand, um selber dort geförderte Wohnungen zu bauen, wo private Wohnungsunternehmen sich zurück ziehen, weil sie auf Grund besserer Renditechancen lieber in den freien Wohnungsbau investieren. Gerade jetzt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Haushaltsverhandlungen im Bayerischen Landtag, wäre es wichtig, ein klares Zeichen für mehr geförderten Wohnungsbau zu setzen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat aktuell zur Wohnraumförderung einen Beschluss gefasst. Der Vorstand fordert den Freistaat auf, die Mittelausstattung für die Wohnraumförderung auf einem planbaren und hohen Niveau zu halten.

Als Vorbild dafür könnte der Wohnungspakt 2015 dienen, der die Ziele des Freistaats über einen Zeitraum von vier Jahren definierte. Die Erfahrungen mit dem Wohnungspakt und das Resultat dürfen rückblickend als Erfolg bezeichnet werden. Die Wohnungswirtschaft braucht eine klare und über mehrere Jahre verlässliche Strukturierung der Wohnraumförderung durch den Freistaat mit klaren Zieldefinitionen. Darüber hinaus erfordern weiterhin steigende Baukosten und Grundstückspreise eine Anhebung der Zuschüsse beispielsweise in der am Einkommen orientierten Förderung von bislang bis zu 300 Euro pro Quadratmeter auf mindestens 500 Euro pro Quadratmeter. **IdBSt**

Historische Bausubstanz erhalten

Verleihung des Förderpreises der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken

Den in diesem Jahr mit insgesamt 175.000 Euro dotierten „Förderpreis der Kulturstiftung des Bezirk Unterfranken zur Erhaltung historischer Bausubstanz“ hat Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in Schweinfurt an die Eigentümer der in diesem Jahr sieben ausgezeichneten Gebäude überreicht.

Zu den Preisträgern zählen die Gemeinde Bergrheinfeld für die Generalsanierung der „ehemaligen Vogtei“ des Juliusspitals (Landkreis Schweinfurt), die Aschaffenburger Versorgungs-GmbH (AVG) für das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ und die Stadt Schweinfurt für die Sanierung des „Zeughaus“.

Aufwändige Restaurierung

An prominenter Stelle in Bergrheinfeld steht die ehemalige Vogtei des Juliusspitals, in dem sich heute das Rathaus befindet. Dotzel lobte die Gemeinde Bergrheinfeld für die aufwändige Restaurierung des Gebäudes. „Mit dieser Generalsanierung hat die Gemeinde Bergrheinfeld ein wichtiges Zeichen für die Zukunft des Ortskerns und für eine erfolgreiche Innenentwicklung gesetzt.“

Auch das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ in Aschaffenburg sei heute ein echter Hingucker. Dotzel sprach von „einer genialen Mutation, die das einstige Apparatehaus des Aschaffenburger Gaswerks erlebt hat“. Dem ehemaligen Gas- und Kohlewerk bescheinigte er eine „zukunftsweisende Nutzung“. Denn nachdem das Gebäude jahrzehntelang als Schlosserei und Ausbildungswerkstatt der Aschaffenburger Stadtwerke gedient habe, wurde es nun zum Digitalen Gründerzentrum ausgebaut. „Durch die Aufarbeitung vorhandener historischer Einbauten wurden inspirierende Arbeits- und Begegnungsräume geschaffen“, unterstrich der Bezirkstagspräsident.

Identifikationspunkt

Auf eine lange Geschichte blickt auch das Zeughaus in Schweinfurt zurück. „Das Anwesen mitsamt dem umgebenden Platz prägen das Stadtbild und bilden einen Identifikationspunkt der nördlichen Altstadt“, stellte Dotzel fest. Umso schöner sei es, dass dieses Gebäude jetzt als offener Begegnungsort für Kinder, Jugendliche und Familien aus dem ganzen Stadtgebiet diene. **DK**



Ging pünktlich zu Beginn des neuen Schuljahres in Betrieb: Die neugebaute Dreifach-Turnhalle der Maisacher Orlando-di-Lasso-Realschule. Sie verfügt über Induktionsschleifen für Hörgeschädigte und eine in der Wand versenkbare Teleskoptribüne. Bild: LRA Fürstenfeldbruck

Neue Dreifach-Sporthalle in Maisach

Die neu errichtete Dreifach-Sporthalle an der Orlando-di-Lasso-Realschule Maisach ist pünktlich zum Schuljahresbeginn in Betrieb gegangen. Als Pilotprojekt ist die Halle auf die besonderen Bedürfnisse hörgeschädigter Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Die alte, sanierungsbedürfte Halle wird abgebrochen. An deren Stelle entsteht ein neuer, deutlich größerer Pausenhof.

„Ich freue mich, dass die Abwicklung des Projekts so gut geklappt hat und die Turnhalle planmäßig fertiggestellt werden konnte“, betonte Landrat Thomas Karmasin anlässlich der Inbetriebnahme. Der Spatenstich fand im März 2019 statt. In der Bauzeit bis September 2020 entstand eine zeitgemäße und moderne Sporthalle, die auch als Versammlungsstätte genutzt werden kann. Zum Schuljahresbeginn 2020/2021 konnte die lang ersehnte neue Sporthalle nun an die Schulfamilie der Realschule und an die Gemeinde Maisach für den Breitensport und die Vereinsnutzung übergeben werden.

„Mit der Inbetriebnahme der neuen Turnhalle kann die Gemeinde Maisach im guten Miteinander mit dem Landkreis ihren Vereinen wieder zuverlässig nutzbare Räumlichkeiten für Sportangebote und Veranstaltungen bieten“, erklärte Maisachs Bürgermeister Hans Seidl. Das Projekt sei eine Bereicherung sowohl für die Schule als auch die Gemeinde.

Sinnvolle Kooperation

Der Neubau wurde seit geraumer Zeit freudig von den Nutzern erwartet, da die alte Dreifach-Turnhalle aus den 1970er Jahren aufgrund ihres maroden Dachtragwerks seit Jahren sanierungsbedürftig war, wodurch es in den Wintermonaten immer wieder zu Hallensperrungen kam. Beim jetzigen Neubau gab es wie bereits Mitte der 1970er Jahre erneut eine Kooperation zwischen dem Landkreis und der Gemeinde Maisach. So beteiligte sich die Gemeinde anteilig an den Errichtungskosten für die Versammlungsstätte. Des Weiteren ist das neue Beachvolleyballfeld auf dem Freibadgelände Maisach errichtet worden und die neuen Lehrerparkplätze konnten auf einer Grundstücksfläche der Mittelschule entlang der Schulstraße entstehen. Durch die Verlagerung des Standorts der Lehrerparkplätze und des Beachvolleyballfeldes kann der künftige Pausenhof der Realschule deutlich vergrößert und aufgewertet werden.

Ein besonderes Augenmerk bei der Planung und Bauausführung wurde auf die Umsetzung der Vorgaben für die Inklusion hörgeschädigter Schülerinnen und Schüler gelegt – hier ist die Orlando-di-Lasso Realschule Pilotprojekt in Bayern. So befinden sich im Sportboden der Turnhalle Induktionsschleifen. Zudem wurde eine besonders schallabsorbierende Akustikdecke verbaut und die Anforderungen an Wandverkleidung und Trennvorhänge sind ebenfalls höher als der Standard.

Mit Inbetriebnahme der neuen Halle ist das Bauvorhaben des Landkreises jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. Derzeit erfolgt der sehr aufwändige Rückbau und anschließend der konstruktiv herausfordernde Abbruch der alten Dreifachturnhalle bis in den Spätherbst 2020 hinein.

Wenn dieser weitere Meilenstein vollzogen ist, erfolgt die Fassadenschließung des bestehenden Schulgebäudes und ab Frühjahr 2021 bis voraussichtlich Ende Juni 2021 die Errichtung der Pausenhofflächen mit dazu gehörigen Außensportflächen.

Die geschätzten Investitionen liegen bei 11,1 Mio. Euro. Die Maßnahme wird von der Regierung von Oberbayern mit 1,96 Mio. Euro gefördert. Der Anteil der Gemeinde Maisach für die Ausstattung nach der Versammlungsstättenverordnung und für eine Teleskoptribüne beläuft sich auf 1,35 Mio. Euro. ❐



Aus Teistunger Buntsandstein:

Der Tondachziegel für Generationen

Natürlich, nachhaltig, für ewig: ERLUS Tondachziegel, aus dem 250 Millionen Jahre alten Teistunger Buntsandstein, sind ein natürliches Bauprodukt für Generationen.

Im Jahr 2001 hat ERLUS das ehemalige Ziegelwerk Bernhard mit dem Rohstoffvorkommen im thüringischen Teistungen gekauft und die Produktionsstätte 2009 für die Dachziegelproduktion umgebaut. Rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten dort und setzen die traditionelle Ziegelproduktion der Region fort.

ERLUS setzt keramische Tradition am Standort Teistungen fort

Unter dem Motto „Für ewig dein!“ (www.fuer-ewig-dein.de) präsentiert ERLUS seinen Standort Teistungen in Thüringen und die Dachziegel, die dort aus dem 250 Millionen Jahre alten Mittleren Buntsandstein gefertigt werden. Durch das aufwändige Aufbereitungs- und Fertigungsverfahren entstehen aus dem lokalen Rohstoff Dachziegel von besonderer Qualität und feiner, keramischer Oberfläche. Diese Tondachziegel überdauern Generationen. Wer sein Steildach damit eindeckt, entscheidet sich bewusst nachhaltig: für ein natürliches, langlebiges, ressourcenschonendes und vor allem wartungsfreies Dach.

Für ewig dein! ERLUS greift damit das globale Thema Nachhaltigkeit auf. Die aktuelle Lebenszyklusanalyse Steildach der Technischen Universität Wien zeigt, ökologisch und ökonomisch schneidet das Steildach mit Dachziegeln sehr gut ab. Betrachtet man etwa einen Lebenszyklus von 50 Jahren ist das Steildach gegenüber dem Flachdach 70 Prozent kostengünstiger und spart rund 13 Prozent CO2 ein. Darüber hinaus ist das Steildach mit Dachziegeln praktisch wartungsfrei und einfach zu verarbeiten. Nach seiner Nutzung kann der Dachziegel zu 100 Prozent recycelt und im Wege- und Sportplatzbau oder als Pflanzensubstrat wieder verwendet werden.

Ökologischer Produktionskreislauf

Wie nachhaltig ist mein Gebäude? Diese Frage gewinnt für viele Bauherren immer mehr an Bedeutung. ERLUS hat sich vom Institut für Bauen und Umwelt e.V. (IBU) zertifizieren lassen und die Umweltproduktdeklaration (EPD) erhalten. Sie bildet die Datengrundlage für die ökologische Bewertung der ERLUS Tondachziegel und beschreibt den gesamten Produktionsprozess vom Abbau bis zur Nachnutzung.

Die ERLUS Managementsysteme für Energie und Umwelt sorgen dafür, den Energiebedarf so gering wie möglich zu halten und den spezifischen Energiebedarf fortwährend zu verbessern. Alle Abläufe werden kontinuierlich im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft: vom Rohstoffeinsatz bis hin zur Verpackung.



Das natürliche Bauprodukt für Generationen: Der Karat® XXL wird aus Teistunger Buntsandstein hergestellt. Bild: ERLUS

Umweltverträglichkeit

ERLUS Dachziegel werden auf Holzpaletten gesetzt und sehr kompakt in Folie verschweißt. So ist die keramische Ware bestmöglich geschützt, kann kaum scheuern oder verrutschen. Das erleichtert das Handling auf der Baustelle, verhindert teure Transportschäden und damit verbundene, aufwändige Nachlieferprozesse. Die Palettenfolien sind chlor- und schwefelfrei aus reinen Kohlenstoffverbindungen und zu 100 Prozent recyclingfähig.

Respekt vor der Natur

Der Teistunger Buntsandstein wird direkt am Produktionsstandort abgebaut, das Ökosystem bleibt erhalten. Denn nach dem Abbau werden die Areale nach den Vorgaben des Naturschutzes mit heimischen Laubgehölzen aufgeforstet und in Biotope umgewandelt. Bedrohte Tierarten finden dort Schutz und ideale Lebensbedingungen.

Der Rohstoff wird mit einer Schürfkübelraupe schichtweise vom Hügel abgetragen und zwischengelagert. In einer Pendelmühle wird er dann zu pudrigem Tonpulver vermahlen und mit Wasser vermengt. Für eine homogene, keramische Masse wird das Material im Sumpfhaus durchfeuchtet und rund 70 Tage eingelagert. Dann besitzt es die beste Plastizität für den nachfolgenden Form-, Trocken- und Brennprozess.

Vier Modelle, vielfache Möglichkeiten

Aus dem Teistunger Buntsandstein entstehen vier von insgesamt 25 ERLUS Modellen: Der E 58 SL-D, der E 58 PLUS®, der Hohlfalz SL und der Karat® XXL.

Der E 58 SL-D ist das universelle Modell mit durchgefärbter Masse. In Graphitgrau engobiert sieht der Ziegel nicht nur edel aus, der durchgefärbte Scherben ist auch sehr praktisch. Bei Schneidarbeiten sind die Schnittkanten dunkel und kaum sichtbar.

Erster Flachdachziegel Europas

Der E 58 PLUS® ist das größte Modell unter den 25 ERLUS Dachziegeln und ideal für große Dachflächen. Der Quadratmeter Dach ist blitzschnell verlegt und extrem robust. Als erster Flachdachziegel Europas wurde er mit der Hagelwiderstandsklasse (HW) 5 ausgezeichnet und hält 50 mm großen Hagelkörner stand.

Der Hohlfalz SL hat die regionaltypische sanfte Wellenform mit der für den Teistunger Buntsandstein charakteristischen Oberfläche. Der Klassiker ist ideal für die traditionelle Dacheindeckung und in den vier Farben Naturrot, Rot, Schwarz Matt und Saphirschwarz erhältlich.

Der Karat® XXL ist der moderne Designziegel und perfekt für ein zeitlos schönes Dach. Die klaren Kanten und geraden Linien werden mit dem feinen Teistunger Buntsandstein besonders gut ausgeformt. Das Modell ist mit dem „red dot award“ ausgezeichnet und in seiner Form am Markt einzigartig.

Die ERLUS Nachkaufgarantie

Das Dach wird nach ein paar Jahren durch einen Anbau erweitert? Kein Problem – ERLUS kann den baugleichen Dachziegel liefern. ERLUS garantiert den Nachkauf der Modelle Karat® XXL, E 58 SL-D und Hohlfalz SL aus dem ERLUS Werk Teistungen – über einen Zeitraum von 20 Jahren, gültig ab dem Tag der Auslieferung.

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von BaustoffMarkt und BaustoffWissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

Gelebte Nachhaltigkeitsstrategie

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist. ❐



Reform der Bauordnung:

Weg frei für effektives Bauen

Der Bauausschuss hat der Novelle der Bayerischen Bauordnung zugestimmt. Beschleunigte Baugenehmigungen, vereinfachtes Abstandsflächenrecht und die Möglichkeit, den Baustoff Holz in allen Gebäudeklassen einzusetzen, soll Bauen künftig einfacher, effektiver und nachhaltiger machen. Der Opposition geht die Reform allerdings nicht weit genug. Sie kritisieren vor allem die Ausnahmeregelung für München, Nürnberg und Augsburg bei der Neuregelung des Abstandsflächenrechts.

Staatsregierung, Kommunen und die Bau- und Wohnungswirtschaft wollen in der Wohnungspolitik stärker an einem Strang ziehen – so lautete die Vereinbarung des Wohnungsgipfels im vergangenen Jahr. Dazu hat der Bauausschuss jetzt der Reform der Bayerischen Bauordnung zugestimmt, die Verfahren deutlich entschlackt und dadurch die Umsetzung sämtlicher Bauprojekte beschleunigen soll.

Genehmigungsfiktion: schneller Bauen

Einer der Hauptpunkte der Novelle ist die sogenannte Genehmigungsfiktion. Damit sollen Bauvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus deutlich schneller genehmigt werden können. Für die meisten geplanten Wohngebäude soll künftig gelten: Wenn sich die Baugenehmigungsbehörde drei Monate nach dem Einreichen des Bauantrags nicht meldet oder anders entscheidet, gilt der Antrag automatisch als genehmigt. Die Reform stellt jedoch gerade kleine Gemeinden vor personelle Herausforderungen, weil Mitarbeiter dann eine große Anzahl an Bauvorhaben fiktiv genehmigen müssen. Zudem erhöht sich der Druck auf die Bauherren, alle geltenden Vorgaben auch rechtmäßig einzuhalten.

Komplettes Neuland ist die Genehmigungsfiktion für einige Gemeinde und Städte, wie beispielsweise Nürnberg, allerdings nicht. „Wir machen das bei freistehenden Einfamilienhäusern heute schon so und haben damit gute Erfahrungen gemacht“, sagte Nürnbergs Baureferent Daniel Ulrich der Nordbayerischen Presse. So wird in Nürnberg nur bei Sonderbauten geprüft, ob alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Sonderbauten sind etwa Kindergärten, Hochhäuser, größere Verkaufsstätten oder Krankenhäuser. Alle übrigen Bauvorhaben werden derzeit im vereinfachten Verfahren behandelt.

Auch das Abstandsflächenrecht soll durch die Novelle vereinfacht werden. Die Abstandsflächen werden von 1 H auf 0,4 H gesenkt, also auf 40 Prozent der Wandhöhe reduziert, in Gewerbe- und Industriegebieten sogar noch weiter – was den Flächenverbrauch zurückfahren soll. Gemeinden können wie bisher auch größere Abstandsflächen in einer Satzung festlegen. Es bleibt dabei ein Mindestmaß von drei Metern. Dies soll allerdings nicht für Gemeinden ab 250.000 Einwohner gelten, München, Nürnberg und Augsburg bleiben also von der Regelung ausgeschlossen.

Kritik am Abstandsflächenrecht

Von den Oppositionsparteien wurde die Ausnahmeregelung stark kritisiert, denn gerade hier sei die Wohnungsnot besonders hoch und daher platzsparendes Bauen am dringendsten notwendig. „In Bayern leiden 162 Kommunen unter dem angespannten Wohnungsmarkt. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, was das Abstandsflächenrecht betrifft, wenn man die drei großen Städte von der Mindestmaßregelung herausnimmt. Eine Sonderregelung schafft ein eigenes Abstandsflächenrecht auf Basis einer willkürlich gewählten Einwohnerzahl und widerspricht zugleich dem Ziel des Gesetzentwurfes einer baurechtlichen Vereinfachung“, sagte Natascha Kohnen (SPD).

Einen „Konstruktionsfehler“ sieht auch Bauausschussvorsitzender Sebastian Körber (FDP) in der Regelung. Er möchte der Behörde erst vier Wochen Zeit geben, um alle Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Danach sollen die drei Monate Genehmigungsfrist beginnen. „Alles andere ist nicht praxisnah“, sagte Körber. Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) warf den Regierungsparteien vor: „Mit der Reform der Bauordnung drehen Sie nur an kleinen Schrauben und ändern nicht das große Ganze!“

Dachausbau: Privilegien für Städte

So beschrieb Sowa die Privilegien für große Städte im Bereich des Dachausbaus als „unmöglich“. Eigentümer sollen ein Dachgeschoss bald ohne Genehmigung ausbauen können, wenn die Gemeinden ihre Satzungen entsprechend anpassen. Dabei bleiben die Giebelfläche im Bereich des Dachs bei der Berechnung der Abstandsfläche in großen Städten auch künftig privilegiert, da diese Dachform prägend und gerade in den sogenannten Gartenstadtgebieten von großen Städten typisch sei. Eine Regelung ohne Ausnahme für Giebelflächen hätte hingegen eine Abstandsflächenvergrößerung auf der Giebelseite zur Folge, die laut CSU und Freie Wähler nicht beabsichtigt sei.

Nachhaltigkeit: Holz als Baustoff

Das Bauen mit Holz soll erleichtert werden und der Baustoff künftig in allen Gebäudeklassen verwendet werden dürfen. „Somit gewinnt Holz als Baustoff an Attraktivität und Bauherren haben nicht nur die Möglichkeit effektiver, sondern auch nachhaltiger zu bauen. Mit der Novelle sind wir ein sehr gutes Stück weitergekommen, um die Wohnungsnot in ganz Bayern zu lindern“, sagte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Manfred Eibl (Freie Wähler).

Stellplatzpflicht: Flexibilität für Kommunen

Die neue Bayerische Bauordnung sieht auch vor, dass Kommunen die Stellplatzpflicht flexibler regeln können, weil sie zum Beispiel alternative Mobilitätskonzepte berücksichtigen können. Außerdem soll die Pflicht zum Einbau eines Aufzugs wegfallen, wenn der Aufwand dafür unverhältnismäßig groß wäre. Auch beim Brandschutz sind Erleichterungen geplant. So entfalle der zweite Fluchtweg bei ebenerdigen Veranstaltungsstätten, wenn ausreichend Fenster vorhanden seien und auf die Prüfung des Brandschutznachweises und die entsprechende Bauüberwachung bei Mittelgaragen soll künftig verzichtet werden.

Novelle im Landtag

In der Bayerischen Bauordnung sind das Verfahrensrecht und die Sicherheitsanforderungen an bauliche Anlagen geregelt. Die Bauordnungsnovelle geht zurück auf den Wohnungsgipfel vom 11. September 2019. Sie berücksichtigt wesentliche Ergebnisse einer Abfrage unter den Verbänden des Wohnungsbaus, der Bauwirtschaft und der kommunalen Spitzenverbände. Nachdem die Staatsregierung den Gesetzentwurf im Juni 2020 in einer ersten Lesung in den Landtag eingebracht hatte, hat nun der Bauausschuss den Gesetzentwurf und die 52 Änderungsanträge beraten und beschlossen. Die zweite Lesung und Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Landtag soll voraussichtlich am 02.12.2020 stattfinden. **red**



Konnten sich selbst von der Wirksamkeit der Raumluftanlagen überzeugen: Die Heimatabgeordneten Petra Högl (Landtag) und Florian Oßner (Bundestag) mit Wolf-Geschäftsführer Christian Amann (rechts) und Bernhard Steppe, Geschäftsführer Vertrieb (links). Bild: Wolf GmbH

Lüftungstechnik gegen Corona

MdB Florian Oßner besucht Lüftungsgeräte-Produktion der WOLF GmbH in Mainburg

Lüftung ist eines der zentralen Elemente, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Vor diesem Hintergrund informierte sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Oßner bei der WOLF GmbH, einem der führenden Systemanbieter von Heizungs- und Lüftungssystemen, über technische Lösungen und deren Anwendungsmöglichkeiten in Pandemie-Zeiten. Zugleich erhielt der Bundestagsabgeordnete bei einem Werksrundgang Einblicke in die Serienproduktion des neuen Luftreinigers „AirPurifier“.

Im Gespräch mit Bernhard Steppe, Geschäftsführer Vertrieb bei der WOLF GmbH, tauschte sich der Direktabgeordnete für die Region Kelheim und Landshut sowie Mitglied im Bundesausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen über die Einsatzmöglichkeiten von Lüftungssystemen gerade in Zeiten der Corona-Pandemie aus. Besonders in Bereichen, wo sich viele Menschen auf relativ engem Raum befinden wie in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Büros oder Restaurants ist eine hygienische Raumluft zwingend erforderlich, um Ansteckungen zu vermeiden.

Hohe Luftqualität, gesundes Raumklima

Die WOLF GmbH produziert an ihrem Standort in Mainburg hochwertige und professionelle Raumlufttechnische (RLT)-Anlagen. Korrekt geplante und ordnungsgemäß betriebene RLT-Anlagen sorgen für einen ausreichenden Austausch von verbrauchter Raumluft durch Frischluft und eine effiziente Filterung. Damit tragen sie entscheidend zu einer hohen Luftqualität und somit zu einem gesunden Raumklima im Gebäude bei. Des Weiteren startete WOLF Ende Oktober die Serienfertigung ihres neuen Luftreinigers „AirPurifier“, ein platzsparendes und sofort einsatzfähiges Umluftgerät zur Filterung von Aerosolen, und damit auch von Viren, Bakterien, Staub und Pollen. Das Gerät eignet sich für Innenräume mit unzureichender Lüftung in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden.

Erforderliche Planungs- und Investitionssicherheit

„Wir haben uns intensiv auf die Produktion großer Stückzahlen unseres neuen Luftreinigers vorbereitet, um möglichst viele Klassenräume noch vor dem Winter ausrüsten zu können. Für einen flächendeckenden Einsatz braucht die Industrie Planungs- und Investitionssicherheit. Der Freistaat Bayern hat hier vorgelegt und als erstes Bundesland Gelder bereitgestellt, um schlecht zu belüftende Klassenräume mit Luftreinigungsgeräten auszustatten. Auch andere Bundesländer haben mittlerweile nachgezogen. Es ist wichtig, dass die Politik klare Signale setzt, damit wir unsere Produktion rechtzeitig auf die erwartenden hohen Bedarfe ausrüsten können. Sonst rennt uns die Zeit davon. Deshalb ist der Austausch zwischen Hersteller und Politik wichtig“, erklärt Bernhard Steppe, Geschäftsführung Vertrieb bei der WOLF GmbH.

Zeichen setzen

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner sagte dem Raumluftexperten bei seinem Besuch seine Unterstützung zu: „Die Corona-Pandemie stellt die Bildungseinrichtungen vor extreme Herausforderungen. Oberste Priorität hat die Gesundheit der Kinder und des Personals. Es ist jetzt an der Zeit, zu handeln. Die Firma Wolf ist nicht nur der größte Arbeitgeber in der Region, sie sorgt durch ihre Lüftungslösungen gleichzeitig auch für gesunde Raumluft.“ ❐

Staatsminister Füracker:

Neuer Glanz für Feldherrnhalle und Kloster Plankstetten

Die Münchner Feldherrnhalle soll für die Münchner und ihre Gäste aus aller Welt optimal erhalten werden. Daher ist geplant, das berühmte Denkmal erstmals seit 70 Jahren umfassend zu sanieren und in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. „So bleibt das Gebäude auch in Zukunft ein markantes Monument zwischen Residenz, Theatinerkirche und Hofgarten sowie als Startpunkt der historischen Ludwigstraße“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen in München hervor.

Direkt an der Feldherrnhalle informieren bereits neue Infotafeln über die umfangreichen Sanierungspläne und die Geschichte des Bauwerks. Aus Fürackers Sicht „ist dies auch für Ortskundige eine gute Gelegenheit, das vermeintlich vertraute Monument neu zu entdecken“.

Konkret soll die Gebäudehülle aus Naturstein und Putz wieder erstrahlen und das bemalte Gewölbe sowie die Rückwand erneut in vollen Farben leuchten; das Hallenpodium bekommt seinen historischen Belag zurück. Zudem werden die großen bronzenen Standbilder im Halleninneren und die markanten Steinlöwen, die die Zugangstreppe flankieren, restauriert und erhalten ihren ursprünglichen Glanz. Aber auch das Innenleben der Feldherrnhalle wird auf seine Statik hin überprüft, um ggf. erforderliche Maßnahmen zur Gebäudesicherung durchzuführen.

Die zahlreichen Einzelschritte der umfangreichen Maßnahmen an dem historisch einmaligen Bauwerk werden jetzt mit Fachleuten und Historikern geplant und dann dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags vorgelegt. Die eigentlichen Baumaßnahmen werden nach Abschluss der Planungen und Freigabe durch den Bayerischen Landtag in etwa zwei Jahren beginnen und voraussichtlich bis 2025 dauern.

Leuchtturm der Nachhaltigkeit

Szenenwechsel. Als „Leuchtturm der Nachhaltigkeit“, der sich perfekt in das denkmalgeschützte Ensemble einfügt, bezeichnete Füracker beim Richtfest den Neubau St. Wunibald im Kloster Plankstetten. St. Wunibald sei jetzt das größte Holz-Stroh-Haus Süddeutschlands. Mit der Verwendung von Bio-Stroh aus der klostereigenen Landwirtschaft und Bauholz aus dem eigenen Klosterforst sowie Lehm aus der Umgebung würden eigene Ressourcen vorbildlich genutzt und Transportwege minimiert.

Das fast 900 Jahre alte historische Benediktinerkloster sei „ein erhaltenswerter und traditionsreicher Bestandteil unserer Heimat Bayern, der zugleich Fortschritt und Nachhaltigkeit vorlebt. Der traditionelle Baustoff Stroh erfüllt zahlreiche Kriterien eines modernen und nachhaltigen Dämmstoffs und gewinnt heute wieder zunehmend an Bedeutung“, stellte der Minister fest.

Mehrere Bauabschnitte

Das neue Gebäude, das am Standort der ehemaligen Turnhalle errichtet wurde, erfüllt künftig mehrere wichtige Funktionen, nicht nur für das Kloster. Es wird neben Büroräumen der Pfarrei auch den Abt-Maurus-Kindergarten der Stadt Berching sowie 30 Einzelzimmer für Gäste des Klosters beherbergen. „Durch die Besinnung auf benediktinische Traditionen steht das Kloster Plankstetten heute nicht nur wirtschaftlich auf eigenen Füßen“, merkte Füracker an, „es lebt auch vor, in welchem Geiste Nachhaltigkeit steht.“

Die klösterlichen Betriebe wurden in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf ökologischen Landbau umgestellt und ein regionaler Wirtschaftskreislauf aufgebaut. Bildung steht mit dem Bildungshaus und der zum Teil öffentlichen Klosterbibliothek weiterhin im Mittelpunkt des Klosterlebens. Seit 1998 läuft eine Gesamtsanierung der Klosteranlagen in mehreren Bauabschnitten mit Kosten von fast 50 Millionen Euro mit Förderung von Freistaat, Bund und EU. **DK**

Positionspapier der Bundes-SGK zum Baulandmobilisierungsgesetz:

Nur mit Umwandlungsschutz verabschieden!

Mit Blick auf das vom Bundesinnenministerium in die Ressortabstimmung gegebenen Gesetzentwurfs für ein Baulandmobilisierungsgesetz hat der Vorstand der Bundes-SGK ein Positionspapier verabschiedet, in dem aufgrund der aktuellen Entwicklung der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in den Städten darauf gedrängt wird, einen besseren Umwandlungsschutz für die Mieter zu schaffen.

Laut Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, „haben wir auch im Herbst 2020 in vielen Städten und Gemeinden eine Wohnungsknappheit, insbesondere im Teilmarkt preiswerter Mietwohnungen. Deshalb gilt nach wie vor, dass alle Maßnahmen, die dazu beitragen diese Wohnungsnot zu begrenzen und ihr entgegen zu wirken, dringend erforderlich sind.“

Deshalb sei die Zielsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes zurecht mit einer Stärkung der Handlungsmöglichkeiten der Kommunen begründet. Sie sollen leichter auf Flächen für den Wohnungsbau zugreifen und sie sollen Mieter besser vor Verdrängung schützen können.

Dazu war u.a. vorgesehen, das in § 176 BauGB normierte Baugebot in seinem Anwendungsbereich für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt zu erweitern. Zudem sollte ein neuer § 250 BauGB geschaffen werden, in dem die Kommunen ermächtigt werden, der Verdrängungsgefahr von Mietern aufgrund der Umwandlung von Mietwohnhäusern zu Einzeleigentum mit einem Genehmigungsvorbehalt entgegenzuwirken. Dieser Umwandlungsschutz sei insbesondere in den stark angespannten Wohnungsmärkten der Städte dringend erforderlich.

Akuter Nachbesserungsbedarf

Nun aber habe das BMI in seinem aktuellen Gesetzentwurf diese beiden Maßnahmen komplett wieder gestrichen und damit den bisher gefundenen Kompromisspfad zwischen den Koalitionspartnern verlassen. Deshalb bestehe akuter Nachbesserungsbedarf, betonte Baranowski. Er mahnte eine zügige Verabschiedung der Planungsrechtsnovelle an. Dabei sei es notwendig, das Instrument des Baugebotes durch Erweiterung des Anwendungsbereichs nutzbar zu machen. **DK**

Lindner Traktoren:

2. Virtuelle Werksausstellung

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner erweitert seine Lintrac-LS-Serie. Bei der 2. Virtuellen Werksausstellung, die im Oktober auf www.lindner-traktoren.at startete, gab es die ersten Einblicke in den neuen Lintrac 75 LS, den dritten Lintrac mit Lastschaltung. Mit der Lintrac LS-Reihe löst Lindner die erfolgreiche Geotrac-Serie ab.

„Der Lintrac 75 LS spielt seine Stärken als Allroundtraktor in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft aus", betont Geschäftsführer Hermann Lindner. Wie bei allen LS-Modellen kommt ein Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5 mit vier Zylindern zum Einsatz (Leistung: 76 PS (55 kW)). Lindner verbaut ein 16/16-Gang-Getriebe von ZF Steyr. Der Traktor ist besonders wendig und überzeugt mit seiner leistungsstarken Hydraulik von Bosch-Rexroth. Komfort verspricht die Kabine mit mechanischer Kabinenfederung.

12.000 Besucher online mit dabei

Das nationale und internationale Interesse an der virtuellen Werksausstellung war bereits am ersten Wochenende groß, bilanziert Marketing- und Exportleiter David Lindner: „Wir zählten am ersten Wochenende 12.000 Online-Besucher. Sie informierten sich vor allem über den neuen Lintrac 75 LS, aber auch über weitere Neuheiten wie den stufenlosen Unitrac 122 LDrive und den Unitrac 72 P5." Die Facebook-Fragestunde am Eröffnungstag nutzten 2.000 Traktoren- und Transporterprofis. „Die 2. Virtuelle Werksausstellung läuft noch bis Ende November unter anderem mit einer Video-Führung durch das Lindner-Werk in Kundl. Die wurde am ersten Tag bereits 10.000 Mal auf dem Lindner-Youtube-Kanal angeschaut", so der Marketingchef.

Herbstaktion 2020

Für alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle bietet Lindner in seiner Herbstaktion 2020 3.000 Euro Eintauschhilfe. Außerdem erwarten die Kunden das Werkzeugset der Kärntner Firma Offner und das TracLink Mobile, die Telematik-Lösung für unterwegs. Stufenlos und made in Austria sind die Kommunalprofi-Modelle. Der stufenlose Lintrac 130 und der Unitrac 112 LDrive sind zu attraktiven Preisen mit Top-Ausstattung erhältlich. Alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle sind mit modernsten Stufe5-Motoren ausgerüstet.

Landwirtschafts-Simulator

Auch Spielbegeisterte kommen bei der virtuellen Werksausstellung auf ihre Kosten. Ab 7.11.2020 kann der Geotrac Supercup gratis in den Landwirtschafts-Simulator geladen und gespielt werden. Der Landwirtschafts-Simulator ist eines der meistverkauften Videospiele weltweit. Ab Mitte November gibt es eine Erweiterung „Alpine Landwirtschaft". Dort kommen der Lintrac 130 und der Unitrac 122 LDrive spielerisch zum Einsatz.

Die 2. Virtuelle Lindner-Werksausstellung im Internet: www.lindner-traktoren.at ❐

Innovationspreis Gartenbau 2020

Der Gartenbaubetrieb Blumen Schwarz aus Schwabach hat in Zusammenarbeit mit der Firma Innok Robotics, Regenstauf, für ihren Friedhofs-Gießroboter den „Innovationspreis Gartenbau 2020" des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erhalten. Die mit 7.500 Euro dotierte Ehrung wurde den Preisträgern in der Kategorie „Technik" zuteil.

Laut Jury steigt der Gießaufwand für Friedhofsgärtnereien auf Friedhöfen durch die infolge des Klimawandels wärmeren Sommer rapide. Ein Gießroboter kann hier eine große Hilfe sein. Blumen Schwarz hat seine Idee für einen Gießroboter für den Friedhof in die Tat umgesetzt. Zusammen mit der Fa. Innok Robotics erfolgte die Entwicklung und der Bau des Gießroboters Rainos, der seit Sommer bereits auf zwei Friedhöfen im Bundesgebiet im Einsatz ist.

Mit GPS durch die Nacht

Das Gerät fährt mit Hilfe von GPS in der Nacht selbstständig über den Friedhof und bewässert bis zu 180 voreingestellte Grabstellen. Die Voreinstellung wird mit einer manuellen Scan-Fahrt per Funkfernsteuerung aufgezeichnet. Auflade- und Tankstation für Wasser und Strom werden bei der Route berücksichtigt und jeder Grabstelle wird die gewünschte Wassermenge zugeordnet. Da der Roboter nun nachts das Gießen übernimmt, kann sich der Friedhofsgärtner tagsüber auf andere Arbeiten konzentrieren. Der Prototyp wird derzeit getestet und auftretende Probleme bearbeitet.

Aus Sicht der Jury ist die Entwicklung vielversprechend. Mit dem Rainos sei ein anwendungsfreundlicher Gießroboter entwickelt worden, der sowohl in Friedhofsgärtnereien als auch in Baumschulen eingesetzt werden kann. **DK**



V.l. Frieder Füllemann, Verkauf Henne GmbH, und Johannes Roth, Bauhofleiter Gemeinde Gauting, mit dem neuen Unimog U 219.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Ein Unimog für Gauting

Übergabe eines U 219 an den Bauhof

Der U 219 ist ideal für den Garten- und Landschaftsbau und auf die Bedürfnisse von Kommunen und kleineren Unternehmen zugeschnitten. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch verbreiteten Modelle U 1200, U 1400 und U 1600, die bis 2002 hergestellt wurden.

In seiner Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit bietet der U 219 ähnliche Werte wie die früheren Modelle, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen. Mit 190 PS ist er noch effizienter, leistungsfähiger und zugleich wendiger als seine Vorgänger.

Nicht nur Winterdienst

Der neue Unimog, den die Gemeinde Gauting von Frieder Füllemann, Verkaufsleiter bei Henne Nutzfahrzeuge, in Empfang genommen hat, ersetzt einen U 1400. Vorwiegend soll das neue Fahrzeug im Winterdienst im Einsatz sein. Daher wurde es mit einem Keilschneepflug von Aebi Schmidt ausgestattet. Bauhofleiter Johannes Roth erklärt, dass die Arbeitsbereiche immer enger werden: „Größer dürften die Abmessungen des Unimogs deshalb nicht mehr sein." Im Sommer übernimmt der Unimog Transportaufgaben und erleichtert den Bauhofmitarbeitern die tägliche Arbeit. ❐

Früheres Wackersdorfer Braunkohle-Südrevier:

Erfolgreiche vorzeitige Beendigung der Rekultivierung

Die Rekultivierungsarbeiten von Uniper im rund fünf Hektar großen nördlichen Bauabschnitt 02 des Westfelds zwischen Wackersdorf und Steinberg unterhalb des Geotops sind beendet. Nach der offiziellen Endabnahme erklärte Andreas Stake, Gesamtprojektleiter von Uniper für das Projekt Oberpfälzer Seenland zur Rekultivierung des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaus, zufrieden: „Wir freuen uns, dass wir in der Firma Kassecker einen Partner hatten, der das anspruchsvolle Rekultivierungsprojekt nicht nur in einer ausgezeichneten Qualität, sondern auch innerhalb des Budgetrahmens und rund drei Monate früher als geplant umgesetzt hat."

Auch das ausgefeilte Arbeitssicherheitskonzept für alle vor Ort Tätigen, an dem die Firma Kassecker entscheidend mitgewirkt hat, habe sich voll und ganz bewährt, so dass es während der gesamten Bautätigkeit auf dem Gelände keinen einzigen Arbeitsunfall gegeben habe und auch keinen Ausfall durch die Sars-CoV-2- Pandemie", so Stake.

In rund 15 Netto-Arbeitsmonaten (ohne Winterpause zwischen November 2019 und März 2020) schufen die beteiligten Baufirmen in rund 50.000 Arbeitsstunden mit modernsten Arbeitsgeräten rund um die mit gut 30 Metern tiefste Stelle des Westfeldgeländes eine grüne Hügellandschaft samt wieder hergestelltem Irlacher See.

Dabei wurden die ehemals intensiv industriell und bergmännisch genutzten Flächen abgedichtet und die Oberfläche durch einen in Schichten angelegten Aufbau des Rekultivierungsbodens neu gestaltet mit dem Ziel, der Region ökologisch wertvolle Landschaften zurückgeben zu können.

Forschungsprojekt

Der wieder erstandene Irlacher See dient als Sickerwassersammler. Diese Wässer werden mit Hilfe der vier hochmodernen, neuen Saugpumpen in die Wasseraufbereitungsanlage gepumpt und von dort entsprechend den behördlichen Vorgaben gereinigt in den Knappensee weitergeleitet. In einem vom Umweltconsultingbüro Base Technologies initiierten Forschungsprojekt wird erprobt, diese energieintensive, chemische Wasseraufbereitung langfristig durch ein energiesparendes und CO2-vermeidendes, biologisch passives Reinigungsverfahren zu ersetzen.

Insgesamt mussten aus der Region rund 240.000 Tonnen Rekultivierungsböden per LKW antransportiert werden. Die Transportwege konnten im Sinne von Klimaschutz und Ressourcenschonung kurzgehalten werden. Die Böden wurden vor dem Einbau entsprechend der behördlichen Auflagen systematisch geprüft und gegebenenfalls zusätzlich aufbereitet.

Die Rekultivierungsflächen des Westfeld-Bauabschnitts 02 wurden inzwischen begrünt und entwickeln sich schneller als erwartet zu einem naturschutzfachlich wertvollen Magerrasen, durchsetzt mit Totholz- und Steininseln. „Unsere Leute konnten täglich beobachten, wie gut das Gebiet nach und nach von Flora und Fauna angenommen wird", so Paul Zant, Gesamtprojektleiter der Firma Kassecker für den Rekultivierungsabschnitt rund um den Irlacher See.

Rund zehn Millionen Euro investierte Uniper allein in diesen zweiten Rekultivierungsabschnitt. Neben diversen regionalen Zulieferfirmen waren durchschnittlich rund 20 Mitarbeiter von Kassecker, Uniper sowie den Gutachter-, Planungs- und Überwachungsbüros mit den Arbeiten vor Ort beschäftigt. Mit der Beendigung der technisch sehr anspruchsvollen Arbeiten im Bauabschnitt 02 folgt in den kommenden Wintermonaten intensive Büroarbeit. Die Planungen für den flächenmäßig mit rund 30 Hektar sechs Mal so großen Bauabschnitt 03 (Westfeld-Damm) im Südosten des Westfelds laufen auf Hochtouren. ❐



Henne Nutzfahrzeuge liefert acht Hansa-Geräteträger (viermal APZ 1003 L und viermal APZ 1003 K) an die AHD Sitzberger GmbH. Diese werden in München und Umgebung im Einsatz sein. Das Bild zeigt v.l.: Christian Sitzberger, Hans Sitzberger, Clarissa Schellong von AHD, Patrick Palsmeyer und Norbert Palsmeyer von Hansa und Werner Ottl, Henne Nutzfahrzeuge. Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwaschgeräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Markt Wiesau, 4100 Einwohner und Verwaltungsgemeinschaft Wiesau mit zusätzlicher Mitgliedsgemeinde Falkenberg (1.000 Einwohner)
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Hauptamlicher Erster Bürgermeister seit 1.5.2002, vorher 18 Jahre ehrenamtlicher 2. Bürgermeister vom 1.5.1984 bis 30.4.2002.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Freude am Umgang mit Menschen und die Chance, die eigene Heimatgemeinde mitzugestalten und nach vorne zu bringen.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Mein vorheriger Beruf als Diplomverwaltungswirt (FH) und die vorherige langjährige Tätigkeit als 2. Bürgermeister waren die beste Vorbereitung.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Überwindung einer damals etwas lethargischen Stimmung für die Ansiedlung von Betrieben, Sicherung und weiterer Ausbau der örtlichen kommunalen Infrastruktur.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Mit Standfestigkeit und Mut die täglichen Aufgaben angehen und sich von der Bürokratie und den Leuten mit „Verhinderungsmentalität“ nicht aufhalten lassen!
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ständige Kommunikation mit allen Beteiligten, Bürgerversammlungen und Ortsteilveranstaltungen, Bürgerstammtische, tägliche Gespräche mit den Mitarbeitern im Rathaus und Berücksichtigung/Abwägung von stichhaltigen Argumenten bei allen Entscheidungen
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Enormer Einfluß in allen Bereichen der Kommunalpolitik.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Jedem Menschen recht getan ist eine Kunst die niemand kann und Standfestigkeit in der Niederlage und Bescheidenheit im Sieg!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Als einer, der für das Wohl seiner Heimat und der Menschen gekämpft hat. ❐

Toni Dutz

Erster Bürgermeister in Markt Wiesau
Landkreis Tirschenreuth, Oberpfalz

Bezirks- und Kreisrat, Vorsitzender des kreisangehörigen Ausschusses des Bayerischen Städtetags und seit 2004 Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in der Oberpfalz, Bayerischer Städtetag



v.l.: MdL Andreas Jäckel, Herbert Müller, Franz Feigl, Maximilian Wellner, Sabine Grünwald, Johanna „Hansi“ Metzner, Heinrich Bachmann, Staatsministerin Carolina Trautner, Christa Eichler, Herbert Kinzel (Oberottmarshausen), Stadtpfarrer Bernd Leumann, Kurt Aue, Walter Eichler, Christian Knauer, Leo Schön, Dr. Hella Gerber und Dietmar Heller. Foto: Susanne Marb / Pressestelle BdV Bayern

70 Jahre SL-Ortsgruppe Königsbrunn/Wehringen/Klosterlechfeld:

Hurra, Flüchtling ...

Von Kurt Aue

Die bayerisch-schwäbische SL-Ortsgruppe Königsbrunn/Wehringen/Klosterlechfeld in der SLKreisgruppe Augsburg-Land sowie im BdV-Kreisverband Augsburg-Land feierte das 70jährige Bestehen der ursprünglichen SL-Ortsgruppe Königsbrunn. Bei einem Festgottesdienst in der Königsbrunner Pfarrkirche Zur Göttlichen Vorsehung gedachten eine große Anzahl von SL- und BdV-Mitgliedern, zahlreiche Ehrengäste und etliche ‚einheimische‘ Gläubige der Gründung der Vertriebenenorganisation vor 70 Jahren.

In einer kurzen Ansprache vor dem Gottesdienst erinnerte ich als Orts- und Kreisobmann, zugleich Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, an die Vertreibung der Sudetendeutschen und an die Gründerjahre der Landsmannschaft in der ‚neuen Heimat‘. Auch ich bin im Sudetenland geboren. Die Abläufe der Vertreibung haben sich in unser Gedächtnis eingebrannt. „Achtung, Polizei, aufmachen“ und Pochen an der Haustür. „Sie haben sich in vier Stunden mit nur vier Kilogramm Gepäck am Marktplatz zum Abmarsch einzufinden. Bei Nichteinhalten werden Sie erschossen“, hallte es durch Hennersdorf-Arnsdorf im Kreis Jägerndorf. Mit einem Zehn-Kilometer-Marsch flankiert von russischen Soldaten ging es nach Freiwaldau. Dort wurden wir in Viehwaggons verladen und abtransportiert wurde. Dass es mit uns nach Bayern ging, merkten wir erst bei der Ankunft.

In gemeinsamer Armut zusammengerauft

Mit „Hurra, Flüchtling“ wurden wir „begrüßt“. Und auch noch einige Jahre danach musste man sich so einiges anhören. Nachdem aber die Einheimischen genauso arm wie die Ankömmlinge waren und weil wir dieselbe Sprache sprachen und demselben Kulturkreis entstammten, konnten wir uns schnell zusammenraufen.

Nach Königsbrunn kamen 1201 Heimatvertriebene, was bei der damaligen Einwohnerzahl 43 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Fünf Jahre nach der Ansiedlung und als die Hoffnung, man dürfe irgendwann zurück in die angestammte Heimat, verflog, gründeten viele die Sudetendeutsche Landsmannschaft. So auch in Königsbrunn. Am 25. April 1950 versammelten sich einige Sudetendeutsche im Gasthof Krone und wählten mit Alfred Adler den ersten Obmann der Königsbrunner Ortsgruppe.

Hilfe bei der Eingliederung

In diesem Zusammenhang wählte man auch gleich den Kreisobmann für den Landkreis Augsburg. Seit dieser Zeit fungiert der Ortsobmann von Königsbrunn immer auch als Kreisobmann. Die Familien Adler, Treutler, Weisser und Metzner taten sich besonders hervor, wenn es darum ging, den Sudetendeutschen bei der Eingliederung zu helfen. Auch die Bürgermeister Fritz Wohlfarth, Adam Metzner, Ludwig Fröhlich und Franz Feigl waren und sind großartige Unterstützer der sudetendeutschen Organisation. Ebenso waren und sind die Landräte des Landkreises Augsburg bis zur heutigen Zeit mit Martin Sailer allesamt immer gute Helfer in der Not.

Gründung der Egerländer Gmoi z‘ Königsbrunn

1958 wurde die Egerländer Gmoi z‘ Königsbrunn gegründet. Vorsitzender war Hans Langhammer. In der Nachfolge der SL-Obleute standen Alfred Adler, Otto Treutler, Albert Teichner und Lothar Silbernagel. Vor rund drei Jahren übernahm ich dieses Ehrenamt. Die Ortsgruppe war mit damals mehr als 300 Mitgliedern ein wichtiger Faktor in der Gemeinde Königsbrunn und stellte 40 Prozent der Gemeinderäte. Und auch als Königsbrunn 1967 zur Stadt erhoben wurde, stellte die SL noch 30 Prozent der Stadträte.“

Stadtpfarrer Bernd Leumann ging in seiner Predigt auf das Thema Vertreibung ein. Er mahnte an, dass es keine Kriege mehr geben sollte. Als große Bereicherung des Festgottesdienstes erwies sich die Teilnahme Blasorchesters Königsbrunn, das die musikalische Gestaltung übernommen hatte.

Wahre Friedensstifter im geeinten Europa

In den Grußworten der Bayerischen Sozialministerin Carolina Trautner, zugleich Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen, des BdV-Vizepräsidenten Altlandrat Christian Knauer, zugleich Landesvorsitzender in Bayern, und von Bayerns Stellvertretendem SL-Landesobmann Dietmar Heller aus Markt Rettenbach kam zum Ausdruck, dass die Sudetendeutschen wahre Friedensstifter im geeinten Europa sind. Den Gottesdienst besuchten außerdem Königsbrunns Stadtoberhaupt Franz Feigl, Schwabens BdV-Bezirksvorsitzender Andreas Jäckel MdL, Vize-Landrätin Sabine Grünwald und Hella Gerber, BdV-Kreisvorsitzende von Augsburg-Stadt und Stadträtin.

Ministerin Trautner brachte seitens der Staatsregierung zum Ausdruck, dass Bayern ohne die Sudetendeutschen nicht so gut dastünde. Knauer betonte, es werde Zeit, die Jugend für die Ziele der Vertriebenenverbände zu mobilisieren, sonst könnten wir in 30 Jahren keinen 100. Geburtstag feiern.

Heller ging auf den Versöhnungsgedanken der Sudetendeutschen mit den Tschechen ein, der zur Zeit auf beiden Seiten im Gange sei. Zudem appellierte er, ähnlich wie beim Deutsch-Französischen Vertrag vorzugehen. Mit dem Auszugslied „Tief drin im Böhmerwald“, intoniert vom Blasorchester Königsbrunn, endete der – mit allen notwenigen Hygienemaßnahmen gestaltete – festliche Gottesdienst. ❐

Quelle: Sudetendeutsche Zeitung
Folge 39 | 25.9.2020

Bayern demografiefester machen

„Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, sind oberstes Leitziel unserer Heimatpolitik. Als Heimatminister freut es mich daher besonders, dass die positiven demografischen Entwicklungen der vergangenen Jahre auch im ländlichen Raum sichtbar werden. Das Demografie-Kompetenzzentrum in Kronach unterstützt seit 2016 den Freistaat und regionale Akteure bei der Schaffung demografiefester Strukturen in Oberfranken. Es hat in den vergangenen vier Jahren wertvolle Arbeit für Oberfranken geleistet“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in einer Videobotschaft für die Online-Jahrestagung des Demographie-Kompetenzzentrums Oberfranken hervor.

Nach den Worten Fürackers konnten gemeinsam vielfältige Projekte wie die „Mitfahrbänke“, „SmartSpace Oberfranken“ und eine umfangreiche Imageanalyse Oberfrankens realisiert werden. Eine Besonderheit des Kompetenzzentrums sei seine große Flexibilität. Mit passgenauen Ideen kann es auch auf kurzfristige Herausforderungen reagieren. So wurde zu Beginn der Corona-Pandemie innerhalb weniger Tage eine Online-Datenbank geschaffen, die eine Übersicht zu regionalen Hilfsangeboten bietet. Füracker dankte dem gesamten Team herzlich für seine erfolgreiche Arbeit.

Im ländlichen Raum steigt seit 2012 die Bevölkerungszahl, nachdem sie in den Jahren zuvor stetig gesunken war. Auch in Oberfranken ist es gelungen, nach einer Phase der Abwanderung die Bevölkerungszahlen zu stabilisieren. ❐

Seniorenparadies in Günzburg

Unter 600 deutschen Städten landet die Große Kreisstadt mit Seniorenfreundlichkeit auf Platz 2

Günzburg. Die deutschlandweite Studie „Seniorenparadiese in Mittelstädten“ der Zeitschrift „Kommunal“ mit den Contor-Indikatoren versucht, die Städte zu finden, in denen sich Senioren willkommen fühlen, die eine relativ gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur bieten, die möglichst große Sicherheit bieten, die ein möglichst großes Angebot an Waren und Dienstleistungen für Senioren bieten und die gleichzeitig ein für die meisten Senioren bezahlbares Preisniveau aufweisen.

Daraufhin wurden nun alle deutschen Mittelstädte mit 20.000 bis 75.000 Einwohner untersucht. Nach Bad Kissingen ist Günzburg die seniorenfreundlichste Mittelstadt Deutschlands.

Bereits im Februar wurde die Stadt Günzburg als einer der gründerfreundlichsten Mittelstädte Deutschlands ausgezeichnet und erfährt jetzt eine weitere Ehrung. Wo liegt Deutschlands Seniorenparadies Nummer Eins? Das wollte die Zeitschrift Kommunal mit einem aufwändigen Berechnungsverfahren herausfinden. Berücksichtigt wurden der Anteil der in der Stadt lebenden Senioren, Infrastruktur, Verkehrsanbindung, Baulandpreise, Kriminalitätsrate, Arbeitslosenquote, Gesundheitsversorgung, Freizeiteinrichtungen sowie die Gastronomie.

„Wir sind natürlich stolz auf dieses Ergebnis, bestätigt es doch unsere jahrelange gemeinsame Arbeit im Seniorenbereich mit der Verwaltung, dem Stadtrat, dem Seniorenbeirat und weiteren Einrichtungen in unserer Stadt. Unser seniorenpolitisches Gesamtkonzept trägt nun wunderbare Früchte“, kommentiert Oberbürgermeister Gerhard Jauernig die Studie. Die Investitionen in den Flexibus, der barrierefreie Ausbau der Altstadt sowie des Friedhofs, der Ausbau des Gesundheitsstandorts sowie die Ansiedlung von Wohnen in der Innenstadt werden einmal mehr belohnt.

Unter folgendem Link steht die Studie zum Download bereit: https://www.contor.org/studien/kommual/senioren/ ❐



Oberbürgermeister Gerhard Jauernig und Seniorenbeiratsvorsitzender Gerhard Schöttl bei den Mobilitätstrainern für Senioren an der Jahnwiese: beide freuen sich über die Auszeichnung „Seniorenparadies. In Günzburg.“ Foto: Julia Ehrlich/ Stadt Günzburg

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Aus bei Kulturhauptstadt-Wettbewerb:

Nürnberg verfolgt Projekte weiter

Nürnberg ist nicht Kulturhauptstadt Europas 2025. Den Titel hat die Stadt Chemnitz erhalten. Die Entscheidung einer europäischen Jury verkündete die Vorsitzende des Gremiums, die Österreicherin Sylvia Amann, bei einer Pressekonferenz der Kulturstiftung der Länder. Kulturschaffende, Bürgerinnen und Bürger, das Bewerbungsteam und die Stadtspitze haben die Entscheidung mit großem Bedauern aufgenommen. Zeitgleich herrscht Aufbruchsstimmung: Nürnberg will die zentralen Projekte der Bewerbung konzentriert weiterverfolgen.

In seiner ersten Reaktion sagt Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König: „Ich bin sehr enttäuscht und traurig. Nürnberg hat sich, vom Bewerbungsbüro über den Stadtrat und die Stadtspitze bis in die freie Szene hinein, viele gute Gedanken gemacht. Ich danke Bürgermeisterin Prof. Dr. Julia Lehner für ihren überragenden Einsatz für dieses Projekt, ebenso danke ich dem Leiter des Bewerbungsbüros, Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, dem Team und allen, die sich in den vergangenen Jahren wahnsinnig engagiert eingebracht haben. Wir haben eine Bewerbung eingereicht, auf die wir stolz sein können, auch wenn es nicht geklappt hat. Der Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 wäre einfach klasse für die Stadt gewesen, aber es sollte nicht sein. Jetzt werden wir all die Dinge, die wir als richtig, wichtig und zukunftsweisend identifiziert haben, anschauen. Vieles ist es sicher wert, weiterverfolgt zu werden."

Größter Dank und höchste Anerkennung

Die Bürgermeisterin, Geschäftsbereich Kultur der Stadt Nürnberg, Prof. Dr. Julia Lehner, kommentiert: „Bereits durch die Teilnahme am Wettbewerb fühlt sich Nürnberg als Sieger. Am Prozess der Bewerbung haben sich tausende Nürnbergerinnen und Nürnberger mit großer Leidenschaft und Intensität beteiligt. Explizit gilt allen Menschen in Stadt und Metropolregion, die die Nürnberger Bewerbung unterstützt und daran teilgehabt haben, größter Dank und höchste Anerkennung. Die Stadt Nürnberg will Kernprojekte weiterverfolgen, etwa die Kongresshalle am ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu einem Ort der Kunst und Kultur entwickeln, das Haus des Spielens etablieren und die soziokulturellen Zentren zukunftsorientiert interpretieren. Auf dem Fundament der Bewerbung sollen nachhaltige Strukturen entstehen, die die Stadt in den kommenden Jahren prägen werden. Nürnberg hat die Zukunft freigeschaltet."

Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, sagt zu der Entscheidung: „Auch wenn die Entscheidung heute bedauerlich ist, bin ich überzeugt, dass Nürnberg und die Metropolregion durch den Bewerbungsprozess viel gewonnen haben. Die Dynamik und der Elan mit der regions- und institutionsübergreifend an wegweisenden Kulturprojekten gearbeitet wurde, hat unserer Kulturregion frischen Wind gegeben. Nun müssen wir uns genau anschauen, wo wir anknüpfen und welche Projekte in der Region trotzdem weitergeführt werden."

Mehr Gewicht auf Kunst und Kultur

Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, Leiter des Bewerbungsbüros, sagt zum Ausscheiden Nürnbergs: „Ich bedauere sehr, dass Nürnberg die Ernennung zur Kulturhauptstadt Europas nicht geglückt ist. Ich habe diese Stadt kennen und lieben gelernt und sehe in ihr nach wie vor großes Potenzial. Der immense Einsatz, den die Menschen in der Stadt und der Region für die Kulturhauptstadt gebracht haben, ist aber nicht umsonst gewesen. Wichtige Impulse wurden gesetzt und es hat ein Umdenken in Hinblick auf Kunst und Kultur in Nürnberg und der Region begonnen. Mit dem nun in Kraft tretenden ‚Plan B' werden die entscheidenden Prozesse in Zukunft fortgesetzt. Sei es die Internationalisierung der Kunst- und Kulturszene, seien es internationale Kunstprojekte oder die Erschließung neuer Räume für künstlerische Produktion: Nürnberg geht in jedem Fall mit neuen Perspektiven aus dem Bewerbungsprozess hervor."

Der Bewerbungsprozess hat in Nürnberg und der Metropolregion große Dynamik entwickelt. Innovative Projekte wurden angestoßen und neue interdisziplinäre Netzwerke haben sich gebildet. Zahlreiche Projekte wurden mit dem Rückenwind der Bewerbung auf den Weg gebracht und sollen weiterverfolgt werden. Dazu zählen insbesondere nachhaltige Strukturprojekte.

- **Kongresshalle**: Im Torso der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände soll ein Teilstück für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden. Diese Nutzung ermöglicht die zukunftsorientierte Weiterentwicklung der erinnerungskulturellen Arbeit Nürnbergs. Mit Beteiligung von Kunst- und Kulturschaffenden konnte eine umfassende Bedarfsanalyse bereits erfolgen. 2021 wird in einem partizipativen Prozess die detaillierte Konzeptentwicklung beginnen.
- **Haus des Spielens**: Im Pellerhaus entsteht ein internationales Zentrum der Spielkultur, das die Entwicklung des Spielens insbesondere in der digitalen Dimension fortschreibt. Ziel ist kein klassisches Museum, sondern ein GamesLab, ein Ort für Würfel und Joysticks, für Konferenzen, Hackathons, gemeinsames Spielen und spannende Experimente. Der hierfür nötige Ausbau des Gebäudes wird 2021 in Angriff genommen.
- **Weiterentwicklung der Kulturläden**: Die Nürnberger Kulturläden sind weit über die Stadt hinaus bekannt und sollen nun für das Publikum der Zukunft neu gedacht und konzeptionell mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort weiterentwickelt werden. Das Pilotvorhaben „KommVorZone" ist seit kurzer Zeit in der Nürnberger Südstadt angelaufen.
- **The Garage Project;** die Nürnberg2025-Initiative für die Kultur- und Kreativwirtschaft: In einem mehrstufigen Prozess wird die Alte Feuerwache 1 zum Ort für digitale Transformation in Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft und für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, mit einem Fokus auf Medien, Design und Digitales. ❒

„Leuchtende Beispiele" für die Region

Umweltfreundliches Bauen mit Grüner Hausnummer belohnt

Seit 1999 gibt es im Landkreis Amberg-Sulzbach die Grüne Hausnummer. Mehr als 80 Nummernschilder wurden seitdem verliehen, bei der aktuellen Sitzung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschusses des Landkreises Amberg-Sulzbach wurde diese Zahl um sechs Haushalte erweitert.

Familie Geppert (Ebermannsdorf), zweimal Familie Wenkmann (Hohenkemnath/Ursensollen), Familie List/Meuler-List (Hahnbach), Familie Meier/Schober (Hahnbach) und Familie Steindl (Hohenburg) erhielten die Auszeichnung für ihr umweltfreundliches, nachhaltiges, energieeffizientes und ökologisches Bauen, Wohnen und Handeln. Unter anderem, weil sie ökologische Baustoffe verwenden, Regenwasser auffangen und Wasser schonen, Lebensräume für Insekten schaffen oder auf Photovoltaik setzen.

Auszeichnung als Ansporn

Hierdurch sind sie Vorbilder eines umweltbewussten Agierens in unserem Landkreis, lobte stellvertretender Landrat Stefan Braun das Engagement der Preisträger. „Ein nachhaltiger Lebensstil beginnt in den eigenen vier Wänden", so Braun. Zudem soll die Auszeichnung auch ein Ansporn sein, dass möglichst viele Haushalte im Amberg-Sulzbacher Land diesen „leuchtenden Beispielen" folgen.

Auch künftig wird die Grüne Hausnummer verliehen. Interessierte Häuslebauer oder Hausbesitzer können Informationen und die Bewerbungsunterlagen beim Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit in Ensdorf anfordern oder auf der ZEN-Homepage unter www.zen-ensdorf.de/gruene-hausnummer.html herunterladen. ❒



Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des ZEN-Fördervereins, Florian Junkes (1.v.li.) überreichte der stellvertretende Landrat Stefan Braun (4.v.li.) die Grünen Hausnummern an (v.li.) Tobias List, Konrad Meier, Anneliese Wenkmann (in Vertretung ihres Sohnes Andreas), Alfred Steindl und Hans Wenkmann. Familie Geppert bekommt die Hausnummer zu einem späteren Zeitpunkt ausgehändigt.

Bild: Christine Hollederer

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Welch herrliche Zeit – jetzt wenn das Laub sich in alle Schattierungen von Gelb und Rot verfärbt, die Blätter langsam zur Erde schweben und man wie in Kindertagen in die Laubhaufen treten und die ganze Pracht hochwirbeln lassen kann." Mein Chef, der Bürgermeister, hatte sich am Wochenende auf in den Wald gemacht.

Der Wald hat ja für uns Deutsche eine ganz besondere, fast mythologische Bedeutung. Kaum ein anderes Volk kennt so viele Gedichte rund um den Wald, so viele Geschichten, Märchen und Erzählungen, die in einem Wald spielen oder in denen der Wald eine tragende Rolle inne hat. Begonnen haben dürfte alles mit Tacitus, der eigentlich nichts anderes als ein römischer Propagandist war, allerdings gesegnet mit literarischer Extraklasse. Er schrieb von den düsteren, undurchdringlichen, lebensfeindlichen Wäldern der Germanen, in denen sich nichts findet, was einer Zivilisation wie der mediterranen würdig wäre. Dabei dürfte er weniger eine volkskundliche Abhandlung im Sinn gehabt haben, sondern mehr eine Rechtfertigungsschrift, warum das Imperium die Rheingrenze nur für Strafexpeditionen überschritt, nicht aber zum Zwecke der Kolonisierung der dahinter liegenden Landschaften.

Mythos Wald

Germanen und Wälder, das ist seither ein Zwillingspaar, das sich in vieler Kulturen Bewusstsein eingenistet hat. Man hat ja auch bestimmte Vorstellungen von Landschaften im Kopf – die Mittelmeerländer oder England, wo weite Teile des Landes karst und unbewaldet sind, weil die Wälder als Lieferant für Bauholz von Schiffen für den Krieg, den Handel und die Kolonisation gerodet wurden, während man bei Deutschland eben an ausgedehnte Wälder denkt.

Richtig ist, dass die Ambitionen auf die Verwaltung eines schönen Stückes Südamerika durch die Augsburger Welser ebenso einen unrühmlichen Pleitetod starben, wie die preußischen Pläne, durch die Gründung von Großfriedrichsburg an der Goldküste (heute Ghana) in den transatlantischen Sklavenhandel einsteigen und damit die Staatsfinanzen sanieren zu können. Die große Zeit des Baus von Holzschiffen fand also ohne die Deutschen statt, die sich in der Zeit lieber in endlosen Konfessions- oder Erbfolgekriegen verstrickten.

Dennoch ist es auch uns und unseren Vorfahren gelungen, einen großen Teil der ursprünglichen Wälder abzuholzen oder zu roden. Was wir heute noch haben, ist nur ein Bruchteil dessen, was zur Zeit Tacitus unsere Heimat bedeckte.

Aber ein Alleinstellungsmerkmal haben wir noch: Das sehr frühe Bewusstsein um den wirtschaftlichen Wert des Waldes und der Notwendigkeit, ihn nachhaltig zu bewirtschaften, will man kontinuierlich Ertrag aus ihm ziehen. Nicht umsonst wurde die erste Forstordnung in einem deutschen Bistum, in Speyer anno 1442 erlassen. Und schon 1713 verwendete der kursächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz den Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Waldbewirtschaftung. Durch sich häufende Sturmschäden, breitflächigen Käferbefall und günstige Importpreise aus Mittel- und Osteuropa ist Holz heute freilich nur mehr sehr bedingt ein Geschäft, jedenfalls für die privaten Waldeigentümer. Hier sind neue Konzepte und ein neuer Mix im Baumbestand gefragt.

Eine ganz andere Idee zum Thema Wald hatte der Freistaat Bayern vor 50 Jahren. Mit dem Nationalpark Bayerischer Wald wurde ein riesiges Waldareal unter strengen Schutz gestellt und sich bzw. der Natur selbst überlassen. Ein gigantischer Erfolg im Hinblick auf die Vielfalt der Flora und Fauna dort und ein schönes Zeichen, dass Wald halt doch mehr ist, als ein Wirtschaftsfaktor. Wenn man sich den Wald der Germania des Tacitus vorstellen will, ist man im Nationalpark Bayerwald eher richtig am Platz, als in einem Fichtenstangerlwald, wie es ihn noch häufig gibt.

Mein Chef, der Bürgermeister, erholt sich gerne im Stadtwald und will ihn als Naherholungsgebiet stärken. Ganz im Sinne des Literaturnobelpreisträgers Elias Canetti: „Die Deutschen suchen den Wald, in dem ihre Vorfahren gelebt haben, noch heute gerne auf und fühlen sich eins mit den Bäumen".

Ihre Sabrina

Homeoffice und Datenschutz sind gefragte Themen

1. Bayerisch-Tschechischer BusinessTalk mit 120 Teilnehmern

Freyung. Der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag, der sich immer größerer Beliebtheit unter deutschen wie tschechischen Firmen erfreut und der im März hätte stattfinden sollen, musste wegen Corona ausfallen. Doch Jaroslava Pongratz, die Netzwerkmanagerin Bayern-Böhmen und Christina Tanosova, die neue Geschäftsführerin des Niederbayern-Forums hatten bereits ein alternatives Ass im Ärmel; denn sie wollten ohnehin die Themen Datenschutz und Homeoffice und was es dabei in Deutschland und Tschechien zu beachten gilt, demnächst aufgreifen.

„Wir dachten uns, das passt jetzt gut in die Zeit und haben uns für ein Online-Format entschieden", so Pongratz. Der 1. Bayerisch-Tschechische Business-Talk war geboren. Das Webinar ging via Zoom-Konferenz über die Bühne. „Technisch einwandfrei", freut sich die Netzwerkmanagerin der Europaregion Donau-Moldau, die zusammen mit dem Niederbayern-Forum den Talk organisierte.

120 Teilnehmer verfolgten die Fachvorträge von deutschen und tschechischen Experten, die ganz einfach mit einem Klick für den Zuhörer simultan übersetzt wurden. Den Anfang machten Thomas Greiner und Nadja-Maria Becke von der „aigner business solutions GmbH" in Hutthurm. Sie gingen auf die Themen IT-Sicherheit im Homeoffice ein – eine Herausforderung sowohl für die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer. Während der Corona-Zeit waren die Aufsichtsbehörden recht nachsichtig, wenn Firmen angesichts der rasanten Umstellung noch nicht alle Sicherheitsaspekte berücksichtigt hatten. Ihr Appell an die Firmen war, sich nun schnellst möglichst intensiv um diese Themen zu kümmern, besonders wenn die Beibehaltung von Homeoffice-Plätzen geplant sei. Vor allem der Schutz personenbezogener Daten stehe dabei im Mittelpunkt, aber auch der Schutz der eigenen Firma vor Cyberangriffen von außen.

Eva Herufek von der international tätigen Anwaltskanzlei „Tschöpl & Partner" mit Hauptsitz in Prag erörterte auf die Datenschutzgrundverordnung der EU. Da die Tschechen ein Anpassungsgesetz zur DSGVO erlassen haben, gibt es einige wichtige Unterschiede zwischen Deutschland und Tschechien, was die Umsetzung der Verordnung anbelangt. Zuletzt gab der Passauer Rechtsanwalt Stefan Loebisch Einblicke in das Datenschutzrecht an der Schnittstelle zum Wettbewerbsrecht. Er hob hervor, dass derzeit noch einige rechtliche Fragen offen seien – etwa, ob auch Mitbewerber (auf der Grundlage des Wettbewerbsrechts) Verstöße gegen die DSGVO abmahnen können oder nur die zuständigen Behörden. „Doch selbst wenn es nur über den Umweg der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörden läuft, rate ich allen Firmen, lieber das strenge, grausame deutsche Recht zu beachten", so der Fachanwalt. Ärger drohe immer, wenn die DSGVO nicht eingehalten werde. Da sich immer häufiger tschechische Firmen an ihn wenden, die „schockiert über die Komplexität des deutschen Rechts und die harten Strafen sind", sei er hochmotiviert gewesen, diesen Vortrag beim 1. Bayerisch-Tschechischen BusinessTalk zu übernehmen.

Die Teilnehmer richteten während des Webinars ihre Fragen an Jaroslava Pongratz, die im Anschluss an geklärt wurden. „Wir haben viel positives Feedback bekommen", freut sich die Netzwerkmanagerin, die sich bestätigt fühlt, dass die Themen dies- und jenseits der Grenze die Firmen beschäftigen. Deshalb wird der BusinessTalk im YouTube Netzwerkmanagement Bayern und unter www.niederbayern.de veröffentlicht. Im kommenden Jahr soll das Format fortgesetzt werden – wann und wie der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag stattfinden kann, ist derzeit noch offen. **– ml –**



Oberbürgermeister Christian Schuchardt gemeinsam mit einer Delegation der Schülerfirma „Care to go“. Bild: Georg Wagenbrenner

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 19. November 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für kommunale Entscheider**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**
- **Sicherheit · Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz**
- **Freizeitanlagen · Tourismus**

Schülerfirma besucht Oberbürgermeister:

Handreinigungsgel, das Gutes tut

In Corona-Zeiten etwas Gutes tun“, so lautet das Motto der Schülerfirma „Care to go“ der Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement der Klara-Oppenheimer-Schule in Würzburg. Unterstützt und gefördert wird die Firma von JUNIOR – Ein Schülerfirmenprogramm des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH.

Ziel der Schülerfirma ist es, mit ihrem Produkt, einem hygienischen Handreinigungsgel, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen. Unter vielen weiteren positiven Gesichtspunkten ist dieses Gel vegan, enthält kein Mikroplastik und ist tierversuchsfrei. Außerdem kooperiert „Care to go“ mit Share, einer deutschen Konsumgütermarke mit Produkten in den Bereichen Lebensmittel, Getränke und Körperpflege, und spendet mit jedem verkauften Handreinigungsgel für Hygienepakete für Flüchtlingsfamilien in Flüchtlingslagern in Bangladesch.

Das Konzept der Schüler überzeugte schon einige Kommissionspartner. In Würzburg kann man das Handreinigungsgel im Edeka Trabold, im Kupsch in der Domstraße und im Burkardushaus für 3,95 € pro Tube erwerben.

Bevor jedoch Geld verdient werden kann, wird Startkapital benötigt. Dieses soll durch den Verkauf von 90 Anteilscheinen zu je zehn Euro erreicht werden. Auch Oberbürgermeister Christian Schuchardt überzeugte das Konzept. Er erwarb einen Anteilschein der Schülerfirma.

Beim Besuch im Rathaus wurde dieser durch die Verantwortlichen überreicht und das Konzept der Schülerfirma kurz vorgestellt. **Chiara Wischer**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck Wasserkraft bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❒

Neuwahlen beim Städtetag in Mittelfranken

In der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags wurde am 22. Oktober 2020 in Erlangen der Erste Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Gunzenhausen, zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Mittelfranken gewählt. Fitz tritt als Bezirksvorsitzender die Nachfolge des Ersten Bürgermeister a. D. Alfons Brandl, Herrieden, an, der nun Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist. Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken wiedergewählt.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlung üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und sie repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen. In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr. Behandelt werden regionalspezifische Anliegen und aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen alle sechs Jahre neu gebildet. ❒

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie **kommunale Themen** direkt mit Personen, die **ähnliche Herausforderungen** meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · **www.juwi.de**

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 087 24/88-0 . www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · **www.pt-dynaset.de**

Informationssicherheit / Datenschutz



DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

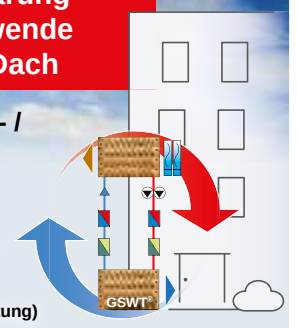
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Tellkötter Star
Wir liefern in 8-14 Tagen – und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Sonderdruck 5. November 2020 71. Jahrgang Nr. 21/2020



V.l.: Rupert Speer, Bürgermeister Saulgrub; Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie; Landrat Anton Speer, Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Andreas Rödl, Bürgermeister Oberammergau. Foto: CH

Passion für Wasserkraft

Von einer touristischen Werbemaßnahme über den technischen Fortschritt bis zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Dass bayerische Kommunen Wasserkraft nach wie vor als ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energiequelle verstehen, hat Großweil in der Nähe des Kochelsees bewiesen. Unterstützt durch die Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen und einen privaten Investor entstand an der Loisach ein modernes, fischfreundliches Schachtkraftwerk. Die Inbetriebnahme dieser Anlage hätten wir gerne mit unserem 8. Bayerischen WasserkraftForum gewürdigt. Mit einem Besuch des nahegelegenen Walchenseekraftwerks hätten wir so unseren Besuchern neueste Technik und Wasserkraftpionierleistung gemeinsam präsentiert. Leider hat uns das derzeitige Virusgeschehen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir mussten die Veranstaltung absagen. Einen Wasserkraft-Sonderdruck halten Sie heute trotzdem in den Händen, denn das Thema hat viele berichtenswerte Facetten. Ein paar davon dürfen wir Ihnen in dieser Sonderausgabe präsentieren.

Die Ammer-Loisach-Energie beispielsweise lud – nur ein paar Kilometer von Großweil entfernt – zufällig am Vortag der geplanten und dann abgesagten Veranstaltung zu einem Spatenstich für ein neues, kommunales Wasserkraftwerk an der Halbammer ein. Der regionale Energieversorger ist ein Zusammenschluss aus zehn Gemeinden (Bad Bayersoien, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Schwaigen, Eschenlohe, Grainau, Oberau, Ettal, Oberammergau, Unterammergau) und dem Energieversorger Energie Südbayern. Das Gelände für die neue Anlage stellen Bayerische Staatsforsten und die Gemeinde Saulgrub. In der Nähe befindet sich das historische Wasserkraftwerk Kammerl. Oberammergaus Bürgermeister Andreas Rödl berichtete, dass Kammerl eigentlich den Strom hätte liefern sollen, mit dem die Gäste im Jahr 1900 per Bahn zu den Passionsspielen kommen sollten. Aber das Kraftwerk war nicht rechtzeitig fertig geworden.

Für die Idee, die Bahn mit Strom statt mit Dampf zu betreiben, soll Thomas Cook verantwortlich gewesen sein, der so den Tourismus (und damit auch die technische und wirtschaftliche Entwicklung) in der Region ankurbeln wollte. Aufgrund verschiedenster technischer Schwierigkeiten fuhr die Bahn aber erst ab 1905 elektrisch von Murnau nach Oberammergau. Trotzdem ist diese Strecke weltweit die erste, die mit einphasigem Wechselstrom betrieben wurde. Das Wasserkraftwerk Kammerl zählt heute deutschlandweit zu den bedeutendsten Denkmälern für erneuerbare Energien.

„Wasserkraftwerke werden in Bayern nicht oft gebaut, obwohl sie ein Zukunftsthema mit langer Tradition sind“, erläuterte der Geschäftsführer der Ammer-Loisach-Energie, Oberammergaus ehemaliger →

TERMINHINWEIS
8. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM
am 16.09.2021
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

DOKUMENTATION IM INTERNET
Die Beiträge aus dem Sonderdruck stehen auch im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download in der Gruppe „Wasserkraft“ bereit.

Bürgermeister Arno Nunn. „Dieses neue Kraftwerk an der Halbammer dient dem Klimaschutz und der Wertschöpfung vor Ort, denn mit den Bauarbeiten werden regionale Firmen beauftragt.“ Das Wasserkraftwerk soll ab Ende 2021 mit einer Leistung von 135 KW jährlich etwa 500.000 KWh Ökostrom erzeugen – genug, um den Jahresverbrauch von etwa 300 Haushalten zu decken. Landrat Anton Speer wünschte dem Projekt den verdienten Erfolg und bekräftigte das Bekenntnis des Landkreises Garmisch-Partenkirchen zur Wasserkraft: „Circa 10 Prozent der Energie im Landkreis wird mit Wasserkraft erzeugt und wir sind auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten.“

Da die Halbammer wegen Hochwasserschutzmaßnahmen sowieso nicht durchgängig ist, hält sich der ökologische Eingriff in Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeit etwas ändern, müssten auch am Kraftwerk entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Die Begeisterung für Energie aus Wasserkraft war bei den zahlreich anwesenden kommunalen Vertretern deutlich spürbar. Saulgrubs Bürgermeister, Rupert Speer, berichtete über technische Visionen, die das Ammertal schon früh beflügelten: „Als selbst in Berlin noch die Gaslaternen leuchteten, gab es im Bereich des Kraftwerks Kammerl schon elektrisches Licht.“ Vom neuen Kraftwerk erhofft sich die Gemeinschaft jetzt Synergieeffekte. Mit dem e-ALOIS, dem eCarsharing-Programm der Ammer-Loisach Energie, sind erste Ideen, den klimafreundlichen und CO2-freien Strom zu nutzen, auch schon in der Umsetzung.

Vielleicht bekommt die Bayerische GemeindeZeitung doch noch eines Tages die Gelegenheit das Bayerische WasserkraftForum in oder um Großweil abhalten zu dürfen, um gute Beispiele vor Ort und Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Wasserkraft zu präsentieren. Wir haben den 16 September 2021 für die nächste Veranstaltung eingeplant, aber wir brauchen wohl einen größeren Veranstaltungsort. Das Freizeitheim in Großweil wäre in Laufnähe zum Kraftwerk gewesen, aber für unsere Anforderungen – momentan – leider zu klein.

Wenn Sie sich schon jetzt mit Wasserkraft-Interessierten vernetzen wollen, dann registrieren Sie sich im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern und treten Sie der Gruppe Wasserkraft bei. Wir freuen uns auf den Austausch. Hoffentlich sehen wir uns in naher Zukunft wieder. ■

Kommentar zur deutschen Energiepolitik | Anne-Marie von Hassel

Physikalische Grundkenntnisse sollten das politische Handeln prägen

Echte Energiewende gelingt nicht in der Kristallisation politischen Wunschdenkens



Anne-Marie von Hassel

Die zwei bestimmenden Themen unserer Tage sind die sogenannte Corona-Krise und die schon etwas länger diskutierte Klima-Krise. Letzterer wollen wir in Deutschland mit einer Energiewende begegnen, an der sich der Rest des Universums unausweichlich ein Beispiel nehmen muss, denn wie stellte Ex-Umweltminister Jürgen Trittin 2004 fundamental fest: „Es bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet - so viel wie eine Kugel Eis.“

So kleidete dieser Politiker sein ideologisches Wunschdenken, seine Behauptung und sein Gesetzeskonstrukt in ein Umfeld, das er den Bürgern als Wahrheit verkaufte. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an die Uhrzeitumstellung am 6.4.1980, die ein messbares Instrument zur Energieeinsparung sein sollte, was sich allerdings als Rohrkrepierer herausstellte.

Heute kostet die Umverteilung von arm nach reich per EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) -Umlage (2020: 6,756 ct/kWh zuzgl. MwSt.) jeden Stromkunden bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.000 Kilowattstunden pro Jahr gut 17 Euro (zuzgl. MwSt.) im Monat (das sind bei derzeitigen durchschnittlichen Eiskugelkosten von einem Euro pro Kugel gut 17 Kugeln. Mit der Apanage eines Ex-Bundesministers und für den guten Zweck ist das sicherlich ein Leichtes zu stemmen, für Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger ist das eher eine unsägliche Belastung.

Und in Sachen CO2-Einsparung sieht es ja bekanntermaßen eher mau aus, wobei von den Regenerativ-Lobbyisten mit Verve und Medienhilfe massiv bestritten wird, dass das irgendetwas mit einer Energiewendepolitik zu tun hat, die stets den zweiten Schritt vor dem ersten macht.

Dazu stellt Dr. Rupert Pritzl vom Bayerischen Wirtschaftsministerium sinnigerweise fest, dass die deutsche Klimapolitik auf dem EEG basiert. Das EEG aber ist nach Ansicht des Sachverständigenrats[1] teuer und ineffizient und trägt fast nichts zur erwünschten Verringerung der CO2-Emisisonen bei.

Inzwischen gibt es einen „Wildwuchs“ unterschiedlicher Steuern, Abgaben und Umlagen, der eine wirksame Klimapolitik verhindert. Um dem entgegenzuwirken, sollte die Klimapolitik als internationales Koordinationsproblem erkannt und behandelt werden. In Deutschland ist ein Strategiewechsel in Richtung Kosteneffizienz, Technologieoffenheit und einer stärkeren Förderung von Forschung und Entwicklung erforderlich.

Dass wir eine ökologisch vertretbarere Energiebedarfsdeckung brauchen, die aber auch sozialverträglich und ökonomisch verantwortbar bleiben muss, ist unbestritten. Allein die Herangehensweise an das Wie ist allerdings gerade auch bei uns in Deutschland eher von politischem Wunschdenken als von nüchternem, an Fakten und Naturgesetzen der Physik orientiertem Handeln geprägt.
Mit der Obszönität der wirtschaftlichen Stärke und übervoller Kassen (vor Corona) hat sich Deutschland ohne Not oder aus Lust am Untergang auf die Astspitze seines →

[1] S. 39ff https://t1p.de/kptd

starken (Energie-) Baumes gesetzt und mit Wollust begonnen, eben diesen Ast der gesicherten, autarken Energieversorgung am Baumstamm abzusägen.

Als Ersatz hat man sich, vermeintlich dem Wahlvolkwillen gehorchend, aber eher auf Umfragewerte und Medienkampagnen schielend, der sogenannten Energiewende verschrieben, die da heißt:

Abwicklung einer gesicherten und bezahlbaren Grundlast-Energieversorgung, Umbau zu einer ausschließlich volatilen (Wetter und Tageszeit abhängigen), unsicheren und letztendlich vom Wohlwollen der europäischen Atom-Partner abhängigen Energieversorgung.

Ist man boshaft, wenn man derartiges Vorgehen als deutschen Energie-Imperialismus bezeichnet?

Unsere Nachbarländer werden ungefragt gezwungen, die Auswüchse unserer Energiewende zu ertragen. Um größere Schäden in ihren eigenen Energienetzen zu vermeiden, müssen sie unseretwegen erheblichen zusätzlichen technischen Aufwand betreiben. Unsere Nachbarn im Westen wie im Osten mussten teure Phasenschieber errichten, damit die deutsche Ökostromflut (oftmals zu Unzeiten) nicht deren Stromnetze kollabieren lässt.

Eine rühmliche Ausnahme bilden unsere österreichischen Freunde, die sich dank großer (Pump-) Speicherkraftwerke gegen ein entsprechendes Salär bereitfinden, zum Beispiel den überbordenden Sonnenstrom in Bayern, der an arbeitsfreien Tagen schon mal dem ungeregelten Einspeisen von mehr als 10 Kernkraftwerken mit über 13.000 Megawatt entspricht, in ihren Speicherseen zu bunkern, um ihn dann abends bzw. an Werktagen oder bei unsonnigem Wetter für Apothekenpreise uns wieder zur Verfügung zu stellen.

Ich darf betonen, es geht nicht darum, die fossile und/oder atomare Energieversorgung eines hochindustrialisierten Landes zu zementieren; aber immerhin verdankte Deutschland seinen Reichtum vor allem seiner starken Wirtschaft, die immer auf eine hochqualitative, unterbrechungsfreie, unabhängige Energieversorgung angewiesen war.

Das scheint obsolet – ist es aber nicht. Vielmehr geht es doch darum, außerhalb politischer Instrumentalisierung vernunftbetont und faktenorientiert Schritt für Schritt eine ökologisch vertretbarere Energieversorgung (Deutschland 4.0) aufzubauen. Aus meiner Sicht könnte hier – neben den hochvolatilen Energiequellen Sonne und Wind – eine achtsame und nachhaltige Nutzung der Wasserkraft ebenso wie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft einen spürbaren und deutlichen Beitrag zu einer CO2-armen und sicheren Energieversorgung leisten.

Die deutsche CO2-Bilanz pro Kopf ist viel zu hoch, aber was wir durch teilweise diskutierte Deindustrialisierung, durch Abschalten der Grundversorgung aus Kohle, Gas und Atom bezogen auf die CO2-Bilanz weltweit einsparen, bewegt sich im Promillebereich und ist für die Rettung der Welt komplett irrelevant.

Letztendlich bleibt der Appell,

- *politisches Wunschdenken und Taktieren hintanzustellen,*
- *naturgesetzliche Einflüsse auch bei der Elektrizitäts-Versorgung zu berücksichtigen,*
- *den von gewinnmaximierenden Lobbyisten lautstark geforderten, ungehemmten Zubau von Leistung aus Wind- und Photovoltaik-Kraftwerken zu bremsen und dessen Rendite-Garantien in vernünftige, marktorientierte Bahnen zu lenken*
- *lösungsorientiert an einer menschen- und umweltverträglichen Energieversorgung Schritt für Schritt gemeinsam und international zu arbeiten*
- *den erhobenen deutschen Zeigefinger gegenüber dem Rest der Welt wieder einzuklappen*
- *sich angesichts nach wie vor exponentiell steigender Bevölkerungszahlen in den Rest der Menschheit hineinzuversetzen*
- *und den Wunsch dieser Menschen nach ausreichend Energie zu respektieren*
- *bzw. ihnen zu helfen. Oberlehrerallüren sind dabei fehl am Platz.* ■



Echt fair für Ihre Zukunft

erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah



Seit Anfang des Jahres ist das Schachtkraftwerk in Großweil in Betrieb.

Foto: Frank Becht / TU München

Weltneuheit Schachtkraftwerk produziert erste Million KWh klimafreundlichen Strom

Das weltweit erste Schachtkraftwerk, das seit Jahresanfang in Großweil im Landkreis Garmisch-Partenkirchen in Betrieb ist, hat die erste Million Kilowattstunden CO2-freien Strom produziert. Auch mehrere Hochwasser hat die Pilotanlage mit der von einem Team der Technischen Universität München entwickelten Wasserkraft-Technologie bereits standgehalten. „Wir sind sehr zufrieden mit den ersten Betriebsmonaten", sagt Günther Rösch, Technischer Leiter der Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen. „Wenn das Schachtkraftwerk in diesen schwierigen Umgebungsbedingungen funktioniert, dann funktioniert es überall."

Der neue Kraftwerkstyp wurde nach einer Idee von Dipl.-Ing. (FH) Albert Sepp von diesem und Professor Peter Rutschmann am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft an der TU München entwickelt. Mit finanzieller Unterstützung des Freistaats Bayern wurde es an einem bestehenden Querbauwerk in Form einer Rauen Rampe an der Loisach errichtet. Nachdem der erste Antrag auf ein konventionelles Buchtenkraftwerk an dem Standort abgelehnt worden war, entwickelten Rutschmann und Sepp das Schachtkraftwerk weiter, mit dem ein Folgeantrag gestellt wurde. Die innovative Technologie erfüllte die strengen ökologischen Kriterien.

Gemeinde Großweil durch Schachtkraftwerk fast CO2-neutral

Unterstützung fand das Vorhaben durch die oberbayerische Gemeinde Großweil, die mit ihren rund 1.400 Einwohnern durch das Wasserkraftwerk rechnerisch fast CO2-neutral ist. Die Kommune schloss sich mit den Gemeindewerken Garmisch-Partenkirchen und der Kraftwerk Farchant, A. Poettinger & Co. KG zusammen. Sie gründeten die Wasserkraftwerk Großweil GmbH für die Finanzierung, den Bau und Betrieb der Anlage.

Die Wasserkraftanlage mit einer maximalen Ausbauleistung von ca. 420 kW wird rund 2,5 Mio. kWh Strom pro Jahr produzieren. Die erste Turbine ging Ende Januar in Betrieb, die zweite drei Wochen später. Zwei Monate dauerte die Testphase. „Jetzt lernen wir die Anlage im Dauerbetrieb kennen", sagt Markus Poettinger von Kraftwerk Farchant, der die Anlage technisch überwacht und für die optimale Steuerung sorgt. Die beiden Turbinen werden derzeit mit maximal 380 kW im Parallelbetrieb gefahren. Die Stromerzeugung von einer Million Kilowattstunden im ersten halben Jahr entspricht seinen Erwartungen.

Barrierefreier Strömungsweg – Turbinen arbeiten unter Wasser

Für das Schachtkraftwerk muss der Flusslauf nicht umgebaut werden. Stattdessen wird vor dem bestehenden Wehr ein Schacht in das Flussbett eingebaut. In Großweil sind es zwei Schächte mit jeweils einer Turbine und einem Generator, die unter der Wasseroberfläche arbeiten und nicht sichtbar sind. „Das Wasser fließt durch eine großflächige horizontale Rechenebene in die Schächte zu den Turbinen, wodurch eine anspruchsvolle Anströmungsqualität mit geringen Fließgeschwindigkeiten geschaffen wird", erläutert Albert Sepp, Leiter des abgeschlossenen Forschungsvorhabens, die Besonderheiten des Schachtkraftwerks. „In Kombination mit der stauhaltenden, multifunktionalen und vertikal beweglichen Verschlusstafel mit permanenter Über- und Durchströmung wird ein barrierefreier Strömungsweg gewährleistet, der von den Fischen für einen gefahrlosen Abstieg genutzt wird."

Darüber hinaus lassen sich Hochwasser, Treibholz und Geschiebe effizient abführen, da im abgesenkten Verschlusszustand eine mächtige Überfallströmung mit großer Spülwirkung generiert wird und durch die Restenergie auch im Unterwasser Ablagerungen vermieden werden.

Horizontaler Rechen schützt Technik und Fische

Die besondere Anordnung der Rechengitter stellt technisch und fischbiologisch eine Innovation dar. Zudem ist der Rechen durch die 2 cm großen Abstände der Metallstäbe ohnehin von Fischen kaum passierbar. Zahlreiche Untersuchungen an der Versuchsanstalt in Obernach haben bereits gezeigt, dass die meisten Fische über den Schacht schwimmen. Ab Mitte September 2020 werden in der Pilotanlage in Großweil weitere Untersuchungen im Rahmen eines fischökologischen Monitorings durchgeführt. Zusätzlich wurden zu beiden Seiten Fischwanderhilfen gebaut. So ist die Anlage für Fische in beide Richtungen durchgängig. ■

Ökologische Wasserkraft:
So funktioniert das neue Schachtkraftwerk
https://youtu.be/2neTrcoUV-8

Advertorial

AMServ Wasserkraft

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken im In- und Ausland gehören seit Jahrzehnten zu unserer Kompetenz. Wir, von der AMServ-Service-Dienstleistungsgruppe, sind Ihre Ansprechpartner, wenn es um den effektiven Betrieb, Zustandserfassung, Wartung, Reparatur und Neulieferung von elektrischen rotierenden Maschinen aller Art geht. Wir sind die Spezialisten, die Ihre Komponenten auf Herz und Nieren prüfen, eine Fehleranalyse durchführen und anschließend kompetent instand setzen. Wir sind herstellerunabhängig tätig. Schnell, effizient, qualitäts- und umweltbewusst, in Deutschland und im Ausland!

Mit der Instandhaltung und Reparatur alter Anlagen werden kostbare Ressourcen geschont und ungewollte Emissionen verhindert. Zudem tragen wir durch die Verlängerung der Lebensdauer eines Generators zur Verbesserung der Rentabilität des Kraftwerks bei und stärken damit die erneuerbaren Energien.

Wir bieten Ihnen folgende Leistungen für Ihre Generatoren und Motoren:

Zustandserfassung, Wartung, Neublechung und Neuwicklung von Stator und Rotor, auch Teilreparaturen der Wicklungen vor Ort, Reinigungen der Wicklungen vor Ort, Überarbeitung von Erregermaschinen, Lagertausch, Wuchten und Betriebswuchten an eingebauten Maschinen, Vorfertigung von Rotorwellen und Neubelegen von Kollektoren, Neuaufbau von Schleifringkörpern, Einbau von Thermofühlern in Wicklungen und zur Lagerüberwachung, Anbau von Klemmkästen, Leistungserhöhung z.B. durch Erhöhung der Isolationsklasse, Modernisierung und Wirkungsgradverbesserungen.

Gerade beim Betrieb von elektrischen Maschinen lassen sich viele Ausfallzeiten vermeiden, wenn alle Möglichkeiten der Wartung ausgeschöpft werden. ■

Für Stellantriebe bieten wir einen kompletten Service der bekanntesten Hersteller, wie z.B. Auma.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.amserv.de.
Wir freuen uns auf Sie.



VWB e.V. und LVBW eG

Bayerische Wasserkraftverbände weisen WWF-Studie entschieden zurück

Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG üben scharfe Kritik an WWF-Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. In einem Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern verurteilen sie den auf falscher Interpretation von Tatsachen basierenden Frontalangriff auf die für den Klimaschutz notwendige Wasserkraft-Technologie.

„Wir sind fassungslos ob der einseitigen Darstellung und der pauschalen Schuldzuweisung durch den WWF“, kommentiert Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V, die Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. Der „Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern“ wurde im August der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Basis dieser Studie fordert der WWF den Stopp des Neubaus von Wasserkraftwerken und den Rückbau bestehender Anlagen. „Nicht nur basiert diese Forderung auf falschen Ausgangsvoraussetzungen und Interpretationen, es ist auch eine sehr kurzsichtige Forderung mit Blick auf den Naturschutz in Zeiten des Klimawandels“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. „Energieerzeugung aus Wasserkraft ist eine notwendige Säule des Klimaschutzes und sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere - auch für Fische - langfristig erhalten bleiben.“

In dieser ersten Stellungnahme zu der WWF-Studie weisen die Bayerischen Wasserkraftverbände VWB und LVBW auf folgende Sachverhalte hin.

Nur 4.000 Wasserkraftwerke an 57.000 Querbauwerken - Auch der Bayerische Staat ist in der Verantwortung

Als Fazit der Studie teilt der WWF in der Pressemitteilung vom 19.08.20 mit: „Knapp 57.000 Querbauwerke wie Abstürze, Wehre und Staudämme zerschneiden Bayerns Flüsse. Nur 11 % dieser Barrieren sind ‚frei durchgängig‘, können also problemlos von Fischen überwunden werden.“

„Von diesen 57.000 Querbauwerken befinden sich lediglich an 4.000 von ihnen Wasserkraftanlagen“, stellt Fritz Schweiger von der VWB klar. „Das ist ein Bruchteil, und außerdem sind viele von ihnen in den vergangenen Jahren ökologisch verbessert worden. Dazu sind wir schon allein aufgrund strenger gesetzlicher Auflagen verpflichtet.“ Die Wasserkraftanlagen könnten somit nicht die alleinige Ursache für die vom WWF konstatierte mangelhafte Qualität und Durchgängigkeit von 85 Prozent der bayerischen Flussgewässer sein, so Schweiger.

Rund 60 Prozent der Wasserkraftbetreiber, die Mitglied in den beiden Wasserkraftverbänden sind, haben in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der Standorte durchgeführt, zum Beispiel, indem sie Fischtreppen gebaut haben.

Die übrigen Querbauwerke, immerhin rund 93 Prozent der Wehre in Bayern, befinden sich im Eigentum des Bayerischen Staates, fährt Schweiger fort. „Hier ist der Staat in der Verantwortung, für die Durchgängigkeit zu sorgen.“ Zudem wurden die Wehre nicht ohne Grund gebaut, sondern erfüllen wichtige Funktionen. Sie dienen beispielsweise dem Hochwasserschutz und der Grundwasserstabilisierung.

Unterschiedlichste Akteure verunreinigen Gewässer

Auf einen weiteren Sachverhalt weist Hans-Peter Lang vom LVBW hin: „Es gibt sehr viele, sehr unterschiedliche Umgebungsbedingungen, die einen negativen Einfluss auf die Wasserqualität haben“. Als Beispiele nennt er die Begradigung von Flüssen, das Eintragen von diffusen Stoffen, Ausleitungen aus Kläranlagen und Reifenabrieb auf Straßen, die in Gewässer geschwemmt werden. Und nicht zuletzt verunreinigt und verstopft der Wohlstandsmüll, der achtlos weggeworfen wird, die Flüsse. „Man macht es sich sehr einfach, wenn man nur den Wasserkraftanlagen die Schuld für alle Defizite in die Schuhe schiebt“, resümiert Lang.

Zudem wurden kaum neue Anlagen im Zuge der Energiewende gebaut. Wenn sich die Zustände der Flüsse in den vergangenen Jahren, wie vom WWF konstatiert, deutlich verschlechtert haben, so könne es kaum an diesen bis zu 100 Jahren bestehenden Anlagen liegen. Denn im Jahr 1920 gab es noch rund dreimal so viele Wasserkraftanlagen wie heute.

Kleine Wasserkraft ist nicht klein - Kleine bayerische Anlagen decken Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz

Der WWF kritisiert weiterhin den geplanten Ausbau der Wasserkraftleistung angesichts des Stromertrags. „Gerade einmal 1,5 % des bayerischen Stroms werden derzeit von den rund 4.000 Kleinwasserkraftwerken (Leistung < 1MW) erzeugt“, schreibt der WWF in der Pressemitteilung. „Die sogenannte Kleine Wasserkraft wird gern klein geredet - zu Unrecht“, kommentiert Fritz Schweiger von der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB). „Immerhin erzeugen die Anlagen über eine Milliarde Kilowattstunden Strom im Jahr. Damit kann rechnerisch der Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz gedeckt werden. Darüber hinaus ist Strom aus Wasserkraftanlagen CO2-frei, er wird regional erzeugt und vermeidet damit Energieverluste und trägt zur Stabilisierung örtlicher öffentlicher Stromversorgungsnetze bei.“

„Wir fordern eine sachliche Auseinandersetzung mit der Wasserkrafttechnologie und keine ideologiegetriebene Fehlinterpretation von Tatsachen, um eine für die Energiewende und den Klimaschutz notwendige Technologie zu verunglimpfen“, appellieren Fritz Schweiger und Hans-Peter Lang im Namen ihrer Verbände. „Umwelt- und Naturschutz muss langfristig zusammen mit dem Klimaschutz gedacht werden, und hierfür ist die Wasserkraft essenziell.“ ■

Zur Pressemitteilung und Studie des WWF:
https://bit.ly/37Q8N2i

SÜC Energie & H2O GmbH

Effizientere Turbine im Wasserkraftwerk Oberwallenstadt


Außenansicht WKW Oberwallenstadt. Foto: SÜC Energie

Das Kraftwerk Oberwallenstadt im bayerischen Lichtenfels gibt es im seit 1922. Die Nutzung der Wasserkraft am Mühlbach lässt sich urkundlich bis 1242 zurückverfolgen. Der Fürstbischof zu Bamberg hatte einem Müller das Wassernutzungrecht für die sogenannte Obermühle verliehen. Später entstanden mehrere Mahl- und Schneidmühlen an dem Mühlbach. Letztendlich veräußerte der letzte Schneidmühlenbesitzer 1921 das Wasserrecht an den lokalen Energieversorger. Dieser errichtete in 1922 das Wasserkraftwerk, in dem zwei doppelstöckige Francisturbinen eingebaut wurden. Bereits 20 Jahre später war die größere Turbine so beschädigt, dass sie durch eine Kaplanturbine ersetzt werden sollte. Wegen der Kriegswirren gelang dies erst 1948. Im Jahre 2000 übernahmen die SÜC Energie und H2O GmbH aus Coburg das Wasserkraftwerk. Die andere Turbine – Turbine 1- wurde bis 2006 eingesetzt und ab 2007 durch eine neue strömungsoptimierte Kaplanturbine ersetzt.

Turbine 2 aus 1948 lief bis 2017 bis auf kleinere Schäden und normalem Unterhalt fehlerfrei. 2017 bemerkte das Betriebspersonal, dass der in der Hohlwelle verbaute Hydraulikzylinder eine Leckage zwischen den Kammern hatte. Um den Fehler beheben zu können hätte die gesamte Turbine mit Getriebe zerlegt werden müssen. Die zu erwartenden hohen Kosten nahm die SÜC zum Anlass über eine Modernisierung der gesamten Turbine nachzudenken. Zusammen mit der Fa. Kochendörfer und der TU Graz wurde ein Konzept entwickelt, welches eine Verbesserung des Wirkungsgrades und damit der Jahreserzeugung von 12,8 % versprach. Das Saugrohr sollte unverändert bleiben. Der Leitapparat wurde generalüberholt. Der Turbinenläufer wurde gegen einen neuen strömungsoptimierten ausgetauscht. Auf Wunsch der SÜC prüfte Fa. Kochendörfer aus Pleystein, ob auch ein Vielpolgenerator, ein sogenannter Permanent-Magnet-Generator (PMG), eingesetzt werden könnte. Die Entscheidung fiel auf einen 30 polpaarigen PMG der Fa. Oswald aus dem unterfränkischen Miltenberg, so dass die Generatordrehzahl gleich der Drehzahl der Turbine war. Der Vorteil ist, dass kein Getriebe mehr notwendig ist.

Im Juli 2018 wurde die Turbine, Getriebe und Generator zurückgebaut und der Leitapparat zur Überholung demontiert. Nach der exakten Vermessung des Saugrohres und des Abschlusses des iterativen Berechnungsvorgangs des neuen strömungsoptimierten Läufers, konnte dieser zur Fertigung frei gegeben werden. Zwischenzeitlich wurden die Leitschaufeln, der restliche Leitapparat und der Turbinendeckel überholt.

Mit Verzögerung wurde Ende April 2019 die neue Turbine in Betrieb genommen. Im Mai erlaubte das Wasserdargebot den ersten Test der neuen Anlage. Bereits jetzt kann gesagt werden, dass die berechneten Leistungswerte erreicht werden.

Betreiber setzt auf Wasserkraft

Die SÜC (SÜC Energie und H2O GmbH) gilt seit circa 160 Jahren als verlässlicher Energieversorger in der Region. Heute bietet das Unternehmen ein breites Spektrum von Service und Dienstleistungen für Strom, Erdgas, Fernwärme, Energiedienstleistungen, Wasser, Internet und Mobilität. Die SÜC betreibt mit dem KW Hausen seit der Inbetriebnahme 1934 auch ihr erstes Wasserkraftwerk. Um das Jahr 2000 erwarben die Coburger mit dem KW Kirschbaummühle am Schützenanger und dem KW Oberwallenstadt zwei weitere Wasserkraftwerke am Obermain. Damit versorgen die SÜC heute mit insgesamt rund 8 Mio. kWh circa 2.300 durchschnittliche Haushalte mit der Energie des Mains. ■

WASSERKRAFT
Ja bitte!

Wasserkraft – Bayerns erneuerbare Stromquelle Nr. 1

www.wasserkraft-ja-bitte.com

Wasserkraft – Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW

Wir sind Partner:

Verbund, uniper, RMD, LEW Wasserkraft, LEW, SÜC, WKP, Kraftwerke, Stadtwerke Bad Tölz, EWH, VBEW, Gemeindewerke, bayernwerk, SWM, Energieallianz Bayern

www.wasserkraft-ja-bitte.com

Bleiben Sie gesund!

Terminhinweis

8. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

16.09.2021

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

IMPRESSUM:
Sonderdruck Nr. 21/2020
der Bayerischen GemeindeZeitung

Redaktion: Constanze von Hassel, Anne-Marie von Hassel, Doris Kirchner, Jan Kiver
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

BAU› INDUSTRIE
Bayern

GESTALTER DER ZUKUNFT

Du willst die Welt verändern?
Du möchtest etwas bewegen?
Du suchst einen **#Beruf** mit Sinn?

Werde **#Gestalter der Zukunft**! Werde **#Bauingenieur**!
Denn als Bauingenieur gestaltest du die Zukunft mit!

Folge uns auf Instagram **@bybauindustriebayern** und informiere dich über die Chancen einer Karriere als Bauingenieur! **#gestalterderzukunft**

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 19. November 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 22



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Alexander Dobrindt bei der KPV:

Krisenmanagement von Bund und Kommunen

Die aktuelle Situation der bayerischen Kommunen im Hinblick auf die Politik des Bundes diskutierten in einer digitalen Sitzung zahlreiche Mitglieder von Landesvorstand- und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) unter Leitung des KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Rößle gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, MdB. Insbesondere wurden die finanziellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise erörtert.

Zu Beginn der Videokonferenz bedankte sich Stefan Rößle namens der KPV für die bisherige Unterstützung der Bundesregierung in der derzeitigen Krise bei Dobrindt. Mit der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle, der Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) und weiterer Hilfspakte unterstütze die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundestag mit über einer Millarde Euro die bayerischen Kommunen. Dies sei insbesondere ein Erfolg der Politik der CSU in Berlin.

An der Seite der Kommunen

Dobrindt betonte, dass die CSU-Bundestagsfraktion auch weiterhin in der Corona-Krise fest an der Seite der Kommunen stehe und man gute Lösungen und politische Kompromisse für alle beteiligten Seiten gefunden habe. Gerade in den Kommunen werde derzeit ein starkes Krisenmanagement und unglaubliche Arbeit geleistet.

Jedoch dürfe von den politischen Verantwortlichen in Berlin, so Dobrindt, nicht der Eindruck erweckt werden, dass man alle Folgekosten der Corona-Krise übernehmen könne. Fest stehe, dass der Bund und die Länder die entstandenen Schäden nicht zu hundert Prozent ausgleichen können. Bisher habe der Bund gemeinsam mit dem Freistaat einen Großteil der Einnahmenausfälle und Mehrkosten insbesondere für die Kommunen kompensiert. Die Kommunen und die Bundesregierung befänden sich durch die neuartige Krise derzeit in einem „Lernprozess." Im Hinblick auf die innereuropäischen und deutschen Produktionsketten berichtete Dobrindt von ersten Erfolgen im Gesundheits- und Pflegesektor. Langfristig sollten, nach Dobrindts Vorstellungen, auch u. a. Schnelltests nicht mehr außerhalb der EU, sondern in Deutschland entwickelt und produziert werden.

Auch über die Coronakrise hinaus unterstütze der Bund die Kommunen in Bayern, insbesondere in den Bereichen Bildung, Infrastruktur sowie im Pflege- und Gesundheitssektor. Hierzu nannte Dobrindt exemplarisch den „Digitalpakt Schule", das neue Investitionsprogramm für Krankenhäuser sowie das Sportförderungsprogramm für kommunale Infrastruktur.

Neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren gesellschaftlichen Folgen gebe es weiterhin drei weitere wichtige Themen auf Bundesebene: Klimaschutz, Migration und die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Diese drei Themen dürften von der Politik trotz der Krise nicht vernachlässigt werden.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



Landrat Stefan Rößle und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt (v.l.) gemeinsam an der Video-Wand mit einigen Mitdiskutanten. Bild: SF

Rege Diskussion

Nach dem Impulsvortrag von Alexander Dobrindt wurde mit den Teilnehmern die finanzielle Belastung und die Soziallasten der Bezirke durch Mehrausgaben, aktuelle Förderprogramme des Bundes, der bayernweite Mobilfunkausbau, der langfristige Erhalt der Krankenhaustrukturen und kleinen Gesundheitseinrichtungen, sowie die finanzielle und zukunftsfähige Ausstattung der bayerischen Kommunen über 2020 hinaus diskutiert.

Das Ergebnis der Diskussion: Das gemeinsame Krisenmanagement von Bund, Freistaat und Kommunen in Bayern hat sich bewährt und sollte weiter und noch enger, auch in den kommenden Jahren praktiziert werden, um die Folgen der Corona-Pandemie auf unser gesellschaftliches Leben zu minimieren. Des Weiteren sollten die drei zentralen Themen Migration, Klimaschutz und die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht vernachlässigt werden. **SF**

Hilfe für finanzschwache Kommunen

Füracker übergab Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Tatkräftig unterstützt der Freistaat finanzschwache Kommunen. „Der Freistaat steht auch in den aktuell extrem schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen. Die besondere Unterstützung strukturschwacher Kommunen im ländlichen Raum ist mir besonders wichtig", erklärte Finanzminister Albert Füracker im Anschluss an die Sitzung des Verteilerausschusses mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertretern des Innen- und Finanzministeriums.

Von den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden. Sie sollen finanzschwachen Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen.

Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Bayernweit erhalten insgesamt 149 Kommunen für das Antragsjahr 2020 Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen. „Dies ist ein starkes Signal für finanzschwache Kommunen zur Konsolidierung ihrer Haushalte. Die Mittel sind Teil des Kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2020 einen Höchststand von rund 10,3 Milliarden Euro erreicht. Dadurch unterstützt der Freistaat seine Kommunen so tatkräftig wie noch nie", stellte Füracker fest.

Aus Niederbayern bekommen 20 Kommunen insgesamt 10,9 Mio. Euro. 15 Städte und Gemeinden werden mit 7,3 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Niederbayern empfängt der Landkreis Freyung-Grafenau mit 2,5 Mio. Euro, gefolgt von der Stadt Regen (1,7 Mio. Euro) und der Gemeinde Grattersdorf mit 1 Mio. Euro.

Drei Kommunen in Schwaben erhalten fast 3 Mio. Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Die Stadt Lauingen (Donau) wird mit 2,5 Mio. Euro unterstützt, die Landkreise Dillingen a. d. Donau und Lindau (Bodensee) werden mit jeweils 200.000 Euro gefördert.

Über 54,5 Mio. Euro gehen an insgesamt 56 oberfränkische Kommunen. 49 Städte und Gemeinden werden mit über 47,7 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Oberfranken empfängt die Stadt Hof mit 7,8 Mio. Euro, gefolgt von Selb (3,7 Mio. Euro) und Marktredwitz (3 Mio. Euro).

Fünf Kommunen in Mittelfranken dürfen sich über mehr als 7 Mio. Euro freuen. Dabei werden die Städte Fürth und Hersbruck mit 4,5 Mio. Euro bzw. 2,1 Mio. Euro bedacht.

29 Kommunen in Unterfranken erhalten insgesamt fast 20 Mio. Euro. 25 Städte und Gemeinden werden mit über 16,5 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in Unterfranken empfängt die Gemeinde Schonungen mit 2,5 Mio. Euro, gefolgt von Münnerstadt (2,45 Mio. Euro) und Bad Brückenau (1,48 Mio. Euro).

An 35 Kommunen in der Oberpfalz gehen insgesamt fast 33 Mio. Euro. 31 Städte und Gemeinden werden mit fast 30 Mio. Euro unterstützt. Die höchste Einzelzuweisung in der Oberpfalz empfängt die Stadt Weiden mit 7,5 Mio. Euro. Es folgen Tirschenreuth mit 2,5 Mio. Euro und Mitterteich (1,85 Mio. Euro).

In Oberbayern bekommt schließlich der Landkreis Berchtesgadener Land 200.000 Euro an staatlichen Bedarfszuweisungen. Die Bescheide werden aufgrund der Corona-Pandemie den Kommunen voraussichtlich bis Anfang Dezember übersandt. **DK**

Digitaler Kongress der Bundes-KPV:

Strukturwandel gestalten

Ein knappes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) auf ihrem diesjährigen Kommunal-Kongress frühzeitig die inhaltliche Debatte über das anstehende Wahlprogramm mitbestimmt. Dabei legte sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Mit Blick auf den Gesundheitsschutz wurde die zweitägige Veranstaltung, die heuer in Bochum stattfinden sollte, als Digitalkonferenz durchgeführt.

„Für 2021 rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Haushaltsloch in den Städten und Gemeinden von 10 Milliarden Euro. Das bringt die kommunalen Haushalte in eine gefährliche Schieflage", machte der Kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der KPV, Christian Haase MdB, deutlich.

Die Kommunen seien durch die Pandemie personell, organisatorisch und finanziell gefordert wie noch nie. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Krisenmanager nun selbst in Not geraten. Die Kommunen müssen in der Lage sein, notwendige Investitionen zu tätigen, um die Konjunktur anzukurbeln und ihre Aufgaben der Daseinsvorsor-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Integrationsgipfel der Bundesregierung:

Kommunen sind zentrale Akteure

Wie kann Integration nach wie vor für die Menschen gewährleistet werden, die besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen sind? In einem Schulterschluss aus Bund, Ländern, Kommunen sowie verschiedenen Akteuren aus der Zivilgesellschaft wurde beim Nationalen Integrationsgipfel per Videoschalte diese Frage diskutiert.

Insbesondere für Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind persönliche Begegnungen zentral – sie fehlen momentan. Deshalb sei es besonders wichtig, bei der Integration auf Digitalisierung zu setzen, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Konsequent digital

Konkrete Integrationsmaßnahmen müssen aus ihrer Sicht künftig konsequent digital ermöglicht werden. Von Deutschkursen über Migrationsberatung bis hin zur Unterstützung bei der Jobbewerbung: All das müsse jetzt digital erfolgen. Vor allem soll die berufliche Integration, insbesondere von Frauen, vorangetrieben werden, beispielsweise in Form einer zentralen Servicestelle Berufsanerkennung sowie allgemeiner digitaler Beratungsangebote.

„Mit Blick auf künftige Ausbildungs- und Arbeitschancen dürfen junge Menschen jetzt nicht zu den Verlierern der Pandemie werden, denn eine Ausbildung im Betrieb ist ein besonders er-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Präsidentschaftswahlen in Amerika nimmt der Bürgermeister zum Anlass, um mit den Bürgern intensiv über das Wesen der Demokratie zu sprechen. Er teilt die Ansicht von Norbert Röttgen: „Populismus erzielt Resonanz, aber am Ende gewinnt der Anstand." Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Bayern verabschiedet erstes bayerisches Klimaschutzgesetz . . 2
Kommunen lehnen eigenständige Aufnahmepolitik ab 2
Maskren-Tragepausen an Schulen 2
GZ-Kolumne Josef Mederer:
Hilfen für Ratsuchende werden ausgebaut 3
Regionale Identität stärken 3
Millionenschweres Investitionsprogramm für Kinderbetreuung 3
Energiethemen • Ausstattung kommunaler Gebäude . . . 7 - 14
Katastrophenschutz • Sicherheit 16
Tourismus in Bayern 17
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 18 - 20

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber:

Neues Zeitalter beim Klimaschutz

Landtag verabschiedet erstes bayerisches Klimaschutzgesetz

Der Bayerische Landtag hat das erste bayerische Klimaschutzgesetz verabschiedet. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber freute sich über die Entscheidung, nachdem er in der Landtagsdebatte noch einmal für das Gesetz geworben hatte: „Das ist ein guter Tag für den Klimaschutz. Mit dem ersten bayerischen Klimaschutzgesetz steigen wir ein in ein neues Zeitalter des Klimaschutzes. Das Klimaschutzgesetz mit dem begleitenden Zehn-Punkte-Plan ist ein großer Wurf. Der umfangreiche Plan macht Klimaschutz zu einem Mitmach-Projekt."

Im Kern sieht das Klimaschutzgesetz vor, dass der Freistaat bis spätestens 2050 klimaneutral wird, die Staatsverwaltung bis 2030. „Unsere Ziele sind klar und mit dem Bund und Europa verzahnt. Nur gemeinsam können wir die Klimaneutralität schaffen. Für das Umweltministerium haben wir dieses Ziel bereits erreicht", so Glauber.

Kompensationsplattform

Um eine Kompensation verbleibender Treibhausgasemissionen in Bayern zu ermöglichen, wird eine eigene Kompensationsplattform zunächst für staatliche Behörden aufgebaut. Daneben schafft das Klimaschutzgesetz insbesondere für die Fortschreibung des Klimaschutzprogramms und der Klimaanpassungsstrategie sowie für den Bayerischen Klimarat ein gesetzliches Fundament. Zusätzlich wird der Klimaschutz im Bildungsbereich noch stärker verankert und auch bei behördlichen Entscheidungen noch deutlicher einfließen. Außerdem wird ein neuer Klimapreis geschaffen, der zu mehr Klimaschutz motivieren und Leistung für das Klima honorieren soll.

Maßnahmenkatalog

Begleitet wird das Klimaschutzgesetz von einem Paket mit rund 100 konkreten Maßnahmen in insgesamt 10 Bereichen. Glauber: „Das Klimaschutzgesetz ist ein schlankes Gesetz. Klimaschutz wird nicht durch ein Gesetz im Aktenschrank vollzogen. Papier ist geduldig – der Klimawandel ist es nicht. Klimaschutz muss erfolgreich gelebt werden. Die rund 100 Projekte sind das Herzstück der Klimaschutzoffensive. Mit diesen konkreten Vorhaben, Strategien und Programmen sollen die Zielsetzungen des Gesetzentwurfes Wirklichkeit werden. Hier realisiert Bayern konkret den Klimaschutz. Mit einer Klima-Milliarde für Klimaschutz und High-Tech gehen wir kraftvoll voran."

Die Maßnahmen sind den 10 Bereichen zugeordnet: Wald (1), Moore (2), Wasser (3), Klimaschonende Landwirtschaft, Ökolandbau und Ernährung (4), Innovationen (5), Energie (6), Mobilität (7), Klimaarchitektur (8), Holzbau (9) sowie Klimaneutralität – Staat und Kommunen (10).

Technologie-Offenheit

Über zwei Drittel der Maßnahmen wurden schon in Angriff genommen. „Vor allem auch der technologie-offene Ansatz ist uns wichtig. Eine moderne Gesellschaft kann nicht sagen Klima gegen Wirtschaft. Eine moderne Gesellschaft muss sagen Klima und Wirtschaft", betonte Glauber. Dabei spielen alle Klimaschutztechnologien eine entscheidende Rolle.

Weitere Informationen rund um das Thema Klimaschutz: www.klimaschutz.bayern.de. ❐

Hygieneplan:

Masken-Tragepausen an Schulen

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat einen Eilantrag gegen die Maskenpflicht an Schulen in Bayern zwar abgelehnt. Dennoch sei die entsprechende Vorschrift so auszulegen, dass für die Schülerinnen und Schüler im Freien und unter Einhaltung des Mindestabstands die Möglichkeit zu Tragepausen bestehen müsse. Zugleich wird die Attestpflicht im Umgang mit Erkrankungen angepasst.

Der BayVGH begründete seine Entscheidung damit, dass die Maskenpflicht zwar eine verhältnismäßige Schutzmaßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus sei. Weil Schülerinnen und Schüler wegen der Schulpflicht das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (MNB) aber nicht vermeiden könnten, verlange der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, dass ihnen während Pausen im Freien und unter Einhaltung des Mindestabstands eine Tragepause ermöglicht werde. Eine verfassungskonforme Auslegung der Regelungen der 8. BayIfSMV mache daher diese Ausnahme von der Maskenpflicht erforderlich.

Schülerinnen und Schülern ist es erlaubt, ihre Masken auf den Pausenflächen abzunehmen, wenn für einen ausreichenden Mindestabstand gesorgt ist. Gleiches gilt während einer Stoßlüftung im Klassenzimmer. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte mit Blick auf das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen in der Schule auf das Fehlen einer expliziten Ausnahmeregelung in der 8. BayIfSMV selbst hingewiesen. Zugleich merkte das Gericht an, dass allerdings eine Regelung im Rahmenhygieneplan für die bayerischen Schulen bereits existiere und somit die Tragepausen für die Schülerinnen und Schüler vorgesehen seien.

Zuspruch aus den Kommunen

Kultusminister Michael Piazolo sagte: „Maskentragen ist ein wirksames Mittel, das uns in der Schule dabei hilft, den Präsenzunterricht aufrecht zu erhalten. Entscheidend ist aber auch hier das Augenmaß. So waren Tragepausen immer schon in unserem Hygieneplan enthalten. Dieser Beschluss bestätigt uns, dass wir die Vorgaben für die Schulen mit sehr viel Bedacht treffen und dabei stets auf die Balance zwischen der Gesundheit der Schüler und ihrem Recht auf Bildung achten. Eine neue Handhabung brauchen wir nicht, denn sie existiert bereits."

Aus den Kommunen kommt Zuspruch. So kommentierte Landrat Alexander Legler (Aschaffenburg) die Regelung in den sozialen Netzwerken: „Das letzte Wort hat hier die Schulleitung und ich hoffe auf eine schülerfreundliche Umsetzung." Auch Landrätin Tanja Schweiger (Regensburg) sieht durch die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ihre Einschätzung bestätigt.

Anpassungen bei Attestpflicht

Der Minister verkündete zugleich eine Neuerung, die bei vielen Eltern für ein Aufatmen sorgen dürfte: „Wir passen in Absprache mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege die Vorgaben für den Umgang mit Erkrankungen an. So dürfen Schüler ab der 5. Jahrgangsstufe mit leichten Symptomen die Schule wieder besuchen, wenn sie innerhalb von 48 Stunden keine schwereren Symptome entwickelt haben. Ein ärztliches Attest oder ein negativer Corona-Test sind nicht erforderlich. Gleiches gilt für die Lehrkräfte im Freistaat. Grundschulkinder mit nur leichten Symptomen können wie bisher auch weiter die Schule besuchen.

Ausnahmeregelungen im Detail

Grundsätzlich gilt: An allen Schulen findet der Regelbetrieb unter Beachtung des Rahmenhygieneplans statt. Bis voraussichtlich 30. November sind aufgrund des Infektionsgeschehens weitergehende Maßnahmen erforderlich. Auf dem Schulgelände besteht Maskenpflicht. Dabei gelten in Einzelfällen Ausnahmen wenn das aufsichtführende Personal aus zwingenden pädagogisch-didaktischen oder schulorganisatorischen Gründen eine Ausnahme genehmigt.

Hierzu zählt das Ausüben von Musik (ausschließlich Gesang und Spiel auf Blasinstrumenten) und Sport, die Durchführung naturwissenschaftlicher Experimente, Sprechfertigkeitsprüfungen oder bei Einhaltung des Mindestabstands die Teilnahme an Leistungsnachweisen. Partner- und Gruppenarbeit im Rahmen der Klasse ist an allen Schularten bei Einhaltung des jeweiligen Mindestabstands möglich. Bei Partnerarbeit mit dem unmittelbaren Sitznachbarn ist – vorbehaltlich anderslautender Anordnungen – ein Mindestabstand nicht nötig.

Für sonstige schulische Veranstaltungen außerhalb des Schulgeländes gilt eine Maskenpflicht, soweit dies angeordnet ist (z.B. bei Benutzung des ÖPNV). Die zuständige Kreisverwaltungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen zulassen, soweit dies aus infektionsschutzrechtlicher Sicht vertretbar ist. Eine solche Ausnahmegenehmigung kann nur für einzelne Schulen in besonders gelagerten Einzelfällen in Frage kommen. Voraussetzung hierfür ist, dass an der jeweiligen Schule der Mindestabstand von 1,5 m auch im Klassenzimmer (bei durchgängigem Präsenzunterricht) eingehalten werden kann. Die Entscheidung trifft die zuständige Kreisverwaltungsbehörde auf der Basis des Ausbruchsgeschehens vor Ort für jede einzelne Schule.

Soweit aufgrund der baulichen Gegebenheiten der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, bedeutet die Einführung des Mindestabstands von 1,5 Metern auch zwischen den Schülerinnen und Schülern in Unterrichtsräumen und in den Räumen für den schulischen Ganztag bzw. der Mittagsbetreuung eine zeitlich befristete erneute Teilung der Klassen und eine damit verbundene Unterrichtung bzw. Betreuung der Gruppen im wöchentlichen oder täglichen Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht. Eine (etwaige) Notbetreuung ist in diesem Fall eingeschränkt zulässig.

Trennwände reichen nicht

Sogenannte CO2-Ampeln tragen dazu bei, den richtigen Zeitpunkt für eine Notwendigkeit des Lüftens zu bestimmen. Trennwände können generell vor Tröpfchen schützen, jedoch auch die Luftzirkulation beim Lüften behindern. So machen installierte Trennwände weder regelmäßiges Lüften noch andere Maßnahmen zur Infektionsreduktion entbehrlich. Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften werden im Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis 31. März 2021 gefördert (www.km.bayern.de/luften-schulen).

Masken im Sportunterricht

Sportunterricht findet unter den allgemeinen Rahmenbedingungen dieses Rahmenhygieneplans statt. Im Innenbereich sind sportpraktische Inhalte zulässig, soweit dabei ein Tragen einer MNB zumutbar/möglich ist; der Mindestabstand kann die MNB nur ersetzen, wenn dies durch entsprechende Anordnung des Gesundheitsamts zugelassen ist. Im Freien ist eine Sportausübung ohne MNB möglich, soweit der Mindestabstand von 1,5 m unter allen Beteiligten eingehalten werden kann.

Visiere (Face-Schields) stellen keinen zulässigen Ersatz für MNB dar. red

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Zenglein
63808 Haibach
am 30.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Stark
83558 Maitenbeth
am 23.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Meyer
95698 Bad Neualbenreuth
am 21.11.

Bürgermeister
Alfred Lantenhammer
84573 Schönberg
am 28.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Pöschl
86807 Buchloe
am 21.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Achatz
94505 Bernried
am 28.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Kommunen lehnen mehrheitlich eigenständige Aufnahmepolitik ab

In einer von der SPD initiierten Expertenanhörung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags zum Thema Seenotrettung im Mittelmeer wurden Maßnahmen diskutiert, wie Mensch gerettet werden können und welche Rolle die Kommunen in Bayern in diesem Zusammenhang spielen. Der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände plädierte dafür, Such- und Rettungsaktionen wieder stärker in staatlicher Verantwortung durchzuführen. Initiativen einzelner Kommunen lehnte er ab.

Derzeit wird auf verschiedenen Ebenen über ein verstärktes Engagement Deutschlands bei der Flüchtlingsaufnahme diskutiert. Dabei geht es um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland, ebenso wie um die Aufnahme von Personen, die aus Seenot gerettet wurden.

Etwa 20.000 Menschen sind Schätzungen zufolge seit 2014 bei ihrer Flucht über das Mittelmeer gestorben. Seenotrettung und Migration – aus Sicht der SPD-Fraktion sind die Themen so zentral, dass sich auch der Landtag damit befassen sollte. Sie setzt sich für eine staatlich organisierte Seenotrettung auf EU-Ebene ein und initiierte dazu eine Expertenanhörung mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die CSU sieht das Thema jedoch auf Ebene der Europa- und Außenpolitik und nicht auf Landesebene angesiedelt. Als Experte für die kommunale Ebene war Dr. Klaus Ritgen, Referent im Referat 21 des Deutschen Landkreistages, eingeladen.

Keine eigenständige Aufnahmepolitik

Eine Reihe von Städten sowie einige Landkreise und Gemeinden haben ihre Bereitschaft erklärt, weitere Flüchtlinge aufzunehmen; das gilt namentlich für diejenigen Kommunen, die der Aktion „Seebrücke" beigetreten sind. Wenn einzelne Kommunen (oder auch Länder) erklärten, Geflüchtete auch jenseits existierender Verteilungsschlüssel aufnehmen zu wollen, stehe dem im Grundsatz nichts entgegen, sagte Ritgen. Problematisch seien solche Erklärungen allerdings, wenn sie in inhaltlich bedingter Form ergehen, etwa auf besonders „erwünschte" Flüchtlinge oder Flüchtlingsgruppen wie bspw. Familien mit Kindern oder Angehörige einer bestimmten Nationalität. So sei der Sinn von Verteilungsverfahren – nämlich die Herstellung von Belastungsgleichheit – gefährdet. Ritgen lehnte den Vorschlag ab, Kommunen eine eigenständige Aufnahmepolitik zu gestatten. Die Auswirkungen einer Aufnahme von Flüchtlingen ließen sich nicht auf das Gebiet der aufnehmenden kommunalen Gebietskörperschaft beschränken, sondern würden Deutschland im Ganzen betreffen.

Pull-Faktoren verhindern

Hinzu komme, dass durch ein solches isoliertes Vorgehen einzelner Kommunen – dasselbe gelte für die Länder – das Signal gesendet werden könnte, Deutschland sei unbeschränkt zur Aufnahme sogenannter „Bootsflüchtlinge" bereit. Damit würde ein weiterer Pull-Faktor geschaffen, obwohl es gerade das Ziel sein müsse, Flüchtlinge davon abzuhalten, das unkalkulierbare Risiko einer Überquerung des Mittelmeers auf sich zu nehmen. Ritgen gab zu bedenken, dass Aufnahmeprogramme einzelner Landkreise, Städte oder Gemeinden auch den Zusammenhalt der Kommunen untereinander gefährden könnten. Daher sollten Such- und Rettungsaktionen wieder stärker in staatlicher Verantwortung durchgeführt werden sowie private und staatliche Stellen bei der Seenotrettung im Mittelmeer enger zusammenzuarbeiten.

Appell von Sea-Eye

Gorden Isler, Vorstand des Vereins Sea-Eye e.V., forderte hingegen direkte finanzielle Unterstützung – einerseits von der Staatsregierung selbst, andererseits könne sie die Grundlagen schaffen, damit Kommunen beispringen könnten. So haben die Stadt Konstanz, der Landkreis Konstanz, der Kreis Nordfriesland und die Gemeinde Schoneiche bei Berlin kommunale Patenschaften für das deutsche Rettungsschiff Alan Kurdi übernommen und fördern Sea-Eye mit Beträgen zwischen 1.500 Euro und 10.000 Euro pro Jahr. Neben finanzieller Hilfe für privat organisierte Seenotrettungsmissionen könnten sie seiner Ansicht nach auch die Aufnahme geretteter Menschen anbieten oder sogar einfordern.

Entwicklungsarbeit in den Gemeinden

Dr. August Hanning, ehemaliger BND-Präsident, appellierte, mit den nordafrikanischen Staaten enger zusammenzuarbeiten, um illegale Machenschaften zu verhindern.

Darauf bezog sich auch Christian Springer, Vorstand des Vereins Orienthelfer e.V.: „Allein in Syrien haben Menschen auf der Flucht in den vergangenen Jahren rund 40 Milliarden Euro in die Hand illegaler Schleuser gegeben", zitierte er aktuelle Statistiken. Er schlug vor, auch kommunale Lösungen in den Blick zu nehmen. Seine Entwicklungsarbeit basiere weitgehend auf kommunaler Entwicklungsarbeit und Engagement in den Gemeinden. Alle Ebenen europäischer Zusammenarbeit müssten gestärkt werden, besonders die unteren politischen Ebenen. Denn laut Springer bewegte die kommunale Zusammenarbeit oft weitaus mehr als bilaterale Abkommen.

Mehr Solidarität

Elena Lange-Bratanova, Referentin und Leiterin des operativen Teams in der Arbeitsgruppe M4 für Asylrecht und Asylverfahren des BMI, forderte die Solidarität von einem breiten Kreis aus Mitgliedstaaten. Sie empfahl zudem, die Verhandlung mit Entwicklungsländern wieder stärker zu führen, die geflüchtete Menschen wieder aufnehmen. „Und wir brauchen vor allem eine Lösung für die Ausschiffung evakuierter Menschen. Darin sehe ich unsere Aufgabe im Bundesministerium." Karin Patock, Leiterin des Referats Resettlement, Humanitäre Aufnahme, Relocation im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ergänzte: „Wir müssen legale Migrationswege stärker fördern, damit Menschen nicht den gefährlichen Fluchtweg über das Mittelmeer wählen."

Reform des Asylsystems

Zu den Kernelementen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), das die EU-Kommission im September 2020 vorgelegt hat, zählen ein verpflichtender Solidaritätsmechanismus in Krisenzeiten, effizientere Grenzverfahren und Rückführungen, verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, mehr legale Zugangswege und ein entschlossenes Vorgehen gegen Schleuser.

Johannes Schad, Sachbearbeiter in der Arbeitsgruppe M4 im Bundesinnenministerium, erläuterte, dass auch künftig in erster Linie jenes Land für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig sei, in dem ein Asylbewerber zuerst den Boden der EU betrete. Was weiterhin dazu führe, dass einige Anrainerstaaten besonders betroffen seien. In der geplanten Reform des Asylsystems sieht er eine Chance, eine europäische Lösung in der Migrationsfrage zu finden. Denn nach den Plänen der EU-Kommission soll ausnahmslos jeder Mitglieds-

(Fortsetzung auf Seite 3)



Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger (v.l.) mit Bayernwerk-Chef Reimund Gotzel (2.v.l.): Michaela Karl, Regina Hellwig-Schmid, Joana Mallwitz, Carolina Camilla Kreusch, Arnd Rühlmann und Christa Mayer. Bild: Simon Leibl / Bayernwerk AG

Kulturpreis des Bayernwerks:

Herausragende Künstler und Wissenschaftler geehrt

Zuschauer verfolgen Veranstaltung per Livestream

München. Es war eine Veranstaltung ganz im Zeichen von Kultur und Wissenschaft. Erstmals im Rahmen einer Übertragung per Livestream und im regionalen Fernsehen hat die Bayernwerk AG (Bayernwerk) den Kulturpreis Bayern für besondere Leistungen in den beiden Sparten vergeben. Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, und Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel gratulierten den Preisträgerinnen und Preisträgern, die jeweils die Bronzestatue „Gedankenblitz" erhielten.

Unter ihnen die Schriftstellerin Michaela Karl, die Künstlerinnen Regina Hellwig-Schmid und Carolina Camilla Kreusch, der Schauspieler und Regisseur Arnd Rühlmann und die Opernsängerin Christa Mayer. Auch die besten Absolventinnen und Absolventen der staatlichen bayerischen Hochschulen wurden mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Einen Sonderpreis erhielt die Dirigentin, Pianistin und Generalmusikdirektorin am Staatstheater Nürnberg, Joana Mallwitz. Die Moderatorin und Autorin Nina Sonnenberg moderierte die aus dem Medienpark Ismaning gesendete Veranstaltung.

Mit Kultur die Öffentlichkeit erreichen

„Derzeit ist es wichtig, mit Kultur eine breite Öffentlichkeit zu erreichen", sagte Reimund Gotzel in seiner Ansprache. Als im Frühjahr klar geworden sei, dass man die Veranstaltung nicht wie sonst im Rahmen einer klassischen Preisverleihung abhalten könne, habe man frühzeitig mit der Planung eines digitalen Formats begonnen, erläuterte er. „Kultur und Wissenschaft sind unverzichtbar in unserer Gesellschaft und müssen auch in Krisenzeiten Gehör finden."

Wertvolle Arbeit und grenzenlose Kreativität

Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte: „Wir sind stolz auf die großartigen Leistungen von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Freistaat. Mit dem Preis würdigen wir ihr großes Engagement, ihre wertvolle Arbeit und ihre grenzenlose Kreativität." Der Kulturpreis Bayern ist in der Sparte Kunst mit jeweils 5.000 Euro dotiert, in der Sparte Wissenschaft mit jeweils 2.000 Euro. Als Showacts traten Carolina Bastos und Ariel Merkuri vom Bayerischen Staatsballett, die Musikerin Vivi Vassileva oder die A-cappella-Formation Viva Voce auf. Auch Moderatorin Nina Sonnenberg wechselte die Rollen und trat in ihrer musikalischen Rolle, der Rapperin „FIVA", auf.

Weitere Infos:

www.bayernwerk.de/de/ueber-uns/engagement/kultur-und-tradition/kulturpreis-bayern/2020.html ❐

Landkreistag ...

(Fortsetzung von Seite 2)

staat verpflichtet sein, an diesem System mitzuwirken.

AfD-Experte abgelehnt

Die AfD hatte für die Anhörung – wie die anderen Fraktionen auch – einen Sachverständigen vorgeschlagen, der von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden war. Die Begründung: Der vorgeschlagene Experte ist Vorsitzender eines Vereins, den das Bundesamt für Verfassungsschutz seit Juni 2020 als Verdachtsfall im Bereich des Rechtsextremismus einstuft. Die AfD zog deshalb vor den Verfassungsgerichtshof, der den Erlass einer einstweiligen Anordnung aber ablehnte. Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) erklärte, das Gericht habe in seiner Entscheidung die Rechtsauffassung des Landtags bestätigt.

Es sei „nicht ausgeschlossen, dass ein Ausschuss eine von einer Fraktion vorgeschlagene Person mit einer sachbezogenen Begründung ablehnen kann", hieß es in der Mitteilung des Gerichts. „Dies gilt insbesondere, wenn diese einem Verein vorsteht, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich des Rechtsextremismus eingestuft wird, um dieser Person kein Forum für etwaige extremistische Äußerungen in einem Landtagsausschuss zu bieten." red

Regionale Identität stärken

Im Rahmen der Projektförderung Regionale Identität will die Bayerische Staatsregierung die Menschen für ihre bayerische Heimat begeistern. Aktuell wurden die Projekte „Regionalkampagne von Stadt und Landkreis Bamberg 2.0" sowie „Stärkung der regionalen Identität durch Förderung des fränkischen Streuobstanbaus" mit einem Förderbescheid bedacht.

Mit insgesamt 174.000 Euro unterstützt wird das Projekt „Regionalkampagne von Stadt und Landkreis Bamberg 2.0". Stadt und Landkreis kooperieren bereits seit 2003 zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und haben dazu das Projekt „Region Bamberg – weil's mich überzeugt!" ins Leben gerufen. Jetzt soll eine „Regionalkampagne 2.0" starten, um regionale Produkte noch besser ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken und die Wertschöpfungsketten in der Region weiter zu stärken. Dadurch versprechen sich die Verantwortlichen auch eine noch höhere Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimat.

Groß angelegte Imagekampagne

Geplant sind unter anderem eine groß angelegte Imagekampagne, eine neu gestaltete Website, auf der Informationen interaktiv präsentiert werden, und die Entwicklung einer eigenen App. Im Rahmen des Projekts sollen außerdem „Genusstouren" ausgearbeitet werden. Sowohl Einheimische als auch Gäste können dabei die kulinarischen Besonderheiten in Stadt und Landkreis Bamberg entdecken und das besondere Zusammenspiel aus Landschaft, Kultur und Kulinarik erfahren.

Mit insgesamt über 336.000 Euro wird das Projekt des Vereins Fränkische Moststraße unterstützt. Dieser widmet sich der „Stärkung der regionalen Identität durch Förderung des fränkischen Streuobstanbaus". Geplant ist eine breit angelegte Kommunikationskampagne rund um das Thema Streuobst. In diesem Rahmen sollen insbesondere Kinder und Jugendliche durch umweltpädagogische Sensibilisierung in Kindergärten und Schulen an das Thema herangeführt werden.

Regionale Vermarktungskette

Ein weiterer Baustein des Projekts ist der Aufbau einer regionalen Vermarktungskette für regionale Produkte mit Hilfe von Verkaufsautomaten. Hierzu soll zunächst ein Konzept erarbeitet und dieses dann modellhaft getestet werden. In der Fränkischen Moststraße arbeiten regionale Erzeuger mit Kommunen, schwerpunktmäßig aus dem südwestlichen Gebiet des Landkreises Ansbach, zusammen. Mitglieder sind auch der Landkreis Ansbach sowie die Gemeinden Burgbernheim, Kreßberg und Crailsheim.

Wichtiges Thema für die Menschen in Bayern

„Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Insgesamt haben wir bayernweit bereits Projekte in 23 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 6,9 Millionen Euro unterstützt. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist", teilte Heimatminister Albert Füracker mit. DK

GZ KOLUMNE Josef Mederer



Liebe Leserinnen und Leser,

stellen Sie sich bitte folgende beispielhafte Situation vor: Simon ist vier Jahre alt, der Junge hat eine Autismus-Spektrum-Störung und zeigt im Alltag herausfordernde Verhaltensweisen. Er lebt mit seiner Familie in Mühldorf am Inn. Simon wurde bisher zu Hause von seinen Eltern betreut. Aufgrund seiner stark ausgeprägten Verhaltensweisen sind seine Eltern am Ende ihrer Kräfte. Sie entschließen sich daher, nach passenden Hilfen für ihr Kind zu suchen. Sie wünschen sich für Simon optimale Förderung und Teilhabe am sozialen Leben.

Schicksale wie das von Simon und seiner Familie gibt es überall in Oberbayern. Die geschilderte Lebenslage ist eine für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen typische Konstellation. Die Mitarbeitenden unserer Sozialverwaltung beraten Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige stets intensiv, um deren Wunsch- und Wahlrecht bestmöglich zu verwirklichen. Das Ziel ist immer die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Simons Familie sucht, so oft es geht, mit uns das persönliche Gespräch, das mehr Nähe und Verständnis entstehen lässt. Dafür ist den Eltern kein Weg zu weit – nicht einmal die rund 80 Kilometer einfach vom Wohnort nach München zum Bezirk.

Hilfen für Ratsuchende werden ausgebaut

Seit kurzem können sich Simons Eltern mit all ihren Anliegen zu den Hilfen des Bezirks auch an unsere Vor-Ort-Beratung im Landratsamt Mühldorf am Inn wenden. Mit dem wöchentlichen Sprechtag für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis verbessern wir unsere Beratungs- und Serviceangebote deutlich. Wir sehen uns als Lotsen in einem Hilfesystem, das durch immer neue gesetzliche Vorgaben und Änderungen immer komplexer wird. Sprechtage des Bezirks zu den Leistungen der Eingliederungshilfe und zur Hilfe zur Pflege gibt es bereits in den Landkreisen Ebersberg, Landsberg am Lech, Mühldorf am Inn und Berchtesgadener Land. Die Landratsämter stellen uns derzeit dankenswerterweise Räumlichkeiten zur Verfügung – auch das ein Zeichen für unsere gute Zusammenarbeit mit unseren Umlagezahlern.

Eine wichtige Besonderheit ist: Bei der Beratung berücksichtigen unsere Mitarbeitenden die regionalen Gegebenheiten und vernetzen sich mit dem örtlichen Sozialwesen. Diese Vernetzung ist für die ratsuchenden Menschen von unschätzbarem Wert. Unsere ersten Erfahrungen mit der Vor-Ort-Beratung sind vielversprechend, selbst wenn wir wegen der Corona-Pandemie derzeit nicht so durchstarten können, wie wir es uns wünschen würden. Trotzdem empfinden es die Ratsuchenden als Riesengewinn, dass wir als Bezirk jetzt wohnortnah für sie mit all ihren Sorgen und Nöten da sind.

Dieses Angebot hochkompetenter Beratung vor Ort bauen wir Schritt für Schritt weiter aus. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen, die es wünschen, werden wir uns mit Sprechtagen einbringen. Mehrere örtliche Träger haben bereits Interesse angemeldet. Die Sprechtage sehen wir als Ergänzung zu den geplanten Pflegestützpunkten, für die es in den genannten Landkreisen bereits grünes Licht gibt. Auch daran beteiligen wir uns finanziell und inhaltlich. Alle Seiten streben hier eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger an.

Unsere Servicestelle ist bisher die erste Anlaufstelle für Fragen rund um die sozialen Leistungen des Bezirks. Dort bündeln wir unser vielfältiges Wissen zur Eingliederungshilfe, zu den Leistungen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und natürlich zur ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege. Allein im ersten Halbjahr 2020 haben die Servicestelle fast 10.000 Anfragen erreicht – eine gewaltige Zahl mit weiter steigender Tendenz. In ihrer jetzigen Form hat sie ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Wir bauen sie deshalb gerade zu einer Servicehotline aus mit mehr Personal und erweiterter telefonischer Erreichbarkeit. Denn ratsuchende Menschen brauchen sachkundige Ansprechpersonen.

Unser Ziel ist: guter Service, sichere Erreichbarkeit und zügige Klärung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Mehr und bessere Beratungsangebote, nah am Menschen: Ansprechbarkeit und Erreichbarkeit sind wichtiger denn je!

Ihr Josef Mederer
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Präsident des Bezirkstags Oberbayern

Kinderbetreuung im Freistaat:

Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung. Die Gemeinden, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gefördert werden, erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 Prozentpunkten auf die reguläre Förderung.

Aktuell profitieren davon die Landkreise Bamberg, Bayreuth, Forchheim und Coburg. Wie Familienministerin Carolina Trautner betonte, „schaffen wir maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Mein Ziel ist es, dass Familien den Betreuungsplatz bekommen, den sie sich wünschen."

In der Kindertagesstätte St. Franziskus in Schönbrunn i. Steigerwald (Landkreis Bamberg) entstehen 24 neue Betreuungsplätze für Kinder. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 268.000 Euro. 49 neue Betreuungsplätze für Kinder erhält die Kindertagesstätte in Weidenberg (Landkreis Bayreuth). Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 223.000 Euro.

In der Kindertagesstätte in Effeltrich (Landkreis Forchheim) werden 12 neue Betreuungsplätze für Kinder entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 106.000 Euro. 92 neue Betreuungsplätze bekommt die Kindertagesstätte „Carl Zeitler" in Forchheim. Die Kommune wird dabei mit insgesamt 814.000 Euro gefördert.

74 neue Betreuungsplätze werden der Kindertagesstätte im Stadtteil Ketschenbach in Neustadt b. Coburg zuteil. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 464.000 Euro.

Geänderte Bedürfnisse der Familien

Nach Trautners Angaben unterstützt der Freistaat seit 2008 die Gemeinden massiv durch zusätzliche Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung. „Damit tragen wir den geänderten Bedürfnissen der Familien und den steigenden Geburtenzahlen Rechnung. Über 1,2 Milliarden Euro hat der Freistaat dafür zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 696 Millionen Euro an Bundesmitteln, die in voller Höhe den Kommunen zugute kommen."

Im 4. Sonderinvestitionsprogramm werden insgesamt rund 63.500 Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung gefördert. Alle bewilligungsfähigen Anträge werden berücksichtigt, die bis 31. August 2019 gestellt worden sind. Auch nach dem Ende des 4. Sonderinvestitionsprogramms engagiert sich der Freistaat weiter beim Kita-Ausbau und fördert im Rahmen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes Neubauten, Erweiterungen und Generalsanierungen. Die förderfähigen Kosten werden, abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, in Höhe von bis zu 80 Prozent, in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent, erstattet.

Laut Ministerin Trautner sind die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung bestens eingesetzt. „Wir wollen aber auch höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen überall in Bayern. Deshalb leisten wir auch hohe Betriebskostenzuschüsse an die Gemeinden und setzen zusätzlich qualitative Akzente durch Förderprogramme. Zum Beispiel haben wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus eingeführt, um die pädagogischen Leitungen zeitlich zu entlasten." DK

Strukturwandel ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ge zufriedenstellend zu erfüllen. Der Bund ist mit seiner Zusage, dauerhaft einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft für Sozialhilfeempfänger zu übernehmen, bereits in Vorleistung gegangen. Nun sind die Länder gefragt: Sie müssen für eine auskömmliche Finanzierung ihrer Kommunen sorgen. Hilferufe nach dem Bund wie jüngst aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz und ein weiteres Aussetzen der Schuldenbremse sind keine Lösung", stellte Haase fest.

Um die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, schlägt die KPV vor, die Gewerbesteuer als wichtige kommunale Steuer zu stärken, das Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen konsequent umzusetzen (Beispiel Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder) und das Vergaberecht zu vereinfachen.

Gewerbesteuer erhalten

Hasse zufolge muss die Gewerbesteuer in ihrer bisherigen Form erhalten werden. Reformdiskussionen führten zu einer wachsenden Verunsicherung. Um die Planungssicherheit für die Kommunen zu erhöhen, sollten Unternehmen künftig Strafzahlungen nicht mehr von der Gewerbesteuer abziehen dürfen. Die bisherige Regelung, wonach Unternehmen die Strafzahlung auf die Gewerbesteuerschuld anrechnen konnten, habe die Kommunen unverschuldet in Mithaftung gezogen.

Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf der Bund den Kommunen weder Aufgaben direkt übertragen noch darf er bestehende Aufgaben erheblich erweitern, ohne dass der damit verbundene Mehraufwand finanziell ausgeglichen wird. Der Bund, so Haase, sei deshalb klug beraten, das Durchgriffsverbot endlich konsequent einzuhalten. Dies gelte auch für den geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern.

Verpflichtungen für Bund und Länder

Damit die Kommunen nicht auf den Mehrausgaben sitzen bleiben, müssten sich Bund und Länder verpflichten, die Investitionskosten und die jährlichen Betriebskosten dauerhaft zu übernehmen oder auf den Rechtsanspruch verzichten. Der bedarfsgerechte Ausbau mit finanzieller Unterstützung des Bundes laufe auch ohne Rechtsanspruch gut. Das Bundeskabinett habe nun eine Erhöhung des Sondervermögens auf den Weg gebracht, das mittlerweile 3,5 Milliarden Euro umfasst.

Damit die Konjunkturprogramme zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft ihre Wirkung entfalten können, müssen nach Haases Worten die Vergabeverfahren vereinfacht werden. Die Praxis zeige, dass trotz europaweiter Ausschreibung die Vergaben im Inland erfolgen. Der Aufwand europaweiter Ausschreibungen sei hoch, ohne einen Wettbewerbseffekt zu erzielen. Die Schwellenwerte für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollten heraufgesetzt werden.

Ein weiterer kommunaler Baustein auf dem Weg zum Regierungsprogramm ist die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. „Wer einen Rechtsanspruch will, muss ihn auch finanzieren. Zur finanziellen Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stellen wir sicher, dass Bund und Länder dauerhaft nicht nur die zusätzlichen Investitionskosten, sondern auch dauerhaft und vollumfänglich die zusätzlichen Betriebskosten tragen", heißt es in dem Diskussionspapier.

Für eine Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter stünden in einem Sondervermögen des Bundes erste Finanzmittel bereit. Das Bundesverfassungsgericht habe allerdings der Ausweitung des SGB VIII einen Riegel vorgeschoben, so dass der Bund und die Länder vor Einführung eines Rechtsanspruchs sicherstellen müssen, dass dauerhaft den Kommunen die aus der Umsetzung des Rechtsanspruchs entstehenden Betriebsausgaben von Bund und Ländern vollumfänglich erstattet werden.

Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung

Zielführend wäre es aus Sicht der Bundes-KPV, wenn sich Bund und Länder in einem Staatsvertrag verpflichten, dauerhaft die Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung zu übernehmen. Den Kommunen würde dann die organisatorische Umsetzung im Rahmen des SGB VIII obliegen, was auch ohne finanzielle Zusatzbelastung eine nicht unerhebliche organisatorische und personelle Herausforderung sein würde.

Eine weitere Komponente sind gleichwertige Lebensverhältnisse: „Wir halten am Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest und werden mit Bund, Ländern und Kommunen eine umfassende Dezentralisierungsstrategie entwickeln, um strukturschwache Regionen und Städte zu unterstützen. Wir wollen in der nächsten Bundesregierung eine aktive Strukturpolitik zur Stärkung der ländlichen Regionen etablieren, eine fachliche Gesetzesfolgenabschätzung und die begonnenen Maßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüfen."

Agrarstruktur und Küstenschutz

Darüber hinaus soll die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) weiterentwickelt werden, indem man sie um die Komponente „ländliche Entwicklung" ergänzt. Im Dreiklang der Förderung der Agrarstruktur, des Hochwasser- und Küstenschutzes und der Förderung der ländlichen Entwicklung könne den aktuellen Herausforderungen im Land begegnet werden.

Breitbandausbau

Ein weiteres Ziel ist, „dass jedes Gebäude in Deutschland mittels Glasfaserkabel erreicht und an schnelles Internet angeschlossen werden kann. Dazu werden wir den Kommunen unabhängig von Wirtschaftlichkeitsprüfungen im Sinne eines Universaldienstes die Möglichkeit eröffnen, den Breitbandausbau auch unter Einbeziehung alternativer unterirdischer wie oberirdischer Verlegemöglichkeiten in Eigenregie voranzutreiben. Wir werden die ab 2025 zur Verfügung stehenden 5G-tauglichen Frequenzen für den flächendeckenden Mobilfunkausbau nutzen."

Weiter ausbauen will die Bundes-KPV auch die digitale Verwaltung. Außerdem soll der elektronische Personalausweis bzw. Identitätsnachweis (Aufenthaltstitel) als modernes und mobil einsetzbares Authentifizierungsmedium flächendeckend für alle Leistungen der öffentlichen Hand zum Einsatz gebracht und auch Unternehmen angeboten werden. Für Kommunen ist die Entwicklung einer Angebotsplattform, ein „kommunaler App-Store", angedacht, in dem alle zertifizierten, zugelassenen, einsatzfähigen Fachanwendungen für die Kommunen vergabe- und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Bis 2022 sollen Bund, Länder und die Kommunen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über Verwaltungsportale auch digital anbieten und diese Portale zu einem Verbund verknüpfen. Dabei werden ca. 70 % der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen abgewickelt. „Durch den Staatsvertrag zur Errichtung des IT-Planungsrates wurde ohne Aufweichen des Bundesdurchgriffs auf die Kommunen sichergestellt, dass die Länder gegenüber ihren Kommunen verantwortlich bleiben und Digitalisierung unter strengster Konnexität umsetzen müssen."

Das standardisierte Bewertungsverfahren für über das GVFG geförderte Infrastrukturprojekte soll zudem dahingehend weiterentwickelt werden, dass bestimmte Kriterien im Bewertungsverfahren wie Klima- und Umweltschutz, Verkehrsverlagerung oder Aspekte der Daseinsvorsorge stärker gewichtet werden können. „Beim Kosten-Nutzen-Faktor erhalten dünn besiedelte ländliche Räume einen Bonus, um aus geringerer Einwohnerzahl zwangsläufig resultierende höhere Grundkosten besser berücksichtigen zu können."

Werbung für das Ehrenamt

Mit einem eindringlichen Appell warb der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus schließlich für kommunalpolitische Ehrenämter: „Auch in der Kommunalpolitik benötigen wir ein zeitgemäßes Zeitmanagement und attraktive Strukturen." Um für die „Schule der Demokratie" auch in Zukunft genügend engagierte Mitstreiter zu finden, dürfe das Ehrenamt nicht überstrapaziert werden.

Es sei nicht ausreichend, allein auf die Digitalisierung der Arbeitsabläufe zu setzen: „Wenn die Vorlagen mehrere hundert Seiten stark sind, bringt es mir nicht viel, sie auf dem IPad zu lesen." An schlankeren Arbeitsabläufen in den Rathäusern gehe daher kein Weg vorbei. Eine Auffassung, die auch Bundes-KPV-Vorsitzender Haase ausdrücklich unterstrich.

Gleichwohl sei es ein gutes Signal, dass die Kommunalpolitiker in Deutschland derzeit kräftigen Rückenwind erhielten, fuhr Brinkhaus fort: Um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, greife der Bund den Kommunen in diesem Jahr kräftig unter die Arme. Angefangen vom Ausgleich für entfallene Gewerbesteuern bis hin zu den Zuschüssen für die Kosten der Unterkunft (KdU) erführen die Städte und Gemeinden vom Bund eine breite Unterstützung.

Für Brinkhaus steht fest: Um die Attraktivität der Kommunen zu erhalten, müssen ihre Interessen in einer etwaigen neuen Föderalismuskommission sehr genau austariert werden. „Unsere Städte und Gemeinden dürfen nicht nur am Katzentisch der Bundesländer sitzen." **DK**

Kommunen sind zentrale ...

(Fortsetzung von Seite 1)
folgreicher Weg für die Integration, das wissen wir aus vielen, vielen Jahren", stellte Merkel fest. Zum Zusammenhalt gehöre dabei auch, dass jeder hinreichend informiert ist, die Regeln kennt und so die Chance hat, sich einzubringen. Deshalb stellt die Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz in bis zu 20 Sprachen Informationen über das Coronavirus bereit.

Nachhaltige Integrationsbereitschaft

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, wies auf die tragende Rolle von Landkreisen, Städten und Gemeinden bei der Integration hin. „Damit Integration gelingt, müssen alle Seiten aktiv dazu beitragen. Erfolgreiche Integration vor Ort verlangt einerseits Aufnahmebereitschaft, wie sie seitens der Landkreise, Städte und Gemeinden zusammen mit ihren Bürgern nicht zuletzt in den Jahren ab 2015 eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde."

Zugleich brauche es eine nachhaltige Integrationsbereitschaft auf Seiten der Zuwanderer. „Im Interesse eines friedlichen und respektvollen Zusammenlebens erwarten und fordern die Kommunen daher von jedermann ein klares Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, zu Gewaltfreiheit, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie zu anderen gesellschaftlichen und kulturellen Grundwerten. Regeln müssen beachtet, Verstöße konsequent verfolgt werden – und zwar ohne, dass die Herkunft der Betroffenen eine Rolle spielen darf."

Für Menschen, die aus humanitären Gründen hierzulande Aufnahme fänden, ebenso wie für Fachkräfte, auf deren Zuwanderung die Kommunen verstärkt setzten, gehe das Ankommen in Deutschland und die Eingliederung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt mit erheblichen Herausforderungen einher. „Es kommt darauf an, dass die verschiedenen Integrationsmaßnahmen im Sinne eines übergreifenden Integrationsmanagements eng miteinander verzahnt sind. So müssen etwa Sprachförderung und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt stets ineinandergreifen. Und auch bei der schulischen und beruflichen Bildung muss immer der Übergang in das Arbeitsleben mitbedacht werden." Vor diesem Hintergrund seien in den vergangenen Jahren viele Kommunen dazu übergegangen, ihre Zuständigkeiten in besonderen Migrationsämtern zu bündeln und so humanitären Zuwanderern wie Erwerbsmigranten Beratung aus einer Hand bis hin zu einem konkreten Fallmanagement zu bieten, hob Sager hervor.

Zusammenleben im gegenseitigen Respekt

„Ob und wie Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen auch in Corona-Zeiten gelingt, zeigt sich am deutlichsten in den Städten. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche und berufliche Integration und den Spracherwerb der Menschen gestellt. Die Corona-Pandemie stellt uns zusätzlich vor neue Herausforderungen, für die wir Lösungen finden müssen. Wenn Menschen ungeachtet ihrer Herkunft im gegenseitigen Respekt zusammenleben, dann war die Integration erfolgreich", unterstrich Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages.

In den vergangenen Jahren hätten die Städte ihr Engagement in der Integrationspolitik stetig ausgebaut und weiterentwickelt. „Wir alle erinnern uns an die Flüchtlingssituation vor fünf Jahren. In den Städten ist es seitdem gelungen, dass viele Menschen, die Schutz gesucht haben, in ihrer neuen Heimat Fuß gefasst haben", so Jung abschließend. **DK**

Bayerns Gesundheitsstaatssekretär Holetschek:

Wir müssen Existenzen retten

Huml fordert bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter ambulanter Vorsorge- und Reha-Maßnahmen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Staatssekretär Klaus Holetschek haben einen bundesweiten Corona-Rettungsschirm für Anbieter ambulanter Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen gefordert. Huml betonte in München: „Die Corona-Pandemie macht auch unseren Vorsorge- und Reha-Anbietern massiv zu schaffen. Es gibt aber bisher keinen Rettungsschirm für ambulante Leistungserbringer. Ohne eine solche Unterstützung sind Insolvenzen in diesem Bereich kaum auszuschließen."

Staatssekretär Holetschek sagte: „Die bayerischen Kurorte sichern rund 100.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Gerade auch viele Rehakliniken sind dort beheimatet. Bayern ist Reha-Standort Nummer 1 in Deutschland. Hier müssen wir die Auswirkungen der Corona-Krise abfedern, damit keine Existenzen bedroht sind."

Holetschek ergänzte: „Gerade im Bereich der Vorsorge sind auch die bayerischen Kurorte und Heilbäder betroffen. Dort werden von den Praxen überwiegend medizinisch-therapeutische und kurortspezifische Heilmittel abgegeben, die pandemiebedingt weggebrochen sind. Insbesondere ambulante Vorsorgemaßnahmen haben wegen der langen Schließung der Beherbergungsbetriebe in den Kurorten nicht oder kaum stattgefunden."

Ministerin Huml sagte: „Bayern hat im Bundesrat einen entsprechenden Vorschlag eingebracht, der dort eine Mehrheit erhalten hat. Darin fordern wir den Bund zu einer entsprechenden Gesetzänderung auf. Diese Forderung hat schon mehrfach im Bundesrat eine Mehrheit erhalten, wurde vom Bundesgesetzgeber aber immer noch nicht umgesetzt. Die Pandemie sollte jetzt Anlass für rasches Handeln sein." ❐

„Lock-Down light":

Selbsthilfegruppen dürfen sich treffen

Eva Gottstein: „Wichtiges Signal an ehrenamtliche Basis!"

Im Zuge der verschärften Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurden die Kontakte sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum abermals stark begrenzt, berufliche oder dienstliche Tätigkeiten sind aber davon ausgenommen.

Doch wie verhält es sich mit Selbsthilfegruppen? Nach erfolgtem Austausch von Selbsthilfeaktiven, Selbsthilfekontaktstellen und der SeKo Bayern mit der Staatsregierung ist nun klar, dass sich Selbsthilfegruppen weiterhin physisch, d.h. in Präsenz, treffen können, wenn es medizinisch sinnvoll und notwendig erscheint.

Die allgemein gültigen Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen sowie die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sind dabei natürlich zu berücksichtigen.

Unmittelbarer Austausch entscheidet über den Erfolg

„Bayerns Selbsthilfegruppen, ganz gleich ob im sozialen oder im Gesundheitsbereich, sind extrem wichtig für viele Menschen in unserer Heimat. Als Ehrenamtsbeauftragte begrüße ich es sehr, dass sich nun zumindest ein Teil der ca. 11.000 Gruppen wieder treffen darf", zeigt sich Eva Gottstein erfreut.

Videokonferenzen seien nur bedingt dazu geeignet, Menschen in Extremsituationen zu helfen, davon ist die Beauftragte überzeugt. „Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit in der schulischen Drogenberatung weiß ich, dass der unmittelbare Austausch von Angesicht zu Angesicht entscheidend für den Erfolg ist", so die ehemalige Realschulleiterin.

Weitere Informationen sowie den Originallaut des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege gibt es auf der Homepage der SeKo Bayern. ❐

Rat für Migration bestätigt:

Bayern ist bei der Erwerbstätigenquote von Ausländern Spitze

Rund 60 Prozent der Ausländer im Freistaat gehen einem sozialversicherungspflichtigen Job nach

Die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, zeigt sich erfreut über das Ergebnis des Rats für Migration, einem Zusammenschluss von rund 150 Migrationsforschern, der die Erwerbstätigenquote von Ausländer mit sozialversicherungspflichtigen Jobs im Bundesvergleich untersucht hat.

Brendel-Fischer konstatiert: „Rd. 60% aller im Freistaat lebenden Ausländer haben einen Job und zahlen Sozialabgaben. Der Wert ist bundesweit spitze! Die Quote liegt damit nur knapp unter den Beschäftigungszahlen der hier aufgewachsenen Bevölkerung", so Brendel-Fischer weiter. „Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, wie sehr wir in Bayern vom ehrenamtlichen Engagement und den bedarfsgerechten Fördermaßnahmen des Freistaats profitieren. Wir sind auf einem sehr guten Weg."

Die Beauftragte warnt jedoch davor, sich auf dem Erreichten auszuruhen: „Das Ergebnis der Studie ist ein Beleg dafür, dass der eingeschlagene Kurs der bayerischen Integrationspolitik richtig ist. Jedoch sind wir uns im Klaren, dass die andauernde Corona-Krise auch in Zukunft einige Herausforderungen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund mit sich bringen wird! Auch die Themen Antisemitismus und Hate-Speech im Internet sind aktueller denn je."

Potenziale erkennen

Um auch für die Zukunft gewappnet zu sein, müssen bereits bei Schulkindern und Jugendlichen Potenziale erkannt und gezielt gefördert werden: „Es geht nicht darum, das Woher zu beurteilen, sondern das Wohin gemeinsam zu gestalten", setzt Brendel-Fischer fort: „Gerade unter Berücksichtigung des akut herrschenden Fachkräftemangels bedeutet das, die Potenziale der inländischen Arbeitskräfte optimal zu nutzen. Wir setzen hier bei den Kleinsten an! Das beginnt bei der Sprachförderung im Vorschulalter und endet mit der Betreuung und Unterstützung während des Einstiegs in das Berufsleben!" ❐



Der neu gewählte BdV-Landesvorstand: 1. Reihe v.l.: Landesschatzmeister Paul Hansel, stellvertretende Landesvorsitzende Josef Zellmeier und Dr. Dorith Müller, Landesvorsitzender Christian Knauer, Stellvertreter Bernhard Fackelmann und Schriftführer Christoph Stabe. Zweite Reihe v.l.: Annemarie Probst, Dr. Alfred Lange, Dr. Gotthard Schneider, Georg Hodolitsch. Dritte Reihe Andreas Schmalcz, Albina Baumann. Bild: Susanne Marb/BdV Bayern

Landesversammlung in Bad Kissingen:

Riesiger Vertrauensbeweis für Christian Knauer

BdV-Landesvorstand jetzt jünger und weiblicher

Mit einem nicht mehr zu übertreffenden Vertrauensbeweis wurde BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer am 24. Oktober durch die BdV-Landesversammlung in Bad Kissingen in seinem Amt bestätigt. Er erhielt in geheimer Abstimmung alle 70 abgegebenen Stimmen. Die ebenfalls neu gewählte Landesvorstandschaft ist im Durchschnitt wesentlich jünger und weiblicher.

Gehörte dem sechsköpfigen geschäftsführenden Landesvorstand bislang keine einzige Frau an, hat sich dieses mit den Wahlen von Herta Daniel (Verband der Siebenbürger Sachsen) und Dr. Dorith Müller (Sudetendeutsche Landsmannschaft) zu stellvertretenden Landesvorsitzenden deutlich geändert. Zudem wurden als Beisitzerinnen Albina Baumann (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland), Ines Andrea Reinhold von Drüben (Landsmannschaft Pommern) und die schwäbische Bezirksrätin Annemarie Probst (Landsmannschaft der Banater Schwaben) in den Vorstand gewählt.

Personelle Erneuerung

Auch in der personellen Zusammensetzung des Landesvorstandes stellte die Landesversammlung eine Zäsur dar. So hatten Dr. Johannes Hörner (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland), Alfred Kipplinger (Sudetendeutsche Landsmannschaft) und Friedrich Wilhelm Böld (Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen) nicht mehr als stellvertretende Landesvorsitzende kandidiert. Böld war mit über 25 Jahren das bislang dienstälteste Vorstandsmitglied.

Wegen des Wegzugs aus Bayern musste auch Schriftführer Ernst Schroeder (Landsmannschaft Pommern) seine Tätigkeit einstellen. Er wurde in dieser Position vom Landesvorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Christoph Stabe, abgelöst. Als Beisitzer ausgeschieden sind der niederbayerische BdV-Bezirksvorsitzende Horst-Falko Billek und der Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Ewald Oster.

Mit einem überragenden Ergebnis wurde CSU-Landtagsabgeordneter Josef Zellmeier (Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei) bei zwei Konkurrenten als Stellvertreter von Christian Knauer bestätigt.

Fairer Wettbewerb um Vorstandsposten

Ein Novum bei diesen Wahlen war, dass es in nahezu allen Wahlgängen zu einem Rennen unter mehreren Bewerberinnen und Bewerbern kam. Lediglich Knauer und Landesschatzmeister Paul Hansel (Landsmannschaft Schlesien) waren alleinige Kandidaten.

Als Beisitzer bestätigt wurden Georg Hodolitsch (Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn), Dr. Alfred Lange (Bund der Danziger), Andreas Schmalcz (Sudetendeutsche Landsmannschaft), Dr. Gotthard Schneider (Landsmannschaft Schlesien), Hermann Schuster (Landsmannschaft der Donauschwaben) und Damian Schwider (Landsmannschaft der Oberschlesier). Als Kassenprüfer wurden Franz Böse (Sudetendeutsche Landsmannschaft) und Thomas Erös (Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben) wiedergewählt. ❐

Bayerisches Familiengeld

Seit 1. 9. 2018 gibt es das Bayerische Familiengeld als Unterstützung für Familien mit kleinen Kindern. Mittlerweile haben bereits 500.000 Kinder von dieser besonderen Leistung des Freistaats profitiert. Bayerns Familienministerin Carolina Trautner freut sich über diese beachtliche Zahl: „Mit dem Familiengeld schaffen wir Freiräume für einen guten Start ins Kinderleben. Familien sind unser stärkstes Netz – ein Leben lang. Die Familie ist das Erste, was wir haben. Indem wir sie stärken, sorgen wir für eine gute Zukunft der ganzen Gesellschaft."

Das Familiengeld wird für alle ein- und zweijährigen Kinder in Bayern gezahlt. Mit der Leistung wurden das bisherige Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld gebündelt und aufgestockt. Die Eltern werden mit 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem dritten Kind mit 300 Euro monatlich, unterstützt. Das Familiengeld ist unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit und der Art der Betreuung.

Wer in Bayern bereits Elterngeld beantragt und bewilligt erhalten hat, muss keinen weiteren Antrag stellen. Fragen zum Familiengeld beantwortet die Landesbehörde Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS). ❐

1.000 Mitglieder im Familienpakt Bayern

Ministerin Trautner: „Mit dem eintausendsten Mitglied im Familienpakt Bayern ist ein Meilenstein erreicht"

Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner und Andreas Meier, Landrat des Landkreises Neustadt an der Waldnaab, begrüßten gemeinsam zwölf neue und fünf alte Mitglieder des Familienpakts Bayern. Besonders wurde die Leistritz Produktionstechnik GmbH als eintausendstes Mitglied im Familienpakt willkommen geheißen.

Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner betonte: „Mit dem eintausendsten Mitglied im Familienpakt Bayern ist ein Meilenstein erreicht. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie und des demografischen Wandels zeigen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik. Ich freue mich über das wachsende Bewusstsein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die 1.000 Mitglieder im Familienpakt Bayern haben ihre Verantwortung erkannt: Nur ein familienfreundliches Unternehmen ist auf Dauer zukunftsfähig. Als moderne Unternehmen wissen sie, dass Fachkräfte heute dorthin gehen, wo Beruf und Familie gut vereinbar sind. Wir unterstützen die Unternehmen dabei mit dem Familienpakt Bayern. Hier erhalten sie fachlichen Input, Impulse für individuelle Lösungen und können mit der Plakette ‚Familienpakt' ihre Familienfreundlichkeit auch nach außen sichtbar machen."

Landrat Andreas Meier ergänzte: „Ich freue mich, dass mit der Firma Leistritz nun schon elf Firmen im Landkreis Neustadt an der Waldnaab Mitglieder des Familienpakts sind. Die Verantwortlichen in den Firmen haben erkannt, dass Familienfreundlichkeit ein essentieller Baustein der Fachkräftesicherung ist und setzen entsprechende Maßnahmen in ihrem Betrieb um." Mit dem Familienpakt Bayern unterstützt die Bayerische Staatsregierung gemeinsam mit den Paktpartnern der Wirtschaft bayerische Arbeitgeber bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Personalpolitik.

Detaillierte Informationen:
www.familienpakt-bayern.de/. ❐

Preisträger des „Bayerischen Eine Welt-Preises 2020" bekanntgegeben:

Bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement gewürdigt

Die Preisträger des „Bayerischen Eine Welt-Preises 2020" wurden bekanntgegeben. Verliehen wird der Preis seit 2012 alle zwei Jahre vom Freistaat Bayern gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem bayerischen Dachverband der „Eine Welt-Akteure". Ziel des Eine Welt-Preises ist es, das vielfältige bürgerschaftliche Eine Welt-Engagement in Bayern in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen.

Überall in Bayern setzen sich Menschen auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und weltweite Bewahrung der Natur ein. Sie engagieren sich zum Beispiel im Rahmen partnerschaftlicher Zusammenarbeit (mit Vereinen, Schulen, Kirchengemeinen), bei der Förderung des Fairen Handels oder im Bereich des Globalen Lernens. Sie wollen Globalisierung gerechter gestalten und allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.



Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Die Preisträger wurden auch dieses Jahr wieder von einer Jury ausgewählt, die aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Bayerischen Landtags, des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. sowie der Bayerischen Staatskanzlei bestand.

In der Kategorie „Vereine / Initiativen / Schulen" wurden ausgezeichnet:

1. Preis (3.000 Euro): Die „Initiative Prokapsogo e.V." gemeinsam mit dem „Bildungszentrum der Innung der Spengler-, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik" (Augsburg) für das Projekt „Duale Berufliche Bildung in Kenia Baringo Country" www.prokapsogo.de und www.shk-schwaben.de/

2. Preis (2.000 Euro): Der Eine-Welt-Laden Amberg e.V. für das Projekt „Zukunftsakademie – lernen global": www.eine-welt-laden-amberg.de/seite/387047/%C3%BCber-uns.html

3. Preis (1.000 Euro): Der „Arbeitskreis Klimapartnerschaft München mit dem indigenen Volk der Ashaninka in Peru" im Nord Süd Forum München e.V. für das Projekt „Solidarität und Regenwaldschutz" www.nord-sued-forum.de/ashaninka/

In der Kategorie „Kommunen" wurden ausgezeichnet:

1. Preis (1.000 Euro): Ainring
Sonderpreis (undotiert): Landkreis Donau-Ries

Projekte mit Begeisterung und Leidenschaft umsetzen

Dr. Florian Herrmann, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und zugleich Bayerns „Eine Welt-Minister", zeigte sich beeindruckt: „Lichter anzünden, Hoffnung schenken – das tun Sie alle im Eine Welt Netzwerk Bayern jeden Tag und ganz besonders tun es auch die diesjährigen Preisträger. Vor allem Ihnen möchte ich heute ganz besonders danken. Wir sind stolz auf engagierte Menschen wie Sie, die ihre Projekte mit Begeisterung und Leidenschaft umsetzen und dadurch Perspektiven schenken. Sie sind echte Vorbilder, die unsere eine Welt ein Stückchen besser machen. Herzlichen Dank für Ihren großartigen Einsatz!"

Akteure gewinnen

Dr. Alexander Fonari, Vorstand Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.: „Zehntausende Menschen in Bayern setzen sich für eine zukunftsfähige Lebensweise ein und wollen mehr Akteure dafür gewinnen, ihr Denken und Handeln an der Verantwortung für die Eine Welt zu orientieren. Zunehmend hinterfragt wird dabei auch unser eigener Lebensstil und seine Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Einen Welt. Mögen sich viele Menschen ermutigt fühlen, dem guten Beispiel der ausgezeichneten Preisträger zu folgen." ❐

EineWeltPreis aus Sicht des Landkreises Donau-Ries

Dr. Fabian Mehring: Donau-Ries ist Leuchtturm der Entwicklungszusammenarbeit

Der Sonderpreis für Kommunen des Bayerischen EineWeltPreises ging in diesem Jahr an den Landkreis Donau-Ries. Dr. Fabian Mehring, MdL, vertrat den Bayerischen Landtag in der Jury und entschied mit darüber, wer unter den 90 Bewerbern aus ganz Bayern diese besondere Auszeichnung erhielt.

Mehring zeigte sich besonders darüber, dass dieser Sonderpreis für Kommunen in den Landkreis Donau-Ries geht. Mit einem ganzen Paket an Initiativen zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit hatte sich die Region für die hohe Auszeichnung beworben.

Bayernweiter Leuchtturm

„Unter Anderem realisierte der Landkreis in Afrika 34 Schulbauprojekte, die mit privaten Spenden finanziert wurden", zeigte Mehring sich begeistert. „Zudem absolvierten syrische Geflüchtete ein Praktikum im Landratsamt, um unsere demokratischen Strukturen kennen zu lernen. Auch die nachhaltige Daseinsvorsorge im Hinblick auf Klima und Abfall wurden bereits in mehreren Projekten angegangen", erläuterte Mehring die die Entscheidung der Jury. Dieser unermüdliche Einsatz des ganzen Landkreises wird nun durch den Sonderpreis des „Eine Welt-Preises" honoriert.

„Durch diese Auszeichnung wird der Landkreis Donau-Ries zu einem bayernweiten Leuchtturm der Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Dies ist eine verdiente Belohnung für das vorbildliche Engagement zahlreicher Beteiligter. In einer zunehmend multipolaren Weltordnung werden die Beziehungen zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent in den nächsten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewinnen. Dass unsere Heimat dabei eine anerkannte Vorreiterrolle einnimmt, von der andere Regionen im Freistaat lernen können, ist durchaus ein Grund stolz zu sein", gratulierte der Abgeordnete Landrat Stefan Rößle und seinem Team per Telefon. ❐

Ministerin Carolina Trautner:

Antisemitismus in all seinen Formen bekämpfen

Erinnerungen an die Reichspogromnacht 1938

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte wurden geplündert und jüdische Menschen brutal misshandelt, vertrieben und ermordet. Jegliches Jüdische Leben in Deutschland sollte ausgelöscht werden.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wir erinnern uns in diesen Tagen an die Reichspogromnacht 1938. Diese schrecklichen Taten dürfen nie wieder passieren! Wir alle, in Politik und Gesellschaft, sind aufgefordert, das Engagement und den Einsatz gegen Antisemitismus zu stärken. Wir müssen noch besser verstehen, wie Antisemitismus unsere Gesellschaft auch heute noch belastet und bedroht, und konsequent dagegen vorgehen." Antisemitische Angriffe und Vorfälle ziehen sich durch alle Bereiche des täglichen Lebens. Gerade in der Präventionsarbeit muss im Alltag angesetzt werden, um zu verhindern, dass antisemitische Weltbilder entstehen oder sich verfestigen.

Videoclips

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der diesjährige geplante Fachtag „Alltäglicher Antisemitismus – Was tun?" im Bayerischen Sozialministerium nicht stattfinden. Als Ersatz wurde eine Reihe von Videoclips auf der Homepage des Sozialministeriums unter www.stmas.bayern.de/radikalisierungspraevention veröffentlicht. Die Videos sollen Fachkräfte der Prävention und alle Interessierte über Antisemitismus aufklären und sensibilisieren. Des Weiteren werden Präventionsprojekte des Bayerischen Sozialministeriums vorgestellt.

Das Bayerische Sozialministerium fördert im Rahmen der Radikalisierungsprävention seit 2015 eine Reihe von Präventionsprojekten gegen Rechts- wie Linksextremismus, Salafismus und Antisemitismus. ❐

Bürgerpreis 2020 verliehen:

Sieben herausragende ehrenamtliche digitale Nachbarschaftsprojekte

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat den Bürgerpreis 2020 verliehen. Aufgrund der Corona-Pandemie würdigte sie die sieben Preisträger in digitaler Form per Videobotschaft. Der unabhängige Beirat hatte herausragende Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise ehrenamtlich dafür einsetzen, Menschen – auch digital – miteinander zu vernetzen und in der Nachbarschaft oder einer Community zusammenzubringen.

Zwei erste Preise, zwei zweite Preise und drei dritte Preise hat Landtagspräsidentin Ilse Aigner vergeben: Eigentlich waren die Initiativen zur feierlichen Verleihung ins Maximilianeum eingeladen, doch aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie musste der geplante Festakt zur Preisverleihung abgesagt werden. Um die Preisträger trotzdem angemessen zu würdigen, ist die Laudatio von Landtagspräsidentin Ilse Aigner auf der Homepage des Bayerischen Landtags als Video online abrufbar. Zudem werden die sieben Preisträger in kurzen Filmen vorgestellt, die auch auf dem YouTube-Kanal des Bayerischen Landtags abrufbar sind.

Jeder ist preisverdächtig, der sich neben Job und Beruf in unsere Gesellschaft einbringt

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betonte: „Für mich ist jeder preisverdächtig, der sich neben Job, Schule oder Ausbildung in unserer Gesellschaft einbringt – das machen Sie auf außergewöhnliche Weise: Sie vernetzen seit Jahren Menschen miteinander – auch digital. Sie verbinden sie und tragen sie durch persönlich oder gesamtgesellschaftlich schwierige Zeiten. Ich gratuliere allen Preisträgerinnen und Preisträgern und ich danke Ihnen sowie allen ehrenamtlich Engagierten in unserem Land für ihren großartigen Einsatz, der gerade in diesem Jahr so besonders wichtig ist – ein herzliches Vergelt's Gott!

Die Preisträger 2020

1. Preis (2x je 10.000 Euro):

• Aelius Förderwerk e.V. (Nürnberg/Mittelfranken)

Die Initiative fördert Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten und unterstützt sie auf ihrem Bildungsweg durch Workshops und ein Online Lern- und Nachhilfeprogramm. Studierende bieten hier ehrenamtlich Hilfe bei Fragen und Problemen zu bestimmten Themen an. Zudem gibt es Beratung und Hilfe bei Bewerbungen oder Studienplatzfinanzierung sowie ein mehrjähriges Mentoring Programm.

• Mitmachchat Moritz (Regensburg/Oberpfalz)

Zweimal in der Woche laden seit Beginn der Corona-Maßnahmen eine Radiomoderatorin und ein Musiker Stationen in Kinderkliniken und Behinderteneinrichtungen zu einem Videochat ein, bei dem gesungen oder gespielt wird. Damit ermöglicht die Initiative es Kindern und Jugendlichen, die aufgrund einer ansteckenden Krankheit oder eines schwachen Immunsystems niemand besuchen darf oder weil sie Risikopatienten sind, per Handy, Tablet oder Computer Kontakt zu Angehörigen und Freunden aufzunehmen und gemeinsam mit ihnen etwas zu erleben. Ehrenamtliche bereiten die Beiträge wie Bewegungslieder, Improvisationen, Filme oder kreative Projekte für den Videochat vor und betreuen die Umsetzung.

2. Preis (2x je 7.500 Euro):

• Gemeinsam analog und digital vernetzt (Haßfurt/ Unterfranken)

Ehrenamtliche des Mehrgenerationenhauses Haßfurt nehmen seit Beginn der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus durch Telefonate, Videoschalten oder Chats Kontakt zu SeniorInnen und zu Familien auf, unterhalten sich und erfragen, ob die Menschen Unterstützung beispielsweise bei Einkäufen benötigen und organisieren diese Bürgerdienste. Mit persönlichen Briefbotschaften werden aufmunternde Worte, Rezepte, Rätsel oder andere Beschäftigungsideen verschickt.

• Wir füreinander – die Nachbarschaftshilfe (Schrobenhausen / Oberbayern)

Seit zehn Jahren ist die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe „Wir füreinander" bereits aktiv, nun ergänzt sie ihr Engagement durch eine Internetplattform, mit der die Hilfe koordiniert und zwischen Angebot und Nachfrage vermittelt wird. Bürgerinnen und Bürger helfen sich hier gegenseitig unkompliziert in schwierigen Alltagssituationen. Zudem werden Lese- und Lernpatenprojekte mit den Grundschulen organisiert und Vortragsabende gestaltet.

3. Preis (3x je 5.000 Euro):

• Fürth Wiki (Fürth/ Unterfranken)

Die Initiative hat ein umfassendes Stadtlexikon für die Stadt Fürth aufgebaut. Dabei verfassen die Ehrenamtlichen nicht nur die Artikel, sondern organisieren Treffen mit Zeitzeugen, führen Interviews und organisieren Schülerprojekte. Auch die StadtWiki-Tage in Fürth organisierte die Gruppe, ebenso einen FürthWiki-Tag im Stadtmuseum.

• Vorlesen daheim (München/ Oberbayern)

Da die 300 Ehrenamtlichen der Lesefüchse e.V. aufgrund der Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen nicht mehr in Schulen und Bibliotheken vorlesen konnten, startete der Verein ein Projekt zum digitalen Vorlesen. Die VorleserInnen nahmen Videos zuhause auf, die auf die Homepage des Vereins hochgeladen wurden. So konnte jede Geschichte zu jeder Zeit abgerufen werden. Allein bis Anfang April wurden die Videos mehr als 5000 Mal aufgerufen.

• eigenleben.Club (München/ Oberbayern)

Eigentlich hätte das „Café eigenleben" als Treffpunkt der Generationen in der Maxvorstadt eröffnen sollen – doch aufgrund der Corona-Maßnahmen zogen die Initiatoren mit der Idee ins Internet um und gründeten einen virtuellen Treffpunkt zum Austausch der Generationen in geschützter Umgebung. Ältere Menschen lernen dadurch, wie die Kommunikation über die neuen Medien funktioniert – durch Workshops, Generationen-Tandems oder Anleitungen, allesamt per Livestream oder Videokonferenz. ❐

IHK zeichnet Bayernwerk aus:

Bürowelten der Zukunft

Regensburg. Auf gut 500 Quadratmeter erstreckt sich der innovative Coworking-Space des Bayernwerks. Die neuen Räume in der Regensburger Zentrale des bayerischen Energieunternehmens sind Zeugen einer sich stark verändernden Arbeitswelt. Das Bayernwerk treibt diese Veränderung aktiv voran und wurde dafür mit dem IHK Personalmanagement-Award für Großunternehmen ausgezeichnet, den die IHK Regensburg (für Oberpfalz/Kelheim) verleiht. Da die Übergabe im Frühjahr coronabedingt nicht stattfinden konnte, übergab IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Helmes die Auszeichnung nun an den Personalvorstand des Bayernwerks, Andreas Ladda.

Eine neue Welt entstand Anfang 2019 im vierten Stockwerk der Bayernwerk-Unternehmensleitung in der Regensburger Lilienthalstraße. Dort, wo einst lange Gänge und aneinandergereihte Büros das Bild prägten, entstanden offene Räume, neue Farbwelten und eine gänzlich neue Möblierung. Das Projekt wurde durch Professor Peter Fischer, Lehrstuhlinhaber für Sozial-, Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie an der Universität Regensburg, begleitet. Mit dieser wissenschaftlichen Unterstützung hat das Bayernwerk „Nägel mit Köpfen" gemacht und einen 500 Quadratmeter großen Stockwerksabschnitt von Grund auf neu entwickelt und eine Arbeitsumgebung der Zukunft geschaffen. Anstelle fester Arbeitsplätze wurden tätigkeitsbasierte Arbeitszonen eingerichtet. Je nachdem, welcher Tätigkeit die Mitarbeiter gerade nachgehen wollten, konnten sie zum Beispiel zur konzentrierten Einzelarbeit in den „Ruhepol", zum Telefonieren in die „Sprechblase", zum Vieraugengespräch ins „Wohnzimmer" oder für Gruppengespräche ins „Austauschviertel" gehen.

„Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie bestätigen diesen Weg. Durch die deutliche Zunahme an Homeoffice-Tätigkeiten wandeln sich die Anforderungen an die Bürowelt", betonte Bayernwerk-Personalvorstand Andreas Ladda. „Unsere bisherigen Erkenntnisse sind: Der fest zugewiesene Büroplatz verliert für viele an Relevanz. Konzentrierte Einzeltätigkeit findet zunehmend im Homeoffice statt. Der Bedarf an Dialog, Kreativität und Miteinander bleibt eine Kerndisziplin der Bürowelt. Diese muss daher mehr und mehr auf diese veränderten Bedarfe zugeschnitten werden", so Andreas Ladda weiter. Nachdem in den ersten Monaten des Testlaufs viele unterschiedliche Bereiche Erfahrungen mit neuen Arbeitswelten machen konnten, werden diese nach den Worten des Bayernwerk-Personalvorstands nun von Teams genutzt, die besonders von bereichsübergreifendem und interdisziplinärem Arbeiten profitieren. Zudem denke man intensiv darüber nach, weitere bauliche Veränderungen für mehr interdisziplinäres Arbeiten und Vernetzung zu schaffen.

„Eine inspirierende, offene Arbeitsumgebung und Effizienz schließen sich nicht gegenseitig aus. Das beweisen die Ergebnisse des Experiments wie auch das Urteil der Fachjury der IHK. Die Auszeichnung mit dem IHK-Award ist ein großer Gewinn für unser gesamtes Team und eröffnet uns neue Perspektiven für die Zukunft der Arbeit", so Andreas Ladda. ❐

Bewerbung bis zum 10. Dezember 2020:

Bayerischer Landeswettbewerb 2021 „Gemeinsam Orte gestalten"

Kommunen können sich mit ihren gelungenen Städtebauprojekten bewerben

2021 feiert die Städtebauförderung ihr 50-jähriges Jubiläum. Seit 50 Jahren unterstützt der Freistaat die bayerischen Kommunen mit der Städtebauförderung dabei, ihre Stadt- und Ortsteile fit für die Zukunft zu machen. Aus diesem Anlass lobt das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr einen Bayerischen Landeswettbewerb unter dem Motto „Gemeinsam Orte gestalten" aus.

„Denn die städtebauliche Erneuerung ist eine Gemeinschaftsaufgabe", betont die Schirmherrin des Landeswettbewerbs, Bauministerin Kerstin Schreyer. „Stadt- und Gemeindegremien, Verwaltung und Planungsbüros ziehen dabei gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern an einem Strang."

Die Städtebauförderung ist seit fast 50 Jahren verlässlicher Partner der Städte, Märkte und Gemeinden. „Mit mehr als 6,5 Mrd. Euro von Freistaat, Bund und EU haben wir in dieser Zeit die bayerischen Kommunen unterstützt", unterstreicht Ministerin Schreyer. „Dieses Geld kommt direkt bei den Menschen an, denn es dient dazu, die Städte, Märkte und Gemeinden attraktiv und lebenswert zu erhalten", so Schreyer.

Gemeinsam innovative Projekte realisieren

Mit dem Landeswettbewerb sollen besonders gelungene städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in ganz Bayern als Gesamtleistung gewürdigt werden. Über das einzelne Bauprojekt hinaus zählt das gelungene Zusammenspiel von Prozessen, Planungen und Baumaßnahmen. Denn das gebaute Gesicht unserer Gemeinden ist mehr als die Summe seiner Teile. Es entsteht, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden und die Planungsbüros aktiv zusammentun, miteinander reden, Ideen austauschen und innovative Projekte realisieren.

Gesucht werden Maßnahmen, die in den letzten 50 Jahren mit hoher städtebaulicher, funktionaler und gestalterischer Qualität in Bayern umgesetzt wurden.

Einsendeschluss ist der 10. Dezember 2020.
Weitere Informationen:
www.landeswettbewerb-2021.bayern.de ❐

Digitale Fachkonferenz Wohnen und Pflege:

Dezentrale Pflegestrukturen im Visier

Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml will das wohnortnahe Pflegeangebot weiter ausbauen und so das Leben in den eigenen vier Wänden länger möglich machen. Dazu veranstaltete das Bayerische Gesundheitsministerium die erste digitale „Fachkonferenz Wohnen und Pflege".

Huml zufolge „gehen wir davon aus, dass es im Jahr 2050 mehr als 670.000 pflegebedürftige Menschen in Bayern geben wird. Im Vergleich zum Jahr 2017 wäre das ein Zuwachs von 62 Prozent. Auf diese Herausforderung müssen wir uns schon heute vorbereiten. Wir brauchen attraktive Angebote, um trotz Pflegebedarfs möglichst lange auch in der eigenen Wohnung leben zu können."

Wie die Ministerin erläuterte, zeige auch die Corona-Pandemie, wie wichtig es ist, dezentrale Pflegestrukturen zu schaffen. Die Zukunft der pflegerischen Versorgung liege im Wohnquartier, in dem Menschen gepflegt werden. Möglichst lange zu Hause zu leben, sei der Wunsch der meisten Menschen. Dafür habe der Freistaat schon viel getan. Für 2020 sind hierfür 60 Millionen Euro im Haushalt veranschlagt, um das Förderprogramm zum Ausbau von Pflegeplätzen, „PflegesoNah", zu unterstützen. Die Nachfrage sei groß, so Huml: „Die Fördermittel waren schon im März verplant. Uns geht es dabei vor allem darum, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften und Pflegeheime, die sich in den sozialen Nahraum öffnen, zu unterstützen. Mehr als 1.100 Pflegeplätze und drei Begegnungsstätten für Pflegebedürftige konnten wir dieses Jahr fördern."

Die Bandbreite an Angeboten für das Wohnen im Alter ist in den letzten rund 25 Jahren stetig gewachsen. Neben der stationären Pflege bieten Wohnformen mit einer ambulanten Versorgung Lösungen im Bedarfsfall. Dennoch zeigt das Angebot vielerorts Handlungsbedarf, wenn es darum geht, eine lückenlose Versorgung im Hilfs- und Pflegebedarfsfall in Wohnortnähe zu gewährleisten.

Diplom-Geographin Annamaria Deiters-Schwedt (empirica ag – Forschung und Beratung) stellte das Konzept des Quartierspflegekerns vor, das dazu beiträgt, diese Lücken durch adäquate Lösungen für Städte wie auch für den ländlichen Raum zu schließen. Bei Quartierspflegekernen handelt es sich um in Bestandsnachbarschaften oder Neubaugebiete integrierte Wohngebäude bzw. -komplexe, die konzeptionell und baulich so ausgerichtet sind, dass sie Hilfs- und Pflegebedürftigen mit und ohne Behinderung ein selbstbestimmtes Wohnen als Alternative zur stationären Pflegeeinrichtung bieten.

Wenn man eine Alternative zur stationären Pflege bieten will, so sind neben der Barrierefreiheit auch die Integration von ambulant betreuten Wohngemeinschaften, einem Servicestützpunkt mit Tag- und Nachtbereitschaft zuzüglich Pflegewohnungen sowie Pflegegästewohnungen von zentraler Bedeutung. In den Quartierspflegekern bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft sollte ein Nachbarschaftscafé integriert werden, das allen im Quartier offensteht. Ein solches Café bietet Anlässe für das Miteinander von Jung und Alt sowie für die Entwicklung von Ehrenamtsengagement.

Selbstorganisation ist in aller Munde, weil immer mehr Menschen bewusst wird, dass ein anderes Denken und Handeln notwendig erscheint, um die Herausforderungen im Arbeitsleben insgesamt und insbesondere in der Pflege zu bewältigen. Was aber ist nötig, um Pflegeteams aufzubauen oder bestehende Pflegeteams so zu verändern, dass diese eigenverantwortlich und selbstorganisiert arbeiten können? Welche Herausforderungen und Hürden müssen bewältigt werden? Diesen Fragen widmete sich Andreas Klein, Geschäftsführender Gesellschafter CareTeam GmbH, in seinem Impulsvortrag.

Mit seinem Unternehmen hat Klein das Konzept der Quartierspflege entwickelt und bereits umgesetzt. Dabei arbeiten eigenständige Teams (maximal 12 Pfleger) in dem Viertel, in dem sie auch leben. Sie organisieren sich selbst und sparen somit Verwaltungskosten.

Die gesamte Firma ist nicht auf Gewinnmaximierung ausgelegt, sondern arbeitet nach dem Gemeinwohlprinzip. Das so gewonnene Geld wird in Zeit beim Patienten investiert. Die Quartierspfleger entscheiden selbst, wie sie es einsetzen. Außerdem steht die Bildung von Netzwerken in den Quartieren im Vordergrund. Geknüpft werden sowohl Kontakte zu Apothekern und Ärzten, aber auch zu Ehrenamtlichen in der Nachbarschaft, die für die pflegebedürftigen Patienten einkaufen gehen oder im Garten helfen.

Mit dem Konzept „Kurzzeitpflege – DAHEIM" konnte die Pflegezentrale Wagner aus dem oberbayerischen Geretsried die Jury des Häusliche Pflege Innovationspreises 2020 überzeugen. Das Unternehmen überträgt ein klassisch stationäres Angebot auf den häuslichen Bereich.

Laut Geschäftsführer Stefan Schleicher nutzen die Pflegebedürftigen bzw. ihre Angehörigen das Budget der Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege, gehen aber für die „Auszeit" nicht in eine stationäre Einrichtung, sondern können in ihren eigenen vier Wänden bleiben und erhalten eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Damit soll Familien wieder die Möglichkeit gegeben werden, beruhigt in den Urlaub zu fahren und den pflege- und/ oder betreuungsbedürftigen Angehörigen in besten Händen zu wissen.

Großer Wert wird dabei auf die Qualität der Versorgung und die Begleitung der eingesetzten Pflegekräfte gelegt. Schleicher zufolge werden die Qualitätsstandards der ambulanten Pflege auch hier stringent umgesetzt: Von der Anamnese (SIS) über Maßnahmenplanung bis hin zur Evaluation. Damit grenzt sich das Konzept, bei dem die Pflegekräfte für den Zeitraum der Versorgung in der Häuslichkeit des Pflegebedürftigen mit wohnen, deutlich von der sogenannten 24-Stunden-Pflege ab.

Einen Baustein für den Wunsch vieler Menschen, in gewohnter Umgebung „alt" werden zu können, stellt das vom Bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerium geförderte Projekt „Gemeindeschwester – Seniorenlotse" dar, das der Kreisgeschäftsführer BRK Kreisverband Kronach, Roland Beierwaltes, vorstellte. Es umfasst insbesondere Informations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen gerade für pflegebedürftige Personen und deren Angehörige. Konkret geht es darum, komplementär zu Pflegeleistungen aus der Sozialen Pflegeversicherung eine Informations- und Koordinationsplattform für den ländlichen Raum zu entwickeln und auch auf die Übertragbarkeit für andere ähnliche Regionen zu testen. Vor diesem Hintergrund wird das geförderte Projekt auch wissenschaftlich begleitet und evaluiert. **DK**

Bayerischer Energiepreis 2020:

Energienutzung intelligent steuern

„Wir wollen ein effizientes und nachhaltiges Energiesystem aus und für Bayern. Auch in diesem Jahr beweisen die Preisträger, dass bayerische Unternehmen, Kommunen und Forschungseinrichtungen hierfür hervorragend vorbereitet sind", gratulierte Hubert Aiwanger bei der Verleihung des Bayerischen Energiepreises im Bayerischen Wirtschaftsministerium.

Mit dem Hauptpreis ausgezeichnet wurde die Kurtz GmbH, Kreuzwertheim, für ihr Projekt „Chemiefreies Recycling von EPS-Material durch Radiofrequenz-Fusionstechnologie". Damit wird das Verschweißen von Partikelschäumen, wie z.B. Styropor, zu Formteilen ohne Dampf und Wasserkühlung möglich: Diese Verschweißung erfolgt mittels elektromagnetischer Wellen von innen nach außen.

Im Vergleich zum herkömmlichen Herstellungsverfahren spart dieses innovative Verfahren ca. 70 % an CO2-Emissionen und 90 % an Primärenergie. Zudem lässt sich EPS mit einem deutlich höheren Rezyklatanteil von bis zu 100 % verarbeiten. Die Technologie wird über die Anwendung in der Kunststoffindustrie (z.B. Isolierplatten, Kühlboxen, Fahrradhelme) hinaus auch auf weitere Anwendungsbereiche übertragen und kann einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Effizienzsteigerung leisten.

Stadtwerke Rosenheim

Neben dem Hauptpreis vergab das Wirtschaftsministerium weitere Preise in acht Kategorien. In der Kategorie „Kommunale Energiekonzepte" siegten die Stadtwerke Rosenheim und die SolarNext AG mit ihrem Innovationsprojekt „Umweltfreundliche Kälteversorgung Bahnhof Nord".

Die Stadtwerke Rosenheim setzen auf eine nachhaltige sowie volkswirtschaftlich sinnvolle Energieversorgung und arbeiten seit Jahren konsequent an der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Klimaschutzziele, dokumentiert in einem fundierten Energiekonzept. Die umweltfreundliche Kälteversorgung des Quartiers Bahnhof Nord ist die Weiterentwicklung des Gedankens, den Kunden stets energieeffizient und CO2-minimiert Kälte zur Verfügung zu stellen. Das Konzept wurde mit der hierzu beauftragten SolarNext AG aus Bernau entwickelt und umgesetzt.

Statt wie oftmals üblich, elektrisch angetriebene Kompressionskältemaschinen mit relativ hohem Strombedarf und F-Gasen als Kältemittel einzusetzen, kommen in diesem Projekt überwiegend thermisch betriebene Absorptionskältemaschinen, die mit dem natürlichen Kältemittel Wasser arbeiten, zum Einsatz. Als Antriebsenergie wird Abwärme verwendet, die durch das ebenfalls von den Stadtwerken Rosenheim betriebene Müllheizkraftwerk im Sommer zur Verfügung steht. Damit wird vorhandene Wärme besser genutzt. Das Kältenetz hat das Potential sich später über die gesamte Innenstadt von Rosenheim zu erstrecken.

Umweltfreundliche Kälteversorgung

Der Strombedarf für die gesamten Absorptionskälteanlagen (inklusive Pumpen und Rückkühlwerk) ist bis zu 90 % geringer als bei Kompressionskälteanlagen, die CO2-Emissionen sind im Vergleich zu einer traditionellen Kälteanlage um ca. 85 % reduziert. Ein Konzept, das – mit entsprechenden Anpassungen – auf andere Stadtwerke und Kommunen übertragbar ist. Die Stadtwerke Rosenheim hoffen, dass diese Option bei der Entwicklung von Quartierskonzepten und Verbundlösungen vermehrt evaluiert wird, so dass künftig in vielen anderen Kommunen in heißen Sommermonaten Wohnungs-, Arbeits- und Serverräume mit dieser nachhaltigen Lösung (h)eis(s)-kalt gekühlt werden.

Die Versorgung mit Kälte wächst in ihrer Bedeutung, da einerseits die Nachfrage steigt und andererseits die Kälte in großen zentralen Anlagen sehr viel effizienter erzeugt werden kann als in Kleinanlagen. Dies erfordert die Errichtung von Kältenetzen, die die verschiedenen Kälteanlagen und Verbraucher miteinander verbinden. In Kombination mit der bestehenden Fernwärme entsteht hier ein System der Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung (KWKK), das langfristig die Innenstadt sehr umwelt- und klimafreundlich, aber auch preiswert und sicher mit Kälte versorgen kann.

Die Integration von Strom, Wärme, Kälte und Wärmespeichern ist ein Musterbeispiel der Sektorenkopplung und gestattet es, sehr flexibel Erneuerbare Energie aus Wind und Solarstrom je nach Situation zu nutzen und zu ergänzen.

Stadt Freilassing

Ein weiterer Preisträger ist die Stadt Freilassing. In der Kategorie „Energieerzeugung – Strom, Wärme" belegte sie mit dem Projekt Energieverbund Freilassing (ENVER) den ersten Platz.

Bereits im Jahr 2011/12 hat man mit der Generalsanierung von zwei Freilassinger Schulen und der Stadtbücherei den Grundstein für den Energieverbund Freilassing gelegt. Da für die neue Sport- und Freizeitanlage „Badylon" mit Dreifachsporthalle und Hallenbad ohnehin die Energieversorgung neu geplant werden musste, wurde die Gelegenheit genutzt und ein Energieverbund zwischen mehreren städtischen Gebäuden genauer untersucht und auch umgesetzt.

Der Energieverbund Freilassing versorgt die Sport- und Freizeitanlage Badylon, die Grund- und Mittelschule, die städtische Kläranlage sowie das Jugendvereinsheim mit Fernwärme auf einer Leitungslänge von insgesamt 936 Metern. Die Versorgung erfolgt über Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die überwiegend mit Klärgas aus der Kläranlage versorgt und mit Erdgas als zweitem Brennstoff betrieben werden. Ergänzend kommt ein Biomassekessel zum Einsatz, der auch städtische Grüngutabfälle verwerten kann.

„Parallel zum Wärmenetz wurde ein Stromverbund zwischen den genannten städtischen Gebäuden aufgebaut. In dieser Form ist ein solcher Zusammenschluss zur Energiegewinnung bisher einmalig", freut sich Freilassings Bürgermeister Markus Hiebl. Die elektrische Versorgung erfolgt über mehrere Photovoltaikanlagen und über die Blockheizkraftwerke in der Kläranlage und der Heizzentrale. Die über das Stadtgebiet verteilten Gebäude bilden aus energierechtlicher Sicht ein eigenes Areal, das sich vollständig selbst mit Wärme und zu einem großen Teil selbst mit Strom versorgt.

Gegenentwurf zu elektrischen Großspeichern

Der Energieverbund Freilassing ist ein Gegenentwurf zu elektrischen Großspeichern, die derzeit in einzelnen Kommunen zwar bereits umgesetzt werden, jedoch noch sehr aufwändig und ressourcenintensiv in der Herstellung sind. Das in Freilassing umgesetzte Modell kann als Blaupause für eine Vielzahl weiterer bayerischer Kommunen dienen, die ihre vor Ort vorhandenen regenerativen Ressourcen bestmöglich nutzen und ihre Energiekosten senken wollen.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium zeichnet alle zwei Jahre herausragende Leistungen für effiziente und innovative Energiegewinnung, -nutzung, -verteilung und -speicherung aus. Mit 170 eingereichten Bewerbungen war das Interesse bei Unternehmen, Kommunen, Forschungsstellen und Institutionen auch in diesem Jahr wieder erfreulich groß. Zum zwölften Mal wählte eine unabhängige Jury mit ausgewiesenen Energieexperten die vorbildhaften Preisträger aus. **DK**

Brennstoffemissionshandel:

Eckpunkte zum Schutz der Industrie beschlossen

Die Bundesregierung hat die von der Bundesumweltministerin vorgelegten Eckpunkte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen beschlossen. Im Rahmen des nationalen Brennstoffemissionshandels können künftig Unternehmen auf Grundlage einer sogenannten Carbon Leakage-Verordnung einen finanziellen Ausgleich beantragen, sofern ihnen durch die CO2-Bepreisung Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen.

Als Gegenleistung werden die begünstigten Unternehmen verpflichtet, ein Energiemanagementsystem zu betreiben und Maßnahmen umzusetzen, die die Energieeffizienz verbessern und CO2-Emissionen verringern.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Mit der CO2-Bepreisung erzeugen wir eine Lenkungswirkung zu emissionsarmen und klimaneutralen Energieträgern. Gleichzeitig ist mir wichtig, dass Deutschland ein attraktiver Standort für eine zukunftsfähige Industrie bleibt ... Deshalb haben wir die Eckpunkte zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen beschlossen. Wir schützen damit das Klima und die Industrie. Zugleich sorgen wir dafür, dass die Unternehmen die Hilfen wiederum in den Klimaschutz investieren und dadurch innovativer und klimafreundlicher werden. Dieser moderne Ansatz wird dabei helfen, deutsche Unternehmen zu Vorreitern auf dem Weg in die klimaneutrale Weltwirtschaft zu machen."

Der in den Eckpunkten festgelegte Kompensationsmechanismus orientiert sich an den etablierten Regelungen des europäischen Emissionshandels. Die dort geltende Liste der beihilfeberechtigten Sektoren wird 1:1 übernommen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, weitere Sektoren aufzunehmen, sofern ein Wettbewerbsrisiko nachgewiesen werden kann.

Für die Berechnung der Beihilfe wird der „Benchmark"-Ansatz des EU-Emissionshandels verwendet: Das Beihilfeniveau wird durch die 10 Prozent besten Anlagen einer Branche bestimmt. Weniger effiziente Anlagen erhalten also einen geringeren Anteil ihrer CO2-Kosten erstattet. Ebenso wird die Beihilfehöhe entsprechend der Emissionsintensität der verschiedenen Unternehmen gestaffelt. Damit wird sichergestellt, dass Unternehmen konsequent in emissionsarme Technologien investieren und Ausgleichszahlungen sich stets am tatsächlichen Wettbewerbsrisiko orientieren.

Bis zum Ende des Jahres wird das BMU nun auf Basis der Eckpunkte eine Rechtsverordnung ausarbeiten und dem Bundestag vorlegen. Gemeinsam mit Regelungen zur Emissionsberichterstattung, zum Verkauf von Emissionszertifikaten und zum nationalen Handelsregister wird dies die Grundlage für den Start des nationalen Emissionshandels pünktlich zum 1. Januar 2021. ❐



Landrätin Schweiger kritisiert Südostlink

Landrätin Tanja Schweiger (Regensburg) hat sich persönlich an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, gewandt. Der Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Bundesbedarfsplangesetzes und anderer Vorschriften sei in den Augen vieler Wissenschaftler genau das Gegenteil einer „sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität".

Der Landkreis Regensburg werde zudem in vielen Bereichen der neun betroffenen Landkreisgemeinden stark in Mitleidenschaft gezogen. Alleine im „Falkensteiner Vorwald mit Donaurandspalte und Regental" ergibt sich neben der Kreisstraße R43 eine dauerhaft waldfreie Fläche von etwa 6,6 Hektar und läuft damit der Landschaftsschutzverordnung zuwider, so Tanja Schweiger.

Die geplante Trasse stelle einen massiven Eingriff in den Gehölz- und Waldbestand dar; im Landkreis Regensburg müssten dafür etwa 12 Hektar Fläche in Anspruch genommen werden. Sämtliche Vorschlagstrassen seien zudem mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden, teilweise mit nicht ausgleichbaren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Naturgenusses. Der Vorschlagskorridor tangiert auch mehrere Wasserschutzgebiete. Die alleine im Landkreis betroffene Gesamtfläche der Bodendenkmäler und Verdachtsflächen wird nach Angabe des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege auf circa 132 Hektar geschätzt.

In ihrem Schreiben zeigt Landrätin Tanja Schweiger aber auch Alternativen auf. Zum einen decke die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien über das Gesamtjahr betrachtet im Landkreis Regensburg in der Bilanz mittlerweile etwa 75 Prozent des Gesamtstromverbrauchs ab, Tendenz steigend. Zum anderen könne die im Norden erzeugte Energie für grünes Gas genutzt werden, das über das bestehende über 520.000 km lange Gasnetz transportiert werden könne. Sie bittet Bundesminister Altmaier deshalb darum, den Bundesbedarfsplan zu überarbeiten und Alternativen zu entwickeln, wie etwa Investitionen in die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien. ❐

Hohe Versorgungssicherheit im Stromnetz der N-ERGIE

Die Versorgungsqualität im Netzgebiet der N-ERGIE ist seit Jahren hoch: Durchschnittlich nur knapp sieben Minuten (6,8 Minuten) mussten die Menschen 2019 aufgrund ungeplanter Ereignisse, etwa infolge von Unwettern oder Leitungsschäden, ohne Strom auskommen (2018: 7,9 Minuten).

Diese Zahl liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt: Laut den kürzlich veröffentlichten Zahlen der Bundesnetzagentur lag 2019 die durchschnittliche Versorgungsunterbrechung je angeschlossenem Letztverbraucher in Deutschland bei rund zwölf Minuten (12,2 Minuten; 2018: 13,9 Minuten).

Die Versorgungsqualität im Netzgebiet der N-ERGIE liegt damit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist auch eine Folge beständiger Investitionen: Rund 100 Mio. Euro steckt die N-ERGIE Netz GmbH, der Netzbetreiber der N-ERGIE, jährlich in den Ausbau und den technischen Unterhalt der Stromnetze.

Das Stromnetz der N-ERGIE Netz GmbH umfasst Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungen und ist rund 27.000 Kilometer lang. Es erstreckt sich vom Würzburger Umland im Norden bis Eichstätt im Süden, sowie von Weikersheim im Westen bis nach Sulzbach-Rosenberg im Osten. ❐

Verband kommunaler Unternehmen:

Wegweisende Stellschrauben

Als „Erfolg für Energiewende und Klimaschutz“ hat der VKU den Kompromiss zur 450 MHz-Frequenzvergabe bezeichnet. Die zuständigen Ressorts der Bundesregierung haben sich geeinigt, die 450 MHz-Funkfrequenzen ab 2021 vorrangig an die Betreiber kritischer Infrastrukturen in der Energie- und Wasserwirtschaft zu vergeben. Den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wird die Mitnutzung der Frequenzen eröffnet, sofern es keine Beeinträchtigungen für die Anwendungen der kritischen Infrastrukturen gibt.

„Wir begrüßen den politischen Kompromiss, die 450 MHz-Funkfrequenz an die Energie- und Wasserwirtschaft zu vergeben und zugleich eine Mitnutzung für die BOS zu ermöglichen. Nun ist der Weg für die Bundesnetzagentur frei, gemeinsam mit Beirat und Präsidentenkammer das Vergabeverfahren zeitnah zu starten. Das ist eine Richtungsentscheidung: für Energiewende und Klimaschutz, für Versorgungssicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

450 MHz-Funkfrequenz an Energie- und Wasserwirtschaft

Für die zunehmend dezentrale und digital gesteuerte Strom- und Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien sowie Wasserversorgung benötige die Energie- und Wasserwirtschaft die 450 MHz-Funkfrequenz. Dies diene dem Klimaschutz und der Versorgungssicherheit, „denn mit dieser sicheren und hochverfügbaren Kommunikationslösung können wir unsere Netze digitalisieren und optimal steuern. Damit können wir das hohe Niveau an Versorgungssicherheit halten und auch den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität vorantreiben“, erklärte Liebing. Davon profitiere der gesamte deutsche Wirtschaftsstandort. Da die Funkfrequenz auch im Falle eines Blackouts funktioniert, sei die Entscheidung der BNetzA ein wichtiger Beitrag, um kritische Infrastrukturen wirksam zu schützen.

Potenziale der Energiewende besser heben

Eine „solide Basis für den parlamentarischen Prozess“ ist aus Liebings Sicht der Gesetzentwurf des EEG 2021. Der Bundesrat habe mit seiner Stellungnahme darauf aufgebaut und auf wichtige Stellschrauben verwiesen, an denen der Gesetzentwurf nachjustiert werden sollte.

Der VKU begrüßt, dass sich die Länderkammer vor allem im Bereich der Photovoltaikförderung und des Mieterstroms für erhebliche Verbesserungen ausspricht. Nach Ansicht des Verbandes muss die Photovoltaik bis 2030 von heute ca. 50 GW auf eine installierte Leistung von 125 GW ausgebaut werden. „Das bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen beim Photovoltaikausbau enorm steigern müssen und wir vor allem auch die Potenziale der Energiewende im urbanen Raum besser heben müssen. Gut ist daher, dass der Bundesrat sich für die Aufhebung der Größenbeschränkung für Mieterstromanlagen, die Erweiterung der Mieterstromförderung auf Nichtwohngebäude und die Anhebung der Solarstromvergütung sowie die Verringerung der Degression für kleine PV-Anlagen ausgesprochen hat“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Darüber hinaus habe der Bundesrat erkannt, wie wichtig die Akzeptanz vor Ort für den Windenergieausbau ist und fordere folgerichtig eine verpflichtende Abgabe an die Standort- und Nachbarkommunen anstelle der im Gesetzentwurf vorgesehenen freiwilligen Zahlung. Auch die kommunalen Spitzenverbände und der VKU hatten sich für diese Verpflichtung stark gemacht. Nur diese schafft laut VKU eine rechtssichere, planbare und wiederkehrende Grundlage für Zahlungen an die betroffenen Städte und Gemeinden und trägt so erheblich zur Akzeptanz vor Ort bei. Zudem teilt der Verband kommunaler Unternehmen die Kritik des Bundesrates, dass der Gesetzentwurf keine Regelung zu Bürgerenergiegesellschaften enthält. „Bereits in der Vergangenheit hat er deutlich gemacht, wie wichtig Bürgerenergie für die Akzeptanz ist. Die bisherigen Regelungen waren jedoch missbrauchsanfällig. Wir brauchen daher beim Thema Bürgerenergie einen Neustart“, forderte Liebing.

Aber auch jenseits von Windenergie und Photovoltaik gibt es nach seinen Worten einige Baustellen, an denen im EEG-Entwurf noch gearbeitet werden muss. Darauf hätten die Länder mit ihren Verbesserungsvorschlägen zu Recht hingewiesen. Der VKU begrüße daher die Empfehlungen des Bundesrates zur Stärkung auch weiterer EE-Technologien, etwa in dem die bestehenden Regelungen zur Degression bei der Verstromung von Biomasse, Geothermie und Wasserkraft abgemildert werden.

Degressionsbremse erforderlich

„Wir brauchen auch hier eine Degressionsbremse, um die Erreichung der Ausbauziele sicherzustellen. Zu Recht fordert der Bundesrat darüber hinaus weitere Verbesserungen für die Biomasseverstromung. Wichtig ist jetzt, dass Bundesregierung und Bundestag die Empfehlungen des Bundesrates aufgreifen und sich konstruktiv damit auseinandersetzen. Für uns ist klar: Wenn wir das 65-Prozent-Erneuerbaren-Ziel bis 2030 erreichen wollen, müssen alle Technologiepotenziale erschlossen werden. Ambitionierte Ziele können nur mit einem ambitionierten EEG erreicht werden“, stellte Liebing fest. **DK**

VKU-Landesgruppe Bayern:

Josef Hasler als Vorsitzender bestätigt

Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstandes der N-ERGIE Aktiengesellschaft, ist im Amt als Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern bestätigt worden. Er knüpft damit an sechs erfolgreiche Jahre an der Spitze der bayerischen kommunalen Unternehmen an.

Neu als seine Stellvertreterin ist Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer in den Kreis der Vorsitzenden gewählt worden. Als weiterer Stellvertreter ist Alois Wanninger, Werkleiter der Stadtwerke Landau an der Isar, ebenfalls im Amt bestätigt.

„Mit ihrer Meldung zum Rückgang der Unterbrechungen der Stromversorgung 2019 hat die Bundesnetzagentur kürzlich gezeigt, wie gut all die Kollegen bei den kommunalen Verteilnetzbetreibern ihre Arbeit verstehen. Hier sind in den letzten 20 Jahren enorme Mengen regenerativer Energien aufgenommen worden. Die Ausfälle sinken jedoch, wie die Bundesnetzagentur belegt. „Das heißt, wir können Energiewende”, so Hasler mit Blick auf aktuelle energiewirtschaftliche Debatten. ❐

Neue Energie für die Straße

E-Ladesäule in Eggenfelden jetzt in Betrieb

Die Stadt Eggenfelden und Energie Südbayern machen die Region fit für die Elektromobilität. Seit Oktober ist dort ein Schnelllader für Elektroautos in Betrieb. E-Autofahrer im Landkreis Rottal-Inn haben so mehr Möglichkeiten, günstigen und CO2-freien Strom für ihre Fahrzeuge zu laden.

Eggenfeldens erster Bürgermeister, Martin Biber, freut sich über diese Entwicklung: „Elektromobilität ist ein wichtiges Thema unserer Zeit. Es ist toll, dass wir dieses mit der E-Ladesäule regional fördern und unsere Bürger die Möglichkeit haben, ihr Elektroauto nachhaltig zu laden.“ Aufgestellt ist die Ladesäule in der Parkstraße 1 in unmittelbarer Nähe zum Stadtpark und der Innenstadt von Eggenfelden – an einem für Autofahrer gut zu erreichenden Standort.

Klimafreundliche Mobilität: Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft

An der Station können die Akkus von zwei E-Autos mit einer Leistung von 50 kW und 22 kW gleichzeitig geladen werden. Das „schnelle Laden“ wird mit 50 kW Gleichstrom (DC) ermöglicht. Hierfür stehen zwei unterschiedliche Steckertypen (CCS und CHAdeMO) bereit, so dass alle Arten von Elektroautos schnell geladen werden können. Zudem bietet die Ladesäule auch die Möglichkeit einer Wechselstromladung (AC) mit 22 kW. „Getankt“ wird an den Ladesäulen ausschließlich Ökostrom aus 100 Prozent Wasserkraft. In Verbindung mit dem umweltfreundlichen Elektroantrieb macht das die E-Mobilität in der Region lokal, emissionsfrei und nachhaltig.

Beitrag für die Energie- und Verkehrswende vor Ort

Die Installation der Ladesäule wurde durch die Stadt Eggenfelden ausgeschrieben. Diese Ausschreibung konnte Energie Südbayern für sich entscheiden. Danach wurden die Ladestationen von Energie Südbayern in enger Abstimmung mit der Stadt Eggenfelden aufgebaut, foliert und in Betrieb genommen. Der regionale Energieversorger in Südbayern übernimmt den Betrieb der Anlage und bietet Ladekarten an, die Fahrern europaweiten Zugang zu Elektroladestationen ermöglichen.

Dr. Josef Lipp, Teamleiter Neue Geschäftsfelder bei Energie Südbayern, erläutert die Zusammenarbeit mit der Stadt: „Wir bieten kommunalen Partnern intelligente Ladelösungen für eine moderne und vorausschauende Verkehrsplanung. Von der Planung und der Einholung der Fördermittel über die Umsetzung bis hin zum Betrieb der Anlage übernehmen wir sämtliche Leistungen – und das immer in enger Abstimmung mit unseren Projektpartnern.“

Laden und Bezahlen leicht gemacht

Die Nutzung der Ladesäule ist denkbar einfach: Freigeschalten wird die Ladestation mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Karte im Scheckkartenformat. Durch die Zusammenarbeit mit ladenetz.de akzeptiert die Ladesäule eine Vielzahl an Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner, darunter BMW, ADAC, DKV, The New Motion oder VW. Durch die wahlweise Nutzung einer Ladekarte oder App gestaltet sich der gesamte Lade- und Bezahlvorgang sowohl für Gelegenheitskunden, als auch für Stammkunden unkompliziert und schnell. ❐

Solarenergie:

Einspeisevergütungs-Stopp verhindern

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaats auf, ihre PV-Anlagen, die schon länger am Netz sind, bei der Bundesnetzagentur für das Marktstammdatenregister bis spätestens Januar 2021 zu registrieren, ansonsten drohe ein vorübergehender Stopp der Vergütung für den eingespeisten Strom ab Februar 2021.

Aiwanger: „Die Bundesnetzbetreiber und die Netzbetreiber weisen schon sehr aktiv auf die Registrierungspflicht hin. Ich mache auch nochmal deutlich: Registrieren Sie sich. Es ist relativ unkompliziert, nehmen Sie sich die Unterlagen mit den entsprechenden technischen Daten Ihrer Anlage zur Hand und gehen Sie auf die Seite der Bundenetzagentur im Internet.“

PV-Anlagen (inkl. Stromspeicher), die vor dem 31.01.2019 in Betrieb genommen wurden, müssen bis zum 31.01.2021 registriert sein. PV-Anlagen, die ab Februar 2019 in Betrieb gegangen sind, müssen sich innerhalb eines Monats nach Inbetriebnahme registrieren.

„In Bayern sind PV-Anlagen im niedrigen sechsstelligen Bereich noch nicht registriert, das betrifft viele Bürgerinnen und Bürger, die einen wertvollen Beitrag zur Energiewende leisten. Wir wollen ein böses Erwachen hinsichtlich vorübergehend eingehaltener Einspeisungsvergütungen ab Februar 2021 vermeiden“, erklärt der Staatsminister.

Das Marktstammdatenregister Web-Portal ist hier zu finden: www.marktstammdatenregister.de

Die VKU Landesgruppe Bayern weist darauf hin, dass auch andere Anlagen erneuerbarer Erzeugung sowie KWK-Anlagen registriert sein müssen, um nach dem 31.1.2021 ihren Anspruch auf Vergütungszahlungen zu erhalten. Die Verteilnetzbetreiber haben die bei ihnen im Netz liegenden Betreiber ebenfalls aufgefordert, die Registrierung vorzunehmen. Ihnen ist sehr an einem reibungslosen Prozess gelegen, da nicht registrierte Anlagen einen erheblichen Mehraufwand bedeuten würden. ❐

Energiewende Oberland:

Online-Stifterversammlung 2020

Halbzeitbilanz: Die Energiewende Oberland, Bürgerstiftung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung (EWO), hatte sich bei ihrer Gründung im Jahr 2005 zum Ziel gesetzt, die Region bis ins Jahr 2035 ausschließlich mit regenerativer Energie zu versorgen. Dass bislang noch nicht einmal die Hälfte des Weges zurückgelegt wurde, ist für EWO-Geschäftsstellenleiter und Vorstandsmitglied Stefan Drexlmeier freilich noch längst kein Grund zum Pessimismus: „Zukunft ist keine Verlängerung der Vergangenheit“, betonte Drexlmeier im Rahmen der live aus der Geschäftsstelle in Penzberg übertragenen EWO-Online-Stifterversammlung 2020.

Um ein Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit zu generieren, muss die EWO aus Sicht von Stiftungsratsvorsitzendem Josef Kellner versuchen, die „Fridays-for-Future-Leute“ für ihre Ziele zu gewinnen. Als Erfolg wertet Kellner das von der Energiewende Oberland herausgegebene „Klimasparbuch“, das interessierten Bürgern Tipps und Hinweise an die Hand gibt, um den Einstieg in klimaschonendes Verhalten im Alltag zu erleichtern.

Eine Problematik des Klimaschutzes liegt darin, dass der Klimawandel so schwer greifbar ist. Das EWO-Projekt KlimaAlps versucht genau hier anzusetzen. Auf der Online-Stifterversammlung beschrieb Projektkoordinatorin Dr. Cornelia Baumann, was es mit dem Projekt auf sich hat, dem sich bereits knapp 80 Netzwerk-Partner in Bayern und Österreich angeschlossen haben.

Aufklärung in Theorie und Praxis

Die Wissenschaft legt zunehmend die bereits jetzt sichtbaren Veränderungen in der Natur offen. KlimaAlps möchte diese Sichtbarmachung des Klimawandels „vor der Haustüre“ auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Bewusstseinsbildung und Aufklärung in Theorie und Praxis soll zur individuellen Veränderung des Verhaltens führen.

Hierzu werden drei Instrumente erarbeitet und etabliert:

1. KlimaPäd: Ausarbeitung und Etablierung einer Zusatzqualifikation zum KlimaPädagogen mit Zielgruppe Umwelt-/Naturbildner. Die Ausbildung wird modular aufgebaut, wobei jedes Modul einem Standort in der Projektregion zugewiesen wird.

2. KlimaTop: Sichtbarmachen des Klimawandels in der Landschaft, verknüpft mit den Inhalten und Standorten der KlimaPäd-Module. Zielgruppe sind Umwelt- und Naturbildner in der Ausbildung sowie die breite Bevölkerung und Touristen in der Projektregion. Zudem werden die ausgearbeiteten Lehrmaterialien (KlimaTop Karten, themenspezifische Lehrinformationen, Wanderausstellung) für Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt.

3. KlimaAlps_Netzwerk: Aufbau und Pflege eines langfristigen Netzwerks zwischen Wissenschaft – Bildung – politischen Entscheidungsträgern/regionalen Umsetzern. Über KlimaAlps_Netzwerk werden Know-how und Erfahrung der Akteure in der Projektregion gebündelt und in die Umsetzung des Projekts eingebracht. Bereits vorhandene Themenwege und Angebote werden in der interaktiven KlimaAlps Karte integriert und somit sichtbar gemacht.

Im Oberland werden 6 Millionen MWh für das Heizen verwendet. Das sind ca. 44 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Nur 10 Prozent davon kommen bisher aus erneuerbaren Energien, so Projektkoordinatorin Heike Unterpertinger. Das EU-geförderte Projekt REPLACE zielt darauf ab, Nutzer zu einem Austausch ihrer veralteten Heiz- und Kühlanlagen zu motivieren. Hierfür sollen die Koordination in lokalen Netzwerken ausgebaut und Austausch-Kampagnen in zehn Zielregionen umgesetzt werden – eine davon im Bayerischen Oberland.

Die Kampagnen und Programme sind auf die jeweilige Region zugeschnitten und können auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Ein zentrales Element des Projektes ist der online-Rechner „REPLACE Your Heating System Calculator“, der die Nutzer künftig bei ihrer Entscheidung unterstützt und finanzielle wie ökonomische Anreize aufzeigt.

Das Projekt KARE wiederum beabsichtigt im Oberland, Kommunen für diesen Anpassungsbedarf zu sensibilisieren und gemeinsam mit regionalen Praxis- und Politikakteuren in den zwei Pilotkommunen Garmisch-Partenkirchen und Weilheim planungsrelevante Instrumente für das kommunale Risikomanagement und die Klimawandelanpassung zu entwickeln, zu testen und in andere Kommunen zu transferieren.

Sturzflutrisikomanagement für Kommunen 2.0

Laut Projektkoordinatorin und stellvertretender EWO-Vorstandsvorsitzender Elisabeth Freundl werden Methoden erarbeitet, die eine Abschätzung der Anpassungskapazitäten von Kommunen, Unternehmen und privaten Haushalten in der Region erlauben. Konkret entwickelt das Projekt zielgruppenspezifische Informationen in Form eines Prozessleitfadens „Sturzflutrisikomanagement für Kommunen 2.0“ sowie praxisorientierter Medien- und Bildungsformaten, die Kommunen bei der Etablierung eines Starkniederschlagsrisikomanagements unterstützen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen für eine Risiko-Governance-Struktur und Risiko-Kommunikation auf kommunaler Ebene geben.

KARE-Citizen Science (KARE-CS) plant gemeinsam mit Schülern in zwei ausgewählten Gemeinden des Oberlandes den Aufbau eines Laien-Wetter-Netzwerks. Die Schüler erhalten die Möglichkeit, über eigene Messstationen lokale Wetterinformationen sowie durch strukturierte Beobachtungen lokale Auswirkungen von (Extrem-) Wetterereignissen sowohl hinsichtlich subjektiver Beeinträchtigung als auch objektiver Schäden zu erstellen, auszuwerten und online zu kommunizieren.

Die Ergebnisse werden durch die teilnehmenden Schüler, Lehrer, Praxispartner und Wissenschaftler gemeinsam aufbereitet und räumlich aggregiert sowie unter Berücksichtigung des Datenschutzes für die Analyse der Schadenspotenziale des Projekts KARE zur weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, Schüler sowie deren soziales Umfeld für die durch den Klimawandel häufiger auftretenden Extremwetterereignisse und damit verbundenen Risiken zu sensibilisieren. Auch soll ein kontinuierlicher Wissenstransfer etabliert werden. **DK**

Energienetze Bayern:

Anschluss des 150.000sten Kunden an das Erdgasnetz

Hohe Nachfrage nach Hausanschlüssen zeigt sich auch in Aiterhofen

Sven Haberkorn aus Aiterhofen freut sich über seinen neuen Erdgashausanschluss. Er ist der 150.000ste Kunde der Energienetze Bayern. Ende Oktober wurde am Wohnhaus der Familie Haberkorn der Erdgasanschluss installiert und das Gebäude damit an das Verteilnetz der Gemeinde angeschlossen. Zudem wird ein Glasfaseranschluss für schnellstes Internet gebaut.

Im Rahmen einer Ortsnetzerweiterung verlegen die Energienetze Bayern in Aiterhofen fünf Kilometer neue Erdgasleitungen sowie Glasfaserkabel. „Wir sind froh, unseren Bürgern diese Infrastruktur anbieten zu können," so Aiterhofens Bürgermeister Adalbert Hösl. „Es ist wichtig, um als Gemeinde attraktiv zu bleiben. Dass der Jubilar der Energienetze Bayern hier bei uns in Aiterhofen sitzt, ist etwas Besonderes."

Klimafreundliche Energieversorgung für's Eigenheim

Auch der Geschäftsführer der Energienetze Bayern, Michael Schneider, freut sich: „Den 150.000sten Kunden begrüßen zu dürfen, ist für uns ein tolles Ereignis. Wir verzeichnen eine stetig steigende Nachfrage nach Erdgas-Hausanschlüssen. Das hat sich auch in Aiterhofen gezeigt, als wir in einer Umfrage vor Ort das Interesse erhoben haben. Es wird deutlich, dass Hausbesitzer großen Wert auf eine klimafreundliche Energieversorgung für ihr Eigenheim legen und dass das Vertrauen in Erdgas ungebrochen hoch ist."

Mit der Entscheidung, den Energieträger zu wechseln und von Öl auf umweltfreundliches Erdgas umzustellen, investiert auch Familie Haberkorn in ihre ganz persönliche Energiezukunft. Denn der Wechsel von Öl zu Erdgas zahlt sich aus: Neue Gasbrennwertmodelle verbrauchen deutlich weniger Energie und reduzieren die monatlichen Energiekosten.

Allen voran profitiert jedoch die Umwelt. Würden in Haushalten mit Anschluss an das Erdgasnetz alle Ölkessel durch Gasbrennwertkessel ersetzt, ließen sich jährlich 18 Millionen Tonnen CO2 vermeiden – und so rund 40 Prozent der CO2-Emissionen, die von heute bis 2030 im Gebäudebereich noch eingespart werden müssen. Diese positive Bilanz kann künftig durch die Einspeisung von erneuerbaren Gasen weiter verbessert werden. Das macht Erdgas zu einem wichtigen und flexiblen Baustein der dekarbonisierten Energiewelt. ❐



Geschäftsführer Philipp Schaltenberg. Bild: VK Energie GmbH

VK Energie unterstützt KWK-Anlagenbetreiber

Stadtwerke und Unternehmen, die KWK-Anlagen betreiben, erhalten von der VK Energie GmbH seit Mitte September eine kostenlose Analyse über das Optimierungspotenzial ihrer Anlagen. Dadurch lassen sich mit bestehenden Anlagen bis zu 20 % Mehrerlöse generieren.

Viele Stadtwerke und Unternehmen leiden unter den Folgen der Corona-Krise und müssen Umsatzrückgänge durch Einsparmaßnahmen kompensieren. Für die Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zeigt die VK Energie, dass in fast allen Bestandsanlagen ab 100 kW ein erhebliches Optimierungspotenzial schlummert. Die Münchner Energieexperten realisieren mit Hilfe Ihrer intelligenten Steuerungssoftware bis zu 20 % Mehrerlöse für die Betreiber, was im Durchschnitt 25.000 Euro pro Jahr pro MW elektrisch entspricht.

Mit einem patentierten Software-Verfahren auf Basis künstlicher Intelligenz ermöglicht VK Energie bestehende KWK-Anlagen flexibel und wirtschaftlich effizienter zu betreiben. Mit „Aktivem Wärmespeichermanagement" sowie präzisen Wärmebedarfsprognosen wird ein optimierter Anlagenfahrplan erstellt. Zusätzlich werden die Start-Vorgänge und Wartungskosten sowie CO2-Emissionen reduziert.

Erfolgsbasierte Vergütung

„Wir möchten allen Anlagenbetreibern Zugang zu unserer hocheffizienten Betriebsoptimierung ermöglichen, weshalb wir aktuell auf jegliche Fixgebühren verzichten und rein erfolgsbasiert anhand der realisierten Mehrerlöse vergütet werden", betont Philipp Schaltenberg, kaufmännischer Geschäftsführer von VK Energie. ❐

Energiepolitik nach Plan

Renergie Allgäu erstellt Maßnahmenkatalog für Schwabhausens nachhaltige Zukunft

Die Gemeinde Schwabhausen startet in eine nachhaltige Energiezukunft mit Plan. Der Kemptener Verein renergie Allgäu beginnt in den nächsten Tagen damit, den aktuellen Strom- und Wärmebedarf aller privaten, kommunalen und gewerblichen Haushalte zu erfassen und kartographisch darzustellen. Aus diesen Zahlen und Ergebnissen werden dann Einsparpotentiale und Vorschläge für neue, nachhaltige Energiegewinnungsanlagen ermittelt. Im Mai 2021 soll der Gemeinde ein detaillierter Maßnahmenkatalog vorliegen mit konkreten Empfehlungen für die „Energiewende vor Ort".

Im ersten Schritt wird nun zunächst der energetische Ist-Zustand der Gemeinde erfasst. Mit einem vierseitigen Fragebogen an alle Haushalte und Gewerbebetriebe verschafft sich Projektleiter Thomas Brutscher einen Eindruck vom aktuellen Strom- und Wärmebedarf, dokumentiert Gebäudedaten und bestehende Versorgungsnetzwerke. Schon hier kommt es auf das Mitwirken aller Bürger an. Je zahlreicher die Fragebögen ausgefüllt und zurückgesandt werden, desto aussagekräftiger sind die Basisdaten, mit denen weitergearbeitet wird.

Ab Dezember nämlich werden die Fachleute von renergie Allgäu auf Grundlage der gesammelten Ergebnisse sogenannte Potenzialanalysen erstellen. Dabei wird genauestens aufgeschlüsselt, wo durch welche Maßnahmen wieviel Energie eingespart werden kann. Und es gibt außerdem eine umfassende Untersuchung, wie und wo in der Gemeinde noch mehr erneuerbare Energie erzeugt werden kann. Dafür wird unter anderem ein gebäudescharfes Solarkataster erstellt, an dem jeder Hausbesitzer genau ablesen kann, ob sich sein Dach für PV oder Solaranlagen anbietet.

Im Frühjahr 2021, so die Planung, wird der Gemeinde ein umfassender Maßnahmenkatalog vorliegen, in dem ihr konkrete und sehr praxisnahe Vorschläge gemacht werden, wie der Weg in die nachhaltige Energiezukunft aussehen kann. Dabei werden auch Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellt und vorhandene Förder- und Zuschussmöglichkeiten aufgeführt.

Für die Erstellung des Energienutzungsplans ist ein Jahr vorgesehen. Die Gesamtkosten werden zu 70 Prozent von Bayern Innovativ (ITZB Nürnberg) gefördert. Immerhin habe die Kommune damit ein einfaches und flexibles Planungsinstrument in Händen, das alle bisherigen und künftigen Maßnahmen bündle und in einer effizienten und nachhaltigen Energiepolitik zusammenführe. ❐

Kommunale Wärmewende mit Holzpellets und Hackschnitzeln

Wirtschaftlich und klimafreundlich mit moderner Holzenergie heizen

Holzbrennstoffe wie Holzpellets und Hackschnitzel sind für den Einsatz in kommunal und gewerblich geführten Anlagen bestens geeignet. Als erneuerbarer Energieträger sind sie schon heute ein Pfeiler der Energiewende und machen eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden problemlos möglich. Bei der Verbrennung von Holz wird nur so viel CO_2 freigesetzt, wie der Baum im Laufe seines Wachstums aufgenommen hat. Pellets und Hackschnitzel verbrennen daher CO_2-neutral. Ihr hohes Klimaschutzpotenzial ermöglicht eine kostengünstige Reduzierung von CO_2-Emissionen, die in diesem Maße mit keiner anderen energetischen Maßnahme erzielbar ist.

Der vollautomatische Betrieb der Heizanlagen sichert einen komfortablen und effizienten Heizbetrieb, der fossilen Heizsystemen in nichts nachsteht. Mit der EN*plus*-Zertifizierung für Pellets und Hackschnitzel wird zudem die Qualität von der Produktion bis zur Anlieferung garantiert, was einen störungsfreien und emissionsarmen Abbrand ermöglicht.

Daneben ist die Wirtschaftlichkeit von modernen Holzheizanlagen gerade für Kommunen mit großem Heizbedarf ein Vorteil. Die Preise für Pellets und Hackschnitzel sind dauerhaft stabil auf niedrigem Niveau. In den letzten zehn Jahren waren Pellets im Schnitt knapp 30 Prozent günstiger als Heizöl und Erdgas. Zusätzlich werden moderne Holzfeuerungen staatlich bezuschusst.

Mit modernen Holzbrennstoffen wird gleichzeitig die regionale Wirtschaft unterstützt. Pellets werden in Deutschland aus Holzspänen hergestellt: Rund 40 Prozent eines Stamms fallen davon im Sägewerk produktionsbedingt an, der Hauptteil wird für den Holzbau und Möbel gesägt.

Idealer Energielieferant

Auch Hackschnitzel gehören zu den sogenannten „Koppelprodukten" der Holzindustrie. Nur rund 80 Prozent des jährlichen Holzzuwachses werden für die Nutzung eingeschlagen, das heißt der deutsche Wald wächst weiter und ist Dank nachhaltiger Bewirtschaftung ein idealer Energielieferant direkt vor der Haustür. ❐

Advertorial



Viele Kommunen besitzen selbst Wald und können mit Reststoffen wie Pellets und Hackschnitzeln die eigene Energiewende vorantreiben.

Alle Bilder: ©Deutsches Pelletinstitut GmbH



Als erneuerbarer Energieträger sind Pellets schon heute ein Pfeiler der Energiewende und machen eine klimafreundliche Wärmeversorgung von öffentlichen Gebäuden problemlos möglich. ❐

Vergabeunterlagen für die Lieferung von Holzpellets und Hackschnitzeln:

Kostenloser Service für kommunale Heizungsbetreiber

Bei Kommunen in Bayern steigt das Interesse an moderner klimafreundlicher Holzenergie aus Pellets und Hackschnitzeln. Dadurch entsteht erhöhter Beratungsbedarf bei der Brennstoffbestellung. Ab sofort gibt es eine vollständig ausformulierte, kostenlose sowie juristisch geprüfte Ausschreibungsvorlage für die Lieferung von EN*plus*-zertifizierten Holzpellets oder Hackschnitzeln.

Hintergrund ist, dass bei öffentlichen Aufträgen das Vergaberecht berücksichtigt werden muss und auch immer mehr private Betreiber diese Vorgaben einhalten wollen. In der Vergangenheit fiel es jedoch schwer, in Ausschreibungen die vielen Änderungen bei Normen, Gesetzen und Richtlinien zu berücksichtigen und einen rechtlich sicheren Vertrag zu schließen.

Hier leisten die neuen Unterlagen vom Deutschen Pelletinstitut (DEPI) Abhilfe. „Unsere praxisbezogene Muster-Ausschreibungsvorlage hilft auch Heizungsbetreibern ohne Erfahrung, da sie alle rechtlichen Anforderungen erfüllt, einfach auszufüllen ist und individuell angepasst werden kann", erklärt DEPI-Geschäftsführer Martin Bentele.

Hilfestellung für Betreiber

„Wir wollen den Heizkomfort erhöhen, indem wir sicherstellen, dass Betreiber hochwertige Holzbrennstoffe erhalten."

Kostenloses Online-Angebot

Das Paket beinhaltet neben den üblichen Formularen wie Bewerbungsbedingungen, Leistungsbeschreibung und Rahmenvertrag auch Tabellen zur Bewertung der Angebote. Insbesondere die ausführliche Leistungsbeschreibung ist eine Hilfestellung für unerfahrene Anlagenbetreiber, die sich mit den Brennstoffanforderungen und Lieferbedingungen weniger gut auskennen. Es gibt Varianten für das Verfahren mittels eVergabe bzw. Text- oder Schriftform.

Die Muster-Ausschreibungsunterlagen können auf den Webseiten www.en*plus*-pellets.de/ausschreibungen und www.en*plus*-hackschnitzel.de/ausschreibungen kostenlos als Paket oder einzeln heruntergeladen werden. ❐



Das Deutsche Pelletinstitut bietet vollständig ausformulierte, kostenlose sowie juristisch geprüfte Ausschreibungsvorlagen für die Lieferung von EN*plus*-zertifizierten Holzpellets und EN*plus*-Hackschnitzeln. ❐

Missing Factfulness:

Moderne Wasserkraftwerke sind auch ökologisch ein Gewinn

Von Bertalan Alapfy, Technische Universität München, Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft

Die Nutzung der Wasserkraft hat in Bayern eine lange Tradition und sie spielt für die Energiewende eine besondere Bedeutung. Nicht nur wegen des Ausbauziels von 1 TWh/a bis 2022, sondern auch wegen ihrer energiewirtschaftlichen Bedeutung hinsichtlich Planbarkeit und Grundlastfähigkeit.

Trotz dieser unbestrittenen Vorteile und der Tatsache, dass die Wasserkraft bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürger eine sehr hohe Akzeptanz hat, ist von sektoralen Interessenvertretern immer wieder Kritik wahrzunehmen, oft verbunden mit entsprechenden Verhinderungsmaßnahmen. Aber es lohnt sich, genau hinzuschauen: Allzu oft handelt es sich um einen Scheinkonflikt, der wohl eher aus ideologischen, denn aus sachlichen Gründen aufgebaut wird.

Debatte über die Wirkung von Aussagen

Mit seinem Buch ‚Factfulness' hat Hans Rosling eine Debatte über die Wirkung von Aussagen angestoßen, die alleine durch ihre mehrfache Wiederholung und breite Verteilung als richtig wahrgenommen werden, obwohl sie eigentlich falsch sind. Sie beeinflussen somit auch Einschätzungen, Entscheidungen und das Handeln – und zwar negativ. Bezogen auf die Wasserkraft bedeutet dies nachteilige Folgen für die Energiewende und gleichzeitig auch Nachteile für die zeitnahe Verbesserung der ökologischen Bedingungen. Forschungsergebnisse wissenschaftlicher Versuchsreihen, bei denen die ökologische Auslegung neuer Wasserkraftkonzepte an erster Stelle stehen und auf überzeugende Weise bewiesen werden konnten, werden nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dieses Phänomen kann am Beispiel der Schachtkraftwerk-Konzeptes, einem Vertreter der neuen Wasserkraftkonzepte, besonders deutlich beobachtet werden.

Mit dem Schachtkraftwerk-Konzept der TU München können Potenziale an bestehenden Querbauwerken auf ökologisch verträgliche und ökonomisch machbare Weise erschlossen werden. Durch die starke Gewichtung des Naturschutzes in den zu berücksichtigenden Gesetzen und Richtlinien ist alles andere als eine ökologisch optimale Umsetzung ohnehin ausgeschlossen. Kraftwerksplanungen, die nicht gleichzeitig eine ökologische Verbesserung erzielen, sind nicht zulassungsfähig. Die Kosten für diese ökologische Verbesserungen werden durch das Kraftwerk getragen und entlasten den Staat.

Schachtkraftwerk-Konzept

Das Schachtkraftwerk bietet einen hohen Wirkungsgrad und kompakte Bauweise und kann an bestehenden Querbauwerken sehr gut zur Verbesserung der ökologischen Bedingungen beitragen. Eine abwärts gerichtete Durchgängigkeit ist für Fische durch sohl- und oberflächennahe Fischabstiegsöffnungen möglich. Geschiebe und Treibgut werden problemlos über die verstellbare Verschlusstafel in das Unterwasser gespült.



Laufende Bauarbeiten am Schachtkraftwerk Dietenheim im November 2020. Bild: Fontin & Company GmbH

Trotz dieser wissenschaftlich belegten Vorteile der Nutzung des SKW-Konzepts wird das ökologisch verträgliche Schachtkraftwerk wie ein konventionelles Kraftwerk behandelt. Horrorszenarien wie massenhaftes Fischsterben und Naturzerstörung werden ohne wissenschaftliche Begründung oder sonstiger stichhaltiger Beweise in den Raum geworfen. Es wird ein vermeintlicher Konflikt gezeichnet, nach dem sich der Bau von Schachtkraftwerken an bestehenden Schwellen nicht mit den Zielen der Gewässerrenaturierung vereinbaren ließe, selbst wenn die Schwellen aus anderen, flussbaulichen Gründen auch in Zukunft nicht entfernt werden können.

Keine Differenzierung

Gerade im Lager der Wasserkraft-Gegner verbreiten sich diese Fehlinformationen sehr rasch. Eine Differenzierung zwischen neuen, umweltfreundlichen Wasserkraft-Konzepten und konventionellen Bauweisen fehlt in der Regel und findet nur bei technologieaffinen Betrachtern statt.

Dabei könnten solche Projekte zu einer Beschleunigung der Gewässerrenaturierung beitragen, da mit jedem neuen Schachtkraftwerk ein bestehendes Querbauwerk aus privaten Mitteln ökologisch deutlich aufgewertet wird. So wird beim Pilotprojekt Dietenheim im Rahmen des Kraftwerksneubaus auch eine neue Fischtreppe mit Anschluss an ein ökologisches Verbindungsgerinne im Auwaldbereich hergestellt.

Gerade Naturschützer müssten ein Zeichen setzen und solche umweltfreundlichen Ansätze befördern, so dass sich diese durch gute Referenzprojekte auch international rasch etablieren, und somit zu einem globalen Schutz der Ökologie beitragen können. Solange die Technologie im Erfinderland verhindert wird, werden in anderen Ländern weiterhin konventionelle, potentiell umweltschädliche Technologien bevorzugt.

Game-Changer in der Wasserkraft

Das Schachtkraftwerk bringt alle Eigenschaften mit, um ein Game-Changer in der Wasserkraft zu sein: Es ist an zahlreichen Standorten und verschiedenen Größenklassen einsetzbar, kompakt und kaum sichtbar, hochwassersicher, kosteneffizient und vor allem: umweltfreundlich.

Es lohnt sich also, genau hinzuschauen. Nur, weil wortstark Aussagen gegen die Wasserkraft ins Feld geführt werden, sind diese nicht richtig. Mit den richtigen Konzepten ist die Wasserkraft ein ökologisch sehr verträglicher Baustein zum Gelingen der Energiewende. ❐



Die Netz-Experten haben den alten Mastkopf, die sogenannte Traverse, demontiert und eine neue Traverse auf den Mast gesetzt, von der künftig Leiterseile nur noch in eine Richtung abgehen werden. In der anderen Richtung wird das Erdkabel angeschlossen. Bild: LEW / Timian Hopf

Bauarbeiten des LEW Netzservice vor spektakulärer Kulisse:

20-kV-Strommast für E-Werk Hindelang umgebaut

Verbesserung der Versorgungssicherheit und bessere Anbindung des Wasserkraftwerks

Die LEW Netzservice GmbH hat im Auftrag des Elektrizitätswerks Hindelang einen Mittelspannungsmast in der Nähe des Bad Hindelanger Ortsteils Hinterstein umgebaut – vor einer eindrucksvollen Bergkulisse. Die Mastarbeiten waren notwendig, um einen Teil der Leitungsanbindung des Wasserkraftwerks Auele in Bad Hindelang zu verkabeln. LEW Netzservice ist eine Tochtergesellschaft der Lechwerke AG (LEW) und führt Bauprojekte für andere Stromnetzbetreiber durch, wie in diesem Falle für das EW Hindelang.

Über die 20-kV-Leitung des EW Hindelang zwischen dem Wasserkraftwerk Auele und Hinterstein ist das Wasserkraftwerk an das örtliche Leitungsnetz angeschlossen. Das Kraftwerk produziert pro Jahr drei bis vier Millionen Kilowattstunden und liefert erneuerbare Energie für rund 1.100 Haushalte. Zudem werden über das Wasserkraftwerk einige Berghütten in der Nähe versorgt und damit die dort früher verwendeten Dieselaggregate ersetzt.

Erdkabel ersetzt Freileitung am Berghang

Ein Teil der bisherigen Freileitung zwischen Auele und Hinterstein verläuft über einen steilen Berghang. Die notwendigen Entholzungsarbeiten, um Masten und Leiterseile dauerhaft von Ästen und größeren Pflanzen freizuhalten, sind aufwendig und schwierig. Deshalb ersetzt das EW Hindelang diesen Freileitungsabschnitt nun durch ein Erdkabel, das um den Berg herumführt.

Damit das Erdkabel, das derzeit durch das EW Hindelang verlegt wird, später an die Freileitung angeschlossen werden kann, muss einer der Mittelspannungs-Betonmasten entsprechend umgebaut werden: Dieser Mast soll künftig als „Endmast" dienen und mit dem Erdkabel verbunden werden. Die Arbeit hierfür hat LEW Netzservice im Auftrag des EW Hindelang im Oktober durchgeführt.

Neue Traverse

Die Netz-Experten haben den alten Mastkopf, die sogenannte Traverse, demontiert und eine neue Traverse auf den Mast gesetzt, von der künftig Leiterseile nur noch in eine Richtung abgehen werden. In der anderen Richtung wird das Erdkabel angeschlossen. Nach Abschluss des Mastumbaus wurden alle Leiterseile wieder befestigt, damit die Leitung weiterbetrieben werden kann, bis das Erdkabel angeschlossen wird.

Sobald das Erdkabel in Betrieb ist, baut das EW Hindelang die nicht mehr benötigten Masten zwischen dem Endmast und dem Wasserkraftwerk Auele (über den „Aueles Kopf") ab. Die Stromkunden in der Region spüren von den Arbeiten nichts, die Stromversorgung ist zu jeder Zeit gesichert. ❐

Wasserstoff aus Biogas:

Markt der Zukunft

Wasserstoff nimmt eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung und Vollendung der Energiewende ein. Mit Hilfe erneuerbarer Energien könnte er ermöglichen, die CO2-Emissionen vor allem in der produzierenden Industrie und im Verkehrssektor deutlich zu verringern. Allerdings ist der Weg ins grüne Wasserstoff¬Zeitalter noch weit, mangelt es doch an Ökostrom für die Herstellung.

Eine Lösung böte das gut ausgebaute Netz von Biogasanlagen. Mit über 2.500 Standorten verfügt Bayern über den bundesweit größten Bestand. Insgesamt liegt dieser bei 9.500. Außerdem siedeln sich im Freistaat die ersten Produktionsstandorte und Anwendungen für grünen Wasserstoff an. Aktuell wird im nordbayerischen Wunsiedel eine der größten Wasserstoff-Erzeugungsanlagen Deutschlands mit einer elektrischen Anschlussleistung von 6 MW in der ersten Ausbauphase errichtet. Die Anlage, die ausschließlich mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll und damit CO2-frei arbeitet, kann in der ersten Ausbaustufe über 900 Tonnen Wasserstoff pro Jahr herstellen. In der zweiten Stufe ist ein Ausbau bis 2.000 Tonnen jährlicher Produktionsleistung geplant.

Frage nach Marktalternativen

Fakt ist: Zahlreiche Betreiber von Biogasanlagen werden sich angesichts der auslaufenden EEG-Vergütung in den kommenden Jahren mit der Frage nach Marktalternativen auseinandersetzen müssen. Dabei könnte die Herstellung von Wasserstoff, d.h. die Umwandlung von Biogas in Wasserstoff mittels Dampfreformierung, eine interessante Option sein.

Für Joachim G. Wünning, WS Wärmeprozesstechnik GmbH, und seinen Vater, den Erfinder Joachim A. Wünning, beide Träger des Deutschen Umweltpreises der Bundesstiftung Umwelt (DBU), ist dies der derzeit wirtschaftlichste Weg zum grünen Wasserstoff und stellt einen zweiten Weg neben der Wasserelektrolyse dar. Nach mehr als 100 Patenten wollen Vater und Sohn nun mit einem neu entwickelten Verfahren den Start in die Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.

Die Herstellung von grünem Wasserstoff ist energieaufwändig und daher teuer. Von 100 Kilowattstunden (kWh) erneuerbarem Strom bleiben nach der Elektrolyse nur noch zwei Drittel in Form von Wasserstoff übrig. Auf dem Weg über die Brennstoffzelle bis ans Rad geht ein weiteres Drittel verloren. Energie sparen und Emissionen mindern sind daher auch bei der Herstellung von grünem Wasserstoff entscheidend.

In der Regel findet die Dampfumwandlung in großindustriellen Anlagen statt. Die Wünnings können die Verfahrenstechnik jedoch ohne Wirkungsgradverluste deutlich herabsetzen. Sie sehen eine mögliche Lösung darin, eine Biogasanlage zu einer Wasserstofftankstelle aufzurüsten. Existierende Wasserstofftankstellen seien nur sehr gering ausgelastet, erläutert Wünning junior. Oftmals finde nur eine oder gar keine Betankung pro Tag statt.

Die Situation wäre eine andere, würde man die Bereitstellung von grünem Wasserstoff sowie die Abnahme gemeinsam denken. So könnte durch eine Fahrzeugflotte, zum Beispiel über Brennstoffzellenbusse, eine Mindestabnahmemenge garantiert werden. Wenn die dezentrale Anlage kontinuierlich läuft und Wasserstoff verkauft, müsste aus Wünnings Sicht das derzeitige Preisniveau von 9,50 Euro pro Kilogramm auch ohne EEG-Förderung erreicht werden. Von der kurzfristig verfügbaren, dezentralen Wasserstofferzeugung könnten vor allem Speditionen und Kommunen profitieren, die hohe Subventionen für die Anschaffung von Wasserstofffahrzeugen erhalten.

Möglicher Wegbereiter des Elektrolyse-Wasserstoffs

Indem der Wasserstoff aus Biogas den Markthochlauf mit allen Akteuren vorantreibt, könne er ein Wegbereiter des Elektrolyse-Wasserstoffs sein, betont Joachim G. Wünning. Vor allem sei dieses Potenzial sofort verfügbar, d.h. es könne dort erzeugt werden, wo man es ggf. nutzen will. Die Idee hinter der Elektrolyse sei überschüssiger Strom aus nachhaltiger Produktion, der jedoch erst in zehn bis 15 Jahren konstant anfallen werde.

Fazit: Wasserstoff aus Biogas ist ein Markt der Zukunft und bereits jetzt können rentable Projekte umgesetzt werden. Nun geht es nur noch darum, die passenden Partner zusammenzuführen. **DK**



„Naturstrom Abensberg" gewinnt weiteren lokalen Partner

Der regionale Strommarkt kommt an, immer mehr Verbraucher sind überzeugt vom preisgünstigen „Naturstrom Abensberg". Auch immer mehr Erzeuger aus Abensberg und der Region sind mit dabei und speisen ihren CO2-frei erzeugten Strom ein. Die Stadt Abensberg und die Stadtwerke Abensberg freuen sich, dass Stadtrat Dietmar Schweiger (im Bild mit Andrea Kammermeier, Stadtwerke) ebenfalls mit dabei ist.

Und dafür hat der Stadtrat und Landwirtschaftsmeister aus Pullach scharf gerechnet - denn die rund 1,1 Hektar große Fläche, auf der er eine PV-Anlage errichten hat lassen, wollte er zunächst verpachten. „Die Nutzung durch eine Photovoltaik-Anlage ist für mich am Ende wirtschaftlicher", so Schweiger. Da war der Schritt zum „Naturstrom Abensberg" eigentlich logisch. Schweigers Fläche erzeugt 800.000 kwh/Jahr.

Wer Fragen zum „Ökostrom aus der Region für die Region" hat, ob als Produzent oder als Verbraucher, wende sich an die Stadtwerke Abensberg. Bild: Knott, Stadt Abensberg



Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben (rechts), und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, übergaben zum Jubiläum einen Gutschein für eine Aufführung des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea für Horgauer Kinder an Bürgermeister Thomas Hafner. erdgas schwaben ist Hauptsponsor von Eukitea. Bild: erdgas schwaben

Horgau und erdgas schwaben feiern 25 Jahre Gas in der Gemeinde

„Vernünftige Energieversorgung muss aus der Region kommen", unterstrich Thomas Hafner, erster Bürgermeister in Horgau, beim Treffen zum Jubiläum vor der Bücherei an der Augsburger Straße.

Für Hafner fängt umweltbewusstes Denken und Handeln in der Region selbst an. "Daher ist für uns erdgas schwaben als regionaler Energieversorger natürlich die richtige Wahl. Nicht nur, dass sie selbst Arbeitsplätze schaffen und erhalten, sie geben auch gerade unseren Gewerbetreibenden die Planungssicherheit, die nötig ist, um in die Zukunft investieren zu können."

15 Kilometer Ortsnetzleitung und rund 400 Hausanschlüsse

Seit 25 Jahren versorgt erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Unternehmenstochter schwaben netz die Gemeinde Horgau im Landkreis Augsburg zuverlässig mit preisgünstigem und klimaschonendem Gas. Der umweltschonende Energieträger Gas ist beliebt: Heute verfügt Horgau über etwa 15 Kilometer Ortsnetzleitung und rund 400 Hausanschlüsse.

Auch Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen setzen seit 1995 auf Energie und Wärme aus Erdgas und Biogas. Zukünftig kann das Gasnetz auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen.

Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, übergaben zum Jubiläum einen Gutschein für eine von erdgas schwaben gesponserte Aufführung des Kinder- und Jugendtheaters Eukitea für Horgauer Kinder. ❐

Wegenutzungsvertrag bis 2041 verlängert

Fuchstal und erdgas schwaben sichern klimaschonende Energieversorgung

Die Energiezukunft im Fuchstal im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech ist gesichert. Auch in Zukunft verantwortet erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz Planung, Bau und Betrieb des Gasnetzes in der Gemeinde.

„Mit dieser Entscheidung sichern wir langfristig eine weitere alternative und bezahlbare Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger von Fuchstal", betonte Bürgermeister Karg bei der Vertragsunterzeichnung. „Gemeinsam mit erdgas schwaben als zuverlässigem Partner setzen wir uns aktiv für nachhaltige Energieversorgung ein. Von der Zusammenarbeit profitieren wir nicht nur heute, sondern auch kommende Generationen."

„Gas boomt – in unserem gesamten Versorgungsgebiet ist die Nachfrage groß", erklärte Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz. „Mit unseren Gasnetzen stellen wir die zuverlässige Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan sicher. Zukünftig können diese Netze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen."

Der Vertrag läuft bis 2041. ❐



Erwin Karg, erster Bürgermeister in Fuchstal (Mitte), und Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz (rechts), unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus. Links: Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer schwaben netz. Bild: erdgas schwaben

Für die bestmögliche Nutzung der Sonnenkraft

Projekt COSIMA: Intelligente Inspektion aus der Luft

Photovoltaik-Anlagen sind ein wesentlicher Faktor für die Energiewende. Damit sie auch nach vielen Jahren noch leistungsfähig sind, müssen sie regelmäßig geprüft und gewartet werden. Ziel des Forschungsprojekts COSIMA ist eine effiziente und intelligente Inspektion, die Handlungsempfehlungen für einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb liefert.

Koordiniert wird das bereits im Juli 2018 gestartete Forschungsprojekt durch das Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg. Gefördert wird es durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Mit Adleraugen den Zustand von PV-Modulen erkennen

Die Idee hinter COSIMA: Zunächst ein möglichst genaues Bild vom Zustand einzelner PV-Module ermitteln. Dafür überfliegt eine Drohne automatisch die Anlage und prüft mit einer Hochleistungskamera deren Leistungsfähigkeit – einerseits visuell, andererseits im Thermografie und Elektrolumineszenz-Verfahren. Etwaige Fehler wie die sogenannte potential-induzierte Degradation und Risse werden so zuverlässig aufgedeckt. Auch Verschmutzung und Glasbruch, die häufig zu einer Leistungsverminderung der Module führen, sollen automatisch erkannt werden – vor allem an weitläufigen oder schlecht erreichbaren Anlagen.

Software liefert konkrete und verlässliche Empfehlungen

Wesentlicher Part des Forschungsprojekts ist die Entwicklung einer Software, welche die riesigen Datenmengen der hochauflösenden Bilder, der Leistungs-, Wetter- und sonstigen Messungen verarbeitet. Das Ergebnis der umfassenden Datenanalyse ist eine konkrete Empfehlung für jedes einzelne Modul: Automatisiert wird geprüft, ob sie unter Berücksichtigung von zu erwartenden Kosten und Ertrag ausgetauscht werden oder so belassen werden sollten.

Dr. Claudia Buerhop-Lutz, Projektleiterin seitens des Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg für Erneuerbare Energien: „Mit unseren fortschrittlichen Analysemethoden können wir Unregelmäßigkeiten im Betrieb von Solaranlagen aufspüren. Wir erforschen deren Auswirkung auf die Lebensdauer und analysieren die Effizienz von Wartungsmaßnahmen für mehr Grünen Solarstrom."

Weltweite Anwendung des innovativen Ansatzes

„Alleine im Netzgebiet der N-ERGIE gibt es zehntausende Photovoltaikanlagen. Damit diese über ihre Lebensdauer von etwa 30 Jahren möglichst zuverlässig regenerativen Strom erzeugen, ist eine regelmäßige Wartung wichtig – auch, weil nur dann die eingesetzten Flächen bestmöglich genutzt werden", sagt Rainer Kleedörfer, Leiter Unternehmensentwicklung bei der N-ERGIE. „Das Befliegen der Anlagen mit einer Drohne ermöglicht anhand unterschiedlicher Messmethoden kosteneffizient das Erkennen von Fehlern. Der gemeinsam entwickelte Ansatz ist innovativ und kann weltweit angewendet werden."

Intensive Tests: bereits 56 Drohnen-Flüge

Um Erfahrungen darüber zu sammeln, wie sich die Daten optimal erheben lassen und um Material für die Erprobung der Software zu gewinnen, fanden bis August 2020 bereits 56 Befliegungen von verschiedenen Photovoltaik-Anlagen (20 kWp bis 10 MWp) statt. Die innovative Software steht in Grundzügen schon bereit, die zugrunde liegenden Algorithmen werden stetig weiterentwickelt.

Neben dem HI ERN und der N-ERGIE Aktiengesellschaft beteiligen sich weitere Partner aus der Region Nordbayern bei COSIMA:

- Automatic Research GmbH (Nürnberg)
- DHG Engineering GmbH (Gräfenberg)
- IRCAM GmbH (Erlangen)
- Rauschert Heinersdorf-Pressig GmbH (Pressig)
- Technische Hochschule Nürnberg (Institut ELSYS)

Der Abschluss des Projekts ist bis zum 30. Juni 2021 vorgesehen.

Die N-ERGIE erweitert ihre Kapazitäten stetig. Der Schwerpunkt liegt auf der Photovoltaik: Bis Ende 2020 wird sie PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von über 90 Megawatt Peak in ihrem Portfolio haben. ❐



Günther Fuchs, erster Bürgermeister in Oberschönegg, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag. Bild: erdgas schwaben

Zuverlässige Energieversorgung für Oberschönegg

In Zukunft ist erdgas schwaben mit der 100-prozentigen Tochter schwaben netz für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde Oberschönegg im Landkreis Unterallgäu verantwortlich. Günther Fuchs, erster Bürgermeister in Oberschönegg, und Gabriele Krybus, Konzessionsmanagement schwaben netz, unterzeichneten den Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus der Gemeinde.

Gas kann grün: Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten zu erzeugen.

Langfristige Planung möglich

„Mit dieser Entscheidung stellen wir die nachhaltige Energieversorgung mit Gas für die Zukunft sicher. Damit können unsere Bürger und Gewerbebetriebe langfristig planen und tragen aktiv zur Energiewende bei", hob Bürgermeister Fuchs hervor. Der Vertrag läuft bis 2042. ❐



Erneuerbare Energie auf Abruf in Buch bei Illertissen:

Biogasbetriebenes BHKW sichert Netzstabilität

Kurzfristiger Abruf von bis zu 800 kW elektrischer Leistung

Die Blum & Sohn GbR in Buch bei Illertissen hat ein neues Blockheizkraftwerk (BHKW) an ihrer Biogasanlage in Betrieb genommen. Das von den Lechwerken installierte BKHW wird die Stromerzeugung der Gesamtanlage flexibilisieren und die Netzstabilität sichern: Jederzeit lassen sich bis zu 800 Kilowatt (kW) elektrischer Leistung zusätzlich in das Stromnetz einspeisen.

Für die flexible Bereitstellung von elektrischer Energie erhält der Betreiber der Biogasanlage zusätzlich zu den Erlösen des Stromverkaufs zehn Jahre lang die Flexibilisierungsprämie nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG.

„Biogasanlagen sind eine wichtige Säule unserer Energiezukunft. Im Gegensatz zu Wind und Sonne, die Energie nur nach Wetterlage liefern, können Biogasanlagen Strom nach Bedarf bereitstellen. Betreiber, die ihre Anlage flexibilisieren, erzielen einen Mehrerlös und leisten einen wichtigen Beitrag für Netzstabilität und Versorgungssicherheit“, sagt Thomas Reitemann, Leiter Großkundenvertrieb bei LEW.

Flexibilisierung ohne Eigeninvestition

Die Andreas Blum & Sohn GbR nutzt das neue Blockheizkraftwerk im LEW-Pachtmodell: Der regionale Energieversorger übernimmt dabei neben Planung, Lieferung und Installation der Anlage auch die Wartung und den Betrieb. Die Andreas Blum & Sohn GbR hat das BHKW bei LEW über neun Jahre gepachtet. Sie muss also keine Eigeninvestitionen aufbringen. Auch die Anlagensteuerung und die Vermarktung des Stromertrags der Anlage übernimmt LEW als zuverlässiger Vermarktungspartner für die Direkt- und Flexibilitätsvermarktung. Das Blockheizkraftwerk ist dazu an das Vermarktungssystem der Lechwerke angebunden.

Je nach Bedarf kann LEW die Leistung des Blockheizkraftwerks direkt abrufen beziehungsweise die Stromerzeugung drosseln. Mit der flexibel verfügbaren Kraftwerksleistung beteiligt sich das Vermarktungsteam der Lechwerke an Ausschreibungen für die Regelenergievermarktung und am Intradayhandel für Strom. Über die Regelenergievermarktung gleichen Übertragungsnetzbetreiber Frequenzschwankungen im Stromnetz aus.

„Als Landwirt lebe ich für die Region und von der Region. Das Flexibilisierungskonzept der Lechwerke hilft mir, meine Biogasanlage nachhaltig wirtschaftlich zu betreiben“, sagt Andreas Blum. „Und ich kann dabei mithelfen, die zukunftssichere Energieversorgung unserer Region weiter voranzubringen.“

Regionaler Energiekreislauf

Neben dem Strom liefert das Blockheizkraftwerk thermische Energie mit einer Leistung von bis zu 825 kW. Die Wärmeleistung setzt die Andreas Blum & Sohn GbR in der eigenen Trocknungsanlage für Gärreste sowie zur Beheizung der Betriebsgebäude ein. Die getrockneten Gärreste aus der Biogaserzeugung dienen danach als Dünger für die eigenen Ackerflächen.

Der landwirtschaftliche Betrieb betreibt seit dem Jahr 2009 eine Biogasanlage, für die Reststoffe aus Ackerbau und Viehhaltung sowie Energiepflanzen aus dem Zwischenfruchtanbau genutzt werden. Direkt an die Biogasanlage gekoppelt sind drei Blockheizkraftwerke. Diese erzeugen aus dem gewonnenen Biogas elektrische Energie mit einer Leistung von insgesamt rund 1.000 kW. Den überwiegenden Teil davon speist die Andreas Blum & Sohn GbR in das öffentliche Stromnetz ein. Das neu installierte vierte BHKW nutzt das Unternehmen ausschließlich dazu, die Stromproduktion zeitlich zu flexibilisieren. Die durchschnittliche Leistung der Gesamtanlage wird nicht erhöht. ❒



Der landwirtschaftliche Betrieb betreibt seit dem Jahr 2009 eine Biogasanlage, an die bereits drei Blockheizkraftwerke gekoppelt sind. Das neu installierte vierte BHKW nutzt das Unternehmen ausschließlich dazu, die Stromproduktion zeitlich zu flexibilisieren. Bild: LEW / Bernd Feil

Landratsamt München:

Aktualisierung des Treibhausgas-Controllings

Seit 2016 arbeiten der Landkreis München und die 29 kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen der Klima- und Energieinitiative 29++ gemeinsam daran, die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen im Landkreis auf sechs Tonnen zu reduzieren. Zur regelmäßigen Evaluation und Nachjustierung der Maßnahmen wurde die Einführung eines Energiecontrollings beschlossen. Im März 2020 hat die Kreisverwaltung unter Zuarbeit der 29 Kommunen einen ersten Treibhausgasbericht für den Landkreis München vorgelegt, der die Grundlage für die Evaluation der Klima- und Energieinitiative des Landkreises bildet.

Inzwischen liegen die ersten Vergleichszahlen aus dem Jahr 2018 vor. Der Landkreis hat einen aktualisierten Bericht veröffentlicht. Die Zahlen aus 2018 sind die aktuellsten verfügbaren Zahlen, die zu einer umfassenden Beurteilung der Klimaschutzsituation im Landkreis München herangezogen werden können. Diese ergänzen nun den Basisbericht aus dem Frühjahr, der bereits die Zahlen aus den Jahren 2010, 2014 und 2016, dem Jahr der Einführung der Initiative 29++, enthält.

2016 betrugen die Treibhausgasemissionen pro Kopf im Landkreis München 10,4 Tonnen. 2018 lagen die durchschnittlichen Treibhausgasemissionen pro Einwohner bei 9,7 Tonnen und damit um 6,1 Prozent niedriger als zwei Jahre zuvor. Seit 2010 konnten die Emissionen um etwa 16 Prozent gesenkt werden.

Bis zum Erreichen der Zielmarke von sechs Tonnen im Jahr 2030 ist eine Reduzierung um weitere 32 Prozent erforderlich. Auch die aktualisierten Zahlen verdeutlichen, dass weiterhin große Veränderungen im Energiebereich nötig sind, um das definierte Zwischenziel zu erreichen. Die vorhandenen Potenziale und die bereits erreichten Erfolge, beispielsweise bei der tiefengeothermischen Fernwärme oder bei der Photovoltaik, stimmen aber optimistisch, dass das Ziel von sechs Tonnen pro Einwohner realistisch und durchaus erreichbar ist, wenn die Anstrengungen nicht nachlassen.

Zuwachs bei Photovoltaik, motorisierter Individualverkehr hinkt hinterher

Bei der Photovoltaik hat sich die Zahl der Anlagen seit 2016 um 21 Prozent, die installierte Leistung sogar um rund 28 Prozent erhöht. Dies deutet darauf hin, dass zielgerichtete Aktionen wie das Solarpotenzialkataster des Landkreises oder die PV-Bündelungsaktionen der Energieagentur Ebersberg-München Wirkung zeigen.

Bei den privaten Haushalten konnten die Treibhausgasemissionen seit 2016 um 0,2 Tonnen auf 1,7 Tonnen gesenkt werden. Die gewerbliche Wirtschaft, die Kommunen und der Verkehr tragen mit 4,1 Tonnen, 0,2 Tonnen und 3,7 Tonnen zum Gesamtergebnis bei. Problematisch für das Gelingen der Energiewende erscheint, dass der nicht schienengebundene Verkehr noch nahezu vollständig mit Hilfe fossiler Energien betrieben wird. Der Anteil alternativer Antriebssysteme hat sich bei den motorisierten Fahrzeugen von 2016 bis 2018 gerade einmal um einen Prozentpunkt auf insgesamt 2,1 Prozent erhöht.

Bilanzierung strikt nach BISKO

Die Daten für den Treibhausgasbericht des Landkreises München werden nach der Bilanzierungssystematik Kommunal (BISKO) erhoben. Dieser Standard wurde unter Federführung des Umweltbundesamts entwickelt, um eine einheitliche Bilanzierungsmethode für alle Kommunen zu gewährleisten und Doppelnennungen zu vermeiden.

Die Treibhausgasemissionen pro Einwohner werden nach dieser Methodik aufgrund des Endenergieverbrauchs aller Akteure auf dem Gebiet einer Stadt, Gemeinde oder des Landkreises berechnet (sog. Territorialprinzip). Im Unterschied zur ersten Veröffentlichung, in der noch geringfügig von der BISKO-Methodik abgewichen wurde, wurde bei dieser Aktualisierung nun konsequent die BISKO-Bilanzierung angewandt. Damit eine Vergleichbarkeit mit früheren Jahren gegeben ist, wurden die Treibhausgasemissionen auch für die Jahre 2010 und 2016 neu berechnet.

Der Treibhausgasbericht des Landkreises München und der aktualisierte Zahlenteil 2018 sind auf der Internetseite des Landkreises München unter www.landkreismuenchen.de/themen/energie-und-klimaschutz/29-klima-energieinitiative/entwicklung-der-co2-emissionen-im-landkreis einsehbar. Der Treibhausgasbericht kann als gedruckte Broschüre auch unter 29plusplus@lram.bayern.de angefordert werden.

Die nächste Aktualisierung des Berichts ist für 2022 geplant. ❒



V.l.: Dr. Johann Bergermeier (1. Bürgermeister Markt Siegenburg), Bettina Danner (1. Bürgermeisterin Gemeinde Biburg), Jürgen Buchner (Abens-Donau Energie GmbH), Simon Wachter (2. Bürgermeister Gemeinde Kirchdorf), Edgar Stockmeier (Abens-Donau Energie GmbH) und Gerhard Zeitler (Gemeinschaftsvorsitzender und 1. Bürgermeister Gemeinde Train). Bild: Abens-Donau Energie GmbH/I. Schlauderer

Abens-Donau Energie GmbH:

VG Siegenburg testet E-Wanderauto

Nun können auch die Bürgerinnen und Bürger der Verwaltungsgemeinschaft Siegenburg den E-Golf der Abens-Donau Energie GmbH bei einer Probefahrt testen.

Noch bis 17. Januar 2021 können Bürgerinnen und Bürger aus Siegenburg, Biburg, Kirchdorf, Train und Wildenberg den VW E-Golf für einen Tag kostenlos ausleihen und Probefahren. Der Verleih läuft über die Verwaltungsgemeinschaft Siegenburg. Das E-Wanderauto ist in dieser Zeit dort stationiert.

Beitrag zur klimaneutralen Mobilität

Gesponsert wird das Fahrzeug von der Abens-Donau Energie GmbH, die sich die ökologische Versorgung des Landkreises mit umweltfreundlicher Energie zum Ziel gesetzt hat. „Unser Wanderauto bietet eine ideale Möglichkeit, allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, ein Elektrofahrzeug nahe zu bringen. So haben wir die Chance, die Elektromobilität im Landkreis voranzutreiben“, so Vertriebsleiter Edgar Stockmeier.

Die Verwaltungsgemeinschaft ist nach Ihrlerstein, der Verwaltungsgemeinschaft Saal a.d. Donau, Painten, Mainburg und Rohr i.NB die sechste Station des Wanderautos. Der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Siegenburg, Gerhard Zeitler, freut sich sehr über diese Aktion der Abens-Donau Energie GmbH. „Wir wollen einen Beitrag zur klimaneutralen Mobilität leisten. Daher ist es uns wichtig bei der Umsetzung zu unterstützen“, so Gerhard Zeitler.

Den klimaneutralen Ökostrom für den E-Golf spendiert die Abens-Donau Energie GmbH über eine mobile Ladesäule. An anderen Ladesäulen entlang der persönlichen Fahrtstrecke sorgen die Fahrer selbst für die Strombeladung. Der Energieversorger bietet neben Ökostrom und energienahen Dienstleistungen auch Ladelösungen für private E-Auto-Besitzer an. ❒

Wie Deutschland bis 2050 klimaneutral werden kann

Studie im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Wie kann es funktionieren, ein Deutschland ohne Kohle, Erdöl und Erdgas zu schaffen? Und was ist dafür in den kommenden zehn Jahren nötig? Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität haben Prognos, das Öko-Institut und das Wuppertal Institut damit beauftragt, ein machbares Szenario für ein klimaneutrales Deutschland zu entwickeln. Das Ergebnis: Klimaneutralität 2050 und ein neues deutsches Zwischenziel von minus 65 Prozent Treibhausgase bis 2030 sind machbar, brauchen aber eine komplett andere Gangart in der Klimapolitik.

In 30 Jahren auf null reduzieren lässt sich der Treibhausgasausstoß hierzulande mit einem großen Investitions- und Zukunftsprogramm, so die Studie. Kohle, Öl und Gas werden in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen durch Strom und Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien ersetzt. Dazu ist bei der Photovoltaik eine Verdreifachung der aktuell installierten Leistung auf 150 Gigawatt bis 2030 nötig. Bei Windkraft an Land müsse sie von aktuell 54 auf 80 Gigawatt steigen. Die Windkraft auf See müsse von derzeit knapp 8 auf 25 Gigawatt im Jahr 2030 wachsen. Im Gegenzug würde der Ausstieg aus der Kohleverstromung beschleunigt und schon bis 2030 abgeschlossen.

Hauptsäule des Klimaschutzes

Die Energiewirtschaft würde in diesem Szenario zur Hauptsäule des Klimaschutzes in den nächsten zehn Jahren. Sie allein kann die jährlichen CO2-Emissionen um 207 Millionen Tonnen senken, was in etwa der Hälfte der nötigen Minderung von 420 Millionen Tonnen im Jahr 2030 entspricht.

Bis 2050 steigt der Anteil Erneuerbarer Energien dann auf 100 Prozent am Stromverbrauch, wobei sich die Stromnachfrage aufgrund der sektorübergreifenden Elektrifizierung sowie durch die steigende Herstellung von Wasserstoff um rund 50 Prozent auf 960 Terawattstunden erhöhen wird. Gebraucht wird Wasserstoff auch als Speicher. Er wird in Back-up-Kraftwerken eingesetzt, die einspringen, wenn Wind- und Solaranlagen keinen Strom liefern können.

„Die Weichen für Klimaneutralität 2050 und minus 65 Prozent Treibhausgase bis 2030 werden in der nächsten Legislaturperiode gestellt“, betont Rainer Baake, Direktor der Stiftung Klimaneutralität. „Das Regierungsprogramm nach der Bundestagswahl 2021 ist deshalb von zentraler Bedeutung. Kluge Instrumente und Politiken modernisieren die Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands in Richtung Resilienz und Zukunftsfähigkeit. Gleichzeitig gestaltet gute Politik den anstehenden Strukturwandel so, dass er alle mitnimmt.“

Im Verkehr findet eine Trendwende statt. Die persönliche Mobilität bleibt vollständig erhalten, aber sie verändert sich. Die Menschen fahren deutlich mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie dem Rad und gehen zu Fuß. Die von Bus und Bahn erbrachte Personenverkehrsleistung verdoppelt sich nahezu bis 2035, während die des Pkw bis 2030 um 11 Prozent und bis 2050 um 30 Prozent sinkt. Im Jahr 2030 werden bereits 14 Millionen Elektro-Pkw (inkl. Plug-in-Hybride) im Bestand sein. Güter werden verstärkt auf der Schiene transportiert und es wird fast ein Drittel der Fahrleistung im Straßengüterverkehr über elektrische Lkw mit Batterien, Oberleitungen und Brennstoffzellen erbracht.

Strombasierte synthetische Kraftstoffe kommen dem Szenario zufolge im Verkehr erst nach 2030 allmählich zum Einsatz, vor allem im Flug- und Schiffsverkehr, während der Anteil von Biokraftstoffen langfristig stark zurückgeht, weil Biomasse in anderen Sektoren effizienter genutzt werden kann und die Mengenpotenziale begrenzt sind.

Veränderte Heizungsstruktur

Im Gebäudebereich werden die zusätzlichen Minderungen durch eine Veränderung der Heizungsstruktur, den Ausbau der Wärmenetze sowie um etwa 50 Prozent erhöhte energetische Sanierungsraten erreicht. Beim Einbau von neuen Heizungen gewinnen Wärmepumpen bis Mitte der 2020er-Jahre große Marktanteile, insbesondere im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser werden sechs Millionen Wärmepumpen erreicht. Denn eine Wärmepumpe verbraucht mindestens fünfmal weniger Strom als nötig ist, um die gleiche Wärmeenergie aus elektrisch hergestelltem synthetischem Erdgas zu gewinnen. Grüne Fernwärme gewinnt in urbanen Räumen eine stärkere Bedeutung. Nach 2025 werden nur noch in Ausnahmefällen neue Heizungen auf Basis von Heizöl oder Erdgas in Betrieb genommen. **DK**

Wege zur Klimaneutralität

Jahrespressekonferenz der Bayernwerk AG: Dezentrales Energiekonzept als Fixpunkt

„Wir machen die Gestaltung eines CO2-neutralen Energiesystems zum Fixpunkt unserer künftigen unternehmerischen Ausrichtung“, stellte Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender des Bayernwerks, bei der Jahrespressekonferenz in Regensburg fest. Als Energieunternehmen stehe man schließlich nicht nur in der Verantwortung, wenn es um eine sichere Versorgung geht. „Die Menschen wünschten sich für morgen und für kommende Generationen eine möglichst CO2-neutrale Zukunft und sie nehmen uns in die Pflicht“, so Gotzel.

Demnächst wird die dreihunderttausendste PV-Anlage an das Energienetz des Bayernwerks angeschlossen. 70 Prozent Erneuerbare Energie fließen heute schon in den Leitungen des Energieunternehmens. Die Integration hunderttausender regenerativer Anlagen, die Entwicklung der dazu notwendigen technologischen Meilensteine und der Erhalt einer hohen Versorgungssicherheit sind Gotzel zufolge die wesentlichen Wegmarken auf dem bisherigen Kurs in die bayerische Energiezukunft. Doch sei dies nicht genug, weshalb das Bayernwerk seine strategische Positionierung als Gestalter der Energiezukunft in Bayern weiterentwickelt.

„Wir richten unsere Arbeit vollumfänglich an Nachhaltigkeit und ökologischer Verantwortung aus. Dafür soll das Bayernwerk der Zukunft stehen wie kein anderes bayerisches Energieunternehmen“, betonte der Vorstandschef. „Als Bayernwerk-Gruppe wollen wir selbst bis spätestens 2030 klimaneutral sein. Unsere 1.500 Fuhrparkfahrzeuge fahren bis 2025 rein elektrisch. Neue Gebäude müssen sich an höchsten ökologischen Standards messen lassen und bautechnologische Vorbildfunktion haben. Bestehende Standorte werden, wo möglich, mit Photovoltaik ausgestattet.“

„Energie aus der Nähe“ stelle für das Bayernwerk die Energieform dieses Jahrhunderts dar. Sein Engagement im Münchner Werksviertel sei mittlerweile eine Erfolgsstory. Das Werksviertel habe sich mit seinem urbanen Zukunftskonzept zu einem Ort des Denkens, Entwickelns und Umsetzens innovativer Lösungen für das Leben der Menschen entwickelt. Dazu zählten Werksviertel-App, Siedlerkarte und die spürbare Verbindung zwischen Tradition und Moderne. „Unsere Werkkraft entwickelt sich in diesem Zug mehr und mehr zu einem Innovations-Hub für technologische Entwicklungen rund um Strom, Wärme und Mobilität. Das Wissen, das wir uns dort aneignen, bringen wir in der Fläche Bayerns zum Einsatz“, erläuterte Gotzel.

Nachhaltige Quartierslösung

Seine Expertise bringt das Unternehmen auch in eine nachhaltige Quartierslösung ein, die südlich von Regensburg in Thalmassing geplant ist. Dort komme ein wahrer Technologie-Strauß zum Einsatz: Photovoltaik, Stromspeicher, Wärmepumpen, Elektrolyse, Brennstoffzelle, E-Mobilität. Während untertägige Schwankungen im Strombedarf über den Stromspeicher ausgeglichen werden, könne der überschüssige Strom in Wasserstoff umgewandelt und so saisonal gespeichert und genutzt werden, machte der Vorstand deutlich.

Laut Gotzel wird das Leben in derartigen Quartieren mit hohen energetischen Standards immer mehr zum städtischen „LifeStyle“. Aktuell befasse sich das Bayernwerk mit sieben Neuprojekten, zum Beispiel dem „Seetor“ in Nürnberg. Dort sollen rund 200 Wohneinheiten über ein modernes Energiekonzept versorgt werden.

Lokaler Strommarkt

Was der Stadt ihr Quartier ist, ist dem Land der lokale Strommarkt. Diese lokalen Märkte seien von der Idee getragen, örtliche Erzeugungskapazitäten aus dezentralen Anlagen zu bündeln und aus deren Erzeugung die Menschen vor Ort zu versorgen. Gotzel: „Wir bringen Verbraucher und Erzeuger zusammen. Für dieses Konzept konnten wir schon viele Kommunen begeistern. Bis zum Ziel einer möglichst hohen und auch physikalischen Energieselbständigkeit vor Ort sind technologische Entwicklungen und der Ausbau Erneuerbarer Energie – bestmöglich unter Bürgerbeteiligung - notwendig. Zudem bedarf es im weiteren Entwicklungsprozess des Aufbaus von Speicherkapazitäten und der Integration von E-Mobilität.“ Der nächste lokale Strommarkt gehe in Kürze im niederbayerischen Viechtach an den Start.

„Wenn regenerative Erzeugung die Basis unseres Energiesystems sein soll, dann müssen wir die regenerativen Energiequellen auf dem Land bündeln und mit nahegelegenen städtischen Räumen optimal vernetzen“, erläuterte der technische Vorstand des Bayernwerks, Dr. Egon Westphal. Laut einer Studie des Bayernwerks leben im Jahr 2030 bilanziell über 60 Prozent der Bayern in Gebieten mit einem Erzeugungsüberschuss. Im Lastzentrum – also in städtischen Regionen - wohnt und arbeitet vermehrt der Kunde, der nicht nur Strom bezieht, sondern diesen auch selbst erzeugt und mit seinen Ladestationen, Speichern und Wärmepumpen flexibel bereitstellen kann. Jetzt gelte es, die Strukturen zu vernetzen, so Westfal: zum einen physisch über das Energienetz, zum anderen digitalisiert über die Streuung der einzelnen Einheiten.

Bayern als energetische Blumenwiese

„Bayern wird in Zukunft zu einer energetischen Blumenwiese, in der sich Kunden je nach individuellen Bedürfnissen mit ihrer heimischen Energie versorgen können. Jede Stadt wird von den umliegenden Gebieten abhängig sein, wie ein Blütenkelch von seinen Blütenblättern. Aus dem Bild heraus haben wir dieses Konzept auch ‚Flower-Power‘ getauft“, hob der Technikvorstand hervor. Die Vorteile des Konzepts seien gravierend: Die Erhöhung des lokalen Nutzungsgrades Erneuerbarer Energie und kürzere Verteilstrecken führten zu einer Verbesserung der CO2-Bilanz. Auch würden zusätzlicher regionaler und überregionaler Netzausbau reduziert und das Übertragungsnetz durch Reduzierung überregionaler Leistungsflüsse entlastet. Die Versorgungssicherheit werde verbessert und Stromimporte aus dem Ausland zu Zeiten geringer EE-Speisung, die maßgeblich aus Kohle- und Kernkraftwerken stammen, verringert. Zudem erhöhe die Schaffung lokaler Energiesysteme die Wertschöpfung vor Ort.

Mit „Flower-Power“ werde das Verteilnetz zur digitalisierten Vernetzungs-Plattform der Energiewende. Bereits heute fänden sich mehr als 160.000 Wärmepumpen, Direkt- und Speicherheizungen, 30.0000 Kleinspeicher und 1.600 Ladepunkte im Bayernwerk-Netz. Für 2030 erwarte man in Bayern rund zwei Millionen elektrische PKW, 660.000 Wärmepumpen und ca. 380.000 Kleinspeicher.



Die Bayernwerk-Vorstände Dr. Egon Leo Westphal, Reimund Gotzel (Vorsitzender) und Andreas Ladda (v.l.) vor der „Flower-Power“-Illustration, die das Energiesystem der Zukunft darstellt.

Bild: Uwe Moosburger, altrofoto/Bayernwerk AG

Mobilität und Stromnetz

Um die Vernetzung zwischen Mobilität und Stromnetz auf den Weg zu bringen, arbeite das Bayernwerk aktuell in unterschiedlichen Forschungsprojekten unter anderem intensiv mit der bayerischen Automobilindustrie zusammen. Wie Westphal darlegte, seien die Perspektiven und Anwendungsmöglichkeiten spannend. Bereits heute wiesen Elektroautos Batteriekapazitäten von rund 40 kWh in der Kompaktklasse und bis zu 100 kWh bei Premiumfahrzeugen auf. Ein Vier-Personen-Haushalt ohne besondere elektrische Anwendungen weise einen mittleren elektrischen Energiebedarf von rund 10 kWh pro Tag auf. „Ein Elektroauto wäre also in der Lage, einen Vier-Personen-Haushalt mehrere Tage mit elektrischer Energie zu versorgen. Zudem kann die Energie an jedem Ort bereitgestellt werden, den das Fahrzeug erreichen kann.“

Dass die strategische Weiterentwicklung auch die Arbeitswelt im Unternehmen umfasst, darauf verwies Andreas Ladda, Personalvorstand des Bayernwerks. Da in einer komplexer werdenden Welt die Lösung für Herausforderungen immer seltener bei einzelnen Funktionen oder Bereichen liege, „fördern wir aktiv die Vernetzung der Organisation, das Erlernen neuer Methoden und sogenanntes crossfunktionales Arbeiten. Zudem entwickeln wir unsere Führungs- und Achtsamkeitskultur konsequent weiter“, erklärte Ladda. Große Herausforderungen seien der demografische Wandel und das Aneignen neuer Kompetenzen, die in der Arbeitswelt von morgen und im Energiesystem der Zukunft unerlässlich seien.

Gutes Rüstzeug

Mit der Transformation und der Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung sieht Ladda das Bayernwerk gut gerüstet: „Wir haben eine spannende Position am Arbeitgebermarkt. Durch die Einbindung in die E.ON-Familie vereinen wir die Innovationskraft eines Konzerns mit regionaler Nähe. Mit unseren Innovationen sind wir aktiver Gestalter und Treiber eines CO2-neutralen Energiesystems in Bayern und bieten als Energieunternehmen ein spannendes Umfeld mit unverzichtbaren Tätigkeiten, auf die man stolz sein kann: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern die Energieversorgung und sind systemrelevant für sieben Millionen Menschen, Industrie und Gewerbe in weiten Teilen Bayerns – und das vor, während und nach der Pandemie.“ **DK**

Projekt Windkümmerer startet in allen sieben Regierungsbezirken

Aiwanger: „Eine große Chance für die Windenergie in Bayern“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger will die Windenergie in Bayern voranbringen und erteilt den Startschuss für die sieben Regionalen Windkümmerer. Über 40 bayerische Kommunen haben sich mit ihren Windprojekten bei dem neuen Programm des Wirtschaftsministeriums beworben. Aiwanger: „Bayerns Kommunen zeigen vielerorts den starken Willen, der Windenergie eine Chance zu geben und damit einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Mit unseren Windkümmerern stellen wir ihnen nun ausgewiesene Experten an die Seite, um die Windprojekte mit vereinten Kräften voranzutreiben.“

Minister Aiwanger ist überzeugt, dass weitere Kommunen dem Beispiel folgen und von den Erfahrungen des Programms profitieren werden. „Der Start der Windkümmerer ist ein weiterer wichtiger Schritt, mit dem wir in Bayern die Trendwende hin zu mehr Windenergie schaffen werden.“ Die bayernweite Koordination der Windkümmerer wird die neu gegründete Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) übernehmen.

Die ausgewählten Projekte stehen oftmals noch am Anfang. So kann der jeweilige Windkümmerer sicherstellen, dass die Realisierungsmöglichkeiten neutral geprüft und die Bevölkerung von Anfang an miteinbezogen ist. Weiterhin sind die Projekte äußerst vielfältig: Es finden sich Kommunen, die ein Repowering-Vorhaben umsetzen wollen genauso wie Gemeinden, die auf Windenergie als Treiber der grünen Wasserstoffproduktion setzen. Zudem haben sich zahlreiche Kommunen zur Realisierung der Windenergieanlagen zu interkommunalen Projekten zusammengetan und können so mit vereinten Kräften für die Windenergie in der Region auftreten.

Besonders freut Minister Aiwanger das starke Engagement in Oberbayern: „Die zahlreichen Bewerbungen aus Oberbayern zeigen, dass nun auch der Süden Bayerns bei der Windenergie nachziehen möchte.“

Ein Großteil der Kommunen will die mögliche Realisierung von Windenergieanlagen im Rahmen einer Bauleitplanung angehen. In diesem Verfahren werden alle Betroffenen intensiv miteinbezogen und alle Belange neutral geprüft. Im Ergebnis können dadurch im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Projekte umgesetzt werden, die den 10 H-Abstand in vertretbarem Maße unterschreiten.

Bürgerbeteiligung

Aiwanger: „Durch das große Engagement der Kommunen können wir damit im Freistaat die für den Ausbau der Windenergie dringend benötigten Flächen weiter erschließen.“ Aiwanger begrüßt besonders, dass die meisten Kommunen in ihrer Bewerbung ausdrücklich den Wunsch nach Beteiligung der regionalen Bevölkerung in den Vordergrund stellen. „Wir werden die Windenergie nur gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern voranbringen. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.“

Die Regionalen Windkümmerer sind Teil der Windenergieoffensive AUFWIND des Bayerischen Wirtschaftsministeriums. Im Rahmen von AUFWIND wird gemeinsam mit der Landesagentur für Energie und Klimaschutz gezielt daran gearbeitet, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen, Ausbauhemmnisse systematisch abzubauen und die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürger am Ausbau der Windenergie zu verbessern.

Folgende Organisationen übernehmen jeweils die Rolle eines Regionalen Windkümmerers:

- Oberbayern: Beermann Energiesysteme
- Niederbayern: Energieagentur Nordbayern mit Energieagentur Chiemgau-Inn-Salzach und Energieagentur Regensburg
- Schwaben: eza! – Energie- und Umweltzentrum Allgäu
- Oberpfalz: Energieagentur Regensburg mit dem Energietechnologischen Zentrum Nordoberpfalz
- Unterfranken: ifok mit endura kommunal
- Mittelfranken: Energieagentur Nordbayern
- Oberfranken: Energieagentur Nordbayern

Bei Interesse können sich auch weitere Kommunen laufend für die Betreuung durch einen Windkümmerer bewerben. Die Kommunen werden nach erfolgreicher Auswahl auf der Nachrückliste aufgenommen und rücken nach sobald weitere, freie Beratungskapazitäten verfügbar sind. Alle Kommunen auf der Nachrückliste profitieren aber in jedem Fall bereits von Unterstützungsmaßnahmen, die im Rahmen der Windenergieoffensive AUFWIND des Wirtschaftsministeriums angeboten werden. ❐

Bayernwerk:

Entwicklung von Technologien für Monitoring von Stromleitungen

Regensburg. Für eine sichere Energieversorgung müssen Stromleitungen regelmäßig überwacht werden. Zahlreiche Einflüsse durch Natur und Umwelt können einen Stromausfall verursachen. Fremdkörper wie in Leitungen ragende Äste, Vogelnester oder eine Drachenleine müssen entfernt werden. Verschmutzungen, Schäden am Leitungsseil oder defekte Rippen am Isolator sind frühzeitig zu beheben. Noch fliegen Piloten dazu im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) regelmäßig mit Hubschraubern entlang der Stromnetze. Künftig sollen Drohnen diesen Job übernehmen.

Immerhin 156.000 Kilometer stehen beim Leitungsmonitoring auf dem Flugplan. Für die Überwachung von Stromleitungen setzt der größte Netzbetreiber in Bayern derzeit noch Hubschrauber ein. Das soll sich bald ändern. Künftig sollen vermehrt Drohnen die Strecke abfliegen, künstliche Intelligenz (KI) gleicht das aktuelle Bild dann mit dem „Soll-Zustand“ ab und ermittelt so Handlungsbedarf, bei Verschmutzungen, witterungsbedingtem Verschleiß, Schäden am Leitungsseil, defekten Rippen am Isolator oder auch wenn die Vegetation zu nah an die Stromleitungen gerät.

„Wir suchen kontinuierlich nach neuen Lösungen, die uns helfen, unsere Arbeit zu optimieren. Die Drohnentechnologie kann erheblich zur effizienteren Gestaltung des Inspektionsprozesses für Freileitungen beitragen“, erklärte Dr. Egon Leo Westphal, Technikvorstand beim Bayernwerk. Ein Helikoptereinsatz braucht eine lange Vorplanung. Dies gehe bei der Nutzung von Drohnen wesentlich schneller und auch nachhaltiger.

Verbesserte Arbeitssicherheit

Zudem gehe es beim Drohneneinsatz, im Falle von NEXT.LineInspect – so der übergreifende Name der Forschung zur Vegetationsüberwachung - um eine Verbesserung der Arbeitssicherheit, da mit Drohnen Mastbesteigungen zur Überprüfung von Schadensstellen vermieden werden oder schnelle Lagebewertungen im Falle von witterungsbedingten Störungen möglich sind.

Flugschein für die Mitarbeiter

Um den Einsatz von Drohnen auf den Weg zu bringen, fand kürzlich am Standort Pfaffenhofen a.d.Ilm der Schulungsauftakt statt. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf den Einsatzzweck der Drohnen hin geschult“, betonte Dr. Egon Leo Westphal zum Schulungsauftakt. Die Schulung führte das Bielefelder Start-up U-ROB durch, das sich auf Drohnenflug spezialisiert.

Innovationsplattform „NEXT“

Die Entwicklung der Vegetationsüberwachung „NEXT.Line Inspect“ ist eine von vielen Innovationsprojekten des Bayernwerks. Das Unternehmen hat unter dem Namen NEXT eine Digitalisierungsoffensive gestartet, um sowohl eigene Prozesse als auch die von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu optimieren. Es sei auch im Interesse des Bayernwerks, dabei mit jungen und kreativen Unternehmen zusammenzuarbeiten, im Falle von NEXT.LineInspect mit dem Bielefelder Start-up U-ROB. ❐

Raumlufttechnische Anlagen in Corona-Zeiten:

LRS bietet effektive Lösungen

Die aktuelle Corona-Pandemie stellt unter anderem Bildungseinrichtungen vor völlig neue Herausforderungen. Neben den gängigen Hygienemaßnahmen gilt in Schulen und Kitas insbesondere der Austausch mit Frischluft als wirksame Maßnahme gegen die Ausbreitung des Virus. Was in der Theorie einfach klingt, ist in der Praxis jedoch weitaus komplizierter als gedacht.

Das Problem: Viele Unterrichts- und Gruppenräume haben keine Fenster oder die Fenster sind nicht zu öffnen, zudem ist das intensive Lüften über einen längeren Zeitraum aufgrund von Außenlärm (Straßenlärm etc.) oder Kälteeintrag nicht möglich. Hinzu kommt, dass viele Räume über keine Lüftungsanlage und auch keine Möglichkeit der kurzfristigen baulichen Nachrüstung verfügen. Auch reicht, wie Studien belegen, eine Fensterlüftung allein oftmals nicht aus. Aufgrund des zu geringen Luftaustauschs beim einfachen Fensterlüften reichern sich während einer Unterrichtstunde potenziell infektiöse Aerosolpartikel in teils sehr hohen Konzentrationen im Klassenraum an.

Schadstoffreduzierung

Für das Betreiben vieler Gebäude sind Raumlufttechnische (RLT-)Anlagen somit eine unabdingbare Voraussetzung. Dabei kommt der regelmäßigen Wartung und Instandhaltung eine entscheidende Bedeutung für den sicheren Anlagenbetrieb zu. Bei korrekter Planung und ordnungsgemäßem Betrieb reduzieren RLT-Anlagen viele Schadstoffe mittels Filtrierung der möglicherweise belasteten Außenluft, der Zuluft und gegebenenfalls der Abluft und stellen eine gute Qualität der Zuluft bereit. Durch professionelle Planung, Zonierung und Druckhaltung ist sichergestellt, dass sich Schadstoffe aus der Abluft eines Raumes nicht im gesamten Gebäude verteilen können.

Eine Übertragung von Corona-Viren über Lüftungs-/Klimaanlagen kann nach aktuellem Kenntnisstand nahezu ausgeschlossen werden. Über die Außen- und Zuluftleitungen können auch aufgrund der Filtrierung keine Tröpfchen, die das Corona-Virus enthalten könnten, in die Räume eingetragen werden.

Schnelle, unkomplizierte und effektive Lösungen, um Klassen- und Unterrichtsräume in Bildungseinrichtungen, aber auch Tagungsräume, Aufenthaltsräume, Gaststätten, Kantinen und viele weitere Anwendungen kurzfristig und kostengünstig nachzurüsten, bietet der Lüftungs-/Reinigungs-Service LRS Franz Sedlmeier in Pullach. Dabei setzt das Unternehmen auf Produkte namhafter Hersteller wie WOLF GmbH Mainburg, Helios oder TROX.

Der AirPurifier von Wolf filtert mehr als 99,995 % aller Bioaerosole (Viren, Bakterien) sowie weiterer Schadstoffe durch HEPA Hochleistungsfilter. Dank modernster EC-Ventilatoren-Technologie (bis 1.300 m³/h) ist eine hohe Luftfiltrationsrate von 4-6 x Raumvolumen gewährleistet. Ein Schalldruckpegel von höchstens 35 dB(A) sorgt zudem für einen äußerst leisen Betrieb. Es sind keine baulichen Maßnahmen notwendig, eine einmalige und simple Einstellung auf Raumgröße reicht aus.

Der Helios KWL Yoga wiederum eignet sich für die Deckenmontage und kann dank integrierter CO2-Sensorik bedarfsgerecht geregelt werden. Der Luftaustausch erfolgt vollautomatisch und kontinuierlich. Zudem ist das Gerät auch in Bestandsgebäuden einfach und schnell nachrüstbar.

Das leistungsstärkste und zugleich leiseste Gerät am Markt ist der TROX Luftreiniger. Das zweistufige TROX Hochleistungsfiltersystem filtert über 99,95 % aller Coronaviren. Dabei kommt ein hocheffizienter H13-HEPA-Filter zum Einsatz, wie er z. B. auch zur Luftreinigung in OP-Sälen verwendet wird. Er ist deutlich länger verwendbar und muss selbst im Dauerbetrieb erst nach Jahren ausgetauscht werden.

Geräuscharm und leistungsstark

Bis zu 1.600 m³ Luft kann der TROX Luftreiniger innerhalb einer Stunde filtern. Schon bei mittlerer Leistung reinigt er selbst große Räume wie z. B. Restaurants oder Konferenzräume effizient und leise von Viren. Mit seiner patentierten doppelten Schalldämmung arbeitet das Gerät geräuschärmer als jedes vergleichbare Gerät. Im Normalbetrieb (1.000 m³/h Luftvolumenstrom) ist er ungefähr so leise wie der Lüfter eines Computers und damit ideal für den permanenten Betrieb in Schulen oder Büros geeignet.

Trotz großer Leistung benötigt der TROX Luftreiniger nur wenig Strom. Dank energieeffizienter Motoren und großer Filterflächen wird im Durchschnitt weniger als eine 100-W-Glühbirne verbraucht.

Für kompetente Beratung sowie fachgerechte Installation und Wartung steht der Lüftungs-/Reinigungs-Service LRS gerne zur Verfügung. Näheres unter: http://www.l-r-service.de **DK**



Kindergartenleiterin Sabine Krieger und Bürgermeister Thomas Weber freuten sich, ihren Vorschulkindern erneut den Energie-Aktionstag im Haus für Kinder in Winkl im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern anbieten zu können. Bild: Energieagentur Südostbayern GmbH

Kleine Energiesparer in Bischofswiesen

Im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ hat die Gemeinde Bischofswiesen gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern GmbH einen zweiten Energie-Aktionstag für ihre neuen Vorschulkinder angeboten – ganz nach dem Motto „Kinder sind die Energieverbraucher von morgen“.

Mithilfe von Energieagentur-Mitarbeiter Gerhard Marx haben die neuen Bischofswiesener Vorschulkinder schnell gewusst, dass sie und ihre Eltern mit „dem Fernseher; Licht; zum Kochen; das Handy; zum Rasenmähen“ im und um das Haus Strom brauchen. „Woher kommt denn der Strom im Haus?“, frägt Marx in die Runde. Da ihm die Antwort „aus der Steckdose“ nicht genügte, zeichnete der Energieexperte leicht verständlich mit Strommasten und -leitungen bis hin zur „Strom-Fabrik“ den Weg der Energie auf. Was den Kindern aber nicht gefiel, waren die dicken Rauschschwaden aus dem Kamin, weil der stinkt und in den Augen brennt.

Wie auch die Kinder schon viel Strom sparen können, wurde ihnen mit bildlicher Unterstützung gleich klar, damit auch sie schon dafür sorgen können, dass weniger Rauch aus den Kaminen der „Strom-Fabriken“ kommt. „Licht aus, wenn niemand im Raum ist!“ sowie „Kühlschranktüre zu!“ und „Deckel auf den Kochtopf!“, wissen die Bischofswiesener Kinder nun.

Auch Bürgermeister Thomas Weber hat sich für den Energie-Aktionstag im Kindergarten extra Zeit genommen und betont „Bereits die Kleinsten im schonenden Umgang mit den Energie-Ressourcen zu sensibilisieren ist enorm wichtig“. Die Witterung hat diesmal nicht mitgespielt, daher hat Energieberater Gerhard Marx eine Ersatz-Sonne in Petto und konnte mit einem Strahler Solarhubschrauber und -Autos zum Laufen bringen – die Kinder konnten sich gut vorstellen, wie viel besser das die Sonne draußen noch kann und zeigten sich von dem sauberen, erneuerbaren Energielieferanten begeistert.

Wind- und Wasserkraft

Natürlich nicht fehlen durften beim EnergieAktionstag die Wind- und Wasserkraft. Mit festem Pusten haben die kleinen Energieerzeuger Windräder mit LED-Lämpchen zum Leuchten gebracht und Wasser über Wasserräder gegossen. Zum Abschluss der Aktion durften die neuen Energiesparer noch selbst Windräder basteln, mit denen sie ihre eigene, aufgestaute Energie durch Pusten oder schnelles Rennen wieder loswerden konnten. ❒

Bundesverband Geothermie:

Erdwerk GmbH erhält Sonderpreis

Die Erdwerk GmbH (München) wurde vom Bundesverband Geothermie mit dem Sonderpreis für ihre langjährigen herausragenden Pionierleistungen bei der Planung und Realisierung von Projekten in der tiefen Geothermie geehrt. Die Preisverleihung fand im Vorfeld des Geothermiekongresses digital statt.

Die Erfolgsgeschichte der Geothermie im voralpinen Molassebecken wäre ohne die Pionierarbeit von Erdwerk nicht denkbar. Besonders die Entwicklung der Tiefen Geothermie und der Nutzung von heißem Thermalwasser ist durch Erdwerk vorangetrieben worden. Sie bieten heute Leistungen von den ersten Schritten der Machbarkeitsstudie, über Aufsuchung, Bohrbetreuung bis hin zur Testphase und Komplettierung an und gelten als geothermische Spezialberater und erfolgreiches, innovatives und führendes Planungsbüro für Geothermie.

Internationale Sichtbarkeit

Die Laudatio hielt der Gewinner der Particius Medaille 2017. Dr. Christian Pletl von den Stadtwerken München betonte in seiner Rede die besondere Leistung des leider viel zu früh verstorbenen Firmengründers Dr. Achim Schubert, der es verstanden hatte, sein immer größer werdendes Team aus engagierten Wissenschaftlern und Technikern mit seiner gelebten Arbeitskultur zielorientiert zu führen und auch international sichtbar werden zu lassen.

Renate Höferle nahm den Preis stellvertretend für die Erdwerk GmbH entgegen. Sie ist Mitgründerin des mittlerweile 18 Jahre bestehenden Unternehmens mit über 40 Mitarbeitern. Dr. Erwin Knapek, Präsident des Bundesverband Geothermie, wünschte dem Unternehmen die Kraft weiterzugehen und mit neuen Ideen das Werk ihres Gründers in der Zukunft erfolgreich fortzuführen. ❒

Bundesprogramm zur Förderung der Automobilzulieferer

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zur Unterstützung der Automobilindustrie. Demnach soll ab Januar 2021 im Rahmen des Konjunkturpakets die Transformation der Betriebe mit zwei Milliarden Euro unterstützt werden.

Aiwanger: „Das Programm aus Berlin ist dringend nötig. Gerade für viele Zulieferbetriebe ist es bereits fünf vor zwölf: Sie müssen große Investitionen stemmen, um an den Technologien der Zukunft zu arbeiten, sie haben aber häufig nicht mehr genügend Substanz dazu. Der Bund muss die Finanzkraft der Betriebe für diesen Transformationsprozess verbessern. Dazu zählt auch die Wasserstofftechnik, die von vielen Betrieben derzeit angesteuert wird.“ Geichzeitig hat der Minister den Arbeitsmarkt im Blick: „Beim Transformationsprozess geht es konkret um Arbeitsplätze, wie z.B. die Situation bei MAN zeigt. Mit Kaufanreizen für neue und saubere LKWs muss der Bund jetzt über das geplante neue Programm hinaus die Nachfrage ankurbeln. Das verbessert nicht nur die Beschäftigungssituation, sondern kommt auch der Umwelt zu Gute, wenn alte Fahrzeuge von der Straße genommen und durch neue ersetzt werden. Besonders wirkungsvoll wäre ein solches Flottenaustauschprogramm auf europäischer Ebene. Es gilt also, die letzten Monate der deutschen Ratspräsidentschaft zu nutzen!“ ❒

Förderprogramm:

CO2-Ampeln und Luftreinigungs-Geräte für Landkreisschulen

Der Freistaat Bayern hat ein Förderprogramm zur Beschaffung von CO2-Sensoren sowie von Luftreinigungsgeräten für Schulen auf den Weg gebracht. Das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen im Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen hat die Entwicklung aufmerksam beobachtet und konnte daher unverzüglich nach Bekanntgabe der Förderrichtlinien im Oktober auf die Schulleiter zugehen. Die Beschaffung der notwendigen Geräte konnte also schon auf den Weg gebracht werden.

Durch die schnelle Reaktion konnte nunmehr der Auftrag zur Lieferung von mehr als 200 CO2-Sensoren (sog. CO2-Ampeln) für die Schulen unter Landkreisträgerschaft erteilt werden. Diese signalisieren das Erreichen bestimmter Schwellenwerte der CO2-Konzentration und erinnern an das Lüften. Aufgrund der stark erhöhten Nachfrage ist dennoch erst mit einer Lieferung Mitte Januar zu rechnen.

Bedarf für Luftreinigungsgeräte

Zeitgleich wurde auch der Bedarf für die mobilen Luftreinigungsgeräte abgefragt. Eine Förderung nach den Förderrichtlinien erfolgt nur für jene Räume, in denen regelmäßiges Lüften nicht möglich ist, z. B. bei innenliegenden Fachräumen mit Oberlichtern. Für Räume mit Fenstern können die CO2-Ampeln genutzt werden.

Letztlich haben die Schulen nur einen Bedarf von rund 20 Luftreinigungsgeräten gemeldet (Realschule Weißenburg und die Gymnasien in Weißenburg und Gunzenhausen). An der Altmühlfrankenschule, der Staatl. Fach- und Berufsoberschule sowie den beiden Standorten des Beruflichen Schulzentrums Altmühlfranken lassen sich die Räume gut lüften, so dass hier kein Bedarf an mobilen Luftreinigungsgeräten besteht.

Das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen sondiert gerade intensiv den Markt. Es sind nämlich nicht alle Geräte geeignet: Die geforderten Voraussetzungen in den Förderrichtlinien einerseits, aber auch weitere technische Merkmale wie z. B. Lautstärke, Wartungsfreundlichkeit und Wirksamkeit engen die Zahl an geeigneten Geräten ein. Es wird besonders darauf geachtet, dass die Geräte einen großen Volumenstrom und hochwertige Filter haben, da nur diese nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen entscheidend zur Verringerung der indirekten Infektionsgefahr durch Aerosole beitragen können.

Sobald die Angebote abschließend geprüft wurden, können auch die Aufträge vergeben werden. Den Förderantrag wird das Sachgebiet Schulen und Landkreiseinrichtungen dann nach Abschluss dieser Prüfung zeitnah stellen und den Schulausschuss über die Beschaffung informieren.

Die Landkreisverwaltung hat auch das parallel laufenden Förderprogramm des Bundes im Blick: Dieses ermöglicht die „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von raumlufttechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten“. Auch hier erfolgt eine Bedarfsanalyse des Sachgebietes Schulen und Landkreiseinrichtungen in enger Abstimmung mit dem Sachgebiet Hochbau. ❒

Fernleitungsnetzbetreiber:

Umstellung von L- auf H-Gas trotz COVID-19 fast im Zeitplan

Die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) blicken trotz der COVID-19-Pandemie auch in diesem Jahr zuversichtlich auf die kommende Winterperiode. Die Speicher sind zu gut 95 Prozent gefüllt und es stehen genügend Transportkapazitäten für die zahlreichen Quellen zur Verfügung, um die Gasversorgung auch bei längeren Kälteperioden zu sichern.

Zur Abdeckung von Spitzenlasten bei Gasmengen wie auch bei Regelenergie haben FNB und Marktgebietsverantwortliche (MGV) zudem vorsorglich bewährte Produkte am Markt kontrahiert. Dies ist das Fazit des Winterausblicks 2020/2021, den der FNB Gas heute veröffentlichte.

Gasversorgung im Zeichen der Pandemie

Als Betreiber einer kritischen Infrastruktur haben die FNB frühzeitig Maßnahmen getroffen, um Ansteckungsrisiken zu minimieren, ihre Belegschaft zu schützen und jederzeit die Gasversorgung sicherzustellen. Dazu gehören strenge Kontakt- und Hygieneregeln, ein permanentes bewerten der Lage und der regelmäßige Austausch innerhalb der Branche, mit den europäischen FNB und den Behörden. So können bei Bedarf schnell weitere Schutzvorkehrungen getroffen werden, um auch im kommenden Winter die Gasversorgung weiterhin abzusichern.

Bisher gab es dabei keine COVID-19-bedingten Auswirkungen. Die Bauvorhaben liefen wie geplant weiter. Selbst die durch den ersten Lock-down bedingten Verzögerungen bei der Umstellung von L- auf H-Gas wurden bis zur Deadline für diesen Winterausblick fast vollständig aufgeholt.

Zur Abdeckung des Spitzenlastbedarfs im kommenden Winter stehen mit den aktuell mit über 95 Prozent gut gefüllten Speichern (L- und H-Gas) genug Flexibilitäten für eine sichere Gasversorgung bereit. Zur Deckung eines hohen Regelenergiebedarfs werden FNB und MGV auch in diesem Jahr wieder bewährte Sicherungsinstrumente einsetzen (Long Term Options und Short Term Balancing Services).

Steigende Nachfrage

Unverändert ist die Gassituation im Süden Deutschlands: Die Nachfrage nach Gas steigt weiter an, die Trans-Europa-Naturgas-Pipeline I (TENP 1) steht weiterhin nicht zur Verfügung. Zur Sicherung der regionalen Versorgung haben die betreffenden FNB daher wieder entsprechende Lastflusszusagen kontrahiert.

Der Wegfall von Gasmengen, die mit Fertigstellung der Nord Stream 2 zusätzlich in den Markt gebracht werden sollen, wird sich nach Auffassung der FNB nicht auf die Versorgungssicherheit auswirken. Gasmengen können zum einen verlagert werden, zum anderen steht seit Anfang des Jahres auch der bereits rege genutzte erste Strang der EUGAL zur Verfügung, der in das deutsche wie europäische Fernleitungsnetz eingebettet ist. ❒

„STECKER REIN – VIREN RAUS.“

WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen: Der neue WOLF Luftreiniger **AirPurifier** reinigt Raumluft (Abscheidegrad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14 und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien, Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme! Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf wolf.eu/airpurifier.



- Professionell konstruiert: nach VDI 6022
- Flüsterleise: Schalldruckpegel* 34 dB(A) im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus
- Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m³/h mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate
- Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch optimale Luftzirkulation dank Luftwalze
- Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig, Liefer- und Inbetriebnahmeservice

NEU!

VDI 6022

MADE IN GERMANY BY WOLF

5 JAHRE GARANTIE WOLF

* Schalldruckpegel in 1m Abstand nach DIN EN ISO 11203 entsprechend Volumenströmen von 400 und 1.200m³/h.

WWW.WOLF.EU

VOLL AUF MICH EINGESTELLT.

WOLF

Versicherungskammer Bayern:

Partner der Feuerwehren

Ein Gastbeitrag von Florian Ramsl

Freiwillige Feuerwehren sind unverzichtbar. Hier engagieren sich Feuerwehrmänner und -frauen vor allem ehrenamtlich, helfen so ihren Mitmenschen und unterstützen die Kommunen. Als langjähriger Partner der Feuerwehren unterstützt die Versicherungskammer Bayern den Landesfeuerwehrverband Bayern und die Feuerwehren mit einer Vielzahl an Projekten. Der Fokus liegt hier bei der Ausbildung und Brandschutzerziehung; aber auch bei der Ausstattung wurden neue Impulse gesetzt.

Ein Meilenstein für die Aus- und Weiterbildung ist der sogenannte „Einsatzfahrten-Simulator“, welchen die Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit dem Innenministerium betreibt. Mit ihm können die Feuerwehrleute üben, auf kritische Situationen bei Einsatzfahrten zu reagieren und Gefahren zu vermeiden. Erst 2020 wurden zwei neue Simulatoren beschafft.

Schadensprävention

Ein weiteres Beispiel sind die „Schaumtrainer“-Übungsanlagen: Mit diesen üben die Feuerwehrleute realistisch Brandbekämpfung im Miniaturformat. Alle Landkreise und kreisfreien Städte wurden mittlerweile damit ausgestattet. Darüber hinaus hat das Thema Schadensprävention für das Sponsoring der Versicherungskammer Bayern große Bedeutung: Hier sind die Versorgung mit Wärmebildkameras und dem mobilen Rauchverschluss zu nennen. Letzterer dient dazu, die Ausbreitung von Rauch zu verhindern und so Rettungswege sowie Teile des Gebäudes insgesamt zu schützen. Die Versicherungskammer Bayern hat seit 2007 rund 3000 Exemplare an die Feuerwehren verteilt. Damit leistet sie einen entscheidenden Beitrag — der mobile Rauchverschluss ist inzwischen zur lebensrettenden Standardausrüstung geworden.

Zudem werden aktuell 1.000 Schwimmsauger bis Ende 2021 ausgeliefert, die die Löschwasserentnahme aus Gewässern auch bei zunehmender Trockenheit ermöglichen.

Brandschutzaufklärung

Auch die Brandschutzaufklärung ist ein wichtiges Thema. Das Infomobil „Richtig Feuer löschen“ ermöglicht seit 1999 kostenlose Schulungen im Umgang mit Feuerlöschern und erreicht dabei jährlich ca. 8.000 Personen. Von der Brandschutzerziehung profitieren Kindern und Jugendliche vom Lern-Ordner „Alles über Feuer und Rauch“, der an alle Grundschulen in Bayern verteilt wurde. Auch Feuerwehren erhielten nützliches Material wie Modellrauchhäuser, mit denen Kindern das Verhalten im Brandfall vermittelt wird, aber auch Brandschutzerziehungs-Koffer und Notruf-Übungstelefone.

Die Versicherungskammer Bayern bleibt ein verlässlicher Partner der Feuerwehren, um neue Herausforderungen wie Waldbrandbekämpfung oder Naturgefahren zu meistern und virtuelle Ausbildung zu fördern. ❐



Mit Schwimmsaugern ist eine Wasserentnahme auch aus flacheren Gewässern ohne größeren Aufwand möglich und die Kosten liegen nur etwa bei der Hälfte des Anschaffungspreises für entsprechende Ausrüstung zur Errichtung von Staustellen. Auch der Platzbedarf im Feuerwehrfahrzeug ist deutlich geringer. Zudem kann der Schwimmsauger zum Abpumpen von Wasser aus überfluteten Räumen genutzt werden. Die Versicherungskammer Bayern hat für den gesamten Freistaat rund 900 solcher Sauger zum Stückpreis von etwa 500 Euro angeschafft. Dem Landkreis Passau stellt der Versicherer 16 dieser Sauger zur Verfügung. Florian Ramsl (2.v.l.) von der Versicherungskammer Bayern hat die Sachspende im Gesamtwert von 8.000 Euro stellvertretend an Kreisbrandrat Josef Ascher (v.l.), Landrat Raimund Kneidinger, Kreisfeuerwehrverbandsvorsitzenden Alois Fischl und Egings Bürgermeister Walter Bauer übergeben. Bild: Landratsamt Passau

Klimaresilient in die Zukunft:

Konzepte gegen Hitze, Trockenheit und Starkregen

Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Umweltbundesamt-Präsident Prof. Dr. Dirk Messner ehren Gewinner des Wettbewerbs „Blauer Kompass“

Ein widerstandsfähiger „Klimawald“, urbanes Grün als kühle „Oase“ inmitten einer heißen Stadt, „Klimabaustoffe“ aus natürlichen Ressourcen und ein Coachingprogramm für Kommunen zur Klimawandelanpassung – das sind die Sieger im diesjährigen Wettbewerb „Blauer Kompass“. Die Projekte wurden im Rahmen der digitalen Konferenz „Klimaresilient in die Zukunft“ von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt ausgezeichnet. Über 550 angemeldete Teilnehmende diskutieren dort zudem über die Umsetzung des zweiten Fortschrittsberichts zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Bestimmte Folgen des Klimawandels werden sich auch mit größten Anstrengungen beim Klimaschutz nicht vermeiden lassen. Darum ist es wichtig, dass Deutschland sich an diese Folgen anpasst. Eine gute Nachricht ist: Viele Anpassungsmaßnahmen tragen zugleich zur Lebensqualität in Deutschland bei. Das zeigen auch die diesjährigen Gewinner des Wettbewerbs Blauer Kompass: Grünflächen können Hitze mindern, wasserdurchlässige Straßen vor Überflutungen schützen und klimafeste Wälder zum Erholen einladen.“ Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamts: „Dieses Jahr hat sich besonders deutlich gezeigt, welche bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit unsere Gesellschaft hat. Mit dieser Konferenz möchten wir zeigen, dass wir als Gesellschaft in der Lage sind, dieses Potenzial zur Veränderung auch bei der Anpassung an die Erdüberhitzung auszuschöpfen, um wirksame Klima-Vorsorge zu betreiben. Gerade in den Projekten vor Ort zeigt sich, wie innovativ die Menschen sind – dabei muss der Bund sie auch weiterhin unterstützen.“

Auf der Konferenz diskutiert ein breites Spektrum an Erfahrungsträger*innen aus Bund, Ländern und Kommunen, aus Verbänden und Unternehmen, Wissenschaftler*innen und Bildungsträger*innen in vier Sessions über Wege der Umsetzung von Klimaanpassung vor Ort. Thematische Schwerpunkte der Konferenz sind die Vorbeugung von Nutzungskonflikten bei Trockenheit, naturbasierte Lösungen zum Umgang mit Starkregen und Hitze in Städten, der gesundheitliche Schutz von Risikogruppen des Klimawandels sowie Kommunikation und Beteiligung bei konkreten Anpassungsvorhaben. Die besten Praxisbeispiele aus dem vergangenen zwei Jahren wurden mit dem Blauen Kompass ausgezeichnet.

Preisträger des Blauen Kompass 2020

Kategorie 1: private oder kommunale Unternehmen

HanseGrand Klimabaustoffe, Selsingen – „Klimabaustoffe als Reaktion auf den Klimawandel“: Durch die Entwicklung von Klimabaustoffen sind neuartige, offenporige Wegedecken möglich. Die Wasser- und Luftdurchlässigkeit der Klimabaustoffe befördert ein positives Mikroklima. Dies ist vor allem in urbanen Räumen notwendig.

Kategorie 2: Bildungs- und Forschungseinrichtungen

Bayreuther Zentrum für Ökologie und Umweltforschung (BayCEER), Bayreuth – „Klimawald Bayreuth“: Mit dem Klimawald ist in Bayreuth ein widerstandsfähiger Wald entstanden. Durch die CO2-Speicherung kann er nicht nur einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern zugleich einen Temperaturanstieg von min. 2°C tolerieren. So ist er bestmöglich an klimatische Veränderungen angepasst.

Kategorie 3: Vereine, Stiftungen und Verbände

Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Trippstadt (Pfalz) – „Klimawandel Anpassungs-COACH RLP“: Das Projekt berät und unterstützt ausgewählte Kommunen und Kreise in Rheinland-Pfalz bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie bei der Integration des Themas in Verwaltungsabläufe.

Publikumspreis

Freundes- und Förderkreis GLEKS (Eugen-Kaiser-Schule), 63452 Hanau: „GLEKS – Grüne Lernlandschaften Eugen-Kaiser-Schule“: GLEKS ist ein grünes Großprojekt der Eugen-Kaiser-Berufsschule, das als Lernort und Begegnungsstätte für die Schule und den Stadtteil dient. Im Fokus steht das Urbane Grün als realer Lösungsbeitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung. ❐

Viele Brandstiftungen an Erziehungseinrichtungen

Etwa jeder zehnte Gebäudebrand, den das Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung (IFS) untersucht, geht auf Brandstiftung zurück. „Diese Zahl liegt um den Faktor 2,5 höher, wenn wir in unseren Statistiken ausschließlich Brände in Erziehungseinrichtungen betrachten“, sagt IFS-Geschäftsführer Dr. Hans-Hermann Drews.

Nach Erfahrung des IFS haben viele Brandstifter kein konkretes Motiv, sondern handeln aus der Situation heraus. „Es gibt nicht nur den Gelegenheitsdiebstahl, sondern auch die Gelegenheitsbrandlegung“, so Drews. Hier sehen die Schadenforscher eine Chance für den vorbeugenden Brandschutz.

Ungenutzt bedeutet nicht unbeaufsichtigt

Ein typisches Szenario ist eine brennende Mülltonne, die direkt neben dem Schulgebäude oder unter dem Vordach steht. „Abfalltonnen sollten darum nicht frei zugänglich sein“, rät Drews. Sie sollten außerdem so aufgestellt werden, dass im Brandfall ein Übergreifen der Flammen auf Gebäude unmöglich ist.

Einladend sind für Brandstifter auch die häufigen Zeiten, in denen die Gebäude von Erziehungseinrichtungen ungenutzt sind. In sieben von zehn Fällen wird das Feuer abends oder nachts gelegt. „Nach Schulschluss, an Wochenenden und während der Ferien können Bewegungsmelder und Kameras signalisieren: Ungenutzt bedeutet nicht unbeaufsichtigt“, sagt Drews.

Um den „Einstieg“ von Brandstiftern ins Gebäude zu erschweren, sollten Türen und Fenster während der Nichtnutzung verschlossen und am besten mit einer Gefahrenmeldeanlage gekoppelt werden. Mit diesen Maßnahmen kann nach Einschätzung des IFS eine signifikante Anzahl von Brandlegungen an Schulen und Kindergärten verhindert werden. ❐

Feuerwehrstatistik 2019 für Unterfranken

Würzburg (ruf) – Rund 30.000 Einsätze (genau: 29.928) waren im Jahr 2019 von den 956 freiwilligen Feuerwehren, den 32 Betriebs- und Werkfeuerwehren sowie der Berufsfeuerwehr Würzburg in Unterfranken zu leisten. Insgesamt mussten die Feuerwehren zu 2.407 Bränden ausrücken.

Im Rahmen der Technischen Hilfeleistung (THL) wurden die unterfränkischen Feuerwehren im Jahr 2019 13.232 mal zur Hilfe gerufen. Zum Einsatzspektrum in der Technischen Hilfeleistung zählt die Alarmierung zu 1.531 Verkehrsunfällen, 1.674 Ölspuren oder 1.051 Wohnungsöffnungen bei akuter Gefahr. Auch das Wetter nahm im vergangenen Jahr wieder starken Einfluss auf die Feuerwehren. So mussten die Einsatzkräfte 1.418 Sturmschäden und 540 Unwetterschäden (z.B. vollgelaufene Keller, Überflutung) beseitigen. Über das Jahr verteilt fielen 129 Hochwassereinsätze an und die Feuerwehren mussten bei 377 Wasserschäden Hilfe leisten. Den größten Teil der Technischen Hilfeleistungen bilden inzwischen First-Responder-Einsätze, zu denen die Feuerwehren im Berichtsjahr 3.133 mal alarmiert wurden. Hierbei konnten durch die Hilfe vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes 2.323 Personen gerettet werden. Für 118 Personen kam trotz des schnellen Eingreifens leider jede Hilfe zu spät. Gefahren durch ABC-Gefahrstoffe wurden 467 mal bekämpft.

Zahlreiche Fehlalarme

Sicherheitswachen – zum Beispiel bei öffentlichen Veranstaltungen – mussten 8.963 mal geleistet werden. Hinzu kommen 2.330 sonstige Tätigkeiten. In 2.529 Fällen rückten die unterfränkischen Feuerwehren zu Einsätzen aus, die sich vor Ort glücklicherweise als Fehlalarm herausstellten. 1.790 Alarmierungen – dies entspricht 70% der Gesamtsumme – wurden durch die automatische Auslösung von Brandmeldeanlagen oder sonstigen Gefahrenmeldeanlagen veranlasst. Diese hohe Zahl an Fehlalarmen belastet die Feuerwehren in der Praxis erheblich.

900 Menschen gerettet

Durch die Einsätze der Feuerwehren bei Bränden, THL-Einsätzen (ohne First-Responder) und Einsätzen mit ABC-Gefahrstoffen wurden 907 Personen gerettet. Allerdings sind auch 200 Personen bei den Ereignissen ums Leben gekommen und konnten von den Einsatzkräften nur noch tot geborgen werden. Zudem wurden bei den Einsätzen 76 Feuerwehrdienstleistende verletzt. Ein Feuerwehrmann verunglückte tödlich bei der Rückfahrt von einem Einsatz.

Bei den Freiwilligen Feuerwehren in Unterfranken waren insgesamt 36.983 aktive Mitglieder ehrenamtlich in den Feuerwehren engagiert. Sie leisteten im Jahr 2019 rund 312.000 ehrenamtliche Einsatzstunden (genau: 312.150). Der Frauenanteil lag bei rund 10% mit 3.851 weiblichen Mitgliedern.

Die Jugend- und Kinderarbeit spielt auch bei den unterfränkischen Feuerwehren eine wichtige Rolle. Sie ist ein bedeutender Teil der Nachwuchsgewinnung für die Wehren. So waren in 673 Jugendgruppen insgesamt 6.362 Jugendliche aktiv.

„Alle diese Zahlen verdeutlichen, dass unsere Feuerwehrangehörigen mit großem Mut und oft unter Einsatz ihres Lebens ihren selbstlosen Dienst an unserer Gemeinschaft leisten. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank“, kommentierte Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann die aktuelle Feuerwehrstatistik. Der Regierungspräsident hofft, dass sich auch künftig zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren. Sein Appell richtet sich insbesondere an die junge Generation, die aufgefordert ist, durch den Einsatz in den örtlichen Feuerwehren einen wichtigen ehrenamtlichen Einsatz zu leisten. ❐

Öffentliche Versicherer verleihen IFStar 2020

Feuerwehr Waldmünchen gewinnt Preis Einsatztaktik für das effiziente Absichern auf Dächern

Die Freiwillige Feuerwehr Waldmünchen aus dem Landkreis Cham ist einer der drei Gewinner des Feuerwehr-Innovationpreises IF Star der öffentlichen Versicherer und des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV). Die Bronzeskulptur IF Star überreichten Florian Ramsl von der Versicherungskammer Bayern, dem öffentlichen Versicherer in Bayern, und Hermann Schreck, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbands. Die Gewinner erhalten zudem je ein Preisgeld in Höhe von 3.500 Euro.

Bereits zum sechsten Mal haben die öffentlichen Versicherer gemeinsam mit dem Deutschen Feuerwehrverband die Auszeichnung für innovative Neuentwicklungen bei deutschen Feuerwehren verliehen. Sie ehren damit Projekte und Konzepte, die dazu beitragen, Personen- und Sachschäden zu mindern und die Feuerwehrorganisation zu stärken. Die Feuerwehr Waldmünchen hat mit ihrer „Einsatztaktik für das effiziente Absichern auf Dächern“ ein auszeichnungswürdiges Verfahren hierfür entwickelt.

Lehrgänge für neu entwickelte Taktik

Während der Schneekatastrophe im Winter 2019 befreiten die bayerischen Feuerwehren hunderte Dächer von der großen Schneelast. Der Landkreis Cham half im Berchtesgadener Land, dabei kam die neu entwickelte Taktik erstmals zum Einsatz. Benjamin Schlegl, Vorstand der Waldmünchner Feuerwehr erklärt: „Bei der Schneekatastrophe stellte sich die Methode als große Hilfe dar. Mittlerweile schulen wir diese Methode auch in eigenen Lehrgängen.“

Vorteil des Verfahrens ist, dass es auch funktioniert, wenn keine Drehleiter verfügbar ist oder aufgestellt werden kann. Dabei wurden einfallsreiche Ideen umgesetzt, wie etwa die Verwendung einer Seilschleuder, um das erste Seil erst einmal auf das Dach zu bekommen.

Die Gewinner setzten sich gegen zahlreiche andere Projekte von hoher Qualität durch.

„Als Versicherer der Kommunen unterstützen wir die Feuerwehren mit zahlreichen Projekten und wissen wie erfindungsreich diese sind“ freut sich Claudia Scheerer, Pressesprecherin des Konzerns Versicherungskammer „die Idee der Waldmünchner passt gut zu unserem Motto: Ein Stück Sicherheit.“ ❐

DStGB-Positionspapier:

Neustart für den Tourismus in Stadt und Land

Die herausfordernde Situation im Deutschlandtourismus wirkt sich umfassend auf die Städte und Gemeinden aus. In einem neuen Positionspapier fordert der DStGB daher eine Neuausrichtung der Nationalen Tourismusstrategie, eine stärker koordinierende Rolle des Bundes und konkrete Hilfen für die Tourismusakteure.

Die Dimension der Corona-Pandemie zeigt sich aus Sicht des Kommunalverbands besonders im Tourismus, der im Zuge des Lockdowns praktisch komplett zum Erliegen gekommen sei. Wegbleibende Gäste und die herausfordernde Lage der Tourismusakteure wirkten sich umfassend auf die Städte und Gemeinden aus, wenn Arbeitsplätze verloren gehen und Steuereinnahmen wegbrechen.

In den vergangenen Monaten habe sich das Bild in den Destinationen und bei den touristischen Unternehmen und Einrichtungen weiter gewandelt: Sehr gut besuchten klassischen Urlaubsgebieten und wiederentdeckten deutschen Regionen standen große Probleme im Städtetourismus und dem Veranstaltungs- und Kongressbereich gegenüber. Hinzu kommt, dass die Einnahmeausfälle des Frühjahres vielerorts nicht nachgeholt werden konnten. Daher braucht es neben den Wirtschaftshilfen und dem kommunalen Rettungsschirm laut DStGB eine Perspektive und gezielte Förderung, um unter Gewährleistung der Abstands- und Hygieneregeln die gesamte Branche beim Neustart zu stützen.

Stärkung des ÖPNV

Einen maßgeblichen Standortfaktor für die Tourismusgemeinden und das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse stelle die Erreichbarkeit insbesondere mit dem Schienenpersonenverkehr dar. Anstelle eines Rückzugs der Bahn aus der Fläche bedürfe es daher zusätzlicher Streckenreaktivierungen und einer finanziellen Stärkung des Gesamtsystems ÖPNV aus Bussen und Bahnen. Damit könnten zugleich die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung erreicht und die Nachhaltigkeit des Tourismus gefördert werden.

Daneben müsse durch einen konsequenten Erhalt Ausbau der Radinfrastruktur das immer bedeutendere Segment des Fahrradtourismus weiter gefördert werden. Hierbei ergäben sich zugleich Synergien zum für die Verkehrswende notwendigen Ausbau der Pendler-Verbindungen für Radfahrende. Deutschland benötige zudem ein verlässliches und vor allem flächendeckendes Schnelladenetz, um den Wandel zur Elektromobilität flächendeckend zu ermöglichen und touristische Regionen hierbei nicht abzuhängen. Die Nutzung digitaler Dienste durch die Reisenden und die Bereitstellung digitaler Angebote durch die Destinationen setze das Vorhandensein eines flächendeckenden Mobilfunk- und Breitbandnetzes und unabdingbar voraus. Bund und Länder müssten hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit auch hier Regionen nicht abgehängt werden.

Kongress- und Messegeschäft

Um Wertschöpfungsketten auch im Kongress- und Messegeschäft wieder in Gang zu setzen, sollte ein gesondertes Investitionsprogramm aufgelegt werden, womit die Technik für innovative Formate mit Präsenz- und Online-Teilnahmen entwickelt und das Personal geschult werden kann. Um den Städtetourismus zu unterstützen, müssten zudem der Einzelhandel und die Gastronomie gestärkt werden. Die Städte seien hier gefordert, Verkehrs- und Einzelhandelskonzepte zu entwickeln, die den Anforderungen von Tagesbesuchern und Übernachtungsgästen entsprechen.

Potenziale der Städtepartnerschaften

Im internationalen Kontext könnten nun auch die Potenziale der ca. 6.500 Städtepartnerschaften für den Tourismus genutzt werden. „Diese bieten ein großes Potential, um von kommunaler Seite im Ausland für den örtlichen Tourismus und ganze Tourismusregionen zu werben und sollten daher systematisch in die Tourismusförderung mit eingebunden werden. Die Schaffung neuer und die Reaktivierung bestehender Partnerschaften sollte einen besonderen Stellenwert auf der politischen Agenda der Städte haben“, heißt es weiter.

Caravan-Tourismus

Im Zuge der Corona-Pandemie nicht nur in ländlichen Regionen, sondern auch in den Städten weiter an Bedeutung gewonnen hat der Caravan-Tourismus. Die Reisenden sind oft solvente Gäste, die z.B. Gastronomie, Museen oder den Einzelhandel im Umfeld stärken. Ähnliche Entwicklungen sind im Bereich des Wassertourismus zu verzeichnen. Hier gelte es, eine entsprechende und ansprechende Infrastruktur im Bereich der Stell- und Liegeplätze zu schaffen bzw. auszubauen, die hohen Anforderungen an herkömmlicher und digitaler Ausstattung entspricht.

Hierdurch könnten neue Bereiche erschlossen werden, die dabei helfen, Verluste aus anderen Segmenten auszugleichen. Auch im Bereich des Bustourismus könne besonders durch geeignete Parkplätze, guten Service für Anbieter und Gäste sowie besondere Hygiene-Konzepte ein Beitrag geleistet werden, um auf verändertes Reiseverhalten zu reagieren.

Digitalisierung

Auch im Tourismus hat die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen. Neben Informations- und Buchungssystemen bieten sich laut DStGB beispielswiese Möglichkeiten zu kontaktlosem Bezahlen bis hin zu einer intelligenten Steuerung von Besucherströmen durch Ampelsysteme.

Die Tourismusförderung betreffe die unterschiedlichsten Bereiche: von der Stadt- und Dorfentwicklung über die Sport- und Gesundheitsförderung bis hin zur Kultur- und Baukulturförderung. „Insofern ist die Förderlandschaft von EU, Bund und Ländern durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Förderprogrammen geprägt, die gerade für Kommunen mit geringerer Verwaltungskraft immer schlechter zu durchdringen ist. Es bedarf daher einer guten Koordination und Bündelung der Tourismusförderung und einfacher Antragsverfahren für die Förderempfänger“, heißt es in dem Papier.

Erhöhung der GRW-Mittel

Ein wesentlicher Teil der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ könne zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur und Stärkung des touristischen Gewerbes verwendet werden. Die im Zuge des Konjunktur- und Zukunftspakets der Bundesregierung vorgesehene einmalige Erhöhung der GRW-Mittel sollte daher verstetigt werden. Denn auch vor dem Hintergrund der Empfehlungen der Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse sei eine dauerhafte Anhebung der GRW-Mittel angebracht. Somit könnten erhebliche Hebeleffekte für die Wirtschaft vor Ort erzielt werden.

Trotz der Krise bleibt der Fachkräftemangel für viele touristische Regionen weiterhin eine besondere Herausforderung. Eine Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen kann nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds dazu beitragen, dass touristische Berufe attraktiver und so dem Fachkräftemangel begegnet wird.

Neben der notwendigen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und der Aktivierung von lebensälteren Arbeitskräften und qualifizierten Flüchtlingen sei auch eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Zuwanderungspolitik sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiter im Tourismus vonnöten. Zudem sollte der Austausch über den Umgang mit dem Fachkräftemangel seitens des Bundes und der Länder intensiviert werden, um kreative Lösungen stärker zu verbreiten. **DK**

Hoffen auf bessere Zeiten nach Corona

Beirat des Bayerischen Golf- und Thermenlandes tagte online

Landshut. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie schlagen sich enorm in den Zahlen des Bayerischen Golf- und Thermenlandes nieder, dessen Beirat per Videokonferenz tagte. Im Zeitraum von März bis Juli 2020 belief sich der Verlust im Zuge der Betriebs- und Thermenschließungen auf knapp 450 Millionen Euro, wie Alexander von Poschinger, Marketingleiter des Bayerischen Golf- und Thermenlandes, den Beiratsmitgliedern erörterte.

Von Poschinger ging rückblickend auf die Vielzahl an Marketingmaßnahmen ein, die während der Krise vor allem im Onlinebereich stattgefunden hatten. Dadurch war es geglückt, dass sich die Zahlen im Juli und August wieder etwas erholen konnten. Auch zeigte er anhand einer Studie auf, wie sehr gerade der Einzelhandel von den Tagesgästen in der Region profitiert.

Hoffnung auf Impfstoff

Eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 1,7 Milliarden jährlich entfällt auf das Bayerische Golf- und Thermenland. Etwa die Hälfte davon geht an das Gastgewerbe, zu je einem Viertel profitieren Einzelhandel und der Dienstleistungssektor. Bis Februar rechnet der Marketingleiter für den Tourismus noch mit „düsteren Monaten“, hofft jedoch, genau wie der gesamte Beirat, dass sich gerade auch durch die schnelle Entwicklung in Sachen Impfstoff, die Situation danach verbessert. Positiv zu werten während der Krise waren die vielen Anfragen von Pressevertretern nach Ausflugstipps in der Region. „Hier konnten wir aus den Vollen schöpfen“, so von Poschinger, der sich freute, dass damit viele werbewirksame Veröffentlichungen erschienen, die keine Kosten verursachten.

Zudem dankte er Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich für die aktive Einbindung der Touristiker im Zuge der Neustrukturierung der niederbayerischen Thermalbäder. „Wir sehen gerade jetzt, wie existenziell wichtig unsere Bäder für die Region sind“, betonte Heinrich seinerseits nochmals. Neben den Thermen werde in Zukunft auch das Thema Radfahren immer wichtiger. Gerade darauf will man sich mit Marketingmaßnahmen im nächsten Jahr konzentrieren.

Marketingmaßnahmen

„Es geht dabei auch um eine bessere Verknüpfung mit Bus- und Bahnanbindungen“, erklärte Alexander von Poschinger. Darüber hinaus ist ein Interreg-Projekt gemeinsam mit Österreich zum Thema Kulinarik angedacht, das Ende 2021 beginnen soll. Auch die Familien- und Genussradtouren sowie die Erlebnisradtouren, die das Gesamtgebiet des Golf- und Thermenlandes einschließen, sollen weiterhin durch einheitliche Beschilderungen für Schwung in der Region sorgen.

Pia Olligschläger, die Geschäftsführerin von Passau Tourismus e. V., die während der Sitzung zur stellvertretenden Vorsitzenden im Beirat gewählt wurde, wertete die Maßnahmen als sehr positiv und hob auch hervor, wie sehr die Stadt Passau touristisch vom Bayerischen Golf- und Thermenland profitiert. Frisch gewählt in den Beirat wurden auch Bad Füssings Bürgermeister Tobias Kurz. Ihm sei es wichtig, dass die Marketingmaßnahmen künftig auch darauf ausgerichtet sein sollten, das Vertrauen der Gäste in die Sicherheitsmaßnahmen vor allem auch in die Thermen vor Ort stärken sollen. „Es hat lange gedauert, bis wir nach dem ersten Lockdown unsere Stammkunden wiedergewinnen konnten. Nun geht es darum, ihr Vertrauen ein zweites Mal zu gewinnen.“

Die Zeit nützen

Welch „große Herausforderungen“ der Tourismus bei den aktuellen Rahmenbedingungen zu leisten hat, betonte abschließend der Beiratsvorsitzende Olaf Heinrich. „Auch wenn wir mit dem neuen Hilfspaket große Unterstützung bekommen: Uns allen wäre es viel lieber, wenn sich der Betrieb nach diesem November schnell wieder normalisiert. Wenn dem nicht so ist, dann dürfen wir die Monate bis zu einer Impfmöglichkeit aber nicht verstreichen lassen, sondern müssen sowohl politisch, als auch in allen anderen Bereichen weiter daran arbeiten, dass es nach Corona wieder bergauf geht.“ **– ml –**



GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Marktgemeinde Heimenkirch, 3.600 Einwohner/-innen.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Am 01.05.2008.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Der direkte Kontakt mit den Menschen und die Möglichkeit, im Kleinen auch Großes bewegen zu können.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Durch meine Lebens- und Berufserfahrungen seit 1973. Ich habe einen Gesellenbrief im Schreinerhandwerk und bin Diplomverwaltungswirt (FH). Nach dem Studienabschluss im

Markus Reichart

Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Schwaben

Jahre 2000 war ich in einer Einrichtung für lernbehinderte junge Erwachsene tätig. 2002 ging es in die Kommunalverwaltung (vier Jahre Kämmerer bei der Verwaltungsgemeinschaft Argental und bis zur Kommunalwahl 2008 in Heimenkirch für zwei Jahre Geschäftsleiter bei der Gemeinde Reit im Winkl).
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Fast das komplette Gemeinderatsgremium samt Bürgermeister waren neu im Amt. Wir erkannten diese Herausforderung als Chance und haben als eingeschworene Gemeinschaft seither tolle Projekte fortgeführt, die unsere Vorgänger anstießen und viel Neues entstehen lassen.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Aktuell steht ein gemeindliche Großprojekt vor der Tür – wir sanieren den ehemaligen Brauereigasthof SONNE in unserer Ortsmitte und schaffen Mietwohnungen und Gewerbeflächen. Nun stehen mit den Leistungsphasen 4 und 5 die Genehmigungsplanung sowie die Ausführungsplanung an. Die Abstimmungsprozesse mit der Regierung von Schwaben, dem Planungsteam, der Genehmigungsbehörde (Landratsamt) und weiteren beteiligten Akteuren laufen auf Hochtouren, damit wir unser vom Gemeinderat gestecktes Ziel, das Projekt SONNE in den Jahren 2021 und 2022 umzusetzen, realisieren können. Im Sinne einer Stärkung unseres Kernortes ist dies nach den umfangreichen Vorarbeiten - auch unter engagierter Einbindung unserer Bürgerschaft – schlüssig und zukunftsorientiert. Auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten setzen wir mit der Entwicklung des historischen und Ortsbild prägenden Gebäudes auch ein wichtiges Signal an die Firmen und Dienstleister, welche im Rahmen der Umsetzung beauftragt werden.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Seit 2. November gelten verschärfte Kontaktbeschränkungen für unsere Gesellschaft. Unter anderem wurden gravierende Einschnitte für die Gastronomie, den Freizeitsport und kulturelle Veranstaltungen festgelegt. Umso wichtiger ist es, dass wir zur Aufrechterhaltung unserer Gemeinschaft mit der gebotenen Sensibilität so gut als möglich miteinander in Kontakt bleiben. Die Kommunalpolitik kann hier Hilfestellung vor Ort leisten, die Gesellschaft bitten, unsere lokalen Gaststätten mit ihren „To-Go-Angeboten“, unsere Seniorinnen und Senioren bei Einkäufen und dergleichen sowie unsere Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Die Herausforderungen, welche die Corona-Pandemie an uns stellt, werden wir nur gemeinsam gut meistern können. Mittlerweile ist wohl allen klar, dass Corona uns von nun an dauerhaft begleiten wird. Das Winterhalbjahr (und damit die klassische Erkältungszeit) bringt erneute Krisen mit sich. Unter anderem, was die Bildung und Erziehung unserer Kinder in den Kindertagesstätten und der Schule sowie die damit einhergehende Belastung für die Eltern betrifft. Daher bin ich sehr dankbar für unsere die äußerst engagierten Teams an den Schulen sowie in den Kindertagesstätten samt den Elternbeiräten. Die machen das wirklich klasse!
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Nein – bin selbst noch ein „Junger“ 🙂
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Wöchentlicher Jour Fixe im Rathaus, monatliche Treffs mit Bauhof-Team (inklusive Wasserversorgung) und Kläranlagen-Team, jeden Dienstag (10 Uhr) Bürgertreff auf dem Heimenkircher Wochenmarkt, Bürgergespräch zu Beginn jeder Gemeinderatssitzung, Bürgerwerkstätten zu maßgeblichen Themen in der Gemeindeentwicklung sowie als Ideenpool (anzapfen von Wissen und Input aus der Bürgerschaft), Kommunikationsangebot über die Sozialen Medien (Facebook + Homepage), Gemeinderatsklausuren, Führungskräfteklausuren, das Gespräch im Verein, beim Einkaufen und auf der Straße …
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Kommunen werden hier mit der Zeit gehen, damit sich Gesellschaft und Kommunalpolitik auf Augenhöhe begegnen können. Doch aufgepasst – der persönliche Kontakt ist (auch im Falle erheblicher Kontaktbeschränkungen) das wichtigste Stilmittel für ein gutes Zusammenleben.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Long live rock ‚n‘ roll !!!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
So, wie ich bin – der Markus halt… ❐

Neue Angebote für Abhängige

Suchthilfe: Bezirk unterstützt progressive Initiativen in Würzburg und Miltenberg

In den vergangenen Monaten wurde offensichtlich, dass Drogenabhängige dringend eine Anlaufstelle brauchen, wo sie sich tagsüber aufhalten können: Das im August 2019 eröffnete „Kontaktcafé“ in Würzburg wird durchgehend gut frequentiert. „Das Projekt ist bisher sehr erfolgreich verlaufen“, lobte auch Peter Ditze, Sozialverwaltungschef des Bezirks Unterfranken. Aus diesem Grund soll es nun dauerhaft gefördert werden.

Betrieben wird das Kontaktcafé von Condrobs, einer Non-Profit-Organisation aus München, die in Unterfranken vor allem in der Suchthilfe tätig ist. Laut Condrobs-Mitarbeiterin Karin Wiggenhauser wird das Kontaktcafé täglich von 30 Drogenabhängigen besucht. In der Einrichtung werden die Besucher psychosozial beraten. Sie können gebrauchte gegen frische Spitzen tauschen. Außerdem finden sie in der Küche, der Hauswirtschaft und der Hausmeisterei eine Beschäftigungsmöglichkeit.

Dauerhafte Einrichtung

Künftig soll das Kontaktcafé nicht mehr lediglich ein Projekt sein: Trotz angespannter Haushaltslage beschloss der Sozialausschuss, die Einrichtung auf Dauer zu fördern und das Personal aufzustocken. Voraussetzung ist, dass die bisherigen Kooperationspartner, Jobcenter Würzburg sowie Stadt und Landkreis Würzburg, weiter mitfinanzieren. Zudem sollen alle unterfränkischen Landkreise und kreisfreien Städte, die das Kontaktcafé bislang noch nicht finanziell unterstützten, aufgefordert werden, sich an den Kosten zu beteiligen.

In das Kontaktcafé kommen Drogenabhängige aus ganz Mainfranken. Die Einrichtung sichert laut Wiggenhauser das Überleben der oft mehrfachbelasteten Suchtkranken. Weil das Kontaktcafé so wichtig ist, wurde es auch während des letzten Lockdowns im Notbetrieb fortgeführt. Junkies, Substituierte und Ex-User erhielten ein warmes Mittagessen zum Mitnehmen, sie konnten wie gehabt Spritzen tauschen, bekamen kostenlos Kondome, wurden weiter psychosozial beraten und bei der Suche nach einem Entgiftungsplatz unterstützt. Nur der Aufenthalt in den Räumen war nicht möglich.

In Miltenberg gibt es seit September ein neues Projekt zur Qualifizierung und Beschäftigung von Menschen mit einer Suchterkrankung oder gravierenden psychischen Problemen. Träger ist „MiL – Mitten im Leben“, eine Gemeinnützige Unternehmergesellschaft zur Gestaltung inklusiver Lebensräume. MiL schuf zwölf Plätze für Betroffene, die aktuell keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Bisher blieb diesen Personen nur, eine Werkstätte für behinderte Menschen zu besuchen. Durch das Bundesteilhabegesetz sind neuerdings Alternativen zur Werkstätte möglich. Im Fachjargon heißen die neuen Einrichtungen „Andere Leistungsanbieter“.

Statt Vorwürfen angemessene Interessensvertretung

Laut Geschäftsführerin Yvonne Schnellbacher richtet sich das Angebot in erster Linie an Menschen, die seit vielen Jahren abhängig oder chronisch psychisch krank sind. In den meisten Fällen haben die Betroffenen mindestens zwei, oft sogar mehrere Diagnosen. Gemeinsam ist den Klienten außerdem, dass sie viele Jahre schon keine Arbeit mehr haben und entsprechend demotiviert sind. Am Beginn der Maßnahme geht es darum, soziale Kompetenzen zu vermitteln. „Statt Vorwürfe zu machen, sich gegenseitig zu beleidigen oder gleich aufzugeben und sich zurückzuziehen, werden Wege aufgezeigt, wie es möglich ist, seine Interessen angemessen zu vertreten“, sagt Schnellbacher.

Das 9. Sozialgesetzbuch schuf die rechtliche Grundlage für das neue Angebot. Diesem Gesetzeswerk zufolge haben auch behinderte Menschen das Recht, zu wählen, wo sie beschäftigt sein wollen. Das MiL-Projekt ist sozialräumlich angelegt, was bedeutet, dass die Klienten in Jobs in der Nähe ihres Wohnorts vermittelt werden. „Träger der Behindertenhilfe können nicht allein für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zuständig sein“, erläutert Schnellbacher. Industrie, Handwerk, Dienstleister und Handel müssten mit dafür sorgen, „dass Menschen am Rande der Gesellschaft wieder in die Mitte des Arbeitslebens zurückgeführt werden“.

Dass Hilfen für Suchtkranke früher oft nicht funktionierten, lag an einem Kernproblem in ihrer Konzeption, so Schnellbacher weiter: Von schwer abhängigkeitskranken Klienten wurde erwartet, dass sie abstinent werden.

Wer diese Voraussetzung nicht erfüllte, erhielt keine Unterstützung. Heute geht es in der Suchthilfe zunächst darum, in Phasen des akuten Gebrauchs von Rauschmitteln das Überleben zu sichern. Gesundheitliche Probleme sollen minimiert, soziale Desintegration verhindert werden. Erst danach wird geschaut, ob es gelingt, Zeiten der Abstinenz zu verlängern und die Menge der konsumierten Drogen zu reduzieren. Vision bleibt ein drogenfreies Leben. **Pat Christ**

Nach Versetzung an das LGL:

Solidaritätsbekundung mit Dr. Pürner

Hohe Wellen schlägt die Versetzung des bisherigen Leiters des Gesundheitsamts Aichach-Friedberg, Dr. Friedrich Pürner, an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Der schwäbische Amtsarzt hatte sich kritisch mit der seiner Auffassung nach sinnlosen Maskenpflicht in Schulen und Kindergärten, der Schließung von Klassen oder ganzen Schulen wegen positiver Testergebnisse sowie der bayerischen Corona-Teststrategie auseinandergesetzt.

Über 300 Kollegen aus dem Bundesgebiet haben sich in der Folge mit Pürner solidarisiert. In einem Offenen Brief an die Bayerische Staatsregierung fordern die Mediziner die Rücknahme der „Strafversetzung“. Dr. Pürner habe als Wissenschaftler und Arzt vom unverbrüchlichen Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, ohne dass seine Dienstpflichten als Leiter des Gesundheitsamtes Aichach-Friedberg hierunter gelitten hätten, heißt es in dem Schreiben. Die von ihm als Arzt und Epidemiologe geäußerten Positionen zu unter Fachleuten ohnehin umstrittenen Maßnahmen und Verordnungen der bayerischen Regierung seien zu jedem Zeitpunkt wissenschaftlich fundiert und ohne jedes parteipolitische Konnotat gewesen.

„Seine Abordnung an das LGL stellt einen in unseren Augen inakzeptablen autoritären Versuch dar, legitime und in der aktuellen Situation besonders notwendige ärztlich-wissenschaftliche Diskussionen zu unterdrücken“, betonen die Unterzeichner. Dass Pürner binnen einer Woche seinen Arbeitsplatz wechseln müsse, lege zudem den Verdacht nahe, „dass hier ein Exempel statuiert werden soll, mit gewollt abschreckender Wirkung“.

Dank des Landrats für außergewöhnlichen Einsatz

Ausdrücklich bedankte sich CSU-Landrat Klaus Metzger bei dem Mediziner „für den außergewöhnlichen Einsatz“, mit dem dieser und sein Team die Anti-Corona-Maßnahmen in der Region umgesetzt hätten. Laut Landratsamt sind im Landkreis Aichach-Friedberg alle Anti-Corona-Vorgaben des Bundes und des Freistaats stets „eins zu eins“ umgesetzt worden.

Pürner selbst hat stets erklärt, weder ein Corona-Leugner, noch ein Impfgegner, noch rechtsextrem zu sein. Auch wolle er sich für keine Partei instrumentalisieren lassen. Allerdings nehme er für sich in Anspruch, seine fachliche Meinung kundzutun. Dies wolle er sich auch künftig nicht nehmen lassen. **DK**

Produktion großer Stückzahlen:

Schule in Bayern erhielt professionelles Luftreinigungsgerät

Am Johannes Nepomuk Gymnasium in Rohr wurde jetzt der erste Luftreiniger der WOLF GmbH in einer Schule in Bayern aufgestellt. Der Freistaat Bayern hatte als erstes Bundesland Gelder bereitgestellt, um schlecht zu belüftende Klassenräume mit Luftreinigungsgeräten auszustatten.

Ausgerüstet mit HEPA Hochleistungsfiltern ermöglicht der speziell für Klassenzimmer entwickelte Luftreiniger „AirPurifier“ eine effektive Abscheidung (gemäß DIN EN 1822) von 99,995 Prozent aller Bioaerosole, wozu auch Viren und Bakterien gehören, sowie weiterer Schadstoffe. Pro Stunde wird die Raumluft bis zu sechsmal gefiltert. Bauliche Maßnahmen sind für die Installation nicht notwendig, lediglich ein herkömmlicher Steckdosenanschluss wird benötigt.

„Die Hygienekonzepte funktionieren an unserer Schule bislang gut, doch mit Blick auf das Winterhalbjahr machen wir uns sehr viele Gedanken, wie Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte besser geschützt werden können. Um den Präsenzunterricht, der für die schulische Entwicklung ganz essentiell ist, solange wie vertretbar aufrecht zu erhalten, können Luftreiniger einen wichtigen Beitrag leisten“, sagt die Direktorin des Johannes Nepomuk Gymnasiums Carola Reim (OStD i. K.).

„Luftreinigungsgeräte sind überall dort sinnvoll, wo eine adäquate Lüftung über die Fenster nicht möglich ist. Sie ersetzen das Lüften nicht, sind aber in der Lage die negativen Auswirkungen unzureichender Lüftungen effektiv zu mindern. Eine nachhaltige Lösung sind raumlufttechnische Anlagen, welche mit 100% frischer Außenluft betrieben werden“, sagt Dr. Thomas Kneip, Vorsitzender der Geschäftsführung bei der WOLF GmbH.

Allein in den vergangenen zwölf Monaten hat die WOLF GmbH bundesweit rund 300 Bildungseinrichtungen mit hochwertigen raumlufttechnischen Anlagen ausgerüstet. Mit dem Luftreiniger „AirPurifier“ ergänzt jetzt eine kostengünstige und schnell anwendbare Lösung speziell für Klassenzimmer die Produktpalette.

Mehr Informationen rund um das Thema gesundes Raumklima an Schulen unter www.wolf.eu/schulen

Führender Systemanbieter

Die WOLF Group zählt zu den führenden Systemanbietern von Heizungs- und Lüftungssystemen. Gemeinsam mit ihrer Muttergesellschaft, der börsennotierten CENTROTEC SE, gehört sie zu den führenden Komplettanbietern für Energiesparlösungen im Bereich der Gebäudetechnik. Mit circa 2.100 Mitarbeitern an allen Standorten und 60 Vertriebspartnern in über 50 Ländern ist WOLF international aufgestellt und erwirtschaftete 2019 einen Jahresumsatz von rund 404 Mio. Euro. Das Unternehmen positioniert sich als „Experte für gesundes Raumklima“ und unterstreicht diesen Anspruch mit der klaren und verbindlichen Aussage: „WOLF – Voll auf mich eingestellt.“
Weitere Informationen unter www.wolf.eu.

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Green Deal regional

Metropolregion Nürnberg stellt ihren Ansatz zur Energie- und Mobilitätswende bei der digitalen Europäischen Woche der Städte und Regionen vor

Im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen (European Week of Cities and Regions), die in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie im digitalen Format stattfand, hat die Europäische Metropolregion Nürnberg einen Workshop zum Thema „Green Deal – Regional" angeboten. Der Workshop zeigte Handlungsfelder des „European Green Deals" auf stellte ganz praktische regionale Beispiele vor, die bereits in den Bereichen Energie und Mobilität unter anderem in der Metropolregion Nürnberg umgesetzt werden. Moderiert wurde der Workshop durch Erich Maurer, Geschäftsführer der Energieagentur Nordbayern.

Mit seinem einleitenden Vortrag erklärte er den Grünen Deal, die Gesamtstrategie der Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen mit dem Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Für die Metropolregion bedeutet dies vor allem eine Stärkung der Stadt-Land-Beziehungen.

Eigene Potenziale reichen nicht aus

„Den großen Energiebedarf der städtischen Zentren können diese nicht allein durch ihr eigenes Potenzial an Erneuerbaren Energien decken. Hier müssen Städte und ländliche Räume zusammenarbeiten und die sehr unterschiedlichen Potentiale zur Umsetzung bringen", so Maurer. So haben Analysen der Energieagentur gezeigt, dass die Metropolregion Nürnberg perspektivisch bis zu 85 Prozent des Energiebedarfs mit regional erzeugten Erneuerbaren Energien decken kann. Dieses Ziel wurde 2017 mit dem Klimapakt im Rat der Metropolregion ausgerufen. „Die Umstellung auf eine klimafreundliche Energieversorgung und Mobilität können wir nur gemeinsam mit unseren Partnern in der Metropolregion Nürnberg und unseren Partnerstädten in Europa bewältigen. Deshalb beteiligt sich die Stadt Nürnberg am "Green Deal Regional" und bringt seit mehr als 10 Jahren die Kommunen der Metropolregion Nürnberg im Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zusammen – für die Umsetzung unseres anspruchsvollen Klimapakts," so Britta Walthelm, Geschäftsführerin des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion Nürnberg.

Beispiel Treuchtlingen

Ein Beispiel aus der Region brachte Bürgermeisterin Dr. Kristina Becker der Stadt Treuchtlingen ein. In ihrer Stadt wird die vorrangig aus regionaler Biomasse gewonnene Erneuerbare Energien in ein vernetztes Heizsystem eingespeist, welches bereits einige öffentliche Gebäude der Stadt beheizen kann. Mit Blick auf die ländlichen Gebiete sei es weniger wichtig, solche Heizsysteme flächendeckend auszubauen, sondern vielmehr den ländlich gelegenen Ortsteilen der Kommune Hilfestellungen anzubieten, die die Möglichkeiten zur lokalen Selbstversorgung stärken.

Europäische Partnerregionen

Auch europäische Partnerregionen stellten ihre Leuchtturmprojekte im Bereich Energie und Mobilität vor. So präsentierte Eduard Maldonado von der Metropole Nice Cote D`Azur die Bemühungen der Stadtregion, den Energieumsatz durch Geothermalenergie nachhaltig zu gestalten. Aus Nürnbergs Partnerstadt Glasgow berichtete Stadträtin Julie Robertson von dem integrierten Ansatz der Stadt, das stark auf die Abfrage der Bedürfnisse und auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Fragen der Mobilität und der Energieversorgung setzt. Insgesamt nahmen am Workshop und der abschließenden lebendigen Diskussion rund 50 Personen aus ganz Europa teil. Der Workshop ist auch nachträglich online abrufbar unter https://euregionsweek2020-video.eu/video/green-deal-regional.

Mehr zum Engagement der Metropolregion Nürnberg zu Mobilität und Klimaschutz unter www.klimaschutz.metropolregionnuernberg.de Die Aktivitäten des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung werden von den Volksbanken Raiffeisenbanken unterstützt. ❒

Integrationspreis Unterfranken:

Auszeichnung nachhaltiger Konzepte

Infolge der durch das Coronavirus bedingten Auswirkungen konnte die Verleihung des unterfränkischen Integrationspreises in diesem Jahr nicht im Rahmen eines feierlichen Festaktes stattfinden. Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann gratulierte den drei Hauptpreisträgern und einem Sonderpreisträger deshalb auf dem Postweg und bedankte sich für deren vorbildliche Verdienste.

Der erste Preis des Integrationspreises Unterfranken, dotiert mit 2.500 Euro, ging an die Gemeinschaft Sant'Egidio e.V., Würzburg. Mit dem Projekt „Samstags-Akademie für Auszubildende mit Migrationshintergrund" begleitet die Gemeinschaft Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bei der Berufsausbildung und unterstützt sie dabei, das Ausbildungsziel zu erreichen. Einmal in der Woche treffen sich die Auszubildenden gemeinsam mit ihren Lernhelfern in den Räumlichkeiten der Sprachschule Sant'Egidio, um Hausaufgaben anzufertigen oder um sich auf anstehende Prüfungen vorzubereiten. Durch den Unterricht und gemeinsame Freizeitaktivitäten lernen sich Auszubildende und Lernhelfer besser kennen und es findet zudem ein interkultureller Austausch statt.

Über den zweiten Preis (1.500 Euro) darf sich der Integrationsbeirat der Stadt Schweinfurt freuen. Unter dem Motto „Zukunft findet GEMEINSAM statt!" startete der Beirat im Februar 2020 eine Kampagne, um in der Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass Migrantinnen und Migranten ein fester Bestandteil der Gesellschaft in Schweinfurt sind. Hierbei werden diejenigen, die bereits durch ehrenamtliches Engagement, Arbeit oder eine Familiengründung gut in die Gesellschaft integriert sind, unter Zuhilfenahme verschiedener Publikationsformen, wie beispielsweise Plakate, Faltblätter, Rollups oder auch kürzere Videoclips, durch Veröffentlichung eines Fotos und eines kurzen Lebenslaufs vorgestellt. Darüber hinaus gibt es auch Informationsstände in der Innenstadt und an verschiedenen Schulen in Schweinfurt. Zudem bewirbt der Integrationsbeirat die Kampagne im Internet.

Den mit 1.000 Euro dotierten 3. Preis erhielt die Kissinger Begegnungszentrum der Kulturen e.V. 2018 wurde der Verein Kissinger Begegnungszentrum der Kulturen gemeinsam von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gegründet. Mit der Vereinsgründung und der Anmietung von Räumlichkeiten in Bad Kissingen wurde ein fester Treffpunkt geschaffen, an dem sich Menschen unterschiedlicher Herkunft begegnen und austauschen können. Daneben kommen Gläubige in den Räumlichkeiten des Vereins u.a. zum muslimischen Freitagsgebet oder auch zum gemeinsamen Fastenbrechen zusammen. Des Weiteren bietet der Verein Arabischunterricht für Kinder von Vereinsmitgliedern sowie Deutschsprachkurse für ausländische Frauen mit Kleinkindern an. Mitglieder des Vereins initiierten zudem eine Sachspendensammlung, um Menschen in Syrien mit der Bereitstellung von Alltagsgegenständen wie Kleidung, Hygieneartikel u.v.m. zu unterstützen. Um die Gesellschaft insgesamt in das Projekt mit einzubinden, wurden bereits Schulklassen des Gymnasiums Bad Kissingen eingeladen und ein Tag der offenen Tür veranstaltet. Der Verein engagiert sich auch bei der Ausbildung von Landkreisnavigatoren, die anderen Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrem Start in Deutschland unterstützend zur Seite stehen.

Mit dem Sonderpreis (800 Euro) ausgezeichnet wurde schließlich die Evangelisch-methodistische Kirche Schweinfurt-Würzburg. Der Lesekreis an der Mönchbergschule Würzburg ist ein Projekt, das bereits im Jahr 2011 durch Andreas Jahreiß, Pastor der Evangelisch-methodistischen Kirche Schweinfurt-Würzburg, initiiert wurde. Seit nunmehr neun Jahren kommt Jahreiß zusammen mit seinem Lesekreis-Team einmal wöchentlich an die Mönchbergschule, eine Grund- und Mittelschule in Würzburg mit derzeit ca. 230 Schülerinnen und Schülern aus 50 verschiedenen Nationen, um dort Kinder mit Migrationshintergrund beim Lesen lernen zu unterstützen. Die Grundschulkinder werden dabei stets denselben Lesekreispersonen zugeordnet, so dass sich eine vertraute Lernatmosphäre entwickeln kann. **DK**

KLJB und BDKJ:

Gemeinsamer Religionsunterricht

Zur Einigung der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern mit der Staatsregierung über einen zeitweise möglichen konfessionsverbindenden Religionsunterricht erklärt Julia Mokry, als Landesseelsorgerin der KLJB Bayern Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der Landesstelle des BDKJ Bayern:

„Die Corona-Krise fordert heraus und weist uns zugleich neue Wege – ein gemeinsamer christlicher Religionsunterricht schafft vor allem neue Räume für junge Menschen, über ihre Erfahrungen und das Zusammenleben in der Krise zu sprechen. Dafür sind zur Zeit viel zu wenig Möglichkeiten vorhanden, wenn außerschulische Jugendarbeit und Klassenfahrten nur eingeschränkt möglich sind."

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



Von guten und von schlechten Verlierern

„Na, da stampft einer aber ganz ordentlich mit seinen Füßchen auf vor Zorn. Sicherlich ist nichts schwerer als zu verlieren, außer vielleicht von der Macht und von Privilegien Abschied nehmen zu müssen. Aber so ist Demokratie: Einer gewinnt, einer verliert." Mein Chef, der Bürgermeister, kommentiert den quälend langen Abschied von Donald Trump vom Präsidentenamt.

Tatsächlich erinnert sein Verhalten seit dem 3. November 2020 stark an ein verzogenes Einzelkind, das zum ersten Mal in seinem Leben im Kindergarten beim Mensch ärgere Dich nicht verliert. Zuhause haben es die Eltern immer gewinnen lassen, aus Panik vor seinem Jähzorn und auf einmal ist es mit der kalten Realität der sozialen Interaktion konfrontiert. Auch Trump ist offensichtlich nur von Menschen umgeben, deren Wortschatz sich auf „Yes, Mr. President" beschränkt. Keiner scheint im Kreuz zu haben, zu sagen, was Wolfgang Schäuble empfiehlt: „Es isch, wie es isch und es isch over".

Allerdings muss man ihm natürlich eines zugestehen: Es ist ein wohlverbrieftes Recht in jedem demokratisch verfassten Land, dass die Ergebnisse von Wahlen überprüft werden, nötigenfalls auch vor Gericht. Diese sehr naserümpfenden Kommentare in einigen Medien über Trumps Anwälte und seine Klagen in einzelnen Bundesstaaten sollte man lieber lassen. Auch in Deutschland hatten wir schon Wahlabende, an denen beständig verkündet wurde, dass eine Partei es mit ein paar hundert Stimmen Vorsprung in den Landtag geschafft habe, bis sich im Laufe der Nachprüfung herausstellte, dass ein Wahlhelfer versehentlich einen Packen Stimmzettel auf einen falschen Stapel legte.

Die wichtigen Worte im letzten Absatz sind daher Nachprüfung und versehentlich. Denn es gilt für unser System, wie das der Vereinigten Staaten: Nobody is perfect, aber alles wird nochmal nachkontrolliert – bis hin zu einer zweiten händischen Auszählung wie derzeit im Staate Georgia. Das ist auch nicht bedenklich oder gar Anlass zur Sorge. Und nochmal, auch Klagen vor Gerichten sind legitim, wenn man glaubt, eine Unregelmäßigkeit sei nicht korrigiert worden. Selbstverständlich kann man vor Gericht auch gegen Bestimmungen des Wahlrechts vorgehen, wenn man mit ihnen demokratische Grundsätze verletzt sieht. Diesseits und jenseits des Atlantiks muss es solche Möglichkeiten geben.

Bedenklich wird es – und darum hat es dieses ja wahrhaftig weltpolitische Thema in diese Kolumne geschafft –, wenn nicht faktenbasiert argumentiert, sondern einfach drauflos verdächtigt wird. Ohne jedweden Beweis wird unterstellt, dass Stimmzettel vernichtet oder ausgetauscht wurden, Tote mitwählen durften oder die Auszählungssoftware manipuliert sei. Die Wahl wurde gestohlen – punktum. Wer, wie, wo, diese einfachen Fragen werden dabei nicht beantwortet. OK, das amerikanische Rechtssystem ist stark und die Medien nehmen ihre Wächterrolle wahr, auch wenn sie eigentlich gute Geschäfte als Trump-Echokammern gemacht haben. Aber was hinterlässt es in den Köpfen der Wähler?

Der Grundverdacht, dass bei Wahlen, diesen Hochämtern der Demokratie, etwas nicht stimmen könnte, dass sinistre Mächte mit Hilfe von Manipulation und schmutzigen Tricks nicht denjenigen ins Amt lassen, der von der Mehrheit gewählt wurde, sondern einen ihnen genehmen Mainstreampolitiker, ist für die Demokratie insgesamt brandgefährlich. Denn mir sage keiner, so etwas könnte bei uns nicht passieren. Wer sieht, wie sich auch hierzulande Parteien radikalisieren, dass Pegida immer noch sein Unwesen treibt und amtsbekannte Radikale bei Demonstration das große Wort führen, der spürt: Wir müssen wachsam sein.

Mein Chef, der Bürgermeister, will deshalb die Geschehnisse in Amerika zum Anlass nehmen, mit den Bürgern noch intensiver über das Wesen unserer Demokratie zu sprechen. Denn er teilt die Ansicht von Norbert Röttgen: „Populismus erzielt Resonanz, aber am Ende gewinnt der Anstand. Aufbruch und Anstand sind eine unschlagbare Kombination, auf die man als Politiker setzen sollte".

Ihre Sabrina

Europaregion Donau-Moldau:

Neuer Vorstand

Bei der Mitgliederversammlung des Trägervereins der Europaregion Donau-Moldau in Dingolfing ist der niederbayerische Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich als Vorsitzender bestätigt worden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der neue Passauer Landrat Raimund Kneidinger gewählt, während sein Vorgänger Franz Meyer, Altlandrat von Passau, aus dem Gremium verabschiedet wurde. Beisitzer bleiben weiterhin die Landräte Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau) und Rita Röhrl (Regen) sowie der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

Wie sehr Niederbayern von den Wahlen Anfang Oktober der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der vergangenen Jahre und Jahrzehnte profitiert hat, haben laut Heinrich zuletzt die Corona-Krise und die Probleme im Zuge der Grenzschließungen im Frühjahr gezeigt. Dementsprechend wichtig sei nach wie vor die Aufgabe der Europaregion Donau-Moldau (EDM), die europäische Einigung und die länderübergreifende Zusammenarbeit weiter voranzutreiben.

Sieben Partnerregionen

Die trilaterale Arbeitsgemeinschaft besteht aus sieben Partnerregionen: Oberösterreich, niederösterreichisches Most- und Waldviertel, Niederbayern, Oberpfalz sowie den tschechischen Bezirken Pilsen, Südböhmen und Vysocina. Die Regionen wollen sich als Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) zusammenschließen. Aus Heinrichs Sicht „ist dies wichtig, um in Zukunft an europäische Mittel zu kommen". Bedauerlicherweise komme man hier jedoch nicht schneller voran. In Tschechien gebe es seit neue Ansprechpartner, zu denen man erst persönlichen Kontakt wiederaufbauen müsse.

Im Zentrum der Mitgliederversammlung standen die Tätigkeitsberichte der hauptamtlichen Beschäftigten der EDM. Den Anfang machte Barbara Daferner, die das „Projektmanagement" skizzierte. Darunter fallen etwa Themen wie Industrie 4.0, Gesundheit oder Tourismus. Zusammen mit Vendula Maihorn kümmert sie sich um den Ausbau eines Hochschul- und Forschungsnetzwerkes in den drei Ländern, wobei man mittlerweile 60 Einrichtungen betreue.

Runde Tische für gemeinsame Themen

Durch eine konkrete Befragung von gut 30 Teilnehmern wollte man noch besser herausfinden, worin genau sie Unterstützung brauchen. „Aufbauend darauf werden wir nun zu diesen Themen runde Tische einrichten", so Maihorn. Mittlerweile gebe es auch eine Webseite, auf der man sich über ein Studium in der EDM informieren kann (www.studieren-in-der-europaregion.org). Neben kulturellen Aktionen im Grenzraum (Themenflyer, Sprachkurse, Exkursionen), für die Barbara Daferner ebenso verantwortlich ist, seien gerade die Kooperationen von Hochschulen so interessant, weil diese von der Europäischen Kommission hochgefördert werden.

Begleitung der Antragsteller durch die Förderprogramme

Dass viele Millionen Euro an Fördermitteln bereits in die Region geflossen sind, darauf verwies Verena Pfeffer. Sie unterstützt und begleitet Antragsteller in verschiedenen Förderprogrammen, betreut bereits bewilligte Projekte auch weiterhin, stellt Kontakte zu internationalen Projektpartnern her und vieles mehr.

Allein aus dem Interreg B-Mitteleuropaprogramm sind seit 2016 über 20 Projekte bewilligt worden und dadurch rund 4,7 Millionen Euro in die Region geflossen. Ab dem nächsten Jahr kommt zu den bestehenden Förderprojekten noch ein neues hinzu: Das Alpenraum-Programm war bisher nur auf die Bezirke Oberbayern und Schwaben begrenzt, wird im Jahr 2021 aber auf ganz Bayern ausgedehnt.

Gleich zu Beginn der Sitzung war der Campus GmbH Burghausen, der neue Standort der Technischen Hochschule Rosenheim, zu einem fördernden Mitglied ernannt worden. Mit diesem Status kann der Campus die Europaregion Donau-Moldau aktiv unterstützen. **DK**

Turbo für Digitalisierung an Schulen

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner stimmte sich mit Bürgermeistern ab

Aiglsbach/Volkenschwand. Die beiden VG-Gemeinden Aiglsbach und Volkenschwand haben neue 1. Bürgermeister. Bei der Kommunalwahl setzten sich Leonhard Berger bzw. Franz Högl durch und lenken seither die Geschicke ihrer Gemeinden. Bundestagsabgeordneter Florian Oßner besprach deshalb mit beiden die aktuellen Projekte in den Gemeinden. Eine „gesunde Rivalität" herrsche zwischen Aiglsbach und Volkenschwand, berichteten Berger und Högl schmunzelnd dem Abgeordneten.

Die Zusammenarbeit in der Verwaltungsgemeinschaft Mainburg sei gut, da man Synergieeffekte nutzen und eigene Schwerpunkte setzen könne. Beide Gemeinden legen Wert auf den Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Digitalisierung. „Zum neuen Schuljahr haben wir eine offene Ganztagsschule eingerichtet. Vorerst kommt diese in den Räumlichkeiten unserer Mehrzweckhalle unter. Im Schuljahr 2021/22 geht dann die eigentliche Schule in Betrieb", berichtete Berger. Jetzt beginne man außerdem mit dem Bau einer neuen Kindertagesstätte. „Drei Kindergartengruppen und eine Hortgruppe werden dort unterkommen. Wichtig dabei ist uns, dass die Kinder in einem modernen Gebäude mit viel Platz und einem großen Außenbereich untergebracht sind – inklusive ausreichender Spielanlagen natürlich", erläuterte der Rathaus-Chef. Bis der Bedarf durch den Neubau gedeckt ist, nutze man auch den Waldkindergarten, der durch einen privaten Verein getragen wird.

In Volkenschwand wird aktuell eine Schulturnhalle gebaut, die mit regenerativen Energien versorgt werde, berichtete Bürgermeister Högl. Ziel dieser Maßnahme sei die Schaffung eines „Bildungscampus" im Ort.

Digital-Turbo für Schulen

Sowohl der Bau der Ganztagsschule als auch der neue Kindergarten mit Hort werden staatlich gefördert. Ein Problem seien aber die langen Planungs- und Genehmigungsphasen, meinte Berger. „Wir müssen immer nach dem aktuellen Bedarf bauen, um eine Förderung zu erhalten. Der zu erwartende Zuwachs in der Gemeinde, etwa durch Zuzug, wird dabei nicht berücksichtigt", so der Bürgermeister. Stehe eine Einrichtung dann, könnte es sein, dass man schon wieder eine neue planen müsste. Zudem wolle man die Grundschule und die künftige offene Ganztagsschule ins digitale Zeitalter führen und entsprechend ausrüsten.



Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) (M.) lobte die Bürgermeister Franz Högl (l.) und Leonhard Berger für ihr Engagement und sicherte seine Unterstützung bei aktuellen Anliegen zu.

Oßner als Haushälter, der für den Bereich der Familienpolitik zuständig ist, bestätigte diese Problematik: „Wir vom Bund fördern zwar sehr massiv die Kinderbetreuungseinrichtungen, jedoch kommen wir kaum mit dem Raumbedarf hinterher. Dank des ‚Digital-Turbo' ist aber richtig viel Geld im System. Bis 2024 investieren wir allein in Bayern in die Schulen zwei Milliarden Euro. 900 Millionen Euro kommen dabei aus der Digitalisierungsoffensive des Bundes. In den Gemeinden werde dazu sehr gute Arbeit geleistet", lobte der Abgeordnete.

Infrastrukturpolitiker Oßner erkundigte sich außerdem nach dem Stand des Breitbandausbaus in den beiden Gemeinden. Sowohl Berger als auch Högl konnten berichten, dass dieser gut vorangehe. Die Hauptorte seien alle angeschlossen. Nun gehe man im nächsten Schritt den Ausbau in den Außenbereichen und zu einzelnen Weilern an. Neben der digitalen Infrastruktur lege die Gemeinde Volkenschwand den Fokus auf die „normale" Infrastruktur, merkte Bürgermeister Högl an. „Die Mobilität im ländlichen Raum wie der Holledau muss sich verbessern", so Högl. Für die Region wünsche er sich perspektivisch eine bessere Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr. Die Lebensqualität in unserer ländlichen Region wird sich am Angebot an Infrastruktur orientieren", so Verkehrspolitiker Oßner. ❒

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 3. Dezember 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Wasser · Abwasser**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Abfallwirtschaft · Recycling**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Öffentliche Beleuchtung · Straßenbeleuchtung**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark**
- **Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof**



Bei der Übergabe der i-Pads vorne v.l.: die beiden Berufsschülerinnen Busakorn Weiß und Sarah Höhlich sowie (hinten v.l.: Landrat Thorsten Freudenberger, die stellvertretende Schulleiterin der Berufsschule Illertissen, Marlene Schwanse, und Heiko Schleifer, Leiter des Fachbereichs „Schule, Kindergarten, Sport und Kultur" am Landratsamt Neu-Ulm. ❒

i-Pads für zwölf Schulen

Finanziert von Bund und Land im Rahmen des „Digitalpakts Schule 2019 bis 2024", stattet der Landkreis seine Schulen mit neuen Tablets aus. schrieben manche 580 noch mit einem Griffel auf der Schiefertafel. Bei Mama und Papa wurde dann auf einen schönen Hefteintrag mit dem Füller wertgelegt. Und jetzt, im 21. Jahrhundert, ist die Digitalisierung in den Klassenzimmern in vollem Gange. Zumindest in den zwölf Schulen, die sich in Sachaufwandsträgerschaft des Landkreises Neu-Ulm befinden. Das sind Gymnasien, Realschulen, die FOS/BOS, Berufsschulen und Förderschulen.

Landrat Thorsten Freudenberger überreichte nun an der Berufsschule Illertissen (bsi) 48 Tablets an zehn ausgewählte Schülerinnen und Schüler, welche die Geräte stellvertretend für die ganze Schule entgegennahmen. Die handlichen Notebooks stammen aus einem Kontingent von insgesamt 580 i-Pads, jeweils mit Tastatur, Stift und Aufbewahrungstasche, die der Landkreis für seine Schulen beschafft hat.

Finanziert haben die Investition der Bund und der Freistaat Bayern im Rahmen des „Digitalpakts Schule 2019 bis 2024" aus dem Sonderbudget Schülerleihgeräte.

Der zweckgebundene Zuschuss an den Landkreis Neu-Ulm für die Beschaffung mobiler Endgeräte inklusive Zubehör beläuft sich alles in allem auf 309.318 Euro. Die Geräte werden gezielt zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler im Homeschooling während der Corona-Pandemie eingesetzt. ❒

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 3. Dezember 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 23


Seite 15


Seite 3


Seite 14


Seite 14

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit Markus Pannermayr:

Corona heißt Veränderung

125 Jahre alt wird der Bayerische Städtetag im kommenden Jahr. Selten waren die Herausforderungen für den Verband und seine Mitglieder so immens wie heute. Eines der Gesichter, die Bayern durch die Corona-Pandemie führt, ist Markus Pannermayr, seit 2008 Oberbürgermeister der Stadt Straubing und seit 2020 Städtetagschef. Mit ihm sprach die Bayerische GemeindeZeitung über aktuelle kommunale Belange und mögliche Wege aus der Krise. Das Gespräch führte Constanze von Hassel.

GZ: Blicken wir zunächst auf die Finanzlage. Ist die Gewerbesteuer tatsächlich nur „ein Teil der Wahrheit der wegbrechenden Finanzierung der Kommunen“, wie dies die Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach, Katja Wolf, festgestellt hat? Ist das, was vor uns liegt, noch dramatischer als das, was wir heute schon für 2020 absehen können?

Pannermayr: *Die Einschätzung der Kollegin ist zutreffend. Die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle in Höhe von knapp 2,4 Milliarden Euro Bundes- und Landesmittel bringt den Kommunen zumindest für 2020 eine Erleichterung. Gleichwohl sind die Städte und Gemeinden auf breiter Front betroffen – ich denke hier u.a. an den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer. Blicken wir in die Jahre 2021/22, so haben wir erhebliche Sorgen, was die Stabilisierung der kommunalen Haushalte und den Erhalt der Investitionsfähigkeit anbelangt. Insofern war beim Spitzengespräch zum Kommunalen Finanzausgleich 2021 eine unserer wesentlichen Forderungen, auf Bundesebene auch 2021 Kompensationsmittel bereitzustellen. Der Freistaat hat dazu seine Unterstützung zugesagt.*

GZ: An welche Maßnahmen denken Sie?

Pannermayr: *Für uns war zunächst die Stabilisierung der Verteilungsmasse für die Schlüsselzuweisungen wichtig. Ein Erfolg ist auch die verstärkte Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Zudem haben wir erreicht, dass für die Straßenausbaupauschalen, mit denen der Staat die Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unterstützt, 2021 einmalig 50 Millionen Euro zusätzlich gegenüber dem laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Dies bringt Stabilität für den Moment.*

Gesellschaftliche Debatte

Grundsätzlich werden wir aber auch eine gesellschaftliche Debatte darüber führen müssen, wie wir Ausgaben reduzieren können. Vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe sind die kommunalen Leistungen in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Jetzt hat die Pandemie dafür gesorgt, dass es auf der Einnahmenseite einen Bruch gibt und wir dieses Ausgabenniveau deshalb nicht dauerhaft vernünftig finanzieren werden können.

GZ: Apropos Ausgaben: Wie beurteilen Sie die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst?

Pannermayr: *Ich bin froh, dass eine Einigung erzielt wurde. Der Kompromiss ist ausgewogen und für die kommunale Seite noch tragbar. Die Kommunalverwaltung verfügt über hoch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gerade auch jetzt hervorragende Arbeit leisten. Gute Leistung muss gut entlohnt werden.*

GZ: Sind die Städte Schwerpunkte für den Widerstand gegen Corona-Maßnahmen – siehe „Maskenpflicht für Grundschüler“ oder Forchheims Absage an der Teilnahme der Langzeitstudie „COVID Kids Bavaria“? Brauchen wir einen Strategiewechsel?

Das Belastungsniveau steigt

Pannermayr: *Grundsätzlich hat man schon den Eindruck, dass sich der Widerstand besonders stark eher in den größeren Städten formiert. Nach meiner*

(Fortsetzung auf Seite 4)



Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Bild: Stadt Regensburg

Virtuelle Präsidiumssitzung des DStGB:

Kommunen als Krisenmanager

Mehr denn je sind die Kommunen während der zweiten Welle der Corona-Pandemie als Krisenmanager gefordert. Wie der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg bei einer virtuellen Tagung des Präsidiums in Berlin mitteilten, arbeiteten die Städte und Gemeinden derzeit an der Belastungsgrenze, um die Pandemie einzudämmen und ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

„Bislang können wir stolz darauf sein, was wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erreicht haben. Aber die Pandemie ist noch nicht vorbei“, machten Spiegler und Landsberg deutlich. Gelänge es nicht gegenzusteuern, werde die Pandemie massive Auswirkungen auf Ortskerne und Innenstädte haben. Gemeinsames Ziel müsse es sein, möglichst rasch die Zahl der Neuinfektionen zu senken.

Das Virus lässt keine Wahl

Der zweite Lockdown durch die Corona-Pandemie trifft die Kommunen hart. Gastronomische Betriebe und das kulturelle Leben seien zum Stillstand gezwungen, das Vereinsleben könne nicht stattfinden und die Weihnachtsmärkte fielen aus. Aus Spieglers und Landsbergs Sicht ist dies nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger eine Beeinträchtigung, sondern bedroht vielfach auch wirtschaftliche Existenzen. „Aber das Virus lässt uns keine Wahl. Bund, Länder und Kommunen setzen alles daran, Deutschland gut durch diese Krise zu kommen“.

Sorgen bereitet den Kommunen dabei die zunehmende Belastung in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen sowie den örtlichen Gesundheitsämtern und Ordnungsbehörden. „Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort leisten, verdient unseren allergrößten Respekt. Aber es ist klar, dass wir trotz personeller Verstärkung aus anderen Bereichen die Grenze der Belastbarkeit erreicht haben. Deshalb muss es gelingen, die Zahl der Neuinfektionen deutlich zu senken“, warnten die beiden Verbandsvertreter.

Dazu müssten vor allem digitale Hilfsmittel genutzt werden. „Gerade die Corona Warn-App muss dringend weiterentwickelt und gestärkt werden. Wir brauchen auf freiwilliger Basis auch die Möglichkeit, Zeit und Ort der Kontakte freizugeben, um den Menschen zu ermöglichen, ihre Risiken besser einschätzen zu können“, forderten Spiegler und Landsberg. Dies sei auch unter Beachtung des Datenschutzes möglich. „Klar ist: Datenschutzbedenken dürfen nicht zum Hemmschuh der Pandemiebekämpfung werden.“

Corona wird Spuren hinterlassen

Selbst wenn es bald einen Impfstoff gebe und damit die Hoffnung bestehe, die Pandemie zu überwinden, werde dies nicht ohne Folgen für Innenstädte und Ortskerne bleiben.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Gleichgesinnte in der Küche: Sowohl Bürgermeister als auch Vorzimmerperle nutzen die Corona-Zeit, um sich am heimischen Herd auszuprobieren. Wie heißt es doch so treffend: „Kochkunst ist die älteste der Künste, weil Adam mit nüchternem Magen zur Welt kam.“ **Seite 15**

Bericht der Bundesregierung:

Entwicklung ländlicher Räume

Eine starke kommunale Daseinsvorsorge ist entscheidend für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dies geht aus dem 3. Bericht zur Entwicklung der ländlichen Räume, den die Bundesregierung vorgelegt hat, hervor. Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, der zugleich Vorsitzender des Sachverständigenrates Ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist, hervorhob, „ist Deutschland überwiegend ländlich. Das muss sich auch in der Politik von Bund und Ländern zur Stärkung der ländlichen Räume widerspiegeln.“

Ländliche Regionen in ihrer Entwicklung zu fördern und gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen und dabei sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogen, also insgesamt nachhaltig zu gestalten, bleibt laut Bericht eine Aufgabe für die kommende Dekade.

Querschnittsaufgabe

Zu dieser politischen Querschnittsaufgabe müssten die EU, insbesondere über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), zahlreiche Bundesressorts sowie die Länder mit Projekten und Programmen beitragen. Die Bundesregierung werde bestehende Förderlinien und Instrumente nutzen, abstimmen und weiterentwickeln. Auf EU-Ebene gelte es, mit dem neuen mittelfristigen Finanzrahmen den ELER ab 2021 zu sichern und mit den Ländern eine neue Förderperiode zu gestalten.

Für die Bundesregierung ist Lebensqualität für alle Generationen mit einer guten und erreichbaren Versorgung mit Einrichtungen, Gütern und gewerblichen wie öffentlichen Dienstleistungen verbunden. Eine flächendeckende, gigabitfähige digitale Infrastruktur soll bis 2025 erreicht sein.

Nachhaltige Strukturen und Kompetenzen aufbauen

Die Kommunen und regionalen Akteure will der Bund dahingehend unterstützen, nachhaltige Strukturen und Kompetenzen in den Landkreisen und Kommunen aufzubauen, um so die Lebensverhältnisse dauerhaft vor Ort verbessern zu können. Dazu gehört auch, die Trends der demografischen Entwicklung, insbesondere der Wanderungsbewegungen, zu beobachten, um gegebenenfalls darauf zu reagieren. Dazu zählt, ein attraktives Lebensumfeld für junge Menschen zu schaffen und dafür zu sorgen, dass sich die älteren Menschen gut versorgt fühlen.

Für zukunftsfeste Arbeits- und Lebensbedingungen in ländlichen Regionen will die Bundesregierung u.a. Unternehmensnachfolgen erleichtern sowie Gründungen von Unternehmen und Start-ups unterstützen. Mit Blick auf den Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation in den kommenden 10 bis 15 Jahren werden Fachkräftesicherung, Unternehmensnachfolge und Existenzgründungen eine zentrale Herausforderung.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gelte es weiter zu beobachten, um künftig dynamisch und adäquat reagieren zu können. Hier dürfe es zu keiner Verschärfung der Disparitäten zu Lasten der ländlichen Regionen kommen. Die Entscheidung über Unternehmensansiedlungen oder die Wahl über den Wohnort könne auch von der digitalen Infrastruktur bestimmt sein. Für gerechte Chancen der ländlichen Regionen bei Standortentscheidungen sei es unabdingbar, mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Mitteln die Mobilfunkversorgung zu verbessern und 5G auch für Anwendungen in ländlichen Regionen verfügbar zu machen.

Herausforderungen der Demografie und Digitalisierung

„Aus unserer Sicht sollte die Bundesregierung jetzt konkret zwei Hebel in Bewegung setzen, um die Herausforderungen der Demografie und Digitalisierung im ländlichen Räumen anzugehen“, forderte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU).

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Gegen Rechtsextremismus und Rassismus 2
Covid-19-Impfung: Sorge um Sicherheit und Wirksamkeit. . . .2
GZ-Kolumne Constanze von Hassel: Öffentlichkeitsarbeit: Nicht nur ein Gebot der Fairness 3
Erfolgreich gegen Hetze im Netz 3
Ministerin Huml baut Pflegestützpunkte aus 4
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV . . . . . .6 - 7
Abfall • Umwelt • Wasser • Abwasser . . . . . .8 - 10
Kommunalfahrzeuge • Grünanlagen • Friedhof • Forst . . 12 - 13
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Bundesregierung beschließt Maßnahmenkatalog:

Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen. Insgesamt 89 Einzelprojekte sollen ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus schaffen, mehr Prävention leisten, Betroffene von Diskriminierung stärker schützen und für mehr Anerkennung einer pluralen Gesellschaft sorgen. Die Bundesregierung will für diese Vorhaben zwischen 2021 und 2024 mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Sofern der Haushaltsausschuss zustimmt, sollen noch weitere 150 Millionen Euro hinzukommen.

Aus kommunaler Sicht erwähnenswert ist laut DStGB zunächst die Schaffung einer bundesweiten Beratungsstelle mit Hilfehotline, um Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt schnell und unbürokratisch zu helfen. Das psychologisch geschulte Personal wird sieben Tage die Woche erreichbar sein.

Um gleichzeitig Daten für die Forschung zu erhalten, die auch die Opferperspektive einbezieht, erfasst die Hotline deshalb anonymisiert die Beratungsfälle und erstellt daraus ein Rassismus-Barometer.

Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie

Darüber hinaus empfiehlt der Kabinettsausschuss eine Verbesserung der rechtlichen und haushalterischen Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus. Dazu werden Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium zeitnah Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie erarbeiten und dann vorlegen. Auch sollen die Kommunen durch eine Verstetigung bisheriger (insbesondere „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“) und neuer Bundesprojekte im Bereich Demokratieförderung, bürgerschaftlichen Engagements, Konfliktmanagements durch Erarbeitung von Kriterien zur Erhebung von Bedrohungen und Demokratiefeindlichkeit in Kommunen sowie Stärkung der politischen Bildung gefördert werden.

Die Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz/digitale Hassgewalt soll u.a. durch die Erweiterung des Kompetenzzentrums „Hass im Netz“ und einem neuen Modellprojekt effektiver bekämpft werden.

Sogenannte Feindeslisten, auf denen Rechtsextreme öffentlich politische Gegner bedrohen, sollen explizit unter Strafe gestellt werden. Geplant ist auch ein neuer Straftatbestand „für antisemitische oder rassistische Hetze“, die direkt an die Betroffenen gerichtet ist und deshalb nicht als Volksverhetzung gilt.

Außerdem soll der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen werden.

Schärfere Vorschriften sollen künftig für Rechtsextreme und Rassismus in der Bundeswehr gelten. Strafen werden teils verdoppelt, die Möglichkeiten, Dienstgrade abzuerkennen, erweitert.

Untersuchung des Polizeialltags

Das Paket der Bundesregierung sieht zudem ein Forschungsprojekt „Untersuchung des Polizeialltags“ vor sowie zusätzliche Maßnahmen, um die „Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ zu stärken. Vorgesehen ist auch die Einführung einer rechtlichen Grundlage zur Quellentelekommunikationsüberwachung für die Nachrichtendienste des Bundes.

Monitoring zu Rassismus und Diskriminierung

Geschaffen wird ein Monitoring zu Rassismus und Diskriminierung und laut Beschluss dauerhaft gefördert; Migrationsforschungsinstitute wie das DeZim in Berlin sollen ebenfalls auf Dauer mehr Mittel bekommen. Den Vertretern von Minderheiten will man die Wege zur institutionellen Politik verkürzen, für schwarze Menschen, Sinti und Roma werden Koordinierungsstellen geschaffen. **DK**

Vergabe von Frequenzen im Bereich 450 MHz:

Frequenzen für die Digitalisierung der Energiewende

Die Bundesnetzagentur hat im Benehmen mit dem Beirat entschieden, die 450 MHz-Frequenzen vorrangig für kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bereitzustellen.

„Wir stellen die Weichen für die Digitalisierung der Energie- und Verkehrswende und leisten einen Beitrag für das Erreichen der Klimaziele,“ sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

Auch der Beirat der Bundesnetzagentur hatte sich dafür ausgesprochen, der Energiewirtschaft eine Kommunikationslösung auf Basis der 450 MHz-Funktechnik zur Verfügung zu stellen.

Die Frequenzen werden zur bundesweiten Nutzung in einem Ausschreibungsverfahren vergeben. So können Sicherheitsbelange und spezielle Schutzanforderungen der Energie- und Wasserwirtschaft bei der Auswahl des Zuteilungsinhabers besser berücksichtigt werden.

Ausschreibungsverfahren

Mit der Veröffentlichung der Vergabeentscheidung ist jetzt das Ausschreibungsverfahren eröffnet. Interessierte Unternehmen können bis zum 18. Dezember 2020 ihre Bewerbungen einreichen. Die Auswahl des Bewerbers erfolgt in einem objektiven und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren.

Für die Zuteilung der Frequenzen hat der erfolgreiche Bewerber eine Zuteilungsgebühr in Höhe von rund 113 Mio. Euro zu zahlen. Eine entsprechende Gebührenverordnung wird in Kürze erlassen. Die Zahlungsmodalitäten sehen auch die Möglichkeit von Ratenzahlungen vor.

Bedarfe der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Mit der Vergabeentscheidung ist der Weg für die Energie- und Verkehrswende geebnet. Gleichzeitig hat die Behörde auch die sicherheitspolitischen Belange in den Blick genommen. So wurden zum einen die zeitlich und räumlich eingeschränkten Bedarfe der Bundeswehr in der Entscheidung berücksichtigt.

Zum anderen wurde auch den Interessen der Behörden und Organisationen (BOS) mit Sicherheitsaufgaben (BOS) weitestgehend Rechnung getragen. Soweit die 450 MHz-Frequenzen nicht für Anwendungen kritischer Infrastrukturen eingesetzt werden, sind Datenübertragungskapazitäten für sicherheitsrelevante Nutzungen der BOS bereitzustellen.

Den Belangen der BOS wurde bereits bei der Widmung der 700 MHz-Frequenzen Rechnung getragen. Die Bedarfe der BOS sollen auch in der zu erarbeitenden Gesamtstrategie gewürdigt werden. Hierzu hatte die Bundesnetzagentur bereits im August einen Frequenzkompass veröffentlicht, der Überlegungen zur künftigen Verfügbarkeit von Frequenzen anstellt.

Aufgrund der guten Ausbreitungseigenschaften bieten sich die 450-MHz-Frequenzen an, um kosteneffizient ein funktionsfähiges, ausfallsicheres Funknetz aufzubauen.

Weitere Informationen
www.bundesnetzagentur.de/450mhz. ❒

Bayerischer Landkreistag:

Rettungsschirm 2.0 lässt Kliniken im Regen stehen

Ausgleichszahlungen zur Behandlung von COVID-19-Patienten werden bei Häusern der Grund- und Regelversorgung nicht ankommen

Bundestag und Bundesrat haben im Eilverfahren das 3. Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen, mit dem auch die Krankenhäuser erneut vor wirtschaftlichen Belastungen durch die Versorgung von COVID-19-Patienten geschützt werden sollen. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, begrüßt die Initiative des Bundesgesetzgebers, zeigt sich aber verärgert über Details der Ausgestaltung des zweiten Rettungsschirms für die Krankenhäuser.

„Natürlich ist es wichtig und zu begrüßen, dass der Bundesgesetzgeber hier erneut tätig wird. Bundesminister Spahn hat von Beginn der Pandemie an versichert, dass die Krankenhäuser keine wirtschaftlichen Einbußen erleiden dürfen.“ Präsident Bernreiter betont jedoch gleichzeitig: „Bei der Ausgestaltung des komplizierten neuen Rettungsschirms ist aber der Bedeutung der kleineren Krankenhäuser in den ländlichen Regionen für die flächendeckende Versorgung zu wenig Beachtung geschenkt worden.“

Flächendeckende Krankenhausversorgung von großer Bedeutung

Die Krankenhäuser in der Grund- und Regelversorgung decken in weiten Teilen Bayerns die akutstationäre medizinische Notfallversorgung ab. Sie sollen nach dem neuen Rettungsschirm aber nur dann Ausgleichszahlungen für die Verschiebung von planbaren Aufnahmen, Operationen und Eingriffe erhalten, wenn bei einem nicht mehr kontrollierbaren Infektionsgeschehen die großen Kliniken in einer ganzen Region überlaufen mit COVID-19-Patienten.

„Der Gesetzgeber verkennt hier nicht nur die Bedeutung der flächendeckenden Krankenhausversorgung, sondern blendet auch die Notwendigkeit des vorauseilenden Freihaltens von Bettenkapazitäten aus“, kritisiert Christian Bernreiter. „Wenn die Betten in den Maximal- und Schwerpunktkrankenhäusern belegt sind, wird es meist zu spät sein, auch die kleineren Krankenhäuser zu aktivieren. Aus vielen Regionen erhalte ich die Rückmeldung, dass es gerade die Häuser der Grund- und Regelversorgung gewesen sind, die einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Versorgung der Patienten in der ersten Welle der Corona-Pandemie geleistet haben. Diesen Häusern jetzt zu vermitteln, dass ihre Einsatzbereitschaft bei der zweiten Welle eigentlich nicht gewünscht wird, halte ich für schwierig. Da würde es mich nicht wundern, wenn manche Häuser sich für die Versorgung von COVID-19-Patienten abmelden und weiter ihr planbares Geschäft machen. Es liegt auf der Hand, dass das dann in manchen Regionen schlimm ausgehen könnte, wenn – was keiner will – die Fallzahlen der Intensivbehandlungen weiter hochgehen.“

Verordnungsermächtigung zu Gunsten der Kommunen

Deshalb fordert Präsident Bernreiter: „Diese Lücken können nur geschlossen werden, wenn auf Bundesebene von der Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht wird und die Häuser der Grund- und Regelversorgung unter erleichterten Voraussetzungen in den Kreis der zu den Ausgleichszahlungen berechtigten Krankenhäuser mit aufnimmt!“ ❒

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Harald Zipfel
82061 Neuried
am 6.12.

Bürgermeister Josef Reff
84144 Geisenhausen
am 7.12.

Bürgermeister Gerd Schneider
96117 Memmelsdorf
am 10.12.

Bürgermeister Christian Nerb
93342 Saal a.d. Donau
am 15.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Miriam Gruß
89423 Gundelfingen a.d. Donau
am 3.12.

Landrat Matthias Dießl
90763 Fürth
am 6.12.

Bürgermeister Thorsten Schwab
97840 Hafenlohr
am 12.12.

Bürgermeister Christian Wagner
85110 Kipfenberg
am 13.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Roth
94518 Spiegelau
am 15.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Ehrenamt stärken

Landtags-Grüne fordern Übernahme von Betreuungskosten

Mit einem Gesetzentwurf wollen die Landtags-Grünen die Rahmenbedingungen für die Ausübung eines kommunalen Ehrenamtes in den Kommunalparlamenten verbessern. Im Fokus steht die Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf. Dazu sollen die Bedingungen ihres kommunalpolitischen Engagements der Rätinnen und Räte in Bayern an die aktuelle Lebenswirklichkeit angepasst werden. Das soll nicht nur den Gemeinde- und Stadträten, sondern auch den Ratsmitgliedern in den Kreis- und Bezirkstagen helfen.

Wie Johannes Becher, Sprecher für kommunale Fragen in der Grünen-Fraktion, unserer Zeitung gegenüber erläuterte, sind wesentliche Forderungen des Gesetzentwurfs die Regelung eines gesetzlichen Anspruchs auf Freistellung von der Arbeitsverpflichtung für berufstätige Ratsmitglieder sowie die Möglichkeit, dass sich Ratsmitglieder vorübergehend durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen können. Diese Vertretungsmöglichkeit soll sich auf längerfristige Auszeiten (ab drei Monate) beschränken und ist maximal auf zwölf Monate beschränkt. Die Landtags-Grünen sehen auch die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Erstattung der Kosten vor, die auf Grund der Betreuung von Kindern und zu pflegender Angehöriger während Gremiensitzungen entstehen. Diese Regelungen sollen auf allen drei kommunalen Ebenen in Bayern gelten.

Vertretung statt Verzicht

Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden in Bayern für sechs Jahre gewählt. Da sich die Lebenssituation vorübergehend auch ändern kann, sollen Mandatsträgerinnen und -träger in Gemeinderäten, Stadträten, Kreis- oder Bezirkstagen, die Chance erhalten, sich durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen können. Bislang gibt es in Bayern eine solche Vertretungsmöglichkeit nicht. Sind Kommunalpolitikerinnen und -politiker längerfristig an der Teilnahme verhindert, bleibt ihnen bislang nur die Möglichkeit des dauerhaften Verzichts auf ihr Mandat. Die Vertretungsregelung soll auch ermöglichen, dass der Vertreter auch bei Ratsentscheidungen stimmberechtigt ist im Sinne des Art. 37 Abs.1 GLKrWG.

Volle Übernahme von Betreuungskosten

Die Landtags-Grünen setzen sich zudem für einen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung der Kosten für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftiger Angehörigen des Ratsmitglieds in voller Höhe ein – ebenfalls eine Forderung, die bisher im bayerischen Recht fehlt. Dieser Entschädigungsanspruch soll sowohl Arbeitnehmern, Selbständigen als auch nicht erwerbstätigen Personen zustehen. Den kommunalen Mandatsträgern soll zudem ein gesetzlicher Freistellungsanspruch gegenüber allen öffentlichen und privaten Arbeitgebern für die „erforderliche Zeit“ eingeräumt werden, die sie für die Ausübung ihres kommunalen Mandats benötigen. In Bundesländern wie Baden-Württemberg ist eine entsprechende Freistellungsregelung schon seit längerem in Kraft. **red**

Covid-19-Impfung:

Sorge um Sicherheit und Wirksamkeit

Eine Impfung gegen das Corona-Virus SARS-CoV-2 rückt in greifbare Nähe, die Zulassung von einem oder mehreren Impfstoffen steht offenbar kurz bevor. Der Verein „Ärzte für individuelle Impfentscheidung“ hat ein aktualisiertes Positionspapier zu Frage der Impfstoffentwicklung, einer möglichen Impfpflicht und einem Immunitätsnachweis vorgelegt.

Dabei wird die verantwortungsvolle Entwicklung wirksamer Impfstoffe als „sinnvoller und notwendiger Baustein internationaler Strategien gegen jedwede Epidemie oder Pandemie“ gewertet. Derartige Impfstoffe sollten weltweit allen Menschen, die sich damit schützen wollen, zugänglich sein.

Da Impfungen grundsätzlich vorbeugende Maßnahmen an gesunden Menschen sind, fordern die Mediziner, dass diese Substanzen prinzipiell höheren Anforderungen an Wirksamkeit und Sicherheit genügen müssen, als z. B. therapeutische Medikamente, bei denen ein bestehender Leidensdruck unter Umständen gewisse Behandlungsrisiken rechtfertigen kann.

„Die derzeit laufenden Zulassungsstudien lassen nach aktuellem Informationsstand auf eine gewisse Effektivität der geprüften Impfstoffkandidaten hoffen“, heißt es in dem Papier. „Allerdings“ – und das ist wichtig – „genügen diese Studien den Ansprüchen an einen seriösen Wirksamkeitsnachweis nach den Regeln der evidenzbasierten Medizin in keiner Hinsicht.“ So sollen die verwendeten Studienprotokolle keinerlei Aussage darüber erlauben, ob sich die Anzahl schwerer Verlaufsformen oder gar Todesfälle damit vermindern lassen, schon gar nicht spezifisch bei Risikogruppen. Auch bleibt offenbar die Frage unbeantwortet, ob durch die Impfung die Infektiosität verringert und dadurch eine Herdenimmunität erzeugt wird. Gerade diese Frage wird jedoch für die gewünschte Wirksamkeit der Impfung auf den Verlauf der Pandemie von entscheidender Bedeutung sein.

Die Infektion mit SARS-CoV-2 führt nach allen Erfahrungen nur bei einem sehr kleinen Teil der Infizierten zu schweren oder gar bedrohlichen Krankheitsverläufen. Die überwiegende Mehrzahl hat keine oder nur leichte grippeähnliche Beschwerden. Die Ärzte gehen davon aus, dass zum Zeitpunkt der Zulassung von SARS-CoV-2-Impfstoffen wesentliche Teile der Bevölkerung zumindest vorübergehend über Antikörper bzw. spezifische Abwehrzellen gegen das Virus verfügen. Inwieweit eine Impfung bei vorbestehender Immunität ein mögliches besonderes Risiko darstellt, sei derzeit nicht untersucht. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung würde von einer Impfung also gar nicht profitieren.

Zudem sei nicht geklärt, ob die Impfung das Risiko der Ansteckung anderer vermindert.

(Fortsetzung nächste Seite)

Erfolgreich gegen Hetze im Netz

Hate Speech-Beauftragter stellt Bericht vor

Kommunalpolitiker haben bei den einzelnen bayerischen Staatsanwaltschaften direkte Ansprechpartner und können Hetze im Netz online direkt bei den Ermittlungsbehörden melden – denn gerade sie sind die häufigsten Opfer von Hate Speech im Internet. Der Hate Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb, berichtete im Rahmen einer Anhörung im Innenausschuss im Bayerischen Landtag über die Erfolge. Die Strafen sind hoch: Wer vorbestraft ist, den kann ein Hasskommentar direkt ins Gefängnis bringen.

Mittlerweile erhält fast jeder fünfte Amts- oder Mandatsträger in Bayern Todesdrohungen über das Internet. Hartleb ist der zentrale Ansprech- und Koordinierungspartner für die ermittelnden Staatsanwälte und dafür verantwortlich, bayernweit einheitliche Maßstäbe in Bezug auf Hate Speech-Kriminalität zu etablieren. Nach einem Jahr zog er im Innenausschuss des Landtags Bilanz.

Online-Meldeverfahren erfolgreich

Als wirksames Instrument zur Bekämpfung von Hasskriminalität hätte sich das von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und dem Bayerische Justizministerium neu ins Leben gerufene Online-Meldeverfahren erwiesen. Damit können Medienunternehmen in Bayern seit dem Jahr 2019 Hate Speech-verdächtige Inhalte, zum Beispiel auf Facebook, an die Ermittler melden. Seit diesem Jahr können sich auch politische Mandatsträger unbürokratisch und online direkt an die Ermittlungsbehörden wenden. Als weitere Maßnahme sind bei den nicht-online begangenen Straftaten zudem direkte Ansprechpartner für Kommunalpolitikerinnen und -politiker bei den einzelnen bayerischen Staatsanwaltschaften benannt worden. Diese Ansprechpartner beraten Betroffene, sorgen für eine zügige Ermittlung des Sachverhalts und vermitteln den Kontakt zur Polizei.

Hohe Aufklärungsquote

Minderheiten und Politiker seien die häufigsten Opfer von Hatespeech laut Harleb. Rund 80 Prozent der Hassposts kommen dabei aus dem rechtsextremen Bereich. Ein Großteil der Verfahren betrifft den Tatbestand der Volksverhetzung. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres sind 953 Strafverfahren gegen identifizierte Straftäter eingeleitet worden. 165 Verfahren liefen gegen Unbekannt. Die Aufklärungsquote bei den Fällen, die über das im Jahr 2019 installierte Online-Meldeverfahren „Justiz und Medien“ zur Anzeige gebracht wurden, lag bei knapp 90 Prozent. Dass Hasskommentare keine Kavaliersdelikte sind, zeigten die verhängten Strafen: Strafen, die bis zu vier Netto-Monatsgehältern hoch sind, wurden verhängt – inklusive Eintragung ins Führungszeugnis.

Spezialisierung der Staatsanwälte

Organisatorisch sieht Hartleb die Justiz in Bayern mittlerweile gut gerüstet. So seien zum Jahreswechsel 2019/20 unterhalb der Stelle des Hate Speech-Beauftragten flächendeckend bei allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften spezialisierte Sonderdezernate zur Bekämpfung von Netz-Hass gegründet worden. Für Hartleb ist dabei ein hoher Grad an Spezialisierung der Staatsanwälte „einer der Schlüssel“. Denn die einschlägigen Tatbestände unterlägen nicht nur unbestimmten Rechtsbegriffen, sondern es bedürfe in der Regel auch einer Abwägung der Meinungsfreiheit des Täters mit dem Ehrenschutz des Opfers. All dies erfordere eine hohe Qualifikation der betreffenden Staatsanwälte sowie die Sicherstellung einheitlicher Standards bei der Rechtsauslegung. Im Sinne einer konsequenten Verfolgung der Täter im Netz müssten darüber hinaus die technischen Fähigkeiten der Staatsanwälte geschult werden, da die Täter oftmals unter Alias-Namen aufträten und gezielt Verschleierungstaktiken anwendeten, um ihre wahre Identität zu verbergen.

Problem: Keinen Zugriff auf Urheberdaten

Die Erfolge der bayerischen Justiz bei der Ermittlung der Verfasser von Hass-Beiträgen dürften jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bisher nur ein Bruchteil der Straftaten überhaupt verfolgbar sei. Nach wie vor gäbe es weite Bereiche im Internet (wie z.B. bestimmte Gaming-Portale), in denen die Staatsanwälte machtlos seien, weil ihnen der Zugriff auf die Daten der Urheber fehlen oder die Hass-Redner sich auf Plattformen bewegten, die Ermittlungen von vornherein unmöglich machen, sagte Hartleb.

Verbesserungsbedarf sieht er zudem bei der Zusammenarbeit mit den sozialen Netzwerken. „Sie reagieren oft gar nicht auf unsere Auskunftsgesuche. Erhebungen der Staatsanwaltschaften haben gezeigt, dass nur jede 20. unserer Auskunftsanfragen bezüglich potenzieller Täter beantwortet wird“. Besonders problematisch sei es auch, dass in Deutschland keine IP-Adressen – die Adresse eines Computers, mit deren Hilfe der Nutzer eindeutig identifiziert werden kann – gespeichert würden. So würden bestimmte Telemedienunternehmen sogar ausdrücklich damit werben, dass Internet-Adressen über sie nicht nachverfolgt werden könnten. „Zumindest eine gewisse Speicherverpflichtung wird man da einführen müssen“, appellierte Hartleb an die Politik.

Parteien nehmen Bund in die Pflicht

Ob und welche Maßnahmen ausgeweitet werden sollen, war in der anschließenden Debatte im Ausschuss umstritten. CSU und Freie Wähler plädierten für eine längerfristige Speicherung von Verkehrsdaten. So betonte Alfred Grob (CSU), dass gerade die Social-Media Konzerne auch in den USA stärker in die Pflicht genommen werden müssten und zur längeren Speicherung von IP-Adressen verpflichtet werden sollten. Joachim Hanisch (Freie Wähler) ergänzte, dass auch über präventive Maßnahmen gegen Hate Speech sowie eine stärkere „Waffengleichheit“ zwischen Tätern und Opfern nachgedacht werden müsse. Einigkeit bestand in der Diskussion darin, dass der Freistaat Bayern nur einen Teil der Lösung gegen Hetze im Netz liefern könne. So seien die Bundesländer zwar für Strafverfolgungsbehörden, also Staatsanwälte und Polizei zuständig, viele der rechtlichen Vorgaben, etwa Änderungen im Strafgesetzbuch oder Impulse für europarechtliche Vorgaben, müssten jedoch durch die Bundesregierung angestoßen werden.

Über die Initiative

Das bayerische Justizministerium und die BLM haben die Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ im Oktober 2019 ins Leben gerufen. Seitdem können sich Medienunternehmen in einem einfachen und effizienten Online-Verfahren mit einer Prüfbitte oder Strafanzeige an die Justiz wenden – etwa wegen volksverhetzender Kommentare und anderer strafbarer Inhalte wie Bedrohungen oder Beleidigungen auf den von ihnen betriebenen Plattformen. Seit Juni 2020 ist der Hate-Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz Ansprechpartner. Bereits 112 Medienunternehmen unterstützen die Initiative aktuell mit ihrem Logo; 78 davon beteiligen sich aktiv an dem Projekt und haben sich bereits bei der Staatsanwaltschaft in Sachen strafrechtliche Relevanz von Hate-Speech sowie Übermittlung von Prüfbitten schulen lassen.

Weitere Informationen: www.konsequent-gegen-hass.de/ ❐

Sorge um ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Auch ob durch das Auftreten von SARS-CoV-2-Antikörpern (nach durchlebter Infektion oder nach einer Impfung) die Ausbreitung von Covid-19 eingedämmt wird, sei derzeit wissenschaftlich nicht beurteilbar. Ein „Immunitätsausweis“ wäre daher ohne jede Aussagekraft.

Eine Anwendung der Impfstoffe vor Abschluss der unvermeidbar langwierigen Untersuchungen zu Sicherheit und Wirksamkeit kommt der medizinischen Fachleute nur nach jeweils sorgfältiger Nutzen-Risiko-Abwägung für den gezielten Schutz von Risikogruppen oder Risikopatientinnen und -patienten in Frage. Diese könne nur im Rahmen klinischer Studien unter engmaschiger klinischer und wissenschaftlicher Begleitung erfolgen.

Außerdem ist für die Verabreichung eines jeden Impfstoffs eine ausführliche, individuelle und ergebnisoffene Impfberatung durch eine Ärztin/einen Arzt unabdingbar. „Bei den derzeit vorgesehenen Reihenimpfungen in großen Impfzentren ist eine solche Beratung mit einer medizinrechtlich validen Einwilligung („informed consent“) a priori unmöglich“ fürchten die Ärzte. Sie lehnen deshalb die Abgabe der Impfstoffe in solchen Zentren ab.

Eindringlich gewarnt hingegen wird davor

- in der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie einen möglichen Impfstoff zum zentralen Lösungsansatz zu machen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen,
- das Wiederherstellen rechtsstaatlicher Verhältnisse von der Verfügbarkeit eines solchen Impfstoffs abhängig zu machen,
- die Teilnahme an der Impfung zur Voraussetzung zu machen, um Grundrechte (z. B. Reisefreiheit) zu gewähren oder den Zugang zu bestimmten (z. B. medizinischen) Berufen zu ermöglichen.

Eine Pandemiebekämpfungsstrategie, die sich im Wesentlichen auf die Verfügbarkeit und Wirksamkeit zwangsläufig noch unzureichend geprüfter Impfstoffe gründet, wird ausdrücklich abgelehnt.

Das Positionspapier kann unter diesem Link direkt heruntergeladen werden: individuelle-impfentscheidung.de/pp_covid19 ❐

GZ KOLUMNE Constanze von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser,



was zeichnet professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit amtlicher Stellen aus in Zeiten, in denen grundgesetzlich verbriefte Rechte auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden (müssen) und gleichzeitig Hate Speech, Fake News, Mobbing und Stalking über vielfältigste Kommunikationskanäle uns alle überfluten?

Kann man die Öffentlichkeitsarbeit eines deutschen Bundesministeriums als seriös bezeichnen, wenn via Facebook dazu aufgefordert wird, gegen alle „Bullshitbingo“ zu spielen, die sich besorgt mit Positionen dieses Hauses auseinandersetzen (Quelle: https://www.facebook.com/bmg.bund/posts/932832660213246)?

Öffentlichkeitsarbeit: Nicht nur ein Gebot der Fairness

Behörden sind zu wahrheitsgetreuer und umfassender Information der Öffentlichkeit gesetzlich verpflichtet. In einer Vielzahl kommunaler Ämter wird diese Aufgabe vorbildlich erfüllt. Gleichwohl gibt es nach wie vor auch viele, die ihr nicht den gebührenden Stellenwert einräumen. Daher bietet die Bayerische GemeindeZeitung in normalen Zeiten Veranstaltungen zum Thema „Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ an.

Obwohl keineswegs datenschutzrechtlich abschließend freigegeben, nutzt man oftmals recht sorglos Auftritte in sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und YouTube. Ein zusätzlicher Nachteil dieser Medien ist, dass es von einem Algorithmus oder der Bereitschaft, für Werbung zu zahlen, abhängt, ob Beiträge gesehen werden.

Auch bayerische Ministerien schalten bezahlte Werbung auf Facebook für Inhalte, die lokale Medien umsonst aufgreifen. Von der rechtlichen Problematik abgesehen, findet so auch die Wertschöpfung nicht mehr im Inland statt. Viele News-Konsumenten erkennen inzwischen diese ungefilterten Selbstdarstellungswerkzeuge.

Amtlichen Stellen ist zudem gesetzlich vorgeschrieben, Informationen für die Gesellschaft nach den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit zu gewinnen und bereitzustellen.

Wie viel hier inzwischen im Argen liegt, sieht man beispielsweise am Umgang mit Zahlen und Statistiken rund um die Problematik, die die Infektionskrankheit COVID-19 durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 in die Welt gebracht hat. Es ist zu einfach, all‘ jene, die sich – teilweise mit höchster Fachkompetenz – mit diesem Thema auseinandersetzen und differenziert Positionen beziehen, in einen Topf zu werfen mit Radikalen, die man als „Covidioten“ bezeichnet. Und, so nebenbei, dieser inzwischen auch von politischen Amtstragenden gebrauchte Begriff ist doch nichts anderes als vom Mainsteam unreflektiert akzeptierte Hate Speech.

Zum „Dilemma mit den sozialen Medien“ hat Netflix eine sehenswerte Doku herausgebraucht.

Der britische Historiker, Soziologe und Publizist Cyril Northcote Parkinson (1909-1993) sagte einst: „Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerüchten, Geschwätz und Gift.“

Ihre Constanze von Hassel

Chefredakteurin der Bayerischen GemeindeZeitung

Gesundheits- und Pflegeministerin Huml zur Pandemiebewältigung:

Ambulante Ärzte sind wichtige Säule

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hat sich per Video-Schalte mit Vertretern der ambulanten Ärzteschaft zu Corona-Pandemielage ausgetauscht.

Die Ministerin betonte anlässlich eines erneuten virtuellen Treffens während der Corona-Pandemie mit den Chefs der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), des Bayerischen Hausärzteverbands e.V. (BHÄV) und des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ): „Die ambulanten Kollegen sind eine wichtige Säule unserer flächendeckenden Pandemiebewältigung. Ihrem unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass wir das Pandemiegeschehen bei milden Verläufen weitestgehend unter Kontrolle halten.“

Nach Zahlen der KVB werden etwa 80 Prozent der COVID-19-Patienten in Bayern ambulant versorgt. Die Ministerin unterstrich dass die koordinierenden Ärzte eine große Hilfe seien, weil sie als Bindeglied zwischen den niedergelassenen Ärzten vor Ort, den KVB-Strukturen und den örtlichen Behörden und Entscheidungsträgern fungieren. „Mir ist bewusst, dass viele der koordinierenden Ärzte ihre Aufgabe neben ihrer eigentlichen Praxistätigkeit ausüben und mit ihrem Engagement einen extrem wichtigen Beitrag leisten, der über ihr eigentliches Pflichtprogramm hinausgeht.“

Durch einen Ministerratsbeschluss vom 10.11.2020 soll diese Struktur nun –- angelehnt an die während des Katastrophenfalles eingesetzten Versorgungsärzte – weiterentwickelt werden. Unter anderem ist beispielsweise eine Aufwandsentschädigung für die koordinierenden Ärzte vorgesehen. Das Ministerium erarbeitet derzeit die Ausgestaltung der erforderlichen Regelungen.

Die Praxen spielen auch bei der Umsetzung der Bayerischen Teststrategie eine entscheidende Rolle. Die Ministerin betonte: „Das Bayerische Testangebot wird zum großen Teil von den ambulanten Praxen gestemmt. Sie leisten auch damit einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle des Pandemiegeschehens. Dass sich in Bayern jeder testen lassen kann, den die Ungewissheit plagt oder der sichergehen will, bevor er Angehörige im Pflegeheim besucht oder der nicht auf weitere Symptome warten will, bis sich der Corona-Verdacht bestätigt, wäre ohne unsere ambulanten Ärztinnen und Ärzte nicht machbar. Sie sind es, die die Bayerische Teststrategie mit viel Einsatz und außerregulären Sprechstunden ermöglichen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.“ ❐

Ministerin Huml baut Pflegestützpunkte aus

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml baut die Beratungsstrukturen für Pflegebedürftige und deren Angehörige weiter aus. Die Aufnahme von Pflegestützpunkten in eine Regelförderung ist nach ihrer Auffassung „ein Meilenstein für die Beratung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen“.

Pflegestützpunkte sind leicht zugängliche Beratungsangebote rund um die Pflege. Sie sind zentrale Anlaufstellen und vernetzen die regional verfügbaren pflegerischen Angebote.

Landkreise, kreisfreie Städte und Bezirke können gemeinsam mit den Pflege- und Krankenkassen Pflegestützpunkte einrichten. Um den weiteren Ausbau von Pflegestützpunkten zu unterstützen, können diese ab 2021 mit jährlich bis zu 20.000 Euro gefördert werden. Zuwendungsempfänger sind Kommunen, die sich an der Trägerschaft eines Pflegestützpunkts beteiligen. Bei einer räumlichen Anbindung an eine Fachstelle für pflegende Angehörige erhöht sich die Förderpauschale für insgesamt maximal drei Jahre um jährlich bis zu 3.000 Euro.

Seit 2019 können Pflegestützpunkte eine Förderung beantragen. Darüber hinaus fördert der Freistaat ein gut etabliertes und in dieser Form in Deutschland einzigartiges Netz von über 100 Fachstellen für pflegende Angehörige mit jährlich bis zu 1,6 Mio. Euro. Die Fachstellen für pflegende Angehörige haben die Aufgabe, pflegende Angehörige auch längerfristig bei ihrer oft kräftezehrenden Aufgabe psychosozial zu begleiten, Betreuungs- und Entlastungangebote, wie z.B. Helferkreise oder Betreuungsgruppen anzubieten sowie insbesondere auch Angehörige von Menschen mit einer Demenzerkrankung zu informieren und zu begleiten.

Anträge auf Regelförderung für das Jahr 2021 können noch bis 31.12.2020 beim Bayerischen Landesamt für Pflege gestellt werden. Weitere Hinweise finden Sie unter www.pflegestuetzpunkte.bayern.de. ❐

Corona heißt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Beobachtung hält der überwiegende Teil der Bevölkerung die Maßnahmen jedoch für richtig und notwendig. Die derzeitige Entwicklung der Fallzahlen und die Wahrnehmung, dass auch in den Kliniken das Belastungsniveau steigt, führen dazu, dass die enorme Herausforderung der Pandemie wieder stärker ins Bewusstsein tritt. Die Menschen haben in den vergangenen Monaten durchaus ein großes Verantwortungsbewusstsein und Disziplin bewiesen. Um dies zu erhalten, sind Klarheit und Besonnenheit sehr wichtig. Regeln müssen möglichst einfach, klar, gut begründbar und damit nachvollziehbar sein.

GZ: Noch zu Anfang dieses Jahres waren wir der Meinung, demografischer Wandel, Energiewende, Klima- und Artenschutz sowie Digitalisierung seien die Themen, mit denen wir uns in naher Zukunft auseinanderzusetzen haben. Rückt Corona jetzt alles in den Hintergrund?

Pannermayr: *Scheinbar ja, weil viel über Corona gesprochen und berichtet wird. Aus meiner Sicht manchmal zu viel. Die Gesellschaft sollte dieses Thema zwar sehr ernst nehmen, aber nicht in Angststarre verfallen. Fakt ist, dass alle genannten Themenbereiche weiter auf der Agenda stehen. Auch vor Corona war bereits deutlich zu spüren, dass es Veränderungen braucht. Die Pandemie hat hier möglicherweise Prozesse beschleunigt. Grundsätzlich besteht die große Generationenaufgabe darin, eine Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und dem sozialen Miteinander herzustellen.*

GZ: In Städten leben meist Bürger, die Energie aus erneuerbaren Energiequellen unterstützen, selbst aber kein Dach haben, um eine PV-Anlage zu installieren. Genauso haben im Vergleich zum ländlichen Raum mehr Stadtbewohner für das Volksbegehren Artenschutz abgestimmt, die Folgen werden aber gerade in der Landwirtschaft sichtbar. Sehen Sie die Städte in der Pflicht, in der Klimaschutz-Diskussion mit gutem Beispiel voran zu gehen und können Sie Beispiele nennen?

Kluger Umgang mit Flächenressourcen

Pannermayr: *Es gilt, vor Ort Konzepte zu finden, die den Kita- und Schulausbau sowie den Wohnungsbau in Einklang bringen mit einem klugen und vernünftigen Umgang mit Flächenressourcen. Dazu brauchen wir die richtigen Instrumente, wie das Aktivieren und Nutzbarmachen bereits versiegelter Flächen im Innenraum.*

Auch die Mobilitätswende muss vor Ort stattfinden. In Straubing, einer Stadt mit überschaubaren Entfernungen, ist vor allem das Thema Fahrradfreundlichkeit großgeschrieben. Mit dieser spannenden Perspektive beschäftigen wir uns sehr intensiv. Auch arbeiten wir zum Beispiel an einem neuen Beschaffungskonzept nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten – Stichwort fairer Handel. Das sind kleine Schritte, die alle in die gleiche Richtung gehen. Hier sehe ich die Kommunen klar in der Verantwortung.

Kreative Ansätze zur Baulandmobilisierung

GZ: Sie haben die versiegelten Flächen angesprochen. Hat Corona den Wunsch nach einer grünen Lunge in der Stadt zu einer Aufwertung verholfen? Ist denn ein Park auch eine versiegelte Fläche?

Pannermayr: *Das ist eine spannende Frage. Hier muss man differenzieren. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man eine Fläche versiegelt oder daraus eine Naherholungsfläche oder werthaltige Naturfläche gestalten kann. Sicher ist, dass in der Corona-Krise viele Menschen die Heimat wieder neu entdeckt haben und das Bewusstsein, sorgsam mit begrenzten Flächenreserven umzugehen, klar gewachsen ist.*

GZ: Was wäre denn eine Maßnahme, um Städten eine Grundstücksmobilisierung zu erleichtern?

Pannermayr: *Hier kommt die Grundsteuer C ins Spiel, ein Instrument, das in der Regierungskoalition momentan kontrovers diskutiert wird. Eine Grundsteuer, mit der wir baureife Grundstücke mit einem eigenen Hebesatz belegen könnten, würde uns helfen, diese Flächen zu aktivieren und nutzbar zu machen. Sinnvoll wären auch eine Stärkung des Vorkaufsrechts für Kommunen sowie eine steuerliche Begünstigung, wenn zum Beispiel nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. Das sind durchaus kreative Ansätze.*

GZ: Im vergangenen Jahr hat die GZ Veranstaltungen zur lebendigen Ortsmitte organisiert. Was bräuchten Städte, um Ortskerne am Leben zu erhalten? Welche Möglichkeiten haben Sie als Rathauschef, um beispielsweise dem Einzelhandel zu helfen? Und welche Maßnahmen wären nötig, um ein Veröden abzuwenden?

Pannermayr: *Ein für uns sehr wichtiges Instrument ist die Städtebauförderung, die in den Kommunen vielfach sehr positive Wirkungen erzeugt. Die Erfahrung zeigt: Wenn wir mit öffentlichen Investitionen in Quartieren einen positiven Impuls geben, löst dies auch private Investitionen aus und ermöglicht eine Reaktivierung. Beispiel: In Straubing betreibt die TUM einen Campus für Biotechnologie und Nachhaltigkeit. Um die noch junge Universität in die Innenstadt zu integrieren, kaufte der Freistaat das von Schließung bedrohte Karmelitenkloster, welches nun umgebaut wird und künftig vom TUM-Campus genutzt werden soll.*

Aktuell befinden wir uns in einer Situation, in der es leider nicht möglich ist, in den Innenstädten Veranstaltungen und damit besondere Erlebnisse zu generieren. Insofern wird Corona die Probleme der Innenstädte noch verschärfen. Das ist auch der Grund, warum wir uns entschieden haben, unsere Städtetags-Vollversammlung im Juli 2021 unter den Arbeitstitel „Zukunft der Innenstädte und Ortskerne" zu stellen.

Rettungsprogramm für Kulturschaffende

GZ: Viele Kunst- und Kulturschaffende stehen vor dem Aus. Für wie wichtig halten Sie die Kulturszene für das Überstehen dieser Krise und wie können Städte ihren Künstlern helfen?

Pannermayr: *Die Kulturszene gibt Städten eine ganz besondere Identität. Ein vielfältiges, buntes Kulturleben ist eine unverzichtbare Grundvoraussetzung, um Offenheit und Freiheit im Denken zu bewahren. Wirkungsvolle Hilfe für die Künstler ist den Kommunen in der aktuellen Situation ehrlich gesagt leider nur bedingt möglich. Zwar wurden im Sommer diverse Formate angeboten, die auch funktionierten, jedoch waren diese Maßnahmen immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Umso mehr braucht es von Seiten des Bundes ein effizientes und zügig umgesetztes Rettungsprogramm für Kulturschaffende, um den Kulturbereich über den Winter zu stabilisieren.*

Stärkung des ÖPNV

GZ: Vor Corona ging es um die Stärkung des ÖPNV. Mit Corona erlebt der Individualverkehr eine Renaissance, da der ÖPNV auch aufgrund des Infektionsrisikos gemieden wird. Gleichzeitig werden Parkplätze zu Freischankflächen und Heizpilze wieder salonfähig. Geben Sie den Bemühungen um den Ausbau des ÖPNV eine Chance?

Pannermayr: *Klares Ja. Die Stärkung des ÖPNV wird für die Mobilität der Zukunft unverzichtbar sein, wobei die Herausforderungen je nach Region oder Größe des Standorts unterschiedlich sind. Es gibt Bereiche, wo bei uns zum Beispiel die Stadt-Umland-Beziehung mit dem ÖPNV nur sehr sporadisch funktioniert. Derartige Verkehrsbeziehungen zu stärken, ist wesentlich. Am wichtigsten aber ist der Aufbau leistungsfähiger Verbundsysteme. Unser Fernziel muss ein bayernweiter Verbund sein, mit der Möglichkeit des unkomplizierten Umsteigens. Aktuell ist das System sehr komplex und kleinteilig und deshalb so nicht zukunftsfähig. Übrigens birgt z.B. die Umnutzung eines PKW-Parkplatzes in eine Freischankfläche oder auch einen Fahrradparkplatz die Chance, wieder mehr Lebensqualität in die Städte zu bringen. Das muss man den Menschen erklären.*

GZ: Thema Schulen: Masken müssen jetzt auch von Grundschülern oder auch im Sportunterricht selbst im Freien getragen werden. Eine Rückkehr zum Distanzunterricht ist trotz der vielen Corona-Testungen nicht in Sicht. Allerdings hat der erste Lockdown auch gezeigt, dass Homeschooling unter Anleitung einer Lehrkraft funktioniert. Was halten Sie von Homeschooling? Und wären die Schulen derzeit in der Lage, eine Situation wie im März aufzufangen?

Großer Gesprächsbedarf bei Schulthemen

Pannermayr: *Was die Schulen im Frühjahr geleistet haben, war beeindruckend. Den Schülern im Homeschooling wurde vielfach ein gutes Angebot unterbreitet. Gleichwohl hat das Frühjahr auch gezeigt, wie weit wir noch von einem wirklich tragfähigen, flächendeckenden System entfernt sind. Vor Jahren bereits hat der Städtetag an den Freistaat die Forderung nach einem effizienten Gesamtkonzept adressiert. Dazu gehört auch, dass Technik der Pädagogik dienen muss und nicht umgekehrt. Auch wünschen wir uns ein System, das möglichst effizient administrierbar ist.*

Großen Gesprächsbedarf gibt es momentan in punkto Ausstattung mit Lehrer-Dienstgeräten. Es ist der Wunsch des Freistaats, dass die Kommunen die Geräte beschaffen. Wir sprechen aktuell darüber, den Freistaat in einer Corona-bedingten Sondermaßnahme zu unterstützen. Aber die Bedingungen dafür müssen passen. Und wir werden im Interesse aller Beteiligten gründlich darüber reden müssen, wie wir die enormen Anforderungen der Digitalisierung künftig dauerhaft und fair in der Schulfinanzierung verankern.

GZ: Was halten Sie von den Bemühungen der Staatsregierung, Schulen mit Luftfiltern auszustatten?

Pannermayr: *Über die Schulen haben wir vor Ort in Straubing den Bedarf abgefragt. Wir werden versuchen, im Rahmen des Förderprogramms schnellstmöglich entsprechende Geräte zu beschaffen. Allerdings muss man dabei die notwendigen Ausschreibungswege und die Verfügbarkeit im Blick haben. Bei manchen Produkten gibt es momentan einfach Engpässe und Lieferschwierigkeiten.*

GZ: Stichwort Kinderbetreuung: Im Oktober haben wir darüber berichtet, dass Sie den Freistaat auffordern, Richtlinien zur Ausreichung von Bundesmitteln auf den Weg zu bringen. Finanzmittel seien zwar vorhanden, könnten aber derzeit nicht abgerufen werden. Hat sich an der Situation inzwischen etwas geändert?

Pannermayr: *Ja, der Freistaat hat nach der Intervention des Bayerischen Städtetags tatsächlich schnell gehandelt. Der Hintergrund ist, dass der Bund zusätzliche Mittel ausgereicht hat, die den Kommunen für den Kita-Ausbau zur Verfügung gestellt werden sollen. Für Bayern ging es um 160 Millionen Euro, mit denen Schätzungen zufolge nun ca. 10.000 Kitaplätze zusätzlich gefördert werden können.*

Globale Entwicklungspartnerschaften

GZ: Unser Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, hat großen Erfolg mit der Aktion „1.000 Schulen für unsere Welt", die vom Entwicklungshilfeministerium unterstützt wird. Er bündelt hier ehrenamtliches Engagement in einer Aktion, die doch jedem Einzelnen genügend Spielraum für eigene Ideen lässt. Wie stehen Sie zu kommunaler Entwicklungshilfe?

Pannermayr: *Ich halte dies für ein hilfreiches Instrument, wenn es in ein gutes Netzwerk eingebunden ist. Wir beteiligen uns mit unserem Know-how an Aktivitäten, die Bundesminister Dr. Müller gestartet hat. Leider ist jetzt Corona-bedingt alles ein bisschen schwierig. Aktuell sind wir in Gespräche involviert, bei denen es um Abwasser,- Wasserversorgungs- und Müllentsorgungskompetenz im Nahen Osten geht. Entsprechende Kontakte wollen wir auch in Afrika aufbauen. Jedem Kommunalpolitiker ist klar, dass das Denken nicht an der Stadtgrenze enden darf. Und so sind Kommunen aus meiner Sicht gerne bereit, ihr Können in eine größere Verantwortung einzubinden.*

Wiederaufbau des Straubinger Rathauses

GZ: 2016 haben Sie das Straubinger Rathaus brennen sehen, wie steht es um den Wiederaufbau?

Pannermayr: *Der Wiederaufbau ist komplexer als man denkt, weil wir es mit mehreren historischen Gebäuden zu tun haben. Es bedurfte vieler Diskussionen, um ein kluges Konzept zu erarbeiten, das auch alle modernen Erfordernisse wie Barrierefreiheit und technische Lösungen berücksichtigt. Momentan startet die Hauptmaßnahme mit der Ertüchtigung der Gebäudestatik. Wir werden mit dem Wiederaufbau mehr als drei Jahre beschäftigt sein und können dann hoffentlich vermelden, dass wir nicht nur den Zeitrahmen, sondern auch den Kostenrahmen eingehalten haben.*

GZ: Zum Abschluss noch zwei Leserfragen: 1. Wie will der Bayerische Städtetag mit der zu niedrigen Förderung bei den Feuerwehrgerätehäusern umgehen?

Fördersätze für Feuerwehrgerätehäuser

Pannermayr: *Die Stadt Straubing ist mit entsprechenden Forderungen wiederholt auch an den Freistaat herangetreten. Tatsächlich ist es so, dass die Fördersätze absolut gleichgeblieben sind, die Kosten sich aber sehr dynamisch entwickelt haben und damit die Förderquote nicht mehr zeitgemäß ist. Die Fördersätze sind schlicht und ergreifend überholungsbedürftig.*

Behördengänge vereinfachen

GZ: 2. Frage: Wieso kann man Behördengänge in Bayern nicht vereinfachen?

Pannermayr: *Über das Bürgerservice-Portal werden bereits sehr viele Dienstleistungen angeboten, die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist allerdings noch überschaubar. Lösungen müssen plausibel, benutzerfreundlich und durchgängig sein. Auf dem Weg zu einer digitalen Verwaltung gibt es durchaus noch viel zu tun.* **DK**

Entwicklung ländlicher ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Bundesregierung sollte den „Wenige Schultern"-Effekt in ländlichen Räumen, die besonders von der demografischen Entwicklung getroffen sind, mit Fördermitteln abfedern, so Liebing. In einigen ländlichen Regionen schulterten immer weniger Menschen die Fixkosten für den Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, wie die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Wenn die Menschen vor Ort die Finanzierung nicht mehr allein schultern können, seien Fördermittel nötig, damit dieser Teil der Daseinsvorsorge immer und überall selbstverständlich bleibt – auch für künftige Generationen.

Auch sollte die Bundesregierung Liebing zufolge bei ihrem aktuellen Entwurf zur TKG-Novelle an drei Stellschrauben drehen, damit Investitionen in den Glasfaser-Ausbau angereizt werden und eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land verhindert wird: „Das beste digitale Geschäftsmodell nützt nichts, wenn der Hidden Champion im Funkloch steckt oder die Schulklasse am alten Kupfernetz hängt. Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen unseres Landes, die noch dazu die Basis für 4G- und 5G-Mobilfunk sind. Bisher werden lukrative Gebiete doppelt und dreifach, andere (ländliche) Gebiete gar nicht angeschlossen. Diesen volkswirtschaftlichen Unsinn kann die Bundesregierung bei der TKG-Novelle stoppen – mit Rechtssicherheit gegen Glasfaserpiraten, einem offenen Netzzugang und Kooperationen." **DK**

Kommunen als Krisen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Corona wird Spuren in den Städten und Gemeinden hinterlassen. Nicht alle Geschäfte, Restaurants, Kneipen und Kulturbetriebe werden die Krise überstehen", unterstrichen die DStGB-Repräsentanten.

Die Städte und Gemeinden würden alles daransetzen, Einzelhandel, Gastronomie und Kultur zu stärken, aber das werde nicht immer gelingen. „Wir brauchen nach Corona Konzepte, um Ortskerne und Innenstädte zu stärken und umzugestalten. Die Krise kann auch eine Chance sein. Wenn es gelingt, mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität und mehr Abwechslung in die Kommunen zu bekommen, können wir daraus gestärkt hervorgehen", erklärten Spiegler und Landsberg.

Langfristige Krise der Kommunalfinanzen

Auch wiesen sie darauf hin, dass die Corona-Pandemie eine langfristige Krise der Kommunalfinanzen ausgelöst habe. „Trotz der guten Entwicklung der Wirtschaft bis zum Herbst dieses Jahres haben wir weiterhin eine sehr schwere Finanzkrise. Auch wenn Hoffnung auf den baldigen Einsatz eines Impfstoffes besteht, liegt noch ein langer Weg der wirtschaftlichen Erholung vor uns." Es stehe zu erwarten, dass auch die Sozialausgaben weiter ansteigen. Dies mache die Situation noch einmal schwieriger. Zu befürchten sei, dass nicht mehr ausreichend Mittel für dringend notwendige kommunale Investitionen zur Verfügung stehen.

Finanzielle Spielräume nötig

Laut Spiegler und Landsberg wird der wirtschaftliche Aufschwung maßgeblich von der Investitionskraft der Kommunen in Deutschland abhängen. „Die Kommunen müssen auch nach der Corona-Pandemie finanziellen Spielraum behalten. Wir brauchen einen zweiten kommunalen Rettungsschirm. Das bedeutet, dass die gemeindlichen Steuerausfälle zwingend auch in den kommenden Jahren kompensiert werden müssen. Die Verluste der Gemeinden bei der Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei den Gebühren und Entgelten müssen dabei berücksichtigt werden. Dafür benötigen Städte und Gemeinden langfristige Planungssicherheit sowie Erleichterungen bei Bürokratie und Vergaberecht."

Steuermindereinnahmen von rund 13 Milliarden Euro

Nach den Zahlen der November-Steuerschätzung müssen Bund, Länder und Kommunen in diesem Jahr 2020 mit 88 Milliarden Euro weniger auskommen, die kommunalen Steuermindereinnahmen liegen bei rund 13 Milliarden Euro.

Bis zum Jahr 2024 summieren sich die Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Vergleich zur Schätzung vor der Corona-Pandemie auf 50 Milliarden Euro. Die Gewerbesteuer (brutto) bricht im Vergleich zum Vorjahr um 12,4 Milliarden Euro ein. Auch beim Einkommensteueranteil verlieren die Gemeinden erhebliche Einnahmen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Verluste aus Entgelten und z. B. Eintrittsgeldern im kommunalen Bereich. Besorgniserregend ist auch der Anstieg der Sozialausgaben.

Hoffnung auf massive Unterstützung durch Bund und Länder

„Ohne massive finanzielle Unterstützungsmaßnahmen von Ländern und Bund werden die Kommunen ihre Haushalte nur durch massive Kürzungen bei ihren Investitionen und freiwilligen Leistungen stabil halten können. Dies wäre wiederum Gift für die Konjunktur", hob die Verbandsspitze hervor. Gegen diese Krise dürfe nicht angespart werden. Bürgerschaft und Wirtschaft dürften zurecht starke und handlungsfähige Kommunen erwarten. Auch in der Krise müsse sichergestellt werden, dass die Disparitäten zwischen finanzschwachen und -starken Kommunen nicht weiter zunehmen, sondern gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land sichergestellt werden. „Chancengerechtigkeit und Perspektiven muss es für alle Menschen geben, gleich in welcher Region sie leben", so Spiegler und Landsberg abschließend. **DK**

„STECKER REIN – VIREN RAUS.“
WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen: Der neue WOLF Luftreiniger **AirPurifier** reinigt Raumluft (Abscheidegrad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14 und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien, Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme! Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf wolf.eu/airpurifier.



- Professionell konstruiert: nach VDI 6022
- Flüsterleise: Schalldruckpegel* 34 dB(A) im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus
- Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m³/h mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate
- Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch optimale Luftzirkulation dank Luftwalze
- Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig, Liefer- und Inbetriebnahmeservice

NEU!

VDI 6022

MADE IN GERMANY BY WOLF

5 JAHRE GARANTIE WOLF

* Schalldruckpegel in 1m Abstand nach DIN EN ISO 11203 entsprechend Volumenströmen von 400 und 1.200m³/h.

WWW.WOLF.EU

VOLL AUF MICH EINGESTELLT.

WOLF

Wie Kommunen das Mobilitätsverhalten lenken können

Welche Entwicklungstrends bringt der motorisierte Individualverkehr hervor, wie beeinflusst Corona das Mobilitätsverhalten und wie kann die Politik die richtigen Rahmenbedingungen für Kommunen schaffen? Im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr des Bayerischen Landtags diskutierten acht Experten mit den Abgeordneten zum Thema „Zukunft des motorisierten Individualverkehrs". Dabei wurde deutlich: Es mangelt nicht an Technologie, sondern an der strategischen Umsetzung von Mobilitätslösungen, die vor allem gemeindeübergreifend sein müssten.

Vor allem in Städten fehle ein ganzheitliches Konzept. Prof. Dr. rer. nat. Barbara Lenz, Leiterin des Instituts für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), forderte von der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ganzheitliche Konzepte entwickelt werden können, die gemeindeübergreifend funktionieren. Davon könnten sowohl Städte als auch angrenzende Kommunen profitieren. In dem Zusammenhang nannte sie das Beispiel „Park and Ride Parkplätze".

„Städte haben kein Recht dazu, kommunales Geld auf dem Territorium anderer Gemeinden zu investieren – auch wenn es ihnen zugutekommt. Erst eine Gesetzesänderung könnte Städte dabei unterstützen, derartige Konzepte zu entwickeln, die auch den Pendlerverkehr berücksichtigen, der von außerhalb in die Städte kommt", sagte Lenz. Wichtig sei dabei, stets miteinzubeziehen, wie sich Siedlungsräume hinsichtlich ihrer Struktur entwickeln.

Alternativen bewusst machen

Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen können in diesem Zusammenhang das Nutzerverhalten positiv beeinflussen. Dazu zählen die sogenannten Push & Pull-Faktoren – Maßnahmen, die sowohl Regulierungen enthalten, wie ein geringeres Pkw-Parkplatzangebot, als auch Anreize die zum Umstieg auf den ÖPNV anregen. Kerstin Hurek, Leiterin des Stabs Verkehrspolitik des ACE Auto Club Europa e.V., wies darauf hin, dass es für Kommunen auch von Vorteil sei, auf einen bewussteren Umgang mit dem Auto aufmerksam zu machen und den Blick auf Alternativen zu lenken. Aktuell sind knapp 47 Millionen Autos auf Deutschlands Straßen. Bis 2030 sollen zwischen sieben bis zehn Millionen Elektroautos zugelassen sein – was bedeute, dass in zehn Jahren voraussichtlich immer noch mehr als 37 Millionen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unterwegs seien werden. „Dabei sind die Besatzzahlen im Individualverkehr mit einer durchschnittlichen Belegung von 1,1-1,2 Personen pro Auto extrem niedrig", gab Hurek zu bedenken.

ÖPNV als Rückgrat der Kommunen

Dabei sei der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen mit mehr als 50 Prozent besonders hoch, fügte Alexander Kreipl, Leiter der Abteilung Verkehr/Technik/Umwelt beim ADAC Südbayern e.V., an. Ein Rückgrat sei deshalb ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Rüdiger Pape, Abteilung Politik und Außenbeziehung der BMW Group, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig der Austausch mit den Bürgern sei. „Viele Menschen wollen eigentlich gar nicht das Auto nutzen, doch sie haben keine attraktiven Alternativen. Da müssen wir konkret nachfragen, was eigentlich die Anforderungen sind und wie wir Rahmenbedingungen neu definieren können", sagte Pape. Hier könnten Runde Tische in den Gemeinden helfen, mit den Bürgern in einen Diskurs zu gehen.

Kooperation mit Stadt und Bahn

Dr. Brian Rampp, Leiter der Abteilung Politik der Audi AG, bezog sich auf den Aspekt der Nachhaltigkeit. „Wir stehen als Audi AG zum Klimaabkommen von Paris und investieren zwölf Milliarden Euro bis 2024 in die Elektromobilität. Das aber alleine reicht nicht. So kooperieren wir zum Beispiel mit städtischen Verkehrsbetrieben, um Pendler vom Auto auf die Schiene zu bringen", sagte er. Entscheidend dabei seien drei Dinge: Taktfrequenz, Preis und Komfort des Bahnangebots. So wollen Fahrgäste einen Sitzplatz haben, um auch die Möglichkeit zu haben, zu arbeiten. Auch Dr. Kathrin Risom, Director der Abteilung Digital & Marketing bei SIXT, setzt auf Kooperationen zwischen Mobilitätsanbietern und Städten. „Um Kunden attraktive Angebote wie Carsharing machen zu können, sind wir auf die Unterstützung der Politik angewiesen. Dazu zählen unter anderem Push & Pull-Faktoren", forderte sie. In Großstädten sind zum Beispiel eine Kombination von Mobilitätsangeboten und klaren restriktiven Regelungen beim Pkw-Stellplatzangebot erfolgsversprechend.

Ändert Corona das Mobilitätsverhalten?

Einig waren sich die Experten darin, dass verstärktes Homeoffice – wie unter der aktuellen Corona-Pandemie – nicht dazu führe, dass Autos weniger bewegt werden. Auch wenn Menschen seltener in die Arbeit pendeln, legen sie nahezu die gleiche Menge an Strecke pro Tag zurück und bevorzugen zudem das eigene Auto vor dem ÖPNV für die verbliebenen Fahrten zum Arbeitsplatz. Vor allem im ländlichen Raum werde das Auto weiterhin Fortbewegungsmittel Nummer eins bleiben, kündigte Hurek an. Unabhängig von der aktuellen Ausnahmesituation, sei jedoch das Mobilitätsverhalten der Menschen und nicht die Technologie entscheidend für die Zukunft des Individualverkehrs, prophezeite Lenz. „Es geht dabei nicht darum, Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern für das Auto zu schaffen, sondern jede Mobilitätsoption an den richtigen Platz zu setzen", lautete das Fazit der Professorin. **red**

Für München und Regensburg:

BMU fördert 75 neue Elektrobusse

Das BMU fördert die Anschaffung von Elektrobussen in München und Regensburg mit rund 27,5 Millionen Euro. Sie haben entsprechende Förderbescheide erhalten.

Mit Hilfe der Fördermittel werden in den beiden Städten wesentliche Teile der Busflotte mit rein batterie-elektrischen Fahrzeugen ausgestattet. Damit steigt die Zahl der bundesweit durch das Bundesumweltministerium geförderten Elektrobusse auf 1.240. Zu Beginn des Förderprogramms im Jahr 2018 gab es in ganz Deutschland nur rund 100 solcher Busse.

Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold: „München und Regensburg zeigen vorbildlich, wie konkrete Maßnahmen ambitionierte Ziele verwirklichen. Die Verkehrsbetriebe elektrifizieren konsequent den ÖPNV und bringen ihre Städte in Sachen Klimaschutz voran. Denn Elektrobusse sind sauberer und deutlich leiser als herkömmliche Busse und damit gut für die Umwelt und die Lebensqualität in den Städten."

Das BMU-Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr soll den Markthochlauf von Bussen mit Elektroantrieb unterstützen. Die Anschaffungskosten für ein solches Fahrzeug sind noch immer zwei- bis dreimal so hoch wie bei einem Dieselbus. Die anteilige Finanzierung der Elektrobusse macht sie für Kommunen zu einer aussichtsreichen, ökologischen Alternative. Zentrales Kriterium der Förderung ist der nachgewiesene Einsatz erneuerbarer Energien beim Laden der Busbatterien. Bundesweit stellt das Bundesumweltministerium für die Elektrobus-Förderung 620 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell werden Vorhaben in 48 Städten mit insgesamt rund 439 Millionen Euro gefördert. Größte Einzelprojekte sind die Vorhaben in Wiesbaden (120 Busse), Berlin (120), Köln (101) und Hamburg (96). Weitere Bewilligungen werden noch in diesem Jahr erteilt.

Schadstofffreier Nahverkehr

Im Rahmen der Projekte werden in Regensburg 22 und in München 53 rein elektrisch betriebene Nahverkehrsbusse beschafft. München kommt damit seinem Ziel näher, bis 2030 eine vollständig elektrischen Busflotte zu betreiben. In Regensburg sorgen die neuen Elektrobusse für einen leisen und schadstofffreien Nahverkehr in der Altstadt (UNESCO-Welterbe). Neben der Anschaffung der Busse fördert das BMU auch die notwendige Ladeinfrastruktur sowie weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz der Fahrzeuge, wie notwendige Werkstattausrüstung oder Schulungen von Fahr- und Werkstattpersonal. Dabei werden bei den Fahrzeugen die gegenüber einem Dieselbus entstehenden Mehrkosten mit bis zu 80 Prozent finanziert. Die übrigen Ausgaben werden mit bis zu 40 Prozent unterstützt.

Eine Übersicht über alle vom BMU geförderten Vorhaben in Deutschland sowie weiterführende Informationen zum Förderprogramm finden Sie auf unserer Website www.bmu.de. ❐

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Weichen stellen, Chancen eröffnen

Im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wurden Änderungen des Gesetzentwurfes zur Beschleunigung von Investitionen beschlossen. Nach Auffassung von VDV-Präsident Ingo Wortmann sind mit der aktuellen Gesetzesinitiative der Bundesregierung und den wichtigen Änderungen der Koalitionsfraktionen in dieser Legislaturperiode weitreichende Neuregelungen für eine Beschleunigung von Bauvorhaben im Nah- und Eisenbahnverkehr festgeschrieben worden.

„Viele zentrale Punkte, die wir als VDV im Namen der Branche lange gefordert haben, sind jetzt im Gesetzentwurf enthalten. Das betrifft Änderungen im Allgemeinen Eisenbahngesetz, im Personenbeförderungsgesetz, im Raumordnungsgesetz und auch im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung", betonte Wortmann.

Bauvorhaben im ÖPNV

Hervorzuheben ist aus VDV-Sicht insbesondere die Ausweitung der neuen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben im ÖPNV. Wird beispielsweise in Zukunft eine bestehende Betriebsanlage für Straßenbahnen erneuert, bedarf das Bauvorhaben keiner weiteren planungsrechtlichen Genehmigung mehr. „Das klingt relativ simpel, ist aber ein wichtiger Schritt für schnelleres Bauen bei unseren Vorhaben. Und genau das benötigen wir, um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor durch mehr ÖPNV-Angebot zu erreichen", so Wortmann. Die neuen Planungserleichterungen für PBefG-Verkehre gelten dabei auch für die weitere Digitalisierung und Automatisierung der Strecken, also für das Errichten von Masten oder Telekommunikationsanlagen.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sind künftig beim Eisenbahn-Oberleitungsausbau auch damit verbundene bauliche Anpassungen von Tunneln, Brücken oder Bahnübergängen von der Plangenehmigung erfasst. Wortmann zufolge kann die weitere Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken damit schneller vorangetrieben werden. Auch dies sei wichtig für mehr elektrischen, klimaschonenden Eisenbahnverkehr und damit für die Sektorziele beim Klimaschutz.

Auch der Bau zusätzlicher Gleisverbindungen und -anschlüsse wird nun einfacher, weil künftig einzelne Baumaßnahmen von der Planfeststellungspflicht freigestellt werden. „Das ermöglicht beispielsweise das leichtere Überholen von Zügen. Aber auch die Herstellung von Gleisanschlüssen und neuen Stammgleisen bei Industrie und Verladern wird durch diese Verfahrenserleichterung gefördert", stellte der VDV-Präsident fest. Der Anteil des klimafreundlichen Schienengüterverkehrs am gesamten Gütertransport, gegenwärtig bei unter 20 Prozent, könne so nachhaltig gesteigert werden.

Kombinierter Verkehr

Als gute Basis für eine positive Entwicklung bewertet der VDV die bisherige Richtlinie zur Förderung des Kombinierten Verkehrs (KV). Laut Joachim Berends, VDV-Vizepräsident, ist die KV-Richtlinie eine Erfolgsgeschichte. Jetzt gehe es darum, den klimafreundlichen Kombinierten Verkehr wettbewerbsfähiger gegenüber dem reinen Straßengüterverkehr zu gestalten und die Richtlinie mit diesem Ziel weiterzuentwickeln. Hier liege ein Schlüssel für das Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung. Dafür habe der VDV in einem Positionspapier zielgenaue Vorschläge entwickelt.

Um das Potenzial der Vernetzung der Verkehrsträger im Sinne des Klimaschutzes noch besser ausschöpfen zu können, setzt sich der Verband daher ausdrücklich für die Fortsetzung der Bundesförderung über das Jahr 2021 ein. Berends: „Auf Basis des bisher Erreichten ist jetzt entscheidend, die Richtlinie den aktuellen Entwicklungen anzupassen und zukunftsfest zu machen. Hierzu zählt zum Beispiel die Aufnahme der künftigen Förderung von Ersatzinvestitionen sowie Abstellflächen, die für die flexible Organisation von Logistikketten immer wichtiger werden."

Neben diesen konkreten Anpassungen sollten gemäß VDV-Papier zudem der formale Prozess der Antragsstellung und die Begleitung durch die zuständigen Genehmigungsbehörden, das Eisenbahn-Bundesamt und die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, einheitlich geregelt werden. Berends: „Die formalen Prozesse sind notwendig, können jedoch an verschiedenen Stellen optimiert werden."

Weniger CO2-Emissionen

Wie Berends erläuterte, sei es in den vergangenen 22 Jahren gelungen, den Straßengüterverkehr um jährlich rund 28,4 Milliarden Tonnenkilometer zu vermindern und somit Klima und Umwelt um rund zwei Millionen Tonnen CO2-Emissionen zu entlasten. Darüber hinaus habe der Kombinierte Verkehr in der Covid-Krise seine Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dies gelte insbesondere für die Aufrechterhaltung internationaler Warenströme, die für die exportorientierte deutsche Wirtschaft existenziell sind, sich aber auch beim Import von Waren, beispielsweise im Einzelhandel, als robust gezeigt haben. **DK**



Bürgermeister Martin Heilig (Mitte) gemeinsam mit Vertretern des Umweltamtes, der WVV und des Kooperationspartners scouter bei der Einweihung der Mobilstation. Bild: Christian Weiß

Würzburg:

Schnell und flexibel von einem Ort zum nächsten

In der Turmgasse ist in Zusammenarbeit mit der WVV und dem Carsharinganbieter Scouter eine neue Mobilstation eröffnet worden. Da diese Station vornehmlich für E-Fahrzeuge gedacht ist, befinden sich dort neben einem Carsharing-Auto von Scouter auch zwei öffentliche Ladepunkte für Elektroautos, die von allen Bürgern mit ihren eigenen Autos benutzt werden dürfen. Zusätzlich ist auch noch eine Fahrradverleihstation von Nextbike angesiedelt.

„Carsharing und Elektromobilität passen gut zusammen. Das sieht man an der neuen Mobilstation Turmgasse. Hier steht ein vollelektrisches Carsharing-Fahrzeug zum Verleih. Zudem gibt es zwei neue Ladepunkte für private Elektroautos, Fahrradabstellanlagen und eine Nextbike-Leihstation. Also ein bunter Strauß an attraktiven Angeboten der nachhaltigen Mobilität in unmittelbarer Nähe zur Straßenbahnhaltestelle Congress-Centrum", sagt Baureferent Benjamin Schneider.

Elektromobilität im Alltag erfahren

„Mit den weiteren Fahrzeugen am Sanderring, in der Marktgarage, am Haugerkirchplatz und auf dem Hubland sind nun schon etwa 10 Prozent der Carsharing-Fahrzeuge in Würzburg elektrisch unterwegs und werden mit Ökostrom betankt. Damit können die Nutzerinnen und Nutzer Elektromobilität im Alltag einfach erfahren und das Plus für die Umwelt wird noch etwas größer. Carsharing an festen Stationen ist eine sinnvolle Ergänzung zu Fahrrad und ÖPNV und ermöglicht so eine umfassende Mobilität auch ohne eigenes Auto. Dass diese Angebote immer stärker angenommen werden, freut mich sehr", ergänzt Klimabürgermeister Martin Heilig.

Die WVV beteiligte sich ebenfalls an dem Projekt und ist hat die Ladesäulen der Mobilstation errichtet und betreibt sie im Ladenetzwerk der WVV, dass nun 19 öffentliche Ladepunkte zählt. „Ökostrom an allen Würzburger Ladestationen helfen der Elektromobilität einen wichtigen Beitrag zur Energiewende zu leisten", so Vertriebsleiter Florian Doktorczyk von der WVV. An der Ladesäule kann sich jeder Fahrer mit einer Ladekarte leicht identifizieren. Die WVV begrüße das weitere Wachsen der Mobilstationen.

Die Mobilstation befindet sich in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Congress-Centrum und ist damit ein zentraler Verkehrsknotenpunkt für viele Bürgerinnen und Bürger. Diese besondere Lage soll eine Wegekette ermöglichen. Denn man kann die Mobilstation dank eines nahegelegenen ÖPNV-Anschlusses wie auch der Fahrradstation mit umweltschonenden Verkehrsmitteln an- aber von dort auch wieder umweltfreundlich abfahren.

Kostengünstig ans Ziel

Carsharing ist eine sehr innovative Möglichkeit, mit der man einerseits die hohen Haltungskosten eines eigenen Fahrzeugs spart und kostengünstig an das Ziel kommt. Zudem fährt man nachhaltiger und vermeidet eine große Menge an Emissionsausstößen, die sich schädlich auf die Umwelt und das Klima auswirken würden. Als Bewohner in einem Stadtteil kann man in Erwägung ziehen sich nur anhand der Mobilstationen und des ÖPNVs fortzubewegen.

Zur Veranschaulichung: Im ersten Quartal 2020 haben schon rund 2.500 Menschen mit ca. 22.000 Fahrten dieses Transportmittel genutzt. ❐

Difu-Studie:

Corona-Folgen im Stadtverkehr

Mit Reform- und Investitionsoffensive die Verkehrswende vollziehen

Kommunen können die Krisenerfahrung als Chance für die Verkehrswende nutzen. Dies geht aus einer Studie hervor, die der Thinktank Agora Verkehrswende gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erarbeitet hat. Untersucht wurden die Veränderungen im Stadtverkehr seit Beginn der Corona-Pandemie, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Handlungsbedarf bei Bund und Ländern.

Die Kooperationspartner rufen alle an der Verkehrswende Beteiligten auf, eine breit angelegte Reform- und Investitionsoffensive für nachhaltige Mobilität zu starten. Im Kern gehe es um die Neuaufteilung des öffentlichen Raums – mit mehr Platz für Fuß- und Radverkehr – und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Insbesondere innerörtlich konnten während der Corona-Krise viele auf das Zufußgehen und Radfahren wechseln. Besondere Aufmerksamkeit wird laut Studie der motorisierte überörtliche Verkehr bekommen, wenn viele aus dem Homeoffice wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Einen Vorgeschmack darauf habe das Ende der Schulferien mit dem Wiederbeginn des Schulbetriebs geliefert. Aufgrund der Abstandsregeln stünden die in vielen Regionen „vor Corona“ herrschenden Kapazitätsengpässe auf der Schiene einer „Normalisierung“ im Wege. Wenn die Verkehrsnachfrage wieder steigt, drohe der (zusätzlich) auf das Auto verlagerte Verkehr auf den Verbindungen mit dem Umland der Städte bereits kurzfristig zu mehr Staus zu führen, während Kapazitätserweiterungen im Regionalverkehr der Bahn erst mittel- und langfristig möglich sein werden.

Denken in „Personenströmen“

Die stärkere Vernetzung von Stadt-Umland-Verkehren (Regionalbus, Regionalbahnen, öffentlichen Verkehrsmitteln des Stadtverkehrs) über kommunale Grenzen hinweg erfordert, so die Untersuchung, ein Denken in „Personenströmen“ und entsprechende Angebotsentwicklungen für Pendelnde, aber auch für den Freizeitverkehr sowie eine interkommunal und regional integrierte Gestaltung von Siedlungen und Verkehr. Da die verschiedenen Verkehrsträger in unterschiedlichen Zuständigkeiten verankert sind, gelte es, die Zusammenarbeit durch die Etablierung gemeinsamer Gremien und integrierter Planungen, zum Beispiel in regionalen Nahverkehrs- und integrierten Verkehrsentwicklungsplänen („Sustainable Urban Mobility Plans“) zu verbessern.

Kapazitätserweiterungen im Bussystem seien eine Strategie, möglichst kurzfristig zu handeln, weil hier im Vergleich zum Schienenverkehr die Rahmenbedingungen für eine Betriebsaufnahme einfacher sind und ein Infrastrukturausbau nicht unbedingt erforderlich ist. Bei mehrstreifigen Ein- und Ausfallstraßen aller Kategorien (einschließlich Autobahnen) sollten möglichst Busspuren freigehalten werden, so dass Busse nicht zusammen mit schwach besetzten Pkw im Stau stehen.

Bund und Länder müssten die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Finanz- und Personalressourcen in den Kommunen erhöht werden können und die Verkehrswende schneller vorankommt, heißt es weiter. Effektive Instrumente seien höhere Parkgebühren, Geschwindigkeitsbegrenzung und Verkehrsberuhigung. Bund und Länder sollten den Kommunen hier mehr Handlungsspielraum eröffnen und die rechtlichen Voraussetzungen anpassen, etwa durch Änderungen im Straßenverkehrsgesetz und in der Straßenverkehrsordnung.

System effizienter steuern

Der Handlungsbedarf im öffentlichen Verkehr hat sich laut Studie durch die Folgen der Pandemie deutlich verschärft. Verkehrsunternehmen müssten mehr investieren, um Hygienekonzepte umzusetzen, bei weniger Fahrgästen und dadurch weniger Einnahmen. Hinzu komme der ohnehin angestrebte und notwendige Ausbau des Angebots. Neben den aktuellen Sonderförderprogrammen müssten Bund und Länder über den bislang schon geleisteten Eigenanteil der Kommunen hinaus auch langfristig für eine solide Kofinanzierung aus Steuermitteln sorgen. Digitalisierung könne dazu beitragen, das System effizienter zu steuern und Dienstleistungen zu kombinieren.

Eine positive Bilanz zieht die Studie für das Handeln der Kommunalverwaltungen in der Krise. Sie hätten an vielen Stellen schnell und entschlossen reagiert und Experimente gewagt, etwa bei der Einrichtung temporärer Radwege und Freischankflächen. Um darauf aufzubauen und die Verkehrswende langfristig schneller voranzubringen, müssten die Verwaltungen personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Neben zusätzlichen Mitteln aus Bund und Ländern sollten dafür auch Qualifizierungs- und Quereinsteigerprogramme aufgelegt werden. Schließlich müssten Bund und Länder klimaschädliche Anreize wie das Dienstwagenprivileg abbauen und die Finanzierungsmöglichkeiten erweitern, etwa bei der probeweisen Erhebung von Straßennutzungsgebühren oder von Abgaben für den ÖPNV. **DK**

Erlangen:

Erste Fahrradstraße im neuen Gestaltungskonzept

Mitarbeiter des städtischen Bauhofs haben die erste Fahrradstraße im neuen und einheitlichen Stil in der Hugenottenstadt markiert und hergestellt. Dafür wurde das vergleichsweise kurze und übersichtliche Stück an der Wöhrmühle ausgewählt.

Auf Basis dieser Maßnahme sollen 2021 weitere Fahrradstraßen neu markiert und beschildert werden. Das hatte der Stadtrat im vergangenen Jahr beschlossen. Vorangegangen war eine Initiative des ADFC Erlangen zur Aufwertung der Fahrradstraßen.

Vorrangiges Ziel ist es, sie als wichtige Elemente im Radverkehrsnetz für alle Verkehrsteilnehmer besser erkennbar zu machen. „Die einheitliche und prägnante Gestaltung aller Fahrradstraßen soll den Wiedererkennungswert heben und zu einer guten Akzeptanz beitragen“ erläutert Baureferent Josef Weber das Konzept.

Bestandteile der Neuerung sind zum Beispiel rote Fahrbahnrandmarkierungen sowie Piktogramme in regelmäßigen Abständen. ❐



Bild: MVV

MVV-Packerlbus erleichtert Weihnachtseinkäufe in der Münchner City

Für einen entspannten Weihnachtseinkauf im Einzelhandel vor Ort bietet der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) auch im herausfordernden Jahr 2020 seinen Fahrgästen an den vier Adventssamstagen die Möglichkeit, Tüten und Taschen kostenlos im MVV-Packerlbus zwischenzulagern. Zusätzliche Hygienevorkehrungen gewährleisten eine sichere Nutzung dieses Angebotes.
Der MVV-Packerlbus steht an allen vier Adventssamstagen, jeweils von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr vor dem Jagdmuseum in der Fußgängerzone, an der Ecke Kaufinger- und Augustinerstraße, bereit. Der Service ist für alle kostenlos, die ihre Fahrkarte von MVV, Oberbayernbus, DB, BRB oder ALEX vorzeigen.

ADAC Expertenreihe:

Verkehrsraum wird immer enger

In deutschen Städten und Gemeinden steht den wachsenden Verkehrsmengen ein knapper werdender Platz gegenüber. Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer konkurrieren untereinander um diesen begrenzten Verkehrsraum.

In der diesjährigen ADAC Expertenreihe ist der ADAC Nordbayern zusammen mit dem ADAC e.V., dem ADAC Südbayern und dem ADAC Württemberg sowie Fachexperten aus Verwaltung, Industrie und Wissenschaft der Frage nachgegangen, wie ein Mobilitätswandel gestaltet werden kann, der die Verkehrsinfrastruktur ebenso miteinschließt wie das Mobilitätsverhalten der Bürger.

„Bei der Neugestaltung städtischer Straßenräume muss in erster Linie dafür Sorge getragen werden, dass Mobilität erhalten bleibt und keine neuen Gefahren im Straßenverkehr entstehen“, stellte Thomas Dill, Vorstand für Verkehr, Technik und Umwelt beim ADAC Nordbayern klar. Die vortragenden Experten zeigten im Anschluss unter anderem auf, welche planerischen Ansätze es zur Auflösung von Flächenkonflikten gibt, wie diese sich auswirken und wie eine gesellschaftliche Akzeptanz für entsprechende Maßnahmen erzielt werden kann.

In den Fachvorträgen wurde deutlich, dass das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielt und Verkehrsraum benötigt. So besitzen 80 Prozent der Haushalte in Deutschland mindestens einen PKW, in Städten sind es jedoch nur 58 Prozent. In einer Großstadt wie Nürnberg ließ sich im Zeitverlauf beobachten, dass der innerstädtische KFZ-Verkehr zwar abnimmt und der Radverkehr zunimmt. Außerhalb des innerstädtischen Kernbereichs besteht jedoch gleichzeitig weiterhin ein ungebrochener Trend zum motorisierten Individualverkehr. Dass die wachsenden Verkehrsmengen zu Flächenkonflikten führen können wird aus einer Umfrage des ADAC deutlich:

So stimmt zum Beispiel nur jeder fünfte Verkehrsteilnehmer der Aussage zu „Das Verkehrsgeschehen in meiner Stadt ist heute von gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt.“ Autofahrende ärgern sich über Fahrradfahrende und umgekehrt. Zufußgehende ärgern sich wiederum über Fahrradfahrende, E-Scooter und parkende Autos.

Um diese Flächenkonflikte aufzulösen und verkehrliche Belastungen in Städten zu reduzieren, bestehen unterschiedliche Möglichkeiten. Denkbare Maßnahmen umfassen unter anderem die stärkere Vernetzung des ÖPNV mit anderen Verkehrsträgern, eine Senkung der Fahrpreise bis hin zu Mobilitätsstationen sowie höhere Investitionen in Radwege. So möchte Nürnberg beispielsweise den Radetat von aktuell 3 Mio. Euro bis 2023 auf 10 Mio. erhöhen. Dass die Akzeptanz einer Umverteilung von Verkehrsraum nicht zwangsläufig auf Widerstand stößt, zeigt eine Umfrage des ADAC, bei der 42 Prozent der Befragten sich vorstellen konnten Verkehrsflächen zugunsten von Fußgängern und Fahrradfahrern umzuwandeln. Hier war jedoch die Bereitschaft höher eine Fahrspur anstatt eine Parkfläche zu verwenden.

Erfolgversprechende Ansätze zur Auflösung der Flächenkonflikte sind vor allem großräumige und ganzheitliche Konzepte. Hier sollten klare Zielsetzungen mit einem klaren Maßnahmenplan formuliert werden, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. ❐

Mittelfranken:

Schieneninfrastruktur ausbauen

CSU-Bezirksvorsitzender Herrmann setzt auf mehr öffentlichen Verkeh

„Die Mobilität im ländlichen Raum und in den Ballungsräumen stellt uns vor besondere Aufgaben“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim ersten virtuellen Bezirksparteitag seiner Partei. Gezielt hatte die CSU dabei den Blick auf den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Mittelfranken gerichtet, „um attraktive Angebote für Bürgerinnen und Bürger sowie positive Effekte für die Umwelt zu erzielen“.

Auch wenn die Corona-Krise „unsere Gesellschaft gegenwärtig vor enorme Herausforderungen stellt“, dürften andere wichtige Themen nicht aus dem Blickfeld verloren gehen. In dem beschlossenen und vom Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig, der stellvertretenden CSU-Bezirksvorsitzenden Cornelia Trinkl, dem JU-Bezirksvorsitzenden Konrad Körner und vor allen Dingen von Kommunalpolitikern mitinitiierten Leitantrag „Zukunft Schiene – Bahnprojekte in Mittelfranken“ werden zahlreiche Projekte genannt, die sich die CSU „ohne Anspruch auf Vollständigkeit“ vorrangig widmen will.

Attraktives Mobilitätsangebot schaffen

„Wir setzen Mittelfranken aufs richtige Gleis“: Unter dieser Überschrift sieht der Bezirksverband die Notwendigkeit eines forcierten zügigen Ausbaus der Infrastruktur für den Schienenverkehr im Großraum Nürnberg und in den ländlich strukturierten Regionen Mittelfrankens mit entsprechenden weiterführenden Anschlüssen. „Wir wollen ein modernes und attraktives Mobilitätsangebot schaffen, weil für eine starke Region die Mobilität und damit die Verkehrswege und deren Koordinierung von fundamentaler Bedeutung sind“, so Vorsitzender Herrmann. „Deshalb unterstützen wir eine Politik, die vermehrt auf öffentlichen Verkehr setzt.“

Gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Bayern will die CSU-Planungen und Ausbau hierzu im Raum Mittelfranken tatkräftig vorantreiben. „Wir begrüßen ausdrücklich die positiven Weichenstellungen seitens des Freistaates Bayern. Wir setzen uns dafür ein, dass die bereits in Planung befindlichen Projekte zügig umgesetzt und neue notwendige Maßnahmen in Angriff genommen werden“, heißt es deshalb auch im Leitantrag, der besonders die Schwerpunkte in den verschiedenen Regionen und das „Ausbauprogramm S-Bahn-Nürnberg“ beleuchtet.

So sollen mit dem Ausbau der S-Bahn in der Metropolregion die angrenzenden Landkreise und Städte zielgerichtet angeschlossen werden. Gefordert wird auch „eine Beschleunigung des Verfahrens“ beim so genannten „Fürther Verschwenk“, es werden neue und insgesamt barrierefreie Haltepunkte ebenso genannt, wie Beschleunigungen und Elektrifizierung bei der zu reaktivierenden „Hesselbergbahn“ und der „Romantischen Schiene“ mit Anbindungen zum Beispiel auch nach Baden-Württemberg. Die CSU hält ferner eine Taktverdichtung auf der IC-Strecke Nürnberg-Stuttgart für wichtig und will, „dass ohnehin durch Ansbach fahrende ICE-Züge nach dem barrierefreien Umbau dort auch halten“, was besonders Landrat Dr. Jürgen Ludwig vehement einfordert.

Im Verlauf der virtuellen Diskussion ging es um die Tarifsystematik, um weitere Projekte in den Landkreisen Nürnberger Land und Roth sowie um den für notwendig erachteten Schienenanschluss der Industriestadt Herzogenaurach. Alt-Oberbürgermeister Professor Dr. Siegfried Balleis und der Wahlkreisabgeordnete und frühere Bundesminister Christian Schmidt fordern die Bayerische Staatsregierung dazu auf, „geeignete Bahnstrecken in Mittelfranken zu identifizieren, auf welchen die Einrichtung einer Wasserstoff-Traktion als Pilotprojekt sinnvoll und zeitnah umsetzbar erscheint“. Balleis und Schmidt könnten sich vorstellen, dass zum Beispiel die Zenngrundbahn oder die Gräfenberg-Bahn geeignet wären. **pmw**



21. Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Kreislaufwirtschaft und Deponietechnik

Verwertung und Beseitigung: Diese beiden Säulen der abfallwirtschaftlichen Daseinsvorsorge bestimmten die diesjährigen Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg, veranstaltet vom Kumas-Umweltnetzwerk gemeinsam mit den Kooperationspartnern AU Consult, Bayerisches Landesamt für Umwelt und bifa Umweltinstitut.

Auf die wesentlichen Stellschrauben bei der Erfassung verwertbarer Abfälle und den Paradigmenwechsel in der Berechnung von Recyclingquoten ging eingangs Dr. Andreas Jaron (Bundesumweltministerium) ein. Nicht mehr nur die getrennt erfasste Menge an Wertstoffen sei nun maßgeblich, sondern die tatsächlich wieder in den Stoffkreislauf zurückgebrachten Mengen. Nun müssten also Verluste im Recyclingprozess berücksichtigt werden und dies habe laut Daten des Umweltbundesamtes zur Folge, dass bei Verpackungen die Recyclingeffizienz auf nur noch 20 % sinke.

Recyclingquoten

Insbesondere beim Recycling von Verkaufsverpackungen aus Kunststoff stelle sich aber mehr und mehr die Frage nach dem ökologischen Nutzen immer höherer Recyclingquoten, erklärte Jaron. Die Recyclingquote von lediglich 20 % der erfassten Menge lasse sich bei der Vielfalt der eingesetzten Stoffe wohl nur schwer steigern. Eine thermische Behandlung mit entsprechender, optimierter Nutzung des freigesetzten Energieinhalts könnte ggf. gesamtökologisch wohl besser bewertet werden als die Produktion minderwertiger Sekundärrohstoffe, für die aktuell kein Absatzmarkt bestehe. Der erhebliche Energieeinsatz für Sammlung, Sortierung und Verarbeitung könnte vermieden und so auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Entsorgung gemischter Gewerbeabfälle

Otto Heinz, Vizepräsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) und Dr. Siegfried Kreibe, Mitgeschäftsführer des bifa Umweltinstituts, stellten die Studie zur „Entsorgung gemischter Gewerbeabfälle in Bayern“ vor. Wesentliches Ergebnis sei, dass in der Getrennthaltung und -erfassung von Gewerbeabfällen noch großes Potenzial steckt und sich die Recyclingquoten so steigern lassen. Dies führe in der Folge auch zu einer Entlastung der Anlagen für die thermische Behandlung. Als weiteres Potenzial wurde die bereits von Jaron geforderte strikte Trennung biogener Abfälle identifiziert.

Das Forschungsvorhaben „ProBio“ präsentierte Christian Letalik von der Gütegemeinschaft Kompost Region Bayern, München. Erstmalig arbeiten hier Fachleute aus der Wissenschaft, der ökologischen Landwirtschaft, der Kompostbranche und der Meinungsforschung über mehrere Jahre eng zusammen, um neue Erkenntnisse über den Einsatz von gütegesichertem Kompost im Ökolandbau zu gewinnen. Ziel des Projekts ist, auf der Basis wissenschaftlich abgesicherter Daten über die Wirkung von Komposten auf Boden, Pflanze und Umwelt und damit deren Akzeptanz im Ökolandbau zu steigern.

Kompostbranche im Visier

Da in dem höchst sensiblen Umfeld aus Nahrungsmittelproduktion (Landwirtschaft) und Verbraucher nur höchste Kompostqualitäten langfristig absetzbar sind, ist die Kompostbranche angehalten, diese bestmögliche Qualität auch bereitzustellen. Für eine optimierte Produktions- und Lieferkette einerseits und für die fachgerechte Anwendung im Ökolandbau andererseits sollen Leitfäden entwickelt werden, die bundesweit in der Kompostbranche und im ökologischen Landbau zum Einsatz kommen.

Der zweite Veranstaltungstag widmete sich traditionell der Deponie als weiterhin unverzichtbarem Bestandteil einer geordneten Abfallentsorgung. Dr. Peter Kersandt von avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte gab zunächst einen Überblicksvortrag zur Entwicklung des Deponierechts in der EU und im Bund. Insbesondere ging er auf die im Jahre 2020 geänderte Deponieverordnung (DepV) ein, die mit Wirkung zum 1. Januar 2024 ein Deponierungsverbot für Abfälle, die vorbereitend zur Wiederverwendung oder zum Recycling getrennt gesammelt werden und für Abfälle, die einer Verwertung zugeführt werden können, umfasst. Das Deponierungsverbot habe jedoch dort seine Grenzen, wo es „keinen ausreichenden Markt zur Aufnahme des gesamten Aufkommens für die technisch gesehen grundsätzlich verwertbaren Abfällen gibt“, erläuterte Kersandt. Als Beispiele nannte er hierfür vor allem mineralische Abfälle mit einem mengenmäßig hohen Aufkommen.

Optimierte Nutzung von Deponiestandorten

Die optimierte Nutzung bestehender Deponiestandorte erläuterte Xenia Mittermayr (AU Consult, Augsburg). Mit dem aus der technischen Anleitung Siedlungsabfall resultierenden Verbot der Ablagerung von Abfällen mit organischen Inhaltsstoffen ab 1. Juni 2005 seien die Ablagerungsmengen auf den bestehenden DK I- und DK II-Deponien stark zurückgegangen. Als Folge der geringen Ablagerungsmengen habe sich die Restlaufzeit der bestehenden Deponien erhöht und in den Folgejahren sei nur noch in geringem Umfang neuer Deponieraum benötigt worden.

Zwischenzeitlich ist der ursprünglich vorhandene Deponieraum laut Mittermayr weitgehend verbraucht, so dass vermehrte Aktivitäten zur Schaffung neuen Deponieraums fest zustellen sind. Ein weiterer Grund für das Erfordernis neuen Deponieraums sei die Mantelverordnung bzw. die darin enthaltene Ersatzbaustoffverordnung. Es werde erwartet, dass nach Inkrafttreten der Verordnung größere Mengen an Abfällen, die aktuell noch zur Verfüllung von Gruben und Brüchen eingesetzt werden, in DK 0- bzw. DK I-Deponien deponiert werden müssen. Nachdem die Genehmigung neuer Standorte für Deponien in der Regel aufwändig ist und häufig gegen den Widerstand der Anlieger durchgesetzt werden muss, gewinne die optimierte Ausnutzung von bestehenden Deponiestandorten an Bedeutung.

Deponie Burgau

Anhand von Praxisbeispielen aus der Planungstätigkeit von AU Consult verdeutlichte Mittermayr, dass bei vielen bestehenden Deponiestandorten ein erhebliches Potenzial für zusätzliches oder höherklassiges Deponievolumen besteht. Dies gelte unter anderem für die Deponie Burgau im Landkreis Günzburg (Hochstufung der Deponieklasse mit einer Zwischenabdichtung) ebenso wie für die Deponie Gosberg im Landkreis Forchheim (Einbettung eines neuen DK II-Bereichs in die bestehende Altdeponie).

Die Ertüchtigung der Deponie Gosberg ist aus Mittermayrs Sicht ein Beispiel dafür, dass durch die intelligente Kombination von – bei separater Ausführung kostenaufwändigen – Einzelmaßnahmen eine insgesamt wirtschaftliche Ausführung des Gesamtvorhabens erreicht werden kann.

Im vorliegenden Fall ergäben sich durch die Kombination der Ertüchtigung des Sickerwassererfassungssystems mit der Herstellung des neuen DK II-Abschnitts vielfältige Synergien, die zu erheblichen Kosteneinsparungen gegenüber der Einzelausführung führen. In Kombination mit der durchgeführten Optimierung der Deponieform sei davon auszugehen, dass sich die Baumaßnahmen für den Landkreis Forchheim mittelfristig zumindest kostenneutral darstellen werden. **DK**



Die Rechen schützen die Turbine und fangen Plastikmüll ab. Bild: LVBW/Otto Mitterfelner

Entsorgung von Plastikmüll aus Gewässern:

Wasserkraftanlagen leisten signifikanten Beitrag

In Bayern entfernen Wasserkraftwerksbetreiber jedes Jahr zehntausende Tonnen Treibgut, Zivilisationsabfall und Plastik aus Bächen, Kanälen und Flüssen, so das Resümee der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten MicBin-Studie. In einem Teilprojekt untersuchten die Projektpartner speziell die Entsorgung von Plastikabfällen im bayerischen Donaugebiet.

Wasserkraftanlagen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Entsorgung von Plastikmüll aus Gewässern. Dies ist das Ergebnis einer Studie im Rahmen des Verbundprojektes „MicBin - Mikroplastik in Binnengewässern“. Sieben Partner aus der Wirtschaft und Forschung sowie von Behörden untersuchten den Eintrag und Verbleib von Plastik in Gewässern im Donaugebiet.

Basierend auf unterschiedlichen Szenarien kommen sie zu dem Schluss, dass jedes Jahr bis zu rund 290 Tonnen Makroplastik von Betreibern von Wasserkraftanlagen aus Fließgewässern im bayerischen Donaugebiet entsorgt werden. Der Großteil davon sind Verpackungsabfälle wie Kunststoffflaschen, aber auch Abfälle aus dem Agrarsektor wie Folien und Pflanzentöpfe sowie Bau-Müll wie Styropor werden entnommen und entsorgt.

Austragung von Plastikmüll im bayerischen Donaueinzugsgebiet

Das MicBin-Verbundprojekt ist im Forschungsschwerpunkt „Plastik in der Umwelt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) angesiedelt. Im Zeitraum 2017 bis 2021 fördert das BMBF 18 Verbundprojekte und ein wissenschaftliches Begleitvorhaben, in denen die Wirkung von Kunststoffen auf die Umwelt erforscht wird.

Im Arbeitspaket 4.1 von MicBin (Untersuchung von Wasserkraftanlagen) wurde erstmals der Eintrag von Kunststoffpartikeln (Makro-, Meso- und Mikroplastik) für ein größeres Einzugsgebiet eines Binnengewässers bilanziert. Exemplarisches Untersuchungsobjekt ist das bayerische Donaueinzugsgebiet. Der Bericht zu diesem Arbeitspaket, der in diesem Jahr veröffentlicht wurde, fasst die Ergebnisse der Analyse von Kunststoffmengen zusammen, die an Staustufen und Wasserkraftwerken ausgetragen werden.

Das Untersuchungsgebiet des Bayerischen Donaugebietes erstreckt sich über ein Gewässernetz von rund 19.000 Flusskilometern und Kanälen sowie 39 Seen. Die Donau ist das Hauptgewässer. Das Berechnungsmodell zur Kunststoffaustragung bezieht sich auf rund 3.300 von 4.200 Wasserkraftanlagen in Bayern.

Umfangreiche Datensammlung

Für die Untersuchung wurden die Mengen erfasst, die in den Jahren 2014 bis 2017 in den Rechen von 66 großen Wasserkraftanlagen abgefangen wurden. Eigentliche Funktion der Gitterstäbe (Rechen) ist der Schutz der Turbinen.

Weiterhin wurden mit Unterstützung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. zehn Betreiber von kleinen Wasserkraftanlagen befragt. Die VWB lieferte auch die Ergebnisse einer Umfrage zum entnommenen Zivilisationsmüll mit rund 180 Mitgliedern zu. Für die Studie fanden Vor-Ort-Besuche, Online-Befragungen, persönliche und telefonische Expertengespräche statt.

Austragung und Entsorgung auf eigene Kosten

Die befragten Kraftwerksbetreiber tragen zunächst das in den Rechen angesammelte Gut aus. Anschließend sortieren sie den Abfall manuell und separieren nicht-biogene Stoffe wie Kunststoffe, Glas, Metall, Autoreifen und Sperrmüll. Danach entsorgen sie den Abfall getrennt nach Müllfraktionen: gelber Sack, Papier, Glas, Metall, Altholz und Restmüll. Die Kosten hierfür übernehmen die Anlagenbetreiber.

Die Projektpartner entwickelten drei Szenarien (Minimalmenge, Mittlere Menge, Maximalmenge) für die Menge des ausgetragenen Plastikmülls pro Jahr. Die Austragungsmengen von Makroplastik im bayerischen Donaueinzugsgebiet liegen zwischen ca. 80 und 290 Tonnen (= 290.000 Kilogramm) pro Jahr. Darin enthalten sind Abfälle aus Gewässern in Baden-Württemberg, die in die Donau eingeleitet und nach Bayern weitergeleitet werden.

In Szenario C mit der höchsten Austragsmenge werden jedes Jahr rund 348 Tonnen Makroplastik in die Gewässer im Donaugebiet eingetragen. Von diesen entfernen und entsorgen Wasserkraftwerksbetreiber rund 293 Tonnen (84 Prozent). „55 Tonnen (16 Prozent) verbleiben laut Studie leider trotzdem noch in den Gewässern, zum Beispiel am Ufer“, sagt Otto Mitterfelner, Mitglied des Vorstands des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG.

Michael Müller, Vorstandsmitglied der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V., fasst zusammen: „Neben der CO2-freien Energieerzeugung, der Grundwasserstabilisierung und dem Hochwasserschutz ist die Austragung von Wohlstandsmüll eine weitere wichtige Funktion der Wasserkraft. Der Allgemeinheit werden so hohe Kosten erspart und der Zustand der Gewässer wird verbessert.“

Die Koordination des Projekts liegt beim DVGW-Technologiezentrum Wasser in Karlsruhe. ❒

„Einmal ohne, bitte“ im Landkreis Pfaffenhofen gestartet:

Pack die Mehrwegbox ein!

Mit Müll ist jeder von uns tagtäglich persönlich konfrontiert. Im Gegensatz zu CO2-Emissionen ist er sichtbar und meist relativ einfach zu vermeiden. Trotzdem steigt das Siedlungsabfallaufkommen pro Kopf kontinuierlich an. Das Bundesumweltamt meldet ein Hoch von 107,7 kg Verpackungsabfall pro Kopf für 2018. Damit ist Deutschland trauriger Europameister.

„Diesem Trend möchten und müssen wir gezielt entgegenwirken. Umwelt- und klimaschonendes Einkaufen soll sich im gesamten Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm etablieren“, so Landrat Albert Gürtner. Den mittlerweile fast schon obligatorischen Stoffbeutel hätten die meisten Konsumenten dabei. „Doch wie wäre es, künftig mal einen Schritt weiter zu gehen und beim Einkauf von beispielsweise Backwaren, Käse, Wurst und Fleisch oder anderen Lebensmitteln diese in ein mitgebrachtes Behältnis füllen zu lassen?“, so Doris Rottler vom Fachbereich Energie und Klimaschutz am Landratsamt Pfaffenhofen.

Problemloses Befüllen

Damit das verpackungsfreie Einkaufen möglichst einfach und ohne schiefe Blicke machbar ist, hat Doris Rottler Kontakt zum Münchner Verein rehab republic e.V. aufgenommen. Dieser hat die Kampagne „Einmal ohne, bitte“ entwickelt: Bunte Aufkleber an Schaufenstern oder Theken signalisieren, dass die Ware problemlos direkt in die mitgebrachten Behältnisse gefüllt wird. So soll das verpackungsfreie Einkaufen für Kundinnen und Kunden leichter gemacht werden.

Zusätzlich werden die teilnehmenden Läden in eine bundesweite Online-Karte unter www.einmalohnebitte.de aufgenommen, wo sich Verbraucherinnen und Verbraucher schon vor ihrem lokalen Einkauf informieren können. Teilnehmende Unternehmen erhalten ein Merkblatt, worauf die Verkäuferinnen und Verkäufer im Umgang mit kundeneigenen Behältnissen hinsichtlich der Lebensmittelhygiene achten müssen.

Doris Rottler: „Letzten Endes liegt die Entscheidung beim Verkaufspersonal: Erscheint eine Tupperdose oder die Lunchbox nicht sauber oder unbeschädigt, kann die Befüllung abgelehnt werden.“

Erfahrungswerte

Seit Ende Oktober machen das Kommunalunternehmen Strukturentwicklung (KUS) und das Landratsamt Läden und Gastronomen gezielt auf die Kampagne aufmerksam. Der Anfang wurde gemacht: Von Metzgereien über Bäcker bis hin zu Direktvermarktern und natürlich den Unverpackt-Läden konnten bereits einige Händler und Gastronomen für die Kampagne gewonnen werden. „Gerade einigen Anbietern von Take-Away-Mittagessen ist die Ausgabe von Mittagessen in Styroporpackungen ein Graus, die springen gerne auf die Kampagne auf“, berichtet Doris Rottler von ihren Erfahrungen. Weitere Läden und Gastronomen, die ganz oder teilweise unverpacktes Einkaufen ermöglichen, werden jederzeit gerne mit aufgenommen. ❒

Innovationspreis Bayern:

Sonderpreis für Mehrweg-Kaffeekapsel aus Lichtenfels

Die Müller Mechanik GmbH & Co. KG, Lichtenfels, ist mit dem Sonderpreis der Jury beim Bayerischen Innovationspreis 2020 ausgezeichnet worden. Der oberfränkische Betrieb mit drei Mitarbeitern entwickelte die wiederverwendbare Mehrweg-Kaffeekapsel capseco, die etwa 150 Mal wiederverwendet werden kann.

capseco ist die umweltbewusste und smarte Alternative zu Einweg-Kaffeekapseln. Durch die Kombination der flexiblen Kapsel mit einem speziellen Filtereinsatz ist das patentierte Kapselsystem einzigartig. Wer umweltbewusst Kaffee zubereiten möchte, füllt seine gemahlene Lieblingssorte in die wieder befüllbare Kapsel und genießt alle Vorteile von Kaffee auf Knopfdruck – aber mit gutem Gewissen.

Dank des flexiblen, isolierenden Materials ist die recycelbare Kapsel kinderleicht in der Handhabung und sehr robust. Das Material, das zum Beispiel auch häufig für Babyschnuller verwendet wird, ist silikon- und latexfrei und enthält weder Weichmacher noch Bisphenol A.

Zudem schont capseco nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel, denn eine Tasse Kaffee kostet im Vergleich nur einen Bruchteil. **DK**

Statusbericht der Deutschen Kreislaufwirtschaft 2020

Aktuelle Leistungen, die wirtschaftliche Bedeutung und die künftigen Herausforderungen der Kreislaufwirtschaft durch den Klima- und Ressourcenschutz stehen im Mittelpunkt des „Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft 2020“. Darin informieren insgesamt 15 Verbände, Vereine und Unternehmen quer durch alle Werkstoffe und Abfallfraktionen.

Seit der ersten Veröffentlichung des Statusberichtes im Jahr 2018 haben wichtige Entwicklungen ihren Anfang genommen. Dies gilt zunächst für die Corona-Krise, die nicht nur die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Branche, sondern auch ihre Systemrelevanz für die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unter Beweis gestellt hat. Das Ansehen der Branche und vor allem der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist seit Anfang des Jahres 2020 in der Bevölkerung deutlich gestiegen.

„Kreislaufwirtschaft fängt nicht beim Abfall an, sondern beim Produktdesign. Nur recyclingfähige Produkte können im Kreislauf geführt werden. Die Produkte wiederum sollten aus recyceltem Material hergestellt und von öffentlicher Hand, Gewerbe, Industrie und Privatkonsumenten nachgefragt werden“, machte Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, deutlich. Von diesem Ziel sei man leider noch ein ganzes Stück entfernt.

„Was nützt Recycling, wenn die Recyclingprodukte nicht eingesetzt werden?“, fragte Rehbock. Aus seiner Sicht fehlt nach wie vor der Wille, das Ruder herumzureißen. Machbar wäre dies, denn allein Bund, Länder und Kommunen verfügten über ein direktes Beschaffungsvolumen von jährlich mehr als 122 Milliarden Euro. „Sie haben es in der Hand der Kreislaufwirtschaft den entscheidenden Impuls zu geben und aus Worten endlich Taten werden zu lassen.“

Zu einem richtigen Verständnis von Kreislaufwirtschaft gehöre auch zu erkennen, dass der weltweite Handel mit aus Abfällen gewonnenen Sekundärrohstoffen sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch sinnvoll ist. „Wir haben beispielsweise in Deutschland ein gut funktionierendes Erfassungssystem für alle wichtigen Sekundärrohstoffe, wie beispielsweise Fe- und NE-Metallschrotte oder auch Altpapier. Es wird dabei mehr gesammelt als in Deutschland oder der Europäischen Union wiedereingesetzt werden kann. Da ist es gut und richtig, dass diese Sekundärrohstoffe dorthin exportiert werden, wo sie benötigt werden“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer. Genauso richtig sei es aber auch zu verhindern, dass Müll aus Deutschland an den heimischen Aufbereitungsanlagen vorbei irgendwo billig im Ausland verklappt wird.

Kommunale Abfallgebühren

Laut Studie ist der Leistungsumfang der Kreislaufwirtschaft durch die hohen Standards für die Behandlung der Abfälle und die Kreislaufführung der Rohstoffe sehr umfangreich. In Anbetracht des hohen Aufwandes liegen die durchschnittlichen Kosten der privaten Haushalte für die Abfallentsorgung mit etwa 70 bis 120 Euro je Einwohner und Jahr wohl deutlich unter dem, was die Bürgerinnen und Bürger vermuten würden: Nach Umfragen des INFA werden die kommunalen Abfallgebühren von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu 5 mal so hoch eingeschätzt, wie sie in den jeweiligen Kommunen tatsächlich anfallen.

Die kommunalen Abfallgebühren decken die Kosten für die Sammlung, den Transport und die umweltgerechte Entsorgung insbesondere der Restabfälle, des Sperrmülls sowie der Verwertung von Bioabfällen und Papier. Die Kosten für die Verwertung von Verpackungsabfällen (gelber Sack bzw. Behälter) werden über Lizenzentgelte gedeckt, die vom Hersteller für jede einzelne Verpackung an die Dualen Systeme zu entrichten sind und die die Verbraucher bereits beim Kauf des Produktes/der Verpackung bezahlen. Zusätzlich zu den Abfallgebühren entstehen den Bürgerinnen und Bürgern weitere Kosten von rund 14,90 Euro pro Jahr bzw. rund 1,24 Euro pro Monat und Einwohner. Die durchschnittliche Monatsbelastung teilt sich wiederum auf in Beträge für die Verwertung von Glas in Höhe von 7 Cent, die Verwertung von Papier, Pappe, Karton (PPK) in Höhe von 27 Cent und von Leichtverpackungen (LVP) in Höhe von 90 Cent.

Kritisch beobachtet der bvse, dass die Recyclat-Nachfrage deutlich eingebrochen ist. Der Grund hierfür sei banal: Die kunststoffverarbeitende Industrie setzt wieder verstärkt auf Neuware, weil diese inzwischen konkurrenzlos günstig zu haben ist. „Wir brauchen ein Level Playing Field, das Recyclaten und damit dem Kunststoffrecycling als wichtigem Part im Um- und Ausbau einer Kreislaufwirtschaft eine faire Chance gibt. Der klimaschädliche CO2-Rucksack, der bei der Produktion von Kunststoffneuware entsteht, bleibt bei der Preisbildung bislang nämlich völlig außen vor. Dies muss sich dringend ändern. Klimaschutz und Recycling müssen gleichermaßen gestärkt werden. Wenn mehr Recyclate und weniger Kunststoffneuware eingesetzt werden, reduzieren sich die CO2-Emmissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden“, lautet daher die bvse-Forderung.

Klimaschutzpotenziale

Nach Ansicht von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp macht der veröffentlichte Statusbericht deutlich, wie wichtig es ist, die Klimaschutzpotenziale der Kreislaufwirtschaft mehr in den Fokus zu rücken. Das bisher Erreichte sei eindrucksvoll: Die Emissionen im Sektor Abfallwirtschaft sind seit 1990 von 38 Millionen Tonnen CO2eq um 75 Prozent auf knapp 10 Millionen Tonnen CO2eq im Jahr 2018 gesunken. Wesentliche Ursache dafür ist die Schließung von Deponien für die Ablagerung unvorbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005 und ihre sukzessive Abdichtung gegen Methangasemissionen. Dies sei dem Engagement der kommunalen Unternehmen zu verdanken.

Der Blick in andere EU-Staaten zeige, dass noch zu viele Abfälle zu Lasten des Klimas ungenutzt deponieren. Erst bis 2030 soll dieser Umgang mit Abfällen beendet werden. „Das ist bedauerlich, denn die Beendigung der Deponierung ist eine vergleichsweise kostengünstige Form des Klimaschutzes“, erklärte Hasenkamp.

Seit einigen Jahren beschleunige sich ein Trend, der sich ebenfalls positiv auf die Klimabilanz der Branche auswirkt. Kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe leisteten oft in Kooperation mit anderen Unternehmen einen zunehmenden Beitrag zur dezentralen Energieerzeugung und -versorgung sowie zur Sektorenkopplung: Sie übernehmen laut Hasenkamp die Versorgung von Industriestandorten mit Strom und Dampf, versorgen Bürgerinnen und Bürger mit Fernwärme, betanken Fahrzeuge mit aus Bioabfällen erzeugtem Biogas, wandeln Energie in speicherbaren Wasserstoff um oder nutzen Sonnen- und Windkraft auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen. „Damit trägt die Fernwärmeversorgung aus der Abwärme der Abfallverbrennung konkret zum Kohleausstieg bei.“

Besonderes Augenmerk der kommunalen Entsorger liege auf den Bioabfällen: 2017 wurden mehr als 10 Millionen Tonnen unter Regie der kommunalen Abfallwirtschaft getrennt gesammelt. Das war etwa ein Drittel mehr als noch im Jahr 2005. Die Bioabfälle werden zu Biogas und Komposten verwertet. Die Kompostierung bindet mehr als 30 Kilogramm CO2eq pro Tonne auf dem Acker, insgesamt also rund 300.000 Tonnen pro Jahr.

Hasenkamp zufolge sind die Potenziale der Bioabfallerfassung auch in Deutschland noch nicht vollständig genutzt. Zudem beeinträchtigt der hohe Anteil an Plastiktüten aus sogenanntem Bioplastik in der Biotonne die Qualität des erzeugten Komposts. Die kommunalen Entsorger werben daher in zahlreichen Kampagnen dafür, Abfälle konsequent und sauber getrennt zu sammeln. „Unsere Botschaft: ‚Wer seinen Müll sauber trennt, betreibt aktiven Klimaschutz!‘“ **DK**

Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“

Noch bis zum 31. Dezember 2020 haben kommunale Wertstoffhöfe die Möglichkeit, sich am Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu beteiligen. Der Wettbewerb wurde in diesem Jahr erstmalig ausgeschrieben und richtet sich an Wertstoffhöfe, die mit innovativen Konzepten einen herausragenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.
Bei der Beurteilung der Bewerbungen spielen ein guter Service, ein gutes Informationsangebot sowie die Umsetzung der Abfallhierarchie eine entscheidende Rolle. Moderne Wertstoffhöfe sollten als einladende, serviceorientierte und informative Orte der Kreislaufwirtschaft ausgestaltet werden. Auch umfassende Informationsangebote für Bürgerinnen und Bürger zu den Themen Abfallvermeidung, einer korrekten Abfalltrennung und dem Umgang mit Problemstoffen sind wichtig. Entsprechend der europäischen Abfallhierarchie sollten auch Wiederverwendungsangebote gefördert werden.
DUH-Projektseite zum kommunalen Wettbewerb „Grüner Wertstoffhof“ und den Ausschreibungsunterlagen: https://www.duh.de/projekte/wertstoffhoefe/wettbewerb ❐

„Unsere Öko-Modellregion hat enormes Potenzial“

Die Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘ ist eine von 27 Öko-Modellregionen in Bayern. Mit ‚Nürnberg, Nürnberger Land, Roth‘, ‚Oberallgäu Kempten‘, ‚Amberg-Sulzbach und Stadt Amberg‘ sowie ‚Stadt.Land.Augsburg‘ teilt sich die ‚Region Regensburg‘ das Alleinstellungsmerkmal: Stadt und Land in einem Öko-Modellregion-Verbund. „Unsere Öko-Modellregion hat enormes Potenzial“, bekräftigt Matthias Sabatier, einer der drei Projektmanager der Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘.

Der Geograf und Landwirt, der seit 1. Oktober 2020 von Monika Ernst unterstützt wird, kennt die Stärken des Landkreises Regensburg mit seinen gut 2.000 Landwirten, davon mehr als 200 Bio-Bauern, während Elke Oelkers, die die Öko-Modellregion seitens der Stadt Regensburg koordiniert, ein gutes Gespür für das Potential der städtischen Strukturen und die Bedürfnisse der gut 150.000 Stadtbewohnerinnen und -bewohner hat. Die zentrale Aufgabe der Troika ist nun, über Stadt und Land ein engmaschiges Netz aus „Regional“, „Bio“ und „Bio-regional“ zu legen.

Von „maximalen Individuen“ und Öko-Modellpionieren

„Think Big – Think Bio!“ – wenn es so einfach wäre, würden ein paar Netzwerktreffen und eine ‚Bio-Regional-Strategie‘ reichen. Aber so einfach ist es nicht, die Kernziele einer Öko-Modellregion zu verfolgen, die da wären:

- Steigerung der Öko-Anbaufläche
- Verbindung von Regionalität und ökologischer Erzeugung
- Erschließung vorhandener Potenziale sowie Belebung und/oder Aufbau von Strukturen mit engagierten Akteurinnen und Akteuren.

Hierfür braucht es ein Heer von „maximalen Individuen“, die die Themen „Bio“, „Regional“ und „Bio-regional“ vorantreiben. Eine dieser „maximalen Individuen“, wie Sabatier die Öko-Modellpioniere nennt, ist Melanie Ebner. Mit ihrem Mann und sechs Mitarbeiterinnen betreibt die Diätetisch geschulte Köchin in Wenzenbach ein Catering-Unternehmen, zugleich kocht sie täglich für mehrere Dutzend Schülerinnen und Schüler der Grundschule der Vielfalt und Toleranz in der Isarstraße in Regensburg zu 100 Prozent biologische Mahlzeiten.

„Bio-regional ist nicht immer einfach“, sagt Melanie Ebner. Die Strukturen sind (noch) nicht so ausgebaut, dass man zum Beispiel in einer hiesigen Großküche ausschließlich Bio-Produkte aus der Region verarbeiten könnte. Ein Beispiel: „Wenn man für 200 Kinder kochen muss, der Bauer aus der Region aber gerade nur für 100 Essen Rote Beete liefern kann, dann wird es eng“, erklärt Ebner. Wenn sie ausschließlich bio-regionale Mahlzeiten anbieten wollte, würde sie statt in der Küche am Telefon stehen, um die Bio-Bauern in der Region nach den benötigten Mengen Obst, Gemüse, Getreide, Fleisch, Eier, Nudeln et cetera abzuklappern. Zeit zum Kochen bliebe keine mehr.

Eine Entscheidung musste her und die fiel auf 100 Prozent Bio. „Vorerst“, denn Melanie Ebner würde 100 Prozent Bio aus der Region begrüßen. Vielleicht gelingt ihr 2030 die komplette Umstellung auf „bio-regional“, denn die bayerische Staatsregierung hat sich im Landesprogramm „BioRegio Bayern 2030“ zum Ziel gesetzt, die Öko-Anbaufläche bis zum Jahr 2030 auf 30 Prozent auszudehnen.

Das Potenzial von Stadt und Landkreis Regensburg in punkto „Bio-regional“ ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Ein vielversprechender Ansatz ist das Stichwort ‚Gemeinschaftsverpflegung‘. Per definitionem bedeutet Gemeinschaftsverpflegung die regelmäßige Verpflegung von Menschen in Betrieben, im Außer-Haus-Markt und in Gesundheitseinrichtungen. Klassische Beispiele sind Mensen, Kantinen, Großküchen in Krankenhäusern. Um das Thema in Stadt und Landkreis stärker zu platzieren, planen Sabatier, Ernst und Oelkers noch in diesem Jahr einen Workshop für interessierte Caterer und Kantinen in Schulen und Kindergärten. Dabei sollen Fragen rund um die Beschaffung, Kalkulation und Speiseplan-Umgestaltung behandelt werden. „Durch den Ausbau beziehungsweise die Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf Bio könnten wir den Hebel umlegen“, sind sich die Öko-Modellregion-Manager einig. Was bedeutet das konkret? „Höhere Preise und eine komplette Speiseplan-Umstellung“, erläutert Matthias Sabatier. Das Wichtigste ist jedoch eine Bewusstseinsänderung innerhalb der Bevölkerung – egal ob Stadt oder Land.

Weitere Öko-Modellpioniere willkommen

Was also braucht es, um dem Label Öko-Modellregion ‚Region Regensburg‘ gerecht zu werden? Matthias Sabatier, Monika Ernst und Elke Oelkers formulieren ihre Ziele wie folgt: Weitere Bio-Caterer, mehr bio-regionale Gemeinschaftsverpflegung, eine Bewusstseinsänderung innerhalb der Bevölkerung hin zu mehr Regionalität und Bio-Produkten, sowie eine bessere Vernetzung der Akteurinnen und Akteure untereinander, auch Öko-Modellregion-übergreifend, um den Aufbau (regionaler Bio-)Wertschöpfungsketten, sprich Erzeuger-Verarbeiter-Verbraucher-Ketten, weiter voranzutreiben. ❐

Stoppt das Müll-Debakel in den Altkleidercontainern!

Die bvse-Alttextilstudie, die in diesem Jahr veröffentlicht wurde, zeigt eine deutliche Zunahme der tatsächlichen Sammelmenge von Alttextilien in den letzten Jahren. Von rund 1 Million Tonnen im Jahr 2013 um 300.000 Tonnen auf rund 1,3 Millionen Tonnen Alttextilien. Eigentlich eine gute Nachricht.

Leider ergab die Studie aber auch einen hohen Schad- und Störstoffanteil in der Textilsammlung von rund 11 % der Gesamtmenge. Aktuell stellen die Altkleidersammler zudem fest, dass die Vermüllung der Altkleidercontainer seit Beginn der Corona-Pandemie noch einmal sprunghaft angestiegen ist.

Neben der Kleiderflut findet immer mehr textilfremder Müll den Weg in die Altkleidercontainer. Der Müll verschmutzt die gut erhaltenen Kleidungsstücke und macht sie für die weitere Verwendung, sowohl im Second-Handbereich als auch für das Recycling, unbrauchbar.

Für die privatwirtschaftlich und karitativ tätigen Unternehmen und Organisationen bedeutet der damit einhergehende Verlust wertvoller Alttextilien sowie die zusätzliche Belastung durch hohe Kosten für die Entsorgung des Restmülls einen enormen und existenzbedrohenden wirtschaftlichen Schaden.

Neben dem gegenüber dem Jahr 2015 verdoppelten Beseitigungsanteil nicht mehr recycelbarer Textilien sind auch die Beseitigungskosten in den Müllverbrennungsanlagen rasant gestiegen. In der Folge werden nun zunehmend Standplätze für Altkleidercontainer verringert oder die Altkleidersammlung ganz eingestellt, da eine zumindest kostendeckende Sammlung und weitere Bearbeitung in der Alttextilkette nicht mehr möglich ist.

Hoher Kostendruck

Schon jetzt ziehen kommunale Unternehmen, wie in Hamburg und Bremen, ihre Altkleidercontainer ab. Auch manche privaten Unternehmen und karitativen Organisationen mussten bereits diesen Schritt gehen, weil der Kostendruck inzwischen enorm hoch ist.

Damit daraus keine flächendeckende Entwicklung wird, appelliert bvse-Experte Thomas Fischer: „Die Altkleidercontainer sind ausschließlich für Altkleider/Alttextilien vorgesehen. Müll gehört weder in noch neben die Altkleidercontainer. Auf keinen Fall dürfen Kleidersäcke neben die Container gestellt werden. Sollten Container überfüllt oder verschlossen sein, nehmen Sie die ausgemusterte Bekleidung und Schuhe wieder mit nach Hause und werfen sie diese zu einem späteren Zeitpunkt ein.“ ❐

Umweltminister Glauber:

Bayerische Behörden sollen klimaneutral einkaufen

Ein neuer Leitfaden unterstützt Bayerns Behörden dabei, beim Einkaufen auf klimafreundliche und ressourcenschonende Waren und Dienstleistungen zurückzugreifen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich der Veröffentlichung in München: „Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben ein klares Ziel: Der Freistaat soll bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Auf diesem Weg wollen wir alle Akteure der öffentlichen Hand mitnehmen und sie bestmöglich unterstützen. Der Leitfaden zeigt, wie öffentliche Auftraggeber gezielt umwelt- und klimafreundliche Waren einkaufen können.“

Behörden sind Glauber zufolge große Auftraggeber: „Sie kaufen Bürobedarf, Technik und Verpflegung ein und vergeben viele Aufträge. Unser neuer Leitfaden ist ein praktischer Wegweiser, wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei Einkauf, Anschaffungen sowie im täglichen Verwaltungshandeln zur Richtschnur werden können. Ein Beispiel ist der Verzicht auf Einwegplastik. Mit dem Ratgeber setzen wir einen weiteren Baustein der Bayerischen Klimaschutzoffensive um und stärken die Vorbildfunktion unserer bayerischen Verwaltung.“

Bund, Länder und Kommunen in Deutschland beschaffen jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von über 350 Milliarden Euro. Diese reichen von Bürobedarf und Computern über Textilien bis hin zu Reinigungs- oder Verpflegungsdienstleistungen.

Der Leitfaden, den das Bayerische Landesamt für Umwelt im Auftrag des Umweltministeriums entwickelt hat, stellt Informationen zu verschiedenen Produktgruppen und passende Ausschreibungskriterien zur Verfügung und gibt Tipps und Hilfestellungen zur praktischen Umsetzung. Dabei orientiert sich der Leitfaden an den einzelnen Phasen des Vergabeverfahrens. Die Behörden können so noch zielgerichteter zum Klima- und Ressourcenschutz beitragen. ❐

Bayerischer Heilbädertag:

BHV fordert Rettungsfonds

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) sieht auf seine Mitglieder am Ende des Corona-Jahres existenzielle Nöte zukommen. Die beiden Lockdowns hätten für die Heilbäder und Kurorte dramatische finanzielle Folgen, erklärte Vorsitzender Alois Brundobler beim virtuellen Bayerischen Heilbädertag. In einem Brief an Ministerpräsident Markus Söder fordert der BHV einen Rettungsfonds.

„Allein bei den Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen haben wir bisher ein Minus von mindestens 10,4 Millionen Euro. Da sind die Folgen des zweiten Lockdowns noch gar nicht mit eingerechnet“, erläuterte Brundobler. Heilbäder und Kurorte seien dringend auf zusätzliche staatliche Hilfe angewiesen. Mit einer Brutto-Wertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro und 100.000 Arbeitsplätzen im ländlichen Raum seien sie ein starker Pfeiler in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus.

In den vergangenen Jahren hätten die Mitglieder kräftig investiert. Die Abzahlung der Kredite werde lange dauern, so Brundobler, der vor einer Zahlungsunfähigkeit warnte. Dies wäre nicht nur für das Gesundheitswesen, sondern auch für den Tourismus verhängnisvoll.

Der BHV-Vorsitzende verwies darauf, dass Kurorte im Vergleich zu anderen Kommunen hohe Ausgaben für den Unterhalt von Kurparks, Kurorchester und Thermen hätten, was laut Gemeindeordnung freiwillige Leistungen seien. Bad Füssing beispielsweise müsste nun einen Kredit aufnehmen, um diese Kosten zu finanzieren. Dies sei jedoch nicht möglich, weil auf freiwillige Leistungen keine Kredite aufgenommen werden dürfen. Die Bedarfszuweisung im Kommunalen Finanzausgleich werde auch nur für Kosten gewährt, die Pflichtleistungen betreffen.

Für langfristige Strategie nach Corona

Brundobler forderte die Bundesregierung und die Staatsregierung auf, eine langfristige Strategie für die Zeit nach Corona zu erarbeiten. „Es müsste ein Anliegen der Politik und der Krankenkassen sein, dass die Strukturen im Gesundheitswesen, für das Deutschland international anerkannt ist, erhalten bleiben. Dazu gehören auch und besonders die Heilbäder und Kurorte. Die Prävention muss in Zukunft eine herausragende Rolle in der Gesundheitspolitik spielen.“

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zufolge ist Bayern Deutschlands beliebtestes Gesundheitsreiseland. In keinem anderen Bundesland würden so viele Reha-Leistungen in Anspruch genommen wie im Freistaat. Dies werde auch so bleiben. Schließlich habe die Pandemie deutlich gemacht, wie wichtig Gesundheit ist. Das Geschäftsmodell von Heilbädern und Kurorten sei also aktueller denn je. „Ich bin deshalb überzeugt, dass unsere Heilbäder nach der aktuellen Krise wieder an diesen Erfolg anschließen werden. Die Betriebe werden die aktuelle Belastungsprobe mit Unterstützung der Hilfsmaßnahmen von Freistaat und Bund meistern.“

Kurorte als Teil der Lösung

Nach den Worten des bisherigen langjährigen BHV-Vorsitzenden und jetzigen Staatssekretär für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, „engagiert sich der Freistaat für die Kurorte in Bayern, nicht nur weil sie vor besonders großen Herausforderungen stehen etwa mit Blick auf die Instandhaltung der Infrastruktur von Bädern, Thermen und aller anderen Einrichtungen für Kuren, sondern weil sie Teil einer Lösung sind, dass Menschen schneller wieder gesund werden oder gar nicht erst krank“.

Aus diesem Grund stelle der Freistaat für die bayerischen Kurorte und Heilbäder jetzt zehn Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich für einen pauschalen Ausgleich von Mindereinnahmen aus Kur- und Fremdenverkehrsbeiträgen zur Verfügung. Dies sei zumindest ein erstes positives Signal.

Zum Abschluss präsentierte die Geschäftsführerin der Bayern Tourismus Marketing GmbH, Barbara Radomski, einige Marketingstrategien. Sie wies darauf hin, dass das Thema Vernetzung für den Erfolg im Gesundheitstourismus äußerst wichtig sei. Die BayTM stehe für die Dachmarke für Bayern und vermarkte die Marke „Gesundes Bayern“ des Bayerischen Heilbäder-Verbandes. In diesem Zusammenhang verlieh Radomski ihrer Freude über die Partnerschaft mit Philipp Lahm, dem Ehrenspielführer der Deutschen Fußballnationalmannschaft, Ausdruck. **DK**



Füllstandsüberwachungssystem eingebaut

Im November haben Fachleute der Firma Detectronic aus Bad Windsheim gemeinsam mit Konrad Ettengruber vom Klärwerk der Stadt Abensberg ein Füllstandsüberwachungssystem für den Stauraumkanal in Offenstetten installiert. Das Füllstandsmessgerät läuft mit Batterie und speist die erfassten Wasserstandsdaten über Mobilfunknetz in eine Cloud, da am Einbauort in der Nähe des Öxlauweihers weder Strom noch Festnetz-Internet vorhanden sind; von der Cloud aus können die Daten, auch die Durchflussmengen, abgerufen werden.

Stadtwerke-Leiter Dr. Rainer Reschmeier, der ebenfalls mit dabei war, erklärt, wozu das gut ist: „Mit dem neuen Messgerät können wir genau berechnen, wie viel Wasser im Falle eines Regenereignisses in den Offenstettener Graben abgeleitet worden ist.“ Sichtbar ist der Stauraumkanal nicht – der ist unterirdisch angelegt, nur einige Kanalschächte sind zu sehen.

Unser Bild zeigt v.l.: Roland Deinlein von Detectronic, Konrad Ettengruber und Dr. Rainer Reschmeier. Bild: Knott, Stadt Abensberg

Alle Regionen und Anbauformen sind wichtig

Bewerbungsverfahren für umweltverträgliche landwirtschaftliche Bewässerungsprojekte startet

Das Förderprogramm des Umweltministeriums für innovative umweltverträgliche und großräumige Bewässerungskonzepte in der Landwirtschaft geht in die nächste Runde. Noch bis Mitte Dezember läuft das bayernweite Bewerbungsverfahren für bis zu drei Pilotprojekte, deren Umsetzung vom Umweltministerium finanziell unterstützt wird. Bewerben können sich alle Teilnehmer der vorangegangenen vom Umweltministerium geförderten Konzeptphase, deren Konzept in naher Zukunft fertig ist.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Wir gestalten jetzt die Bewässerung der Zukunft. In Zeiten des Klimawandels und zunehmender Trockenheit wird die Ressource Wasser auch in Bayern ein kostbares Gut. Insbesondere für die Landwirtschaft ist eine gute Wasserversorgung elementar. Wassernutzung wie Bewässerung darf aber nicht zu Lasten der ökologischen und wasserwirtschaftlichen Belange der Gewässer gehen. Das Umweltministerium unterstützt deshalb intelligente Projekte, mit denen Wasser effizient, schonend und nachhaltig zu den Feldern gebracht wird. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Speicherung von Wasser für Trockenzeiten. In einem nächsten Schritt werden wir konkrete Pilotprojekte auswählen und deren Umsetzung kraftvoll unterstützen. Alle Regionen und Anbauformen sind wichtig. Wir haben eine Verantwortung für ganz Bayern: vom Wein in Franken über den Gemüseanbau bis hin zu Obst- und Hopfenanbau. Jetzt geht es um die Umsetzung der besten Ideen. Alle erfolgreichen Teilnehmer der Konzeptphase sind aufgerufen, sich zu bewerben.“ Das Bewerbungsverfahren wird abgewickelt durch die Wasserwirtschaftsämter.

Das Umweltministerium hat 2016 ein Förderprogramm für die Erstellung von „Konzepten zur nachhaltigen und umweltverträglichen Bewirtschaftung der Wasserressourcen“ aufgelegt. Insgesamt 19 nachhaltige Bewässerungskonzepte hat das Umweltministerium seitdem in der Konzeptphase mit rund 2 Millionen Euro gefördert. Nach einem erfolgreichen Abschluss der drei Pilotprojekte soll die Förderung von großräumigen Bewässerungsprojekten weitergeführt werden.

Drei ausgewählte Konzepte

In dem Pilotprogramm wird die Umsetzung von bis zu drei ausgewählten konkreten Bewässerungskonzepten gefördert. Das Umweltministerium wird dabei die Baukosten einer neuen Bewässerungsinfrastruktur zur Hälfte und je Vorhaben mit maximal 10 Millionen Euro fördern. Dafür stehen jährlich aktuell 2 Millionen Euro bereit. Diese Summe soll nach der Vorstellung von Umweltminister Glauber weiter aufgestockt werden. Darüber hinaus soll auch das Landwirtschaftsministerium die Möglichkeit bekommen, sich stärker an der Finanzierung zu beteiligen. Glauber: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir den Verteilungsschlüssel für die Förderung ändern. Wenn das Landwirtschaftsministerium ebenfalls die Hälfte der anfallenden Kosten fördern würde, käme bei unseren Landwirten deutlich mehr Geld an. Das würde die Umsetzung der Projekte weiter beschleunigen. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein.“ Bislang fördert das Umweltministerium den Aufbau einer Bewässerungsinfrastruktur, die Wasserverteilung auf dem Feld kann vom Landwirtschaftsministerium gefördert werden. Ohnehin werden aktuell gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium nachhaltige Bewässerungsstrategien für die Landwirtschaft entwickelt.

Die Unterstützung der Bewässerung in der Landwirtschaft ist eine von drei Säulen der Bayerischen Wasserstrategie. Die zentrale Säule ist die Trinkwasserversorgung. Eine dritte Säule befasst sich mit dem Schutz des natürlichen Wasserhaushalts, etwa in Wäldern, Mooren oder Feuchtflächen, aber auch im Bereich der Stadtnatur. Auch die Bürger sollen für das Thema Wasserschutz sensibilisiert werden. Durch den Klimawandel werden abnehmende Niederschläge im Sommerhalbjahr und länger anhaltende Trockenphasen auch in Bayern häufiger. Die Folgen sind vor allem in Franken bereits spürbar. ❐

Regierung von Unterfranken:

Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Die Regierung von Unterfranken hat der Gemeinde Aidhausen (Landkreis Haßberge) eine Förderung von 90.000 Euro für eine Kooperation zur Gründung eines Zweckverbandes zur gemeinsamen Trocknung und Verwertung von Klärschlamm bewilligt. Kooperationspartner werden zahlreiche Gemeinden, Marktgemeinden, Städte und Abwasserzweckverbände aus den Landkreisen Haßberge, Bad Kissingen, Schweinfurt und gegebenenfalls noch weiteren Landkreisen sein.

Grundlage der Förderung ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperation als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt.

Die Förderung beträgt 85 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Fördersumme von 90.000 Euro. Die Höchstgrenze wurde vorliegend bei zuwendungsfähigen Kosten von insgesamt rund 113.000 Euro bezogen allein auf die Kosten der Geschäftsstelle voll ausgeschöpft.

Die staatliche Förderung erfolgt im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Rahmen des vom Bayerischen Landtag beschlossenen Staatshaushalts. ❐

Kommunale Kläranlagen:

32. DWA-Leistungsnachweis

Die Anforderungen der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie wurden 2019 durch die kommunalen Kläranlagen im bundesweiten Mittel erfüllt oder deutlich übertroffen. Das stellt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) als eines der Ergebnisse ihres jährlich durchgeführten Leistungsnachweises kommunaler Kläranlagen fest. 2019 beteiligten sich bundesweit 5.310 Kläranlagen. Die Ergebnisse zeigen ein repräsentatives Bild ihrer Reinigungsleistung.

Besonders betrachtet wurde in diesem Jahr der Anfall von Klärschlamm auf den Kläranlagen und dessen Phosphorgehalt. Für DWA-Präsident Prof. Dr. Uli Paetzel sind die Ergebnisse des Leistungsnachweises durchaus positiv: „Die Leistungen von Kläranlagen für die Bürgerinnen und Bürger, besonders aber für eine intakte Umwelt, werden in der Öffentlichkeit oft als allzu selbstverständlich hingenommen oder überhaupt nicht wahrgenommen. Dabei tragen die Kläranlagen im Land durch ihre sehr guten Reinigungsleistungen viel zu einer intakten Umwelt bei. Auch spiegeln sich hier die Leistungen des Personals wider, das die Anlagen betreibt. Diesem gilt in den Zeiten der Covid-19-Pandemie unser besonderer Dank.“

Die Abbaugrade für Verschmutzungen liegen weitestgehend konstant auf einem hohen Niveau. Regionale Unterschiede – besonders im Norden und Nordosten – dürften auf Trennsysteme (getrennte Rohre für Regen- und Schmutzwasser) zurückzuführen sein. Wird das Schmutzwasser nicht mit Niederschlagswasser vermischt, sind die Schmutzstoffkonzentrationen im Zulauf der Kläranlagen höher, und die Reinigungsleistung steigt. Kläranlagen mit Anschlussgrößen unter 1.000 Einwohnerwerten haben allerdings einen überproportionalen Anteil an den in die Gewässer eingeleiteten Phosphorfrachten.

Phosphorgehalt im Klärschlamm

Bei der Abwasserreinigung fällt auf den Kläranlagen Klärschlamm an. Die Masse des anfallenden Schlamms kann von Kläranlage zu Kläranlage sehr unterschiedlich sein. Mittelwerte liegen zwischen 15 und 18 kg pro Person im Jahr. Interessant ist der Phosphorgehalt im Klärschlamm, denn in den kommenden Jahren muss aufgrund der Klärschlammverordnung dieser Phosphor zurückgewonnen werden, sobald der Phosphorgehalt in der Klärschlammtrockenmasse zwei Prozent oder mehr beträgt. Wie die Daten des Leistungsnachweises zeigen, liegen die Phosphorgehalte im Klärschlamm bei Anlagen größer 1000 Einwohnerwerte bei rund 85 Prozent der Anlagen über zwei Prozent. Damit wären nur wenige Anlagen nicht von einer Pflicht, Phosphor zurückzugewinnen, betroffen.

Auf vielen Kläranlagen wird bereits Strom erzeugt. Die Eigenstromerzeugung beträgt insgesamt 1.282 GWh/a. An der erfassten Ausbaugröße von 129 Mio. E haben die Anlagen mit Eigenstromerzeugung einen Anteil von 63 %. „Durch einen weiteren Ausbau einer Faulgasverstromung sind hier, jedoch abhängig von der in den Landesverbänden jeweils vorherrschenden Anlagenstruktur, noch Potenziale zu heben“, heißt es in dem Bericht. Derzeit wird der für die Abwasser- und Schlammbehandlung auf den Kläranlagen benötigte Strom bundesweit bilanziert schon zu 40 % durch Eigenstromerzeugung abgedeckt.

Ein genereller weiterer Handlungsbedarf auf den Kläranlagen könnte in den kommenden Jahren durch gesetzliche Auflagen zum Bau einer vierten Reinigungsstufe für die Entfernung von Spurenstoffen aus dem Abwasser ausgelöst werden. Derzeit werden auf diesem Gebiet umfangreiche Untersuchungen vorgenommen. **DK**

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Unimog als Bewässerungsfahrzeug:

Mit Gießarm und Tankanhänger im Kommunaleinsatz

Einen solch heißen Sommer haben die Mitarbeiter der Banzhaf Gartenbau GmbH in Essen noch nie erlebt – obwohl sie sich schon seit 1987 um das Wohl der Vegetation kümmern. Die 30 Mitarbeiter sind im gewerblichen und kommunalen Bereich im Einsatz. Stets mit dabei sind ihre zuverlässigen Fuhrparkmitglieder von Mercedes-Benz: Ein Arocs und zwei Sprinter dienen als Pritschenfahrzeuge. Im April 2020 wurde zudem ein Unimog U 430 als Bewässerungsfahrzeug angeschafft. Die Dienste des orangenfarbenen Gartenhelfers waren sofort überraschend gefragt.

Zunächst wurde der Unimog eingesetzt, um für die Stadt Essen neu gepflanzte Jungbäume zu bewässern. Die 1.500 Bäume müssen im Rahmen der Pflanzmaßnahmen vor allem in der Sommerzeit drei Jahre lang jede Woche gegossen werden. Eine Aufgabe, welcher der Unimog mit seinem Gießarm-Aufbau von Ecotech und dem 4.000 Liter fassenden Tank mit Leichtigkeit gewachsen war.

Spezialauftrag wegen extremer Sommer

Die außergewöhnlich trockenen Sommer der letzten Jahre stellen Kommunen vor besondere Herausforderungen, was den Erhalt der Pflanzenwelt betrifft – so auch im Fall dieses „Überraschungsauftrags“, wie ihn Christian Weinert, Geschäftsführer der Firma Banzhaf, beschreibt.

Durstige Platanen

An der ältesten deutschen Autobahn A 555, die 1932 durch den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer eingeweiht wurde, stehen zahlreiche Platanen. Zwar haben diese Bäume tiefe Wurzeln, doch die Dürreperiode machte ihnen so sehr zu schaffen, dass eine schnelle und effiziente Lösung gefunden werden musste. Über einen Baumpfleger, der für die Autobahnmeisterei Köln arbeitet, wurde der Kontakt mit der Gartenbau-Firma in Essen hergestellt. Christian Weinert kann heute zufrieden resümieren: „Das war ein wirklich verzwickter Auftrag, aber mit dem Unimog haben wir es geschafft.“

Vom Gülleanhänger zum Pflanzenschützer

Die Herausforderung bestand darin, die 50 Bäume möglichst „in einem Aufguss“ mit dem lebensspendenden Nass zu versorgen, denn die Sperrung eines Standstreifens ist eine kostenintensive Angelegenheit. Mit dem vorhandenen 4.000 Liter-Tank des Unimogs ging die Rechnung nicht auf, da jede der Platanen rund 500 Liter Wasser benötigt. Die Lösung fand sich in einem Gülleanhänger der Firma RKF-Bleses GmbH. Der Unimog



Ein Unimog U 430 als Bewässerungsfahrzeug Bild: Mercedes-Benz/Unimog

Partner stellte dem Gartenbaubetrieb dieses Vorführfahrzeug kostenlos zur Verfügung und es wurde für diesen Spezialauftrag umfunktioniert. Tank und Gießarm-Aufbau des Unimogs wurden mit dem Tankanhänger verbunden, sodass weitere 20.000 Liter zur Verfügung standen. Mit dieser Wassermenge war es möglich, alle Platanen mit nur einer Ladung zu gießen. Nun konnte der Standstreifen auf einer Länge von circa einem Kilometer gesperrt werden und der Unimog mit seinem außergewöhnlichen Wasserreservoir ging ans Werk.

Mit zwei Rationen durch den Sommer

Innerhalb von zwei Tagen im September wurden alle Platanen bewässert, zwei Wochen später erhielten die altehrwürdigen Bäume eine weitere Wasserration, die sie durch den Rest des Sommers bringen sollte.

EasyDrive für präzise Anfahrt

Die individuelle Versorgung der Bäume konnte aufgrund des hydrostatischen Fahrantriebs EasyDrive wirtschaftlich und mit großer Präzision durchgeführt werden: Der Hydraulikantrieb ermöglichte es, die kurzen Abständen zwischen den Bäumen möglichst verschleissfrei zurückzulegen. Durch die stufenlose Änderung der Geschwindigkeit manövrierte der Fahrer zentimetergenau an die Zielobjekte heran. Die pflanzenschonende Gießfunktion des Multiwash-Systems von Ecotech versorgte alle Gewächse zielgerichtet mit Wasser. Der Durst aller Platanen war bald gestillt. ❐

Bayerische Bioökonomiestrategie :

Wirtschaftsminister stellt 50 Maßnahmen vor

Aiwanger: „Das Potenzial unserer Land- und Forstwirtschaft für die biobasierte Wirtschaft besser nutzen“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat die Bayerische Bioökonomiestrategie vorgestellt. Damit hat der Freistaat als eines der ersten Bundesländer ein eigenes Konzept für eine biobasierte, nachhaltige Wirtschaft entwickelt. Aiwanger: „Wir wollen fossile Import-Rohstoffe Schritt für Schritt durch heimische nachwachsende Rohstoffe ersetzen. Davon profitiert die Land- und Forstwirtschaft genauso wie die Umwelt und die Wirtschaft mit neuen Produkten. Produkte, die bisher aus Erdöl hergestellt wurden, sollen künftig aus biologischen Materialien wie Holz, Stroh oder Pflanzenteilen entstehen. Von Treibstoff über Plastikfolien bis zu Innenverkleidungen von Autos können zahlreiche Produkte auf Biobasis produziert werden.“

Aiwanger sieht darin auch eine große Chance für die heimische Land- und Forstwirtschaft, die sich seit Jahren in einer wirtschaftlichen Dauerkrise befindet und dringend neue Perspektive braucht.

Nachhaltig und biobasiert ist zukunftsfähig

Die Strategie mit dem Namen „Zukunft.Bioökonomie.Bayern“ ist in enger Abstimmung mit dem Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern, der interministeriellen Arbeitsgruppe Nachwachsende Rohstoffe und Bioökonomie sowie Vertretern aus Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erarbeitet worden. Aiwanger: „Wir haben ein eindrucksvolles Paket mit 50 Maßnahmen entwickelt. Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle im Bundesvergleich ein. Vieles ist schon in der Umsetzung oder beginnt in Kürze.“

Die Bioökonomie steht für einen grundlegenden Strukturwandel, auch in Richtung Kreislaufwirtschaft. Eine auf fossilen Rohstoffen basierende Wirtschaft soll kontinuierlich in eine zukunftsfähige, weil nachhaltige und biobasierte Wirtschaftsweise überführt werden. Sie hat erhebliches Potenzial, berücksichtigt die Begrenzung natürlicher Ressourcen und trägt zum Erhalt der Biodiversität bei. „Hier in Bayern haben wir die besten Voraussetzungen für die ökologische Transformation. Land- und Forstwirtschaft stellen eine Vielzahl von hochwertigen biogenen Rohstoffen in großer Menge zur Verfügung. Hervorragende Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen garantieren die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Produkte. Bayerns Industrie ist traditionell innovativ, zukunftsorientiert und mit hochleistungsfähigen Unternehmen für die neuen Herausforderungen gerüstet“, erklärte Aiwanger.

Wichtiger Partner bei der Strategieentwicklung war der Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern. Dessen Sprecher Professor Dr. Volker Sieber, Rektor des TUM Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit, hebt hervor: „„Mit der Bayerischen Bioökonomiestrategie folgt die Staatsregierung einer zentralen Forderung des Sachverständigenrates und stellt die Weichen für eine nachhaltige, biobasierte Wirtschaftsweise in Bayern. Durch die Strategie rechne ich mit einem spürbaren Rückenwind für die bayerische Bioökonomie.“

Die Bayerische Bioökonomiestrategie verfolgt acht Hauptziele. Durch die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Rohstoffe soll ein Beitrag zu Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz geleistet werden. Um Akzeptanz und Verständnis für die Bioökonomie in der Gesellschaft zu erreichen, wird der offene Dialog gefördert. Wissenschaft und Wissenstransfer werden gezielt gestärkt. Durch die Bioökonomie werden heimische nachwachsende Rohstoffe in Wert gesetzt und neue Einkommensperspektiven sowie Arbeitsplätze gesichert.

Wettbewerbsfähigkeit stärken und neue Märkte erschließen

Wirtschaftsminister Aiwanger: „Mit der Entwicklung neuer und alternativer Materialien und Werkstoffe stärken wir international unsere Wettbewerbsfähigkeit und erschließen neue Märkte. Wir wollen ein führender Standort für nachhaltige Produkte und Produktionsweisen und damit Vorbild für andere Welt-Regionen werden. Demnächst kommen mehrere weitere Projekte dazu, die sich mit so spannenden Themen wie der Entwicklung biobasierter Leiterplatten, biobasierter Chemikalien und Werkstoffe sowie der Nutzung von Reststoffen aus Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie beschäftigen. Bioökonomie muss für den ganzen Lebenszyklus gedacht werden. Wir wollen unsere heimischen nachwachsenden Rohstoffe noch intensiver nutzen.“

Dabei spielen Start-ups eine wichtige Rolle als Technologietreiber. Deshalb wird zum Beispiel das Technologie- und Gründerzentrums „BioCubator“ in Straubing um einen zweiten Bauabschnitt erweitert. In den neuen Sachverständigenrat wird mit Patricia Eschenlohr eine erfolgreiche Gründerin berufen. Mit dem Unternehmen Landpack entwickelt Eschenlohr umweltfreundliche Verpackungen auf Strohbasis. Eschenlohr: „Die Bioökonomie wird ein zentrales Werkzeug zur Reduktion von CO2-Emissionen. Der langfristig ausgelegte Rückhalt der Politik stellt sicher, dass massiv in nachhaltige Geschäftsmodelle investiert wird. Bayern ist auf gutem Weg, eine Vorbildregion zu werden.“ ❐

Forstschäden-Ausgleichsgesetz:

Unzulässiger Eingriff in den Markt

Der Bundesrat sprach sich für eine Aktivierung des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes aus. Mit einer Beschränkung des Fichteneinschlags auf 85 Prozent soll auf das Überangebot im Rohholz und den Einbruch des Holzpreises reagiert werden. Steffen Rathke, Präsident des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR), sieht in dem Verordnungsentwurf eine untragbare ordnungspolitische Maßnahme.

„Nach wie vor lehnt die Holzwirtschaft ordnungspolitische Eingriffe in den Holzmarkt strikt ab. Eine Marktregulierung kann nur im äußersten Notfall in Erwägung gezogen werden und hat dem Schutz der Marktteilnehmer und der Sicherung des Wettbewerbs zu dienen. Dies ist hier insgesamt nicht gegeben: Die Unternehmen der Forstwirtschaft und Holzindustrie haben in den letzten drei Jahren auf das Überangebot infolge von Sturm und Käferkalamitäten reagiert. Es wurde auf betrieblicher Ebene der Einschlag beschränkt, die Holzimporte wurden durch die Industrie zugunsten eines regionalen Einkaufes zurückgefahren und die Rohholzlager, wo behördlich zugelassen, massiv ausgebaut.

Die Bundes- und Landespolitik hat nach drei Jahren Krise im Wald immer noch nicht die notwendige Novellierung des über 30 Jahre alten und gegen EU-Recht verstoßenden Forstschäden-Ausgleichsgesetzes eingeleitet. Was wir brauchen, sind keine Markteingriffe, sondern unbürokratische Genehmigungsverfahren und bundesländerübergreifende Regelungen für temporär höhere Transportgewichte; eben ein ganzheitliches Krisenmanagement. Der Bundesregierung stehen zudem auf Grundlage des Einkommenssteuergesetzes alle regulatorischen Mittel zur Verfügung, um die für die Waldbesitzer notwendigen Steuererleichterungen auch ohne dieses Gesetz sicherzustellen.“ ❐



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrantrieb EasyDrive, der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).

Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Jubiläum:

Zehn Jahre Bundesverband Fuhrparkmanagement

Der Bundesverband Fuhrparkmanagement e. V. (BVF) war der erste Verband, der die Interessen von Unternehmen und Organisationen mit Fuhrparks im Fokus hatte. Am 27. Oktober 2010 fand die Gründungsversammlung in Stuttgart statt. „Wir starteten mit dem Motto ‚Von Fuhrparkmanager/innen für Fuhrparkmanager/innen'", berichtet der Vorstandsvorsitzende Marc-Oliver Prinzing. Den Gründern war klar, dass es rund um das Thema Fuhrparkmanagement viele verschiedene Interessensgruppen gibt und eine starke Meinungsvertretung der Flottenbetreiber unerlässlich war. „Uns wurde erst in der Diskussion richtig bewusst, dass es da zu diesem Zeitpunkt weit und breit nichts gab", so Prinzing. Inzwischen hat sich der Fuhrparkverband zu einem anerkannten Sprachrohr für Fuhrparkbetreiber entwickelt.

Die zentralen Punkte stehen schon in der Gründungssatzung: Der Verband kümmert sich um die Entwicklung von Branchenstandards und fördert und begleitet die Qualifizierung der Mitglieder und deren Mitarbeiter, er will Branchenkontakte vermitteln, den Erfahrungsaustausch intensivieren und Know-how bereitstellen. Auch der Dialog mit der Industrie und der Politik kommt dabei nicht zu kurz. Der Verband steht zum Austausch bereit und wird immer mehr wahrgenommen. Grundlage dazu ist ein inzwischen stark gewachsenes Netzwerk von und für Mobilitäts- und Fuhrparkmanager/innen.

BVF: Begleiten, Verbinden, Fördern

Später wurden die drei Buchstaben BVF, die für den Verband bald als Abkürzung standen, mit den Begriffen ‚Begleiten, Verbinden und Fördern' aufgeladen. „Dieses Motto steht wiederum für unseren Anspruch und die Aktivitäten für unsere Mitglieder", unterstreicht Axel Schäfer, Geschäftsführer des BVF.

Begleiten: Der Verband vertritt die Interessen der Mitglieder, indem er sich einmischt und mit fachlichem Input und Vorschlägen politischen Entscheidungsträgern Rede und Antwort steht. Bei Fragen zu Mobilitäts- und Fuhrparkmanagement ist der fachliche Austausch seit Anbeginn ebenso wichtig wie die persönlichen Kontakte. Dazu stehen gestandene Praktiker aus dem Unternehmen, Fachreferenten des Verbandes sowie Juristen, Mediziner und Steuerexperten mit ihrem Know-how zur Verfügung. Eine online zur Verfügung stehende Wissensplattform bietet darüber hinaus fundierte Informationen zu nahezu allen Themen und direkt nutzbare Checklisten und Dokumente für die Arbeit im Unternehmen.

Verbinden: Erfahrungsaustausch in überregionalen Veranstaltungen sowie Regio-Treffs vor Ort finden genauso statt wie Fach- und Arbeitskreise zu spezifischen Fragestellungen (Kommunen, Elektromobilität) oder Webmeetings. Die aktiven Mitglieder wissen, wen man bei welcher Frage ansprechen kann und wo es schlanke Lösungen für die täglichen Fragen gibt.

Weiterbildungsangebot

Fördern: Wissen sowie Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für erfolgreiche Arbeit in der interdisziplinären Querschnittsfunktion in den Unternehmen und Organisationen. Es galt deswegen, grundlegende Qualifikationsprofile, eine auf die theoretischen und praktischen Anforderungen abgestimmte Prüfungsordnung und verschiedene Ausbildungsgänge ins Leben zu rufen. Heute werden die Lehrgänge „Zertifizierte/r Fuhrparkmanager/in (Dekra)" und „Zertifizierte/r Mobilitätsmanager/in (BVF)" flankiert von Fleetricity, einem Online-Kurs zur Einführung in das Management von Elektromobilität im Fuhrpark. Außerdem steht ein umfassendes Weiterbildungsprogramm mit Seminaren/Workshops und Onlinekursen zur laufenden Qualifizierung in den verschiedensten Themen zur Verfügung.

Die zehn Jahre seien wie im Flug vergangen, meint Mitgründer Axel Schäfer. Wenn man sich die Liste der Ideen und umgesetzten Aktivitäten anschaut, sind auch viele Mitstreiter beeindruckt. „Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage: Wir haben den Markt, die Zusammenarbeit der Akteure und auch den Rahmen für die Qualifizierung verändert", so Prinzing. Das Kernteam Vorstand und Geschäftsführung sei dabei sicher so etwas wie der Motor gewesen, aber ohne die vielen Unterstützer des Verbandes sei das in dieser Form sicher nicht umgesetzt worden. „Sie waren der Kraftstoff und die Räder. Ohne sie hätten wir weder unsere PS auf die Straße gebracht noch so an Fahrt aufnehmen können", sagt der Verbandschef.

Krisen helfen Weichen stellen

„Wir sind noch jung und haben noch einiges vor", meint Schäfer. „Das Jubiläum nehmen wir zum Anlass, unser Profil zu überprüfen und zu schärfen. Aus der Idee und einem anfangs kleinen Verein wurde inzwischen ein ansehnlicher Verband. Das heißt für uns, dass wir zum einen auf einem guten und richtigen Weg sind, aber noch viel Arbeit vor uns haben. Die Positionierung des Verbandes und die kontinuierliche Weiterentwicklung sind uns wichtig", konkretisiert der BVF-Geschäftsführer. Auch der Markt sei schon seit Jahren in Bewegung und die Krisen unserer Zeit wie die Klimaveränderungen und Covid-19 würden teilweise sogar helfen, dass wir die Weichen richtig stellen, dass notwendige Entscheidungen beschleunigt werden und Trends zur gelebten Realität werden. Unternehmen bräuchten effiziente Mobilitätslösungen, um nachhaltig und betriebswirtschaftlich sinnvoll zu wirtschaften. Aus diesem Grund sei eine übergeordnete Sicht auf die betriebliche Mobilität, strategische Partnerschaften und Kooperationen zum Nutzen aller Marktteilnehmer angesagt.

Informationen: https://www.fuhrparkverband.de/ ❐



Eine Urnenbestattung an einem Baum ermöglicht die Friedhofsverwaltung der Stadt Würzburg jetzt auch am Hauptfriedhof. Hier wurde ein sogenannter Baumgarten geschaffen unter dem bis zu 20 Grabstellen Platz haben. Jede dieser Grabstellen, in der zwei Urnen untergebracht werden können, ist mit einer eigenen Muschelkalkplatte verschlossen, auf der Namen und Daten der Verstorbenen angebracht werden können. Die Grabgebühren von 119 Euro im Jahr beinhalten bereits sämtliche Pflanz-, Gieß- und Grabpflegeleistungen. Auf dem Bild zu sehen sind Kommunalreferent Wolfgang Kleiner (M.) zusammen mit Thomas Götz, Leiter der Friedhofsverwaltung (2.v.r.), Stellvertreterin Stefanie Sprenger (2.v.l.), Steinmetz Joachim Borst und Gärtnerin Gabriele Loibl bei der Fertigstellung des Baumgartens. Bild: Christian Weiß



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation der Friedhofsgebühren
- Prüfen der Umlagefähigkeit von Kostenpositionen
- Kalkulation von Grabnutzungsgebühren, Bestattungsgebühren und sonstigen hoheitlichen Gebühren
- Anlageverzeichnisse für die Friedhöfe
- Prüfen oder Ausarbeiten der Gebührensatzung
- Beschaffung von Kommunaltechnik
- neutrale, herstellerunabhängige Leistungsbeschreibung
- Begleitung bis Auftragserteilung inkl. aller Bekanntmachungen und Benachrichtigungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
089/44 23 540-0 bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

In Zeiten der Pandemie:

Friedhöfe als Orte der Trauer unverzichtbar

Auf die unersetzbare Bedeutung der Friedhöfe für die Trauerverarbeitung in Zeiten der Pandemie machten zum Totensonntag die führenden Verbände des deutschen Friedhofswesens aufmerksam. Besonders für Menschen, die aufgrund der Kontaktbeschränkungen geliebte Menschen nicht beim Sterben begleiten können, erweise sich der Friedhof als wichtiger sozialer Ort, der helfe, diese menschlichen Tragödien zu verarbeiten.

Durch die aktuelle Pandemie und die eingeleiteten Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 ereignen sich persönliche Tragödien im Kontext von Sterben und Trauern. Angehörige können Sterbende im Altenheim, Krankenhaus oder Hospiz nicht persönlich begleiten, und Sterbende sind in der letzten Phase ihres Lebens zwar medizinisch gut versorgt, doch häufig sozial ausgegrenzt.

Sterben ist ein sozialer Prozess

Viele Menschen möchten in ihren letzten Tagen und Stunden von denen begleitet werden, die sie lieben. Es braucht Nähe, Berührung und darin Geborgenheit, wenn Menschen aus dem Leben scheiden. Die Angehörigen, die haupt- und ehrenamtlichen Betreuerinnen und Begleiterinnen machen das Sterben zu einem sozialen Prozess rund um die Sterbenden. Doch in Zeiten einer globalen Pandemie sind die Einschränkungen massiv und verhindern dies häufig.

Ein guter, ein gelungener Abschied kann im Trauerprozess heilsame Wirkungen entfalten. Doch auch hier ist aktuell Vieles, was notwendig ist, nicht möglich. Die dadurch entstehenden seelischen Verletzungen können schwer sein und werden Trauernde und damit unsere Gesellschaft noch lange beschäftigen. Im Gegensatz zum ersten Lockdown im Frühjahr können nun wieder deutlich mehr Trauernde an Beisetzungen teilnehmen, doch auch hier gelten, je nach Räumlichkeiten, zahlenmäßige Beschränkungen.

Das Grab hilft Trauer zu verarbeiten

Der Friedhof ist ein ruhiger Ort, der dazu beitragen kann, solche Traumata zu überwinden. So der persönliche Abschied nicht möglich war, können im Angesicht des Grabes Ersatzrituale stattfinden, die einen innerlichen Abschied vorbereiten. Das Grab ist ein Ort, an dem Trauernde aktiv werden und dadurch in Kontakt zu den Toten treten können. Gestaltung und Pflege eines Grabes können somit zu einer stellvertretenden Handlung werden, um Gefühle wie Traurigkeit, Schuld oder auch Wut zu verarbeiten.

Am Totensonntag gedenken zahllose Menschen ihrer Verstorbenen. 2020 waren viele Tausende mehr dabei, denen ein persönlicher Abschied verwehrt geblieben ist. Friedhöfe als soziale Orte können helfen, indem sie menschliche Beziehungen und Gemeinschaft im Tod symbolisieren und Trauernde zusammenführen. Besonders in Notzeiten ist dies ein Trost, der das Leiden am Verlust lindern kann. ❐

Schüler pflanzen Bäume für den Klimaschutz:

Projekt „100.000 Bäume für den Landkreis Donau-Ries"

Bereits im Januar entschlossen sich Schülerinnen und Schüler der Hans-Leipelt-Schule, Spenden zu sammeln, um ihren Beitrag zum Landkreis-Projekt „100.000 Bäume für den Landkreis Donau-Ries" zu leisten. Rund 1.300 € kamen auf diese Weise zusammen – genug für 25 Apfelbäume, bei denen es sich durchweg um seltene Sorten handelt. Die Pflanzung fand auf einer kreiseigenen Fläche neben der Schule statt.

Landrat Stefan Rößle, der das Projekt vor etwa einem Jahr ins Leben gerufen hat, dankte allen Beteiligten. „Es freut mich sehr, dass die Schülerinnen und Schüler der Hans-Leipelt-Schule ein solch starkes Engagement für den Klimaschutz zeigen. Dies ist ein tolles Beispiel dafür, dass jede Generation ihren Beitrag leisten kann!", so Rößle.

Verena Kugler, die Lehrkraft, die das Projekt an der FOS/BOS Donauwörth ins Leben gerufen hat, sagt: „In Zeiten von ‚Fridays for Future' sehen wir uns als Schule in der Verantwortung, die junge Generation bei ihren Aktionen für mehr Umweltschutz zu unterstützen. Deshalb haben wir uns sehr gerne am Projekt des Landratsamts beteiligt."

„Der Klimaschutz war der wichtigste Beweggrund für die Unterstützung der Pflanzaktion", betont Bleona Bicaj aus der Klasse F12T1, „aber es ist auch ein tolles Gefühl, der Hans-Leipelt-Schule eine Erinnerung an unsere Zeit hier zu hinterlassen, die man in 30 Jahren hoffentlich noch immer besuchen kann."

Der Elternbeirat sowie die Firma Sigl, ein Partnerunternehmen der Hans-Leipelt-Schule, unterstützte die Schüler bei der Finanzierung der Apfelbäume mit einer Spende.

Landkreisweite Baumpflanzaktion

Das Projekt des Landkreises soll ein Zeichen für den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit setzen. Alle Bürger, Kommunen, Vereine und Firmen im Donau-Ries sind aufgerufen, Bäume zu pflanzen und so zur CO2-Speicherung, Luftreinhaltung und Kühlung der Städte beizutragen. Diese landkreisweite Baumpflanzaktion wurde vom Landkreis gemeinsam mit Vertretern der Waldbesitzervereinigung, den Bayerischen Staatsforsten und dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie den Kreisfachberatern für Gartenbau und Landespflege und den Mitarbeitern der Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit initiiert. ❐



V.l.: Arved Hein (Projektkoordinator Landratsamt Donau-Ries), Sebastian Storch (Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege), Paul Buß (Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege), Landrat Stefan Rößle, Uli Spitzenpfeil (SMV), Verena Kugler (Lehrkraft und Umweltbeauftragte der Hans-Leipelt-Schule), Markus Sauset (Verbindungslehrer), Doris Barth-Rieder (Schulleiterin), Vian Liu (Verbindungslehrer), Leonie Roßkopf (SMV), Vera Schmitz (SMV), Josef Stempfle (Elternbeirat). Bild: Stephanie Sieber-Starnik



Best Practice-Beispiel für faire Berufskleidung der Erlanger Feuerwehr. Bild: Metropolregion Nürnberg / Jürgen Schnabel

Fair, fair, fair sind alle unsere Einkäufe

2. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg setzt Akzente für verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

Nachhaltig und fair einkaufen: Am 26. und 27. Oktober fand die zweite Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg statt. Über 70 Teilnehmende aus den Kommunalverwaltungen, kommunalen Eigenbetrieben und Agenda-Gruppen der Metropolregion Nürnberg befassten sich mit der Frage „Wie können wir gemeinsam die öffentliche Beschaffung nachhaltig gestalten?“.

Der Gastgeber der digitalen Veranstaltung, Erlangens Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, begrüßte die Teilnehmenden: „Faire Produktionsbedingungen sollten aus meiner Sicht Standard werden bei den Produkten, die wir einkaufen und konsumieren. Fair sollte nicht eine Nischenbewegung sein. Als Städte können wir ein konkretes Zeichen setzen indem wir bewusst und nachhaltig einkaufen.“ Seit 2012 hat die Stadt Erlangen eine Fachstelle für Nachhaltige Beschaffung eingerichtet, als eine der ersten Kommunen überhaupt.

Ein gutes Praxisbeispiel, das die Stadt Erlangen bei der Werkstatt vorstellte, ist die Faire Berufskleidung der Feuerwehr. Die Kleidung wird von einem fränkischen Familienunternehmen bezogen, das auf faire Kriterien bei der Produktion setzt. In den Produktionsländern geht es zum Beispiel um höhere Löhne für Näherinnen und Näher und das Verbot von Kinderarbeit. 85 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 500 ehrenamtliche Feuerwehrdienstleistende sowie ca. 100 Jugendliche in den Freiwilligen Feuerwehren in und rund um Erlangen tragen mittlerweile faire Kleidung.

Langfristige Aufgabe

Aber auch in vielen weiteren Kommunen der Metropolregion ist Faire Bauhofkleidung bereits im Einsatz. Zum Beispiel in Langenzenn, Neumarkt in der Oberpfalz, Neuendettelsau, Herzogenaurach und Stein. In der unter fränkischen Stadt Ebern testen die Bauhofmitarbeitenden aktuell unterschiedliche Modelle.

Eines zeigte die Fair Trade Werkstatt: nachhaltige Beschaffung ist eine langfristige Aufgabe, die zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der öffentlichen Verwaltung erfordert. Mit dem Pakt zur nachhaltigen Beschaffung gehen 70 Kommunen dies seit 2019 an. Große Interesse gab es daher an einem Workshop, bei dem es um das Erstellen von Handlungsleitlinien für nachhaltige Beschaffung ging. Handlungsleitlinien können unter anderem festlegen, in welchen Produktgruppen auf Sozial- und Umweltstandards geachtet werden soll. Der Workshop wurde gestaltet von der Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg, die mit drei Projektmitarbeiterinnen die Kommunen in der Umsetzung des Paktes unterstützt. Denn in der Umsetzung ist nachhaltige Beschaffung kein leichtes Unterfangen. Welche Gütezeichen gibt es? Wie können diese vergaberechtlich korrekt berücksichtigt werden? Hier sind umfassende Kenntnisse notwendig, für die oftmals nur sehr geringe Personalressourcen zur Verfügung stehen. Die Entwicklungsagentur Faire Metropolregion oder die bundesweit tätige Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stehen daher mit Beratung, Informations- und Vernetzungsveranstaltungen oder guten Praxisbeispielen zur Seite.

Beim 2. Fair Trade Gipfel am 23. September 2021 im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz soll ein Resümee zum zweijährigen Bestehen des Paktes zur nachhaltigen Beschaffung gezogen werden. Parallel zum Fair Trade Gipfel wird am gleichen Tag die bundesweite Auszeichnung ‚Hauptstadt des Fairen Handels‘ von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt verliehen, da aktuell die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz den Titel trägt. ❐

1000 ABIOLA SolarKits für Afrika

In vielen Entwicklungsländern gibt es noch immer keine Stromversorgung. Dadurch sind viele Menschen vom Tageslicht abhängig. Gleichzeitig ist ein Smartphone für diese Menschen oft die Lebensgrundlage, die für ihre Arbeit sehr wichtig ist. Meist können Smartphones jedoch nur stationär an Sammelstellen geladen werden, die meist viele Kilometer entfernt sind. ABIOLA will helfen. Die gemeinnützige Organisation hat sich auf die Herstellung und den Vertrieb sogenannter OffGrid-Systeme auf Solarbasis spezialisiert.

ABIOLA hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausbau der erneuerbaren Energien in afrikanischen Ländern zu unterstützen. Es wurden bereits über 1.000 ABIOLA SolarKits gespendet. Zusammen mit befreundeten Organisationen, Vereinen und Unterstützern strebt man große Ziele an.

Beispiel: Bildungshilfe für Mädchen in Nordkamerun

„Selbstbestimmung durch Bildung“ – Bildungshilfe für Mädchen in Nordkamerun. Das Projekt „Selbstbestimmung durch Bildung“ hat das Ziel, möglichst vielen Mädchen, die es sich nicht leisten können, die Schule zu besuchen oder eine Ausbildung zu machen, den Weg zu ihrer ökonomischen und persönlichen Selbständigkeit zu ebnen.

Das Projektgebiet

Die Mafa sind mit etwa 400.000 Menschen die größte und politisch dominante Ethnie der Bevölkerungsgruppen in Nordkamerun. Sie leben auf den mit durchschnittlich 150 Einwohnern je km² äußerst dicht besiedelten Übergangshängen des nordwestlichen Mandara-Gebirges. Ihre Ernährung besteht hauptsächlich aus Hirse, die sie mit Hacken auf terrassierten Feldern angebaut wird. In den Gehöften halten die Menschen einige Ziegen und Schafe und vereinzelt auch einen Stier. Das Mandara-Gebirge ist nicht an das Stromnetz angeschlossen. Sommer wie Winter wird es nach 18 Uhr dunkel und gegen 6 Uhr morgens wieder hell.

Die Situation der Frauen

Die Mafa-Gesellschaft ist streng patriarchalisch. Die Erde und alles, was aus ihr hervorgeht, gehört den Männern – auch die Kinder, die im Scheidungsfall bei ihrem Vater oder bei dessen Verwandten zurückbleiben müssen. Es gilt als normal, wenn ein Vater seine Tochter im Alter von 15 Jahren verheiratet, häufig sogar mit einem Mann seines Alters.

Im Durchschnitt heiraten die Mafa-Frauen zwei bis dreimal und bringen acht Kinder auf die Welt, von denen auf Grund der schlechten hygienischen Bedingungen und der mangelhaften Gesundheitsversorgung die Hälfte stirbt, ehe sie zehn Jahre alt sind.

In über der Hälfte aller Haushalte leben zwei oder mehr Frauen mit einem Mann und ihren Kindern. Oft heiratet ein Mann eine weitere Frau, die dann verlangt, dass die erste Frau vertrieben wird. Sie darf nur mitnehmen, was sie am Leibe trägt. Viele Männer gehen in die Stadt, um Geld für Steuern, Kleidung, Schulgebühren, Konsumgüter oder auch den Brautpreis für eine weitere Frau zu verdienen. Die Frauen müssen dann mit der gesamten Feldarbeit, der Hausarbeit und der Versorgung der Kinder alleine zurechtkommen.

Viele Frauen wünschen ihren Töchtern ein besseres Los als ihr eigenes und tun deshalb, was ihnen möglich ist, um sie in die Schule zu schicken – in der Hoffnung, dass sie dann einen Beruf ergreifen und ihre Mütter im Alter unterstützen mögen.

Die Schulbedingungen

Obwohl in Kamerun Schulpflicht besteht, gibt es in vielen Dörfern keine Schule. In den Bergen liegt die Einschulungsquote nur etwa bei 30 Prozent. Die Kinder nehmen oft kilometerweite Wege auf sich, um eine Schule besuchen zu können. Durch Elterninitiativen werden neue Schulen gegründet, indem ein Lehrer bezahlt wird, der den Unterricht im Schatten eines Baumes abhält.

Offiziell ist in Kamerun der Schulbesuch kostenlos. Aber längst nicht alle Lehrer werden vom Staat bezahlt, so dass dennoch Gebühren erhoben werden. Hinzu kommen Ausgaben für Hefte und Stifte. Bücher oder einen Ranzen nennen die wenigsten Kinder in den Bergen ihr Eigen.

Wer eine weiterführende Schule besuchen will, muss die Mittel für Schulbücher und auch für eine Schuluniform aufbringen. Das alles ist sehr teuer für die Eltern. Sie müssen Hirse oder Ziegen verkaufen, die für den Eigenbedarf benötigt werden. Nur die Männer dürfen über die Arbeitsprodukte verfügen. Sie bringen das Schulgeld lieber für ihre Söhne als für ihre Töchter auf. An den Grundschulen sind daher nur etwa ein Drittel der Kinder Mädchen. An weiterführenden Schulen machen Mädchen kaum zehn Prozent aus.

Der Mond ist die einzige Lichtquelle

Wenn die Sonne kurz nach 18 Uhr untergeht, stehen den meisten Haushalten nur noch eine trübe Petroleum- oder Taschenlampe zur Verfügung. Oft fehlt das Geld für Petroleum oder Ersatzbatterien. Dann ist der Mond – sofern er scheint – die einzige Lichtquelle oder auch mal ein paar brennende Hirsestängel als Fackel. Die Mädchen, die nach der Schule noch auf dem Feld oder im Haushalt helfen müssen, haben dann keine Gelegenheit mehr, für die Schule zu lernen.

Licht für die Schulmädchen!

Deswegen lautet die ABIOLA-Bitte: Spenden Sie den Schülerinnen in Nordkamerun Licht!

Mit Unterstützung der DAFRIG und weiterer Partnerorganisation können immer mehr Mädchen einen Schulabschluss und eine Ausbildung machen und sogar ein Studium aufnehmen. Sie werden als selbstbestimmte junge Frauen ein Vorbild für andere Mädchen in der Region sein. Geplant ist, dass alle ca. 100 Schülerinnen ein ABIOLA Familien SolarKit bekommen (Lampe + Solarpanel).

Initiator: ABIOLA und TERRE DES FEMMES e.V. Menschenrechte für die Frau.

Weitere Information unter:
https://abiola.eu/ ❐

Gerd Müller zur Schweizer Volksabstimmung:

Signal für Lieferkettengesetz

In der Schweiz tritt ein vom Parlament vorgeschlagener Entwurf in Kraft, der vorsieht, dass Schweizer Unternehmen zu Menschenrechts- und Umweltschutz weltweit verpflichtet werden. Das ergab eine Abstimmung über die so genannte „Konzernverantwortungsinitiative“. Diese Abstimmung hat die Mehrheit der Bevölkerung erzielt, aber nicht die zusätzlich erforderliche Mehrheit der Kantone.

Entwicklungsminister Gerd Müller: „Das Signal der Wahl ist ganz klar: Die Menschen wollen, dass Konzerne mehr Verantwortung für Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in ihren Lieferketten übernehmen. Sie wollen nicht länger Produkte kaufen, in denen Kinder- und Zwangsarbeit steckt.“ Das Ergebnis ist denkbar knapp. Die Mehrheit der Schweizer war dafür. Aber es muss auch eine Mehrheit der Kantone zustimmen, was nicht erreicht wurde. Jetzt kommt der Parlamentsentwurf zum Zug. Die Schweiz bekommt so erstmals ein Gesetz, das Verantwortung von Unternehmen in globalen Lieferketten regelt.

„Auch Deutschland muss jetzt handeln und ein Sorgfaltspflichtengesetz verabschieden“, fordert Müller. Im Gegensatz zur Schweiz ist das bei uns im Koalitionsvertrag eindeutig festgelegt. Die Eckpunkte von Arbeitsminister Heil und Entwicklungsminister Müller liegen vor. Er fordert ganzt klar: „Die Blockade einiger Wirtschaftsverbände darf nicht dazu führen, dass ein Gesetz in dieser Legislaturperiode verhindert wird. Wir müssen vor Weihnachten zu einer Entscheidung kommen. Ich lade alle ein, konstruktiv mitzuarbeiten. Ich bin sicher, wenn es in Deutschland eine Abstimmung gäbe, wäre eine Mehrheit für faire Standards und gegen Kinderarbeit in unseren Produkten. 75 Prozent der Deutschen haben sich in einer Umfrage bereits für ein ambitioniertes Gesetz ausgesprochen.“

Weltweit arbeiten 75 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen in Textilfabriken, Steinbrüchen oder auf Tee- und Kaffeeplantagen. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass am Anfang aller Lieferketten grundlegende Menschenrechtsstandards eingehalten werden, wie das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. ‚Made in Germany‘ steht dann nicht nur für gute Qualität, sondern auch für faire Produktion.

Unternehmen können mit dem Gesetz leichter nachweisen, dass sie ihren Sorgfaltspflichten nachkommen. Es sind Regelungen mit Augenmaß, die die besonderen Belange des deutschen Mittelstands berücksichtigen.

Informationen:
www.bmz.de/de/themen/lieferketten/index.html ❐



GZ ZU GAST BEI ...



Sebastian Remelé

Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Oberbürgermeister der wunderschönen Stadt Schweinfurt mit rund 55.000 Einwohnern.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Ich habe mein Amt als Oberbürgermeister im Mai 2010 angetreten.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Ich bin in einem politischen Haushalt aufgewachsen und war schon als Jugendlicher politisch interessiert. 2001 wurde ich gefragt, ob ich für den Schweinfurter Stadtrat kandidieren möchte. Nach der Wahl 2002 begann schließlich meine politische Laufbahn.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Auf das Amt des Oberbürgermeisters kann man sich nicht vorbereiten.
Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Durch die hervorragende Arbeit meiner Vorgängerin Gudrun Grieser galt es, gleich von Beginn an hohen Erwartungen zu entsprechen. Gleichzeitig musste ich aber auch neue Impulse setzen und auf neue Herausforderungen neue Antworten geben.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Wie wir alle beschäftigt mich momentan natürlich die Coronakrise. Aber auch die einbrechende Gewerbesteuer, was die Stadt Schweinfurt als Industriestadt besonders betrifft, und die demographische Entwicklung unserer Stadt sind wichtige Themen.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Ich muss und will mich mit der weiteren Entwicklung unserer Konversionsliegenschaften, dem Ausbau der Kindergartenlandschaft und dem Klimaschutz in und für unsere Stadt auseinandersetzen. Eine weitere Aufgabe ist und wird es sein, das Miteinander der verschiedenen Ethnien, die in Schweinfurt leben, zu fördern und den „common sense“ zu stärken.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Behutsam starten, gut zuhören, viel aufsaugen und letztlich den eigenen Weg beschreiten.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Mir ist der ständige Austausch und die direkte Begegnung wichtig. Ich halte das noch immer für die beste Form der Kommunikation. Das heißt, eine hohe Präsenz im städtischen Raum zu zeigen und auf die Mitbürger offen zugehen. Aber natürlich ist heute auch die Nutzung der Sozialen Medien und grundsätzlich der digitalen Kommunikationswege wichtig.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche revolutionär verändern, auch die Kommunalpolitik. Auch hier müssen sicher in Zukunft neue Wege beschritten werden.
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Dankbar zurückblicken, mutig nach vorne sehen und stets auf Gott vertrauen!
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Ich möchte vor allem als humor- und verständnisvoll, weitblickend, berechenbar und lebensbejahend in Erinnerung bleiben. ❐



Gemeinsam nahmen Erster Bürgermeister Winfried Roßbauer (re.) und Schullleiter Rektor Franz Hottner (Mitte) die Luftreinigungsgeräte in Betrieb. Bernhard Steppe (li.), Geschäftsführer Vertrieb der Wolf GmbH, erläuterte die Geräte. Die kurzfristige Vollausstattung zur Luftreinhaltung in der Grundschule Pürkwang sorgte für allgemeine Freude. Bild: Roswitha Rossbauer

Erste Schule im Landkreis Kelheim mit Vollausstattung:

Schnelle Entscheidung zum Wohl der Kinder

Vier Luftreinigungsgeräte beschafft und schon montiert
Lehrerkollegium zufrieden

Wildenberg. Nicht nur die Kinder der Grundschule Pürkwang, auch das gesamte Lehrerkollegium freut sich, dass die Gemeinde Wildenberg so schnell reagiert hat. Innerhalb einiger Wochen wurden vier neue Luftreinigungsgeräte der Firma Wolf aus Mainburg beschafft, die in Schulen, Kitas oder auch in der Gastronomie Aerosole stark reduzieren.

Der neue Wolf AirPurifier trägt dazu bei, dass ab sofort die Räume der Grundschule Pürkwang sowohl mit Hilfe guter Belüftung wie auch mit Luftfilterungsanlagen eine Übertragung von Viren über Aerosole so gering wie möglich halten.

Sofort einsatzfähiges Umluftgerät

Der Raumluftexperte Wolf aus dem niederbayerischen Mainburg kam dabei mit seinem Luftreiniger AirPurifier, einem platzsparenden und sofort einsatzfähigen Umluftgerät zur Filterung von Aerosolen gerade rechtzeitig auf den Markt.

Wie Bürgermeister Winfried Roßbauer feststellte, wurden die vier Geräte erst kürzlich beschafft und sofort aufgestellt. Sie sind schon im Einsatz und filtern die Raumluft mit einem HEPA Hochleistungsfilter sowie einem zusätzlichen Aktivkohlefilter.

Die Geräte eignen sich für Räume in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden wie Schulen, Kitas, Universitäten, Pflegeeinrichtungen und auch Fitnessstudios.

Raumlufthygiene an Schulen braucht jetzt eine Lösung – darüber war sich der Gemeinderat der Gemeinde Wildenberg mit seinem Jugendbeauftragten Markus Hirsch schnell einig. Die vier Geräte wurden einstimmig im Gemeinderat beschlossen und sofort beschafft.

Erhebliche Herausforderungen in Schulen

„Die aktuelle Corona-Pandemie stellt unsere Schulen und auch Kitas vor erhebliche Herausforderungen. Stoßlüften reduziert die Aerosolkonzentration zwar deutlich, kann aber in der kommenden kalten Jahreszeit nicht immer konsequent durchgeführt werden. Nun sind schnelle und effiziente Lösungen in der Grundschule Pürkwang im Einsatz, die den Regelbetrieb unserer Einrichtung in den kommenden Monaten gut ermöglichen“, so Bürgermeister Winfried Roßbauer.

Deshalb ist er froh, dass der gesamte Gemeinderat hinter der Anschaffung des AirPurifier von Wolf gestanden habe. Die Firma Wolf, ein Raumluftexperte leistet dabei einen guten Beitrag für die Schulen.

Beim Aufstellen des Wolf AirPurifier legten die Bauhofmitarbeiter mit Hand an. So konnten die Geräte unkompliziert und schnell aufgebaut und eingeschaltet werden.

Einfachste Installation

Das Luftreinigungssystem ist jetzt einsatzfähig. Es musste lediglich über einen handelsüblichen Schuko-Stecker an den Stromkreis angeschlossen werden. Die Geräte laufen – und davon überzeugten sich schon einige Interessierte – relativ leise und gewährleisten mit einer sechsfachen Luftfiltrationsrate pro Stunde auch bei geschlossenen Fenstern, dass Gerüche, Schadstoffe und Aerosole in der Luft effektiv reduziert werden.

Die glatten Oberflächen stellen den hygienischen Betrieb streng nach VDI 6022 sicher. Entwicklung und Produktion des AirPurifiers in Deutschland gewährleistet zudem eine hohe Qualität. Darüber freuten sich alle Anwesenden bei der Übergabe der Geräte ganz besonders. ❐

Erste Schritte beim Projekt „Regio 2030“

Bezirk will Kantinen in eigenen Einrichtungen nachhaltiger machen – Arbeitsgruppe plant die schrittweise Umsetzung

Mainkofen. Im Rahmen der Sitzung des Bezirksausschusses am Dienstag in Mainkofen informierte Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten, die Bezirksräte über den Stand des im Dezember 2019 beschlossenen Projektes „Regio 2030“.

Der fraktionsübergreifende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CSU, SPD und Freie Wähler hatte das Ziel, die Verwendung von regional produzierten Lebensmitteln auch in Bioqualität in den Bezirkseinrichtungen schrittweise zu erhöhen – bis 2030 auf mindestens 30 Prozent an regionalen Produkten und 30 Prozent an Bioprodukten. Bevorzugt eingekauft werden soll in der konventionellen Landwirtschaft Niederbayerns, so dass kurzfristige Nachlieferungen möglich sind und die Landwirtschaft vor Ort gestärkt wird. Zudem will man durch eine gezielte Umstellung der Speisepläne versuchen, der Verschwendung von Lebensmitteln entgegen zu wirken und so zumindest einen Teil der Mehrkosten für den Einkauf von regional erzeugten Produkten und Bioprodukten auszugleichen.

Anfang 2020 wurde nun eine feste Arbeitsgruppe installiert, sie besteht aus: Lukas Dillinger, Projektleiter Genussregion Niederbayern; Christian Fenzl, Verwaltungsleiter Mainkofen; Margit Huber, Verpflegungsleitung Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn (ABZ); Katrin Landes, persönliche Referentin des Bezirkstagspräsidenten; Günther Putz, Gutshof Mainkofen; Martin Scholz, Verwaltungsleiter ABZ; Dorothee Trauzettel, beim AELF Landshut Leiterin des Fachzentrums Ernährung/Gemeinschaftsverpflegung; Manfred Weikl, Verpflegungsleiter im Bezirksklinikum Mainkofen; Robert Zimmerer, Verwaltungsleiter am Institut für Hören und Sprache in Straubing (IfH) sowie Hildegard Zißler, Verpflegungsleiterin am IfH.

In zwei Treffen wurde in diesem Jahr zunächst das organisatorische Vorgehen besprochen sowie die ersten Themenschwerpunkte definiert. Ins Detail ging man bereits mit einem Fachvortrag zur rechtssicheren Ausschreibung von regionalen und Bio-Produkten.



Dr. Olaf Heinrich. Bild: Bezirk Ndb.

„2021 wollen wir konkrete Schritte hin zur Umsetzung machen“, so Katrin Landes. Dabei sollen zu den jeweiligen Schwerpunkten Referenten und Experten hinzugeholt werden, um die Theorie in die Praxis zu überführen. Eine große Rolle spielen dabei die Küchenverantwortlichen, die so wichtige Impulse zur Umsetzung bekommen sollen.

Inhaltlich soll in 2021 die Biozertifizierung angegangen und das Thema Vermeidung von Lebensmittelverschwendung forciert werden. Auch soll eine Zusammenarbeit mit regionalen Lieferanten aufgebaut werden, die die Kantinen mit regionalen Erzeugnissen beliefern können.

Die Bezirksräte waren erfreut, dass sich die Kantinen immer mehr nachhaltig aufstellen und sahen es als richtigen Weg, die Landwirtschaft zu stärken. „Trotz der vielen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie wurden einiges an Vorarbeit geleistet. Wir hoffen, dass wir im nächsten Jahr dann bereits über die Umsetzung berichten können“, fasste es Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich zusammen. **ml**

Wegen hoher Infektionszahlen im Landkreis:

Drastische Maßnahme in Markt Schwaben

Wegen der allgemein hohen Infektionszahlen im Landkreis Ebersberg hat Markt Schwabens Gemeinderat beschlossen, dass in den kommenden Monaten von den 25 gewählten Mitgliedern des Gremiums künftig nur noch maximal zehn bei der Gemeinderatssitzung anwesend sein und Beschlüsse fällen dürfen. Konkret soll der Sonderausschuss ab einem kreisweiten Corona-Inzidenzwert von 100 einberufen werden. Derzeit liegt dieser bei knapp unter 200 (Stand: 29. November). Damit wählt Markt Schwaben landkreisweit die höchste Sicherheitsstufe aller politischen Gremien.

Nach wie vor verzichtet der überwiegende Teil der insgesamt 19 Gemeinden und zwei Städte im Landkreis auf Sonderausschüsse. Ausnahme ist die Gemeinde Anzing, in der das Corona-Gremium allerdings nur dann einberufen wird, wenn der Inzidenzwert kreisweit über 200 steigt. Vaterstetten wiederum hat zwar Kriterien für einen Sonderausschuss festgelegt, dieser soll jedoch nur tagen, wenn in Bayern der Katastrophenfall gilt. **DK**

Corona-Viren „weglüften“

Landratsamt Neu-Ulm hat 340 CO2-Messgeräte beschafft
Nach den Weihnachtsferien folgen 50 Luftreinigungsgeräte

Regelmäßiges Lüften ist derzeit in den Schulen notwendiger denn je. Damit die Konzentration an Corona-Viren in der Luft nicht gefährlich hoch wird, muss den Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrkräften immer wieder Frischluft zugeführt werden. In welchen Abständen die Fenster zu öffnen sind, zeigen die insgesamt 340 Kohlendioxid-Messgeräte, die das Landratsamt Neu-Ulm für seine zwölf kreiseigenen Schulen beschafft hat.

„Die Kosten dafür belaufen sich zusammengerechnet auf circa 35.000 Euro“, informierte Heiko Schleifer, der Leiter des Fachbereichs „Schule, Kindergarten, Sport und Kultur“ im Landratsamt Neu-Ulm. „Die Sensoren der Messgeräte überprüfen fortlaufend die Luftqualität; sie sollen die Schulen beim bedarfsgerechten Lüften während der Corona-Pandemie – speziell in den Wintermonaten – unterstützen“, erläuterte Schleifer.

Übergabe an Lehrer und Schüler

Wenn der CO2-Gehalt in der Raumluft vom grünen, über den gelben, in den roten Bereich wandert, „dann muss wieder Sauerstoff in die Klassenzimmer gelassen werden“, so Landratsstellvertreter Franz-Clemens Brechtel. Er überreichte vor Ort die 36 etwa handygroßen Messgeräte, die für die Christoph-Probst-Realschule Neu-Ulm bestimmt sind, an die stellvertretende Schulleiterin Julia Kauder sowie die beiden Schülersprecherinnen Iva Brahimi und Bianca Diaconu.

Anschaffungskosten übernimmt der Freistaat

Nach den Weihnachtsferien wird das Landratsamt Luftreinigungsgeräte folgen lassen. „Sie sind für Schulräume gedacht, die sich nicht so gut lüften lassen. Das sind zum Beispiel Lehrerzimmer, Klassenzimmer oder Fachräume, die nur über kleine Fenster oder Oberlichter verfügen“, erklärte Brechtel. Für die insgesamt zwölf Schulen, deren sogenannter Sachaufwandsträger der Landkreis Neu-Ulm ist, werden Mitte Januar 2021 zusammengenommen 50 mobile Luftreinigungsgeräte mit Filterfunktion angeliefert.

Die Anschaffungskosten für die genannte Menge beider Gerätetypen übernimmt vollständig der Freistaat Bayern, nur für die Folgekosten muss jeweils der Landkreis aufkommen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern:

Wechsel an der Spitze

Die bayerische Arbeitsgemeinschaft der Euregio Egrensis hat einen neuen Präsidenten: Der Wunsiedler Landrat Peter Berek löste die frühere Marktredwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder an der Spitze der grenzüberschreitenden Organisation ab. Neuer erster Stellvertreter Bereks ist Roland Grillmeier, Landrat aus Tirschenreuth, als zweiter Stellvertreter wurde Klaus Peter Söllner, Landrat des Landkreises Kulmbach, wiedergewählt.

Bei der turnusmäßigen Mitgliederversammlung in Marktredwitz, die Ende Oktober unter strenger Beachtung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln stattfand, wurde Dr. Birgit Seelbinder aus ihrer Funktion verabschiedet, die sie seit der Gründung der Euregio im Jahr 1992 innehatte. Sie war damit Gründungsvorsitzende des Verbundes, der nach den historischen politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren nach 1989 auf den Weg gebracht wurde, um die Beziehungen zwischen den Nachbarregionen Bayern, Böhmen sowie Sachsen und Thüringen wieder mit Leben zu füllen.

Seelbinders Lebenswerk

Aus dem vormaligen Präsidium bedankte sich der bisherige erste Stellvertreter und ehemalige Tirschenreuther Landrat Wolfgang Lippert bei „einer der Profiliertesten unter den Kommunalpolitikern in der Region, wenn es um die Zusammenarbeit mit den tschechischen Nachbarn geht“ mit Worten des Respekts und der Anerkennung. Die Euregio bezeichnete er als „Lebenswerk“ Seelbinders.

Der neu gewählte Euregio-Präsident Peter Berek sagte an seine Vorgängerin gewandt: „Die Euregio Egrensis wird immer Ihre Euregio bleiben.“ Er wolle nicht in Seelbinders Fußstapfen treten, die ohnehin zu groß für ihn seien, sondern eigene Spuren hinterlassen.

Zuvor hatte die scheidende Präsidentin ihren letzten Rechenschaftsbericht abgegeben und die beiden früheren Landräte Dr. Karl Döhler aus Wunsiedel und Wolfgang Lippert für ihre Verdienste um die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu Ehrenmitgliedern der Euregio ernannt.

Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik

In ihrem Ausblick auf die künftige EU-Förderpolitik ab 2021 wies Seelbinder darauf hin, dass im Entwurf der künftigen Interreg-Verordnung Kleinprojekte erstmals fest verankert seien. Das sei eine sehr gute Voraussetzung. Die Euregios würden regelmäßig in den Abstimmungsprozess zwischen Wirtschaftsministerium und tschechischem Ministerium für Regionalentwicklung durch Videokonferenzen einbezogen. Erkennbar sei der erklärte Wille der Europäischen Kommission, die Regularien für die Kleinprojekteförderung deutlich zu erleichtern, indem vereinfachte Kostenoptionen wie Pauschalen verstärkt zur Anwendung kommen sollen, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Die Auswahl der Themen für das künftige Förderprogramm untermauert die Euregio Egrensis Seelbinder zufolge durch eine Entwicklungsstudie, die Teil des Netzwerkprojekts „Neue Impulse für den Grenzraum“ ist. Mit der Erstellung beauftragte die Euregio das Institut für Systemisches Management und Public Governance an der Universität St. Gallen, zusammen mit ihrem tschechischen Partner, der Ostböhmischen Entwicklungsagentur. Zielsetzung dieser Studie ist es, einerseits Themen zu ermitteln, die aus Euregio-Sicht im künftigen Kooperationsprogramm Bayern-Tschechien 2021-2027 bei Großprojekten förderfähig sein sollen (z.B. Kultur, Tourismus) und andererseits Projektkonstellationen zu benennen, die im Kleinprojektefonds förderfähig sein sollen.

Darüber hinaus sollen auch allgemeine Themen herausgearbeitet werden, die im Euregio-Gebiet für so wichtig erachtet werden, dass sich die Euregio Egrensis in der neuen Förderperiode mit ihnen beschäftigen sollte. Bisherige Bestandteile der Studie waren zum Beispiel eine Stärken-Schwächen-Analyse für den Euregio-Raum und eine Reihe von Telefoninterviews mit fachlichen Experten aus Oberfranken und der Oberpfalz zu künftigen Förderthemen. Diese Erkenntnisse wurden bei einem Arbeitstreffen Ende September vertieft und erweitert.

Historischer Schritt

Wie Seelbinder betonte, nutzten die drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften ihr erstes Treffen nach der Wiedereröffnung der Grenze im Gemeinsamen Präsidium Ende Juni, um ihre Zusammenarbeit auf eine neue Stufe zu heben: Durch den gegenseitigen Beitritt der drei selbstständigen Vereine wird die seit 1993 bestehende Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften Bayern, Böhmen und Sachsen/Thüringen weiter intensiviert. Dieser Schritt ist aus Sicht der ehemaligen Präsidentin wahrhaft historisch, weil die Euregio Egrensis damit gerade in der Zeit der Corona-Pandemie ein starkes Zeichen für eine gemeinsame Region ohne Grenzen setzt. **DK**

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



Renaissance am heimischen Herd

„Stay at home – dieses Motto begleitet uns heuer in der Adventszeit und wir in der Familie nutzen das, um zu kochen, zu backen und wieder bewusster mit Lebensmitteln umzugehen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte die Idee, dass er, sowie einige Dezernenten und Stadträte auf einer stadtinternen Plattform in Anlehnung an den Twitch-, Instagram- oder Tiktok-Stil einen Einblick in das geben, was sie neben Homeoffice zuhause so machen. Quasi als Ersatz für den Ratsch über Persönlich-Privates, den man sonst bei der Weihnachtsfeier oder beim Gang über den Christkindlmarkt mit seinen Mitarbeitern geführt hätte. Denn Feiern und Bummeln fällt dieses Jahr flach.

Zugegeben, das Intro des Bürgermeisters zu seinem Ausflug in die heimische Küche ist ein bisschen hölzern-staatsmännisch geraten, aber dann war es doch ganz interessant, den Chef und seine Frau an Herd und Backofen wirken zu sehen. Damit meine ich nicht den Schlüsselloch-Moment (so also sieht es in Bürgermeisters Küche aus), sondern tatsächlich die Rezepte, die er präsentierte und die Tricks und Kniffe, die er so auf der Pfanne hat, um etwa Saucen zu strecken oder Fleisch zu retten, das etwas zu schwarz geraten ist.

Wobei ich zugeben muss, dass ich die letzten Wochen und Monate auch genutzt habe, um mehr und aufwändiger zu kochen. Zwar hole ich mir mindestens einmal in der Woche etwas aus einem der geschlossenen Lieblings-Restaurants, um die Wirte zu unterstützen und ihnen zu zeigen, dass man auf bessere Zeiten hofft. Aber da Restaurantbesuche in normalen Zeiten doch eher etwas Besonderes sind, geht das halt mit der Zeit ins Geld. Außerdem geht man ja ins Restaurant, um das Ambiente zu genießen und umsorgt zu werden. Essecke und Abwasch ist da kein richtiger Ersatz.

Aber OK, wenn wir jetzt den Gaststätten nicht helfen, sind sie nicht mehr da, wenn sie uns wieder verwöhnen dürften. Deshalb reuen mich weder die Kosten noch der viele Verpackungsmüll beim meal to go.

Aber es bleibt in diesen Tagen eben auch viel mehr Zeit, selber am Herd etwas zu zaubern. Mit dem Homeoffice spart man sich Fahrzeiten und bis in die frühen Abendstunden sich ziehende Sitzungen finden nicht mehr statt, weil man sich bei der Videokonferenz kürzer fasst oder weil ein gnädiges Schicksal in Form eines Netzaussetzers der Veranstaltung ein Ende macht. Kein Konzert, keine Lesung, keine Vereinssitzung zieht einen aus der Küche. Die sozialen Kontakte beschränkt man aus Vernunft oder weil es einfach fad ist, in entgegengesetzten Ecken des Wohnzimmers zu sitzen und alle halbe Stunde die Fenster sperrangelweit aufzureißen.

Nein, da lobe ich mir mein Reich in der Küche, in dem ich mich so richtig austoben kann. Erst die intensive Lektüre der Kochbücher, die sich über die Jahre und oftmals nach dem ersten Durchblättern unbeachtet angesammelt haben. Dann die Zutaten einkaufen und ein ums andere Mal staunen, welche exotischen Gewürze ein ganz normaler deutscher Supermarkt mittlerweile anbietet – unser Land ist zumindest kulinarisch wirklich weltoffen. Dann der eigentliche Akt: Fleisch oder Fisch schneiden, Gemüse putzen und würfeln, die Gewürze und anderen Zutaten in Reih und Glied in der Reihenfolge der Zugabe zum entstehenden Mahl anordnen, Herd und Ofen an – und los geht es. Kochen ist haptisch ein Vergnügen, spricht mit dem Brutzeln des Öls und dem nach und nach verströmenden Duft der Speisen aber auch sonst andere Sinne neben dem Geschmackssinn an. Der wiederum wird angeregt durch Probieren und Abschmecken sowie durch den obligatorischen Wein, der nicht nur die Speisen begleitet, sondern auch deren Zubereitung. Motto: Der Wein muss in den Koch!

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ganz beglückt, in mir eine Gleichgesinnte erkannt zu haben, was Kochen und Essen angeht. Jetzt hoffen wir nur beide, dass Hefe nicht wieder wie im ersten Lockdown zur Bückware wird und wir uns auf Plätzchen- und Stollenbacken freuen können. Jedenfalls halten wir es mit dem französischen Gastronomen Jean Brillat-Savarin: „Die Kochkunst ist die älteste der Künste, weil Adam mit nüchternem Magen zur Welt kam.“

Ihre Sabrina

Bezirke Mittel- und Unterfranken:

Prämierte Beispiele gelebter Inklusion

Die Bezirke in Mittel- und Unterfranken haben ihre jährlichen Inklusionspreise verliehen. Die mittelfränkische Auszeichnung, dotiert mit 5.000 Euro, ging an das Rother Inklusionsnetzwerk (RHINK). Fünf Initiativen dürfen sich dagegen in Unterfranken freuen. Mit jeweils 2.500 Euro wurden die Berufsfachschule für Ernährung in Schweinfurt, das inklusive Fußballteam Veitshöchheim, die Blaskapelle Augsfeld, das „In-Hotel“ Mainfranken in Marktbreit und die Integrativ-Musikgruppe „Freudentöne“ aus Karlstein am Main bedacht.

Das ehrenamtlich arbeitende Rother Inklusionsnetzwerk setzt sich seit sechs Jahren für die Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum ein. Dafür wollen die knapp 70 Mitglieder das Bewusstsein für vorhandene Barrieren schärfen und so die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen voranbringen. Viele der RHINK-Mitglieder sind Experten in eigener Sache, da sie selbst ein Leben mit Behinderung führen. Das Inklusionsnetzwerk hat außerdem die Projektleitung über die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung, kurz EUTB, im Landkreis Roth inne.

Unter dem Motto „Gemeinsam mehr erreichen“ arbeitet das RHINK daran, verschiedene Menschen mit und ohne Behinderung aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Verwaltung, Politik, Bildung, Kultur, Selbsthilfe oder Gesundheit zusammenzubringen. Angehörige und Interessierte erhalten kompetente Beratung rund um das Thema Teilhabe am öffentlichen Leben. Mit regelmäßigen Aktionen, beispielsweise am „Tag der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“, Aufklärungsarbeit und Sensibilisierung zum Thema Inklusion in Schulen und Bildungseinrichtungen oder mit Projekten wie der „WEGWEISER“ oder die Wanderausstellung „Ich bin m/eine Erfahrung“ will das Rother Inklusionsnetzwerk wachrütteln.

Gesunde Ernährung

In Unterfranken überzeugte die Berufsfachschule für Ernährung und Versorgung Maria Theresie der Gemeinnützigen Gesellschaft in Schweinfurt mit ihrem Bildungsprojekt „Gesunde Ernährung“ die Jury. Im Vordergrund des Projekts stand, gesunde Gerichte anhand von Rezepten in leichter Sprache gemeinsam zu kochen und zu verzehren.

Miteinander lernen, gemeinsam musizieren und anderen Menschen eine Freude machen, ist seit über 40 Jahren das Ziel der Blaskapelle Augsfeld. Einmal in der Woche trifft sich die Blaskapelle, die aus 15 Musikern, einem Dirigenten einer Betreuerin und dem Ausbilder besteht, zum gemeinsamen Musizieren. Die Musikerinnen und Musiker arbeiten alle in der Werkstatt für behinderte Menschen in Augsfeld. Mittlerweile kommen auch mehr Musiker aus den umliegenden Ortschaften dazu. Laut Konrad Schneider von der Blaskapelle Augsfeld „fördert das Musizieren die Solidarität und den sozialen Zusammenhalt – auch deshalb ist dieses Projekt so wichtig.“

Sport überwindet Grenzen. Das zeigt sich nicht nur im internationalen Sportgeschehen, sondern gilt auch für das „Inklusive Fußballteam Veitshöchheim“. Seit 2004 treffen sich einmal pro Woche Fußballbegeisterte aller Altersgruppen, Nationalitäten und Berufsgruppen, ob mit oder ohne Handicap, auf dem Sportplatz, um ihrer Lust am Ballsport freien Lauf zu lassen. Zu den Fußballern gehören Kriegsflüchtlinge aus Syrien oder Äthiopien ebenso wie ehemalige Zivildienstleistende bzw. Schüler des Berufsförderungswerks oder des Caritas-Don Bosco-BFW. Eine lebendige Truppe, in der der Mannschaftsgeist den Ton angibt.

Im „In-Hotel“ Mainfranken findet der Urlaubs- oder Tagungsgast abseits der Einheitsgastronomie den Komfort, den auch ein „normales“ 3-Sterne-Hotel bietet, und dazu zahlreiche Besonderheiten. In dem AWO-Hotel fühlen sich die schwerbehinderten Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen sehr wohl, weil diese bestmöglich an deren Bedürfnisse und Besonderheiten angepasst werden. Dass dieses „Anderssein“ für den Gast von Vorteil ist, beweisen kleine und große Annehmlichkeiten, von frischen hausgemachten Köstlichkeiten bis hin zur fast vollständig barrierefreien Ausstattung, für die man das „In-Hotel“ Mainfranken schätzt.

Die Integrativmusikgruppe „Freudentöne“ des Club 82, eine Initiative Körperbehinderter, e.V.) blickt auf eine wachsende Erfolgsgeschichte zurück. 2018 feierte die Gruppe ihr 20-jähriges Bestehen. In aufwändiger Vorarbeit werden jedes Jahr ein Musical oder Aufführungen für Feste oder Weihnachtsfeiern geplant und intensiv Lieder und Instrumentalbegleitungen einstudiert. Teilweise müssen Texte in kurze, einfache Sprache umgeschrieben werden und auch Kostüme und die Bühnendekoration wird selbst erarbeitet und hergestellt. Doch dem Namen „Freudentöne“ getreu, steht die Freude beim Singen und Spielen im Vordergrund. **DK**

Besonderer Unterricht auf dem Pausenhof der AMA

Einen ganz besonderen Unterrichtsvormittag durfte die Klasse 5c der Aventinus Mittelschule Abensberg mit Klassenleiterin Kathrin Kiermeier im November erleben. Marion Huber-Schallner, Stadträtin und Behindertenbeauftrage der Stadt Abensberg besuchte die Ganztagesklasse. Seit einem schweren Autounfall sitzt sie im Rollstuhl und hat es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Mitmenschen für das Thema Inklusion/Integration zu sensibilisieren.

Die 23 Buben und Mädchen konnten das Ereignis kaum mehr abwarten, hatte sich Frau Huber-Schallner doch mit mehreren Leihrollstühlen der Firma Seitz und dem Versprechen angekündigt, dass jedes Kind das Fahren mit einem Rollstuhl selbst ausprobieren dürfe. Nach einer kurzen theoretischen Einführung zum Thema Behinderung im Allgemeinen wurde der Aufbau eines Rollstuhls besprochen und Leopold, ein Schüler der 5c, selbst Teilzeit-Rolli-Fahrer, half seinen Mitschülern bei den ersten Fahrversuchen und zeigte, wie man beispielweise eine Kurve mit dem Rollstuhl fahren kann.

Sensibilisierung durch praktische Erfahrung

Und schon ging es nun auch für die restlichen Schüler an die praktische Umsetzung heran. Immer vier Kinder konnten gleichzeitig die mitgebrachten Rollstühle benutzen und probierten unter der fachkundigen Anleitung von Frau Huber-Schallner und Leopold die verschiedensten Dinge aus: Parcours-Fahren, das Fahren über verschiedene Bodenbeläge wie zum Beispiel Kopfsteinpflaster, eine Rampe hinauf und auch wieder herunterfahren.

Dabei traten plötzlich Fragen zutage wie „Wie komme ich eigentlich eine Bordsteinkante hinauf?“ oder „Was ist zu tun, wenn keine Rampe da ist und ich eine Stufe mit dem Rollstuhl bewältigen muss?“ Mit Feuereifer waren die Schüler bei bestem Wetter mit „ihren“ Rollstühlen auf dem Pausenhof und um das Gelände der Aventinus-Mittelschule herum unterwegs.

Ein besonderes Highlight erlebte dann noch die letzte Schülergruppe: Sie durfte, zum Glück unfallfrei, mit den Rollstühlen einen kleinen Berg beim Parkplatz der Lehrer hinunter (und auch wieder hinauf) fahren. In Windeseile war der schöne und lehrreiche Vormittag vergangen. Rektor Wolfgang Brey: „Die Kinder können sich nun sehr viel besser in die Lage ihres behinderten Mitschülers hineinversetzen!“ Regina Beckstein, Behindertenbeauftragte an der Mittelschule: „Die Kinder wissen jetzt auch, dass man Rollstuhlfahrern nicht einfach ungefragt Hilfe aufdrücken sollte, sondern lieber direkten Augenkontakt herstellen und die Person einfach fragen, ob sie Hilfe braucht.“

Wolfgang Brey und Regina Beckstein bedankten sich abschließend auch bei der Klassenlehrerin für das tolle Projekt und freuten sich über die äußerst gelungene Sensibilisierung der Kinder für das Leben von Behinderten. ❐

Die Welternährung auf 2.000 Quadratmetern

Bezirk Niederbayern unterstützt den ‚Weltacker Landshut e. V.' mit landwirtschaftlicher Fläche

Landshut. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich traf sich vor kurzem mit zwei Gründungsmitgliedern des jungen Vereins ‚Weltacker Landshut' an einer landwirtschaftlichen Fläche des Lehrguts für ökologischen Landbau am Agrarbildungszentrum (ABZ) Landshut-Schönbrunn. Markus Roos und Klaus Karg erläuterten dem Bezirkstagspräsidenten und ABZ-Direktor Thomas Schneidawind ihr ambitioniertes Projekt ‚Weltacker Landshut', dem es bis dato noch an einer geeigneten landwirtschaftlichen Fläche fehlte.

Vorbild für die Landshuter Initiative ist die ‚Zukunftsstiftung Landwirtschaft' in Berlin, die den weltweiten landwirtschaftlichen Anbau durch einen beispielhaften ‚Weltacker' begreifbar macht. Eine einfache Rechnung bildet die Basis für das Projekt: Derzeit leben etwa 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde – bei 1,4 ha Ackerfläche. Daher muss jeder Mensch rund gerechnet mit 0,2 ha bzw. 2.000 qm Ackerland auskommen – eine Fläche, die im Grunde für die Ernährung eines einzelnen Menschen reicht. Auf ein einziges Nahrungsmittel reduziert, würde die Fläche beispielsweise für 8.500 Kilogramm Kartoffeln pro Jahr ausreichen. In der Praxis teilt sich die bewirtschaftete Fläche auf viele verschiedene Kulturen wie etwa Getreide- und Gemüsesorten auf. Je häufiger ein einzelner Mensch mit dem Auto fährt und Fleisch isst, desto mehr muss er dafür von ‚seinen' 2.000 qm aufwenden. Je weniger regional und saisonal sich der Mensch ernährt, umso mehr ‚persönliche' Fläche geht zusätzlich verloren, denn auch die Energie für Lagerung und Lebensmittel-Transporte muss angerechnet werden.

Zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit

In der Realität ist die deutsche Bevölkerung aber bestens versorgt – allerdings sind dazu deutlich mehr als 2.000 qm nötig, was auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit geht. Den Menschen in ärmeren Regionen bleibt durch die Ernährungsgewohnheiten in den Industrienationen weniger Fläche für den eigenen Lebensmittelanbau.

„Wir wollen nicht missionieren, sondern den Menschen verdeutlichen, was unsere Ernährungs- und Lebensgewohnheiten bedeuten", so Karg. Dabei möchten wir die globale Landwirtschaft möglichst maßstabsgetreu auf 2.000 qm Anbaufläche abbilden", ergänzt Markus Roos, erster Vorsitzender des im Juli dieses Jahres gegründeten Vereins. Knapp die Hälfte der Fläche entfielen zum Beispiel auf Getreide, ungefähr 15 Prozent auf Ölfrüchte und rund sieben Prozent auf Gemüse und Wurzelfrüchte. Naturgemäß ließen sich nicht alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Welt in Niederbayern anbauen.

Ab 2021 sind Führungen, Vorträge, Seminare und ‚Koch-Werkstätten' geplant. „Neben dem geeigneten Acker brauchen wir noch helfende Hände für den Anbau und die Pflege der Kulturen, Hilfe bei der Bildungsarbeit und Organisation, auch Sachspenden bzw. Leihgaben von Werkzeugen und Maschinen zur Ackerbearbeitung würden uns helfen", so Roos.

„Mit dem Agrarbildungszentrum und den hier angesiedelten Schulen wird der Bezirk seiner Aufgabe gerecht, für die bestmögliche Ausbildung des Nachwuchses in grünen Berufen zu sorgen", so Dr. Heinrich. „Schon seit fast dreißig Jahren engagiert sich der Bezirk für den ökologischen Landbau. In den vergangenen Jahren wurde nicht zuletzt durch die klimatischen Veränderungen immer deutlicher, wie wichtig und richtig diese Strategie war. Derzeit verstärken wir unser Engagement für mehr regionale und biologisch erzeugte Lebensmittel – so zum Beispiel mit den Projekten ‚Regio 2030' und ‚Genussregion Niederbayern'. Markus Roos: „Wir haben vor, den künftigen Weltacker biologisch zu bewirtschaften, und zwar nach den strengen Richtlinien von Naturland – so wie es auch das Lehrgut für ökologischen Landbau am Agrarbildungszentrum praktiziert".

„Das Projekt Weltacker wird vielen Menschen veranschaulichen können, dass jeder etwas zur Nachhaltigkeit der Lebensmittelerzeugung, zu mehr Umweltverträglichkeit und zur sozialen Gerechtigkeit beitragen kann," so Heinrich.

www.weltacker-landshut.de ❒

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 17. Dezember 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Kommunaler Bau und Ausstattung**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Wandkalender der Bayerischen GemeindeZeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. ❒

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe . Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung



BAYERISCHE GemeindeZeitung 2021

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Fr 1 Neujahr	Mo 1	Mo 1	Do 1	Sa 1 Tag der Arbeit	Di 1	Do 1 Bayerischer Sparkassentag 2021, Augsburg	So 1	Mi 1	Fr 1	Mo 1 Allerheiligen	Mi 1
Sa 2	Di 2	Di 2	Fr 2 Karfreitag	So 2	Mi 2	Fr 2	Mo 2	Do 2	Sa 2	Di 2	Do 2
So 3	Mi 3	Mi 3	Sa 3	Mo 3	Do 3 Fronleichnam	Sa 3	Di 3	Fr 3	So 3 Tag der Deutschen Einheit	Mi 3	Fr 3
Mo 4	Do 4	Do 4	So 4 Ostersonntag	Di 4	Fr 4	So 4	Mi 4	Sa 4	Mo 4	Do 4	Sa 4
Di 5	Fr 5	Fr 5	Mo 5 Ostermontag	Mi 5	Sa 5	Mo 5	Do 5	So 5	Di 5	Fr 5	So 5
Mi 6 Heilige Drei Könige	Sa 6	Sa 6	Di 6	Do 6	So 6	Di 6	Fr 6	Mo 6	Mi 6	Sa 6	Mo 6
Do 7	So 7	So 7	Mi 7	Fr 7	Mo 7	Mi 7	Sa 7	Di 7	Do 7	So 7	Di 7
Fr 8	Mo 8	Mo 8	Do 8	Sa 8 GRÜNER Kommunalkongress – Feuchtwangen	Di 8	Do 8	So 8	Mi 8	Fr 8	Mo 8	Mi 8
Sa 9	Di 9	Di 9	Fr 9	So 9	Mi 9	Fr 9	Mo 9	Do 9	Sa 9	Di 9	Do 9
So 10	Mi 10	Mi 10	Sa 10	Mo 10	Do 10	Sa 10	Di 10	Fr 10	So 10	Mi 10	Fr 10
Mo 11	Do 11	Do 11	So 11	Di 11	Fr 11	So 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11	Do 11 9. Bayerisches BreitbandForum	Sa 11
Di 12	Fr 12	Fr 12	Mo 12	Mi 12	Sa 12	Mo 12	Do 12	So 12	Di 12	Fr 12	So 12
Mi 13	Sa 13	Sa 13	Di 13	Do 13 Christi Himmelfahrt	So 13	Di 13	Fr 13	Mo 13	Mi 13	Sa 13	Mo 13
Do 14	So 14	So 14	Mi 14	Fr 14	Mo 14	Mi 14	Sa 14	Di 14	Do 14	So 14	Di 14
Fr 15	Mo 15	Mo 15	Do 15	Sa 15	Di 15 15. Bundeskonferenz Kommunalen Entwicklungspolitik	Do 15	So 15 Mariä Himmelfahrt	Mi 15	Fr 15	Mo 15	Mi 15
Sa 16	Di 16	Di 16	Fr 16	So 16	Mi 16	Fr 16	Mo 16	Do 16 8. Bayerisches WasserkraftForum	Sa 16	Di 16	Do 16
So 17	Mi 17	Mi 17	Sa 17	Mo 17	Do 17	Sa 17	Di 17	Fr 17	So 17	Mi 17	Fr 17
Mo 18	Do 18	Do 18 8. Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT	So 18	Di 18	Fr 18	So 18	Mi 18	Sa 18	Mo 18	Do 18	Sa 18
Di 19	Fr 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19 Landkreisversammlung, Bayerischer Landkreistag, Landkreis Lindau	Sa 19	Mo 19	Do 19	So 19	Di 19	Fr 19	So 19
Mi 20	Sa 20	Sa 20	Di 20	Do 20	So 20	Di 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20 KOMMUNALE	Sa 20	Mo 20
Do 21 NACHHOLTERMIN 2020 8. Bayerisches BreitbandForum	So 21	So 21	Mi 21	Fr 21	Mo 21	Mi 21	Sa 21	Di 21	Do 21 KOMMUNALE 2021, Nürnberg Kommunaler Bedarf auf den Punkt gebracht	So 21	Di 21
Fr 22	Mo 22	Mo 22	Do 22	Sa 22	Di 22	Do 22	So 22	Mi 22	Fr 22	Mo 22 Landesparteitag FDP Bayern, Landshut	Mi 22
Sa 23	Di 23	Di 23	Fr 23	So 23 Pfingstsonntag	Mi 23	Fr 23	Mo 23	Do 23	Sa 23	Di 23	Do 23
So 24	Mi 24	Mi 24 MÜLLER-BBM 14. Müller-BBM Fachgespräche Immissionsschutz, München	Sa 24	Mo 24 Pfingstmontag	Do 24 13. Bayerisches EnergieForum	Sa 24	Di 24	Fr 24	So 24	Mi 24	Fr 24 Heiliger Abend
Mo 25	Do 25	Do 25	So 25	Di 25	Fr 25	So 25	Mi 25	Sa 25	Mo 25	Do 25	Sa 25 1. Weihnachtsfeiertag
Di 26	Fr 26	Fr 26	Mo 26	Mi 26	Sa 26	Mo 26	Do 26	So 26	Di 26	Fr 26	So 26 2. Weihnachtsfeiertag
Mi 27	Sa 27	Sa 27	Di 27	Do 27	So 27	Di 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27	Sa 27	Mo 27
Do 28	So 28	So 28	Mi 28	Fr 28	Mo 28	Mi 28	Sa 28	Di 28	Do 28	So 28	Di 28
Fr 29		Mo 29	Do 29	Sa 29	Di 29	Do 29	So 29	Mi 29	Fr 29	Mo 29	Mi 29
Sa 30		Di 30	Fr 30	So 30	Mi 30 95. Verbandsversammlung des SVB, Augsburg	Fr 30	Mo 30	Do 30	Sa 30	Di 30	Do 30
So 31		Mi 31		Mo 31		Sa 31	Di 31		So 31		Fr 31 Silvester





















ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. Dezember 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 24







BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Wehrhafte Demokratie

Diskussionsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung gegen Hass und Hetze

Demokratie verlangt oft ein kräftezehrendes Ringen zwischen entgegengesetzten Meinungen. Die Bürde scheint jedoch mit dem Bedeutungszuwachs von Social Media im Kommunikationsalltag noch beschwerlicher geworden zu sein: Viele Engagierte verstummen angesichts einer drohenden, beleidigenden und bisweilen gewalttätigen Online-Öffentlichkeit. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung (Moderation: Richard Gutjahr) kamen insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu Wort, die sich vor Ort für unsere Demokratie einsetzen und dafür angefeindet werden.

Tatsache ist: Hass und Hetze im Netz haben viele Gesichter und können jeden treffen. Wie eine sprachliche und ethische Verrohung in den sozialen Netzwerken Einzug hält, stellte der KPV-Landesvorsitzende und Landrat von Donau-Ries, Stefan Rößle, am Beispiel einer Stellenanzeige für das örtliche Jobcenter dar, die das Landratsamt in den sozialen Medien geschaltet hatte. Obgleich ein alltäglicher Vorgang, reagierte ein Nutzer ausfallend und forderte, politische Entscheidungsträger in ein „Arbeitslager zu stecken“ und sie dann, „wenn sie vor Erschöpfung am Boden liegen, mit einem Genickschuss zu erlösen“.

Konsequent gegen Einschüchterungen vorgehen

Soziale Medien bieten laut Rößle die Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Anonymität Hassbotschaften und persönliche Attacken loszuwerden. Würden diese geteilt und entstehe daraus ein Shitstorm, fühlten sich die Täter bestätigt und es bestehe die Gefahr tätlicher Übergriffe. „Ich kann nur allen den Tipp geben, sich nichts gefallen zu lassen und konsequent gegen diese Strategie der Einschüchterung im Netz vorzugehen“, unterstrich Rößle. Liegt ein Straftatbestand vor, müsse konsequent Anzeige erstattet werden. Mit Information und Aufklärung könnten die Kommunalpolitiker dafür sensibilisiert werden, sich an Anlaufstellen wie die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, kurz BIGE, zu wenden.

Die junge Fürstenfelder CSU-Kreisrätin Thuy Wegmaier berichtete, wie ihre Teilnahme an einer Antirassismus-Kampagne dazu führte, dass sie über eine Woche hinweg mit abwertenden und beleidigenden Kommentaren förmlich bombardiert wurde. Sie habe auch viel Unterstützung und Zuspruch erfahren, aber „bei 3.000 teilweise hasserfüllten Kommentaren bekommt man schon Angst und ist verunsichert“, betonte Wegmaier. Mit dieser Reaktion, die etwa eine Woche lang anhielt, habe sie nicht gerechnet. Viele Bürger hätten sich solidarisch mit ihr gezeigt, manche hatten aber auch Angst, ihr zu Hilfe zu kommen, weil sie fürchteten, zwischen die Fronten zu geraten.

Plattform „hassmelden“

Für Lea Richter von der Plattform „hassmelden“ sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. „Seit wir im März 2019 online gegangen sind, wurden uns über 100.000 Beiträge gemeldet und wir haben mehr als 26.000 Anzeigen auf den Weg gebracht“, informierte sie. Dies sei freilich nur die Spitze des Eisbergs, da viele Nutzer Hasskommentare im Netz nicht (mehr) melden würden. Bedrohte Personen schieden aus dem digitalen Diskurs aus und ließen Platz für die hasserfüllten Stimmen, die ihr menschenverachtendes Weltbild verbreiten wollen.

Sowohl bayerisches Justiz- als auch Innenministerium arbeiten daran, gemeinsam Hass und Hetze im Netz noch konsequenter zu verfolgen und potenzielle Täter abzuschrecken. Dafür haben sie weitreichende Maßnahmenpakete geschnürt, um kommunale Mandatsträger besser zu schützen. Ein wichtiges Angebot der Justiz ist das Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten. Abgeordnete, die wegen ihres politischen Amts oder Mandats im Internet oder per Mail bedroht oder beleidigt worden sind, können künftig Anzeigen und Prüfbitten unbürokratisch online an die Justiz übermitteln.

Ansprechpartner bei den Staatsanwaltschaften

In der Folge übernimmt der Hate-Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz, Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Hartleb. Er ist bei der Bayerischen Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt. Die Ermittlungsverfahren werden von ihm oder einem der bayerischen Sonder-Dezernenten geprüft. Bei allen 22 Staatsanwaltschaften des Freistaats

(Fortsetzung auf Seite 4)



Bild: Michael von Hassel . Camino 2020

Füracker präsentiert Grundsteuermodell

Kritik von Gemeindetag und Städtetag

Bayerns Finanzminister Albert Füracker hat den Entwurf für ein bayerisches Grundsteuermodell vorgestellt. Ab 2025 setze der Freistaat auf eine „wertunabhängige, transparente und unbürokratische Grundsteuer“. Füracker zufolge „sorgen wir mit unserem Modell für Klarheit und Planungssicherheit bei allen Beteiligten. Wir setzen ein starkes Signal für alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen wie auch für unsere Kommunen!“ Mit der bayerischen Grundsteuer kann der Freistaat erstmals ein bedeutendes Steuergesetz auf Landesebene regeln.

Die Basis der bisherigen, auf Bundesebene geregelten Grundsteuer hatte das Bundesverfassungsgericht 2018 für verfassungswidrig erklärt. Der Bund hat daher im November 2019 seinen Entwurf für eine Grundsteuerreform verabschiedet, von dem die Länder jedoch abweichen können.

Fair und unbürokratisch

Gemäß diesem Bundesgesetz soll die Grundsteuer nach dem Wert des Grundstücks bemessen werden. „Ein solches Modell ist unnötig bürokratisch und erfordert alle sieben Jahre eine Neubewertung sämtlicher Immobilien. Mit steigenden Preisen steigen so automatisch die Steuern. Der Freistaat geht den fairen und unbürokratischen Weg ohne eine solche Belastungsdynamik“, hob Füracker hervor.

Klare Kennzahlen

Der bayerische Gesetzentwurf basiert auf klaren Kennzahlen: Die Flächen werden mit

(Fortsetzung auf Seite 4)



Intelligente Lösungen für Mobilität der Bürger

Zum „Bürgermeister des Jahres“ kürte die LKC-Gruppe den niederbayerischen Bezirkstagspräsidenten, Freyungs Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Übereicht wurde ihm die Auszeichnung von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig (r.) und Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau (li.). Vgl. Bericht auf Seite 4. Bild: LKC-Gruppe

Welttag der Menschen mit Behinderung:

Selbstbestimmung fördern

Am „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“ hat Holger Kiesel, Behindertenbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, darauf aufmerksam gemacht, dass deren Selbstbestimmung stark vernachlässigt worden sei. Aus seiner Sicht dürfe und müsse man auch Menschen mit Behinderung zutrauen, „verantwortliche und abgewogene Entscheidungen in Bezug auf unsere Gesundheit zu treffen und selbst zu beurteilen, welche Risiken wir eingehen wollen und welche nicht“.

In einer weltweiten Aktion wurden am 3. Dezember Gebäude und Sehenswürdigkeiten rund um den Globus in der Farbe Lila beleuchtet, um auf den Beitrag von Menschen mit Behinderung zur Gesellschaft aufmerksam zu machen und um für mehr Chancengleichheit in allen Bereichen des alltäglichen Zusammenlebens zu sensibilisieren. Erstmals ausgerufen wurde der „Internationale Tag der Menschen mit Behinderung“ von den Vereinten Nationen (UNO) im Jahr 1993.

Zusammenhalt und Solidarität

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner rief zu Zusammenhalt und Solidarität in schwieriger Zeit auf: „Alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, haben die gleichen Rechte und sollen auch die gleichen Chancen in unserer Gesellschaft haben. Solidarität heißt aber auch, die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung in der Corona-Pandemie zu achten und zu fördern. Sie dürfen nicht stärker belastet werden als die übrige Bevölkerung“, betonte die Ministerin.

Corona-Steuerungsgruppe

Die Corona-Krise ist für viele Menschen mit Behinderung eine besondere Herausforderung: Manche gehören zu dem gesundheitlich gefährdeten Personenkreis und müssen besonders geschützt werden. Durch die Kontaktbeschränkungen in den Einrichtungen sind die Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben begrenzt. Deshalb hat Trautner im vergangenen Juli die „Corona-Steuerungsgruppe Behindertenhilfe“ ins Leben gerufen. Ganz im Sinne der Selbst-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Weihnachten ist kein Zeitpunkt und keine Jahreszeit, sondern eine Gefühlslage. Frieden und Wohlwollen in seinem Herzen zu halten, freigiebig mit Barmherzigkeit zu sein, das heißt, den wahren Geist von Weihnachten in sich zu tragen“, meint der Bürgermeister gemeinsam mit Calvin Coolidge. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Flächenverbrauch: Freie Hand für Kommunen 2
Albert Füracker: Zahlungen an Kommunen bleiben stabil 2
Thorsten Glauber: 50 Jahre bayerisches Umweltministerium . .3
GZ-Kolumne Christine Borst:
Schöne Weihnachten – trotz oder gerade wegen Corona 3
Familienunternehmen stärken ländlichen Raum 3
Dr. Olaf Heinrich: Bürgermeister des Jahres 4
Kommunale Gesundheitsthemen . . . . . .5 - 6
Kommunale Finanzthemen . . . . . 7 - 9
Kommunikation • IT • Breitband . . . . . 10 - 15
Kommunale Bauthemen. . . . . 15 - 16
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 16 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Flächenverbrauch:

Freie Hand für Kommunen

Bis 2030 will die Staatsregierung den Flächenverbrauch für den Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrswegebau auf einen landesweiten Richtwert von fünf Hektar von derzeit knapp elf Hektar senken. Dazu hat der Bayerische Landtag mit den Stimmen von CSU und Freien Wählern einer Änderung des Landesplanungsgesetzes zugestimmt, die diesen Richtwert festschreibt. Verbindliche Vorgaben für die Kommunen sind damit nicht verbunden. Eine Feinjustierung soll ihnen nun Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte geben. Bayerns Gemeinden lehnen jedoch weiterhin eine Beschränkung ihrer Planungshoheit ab. Die Landtags-Grünen und die SPD warfen der Regierungskoalition „verfehlte Landesplanung" vor und stellten alternative Kompromissmodelle vor.

2019 lag der Flächenverbrauch im Freistaat bei durchschnittlich 10,8 Hektar pro Tag landesweit. Lediglich die Hälfte davon ist versiegelte Fläche. Die Präzisierung des Landeplanungsgesetzes bietet den Kommunen künftig Planungs- und Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte. So wird bei der Bewertung der 5-Hektar Richtgröße künftig entsprechend berücksichtigt, ob dabei Boden versiegelt wird und welche Ausgleichsmaßnahmen für den Umwelt-, Klima und Artenschutz getroffen werden können.

Flexibles Planungsinstrument

Damit erhalten Gemeinden ein flexibles Planungsinstrument zum Flächensparen, in dem ihre Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Damit werden Parks, Friedhöfe, Fussballfelder oder Golfplätze bei der Flächennutzung anders behandelt wie versiegelte Flächen. Die Fraktionen der CSU und Freien Wählern wollen so vermeiden, dass diese Grünflächen im Wettbewerb mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, des Wohnungsbaus, den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Landesentwicklung stehen.

Was schreibt das Gesetz vor?

Um diese Richtgröße erreichen zu können, sind ressortübergreifend auf Landes- wie auf Bundesebene zahlreiche Maßnahmen erforderlich. Der vorliegende Gesetzentwurf soll dazu einen Beitrag leisten, indem die 5-ha-Richtgröße bei der erstmaligen planerischen Inanspruchnahme von Freiflächen (d.h. nicht baulich genutzten Flächen) im Außenbereich für Siedlungs- und Verkehrszwecke durch den Erlass von Bebauungsplänen und Planfeststellungsbeschlüssen berücksichtigt wird. Flächennutzungspläne werden somit zwar von der 5-ha-Richtgröße nicht unmittelbar erfasst, es gilt jedoch dieses Ziel auf dieser vorgelagerten Planungsebene zu berücksichtigen. „Klarzustellen ist, dass die landesweite Richtgröße kein Herunterbrechen auf einzelne Gemeinden bedingt und dies auch nicht beabsichtigt ist", wie es im Gesetzestext heißt.

Selbstverwaltung schützen

„Zersiedlung vermeiden ohne Wachstum zu gefährden" – als ein flexibles Instrument gegen den Flächenverbrauch hat Hubert Aiwanger (Freie Wähler) die gefundene Lösung bezeichnet. Die CSU argumentierte, das Gesetz ermögliche es den Kommunen, flächensparend zu handeln und dabei auch Ziele des Arten- und Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Die Grünen hatten einen eigenen Antrag eingebracht. Mit diesem sollte das Fünf-Hektar-Ziel bereits 2026 verbindlich erreicht werden. Walter Nussel (CSU) nannte die Forderungen der Grünen in ihrer Umsetzung zu bürokratisch. Er wies darauf hin, den prognostizierten Bevölkerungszuwachs zu berücksichtigen und die kommunale Selbstverwaltung zu schützen. Aiwanger fügte hinzu, dass entzogene Fläche nicht immer automatisch tote Fläche sei. Von den verbauten zehn Hektar täglich, würde nur die Hälfte beispielsweise durch Asphaltierung wasserdicht versiegelt. Die andere Hälfte entfiele auf Gärten, Fußballfelder oder Photovoltaikfelder, die Ameisen und Käfern einen Lebensraum böten. Sandro Kirchner (CSU) warnte zudem davor, reiche gegen arme Kommunen auszuspielen. Manfred Eibl (Freie Wähler) setzte auf ein Gesamtkonzept von Transparenz und Freiwilligkeit. Seine Begründung lautete: „Mathematische Verbindlichkeit löst nicht das Problem der Flächenkonkurrenz."

Warnung vor Einschränkung

Nach Ansicht der bayerischen Kommunen dient die Präzisierung jedoch nicht dazu, ihre verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit als Teil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im bisherigen Umfang zu erhalten. „Wir brauchen keine Berechnungsformel, wie viel eine Gemeinde wo und wann überbauen darf", sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. Auf die Kommunen kämen nur zusätzlicher Begründungsaufwand und weitere Rechtsunsicherheit zu.

Brandl wies darauf hin, dass eine wie auch immer geartete Berechnungsformel von Pflicht- oder Richtgrößen der möglichen Flächeninanspruchnahme in vielen Gemeinden und Städten zu willkürlichen, oder die Bürgerbelange nicht berücksichtigenden Ergebnissen führen würden. „Bayerns Gemeinden und Städte bauen Straßen, damit die Menschen in Stadt und Land gleichberechtigt mobil sein können. Sie bauen Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Seniorenheime, um die sozialen Bedürfnisse der Menschen zu decken. Sie ermöglichen, dass Gewerbebauten, Büros und Fabriken errichtet werden, damit die Menschen in Bayern ein Einkommen haben und nicht abwandern müssen. Und vor allem schaffen sie bezahlbaren Wohnraum, damit die Menschen ein Dach über dem Kopf haben, was einem derzeit besonders drängenden Anliegen entspricht. Dafür müssen selbstverständlich Flächen bereitgestellt werden. Dazu stehen wir Kommunen. Es ist politisch nicht fair und gesellschaftspolitisch riskant, den Gemeinden und Städten dafür Fesseln für ihre Entwicklung in Gestalt von starrem Flächenvorgaben anzulegen", kritisierte Brandl. **red**

EU-Projekt MATILDE

Städte und Gemeinden in allen Teilen Bayerns konnten in den vergangenen Jahrzehnten unterschiedliche Erfahrungen mit Zuwanderungsprozessen verschiedener Bevölkerungsgruppen sammeln und erkannten Chancen und Herausforderungen, die für Kommunen daraus entstehen.

Aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 fördert die Europäische Union nun das Forschungsprojekt MATILDE, das explizit soziale und wirtschaftliche Auswirkungen von Zuwanderung in ländlichen Räumen und Bergregionen in den Blick nimmt.

Der Startschuss für das dreijährige Projekt MATILDE, ein Akronym für ‚Migration Impact Assessment to Enhance Integration and Local Development in European Rural and Mountain Regions' fiel bereits Anfang des Jahres 2020. Koordiniert wird das Projekt vom Institut für Regionalentwicklung am EURAC in Bozen. Insgesamt 25 Partner aus zehn verschiedenen Ländern sind beteiligt. In Bayern bearbeiten Dr. Stefan Kordel und sein Team vom Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und Anne Güller-Frey von Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH in Augsburg das Projekt. Fokussiert werden fünf Landkreise (Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Oberallgäu und Regen).

Lokale Partner einbinden

Bislang wurden die Regionen hinsichtlich ihrer Zuwanderungsprozesse charakterisiert und die Umsetzung von bestimmten Migrations- und Integrationspolitiken, die unter anderem die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Zusammenleben adressieren im Rahmen von Expertengesprächen diskutiert. Es zeigte sich, dass Kommunen aus ganz verschiedenen Motivlagen heraus unterschiedlich mit dem Thema Zuwanderung umgehen und die lokale Perspektive essentiell ist. Umso wichtiger ist es, lokale Partnerinnen und Partner in ländlichen Räumen stärker in die Debatte um die Steuerung von Migration und deren Auswirkungen einzubeziehen.

Im weiteren Verlauf des Projektes soll deshalb mit partizipativen Verfahren die lokale Öffentlichkeit eingebunden werden. Die FAU und der Praxispartner Tür an Tür führen im Sommer 2021 eine Fallstudie zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen durch. Fokussiert werden dabei Drittstaatsangehörige, d.h. Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge aber auch Migranten, die aus familiären Gründen oder wegen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes aufs Land ziehen sowie Militärangehörige, z.B. aus den USA.

Erste Ergebnisse und mehr Informationen zum Projekt können auf der Projekthomepage https://matilde-migration.eu/ sowie den einschlägigen sozialen Medien eingesehen werden. ❐

Zahlungen an Kommunen bleiben stabil

Finanzminister Albert Füracker hat den Entwurf der Staatsregierung für den Haushalt 2021 in den Landtag eingebracht. Er sieht Ausgaben in Höhe von 70,2 Milliarden Euro vor. Schwerpunkte sind erneut Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise und Investitionen als Grundlage für einen späteren Aufschwung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Forschung und Innovation. An den vorgesehen Ausgaben für die Kommunen sollen keine Abstriche gemacht werden.

Mit dem Haushalt 2021 soll die finanzielle Grundlage dafür gelegt werden, dass der Freistaat Bayern weiterhin entschlossen auf die Corona-Pandemie reagieren kann. Größere Einsparungen seien nicht vorgesehen; an Leistungen wie dem Familien- und dem Pflegegeld werden laut Füracker keine Abstriche gemacht. „Wir wollen auch 2021 möglichst viel Krise von den Menschen fernhalten", versprach der Minister. Außerdem blieben die Zahlungen an die Kommunen mit 10,1 Milliarden Euro stabil, ebenso die Ausgaben für Arten- und Klimaschutz sowie die Landwirtschaft. Besonders hob Füracker die gestiegenen Investitionsausgaben für die Hightech-Agenda hervor. Mit zusätzlich rund 500 Millionen Euro wolle man die Forschung in Zukunftstechnologien beschleunigen und damit für künftigen Wohlstand sorgen. Der Minister betonte auch, dass an der Ausweisung zusätzlicher Stellen im Bildungsbereich und bei der Polizei festgehalten werde, sowie an erhöhten Zuschüssen für die Einrichtung neuer Kita-Plätze.

Haushaltsstabilität an erster Stelle

Die Koalitionspartner einigten sich auf folgende Eckpunkte: Die Kreditermächtigung in Höhe von 20 Milliarden Euro durch den Bayerischen Landtag zur Krisenbewältigung im Jahr 2020 reiche in der Summe auch für das Jahr 2021 aus. Neben Kreditermächtigungen leisteten auch die einzelnen Ministerien einen Beitrag zur Konsolidierung in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro aus ihren eigenen Budgets. Für den Sonderfonds Corona-Pandemie sind insgesamt 7,4 Mrd. Euro eingeplant. Darin enthalten ist ein Vorsorgeansatz in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, den die Staatsregierung im Haushaltsjahr 2021 zur flexiblen Verfügung benötigt. Diese Vorsorgemittel können nach der Einwilligung des Haushaltsausschusses kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Um die Haushaltsstabilität sicherzustellen, werden aufgenommene Schulden im Sonderfonds „Corona-Pandemie" nach einem festen Tilgungsplan wieder zurückgeführt.

Herzstück Hightech-Agenda

Zukünftig soll der Haushaltsausschuss seine finanzpolitischen Erfahrungen und Kompetenzen unmittelbar in die Entscheidung über Corona-Ausgaben miteinbringen. „Diese Einbindung des Parlaments hat sich bereits bei der Kontrollkommission zum BayernFonds bewährt", sagte Josef Zellmeier, haushaltspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion.

Hightech-Agenda

Dabei werden sich die Haushaltsplanungen der kommenden Jahre insbesondere daran orientieren, die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern wieder auf Vor-Corona-Niveau zu heben. „Wir wollen dabei unterstützen, indem wir mit unseren technologischen Fähigkeiten weltweite Probleme lösen und gleichzeitig den starken Zusammenhalt in der Gesellschaft sichern", so Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher der Freie Wähler-Landtagsfraktion.

Als ein „Herzstück dieses Haushalts" bezeichnete er die Hightech-Agenda: „Wir werden hier auf Grundlage einer starken Wirtschaft und unserer Spitzenstellung in Forschung und Entwicklung zur Lösung von Zukunftsfragen der Menschheit beitragen." Nicht Verbot und Verzicht, sondern weltweit einsetzbarer technologischer Fortschritt seien die Antwort auf globale Herausforderungen. Der Haushalt 2021 soll nach den Ausschussberatungen Ende März vom Landtag verabschiedet werden. **red**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Steins
91099 Poxdorf
am 2.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Obermeier
94501 Aidenbach
am 28.12.

Landrat Herbert Eckstein
91154 Roth
am 7.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Lindmeier
94127 Neuburg a. Inn
am 20.12.

Bürgermeister Konrad Kienle
87538 Balderschwang
am 22.12.

Bürgermeisterin
Barbara Bogner
82054 Sauerlach
am 24.12.

Bürgermeister
Michael Hausperger
84564 Oberbergkirchen
am 29.12.

Bürgermeister Albin Dietrich
94557 Niederalteich
am 1.1.

Bürgermeister Helmut Roßkopf
86562 Berg im Gau
am 3.1.

Bürgermeister Johann Springer
84375 Kirchdorf am Inn
am 5.1.

Bürgermeister Johann Wiesmaier
85447 Fraunberg
am 7.1.

Bürgermeister Erwin Goßner
86845 Großaitingen
am 10.1.

Bürgermeister Christian Ruh
88131 Bodolz
am 11.1.

Bürgermeister Franz Tauber
95694 Mehlmeisel
am 11.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Baumann
89446 Ziertheim
am 21.12.

Bürgermeister Franz Erl
87494 Rückholz
am 28.12.

Bürgermeister
Georg Hatzesberger
94529 Aicha vorm Wald
am 30.12.

Bürgermeister
Franz Xaver Steininger
94227 Zwiesel
am 30.12.

Bürgermeister
Siegfried Lobmeier
94550 Künzing
am 8.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Roos
97839 Esselbach
am 24.12.

Bürgermeister Franz Müller
93470 Lohberg
am 28.12.

Bürgermeisterin
Yvonne Geldner-Lauth
91236 Alfeld
am 29.12.

Bürgermeister Franz Langer
94575 Windorf
am 30.12.

Bürgermeisterin
Angelika Leitermann
93471 Arnbruck
am 4.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ben Schwarz
91166 Georgensgmünd
am 9.1.

Bürgermeister
Michael Dütsch
96120 Bischberg
am 15.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Kistner
90587 Veitsbronn
am 7.1.

Bürgermeister Florian Kraft
91359 Leutenbach
am 10.1.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig.
Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Energie Südbayern und Energienetze Bayern sind klimaneutral

Die Energie Südbayern und deren Tochterunternehmen, die Energienetze Bayern, verringern ihren CO2-Fußabdruck: Beide Unternehmen haben die klimawirksamen Emissionen vollständig neutral gestellt, die rund um deren Geschäftstätigkeit entstehen. Mit dem Erwerb von Klimazertifikaten werden so rund 29.000 Tonnen CO2 kompensiert, die für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021 prognostiziert wurden.

„Klimaschutz betrifft uns alle, sagt Marcus Böske, Geschäftsführer von Energie Südbayern. „Als regionaler Energieversorger tragen wir jedoch eine besondere Verantwortung. Deshalb bieten wir nicht nur unseren Kunden und Partnern nachhaltige Lösungen für eine zeitgemäße Energieversorgung an, sondern werden selbst aktiv, um unsere eigene Klimabilanz immer weiter zu verbessern."

So produziert Energie Südbayern einen Teil des Stroms der Münchner Unternehmenszentrale über eine PV-Anlage selbst und fördert zudem kommunale Klimaschutzprojekte in ganz Ober- und Niederbayern.

Die neutralisierten Emissionen von Energie Südbayern und den Energienetzen Bayern werden über das Projektportfolio der KlimaInvest Green Concepts GmbH kompensiert. Die unterstützten Projekte sind nach den strengen Anforderungen der unabhängigen und gemeinnützigen Gold Standard Foundation (GS) zertifiziert. Für die Emissionsberechnung und -kompensation überprüft wurden zum Beispiel die Pendlerwege der Mitarbeiter, der Energiebedarf für Beleuchtung sowie Heizung – alles nach den Vorgaben des Umweltbundesamtes.

Informationen: www.esb.de/ueber-uns/klimaneutral ❐

Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft:

Familienunternehmen stärken ländlichen Raum

Familienunternehmen tragen zum Erfolg ländlicher Räume in Deutschland bei. Ihre Präsenz wirkt sich positiv auf Bevölkerung, Wohlstand und Wirtschaftskraft aus. Dies geht aus einer Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Münchner Stiftung Familienunternehmen hervor. Untersucht wurden 215 ländlich geprägte Kreise und kreisfreie Städte, wobei sich die Forscher in ihrer Analyse auf größere Familienunternehmen mit 50 oder mehr Mitarbeitern konzentrierten.

In den ländlichen Räumen sind durchschnittlich über die Hälfte der ansässigen Unternehmen ab 50 Mitarbeitern Familienunternehmen (54,3 Prozent). Zugleich arbeiten in den betrachteten Familienunternehmen rund 2,5 Millionen Beschäftigte der insgesamt 5,7 Millionen Beschäftigten in den ländlichen Räumen. Die Familienunternehmen sind somit ein bedeutsamer Arbeitgeber für die Menschen in diesen Regionen.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen in Zusammenhang steht. Diese tragen damit bedeutend zur dezentralen Stärke im Land in ihrer Rolle als Arbeitgeber, für die regionale Innovationsfähigkeit, für eine hohe Wertschöpfung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume bei.

Der Anteil von Familienunternehmen in den wirtschaftsstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg ist höher als in den ostdeutschen Bundesländern. Platz 1 in der Studie belegt der Landkreis Roth mit über 68 Prozent Familienunternehmen; auf Platz 2 rangiert der Landkreis Neumarkt i.d.Opf. mit über 67 Prozent.

Ländliche Räume mit hohen Familienunternehmensanteilen weisen höhere Industriequoten auf als andere Räume. Große Unternehmen und Hidden Champions, die strukturbestimmend sind und maßgeblich zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand beitragen, sind in der Regel Industrieunternehmen.

Höhere Innovatonskraft

Im Hinblick auf die Innovationskraft zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen ländlichen Räumen mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen und solchen mit einem geringeren Anteil. In Regionen mit hohen Familienunternehmensanteilen fallen die Patentanmeldungen fast doppelt so hoch aus wie in den anderen Räumen.

Insbesondere bayerische und baden-württembergische Kreise zeichnen sich dabei als patentstark aus. Die meisten Patentanmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichneten Unternehmen im Landkreis Regensburg mit rund 794 Anmeldungen.

Auch im Ausbildungsbereich spielen die Familienunternehmen eine wichtige Rolle. Obwohl junge Menschen vermehrt in die Städte ziehen, um dort ihre Ausbildung zu beginnen, schaffen es Familienunternehmen in ländlichen Regionen, attraktiv für junge Menschen zu bleiben. Der Fortzug von Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren fällt geringer aus, wenn der Anteil an Familienunternehmen höher ist. In Kreisen mit den höchsten Familienunternehmensanteilen ziehen im Mittel nur 13 junge Menschen je 1.000 Einwohner in dieser Altersgruppe im Saldo weg, in der Gruppe der Kreise mit den geringsten Anteilen sind es dagegen 34 junge Menschen. Der Kreis Marburg-Biedenkopf (Hessen) liegt unter allen ländlichen Räumen an der Spitze im Hinblick auf die Ausbildungswanderung. Der Saldo liegt hier bei rund +80.

Attraktiver Arbeitsmarkt stoppt die Landflucht

Die Analyse zeigt demnach auch, dass ein attraktiver Arbeitsmarkt die Landflucht stoppen kann. In Regionen mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen legte die Bevölkerungszahl zwischen 2008 und 2018 im Schnitt um zwei Prozent zu, während sie in Regionen mit geringem Familienanteil um 2,6 Prozent sank. Den stärksten Bevölkerungszuwachs konnte der Kreis Erding mit einem Anstieg um rund elf Prozent verzeichnen. Im Kreis Freising sind es 10,8 Prozent, in Pfaffenhofen an der Ilm zehn Prozent.

Der Studie zufolge stehen Landkreise mit einem hohen Anteil an Familienunternehmen wirtschaftlich besser da als Kreise mit sehr wenigen solcher Firmen. So liegt etwa die Arbeitslosenquote in Landkreisen mit einem starken Anteil an Familienfirmen mit 2,8 Prozent deutlich niedriger und der Beschäftigungszuwachs der letzten Dekade mit 21 Prozent deutlich höher als in jenen Kreisen, in denen nur wenige oder keine Familienfirmen ihren Sitz haben. An der Spitze liegt der Landkreis Eichstätt mit einer Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent, gefolgt von den Landkreisen Donau-Ries und Pfaffenhofen mit jeweils 1,6 Prozent.

Privater und öffentlicher Wohlstand

Die vergleichsweise hohe und stabile Beschäftigung in Kreisen mit vielen Familienbetrieben wirkt sich der Untersuchung zufolge auch auf den privaten und öffentlichen Wohlstand aus. In Regionen mit zahlreichen Familienfirmen erreichte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf durchschnittlich 33.200 Euro gegenüber knapp 28.500 Euro in Kreisen, die kaum Familienfirmen haben. Zugleich liegt die Verschuldung der öffentlichen Hand in stark von Familienunternehmen geprägten Regionen um elf Prozent niedriger als dort, wo es wenige solcher Firmen gibt.

Musterland Bayern

Dass Bayern in der Untersuchung gut abschneidet, spiegelt sich in der Auswahl der Positivbeispiele wider. Dingolfing-Landau und Regensburg sind zwei von fünf Landkreisen, auf die das IW genauer eingeht. Im Kreis Dingolfing-Landau sind 60,3 Prozent der dort ansässigen Unternehmen ab 50 Mitarbeitern Familienunternehmen. Damit gehört der Landkreis zu den 25 Prozent der ländlichen Räume mit den höchsten Familienunternehmensanteilen. Er ist auch wirtschaftlich besonders erfolgreich. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 71.000 Euro pro Einwohner rangiert Dingolfing-Landau auf Platz 1 aller ländlichen Räume.

Im Hinblick auf die gemeindliche Steuerkraft unter allen Kreisen der ländlichen Räume erreicht Dingolfing-Landau die Spitzenposition (rund 1.600 Euro pro Einwohner). Damit sind die wirtschaftlichen Bedingungen dort besonders gut ausgeprägt. Die meisten Beschäftigten des Kreises finden sich im Verarbeitenden Gewerbe. Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in diesem Wirtschaftszweig tätig (52,8 Prozent). Diese starke Bedeutung der Industrie spiegelt sich auch darin wider, dass der Landkreis den höchsten Anteil an MINT-Beschäftigten in den ländlichen Räumen aufweist. 44,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lassen sich dem MINT-Bereich zuordnen.

Positive Beispiele

Eines der bekanntesten Unternehmen ist das Unternehmen Einhell mit Sitz in Landau an der Isar. Das einst als Handwerksbetrieb gegründete Unternehmen hat sich inzwischen zu einem weltweit führenden Werkzeughersteller, insbesondere für Gartengeräte und Elektrowerkzeuge, entwickelt. Rund 82 Prozent aller Patentanmeldungen in dem Kreis lassen sich auf Einhell zurückführen, was ebenfalls die Innovationskraft dieses Familienunternehmens verdeutlicht.

Ein weiteres Familienunternehmen, das im Kreis Dingolfing-Landau ansässig ist, ist die SAR-Group. Dieses Unternehmen entwickelt Systeme für die Industrie- und Prozessautomation. Mit seinen rund 300 Mitarbeitern am Hauptstandort Dingolfing ist es der zweitgrößte Arbeitgeber in der Stadt. Auch dieses Unternehmen ist hochinnovativ. Es profitiert dabei von der Nähe zum Technologiezentrum für Produktions- und Logistiksysteme in Dingolfing.

Hochinnovative Patente im Kreis Regensburg

Die meisten Patentanmeldungen unter den ländlichen Räumen kann der Kreis Regensburg vorweisen. Mit im Schnitt 793 Anmeldungen je 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt er deutlich an der Spitze vor dem Kreis Eichstätt mit rund 418 Patentanmeldungen. Auch bei den digitalen Patentanmeldungen ist der Kreis Regensburg führend. Rund 18 Prozent aller Patente wurden in digitalisierungsaffinen Technologiebereichen angemeldet. Absolut gesehen sind das die meisten Anmeldungen unter allen ländlichen Kreisen. Dabei ist auch im Landkreis Regensburg der Anteil der Familienunternehmen mit 60,7 Prozent hoch. Damit gehört der Kreis ebenfalls zu den 25 Prozent der ländlichen Räume mit den höchsten Familienunternehmensanteilen.

Rund 97 Prozent aller von Unternehmen in der Region angemeldeten Patente stammen von Krones. Das in Neutraubling ansässige Familienunternehmen fertigt Anlagen und Maschinen zur Herstellung, Abfüllung und Verpackung von Getränken und Nahrungsmitteln. Dabei werden die Produkte stetig weiterentwickelt, denn das Unternehmen investiert stark in den Forschungs- und Entwicklungsbereich. Bis Dezember 2019 wurden nach eigenen Angaben rund 5.900 Patente und Gebrauchsmuster von Krones angemeldet. Dies verdeutlicht das dort vorhandene Innovationspotenzial.

Zweitstärktes Unternehmen hinsichtlich Patentanmeldungen ist im Kreis Regensburg agrotop mit Sitz in Obertraubling. Das Familienunternehmen ist im Bereich Düsentechnologie und Pflanzenschutzmittel tätig. **DK**

Umweltminister Thorsten Glauber:

50 Jahre Bayerisches Umweltministerium

Das Bayerische Umweltministerium feierte am 8. Dezember sein 50-jähriges Jubiläum. Seinerzeit war es das erste Umweltministerium weltweit. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber dankte der gesamten Umweltverwaltung für ihre Arbeit: Sein Haus sei seit 50 Jahren die Werbeagentur für Bayerns Umwelt.

Dabei hob Glauber einige historische Meilensteine für den Naturschutz hervor, etwa die Gründung der ersten beiden deutschen Nationalparke im Bayerischen Wald (1970) und in Berchtesgaden (1978) sowie den Erlass des Alpenplans (1972). Aktuelle Projekte seien das „Volksbegehren Plus“, das erste Bayerische Klimaschutzgesetz mit begleitendem Maßnahmenpaket und das Projekt Wasserzukunft 2050.

Aktuell sieht der Minister drei große Existenzthemen: Klimawandel meistern, Artenvielfalt erhalten und Wasserversorgung sichern. „Sie sind in einer schicksalhaften Wechselwirkung miteinander verknüpft. Diese Herausforderungen müssen wir langfristig und mit klaren Schwerpunkten angehen.“ Beispielsweise werde Anfang 2021 ein neuer Klimareport für Bayern vorgelegt, um die aktuellen regionalen Folgen des Klimawandels zu zeigen. Auch Kompensationsplattform für den Ausgleich von CO2-Emissionen soll ihre Arbeit aufnehmen.

2021 startet auch das neue Gewässer-Aktionsprogramm. Dabei sollen Hochwasser- und Gewässerschutz mit dem Artenschutz vereint werden. Der Minister zeigte sich überzeugt: „Es wird ein gigantisches Paket mit 2 Milliarden Euro Volumen allein in den kommenden 10 Jahren. Bis Ende 2030 soll für zusätzlich rund 150.000 Menschen der Grundschutz hergestellt werden – das heißt Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser. Wir machen 2021 außerdem zum Jahr der Flüsse und Bäche und beginnen damit, blühende Bänder durch das Land zu ziehen. Mit dem Programm schaffen wir grüne Ränder für blaue Bänder.“

Größtes Einzelprojekt im Bereich Hochwasserschutz ist der sanfte Donauausbau. Daneben soll der Hochwasserschutz in der Fläche und an den kommunalen Gewässern gestärkt und das Staustufenmanagement an den Flüssen optimiert werden. Neue Starkregen-Gefahrenkarten sollen die Kommunen unterstützen. „Neues Herzstück des Programms ist der ökologische Mehrwert. Ziel sind renaturierte und ökologisch funktionsfähige Fließgewässer und Auen sowie eine noch bessere Vernetzung der Lebensräume“, so Glauber.

Als neues Element kommen ab 2021 vorbildliche Maßnahmen zum Schutz der Natur und Artenvielfalt auf den Flächen im Eigentum der Wasserwirtschaftsverwaltung hinzu. Das betrifft bayernweit Flächen mit einem Umfang einschließlich der Gewässer von rund 60.000 Hektar – in etwa die doppelte Fläche der Stadt München. Zusätzlich wird es eine Arbeitshilfe für die naturnahe Deichpflege geben. Damit sollen in Bayern weit über 1.000 Kilometer Deiche naturschutzfachlich optimiert gepflegt werden.

Informationen:
www.umwelt50.bayern.de/ ❐

GZ **KOLUMNE**
Christine Borst

Liebe Leserinnen und Leser!



In meiner Amtszeit als Kraillinger Bürgermeisterin hatte ich von Mitte November bis kurz vor Weihnachten fast jeden Abend Termine, die in dieser Jahreszeit überwiegend aus Weihnachtsfeiern der örtlichen Vereine und Verbände bestanden.

Hinzu kamen tagsüber nochmal diverse Weihnachtsveranstaltungen der Seniorenvereinigungen und Altenheime, die lieber mittags oder nachmittags feierten.

Meine Kollegen wissen wovon ich spreche, wenn ich mich rückblickend an Stollen aller Art erinnere, die ich nur aus Höflichkeit gegenüber den Gastgebern gegessen habe, obwohl ich Stollen hasse. Es waren auch viele Gläser Glühwein, die ich – trotz Glühweinabneigung – getrunken und unzählige Portionen Braten mit Knödeln aller Art, die ich gegessen habe, obwohl ich das abends eigentlich nicht vertrage.

Schöne Weihnachten – trotz oder gerade wegen Corona

Aber ich erinnere mich auch an unzählige gute und intensive Gespräche bei diesen Veranstaltungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, an gemeinsames Singen von Weihnachtsliedern im Altenheim, wo auch die an Demenz erkrankten Bewohner mitmachen konnten, weil sie vielleicht alles andere, aber nicht diese Melodien und Texte vergessen hatten. An lange Nachmittage auf dem Christkindlmarkt, wo die Bürgersprechstunde sozusagen open-Air stattfand und dank des begleitenden Genusses von alkoholischen Getränken oft in unerwarteter Einigkeit abliefen. Ich denke an die Feier mit den eigenen Mitarbeitern, bei der alle Abteilungen – vom Bauhof bis zur Geschäftsleitung – bunt gemischt an den von ihnen selbst wunderschön geschmückten Tischen saßen und auch die Pensionäre selbstverständlich jedes Jahr mit dabei waren. Nicht zu vergessen auch die Weihnachtsessen mit den Mitgliedern des Gemeinderats und des Kreistags, bei denen man sämtliche politischen Grenzen außer Kraft setzte, sich einfach von Mensch zu Mensch begegnete und oft feststellte, dass es auch bei anderen Fraktionen nette Leute gibt.

Aber alle diese Aktivitäten kamen zum üblichen Tagesgeschäft noch on top und das führte oft dazu, dass ich am Heiligen Abend völlig erschöpft war und mir mit Recht von meiner Familie vorhalten lassen musste, dass ich die letzte Zeit entweder überhaupt nicht da war oder wenn, dann zu müde und zu nichts zu gebrauchen wäre. Ich glaube, so oder so ähnlich läuft es bei den meisten Kommunalpolitikern ab – oder ist es zumindest bis letztes Jahr so gewesen.

Und Weihnachten 2020? Keine Abendtermine, keine Veranstaltungen, keine Märkte – nichts. Deshalb auch keine vorweihnachtlich geprägten Gespräche mit den Bürgern, kein Glühweinumtrunk, kein weinseliges Loblied auf die Mitarbeiter der Verwaltung, keine Verbrüderung mit Gemeinde- und Kreisräten aller Fraktionen.

Bei mir haben die Kontaktbeschränkungen in diesem Jahr einiges ausgelöst und mir deutlich aufgezeigt, wie wichtig die persönlichen Kontakte für unsere Gesellschaft sind. Wie Gespräche mit Senioren über die Weltkriege den eigenen Horizont erweitern und dem alten und oft einsamen Menschen etwas Gesellschaft und Unterhaltung bieten. Wie sehr eine gelungene Weihnachtsfeier mit den Mitarbeitern das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des Rathauses stärkt und krisenfest macht.

Wie sehr die Menschen in dieser dunklen Jahreszeit Begegnungen mit Nachbarn auf einem hell erleuchteten Weihnachtsmarkt genießen und wie wichtig eine Umarmung mit Freunden ist, die man lange nicht gesehen hat. Wie notwendig es ist, auch mit Mitgliedern anderer Parteien, mit denen man in der Sache oft hart um Positionen ringt, einmal Gespräche über Hobbies und Familie zu führen und dabei zu merken, welchen Mehrwert unser Leben durch menschliche Wärme und Zugewandtheit bekommt.

Vielleicht gelingt es uns im nächsten Jahr, wenn wir die Pandemie hoffentlich in den Griff bekommen und sich das öffentliche Leben wieder normalisiert hat, die Teilnahme an Weihnachtsveranstaltungen, die von den Vereinen und Verbänden mit viel Liebe und Mühe vorbereitet und durchgeführt werden, noch mehr als bisher zu schätzen. Nämlich als wichtigen Teil unserer Arbeit als Kommunalpolitiker mit direktem Zugang zu den Wünschen und Anliegen aus der Bevölkerung. Und vielleicht gelingt es den amtierenden 1. Bürgermeistern auch, einige dieser Termine den Stellvertretern zu überlassen, damit die Familien, die das ganze Jahr über mit großen Einschränkungen des Privatlebens zurecht kommen müssen, wenigstens an Weihnachten auch noch ein bisschen was von diesem Familienmitglied haben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr

Ihre Christine Borst
Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Altbürgermeisterin der Gemeinde Krailling

Wehrhafte Demokratie ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wurden zudem Ansprechpartner für Kommunalpolitiker und Abgeordnete, die Opfer von Hate-Speech geworden sind, benannt, wie Justizminister Georg Eisenreich erläuterte. Aus seiner Sicht „endet die Meinungsfreiheit dort, wo das Strafrecht beginnt“. Der lebendige, manchmal auch scharfe Meinungsstreit sei in einer Demokratie elementar wichtig, fände seine Grenzen aber in Fällen von übler Nachrede, Beleidigung, Verleumdung oder Volksverhetzung.

Kooperationspflicht für die sozialen Netzwerke

Um die Verfolgung von strafbarem Hass zu erleichtern, fordert Eisenreich ein höheres Maß an Kooperationspflicht für die sozialen Netzwerke. „Mit der geplanten Weiterentwicklung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes wollen wir erreichen, dass es im Falle von schweren Straftaten eine Anzeigepflicht seitens der Plattformen gibt“, so der Minister. Auch das Beleidigungsstrafrecht, das im Kern 150 Jahre alt sei, müssen ans digitale Zeitalter angepasst werden.

Staatsminister Eisenreich stellte klar: „Wer Hass im Netz konsequent verfolgt, schützt gleichzeitig die Meinungsfreiheit und verhindert, dass die Menschen, die unsere Demokratie vor Ort mit Leben erfüllen, resigniert aufgeben.“

„Einen Stimmungsumschwung“ registriert der Präsident des Bayerischen Landkreistages und Landrat von Deggendorf, Christian Bernreiter. Konkret würden Autoritären nicht mehr sonderlich ernstgenommen und der Staat allgemein werde nicht mehr so anerkannt wie früher. Vieles werde in Frage gestellt. Mit dem Internet habe sich diese Entwicklung potenziert, die besonders auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu spüren bekämen.

Sicherlich brauche ein Kommunalpolitiker manchmal das sprichwörtliche dickere Fell. „Aber persönliche Anfeindungen oder Drohungen gegen diejenigen, die unseren Staat vor Ort vertreten – da ist eine rote Linie überschritten und da müssen wir klare Kante zeigen“, stellte Bernreiter klar. Denn wie der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gezeigt habe, sei es vom Wort zur Tat manchmal nur ein kurzer Weg.

Sich mit demokratischen Mitteln wehren

Wie Bernreiter berichtete, habe er während des Kommunalwahlkampfes ein konzertiertes Vorgehen AFD-naher Personen in diesem Bereich wahrgenommen. Für viele kommunalpolitische Mandatsträger, vor allem die ehrenamtlich Tätigen, stelle sich am Ende die Frage, ob man sich wirklich diesen Anfeindungen aussetzen soll oder sein politisches Engagement dann doch lieber reduziert. Aus Bernreiters Sicht „steht der Staat und er wehrt sich mit demokratischen Mitteln. Dann fühlen sich die gewählten Volksvertreter geachtet und auch geschützt.“

Verrohung nicht nur ein digitales Phänomen

Dass die Verrohung der Gesellschaft nicht allein ein digitales Phänomen ist, darauf machte Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, aufmerksam. Analog habe man dies auf den Straßen der Republik und sogar im Parlament erleben müssen. Oftmals richteten sich Hass und Hetze auch gegen Frauen. Beinahe alle Mandatsträgerinnen, egal welcher Ebene, hätten diese Erfahrung schon gemacht. Besonders betroffen seien sie, „wenn sie auf Missstände hinweisen, Gleichberechtigung einfordern und damit auch aus einer sogenannten Rolle ausbrechen, die ihnen manche Männer zugeschrieben haben“, so Bär.

Vor der bayerischen Kommunalwahl habe sie versucht, Frauen für eine Kandidatur als Gemeinderätin oder Bürgermeisterin zu gewinnen. Angst vor Anfeindungen, potenziell auch gegen die eigene Familie, sei häufig als Ablehnungsgrund genannt worden. Damit werde auch deutlich, welches Ziel die Verursacher verfolgten: Engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Verstummen zu bringen. Vor allem Netzwerke von Rechtsaußen setzten diese Strategie bewusst ein.

Tipps zum richtigen Umgang mit Krisen in der Online-Kommunikation gaben Anzings Erste Bürgermeisterin Kathrin Alte und Krisenkommunikationsexpertin Eva Werner. Nach ihren Worten ist eine schnelle Reaktion wichtig, jedoch müsse man sich trotzdem die Zeit nehmen, das weitere Vorgehen abzuwägen, bevor man handelt. Es sei nicht notwendig, über jedes Stöckchen zu springen. Vielmehr sei zu prüfen, ob der betreffende Online-Beitrag bei den Bürgern überhaupt auf Resonanz stößt. Auch bei persönlicher Verletzung seien emotionale Schnellschussreaktionen zu vermeiden. Ratsam sei es, sich mit vertrauten Menschen abzustimmen, die eine wertvolle Außenperspektive mitgeben können. Altes und Werners Appell: „Wenn Sie glauben, dass es sich um eine strafbare Äußerung handeln könnte oder Sie oder Ihre Familie bedroht werden: Wenden Sie sich an die Polizei!“

Zivilcourage und das scharfe Schwert des Rechtsstaates

Das scharfe Schwert des Rechtsstaates sei wichtig, um Hassrede zu bekämpfen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Vorsitzende des Bayerischen Ethikrates, Susanne Breit-Keßler. Freilich könne die Justiz allein diese Aufgabe nicht stemmen. „Es liegt auch an uns, dafür zu sorgen, dass das Saatkorn des Hasses auf einen steinigen, unfruchtbaren Boden fällt. Das Internet braucht unsere Gegenrede – und ja, auch unsere Zivilcourage – damit es ein Ort der menschlichen und menschenwürdigen Begegnung bleiben kann“, stellte Breit-Keßler fest. **DK**

Kommunikation im Netz:

Kompass als Nothelfer

Um kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die mit Hass und Hetze im Netz konfrontiert sind, zu unterstützen, hat die Hanns-Seidel-Stiftung den „Kompass Wehrhafte Demokratie“ auf den Weg gebracht. Dabei handelt es sich um eine Informationsbroschüre in innovativem Design, das gemeinsam mit einem interdisziplinären Expertenteam und dem Kooperationspartner Reconquista Internet/Hassmelden.de erarbeitet wurde.

Der Kompass soll Wegweiser und Nothelfer für Kommunikation im Netz sein. Er will über aktuelle Bedrohungsphänomene aufklären, für präventive Maßnahmen sensibilisieren und konkrete Hilfe vermitteln. Mit der Handreichung will die HSS alle gegen Shitstorms und Online-Anfeindungen wappnen, die im Netz unterwegs sind, seien es Privatpersonen oder solche, die in der Öffentlichkeit stehen und (politische) Verantwortung tragen.

Zusätzlich bietet die Hanns-Seidel Stiftung mit ihrer neuen Online-Themenplattform, „Wir! Gemeinsam gegen Hatespeech“ einen interaktiven Assistenten im Umgang mit Verschwörungserzählungen, Hassrede und Fake News. Diese Seite will praktische Hilfe bieten. In drei Klicks findet man die richtige Reaktion auf jede Art von Hassrede und Falschmeldung sowie das notwendige Wissen zum Thema. **DK**

Dr. Olaf Heinrich Bürgermeister des Jahres 2020:

Intelligente Lösungen für Mobilität der Bürger

Der Bürgermeister der niederbayerischen Kreisstadt Freyung, Dr. Olaf Heinrich, ist Bayerns „Bürgermeister des Jahres“. Vor wenigen Tagen wurde Niederbayerns Bezirkstagspräsident für seine herausragenden Verdienste und sein Engagement für die Bürger geehrt. Als Bürgermeister hat er zahlreiche Projekte initiiert, die Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung der Stadt Freyung zugutekommen.

Mit dem Projekt „freYfahrt: Digitalisiertes On Demand Ridepooling“ etablierte Heinrich ein wirkungsvolles Instrument, um den ÖPNV im ländlichen Raum zu stärken. Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, LKC, der gemeinsam mit Altbürgermeister Rolf Zeitler aus Unterschleißheim und Altbürgermeister Eckhard Kalinowski aus Taufkirchen wieder die Jury bildete, hob in seiner Laudatio die bedarfsgesteuerte, flexible Mobilität des öffentlichen Nahverkehrs Freyungs hervor. Während der Betriebszeiten können Bürger der Stadt und angrenzenden Gemeindeteilen per App oder Telefon kleine Busse ordern. Kein Fahrplan und keine festen Haltestellen ermöglichen hohe Flexibilität. „Diese moderne, digitale Lösung für den öffentlichen Nahverkehr hat eine Vorbildfunktion für andere Gemeinden im ländlichen Raum“, sagte Gronau.

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Geschäftsführer der Detig Rechtsanwaltsgesellschaft und Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. Durch die Auszeichnung sollen Engagement, Kreativität und Verantwortung der Stadt Freyung gegenüber den nachfolgenden Generationen Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren, betonte Detig. Zudem hob er die Vorbildfunktion für andere Kommunen hervor.

Heinrich wertete die Auszeichnung „als Würdigung für die Stadt Freyung, aber auch als Anreiz für die gesamte Stadtverwaltung, unsere Arbeit weiter nach den alltäglichen Bedürfnissen der Bürger auszurichten. „Wenn wir im engen Austausch mit den Bürgern agieren, zu kreativen Lösungen kommen und gemeinsam den Mut haben diese umzusetzen, dann können wir auch im Kleinen, Großes erreichen. Die FreYfahrt zeigt: intelligente, digitale Lösungen lassen sich gemeinsam mit etablierten Verkehrsunternehmen umsetzen. In unserem Fall mit einem traditionsreichen Busunternehmen, das bereit war, sich auf ein völlig neues System einzulassen.“

Ausgelobt wird der jährliche, landesweite Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste von der LKC-Gruppe aus Grünwald bei München sowie der Detig Rechtsanwaltsgesellschaft aus Pullach. Neben der Auszeichnung erhält die Stadt Freyung steuerliche und rechtliche Beratungsleistungen von der LKC-Gruppe für eine gemeinnützige Einrichtung in Höhe von 2.000 Euro. ❐

Selbstbestimmung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bestimmung von Menschen mit Behinderung sind in dieser Steuerungsgruppe neben den Fachministerien und anderen öffentlichen Stellen auch Selbsthilfeorganisationen und Verbände sowie Einrichtungen vertreten.

Mithilfe der Steuerungsgruppe wird ein schneller Informations- und Meinungsaustausch mit den Verbänden und Einrichtungen erreicht, um praxistaugliche Maßnahmen für alle Beteiligten sicherzustellen. Hier wurde auch das Rahmenkonzept für die Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe in Bayern abgestimmt. Es sieht die Aufrechterhaltung des Betriebs der Einrichtungen unter Berücksichtigung Corona-spezifischer Anforderungen vor.

Möglichst wenig Einschränkungen

Generelle Schließungen sollten das letzte Mittel sein, machte Trautner deutlich: „Es ist mir ein großes Anliegen, dass es möglichst wenig Einschränkungen für Menschen mit Behinderung gibt, keine pauschalen Betretungs- und Besuchsverbote in den Heimen und keine pauschalen Schließungen.“

Wie der Sozialverband VdK Bayern mitteilt, trifft die Corona-Pandemie Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt besonders hart. Laut Landesvorsitzender Ulrike Mascher „müssen wir aufpassen, dass Corona die zaghaften Erfolge der Inklusion nicht wieder zunichtemacht. Die aktuellen Zahlen lassen das jedenfalls befürchten.“

Mehr Programme für Qualifizierung gefordert

Menschen mit Behinderung in Bayern seien in der Corona-Krise überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Oktober 2020 wiesen in Bayern knapp neun Prozent der arbeitslos Gemeldeten das Merkmal „Schwerbehinderung“ auf, das ist der höchste Anteil aller Bundesländer. Zudem stieg in Bayern die Zahl arbeitsloser Menschen mit Schwerbehinderung im Jahresvergleich von Oktober 2019 und 2020 um 19 Prozent und auch damit stärker als in allen anderen Bundesländern.

Mascher zufolge darf Inklusion nicht auf der Strecke bleiben. Menschen mit Behinderung in Bayern benötigten mehr Programme für Qualifizierung und Weiterbildung, um der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Zudem müssten Arbeitgeber stärker in die Pflicht genommen werden. „Wir fordern deshalb die Anhebung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die überhaupt keine Menschen mit Behinderung einstellen oder die Pflichtquote nicht erfüllen. Zudem müssen staatliche Fördermittel aus aktuellen Hilfspaketen an Zusagen zur Barrierefreiheit und anderen Maßnahmen der Inklusion geknüpft werden“, so die VdK-Landesvorsitzende. **DK**

Füracker präsentiert ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wertunabhängigen Äquivalenzzahlen angesetzt. Diese betragen für die Grundstücksfläche 0,04 Euro/qm und für Gebäudeflächen 0,50 Euro/qm. Für Wohnflächen gibt es einen Abschlag von 30 %, so dass nur 0,35 Euro/qm angesetzt werden. Daneben ist u.a. für Gebäude mit sozialem Wohnungsbau und Denkmäler ein zusätzlicher Abschlag vorgesehen.

Einmalige Feststellung der Bemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage wird einmalig zum Stichtag 1. Januar 2022 festgestellt und muss nur angepasst werden, wenn sich die Flächen oder die Gebäudenutzung ändert. Auf die so ermittelte Bemessungsgrundlage wenden die Gemeinden ihren Hebesatz an. Die Kommunen entscheiden somit über die endgültige Höhe der Grundsteuer.

Keine Baulandsteuer

Mit Enttäuschung und Verärgerung reagierten Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag auf das neue Modell der Staatsregierung. Die Tatsache, dass die von der Politik mehrfach zugesagte Einführung einer Grundsteuer C (sog. Baulandsteuer) nicht kommen soll, wertete Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl gar als „Kriegserklärung an Bayerns Gemeinden und Städte“. Alle Bemühungen der Kommunen, baureife brachliegende Grundstücke im Innenbereich der Gemeinden für den Wohnungsbau nutzbar zu machen, würden damit zerstört.

Neben anderen baurechtlichen Instrumentarien würde eine Grundsteuer C dem Spekulantentum der Grundstückseigentümer, die auf Wertsteigerungen setzen, entgegenwirken, betonte Brandl. Dies könne nun nicht geschehen. Aus seiner Sicht ist es ein Schlag ins Gesicht der Gemeinde- und Stadträte, die auf die politischen Zusagen vertraut haben. Vor allem sei es nicht nachvollziehbar, weshalb gerade die Freien Wähler im Bayerischen Landtag dieses Instrumentarium verhindert haben. „Sich einerseits als Anwälte des ländlichen Raums aufzuführen, andererseits den ländlichen Kommunen ein dringend benötigtes Werkzeug vorzuenthalten, ist schizophren“, erläuterte der Präsident.

Einfache Grundsteuer A und B

Begrüßt werden dagegen die von Albert Füracker vorgestellten Pläne für eine einfache Grundsteuer A und B. Die Grundsteuer ist für Bayerns Gemeinden und Städte mit einem Volumen von rund 1,8 Milliarden Euro eine der wichtigsten Steuerquellen. Brandl: „Der vorgestellte einfache, nachvollziehbare und vollzugsfreundliche Ansatz ist gut. So wird auch die bewährte Zusammenarbeit zwischen Finanzverwaltung und den Kommunen beibehalten. Letztlich geht es auch um die Sicherung der finanziellen Grundausstattung der Gemeinden und Städte. Dafür werden wir in einen konstruktiven Dialog mit der Bayerischen Staatsregierung eintreten.“

„Verpasste Chance“

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, habe die Staatsregierung aufgrund des Widerstands der Freien Wähler mit ihrem Entwurf für ein bayerisches Grundsteuergesetz leider versäumt, mit einer Grundsteuer C ein Instrument zur Mobilisierung von Flächen zu schaffen. „Das ist eine verpasste Chance“, stellte der Verbandschef fest. Die Grundsteuer C hätte aus seiner Sicht auch in Bayern einen Ansatz schaffen können, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Somit könnten baureife Grundstücke, solange sie nicht bebaut sind, mit einem eigenen Hebesatz belegt werden. Nun sei der Bayerische Landtag am Zug, damit der Freistaat die bundesrechtlich vorgesehene Möglichkeit doch noch in einem Landesgrundsteuergesetz umsetzt.

Eigentümer motivieren

Laut Pannermayr berichten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vielfach von Grundeigentümern, die trotz bestehendem Baurecht ungenutzte Baugrundstücke in Ortszentren bevorraten, ohne konkret eine Bebauung zu planen. Eine Grundsteuer C könne als Steuerungsinstrument wirken, damit Eigentümer motiviert werden, ungenutzte Grundstücke mit Wohnungen zu bebauen oder an Bauinteressenten zu verkaufen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags habe daher kein Verständnis für die kommunalferne Blockadehaltung besonders von Vertretern der Freien Wähler im Bayerischen Landtag und in der Bayerischen Staatsregierung.

Wirkungsvolle Werkzeuge für die Innenentwicklung gefordert

Beim Flächensparen benötigten die Kommunen wirkungsvolle Werkzeuge, machte Pannermayr deutlich: „Städte und Gemeinden brauchen Instrumente, damit sie gezielt Innenentwicklung vorantreiben können. Mit der Nutzung von bislang unbebauten Baugrundstücken lässt sich das Ziel des Flächensparens besser erreichen. Kommunen brauchen steuerrechtliche Instrumente – dazu gehört als ein Instrument von mehreren eine Grundsteuer C. Darüber hinaus kann eine steuerliche Begünstigung zum Flächensparen helfen, wenn zum Beispiel nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Hofgrundstücke an Kommunen veräußert werden. Außerdem brauchen Kommunen baurechtliche Werkzeuge, wie ein generelles Vorkaufsrecht für Kommunen.“

Der Städtetag lehnt den Vorschlag der Staatsregierung ab, eine Zonierung für die Grundsteuer B – etwa nach Größenklassen oder Zonentypisierungen – als Option für Kommunen zu schaffen. Die Staatsregierung, so Pannermayr, erkläre zwar, dass sie einfache und unbürokratische Regelungen für die Grundsteuer schaffen will, jedoch würde eine Zonierung je nach Stadtviertel in den Städten einen hohen bürokratischen Aufwand verursachen. Die Folge seien enorme Konflikte und rechtliche Risiken. „Das ist keine Einfach-Grundsteuer, das ist das Gegenteil von einfach und unbürokratisch“, so der Verbandschef. **DK**

„STECKER REIN – VIREN RAUS.“

WOLF PROFI-LUFTREINIGER FÜR KITA, SCHULE, PRAXIS, RESTAURANT UND MEHR.

Jetzt Menschen in Kita, Schule und gewerblichen Räumen schützen: Der neue WOLF Luftreiniger **AirPurifier** reinigt Raumluft (Abscheidegrad 99,995% / DIN EN 1822) durch HEPA-Hochleistungsfilter H14 und Aktivkohle-Kombifilter schnell und effizient von Viren, Bakterien, Pollen, Staub und Gerüchen. Schnell und einfach aufgestellt.

Prüfen Sie bundesweite und bundeslandspezifische Förderprogramme! Für kleine und mittelständische Unternehmen förderfähig mit bis zu 90% aus der Überbrückungshilfe!

Mehr auf wolf.eu/airpurifier.



- Professionell konstruiert: nach VDI 6022
- Flüsterleise: Schalldruckpegel* 34 dB(A) im Normalbetrieb, 42 dB(A) im Boost-Modus
- Sichere Luftreinigung: bis zu 1.200m³/h mit 4- bis 6-facher Luftfilterrate
- Ideal: Ausblashöhe 2,3m - dadurch optimale Luftzirkulation dank Luftwalze
- Sorgenfreies Plug & Play: steckerfertig, Liefer- und Inbetriebnahmeservice

NEU!

VDI 6022

MADE IN GERMANY BY WOLF

5 JAHRE GARANTIE WOLF

* Schalldruckpegel in 1m Abstand nach DIN EN ISO 11203 entsprechend Volumenströmen von 400 und 1.200 m³/h.

WWW.WOLF.EU

VOLL AUF MICH EINGESTELLT.

WOLF

Krankenhausversorgung:

„Kein Erfolg ohne Veränderung“

GZ-Interview mit Dr. Andreas Hartung, Leiter des Sana-Geschäftsbereichs Managementverträge

Krankenhäuser sind in der Pandemie unentbehrlich. Aber sie stünden auch ohne Corona vor riesigen Herausforderungen. Denn viele Häuser sind defizitär und die kommunalen Haushalte sind deutlich geschrumpft. Das dürfte sich in den kommenden Monaten auch eher verschlechtern. Die GZ hat deshalb mit Dr. Andreas Hartung gesprochen, der beim drittgrößten privaten Klinikbetreiber Deutschlands, der Sana Kliniken AG, für Managementverträge verantwortlich ist, also für Krankenhäuser, die in kommunaler Hand bleiben, aber durch Sana geführt werden.

GZ: Herr Dr. Hartung, Krankenhausmanagement ist sicher nicht erst seit Corona ein echter Fulltime-Job?

Hartung: *Die Führung eines Krankenhauses ist heute deutlich komplexer als dies früher der Fall war. Heute muss ein Krankenhausmanager von der komplexen Krankenhausfinanzierung, über Abläufe im klinischen Bereich bis hin zu Hygiene und Notaufnahme alles beherrschen. Zudem müssen Krankenhäuser ständig neu auf gesetzlichen Veränderungen ausgerichtet werden. Ein Krankenhaus befindet sich medizinisch, pflegerisch und organisatorisch in einem permanenten Wandel. Zudem müssen gute Mitarbeiter gefunden und Ihnen ein attraktives Umfeld geboten werden. Es ist eine Teamaufgabe, bei der viele Experten Hand in Hand zusammenarbeiten, damit das Gesamtergebnis stimmt.*

GZ: Vertragen sich denn ein professionelles Management und der Anspruch, den Bürgern eine umfassende medizinische Versorgung zu garantieren?

Hartung: *Nur ein professionell geführtes und wirtschaftlich gesundes Krankenhaus kann auf Dauer die Ergebnisse liefern, die sich ein Patient wünscht. Nur die Krankenhäuser, die technisch und baulich auf der Höhe sind sowie den Besten ihres Fachs in Medizin und Pflege das richtige Umfeld bieten, werden die beste Versorgung für die Bevölkerung erbringen.*

GZ: Corona hat in Sachen Finanzen und Wirtschaftlichkeit vieles durcheinander gewirbelt.

Hartung: *Verwirbelt und verstärkt. Schon ohne Corona mussten sich viele Träger Gedanken machen, wie es mit ihrem Krankenhaus weitergehen soll – viele Häuser schreiben rote Zahlen und belasten nachhaltig einen jetzt schrumpfenden Haushalt. Es wird einen Verteilungskampf ums Geld geben: Spielplatz oder Umgehungsstraße, Schule oder Krankenhaus? Vor solchen schwierigen Entscheidungen werden Bürgermeister und Landräte bald stehen.*

GZ: In solchen Situationen wird ja oft über einen Verkauf nachgedacht – und dann im gleichen Atemzug reflexhaft die Privatisierung verteufelt.

Hartung: *Leider ist das so – zumindest in der Öffentlichkeit. Viele Bürgermeister sagen nach persönlichen Gesprächen, so schlecht sei das eigentlich gar nicht, aber den Bürgern sei es nur schwer zu vermitteln.*



Dr. Andreas Hartung

Bild: Sana Kliniken AG

GZ: Aber eine Schließung wegen fehlender Mittel ist noch schwerer zu vermitteln, oder?

Hartung: *Naja, die Grauzone zwischen einem „weiter so“, einer Insolvenz und einer Privatisierung ist ja zum Glück groß und hält auch Alternativen bereit – etwa durch einen Managementvertrag.*

GZ: Als Bürgermeister „leihe“ ich mir einen Manager, der das Haus dann führt?

Hartung: *Als Auftraggeber erhalte ich über den Managementvertrag nicht nur einen erfahrenen und versierten Geschäftsführer, ich erhalte, wie in unserem Fall, das gesamte Expertenwissen des drittgrößten deutschen Krankenhausträgers. Wir decken mit unseren Spezialisten sämtliche Fragestellungen im Krankenhaus ab. Und dadurch, dass die Kollegen auf ihren Gebieten die Erfahrung aus 54 Krankenhäusern mitbringen, profitiert der Träger von der Größe des Verbunds ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben. Er bekommt ein Managementteam das die gesamte Komplexität modernen Krankenhausmanagements abdeckt und zudem noch alle wirtschaftlichen Vorteile, die ein so großer Verbund mit sich bringt.*

GZ: Gibt die Kommune damit nicht viel Einfluss und Gestaltungsspielraum auf, wenn sie einen externen Manager beauftragt?

Hartung: *Im Gegenteil. Denn weil Sie ja keine Anteile verkaufen, verlieren die Kommunen keinen Einfluss. Und weil sie von uns ja im Vorfeld genau beraten werden und wir den Trägern auf Grundlage einer umfassenden Analyse Handlungsempfehlungen geben, wird der Spielraum eher größer. Erfahrene Manager, ein Verbund im Rücken und eine klare Perspektive auf das Mögliche und Notwendige: Das ist für die Erfüllung des Versorgungsauftrages ein klarer Vorteil und wird langfristig auch den Haushalt schonen. Der Einzelkämpfer wird es in Zukunft schwer haben zu überleben.*

GZ: Dennoch: Ist ein Management durch einen externen Manager nicht der erste Schritt in die Privatisierung?

Hartung: *Nein. Ein externes Managementteam ist ein entscheidender Schritt zu einer sicheren und besseren Versorgung und einer wirtschaftlichen Gesundung. Sie stärken kommunale Strukturen, da sie wirtschaftlicher und leistungsfähiger werden.*

GZ: Sie kaufen also keine Anteile, stellen dafür aber alles auf den Kopf im Krankenhaus?

Hartung: *Wenn es über viele Jahre Defizite angehäuft hat, dann gibt es dafür ja Ursachen. Diese wollen wir natürlich finden und abstellen. Erfolg ohne Veränderung gibt es nicht.*

GZ: ... deshalb schließen Sie dann sofort unrentable Bereiche wie die Geburtshilfe?

Hartung: *Reflexhafte Schließungen sind niemals die richtige Lösung. Auch bei einem Managementvertrag entscheidet der Träger über solche grundlegenden Themen.*

Der Unterschied ist nur, dass das Krankenhaus in seiner Komplexität, in seinem Umfeld und Wettbewerb betrachtet wird. Eine wirtschaftliche Gesundung durch das Wissen von Experten und den Vorteilen eines großen Verbunds helfen da schon viel. Zudem müssen alle Aspekte des jeweiligen Versorgungsgebiets analysiert und Lösungen erarbeitet werden. Nicht die Frage: wie bekomme ich mein Krankenhaus voll ist die Richtige, sondern vielmehr wie versorge ich meine Bevölkerung optimal. Darauf gibt es häufig sehr unterschiedliche Antworten. Anstelle einer Schließung steht nicht selten eine ergänzende Spezialisierung.

GZ: Abschließende Frage: Werden es alle Krankenhäuser in Deutschland schaffen, unbeschadet aus der Corona-Krise zu kommen?

Hartung: *Vermutlich nicht. Deshalb sollten die kommunalen Träger rechtzeitig die Weichen dafür stellen, dass die Versorgung der Bevölkerung angemessen, professionell und zukunftssicher gestaltet wird – ehe ihnen diese Entscheidung abgenommen wird.* ❐

Kommunale Impfzentren:

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Das Bundesgesundheitsministerium hat für die erste Zeit, in der ein Covid-19-Impfstoff zur Verfügung stehen wird, die ausschließliche Verabreichung des Vakzins in kommunalen Impfzentren und ggf. durch mo-bile Teams vorgesehen. Für Bayern sind 99 Zentren geplant, die ab Mitte Dezember einsatzbereit sein sol-len. Pro Tag können sich 30.025 Personen impfen lassen. Sobald ausreichend Impfstoff vorhanden ist und Engpässe in der Lagerung, einige Impfstoffe müssen bei bis zu -75 Grad Celsius gekühlt werden, geklärt sind, wird das Regelsystem die Versorgung übernehmen.

Für die Impfzentren beschafft der Bund den Impfstoff, die Länder sind für dessen sichere Lagerung und Verabreichung sowie die Bereitstellung von Zubehör, wie z.B. Spritzen, Kanülen und Lösungsmittel verantwortlich. Diese zentralisierten Strukturen werden als Chance für eine engmaschige kommunikative und wissenschaftliche Begleitung der Maßnahmen gesehen.

Um einen schnellen Aufbau und einen bürokratiearmen Ablauf der Impfzentren zu fördern, erfolgt eine pauschale Abrechnung der Kosten über die Länder und aus den Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung. Mit dem Aufbau von Impfzentren wurde den Kommunen die Einrichtung einer unbekannten Infrastruktur abverlangt, und zwar in kürzester Zeit.

Individuelle kommunale Lösungen

Die bayerischen Kommunen lösen die gestellten Aufgaben individuell:

- Nach erfolgter Ausschreibung durch das Landratsamt Fürstenfeldbruck erhielt das Bayerische Rote Kreuz, Kreisverband Fürstenfeldbruck, den Zuschlag.
- Im Landkreis Neu-Ulm sind drei Impfzentren geplant, eines davon kommt in den ehemaligen Feneberg-Supermarkt in Weißenhorn.
- In Nürnberg und München stellt die jeweilige Messegesellschaft geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung.
- Der Landkreis München richtet drei Impfzentren und möglicherweise noch zwei weitere Einrichtungen ein. Betreiber der Zentren sind Malteser-Hilfsdienst, das Deutsche Rote Kreuz und die Johanniter-Unfall-Hilfe. Im Vollbetrieb rechnet der Landkreis für jedes Zentrum mit einer voraussichtlichen Impfkapazität von mindestens 350 Personen pro Tag. Sollten Impfungen z.B. in Pflegeeinrichtungen notwendig sein, kommen an jedem Standort drei mobile Teams bestehend aus je drei Personen zum Einsatz.
- Stadt und Landkreis Würzburg planen gemeinsam mit dem Messeveranstalter AFAG ein Hauptimpfzentrum auf der Talavera, ein Impfzentrum am Flugplatz Giebelstadt sowie mehre mobile Impfteams.
- Das erste gemeinsame Impfzentrum für Stadt und Landkreis Bamberg wird bis Ende März im Foyer der Brose Arena in Bamberg umgesetzt. Ab April wird das Bamberger Impfzentrum dann in den Sportpark Bamberg, An der Breitenau, verlegt. Der Bamberger Landrat Johann Kalb hebt hervor: „Die besonderen Rahmenbedingungen erfordern viel Platz für mehrere Impfstraßen gleichzeitig. Diese Voraussetzungen sind sowohl in der Brose Arena als auch im Sportpark gegeben.“

Impfung und Spielbetrieb

Oberbürgermeister Andreas Starke ergänzt: „Wir sind froh, schnell eine sehr gute Lösung gefunden zu haben. Bis zum Jahresende gibt es noch drei Heimspiele der Brose Bamberg mit großer Wahrscheinlichkeit ohne Zuschauer. Impfzentrum und Spielbetrieb in der Brose Arena können ohne Probleme parallel laufen. Selbst wenn im neuen Jahr wieder Basketballspiele mit Zuschauern möglich sein sollten, sind wir logistisch in der Lage, das Impfzentrum mit dem Basketballbetrieb in der Brose Arena zu kombinieren.“

- Der Landkreis Forchheim wird sein Impfzentrum im ehemaligen Don Bosco Schülerheim an der Bayreuther Straße in Forchheim betreiben.
- Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird das Impfzentrum im ehemaligen Nahversorger Altmühl-Center in Frickenfelden eingerichtet; Betreiber ist das Klinikum Altmühlfranken.
- Der Landkreis Lindau plant zwei Impfzentren und eine Ergänzung durch mobile Teams. Eines der Zentren entsteht in der FOS-Turnhalle in Lindau.
- Wertingen wird der Standort des Corona-Impfzentrums für den Landkreis Dillingen sein. Konkret wird die Impfstation in der kreiseigenen Dreifachturnhalle und im Hallenbad in der Pestalozzistraße 12 eingerichtet. „Der zusammenhängende Gebäudekomplex von Dreifachturnhalle und Hallenbad erfüllt die Anforderungen des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege an die Infrastruktur sehr gut“, begründet Landrat Leo Schrell die Entscheidung zur Standortfrage.

Ausreichend Parkmöglichkeiten, die Erreichbarkeit über den ÖPNV, genügend Räumlichkeiten für wartende Personen sowie die Nähe zum Krankenhaus Wertingen waren dafür mit entscheidend. Durch entsprechende technische Nachrüstungen wird zudem ein barrierefreier Zugang geschaffen. Auch die Warteräume werden barrierefrei ausgestaltet.

Impfquoten-Monitoring

Für das Impfquoten-Monitoring ist das Robert-Koch-Institut zuständig. Dazu wird ein digitales System entwickelt, in das möglichst in Echtzeit direkt aus den Impfzentren Daten übertragen werden, die nicht personenbezogen sind. Begleitend werden Studien und Surveys durchgeführt. Die Risikobewertung von Impfstoffen ist ein kontinuierlicher Prozess. Gemessen werden soll die Impfeffektivität, ob also Geimpfte trotzdem an Covid-19 erkranken (Impfdurchbruch) im Verhältnis zum Anteil der Geimpften in der Gesamtbevölkerung.

Langfristig geplant sind Krankenhaus-basierte Fall-Kontrollstudien zur Effektivität der Impfung bei hospitalisierten geimpften und ungeimpften Patientinnen und Patienten, in denen auch die Schwere des klinischen Erkrankungsverlaufs dokumentiert wird. Hinweise, die auf eine Verstärkung der Erkrankung nach der Impfung hindeuten könnten, sind ebenso Forschungsgegenstand.

Ausbrüche in definierten Personenkreisen, z.B. Pflegeheimen oder unter Besuchern von Veranstaltungen werden mit Fall-Kontrollstudien begleitet. Die Überwachung der Sicherheit der Impfstoffe erfolgt über ein etabliertes Realtime Monitoring. Ob damit die UAW-Datenbank des Paul-Ehrlich-Instituts gemeint ist, eine Datenbank, in der jeder dem Institut gemeldete Verdachtsfälle von Impfkomplikationen und Impfnebenwirkungen einsehen kann, ist in der Nationalen Impfstrategie des Bundesgesundheitsministeriums nicht erwähnt.

Kurzfristig soll auch in einer Kohortenstudie mittels Smartphone-App die Häufigkeit und Schwere unerwünschter Ereignisse sowie SARS-CoV-2 Infektionen bei geimpften Erwachsenen nachverfolgbar gemacht werden. Ob dafür die Corona-Warn-App weiterentwickelt wird, bleibt abzuwarten. Mit Modellierung und künstlicher Intelligenz sowie aus Daten der vier größten gesetzlichen Krankenkassen, die ca. 70 % aller gesetzlich Versicherten abdecken, werden potenzielle Risikosignale der Phase I-III Studien der verschiedenen Impfstoffe und neue Risikosignale überwacht. Da Schwangere zumeist in den klinischen Prüfungen nicht untersucht werden, sollen Schwangerschaftskomplikationen in Verbindung mit der Impfung festgehalten werden. **CH**

Flächendeckende Geburtshilfe-Versorgung:

Hebammen-Haftpflicht bis 2024 gesichert

Für Hebammen, die im Deutscher Hebammenverband e.V. organisiert sind, ist der Haftpflichtversicherungsschutz über weitere drei Jahre bis zum 1. Juli 2024 gewährleistet. Ein Versicherungskonsortium unter Führung der Versicherungskammer hat dem Deutschen Hebammenverband ein entsprechendes Fortführungsangebot unterbreitet. „Wir gewährleisten so langfristig die flächendeckende Versorgung einer Geburtshilfe sowie die Vor- und Nachsorge auch außerhalb der Ballungszentren beziehungsweise größeren Städten und werden damit auch unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht“, sagt Barbara Schick, stellvertretende Vorsitzende der Versicherungskammer und verantwortlich für die Schaden- und Unfallversicherung.

Das Versicherungskonsortium bietet den Hebammen je nach Tätigkeitsprofil eine passgenaue Haftpflichtversicherung an und stellt so einen differenzierten, an den Bedürfnissen der Hebammen ausgerichteten Schutz sicher. Dabei können die Prämien für die meisten Hebammen, die Gruppe ohne Geburtshilfe, stabil unter 1.000 Euro gehalten werden. Der Versicherungsbeitrag der freiberuflichen Hebammen mit Geburtshilfe wird sich ab Jahresmitte 2021 wegen des prognostizierten Schadenbedarfs erhöhen. Der ebenfalls steigende staatliche Sicherstellungszuschlag mindert einen wesentlichen Teil des Anstiegs ab.

Gestiegenen Gesamtkosten wird Rechnung getragen

Nach der stufenweisen Erhöhung der Deckungssummen für Personenschäden in den vergangenen Jahren, wird den weiter gestiegenen Gesamtkosten bei schweren Geburtsschäden in dem Fortführungsangebot in besonderer Art Rechnung getragen: Die maximale Deckungssumme wird ab Juli 2021 um 25 Prozent angehoben. Erst im Februar 2020 hatte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), die Entwicklung der Schadenzahlen in der Studie „Schadenverlauf in der Haftpflichtversicherung der Ärzte und Hebammen“ bestätigt. Die Gruppenhaftpflicht steht den rund 15.000 Mitgliedern des Deutschen Hebammenverbands zur Verfügung und wird über den hevianna Versicherungsdienst angeboten.

Nur wenige Versicherer bieten Versicherungsschutz

„Es freut mich, dass wir bereits frühzeitig eine sehr überzeugende Lösung entwickeln konnten, bei der alle beteiligten Seiten ihren Beitrag zum Gelingen geleistet haben“, so Schick weiter und verweist darauf, dass nur noch wenige Versicherer bereit sind, angesichts der hohen Haftungsrisiken Versicherungsschutz anzubieten. So gleicht eine Haftpflichtversicherung nicht nur die Pflege- und Therapiekosten, sondern auch weitere Ansprüche wie Schmerzensgeld und den Erwerbsausfall des Kindes aus. Gerichte machen dabei bspw. die Höhe des Einkommensersatzes maßgeblich vom Beruf und Einkommen der Eltern abhängig. ❐



V.l.: Mit vereinten Kräften entsteht das Impfzentrum in Sulzbach-Rosenberg. Das BRK mit Joanna Sladki (stellv. Leiterin), Eileen Hauenstein (Leiterin) und Geschäftsführer Sebastian Schaller wird das Zentrum betreiben. Dr. Mike Scherer steht zudem als ärztlicher Leiter zur Verfügung. Landrat Richard Reisinger dankte ihnen aber auch seinem Gebäudemanagement in Person von Leiter Hubert Saradeth und Dominik Ernst für ihren Einsatz.

Bild: Christine Hollederer

DSGV:

Vermögensbarometer 2020

Die Bundesbürger sind trotz der Corona-Krise mit ihrer finanziellen Situation zufrieden. Dies hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in einer repräsentativen Umfrage ermittelt, deren Ergebnisse im Vermögensbarometer 2020 veröffentlicht wurden. Befragt wurden mehr als 4.800 Personen ab 14 Jahren.

42 Prozent der Befragten gaben an, zufrieden oder sogar sehr zufrieden zu sein; dieser Wert liegt nur einen Prozentpunkt unter dem des Vorjahres. Unter den 14- bis 29-Jährigen sind es sogar 46 Prozent. 63 Prozent der Jüngeren gehen zudem innerhalb der nächsten zwei Jahre von einer Verbesserung aus (im Durchschnitt sind es 33 Prozent).

„Vor allem aber sind die Menschen in Deutschland optimistisch, dass wir als Gesellschaft über diese Krise hinwegkommen", betont Helmut Schleweis, Präsident des DSGV. „Jeder Dritte geht davon aus, dass sich die eigene finanzielle Situation in den nächsten zwei Jahren verbessert, gut die Hälfte geht zumindest davon aus, dass sie gleichbleibt", so Schleweis. Tatsächlich erwarten nur 15 Prozent der Befragten eine Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation – und das, obwohl 39 Prozent der Menschen in Deutschland bereits finanzielle Einbußen erlitten haben, 10 Prozent sogar erhebliche. Freiberufler und Selbstständige sind überdurchschnittlich betroffen.

Deutlich größere Auswirkungen hatte die Pandemie auf das Konsumverhalten der Deutschen: Laut eigenen Angaben haben 36 Prozent der Befragten in den vergangenen zwölf Monaten ihren Konsum eingeschränkt. Auffallend groß ist mit 42 Prozent der Anteil in der Altersgruppe der Jüngeren (14 bis 29 Jahre). Von einer Konsumausweitung sprechen insgesamt nur sieben Prozent der Befragten. Auch in Zukunft wollen mehr als doppelt so viele Menschen ihren Konsum einschränken als ausweiten.

33 Prozent der Befragten haben ihr Sparverhalten in Zeiten von Corona angepasst oder planen, dies zu tun. Knapp zwei Drittel dieser Teilgruppe wollen mehr, nur 17 Prozent wollen weniger sparen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent) hat Maßnahmen zur Altersvorsorge ergriffen oder geplant. Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, desto höher der Anteil derer, die privat vorsorgen.

Private Vorsorge

Auf der Hitliste der in Anspruch genommenen Maßnahmen belegen Lebens- und Rentenversicherungen mit 38 bzw. 34 Prozent zwar immer noch die ersten beiden Plätze, allerdings mit rückläufiger Tendenz. Investmentfonds haben dagegen gegenüber 2019 einen deutlichen Sprung auf 27 Prozent vollzogen und die selbst genutzte Immobilie (26 Prozent) von Platz drei auf vier verwiesen.

Von nennenswerter Bedeutung ist bei der Geldanlage inzwischen das Thema Nachhaltigkeit. Ein knappes Drittel der Befragten hat sich bereits damit beschäftigt. Vor allem Jüngere und Menschen mit höheren Einkommen haben daran ein überdurchschnittlich großes Interesse.

Gewachsen ist gegenüber den beiden Vorjahren das Vertrauen in sämtliche Geldinstitute. Am meisten Vertrauen genießen unverändert die Sparkassen mit einem Anteil von 55 Prozent der Nennungen. Im Jahr 2019 waren es 52 Prozent, im Jahr 2018 sogar lediglich 44 Prozent. Auch beim Vertrauen in Datenschutz und Datensicherheit nehmen die Sparkassen mit 51 Prozent den ersten Rang ein. **DK**



Präsident Dr. Ulrich Netzer (links) überreicht zwei Spendenschecks über je 10.000 Euro zusammen mit der Schirmherrin Karin Baumüller-Söder (Mitte) an Günter Beucker vom Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e. V. (hinten) und Marlies Breher von der Süddeutschen Kinderhospizstiftung (rechts). Bild: Sparkassenverband Bayern

Spendenübergabe unter dem Weihnachtsbaum

Zwei große Spendenschecks für bayerische Hospizeinrichtungen nahm stellvertretend Karin Baumüller-Söder von Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, in München entgegen.

Je 10.000 Euro gingen an den Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e.V. für das Modellprojekt Wohngemeinschaft „lebensWeGE" sowie das Kinderhospiz St. Nikolaus in Bad Grönenbach für die Finanzierung von Pflegebetten inkl. Ausstattung. Die Zuwendungen kommen aus dem Reinertrag des PS-Sparen und Gewinnens der bayerischen Sparkassen.

Karin Baumüller-Söder: „Hospizeinrichtungen leisten unschätzbare Arbeit für Patienten und Angehörige in einer sehr schweren Lebenssituation. Sie ermöglichen Würde und Selbstbestimmtheit auch in der letzten Phase des Lebens. Tagtäglich kümmern sich Hospizteams und Ehrenamtliche um die Hilfsbedürftigen. Eine wichtige Unterstützung und auch Motivation für die helfenden Hände sind Spenden. Mit den heutigen großzügigen Gaben können das Kinderhospiz in Bad Grönenbach und die Wohngemeinschaft Nürnberg-Mögeldorf Vorhaben realisieren, die sie schon lange geplant haben, aber bislang nicht umsetzen konnten. Solche Zuwendungen und das Ehrenamt sind wertvolle Stützen des Hospizwesens und ich freue mich sehr, dass der Sparkassenverband Bayern sich hier einsetzt."

Langjähriges Engagement der bayerischen Sparkassen

Dr. Ulrich Netzer betonte das langjährige Engagement der 64 bayerischen Sparkassen und ihrer Stiftungen für alle Lebensbereiche der regionalen Gesellschaft: „Die kommunalen Sparkassen gehören zu den größten nicht-staatlichen Förderern des gesellschaftlichen Lebens in Bayern. Wir übernehmen damit Verantwortung in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport – verlieren aber auch niemals diejenigen aus den Augen, die ganz elementare Lebensfragen zu lösen haben." Die bayerischen Sparkassen fördern das Hospizwesen und die Palliativmedizin seit langem regelmäßig: In den vergangenen 20 Jahren floss allein aus dem Reinertrag des PS-Sparens mehr als eine halbe Million Euro in 18 Einzelspenden an Einrichtungen aus diesem Bereich.

Große Freude löste die Spende bei den anwesenden Vertretern der beiden Einrichtungen aus. Das Kinderhospiz St. Nikolaus, heute vertreten durch die Vorstandsvorsitzende der Süddeutschen Kinderhospiz-Stiftung Marlies Breher, kann mit den Mitteln dringend notwendige Investitionen in die Pflegeausstattung vornehmen, die sonst hätten verschoben werden müssen. Es können 6 Pflegebetten und Spezialausstattung dazu finanziert werden.

Mit der zweiten Spende kann der Evangelischen Gemeindeverein Nürnberg-Mögeldorf e.V., für den der Vorstand Günter Beucker an der Spendenübergabe teilnahm, das Modellprojekt Wohngemeinschaft „lebensWeGE" mit einer Wohnküche besser ausstatten. In dieser Wohngemeinschaft können Gäste des Hospizes wohnen, die ihre eigene Wohnung bereits aufgegeben haben, aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen das Hospiz nochmals verlassen müssen. Die Wohngemeinschaft „lebensWeGE" bietet drei Plätze für diese Menschen, die ansonsten in einer Pflegeeinrichtung untergebracht werden müssten.

Die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen lassen die Gesellschaft an ihrem Erfolg mit ca. 1 Mio. Euro je Woche teilhaben. 2019 haben sie insgesamt gut 49 Mio. Euro ins Gemeinwohl investiert, vor allem in Kultur, Sport und soziale Maßnahmen wie Bildung und die Förderung von Maßnahmen für Menschen mit besonderen Herausforderungen. Mehr als 7,5 Mio. Euro stammten aus dem Reinertrag der bayernweiten Gewinnsparlotterie „Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen". ❐

Füracker zur Umsatzsteuererklärung:

Landratsämter nicht zusätzlich belasten

„Die Landratsämter sind die Schnittstelle zwischen der kommunalen Selbstverwaltung und der Staatsverwaltung und tragen maßgeblich zum Funktionieren unseres Gemeinwesens bei. Das beweisen sie auch wieder eindrucksvoll in der derzeitigen pandemischen Lage. Durch ihre besondere Funktion darf den Landratsämtern aber kein zusätzlicher bürokratischer Aufwand bei der Umsatzsteuer entstehen", fordert Finanzminister Albert Füracker.

Daher wird sich Bayern im Finanzausschuss des Bundesrats dafür einsetzen, dass Landratsämter und andere umsatzsteuerlich vergleichbare Einrichtungen künftig nicht zwei Umsatzsteuererklärungen abgeben müssen. „Eine einzige Umsatzsteuererklärung an das Finanzamt muss genügen," betonte Füracker.

Landratsämter sind einerseits als unterste Staatsbehörde und andererseits als Kreisbehörde tätig. Sie müssen für beide Bereiche eigenständige Umsatzsteuererklärungen erstellen und an das Finanzamt übermitteln. Füracker: „Dies führt zu bürokratischem Aufwand und bindet Kapazitäten, die gerade in dieser Zeit sinnvoller an anderer Stelle eingesetzt werden können. Der Bund muss hier tätig werden."

Bernreiter begrüßt Vorstoß

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, unterstützt diesen Vorstoß: „Eine umsatzsteuerrechtliche Aufspaltung des Landratsamts in Kreis- und Staatsbehörde geht an der Vollzugspraxis völlig vorbei und führt zu einem erheblichen Bürokratieaufwand, ohne dass dadurch auch nur ein Cent mehr in der Kasse des Bundesfinanzministers landet. So müssten die Landkreise beispielsweise bei jedem Kopierer, der für Kreis- und Staatsaufgaben gemeinsam genutzt wird, ermitteln, in welchem Umfang der Kopierer jeweils in Anspruch genommen wird, um dann prozentual die Aufteilung auf beide Steuererklärungen machen zu können. Dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Ich bin Finanzminister Füracker daher dankbar, dass er unsere Argumente aufgegriffen hat. Der Bund muss jetzt die richtigen Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen und die Landkreise von unnötiger Bürokratie entlasten." ❐

SSKM unterstützt Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens

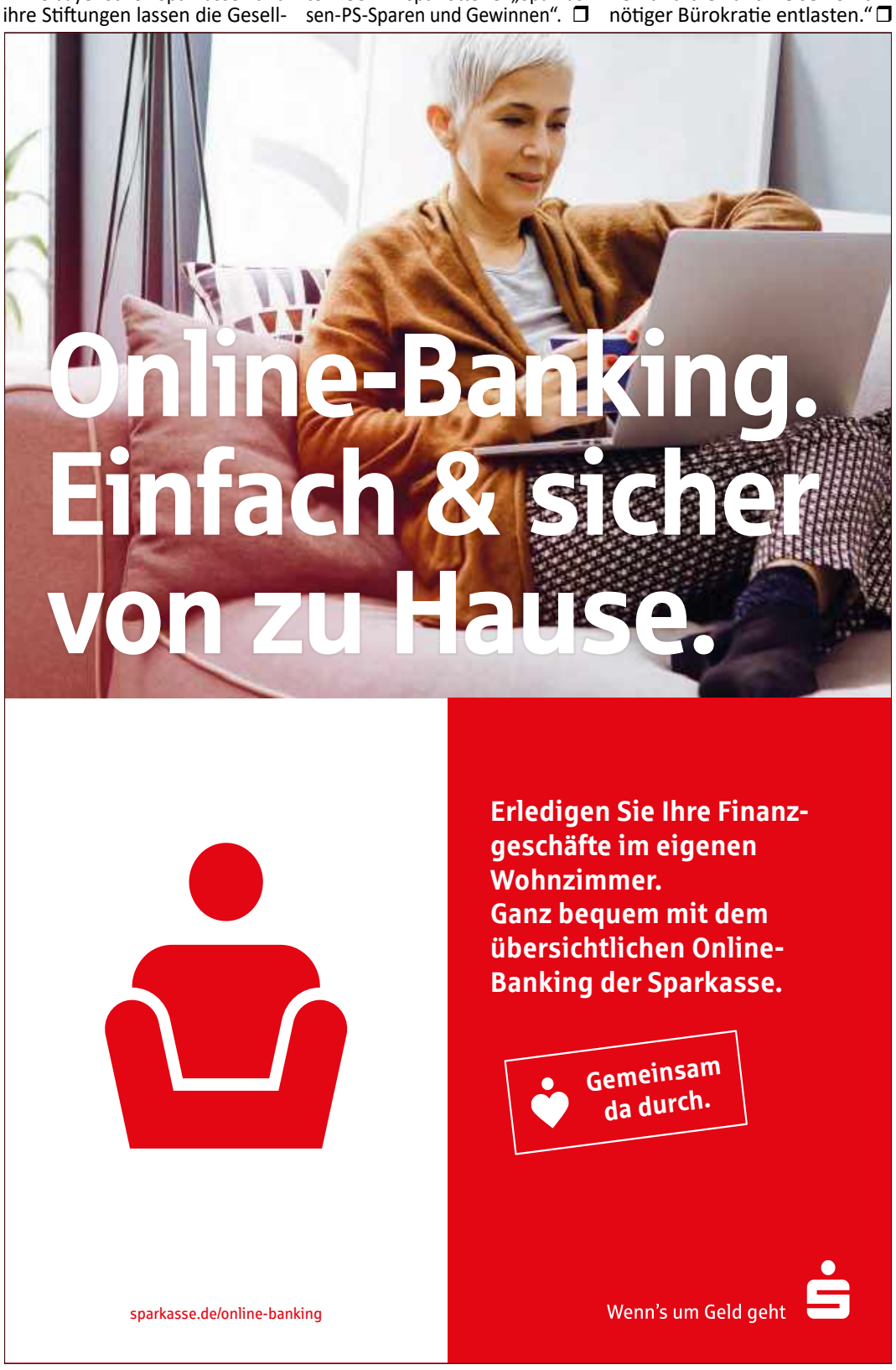
Mit einer „Selbstverpflichtung für Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften" unterstützt die Stadtsparkasse München die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens. Bayerns größte Sparkasse intensiviert ihre Aktivitäten für mehr Nachhaltigkeit und hält dies in einer Selbstverpflichtung fest, die sie unterzeichnet hat. Darin verpflichtet sich die Sparkasse, ihren Geschäftsbetrieb CO2-neutraler zu gestalten, Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele auszurichten und gewerbliche wie private Kunden bei der Transformation zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu unterstützen.

Laut Vorstandsvorsitzendem Ralf Fleischer „werden wir jetzt jedes Jahr drei bis fünf Prozent CO2 einsparen, um bis 2035 klimaneutral zu sein. Diese Aufgabe halten wir für durchaus machbar, schließlich haben wir in der Vergangenheit schon bewiesen, dass wir unsere Emissionen konsequent senken können." Im Jahr 2006 hat die Stadtsparkasse noch 8.400 Tonnen CO2 ausgestoßen, im Jahr 2019 waren es 1.600 Tonnen. „In den vergangenen Jahren haben wir also bereits über 80 Prozent unserer Emissionen eingespart", so Fleischer. „Unsere Kunden sollen wissen, dass sie bei uns Angebote zur nachhaltigen Finanzierung erhalten und dass auch die Sparkasse selbst immer nachhaltiger wird." Auch ihren Papier- und Wasserverbrauch hat sie in den letzten Jahren nachhaltig verringert. CO2-Emissionen, die nicht vermieden werden können, sollen über Zertifikate neutralisiert werden, so dass die Stadtsparkasse ab 2035 keinen CO2-Fußabdruck mehr hinterlässt.

Ausgangspunkt der Selbstverpflichtung ist das Pariser Klimaschutzabkommen. Darin setzen sich Staaten weltweit das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf „deutlich unter" zwei Grad Celsius zu begrenzen – möglichst sogar auf 1,5 Grad Celsius.

Laut den Pariser Klimazielen ist die Fähigkeit, mit Veränderungen des Klimawandels besser umgehen zu können, genauso wichtig wie die Verringerung von Treibhausgasemissionen. Unternehmen, die bei diesem Wandel noch am Anfang stehen, will die SSKM bei ihren Anpassungsinvestitionen gezielt unterstützen. „Auch unsere privaten Kunden können konkret etwas unternehmen, indem sie nachhaltige Wertpapiere aus unserem Portfolio in ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen und so eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft stärken", weist Fleischer alle Anleger auf die umfangreichen Möglichkeiten hin.

Die Stadtsparkasse bietet seit Oktober 2020 erstmals Ihren Kunden einen eigenen Fonds SSKM Nachhaltigkeit Invest an. Mit dem SSKM Nachhaltigkeit Invest kombinieren Kunden die Flexibilität eines global investierenden nachhaltigen Mischfonds mit einem modernen Risikomanagement für eine zukunftsträchtige und verantwortungsbewusste Geldanlage. Für die Auswahl der Titel, die in den Mischfonds aufgenommen werden, wird die finanzielle Analyse von Unternehmen und Staaten um eine zusätzliche Komponente ergänzt, wodurch Chancen und Risiken besser bewertet werden können und nachhaltiges Handeln gefördert werden kann. ❐



Knapp 4 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen:

Schlüsselzuweisungen 2021 auf hohem Niveau

„Wir stehen zu unserem Wort: Die bayerischen Kreise und Gemeinden können auch im Jahr 2021 mit hohen Schlüsselzuweisungen von insgesamt 3,93 Mrd. Euro rechnen. Mit diesen Hilfen unterstützen wir gerade die Kommunen, die vor besonderen finanziellen Herausforderungen stehen", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen an die bayerischen Kommunen mit. Die Gesamtsumme verteilt sich auf knapp 2,52 Mrd. Euro für die Gemeinden und über 1,41 Mrd. Euro für die Landkreise.

Der Freistaat hält den kommunalen Finanzausgleich nach den Plänen der Staatsregierung trotz massiv sinkender Steuereinnahmen auch 2021 mit insgesamt über 10,3 Mrd. Euro auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Füracker zufolge stellt Bayern neben den Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr über 706 Mio. Euro für die Zuweisungen an die Bezirke zur Verfügung. Ein besonderer Fokus liegt auf kommunalen Zukunftsinvestitionen: So werden zum Beispiel Fördermittel für den kommunalen Hochbau, insbesondere für Schulen und Kindertageseinrichtungen, um 50 Mio. Euro bzw. 8,3 Prozent auf 650 Mio. Euro erhöht. Damit knüpft der Freistaat nahtlos an die massive Unterstützung der Kommunen im laufenden Jahr 2020 an.

In Oberbayern erhalten die Gemeinden und Landkreise 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 729 Mio. Euro. Die Stadt Rosenheim bekommt mit 26,1 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberbayern und damit über 14 Prozent mehr als noch für 2020. Die Stadt Ingolstadt erhält mit knapp 9,6 Mio. Euro die zweithöchste Summe. Dahinter folgt Fürstenfeldbruck mit 7,9 Mio. Euro.

Die Landeshauptstadt München erhält aufgrund hoher eigener Steuereinnahmen im insoweit maßgeblichen Jahr 2019 auch 2021 keine Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen an die kreisangehörigen Gemeinden in Oberbayern belaufen sich im nächsten Jahr auf rund 316 Mio. Euro, die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise auf insgesamt rund 378 Mio. Euro.

Über Schlüsselzuweisungen in Höhe von 679 Mio. Euro können sich die Gemeinden und Landkreise in Schwaben freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden und damit die zweithöchste Summe in ganz Bayern erhält 2021 die Stadt Augsburg mit 179,1 Mio. Euro. Dies bedeutet einen Anstieg um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Danach folgen die Stadt Kempten (Allgäu) mit 28,1 Mio. Euro und die Stadt Kaufbeuren mit 24,4 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Schwaben bekommen 2021 insgesamt 217 Mio. Euro, die Landkreise insgesamt rund 223 Mio. Euro.

Mittelfranken

Die Gemeinden und Landkreise in Mittelfranken erhalten 2021 Schlüsselzuweisungen von 669 Mio. Euro. Die Stadt Nürnberg bekommt mit 234,3 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in ganz Bayern. Mit 70,9 Mio. Euro steigen die Schlüsselzuweisungen der Stadt Fürth um 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Stadt Ansbach verzeichnet ein Plus von 2 Prozent und kann sich über 23,2 Mio. Euro freuen. Die Schlüsselzuweisungen für die kreisangehörigen Gemeinden in Mittelfranken betragen 2021 insgesamt 173 Mio. Euro, für die Landkreise 155 Mio. Euro.

Mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 535 Mio. Euro werden die Gemeinden und Landkreise in Unterfranken bedacht. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen an die Stadt Würzburg mit 50,9 Mio. Euro. Dahinter folgen die Stadt Aschaffenburg mit 20,5 Mio. Euro und die Stadt Schweinfurt mit 18,1 Mio. Euro. Für Schweinfurt bedeutet dies ein Anstieg um über 80 Prozent bzw. 8,2 Mio. Euro gegenüber 2020. Die kreisangehörigen Gemeinden in Unterfranken erhalten insgesamt 256 Mio. Euro. Mit 241 Euro je Einwohner bekommen sie um 39 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in Bayern. Für die Landkreise in Unterfranken stehen insgesamt 189 Mio. Euro zur Verfügung.

Oberfranken

In Oberfranken erhalten die Gemeinden und Landkreise 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 464 Mio. Euro. Die Stadt Bamberg bekommt mit 33,5 Mio. Euro die höchsten Schlüsselzuweisungen in Oberfranken. Dies bedeutet einen Anstieg um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die zweithöchste Summe erhält die Stadt Hof mit 32,9 Mio. Euro. Danach folgen die Stadt Bayreuth mit 21,8 Mio. Euro und die Stadt Lichtenfels mit 8,2 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in Oberfranken werden mit insgesamt 220 Mio. Euro ausgestattet. Mit 266 Euro je Einwohner bekommen sie um 54 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt und damit die höchsten Schlüsselzuweisungen je Einwohner in ganz Bayern. Die Landkreise in Oberfranken erhalten 2021 insgesamt rund 156 Mio. Euro. Mit 188 Euro je Einwohner bekommen sie 23 Prozent mehr als der bayerische Durchschnitt; auch dies ist der Spitzenwert in Bayern.

Niederbayern

Über Schlüsselzuweisungen in Höhe von fast 447 Mio. Euro dürfen sich die Gemeinden und Landkreise in Niederbayern freuen. Die höchsten Schlüsselzuweisungen gehen mit 27,5 Mio. Euro an die Stadt Landshut. 23,4 Mio. Euro erhält die Stadt Passau und damit rund 13 Prozent mehr als in 2020. Die Stadt Straubing kann 2021 mit 16,3 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen kalkulieren. Über einen kräftigen Anstieg von 17,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf dann 5,3 Mio. Euro kann sich die Stadt Deggendorf freuen. Die kreisangehörigen Gemeinden in Niederbayern erhalten insgesamt 212 Mio. Euro. Mit 198 Euro je Einwohner werden ihnen um 15 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als dem bayerischen Durchschnitt zuteil. Die Schlüsselzuweisungen der niederbayerischen Landkreise betragen insgesamt 167 Mio. Euro.

Oberpfalz

Die Gemeinden und Landkreise in der Oberpfalz erhalten 2021 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 410 Mio. Euro. Die höchsten Schlüsselzuweisungen unter den Gemeinden in der Oberpfalz bekommt 2021 die Stadt Regensburg mit fast 24 Mio. Euro. Dies bedeutet mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Die Stadt Weiden i. d. OPf. erhält mit 21,3 Mio. Euro die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen. Danach folgen die Stadt Amberg mit 15,6 Mio. Euro und die Stadt Schwandorf mit 7,3 Mio. Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden in der Oberpfalz werden mit insgesamt über 200 Mio. Euro ausgestattet. Mit 229 Euro je Einwohner erhalten sie um 33 Prozent höhere Schlüsselzuweisungen als der bayerische Durchschnitt. Für die Landkreise in der Oberpfalz stehen 2021 insgesamt 149 Mio. Euro zur Verfügung. **DK**

Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2019

Konstituierende Sitzung des Verwaltungsrats - zwei neue Vorsitzende

Der Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden – BVK Zusatzversorgung kam zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, nachdem die vorhergehende Amtsperiode am 31. Dezember 2019 zu Ende gegangen war. Aufgrund der angespannten Corona-Lage fand die Sitzung als Online-Konferenz statt.

Zum Turnuswechsel gab es im Gremium zahlreiche personelle Veränderungen: Insgesamt schieden acht ordentliche Mitglieder und sieben stellvertretende Mitglieder aus, darunter auch die beiden bisherigen Vorsitzenden: Dr. Thomas Böhle, Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt München, und Rudolf Winter von ver.di Bayern.

Zu den beiden neuen im jährlichen Wechsel amtierenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats wurden gewählt: Norbert Flach, stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di Bayern, der bereits seit 2008 ordentliches Verwaltungsratsmitglied ist, und Dr. Alexander Dietrich, Personalreferent der Landeshauptstadt München, der neu in das Gremium berufen wurde.

Die 32 Mitglieder des Verwaltungsrats, der paritätisch aus je 16 Vertretern der Arbeitgeber- und Versichertenseite besetzt ist, haben unter Leitung des neuen Vorsitzenden Norbert Flach den Jahresabschluss der BVK Zusatzversorgung zur Kenntnis genommen und stimmten dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 zu. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Geschäftsentwicklung 2019

Das Geschäftsjahr 2019 ist für die BVK Zusatzversorgung erfolgreich verlaufen. In nahezu allen Feldern der Geschäftstätigkeit gab es positive Ergebnisse. Zum Jahresende 2019 waren 5.880 kommunale oder kirchlich-caritative Arbeitgeber Mitglied der BVK Zusatzversorgung. Damit ist die Mitgliederzahl im Jahresverlauf um 30 gestiegen, was sich wiederum auf die Versichertenzahl auswirkte. Sie erhöhte sich im letzten Jahr um 2,92 Prozent auf insgesamt 1.504.531 Versicherte.

Die Zahl der Renten aus der Zusatzversorgung lag bei 303.998. Im Vergleich zum Jahresende 2018 waren das 10.334 Leistungsbezieher mehr als ein Jahr zuvor. Der Anstieg betrug 3,52 Prozent. Insgesamt wurden im Jahr 2019 Versicherungsleistungen in Höhe von über 1,23 Mrd. Euro ausbezahlt. Dem standen Umlage- und Beitragseinnahmen von rund 1,81 Mrd. Euro gegenüber.

Mit Beginn des Geschäftsjahres startete bei der freiwilligen Versicherung, der PlusPunktRente, der neue Tarif 2019 mit einem garantierten Rechnungszins von 0,9 Prozent. Über alle Tarife hinweg betrachtet, lagen die Vertragszahlen der PlusPunktRente am 31. Dezember 2019 bei 44.524 aktiven Verträgen.

Kapitalanlagen und Finanzierung

Die Einnahmen übertrafen die Ausgaben demnach bei weitem. Die Finanzlage der BVK Zusatzversorgung ist somit grundsolide. Einen wichtigen Beitrag dafür leisteten auch die Erträge aus den Kapitalanlagen. Diese summierten sich im Jahr 2019 auf 829 Mio. Euro . Am 31. Dezember 2019 umfassten die Kapitalanlagen der BVK Zusatzversorgung insgesamt 24,16 Mrd. Euro (Ende 2018: 22,69 Mrd. Euro). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen für das Jahr 2019, d. h. die Verzinsung unter Berücksichtigung sämtlicher Erträge und Aufwendungen, betrug 3,29 Prozent.

Der vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 2019, den der Verwaltungsrat billigte, enthält wegen der Corona-Pandemie auch einen Nachtragsbericht (Stand Juli 2020) zur Entwicklung nach dem Ende des Geschäftsjahres 2019. Darin wird darauf hingewiesen, dass aufgrund des durch die Corona-Pandemie verursachten Markteinbruchs im ersten Halbjahr 2020 das Risiko besteht, dass im Geschäftsjahr 2020 die kalkulierte Verzinsung aus den Kapitalerträgen nicht erreicht werden könnte.

Die Entwicklung seit der Jahresmitte 2020 lässt zwar eine spürbare Entspannung erkennen, dennoch startet die neue Amtszeit des Verwaltungsrats der BVK Zusatzversorgung in einer wirtschaftlich schwierigen Periode. Die Geschäftsführung und die Verantwortliche Aktuarin beobachten die Situation an den Kapitalmärkten weiterhin genau und werden vor allem den aus der Mitte des Verwaltungsrats neu gewählten Arbeitsausschuss fortlaufend einbinden.

Insbesondere die in der Pflichtversicherung gewählte Hybridfinanzierung aus Umlage- und Kapitaldeckungselementen schafft hier enorme Sicherheitsreserven auch in schwieriger Zeit und gewährleistet auch weiterhin Stabilität und Krisenfestigkeit des Gesamtsystems.

Wahlen für Arbeitsausschuss

Im Anschluss an die Sitzung des Verwaltungsrats konstituierte sich umgehend auch der Arbeitsausschuss für die neue Amtsperiode. Die acht Mitglieder des Arbeitsausschusses, dessen Aufgabe insbesondere die Entscheidung über Immobilienangelegenheiten ist, haben den vorläufigen Bericht über das Wirtschaftsjahr 2020 zur Kenntnis genommen und stimmten der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2021 zu.

Als bundesweit größte öffentlich-rechtliche Versorgungsgrup pe Deutschlands ist die Bayerische Versorgungskammer ein Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum für berufsständische und kommunale Altersversor gung. Sie führt die Geschäfte von zwölf rechtlich selbständigen berufsständischen und kommunalen Altersversorgungseinrichtungen mit insgesamt knapp 2,4 Mio. Versicherten und Versorgungsempfängern, ca. 5 Mrd. Euro jährlichen Beitrags- und Umlageeinnahmen und ca. 3,6 Mrd. Euro jährlichen Rentenzahlungen. ❒

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Große Spendenaktion

Das Jahr 2020 stand für die Sparkasse Niederbayern-Mitte ganz im Zeichen ihres 180-jährigen Jubiläums und damit verbunden einer großen Spendenaktion. Viele Aktivitäten mussten im Jahre 2020 Corona-bedingt auf der Strecke bleiben. „Der Sparkasse lag es aber sehr am Herzen, diese Spendenaktion durchzuführen", betonte Walter Strohmaier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte und Vorsitzender des Stiftungsvorstands der Sparkasse. Insgesamt wurden 180.000 Euro an rund 300 verschiedene Empfänger ausgereicht.

Eine Spende in Höhe von 1.830 Euro ging an den Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels e.V.. Walter Strohmaier übergab gemeinsam mit Landrat Josef Laumer (Straubing) die Spende an 1. Vorsitzende Elisabeth Vogl. „Durch diese Spende wurde die Drucklegung des ‚Mitterfelser Magazins – gestern, heute, morgen' ermöglicht", führte Vogl aus. „Ohne diese Spende und die ehrenamtliche Arbeit der Autoren wäre diese Publikation nicht machbar."

AK Heimatgeschichte Mitterfels

Landrat Josef Laumer erläuterte, dass das Mitterfelser Magazin auch über die Grenzen von Mitterfels hinaus gelesen und geschätzt werde. „Die Organisation rund um dieses Magazin erfordert viel Arbeit. Ich bin sehr froh, dass der Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels sich dafür einsetzt und engagiert. Diese Spende soll den Mitgliedern als Motivation in dieser schwierigen Zeit dienen."

„Der Arbeitskreis Heimatgeschichte Mitterfels e.V. kann auf die Sparkasse als verlässlichen Partner nach wie vor zählen", betonte Strohmaier. „Gerade zu Zeiten von Corona ist es uns wichtig, die Vereine in der Region zu unterstützen, da diese momentan wenig bis keine Einnahmen haben."

Mit 800 Euro wird das Kulturforum Oberalteich unterstützt. „Die Sparkassenstiftung engagierte sich in den vergangenen Jahren sehr umfangreich für kulturelle Aktivitäten in Bogen", erklärte Kulturamtsleiter Christian Freundorfer. Die Finanzspritze wird insbesondere für die Durchführung von Veranstaltungen im Kulturforum verwendet. Hier können Besucher kulturelle Erlebnisse vor einer einzigartigen Kulisse genießen.

Darüber hinaus förderte die Sparkassenstiftung die Anschaffung einer neuen Lautsprecheranlage im Stadion Bogen. Dazu übergab Strohmaier einen Scheck über 960 Euro an Bürgermeisterin Andrea Probst. „Mit der Unterstützung durch die Sparkasse konnte die Tonqualität im Stadion Bogen deutlich verbessert werden", so Probst. Sie freue sich, dass mit der Sparkasse ein verlässlicher und zuverlässiger Partner in Bogen vorhanden ist, der so manche Anschaffungen für die Gesellschaft erleichtert, oder in vielen Fällen auch erst ermöglicht.

Eine weitere Spende in Höhe von 2.000 Euro wurde dem TSV Stallwang-Rattiszell 1948 zuteil. Sie wird als Zuschuss für den Bau einer Wasserzisterne für die Beregnungsanlage der beiden Sportplätze in Stallwang und Rattiszell genutzt.

Kita Storchennest

Zu den Glücklichen zählt auch die Kita Storchennest in Niederwinkling, die einen Scheck über 1.000 Euro überreicht bekam. Bürgermeister Ludwig Waas bedankte sich im Namen der Gemeinde für die großzügige Spende, die den Jüngsten in der Gemeinde zugutekommt. Denn die Kita und das Winklinger Nesterl, das kurz vorher eingeweiht wurde, können sich damit Extrawünsche, wie Spiele und diverse Fahrzeuge, erfüllen.

Feuerwehrjugend im Landkreis Dingolfing-Landau

Ebenfalls 1.000 Euro erhielt die Feuerwehrjugend im Landkreis Dingolfing-Landau. „Mit diesem Betrag sollte der alljährliche Jugendtag des Kreisfeuerwehrverbands finanziert werden", betonte Strohmaier. Leider konnte dieser heuer nicht stattfinden.

Der 1. Vorsitzende des Kreisfeuerwehrverbands Dingolfing-Landau, Kreisbrandrat Josef Kramhöller, dankte der Sparkasse, dass trotzdem die Jugend mit dieser großzügigen Zuwendung gefördert wird. „Der Kreisfeuerwehrverband ist sehr aktiv im Bereich der Jugendarbeit und -ausbildung und wird das auch ohne Jugendfeuerwehrtag in diesem Jahr bleiben", unterstrich Kramhöller. „Die Förderung und Weiterbildung der Jugend ist von höchster Bedeutung. Denn die Zukunft unserer Feuerwehren liegt in ihren Händen." **DK**

Ingolstadt:

Gründerpreis für Unverpackt Eichstätt eG

Für ihren Laden „Einfach so" wurde die Unverpackt Eichstätt eG mit dem Gründerpreis Ingolstadt geehrt. In ihrem seit April 2020 bestehenden Laden in der Bischofsstadt können Waren, in der Regel Lebensmittel, „einfach so" in eigene Behältnisse abgefüllt werden, ohne dass eine womöglich energieaufwändig hergestellte und vielleicht auch wenig umweltgerechte industrielle Verpackungshülle benötigt wird. Der genossenschaftlich aufgezogene Laden wurde über Crowdfunding finanziert.

Kunden können in dem Laden Lebensmittel wie Mehl, Eier, Nudeln, frisches Gemüse oder Kaffee kaufen. Das Besondere des Konzepts: Auf dem Weg vom Erzeuger bis zum Endverbraucher fallen keine Einwegverpackungen an. Die Ware wird zumeist in 10 Kilogramm bis zu 25 Kilogramm-Säcken oder in Pfandbehältern geliefert, die anschließend in die Lebensmittelspender aus Glas, in Schraubgläser oder in Edelstahlbehälter umgefüllt wird.

Der Kunde kann die Ware, die er kaufen möchte, dann in mitgebrachte oder im Laden erwerb- oder ausleihbare Behältnisse selbstständig abfüllen, ohne damit direkt in Kontakt zu kommen. Somit wird auch den geltenden Hygienebestimmungen entsprochen.

Bei der Zusammenstellung des Sortiments achten die Unternehmerinnen nicht nur auf eine möglichst biologische und faire Produktion; ein besonderes Augenmerk liegt auch auf der Regionalität der Produkte. **KI**

Entlastung kleiner Banken:

Bundestag beschließt Risikoreduzierungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat das sogenannte Risikoreduzierungsgesetz (RiG) beschlossen, mit dem unter anderem das Kreditwesengesetz (KWG) novelliert wird. Das RiG gehört im Bankenbereich zu den wichtigsten nationalen Reformen der vergangenen Jahre. Es setzt wesentliche Vorgaben des EU-Bankenpakets um und soll bereits zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Der Bundestag hat das Risikoreduzierungsgesetz beschlossen. Mit ihm soll zum einen die Stabilität des Bankensektors gewährleistet werden. Zum anderen sieht das Gesetz auch Änderungen bei der Versicherungsaufsicht vor. Besonders die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherungsfonds sollen fit gemacht werden.

Nach Angaben der finanzpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Antje Tillmann, „leistet das Risikoreduzierungsgesetz einen wichtigen Beitrag zum Risikoabbau im Bankensektor. Dabei stärken wir aber auch den Proportionalitätsgedanken. Kleine Banken mit einer Bilanzsumme unter 5 Mrd. Euro werden von übermäßiger Regulierung entlastet und profitieren von Erleichterungen bei den Offenlegungspflichten und einer vereinfachten Berechnungsmethode bei den neuen Liquiditätsvorgaben. Um die Abwicklung von Banken glaubwürdig zu machen und die Steuerzahler zu schützen, müssen große Banken Verlustpuffer von mindestens 8 % ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Puffer können im Krisenfall Verluste abfedern und stellen sicher, dass eine Bankenrettung von den Eigentümern und Gläubigern der Bank getragen werden muss, nicht aber vom Steuerzahler."

Schon früh hatte sich der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und unter anderem die schärferen Anforderungen an die Kapitalunterlegung der sogenannten Eigenmittelzielkennziffer bemängelt. Nun soll an der bisherigen Aufsichtspraxis festgehalten werden, die eine temporäre Unterlegung mit weichem Eigenkapital erlaubt. Seine Anmerkungen adressierte der Verband nach eigenen Angaben frühzeitig an bayerische Finanzpolitiker im Bundestag sowie an die bayerischen Ministerien, die über den Bundesrat in die Beratungen eingebunden waren.

Einschätzung des GVB

Nachbesserungen konnte der Verband auch bei den Anzeigepflichten von Banken gegenüber der Aufsicht erwirken. Im ursprünglichen Gesetzentwurf war vorgesehen, dass Banken künftig eine Eignungsprüfung für Aufsichtsräte bei der BaFin abgeben müssen. Das ist nun vom Tisch. Zudem konnte eine Erleichterung beim Vertrieb von Eigenmittelinstrumenten kleiner und nicht-komplexer Banken an Privatkunden erreicht werden. Für die Anleihen dieser Banken gilt künftig nicht die Mindeststückelung von 50.000 Euro, sondern abweichend eine Stückelung von 25.000 Euro.

Das Fazit fällt laut GVB durchwachsen aus. Zwar konnte man an einigen Stellen zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und der Deutschen Kreditwirtschaft „Goldplating", d.h. die Verschärfung von EU-Rechtsetzung auf deutscher Ebene ohne Not, verhindern, zum Beispiel bei der Eigenmittelempfehlung oder der Eignungsprüfung für Aufsichtsräte. Unterm Strich werde das Gesetz jedoch seinem ursprünglichen Antritt, die Proportionalität zu stärken, nicht gerecht. Umso mehr wird sich der GVB bei künftigen Gesetzgebungen auf europäischer und nationaler Ebene dafür einsetzen, dass „Proportionalität" nicht nur im Titel vorkommt, sondern auch mit Leben erfüllt und entsprechend angewendet wird. **DK**

Bezirk Oberfranken:

Bayernweit niedrigster Umlagehebesatz

Das Haushaltsvolumen des Bezirks Oberfranken soll im kommenden Jahr um rund 12 Millionen Euro auf rund 454 Millionen Euro steigen. Diese Zahlen aus dem Etat-Entwurf für 2021 wurden in der Sitzung des Bezirkstags unter Leitung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm präsentiert. Der Großteil des Geldes wird für die soziale Sicherung, insbesondere für Menschen mit Behinderung und für pflegebedürftige Menschen ausgegeben.

Nach dem Haushaltsentwurf soll der Hebesatz der Bezirksumlage auch 2021, im sechsten Jahr in Folge, bei 17,5 Prozentpunkten liegen. „Der Hebesatz in Oberfranken wird auch im nächsten Jahr der Niedrigste in Bayern sein. Wir bleiben damit kommunalfreundlich und kommen den Landkreisen und kreisfreien Städten als Umlagezahler entgegen", bekräftigte Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021 versuche, das Interesse der Umlagezahler an einem möglichst niedrigen Hebesatz mit der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Bezirks in Einklang bringen, so Reiner Böhner, Kämmerer des Bezirks Oberfranken. Der Haushalt des Bezirks Oberfranken umfasst rund 454 Millionen Euro. Etwa 444 Millionen Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt und rund 10 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt. Das Bezirksumlagesoll liegt bei insgesamt 240,6 Millionen Euro und passt sich damit der gestiegenen Umlagekraft mit einem Plus von 2,1 Prozent an.

Pflichtaufgaben gut erfüllbar

„Wir können auch 2021 alle unsere Pflichtaufgaben gut erfüllen, besonders im Bereich der sozialen Sicherung. Für Soziales sollen im nächsten Jahr etwa 418 Millionen Euro ausgeben werden. Das sind 92 Prozent der Mittel des Verwaltungshaushalts. Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige Menschen können sich darauf verlassen, dass sie die erforderlichen Hilfen vom Bezirk erhalten", erklärte Bezirkstagspräsident Henry Schramm.

Im Haushaltsjahr 2021 ist eine Darlehensaufnahme des Bezirks von 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Hinzu kommt eine geplante Nettokreditaufnahme von 9,8 Millionen Euro, die auf das Kommunalunternehmen „Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken" entfällt. Hintergrund sind verschiedene Baumaßnahmen im Krankenhausbereich.

In den nächsten Jahren sollen ca. 540 Millionen Euro in die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks investiert werden, um die Rahmenbedingungen für Patienten und Beschäftigte weiter zu verbessern. Große Baumaßnahmen sind u.a. der Neubau des Bezirksklinikums Obermain sowie die Errichtung einer Tuberkulose-Absonderungseinrichtung und neue Bettenhäuser an der Bezirksklinik Rehau. Am Bezirkskrankenhaus Bayreuth erfolgen der Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Neubau der Forensik für psychische und suchtkranke Straftäter und wesentliche Renovierungsmaßnahmen. ❐

Gezielt Wachstum fördern

Bankenverband legt wirtschaftspolitische Vorschläge für Aufschwung nach Corona vor

Im Rahmen eines virtuellen Pressegesprächs hat der Bankenverband wirtschaftspolitische Vorschläge vorgelegt, um die gewaltigen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft besser in den Griff zu bekommen. Wie Hauptgeschäftsführer Christian Ossig darlegte, „waren und sind die staatlichen Programme für Unternehmen als Akuthilfe wichtig". Doch komme es jetzt darauf an, die richtigen Impulse zu setzen, um die gesunden Unternehmen für die Zukunft zu stärken.

Eine der größten Herausforderungen des kommenden Jahres sei es daher, die Verschuldung im Blick zu behalten, so Ossig. Denn klar sei auch, dass die nächsten Monate für einen Teil der Unternehmen zur Belastungsprobe werden. Es werde Insolvenzen sowie Kreditausfälle geben. „Beides haben die Banken im Blick – und es ist für uns verkraftbar. Doch wir dürfen uns nicht von den derzeit historisch niedrigen Insolvenzzahlen täuschen lassen. Sie werden im Jahresverlauf 2021 deutlich ansteigen. Wir sind noch nicht über den Berg", unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung

„Deshalb bringt es aus unserer Sicht auch nichts, bei den staatlichen Hilfen weiter auf das `Prinzip Gießkanne´ zu setzen", fuhr Ossig fort. Der Aufbruch aus der Krise sollte mit dem so notwendigen Umbau der Wirtschaft verbunden werden. Die Hilfen müssten dabei gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien in den Feldern Nachhaltigkeit und Digitalisierung unterstützen.

Aus Sicht des Bankenverbandes sollte der steuerliche Verlustrücktrag ausgebaut werden, um gezielt die Eigenkapitalbasis derjenigen Unternehmen zu stärken, die in den vergangenen Jahren erfolgreich gewirtschaftet, darauf Steuern gezahlt haben und nun Luft zum Investieren brauchen. Zudem müsse die Kapitalmarktunion weiter vorangebracht werden, um den Zugang erfolgreicher europäischer Unternehmen zu mehr Eigenkapital zu erleichtern.

Forschung und Entwicklung

Auch gelte es, die Investitionen für Forschung und Entwicklung jetzt hochzufahren, trotz derzeitiger genereller Investitionszurückhaltung. Hier seien eine steuerliche Förderung und vorteilhafte Finanzierungsbedingungen vonnöten. Die Förderpolitik sollte angepasst werden, um gezielt Investitionen in Zukunftstechnologien und den Umbau der Wirtschaft zu unterstützen.

Darüber hinaus sollte das Augenmerk nicht nur auf öffentlichen Mitteln liegen. Daher müssten die Handlungsspielräume der Banken bei der Kreditvergabe erhöht werden. Die Finanzierung des Aufschwungs darf laut Bankenverband nicht an regulatorischen Hindernissen und Auflagen scheitern. **DK**

Finanzminister Füracker und Boddenberg:

Home-Office einfach steuerlich geltend machen

Bayern und Hessen setzen sich mit gemeinsamer Initiative weiterhin für die Einführung einer Home-Office-Pauschale ein

Anlässlich aktueller Medienberichte, wonach der Bund die Arbeit im Home-Office steuerlich attraktiver machen möchte, äußerten sich Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Hessens Finanzminister Michael Boddenberg: „Wir begrüßen die gegenwärtige Diskussion und die wohl vorhandene Bereitschaft den steuerlichen Abzug für die Arbeit im Home-Office auf einfache Weise zu ermöglichen. Der bayerisch-hessische Vorschlag einer Homeoffice-Pauschale könnte bereits ins Jahressteuergesetz 2020 aufgenommen werden. Unser gemeinsamer Vorschlag liegt auf dem Tisch und könnte also schon in Kürze in die Tat umgesetzt werden. Wir freuen uns deshalb über den angekündigten politischen Rückenwind aus Berlin. Von unseren Plänen würden sehr viele Menschen in Deutschland, insbesondere während der Corona-Pandemie, profitieren. Entlasten und vereinfachen, das muss gerade in diesen Tagen eine wichtige steuerpolitische Maxime sein."

Bayerns Finanzminister Albert Füracker und Hessens Finanzminister Michael Boddenberg haben sich vorgenommen, Home-Office für die Bürgerinnen und Bürger steuerlich attraktiver zu machen. Dazu wollen Füracker und Boddenberg die bestehenden Abzugsmöglichkeiten für Arbeitszimmerkosten mit einer sogenannten Einfachvariante ergänzen. Diese soll vor allem denjenigen zugutekommen, die nicht die Möglichkeit haben, ein eigenes Arbeitszimmer einzurichten. Eine entsprechende Initiative brachten beide Minister bereits im September in den Finanzausschuss des Bundesrates ein.

Finanzminister Füracker und Boddenberg stellten fest: „Noch nie haben in Deutschland so viele Menschen von zu Hause gearbeitet, wie in den vergangenen Monaten. Home-Office bringt in aller Regel viele Vorteile mit sich, wie beispielsweise ersparte Fahrtkosten und -zeit. Jedoch entstehen daheim auch zusätzliche Kosten, die nach den aktuellen steuerlichen Regelungen unter Umständen nicht abgezogen werden können, zum Beispiel, weil der heimische Arbeitsplatz gewisse Voraussetzungen nicht erfüllt. Wir möchten deshalb, dass die Home-Office-Kosten unbürokratisch bei der Einkommensteuer geltend gemacht werden können. Unser Vorschlag: Wer im Home-Office arbeitet, soll für jeden vollen Tag einen Pauschalbetrag von 5 Euro, maximal 600 Euro im Jahr als Werbungskosten geltend machen können. Diese werden abgezogen, wenn sie zusammen mit den weiteren Werbungskosten den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.000 Euro übersteigen."

Um die Pauschale zu erhalten, muss nach den Plänen der Finanzminister der Arbeitsplatz in der Wohnung keine besonderen Voraussetzungen erfüllen. Ob am Küchentisch, in einer Arbeitsecke oder in einem getrennten Raum gearbeitet wird, macht dafür keinen Unterschied. „Arbeitnehmer, die grundsätzlich sowohl die Voraussetzungen für die neue Pauschale als auch für den aktuell geltenden Abzug für ein Arbeitszimmer erfüllen, haben damit letztlich ein Wahlrecht", so die beiden Finanzminister.

„Der gemeinsame Vorschlag aus Bayern und Hessen trägt zur Steuervereinfachung bei und kann helfen, die in der gegenwärtigen Praxis häufigen Konflikte mit dem Finanzamt bei den Arbeitszimmerkosten zu befrieden. Die neue Regelung würde also beiden Seiten helfen: Der Bürger hätte weniger Bürokratie beim Ausfüllen der Steuererklärung und auch die Finanzämter würden entlastet. Deshalb möchten wir weiter kräftig dafür werben, dass unsere Initiative am Ende auch Gesetz wird", so Albert Füracker und Michael Boddenberg. ❐



Zukunft gestalten – Fortschritt fördern.

Die BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

Mit zinsgünstigen Kommunalkrediten und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben.

Näheres erfahren Sie unter ▶ bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo

Virtueller Digitalgipfel CODE BAVARIA 2020:

Digitalisierung hilft dem Klimaschutz

Die Corona-Krise hat den hohen Stellenwert der Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar gemacht. Gerade jetzt bietet die digitale Transformation die Chance für Gesellschaft und Wirtschaft, neue Wege zu beschreiten, um gestärkt und zukunftsorientiert aus der Krise hervorzugehen. Bayern als führender Hightech-Standort ist prädestiniert, um hier Vorreiter zu sein und zugleich Möglichkeiten aufzuzeigen, die digitale Transformation selbst umweltfreundlicher zu gestalten. Gelegenheit hierzu bot sich auf dem virtuellen Digitalgipfel CODE BAVARIA 2020.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Digitalministerin Judith Gerlach diskutierten mit hochrangigen Gästen und namhaften Experten aus der Digitalbranche über mehr Nachhaltigkeit durch digitale Innovationen.

Im Auftaktgespräch warb Söder für einen Schulterschluss von Wissenschaft und Politik als Chance für Nachhaltigkeit und Klimaschutz: „Corona ist jetzt schlimm, aber der Klimawandel ist eine mindestens so pandemische und längere Entwicklung. Und er wird auch viel länger gehen und er findet schon statt." Einen „evolutionären Fortschritt" erhoffe und erwarte er sich dabei, dass „Politik Forschung als ganz wesentlichen Ratgeber annimmt und nicht negiert".

Für viele Regionen der Welt bedeute der Klimawandel weitreichende Veränderungen aller Art – verursachte Migrationsveränderungen beträfen den ganzen Planeten, betonte Söder. Er verwies auf die an der TU München entstehende neue Fakultät für Luftfahrt, Raumfahrt und Geodäsie. Durch Entwicklungen in der Raumfahrt könne man mittlerweile beispielsweise wichtige Kenntnisse über Bewegungen und Strömungen der Meere gewinnen.

Investition in nachhaltige Forschung

Der Freistaat will demnach im nächsten Jahr stark in nachhaltige Forschung und Innovationen investieren. Dazu seien ein Milliardenbetrag, tausende neue Studienplätze und zahlreiche neue Professuren etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) vorgesehen. Nach Söders Worten „wollen wir auf dem Transfermarkt der Wissenschaft zuschlagen. Wir wollen ein Netzwerk erzeugen, dass wir hier internationale Forschung voranbringen können."

„Digitale Technologien können einen großen Beitrag für die Umwelt leisten", erklärte Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach. Künstliche Intelligenz etwa lasse sich für den Klimaschutz einsetzen, die Blockchain könne bei der Nachverfolgung von Lieferketten oder Rohstoffen helfen.

Wie dies genau aussehen könnte, zeigen die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs #FutureTech4Climate. Im Wettbewerb wurde zu Ideen aufgerufen, wie man mit digitaler Technologie für Umwelt- und Klimaschutz sorgen kann. Ministerin Gerlach verlieh die mit je 2.500 Euro dotierten Preise der Innovation Challenge #FutureTech4Climate. In der Kategorie „Die überzeugendste digitale Lösung zum Anstoß von klima-/umweltfreundlichen Verhaltensänderungen" gewann das Projekt „Bavaria Eco Token". Mit Hilfe der Blockchain-Technologie soll ein Bonussystem für ökologisch nachhaltige Einkäufe geschaffen werden. Über eine App lässt sich der Öko Score eines Produkts anzeigen und nachhaltige Einkäufe werden mit dem so genannten „Bavaria Eco Token" belohnt.

Wettbewerb #FutureTech4Climate

Die Idee „fair mit liebe" überzeugte die Jury als marktfähigste digitale Lösung für Klima-/Umweltschutz. Die Online-Plattform für lokale, nachhaltige Mode bildet die Lieferketten und den CO2-Fußabdruck der Produkte ab. Die visionärste und überraschendste Idee für den Einsatz digitaler Technologien für den Klima-/Umweltschutz entstand mit dem Projekt „Das hybride Büro – Momentum 4 Climate". Das Team setzt dabei kreativ und visionär die Technologie der Extended Reality (XR) für virtuelle Treffen ein und ebnet den Weg in Richtung virtuellen Büroalltag.

Das größte Einsparpotenzial an CO2 wurde der Idee „GreenCrease.ai" zugesprochen. Diese Lösung setzt bei der Energieeinsparung in Rechenzentren an und bringt den Energiebedarf von Rechenanwendungen mit der Energieversorgung durch erneuerbare Energien zusammen. Der Sonderpreis der Jury ging an „SAVEDiversity". Mit Hilfe eines digitalen Spiels wird auf vom Aussterben bedrohte heimische Arten aufmerksam gemacht. Biodiversität wird damit spielerisch erfahrbar gemacht. Auf positive und einfallsreiche Weise lenkt das Spiel die Aufmerksamkeit auf bedrohte Arten im eigenen Vorgarten.

Innovation und Kreativität

Gerlach lobte die großartigen Leistungen der Beteiligten: „Die Innovation Challenge #FutureTech4Climate war ein voller Erfolg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben mit ihren kreativen und innovativen Ideen Großartiges für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickelt. Unsere Umwelt ist damit der größte Gewinner dieses Hackathons." An der Innovation Challenge hatten über 100 Teilnehmer mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund mitgemacht und digitale Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel erarbeitet.

Umweltschäden sichtbar gemacht

Die zugeschaltete britische Verhaltensforscherin Dr. Jane Goodall betonte ebenfalls die Vorteile, die sich durch die Digitalisierung für ihre Arbeit und den Naturschutz ergeben hätten. Mit Hilfe von Satellitenaufnahmen seien Umweltschäden sichtbarer geworden. Die digitale Kommunikation helfe, diese Informationen leichter zu verbreiten. „Das bedeutet, dass sich mehr Menschen für Veränderungen einsetzen können", stellte Goodall fest.

Zugeschaltet war auch Insa Thiele-Eich, die als erste deutsche Frau ins Weltall geschickt werden könnte. Sie verwies darauf, dass bei neuen Technologien in Zukunft auch direkt ihre Umweltverträglichkeit berücksichtigt werden sollte.

Zu mehr Digitalkompetenz rief schließlich der Autor und Mediziner Eckart von Hirschhausen auf. Die Verbreitung von wissenschaftlich absurden Verschwörungstheorien im Internet mache ihm Angst, auch weil der Klimawandel dränge: „Wir steuern auf eine unbewohnbare Erde zu, mit Höchstgeschwindigkeit." **DK**

Gemeinderat beschließt Datenethikkonzept für die Stadt Ulm

Der Ulmer Gemeinderat hat ein kommunales Datenethikkonzept beschlossen. Damit positioniert sich die Stadt Ulm auch im Kontext von Datenethik als Vorreiter in Deutschland. Zunehmende Digitalisierung und intelligente Vernetzung verändern Stadt und Gesellschaft. Insofern sind Regelungen zum ethischen Umgang mit den erfassten Daten ein wichtiger nächster Schritt.

Die Stadt Ulm hat sich durch zahlreiche Projekte zu einer der Vorreiterstädte der digitalen Transformation entwickelt. Zahlreiche Sensoren in der Stadt und die künftige Datenplattform bieten nun eine erweiterte Grundlage, um Entscheidungen treffen und die Stadt effizienter und effektiver steuern zu können. Zwangsläufig stellt sich dabei die Frage, wie und zu welchen Zwecken die Daten genutzt werden sollten.

Leitlinien und Grenzen

Das Datenethikkonzept der Stadt Ulm ergänzt die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Datenschutz. Als Selbstverpflichtung der Stadt Ulm und aller kommunalen Beteiligungen definiert es Leitlinien und Grenzen, wie und zu welchen Zwecken Daten durch die Stadt Ulm genutzt werden dürfen. Hierbei werden bestimmte Bereiche, wie der Verkauf personenbezogener Daten, generell ausgeschlossen. Gleichzeitig soll aber eine zielgerichtete und datenschutzkonforme Nutzung der Daten ermöglicht werden.

Grundsätzlich gilt, personenbezogene Daten nur dort zu erheben, wo sie tatsächlich benötigt werden. „Die Ulmer Bürgerinnen und Bürger sollen Vertrauen in die zunehmende Digitalisierung ihrer Stadt haben, daher entwickeln wir selbst Leitlinien zum Umgang mit städtischen Daten." betont Oberbürgermeister Gunter Czisch. Durch die transparente Festschreibung, zu welchen Zwecken Daten genutzt werden dürfen, können die Ulmer Bürgerinnen und Bürger die Nutzung ihrer Daten nachvollziehen. „Hiermit tritt die Stadt Ulm entschieden etwaigen Konzepten eines Überwachungsstaates entgegen. Letztlich kann die Digitalisierung der Stadt nur gelingen, wenn die Bürger diese unterstützen und auf ein rechtmäßiges wie ethisches Handeln vertrauen." erklärt Sabine Meigel, Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Agenda. Hierfür wurde mit dem Beschluss ein wichtiger Grundstein gelegt.

Signalwirkung

Das Datenethikkonzept wurde gemeinsam mit Prof. Jörn von Lucke von der Zeppelin Universität in Friedrichshafen und seinem Team im Rahmen der Zukunftsstadt Ulm 2030+ entwickelt.

„Ich freue mich, dass wir nach Monaten intensiver Diskussion nun ein vom Gemeinderat beschlossenes Datenethikkonzept vorliegen haben, das auch Signalwirkungen weit über Ulm hinaus entwickeln wird," so von Lucke. Das Konzept ist dank einer offenen Lizenz frei zugänglich und kann heruntergeladen werden: https://www.zukunftsstadt-ulm.de/sites/default/files/downloads/ulm-201008-txt-datenethikkonzept-stadt-ulm-final.pdf ❐

Verschlüsselte Kommunikation und ePrivacy

Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder

In ihrer 100. Sitzung befasste sich die Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder (DSK) unter anderem mit der Frage des datenschutzkonformen Einsatzes von Windows 10 (Version „Enterprise") sowie der Initiative zur Aufweichung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zugunsten von Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten. Zudem wurden die gesetzliche Ausgestaltung der Telekommunikations-Bestandsdatenauskunft, Initiativen zur Zentralisierung der Datenschutz-Aufsicht sowie die in Deutschland noch immer ausstehende Umsetzung der „ePrivacy"-Richtlinie erörtert.

Wie der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri mitteilt, wurden von der Datenschutzkonferenz Forderungen nach einem Zugriff der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste auf die verschlüsselte Kommunikation in Messengerdiensten und der privaten Kommunikation abgelehnt.

Sichere Verschlüsselung

In einer Entschließung wird darauf verwiesen, dass die Aushöhlung von Verschlüsselungslösungen, wie sie im Rat der Europäischen Union nahegelegt wird, kontraproduktiv wäre und durch Kriminelle und Terroristen leicht umgangen werden könnte. Dagegen sei eine sichere und vertrauenswürdige Verschlüsselung essenzielle Voraussetzung für eine widerstandsfähige Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung. Unternehmen müssten sich vor Wirtschaftsspionage schützen und Bürger auf eine sichere und integre Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen vertrauen können. Verschlüsselung sei ebenso ein zentrales Mittel für die Datenübermittlung in unsichere Drittländer.

Mit einer weiteren Entschließung werden die Gesetzgeber in Bund und Ländern laut Petri aufgefordert, das manuelle Auskunftsverfahren für Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste möglichst rasch verfassungskonform auszugestalten. Das Bundesverfassungsgericht hatte erkannt, dass sowohl die Übermittlung von Daten durch Telekommunikationsdiensteanbieter als auch der Abruf durch berechtigte Stellen (z. B. Staatsanwaltschaften) jeweils einer verhältnismäßigen und normenklaren Grundlage bedürfen. Die derzeitige Fassung des § 113 Telekommunikationsgesetz und die Abrufnormen auf Seiten der Empfängerkreise genügten diesen Anforderungen nicht.

Umsetzung in deutsches Recht

Darüber hinaus wird an den Gesetzgeber appelliert, endlich die ePrivacy-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften aus dem Jahr 2002 vollständig und im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung von 2018 in deutsches Recht umzusetzen. Nach der Richtlinie bedarf es einer aktiven informierten Einwilligung des Nutzers im Grundsatz insbesondere dann, wenn der Verantwortliche „Cookies" setzt. Webseitenbetreiber und andere Akteure, die ihre Dienste unter anderem in Bezug auf „Cookies" rechtmäßig gestalten müssen, benötigten Rechtsklarheit und -sicherheit. **DK**

Hoffnungsträger für Glasfaserausbau im Landkreis Regensburg:

Gigabitgesellschaft stößt auf große Zustimmung

Im Landratsamt Regensburg wurde der Startschuss zur Gründung einer Gigabitgesellschaft gegeben. Ziel dieser Gesellschaft ist die koordinierte, interkommunale Zusammenarbeit zum Ausbau eines Glasfasernetzes.

Bis Jahresende sollten die Gemeinden entscheiden, ob sie der neuen Infrastrukturgesellschaft beitreten wollen, um damit den Grundstein für den interkommunalen Glasfaserausbau zu legen. In vielen einzelnen Sitzungen wurden deshalb vor allem Synergieeffekte bei Prozessen, die bisher jede Gemeinde einzeln abgewickelt hat, erläutert.

Mit Beitritt in die Gigabitgesellschaft eröffnen sich aber auch Möglichkeiten, Aufgaben von den Kommunen auf die Infrastrukturgesellschaft zu übertragen. Dies sind beispielsweise die Mitverlegungspflicht laut DigiNetzGesetz, die Bestandskartierung, Fördermittelberatung, Unterstützung bei Verpachtung von Infrastruktur oder Administration.

Beitrittskommunen

All diese Vorteile überzeugten am Ende bis jetzt schon die überwiegende Anzahl der Gemeinden im Landkreis. So erklärten die Kommunen Alteglofsheim, Altenthann, Aufhausen, Barbing, Bernhardswald, Brennberg, Brunn, Deuerling, Donaustauf, Duggendorf, Hemau, Holzheim a. Forst, Kallmünz, Köfering, Laaber, Lappersdorf, Mintraching, Mötzing, Neutraubling, Nittendorf, Obertraubling, Pettendorf, Pfatter, Pielenhofen, Regenstauf, Riekofen, Sinzing, Sünching, Tegernheim, Wiesent, Wolfsegg, Wörth a. d. Donau und Zeitlarn ihren Beitritt per Beschluss.

Verbesserte Marktposition

Damit wollen die künftigen Gesellschafter der LNI dem zunehmenden Handlungsdruck im Bereich des Glasfaserausbaus solidarisch begegnen, erreichen durch den Zusammenschluss eine wesentlich bessere Marktposition und bleiben nach Fertigstellung des Glasfasernetzes über die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) dessen Eigentümer. Ein weiterer Meilenstein für den interkommunalen Glasfaserausbau im Landkreis Regensburg wurde damit erreicht. ❐

Breitbandausbau:

3.000ster Förderbescheid für Seubersdorf

„Unsere Breitbandförderung ist ein voller Erfolg! Den bereits 3.000sten Förderbescheid nach Bayerischer Breitbandrichtlinie erhält die Gemeinde Seubersdorf in der Oberpfalz. Ich freue mich, dass wir den Ausbau des Glasfasernetzes in der Gemeinde mit insgesamt 457.689 Euro fördern", sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe des Bescheids an den Ersten Bürgermeister der Gemeinde, Eduard Meier.

In zwei vorangegangenen Förderprojekten hat die Gemeinde schon 522.218 Euro Förderung erhalten. Damit wird schnelles Internet im ganzen Gemeindegebiet ermöglicht.

„In den aktuellen Krisenzeiten wird die Bedeutung der Digitalisierung immer deutlicher. Homeoffice und Videokonferenzen stehen mehr denn je auf der Tagesordnung. Das geht nur mit einer gut ausgebauten Breitbandversorgung. Bayern ist hier Vorreiter: Im Freistaat sind über 96 % aller Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Ein leistungsfähiger Internetanschluss ist in Bayern aber kein Privileg der Städte: Im ländlichen Raum sind wir mit 90 % deutschlandweit Spitzenreiter", hob Füracker hervor. Die Bayerische Breitbandrichtlinie und die hohe Beteiligung der Kommunen hat entscheidend zu dieser guten Versorgungslage beigetragen.

Europaweiter Vorreiter

„Aber wir bleiben nicht stehen: Mit unserer neuen Gigabitförderung arbeiten Kommunen und Freistaat Hand in Hand für eine noch schnellere Versorgung. Mit der am 2. März 2020 in Kraft getretenen bayerischen Gigabitrichtlinie ist Bayern europaweit Vorreiter beim Breitbandausbau", so Füracker weiter. Mit der neuen Gigabitrichtlinie kann Bayern als erste Region in Europa auch die Beschleunigung von Anschlüssen in Bereichen fördern, wo bereits schnelles Internet mit mind. 30 Mbit/s verfügbar ist (sog. „graue NGA-Flecken"). Rund 230 Gemeinden sind bereits in das neue Förderverfahren eingestiegen.

Ambitioniertes Ziel

Der Breitbandausbau läuft in Bayern seit 2014 auf Hochtouren: „Kein Bundesland unterstützt seine Kommunen und damit auch die Unternehmen vor Ort mehr als der Freistaat", machte Füracker deutlich. Seit Ende 2013 wurden in Bayern durch Freistaat, Kommunen und Kommunikationsunternehmen mehr als 2,5 Millionen unversorgte Haushalte erstmals an das schnelle Internet angeschlossen. Im Rahmen des bayerischen Förderverfahrens werden über 54.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Freistaat und Kommunen haben zusammen rund 1,5 Milliarden Euro seit 2014 investiert. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025. ❐

TKMoG in der Diskussion

BREKO und VKU plädieren für Nachbesserungen

Bundeswirtschafts- und Bundesverkehrsministerium haben einen sog. Diskussionsentwurf für das „Telekommunikationsmodernisierungsgesetz“ (TKMoG) veröffentlicht. Das Gesetz soll die Weichen für die digitale Infrastruktur der Zukunft und damit für den weiteren Glasfaserausbau in Deutschland stellen. Nach Ansicht des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (BREKO) und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) setzen einige der geplanten Regelungen die richtigen Impulse. Gleichwohl müsse noch an einzelnen Stellschrauben gedreht werden.

Erheblichen Anpassungsbedarf sieht der BREKO bei der Ausgestaltung des bereits im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD verankerten, „rechtlich abgesicherten Anspruch auf schnelles Internet“. Der Gesetzentwurf sieht eine Lösung vor, wonach die Bundesnetzagentur einzelne Telekommunikationsanbieter verpflichten kann, Bürgern und Unternehmen, die über eine besonders schlechte Internetversorgung verfügen, auf Antrag eine Anbindung mit einem Mindeststandard an Bandbreite zu realisieren („Universaldienst“). Dieser darf sich rechtlich allerdings nur an den von der großen Mehrheit der Bevölkerung bereits tatsächlich genutzten Bandbreiten orientieren. Dies führe zu Zwischenschritten statt zu einem direkten Ausbau von Glasfaser.

Falscher Ansatz

Die Anbindung soll über eine Umlage von den im betreffenden Gebiet nicht am Ausbau beteiligten Netzbetreibern finanziert werden. Für BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers ist das der falsche Ansatz: „Unser gemeinsames Ziel ist es, den Glasfaserausbau für die Menschen und Unternehmen voranzubringen. Das wird uns mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung aber nicht gelingen. Dort wo die Versorgung der Bürger und Unternehmen besonders schlecht ist („weiße Flecken“) und sich ein Ausbau für die Unternehmen nicht rechnet, brauchen wir ergänzend zum eigenwirtschaftlichen Ausbau zielgerichtet staatliche Fördermaßnahmen, die die Glasfaser auch in diese Gebiete bringen.“

„Wenn man statt auf Ausbau-Anreize auf umlagefinanzierte Zwischenlösungen setzt, verlangsamt das den Glasfaserausbau in Deutschland. Nur dann – und so steht es auch in der EU-Richtlinie, die die Grundlage für die Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes bildet – wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Instrumente keine Aussicht auf Erfolg versprechen, darf sozusagen als ‚Ultima Ratio‘ auf den Universaldienst zurückgegriffen werden“, erläutert Albers. Dieser darf demnach nur dann zur Anwendung kommen, wenn weder durch bestehende Infrastrukturen eine Mindestversorgung gewährleistet werden kann, noch ein eigenwirtschaftlicher oder staatlich geförderter Ausbau Aussicht auf Erfolg versprechen, dass dies künftig der Fall sein wird. Der Anspruch sollte zudem technologieneutral ausgestaltet sein, so dass auch Mobilfunk- oder Satelliten-Lösungen in Betracht kommen.

Paradigmenwechsel

Im Bereich der Regulierung von Glasfasernetzen sieht der Gesetzentwurf einen Paradigmenwechsel im Vergleich zur alten „Kupferwelt“ vor. Statt einer strengen Vorab-Regulierung ist für den kooperativen Ausbau von Glasfasernetzen eine deutlich reduzierte Regulierungsintensität vorgesehen. Um die richtigen Anreize für den Glasfaserausbau im Wettbewerb zu setzen, macht sich der BREKO bereits seit längerem für den Vorrang eines frei verhandelten und marktakzeptierten Netzzugangs (Open Access) mit der Regulierungsbehörde als neutraler Streitbeilegungsinstanz stark. „Wir haben beim Glasfaserausbau eine völlig neue Marktsituation, eine neue Welt. Dazu passt die im Gesetzesentwurf geplante „Regulierung 2.0“. Wichtig ist, dass es faire und klare Regelungen für alle Marktteilnehmer gibt und die Bundesnetzagentur bei Verstößen jederzeit eingreifen kann. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren werden wir sehr genau darauf achten, dass das bei der gesetzlichen Regelung hinreichend gewährleistet wird und keine Missbrauchsgefahr verbleibt“, fasst BREKO-Präsident Norbert Westfal zusammen.

Für modernisierte „Umlagefähigkeit 2.0“

Das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz sieht eine Änderung der Betriebskostenverordnung und eine Streichung der Umlagefähigkeit im Rahmen der Gesetzesänderung vor. Aus Sicht des BREKO wird mit der ersatzlosen Streichung ein wichtiges Instrument verschenkt, um Kräfte für die Digitalisierung zu bündeln. Der BREKO macht sich daher für eine modernisierte „Umlagefähigkeit 2.0“ stark. Dadurch sollen Mieter einen zukunftssicheren und nachhaltigen Glasfaseranschluss zu einem attraktiven Preis erhalten. Dieser läge deutlich unter den Kosten, die im Falle eines Wegfalls des Sammelinkasso bei der Buchung von Einzelanschlüssen entstehen würden.

Im Bereich der Verwaltungsverfahren, die vor Beginn eines Ausbauprojekts zu durchlaufen sind, sieht der Gesetzentwurf einerseits eine Änderung der Genehmigungsfristen vor. Mussten Unternehmen bisher häufig sehr lange auf die Ausbau-Genehmigung durch die Wegebaulastträger – meist Kommune oder Kreis – warten, soll künftig die bearbeitende Behörde innerhalb eines Monats nach Antragstellung aktiv werden. Erhebt diese keine konkreten Einwände, gilt der Antrag als vollständig und die Bearbeitungsfrist von drei Monaten läuft. Innerhalb dieser Frist muss dann, wie bisher auch, die Genehmigung für den Ausbau abgeschlossen sein.

One-Stop-Shop-Prinzip

Zusätzlich zur vereinfachten Fristenregelung soll das vom BREKO seit längerem geforderte sogenannte One-Stop-Shop-Prinzip umgesetzt werden: Dieses sieht vor, dass alle erforderlichen gesetzlichen Genehmigungen für den Glasfaserausbau gemeinsam ergehen, was wiederum das Antragsverfahren vereinfacht und zu größerer Planungssicherheit für die ausbauenden Unternehmen führt.

Über diese positiven Impulse hinaus sind für den BREKO-Geschäftsführer zwei weitere Aspekte besonders wichtig: „Die digitale Verwaltung, die auch im aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung im Fokus steht, muss endlich Realität werden. Anträge und Genehmigungen per Fax oder Post sind einfach nicht mehr zeitgemäß. Zudem brauchen auch die Verwaltungen vor Ort zusätzliches Personal, um die Digitalisierungsprojekte vor Ort, die über den Glasfaserausbau hinausgehen, umzusetzen. Jeder Euro, der dafür eingesetzt wird, ist gut investiertes Geld.“

„Die Zeit drängt: Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen unseres Landes, die Mittelstand und Menschen nicht nur im ländlichen Raum ausbremst. Aus unserer Sicht muss die Bundesregierung an drei Stellschrauben drehen, damit unser Land zügig mehr Kilometer beim Glasfaserausbau macht“, stellt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing fest.

1. Stellschraube: Mitverlegung – Glasfaserpiraten stoppen, Kilometer machen

Die Bundesregierung muss für Rechtssicherheit beim Recht auf Mitverlegung sorgen. Hat ein kommunales Unternehmen eine „Grube“ ausgehoben, verlegen Glasfaserpiraten ihr Kabel einfach mit – sogar dann, wenn das kommunale Unternehmen eigenwirtschaftlich, ohne Fördermittel ausbaut und das volle wirtschaftliche Risiko trägt. Wettbewerber sparen Tiefbaukosten. Investitionen kommunaler Unternehmen werden entwertet, so halten sich viele zurück. Folge für Bürger und Wirtschaft: Lukrative Gebiete werden doppelt und dreifach, andere gar nicht ausgebaut werden.

Wettbewerb auf Augenhöhe

Aus Sicht des VKU ist der Über- und Doppelausbau volkswirtschaftlicher Unsinn, der insbesondere zu Lasten von Mittelstand und Menschen im ländlichen Raum geht. Die Bundesregierung müsse für Rechtssicherheit sorgen, um das missbräuchliche Ausnutzen des Rechts auf Mitverlegung zu stoppen und durch Wettbewerb auf Augenhöhe weitere Investitionen in den Ausbau der Glasfasernetze anzureizen. In Kombination mit offenem Netzzugang, wie ihn 55 Prozent der kommunalen Unternehmen schon heute bieten und weitere 20 Prozent planen, könnten so Kooperationen angereizt werden.

2. Vorrang für Markt und Open Access statt Bürokratie und Regulierung

„Neue Technologien brauchen einen neuen Rechtsrahmen. Was beim Kupfernetze-Monopol funktionierte, bringt uns beim Glasfaserausbau nicht ans Ziel“, betont der VKU. Hier herrsche Wettbewerb zwischen nationalen Anbietern und regionalen und kommunalen Telekommunikationsanbietern, die auch in unterversorgten Gebieten ausbauen. Langwierige und bürokratische Zugangs- und Entgeltregulierungen eigneten sich nicht für den schnellen Glasfaserausbau durch kommunale Unternehmen bis in jeden Haushalt. „Vielmehr brauchen wir Vorrang für marktverhandelte und -akzeptierte Open-Access-Lösungen: Dabei bieten unsere Unternehmen allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Zugang zum eigenen Netz gegen ein angemessenes Entgelt an.“

3. Gebäude-Verkabelung: Umlage verbraucherfreundlich modernisieren

Die Bundesregierung muss die Umlagefähigkeit als bewährten Investitionsanreiz verbraucherfreundlich modernisieren. Die Kosten für ultraschnelle Internetanschlüsse sollten weiter auf Mietnebenkosten umgelegt werden dürfen – allerdings nur für Investitionen in Netze mit sehr hoher Kapazität, insbesondere Glasfasernetze, und zeitlich befristet. In Kombination mit Open Access ist der Verbraucher nicht mehr über die Mietnebenkosten an einen Anbieter gefesselt und kann frei wählen. Das stärkt den Wettbewerb. **DK**

Landkreis Cham:

Digitales Gründerzentrum eröffnet

Im Beisein von Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert, Hochschulpräsident Dr. Peter Sperber, Regierungspräsident Axel Bartelt und weiteren Ehrengästen hat Landrat Franz Löffler das Digitale Gründerzentrum des Landkreises Cham mit einem „Gründer-LAB“ für Digitale Produktion und Additive Fertigung am Technologie Campus Cham eröffnet.

Landrat Franz Löffler betonte: „Der Transformationsprozess in der Wirtschaft läuft und der Landkreis Cham ist mit dabei! Wir fördern Innovation in der Region und ermöglichen damit auch Wertschöpfung in der Region.“ Staatssekretär Weigert formulierte es so: „Es geht darum, mit neuen Technologien neue Produkte für neue Märkte zu entwickeln.“

Prof. Dr. Sperber bezeichnete die im Technologie Campus Cham eingerichteten modernen Anlagen für Digitale Produktion und Additive Fertigung als wichtige Grundlage für eine Fortentwicklung der mit dem Campus verbundenen Möglichkeiten für Innovation und Forschung in der Region. Cham werde als Studienzentrum weiter ausgebaut.

Der Landkreis Cham hat sich 2017 an der bayernweiten Ausschreibung für digitale Gründerzentren erfolgreich beteiligt. Im Rahmen des Förderprojektes „e3 Digitale Region ohne Grenzen“ – Digitale Gründerzentren Landkreis Cham wurden die neuesten und innovativsten Maschinen und Anlagen vor allem in den Bereichen 3D-Druck, Robotik und Messtechnik, die aktuell am Markt zu finden sind, angeschafft. Die Kosten von 3,8 Millionen Euro werden mit 3,1 Millionen Euro vom Freistaat gefördert.

„Mit diesen Maschinen und Anlagen können neue Wege der Digitalisierung entstehen und Innovations- und Technologiefortschritte erreicht werden“, so Löffler. Durch das Digitale Gründerzentrum Landkreis Cham erhalten Gründer, Studierende und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Geschäftsideen an den neuartigsten Technologien auszutesten und eigene Dienstleistungen zu entwickeln.

Marktplatz für innovative Ideen

Netzwerktreffen sind Plattform und Marktplatz für neue innovative Ideen. Das Digitale Gründerzentrum Landkreis Cham bietet Netzwerkveranstaltungen zum Austausch und Technologietransfer für Gründer, Studierende und Unternehmen. Hier spielt das vor 20 Jahren gegründete Kompetenz-Netzwerk Mechatronik in Ostbayern eine bedeutende Rolle. Gründer können sich mit über 40 Mechatronik-Mitgliedern vernetzen und vom Austausch profitieren. ❐



Digitalisierungsbegleitung für Kommunen

Digitalisierung ist in aller Munde und wird allenthalben verteufelt oder als Heilsbringer angesehen. Neutral betrachtet ist Digitalisierung eine Entwicklung, die alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfasst und immer mehr an Fahrt aufnimmt. Mit ihr gehen enorme Veränderungen einher, da sie einen tiefen Eingriff in die jeweilige Aufbau- und Ablauforganisation darstellt.

Schritte in Richtung Digitalisierung sollten daher nie Selbstzweck sein. Es gilt im Einzelfall zu prüfen, ob ein Prozess damit effizienter gestaltet werden oder die Zusammenarbeit erleichtert werden kann. Ist dies nicht der Fall, ist eine bewusste Entscheidung gegen eine entsprechende Digitalisierung legitim und sinnvoll. Denn Ziel einer jeden digitalen Transformation sollte es sein, Menschen von fehleranfälligen bzw. zeitaufwändigen Routine-Tätigkeiten zu entlasten. So wird Raum geschaffen für andere Aufgaben, die zumindest derzeit nur Menschen erledigen können. Bei derartigen Nicht-Routine-Aufgaben sind etwa Wahrnehmung, Feinmotorik, Kreativität, analytisches Denken und soziale Intelligenz gefragt.



Bürgermeister Dipl.-Ing. (FH) Rainer Handlfinger. Bild: Catus

Erfolgsfaktoren von Digitalisierungsvorhaben

Mit diesem Bewusstsein, das dem Thema Digitalisierung die Bedrohlichkeit nimmt, bringen Mitarbeiter bei der Analyse von Ist-Abläufen meist motiviert ihre wertvollen Erfahrungen ein, um gemeinsam Digitalisierungspotenziale zu identifizieren. Neben motivierten Menschen sind lebbare Prozesse und nachhaltige Strategien als kritische Erfolgsfaktoren von Digitalisierungsvorhaben zu nennen. Damit lassen sich ineffiziente Workarounds und kostspielige Insellösungen vermeiden.

In kleinen Schritten zum Erfolg

Digitalisierung in Kommunen ist keine Über-Nacht-Aktion, sondern ein andauernder Prozess, der kontinuierlich und in kleinen Schritten zum Erfolg führt. Wichtig sind individuelle, passgenaue Lösungen und der Mut, einfach mal zu machen. Und das, auch wenn andere Themen noch so dominant erscheinen. Sonst tappt man leicht in die Falle ‚Wir hatten keine Zeit die Axt zu schärfen, denn wir mussten Bäume fällen".

Fallbeispiel aus Niederösterreich

Wie ein weiterer Schritt zur digitalen Kommune gelingen kann, zeigt das Beispiel der niederösterreichischen Kommune Ober-Grafendorf. Die Gemeinde legt viel Wert auf Regionalität und Nachhaltigkeit. Daher organisiert sie die Essensversorgung ihrer öffentlichen Einrichtungen selbst und stellt so kurze Wege sicher. Dabei sind verschiedene Akteure beteiligt: Als Kunden die kommunalen Kindergärten und eine Einrichtung für Betreutes Wohnen, als Endkunden die essenden Kinder bzw. Senioren, als kooperierende Produzenten die ortsansässigen Wirte und als Auslieferer ein Verein.

Bisher löste die Gemeinde die Koordination dieses Prozesses durch eine selbst programmierte Datenbank. Diese ist inzwischen technisch überholt und relativ pflegeaufwändig, so dass eine Alternativlösung erforderlich war. Im Rahmen eines Projekts, das von den Ingolstädter Catus Consultants für Changemanagement und Digitalisierung begleitet wurde, wurde zunächst der Ist-Prozess vom Zusammenstellen der Menüs bis zur Rechnungsstellung an die Endkunden analysiert und dokumentiert. Auf dieser Basis wurde der zukünftige Soll-Prozess definiert und in Gesprächen mit allen Beteiligten Anforderungen an eine neue Software identifiziert.

Zukunftsfähige Lösung

Im Rahmen der anschließenden Recherche wurde eine passende Software gefunden, die zur bestehenden kommunalen Infrastruktur kompatibel ist. Schließlich wurde die Einführung der neuen Software begleitet. Bürgermeister Rainer Handlfinger zeigt sich sehr zufrieden: „In sehr kurzer Zeit und mit äußerst geringem personellen Aufwand der Kommune haben wir mit den Catus Consultants eine zukunftsfähige Lösung gefunden, die allen Beteiligten durch eine einfachere Bedienung auch noch wöchentlich Zeit spart."

Enormes Einsparpotenzial

Dieses Projekt steht stellvertretend für zahlreiche weitere kommunale Themen und Prozesse mit einem enormen finanziellen und zeitlichen Einsparpotenzial durch nachhaltige Digitalisierungslösungen. Effizienzsteigerungen und eine zukunftsfähige Positionierung sind zum Beispiel auch hier möglich:

- Ablösen der telefonischen Buchung von kommunalen Veranstaltungsgebäuden durch einen teildigitalisierten Prozess und die Einbindung eines online-Kalenders
- Teamentwicklung zur Einführung synchroner, digitaler Zusammenarbeitsformen, wenn Teile der Belegschaft im Homeoffice tätig sind
- Entwicklung von alternativen Lösungen für wichtige Sitzungen, die trotz der Pandemie nach strikten Vorgaben abzuhalten sind. Ein kritischer Blick auf die eigenen Arbeitsabläufe lohnt in jedem Fall.

Kontakt: ww.catus-consultants.de ❐

Umfassendes Digital-Paket für Münchner Schulen beschlossen

Der Bildungsausschuss des Stadtrats hat jetzt fünf kurzfristigen Maßnahmen zur digitalen Unterstützung der Münchner Bildungseinrichtungen in der aktuellen coronabedingten Ausnahmesituation zugestimmt. Vorbehaltlich der Bestätigung durch das Stadtratsplenum setzen das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH vor allem auf die Ausstattung der Lehrkräfte mit Laptops und sogenannten Convertibles sowie auf die kurzfristige WLAN-Ausleuchtung von 50 weiteren Schulen sowie die Anschaffung von 2.000 LTE-Routern. Zusätzlich werden die Ausstattungen für Videokonferenzen optimiert, eine Plattform zur Kommunikation mit den Eltern aufgebaut und der technische Support sowie Qualifizierungsangebote für die Bildungseinrichtungen ausgeweitet.

Die aktuelle Corona-Pandemie macht ein erhöhtes Maß an digitaler Unterstützung für die Münchner Bildungseinrichtungen erforderlich. Daher setzen das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH neue Prioritäten innerhalb des mehrjährig ausgelegten IT-Zukunftsprogramms. Durch die nun beschlossenen Sofortmaßnahmen kann in Zeiten der Corona-Pandemie ein digital optimierter Unterricht möglich gemacht werden. Für die Umsetzung der Maßnahmen fallen bei der LHM Services GmbH für die Jahre 2021 bis 2024 Beschaffungskosten in Höhe von rund 50,8 Millionen Euro an. Diese gehen über den bisher beschlossenen Kostenrahmen um 18,2 Millionen Euro hinaus, können aber voraussichtlich aus zusätzlichen Fördermitteln des Bundes und des Freistaats Bayern abgedeckt werden.

10.000 Lehrer-Laptops und beschleunigte WLAN-Ausstattung

Die veränderte Schwerpunktsetzung bedeutet, dass zunächst im Jahr 2021 insgesamt 10.000 personenbezogene mobile Endgeräte – Notebooks oder Convertibles – zur Verfügung gestellt werden. Das entspricht einer Ausstattung von gut zwei Dritteln der Münchner Lehrkräfte. Vorgesehen ist zunächst eine bedarfsorientierte Verteilung an besonders interessierte Lehrer, so dass alle Schulstandorte bereits in der ersten Phase von der Neuerung profitieren können. Die Lehrkräfte können dann standortunabhängig auf das pädagogische Netz und damit auf die pädagogischen Dateien und Applikationen zugreifen. Die Geräte sind mit allen modernen Funktionalitäten ausgestattet und liefern die notwendigen Voraussetzungen für einen möglichen Distanzunterricht.

Das zweite wesentliche Element ist die Ausleuchtung von 50 Schulen mit fest installiertem WLAN sowie die Anschaffung von 2.000 LTE-Routern, die kurzfristig auch netzunabhängig eine WLAN-Ausstattung ermöglichen. Durch die damit verbundene Erhöhung der räumlichen Flexibilität lassen sich unterschiedliche Szenarien des mobilen Arbeitens sowie des virtuellen Unterrichts realisieren.

Das Vorgehen erfolgt zweigleisig: Für Standorte mit bereits vorhandener, passiver Verkabelung werden WLAN-Zugangspunkte in den Klassenräumen installiert. Vorgesehen sind dafür bis zu 50 Bildungseinrichtungen mit jeweils durchschnittlich 30 WLAN-Access Points. Für weitere Schulen gibt es ab Februar als Übergangslösung ein so genanntes „Pop-Up WLAN" über LTE-Router mit Mobilfunkanschluss. Dies ermöglicht eine WLAN-Versorgung unabhängig von bestehender Infrastruktur, so dass Einrichtungen früher als ursprünglich geplant von der Lösung profitieren können. Ein großer Vorteil: Die eingesetzten LTE-Router können flexibel eingesetzt werden. Wird eine Einrichtung, die übergangsweise mit „Pop-Up WLAN" versorgt ist, mit einer WLAN-Festinstallation ausgestattet, können die LTE-Router an anderen Standorten zur übergangsweisen WLAN-Versorgung oder Erweiterung eingesetzt werden.

Videokonferenzen und Elternkommunikation

Von den IT-Arbeitsplätzen für Lehrkräfte sind derzeit etwa 15 bis 20 Prozent so ausgestattet, dass einfache Videokonferenzen möglich sind. Um auch komplexere Unterrichtsszenarien oder Schulkonferenzen digital abhalten zu können, ist eine zusätzliche Ausstattung nötig – beispielsweise mit Konferenzspinnen für optimierte Akustik und schwenkbaren Kameras für flexible Bildübertragung. Ermöglicht werden so auch hybride Unterrichts- oder Konferenz-Formen, bei denen ein Teil der Teilnehmer anwesend und ein Teil digital zugeschaltet ist. Für diese Ausstattungserweiterung sind im ersten Schritt 2021 bis zu 10 Prozent der IT-Arbeitsplätze für Lehrkräfte vorgesehen.

Schnellen Support gewährleisten

Als weitere Maßnahme stellt die LHM Services GmbH den Bildungseinrichtungen passende Online-Elternkommunikations-Dienste zur Verfügung, um die Kommunikation zwischen Schule und Erziehungsberechtigten zu stärken. Hierzu soll es eine datenschutzrechtlich sichere App oder eine webbasierte Lösung geben. Dadurch können beispielsweise der Versand organisatorischer Informationen wie Hygienevorschriften vereinfacht, Einverständniserklärungen oder Anmeldungen eingeholt sowie Elternabende online durchgeführt werden.

Durch die umfangreiche Bereitstellung neuer Hard- und Software entsteht insgesamt ein deutlich erhöhter Unterstützungsbedarf sowie die Notwendigkeit für Qualifizierungsmaßnahmen. Um dies aufzufangen, soll mithilfe von zusätzlichen regelmäßigen Einsätzen von Technikern an allen Bildungseinrichtungen ein schneller Support gewährleistet werden. Dezentrale IT-Lager ermöglichen zudem, die Bildungseinrichtungen flexibel und unbürokratisch zu unterstützen. Parallel dazu werden zur Qualifizierung der Pädagogen Schulungsunterlagen wie Quicksheets, Webinare oder Lernvideos entwickelt und bereitgestellt.

Langfristiges Konzept der digitalen Transformation

Bereits im April hatten das Referat für Bildung und Sport und die LHM Services GmbH kurzfristig ein erweitertes Unterstützungs- und Serviceangebot für die Bildungseinrichtungen aufgebaut. Die Lernplattform „Microsoft Teams for Education" wurde für den virtuellen Unterricht bereitgestellt mit inzwischen mehr als 140.000 Accounts an 238 Schulen. Zudem werden für sozial benachteiligte Schüler insgesamt 8.220 Tablets – etwa die Hälfte ist mit SIM-Karten zum mobilen Internetzugriff ausgestattet – leihweise zur Verfügung gestellt, um allen Schülern die Partizipation am Distanzunterricht zu ermöglichen.

Neue IT für mehr als 50.000 Endgeräte

Wichtig ist dabei, dass alle kurzfristigen Maßnahmen in die langfristig geplante digitale Ziel-Infrastruktur integriert werden können. Grundsätzlich soll das gesamte Zukunftsprogramm einen industrienahen Standard an IT- und Telekommunikationsleistungen an den Münchner Bildungseinrichtungen etablieren. Dieser beinhaltet unter anderem eine fast vollständige neue IT für mehr als 50.000 Endgeräte, eine zentrale Rechenzentrumsinfrastruktur auf Basis einer breitbandigen Internetanbindung sowie eine Hardware-Ausstattung nach dem Konzept des „Digitalen Klassenzimmers".

Die coronabedingten Einschränkungen des Schulbetriebs haben den besonderen Bedarf in Bezug auf die digitale Ausstattung deutlich offengelegt und damit den eingeschlagenen Weg der bisherigen Stadtratsbeschlüsse zum strategischen Gesamtrahmen der digitalen Transformation bestätigt. ❐

Montagefreundlich und dauerhaft dicht

Connect Com bringt mit CCM ONE® neue Glasfaserspleißmuffen für FTTx Netze auf den Markt

„Es ist leichter Probleme zu lösen als mit ihnen zu leben." Diesem Motto Albert Einsteins folgend, hat Connect Com mit den CCM ONE Spleißmuffen PRO und COMPACT eine neue Generation Glasfasermuffen entwickelt, die den Anforderungen an flexible und nachhaltige Systemlösungen für den Breitbandnetzausbau nachkommen. Herzstück der CCM ONE Spleißmuffe sind die patentierten Systeme dynaloX Kabeleinführung und Xtight Dichtelement, die dafür sorgen, dass Verbindungen dauerhaft dicht und wartungsfrei sind.

„Unsere Vision für ONE während der Entwicklung war, unseren Kunden ein erstklassiges und ausgereiftes Muffen-System anzubieten – robust, langlebig, sicher. CCM ONE besticht durch maximale Flexibilität, einfaches Handling und – dank dem patentierten Kalt-Dichtsystem dynaloX – durch absolute Dichtheit.", erklärt Jörg Frei, Inhaber Connect Com.

Entwickelt für höchste Anforderungen

CCM ONE passt sich der Netzanforderung flexibel an – sowohl an die geforderte Faserzahl als auch an das zum Einsatz kommende Kabel. Das patentierte Kalt-Dichtsystem, bestehend aus der dynaloX Kabeleinführung mit dem integrierten Dichtelement Xtight, schützt die Glasfasern im Inneren der IP68-dichten Muffe gegen äußere Einflüsse. Egal ob Micro-, Mini-, Standard- oder Sonderkabel - die spezielle, patentierte X-Kontur des Dichtelements Xtight umschließt LWL-Kabel und Mikroröhrchen von 2 bis 20 mm sicher. So wird das Kabel bereits nach dem Einziehen in der Kabeleinführung positioniert und kann nicht aus der Dichtung herausrutschen. Das patentierte Federdruck-System der dynaloX Kabeleinführung sorgt für eine permanente Vorspannung des Dichtsystems und ist dadurch auch bei extremen Temperaturschwankungen dauerhaft dicht und wartungsfrei. Das patentierte Kalt-Dichtsystem garantiert zudem auch eine zuverlässige und permanente Abdichtung zwischen der Kabeleinführung und dem Einlassport im Muffenboden. CCM ONE bietet Installateuren und Netzbetreibern, die gewünschte Investitions- und Zukunftssicherheit ihrer Netze, da je nach Bedarf weitere Glasfaserverbindungen eingeführt werden können, die über Jahrzehnte vor Umwelteinflüssen geschützt sind.

Die CCM ONE Spleißmuffe kann je nach Anforderung und Bausituation im Freien, im Erdreich, im Schacht oder am Mast installiert werden. Die Installation der Muffe ist intuitiv, selbsterklärend und ohne Spezialwerkzeug zu bewerkstelligen. Auch im laufenden Betrieb können Glasfasern-/Kabel ohne Netzausfälle angeschlossen werden.

Entworfen in der Schweiz, hergestellt in Deutschland

Von der Entwicklung über die Produktion bis zur Qualitätsprüfung - wir haben die gesamte Wertschöpfungskette im Griff. Regionale, langjährige Lieferanten produzieren für uns die Bauteile, welche inhouse mit größter Sorgfalt zusammengesetzt, montiert und abschließend geprüft werden.

Angeboten wird die CCM ONE Spleißmuffe zunächst in zwei Größenvarianten:

- Spleißmuffe CCM ONE COMPACT für max. 432 Spleiße und 1 Loop Kabeleinführung sowie 6 dynaloX oval Kabeleinführungen
- Spleißmuffe CCM ONE PRO für max. 864 Spleiße und 2 Loop Kabeleinführungen sowie 8 dynaloX oval Kabeleinführungen

Die Ablage der Glasfaserverbindungen wird durch die bewährten CCM CARO Spleißkassetten mit einem optimalen, schonenden Biegeradius von 30 mm gewährleistet.

Weiterführende Infos unter www.ccm.ch/spleissmuffe bzw. unter www.connectcom.de/spleissmuffe ❐

Telecomputer wird Teil des AKDB-Unternehmensverbunds

Die Firma Telecomputer mit Stammsitz in Frechen wird ab dem 1.1.2021 von der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) als eigenständiges Tochterunternehmen in den AKDB-Unternehmensverbund aufgenommen. Die AKDB übernimmt alle Anteile an der Telecomputer GmbH und führt diese als Tochtergesellschaft weiter. Alle verantwortlichen Personen, Mitarbeiter und Produkte verbleiben weiter bei Telecomputer. Aktuelle Kundenbeziehungen und Verträge werden in gewohnter Art und Weise fortgeführt.

Der Geschäftsführer von Telecomputer, Peter Häußler, erklärt dazu: „Mit der AKDB konnte ein Partner gefunden werden, der sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Kunden von Telecomputer die größtmögliche Zukunftsperspektive bietet." Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, ergänzt: „AKDB und Telecomputer sind seit Jahrzehnten in vielen wichtigen Bereichen der Softwareentwicklung für Verwaltungen gleichermaßen sehr erfolgreich tätig. Mit dieser Investition verankert die AKDB einen für Kernbereiche der Kommunalverwaltung wichtigen Softwarelieferanten dauerhaft im öffentlichen, kommunalen Sektor." Die Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH mit Hauptsitz in Frechen ist nicht nur im Bereich Verkehrswesen mit ihrem Zulassungsverfahren und ihren i-Kfz-Services sehr gut am Markt positioniert, sondern auch in den Bereichen Fahrerlaubniswesen und Wohngeld. Besonders hervorzuheben ist der Erfolg beider Unternehmen im Kfz-Zulassungswesen einschließlich der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz).

Die Telecomputer GmbH wird alle ihre bekannten Produkte weiterhin am Markt anbieten und weiterentwickeln. Die Ansprechpartner für ihre Kunden bleiben ebenso erhalten. Peter Häußler wird das Unternehmen als Geschäftsführer weiterführen.

Expertenwissen bündeln

Angesichts der ständig anspruchsvoller werdenden Anforderungen an komplexe Verwaltungssoftware und der immer schnelleren Änderungsprozesse in Verwaltungen haben AKDB und Telecomputer beschlossen, gemeinsames Wissen und Know-how partnerschaftlich zu bündeln. Für beide Unternehmen stehen nach wie vor die Kunden an oberster Stelle. Demzufolge bleibt ein modernes, zukunftsfähiges Softwareangebot weiterhin das wichtigste Unternehmensziel. Auch unter dem Dach der AKDB wird Telecomputer ihre Kunden weiter selbständig mit dem vorhandenen Produktportfolio und der bereits angekündigten Neuentwicklung bedienen, rechtliche Änderungen werden in gewohnter Zuverlässigkeit wie bisher umgesetzt. Zukünftig wollen beide Anbieter aber die Realisierung gesetzlicher Anpassungen sowie fachliche Ergänzungen gemeinsam und aufeinander abgestimmt planen. Ziel ist eine insgesamt noch bessere Usability und Qualität aller Produkte. Das seit mehr als 40 Jahren aufgebaute fachliche Wissen beider Akteure wird nun in den Schwerpunktbereichen Zulassungswesen, Fahrerlaubniswesen und Wohngeld synergetisch gebündelt und in die jeweiligen Folgeentwicklungen der Produkte beider Anbieter mit einfließen.

Digitalisierung in deutschen Behörden forcieren

„Die Partnerschaft erlaubt uns, wichtige Kundenanforderungen, Standardisierungen und rechtliche Belange abgestimmt und anwenderfreundlich in die Programme zu integrieren, um die Digitalisierung in deutschen Behörden noch schneller voranzubringen", ist Telecomputer-Geschäftsführer Peter Häußler überzeugt. Die Bündelung von Expertenwissen beider Häuser, von der man sich auch Synergien bei bundesweit umzusetzenden Projekten verspricht, ist bereits gestartet. In der Vorbereitung der Partnerschaft wurden zwischen den schlagkräftigen Entwicklungsabteilungen beider Häuser bereits viele Ideen ausgetauscht, die nun marktgerecht und schnell in die Praxis umgesetzt werden sollen.

Garantierte Kontinuität und Sicherheit für die Kunden

Die Partnerschaft wurde nicht zuletzt auch deshalb forciert, weil beide Häuser durch die Zusammenarbeit Kontinuität und Sicherheit für die Kunden und für die Beschäftigten garantieren können. „Die Integration von Telecomputer in den Unternehmensverbund der AKDB ist eine zielgerichtete, langfristige und zukunftsträchtige Lösung. Das gemeinsame Ziel ist es, auch in Zukunft die modernste Fachsoftware am Markt anzubieten, so dass beide Firmen zum Nutzen der kommunalen Familie ihre jeweils hervorragende Marktstellung weiter ausbauen können", kommentiert der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer den Zusammenschluss.

Mit Softwarelösungen für die Kfz-Zulassung und die Fahrerlaubnis zählt Telecomputer zu den Marktführern. Mehr als ein Viertel der Straßenverkehrsbehörden vertrauen IKOL-KFZ und IKOL-FS. Insgesamt setzen 350 Kommunen auf die Integrierten Kommunalen Lösungen, viele von ihnen schon seit mehr als 20 Jahren. ❒



V.l.: Bei der Vertragsunterzeichnung in Berlin: Dr. Sibylle Häußler (Mitgesellschafterin und Prokuristin Telecomputer), Peter Häußler (Geschäftsführender Gesellschafter Telecomputer), Rudolf Schleyer (Vorstandsvorsitzender AKDB) und Gudrun Aschenbrenner (Mitglied des Vorstands AKDB). Bild: Volker Nitschke

Elektronische Rechnungsstellung:

ITZBund leistet Pionierarbeit

Das ITZBund bietet seinen Kunden, insbesondere Behörden der Bundesverwaltung, die passgenaue Infrastruktur zum Empfang von elektronischen Rechnungen gemäß der E-Rechnungsverordnung (ErechV) und nutzt diese auch selbst. Damit wird ein weiteres Etappenziel auf dem Weg zu einer modernen digitalen Verwaltung erreicht.

Die flächendeckende Einführung der E-Rechnung für alle Bundesbehörden erfolgte zum 27.11.2019. Seitdem können Lieferanten und Dienstleister ihre Rechnungen an die gesamte Bundesverwaltung über das zentrale Rechnungseingangsportal (ZRE) durch verschiedene Kanäle einreichen. Am 27.11.2020 tritt jetzt die Lieferantenverpflichtung in Kraft. Lieferanten der Bundesverwaltung dürfen nur noch elektronische Rechnungen einreichen.

E-Rechnung spart Arbeit und Zeit

Bei einer elektronischen Rechnung nach der ErechV handelt es sich um ein Dokument in einem wohldefinierten, strukturierten XML-Datensatz. Dies ermöglicht dem Rechnungssender, Rechnungen in einem Buchhaltungssystem automatisiert zu erstellen, rechnungsbegründende Unterlagen direkt in die Rechnung einzubetten und ohne Medienbrüche durch die gesamte Lieferkette über die ZRE bis zum Rechnungsempfänger zu übermitteln. Der Empfänger kann diese dann in seinem ERP-System direkt übernehmen, prüfen – sachlich und rechnerisch richtig zeichnen - und zur Auszahlung anweisen. Abschließend erfolgt mit der Archivierung die rechtssichere Aufbewahrung.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Die E-Rechnung spart Unternehmen sowie Behörden der Bundesverwaltung viel Arbeit und Zeit. Durch den automatisierten Informationsaustausch werden Fehlermöglichkeiten minimiert. Druck- und Versandkosten entfallen. Der gesamte Prozess der Rechnungsstellung erfolgt automatisiert und medienbruchfrei. Die E-Rechnung leistet einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer modernen digitalen Verwaltung und markiert damit auch einen Meilenstein bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Zentraler IT-Service Provider für die Bundesbehörden

Das ITZBund als der zentrale IT-Service Provider für die Bundesbehörden wurde im Projekt E-Rechnung mit der Entwicklung und dem Betrieb des zentralen Rechnungseingangsportals (ZRE) beauftragt. Zusätzlich bietet es den Bundesbehörden die Nutzung von Templates an, mit denen die eingegangenen Rechnungen in deren nachgelagerten ERP-Systemen weiterverarbeitet werden können. Das ITZBund stellt einerseits diese Infrastruktur den Bundesbehörden als Service zur Verfügung, nutzt diese allerdings auch selbst.

Die FAQs und weitere, hilfreiche Informationen rund um das Thema E-Rechnung finden sich auf der Website www.e-rechnung-bund.de ❒

Virtueller Digital-Gipfel der Bundesregierung:

Aufbruchssignal für digitalen Klimaschutz

Beim diesjährigen Digital-Gipfel der Bundesregierung unter dem Motto „Digital nachhaltiger leben" diskutierten Experten die Chancen der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit, aber auch Strategien, die Energieeffizienz der Informations- und Kommunikationstechnologien selbst zu erhöhen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich dafür aus, bei der Frage des Vertrauens der Menschen in neue Technologien vor allem auf kulturelle Bildung zu setzen. „Das darf nicht nur ein Elitenprojekt sein", betonte Merkel.

„Die Zeit drängt, dass wir Nachhaltigkeitsziele sehr schnell erreichen müssen", hob die Kanzlerin hervor. Die Frage der Abwägung von technologischem Fortschritt auf der einen und dem Schutz der Daten auf der anderen Seite müsse kulturell immer wieder neu ausgehandelt werden. Klar sei aber, dass dieser Prozess nun schnell gehen müsse, um zum Beispiel den Zielen beim Klimawandel nicht weiter hinterherzuhinken. Es müsse darum gehen, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern und gleichzeitig den Planeten für nachfolgende Generationen lebenswert zu halten.

Mit Blick auf Quantencomputing als eine Art Königsdisziplin der Digitalisierung zeigte sich Merkel überzeugt, dass diese Technologie im wahrsten Sinne des Wortes ein „Quantensprung" werde. „Wir haben im Konjunkturprogramm zwei Milliarden Euro eingestellt und wir entwickeln gemeinsam mit Fraunhofer eine Strategie, wie wir auch selber Quantencomputer bauen können", so die Kanzlerin. Auch die erfolgreiche Entwicklung und die millionenfache Nutzung der Corona-Warn-App der Bundesregierung seien ein Beweis für die richtungsweisenden Leistungen bei der Digitalisierung.

Exponate der Gipfel-Plattformen zeigten, wie vorhandene Gebäude unter Einsatz intelligent vernetzter Lösungen zu smarten, integrativen und ressourcenschonenden Quartieren werden können, wie die EUV-Lithographie mit extrem ultraviolettem Licht immer kleinere, leistungsfähigere und energieeffizientere IT-Systeme ermöglicht und wie die Quantentechnologie Kommunikation abhörsicher macht. Über 30 Projekte der zehn Gipfel-Plattformen zum Thema „Digitalisierung und Nachhaltigkeit" wurden in Kurzfilmen vorgestellt.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier präsentierte gemeinsam mit Mitgliedern der in Gründung befindlichen GAIA-X Association die Fortschritte des Projekts GAIA-X, an dem sich national und international mehr als 350 Unternehmen und Organisationen beteiligen. Gerade die sich im Umbruch befindende Fahrzeugbranche werde großen Nutzen aus GAIA-X ziehen können und als erste große Anwenderbranche bei GAIA-X vorangehen.

Altmaier zufolge ermöglicht GAIA-X die digitale Souveränität der Nutzer von Cloud-Dienstleistungen. Europäische Anbieter könnten ihre Nutzungen skalieren, so dass es wirtschaftlich attraktiv ist, diese Dienstleistungen anzubieten. So würden Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa nachhaltig gesichert.

Sichere Dateninfrastruktur

Laut Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung, wird GAIA-X eine sichere, souveräne und offene Dateninfrastruktur schaffen – auf der Grundlage europäischer Werte. Für Unternehmen und Bürger bedeute das einen sicheren Datenaustausch und sichere Kommunikation und keine Abhängigkeit von der bisherigen Dominanz US-amerikanischer und chinesischer Anbieter. GAIA-X werde sowohl Infrastruktur als auch Anwendungen anbieten. Das Projekt werde europäisch angelegt, soll aber offen für Nutzer und Anbieter weltweit sein.

Damit zunehmende Digitalisierung im Einklang mit den festgelegten Klimazielen erfolgen kann, muss neben verstärkter Nutzung von erneuerbaren Energien auch digitale Infrastruktur hochgradig energieeffizient ausgestaltet werden. Wie Altmaier darlegte, „wollen wir deshalb Energieverbräuche und Energieeffizienz der großen Rechenzentren in Deutschland und möglichst auch in Europa transparent machen und in Abstimmung mit der Branche ein freiwilliges Register aufbauen".

Um auch Städten und Gemeinden die Realisierung von Nachhaltigkeitsgewinnen zu erleichtern, hatte die Initiative Stadt.Land.Digital des BMWi für den diesjährigen Digital-Gipfel mit der Fokusgruppe „Intelligente Vernetzung" den Smart City Navigator entwickelt. Der Navigator enthält realisierte nachhaltige Digitalisierungsprojekte in Städten und Kommunen und gibt Einblick in smarte, nachhaltige Projekte aus ganz Deutschland.

Digitale Technologien für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz schnell und auf breiter Ebene einzusetzen, fordert der Digitalverband Bitkom von Politik und Wirtschaft. „Der Klimawandel ist eine globale Krise, die uns zum Handeln zwingt: Nicht irgendwann in der Zukunft, sondern sofort. Es existieren schon jetzt viele hocheffektive digitale Technologien, die uns auf diesem Weg massiv unterstützen können", machte Bitkom-Präsident Achim Berg deutlich. „Je ambitionierter wir digitalisieren, desto nachhaltiger können wir auch wirtschaften. Jetzt brauchen wir eine gezielte und mutige Flankierung durch die Politik, um klimaschonende und emissionseinsparende Technologien zügig und in so vielen Bereichen wie möglich einzusetzen."

Wie die Bitkom-Studie „Klimaeffekte der Digitalisierung" ergeben hat, können digitale Technologien maßgeblich dazu beitragen, den CO2-Ausstoß zu senken. Bei einer konsequenten und beschleunigten Digitalisierung in der industriellen Fertigung und der Mobilität, von Gebäuden und Arbeitsplätzen kann der CO2-Ausstoß im Jahr 2030 verglichen mit 2019 um 120 Millionen Tonnen reduziert werden. Das entspricht fast der Hälfte der notwendigen Einsparungen von 262 Millionen Tonnen, die Deutschland für sein selbst gestecktes Klimaziel im Jahr 2030 erreichen muss. Die Einspareffekte der Technologien sind dabei viermal so groß wie der CO2-Fußabdruck der Digitalisierung selbst.

„Die Corona-Pandemie zeigt uns, wie wir unsere Widerstandsfähigkeit gegen Krisen jeder Art steigern können", stellte Berg fest. „Was die Klimakrise angeht, so können wir mit Hilfe der Digitalisierung unsere CO2-Emissionen massiv herunterfahren und machen unsere Wirtschaft durch einen digitalen Effizienzschub zugleich wettbewerbsfähiger." **DK**

Datenschutzbeauftragung, eLearning, Vor-Ort-Schulungen,
Informationssicherheitsberatung, ISIS12, Digitallotsen-Beratung,
Psychische Gefährdungsbeurteilung, Agile Arbeitsmethoden



www.Mein-Datenschutzberater.de

Studie zu Cybermobbing:

Neue Dimension

Cybermobbing hat sich zu einem dauerhaft virulenten Problemfeld in Schulen und im privaten Umfeld der Jugendlichen entwickelt. Dies geht aus der Studie „Cyberlife III – Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern“ hervor, die das Bündnis gegen Cybermobbing in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse realisiert hat. An der Erhebung beteiligten sich insgesamt fast 6.000 Schüler, Eltern und Lehrer. Die Ergebnisse der Onlineumfrage geben Einblicke zur Entwicklung des Phänomens, das bereits 2013 und 2017 untersucht wurde.

Laut Untersuchung ist Cybermobbing ein wachsendes Problem. Dazu zählen Beschimpfungen, Beleidigungen, das Verbreiten von Gerüchten und Verleumdungen im Netz. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die von Cybermobbing betroffen sind, ist in den vergangenen drei Jahren um mehr als ein Drittel gestiegen. Waren im Jahr 2017 noch 12,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler betroffen, sind es inzwischen 17,3 Prozent, wie aus Aussagen der befragten Kinder und Jugendlichen hervorgeht. Dies entspricht knapp 2 Millionen Schülern. Auch Grundschüler sind zunehmend der Gefahr ausgesetzt. Die Folgen werden immer gravierender: Die Zahl der Betroffenen, die Suizidgedanken äußerten, ist seit 2017 um 20 % und der Anteil, der Alkohol und Tabletten nahm, um fast 30 % angestiegen.

Die phasenweise Umstellung des Schulbetriebs auf Fernunterricht in Folge der COVID-19-Pandemie hat die Wahrscheinlichkeit von Cybermobbing erhöht und zur Zunahme von Cybermobbingfällen beigetragen. Die Pflege von Sozialkontakten haben die Jugendlichen zum Teil ins Internet verlagert.

Besonders gefährdet sind mit ihrer sozialen Alltagssituation unzufriedene Schüler, auch weil diese gerade im Internet nach Kompensation und Bindung suchen. Zudem hat die Studie aufgezeigt, dass eine geringere Lebenszufriedenheit die Resilienz gegen die psychosozialen Auswirkungen von (Cyber-) Mobbing deutlich verringert.

Schüler

Weitere Ergebnisse: Schüler, die andere mobben, sind und oder waren vielfach gleichzeitig Betroffene. Die Täter- und Opferseite kann also nicht scharf voneinander getrennt werden. Auch wird schulische Prävention gegen Cybermobbing von den Jugendlichen kaum wahrgenommen.

Wie die Untersuchung zudem zeigt, fühlen sich die befragten Eltern zunehmend unter Druck und auch überfordert, ihre Erziehungsaufgaben unter Einfluss des allgegenwärtigen, unkontrollierten Internets auszuüben. Sie erkennen deutlich, dass die Anonymität im Internet die allgemeine Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen online wie auch offline fördert. Ihre eigenen Kinder sehen sie in immer größerer Zahl von Cybermobbing betroffen.

Eltern

Etwa 44 Prozent der Eltern reglementieren die Internetnutzung ihrer Kinder zwar nach eigenen Angaben streng, indem sie etwa Seiten sperren. Allerdings lassen 70 Prozent der Eltern ihre Kinder auch allein im Web surfen. Schon knapp die Hälfte der Sechs- bis Zehnjährigen (47 Prozent) ist laut der Studie ohne Aufsicht online.

Lehrer

Auch nach Ansicht der befragten Lehrkräfte wird Cybergewalt ein immer größeres Problem an den Schulen. Besonders betroffen sind aus ihrer Sicht die Haupt- und Werkrealschulen. Besonders kritisch zu bewerten sei, dass trotz dieser Entwicklung das Ausmaß von Fachwissen unter den Lehrkräften abnimmt und die Schulen immer weniger Präventionsmaßnahmen durchführen.

Viele Lehrer sehen die Verwendung des Internets im Unterricht kritisch, weil hierdurch pädagogische Zeit verloren geht. Diese fehlt dann auch für die Prävention von Cybermobbing und müsste verstärkt durch institutionelle Lösungen aufgefangen werden.

Präventionsarbeit verstärken

Aus Sicht des Bündnisses gegen Cybermobbing muss die bisherige Präventionsarbeit verstärkt werden und bereits an den Grundschulen beginnen. Kinder müssten den „sozialen Umgang im Internet“ lernen. Eine verbesserte Lehrerfortbildung sei ein weiterer wichtiger Baustein. Wenn notwendig, sollte man auch Experten von außen in die Schulen holen.

Auch die Politik ist gefragt

Eltern sollten sich intensiver mit den Inhalten und Funktionsweisen vom Internet und den Sozialen Medien auseinandersetzen. Hier seien Kommunen, soziale Träger und Schulen gefragt, Eltern mit konkreten Angeboten zu unterstützen. Wünschenswert wären für alle Betroffenen flächendeckende Mobbingberatungsstellen sowie anonyme Hotlines, an die sich Hilfesuchende in Schulen oder im sozialen Umfeld wenden können.

Neben den Schulen und der Gesellschaft müsse auch die Politik ihrer Verantwortung nachkommen. Zum Schutze der Opfer fordert das Bündnis gegen Cybermobbing ein (Cyber-)Mobbinggesetz, das es in Österreich schon seit 2016 gibt. Schließlich müssten Täter und Opfer wissen, dass Cybermobbing kein Kavaliersdelikt ist. **DK**

Startschuss für 6-GHz-WLAN Einführung

Die Bundesnetzagentur plant, im 2. Quartal 2021 einen zusätzlichen Frequenzbereich für WLAN bereitzustellen. Unter den in einer Allgemeinzuteilung genannten Bedingungen wird jedermann die Frequenzen nutzen können. Das zusätzliche Spektrum von 480 MHz ermöglicht mehr Kapazität für WLAN-Anwendungen, unterstützt innovative Anwendungen und ermöglicht neue Nutzungen für Verbraucher und Industrie.

Einheitliche europäische Regeln beschlossen

Voraussetzung für die geplante Zuteilung des Frequenzbereichs durch die Bundesnetzagentur war eine Entscheidung auf der europäischen Ebene. Der Ausschuss für Elektronische Kommunikation (ECC) hat jetzt über die Einführung von WLAN im 6-GHz-Frequenzbereich entschieden. Unter Beteiligung der Bundesnetzagentur wurden die technischen Grundlagen für einen gemeinsamen europäisch harmonisierten Markt für 6-GHz-WLAN geschaffen. Sie bilden die Grundlage für die Umsetzung in Deutschland.

Zugleich verabschiedete das ECC auch einen CEPT-Bericht, mit welchem der Europäischen Kommission empfohlen wird, diese technischen Bedingungen zur Einführung verbindlich für alle Mitgliedsstaaten der EU zu regulieren.

Hintergrund ECC

Das Electronic Communications Committee (ECC) ist das für Frequenzfragen verantwortliche Gremium der Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications (CEPT), einem Zusammenschluss der 48 europäischen Staaten.
Weiterführende Informationen finden sich unter: https://www.cept.org/ecc ❐

Mit Data Analytics und Künstlicher Intelligenz:

Intelligentes Bilanzkreismanagement

Die Data Scientists der OmegaLambdaTec GmbH und der EXXETA AG sind Experten für die Nutzung der Potenziale von Künstlicher Intelligenz (KI) für die Zukunftsthemen Smart Energy und Smart City. Zusammen mit den Projekt-Partnern KOS Energie GmbH (KOS) und Octothorpe GmbH entwickeln sie aktuell eine innovative kombinierte Prognose- und Optimierungs-Intelligenz für die deutsche Energiewende, gefördert vom bayerischen Wirtschaftsministerium als eines der Energie-Projekte mit der höchsten Priorität.

Ziel des Innovationsprojekts „intelligentes Bilanzkreismanagement mit Data Analytics und KI“ (iBKM) ist es, in der Strombeschaffung die Ausgleichsenergie und die damit verbundenen Kosten für Planabweichungen in der Bewirtschaftung von Bilanzkreisen signifikant zu mindern – konkret für die KOS und ihre kommunalen Stadtwerke-Partner. Ohne dieses neue datengetriebene und vorausschauende iBKM bzw. Smart Data & KI Instrument drohen die Kosten durch den stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien und die Sektorkopplung (v.a. Wärme, Verkehr) weiter substanziell zu steigen.

Signifikante Verbesserungen

Der ganzheitliche Innovationsansatz für das zukünftige intelligente Bilanzkreismanagement umfasst signifikante Verbesserungen bei der Erfassung von Rohdaten und Messwerten, bei den Prognosen sowie der Zeitauflösung und Performance mittels modernsten KI, Machine Learning und Data Analytics Technologien. Ziel ist, eine neuartige höherdimensionale Optimierung aller Komponenten in Nah-Echtzeit (d.h. in weniger als einer Minute) zu entwickeln, wobei gleichzeitig höchste Daten- und IT-technische Sicherheitsansprüche sowie die Einhaltung des regulatorischen Rahmens (EEG, MsbG, EnWG) gewährleistet sind. Dadurch lässt sich das Ungleichgewicht von volatiler Energieerzeugung und Verbrauch schon im Vorhinein weitestgehend vermeiden. Die restliche notwendige Regelenergie kann dazu direkter quantifiziert und schneller ausgeglichen werden, was die Kosten weiter reduziert und die Netzstabilität – z.B. durch die Vermeidung von Engpässen im Rahmen des Redispatch 2.0 – erhöht. Dieses themenbereichsübergreifende ehrgeizige Vorhaben ist sowohl für die deutsche Energiewende als auch für den Standort Bayern von hoher strategischer Relevanz.

Freude über Projektstart

„Wir freuen uns sehr über den Projektstart, um jetzt gemeinsam eine intelligente und dringend benötigte Smart Energy Lösung für die Herausforderungen der Energiewende zu entwickeln und in der Praxis zu testen.“, kommentiert Rene Fassbender, Gründer und Geschäftsführer von OmegaLambdaTec.

Projektkoordinator Christian Müller von der KOS ergänzt: „Die hohe Priorisierung durch das Wirtschaftsministerium und die damit verbundene Anerkennung für unser Projekt freut uns ganz besonders. Damit steigt natürlich nochmals unsere Motivation und die Chancen, hieraus eine wirklich zukunftsfähige KI-basierte Lösung für die breite Anwendung für EVU im kommunalen Umfeld bereitstellen zu können und somit einen aktiven Beitrag zum Erfolg der Energiewende beizusteuern.“ ❐



V.l.: Sabine Melbig (Stadtwerke Kelheim), Sebastian Mauksch (Stadtwerke Kelheim), Rektorin Sandra Schwendner, Bürgermeister Christian Schweiger. Bild: Stadtwerke Kelheim/R.Jellinek

Grundschule Kelheim-Nord:

Anschluss ans Glasfasernetz der Stadtwerke

Die Digitalisierung in Kelheim schreitet weiter voran. Mit der Grundschule Kelheim-Nord kann nun die vierte Bildungseinrichtung im Stadtgebiet durch das leistungsstarke Glasfasernetz der Stadtwerke Kelheim surfen.

Den Anfang machte das Donau-Gymnasium Kelheim, welches seit August letzten Jahres mit einer Bandbreite von 1 Gbit/s über breitbandige Internetzugänge verfügt. Es folgten die Wittelsbacher Mittelschule und die Grundschule Kelheimwinzer. In dieser Grundschule profitierte vor allem das Pilotprojekt ‚Digitales Klassenzimmer‘ vom schnellen Internetzugang.

Auf dem Weg in die Digitale Bildung

Gerade in Schulen teilen sich sehr viele Nutzer den bestehenden Internetzugang. Der Einsatz digitaler Medien ist somit mit einem DSL-Anschluss oder TV-Kabelanschluss schwer möglich. Erst Glasfaser bietet die notwendige Gigabit-Geschwindigkeit.

Als vierte Schule in Kelheim ist nun auch für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Kelheim-Nord der Weg in die Digitale Bildung geebnet. „Es ist wichtig, die Digitalisierung der Schulen schleunigst umzusetzen“, so Bürgermeister Christian Schweiger. „Zudem sind aufgrund der aktuellen Situation unsere Schulen auf digitale Anbindungen angewiesen. In den Stadtwerken Kelheim haben wir einen Premiumpartner gefunden, der uns bei der Umsetzung unterstützt.“

Tiefbaumaßnahmen

Vor zwei Jahren hat der Energieversorger mit dem Glasfaserausbau in Kelheim begonnen. Für die Verlegung von Glasfaserleitungen sind Tiefbaumaßnahmen durchzuführen. Dafür haben die Stadtwerke Kelheim Fachleute, die das notwendige Know-how mit sich bringen. Das ermöglicht eine zügige Umsetzung solcher Verlegungen. ❐

Warum und wie wir Daten preisgeben

bidt fördert zukunftsweisendes interdisziplinäres Projekt an der Universität Passau

In welchem Maß hängt unsere Bereitschaft, eigene Daten preiszugeben, von einer kulturellen Prägung sowie von dem bestehenden rechtlichen Rahmen ab? Wie wirkt sich der grenzüberschreitende Charakter einer Vielzahl von Datenpreisgaben aus? Diese und weitere Fragen untersuchen Forscherinnen und Forscher aus drei Fakultäten der Universität Passau im Projekt „Vektoren der Datenpreisgabe“.

Die Forschungsgruppe arbeitet gemeinsam im Rahmen eines internationalen Vergleichs und vereint dabei Perspektiven der Rechtswissenschaft, Kulturwissenschaft und Wirtschaftsinformatik. Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften unterstützt das Forschungsvorhaben mit insgesamt rund 940.000 Euro.

Innovationstreiber

„Daten sind einer der zentralen Treiber von Innovationen im 21. Jahrhundert. In gleicher Weise entstehen durch die laufend sich fortentwickelnden Möglichkeiten zur Verarbeitung von Daten neue Gefährdungsszenarien. Wir untersuchen deswegen – wechselwirkend – Entscheidungsprozesse, kulturelle Einflüsse und rechtliche Schutzmechanismen“, fasst Projektleiter Prof. Dr. Moritz Hennemann zusammen. „Mit Hilfe der gewonnenen Erkenntnisse aus unterschiedlichen Perspektiven sollen innovationsfördernde und gefährdungsadäquate Lösungsansätze erarbeitet werden. Entsprechende Ansätze sollen in Regelungsempfehlungen für Normgeber und Handlungsempfehlungen für Unternehmen münden.“

Preisgabe personenbezogener Daten

Neben Hennemann (Lehrstuhl für Europäisches und Internationales Informations- und Datenrecht) gehören Prof. Dr. Kai von Lewinski (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Medien- und Informationsrecht), Prof. Dr. Daniela Wawra (Lehrstuhl für Englische Sprache und Kultur) und Prof. Dr. Thomas Widjaja (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik mit Schwerpunkt Betriebliche Informationssysteme) zur Forschungsgruppe. Ihr gemeinsames Ziel: die kulturellen und regulatorischen Einflüsse, die darüber entscheiden, ob wir personenbezogene Daten preisgeben oder nicht, zu identifizieren, ein Modell zu erarbeiten, welches die Einflüsse in diesem Entscheidungsprozess erklären kann, und regulatorische Vorschläge zu präsentieren. Dafür sollen auch die Grundprinzipien der Preisgabe von Daten im internationalen Vergleich erarbeitet werden.

„Ein wichtiges Teilziel unseres Projekts ist es, die kulturellen Einflussfaktoren zu identifizieren und besser zu verstehen“, so Prof. Dr. Daniela Wawra. „Dieses Verständnis hilft uns dabei, gemeinsam zu untersuchen, wie kulturelle und rechtliche Rahmenbedingungen individuelle Datenpreisgabeentscheidungen prägen“, ergänzt Thomas Widjaja.

Projektstart 2021

Auf dieser Basis werden Empfehlungen abgeleitet, wie Rechtsrahmen gestaltet und datenbasierte Geschäftsmodelle für unterschiedliche Rechtskreise adaptiert werden können. „Nicht nur die Analyse der Unterschiede in den Rechtsordnungen und Kulturen in aller Welt ist wichtig, sondern auch, dass diese Unterschiede zu Konflikten führen können, wenn Daten grenzüberschreitend genutzt werden“, betont Prof. Dr. Kai von Lewinski für sein Forschungsfeld.

Das Projekt startet zum 1. Januar 2021 und endet zum 31. März 2024. ❐

M-net bringt Glasfaser ins Gewerbegebiet Hallbergmoos

Eigenwirtschaftlicher Ausbau nach erfolgreicher Vorvermarktung
Fertigstellung bereits im ersten Quartal 2021

Rund 60 Unternehmen im südlichen Gewerbegebiet der Gemeinde Hallbergmoos bei München haben in Kürze die Möglichkeit, mit einem direkten Glasfaseranschluss das umfangreiche Internet-, Telefonie- und Vernetzungsangebot von M-net zu nutzen. Bayerns führender Glasfaseranbieter verlegt dazu neue Glasfaserleitungen in dem Gewerbegebiet nahe des Münchner Flughafens. Für die Erschließung des Gewerbegebiets nimmt M-net keine Fördergelder in Anspruch; der Ausbau erfolgt nach erfolgreicher Vorvermarktung komplett eigenwirtschaftlich.

Mit einem symbolischen Spatenstich haben der Zweite Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos, Helmut Ecker, und der Leiter des Bereichs Geschäftskunden von M-net, Lars Richter, den Ausbau offiziell gestartet. Davon profitieren werden alle ansässigen Unternehmen, die sich für die Nutzung des neuen, leistungsfähigen und zukunftssicheren Glasfaser-Anschlusses entscheiden. Dabei handelt es sich um FTTB/H-Lösungen (Fiber to the Building / Home), bei denen die Glasfaserleitungen bis ins Gebäude bzw. in die einzelnen Büroräume gelegt werden. Zu Beginn sind darüber Datenraten von bis zu 1 Gbit/s im Up- und Download möglich. Die Fertigstellung der Bauarbeiten ist bereits im ersten Quartal 2021 geplant.

Zukunftsfaktor für Kommunen

„Schnelles Breitband-Internet wird angesichts der zunehmenden Digitalisierung immer mehr zum Zukunftsfaktor für Kommunen. Das gilt für den privaten Bereich als Wohn- und Lebensraum, aber vor allem auch für den Wirtschaftsstandort“, erklärte Bürgermeister Ecker. „Wir begrüßen daher das Engagement von M-net in unserer Gemeinde. Dass sich ein Großteil der Unternehmen im Rahmen der Vorvermarktung bereits jetzt für einen M-net Glasfaseranschluss entschieden haben, zeigt den deutlichen Bedarf an hohen Bandbreiten über alle Branchen hinweg. Durch die Anbindung an das Glasfasernetz von M-net sind die angeschlossenen Unternehmen in Hallbergmoos für die digitalen Herausforderungen der Zukunft bestens gewappnet. Sie können ihre Produktion und Dienstleistungen weiterentwickeln und künftig ganz neue, digitale Wege gehen, die ihnen bislang versperrt waren.“

M-net Angebote für Geschäftskunden

Die zunehmende Vernetzung im digitalen Leben, Industrie 4.0 sowie datenintensive Anwendungen wie Cloud-Computing oder Video-Konferenzen benötigen zunehmend hohe Bandbreiten sowie eine stabile Leitung. „Die Glasfaser gilt als das modernste und leistungsfähigste Datenübertragungsmedium der Welt“, erklärt Lars Richter, Leiter des Bereichs Geschäftskunden bei M-net. „Sie liefert im Vergleich zu den bisher im Gewerbegebiet Hallbergmoos verfügbaren Leitungen nicht nur sehr viel höhere Bandbreiten im Up- und Downstream, sondern auch wichtige Qualitätsmerkmale wie symmetrische Bandbreiten, geringe Latenz, sichere Datenübertragung, höchste Verfügbarkeit sowie Energieeffizienz. Mit unserem Glasfasernetz schaffen wir die Vorrausetzung, damit Unternehmen jeder Größe die Digitalisierung meistern können und dabei nicht abgehängt werden.“

Kontakt für Interessenten

Um künftig auch weitere Gewerbegebiete an das leistungsstarke Glasfasernetz von M-net anzuschließen, plant das Unternehmen eine Fortsetzung der Vorvermarktungs-Initiative auch in weiteren Regionen.

Interessierte Unternehmen oder Kommunen können sich an martin.zeisner@m-net.de wenden. ❐

Die BayernGrund als „Bauamt auf Zeit“

GZ-Interview mit Geschäftsführer Franz Schonlau

GZ: Die BayernGrund ist seit einigen Jahren nicht nur mit den klassischen Erschließungsträgerschaften in den bayerischen Kommunen als Dienstleister etabliert, sondern nun auch als „Bauamt auf Zeit“ präsent. Wie sind Ihre Erfahrungen?

Schonlau: *Aufgrund der Fülle an (Pflicht-)Aufgaben können die Verwaltungen bereits geplante Projekte oft nicht umsetzen. Neben den ausgeschöpften*



Franz Schonlau. ❐

personellen Ressourcen kommen auch die Zwänge des kommunalen Haushaltsrechts ins Spiel, die dazu führen, die BayernGrund als Bauherrenvertreter ins Boot zu holen.

GZ: Wie gestaltet sich Ihre Unterstützung für ein kommunales Bauprojekt?

Schonlau: *Entscheidet sich eine Kommune für unsere Dienstleistung, setzen wir an dem aktuellen Planungsstand an und führen das Projekt in die Umsetzung und zum Abschluss. Unter Einhaltung der jeweiligen Vergabegrundsätze kümmern wir uns um noch ausstehende Fachplaner, schreiben die einzelnen Gewerke aus und überwachen die Ausführungen. Selbstverständlich sind unsere Verträge fördermittelkonform. Nachdem wir als Bauherr im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig sind, übernehmen wir auch die Vorfinanzierung der Baukosten.*

GZ: Sind Sie personell entsprechend aufgestellt? Wie schaffen Sie die räumliche Nähe zu den Kommunen?

Schonlau: *In den vergangenen Jahren hat die BayernGrund ganz bewusst ein interdisziplinäres Team für unsere Kommunen zusammengestellt. Wir verfügen nicht nur über jahrzehntelange Erfahrung in der klassischen Baubuchhaltung, sondern setzen vor Ort auch eigene Bauingenieure und -techniker ein. Darüber hinaus greifen wir bei Bedarf auf regionale Partner zurück. Durch unsere strategisch gelegenen Standorte können wir zeitnah vor Ort sein.*

GZ: Welche Projekte begleiten Sie aktuell als „Bauamt auf Zeit“?

Schonlau: *Neben einem großen Abwasserprojekt in Mittelfranken betreuen wir mehrere Kommunen bei der Neuerrichtung ihrer Kinderbetreuungseinrichtungen. Mittlerweile schätzen auch einige Rathäuser die Möglichkeit, den kommunalen Wohnungsbau mit der BayernGrund nach vorne zu bringen. Darüber hinaus werden wir regelmäßig angefragt, punktuelle VgV-Verfahren zu begleiten.*

GZ: Ihr Blick in die Zukunft?

Schonlau: *Die Aufgaben der Rathäuser sind unverändert umfangreich. Angesichts knapper personeller Ressourcen eröffnet das ‚Bauamt auf Zeit‘ die notwendigen Spielräume. Entsprechend bieten wir den kommunalen Entscheidern ein maßgeschneidertes Dienstleistungsportfolio für die anstehenden Aufgaben.*

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage. ❐

Brauereigasthöfe in Existenznot

Versagt der Bund seine Unterstützung?

Bei Bayerns Brauereigasthöfen geht die Existenzangst um. Bis vor wenigen Tagen hatten sie gehofft, auch in den Genuss staatlicher Unterstützung zu kommen, wie sie dem Gastgewerbe insgesamt versprochen wurde. Doch jetzt droht der Bund sie von staatlichen Hilfsgeldern abzuschneiden.

Wie die gesamte Gastronomie sind auch die Brauereigasthöfe in Deutschland seit Anfang November zu erzwungener Untätigkeit verurteilt, geschlossen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Um ein großflächiges Gastronomiesterben zu verhindern, gewährt der Bund die sogenannte Novemberhilfe, die zwischenzeitlich auf den Monat Dezember ausgedehnt wurde: Dem Gast- und Beherbergungsgewerbe wird als Ersatz für die zu tragenden Umsatzausfälle eine Entschädigung in Höhe von bis zu 75 Prozent der Umsätze der Vorjahresmonate ausbezahlt.

„Mischbetriebe“

Doch Brauereigasthöfe sollen, wie jetzt bekannt wurde, als „Mischbetriebe“ durchs Raster fallen. Weil sie neben der Gastronomie und Hotellerie auch eine handwerkliche Brauerei betreiben, hätten sie nur eine Chance auf staatliche Unterstützung, wenn der Außer-Haus-Verkauf der Brauerei an den Handel maximal 20 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht.

Durch das ohnehin wenig gewinnträchtige Geschäft mit Flaschenbier könnten diese handwerklich arbeitenden Brauereien die enormen Verluste, die der erzwungene Stillstand der gastgewerblichen Betriebsteile verursacht, jedoch bei weitem nicht kompensieren, kritisiert Stefan Stang, Hauptgeschäftsführer Private Brauereien Bayern, die Überlegungen des Bundes.

Herber Rückschlag

„Für die vielen Brauereigasthöfe ist das ein herber Rückschlag“, zeigt sich auch Lothar Ebbertz, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Brauerbundes gleichermaßen entsetzt wie enttäuscht. Erst vor wenigen Tagen war Hoffnung aufgekeimt, dass auch die Brauereigasthöfe in den Genuss der für das Gastgewerbe geschnürten Hilfspakete kommen würden. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hatte den Brauern persönlich zugesichert, der Bund habe klargestellt, dass auch Mischbetrieben des Ernährungshandwerks November- und Dezemberhilfe zugestanden werde. Hierzu zählen typischerweise auch „Brauereien mit einer selbst betriebenen gastronomischen Einrichtung“, wie es im Schreiben des Ministers wörtlich heißt.

Unverständnis bei DEHOGA Bayern

Doch jetzt droht der Bund die aufkeimende Hoffnung auf die dringend benötigten Hilfsgelder im Keim zu ersticken.

Eine „offensichtliche Ungerechtigkeit“ beklagt auch der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern und kommentiert die Haltung des Bundes mit völligem Unverständnis. „Ausdrücklich sehe der Gesetzgeber eine Sonderregelung für Gastronomiebetriebe vor, die ihre Leistungen auch im Außerhausverkauf anbieten“, so DEHOGA Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert, „bis Corona waren gastgewerbliche Betriebe auch seitens der Politik aufgefordert, sich zusätzliche wirtschaftliche Standbeine zu schaffen und dies soll diesen Vorzeigebetrieben nun ausgerechnet zum Verhängnis werden. Wenn Bäckereien und Konditoreien richtigerweise für ihre geschlossenen Cafés Hilfsgelder abrufen können, dann sei es nur recht und billig, auch den staatlicherseits stillgelegten Brauereigasthöfen in dieser für sie existenzgefährdenden Lage zu helfen.“

Mit dem Rücken zur Wand

Christof Pilarzyk betreibt im oberfränkischen Rödental mit seiner Familie einen solchen Privaten Brauereigasthof. Als Vorsitzender der Organisation „Private Brauereigasthöfe und Hotels“ vertritt er die Interessen von 63 deutschen Häusern. „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand.“ Der Chef des fast 600 Jahre alten Gasthofes, zu dem seit über 500 Jahren auch eine eigene Brauerei gehört, beklagt Corona-bedingt in diesem Jahr im Gasthof schon 1 Million Euro Verlust.

„Die kleine Brauerei kann das niemals auffangen“ sagt er und fordert bei der staatlichen Unterstützung eine Gleichbehandlung mit anderen Gaststätten und Hotelbetrieben. „Die angeschlossene Brauerei ist das Markenzeichen der Brauereigasthöfe“, so Pilarzyk. Es könne nicht sein, dass ihnen das bei der Inanspruchnahme von Hilfeleistungen nun zum Verhängnis werde. Mit Unverständnis verweist er auf Bäckereien und Konditoreien, die für ihre ebenfalls stillgelegten Cafés Hilfsgelder abrufen können. Sie gelten in den Augen des Bundeswirtschaftsministeriums nämlich als „Gaststätten“, der Thekenbereich als deren Außerhausverkauf – unabhängig von dessen Größe.

Sollte der Bund nicht nachbessern, so die übereinstimmende Ansicht der Branchenvertreter, wären nicht nur die gastgewerblichen Betriebsteile, sondern auch die oft Jahrhunderte alten Familienbrauereien in ihrem Bestand gefährdet. ❐

Hoch hinaus mit Strohballen

Fertigstellung von Süddeutschlands größtem strohgedämmten Gebäude

Im Oktober wurde gefeiert – eher untypisch in Anbetracht der Corona-Lage und den damit verbundenen Auflagen. Doch es gab einen guten Grund: Im bayerischen Plankstetten wurde der Rohbau des größten süddeutschen strohgedämmten Gebäudes gerichtet.

Blick zurück: Die 14 Mönche des Klosters in Plankstetten wollten etwas für den Klimaschutz bewirken – und ließen einen Neubau in innovativer Strohbauweise planen. Dabei half und unterstützte auch Benedikt Kaesberg, Autor der FNR-Broschüre „Strohgedämmte Gebäude“. Es entstand ein dreigeschossiges, 60 Meter langes Gebäude aus vorgefertigten Wandgefachen, die mit Stroh gedämmt wurden.

Nach der feierlichen Grundsteinlegung im Juli folgte das Aufstellen der Bauelemente. Das Richtfest im Oktober lenkte den Fokus über die bayerischen Landesgrenzen hinaus auf die ökologische Strohbauweise: Mit dieser innovativen Art zu bauen kann nicht nur das Klima geschont und ein Nebenprodukt der Landwirtschaft genutzt, sondern auch sichere, mehrgeschossige Gebäude errichtet werden. Im Gebäude finden unter anderem Gästezimmer und eine kleine Kindergarteneinrichtung Platz.

Benedikt Kaesberg stellte Interessenten den Neubau in Plankstetten Ende November beim Online-Strohbau-Symposium vor. Der Bauablauf dieses besonderen Gebäudes wurde medial begleitet, das Ergebnis ist bis 13. Februar 2021 in der Arte-Mediathek verfügbar. ❐

Bund unterstützt Fenstersanierung der Martinskirche mit 3,2 Mio. Euro

MdB Florian Oßner hat im Haushaltsausschuss des Bundestags Erfolg mit dem Landshuter „Jahrhundertprojekt“

„Es war nicht einfach in diesen finanziell angespannten Zeiten – dennoch ist die Entscheidung absolut richtig“, fasste es CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner kurz zusammen. Unlängst wurde bekannt, dass die 29 bis zu 20 Meter hohen, spätgotischen Langhausfenster der Stiftsbasilika St. Martin in Landshut nach rund 500 Jahren saniert werden müssen.

Die Gesamtkosten sollen gemäß der Kostenrechnung der Planer knapp 14 Millionen Euro betragen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat nun in der Bereinigungssitzung beschlossen, dieses „Jahrhundertprojekt“ mit einer Bundesförderung in Höhe von insgesamt 3,2 Millionen Euro zu unterstützen, teilte das Haushaltsausschussmitglied Oßner mit. „Dank der raschen Antragstellung und hervorragenden Unterstützung der Stadtkirchenleitung St. Martin konnte ich mich in Berlin für die Fenstersanierung der Stiftsbasilika in der Heimat stark machen und die besondere Bedeutung der Kirche im Entscheidungsgremium hervorheben“, unterstrich Oßner.

Monumentalbau nationaler Bedeutung

Im Vorfeld hatte Oßner die Verantwortlichen der Stadtkirche mit Stiftspropst Monsignore Dr. Franz Joseph Baur an der Spitze in einem persönlichen und konstruktiven Gespräch darauf aufmerksam gemacht, dass die Möglichkeit bestehe, Fördermittel beim Bund über ein Sonderprogramm zu beantragen. Umso mehr ist Oßner dankbar, dass dieser spontane Antrag nach etlichen Gesprächen und Verhandlungen mit den Haushaltskollegen in Berlin - trotz mittlerweile sehr angespannter Finanzlage - nun doch erfolgreich war. „Die enorme Förderung über 3,2 Millionen zeigt, welchen hohen Wert wir der Kirche mit dem höchsten Backsteinturm der Welt sowie mit 130,1 Metern auch dem höchsten Kirchturm Bayerns beimessen. Die Martinskirche in Landshut ist ein gotisches Monumentalbauwerk von nationaler Bedeutung und ein weltweit bekanntes Wahrzeichen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben“, unterstrich Oßner.

Nach der Ausführung eines Musterfensters im Rahmen der Entwurfsplanung in 2019 ist derzeit von drei Bauabschnitten mit mehreren Ausschreibungsverfahren für den Zeitraum von 2021 bis 2026 auszugehen. ❐

Beratung und Planung für Ihre Kommune
www.breitbandberatung.de
Breitband- und Glasfaserausbau · Digitalpakt · Glasfaser-Masterplan
Bitratenanalyse · Mobilfunk · Bauüberwachung
Ausführungsplanung und Leistungsverzeichnis

Als unabhängiges Beratungs- und Planungsbüro verfügen wir über eine breite Expertise aus über 3.000 Förderverfahren für die Umsetzung von Landes- und Bundesförderprogrammen. Wir begleiten Sie vom ersten Beratungsgespräch über die aktuellen Förderprogramme bis zur Stellung des Förderantrags.

Breitbandberatung Bayern GmbH
Alois-Senefelder-Straße 16
D-92318 Neumarkt i. d. OPf.
Telefon: 09181/406 1333
Telefax: 09181/406 1334
info@breitbandberatung.de

Regionale Baukultur:

Bürgerschaftliches Engagement fordern und fördern

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege e.V. wirkt dem Verlust an gebauter Heimat entgegen

Die Villa „Kakteen Kaiser“ in München: abgerissen. Das ehemalige Verstärkeramt in Kochel: im Abriss befindlich. Das wohl älteste Gebäude in Neustadt an der Waldnaab: eingestürzt, teilabgerissen. Das historische Mühlenanwesen in Pressig: vom Einsturz bedroht. Das alte Pfarrhaus in Johannesberg: dringend sanierungsbedürftig.

In vielen Gegenden Bayerns wird der Verlust an regionaler Baukultur zunehmend spürbar und gewachsene Ortsbilder gehen unwiederbringlich verloren. Ehemals unverwechselbare Städte und Dörfer gleichen sich mehr und mehr an und verlieren ihren regionaltypischen Charakter. In allen Landesteilen Deutschlands, nicht nur in Bayern, ist darüber hinaus eine Tendenz zu standardisierten Neubauten ohne Bezug zur örtlichen Bauweise zu beobachten.



Die Hofstelle Stieger in Gonnersdorf, Landkreis Fürth (Mittelfranken): Die Baugruppe aus dem neu errichteten Hofladen und der Alten Schmiede fügt sich harmonisch in das typisch fränkische Ortsbild der giebelständigen Steildachhäuser mit ihren knappen Dachrändern ein. Bild: Vinzenz Dufter

Dieser Entwicklung wirken der Bayerische Landesverein für Heimatpflege und das Denkmalnetz Bayern entschieden entgegen. Sie engagieren sich daher unter anderem in der Fachgruppe „Baukultur und Denkmalpflege“ des Dachverbandes Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU).

Das Gesicht wahren

„Es ist eines unserer größten Anliegen, dass Bayerns Dörfer und Städte ihr Gesicht wahren. Denn der Verlust regionaler Baukultur bedingt unweigerlich den Verlust des Gefühls örtlicher Zugehörigkeit,“ so der Vorstandsvorsitzende des Landesvereins, Dr. Olaf Heinrich.

Unter der Federführung von Prof. Dr. Michael Goer, ehemaliger Landeskonservator für Denkmalpflege in Baden-Württemberg, arbeiteten beide Institutionen ebenso wie der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt und die bundesweit tätige Gemeinschaft zur Förderung regionaler Baukultur e.V. an der Erstellung der Resolution „Zivilgesellschaftliches Engagement für Baukultur und gebaute Heimat“ mit.

Dem Landesverein und dem Denkmalnetz ist es dabei besonders wichtig, Bürger umfassend über regionale Baukultur und Denkmalpflege zu informieren, wie Kunsthistoriker Dr. Bernd Vollmar, Sprecher des Denkmalnetzes, betont: „Wir setzen uns dafür ein, dass die für unsere Lebensbedingungen bedeutsame ‚gebaute‘ Umwelt, also historischer Baubestand, Städte, Dörfer oder Kulturlandschaften, zunehmend in das gesellschaftliche Bewusstsein gerückt wird.“

Tradition und Fortschritt

Und Dr. Vinzenz Dufter, Referent für den Fachbereich „Haus und Siedlung“ im Landesverein, fügt hinzu: „Der Dialog und auch der Konflikt zwischen Tradition und Fortschritt gehören immer schon zum Wesen der Baukultur und des Denkmalschutzes. Letztlich geht es in diesem Spannungsfeld darum, gute Planungen zur gebauten Raumbildung, schlüssigen Nutzbarkeit, baulichen Nachhaltigkeit, guten Gestaltung von Details und heimatlichen Identität zu finden. Dazu wollen wir ermutigen.“

Landesverein und Denkmalnetz setzen sich in ihrer täglichen Arbeit dafür ein, das bürgerschaftliche Engagement in der Bau- und Denkmalpflege in Bayern zu stärken. Sie fordern Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf, der Baukultur und der Denkmalpflege mehr Aufmerksamkeit zu widmen – mehr noch, die gebaute Heimat aktiv zu schützen. ❐

Bezirk Schwaben:

Denkmalpreise für Hainsfarth und Unteregg

Mit dem Denkmalpreis würdigte der Bezirk Schwaben in diesem Jahr fünf Sanierungsprojekte, die sich durch fachliche Qualität, finanzielles Engagement, Kreativität und die Bedeutung des Denkmals auszeichnen. „Wer historische Spuren erhält und gleichzeitig neue Wege geht, macht sich um unsere Landschaft besonders verdient“, machte Bezirkstagspräsident Martin Sailer deutlich.

Den mit 15.000 Euro dotierten Preis erhielt die Gemeinde Hainsfarth für die Sanierung einer jüdischen Schule. 1810 errichtet, ist das Gebäude heute nach aufwändigen Bauarbeiten - das Gebäude war in seiner Substanz stark geschädigt, das Mauerwerk musste ausgetauscht, Decken, Fachwerksbalken und der Dachstuhl repariert, verstärkt oder erneuert werden - zum Erinnerungsort, Kulturort und Bürgerhaus geworden.

Jüdische Geschichte erlebbar gemacht

558.000 Euro kostete das Projekt, davon trug die Gemeinde 173.500 Euro. Laut Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl ist die jüdische Geschichte Schwabens im Ries nach dem Verlust der Synagogen in Harburg, Nördlingen und Oettingen in Hainsfarth nun wieder erlebbar geworden.

Der mit 7.500 Euro dotierte Sonderpreis, der zweimal vergeben wurde, ging an die Familie Schmölz, die ihr historisches Bauernhaus in Altstädten-Sonthofen sanierte sowie an die Gemeinde Unteregg für die denkmalpflegerische Sanierung des ehemaligen Pfarrhofs, der heute als belebtes Dorfgemeinschaftshaus dient.

Modernes Wohnquartier

Einen undotierten Preis erhielten neben der Sozialbau Kempten GmbH auch die Stadtwerke Augsburg. Während in Kempten die ehemalige Weberei und Schlichterei aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem modernen Wohnquartier wurde, verwandelten die Stadtwerke Augsburg ein historisches Ofenhaus in ein Theater und Restaurant. **DK**

Bayerische Bauordnung:

ByAK begrüßt Änderungen zum Wohnungsbau

... und sieht weiteren Reformbedarf

„Die Förderung und Beschleunigung des Wohnungsbaus zählen aktuell zu den wichtigsten Herausforderungen in Bayern. Die Bayerische Architektenkammer begrüßt deshalb die kürzlich im Bayerischen Landtag beschlossenen Änderungen beim Baurecht. Städte und Gemeinden erhalten nun endlich den seit langem angekündigten rechtssicheren Rahmen für weitere Investitionen.

Dennoch hätte sich die Architektenschaft für das Bauen in Bayern teilweise mutigere Rahmenbedingungen gewünscht: Beispielsweise beim Bauen im Bestand, zur Sicherung der Qualität von Freiflächen und zu den Klimaschutzzielen im Gebäudesektor“, so Kammerpräsidentin Christine Degenhart.

Der Bayerische Landtag hat in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (Drs. 18/8547) zugestimmt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Bayerischen Bauordnung gilt damit ein verkürztes Abstandsflächenrecht, Dachgeschossausbauten sind genehmigungsfrei möglich und für Anträge von Wohnvorhaben wird eine Genehmigungsfiktion von drei Monaten eingeführt. ❐

Kirchberger Bürgermeister zu Besuch bei Leipfinger-Bader

Erstmals seit der Kommunalwahl im Mai 2020 stattete der Neu-Bürgermeister der Gemeinde Kirchberg, Dieter Neumaier, zusammen mit seinem Stellvertreter Martin Strobl den Leipfinger-Bader Ziegelwerken (LB) am Standort Vatersdorf einen Besuch ab. In einem gemeinsamen Gespräch mit den Geschäftsführern Thomas Bader und Paul Simmerbauer sowie Betriebsleiter Anton Härtl ging es neben einem allgemeinen Austausch auch um die Ist-Situation der Grube Sinnering.

Thomas Bader ging im Rahmen des Termins auf die Entwicklung des Gesamtunternehmens ein und präsentierte die geplanten, richtungsweisenden Innovationen für die Zukunft. Das mittelständische Familienunternehmen hat sich in den letzten Jahren zum Innovationsführer der Branche entwickelt. Mit dem bisher erreichten gibt man sich freilich nicht zufrieden und plant auch in naher Zukunft weitere Investitionen zur Weiterentwicklung des Gesamtunternehmens.

Premium-Anbieter

Erst im März dieses Jahres hat LB beispielsweise 100 Prozent der Anteile an der Tonality GmbH erworben. Die Akquisition verspricht viele Vorteile im Markt und ermöglicht Synergien für die Bauwirtschaft: So gelten sowohl Leipfinger-Bader als auch Tonality als Premium-Anbieter in ihrem jeweiligen Segment, wobei sich Tonality auf die Herstellung ausdrucksstarker, belastbarer Ziegelfassaden in verschiedensten Farben und Formen konzentriert.

Auch im Produktbereich war und ist das Unternehmen umtriebig. Gleich drei Neuheiten stellt man den ausschließlich regionalen Kunden in diesem Jahr zur Verfügung. Innovative Stützendämmschalungen, Rollladenkästen sowie eigens entwickelte dezentrale Lüftungssysteme räumen Bauprofis künftig noch größere Freiheiten bei der Gestaltung und technischen Ausführung von Gebäuden ein und sorgen für mehr Effizienz auf der Baustelle.

Fokus auf energetische Optimierung

Ein Hauptaugenmerk liegt auch immer auf der energetischen Optimierung im Bereich der Ziegelproduktion. „Der Ziegel ist ein ökologischer Vorzeige-Baustoff, der aus natürlichen Rohstoffen aus der Region hergestellt wird. Nichtsdestotrotz investieren wir auch künftig in Forschung und Entwicklung, um das Produkt und die Ziegel-Produktion vor Ort noch nachhaltiger zu gestalten. Hier hoffen wir auch auf die Unterstützung aus der Gemeinde und der Verwaltung“, so Geschäftsführer Thomas Bader.

In diesem Zusammenhang kam auch die Ist-Situation rund um den Rohstoffabbau und die Zwischenlagerung in der Grube Sinnering zur Sprache. Hier will Leipfinger-Bader im Dezember den Gemeinderat Kirchberg über den aktuellen Abbaufortschritt informieren.

„Ich bin begeistert, wie sich Leipfinger-Bader in den letzten Jahren entwickelt hat und welche Bereiche neben dem Kerngeschäft Ziegel abgedeckt werden. Über den offenen und sicherlich auch gewinnbringenden Austausch in dieser Runde bin ich sehr erfreut“ zeigt sich Bürgermeister Neumaier sehr angetan von dem Gespräch.

Für ihn ist dieser Kontakt nach eigenem Bekunden auch deshalb wichtig, weil seit Generationen viele Bürger aus der Gemeinde Kirchberg über die Regierungsbezirksgrenze hinweg bei der Firma Leipfinger-Bader einen wohnortnahen und sicheren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben. ❐



Visualisierung der neuen Katastrophenschutzhalle im Landkreis Dachau. Bild: Rudolf Hörmann GmbH & Co. KGBild

Spatenstich in Hebertshausen/Landkreis Dachau:

Neue Katastrophenschutzhalle in Holzbauweise

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG, ein Hallenbauer aus Buchloe im Allgäu mit über 60-jähriger Erfahrung im Agrar- und Gewerbebau, setzt mit dem Neubau der Katastrophenschutzhalle in Hebertshausen im Landkreis Dachau erstmalig im Wege einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft ein Bauprojekt um. Das Besondere an diesem Neubau ist die Kombination aus Büro und Halle komplett in Holzbauweise.

Die neue Katastrophenschutzhalle besteht aus Büro und Halle und wird komplett aus Holz errichtet. Lediglich die Decke im Büro ist aus Schallschutzgründen als sogenannte HolzBeton-Verbunddecke realisiert. Nach Fertigstellung ist von außen von der Holzbauweise nichts mehr zu sehen, da sämtliche Wände verputzt werden. Im Inneren des Büros wird alles mit Trockenbau verkleidet, so dass es für den Laien wie eine herkömmliche Bauweise aussieht. Lediglich im Inneren der Halle ist Holz sowohl an den Wänden als auch im Dachbereich in seiner vollen Pracht sichtbar.

Kurze Bauzeit

Durch die vorgefertigte Holzbauweise ist auch die Bauzeit relativ kurz und für die Anwohner sehr geräuscharm realisierbar. Zwischen Katastrophenschutzhalle und der Feuerwehr wird zusätzlich, ebenfalls von HÖRMANN, eine Kalthalle errichtet. Diese bietet z.B. Platz für ein Sandlager und einem Unterstand für Abrollbehälter.

Nachhaltige Bauweise

„Für uns ist es das erste Öffentlich-Private-Partnerschaft-Projekt (ÖPP). Wir freuen uns, dass wir mit unserer wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauweise überzeugen konnten“, betont Rolf Hörmann, Geschäftsführer der Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG. Der Neubau der Katastrophenschutzhalle ist zugleich auch das erste Bauvorhaben des Landkreises, das als PPP (Public-Privat-Partnership-Projekt) bzw. ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft-Projekt) umgesetzt wird. „Bei diesem Bauvorhaben können wir unsere gesamte Fachkompetenz im Holzbau ausspielen. So entsteht angefangen bei der Entwurfsplanung über die komplette Werkplanung bis zur Ausführung alles im eigenen Unternehmen“, freut sich Michael Hörmann, Bereichsleiter Gewerbebau.

Kombination aus Büro und Halle

Hörmann hat sich auf die Kombination aus Büro mit Halle spezialisiert. Das Familienunternehmen verfügt über mehr als 25 Jahre Expertise im Holzbau. Jährlich werden über 500 Holzprojekte im betriebseigenen Zimmereibetrieb mit Fertigungshallen und modernsten Maschinenpark umgesetzt. Auch die erforderlichen Planungsleistungen werden im eigenen technischen Büro mit 100 hauseigenen Technikern und Ingenieuren geplant.

Eckdaten

Eckdaten zum Neubau der Katastrophenschutzhalle in Holzbauweise:

- Voraussichtliche Bauzeit: ca. 13 Monate
- Geplante Fertigstellung: Ende Oktober 2021
- Gebäudegröße insgesamt: 71 x 21 m = 1.562 qm
- Halle ca. 22 x 53 m (ca. 1.150 qm), angebauter Verwaltungsteil ca. 22 x 18 m
- Holzrahmenbau
- Stützenfrei
- Kalthalle mit 15 x 36 m

Die Rudolf Hörmann GmbH & Co. KG mit Sitz in Buchloe und Niederlassungen in Österreich und in der Schweiz plant und baut Hallen, Ställe sowie Reitanlagen. Die Dächer stattet der Spezialist für Agrar- und Gewerbebau mit Photovoltaikanlagen aus. Als Partner desMittelstands bietet das familiengeführte Unternehmen mit über 60 Jahren Erfahrung alle Leistungen selbst an: Von der 3D-visualisierten Planung, der eigenen Fertigung am Plus-PlusEnergie-Standort Buchloe bis hin zur Montage. Mit seinen rund 700 Mitarbeitern realisiert das Unternehmen jährlich rund 600 Gebäude und steht für Innovation und hohe Qualität.

Weitere Informationen unter https://www.hoermann-info.com ❐

Entscheidung des Landtagspräsidiums am Verfassungstag:

Gedenkobjekt für die Orte der Demokratie in Bayern steht fest

Die Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Landtags trafen am Verfassungstag einstimmig die Entscheidung über das Gedenkobjekt, das künftig an den ausgewählten Orten der Demokratie in Bayern auf deren Bedeutung hinweisen soll. Die Wahl fiel auf den Entwurf der Künstlergemeinschaft Ackstaller & Schweikl aus Kirchdorf (Hallertau), einen goldfarbenen Würfel mit Schriftzügen, gefasst auf einer Steinsäule.

Das Gedenkobjekt wurde unter enger Einbindung des wissenschaftlichen Beirates des Projektes und mit fachlicher Unterstützung des Berufsverbandes der Bildenden Künstlerinnen und Künstler – Landesverband Bayern e.V. durch einen Wettbewerb gefunden.

Aigner: Demokratisches Gemeinwesen stärken

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Wir waren uns unter den Präsidiumsmitgliedern einig, dass dieser Entwurf die vorgegebenen Bewerbungskriterien in umfassender und hervorragender Weise erfüllt. Er spricht auch junge Menschen an, überzeugt sowohl fachlich als auch künstlerisch und berücksichtigt zudem Gesichtspunkte der Barrierefreiheit. Ich freue mich sehr, dass wir mit der Bestimmung des Gedenkobjektes nun einen weiteren wichtigen Schritt bei der Realisierung unseres Projektes „Orte der Demokratie in Bayern“ vorangekommen sind. Ich bin mir sicher: Damit werden wir unser demokratisches Gemeinwesen künftig stärken, und das ist gerade am heutigen Verfassungstag ein schönes und wichtiges Zeichen.“

Der Wettbewerb richtete sich an professionelle Künstlerinnen und Künstler mit einschlägiger Erfahrung und war als sogenannter geschlossener Einladungswettbewerb angelegt. Nach einer offenen Bewerbungsphase im August 2020 waren drei Bewerbungen eingegangen, die nach eingehender Beratung des wissenschaftlichen Beirates auch alle zur zweiten Phase des Verfahrens zugelassen wurden. Zur Unterstützung des Auswahlprozesses wurde mit dem Berufsverband der Bildenden Künstlerinnen und Künstler – Landesverband Bayern e.V. auch externer kunstwissenschaftlicher Sachverstand einbezogen.

Beurteilungskriterien

Maßgebliche Beurteilungskriterien waren u. a. die Umsetzung des Themas in künstlerisch ansprechender Weise und in zeitloser Ästhetik, Umsetzung der vorgegebenen Gestaltungsvorgaben, Transport der Projektbotschaft und die sorgfältige Gestaltung und Tragfähigkeit des Herstellungskonzeptes.

Der Sieger-Entwurf zeigt auf den fünf sichtbaren Seiten eines goldfarbenen Würfels verschiedene thematische Aspekte, zum Beispiel den Schriftzug „ORTe DER DEMOKRATIE IN BAYERN“. Der Würfel besteht aus einer speziellen, äußerst korrosionsbeständigen Messinglegierung und ist gefasst auf einer Steinsäule aus Kelheimer Marmor oder einem anderen ortstypischen hochwertigen Stein.

Erinnerungskultur etablieren

Um Orte, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde, öffentlich sichtbar zu machen und in Erinnerung zu bringen, hat der Bayerische Landtag das Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ ins Leben gerufen. So will das Parlament das Bewusstsein für den Wert der Demokratie schärfen und eine Erinnerungskultur in Form einer aktiven Demokratiearbeit etablieren.

Das sind die Orte

An diesen Orten der Demokratie in Bayern wird das Objekt aufgestellt werden:

- München, Maximilianeum: Seit 1949 Sitz des bayerischen Parlaments.
- Memmingen, Haus der Kramerzunft (1525): Bauernvertreter fordern ihre Rechte ein
- Regensburg, Altes Rathaus (1594/ 1663 – 1806): Sitz des Immerwährenden Reichstags, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich
- Gaibach (1828/ 1832): Verfassungssäule und Gaibacher Fest
- München, Prannerstraße 8 (1818 – 1934): Sitz des Bayerischen Landtags von 1918 bis 1933/34
- Nürnberg, Saalbau des Industrie- und Kulturvereins (1919): Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie (1919): Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung des Freistaats Bayern
- Vilshofen an der Donau (1919): „Geburtsort“ des politischen Aschermittwochs
- Wohlmuthshüll (1945): Erste freie Wahlen nach dem Ende der NS-Herrschaft
- München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität (1946): Tagungsort der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“
- Herrenchiemsee, Altes Schloss (1948): Verfassungskonvent
- Passau (1952): Europäische Wochen der Europa-Union
- Ermershausen (1978): Protest gegen die Eingemeindung. ❐

Texte zur Kommunalpolitik in Bayern:

Zukunft vor Ort

„Zukunft vor Ort“ ist das Motto, unter dem Aufsätze und Interviews zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik versammelt sind. Die Publikation mit Beiträgen von Expertinnen und Experten konzentriert sich auf die rechtlichen und politischen Grundlagen der Kommunalpolitik, auf ausgewählte Zukunftsvisionen sowie auf die Frage nach Partizipation und Interaktion auf kommunaler Ebene.

Gleichzeitig soll der Blick von der „Arbeitsebene“ aus zeigen, wie vielgestaltig und herausfordernd die Arbeit vor Ort in diesen dynamischen Zeiten aussieht. Das Textangebot wird durch InfoGrafiken ergänzt.

Die Publikation versteht sich als Angebot, die elementare Basispolitik, die den Alltag der Menschen entscheidend prägt, stärker in den Blick zu nehmen. Sie wendet sich sowohl an Praktiker in der Kommunalpolitik als auch an alle Interessierten.

Herausgeber sind die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und die Akademie für Politische Bildung.

https://www.blz.bayern.de/publikation/zukunft-vor-ort-kommunalpolitik-in-bayern.html ❐

Die Wende kommt

Das Netzwerk Junge Bürgermeister diskutiert online über Mobilität im ländlichen Raum

Von Ulf Buschmann

Die Gemeinde Ruhpolding hat Mut bewiesen. Kostenloses Parken gibt es im Ort nicht mehr. Im Gegenteil, wer als Autofahrer im Ortskern der Gemeinde mit ihren knapp 7.100 Einwohnern parken möchte, zahlt acht Euro. Dies sei vergleichsweise viel Geld, meint der Erste Bürgermeister Justus Pfeifer. Im Gegenzug gebe es einen Einkaufsgutschein. Was anderswo kaum gelingt, nämlich den Autoverkehr aus den Zentren der kleinen und mittleren Städte und Gemeinden herauszuhalten, sei in Ruhpolding gelungen, erklärt Pfeifer nicht ohne Stolz.

Um auf diesem Wege mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erreichen, bedürfe es aber des Willens von Politik und Verwaltung, das Ziel durchzusetzen. Nicht nur Pfeifer bekräftigte dies. Andreas Borgmann, Mobilitätsplaner der Stadt Neu-Ulm, stieß ins gleiche Horn. Beide, der Schwabe und der Oberbayer, wissen: Für ein Konzept, wie es in Ruhpolding funktioniert, ist ein langer Atem notwendig. Denn nicht nur Politik und Verwaltung, auch die Akteure der Stadtgesellschaft wie die Gewerbetreibenden müssten eingebunden werden.

Das Ruhpoldinger Modell ist eines der Beispiele, wie Mobilität im ländlichen Raum in der Zukunft aussehen kann. Über dieses Thema diskutierten Mitglieder des Netzwerks Junge Bürgermeister Anfang Dezember in einer Onlinekonferenz. Dabei zeigte sich: Die Mobilität der Zukunft im ländlichen Raum brennt allen unter den Nägeln. Und: Fachleute wie Dr. Manfred Michl vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und Maximilian Rohs, Senior Manager für Infrastruktur und Mobilität des Beratungsunternehmens Price Waterhouse Coopers (PwC) waren überzeugt, dass sich die Mobilitätswende mittel- und langfristig nicht aufhalten lässt.

Integrierte, intelligente Konzepte sind gefragt

Rohs zeigte in seinem Impulsvortrag: Noch immer leben rund 50 Prozent der Deutschen in ländlichen Räumen. Mobilität, so der PwC-Fachmann, sei nicht nur eine Frage des Verkehrs. Angesichts der älter werdenden Bevölkerung habe Mobilität auch etwas mit Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe zu tun. Für die Zukunft seien integrierte, intelligente Konzepte erforderlich. Rohs stellte die Gegenwart gegenüber: Angesichts fehlender Infrastruktur und Angebote sind Menschen in ländlichen Räumen zu 80 Prozent mit dem Auto unterwegs.

Lösungsvorschläge

Rohs hatte vier Lösungsvorschläge im Gepäck: Den öffentlichen Nahverkehr auf die Hauptachsen einer jeden Region mit Zulauf auf die Mittel- und Oberzentren konzentrieren, On-Demand-Angebote ausbauen, Sharing-Angebote aufbauen und das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit einbeziehen. Letzteres gibt es bereits im Bereich der Bürgerbusse. Rohs sprach sich dabei gegen Insellösungen aus. Vielmehr müssten alle Angebote auf einer Plattform beziehungsweise einer App gebündelt werden.

Das alles gehe zwar auf den ersten Blick ins Geld – laut Rohs wird der Zuschussbedarf für den öffentlichen Nahverkehr von 200 Millionen Euro im Jahr 2018 auf etwa 900 Millionen 2030 steigen. Jedoch: Jeder in den Nahverkehr investierte Euro habe einen Nutzen für die Region. Der Faktor liege heute bei 2,5 und werde 2030 bei 3,8 liegen.

Forschungsprojekt zum autonomen Verkehr

Wie die Mobilität der Zukunft praktisch aussehen kann, wurde in einer Präsentation von Dominik Brasch, Bürgermeister der Stadt Bad Soden-Salmünster, klar. Die Kommune beteiligt sich an einem Forschungsprojekt der Fachhochschule Frankfurt zum autonomen Verkehr: Ein Fahrzeug ist im Kurgebiet von Bad Soden unterwegs – zurzeit allerdings noch mit einem menschlichen Operator an Bord.

In der Gemeinde Haßmersheim in Baden-Württemberg geht es da analoger zu. Dort, so erläuterte Bürgermeister Michael Salomo, habe die Gemeinde einen Bürgerbus angeschafft. Dieser sei seit 2019 unterwegs und werde bei der Bevölkerung gut angenommen.

Der Bürgerbus verkehrt innerhalb in der Gemeinde im Ein-Stunden-Takt und hält für die Bürger auch abweichend von der festgelegten Route. Dieses sei gerade für ältere, in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen wichtig.

Gerade erst wenige Wochen online „Das Nachschlagewerk rund um das Thema Mobilität vor Ort“ – der Untertitel für die Plattform Mobilikon. Das Projekt stellten BMI-Mann Michl und Manuela Schade vom Bundesinstitut für Bau, Stadt und Raumforschung (BBSR) vor. Mobilikon sei eine Wortkombination von Mobilität und Lexikon. Dahinter stecke die Absicht, einen Überblick über Angebote und Projekte zum Fortkommen.

Plattform Mobilikon

Doch nicht nur das, wer sich auf der Seite unter www.mobilikon.de umschaut, entdeckt zahlreiche Beispiele aus der Praxis wie die „PlusBusse“ im Landkreis Potsdam-Mittelmark, kann sich über Maßnahmen wie Radschnellwege und die entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen dazu informieren und kommt zum Partnernetzwerk „Nationales Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität“ (NaKoMo).

Natürlich sei Mobilikon mit seinem derzeitigen Umfang erst der Anfang. Das betreuende BBSR beziehungsweise das BMI möchten das Angebot zügig ausbauen. Michl forderte die Teilnehmer der Online-Konferenz deshalb aus, Informationen und Erfahrungen aus allen Bereichen der Mobilität zu liefern. ❐

Regionale Energiewende mit Wasserstoff

Energienetze Bayern forcieren das Erdgasnetz der Zukunft

Unter dem Motto „Erdgas statt Öl“ informieren die Energienetze Bayern (Netzbetreibertochter der Energie Südbayern) aktuell Hausbesitzer in ihrem Versorgungsgebiet, wie diese mit Investitionen in moderne und effiziente Erdgas-Brennwerttechnik nicht nur den Geldbeutel, sondern in hohem Maße auch die Umwelt schonen. Nun wird der Verteilnetzbetreiber auch auf anderer Ebene aktiv: „Im Verbund mit 32 weiteren Unternehmen des Gasfachs haben wir im Rahmen des Projektes ‚H2vorOrt‘ einen Plan erarbeitet, wie die Erdgasinfrastruktur fit für klimaneutrale Gase und Wasserstoff gemacht werden kann“, erläutert Michael Schneider, Geschäftsführer der Energienetze Bayern. „Unser gemeinsames Anliegen ist es, ein konkretes Szenario aufzuzeigen, wie eine regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen bundesweit ausgestaltet werden kann.“

Um bis zum Jahr 2050 das große Ziel „Klimaneutralität“ zu erreichen, ist es notwendig, den Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu steigern und diese der Industrie, der Mobilität und dem Wärmemarkt unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Klimaneutrale Gase und insbesondere Wasserstoff spielen hierbei eine besondere Rolle – und damit auch die Erdgas-Verteilnetze, über die die umweltfreundliche Energie zu den Verbrauchern gelangt.

Regionales Gasnetz ist Baustein der Energiezukunft

Das Erdgas-Verteilnetz ist mit einer Vielzahl angeschlossener Kunden ein wesentlicher Baustein für die CO2-neutrale Zukunft des Energiemarktes. Wie heute bereits Erdgas, kann künftig auch Wasserstoff als Energieträger über die regionale Gasinfrastruktur jedermann zur Verfügung gestellt werden und sowohl die regionale Industrie als auch die Wärmeversorgung der Haushalte dekarbonisieren.

Der Plan, mit dem die im Projekt „H2vorOrt“ zusammengeschlossenen Unternehmen das Erdgasnetz transformieren wollen, umfasst drei Schritte: die Schaffung eines überregionalen Erdgasnetzes als „Rückgrat“ der Versorgungsinfrastruktur, den Aufbau dezentraler Erzeugungsanlagen in Deutschland sowie die Einspeisung von Biomethan und klimaneutralem synthetischen Methan. Damit sollen die infrastrukturellen Grundlagen geschaffen werden, um in den nächsten Jahren eine ausreichende Verfügbarkeit von Wasserstoff und anderen erneuerbaren Gasen zu gewährleisten.

Steigender Anteil klimaneutraler Gase im Netz

Eine Versorgung mit Wasserstoff und klimaneutralen Gasen über die Verteilnetze ist nicht nur sinnvoll, sondern auch technisch möglich. Die Energienetze Bayern haben sich gemeinsam mit den ihren Projektpartnern vorgenommen, den Anteil erneuerbarer Gase im Netz in mehreren Schritten zu erhöhen – von zunächst 20 Prozent bis auf 100 Prozent im Jahr 2050. Bereits heute werden in das 9.875 Kilometer lange Netz der Energienetze Bayern jährlich ca. 200 Mio. Kilowattstunden Biogas eigespeist. Um den Transformationsprozess der Gasverteilnetze weg von fossiler und hin zu CO2-neutraler Energie zügig voranzubringen, arbeiten die Projektpartner intensiv an der Überarbeitung der technischen Regeln und Normen sowie der Anpassung gesetzlicher Regelungen. Somit soll der schnelle Aufbau eines Marktes für den Energieträger Wasserstoff vorangebracht werden. ❐

Pilotprojekt „Büropraktiker Leichte Sprache“

Inklusion: Bezirk Schwaben bietet einen von bundesweit dreizehn Praxisstellen an

Kurze Sätze, einfache Wörter und Bilder – das sind drei Merkmale der „Leichten Sprache“. Zum Einsatz kommt sie, damit beispielsweise Menschen mit Behinderung, einer Lern- oder Leseschwäche oder mit Migrationshintergrund, Inhalte leichter verstehen können. Ein neues bundesweites Projekt „Fachkraft Leichte Sprache“ mit 13 Plätzen qualifiziert Menschen mit Lernschwierigkeiten im dualen Modell aus Theorie und Praxis zum „Büropraktiker Leichte Sprache“.

Einen davon bietet der Bezirk Schwaben in Kooperation mit dem Projekt „Fachkraft Leichte Sprache“ und den Ulrichswerkstätten Hochfeld der Caritas Augsburg Betriebsträger (CAB) über einen ausgelagerten Arbeitsplatz für Werkstatt-Beschäftigte an. „Wir sind stolz darauf, mit diesem tollen Projekt zur Inklusion und folglich zur Chancengleichheit beitragen zu können“, betont Bezirkstagspräsident Martin Sailer.

Er begrüßte Denis Schreiber zum Projektstart in der Bezirks-Hauptverwaltung. „Mir ist wichtig, dass jeder das gleiche Recht hat zu verstehen“, betont Schreiber. „Mein Ziel ist, dass Informationsmaterial in leichter Sprache, vor allem in Behörden, verfügbar ist und öffentlich ausliegt. Wenn man danach fragen muss, ist das oft mit Scham oder der Angst, ausgelacht zu werden, verbunden.“ Im kommenden Jahr wird Schreiber verschiedene Stationen der Hauptverwaltung wie die Post- und Pressestelle durchlaufen, das Projekt „Leichte Sprache“ voranbringen und nach erfolgreichem Abschluss „Büropraktiker für Leichte Sprache“ sein.

Im Rahmen des Projektes arbeitet Schreiber mit so genannten Übersetzern zusammen, die schwer verständliche Begriffe, beispielsweise in Gesetzestexten und in der Behördensprache, in leichte Sprache umwandeln. Schreibers Aufgabe ist es zu prüfen, ob er die übersetzten Texte versteht: Dies ist Voraussetzung dafür, dass auch andere, für die schwierige Texte im Alltag eine Hürde darstellen, diese verstehen können.

Landrat Sailer möchte Denis Schreiber gerne fest beim Bezirk anstellen, damit die Fachabteilung langfristig von seiner Komptenz profitieren. ❐

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Stadt Zirndorf, ca. 26.000 Einwohner.
Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
01.05.2006.
Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Mein Vor-Vorgänger, Altbürgermeister Virgilio Röschlein, war mein Nachbar und hat mich „bearbeitet", bis ich 1984 erstmals für den Stadtrat antrat. Seine Persönlichkeit und sein Wille, etwas für Zirndorf erreichen und verbessern zu wollen, haben mich seit jeher beeindruckt und letztlich überzeugt.
Wie haben Sie sich vorbereitet?
Ich bin 1990 in den Stadtrat und den Kreistag gewählt worden, wurde 1995 Fraktionssprecher der SPD, 2002 Zweiter Bürgermeister. Zudem bin ich „gelernter" Verwaltungsbeamter, was mir natürlich den Einstieg enorm erleichtert hat.

Thomas Zwingel
Erster Bürgermeister der Stadt Zirndorf Erster Vizepräsident und stv. Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Bezirk Mittelfranken

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Die Sanierung unserer Altstadt und der Ausbau der Kinderbetreuung waren die Hauptthemen damals.
Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Der Neubau einer Kita im Stadtteil Winters-dorf, die Planung einer neuen Feuerwache und natürlich (leider) Corona.
Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Wir wollen ein neues Gewerbegebiet schaffen, die Digitalisierung von Schulen und Verwaltung beschäftigt uns und auch Corona lässt uns sicher nicht los.
Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?
Lasst euch nicht entmutigen, auch wenn es mal etwas länger dauert.
Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Regelmäßige Abteilungsleiterbesprechungen, Rücksprachen mit den einzelnen Mitarbeitern sind bei uns Standard. Wann immer möglich, beziehen wir die Bevölkerung in Bürgerbeteiligungsprojekten und Workshops mit ein.
Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Das Thema „Digitalisierung" wird uns in Verwaltung und Politik nicht mehr loslassen. Unser Sitzungsdienst, der Abruf von diversen Verwaltungsleistungen und und und, alles digital. Das wird sicher noch weiter ausgebaut werden müssen. Und auch das Thema „Mobiles Arbeiten" oder „Home Office" wird Auswirkungen haben
Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Da bricht vielleicht der alte Lateiner durch: „Was auch immer du tust, tue es mit Verstand und bedenke das Ende."
Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
Das überlasse ich den Bürgern. Mir würde das „fränkische Lob" reichen: „Bassd scho". ❐

Auszeichnung für Stadtbücherei Würzburg:

Gütesiegel „Bibliothek – Partner der Schulen"

Die Stadtbücherei Würzburg wurde zum 9. Mal in Folge mit dem Gütesiegel „Bibliotheken – Partner der Schulen" ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird seit 2006 jährlich bzw. zweijährlich vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vergeben. Sie würdigt das große Engagement von Bibliotheken hinsichtlich der Kooperation mit Schulen in den Bereichen Leseförderung, Lesesozialisation und Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz.

Das Angebot der Würzburger Stadtbücherei für Schulen umfasst alle Jahrgangsstufen und folgt einer systematischen Abfolge einzelner aufeinander aufbauender Module. Darunter fallen u.a. Klassenführungen wie die spielerische Bibliothekseinführung „Die Reise zum Büchereistern", die Recherchеführung „Eine Reise um die Welt" oder die Bücherschatzführung für Grundschulen.

Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Jahrgangsstufen können die Bücherei bei der Action-Bound-Rallye mit Tablets multimedial erkunden. Das Book-Casting oder die Book-Slam®-Veranstaltungen sollen Spaß am Lesen wecken, während die Schülerinnen und Schüler bei den Jugendbuchwochen die Begegnung mit „echten" Autorinnen und Autoren im Rahmen von Vorleseaktionen, Schreibwerkstätten und Lesungen erleben.

Gefahren im Netz

Der Workshop „#netzfallen" veranschaulicht den Teens, welche Gefahren im Netz lauern können und nicht zuletzt vermitteln die Recherchetrainings für unterschiedliche Klassenstufen profunde Kenntnisse zum Auffinden von Sachinformationen für Referate oder Facharbeiten.



Vorne: Liv Heim (r) und Angelika Riedel: Mitarbeiterinnen der Stadtbücherei; hinten: Martha Maucher (Leiterin der Stadtbücherei) und Oberbürgermeister Christian Schuchardt Bild: Manfred Ullrich

Von den 300 Veranstaltungen, die die Kinder- und Jugendbücherei jährlich – von den Bücherbabys bis zum Erreichen des Schulabschlusses – anbietet, richten sich rund 200 an Schulklassen. Damit erreicht die Stadtbücherei mehr als 5.300 Schülerinnen und Schüler.

Individuelle Medienkisten

Darüber hinaus stehen den Lehrkräften Klassensätze mit Unterrichtsmaterialien zur Ausleihe zur Verfügung. Medienkisten mit Kinder- und Jugendromanen zur Ergänzung der Klassenbücherei oder zu den verschiedensten Sachthemen werden vom Büchereiteam für die einzelnen Lehrkräfte individuell zusammengestellt.

Wissenschafts- und Kunstminister Bernd Sibler und Kultusminister Michael Piazolo haben in diesem Jahr insgesamt 76 Bibliotheken aus allen bayerischen Regierungsbezirken, darunter 36 kommunale Bibliotheken, mit dem Gütesiegel „Bibliotheken – Partner der Schulen" ausgezeichnet. Beide heben die Rolle der Bibliotheken als verlässliche Partner der Schulen hervor und loben sie in ihrem Engagement, junge Menschen für das Lesen zu begeistern und sie so in ihrer Lesekompetenz zu stärken. Bibliotheken werden durch die Auszeichnung als Bildungspartner und Lernbegleiter wertgeschätzt, da sie einen wichtigen bildungspolitischen und gesellschaftlichen Beitrag im Bereich der Leseförderung und der Vermittlung von Informationskompetenz und Recherchefähigkeiten leisten.

Weitere Informationen zum umfangreichen Angebot der Stadtbücherei für Schulklassen: www.stadtbuecherei-wuerzburg.de ❐

Würzburg ist Modellort

Studie zur Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bildungssektor

Bildung wird längst nicht mehr nur von öffentlicher Seite gestaltet. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure, wie Stiftungen, Vereine und Initiativen, tragen heutzutage zur Vielfalt der Bildungsangebote bei – auch in Würzburg. Die kreisfreie Stadt wurde jetzt, zusammen mit Eisenach und den Landkreisen Nordhausen und Forchheim, als Modellort für das Forschungsprojekt ZivilKoop ausgewählt, das die Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich untersucht.

Durchgeführt wird das Forschungsprojekt vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), dem größten außeruniversitären sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut im Bereich Kinder, Jugendliche, Frauen und Familie. Die Studie ist auf drei Jahre angelegt und wird durch Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie Bundesmittel finanziert. In einem ersten Schritt werden nun empirische Untersuchungen durchgeführt, die dabei helfen sollen, einen Überblick über alle Bildungsakteure, die verschiedenen Angebote und ihre Zielgruppen zu erhalten. Zu diesem Zweck werden derzeit Umfragen unter den entsprechenden Akteuren durchgeführt. Sie laufen noch bis Ende Dezember.

Folgende Fragen werden untersucht:

- Wie beschreiben zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Arbeit und ihr Engagement?
- Welches Bildungsverständnis legen zivilgesellschaftliche Organisationen ihrer Arbeit zugrunde?
- Was sind die wichtigsten Beweggründe von zivilgesellschaftlichen Organisationen Kooperationsbeziehungen aufzunehmen?
- In welchen Formen erfolgt der Austausch zwischen Kooperationspartnern und wie intensiv sind die Kooperationsbeziehungen?
- Wie werden die kommunalen Kooperationsbeziehungen seitens der zivilgesellschaftlichen Organisationen bewertet?

Einbindung der Modellorte

Bereits in diesen Prozess sind die Modellorte aktiv mit eingebunden, indem sie die Möglichkeit haben eigene Forschungsfragen im Fragebogen zu platzieren. Außerdem ist das DJI an den Einschätzungen der Fachstellen mit Bildungsplanungsbezug interessiert. Daher finden regelmäßige Interviews und virtuelle Austauschmeetings mit Mitarbeitern des Sozialreferats und des Bildungsbüros statt. Nadine Bernard, Leiterin des Bildungsbüros der Stadt Würzburg, freut sich, Teil des Projektes zu sein: „Der Mehrwert für die Kommune ist groß, denn durch die Teilnahme an dem Forschungsprojekt erhalten wir einen tieferen Einblick in die große Bandbreite an zivilgesellschaftlichen Akteuren und Organisationen in Würzburg. Gerade in Bezug auf deren Bildungsorte und Bildungsangebote sind wir sehr neugierig auf die Ergebnisse der derzeit laufenden Onlinebefragung."

Im weiteren Verlauf soll es bei der Studie auch darum gehen, auf Basis der gewonnenen Informationen und in Zusammenarbeit mit den Bildungsakteuren vor Ort eine Strategie zur kooperativen, bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Bildungslandschaft zu erreichen.

„Wir sind stolz darauf, als einer von 4 Modellorten bei dem Forschungsvorhaben dabei zu sein und dadurch dem für eine vielfältige Bildungslandschaft so wichtigen Sektor zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken", sagt Judith Jörg, Bürgermeisterin und Leiterin des Bildungs-, Schul- und Sportreferats.

Registrierung

An der Studie interessierte Vereine und Stiftungen, die keine Einladung erhalten haben und sich trotzdem angesprochen fühlen, können sich über den ZivilKoop-Projektblog zur Teilnahme an der Befragung registrieren: https://zivilkoop.de/zivilkoop-online-survey/https//zivilkoop.de-online-survey/ ❐

Lagerung des Corona-Impfstoffs:

Erste Ultratiefkühlschränke ausgeliefert

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml besuchte Lagerzentrum für Impfstoffe in Oberfranken

Die Vorbereitungen für Corona-Impfungen in Bayern schreiten weiter voran. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml erläuterte in München dass die bayernweite Auslieferung der Ultratiefkühlschränke an die entsprechenden Lagerzentren in den Regierungsbezirken inzwischen abgeschlossen sei. Bayern habe bereits frühzeitig mit der Beschaffung wichtiger Sachmittel für die Corona-Impfungen begonnen, damit nach der für Dezember oder Januar erwarteten Auslieferung des Impfstoffs umgehend mit den Impfungen begonnen werden könne.

Die Ministerin hatte anlässlich der ersten Lieferungen das Impfstoff-Lagerzentrum in Oberfranken besucht, um sich selbst vor Ort ein Bild zu verschaffen. Aus Sicherheitsgründen gibt das Ministerium die Ortsnamen derzeit nicht bekannt.

Ministerin Huml geht davon aus, dass im Freistaat Bayern bis Mitte Dezember ein solides Fundament für die Impfungen geschaffen ist. „Dazu gehört nicht nur der unermüdliche und hochengagierte Einsatz der Verantwortlichen in den Kreisen und Städten sowie der Verbände und Organisationen, sondern auch kluge und rechtzeitige Beschaffungen", so die Ministerin.

Sehr hohe technische Anforderungen an Qualität und Sicherheit

Die Ultratiefkühlschränke gewährleisten bayernweit die Möglichkeit einer gleichzeitigen Einlagerung von bis zu drei Millionen Impfdosen mit einem entsprechenden Kühlbedarf. Die 40 Ultratiefkühlschränke verfügen über besondere Schutzmaßnahmen zur Ausfallsicherheit und sind in den Lieferzentren an ein entsprechendes Überwachungssystem angeschlossen.

Weitere Geräte wurden bereits auch an Lagerzentren in Unterfranken, Schwaben und Mittelfranken geliefert. Die Belieferung und Inbetriebnahme an den restlichen Standorten war bis zum 11. Dezember 2020 abgeschlossen.

Differenziertes Anforderungsprofil

Die bislang bekannten Impfstoff-Kandidaten haben nach bisher vorliegenden Informationen sehr unterschiedliche Anforderungen an die Liefer- und Lagerungslogistik. Ein bereits in der Zulassungsprüfung befindlicher Impfstoff der Firma BioNTech benötigt dazu beispielsweise eine Temperatur von -75 Grad bei Transport und Lagerung.

Die Impfstoffe von BioNTech werden passiv mit Trockeneis gekühlt vom Hersteller bei den Lagerzentren angeliefert und dann in die Ultratiefkühlschränke von speziell geschultem Personal eingelagert.

Weitere Verteilung durch Kühllogistiker

Von den Lagerzentren übernimmt ein Kühllogistiker, je nach Impfstoffbedarf der regionalen Impfzentren, die weitere Verteilung des BioNTech-Impfstoffs. Dieser Impfstoff kann nach der Entnahme aus den Lieferzentren und der Verteilung an die regionalen Impfzentren auch in normalen Arzneimittelkühlschränken gelagert werden, sodass die Impfzentren keine speziellen Hochleistungskühlschränke benötigen. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bilanz nach einem Jahr Klima- und Repair-Cafés

Landrat Richard Reisinger dankt den vielen Ehrenamtlichen

Amberg-Sulzbach. Linda Trager ist seit etwas mehr als einem Jahr Projektleiterin der Klima- und Repair-Cafés im Landkreis Amberg-Sulzbach. Für ihr erstes Jahr kann sie, der Pandemie zum Trotz, für die Klima und Repair-Cafés eine äußerst positive Bilanz ziehen. Mit 212 erfolgreichen Reparaturen konnten insgesamt 8,9 Tonnen an CO2 eingespart werden. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre dies aber nicht möglich gewesen. Als Zeichen der Anerkennung überreichten Landrat Richard Reisinger und Linda Trager nun eine Dankurkunde. Brigitta Hofmann durfte diese Urkunde stellvertretend für die 45 ehrenamtlichen Helfer als Reparateure und Organisatoren vor Ort im Landratsamt Amberg-Sulzbach in Empfang nehmen.

„Ohne die Unterstützung der freiwilligen Helfer wäre ein gemeinnütziges Projekt wie die Klima- und Repair-Cafés nicht zu stemmen“, lobte der Landkreischef das Engagement der Ehrenamtlichen. Bei den Klima- und Repair-Cafés erhalten Besucher von den ehrenamtlichen Helfern Unterstützung bei der Instandsetzung ihrer defekten Gegenstände.



Am liebsten hätten Landrat Richard Reisinger und Linda Trager (li.) allen ehrenamtlichen Helfern die Dankurkunde persönlich überreicht, aber das lässt die Pandemie derzeit nicht zu. Deshalb bekam Brigitta Hofmann (Mitte) stellvertretend für alle Unterstützer die Urkunde überreicht. Bild: Christine Hollederer

Generationsübergreifende Veranstaltungen

Dabei handelt es sich laut Linda Trager nicht selten um soziale und generationsübergreifende Veranstaltungen. So reparieren auch mal Opa und Enkel gemeinsam. Der jüngste Reparateur ist acht Jahre, berichtet Linda Trager. Sein Wissen habe er vom Vater erworben, der auch in der Projektgruppe tätig ist.

Repariert werden Elektrokleingeräte, Kleidung und Fahrräder. „Die ehrenamtlichen Helfer konnten über die Hälfte der Gegenstände instandsetzen“, so Trager. Die Besucher brachten vor allem elektrische Haushaltsgeräte, gefolgt von Foto-, Video- und Audiogeräten. Die höchste Erfolgsquote konnte laut Projektleiterin im Bereich Textil erzielt werden.

Neben dem Angebot einer Reparaturunterstützung wird in den Klima- und Repair-Cafés auch Kaffee und Kuchen kostenlos ausgegeben, selbstverständlich nur, sofern dies die Corona-Pandemie erlaubt. Das Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V. (ZEN) vermittelt zudem mithilfe von Plakaten Wissen zu den Themen Mobilität, nachhaltiger Konsum, ökologischer Fußabdruck und Klimawandel. Anlässlich des internationalen Reparaturtages am 17. Oktober wurde der Dokumentarfilm „Welcome to Sodom“ gezeigt.

Terminverschiebung wegen Corona

Die Klima- und Repair-Cafés sollen im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Dabei wird das Projekt auf die Gemeinde Ursensollen erweitert, die die Eröffnung ihres Repair-Cafés aufgrund der Coronakrise auf den 27. März 2021 verlegen musste. Die Ausweitung des Projekts auf weitere Kommunen ist im Sinne des Zentrums für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit e.V., das bei der Umsetzung unterstützt. „Ziel ist eine flächendeckende Erweiterung und Verstetigung durch die Eigeninitiative der Landkreisbürger“, sagt Trager.

Die einzelnen Termine der Klima- und Repair-Cafés können auf der Homepage des ZEN unter www.zen-ensdorf.de und im Flyer, der in den beteiligten Kommunen ausgelegt wurde, eingesehen werden. Auch in der Presse werden die Termine zeitnah bekanntgegeben. Aufgrund der Covid-19-Pandemie kann es jedoch zu kurzfristigen Änderungen bei den Veranstaltungen und deren Ausführung kommen. Alle Angaben sind daher unter Vorbehalt.

Wer sich am Projekt Klima- und Repair-Café beteiligen möchte, egal ob als Reparateur, Organisator oder Kuchenbäcker, der kann dies jederzeit tun. Kontaktaufnahme erfolgt über die Projektleiterin Linda Trager unter 09624 903-648 oder l.trager@zen-ensdorf.de. ❐

Neue Ära der Zusammenarbeit

Bildungszentrum Burg Schwaneck freut sich über direkten Kontakt zum Bezirk Oberbayern / Neue Programmförderung

Pullach. „Mit der Unterzeichnung neuer Verträge besiegeln der Bezirk Oberbayern und die Jugendbildungsstätte Burg Schwaneck des Kreisjugendring München-Land eine neue Ära der Zusammenarbeit.“ Vorstand Jan Museler ist glücklich, dass mit diesem Schritt die vielen konstruktive Gespräche Früchte tragen. Auf Wunsch der Mitglieder des Bezirkstags werden sich damit neben dem Bildungszentrum Burg Schwaneck auch die beiden anderen oberbayerischen Jugendbildungsstätten (Jubis) in Königsdorf und Benediktbeuern zukünftig direkt in der Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit einbringen.

Der neue Kooperationsvertrag, der ab 1. Januar 2021 gültig ist und bis Ende 2030 läuft, garantiert dadurch lange Planungssicherheit für die drei Jubis. Nicht der einzige Vorteil, wie der KJR-Vorstand weiß, denn so habe man künftig einen unmittelbaren Kontakt zu den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern des Bezirkstags Oberbayern. „So können unsere Ideen und die Belange ohne Umwege an den richtigen Stellen verortet werden und wir bekommen eine höhere Förderung.“

Programm im Internet

Der Bezirk Oberbayern unterstützt ab 2021 auch die Programme der Demokratie- und politischen Bildung. Diese und alle weiteren Fort- und Weiterbildungsangebote für das kommende Jahr können ab sofort auch auf www.burgschwaneck.de eingesehen und gebucht werden. ❐



V. l.: KJR-Vorstand Jan Museler und Bezirkstagspräsident Josef Mederer. Bild: Kreisjungendring München-Land

Hallbergmoos trauert:

Bürgermeister Harald Reents tot aufgefunden

Fassungslosikeit herrscht in der Gemeinde Hallbergmoos. Erster Bürgermeister Harald Reents wurde am Montag tot in seiner Wohnung aufgefunden.

Die Polizei ermittelt. Nach bisherigen Erkenntnissen wird Fremdverschulden ausgeschlossen. Vielmehr soll ein „häuslicher Unfall“ zum plötzlichen Tod des 41-Jährigen geführt haben.

Am 12. Dezember feierte Reents Geburtstag. Via Facebook sandte er tags darauf eine Grußbotschaft: „Liebe Facebook-Gemeinde, ich bin überwältigt! Zu meinem gestrigen Geburtstag haben mich ziemlich genau 500 (!) Glückwünsche erreicht.“ Und auch wenn die „Feier“ „ein krasses Gegenteil zu der vor einem Jahr war“, habe er den Tag sehr genossen. „Ich hab es mir einfach daheim gut gehen lassen und mich kulinarisch verwöhnt, damit auch Kraft getankt für die neue Woche“, so Reents. „Lasst uns mit guter Laune, Abstand und Vernunft die kommenden Wochen gemeinsam meistern!“ ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Wir sind in einer Zeit hoffnungsvoller Erwartung. Wenn er kommt, sollte sich allmählich alles zum Besseren wenden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat einen für meinen Geschmack zu weihnachtlichen Ton gewählt, als er in dem im Aufbau befindlichen Impfzentrum in unserer Stadt einen kurzen Besuch machte.

Aber ich denke, die Zuhörer werden es ihm nachsehen. Nachdem ja noch keine wirksame Therapie gegen COVID-19 gefunden wurde, ist halt für den Chef wie für viele andere Mitbürger „er“, der Impfstoff, die derzeit beste Hoffnung auf ein sich wieder normalisierendes Leben.

Noch steht ja wohl nur fest, dass die Impfung freiwillig sein wird, aber der Impfstoff nicht frei verfügbar sein soll, sondern in Tranchen besonderen Gruppen zugänglich gemacht wird. Was allerdings bisher an Empfehlungen verschiedener Gremien an die Öffentlichkeit gekommen ist, lässt einen ratlos zurück. Ein primär am Alter orientiertes System nach dem Motto: Je älter, desto eher geimpft. Wenn das so kommt, werden wir wahrscheinlich das einzige Land sein, das die Menschen, die die Gesellschaft am Laufen halten, also Polizisten, Feuerwehrler, Notfallsanitäter, Lehrkräfte, Erzieher oder die Entscheidungsträger in Behörden, die Verantwortung für viele Menschen tragen, erst unter „ferner liefen“ in der Priorität führt und weiß der Henker wann erst impfen wird.

Die Freundschaft der Generationen nicht verspielen!

Wer natürlich wieder gar nicht in der Prioritätenliste vorkommt sind die jungen Leute. In einer Sonntagszeitung war von einem 28jährigen zu lesen, der aufgrund einer Muskelerkrankung zur red-level-Risikogruppe gehört, sich seit Februar nur für unaufschiebbare Behandlungen aus dem Haus traut und der – würde das empfohlene Szenario Wirklichkeit – zusehen müsste, wie ein 70jähriger Träger des goldenen Sportabzeichens statt seiner geimpft wird.

Das ist so typisch für den gesamten Umgang mit den jüngeren Generationen während der Pandemie. Wie vielen anderen auch, geht mir dieses ewige bashing der Jüngeren absolut ge-gen den Strich. Immer und überall wird gefordert, dass die Jungen solidarisch sein sollen und die Älteren schützen. Schaut man aber genau hin, wird der älteren Generation außer den Besuchseinschränkungen in den Altern- und Pflegeheimen rein gar nichts zugemutet. Sogar die Renten sollten trotz schwerer Wirtschaftskrise steigen, während man den aktiven Generationen einen Schuldenberg vor die Nase setzt, an dem noch die heute Ungeborenen knabbern müssen.

Dagegen die Jungen: Einschränkungen in der Schulbildung durch Schulschließungen und Wechselunterricht. Bisher haben es die Lehrkräfte sicherlich ganz gut hingekriegt, aber spätestens in der Ausbildung und im Studium werden sich die Lücken bemerkbar machen. Stichwort Studium: Manche Erstsemester kennen ihren Studienort nur von der Landkarte, weil ganze Studiengänge seit März komplett digital durchgeführt werden – kann man auch von Muttern zuhause aus teilnehmen. Austausch mit Gleichaltrigen? Diskussionen? Flirten? Fehlanzeige! Und sage mir niemand, der auch einmal jung war, dass das alles nur Luxusprobleme seien.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch besorgt, dass die Freundschaft der Generationen gegenwärtig auf eine harte Probe gestellt wird. Natürlich müssen alle Maßnahmen den Gesundheitsschutz für alle in den Blick nehmen. Aber von den jungen Generationen zu verlangen, nur zu funktionieren und ihre Bedürfnisse nicht zu sehen, wird einer solidarischen Gesellschaft nicht gerecht. Vielleicht können die kommenden Tage etwas zum Innehalten und Nachdenken anregen, im Sinne des früheren amerikanischen Präsidenten Calvin Coolidge: „Weihnachten ist kein Zeitpunkt und keine Jahreszeit, sondern eine Gefühlslage. Frieden und Wohlwollen in seinem Herzen zu halten, freigiebig mit Barmherzigkeit zu sein, das heißt, den wahren Geist von Weihnachten in sich zu tragen“.

Sehr verehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

ein Jahr geht zu Ende, wie wir es noch nie erlebt haben – ein Jahr voll Einschränkungen, voll Sorgen, voll Existenzängsten, aber auch voll Solidarität und Mitmenschlichkeit. Das Jahr hat uns viel abverlangt, aber auch gezeigt, was Nächstenliebe bewirken kann. Die Nächstenliebe, die der Mann uns gelehrt hat, dessen Geburt wir in ein paar Tagen gedenken – gesengte Weihnachten!

Ihre Sabrina



Von links: Otmar Finger (Flyeralarm), Lisa Neugebauer, Tobias Winkler, Christine Schulter, Nadine Summer (alle Liebe im Karton), Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Andrea Hölle, Doris Lintl, Sabine Kraege, Michael Lintl (alle Liebe im Karton). Foto: Radim Chwieja Bild: Radim Chwieja

Doppelt so viel Freude wie im vergangenen Jahr:

„Liebe im Karton“ füllt 11.000 Pakete

5.000 Pakete wurden bereits im Jahr 2019 liebevoll von der Initiative „Liebe im Karton“ gepackt, um zur Weihnachtszeit Kindern in schwierigen Lebensumständen eine Freude zu bereiten. Dieses Jahr haben alle Beteiligten – Initiatoren, Sponsoren und Ehrenamtliche – gemeinsam dazubeigetragen, dass diese Zahl mehr als verdoppelt werden konnte. So werden sich bald 11.000 Pakete verteilt auf 100 Paletten auf den Weg in die Projektländer machen, insbesondere in Länder, in denen Geflüchtete Asyl suchen.

Das Projekt ist mit großem logistischen Aufwand verbunden. Schon seit der Entstehung im Jahr 2015 unterstützt Oberbürgermeister Christian Schuchardt die Initiative. „Mich beeindruckt die Hingabe mit der die Initiatoren dieses Projekt realisieren. Deswegen freue ich mich, wenn wir als Stadt die Arbeit der Ehrenamtlichen etwas erleichtern können.“

So konnte die Wirtschaftsförderung der Stadt Würzburg in diesem Jahr bei der Vermittlung einer geeigneten Halle der Firma Flyeralarm am Heuchelhof behilflich sein.

Hier werden nun die von Privatpersonen gepackten Boxen von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern kontrolliert, bei Bedarf mit weiteren Sachspenden aufgefüllt und schließlich versandfertig gemacht. Die Pakete gehen jedes Jahr an andere Einrichtungen – im Wechsel im In- und Ausland.

Hilfe für Flüchtlingscamps

Dieses Jahr möchte das Team rund um Initiator Tobias Winkler vor allem Kindern mit Fluchterfahrungen eine Freude machen. Daher gehen die Geschenke an Flüchtlingscamps und soziale Einrichtungen in Griechenland, Rumänien, Irak, Libanon und Bulgarien.
Informationen:
www.liebe-im-karton.de

Anna Pia Möller

Unermüdlicher Einsatz im Ehrenamt

Verleihung der oberbayerischen und mittelfränkischen Integrationspreise 2020

Die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken haben ihre jährlichen Integrationspreise verliehen. Während aus dem Regierungsbezirk Oberbayern sechs Initiativen ausgezeichnet wurden, waren in Mittelfranken drei Projekte preiswürdig.

In Oberbayern gingen die Preise in den Kategorien Bildung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Sport nach Aresing, Bad Reichenhall, Buchbach, München und Rosenheim. Den Corona-Sonderpreis erhielt Erding.

Aus Fremden wurden Aresinger – dank des Asylhelferkreises Aresing (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen). 2015 kamen rund 50 Flüchtlinge aus verschiedensten Herkunftsländern in Aresing an. Die kleine Gemeinde konnte den Zuzüglern eine neue Heimat vermitteln. Der Helferkreis bot Hilfe zur Selbsthilfe: Durch Interviews wurden die Bedürfnisse der Ankommenden ermittelt und dann die passenden Unterstützungen organisiert: von Sprachkursen bis zu Berufsfragen, einer Fahrradaktion (Mobilität zum Einkaufen auf dem Land) und einem Gemüsegarten zur Selbstversorgung. Dank des breiten Kooperationsnetzes sowie Geld- und Sachspenden fanden die Neubürger Schul- und Ausbildungsplätze und oft auch Arbeitsplätze bei örtlichen Betrieben.

Laiendolmetscher aus fernen Ländern

Laiendolmetscher im Landkreis Bad Reichenhall sind bei Elternabenden in Schulen und Kindergärten sowie bei Behörden- und Arztterminen eine große Hilfe beim gegenseitigen Verständnis und beugen kulturellen Missverständnissen vor. Sie kommen selbst aus fernen Ländern, haben Deutsch gelernt und sind damit selbst ein Vorbild für gelungene Integration. Bei der Caritas können sie für Termine angefragt werden. Bei dem Projekt arbeiten das Caritas Zentrum Berchtesgadener Land, das Landratsamt Berchtesgadener Land und das Staatliche Schulamt eng zusammen.

Schüler- und Lehrerschaft der Grund- und Mittelschule Buchbach (Landkreis Mühldorf) haben beschlossen, aktiv gegen Rassismus, Ausgrenzung und Extremismus einzutreten. Dazu hat die GMS neben dem Projekt „Gewaltfreie Kommunikation" u.a. den Theatertag „Respekt" mit dem „mobilen ueTheater", einem Schultheater aus Regensburg, erarbeitet. Dadurch ist die Schulgemeinschaft deutlich näher zusammengerückt. Das Schulklima hat sich positiv entwickelt. Die Schule darf nun offiziell den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" mit eigenem Logo führen.

Hilfe für geflüchtete Frauen

JUNO – eine Stimme für geflüchtete Frauen (Verein für Fraueninteressen) bietet in München Angebote für geflüchtete Frauen mit wenig sportlicher Erfahrung. Dieses Projekt zeigt ihnen, dass sie ebenfalls vom Sportangebot profitieren und dabei auch immer wieder über sich hinauswachsen können. Neben Tanzen und Radfahren werden Sportarten wie Schwimmen, Boxen, Bergwandern, Klettern und Inlineskaten angeboten. Dies macht die Frauen fit, zeigt ihnen ihre Stärken und hilft bei der Integration.

Unterstützung für schwächere Schüler

Bereits seit 2006 unterstützt das Rosenheimer Patenprojekt „Jugend in Arbeit" (Rosenheimer Aktion für das Leben e.V.) mit der stattlichen Zahl von rund 200 Ehrenamtlichen erfolgreich schwächere Schüler auf dem Weg zum Schulabschluss und ins Berufsleben. Allein im Schuljahr 2018/19 gab es beachtliche 207 Patenschaften, wobei rund drei Viertel der Schüler gute Fortschritte machten und in Ausbildungen, die nächste Klasse oder auf weiterführende Schulen wechselten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Lebenserfahrene Bürger, zum Teil bereits in Ruhestand, bieten bedarfsorientierte Hilfe zur Selbsthilfe für Schüler jeglicher Nationalität. Die Paten helfen in den Bereichen Lernen, Struktur, Motivation und Selbstbewusstsein. Sie sind an allen Mittelschulen im Landkreis Rosenheim im Einsatz und werden selbst systematisch fortgebildet. Das Projekt ist vor Ort gut vernetzt, das Staatliche Schulamt und die Schulen schätzen seine qualifizierte Arbeit sehr.

Ein Gewinn für alle

Gemeinsames Handeln, unabhängig von Herkunft und sozialem Status, ist ein Gewinn für alle. Dies zeigt der Verein Flüchtlingshilfe Erding beim wöchentlichen „Kleiderwechsel", der Spendenweitergabe an sozial Bedürftige, Tafelkunden und Flüchtlinge.

Der Verein ist 2015 zur Versorgung der Geflüchteten mit frischer Kleidung entstanden und hat inzwischen ca. 125 Mitglieder, davon 70 aktive Helfer – darunter rund 35 Geflüchtete. Der Verein sammelt kontinuierlich Kleider- und Sachspenden. Einmal wöchentlich werden Kleidung, Schuhe oder Haushaltswaren kostenlos an Geflüchtete, Tafelkunden, sozial Bedürftige und Obdachlose aus Stadt und Landkreis weitergegeben.

Geflüchtete als Helfer

Von Beginn an unterstützten Geflüchtete das Projekt als Helfer, denn sie wollten „etwas zurück geben". Die gemeinsame Arbeit erleichtert Spracherwerb und Integration, es bilden sich Freundschaften unter den Helfern. In der Corona-Krise haben sich die Vereinsmitglieder herausragend engagiert durch Lebensmittelausgaben bei der Tafel und durch das Nähen von Hunderten von Alltags-Masken für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, allein 660 Stück für ein Behinderten-Förderzentrum in München.

In Mittelfranken erhielt der Verein Arabische Fraueninitiative Erlangen für das Projekt „Arabische Fraueninitiative" den 1. Preis. Seit 2017 unterstützt und berät die Initiative bei gesundheitlichen, familiären, erzieherischen und persönlichen Anliegen der Geflüchteten. Sie bietet umfangreiche Hilfe zum täglichen Leben und gestaltet zudem Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Sie hat sich eine schnelle Integration der Geflüchteten in die Erlanger Gesellschaft zum Ziel gesetzt und kooperiert deshalb auch mit einer Vielzahl anderer Projekte.

Der 2. Preis wurde an die Kontaktstelle Bürger-Engagement im Landkreis Roth für das Projekt „Digitale Hausaufgabenbetreuung während der Corona-Pandemie" verliehen. Bei diesem Projekt wird wegen der Corona-Einschränkungen im schulischen Bereich eine individuelle Lernförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund angeboten. Lernen am und mit dem Computer soll die Motivation und Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen fördern. Die Wissensvermittlung erfolgt konzentrationsfördernd in kleinen Lerneinheiten, in die die Eltern durch Informationsweitergabe und auch unterstützt durch Dolmetscher einbezogen werden. „Digitales Lernen" findet in Kooperation mit der Uni Würzburg, Lehrstuhl für Pädagogik bei Lernbeeinträchtigung, statt.

Perspektiven für Neuankömmlinge

Ein weiterer 2. Preis ging an die Bürgerstiftung Nürnberg für das Projekt „Gemeinsam ankommen in unserer Stadt". Das ebenfalls 2017 begonnene Projekt von Geflüchteten für Geflüchtete soll den Neuankömmlingen Perspektiven zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben in der Gesellschaft eröffnen. Frauen mit eigener Fluchterfahrung und ausreichenden Deutschkenntnissen unterstützen Familien ehrenamtlich als Lernbegleiterinnen. Unter anderem werden eine Lernwerkstatt, Workshops, gemeinsame Ausflüge und Stadtspaziergänge sowie Austauschtreffen angeboten. Diese Angebote sollen für einen guten Start in der Norisstadt sorgen. **DK**

Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 14. Januar 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Abfallwirtschaft · Entsorgungsmanagement**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark · GalaBau**

GZ LIEFERANTENNACHWEIS GZ

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen . Technikräume . Wertstoffhöfe .
Mehrzweckhallen . Sporthallen . Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik . 84323 Massing . Tel.: 08724/88-0 . www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!